

Amtsblatt der Europäischen Union

C 403



Ausgabe
in deutscher Sprache

Mitteilungen und Bekanntmachungen

65. Jahrgang
19. Oktober 2022

Inhalt

IV Informationen

INFORMATIONEN DER ORGANE, EINRICHTUNGEN UND SONSTIGEN STELLEN DER
EUROPÄISCHEN UNION

Europäisches Parlament

SITZUNGSPERIODE 2014-2015

Sitzungen vom 15. bis 18. Dezember 2014

2022/C 403/01	Ausführliche Sitzungsberichte vom 15. Dezember 2014	1
2022/C 403/02	Ausführliche Sitzungsberichte vom 16. Dezember 2014	65
2022/C 403/03	Ausführliche Sitzungsberichte vom 17. Dezember 2014	377
2022/C 403/04	Ausführliche Sitzungsberichte vom 18. Dezember 2014	807

DE

Legende der verwendeten Zeichen

*	Konsultationsverfahren
***	Zustimmungsverfahren
***I	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, erste Lesung
***II	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, zweite Lesung
***III	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, dritte Lesung

(Das angegebene Verfahren entspricht der von der Kommission vorgeschlagenen Rechtsgrundlage.)

Abkürzungen der Ausschüsse

AFET	Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten
DEVE	Entwicklungsausschuss
INTA	Ausschuss für internationalen Handel
BUDG	Haushaltsausschuss
CONT	Haushaltskontrollausschuss
ECON	Ausschuss für Wirtschaft und Währung
EMPL	Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten
ENVI	Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit
ITRE	Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie
IMCO	Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz
TRAN	Ausschuss für Verkehr und Fremdenverkehr
REGI	Ausschuss für regionale Entwicklung
AGRI	Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung
PECH	Fischereiausschuss
CULT	Ausschuss für Kultur und Bildung
JURI	Rechtsausschuss
LIBE	Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres
AFCO	Ausschuss für konstitutionelle Fragen
FEMM	Ausschuss für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter
PETI	Petitionsausschuss
DROI	Unterausschuss Menschenrechte
SEDE	Unterausschuss Sicherheit und Verteidigung

Abkürzungen der Fraktionen

PPE	Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten)
S&D	Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament
ECR	Europäische Konservative und Reformisten
ALDE	Fraktion der Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa
GUE/NGL	Konföderale Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke
Vers/ALE	Fraktion der Grünen/Freie Europäische Allianz
EFDD	Fraktion Europa der Freiheit und der direkten Demokratie
NI	Fraktionslos

Montag, 15. Dezember 2014

IV

(Informationen)

INFORMATIONEN DER ORGANE, EINRICHTUNGEN UND
SONSTIGEN STELLEN DER EUROPÄISCHEN UNION

EUROPÄISCHES PARLAMENT

SITZUNGSPERIODE 2014-2015

Sitzungen vom 15. bis 18. Dezember 2014

STRASSBURG

AUSFÜHRLICHE SITZUNGSBERICHTE VOM 15. DEZEMBER 2014

(2022/C 403/01)

Inhalt	Seite
1. Wiederaufnahme der Sitzungsperiode	3
2. Erklärung des Präsidenten	3
3. Genehmigung des Protokolls der vorangegangenen Sitzung: siehe Protokoll	3
4. Zusammensetzung des Parlaments: siehe Protokoll	3
5. Antrag auf Aufhebung der Immunität: siehe Protokoll	4
6. Dringlichkeitsmaßnahmen zur Bestätigung der Immunität: siehe Protokoll	4
7. Zusammensetzung der Ausschüsse und der Delegationen: siehe Protokoll	4
8. Delegierte Rechtsakte (Artikel 105 Absatz 6 GO): siehe Protokoll	4
9. Berichtigung (Artikel 231 der Geschäftsordnung)	4
10. Weiterbehandlung der Standpunkte und Entschlüsse des Parlaments: siehe Protokoll	4

Montag, 15. Dezember 2014

Inhalt	Seite
11. Anfragen zur mündlichen Beantwortung (Einreichung): siehe Protokoll	5
12. Petitionen: siehe Protokoll	5
13. Vorlage von Dokumenten: siehe Protokoll	5
14. Arbeitsplan	5
15. Übereinkommen über den internationalen Handel mit gefährdeten Arten frei lebender Tiere und Pflanzen (CITES) (Aussprache)	8
16. Durchführung der Richtlinie über die Kraftstoffqualität (Aussprache)	19
17. Beurteilung der Zuverlässigkeit von Verkehrsunternehmen (Aussprache)	29
18. Umsetzung der Initiative PRIMA (Partnerschaft in Forschung und Innovation im Mittelmeerraum) (Aussprache)	46
19. Ausführungen von einer Minute zu wichtigen politischen Fragen	57
20. Tagesordnung der nächsten Sitzung: siehe Protokoll	63
21. Schluss der Sitzung	64

Montag, 15. Dezember 2014

AUSFÜHRLICHE SITZUNGSBERICHTE VOM 15. DEZEMBER 2014

VORSITZ: MARTIN SCHULZ

Präsident

(Die Sitzung wird um 17.00 Uhr eröffnet.)

1. Wiederaufnahme der Sitzungsperiode

Der Präsident. - Ich erkläre die am Donnerstag, dem 27. November 2014, unterbrochene Sitzungsperiode für wieder aufgenommen.

2. Erklärung des Präsidenten

Der Präsident. - Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Medienfreiheit und Medienpluralismus sind grundlegende Werte der Europäischen Union.

Die Türkei ist ein Beitrittskandidat, mit dem wir Verhandlungen über den Beitritt führen. Unsere Beziehungen zu Beitrittskandidaten müssen aber von gegenseitiger Ehrlichkeit und Offenheit geprägt sein.

Gerade weil wir Verhandlungen mit der Türkei ernst nehmen, ist es unsere Aufgabe, deutlich zu machen, wo es Fortschritte gibt, aber auch wo wir Befürchtungen haben, dass es Fehlentwicklungen gibt. Probleme mit der Presse- und Meinungsfreiheit sind in der Türkei nichts Neues. Wir haben mit großem Erstaunen die Razzien gegen Journalisten und gegen soziale Medien im Nachgang zum Protest im Gezi-Park zur Kenntnis genommen.

Jetzt haben wir gestern erneut eine Welle von Razzien gegen regierungskritische Medien erlebt und sind besorgt, dass das ein Zeichen dafür ist, dass die Entwicklung gegen oppositionelle Medien eine gefährliche ist und eine, die wir besonders beobachten.

Meine Damen und Herren, das gilt für alle demokratischen Rechtsstaaten: Kritik muss mit Argumenten, Ideen und Beweisen begegnet werden und nicht mit Vergeltung, Einschüchterung und Verhaftung von Journalisten. Ich habe deshalb meine Dienststellen gebeten, die türkische Botschaft um unverzügliche Aufklärung der Vorgänge zu bitten, und will hier an dieser Stelle – sicherlich auch in Ihrem Namen – sagen, dass wir mit großer Sorgfalt beobachten werden, wie es in der Türkei weitergeht.

3. Genehmigung des Protokolls der vorangegangenen Sitzung: siehe Protokoll

4. Zusammensetzung des Parlaments: siehe Protokoll

Montag, 15. Dezember 2014

5. **Antrag auf Aufhebung der Immunität: siehe Protokoll**
6. **Dringlichkeitsmaßnahmen zur Bestätigung der Immunität: siehe Protokoll**
7. **Zusammensetzung der Ausschüsse und der Delegationen: siehe Protokoll**
8. **Delegierte Rechtsakte (Artikel 105 Absatz 6 GO): siehe Protokoll**
9. **Berichtigung (Artikel 231 der Geschäftsordnung)**

Der Präsident. - Gemäß Artikel 105 Absatz 6 der Geschäftsordnung hat mir der Vorsitzende der Konferenz der Ausschussvorsitzenden mitgeteilt, dass die Empfehlung des Ausschusses für internationalen Handel, keine Einwände gegen einen delegierten Rechtsakt zu erheben, nicht beanstandet wurde.

Die Empfehlung gilt als angenommen, wenn weder eine Fraktion noch mindestens 40 Mitglieder sich binnen 24 Stunden gegen die Empfehlung aussprechen. In diesem Fall wird sie zur Abstimmung gestellt. Sie finden die Empfehlung auf der Webseite Plenartagung.

Der Ausschuss für Verkehr und Fremdenverkehr hat eine Berichtigung zu einem vom Europäischen Parlament angenommenen Text unterbreitet. Gemäß Artikel 231 Absatz 4 der Geschäftsordnung gilt diese Berichtigung als angenommen, wenn nicht binnen 24 Stunden von einer Fraktion oder mindestens 40 Mitgliedern beantragt wird, dass sie zur Abstimmung gestellt wird. Den Text finden sie auf der Webseite Plenartagung. Der Titel wird im Protokoll dieser Sitzung veröffentlicht.

Εμμανουήλ Γλέζος (GUE/NGL). - Κύριε Πρόεδρε, 1100 παιδικοί σταθμοί με 5500 παιδιά στην Ελλάδα κινδυνεύουν να μη λειτουργήσουν από έλλειψη εφοδίων. Και ενώ αυτή είναι η κατάσταση και ενώ έπρεπε να ασχοληθεί η Επιτροπή ειδικά με αυτό το θέμα και με άλλα παρόμοια που ταλανίζουν τους λαούς της Ευρώπης, ο Jean-Claude Juncker, ως υπερεξουσιαστής της Ευρωπαϊκής Ένωσης, επεχείρησε με απαράδεκτες αντιδεοντολογικές και αντιδημοκρατικές επεμβάσεις να κατευθύνει το ελληνικό Κοινοβούλιο.

Με ποιο δικαίωμα επιχειρεί να βιάσει τις εξελίξεις; Μήπως επειδή έχει τώρα βοηθούς τους συγκυβερνήτες; Τον πληροφορώ ότι δεν θα μπορέσει να το κάνει. Μεθαύριο στην εξουσία θα είναι ο ίδιος ο ελληνικός λαός.

Der Präsident. - Herr Kollege Glezos, ich finde es erst einmal gut, dass Sie sich, wie Sie es getan haben, hier schriftlich um einen Wortbeitrag zur Geschäftsordnung bemühen.

Nur muss der Beitrag dann auch einer zur Geschäftsordnung sein. Das, was Sie gerade vorgetragen haben, mag man politisch diskutieren, das hat aber mit unserer Geschäftsordnung nichts zu tun.

Das ist der klassische Fall für die Ein-Minuten-Reden, die wir ja hier im Plenum vorgesehen haben. Deshalb, Herr Glezos, wenn Sie beim nächsten Mal eine solche Stellungnahme abgeben wollen, machen Sie das unter der Rubrik „Ausführungen von einer Minute“.

Wir kommen nun, wenn es keine weiteren Wortmeldungen zur Geschäftsordnung gibt, gleich zur Tagesordnung.

10. **Weiterbehandlung der Standpunkte und Entschließungen des Parlaments: siehe Protokoll**

Montag, 15. Dezember 2014

11. Anfragen zur mündlichen Beantwortung (Einreichung): siehe Protokoll**12. Petitionen: siehe Protokoll****13. Vorlage von Dokumenten: siehe Protokoll****14. Arbeitsplan**

Der Präsident. - Der endgültige Entwurf der Tagesordnung dieser Tagung, wie er in der Konferenz der Präsidenten in ihrer Sitzung vom Donnerstag, dem 11. Dezember 2014 gemäß Artikel 152 der Geschäftsordnung festgelegt wurde, ist verteilt worden. Zu diesem Entwurf wurden folgende Änderungen beantragt:

Montag:

Keine Änderung

Dienstag:

In Absprache mit den Fraktionen werden die sechs Duda-Kodifizierungsberichte, die für die Abstimmung am Dienstag vorgesehen waren, auf eine spätere Plenartagung vertagt. Gibt es Einwände dagegen? Nein. Dann sind die Duda-Berichte auf eine spätere Plenartagung vertagt.

Meine Damen und Herren, ich habe von unendlich vielen Fraktionen einen Antrag auf Aussprache über das Arbeitsprogramm der Kommission mit EntschlieÙung erhalten. Die Fraktionen müssten sich jetzt untereinander einigen, wer von ihnen das Wort ergreifen will, denn ich habe hier alle Fraktionsvorsitzenden, die diesen Antrag praktisch zum gleichen Zeitpunkt eingereicht haben.

Herr Lamberts, es ging genau um das, was Sie gerade sagen wollen. Ihre Fraktion hätte gerne eine EntschlieÙung.

Gianni Pittella, a nome del gruppo S&D. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, come lei ha anticipato, il nostro gruppo è favorevole a iscrivere all'ordine del giorno della plenaria di gennaio la risoluzione che concluda il dibattito sul programma di lavoro della Commissione, perché è giusto che il Parlamento dica la sua, affermi le sue priorità e noi, come socialisti democratici, possiamo indicare le nostre priorità che sono l'ambiente e la lotta all'elusione fiscale.

Philippe Lamberts, au nom du groupe Verts/ALE. – Monsieur le Président, on peut certes aimer le théâtre, mais je dis simplement que nous avons besoin que ce Parlement se prononce, par un vote, sur le programme de travail de la Commission, qui est son acte le plus important.

J'ai entendu, au sein de la Conférence des présidents, certains dire: «On se prononcera sur le programme de travail 2016!». Cela veut dire que ce Parlement se prononcerait dix-huit mois après les élections européennes, la mise en place d'une nouvelle Commission et l'élaboration d'un nouveau programme de travail. C'est évidemment ridicule. Je pense que ce Parlement doit voter, au plus tard lors de la session de janvier, une résolution sur le programme de travail de la Commission si l'on veut que cette institution existe.

Guy Verhofstadt (ALDE). — Monsieur le Président, je crois que c'est une bonne chose que l'on puisse le faire en janvier, ce qui nous donne la possibilité de tenir le débat demain et de préparer une résolution. Ma seule demande, c'est que cela ne soit pas un arbre de Noël, un *Christmas tree*. Je sais que ce n'est peut-être pas le moment de parler de cela mais, en tout cas, ma crainte c'est d'avoir 10, 15 ou 20 pages, où figurent toutes les priorités, au lieu d'une résolution politique qui soit courte. Dans ce dernier cas, je pourrai soutenir la proposition de M. Pittella.

József Szájer (PPE). - Mr President, thank you, although I would prefer to keep the old procedure, one in favour, one against, and one presenting the whole thing, so as not to complicate our business. The Commission work programme is a very serious exercise, especially in the absence of a right of initiative on behalf of Parliament. However, this year is a special year and our programming exercise does not foresee a resolution because the Commission only took office on 1 November, so there was no possibility to have this sequence, with one resolution in September and then another one. So I do not think it is good to have a hasty resolution on this, especially given that what we want to see after an election year is work, real work, not resolutions in January about a programme which is to be adopted tomorrow by the

Montag, 15. Dezember 2014

Commission. So my proposal is not to have a resolution but to start to work.

Gabriele Zimmer, *im Namen der GUE/NGL-Fraktion.* – Herr Präsident! Vielen Dank, Herr Präsident, auch für die Klarstellung. Meine Fraktion hat in den letzten Tagen immer wieder beantragt, dass wir zu der Aussprache über die Erklärung der Kommission, die morgen stattfinden wird, eine entsprechende Entschlieung verabschieden, und zwar mit folgender Begründung:

Erstens: Wir halten gerade das erste Jahr der Kommission für ein äußerst schwerwiegendes Jahr. Zweitens: Alle Fraktionen haben zu den Schwerpunkten der Kommission für das Arbeitsprogramm 2015 Stellungnahmen abgegeben. Drittens: Es hat eine Aussprache in der Konferenz der Präsidenten mit Herrn Juncker, mit Herrn Timmermans gegeben. Die Fraktionsvorsitzenden haben dort bereits zur Kenntnis nehmen können, wie die Kommissionsvertreter hier reagieren. Viertens: Es ist geplant, nicht nur Maßnahmen vorzustellen seitens der Kommission, die im nächsten Jahr behandelt werden sollen, sondern auch die berühmt-berüchtigte „killing list“, und wir haben sehr viel Informationen und auch Proteste aus dem Parlament bekommen, dass insbesondere Vorhaben wie das zur sauberen Luft und das Abfallprogramm nicht einfach unter den Tisch fallen dürfen. Wir haben also genügend Anlass, hier in dieser Woche darüber zu diskutieren und eine Entschlieung auf den Tisch zu legen.

Philippe Lamberts (Verts/ALE). - Monsieur le Président, évidemment, si nous voulons avoir la moindre influence sur ce que la Commission compte faire, le plus tôt sera le mieux. Je pense en effet que s'il est possible de le faire dès le mois de décembre, faisons-le en décembre. Si on ne le fait pas en décembre, faisons-le en janvier. Mais, en tout cas, s'il y a une majorité pour le faire en décembre, faisons-le maintenant!

Der Präsident - Okay. Wer möchte dagegen sprechen? Okay. Damit haben wir einen weitestgehenden Antrag, das ist der, jetzt in dieser Woche die Abstimmung durchzuführen. Über diesen Antrag lasse ich zuerst abstimmen. Das ist der Antrag von Frau Zimmer.

(Das Parlament lehnt den Antrag ab.)

Jetzt lasse ich über den Antrag des Herrn Kollegen Pittella abstimmen.

(Das Parlament nimmt den Antrag an.)

Mittwoch:

Die Fraktion der Grünen hat eine Erklärung der Hohen Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik und Vizepräsidentin der Kommission zur freien Meinungsäußerung in der Türkei beantragt, bezogen auf die jüngsten Festnahmen von Journalisten und führenden Medienvertretern – das Thema, das ich eben hier angesprochen habe.

Rebecca Harms, *im Namen der Verts/ALE-Fraktion.* – Herr Präsident! Erst mal vielen Dank dafür, dass Sie das schon zum Thema gemacht haben. Ich glaube, dass allen, die am Wochenende die Nachrichten aus der Türkei verfolgt haben, der Atem gestockt hat über diese Übergriffe gegen die oppositionelle, kritische Presse. Man muss wissen, dass die Auseinandersetzung um Pressefreiheit in der Türkei sich schon lange vor Gezi-Park negativ entwickelt hat. Schon vor Gezi-Park sind kritische Journalisten und Journalistinnen ins Gefängnis gesteckt worden, ohne wirkliche rechtsstaatliche Verfahren. Gezi-Park hat uns alle nochmal mit einer Rückwärtsentwicklung in der Türkei konfrontiert. Es ist höchste Zeit, dass wir uns dazu äußern. Wir sollten in dieser Woche darüber debattieren. Ich finde den Vorschlag der anderen Fraktionsvorsitzenden, im Januar eine Entschlieung zur Türkei zu machen, ausdrücklich richtig.

Patrick Le Hyaric, *au nom du groupe GUE/NGL.* – Monsieur le Président, je voudrais tout d'abord vous remercier pour les propos que vous avez tenus en ouverture de séance à propos de la liberté de la presse en Turquie: c'est un acte extrêmement important et fort, de la part du représentant de notre institution que vous êtes.

Secondement, ce qui s'est passé hier en Turquie est proprement inadmissible puisque, dans treize villes, des journalistes ont été arrêtés. Désormais, des menaces pèsent – d'ici Noël, selon les informations dont je dispose – sur 150 journalistes en Turquie, dont les principaux journalistes de télévision et de radio ainsi que du plus grand quotidien national.

Montag, 15. Dezember 2014

Par conséquent, il convient que nous adoptions soit une résolution, soit une déclaration de la haute représentante pour arrêter cela le plus rapidement possible.

Alexander Graf Lambsdorff (ALDE). - Herr Präsident! Ich will natürlich nicht dagegen sprechen. Ich will für den Antrag von Rebecca Harms stimmen. Aber der Antrag von Kollegen Le Hyaric besagt ja, dass wir in dieser Woche schon eine Entschließung machen. Ich glaube, was Rebecca Harms beantragt hat, ist erheblich klüger, nämlich in dieser Woche eine Debatte und im Januar dann eine Entschließung.

Der Präsident. - Es geht jetzt zunächst einmal darum, überhaupt zu klären, ob wir den Punkt in die Tagesordnung aufnehmen. Möchte jemand dagegen reden? Das ist nicht der Fall.

Dann lasse ich zunächst einmal darüber abstimmen, ob wir diesen Punkt überhaupt in die Tagesordnung aufnehmen.

(Das Parlament nimmt den Antrag an.)

Die Aussprache steht jetzt schon fest. Die Hohe Vertreterin muss sich diese Woche hier dazu äußern.

Die Frage ist jetzt nur an Sie, ob Sie danach eine Entschließung verabschieden wollen. Wer für eine Entschließung ist, den bitte ich um Handzeichen. Wer ist dagegen? Diese Woche, wann denn sonst? Das ist beantragt worden, diese Woche ist beantragt worden. Dann machen wir es ganz präzise. Frau Harms, hatten Sie es für diese Woche oder für Januar beantragt? Sie hatten es für diese Woche beantragt.

Rebecca Harms (Verts/ALE). - Ich finde, dass sich das Europäische Parlament möglichst rasch äußern sollte. Aber ich bin auch der Meinung, das Europäische Parlament sollte sich möglichst geschlossen äußern. Mein Eindruck aus den Gesprächen in diesen letzten beiden Tagen war: Wir sollten ruhig eine ordentliche Diskussion ausverhandeln und die im Januar zur Abstimmung stellen.

Der Präsident. - Das war aus Ihrer Wortmeldung eben nicht so genau erkennbar. Sie haben es aber jetzt geklärt.

Wir haben also jetzt alle Wünsche erfüllt. Diese Woche wird diskutiert, im Januar wird eine Entschließung verabschiedet. Darüber lasse ich jetzt abstimmen.

(Das Parlament nimmt den Antrag an.)

Die ECR-Fraktion beantragt, die Abstimmung über den Entschließungsantrag zur Anerkennung der palästinensischen Eigenstaatlichkeit auf Donnerstag zu verschieben.

Morten Messerschmidt, on behalf of the ECR Group. – Mr President, everybody agrees that this is quite a delicate issue, and I think we need more time in order to negotiate the resolution compromises. Therefore, on behalf of the ECR Group, I would like to move that we extend the deadline to Wednesday at 11.00 so that we can have the vote this week, but on Thursday.

Martina Anderson (GUE/NGL). - Mr President, we have already delayed the vote from last month to this month. We have had ample time to try to get a joint resolution agreed, and therefore it is appropriate that we stick to the schedule. We have all been working towards that schedule and we absolutely reject the proposal that we should vote on it on Thursday. We should vote on Wednesday as is indicated in the schedule.

Der Präsident. - Ich lasse über den Antrag von Herrn Messerschmidt, die Abstimmung auf Donnerstag zu verschieben, abstimmen.

(Das Parlament lehnt den Antrag ab.)

(Der Arbeitsplan ist somit angenommen.)

Montag, 15. Dezember 2014

15. Übereinkommen über den internationalen Handel mit gefährdeten Arten freilebender Tiere und Pflanzen (CITES) (Aussprache)

Der Präsident. - Als nächster Punkt der Tagesordnung folgt die Aussprache über die Empfehlung des Ausschusses für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit betreffend den Entwurf eines Beschlusses des Rates über den Beitritt der Europäischen Union zu dem Übereinkommen über den internationalen Handel mit gefährdeten Arten freilebender Tiere und Pflanzen (CITES) (09412/2014 — C8-0042/2014 - 2013/0418(NLE)) Berichterstatterin: Pilar Ayuso (A8-0036/2014).

Herranz García, Esther, ponente suplente. - Señora Vicepresidenta, señor Comisario, en primer lugar quisiera pedirles disculpas en nombre de la ponente, la señora Ayuso, que, por razones personales, no puede estar presente hoy aquí, pero que agradece a sus Señorías el trabajo parlamentario precedente.

Como todos ustedes saben, la CITES, la Convención sobre el Comercio Internacional de Especies Amenazadas de Fauna y Flora Silvestres, que entró en vigor en 1975, persigue proteger las especies mediante controles de comercio internacional. Engloba unas 35 000 especies, que están reguladas en tres apéndices en función del grado de protección que necesiten. Desde que la Comisión presentó su propuesta, ha habido dos nuevas adhesiones a la CITES, que cuenta en la actualidad con 180 partes, entre ellas todos los Estados miembros de la Unión Europea.

La Unión Europea tenía hasta ahora la condición de observador en la CITES, dado que solo los Estados miembros podían ser partes. Sin embargo, esta situación cambió en noviembre de 2013, con la entrada en vigor de la «enmienda de Gaborone», que permite a organizaciones de integración económica regional constituidas por Estados pasar a ser partes de la Convención. La solicitud de aprobación remitida al Parlamento por el Consejo basa su proyecto de Decisión en un único artículo del Tratado, el artículo 192, relativo al medio ambiente, mientras que la Comisión había basado su propuesta inicial en los artículos 192 y 207, relativo este último a la política comercial común.

En la opinión emitida por la Comisión de Asuntos Jurídicos de esta casa se consideró que, en este caso, la doble base jurídica propuesta por la Comisión Europea es la adecuada. Sin embargo, y dado que el Parlamento tiene que adoptar una recomendación relativa solo a la adhesión de la Unión Europea a la CITES, y no ha sido llamado a adoptar una posición sobre el fundamento jurídico, nos hemos limitado, en este contexto y solo en aras de la claridad jurídica, a mencionar el tema de la doble base jurídica en los vistos.

En nuestra opinión, la adhesión de la Unión Europea a la CITES es un paso lógico y necesario para garantizar la plena capacidad de la Unión Europea para seguir sus objetivos de política ambiental. La señora Ayuso dice que es importante señalar que los derechos y obligaciones de los Estados miembros en el marco de la Convención no se verán afectados por esta adhesión. En la práctica, el proceso interno de toma de decisiones no se verá influenciado, sino que racionalizará las prácticas que actualmente se encuentran en vigor.

Por todo lo expuesto, me pide la señora Ayuso que les transmita que ella considera que debemos votar a favor de la adhesión de la Unión Europea a la CITES.

IN THE CHAIR: MAIREAD McGUINNESS

Vice-President

Carlos Moedas, Member of the Commission. - Madam President, Commissioner Vella regrets that he is not able to be in Strasbourg today. He is in Brussels at the Fisheries Council, but he has asked me to present the views of the Commission on this file to you.

Montag, 15. Dezember 2014

I would like, first of all, to thank Ms Ayuso and Ms Herranz García for their excellent and efficient work on this particular file. When presenting these political guidelines to Parliament in July, President Juncker made clear that one of the aims of the new Commission is to reinforce the EU as a strong global actor. The EU accession to the CITES Convention is to be seen in this context.

The CITES Convention aims to make international trade in wildlife species sustainable. It is a very operational and efficient instrument that regulates millions of cross-border movements of animals, plants and commodities derived from them, such as timber, leather goods, medicines, cosmetics and food products. In total, we are talking about 35 000 species that are covered by CITES. This wide scope, combined with the legally binding nature of its decisions and its robust compliance mechanism, makes the CITES Convention a critical tool to address the overexploitation of natural resources, which is one of the biggest threats to biodiversity today.

The CITES Convention stands at the crossroads of environment, trade and development. These are all areas in which the EU is a leading actor on the international scene. These are also areas in which the EU has strong legislation and policies. The EU's accession to the Convention will reflect its leading role, and it will increase the EU's visibility and accountability. The situation will be similar to the other organisations such as the WTO, the FAO or the Convention on Biological Diversity, of which the EU has been a full member for many years.

In operational terms, the way we prepare for CITES meetings will not change much after the EU accession, as there is a well-established practice to agree on common EU positions before each meeting. However, the EU will gain visibility at the CITES meetings, as EU positions will be expressed by the EU on matters of EU competence. The EU will also be able to participate fully in the various bodies set up under the Convention and contribute to its annual budget.

This accession comes at a particularly important time. CITES has recently engaged much more in regulating international trade in marine and timber species. These are very valuable commodities traded in large amounts. The EU has pushed for these, and our accession to CITES will allow us to increase our investment further to ensure that the international timber and fish trades are legal and sustainable.

CITES is also at the forefront of the fight against wildlife trafficking, a problem which I know is important to this Parliament. The current dramatic surge in wildlife trafficking calls for a strong response from the international community. At its last meeting in July, the CITES Standing Committee adopted very concrete measures targeting the countries most involved in wildlife trafficking, particularly in ivory, rhino horns and rosewood. These measures need to be implemented within strict deadlines, and failure to do so could result in the adoption of trade sanctions. Increasingly, CITES is also engaging in close cooperation with international organisations like the UN Office on Drugs and Crime, and Interpol, which also specialise in combating organised crime. The EU must play its role in these global efforts, and the accession to CITES is a very concrete step towards facilitating this.

To conclude, I would stress that the EU's accession to CITES will reinforce both the EU as a global player and CITES as an essential multilateral instrument for sustainable development. The Commission is aware of the interest of Parliament in these matters, and we count on your support in finally making it possible for the EU to become a full party to CITES.

Dubravka Šuica, u ime kluba PPE. – Gospodo predsjednice, najprije možemo zahvaliti gđi Ayuso i gđi Garcia koje su izvrsno odradile zadatak, a gospodinu povjereniku mogu u ime Europske pučke stranke reći da možete računati na našu potporu, jer smatram da je ovo jedan vrlo važan potez s obzirom da je cilj konvencije u cijelom svijetu uspostaviti nadzor nad trgovinom ugroženim vrstama divljih životinja i biljaka.

Mi znamo da Europska unija još od 1984. godine provodi CITES konvenciju, međutim kao što znamo, nije je mogla potpisati s obzirom da su to mogle samo države članice. Zato je vrlo važno da danas, odnosno sutra, kad budemo glasovali, Europski parlament usvoji preporuku o pristupu CITES-u, jer kao što ste i sami rekli, u studenome 2013. godine omogućeno je da i Unija pristupi i bude punopravna članica.

Montag, 15. Dezember 2014

Važna su tri aspekta: i razvoj, i međunarodna trgovina i zaštita okoliša. I dosad smo se ponašali u skladu s ovim odredbama ove konvencije, ali smo se tada referirali na odredbe osnivačkog ugovora Europske unije i onoga poglavlja koje se bavilo zaštitom okoliša. Da bi se učinkovito provodila ova konvencija, smatram da je potrebna kontinuirana suradnja svih tijela: carine, policije, granične, veterinarske inspekcije, inspekcije zaštite prirode.

Godišnja vrijednost međunarodne trgovine divljim vrstama procijenjuje se na milijarde američkih dolara, a na nezakonitom tržištu se po godišnjoj zaradi svrstava zbog trgovine narkoticima, oružjem i ljudima.

Dakle, radi se opstanku više od 35 000 vrsta i zato je dobro da je ovaj dokument došao u Europski parlament, da putem konvencije štitimo ugrožene vrste time što se zabranjuje ili posebnim sustavom dopuštenja uvelike otežava međunarodna trgovina ovim vrstama.

Ugrožene vrste divljih životinja i biljaka čija se trgovina nadzire, svrstane su u tri dodatka konvenciji. U svakom slučaju, još jednom u ime Europske pučke stranke, podržavamo da Europska unija postane globalni igrač u ovom dijelu i da se osnaži uloga CITES-a.

Renata Briano, a nome del gruppo S&D. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, innanzitutto anche io, voglio ringraziare la relatrice Ayuso, per il lavoro svolto e dire al Commissario che può contare, per quanto riguarda questo tema, anche sul nostro gruppo. Come è già stato detto, la Convenzione sul commercio internazionale delle specie di flora e fauna selvatiche, minacciate di estinzione, predispone una serie di garanzie, affinché il commercio internazionale di esemplari di flora e fauna selvatica non ne minaccino la sopravvivenza. La CITES protegge infatti più di 35 000 specie e ne fanno parte 178 paesi, tra cui tutti gli Stati membri dell'Unione europea. L'UE, adesso, può finalmente esserne parte contraente e non più semplice osservatore.

Si tratta quindi di un atto dovuto. Un atto dovuto perché le competenze per applicare la Convenzione ricadono, di prevalenza, sull'Unione europea: è un passaggio necessario per rendere più efficace la protezione della biodiversità e delle specie a rischio. La salvaguardia, la tutela e il miglioramento della qualità dell'ambiente, sono delle priorità dell'Unione, secondo i trattati, assieme all'uso accorto e razionale delle risorse naturali e alla promozione internazionale di provvedimenti per risolvere i problemi ambientali.

Inoltre, l'UE adotta le misure per il corretto funzionamento del mercato interno e in materia di unione doganale, politica commerciale comune. Il commercio internazionale a discapito delle specie a rischio – pensiamo allo sterminio di elefanti e di rinoceronti per le zanne e i corni, alla caccia indiscriminata di animali da pelliccia e i grandi felini, alla strage di alberi rari per i loro legname – genera un fatturato annuo di 200 miliardi di dollari. Questa barbarie impoverisce la Terra, per arricchire alcune organizzazioni criminali e spesso alimentare guerre e terrorismo. Per questo non possiamo che vedere con favore l'intervento diretto dell'Unione europea nella CITES e la sua adesione, come previsto, nella proposta di decisione del Consiglio, nonché ringraziare tutte le forze dell'ordine che controllano il rispetto di queste norme.

Mark Demesmaeker, namens de ECR-Fractie. – Het CITES-verdrag over de internationale handel in bedreigde in het wild levende dier- en plantensoorten is intussen ruim 40 jaar oud, maar meer dan ooit nodig. CITES – het is al gezegd – biedt bescherming aan niet minder dan 35 000 dier- en plantensoorten. Als bijvoorbeeld de Afrikaanse zwarte neushoorn voorlopig van uitsterven werd behoed, dan is dat onder andere dankzij deze conventie. Het Wereldnatuurfonds schat de waarde van de illegale handel in bedreigde diersoorten en afgeleide producten alleen al op 19 miljard dollar. Dat is de vierde grootste illegale handel na drugs, namaak en mensenhandel. En met de winsten worden vaak oorlog en terrorisme gefinancierd. Het CITES-verdrag reguleert de internationale handel zodat die op een duurzame manier kan gebeuren met oog voor de menselijke behoeften en voor de economie. 180 landen hebben zich inderdaad al bij CITES aangesloten, ook alle 28 EU-lidstaten.

Montag, 15. Dezember 2014

Vandaag spreken we over de toetreding van de Europese Unie tot de overeenkomst. Als schaduwrapporteur voor de ECR-Fractie kan ik bevestigen dat wij die toetreding steunen. Die bevordert de juridische transparantie over de precieze rol van de Europese Unie en haar slagkracht. Overigens is dit geen unicum. De EU trad eerder toe tot andere internationale milieuconventies zoals de Bonn-conventie, het Carthage-protocol en het Nagoya-protocol. Ik wil beklemtonen dat er duidelijk afgebakende verantwoordelijkheden zijn tussen de EU en de lidstaten en dat de toetreding van de EU tot CITES geen invloed heeft op de verdeling van de bevoegdheden tussen de EU en de lidstaten, noch op de manier waarop een gemeenschappelijk EU-standpunt wordt bepaald.

Het enige heikele punt is de vraag of dit dossier een dubbele rechtsgrond (milieu en handel) moet hebben. Maar deze discussie staat onze goedkeuring morgen in de plenaire niet in de weg.

Gerben-Jan Gerbrandy, *on behalf of the ALDE Group*. – Madam President, I must say I am relieved that finally the EU can become a party to the CITES Conference. I witnessed myself how important this is a few years ago when I was part of Parliament's delegation to the CITES Conference in Doha. We did not speak with one voice, we were not very united, we were more occupied by our internal negotiations as EU Member States and then we made a strong position at the Conference itself, so I am very relieved that we have finally become a party to CITES.

Another thing I would like to address here – and the Commissioner has already mentioned it, as have many of my colleagues – is the importance of the fight against wildlife trafficking. That is something that should be done with CITES but of course, and the Commission knows this, this is something that should also be done much more strongly within the EU. I therefore hope that Commissioner Moedas can give the message not only to his colleague responsible for the environment but also to his colleagues higher up the hierarchy in the Commission that we really need an EU action plan against wildlife trafficking, and the sooner the better.

Lynn Boylan, *on behalf of the GUE/NGL Group*. – Madam President, I welcome today's recommendation for the EU's accession to the Convention on International Trade in Endangered Species of Plants and Animals. The European Union cannot be found wanting in its actions, and it cannot allow species like the African elephant and rhino to be consigned to the history books. 22 000 African elephants were killed for their ivory in 2012 alone. 95% of the world's rhinos have been wiped out in the last forty years, and let us also not forget all the other less well-known species that are illegally traded on a daily basis. The impact that losses like these have on ecosystems is catastrophic.

The EU and Member States must, of course, comply with obligations under this Convention, but it is one thing to ban or limit trade and it is another to effectively enforce it. One cannot ignore the fact that the vast majority of this illegal trade is carried out in the developing world in conflict zones. The EU, of course, should support these countries where they lack equipment and funds for enforcement, but we must also look at the bigger picture. If annual turnover for the illegal trade is estimated to be USD 19 billion – making it the fourth-largest illegal trade in the world – the extreme poverty of many African communities lends itself to this trade. When the tusks of a single adult elephant are worth more than ten times the average annual income in many of these countries, is it any wonder that impoverished people resort to wildlife trade?

Benedek Jávor, *on behalf of the Verts/ALE Group*. – Madam President, the Green Group and I warmly welcome and support the accession of the EU to CITES, which is one of the world's most powerful tools for biodiversity conservation. It is clearly a necessary and desirable development. However, as I see it, this step is only a drop in the bucket. Let me remind you that, despite the EU's commitment to halve the loss of biodiversity in the EU by 2020 and to restore biodiversity wherever possible, in the longer term – as well as in the long-term vision for biodiversity for 2050 – natural capital and ecosystems services are being continuously depleted. This will have profound consequences for our well-being.

As stated by the Commission itself, over half of the habitats and species covered by the EU Habitats Directive are considered to be in an unfavourable conservation status. There is evidence that the status of many ecosystems is reaching, or has already reached, the point of no return. It is estimated that each year we lose 3% of our GDP due to the loss of biodiversity. Besides undermining the economy through diversity loss, changes in habitats and ecosystems also erode social cohesion in and outside the EU. Thus we must step up efforts in Europe to achieve our biodiversity targets.

Montag, 15. Dezember 2014

We must ensure that none of the policies of the EU or of its Member States have harmful impacts on biodiversity. We must reinvest in natural capital, construct green infrastructure and ensure that all spending under the EU budget is supportive of halting the loss of biodiversity. I therefore urge the European Commission and all European decision-makers to set their priorities and structure their work mindful of the biodiversity targets, and not to compromise biodiversity, as it is crucial to sustaining the ecological systems and the services we all depend on.

Marco Affronte, a nome del gruppo EFDD. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, l'ingresso dell'Unione europea come membro della Convenzione di Washington, non può che trovarci d'accordo, così come con parere praticamente unanime si è espressa la commissione ambiente su questo. La CITES è stata ratificata da 180 paesi nel mondo ed è probabilmente una delle normative che in maniera più efficace ha dato un contributo alla tutela delle specie protette. L'occasione dell'ingresso dell'Unione europea nella Convenzione deve essere però uno stimolo a fare ancora di più, molto di più nell'ambito del traffico illegale di specie selvatiche.

Nel 2011 il valore del mercato europeo dei prodotti appartenenti a specie iscritte nelle liste della Convenzione di Washington, è stato stimato a quasi 500 milioni di euro. L'Europol osserva che, negli ultimi anni, il livello di attività criminali sempre più organizzate e presenti nel campo del commercio illegale di specie selvatiche sta crescendo. L'Unione europea è sempre più un consumatore ma anche un produttore di risorse naturali illegalmente acquisite da immettere sui mercati. Nella banca dati europea dei sequestri di specie incluse nella CITES ci sono oltre 37 000 registrazioni, segno evidente di un mercato illegale di enormi dimensioni.

Un esempio per tutto è dato dalla massiccia importazione illecita di carni dall'Africa, la cosiddetta «bush meat» che nei paesi di provenienza, rappresenta un'importante risorsa alimentare mentre da noi è solo uno sfizio e l'ostentazione di uno stato sociale: parliamo di circa 270 tonnellate di carne illegalmente importate, solo attraverso l'aeroporto di Parigi. Ben venga dunque l'ingresso dell'Unione come membro della CITES ma procediamo anche con altre iniziative, come il rinforzo delle regole, il miglioramento della raccolta dei dati e l'inasprimento delle pene per i trasgressori.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI). - Τις προσεχείς ημέρες θα έλθει προς έγκριση πρόταση απόφασης του Συμβουλίου να προσχωρήσει η Ευρωπαϊκή Ένωση στη σύμβαση για το διεθνές εμπόριο των ειδών άγριας πανίδας και χλωρίδας.

Η ανάγκη για την υπερψήφιση της προτάσεως γίνεται προφανής εάν συνειδητοποιήσει κάποιος ότι, από τις αρχές της δεκαετίας του 1970, οι άνθρωποι, για λόγους εμπορικού κέρδους, έχουν καταληφθεί από μία ανεξήγητη μανία καταστροφής πολλών ειδών φυτών και ζώων, τα οποία κινδυνεύουν να εξαφανισθούν από τον πλανήτη. Εκτιμάται ότι μέχρι το 2020 περί τα 10.000.000 από αυτά τα φυτά και τα ζώα θα έχουν εξαφανιστεί.

Εάν σ' αυτό τον αριθμό συνυπολογίσουμε την απώλεια κυρίως των ζώων λόγω της καταστροφής από τον άνθρωπο των δασών, των βοσκοτόπων, των κοραλλιογενών υφάλων αλλά και τη μόλυνση των θαλασσών, η οποία προέρχεται πάλι από τον άνθρωπο, τότε αυτός ο αριθμός των ζώων εγγίζει τα όρια της τραγικότητας.

Η Ευρωπαϊκή Ένωση, λοιπόν, βρίσκεται μπροστά σε μία πολύ σημαντική πρόκληση, στην οποία πρέπει να ανταποκριθεί με επιτυχία. Ξεκινά με τις καλύτερες προθέσεις. Ερωτάται όμως: Θα κατορθώσει να περιορίσει τη μέχρι στιγμής ανεξέλεγκτη δράση των νομίμων και παρανόμων εμπορών αυτών των ειδών; Θα κατορθώσει να ελέγξει το εμπόριο των ειδών αυτών μέσω του διαδικτύου; Και τέλος, θα μπορέσει να εξασφαλίσει τη διεθνή συνεργασία ώστε να προωθήσει, σε διεθνές επίπεδο, μέτρα τα οποία αφενός θα προστατεύουν αυτά τα είδη αφετέρου θα εγγυώνται την προστασία του περιβάλλοντος, ώστε και η ζωή του ανθρώπου να γίνει πιο καλή αλλά παράλληλα να εξασφαλιστούν και καλύτερες συνθήκες διαβιώσεως;

Εύχομαι να επιτύχουμε σ' αυτή την προσπάθεια.

Marijana Petir (PPE). - Gospođo potpredsjednice, kao osoba koja se zalaže za zaštitu pravnog poretka, ali i za zaštitu ugroženih divljih, biljnih i životinjskih vrsta, pozivam nadležna tijela Europske unije da učine sve kako bi Europska unija pristupila Konvenciji CITES.

Konvencijom je danas zaštićeno preko 35 000 različitih biljnih i životinjskih vrsta, njih oko 1000, ili 3 % je ugroženo i suočeno s rizikom izumiranja upravo zbog trgovine. Republika Hrvatska je stranka konvencije od 2000. godine, postigla je vrlo zapažene rezultate u borbi protiv trgovine egzotičnim vrstama, a ove godine izvršena je vrlo velika zapljena egzotičnih biljaka i životinja.

Montag, 15. Dezember 2014

Svake godine u međunarodnu trgovinu divljim vrstama ulaze deseci milijuna primjeraka biljaka i životinja, a vrijednost te trgovine iznosi preko 10 milijardi dolara godišnje. Izrazito rijetke i kritično ugrožene kornjače sa Madagaskara na ilegalnom tržištu postižu cijenu i do 25 000 eura po komadu, a rijetke Learove papige iz Brazila mogu koštati vrtoglavih 90 000 eura po primjerku. Kilogram roga nosoroga na crnom tržištu košta više od kilograma zlata. Slonovača i dalje predstavlja luksuzan proizvod i statusni simbol, pa cijena sirove slonovače iznosi i do 5 000 eura po kilogramu, dok rezbareni predmeti koštaju i puno više.

Potražnja za ovim proizvodima rezultirala je masovnim krivolovom na te vrste pa je u 2012. godini u krivolovu ubijeno 22 000 slonova, a tijekom prošle godine samo na teritoriju Južnoafričke republike zbog krivolova je stradalo preko 1000 nosoroga. Nažalost, u cijelom tom procesu stradavaju i ljudi pa je na svjetskoj razini 56 rendžera izgubilo svoje živote na službenoj dužnosti u posljednjih 12 mjeseci od kojih su 29 bili ubijeni od strane krivolovaca.

Stoga još jednom pozivam nadležna tijela Europske unije kao osoba koja se zalaže za zaštitu pravnog poretka da Europska unija pristupi konvenciji CITES.

Ricardo Serrão Santos (S&D). - Pedi também a palavra para realçar a importância da «Convenção sobre o Comércio Internacional de Espécies da Fauna e da Flora Selvagem Ameaçadas de Extinção» e do novo estatuto da União Europeia.

Tenho acompanhado de perto a implementação e posso atestar como, progressivamente, este instrumento é cada vez mais eficiente. No meu país, Portugal, e mais especificamente, os Açores, a região de onde sou oriundo, a aplicação deste instrumento tem dotado as autoridades de legitimidade para atuar e, junto dos cidadãos, reforçado a sensibilização para a importância da salvaguarda das espécies selvagens.

A nível internacional há ainda muita atividade ilegal e outra não regulamentada. Assim, há que combater, com todos os meios, a utilização de fauna e flora selvagens em nome da pseudociência vudu, o colecionismo de organismos vivos, as aplicações em bijuteria, mobiliário, objetos decorativos, incluindo o vestuário. Espécies como os gorilas, os rinocerontes, as tartarugas, os corais negros, continuam em perigo. Ao aumento dos transportes comerciais a nível global e à venda na internet tem que corresponder uma crescente eficácia na fiscalização e na regulamentação. A União Europeia deve ser intolerante relativamente ao comércio de espécies ameaçadas.

Assim, congratulo-me pelo novo estatuto da Comissão Europeia fazendo votos para que seja uma oportunidade para uma maior proatividade.

Julie Girling (ECR). - Madam President, I welcome the accession of the EU to the Convention on International Trade in Endangered Species. This will enable the EU to take a committed position and play a full role in the Convention. Article 191 allows the EU to promote measures at international level to deal with worldwide environmental problems; and what could be more apposite than endangered species? All Member States are signed up to CITES already, so why the necessity for this accession? What does it add?

In my view this will give the EU a platform to move forward together at the Conference of the Parties, employing the power and influence of all 28 Member States together, and I hope that in the near future we will be able to use this influence to promote tougher enforcement of the licensing system. Barely a week goes by when we do not see some new seizure of goods or medicines fashioned from endangered species, from tigers' bones to rhino horn. Last week we saw in Hong Kong just such a thing. I would like to see this as just the very beginning of the EU's new approach to CITES. The burden of the questions should be moved not from what we can trade, but why we should trade at all, and the EU could be at the forefront of that discussion.

Catherine Bearder (ALDE). - Madam President, we must all cheer about the change in the EU's status in CITES from observer to full member. As a full member the EU will speak with and vote with one voice in CITES negotiations. We will also be responsible for implementing and enforcing the Convention and will participate fully in CITES projects. This marks an important step in the protection of highly endangered species around the world.

Montag, 15. Dezember 2014

More than ever, international coordinated action is needed to end illegal wildlife trade, stop poaching and the increasing rate of biodiversity loss. Over 20 000 elephants were killed by poachers last year; a record 668 rhinos in South Africa alone were killed for their horns just to make trinkets and medicines that do not work. Unless we act now these species and many others will become extinct. But the trade in living wild animals is also thriving. At this very moment the Zimbabwe government is profiteering from baby elephants removed from their herds to be sold to zoos in China and the UAE. These animals face extreme stress, poor conditions and are at a high risk of early death.

All parties to CITES must act decisively and quickly to prevent animals being traded as commodities. They deserve our protection. We can and must develop an action plan, working closely with countries such as China. The EU can be a global leader in the fight against this serious and most profitable crime as a full member of CITES. We have a duty to raise awareness, impose stricter controls and introduce dissuasive penalties for those who profit from illegal wildlife trade.

Stefan Eck (GUE/NGL). - Frau Präsidentin, wer te Kolleginnen und Kollegen! Laut einem Bericht des WWF hat sich die Anzahl der weltweit lebenden Tiere in den letzten 40 Jahren halbiert. Ebenso dramatisch verhält es sich mit anderen Tierarten, und mehr als 70 % aller Pflanzenarten gelten bereits heute als bedroht.

Neben dem natürlichen Aussterben sind vor allem anthropogene Gründe die Ursache: Klimawandel, Regenwaldabholzung, Meeresverschmutzung, Massentierhaltung, der Einsatz von Pestiziden und Insektiziden, aber auch der Handel mit Wildtieren und Wildpflanzen, der auf mehrere Milliarden Euro pro Jahr geschätzt wird, so gelangen beispielsweise pro Jahr 1,5 Millionen Wildvögel und rund 440 000 Tonnen Heilpflanzen in den Handel.

Wir haben die moralische Verpflichtung, diesen Irrsinn zu stoppen, bevor Zigtausende Tier- und Pflanzenarten sich jedes Jahr für immer von der Weltbühne verabschieden. Wir können das Artensterben aufhalten durch die Bekämpfung des Klimawandels, durch Maßnahmen gegen die Regenwaldzerstörung, durch die Verringerung der Massentierhaltung, aber auch durch striktere Handelsbeschränkungen. Eine zielführende Möglichkeit wäre, den Einfluss der EU bei den anstehenden Verhandlungen über das CITES durch die Vollmitgliedschaft der EU zu verstärken. Denn die Wahrheit ist doch oft, dass der Schutz bedrohter Arten nationalen wirtschaftlichen Interessen zum Opfer fällt. Dies müssen wir, muss die EU verhindern.

Ich möchte zum Abschluss eines zu bedenken geben: Wir brauchen diese Erde, aber die Erde braucht uns nicht.

Julia Reid (EFDD). - Madam President, if it is large, grey, has a trunk and looks like an elephant, then that is exactly what it is: an elephant. CITES was created for signing by sovereign states. However, it is now to be signed by the European Union. Yet again the European Union behaves like a sovereign state. Like the elephant, if it has ever more characteristics of a sovereign state, then it is obvious to all that this is exactly what the EU is becoming. There are those, especially in the UK, who are in denial about this fact: that the European Union, as a direct, inevitable consequence of the commitment to ever-closer union, and as set out in successive treaties, is taking over the sovereignty of Member States. This recommendation is proof positive of what UKIP has long been saying (but LIB/LAB/CON denies): that the EU is ever more sovereign. The usual weasel words are in the report. It will enable the Commission to lead negotiations and be a catalyst. Signing CITES may be very sensible for sovereign states, but the EU signing CITES represents yet another EU power-grab. The EU acquires the one vote, counting as 28 votes, and my country along with 27 others lose yet another freedom to decide for themselves. Truly there is an elephant in the room. It is called the European Union.

Ivan Štefanec (PPE) - Verím, že všetci cítíme spoluzodpovednosť za ochranu prírody na celom svete, preto podporujeme túto konvenciu, ku ktorej má Európska únia pristúpiť ako celok. Spoločný európsky trh je jednou z našich najväčších výhod, preto má zásadný význam postupovať spoločne aj v tejto oblasti, pretože táto konvencia o medzinárodnom obchode sa týka spoločného európskeho trhu a nášho spoločného európskeho postupu. Ako je známe, história konvencie siaha až do 1. júla 1975 a zahŕňa viac ako 35 000 druhov ohrozených živočíchov a rastlín. Dovoľte mi zdôrazniť, že zo slovenských druhov sú to také vzácne druhy ako orol kráľovský, sokol lovecký či vydra riečna. Pristúpenie Európskej únie k dohovoru CITES zabezpečuje väčšiu transparentnosť právneho postavenia Únie v rámci CITES voči tretím stranám dohovoru. Súčasný štatút pozorovateľa skôr predstavoval nevýhodu a neumožňoval Únii v plnej miere realizovať ciele v rámci politiky ochrany životného prostredia. Únia bude každý rok prispievať 2,5 % celkovej výšky trustového fondu CITES, čo je približne 115 000 EUR na budúci rok, a podľa toho sa znížia príspevky členských štátov. To je ďalší dôkaz výhodnosti spoločného európskeho postupu. Pristúpenie umožní Komisii zaujímať v mene Únie jednotnú pozíciu a zlepšiť sa tým pozícia EÚ v kontrole medzinárodného obchodu. Verím, že náš súhlas – Európskeho

Montag, 15. Dezember 2014

parlamentu – s pristúpením Únie k tomuto dohovoru o medzinárodnom obchode prispeje nielen k efektívnejšej ochrane ohrozených druhov voľne žijúcich živočíchov a rastlín, ale aj zrýchli rozhodovací proces a najmä zosúladí potrebný spoločný európsky postup.

Monika Flašíková Beňová (S&D) - Medzinárodný obchod s voľne žijúcimi živočíchmi a rastlinami výrazne obmedzuje prežitie a vývoj živočíšnych druhov a exemplárov rastlín po celom svete. Nakoniec mnohí z vás to už spomenuli. Dohovor CITES tak zabezpečuje ochranu pre vyše 35 000 druhov a výrazne prispieva ku kontrole nelegálneho medzinárodného obchodu v tejto oblasti. V súčasnosti sú členmi dohovoru členské štáty, ale sme presvedčení, že nastal čas, aby sa zmenil status a aby aj Európska únia, ktorá v súčasnosti pôsobí iba ako pozorovateľ, dostala nové právomoci. Pristúpenie k dohovoru CITES neovplyvní práva a povinnosti členských štátov, pretože Európska únia bude hlasovať iba o tých otázkach, ktoré sa týkajú *acquis*, a jednotlivé členské štáty budú aj naďalej hlasovať o všetkých ostatných veciach. Avšak pristúpenie Európskej únie k dohovoru CITES zabezpečí väčšiu transparentnosť právneho prostredia a postavenia Európskej únie voči tretím stranám dohovoru.

Νότης Μαριιάς (ECR). - Κυρία Πρόεδρε, η CITES είναι μία σημαντική διεθνής σύμβαση, η οποία, στον βαθμό που θα εφαρμοστεί αποτελεσματικά, μπορεί να προστατεύσει την άγρια πανίδα και χλωρίδα. Είναι χιλιάδες τα είδη που προστατεύονται από τη CITES και μέσω της σύμβασης αυτής μπορεί να χτυπηθεί το λαθρεμπόριο και τα διάφορα κυκλώματα που πλουτίζουν από το εμπόριο των υπό εξαφάνιση ζώων. Επομένως ο ρόλος της σύμβασης είναι θετικός και θεωρώ ότι η Ευρωπαϊκή Ένωση πρέπει να προσχωρήσει στη σύμβαση αυτή.

Όμως ο τρόπος που θα γίνει η προσχώρηση της Ευρωπαϊκής Ένωσης θα πρέπει να σεβαστεί απαρέγκλιτα τις αρμοδιότητες των κρατών μελών στο πεδίο εφαρμογής της Συνθήκης. Ταυτόχρονα, αυτό θα πρέπει να ισχύσει και στο μέλλον, και να μην επιχειρήσει η Επιτροπή με έμμεσο τρόπο να επεκτείνει, όπως κάνει συνήθως, τις αρμοδιότητες της Ευρωπαϊκής Ένωσης σε βάρος των αρμοδιοτήτων των κρατών μελών.

Για τον λόγο αυτό, πρέπει η Επιτροπή να βρίσκεται υπό συνεχή έλεγχο και λογοδοσία ενώπιον του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου.

(Ο ομιλητής δέχεται να απαντήσει σε ερώτηση με «γαλάζια κάρτα» (άρθρο 162 παράγραφος 8 του Κανονισμού))

Gilles Lebreton (NI), question «carton bleu». – Madame la Présidente, Monsieur, vous venez de déclarer que vous étiez favorable à l'adhésion de l'Union européenne à la convention sur le commerce international des espèces sauvages mais, parallèlement, vous souhaitez préserver la compétence des États. J'y vois une contradiction: si l'Union européenne adhère à cette convention, les États perdront nécessairement une nouvelle part de leur souveraineté, comme l'un des orateurs précédents l'a d'ailleurs dit.

Qu'en pensez-vous?

Νότης Μαριιάς (ECR), απάντηση «γαλάζια κάρτα». – Ήθελα να επισημάνω στον συνάδελφο ότι οι αρμοδιότητες της Ευρωπαϊκής Ένωσης είναι συγκεκριμένες και προσδιορίζονται, όπως επίσης και οι αρμοδιότητες των κρατών μελών. Γι' αυτό επεσήμανα ότι είναι δυνατόν να υπάρξει προσχώρηση της Ευρωπαϊκής Ένωσης, η οποία θα ασκεί τις αρμοδιότητές της στο πεδίο εφαρμογής τους, όπως προσδιορίζονται συγκεκριμένα από τη Συνθήκη της Ευρωπαϊκής Ένωσης. Και γι' αυτό τόνισα ταυτόχρονα ότι δεν μπορεί και δεν επιτρέπεται να προσπαθήσει έμμεσα η Επιτροπή να επεκτείνει τις αρμοδιότητές της σε άλλα πεδία εις βάρος των κρατών μελών. Αυτά που είπα δεν συγκρούονται αλλά στηρίζονται στη Συνθήκη της Λισσαβόνας όσον αφορά την κατοχύρωση των αρμοδιοτήτων των κρατών μελών.

Younous Omarjee (GUE/NGL). - Madame la Présidente, pendant la minute de temps de parole qui m'est impartie, je me limiterai à deux observations.

Premièrement, Monsieur le Commissaire, je partage pleinement votre avis: l'Union européenne doit, aujourd'hui, assumer pleinement ses responsabilités dans la gouvernance mondiale, dans un domaine qui correspond à un véritable enjeu de civilisation. Nous voyons bien que le rôle moteur que joue l'Union européenne dans les conférences des parties sur le climat a permis de leur donner une nouvelle impulsion. J'espère que cette impulsion sera donnée dans la lutte contre le commerce des espèces sauvages.

Montag, 15. Dezember 2014

Deuxièmement, cette question nous renvoie au débat plus large – peut-être philosophique, d'ailleurs – sur le rapport de notre espèce avec le reste du monde du vivant. Nous sommes quand même cette espèce un peu curieuse qui, pour satisfaire les besoins souvent futiles de consommateurs dans le monde – et, souvent, de consommateurs européens –, en vient à commettre des crimes de masse.

Nous devons prendre des mesures. Nous connaissons aujourd'hui la sixième vague d'extinction des espèces depuis le début de ce monde.

Eleonora Evi (EFDD). - Signor Presidente, onorevoli colleghi, salutiamo con piacere l'adesione dell'Unione europea alla Convenzione internazionale contro il traffico di specie in pericolo. È una decisione importante, dal momento che, nonostante l'impegno degli Stati membri, ancora oggi l'Unione europea rappresenta una delle tre destinazioni privilegiate di esemplari e prodotti di specie in pericolo, insieme a Stati Uniti e Giappone. Vi sono però alcuni progetti positivi, messi in atto anche da singoli Stati membri, come l'acquisto per esempio della lana di vigogna, che hanno dimostrato la possibilità di conciliare la tutela di specie vulnerabili con la necessità di sostentamento delle popolazioni indigene, che vengono quindi coinvolte nei programmi di tutela.

È inoltre necessario migliorare le attività di *intelligence* sia nei paesi di provenienza che in quelli di destinazione, anche attraverso la più ampia diffusione di database comuni, come il sistema EU-TWIX. Ci aspettiamo anche che l'Unione europea contribuisca fattivamente ad un apposito programma di coordinamento all'iniziativa dell'Interpol «Infraterra», per giungere al più presto all'arresto dei nove maggiori ricercati per reati ambientali, tra cui figurano i principali responsabili del mercato clandestino di specie vulnerabili.

Enrico Gasbarra (S&D). - Signore Presidente, onorevoli colleghi, con l'adesione alla Convenzione sul commercio internazionale delle specie di flora e di fauna selvatiche minacciate di estensione, l'UE finalmente si dota di un importante strumento volto a proteggere la biodiversità. La partecipazione dell'UE come soggetto giuridico a questo sistema di protezione delle specie non può che ribadire la posizione di rilievo e di responsabilità che l'UE assume nella promozione della sostenibilità ambientale. Sono oltre 35 000 infatti le specie coperte dalle disposizioni della Convenzione.

Abbiamo ora finalmente un quadro giuridico ancora più certo, anche a vantaggio della sicurezza dei cittadini europei, che regola l'introduzione e l'importazione di flora e fauna protetta. Ci apprestiamo a ratificare quindi uno strumento che rafforzerà la coerenza e il peso negoziale dell'Unione europea in ambito internazionale, in particolare coerenza con il trattato di Lisbona per l'attribuzione alla Commissione europea di una competenza piena in ambito commerciale e ambientale. Un altro passo avanti verso un ruolo più forte dell'UE nel mondo per la sostenibilità e la responsabilità ambientale.

Richard Ashworth (ECR). - Madam President, it is a sad reflection on mankind that we can put a man on the moon, but we are not capable of keeping some of our most valuable animals alive on earth. We give the highest financial value to those commodities that are scarcest on earth, but sadly that logic applies to animals as well – even to the point that the rarer a species becomes, the more sought-after and the more valuable it or its body parts become.

It is now the stroke of midnight for a number of the world's most endangered species. However, there is still time – but only if mankind can work together to get a message to all cultures on earth that we cannot go on like this, to outlaw the immoral trade in animal products from rare species, and to urge all authorities to join in enforcement. I commend CITES and I welcome the accession of the EU.

Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL). - Cinco mil espécies animais e vinte e oito mil espécies vegetais estão protegidas pela Convenção. Novecentas em risco de eminente desaparecimento. Precisamos de mecanismos para evitar a sua extinção, seja pela sobre-exploração, ou pelo comércio ilegal, que afeta cada vez mais um maior número de espécies.

Todos os anos circulam ilegalmente cinquenta mil primatas, quatro milhões de aves, trezentos e cinquenta milhões de peixes tropicais. Entre 60 e 80% morrem na viagem. O mercado está claramente definido: a oferta vem dos países tropicais, a procura está concentrada nos países ricos, são consumidores que procuram exemplares raros e é a indústria farmacêutica que compra espécies de aranhas e cobras venenosas para experiências e novos medicamentos.

Montag, 15. Dezember 2014

A União Europeia é o principal consumidor destes animais exóticos. É o primeiro importador mundial de peles de répteis, papagaios, *boa constrictors* e pitons. É o segundo importador de primatas e felinos. Precisamos, também, e concludo, de ferramentas eficazes que evitem que estas espécies exóticas se transformem em vassouras nos países de destino.

Neena Gill (S&D). - Madam President, I wholeheartedly welcome the prospect of EU accession to CITES, which has been overdue for decades. CITES clearly constitutes an area in which the EU has the potential to produce results which far outweigh the sum of actions taken by individual Member States. Issues relating to CITES have a crucial impact on EU policy in a great number of areas. Wildlife trafficking, for example, is not only unethical because of the harm it causes to animals, but is also depriving local communities of sustainable development opportunities, robbing countries of potential tax revenues, deterring investment, providing financing to terrorist groups and enabling the spread of diseases like Ebola.

So I strongly believe that the EU should take a leadership role in CITES in putting a stop to the trafficking of tigers and all other endangered species; and I recall in the last Parliament, when I was here, the impact of the save-the-tiger conference and exhibitions which I held here. But I have to say I am somewhat disappointed that the UK has the questionable honour of harbouring the fourth-highest number of online adverts for the illegal sale of protected wildlife. The onus is now on the UK and all other EU governments to secure the budgets needed for appointing wildlife cyber-crime officers to national crime units.

Sylvie Goddyn (NI). - Madame la Présidente, cette convention, même imparfaite, est un instrument utile tant que son objectif, à savoir protéger les espèces menacées, reste inchangé.

Pour le moment, les États membres votent à titre individuel, sous leur propre responsabilité, les projets présentés au sein de la CITES. Certes, ils se conforment à une position commune définie par le Conseil, mais ils sont libres, juridiquement, de voter dans un autre sens. Ce qui changera avec l'adhésion de l'Union européenne, c'est que celle-ci se verra octroyer le droit de vote de tous les États membres lors des conférences des parties. Dès lors, ce transfert du vote constitue un transfert de souveraineté auquel nous sommes opposés par principe. Mais il y a plus grave!

Nous n'avons pas confiance dans la capacité de l'Union européenne à résister aux lobbys, parce que ceux-ci demanderont des restrictions ou, au contraire, des suppressions de restrictions sur le commerce de telle ou telle espèce menacée. Il faut notamment craindre que certaines espèces de poissons consommées par l'homme soient inscrites dans le registre de la CITES, ce qui ouvrirait la voie à l'interdiction de leur pêche. Pour le moment, ce n'est pas le cas puisque ce sont les organismes régionaux de gestion halieutique qui régulent la pêche commerciale. Mais des voix se sont élevées pour demander que des poissons destinés à la consommation humaine puissent être inscrits à la CITES.

Le danger, c'est que sous l'influence de certains lobbys, l'Union européenne préfère interdire purement et simplement la pêche de certaines espèces, plutôt que de réguler cette pêche. C'est pourquoi nous refusons de signer un chèque en blanc à l'Union européenne.

Catch-the-eye procedure

Nicola Caputo (S&D). - Signora Presidente, onorevoli colleghi, l'adesione dell'Unione europea al CITES è di fondamentale importanza per assicurare la salvaguardia delle biodiversità. Anche se l'Unione europea non ha aderito da subito alla Convenzione sul commercio internazionale delle specie di flora e fauna selvatiche minacciate di estinzione, si è sempre impegnata, fin dal 1° gennaio 1984, ad applicarla pienamente. L'adesione dell'Unione europea alla CITES rappresenta quindi l'evoluzione e la maturazione di un processo naturale e logico, che finalmente consentirà all'Unione di essere adeguatamente rappresentata e di indirizzare i lavori della Convenzione e a svolgere in maniera efficace il proprio ruolo.

Aderendo al CITES, l'Unione rafforzerà ulteriormente la sua leadership in materia di ambientale, di tutela animale e di politica ambientale, garantendo che il commercio internazionale di esemplari minacciati di estinzione non ne mini la sopravvivenza a livello comunitario internazionale. Ritengo che l'adesione, che consentirebbe alla Commissione di svolgere un ruolo essenziali nei negoziati durante le conferenze delle parti, aumenterebbe la coerenza e l'unità dell'azione dell'Unione europea su questioni relative al CITES e porterebbe ad un maggiore allineamento della posizioni degli Stati membri.

Montag, 15. Dezember 2014

Sono quindi convinto che l'adesione debba essere considerata come un passo logico e necessario affinché l'UE sia pienamente in grado di perseguire gli obiettivi che si è prefissata nel quadro della propria politica ambientale.

Ivan Jakovčić (ALDE). - Gospođo predsjednice, tragično je ono što se dešava sa slonovima u Africi i drugdje, tragično je ono što se dešava sa nosorozima. Tragično je ono što se dešava sa svim time krajnje zanimljivim vrstama na drugim kontinentima.

Ali želim upozoriti i na probleme koji postoje u Europi, želim upozoriti na one probleme koji postoje među državama članicama Europske unije. Poznato je da se na granicama između Republike Hrvatske, Bosne i Hercegovine ili prema Sloveniji, odnosno Italiji često hvataju oni koji krijumčare tim rijetkim vrstama biljaka, odnosno ptica, životinja, čak i čovječjom ribicom.

Želim predložiti oštre, najoštrije, ekstremno oštre kazne onima koji se uhvate u krijumčarenju pogotovo ako se radi o državljanima država članica Europske unije.

József Nagy (PPE) - Veľmi vítam pripojenie Európskej únie k dohode CITES, lebo očakávam zjednotený postoj v ochrane ohrozených druhov a biodiverzity v celej Európskej únii, čo je našou morálnou zodpovednosťou. Často si myslíme, že ide len o exotické druhy, ale množstvo našich vzácnych domácich chránených druhov sa stáva korisťou miestnych a medzinárodných gangov, a to často veľmi sofistikovanými spôsobmi aj pod zámienkou, že zvieratá pochádzajú z legálnych chovov. V rámci Európskej únie, vo veľkej časti bez hraničných kontrol, je jednoducho nemožné bez spoločného úsilia si ustrážiť poriadok. Musí byť zjednotený a prepojený systém registrácie, sledovania pohybu jedincov pochádzajúcich z obchodu a z chovných staníc, musí byť prepojený dohľad nad činnosťou chovateľov, aby sa vylúčili podvody. A na čo bude mať EÚ v budúcnosti oveľa účinnejšie možnosti ako členské štáty, to je sledovanie obchodu cez internet, lebo cez tento je obchod najväčšou hrozbou pre ohrozené druhy.

Miguel Viegas (GUE/NGL). - Concordamos, genericamente, com esta decisão de adesão da União Europeia a esta Convenção. Estão em causa, como foi dito, milhares de espécies animais e vegetais em risco de extinção.

A minha preocupação prende-se com os meios que a União Europeia irá colocar ao serviço desta importante missão. Sem meios, sem uma intervenção eficaz no terreno, esta adesão ao CITES não fará grande sentido. No quadro da União Europeia foram, em alguns casos, em alguns Estados-Membros, desmantelados serviços de controlo veterinário que tiveram um papel decisivo no controlo e na erradicação de muitas doenças importantes como a peste suína, a tuberculose, etc...

Por isso chamo a atenção para a necessidade de se reforçar os meios para poder combater o tráfico ilegal dessas espécies, designadamente o reforço dos postos de inspeção fronteiriços, a melhoria da formação do corpo veterinário - no quadro do *Food and Veterinary Office* - e, se possível, em colaboração com a Federação Europeia dos Veterinários, e é igualmente importante dar aos Estados-Membros meios para proteger as suas zonas económicas exclusivas.

President. - Colleagues, as you know, our rapporteur Ms Ayuso was unavailable to speak in the debate. She was replaced by Ms Herranz García who is not available at the moment to speak, so I thank everyone for their contributions.

(End of catch-the-eye procedure)

Carlos Moedas, Member of the Commission. - Madam President, honourable Members, we are grateful to hear the strong support of Parliament for the upcoming EU accession to CITES. With the prospect of Parliament giving its consent to the Council decision tomorrow the EU should finally be able to become a party to CITES next year and be ready for the next meeting of the CITES Standing Committee in January 2016 and the Conference of the Parties later the same year. Thank you for your support. The EU voice will be stronger in an international arena. The input of Parliament to future debates on CITES matters is important, and we will of course continue working with you on those issues.

On the specific question raised here today on the EU action plan against wildlife trafficking, we have taken good note of the Parliament resolution on wildlife trafficking and the recent letter signed by 81 MEPs arguing in favour of an EU wildlife action plan. As Commissioner Vella has already indicated, the EU should be leading the fight against wildlife trafficking both domestically and internationally. He will thus be consulting a number of Commissioner colleagues concerned by these issues with a view to considering all appropriate steps for possible follow-up, also taking into account the results of the public consultation which the Commission launched on this issue.

Montag, 15. Dezember 2014

President. - The debate is closed.

The vote will take place on Tuesday, 16 December 2014.

Written statements (Rule 162)

Tiziana Beghin (EFDD), *per iscritto*. – Il commercio delle specie protette è ancora una realtà ed è necessario proteggere gli animali da pratiche commerciali che possono metterli a rischio. E' a questo che serve la CITES, una convenzione già ratificata da molti Paesi, ma solo da poco tempo può essere ratificata dall'Unione Europea. Come ha detto poco fa il mio collega Marco Affronte, c'è ancora molto da fare per la protezione delle specie e certo noi del Movimento Cinque Stelle non faremo mancare il nostro contributo. Vorrei precisare che il Consiglio, nella richiesta di consenso inviata al Parlamento, ha fatto riferimento solo all'articolo 192 dei Trattati, la protezione dell'ambiente, e non all'articolo 207, il commercio internazionale. Poiché si tratta di una convenzione che regola il commercio, ripeto, IL COMMERCIO, in specie animali e vegetali per tutelarle da pratiche che possono metterle in pericolo, è importante che venga considerata anche la base giuridica relativa al commercio internazionale, perché la Convenzione CITES persegue contemporaneamente sia obiettivi di commercio legale e non dannoso, che di protezione degli animali. Ed è solo includendo tutti i possibili ambiti di applicazione che la Convenzione risulterà ancora più efficace.

Viorica Dăncilă (S&D), *în scris*. – Uniunea Europeană trebuie să păstreze protecția mediului printre obiectivele sale principale și consider că va fi benefică aderarea sa la Convenția privind comerțul internațional cu specii ale faunei și florei sălbatice pe cale de dispariție (CITES). Aceasta va permite totodată întărirea cooperării cu alte țări din afara UE, pentru protejarea speciilor pe cale de dispariție. Nu trebuie să uităm niciun moment marea diversitate de plante, animale și habitate pe care le are Europa, pe un teritoriu destul de restrâns față de alte continente. Potrivit specialiștilor din domeniu, jumătate din zonele umede din Europa au fost drenate și aproape trei sferturi din dunele din Franța, Italia și Spania au dispărut. Cele mai valoroase habitate pentru fauna și flora sălbatică sunt protejate prin lege, însă multe dintre ele sunt în stare proastă și trebuie restaurate. Pe de altă parte, aproape jumătate din mamiferele din Europa și o treime din reptile, pești și păsări sunt pe cale de dispariție. Aceasta se datorează în principal faptului că habitatele acestora se restrâng pe măsură ce se dezvoltă zonele urbane, iar o parte din terenuri sunt alocate unor proiecte de infrastructură, cum ar fi drumurile. Ca atare, avem nevoie de protejarea tuturor acestor specii, atât pentru generațiile actuale, cât și pentru cele viitoare.

Mireille D'Ornano (NI), *par écrit*. – La protection de la faune et de la flore est une politique de long terme de haute importance, car elle est la garantie de la préservation du milieu naturel dans lequel nous évoluons, et qui constitue une grande richesse planétaire. Cet attachement à la biodiversité est un combat que je mène avec mes collègues français et européens dans ce Parlement où nous sont pourtant proposés des textes et des projets qui menacent la faune et la flore, à l'instar des organismes génétiquement modifiés, et qui glorifient le libre-échange. L'Union européenne ne semble donc pas en accord avec elle-même lorsqu'elle cherche à se draper dans des conventions qui lui donnent bonne conscience. Par ailleurs, pour la plupart d'entre eux, les États membres ont déjà adhéré à cette convention et l'adhésion de l'Union reviendrait à nier les interprétations que les nations produisent de cette convention, ainsi qu'à asseoir l'autorité illégitime de la technocratie européenne. Enfin, cette recommandation de vernis ne peut recevoir mon soutien dans la mesure où la plus grande avancée dans ce domaine serait la restriction du libre-échange et le renforcement des politiques locales menées par des nations libres.

16. Durchführung der Richtlinie über die Kraftstoffqualität (Aussprache)

President. - The next item is the debate on the Commission statement on implementation of the Fuel Quality Directive (2014/2995 (RSP)).

Carlos Moedas, Member of the Commission. - Madam President, honourable Members, Commissioner Arias Cañete regrets that he is not able to be here today. I hope this long discussion on the calculation methods and reporting requirements pursuant to Article 7a of the Fuel Quality Directive can come to an end so that Member States can start to transpose these elements of the 2020 climate and energy package.

Montag, 15. Dezember 2014

We must now ensure that the Member States can put mitigation measures in place to achieve the 6 % greenhouse gas reduction target in fuels by 2020. The Council has reached a qualified majority on the Commission's October proposal. However, I understand that some Members of this Parliament consider the proposal unambitious, claiming that it will not prevent unconventional sources of oil such as tar sands coming onto the EU market.

The Commission would like to recall that the purpose of Article 7a of the Fuel Quality Directive is to reduce the carbon content of fuel used for road transport. The aim of the directive is not to discourage the use of any specific type of fuel but to ensure that appropriate mitigation measures are put in place to achieve the 6 % greenhouse gas reduction target by 2020.

The Commission is convinced that the Fuel Quality Directive's greenhouse gas reduction target can be implemented effectively both domestically and abroad through the proposal. The new Commission proposal agreed by the Council is thus a balanced and workable compromise as it delivers the objectives of the basic act while addressing key stakeholder concerns in an adequate manner. However, the Commission will be evaluating the experience with Article 7a of the Directive as part of its better regulation programme for the period after 2020. All options will be analysed to bring down greenhouse gas emissions from transport fuels in line with the overall target of achieving a reduction of at least 40 % by 2030. All stakeholders, including Parliament, will be invited to bring forward their views among others at the Conference to be organised in the course of 2015.

András Gyürk, *a PPE képviselőcsoport nevében.* – Köszönöm szépen a szót! Elnök Asszony, tisztelt Biztos Úr, Képviselőtársaim! Az Európai Unió klímaváltozás ellen irányuló törekvéseinek fontos eleme az üzemanyagok üvegházhatásúgáz-kibocsátási szintjének csökkentése. Az Európai Unió úgy is mint nemzetközi szinten úttörő szereplő ebben a harcban, nem engedheti meg magának, hogy kitűzött céljai ne teljesüljenek.

Ugyanakkor ezen célok megvalósítását az ipar érdekeinek figyelembevételével is kell elérnünk. Olyan szabályozásokat kell alkotnunk, amelyek a lehető legkevesebb bürokratikus teherrel sújtják a gazdaság szereplőit. Egyszerre vagyunk ugyanis felelősek a környezetünk védelméért, és a kontinens versenyképességéért, a munkahelyek megőrzéséért. Véleményem szerint a Bizottság javaslatában ezek a szempontok megfelelő módon ötvöződnek.

Fel szeretném hívni azon képviselőtársaim figyelmét, akik a Bizottság javaslata ellen kívánnak szavazni, hogy ezzel a legjobb szándék mellett is öt év munkáját kockáztatják. Ez egy kompromisszumos javaslat, tehát távolról sem tökéletes, de hosszas egyeztetések során sikerült konszenzusos megoldást elérni, aminek eredményeképpen elindulhat végre a kibocsátáscsökkentésre irányuló munka. Az, hogy a forgalmazók az általuk ténylegesen használt alapanyagok üvegházhatásúgáz-kibocsátási szintjeit jelentsék, jól hangzik. Azonban ennek gyakorlati megvalósítása sajnos nem tűnik reálisnak. Egyfelől nem ellenőrizhető, hogy a kitermelő országok hiteles adatot bocsátanak-e az EU rendelkezésére, másfelől a szükséges igazolások beszerzése az iparági szereplőknek aránytalan adminisztratív terhet jelentene.

Továbbá ez a módszertan azon piaci szereplőket is versenyhátrányba hozhatja, akiknek eszük ágában sincs például kanadai olajhomokot importálni, de korlátozott lehetőségeik vannak alapanyagbeszerzés tekintetében. Az átlagos általános érték véleményem szerint jó eszköz ezen problémák áthidalására.

Tisztelt Képviselőtársaim! Javaslom tehát mindezek alapján, hogy fogadjuk el a Bizottság javaslatát! Egy esetleges visszautasítással ugyanis a 6%-os kibocsátáscsökkentési cél is veszélybe kerülhet. Köszönöm szépen a szót, Elnök Asszony!

Matthias Groote, *im Namen der S&D-Fraktion.* – Frau Präsidentin! Wir hatten im Umweltausschuss eine interessante Debatte zur Kraftstoffqualitäts-Richtlinie. Es ist gerade gesagt worden, dass wir hier realistische Werte haben. Wenn Werte von 2011 auf 2014 um 40 % reduziert werden – um 40 %! –, dann muss einen das stutzig machen. Da muss man sich mal überlegen: Was ist der Grund? Sind irgendwelche umweltpolitischen Aspekte neu dazugekommen? Nein, ich glaube nicht.

Ich glaube, dass es etwas mit Verhandlungen zu einem Freihandelsabkommen zu tun hat. Ich kann nur sagen und davor warnen: Wenn das in Zukunft auch so laufen soll, dass Gesetze, die im Rahmen des Klima- und Energiepakets auf den Weg gebracht worden sind, im Komitologieverfahren so verwässert und kaputt gemacht werden, dann können wir demnächst einpacken, dann werden wir als Europäische Union in den internationalen Verhandlungen nämlich zur Witzfigur.

Montag, 15. Dezember 2014

Darum sollten wir uns entweder zusammenraufen, sodass es einen Kompromiss gibt und die Kommission heute noch einmal eine Erklärung abgibt. Ich finde es ja schön, dass Sie heute da sind, aber ich hätte eigentlich jemand anderen erwartet – oder zwei hätten da zur Alternative gestanden, aber gut, dass Sie da sind –, mit dem wir diskutieren. Ich hätte mir gewünscht, dass die Kommission mit einer klaren Ansage hierherkommt, wie wir die Kuh vom Eis kriegen. So bleibt uns nur die Möglichkeit, Ja oder Nein zu sagen. Und das Pendel schlägt gerade in Richtung Nein, weil wir nämlich für zukünftige Verhandlungen über Freihandelsabkommen die Blaupause für alle internationalen Partner liefern, die mit der EU etwas verhandeln wollen. Senken wir doch einfach mal die Standards! Man muss nur doll genug lobbyieren, dann kriegt man das schon hin. Politisch muss man Nein sagen, umweltpolitisch, klimapolitisch muss man dazu Nein sagen. Und so geht man am Ende des Tages auch nicht mit dem Parlament um! Es ist eine Frechheit, Werte so dermaßen durch den Reißwolf zu ziehen, wie das hier in den letzten drei Jahren gemacht worden ist. Eine Frechheit ist das!

Președinte: ADINA-IOANA VĂLEAN

Vicepreședintă

Julie Girling, on behalf of the ECR Group. – Madam President, Mr Groote says that we can only say no. Well, in actual fact this decision on the Fuel Quality Directive (FQD) is being considered under the regulatory procedure with scrutiny, as it relates to pre-Lisbon regulatory procedure and this has not been aligned.

This means that the objection must be justified. It is not a question of saying yes or no. The objection must be justified on one of three grounds. The proposers of the objection have chosen ground number three, that it is incompatible with the aim and content of the basic Act. This suggests that the measure is inappropriate for accurate estimating and reporting of the volume, type, origin and lifecycle greenhouse gas emissions of the fuels supplied.

Whilst for me also it does not go quite as far as some Members would like, the case for grounds under point 3 is not proven. I think there is much to recommend the Commission's proposal. The proposal requires major fuel suppliers to disclose the trade names and volumes of the crude oils they import. This is a positive step and will provide a level of transparency to the public that does not currently exist in the EU. As trade names are generally associated with crude oil types, the tracking of this information will allow for a simpler updating of the EU fossil fuel mix's carbon intensity in the future.

Furthermore, with the Fuel Quality Directive currently not included in the Commission's post-2020 Energy and Climate Framework, the adoption of this objection will only serve to undermine the credibility of the FQD by forcing additional institutional delay on a piece of legislation set to expire in six years. I think this would be a poor way forward and that the better compromise – and Mr Groote is looking for a compromise from the Commission – would be for Parliament to move forward with the Commission's proposal in the spirit in which it has been offered, that is, as a way forward, and make sure that we get somewhere in the next several years, and do not just leave this lying in an interinstitutional wrangle.

Gerben-Jan Gerbrandy, on behalf of the ALDE Group. – Madam President, it was this weekend that I returned from Lima where the climate summit took place, and I must say that I was impressed by the broadly shared determination to fight climate change. But the Lima outcome also made it clear that we still have a very difficult battle against climate change ahead of us. Let us face it: the world will emit more CO₂ tomorrow than today, and more the day after tomorrow than tomorrow. For that reason, it is crucial that public policy pushes investments towards a low-carbon economy. As regards the Fuel Quality Directive, differentiation between different feedstocks is crucial, but the current implementing measure does not do this any more. So highly polluting Nigerian crude or tar sand oils from other parts of the world are treated equally with much cleaner feedstock oils. That is against the objectives of the Fuel Quality Directive, and for that reason I tabled – together with a few other groups – the objection.

Montag, 15. Dezember 2014

I am, therefore, extremely disappointed by the statement from the Commission here today. I expected a much stronger commitment to the objectives of the Fuel Quality Directive. I really do not understand, after seeing your 2011 proposal, how you can defend a completely contradictory proposal after the Council rejected your first proposal. I really do not understand how you can defend both. It is absolutely clear that we have to steer investments, and we can only steer investments in the right direction if we encourage them in the right direction and discourage them from taking the wrong direction.

Paloma López Bermejo, *en nombre del Grupo GUE/NGL*. – Señora Presidenta, quiero empezar con una pregunta: ¿cómo puede ser que la propuesta del Consejo coincidiera con las negociaciones del Acuerdo de Libre Comercio con Canadá? Pregunto esto porque su texto responde exactamente a lo que exigía el *lobby* petrolero: abrir de par en par las puertas al petróleo de las arenas de alquitrán canadienses.

Saben bien que este combustible emite muchos más gases de efecto invernadero que el refinado del petróleo convencional —lo saben porque así está escrito en los informes de la Comisión, en sus informes—. Resulta lamentable que no vayan a penalizar estas importaciones, pero es todavía más grave que ni siquiera intenten controlar el aumento del consumo de este petróleo tan nocivo.

Como venimos denunciando, la agenda de libre comercio del Consejo y la Comisión, los acuerdos con Canadá, con Estados Unidos, están condicionados a eliminar las leyes que protegen a la ciudadanía europea de los abusos medioambientales, y esto es un claro ejemplo de ello.

Estos retrocesos agravan las inconsistencias de las políticas de eficiencia energética de la Unión. Incluso si se aplicaran correctamente dichas políticas, los imperativos de la acumulación y el beneficio conducen al mercado a devorar las mejoras de eficiencia: lo que se ahorra acaba dilapidándose en formas de producción y consumo insostenibles, ambiental y socialmente.

Así, por ejemplo, la intención de reducir las emisiones apostando por los biocombustibles acaba convirtiéndose en acaparamiento de tierras y graves desequilibrios en el ecosistema agrario y la alimentación humana. No nos sirven parches; es posible una alternativa sostenible.

Bas Eickhout, *on behalf of the Verts/ALE Group*. – Madam President, I do not think that any of us here, any of the parties that filed an objection to this proposal, are against the Fuel Quality Directive. Let me be very clear, we are strong defenders of the Fuel Quality Directive. We think that, theoretically, this can be a very efficient tool. But that is the problem, we say theoretically, because with this proposal the Commission is deliberately weakening the proposal. It is weakening the effectiveness of the proposal, and I say this also to my colleague Julie Girling, who is saying you can only object on legal grounds.

If you read the impact assessment, with this proposal the Commission is deliberately taking away one of the options to achieve the 6 % reduction. Because of this proposal we can no longer differentiate between different feedstocks which is one of the three ways by which we can achieve the reduction. So this is literally taking away the efficiency of one of these measures, and that is what we are against.

And this is very interesting, because if you read the impact assessment – and we are talking about better regulation, tomorrow the Commission will present a programme on better regulation – the most efficient proposal should be the proposal from 2011. That is in the emissions impact assessment. So why is the Commission not following its own impact assessment, not following its own proposal of 2011? Has the world changed? No, if you read the impact assessment all the values are the same as in 2011.

Montag, 15. Dezember 2014

So we can only start to guess what happened, and indeed I come to the same conclusion as my colleague Matthias Groote. This is a consequence of the Canadian lobby. Probably all of you have been called or received e-mails from the Canadians saying that we really should support this measure. Why? Because now we can no longer differentiate between the fuel types and therefore the door will be open to tar sands. And that, of course, is the biggest problem: we are defending the Canadian lobby here. And let me say to the Canadians, who are probably listening, this is not against Canada. We just want to have differentiation between different fuel types. If the Canadians can show they can produce a clean fuel type, even cleaner than just normal oil, then they should also get the credit for that. So you need differentiation between fuel stocks. If you are more polluting it should be counted as such. If you are less polluting it should be counted as such. That is what we call better regulation, and that is not in the proposal.

This is really going against the core of the Fuel Quality Directive. I agree very much with my colleague, Gerben-Jan Gerbrandy. I was hoping that the Commission would get the point, that the Commission would realise that the Fuel Quality Directive and its methodology is something that is important and should be preserved. However, the Commission has only said we will review, we will organise a congress, and that is it. Sorry, we really want to hear more. How is the Commission going to make sure that after 2020 we will have a proposal that takes into account the differentiation between different fuel types so that the good ones are rewarded and the bad ones are not rewarded? That is what we are aiming for.

And to my colleague from the EPP who said that this will throw away five years' work, I say no, it is this proposal that is doing precisely that because officially the Commission is saying this methodology will end by 2020, and they are now just making an empty proposal. So if you really are concerned about the methodology then we should really fight for the proposal that was on the table in 2011 which does differentiate between different fuel types and which is even supported by ePure – not always my friends when they do their biofuel lobbying, but they also see that they are no longer being rewarded and are therefore saying that this time they agree to us objecting to the proposal. And I think that is also important for my Christian Democrat colleagues. So therefore we object, and unfortunately, Commission, you do not allow us to do anything other than to vote against this proposal, to object to this proposal, with pain in our hearts.

Piernicola Pedicini, a nome del gruppo EFDD. – Signora Presidente, onorevoli colleghi, io, avallo tutto quanto è stato detto dal collega Eickhout. Aggiungerò, qualche dato tecnico, se possibile, perché non tutte le fonti fossili da cui vengono ricavati i carburanti sono semplicemente inquinanti per l'ambiente e per la salute: alcune, sono anche peggio! Sono devastanti, per l'ambiente e per la salute. Sto parlando di sabbie bituminose e di gas di scisto (*shale gas*). Uno studio da poco pubblicato sulla rivista *Atmospheric environment* ha dimostrato che, nella grande area petrolifera di trasformazione delle sabbie bituminose e di processamento dei prodotti chimici in Canada, sono stati prelevati campioni di aria in cui i composti chimici organici volatili hanno fatto registrare livelli fino a 6 000 volte superiori quelli normali.

I livelli sottovento di 1,3-butadiene e di benzene, che sono potentissimi cancerogeni, risultavano 322 volte superiori a quelli sopravvento e nella popolazione che abita in quelle zone le cartelle cliniche raccolte in poco più di dieci anni hanno certificato un considerevole incremento di leucemie e linfomi non Hodgkin, specialmente man mano che ci si avvicinava ai pennacchi di inquinamento. Nonostante ciò, però, la proposta della Commissione per il calcolo delle emissioni non prende in nessuna considerazione le sabbie bituminose e lo *shale gas*.

Onorevoli colleghi, voi, per la maggior parte, siete stati votati per difendere i cittadini e il loro proprio ambiente: ma come fate a sopportare ancora – per chi lo ha fatto – una Commissione che fa simili cose?

Jean-François Jalkh (NI). - Madame la Présidente, mes chers collègues, la lutte contre le réchauffement climatique et la réduction des gaz à effet de serre font partie des grands débats écologiques mondiaux du moment, comme vient de le démontrer la conférence de Lima sur le climat, qui s'est achevée ce week-end. Dès lors qu'il s'agit de dépasser le stade des incantations et des bonnes intentions, le débat se complique.

Montag, 15. Dezember 2014

Si le sujet était moins grave, je serais tenté de dire, avec une pointe d'ironie, qu'il devient d'une simplicité mexicaine, pour ne pas dire péruvienne. À Lima – et dans la perspective d'un hypothétique accord mondial fin 2015 à Paris –, les intervenants ont débattu du sexe des anges, avec force références juridiques, pour savoir si la solution résidait dans un traité international contraignant ou dans un simple protocole, plus souple pour les pays en voie de développement.

La directive de la Commission dont nous discutons aujourd'hui est l'un des volets de la politique des institutions européennes sur le climat et l'énergie. La Commission propose cinq grands axes de calcul des contraintes qui s'imposeront aux producteurs de carburants pour réduire l'intensité des émissions de gaz à effet de serre. Elle s'appuie pour ce faire sur des considérations hautement techniques. C'est ce mode de calcul qui est contesté par nos excellents collègues Gerbrandy et Eickhout.

Les deux camps en présence partagent au moins un point commun: tous deux s'abritent derrière des considérations hautement juridiques et mathématiques pour dissimuler des motivations partisans, qui prennent le pas sur la nécessité d'une réelle politique écologique.

Nous reprochons au mode de calcul de la Commission d'être le reflet des intérêts bien compris de l'industrie pétrolière nord-américaine. Le ministre canadien des ressources naturelles s'est d'ailleurs publiquement engagé contre une législation européenne qui serait soucieuse d'approvisionnements conventionnels, en nous rappelant à nos obligations en matière de commerce international.

Quant aux auteurs de l'objection faite en vertu de l'article 106 du règlement, ils cherchent un prétexte pour se démarquer de cette majorité parlementaire de plus en plus discréditée et impopulaire, à la suite du soutien qu'elle apporté à Jean-Claude Juncker. Ils en restent pourtant l'un des piliers: la soupe n'est peut-être pas bio, mais elle est bonne.

Notre vœu est que la politique écologique de nos pays obéisse à des critères d'intérêt général exempts, par définition, d'esprit boutiquier ou mercantile.

Jo Leinen (S&D). - Frau Präsidentin, Herr Kommissar! Das ist keine effiziente Umsetzung der Kraftstoffqualitäts-Richtlinie, sondern das ist eine gefährliche Verwässerung eben dieser Richtlinie.

Ich schließe mich der Kritik an, die hier vielfach geäußert worden ist. Was hat Sie dazu gebracht, diesen Richtungswechsel zu vollziehen? Noch vor kurzem haben Sie Analysen gemacht, die eindeutig gezeigt haben, dass die Teersande in ihrer Klimabilanz wesentlich schlechter sind als übliche Treibstoffe dieser Art. Was hat sich da verändert? Ja wohl nicht die Sachlage, es sind dieselben Teersande und keine anderen, sondern wahrscheinlich hat sich Ihre Politik geändert. Das kann also hier nicht akzeptiert werden, weil es auch nicht einleuchtend ist, warum wir das tun sollen.

Wir wissen, dass der Kraftfahrzeugverkehr einen hohen Anteil hat, dass wir hier etwas tun müssen. In den 90er-Jahren wir schon gesehen, dass schmutzige Kraftstoffe auf den Markt kommen, und genau deshalb wurde ja auch diese Richtlinie so gemacht. Wir haben das genau gesehen, dass das auf uns zukommt mit den neuen Technologien – bei Teersanden, bei Schiefergas –, und wir wollten differenzieren zwischen den besseren Treibstoffen und den schlechteren Treibstoffen. Es ist nicht glaubwürdig für unsere Politik, wenn wir jetzt einknicken.

Man hat die Lobby ja gesehen, man hat sie gehört, man hat sie auch gespürt, aber wenn wir hier einen Präzedenzfall schaffen, dann wird das Schule machen. Dann kommen andere, die Ähnliches wollen, und wir können keine Politik mehr machen, die dem Klimaschutz dient, sondern nur eine, die Klientelinteressen dient. Dagegen wehrt sich dieses Parlament.

Ich glaube auch nicht, dass der Aufwand für die Marktbeteiligten so hoch ist. Man kann diese Differenzierung mit einfachen Mitteln machen. Im Zeitalter des Internets ist es überhaupt nicht schwer, das zu verfolgen. Also müssen wir das ablehnen. Wehret den Anfängen! Kein Präzedenzfall für die Verwässerung unserer Politik!

Montag, 15. Dezember 2014

Nils Torvalds (ALDE). - Madam President, if the Commission Work Programme is identical to the leaked paper we have already seen, then the headline of the third point includes a promise of – and I quote – ‘a Forward-Looking Climate Change Policy’. But to judge how forward-looking this issue is we should take a short look at history. Almost eight years ago the EU decided, as a step towards the then upcoming Copenhagen Conference, on the climate and energy package. The Fuel Quality Directive is the only law from this package that has not been implemented.

Considering the fact that 2020 is already almost round the corner and that we are approaching the Paris Conference next year, Europe needs a swift and strong implementation of this directive in order to be able to move forward towards the leading low-carbon society it intends to be. In order to be meaningful, a life-cycle approach has to be based on accounting that is accurate and possible. Proper accounting for life-cycle greenhouse gas emissions is therefore crucial to achieving this. Europe is already lagging behind its targets and investments are at a standstill. Developing policies and markets for highly greenhouse-gas-intensive fuels will not be the solution for Europe's need.

Julia Reid (EFDD). - Madam President, I am delighted to say that for once ordinary people are benefiting from an international development: oil and gas prices are falling. This is happening because friendly countries like the USA and Canada are opening up new fuel sources bringing down energy costs. One result is that we become less dependent upon unstable countries and unfriendly regimes. Another is that fuel costs come down for hard-pressed working people living through austerity. Good news for a new year but not of course if you are a Green. They want to do all they can to torpedo these developments.

The Commission must not press for any agreement or sets of targets which will reduce or even reverse financial relief for hard-pressed taxpayers. It is after all the EU which created a currency full of structural flaws with disastrous consequences for the standard of living of millions. They must not compound their errors in the name of fighting climate change, especially as in recent years the climate has stubbornly refused to match the apocalyptic and dystopian forecasts.

Tibor Szanyi (S&D). - Köszönöm szépen a lehetőséget! Tisztelt Elnökség! Azokkal a képviselőtársaimmal értek egyet, akik ebben a hosszú-hosszú, immár több mint öt éves vitában azt mondják, hogy az eredeti célkitűzéshez képest a Bizottság javaslata most valahol máshol tart, és megvallom őszintén, hogy én magam is azt hiszem, hogy ezalatt az idő alatt ez a kompromisszum azért hajlott egy adott irányba, mert az erős lobbysoportok bizony le tudták tolni a viszonylag gyenge civileket.

De ezzel együtt én azt gondolom, hogy az igazi megoldás az nem feltétlenül ennek a mostani direktívának a keretei között van, hanem az, hogy amit nem a föld alól hozunk ki, hanem itt a napsütés révén a földön termelünk meg – a bioüzemanyagok – ezek jelenthetik tulajdonképpen az igazi megoldást. Ezeknél nincs az a vita, ami a föld alól előhozott különböző eredetű és minőségű ásványi anyagokkal kapcsolatban viszont megvan. Úgyhogy köszönöm a figyelmet!

Catherine Bearder (ALDE). - Madam President, it is so disappointing that the Commission has felt pressured to propose a weakened response to tar sands oil in the Fuel Quality Directive. The revised proposal ignores several recommendations of the European Parliament, including a differentiation between different fuel feedstocks. The Commission has also failed to recognise the results of its own impact assessments. As a result, highly polluting fuels, such as tar sands oil, will now be reported with the same emission values as conventional fuel stocks. And companies will be prevented from being able to report, even voluntarily, on real fuel emissions.

Rather than investing in cleaner fuels, the EU is opening up its market to dirty tar sands oil. This could mean nearly 7% of transport fuels in the EU are likely to come from Canadian tar sands by 2020. Mr Commissioner, please develop new proposals to extend the Fuel Quality Directive beyond 2020, taking into account the highly polluting nature of tar sands oil. If the EU is serious about leading the global fight against climate change, it must show it is serious about reducing emissions from the transport sector. We can only do that when we know what we are burning.

Marju Lauristin (S&D). - Ma tahaksin juhtida parlamendi tähelepanu selle direktiivi ühele teisele küljele, mis ei puuduta sugugi mitte teemat Kanada, vaid puudutab teemat meie Euroopa enda kütusetootjad, kes otsivad teid ka mitmesugustest erinevatest kütuseallikatest keskkonnasõbraliku toote saamiseks. Üks nendest on Eesti põlevkivitööstus, kus tehakse suuri jõupingutusi selleks, et toota põlevkivist ka loodussõbralikku õli, sealhulgas madala väävlisisaldusega kütuseid.

Montag, 15. Dezember 2014

Direktiiv soodustab sellist alternatiivsete otsingute teed ja samas annab see tootmine Eestis tööd tuhandetele töölistele Eesti idapiiril, s.o Venemaa piiril, ja need töölised on põhiliselt vene vähemuse liikmed. Ettepanek lükata tagasi komisjoni direktiiv toob Eesti jaoks kaasa selle, et selles väga tundlikus piirkonnas on tegemist kardetavasti tööpuuduse kahekordse tõusuga, kindlasti sotsiaalsete pingetega ja kuna tegemist on väga sensitiivse Venemaa piiril asuva piirkonnaga – ja tuletades meelde Venemaa tõusvat agressiivsust Läänemere ümber – ma loodan väga, et parlament võtab arvesse, et ka see on keskkonnaprobleem, kui tõusevad sotsiaalsed pinged ja suureneb militaarne oht.

Fredrick Federley (ALDE). - Madam President, I might still be young and I might still be rather naive, but I do hope for a better tomorrow. That is why it hurts me so badly when we can see that the progress made by the Commission over the last four years has really been deteriorating. The proposals that we have on the table now are worse than they were three or four years ago, and the Commission is taking away the incentives for those who are not doing so well to do better. That is perhaps one of the hardest things to actually accept here, because we must believe that there is a possibility to do good. We are not prohibiting different kinds of fuels; but what we are saying in this House is that we need to have different regulations motivating those who are not doing well to actually do better. I am afraid that it is a sign of the new Commission. What we will probably hear tomorrow is that several items of great importance for the environment will be withdrawn. I do hope, Mr Commissioner, that I am wrong and that you will prove me wrong by doing better for the environment and for the future.

Nicola Caputo (S&D). - Signora Presidente, onorevoli colleghi, la proposta della Commissione relativa ai metodi e agli obblighi di comunicazione ai sensi della direttiva sulla qualità dei carburanti presenta diverse lacune. Essa non permette la differenziazione tra l'intensità dei gas a effetto serra e di materie prime diverse e, di conseguenza, nemmeno la comunicazione delle reali emissioni dei singoli carburanti. In base ai nuovi metodi di calcolo proposti, alle sabbie bituminose canadesi, che rappresentano livelli di inquinamento alti, viene attribuito, ad esempio, un valore medio di intensità di gas ad effetto serra inferiore al loro valore effettivo di emissione e ne viene dunque favorita l'importazione nel mercato europeo.

Alla luce di questi elementi, credo quindi che l'obiezione che è stata presentata alla proposta avanzata dalla Commissione europea, relativa all'implementazione della direttiva sulla qualità dei carburanti, sia da considerarsi legittima. Tuttavia, credo che anche nel valutare la proposta della Commissione non si debba dimenticare il contesto generale nel quale essa si inserisce, ovvero quello della sicurezza energetica che in seguito ai recenti avvenimenti che hanno interessato Russia e Ucraina, non può non essere in cima all'agenda dell'Unione europea. Penso, però, che la Commissione debba continuare a lavorare per favorire lo sviluppo di combustibili a basso tenore di carbonio e di tecnologie innovative che migliorino le *performance* ambientali dei fornitori di carburanti.

Gesine Meissner (ALDE). - Frau Präsidentin! Es geht jetzt hier darum, dass wir die Lebenszyklus-Treibhausgasintensität bis 2020 um 6 % verringern wollen. Das ist verschiedentlich schon gesagt worden und klar geworden. Es ist jetzt auch eine große Enttäuschung im Hinblick auf die Kommission darüber klar geworden, dass die Ziele nicht ambitioniert genug beschrieben worden sind. Es ist tatsächlich so, dass Sie nach einem fünfjährigen Prozess in der Folgenabschätzung gesagt haben, dass die durchschnittliche Treibhausgasintensität pro Kraftstoff vielleicht ein richtiger Kompromiss ist, dass man dies berichten, dies eben aufzeichnen sollte.

Es muss Verschiedenes berücksichtigt werden, was man dagegen sagen kann, dass es jetzt abgelehnt wird, was Sie gesagt haben. Zum einen ist es so, dass natürlich die Wettbewerbsfähigkeit Europas eine Rolle spielt, auch die Importabhängigkeit, auch zum Beispiel die Frage, ob kleine und mittlere Unternehmen dem immer standhalten können. Mir geht es gar nicht um die Großindustrie oder um Kanada. Ich würde mir wünschen, dass Sie von der Kommission noch einige Antworten dazu geben könnten. Tatsache ist – ich habe jetzt diese ganze Debatte verfolgt –, dass ganz offensichtlich die ambitionierten Ziele jetzt nicht wahrgenommen werden sollen, nicht verfolgt werden sollen. Das ist natürlich nicht im Sinne von Europa.

Catch-the-eye procedure

Monika Flašíková Beňová (S&D) - Je veľmi dôležité, aby boli obmedzované a znižované emisie skleníkových plynov v rámci životného cyklu zo všetkých palív a aby sa podarilo naplniť ciele Stratégie 2020. Ale čo vyplývalo aj z tejto debaty? Smernica ako taká, ktorá by mohla byť veľmi dobrá a prospešná, sa stala smernicou, kde Komisia akoby nepracovala v prospech, ale skôr proti efektívnosti tejto smernice. Táto smernica musí zohľadňovať realistické hodnoty. A musí mať aj realistické ciele. Zámery týkajúce sa klimatického balíčka by sa nemali znehodnocovať. Komisia musí prísť s celkom jasným a reálnym stanoviskom, ktoré určite dostane podporu v tomto parlamente. Nesmie však znižovať štandardy kvôli politickým obchodom a pod tlakom rôznych lobistov. Táto smernica je dôležitá nielen pre nás, ktorí sa

Montag, 15. Dezember 2014

zaoberáme životným prostredím a jeho ochranou, ale je dôležitá aj pre generácie, ktoré prídu po nás. A preto je našou povinnosťou trvať na tom, aby nám Komisia predložila kvalitnú smernicu.

Ivan Jakovčić (ALDE). - Gospođa predsjednice, očekujem da Komisija jasno predloži ono što su dva ključna temelja našeg rada u Europskoj uniji, a to su borba protiv klimatskih promjena, zadržavanje ambicija od 6 % i naravno ono što je s druge strane, čitav jedan resor, a to je pitanje zaštita potrošača.

Ovdje uopće ne govorimo o tom elementu zaštite potrošača kada govorimo o čipsevima, čokoladicama; ovdje govorimo o gorivu koje koriste svi građani Europske unije. Naravno da u tom kontekstu maksimalno zagovaram zeleno gospodarstvo i ulaganje u zeleno gospodarstvo.

Međutim, činjenice i problemi koji postoje u jednom dijelu Europe, govoreći konkretno o Estoniji, nešto je što Europska unije treba uzeti u obzir i pomoći takvom gospodarstvu. Jer, naravno ne možemo ljude ostaviti bez posla samo zbog nekih specifičnih situacija.

Lucy Anderson (S&D). - Madam President, I think there is a vast amount of hypocrisy in this debate. I find it absolutely astonishing that 94% of the transport sector in the EU is dependent on fuel from oil, and yet the Commission is making arguments here about how this measure is not legally sound and is not appropriate. For one thing, we are putting a lot more investment into research and technology for alternative fuel development, and yet we fight over progressive measures such as this. It is absolutely ridiculous.

Concerning recital 44 of the Fuel Quality Directive: how can it possibly be argued that strengthening what is on the table is not part of the objective of the directive, which is about ensuring respect for minimum levels of environmental protection in relation to fuel. We really need to get our act together, and I endorse what colleagues in the Socialist and Democrat Group – as well as many others – have said on this.

Kaja Kallas (ALDE). - Madam President, I believe it is important to keep in mind that what we want to achieve with this is a reduction of CO₂ emissions. Estonia has the specificity of having an oil and shale industry. It is a polluting industry. This is why investments have been made to restructure the sector and reduce its ecological footprint. Rejecting the proposal of the Commission would endanger the investments made and will likely lead to more pollution rather than less. The bigger picture of energy security in Europe and independence from Russia also needs to be looked at. Rejecting the proposal could have the impact of a shift of production and thus employment from north-east Estonia to Russia, and the risk of political instability would then be high. I am strongly in favour of a greener transport sector but I do not think that rejecting the Commission's proposal this week will achieve this.

Janusz Zemke (S&D). - Pani Przewodnicząca! Bardzo dziękuję. Otóż na kanwie tej debaty chciałem bardzo wyraźnie poruszyć dwie sprawy. Sprawa pierwsza – wydaje mi się, że przywiązujemy wielką wagę tylko do jakości paliw, a myślę, że tak samo powinniśmy uwagę zwracać na to, by dostawy paliw były pewne. Zatem ważna jest nie tylko jakość, ale także pewność dostaw paliw. W związku z tym Unia powinna prowadzić wspólną politykę, która oprócz poprawy jakości paliw także bardzo wyraźnie zwiększałaby bezpieczeństwo dostaw.

I problem drugi – przewiduje się bardzo wyraźne zwiększenie środków na badania i na wdrażanie nowych technologii do roku 2020. Myślę, że w ramach owych środków trzeba by w sposób absolutnie zdecydowany zwiększyć i środki i preferencje dla badań, które obniżałyby emisję gazów. Myślę, że to są dwa ważne cele.

João Ferreira (GUE/NGL). - A proposta apresentada pela Comissão relativa à qualidade dos combustíveis é contraditória com a sua prolixa retórica em torno do combate às alterações climáticas e da transição para uma economia hipocarbónica. É uma proposta simpática para os projetos de exploração de combustíveis não convencionais, pesem embora as relevantes questões ambientais que se levantam neste domínio subestimando as emissões de gases com efeito de estufa que lhes estão associados, consabidamente elevadas.

Montag, 15. Dezember 2014

Temo-lo dito e repetimos; a realidade do inexorável esgotamento das reservas de combustíveis fósseis convencionais e não convencionais e os desafios e sobressaltos necessariamente associados à transição exigem que as reservas fósseis restantes à escala mundial, como imperativo da própria Humanidade, sejam geridas com imensa sabedoria, o que significa, antes de mais, que o sejam com muita parcimónia. Nem esta proposta nem a ação geral da União Europeia são subsidiárias deste objetivo.

Relembramos a importância da adoção do designado «Protocolo de Esgotamento», apresentado em Uppsala em 2002 e em Lisboa em 2005, visando uma boa e justa gestão destes recursos e a mitigação da sua carência.

Giulia Moi (EFDD). - Signora Presidente, onorevoli colleghi, chiedo che a livello europeo, questa direttiva cambi completamente e vieti le sabbie bituminose in ragione del loro impatto ambientale distruttivo. Chiedo altresì aiuto per la regione Sardegna, dove vi è una raffineria di privati che ha intenzione di utilizzare queste sabbie bituminose. Chiedo che venga rispettato l'ambiente, in quanto si tratta di un'isola a tutela ambientale e a prevalenza turistica.

(End of catch-the-eye procedure)

Carlos Moedas, Member of the Commission. - Madam President, honourable Members, thank you very much for this debate. I can just reiterate that with this proposal the objectives will be delivered and the target of a 6% greenhouse gas reduction by 2020 will be met. The objective of the Fuel Quality Directive is to reduce the carbon content of fuel used for road transport. The aim of the Fuel Quality Directive is not to discourage the use of any specific type of fuel but to ensure the appropriate accounting of greenhouse gas emissions. So I have taken due note of the range of opinions expressed and the concerns referring to the link with the trade agreement, the differentiation between fuel stocks and the extension of the Fuel Quality Directive beyond 2020, and I will duly convey these concerns to my fellow Commissioner Arias

President. - The debate is closed.

Written statements (Rule 162)

Ivo Belet (PPE), schriftelijk. – Het voorstel dat op tafel ligt is niet ideaal, maar we gaan tenminste vooruit nadat het dossier vijf jaar bevroren was. De 6%-doelstelling blijft overeind, dat is het belangrijkste. Tegen 2020 moeten brandstoffen in de EU gemiddeld 6% minder CO₂ uitstoten. De transparantie die er komt, is nieuw en goed. Importeurs moeten aangeven waar hun ruwe brandstof vandaan komt. Sowieso moet de Commissie driejaarlijks rapporteren over de vooruitgang die geboekt is en bijsturen indien nodig.

Laten we nu verder gaan met dit compromis en niet onze hakken in het zand zetten zonder uitzicht op verder resultaat.

Kathleen Van Brempt (S&D), schriftelijk. – De richtlijn over brandstofkwaliteit verplicht producenten ertoe om de broeikasintensiteit van transportbrandstoffen met 6 procent te beperken tegen 2020. Deze broeikasintensiteit brengt ook de vervuilende factor van de productie van transportbrandstoffen in beeld. Zo is de productie van brandstoffen uit teerzandolie of schalieolie nog vervuilerend dan die uit conventionele aardolie. Dat blijkt ook uit een eigen effectbeoordeling van de Europese Commissie uit 2011.

De Commissie wil nu toch alle bronnen gelijk behandelen. Ze gaat daarmee in tegen haar eigen effectbeoordeling én tegen de Europese doelstellingen om CO₂-uitstoot te verminderen. Zonder die differentiatie wordt de Europese markt snel overspoeld door brandstoffen uit bijzonder vervuilende teerzand- en schalieolie. De Commissie heeft zich op weg naar een handelsovereenkomst met Canada laten inpakken door het lobbywerk van Canada, dat zijn teerzandolie hier wil slijten. De gelijkgeschakeling van brandstoffen vertekent de vooruitgang die we zouden boeken in de reductie van broeikasgassen in transport. Een schijnbare daling zou dus in werkelijkheid een stijging kunnen zijn omwille klimaatgevaarlijke productie.

De Commissie gaat voor het georganiseerde boerenbedrog. Het is, vlak na de klimaatop van Lima en in de aanloop naar die van Parijs in 2015, bijzonder cynisch dat Europa haar leidersrol in de strijd tegen klimaatverandering te grabbel gooit.

Montag, 15. Dezember 2014

Sirpa Pietikäinen (PPE), kirjallinen. – Polttoaineen laatua koskeva EU-direktiivi on tällä hetkellä merkittävin EU:n työkalu, jolla pyritään vähentämään liikenteen kasvihuonekaasupäästöjä. Liikenteen päästöt ovat riippuvaisia siitä, mistä raaka-aineista polttoaine tehdään. Jotta polttoainetuotannossa siirryttäisiin pienemmän hiili-intensiteetin öljymuotoihin, raportoinnin on perustuttava jokaisen käytetyn raaka-ainemuodon intensiteettiarvoon. Komissio esitys siitä, että käytetystä raaka-aineesta on vain ilmoitettava aikojen saatossa laskettu keskiarvo eri raaka-aineille, merkitsee käytännössä sitä, että erittäin saastuttavien öljymuotojen – esimerkiksi Kanadassa tuotettavan öljyhiekkan – käytön lopettamista ei kannusteta. Jotta EU:ssa voidaan vähentää liikenteen päästöjä, on käytettävä kaikki keinot lisätä kannustimia puhtaampien ja vähähiilisempien polttoaineiden valmistamiseksi.

17. Beurteilung der Zuverlässigkeit von Verkehrsunternehmen (Aussprache)

President. - The next item is the debate on the Commission statement on assessment of good repute of transport operators (2014/2978 (RSP)).

Violeta Bulc, Member of the Commission. - Madam President, ensuring effective and consistent enforcement of the EU rules in road transport is a priority for this Commission. We are fully aware that it is also of paramount importance for this Parliament. It is an obligation for drivers and operators to respect and apply these rules. Daily enforcement is primarily the responsibility of Member States. This proposal on common classification of serious infringements is there to help Member States to improve compliance and thereby increase safety on European roads. Its adoption would provide Member States with a common basis for assessing the good repute of transport operators in the event of infringements.

The Commission has worked for over two years in order to come up with a balanced proposal on classification. This work should not be wasted. I know that some of you would wish to be even more ambitious and extend the scope to other infringements, in particular those of a social nature. Others evidently believe it goes too far. We all know that the glass can be seen as half-full or half-empty. But this proposal is clearly in line with the objectives and within the limits of the mandate this Parliament, as co-legislator, gave to the Commission. Accordingly, it would be difficult to explain to European citizens that the text on the table, which aims specifically to facilitate cross-border compliance with EU rules, may not be adopted. Road safety comes first for me; and whatever your decision is, I will continue to work with Parliament on this subject.

But let me stress one more time that, among the negative consequences of possible rejection, we would face legal uncertainty for enforcers, unequal treatment of drivers and operators, as well as ineffective or even non-existent exchange of data on serious infringements between Member States for quite some time to come. Please keep this in mind when you vote. Please also note that we will always continue looking for new opportunities to keep our roads safe and working conditions fair.

Finally, I would like to confirm again that the Commission is committed to continue the work on better enforcement of this *acquis*, and we hope that we can do so in close cooperation with you.

Markus Ferber, im Namen der PPE-Fraktion. – Frau Präsidentin, Frau Kommissarin, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Wir machen heute vielleicht etwas Ungewöhnliches, aber wir machen nichts Ungebührliches. Das Europäische Parlament hat mit dem Vertrag von Lissabon das Recht bekommen, überall dort, wo die Kommission über Gesetzestexte beauftragt wird, Klärungen oder technische Details festzulegen und die Spezifikationen der Umsetzung einer Richtlinie festzulegen, zu überprüfen. Und genau das haben wir gemacht. Wir haben überprüft, was die Kommission erarbeitet hat.

Liebe Frau Kommissarin, mir sind ja gerade fast die Tränen gekommen bei Ihrer Rede, wie Sie uns eindrucksvoll gebeten haben, was wir zu tun haben. Ich hätte mich gefreut, wenn Sie oder Ihr Vorgänger oder die Dienste, denen Sie jetzt vorstehen, in den letzten zwei Jahren das gemacht hätten, was in der Richtlinie festgeschrieben ist. Wenn man sich den delegierten Rechtsakt anschaut, stellt man fest, dass er nicht zur Klärung beiträgt, sondern alles vage und unklar bleibt. Dieser delegierte Rechtsakt hat die Aufgabe, zu klären und klar zu spezifizieren, wann ein seriöser Regelverstoß vorliegt, und es nicht wieder in die Hand der Verwaltungsbehörden der Mitgliedstaaten zu geben. Das heißt, der politische Wille des Gesetzgebers ist nicht ausgeführt worden, sondern er wurde missachtet.

Montag, 15. Dezember 2014

Die Kommission macht in ihrem delegierten Rechtsakt eine Unterscheidung zwischen leichten, mittleren und schweren Verstößen. Das ist grundsätzlich begrüßenswert. Aber wenn man sich die Kategorisierung, die Eingruppierung genauer anschaut – was ist ein leichter, ein mittlerer, ein schwerer Verstoß? –, dann bleibt alles wieder vage. Es gibt keine Antwort darauf. Aber genau das ist es, worum wir die Kommission gebeten haben: es in einem delegierten Rechtsakt festzuschreiben.

Ich will darauf hinweisen, dass wir, was Verkehrssicherheit betrifft, eine Vielzahl von geltenden Gesetzen und Richtlinien haben. Wenn ich mir anschau, was in Ihrem delegierten Rechtsakt steht, und wenn ich mir anschau, was wir zum Beispiel in der Richtlinie über den Transport von gefährlichen Gütern stehen haben, dann passen die Dinge nicht zusammen. Das heißt, auch die Kommission hat hier an einer Stelle etwas anderes gemacht, als es in anderen Gesetzestexten formuliert ist.

Was ich und was wir als EVP-Fraktion grundsätzlich ablehnen, ist, dass das Transportgewerbe und die vielen Fahrerinnen und Fahrer, die jeden Tag unterwegs sind, damit wir in Europa den Mehrwert des Binnenmarktes auch erleben, unter Generalverdacht gestellt werden. Wir haben ein Bild eines Unternehmers und eines Mitarbeiters, das positiv ist. Sie haben ein Bild, das negativ ist. Deswegen ist die EVP-Fraktion der Meinung, dass dieser delegierte Rechtsakt abzulehnen ist. Ich hoffe, dass wir dafür in dieser Woche eine ausreichende Mehrheit bekommen.

Ismail Ertug, im Namen der S&D-Fraktion. – Frau Präsidentin, sehr geehrte Frau Kommissarin! Zunächst einmal herzlich willkommen, das ist meines Erachtens Ihr erster Auftritt hier im Europäischen Parlament – sicher nicht der letzte.

Jetzt weiß ich sehr wohl, Frau Kommissarin, dass das, was vorliegt, nicht unbedingt aus Ihrer Feder stammt. Das muss man glaube ich der Fairness halber auch dazu sagen, dass Sie das aus der letzten Periode von Ihrem Vorgänger, Herrn Kallas, übernommen haben.

Jetzt wissen wir natürlich, dass in Zeiten, in denen die Europäische Union versucht, den Güterverkehr immer weiter zu liberalisieren, und wir letztendlich auch immer weiter versuchen, durch Innovation und technische Hilfsmittel alles effizienter zu gestalten – und da bin ich schon auch bei meinem Vorredner – die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ein bisschen auf der Strecke bleiben.

Die europäische Logistikbranche, wenn man sich das anschaut, hat jährlich ein Umsatzvolumen von 900 Mrd. EUR. Das ist gut, damit steht sie auch gut da. Wir dürfen aber dennoch nicht diejenigen vergessen, die zu diesem Umsatz beitragen. Das sind die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die tagtäglich unsere Güter, die wir tagtäglich brauchen, in der Europäischen Union von A nach B fahren. Deswegen, glaube ich, muss man diesen Aspekt mit hinzufügen, und das ist letztendlich in diesem jetzigen Vorschlag nicht ausreichend getan worden.

Wenn wir uns die negativen Auswirkungen der sogenannten illegalen Kabotage anschauen – Frau Kommissarin, und ich bin überzeugt, dass Sie eigentlich in dem Punkt mit uns sind, Sie haben das ja auch immer wieder klar in den Anhörungen gesagt, dass Sie kein Sozialdumping zulassen werden – haben wir derzeit aber in diesem Bereich letztendlich eine Situation, wo der Arbeitsschutz und die Sozialstandards deutlich unterlaufen werden, und für diese Werte, glaube ich, müssen wir einfach einstehen. Wir müssen dafür einstehen, dass letztendlich die Kategorisierung, so wie sie ist, ergänzt wird, das haben wir auch Ihrem Dienst und ihren Mitarbeitern auch gesagt, dass wir darum bitten, diese zu ergänzen, um bei den Dingen wie z.B. Briefkastenfirmen und Sozialdumping eine Klärung herbeizuführen.

Wir werden diesen Vorschlag, so wie er auf dem Tisch liegt, auch ablehnen, und ich hoffe, dass wir letztendlich mit einer Mehrheit ausgestattet werden, das dann am Mittwoch ablehnen zu können in der Hoffnung – und da bin ich im Übrigen guter Dinge und positiv gestimmt – dass Sie letztendlich das dann auch aufnehmen und zum Anlass nehmen, in einer relativ kurzen Zeit einen besseren Gesetzesvorschlag auszuarbeiten und dem Europäischen Parlament vorzulegen. Dann glaube ich, können wir alle gemeinsam noch einmal am Inhalt arbeiten, und wir können noch einmal die Definitionen klar erarbeiten. Dann weiß jeder, woran er ist. Nur ist die Liste derzeit eben nicht ausreichend, und das nehmen Sie bitte nicht persönlich. Aber wir werden das auch deswegen ablehnen, weil das eben nicht ausreichend ist.

Montag, 15. Dezember 2014

Tomasz Piotr Poręba, *w imieniu grupy ECR*. – Witam Panią Komisarz! Cieszę się, że dzisiaj możemy wspólnie uczestniczyć w tej pierwszej debacie z Pani udziałem na temat ważnej kwestii. Już w środę głosowaniu Izby poddany zostanie projekt rozporządzenia wykonawczego w sprawie klasyfikacji poważnych naruszeń przepisów unijnych, które mogą doprowadzić do utraty dobrej reputacji przez przewoźnika drogowego.

Podczas ostatniego posiedzenia Komisji Transportu podjęto decyzję o odesłaniu tej propozycji do Komisji Europejskiej celem jej uzupełnienia. Zgadzam się z moimi przedmówcami i liczę na to, że Parlament Europejski w środę potwierdzi tę decyzję Komisji Transportu, która została już podjęta kilka dni temu. Dlaczego? Dlatego, że przedłożona lista nie jest kompletna i nie wyczerpuje zarówno wszystkich kategorii naruszeń prowadzących do utraty dobrej reputacji podmiotów transportu, ani też tych, które tworzą ryzyko poważnych obrażeń użytkowników dróg, a także oczekiwaniach społecznych kierowców. Propozycja Komisji Europejskiej nie jest tym samym zbalansowana, co sprawia, iż w konsekwencji nie uwzględnia interesów ani pracodawców, ani pracowników. Oczekujemy bardziej racjonalnego podejścia, dogłębnej analizy argumentów obu stron i zabezpieczenia ich interesów. Katalog naruszeń nie powinien w żaden sposób podważać zasady subsydiarności ani też dążyć do eliminacji przewoźników drogowych z rynku transportowego.

Potrzebujemy dzisiaj eksperckiej debaty i dyskusji na temat naruszeń odnotowywanych na międzynarodowym rynku przewozów drogowych. Musimy wypracować takie instrumenty, które z jednej strony przeciwdziałałyby nielegalnemu kabotażowi, a z drugiej strony uwzględniały często racjonalne argumenty kierowców dotyczące kwestii społecznych.

Gesine Meissner, *im Namen der ALDE-Fraktion*. – Frau Präsidentin! Frau Kommissarin, auch von meiner Seite herzliche Begrüßung für Ihren ersten Auftritt hier im Plenum. Das ist tatsächlich etwas für Sie Historisches, so kann man das sagen.

Es hat mir gut gefallen, wie Sie erklärt haben, dass Sie in Zukunft sehr eng mit uns zusammenarbeiten wollen und dass Sie auch sagen, das, was jetzt vorliegt, ist geeignet, um Rechtsklarheit zu schaffen, Rechtsunsicherheiten zu beseitigen, und gleichzeitig auch alle diejenigen, die im Verkehrssektor Straftaten begehen, besser bestrafen zu können. Das ist ja das, was eben gemacht werden sollte. Sie haben das nicht selber verantwortet, das war noch von Ihrem Vorgänger – vollkommen richtig. Aber es ist zwei Jahre lang abgewogen worden, was man tun kann, um die Verkehrssünder im grenzüberschreitenden Kraftverkehr besser zur Rechenschaft ziehen zu können.

Es ist schon gesagt worden, manche finden das nicht ganz optimal, wie es gelaufen ist. Es fehlen auch mir einige Details in dem Vorschlag. Aber insgesamt kann man sagen, das ist ein Schritt in die richtige Richtung. Wir haben jetzt eine Möglichkeit in der Hand – und das ist ja notwendig –, genauer zu sagen, wie jetzt die Regeln umgesetzt werden sollen. Das gibt den Mitgliedstaaten Sicherheit, dann auch entsprechend vorgehen zu können.

Es war so, dass natürlich einige aus dem Sektor uns angeschrieben haben – gerade in Deutschland waren es viele Omnibusunternehmer –, die Angst hatten, dass die Zwölf-Tage-Regelung außer Kraft gesetzt werden kann. Dem ist tatsächlich nicht so. Ich habe mich genauer damit beschäftigt, das ist nicht der Fall. Im Gegenteil ist es sogar so, dass die natürlich beibehalten werden soll, und Omnibusunternehmer wissen das inzwischen auch.

Wir können – das hat Herr Ferber gesagt – in diesem Fall ablehnen, was die Kommission vorschlägt, das ist immer das Recht des Parlaments. Aber ich habe das Gefühl, gerade bei dem, was Herr Ferber gesagt hat, er hat sich für meine Begriffe selber widersprochen, weil er zum einen sagte, dass eben verschiedene Sachen nicht klar geregelt werden, mit leichten, mittleren und schweren Verstößen. Gleichzeitig sprach er von einem Generalverdacht gegen alle Transportunternehmer. Meines Erachtens widerspricht sich das. Ich halte es für falsch, jetzt in diesem Fall die Stärke des Parlaments zu zeigen, wenn es doch darum gehen kann, bei der Bestrafung der schwarzen Schafe im grenzüberschreitenden Verkehr einen Schritt voranzugehen. Darum sollten alle noch einmal genau überlegen, wie man sich da bei der Abstimmung verhält.

Merja Kyllönen, *GUE/NGL-ryhmän puolesta*. – Arvoisa puhemies, arvoisa komission jäsen, Eurooppa ei ole eikä toivoakseni tulekaan olemaan halpatuotannon maaperä. Meidän vahvuutemme kilpailussa on perustunut aina ammattitaidon ylläpitämiseen, työehtojen kunnioittamiseen sekä turvallisiin ja ympäristösäädelyihin olosuhteisiin.

Montag, 15. Dezember 2014

Turvallisuus- ja ympäristösäätelyllä on jo pitkät perinteet ja toivoisin, että ne perinteet saadaan ulotettua myös sosiaaliin kysymyksiin työelämässä ja liikenteessä. Sosiaalinen polkumyynti ei ole asianmukaista eikä hyväksyttävää toimintaa Euroopassa eikä missään maailmalla. Pystyäksemme edelleen parantamaan sekä liikenneturvallisuutta että sosiaalisia oloja meidän on kiinnitettävä näihin kysymyksiin erityistä huomiota.

Ala-arvoiset työolot, väärennetyt ajokortit, laitton kabotaasi ja alipalkkaus ovat jo keskuudessamme. Meidän on toimitava, emme voi vain odottaa! Siksi komissio saa vielä kotiläksyn.

Karima Delli, *au nom du groupe Verts/ALE*. – Madame la Présidente, Madame la Commissaire, le 30 janvier 2009, la Commission européenne adaptait la directive de 2006. Cette directive était essentielle: elle établissait des règles en matière de contrôle de la législation dans le secteur routier, notamment les temps de conduite, de pause et de repos des conducteurs routiers européens. Le but était d'établir une classification commune des infractions à la législation sociale dans le secteur routier en fonction de leur gravité, ce qui aurait dû mettre un terme aux disparités actuelles.

En effet, aujourd'hui une infraction peut être considérée comme grave dans un pays et mineure dans un autre. Le processus d'harmonisation des normes sociales et salariales des conducteurs routiers n'a pas progressé au même rythme que la libéralisation des marchés. Certaines entreprises ont recours à des pratiques de dumping social, qui permettent de réduire leurs coûts de production en réduisant en même temps le coût de la main-d'œuvre. Les conducteurs routiers sont les premières victimes de cette situation. Les pratiques de concurrence déloyale vont à l'encontre de leurs droits sociaux et tirent toute l'Europe vers le bas. Il est grand temps de défendre une harmonisation des droits des salariés européens vers le haut.

Qu'en est-il aujourd'hui? Beaucoup d'États ne jouent pas le jeu, alors que l'objectif même d'une classification est de permettre un contrôle ciblé dans les entreprises où le niveau de conformité est trop faible. La proposition de la Commission ne renforce pas cette harmonisation: au contraire, elle la fragilise. Il est donc aujourd'hui grand temps, réellement, d'être ambitieux. Aussi, nous vous demandons d'inclure dans cette liste des infractions de nouveaux critères tels que la violation des règles sur les attestations des conducteurs routiers, en adoptant une véritable nouvelle législation sur le transport des matières dangereuses, mais aussi toutes les pratiques illégales trop répandues, qui ont pour conséquence une hausse du dumping social dans ce secteur au niveau européen.

Bref, il y a réellement urgence: la proposition que vous nous faites n'est pas à la hauteur, nous attendons énormément de vous.

Daniela Aiuto, *a nome del gruppo EFDD*. – Signora Presidente, onorevoli colleghi, ritengo che l'atto della Commissione sull'onorabilità dei trasportatori sia assolutamente inadeguato e insufficiente. Questa categoria subisce gravi pregiudizi, a causa di queste norme europee che, da un lato, favoriscono la libera circolazione di merci e persone ma dall'altro, si dimenticano di tutelare chi opera nel mercato interno ed è soggetto ad un evidente concorrenza sleale.

Consideriamo i gravi fenomeni del cabotaggio illegale e del dumping sociale che, ad esempio, in Italia stanno distruggendo l'intero settore. Ci sono autotrasportatori costretti a competere con ditte provenienti dall'esterno che, grazie ad una legislazione nazionale più favorevole, possono praticare prezzi più vantaggiosi, causando di fatto il fallimento o la delocalizzazione di tantissime nostre piccole e medie aziende. Chiedo per questo a tutti voi colleghi, di impegnarci a rivedere urgentemente la disciplina in materia, tenendo conto del fatto che questi lavoratori sono spesso costretti ad orari insostenibili, che li tengono a lungo lontani dalle loro famiglie.

Georg Mayer (NI). - Frau Präsidentin, geschätzte Frau Kommissarin! Jetzt geht es Ihnen ein bisschen wie mir heute in diesem Haus – ich bin auch neu im Verkehrsausschuss.

Wir haben uns ja auch schon einmal kurz in Ihrer Befragung darüber unterhalten. Jetzt liegt es uns natürlich allen am Herzen, dass wir eine Verbesserung in der Verkehrssicherheit auf Europas Straßen erreichen. In diesem Fall ist es grundsätzlich auch begrüßenswert, eine einheitliche europaweite Regelung zu haben, etwas zur Bekämpfung von Schrott-Lkws.

In Österreich sind wir ganz besonders davon betroffen, denn die Nähe zu Oststaaten schlägt sich wieder auf unseren Straßen nieder. Das betrifft jetzt nicht nur die Verkehrssicherheit, das betrifft, wie auch schon mehrfach angesprochen, auch die Arbeitnehmer, die in diesem Bereich tätig sind. Die Ansätze halte ich für gut, nämlich dass man sagt, bei den Unternehmen die Kontrollpunkte anzusetzen – wie das hier vorliegt –, dies halte ich für sinnvoll. Auch die Idee eines Verkehrsleiters – das ist etwas, was sich erst in der Praxis wird bewähren müssen, aber auch das halte ich für sinnvoll.

Montag, 15. Dezember 2014

Für mich stellt sich die Frage, und das hatten einige Kollegen schon gesagt, wie die Klassifizierungen, die dort vorgenommen werden, dann konkret ausgeführt werden, ob dann die Rechtsunterworfenen auch genau wissen, was dort zu tun ist. Das halte ich für zweifelhaft.

Allerdings hat mich heute der Kollege von der EVP etwas verwundert, der gesagt hat, sie werden dem nicht zustimmen. Ich denke, er wird seine besonderen Gründe dafür haben, warum er dem nicht zustimmt. Böse ist der, der in diesem Fall Böses vermutet.

Wim van de Camp (PPE). - Voorzitter, ook ik wil de nieuwe commissaris, mevrouw Bulc, van harte welkom heten in de plenaire vergadering van het Europees Parlement. Veel succes en een prettige samenwerking de komende jaren!

Wij bespreken hier vandaag een lijst van serieuze overtredingen in de transportsector. Wij weten allemaal dat transport een vitaal onderdeel is van de Europese economie en wij willen graag met de Commissie Juncker die transportsector verbeteren, eerlijker maken, zorgen voor goede concurrentie, maar ook voor goede sociale voorwaarden voor de werknemers.

Onze fractie is tot de conclusie gekomen dat deze lijst onduidelijk is en niet compleet. Dat is eigenlijk het belangrijkste bezwaar. De lijst is op zich een goede start maar onder de huidige economische omstandigheden is die onduidelijk en niet compleet. Dat geldt zowel voor werkgevers als voor werknemers.

Wanneer de werkgevers niet aan deze lijst voldoen, kunnen zij hun reputatie als betrouwbaar transportbedrijf verliezen. Die werkgevers hebben dus inderdaad wat te verliezen. En het moet helder zijn voor de werkgevers waar ze zich wel aan hebben te houden en waar ze zich niet aan hoeven te houden. Hetzelfde geldt voor de werknemers. Natuurlijk zit er in deze lijst ook een sociaal aspect. Er zijn voor de werknemers verschillende elementen in het Europese transportbeleid die onduidelijk zijn op dit moment: elementen als beloning, veiligheid, en noem maar op.

Wij willen dus een nieuwe lijst. En ik begrijp heel goed wat de commissaris zegt – en wat mevrouw Meissner ook zegt – dat wij nu zorgen voor uitstel, waardoor we onduidelijkheid scheppen. Maar als de commissaris begin volgend jaar aan een nieuwe lijst begint, dan kunnen wij die vóór het zomerreces hier opnieuw goedkeuren en dan weet iedereen waar hij of zij aan toe is.

Bovendien is er nog een ander element: onduidelijke lijsten zijn voor de handhavers, de nationale inspecties, buitengewoon moeilijk. Wij weten allemaal dat een van de grote problemen in het Europees recht op dit moment is: 'Kunnen wij de zaken die wij hier afspreken, ook handhaven?'

Daarom, dank voor de aanzet. De lijst is niet compleet, noch voor werkgevers noch voor werknemers. Kom snel met een nieuwe lijst, dan kunnen wij de transportsector verder helpen.

Jens Nilsson (S&D). - Fru talman! Det finns idag utbredda problem inom transportbranschen i Europa. Vi ser dagligen fall där reglerna för den inre marknaden åsidosätts av oseriösa aktörer för att de ska kunna konkurrera på orättvisa villkor. När det sker så är det chaufförerna och de seriösa företagen som drabbas negativt. Och vi vet ju att konkurrensen på den inre marknaden måste ske på lika villkor, att den måste gynna både arbetsgivare och arbetstagare och alla medlemsländer.

För det är när vi misslyckas med just detta som vi skapar en grogrund för populistiska och nationalistiska partier och rörelser som inte vill något annat än att hitta ursäkter för att bryta upp samarbetet och backa in i framtiden. I mitt hemland är fusk med cabotageregler och annan arbetsmarknadslagstiftning tyvärr alltför omfattande. Det är dags att EU-kommissionen slutar blunda för problemen som människor i transportbranschen upplever. Om människor och företag upplever att de inte tjänar på att vara en del av den inre marknaden utan snarare att det hotar ens lön och arbetstrygghet eller ens företags chans att överleva, då behöver man veta att de som har makt att förändra också är beredda att göra något.

Om svaret istället blir, "nej, vi ser inga problem" och "nej, vi tänker inte göra någonting åt det", då urholkas förtroendet snabbt. Illegal cabotageträfik är ett allvarligt hot mot EU och grundtanken för fri rörlighet. Att också föra upp dessa brott på listan över allvarliga överträdelser är logiskt och nödvändigt för att visa att vi tar problemen på allvar. När chaufförer utnyttjas för arbete under slavliknande förhållanden medför detta självklart en sämre trafiksäkerhet, ökad risk för allvarlig skada och dödsfall.

Montag, 15. Dezember 2014

Skulle EU välja att säga "nej illegal cabotagetrafik och social dumping är inte så allvarligt" kan jag lova att många runtom i Europa skulle bli oerhört besvikna, för det är precis det här som många upplever som de absolut största problemen idag. Återkom med ett bättre förslag.

Peter van Dalen (ECR). - Voorzitter, ook mijn gelukwensen aan de nieuwe commissaris. Het is wel een binnenkomer, want het Parlement maakt terecht bezwaar tegen wat nu voorligt van de kant van de Commissie.

Waar gaat het nu eigenlijk over? De kern is dat een wegtransporteur zijn vergunning kan verliezen als hij een serieuze overtreding begaat. Wat mij betreft hoort op die lijst van serieuze overtredingen ook het aanpakken van oneerlijke concurrentie en *social dumping*. Helaas vindt de Commissie dat niet. Maar het stelselmatig misbruiken van de cabotageverordening en de detacheringsrichtlijn verzieken het Europese wegvervoer. Dus het is echt zaak dat Europa dat aanpakt. Dat kan bijvoorbeeld in de richting gaan van een systeem waarbij we een reële band maken tussen de gebruikelijke werkplek van een werknemer en het recht dat op zijn arbeidsovereenkomst van toepassing is. Natuurlijk moeten we daarvoor gaan. Mevrouw Bulc, het is cruciaal dat u dat in overweging neemt.

Ik heb ook iets geleerd van dit hele proces, namelijk dat we dit soort belangrijke zaken niet via een comitologieprocedure moeten doen, maar wel via de normale reguliere wetgevingsprocedure. Daar is het veel te belangrijk voor. Dus, mevrouw de commissaris, wij zullen u niet steunen maar we gaan ervan uit dat de breed gedragen oproep van dit debat om *social dumping* en oneerlijke concurrentie aan te pakken, voor u glashelder is.

Matthijs van Miltenburg (ALDE). - Voorzitter, in Nederland zeggen we vaak: 'Zonder transport staat alles stil'. Vandaag kunnen we echt zeggen: 'Met EPP, met S&D en een aantal andere partijen staat de transportsector in Europa stil'. En dat is jammer om te moeten constateren.

Is het voorstel van de Europese Commissie naar mijn mening perfect? Mijn antwoord daarop is 'nee'. Het omvat niet alle mogelijke overtredingen die transporteurs kunnen begaan en waardoor hun goede reputatie in het geding zou komen. Maar dit voorstel biedt wel een eerste heel goede aanzet om de malafide transporteurs aan te pakken. We stellen hier in dit Huis heel vaak Europese regels op en denken dan dat daarmee het Europese speelveld gelijk is gemaakt. Maar dat gelijke speelveld ontstaat heel vaak pas als de regels ook daadwerkelijk effectief overal in Europa worden uitgevoerd, worden gehandhaafd, worden gesanctioneerd. Nu dreigt het onderhavige voorstel van de Commissie te worden verworpen. Effectieve uitvoering, handhaving en sanctiëring van de regels in het wegvervoer is daarmee niet een stap dichterbij, maar een stap verder weg gebracht.

Dit brengt mij bij een laatste punt, dat hiermee ook heel nauw verband houdt. Het gaat om de invoering van het minimumloon in Duitsland per 1 januari 2015. Dat brengt voor de Europese transportsector heel veel onduidelijkheid met zich mee. Internationale transportbedrijven willen heel graag die duidelijkheid en mijn vraag aan de Europese Commissie is dat wanneer transporteurs daadwerkelijk voldoen aan de regels, ze niet geconfronteerd zouden worden met allerlei administratieve rompslomp.

João Ferreira (GUE/NGL). - A luta dos trabalhadores dos transportes rodoviários, de mercadorias e de passageiros, e das suas organizações representativas, pela melhoria do respeito pelos seus direitos laborais, horários de trabalho e períodos de descanso, é já uma luta longa.

Uma luta recheada de embates e dificuldades várias, criadas quer por patrões sem escrúpulos quer por um enquadramento legislativo europeu mais interessado em promover a sacrossanta livre concorrência – e a inevitável concentração monopolista que sempre lhe sobrevém – do que em proteger e defender convenientemente a saúde e a segurança destes trabalhadores.

A voragem exploradora que há muito se abateu também sobre este setor acompanha os passos dados na concretização do dito mercado interno do transporte rodoviário.

Também aqui é flagrante a contradição entre as miríficas promessas que o mercado interno haveria de concretizar e a dura realidade enfrentada pelos trabalhadores no seu dia-a-dia.

Estivemos, estamos e estaremos ao lado destes trabalhadores. Na luta contra a corrida ao fundo no plano dos direitos e pela convergência no progresso das normais sociais e laborais.

Montag, 15. Dezember 2014

Michael Cramer (Verts/ALE). - Frau Präsidentin, Frau Kommissarin – herzlich willkommen in diesem Kreis für Ihre erste Rede –, liebe Kolleginnen und Kollegen! Als Vorsitzender des Verkehrsausschusses möchte ich betonen, dass zwischen allen Fraktionen Einigkeit darüber besteht, dass den Fragen des fairen Wettbewerbs und der sozialen Bedingungen endlich die angemessene Bedeutung beigemessen werden muss. Unser Ausschuss spricht sich deshalb vehement dafür aus, dass die Einhaltung bestehender Gesetze endlich auch auf unseren Straßen konsequent durchgesetzt wird!

Die Kommission war in dieser Hinsicht in den letzten Jahren nachlässig und ist ihrer Rolle als Hüterin der Verträge nicht nachgekommen. Sie, Frau Bulc, haben als neue Kommissarin nun Gelegenheit, ein neues Kapitel zu schreiben und die Ignoranz gegenüber dem Sozialdumping aufzugeben. Ein Lkw-Fahrer, der seine wöchentliche Ruhezeit von 45 beziehungsweise 66 Stunden nur in der Fahrerkabine verbringt, ist eine große Gefahr für die Sicherheit auf der Straße. Zudem ist das illegal. Deshalb muss das verhindert werden.

Illegale Kabotage, Scheinfirmen, Briefkastenfirmen, Fälschung der Fahrscheinbescheinigung – all das zu verhindern, war im ursprünglichen Entwurf vorhanden. Beides wurde gestrichen. Das ist nicht nachvollziehbar, und das ist falsch.

Deshalb wollen auch wir, dass die bestehenden Gesetze eingehalten werden. Sehr geehrte Frau Kommissarin, Sie können unseren Ausschuss hinter sich wissen, wenn Sie die Einhaltung der Gesetze sicherstellen, gegen schwarze Schafe bei allen Verkehrsträgern vorgehen und den fairen Wettbewerb sichern – und vor allen Dingen mit der Überarbeitung schnellstmöglich beginnen.

Peter Lundgren (EFDD). - Fru talman! Till skillnad från de allra flesta av er här inne så har jag tillbringat större delen av mitt yrkesverksamma liv i en lastbilshytt. Så sent som i mars månad i år parkerade jag bilen efter 30 år på vägarna. Jag har sett problemen som har uppstått och jag vill påstå att de allra största problemen de kommer från denna kammare. När man införde cabotagelagstiftningen, det var då fusket började på riktigt.

För det som händer idag det är att tyvärr utnyttjar många av de stora speditörerna i Europa – och då pratar vi tyska Schenker, tyska DHL, danska DSV – den här cabotagelagstiftningen för att bedriva illegal inrikestrafik. Den tredje transporten man får lov att ta under en sjudagars period, den kör man till, från mitt land sett Sverige, till grannlandet Danmark och från Danmark kör man till Sverige, och sedan är bilen tillbaka.

Vi har över 2000 bilar som bedriver illegal inrikestrafik i Sverige; det är bevisat genom en undersökning. Det går inte att säga att det här får man fixa på nationell nivå för det är under EU:s paraply det här tillåts ske. Det är EU:s lagstiftning som gör det möjligt. Här måste man agera med kraft. EU:s lagstiftning håller på att slå sönder hela den seriösa åkerinäring som finns, för det finns inte någon som vill betala vad som behövs för en transport för det är det sista ledet i en produkt och den ska vara så billig som möjligt. Det sker på bekostnad av chaufförerna och att de utnyttjas som rena slavar.

Massimiliano Salini (PPE). - Signora Presidente, onorevoli colleghi, signora Commissario, grazie di essere qui e dei chiarimenti che ci ha dato in premessa. La considerazione principale, che anche altri colleghi hanno fatto e che io condivido, riguarda la centralità del trasporto nel futuro dell'Unione, sia per quanto riguarda il trasporto delle merci che per quanto riguarda il trasporto delle persone. Tuttavia, ci siamo avventurati su un percorso molto complesso e per certi versi pericoloso: cioè, la Commissione ha deciso di indicare negli atti delegati, tassativamente, quali sono i casi in cui il trasportatore rischia di perdere l'onorabilità e quindi rischia di perdere l'autorizzazione a svolgere il proprio servizio. È qui il punto su cui io contesto le affermazioni anche di alcuni colleghi.

Quando si decide di indicare tassativamente di indicare i casi in cui si rischia di perdere l'onorabilità? Se l'indicazione è tassativa, non vale il ragionamento per cui se abbiamo fatto qualcosa di buono, è opportuno non cancellarlo e andare avanti. Infatti, finché si individuano attraverso una norma dei criteri generali, allora si può accogliere l'inizio di un percorso. Ma quando si arriva all'indicazione tassativa, tutto ciò che non è compreso nell'elenco tassativo, è concesso. O meglio: tutto ciò che non è indicato, nel caso specifico, come grave – perché questo è il punto – non sarà tale da consentire la sospensione dell'autorizzazione al servizio.

Montag, 15. Dezember 2014

Allora, a questo punto, prendo ad esempio il caso che, nel mio paese ma anche in altri, è considerato assolutamente il più grave, cioè quello del cabotaggio illegale: il fatto che l'indicazione tassativa prevista dall'atto delegato non qualifichi come tale il cabotaggio illegale, preoccupa il mio paese anche per le conseguenze sociali che questo avrà. Quindi, conseguenze gravi sul fronte imprenditoriale ma conseguenze gravi anche sul fronte del dumping sociale. Su questo chiedo un'attenzione particolare e mi associo all'indicazione del mio partito, che prevede la possibilità di rivedere completamente questa lista. La ringrazio molto per il lavoro che sta svolgendo.

Lucy Anderson (S&D). - Madam President, the Commissioner should consider this. People outside this Parliament might risk not understanding that what we are talking about here is far from being a technical issue. I think it is important to remember that thousands of people in Europe die each year as a result of lorry crashes, and so it affects both the drivers and the people on the roads. For example, in 2011 the European Transport Safety Council highlighted that 4 300 people died. Now you tell us, Commissioner, that what we are asking for is out of scope. That is absolutely not true.

There is ample evidence that driver fatigue and abusive employment practices and exploitation, not taking safety seriously, and illegal cabotage more generally, lead to very real safety risks and will not enable us to meet our road safety targets apart from anything else. How can this possibly be out of scope? You also said there was an issue of legal certainty. Again I cannot see how that can be correct; it is not as if there is no law at the moment. However the main point that we are making to you, pretty much all of us here, is that this proposal has no added value. Please think again, and if nothing good comes back that is not our fault: it is your fault.

Νότης Μαρίας (ECR). - Κυρία Πρόεδρε, το θέμα της ασφάλειας στις μεταφορές είναι καθοριστικό. Και είναι καθοριστικό διότι χάνονται πάρα πολλές ζωές τον χρόνο στους δρόμους, επειδή δεν τηρούνται οι κανόνες ασφαλείας.

Υπάρχουν ασυνείδητοι οδηγοί αλλά κυρίως υπάρχουν επιχειρήσεις οι οποίες έχουν φορτηγά τα οποία πραγματικά δεν έχουν ελαστικά. Τα ελαστικά τους είναι φθαρμένα· βρίσκονται σε άσχημη κατάσταση. Είναι φορτηγά καρμανιόλες.

Να σας πω ότι πρόσφατα, στην Εγνατία Οδό, ένα φορτηγό με οδηγό από τη Ρουμανία και ιδιοκτησία εταιρίας της Ρουμανίας έπεσε πάνω σε 30 αυτοκίνητα. Είχαμε τρεις νεκρούς. Είχαμε 30 τραυματίες.

Επομένως το θέμα αυτό είναι σοβαρότατο, διότι δεν τηρούν τους κανόνες ασφαλείας και δεν έχουν τις επιχειρήσεις τους σωστά δομημένες, έχουν δε τα αυτοκίνητά τους καθαρά για να βγάλουν κέρδος. Αυτό είναι το βασικό στοιχείο, όπως επίσης πρέπει να δείτε και το κοινωνικό ντάμπινγκ, που είναι μια επίσης σημαντική διάσταση, την οποία έδωσαν πριν λίγο οι υπόλοιποι συνάδελφοι.

Jill Seymour (EFDD). - Madam President, this debate perfectly illustrates almost everything wrong with the thinking of the European Union. Saying that 500 million people are a single market does not make them one. A single market based on freedom of movement can only work when there is something approaching a common standard of living. There is not. Poor income in Bulgaria and Romania does not even give a monthly wage which is as good as the UK's minimum wage. This means that the lorry drivers of the UK simply cannot compete and earn a decent day's living. We know there is widespread corruption with licences that can be bought on the Internet. This has led to some unqualified drivers on our roads.

Let me make a couple of points clear. I am not blaming the people of Eastern Europe; they just want to make a living. I am not opposing free trade; but the role of the markets is to increase prosperity, not to create a rush to the bottom. These problems are completely and utterly the result of pie-in-the-sky thinking by EU decision makers. It is the EU's economic illiteracy which is to blame. When will they understand that the objective is prosperity? They talk about good repute of lorry drivers. It is not lorry drivers who are the problem. It is the unelected Brussels Commissioners and their bureaucratic staff who are dreaming up policies devoid of any understanding of how the real world works. The end result of this type of legislation punishes the hard-working lorry drivers of Great Britain.

Elżbieta Katarzyna Łukacijewska (PPE). - Pani Przewodnicząca! Rozporządzenie, które jest przedmiotem naszej dzisiejszej dyskusji, rozstrzyga kwestię naruszeń tzw. dobrej reputacji i jej utraty przez przewoźników w transporcie drogowym. W moim odczuciu Komisja nie do końca precyzyjnie określiła wszystkie wykroczenia związane z bezpieczeństwem w ruchu drogowym i należy zgodzić się z tymi, którzy te wątpliwości podnoszą. Akt delegowany powinien być pełny, przejrzysty i prowadzić do lepszego przestrzegania prawa, a nie pozwalać na swobodną interpretację i jego wybiórcze traktowanie. Zbyt dużo mamy wypadków drogowych i związanych z tym ludzkich tragedii, żeby temat traktować powierzchownie. Dlatego też popieram tych, którzy mówią, że należy uzupełnić listę naruszeń.

Montag, 15. Dezember 2014

Dyskusja nad rozporządzeniem otworzyła również inne pole, które wzbudza coraz więcej kontrowersji, a które dotyczy przewozów kabotażowych oraz tzw. dumpingu społecznego, socjalnego. Należy podkreślić, że kwestie przewozów kabotażowych reguluje odrębne rozporządzenie Parlamentu Europejskiego i Rady, a naruszenia w kabotażu nie stanowią podstawy do utraty dobrej reputacji przez przewoźnika, ponieważ nie mają bezpośredniego związku z bezpieczeństwem w ruchu drogowym.

Mówiąc o kwestiach socjalnych, musimy wziąć pod uwagę kilka aspektów. Po pierwsze, mamy jedną Unię Europejską, posiadamy wspólny rynek, ale mamy również znaczące różnice wysokości wynagrodzeń za tę samą pracę w poszczególnych krajach Unii Europejskiej. Po drugie, nie wolno zapominać, że często dochodzi do zatrudniania pracowników i kierowców z jednych państw UE lub spoza UE na zupełnie innych warunkach oraz za dużo niższe stawki niż obowiązują w kraju Unii Europejskiej, w którym wykonują pracę. Po trzecie, nie można rozwiązywać niewygodnych problemów dla któregoś kraju czy rządu kosztem innych państw.

Zgadzam się, że jest to temat bardzo trudny i ważny, dlatego uważam, że potrzebna jest ekspercka i oparta na faktach dyskusja na temat zakresu naruszeń występujących na międzynarodowym rynku przewozów drogowych i wypracowanie wspólnych instrumentów, które przeciwdziałająby zjawisku nielegalnego kabotażu.

Claudia Tapardel (S&D). - Doamnă comisar, știm cu toții că transportul este unul dintre elementele care dau sens și eficacitate dimensiunii economice a proiectului european. De aceea, avem nevoie de o infrastructură rutieră sigură, cu reguli unitare, iar în centrul preocupărilor trebuie să rămână cetățeanul, căruia suntem datori să-i asigurăm condiții optime de muncă și siguranță. Aceasta este regula pe care trebuie să o respecte toți transportatorii.

De aceea, Comisia trebuie să elaboreze o legislație în domeniul transporturilor care să aibă capacitatea de a regla practicile neloiale, de a respecta principiile concurențiale, de a combate cabotajul ilegal și de a susține economic și social personalul care activează în acest domeniu.

Cer ca drepturile tuturor angajaților să fie respectate, iar în caz contrar sancțiunile UE să se aplice rapid și eficient pentru a descuraja orice caz în care transportatorii își plătesc angajații mai puțin decât prevede legislația, angajatorii folosesc forme fictive de angajare, transportatorii nu plătesc angajaților drepturile și asigurările sociale și nu se respectă timpii de muncă ai angajaților.

Dacă vorbim de siguranța pe drumurile publice din Europa, trebuie să avem în vedere că principala cauză a accidentelor este epuizarea fizică a șoferilor, care sunt forțați să trăiască în cabina de camion timp de săptămâni întregi și sunt forțați de angajatori să conducă și câte 9-10 ore pe zi fără întrerupere.

Având în vedere că transportul internațional și angajarea transnațională sunt practici economice răspândite, nu ne putem permite să ignorăm caracterul social al Regulamentului (CE) nr. 1071/2009. De aceea, pentru drepturile acestor oameni și pentru siguranța tuturor participanților la traficul din întreaga Europă, avem nevoie de o legislație adoptată cu prudență, care să impună reguli unitare pentru toți cei care activează în domeniul transporturilor.

Ангел Джамбазки (ECR). - Тук коментираме въпроса за добрата репутация на автомобилните превозвачи на товари и пътници. Бих искал да ви изтъкна и друг въпрос, който е свързан с тази тема – именно за нивото на защитата на конкуренция в този бранш и добрите общоприети практики. Защото в отделните национални законодателства има разпоредби и практики, които дискриминират малките превозвачи за сметка на големите, тези от една държава членка за сметка на тези от други държави членки. Считате ли за нормално, например, изискването на френското и белгийското законодателство извършването на седмичната почивка да бъде задължително извършено в хотел, а не както досега да се изпълнява в кабината на камиона? Не е ли това дискриминация спрямо по-малките транспортни фирми от останалата част на Съюза?

И друго – въпросът за превозвачите от трети страни, извън Съюза. Тук искам да обърна внимание на превозвачите от Турция – изключително недисциплинирани, а и на законодателството на Турция, което прави всичко възможно да пречи на останалите превозвачи от другите държави членки. Те не отговарят на правилата на Съюза по понятни причини. Това създава напрежение, включително и социално. Не може да си затваряме очите за това. Затова преди да говорим за добри практики, трябва да решим проблемите с нелоялната държавна помощ и да регулираме равнопоставеното отношение, да прекратим неравнопоставеността.

Montag, 15. Dezember 2014

Andor Deli (PPE). - Köszönöm, tisztelt Elnök Asszony, tisztelt Biztos Úr! A mai vitához kapcsolódik az a határozattervezet, amellyel a Parlament a közúti fuvarozók jogsértéseinek Bizottság által készített listáját készül visszautasítani átdolgozásra. Erről majd szerdán szavazunk. Nagyon fontos a jogsértések minőségi és igazságos listáját elkészíteni, és lényeges mindenfajta törvénytörő magatartás ellen fellépni, így a közösségi jogosítvány, vagy a vezetői atesztek hiánya sem tolerálható. Úgyanígy kell a törvénytörő kabotázs ellen is fellépni, mivel az rossz fényt vet minden kabotázssal törvénytelenen foglalkozó fuvarozóra.

Mindazonáltal felhívnám a Bizottság figyelmét arra, hogy az úgynevezett szociális dömping felszámolását nem lehet, sőt káros egyes szűk szektorális politikákban elkezdni, szelektíven folytatni. Inkább szükség volna egy átfogó kezdeményezésre a közép-kelet-európai tagországok gyorsabb szociális felzárkóztatására, ugyanis az okot kell megszüntetni, nem pedig a tüneteket kezelni. A tagállamok nemzeti szociális jogszabályainak betartatását és végrehajtásuk ellenőrzését nem veheti át az Európai Unió egy delegált jogkörben hozott aktussal, mivel az végül megbonthatja a közúti áru fuvarozási piac egységét, megnehezítve a szabad áru forgalom és a szolgáltatásnyújtás szabadsága alapelveinek megvalósulását.

Az a körülmény, hogy a Tanács megtámogatta a Bizottság jelen javaslatát további kérdéseket generál, és rámutat arra, hogy a megoldásokat talán máshol és másként kell keresni. Köszönöm.

VORSITZ: ALEXANDER GRAF LAMBSDORFF

Vizepräsident

Jörg Leichtfried (S&D). - Herr Präsident, Frau Kommissarin! Ich darf das als Nachpassus sagen, dass ich mir auch eine gute Zusammenarbeit mit Ihnen wünsche und darf das mit einer Anmerkung starten: Ich glaube, Sie sollten einen Fehler in Ihren nächsten fünf Jahren nicht machen, den Ihr Vorgänger gemacht hat. Er hat Verkehrspolitik betrieben einzig und allein unter den Auspizien seiner ideologischen Vorstellungen, dass die Großen immer stärker werden sollen und die Kleinen am Ende verschwinden sollen – auch bei den Frachtunternehmen.

Diese Regelung, die er hier vorgeschlagen hat, ist Ausdruck dieser Vorstellung: kaum Rücksicht auf Sozialvorschriften, Reduzierung der Strafen, Einschränkung der Tatbestände für Strafen. Das sind alles Dinge, welche die, die klein sind und es ehrlich meinen, nicht umgehen können, da sie ihre Sitze nicht verlagern können, nicht Fahrer von ganz Europa anheuern können. Darunter leiden die Kleinen, und die Großen profitieren. Das führt am Ende dazu, dass alle weniger haben bis auf einige wenige Große, die immer mehr verdienen. Das wollen wir hier nicht, diese Art von Verkehrspolitik. Deshalb glaube ich, dass das auch abgelehnt wird und Sie mit einem neuen besseren Vorschlag kommen müssen. Ich hoffe, er wird besser sein, und dann werden Sie auch die Zustimmung dieses Hauses finden, was sehr vernünftig wäre.

Das wollte ich Ihnen nur dazu sagen und noch eine kleine Anmerkung zum Schluss, Frau Kommissarin: Lassen Sie sich hier nicht von einigen Kolleginnen und Kollegen beirren, die leider mit ihrem Fanclub wieder verschwunden sind. Sie sind schon demokratisch legitimiert, um die Dinge hier zu tun.

Roberts Zile (ECR). - Priekšsēdētāja! Godātā komisāres kundze! Nedzirdēju jūsu uzstāšanos, bet zinu jūsu viedokli. Nokavēju mazliet. Esmu gandarīts, ka jūs esat šeit savās pirmajās uguns kristībās šajā ēkā, šajā telpā.

Īstenībā, runājot šodien, debatējot par komitoloģijas procedūras regulu par autopāravadātāju izdarīto nopietno pārkāpumu klasifikāciju, mēs runājam par autopāravadājumu iekšējo tirgu. Un būsim atklāti, kolēģi — tas man ļoti atgādina pakalpojumu direktīvas debates šeit pirms vairākiem gadiem, kurā darba devēju un darba ņēmēju politiskie uzskati bieži vien sakrita atkarībā no ģeogrāfiskā aspekta Eiropas Savienībā. Un tāpat ir arī šodien. Mēs bieži vien runājam, ka jūsu iesniegtajā deleģētajā aktā nav vairāku lietu. Bet tur ir. Tur ir noguruma prasības, tur ir tehniskās prasības. Tas, kā tur, iespējams, nav — nav sociālā dempinga, nav tā saucamās nelegālās kabotāžas pieejamības, lai gan 2009. gadā mēs nolēmām, ka šī kabotāža būs autopāravadājumu tirgū, utt.

Montag, 15. Dezember 2014

Šeit es gribētu — zinot, ka es esmu mazākumā un būšu viens no retajiem, kas atbalstīs jūsu priekšlikumu, — dažus vārdus pateikt uzreiz angļiski, lai mani kolēģi labi uztver manu domu.

We have to look to our House as well sometimes. We have rules here in this House for our local assistants. This is clearly social dumping. It is not admissible that local assistants from Bulgaria should be paid eleven times less than Danish local assistants! So what is this called? It is social dumping. We are pushing our local assistants into a lower quality of life; they are not sleeping very well, their beds are so bad, and they are not eating properly and so on – and they are giving advice to our MEPs! The only good thing is that we MEPs from eastern Europe are not creating a safety hazard for political decisions here. I am, of course, being sarcastic. But we have to think about it, about what we are talking about here sometimes.

Georges Bach (PPE). - Monsieur le Président – bienvenue Madame la Commissaire, de ma part également –, chers collègues, considérant tout ce que mon collègue, Markus Ferber, vient d'indiquer au nom du Parti populaire européen et que je partage entièrement, je voudrais ajouter quelques points qui sont, à mon avis, également très importants.

Nous ne réaliserons pas nos objectifs en matière de sécurité routière et nous n'arriverons pas à améliorer la réputation du secteur sans tenir compte des aspects sociaux. Le facteur humain est central dans notre lutte pour des routes plus sûres. En effet, nombre d'accidents sont dus à un manque d'attention et de réaction des conducteurs lié, notamment, aux mauvaises conditions de travail.

La Commission disposait d'une réelle chance, une réelle occasion de remédier aux faiblesses de la mise en œuvre de la législation sociale et de la législation du travail de l'Union, ainsi que du mandat nécessaire pour empêcher le dumping social, selon l'article 6 du règlement 1071 établissant des règles communes sur les conditions à respecter pour exercer la profession de transporteur par route.

La Commission a omis d'inclure les transports de cabotage illégaux dans sa liste qui, eu égard à leurs effets néfastes sur les chauffeurs, doivent sans conteste être assimilés à une source grave d'infractions.

Je regrette donc que la Commission n'ait pas pris en compte ces problèmes lors de l'élaboration de la liste, qui reste très vague, comporte beaucoup de lacunes et, de ce fait, demeure inachevée.

C'est pourquoi j'ai rejeté la liste proposée en commission des transports et du tourisme et j'interpelle mes collègues afin de les inciter à voter en faveur de notre résolution.

Néanmoins, nous avons besoin de cette liste en raison des améliorations qu'elle permet en termes de sécurité juridique. Les entreprises de transport doivent prendre leurs responsabilités et, le cas échéant, veiller à préserver leur honorabilité.

Je demande donc à la Commission de prendre en compte les arguments du Parlement et j'appelle la Commission à proposer, le plus vite possible, une nouvelle liste des infractions graves.

Inés Ayala Sender (S&D). - Señor Presidente, sea bienvenida, señora Comisaria. La verdad es que le toca a usted torear el toro de otro, y empieza usted muy fuerte. Así que espero que más adelante pueda enfrentarse a dosieres establecidos por usted.

Y si no se tratase de algo tan serio, le diría que parece que este Parlamento quiere ayudar al señor Juncker a retirar legislación que quiere mantener como subsidiaria. No es mi caso; yo voy a disonar bastante, porque el objetivo de esta clasificación, elaborada por expertos durante dos años, es armonizar para dar seguridad jurídica a los transportistas que atraviesan Europa de norte a sur y de este a oeste, y que, debido a la discrecionalidad de los Estados miembros, no saben a qué sanciones se enfrentan en cada país.

Así, hay países que contemplan incorporar e imponer penas de prisión para aquellos transportistas que decidan dormir en la cabina del camión —y no en un motel lejos de su camión— en aparcamientos no asegurados —como se ha dicho hace poco—, y hay otros países para los que conducir con exceso de alcohol no es todavía una infracción grave, con el consiguiente riesgo.

Montag, 15. Dezember 2014

Por ello, me parece grave que la no adopción de esta propuesta vaya a mantener esa discrecionalidad y, por lo tanto, los abusos que algunas autoridades ejercen contra transportistas extranjeros, que casi siempre son los periféricos: los del Este, los del Oeste, los del Sur o los del Norte. De modo que se seguirá condenando a la incertidumbre y a la discriminación y al trato desigual a los transportistas, que es, finalmente, lo que ocurre siempre.

Y para aquellos que con toda legitimidad y buena intención pretenden resolver con esta norma —que se refiere a la seguridad vial— el dumping social y otros problemas de cabotaje, señalar que estos asuntos no se tratan en este Reglamento ni en esta clasificación, sino en el paquete social que usted nos prometió, que nosotros le exigimos y que seguimos esperando.

Dieter-Lebrecht Koch (PPE). - Herr Präsident, Frau Kommissarin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Einstufung der und nur der Verstöße gegen Unionsvorschriften im Straßenverkehr, die zu einer Aberkennung der Zuverlässigkeit eines Transportunternehmers führen können, fällt ohne Zweifel in die Zuständigkeit der EU-Kommission. Ziele sind dabei die Schaffung von fairen Wettbewerbsbedingungen, die Schaffung von Rechtssicherheit und die Vermeidung von schweren Straßenverkehrsunfällen mit tödlich sowie schwer verletzten Menschen.

Damit nun die von der Kommission vorgelegte Liste als verbindlicher Maßstab für die Beurteilung der Zuverlässigkeit genommen werden kann, müssen erstens noch bestehende Unklarheiten ausgeräumt werden, zweitens muss eine Konzentration auf wirklich folgenschwere Verstöße erfolgen – das heißt, bestimmte Aspekte könnten auch gestrichen werden –, und drittens sollten fehlende Aspekte in die Liste aufgenommen werden. Zum Beispiel muss das bestehende Problem, dass heutzutage Berufskraftfahrer monatelang in ihrem Lkw leben und schlafen, was unmittelbar mit dem Sozialdumping einhergeht, schnellstmöglich gelöst werden.

Wenn ich heute empfehle, dem Entschließungsantrag, der die Ablehnung des Verordnungsentwurfs der Kommission beinhaltet, zuzustimmen, dann geht es mir nicht um ein Kräfteressen mit der Kommission, es geht mir auch nicht um die Überarbeitung der Regeln zum Zugang für den Beruf des Berufskraftfahrers und auch nicht um die Öffnung der Kabotage. Es geht um eine klare, handhabbare, sinnvolle, Bürokratie abbauende Liste im Sinne der Zielsetzung. Wir brauchen eine solche Liste, um Kraftverkehrsunternehmen, die wiederholt und systematisch gegen eine Reihe von geltenden EU-Regelungen verstoßen, die Zulassung zu entziehen, ohne auf der Basis eines Flickenteppichs der Willkür Tür und Tor zu öffnen.

Diese Liste muss aber auch diejenigen, die sich an die Regeln halten, unnötigen Aufwand ersparen. Ich sehe gute Chancen, diese Liste der neuen wirtschafts- und sozialpolitischen Strategie der EU-Kommission schnellstmöglich anzupassen.

Abschließend möchte ich noch vermerken, dass selbst die beste Liste nichts bringt, wenn die Einhaltung der bestehenden Regelungen auf mitgliedstaatlicher Ebene nicht auch konsequent, effizient und nichtdiskriminierend überwacht wird.

Jutta Steinruck (S&D). - Herr Präsident! Als Koordinatorin der Europäischen Sozialdemokraten im Beschäftigungsausschuss bin ich sehr dankbar, dass der Verkehrsausschuss auch mit meinem Kollegen Ismail Ertug diese Liste der Kommission abgelehnt hat.

Ich bin seit vielen Jahren in engem Kontakt mit Lkw-Fahrern, mit Gewerkschaften, mit kleinen, mittelständischen Unternehmen, und was ich auf den europäischen Straßen erlebe, ist eine Katastrophe für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, aber auch für mittelständische Unternehmen. Da gibt es Kraftfahrer, die fahren für 300 EUR im Monat quer durch Europa und – die Kolleginnen und Kollegen haben es gesagt – schlafen in den Kabinen, verbringen den Tag und die Nacht im Lkw, und das grenzt wirklich an moderne Sklaverei.

Das ruft viel Ärger bei den Betroffenen und bei den Unternehmen hervor, die legal arbeiten, die eben auch die soziale Sicherheit ihrer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ernst nehmen, weil sie diesem Druck, diesem Unterbietungsdruck nicht gewachsen sind. Die zunehmende Liberalisierung geht zulasten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, aber auch zulasten der Unternehmen, die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ordentlich behandeln.

Montag, 15. Dezember 2014

Auch der Bereich Logistik zeigt wieder einmal, wie Wettbewerbsfreiheit in den zurückliegenden Jahren über soziale Rechte gestellt wurde – das muss sich ändern. Der Waren- und Güterverkehr läuft grenzüberschreitend, und da darf eine Kontrolle von Verstößen nicht an den Grenzen enden, sondern das muss grenzüberschreitend erfolgen, da muss Austausch erfolgen.

Eine Liste muss Verstöße gegen Arbeitnehmerrechte und gegen soziale Rechte zwingend enthalten. Verletzungen von Lenk- und Ruhezeiten, Briefkastenfirmen, Scheinselbstständigkeit, Fahrer, die an Raststätten inzwischen ausgesetzt werden und tagelang warten, ob sie einen Folgeauftrag kriegen, das sind nur einige Beispiele, was wir im Lkw-Verkehr in Europa erleben, und ich bitte Sie Frau Bulc, nehmen Sie die Interessen der Menschen in Europa ernst und machen Sie da einen Neuanfang.

Henna Virkkunen (PPE). - Arvoisa puhemies, täällä keskustelu on ollut varsin negatiivista. On tietenkin ymmärrettävää, että täällä on keskitytty enimmäkseen ongelmiin, koska halutaan parantaa komission ehdotusta. Kyse on vakavasta asiasta, vakavien rikkomusten luettelosta.

Haluan kuitenkin muistuttaa meitä kaikkia siitä, että sinänsä se tavoite, että ihmiset, tavarat ja palvelut pääsevät liikkumaan vapaasti Euroopan unionissa, on erittäin tärkeä tavoite. Siihen kannattaa kyllä meidän kaikkien yhteisesti pyrkiä. Se kuitenkin edellyttää sitä, että meillä on yhteiset säännöt, joita kyetään myös valvomaan.

Täällä on noussut hyvin vahvasti esiin liikenneturvallisuuteen liittyvä huoli. Liikenneturvallisuus on juuri se seikka, mistä varmasti kaikkein eniten saamme palautetta yrittäjiltä, kuljettajilta ja myös aivan tavallisilta kansalaisilta, jotka näkevät ja kokevat monia vaaratilanteita liikenteessä, silloin kun säännöistä ei piitata tai niitä ei kunnolla valvota.

Liikenneturvallisuuden osalta on tärkeää, että meillä on yhteiset säännökset, joita tiukasti valvotaan joka puolella Eurooppaa. Lisäksi on perusteltua, että joillain mailla voi olla omiakin säännöksiä. Esimerkiksi itse tulen Pohjois-Euroopasta ja näin talviolosuhteissa pakkaskelillä on perusteltua, että Pohjois-Euroopan maat vaativat esimerkiksi tiukempia rengasvaatimuksia rekoilta. Kyse on liikenneturvallisuudesta.

Yhtä tärkeää on varmistaa, että emme hyväksy veronkiertoa ja harmaata taloutta. Tiedämme, että se helposti liittyy kuljetustoimintaan, tavaroiden kuljetukseen. Itse asiassa kuljetusyrittäjät itse vahvasti tukevat sitä, että tätä valvontaa lisättäisiin. Suomessa hiljattain tehdyn tutkimuksen mukaan 90 prosenttia kuljetusyrittäjistä piti erittäin hyvänä vuositaita valvontaa verojen maksun osalta.

Ole Christensen (S&D). - Hr. formand! Vi har i alt for mange år været vidner til, at arbejdsforholdene i transportbranchen er blevet værre og værre. Alt for mange chauffører arbejder under forhold, som vi ikke kan være bekendt, og der er intet blevet gjort for at vende denne udvikling.

Unfair konkurrence, social dumping og ulovlig cabotagekørsler er også til skade for trafiksikkerheden i Europa. De europæiske chauffører i hele Europa er under pres! Det skal man ikke tale med ret mange chauffører om for at få bekræftet. Det samme gælder de mange arbejdsgivere, der heldigvis opfører sig ordentligt, men de kan jo ikke konkurrere under disse betingelser. Jeg bakker selvfølgelig op om, at vi skal udarbejde og vedtage en liste over alvorlige overtrædelser i vejtransporterhvervet, men ulovlig cabotage, social dumping og den deraf følgende risiko for dårligere trafiksikkerhed kan og skal ikke ignoreres igen. Det er allerede sket alt for mange gange, og det har altså ikke virket! Jeg håber, at signalet bliver taget alvorligt, for der skal ske noget nu!

Danuta Jazłowiecka (PPE). - Szanowni Państwo! Transport drogowy jest fundamentem przewozu towarów w ramach Unii Europejskiej – odpowiada za ponad 70% całego transportu i generuje blisko 2% unijnego PKB. To pokazuje, że jest swoistego rodzaju krwioobiegiem jednolitego rynku, bez niego trudno byłoby mówić o swobodzie przepływu towarów. Pomimo ogromnego znaczenia dla gospodarki europejskiej nadal utrzymują się liczne bariery utrudniające funkcjonowanie firm w tym sektorze. Liczne ograniczenia uniemożliwiają konkurowanie między firmami, a tym samym podnoszą koszty przewozu towarów. Szacuje się, że konsekwencją istniejącego stanu prawnego są straty sięgające blisko 50 mln EUR rocznie. Dziwią więc głosy niektórych rządów wzywających do wprowadzenia dalszych ograniczeń i możliwości świadczenia krajowego transportu przewozowego przez podmioty z innych państw członkowskich. Jeżeli zależy nam na pobudzeniu europejskiej gospodarki, na wzroście produkcji i reindustrializacji, to musimy stworzyć jak najkorzystniejsze warunki transportu towarów. Żaden kraj nie przyciągnie do siebie inwestorów, jeżeli nie umożliwi szybkiego przewozu wyprodukowanych towarów.

Montag, 15. Dezember 2014

Omawiana dzisiaj nowa lista poważnych przepisów w transporcie drogowym przygotowywana przez Komisję Europejską musi być dokładnie przemyślana, tak aby nie doprowadzić do upadku firm transportowych, i na tyle precyzyjna, by uniemożliwić niektórym państwom członkowskim jej nadinterpretację. Wykorzystywanie nadmiernych kontroli w celach protekcyjnych nie tylko osłabi realizację wewnętrznego rynku transportu drogowego i doprowadzi do utraty jego potencjału, ale też dodatkowo stworzy antagonistyczny klimat w międzynarodowym świadczeniu usług transportowych.

Wszystkim nam zależy na podniesieniu poziomu kwalifikacji zawodowych przewoźników, i tym samym na większym bezpieczeństwie na unijnych drogach. Wspólne zasady klasyfikacji poważnych naruszeń przepisów unijnych, które mogą prowadzić do utraty dobrej reputacji przez przewoźnika drogowego, powinny być więc bardzo precyzyjne i stanowić odniesienie dla narodowych systemów kontroli. Jednocześnie mając na uwadze formę prawną, za pomocą której Komisja przygotowała nową listę, należy zwrócić uwagę, aby Komisja nie wykroczyła poza swoje kompetencje. Dziękuję bardzo.

Olga Sehnalová (S&D). - Paní komisařko, chtěla bych se připojit k řadě mých předřečníků. I mé stanovisko k návrhu Komise bude kritické. Existují nejméně tři dobré důvody, proč trvat na tom, aby byl návrh Komise v této podobě odmítnut.

Prvním z nich je férová soutěž. Nesmíme umožnit těm dopravním firmám, které nutí řidiče k práci v nelidských podmínkách, které praktikují nelegální kabotáž, které obcházejí pravidla, aby měly v tvrdé konkurenci, která v tomto sektoru panuje, nekalou výhodu. To je nepřijatelné. Druhým důvodem je zhoršující se problém sociálního dumpingu. K dobré pověsti dopravců přece musí patřit také důstojné podmínky řidičů, které zaměstnávají – důstojné, nikoliv otrocké.

Třetím a současně tím nejzávažnějším důvodem, s nímž předchozí dva ovšem úzce souvisí, je bezpečnost řidičů a všech ostatních účastníků silničního provozu po celé Evropě. Jak jinak dopravce motivovat k odstraňování během dnešní debaty již mnohokrát zmíněných nepřijatelných praktik než důsledným vymáháním pravidel, které se projeví na hodnocení jejich dobré pověsti.

Z těchto důvodů návrh Komise v této podobě podpořit nemohu.

Claude Rolin (PPE). - Monsieur le Président, Madame la Commissaire, la proposition de classification des infractions graves était attendue non seulement par le Parlement européen, mais aussi et surtout par le secteur du transport en Europe. Cette liste doit permettre d'écarter de manière efficace les transporteurs routiers qui commettent systématiquement des infractions graves aux règles de l'Union; ceux qui refusent de respecter les règles ne doivent plus avoir le droit d'opérer impunément au sein de l'Union européenne.

Je ne peux être que déçu par le projet présenté aujourd'hui. Déçu par cette proposition de règlement qui est à la fois incomplète, vague et qui manque de cohérence.

À titre d'exemple, permettez-moi de mentionner quelques-uns de ses lacunes: elle ne sanctionne pas le cabotage illégal et, de ce fait, tolère le dumping social dans le secteur du transport, ce qui met en danger l'emploi des salariés ainsi que l'existence de nombreuses entreprises qui, elles, travaillent correctement.

Cette classification ne permet pas de lutter efficacement contre la fraude sociale qui – nous le savons – entraîne des conditions de travail et de sécurité inacceptables et de véritables distorsions de concurrence.

Cette classification ne mentionne nulle part le repos hebdomadaire, pris dans le véhicule.

Ces graves lacunes risquent d'engendrer des accidents sévères voire pire: des accidents mortels. Nous ne pouvons pas accepter la mise en danger de la vie des travailleurs et des usagers de la route!

Ces lacunes sont d'autant plus regrettables que les partenaires sociaux, les représentants tant des salariés que des employeurs, s'étaient mis d'accord sur une contribution commune. Malheureusement, malgré les orientations voulues par la Commission, il semble que l'on n'ait pas accordé l'importance qu'il convenait d'accorder à l'avis des partenaires sociaux, qu'ils n'aient pas été pris en compte.

Montag, 15. Dezember 2014

Aujourd'hui, il m'apparaît vraiment important que la Commission se penche à nouveau sur cette classification, avec le concours des partenaires sociaux. Je suis convaincu que cela permettra de disposer demain d'un outil grâce auquel nous pourrions répondre aux préoccupations légitimes du secteur et de l'ensemble des citoyens européens.

Christine Revault D'Allonnes Bonnefoy (S&D). - Monsieur le Président, Madame la Commissaire, chers collègues, le dumping social et son corollaire, la concurrence déloyale, constituent des problèmes de société majeurs en Europe, qui n'ont fait que s'aggraver avec la crise.

Le marché unique ne pourra pas fonctionner tant que les inégalités se creuseront entre les travailleurs de différents pays de l'Union. Le secteur des transports est loin d'être épargné et, alors que la Commission aurait pu proposer un acte délégué allant dans le sens du progrès social, elle a manqué l'occasion de sanctionner, comme il se doit, la violation des normes sociales dans le domaine des transports routiers.

Une entreprise qui est prise aujourd'hui la main dans le sac à pratiquer le cabotage illégal serait, demain, selon la législation proposée la Commission, toujours autorisée à transporter des marchandises dans l'Union européenne. S'il est indispensable que l'honorabilité des transporteurs routiers dépende de leur respect des règles de sécurité routières, le respect des règles sociales est tout aussi nécessaire.

Le Parlement, seule institution européenne élue au suffrage universel direct, peut, depuis l'entrée en vigueur du traité de Lisbonne, empêcher la mise en œuvre d'un acte délégué de la Commission européenne s'il n'est pas conforme à son contenu. Il convient que les députés au Parlement européen se saisissent de cette avancée démocratique essentielle, afin de refuser absolument cette législation inique qui va à l'encontre de l'intérêt général de nos concitoyens.

Le groupe des socialistes et démocrates ne transigera pas avec les infractions graves aux règles de l'Union européenne. C'est pourquoi nous appelons l'ensemble des députés européens à voter contre la liste présentée par la Commission européenne, qui devra revenir devant notre assemblée avec une liste complète dans les plus brefs délais.

Seán Kelly (PPE). - A Uachtaráin, ó a bheith ag éisteacht leis an díospóireacht ón tús, tá sé soiléir domsa ar aon nós nach nglacfar leis na moltaí seo. Ní hé sin le rá nach bhfuil na Feisirí i bhfabhar feabhas a dhéanamh ar an ábhar seo. Táimid ag caint faoina chur siar ar feadh tamaillín mar a dúirt Wim van de Camp agus nílimid ag caint faoina chur ar ceal ar fad. Má thógann an Coimisiún an seans sin chun éisteacht leis na pointí atá luaite ag na Feisirí anseo anocht agus a thriall iad a chur san áireamh nuair a bheidh siad ag déanamh athbhreithniú ar na moltaí is féidir linn moltaí an-mhaith a bheith againn a sheasfaidh an fód agus a chabhróidh leis an lucht oibre agus lucht taistil chomh maith.

Mar shampla, luadh go háirithe dumpáil shóisialta. Gan dabht ar bith is fadhb mhór é sin. Ní féidir linn cur suas leis agus caithfidh gach iarracht a dhéanamh deireadh a chur leis. Dúradh freisin go háirithe a mhéid a bhaineann leis an Iodáil agus faoi chabataíste mídhleathach. Arís is fadhb é sin. Níl sé féaráilte do na hoibrithe agus ba chóir dúinn riail shimplí ach fhéaráilte a thabhairt isteach a dhéileáil leis an bhfadhb sin. Freisin tá sé an-tábhachtach go mbeadh páirc imeartha leibhéalta againn do gach aon tír agus b'fhéidir gur cheart dúinn féachaint ar cad tá ag tarlú ina lán tíortha.

I mo thír féin, mar shampla, tá an roinn tar éis foirm foirm iarratais mheastóireachta a thabhairt isteach a dhéanann na gardaí ar na daoine atá ag lorg ceadúnas sular féidir leo gnó taistil a bhunú. Is dóigh liom gur fiú féachaint air sin agus b'fhéidir iad a thabhairt isteach ar fud na hEorpa. Dá bhrí sin, ba chóir dúinn féachaint ar rialacha comónta a bheith againn agus ansin monatóireacht chomónta a bheith againn ina dhiaidh.

Theodor Dumitru Stolojan (PPE). - Domnule președinte, accidentele produse de către conducătorii de autovehicule pentru transportul de persoane și de mărfuri, chiar și atunci când nu sunt dese, produc grave consecințe, pierderi de vieți omenești și traumatisme severe la persoanele care rămân în viață.

Montag, 15. Dezember 2014

Transportul rutier de persoane și de mărfuri s-a intensificat foarte mult în Uniunea Europeană și ca urmare a extinderii Uniunii Europene, dar și ca urmare a intensificării circulației libere a produselor și a persoanelor în piața unică. Iată de ce consider că avem nevoie de norme, de precizări clare la nivelul Uniunii Europene cu privire la situațiile în care se produc încălcări grave ale normelor Uniunii, care pot determina pierderea de către un operator de transport rutier a bunei reputații.

Ceea ce ne dorim, însă, este ca aceste eforturi legislative să nu introducă noi bariere în dezvoltarea transportului rutier de persoane și de mărfuri, să nu introducă noi costuri suplimentare și să nu permită tratarea discriminatorie a operatorilor rutieri, în funcție de țara de rezidență a acestora. După cum ați văzut în această dezbatere, se pare că propunerile Comisiei nu răspund întru totul acestor cerințe.

Deirdre Clune (PPE). - Mr President, road transport is extremely important across Europe. Commissioner, when you see the investment, you are probably looking at TEN-T funding and establishing the trans-European networks and transport corridors. This is a signal of just how important road transport is in terms of getting business done, taking advantage of the single European market, and ensuring that goods from outermost regions – like my own country of Ireland – can get to the markets they want to access. There have been many contributions here tonight which will show you that there is dissatisfaction with the proposal: it is vague and it is not specific. That is really what the Members in my own Group, and others I have heard here tonight, want from you.

Everybody wants to have greater harmonisation of standards. I think that is essential when we are talking about improving road safety: safety of passengers and of individuals. We want to improve the professional standing of transport and prevent unscrupulous firms from exploiting workers. We want to protect workers and their conditions. I think that everybody is united on that, but it is how we go about it that is the problem. I do not think there is too much of a distance between the Parliament here and you, Madam Commissioner.

With a little more time spent on this, the views of the Members can certainly be addressed. With road safety, the human factor is very much part of it. You cannot eliminate that, but you can always try to prevent it and create situations whereby the human factor can be eliminated. Hopefully the success you have had in road safety, where you have been trying to get to a position where we share information across Member States as regards driving offences, can be repeated in this area. I would hope that the Commissioner will be able to come forward at a later stage, should this be rejected, with proposals which are more specific, and not vague such as those we have had today.

Catch-the-eye procedure

Monika Flašíková Beňová (S&D) - Podobne ako mnohí z vás aj ja som dnes sem do Štrasburgu cestovala naprieč Európskou úniou – 900 kilometrov som prešla po našich cestách. Musím povedať, že je vidieť, že sme prostredníctvom našich fondov veľmi podporili výstavbu a dobudovanie cestnej siete. Ale to nemôže byť pre nás konečná. To, že podporujeme vybudovanie cestnej siete v Európskej únii, musí byť len jedným z krokov. Za týmto krokom musí nasledovať najmä bezpečnosť cestnej premávky, ktorá je častokrát vystavovaná veľkému tlaku pre enormné preťaženie cestnej siete a vôbec dopravy, či už súkromnej alebo tej, ktorú poskytujú rôzni poskytovatelia služieb. Hovorilo sa tu o sociálnom dumpingu. Áno, aj ja pochádzam z krajiny, kde ľudia ešte stále zarábajú výrazne menej a kde zamestnanci, ktorí pôsobia v iných spoločnostiach niekde inde v Európskej únii, majú oveľa horšie podmienky. Toto sú veci, ktorými sa Komisia musí tiež zaoberať.

Ivan Jakovčić (ALDE). - Gospodine predsjedniče, bilo mi je jako drago kada ste uspješno prošli *hearing* i kada ste izabrani za povjerenicu, jer zaista očekujem odličnu suradnju s vama. Također želim da vaš mandat bude obilježen uspjesima, pogotovo kad govorimo o transportu i cestovnom prometu, jer su ceste definitivno žile kućavice europskog gospodarstva i možemo reći da prijevoz u cestovnom prometu znači krvotok europskog gospodarstva.

U tom kontekstu zalažem se za sveobuhvatna rješenja gdje će države članice imati svoju ulogu, ali i gdje će Europska komisija značajno preuzeti vođenje sigurnosti na europskom kontinentu kada govorimo o transportu. Ovaj vaš prijedlog doživljavam kao korak naprijed, ali vjerojatno neće biti dovoljan u ovom trenutku. Zato želim izraziti svoju podršku u vjeri da će upravo ono što ćete vi raditi omogućiti da nestane socijalni dumping i da sigurnost prometa u Europi bude veća.

Montag, 15. Dezember 2014

Giulia Moi (EFDD). - Signor Presidente, onorevoli colleghi, c'è un punto che non è stato trattato questa sera: riguarda l'articolo 13 del trattato di Lisbona, il quale considera gli animali esseri senzienti. Chiedo che il livello di gravità dell'infrazione venga aumentato, qualora il livello di trasporto degli animali non sia adeguato. Questo, per esempio, quando nei sollevatori per animali non vi sono protezioni o quando il trasporto senza documenti validi o certificati non venga consegnato su richiesta delle forze di polizia. Chiedo questo alla Commissione.

Janusz Zemke (S&D). - Propozycja tego aktu prawnego wzbudza tutaj na tej sali bardzo wiele uwag. Otóż moim zdaniem wynika to z faktu, że niniejsze rozporządzenie ma uregulować zbyt duży zakres spraw. Proponuję zatem, żeby się konsekwentnie skupić na dwóch aspektach. Po pierwsze, należy w nim twardo bronić tych przepisów, które mają szansę na poprawę bezpieczeństwa transportu, a po drugie, jeśli chodzi o sprawy socjalne, to myślę, że jest tu problem innego typu. Należałoby najpierw ocenić bardzo rzetelnie przestrzeganie już istniejących przepisów. Przecież główny problem dzisiaj nie polega na tym, żeby tworzyć przepisy nowe, tylko na tym, że mamy cały szereg rozwiązań dobrych, ale te rozwiązania są nagminnie łamane i lekceważone. Sądzę, że od tego należałoby zacząć. Dziękuję.

Patricija Šulin (PPE). - Danes je bilo že veliko povedanega. Vseeno bi rada še enkrat poudarila, da je zakonodajni akt o kršitvah v cestnem prometu preohlapen in da klasifikacija ni popolna.

Resolucijo pa podpiram iz dveh razlogov: najprej zaradi varnosti. Dejstvo je, da so standardi poklicnega izobraževanja za šoferski poklic v Evropi različni in to se odraža tudi v obnašanju na cestah.

Kot drugo pa gre za prihodnost prometnega sektorja. Prometni sektor potrebuje tudi generacijsko prenovu, saj je povprečna starost voznikov zelo visoka. Pogoji dela so že tako ali težko zahtevni, s socialnim dampingom pa jih še znižujemo.

Zato se moramo vsi skupaj vprašati, kako v takih razmerah v prometnem sektorju pridobiti mlade kadre, s čimer bi se zmanjšale tudi nesrečev promet.

Nicola Caputo (S&D). - Signor Presidente, onorevoli colleghi, credo che la Commissione europea debba esprimere una posizione comune e forte che preveda un quadro sanzionatorio armonizzato a livello comunitario per quanto riguarda le infrazioni stradali. L'alternativa è che ogni Stato membro intraprenda singole iniziative, che possono creare diversità di trattamento da paese a paese. Mi compiacio, dunque, per lo sforzo della Commissione europea verso l'elaborazione di una lista delle infrazioni stradali gravi che possono portare alla perdita di reputazione per il trasportatore, requisito essenziale per possedere una licenza.

Tuttavia, non posso non condividere la recente posizione della commissione trasporti del Parlamento europeo che ha respinto la lista presentata dalla Commissione europea. Credo che la Commissione europea sia infatti tenuta a proporre una legislazione più ambiziosa in questo senso, che sia in grado di proteggere e far rispettare i diritti sociali dei lavoratori, combattendo il dumping sociale e il cabotaggio illegale, che va assolutamente incluso nella lista. Credo anche che la Commissione debba lavorare sull'armonizzazione dei costi a livello comunitario, per evitare che si arrivi a pratiche di dumping sociale e per scongiurare quella corsa al ribasso che finisce per deteriorare tanto la professione del trasportatore quanto la sicurezza stradale.

(Ende des Catch-the-eye-Verfahrens)

Violeta Bulc, Member of the Commission. - Mr President, I thank the honourable Members for their very important remarks on this important implementing measure. I listened to all of them very carefully, and I can assure you that they will all be analysed with respect.

But please just allow me one clarification. Illegal cabotage is a serious infringement in the context of fair competition. Member States are obliged to penalise it and consider it when assessing good repute. However, it is not part of this classification, where seriousness of infringement is defined on the basis of risk of fatalities or serious injuries. Cabotage infringement is not linked to such a road-safety risk.

I would also like to point out that, when assessing good repute, Member States should, however, also consider infringements against the national social rules, including those on pay and employment conditions. Nevertheless, we should all keep in mind that this is just one step. We already made clear that the agenda of this Commission includes addressing social dumping, which has no place in the European Union, but we will do so in consultation with social partners and with adequate tools at our disposal. But it is now time for you to decide whether you want the exchange of information to start now – allowing for better enforcement – or if you prefer to delay this further.

Montag, 15. Dezember 2014

But at the same time, please allow me to thank you for your very positive and very constructive comments and for offering to help with very good cooperation in the future, to make sure that transport stays safe and competitive and is a key driver of European future prosperity.

Der Präsident. - Die Aussprache ist geschlossen.

18. Umsetzung der Initiative PRIMA (Partnerschaft in Forschung und Innovation im Mittelmeerraum) (Aussprache)

Der Präsident. - Als nächster Punkt der Tagesordnung folgt die Aussprache über die Anfrage zur mündlichen Beantwortung an die Kommission über die Umsetzung der Initiative PRIMA (Partnerschaft in Forschung und Innovation im Mittelmeerraum) von Jerzy Buzek im Namen des Ausschusses für Industrie, Forschung und Energie(O-000092/2014 - B8-0046/2014).

Patrizia Toia, Autore supplente. - Signor Presidente, onorevoli colleghi, signor Commissario, come sapete il Consiglio competitività, lo scorso 5 dicembre, ha adottato le proprie conclusioni su un partenariato per la ricerca e l'innovazione nell'area mediterranea, il cui acronimo è PRIMA. Il processo è iniziato da tempo e nel corso delle Presidenze cipriota e greca, che hanno promosso su questo tema discussioni del Consiglio, hanno spianato la strada al risultato raggiunto durante il semestre italiano. Ma il processo non è ancora concluso, anzi direi deve partire ora operativamente. Il punto è stato discusso a più riprese. Credo che si possa affermare ora, signor Commissario, che vi è un ampio consenso politico sulla necessità di istituire una cooperazione strutturata, a lungo termine, in materia di ricerca e di innovazione nell'area mediterranea.

La commissione parlamentare ITRE, che io qui rappresento, ha avanzato un'interrogazione orale sulla proposta di PRIMA sotto l'articolo 185, perché ritiene che l'oggetto di questa iniziativa sia d'importanza strategica per la realtà attuale e soprattutto per lo sviluppo dell'area mediterranea e delle relazioni tra l'Unione europea e il Mediterraneo. Capiamo tutti che, se era importante questo tema nel 2012, quando è nato a Barcellona, oggi lo è ancora di più, proprio perché ci sono stati in queste regioni dei passaggi storici che segneranno la storia, sia nel senza di un'evoluzione che di un'involuzione, a volte, dei paesi di quell'area.

Occorre dunque uno sforzo da parte dell'Unione europea, uno sforzo a investire di più, in queste regioni, in questi paesi e a farlo proprio in materia di ricerca e di innovazione, perché sappiamo tutti – lo diciamo per l'Europa ma vale altrettanto per le altre regioni – che ricerca e innovazione sono leve potenti di sviluppo ma anche di trasformazione sociale, culturale, oltre che economica e produttiva. Sono fattori chiave, insomma, della capacità di crescita e di crescita in una direzione qualificata e socialmente nonché ambientalmente positiva, per quanto riguarda lo sviluppo. Nasce così l'idea di PRIMA, una *partnership* per la ricerca e l'innovazione nel Mediterraneo, un'iniziativa sotto l'articolo 185 che prevede una strutturazione e un'implementazione nel quadro dell'Unione per il Mediterraneo, che pochi frutti ha dato in questi anni ma che potrebbe trovare qui un campo di applicazione molto utile e molto importante.

Ora, la proposta si è andata sviluppando con l'identificazione di un programma scientifico condiviso, un *joint-programming*, che si basa su due assi, due pilastri direi, tra loro indissolubilmente collegati: le risorse idriche e i sistemi alimentari, coniugati nell'accezione relativa alla sicurezza, alla salubrità e alla sostenibilità, temi che sono al centro anche di molte politiche europee, temi che richiamano anche la prossima Expo di Milano, un evento mondiale che si tiene in Europa. Gli effetti sulla struttura economica e produttiva sono evidenti per tutti.

Montag, 15. Dezember 2014

Questo programma, definito con chiarezza il proprio obiettivo, vuole sviluppare soluzioni innovative e promuovere la loro applicazione, quindi ricerche e innovazioni da applicare immediatamente nei sistemi produttivi, da parte degli utenti finali, in primo luogo gli agricoltori, per migliorare l'efficienza e la sostenibilità delle produzioni alimentari e delle risorse idriche. Il programma ha raccolto un'impressionante massa critica di adesioni: 14 paesi che si sono impegnati anche a sostenere finanziariamente il programma e a, in sostanza, ad ospitarne le eventuali sedi organizzative, ecc. Direi, che ad oggi, si valuta che l'impegno finanziario di cui fanno portatori i paesi interessati è già dell'ordine di 200 milioni di euro. Quindi, un grande impegno al quale l'Europa dovrebbe concorrere con un suo altrettanto significativo sforzo. Direi che si tratta di un programma importante, che potrebbe essere la prima pietra di un partenariato nuovo tra l'Europa e il Mediterraneo. Si parla tanto di questa esigenza di collaborazione quando affrontiamo grossi temi legati anche alla stabilità in tutta la regione e a tante prospettive di sicurezza.

Noi, le chiediamo, signor Commissario, cosa intende fare, qual è il suo programma, quali sono le sue proposte, ricordandole alcuni punti. Chiediamo questa iniziativa sulla base dell'articolo 185 perché intendiamo che il Parlamento debba avere un ruolo, debba avere una voce, una decisione comune su questo programma. Ma torno ad alcuni punti che voglio richiamare: un programma strutturato significa ricerche articolate, che abbiano un senso, un coordinamento e una logica, non spezzettate e frammentate, che siano un programma organico, in grado di avere dunque frutti futuri. Chiediamo una governance chiara ed efficace: efficace nello svolgimento e anche nei risultati, nell'applicazione, quindi una responsabilità tecnico-istituzionale molto chiara e infine un impegno finanziario adeguato e di medio termine, perché programmi del genere non possono iniziare e fermarsi ma devono dare una stabilità e una sicurezza.

Carlos Moedas, *Member of the Commission*. - Mr President, honourable Members, I am very pleased to be here with you today for what is my first intervention in the plenary as the Commissioner for Research, Science and Innovation. In my statement during my hearing, I committed to engaging in an open dialogue and to maintaining close contact with the Members of this House in order to ensure that the channels of communication are always open. In this context, I welcome the opportunity to have an exchange of views with you on the issue raised in your oral question.

Firstly, I would like to stress that the Commission fully recognises the crucial importance of Euro-Mediterranean cooperation in research and innovation. Research and innovation are key elements for developing a stronger partnership for democracy and shared prosperity with our southern neighbours. Secondly, I would like to acknowledge all the work performed over the last two and half years by the EU Member States and their Southern Mediterranean partners, which led to the Council conclusion of 5 September, which I supported on behalf of the Commission. Particular thanks go to the Italian Presidency for its strong engagement, and, in particular, to Minister Giannini. Thirdly, Parliament too has also shown strong interests in Euro-Mediterranean cooperation, and I personally remember very well the three questions I received during my hearing: one from Ms Toia, one from Mr Blanco López and the other from Mr Borrelli – three members of the ITRE Committee – on the importance of the PRIMA initiative.

More recently, I had the opportunity to address the PRIMA topic at the structured dialogue I had in the ITRE Committee on 4 December. I am therefore perfectly aware that those co-legislators attach great importance to Euro-Mediterranean cooperation – as does the Commission. The chosen approach of focusing on food systems and water resources has the potential to contribute to addressing key challenges in the region. In particular, addressing the water/food nexus in relation to the specificities of the Mediterranean context may have added value for existing research and innovation activities and networks.

Now that I have addressed the content aspect, which in my view prevails over the rest, I cannot conclude without a word on the procedure, due to the specific reference to Article 185. Concerning your specific questions, I would first of all like to reassure you and confirm to you that once the Commission formally receives the joint programme proposal from the PRIMA group, it will carefully assess it and evaluate the best way forward – including the Article 185 option.

Firstly, it goes without saying that any initiative will necessarily be built on – and avoid overlaps with – other ongoing initiatives in order to integrate efforts in a coherent way, to pool resources in a sustainable way and to take account of the long-term perspective. These should be the primary concerns. It is necessary to have a deep knowledge of the work that has been done before or is currently in progress in that field so that we can build on it and deliver on a winning partnership. This is now even more the case due to the new approach announced by President Juncker regarding better and smarter regulation, the aim of which is to reduce the administrative burden, especially for businesses, to ensure that the principles of subsidiarity and proportionality are respected, and to ensure that that EU legislation is actually fit for

Montag, 15. Dezember 2014

purpose and creates favourable conditions for economic development.

Secondly, a mature, well-focused proposal from the Member States is a prerequisite for the Commission in order to assess the participation of the Union in the programme and determine the way forward. We will therefore check whether the proposal, firstly, has clear objectives and is relevant to the objectives of Horizon 2020 and the broader Union policies; secondly, this proposal should be proven to have EU added value in a critical mass; thirdly, there should be a sound financial commitment from the participating countries. All the points that I have just mentioned mean that the Commission takes the initiative seriously and will analyse the joint programme proposal in an in-depth manner. It should not be understood as a way to rule out any possibility, or, in this case, Article 185.

Let me be clear with you: I want to proceed, but in a way that would be most effective in helping us to achieve our shared objective of strengthening Euro-Mediterranean cooperation. For this reason, it is premature at this stage to provide a timeline for the process to be undertaken before we have made an initial assessment of the joint programme and before we have determined whether the Commission will launch a legislative proposal as a result.

Let me finish by saying that the Commission recognises that the recent developments in the Southern Neighbourhood are challenging. These make it even more important to deploy all instruments at our disposal for cooperation in research and innovation. These will always play a relevant diplomatic role.

Massimiliano Salini, *a nome del gruppo PPE*. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, signor Commissario, lei inizia adesso l'avventura da Commissario, io, inizio adesso l'avventura da parlamentare europeo, quindi auguro buon lavoro a tutti e due. Le considerazioni fatte dalla collega Toia in ordine all'accordo, al programma, relativo alla possibilità di sviluppare ricerca ed innovazione attraverso il progetto PRIMA nel bacino del Mediterraneo non può non incontrare la mia più convinta adesione e la mia richiesta di un'effettiva ed efficace collaborazione, anche attraverso la presenza concreta della Commissione nell'ambito di questo programma. Una presenza che deve essere, per quanto ci riguarda evidentemente, anche di carattere economico e mi rifaccio totalmente al rigore e alla puntualità con cui lei ha richiamato poco fa la modalità con cui normalmente la Commissione deve decidere, in che modo e quanto intervenire a sostegno di proposte come questa. Non si interviene per ragioni affettive: si interviene per ragioni puntuali e sulla base di un percorso che a medio e a lungo termine dia autentiche possibilità di sviluppo.

Bene, il caso del bacino mediterraneo e il caso della ricerca e l'innovazione sono casi che, secondo me, rispondono certamente a questi criteri, con particolare riferimento ai particolari argomenti richiamati dall'on. Toia, segnatamente il tema dell'alimentazione e dell'acqua. Il tema dell'acqua è un tema centrale, è un tema su cui le nostre popolazioni in futuro avranno moltissimo da lavorare ed è un punto centrale per concentrare possibilità di sviluppo nei paesi che ne hanno bisogno. Noi, come europei, su questi temi abbiamo sviluppato abilità imprenditoriale, capacità di sviluppo e di ricerca e non possiamo non trasferirli. Da questo punto di vista non possiamo non avere programmi ad hoc. È giusto, mi pare corretto richiamare l'osservazione fatta dal ministro italiano Giannini, che anche lei citava, che riguardo al programma PRIMA, parlava di una sorta di Orizzonte 2020 collocato territorialmente, specificamente orientato ad un ambito puntuale, come nel caso specifico.

Si tratta di otto paesi dell'Area europea che si affacciano sul Mediterraneo, tra questi c'è anche il mio paese, l'Italia, e ve ne sono ben nove dell'area asiatica ed africana che attendono di poter essere autenticamente coinvolti. Nulla di meglio da un punto di vista culturale, educativo ed economico, che ricostruire ed implementare la forza di questo bacino, del bacino Mediterraneo, attraverso il tema della ricerca e dell'innovazione. Quindi, le chiedo veramente di sostenere questo percorso, rispettando i criteri individuati.

Soledad Cabezón Ruiz, *en nombre del Grupo S&D*. – Señor Presidente, señor Comisario, tras el impulso dado por la Presidencia chipriota y la Presidencia griega, la Presidencia italiana también ha decidido que la iniciativa PRIMA sea una prioridad dentro de su Presidencia. Tras dos años de trabajo, podemos considerar que esta iniciativa se encuentra lo suficientemente madura como para dar el salto hacia un programa de asociación público-pública basado en el artículo 185 del Tratado de Funcionamiento de la Unión Europea.

Montag, 15. Dezember 2014

Y mi Grupo quiere subrayar la importancia de apoyar de forma contundente esta iniciativa, por varias razones. En primer lugar, porque reconoce el valor de la ciencia como instrumento de diálogo, intercambio y cooperación. En segundo lugar, porque permite integrar esfuerzos para encontrar juntos soluciones a retos sociales como son los que conlleva esta iniciativa: los sistemas alimentarios y los recursos hídricos, tan importantes para el Sur. Y en tercer lugar, porque invertir juntos en investigación e innovación nos permite mejorar el empleo y las condiciones de vida en el Mediterráneo y promover un crecimiento sostenible e inclusivo en estas regiones.

Señor Comisario, debemos revalorizar la agenda de la Asociación Euromediterránea con nuestros vecinos del Mediterráneo dispuestos a participar y a cofinanciar las actividades. Pero para ello, nosotros queremos insistir en que necesitamos un instrumento que dé visibilidad y estabilidad institucional, así como confianza a largo plazo. Y ese instrumento solamente puede ser el artículo 185 como vehículo que permite realizar compromisos financieros y técnicos a este nivel.

Pero es que, además, consideramos —como así lo ha considerado la Comisión— que estos requisitos, los requisitos que establece la Comisión, se cumplen por parte de los Estados miembros participantes. En concreto, compromisos claros y firmes de los participantes, una agenda bien preparada y una voluntad de establecer una estructura de implementación bien organizada.

Por lo tanto, señor Comisario, esperemos que esas conclusiones que esperamos de la Comisión sean favorables a la puesta en marcha y al impulso necesario para esta iniciativa, pero especialmente con base en el artículo 185 del Tratado.

Νότης Μαριάς, *Εξ ονόματος της ομάδας ECR*. – Κύριε Πρόεδρε, η ευρωμεσογειακή συνεργασία μπορεί να αποβεί αμοιβαία επωφελής για τις χώρες και στις δύο όχθες της Μεσογείου, ιδίως όταν αφορά την έρευνα και την καινοτομία, που είναι αντικείμενο της PRIMA και η οποία μπορεί να συμβάλει στην οικονομική ανάπτυξη, στη δημιουργία θέσεων εργασίας και στη μείωση της μετανάστευσης προς την Ευρωπαϊκή Ένωση.

Η PRIMA αφορά προγράμματα για τα τρόφιμα και για τους υδάτινους πόρους. Αφορά την υγεία και το περιβάλλον. Για να υπάρξει όμως εταιρική σχέση για τη Μεσόγειο, δεν θα πρέπει να γίνονται επικίνδυνα εγχειρήματα, όπως ήταν η καταστροφή των χημικών της Συρίας, που έγινε με τη μέθοδο της υδρόλυσης στο πλοίο των Ηνωμένων Πολιτειών Cape Ray πέρασι τον Αύγουστο και που προκάλεσε τεράστιες αντιδράσεις στους κατοίκους της Κρήτης.

Ποια τα αποτελέσματα της υδρόλυσης για τα νερά της Μεσογείου; Δεν έχουμε καμία ενημέρωση για το θέμα αυτό. Είναι σοβαρά λοιπόν τα ζητήματα, κύριε Επίτροπε, και πρέπει να τα δούμε και από αυτή τη σκοπιά.

Juan Carlos Girauta Vidal, *en nombre del Grupo ALDE*. – Señor Presidente, señor Comisario, la creciente dificultad para disponer de recursos hídricos en el área mediterránea pone en riesgo el desarrollo de la agricultura. Este es ya el caso en las regiones insulares y del sur.

Además, la seguridad alimentaria a partir de recursos terrestres y marinos se ve amenazada por la contaminación, la sobreexplotación y la disponibilidad limitada de tierra fértil. Las tendencias demográficas y de urbanización también suponen una presión sobre los recursos naturales, mientras que los cambios en el estilo de vida y en los hábitos nutricionales conducen, cada vez más, a desórdenes alimentarios.

La iniciativa PRIMA persigue soluciones innovadoras para mejorar la eficiencia y sostenibilidad de la producción alimentaria, así como el suministro de agua, evitando enfermedades relacionadas con la alimentación. Este ambicioso objetivo responde a desafíos prioritarios para los países mediterráneos, al promover una buena salud social e individual, el acceso a alimentos y a agua y el bienestar de las personas, a la vez que fomenta un crecimiento socioeconómico sostenible.

Además, la iniciativa PRIMA, inseparable de la gran capital mediterránea que es Barcelona, será un valioso instrumento a la hora de establecer una cooperación estructurada de larga duración en el ámbito de la investigación y de la innovación en la Unión Europea y los países mediterráneos socios. Existe ya un diálogo político, pues la iniciativa ha involucrado a los países socios desde el principio, y varios países, a ambos lados del Mediterráneo, han indicado ya cuál desean que sea su contribución financiera.

Montag, 15. Dezember 2014

Este programa puede jugar un papel relevante para apoyar la diplomacia europea y la política de vecindad al reflejar los principios de reciprocidad, solidaridad y codesarrollo, a la vez que se fomenta la estabilidad de las fronteras europeas. Es urgente que demos respuesta a una pregunta crucial: ¿creemos o no que la zona mediterránea es algo más que una entidad geográfica? Si creemos que va más allá, no podemos perder esta oportunidad.

Νεοκλής Σουλκιώτης, *εξ ονόματος της ομάδας GUE/NGL*. – Κύριε Πρόεδρε, κύριε Επίτροπε, δεν αρκεί να επιβεβαιώνουμε απλά τη δέσμευσή μας για την προώθηση της ευρωμεσογειακής συνεργασίας στον τομέα της έρευνας και της καινοτομίας.

Έχει επανειλημμένα λεχθεί, κατά τη διάρκεια της κυπριακής, της ελληνικής και τώρα της ιταλικής Προεδρίας, πως η συνεργασία αυτή είναι πολύ σημαντική, καθώς μπορεί να λειτουργήσει ως γέφυρα συνεργασίας μεταξύ των χωρών και να παρέχει λύσεις σε κοινές προκλήσεις που αντιμετωπίζουν τόσο τα κράτη μέλη της Ευρωπαϊκής Ένωσης όσο και οι εταίροι μας. Αναμένουμε, κύριε Επίτροπε, λοιπόν τώρα από την Επιτροπή να προχωρήσει άμεσα στη χρηματοδότηση του συνεταιρισμού για την έρευνα και την καινοτομία στην περιοχή της Μεσογείου.

Εντούτοις, στόχος πρέπει να είναι η προώθηση έργων τα οποία να εστιάζονται στα συμφέροντα και τις ανάγκες της κοινωνίας και των λαών και όχι στα συμφέροντα των πολυεθνικών. Με γνώμονα τις ιδιαιτερότητες της κάθε χώρας, η συνεργασία στην έρευνα και την καινοτομία θα πρέπει να έχει στόχο την αντιμετώπιση σημαντικών κοινωνικών προκλήσεων για την ενίσχυση της κοινωνικής ευημερίας. Θα πρέπει λοιπόν να προωθηθούν έργα που να εστιάζονται, όπως αναφέρθηκε και είναι ο στόχος, στα συστήματα τροφίμων και υδάτινων πόρων, αλλά θεωρούμε ότι θα πρέπει να αξιοποιηθούν και οι πηγές ενέργειας, όπως είναι οι ανανεώσιμες πηγές ενέργειας –και όταν μιλούμε για τη Μεσόγειο, αυτό είναι σημαντικό.

Θα πρέπει να διασφαλιστεί επίσης ότι η ευρωμεσογειακή συνεργασία στον τομέα της έρευνας και της καινοτομίας θα είναι ωφέλιμη και αποδοτική, καθώς θα βασίζεται στις αρχές του αμοιβαίου συμφέροντος, του κοινού οφέλους και θα σέβεται τα ανθρώπινα δικαιώματα.

Μια τέτοια συνεργασία είναι σήμερα αναγκαία περισσότερο από ποτέ. Προς αυτή την κατεύθυνση πρέπει η Επιτροπή να χρηματοδοτήσει πρωτοβουλίες οι οποίες θα ενισχύουν αυτή τη συνεργασία, συμβάλλοντας δραστικά στην επίτευξη της ειρηνικής συνύπαρξης αλλά ταυτόχρονα και στην προώθηση της ανάπτυξης με κοινωνικό χαρακτήρα, δίνοντας εν μέσω οικονομικής κρίσης ώθηση στην πραγματική οικονομία.

Ernest Maragall, *on behalf of the Verts/ALE Group*. – Mr President, the Euro-Mediterranean partnership aims to create an area of peace, stability and prosperity and to support dialogue between cultures of the region. In this context we support openly the PRIMA initiative which clearly points to the consolidation in a structured way of a partnership for research and innovation according to the principles of co-ownership, mutual interest and benefit sharing, but we insist that this programme should be tied to the specific needs and circumstances of the countries involved, in particular those of non-European Union countries.

We are therefore waiting for a complete proposal from the Commission on how to implement the PRIMA initiative, and we would like in this regard to make three specific recommendations.

Firstly, PRIMA should relate not only to the countries in the Mediterranean area but to the Mediterranean itself. I think PRIMA should also address the challenges of the blue economy, ensuring the sustainability of its actions. The objective of PRIMA should be to focus research and innovation towards sustainably exploiting aquatic living resources while at the same time protecting biodiversity, ecosystem services and the resource base.

Secondly, PRIMA must focus on food production systems that foster sustainable production of safe and healthy food in vibrant local economies. The common research and initiative priorities must be focused towards a low energy, low external input, low emission and low waste economy, and support the creation of vibrant local economies and assure food production supply chains.

Thirdly and finally, support for an Article 185 initiative with a dedicated implementing structure. We believe that the PRIMA initiative has today all the prerequisites to be established as a public-public partnership under Article 185 of the Treaty.

Montag, 15. Dezember 2014

We then propose considering the possibility of establishing a new arm of the Union for the Mediterranean, which is probably the best way to achieve the partnership we need to launch this project with real possibilities for success.

Dario Tamburrano, a nome del gruppo EFDD. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, noi crediamo che una maggiore attenzione e cooperazione tra i paesi del Mediterraneo sia quanto mai necessaria dopo che per decenni la politica dell'Unione si è concentrata molto, troppo, a Nord Est. Nel frattempo, i paesi del sud dell'Europa hanno fortemente risentito sia dell'entrata in vigore della moneta unica che delle politiche di austerità. Daremo pertanto pieno supporto al partenariato per la ricerca e l'innovazione nell'area mediterranea ma sono necessarie delle precisazioni. Un *New Deal* mediterraneo non può non essere accompagnato da un estremo rigore: e per rigore non intendiamo il rigore disumano e inefficace dell'*austerity* ma il rigore sul legittimo e appropriato uso dei fondi europei, in molti Stati membri dove dilaga la corruzione, e il rigido rispetto dei regolamenti sulla partecipazione reale di *stakeholder* e ONG.

Riteniamo inoltre fondamentale che si lavori anche su una legislazione europea, che contrasti efficacemente il prosperare e il dilagare della criminalità organizzata e della corruzione nel sud come nel nord dell'Europa. Spesso la corruzione si alimenta del mancato ed errato uso dei fondi europei.

Nicolas Bay (NI). - Monsieur le Président, je suis convaincu de la nécessité qu'il y a à coopérer avec les pays de la rive sud de la Méditerranée et je me réjouis de l'établissement d'une collaboration interétatique, notamment de l'intéressant projet GALILEO auquel le Maroc est associé depuis bientôt dix ans.

En effet, nous avons vocation à travailler ensemble sur les grandes questions scientifiques, énergétiques, écologiques mais aussi et, peut-être même, surtout sur les enjeux démographiques. L'Union européenne peut sans doute jouer un rôle de facilitateur et c'est pourquoi je ne vois pas a priori d'inconvénient à ce que l'Union européenne participe à ce partenariat pour la recherche et l'innovation.

Mon pays – la France – s'est d'ores et déjà engagé à participer à l'initiative PRIMA à hauteur de 4 millions d'euros par an. Si cette somme est bien utilisée, elle peut s'avérer utile aux populations sud-méditerranéennes, qui sont régulièrement confrontées à de graves difficultés alimentaires et d'accès à l'eau et ce, en raison d'une grande instabilité double, climatique et politique.

Néanmoins, j'attire votre attention sur le fait que ces coopérations doivent être profitables à toutes les parties, ce qu'implique l'idée même d'un partenariat. Parmi les contreparties que nous sommes en droit d'exiger de nos partenaires figure la nécessaire maîtrise des flux migratoires. Cette question – vous en conviendrez – n'est pas accessoire.

Ainsi, nous, eurocritiques – c'est-à-dire euroréalistes –, ne jetons pas le bébé avec l'eau du bain. Notre ferme opposition à l'euromondialisme ne nous empêche pas de soutenir les quelques rares projets qui nous paraissent aller dans le bon sens. L'article 185 du TFUE précise que la participation de l'Union européenne à des programmes de recherche et de développement entrepris par plusieurs États membres doit justement se faire «en accord avec les États membres concernés».

Cependant, nous restons vigilants car nous considérons que les États-nations doivent rester maîtres de leur destin, surtout à une époque où les institutions européennes semblent, trop souvent, travailler contre l'intérêt des peuples d'Europe.

Francesc Gambús (PPE). - Señor Presidente, señor Comisario, quisiera agradecer de antemano sus palabras y su estado de ánimo en relación con el diálogo entre la Comisión Europea y el Parlamento Europeo, que creo imprescindible y que comparto.

En los últimos diez años se han creado una serie de redes de cooperación, tanto a nivel Estado/Estado como a nivel regional, y se han logrado resultados significativos en la construcción de una zona común euromediterránea de investigación e innovación. En abril de 2012, la Conferencia Euromediterránea sobre Investigación e Innovación, organizada por la Comisión en Barcelona, pidió una asociación renovada en investigación e innovación. Asimismo —y se ha mencionado aquí—, las Presidencias chipriota, griega e italiana del Consejo han apoyado esta iniciativa por el potencial de mejora significativa de la cooperación científica de la Unión Europea con los Estados del sur del Mediterráneo.

Montag, 15. Dezember 2014

Es casi imposible —y seguro que lo compartimos— separar I+D+i de la educación superior, ya que es en este ámbito donde es posible lograr avanzar más rápidamente en la colaboración entre diferentes Estados, utilizando, por ejemplo, estudios conjuntos, másteres conjuntos, programas de movilidad, de estudiantes, de másteres, doctorados, centros universitarios mixtos, entre otros.

La iniciativa PRIMA se basa en los principios de la copropiedad, el interés común y el beneficio compartido, todos ellos elementos necesarios para garantizar la gestión sostenible de los recursos comunes y de la responsabilidad regional compartida en el marco de la Unión por el Mediterráneo. Hay que proporcionar soluciones concretas a los problemas comunes que afrontamos. Es bueno que la Comisión Europea haya reconocido el potencial que tiene la asociación para la investigación e innovación en el Mediterráneo para todos los Estados que la integran, así como para los ciudadanos de ambas orillas del Mediterráneo.

Para conseguir el éxito de esta importante asociación, es importante que la Comisión tenga encima de la mesa el artículo 185 del Tratado, para proporcionar una alta visibilidad, estabilidad institucional y el compromiso a largo plazo de los países participantes. Creemos que la iniciativa del artículo 185 es el instrumento más adecuado para hacer frente a los desafíos globales de la región mediterránea en una forma integrada, por lo que debe ser implementada —o debería ser implementada— lo antes posible.

En todo caso, señor Comisario, comparto que es importante el objetivo más que el proceso: es más importante el qué que el cómo. Pero seguro que usted comparte conmigo que también es importante que la búsqueda del cómo no ponga en riesgo el qué, no ponga en riesgo los objetivos. Por nuestra parte, estaremos abiertos al diálogo, como le decía, pero vigilantes.

Miriam Dalli (S&D). - Sur President, Sur Kummissarju. Bidliet demografiċi, soċjoekonomiċi u anke fil-klima huma kollha sfidi reali għall-iżvilupp sostenibbli tal-pajjiżi Mediterranji, imma mhux biss. Dawn huma wkoll sfida għall-Unjoni Ewropea kollha kemm hi.

U dan huwa l-isfond li wassal għal hteġa ta' shubija għal tul ta' żmien bejn l-Unjoni Ewropea u pajjiżi oħra Mediterranji fuq issues speċifiċi, inkluż ukoll permezz ta' PRIMA - shubija fuq riċerka u innovazzjoni fil-Mediterran. Fir-realtà tal-lum, shubija favur riċerka u innovazzjoni tista' sservi ta' pont bejn l-Unjoni Ewropea u l-pajjiżi tan-naħa t'isfel tal-Mediterran filwaqt li tippromwovi stabbiltà politika u żvilupp ekonomiku sostenibbli, flimkien mal-holqien ta' impjiegi godda fir-reġjun li tant huma mehteġa.

F'dan il-kuntest, nemmen li għandna bżonn rispons integrat min-naħa tal-Unjoni Ewropea. Il-Kummissjoni Ewropea għandha tressaq proposta leġislattiva billi tapplika l-Artikolu 185 tat-Trattat dwar il-Funzjonament tal-Unjoni Ewropea. U qed ngħid dan aktar u aktar issa li għandna l-impenn politiku tal-Presidenza Griega u anke l-Presidenza Taljan, fejn it-tnejn li huma enfazzzaw fuq il-hteġa u l-importanza ta' koperazzjoni Ewro-Mediterranja fir-riċerka u l-innovazzjoni u rriafferma l-prijoritajiet tematiċi tal-ikel u l-ilma.

Il-fatt li l-Istati Membri li qed jippartecipaw flimkien mal-pajjiżi l-oħra tal-Mediterran riċentement esprimew l-impenn finanzjarju tagħhom juri l-interess li hemm. Il-pajjiż li ġejja minnu jien, Malta, huwa wiehed minn dawn il-pajjiżi u huwa involut attivament f'dan il-proċess.

Tibqa' mistoqsija ċentrali li nittama li l-Kummissjoni twieġeb: il-Kummissjoni lesta tuża d-dritt ta' inizzjattiva u ttipponi l-finanzjament ta' programmi bejn Stati Membri differenti u pajjiżi oħra li ġejjin mill-Mediterran?

Jeżisti dan l-interess?

Nittama, li l-Kummissjoni tifhem li wasal iż-żmien li nipproċedu u nimplementaw din l-inizzjattiva u ttipprovdi l-fondi neċessarji favur shubija dwar riċerka u innovazzjoni fil-Mediterran.

Ruža Tomašić (ECR). - Gospodine predsjedniče, kao zastupnica iz Hrvatske pozdravljam neformalno uključivanje naše države u partnerstvo za istraživanje i inovacije na mediteranskom području i nadam se skorom formaliziranju tih odnosa. Mediteran je stoljećima bio središte poznatog svijeta, razne su kulture tu izmjenjivale robu i znanje što je rezultiralo ogromnim naprecima u svim sferama života za čovječanstvo u cjelini.

Montag, 15. Dezember 2014

Hrvatski su prostori oduvijek bili dijelom Mediterana, a naši su znanstvenici, umjetnici i trgovci ispisivali stranice povijesti ove civilizacije. Hrvatska se tako uključanjem u partnerstvo na neki način vraća u svoje prirodno okruženje. Nadam se stoga kako je pristupanje Hrvatske PRIMA-i doista samo puka formalnost.

Paloma López Bermejo (GUE/NGL). - Señor Presidente, el proyecto europeo tiene en las orillas del Mediterráneo las cicatrices de todos sus abandonos: en las escuelas y hospitales cerrados por orden de la Troika, en los muros levantados para aislar a Europa de sus víctimas, en las regiones y Estados devastados por la economía neoliberal y la geoestrategia oportunista. Si desea salvarse a sí misma, la Unión Europea tiene la obligación de colaborar con los Estados mediterráneos para cerrar estas heridas, creando una agenda común de desarrollo y diplomacia exterior.

PRIMA es tan solo una pequeña iniciativa, pero es, quizás, una prueba de la voluntad de Europa de encarnar los valores de progreso y colaboración con sus vecinos del Sur, la primera piedra hacia la creación de un espacio científico común en el Mediterráneo.

Huelga decir que la problemática, aun limitada, que iniciará este programa es de gran importancia: la conservación de suelos, la gestión de residuos hídricos escasos, el desarrollo de una agricultura y de una acuicultura sostenibles son retos urgentes en esta región. Ambiental y socialmente, pero también económicamente.

Sin duda, la Comisión deberá velar por que la cooperación científica no se subordine a los intereses de las grandes empresas o contribuya al expolio de recursos locales, como ocurre con los cultivos de exportación en los territorios ocupados por Marruecos en el Sáhara Occidental.

Teniendo en cuenta estas precauciones, instamos a la Comisión a financiar este espacio común de investigación que sabemos esencial para la creación de empleo y la reconstrucción tan necesaria del área mediterránea.

Lara Comi (PPE). - Signor Presidente, onorevoli colleghi, caro Commissario, le formulo gli auguri per un migliore lavoro e le garantisco che avrà da noi sicuramente una condivisione e una collaborazione sincera, perché ritengo che l'ambito della ricerca e dell'innovazione siano l'elemento di una crescita vera e anche per quanto riguarda ciò che abbiamo appena definito come partenariato, ritengo che i tempi siano effettivamente maturi per una proposta legislativa e per offrire effettivamente una stabilità istituzionale a questo partenariato. Il percorso finora compiuto ha creato un consenso solido tra gli Stati membri e gli Stati partner, che è chiaramente constatabile dall'impegno finanziario che questi hanno assunto a sostegno dell'iniziativa.

Ciò dimostra sicuramente la volontà di proseguire per una strada che è ritenuta valida per raggiungere gli obiettivi di una maggiore integrazione a livello scientifico, gestionale e finanziario. Il valore aggiunto che se ne ricaverebbe è sicuramente fuori discussione, lo abbiamo detto tutti. Gli Stati dell'area mediterranea condividono medesime problematiche ed esigenze. L'intervento dell'Unione attraverso il rafforzamento delle sinergie, tra il programma quadro pluriennale e l'azione svolta all'interno del partenariato, può senza dubbio offrire quello strumento che aiuterà a individuare soluzioni concrete e sfide comuni.

Il Mediterraneo vive oggi problematiche molto importanti e anche proprio in questa Aula noi continuiamo a discutere di come risolvere, ad esempio, il problema dell'immigrazione ma anche quello della disoccupazione. Sono convinta che questo strumento darà un grande contributo. Le chiedo pertanto di procedere senza indugio nell'applicazione dell'articolo 185 del trattato, che darà un contributo alla stabilità interna dell'area attraverso il dialogo e il confronto nell'ambito della ricerca e dell'innovazione.

E concludo il mio intervento affermando che, in quanto responsabile per il PPE delle politiche giovanili, sono anche convinta che la ricerca e l'innovazione siano l'elemento per dare positività e ottimismo ai giovani, che vedono nel loro futuro anche un miglioramento personale e del proprio paese. Penso anche a Ispra, al centro di ricerca europeo che risiede nella mia provincia e che la invito a visitare, se già non lo ha fatto, in quanto può essere un trampolino di lancio per un'Unione e un partenariato mediterraneo, che già giochiamo in casa e che possiamo rafforzare.

Montag, 15. Dezember 2014

Monika Flašíková Beňová (S&D) - Demografické, sociálno-ekonomické výzvy, ale aj environmentálne otázky veľmi úzko súvisia s touto témou. Naznačila ich vo svojom vystúpení už kolegyňa Patrizia Toia. Partnerstvo pre výskum a inovácie v oblasti Stredozemného mora má potenciál dať výskumu a inováciám medzi zúčastnenými krajinami prekleinovaciú úlohu, ako aj výrazne posilniť vedeckú diplomáciu Európskej únie s jej južnými susedmi v dlhodobom horizonte. Som presvedčená o tom, že partnerstvo pre výskum a inovácie môže ponúknuť konkrétne riešenia pre spoločné problémy, ktorým čelia členské štáty Európskej únie a stredomorské partnerské krajiny, a taktiež môže zohrávať dôležitú úlohu pri znižovaní súčasnej rozdrobenosti a duplicity medzi národnými a európskymi programami v stredomorskej oblasti. Vítam preto aj keď len orientačné finančné záväzky, ktoré boli jasne deklarované zo strany členských štátov Európskej únie, ako aj zo strany stredomorských partnerov. Partnerstvo pre výskum a inovácie určite predstavuje relevantný a vhodný nástroj na presadzovanie stabilného a dlhodobého finančného riadenia a finančnej integrácie, ako aj vedeckej integrácie, ktoré sa začnú v prvej polovici roku 2017. Európska komisia by nemala naďalej prehliadať jasne deklarovaný dlhodobý záväzok zúčastnených krajín na realizáciu navrhovaného partnerstva pre výskum a inovácie v oblasti Stredozemného mora a prísť s legislatívnym návrhom iniciatívy podľa článku 185 Zmluvy o fungovaní Európskej únie, aby sa mohla spolupráca začať vykonávať v čo najkratšom možnom termíne.

Ricardo Serrão Santos (S&D). - Senhor Presidente, um agradecimento e um cumprimento também especial ao Senhor Comissário Carlos Moedas.

Tive oportunidade de assistir nos últimos meses a diversas reuniões sobre a avaliação dos mananciais de pesca do Mediterrâneo. Todas elas foram unânimes em concluir que falta conhecimento sobre as populações, a biologia e a ecologia das espécies exploradas comercialmente. No meu entender, esta situação não se deve à falta de investigação e inovação, mas sim à falta de coordenação e transparência na cooperação científica internacional com países terceiros.

Os institutos de investigação marinha do Mediterrâneo são excelentes e os navios de investigação estão ao nível do que encontramos noutras grandes bacias marítimas, mas o funcionamento das organizações de gestão científica internacionais, como a Convenção de Barcelona e a Comissão para a Ciência do Mediterrâneo, tem mostrado que há barreiras geográfico-políticas.

No contexto mediterrânico há que apostar numa cooperação norte-sul, assente no diálogo e na transparência de dados. A Parceria para a Investigação e a Inovação na Região do Mediterrâneo ficará totalmente aquém se faltarem países charneiras do sul desta grande bacia. Há bons exemplos da aplicação do artigo 181.º do Tratado sobre o Funcionamento da União Europeia, como é o caso do projeto BONUS no mar Báltico. Mas o Báltico é muito diferente do Mediterrâneo, possui uma geografia política mais diversa.

Aproveito esta oportunidade para chamar a atenção para o alargamento, ou o segundo canal do Suez. Este processo irá acarretar uma maior poluição marítima, incluindo muitas espécies alienígenas. O impacto esperado vai muito para além do país promotor, tendo consequências em todo o Mediterrâneo, como aliás o teve, e tem, o atual canal do Suez.

Por essa razão, eu apelo para a realização de um verdadeiro estudo de impacto ambiental, que seja holístico, abrangente, profundo, internacional e, mais importante, consequente. O Crescimento Azul não exige apenas investimentos no meio marinho, exige essencialmente inteligência na abordagem precaucionária ao nosso futuro comum. Também por esta razão o PRIMA é uma prioridade.

Tonino Picula (S&D). - Gospodine predsjedniče, Mediteran ima izniman značaj za Europsku uniju već zbog činjenice da njen teritorij zauzima gotovo cijelu sjevernu obalu Mediterana, kao i zbog potencijala koji djelovanje i suradnja na ovom području mogu imati za rast i razvoj Europske unije i mediteranskih partnera.

Kreiranje politika namijenjenih Mediteranu počelo je neposredno nakon stvaranja Europske unije, ali konkretniji pomaci su izostali do početka devedesetih godina i poznatog procesa iz Barcelone. Protekla dva desetljeća prošla su u znaku brojnih aktivnosti, ali bez vidljivih rezultata. Sukobi u južnom Mediteranu se množe, problem migracije i dalje nije jedinstveno reguliran, a zemlje uključene u euromediteranske programe nisu pretjerano prosperirale jer se najčešće mijenjala forma, ali ne i sadržaj politika.

Montag, 15. Dezember 2014

Uzevši u obzir dosadašnji pristup, neizbježno se pitamo da li politika Europske unije prema Mediteranu cilja na demokratizaciju ili je sličnija politici polarizacije i koje su to moguće opcije za izlazak iz trenutne situacije? Jedna od njih svakako je PRIMA program kojeg su već podržale zemlje s obje strane Mediterana i Vijeće za konkurentnost. Čak je pronađen i adekvatan pravni okvir u obliku članka 185. Ugovora o funkcioniranju Europske unije.

Dosadašnje mediteranske politike redom su se temeljile na centraliziranom top-down pristupu od sjeverne prema južnoj obali Sredozemlja. Možda se rješenje nalazi u promjeni pristupa i fokusiranju na građane, znanstvenike, istraživačke centre, male i srednje poduzetnike koji bi zaista povezali obje obale. To bi stvorilo priliku za djelovanje i neeuropskim mediteranskim zemljama i razvilo potencijal da se njihovom zajedničkom znanstvenom suradnjom ostvari ono što prethodni pristupi i politike nisu uspjeli.

Zbog svega navedenog pridružujem se pozivima Komisiji da što prije predstavi zakonodavni prijedlog kako bi mogli početi s implementacijom ovog doista hvalevrijednog programa.

PRZEWODNICZY: RYSZARD CZARNECKI

Wiceprzewodniczący

Pytania z sali

Ivan Jakovčić (ALDE). - Gospodine predsjedniče, imao sam se prilike osobno uvjeriti koliki može biti značaj ovoga programa. Naime, imao sam priliku biti dio Unije za Mediteran i to onog dijela koji se tiče lokalnih i regionalnih vlasti. Sudjelovao sam na bezbroj sastanaka s kolegama gradonačelnicima i predsjednicima regija iz Maroka, Alžira, Egipta, Tunisa. Njihova su očekivanja vrlo velika gospodine povjereniče. Njihova su očekivanja od Europske komisije, od Europe u cijelosti, od zemalja članica zaista vrlo velika.

Vaša je koncentracija na istraživanju i inovacijama, ali tu konkretno želim reći, zaista na iskorištavanje vodnog resursa i znanja koje ima Europa s tim, mislim da treba biti nešto što trebamo brzo transferirati, učiniti zaista što je moguće prije. Pravi rast, održivi rast, ekonomija, veliki gradovi na južnom dijelu Mediterana, problemi s okolišem, sve su to teme gdje Europa može puno učiniti i ja očekujem i dajem podršku Komisiji u tim namjerama.

József Nagy (PPE). - Tisztelt Biztos Úr! Nagyra értékelem ezt a remek kezdeményezést, mert nagyon jól tudatosítom, hogy mennyire fontosak az euro-mediterrán gazdasági és stratégiai kapcsolatok. Ezeket tudná fellendíteni a kutatás és a fejlesztés a két éve meghozott barcelonai határozat alapján. Mint az Állampolgári Jogi, Bel- és Igazságügyi Bizottság tagja azért tartom ezt az elképzelést fontosnak, mert ez stabilizálhatná a régió gazdasági és politikai helyzetét. Hogy ez miért is fontos számunkra, azt ugye nem kell magyaráznunk, hiszen a földközi-tengeri szomszédaink belügyi helyzete meghatározó a régió biztonsági helyzete szempontjából a térség békéjének a biztosítása érdekében.

Nem utolsó sorban az Európai Unió mediterrán országait fojtogató illegális migráció megfékezése mindenképpen olyan feladat, amely lehetetlen a forrásországok felemelkedése nélkül. S végül úgy érzem, hogy az Európai Uniónak haladéktalanul lépnie kell, mert ha nem fogunk odafigyelni, megtörténhet az, ami Afrika nagy részében ma megtörtént, hogy a távol-keleti érdekeltségek hatáskörébe kerül ez a régió is.

Miguel Viegas (GUE/NGL). - Senhor Presidente, ora trata-se de uma parceria que é bem-vinda, que não é completamente inédita e, pela nossa parte, entendemos que deve ser valorizada, sobretudo se tiver na sua base aqueles valores fundamentais que deveriam prevalecer sempre no relacionamento da União Europeia com os seus vizinhos: a corresponsabilidade, o interesse mútuo e as vantagens partilhadas.

Montag, 15. Dezember 2014

Contudo, temo que esses valores possam não passar de letra-morta, e neste quadro gostaria de dirigir algumas questões. Em primeiro lugar, como foi realizada a escolha dos setores da água e do alimento, a privilegiar, e qual o envolvimento dos nossos vizinhos neste processo?

Gostaria também de saber que mecanismos estão previstos para garantir uma participação paritária destes países, evitando assim que os projetos sirvam apenas uma das partes.

Gostaria também de saber que mecanismos estão previstos para garantir que sejam sobretudo os povos destes países a beneficiar destes projetos, evitando assim o efeito de sucção da pouca capacidade científica existente nesses países, deixando-os no final ainda mais pobres.

Finalmente, que garantia temos de que este programa não se irá destinar a financiar projetos de países como Israel que se colocam à margem do direito internacional e que beneficiou no passado do programa-quadro que ajudou, como sabemos, a desenvolver o seu arsenal de guerra, ou ainda a consolidar situações de ocupação de nações, como é o caso da ocupação do Sara Ocidental por parte de Marrocos?

João Ferreira (GUE/NGL). - Senhor Presidente, o reforço dos laços de cooperação no plano científico e tecnológico com os países do Mediterrâneo é uma direção desejável. Da utilização eficiente de recursos, passando à conservação da biodiversidade, passando pelas questões energéticas, os desafios são inegáveis e seguramente melhor abordados em conjunto. São conhecidas as reservas que temos relativamente à política científica da União Europeia – reservas profundas e divergências. A parceria que defendemos com estes países não pode, naturalmente, deixar de as ter em conta. Os países em questão, tanto os do sul do Mediterrâneo como os Estados-Membros envolvidos, devem ter um papel determinante na conceção deste quadro de cooperação norte-sul e na definição das suas prioridades, meios e objetivos. Questões como o necessário reforço das dotações do programa-quadro e a sua reorientação no sentido da prevalência do interesse público são, obviamente, questões centrais desta parceria.

(Koniec pytań z sali)

Carlos Moedas, Member of the Commission. - Mr President, honourable Members, thank you very much for all the support that you have shown tonight for this project. I took good note of the positions expressed here in this debate. Let me assure you that the Commission shares the view of Parliament in believing that tighter, renewed scientific cooperation with our southern partners is an asset for peace, stability, shared prosperity and growth in our region.

Efforts to strengthen the partnership in the Mediterranean area through European and national programmes are to be pursued in synergy, coordination or alignment with other existing EU initiatives relevant to those areas. It remains of paramount importance to avoid duplication and to demonstrate convincing added value. The merits of any proposal will be carefully assessed on the basis of the above-mentioned criteria, and subsequently the best way forward will be evaluated.

Przewodniczący. - Zamykam debatę.

Oświadczenia pisemne (art. 162)

Michel Dantin (PPE), par écrit. – Monsieur le Président, chers collègues, Je salue ce débat sur la mise en œuvre du partenariat en matière de recherche et d'innovation dans la zone méditerranéenne (PRIMA). La France avait en 2008 souhaité relancer le processus de Barcelone avec «l'Union pour la Méditerranée». Des initiatives ont suivi mais beaucoup reste à faire. Le partenariat PRIMA est un projet concret et positif qui peut lier les deux côtes de la Méditerranée. Il vise en effet à assurer la cohérence des programmes de recherche de onze États membres de l'Union et de huit États méditerranéens pour mieux répondre aux enjeux croissants et partagés dans la région. Je dis «partagés» car les questions, que posent l'érosion du capital naturel, la raréfaction de l'eau et le changement climatique ont un impact croissant sur la rive sud de la Méditerranée mais également sur la rive nord. Je soutiens donc pleinement cette initiative et estime qu'il est essentiel que le renforcement de la coopération scientifique et technologique entre les pays méditerranéens bénéficie du soutien de l'Union européenne et des possibilités institutionnelles et financières prévues par le traité de Lisbonne et le programme Horizon 2020.

Montag, 15. Dezember 2014

19. Ausführungen von einer Minute zu wichtigen politischen Fragen

Przewodniczący. - Kolejnym punktem porządku dnia są jednogminutowe wystąpienia w znaczących kwestiach politycznych (art. 150 Regulaminu).

Stanislav Polčák (PPE). - Pane předsedající, já bych chtěl upozornit na otázku, která je podle mého názoru velmi podstatná. A to je otázka, že Národní fronta s předsedkyní Marií Le Penovou na svou politickou činnost přijala půjčku ve výši 9 milionů eur od První česko-ruské banky. Je v zásadě nerozhodné, zda tuto půjčku poskytla Ruská centrální banka nebo její pobočka česká. V každém případě by ovšem Evropská unie měla řešit, zda přijímání půjček pro politické strany z členských států od institucí z nečlenských států Evropské unie, s nimiž je Evropská unie navíc v jistém mezinárodním sporu, je či není v souladu se zásadami Evropské unie. Podle mého názoru by nemělo docházet ke stavu, kdy si země jako Ruská federace vlastně pro své budoucí další aktivity platí nějakou politickou stranu. Takto může postupovat Čína a tak dále. Myslím si, že této věci by měla Unie věnovat náležitou pozornost a chtěl bych ji k tomu vyzvat.

Victor Negrescu (S&D). - Domnule președinte, cetățenii români au fost, în ultimele luni, ținta atacurilor extremiștilor din mai multe state europene. Din păcate, lipsa de reacție la aceste mesaje generează apariția unor politici guvernamentale abuzive și restrictive cu privire la drepturile tuturor cetățenilor europeni. Propunerile recente ale premierului David Cameron înseamnă, practic, restrângerea dreptului la liberă circulație a forței de muncă în Marea Britanie.

În acest context, nu pot să nu constat faptul că discursul segregacionist este practicat astăzi împotriva cetățenilor români. Această retorică produce efecte reale, care pot afecta chiar și accesarea României în spațiul Schengen. Domnule Cameron, și românii contribuie la prosperitatea țării dumneavoastră și nu aveți voie să le restrângeți drepturile. Noi vom face tot ce ține de noi în Parlamentul European pentru a proteja drepturile lor.

Respect declarațiile domnului Juncker, care a subliniat faptul că libertatea de mișcare a muncitorilor europeni este un principiu fundamental al Uniunii Europene, dar aș vrea propuneri concrete de sancțiuni pentru orice fel de comportament antieuropean. Nu ne permitem ca unii europeni să fie considerați cetățeni de rang secund și propun organizarea unei dezbateri în Parlamentul European, pentru a discuta despre drepturile și obligațiile tuturor cetățenilor europeni.

Zbigniew Kuźmiuk (ECR). - Panie Przewodniczący! Chciałbym zwrócić uwagę Komisji Europejskiej na bardzo trudną sytuację rolników - producentów mleka w moim kraju, w Polsce. Na skutek rosyjskiego embarga już kolejny miesiąc z rzędu spadają ceny skupu mleka. W stosunku do okresu sprzed embarga spadły już o około 20%. Natomiast jednocześnie rolnicy są obciążani karami za przekroczenie limitów produkcyjnych w roku kwotowym 2013/2014. Kary te wyniosły aż 46 milionów euro i były pobierane z wypłat dla rolników za bieżące dostawy mleka we wrześniu, październiku i listopadzie, a więc przy jednoczesnym gwałtownym spadku cen za dostarczany surowiec. Komisja Europejska zdecydowała się wesprzeć producentów mleka w krajach nadbałtyckich i w Finlandii tzw. pakietem mlecznym na kwotę 28 milionów euro ze względu na spadek cen skupu mleka w tych krajach o blisko 20%. Natomiast producentów mleka w Polsce, dziwnym trafem, ten pakiet nie obejmuje. A przecież, jak już wspominałem, w Polsce ceny skupu mleka spadły także o 20% i w związku z tym oczekuję, że Komisja zmieni swoją decyzję i pakiet mleczny obejmie również producentów mleka w moim kraju.

Филиз Хюсменова (ALDE). - В предишния мандат на Европейския парламент успяхме да се преборим за по-висок размер на средствата за финансиране на Фонда за европейско подпомагане на най-нуждаещите се лица. Трябва да сме доволни, че наскоро Европейската комисия одобри оперативни програми по Фонда в 16 държави членки на стойност над милиард и половина евро. Част от тях са предназначени за преки помощи за храна за най-бедните, но за всички нас по-важното е подпомагането на тези хора за излизане от бедността. Затова призовавам Европейската комисия да наблюдава разходването на средствата по Фонда и да следи дали държавите членки поставят акцент не само върху материалната помощ, а и върху мерки за участие в пазара на труда.

Σοφία Σακοράφα (GUE/NGL). - Κύριε Πρόεδρε, η Ελλάδα λόγω επικείμενων εκλογών δέχεται μια χυδαία επίθεση τρομοκρατίας του λαού της από τα ίδια τα όργανα της Ευρωπαϊκής Ένωσης.

Montag, 15. Dezember 2014

Απευθύνομαι από αυτό το βήμα στους ωμούς εκβιαστές των ευρωπαίων πολιτών. Αυτούς που τάχα κόπτονται για τη δημοκρατία και σε μια νύχτα καθαιρούν εκλεγμένες κυβερνήσεις βάζοντας στη θέση τους τραπεζοϋπαλλήλους. Αυτούς που στις ευρωεκλογές «εξαπατούσαν» τους Ευρωπαίους με το σύνθημα «your vote - our action» και σήμερα τους απειλούν για τις συνέπειες της ψήφου τους.

Απευθύνομαι στον κ. Juncker, τον οικοδεσπότη των «νόμιμων» φοροκλεπτών, που τολμά να υποδεικνύει στον ελληνικό λαό τι να ψηφίσει, και τον καλώ να μας πει τα ποσά που κλέψανε οι εταιρείες από τους Έλληνες πολίτες. Απευθύνομαι στην κ. Merkel, ιεροκήρυκα της λιτότητας και της ηθικής, να μας δώσει τα ονόματα όσων λάδωναν οι γερμανικές εταιρείες Siemens, Rheinmetall κ.ά. στην Ελλάδα, για να κάνουν τις δουλειές τους.

Ο ελληνικός λαός δεν δέχεται ούτε υποδείξεις ούτε απειλές.

Η πορεία των συνεταίρων σας, που τον γονάτισαν για να σας γίνουν αρεστοί, έχει προδιαγραφεί και η ανατροπή τους είναι πλέον δεδομένη.

Igor Šoltes (Verts/ALE). - Nekaj besed tudi o dnevnem redu, ki se nanaša na poplave.

Treba je reči, da so poplave in suše v zadnjih letih kar pogost pojav, niso več izjema in ne govorimo več o stoletnih vodah, ampak kar o vsakoletnih poplavah.

Okolje smo seveda ranili in ga še naprej uničujemo v tolikšni meri, da podnebne spremembe prinašajo vse bolj ekstremne vremenske pojave, kot so suša, toča, žled, in to potrjujejo tudi letošnje poplave, ki so prizadele močno Slovenijo.

Praktično so uničena celotna območja na Hrvaškem, v Bosni in Hercegovini, Srbiji in Bolgariji. In čas je seveda, da spremenimo odnos do tega in da se začnemo ukvarjati tudi preventivno z odpravo posledic napak.

To pomeni, da začnemo vlagati v preventivne aktivnosti: poglobljanje strug, čiščenje rek in vsega tistega, kar zmanjšuje poplavno ogroženost, in to je tudi priložnost za nova delovna mesta.

Jill Seymour (EFDD). - Mr President, HS2 is a flawed EU vanity project. It has no business case, and it will leave our country riddled with debt. It is destroying people's lives and communities and ripping up graveyards and ancient woodlands. I do not want to see our precious environment ruined by this destructive rail line. The enormous impact it will have on many constituencies from construction work and subsequent blight will affect hundreds of acres of land.

There are still unanswered questions on plans and costs, yet the project is still moving forward against any public wishes. It will only be supporting a minority at the cost of a majority. What passengers want is an affordable, reliable, comfortable and efficient rail network system that delivers from South to North and from East to West. We already have a network in place, but it is desperately in need of improvement, and some additional lines are needed in some areas. The victims of HS2 who have had their lives destroyed have not been awarded adequate compensation. This is a national disgrace.

Barbara Kappel (NI). - Herr Präsident! Beim EU-Gipfel am Donnerstag und Freitag dieser Woche werden die Staats- und Regierungschefs über das 315-Milliarden-Euro-Investitionspaket von Herrn Kommissionspräsidenten Juncker entscheiden. Es tun sich schon jetzt breite politische Bruchlinien auf. Die Südeuropäer verlangen mehr frisches Geld, Italien und Frankreich wollen, dass die Investitionen in die Infrastruktur vom Defizit ausgenommen werden, und die europäische Sozialdemokratie hat sich am Wochenende darauf verständigt, dass das Paket zu klein ist und auch den Arbeitnehmern mehr zugutekommen soll.

Ein Investitionsbooster von 315 Milliarden würde Europa sicherlich guttun, würde es sich a) um echtes Geld, um ein echtes Investitionspaket handeln und nicht um ein Risikoübernahmepaket und b) würde der Europäische Fonds für Strategische Investitionen tatsächlich ein Fonds sein, der Renditeerwartungen für Privatanleger klar offenlegt, um auch privates Geld mobilisieren zu können. All das ist nicht der Fall.

Das ist aber nicht der Hauptgrund, warum Europa schwächelt. Der Hauptgrund, warum auch dieses Investitionspaket kein Investitionspaket ist, besteht darin, dass kein Vertrauen in die europäischen Finanzmärkte und in die Währungsunion gegeben ist. Die Unternehmen investieren nicht mehr, sie nehmen keine Kredite mehr auf, weil sie nicht mehr die Rahmenbedingungen vorfinden. Diese Rahmenbedingungen müssen geschaffen werden. Wir müssen das Vertrauen in die Finanzmärkte und in die Währungsunion wiederherstellen.

Montag, 15. Dezember 2014

Ivan Štefanec (PPE) – Denne používa internet 250 miliónov Európanov, stále však existujú milióny európskych občanov, ktorí internet ešte nikdy nepoužili. Preto považujem vybudovanie spoločného digitálneho trhu za príležitosť, ktorá môže nielen významne prispieť k zlepšeniu zamestnanosti, ale aj k zlepšeniu kvalifikácie Európanov. Vybudovanie digitálneho trhu je nutné sústrediť na:

1. lepší prístup k internetu,
2. rozšírenie elektronického obchodovania,
3. sprístupnenie elektronických služieb.

Vývoj vysokorychlostných sietí má dnes rovnaký revolučný vplyv, ako mal vývoj elektrických a dopravných sietí pred sto rokmi. Únia by mala ešte v rámci digitálnej agendy zabezpečiť dva ciele: širokopásmové pokrytie 30 Mbit/s do roku 2020 a zabezpečenie 50 % domácností širokopásmovým pripojením nad 100 Mbit/s do roku 2020. Digitálna ekonomika každoročne rastie až o 12 % a rastie sedemkrát rýchlejšie v porovnaní s inými hospodárskymi odvetvami. Z týchto dôvodov považujem vybudovanie jednotného digitálneho trhu naozaj za kľúčovú prioritu na našom spoločnom európskom trhu.

Anneliese Dodds (S&D). - Mr President, following LuxLeaks I and II, the people of Europe are looking to the EU to take action against tax evasion and aggressive tax avoidance. So the Socialists and Democrats are calling for three things: first, country-by-country reporting of profit; secondly, a Europe-wide approach to tackling tax havens; and thirdly, the blacklisting of companies who engage in tax fraud and the financial advisors who help them to do it. But we also need commitment from the rest of the EU: from the Commission and the Council. Tomorrow the Commission must indicate that plugging the tax gap will be at the heart of its priorities, and Member States within the Council must listen to the anger of their citizens at the end of this week and work together to overcome national differences and agree on strong joint measures. Tackling tax fiddling could release one trillion euros across Europe – money we can ill afford to lose. Let us seize this opportunity to stop tax fiddling and back the citizens of Europe and the SMEs who pay their taxes, not those transnational companies who do not.

Janusz Wojciechowski (ECR). - Panie Przewodniczący! W ubiegłym tygodniu odbyła się pod Parlamentem Europejskim demonstracja przeciwko barbarzyńskiej praktyce zabijania bezdomnych psów w Rumunii. Ludzie dobrej woli nie mogą się pogodzić z tym, że w państwie członkowskim Unii Europejskiej, w XXI w., ma miejsce brutalna akcja masakrowania bezdomnych zwierząt. Jest to również krzywda wyrządzana ludziom bezradnym wobec takiego okrucieństwa. Mahatma Gandhi powiedział kiedyś, że poziom cywilizacji i jej moralny rozwój może być oceniany po tym, jak traktuje ona swoje zwierzęta. Wyrażam szacunek dla ludzi dobrej woli w Rumunii i apeluję do władz Rumunii, żeby położyły kres tej brutalnej praktyce, bo jest ona niegodna standardów europejskich. Mam nadzieję, że nowo wybrany prezydent Iohannis wykaże w tej sprawie wrażliwość i aktywność. Takie praktyki naprawę nie są godne standardów europejskich w XXI w. Proszę pana prezydenta o aktywność w tej sprawie.

Marian Harkin (ALDE). - Mr President, before the end of this year, the Governor of the Irish Central Bank will sell a sovereign bond worth EUR 500 million, and then he will immediately destroy that money. I do not know if he will press a button or light a flame, but EUR 500 million will vanish. The Irish people will immediately start to pay interest on the disappeared EUR 500 million and in 24 years' time will still have to repay the EUR 500 million to the bondholders.

But this is not a once-off. For the next five years, we destroy EUR 500 million per year; for the next five years after that, we destroy EUR 1 billion per year; and for the next eight years, we destroy EUR 2 billion per year. We pay the interest and the principal to the tune of approximately EUR 80 billion to bail out a failed, insolvent bank. And why? At the time, we did it to prevent contagion in the EU banking system. They were desperate times, and desperate measures were called for. But those times have passed.

We in Ireland are drowning in debt, with our debt-to-GNP ratio at approximately 150%. This illegal, odious bank debt must be dealt with and lifted from the shoulders of 4.5 million Irish citizens.

Montag, 15. Dezember 2014

João Ferreira (GUE/NGL). - Senhor Presidente, passam cinco anos desde a irrupção da chamada crise da zona euro. Uma crise ainda sem fim à vista, que confirma tudo aquilo para que alertaram aqueles que, como nós, se bateram desde o início contra a união económica e monetária e a moeda única, alertando para as consequências devastadoras que teria e que a vida confirmou.

Dependência económica e subordinação política: eis as consequências de uma década e meia de euro. Este é um caminho sem futuro, que os povos derrotarão pela luta. Impõe-se uma discussão séria sobre as vantagens evidentes da dissolução da união económica e monetária e da extinção do Pacto de Estabilidade – instrumentos que devem ser substituídos por acordos intergovernamentais entre os Estados que, de forma livre e soberana, manifestem o desejo de prosseguir no caminho da integração económica e monetária. Solução que deve prever um programa de apoio aos países cuja permanência no euro se tenha revelado insustentável, a par da devida compensação pelos prejuízos causados, no quadro de uma saída negociada da moeda única e da imprescindível recuperação da soberania monetária.

Laura Ferrara (EFDD). - Signor Presidente, onorevoli colleghi, l'inchiesta su Mafia Capitale sta mettendo a nudo il vergognoso intreccio fra criminalità organizzata, corruzione e politica, che ha gestito potere, lavoro e appalti pubblici e che aveva come centro operativo, Roma, capitale d'Italia.

Purtroppo è la conferma di quanto da tempo denunciavamo: un sistema criminale che tiene sotto ricatto la parte sana della nostra società e che coinvolge, direttamente o indirettamente, amministratori pubblici e politici. Da tempo denunciavamo le intrusioni della criminalità organizzata nella gestione dei centri di prima accoglienza per immigrati, verità che sta puntualmente emergendo dall'inchiesta.

Quanto sta accadendo in Italia non deve essere considerato come un fatto locale. Negare che esista un rischio di refluenza del fenomeno mafioso nel resto d'Europa non è solo falso, ma sarebbe il più grosso regalo che le mafie e le associazioni criminali potrebbero ricevere. Mafie e associazioni criminali che del segreto e dell'omertà si servono per crescere e arricchirsi. Come insegna la teologia, la suprema astuzia del diavolo è far credere che non esiste: occorre quindi che il Parlamento mantenga alta la guardia contro le mafie, senza indugio, e con ogni strumento a sua disposizione.

Mario Borghezio (NI). - Signor Presidente, onorevoli colleghi, c'è un paese nell'Unione europea dove 60 esponenti – fra cui parlamentari – sono in carcere da quasi due anni. Questo paese è la Grecia e il movimento si chiama Alba Dorata. Un caso eclatante di violazione dei diritti politici e anche dei diritti elettorali, visto che si va alle elezioni, tanto più grave perché nel cuore storico della democrazia. Questa tecnocrazia bancaria che comanda in Grecia e che impone delle soluzioni che il popolo greco, evidentemente, non condivide, reprime un movimento che dà fastidio a questi poteri mondialisti.

Il Presidente del Parlamento europeo, a mio avviso, deve intervenire per verificare questa situazione e la fondatezza di questa repressione giudiziaria, che è un vulnus ai diritti politici di un numero rilevante di cittadini greci. Solidarietà quindi, come sempre si deve, per i principi di libertà a coloro che sono in carcere per motivi politici, e questo, signor Presidente, lei che viene da un paese che ha tanto sofferto per la dittatura e che ha lottato per la sua libertà, credo che lo comprenda meglio di chiunque altro.

Deirdre Clune (PPE). - Mr President, as we all know, SMEs – and we constantly hear it – are the backbone of our society, and they will be essential for economic recovery across Europe. SMEs, whether they are employing five, ten, twenty or even fifty individuals, are started by an entrepreneur in general. It is a term we have come to use frequently, but it is a person who has the confidence, the ability and the brains to start a new business: somebody who has ambition and is willing to take risks.

I do not think we are doing enough for young people to encourage them to become entrepreneurs, to give them the confidence to know that they too can start a business. We need to invest in our education system; we need to ensure that young people's minds are open to the fact that they can be entrepreneurs and that they can have the ability to start their own business, even if it is only one or two employees that they may have. We also need to include suitable modules in our third-level sectors and in our colleges and universities to get young people thinking that they too have the possibilities to become entrepreneurs or business starters and employ people as well as themselves in developing our future economies.

Montag, 15. Dezember 2014

Richard Corbett (S&D). - Mr President, I too rise to speak on the issue of LuxLeaks, like my colleague Ms Dodds, and how we should respond to it as a Parliament.

I think it would be wrong if we were to focus exclusively on Luxembourg. Luxembourg may well be the worst case but it is far from being the only one. We must focus on the wider issue of how it is that we have created, in Europe, a system which gives effectively an incentive to every Member State to become its neighbour's tax haven, and that makes it so easy for multinational companies to evade taxes by shifting profits from one country to another.

The total amount lost to national exchequers by tax evasion and tax avoidance is greater than all the public deficits of national governments in Europe added together. That is the issue we must address – the systemic changes that are needed to put an end to that situation.

Ελένη Θεοχάρους (PPE). - Κύριε Πρόεδρε, κύριε Επίτροπε, όσοι έχετε ταξιδέψει προς την Κύπρο με αεροπλάνο –δεν υπάρχει και άλλος τρόπος!– πρέπει να γνωρίζετε ότι η Κύπρος είναι ένας πολύ δύσκολος προορισμός, γιατί είναι ένα απομακρυσμένο νησιωτικό κράτος και δεν έχει καλές συγκοινωνίες με την Ευρώπη.

Εμείς πιστεύουμε ότι πρέπει να διασωθούν οι Κυπριακές Αερογραμμές και, με το κατατεθέν πρόγραμμα διάσωσης, πιστεύουμε ότι η εταιρεία μπορεί να γίνει κερδοφόρα μέχρι το 2017.

Βεβαίως υπήρξαν φαινόμενα κακοδιαχείρισης, κακοδιοίκησης, αλλά υπήρξαν και εξωγενείς παράγοντες, όπως η οικονομική κρίση, που έπληξε και τις Κυπριακές Αερογραμμές και την Κύπρο πολύ περισσότερο, και η Κύπρος δεν αντέχει αυτή τη στιγμή άλλους ανέργους. Επιπλέον, το σκληρό εμπάργκο που εφαρμόζει η Τουρκία εναντίον της Κύπρου και τα παράνομα αεροδρόμια που λειτουργεί η Τουρκία στην Κύπρο πλήττουν καίρια τις Κυπριακές Αερογραμμές.

Αυτό το αναγνώρισε η Επιτροπή και έχει αποδεχθεί να δίνει η Κυπριακή Δημοκρατία ένα ποσό ως αποζημίωση κάθε χρόνο στις Κυπριακές Αερογραμμές. Αλλά εμείς πιστεύουμε ότι αυτό δεν είναι δίκαιο. Πρέπει να αποκόπτεται από την προενταξιακή βοήθεια της Τουρκίας, για να κατανοήσει και αυτή η χώρα την αλλοπρόσαλλη πολιτική της.

Илияна Йотова (S&D). - Утре Европейската комисия ще представи своята програма – намеренията и перспективата за развитието на Съюза. Чухме и амбициозните идеи на г-н Юнкер за възвръщане на инвестициите, за изправяне на крака на европейската икономика чрез активното участие на публичния и частен сектор. След два дни и Съветът ще каже своята дума. Успехът е заложен в общите и координирани действия.

В същото време правителства и отделни политици в Европа се опитват да бلاميрат, да блокират изхода от кризата. Антиимигрантската политика във Великобритания, внушенията срещу страни от Източна Европа, крайните изказвания на френски политици против членството на България и Румъния в Шенген, ксенофобските настроения изместват европейските правила и създават нови разделителни линии и недоверие. Миграцията се превърна в предизборна тема и аргумент за политически боричкания, опасен флирт с гражданите и заиграване със страховете на хората за работни места и социални гаранции. Нито един политически аргумент, нито една политическа цел не може да оправдае подобна политика. В ръцете на новата Комисия е да се справи с тези опасни тенденции и да защити правото на свободно движение на европейските граждани, правото на техния труд.

Ádám Kósa (PPE). - Tisztelt Képviselőtársaim! A most következő hozzászólásomat olasz jelnyelven fogom megtenni, ezzel is mutatva az olasz siket sorstársaim felé érzett szolidaritásomat. A mai napon itt az Európai Parlamentben az olasz siket sorstársaimat képviselem. 2014. november 20-án Róma belvárosában 6000 siket polgár tüntetett az olasz jelnyelv elismertetéséért. Az Európai Unióban három ország, Olaszország, Luxemburg és Málta ül a szégyenpadon, hiszen csak ezekben az országokban nem fogadták még el a jelnyelvet. A 60000 fős olasz siket közösség nevében felszólítom Olaszország kormányát, hogy mielőbb terjesszék be az olasz jelnyelvről szóló törvényt! Köszönöm szépen.

Damian Drăghici (S&D). - Mr President, the new Commission translates into a new approach to the problems of Roma communities across the EU. With the new Commission in office starting on 1 November, expectations of the credit allocated to the new European Cabinet increased. Among many other priorities, 'changing the situation of the Roma' – or 'the European Roma minority' as I like to call it – should be on the Commissioners' agenda and also on the Member States' political agenda.

Montag, 15. Dezember 2014

As a newly elected member of this Parliament, but mostly as a Romanian Roma, I am drawing the Commission's attention to the following:

Structured, institutional dialogue between Member States, the Commission, Parliament and Roma organisations has to become an implicit, structured and valued working approach. The cabinets of the Vice-President and the relevant Commissioners need to have capable and experienced Roma experts to supply the necessary hands-on experience that the previous Commission did not have at the level which is needed. Together with the major European Roma organisations, the Commission must put in place an efficient monitoring mechanism that can show the progress that is going to be made by 2020, and that includes what we know has not been done by 2014.

József Nagy (PPE). - Köszönöm a szót. Sajnos arról kell beszámolnom, hogy hazámban, Szlovákiában az utóbbi két évben radikálisan és indokolatlanul csökkent a kisebbségi kultúrák támogatására szánt állami támogatás. Nemcsak az összeg bizonytalan évről évre, hanem legújabbban a kormányzat nagy önkénnyel dönt a pénz elosztásáról, és gyakran figyelmen kívül hagyja a bevált projekteket, és ignorálja a számarányokat is az egyes kisebbségek közt.

Sok európai országban a kisebbségi kultúrák támogatásának módja és összege törvényben van garantálva. Például a mindenkori állami költségvetés vagy a nemzeti bruttó össztermék fix százalékában van meghatározva. Az összegek elosztását pedig magukra az érdekeltekre bízák. Ez lehetne a megoldás az egész Európai Unión belül, mert sokban javítaná a többség és a kisebbség viszonyát, és a kisebbségi civil szervezetek és kulturális intézmények nem lennének kitéve pénzügyi zsarolásnak, és nem lehetne őket könnyen politikai eszközként felhasználni. Úgy gondolom, hogy ideje lenne egy olyan uniós ajánlást megfogalmazni, hogy a tagállamok ezt a kérdést ezzel a bevált módszerrel rendezzék. Köszönöm, hogy meghallgattak.

Soledad Cabezón Ruiz (S&D). - Señor Presidente, Señorías, venimos hablando mucho de seguridad del suministro energético en Europa. Sin embargo, considero que es un debate incompleto si no le ponemos rostro, si no hablamos de pobreza energética, de una de las mayores y más importantes desigualdades del siglo XXI.

No basta con que la energía llegue a Europa si más de 50 millones de ciudadanos europeos no pueden pagarla, ni siquiera para cubrir sus necesidades más básicas. Hablamos de millones de pensionistas, de hogares con todos sus miembros en desempleo o de trabajadores con empleos precarios. Sin embargo, hasta ahora, las políticas nacionales no han sabido dar una respuesta adecuada. Incluso, en países como el mío, hay, a día de hoy, 200 000 beneficiarios menos del bono social.

Por lo tanto, considero una prioridad social que se establezca una estrategia europea que dote de un marco común a todos los Estados miembros para erradicar esta nueva forma de desigualdad en el siglo XXI.

Csaba Sógor (PPE). - Köszönöm, Elnök Úr. Romániában nemcsak megtorpant, hanem visszafordult a kommunista rendszer által elkobzott javak visszaszolgáltatási folyamata. Nemrégiben jogerős döntés született, hogy egy előzetesen a református egyház tulajdonába visszakerült iskolaépület restitúcióját érvénytelenítik, azaz gyakorlatilag visszaállamosítják. Az ügy azért is kényes, mert a bíróság saját törvényértelmezése miatt kerülhetett rá sor. Románia az uniós csatlakozáskor vállalta a teljes restitúciót, a vonatkozó törvények meg is születtek, ám a bíróságok jogértelmezése az egész folyamatot visszafordíthatja.

A döntés azért is felháborító, mivel az eljárás keretében a köteleességüket végző hivatalnokok bűnösségét állapították meg, olyan embereket ítélték el, akik jóhiszeműen hajtották végre a törvényt nem egy, hanem több ezer visszaszolgáltatási kérelem esetében. A döntés komoly kételyeket ébreszt bennem, hogy Románia megfelel-e a jogállamiság kritériumának, amelyik az EU-csatlakozás egyik feltétele volt. Köszönöm.

José Blanco López (S&D). - Señor Presidente, uno de los principales desafíos a los que se enfrenta el continente europeo es precisamente la crisis demográfica. La despoblación y el envejecimiento de múltiples regiones de la Unión Europea es sencillamente alarmante.

Montag, 15. Dezember 2014

Esta crisis demográfica afecta a la propia sostenibilidad del continente, a su vitalidad económica y a la supervivencia de nuestro modelo social y de nuestro modelo de cohesión territorial. Por lo general, viene acompañada por un aumento de los niveles de desempleo y de pobreza, que desafía los cimientos mismos de la cohesión.

El artículo 174 del Tratado establece como objetivo de la política de cohesión reducir las diferencias entre regiones, con especial atención a aquellas con graves desventajas geográficas o demográficas. Urge que la Comisión actúe, que elabore un plan estratégico para el impulso demográfico con la participación de los Estados miembros, con la participación de las regiones.

Andor Deli (PPE). - Köszönöm, Elnök Úr. Az elmúlt hetek fontos külpolitikai bejelentése volt az a Vlagyimir Putyin orosz elnök által tett, és azóta újra megerősített kijelentés, hogy leállították a Déli Áramlat nevű projektet, és más irányvonalban, Törökország felé tennék a gázvezeték új vonalát.

Mondani sem kell, hogy az EU-ban nagy port kevert a bejelentés, de külön érzékenyen érintette a tagjelölt Szerbiát. Annál is inkább, mivel a belgrádi orosz nagykövét – kihasználva a helyzetet – az EU-t feketítette be, és nevezte meg egyedüli felelősként a projekt leállításáért, komoly belpolitikai feszültséget szítva az országban. Fontosnak tartanám, ha az energiaunióért felelős alelnök, Šefčovič úr, határozott és mihamarabbi konzultációkat kezdene ebben a kérdésben a tagjelölt Szerbiával is, mint ahogy azt tette a többi érintett EU-tagországgal. A szerb kormány már kihangsúlyozta az EU irányába való tartós elkötelezettségét, szerintem szükség lenne arra, hogy ez a nagy energetikai függőségben lévő ország érezze az EU támogatását ebben a nagyon nehéz ügyben, segítve a szerb belpolitika stabilitásának megőrzését. Köszönöm.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D). - Domnule președinte, Uniunea Națională pentru Progresul României este o construcție de centru-stânga care are drept obiectiv principal introducerea în România a guvernării progresiste moderne și asigurarea stabilității politice, economice și sociale a țării. Seriozitatea, corectitudinea și respectarea cuvântului dat au devenit o adevărată carte de vizită pentru UNPR, fapt recunoscut de către toți liderii politici, cât și de către cetățenii români. UNPR se bazează în activitatea sa pe doi piloni principali: interesul național și dialogul social.

Societatea română s-a transformat profund în ultimii 25 de ani, dar tinerele generații ale României nu sunt bine reprezentate politic, iar generațiile asistate se află într-o permanentă situație de insecuritate socială. Ele au nevoie de o voce politică puternică, pragmatică și progresistă, care să le reprezinte - aceea a UNPR.

UNPR pune interesul național în centrul vieții politice. Numai promovarea interesului național, atât în relațiile bilaterale, cât și în cadrul organizațiilor europene, euroatlantice și internaționale poate și trebuie să fie cel mai important numitor comun al partidelor și singurul liant de durată al societății românești. Românii au nevoie de unitate, nu doar în jurul intereselor comune, cât, mai ales, în jurul aspirațiilor care ne-au marcat istoria, evoluția și care ne definesc ca popor. Dar, mai presus de toate, țara are nevoie de conducători capabili de consens, de cooperare, construcție și progres.

Așa cum întotdeauna a sprijinit până la capăt guvernele din care a făcut parte, UNPR își respectă angajamentele și cuvântul dat și, în concordanță cu așteptările propriilor susținători, își manifestă susținerea pentru continuarea guvernării actuale a României. Printre obiectivele prioritare ale UNPR pentru perioada următoare se numără: introducerea taxei de solidaritate pe marile averi, creșterea accelerată a absorbției fondurilor europene și creșterea rolului și influenței României în cadrul Uniunii Europene și al NATO.

Przewodniczący. - Zamykam dyskusję nad punktem porządku dnia.

20. Tagesordnung der nächsten Sitzung: siehe Protokoll

Montag, 15. Dezember 2014

21. Schluss der Sitzung

(Posiedzenie zostało zamknięte o godz. 22.20)

Dienstag, 16. Dezember 2014

AUSFÜHRLICHE SITZUNGSBERICHTE VOM 16. DEZEMBER 2014

(2022/C 403/02)

Inhalt	Seite
1. Eröffnung der Sitzung	68
2. Aussprache über Fälle von Verletzungen der Menschenrechte, der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit (eingereichte Entschließungsanträge): siehe Protokoll	68
3. Vorlage von Dokumenten: siehe Protokoll	68
4. Überprüfung der wirtschaftspolitischen Steuerung - Sixpack- und Twopack- Verordnungen (Aussprache) ..	68
5. Abstimmungsstunde	102
5.1. Wahl des Bürgerbeauftragten (Abstimmung)	103
5.2. Wissenschaftliche Prüfung von Lebensmittelfragen (A8-0059/2014 - Giovanni La Via) (Abstimmung)	103
5.3. Übereinkommen über den internationalen Handel mit gefährdeten Arten frei lebender Tiere und Pflanzen (CITES) (A8-0036/2014 - Pilar Ayuso) (Abstimmung)	103
5.4. Kooperationsabkommen mit Marokko über ein ziviles globales Satellitennavigationssystem (GNSS) (A8-0045/2014 - Jerzy Buzek) (Abstimmung)	103
5.5. Verlängerung des Abkommens mit der Ukraine über die wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit (A8-0039/2014 - Jerzy Buzek) (Abstimmung)	103
5.6. Beteiligung Kroatiens am Europäischen Wirtschaftsraum (A8-0026/2014 - Alexander Graf Lambsdorff) (Abstimmung)	103
5.7. Sondersteuer „octroi de mer“ in den französischen Gebieten in äußerster Randlage (A8-0054/2014 - Iskra Mihaylova) (Abstimmung)	103
5.8. Inanspruchnahme des Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung: Antrag EGF/2014/010 IT/Whirlpool (A8-0064/2014 - Daniele Viotti) (Abstimmung)	103
5.9. Inanspruchnahme des Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung: Antrag EGF/2013/006 PL/Fiat Auto Poland S.A. (A8-0062/2014 - Jan Olbrycht) (Abstimmung)	103
5.10. Inanspruchnahme des Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung: Antrag EGF/2014/013 EL/Odyssefs Fokas (A8-0063/2014 - Monika Vana) (Abstimmung)	103
5.11. Inanspruchnahme des Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung: Antrag EGF/2013/014 FR/Air France (A8-0065/2014 - Marco Zanni) (Abstimmung)	104
5.12. Benennung eines Mitglieds des Ausschusses für die einheitliche Abwicklung (- Roberto Gualtieri) (Abstimmung)	104
6. Stimmerklärungen	104
6.1. Wahl des Bürgerbeauftragten	104
6.2. Wissenschaftliche Prüfung von Lebensmittelfragen (A8-0059/2014 - Giovanni La Via)	115

Dienstag, 16. Dezember 2014

Inhalt	Seite
6.3. Übereinkommen über den internationalen Handel mit gefährdeten Arten frei lebender Tiere und Pflanzen (CITES) (A8-0036/2014 - Pilar Ayuso)	129
6.4. Kooperationsabkommen mit Marokko über ein ziviles globales Satellitennavigationssystem (GNSS) (A8-0045/2014 - Jerzy Buzek)	149
6.5. Verlängerung des Abkommens mit der Ukraine über die wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit (A8-0039/2014 - Jerzy Buzek)	161
6.6. Beteiligung Kroatiens am Europäischen Wirtschaftsraum (A8-0026/2014 - Alexander Graf Lambsdorff)	174
6.7. Sondersteuer „octroi de mer“ in den französischen Gebieten in äußerster Randlage (A8-0054/2014 - Iskra Mihaylova)	189
6.8. Inanspruchnahme des Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung: Antrag EGF/2014/010 IT/Whirlpool (A8-0064/2014 - Daniele Viotti)	203
6.9. Inanspruchnahme des Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung: Antrag EGF/2013/006 PL/Fiat Auto Poland S.A. (A8-0062/2014 - Jan Olbrycht)	221
6.10. Inanspruchnahme des Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung: Antrag EGF/2014/013 EL/Odyssefs Fokas (A8-0063/2014 - Monika Vana)	237
6.11. Inanspruchnahme des Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung: Antrag EGF/2013/014 FR/Air France (A8-0065/2014 - Marco Zanni)	251
6.12. Benennung eines Mitglieds des Ausschusses für die einheitliche Abwicklung (- Roberto Gualtieri)	269
7. Berichtigungen des Stimmverhaltens und beabsichtigtes Stimmverhalten	277
8. Erklärung des Präsidenten	278
9. Genehmigung des Protokolls der vorangegangenen Sitzung: siehe Protokoll	278
10. Arbeitsprogramm der Kommission für 2015 (Aussprache)	278
11. Delegierte Rechtsakte (Artikel 105 Absatz 6 GO): siehe Protokoll	313
12. Berichtigung (Artikel 231 der Geschäftsordnung): siehe Protokoll	313
13. Delegierte Rechtsakte (Artikel 105 Absatz 6 GO): siehe Protokoll	313
14. Haushaltspläne 2014 und 2015 (Aussprache)	313
15. Finanzierungsengpass beim Hilfswerk des Welternährungsprogramms für syrische Flüchtlinge (Aussprache)	341
16. Autonome Handelspräferenzen für die Republik Moldau (Aussprache)	350
17. Zollbehandlung von Waren mit Ursprung in Ecuador (Aussprache)	358

Dienstag, 16. Dezember 2014

Inhalt	Seite
18. Erneuerung der EU-Strategie der inneren Sicherheit (Aussprache)	363
19. Tagesordnung der nächsten Sitzung: siehe Protokoll	376
20. Schluss der Sitzung	376

Dienstag, 16. Dezember 2014

AUSFÜHRLICHE SITZUNGSBERICHTE VOM 16. DEZEMBER 2014

Elnökváltás: GÁLL-PELCZ ILDIKÓ

alelnök

1. Eröffnung der Sitzung

(Az ülést 9.05-kor nyitják meg.)

2. Aussprache über Fälle von Verletzungen der Menschenrechte, der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit (eingereichte Entschließungsanträge): siehe Protokoll

3. Vorlage von Dokumenten: siehe Protokoll

4. Überprüfung der wirtschaftspolitischen Steuerung - Sixpack- und Twopack-Verordnungen (Aussprache)

Elnök asszony. - A következő napirendi pont a Bizottság nyilatkozata a hatos és a kettes csomag gazdaságirányítási felülvizsgálatáról (2014/2938)RSP)

Valdis Dombrovskis, Member of the Commission. - Madam President, thank you for giving me the opportunity to set out briefly the main elements of the review of economic governance that the Commission published on 28 November. The Commission has already had an opportunity to discuss this topic with the Committee on Economic and Monetary Affairs (ECON) on 2 December. I am looking forward to discussing this important topic further with you today and in the period to come.

Let me start by recalling that the economic and financial crisis revealed important weaknesses in the original economic and monetary union set-up. In response, Europe has taken action on a number of fronts. Action has been truly impressive, especially compared with what was considered feasible just a few years ago. The euro area has been significantly bolstered by the setting up of a strong permanent firewall in the form of the European Stability Mechanism to ensure financial stability. We have created a banking union to address the fragmentation of the financial sector and to facilitate access to financing. Finally, we have strengthened our economic governance in order to reinforce economic and budgetary coordination.

The six-pack and the two-pack are the core elements that have led to the strengthening of economic governance. They have led to a strengthening of budgetary surveillance under the Stability and Growth Pack, the broadening of the scope of surveillance to include the area of macroeconomic imbalances as well as countries experiencing difficulties with financial stability, and to the codification in legislation of integrated economic and budgetary surveillance in the form of the European Semester.

Dienstag, 16. Dezember 2014

In line with the legal requirements in the various pieces of legislation, the Commission has concluded a review of these new instruments. Broadly speaking, the review clauses require us to assess three elements of the six-pack and two-pack. First of all we have to assess the effectiveness of the regulations; this means to what extent the new rules have been effective in achieving their objectives. Secondly, we need to evaluate the impact of the rules on enhancing closer coordination of economic policies, and finally how the rules on the new economic governance have contributed to sustained economic governance in the European Union.

Due to the limited time span since its entry into force, experience with the application of the new governance system has been limited and a number of specific instruments remain untested. This concerns more specifically the excessive imbalances procedure. Furthermore, the system has so far been applied in specific economic conditions during and in the aftermath of the severe crisis. This limits the possibilities for judging the effectiveness of the system's preventive role.

For these reasons the review the Commission published in November is short and factual and takes stock of the application of the new instruments since they have been in force; that is, autumn 2011 for the six-pack, and 2013 for the two-pack. It discusses separately the issues of fiscal surveillance, macroeconomic imbalances and the framework for countries experiencing difficulties as regards financial stability. It also briefly discusses the interlinkages between the various elements.

The review also highlights some improvements introduced by the six-pack and two-pack reform. Notably it has deepened and widened economic governance and has contributed to achieving progress as regards fiscal consolidation and correcting macroeconomic imbalances.

Finally, the Commission's review identifies some possible areas for improvement. This relates mainly to the complexity of the system with regard to overlapping instruments, as well as to the complexity of some of the specific instruments themselves, for instance in the Stability and Growth Pack. Complexity could pose challenges for transparency and implementation.

The Commission's assessment also points to the need for increased ownership of the necessary reforms in the Member States, which could help step up implementation of the reform recommendations under the European Semester. This would improve outcomes in terms of growth, imbalances and convergence.

Finally, the review highlights the need for better involvement of national parliaments and stakeholders to ensure better legitimacy and accountability. Our system of economic governance can only reap its full potential if it has ownership of all relevant stakeholders. This includes notably this Parliament as the key institution to ensure the democratic legitimacy and accountability of EU-level economic policy decisions.

The Commission therefore sees the review document as a starting point and a basis for dialogue and debate on the appropriate way forward in the coming months. I look forward to hearing your views.

Burkhard Balz, im Namen der PPE-Fraktion. – Frau Präsidentin! Als Europäische Volkspartei begrüßen wir natürlich den heutigen Austausch. Wir unterstützen die Kommission darin, dass sie die bisherige Gesetzgebung zum *Sixpack* und zum *Twopack* positiv betrachtet. Wir sehen einen Trend, dass sich die Haushaltsdefizite in den meisten Mitgliedstaaten der Europäischen Union langsam erholen.

Wir unterstützen die Kommission auch darin, wenn sie von den Mitgliedstaaten regelmäßig tiefgreifende Strukturreformen einfordert. Wir halten natürlich wirtschaftspolitische Reformen ebenfalls für den richtigen Weg. Wir unterstützen die Kommission, wenn sie sagt, dass der Stabilitäts- und Wachstumspakt in jetziger Form Bestand und Zukunft hat. Das heißt auch, dass die Kommission nicht zögern sollte, bestehende Regeln anzuwenden. Der Stabilitäts- und Wachstumspakt ist der Ausgangspunkt für eine erfolgreiche, wettbewerbsfähige und zukunftsträgliche europäische Wirtschaft.

Wer dafür eintritt, den Pakt grundlegend aufzuweichen, verleugnet die Fehler der Vergangenheit. Die Zeiten der Schuldenmacherei und Schönrechnerei haben weder mittel- noch langfristig Erfolg gebracht – im Gegenteil. Wir haben eine Spirale einer Schulden- und Finanzmarktkrise erlebt. Es ist Humbug zu sagen, dass ein Einhalten des Stabilitätspakts Investitionen und Wachstum in den Mitgliedstaaten verhindert. Der Stabilitätspakt ist keine Wachstumshürde. Der Stabilitätspakt erinnert die Mitgliedstaaten an ihre Pflichten, mit ihren Haushaltsgeldern nachhaltig, effizient und zukunftsgerichtet umzugehen.

Dienstag, 16. Dezember 2014

Das sind manchmal sicherlich unangenehme Wahrheiten. Es lässt sich auch kein positives Investitionsklima induzieren, wenn nicht gleichzeitig Reformen angegangen werden. Jede Prüfung von Flexibilität muss unter dieser Prämisse angegangen werden. Die Glaubwürdigkeit des Stabilitäts- und Wachstumspakts darf nicht aufs Spiel gesetzt werden. Es dürfen keine Unterschiede zwischen großen und kleinen Mitgliedstaaten gemacht werden. Wir erwarten deswegen von der Kommission, dass sie im Sinne der Stabilität Europas handelt. Und wir erwarten von der Kommission, dass sie gegenüber reformunwilligen und zögerlichen Mitgliedstaaten eine klare Kante zeigt.

Pervenche Berès, au nom du groupe S&D. – Madame la Présidente, Monsieur le vice-président, nous y voilà, au premier rendez-vous de cette législature, pour débattre de cet important thème qu'est la gouvernance économique.

Au cours de la précédente législature, nous avons réalisé une avancée sans précédent en matière bancaire, en posant les jalons de l'union bancaire. Au fond, l'occasion que nous avons maintenant, dans cette Commission de la dernière chance, c'est bien celle de mettre en place des mesures qui permettront non seulement de surmonter la crise financière, mais aussi d'éviter une crise de l'Union politique.

Pour cette raison, le chantier que nous ouvrons ici revêt une importance majeure. Pourtant, vous présentez le bilan du *six-pack* et du *two-pack* de manière – comme vous l'avez indiqué – courte et factuelle, sans tenir compte de l'état de sous-inflation et de sérieuse crise sociale, ni de la sous-croissance que connaissent la zone euro et l'Union dans son ensemble. Il me semble cependant que si les législateurs nous ont donné rendez-vous, cela n'est pas simplement pour entendre cette synthèse.

Je dois reconnaître que vous avez publié le même jour un document qui, me semble-t-il, trace des pistes plus prospectives, avec l'examen annuel de croissance, qui reconnaît la gravité de la situation, et notamment de cette crise sociale, qui met l'accent sur la question tant de l'offre que de la demande, qui admet l'existence d'un déficit d'investissements et le risque de décrochage dans plusieurs secteurs et qui invite les États membres disposant de marges de manœuvre budgétaires à les utiliser.

Enfin, en ce qui concerne la dimension multilatérale du semestre européen, vous soulignez la nécessité de mettre en perspective les économies des États membres. Malheureusement, d'une certaine manière, j'ai l'impression que cet état d'esprit ne se reflète pas dans votre évaluation du *six-pack* et du *two-pack*.

Vous nous dites qu'ils n'ont pas été testés en temps normal. C'est évident, puisque ces règles avaient été adoptées dans un contexte exceptionnel, pour faire face à une situation exceptionnelle. Or, le résultat n'est manifestement pas au rendez-vous.

Nous devons veiller à ce que le débat qui s'ouvre reste pluridimensionnel. Lorsque les chefs d'État et de gouvernement ont confirmé, en juin dernier, ce rendez-vous de la fin de l'année destiné à évaluer le *six-pack* et le *two-pack*, ils vous ont également donné un mandat pour définir les marges de flexibilité de la gouvernance économique. Nous vous attendons sur ce point. Nous espérons que le document que vous mettrez sur la table viendra non pas définir de nouvelles règles, mais permettra de passer d'une logique de la règle stricte à un véritable pilotage de la politique économique. Ce n'est pas la même chose.

J'entends que certains sont très attachés aux règles. Nous aussi. Mais nous connaissons leur limite, dès lors qu'elles ne peuvent pas être appliquées, qu'elles empiètent sur la souveraineté des États membres et favorisent un sentiment anti-européen, qu'elles sont trop compliquées pour permettre cette appropriation dont vous avez parlé.

Nous vous attendons sur cette interprétation, sur cette possibilité de flexibilité et, surtout, nous savons que la feuille de route est à nouveau ouverte pour ce fameux rapport des quatre présidents, à l'égard duquel le Parlement européen veut jouer pleinement son rôle. Car tout le monde nous le dit: si nous n'avancons pas ensemble en matière de gouvernance économique, l'Europe se délitera. L'Europe de la dernière chance, c'est bien là qu'il faut la faire, en dépit d'une certaine paralysie et de l'impression, parfois, que le débat entre les États membres se limite, aujourd'hui, à des échanges de noms d'oiseaux. Nous pensons qu'il faut se remettre au travail, recommencer à se parler normalement, à se comprendre mutuellement et qu'au fond, dans cette situation, vous attendez les bonnes idées du Parlement et la bonne volonté du Conseil. Nous espérons nous montrer à la hauteur.

Dienstag, 16. Dezember 2014

Bernd Lucke, *im Namen der ECR-Fraktion*. – Frau Präsidentin, Herr Kommissar! Ich finde es sehr begrüßenswert, dass wir heute diese Debatte haben. Es ist zwar eine Debatte über das *Two*— und das *Sixpack*, aber im allgemeineren Sinn doch auch eine Debatte über den Erfolg der wirtschaftspolitischen Steuerung in der Europäischen Union. Wenn man es von diesem weiteren Blickwinkel her betrachtet, dann ist es offenkundig, dass diese Debatte eine Debatte über das Scheitern dieser Art von Steuerung ist. Denn am Anfang standen Regeln, die waren klar, einfach und transparent. Es war die Regel, dass es nicht mehr als 60 % Schuldenstand geben solle, dass es nicht mehr als 3 % an Neuverschuldung geben solle und dass es ein Nichtbeistandsprinzip gibt, dass jeder Staat für seine Schulden selber haftet und kein Staat für die Schulden eines anderen Staates eintritt. Diese Regeln hatten keinen Bestand. Sie sind 2005 aufgeweicht worden in der Reform des Stabilitäts- und Wachstumspakts und abgelöst worden durch komplexere Regeln, durch weniger transparente Konzepte wie ein strukturelles Defizit, dessen genaue Definition, wie ich glaube, wenige Abgeordnete imstande sind zu reproduzieren.

Dieses strukturelle Defizit hätte nun von Jahr zu Jahr um mindestens 0,5 Prozentpunkte reduziert werden müssen, für Staaten, die in einer einem Verfahren bei einem übermäßigen Defizitsind, sogar um bis zu 0,8 Prozentpunkte. Aber wir haben nichts dergleichen gesehen. Die Reduktion des strukturellen Defizits hat sich in kleinen und kleinsten Einheiten vollzogen, weit entfernt von der Zielgröße der 0,5 Prozentpunkte pro Jahr.

Dann wurde im Jahr 2010 auch die Nichtbeistandsklausel, der entscheidende Baustein des Stabilitäts- und Wachstumspakts, gebrochen. Stattdessen hat man dann den ESM geschaffen. Man hat in Form der EFSF und des ESM Schattenhaushalte auf der EU-Ebene geschaffen, wo neue Verschuldung aufgebaut werden konnte, die nicht den einzelnen Staaten zugerechnet wird. Man hat das *Twopack* eingeführt, man hat das *Sixpack* eingeführt, man hat das Europäische Semester eingeführt, man hat ein ganz komplexes Regelwerk von *Scoreboard*-Indikatoren eingeführt, sodass man jetzt eigentlich jede Form von Finanzpolitik anhand irgendeines Indikators auch wird rechtfertigen können, sodass die Regeln zu vollständiger Willkür ausgeartet sind.

Meine Damen und Herren, das ist der falsche Weg, den wir dort beschreiten! Es wird alles intransparenter, komplexer und willkürlicher gemacht und eröffnet damit Möglichkeiten für Staaten, weiterhin unverantwortlich zu wirtschaften, so wie wir das zurzeit insbesondere bei Frankreich sehen. Wir müssen zurückkehren zu der einen und entscheidenden Regelung, das ist das Nichtbeistandsprinzip. Wenn wir uns wieder an das Nichtbeistandsprinzip halten, dann hat jeder Staat seine Souveränität, seine finanzpolitischen und wirtschaftspolitischen Entscheidungen so zu treffen, wie er das selbst verantworten kann vor dem Hintergrund der Tatsache, dass er selbst und nur er seine Schulden wird bezahlen müssen. Dann braucht man keine wirtschaftspolitische Steuerung, dann braucht man auch keine Empfehlungen zu geben. Dann kann man sich einfach darauf konzentrieren, die Staaten daran zu erinnern, dass Schulden, die diese Staaten machen, von diesen Staaten und den Steuerzahlern dieser Staaten beglichen werden müssen und von niemand anderem. Das reicht als Anreiz vollständig aus, um innerhalb der Eurozone auch wieder zu Vernunft und Verantwortung zurückzukehren.

Cora van Nieuwenhuizen, *namens de ALDE-Fractie*. – Voorzitter, vandaag bespreken we de evaluatie van de zogeheten six- en two-packs. Dat zijn de twee maatregelenpakketten die de afgelopen jaren zijn ingesteld om het stabiliteits- en groeipact uit te breiden en te versterken.

De evaluatie van de Commissie hiervan staat vol met mooie analyses maar ontwijkt het belangrijkste discussiepunt, namelijk de vraag of en hoeveel flexibiliteit mag worden toegepast bij het handhaven van de begrotingsregels. De Commissie heeft aangegeven dat zij in januari een standpunt hierover zal innemen. Vandaag kan ik me dus alleen baseren op de voortekenen van de afgelopen weken. En die voortekenen zijn allesbehalve gunstig.

Dienstag, 16. Dezember 2014

President Juncker zei zelf vorige week in een Franse krant dat deze Commissie het handhaven van begrotingsregels ziet als een politieke beslissing. Het extra uitstel dat Frankrijk vorige maand kreeg om zijn begroting op orde te krijgen, maakt eens te meer duidelijk waar die instelling toe kan leiden. Het Franse uitstel gaat namelijk in tegen de afspraken zoals die nog geen twee jaar geleden, nog geen jaar geleden zelfs, zijn vastgelegd in de twee pakketten waarover we vandaag debatteren, het six-pack en het two-pack. In haar eigen evaluatie van deze pakketten geeft de Commissie aan dat extra uitstel alleen is toegestaan wanneer een land goede vooruitgang heeft geboekt met hervormingen, maar een onverwachte economische tegenslag te verwerken krijgt. In de beoordeling van de Franse begroting voor 2015 eind vorige maand maakt de Commissie echter duidelijk dat Frankrijk juist veel te weinig heeft gedaan om de begroting en de economie op orde te krijgen en te hervormen. Dit uitstel was dus – zo geeft de Commissie zelf aan – niet gebaseerd op de begrotingsafspraken die we in de eurozone met elkaar hebben gemaakt. De beslissing tot uitstel riekt naar politiek handjeklap.

De eerste tien jaar van de euro hebben laten zien wat er gebeurt als de regels van het stabiliteits- en groeipact een politieke speelbal worden. Wat nodig is in de begrotingsregels, is niet 'méér politiek' en niet 'méér discretie' en niet 'méér flexibiliteit'. In plaats daarvan moet het nieuwe investeringsplan aangegrepen worden als een stok achter de deur om de regels te versterken. Alleen die landen die zich houden aan het stabiliteits- en groeipact en alleen die landen die een meerderheid van de landenspecifieke aanbevelingen hebben geïmplementeerd, zouden toegang moeten krijgen tot het investeringsgeld van dat plan. Zo krijgen landen niet alleen maar straf als ze zich niet houden aan de regels, maar ook een beloning in de vorm van extra investeringen als ze zich wél aan de afspraken houden. Dat is eerlijk, efficiënt en helder en zo versterken we de begrotingsregels, de Europese economie en het vertrouwen in de Europese Unie.

Marisa Matias, *em nome do Grupo GUE/NGL*. – Senhora Presidente, Senhor Comissário, qualquer avaliação do programa da governação económica teria que começar por uma coisa muito simples e séria: era dizer que falhou. Falhou, porque as novas regras não foram eficazes, porque o impacto sobre as políticas económicas foi mais desemprego, foi menos crescimento, foi mais desequilíbrios macroeconómicos, e porque não houve nenhuma consolidação económica da zona euro.

Portanto, a proposta da governação económica da Comissão foi um falhanço. É lixo. É lixo e é lixo tóxico. O que o senhor deveria fazer e a Comissão era começar de novo, começar do zero. E vou-lhe dizer, Sr. Comissário, quais eram os objetivos afinal do programa da governação económica destes dois em concreto: controlar a dívida. Está mais controlada? Não! Aumentou. Controlar o défice. Está mais controlado? Não! Falhou também esse controlo. Consolidar a economia europeia. Falhou! Há mais desequilíbrios. Reduzir a despesa. A única forma de reduzir a despesa foi destruindo o que resta do Estado social. Portanto, falhou. Ter mais estabilidade. Falhou. Ter mais crescimento. Falhou. Um tratado orçamental que é um falhanço total, porque é austeridade permanente.

Agora a Comissão vem falar de flexibilidade, de permitir aos Estados-Membros que possam deduzir no cálculo do défice o investimento que possam fazer. Nós sempre defendemos isso. Os senhores sempre recusaram. E agora vêm apresentar, agora que as nossas contas estão destruídas, agora que os Estados-Membros da periferia não têm um cêntimo para investir, porque todos os cêntimos vão para os juros da dívida, agora os senhores vêm com a flexibilidade. Flexibilidade para quem? Sr. Comissário, qualquer avaliação tem que ser séria, e, para ser séria, tem que ter em conta os resultados, e não metas cegas. Os resultados são simples: destruição económica e social da União Europeia. Esses são os resultados. Sr. Comissário, faça uma coisa muito simples: rasgue. Rasgue. É lixo. Comece do zero, por favor.

Ernest Urtasun, *on behalf of the Verts/ALE Group*. – Madam President, the Commission claims that the first years of experience with the updated framework have been rather successful and that they provide evidence that the reform of the fiscal rules has indeed played a role in achieving progress as regards fiscal consolidation. Frankly, we cannot share that view at all. It is of the utmost urgency that the Commission shifts the narrow current focus on a mechanical reduction of structural deficits towards a different perspective. Today, putting debt levels – both private and public – on a sustainable track by making massive budget cuts to basic welfare systems across Europe has dramatic social consequences and is damaging the European recovery.

The current policy response has actually increased debt levels instead of reducing them. We see therefore the current framework as a self-defeating framework. Not only are the rules not serving its purpose but they are also bringing Europe towards its third recession. We are in urgent need of a genuine counter-cyclical approach. We have already shown how the rules cannot even be effectively implemented as they are designed. The discretionary flexibilities have now become the rule instead of the exception, as these ends are being systematically and inefficiently used after the social and economic damage has already been done.

Dienstag, 16. Dezember 2014

It is also massively short-sighted of the Commission to claim there is no need to review the Macroeconomic Imbalances Procedure. The current procedure puts most of the burden on the deficit countries. We need to provide a more systematic approach. The Greens, therefore, are disappointed that the Commission considers the current economic governance framework a success and feels that there is currently no need for a revision.

We believe that in order to achieve a genuine counter-cyclical approach, we need a legislative proposal that could codify, in a revised six-pack, a qualified treatment for investments generating large societal and environmental benefits. We also believe that there should be a particular treatment of the debt incurred for recapitalising the banking sector. Commissioner, the average debt in the euro area is 90% of GDP. However, around one-third of that debt finds its origin in support measures provided by Member States to the banking sector since 2008. This debt is unfair and unsustainable, and its treatment should be urgently revised.

We also see a need for codifying in the legislation some key concepts, such as the conserved structural balance, which at the moment is totally discretionary. There are no clear rules about it. In Spain, for instance, the potential output – as estimated by the Commission – implies an unemployment rate of around 20%. We do not think such a rate reflects the potential of the economy. We would therefore advocate a more complete definition of the concept reflecting a wider theoretical background.

We are also in favour of completing the scoreboard for macroeconomic imbalances by adding social indicators. In his hearing, Commissioner Moscovici committed himself to including those social indicators, so I would really like to see that implemented.

On the application of the rules, I have to say that in recent days the Commission asked Spain, for instance, to further reduce its deficit by making additional cuts of EUR 4 billion. The country suffers from massive unemployment. Half of the unemployed do not receive any kind of support. Can the EU continue ignoring that reality when revising national budgets using its current rules? This is socially blind and economically suicidal. That is why, dear Commissioner, we, the Greens, believe that the legal revision is urgently needed in order to exit the current stagnation.

Steven Woolfe, on behalf of the EFDD Group. – Madam President, I wholly expected Mr Dombrovskis' speech to present a glorifying story of how the six-pack and the two-pack have helped lift Europe out of depression and Mr Dombrovskis, once again you did not fail to deliver. After all it is Christmas – Members of this House – and it is Christmas when parents tell all their children lots of fairy tales about what good there is in the world when we know there is bad outside, and in this Chamber once again you told us lots of fairy tales.

Because, as you have heard from Members around this House, the main point of the six-pack is control. Control of government budgets; control of the decision-makers on spending; control of the peoples of Europe and their democratic, elected governments. Debt up, stability down, no growth, only poverty throughout Europe, and at Christmas that control, and the story of Christmas, should show you why Europe is going wrong. Because millions of Europeans will be celebrating Christmas by telling their children that Father Christmas will be delivering presents for them – and at Christmas, if the EU had control of Father Christmas, the story would be totally different.

First of all Father Christmas would not be allowed to drive more than 4.5 hours without having a 45-minute break under EU directives. It may well be that even Rudolph would have to be fitted with a tacograph; certainly under EU directives he would have to have a stamp of the EU flag on the backside. Under various animal directives it would be certain that he could not even use the reindeer and if there was not a directive, there would be calls from the Members of this Chamber for an intergroup to be set up on the protection and prevention of abuse of Santa's reindeers. EU inspectors would ask whether Father Christmas had indeed complied with all the regulations.

Just as the EU would ruin Santa Claus, you have ruined the story of Christmas for millions of Europeans, their families and their children.

(Applause)

Bernard Monot (NI). - Madame la Présidente, Monsieur le Commissaire, après la mise en place, par l'Union, des pactes budgétaire et de stabilité, quelle est l'efficacité de votre gouvernance économique et financière?

Dienstag, 16. Dezember 2014

Les patriotes français font le même constat que vous et condamnent la dette abyssale, conséquence d'une privatisation de l'argent public par les marchés de capitaux mondiaux. Ce surendettement chronique fait des citoyens de futurs esclaves de la dette. Demain, nos créanciers étrangers exigeront de nous encore plus d'austérité sociale, plus de privatisations, moins de services publics et moins de souveraineté, au détriment de la demande intérieure.

Voyez la tragédie économique et sociale que vous avez causée en Grèce et à Chypre avec vos réformes structurelles! Oui, chaque État membre, pour rester libre, doit effectivement réduire ses déficits et sa dette publique mais les efforts économiques doivent porter sur les mauvaises dépenses: le coût exorbitant de l'immigration de masse, le coût du sauvetage permanent de l'euro – 17 milliards d'euros par an depuis quatre ans en France –, le coût de la fraude sociale, etc.

Pour un retour à l'équilibre des comptes publics, sans austérité, les États souverains ont besoin d'instruments nationaux – maîtrise des frontières, de leur monnaie, de leur budget, des banques, de la priorité nationale, etc. Tout ce que votre Europe fédéraliste a précisément confisqué. C'est en abandonnant votre monde imaginaire et grâce à notre modèle économique patriote que l'Europe des nations retrouvera des finances publiques saines, de l'emploi et de la croissance économique.

Le Royaume-Uni n'a nul besoin du *six-pack*, ni du *two-pack*, pour avoir un niveau d'endettement inférieur à la France et surtout une croissance économique supérieure à 3 % cette année.

M. Juncker a beau jeu de renforcer les règles de rigueur budgétaire pour rectifier les déficits excessifs des autres, alors même que l'Union a 30 milliards d'euros d'impayés en 2014, soit un ratio budgétaire de 20 %. Demandez à M. Arthuis ce qu'il en pense!

Esther de Lange (PPE). - Voorzitter, ook dank aan de vicevoorzitter van de Europese Commissie voor zijn toelichting hier vanochtend. Hij is al bekritiseerd voor het feit dat het document waarover we spreken kort en feitelijk is. Ik wil hem daarmee feliciteren, want ik denk dat zijn analyse overduidelijk is: ofwel 'de regels van het six- en two-pack hebben gewerkt', ofwel 'we heb nog niet genoeg tijd gehad om ze in de praktijk te beoordelen'. Dan zeg ik: *'if it ain't broke, don't fix it'*.

Deze regelgeving hebben we in de vorige periode opgesteld op het moment dat de euro boven de afgrond hing. Ik vind dat dit Europees Parlement er trots mag op zijn dat we toen de moed hebben gehad om die stappen te zetten. Want als we al vanaf het begin van de euro, bijvoorbeeld de procedure voor macro-economische onevenwichtigheden hadden gehad – dat gaat trouwens over onevenwichtigheden in lidstaten, laten we daar eventjes helder over zijn – dan hadden we wellicht de dramatische situaties zoals we die in een aantal lidstaten hebben zien ontstaan, kunnen voorkomen.

Maar wat ik eigenlijk het belangrijkste vind, is dat wij op dit moment met elkaar kunnen spreken over een tekst. Die tekst is helder, maar laten we ook even kijken naar de praktijk. De Britten zeggen zo mooi – misschien moet ik in dit debat vooral niet de Britten aanhalen, maar het spreekwoord is wel schitterend - *'the proof of the pudding is in the eating'*. We kunnen met elkaar over een tekst spreken, maar als tegelijkertijd de regels die we hier met elkaar bespreken in de praktijk al worden opgerekt, dan zijn we dus nu eigenlijk al bezig het fundament onder die gezonde euro uit te halen.

Dus zal de EVP deze Commissie ook beoordelen op het feit of ze de afspraken die wij vorige periode naar mijn mening terecht hebben gemaakt, ook handhaaft ten aanzien van een aantal lidstaten. Ik zal geen namen noemen, maar we weten allemaal welk land de olifant in deze vergaderkamer is. *The proof of the pudding is in the eating*. Niet alleen over teksten spreken, maar laat ook in de praktijk zien dat je er achter staat. Daar zullen we de Commissie op beoordelen.

(De spreker stemt ermee in een "blauwe kaart"-vraag te beantwoorden (artikel 162, lid 8, van het Reglement))

Dienstag, 16. Dezember 2014

Κώστας Χρυσόγονος (GUE/NGL), ερώτηση «γαλάζια κάρτα». – Κυρία Πρόεδρε, οι δύο ομιλητές του Ευρωπαϊκού Λαϊκού Κόμματος μάς μίλησαν για την ανάγκη να σεβαστούμε τα συμφωνημένα και τους κανόνες της οικονομικής διακυβέρνησης. Φαίνεται ότι τους διαφεύγει όμως πως στο ευρωπαϊκό δίκαιο, εκτός από τους κανόνες της οικονομικής διακυβέρνησης, υπάρχουν και κανόνες περί δικαιωμάτων –παραδείγματος χάριν ο Χάρτης Θεμελιωδών Δικαιωμάτων–, οι οποίοι παραβιάζονται μέσω της υποτιθέμενης εφαρμογής της οικονομικής διακυβέρνησης, που, αντί να καταλήξει όμως και αυτή στη βιωσιμότητα του χρέους, καταλήγει στο να διογκώνεται διαρκώς περισσότερο το χρέος και να παραβιάζονται διαρκώς περισσότερο τα κοινωνικά δικαιώματα.

Σας ρωτώ λοιπόν: Μπορούμε να θυσιάζουμε τα κοινωνικά δικαιώματα στον βωμό μιας δήθεν δημοσιονομικής εξυγίανσης;

Esther de Lange (PPE), “*blauwe kaart*”-antwoord. – Ja, het duurde heel even voordat de vraag kwam. Het was meer een verklaring. Laat ik dan maar, als hij mij niet gelooft, verwijzen naar de woorden van Draghi. Hij zegt dat als je onderdeel wil zijn van die euro, dat daar een aantal afspraken aan verbonden zijn. Niet omdat we nou zo gemeen willen zijn of omdat we cijferfetisjisten zijn, maar omdat die regels de *anchor of trust* zijn in onze hele economie en het fundament onder die euro. Dus wie A zegt, moet ook B zeggen. Wil je in de euro zijn, zal je je aan afspraken moeten houden. Zo eenvoudig is het. En natuurlijk kijk je naar de implicaties daarvan. Maar wie A zegt, moet ook B zeggen. Het een kan niet zonder het ander.

Elisa Ferreira (S&D). - Senhora Presidente, não, o ajustamento europeu não funcionou. Passaram seis anos do início da crise, e a União Europeia, neste momento, contrasta com os outros blocos internacionais. A economia europeia está estagnada, nalgumas zonas está em deflação, há 25 milhões de desempregados, há uma dívida pública insuportável e os desequilíbrios internos são enormes. Politicamente, estamos à beira da rutura.

O motor anticrise previsto na moeda única era a política monetária, mas ele está esgotado. As taxas de juro estão próximas de zero e, mesmo assim, a economia não reage. E, neste quadro assustador, a Comissão Europeia, ao pensar a economia para 2015, propõe uma política orçamental neutra, não expansionista, apenas abranda a austeridade.

Perante isto, eu pergunto: numa zona que já não tem política cambial, tem a política monetária neutralizada pela crise, o que teria mais de acontecer para que a Comissão propusesse uma política orçamental anticíclica? O plano de investimento de Jean-Claude Juncker é claramente bem-vindo, mas infelizmente não há estímulo artificial que compense a falta de atividade económica.

Neste momento, olhando para o *six-pack*, nós vemos que o que está previsto na lei é que o processo de ajustamento se possa desviar da trajetória em três circunstâncias: se houver um abrandamento severo da economia, se houver um choque externo que não dependa da vontade dos Estados-Membros, e se forem aplicadas reformas estruturais para o reforço da competitividade. Mas verdadeiras reformas estruturais, não cortes de curto prazo. E eu pergunto: tem sido isto que a Comissão Europeia tem aplicado? Não. Todos os ajustamentos no calendário de acerto das contas públicas têm sido apresentados com uma concessão política. Ela não é uma concessão política, ela está no texto da lei, e é sobre isso que nós temos de nos concentrar, e é sobre isto que temos de alterar a agenda. Porque sem economia e sem emprego não há contas públicas equilibradas. E esta é uma verdade que é clara desde o primeiro momento, que foi seguida noutros blocos económicos e que a Europa se recusa a aceitar, em prol de uma ideologia que já neste momento provou que não funciona. Por favor, mudem a agenda.

Sander Loones (ECR). - Voorzitter, het is niet gemakkelijk om ontspoorde begrotingen weer op orde te krijgen. We zien het bijvoorbeeld nu in België waar de regering voor het eerst in 25 jaar probeert die begroting op orde te zetten met nieuwe recepten, een regering die de begroting saneert en die daarvoor ook de belastingen niet verhoogt. Het is nog moeilijker om structurele hervormingen door te voeren, maar toch zijn die nodig als we onze economie willen laten groeien en we opnieuw mensen aan een job willen helpen.

Het vertrouwen in de toekomst ontbreekt. Er is veel tegenstand. Jullie hebben dat allemaal gemerkt ook aan de vele stakingen die momenteel bezig zijn in België. Vertrouwen is hier het sleutelwoord. Zonder vertrouwen geen sociale vrede. Zonder vertrouwen geen investeringen. Zonder vertrouwen geen groei en geen jobs.

Dienstag, 16. Dezember 2014

Maar dat vertrouwen zal er enkel komen wanneer wij koers houden, wanneer we wat afgesproken is, ook effectief uitvoeren. Een investeringsplan van 300 miljard klinkt misschien leuk, maar we kunnen dat geld evengoed weggooien wanneer we niet tegelijk hervormen en de tekorten wegwerken. Daarom vrees ik dat de Europese Commissie te positief is in haar evaluatie van de two-pack en de six-pack. Ja, de tekorten zijn gedaald, maar tegelijk – zoals collega Lucke ook heeft opgemerkt – is de schuldgraad in de eurozone toegenomen en nieuwe schulden ondergraven dat vertrouwen dat zo broodnodig is.

Het versoepelen van de regels is dus een luxe die we ons helaas niet kunnen permitteren. We moeten blijven hervormen, we moeten doorzetten, we moeten koers houden want dat is nodig om de toekomst van onze kinderen veilig te stellen.

Michael Theurer (ALDE). - Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Verschuldung der Staaten war im Durchschnitt schon vor der Einführung des Euro zu hoch. Sie war auch schon vor der Wirtschafts- und Finanzkrise zu hoch. Sie ist auch jetzt zu hoch.

Deshalb ist es komisch, dass einige Kollegen hier im Haus mehr Schulden fordern, um zu hohe Altschulden zu bekämpfen. Das kann nicht der richtige Weg sein, sondern wir müssen aus der Schuldenfalle herauskommen, und das geht nur durch strukturelle Reformen. Wer eine Gemeinschaftswährung einführt, der braucht auch Institutionen, um das Gemeinschaftsinteresse durchzusetzen. Genau das hat man mit *Twopack* und *Sixpack* gemacht, um den Stabilitäts- und Wachstumspakt zu verschärfen, der ja im Übrigen von Gerhard Schröder und der rot-grünen Bundesregierung in Deutschland und von der französischen Regierung zuerst gebrochen wurde. Wer sich an die Regeln nicht hält, der untergräbt die Stabilität einer Gemeinschaftswährung.

Das entscheidende Moment ist, dass wir die Regeln durchsetzen und hier, Herr Kommissar Dombrovskis, setzen wir uns Hoffnungen auf Sie. Sie haben in Lettland bewiesen, wie ein Land durch strukturelle Reformen auf einen Wachstumskurs zurückkehren kann. Im Übrigen haben auch die Länder Griechenland, Irland, Portugal und Spanien große Anstrengungen unternommen, die Bevölkerung hat den Gürtel enger geschnallt. Mittlerweile ist ein Licht am Ende des Tunnels zu sehen. Die Länder sind wieder auf einen Wachstumskurs zurückgekehrt. Die entscheidende Frage ist jetzt: Was machen die Länder Italien und Frankreich? Hier muss die Kommission dafür sorgen, dass die Regeln auch für die großen Länder gelten und nicht nur für die Kleinen, dass sie gemeinsam angewendet werden, darauf möchten wir bestehen. Und wir erwarten von Ihnen, Herr Kommissar Dombrovskis, dass Sie dies mit der Kommission durchsetzen.

(Der Redner ist damit einverstanden, eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“ gemäß Artikel 162 Absatz 8 der Geschäftsordnung zu beantworten.)

Bill Etheridge (EFDD), blue-card question. – Would you agree with me that when you think of a six-pack, you think of someone like Cristiano Ronaldo? It is a very athletic thing. But when I think of the EU, it is not really a six-pack. Instead I look at this tired, old, flabby, slow, useless thing which is very much like what I might see when I get up in the morning. It is certainly not Ronaldo – nowhere near it. Would you agree that is a fair assessment of the EU and its physique?

Michael Theurer (ALDE), Antwort auf eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“. – Ob die Bezeichnung *Sixpack* jetzt eine kluge Bezeichnung ist oder nicht, bleibt dahingestellt. Aber eines ist doch ganz klar: Was mir auffällt in der Europäischen Union, ist doch, dass wir nicht an uns selber glauben. Wenn wir mal mit Menschen in anderen Ländern der Welt sprechen, in Indien oder im pazifisch-asiatischen Raum, weisen die auf uns hin und sagen: „Was habt ihr in Europa? Ihr habt Infrastruktur, ihr habt exzellente Universitäten, ihr habt ein tolles Gesundheitswesen. Wenn ihr es nicht schafft, auf den Wachstumspfad zurückzukehren, wer denn dann?“ Was mich stört, ist, dass wir über die Währung diskutieren. Der Euro ist weder Ursache noch Lösung der Probleme. Wir müssen in die Realwirtschaft, wir brauchen Technologie, Innovation, Wachstum. Dann ist es wie ein *Sixpack* bei einem durchtrainierten Sportler.

Elnök asszony. - Képviselőtársaim! Megértem, hogy ez egy nagyon fontos kérdés. Át is érzem az Önök felelősségét is, azonban ez egy hosszú vita. És kérem, fogadják el tőlem, hogy képviselőnként egy kék kártyára adok lehetőséget. Úgyhogy azoknak a képviselőtársaimnak, akik később jelezték a kékkártyás igényüket, már nem adok lehetőséget.

Dienstag, 16. Dezember 2014

Miguel Viegas (GUE/NGL). - Senhora Presidente, para nós, a governação económica, com o *six-pack* e o *two-pack* e o Tratado Orçamental, representa mais um mecanismo criado para alinhar os Estados-Membros com os interesses das grandes empresas que mandam efetivamente nesta Europa. É a realidade objetiva que nos aponta para a natureza de classe desta integração europeia. A austeridade, o rigor orçamental, as ditas reformas estruturais apenas servem os mesmos de sempre, que se alimentam da crise e da exploração de quem trabalha.

Tenho três questões. Em primeiro lugar, como explica que a esmagadora maioria dos Estados-Membros, 24 em 28, tenham estado na ilegalidade face a essas regras que nos parecem completamente desadequadas?

Em segundo lugar, diz a Comissão que há progressos. Globalmente, a dívida e o défice estão a baixar. Se assim é, porque é que continuamos na crise e sem perspetiva de sairmos dela?

Em terceiro lugar, como explica que, ao longo desta crise, os Estados-Membros fora do euro tenham tido um desempenho superior relativamente à zona euro? Ou seja, os países que optaram por manter a sua soberania monetária crescem mais e devem menos.

Sven Giegold (Verts/ALE). - Herr Kommissar! Sie haben eine Überprüfung der Regeln, die wir hier reformiert haben, vorgelegt. Es war damals ein sehr umstrittenes Gesetzespaket.

Ihre Überprüfung malt die Situation in Pastell. Denn tatsächlich sind die Regeln, die wir hier beschlossen haben, nicht so, dass Sie sich trauen würden, sie wirklich konsequent anzuwenden und auch nur Transparenz darüber herzustellen, ob diese Regeln derzeit angewendet werden.

Wenn wir schauen, ob die strukturellen Defizite der Euro-Länder wirklich so gesunken sind, wie es europäisch vereinbart wurde, so müssen wir feststellen, dass von 18 Ländern 14 ihre eigentlich vereinbarten Sanierungsmaßnahmen nicht haben erfüllen können. Aber jetzt wird hier von einigen Kollegen vorgelegt – als existiere dieses Problem überhaupt nicht –, man müsse die Regeln nur hart anwenden. Würde man das tun, führte man Europa in die Rezession. Deshalb ist es richtig, dass Sie etwas mehr Raum gewährt haben. Gleichzeitig kann man sich dann aber nicht hinstellen und sagen, die Regeln sind alle prima.

Zum Zweiten gibt es Kollegen, die sagen, wir müssten diese komplexeren Regeln wieder zu einfachen, simplen Regeln zurückführen, die dann einfach und hart sind. Die sind aber prozyklisch. Deshalb ist die Antwort auf die Probleme bei der Umsetzung der verschärften Stabilitäts- und Wachstumspaktregeln eine gemeinsame Wirtschaftspolitik in der Eurozone, also ein Schluss mit dem Steuerwettbewerb, außerdem ganz klare gemeinsame Fiskalpolitik, wo die Staaten, die wirtschaftlich stärker sind, mehr investieren, damit andere mehr Raum haben, ihre Haushalte zu sanieren.

Was macht aber der Rat der Mitgliedstaaten? Der Rat der Mitgliedstaaten führt diese gemeinsame Wirtschaftspolitik nicht durch, sondern lässt Herrn Draghi in der EZB im Regen stehen. Er versucht, mit weiteren Maßnahmen die Eurozone zu stabilisieren und was ich Ihnen vorwerfe, Herr Kommissar, ist – nicht, dass Sie das einfach ändern könnten, mit dem Investitionspakt gehen Sie in die richtige Richtung – aber, dass Sie all diese Probleme nicht klar beim Namen nennen und die Verantwortung dorthin schieben, wo sie hingehört, nämlich in den Rat, der nicht bereit ist, die notwendige gemeinsame Politik in Europa zu machen, die wir für den Euro brauchen.

(Der Redner ist damit einverstanden, eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“ gemäß Artikel 162 Absatz 8 der Geschäftsordnung zu beantworten.)

Bernd Lucke (ECR), Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“. – Herr Giegold, Sie haben gesagt, die einfachen Regeln seien prozyklisch. Wenn wir einen Staat haben, der ein ausgeglichenes Budget hat, darf er nach den einfachen Regeln die Neuverschuldung um 3 % erhöhen. Bei einer Staatsquote von ungefähr 20 % bedeutet das, dass man die Staatsausgaben um ungefähr 15 % ausweiten darf. Was ist denn daran prozyklisch? Unter diesen Regeln besteht doch gerade die Möglichkeit, expansive Fiskalpolitik zu machen.

Sven Giegold (Verts/ALE), Antwort auf eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“. – Herr Lucke! Das Problem war eben nicht die Situation, wenn die Wirtschaft nicht lief. In der Tat, die Euroländer haben dann immer diese 3 % eingehalten oder sogar noch überschossen. Das Problem war, dass wir keine Regeln hatten, die dafür gesorgt haben, dass die Schuldenquote auch wieder zurückgeführt wurde, wenn es lief. Insofern waren die alten Regeln mit den 3 % und 60 %, die Sie hier vertreten haben, genau primitiv, simpel und Scheinlösungen, weil sie eben in den guten Phasen keinerlei Verpflichtungen enthielten. Deshalb war, ehrlich gesagt, Ihre Ausführung zu einfach, und Ihre erneute Konzentration nur auf die schlechte Phase war ebenso einseitig.

Dienstag, 16. Dezember 2014

Marco Valli (EFDD). - Signor Presidente, onorevoli colleghi, signor Commissario, in questo momento io parlo a nome del 21% degli italiani che sono andati a votare alle ultime elezioni europee. Queste persone, oppresse dalla crisi e dalle tasse, mi hanno dato il voto per venire qui e dirle che noi non vogliamo più il Patto di stabilità, che non vogliamo più vincoli di bilancio e che non vogliamo che siano i ragionieri della Commissione e per conto dei mercati a governare le scelte sulle politiche fiscali dei paesi membri. Le persone vorrebbero una politica in grado di guardare negli occhi uno *spread* eccessivo, la speculazione, le banche di affari, i fondi speculativi e dire loro: «Mi spiace, ma qui le regole le facciamo noi e non voi».

Il benessere della maggioranza dei cittadini con queste imposizioni fiscali viene dopo gli interessi dei speculatori e noi questo non possiamo accettarlo. Il Patto di stabilità e crescita è utopia. La stabilità nei paesi ad alto debito abbiamo visto come porti solo a povertà, disoccupazione e svendita da parte degli Stati sovrani di proprietà e diritti verso un'entità astratta che si chiama mercato e che rappresenta l'interesse dell'1% della popolazione. Il restante 99% è disilluso e non crede più alla politica. Tanto che in gran parte non va più a votare e vive in un sistema che disprezza.

L'unica cosa che possiamo fare di buono e giusto con il Patto di stabilità, il *six pack*, il *two pack* e soprattutto il *Fiscal compact* è questa (*l'oratore straccia un foglio di carta*) e visto che voi non avete l'onesta morale e intellettuale per farlo, veramente come il caso Luxleaks e altri paradossi hanno dimostrato, e che oramai il tempo è scaduto, in Italia porteremo gli italiani a votare per il nostro referendum sull'euro e questa sarà un'occasione per smascherare le tante verità nascoste sulla democrazia scavalcata dalla dittatura finanziaria, dando l'occasione vera di ribellarsi, mostrando di chi è la colpa della crisi, di chi ha portato il nostro paese nella moneta unica, truccando i conti e di chi ha rubato la gestione pubblica del denaro, portandolo da diritto sovrano di una nazione dei popoli a diritto sovrano del mercato e delle banche private e della speculazione, finanziarizzando il sistema.

Guardatemi negli occhi quando ve lo dico! Noi rappresentiamo quelle persone che non si arrenderanno mai ad essere schiave della finanza, del debito e soprattutto della tecnocrazia.

Elnök asszony. - Tisztelt Valli Képviselő Úr! Ön kemény szavakat használt, ami elsősorban megfontolásra érdemes, mielőtt újragondolja a következő beszédét, és mint Képviselő Úr is tudja, a hang minden irányba terjed, és nem szükséges, hogy Biztos Úr éppen 180 fokot forduljon ahhoz, hogy Önre tudjon tekinteni.

Σωτήριος Ζαριανόπουλος (NI). - Κυρία Πρόεδρε, περισσότερα κέρδη για λιγότερους και ισχυρότερους, μεγαλύτερη, μόνιμη ανεργία και φτώχεια για περισσότερους, με εργαλεία το σύμφωνο σταθερότητας, τα Ευρωπαϊκά Εξάμηνα, τα «δίπτυχα» και «εξάπτυχα» μέτρων, τη Στρατηγική «ΕΕ 2020». Δεν είναι λάθος ούτε πρόσκαιρη ανάγκη. Είναι ο λόγος ύπαρξης της Ευρωπαϊκής Ένωσης. Χρειάζεστε την ανεργία και την ευέλικτη εργασία για πάμφθινους μισθούς. Μισθούς ψίχουλα για τα κέρδη που επιδοτείτε με νέα κεφάλαια, άγριους φόρους, κλοπή και κατεδάφιση της κοινωνικής ασφάλισης. Χρειάζεστε κέρδη, γιατί ανταγωνιστικότητα χωρίς αυτά δεν υπάρχει.

Αναθεωρείτε τη λεγόμενη οικονομική διακυβέρνηση για πιο γρήγορη και αποτελεσματική επιβολή αντιλαϊκών μέτρων, σιδερένια εποπτεία και πειθαρχία, μνημόνια διάρκειας για όλα τα κράτη. Σφίγγετε τη θηλιά στους λαούς, για να κινηθεί η οικονομική μηχανή που ακόμα δεν παίρνει μπρος, παρά τις λαϊκές θυσίες και τα δισεκατομμύρια που την ταΐζετε. Η κρίση είναι στη μήτρα του συστήματός σας.

Εσείς το ξέρετε ότι δεν αλλάζετε. Και όσοι λένε ότι θα σας μεταμορφώσουν από σφαγείο σε παράδεισο, λένε ξεδιάντροπα ψέματα.

Οι λαοί πρέπει να μάθουν. Αυτοί είναι οι ισχυροί και όχι τα μονοπώλια, η Ευρωπαϊκή Ένωση, οι κυβερνήσεις και τα κόμματά της που κάθονται στο σβέρκο τους. Ούτε φόβος λοιπόν ούτε αναμονή. Πριν τους πάρουν και την τελευταία μπουκιά, επίθεση τώρα για διέξοδο που να υπηρετεί τα λαϊκά συμφέροντα.

Alain Lamassoure (PPE). - Madame la Présidente, Monsieur le vice-président de la Commission, vos propos le confirment: le problème n'est pas de réviser les règles qui ont été mises en place au plus fort de la crise pour assainir les politiques économiques et budgétaires dans l'Union, mais bien d'appliquer ces règles, de les appliquer pleinement dans la lettre comme dans l'esprit.

Dienstag, 16. Dezember 2014

C'est une affaire de crédibilité: crédibilité de l'Union et plus particulièrement de la gouvernance de la zone euro, qui s'est dotée d'objectifs encore plus ambitieux dans ce domaine, avec le pacte budgétaire, et crédibilité, Monsieur le vice-président, de la nouvelle Commission.

À la suite de mes collègues du PPE, et notamment de M. Theurer, je voudrais lancer ici un avertissement: les règles doivent s'appliquer de manière identique dans tous les États membres, quelle que soit leur taille. Je rappelle que s'il a fallu adopter une nouvelle législation – *six-pack* et *two-pack* –, c'est parce que les règles initiales – le pacte de stabilité et de croissance – n'ont pas été appliquées.

En 2003, il s'est trouvé que les deux plus grandes puissances économiques de l'Union – l'Allemagne et la France – sont, en même temps, sorties des clouds. Elles ont demandé – et obtenu sans grande difficulté – une flexibilité et une interprétation des règles qui les ont vidées de leur contenu. La conclusion que l'on en a tiré c'est que l'Union ne pouvait pas fonctionner sur la base d'un principe inavoué qui n'est pas, pour les États, *too big to fail* mais en quelque sorte *too big to be blamed* – trop grand pour être sanctionné.

Si l'on recommence aujourd'hui, si la Commission se montre inflexible face à la Grèce et au Portugal, mais qu'elle tremble face aux pays disons plus grands que l'Espagne, alors tout le dispositif s'effondrera. Car, finalement, on retombera inexorablement dans la situation que l'on voulait éviter à tout prix, celle dans laquelle les opérateurs financiers et les agences de notation décident du sort de nos économies à la place des responsables politiques.

(L'orateur accepte de répondre à une question «carton bleu» (article 162, paragraphe 8, du règlement))

Bronis Ropé (Verts/ALE), *pakėlus mėlynąją kortelę pateiktas klausimas*. – Iš tikrųjų atskirose šalyse situacija yra pakankamai skirtinga, bet aš norėčiau jūsų paklausti tokio klausimo – ar siekiant apginti visuomenę neturėtų būti įteisintas principas, kad, visų pirma, atsigauvant ekonomikai, atsistatant biudžetui, turėtų būti atkuriamos socialinės išmokos, atlyginimai, grąžinami mokesčiai, o tik po to kalbama apie naujas programas, tik po to įgyvendinamos naujos programos?

Alain Lamassoure (PPE), *réponse «carton bleu»*. – Monsieur Ropé, vous supposez que le problème est déjà réglé. Quand, malheureusement, un pays a vécu pendant de longues années au-dessus de ses moyens et qu'il a été obligé de demander l'aide de ses partenaires, la première chose qu'il doit faire, c'est remettre sa situation et ses finances publiques en ordre, avec l'aide de ses partenaires. Ensuite, seulement, une fois que l'on peut de nouveau créer de la richesse, il devient possible, à ce moment-là, de redistribuer du pouvoir d'achat.

Maria João Rodrigues (S&D). - Madam President, my response to the Commissioner is to say: Yes, the new economic governance framework has solved some problems but has also created other problems. Europe is now trapped in a kind of stagnation: high unemployment, high debt, also the risk of deflation; and second, Europe is divided by big economic social divergences which are also becoming political divergences. The Commission has recognised the situation in the recent Annual Growth Survey, but now the Commission should address these problems by adjusting this economic governance framework.

I believe that the first adjustment is to create more room for manoeuvre for investments in the Stability and Growth Pact and, first of all, to make sure that Member States' contributions to these new funds for strategic investment are neutralised with regard to the Stability and Growth Pact. Secondly, we need to have a more balanced macroeconomic surveillance looking not only at the economic problems but at the social problems.

Finally, Mr Vice-President, frankly I do not believe there is a real solution to bring down these divergences we have in the eurozone if we are not able to move ahead with this agenda to complete economic and monetary union. This is about finishing the banking union but also about bringing up a real fiscal capacity in the eurozone. So this is also a task for you, Mr Vice-President.

(The speaker agreed to take a blue-card question under Rule 162(8))

Dienstag, 16. Dezember 2014

David Coburn (EFDD), *blue-card question*. – Do you not agree with me that the European nations outside the euro are doing relatively well, whereas those within the euro are not? The euro is a political currency created by the Commission for its own political ends, and until the euro is removed and ditched, there is no chance of the people of southern Europe ever recovering. I recommend to the whole House that the Commission admit its mistake with the euro and ditch the currency. The lady over there has said it before: it is absolutely obvious that this is the problem.

Maria João Rodrigues (S&D), *blue-card answer*. – Mr Coburn, I really believe there is a problem – but the problem is not with the euro. I think the euro can be a major force in the European Member States. The problem is with the organisation of the economy and monetary union, which is unbalanced. This is clearly identified now, and that is why we need to complete the banking union to have a proper economic coordination with surplus countries and deficit countries pushing for growth. We also need to build up fiscal capacity. This is what is missing now.

Ashley Fox (ECR). - Madam President, every debate on economic governance I attend makes me more grateful that the United Kingdom is not part of the euro. In my view it is profoundly undemocratic for the Commission to tell Member States what they should tax and what they should spend. But that is the consequence of entering into a single currency. And it is increasingly clear that the euro single currency is not working for the very diverse economies within its borders. As a result, millions of young people across the EU are not working either. Youth unemployment is 40 % in Italy, 55 % in Spain, 58 % in Greece. That is a tragedy for millions of families.

The Stability and Growth Pact is right to control spending and borrowing in euro area countries, but it needs to be accompanied by an appropriate monetary policy and this is impossible for the ECB to achieve. Whatever the Commission might say about economic governance it does not acknowledge the fundamental flaw that exists in the construction of the euro. A single interest rate is never going to be appropriate for all members of the euro area. And I would say to Mr Dombrovskis, if you want the euro area to flourish you and the Commission are going to have to bring up the subject of fiscal transfers, because you cannot have a situation where you fix the interest rate, you fix the rate of exchange for all the euro area members, and you then tell governments in Greece and Italy what they can spend and tax, without transferring money from rich euro area members to poorer ones – and that is something you are too afraid to address.

(The speaker agreed to take a blue-card question under Rule 162(8))

Maria Grapini (S&D), *Întrebare adresată în conformitate cu procedura „cartonașului albastru”*. – Domnule Fox, accept să criticați și să spuneți că ceva nu este bun, dar nu înțeleg contradicția în care vă aflați: contraziceți nevoia unității monetare, în același timp faceți parte din Uniunea Europeană.

Care ar fi soluția pentru dumneavoastră? Pentru că de criticat este simplu. Nu veniți cu soluții. De când am început sesiunea, grupul dumneavoastră doar acest lucru face. Sunteți în Uniunea Europeană, avem nevoie de unitate monetară pentru o guvernare bună.

Ashley Fox (ECR), *blue-card answer*. – I think that monetary union between a small number of Member States who had converged economies – for example Germany, the Netherlands, Austria and Finland – could have been a success. The problem is that the euro was set up as a political project instead of as an economic project. If it is going to work, then you either have to let those states that cannot keep up with the Deutschmark, such as Cyprus and Greece, go in an organised manner, or rich countries are going to have to pay them very large sums of money, as happens in the United States. It is one or the other. Mr Dombrovskis does not wish to discuss either of those two solutions.

Ramon Tremosa i Balcells (ALDE). - Madam President, I think that it is too early to judge whether the two-pack and the six-pack need revision. I would remind you that it is only two years since we were negotiating the final details of the two-pack. In my view a clear target for revision is how we count public debt. Should we also include debt from public enterprises? I think we should, and this will be one of the main ideas in our future debates.

Dienstag, 16. Dezember 2014

Talking about the revision of economic governance in Europe, we have also to consider regional and local governments with fiscal and legislative powers. The deficit targets for those administrations have to be proportional to their share of government spending. Only in this way will we ensure that there is no discrimination between different levels of government. This is especially important in countries where most social spending is done at regional level but tax-collection powers are still monopolised by the central government.

I also have the feeling that maybe Europe should look more at the United States of America – at how the federal USA was built and how they created a monetary and fiscal union. I ask myself whether the no-bailout clause should be analysed in our future framework for economic governance.

Paloma López Bermejo (GUE/NGL). - Señora Presidenta, cuando empezó la crisis, la Comisión se apresuró a culpar de ella a la falta de rigor en el cumplimiento de las normas de estabilidad por parte de los Estados miembros. Olvidó que entre aquellos Estados incumplidores de las normas de estabilidad presupuestaria se había encontrado Alemania y que entre los Estados cumplidores, con bajo déficit y baja deuda pública —eso sí, con un mercado laboral ya precario— se encontraba España, que hoy, por la aplicación de sus políticas, tiene un 25 % de desempleo y la segunda deuda exterior más elevada del mundo.

Estas son las consecuencias de su gobernanza. Por tanto, la evaluación no puede ser más que negativa. Los trabajadores y las trabajadoras europeos no queremos más reformas, menos protección social, más desahucios, más pobreza. No queremos esta gobernanza, que, además, está haciendo resurgir el fascismo en Europa.

La función de la Comisión debe ser lograr la convergencia productiva y social de los pueblos europeos y no ser cómplice de los mercados y del vaciamiento de la democracia.

Philippe Lamberts (Verts/ALE). - Madame la Présidente, Monsieur le Commissaire, je tiens à dire d'emblée que les Verts sont persuadés que pour faire face aux défis du XXI^e siècle, les Européens doivent se serrer les coudes et agir ensemble. Cela inclut, pour nous renforcer, une monnaie commune.

Nous pensons qu'il faut garder cette monnaie commune et la question est donc la suivante: les instruments dont nous disposons aujourd'hui pour garantir la cohésion de l'Union économique et monétaire sont-ils appropriés et les utilise-t-on de manière correcte?

Pour ce qui est, tout d'abord, de la nature des instruments dont nous disposons, il est clair que lorsque nous avons une discipline budgétaire de solde et une compétition en matière de recettes, la seule variable d'ajustement, ce sont les dépenses. Avoir gardé une discipline budgétaire, telle qu'elle est définie aujourd'hui, sans harmonisation fiscale nous conduira à une réduction perpétuelle du rôle des pouvoirs publics dans la société. Nous ne pensons pas que ce soit une bonne chose et il faut donc compléter la discipline budgétaire par une convergence fiscale et, également, par la fixation d'objectifs contraignants en matière sociale et environnementale. Lorsque vous êtes tenu, comme gouvernant, d'équilibrer vos budgets mais aussi de réduire la pauvreté et votre empreinte écologique, cela vous amène en effet à procéder à des ajustements budgétaires d'une nature autre que ceux que nous observons aujourd'hui.

Triple discipline, donc: sociale, environnementale et budgétaire.

Enfin, le semestre est très largement utilisé aujourd'hui pour encourager des réformes structurelles qui visent à réduire, d'une part, le rôle de l'État – j'en ai parlé – et, d'autre part, les coûts directs et indirects du travail, en mettant les travailleurs en compétition les uns avec les autres. Nous sommes d'avis que le semestre devrait plutôt être utilisé comme l'instrument d'une coopération entre les États membres pour permettre une convergence vers le haut de nos normes sociales, environnementales et démocratiques.

Voilà donc ce qu'il faut faire si nous voulons revoir le paquet de gouvernance économique de l'Union européenne, qui est pour nous un instrument nécessaire mais aujourd'hui inapproprié et mal utilisé.

Patrick O'Flynn (EFDD). - Madam President, modifying the terms of economic coordination across Europe is just another attempt to save the Currency That Does Not Work. The structural reform that we hear so much about often just means pay cuts and less stable employment. It will not save the Currency That Does Not Work, because Greece can never be Germany and Italy is not the Netherlands. Emperor Nero famously fiddled while Rome burned. Rome is not burning today, and that is a tribute to the stoicism of the Italian people, but the Currency That Does Not Work is putting the social fabric across southern Europe under very great strain – not only in Italy. The talent of the people is the biggest resource that we have, and therefore unemployment is the biggest waste. Yet the Currency That Does Not

Dienstag, 16. Dezember 2014

Work leads to people who have no work.

Many across this Chamber who belong to groups and institutions that still pay lip service to the Currency That Does Not Work know, in their heart of hearts, that I am speaking the truth. It is time for you to speak up, for you to put the interests of the people before the grand and flawed ideology of ever-closer European integration. Those of you who are economically literate and knowledgeable know these things. You have been too quiet for too long, and now is the time for you to show some courage.

(The speaker agreed to take a blue-card question under Rule 162(8))

Philippe Lamberts (Verts/ALE), *blue-card question*. – Mr O'Flynn, I would agree with you and many others who say that the current status quo is not economically viable. Having a common currency without common fiscal, social and environmental policy is not working. But there are two answers to that inconsistency: either we step back to the disintegration of the monetary and economic union into nation states, which is what you advocate, or we resolve it the other way by more integration on the social and fiscal side, which is what we advocate. How do you react to that?

Patrick O'Flynn (EFDD), *blue-card answer*. – I think you are speaking the truth there. It is one or the other. But I would point out to you that the social solidarity levels needed across the nation states do not exist. I remember German reunification; West German people moaned a bit about the cost of reunifying, but, because they were reunifying with fellow Germans, they bore that cost and were happy to do so. The Germans will not pay indefinitely for the Greek people or other people in southern Europe. If the social solidarity were there, that would be the right answer, but it rests with nation states across our great continent.

Barbara Kappel (NI). - Frau Präsidentin! Ich habe Herrn Kommissar Moscovici im ECON-Ausschuss im Rahmen der Aussprache zu *Twopack* und *Sixpack* darüber befragt, wie ernst er die Einhaltung der Regeln der wirtschaftspolitischen Steuerung nehme, insbesondere die Einhaltung des Stabilitätspakts und die daraus resultierenden Sanktionen in Anbetracht der Tatsache, dass die Sanktionen jetzt ja automatisch entstehen.

Er meinte, er würde das sehr ernst nehmen, legte dann medial noch einmal nach und sagte, er würde aber bis zum März nächsten Jahres warten, um für Frankreich, Italien und Belgien, die jetzt im Bereich der Konvergenzkriterien als problematisch eingestuft werden, eine Lösung zu finden. Das ist für mich ein Widerspruch in sich. Das ist auch kein Ernstnehmen, und ich frage mich: Was nützen uns komplexe Regeln der wirtschaftspolitischen Steuerung, was nützt uns ein Stabilitätspakt, was nützt uns ein *Twopack* und *Sixpack*, was nützen uns Regeln, die nicht eingehalten werden und deren Einhaltung in der Folge auch nicht sanktioniert wird?

Was wird bis zum März nächsten Jahres passieren? Der französische Wirtschaftsminister hat uns jetzt schon gezeigt, er wird also die französische Wirtschaft entfesseln. Er wird ein Paket für mehr Wachstum bringen. Er wird die freien Berufe entfesseln, er wird privatisieren, er wird Staatsbeteiligung verkaufen usw.

Ökonomen bezweifeln daran: Es ist alles zu kleinteilig, es ist kein großer Wurf, es wird nicht zu Wachstum führen. Italien hatte einen Generalstreik am letzten Wochenende – gegen Arbeitsmarktreformen und Haushaltsgesetze sind die Bürger auf die Straße gegangen. Ich sagen Ihnen: Es nützen uns die besten wirtschaftspolitischen Steuerungsmaßnahmen nicht, wenn sie nicht eingehalten werden und wenn deren Einhaltung nicht sanktioniert wird.

Pablo Zalba Bidegain (PPE). - Señora Presidenta, querido Vicepresidente, Señorías, hoy toca evaluar aquí el «Two-Pack» y el «Six-Pack». Yo creo que son evidentes los resultados positivos.

Si analizamos la situación de los países de la eurozona, se han producido importantes avances en los procesos de consolidación fiscal y se han producido avances en los procesos reformistas. La mayoría de los países han emprendido o han empezado a emprender importantes procesos reformistas. Además, se ha demostrado que aquellos países más ambiciosos en sus procesos de consolidación fiscal y aquellos países más ambiciosos en sus programas de reformas son hoy los países que más crecen y son hoy los países que más empleo crean.

Dienstag, 16. Dezember 2014

Pero no es suficiente, Señorías. Tenemos que seguir avanzando. Tenemos que ser más contundentes con aquellos países que no cumplen, porque los incumplimientos de esos países afectan al resto de los países de la eurozona. Pero además, como ha dicho el Vicepresidente, es necesario dotar a todo este proceso de mayor transparencia, es necesario dotar a todo este proceso de mayor legitimidad democrática. Porque en un momento en que es necesario avanzar en la tan ansiada y necesaria unión económica —en definitiva, unión política— es cuando los ciudadanos europeos, y en especial los ciudadanos de la zona del euro, se sienten más alejados de Europa. Y no tengo ninguna duda de que la falta de legitimidad democrática de este proceso algo tiene que ver.

Por tanto, es el momento de avanzar hacia una mayor legitimidad democrática tanto del «Two-Pack» como del «Six-Pack».

Isabelle Thomas (S&D). - Madame la Présidente, Monsieur le Commissaire, lorsque la crise a éclaté en 2009, le trou noir du volet politique de l'Union monétaire a été dévoilé avec la cruauté de l'urgence.

Nous avons alors introduit tous ces concepts que la novlangue européenne adore: la troïka, le semestre européen ... Mais derrière ces mots, se cache une politique: l'austérité pour le plus grand nombre et la largesse dans l'octroi des fonds publics pour les banques. Six ans après la crise, l'heure est au bilan et, si l'on regarde la vérité en face, c'est un échec.

Les choix macroéconomiques de l'Union ont été les instruments d'une politique d'austérité dévastatrice, plus encore, M. Lamassoure – il est parti –, là où ces règles ont été appliquées. La zone euro est toujours en crise: l'Europe compte sept millions de chômeurs supplémentaires, un tiers de plus qu'au début de la crise, les dettes des États n'ont pas été réduites, le déficit d'investissement est évalué à 300 milliards d'euros par an et la déflation guette l'Union. Mais, surtout, le fossé se creuse entre les États membres, ce qui constitue un paradoxe des règles de convergence, qui conduisent en fait à la divergence.

Nous sommes, aujourd'hui, dans une situation ubuesque, caractérisée par des taux d'intérêt extrêmement bas, une masse de liquidité importante et disponible, et un déficit d'investissement privé qui anéantit la croissance potentielle. Et vous voulez conserver ce cadre de gouvernance qui empêche les États membres de relancer leur économie! Et vous vous entêtez, Madame van Nieuwenhuizen, à maintenir les pays en crise la tête sous l'eau.

Pourtant, Jean-Claude Juncker semble avoir compris cette urgence en proposant, au cœur de son plan d'investissement, une flexibilité dans l'appréciation du déficit public, notamment pour la contribution des États membres. Mais il est désormais indispensable de réformer en profondeur les outils européens de gouvernance, de privilégier l'investissement, d'intégrer des critères sociaux, notamment celui de l'emploi, et d'avancer vers la convergence fiscale.

Il faut bien sûr des règles macroéconomiques et les règles sont évidemment faites pour être respectées, à condition qu'elles soient performantes. Or, en l'espèce, les règles de convergence, de stabilité et de croissance n'ont conduit jusqu'ici qu'à la divergence, à la récession et conduiront, demain, au chaos.

Beatrix von Storch (ECR). - Frau Präsidentin und insbesondere auch Herr Kommissar Dombrovskis! Sie haben mich heute wirklich beeindruckt. Sie haben hier Rechenschaft abgelegt für die ganzen Packs, die wir haben, den *Twopack*, den *Sixpack*, den Fiskalpakt und alle Pakte. Sie haben die Erfolge aufgezählt, die diese Maßnahmen bisher gezeitigt haben. Ich habe alle Erfolge aufgeschrieben auf diesem weißen Blatt Papier. Es ist völlig leer. Sie sind damit ausgekommen, die Erfolge von vierjährigen Maßnahmen zu bezeichnen, ohne eine einzige Zahl zu nennen! Sie haben keine Zahl genannt!

Sie stehen hier heute nicht vor 100 Abgeordneten, sondern im Prinzip vor 500 Millionen Bürgern der Europäischen Union, und Sie erklären, dass das Ihre Erfolge sind. Ich finde, dass das außerordentlich dünn und wenig ist.

Der Rest, die große Mehrheit dieses Hauses, fordert händeringend die Einhaltung der Regeln. Die Regeln müssen eingehalten werden. Der Kollege von der FDP, Herr Theurer, forderte eben die Abschaffung des Steuerwettbewerbs – ein außerordentlich liberaler Ansatz, Herr Theurer. Alle Maßnahmen, die hier ergriffen werden, scheitern. Und wenn Sie die Gelegenheit haben, zu sagen, was die Erfolge sind, präsentieren Sie uns ein leeres Blatt Papier. Wir sind auf dem falschen Weg!

Dienstag, 16. Dezember 2014

Philippe De Backer (ALDE). - Voorzitter, wat ik mis in het debat, is een gevoel dat dit óns aanbelangt. Men is bezig over de lidstaten die hun job niet doen. Men is bezig over de Commissie die de regels moet laten vallen. Men is bezig over meer flexibiliteit. Eigenlijk zouden we het normaal moeten vinden dat lidstaten hun budgetten in balans hebben, dat lidstaten er alles aan doen om hun economieën te moderniseren, om hun sociaal systeem up-to-date te houden, zodat ook de volgende generaties voldoende pensioen en sociale bescherming kunnen genieten.

Maar blijkbaar is dat niet normaal. Blijkbaar hebben we daar een six-pack en een two-pack voor nodig om dit duidelijk te maken. Dat is nu juist de essentie. We moeten er alles aan doen, samen hier, om het six-pack en two-pack te versterken en om de democratische legitimiteit ervan te vergroten. Want we kunnen om één waarheid niet heen: we zullen onze budgetten in balans moeten brengen, we zullen hervormingen moeten doorvoeren om onze economieën meer concurrerend te maken dan vandaag. Dat nalaten – wat in het verleden is gebeurd door verschillende lidstaten – is eigenlijk onrechtvaardig en brengt onze toekomstige generaties in gevaar.

Dat is juist wat hier nu op het spel staat, namelijk wat de Commissie de volgende maanden en weken zal moeten doen om die six-pack en two-pack te versterken zodat die landen effectief hun begroting in evenwicht hebben en er opnieuw vooruitgang kan worden gemaakt op het vlak van groei en jobcreatie.

Teresa Rodriguez-Rubio (GUE/NGL). - Señora Presidenta, hay un rapero negro que se llama Tupac —no sé si lo conocen— y decía algo que viene al caso: «Apretar el gatillo para matar a un negro es ser un héroe: una boca hambrienta menos para la asistencia social. Primero envíales droga, deja que se la repartan entre hermanos, dales armas y deja que se maten.».

Parece que, como a los negros en los Estados Unidos, no cuesta ningún trabajo condenar a los países del Sur y a los trabajadores europeos. El pacto fiscal, el Pacto de Estabilidad y Crecimiento es como la sanguijuela que el viejo médico empleaba como equivocado remedio ante la fatalidad circunstancial y, además, se ha convertido en el método universal que arrastra a Europa al desastre de la austeridad, por no hablar de la amenaza del castigo económico al que se le ocurra hacer algo diferente: otra vez a chuparle a la gente la sangre.

Esta Unión Europea que se ha dotado de unas normas que, siendo pactadas entre unos pocos y a espaldas de casi todos, ahora se presentan como algo escrito en piedra, no es otra cosa que un pretexto para legalizar algo que ya ni es legítimo ni eficaz para afrontar la crisis y sus causas.

Por eso —y para acabar—, les invito a mirarse al espejo, no vaya a ser que haya desaparecido su reflejo de él.

Marco Zanni (EFDD). - Signor Presidente, onorevoli colleghi, non credo che una semplice revisione della governance economica sia sufficiente per sollevare la crisi profonda in cui versa il nostro continente e la causa della recessione degli ultimi anni è da ricercare proprio nei regolamenti europei che hanno strangolato ogni possibilità di sviluppo. Il *six pack* e il *two pack* sono il tragico completamento di un percorso intrapreso dal 1997 con l'applicazione del Patto di stabilità e crescita, un nome che purtroppo oggi suona come una beffa, poiché la stabilità è divenuta un precario equilibrio al ribasso e della crescita non abbiamo visto traccia.

Invito i colleghi a impiegare qualche ora durante le vacanze natalizie per leggere il saggio di un professore ed ex ministro italiano, Giuseppe Guarino, che abbiamo recapitato a tutti la settimana scorsa a Bruxelles. Con argomentazioni specifiche e i fatti concreti ivi citati, riuscirete a capire come tutti questi regolamenti che si sono succeduti siano in realtà contrari agli obiettivi sanciti dai trattati europei: obiettivi di crescita e sviluppo sacrificati al rigore e ai vincoli di bilancio. Ripartiamo quindi dallo spirito dei trattati cancellando quindi tutte le assurde imposizioni che ci stanno massacrando.

Ελευθέριος Συναδινός (NI). - Κυρία Πρόεδρε, εδώ και πέντε χρόνια η κρίση του δημοσίου χρέους μαστίζει χώρες της Ευρώπης και ιδιαίτερα του Νότου. Η Ευρωπαϊκή Ένωση αφενός απέτυχε να αντιμετωπίσει την κρίση σε πρώιμο στάδιο, αφετέρου απέδειξε με τη στάση της ότι εντός του ενωτικού πλαισίου ισχύουν δύο μέτρα και δύο σταθμά.

Dienstag, 16. Dezember 2014

Έτσι υπάρχουν χώρες που κατηγορούν άλλες χώρες για ανευθυνότητα, χώρες που επιτηρούν άλλες και που απαιτούν από αυτές σιδηρά δημοσιονομική πειθαρχία καταλύοντας κάθε έννοια εθνικής κυριαρχίας και δημοκρατίας.

Όλα τα μέτρα οικονομικής διακυβέρνησης, ιδιαίτερα η δίπτυχη και εξάπτυχη δέσμη μέτρων, αποσκοπούν σε μια ενισχυμένη διαδικασία επιτήρησης, σε μια αέναη οικονομική φυλακή όπου τα πάντα εξαρτώνται από τους αριθμούς και τις στατιστικές εις βάρος των πολιτών των χωρών. Σας διαβεβαιώ ότι είναι απολύτως ανόητο να προσπαθήσουμε να πείσουμε τους λαούς μας ότι όλα γίνονται για το καλό τους.

Δεν μπορεί ο ελληνικός λαός, όπως και οι λαοί της Ιταλίας, της Ισπανίας, της Πορτογαλίας και συντόμως και άλλοι, να βυθίζονται σε οικονομική εξαθλίωση επειδή εσείς υποτάσσετε στις απαιτήσεις των χρηματοπιστωτικών ιδρυμάτων και των τραπεζικών συμφερόντων. Επιτέλους, ας γίνουν πράξη αυτά που υποσχόμαστε: βιώσιμη ανάπτυξη, κοινωνική ευημερία, καταπολέμηση της ανεργίας ως Ευρώπη των λαών και όχι των οικονομικών μεγεθών.

Dariusz Rosati (PPE). - Pani Przewodnicząca! Chciałem przede wszystkim na początku powiedzieć, że uważam, że system dyscypliny fiskalnej jest absolutnie niezbędny w ramach unii walutowej, w której państwa zachowują swoje kompetencje fiskalne, a jednocześnie nie ma systemu transferów fiskalnych. Musimy zatem wypracować system dyscypliny oparty na przejrzystych regułach. Chcę przypomnieć, że do kryzysu w Europie doszło nie dlatego, że wprowadzono euro, ale dlatego, że niektóre państwa albo niektóre systemy bankowe w niektórych państwach po prostu zadłużyły się ponad miarę. Natomiast nigdzie nie było obowiązku zadłużania się.

Jednocześnie chcę powiedzieć, że trzy lata doświadczeń z sześciopakiem i dwupakiem pokazują, że jest konieczne pewne dostosowanie tych instrumentów. Po pierwsze, pragnę zwrócić uwagę na to, że jest to system zbyt skomplikowany i złożony – nie dla ekspertów, ale dla opinii publicznej. Tego typu system otwiera pole do różnych interpretacji; dam przykład niekończących się dyskusji o stopniu elastyczności w ramach reguł fiskalnych. System trzeba w związku z tym uprościć, aby był bardziej zrozumiały także dla zwykłych ludzi.

Po drugie, system w zbyt dużym stopniu oparty jest na decyzjach politycznych. Dotyczy to nie tylko politycznego mechanizmu wprowadzania procedury nadmiernego deficytu, ale także dyskusji o tym, czy przedłużyć terminy złożenia odpowiednich dokumentów dla niektórych państw, tj. państw największych. Uważam, że jeżeli mamy reguły prawne, to nie powinny być one następnie przedmiotem politycznego głosowania.

Po trzecie, chcę również podkreślić, że najważniejszą sprawą jest *national ownership* - własność narodowa. Nie możemy dopuszczać do sytuacji, w której politycy cały czas wskazują na Brukselę i mówią: to Bruksela każe nam narzucać jakąś dyscyplinę fiskalną. Nie, dyscyplina fiskalna musi być zapisana w prawie krajowym, w sposób spójny dla całej Unii Europejskiej i wówczas politycy będą mieli obowiązek wykonywać krajowe prawo i przepisy.

VORSITZ: RAINER WIELAND

Vizepräsident

Patrizia Toia (S&D). - Signor Presidente, onorevoli colleghi, signor Commissario, se le disposizioni del *two pack* e *six pack* furono fatte per contenere il debito e favorire la crescita e se la situazione è oggi così negativa da tutti i punti di vista, io le chiedo, cosa deve ancora succedere per capire che qualcosa non va? Noi non vogliamo calpestare le regole – lo dico a tutti i colleghi preoccupati – ma vogliamo che siano quelle utili e funzionali a raggiungere l'obiettivo. Vogliamo una flessibilità intelligente, cioè utile, con i buoni investimenti, le buone spese, utile a far crescere il PIL. Flessibilità non è il contrario di credibilità, come qualche autorevole persona ha detto in questi giorni. Semmai è il contrario di quella rigidità ottusa, ossessiva e controproducente che ha portato fin qui.

Dienstag, 16. Dezember 2014

L'applicazione deve essere sensibile, flessibile. Se è solo automatica e contabile, facciamoci allora governare da un computer non da una Commissione politica. Perciò le dico, anche a nome del 40% degli italiani che hanno votato alle ultime elezioni d'Italia, che noi chiederemo flessibilità, non solo per il Piano Juncker ma anche per il cofinanziamento dei progetti approvati dall'Unione europea nell'ambito dell'Agenda 2020 non fuori da quel contesto. Basta con questa ideologia ossessiva che trascura altri strumenti, le politiche fiscali, le politiche della crescita e basta anche agli attacchi all'Italia. Qualcuno ha chiesto cosa sta facendo l'Italia. Rispondo io cosa fa. L'Italia sta facendo le riforme, l'Italia sta rispettando le regole. Vuole però una politica economica intelligente che aiuti a raggiungere l'obiettivo. Non vogliamo favoritismi ma una politica intelligente, rigorosa e lungimirante.

Peter van Dalen (ECR). - Voorzitter, de herziening van het six-pack en two-pack komt op een politiek gevoelig moment. Juist nu de Europese elite ons wil doen geloven dat de economische crisis afloopt en tot stilstand is gekomen, zien we dat twee fundamentele problemen er nog steeds zijn.

1) Frankrijk, Italië en België hebben hun overheidsfinanciën structureel niet op orde. Helaas wordt de handhaving van de afgesproken criteria om politieke redenen uitgesteld. Die onjuistheid tast de geloofwaardigheid van het bestuur van de eurozone verder aan.

2) Er zitten nog steeds landen in de eurozone en in de muntunie die daar eigenlijk niet in passen. Zo laat de recente wanhoopspoging van de heren Samaras en Venizelos om vervroegde verkiezingen uit te schrijven, zien dat een land als Griekenland beter af zou zijn buiten de eurozone. Dan kan het land met een eigen munt devalueren en in combinatie met een gedeeltelijke schuldafschrijving weer echt met hoop bouwen aan de toekomst. De huidige schuldenlast van het land in de eurozone weegt zwaarder dan het hemelgewelf dat titanenzoon Atlas moest dragen.

Ik vrees dat de politieke elite hier niet naar mijn advies luistert. Het gevolg is dat we nog vele jaren zullen doormodderen met een hele hoge werkloosheid en dat Europese economieën buiten de eurozone veel beter zullen presteren, zoals ze nu ook doen.

Nils Torvalds (ALDE). - Herr talman! Avsikten med de så kallade tvåpacken och sexpacken var att stabilisera vårt ekonomiska och finansiella system. Och orsakerna till de här tvångerna var också uppenbara. Europas länder hade nästan systematiskt levt över sina tillgångar när de 30 lyckliga åren efter andra världskriget tog slut. Politiker i alla länder förenade sig efter det i förhoppningen om att den lyckliga tiden skulle komma tillbaka. Det gjorde den inte, och istället skuldsatte man sig och skapade en skuldbörda som i längden skulle vara ohållbar.

Samtidigt med det här skedde det en teknologisk utveckling och en globalisering som egentligen på historiskt sett ytterst kort tid ledde till att bankerna och finansvärlden fick ett övertag som Rudolf Hilferding, när han skrev boken *Das Finanzkapital* 1910, knappast kunde haft en aning om. Den fråga som vi alla på ett eller annat sätt nu kämpar med är hur vi ska komma vidare.

Georgios Katrougkalos (GUE/NGL). - Mr President, I would say this to the Commissioner: the Commission itself admitted some weaknesses in the legislative package, such as limited transparency. One could easily add the hijacking of economic governance by informal groups without accountability, such as the Eurogroup; the total eclipse of both national parliaments' and the European Parliament's definition of fiscal reforms; and many others. All these aspects are important, as they clearly show a system which undermines the budgetary sovereignty of Member States without subjecting it to a new democratic process. There is, however, a more dramatic and crucial flaw in the new rules. Instead of recognising that austerity is counterproductive, they have imposed additional fiscal constraints which will exacerbate economic stagnation, a rise in unemployment and a permanent division of the EU into creditor and debtor countries. It is up to the European peoples to reverse this downward spiral and to reinstitute the European social model, and in the forthcoming elections it may be the Greek people who will be the first.

Dienstag, 16. Dezember 2014

Petr Mach (EFDD). - Pane předsedající, pane komisaři, Komise říká, že má nyní lepší pravidla. Ale je tu jeden problém, ta pravidla nikdo nedodržuje. Vezměme si Francii, ve Francii je deficit přes 4 % hrubého domácího produktu a vy se tváříte, že to neexistuje. A když se někdo snaží vaše pravidla dodržovat, tak za cenu zastavení hospodářského růstu a za cenu růstu nezaměstnanosti. Vy jedno špatné politické rozhodnutí – zavedení jednotné měny eura – se snažíte léčit druhým špatným politickým rozhodnutím, a sice diktováním přísných rozpočtových pravidel. To nemůže fungovat.

Vyzývám proto Evropskou komisi: připravte změnu Smlouvy o Evropské unii tak, aby šlo z eurozóny legálně vystoupit. Víte, že vítězí v Řecku, v Itálii a jinde strany, které euro nechtějí. Potom bude moci Itálie, Řecko z eurozóny odejít, Česká republika tam nebude muset vstupovat.

(Řečník souhlasil s tím, že odpoví na otázku položenou zvednutím modré karty (čl. 162 odst. 8 jednacího řádu).)

Pervenche Berès (S&D), question «carton bleu». – Monsieur le Président, cher collègue, ne reconnaissez-vous pas que la difficulté tient au fait que certaines de ces règles ont un caractère procyclique et qu'il faut donc justement permettre aux États en difficulté de s'ajuster, et qu'il y a de l'intérêt de tous, y compris de ceux qui sont en situation de surplus?

Que répondez-vous, et quelle suite donnez-vous, aux interventions de M. Draghi, qui nous demande de mobiliser la demande globale à l'intérieur de la zone euro?

Petr Mach (EFDD), odpověď na otázku položenou zvednutím modré karty. – Pokud Evropská centrální banka říká, že chce stimulovat ekonomiku, tak to vždycky jenom znamená, že chce zneužívat monopol v měnové politice, že chce dělat inflaci a že chce řešit problémy na úkor všech lidí, kteří používají peníze. Myslím si, že než se snažit tzv. řešit problémy skrze centrální banku, je skutečně lepší nechat země, kterým euro nesedí, z eurozóny odejít.

Bruno Gollnisch (NI). - Monsieur le Président, Monsieur le Commissaire, je pensais voir, à vos côtés, M. le commissaire Moscovici, dont on ne peut pas dire qu'il ait beaucoup contribué – quand il était ministre de l'économie en France – à résorber le déficit, mais on me dit qu'il admire la statuette grecque dans le musée du Parthénon, à Athènes. Quand il reviendra dans ce parlement, il pourra mesurer la décadence de la civilisation européenne, en regardant les hideuses peintures qui sont affichées dans le couloir, y compris celles qui dégradent l'image du Christ et de sa mère. Mais revenons si vous le voulez bien – aux questions plus prosaïques!

Le *six-pack* et le *two-pack* constituent un système de textes contraignants, qui mettent les politiques budgétaires des États membres sous la tutelle de la Commission. Plusieurs orateurs ont souligné la complexité et l'échec de ce système, qui doit être réformé ou, mieux, supprimé. Mais cela laissera subsister, en tout état de cause, les dispositions que les États ont eu l'imprudence – pour le moins – de ratifier, et je pense en particulier au fameux TSCG, traité sur la stabilité, la coordination et la gouvernance.

Certes, nous avons entendu les déclarations de M. Juncker, qui disait que ces dispositions pouvaient être appliquées avec flexibilité, dans le souci – je pense – de calmer les protestations des parlements et, plus encore, des peuples européens. Car les résultats sont connus: c'est la destruction des régimes de retraite, la régression sociale tous azimuts et la destruction de l'appareil productif.

J'ai bien entendu notre collègue Lamberts, qui souhaite que la coordination se fasse vers le haut mais, cela ne sert à rien, chers collègues, qu'elle se fasse vers le haut en Europe si l'Europe est ouverte à tous les vents d'une concurrence débri-dée.

Theodor Dumitru Stolojan (PPE). - Domnule președinte, avem un sistem de guvernanță economică în Uniunea Europeană care funcționează. Deocamdată, problema nu este construcția sistemului, ci, dimpotrivă, problemele care au apărut în implementarea acestui sistem de guvernanță.

Dienstag, 16. Dezember 2014

În primul rând, parlamentele naționale din unele state membre nu sunt atrase în acest proces cu privire la definitivarea proiectelor de programe de reforme naționale, a programelor de convergență sau de stabilitate care sunt transmise de către guverne către Comisia Europeană. În al doilea rând, deși unele state membre sunt de acord cu recomandările făcute cu privire la schimbările de politici economice și bugetare necesare, nu iau măsurile necesare pentru a implementa aceste recomandări. În fine, există declarații publice cu privire la flexibilitatea insuficientă conținută de cele două pachete, șase și doi.

Eu consider că nu sistemul de guvernanță economică în Uniunea Europeană este problema reală, ci pierderea de competitivitate în unele state membre și lipsa de hotărâre fermă cu privire la politicile necesare pentru a stimula creșterea productivității și competitivității prin investiții, prin alocarea eficientă a resurselor și prin progresul continuu al tehnologiilor.

(Vorbitorul a acceptat să răspundă unei întrebări adresate în urma ridicării cartonașului albastru, în conformitate cu articolul 162 alineatul (8) din Regulament).

Marco Zanni (EFDD), Domanda «cartellino blu». – Volevo chiedere al collega se crede davvero che la governance economica dell'Eurozona funzioni quando a fine 2013 solo 4 paesi su 17 rispettavano i criteri del patto di stabilità e crescita. Credo che, più che parlare per sentito dire, sarebbe opportuno ogni tanto andarsi a guardare i numeri e le statistiche.

Theodor Dumitru Stolojan (PPE), Răspuns la o întrebare adresată în conformitate cu procedura „cartonașului albastru”. – Vă mulțumesc pentru întrebare. Când te-ai înfundat în datorii publice, când ai pierdut din competitivitate, nu ai decât o soluție: să te restructurezi. Pentru aceasta ai nevoie de solidaritate, în sensul ca ceilalți parteneri să accepte să îți dea un timp pentru a lua reformele necesare și a face ceea ce trebuie în țara respectivă.

Jonás Fernández (S&D). - Señor Presidente, la crisis fiscal de la primavera de 2010 hizo evidentes los problemas económicos de la Unión, que necesitaba una mejor gobernanza económica. De ahí surgieron el «Six-Pack» y el «Two-Pack», que hoy estamos discutiendo y que pretenden controlar la política fiscal de los países.

Sin embargo, no fue hasta la crisis financiera del primer semestre de 2012 cuando Europa asumió que sus problemas económicos eran aún más graves y que necesitaba esencialmente dotarse de una política económica común, proyecto del que surgió la unión bancaria. Pero este camino no ha hecho más que comenzar.

Necesitamos una unión fiscal sólida y, por lo tanto, quiero denunciar que estas reglas fiscales que hoy discutimos mantienen una aproximación exclusivamente nacional de la política presupuestaria. No podemos analizar la política fiscal de cada país estudiando solo el efecto de sus presupuestos sobre ese Estado miembro. Necesitamos que Europa internalice los efectos de la política fiscal en el conjunto de la Unión, no solo en cada uno de los países.

Por ello, debemos revisar estas reglas fiscales y el conjunto de la coordinación de la política económica de la Unión para tener presente este enfoque global de las políticas económicas nacionales. Y necesitamos reformar también el Pacto de Estabilidad y Crecimiento, no solo para dotar de mayor flexibilidad al sistema sino, esencialmente, para incorporar ese análisis europeo, para incorporar ese enfoque global de los efectos de las políticas presupuestarias de cada uno de los países sobre el conjunto de la Unión.

Señor Dombrovskis, no podemos decir que el actual sistema esté funcionando. Los resultados no lo avalan. Necesitamos más flexibilidad y un proyecto europeo de la política fiscal.

Richard Sulík (ECR). - Herr Präsident! Das Sixpack ist seit Dezember 2011 in Kraft, also volle drei Jahre. Dieses Sixpack wurde eingeführt als Unterstützung zum Stabilitäts- und Wachstumspakt, weil diesen niemand ernst genommen hat. Schauen wir uns also die Ergebnisse an.

In diesen drei Jahren, in denen das Sixpack existiert und in Kraft ist, stiegen die Schulden in Italien von 110 % auf 135 % des BIP, in Spanien von 70 % auf 95 %, in Frankreich von 80 % auf 95 %. Diese Länder nehmen das Sixpack nicht ernst.

Dienstag, 16. Dezember 2014

Nehmen wir Frankreich als Beispiel. Im Jahr 2010 hat Frankreich gesagt: „Im Jahr 2012 werden wir die Defizitgrenze von 3 % einhalten.“ Dann, im Jahr 2012, hat Frankreich gesagt: „Wir halten sie im Jahr 2015 ein.“ Im Jahr 2014 wurde das auf 2017 verschoben. Und es gibt keine Sanktionen! Dazu sagt der französische Finanzminister, Herr Sapin: „Die Kommission hat kein Recht, unseren Haushalt abzulehnen. Die Souveränität liegt nur beim französischen Parlament.“ Jetzt soll diesen Herrn Sapin sein Vorgänger, Herr Moscovici, der jetzt Kommissar ist, kontrollieren. Das ist doch ein Witz!

Antanas Guoga (ALDE). - Mr President, Commissioner, the Committee on Internal Market and Consumer Protection (IMCO) at the moment is working on a report for better integration of the single market pillar in the European Semester. I believe the single market is a key to achieve growth and is something we have really lost focus on, as the Member States have failed to implement some very good directives, very good recommendations, and this is where we are failing. Also, the annual report on single market integration was not provided by the Commission. Where is it? The European Parliament would like to propose a number of analytical tools: barometers – we have to measure our performance, everyone has to see how we are performing; methodology to measure reduction of administrative burdens. This is where we are failing. Too much red tape – it is too difficult. Let us measure it to find out what needs to be done.

Furthermore, I would like to stress the importance of the implementation of the European Semester, otherwise there is no need to work on a single market pillar. I also want to mention a crucial aspect of the role of national parliaments.

(The President cut off the speaker)

Νεοκλής Σουλκιώτης (GUE/NGL). - Κύριε Πρόεδρε, η αξιολόγηση της Επιτροπής είναι πρόχειρη και πολιτικά κατευθυνόμενη, ώστε να δώσει μήνυμα πλήρους επιτυχίας των οκτώ νομοθετημάτων χωρίς προβλήματα στην ευρωζώνη, δικαιολογώντας έτσι τη λιτότητα και τις νεοφιλελεύθερες πολιτικές.

Αξιολογείται ως επίτευγμα η δυνατότητα των κρατών να δανείζονται από τις διεθνείς αγορές αλλά δεν προβληματίζει η στασιμότητα στην οποία έχει εισέλθει η ευρωπαϊκή οικονομία την τελευταία επταετία. Επίσης, αναφέρεται ως επίτευγμα η μείωση των δημοσιονομικών ελλειμμάτων, αλλά δεν γίνεται καμία αναφορά στο κοινωνικό κόστος που έχει η πολιτική αυτή. Θεμελιακοί παράγοντες όπως η ύφεση, τα υψηλά ποσοστά ανεργίας ιδιαίτερα ανάμεσα στους νέους, η φτωχοποίηση του πληθυσμού και η έκταση του χάσματος μεταξύ κέντρου και περιφέρειας απουσιάζουν από την αξιολόγηση της Επιτροπής.

Η Αριστερά δεν αποδέχεται να καθορίζει η Επιτροπή τη στρατηγική στην οικονομική πολιτική των κρατών μελών. Δεν υπάρχει δημοκρατική νομιμοποίηση γι' αυτό. Στόχος μας είναι η αξιοπρεπής διαβίωση του ανθρώπου. Αυτό σημαίνει δυνατό κοινωνικό κράτος, ασφαλείς θέσεις εργασίας και αλληλεγγύη.

Gunnar Hökmark (PPE). - Madam President, I thank the Commissioner for a very good introduction. There are two points that must be highlighted. First of all, the road to undermined social security, increased unemployment, lost competitiveness as well as social unrest goes via spending money you do not have. If deficits were the solution, and if deficits could stimulate economic growth and employment, we would not have the crisis we are facing today. It is not consolidated budget policies that have caused the problems. The cause of the problems is the belief that you can solve economic problems by increased deficits and increased debt burdens. That is false, but that is exactly what we have seen.

Secondly, there is the review of the Stability Pacts. It might be good to do this, but even better would be to do a real review in those cases where the Commission is dealing with deficit countries which have postponed their structural efforts and are not living up to the rules. Credibility is about being credible. The European Union must be credible; the Commission must be credible; the Stability Pact must be credible. If we undermine their credibility by letting the big Member States run away, not only from their commitments, but also from their rules and responsibilities, it will cost us all credibility. It will not help solve any problems, but it will create even more and make the crisis even deeper. Be credible and stick to the rules.

(The speaker agreed to take 2 blue-card questions under Rule 162(8))

Marisa Matias (GUE/NGL), Pergunta segundo o procedimento «cartão azul». – Senhor Presidente, colega Hökmark, eu compreendo que acredite nestas regras, e refere a necessidade de baixar o défice e a dívida. Ora, o défice até se pode baixar, cortando na despesa pública e eliminando o Estado social. É isso que tem sido feito. O que eu lhe pergunto é: que medidas é que vê para fazer baixar a dívida, porque as dívidas não param de aumentar? E é o que vai continuar a acontecer, é a dívida aumentar. Se tem tantas medidas assim, como é que prevê baixar a dívida sem uma reestruturação da mesma?

Dienstag, 16. Dezember 2014

Gunnar Hökmark (PPE), *blue-card answer*. – Ms Matias, I must say that the threat to the welfare state comes from policies which you are now defending – the belief that you can spend money you do not have – because that brings you to the real, draconian austerity that we have seen in a number of Member States. It has led to a lack of investment in industry, in enterprises, and a lack of jobs. See the reality, look around you. Where have we succeeded and where have we failed? We must see to it that we can be credible all over the European Union.

Bruno Gollnisch (NI), *question «carton bleu»*. – Monsieur le Président, je serai très bref. Je crois que vous avez, Monsieur Hökmark, stigmatisé les déficits budgétaires publics et on peut, dans une certaine mesure, admettre votre opinion. Mais ne pensez-vous pas que ces déficits sont, en réalité, la conséquence de quelque chose d'encore plus grave, à savoir les déficits de la balance commerciale? Ces déficits de la balance commerciale sont en réalité causés par le fait que le marché européen est ouvert à un ensemble de pays qui ne pratiquent pas ..

(Le Président retire la parole à l'orateur)

Gunnar Hökmark (PPE), *blue-card answer*. – Mr Gollnisch, look around in the world: where you see free trade, you see prosperity. Where you see protectionists of your kind, you see lack of prosperity. There is nowhere in the world where you have managed to develop economies and societies – a civilisation – without openness. Look at the Member States of the European Union. Those who have dealt with the crisis are the free traders. I will not ask you to join these forces, because I know that you belong to some other ...

(The President cut off the speaker)

Paul Tang (S&D). - Stel: het is slecht weer, het waait hard, de regen komt met bakken uit de lucht en af en toe komt er een bliksemschicht uit donkere wolken. Zou je dan verwachten dat het vliegtuig landt op de automatische piloot? Nee, natuurlijk niet. En de Europese economie is nog steeds in slecht weer. De inflatie is te laag voor met schulden belaste huishoudens, de werkloosheid is te hoog, de groei is laag en het vertrouwen is wankel. De Commissie heeft een tussentijdse evaluatie gedaan van de budgettaire regels in het two- en six-pack, maar vaart daarmee op de automatische piloot. Het slechte weer voor de Europese economie wordt niet in aanmerking genomen, laat staan de vraag of de budgettaire regels passen in deze slechte weersomstandigheden.

En dan één specifiek punt. In het budgettair kader is het structureel tekort een heel belangrijk begrip. Het is in theorie een geweldig concept en in de praktijk een beroerde maat. Het is als vliegen met een kapotte hoogtemeter. Onderzoek laat zien dat verschillende instellingen, het IMF, de OESO en de Europese Commissie, een verschillende schatting geven van het structureel tekort en in de loop van het jaar kan de schatting flink veranderen. Dat staat haaks op het belang dat nu aan dit concept wordt gegeven en zorgt niet voor een zachte landing van de Europese economie.

Enrique Calvet Chambon (ALDE). - Señor Presidente, señor Comisario, yo quiero plantear este asunto desde el punto de vista político de la credibilidad de Europa y del proyecto europeo, que es para lo que hemos sido elegidos muchos de nosotros. El «Six-Pack» y el «Two-Pack» tienen que ganar esa credibilidad.

Es cierto que no es el momento de reformar algo tan reciente, pero sí el de ver algunos de sus fallos, como, por ejemplo, la discriminación en su aplicación según países —lo cual mina la credibilidad europea en ello—, y también la falta de vigilancia, porque es un error pensar que en España, por ejemplo, se han dado reformas estructurales: se han dado parches y sacrificios.

No habrá tampoco credibilidad, señor Comisario, si no hablamos también imperativamente de más Europa en cuanto a la unión energética, el mercado único —que en España ni siquiera se tiene ya mercado único español—, el mercado de capitales, etc.

Y, finalmente, tampoco se creará en la solidaridad si no planteamos el problema de los eurobonos, a la vez que hablamos del control.

Dienstag, 16. Dezember 2014

Luděk Niedermayer (PPE). - Mr President, first of all let me say that I am quite happy that we can discuss this subject, that we are discussing the rules that were approved a few years ago and which I believe are increasing the probability that countries will run better economic policies. Policies that are good for the countries, but also good for all of us. Also policies that help us to stop the debt crisis. And here let me remind my British colleagues that the debt crisis has by no means only affected the countries from the euro area, but also many other countries outside of the euro.

I was surprised to hear that many people said that the rules have failed. I guess what we can see failed for sure were the pre-crisis economic policies of many states, the policies that were generating higher deficit, the policies that increased debt-to-GDP ratios, were increasing expected expenditure and were calling for credibility and tolerance for bad economic policies. If we are trying to find someone who is responsible for the current high unemployment and weak economic growth, these are, in my opinion, the suspects.

What should be done now? I do not think we should focus on changes to a framework that has been in place for only a short time and has so far, I believe, worked quite well. We should be careful about considering changes that undermine credibility. We should bear in mind that an increase of one percentage point in the interest rate will increase the budget deficit by 1% on average. Also, depreciation of the currency, which is quite often proposed by our British colleagues, will also hurt the fiscal balance. In the future we can discuss many things, among others how to make countries respect more the country-specific recommendations, how to calculate a better structurally adjusted balance or eventually how to pay more attention to non-euro area countries.

Alfred Sant (S&D). - Sur President, l-arrangamenti tas-six u tat-two-pack huma mfassla biex jiżguraw li l-linji direttivi taż-żona euro qed jiġu rispettati. Huma jipprovdu metodu meqjus bil-kejl tiegħu biex inkunu nistgħu nġarblu r-riżultati finanzjarji u ekonomiċi miksuba. Madankollu, il-proġett tal-euro għad jonqsu funzjoni direttiva li hi waħdanija, magħquda u ċentrali. Ikollna għalhekk nistaqsu dwar kemm l-assigurazzjoni li qed niġu mogħtija tista' tkun biżżejjed soda. Għax sal-lum, fil-qalba tal-proġett tal-euro, għadhom jippredominaw fatturi politiċi, mhux ekonomiċi. Dawn johorġu mill-kapital enormi li ntefaq biex jinbena l-proġett. Huma fatturi li jiddependu wkoll mill-battibekki multilaterali li jseħhu bejn il-partecipanti ewlenin fil-proġett huma u jirreagixxu għall-interessi nazzjonali varji li jkunu qiegħda mpoġġija 'l bogħod minn xulxin.

Is-superstruttura pożittivista li ddahhlet fil-proġett.... ta' "benchmarks", "scorecards" u ma nafx xiex aktar...qed isservi biex tghatti din ir-realtà. Forsi wkoll, qed taffaccja s-sintomi u mhux il-kawżi veri li jispjegaw kif topera s-sistema tal-euro. Biex dan l-operat jinbidel u jsir trasparenti, fil-profil attwali taż-żona, trid isseħħ ċaqliqa qawwija lejn struttura politika federali, haġa li tidher politikament diffiċli hafna.

Għalhekk, waqt li jkunu qed jithaddmu is-six-pack u t-two-pack u l-ghodod l-oħra, se tibqa' tqum mistoqsija sempliċi hafna: dawn il-mekkanizmi, li fil-livelli kollha qed jiġu applikati lil ekonomiji nazzjonali differenti, qed jirrispondu għall-interessi ta' għajxien u ta' tkabbir taż-żona euro kollha kemm hi? Jew qed jirriflettu aktar l-interess nazzjonali ta' kull Stat Membru? Mhux possibbli li twieġeb għal din il-mistoqsija bla ambigwità. Din l-impossibiltà tirrifletti difett profund u sistemiku fl-ghanijiet tal-mekkanizmi kurrenti ta' sorveljanza u kontroll. Minhabba f'hekk wisq nibza' li l-governanza ekonomika taż-żona euro se tibqa' għal li ġej...

(Il-President waqqaf l-intervent tal-kelliem)

Γεώργιος Κύρτσος (PPE). - Κύριε Πρόεδρε, νομίζω ότι υπάρχει κίνδυνος να μπερδέψουμε τους μηχανισμούς με την ουσία, δηλαδή να κάνουμε κριτική στο «two pack-six pack», ουσιαστικά να θέλουμε να σπάσουμε το θερμόμετρο για να μη δούμε τον πυρετό που μας προειδοποιεί ενδεχομένως για μια οικονομική ή δημοσιονομική ασθένεια.

Πιστεύω ότι σε γενικές γραμμές πάμε καλά. Υπάρχουν συγκεκριμένες επιτυχίες: Η Ιρλανδία βγήκε από το μνημόνιο, η Πορτογαλία βγήκε από το μνημόνιο, η Λεττονία και η Λιθουανία κάνανε καλή δουλειά και πήραν το εισιτήριο εισόδου στο ευρώ, η Κύπρος πηγαίνει σε γενικές γραμμές καλά, από ό,τι πληροφορούμαι· δυστυχώς η χώρα μου, η Ελλάδα, προσπαθεί ακόμη αλλά δεν τα έχει καταφέρει.

Θα σας πω όμως ότι τα προβλήματα της Ελλάδας, επειδή ήμουν 35 χρόνια δημοσιογράφος και εκδότης, τα παρακολουθούσα και πριν από το ευρώ και πριν από το «two pack-six pack» και πριν από τους μηχανισμούς σταθεροποίησης, και θα σας πω ότι σε γενικές γραμμές ήταν τα ίδια· δηλαδή δίναμε μεγάλες συντάξεις, είχαμε ένα υπερβολικά πλουσιοπάροχο κράτος πρόνοιας που δεν μπορούσε να χρηματοδοτηθεί από τον ιδιωτικό τομέα της οικονομίας και θα πω στους φίλους μας τους βρετανούς αντιευρωπαίους και ευρωσκεπτικιστές, οι οποίοι λένε ότι στην Ελλάδα έχουμε τεράστια προβλήματα λόγω του ευρώ, ότι παλιά δίναμε συντάξεις στην Ελλάδα που ήταν 100 ή και 120% του τελευταίου μισθού, ενώ στο Ηνωμένο Βασίλειο οι συντάξεις – επειδή είχα διαβάσει τα σχετικά – ήταν της τάξης του 35 έως 40% του τελευταίου μισθού. Επομένως τα προβλήματα προϋ-

Dienstag, 16. Dezember 2014

πήρχαν· δεν μπορούμε να τα αποδώσουμε στο ευρώ.

Αντίθετα, το ευρώ μάς διευκολύνει σε μια μελλοντική αναδιάρθρωση του χρέους, μας διευκολύνει, όπως στην περίπτωση της Ιρλανδίας, στη μείωση του κόστους δανεισμού μελλοντικά, ενώ, με τα μέτρα που παίρνει ο κύριος Ντράγκι, το ευρώ γίνεται λιγότερο ισχυρό και διευκολύνει και την εξαγωγική προσπάθεια χωρών όπως η Ελλάδα.

(Ο ομιλητής δέχεται να απαντήσει σε ερώτηση με «γαλάζια κάρτα» (άρθρο 162 παράγραφος 8 του Κανονισμού))

Marco Valli (EFDD), Domanda «cartellino blu». – Volevo fare una domanda molto semplice. Se lei crede che l'euro sia una moneta sostenibile per il suo paese, volevo chiederle allora se è sostenibile il tasso di interesse che ora si trova a pagare il suo paese, che mi sembra intorno al 9%, in un momento, appunto, in cui si trova sotto pressione dalla crisi finanzia, quando la Germania, magari, paga uno 0% o addirittura tassi negativi. L'euro è sostenibile senza progredire ad esempio verso un tasso di interesse unico?

Γεώργιος Κύρτσος (PPE), απάντηση «γαλάζια κάρτα». – Θα ήθελα το επιτόκιο που πληρώνει η χώρα μας να είναι αντίστοιχο με το επιτόκιο που πληρώνει η Ιρλανδία, η οποία διαθέτει τα δεκαετή ομόλογα του δικού της δημοσίου κάτω από 1,5%.

Και επειδή η Ιρλανδία είναι, τέλος πάντων, πολύ δυναμική σαν οικονομία, ας πάμε στα επιτόκια της Πορτογαλίας, που είναι συγκρίσιμη με την Ελλάδα, τα οποία αυτή τη στιγμή, αν δεν κάνω λάθος, είναι γύρω στο 2,9%.

Είναι γεγονός ότι τα επιτόκια στην Ελλάδα έχουν αυξηθεί αυτή τη στιγμή, ακριβώς επειδή οι αγορές δεν είναι σίγουρες αν θα προσπαθήσουμε να ολοκληρώσουμε αυτά που κάνουμε.

(Ο ομιλητής δέχεται να απαντήσει σε ερώτηση με «γαλάζια κάρτα» (άρθρο 162 παράγραφος 8 του Κανονισμού))

Bernd Lucke (ECR), Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“. – Herr Kollege, ich habe mit Erstaunen vernommen, dass Sie gesagt haben, der Euro hätte Griechenland geholfen, seine Schulden umzustrukturieren.

Ist es nicht vielmehr so, dass es der gute Wille der Gläubiger gewesen ist, der zur Schuldenumstrukturierung geführt hat, die auf Ihre Forderung im Werte von 100 Mrd. EUR verzichtet haben, und dass Griechenland imstande gewesen wäre, seine Schulden zu bezahlen, wenn es eine eigene Zentralbank und eine eigene Währung gehabt hätte?

Γεώργιος Κύρτσος (PPE), απάντηση «γαλάζια κάρτα». – Αυτή τη στιγμή το χρέος της Ελλάδας είναι δημόσιο, δεν είναι πια στον ιδιωτικό τομέα, άρα έχουμε πολιτική και ηθική υποχρέωση να πληρώσουμε. Θα πληρώσουμε σε βάθος χρόνου φυσικά. Υπάρχει μια συζήτηση να πάει η αναδιάρθρωση του χρέους από τα 30 χρόνια στα 50 χρόνια, για να διευκολυνθούμε, αλλά υπάρχουν δύο βασικές προϋποθέσεις: να υπάρχουν σταθερά πρωτογενή πλεονάσματα και να γίνουν οι αναγκαίες διαρθρωτικές αλλαγές.

Επομένως, νομίζω ότι έτσι θα βγουν κερδισμένες και οι δύο πλευρές, η Ελλάδα θα εκσυγχρονιστεί και οι πιστωτές της θα πληρωθούν.

Tibor Szanyi (S&D). - Köszönöm szépen a szót! Tisztelt Elnök Úr!

Ezt a vitát hallgatva többször fölremltet bennem, hogy ha bármelyikünk, európai képviselők, bizottsági tisztviselők bemennek egy kávézóba, vagy bárhova, ahol európai polgárok sokaságával találkozhatnak, és föltennék a kérdést, hogy ezt a kettes csomag, hatos csomag, ezeket a szakkiejezéseket egyáltalán értik-e, hát jó esetben százból ha egy ember fogja ezt érteni. Pedig ez a vita is hozzájárult – és köszönöm azoknak a kollégáknak, akik megvilágították – hogy lényegében az eurózóna válságának vagy az eurózónának tulajdonított válság kezeléséről szóló intézkedésekről van szó.

De ezek sorában van egy dolog, amiről kevesebb szó esett ma – s erre hívnám fel a figyelmet, lényegében egy kérdést is teszek fel az Európai Bizottság képviselőjének –, hogy a leírt mondatokon túl mit tettek, és mit kívánnak tenni azért, hogy a társadalmi párbeszéd, hogy tehát az egyes szereplők megértése jobb legyen ebben a dologban.

Dienstag, 16. Dezember 2014

Nekem ugyanis az a gyanúm, hogy ennek a hatos vagy kettes csomagnak nevezett intézkedési sornak az igazi problémája az: nem értették meg a társadalmak, miről is van szó, és ezért nehéz volt partnerséget találni velük. Kérdésem tehát: mit kívánnak tenni azért, hogy a társadalmi párbeszéd valóban kísérelje ezt a folyamatot. Köszönöm szépen!

Hübner, Danuta Maria (PPE). - Mr President, I would like to highlight three issues for Vice-President Dombrovskis. My first comment is that I believe the very nature of economic governance forces us to look beyond this six-pack and two-pack into areas such as, for example, the banking union; even if it is not an element of economic governance we all know that it can bring stability to the system and also influence the capacity of the EMU to deliver. So when identifying the areas for improvement within economic governance, I think we have to have this broader perspective.

My second comment is on rules versus procedures, and my colleague Mr Niedermayer alluded to this issue. I think that the economic governance framework has indeed put many rules in place but their success hinges on the right policy choices. We also know that citizens, when looking at the outcome of economic governance, do not differentiate between the policy choices – mostly made nationally – and the rules on which the system is based. This can of course raise doubts about the viability of the system as well as its democratic credentials. So I think that while respecting the rules, we also have to have better tailor-made policy choices and also we have to carefully assess and hopefully fill in the legitimacy gap.

The third point is on growth. I think, in particular today, that any economic governance needs to have a strong growth perspective, and structural reforms are of the essence here; and yet the governance framework does not provide for a mechanism to foster those reforms. Contractual arrangements which were proposed by the four presidents two years ago had until recently disappeared from the radar. The Eurogroup conclusions from December seemed to reopen this issue, so I hope that we will also have a strong commitment as a catalyst for structural reforms. I also hope that the Commission will push in this direction and will play a leading role in this issue.

Hugues Bayet (S&D). - Monsieur le Président, Monsieur le Commissaire, lorsque l'on veut évaluer et réviser des mesures aux conséquences macroéconomiques aussi lourdes, il faut évidemment que le spectre de l'évaluation soit assez large pour permettre une analyse cohérente.

Or, pour le *six-pack* et le *two-pack*, de quelle évaluation disposons-nous? D'une communication technique de la Commission, qui aborde l'évolution des déficits publics, un point c'est tout. Rien, ou presque, sur l'évaluation de l'impact sur la croissance économique. Rien sur l'évolution du chômage. Rien sur l'évolution des droits sociaux. Et rien sur l'évaluation de la pauvreté.

Or, pour le quotidien de la grande majorité des Européens, l'évaluation du *two-pack* et du *six-pack* est clairement tout autre: c'est l'austérité budgétaire, c'est une attaque frontale des droits sociaux, une augmentation sensible de la pauvreté et la remise en cause des droits fondamentaux comme, par exemple, l'accès universel aux soins de santé.

À l'évaluation doit donc succéder la réaction, déterminée et socialement juste. L'Europe, tout en maîtrisant ses déficits publics, doit redevenir un levier de progrès social et d'espoir. On pourrait, à cet égard, créer un nouveau *eight-pack* social, qui devrait avant tout comprendre une politique d'investissements publics assumés, là où le privé ne prend pas ses responsabilités – les derniers chiffres de la BCE l'ont démontré – mais aussi, et c'est l'évidence, une taxation effective et coordonnée du grand capital et des bénéfices des entreprises.

Un effort majeur en matière d'emploi, l'instauration d'un salaire minimum européen et une lutte efficace contre les dumpings social et environnemental en seraient d'autres fondements. L'austérité – c'est aujourd'hui évident – n'a pas fonctionné. Le recul social était prévu mais il est, malheureusement, cruellement au rendez-vous. L'échec économique, lui, finit de décrédibiliser la stratégie – si on peut l'appeler ainsi – de l'austérité aveugle. Une évaluation globale aurait le mérite de produire des conclusions évidentes. Il faut vite changer de cap et réinvestir dans des valeurs de progrès et de justice sociale.

(L'orateur accepte de répondre à une question «carton bleu» (article 162, paragraphe 8, du règlement))

Dienstag, 16. Dezember 2014

Bernard Monot (NI), *question «carton bleu»*. – Monsieur le Président, Monsieur Bayet, cher collègue, je suis entièrement d'accord avec votre déclaration mais qu'attendent votre parti, en France, et votre président pour appliquer ces fabuleuses règles?

Hugues Bayet (S&D), *réponse «carton bleu»*. – Cher collègue, je vous remercie pour votre question mais, malheureusement, dès que vous prenez la parole, c'est toujours pour critiquer les socialistes français. Je suis moi-même un socialiste belge et je suis ici pour faire un travail dans l'intérêt de l'Europe et non pour répondre aux questions du Front national sur leurs ennemis éternels, à savoir tantôt les socialistes, tantôt les libéraux.

Lara Comi (PPE). - Signor Presidente, onorevoli colleghi, signor Commissario, ritengo che il dibattito odierno sia uno dei più importanti che noi possiamo affrontare in qualità di deputati europei. E, proprio come deputati europei, siamo stati eletti dai cittadini per cambiare la situazione. Non siamo qui per fare proteste senza proposte. Dobbiamo raggiungere degli obiettivi chiari, altrimenti non seguiremmo il mandato che i cittadini ci hanno fornito. Il Santo Padre ci ha rivolto il 25 novembre un messaggio chiaro, un messaggio chiaro che è stato condiviso dal 99,9% di questa Aula che era: «più Europa, un'Europa più equa e necessità di mantenere viva la realtà delle democrazie». Questo messaggio è stato condiviso, a parole, con dichiarazioni da parte di tutti i gruppi con solamente due o tre contrari. Questo vuol dire unire la crescita economica con la stabilità.

Ma in un momento di crisi arriva prima la crescita, altrimenti non se ne esce. Senza crescita continuiamo ad avere una stabilità e diventa quasi come un cappio al collo. E se per crescita dobbiamo usare più debito – solo, e dico veramente, soltanto e da italiana posso capire le sue perplessità – per investimenti, perché non farlo? Sono convinta che gli investimenti siano il trampolino di lancio per un'effettiva crescita e questo creerebbe veramente posti di lavoro. Approvo in pieno il progetto di Juncker per l'Unione fiscale. In Italia risolverebbe veramente tanti problemi vista la tassazione che noi abbiamo.

Vede, alcuni italiani sono qui a Strasburgo a lamentarsi per il patto di stabilità europeo. Ma spesso volte si guarda altrove e non si guarda in casa propria: iniziamo a sistemare i conti in casa nostra, modificando il patto di stabilità interno che non consente ai sindaci di spendere i soldi che hanno. Si discute anche della disoccupazione in Germania, dove c'è l'euro, della disoccupazione in Inghilterra dove non c'è l'euro e in questo caso sono tassi molto più bassi dei nostri.

Concludo dicendo che diciamo alla BCE di avere

(Il Presidente ritira la parola all'oratore)

Κώστας Μαυρίδης (S&D). - Κύριε Πρόεδρε, εγώ με τη σειρά μου απευθύνομαι τόσο στους εκπροσώπους της Ευρωπαϊκής Επιτροπής όσο και στους συναδέλφους μου.

Ξεκινώ με μια διαπίστωση: Δεν υπάρχει γκρίζο· είναι άσπρο ή μαύρο. Το όραμα της Κοινής Ευρωπαϊκής Στέγης προϋποθέτει κοινή σύγκλιση στο οικονομικό επίπεδο διαβίωσης των Ευρωπαίων. Και οι Ευρωπαίοι είναι από το ένα άκρο μέχρι το άλλο άκρο.

Κατανοώ όσους επιμένουν ότι τα χρέη ενός κράτους μέλους δεν πρέπει να μεταφέρονται στους ώμους άλλου κράτους μέλους. Ωστόσο τονίζω ότι στα οικονομικά τα πράγματα δεν είναι zero-sum αλλά είναι και προσθετικά. Δηλαδή, μπορούμε μέσα από συλλογική διαχείριση, να συναποφασίσουμε κανόνες, αλλά αυτοί οι κανόνες δεν σημαίνει ότι πρέπει να είναι απόλυτα ίδιοι για όλα τα κράτη μέλη.

Επίσης, τονίζω προς τους συναδέλφους μου ότι δεν προσδοκώ πολλά από εκείνους που θέλουν να διαλύσουν την Ευρωπαϊκή Ένωση. Η απογοήτευσή μου όμως είναι από εκείνους που δηλώνουν ότι συμμεριζόμαστε το ίδιο όραμα για την Ευρώπη, αφήνουν όμως έξω τους ευρωπαίους πολίτες –ή ένα μέρος των Ευρωπαίων πολιτών, είτε είναι στο Νότο είτε είναι στο Βορρά. Καταλήγουμε λοιπόν να έχουμε country specific recommendations αλλά δεν έχουμε country specific φάρμακο.

Και ένα συγκεκριμένο παράδειγμα: Έχουμε τραπεζική ένωση αλλά δεν έχουμε κοινό ενιαίο σχέδιο εγγύησης των καταθέσεων.

Αυτά λοιπόν και αναμένω την ευαισθησία όλων για τον ευρωπαϊκό Νότο.

Dienstag, 16. Dezember 2014

José Manuel Fernandes (PPE). - Senhor Presidente, Senhor Comissário, caras e caros Colegas, a coordenação, a partilha, a sincronização, o máximo de transparência são fundamentais na governação da União Europeia, mas a prevenção é crucial. Agarro aqui o ditado popular *mais vale prevenir do que remediar*, e esta é uma forma de dizer, enquanto português: *troica, nunca mais*.

Com esta legislação, o *six-pack* e o *two-pack*, reforçamos a credibilidade e a confiança no espaço, nas instituições, da União Europeia. Permite identificar os problemas e corrigi-los, antes que se transformem em desequilíbrios sem solução. A prevenção e as medidas corretivas promovem a responsabilidade e, consequentemente, a solidariedade.

Acumular défice e aumentar a dívida de forma insustentável tem um preço que todos pagamos, e sobretudo as gerações futuras. Mas precisamos de uma interpretação flexível e inteligente do *six-pack* e do *two-pack*. É necessário que permitam e que tenham como objetivo a defesa do crescimento económico e do emprego, a defesa da competitividade, sem que a credibilidade dos compromissos seja colocada em causa.

Para além disso, a coesão social, a coesão territorial é outra preocupação que a interpretação flexível e inteligente destes *six-pack* e *two-pack* deve permitir.

Nicola Danti (S&D). - Signor Presidente, onorevoli colleghi, appare evidente come la governance economica europea debba essere riformulata nell'ottica del cambiamento di paradigma di questi ultimi mesi, tenendo conto che il nostro continente è caratterizzato da una crescita fragile e incerta, una pericolosa deflazione e una strutturale disoccupazione. Il piano degli investimenti proposto da Juncker rappresenta solo il primo e insufficiente passo verso un cambio di direzione, che dovrà delinearsi più nettamente nei prossimi mesi.

La priorità accordata a crescita e sviluppo per uscire dalla crisi deve riflettersi ora negli strumenti tecnici della governance economica europea. È un'occasione importante, forse l'ultimo appello per l'Europa, quell'Europa che abbiamo costruito a fatica e a causa di politiche economiche miopi rischia ora di essere consegnata a populismi e a nazionalismi o più semplicemente a un destino di irrilevanza. Come evidenziato nelle conclusioni del Consiglio europeo di giugno, un'intelligente flessibilità non può essere una gentile concessione ma deve essere una scelta strategica per l'Europa. Così come lo devono essere le riforme strutturali che gli Stati devono realizzare in tempi definiti.

Ma non è possibile pensare di basare tutte le prospettive di ripresa sul piano Juncker senza che vi sia un parallelo incoraggiamento della spesa intelligente da parte degli Stati. Noi non chiediamo una flessibilità astratta. Noi chiediamo che si incoraggi una spesa virtuosa che funga da moltiplicatore allo stesso piano Juncker e che contribuisca a costruire una ripresa duratura basata su un'economia reale di imprese ...

(Il Presidente ritira la parola all'oratore).

Ева Паунова (PPE). - Два законодателни пакета бяха приети в условия на безпрецедентен натиск за укрепване на икономическото управление и преодоляване на възникналата несигурност. Изготвеният от Европейската комисия преглед показва, че новите правила за координация и икономическите и бюджетните политики са постигнали положителни резултати по отношение на намаляването на нивата на бюджетните дефицити. Макар някои от новите инструменти, като автоматичния механизъм за санкции, да не са прилагани на практика, тяхното възпиращо действие създава силен стимул за придържане към стабилна бюджетна политика. От изключително значение е да имаме надеждна и функционираща система, която да гарантира, че повтарянето на старите грешки със смекчаването на правилата ще бъде избегнато. Единствено последователното им прилагане ще накара държавите членки да провеждат необходимите структурни реформи и ориентираната към стабилност фискална политика, които подобряват конкурентоспособността и благоприятстват създаването на работни места.

Необходимо е също така да се подобрят стимулите за прилагане на специфичните за всяка държава препоръки, които досега не се отчитат достатъчно на национално ниво. Новата рамка дава възможност за достатъчно гъвкавост по отношение на извънредните обстоятелства и евентуалното изменение единствено би подкопало доверието в нейната надеждност. Към установяването на такива обстоятелства трябва да се прилагат еднакви стандарти, за да се гарантира, че малките държави отговарят на същите критерии като големите държави членки. Апелирам към Европейската комисия да гарантира спазването на тези правила, като обективно отчита политическия ангажимент на държавите членки за провеждането на реформи и постигнатите от тях резултати.

Dienstag, 16. Dezember 2014

Neena Gill (S&D). - Mr President, I echo the call from my colleagues that we urgently need to review the economic governance rules in the EU. The Commission communication is a small step but we need to go further. As an ultimate proof of failing austerity policies, the economic governance framework needs profound change, and as the European Parliament we have the legislative key. The facts are: 25 million unemployed people, economic stagnation, deflation, excessive debt, high deficits, democratic deficit. These rules are hurting instead of working.

Laudable as it is to keep the deficit under 3%, we need to recognise the cost too. Therefore, I believe the economic governance framework needs to be broader and take into account social elements. The key questions are: what are the Member States doing to tackle poverty, tax fraud and youth unemployment? How do they increase education opportunities? These criteria need to get the same weight in the analysis as the level of public deficit and debt.

Given the interconnection of all our economies, I do recognise the need for effective management of our economies and, yes, smart investments need to be treated in a flexible way. The reform of the six-pack and the two-pack will be an important test to show that the EU takes European citizens seriously, and an opportunity to make a European project people can believe in. I would urge Vice-President Dombrovskis to make sure that the Commission does not just act as accountants but that when they look at the balance sheets ..

(The President cut off the speaker)

Romana Tomc (PPE). - Strinjam se z ugotovitvami Evropske komisije in tudi z vsemi tistimi, ki pravite, da je v preteklih letih ekonomsko upravljanje v posameznih državah članicah Evropske unije zašlo v slepo ulico. In seveda, da oba svežnja ukrepov ponujata nekako izhod in pot iz te situacije.

O tem, ali pa je bil to tudi dejansko uspešen projekt, pa trenutno še zelo težko sodimo. Ob vseh pomislekih, ki jih imamo, pa lahko rečemo, da je okrepljen in poglobljen proračunski nadzor ustrezen in seveda tudi nujen. Vlade posameznih držav se prepogosto obnašajo neracionalno, seveda v kontekstu tega, da bi čim bolj ugodile svojim volilcem.

Dobro je, da je bil v postopku v zvezi z makroekonomskimi ravnotežji nadzor ekonomskih politik razširjen in da upošteva tudi socialni vidik.

Komisija nam poroča, da je opravila 42 poglobljenih pregledov in ugotovila 5 primerov neravnotežja, vendar ni ukrepala.

V zvezi s tem se seveda pojavlja še eno pomembno vprašanje: ali so obljube, ki jih dajejo posamezne vlade, zadostne, ali Komisija preveč zaupa posameznim vladam in premalo seveda po vsebini presoja, ali so ti ukrepi, ki jih vlade obljubljajo, na koncu tudi dejansko realizirani.

Vsaj kar zadeva mojo državo, Slovenijo, lahko ugotovim, na podlagi preglednice, ki

je v prilogi, da je Komisija verjela bolj obljubam.

Na koncu bi poudarila to, da bi morala Komisija v nadaljevanju seveda zagotoviti

večjo pozornost vsebinski presoji posameznih ukrepov, in druga pomembna zadeva:

Komisija mora v vseh primerih, tudi v primerih

(Predsedujoči je poslanki vzel besedo.)

Olle Ludvigsson (S&D). - Herr talman! Det är viktigt att vi är mycket noggranna i vår analys av sex- och tvåpacken – hur de har fungerat hittills. Det är svårt att göra en korrekt utvärdering efter så kort tid och i ett läge där det nya regelverket i princip bara använts i kris.

Jag anser att det är ett bra regelverk och att det tills vidare bör behållas som det är. När det gäller reglerna som sådana är det i nuläget inte rimligt att göra några förändringar. Däremot är det högst rimligt att titta på hur regelverket faktiskt används. Det finns förbättringspotential.

Dienstag, 16. Dezember 2014

Regelverket är både flexibelt och intelligent. Problemet är att det inte använts på något flexibelt eller intelligent sätt. Tillämpningen har alltför mycket präglats av enkelspårighet och ideologiska skygglappar. Dessa brister har i flera avseenden varit negativa för den ekonomiska utvecklingen.

Alla de möjligheter som reglerna erbjuder måste nu börja användas på allvar. Det går att skapa fungerande planer för sanering av underskott och skulder. Det går att skapa utrymme för stimulanser och investeringar i länder som behöver det. Det är inte regelverket det är fel på. Det är tillämpningen.

Catch-the-eye-Verfahren

Franc Bogovič (PPE). - Gospodarska in fiskalna unija je zelo pomembna tako za velike kot za male države. Euro je eden od ključnih gonil, predvsem v malih, izvozno usmerjenih državah, kakršna je tudi Slovenija.

Podpiram pravila, ki so stroga in se upoštevajo tako za velike kot za male države. Glede na spremenjene okoliščine, v katerih pa smo se znašli vsled gospodarsko-finančne krize, sem pa zelo vesel novega paketa gospoda Junckerja, ki na nek način omogoča to, da bomo lahko z najučinkovitejšim ukrepom, se pravi z delovnim mestom, ustvarili fiskalno stabilnost, hkrati pa tudi socialno državo.

Zato sem trdno prepričan, da je potrebno pri teh reformah, ki so zapisane v številnih preglednicah držav, države vzeti zelo pod drobnogled in pri teh državah tudi vztrajati, da so reforme izvedene in da so dolgoročno izvedene. Potrebne so predvsem za države same, ne za Evropsko unijo.

Георги Пирински (S&D). - Уважаеми г-н Домбровски, Вие изглежда сте забравил първото изречение на Вашия собствен доклад, където е записано, че целта на новите механизми е да засилят икономическото управление, за да се постигне устойчиво сближаване, икономически растеж и работни места. И по-нататък, ключовият въпрос на този преглед е доколко новите правила са допринесли за устойчивото сближаване на икономическото развитие на държавите членки. Във Вашите кратки уводни думи Вие не споменахте нито един факт, нито едно число, че се върви към постигане на тези същински цели на новото икономическо управление. В състояние ли сте да дадете отговор тук, днес, сега, именно на този въпрос?

Νότης Μαριάς (ECR). - Κύριε Πρόεδρε, από τη συζήτηση που έχει διεξαχθεί αποδείχθηκε ότι το τεράστιο δημοκρατικό έλλειμμα που ισχύει κατά τη διαδικασία της περιφημής οικονομικής διακυβέρνησης είναι δεδομένο. Η Επιτροπή, χωρίς δημοκρατική νομιμοποίηση, θεωρεί ότι μπορεί να καθορίζει την οικονομική και κοινωνική πολιτική των κρατών μελών. Θεωρεί ότι μπορεί να ελέγχει τους εθνικούς προϋπολογισμούς και να επιβάλλει στα εθνικά κοινοβούλια τι να πράξουν. Μάλιστα ο κ. Juncker έχει εντελώς αποθρασυνθεί και, ενεργώντας ως εκπρόσωπος των δανειστών και της Τρόικας, παρεμβαίνει παράνομα στις εσωτερικές πολιτικές εξελίξεις στην Ελλάδα, στηρίζοντας τη μνημονιακή συγκυβέρνηση και τα μνημονιακά κόμματα ενόψει των επικείμενων εθνικών εκλογών.

Το ίδιο κάνει και στην Αθήνα τα τελευταία εικοσιτετράωρα ο κύριος Moscovici. Κύριοι Επίτροποι, παρανομείτε και παραβιάζετε τη Συνθήκη, που σας επιβάλλει πολιτική ουδετερότητα. Συμμαζευτείτε! Να ξέρετε ότι δεν μπορείτε να τρομοκρατήσετε τον ελληνικό λαό, που στις επικείμενες εκλογές θα σας βγάλει κόκκινη κάρτα και θα σας στείλει το μήνυμα που σας αρμόζει.

Εμμανουήλ Γλέζος (GUE/NGL). - Υπάρχει μια αρχαία ελληνική παροιμία η οποία λέγει: «ώδινεν όρος καί έτεκεν μυν» — κοιλοπονούσε το βουνό και γέννησε έναν ποντικό. Η εξάπτυχη και δίπτυχη δέσμη οικονομικών μέτρων δεν κατάφερε ούτε να γεννήσει έναν ποντικό! Δεν σταμάτησε τη ληηλασία του λαού υπέρ των τραπεζών· δεν σταμάτησε την ανεργία στην Ελλάδα· δεν σταμάτησε το κλείσιμο των μικρών επιχειρήσεων· δεν σταμάτησε τη φτώχεια και την πείνα· δεν σταμάτησε τις αυτοκτονίες.

Αυξήθηκε το χρέος ακόμη πιο πολύ. Γιατί; Διότι στηρίζεται στη θεοποίηση του χρήματος, στην αντίληψη ότι το χρήμα παράγει τα πάντα. Μέγα λάθος! Το χρήμα αντιπροσωπεύει και ανταλλάσσει αξίες, δεν παράγει αγαθά. Αξίες και αγαθά παράγει μόνον ο εργαζόμενος με την εργασία του.

Υπάρχει μία έρευνα ειδικών επιστημόνων που λέει ότι, αν δεν υπήρχε η καταλήστευση της υπεραξίας των εργαζομένων, αν δεν υπήρχαν τα εργατικά προβλήματα

(Ο Πρόεδρος διακόπτει τον ομιλητή)

Dienstag, 16. Dezember 2014

Ivana Maletić (PPE). - Gospodine predsjedniče, pozdravljam potpredsjednika Dombrovkisa i čestitam na ovom izvješću. Ja se slažem s većinom kolega koji su istaknuli da su pravila važna jer osiguravaju sustavan, strateški i koordiniran pristup dobrom ekonomskom upravljanju, a ono što je još bitno je da se ostavlja državama članicama prostor za samostalno pronalaženje najboljih rješenja za pametnu fiskalnu konsolidaciju, strukturne reforme i investicije.

Nema copy/paste rješenja, ali zahvaljujući europskom semestru države članice mogu razmjenjivati iskustva i učiti iz primjera najbolje prakse. Uz provedbu reformi u svakoj od država članica izuzetno je važan ustrajan rad na reformama na razini Europske unije, a to je jačanje jedinstvenog tržišta kroz uspostavu bankovne unije, jedinstvenog digitalnog tržišta, nove kohezijske politike. Te reforme su nam bitne kako bismo stvarali konkurentnu, kreativnu, inovativnu Europu i Europu rastućeg gospodarstva.

Virginie Rozière (S&D). - Monsieur le Président, face à une difficulté, il est toujours facile de désigner des boucs émissaires, et c'est en général la marque d'une certaine paresse intellectuelle. Face à la situation de l'Union européenne, dont il est question en ce moment, la facilité n'est certainement pas une option.

Nous sommes au bord d'une spirale déflationniste qui pourrait tous nous emporter, quelle que soit notre nationalité. Ne laissons donc pas les invectives entre pays tenir lieu de débat démocratique, et ne laissons pas des règles érigées en carcan tenir lieu d'outils de pilotage. L'urgence est plutôt de bâtir une véritable gouvernance économique qui nous rappellerait ce que l'Union ne devrait pas cesser d'être, à savoir un projet de coopération entre États, et non une compétition, ainsi qu'un projet au service des citoyens, et non à leur détriment. Bien sûr, pour ce faire, il faudra réviser les outils actuels, et c'est sur ce point que nous attendons la Commission.

(Ende des Cath-the-eye-Verfahrens)

Valdis Dombrovskis, Member of the Commission. - Mr President, first of all I would like to thank everyone for the interesting debate we had today. As I said at the beginning, the Commission sees the follow-up to the review, and the process of strengthening economic governance in general, very much as a dialogue with all stakeholders. The European Parliament is a key partner in this respect.

I have carefully taken note of the remarks and points raised. They will help us to see the strong points of the economic governance framework, as well as the areas for improvement. Similarly, I very much look forward to the work being done by Ms Berès and the shadow rapporteurs in preparing their own-initiative report.

A number of points have also been raised by colleagues that are probably somewhat outside the scope of the review of the six-pack and two-pack. Nevertheless I will make some brief responses to those, because there were a number of questions as regards the best use of flexibility within the Stability and Growth Pact. As you are aware, the Commission is preparing some more detailed guidelines or a document on the best use of flexibility within the existing Stability and Growth Pact, precisely in order to look into this issue. We will be presenting this document early next year and looking at various issues, including a number of issues raised on taking into account economic cycles, the treatment of investment, and the treatment of structural reforms. But once again, it is worth emphasising that we are making this document within the framework of the existing Stability and Growth Pact.

More specifically, on the question of the treatment of investments for the European Fund for Strategic Investments: this is something which the Commission outlined already when presenting the investment plan. The Commission will treat that kind of investment favourably, understanding that, while – just like any other expenditure, it would count towards deficit and debt – it would not trigger specific procedures under the Stability and Growth Pact should the Member States exceed their thresholds of whichever procedures by an amount no larger than their contributions to this fund. We are really ensuring this favourable treatment.

Of course, it is clear that the topic of strengthening our economic governance system is far from finished. I am looking forward to engaging with you and other stakeholders in intensive debate during the coming months.

Dienstag, 16. Dezember 2014

Written statements (Rule 162)

Schriftliche Erklärungen (Artikel 162 GO)

Inés Ayala Sender (S&D), *por escrito*. – A la vista de lo que la Comisión y el Consejo han manifestado en el curso del debate sobre la revisión del paquete de gobernanza económica, quiero manifestar lo siguiente: 1) Discrepo en la valoración que hace la Comisión respecto de la efectividad del paquete de normas conocido como «Six-Pack» y «Two-Pack», en la medida en que la reducción de los déficits públicos se ha logrado a costa del crecimiento y del empleo. Desde el inicio de la crisis en 2007-2008, el diferencial de crecimiento del PIB entre la Unión Europea y la eurozona, y los Estados Unidos, ha sido superior en media a un punto porcentual por año. Este paquete normativo tampoco ha servido para garantizar la estabilidad financiera, lo que se ha logrado gracias a la integración económica (unión bancaria) y la política monetaria del BCE. 2) La Comisión debe por tanto proponer una revisión de estas normas, para que dejen de centrarse en la búsqueda obsesiva de los ajustes fiscales con ánimo punitivo y sirvan para impulsar el crecimiento económico y el bienestar social. Asimismo, el Consejo Europeo debe meditar sobre la conveniencia de reformar el propio Pacto de Estabilidad y Crecimiento.

Dominique Bilde (NI), *par écrit*. – Suite à la crise économique et financière, l'Union européenne a souhaité «renforcer sa gouvernance économique» à travers les règlements du «six-pack» et du «two-pack» qui sont ici réexaminés. Le «six-pack» autorise la Commission à demander des corrections au budget des États membres dont les dépenses dérapent. Pire, après deux rappels, elle peut mettre à l'amende les États récalcitrants aux injonctions de Bruxelles, amende pouvant aller jusqu'à 0,1 % du PIB. À ce dernier s'ajoute le «two-pack» qui renforce les pouvoirs de la Commission dans la surveillance budgétaire des États membres. Qui plus est, le «two-pack» oblige les États à se fonder sur des prévisions de croissance indépendantes et à soumettre son budget à un organisme de contrôle budgétaire. Enfin, le pacte budgétaire (TSCG) devra devenir réalité en 2018. Cette «règle d'or», véritable plan d'austérité, mettra un peu plus sous tutelle les budgets nationaux et tuera la croissance des États membres. Après nous avoir privés de notre souveraineté monétaire, ces règlements et traités sacrifient sur l'autel du fédéralisme européen la liberté des peuples à disposer d'eux-mêmes. C'est la victoire des agences de notation et des marchés financiers sur les États!

Nicola Caputo (S&D), *per iscritto*. – Il Patto di stabilità va rispettato, ma servono nuovi investimenti per rilanciare l'Europa e il lavoro. Il vero tradimento a danno delle generazioni future è quello di privarle delle infrastrutture indispensabili alla crescita e al benessere, di lasciare loro in lascito infrastrutture cadenti, scuole mediocri, un sistema sanitario inadeguato e una crescita potenziale compromessa. Per evitare questa situazione, serve l'inserimento nel Patto di stabilità di una clausola di flessibilità e l'attivazione del nuovo Fondo europeo per gli investimenti strategici. Una più profonda e giusta unione monetaria ed economica passa attraverso il riesame delle norme del «Six pack» e del «Two pack», i testi che hanno introdotto l'obbligo del pareggio di bilancio strutturale e sui quali si sono basate le politiche per il rientro degli sbilanci eccessivi di debito e deficit dei paesi dell'UE. Ci sono margini di miglioramento riguardo alla trasparenza e alla complessità dell'elaborazione delle politiche e del loro impatto su crescita, squilibri e convergenza. Deve essere assolutamente rivisto il Fiscal Compact che istituzionalizza su base permanente il regime di austerità che è stato imposto in Europa in seguito alla crisi, eliminando definitivamente anche quell'esiguo margine di manovra fiscale previsto dal Trattato di Maastricht e dal Patto di stabilità.

Monika Flašíková Beňová (S&D), *písomne*. – Podľa dostupných informácií, ako aj aktuálneho vývoja sa javia byť 2-pack a 6-pack len marketingovými názvami neexistujúcej stratégie. Ako inak možno vnímať nekonzekventné dodržiavanie pravidiel, aktuálne napríklad vo Francúzsku. Ak Európska komisia chce, aby občania členských štátov Európskej únie dôverovali projektu ekonomického riadenia Európskej únie, potom musí v prvom rade vyžadovať dodržiavanie pravidiel, ktoré sama stanovila, a za ich porušenie vyvodiť tvrdé sankcie, voči ktorýmkoľvek štátu bez ohľadu na jeho politický vplyv či geografický význam. Okrem toho by sa mala Európska komisia zamerať aj na zváženie pravidiel pre rozpočty členských štátov, ktoré častokrát znemožňujú prorastové opatrenia, a tým aj reálny rast ekonomík, či zlepšovanie sociálnej situácie obyvateľov. V neposlednom rade je nevyhnutné zaviesť reálne opatrenia proti daňovým únikom a obmedzenia pre daňové raje, či už v Európskej únii alebo za jej hranicami. Takéto opatrenia by mohli zabezpečiť tak potrebné prostriedky pre rozpočty členských štátov a zároveň by boli akousi morálnou satisfakciou pre obyvateľov.

Dienstag, 16. Dezember 2014

Ildikó Gáll-Pelcz (PPE), írott. – Az eurózónát és a nem euró-zóna tagállamokat gazdasági teljesítmény tekintetében kettészakította a válság, amely kettősség erősen megkérdőjelezi bármiféle közös gazdaságpolitika hatékonyságát. Véleményem szerint közös jövőnk azon áll vagy bukik, hogy ezt az aggasztó különbséget sikerül-e csökkenteni. A folyamat bár elkezdődött, rettentő lassan halad, és féltő, hogy mire közelednének egymáshoz a gazdaságilag „jól” működő, és a válságtól szenvedő, elsősorban dél-európai országok, addigra már túl késő lesz. Bebizonyosodott, hogy a válság leküzdéséhez fegyvelmezett költségvetési politikára is szükség van, ehhez akár alkotmányos szinten is rögzített strukturális költségvetési szabályok kellenek.

Nyilvánvalóvá vált, hogy az Európai Unióban a 2011-ben elindított intézkedések nem voltak képesek a foglalkoztatási rátát (68%) érdemben növelni, míg például hazám, Magyarország kis, megfeszített lépésekkel 2010 óta folyamatosan növeli azt: 60,4%-ról 63,2%-ra nőtt ez a mutató. Úgy vélem, hogy ezen a téren Magyarország jó példaként kell, hogy szolgáljon. A felülvizsgálat keretében mérlegelt legfőbb kérdés most az, hogy a hatos és a kettes csomag által bevezetett új szabályok milyen mértékben voltak eredményesek a kitűzött célok elérésében, és mennyire járultak hozzá a tagállamok gazdasági teljesítményének tartós konvergenciájához. Kíváncsian várom, a Bizottság milyen irányba fog elmozdulni egy esetleges átstrukturálás érdekében.

Iratxe García Pérez (S&D), por escrito. – A la vista de lo que la Comisión y el Consejo han manifestado en el curso del debate sobre la revisión del paquete de gobernanza económica, quiero manifestar lo siguiente: 1) Discrepo en la valoración que hace la Comisión respecto de la efectividad del paquete de normas conocido como «Six-Pack» y «Two-Pack», en la medida en que la reducción de los déficits públicos se ha logrado a costa del crecimiento y del empleo. Desde el inicio de la crisis en 2007-2008, el diferencial de crecimiento del PIB entre la Unión Europea y la eurozona, y los Estados Unidos, ha sido superior en media a un punto porcentual por año. Este paquete normativo tampoco ha servido para garantizar la estabilidad financiera, lo que se ha logrado gracias a la integración económica (unión bancaria) y la política monetaria del BCE. 2) La Comisión debe por tanto proponer una revisión de estas normas, para que dejen de centrarse en la búsqueda obsesiva de los ajustes fiscales con ánimo punitivo y sirvan para impulsar el crecimiento económico y el bienestar social. Asimismo, el Consejo Europeo debe meditar sobre la conveniencia de reformar el propio Pacto de Estabilidad y Crecimiento.

Sergio Gutiérrez Prieto (S&D), por escrito. – A la vista de lo que la Comisión y el Consejo han manifestado en el curso del debate sobre la revisión del paquete de gobernanza económica, quiero manifestar lo siguiente: 1) Discrepo en la valoración que hace la Comisión respecto de la efectividad del paquete de normas conocido como «Six-Pack» y «Two-Pack», en la medida en que la reducción de los déficits públicos se ha logrado a costa del crecimiento y del empleo. Desde el inicio de la crisis en 2007-2008, el diferencial de crecimiento del PIB entre la Unión Europea y la eurozona, y los Estados Unidos, ha sido superior en media a un punto porcentual por año. Este paquete normativo tampoco ha servido para garantizar la estabilidad financiera, lo que se ha logrado gracias a la integración económica (unión bancaria) y la política monetaria del BCE. 2) La Comisión debe por tanto proponer una revisión de estas normas, para que dejen de centrarse en la búsqueda obsesiva de los ajustes fiscales con ánimo punitivo y sirvan para impulsar el crecimiento económico y el bienestar social. Asimismo, el Consejo Europeo debe meditar sobre la conveniencia de reformar el propio Pacto de Estabilidad y Crecimiento.

Dienstag, 16. Dezember 2014

Danuta Jazłowiecka (PPE), *na piśmie*. – Szanowni Państwo, niewątpliwie trzeba zgodzić się ze stanowiskiem Komisji, iż minął zbyt krótki okres, aby móc rzetelnie ocenić funkcjonowanie przepisów dotyczących zarządzania gospodarczego – wystarczy wspomnieć, iż dwupak wszedł w życie zaledwie półtora roku temu. Komisja chwali się osiągniętym postępem w zakresie redukcji deficytów w państwach członkowskich i zmniejszenia się ilości krajów objętych procedurą nadmiernego deficytu. Patrząc jednak na ogólny stan gospodarczy Unii trudno uznać prowadzoną politykę za kompleksowy sukces. Społeczeństwa najbardziej dotknięte działaniami sanacyjnymi wprowadzanymi na polecenie Unii, coraz wyraźniej zaczynają się buntować. Kryzys polityczny w Grecji, strajki we Francji, czy we Włoszech, każą zastanowić się nad kosztami społecznymi podjętych działań zmierzających do redukcji deficytu budżetowego. Tak naprawdę oprócz zmniejszenia się zadłużenia trudno wskazać jakieś inne pozytywy. Gospodarki wielu państw członkowskich po raz kolejny zbliżają się do recesji, a bezrobocie w wielu z nich utrzymuje się na wysokim poziomie. Z tej perspektywy trudno mówić o jednoznacznym sukcesie obowiązującego pakietu zarządzania gospodarczego. Wielu ekonomistów wskazywało, że sama sanacja finansów publicznych może nie wystarczyć do powrócenia na ścieżkę wzrostu. Dobrze więc, że nowa Komisja dostrzegała konieczność uzupełnienia omawianych regulacji pakietem stymulującym europejską gospodarkę. Spotkał się on z dosyć powszechną krytyką, jednak w interesie nas wszystkich jest, aby przyniósł on oczekiwane efekty.

Sophie Montel (NI), *par écrit*. – L'Union, depuis la crise économique, a décidé d'accroître sa «gouvernance économique», par le biais des règlements du «six-pack» et du «two-pack». Instrument intrusif par nature, le «six-pack» permet à la Commission d'exiger des corrections budgétaires des États membres dont les dépenses dérapent. Après deux rappels, les États récalcitrants aux injonctions de Bruxelles se voient alors imposer une amende. Le «two-pack» renforce, lui, encore les pouvoirs de la Commission dans le domaine de la surveillance budgétaire. Les États membres sont ainsi contraints de s'appuyer sur des prévisions de croissance indépendantes et de présenter leur budget à un organisme de contrôle budgétaire. À cet arsenal s'ajoute le pacte budgétaire (TSCG), exigé en son temps par le binôme «Merkel-Sarkozy», qui entrera en application en 2018. Cette «règle d'or», ou énième plan d'austérité, finira de mettre sous tutelle les budgets nationaux et annihilera toute idée de croissance dans les États membres. Ces deux règlements vont à l'encontre de notre souveraineté monétaire et budgétaire et de l'intérêt du peuple français. Avec l'Union, c'est toujours plus de soumission au dogme de la monnaie unique, à l'ultralibéralisme, au fédéralisme et aux marchés financiers!

Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito*. – La declaración sobre la gobernanza que nos ha presentado es un fraude que esconde la violencia de unas medidas que causan sufrimiento a los pueblos, que destruyen empleo en todos los sectores —agricultura, pesca, industria—, que generan cada día más hambre, miseria y pobreza. En mi país, en Galicia, este viernes pasado se celebraban tres movilizaciones simultáneamente en diferentes puntos de nuestra geografía por actuaciones relacionadas con la destrucción de empleo asalariado en Alcoa y Lantero y con el impago de salarios en Cleanet. He vuelto a escuchar hoy en este debate que no se puede gastar más de lo que se tiene, que hay que ajustar los presupuestos. Pero, ¿saben una cosa? Mi pueblo, Galiza, no es pobre: ustedes con sus políticas nos han empobrecido. Con sus políticas se han apropiado de nuestra riqueza y de nuestros recursos, destruyendo nuestros sectores productivos, nuestras industrias, y entregando nuestros mercados a las multinacionales. De nuestra deuda habría que hacer un balance, a ver quién debe a quién. La gobernanza económica seguirá fracasando y, mientras no pongan la economía al servicio de las personas, la destrucción de empleo, la miseria, el hambre, la pobreza y la exclusión social no dejarán de aumentar.

Ivan Štefanec (PPE), *písomne*. – Pravidlá Paktu stability a rastu by mali byť akceptované všetkými členskými krajinami EÚ a EÚ by mala zabezpečiť, aby rovnaké pravidlá platili a boli dodržované malými i veľkými štátmi EÚ. Myslím si, že 6 - Pack a 2 -Pack nepotrebujú revíziu, keďže niektoré ustanovenia nie sú ešte dostatočne dlho v platnosti, aby sme vedeli posúdiť ich pôsobenie.

Milan Zver (PPE), *pisno*. – Spoštovani, zahvaljujem se Evropski komisiji in podpredsedniku g. Valdisu Dombrovskisu za kratek in jedrnat pregled ekonomskega upravljanja. Kriza je razkrila naše pomanjkljivosti in Evropo ujela nanjo nepravilno.

S šesterčkom in dvojčkom smo okrepili pakt za stabilnost in rast ter vgradili varnostni mehanizem, ki s preventivo zagotavlja gospodarsko stabilnejšo Evropo. Res je, da ukrepov še nismo uspeli preizkusiti v različnih gospodarskih okoliščinah, a mehanizmi, kot so vsakoletna objava reformnega programa in programa stabilnosti, evropski semester in tako naprej, zagotavljajo dovolj zgodnje odkrivanje težav ter pravočasno ukrepanje.

Dienstag, 16. Dezember 2014

Imamo boljši nadzor in države članice morajo biti bolj previdne in natančne pri načrtovanju svojih proračunov. Dejstvo, da so se proračunski primanjkljaji v državah članicah pričeli zmanjševati, pa kaže na to, da so prvi gospodarski odzivi na šesterček in dvojček pozitivni.

Žalosti me, da je moja Slovenija edina država članica, ki je bila dvakrat zapored s strani Evropske komisije opozorjena na makroekonomska neravnotežja. A s temi težavami se moramo soočiti kot vsaka druga država članica in s finančno konsolidacijo ta neravnovesja odpraviti.

Dovolite mi, naj le še poudarim, da moramo v enaki meri odgovornost zahtevati tako od manjših kot od večjih držav članic. Pravila naj bodo enaka za vse.

Der Präsident. - Die Aussprache ist damit geschlossen.

(Die Sitzung wird um 11.50 Uhr unterbrochen und um 12.00 Uhr wieder aufgenommen.)

5. Abstimmungsstunde

PRÉSIDENCE DE MME Sylvie GUILLAUME

Vice-présidente

La Présidente. - L'ordre du jour appelle l'Heure des votes.

(Pour les résultats des votes et autres détails les concernant: voir procès-verbal)

*
* *

Lara Comi (PPE). - Signor Presidente, onorevoli colleghi, faccio riferimento all'articolo 186 del regolamento. L'Europa non può restare ferma di fronte alla decisione della Corte suprema indiana, che ha rigettato la richiesta dei due marò che chiedevano di rimanere in Italia, uno per problemi di salute e l'altro per visitare la famiglia a Natale. Si tratta di una gravissima violazione dei diritti umani. Barroso e Ashton erano intervenuti. Ora chiediamo a Juncker e Mogherini di dare un segnale forte. Li dobbiamo riportare a casa. I marò liberi sono cittadini europei, sono uno di noi.

Amjad Bashir (EFDD). - Madam President, I would like to address the House. I am sure you are aware that a terrible tragedy has taken place in Peshawar, Pakistan. Over 500 people are in a state of siege, 124 children have died and 200 are injured. This is a fight against extremists. That brave nation is involved in protecting not only itself but also us all, and we should send a message of sympathy to that nation and we should be partners in the fight against extremists, the Taliban, etc. This is a tragedy of a profound nature and we should all get together and send a message, and help that nation in its fight against these extremists.

Barbara Spinelli (GUE/NGL). - Signor Presidente, onorevoli colleghi, chiedo al Parlamento e a nome dei parlamentari italiani del gruppo GUE di pronunciarsi su un fatto gravissimo verificatosi il 15 dicembre scorso, allorché un noto giornalista italiano, ex membro di questo Parlamento, Giulietto Chiesa, è stato arrestato a Tallinn in Estonia, poco prima di recarsi a una conferenza pubblica cui era stato invitato. È stato rilasciato e poi rimandato in Italia come persona non grata. La conferenza era intitolata «La Russia è il nostro nemico?».

Trovo questo evento gravissimo perché in un paese europeo viene impedito di parlare a una persona pubblica e a un giornalista.

La Présidente. - Madame Spinelli, je vous remercie, mais il ne s'agit pas à proprement parler d'une motion d'ordre.

L'ordre du jour appelle l'élection du médiateur européen. L'élection aura lieu conformément à l'article 219 de notre règlement. J'ai reçu la candidature de M^{me} Emily O'Reilly.

Dienstag, 16. Dezember 2014

Je vous rappelle que, conformément à l'article 219, paragraphe 5, du règlement, le vote a lieu au scrutin secret et que, pour être élue, la candidate doit recueillir la majorité des suffrages exprimés.

Conformément à une pratique constante du Parlement, les abstentions ne sont pas considérées comme des suffrages exprimés. Puisqu'il s'agit d'un vote secret, la lumière bleue de votre terminal s'allumera indépendamment du fait que vous votiez pour, contre ou abstention.

Étant donné que, conformément à l'article 219, paragraphe 6, je dois m'assurer cette fois-ci, avant l'ouverture du vote, de la présence de la moitié au moins des membres – mais il semble que vous soyez là – qui composent ce Parlement. Nous procéderons à un vote test pour vérifier qu'au moins 376 députés sont présents. Je vous prie donc de voter dans un instant pour, contre ou abstention.

Le vote test est ouvert.

5.1. Wahl des Bürgerbeauftragten (Abstimmung)

5.2. Wissenschaftliche Prüfung von Lebensmittelfragen (A8-0059/2014 - Giovanni La Via) (Abstimmung)

5.3. Übereinkommen über den internationalen Handel mit gefährdeten Arten freilebender Tiere und Pflanzen (CITES) (A8-0036/2014 - Pilar Ayuso) (Abstimmung)

5.4. Kooperationsabkommen mit Marokko über ein ziviles globales Satellitennavigationssystem (GNSS) (A8-0045/2014 - Jerzy Buzek) (Abstimmung)

5.5. Verlängerung des Abkommens mit der Ukraine über die wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit (A8-0039/2014 - Jerzy Buzek) (Abstimmung)

5.6. Beteiligung Kroatiens am Europäischen Wirtschaftsraum (A8-0026/2014 - Alexander Graf Lambsdorff) (Abstimmung)

5.7. Sondersteuer „octroi de mer“ in den französischen Gebieten in äußerster Randlage (A8-0054/2014 - Iskra Mihaylova) (Abstimmung)

5.8. Inanspruchnahme des Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung: Antrag EGF/2014/010 IT/Whirlpool (A8-0064/2014 - Daniele Viotti) (Abstimmung)

5.9. Inanspruchnahme des Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung: Antrag EGF/2013/006 PL/Fiat Auto Poland S.A. (A8-0062/2014 - Jan Olbrycht) (Abstimmung)

5.10. Inanspruchnahme des Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung: Antrag EGF/2014/013 EL/Odyssefs Fokas (A8-0063/2014 - Monika Vana) (Abstimmung)

Dienstag, 16. Dezember 2014

**5.11. Inanspruchnahme des Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung:
Antrag EGF/2013/014 FR/Air France (A8-0065/2014 - Marco Zanni) (Abstimmung)**

**5.12. Benennung eines Mitglieds des Ausschusses für die einheitliche Abwicklung
(- Roberto Gualtieri) (Abstimmung)**

6. Stimmerklärungen

6.1. Wahl des Bürgerbeauftragten

Explications de vote par écrit

Martina Anderson (GUE/NGL), *in writing*. - I voted in favour of Emily O'Reilly for re-election to the role of European Ombudsman. I was pleased to be one of the many MEPs to sign her nomination. It is evident by the fact that Ms O'Reilly was unopposed for this position that, in her relatively short period in the job, she has earned the good will and esteem of those of every political persuasion. As Ireland's Ombudsman from 2003 and in the office of European Ombudsman since 2013 Emily O'Reilly has won the confidence of ordinary citizens as someone who is 'on their side'. She has a big challenge ahead of her. The European institutions have lost the confidence of citizens and communities across many Member States. In many cases the manner in which the Council and Commission carry out their roles in secrecy, without transparency and with minimal public consultation, exacerbates this loss of confidence. The European Ombudsman has the responsibility to challenge these cultures within the European institutions. I am extremely hopeful that Emily O'Reilly will be up to that job.

Pascal Arimont (PPE), *schriftlich*. — Alle Bürger, Einwohner, Unternehmen oder Verbände in einem Mitgliedstaat können sich beim Bürgerbeauftragten seit 1995 über Missstände in der Verwaltungstätigkeit ihrer Organe, Einrichtungen und sonstigen Stellen beschweren. Diese europäische Institution, die nach skandinavischem Modell aufgebaut ist, dient zu einem besseren Zugang der Bürger zu den europäischen Verwaltungen.

Es ist die Rolle des Europäischen Parlaments, den Bürgerbeauftragten oder die Bürgerbeauftragte zu wählen. In diesem demokratischen Prozess habe ich diese Woche Frau Emily O'Reilly meine Zustimmung ausgesprochen, damit sie die Qualität der EU-Verwaltung im Interesse aller Europäer weiter verbessern kann.

Jonathan Arnott (EFDD), *in writing*. — This vote was taken by secret ballot. In the interests of transparency, I believe that my constituents have a right to know how I voted and therefore I wish to clarify that my vote was against.

Inés Ayala Sender (S&D), *por escrito*. — Como socialistas, consideramos que la oficina de la Defensora del Pueblo es una de las herramientas más importantes para acercar la UE a la ciudadanía. A través de esta oficina, los ciudadanos pueden exponer sus quejas y sus peticiones; igualmente es la garante de la transparencia y las buenas prácticas dentro de las instituciones europeas. Consideramos que la señora O'Reilly ha demostrado sobradamente su capacidad para desempeñar este cargo en el último periodo, confiamos en su buen hacer y en su capacidad de diálogo.

Zigmantas Balčytis (S&D), *raštu*. — Europos ombudsmenas tiria skundus dėl netinkamo administravimo Europos Sąjungos institucijose ir įstaigose. Į jį gali kreiptis ES piliečiai ir gyventojai, verslo įmonės, asociacijos ir kitos ES šalyse registruotos organizacijos. Pritariau airės Emily O'Reilly kandidatūrai į ombudsmenės pareigas 2014–2019 m. kadencijai.

Hugues Bayet (S&D), *par écrit*. — Nous avons réélu M^{me} Emily O'Reilly au poste de Médiatrice. Ses objectifs pour ce nouveau mandat seront l'amélioration de la qualité de l'administration et l'accroissement de la transparence au sein de l'Union. Son rôle est important pour la transparence de l'Union et le contact avec les citoyens.

Dienstag, 16. Dezember 2014

Beatriz Becerra Basterrechea (ALDE), *por escrito*. — Resulta muy fácil votar a favor de una candidata que ya viene avalada por un desempeño extraordinario. Emily O'Reilly ha logrado, en apenas un año al frente de la oficina del Defensor del Pueblo Europeo, poner en marcha una acción práctica y concreta basada en la ejemplaridad, la transparencia y la rendición de cuentas de las instituciones europeas.

La fuerza del Defensor del Pueblo depende del Parlamento Europeo. Junto a la Comisión de Peticiones —su referente y ante quien responde—, es la encarnación de la participación directa de los ciudadanos en las instituciones europeas. Quiero destacar su concienzudo trabajo para denunciar las malas prácticas administrativas, así como las llamadas «puertas giratorias», la reivindicación de mayor transparencia en el conjunto de las instituciones, especialmente destacada en el caso de las negociaciones del TTIP, y su mensaje fuerte, unánime y sólido en el conjunto de acciones que ha venido desarrollando hasta el momento al frente de la oficina del Defensor del Pueblo.

José Blanco López (S&D), *por escrito*. — He votado a favor de la continuidad de Emily O'Reilly como Defensora del Pueblo, elegida en el cargo el 3 de julio de 2013 tras la jubilación de su antecesor, Nikiforos Diamandouros.

O'Reilly es la única candidata para el mandato 2014-2019, tras haberse convertido en 2013 en la primera Defensora del Pueblo. Creo necesario que siga al frente de una institución, si cabe, más necesaria que nunca, dadas las circunstancias económicas que atraviesa Europa. Desde 1995, el Defensor del Pueblo Europeo ha investigado quejas sobre la gestión de todas las instituciones de la UE. En 2013 recibió 2 420 quejas, con una actuación que repercutió en 23 245 ciudadanos europeos.

Desde su posición, la Defensora del Pueblo puede contribuir de manera singular a la superación de la crisis de confianza de los ciudadanos en las instituciones europeas, poniendo de relieve las preocupaciones de los ciudadanos y ayudando a cerrar la brecha entre ellos y las instituciones comunitarias.

Dominique Bilde (NI), *par écrit*. — Le rôle du Médiateur européen est d'enquêter sur les cas de mauvaise administration dans les institutions de l'Union. Il s'acquitte de la tâche qui consiste à veiller à ce que les institutions européennes soient gérées efficacement et d'une manière politiquement neutre (ce qui n'est pas une chose qui va de soi dans cette institution...). Le Médiateur est élu par le Parlement pour un mandat de cinq ans. Je me suis prononcée contre l'élection de la Médiatrice sortante Emily O'Reilly afin de ne pas cautionner ces institutions technocratiques.

Lynn Boylan (GUE/NGL), *in writing*. - I voted in favour of Emily O'Reilly for re-election to the role of European Ombudsman. I was pleased to be one of the many MEPs to sign her nomination. It is evident by the fact that Ms O'Reilly was unopposed for this position that, in her relatively short period in the job, she has earned the good will and esteem of those of every political persuasion. As Ireland's Ombudsman from 2003 and in the office of European Ombudsman since 2013 Emily O'Reilly has won the confidence of ordinary citizens as someone who is 'on their side'. She has a big challenge ahead of her. The European institutions have lost the confidence of citizens and communities across many Member States. In many cases the manner in which the Council and Commission carry out their roles in secrecy, without transparency and with minimal public consultation, exacerbates this loss of confidence. I am extremely hopeful that Emily O'Reilly will be up to that job.

Mercedes Bresso (S&D), *in writing*. — I voted for the confirmation of the European Ombudsman because I think that she has done a very good work and shall continue so.

Steeve Briois (NI), *par écrit*. — Le rôle du Médiateur européen est d'enquêter sur les cas de mauvaise administration dans les institutions de l'Union. Il s'acquitte de la tâche qui consiste à veiller à ce que les institutions européennes soient gérées efficacement et d'une manière politiquement neutre (ce qui n'est pas une chose qui va de soi dans cette institution...). Le Médiateur est élu par le Parlement pour un mandat de cinq ans. Je me suis prononcé contre l'élection de la Médiatrice sortante Emily O'Reilly afin de ne pas cautionner ces institutions technocratiques.

Gianluca Buonanno (NI), *per iscritto*. — Ho votato a favore. La candidata e mediatore uscente ha svolto sinora in modo imparziale il proprio compito e si è attivata per una maggiore trasparenza delle trattative TTIP. Il mediatore è posizione importante per difendere i cittadini dalla cattiva gestione UE. I mezzi che sono concessi a tale figura non sono appropriati ma la persona merita fiducia. Vigilerò sul seguito della sua attività.

Dienstag, 16. Dezember 2014

Soledad Cabezón Ruiz (S&D), *por escrito*. — Desde el año 1995 existe en las instituciones europeas la figura del Defensor del Pueblo. La elección de la Defensora del Pueblo se regula por el artículo 228 del TFUE; se elige por un periodo de 5 años coincidiendo con la legislatura. El anterior defensor, P. Nikiforos Diamandouros, dimitió sin concluir su mandato, siendo sustituido por Emily O'Reilly, Defensora del Pueblo de Irlanda desde 2013 y antigua periodista.

Aunque la señora O'Reilly es la única candidata, podemos decir que, en el corto periodo de tiempo que lleva al frente de la oficina en cuestión, ha hecho un buen trabajo, destacando las iniciativas que ha emprendido de oficio, como es el estudio sobre las «puertas giratorias» o la puesta en marcha de la web para acercar la institución a los ciudadanos. En esta línea anuncia que seguirá de cerca los problemas de los ciudadanos.

La audiencia de la señora O'Reilly tuvo lugar el 2 de diciembre en la Comisión de Peticiones.

Alain Cadec (PPE), *par écrit*. — J'ai voté en faveur d'Emily O'Reilly comme Médiateur européen. Le rôle du Médiateur est très important. En effet, il constitue le relais entre les citoyens et les institutions européennes. Il a pour mission de renforcer les droits des citoyens européens en procédant à des enquêtes sur les cas de mauvaise administration dans les institutions et organes européens. C'est donc un élément primordial de contrôle démocratique au sein de l'Union européenne. M^{me} O'Reilly, qui était Médiatrice depuis octobre 2013, a effectué un travail admirable. Je suis donc très heureux d'avoir voté pour sa réélection.

Nicola Caputo (S&D), *per iscritto*. — Una delle maggiori sfide dell'Unione europea è quella di garantire l'effettività della partecipazione di tutti i cittadini alla vita delle istituzioni e far sì che si attui, per mezzo di un sistema che non può conoscere lacune, la massima tutela utile per le posizioni soggettive e gli interessi, diffusi e collettivi dei singoli. Un baluardo del sistema democratico, che realizza l'effettività della tutela anche oltre quella garantita dagli ordinamenti nazionali, è dato dal Mediatore europeo.

Ho votato a favore della elezione del Mediatore europeo Emily O'Reilly per i prossimi cinque anni, prima donna a ricoprire questa carica. Sottolineo la crucialità del ruolo e mi associo alle sue parole: «Il mio obiettivo lo scorso anno è stato quello di iniziare il processo di portare l'ufficio del Mediatore al livello successivo, con l'adozione di un approccio più strategico che consentirà di aumentare l'impatto della carica, migliorare la sua rilevanza per i cittadini e migliorare l'efficienza complessiva».

L'incarico deve essere continuato con determinazione, se si considera che la questione all'attenzione dell'organo concerneva la mancanza di trasparenza nelle istituzioni europee (25% di tutti i casi nel 2013) e i reclami in materia di diritto di partecipare al processo decisionale dell'UE.

Matt Carthy (GUE/NGL), *in writing*. — I voted in favour of Emily O'Reilly for re-election to the role of European Ombudsman. I was pleased to be one of the many MEPs to sign her nomination. It is evident by the fact that Ms O'Reilly was unopposed for this position that, in her relatively short period in the job, she has earned the good will and esteem of those of every political persuasion. As Ireland's Ombudsman from 2003 and in the office of European Ombudsman since 2013 Emily O'Reilly has won the confidence of ordinary citizens as someone who is 'on their side'.

She has a big challenge ahead of her. The European institutions have lost the confidence of citizens and communities across many Member States. In many cases the manner in which the Council and Commission carry out their roles in secrecy, without transparency and with minimal public consultation, exacerbates this loss of confidence.

The European Ombudsman has the responsibility to challenge these cultures within the European institutions. As major decisions will be made in the next few years, including a possible conclusion on the TTIP negotiations, the Ombudsman will have serious work to do in demanding accountability. I am extremely hopeful that Emily O'Reilly will be up to that job.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), *per iscritto*. — Ritengo che il ruolo del mediatore europeo sia fondamentale, un ruolo che purtroppo non esiste in Italia. Ci rammarichiamo della presenza di un solo candidato e che il nome di Emily O'Reilly sia stato l'unico per ricoprire la carica, vista l'assenza di qualsiasi candidatura.

Dienstag, 16. Dezember 2014

Alberto Cirio (PPE), *per iscritto*. — In qualità di membro della Commissione Petizioni, ho avuto modo di vedere in questi primi mesi come la signora O'Reilly sia capace, competente, e adatta al ruolo che ha svolto a partire dal 2013. A ragion veduta ho dunque deciso di confermarle la mia fiducia a proseguire con questo incarico, nel quale ha finora dimostrato di svolgere correttamente il proprio dovere. Congratulazioni!

Deirdre Clune (PPE), *in writing*. — I voted for Emily O'Reilly as Ombudsman. Ms O'Reilly has consistently represented the rights of the citizens of the European Union. She has done so with true professionalism and with dignity. I would feel it important that she is allowed to continue the good work that she has been doing within her office.

Lara Comi (PPE), *per iscritto*. - Mi compiaccio della decisione odierna che nomina il Mediatore europeo e gli consente quindi di poter operare e svolgere i suoi importanti compiti nell'interesse generale. Spero che con il voto di oggi, possa agire nella massima indipendenza e trasparenza, per combattere i casi di cattiva amministrazione delle istituzioni e degli organismi europei e, di conseguenza, per rafforzare gli strumenti di tutela dei diritti dei cittadini dell'Unione e per migliorare l'efficienza dell'amministrazione europea. Auspico, inoltre che il nuovo Mediatore possa rafforzare quel dialogo e quel rapporto proficuo fra i cittadini e l'UE, per favorire i più elevati standard di condotta nelle istituzioni e per aumentare, più in generale, la fiducia dei cittadini verso l'Europa.

Therese Comodini Cachia (PPE), *in writing*. — The responsibilities of the European Ombudsman are considerable. It is by means of the European Ombudsman that European citizens are able to gain redress when an instance of maladministration occurs in an institution, body, office or agency of the European Union.

Emily O'Reilly, who has been nominated to stand for re-election, has already presented her priorities in a hearing organised by the Committee on Petitions. I voted in favour of her election as she has presented a very effective strategy to combine three objectives – ensure relevance, increase visibility and achieve a greater impact. This will be attained through the introduction of a modern complaint management system and greater use of the own-initiative power of the Ombudsman.

Ignazio Corrao (EFDD), *per iscritto*. — Il 2 settembre scorso è stato pubblicato sulla Gazzetta ufficiale l'invito a presentare le candidature per l'elezione del nuovo Mediatore europeo. L'unica candidatura pervenuta è stata quella della Mediatrice uscente Emily O'Reilly, eletta nel luglio 2013 a seguito delle dimissioni del suo predecessore Diamandouros. La responsabilità del Mediatore europeo è quella di dar seguito alle denunce dei cittadini europei qualora si verifichi un caso di cattiva amministrazione in un'istituzione, organo, ufficio o agenzia dell'UE.

Mi auspico che l'obiettivo fondamentale della Mediatrice, confermata oggi, sia quello di fornire un contributo per migliorare la qualità della democrazia nell'UE tramite un rafforzamento della trasparenza, della questione etica e della partecipazione all'iter decisionale da parte dei cittadini europei.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI), *γραφτώς*. — Καταψήφισα την εκλογή της υποψήφιας για τη θέση του Διαμεσολαβητή, διότι οι απόψεις της σε κρίσιμα πολιτικά ζητήματα και στην επίλυση αυτών δεν κρίνονται ικανοποιητικές, ενώ η επαγγελματική εμπειρία της δε θεωρείται η αρμόζουσα για την εν λόγω θέση.

Rosa Estaràs Ferragut (PPE), *por escrito*. — Como Vicepresidenta primera de la Comisión de Peticiones del Parlamento Europeo, órgano responsable directo de las relaciones con el Defensor del Pueblo Europeo, es para mí una satisfacción la reelección de Emily O'Reilly. He tenido la ocasión de reunirme con ella y de encontrar muchos puntos de interés común, en especial en lo referente a los derechos de las personas con discapacidad.

La función de la Oficina del Defensor del Pueblo Europeo es investigar reclamaciones por casos de mala administración en las instituciones y los órganos de la Unión Europea. Las reclamaciones pueden ser presentadas por ciudadanos de la Unión Europea, por residentes en los Estados de la UE, así como por empresas y asociaciones con sede en Europa.

Espero que en esta nueva legislatura que hemos empezado colaboremos de forma estrecha y fructífera en favor de los intereses de la ciudadanía europea.

Dienstag, 16. Dezember 2014

Eleonora Evi (EFDD), *per iscritto*. — L'unica candidatura pervenuta per il ruolo del Mediatore europeo è stata quella della Mediatrice uscente Emily O'Reilly, candidatura confermata durante la votazione odierna.

La figura del Mediatore europeo è di fondamentale importanza per la raccolta delle segnalazioni dei casi di cattiva amministrazione delle istituzioni europee al fine di garantirne una pronta ed efficace risposta e risoluzione. L'operato del Mediatore inoltre ha come obiettivo il miglioramento della trasparenza e della partecipazione democratica all'interno delle istituzioni europee.

Il rapporto presentato dalla Mediatrice per l'anno 2013 conferma il suo impegno nel compito assegnatole, e in modo particolare sono apprezzabili le numerose indagini in corso in materia di trasparenza nei negoziati TTIP, nei gruppi di esperti della Commissione, nei casi della cosiddetta «porta girevole» e per quanto riguarda i diritti fondamentali della politica di coesione e l'iniziativa dei cittadini europei.

Jonás Fernández (S&D), *por escrito*. — Como socialistas, consideramos que la oficina de la Defensora del Pueblo es una de las herramientas más importantes para acercar la UE a la ciudadanía. A través de esta oficina, los ciudadanos pueden exponer sus quejas y sus peticiones; igualmente es la garante de la transparencia y las buenas prácticas dentro de las instituciones europeas. Debemos esforzarnos por que cada día sea más utilizada por la ciudadanía y se perciba su utilidad. Consideramos que la señora O'Reilly ha demostrado sobradamente su capacidad para desempeñar este cargo en el último periodo, y confiamos en su buen hacer y en su capacidad de diálogo.

Lorenzo Fontana (NI), *per iscritto*. — Il mio voto di astensione deriva dal fatto che la figura del Mediatore Europeo potrebbe rivestire un ruolo davvero rilevante all'interno dell'Unione europea. Ma visto che finora, ovviamente per volontà politica, il ruolo rivestito non è stato all'altezza voterò non potendo dare il mio appoggio convinto.

Λάμπρος Φουντούλης (NI), *γραφτώς*. — Χωρίς να έχω κάτι εναντίον του προσώπου της Κας Emily O'Reilly (Ιρλανδία), και του θεσμού, ψήφισα κατά γιατί διαφωνώ με τον τρόπο εκλογής. Παρά το ότι η ψηφοφορία ήταν μυστική ήταν ο μοναδικός υποψήφιος για τη θητεία 2014-2019. Εύχομαι ότι από τη θέση του, ο Διαμεσολαβητής να συμβάλει με μοναδικό τρόπο για να ξεπεραστεί η κρίση εμπιστοσύνης του κοινού προς τα ευρωπαϊκά θεσμικά όργανα, τονίζοντας τις ανησυχίες των πολιτών και θεωρώ ότι θα συμβάλει θετικά στη γεφύρωση του χάσματος μεταξύ αυτών και των κοινοτικών οργάνων.

Michela Giuffrida (S&D), *per iscritto*. — La tutela e la promozione dei diritti della persona e della dignità umana sono il fondamento della costruzione e del sistema dell'Unione Europea. Nel 2013 sono state registrate 2420 denunce e, complessivamente, 23245 cittadini sono stati aiutati dal Mediatore. La figura del Mediatore, preposto alla tutela di questi diritti e interlocutore diretto dei cittadini europei è dunque di fondamentale importanza. La promozione di una buona amministrazione deve essere una priorità assoluta per il nuovo mediatore. In un' Europa percepita come un pesante apparato amministrativo gestita da freddi burocrati, la buona amministrazione impone ben più che una mera astensione dall'assumere condotte illecite. Compito del mediatore sarà garantire che i funzionari si pongano al servizio dei cittadini per garantire loro un trattamento adeguato e nel pieno rispetto dei loro diritti.

Theresa Griffin (S&D), *in writing*. — I am delighted to vote today on the candidacy of Emily O'Reilly for the role of Ombudsman, as I was equally delighted to sign her nomination papers for this position.

The European Ombudsman plays an important part in ensuring that EU institutions adhere to the principle of good administration and respect EU citizens' rights under the Treaties and the EU Charter of Fundamental Rights.

The Ombudsman is independent, she is impartial and it is only right that she is. Her role is to ensure that European institutions abide by the principles of good administration and respect for EU citizens' rights as guaranteed by the Treaties and the EU Charter of Fundamental Rights.

Ms O'Reilly has done an outstanding job as Ombudsman after taking over the position in 2013 following the retirement of Nikiforos Diamandouros and I am delighted to see her remain in place.

Dienstag, 16. Dezember 2014

Antanas Guoga (ALDE), *in writing*. — I voted in favour of the candidate Ms Emily O'REILLY for the post of the European Ombudsman. Taking into consideration the fact that the independent European Ombudsman plays an important part in ensuring that EU institutions adhere to the principles of good administration and respect for EU citizens' rights under the Treaties and the EU Charter of Fundamental Rights, I am sure that Mrs Emily O'REILLY is a suitable candidate for the post of European Ombudsman. She has underlined the dangers of an over-reliance on the law as being detrimental to the requirements of good administration. She has also emphasised that the fundamental values and principles on which the EU is based, including fairness and justice, need to complement the law.

Sergio Gutiérrez Prieto (S&D), *por escrito*. — Como socialistas, consideramos que la oficina de la Defensora del Pueblo es una de las herramientas más importantes para acercar la UE a la ciudadanía. A través de esta oficina, los ciudadanos pueden exponer sus quejas y sus peticiones; igualmente es la garante de la transparencia y las buenas prácticas dentro de las instituciones europeas. Consideramos que la señora O'Reilly ha demostrado sobradamente su capacidad para desempeñar este cargo en el último periodo, y confiamos en su buen hacer y en su capacidad de diálogo.

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan*. — Glasao sam ZA ponovni izbor gđe Emily O'Reilly za Europskog Ombudsmana zato što dosadašnji rad i životopis kandidatkinje ulijevaju povjerenje u uspješno obavljanje novog mandata. Gospođa O'Reilly se snažno zauzela za poboljšanje kvalitete administracije Europske unije te poduzela konkretne mjere u tom smjeru.

Uloga Ombudsmana u ukupnom europskom je sustavu od posebne važnosti za sve građane EU-a koji se susreću s nepravilnostima administracije, diskriminacijom, zloupotrebom ovlasti i drugim. Smatram da će gđa O'Reilly u narednom mandatu dodatno pridonijeti ulozi Europskog ombudsmana.

Marc Joulaud (PPE), *par écrit*. — J'ai voté en faveur du maintien d'Emily O'Reilly au poste de Médiateur européen. Cette ancienne journaliste irlandaise avait déjà exercé des fonctions de médiatrice dans son pays et avait déjà été élue comme Médiatrice européenne en 2013. Durant cette année, elle a largement modernisé la fonction de Médiateur et a concentré son action sur la transparence des institutions et la garantie des droits fondamentaux.

Je me félicite de sa réélection à une très large majorité.

Philippe Juvin (PPE), *par écrit*. — Le Médiateur européen joue un rôle essentiel pour la garantie des droits des citoyens de l'Union. Indépendant et impartial, il examine les plaintes à l'encontre des institutions, organes et agences de l'Union et enquête sur des cas de mauvaise administration. Durant son précédent mandat, Emily O'Reilly a réalisé un travail encourageant en faveur de la transparence des institutions et de la protection des droits fondamentaux des citoyens. Je me félicite de sa réélection au poste de Médiateur européen.

Giovanni La Via (PPE), *per iscritto*. - Voto positivamente la riconferma della candidata O'Reilly, in quanto ha già dimostrato il suo impegno per l'uguaglianza di genere e per il rispetto dei diritti fondamentali. Il Mediatore europeo gioca un ruolo strategico per i cittadini, per le imprese e per tutte le organizzazioni dell'UE. La candidata O'Reilly ha assolto al suo ruolo in modo impeccabile contribuendo più volte ad avviare e a risolvere casi di cattiva amministrazione e violazione di diritti umani.

Jérôme Lavrilleux (PPE), *par écrit*. — Référent sur ce point au sein de la délégation française du PPE, j'ai voté en faveur de la candidature de M^{me} Emily O'Reilly, réélue Médiatrice européenne avec 569 voix sur 751.

M^{me} O'Reilly, depuis son élection à l'été 2013, a en effet amorcé un travail de modernisation de la fonction de Médiateur, en axant notamment son action sur la transparence des institutions de l'Union. Son nouveau mandat lui permettra, je l'espère, de poursuivre dans cette voie et de défendre efficacement les droits des citoyens européens.

Rappelons que le Médiateur européen est le défenseur des droits des citoyens européens. Il garantit la transparence des procédures et le respect des règles dans l'ensemble de l'institution européenne.

Dienstag, 16. Dezember 2014

Javi López (S&D), *por escrito*. — Desde el año 1995 existe en las instituciones europeas la figura del Defensor del Pueblo. El anterior defensor, P. Nikiforos Diamandouros, dimitió sin concluir su mandato siendo sustituido por Emily O'Reilly, defensora del pueblo irlandés desde 2003 y antigua periodista. Para ser elegida, necesita recabar la firma de un mínimo de cuarenta diputados de al menos dos Estados miembros. La señora O'Reilly es la única candidata. No aprecio ninguna razón para oponerme a su continuidad y le deseo todos los aciertos en su nuevo mandato.

Ivana Maletić (PPE), *napisan*. — Ombudsman djeluje povodom podnesene tužbe ili na vlastitu inicijativu u slučajevima kada se primijeti loše upravljanje tijela ili institucija EU-a.

Odgovornosti europskog ombudsmana značajne su jer upravo posredstvom europskog ombudsmana europski građani mogu dobiti pravnu zaštitu u slučaju nepravilnosti u djelovanju institucija, tijela, ureda ili agencija Europske unije.

Gospođa O'Reilly pokazala se tijekom saslušanja kao kvalitetan kandidat s potrebnim znanjem i iskustvom za obavljanje dužnosti te stoga podržavam njezinu kandidaturu za ovaj odgovoran posao.

Светослав Христов Малинов (PPE), *в писмена форма*. — С абсолютно мнозинство от 569 гласа „за“ Европейският парламент преизбра г-жа Емили О'Райли на поста „Европейски омбудсман“ и през новия парламентарен мандат 2014-2019 год. Смятам, че трудно би могло да се направи по-добър избор на личност за тази длъжност, призвана да служи като гарант, че европейските институции неизменно ще се придържат към принципа на добрата администрация в работата си и стриктно ще спазват правата на европейските граждани. Широката политическа подкрепа и категоричната ѝ кандидатура са доказателства за това.

За краткото време, през което тя заемаше този пост през изминалия мандат, след оттеглянето на г-н Никифорус Диамандурис, Емили О'Райли успя да покаже, че твърдо възнамерява да се възползва в пълна степен от функциите и правомощията, които Европейският омбудсман притежава, в името на хората. Стартирането на разнообразни стратегически запитвания в публичен интерес, съблюдаването на принципа на доброто управление във всички взети решения и акцентирането на факта, че фундаменталните ценности, върху които се гради ЕС, трябва да допълват правните норми на Общността, са само част от примерите за добра и ползотворна работа на г-жа О'Райли. Предстои да започне работа и по реализиране на новата стратегия „Към 2019“, чиито основни приоритети са гарантиране на съпричасност, повишаване на видимостта и постигане на по-голямо въздействие.

Νότης Μαρτιάς (ECR), *γραφτως*. — Υπερψήφισα την εκλογή της κ. O'Reilly εκτιμώντας την προγενέστερη επιτυχή θητεία της στο θεσμό του Ευρωπαϊού Διαμεσολαβητή.

David Martin (S&D), *in writing*. — I was delighted to vote for the reappointment of the Ombudsman. I very much welcome the work she has done to bring transparency to the TTIP discussions.

Barbara Matera (PPE), *per iscritto*. — Il Mediatore europeo svolge una funzione fondamentale: egli contribuisce a potenziare l'aspirazione democratica dell'Unione europea, dando voce ai cittadini comunitari.

La signora O'Reilly ha dimostrato, durante gli scorsi cinque anni, di essere in grado di svolgere la funzione di Ombudsman, in maniera adeguata ed equilibrata. Ella ha offerto un contributo rilevante alla risoluzione di casi di cattiva amministrazione e di violazione dei diritti umani perpetrati dalle istituzioni comunitarie.

Nutro profonda stima nei confronti della signora O'Reilly e mi rallegra il fatto che, una donna, ricopra una carica così rilevante. È per questi motivi che ho deciso di votare, senza esitazione, a favore della sua rielezione.

Georg Mayer (NI), *schriftlich*. — Da ich der Meinung bin, dass Frau Emily O'Reilly die ihr übertragenen Aufgaben zur vollsten Zufriedenheit erfüllen wird, hat der Vorschlag, sie zur neuen Europäischen Bürgerbeauftragten zu ernennen, meine Zustimmung erfahren. Die Besetzung dieses Postens und die damit einhergehende Verantwortung gegenüber der Europäischen Union sowie denen Bürgern, ist eine Herausforderung, welche von ihr nach bestem Wissen und Gewissen erledigt werden wird.

Jean-Luc Mélenchon (GUE/NGL), *par écrit*. — Le Médiateur européen enquête sur les plaintes contre les institutions et organes de l'Union en cas de mauvaise administration. Cela se produit lorsqu'une institution n'agit pas en conformité avec la loi ou ne respecte pas les principes de bonne administration, par exemple en cas d'irrégularités administratives, d'abus de pouvoir, d'absence de réponse, de refus d'information ou de retards inutiles. La candidate, M^{me} Emily O'Reilly, a été élue Médiatrice européenne en juillet 2013 après la retraite de son prédécesseur. Elle a notamment lancé des enquêtes sur la transparence des négociations transatlantiques ou sur le respect des droits fondamentaux dans le cadre de Frontex. Je vote pour.

Dienstag, 16. Dezember 2014

Nuno Melo (PPE), *por escrito*. — O Provedor de Justiça tem um papel muito importante nas relações entre os cidadãos e as instituições europeias. É através dele que os 500 milhões de cidadãos europeus podem fazer chegar as suas reclamações e preocupações no seu relacionamento com as várias instituições europeias. Estou certo que a agora eleita Provedora de Justiça irá cumprir o seu mandato de forma exemplar, assim, desejo-lhe as maiores felicidades. Daí o meu voto favorável.

Louis Michel (ALDE), *par écrit*. — Je me réjouis que le Parlement européen ait confirmé avec une très grande majorité Emily O'Reilly comme Médiatrice européenne. Rejoignant son engagement pour renforcer la transparence au sein des institutions et lutter activement contre le phénomène de pantouflage, je tenais à lui apporter mon soutien. Le poste de Médiateur européen est une fonction clé pour une plus grande efficacité et une meilleure qualité de l'administration dans les institutions et organes de l'Union. Il a pour objectif d'enquêter sur les plaintes soumises par les citoyens et résidents européens, les entreprises ou associations établies dans l'Union. J'ai pleinement confiance dans le travail d'Emily O'Reilly et je la remercie pour son engagement à mettre en œuvre sa nouvelle stratégie «Cap sur 2019», qui a pour objectifs d'assurer la pertinence et d'augmenter la visibilité ainsi que l'intégrité de l'administration publique.

Miroslav Mikolášik (PPE), *písomne*. — Inštitút ombudsmana má veľkú váhu, keďže prispieva k zabezpečeniu vysokých štandardov a transparentnosti fungovania inštitúcií EÚ.

Vďaka nemu sa v nedávnej dobe napríklad mierne uvoľnil prístup k informáciám ohľadne pripravovanej obchodnej a investičnej dohody medzi EÚ a USA, ktorá trpí mnohými nedostatkami a prináša určité riziká pre vnútorný trh a občanov EÚ.

Nepochybne, práca na upevňovaní uplatňovania zásad právneho štátu a demokratickom fungovaní Únie musí byť naďalej prehlbovaná. Verím, že dnešnou voľbou sme vykročili týmto smerom.

Sophie Montel (NI), *par écrit*. — Le Médiateur européen est chargé d'enquêter sur les cas de mauvaise administration dans l'ensemble des institutions de l'Union européenne. Il doit notamment veiller à ce que les institutions européennes respectent le principe de la neutralité politique (ce qui est bien sûr loin d'être une évidence dans leur mode même de fonctionnement). Le Médiateur est élu par le Parlement européen et son mandat dure cinq ans. J'ai voté contre l'élection de la Médiatrice sortante M^{me} Emily O'Reilly pour ne pas cautionner ces institutions technocratiques et sans aucune légitimité populaire.

Alessandra Moretti (S&D), *per iscritto*. — Mi rallegro dell'elezione della signora O'Reilly alla carica di Mediatore europeo per l'ottimo lavoro da lei svolto nei mesi passati e per aver dato prova delle sue doti durante l'audizione dinanzi alla commissione per le petizioni del Parlamento europeo. Sono quindi sicura che farà un ottimo lavoro, riuscendo a dare delle risposte celeri ed effettive a tutti quei cittadini che denunceranno casi di cattiva amministrazione da parte delle istituzioni e degli organismi dell'UE.

Ritengo che il nostro principale obiettivo, e in particolare quello del Mediatore, consista nel ristabilire la fiducia dei cittadini nell'amministrazione europea che dovrà quindi dare prova di maggiore trasparenza, flessibilità ed efficienza. È oggi prioritario fornire ai cittadini e alle persone giuridiche diritti più chiari e una maggiore certezza del diritto per quanto concerne le loro relazioni con l'amministrazione dell'Unione, per reinstaurare una nuova fiducia: non si tratta più solo di una necessità politica ma di un vero e proprio bisogno culturale!

Renaud Muselier (PPE), *par écrit*. — J'ai voté pour M^{me} O'Reilly, car elle a jusqu'à aujourd'hui fait preuve de beaucoup de professionnalisme dans ses fonctions. Elle a montré qu'elle était au service de nos concitoyens et joue un rôle déterminant pour que les institutions européennes leur paraissent moins arbitraires et plus transparentes.

Urmas Paet (ALDE), *kirjalikult*. — Hääletasin Emily O'Reillyy määramise poolt Euroopa Ombudsmaniks. Tegu on väga vastutustähtsa positsiooniga, tema roll on näiteks kaitsa Euroopa Liidu kodalikke, kui nad peaksid jääma mõne institutsiooni hammasrataste vahele. Emily O'Reilly on viimase aastaga tõestanud, et saab selles ametis edukalt hakkama.

Florian Philippot (NI), *par écrit*. — Le rôle du Médiateur européen est d'enquêter sur des cas de mauvaise administration dans les institutions de l'Union. Il s'acquitte de la tâche qui consiste à veiller à ce que les institutions européennes soient gérées efficacement et de manière politiquement neutre (ce qui ne va pas de soi dans cette institution...). Le Médiateur est élu par le Parlement pour un mandat de cinq ans. Je me suis prononcé contre l'élection de la Médiatrice sortante Emily O'Reilly afin de ne pas cautionner ces institutions technocratiques.

Dienstag, 16. Dezember 2014

Andrej Plenković (PPE), *napisan.* — Podržao sam ponovni izbor gospođe Emily O'Reilly na dužnost Europskog ombudsmana na koju je prvi put izabrana 3. srpnja 2013. u Europskom parlamentu. Na kraju svog kratkog prvog mandata gospođa O'Reilly je predstavila izvješće o djelovanju Europskog ombudsmana tijekom 2013.

Smatram da je do sada gđa O'Reilly kvalitetno obavljala svoju dužnost i da je učinkovito predstavljala instituciju ombudsmana – simbola demokracije i vladavine prava. Izvršno je predstavila svoju kandidaturu Odboru za predstavljanje tijekom saslušanja kada je opisala strategiju svog ureda za sljedećih pet godina. Važno je istaknuti da je navedenu strategiju za razdoblje do 2019. godine predstavila kao rezultat višemjesečnog dijaloga s predstavnicima civilnog društva, poslovnog sektora, Europskog parlamenta te čelnim ljudima institucija i agencija Europske unije.

Želim gospođi O'Reilly uspješan rad u novom mandatu i pozivam je da nastavi suradnju s Europskim parlamentom u ostvarenju ambicije da podigne instituciju Europskog ombudsmana na višu razinu djelotvornosti.

Salvatore Domenico Pogliese (PPE), *per iscritto.* — Ho votato a favore dell'elezione della Dott.ssa Emily O'REILLY perché, da Mediatore europeo uscente, ha fatto sicuramente un buon lavoro e credo che, grazie a questa esperienza, possa continuare ad esercitare questa stessa carica nel migliore dei modi.

Jiří Pospíšil (PPE), *písemně.* — Podpořil jsem znovuzvolení evropské ochránkyně veřejných práv paní Emily O'Reillyové z Irska. Jsem přesvědčen, že své dosavadní pětileté funkční období zvládla a úřad evropského ombudsmana posunula dále k efektivní instituci, která může pomoci občanům všech členských v jejich sporech s evropskými úřady ve věci jejich nesprávného úředního postupu.

Franck Proust (PPE), *par écrit.* — À mesure que l'influence de l'Union européenne s'accroît sur le quotidien des citoyens, le Médiateur européen joue un rôle primordial, garantissant la conformité légale des activités des institutions. L'intégrité et le sens de la justice sont des qualités que M^{me} Emily O'Reilly a tout à fait su démontrer durant son précédent mandat. C'est pourquoi je vote en faveur de sa reconduction à ce poste.

Paulo Rangel (PPE), *por escrito.* — Votei favoravelmente a reeleição de Emily O'Reilly como Provedora de Justiça Europeia, por considerar que a referida candidata tem vindo a exercer adequadamente as suas funções, desde que assumiu o cargo, em outubro de 2013.

Julia Reid (EFDD), *in writing.* — This vote was taken by secret ballot. I believe that my constituents have a right to know how I voted on this issue, and therefore I wish to confirm for the record that my vote was against the Ombudsman.

Frédérique Ries (ALDE), *par écrit.* — C'est un très bon signal que celui envoyé ce mardi midi par le Parlement européen, qui a confirmé à une très large majorité Emily O'Reilly comme Médiatrice européenne. Rejoignant son engagement pour renforcer la transparence au sein des institutions et la lutte active contre le phénomène de pantouflage, je tenais à lui apporter mon soutien. Le poste de Médiateur européen est une fonction clé pour une plus grande efficacité et une meilleure qualité de l'administration dans les institutions et organes de l'Union. Il a pour objectif d'enquêter sur les plaintes soumises par les citoyens et résidents européens, les entreprises ou associations établies dans l'Union. La Médiatrice sortante, réélue pour la durée de la législature, à savoir pour cinq ans, s'est engagée résolument dans une voie ambitieuse, via sa nouvelle stratégie «Cap sur 2019». Les objectifs principaux visés par cette stratégie, augmenter la visibilité et l'intégrité de l'administration publique, doivent être soutenus dans cette période politique trouble où le fossé continue à se creuser dangereusement entre institutions européennes et citoyens.

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D), *por escrito.* — He votado a favor de la continuidad de Emily O'Reilly como Defensora del Pueblo. Tras haberse convertido en 2013 en la primera Defensora del Pueblo, creo necesario que siga al frente de una institución si cabe más necesaria que nunca dadas las circunstancias económicas que atraviesa Europa. Desde su posición, la Defensora del Pueblo puede contribuir de manera singular a superar la crisis de confianza de los ciudadanos en las instituciones europeas, poniendo de relieve las preocupaciones de los ciudadanos y ayudando a cerrar la brecha entre ellos y las instituciones comunitarias.

Dienstag, 16. Dezember 2014

Fernando Ruas (PPE), *por escrito*. — Votei favoravelmente à reeleição de Emilly O'Reilly como Provedora de Justiça Europeia, no seguimento do trabalho que a mesma tem vindo a efetuar desde outubro de 2013, a quem desejo desde já um profícuo e empenhado mandato ao serviço dos cidadãos europeus.

Emilly O'Reilly foi eleita com 569 votos em 678 votos expressos, o que demonstra bem a confiança deste Parlamento, quer no trabalho que tem vindo a efetuar, quer nos objetivos a que se propôs, expressos na sua nova estratégia *Rumo a 2019*, disponível no *website* do Provedor de Justiça Europeu.

Ao longo do último ano, destaco o seu papel no acesso aos documentos do Acordo com os EUA (TTIP) e no âmbito do registo de transparência dos lobistas junto das instituições europeias e na composição dos Grupos de Peritos da Comissão.

Sven Schulze (PPE), *schriftlich*. — Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich freue mich über die Wiederwahl von Emily O'Reilly zur Europäischen Bürgerbeauftragten.

Die Europäische Bürgerbeauftragte ist eine wichtige Institution, denn an sie kann sich der Bürger direkt mit Beschwerden wenden und Missstände in der EU-Verwaltung untersuchen lassen. Auch wenn die Bürgerbeauftragte nur Rügen und Empfehlungen aussprechen kann, was anders, besser und bürgerfreundlicher werden soll, so hat ihre Aussage doch ein hohes politisches Gewicht.

Daher ist diese Einrichtung ein wirksames Mittel gegen Verwaltungswillkür und schlechte Organisationsstrukturen in der EU-Bürokratie!

Frau O'Reilly übt dieses Amt bereits seit letztem Jahr aus und hat langjährige Erfahrung als Bürgerbeauftragte in Irland. Es ist gut, mit ihr Kontinuität für die nächsten fünf Jahre zu haben. Ich wünsche ihr daher für die neue Amtszeit viel Erfolg!

Siôn Simon (S&D), *in writing*. — Today I elected Emily O'Reilly European Ombudsman for the 2014-2019 parliamentary term. The responsibilities of the European Ombudsman are considerable. It is by means of the European Ombudsman that European citizens are able to gain redress when an instance of maladministration occurs in an institution, a body, an office or an agency of the European Union. Each year the Ombudsman submits a report to Parliament on the outcome of her enquiries

Davor Škrlec (Verts/ALE), *napisan*. — Smatram kako je rad aktualne pravobraniteljice usmjeren u povećanje transparentnosti i odgovornosti europskih institucija te stoga podržavam njen ponovni izbor. Pravobraniteljica je nizom poteza pokazala kako želi unaprijediti demokratske procese u Europskoj uniji, a jedan od primjera je veća uključenost svih dionika procesa prilikom rasprave o ključnim temama.

Posebno pozdravljam apel pravobraniteljice upućen Komisiji kojim je zatražila javni pristup svim važnim dokumentima vezanim uz Transatlantski sporazum o trgovini i investicijama između SAD-a i EU-a. Ključni dokumenti vezani uz ovaj sporazum nisu objavljeni, štoviše većina zastupnika Europskog parlamenta nema pristup njima. Pojedina područja pregovora još uvijek izazivaju brojne nedoumice, kao što je primjerice pitanje GMO proizvoda koji su dozvoljeni na američkom tržištu. Pohvaljujem dosadašnji rad pravobraniteljice, podržavam njen ponovni izbor i pozivam je da nastavi još ustrajnije raditi na jačanju demokratičnosti Europske unije.

Davor Ivo Stier (PPE), *napisan*. — Podržavam izbor gospođe O'Reilly. Uloga pravobraniteljice je da djeluje povodom podnesene tužbe ili na vlastitu inicijativu u slučajevima kada se primijeti loše upravljanje tijela ili institucija EU-a. S obzirom na to da se tijekom saslušanja i iskazanim iskustvom gospođa O'Reilly pokazala kao kvalitetan kandidat, podržavam njezin izbor za tu poziciju. Odgovornosti europskog pravobranitelja značajne su jer upravo posredstvom europskog pravobranitelja, europski građani mogu dobiti pravnu zaštitu u slučaju nepravilnosti u djelovanju institucija, tijela, ureda ili agencija Europske unije, a pravna zaštita svakog građanina temeljni je cilj Europske unije.

Dubravka Šuica (PPE), *napisan*. — Podržala sam kandidatkinju Emily O'Reilly pri izboru nove Europske pučke pravobraniteljice.

Dienstag, 16. Dezember 2014

Smatram da je u vrijeme kada politikom i javnim sektorom dominiraju muškarci pozitivno vidjeti ženu, barem kada govorimo u kontekstu jednake zastupljenosti spolova. Emily O'Reilly, uz to što je žena, autorica je i tri knjige te ima dokazanu karijeru, odgovornost i posjeduje adekvatne vještine za obnašanje funkcije Europske pučke pravobraniteljice.

Obveze su brojne, no ipak, ključna uloga „ombudsmana” je donošenje pravednih odluka u vezi s pritužbama na rad administracije u institucijama EU-a. Također je važna zadaća osiguranje transparentnosti rada kao i donošenje te provođenje odluka na politički neutralan način.

Smatram da gospođa O'Reilly posjeduje odgovarajuće iskustvo te da će doprinijeti učinkovitijem i transparentnijem funkcioniranju institucija kao i komunikaciji s građanima Unije.

Tibor Szanyi (S&D), írásban. – Szavazatommal támogattam Emily O'Reilly újraválasztását az Európai Ombudsman tisztére, elismerve ezzel egyrészt személyes hozzáértését és eddigi munkáját, másrészt az Ombudsman intézményének kiemelkedő szerepét a hatékony, átlátható és demokratikus Európai Unió működésében.

Bár az Európai Ombudsman feladata és hatásköre nem terjed ki az egyes tagállamok kormányzati, hatósági anomáliáinak vizsgálatára, az európai intézmények, testületek és az állampolgárok közti viszony tekintetében fontos iránymutató és ösztönző szerepe van, mindennek előtt a polgár-közeli, nyitott EU, valamint az euro-szkepticizmus elleni harc szempontjából. Az eddiginél is sikeresebb, láthatóbb tevékenysége különösen fontos biztatás lehet azon tagállamok állampolgárainak, ahol még mindig nem érvényesülnek maradéktalanul az emberi és polgári jogok, vagy ahol éppen a kormányzat nem biztosítja minden tekintetben a demokratikus jogállam működésének feltételeit. Az EP meggyőző szavazata alapján e fontos küldetésében az Európai Ombudsman a következő időszakban megerősített politikai támogatásra és legitimációra támaszkodhat.

Marc Tarabella (S&D), par écrit. — J'ai voté en faveur de la médiatrice, seule postulante et déjà en place. Nous sommes une majorité à avoir réitéré notre confiance en son travail.

Josep-Maria Terricabras (Verts/ALE), por escrito. — He votado a favor del nombramiento de la señora O'Reilly como Defensora del Pueblo Europeo para la legislatura 2014-2019, porque considero que debe tener la oportunidad de continuar con su trabajo, al haber sido escogida por primera vez el pasado mes de julio de 2013. Además, valoro muy positivamente su experiencia previa como Defensora del Pueblo de Irlanda. Es muy importante contar con personas cualificadas como Emily O'Reilly para atender de manera directa las peticiones ciudadanas en una Europa que debe aspirar a acercarse progresivamente a su ciudadanía.

Ruža Tomašić (ECR), napisan. — Podržavam kandidaturu O'Reilly Emily za Europskog pravobranitelja jer smatram da svojom kandidaturom ispunjava sve uvjete koji su predviđeni propisima za obnašanje već navedene dužnosti. Držim da je kandidatkinja do sada uspješno obnašala dužnost pravobranitelja te vjerujem da će svojim daljnjim djelovanjem uspješno nastaviti istraživati slučajeve lošeg upravljanja institucijama Europske unije, uključujući nedostatak transparentnosti i odbijanje pružanja informacija ili dokumenata građanima od strane previše birokratizirane uprave u institucijama i tijelima Europske unije. Tijekom svoje karijere političke urednice, izvjestiteljice i spisateljice primila je znatna domaća i međunarodna priznanja te je 2003. postala prva žena koja obnaša dužnost irskog pučkog pravobranitelja. Njezino uspješno obnašanje funkcije Europskog pravobranitelja te dosadašnja dostignuća u karijeri u proteklom mandatu su moji glavni razlozi za podršku ovoj kandidatkinji.

Yana Toom (ALDE), in writing. — I supported the re-election of Emily O'Reilly as European Ombudsman for the 2014–2019 parliamentary term. Since October 2013, when she took office, Ms O'Reilly has been an efficient guardian of the rights of Europeans who complained about maladministration by European institutions. I was also satisfied with the results of the hearing on 2 December 2014, where Ms O'Reilly answered questions from Members of the PETI Committee.

Ernest Urtasun (Verts/ALE), por escrito. — Mi voto favorable a la única candidata Emily O'Reilly se produce por su defensa de la ciudadanía europea, que ejemplifican perfectamente sus denuncias del caso Castor o de las subvenciones al exterior de la UE con finalidades contrarias a los intereses de las sociedades locales en terceros países.

Dienstag, 16. Dezember 2014

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito*. — No início de cada legislatura, o Presidente, imediatamente após a sua eleição ou nos casos previstos no final do n.º 8 do presente artigo, lança um apelo à apresentação de candidaturas com vista à nomeação do Provedor de Justiça, fixando o prazo para a referida apresentação. Este apelo será publicado no Jornal Oficial da União Europeia.

Trata-se de um procedimento normal. Reconhecemos qualidades à candidata. Nada temos a opor.

Harald Vilimsky (NI), *schriftlich*. — Der Posten der Europäischen Bürgerbeauftragten ist einer, der vor allem durch viele neue Herausforderungen geprägt ist. Durch Emily O'Reilly wird dieser Posten meines Erachtens verantwortungsvoll und zufriedenstellend vertreten. Daher habe ich für ihre Einsetzung als Europäische Bürgerbeauftragte gestimmt.

Jarosław Wałęsa (PPE), *in writing*. — I have voted in favour of the candidate for the European Ombudsman Ms Emily O'Reilly. I firmly believe that during her past mandate, Ms O'Reilly has shown a very proactive attitude in terms of the tasks assigned to her office. Moreover, thanks to her prior experience as an Irish National Ombudsman, Ms O'Reilly was able to start working efficiently very early during her term. In my capacity as a rapporteur on the annual report on the activities of the European Ombudsman in 2013, I had the privilege to observe the work of her team closely and I would like to congratulate her on the successful mission to increase transparency within the Institutions and on making the most of the instruments that are at her disposal. I fully support the fact that the role of the European Ombudsman is to highlight citizens' concerns and help to bridge the gap between them and the EU Institutions. I firmly believe that the just re-elected European Ombudsman will endorse this challenge with great dedication.

Anna Záborská (PPE), *písomne*. — Pani O'Reilly je kompetentná kandidátka, a preto som nemala žiaden dôvod nepodporiť jej kandidatúru. Ak by sme však hlasovali o tom, či Európska únia potrebuje ombudsmana alebo nie, bola by som za zrušenie tejto funkcie. Som presvedčená o tom – a začlenenie úradu európskeho ombudsmana do štruktúry Európskeho parlamentu tento môj názor potvrdzuje –, že v rámci rozdelenia kompetencií by mali kontrolu európskych inštitúcií vykonávať europoslanci. Koniec koncov, v mnohých ohľadoch to aj robíme, keď schvaľujeme ich rozpočty, výročné správy, podávame interpelácie, alebo na pôde príslušných výborov organizujeme verejné vypočutia a výmeny názorov s predstaviteľmi Komisie a európskych agentúr. Občania sa jednoducho obracajú so svojimi podnetmi na svojich poslancov a očakávajú od nich, že sa nimi budú osobne zaoberať, a nie že ich prepošlú neznámemu vysokému úradníkovi.

Tomáš Zdechovský (PPE), *písemně*. — Hlasoval jsem pro zvolení Emily O'Reillyové evropskou ombudsmankou. Pro tento post ji považuji za velmi kompetentní. Během slyšení odpovídala věcně na všechny položené otázky. Především si cením její spolupráce se zodpovědnými výbory Evropského parlamentu v uplynulých letech a věřím, že se tato spolupráce do budoucna ještě posílí.

6.2. Wissenschaftliche Prüfung von Lebensmittelfragen (A8-0059/2014 - Giovanni La Via)

Explications de vote par écrit

Marina Albiol Guzmán (GUE/NGL), *por escrito*. — Este informe sobre la propuesta de Directiva por la que se deroga la Directiva 93/5/CEE del Consejo, relativa a la asistencia a la Comisión por parte de los Estados miembros y a su cooperación en materia de examen científico de las cuestiones relacionadas con productos alimenticios, se enmarca en el contexto del actual programa de adecuación y eficacia de la normativa (REFIT) de la Comisión, por el que esta se compromete a derogar la legislación obsoleta y superflua.

El objetivo de la Directiva era el de promover el apoyo científico por parte de los Estados miembros y organizar la cooperación con los organismos nacionales competentes en materia científica relativa a la seguridad alimentaria, con el fin de asegurar el funcionamiento eficaz del Comité Científico de la Alimentación Humana, que en 2002 fue sustituido por la Autoridad Europea de Seguridad Alimentaria (EFSA). Tal como recoge el Reglamento (CE) n.º 178/2002, la EFSA se convierte en el organismo competente para la promoción de la cooperación científica, lo que convierte en obsoleta la Directiva 93/5/CEE.

Dienstag, 16. Dezember 2014

Puesto que es un informe puramente técnico, he votado a favor del mismo.

Pascal Arimont (PPE), *schriftlich*. — Im Rahmen des Programmes REFIT setzt sich die Kommission dafür ein, dass EU-Recht einfacher wird und weniger Kosten verursacht. Ziel ist die Schaffung eines einfachen, klaren, stabilen und vorhersehbaren Rechtsrahmens für Unternehmen, Arbeitnehmer und Bürger.

Im Zuge des Programms REFIT wurde erkannt, dass die Aufgaben des in der Richtlinie 93/5/EWG genannten und ab 1997 eingesetzten wissenschaftlichen Lebensmittelausschusses, dessen Gutachten als Grundlage für EU-Rechtsvorschriften u. a. in den Bereichen Verbrauchergesundheit und Lebensmittelsicherheit, Verzehr von Nahrungsmitteln, Toxikologie und der Hygiene im gesamten Verlauf der Nahrungsmittelproduktion, Ernährung oder Anwendung der Agrar- und Nahrungsmitteltechniken dienen, mit der Verordnung (EG) Nr. 178/2002 an die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) übertragen worden sind.

Ich begrüße daher die Aufhebung der Richtlinie 93/5/EWG, da sie obsolet geworden ist.

Jonathan Arnott (EFDD), *in writing*. — This motion related to a technical update of a Council Directive from 1993. I am advised that the matter concerned would be better determined individually by the member states.

Zigmantas Balčytis (S&D), *raštu*. — Balsavau už šį siūlymą panaikinti Direktyvą 93/5/EEB dėl mokslinio su maistu susijusių klausimų nagrinėjimo. 2012 m. pabaigoje Komisija pradėjo įgyvendinti ES reglamentavimo kokybės ir rezultatų programą, kad įmonės, darbuotojai ir piliečiai galėtų naudotis paprasta ir stabilia reglamentavimo sistema. Tokiu būdu Komisija išpareigojo panaikinti nereikalingas ar pasenusias taisykles. Tarybos direktyvos dėl mokslinio su maistu susijusių klausimų nagrinėjimo tikslas buvo užtikrinti sklandų Maisto produktų mokslinio komiteto veikimą. Kadangi vėliau šiam komitetui pavestas užduotis perėmė Mokslo komitetas ir Europos maisto saugos tarnyba, pritariu, kad minėta direktyva paseno ir turėtų būti panaikinta.

Hugues Bayet (S&D), *par écrit*. — J'ai voté en faveur de ce texte afin de garantir le bon fonctionnement du comité scientifique de l'alimentation humaine. Cela permettra d'encourager les États membres à apporter leur appui scientifique à ce comité et d'organiser la coopération avec les instances nationales compétentes autour des questions scientifiques ayant trait à la sécurité des denrées alimentaires.

Dominique Bilde (NI), *par écrit*. — Cette proposition de directive du Parlement européen et du Conseil abroge la directive 93/5/CEE du Conseil du 25 février 1993 concernant l'assistance des États membres à la Commission et leur coopération en matière d'examen scientifique des questions relatives aux denrées alimentaires. Désormais, l'Autorité européenne de sécurité des aliments (EFSA) assure ces missions. Cette abrogation est la dernière étape avant d'arriver à une situation où un organisme supranational confisque la souveraineté des États membres là où, avant, ils coopéraient librement entre eux. C'est pourquoi j'ai voté contre ce texte.

Mara Bizzotto (NI), *per iscritto*. — Ho votato a favore del provvedimento che trasferisce all'EFSA i compiti del comitato scientifico dell'alimentazione umana di cui alla direttiva 93/5/CEE.

José Blanco López (S&D), *por escrito*. — En el contexto del programa de adecuación y eficacia de la reglamentación (REFIT) puesto en marcha en 2012 para garantizar un marco reglamentario simple, claro, estable y predecible para las empresas, los trabajadores y los ciudadanos, la Comisión se ha comprometido a derogar normas que se han convertido en superfluas u obsoletas.

La Directiva 93/5/CEE tenía como objetivo garantizar el funcionamiento eficaz del Comité científico de la alimentación humana promoviendo el apoyo científico de los Estados miembros y organizando la cooperación con los organismos nacionales pertinentes sobre cuestiones científicas relativas a la seguridad de los productos alimenticios. Sin embargo, las tareas científicas confiadas al Comité científico de la alimentación humana han sido asumidas por la Autoridad Europea de Seguridad Alimentaria (EFSA), que también se ha convertido en el organismo competente para promover la cooperación científica con los Estados miembros y los organismos nacionales pertinentes que operan en los ámbitos que comprende el cometido de la Autoridad.

Dienstag, 16. Dezember 2014

La Directiva 93/5/CEE ha quedado obsoleta y he votado por tanto en favor de su derogación en aras de la simplificación, mejora y eficacia de la legislación europea.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), raštu. — Balsavau dėl šio pranešimo, nes juo Parlamentas pritaria jau nebeaktualios direktyvos, kuri buvo priimta dar 1995 m., panaikinimui. Šios direktyvos tikslas buvo užtikrinti sklandų maisto produktų mokslinio komiteto veikimą skatinant valstybes nares teikti mokslinę paramą Komisijai ir užtikrinti bendradarbiavimą su nacionalinėmis institucijomis su maisto produktų sauga susijusiais klausimais. Nuo 1995 m. šios direktyvos funkcijas ir tikslus perėmė kiti, naujesni teisės aktai, taigi 1995 m. direktyva tapo nebeaktuali. Todėl Komisija, pagal šiuo metu vykdomą REFIT programą, kurios tikslas – supaprastinti ES teisės aktų bazę, kad piliečiai, darbuotojai ir įmonės galėtų naudotis paprasta, aiškia, stabilia ir nuspėjama reglamentavimo sistema, nusprendė panaikinti beveik prieš 20 metų priimtą teisės aktą.

Simona Bonafè (S&D), per iscritto. — Il mio sostegno alla proposta è in linea con il Programma REFIT lanciato dalla Commissione nel 2012 per garantire un sistema normativo più semplice, chiaro ed una riduzione dei costi dell'Unione. La soppressione del comitato scientifico dell'alimentazione umana va in questa direzione.

Con l'entrata in vigore del regolamento (CE) n. 178/2002 del Parlamento europeo e del Consiglio i compiti ed i poteri del comitato in materia di assistenza alla Commissione europea e la cooperazione degli Stati membri nell'esame scientifico di questioni relative ai prodotti alimentari sono passati all'Autorità europea per la sicurezza alimentare (EFSA).

Per questa ragione, così come già avvenuto all'unanimità in commissione per l'ambiente, la sanità pubblica e la sicurezza alimentare, ho votato in favore dell'abrogazione della direttiva 93/5/CEE.

Mercedes Bresso (S&D), in writing. — I voted for this report because I think that it is absolutely essential to have a good scientific cooperation between the Member States and the Commission in matters concerning food.

Steeve Briois (NI), par écrit. — L'abrogation de la directive 93/5/CEE du Conseil du 25 février 1993 est la dernière étape pour passer d'un système où les États coopéraient entre eux sur les questions de sécurité alimentaire à un système de transfert de souveraineté à une entité supranationale sans aucune légitimité. Nous avons toujours combattu et dénoncé ces politiques qui retirent leurs droits aux peuples européens pour les confier à des administrations inconnues du grand public et qui n'ont aucun compte à rendre aux citoyens. Ce déni absolu de démocratie est inadmissible. Profondément attaché à la souveraineté nationale, j'ai évidemment voté contre un tel rapport.

Daniel Buda (PPE), în scris. — Am votat în favoarea acestui raport de abrogare a Directivei 93/5/CEE a Consiliului din 25 februarie 1993 privind asistența care trebuie acordată Comisiei și colaborarea dintre statele membre în domeniul examinării științifice a problemelor legate de produsele alimentare.

În urma Regulamentului (CE) nr. 178/2002 al Parlamentului European și al Consiliului, sarcinile științifice încredințate Comitetului științific pentru alimentație au fost preluate de către Comitetul Științific și grupurile Autorității Europene pentru Siguranța Alimentară (EFSA). EFSA a devenit, de asemenea, organismul competent să promoveze cooperarea științifică cu statele membre și organismele naționale competente care funcționează în domeniile care țin de competența Autorității.

Astfel că, prin acest raport se asigură un cadru de reglementare clar și în acord cu normele existente, care este menit să întărească și mai mult cadrul european pentru siguranța alimentară. Consider că siguranța alimentară în UE și în lume constituie un factor esențial pentru dezvoltarea unei populații sănătoase, factor ce determină automat și creștere economică și dezvoltarea armonioasă a societății.

Gianluca Buonanno (NI), per iscritto. — Ho votato a favore. Si tratta dell'abrogazione della direttiva 93/5/CEE. I compiti del comitato scientifico dell'alimentazione umana di cui alla direttiva 93/5/CEE sono stati trasferiti all'EFSA e tali compiti sono attualmente disciplinati dal regolamento (CE) n. 178/2002.

Dienstag, 16. Dezember 2014

Soledad Cabezón Ruiz (S&D), *por escrito*. — Voto simple para aplicar el procedimiento simplificado sin enmiendas a una Directiva que establece de qué manera contribuirán los Estados miembros al examen científico de los productos alimenticios.

Nicola Caputo (S&D), *per iscritto*. — L'obiettivo della direttiva 93/5/CEE era di garantire la regolarità dei lavori del comitato scientifico dell'alimentazione umana, promuovendo il sostegno scientifico da parte degli Stati membri e organizzando la cooperazione con gli organismi nazionali interessati relativamente a questioni scientifiche in tema di sicurezza dei prodotti alimentari. Oggi questa direttiva 93/5/CEE è diventata obsoleta e deve essere abrogata.

Il motivo di questa abrogazione è chiaro: con il regolamento 2002/178/CE si è previsto l'istituzione dell'Autorità europea per la sicurezza alimentare (EFSA) che ingloba anche la cooperazione scientifica degli Stati membri e degli organismi nazionali operanti nei settori di competenza dell'Autorità. L'EFSA ha quindi sostituito il Comitato scientifico dell'alimentazione umana.

Pertanto, considerato che le intenzioni e i motivi addotti dalla Commissione sono chiari, fondati ed esaurienti, ma soprattutto tendono a snellire gli iter procedurali, ho deciso oggi di votare a favore di questa relazione al fine di abrogare la direttiva 93/5/CEE.

Matt Carthy (GUE/NGL), *in writing*. — I voted in favour of this motion because the proposal repeals Directive 93/5/EEC on assistance to the Commission and cooperation by the Member States in the scientific examination of questions relating to food. The aim of this Directive initially was to ensure the smooth running of the Scientific Committee on Food. In 2002, however, the scientific tasks entrusted to the Scientific Committee on Food were taken over by the European Food Safety Authority (EFSA) and Decision 97/579/EC establishing the Scientific Committee on Food was repealed. Directive 93/5/EEC has thus become obsolete.

James Carver (EFDD), *in writing*. - This is a technical update of a Council directive from 1993, which I oppose.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), *per iscritto*. — La presente direttiva mira a garantire la regolarità dei lavori del comitato scientifico dell'alimentazione umana rafforzando la cooperazione degli Stati membri in merito a questioni scientifiche in tema di sicurezza dei prodotti alimentari. Il voto è favorevole.

Caterina Chinnici (S&D), *per iscritto*. — Ho votato a favore della relazione proposta oggi dall'on. La Via, cui va un ringraziamento per il lavoro svolto, perché si inserisce nell'ambito dell'azione avviata dalla Commissione europea al fine di raggiungere un quadro normativo semplice, chiaro, solido e prevedibile per imprese, lavoratori e cittadini, con l'obiettivo di abrogare una legislazione obsoleta per lasciare il posto ad una normativa più attinente alle evoluzioni normative e alle necessità.

È questo il caso dell'abrogazione della direttiva del Consiglio 93/5/CEE sul comitato scientifico dell'alimentazione umana: una direttiva ormai superata a seguito della creazione nel 2002 dell'EFSA – l'Autorità europea per la sicurezza alimentare – che in forma indipendente e più strutturata fornisce alle istituzioni europee consulenza scientifica sui rischi associati alla catena alimentare.

Salvatore Cicu (PPE), *per iscritto*. — Ho votato a favore poiché ritengo sia opportuno abrogare la direttiva 93/5/CEE in quanto obsoleta.

Alberto Cirio (PPE), *per iscritto*. — Il mio voto a favore di questa proposta è non solo un atto di fiducia nei confronti del presidente La Via, collega che stimo e di cui apprezzo la preparazione scientifica, ma è anche un atto dovuto nei confronti dei cittadini che perdono tempo con la burocrazia. Infatti, questo provvedimento permette di evitare una duplicazione nei controlli scientifici dei prodotti alimentari, dal momento che ormai è l'EFSA ad avere la responsabilità di tutto. In questa Europa, bisogna anche scrostare le poltrone inutili.

Carlos Coelho (PPE), *por escrito*. — Ao abrigo do Programa REFIT para a adequação e a eficácia da regulamentação, a Comissão Europeia prevê medidas para simplificar a legislação europeia e reduzir os custos decorrentes da regulamentação, contribuindo assim para um quadro regulamentar claro, estável, previsível e propício ao crescimento e ao emprego.

Dienstag, 16. Dezember 2014

Neste sentido parece-me evidente revogar a Diretiva 93/5/CEE, que assegurava o eficaz funcionamento do Comité Científico da Alimentação Humana ao promover o apoio científico por parte dos Estados-Membros e organizar a cooperação com os organismos nacionais competentes na área da segurança dos géneros alimentícios, dado ser, por legislação ulterior, a Agência Europeia para a Segurança dos Alimentos o organismo competente nestes domínios.

Lara Comi (PPE), *per iscritto*. - Ho sostenuto, con il mio voto favorevole, l'abrogazione di questa direttiva che era divenuta obsoleta e che riguardava l'assistenza alla Commissione e la cooperazione degli Stati membri nell'esame scientifico di questioni relative a prodotti alimentari, nell'ambito del programma di controllo dell'adeguatezza e dell'efficacia della regolamentazione. In particolare, i compiti del comitato scientifico dell'alimentazione umana sono ora svolti dall'Autorità europea per la sicurezza alimentare e pertanto, la direttiva che abbiamo abrogato non aveva più senso di restare in vigore. Quindi bene abbiamo fatto a procedere alla sua abrogazione.

Therese Comodini Cachia (PPE), *in writing*. — I voted in favour of this report on the proposal for a directive of the European Parliament and of the Council repealing Council Directive 93/5/EEC of 25 February 1993 on assistance to the Commission and cooperation by the Member States in the scientific examination of questions relating to food, as Directive 93/5/EEC has become obsolete and should be replaced. This is being done in the spirit of achieving a simple, clear, stable and predictable regulatory framework for business, workers and citizens and thus supporting growth and jobs.

Ignazio Corrao (EFDD), *per iscritto*. — Nel dicembre 2012 la Commissione ha avviato il programma di controllo dell'adeguatezza e dell'efficacia della regolamentazione, al fine di garantire ad imprese, lavoratori e cittadini un quadro normativo semplice, chiaro, solido e prevedibile.

La direttiva 93/5/CEE del Consiglio mirava a garantire la regolarità dei lavori del comitato scientifico dell'alimentazione umana, promuovendo il sostegno scientifico da parte degli Stati membri di tale comitato e organizzando la cooperazione con gli organismi nazionali interessati relativamente a questioni scientifiche in tema di sicurezza dei prodotti alimentari.

Con il regolamento (CE) n. 178/2002 si stabiliscono i principi e i requisiti generali della legislazione alimentare, si istituisce l'Autorità europea per la sicurezza alimentare e si fissano le procedure nel campo della sicurezza alimentare, superando di fatto la direttiva 93/5/CEE. Trattandosi di una questione tecnica non posso che votare positivamente.

Javier Couso Permy (GUE/NGL), *por escrito*. — Este informe sobre la propuesta de Directiva por la que se deroga la Directiva 93/5/CEE del Consejo, relativa a la asistencia a la Comisión por parte de los Estados miembros y a su cooperación en materia de examen científico de las cuestiones relacionadas con productos alimenticios, se enmarca en el contexto del actual programa de adecuación y eficacia de la normativa (REFIT) de la Comisión, por el que esta se compromete a derogar la legislación obsoleta y superflua.

El objetivo de la Directiva era el de promover el apoyo científico por parte de los Estados miembros y organizar la cooperación con los organismos nacionales competentes en materia científica relativa a la seguridad alimentaria, con el fin de asegurar el funcionamiento eficaz del Comité Científico de la Alimentación Humana, que en 2002 fue sustituido por la Autoridad Europea de Seguridad Alimentaria (EFSA). Tal como recoge el Reglamento (CE) n° 178/2002, la EFSA se convierte en el organismo competente para la promoción de la cooperación científica, lo que convierte en obsoleta la Directiva 93/5/CEE.

Puesto que es un informe puramente técnico, he votado a favor del mismo.

Miriam Dalli (S&D), *in writing*. - In the context of the on-going Regulatory Fitness and Performance Programme (REFIT) launched in 2012 to ensure a simple, clear and predictable regulatory framework, it is proposed to repeal Directive 93/5/EEC on assistance to the Commission and cooperation by the Member States in the scientific examination of questions relating to food.

The aim of this Directive initially was to ensure the smooth running of the Scientific Committee on Food by promoting scientific support from the Member States and organising cooperation with the relevant national bodies on scientific issues regarding the safety of food. In 2002, however, the scientific tasks entrusted to the Scientific Committee on Food were taken over by the European Food Safety Authority (EFSA) and Decision 97/579/EC establishing the Scientific Committee on Food was repealed. Directive 93/5/EEC has thus become obsolete. Hence I voted in favour of this report.

Dienstag, 16. Dezember 2014

Viorica Dăncilă (S&D), *în scris*. — Salut votul cu privire la asistența ce trebuie acordată Comisiei și colaborarea dintre statele membre în domeniul examinării științifice a problemelor legate de produsele alimentare și sunt de acord cu realizarea unui cadru de reglementare cât mai simplu, clar și stabil atât pentru întreprinderi, cât și pentru lucrători și cetățeni.

Rachida Dati (PPE), *par écrit*. — En décembre 2012, la Commission s'est engagée à promouvoir une réglementation plus adaptée afin de garantir un environnement réglementaire simple, clair, stable et prévisible. C'est dans ce contexte que s'inscrit la proposition de directive abrogeant la directive concernant l'assistance des États membres à la Commission et leur coopération en matière d'examen scientifique des questions relatives aux denrées alimentaires. En confiant désormais la mission scientifique auparavant confiée au comité scientifique de l'alimentation humaine à l'Autorité européenne de sécurité des aliments, l'Union européenne rationalise, de façon bienvenue, son cadre réglementaire en la matière.

Diane Dodds (NI), *in writing*. — Mr President, although this vote appears merely technical, it does provide an opportunity to reflect on the EU allergens legislation which came into effect only last week – and which stands to place constraints on food and catering operators across the Member States.

The new provision requires caterers to publicly display whether the food being served contains any of a range of approximately 13 allergens. This goes far beyond communication of commonly accepted allergens, including nuts and gluten – which is vital toward protecting people in our communities.

This regulation will place an added layer of compliance checks for workers, and although exemptions are in place for voluntary, non-formal caterers, there exists a level of uncertainty on the scope and burdens of the new law.

I would strongly urge the European Commission to fill this void with effective information.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI), *γραφτώς*. — Καταψήφισα την έκθεση καθότι η οδηγία 93/5/EK του Συμβουλίου καθίσταται άνευ αντικειμένου.

José Manuel Fernandes (PPE), *por escrito*. - No âmbito do Programa para a adequação e a eficácia da regulamentação (REFIT), a Comissão comprometeu-se a garantir um quadro regulamentar simples, claro, estável e previsível para empresas, trabalhadores e cidadãos. A criação da AESA tornou este organismo competente para a promoção da cooperação científica com os Estados-Membros e os organismos nacionais competentes que operam nos domínios das atribuições da Autoridade e dá-lhe competências para agir em estreita cooperação com os organismos competentes dos Estados-Membros, devendo os Estados-Membros cooperar com a AESA na prossecução das suas atribuições. Sendo assim, a revogação da anterior diretiva faz todo o sentido.

João Ferreira (GUE/NGL), *por escrito*. — Este relatório acerca da proposta de diretiva do Parlamento Europeu e do Conselho que revoga a Diretiva 93/5/CEE do Conselho, relativa à assistência dos Estados-Membros à Comissão e à sua cooperação na análise científica de questões relacionadas com os produtos alimentares, insere-se no contexto do programa da Comissão Europeia em curso para a adequação e a eficácia da regulamentação (REFIT), lançado em 2012, onde a Comissão se compromete a revogar a legislação obsoleta e supérflua.

O objetivo da diretiva em causa era promover o apoio científico por parte dos Estados-Membros e organizar a cooperação com os organismos nacionais competentes sobre questões científicas relativas à segurança dos géneros alimentícios, a fim de assegurar o funcionamento eficaz do Comité Científico da Alimentação Humana que, em 2002, foi substituído nas suas tarefas científicas pela Autoridade Europeia para a Segurança dos Alimentos (AESA). Acresce que, nos termos do Regulamento (CE) n.º 178/2002, a AESA se tornou também no organismo competente para a promoção da cooperação científica com os Estados-Membros e os organismos nacionais competentes que operam nos domínios da competência da Autoridade, ficando a Diretiva 93/5/CEE obsoleta.

Trata-se de um relatório eminentemente técnico, ao qual foi aplicado o procedimento simplificado (artigo 50.º, n.º 1) e que votámos favoravelmente.

Dienstag, 16. Dezember 2014

Monika Flašíková Beňová (S&D), *písomne* — V tomto prípade ide o jasný a predvídateľný regulačný rámec, kde sa Komisia rozhodla nahradiť zastarané právne predpisy v predmetnej oblasti. Dôsledkom tejto zmeny bude zrušenie smernice 93/5/EHS o pomoci Komisii a spolupráci členských štátov pri vedeckom skúmaní otázok týkajúcich sa potravín. Voči tomuto návrhu Európskej komisie neboli uvedené žiadne námietky zo strany poslancov.

Lorenzo Fontana (NI), *per iscritto*. — Voto favorevolmente all'abrogazione della dir. 93/5/CEE.

Le mansioni del comitato scientifico dell'alimentazione umana di cui alla direttiva 93/5/CEE sono stati trasferiti all'EFSA e ora sono disciplinati dal reg. (CE) n. 178/2002.

Λάμπρος Φουντούλης (NI), *γραφικώς*. — Η οδηγία 93/5/EK του Συμβουλίου καθίσταται άνευ αντικειμένου και γι' αυτό ψηφίζω υπέρ της κατάργησης της.

Επιπλέον η φύση της οδηγίας του Συμβουλίου δεν απαιτεί τα επεξηγηματικά έγγραφα που προβλέπονται στην κοινή πολιτική δήλωση των κρατών μελών και της Επιτροπής της 28ης Σεπτεμβρίου 2011

Enrico Gasbarra (S&D), *per iscritto*. — Desidero esprimere il mio voto favorevole alla relazione del collega La Via, che accoglie la proposta della Commissione europea e che abroga la direttiva 93/5/CEE, ormai obsoleta. Con questo voto implementiamo le prerogative dell'Autorità europea per la sicurezza alimentare, incorporando così le precedenti competenze spettanti al comitato scientifico dell'alimentazione umana. Questa nuova legislatura dovrà vedere il tema della sicurezza alimentare tra le priorità dell'agenda europea in materia ambientale, ragion per cui auspico che il comitato possa godere del pieno sostegno politico e scientifico da parte degli Stati membri, in particolare facilitando la cooperazione con gli organismi nazionali pertinenti a queste tematiche.

Nathan Gill (EFDD), *in writing*. — I voted against this directive. Although it is presented as the EU repealing an old directive, the EU Commission is actually substituting the Committee on Food with the European Food Safety Authority, giving the European Commission more power, promoting EU regulations further in this field. This is the job of sovereign nations, not the EU.

Françoise Grossetête (PPE), *par écrit*. — J'ai voté en faveur de ce texte, qui prévoit l'abrogation de la directive sur l'examen scientifique des questions relatives aux denrées alimentaires, devenue obsolète. Cette directive n'a plus lieu d'être depuis que l'Autorité européenne de sécurité des aliments (EFSA) a repris à son compte les missions d'examen scientifique des questions relatives aux denrées alimentaires. Face à la charge bureaucratique qui pèse sur les entreprises et les administrations, nous devons tout faire pour lutter contre l'inflation normative et mieux légiférer, en n'hésitant pas à supprimer des textes, comme celui-ci, devenus inutiles.

Antanas Guoga (ALDE), *in writing*. — I voted in favour for the proposal for a directive on assistance to the Commission and cooperation by the Member States in the scientific examination of questions relating to food. I believe that it is necessary to ensure smooth cooperation with the relevant national bodies on scientific issues regarding the safety of foodstuffs.

Marian Harkin (ALDE), *in writing*. — I supported Mr La Via's report because this is an example of how REFIT is being used to delete obsolete legislation – in this case Directive 93/5/EEC. This helps to ensure a simple, predictable regulatory framework for businesses, workers and EU citizens. Regulation 178/2002 established the European Food Safety Authority (EFSA) as the competent body to promote scientific cooperation with Member States and to replace the Scientific Committee on Food referred to in Directive 93/5/EEC. This now means Directive 93/5/EEC is obsolete and should be repealed.

Ian Hudghton (Verts/ALE), *in writing*. — I voted in favour of the repeal of this obsolete text.

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan*. — Glasao sam ZA nacrt zakonodavne Rezolucije o stavljanju izvan snage Direktive Vijeća o pomoći Komisiji i suradnji država članica u znanstvenom razmatranju pitanja koja se odnose na hranu jer se time stavlja izvan snage pravila koja su postala suvišna i ostarjela. Slijedom toga smatram da je potreban osvježenje i jasniji regulatorni okvir za sva poduzeća, radnike i građane koji je u skladu s Programom za prikladnost i učinkovitost propisa (REFIT).

Dienstag, 16. Dezember 2014

Stavljanje izvan snage dotične direktive Vijeća dano je i samim time što je Europska agencija za sigurnost hrane (EFSA) postala tijelo za promicanje znanstvene suradnje, preuzevši aktivnosti koje su bile povjerene Znanstvenom odboru za hranu.

Marc Joulaud (PPE), *par écrit*. — J'ai voté en faveur du rapport de mon collègue Giovanni La Via sur l'examen scientifique des questions relatives aux denrées alimentaires. Le texte soutient l'abrogation de cette directive dont les dispositions étaient devenues obsolètes.

Je me félicite donc de l'adoption de ce rapport.

Afzal Khan (S&D), *in writing*. — I agree to repeal this regulation. The scientific tasks entrusted to the Scientific Committee on Food were taken over years ago by the European Food Safety Agency making the regulation obsolete.

Giovanni La Via (PPE), *per iscritto*. - Signor Presidente, onorevoli colleghi, la mia relazione di oggi ha come obiettivo quello di abrogare la direttiva 93/5/CEE del Consiglio. Essa riguarda l'assistenza alla Commissione e la cooperazione degli Stati membri nell'esame scientifico di questioni relative ai prodotti alimentari. L'abrogazione si è resa necessaria nell'ambito del programma di controllo dell'adeguatezza e dell'efficacia della regolamentazione, al fine di garantire a imprese, lavoratori e cittadini un quadro normativo più semplice e chiaro.

Javi López (S&D), *por escrito*. — Con este debate el Parlamento se posiciona sobre la aplicación propuesta por la Comisión respecto a la Directiva que establece de qué manera contribuirán los Estados miembros en materia de examen científico de productos alimenticios, en la cual no se observan razones para mi oposición.

Paloma López Bermejo (GUE/NGL), *por escrito*. — Este informe sobre la propuesta de Directiva por la que se deroga la Directiva 93/5/CEE del Consejo, relativa a la asistencia a la Comisión por parte de los Estados miembros y a su cooperación en materia de examen científico de las cuestiones relacionadas con productos alimenticios, se enmarca en el contexto del actual programa de adecuación y eficacia de la normativa (REFIT) de la Comisión, por el que esta se compromete a derogar la legislación obsoleta y superflua.

El objetivo de la Directiva era el de promover el apoyo científico por parte de los Estados miembros y organizar la cooperación con los organismos nacionales competentes en materia científica relativa a la seguridad alimentaria, con el fin de asegurar el funcionamiento eficaz del Comité Científico de la Alimentación Humana, que en 2002 fue sustituido por la Autoridad Europea de Seguridad Alimentaria (EFSA). Tal como recoge el Reglamento (CE) n° 178/2002, la EFSA se convierte en el organismo competente para la promoción de la cooperación científica, lo que convierte en obsoleta la Directiva 93/5/CEE.

Puesto que es un informe puramente técnico, he votado a favor del mismo.

Ivana Maletić (PPE), *napisan*. — U kontekstu trenutačnog programa REFIT (Regulatory Fitness and performance Programme) koji se počeo provoditi 2012. godine s ciljem da osigura jednostavan i razumljiv regulatorni okvir, Komisija se obvezala ukinuti zastarjele zakone. U skladu s time, predloženo je da se ukine i Direktiva o pomoći Komisiji i suradnji država članica u svrhu znanstvenog istraživanja i testiranja hrane.

Cilj ove Direktive u početku je bio osigurati kontinuirani rad znanstvenog odbora za hranu promicanjem znanstvene podrške iz država članica i organiziranje suradnje s nadležnim državnim tijelima na temu znanstvenih pitanja koja se odnose na sigurnost hrane. Međutim, 2002., zadatke povjerene znanstvenom odboru za hranu preuzela je Europska agencija za sigurnost hrane (EFSA). Time je Direktiva o pomoći Komisiji i suradnji država članica u svrhu znanstvenog istraživanja i testiranja hrane zastarjela te sam podržala ovo izvješće.

Νότης Μαρτιάς (ECR), *γραπτώς*. — Απείχα από την ψηφοφορία γιατί η έκθεση La Via σχετικά με την επιστημονική εξέταση θεμάτων που αφορούν τα τρόφιμα, δεν αντιμετωπίζει επαρκώς την επιστημονική εξέταση θεμάτων που αφορούν τα τρόφιμα.

Dienstag, 16. Dezember 2014

David Martin (S&D), *in writing*. — I voted for this proposal which fits in to the Union's commitment to achieving a simple, clear, stable and predictable regulatory framework for businesses, workers and citizens.

Fulvio Martusciello (PPE), *per iscritto*. — Ho votato a favore della proposta di direttiva del Parlamento europeo che abroga la direttiva 93/5/CEE del Consiglio, concernente l'assistenza alla Commissione e la cooperazione degli Stati membri nell'esame scientifico di questioni relative ai prodotti alimentari.

Divenuto oramai l'EFSA l'organo incaricato per promuovere la cooperazione scientifica con gli Stati membri, la suddetta direttiva non risulta essere più adeguata al cambio normativo verificatosi.

Barbara Matera (PPE), *per iscritto*. — Condivido la necessità di abrogare la direttiva 93/5/CEE del Consiglio concernente l'assistenza alla Commissione e la cooperazione degli Stati membri nell'esame scientifico di questioni relative ai prodotti alimentari, nell'ambito del programma di controllo dell'adeguatezza e dell'efficacia della regolamentazione.

È necessario che ad imprese, lavoratori, e cittadini europei, venga garantito un quadro normativo semplice, chiaro, solido e prevedibile. È per tali ragioni che ho ritenuto doveroso esprimere il mio consenso nei confronti della relazione a firma del collega La Via.

Georg Mayer (NI), *schriftlich*. — Da diese Abstimmung eine Rechtsbereinigung im Sinne einer Aufhebung einer bereits überholten Richtlinie darstellt, konnte ich dafür stimmen.

Jean-Luc Mélenchon (GUE/NGL), *par écrit*. — La directive 93/5/CEE concerne l'examen scientifique des questions relatives à l'alimentation. Le but de cette directive était d'assurer le bon fonctionnement du comité scientifique de l'alimentation. Pour cela est favorisé le soutien scientifique des États membres et la coopération avec les organes nationaux compétents sur les questions concernant la sécurité des aliments. Mais, en 2002, les tâches scientifiques confiées au comité scientifique de l'alimentation ont été prises en charge par l'Autorité européenne de sécurité des aliments (EFSA). Changement de cadre! La directive 93/5/CEE est donc devenue obsolète. Il s'agit ici de l'abroger, quelle histoire! Mais c'est pour suivre l'actuel programme de remise en forme et de performance de la réglementation (REFIT) lancé en 2012. Cette proposition ne modifie pas sur le fond l'examen scientifique des questions relatives aux denrées alimentaires. Tout ça pour ça... Je vote pour.

Nuno Melo (PPE), *por escrito*. — Em dezembro de 2012, a Comissão lançou o Programa para a adequação e a eficácia da regulamentação (REFIT), a fim de garantir um quadro regulamentar simples, claro, estável e previsível para empresas, trabalhadores e cidadãos. Neste contexto, a Comissão comprometeu-se a revogar as regras que se tornaram supérfluas ou obsoletas. É o caso da Diretiva 93/5/CEE do Conselho, de 25 de fevereiro de 1993, que agora se revoga. Daí o meu voto favorável.

Roberta Metsola (PPE), *in writing*. — The aim of Council Directive 93/5/EEC was to ensure the smooth running of the Scientific Committee for Food by means of promoting the scientific support from the EU Member States and by also coordinating cooperation with all the relevant national bodies on scientific issues relating to the safety of foodstuffs.

This Directive has however become obsolete since the tasks entrusted to the Scientific Committee on Food have been taken over by the Scientific Committees and Panels within the European Food Safety Authority (EFSA). EFSA has also taken over the tasks related to the promotion of scientific cooperation with the EU Member States and relevant national bodies operating in the fields falling within EFSA's mission. I have therefore voted in favour of this report.

Louis Michel (ALDE), *par écrit*. — Dans un souci de simplicité législative, il était nécessaire que le Parlement européen donne son accord pour abroger la directive 93/5/CEE. Celle-ci était devenue caduque après l'adoption du règlement (CE) n° 178/2002, qui visait à confier la mission d'examen scientifique des questions relatives aux denrées alimentaires à l'Autorité européenne de sécurité des aliments (EFSA). Cette décision n'aura aucun impact sur la sécurité alimentaire en Europe. Rappelons que le principe directeur de la Commission en la matière consiste à appliquer une approche intégrée de l'étable à la table, couvrant l'ensemble des secteurs de la chaîne alimentaire, à savoir: la production d'aliments pour animaux, la production primaire, la transformation des denrées alimentaires, l'entreposage, le transport et la vente au détail.

Dienstag, 16. Dezember 2014

Miroslav Mikolášik (PPE), *pisomne* — Fungovanie Vedeckého výboru pre potraviny bolo zabezpečované smernicou Rady 93/5/EHS. Keďže úlohy tohto vedeckého výboru už prešli podľa platnej legislatívy na Európsky úrad pre bezpečnosť potravín, tzv. EFSA, a tento sa stal aj orgánom na podporu vedeckej spolupráce s členskými štátmi a príslušnými národnými orgánmi, hlasoval som za zrušenie obsolentnej smernice 93/5/EHS.

Marlene Mizzi (S&D), *in writing*. — I support this report, which proposes to repeal Directive 93/5/EEC on assistance to the Commission and cooperation by the Member States in the scientific examination of questions relating to food. The ongoing Regulatory Fitness and Performance Programme (REFIT) was established in 2012 in order to ensure a simple, clear and predictable framework. That is why I have voted in favour, to repeal obsolete legislation.

Sophie Montel (NI), *par écrit*. — L'abrogation de la directive 93/5/CEE du Conseil du 25 février 1993 est la dernière étape pour passer d'un système où les États coopéraient entre eux sur les questions de la sécurité alimentaire à un système de transfert de souveraineté à une entité supranationale sans aucune légitimité. Nous avons toujours combattu et dénoncé ces politiques qui retirent leurs droits aux peuples européens pour les confier à des administrations inconues du grand public et qui n'ont aucun compte à rendre aux citoyens. Ce déni absolu de démocratie est inadmissible. Profondément attachée à la souveraineté nationale, j'ai évidemment voté contre un tel rapport.

Claude Moraes (S&D), *in writing*. — The Commission has already proposed scrapping Council Directive 93/5/EEC on the running of the Scientific Committee for Food, as it is now obsolete. The duties of the committee have already been taken over by the Scientific Committee and panels of the European Food Safety Authority (EFSA); therefore the Directive is redundant and should be repealed.

Alessandra Mussolini (PPE), *per iscritto*. — Signor Presidente, onorevoli colleghi, voto positivamente la relazione dell'on. La Via in quanto ritengo obsoleta la direttiva 93/5/CEE del Consiglio concernente l'assistenza alla Commissione e la cooperazione degli Stati membri nell'esame scientifico di questioni relative ai prodotti alimentari nell'ambito del programma di controllo dell'adequatezza e dell'efficacia della regolamentazione al fine di garantire ad imprese, lavoratori e cittadini un quadro normativo semplice e chiaro.

Franz Obermayr (NI), *schriftlich*. — Die Überwachung der Lebensmittelsicherheit wird gegenwärtig von der Agentur EFSA wahrgenommen. Die Abstimmung hatte die Aufhebung einer obsoleten Vorgängerrichtlinie zum Inhalt, welche sich auf die Vorgängeragentur von EFSA bezog. Die Aufhebung dieser Richtlinie dient also der Entschlackung des europäischen Rechts und der Entbürokratisierung. Daher habe ich für den Antrag gestimmt.

Younous Omarjee (GUE/NGL), *par écrit*. — Il s'agit d'un rapport technique visant à abroger une directive caduque, car depuis l'entrée en vigueur du règlement (CE) n° 178/2002 du Parlement européen et du Conseil, la mission scientifique qui avait été confiée au comité scientifique de l'alimentation humaine est assurée par le comité scientifique et les groupes scientifiques de l'Autorité européenne de sécurité des aliments (EFSA). Par conséquent, je n'ai vu aucun obstacle à voter pour.

Urmas Paet (ALDE), *kirjalikult*. — Toetasin eelnõud, sest see võimaldab saavutada ettevõtetele ja kodanikele lihtsa, selge, stabiilse ja prognoositava regulatiivse raamistiku.

Aldo Patriciello (PPE), *per iscritto*. — Considerando che il sostegno e la cooperazione dell'EFSA con gli organismi scientifici degli Stati membri in tema di sicurezza alimentare è uno strumento essenziale per garantire una maggiore tutela al consumatore, intenderei esprimere il mio voto favorevole.

Alojz Peterle (PPE), *pisno*. — Podprl sem predlog direktive Evropskega parlamenta in Sveta o razveljavitvi Direktive Sveta 93/5/EGS z dne 25. februarja 1993 o pomoči Komisiji in sodelovanju držav članic pri znanstvenem proučevanju vprašanj v zvezi z živili.

Komisija je decembra 2012 pričela s programom ustreznosti in uspešnosti predpisov (REFIT), da bi zagotovila preprost, jase, stabilen in predvidljiv ureditveni okvir za podjetja, delavce in državljanje.

Dienstag, 16. Dezember 2014

V tem okviru se je Komisija zavezala k razveljavitvi pravil, ki so postala odvečna ali zastarela.

V skladu z Uredbo (ES) št. 178/2002 Evropskega parlamenta in Sveta so znanstvene naloge, zaupane Znanstvenemu odboru za hrano, prevzeli znanstveni odbor in sveti Evropske agencije za varnost hrane (EFSA).

EFSA je v skladu z Uredbo (ES) št. 178/2002 prav tako postala pristojni organ za spodbujanje znanstvenega sodelovanja z državami članicami in ustreznimi nacionalnimi organi, ki delujejo na področjih poslanstva agencije.

Direktiva Sveta 93/5/EGS je tako postala zastarela in bi jo bilo treba razveljaviti.

Florian Philippot (NI), *par écrit*. — L'abrogation de la directive 93/5/CEE du Conseil du 25 février 1993 est la dernière étape pour passer d'un système où les États coopéraient entre eux sur la question de la sécurité alimentaire à un système où ils délèguent leur souveraineté à une entité supranationale sans légitimité. Nous dénonçons depuis longtemps cette évolution qui ôte leur pouvoir aux peuples d'Europe pour confier toute l'autorité à des administrations inconnues du public et qui ne sont pas responsables devant le moindre électeur. Ce déni toujours plus flagrant de démocratie n'est pas acceptable. Je me prononce donc contre ce rapport.

Andrej Plenković (PPE), *napisan*. — Cilj Direktive Vijeća 93/5/EEZ bio je da osigura besprijekoran rad Znanstvenog odbora za hranu promicanjem znanstvene potpore država članica i organiziranjem suradnje s odgovarajućim nacionalnim tijelima na znanstvenim pitanjima u području sigurnosti hrane. Zadaće Znanstvenog odbora za hranu iz Direktive prenesene su na Europsku agenciju za sigurnost hrane (EFSA) i trenutačno su propisane Uredbom (EZ) br. 178/2002 Europskog parlamenta i Vijeća. Komisija se obvezala da će staviti izvan snage suvišna i zastarjela pravila kada je pokrenula program za prikladnost i učinkovitost propisa (REFIT) te sam stoga podržao Izvješće kolege La Vie o stavljanju navedene Direktive izvan snage.

Salvatore Domenico Pogliese (PPE), *per iscritto*. — Ho dato il mio voto favorevole alla proposta di direttiva che abroga la direttiva 93/5/CEE concernente l'assistenza alla Commissione e la cooperazione degli Stati membri nell'esame scientifico di questioni relative ai prodotti alimentari, perché i compiti del comitato scientifico dell'alimentazione umana di cui si fa riferimento nella direttiva 93/5/CEE sono stati trasferiti all'Autorità europea per la sicurezza alimentare (EFSA) e, di conseguenza, tali compiti sono disciplinati dal regolamento (CE) n. 178/2002.

L'EFSA è diventata, grazie al regolamento menzionato prima, l'organo competente per promuovere la cooperazione scientifica con gli Stati membri ed è espressamente indicato che l'EFSA deve agire in stretta cooperazione con gli organi competenti degli Stati membri e che gli Stati membri devono collaborare con l'EFSA per quello che concerne la sua missione.

Mi pare evidente che era logico abrogare la direttiva 93/5/CEE in quanto obsoleta.

Marcus Pretzell (ECR), *schriftlich*. — Es ist schön zu sehen, dass die EU-Kommission zur Abwechslung ihren Pflichten gegenüber dem Bürger nachkommt. Aufgrund der Entwicklungen der letzten Jahre ist es tatsächlich an der Zeit, die hier zur Diskussion stehende veraltete Richtlinie zurückzunehmen. Diese Gesetzesentrümpelung kann durchaus als Vorbild für viele weitere Bereiche der EU dienen. Die Kommission und das Parlament wären gut beraten, sich zum einen mit der Notwendigkeit oder vielmehr mit der Nichtnotwendigkeit einer ganzen Reihe von Regulierungen auseinanderzusetzen. Weiterhin muss die EU lernen, sich zum Wohle der Bürger zurückzunehmen, anstatt sich in scheinbar grenzenlosem Ausmaß in jeden Lebensbereich der Menschen auszudehnen.

Franck Proust (PPE), *par écrit*. — Il nous fallait moderniser la législation sur la sécurité et les denrées alimentaires. Par conséquent, je suis favorable à une mesure visant l'abrogation de textes inopérants.

Paulo Rangel (PPE), *por escrito*. — A Diretiva 93/5/CEE do Conselho, de 25 de fevereiro de 1993, tinha como objetivo assegurar o funcionamento eficaz do Comité Científico da Alimentação Humana, ao promover o apoio científico por parte dos Estados-Membros e ao organizar a cooperação com os organismos nacionais competentes sobre questões científicas relativas à segurança dos géneros alimentícios. Acontece, porém, que, nos termos do Regulamento (CE) n.º 178/2002 do Parlamento Europeu e do Conselho, de 28 de janeiro de 2002, as atribuições do Comité Científico da Alimentação Humana foram transferidas para a Autoridade Europeia para a Segurança Alimentar, tendo, em consequência, a Decisão 97/579/CE da Comissão, de 23 de julho de 1997, que criou o referido Comité, sido revogada. A Diretiva 93/5/CEE tornou-se, assim, obsoleta, havendo, por isso, que proceder à respetiva revogação, conforme propõe a Comissão. Votei favoravelmente.

Dienstag, 16. Dezember 2014

Robert Rochefort (ALDE), *par écrit*. — Ce rapport vient rationaliser les procédures européennes en vigueur en matière de contrôle alimentaire. Ce texte s'inscrit dans le cadre du programme REFIT, qui vise à supprimer les législations de l'Union superflues. Par ce vote, nous entérinons la suppression d'une directive devenue obsolète suite à l'entrée en fonction de l'Autorité européenne de sécurité des aliments. J'encourage ce genre d'initiatives, qui invitent l'Union européenne à se concentrer sur l'essentiel, et non pas à se noyer dans des détails normatifs.

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D), *por escrito*. — En el contexto del programa de adecuación y eficacia de la reglamentación (REFIT) puesto en marcha en 2012 para garantizar un marco reglamentario simple, claro, estable y predecible para las empresas, los trabajadores y los ciudadanos, la Comisión se ha comprometido a derogar normas que se han convertido en superfluas u obsoletas.

La Directiva 93/5/CEE tenía como objetivo garantizar el funcionamiento eficaz del Comité científico de la alimentación humana, promoviendo el apoyo científico de los Estados miembros y organizando la cooperación con los organismos nacionales pertinentes sobre cuestiones científicas relativas a la seguridad de los productos alimenticios. Sin embargo, las tareas científicas confiadas al Comité científico de la alimentación humana han sido asumidas por la Autoridad Europea de Seguridad Alimentaria (EFSA), que también se ha convertido en el organismo competente para promover la cooperación científica con los Estados miembros y los organismos nacionales pertinentes que operan en los ámbitos que comprende el cometido de la Autoridad.

La Directiva 93/5/CEE ha quedado obsoleta y he votado por tanto en favor de su derogación en aras de la simplificación, mejora y eficacia de la legislación europea.

Fernando Ruas (PPE), *por escrito*. — O Comité Científico da Alimentação Humana foi inicialmente criado em 1974 (sendo posteriormente alterado pela Decisão 97/579/CE, que veio criar comités científicos no domínio da saúde dos consumidores e da segurança alimentar).

Em 1993, com a Diretiva 93/5/CEE do Conselho, visou-se uma maior eficácia para o funcionamento do Comité, ao promover o apoio científico por parte dos Estados-Membros e ao organizar a cooperação com os organismos nacionais competentes sobre questões científicas relativas à segurança dos alimentos.

Com a adoção do Regulamento (CE) n.º 178/2002, as funções do Comité Científico da Alimentação Humana foram transferidas para a Autoridade Europeia para a Segurança dos Alimentos (AESAs), tendo sido a Decisão 97/579/CE posteriormente revogada. Deste modo, a Diretiva 93/5/CEE tornou-se obsoleta, levando à apresentação da proposta do Parlamento Europeu e do Conselho que deu origem ao relatório hoje aqui votado.

Tendo em conta que esta proposta de diretiva foi assumida pelo Parlamento neste relatório e elaborada no âmbito do Programa para a adequação e a eficácia da regulamentação (REFIT) - onde a Comissão se comprometeu a uma regulamentação clara e previsível, para empresas, trabalhadores e cidadãos, revogando as regras que se tornaram supérfluas e obsoletas - votei-o favoravelmente.

Tokia Saïfi (PPE), *par écrit*. — J'ai soutenu ce texte, car il s'inscrit dans les efforts de simplification de la législation entrepris par la Commission européenne depuis 2012. En effet, la directive à laquelle fait référence ce texte concerne la coopération scientifique entre les États membres et la Commission sur les denrées alimentaires. Cette coopération est aujourd'hui gérée par l'Autorité européenne de sécurité des aliments.

Cette législation étant devenue obsolète, le Parlement européen a voté sa suppression, dans la logique d'une législation européenne claire et cohérente.

Matteo Salvini (NI), *per iscritto*. - Ho deciso di votare in maniera favorevole in quanto i compiti del comitato scientifico dell'alimentazione umana, di cui alla direttiva 93/5/CEE, sono stati trasferiti all'EFSA e tali compiti sono attualmente disciplinati dal regolamento (CE) n. 178/2002.

Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito*. - Este informe sobre la propuesta de Directiva por la que se deroga la Directiva 93/5/CEE del Consejo, relativa a la asistencia a la Comisión por parte de los Estados miembros y a su cooperación en materia de examen científico de las cuestiones relacionadas con productos alimenticios, se enmarca en el contexto del actual programa de adecuación y eficacia de la normativa (REFIT) de la Comisión, por el que esta se compromete a derogar la legislación obsoleta y superflua. El objetivo de la Directiva era el de promover el apoyo científico por parte de los Estados miembros y organizar la cooperación con los organismos nacionales competentes en materia científica relativa a la seguridad alimentaria, con el fin de asegurar el funcionamiento eficaz del Comité Científico de la Alimentación Humana, que en 2002 fue sustituido por la Autoridad Europea de Seguridad Alimentaria

Dienstag, 16. Dezember 2014

(EFSA). Tal como recoge el Reglamento (CE) nº 178/2002, la EFSA se convierte en el organismo competente para la promoción de la cooperación científica, lo que convierte en obsoleta la Directiva 93/5/CEE. Puesto que es un informe puramente técnico, he votado a favor del mismo.

Siôn Simon (S&D), *in writing*. — I voted in favour of the proposal for a directive of the European Parliament and of the Council repealing Council Directive 93/5/EEC of 25 February 1993 on assistance to the Commission and cooperation by the Member States in the scientific examination of questions relating to food.

The tasks of the Scientific Committee on Food referred to in Directive 93/5/EEC have been transferred to the European Food Safety Authority (EFSA), and those tasks are currently provided for by Regulation (EC) No 178/2002. EFSA has also become the competent body to promote scientific cooperation with the Member States and relevant national bodies operating in the fields falling within EFSA's mission. Directive 93/5/EEC had therefore become obsolete and has now been repealed.

Davor Škrlec (Verts/ALE), *napisan*. — Podržao sam ovaj prijedlog kojim se ukida Znanstveni odbor za hranu, a sve njegove ovlasti iz 1993.godine prenose na Europsku agenciju za sigurnost hrane. Smatram kako ćemo ovom odlukom biti korak bliže zdravijoj te bolje kontroliranoj hrani unutar jedinstvenog tržišta Europske unije.

Učinkovito funkcioniranje Europske agencije za sigurnost hrane iznimno je važno zbog aktualnih prijetnji genetski modificirane hrane i snižavanja standarda zbog Transatlantskog trgovinskog sporazuma (TTIP).

Rezultati nedavnog monitoringa usjeva kukuruza provedenog u Njemačkoj, Švicarskoj i Belgiji pokazali su kako moramo biti oprezniji glede kontrole jedine GM biljke čiji je komercijalni uzgoj dopušten na teritoriju EU-a. Naime, pelud genetski modificiranog kukuruza može kontaminirati usjeve na udaljenosti većoj od četiri kilometra te zbog toga Europska agencija za sigurnost hrane treba dodatno ispitati razmjere i implikacije širenja. Od ove agencije očekujem neovisnost i znanstvenu stručnost kako bismo zaštitili europske potrošače i poljoprivredu.

Davor Ivo Stier (PPE), *napisan*. — Podržao sam ovu direktivu Europskog parlamenta i Vijeća o stavljanju izvan snage Direktive Vijeća 93/5/EEZ od 25. veljače 1993. o pomoći Komisiji i suradnji država članica u znanstvenom razmatranju pitanja koja se odnose na hranu jer je sama direktiva postala suvišna. U skladu s Uredbom (EZ) br. 178/2002 Europskog parlamenta i Vijeća, zadaće Znanstvenog odbora za hranu iz Direktive 93/5/EEZ prenesene su na Europsku agenciju za sigurnost hrane (EFSA) i te su zadaće trenutačno propisane Uredbom (EZ) br. 178/2002. U skladu s time, EFSA je također postala nadležno tijelo za promicanje znanstvene suradnje s državama članicama i odgovarajućim nacionalnim tijelima koja djeluju u područjima koja su u okviru misije EFSA-e. Člankom 22. Uredbe (EZ) br. 178/2002 posebno se propisuje bliska suradnja EFSA-e s nadležnim tijelima u državama članicama i obrnuto, kako bi se osiguralo ostvarenje njezine misije.

Dubravka Šuica (PPE), *napisan*. — Podržala sam ovaj zakonodavni prijedlog jer prvenstveno osigurava jasan, stabilan i predvidljiv regulatorni okvir za poduzeća, radnike i građane. Njime se mijenjaju direktive koje nisu u skladu s zahtjevima tržišta s kojima se industrije danas susreću. Pruža se znanstvena potpora državama članicama i organizira suradnja s nadležnim državnim tijelima o znanstvenim pitanjima vezanim za sigurnost prehrambenih proizvoda. U tu je svrhu potrebno ponovno obnoviti suradnju s Europskom agencijom za sigurnost hrane.

Sve te promjene bitne su za poboljšanje pravne regulacije, a i stvarne sigurnosti građana Europske unije.

Ελευθέριος Συναδινός (NI), *γραπτώς*. — Η πρόταση της Επιτροπής δεν έχει αρνητικές επιπτώσεις στον Π/Υ της ΕΕ και η φύση της οδηγίας του Συμβουλίου στο συγκεκριμένο θεματικό σύνολο δεν απαιτεί τα επεξηγηματικά έγγραφα που προβλέπονται από την κοινή πολιτική δήλωση των κρατών μελών και της Επιτροπής της 28ης Σεπτεμβρίου 2011.

Dienstag, 16. Dezember 2014

Tibor Szanyi (S&D), írásban. – Szavazatommal támogattam az az élelmiszerekre vonatkozó kérdések tudományos vizsgálatában a tagállamok által a Bizottságnak nyújtott támogatásról és a tagállamok együttműködéséről szóló, 1993. február 25-i 93/5/EGK tanácsi irányelv hatályon kívül helyezéséről szóló európai parlamenti és tanácsi irányelvre irányuló javaslatot.

A Bizottság programot indított korábban annak érdekében, hogy a vállalkozások, a munkavállalók és a polgárok számára egyszerű, világos, stabil és kiszámítható szabályozási keretet biztosíthasson. Ebben az összefüggésben a Bizottság kötelezettséget vállalt a feleslegessé vagy elavulttá vált szabályok hatályon kívül helyezésére.

A hatályon kívül helyezendő irányelv célja az élelmiszerügyi tudományos bizottság megfelelő működésének – a tagállamok tudományos támogatásának ösztönzése, valamint az illetékes nemzeti testületekkel az élelmiszer-biztonságra vonatkozó tudományos kérdésekkel kapcsolatban történő együttműködés megszervezése révén megvalósuló – biztosítása volt. A 178/2002/EK rendelet alapján az EFSA vált a tagállamokkal és a Hatóság küldetésébe tartozó területeken tevékenykedő megfelelő nemzeti testületekkel történő tudományos együttműködés megszervezésért felelős illetékes hatósággá.

Véleményem szerint az ilyen és hasonló egyszerűsítési lépések teremtik meg az Európai Unió hatékony működésének az alapjait. Ezek nem csak technikai jellegű módosítások, hanem az uniós állampolgárok mindennapjaiban érezhető pozitív változásokhoz vezet.

Marc Tarabella (S&D), par écrit. — J'ai voté en faveur du texte de mon collègue La Via. Je regrette cependant, d'une part, que le texte ait été publié si tard et, d'autre part, que le débat qui devait avoir lieu le lundi précédent le vote ait été annulé. J'estime que celui-ci aurait dû avoir lieu.

Ruža Tomašić (ECR), napisan. — Podržavam prijedlog Komisije o stavljanju izvan snage Direktive Vijeća 93/5/EEZ o pomoći Komisiji i suradnji država članica u znanstvenom razmatranju pitanja koja se odnose na hranu. Smatram da je obveza Komisije staviti izvan snage zastarjela i suvišna pravila te novim prijedlogom osigurati jednostavan, stabilan i predvidljiv regulatorni okvir za poduzeća, radnike i građane. Vođena podacima o radu Europske agencije za sigurnost hrane (EFSA), podržavam blisku suradnju Agencije s nadležnim tijelima u državama članicama kako bi se osigurala maksimalna učinkovitost pri ispunjenju njene misije. Radom Europske agencije za sigurnost hrane osigurava se mehanizam za razmjenu informacija i suradnju između nadležnih nacionalnih tijela na znanstvenim pitanjima u području sigurnosti hrane.

Ernest Urtasun (Verts/ALE), por escrito. — Mi voto favorable para que se revise la Directiva 93/5/CEE, que ha quedado totalmente obsoleta, tal y como acordaron por unanimidad los coordinadores de la Comisión de Medio Ambiente.

Miguel Viegas (GUE/NGL), por escrito. — Este relatório insere-se no contexto do programa em curso da Comissão Europeia para a adequação e a eficácia da regulamentação (REFIT), lançado em 2012, onde a Comissão se compromete a revogar a legislação obsoleta e supérflua.

O objetivo da diretiva em causa era promover o apoio científico por parte dos Estados-Membros e organizar a cooperação com os organismos nacionais competentes sobre questões científicas relativas à segurança dos géneros alimentícios, a fim de assegurar o funcionamento eficaz do Comité Científico da Alimentação Humana que, em 2002, foi substituído nas suas tarefas científicas pela Autoridade Europeia para a Segurança dos Alimentos (AESA).

A AESA, nos termos do Regulamento (CE) n.º 178/2002, tornou-se no organismo competente para a promoção da cooperação científica com os Estados-Membros e os organismos nacionais competentes que operam nos domínios da competência da Autoridade, ficando a Diretiva 93/5/CEE obsoleta.

Iuliu Winkler (PPE), în scris. - Siguranța alimentară și crearea celor mai bune condiții pentru asigurarea sănătății publice reprezintă o preocupare permanentă a UE. Această preocupare este cu atât mai actuală, cu cât dezbaterea publică generată de negocierile UE pentru încheierea unor noi acorduri de comerț liber a adus în centrul atenției publice numeroase preocupări ale cetățenilor europeni. UE trebuie să asigure cele mai înalte standarde de siguranță alimentară, iar acest obiectiv trebuie atins pe baza unor procedee științifice.

Dienstag, 16. Dezember 2014

De aceea, am votat raportul referitor la examinarea științifică a problemelor legate de produsele alimentare. Prin acest raport se abrogă Directiva 93/5/CEE a Consiliului, care a devenit caducă, legislația europeană fiind astfel adusă la zi.

Carlos Zorrinho (S&D), *por escrito*. — Votei favoravelmente a proposta de diretiva do Parlamento Europeu e do Conselho que revoga a diretiva 93/5/CEE do Conselho, de 25 de fevereiro de 1993, relativa à assistência dos Estados-Membros à Comissão e à sua cooperação na análise científica de questões relacionadas com os produtos alimentares, porque cumpre o objetivo de assegurar o funcionamento eficaz do Comité Científico da Alimentação Humana, ao promover o apoio científico por parte dos Estados-Membros e ao organizar a cooperação com os organismos nacionais competentes sobre questões científicas relativas à segurança dos géneros alimentícios.

Inês Cristina Zuber (GUE/NGL), *por escrito*. —

Este relatório insere-se no contexto do programa em curso programa da Comissão Europeia para a adequação e a eficácia da regulamentação (REFIT), lançado em 2012, onde a Comissão se compromete a revogar a legislação obsoleta e supérflua.

O objetivo da diretiva em causa era promover o apoio científico por parte dos EM e organizar a cooperação com os organismos nacionais competentes sobre questões científicas relativas à segurança dos géneros alimentícios, a fim de assegurar o funcionamento eficaz do Comité Científico da Alimentação Humana que, em 2002, foi substituído nas suas tarefas científicas pela Autoridade Europeia para a Segurança dos Alimentos (AESAs). Acresce que, nos termos do Regulamento (CE) n.º 178/2002, a AESA tornou-se também no organismo competente para a promoção da cooperação científica com os Estados-Membros e os organismos nacionais competentes que operam nos domínios da competência da Autoridade, ficando a Diretiva 93/5/CEE obsoleta.

6.3. Übereinkommen über den internationalen Handel mit gefährdeten Arten freilebender Tiere und Pflanzen (CITES) (A8-0036/2014 - Pilar Ayuso)

Explications de vote orales

Matt Carthy (GUE/NGL). - Madam President, the Convention on International Trade in Endangered Species of Wild Fauna and Flora is a major international instrument and this motion allows the EU to become part of that. The primary aim of the Convention is to ensure that international trade in specimens of wild animals and plants does not threaten their survival. This trade and associated levels of exploitation of some animal and plant species is capable of heavily depleting their populations and even bringing some species close to extinction.

Because the trade in wild animals and plants crosses borders between countries, the effort to regulate it requires international cooperation to safeguard certain species from over-exploitation. As well as associated cruelty and loss of national heritage, decreased biodiversity, however it occurs, has a knock-on impact on people and industries around the globe and cannot be taken too seriously. The Sinn Féin MEPs supported this resolution.

Caterina Chinnici (S&D). - La Convenzione internazionale CITES protegge circa 35.000 specie di flora e di fauna dal rischio di estinzione. L'adesione dell'Unione europea alla CITES segna un passo molto importante, non tanto perché essa diviene membro a pieno titolo della Convenzione, giocando così un ruolo attivo all'interno della stessa, quanto piuttosto perché l'Unione potrà assumere un ruolo guida a livello internazionale sulla politica ambientale, soprattutto per la salvaguardia della biodiversità dove l'Unione europea vanta la legislazione più avanzata.

Il giro di affari del commercio internazionale di specie esotiche è di diversi miliardi di euro all'anno e l'Europa, per alcune specie, come per esempio il boa, è il primo importatore mondiale e il secondo per importazione di felini. La CITES rappresenta lo strumento più importante per combattere il contrabbando e il commercio illegale di numerose specie di flora e di fauna. L'adesione dell'Unione alla Convenzione non potrà che rafforzare questa lotta. Per questi motivi ho votato a favore della raccomandazione.

Dienstag, 16. Dezember 2014

Julie Girling (ECR). - Madam President, I support the accession of the EU to the CITES Convention. Currently, all 28 Member States are already signed up, so one might wonder what the EU accession adds. What value do we get out of being signed up altogether, rather than separately? I have never attended a CITES meeting, but I understand that the EU Member States do not always speak with one voice; that they sometimes take quite different positions despite the fact that they are all signed up to the same Convention. This will give us the opportunity to negotiate the EU position first, and we would be in the position then to fight very much at the weight we are, that is, representing all the citizens of Europe in this very important issue. The trade in exotic species is estimated to be the third biggest illegal trade, following those in drugs and humans, and it is therefore vitally important that the EU stand together to fight.

Peter Jahr (PPE). - Frau Präsidentin! Ich denke, wir sind uns fast alle einig, dass es gut ist, dass die Europäische Union dem Übereinkommen beigetreten ist.

Man kann sich natürlich die Frage stellen, warum erst jetzt? Die Wahrheit ist natürlich: Bisher war das nicht möglich. Bisher konnten nur Mitgliedstaaten und keine Vereinigungen beitreten. Seit 29. November 2013 ist das möglich. Ich bin auch froh, dass wir die Chance ergriffen haben, gemeinsam als Europäische Union dort unser Gewicht in die Waagschale zu werfen. Und Frau Girling hat es auch richtig gesagt: Das müssen wir natürlich auch nutzen.

Deshalb, denke ich, ist es auch ein guter Tag für die bedrohte Tierwelt. Immerhin umfasst das Übereinkommen 35 Arten, und es ist richtig gesagt worden: Da wird noch viel Missbrauch bei illegalen Ein- und Ausfuhren getrieben.

Zum Schluss noch eine gute Nachricht: Die Europäische Union muss natürlich auch Mitgliedsbeiträge zahlen, aber um diesen Betrag werden die Mitgliedsbeiträge der Mitgliedstaaten dann gemindert. Also eine gute Nachricht für die Mitgliedstaaten der Europäischen Union. Die müssen jetzt weniger einzahlen, weil die Beiträge von der Europäischen Union übernommen werden.

Richard Corbett (S&D). - Madam President, I can join my colleagues in welcoming our accession to this Convention for exactly the same reasons, but I have one additional reason. It is a species in my own country which is endangered. It is called pro-European Conservatives. They have many predators in their own party and I think they should be listed as an endangered species and afforded particular protection from their aggressors within their own political party.

Daniel Hannan (ECR). - Madam President, trade is not necessarily the enemy of conservation. Providing people with an incentive to treat endangered species as a renewable resource can often be a strong ally of the endangered species. I have mentioned in this Chamber before the contrasting stories of what has happened to elephants in Kenya, which banned the hunting of all elephants and then saw a calamitous decline in numbers, as against Zimbabwe, which declared them to be the property of whoever's land they were on and has seen an explosion in numbers because people were effectively encouraged to farm the elephants or to treat them as a valuable resource.

This is not really about CITES. All 28 Member States are individually signed up to that. This is about the European Union progressively taking on the attributes and trappings of statehood, including what it regards as the necessary right to speak on behalf of its Member States in international forums. Surely this is something that each of the member countries can decide for itself, through its own democratic mechanisms and procedures.

Mark Demesmaeker (ECR). - Voorzitter, collega's, de illegale handel in bedreigde in het wild levende dier- en plantensoorten is een mondiaal probleem en vraagt dus om een mondiale aanpak. Het internationale verdrag CITES is het belangrijkste instrument in die strijd. Het gaat om het overleven van zeldzame dier- en plantensoorten maar ook om onze veiligheid, om vrede. Illegale handel in zeldzame dieren en planten en hun afgeleide producten is immers een miljardenbusiness. Met de winsten worden vaak oorlog en terrorisme gefinancierd.

Mijn partij NVA steunt de toetreding van de Europese Unie tot CITES volmondig en we hebben dan ook voor gestemd. Tot nu toe waren alleen de afzonderlijke lidstaten lid en was de EU alleen waarnemer. Met de toetreding is er grotere juridische transparantie over de precieze rol van de EU en verhogen we onze slagkracht zonder dat dit afbreuk doet aan de bevoegdheidsverdeling tussen de EU en de lidstaten.

Dienstag, 16. Dezember 2014

Explications de vote par écrit

William (The Earl of) Dartmouth (EFDD), *in writing*. — Today UKIP voted against the Ayuso report on the Convention on International Trade in Endangered Species (CITES). This vote was not about CITES itself. We support the objectives of the CITES convention. This vote was about enhancing the status of the European Commission within the CITES structure which we are not prepared to support. We are also against the related budgetary implications.

Marina Albiol Guzmán (GUE/NGL), *por escrito*. — La Convención sobre el Comercio Internacional de Especies Amenazadas de Fauna y Flora Silvestres (CITES) es un acuerdo internacional cuyo objetivo es garantizar que el comercio internacional de esas especies no amenace su supervivencia, principalmente de aquellas que tienen un alto interés comercial. El éxito de la CITES depende de la efectiva aplicación de las recomendaciones acordadas.

La UE mantiene un estatuto de observador en la CITES. El objetivo de este informe es el de aprobar la adhesión de la UE a la CITES con el fin de permitirle participar plenamente en sus trabajos y vincular a la UE y a los Estados miembros a la aplicación y fiscalización de la aplicación, prevista en la propia Convención.

Por todo ello he votado a favor.

Pascal Arimont (PPE), *schriftlich*. — Das Übereinkommen über den internationalen Handel mit gefährdeten Arten freilebender Tiere und Pflanzen (CITES) – seit 1975 in Kraft – ist ein internationales Abkommen, welches zum Ziel hat, den internationalen Handel mit diesen Tier- und Pflanzenarten zu regulieren, sodass ihr Überleben nicht gefährdet wird.

Bislang hatte die EU einen Beobachterstatus, da das ursprüngliche Abkommen nur Staaten zu seinen Vertragsparteien zählte.

Die 2013 in Kraft getretene Änderung des Abkommens ermöglicht nun der EU, vollwertige Vertragspartei zu werden. Dies ermöglicht ihr, bei den CITES-Sitzungen angemessen vertreten zu sein und an den verschiedenen Arbeiten des Übereinkommens in vollem Umfang teilzunehmen.

Ich begrüße daher den Beschluss des Rates, den Beitritt der EU zu ermöglichen, weil die EU somit nun rechtswirksam dieses Übereinkommen anwenden und durchsetzen kann. Darüber hinaus stellt dieser Beitritt auch sicher, dass die EU ihre umweltpolitischen Ziele uneingeschränkt verfolgen kann.

Jonathan Arnott (EFDD), *in writing*. — This report called for the spending of taxpayers' money on the promotion of the European Commission and its policies.

Some of the content of this resolution may well be laudable and my vote should not be taken to construe that I oppose positive steps in terms of protecting endangered species.

I believe that nation states should co-operate in these matters.

Zigmantas Balčytis (S&D), *raštu*. — Balsavau už šį siūlymą, kurio tikslas – patvirtinti ES prisijungimą prie CITES. CITES konvencija yra pagrindinė tarptautinė priemonė, kuria siekiama apsaugoti nykstančias faunos ir floros rūšis kontroliuojant tarptautinę prekybą šių rūšių egzemplioriais. Konvencija įsigaliojo 1975 m. ir jai priklauso 178 šalys (įskaitant visas ES valstybes nares). Ji taikoma apie 35 000 rūšių. Šių rūšių importui, eksportui ir įvežimui iš jūros turi būti gautas leidimas taikant licencijavimo sistemą. 2013 m. pabaigoje ES įgijo galimybę tapti CITES šalimi. Pritariu, kad ES prisijungimas prie CITES yra būtinas žingsnis siekiant užtikrinti, kad ES būtų visiškai pajėgi siekti savo aplinkos politikos tikslų. Manau, kad prisijungimas suteiktų Komisijai galimybę ES vardu išreikšti nuoseklią ES poziciją CITES klausimais bei ES suteiktų svaresnį vaidmenį derybose vykstant CITES konferencijoms.

Hugues Bayet (S&D), *par écrit*. — L'Union européenne n'avait qu'un statut d'observateur à la convention sur le commerce international des espèces de faune et de flore sauvages menacées d'extinction (CITES). Grâce à ce vote, l'Union adhérerait à la CITES et pourrait ainsi être représentée aux réunions et participer pleinement aux travaux de la convention. Elle aura ainsi son mot à dire sur tous les domaines qui la concernent et l'affectent directement.

Dienstag, 16. Dezember 2014

Izaskun Bilbao Barandica (ALDE), *por escrito*. — He votado a favor de este informe ya que la propuesta de Decisión del Consejo tiene por objeto aprobar la adhesión de la Unión Europea a la CITES e instar al presidente del Consejo a que designe a la persona facultada para proceder, en nombre de la Unión, al depósito del instrumento de adhesión previsto en el artículo XXI, apartado 1, de la Convención y de la declaración de competencia prevista en su artículo XXI, apartado 3.

La adhesión de la Unión Europea a la CITES le permitirá estar representada adecuadamente en las reuniones de la Convención y desempeñar un papel pleno en los trabajos de la misma, de conformidad con los Tratados y las prácticas establecidas en materia de representación exterior. Permitirá a la Comisión, en nombre de la Unión Europea, liderar las negociaciones y servir de catalizador de soluciones de compromiso equilibradas entre las posturas de los 28 Estados miembros. Al convertirse en Parte de la CITES, la Unión Europea asumirá obligaciones formales y se verá obligada a rendir cuentas ante las otras Partes respecto a su aplicación de la Convención.

Dominique Bilde (NI), *par écrit*. — La convention sur le commerce international des espèces de faune et de flore sauvages menacées d'extinction (en anglais, Convention on International Trade of Endangered Species, CITES) est un accord intergouvernemental signé le 3 mars 1973 à Washington. La CITES doit garantir que le commerce international des espèces inscrites dans ses annexes, ainsi que des parties et produits qui en sont issus, ne nuit pas à la conservation de la biodiversité et repose sur une utilisation durable des espèces sauvages.

Cette convention, qui est pourtant imparfaite, est très utile dans son objectif de protéger les espèces menacées. À l'heure actuelle, les États membres siègent individuellement au sein de la CITES. L'adhésion de l'Union européenne à la CITES entraînera une nouvelle perte de souveraineté pour les États puisque désormais l'Union aura le vote de tous les États membres lors des conférences. Je me suis donc prononcée contre l'adhésion de l'Union à la CITES.

Mara Bizzotto (NI), *per iscritto*. — Ho votato per principio contro questo provvedimento: la firma di trattati e convenzioni dovrebbe essere di competenza esclusiva degli Stati membri che ne sono vincolati.

José Blanco López (S&D), *por escrito*. — La Convención sobre el Comercio Internacional de Especies Amenazadas de Fauna y Flora Silvestres (CITES) es un instrumento internacional de gran relevancia cuyo objetivo consiste en proteger las especies amenazadas de fauna y flora mediante controles del comercio internacional de especímenes de esas especies. En vigor desde 1975, cuenta en la actualidad con 178 Partes, incluidos todos los Estados miembros de la UE. Comprende unas 35 000 especies objeto de protección y vela por que el comercio internacional de especímenes de animales y plantas silvestres no ponga en peligro su supervivencia. Toda importación, exportación, reexportación e introducción de las especies incluidas en la Convención debe ser autorizada mediante un sistema de licencias. Sin embargo, hasta la entrada en vigor de la decisión tomada en la Conferencia de Botsuana (2013) consistente en permitir que organismos supranacionales se puedan adherir a la Convención, la UE no había podido constituirse en Parte y tan solo tenía el estatuto de observador en la Convención.

He votado a favor de la recomendación de la ponente de aprobar la adhesión de la UE a la CITES, lo que permitirá que la UE participe y negocie con una sola voz en las cumbres, reforzando nuestro papel y capacidad negociadora.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), *raštu*. — Balsavau dėl šio pranešimo, nes juo Parlamentas pritaria Europos Sąjungos prisijungimui prie Nykstančių laukinės faunos ir floros rūšių tarptautinės prekybos konvencijos (CITES). Ši tarptautinė prekybos nykstančiomis laukinės faunos ir floros rūšimis, priimta dar 1975 m. yra pagrindinė tarptautinė priemonė, kuria siekiama apsaugoti nykstančias faunos ir floros rūšis kontroliuojant tarptautinę prekybą tų rūšių egzemplioriais. Šios konvencijos šalimis yra 178 šalys (įskaitant visas ES valstybes nares) ir ji yra taikoma apie 35 000 floros ir faunos rūšių. Šios rūšys yra suskirstytos pagal joms reikalingos apsaugos lygį, ir konvencija yra siekiama užtikrinti, kad tarptautinė prekyba tų rūšių egzemplioriais nekeltų pavojaus jų išlikimui.

Marie-Christine Boutonnet (NI), *par écrit*. — Cet instrument international visant à protéger les espèces de faune et de flore menacées d'extinction, même imparfait, peut présenter une certaine utilité.

Dienstag, 16. Dezember 2014

Je regrette que les débats en commission des affaires juridiques et en plénière aient principalement porté sur la base juridique du texte. Il importe peu que le fondement soit l'article 192 sur l'environnement ou une combinaison avec l'article 207 dont relève la politique commerciale commune.

Il serait plutôt opportun de s'interroger sur la réelle utilité de ce texte. En effet, comme l'a souligné le rapporteur, «la prise de décision sera la même». Cet acte est-il donc nécessaire, puisque différents États membres sont déjà parties à la convention? Indispensable seulement pour ceux qui continuent de s'acharner vers ce chemin de transfert de souveraineté, dont l'issue ne pourra qu'être fatale. En effet, l'Union européenne aura le droit de vote à la place des États membres. Je vote donc contre ce texte.

Mercedes Bresso (S&D), *in writing*. — I supported this report because I think it is important that we in the European Union and especially the Member States take strong measures to protect fauna and flora diversity on the planet.

Daniel Buda (PPE), *în scris*. — Am votat în favoarea acestei recomandări cu privire la aderarea Uniunii Europene la Convenția privind comerțul internațional cu specii ale faunei și florei sălbatice pe cale de dispariție. Faptul că Uniunea Europeană poate adera ca membru al CITES după ce a deținut calitatea de observator demonstrează faptul că UE este pe deplin capabilă să-și urmeze propriile obiective, în conformitate cu politica sa de mediu.

Convenția privind comerțul internațional cu specii sălbatice de faună și floră (CITES) la care 178 de țări, inclusiv toate statele membre ale UE, sunt parte, este un instrument internațional important care vizează protejarea speciilor de faună și floră pe cale de dispariție prin controale ale comerțului internațional cu exemplare din peste 35 000 de specii.

Având în vedere faptul că Uniunea Europeană reprezintă un parteneriat economic și politic, aderarea sa la Convenție nu reprezintă altceva decât un demers normal, prin care fauna și flora europeană vor fi mult mai bine protejate și conservate.

Gianluca Buonanno (NI), *per iscritto*. - Ho votato contro l'adesione dell'UE alla CITES. Firmare trattati e convenzioni dovrebbe essere competenza esclusiva degli Stati membri che devono avere il diritto di legiferare in materia in maniera autonoma e in base ai loro interessi commerciali.

Soledad Cabezón Ruiz (S&D), *por escrito*. — Voto simple sobre la recomendación favorable a la Decisión del Consejo relativa a la adhesión de la UE a la CITES.

La Convención sobre el Comercio Internacional de Especies Amenazadas de Fauna y Flora Silvestres (CITES) es un instrumento internacional de gran relevancia cuyo objetivo consiste en proteger las especies amenazadas de fauna y flora mediante controles del comercio internacional de especímenes de esas especies. Entró en vigor en 1975 y cuenta en la actualidad con 178 Partes (incluidos todos los Estados miembros de la UE). Comprende unas 35 000 especies, enumeradas en tres apéndices en función del grado de protección que necesitan, y vela por que el comercio internacional de especímenes de animales y plantas silvestres no ponga en peligro su supervivencia. Toda importación, exportación, reexportación e introducción procedente de las especies incluidas en la Convención debe ser autorizada mediante un sistema de licencias.

Sin embargo, hasta la entrada en vigor de una decisión tomada en la Conferencia de Botsuana (2013), que consiste en permitir que organismos supranacionales se puedan adherir a la Convención, la UE no había podido constituirse en Parte y era la suma de los Estados miembros la que determinaba la posición europea.

Nicola Caputo (S&D), *per iscritto*. — Oggi ho votato a favore del progetto di decisione del Consiglio relativo all'adesione dell'Unione europea alla convenzione sul commercio internazionale delle specie di flora e di fauna selvatiche minacciate di estinzione (CITES).

Dienstag, 16. Dezember 2014

Considerando che l'Unione europea si è impegnata fin dal primo gennaio 1984 ad applicare pienamente la convenzione sul commercio internazionale delle specie di flora e di fauna selvatiche minacciate di estinzione (CITES), pur non aderendovi formalmente, ritengo che la sua adesione rappresenti un'evoluzione naturale di un processo che finalmente consentirà all'Unione europea di essere adeguatamente rappresentata presso i lavori della convenzione e a svolgere in maniera efficace il proprio ruolo. Aderendo alla CITES l'Unione rafforzerà ulteriormente la sua leadership in materia di tutela animale e di politica ambientale, garantendo che il commercio internazionale di esemplari minacciati di estinzione non ne mini la sopravvivenza a livello comunitario ed internazionale.

Inoltre, ritengo che l'adesione possa aumentare la coerenza e l'unità dell'azione dell'Unione europea su questioni relative alla CITES e portare ad un allineamento maggiore delle posizioni degli Stati membri.

James Carver (EFDD), *in writing*. - This promotes the European Commission and its policies, which I oppose. Furthermore, it allows for further funding, which is an extra burden on the British taxpayer.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), *per iscritto*. - L'adesione da parte dell'UE alla convenzione CITES entrata in vigore nel 1975 è un passo importante per rafforzare la protezione di flora e fauna in via di estinzione. Il voto è favorevole

Salvatore Cicu (PPE), *per iscritto*. — Ho votato a favore perché ritengo che la Convenzione sul commercio internazionale delle specie di flora e fauna selvatiche minacciate di estinzione sia un importante strumento internazionale volto a proteggere le specie in esame. È opportuno e ragionevole che l'importazione, l'esportazione e la riesportazione e l'introduzione via mare delle specie contemplate dalla convenzione debbano essere autorizzate mediante un sistema di licenze. Ritengo a tal proposito che la CITES sia un passo logico e necessario affinché l'Unione europea possa essere pienamente in grado di perseguire gli obiettivi che si è prefissata nel quadro della propria politica ambientale.

Alberto Cirio (PPE), *per iscritto*. — Uno dei motivi principali per cui l'esistenza dell'UE ha senso è legata al ruolo che gli Stati medio-piccoli (si pensi all'Italia, che con i suoi 60 milioni di abitanti è su un altro ordine di grandezza rispetto a India, Cina e Stati Uniti) non potrebbero avere altrimenti nelle grandi tematiche mondiali. Ebbene, la CITES è uno di quei tavoli a cui ha senso partecipare come Unione europea, invece che come singoli Stati. Il mio voto è stato dunque a favore di questa proposta.

Carlos Coelho (PPE), *por escrito*. — A Convenção sobre o Comércio Internacional das Espécies Selvagens da Fauna e da Flora Ameaçadas de Extinção (CITES), em vigor desde 1975, é um importante instrumento internacional para a proteção das espécies ameaçadas da fauna e da flora através do controlo do comércio internacional de espécimes dessas espécies.

O texto inicial da Convenção limitava a participação na CITES a Estados, sendo a União Europeia apenas observador.

A *Alteração de Gaborone*, adotada a 30 de abril de 1983, veio possibilitar a adesão a organizações de integração económica e regional constituídas por Estados soberanos e dotadas de competências para negociar, concluir e aplicar acordos internacionais em matérias abrangidas pela Convenção, tendo a alteração entrado em vigor a 29 de novembro de 2013.

Apoio a adesão da UE à CITES, o que tornará o estatuto jurídico da UE mais transparente face às outras partes na Convenção.

Por outro lado, a UE estará adequadamente representada nas reuniões da CITES e participará em pleno nos trabalhos da Convenção, em conformidade com os Tratados.

A adesão é, pois, um passo lógico e necessário para assegurar à União Europeia plenas condições de prossecução dos objetivos da política de ambiente.

Lara Comi (PPE), *per iscritto*. - Ho votato a favore di questa raccomandazione che approva l'adesione dell'Unione Europea alla Convenzione sul commercio internazionale delle specie di flora e fauna selvatiche, minacciate di estinzione (CITES). È di grande importanza per l'Unione Europea essere adeguatamente rappresentata alle riunioni della CITES e poter svolgere appieno il proprio ruolo, nell'ambito dei lavori della Convenzione. Inoltre, ritengo che l'adesione alla CITES sia un passo logico e necessario affinché l'UE possa perseguire gli obiettivi che si è prefissata nel quadro più generale della propria politica ambientale.

Dienstag, 16. Dezember 2014

Therese Comodini Cachia (PPE), *in writing*. — Accession of the European Union (EU) to the Convention on International Trade in Endangered Species of Wild Fauna and Flora (CITES) will enable the EU to be adequately represented at CITES meetings and to play a full role in the work of the convention in line with the Treaties and established practices for external representation.

The Commission will be enabled to lead negotiations on behalf of the EU and thus serve as a catalyst in achieving a compromise between Member States. Rights and obligations of Member States under CITES will not be affected by the accession of the EU. The move will render the legal status of the EU in CITES more transparent. Accession of the EU to CITES is a logical and necessary step to ensure that the EU is fully able to pursue its objectives under its environmental policy. EU accession to CITES will both reflect the current practice and streamline it.

I have thus voted in favour of the accession of the EU to CITES.

Ignazio Corrao (EFDD), *per iscritto*. — La Convenzione sul commercio internazionale delle specie di flora e di fauna selvatiche minacciate di estinzione (CITES) è uno strumento internazionale volto a proteggere le specie di flora e di fauna selvatiche minacciate di estinzione mediante il controllo del commercio internazionale degli esemplari di tali specie.

Il testo iniziale della convenzione prevedeva che potessero prendervi parte soltanto gli Stati. Finora quindi l'Unione europea ha avuto uno status di osservatore presso la CITES. Voterò favorevolmente alla presente proposta perché finalizzata a consentire l'adesione dell'UE alla CITES, al fine di permettere all'Unione di partecipare a pieno titolo ai lavori della convenzione e di vincolare giuridicamente l'UE e tutti i suoi Stati membri ad attuare tale convenzione e a garantirne il rispetto. L'Unione sarà inoltre investita di responsabilità formali, in virtù delle quali sarà tenuta a rispondere alle altre parti della propria attuazione della convenzione.

Javier Couso Permuy (GUE/NGL), *por escrito*. — La Convención sobre el Comercio Internacional de Especies Amenazadas de Fauna y Flora Silvestres (CITES) es un acuerdo internacional cuyo objetivo es garantizar que el comercio internacional de esas especies no amenace su supervivencia, principalmente de aquellas que tienen un alto interés comercial. El éxito de la CITES depende de la efectiva aplicación de las recomendaciones acordadas.

La UE mantiene un estatuto de observador en la CITES. El objetivo de este informe es el de aprobar la adhesión de la UE a la CITES con el fin de permitirle participar plenamente en sus trabajos y vincular a la UE y a los Estados miembros a la aplicación y fiscalización de la aplicación, prevista en la propia Convención.

Por todo ello he votado a favor.

Miriam Dalli (S&D), *in writing*. - The report gives its consent to the accession of the European Union to the Convention on International Trade in Endangered Species of Wild Fauna and Flora (CITES). The Convention is a major international instrument aiming at protecting endangered species of fauna and flora through controls on international trade in specimens of those species and ensures that this trade does not threaten their survival. All import, export, re-export and introduction from the sea of species covered by the Convention has to be authorised through a licensing system. Hence I voted in favour of this report.

Viorica Dăncilă (S&D), *în scris*. — Salut votul cu privire la comerțul International cu specii ale faunei și florei sălbatice pe cale de dispariție (CITES) și consider că aderarea Uniunii Europene la CITES va reflecta practicile actuale și le va optimiza în scopul protejării speciilor de faună și floră pe cale de dispariție și care vizează aproximativ 35 000 de specii.

Rachida Dati (PPE), *par écrit*. – Par ce vote, le Parlement européen approuve l'adhésion de l'Union européenne à la convention sur le commerce international des espèces de faune et de flore sauvages menacées d'extinction (CITES). L'Union européenne est compétente pour traiter des domaines couverts par cette convention. Je soutiens donc cette adhésion, qui permettra à l'Union européenne de jouer le rôle qui lui revient en matière de protection de l'environnement, sans empiéter sur les souverainetés nationales. L'Union pourra ainsi notamment pleinement participer aux travaux pour faire face aux menaces d'extinction d'espèces de faune et de flore.

Dienstag, 16. Dezember 2014

Nicola Danti (S&D), *per iscritto*. — Ho espresso il mio voto favorevole all'adesione dell'Unione europea alla Convenzione sul commercio internazionale delle specie di flora e di fauna selvatiche minacciate di estinzione – CITES – poiché si tratta di un importante strumento internazionale volto a proteggere oltre 35 mila specie di flora e di fauna selvatiche minacciate di estinzione, grazie ad un rafforzato regime di controllo e vigilanza del commercio internazionale di tali specie.

Entrata in vigore nel 1975, la CITES prevedeva che potessero prendervi parte soltanto i singoli Stati. L'emendamento di Gaborone, entrato in vigore alla fine del 2013, permette anche all'Unione europea di diventare parte della CITES, consentendo così all'Europa di parlare con una voce sola in questo foro internazionale e contribuire più efficacemente alla realizzazione dei suoi obiettivi in piena coerenza con i principi generali della nostra politica ambientale.

Ritengo che l'adesione dell'UE alla CITES possa costituire un'importante occasione anche per accrescere il ruolo internazionale della Convenzione, che da anni contribuisce alla salvaguardia della biodiversità nel mondo.

Isabella De Monte (S&D), *per iscritto*. — La convenzione denominata CITES è un importante strumento internazionale volto a proteggere le specie di flora e di fauna selvatiche minacciate di estinzione, mediante il controllo del commercio internazionale degli esemplari di tali specie. La convenzione è entrata in vigore nel 1975 e attualmente vi aderiscono 178 paesi, tra cui tutti gli Stati membri dell'UE. Un emendamento successivamente apportato permette l'adesione alla convenzione delle organizzazioni regionali di integrazione economica, come l'Unione europea.

Tuttavia, tale emendamento è entrato in vigore solo il 29 novembre 2013, in quanto non ancora ratificato da un numero sufficiente di Stati. Ho deciso di votare a favore dell'adesione a tale convenzione perché ciò consentirà alla Commissione europea di condurre negoziati a nome dell'Unione europea e fungere da catalizzatore delle posizioni dei 28 Stati membri.

Marielle de Sarnez (ALDE), *par écrit*. — La convention sur le commerce international des espèces sauvages de faune et de flore menacées d'extinction (CITES) est le principal outil mondial permettant d'empêcher la surexploitation des espèces protégées. Les activités de la CITES, dont les 28 États de l'Union sont membres, contribuent déjà à la diminution du commerce illégal lié aux espèces naturelles protégées, mais la chasse de certaines espèces, comme les requins ou les ours polaires, devrait faire l'objet de contrôles encore plus poussés. L'adhésion de l'Union européenne à la convention est une avancée, car elle pourra désormais parler d'une seule voix lors des négociations et participer pleinement aux projets.

Mireille D'Ornano (NI), *par écrit*. — Dans leur majorité, les États membres ont déjà adhéré à cette convention. L'adhésion de l'Union européenne n'a donc aucun sens, dans la mesure où cela imposerait aux États membres des interprétations de la convention différentes des leurs et donnerait *in fine* l'illusion de la légitimité des exécutifs de l'Union européenne et de sa justice. J'ai donc voté contre cette adhésion.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI), *γραφώς*. — Υπερψήφισα τη σύσταση καθώς πρόκειται για σημαντικό βήμα προς τη διασφάλιση της προστασίας των απειλούμενων ειδών πανίδας και χλωρίδας μέσω των ελέγχων στο διεθνές εμπόριο δειγμάτων των ειδών αυτών.

José Manuel Fernandes (PPE), *por escrito*. — A Convenção sobre o Comércio Internacional das Espécies Selvagens da Fauna e da Flora Ameaçadas de Extinção (CITES) é um instrumento internacional importante para a proteção das espécies ameaçadas da fauna e da flora através do controlo do comércio internacional de espécimes dessas espécies. Nesta altura, tem atualmente 178 Partes (incluindo todos os Estados-Membros da UE), abrange cerca de 35 000 espécies e garante que o comércio internacional de espécimes dessas espécies não põe em risco a sua sobrevivência. A adesão da União Europeia torna-se importante para o trabalho que a Convenção vem fazendo, recomendando que se adote a prática corrente quando alguém se torna parte efetiva: a contribuição anual correspondente a 2,5 % do montante total destinado ao Fundo Fiduciário da CITES (cerca de 115 000 euros em 2015) reduzindo, em conformidade, a parte dos Estados-Membros nessas contribuições, situação que mereceu o meu voto favorável.

João Ferreira (GUE/NGL), *por escrito*. — A Convenção sobre o comércio internacional de espécies de fauna e flora selvagem ameaçadas de extinção (CITES) é um acordo internacional, cujo objetivo é garantir que o comércio internacional de espécies de fauna e flora selvagens não ameace a sobrevivência destas, constituindo, assim, um importante instrumento de conservação de espécies ameaçadas, particularmente das que apresentam interesse comercial, que como tal deverá ser defendido e valorizado. O sucesso da CITES depende da efetiva aplicação das recomendações acordadas.

Dienstag, 16. Dezember 2014

A União Europeia tinha um estatuto de observador na CITES. Na segunda reunião extraordinária da CITES COP (1983), a *alteração de Gaborone* à Convenção foi acordada, permitindo que Organizações Regionais de Integração Económica constituídas por Estados soberanos se tornem partes na Convenção CITES.

O objetivo desta recomendação é aprovar a adesão da União Europeia à Convenção CITES, a fim de lhe permitir participar em pleno nos trabalhos da Convenção e vincular juridicamente a UE e os Estados-Membros à aplicação e fiscalização da aplicação previstas na Convenção. É de notar que os direitos e obrigações dos Estados-Membros no âmbito da CITES não serão afetados pela adesão da UE, que passará a pagar uma quota à organização.

Monika Flašíková Beňová (S&D), *písomne* — Medzinárodný obchod s voľne žijúcimi živočíchmi a rastlinami výrazne ohrozuje prežitie a vývoj živočíšnych druhov a exemplárov rastlín po celom svete. Dohovor CITES zabezpečuje ochranu pre vyše 35 000 druhov podľa stupňa ochrany a výrazne tak prispieva ku kontrole nelegálneho medzinárodného obchodu v tejto oblasti. Členmi dohovoru CITES môžu byť podľa pôvodného dohovoru iba štáty, no nastal čas, aby sa zmenil status Európskej únie, ktorá v súčasnosti pôsobí iba ako pozorovateľ, navyše ak zoberieme do úvahy, že prístupenie k dohovoru CITES neovplyvní práva a povinnosti členských štátov, keďže Európska únia bude hlasovať iba o tých otázkach, ktoré sa týkajú *acquis*, a jednotlivé členské štáty budú aj naďalej hlasovať o všetkých ostatných veciach.

Lorenzo Fontana (NI), *per iscritto*. — Ancora una volta l'UE firma l'adesione ad una convenzione. In questo caso alla CITES ma vorrei ribadire che la firma a trattati e convenzioni dovrebbe essere competenza esclusiva degli Stati membri.

Λάμπρος Φουντούλης (NI), *γραφτιώς*. — Ψηφίζω υπέρ της προσχώρησης της ΕΕ στη Σύμβαση CITES, εφόσον αποτελεί σταθερό βήμα για να εξασφαλιστεί ότι η Ευρωπαϊκή Ένωση θα είναι απολύτως σε θέση να επιδιώκει τους στόχους που έχει θέσει στο πλαίσιο της περιβαλλοντικής πολιτικής της, αφού μέχρι σήμερα είναι απλά παρατηρητής στη Σύμβαση CITES

Nathan Gill (EFDD), *in writing*. — I voted against this as the recommendation is that the EU takes partial powers from Member States, and will increase EU regulation giving overall more power to the Commission.

The EU is currently an 'Observer' and wishes the Parliament to enable it to become a full member – which is more erosion of nation states' sovereignty.

Juan Carlos Girauta Vidal (ALDE), *por escrito*. — Hasta el 29 de noviembre de 2013 la Convención sobre el Comercio Internacional de Especies Amenazadas de Fauna y Flora Silvestres solo admitía como Partes a los Estados. Tras esa fecha, también las organizaciones internacionales pueden ser firmantes. Es lógico, por tanto, que la Unión Europea, puntera en la protección de la fauna y la flora silvestres, se adhiera ahora a una Convención que tiene el loable objetivo de mejorar la cooperación internacional en el control del comercio internacional de especies amenazadas. Respetemos la biodiversidad y evitemos que el elevado nivel de explotación de algunas plantas y animales las ponga en riesgo de extinción y destruya sus hábitats naturales.

Françoise Grossetête (PPE), *par écrit*. — J'ai souhaité apporter mon soutien à ce texte, qui prévoit l'adhésion de l'Union européenne à la convention sur le commerce international des espèces de faune et de flore sauvages menacées d'extinction. Entrée en vigueur en 1975, cette convention vise à prévenir le risque d'extinction de nombreuses espèces emblématiques telles que le tigre et l'éléphant, en régulant le commerce des animaux et des plantes menacées ainsi que de leurs produits dérivés. Elle confère aujourd'hui une protection à près de 35 000 espèces sauvages qui appartiennent à notre patrimoine mondial. Tous les États européens sont déjà parties à cette convention, mais il était important que l'Union européenne, en tant qu'institution internationale, montre aussi l'exemple.

Eduard-Raul Hellvig (PPE), *în scris*. — Susțin aderarea Uniunii Europene la Convenția privind comerțul internațional cu specii ale faunei și florei sălbatice pe cale de dispariție (CITES), pentru că această adeziune reprezintă o confirmare la nivel global a preocupărilor UE în materie de mediu. Limitată inițial la nivel de state și deschisă din 2013 și organizațiilor de integrare regională, aderarea nu va afecta drepturile și obligațiile individuale ale statelor membre ale UE, semnatare anterior ale CITES.

Dienstag, 16. Dezember 2014

Politica europeană de mediu vizează deja protejarea speciilor a căror supraviețuire poate fi pusă în pericol de comerțul internațional și stipulează un sistem de licențe pentru operațiunile de import-export-reexport, precum și norme privitoare la documentele de proveniență în cazul speciilor ce fac obiectul Convenției. De altfel, UE a adoptat o serie de instrumente juridice în materie, cu forță obligatorie pentru statele membre.

În aceste condiții, consider că, odată cu aderarea la CITES și preluarea unei părți din fondul fiduciar al acesteia, UE trebuie să se implice mai ferm, la nivel internațional, pentru intensificarea cooperării vizând protejarea celor aproape 35 000 de specii clasificate în anexele Convenției și respectarea strictă a normelor ce reglementează comerțul în domeniu.

György Hölvényi (PPE), írásban. – A vadon élő állat- és növényfajok nemzetközi kereskedelméről szóló washingtoni egyezmény jelentős nemzetközi okmány, amelynek célja a veszélyeztetett állat- és növényfajok védelmének biztosítása e fajok példányai nemzetközi kereskedelmének szabályozása révén.

Az egyezmény szövege eredetileg csak államok számára tette lehetővé a csatlakozást. Emiatt az Európai Unió eddig csak megfigyelőként vett részt az egyezményben. Ez változik meg, hiszen jogilag lehetővé vált, hogy az EU, mint a szerződésben részt vevő fél csatlakozzon az egyezményhez és immáron ne csak a tagállamokon keresztül, indirekt módon képviseltesse magát. Az Európai Uniónak az egyezményhez való csatlakozása lehetővé teszi, hogy az EU megfelelően képviseltesse magát az egyezmény által létrehozott szervezet ülésein, és teljes körű szerepet vállaljon az egyezmény munkájában.

Ian Hudghton (Verts/ALE), in writing. — The Convention on International Trade in Endangered Species of Wild Fauna and Flora has been an important international tool for approaching four decades. Both the EU and its individual Member States play a role in implementing CITES, and I accordingly voted in favour of the EU acceding to the Convention in its own right.

Ivan Jakovčić (ALDE), napisan. — Glasovao sam za nacrt zakonodavne rezolucije o nacrtu odluke Vijeća o pristupanju Europske unije Konvenciji o međunarodnoj trgovini ugroženim vrstama divljih životinja i biljaka jer ona predstavlja međunarodni instrument čija je svrha zaštita životinja i biljaka nadzorom njihove međunarodne trgovine. Podržavam pristupanje Europske unije CITES-u, odnosno konvenciji, jer će europski interesi i potrebe biti zastupani na međunarodnoj sceni kroz EU, balansirajući stajališta pojedinih država članica i predstavljajući veću pregovaračku težinu. Također, politika zaštite okoliša Europske unije, kroz CITES, steći će veću moć ka ostvarivanju zadanih ciljeva, pogotovo u sektoru trgovanja životinjama i biljkama.

Diane James (EFDD), in writing. — Today UKIP voted against the Ayuso report on the Convention on International Trade in Endangered Species (CITES). This vote was not about CITES itself. We support the objectives of the CITES convention. This vote was about enhancing the status of the European Commission within the CITES structure which we are not prepared to support. We are also against the related budgetary implication.

Marc Joulaud (PPE), par écrit. — J'ai voté en faveur de la recommandation de ma collègue Pilar Ayuso sur la convention sur le commerce international des espèces de faune et de flore sauvages menacées d'extinction. Cette convention est en vigueur depuis 1975 et seuls les États membres y étaient jusqu'ici parties, à titre individuel. Ce rapport vise à autoriser l'Union à devenir elle-même partie à la convention.

Je me félicite de la large adoption de cette recommandation.

Philippe Juvin (PPE), par écrit. — Je me félicite de l'adoption de cette proposition concernant l'adhésion de l'Union européenne à la convention sur le commerce international des espèces de faune et de flore sauvages menacées d'extinction (CITES) suite à l'entrée en vigueur, le 29 novembre 2013, de l'amendement de Gaborone, qui autorise l'adhésion à la CITES de toute organisation d'intégration économique régionale. Au vu de la forte hausse du trafic d'espèces sauvages dans le monde ces dernières années, il est important que l'Union européenne renforce son rôle en matière de lutte contre ce fléau et qu'elle prenne des mesures supplémentaires, notamment en ce qui concerne le commerce en ligne de produits issus d'espèces menacées.

Dienstag, 16. Dezember 2014

Afzal Khan (S&D), *in writing*. — I very much welcome accession, as it will elevate the EU from a simple observer to a full member of the Convention. It will also increase the transparency of the EU's legal status in CITES vis-à-vis third parties and help ensure that the EU is fully able to pursue its objectives under its environmental policy.

Giovanni La Via (PPE), *per iscritto*. - Signor Presidente, onorevoli colleghi, innanzitutto vorrei complimentarmi con la collega Pilar Ayuso per l'ottimo lavoro svolto su questo dossier. Ho sostenuto la relazione in quanto considero la Convenzione sul commercio internazionale delle specie di flora e fauna selvatiche minacciate di estinzione (CITES) un importante strumento volto a proteggere le specie a rischio di estinzione attraverso un controllo più incisivo sul tema del commercio internazionale degli esemplari di tali specie. Inoltre, l'adesione alla CITES rappresenta un passo necessario per consentire all'UE di perseguire gli obiettivi che si è prefissata nel quadro della propria politica ambientale.

Gilles Lebreton (NI), *par écrit*. — J'ai voté pour deux raisons contre l'adhésion de l'Union à la convention sur le commerce international des espèces de faune et de flore sauvages menacées d'extinction (CITES). D'abord, parce que cette

adhésion est une nouvelle offensive contre la souveraineté des États membres de l'Union qui ont déjà adhéré à cette convention: en la matière, l'Union parlera désormais à leur place. Ensuite, parce que l'Union, étant la proie de toutes sortes de lobbies, défendra les espèces sauvages plus mal que les États.

Javi López (S&D), *por escrito*. — La Convención sobre el Comercio Internacional de Especies Amenazadas de Fauna y Flora Silvestres (CITES) es un instrumento internacional de gran relevancia cuyo objetivo consiste en proteger las especies amenazadas de fauna y flora mediante controles del comercio internacional de especímenes de esas especies. Entró en vigor en 1975 y cuenta en la actualidad con 178 Partes (incluidos todos los Estados miembros de la UE). Sin embargo, hasta la entrada en vigor de una decisión tomada en la Conferencia de Botsuana (2013), que consiste en permitir que organismos supranacionales se puedan adherir a la Convención, la UE no había podido constituirse en Parte y era la suma de los Estados Miembros la que determinaba la posición europea. La recomendación da el visto bueno a la entrada de la UE como Parte en la CITES, lo cual cuenta con mi apoyo.

Paloma López Bermejo (GUE/NGL), *por escrito*. — La Convención sobre el Comercio Internacional de Especies Amenazadas de Fauna y Flora Silvestres (CITES) es un acuerdo internacional cuyo objetivo es garantizar que el comercio internacional de esas especies no amenace su supervivencia, principalmente de aquellas que tienen un alto interés comercial. El éxito de la CITES depende de la efectiva aplicación de las recomendaciones acordadas.

La UE mantiene un estatuto de observador en la CITES. El objetivo de este informe es el de aprobar la adhesión de la UE a la CITES con el fin de permitirle participar plenamente en sus trabajos y vincular a la UE y a los Estados miembros a la aplicación y fiscalización de la aplicación, prevista en la propia Convención.

Antonio López-Istúriz White (PPE), *por escrito*. — La Convención sobre el Comercio Internacional de Especies Amenazadas de Fauna y Flora Silvestres es un organismo internacional cuyo objetivo es la protección de especies amenazadas mediante el control de su comercio. Todos los países de la Unión Europea forman parte de esta Convención, mientras que la Unión Europea ha mantenido una condición de observador. Debido a la reciente reforma que permite la adhesión a la Convención de organismos internacionales, considero conveniente que la Unión Europea se adhiera.

La adhesión de la Unión Europea supondrá una actuación más coherente y transparente y posibilitará una acción más completa y eficaz para la consecución de sus objetivos en política ambiental, y por ello voto a favor de esta adhesión.

Dienstag, 16. Dezember 2014

Ivana Maletić (PPE), *napisan.* — Konvencija o međunarodnoj trgovini ugroženih vrsta divljih životinja i biljaka (CITES) je glavni međunarodni instrument čiji je cilj zaštita ugroženih vrsta životinja i biljaka kontrolirajući međunarodnu trgovinu. Konvencija se odnosi na preko 35.000 vrsta koje su navedene u tri priloga prema stupnju zaštite koja im je potrebna, a osigurava da međunarodna trgovina ne ugrožava njihov opstanak. Sve trgovinske razmjene, uključujući uvoz i izvoz, moraju poštivati sve vrste biljaka i životinja obuhvaćenih Konvencijom, i uvoz, odnosno izvoz zaštićenih vrsta mora biti odobren kroz sustav licenciranja.

Cilj izvješća je podržati konvenciju CITES u okvirima Europske unije i zato se poziva predsjednika Vijeća da odredi osobu koja će biti ovlaštena nastaviti s provođenjem aktivnosti u ime Europske unije.

Podržavam ovo izvješće i smatram da je prihvaćanje konvencije CITES od strane Europske unije logičan i nužan korak kako bi se osiguralo da Europska unija u potpunosti nastavi ispunjavati ciljeve politike zaštite okoliša.

Νότης Μαρτιάς (ECR), *γραφτώ.* — Υπερψήφισα τη σύσταση Ayuso σχετικά με το διεθνές εμπόριο των ειδών που απειλούνται με εξαφάνιση (CITES), γιατί η προσχώρηση της ΕΕ στη Σύμβαση για το Διεθνές Εμπόριο των υπό εξαφάνιση ειδών θα συμβάλει σημαντικά στην περαιτέρω προστασία της άγριας πανίδας και χλωρίδας και θα περιορίσει το λαθρεμπόριο των άγριων ειδών.

David Martin (S&D), *in writing.* — I voted for this proposal. The accession of the European Union to CITES will enable the EU to be adequately represented at CITES meetings and to play a full role in the work of the Convention, in line with the Treaties and established practices for external representation. It will enable the Commission, on behalf of the European Union, to lead negotiations and to be a catalyst in achieving a balanced compromise between the 28 Member States' positions. When becoming a party to CITES, the European Union will be granted formal responsibilities and become accountable to other parties for the implementation and enforcement of the Convention.

Fulvio Martusciello (PPE), *per iscritto.* — La Convenzione sul commercio internazionale delle specie minacciate di estinzione, o CITES, è un importante strumento internazionale con lo scopo di regolamentare il commercio internazionale di fauna e flora selvatiche in pericolo di estinzione. È di fondamentale importanza impedire lo sfruttamento commerciale delle specie in pericolo e limitare il commercio di animali e piante per assicurare la salvaguardia delle biodiversità.

Barbara Matera (PPE), *per iscritto.* — La convenzione sul commercio internazionale delle specie di flora e di fauna selvatiche minacciate di estinzione (CITES) rappresenta uno strumento chiave nell'ambito dell'attività di protezione ambientale. L'adesione dell'Unione europea alla CITES risulta, ai miei occhi, decisamente auspicabile. Essa favorirà il perseguimento di una serie di obiettivi strategici, perfettamente in linea con la politica ambientale comunitaria.

È per tutte queste ragioni che ho ritenuto necessario offrire il mio sostegno alla relazione a firma della collega Ayuso.

Georg Mayer (NI), *schriftlich.* — Die Abstimmung über dieses Übereinkommen hat meine Zustimmung erfahren. Zum Einen, weil Tierschutz ein äußerst wichtiges und nobles Anliegen ist und zum Anderen, weil eine gemeinschaftliche Vertretung aller europäischen Staaten diesem Anliegen international noch mehr Gewicht verleihen wird. Trotzdem dürfen einzelne Länder, welche die Tierschutzregelungen weitaus höher ansiedeln als im CITES-Abkommen vorgesehen, nicht in ihren Kompetenzen beschnitten werden.

Jean-Luc Mélenchon (GUE/NGL), *par écrit.* — La convention sur le commerce international des espèces de faune et de flore sauvages (CITES) est un instrument international majeur visant à protéger les espèces de faune et de flore menacées par le commerce international des spécimens de ces espèces. Elle est entrée en vigueur en 1975 et compte aujourd'hui 178 membres (dont tous les États membres de l'Union). Le texte initial de la convention prévoyait que le statut de membre du CITES serait limité aux États seuls. Par conséquent, l'Union européenne n'y avait qu'un statut d'observateur. À la deuxième réunion extraordinaire de la conférence des parties (1983), il a été convenu que les organisations régionales d'intégration économique constituées d'États souverains pourraient devenir membres de la CITES. La proposition vise à permettre l'adhésion de l'Union à cette convention 31 ans plus tard. Je vote pour l'adhésion de l'Union à cette convention.

Dienstag, 16. Dezember 2014

Nuno Melo (PPE), *por escrito*. — Concorde com a adesão da UE à convenção sobre o Comércio Internacional das Espécies Selvagens da Fauna e da Flora Ameaçadas de Extinção (CITES).

O CITES é um instrumento internacional importante para a proteção das espécies ameaçadas da fauna e da flora através do controlo do comércio internacional de espécimes dessas espécies. A CITES entrou em vigor em 1975 e tem atualmente 178 Partes (incluindo todos os Estados-Membros da UE). Abrange cerca de 35 000 espécies, que são enumeradas nos três apêndices em função do grau de proteção de que necessitam, e garante que o comércio internacional de espécimes dessas espécies não põe em risco a sua sobrevivência.

Esta convenção é muito importante na luta ao combate ao comércio ilegal de espécies protegidas ou em vias de extinção, daí o meu voto favorável.

Roberta Metsola (PPE), *in writing*. — Due to the cross-border nature of the trade in endangered plant and animal species, a truly international effort is required to put an end to this illicit activity. Therefore I voted in favour of this recommendation as it would bind the EU and all its Member States to implement and enforce the CITES convention.

Louis Michel (ALDE), *par écrit*. — Je me réjouis que le Parlement européen ait approuvé l'adhésion de l'Union européenne à la convention sur le commerce international des espèces de faune et de flore sauvages menacées d'extinction (CITES). En apportant sa signature, l'Union européenne permet de renforcer le contrôle du commerce international de ces 35 000 espèces et de mieux les protéger, en imposant l'instauration d'un système d'autorisations pour leur commercialisation. L'ensemble des États membres ont déjà apporté leur signature. L'Union étant un acteur international majeur sur la scène commerciale, il est essentiel qu'elle y apporte son soutien, qui lui permettra de participer aux travaux de la convention et de s'engager juridiquement à mettre en œuvre et à faire appliquer la convention.

Míroslav Mikolášik (PPE), *písomne*. — Dohovor o medzinárodnom obchode s ohrozenými druhmi voľne žijúcich živočíchov a rastlín predstavuje významný medzinárodný nástroj na ochranu 35 000 druhov ohrozených druhov živočíchov a rastlín.

Od nadobudnutia účinnosti dohovoru sa stali zmluvnými stranami všetky členské štáty EÚ, avšak Európska únia mala doteraz len štatút pozorovateľa.

Hlasoval som za pristúpenie EÚ k dohovoru, pretože to považujem za logické vyústenie úsilia EÚ v oblasti ochrany životného prostredia, ktoré patrí do jej právomocí. Pristúpenie navyše umožní zaujímať jednotné stanovisko k otázkam vyplývajúcim z dohovoru a presadzovať spoločnú pozíciu na rokovaní počas konferencií zmluvných strán.

Marlene Mizzi (S&D), *in writing*. — I have voted in favour of EU accession to CITES (The Convention on International Trade in Endangered Species of Wild Fauna and Flora) with a view to promoting the implementation and enforcement of CITES.

Sophie Montel (NI), *par écrit*. — 178 pays font déjà partie de la CITES, dont tous les États membres de l'Union européenne. Avec cette recommandation, il nous est demandé ici d'autoriser l'adhésion de l'Union. Cette convention, même si elle n'est pas parfaite, demeure utile, à condition toutefois qu'elle se limite à son rôle premier, à savoir la protection des espèces de faune et de flore sauvages menacées d'extinction. On notera par ailleurs que les États participants sont libres juridiquement de voter dans un autre sens que celui proposé par la CITES. Il est évident qu'avec l'adhésion de l'Union européenne, nous assisterons à un transfert du vote, donc à un nouveau transfert de souveraineté des États membres. Enfin, si l'Union venait à adhérer à cette convention sur le commerce international des espèces de faune et de flore sauvages menacées d'extinction, il y a fort à parier qu'elle ne résistera pas longtemps aux sirènes des lobbies. Des lobbies qui feront, par exemple, pression pour restreindre, voire interdire, la pêche de certains poissons consommés par l'homme, alors même qu'il suffirait que l'Union propose des réglementations. Refusant de donner blanc-seing à l'Union, j'ai voté contre cette adhésion.

Dienstag, 16. Dezember 2014

Claude Moraes (S&D), *in writing*. — I believe that this vote is urgently needed and is a long-overdue step that elevates the EU from a simple observer to a full member of the Convention on International Trade in Endangered Species (CITES). The decision will serve to increase the transparency of the EU's legal status in the CITES vis-à-vis third parties and will help to ensure that the European Union is fully able to pursue its objectives under its environmental policy.

Alessia Maria Mosca (S&D), *per iscritto*. — La Convenzione sul commercio internazionale delle specie di flora e di fauna selvatiche minacciate di estinzione rappresenta un importante strumento internazionale di protezione attraverso un controllo del commercio internazionale degli esemplari di tali specie. Una convenzione entrata in vigore nel 1975 a cui aderiscono oggi 178 paesi (tra cui tutti gli Stati membri dell'UE). Il testo iniziale della convenzione prevedeva che potessero prendervi parte soltanto gli Stati ma oramai l'adesione alla convenzione è stata aperta anche alle organizzazioni regionali di integrazione economica costituite da Stati sovrani e dotate di competenza per negoziare, concludere e applicare accordi internazionali nelle materie ad esse attribuite. Accogliamo, quindi, con favore questa proposta del Consiglio perché, aderendo alla CITES, l'Unione europea potrà essere adeguatamente rappresentata alle sue riunioni e svolgere il proprio ruolo nell'ambito dei lavori della convenzione. L'Unione europea sarà così pienamente in grado di perseguire gli obiettivi che si è prefissata nel quadro della propria politica ambientale.

Alessandra Mussolini (PPE), *per iscritto*. — Signor Presidente, onorevoli colleghi, avere la CITES come strumento internazionale volto a proteggere la specie di flora e di fauna selvatiche minacciate di estinzione mediante il controllo del commercio internazionale ritengo sia di fondamentale importanza per l'Unione europea, affinché possa perseguire gli obiettivi prefissati nell'ambito della propria politica ambientale. Ho votato a favore della relazione dell'on. Ayuso in modo che l'UE possa esprimere una posizione coerente su questioni inerenti la CITES e possa svolgere un ruolo essenziale nei negoziati durante le conferenze delle parti.

Franz Obermayr (NI), *schriftlich*. — Das CITES- Abkommen geht grundsätzlich in die richtige Richtung, obwohl ich stets betone, dass es nur ein erster Schritt in Richtung Erhaltung der Artenvielfalt und Tierschutz sein kann. Dennoch sehe ich es als wichtig an, dass die Union als eigene Rechtspersönlichkeit nunmehr diesem Abkommen beitrifft. Daher habe ich für den Antrag gestimmt.

Younous Omarjee (GUE/NGL), *par écrit*. — Il me paraît important que l'Union adhère à la convention sur le commerce international des espèces de faune et de flore sauvages menacées d'extinction (CITES) afin de protéger au mieux et à l'échelle la plus pertinente ces espèces menacées, qui font encore trop souvent l'objet d'un commerce illégal, ainsi que pour permettre à l'Union de poursuivre ses objectifs environnementaux. J'ai évidemment voté en faveur de ce rapport.

Urmas Paet (ALDE), *kirjalikult*. — Toetasin eelnõud, mis käsitleb Euroopa Liidu ühinemist ohustatud looduslike loomaja taimeliikidega rahvusvahelise kauplemise konventsiooniga, sest pean oluliseks kaitsta ohustatud loomaja taimeliikide ning kontrollida rahvusvahelist kauplemist nende liikide isenditega. ELi ühinemine konventsiooniga lisab kahtlemata kogu tegevusele võimekust juurde.

Κωνσταντίνος Παπαδάκης (NI), *γραφώς*. — Η ευρωκοινοβουλευτική ομάδα του ΚΚΕ καταψήφισε την προσχώρηση της ΕΕ στη Σύμβαση για το διεθνές εμπόριο των άγριων ειδών χλωρίδας και πανίδας που απειλούνται με εξαφάνιση. Οι όποιοι περιορισμοί περιλαμβάνουν τέτοιες διεθνείς συμβάσεις προσκρούουν στην ίδια την καπιταλιστική οικονομία, την απελευθέρωση του κεφαλαίου, την εξυπηρέτηση της κερδοφορίας των επιχειρηματικών ομίλων, την ανταγωνιστικότητα και την παράδοση στο κεφάλαιο κάθε φυσικού και κοινωνικού αγαθού. Ως διακρατική ένωση του κεφαλαίου, η ΕΕ προωθεί την εμπορική εκμετάλλευση των ειδών που αφορά η σύμβαση, υπονομεύει ουσιαστικά την προστασία τους, το πεδίο εφαρμογής της σύμβασης, προς όφελος των μονοπωλίων. Επιπρόσθετα, η συμμετοχή στη σύμβαση της ΕΕ πραγματοποιείται σε αντικατάσταση της ευθύνης των κρατών μελών. Η προστασία όλων των φυσικών και κοινωνικών αγαθών προϋποθέτει εξουσία και οικονομία στα χέρια του λαού. Αυτή μόνο μπορεί να εξασφαλίσει την ικανοποίηση των λαϊκών αναγκών, με σεβασμό στο περιβάλλον, ώστε να εξασφαλίζεται ισόρροπη ανάπτυξη προς όφελος της λαϊκής ευημερίας.

Aldo Patriciello (PPE), *per iscritto*. — Considerando che la Convenzione sul commercio internazionale delle specie di flora e fauna minacciate di estinzione è uno strumento importante per la preservazione e la tutela della biodiversità del pianeta e che l'adesione permetterà all'UE di svolgere appieno il proprio ruolo in materia di politica ambientale, intenderei esprimere il mio voto favorevole.

Dienstag, 16. Dezember 2014

Pina Picierno (S&D), *per iscritto*. — Ho votato a favore di questa relazione perché ritengo che l'adesione alla CITES sia un passo logico e necessario, affinché l'UE possa perseguire pienamente gli obiettivi che si è prefissata nel quadro della propria politica ambientale. L'adesione consentirà alla Commissione, a nome dell'Unione europea e quindi di tutti e 28 gli Stati membri, di esprimere una posizione coerente dell'UE su questioni relative alla protezione di specie in pericolo e ad avere un ruolo essenziale nei negoziati delle conferenze con terzi.

Credo che questo passo sia un classico esempio di come la cessione di sovranità all'UE possa giovare agli stessi Paesi membri, che sono così rafforzati da una posizione comune presentata a livello internazionale. In particolare, in questo caso, trattandosi di ambiente, è a maggior ragione essenziale che l'UE parli con una voce sola in modo da apportare con più forza il suo contributo alla salvaguardia delle specie in via d'estinzione che, come sappiamo, sono il «termometro» della salute del nostro pianeta.

Spero che con questo voto l'Europa possa portare avanti ancor con più convinzione la sua battaglia per la protezione dell'ambiente in ogni sua forma e che possa diventare leader mondiale in questo dando il buon esempio per gli altri continenti.

Andrej Plenković (PPE), *napisan*. — Cilj je Konvencije o međunarodnoj trgovini ugroženim vrstama divlje faune i flore (CITES) da se pobrine da međunarodna trgovina primjercima divljih životinja i biljaka ne ugrožava njihov opstanak.

Iako je prvobitnim tekstom Konvencije bilo predviđeno da samo države mogu biti članice CITES-a, 30. travnja 1983. dogovorena je izmjena Konvencije nakon što ju je ratificiralo dvije trećine od 80 država koje su bile stranke Konvencije u trenutku usvajanja izmjene. Izmjena Konvencije omogućila je Europskoj uniji da postane stranka CITES-a. Očekuje se da će u 2015. godini EU platiti 2,5% od ukupnog iznosa CITES Trust fonda, a u godišnjem iznosu od približno 115.000.00 eura jer je to u skladu s praksom ostalih stranaka koje su pristupile.

Pristupom Europske unije CITES-u bit će joj omogućeno praćenje rada Konvencije, a u skladu s ugovorima i ustaljenom praksom za vanjsko zastupanje. Time će se omogućiti Komisiji da u ime Europske unije vodi buduće pregovore te omogućiti postizanje kompromisa sa svih 28 država članica. Kada postane strankom CITES-a, Europska unija će odobriti formalne odgovornosti i postati odgovorna drugima strankama za primjenu i provedbu Konvencije.

Iz tih sam razloga podržao usvajanje Preporuke o nacrtu Odluke Vijeća o pristupanju EU-a Konvenciji koju je pripremila kolegica Pilar Ayuso.

Salvatore Domenico Pogliese (PPE), *per iscritto*. — Mi rallegro che l'emendamento di Gaborone sia entrato in vigore e che, finalmente, l'Unione europea possa diventare parte della CITES, ritenendola uno strumento fondamentale per la protezione delle specie di flora e di fauna selvatiche minacciate di estinzione. Il controllo esercitato sugli esemplari minacciati di estinzione che rientrano nel commercio internazionale è di grande valore e ne protegge la sopravvivenza.

Con la sua adesione alla CITES, l'UE potrà essere rappresentata alle riunioni e potrà svolgere il proprio ruolo nell'ambito dei lavori della convenzione a pieno titolo e non più solo come osservatore come in passato.

Marcus Pretzell (ECR), *schriftlich*. — Die Erhaltung der natürlichen Vielfalt unseres Planeten ist essenziell für die Zukunft der gesamten Menschheit. Raubbau an der Umwelt kann nicht in unserem langfristigen Interesse liegen. Da der Schutz freilebender Tiere und Pflanzen eine Aufgabe ist, welche auf dem internationalen Parkett ein gewisses Gewicht voraussetzt, ist es begrüßenswert, dass sich die Europäische Union hierfür als Ganzes einbringt. Folglich werde ich ihren Beitritt zur CITES-Übereinkunft unterstützen. Dies tue ich umso entschlossener, als ein bewährtes Verfahren weiterhin bestehen bleibt. So streben die Mitgliedstaaten nach keinem Konsens, welchen die EU umzusetzen und zu vertreten hat. Das ist exakt die EU, welche wahrlich wünschenswert ist. Ich wünsche den Vertretern in diesem Bereich die Stärke, um dieses europäische Konsensideal weiterhin zu befördern und die Interessen aller Staaten miteinander in Einklang zu bringen.

Dienstag, 16. Dezember 2014

Franck Proust (PPE), *par écrit*. — L'ensemble des États membres de l'Union européenne font partie de la convention sur le commerce international des espèces de faune et de flore sauvages menacées d'extinction. L'inclusion de l'Union européenne est donc légitime à ce titre et au titre de la politique commerciale commune et de la politique environnementale de l'Union.

Paulo Rangel (PPE), *por escrito*. — A Convenção sobre o Comércio Internacional das Espécies Selvagens da Fauna e da Flora Ameaçadas de Extinção (CITES) entrou em vigor em 1975, com o objetivo de proteger certas espécies ameaçadas da fauna e flora selvagens contra uma exploração excessiva devida ao comércio internacional. Conta atualmente com 178 Partes, incluindo todos os Estados-Membros da UE. Dado que o texto inicial da CITES limitava aos Estados a participação na CITES, até à data, a UE detinha o estatuto de mera observadora. Com a entrada em vigor, em 29 de novembro de 2003, da *Alteração de Gaborone*, passou a estar prevista a possibilidade de adesão à CITES de organizações de integração económica regional constituídas por Estados soberanos, dotadas de competências para negociar, concluir e aplicar acordos internacionais em matérias abrangidas pela Convenção. Ora, sendo certo que as matérias cobertas pela CITES (proteção ambiental e comércio) se enquadram no âmbito de competências da UE e que a sua adesão à CITES lhe permitirá participar em pleno nos trabalhos da Convenção, assegurando as condições para a prossecução dos seus objetivos em matéria de política do ambiente, votei favoravelmente a presente resolução, que aprova a adesão da UE à CITES.

Julia Reid (EFDD), *in writing*. — This vote should not be taken to imply in any way that I am in favour of the trade in endangered species. Nevertheless, I voted against this report because Member States should be able to introduce tougher measures for themselves, and they themselves should be the signatories to CITES not the European Union.

Frédérique Ries (ALDE), *par écrit*. — C'est par une majorité écrasante de 641 voix que le Parlement européen a, ce midi, dit OUI à l'adhésion de l'Union à la convention sur le commerce international des espèces de faune et de flore sauvages menacées d'extinction (CITES). Il faut dire que la situation actuelle est gravissime avec cette vague sans précédent d'extinction des espèces. Certains chiffres sont sans appel: 20 000, soit le nombre d'éléphants d'Afrique tués en 2013, 2 000 cornes, soit le nombre de nouvelles cornes de rhinocéros entrées dans le trafic l'an dernier, 9 500, soit le nombre d'annonces recensées sur Internet pour le trafic d'animaux sauvages, dont 54 % pour des animaux vivants. On recense 35 000 espèces protégées dans le monde, parmi lesquelles les plus gros mammifères terrestres, et l'Europe, après le Japon et les États-Unis, constitue la troisième région de destination de l'activité illicite sur les espèces sauvages. C'est dire l'importance, pour l'Union, de parler dorénavant d'une seule voix au sein de la Conférence des Parties, organe décideur de la CITES. L'adhésion de l'Union à la CITES est tout simplement un transfert de souveraineté bienvenu et logique pour protéger au mieux la diversité si fragile de notre planète.

Robert Rochefort (ALDE), *par écrit*. — La convention sur le commerce international des espèces de faune et de flore sauvages menacées d'extinction lie les États signataires à des principes de commerce international visant à mieux protéger les spécimens d'animaux et de plantes sauvages menacés. J'ai voté en faveur de cette résolution, qui donne le feu vert du Parlement européen à la ratification par l'Union européenne de cette convention internationale. Par ce geste, l'Union européenne envoie un signal fort en faveur de la protection de la biodiversité et s'affirme en tant qu'entité juridique à part entière sur la scène internationale.

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D), *por escrito*. — La Convención sobre el Comercio Internacional de Especies Amenazadas de Fauna y Flora Silvestres (CITES) es un instrumento internacional de gran relevancia cuyo objetivo consiste en proteger las especies amenazadas de fauna y flora mediante controles del comercio internacional de especímenes de esas especies. En vigor desde 1975, cuenta en la actualidad con 178 Partes, incluidos todos los Estados miembros de la UE. Comprende unas 35 000 especies objeto de protección y vela por que el comercio internacional de especímenes de animales y plantas silvestres no ponga en peligro su supervivencia. Toda importación, exportación, reexportación e introducción de las especies incluidas en la Convención debe ser autorizada mediante un sistema de licencias. Sin embargo, hasta la entrada en vigor de la decisión tomada en la Conferencia de Botsuana (2013) consistente en permitir que organismos supranacionales se puedan adherir a la Convención, la UE no había podido constituirse en Parte y tan solo tenía el estatuto de observador en la Convención.

Dienstag, 16. Dezember 2014

He votado a favor de la recomendación de la ponente de aprobar la adhesión de la UE a la CITES, lo que permitirá que la UE participe y negocie con una sola voz en las cumbres, reforzando nuestro papel y capacidad negociadora.

Claude Rolin (PPE), *par écrit*. — La convention sur le commerce international des espèces de faune et de flore sauvages menacées d'extinction (CITES) est un instrument international crucial pour la protection des espèces de faune et de flore menacées d'extinction. La convention est entrée en vigueur en 1975 et compte à présent 178 États parties (dont tous les États membres de l'Union). La CITES porte sur plus de 35 000 espèces et vient garantir que le commerce international des spécimens de ces espèces ne menace pas leur survie (toutes les importations, exportations, réexportations et introductions, en provenance de la mer, d'espèces couvertes par la convention étant soumises à un système d'autorisations). Le texte initial de la convention prévoyait que l'adhésion à la CITES serait limitée aux seuls États. Jusqu'à ce jour, l'Union européenne ne disposait donc que d'un statut d'observateur. La proposition de décision du Conseil que j'ai votée aujourd'hui vise à approuver l'adhésion de l'Union européenne à la CITES. L'adhésion de l'Union à la CITES lui permettra désormais d'être représentée de manière appropriée aux réunions et de participer pleinement aux travaux de la Convention. Je m'en réjouis.

Fernando Ruas (PPE), *por escrito*. — A Convenção sobre o Comércio Internacional das Espécies Selvagens da Fauna e da Flora Ameaçadas de Extinção (CITES) é uma Convenção Internacional que integra 178 países, incluindo todos os Estados-Membros da UE e abrange cerca de 35 000 espécies, que estão sob a égide de um sistema prévio de licenciamento, relativo à sua comercialização. A CITES é, por isso, um instrumento extremamente relevante para a proteção, controlo e monitorização do comércio dessas espécies.

Inicialmente, a participação na CITES era limitada a Estados, possuindo a União Europeia o estatuto de observador.

Contudo, uma recente alteração no artigo 21.º da Convenção permite a adesão a organizações de integração económica regional constituídas por Estados soberanos e dotadas de competências para negociar, concluir e aplicar acordos internacionais nas matérias abrangidas pela CITES que os respetivos Estados-Membros lhes tenham transferido.

Dado que os domínios de atuação da Convenção dizem respeito à proteção do meio ambiente e ao comércio internacional, sendo o primeiro uma competência partilhada com os Estados-Membros e o segundo uma competência exclusiva da União, considero a adesão da UE à Convenção CITES um passo lógico e muito bem-vindo, pelo que votei favoravelmente esta resolução.

Tokia Saïfi (PPE), *par écrit*. — Jusqu'en 2013, seuls les États, à titre individuel, pouvaient être parties à la convention CITES sur le commerce international des espèces de faune et de flore menacées d'extinction. J'ai voté en faveur de ce rapport, qui vise à autoriser l'Union européenne à devenir elle-même partie à la convention.

Matteo Salvini (NI), *per iscritto*. - Ho deciso di votare in maniera contraria per una questione di principio: la firma di trattati e convenzioni dovrebbe essere competenza esclusiva degli Stati membri.

Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito*. - La Convención sobre el Comercio Internacional de Especies Amenazadas de Fauna y Flora Silvestres (CITES) es un acuerdo internacional cuyo objetivo es garantizar que el comercio internacional de esas especies no amenace su supervivencia, principalmente de aquellas que tienen un alto interés comercial. El éxito de la CITES depende de la efectiva aplicación de las recomendaciones acordadas. La UE mantiene un estatuto de observador en la CITES. El objetivo de este informe es el de aprobar la adhesión de la UE a la CITES con el fin de permitirle participar plenamente en sus trabajos y vincular a la UE y a los Estados miembros a la aplicación y fiscalización de la aplicación, prevista en la propia Convención. Por todo ello he votado a favor.

Jill Seymour (EFDD), *in writing*. — Today UKIP voted against the Ayuso report on the Convention on International Trade in Endangered Species (CITES). This vote was not about CITES itself. We support the objectives of the CITES convention. This vote was about enhancing the status of the European Commission within the CITES structure which we are not prepared to support. We are also against the related budgetary implication.

Dienstag, 16. Dezember 2014

Siôn Simon (S&D), *in writing*. — I voted in favour of the accession of the European Union to the Convention on International Trade in Endangered Species of Wild Fauna and Flora (CITES). I believe that the accession of the European Union to CITES is a logical and necessary step to ensure that the European Union is fully able to pursue its objectives under its environmental policy.

CITES is a major international instrument aimed at protecting endangered species of fauna and flora through controls on international trade in specimens of those species. Accession of the European Union to CITES will enable the EU to be adequately represented at CITES meetings and to play a full role in the work of the Convention, in line with the Treaties and established practices for external representation.

Davor Škrlec (Verts/ALE), *napisan*. —

Podržao sam usvajanje Konvencije o međunarodnoj trgovini ugroženim vrstama divljih životinja i biljaka jer smatram da trebamo pojačati naša zalaganja s ciljem sprječavanja nekontrolirane međunarodne trgovine ugroženih vrsta.

Međunarodna trgovina ugrožava više od 35 000 vrsta divljih životinja i biljaka, a daljnja komercijalizacija uzrokovat će njihov potpuni nestanak. Zabrinjavajući je podatak kako navedeno tržište akumulira 10 milijardi dolara godišnje. Stoga je potrebno osvijestiti građanke i građane Europske unije jer kupovinom ugroženih bića čine ilegalno i nemoralno djelo. Mnogi nisu svjesni kako kupovina torbe od krokodilske kože ili nakita od slonovače zahtjeva dopuštenje ili propusnicu koja jamči neugrožavanje opstanka te vrste.

Nepromišljena eksploatacija prirodnih resursa u linearnom ekonomskom sustavu, kao i nezakonita trgovina proizvodima napravljenih od ugroženih biljnih i životinjskih vrsta, dovodi do neravnoteže koja nije održiva.

Iz svega navedenog, osuđujem nekontroliranu trgovinu ugroženim vrstama divljih životinja i biljaka, a usvajanje konvencije na razini Europske unije odlučan je korak prema zaštiti biološke raznolikosti ne samo Europe, već i svijeta.

Davor Ivo Stier (PPE), *napisan*. — Podržavam ovu Preporuku jer je u skladu s ciljevima Europske unije o očuvanju divlje flore i faune. Pitanje zaštite okoliša jedno je od prioriteta Europskog parlamenta. Potrebno je uspostaviti pravodoban nadzor nad ugroženom divljom florom i faunom. Nužno je uspostaviti suradnju između inspektijskih službi, policije i carine s ciljem učinkovitog provođenja ove Konvencije uzimajući u obzir da je ilegalna trgovina ugroženim biljnim i životinjskim vrstama jedna od najprofitabilnijih načina ilegalne zarade.

Dubravka Šuica (PPE), *napisan*. — Podržavam usvajanje CITES konvencije od strane Europske unije jer time potvrđuje svoju opredijeljenost politici zaštite okoliša i ispunjavanju njezinih ciljeva.

Moramo voditi računa o raznolikosti i razvoju, a isto tako i o legalnoj i održivoj međunarodnoj trgovini. Smatram da će primjenjivanje Konvencije smanjiti ilegalnu trgovinu ugroženim životinjskim i biljnim vrstama koja je s 19 milijardi dolara nakon trgovine drogom, krivotvorenim proizvodima i trgovinom ljudima najunosniji oblik ilegalne zarade danas.

Konvencija CITES, stara više od 40 godina, direktno štiti preko 35.000 ugroženih životinjski i biljnih vrsta. Stoga sam zadovoljna da su europarlamentarci podržali ovaj zahtjev jer je ovom problemu potrebno ozbiljno i sustavno pristupiti kako mnoge ugrožene vrste ne bi bile dostupne samo u enciklopedijama.

Ελευθέριος Συναδινός (NI), *γραφικώς*. — Η προσχώρηση της ΕΕ στη Σύμβαση CITES θα την οδηγήσει στην επίτευξη των στόχων της όσον αφορά στην περιβαλλοντική της πολιτική.

Tibor Szanyi (S&D), *írásban*. — Szavazatommal támogattam az indítványt, mivel a veszélyeztetett vadon élő állat- és növényfajok nemzetközi kereskedelméről szóló egyezményhez csatlakozással nagyobb hangsúllyal tudjuk felvenni a harcot a veszélyeztetett fajok illegális kereskedelmével szemben.

Dienstag, 16. Dezember 2014

Meg kell jegyezmem, hogy eddig csak szuverén államok csatlakozhattak a CITES-hez, mely elv 2013-ban változott meg. Innentől kezdve már államok szövetsége, szuverén államok által alkotott szervezetek is csatlakozhatnak ehhez a komoly jelentőségű nemzetközi okmányhoz, így az Európai Unió előtt is megnyílt ez a lehetőség.

Fontosnak tartom, hogy – mint az az ajánlásban is szerepel – az Európai Unió csatlakozása a CITES-hez logikus és szükséges lépés az uniós környezetvédelmi szakpolitika célkitűzéseinek maradéktalan teljesüléséhez. A csatlakozás lehetővé teszi, hogy a Bizottság az Európai Unió nevében egységes uniós álláspontot képviseljen az egyezményrel összefüggő ügyekben, és jelentős szerepet játsszon a részes felek konferenciáin zajló tárgyalásokban.

Claudiu Ciprian Tănăsescu (S&D), *în scris*. — Am susținut recomandarea referitoare la propunerea de decizie a Consiliului privind aderarea Uniunii Europene la Convenția privind comerțul internațional cu specii ale faunei și florei sălbatice pe cale de dispariție (CITES). Această aderare reprezintă o șansă pentru o implicare deplină a UE în punerea în aplicare a Convenției.

Marc Tarabella (S&D), *par écrit*. — J'ai voté en faveur de ce texte, qui a pour but d'aider à défendre plus de 35 000 espèces inscrites à l'une des trois annexes de la convention et garantit que le commerce international des spécimens de ces espèces ne menace pas leur survie. Toutes les importations, exportations, réexportations et introductions en provenance de la mer d'espèces couvertes par la convention sont soumises à un système d'autorisations. Un texte qui va dans le bon sens.

Ruža Tomašić (ECR), *napisan*. — Podržala sam Konvenciju o međunarodnoj trgovini ugroženim vrstama divlje faune i flore (CITES) jer se njome Europskoj uniji i državama članicama omogućava suradnja s brojnim zemljama s ciljem zaštite oko 35 000 različitih ugroženih vrsta biljaka i životinja, što se može postići zabranom i nadgledanjem međunarodne trgovine tih vrsta.

Osobito korisnom držim ulogu CITES-a jer ulaže ogromne napore u suzbijanju međunarodne trgovine ugroženim vrstama uspostavljanjem mehanizama kontrole u cijelom lancu opskrbe divljim vrstama, od države porijekla do konačnog odredišta.

Također, u potpunosti se slažem s navedenim zaključkom da se jedino tijesnom suradnjom svih tijela uključenih u provedbu ove Konvencije na nacionalnom i međunarodnom nivou te kažnjavanjem onih koji krše njezine odredbe može u cijelosti osigurati postizanje ciljeva.

Ramon Tremosa i Balcells (ALDE), *in writing*. — As parliamentarians we are committed to serving society in its global complexity. Nonetheless, we must work to ensure that the future generation has the same opportunities as the generation I belong to. Hence, I have voted in favour of the decision on the accession of the European Union to the Convention on International Trade in Endangered Species of Wild Fauna and Flora (CITES). I expect that by giving approval for the accession of the EU to CITES we will create a better framework to protect our worldwide common heritage.

Derek Vaughan (S&D), *in writing*. — I voted in favour of this report as its purpose is to provide for international cooperation in order to protect species from overexploitation through international trade. This report is part of an ongoing legislative procedure aiming at recasting the regulation whereby the Convention on International Trade in Endangered Species of Wild Fauna and Flora (CITES) is implemented by the Member States.

Marie-Christine Vergiat (GUE/NGL), *par écrit*. — La convention sur le commerce international des espèces de faune et de flore sauvages menacées d'extinction (CITES) est un instrument international qui vise à protéger les espèces de faune et de flore menacées d'extinction.

Elle concerne quelque 35 000 espèces et garantit que le commerce international de ces espèces ne menace pas leur survie. Ainsi, toutes les importations, exportations, réexportations... d'espèces couvertes par la convention sont soumises à un système d'autorisations.

Entrée en vigueur en 1975, cette convention compte à présent 178 parties, dont tous les États membres de l'Union, mais pas l'Union elle-même, qui n'avait pas jusqu'alors la capacité de signer de telles conventions. C'est désormais chose faite et le Parlement européen a donc ici approuvé l'adhésion de l'Union à la CITES.

Dienstag, 16. Dezember 2014

Il ne reste qu'à espérer que cette adhésion permettra aux institutions européennes et aux États membres d'exprimer une position cohérente sur ces questions.

La volonté d'aboutir à des résultats concrets dans le cadre des négociations relatives à la lutte pour la biodiversité est très importante pour l'avenir de la planète, sous réserve que ces négociations ne soient pas contredites par d'autres politiques, notamment les politiques commerciales.

J'ai néanmoins voté pour, par principe.

Miguel Viegas (GUE/NGL), por escrito. — Concordamos genericamente com esta decisão de adesão da UE a esta convenção. Está em causa, como foi dito, a preservação de cerca de 3000 espécies animais e 40 000 espécies vegetais. A minha preocupação prende-se com os meios que a UE irá colocar ao serviço desta importante missão. Sem meios, sem uma intervenção eficaz no terreno, esta adesão à CITES não fará grande sentido.

No quadro da UE, foram desmantelados em alguns países serviços públicos de controlo veterinários que tiveram em Portugal um papel decisivo na erradicação de várias zoonoses, como a tuberculose e as pestes suínas.

Por isto, chama-se a atenção para a necessidade de serem reforçados os meios para poder combater o tráfico ilegal destas espécies. É necessário, designadamente, reforçar os postos de inspeção fronteiriços, atribuindo-lhes meios humanos e técnicos; melhorar a formação do corpo veterinário no quadro do *Food and Veterinary Office*, eventualmente com a federação europeia dos veterinários; e igualmente necessário dar aos Estados-Membros condições para poderem fiscalizar as suas ZEE, o que, em Portugal, dada a austeridade, não tem sido possível, apesar de termos a maior ZEE da UE.

Harald Vilimsky (NI), schriftlich. — Der Tierschutz ist in Europa ein wichtiges Anliegen, welches es zu stärken gilt. Dabei kann die EU als eine Vertretung aller Mitgliedstaaten fungieren, um diesem Unterfangen auch auf internationalem Paket Gehör zu verschaffen. Dennoch ist zu beachten, dass einzelne Länder, die die Tierschutzregelungen weitaus höher ansiedeln als im CITES-Abkommen vorgesehen, nicht in ihren Kompetenzen beschnitten, wenn nicht sogar eingeschränkt werden. Da mir der Tierschutz jedoch auch ein Herzensanliegen ist, habe ich diesem Antrag zugestimmt.

Kristina Winberg (EFDD), in writing. — While I agree that the CITES and the protection of endangered species are a worthwhile cause, I voted against this recommendation since I believe it seeks to promote the European Commission and its policies. Sweden ratified the CITES in 1975 and has been an active member ever since. I see no reason why the EU should be involved as well.

Iuliu Winkler (PPE), în scris. - Am votat recomandarea PE referitoare la aderarea UE la Convenția privind comerțul internațional cu specii ale faunei și florei sălbatice pe cale de dispariție (CITES). Salut faptul că, datorită modificării Convenției, și UE, ca organizație de state suverane, a putut să adere la aceasta. Comerțul internațional nu trebuie să devină un instrument al exploatării nesăbuite a mediului înconjurător care să accelereze fenomenul dăunător al dispariției de noi și noi specii.

Această preocupare este comună pentru mulți cetățeni ai UE și ea este reflectată și prin decizia de azi a PE. Intrată în vigoare din 1975, CITES reprezintă un important instrument la nivel internațional esențial pentru protejarea speciilor ale faunei și florei pe cale de dispariție. Conform dispozițiilor CITES, toate operațiunile de import, export și reexport, precum și de introducere de specii de proveniență marină care fac obiectul convenției trebuie să fie autorizate printr-un sistem de licențe.

Carlos Zorrinho (S&D), por escrito. — Votei favoravelmente a adesão da União Europeia à Convenção sobre o Comércio Internacional das Espécies Selvagens da Fauna e da Flora Ameaçadas de Extinção (CITES).

A adesão da UE à CITES constituiu um avanço coerente e necessário para assegurar à União Europeia plenas condições de prossecução dos objetivos da sua política ambiental. A adesão permitirá não só à Comissão manifestar, em nome da União Europeia, uma posição coerente da UE relativamente aos assuntos da CITES, mas também participar efetivamente nas negociações das Conferências das Partes.

Dienstag, 16. Dezember 2014

Esta adesão permitirá à Comissão conduzir negociações em nome da União Europeia e atuar ativamente para se encontrar uma solução de compromisso equilibrado entre as posições dos 28 Estados-Membros. Além disso, ao tornar-se Parte na CITES, a União Europeia terá responsabilidades formais, tendo de responder perante as outras Partes pela aplicação e execução da Convenção.

Inês Cristina Zuber (GUE/NGL), *por escrito*. — A Convenção sobre o comércio internacional de espécies de fauna e flora selvagem ameaçadas de extinção (CITES) é um acordo internacional cujo objetivo é garantir que o comércio internacional de espécies de fauna e flora selvagens não ameace a sobrevivência destas, constituindo, assim, um importante instrumento de conservação de espécies ameaçadas, particularmente das que apresentam interesse comercial, que como tal deverá ser defendido e valorizado.

O objetivo desta recomendação é aprovar a adesão da União Europeia à convenção CITES, a fim de lhe permitir participar em pleno nos trabalhos da convenção e vincular juridicamente a UE e os Estados-Membros à aplicação e fiscalização da aplicação previstos na convenção. É de notar que os direitos e obrigações dos Estados-Membros no âmbito da CITES não serão afetados pela adesão da EU, pelo que estamos de acordo com a recomendação.

Marco Zullo (EFDD), *per iscritto*. - Ho votato convintamente a favore dell'adesione dell'Unione europea alla convenzione sul commercio internazionale delle specie di flora e di fauna selvatiche minacciate di estinzione perché credo sia il momento che anche a livello comunitario ci si impegni in questa direzione.

La CITES, il cui scopo è limitare e controllare il commercio di esemplari selvatici al fine di tutelarne la sopravvivenza e la diffusione, è entrata in vigore nel 1975, ed attualmente tra i 178 membri figurano tutti gli Stati membri dell'UE. Grazie ad un emendamento alla convenzione in vigore dal 2013, ora anche le organizzazioni sovranazionali hanno la possibilità di aderirvi. Per l'UE si tratta di un passo logico e quasi obbligato, se intende rimanere coerente con la frequentemente ribadita volontà di proteggere l'ambiente e la salute del pianeta.

Abbiamo certamente bisogno di un quadro normativo più uniforme, che non lasci spiragli a quanti vogliono aggirare le leggi. Far parte della CITES, d'altro canto, permetterà all'Unione di confrontarsi con una voce unica con gli attori internazionali che presentano legislazioni meno avanzate nel settore e far pesare maggiormente il proprio punto di vista a tutela di flora e fauna.

6.4. Kooperationsabkommen mit Marokko über ein ziviles globales Satellitennavigationssystem (GNSS) (A8-0045/2014 - Jerzy Buzek)

Explications de vote par écrit

Marina Albiol Guzmán (GUE/NGL), *por escrito*. — Ciertamente la UE tiene una dependencia del sistema GPS norteamericano a la que debiera ponerse fin. Pero cierto es también que no existe una garantía de que el sistema GNSS sea exclusivamente de uso civil, sino que parece que también se le da un uso militar, como bien han alertado numerosas organizaciones pacifistas.

En este caso concreto se propone un acuerdo de cooperación con Marruecos, país responsable de la ocupación ilegal del territorio del Sáhara Occidental, contraviniendo las múltiples resoluciones de las Naciones Unidas relativas al derecho de autodeterminación del pueblo saharauí. En este sentido, he votado en contra de este informe.

Marie-Christine Arnautu (NI), *par écrit*. — Cet accord de coopération concernant un système mondial de navigation par satellite (GNSS) entre l'Union et le Maroc doit permettre aux deux parties d'intensifier la coopération et d'échanger des connaissances scientifiques. La Maroc souhaite développer l'usage de la radionavigation par satellite sur son territoire et dans la région environnante. C'est dans le cadre de l'accord de 2006 et de par sa participation à la politique européenne de voisinage que le Maroc demande d'être associé au nouveau programme-cadre pour la recherche et l'innovation (Horizon 2020). Il s'agit donc d'une coopération purement technique que je soutiens.

Jonathan Arnott (EFDD), *in writing*. — This report favours a partnership in the Galileo programme, a programme which comes at a cost of EUR 9.8 billion to the European Union.

Dienstag, 16. Dezember 2014

Zigmantas Balčytis (S&D), *raštu*. — Balsavau už šį siūlymą, kurio tikslas – pasirašyti bendradarbiavimo susitarimą dėl civilinės globalios navigacijos palydovinės sistemos (GNSS) su Maroku. Marokas turi daug praktinės patirties kosmoso technologijų srityje ir norėtų plačiau naudoti palydovinę navigaciją savo teritorijoje ir aplinkiniame regione – Viduržemio jūros vakarų regione ir Vakarų Afrikoje. Susitarime nustatyta, kad palydovinės navigacijos ir laiko nustatymo srityse bus bendradarbiaujama mokslinių tyrimų, pramoninės gamybos, mokymo, paslaugų ir rinkos plėtros, prekybos klausimais bei su radijo dažnio spektru, vientisumu, standartizacija ir sertifikavimu susijusiais klausimais. Kadangi susitarimas sustiprins bendrą ES ir Maroko veiklą šiuose sektoriuose, manau, tai bus naudinga abiejų šalių piliečiams, pramonės atstovams ir mokslo bendruomenėms. Pritariu susitarimo sudarymui.

Nicolas Bay (NI), *par écrit*. — Convaincu de la nécessité qu'il y a à coopérer avec les pays de la rive sud de la Méditerranée, je me réjouis de collaborations interétatiques comme l'intéressant projet Galileo auquel le Maroc est associé depuis bientôt dix ans, d'autant qu'il s'agit de concurrencer le GPS américain.

Hugues Bayet (S&D), *par écrit*. — Cet accord va permettre de renforcer la coopération avec le Maroc dans le domaine de la navigation par satellite.

Le Maroc possède un savoir-faire dans le domaine de la technologie spatiale et de ses applications et souhaite développer l'usage de la radionavigation par satellite sur son territoire et dans la région environnante (Méditerranée occidentale et Afrique de l'Ouest), en mettant l'accent sur des applications spécifiques à cette région.

Les entreprises marocaines et européennes entretiennent des liens de coopération industrielle dans le secteur spatial depuis plusieurs années et disposent d'une base solide pour étayer et étendre la coopération dans ce domaine qui revêt une grande importance pour les deux parties.

Izaskun Bilbao Barandica (ALDE), *por escrito*. — He votado a favor de este informe ya que la presente iniciativa permitirá a ambas partes mejorar e intensificar su cooperación en áreas científicas y tecnológicas de interés común, y hará posibles un mayor intercambio de conocimientos específicos y la transferencia de conocimientos técnicos en beneficio de las comunidades científicas, el sector industrial y los ciudadanos. Además, los servicios de la Comisión supervisarán regularmente todas las actividades realizadas en el marco del Acuerdo, lo que incluirá una revisión por la UE. El Acuerdo se basa en los principios de beneficio mutuo, de acceso recíproco a programas y actividades de la otra parte vinculados con el objeto del Acuerdo, de no discriminación, de protección eficaz de la propiedad intelectual, de distribución equitativa de los DPI y de explotación eficaz de los resultados. La renovación del Acuerdo supondrá un aumento del conocimiento científico, lo que se traduce en oportunidades de acceso al mercado.

Dominique Bilde (NI), *par écrit*. — Cette recommandation pour un accord de coopération concernant un système mondial de navigation par satellite (GNSS) entre l'Union et le Maroc doit permettre aux deux parties d'intensifier la coopération et d'échanger des connaissances scientifiques. Le Maroc souhaite développer l'usage de la radionavigation par satellite sur son territoire et dans la région environnante. C'est dans le cadre de l'accord de 2006 et de par sa participation à la politique européenne de voisinage que le Maroc demande d'être associé au nouveau programme-cadre pour la recherche et l'innovation (Horizon 2020). J'ai donc voté en faveur de ce texte.

Mara Bizzotto (NI), *per iscritto*. — Ho votato a favore del coinvolgimento del Marocco nel GNSS, il sistema dedicato alla fornitura di un servizio di posizionamento geospaziale a copertura globale, perché questa azione ne potenzierà l'efficacia a beneficio dei cittadini europei.

José Blanco López (S&D), *por escrito*. — Con este Acuerdo se culminan los contactos establecidos entre la Unión Europea y Marruecos para la participación de este país en el programa Galileo. Las conversaciones se iniciaron en marzo de 2004 y finalizaron en diciembre de 2006, cuando se rubricó el Acuerdo de cooperación sobre un sistema mundial de navegación por satélite (GNSS) de carácter civil entre la Comunidad Europea y sus Estados miembros y el Reino de Marruecos.

Este Acuerdo permitirá cooperar en materia de navegación y temporización por satélite. El Acuerdo contempla la investigación científica, la manufactura industrial, la formación, las aplicaciones, el desarrollo de servicios y mercados, el comercio, el espectro radioeléctrico, las cuestiones de integridad, la normalización y la certificación.

Dienstag, 16. Dezember 2014

De esta forma, podrán reforzarse las actividades conjuntas en estos sectores en beneficio de los ciudadanos, las industrias y las comunidades científicas de ambas partes, motivos por los que le he dado mi apoyo.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), raštu. — Balsavau dėl šio pranešimo, nes juo Parlamentas pritaria ES ir Maroko Karalystės bendradarbiavimo susitarimo dėl civilinės globalios navigacijos palydovinės sistemos (GNSS) sudarymui. Susitarimo tikslas yra paskatinti, palengvinti ir sustiprinti šalių bendradarbiavimą Europai ir Marokui prisidedant prie civilinės pasaulinės palydovinės navigacijos sistemos (GNSS) kūrimo. Šį susitarimą ES ir Marokas sudarė atsižvelgdami į bendrą suinteresuotumą plėtoti civilinę pasaulinę palydovinės navigacijos sistemą (GNSS) ir į augančią GNSS taikymo plėtrą Maroke, Europoje ir kitose pasaulio vietose, bei pripažindamos GALILEO programos svarbą Europos ir Maroko navigacijos ir informacijos infrastruktūrai.

Simona Bonafè (S&D), per iscritto. — Ho votato a favore della proposta di accordo di cooperazione relativo al GNSS tra Comunità europea a Regno del Marocco.

Nel settore spaziale, i rapporti di cooperazione industriale tra Unione europea e Marocco si sono intensificati e costituiscono un importante fondamento per estendere la collaborazione già esistente. Mi riferisco, in particolare, all'implementazione del sistema europeo GALILEO, attualmente in sperimentazione, per la geo-radiolocalizzazione e la navigazione terrestre nell'intera regione mediterranea.

Il Marocco, paese aderente alla politica di vicinato dell'UE, potrà efficacemente collaborare con l'Unione europea alla ricerca nel campo del GNSS e produrrà un valore aggiunto agli sforzi portati avanti nei settori dell'energia e della produzione industriale, portando benefici alle comunità scientifiche, alle imprese e ai cittadini di entrambe le aree.

Mercedes Bresso (S&D), in writing. — I voted for the conclusion of the treaty with Morocco because it is essential to include our partner at our borders in European scientific programmes.

Steeve Briois (NI), par écrit. — Cette recommandation portant sur un accord de coopération concernant un système mondial de navigation par satellite (GNSS) entre l'Union européenne et le Maroc vise à améliorer la coopération entre les deux parties et à permettre un échange de connaissances scientifiques. Le Maroc veut ainsi développer l'usage de la radionavigation par satellite sur son territoire et dans la région environnante. C'est dans le cadre de l'accord de 2006 et en vertu de sa participation à la politique européenne de voisinage que le Maroc souhaite être associé au nouveau programme-cadre pour la recherche et l'innovation (Horizon 2020). J'ai voté pour.

Daniel Buda (PPE), în scris. — Am votat în favoarea recomandării referitoare la proiectul de decizie a Consiliului privind încheierea Acordului de cooperare privind sistemul global de navigație prin satelit (GNSS) de uz civil între Comunitatea Europeană, statele sale membre și Regatul Maroc.

Acordul consolidează cooperarea statelor membre cu Regatul Maroc în domeniul navigației prin satelit și pune în aplicare o serie de elemente ale programelor europene de radionavigație prin satelit.

Faptul că acest acord va dezvolta cercetarea științifică și producția industrială fără a avea implicații financiare asupra bugetului UE va consolida activitățile comune în aceste sectoare în beneficiul cetățenilor și al Comunității Europene.

Gianluca Buonanno (NI), per iscritto. — Ho votato a favore dell'accordo circa il coinvolgimento del Marocco nel GNSS (il GPS europeo).

Nicola Caputo (S&D), per iscritto. — Oggi ho votato a favore dell'accordo di cooperazione il cui obiettivo è incoraggiare, agevolare e migliorare la cooperazione tra le parti nell'ambito dei contributi dell'Europa e del Marocco per la realizzazione di un sistema globale di navigazione satellitare (GNSS) ad uso civile.

Dienstag, 16. Dezember 2014

Questo accordo e questo sistema consentiranno agli utenti di ottenere migliori prestazioni, in particolare in termini di precisione, disponibilità, integrità e affidabilità dei dati di navigazione satellitare. Le attività di cooperazione potranno portare benefici in vari campi legati al settore della navigazione e della sincronizzazione satellitari: ricerca scientifica, produzione industriale, formazione, sviluppo dei servizi e del mercato, commercio, etc.

Matt Carthy (GUE/NGL), *in writing*. - I voted against the motion 'On the draft Council decision on the conclusion of the Cooperation Agreement on a Civil Global Navigation Satellite System (GNSS) between the European Community and its Member States and the Kingdom of Morocco'.

The report states that the Kingdom of Morocco can join the European GNSS Agreement. The GNSS is incredibly expensive, currently securing EUR 6.3 billion under the MFF.

Further, the EU GNSS Agency says on its homepage that Galileo is only to be used for civilian purposes, but it states that law enforcement is a civil use. When you allow law enforcement to use the GNSS system, it is only a small step to 'law enforcement agencies' using the system to track civilians under the guise of law enforcement, like the NSA is using the Patriot Act to 'protect the State'.

James Carver (EFDD), *in writing*. - I voted against this proposal as it favours a partnership on the Galileo programme with a cost to the EU of EUR 9.8 billion.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), *per iscritto*. — La costruzione di una rete globale per la navigazione contribuisce alla sicurezza delle navi civili nei transiti tra lo spazio europeo e i paesi terzi. L'estensione della stessa alle acque territoriali marocchine è un passo avanti nella stabilizzazione di una rete unica per il mediterraneo.

Alberto Cirio (PPE), *per iscritto*. — Il Mediterraneo è, fin dai tempi dei romani, «Mare Nostrum». La politica nei confronti del vicinato può e deve nutrirsi di piccole condivisioni, che siano benefiche per entrambe le parti, e che non vincolino negli altri settori. Sono dunque d'accordo per la cooperazione con il Marocco su questo programma, che ci permetterà di ottenere dati da utilizzare non solo per orientarci quando guidiamo ma anche per studiare meglio il territorio con tutte le implicazioni che possono esserci per l'agricoltura, per le politiche della montagna, e così via.

Carlos Coelho (PPE), *por escrito*. — A Europa está a construir o seu próprio Sistema Global de Navegação por Satélite (GNSS) com a mais avançada tecnologia, destinado a permitir um posicionamento exato e garantido para todos os tipos de aplicações civis, incluindo navegadores para automóveis, telemóveis, transporte marítimo, rodoviário, ferroviário e aéreo.

Este sistema oferece gratuitamente sinais de radionavegação por satélite com uma exatidão dez vezes superior à do sistema GPS.

O presente acordo vem promover, facilitar e reforçar a cooperação entre as partes no âmbito das contribuições da UE e de Marrocos para um sistema global de navegação por satélite para utilização civil.

Apoio, assim, este acordo que acarreta benefícios mútuos, oportunidades recíprocas de participação em atividades de cooperação, troca oportuna de informações, proteção adequada dos direitos de propriedade intelectual e comércio livre dos equipamentos GNSS nos territórios das partes.

Lara Comi (PPE), *per iscritto*. - Ho votato a favore di questa raccomandazione che approva l'accordo di cooperazione tra l'UE e il Marocco, relativo al sistema di radionavigazione satellitare civile. Si tratta di un significativo passo in avanti che consentirà di rafforzare, agevolare e migliorare la collaborazione industriale tra le parti. Ciò determinerà sicuramente dei benefici in questi settori per cittadini, imprese e comunità scientifiche. Inoltre, ritengo che ciò inciderà favorevolmente anche sulle relazioni con questo Paese e il dialogo nel campo scientifico potrà contribuire al miglioramento della situazione delicata che vive l'intera area mediterranea.

Therese Comodini Cachia (PPE), *in writing*. — I have voted in favour of the cooperation agreement on a civil Global Navigation Satellite System (GNSS) between the European Community and its Member States and the Kingdom of Morocco as this respects the Treaty on the Functioning of the European Union and strengthen the ties of the European Community with Morocco.

Dienstag, 16. Dezember 2014

Ignazio Corrao (EFDD), *per iscritto*. — Con la conclusione dell'accordo il Marocco dispone di buone potenzialità per contribuire alla ricerca nel campo del GNSS, nel contesto dei programmi di ricerca e innovazione dell'UE. Considerando che il Marocco possiede *know-how* nel settore delle tecnologie e delle applicazioni spaziali, visto che intende sviluppare l'utilizzo della radionavigazione satellitare sul suo territorio e nella regione circostante, precisamente nel Mediterraneo e in Africa occidentale, concentrandosi su applicazioni specifiche per questa regione. Voto e voterò favorevolmente a tutti quegli accordi, come questo, che rappresentano un'opportunità di crescita e sviluppo.

Javier Couso Permuy (GUE/NGL), *por escrito*. — Ciertamente la UE tiene una dependencia del sistema GPS norteamericano a la que debiera ponerse fin. Pero cierto es también que no existe una garantía de que el sistema GNSS sea exclusivamente de uso civil, sino que parece que también se le da un uso militar, como bien han alertado numerosas organizaciones pacifistas.

En este caso concreto se propone un acuerdo de cooperación con Marruecos, país responsable de la ocupación ilegal del territorio del Sáhara Occidental, contraviniendo las múltiples resoluciones de las Naciones Unidas relativas al derecho de autodeterminación del pueblo saharauí. En este sentido, he votado en contra de este informe.

Miriam Dalli (S&D), *in writing*. - Morocco has know-how in space technology and applications. It would like to develop the use of satellite radio-navigation on its territory and in the surrounding region (western Mediterranean and West Africa), focusing on applications specific to this region.

Morocco, being a country that is part of the European Neighbourhood, is entitled to association to the new Framework Programme for research and innovation (Horizon 2020).

I am in favour of this report giving its consent to conclusion of the Agreement.

Rachida Dati (PPE), *par écrit*. – Je salue le vote qui a eu lieu au Parlement européen en faveur de la conclusion de l'accord de coopération concernant un système mondial de navigation par satellite (GNSS) entre l'Union européenne et ses États membres d'une part, et le Maroc d'autre part. Ainsi, les entreprises marocaines et européennes pourront renforcer une coopération industrielle déjà fructueuse dans le domaine spatial. L'adoption de cette technologie permettra au Maroc de développer des applications répondant aux problématiques propres à la Méditerranée occidentale et à l'Afrique de l'Ouest.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI), *γραφτως*. — Καταψήφισα τη σύσταση διότι: α) η χρηματοδότηση του συστήματος GNSS πραγματοποιείται εντός του προγράμματος-πλασίου «Ορίζων 2020», δηλαδή μέσω χρημάτων που ανήκουν στους ευρωπαίους πολίτες, τα οποία και θα έπρεπε να χρησιμοποιηθούν για τα κράτη μέλη της ΕΕ και όχι για το Μαρόκο και β) στην έκθεση δεν υπάρχει αναφορά στα θέματα ασφάλειας δεδομένων.

José Manuel Fernandes (PPE), *por escrito*. - O Programa Galileu é o programa europeu de radionavegação e de posicionamento por satélite, que visa dotar a União Europeia de uma tecnologia de navegação independente, em relação ao GPS americano e ao GLONASS russo, num setor que se tornou fulcral para o desenvolvimento económico. Portanto, este acordo de cooperação tem por objetivo facilitar e promover a cooperação entre a União e o Reino de Marrocos, no sentido de recolher as contribuições, de ambas as partes, para um Sistema Global de Navegação por Satélite (GNSS). Assim, tendo em apreciação o papel de alavancagem que um GNSS Europeu pode desempenhar na economia europeia e assumindo as vantagens de maior precisão e segurança que este sistema oferece em relação aos demais, votei favoravelmente a supramencionada recomendação.

João Ferreira (GUE/NGL), *por escrito*. — Está em causa uma proposta do Conselho para um Acordo de Cooperação relativo ao Sistema Global de Navegação por Satélite (GNSS) para utilização civil, entre a União Europeia e o Reino de Marrocos.

O sistema GNSS tem uma utilidade e potencialidades inegáveis. É indesejável e limitativa a forte dependência que hoje existe face ao sistema GPS norte-americano, para além de comportar perigos evidentes. Temos, porém, algumas reservas quanto ao facto de não estar inteiramente garantida a utilização exclusivamente civil deste sistema e quanto à possibilidade da sua utilização para fins militares – situação para a qual várias organizações pacifistas de diversos países têm vindo a alertar. Por diversas vezes assinalámos já esta preocupação.

Dienstag, 16. Dezember 2014

Neste caso, propõe-se um Acordo de Cooperação com Marrocos, país responsável por uma situação de ocupação ilegal do território do Sara Ocidental, que oprime o povo deste território e se recusa a aceitar as resoluções da ONU, relativamente ao seu direito à autodeterminação.

Neste sentido, votámos contra este relatório, tendo em conta que este acordo poderá abranger territórios ocupados sobre os quais Marrocos não tem soberania à luz do direito internacional.

Monika Flašíková Beňová (S&D), *písomne* — Marocké kráľovstvo nepochybne disponuje schopnosťou a potrebným know-how v oblasti vesmírnych technológií a iných aplikácií. Nie je preto žiadnym prekvapením, že chce rozvíjať využívanie satelitnej navigácie na svojom teritóriu, ako aj v okolitých regiónoch západného Stredomoria a západnej Afriky, so zameraním na aplikácie, ktoré sú špecifické pre tieto regióny. Marocké kráľovstvo ako krajina, ktorá je súčasťou európskej susedskej politiky, má nárok a právo spolupracovať a podieľať sa na novom rámcovom programe pre výskum a inovácie Horizont 2020. Okrem toho bola uzavretá Zmluva o vedeckej a technickej spolupráci medzi Európskou úniou a Marockým kráľovstvom. Tento právny základ poskytuje Marockému kráľovstvu dobrý potenciál prispieť k výskumu GNSS.

Lorenzo Fontana (NI), *per iscritto*. — Voto favorevolmente all'entrata del territorio del Marocco nel GNSS.

Λάμπρος Φουντούλης (NI), *γραφτως*. — Καταψηφίζω τη σύναψη της συμφωνίας, διότι η χρηματοδότηση του συστήματος GNSS γίνεται μέσω του προγράμματος-πλαisiού «Ορίζων 2020». Αυτά τα χρήματα είναι των ευρωπαίων πολιτών και καλύτερα να χρησιμοποιούνται για τα κράτη μέλη της ΕΕ και όχι για το Μαρόκο. Επίσης, θεωρώ πως δεν πρέπει να προχωρήσει η συμφωνία, αφού στην έκθεση δεν γίνεται αναφορά για τα θέματα ασφάλειας δεδομένων, τα οποία θα πρέπει να λαμβάνονται υπόψη.

Nathan Gill (EFDD), *in writing*. — Galileo is a massive white elephant, part of the EU's ambition to create a United States of Europe, costing the hard pressed tax payers of Europe a staggering EUR 9.8 billion.

How will the EU recoup these costs? By charging each driver in Europe a tax per mile they drive. All sensible people should be against this.

Theresa Griffin (S&D), *in writing*. — The Cooperation Agreement on a civil Global Navigation Satellite System (GNSS) between the European Community and Morocco will greatly add to the development of scientific progress and the exchange of knowledge and ideas between the two parties.

Morocco has know-how in space technology and applications which will add to EU know-how in this field and will allow Morocco to develop its use of satellite radio-navigation on its territory and in the surrounding region.

This Agreement also provides Morocco with the means to contribute to GNSS-related research in the context of the EU research and innovation programmes and it is great to see the EU cooperating with other countries to spread R&D innovations across the globe.

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan*. — Glasovao sam za nacrt zakonodavne Rezolucije o nacrtu Odluke Vijeća o sklapanju Sporazuma o suradnji na civilnom globalnom navigacijskom satelitskom sustavu između Europske zajednice i njezinih država članica i Kraljevine Maroko jer će se sporazumom osnažiti suradnja s Marokom u području satelitske navigacije te provesti brojni elementi europskih programa satelitske navigacije. Naime, također je važno nastaviti započetu industrijsku suradnju u svemirskom sektoru koja godinama postoji između europskih i marokanskih poduzeća.

Smatram da će od ovog sporazuma imati koristi ne samo industrije već i znanstvene zajednice i građani, obzirom da područja suradnje predviđaju osposobljavanja, znanstvena istraživanja, aktivnosti industrijske proizvodnje te drugo.

Marc Joulaud (PPE), *par écrit*. — J'ai voté en faveur de la recommandation de mon collègue Jerzy Buzek sur la conclusion d'un accord de coopération avec le Maroc sur la navigation par satellite. Cet accord favorisera la mise en place du système européen de GPS, le Maroc s'engageant s'occuper de la cartographie de son territoire ainsi que des espaces voisins.

La recommandation a été adoptée à une large majorité, ce dont je me félicite.

Dienstag, 16. Dezember 2014

Philippe Juvin (PPE), *par écrit*. — Je me félicite que le Parlement ait donné son approbation à la conclusion de l'accord de coopération concernant un système mondial de navigation par satellite (GNSS) à usage civil avec le Maroc qui renforce, ainsi, sa coopération déjà étroite avec l'Union. Rappelons que le Maroc participe de manière très active à la politique européenne de voisinage, est associé au programme-cadre pour la recherche et l'innovation (Horizon 2020) et a conclu un accord de coopération scientifique et technique avec l'Union. Il devra également jouer un rôle important dans la mise en œuvre du programme PRIMA (Partenariat euro-méditerranéen pour la recherche et l'innovation). S'agissant de la navigation et de la synchronisation par satellite, l'accord voté par le Parlement renforcera les activités conjointes dans ces secteurs d'importance au bénéfice des citoyens, des industries et des communautés scientifiques de l'Union et du Maroc. Il s'agit là d'un exemple de coopération industrielle euro-méditerranéenne réussie.

Afzal Khan (S&D), *in writing*. — Morocco is already entitled to association to the new framework programme for research and innovation and has concluded an Agreement on Scientific and Technical cooperation with the EU. This provides Morocco with a good potential to contribute to GNSS-related research in the context of the EU research and innovation programmes.

Giovanni La Via (PPE), *per iscritto*. - Signor Presidente, onorevoli colleghi, voto positivamente la relazione dell'on. Jerzy Buzek. In sintesi, l'obiettivo di questo accordo è quello di incoraggiare, agevolare e migliorare la cooperazione tra le parti nell'ambito dei contributi dell'Europa e del Marocco per la realizzazione di un Sistema globale di navigazione satellitare (GNSS) ad uso civile quale contributo all'infrastruttura di navigazione e informazione in Europa e in Marocco.

Javi López (S&D), *por escrito*. — Marruecos desea desarrollar sus conocimientos sobre aplicaciones espaciales en el uso de la radionavegación por satélite en su territorio y en la región circundante (Mediterráneo Occidental y África Occidental). Empresas marroquíes y europeas mantienen relaciones de cooperación industrial en el sector espacial desde hace varios años. La Comisión Europea negoció el Acuerdo con las autoridades marroquíes, el cual se firmó el 12 de diciembre de 2006, de conformidad con una Decisión del Consejo de 27 de noviembre de 2006. Se trata de acuerdos que cuentan con mi aceptación.

Paloma López Bermejo (GUE/NGL), *por escrito*. — Ciertamente la UE tiene una dependencia del sistema GPS norteamericano a la que debiera ponerse fin. Pero cierto es también que no existe una garantía de que el sistema GNSS sea exclusivamente de uso civil, sino que parece que también se le da un uso militar, como bien han alertado numerosas organizaciones pacifistas.

En este caso concreto se propone un acuerdo de cooperación con Marruecos, país responsable de la ocupación ilegal del territorio del Sáhara Occidental, contraviniendo las múltiples resoluciones de las Naciones Unidas relativas al derecho de autodeterminación del pueblo saharauí. Es por ello que he votado en contra de este informe.

Ivana Maletić (PPE), *napisan*. — Podržavam izvješće o suradnji na civilnom globalnom navigacijskom satelitskom sustavu (GNSS) između Europske unije i njezinih država članica te Kraljevine Maroka.

Sektori suradnje u satelitskoj navigaciji i određivanju vremena predviđeni sporazumom su sljedeći: znanstveno istraživanje, industrijska proizvodnja, osposobljavanje, primjena, razvoj usluga i tržišta, trgovina, pitanja radiofrekvencijskog spektra, pitanja cjelovitosti, normizacija i certificiranja. Očekuje se da će se sporazumom dodatno učvrstiti zajedničke aktivnosti u tim sektorima u korist građana, industrija i znanstvenih institucija. Potrebno je napomenuti da prijedlog nema utjecaj na proračun Europske unije.

Kao država iz europskog susjedstva, Maroko ima pravo na pridruživanje Okvirnom programu za istraživanje i inovacije (Obzor 2020.). Osim toga, Maroko i EU potpisali su Sporazum o znanstvenoj i tehničkoj suradnji. S tim u vezi Maroko može pridonijeti istraživanju GNSS-a u kontekstu istraživačkih i inovacijskih programa EU-a.

Imajući u vidu sporazum, EU i Maroko u postupku su potpisivanja pisma namjere o suradnji u području GNSS-a, potvrđujući svoju namjeru za promicanje suradnje u tom području i intenzivnog korištenja usluga koje se temelje na europskim GNSS programima u području Sredozemlja.

Dienstag, 16. Dezember 2014

Νότης Μαριάς (ECR), γραπτώς. — Καταψήφισα τη σύσταση Buzek σχετικά με τη συνεργασία με το Μαρόκο για ένα παγκόσμιο δορυφορικό σύστημα πλοήγησης για μη στρατιωτικούς σκοπούς (GNSS), καθόσον δεν πληρούνται οι αναγκαίες πολιτικές, νομικές και λοιπές προϋποθέσεις για τη σύναψη της συμφωνίας συνεργασίας για ένα Παγκόσμιο Δορυφορικό Σύστημα Πλοήγησης (GNSS) για Μη Στρατιωτικούς Σκοπούς μεταξύ της Ευρωπαϊκής Κοινότητας και των κρατών μελών της και του Βασιλείου του Μαρόκου.

David Martin (S&D), in writing. — I welcome the conclusion of the Cooperation Agreement on a Civil Global Navigation Satellite System (GNSS) between the European Community and its Member States and the Kingdom of Morocco.

Fulvio Martusciello (PPE), per iscritto. — Ho votato a favore dell'accordo di cooperazione relativo a un sistema globale di navigazione satellitare civile (GNSS) con il Marocco. In ambito spaziale le imprese marocchine ed europee hanno da diversi anni allacciato rapporti di cooperazione industriale, che costituiscono una base solida sulla quale sviluppare ed estendere la cooperazione in questo settore di grande importanza per entrambe le parti. L'accordo consentirà una più stretta cooperazione con il Marocco nel campo della navigazione satellitare.

Barbara Matera (PPE), per iscritto. — Ho espresso il mio consenso nei confronti della relazione a firma del collega Buzek, che sancisce l'approvazione, da parte del Parlamento europeo, di un accordo di cooperazione relativo a un Sistema globale di navigazione satellitare civile con il Marocco, così come negoziato da parte del Consiglio, poiché ritengo che esso sia fortemente vantaggioso per entrambi i suoi contraenti.

Georg Mayer (NI), schriftlich. — Dieser Vorschlag hat meine Zustimmung erfahren, da es bereits ein bestehendes Abkommen über ein ziviles globales Satellitennavigationssystem mit dem Königreich Marokko aus dem Jahr 2006 gibt und dieses beiden Seiten Vorteile verschafft.

Jean-Luc Mélenchon (GUE/NGL), par écrit. — Je suis favorable au développement du système de géolocalisation Galileo. L'Union a signé de nombreux accords de coopération sur ce projet avec d'autres pays importants, notamment la Chine. Il s'agit ici de conclure un accord de coopération avec le Maroc. L'objectif est de permettre au système EGNOS, qui améliore la précision du signal Galileo, d'être efficace sur la zone la plus importante possible. Cependant je regrette les 10 ans de retard pris dans le projet Galileo. Je regrette aussi le choix, imposé par la Commission, de l'entreprise allemande OHB pour la construction des satellites au détriment d'Astrium (EADS) et de Thales Alenia Space, entreprises qui avaient pourtant déjà fait leurs preuves. Enfin, je regrette le choix fait de l'interopérabilité avec les États-Unis avec le système GPS en 2004. L'Allemagne a joué un rôle nocif dans ce dossier, au service des États-Unis et de leurs intérêts mercantiles. Je vote pour.

Nuno Melo (PPE), por escrito. — O presente Acordo tem por objetivo promover, facilitar e reforçar a cooperação entre as Partes no âmbito das contribuições da União Europeia e de Marrocos para um sistema global de navegação por satélite (GNSS) para utilização civil.

Os setores abertos a atividades de cooperação no domínio da navegação por satélite e da cronometria contemplados no acordo são os seguintes: investigação científica, produção industrial, formação, aplicação, desenvolvimento de serviços e do mercado, comércio, questões relacionadas com o espetro de radiofrequências, a integridade, a normalização e a homologação.

Trata-se de um acordo muito importante para o desenvolvimento de relações industriais e de investigação entre os dois países, daí o meu voto favorável.

Roberta Metsola (PPE), in writing. — I voted in favour of this recommendation because of the years of industrial cooperation between Moroccan and European firms in the space sector. It is now time to further this relationship and cooperation in this field.

Dienstag, 16. Dezember 2014

Louis Michel (ALDE), *par écrit*. – Depuis plusieurs années, nos entreprises industrielles coopèrent avec le Maroc dans le domaine spatial. Je salue donc cet accord, qui consolide les fondations de cette coopération. Il est incontestable que le Maroc possède de véritables atouts dans le domaine de la technologie spatiale et je suis intimement convaincu de la nécessité de renforcer cette base coopérative qui est bénéfique pour les deux parties. Je soutiens le renforcement de nos activités conjointes de recherche par le biais de programmes de recherche européens et marocains qui seront avantageux pour les citoyens, les industries et les communautés scientifiques, et faciliteront la croissance des applications GNSS.

Marlene Mizzi (S&D), *in writing*. — I voted in favour of this report, which calls for the use of satellite radio-navigation to be developed on Morocco's territory and in the surrounding region: the western Mediterranean and West Africa. Being a country that is a part of the European Neighbourhood, Morocco is entitled to association to the new framework programme for research and innovation, Horizon 2020. Moreover, Morocco has concluded an Agreement on Scientific and Technical cooperation with the EU; this provides Morocco with good potential to contribute to GNSS-related research in the context of the EU research and innovation programmes.

Sophie Montel (NI), *par écrit*. – Cette recommandation portant sur un accord de coopération concernant un système mondial de navigation par satellite (GNSS) entre l'Union européenne et le Maroc vise à améliorer la coopération entre les deux parties et à permettre un échange de connaissances scientifiques. Le Maroc veut ainsi développer l'usage de la radionavigation par satellite sur son territoire et dans la région environnante. C'est dans le cadre de l'accord de 2006 et en vertu de sa participation à la politique européenne de voisinage que le Maroc souhaite être associé au nouveau programme-cadre pour la recherche et l'innovation (Horizon 2020). J'ai voté pour.

Claude Moraes (S&D), *in writing*. — This resolution is as a result of a request for consent submitted by the Council and is necessary to conclude the Agreement on behalf of the European Union to enable the participation of the Kingdom of Morocco in the Galileo Programme.

Victor Negrescu (S&D), *în scris*. — Am votat pentru acest acord de cooperare în domeniul cercetării și inovației întrucât deschide drumul unor noi parteneriate cu țări precum Marocul care împărtășesc valori comune cu cele europene. În acest sens consider că orice viitoare colaborare este un plus în parcursul democratic al Marocului și am inițiat la rândul meu o serie de proiecte destinate să sprijine acest parteneriat.

Franz Obermayr (NI), *schriftlich*. - Die Kooperation mit Marokko im Bereich eines zivilen globalen Satellitennavigationssystems birgt in der konkreten Ausgestaltung aller Voraussicht nach keine finanziellen Gefahren. Auch die Möglichkeit eines Missbrauchs liegt nicht höher als bei bereits existierenden Satellitennavigationssystemen wie dem GPS-System. Daher habe ich für den Antrag gestimmt.

Younous Omarjee (GUE/NGL), *par écrit*. – La négociation entre le Maroc et l'Union a commencé en 2004. En 2006, l'accord de coopération concernant un système mondial de navigation par satellite entre l'Union et le Maroc a été signé. Cet accord doit être maintenant naturellement approuvé au nom de l'Union. Étant favorable à la coopération entre pays dans le domaine de la recherche, j'ai voté en faveur de cet accord.

Urmas Paet (ALDE), *kirjalikult*. — Toetasin koostöölepingu sõlmimist, sest Maroko on antud valdkonnas hästi arenenud riik ning teadmiste jagamine Euroopa riikide firmaga suurendab sünergiat ning arendab sektorit märkimisväärselt, eelkõige mis puudutab tsiviilotstarbelist ülemaailmset satelliitnavigatsioonisüsteemi.

Gilles Pargneaux (S&D), *par écrit*. — J'ai voté pour ce texte qui permet de renforcer la coopération entre l'Union et le Maroc et s'inscrit dans notre volonté d'intégrer le Maroc et le Maghreb dans une grande région euro-méditerranéenne.

Aldo Patriciello (PPE), *per iscritto*. — Considerando che il progetto di accordo di cooperazione relativo al Sistema globale di navigazione satellitare (GNSS) ad uso civile rappresenta un'importante iniziativa di collaborazione tra l'UE e il Marocco, intenderei esprimere il mio voto favorevole.

Dienstag, 16. Dezember 2014

Andrej Plenković (PPE), *napisan.* — Kada govorimo o iskustvu u svemirskoj tehnologiji, Kraljevina Maroko je država koja konkuriра svojom ekspertizom, pa ne čudi da želi proširiti upotrebu satelitske navigacije ne samo na vlastitom državnom području, nego i na ostale okolne regije. Budući da je stvorila dobar temelj za daljnji razvoj i s europskim trgovačkim društvima u području industrijskog i svemirskog sektora, ministar infrastrukture i prometa uputio je pismo s ciljem sklapanja sporazuma o suradnji s Europskom zajednicom, a u pogledu civilnog satelitskog radionavigacijskog sustava. Sporazum između Europske zajednice i Kraljevine Maroko potpisan je 12. prosinca 2006. temeljem odluke Vijeća čime je Maroko dobio mogućnost pridruživanja Okvirnom programu za istraživanje i inovacije (Obzor 2020). Potpisivanjem Sporazuma o znanstvenoj i tehničkoj suradnji Maroko će moći doprinijeti istraživanju GNSS-a u pogledu istraživačkih i inovacijskih programa EU-a.

Smatram da je sigurnost isporuke energije, energetske sustava, osiguranje stabilnosti i predvidivosti energetske politike, kao i upravljanje energetskim resursima važan preduvjet za temeljno ostvarenje gospodarskog rasta i razvoja svake zemlje te sam podržao preporuku o sklapanju Sporazuma s Marokom.

Miroslav Poche (S&D), *písemně.* — Cílem této dohody je usnadnit a rozšířit spolupráci mezi Evropskou unií a Marokem na fungování globálního družicového navigačního systému. Kromě družicové navigace je GNSS využíván také k určování času a jeho součástí je i systém GALILEO, který je plně pod civilní kontrolou. Spolupráce s Marockým královstvím bude probíhat především na poli vědeckého výzkumu, průmyslové výroby, rozvoje trhu a služeb a právě bezpečnosti. Tato dohoda se přitom nijak nedotýká právního zřízení Evropského úřadu pro dohled nad GNSS ani jeho institucionální struktury. Domnívám se, že je to důležitý krok ve vývoji směrem k užší mezinárodní kooperaci na poli diplomacie a vědeckého rozvoje.

Salvatore Domenico Pogliese (PPE), *per iscritto.* — Ho dato il mio voto favorevole al progetto di conclusione dell'accordo di cooperazione relativo a un sistema globale di navigazione satellitare civile tra la Comunità europea e i suoi Stati membri e il Regno del Marocco perché, basandomi anche sulla raccomandazione della commissione ITRE, ritengo che c'erano tutte le condizioni necessarie e che sia un passo in avanti verso un migliore sistema di navigazione satellitare sempre più globale e completo.

Marcus Pretzell (ECR), *schriftlich.* — Wissenschaftliche Kooperation ist im Grunde zunächst etwas sehr Positives. Ebenfalls schätze ich die guten Beziehungen, welche die Europäische Union zu Marokko hat. Allerdings wäre es naiv zu glauben, ein Sektor wie der der Satellitennavigation ließe sich eindeutig dem zivilen Bereich zuordnen. Das Anliegen mag ein ziviles sein – aber nichts kann sicherstellen, dass die Folgen rein zivil sein werden. Navigation heißt immer auch Positionsbestimmung, womit wir dem Bereich von *dual use* bereits sehr nahe kommen. Und dann muss sich auch die gut gemeinte Forschungsk Kooperation fragen lassen, wie sie glaubt sicherstellen zu können, dass die Arbeit der demokratischen Opposition zum marokkanischen Königshaus genau mit diesen *dual use items* in ihrer Arbeit beeinträchtigt wird.

Franck Proust (PPE), *par écrit.* — Par cette recommandation, le Parlement européen doit statuer sur le bien-fondé d'un accord de coopération entre l'Union européenne et le Royaume du Maroc au sujet d'un système mondial de navigation par satellite. Il s'avère que les industries spatiales de l'Union européenne et du Maroc entretiennent de bons contacts, notamment dans le cadre du programme Galileo. Je vote donc en faveur de la poursuite de cette collaboration.

Paulo Rangel (PPE), *por escrito.* — Os contactos sobre uma participação de Marrocos no Programa GALILEO tiveram início em 24 de março de 2004. Após uma ronda de conversações bilaterais, em 13 de outubro, o Ministro do Equipamento e dos Transportes de Marrocos enviou uma carta ao Diretor-Geral da Energia e dos Transportes da Comissão Europeia para lhe confirmar a intenção de Marrocos celebrar com a UE um acordo de cooperação relativo ao sistema de radionavegação por satélite destinado a utilização civil. A Comissão Europeia, com base num mandato negocial conferido pelo Conselho em 21 de abril de 2005, entabulou então negociações, tendo o acordo sido assinado em 12 de dezembro de 2006, em conformidade com a Decisão do Conselho, de 27 de novembro de 2006, que autoriza a assinatura.

Dienstag, 16. Dezember 2014

Por considerar que o referido Acordo de Cooperação relativo a um Sistema Global de Navegação por Satélite (GNSS) entre a Comunidade Europeia e o Reino de Marrocos permitirá um reforço das atividades conjuntas em importantes setores tais como a investigação científica, a produção industrial e a formação, em benefício dos cidadãos, da indústria e das comunidades científicas de ambas as partes. Votei favoravelmente a presente resolução, que aprova a respetiva celebração.

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D), *por escrito*. — Con este Acuerdo se culminan los contactos establecidos entre la Unión Europea y Marruecos para la participación de este país en el programa Galileo. Las conversaciones se iniciaron en marzo de 2004 y finalizaron en diciembre de 2006, cuando se rubricó el Acuerdo de cooperación sobre un sistema mundial de navegación por satélite (GNSS) de carácter civil entre la Comunidad Europea y sus Estados miembros y el Reino de Marruecos.

Este Acuerdo permitirá cooperar en materia de navegación y temporización por satélite. Los ámbitos contemplados en el Acuerdo son la investigación científica, la manufactura industrial, la formación, las aplicaciones, el desarrollo de servicios y mercados, el comercio, el espectro radioeléctrico, las cuestiones de integridad, la normalización y la certificación.

De esta forma, podrán reforzarse las actividades conjuntas en estos sectores en beneficio de los ciudadanos, las industrias y las comunidades científicas de ambas partes, motivos por los que le he dado mi apoyo.

Fernando Ruas (PPE), *por escrito*. — Marrocos participa no Programa Galileo da União Europeia desde dezembro de 2006. Possui ainda um Acordo de Cooperação Científica e Técnica com a UE e faz parte da Política Europeia de Vizinhança, pelo que pode, caso demonstre interesse, associar-se ao novo Programa-Quadro de Investigação e Inovação- Horizonte 2020.

Além disso, possui conhecimentos especializados no domínio das tecnologias e aplicações espaciais e pretende desenvolver a utilização da radionavegação por satélite no seu território, Mediterrâneo Ocidental e África Ocidental. Por outro lado, acresce que existem relações próximas de cooperação entre diversas empresas europeias e marroquinas no setor espacial, o que potencia a possibilidade de alargamento a outros setores de atividade.

Por todas estas razões, votei favoravelmente a celebração deste Acordo.

Tokia Saïfi (PPE), *par écrit*. — La mise en place du système mondial de navigation par satellite avec le Maroc va permettre la réalisation d'une cartographie précise du territoire marocain ainsi que de ses espaces voisins. L'Union européenne et le Maroc bénéficieront mutuellement de cette technologie et des données qui en seront issues.

J'ai soutenu ce rapport, qui rappelle l'importance de la coopération de l'Union européenne avec son voisinage.

Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito*. - Ciertamente la UE tiene una dependencia del sistema GPS norteamericano a la que debiera ponerse fin. Pero cierto es también que no existe una garantía de que el sistema GNSS sea exclusivamente de uso civil, sino que parece que también se le da un uso militar, como bien han alertado numerosas organizaciones pacifistas. En este caso concreto se propone un acuerdo de cooperación con Marruecos, país responsable de la ocupación ilegal del territorio del Sáhara Occidental, contraviniendo las múltiples resoluciones de las Naciones Unidas relativas al derecho de autodeterminación del pueblo saharauí. En este sentido, he votado en contra de este informe.

Siôn Simon (S&D), *in writing*. — I voted in support of the conclusion of the Cooperation Agreement on a Civil Global Navigation Satellite System (GNSS) between the European Community and its Member States and the Kingdom of Morocco. This Agreement allows for closer cooperation with Morocco in the area of satellite navigation.

Moroccan and European firms have had industrial cooperation links in the space sector for several years, providing a solid foundation on which to build and extend cooperation in this field which is of great importance to both parties.

Dienstag, 16. Dezember 2014

Davor Ivo Stier (PPE), *napisan.* — Cilj ovoga sporazuma je završavanje pregovora o Sporazumu o suradnji s civilnim globalnim navigacijskim satelitskim sustavom između država članica i Maroka. Također, smisao ovog prijedloga je jačanje sinergije s Marokom u području satelitske navigacije. Maroko ima dobra iskustva i rezultate u području svemirske tehnologije i aplikacija, te bi doneseni sporazum bio u obostranu korist. Suradnja bi se provodila u područjima koji će biti u skladu sa znanstvenim istraživanjima, industrijskom proizvodnjom, treningom, aplikacijama, uslugama i razvoju tržišta, trgovine, pitanja radio spektra, pitanja integriteta, standardizacije i certificiranja. Realizacija ovog ugovora će ojačati zajedničke aktivnosti u navedenim područjima za dobrobit društva i industrije, a koristi od upotrebe satelitske radionavigacije na teritoriju Europske unije će biti dobar poticaj rastu i razvoju različitih industrija.

Dubravka Šuica (PPE), *napisan.* — Prijedlog ovog akta je zaključivanje Sporazuma o suradnji između država članica Unije i Maroka, koji je predložilo Vijeće, o civilnom globalnom navigacijskom satelitskom sustavu.

Europskoj uniji je važna suradnja sa susjednim državama jer je samo strateškim partnerstvom moguće osigurati prosperitet i Uniji, ali i susjedstvu. Fokus ovog prijedloga je jačanje sinergije s Marokom u području satelitske navigacije, a dobro znamo kolika je važnost takvih sustava. Poznato je da je Maroko napravio veliki iskorak u području svemirske tehnologije i aplikacija, dok će upotreba satelitske radionavigacije na teritoriju Europske unije koristiti svima.

Ovaj Sporazum možemo razmatrati i u kontekstu stvaranja novih radnih mjesta, a izravno će povezati znanstvena istraživanja, industrijsku proizvodnju, razvoj tržišta, kao i trgovinu. Sporazum je koristan i koristit će građanima i industrijama na obje strane te sam ga zato podržala.

Ελευθέριος Συναδινός (NI), *γραφτώ.* — Τα κονδύλια του προγράμματος «Ορίζων 2020» θα πρέπει να προσανατολίζονται στις χώρες μέλη της ΕΕ και όχι σε τρίτες χώρες. Επιπλέον δεν καθορίζονται τα θέματα ασφάλειας δεδομένων του συγκεκριμένου συστήματος.

Marc Tarabella (S&D), *par écrit.* — Je me suis prononcé en faveur du projet d'accord de coopération concernant un système mondial de navigation par satellite (GNSS) à usage civil entre l'Europe et le Maroc et ai donc voté pour la proposition de mon collègue Buzek.

Ruža Tomašić (ECR), *napisan.* — Podržala sam Sporazum o suradnji o civilnom globalnom navigacijskom satelitskom sustavu (GNSS) između Europske zajednice i njezinih država članica i Kraljevine Maroko jer smatram da će ojačati suradnju s Marokom u područjima satelitske navigacije, industrijske proizvodnje i znanstvenih istraživanja. Ovim će se sporazumom olakšati suradnja između dviju strana te ojačati europski i marokanski doprinos globalnom navigacijskom satelitskom sustavu te dodatno učvrstiti zajedničke aktivnosti u korist građana, industrija i znanstvenih zajednica.

Marie-Christine Vergiat (GUE/NGL), *par écrit.* — Les négociations entre le Maroc et l'Union relatives à la conclusion d'un accord concernant les systèmes de navigation par satellite ont commencé en 2004.

L'objectif de l'accord est de renforcer la coopération avec le Maroc dans le domaine de la navigation par satellite.

Le Maroc souhaite en particulier «développer l'usage de la radionavigation par satellite sur son territoire et dans la région environnante»; cet accord s'appuie en outre sur les «entreprises marocaines et européennes qui entretiennent des liens de coopération industrielle dans le secteur spatial depuis plusieurs années».

Alors que l'on assiste à une dégradation constante et inquiétante de la situation des droits de l'homme au Maroc, il aurait été indiqué de s'interroger sur l'opportunité d'aider le gouvernement marocain à développer des technologies pouvant notamment servir à la surveillance de sa population. Or pas la moindre précaution ou réserve n'a été mentionnée en ce domaine.

J'ai donc voté contre cet accord.

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito.* — Está em causa uma proposta do Conselho para um Acordo de Cooperação relativo a um Sistema Global de Navegação por Satélite (GNSS) para utilização civil entre a Comunidade Europeia e o Reino de Marrocos.

Dienstag, 16. Dezember 2014

Marrocos mantém uma ocupação ilegal no Saara Ocidental. Oprime o seu povo e recusa-se a aceitar as resoluções da ONU relativamente ao direito daquele povo à autodeterminação.

Neste sentido, votámos contra este acordo por não reconhecer legitimidade ao Reino de Marrocos em negociar tratados que poderão potencialmente abranger territórios ocupados pertencentes ao Saara Ocidental.

Harald Vilimsky (NI), *schriftlich*. — Da es bereits ein bestehendes Abkommen über ein ziviles globales Satellitennavigationssystem mit dem Königreich Marokko aus dem Jahr 2006 gibt und es sowohl der EU als auch Marokko weitausgehende Vorteile verschafft, habe ich dem Antrag zugestimmt.

Inês Cristina Zuber (GUE/NGL), *por escrito*. — Está em causa uma proposta do Conselho para um Acordo de Cooperação relativo a um Sistema Global de Navegação por Satélite (GNSS), dito para utilização civil, entre a Comunidade Europeia e o Reino de Marrocos.

Marrocos mantém uma ocupação ilegal no Sara Ocidental. Oprime o seu povo e recusa-se a aceitar as resoluções da ONU relativamente ao direito daquele povo à autodeterminação, pelo que votámos contra este acordo, por não reconhecer legitimidade ao Reino de Marrocos em negociar tratados que poderão potencialmente abranger territórios ocupados pertencentes ao Sara Ocidental.

6.5. Verlängerung des Abkommens mit der Ukraine über die wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit (A8-0039/2014 - Jerzy Buzek)

Explications de vote par écrit

Marina Albiol Guzmán (GUE/NGL), *por escrito*. — He votado en contra de este informe puesto que no puedo aceptar como legítimo el actual Gobierno de Ucrania, surgido de un golpe de Estado. Por lo tanto, he votado en contra.

Marie-Christine Arnautu (NI), *par écrit*. — Cette recommandation sur le projet de décision du Conseil relative au renouvellement de l'accord de coopération scientifique et technologique entre l'Union et l'Ukraine doit être votée à l'identique de la précédente et concernera les cinq années à venir.

Cette décision permettra à l'Union européenne et à l'Ukraine de «tirer mutuellement profit des progrès scientifiques et techniques réalisés grâce à une coopération en matière de recherche dans le cadre de leurs programmes de recherche spécifiques respectifs et facilitera l'approfondissement de la coopération». Elle s'inscrit parfaitement dans la droite ligne des votes précédents, notamment sur le libre-échange et l'intégration possible de l'Ukraine à l'Union. Cet accord bafoue à nouveau la souveraineté des États-nations, obligés de coopérer du fait de la volonté des technocrates de Bruxelles d'accélérer le processus d'européanisation de l'Ukraine et de l'éloigner toujours plus de ses relations avec la Russie. C'est pourquoi j'ai voté contre ce texte.

Jonathan Arnott (EFDD), *in writing*. — I note that the European Union has spent EUR 45 million of taxpayers' money (c. EUR 26.5 million to Ukraine) for the sponsorship of co-operation with research. At a time when Europe is supposed to be tightening its belt, and at a time where the situation in the Ukraine is unstable, I wonder whether this decision is wise?

Zigmantas Balčytis (S&D), *raštu*. — Balsavau už šį siūlymą, kurio tikslas – atnaujinti susitarimą su Ukraina dėl bendradarbiavimo mokslo ir technologijų srityje. Atnaujinto susitarimo turinio esmė bus tokia pati, kaip ir dabartinio susitarimo, kuris baigė galioti 2014 m. lapkričio 7 d. Ši iniciatyva suteiks galimybę abiem šalims gerinti ir stiprinti bendradarbiavimą bendrų mokslinių ir technologinių interesų srityse. Susitarimas grindžiamas abipusės naudos, abipusių galimybių dalyvauti kitos šalies programose ir veikloje. Nustatomi nediskriminavimo, intelektinės nuosavybės apsaugos principai. Pritariu, kad atnaujinus šį susitarimą bus galima gauti daugiau mokslinių žinių, dėl kurių atsivers daugiau galimybių patekti į rinką.

Nicolas Bay (NI), *par écrit*. — Je ne suis pas a priori hostile à la coopération scientifique avec l'Ukraine, mais pas dans les conditions actuelles.

Dienstag, 16. Dezember 2014

Hugues Bayet (S&D), *par écrit*. — J'ai voté en faveur de cet accord, car il permettra un échange de connaissances spécifiques et un transfert de savoir-faire au bénéfice des communautés scientifiques, de l'industrie et du citoyen.

L'accord se fonde sur les principes d'avantage mutuel, d'accès réciproque aux programmes et aux activités de l'autre partie en relation avec l'objet de l'accord, de non-discrimination, de protection efficace de la propriété intellectuelle et de partage équitable des droits de propriété intellectuelle, ainsi que d'exploitation efficace des résultats.

Dominique Bilde (NI), *par écrit*. — Cette recommandation sur le projet de décision du Conseil relative au renouvellement de l'accord de coopération scientifique et technologique entre l'Union et l'Ukraine doit être votée à l'identique de la précédente et concernera les cinq années à venir.

Cette décision permettra à l'Union européenne et à l'Ukraine de «tirer mutuellement profit des progrès scientifiques et techniques réalisés grâce à une coopération en matière de recherche dans le cadre de leurs programmes de recherche spécifiques respectifs et facilitera l'approfondissement de la coopération». Elle s'inscrit parfaitement dans la droite ligne des votes précédents, notamment sur le libre-échange et l'intégration possible de l'Ukraine à l'Union. Cet accord bafoue à nouveau la souveraineté des États-nations, obligés de coopérer du fait de la volonté des technocrates de Bruxelles d'accélérer le processus d'eupéanisation de l'Ukraine et de l'éloigner toujours plus de ses relations avec la Russie. C'est pourquoi j'ai voté contre ce texte.

Malin Björk (GUE/NGL), *skriftlig*. — Jag har röstat ja till avtalet om vetenskapligt och tekniskt samarbete med Ukraina, detta som en konsekvens av att jag den 16/9 stödde associeringsavtalet mellan EU och Ukraina. I en röstförklaring då underströk jag dock flera problem som skapades genom att associeringsavtalet röstades igenom med s.k. urgency procedure, som delvis undergrävde den demokratiska processen.

José Blanco López (S&D), *por escrito*. — Con la renovación del Acuerdo entre la Unión Europea y Ucrania podrán ambas partes, durante los próximos cinco años, continuar desarrollando su colaboración en el ámbito de las relaciones científicas y tecnológicas.

Se trata de un Acuerdo basado en los principios de beneficio mutuo, de acceso recíproco a programas y actividades de la otra parte vinculados con el objeto del Acuerdo, de no discriminación, de protección eficaz de la propiedad intelectual, de distribución equitativa de los derechos de propiedad industrial y de explotación eficaz de los resultados. Por todo ello, ha contado con mi apoyo.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), *raštu*. — Balsavau dėl šio pranešimo, nes juo Parlamentas pritaria ES ir Ukrainos susitarimo dėl bendradarbiavimo mokslo ir technologijų srityje atnaujinimui. Atnaujinto susitarimo turinio esmė bus tokia pati, kaip ir dabartinio, kuris baigia galioti 2014 m. lapkričio 7 d. Šis susitarimas suteiks galimybę abiem šalims gerinti ir stiprinti bendradarbiavimą bendrų mokslinių ir technologinių interesų srityse ir įgyvendinant šią iniciatyvą bus galima ir toliau keistis konkrečiomis žiniomis ir perduoti praktinę patirtį mokslo bendruomenės, pramonės ir piliečių naudai.

Mercedes Bresso (S&D), *in writing*. — I voted for the renewal of the scientific and technological cooperation agreement with Ukraine because, especially in these times, it is very important to include Ukraine in the European system of scientific cooperation.

Steeve Briois (NI), *par écrit*. — On nous demande ici de nous prononcer sur le renouvellement (à l'identique du précédent et pour une durée de cinq ans) de l'accord de coopération scientifique et technologique entre l'Union européenne et l'Ukraine.

Cet accord permettra à l'Union européenne et à l'Ukraine de «tirer mutuellement profit des progrès scientifiques et techniques réalisés grâce à une coopération en matière de recherche dans le cadre de leurs programmes de recherche spécifiques respectifs et facilitera l'approfondissement de la coopération». Il s'inscrit bien entendu dans la suite logique des votes précédents portant sur le libre-échange et la possible adhésion de l'Ukraine à l'Union. Cet accord bafoue sans contester la souveraineté des États membres, qui se voient contraints de coopérer par décision de l'Union, d'une entité supranationale. Une Union qui poursuit là ses manœuvres géopolitiques contre la Russie et ses tentatives d'eupéaniser l'Ukraine. J'ai voté contre ce texte.

Dienstag, 16. Dezember 2014

Daniel Buda (PPE), *în scris*. — Am votat în favoarea Recomandării referitoare la proiectul de decizie a Consiliului de reînnoire a Acordului de cooperare în domeniul științei și al tehnologiei dintre Comunitatea Europeană și Ucraina.

Acordul de cooperare în domeniul științei și tehnologiei dintre Comunitatea Europeană și Ucraina a fost semnat la Copenhaga la 4 iulie 2002. Acordul prevedea că acesta se încheie pentru o perioadă inițială la 31 decembrie 2002 și va fi reînnoit prin acordul părților pentru perioade suplimentare de cinci ani. Prin Decizia 2011/182/UE din 9 martie 2011, Consiliul a aprobat reînnoirea acordului pentru o perioadă suplimentară de cinci ani, până la 8 noiembrie 2014. Reînnoirea Acordului pe cinci ani este în interesul ambelor părți, astfel încât să se mențină continuitatea în relațiile științifice și tehnologice între Ucraina și Uniunea Europeană.

Uniunea Europeană trebuie acum, mai mult ca oricând, să sprijine eforturile Ucrainei de a se armoniza cu Uniunea Europeană și dorința acestei țări de a fi în viitor parte a Uniunii Europene. Acordul în domeniul științei și tehnologiei va aduce în continuare un plus de valoare acestei industrii în Europa, iar alături de Ucraina, Europa va fi mult mai solidă pe piața mondială.

Gianluca Buonanno (NI), *per iscritto*. — Rinnovo, senza modifiche, dell'accordo in vigore dal 1998 e scaduto il 7 novembre 2014. Il rinnovo avviene ogni cinque anni. La cooperazione può coprire tutte le attività di ricerca, sviluppo tecnologico e dimostrazione, compresa la ricerca di base, effettuate nei seguenti settori:

- ambiente e clima, inclusa l'osservazione della Terra, biomedicina e salute, agricoltura, silvicoltura e pesca, tecnologie industriali e di produzione, ricerca sui materiali, energia non nucleare, trasporti, tecnologie della società dell'informazione, scienze sociali, politiche scientifiche e tecnologiche, formazione e scambi tra ricercatori. Analoghi accordi sono in vigore con altri Paesi terzi, tra cui la Russia (rinnovato all'inizio dell'anno). L'accordo di per sé non è problematico. Tuttavia occorre tenere conto dello scenario politico radicalmente mutato (e deteriorato): un rinnovo dell'accordo così rapido può apparire strumentale in relazione allo scenario dei rapporti con l'Ucraina e la Russia. Ho espresso voto contrario.

Nicola Caputo (S&D), *per iscritto*. — Oggi ho votato a favore del rinnovo dell'accordo di cooperazione scientifica e tecnologica con l'Ucraina.

Ritengo che per l'Unione europea sia fondamentale rinnovare l'accordo vigente con l'Ucraina, un paese che, a maggior ragione in questo periodo, ha un ruolo importantissimo dal punto di vista geopolitico e ha le potenzialità per diventare un partner di primo livello per l'UE.

Il rinnovo dell'accordo avvicinerà ulteriormente l'Ucraina all'Unione europea, aprendo nuovi canali di dialogo politico e stabilendo regole di base per la cooperazione, sui principi del vantaggio reciproco e della non discriminazione. Inoltre, il rinnovo dell'accordo consentirà a entrambe le parti di migliorare e intensificare la cooperazione in settori di interesse comune e permetterà l'ulteriore scambio di conoscenze scientifiche specifiche e il trasferimento di *know-how* a vantaggio della comunità scientifica, delle imprese e dei cittadini.

James Carver (EFDD), *in writing*. - I voted against this proposal because the EU has spent EUR 45 million sponsoring co-operation in research with eastern European countries, (including approximately EUR 26.5 million with Ukraine).

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), *per iscritto*. — Il rinnovo dell'accordo tra UE e Ucraina per il miglioramento della cooperazione scientifica e tecnologica va a favore dello sviluppo delle relazioni tra i due paesi. Tuttavia, poniamo dei dubbi sull'avvicinamento dei due paesi fatto in modo così repentino, vista l'instabilità con la Russia.

Salvatore Cicu (PPE), *per iscritto*. — Ho votato a favore perché la presente iniziativa consentirà ad entrambe le parti di migliorare ed intensificare la cooperazione in settori scientifici e tecnologici di interesse comune e permetterà l'ulteriore scambio di conoscenze specifiche e il trasferimento di *know-how* a vantaggio della comunità scientifica, delle imprese e dei cittadini.

Dienstag, 16. Dezember 2014

Alberto Cirio (PPE), *per iscritto*. — La politica di vicinato, nel caso del Mediterraneo come nel caso del partenariato orientale, deve passare attraverso la condivisione di politiche relativamente importanti ma che facciano da traino per una convergenza più ad ampio raggio. Ben venga, dunque, il rinnovo dell'accordo con l'Ucraina, anche in virtù di quanto sta accadendo sul piano geopolitico. Per questo motivo confermo il mio supporto a questa scelta.

Carlos Coelho (PPE), *por escrito*. — O Acordo de Cooperação Científica e Tecnológica entre a Comunidade Europeia e a Ucrânia foi assinado em Copenhaga a 4 de julho de 2007, por um período inicial que termina a 31 de dezembro de 2012.

Em março de 2011, o Conselho decidiu renovar o Acordo por um período adicional de cinco anos até novembro de 2014.

Apoio esta iniciativa que recomenda a renovação do presente acordo por um período adicional de cinco anos, que permitirá manter a continuidade das relações científicas e tecnológicas entre a União Europeia e a Ucrânia.

A renovação do presente acordo possibilitará a ambas as partes melhorar e intensificar a sua cooperação em áreas científicas e tecnológicas de interesse comum e contribuirá para o intercâmbio de conhecimento e transferência de *know-how* em benefícios das comunidades científicas e dos cidadãos.

O Acordo baseia-se nos princípios do benefício mútuo, da reciprocidade do acesso aos programas e às atividades de cada uma das partes, da não discriminação, da proteção efetiva da propriedade intelectual, da partilha equitativa dos direitos de propriedade intelectual, bem como da valorização dos resultados.

Lara Comi (PPE), *per iscritto*. - Il mio voto è stato positivo perché condiviso il rinnovo dell'accordo vigente di cooperazione scientifica e tecnologica con l'Ucraina. Questo ha, infatti, già portato alle parti contraenti, Ucraina da una parte e UE dall'altra, dei vantaggi importanti nei settori scientifici e tecnologici di interesse comune.

Il presente rinnovo, della durata ulteriore di 5 anni, consentirà di continuare a migliorare e intensificare la cooperazione sui principi dell'accesso reciproco ai programmi e alle attività a vantaggio della comunità scientifica, delle imprese e dei cittadini.

Therese Comodini Cachia (PPE), *in writing*. — The initiative of renewing the Agreement on cooperation in science and technology between the European Community and Ukraine will allow both parties to improve and intensify their cooperation in science and technology in areas of common interest. The Agreement is based on the right principles, including mutual benefit, non-discrimination and protection of intellectual property. The renewing of this Agreement will allow for increased scientific knowledge leading to market access opportunities and is thus being done in the best interests of the scientific communities, industry and citizens.

Ignazio Corrao (EFDD), *per iscritto*. — La presente iniziativa consentirà a entrambe le parti di migliorare e intensificare la cooperazione in settori scientifici e tecnologici di interesse comune e permetterà l'ulteriore scambio di conoscenze specifiche e il trasferimento di *know-how* a vantaggio della comunità scientifica, delle imprese e dei cittadini. Non ho potuto che votare a favore della presente risoluzione in quanto l'accordo si basa sui principi del vantaggio reciproco e dell'accesso reciproco ai programmi e alle attività dell'altra parte, in relazione all'oggetto dell'accordo, della non discriminazione, dell'effettiva protezione della proprietà intellettuale, dell'equa ripartizione dei diritti di proprietà intellettuale e dell'effettiva valorizzazione dei risultati.

Javier Couso Permuy (GUE/NGL), *por escrito*. — He votado en contra de este informe puesto que no puedo aceptar como legítimo el actual Gobierno de Ucrania, surgido de un golpe de Estado. Por lo tanto, he votado en contra.

Miriam Dalli (S&D), *in writing*. - This initiative will allow the EU and Ukraine to improve and intensify cooperation in science and technology in areas of common interest and will allow further exchange of specific knowledge know-how to the benefit of the scientific communities, industry and the citizens.

Dienstag, 16. Dezember 2014

I voted in favour of the extension of this already existing agreement, to increase scientific knowledge and enhance new market access opportunities.

Rachida Dati (PPE), *par écrit*. – Depuis plus de dix ans, l'Union européenne et l'Ukraine entretiennent une coopération scientifique et technologique au bénéfice des deux partenaires, dans un esprit d'avantage mutuel dont je souhaite encourager le développement. En ce sens, le renouvellement de l'accord de coopération scientifique et technologique est un signe positif, d'autant qu'il s'accompagne des outils d'évaluation pertinents.

Mireille D'Ornano (NI), *par écrit*. — Le renouvellement d'accords de coopération avec l'Ukraine intervient dans un contexte très tendu et en grande partie issu de provocations extérieures au continent européen, qui sont reprises par l'Union européenne au regard des équilibres géopolitiques de l'Europe de l'Est. Afin de ne pas participer à cet enveniment et pour marquer ma neutralité sur la question ukrainienne, j'ai voté contre ce rapport.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI), *γραφτώς*. — Καταψήφισα τη σύσταση διότι κατά την παρούσα χρονική στιγμή οιαδήποτε συμφωνία με την Ουκρανία εντείνει την αντιπαράθεση με την Ρωσία, κατάσταση την οποία θεωρώ καταστροφική για την ΕΕ.

José Manuel Fernandes (PPE), *por escrito*. - Aprova a renovação do acordo de cooperação e a partilha de conhecimentos e *know-how* específicos nas áreas das ciências e tecnologias, áreas que são claramente benéficas para o progresso científico. Logo, todos os acordos que fomentem este tipo de mecanismos são, necessariamente, de salutar, tendo em consideração que se trata da renovação de um Acordo previamente vigente (finalizou a sua validade a 7 de novembro de 2014) e que há uma transposição do conteúdo do antigo Acordo para o novo, nomeadamente dos princípios de benefício mútuo, da proteção efetiva da propriedade intelectual e da partilha equitativa dos direitos de propriedade intelectual. Estão precavidos os interesses da União Europeia, através da revisão efetuada para este novo Acordo, o que permite à Comissão um acompanhamento regular de todas as ações ocorridas no âmbito do mesmo, particularmente através da recolha de dados e análise de indicadores de desempenho. Nesse sentido, votei favoravelmente a recomendação da renovação do narrado Acordo.

João Ferreira (GUE/NGL), *por escrito*. - O primeiro acordo de cooperação científica e tecnológica entre a UE e a Ucrânia foi assinado em julho de 2002, aprovado pelo Conselho em 6 de fevereiro de 2003. Foi um acordo cujo conteúdo se baseou em áreas de cooperação na investigação ambiental e climática, biomédicas, saúde, investigação na área da agricultura, silvicultura e pesca, tecnologias industriais, matérias-primas e produção, assim como investigação na área dos transportes, ciências sociais e formação, incluindo intercâmbio de cientistas.

O conteúdo do acordo renovado é idêntico ao acordo que expirou em novembro de 2014. Ele permitirá que ambas as partes melhorem e intensifiquem a sua cooperação em ciência e tecnologia em áreas de interesse comum e permitirá um maior intercâmbio de conhecimentos específicos e a transferência de *know-how*.

Somos, por princípio, favoráveis ao estabelecimento de relações de cooperação neste domínio. Todavia, não pode ser ignorada a situação na Ucrânia. O carácter ilegítimo e antidemocrático do governo ucraniano e do golpe que o conduziu ao poder, assim como as campanhas de ódio, perseguição e violência que tem promovido, sendo sistemática e brutalmente espezinhados direitos e liberdades fundamentais, justificariam que este acordo não fosse renovado nesta altura.

Monika Flašíková Beňová (S&D), *písomne* — Platnosť dohody, ktorá platí v súčasnosti, sa skončila dňa 7. novembra 2014. Vecný obsah novej dohody bude totožný ako u súčasnej dohody. Predĺženie trvania predmetnej zmluvy umožní zlepšiť a zintenzívniť vzájomnú spoluprácu Európskej únie a Ukrajiny v oblasti vedy a techniky, kde majú obe zúčastnené strany spoločné záujmy. V budúcnosti by malo dôjsť aj k výmene konkrétnych poznatkov a *know-how* v prospech vedeckej komunity, priemyslu a občanov. Je však potrebné, aby sa zvýšil dohľad Európskej komisie nad všetkými činnosťami, ktoré budú vykonávané v rámci tejto dohody.

Lorenzo Fontana (NI), *per iscritto*. — Il rinnovo, senza modifiche che avviene ogni cinque anni, dell'accordo in vigore dal 1998 e scaduto il 7 novembre 2014 va inquadrato in una prospettiva più ampia. Ora quest'accordo con l'Ucraina, vista la politica estera miope dell'UE nei confronti della Russia per il caso Ucraina non può avere il mio appoggio. Chiedo però, oltre a rivedere la questione delle sanzioni alla Russia, di affrontare in maniera seria e oggettiva la questione ucraina.

Dienstag, 16. Dezember 2014

Λάμπρος Φουντούλης (NI), γραπτώς. — Καταψηφίζω την ανανέωση της συμφωνίας επιστημονικής και τεχνολογικής συνεργασίας μεταξύ της Ευρωπαϊκής Κοινότητας και της Ουκρανίας. Είμαι αντίθετος, διότι την παρούσα χρονική στιγμή κάθε συμφωνία με την Ουκρανία εντείνει την αντιπαράθεση με την Ρωσία, την οποία θεωρώ καταστροφική για την Ευρωπαϊκή Ένωση.

Nathan Gill (EFDD), *in writing*. — The EU has already spent EUR 45 million to sponsor co-operation in research with Eastern European Countries – EUR 26.5 million to the Ukraine, which is not even a member of the EU! It is wrong to give British taxpayers' money to non-Member States, when we already give GBP 21 million a day in foreign aid.

Juan Carlos Girauta Vidal (ALDE), *por escrito*. — Ucrania ha dado este año que termina muestras inequívocas de su voluntad de acercarse a la Unión Europea, con la que han existido estrechos lazos de cooperación que deben ser renovados. Es el caso del Acuerdo de cooperación científica y tecnológica, que expiró el 7 de noviembre de 2014. Este Acuerdo mejorará e intensificará la cooperación en áreas científicas y tecnológicas de interés común y hará posibles un mayor intercambio de conocimientos específicos y técnicos en beneficio de las comunidades científicas, el sector industrial y los ciudadanos. Votar a favor es apoyar a todos los ciudadanos ucranianos que miran hacia la Unión Europea con esperanza, mostrando que el camino de la cooperación es el que nos conducirá a un bienestar común.

Theresa Griffin (S&D), *in writing*. — The renewal of the Agreement on cooperation in science and technology between the European Community and Ukraine will benefit the scientific communities, industry and citizens right across Europe.

The previous Agreement allowed for both Parties to improve and intensify their cooperation in science and technology. This renewed Agreement will allow for further exchanges of specific knowledge and for increased market access opportunities and I am happy to support this cause.

Antanas Guoga (ALDE), *in writing*. — I voted in favour of the renewal of the agreement on cooperation in science and technology between the European Community and Ukraine. This initiative will allow both Parties to improve and intensify the work in the areas of common interests. Moreover, this would lead to further exchange of specific knowledge and know-how which will definitely benefit the scientific communities and the citizens.

Eduard-Raul Hellvig (PPE), *în scris*. — Susțin recomandarea privind reînnoirea Acordului de cooperare în domeniul științei și al tehnologiei între Comunitatea Europeană și Ucraina. Acordul nu doar perpetuează un act comun ce a expirat la 7 noiembrie 2014, dar și consolidează cooperarea bilaterală într-un moment critic pentru Ucraina. Reînnoirea Acordului trebuie urmată, în opinia mea, de eficientizarea, în practică, a cooperării pentru facilitarea accesului la informația de specialitate, pentru aprofundarea cercetării și inovației, precum și pentru o mai bună valorificare la nivel internațional a rezultatelor activităților științifice.

Munca de cercetare suferă, în estul Europei, din cauza subfinanțării cronice și a exodului de specialiști, ceea ce începe să aibă efect de bumerang asupra sistemului educațional și a competitivității acestor societăți. De aceea, cred că parteneriatul UE-Ucraina trebuie să aibă în vedere, mai cu seamă în noul context geopolitic și al orientării Ucrainei spre sistemul valorilor democratice, îmbunătățirea condițiilor locale de punere în valoare a expertizei propriilor specialiști.

Ian Hudghton (Verts/ALE), *in writing*. — I support the renewal of this agreement, which is mutually beneficial to the scientific communities of the EU and Ukraine.

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan*. — Glasovao sam za nacrt zakonodavne rezolucije o nacrtu odluke Vijeća o obnovi Sporazuma o suradnji u području znanosti i tehnologije između Europske zajednice i Ukrajine, zbog toga što navedeni Sporazum osnažuje suradnju, koja već postoji, u dotičnim područjima. Također podržavam činjenicu da će službe Europske komisije nadzirati sve aktivnosti koje će se provoditi u okviru Sporazuma i koje će omogućiti razmjenu i prijenos znanja i vještina. Potrebno je osigurati kontrole koje će uzeti u obzir pokazatelje učinka i prikupljene podatke kako bi se Sporazum sproveo na što korektniji i efikasniji način. U tom pogledu, smatram da je pozitivno intenzivirati aktivnosti suradnje s Ukrajinom u vidu njezinog europskog puta.

Dienstag, 16. Dezember 2014

Marc Joulaud (PPE), *par écrit*. — J'ai voté en faveur de la recommandation de mon collègue Jerzy Buzek sur le renouvellement de l'accord de coopération scientifique et technologique avec l'Ukraine. Cet accord en place depuis 2002 avait déjà été renouvelé en 2011 et expirait en novembre 2014, nécessitant un nouveau renouvellement.

La recommandation a été adoptée à une large majorité, ce dont je me félicite.

Philippe Juvin (PPE), *par écrit*. — J'ai voté en faveur du rapport portant sur le renouvellement de l'accord de coopération scientifique et technologique entre l'Union européenne et l'Ukraine, expiré en novembre dernier. Celui-ci permettra aux deux parties d'améliorer et d'intensifier leur coopération scientifique et technologique dans des domaines d'intérêt commun, ainsi que de favoriser l'échange des savoirs et les transferts de compétences.

Jarosław Kalinowski (PPE), *na piśmie*. - Opracowanie skutecznej polityki w dziedzinie badań i innowacji w celu modernizacji gospodarki i społeczeństwa jest jednym z priorytetów politycznych zarówno UE jak i Ukrainy, dlatego pożądane jest odnowienie umowy w sprawie współpracy naukowej i technologicznej między Wspólnotą Europejską a Ukrainą.

Umowa ta, po raz pierwszy podpisana w 2003 r. oraz odnawiana dwukrotnie w latach 2004 i 2012, ustanawia podstawę prawną dla współpracy między organizacjami badawczymi UE i wieloma ukraińskimi instytucjami i organami państwowymi. W praktyce zapewni ona wzajemny dostęp do programów i działań związanych z przedmiotem umowy, niedyskryminację, skuteczną ochronę własności intelektualnej oraz skuteczne wykorzystanie wyników badań. Porozumienie to umożliwia dalszą wymianę wiedzy specjalistycznej, a oprócz tego stanowi forum, na którym UE i Ukraina będą mogły zidentyfikować wspólne interesy, priorytety oraz narzędzia niezbędne do współpracy naukowo-technicznej. Jest pewny, że omawiana współpraca przyniesie wiele korzyści środowiskom naukowym, przemysłowi i obywatelom obu państw.

Afzal Khan (S&D), *in writing*. — I agree with renewing the Agreement, as it will improve cooperation between both parties in science and technology and allow further exchange of knowledge and a transfer of know-how for the benefit of scientific communities, industry and the citizens.

Giovanni La Via (PPE), *per iscritto*. - Signor Presidente, onorevoli colleghi, ho sostenuto la relazione dell'on. Jerzy Buzek in quanto la presente iniziativa consentirà all'Unione europea e all'Ucraina di migliorare e intensificare la cooperazione in settori scientifici e tecnologici di interesse comune e permetterà l'ulteriore scambio di conoscenze specifiche, nonché il trasferimento di know-how a vantaggio della comunità scientifica, delle imprese e dei cittadini. Sono certo che l'accordo permetterà di rafforzare le conoscenze scientifiche e offrirà opportunità di accesso al mercato.

Gabrielius Landsbergis (PPE), *raštu*. — Šis susitarimas pratęsia bebaigiantį galioti ES ir Ukrainos susitarimą dėl bendradarbiavimo mokslo ir technologijų srityje. Įgyvendinant šią iniciatyvą bus galima ir toliau keistis konkrečiomis žiniomis ir perduoti praktinę patirtį mokslo bendruomenės, pramonės, piliečių labui ir tobulėjimui.

Remiu ir skatinu įvairiapusę pagalbą Ukrainai, atsidūrusiai agresoriaus akivaizdoje. Turime nepamiršti, kad savo laikui pagalbos reikėjo mums, o aš kaip Lietuvos atstovas, galiu pabrėžti, kad prieš 24 m. būtent tarptautinė bendruomenė buvo tas ramstis, padėjęs Lietuvai pabėgti iš Rusijos glėbio.

Javi López (S&D), *por escrito*. — Se trata de la renovación del Acuerdo de cooperación científica y tecnológica entre la Comunidad Europea y Ucrania que data del año 2002 y fue renovado por última vez en 2011. Ahora se vuelve a prorrogar por un nuevo periodo adicional de cinco años, lo cual resulta de interés para mantener la continuidad de las relaciones científicas y tecnológicas entre Ucrania y la Unión Europea.

Paloma López Bermejo (GUE/NGL), *por escrito*. — He votado en contra de este informe puesto que no puedo aceptar como legítimo el actual Gobierno de Ucrania, surgido de un golpe de Estado.

Antonio López-Istúriz White (PPE), *por escrito*. — Renovación del Acuerdo con el objetivo de intensificar el intercambio de conocimientos científicos para el beneficio de las comunidades científicas y de los ciudadanos. Supondrá un beneficio para el progreso de las dos partes a través de la cooperación.

Dienstag, 16. Dezember 2014

Las actividades que se realicen en el marco de este Acuerdo serán controladas a través de indicadores de rendimiento y la recogida de datos.

Considerando el beneficio mutuo que puede extraerse de este Acuerdo, voto a favor de su ampliación.

Ivana Maletić (PPE), *napisan*. — Podržala sam izvješće o obnovi sporazuma o suradnji Europske unije i Ukrajine u području znanosti i tehnologije. Ova inicijativa omogućit će da obje strane poboljšaju i intenziviraju suradnju u području znanosti i tehnologije, daljnju razmjenu specifičnih znanja i prijenos know-howa, a sve u korist znanstvene zajednice, industrije i građana kako Ukrajine tako i Europske unije.

Sporazum se temelji na načelima uzajamne koristi, uzajamnog pristupa programima i aktivnostima, nediskriminacije, učinkovite zaštite intelektualnog vlasništva, pravičnoj raspodjeli prava intelektualnog vlasništva, kao i učinkovitom korištenju rezultata. Obnova ovog sporazuma omogućit će povećanu koncentraciju znanstvenih spoznaja koje će dovesti do lakšeg pristupanja tržištu.

Νότης Μαριάς (ECR), *γραπτώς*. — Καταψήφισα την ανανέωση της συμφωνίας επιστημονικής και τεχνολογικής συνεργασίας μεταξύ της Ευρωπαϊκής Κοινότητας και της Ουκρανίας διότι θεωρώ ότι στην παρούσα φάση η έγκριση της εν λόγω συμφωνίας δεν συμβάλλει στην εμπέδωση της ειρήνης στην περιοχή της Ουκρανίας.

David Martin (S&D), *in writing*. — I voted for this Agreement. The Agreement is based on the principles of mutual benefit, reciprocal access to programmes and activities of the other party, in connection with the subject of the Agreement, non-discrimination, effective protection of intellectual property and equitable sharing of IPR and effective exploitation of results. The renewal of this Agreement will allow for increased scientific knowledge leading to market access opportunities.

Fulvio Martusciello (PPE), *per iscritto*. — Ho votato a favore del progetto di risoluzione legislativa del Parlamento europeo concernente il rinnovo dell'accordo di cooperazione scientifica e tecnologica tra la Comunità europea e l'Ucraina. Il rinnovo dell'accordo permetterà ad entrambi le parti di intensificare e rafforzare la cooperazione in settori tecnologici e scientifici di interesse comune.

Barbara Matera (PPE), *per iscritto*. — Il rinnovo dell'accordo di cooperazione scientifica e tecnologica tra la Comunità europea e l'Ucraina consentirà un potenziamento della cooperazione tra le parti, nei settori scientifico e tecnologico.

È per tale ragione che ho ritenuto necessario votare a favore della relazione Buzek, che sottolinea la necessità di un accordo atto a rendere più agevole lo scambio di conoscenze scientifiche tra i due contraenti.

Georg Mayer (NI), *schriftlich*. — Der Verlängerung dieses Abkommens habe ich meine Absage erteilt, da zum Einen, die Gegebenheiten im Zusammenhang mit dem Bürgerkrieg in der Ukraine nun andere sind als bei dessen Beschluss, und zum Anderen die Ressourcen der Europäischen Union in diversen anderen Betätigungsfeldern besser aufgehoben wären.

Jean-Luc Mélenchon (GUE/NGL), *par écrit*. — Le 4 juillet 2002 a été signé, à Copenhague, l'accord de coopération scientifique et technologique entre la Communauté européenne et l'Ukraine. Cet accord, qui porte sur de nombreux domaines de recherche (environnement, transports, agriculture, santé...), a expiré le 7 novembre 2014. Il s'agit ici de le renouveler dans les mêmes termes. Dans le contexte actuel, cela est irresponsable. Il s'agit d'une nouvelle provocation contre la Russie. Cela revient même à encourager le gouvernement aventurier actuellement en place en Ukraine, avec la participation des néo-nazis et d'agents nord-américains. Je vote résolument contre.

Nuno Melo (PPE), *por escrito*. — O presente acordo é idêntico ao atualmente em vigor e ao que esteve vigente até 7 de novembro de 2014.

Dienstag, 16. Dezember 2014

O Acordo baseia-se nos princípios do benefício mútuo, da reciprocidade do acesso aos programas e às atividades de cada uma das Partes em ligação com o objeto do Acordo, da não discriminação, da proteção efetiva da propriedade intelectual e da partilha equitativa dos direitos de propriedade intelectual, bem como da valorização efetiva dos resultados. A renovação do Acordo permitirá a geração de conhecimentos científicos que conduzam a oportunidades de acesso ao mercado. Daí o meu voto favorável.

Roberta Metsola (PPE), *in writing*. — The renewal of the agreement on cooperation in science and technology with Ukraine will facilitate the plans to develop a 'Common Knowledge and Innovation Space' in the Eastern Partnership region of the European Neighbourhood and to help it move forward. Increased EU cooperation with Ukraine will allow for the synchronisation of research priorities and information-sharing in the scientific and technologic sectors. This is why I voted in favour of this recommendation.

Louis Michel (ALDE), *par écrit*. — L'accord de coopération scientifique et technologique avec l'Ukraine est le fruit d'une collaboration de nombreuses années. J'apporte tout mon soutien à son renouvellement, qui permettra à l'Union européenne et à l'Ukraine d'accomplir des progrès significatifs dans des domaines d'intérêt commun. Le renforcement de leur participation scientifique et technologique réciproque apportera des avantages mutuels aux communautés scientifiques, aux industries et aux citoyens des deux parties. Je salue cet accord, qui s'inscrit dans la continuité du processus de rapprochement de l'Ukraine et de l'Union, marqué par l'accord d'association récemment signé et dont nous pouvons nous féliciter.

Marlene Mizzi (S&D), *in writing*. — I support the renewal of the Agreement on cooperation in science and technology with Ukraine since the current Agreement expired on 7 November 2014. This Agreement will allow both Parties to improve and intensify their cooperation in science and technology in areas of common interest, and will allow further exchange of specific knowledge and a transfer of know-how to the benefit of the scientific communities, industry and the citizens.

Sophie Montel (NI), *par écrit*. — On nous demande ici de nous prononcer sur le renouvellement (à l'identique du précédent et pour une durée de cinq ans) de l'accord de coopération scientifique et technologique entre l'Union européenne et l'Ukraine.

Cet accord permettra à l'Union européenne et à l'Ukraine de «tirer mutuellement profit des progrès scientifiques et techniques réalisés grâce à une coopération en matière de recherche dans le cadre de leurs programmes de recherche spécifiques respectifs et facilitera l'approfondissement de la coopération». Il s'inscrit bien entendu dans la suite logique des votes précédents portant sur le libre-échange et la possible adhésion de l'Ukraine à l'Union. Cet accord bafoue sans conteste la souveraineté des États membres, qui se voient contraints de coopérer par décision de l'Union, d'une entité supranationale. Une Union qui poursuit là ses manœuvres géopolitiques contre la Russie et ses tentatives d'européaniser l'Ukraine. J'ai voté contre ce texte.

Claude Moraes (S&D), *in writing*. — I believe that the renewal of the Agreement on cooperation in science and technology between the European Community and Ukraine for five years would be in the interests of both parties so as to maintain continuity in the scientific and technological relations.

Alessia Maria Mosca (S&D), *per iscritto*. — Abbiamo votato a favore del rinnovo di questo accordo di cooperazione scientifica e tecnologica tra l'Unione europea e l'Ucraina, in quanto la presente iniziativa consentirà ad entrambe le parti di migliorare e intensificare la cooperazione in settori scientifici e tecnologici di interesse comune e permetterà l'ulteriore scambio di conoscenze specifiche e il trasferimento di *know-how* a vantaggio della comunità scientifica, delle imprese e dei cittadini.

L'accordo, infatti, si basa sui principi del vantaggio reciproco, dell'accesso reciproco ai programmi e alle attività, della non discriminazione, dell'effettiva protezione della proprietà intellettuale, dell'equa ripartizione dei diritti di proprietà intellettuale e dell'effettiva valorizzazione dei risultati. Siamo convinti che tale rinnovo permetterà di rafforzare le conoscenze scientifiche ed offrirà maggiori opportunità di accesso al mercato scientifico e tecnologico sia per i cittadini europei che quelli ucraini.

Dienstag, 16. Dezember 2014

Alessandra Mussolini (PPE), *per iscritto*. — L'accordo di cooperazione scientifica e tecnologica con l'Ucraina consente ad ambo le parti di migliorare la cooperazione in settori tecnologici e scientifici, permettendo lo scambio di conoscenze specifiche a vantaggio di imprese, cittadini e tutta la comunità scientifica. Pertanto ho espresso voto favorevole per il rinnovo dell'accordo, in modo che si possano sviluppare opportunità di accesso al mercato e allo stesso tempo rafforzare le conoscenze scientifiche.

Franz Obermayr (NI), *schriftlich*. - Der vorliegende Antrag behandelt die Fortführung der Kooperation mit der Ukraine in wissenschaftlich-technischen Bereichen. Zwar lässt sich einer solchen Zusammenarbeit prinzipiell nichts entgegenhalten. Allerdings sind auch die konkreten Umstände des Einzelfalls zu würdigen, und angesichts der gegenwärtig sehr angespannten Lage in der Region halte ich eine Vertagung des Themas für angebracht. Daher habe ich mich der Stimme enthalten.

Younous Omarjee (GUE/NGL), *par écrit*. – J'ai voté contre cet accord entre l'Union et l'Ukraine, car bien qu'il présente un certain intérêt en soi, la situation politique extérieure et interne de l'Ukraine ne permet pas de développer une coopération pacifique, démocratique et impartiale.

Urmas Paet (ALDE), *kirjalikult*. — Toetasin Euroopa Liidu ja Ukraina vahelise teadus- ja tehnoloogiakoostöö lepingu pikendamist, sest leian, et koostöö tihendamise ja erialaste teadmiste vahetamise toob mõlemapoolset kasu ja avardab turule juurdepääsu võimalusi. Seda eriti arvestades praegust Ukraina olukorda ning koostöö olulisust ELiga.

Aldo Patriciello (PPE), *per iscritto*. — Considerando che l'iniziativa garantirà ad entrambe le parti di migliorare ed intensificare la cooperazione in settori scientifici, favorendo lo scambio di conoscenze in favore della comunità scientifica e delle imprese e che l'accordo si basa sull'accesso reciproco ai programmi e alle attività dell'altra parte in relazione all'oggetto dell'accordo, intenderei esprimere il mio voto favorevole.

Andrej Plenković (PPE), *napisan*. — U cilju zadržavanja kontinuiteta suradnje između Europske zajednice i Ukrajine u području znanosti i tehnologije i nakon isteka navedenog Sporazuma 7. studenoga 2014. koji je pravno uređivao ovu suradnju, podržavam preporuku EP-a da se pozove Vijeće da donese odluku o obnovi Sporazuma o suradnji u području znanosti i tehnologije s Ukrajinom.

S obzirom da je Sporazum bio baziran na principu reciprociteta, korist od potpisivanja su imale i Ukrajina i EU, ponajprije zbog omogućenog pristupa programima, aktivnostima i dostignućima u području znanosti i tehnologije, kao i zbog kontinuirane razmjene najbolje prakse. Obnova ovoga Sporazuma omogućit će nastavak razmjene znanstvenih dostignuća, kao i pomoći u stvaranju novih prilika na tržištima u Ukrajini i EU-u. Produženje Sporazuma je tehničke naravi te će novi Sporazum imati identičan sadržaj onomu koji je istekao u studenome 2014.

Sukladno tome, kao i uzimajući u obzir ratifikaciju Sporazuma o pridruživanju EU-a i Ukrajine, smatram da EU treba nastaviti suradnju u znanosti i tehnologiji s Ukrajinom.

Miroslav Poche (S&D), *písemně*. — Dohoda o vědeckotechnické spolupráci mezi Evropským společenstvím a Ukrajinou byla poprvé podepsána v Kodani v roce 2002 a od té doby je pravidelně prodlužována. Jsem přesvědčen, že obnovení dohody na dalších pět let by bylo v nejlepším zájmu obou stran. Tento proces je přitom velmi dobře načasován. Je samozřejmě velmi důležité, aby byla zachována kontinuita vztahů mezi Ukrajinou a Evropskou unií v oblasti vědy a techniky. Zároveň bude ale také vyslán další jasný signál, že Evropská unie je pevně přesvědčena o budoucnosti Ukrajiny v rámci společenství evropských států.

Salvatore Domenico Pogliese (PPE), *per iscritto*. — In generale, l'accordo rinnovato sarà molto simile a quello scaduto poco tempo fa: ma è prevista anche una migliore cooperazione in ambito scientifico e tecnologico che beneficerà sia alle imprese sia ai cittadini. In più, ed è un ulteriore motivo per dare un voto favorevole, la Commissione e i servizi preposti faranno un continuo monitoraggio delle azioni che rientrano nell'accordo e trovo anche importante che il riesame dell'UE si basi su elementi concreti come l'efficienza ed una raccolta dati.

Sono convinto che il rinnovo dell'accordo gioverà al miglioramento delle conoscenze scientifiche con un migliore accesso al mercato.

Dienstag, 16. Dezember 2014

Jiří Pospíšil (PPE), *písemně*. — Již 4. července 2002 byla v Kodani podepsána Dohoda o vědeckotechnické spolupráci mezi Evropským společenstvím a Ukrajinou. Další obnovení této dohody přispěje v příštích pěti letech k zachování kontinuity vztahů mezi Ukrajinou a Evropskou unií v oblasti vědy a techniky, což je nezbytné, zejména s ohledem na současnou komplikovanou situaci, ve které se Ukrajina zmitá. Dosavadní vývoj jasně ukazuje, že i v oblasti vědy a techniky je spolupráce vzájemně výhodná. Věřím, že obnova této dohody umožní lépe sdílet a zužitkovat poznatky v této oblasti, což v konečném důsledku povede k vytvoření příležitostí pro přístup na trh. I s ohledem na to jsem se rozhodl hlasovat pro návrh.

Franck Proust (PPE), *par écrit*. — Par ce texte, le Parlement européen doit examiner le renouvellement de l'accord scientifique et technologique avec l'Ukraine. Cette collaboration me paraît bénéfique pour chaque partie, a fortiori au regard de la situation actuelle. Je vote donc en faveur.

Paulo Rangel (PPE), *por escrito*. — Tendo em conta que a vigência do Acordo de Cooperação Científica e Tecnológica entre a Comunidade Europeia e a Ucrânia terminou no passado dia 7 de novembro de 2014, votei favoravelmente a presente resolução, que aprova a renovação do referido Acordo, por forma a garantir que as Partes possam prosseguir o intercâmbio de conhecimentos científicos e a transferência de *know-how* em benefício das respetivas comunidades científicas, indústria e cidadãos.

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D), *por escrito*. — Con la renovación de este Acuerdo, la Unión Europea y Ucrania podrán continuar desarrollando durante los próximos cinco años su colaboración en el ámbito de las relaciones científicas y tecnológicas. Se trata de un Acuerdo basado en los principios de beneficio mutuo, de acceso recíproco a programas y actividades de la otra parte vinculados con el objeto del Acuerdo, de no discriminación, de protección eficaz de la propiedad intelectual, de distribución equitativa de los derechos de propiedad industrial y de explotación eficaz de los resultados. Por tanto, ha contado con mi apoyo.

Claude Rolin (PPE), *par écrit*. — J'ai voté en faveur du projet de décision du Conseil relatif au renouvellement de l'accord de coopération scientifique et technologique entre la Communauté européenne et l'Ukraine. Cet accord est encore actuellement en vigueur mais a expiré le 7 novembre 2014. Son renouvellement permettra donc aux deux parties d'améliorer et d'intensifier leur coopération scientifique et technologique dans des domaines d'intérêt commun et permettra un échange de connaissances spécifiques et un transfert de savoir-faire au bénéfice des communautés scientifiques, de l'industrie et du citoyen.

Fernando Ruas (PPE), *por escrito*. — O Acordo de Cooperação Científica e Tecnológica entre a UE e a Ucrânia incide sobre os princípios do benefício mútuo, da reciprocidade de acesso aos programas e às atividades de cada uma das partes, da não discriminação, da proteção efetiva da propriedade intelectual (e da partilha equitativa dos mesmos), assim como da valorização efetiva dos resultados, princípios prosseguidos pela União Europeia.

A renovação deste Acordo, de igual teor ao anterior, permitirá intensificar e melhorar a cooperação em áreas científicas e tecnológicas de interesse comum, assim como a prossecução do intercâmbio de conhecimentos específicos e transferência de *know-how* em benefício das comunidades científicas, da indústria e dos cidadãos, conduzindo a oportunidades de acesso ao mercado. Possibilitará ainda o acompanhamento regular por parte dos serviços da Comissão.

Pelo exposto, votei favoravelmente a recomendação apresentada.

Matteo Salvini (NI), *per iscritto*. - Ho deciso di votare in maniera contraria in quanto nell'accordo non si tiene in considerazione lo scenario politico completamente mutato e deteriorato; inoltre, un rinnovo dell'accordo così rapido appare strumentale.

Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito*. - He votado en contra de este informe puesto que no puedo aceptar como legítimo el actual Gobierno de Ucrania, surgido de un golpe de Estado. Por lo tanto, he votado en contra.

Siôn Simon (S&D), *in writing*. — Today I welcomed the renewal of the Agreement on cooperation in science and technology between the European Community and Ukraine.

Dienstag, 16. Dezember 2014

The material content of the renewed Agreement will be identical to that of the current Agreement, which expired on 7 November 2014. The present initiative will allow both Parties to improve and intensify their cooperation in science and technology in areas of common interest and will allow further exchange of specific knowledge and a transfer of know-how to the benefit of the scientific communities, industry and the citizens.

Michaela Šojdrová (PPE), *písemně*. — Podpořila jsem hlasováním Dohodu o vědeckotechnické spolupráci mezi Evropskou unií a Ukrajinou. Pokračování této dohody vítám z toho důvodu, že Ukrajinu čeká řada reforem a pro jejich přípravu i prosazování jsou nezbytná data a vývoj indikátorů v oblasti ekonomiky, sociální politiky nebo demografického vývoje. Dohoda počítá se společnými aktivitami například ve výzkumu v oblasti sociálních věd, v přípravě a ve výměnách vědců. Víím, že Ukrajina plánuje reformy vzdělávání, a proto bude potřebovat zapojení do výzkumných projektů a studií, které pomohou v nastavení efektivní vzdělávací politiky. Doposud Ukrajina nemá relevantní kvantitativní ani kvalitativní data a není zapojena do mezinárodních srovnávacích výzkumů. To je jen jedna z oblastí, které ukazují na potřebnost spolupráce, která by měla přinést zlepšení pro občany Ukrajiny.

Davor Ivo Stier (PPE), *napisan*. — Zbog posebno teške političke, gospodarske i socijalne situacije s kojom se Ukrajina suočava, podržavam ovu inicijativu koja će pomoći rastu i obnovi ukrajinskog društva, naročito kada se radi o znanstvenom području. Suradnja na području znanosti i tehnologija omogućava širenje znanja, stjecanje iskustva, gospodarski i ekonomski rast, rast proizvodnje, rast industrija. To će imati pozitivnu posljedicu stvaranja novih radnih mjesta. Europska unija je jedna od vodećih u svijetu u razvoju tehnologije i znanosti. Na taj će način doći do razmjene iskustava i stajališta između znanstvenika što će zasigurno doprinijeti razvoju i usavršavanju ukrajinskih stručnjaka, ali i europskih jer će moći učiti i primjenjivati dosadašnja stečena iskustva. Poznato je da je znanost područje koje generira razvoj društva i potiče ekonomiju, stoga podržavam ovo izvješće.

Dubravka Šuica (PPE), *napisan*. — Usvajanjem ovog sporazuma još jednom smo iskazali solidarnost s ukrajinskim narodom koji je zatekla teška situacija koja iznimno podsjeća na događaje u Hrvatskoj iz devedesetih. To je jedan od razloga zašto sam ga podržala, ali i druge inicijative koje će pomoći rastu Ukrajine, u svakom segmentu, a posebno u znanstvenom.

Suradnja na području znanosti i tehnologije omogućava širenje znanja, stjecanje iskustva, gospodarski i ekonomski rast, rast proizvodnje i rast industrija. To će imati pozitivnu posljedicu, stvaranje novih radnih mjesta. Europska unija je među vodećima u svijetu na području razvoja tehnologije i znanosti. Naši stručnjaci će na taj način svakako doprinijeti razvoju i usavršavanju ukrajinskih stručnjaka, a Europa će također moći učiti i primjenjivati iskustva stečena u raznim programima.

Potrebno je utvrditi prioritete, a znanost bi svakako trebala biti među njima. Nadam se da će biti više ovakvih inicijativa.

Richard Sulík (ECR), *písmne*. — S návrhom súhlasím, pretože podporujem odstraňovanie bariér a prekážok medzi krajinami, aj v oblasti spolupráce týkajúcej sa vedy a techniky. Uzavretá dohoda bola doteraz prospešná pre obe strany, a tak vďaka jej obnoveniu budú môcť obe strany získavať na vzájomnej vedeckej spolupráci aj naďalej.

Ελευθέριος Συναδινός (NI), *γραφτώς*. — Ενώ θα πρέπει να γίνονται προσπάθειες ώστε οι σχέσεις μεταξύ της ΕΕ και Ρωσίας να βελτιωθούν, η συγκεκριμένη συμφωνία υποσκάπτει αυτού του είδους την πρόθεση.

Tibor Szanyi (S&D), *írásban*. — Szavazatommal támogattam az Európai Közösség és Ukrajna között a tudományos és technológiai együttműködésről létrejött megállapodás megújítását. Ukrajna fejlődése tudományos és technológiai téren, valamint kapcsolódása az európai és nemzetközi tudományos hálózatokhoz, a know-how-hoz való hozzájárulása igen nagy szerepet játszik az ország európai integrációjában valamint gazdasági stabilitásának megteremtésében.

Az Európai Unióban is a kutatás- fejlesztés és innovációs tevékenységek erősítésében látjuk az egyik választ a gazdasági fejlődésre, ez Ukrajna esetében sincs másként.

Az ukrán gazdaság jelenlegi állapota valamint az ukrán energiaszektor helyzete hatással van az Európai Unióra is. A tudományos és technológiai együttműködés azonban egy olyan terület, amely nagymértékben javíthat ezeken, és hozzájárulhat az ország, így az egész régió stabilitásához és fejlődéséhez.

Dienstag, 16. Dezember 2014

Marc Tarabella (S&D), *par écrit*. — Je me suis prononcé en faveur de la proposition de Jerzy Buzek. Logique quand on tient compte du fait que le contenu de l'accord renouvelé est identique à celui de l'accord qui était actuellement en vigueur jusqu'à il y a 3 semaines. La présente initiative permettra aux deux parties d'améliorer et d'intensifier leur coopération scientifique et technologique dans des domaines d'intérêt commun et permettra un échange de connaissances spécifiques et un transfert de savoir-faire au bénéfice des communautés scientifiques, de l'industrie et du citoyen.

Ruža Tomašić (ECR), *napisan*. — Podržavam odluku o obnovi Sporazuma o suradnji u području znanosti i tehnologije između Europske zajednice i Ukrajine. Uzimajući u obzir dosadašnju suradnju Europske zajednice i Ukrajine, smatram da će obnova Sporazuma za dodatnih pet godina biti u interesu obiju stranaka radi održavanja kontinuiteta znanstvene i tehnološke suradnje, te će se omogućiti daljnja razmjena i prijenos znanja te iskustva u korist znanstvene zajednice, industrije i građana. Pristup i zajedničko korištenje istraživačkih institucija, razmjena informacija o praksi zakona, propisa i programa veoma su važni za suradnju na kojoj se temelji ovaj Sporazum.

Marie-Christine Vergiat (GUE/NGL), *par écrit*. — L'accord de coopération scientifique et technologique signé en juillet 2002 par l'Union et l'Ukraine est arrivé à expiration.

En théorie, il s'agit donc ici de simplement renouveler cet accord de coopération Union-Ukraine en matière technologique et scientifique.

Les domaines de coopération concernés sont notamment les technologies industrielles et de production, les technologies de la société et de l'information ou encore la formation et l'échange de scientifiques.

Or, le renouvellement d'un tel accord ne peut être apprécié indépendamment de la situation politique en Ukraine et du jeu qu'y joue l'Union européenne, jeu dangereux que mon groupe de la gauche unitaire européenne-gauche verte nordique n'a cessé de dénoncer, refusant notamment de voir dans le gouvernement ukrainien un parangon de vertu en matière de démocratie et de justice.

J'ai donc voté contre cet accord.

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito*. — A União Europeia, à revelia do direito internacional, decidiu apoiar o golpe de Estado na Ucrânia, numa manobra de total seguidismo face aos Estados Unidos e à NATO.

Na sequência desta intervenção, a UE teve que conceder um apoio financeiro ao governo ilegal da Ucrânia, apesar dos inúmeros crimes cometidos contra populações civis, quer pelo governo quer pelas forças que o apoiam. Teve que assinar um acordo de comércio com a Ucrânia (que foi prolongado recentemente por mais um ano), que abre as nossas fronteiras aos produtos produzidos naquele país, designadamente aqueles que eram exportados para a Rússia, sem que haja reciprocidade relativamente à produção europeia. Teve que sofrer um embargo russo às exportações europeias de diversos produtos agroalimentares, com enormes prejuízos para os produtores. Finalmente, está a pagar as dívidas acumuladas da Ucrânia por conta da compra de gás natural às empresas russas, sob pena de comprometer o fornecimento de gás aos países da Europa Central.

Pela nossa parte, não reconhecemos qualquer legitimidade ao grupo de pessoas que tomaram o poder neste país à revelia do direito internacional. Neste sentido, não subscrevemos este acordo, ou qualquer outro, até que seja reposta a legalidade institucional.

Harald Vilimsky (NI), *schriftlich*. — Aufgrund der derzeitigen Verhältnisse in der Ost-Ukraine und der dadurch bedingten Spannungen zwischen Russland, der Ukraine und der EU halte ich jedwede Verlängerungen von Abkommen, in denen die EU eindeutig Partei bezieht, für obsolet und habe ich mich bei diesem Antrag der Stimme enthalten. Zudem finde ich, dass die Ressourcen der Europäischen Union durchaus in anderen Sparten, welche die EU an sich betreffen, besser aufgehoben wären.

Kristina Winberg (EFDD), *in writing*. — Ukraine has been identified as one of 11 key strategic partners and the only country in Eastern Europe to join the EU scientific and innovation programme Horizon 2020.

Dienstag, 16. Dezember 2014

In the past Ukraine actively participated in the predecessor of the Horizon 2020 programme, the EU's 7th Framework Programme on research, which took place in 2007-2013 and covered 309 projects of Eastern countries costing EUR 45 million. Ukraine captured EUR 26.5 million of those funds. I do not wish to give consent to this agreement.

Iuliu Winkler (PPE), *în scris*. - Am votat recomandarea PE de reînnoire a Acordului de cooperare în domeniul științei și al tehnologiei cu Ucraina, acord care a expirat la data de 7 noiembrie a acestui an. Acest acord se bazează pe principiul avantajului și al accesului reciproc la programele și activitățile științifice și tehnologice ale celeilalte părți, fiind asigurată protecția proprietății intelectuale, a repartizării echitabile a drepturilor de proprietate intelectuală și a exploatării eficiente a rezultatelor. Reînnoirea acestui acord va permite sporirea cunoștințelor științifice, ceea ce va duce la crearea de oportunități de acces pe piață. În condițiile deosebit de grele în care se află vecinii noștri de la est, PE trebuie să utilizeze în mod responsabil toate căile de a întări cooperarea UE-Ucraina, inclusiv prin consolidarea cadrului legal al acestei cooperări bilaterale.

Janusz Zemke (S&D), *na piśmie*. — Głosowałem za odnowieniem umowy w sprawie współpracy naukowej i technologicznej z Ukrainą. Ta decyzja PE jest konieczna, gdyż termin obowiązywania umowy wygaś 7 listopada 2014 r. Mogę tylko wyrazić w związku z tym swoje zaskoczenie, że decyzję tę podejmujemy ponad miesiąc po wygaśnięciu dotychczasowej umowy, gdy od wielu miesięcy było wiadomo, że skuteczna pomoc dla Ukrainy wymaga także wsparcia jej współpracy naukowej i technologicznej z UE.

Ukraina znajduje się w przełomowym momencie swoich dziejów. Najważniejsze jest, by państwo to wewnętrznie się umocniło i było w stanie stymulować własny rozwój. Bowiem tylko dobrze zorganizowana i modernizująca się Ukraina ma szansę na zachowanie swojej niepodległości. Umowa ta nie może być jednak tylko papierowym zapisem. Służby Komisji Europejskiej powinny wspierać wymianę specjalistów między Ukrainą a państwami UE i transfer wiedzy eksperckiej na Ukrainę. Chcę wyrazić przekonanie, że odnowienie umowy umożliwi poszerzenie wiedzy naukowej na Ukrainie, a tym samym zdynamizuje dostęp tego państwa do europejskiego rynku.

6.6. Beteiligung Kroatiens am Europäischen Wirtschaftsraum (A8-0026/2014 - Alexander Graf Lambsdorff)

Explications de vote par écrit

Marina Albiol Guzmán (GUE/NGL), *por escrito*. — Este informe es de carácter puramente técnico, ya que la participación de Croacia en el Espacio Económico Europeo es consecuencia de su adhesión a la UE.

Pero, incluso siendo así, no he podido votar a favor, puesto que considero que corresponde al pueblo croata decidir sobre su adhesión o no a la UE y, por tanto, sobre si quieren entrar en la lógica económica neoliberal de la Unión. Por ello, me he abstenido.

Marie-Christine Arnautu (NI), *par écrit*. — Comme mes collègues de la délégation du Front National, j'ai voté contre cette recommandation. La participation de la Croatie à l'Espace économique européen est un nouveau pas franchi dans cette course folle à l'élargissement. Moins votre Europe fonctionne, plus vous voulez l'agrandir, espérant sans doute que cette croissance sans fin retarderait le constat de faillite. Mais les peuples européens ne sont plus dupes et partout la grogne monte contre le centralisme bruxellois. Dans l'intérêt du peuple croate, j'aurais souhaité qu'il réussisse à échapper à votre monstre tentaculaire qu'est votre eurocratie, qui ne manquera pas de le mettre à genoux, comme elle l'a déjà fait avec les peuples grecs, espagnols, irlandais, portugais et bientôt français.

Jonathan Arnott (EFDD), *in writing*. — This is a technical matter concerning Croatia; therefore I abstained on it.

Petras Auštrevičius (ALDE), *in writing*. — Croatia's admission as a new contracting party to the European Economic Area should be congratulated as an essential milestone event for the country to become a fully-fledged Member State and participant of the Union.

Dienstag, 16. Dezember 2014

Looking back on Croatia's accession to the EU, one must take into account that its integration process entails both political and economic dimensions which needless to say are highly interconnected. This means that only by being economically engaged can a country be fully politically involved in EU decision making. Hence, making these new economic ties between the EU and Croatia results not only in free flow of goods and services but also in joint economic and trade policy and shared expertise and cooperation in such areas as innovation, development and consumer protection, which in turn will benefit not only Croatia but the European Union's economy as a whole.

Zigmantas Balčytis (S&D), *raštu*. — Balsavau už šį siūlymą, kurio tikslas – Kroatijos prisijungimas prie Europos ekonominės erdvės (EEE). Tam, kad būtų sukurtos sąlygos Kroatijos dalyvavimui EEE, šiuo siūlymu sudaromi šie susitarimai: susitarimas dėl Kroatijos Respublikos dalyvavimo EEE, Norvegijos ir ES susitarimas dėl 2009–2014 m. Norvegijos finansinio mechanizmo papildomo protokolo bei Europos ekonominės bendrijos ir Islandijos susitarimo papildomas protokolai. EEE susitarimu numatomas ES teisės aktų, apimančių keturias laisves (laisvą prekių, paslaugų, asmenų ir kapitalo judėjimą), taikymas visose EEE valstybėse. Jis taip pat aprėpia bendradarbiavimą ir kitose srityse, pvz., mokslinių tyrimų ir technologinės plėtros, švietimo, socialinės politikos, aplinkos, vartotojų apsaugos ir kt. Manau, kad Kroatijos dalyvavimas EEE yra normali jos įstojimo į ES pasekmė ir todėl jam pritariu.

Nicolas Bay (NI), *par écrit*. — Je ne souhaite pas encourager la Croatie à s'engager davantage dans un système qui me paraît voué à l'échec dans les conditions actuelles.

Hugues Bayet (S&D), *par écrit*. — J'ai voté en faveur de la participation de la Croatie à l'espace économique européen, car c'est une conséquence de son adhésion à l'Union européenne. L'accord EEE prévoit, en effet, l'intégration de la législation de l'Union relative aux quatre libertés (libre circulation des marchandises, des services, des personnes et des capitaux) dans l'ensemble des pays de l'EEE.

Izaskun Bilbao Barandica (ALDE), *por escrito*. — He apoyado este informe ya que, con la entrada en la UE de Croacia y a fin de permitir su participación en el Espacio Económico Europeo, hay decisiones del Consejo objeto de examen que aspiran a concluir determinados textos. El Acuerdo EEE reúne a los Estados miembros de la UE y a tres miembros de la Asociación Europea de Libre Comercio (Islandia, Liechtenstein y Noruega) en un mercado único. En el Acuerdo EEE se prevé la inclusión de la legislación de la UE relativa a las cuatro libertades (libre circulación de mercancías, servicios, personas y capital) en todos los países del EEE. Asimismo, el Acuerdo cubre la cooperación en otros ámbitos importantes tales como la investigación y el desarrollo, la educación, la política social, el medio ambiente, la protección del consumidor, el turismo y la cultura, conocidas en conjunto como políticas «horizontales y complementarias». El Acuerdo garantiza igualdad de derechos y obligaciones dentro del mercado interior para los ciudadanos y los operadores económicos del EEE.

Dominique Bilde (NI), *par écrit*. — L'espace économique européen réunit dans un marché unique les États membres de l'Union et trois États membres de l'Association européenne de libre-échange (AELE) que sont l'Islande, la Norvège et le Liechtenstein.

Cet accord prévoit naturellement l'intégration de la législation européenne concernant les quatre libertés que sont la libre circulation des personnes, des marchandises, des services et des capitaux.

Cette recommandation doit permettre à la Croatie, nouvel État européen, de participer à l'EEE et traduit bien évidemment toute la philosophie de l'Union européenne, qui vise à toujours plus de libéralisme et conduit à la ruine des peuples européens; c'est pourquoi j'ai voté contre ce texte.

Mara Bizzotto (NI), *per iscritto*. — Poiché il mercato unico, per come continua ad essere strutturato, è fonte di disagi, inefficienze e concorrenza sleale, mi sono astenuta per principio nel voto su questo provvedimento che si limita a conferire al Consiglio il compito di adottare le misure necessarie per sancire la partecipazione della Croazia allo Spazio economico europeo.

José Blanco López (S&D), *por escrito*. — El Espacio Económico Europeo (EEE), en vigor desde 1994, reúne a los Estados miembros de la UE y a tres miembros de la Asociación Europea de Libre Comercio (Islandia, Liechtenstein y Noruega) en un mercado único. En el Acuerdo del EEE se prevé la inclusión de la legislación de la UE relativa a las cuatro libertades (libre circulación de mercancías, servicios, personas y capital) en todos los países del EEE. Asimismo, el Acuerdo cubre la cooperación en otros ámbitos importantes tales como la investigación y el desarrollo, la educación, la política social, el medio ambiente, la protección del consumidor, el turismo y la cultura, conocidas en conjunto como políticas «horizontales y complementarias». El Acuerdo garantiza además la igualdad de derechos y obligaciones dentro del mercado interior para los ciudadanos y los operadores económicos del EEE.

Dienstag, 16. Dezember 2014

La participación de Croacia en el EEE es una consecuencia natural de su adhesión a la UE y, por tanto, procede dar la aprobación a la celebración del Acuerdo sobre la participación de Croacia en el EEE y sus protocolos adicionales. Por ello, he votado a favor de este informe.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), raštu. — Balsavau dėl šio pranešimo, nes juo Parlamentas pritaria susitarimo dėl Kroatijos dalyvavimo Europos ekonominėje erdvėje (toliau – EEE susitarimas) ir trijų susijusių susitarimų sudarymo ES vardu sudarymui. EEE susitarimas buvo pasirašytas 1992 m. ir Kroatija, pagal savo Stojimo aktą įsipareigoja jame nustatytomis sąlygomis prisijungti prie šio susitarimo. Pagal EEE susitarimą ES valstybės narės ir trys Europos laisvosios prekybos asociacijos narės – Islandija, Lichtenšteinas ir Norvegija – suvienijamos į bendrąją rinką, kurioje galioja laisvas prekių, paslaugų, asmenų ir kapitalo judėjimas visose EEE valstybėse. Kroatijos dalyvavimas Europos ekonominėje erdvėje yra savaime suprantama jos įstojimo į ES pasekmė, taigi, Parlamentas šiam susitarimui pritars.

Mercedes Bresso (S&D), in writing. — I sincerely supported the conclusion of the agreement for the Croatian participation to the EEA. As a neighbour country to Italy, Croatia must be absolutely integrated in the European Market.

Steeve Briois (NI), par écrit. — L'espace économique européen (EEE) réunit dans un marché unique les États membres de l'Union et trois États membres de l'Association européenne de libre-échange (AELE) que sont l'Islande, la Norvège et le Liechtenstein. Cet accord prévoit l'intégration de la législation européenne concernant les quatre libertés que sont la libre circulation des personnes, des marchandises, des services et des capitaux.

Avec l'adoption de cette recommandation, la Croatie, nouvel État membre de l'Union, participera à l'EEE. Fermement opposé au dogme ultralibéral et à la concurrence libre et non faussée qui ont entraîné en France désindustrialisation et chômage de masse, j'ai voté contre ce texte.

Daniel Buda (PPE), în scris. — Am votat în favoarea Recomandării referitoare la proiectul de decizie a Consiliului privind semnarea, în numele Uniunii Europene, a Acordului privind participarea Republicii Croația la Spațiul Economic European.

Acordul privind Spațiul Economic European a fost semnat la 2 mai 1992 și a intrat în vigoare la 1 ianuarie 1994. Astăzi, după mai bine de 20 de ani de la intrarea sa în vigoare, acordul produce efecte pozitive asupra întregii Uniuni Europene și în special asupra noilor membri.

Propunerea privind participarea Croației la Spațiul Economic European este un lucru absolut firesc în îndeplinirea parcursului aderării la UE a Croației și creează instrumentul juridic prin care această țară beneficiază întru totul de efectele calității de membru al UE.

Gianluca Buonanno (NI), per iscritto. — Dal momento che la Croazia ha aderito all'UE, occorre sancire anche la sua partecipazione allo Spazio economico europeo. Con questo voto il Parlamento europeo dà il suo consenso al Consiglio per adottare le necessarie misure. Non condivido del tutto l'applicazione dei principi alla base del mercato unico (circolazione di beni, servizi, persone e capitali), per cui mi sono astenuto.

Soledad Cabezón Ruiz (S&D), por escrito. — El EEE, en vigor desde 1994, reúne a los Estados Miembros de la UE y a tres miembros de la Asociación Europea de Libre Comercio (Islandia, Liechtenstein y Noruega) en un mercado único. En el Acuerdo del EEE se prevé la inclusión de la legislación de la UE relativa a las cuatro libertades (libre circulación de mercancías, servicios, personas y capital) en todos los países del EEE. Asimismo, el Acuerdo cubre la cooperación en otros ámbitos importantes tales como la investigación y el desarrollo, la educación, la política social, el medio ambiente, la protección del consumidor, el turismo y la cultura, conocidas en conjunto como políticas «horizontales y complementarias». El Acuerdo garantiza igualdad de derechos y obligaciones dentro del mercado interior para los ciudadanos y los operadores económicos del EEE.

La participación de Croacia en el EEE es una consecuencia natural de su adhesión a la UE y, por tanto, procede dar la aprobación a la celebración del Acuerdo sobre la participación de Croacia en el EEE y sus protocolos adicionales.

La comisión INTA se pronunció casi unánimemente a favor de conceder la aprobación.

Dienstag, 16. Dezember 2014

Alain Cadec (PPE), *par écrit*. — L'accord relatif à l'espace économique européen a été signé en 1992. Cet accord crée une zone de libre-échange entre tous les pays membres de l'Union européenne, l'Islande, le Liechtenstein et la Norvège. Avec l'adhésion de la Croatie à l'Union en 2013, tous les accords internationaux, commerciaux ou autres, doivent être élargis à ce nouvel État membre. J'ai voté en faveur de ce rapport, qui insiste sur l'importance d'adapter le cadre législatif européen aux changements structurels opérés au sein de l'Union.

Nicola Caputo (S&D), *per iscritto*. — Oggi ho votato a favore della partecipazione della Croazia allo Spazio economico europeo (SEE). Ritengo che per l'adesione della Croazia all'SEE rappresenti una conseguenza naturale della sua adesione all'Unione europea, avvenuta nel luglio 2013. Essendo la Croazia un nuovo Stato membro dell'UE, è del tutto logico che abbia la possibilità di partecipare anch'essa all'accordo SEE, che riunisce gli Stati membri dell'UE e i tre membri dell'Associazione europea di libero scambio, ovvero la Norvegia, il Lichtenstein e l'Islanda, in un mercato unico che prevede la libera circolazione di beni, servizi, persone e capitali.

James Carver (EFDD), *in writing*. - I abstained on this issue, which tidies up a technicality about Croatia, which is now an EU member. Its relationship with the EEA has accordingly changed.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), *per iscritto*. — Con l'approvazione di questa risoluzione si adottano le necessarie misure giuridiche volte a completare il percorso di integrazione della Croazia nello Spazio economico europeo.

Salvatore Cicu (PPE), *per iscritto*. — Ho votato a favore della partecipazione della Croazia allo Spazio Economico Europeo perché ritengo che ciò costituisca una conseguenza naturale della sua adesione all'UE. Per questa ragione sono favorevole affinché il Parlamento dia la propria approvazione alla conclusione dell'accordo sulla partecipazione della Croazia allo Spazio Economico europeo.

Alberto Cirio (PPE), *per iscritto*. — Il voto su questa proposta è assolutamente favorevole, direi quasi scontato: ora che la Croazia è uno Stato membro dell'UE, lo è a pieno titolo e non a metà. Di conseguenza, mi sembra assolutamente normale che la Croazia partecipi in toto a tutti i consessi degli Stati membri, ivi compreso lo Spazio economico europeo. Questo atto è una formalità e andava approvato.

Carlos Coelho (PPE), *por escrito*. — O Acordo sobre o Espaço Económico Europeu (Acordo EEE) foi assinado em 2 de maio de 1992 e entrou em vigor em 1 de janeiro de 1994.

Este acordo prevê a introdução da legislação da UE relativa às quatro liberdades - a livre circulação de mercadorias, de serviços, de pessoas e de capitais - em todos os países que integram o EEE. O acordo inclui a cooperação noutros domínios importantes como a investigação e o desenvolvimento, a educação a política social, o ambiente, a defesa do consumidor, o turismo a cultura. O acordo garante aos cidadãos e aos operadores económicos que fazem parte do EEE a igualdade de direitos e de obrigações no mercado interno.

A presente proposta constitui o instrumento jurídico para a celebração do Acordo sobre a participação da República da Croácia no EEE e do respetivo protocolo adicional ao Acordo com o Reino da Noruega e a União Europeia relativo ao Mecanismo Financeiro norueguês para o período 2014-2019, na sequência da participação da Croácia no EEE.

A participação da Croácia no EEE é, pois, uma consequência natural da sua adesão à UE em 1 de julho de 2013. É pois natural que, mais de um ano após a sua entrada na UE, a Comissão e o Conselho tomem medidas jurídicas necessárias para tornar possível a participação da Croácia no EEE.

Lara Comi (PPE), *per iscritto*. - Ho sostenuto, con il mio voto positivo, questa raccomandazione che dà l'approvazione all'accordo di partecipazione della Croazia allo spazio economico europeo e a tre altri accordi connessi.

Ritengo, infatti, che la partecipazione di questo paese allo spazio SEE costituisca una naturale conseguenza della sua recente adesione all'Unione europea. Inoltre, a seguito di questo accordo, la Croazia si impegna ad aderire alle condizioni stabilite e ciò avrà, senza dubbio, un effetto positivo per il mercato europeo comune.

Dienstag, 16. Dezember 2014

Therese Comodini Cachia (PPE), *in writing*. — The proposed agreements make the Republic of Croatia a contracting party to the EEA Agreement. The Protocol includes Croatia in the Norwegian Financial Mechanism. The EEA Agreement brings together the EU Member States and the three members of the European Free Trade Association – Iceland, Liechtenstein and Norway – in a single market. It provides for the inclusion of EU legislation covering the four freedoms throughout all the EEA States. In addition, the Agreement guarantees equal rights and obligations within the internal market for citizens and economic operators in the EEA. The participation of Croatia in the European Economic Area is a natural consequence of its EU accession, therefore I voted in favour.

Ignazio Corrao (EFDD), *per iscritto*. — L'accordo sullo Spazio economico europeo (accordo SEE) era stato firmato il 2 maggio 1992 ed era entrato in vigore il 1° gennaio 1994. In virtù dell'atto di adesione della Repubblica di Croazia, questa si impegna ad aderire, alle condizioni stabilite nell'atto, all'accordo sullo Spazio economico europeo, in conformità dell'articolo 128 dell'accordo stesso. L'accordo SEE riunisce gli Stati membri dell'UE e i tre membri dell'Associazione europea di libero scambio – Islanda, Liechtenstein e Norvegia – in un mercato unico. L'accordo SEE prevede l'inclusione della legislazione dell'UE relativa alle quattro libertà – la libera circolazione di beni, servizi, persone e capitali – in tutti gli Stati dell'SEE.

Inoltre, l'accordo contempla la cooperazione in altri importanti settori quali la ricerca e lo sviluppo, l'istruzione, la politica sociale, l'ambiente, la tutela dei consumatori, il turismo e la cultura, collettivamente noti come politiche «di accompagnamento e orizzontali». L'accordo garantisce parità di diritti e obblighi nel quadro del mercato interno per i cittadini e gli operatori economici dell'SEE. Alla luce di ciò non ho potuto che votare favorevolmente al fine di consentire la partecipazione della Croazia allo Spazio economico europeo.

Javier Couso Permuy (GUE/NGL), *por escrito*. — Este informe es de carácter puramente técnico, ya que la participación de Croacia en el Espacio Económico Europeo es consecuencia de su adhesión a la UE.

Pero, incluso siendo así, no he podido votar a favor, puesto que considero que corresponde al pueblo croata decidir sobre su adhesión o no a la UE y, por tanto, sobre si quieren entrar en la lógica económica neoliberal de la Unión. Por ello, me he abstenido.

Miriam Dalli (S&D), *in writing*. - The European Economic Area agreement provides for the inclusion of EU legislation covering the four freedoms (the free movement of goods, services, persons and capital) throughout all the EEA states. In addition, the Agreement covers cooperation in other important areas such as research and development, education, social policy, environment and tourism.

I voted in favour of this report to support the conclusion of the agreement on the participation of Croatia in the EEA, to finally take account of the accession of Croatia to the EU.

Viorica Dăncilă (S&D), *în scris*. — Salut votul cu privire la participarea Republicii Croația în Spațiul economic european și consider că aceasta vine ca o consecință a aderării sale la Uniunea Europeană.

Rachida Dati (PPE), *par écrit*. – Suite à son adhésion à l'Union européenne en 2013, il est tout à fait logique d'associer la Croatie à cet accord, qui réunit dans un marché unique les États membres de l'Union européenne avec l'Islande, le Liechtenstein et la Norvège. Ainsi, la Croatie pourra notamment légitimement participer à la coopération dans les domaines essentiels que sont le tourisme, la recherche et le développement et l'éducation.

Isabella De Monte (S&D), *per iscritto*. — Ho votato a favore della conclusione dell'accordo sulla partecipazione della Croazia allo Spazio economico europeo firmato il 2 maggio 1992 ed è entrato in vigore il 1° gennaio 1994. Tale adesione è un passo in avanti verso la completa integrazione della Repubblica di Croazia all'Unione europea.

Mireille D'Ornano (NI), *par écrit*. — Le rapport soumis aux votes est une poursuite du processus d'intégration de la Croatie sous la tutelle de l'Union européenne et de sa soumission au libre-échange organisé par ces mêmes institutions, raison pour laquelle j'ai voté contre ce texte.

Dienstag, 16. Dezember 2014

Pablo Echenique (GUE/NGL), *por escrito*. — Votamos a favor al tratarse de una consecuencia natural del ingreso de Croacia en la UE. Como consecuencia de dicho ingreso en julio de 2013, Croacia se comprometió a adherirse, en las condiciones establecidas en su Acta de Adhesión, al Acuerdo firmado por la UE sobre el Espacio Económico Europeo (EEE) en 1992. El Acuerdo sobre el EEE reúne a los Estados miembros de la UE y a tres miembros de la Asociación Europea de Libre Comercio —Islandia, Liechtenstein y Noruega— en un mercado único. El Acuerdo sobre el EEE prevé la inclusión de la legislación de la UE relativa a las cuatro libertades —la libre circulación de bienes, servicios, personas y capitales— en todos los Estados del EEE. Cubre la cooperación en ámbitos como la investigación y el desarrollo, la educación, la política social, el medio ambiente, la protección del consumidor, el turismo y la cultura. El Acuerdo garantiza, en principio, la igualdad de derechos y obligaciones en el mercado interior para los ciudadanos y los agentes económicos en el EEE.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI), *γραφιώς*. — Καταψήφισα το σχέδιο, καθώς η διεύρυνση της ΕΕ και η συνακόλουθη συμμετοχή των κρατών μελών ή υπό ένταξη κρατών σε οικονομικές συμφωνίες δε συμβάλλει ούτε κατ' ελάχιστον στην επίλυση των οικονομικών προβλημάτων που μαστίζουν τις χώρες του Νότου και χρήζουν επιτακτικής επίλυσης, αλλά αντιθέτως διευρύνει το οικονομικό χάσμα Βορρά -Νότου.

José Manuel Fernandes (PPE), *por escrito*. - A adesão da Croácia à União Europeia, há cerca de um ano, deve ter como consequência natural a sua participação no Espaço Económico Europeu, que preconiza a livre circulação de mercadorias, de serviços, de pessoas e de capitais. Além disso, o Acordo inclui a cooperação noutros domínios importantes, como a investigação e o desenvolvimento, a educação, a política social, o ambiente, a defesa do consumidor, o turismo e a cultura, designadas coletivamente por políticas *horizontais e de enquadramento*. É, por isso, inteiramente normal que, mais de um ano após a adesão, a Comissão e o Conselho tenham tomado as medidas jurídicas necessárias para tornar possível a participação da Croácia neste espaço europeu, assumindo a sua condição plena de Estado-Membro.

João Ferreira (GUE/NGL), *por escrito*. — Este relatório recomenda a aprovação da celebração do Acordo sobre a participação da Croácia no Espaço Económico Europeu (EEE).

Tendo em conta a adesão da Croácia à União Europeia, é necessária a celebração de diferentes Acordos e Protocolos para efetivar a participação deste país no EEE, ou seja, esta é uma das consequências da adesão, que dela decorrem naturalmente.

Este é, portanto, um relatório eminentemente técnico.

Sendo conhecida a nossa posição genérica relativamente à adesão de novos países à União Europeia – sem ignorar a natureza e o sentido da integração e dos respetivos processos de alargamento, compete a cada povo decidir de forma livre e soberana sobre a adesão ou não à UE –, o que levou a uma abstenção no processo de adesão da Croácia, é natural que daqui decorra um mesmo sentido de voto relativamente às decisões ou processos que se inscrevam no quadro das normais consequências dessa adesão. Daí a nossa abstenção também neste relatório.

Monika Flašíková Beňová (S&D), *písomne* — Dohoda o Európskom hospodárskom priestore združuje členské štáty Európskej únie a troch členov EFTA – Island, Lichtenštajnsko a Nórsko na jednotnom trhu. Dohoda o EHP stanovuje zahrnutie právnych predpisov Európskej únie, pokrývajúc všetky štyri základné slobody – voľný pohyb osôb, služieb, tovaru a kapitálu naprieč všetkými členmi EHP. Okrem toho, dohoda, predmetná dohoda zahrnuje aj spoluprácu v dôležitých oblastiach, ako je výskum a vývoj, vzdelávanie, sociálna politika, životné prostredie, ochrana spotrebiteľa a v neposlednom rade kultúry. Dohoda zaručuje rovnaké práva a povinnosti bez rozdielov pre všetky ekonomické subjekty a občanov v rámci vnútorného trhu. Je dôležité, aby bola uzatvorená dohoda o účasti Chorvátska v EHP a súvisiacom protokole, a brať do úvahy prístupenie Chorvátska k Európskej únii.

Lorenzo Fontana (NI), *per iscritto*. — Con l'entrata della Croazia nell'UE, ora occorre sancire anche la sua partecipazione allo Spazio Economico Europeo.

Con questo voto il Parlamento Europeo dà il suo consenso al Consiglio per adottare le necessarie misure. Dal momento però che l'evoluzione storica e politica del mercato unico sta registrando delle evoluzioni che non vanno nella direzione del bene della stragrande maggioranza dei cittadini ma rispettoso della volontà dei singoli stati membri mi asterrò nel voto.

Dienstag, 16. Dezember 2014

Λάμπρος Φουντούλης (NI), γραπτώς. — Ψηφίζω κατά του σχεδίου απόφασης του Συμβουλίου σχετικά με τη σύναψη, εξ ονόματος της Ευρωπαϊκής Ένωσης, της συμφωνίας για τη συμμετοχή της Δημοκρατίας της Κροατίας στον Ευρωπαϊκό Οικονομικό Χώρο και τριών συναφών συμφωνιών, καθώς η διεύρυνση της ΕΕ και η συνακόλουθη συμμετοχή των κρατών μελών ή υπό ένταξη κρατών σε οικονομικές συμφωνίες δεν θα συμβάλει ούτε κατ' ελάχιστον στην επίλυση των οικονομικών προβλημάτων που μαστίζουν τις χώρες του Νότου και χρήζουν επιτακτικής επίλυσης, αλλά αντιθέτως θα διευρύνουν το οικονομικό χάσμα Βορρά-Νότου.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D), *in writing*. — Croatian accession to the EEA acknowledges the far-reaching political, economic and institutional reforms, the efforts to comply with EU directives and the substantial progress that Croatia achieved before the crisis.

It will have many positive impacts for the country: it will strengthen contacts and cooperation between Croatia and the partners of the EEA; it will enhance the competitiveness of the country's economy. Croatia will be able to contribute to and influence the formation of relevant EEA policies and legislation at an early stage as part of a formal decision-shaping process.

Among other things, Croatia will become the 16th beneficiary country of the existing EEA grants scheme. This will help Croatia in reducing the negative effects of the global financial crisis such as negative economic growth, unemployment rising by over 14% and youth unemployment by up to 40%.

Croatia's accession increases the EU area of political stability, expands the EU's internal market, extends EU standards and creates new opportunities for EU industries, entrepreneurs and customers. I welcome this new membership since I strongly believe that the European Union as a whole will benefit from it.

Tania González Peñas (GUE/NGL), *por escrito*. - Votamos a favor al tratarse de una consecuencia natural del ingreso de Croacia en la UE. Como consecuencia de dicho ingreso en julio de 2013, Croacia se comprometió a adherirse, en las condiciones establecidas en su Acta de Adhesión, al Acuerdo firmado por la UE sobre el Espacio Económico Europeo (EEE) en 1992. El Acuerdo sobre el EEE reúne a los Estados miembros de la UE y a tres miembros de la Asociación Europea de Libre Comercio —Islandia, Liechtenstein y Noruega— en un mercado único. El Acuerdo sobre el EEE prevé la inclusión de la legislación de la UE relativa a las cuatro libertades —la libre circulación de bienes, servicios, personas y capitales— en todos los Estados del EEE. Cubre la cooperación en ámbitos como la investigación y el desarrollo, la educación, la política social, el medio ambiente, la protección del consumidor, el turismo y la cultura. El Acuerdo garantiza, en principio, la igualdad de derechos y obligaciones en el mercado interior para los ciudadanos y los agentes económicos en el EEE.

Antanas Guoga (ALDE), *in writing*. — I voted in favour for participation of Croatia in the European Economic Area. I support Croatia's participation in the European Economic Area, because as Croatia is a member of the EU, it is natural consequence that it becomes a member of the EEA.

Eduard-Raul Hellvig (PPE), *în scris*. — Participarea Croației la Spațiul Economic European (SEE), consecință a aderării la UE, debutează oficial într-un moment în care sunt puși sub semnul întrebării cei patru piloni pe care se bazează Acordul privind SEE, respectiv cele patru libertăți fundamentale: libera circulație a mărfurilor, serviciilor, persoanelor și a capitalurilor - în cele 28 de state ale UE plus cele 3 state membre ale Asociației Europene a Liberului Schimb (Islanda, Liechtenstein și Norvegia). Semnat în 1992 și intrat în vigoare în 1994, Acordul privind SEE a impulsat crearea pieței unice europene și a contribuit la integrarea celei mai mari părți a continentului nostru.

Punerea sub semnul întrebării a libertății de circulație a persoanelor, în condițiile crizei economice și, acum, a permanentizării stagnării, este un simptom îngrijorător al potențialului ostil proiectului european. De asemenea, tentația unor măsuri protecționiste poate afecta valorile și normele ce transcend frontierele intraeuropene.

De aceea, consider necesară apărarea respectării drepturilor egale ale tuturor cetățenilor statelor membre, inclusiv al dreptului la liberă circulație pe piața muncii din toate țările Uniunii Europene. Este un drept fundamental, la a cărui respectare noua Comisie Europeană este chemată să vegheze, cu atât mai mult cu cât se intensifică discursul eurofob.

Dienstag, 16. Dezember 2014

Ian Hughton (Verts/ALE), *in writing*. — Croatia's participation in the European Economic Area marks a final and logical stage in their full participation in the EU. Croatia's path to independence was troubled, but the country has emerged as a stable and democratic entity. As an independent member of the EU and a fully participating part of the EEA, Croatia will have a full voice in all the key decision-making institutions.

Pablo Iglesias (GUE/NGL), *por escrito*. - Votamos a favor al tratarse de una consecuencia natural del ingreso de Croacia en la UE. Como consecuencia de dicho ingreso en julio de 2013, Croacia se comprometió a adherirse, en las condiciones establecidas en su Acta de Adhesión, al Acuerdo firmado por la UE sobre el Espacio Económico Europeo (EEE) en 1992. El Acuerdo sobre el EEE reúne a los Estados miembros de la UE y a tres miembros de la Asociación Europea de Libre Comercio —Islandia, Liechtenstein y Noruega— en un mercado único. El Acuerdo sobre el EEE prevé la inclusión de la legislación de la UE relativa a las cuatro libertades —la libre circulación de bienes, servicios, personas y capitales— en todos los Estados del EEE. Cubre la cooperación en ámbitos como la investigación y el desarrollo, la educación, la política social, el medio ambiente, la protección del consumidor, el turismo y la cultura. El Acuerdo garantiza, en principio, la igualdad de derechos y obligaciones en el mercado interior para los ciudadanos y los agentes económicos en el EEE.

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan*. — Glasovao sam za nacrt zakonodavne rezolucije o nacrtu odluke Vijeća o sklapanju, u ime Europske unije, Sporazuma o sudjelovanju Republike Hrvatske u europskom gospodarskom prostoru i tri povezana sporazuma jer su spomenuti sporazumi od iznimne važnosti kako bi se omogućilo Hrvatskoj da u potpunosti sudjeluje i djeluje u jedinstvenom tržištu. Sporazum o europskom gospodarskom prostoru podrazumijeva implementaciju slobodnog kretanja osoba, kapitala, usluga i roba, te suradnju u niz drugih područja kao što su istraživanje, turizam i kultura, te zaštita okoliša. Stoga smatram da je vrlo važno da Hrvatska punopravno sudjeluje u dotičnom području koji će utjecati na blagostanje i razvoj države te predstavlja prirodan slijed ulaska u Europsku uniju. Sklapanje Sporazuma predstavlja dodatnu sinergiju Republike Hrvatske s ostalim državama članicama koja će doprinijeti svim sektorima hrvatskog društva.

Marc Joulaud (PPE), *par écrit*. — J'ai voté en faveur de la recommandation de mon collègue Alexander Lambsdorff sur la participation de la Croatie à l'espace économique européen. Afin de tenir compte de l'adhésion de la Croatie à l'Union, des protocoles additionnels à l'accord économique entre l'Union, l'Islande, la Norvège et le Liechtenstein devaient être établis.

La recommandation a été adoptée à une large majorité, ce dont je me félicite.

Philippe Juvin (PPE), *par écrit*. — J'ai soutenu le rapport portant sur la participation de la Croatie à l'espace économique européen. L'espace économique européen institue un marché unique destiné à faciliter les échanges entre les États membres de l'Union et trois États de l'Association européenne de libre-échange que sont l'Islande, le Liechtenstein et la Norvège. Il prévoit également l'intégration de la législation européenne relative aux quatre libertés dans l'ensemble des pays de l'espace économique européen et régit leur coopération dans des domaines stratégiques tels que la recherche et le développement, l'éducation, la politique sociale, ou encore l'environnement.

Afzal Khan (S&D), *in writing*. — I supported the report as it is a technical adjustment to update the EEA following the accession of Croatia to the EU, and allows Croatia to benefit from the single market with Iceland, Lichtenstein and Norway.

Giovanni La Via (PPE), *per iscritto*. - Signor Presidente, onorevoli colleghi, voto positivamente la relazione dell'on. Alexander Graf Lambsdorff. Si tratta di un accordo che permetterà la partecipazione della Croazia, ventottesimo Stato membro dell'Unione europea, con obblighi e benefici, all'accordo SEE. In tal modo sarà possibile riunire tutti gli Stati membri dell'Unione europea con la Norvegia, il Liechtenstein e l'Islanda.

Gabrielius Landsbergis (PPE), *raštu*. — EEE susitarimu numatomas ES teisės aktų, apimančių keturias laisves (laisvą prekių, paslaugų, asmenų ir kapitalo judėjimą), taikymas visose EEE valstybėse. Be to, minėtasis susitarimas aprėpia bendradarbiavimą kitose svarbiose srityse, pvz., mokslinių tyrimų ir technologinės plėtros, švietimo, socialinės politikos, aplinkos, vartotojų apsaugos, turizmo ir kultūros.

Dienstag, 16. Dezember 2014

Pasisakydamas už ES integracijos gilinimą, balsavau už Kroatijos dalyvavimą Europos ekonominėje erdvėje kaip neišvengiamą, po jos įstojimo į ES einantį veiksmą.

Javi López (S&D), *por escrito*. — El Espacio Económico Europeo (EEE) reúne a los Estados miembros de la UE y a tres miembros de la Asociación Europea de Libre Comercio (Islandia, Liechtenstein y Noruega) en un mercado único. En el Acuerdo del EEE se prevé la inclusión de la legislación de la UE relativa a las cuatro libertades (libre circulación de mercancías, servicios, personas y capital) en todos los países del EEE. Asimismo, el Acuerdo cubre la cooperación en otros ámbitos importantes tales como la investigación y el desarrollo, la educación, la política social, el medio ambiente, la protección del consumidor, el turismo y la cultura, conocidas en conjunto como políticas «horizontales y complementarias». El Acuerdo garantiza la igualdad de derechos y obligaciones dentro del mercado interior para los ciudadanos y los operadores económicos del EEE. La participación de Croacia en el EEE es una consecuencia natural de su adhesión a la UE y, por tanto, procede dar la aprobación a la celebración del Acuerdo sobre la participación de Croacia en el EEE y sus protocolos adicionales.

Paloma López Bermejo (GUE/NGL), *por escrito*. — Este informe es de carácter puramente técnico, ya que la participación de Croacia en el Espacio Económico Europeo es consecuencia de la adhesión de la misma a la UE.

Pero incluso siendo así, no he podido votar a favor, puesto que considero que corresponde al pueblo croata decidir sobre su adhesión o no a la UE y, por tanto, sobre si quieren entrar en la lógica económica neoliberal de la Unión. Por ello me he abstenido.

Antonio López-Istúriz White (PPE), *por escrito*. — El Acuerdo del Espacio Económico Europeo prevé un mercado único entre la UE, Islandia, Liechtenstein y Noruega cuyo objetivo es reforzar las relaciones económicas y comerciales y los intercambios con estos países, incluyendo la aplicación de la libre circulación de mercancías, de personas, de capitales y de servicios y la cooperación en diferentes políticas.

Al haber entrado Croacia en la Unión Europea, es lógico que participe también en el Espacio Económico Europeo, siendo obligatorio que una vez transcurrido un año desde su adhesión, la Comisión y el Consejo tomen las medidas necesarias para hacer posible su participación. Por estos motivos, voto a favor de la aprobación de la adhesión de Croacia al Espacio Económico Europeo.

Bernd Lucke (ECR), *schriftlich*. — Ich habe für die Aufnahme Kroatiens in den Europäischen Wirtschaftsraum gestimmt, weil die AfD der Auffassung ist, dass unterhalb der Vollmitgliedschaft in der EU jeder europäische Staat gemäß seinen Bedürfnissen und Möglichkeiten an einem flexiblen Netzwerk unterschiedlicher Geschwindigkeiten teilnehmen kann. Dies ist eine zentrale Passage des AfD-Wahlprogramms, und ich persönlich teile diese Auffassung ohne Einschränkungen. Eine Aufnahme Kroatiens in die EU darf erst nach Erfüllung aller Aufnahmekriterien sowie nach einer Konsolidierung der EU in ihrer heutigen Gestalt in Erwägung gezogen werden.

Ivana Maletić (PPE), *napisan*. — Sporazum o Europskom gospodarskom prostoru (EEA) potpisan je još 1992., a stupio je na snagu 1. siječnja 1994. Ovim sporazumom se jedinstvenom tržištu Europske unije priključuju i tri države potpisnice Europskog ugovora o slobodnoj trgovini: Island, Lihtenštajn i Norveška.

Republici Hrvatskoj se kao novoj državi članici treba omogućiti sudjelovanje u Europskom gospodarskom prostoru. Podržala sam ovo izvješće jer je za jačanje europskog gospodarstva poželjno širenje prostora slobodnog kretanja roba, usluga, ljudi i kapitala, a uz to Sporazum dodatno obuhvaća suradnju u drugim važnim područjima kao što su istraživanje i razvoj, obrazovanje, socijalna politika, zaštita potrošača, turizam i kultura.

Izražavam žaljenje što se izmjena Sporazuma i dodatni protokoli donose sa zakašnjenjem od preko godinu dana.

Νότης Μαρτιάς (ECR), *γραφώς*. — Καταψήφισα τη σύσταση Lambsdorff, διότι κρίνω πως δεν έχουν ωριμάσει πλήρως οι συνθήκες για τη συμμετοχή της Κροατίας στον Ευρωπαϊκό Οικονομικό Χώρο.

Dienstag, 16. Dezember 2014

David Martin (S&D), *in writing*. — I voted for this proposal as I take the view that the participation of Croatia in the European Economic Area is a natural consequence of its EU accession. The delay is due to the fact that, more than a year after the accession, the necessary legal steps have only just been undertaken by the Commission and the Council to enable this participation.

Fulvio Martusciello (PPE), *per iscritto*. — Ho sostenuto il progetto di risoluzione legislativa del Parlamento europeo concernente l'accordo sulla partecipazione della Repubblica di Croazia allo Spazio economico europeo. Si tratta di un accordo che permette alla Croazia, ventottesimo membro dell'Unione, di partecipare con obblighi e benefici all'accordo SEE che riunisce gli Stati membri dell'UE con Norvegia, Islanda e Liechtenstein. L'accordo garantisce parità di diritti e obblighi nel quadro del mercato interno per i cittadini e gli operatori economici dell'SEE.

Barbara Matera (PPE), *per iscritto*. — L'accoglimento della Croazia nello Spazio economico europeo rappresenta una conseguenza fisiologica del suo recente ingresso nella famiglia comunitaria.

Ho votato a favore della relazione, forte della consapevolezza che essa contribuirà a definire le precondizioni per la creazione di nuovi benefici a vantaggio di tutti gli Stati comunitari.

Mi rallegra il fatto che il documento contribuirà a rafforzare le relazioni economiche e commerciali tra l'Unione europea e i tre membri dell'Associazione europea di libero scambio: Islanda, Liechtenstein e Norvegia.

Georg Mayer (NI), *schriftlich*. — Da Kroatien alle Auflagen für eine Aufnahme in den Europäischen Wirtschaftsraum erfüllt hat, kann ich diesem Antrag nur meine Zustimmung erteilen. Mit der Aufnahme in den EWR werden Kroatien die gleichen Rechte, aber auch die gleichen Pflichten wie den anderen EWR- Mitgliedsstaaten zuteil.

Jean-Luc Mélenchon (GUE/NGL), *par écrit*. — L'accord sur l'espace économique européen (l'accord EEE) a été signé le 2 mai 1992 et est entré en vigueur le 1^{er} janvier 1994. La participation de la Croatie à l'espace économique européen est une conséquence de son adhésion à l'Union européenne. Aussi, un an après l'adhésion, la Commission et le Conseil engagent les démarches juridiques nécessaires pour permettre la participation de la Croatie à l'EEE et à trois protocoles additionnels de libre-échange. Par amitié pour les salariés de Croatie, je vote contre ce texte qui vise à les soumettre un peu plus au joug néo-libéral.

Nuno Melo (PPE), *por escrito*. — O Acordo EEE prevê a introdução da legislação da UE relativa às quatro liberdades – a livre circulação de mercadorias, de serviços, de pessoas e de capitais – em todos os países que integram o EEE. Além disso, o Acordo inclui a cooperação noutros domínios importantes, como a investigação e o desenvolvimento, a educação, a política social, o ambiente, a defesa do consumidor, o turismo e a cultura, designadas coletivamente por políticas *horizontais e de enquadramento*. O Acordo garante aos cidadãos e aos operadores económicos que fazem parte do EEE a igualdade de direitos e de obrigações no mercado interno.

A participação da Croácia no Espaço Económico Europeu é uma consequência natural da sua adesão à UE. É, por isso, inteiramente normal que, mais de um ano após a adesão, a Comissão e o Conselho tenham tomado as medidas jurídicas necessárias para tornar possível esta participação.

Daí o meu voto favorável.

Roberta Metsola (PPE), *in writing*. — Participation in the European Economic Area (EEA) is one of the major advantages of EU membership and it is time for Croatia and its citizens to enjoy the four freedoms that the EEA agreement provides. Therefore, I voted in favour of this recommendation.

Louis Michel (ALDE), *par écrit*. — La Croatie est membre de l'Union européenne depuis le 1^{er} juillet 2013. C'est une suite logique que de lui permettre de participer à l'espace économique européen. En votant pour la conclusion de cet accord, on permet à la Croatie de jouir pleinement des attributs liés à l'adhésion à l'Union. Cette étape lui permettra de poursuivre son intégration économique et d'harmoniser sa législation interne avec celle de l'Union, surtout en ce qui concerne les politiques d'accompagnement et les politiques horizontales qui couvrent la majorité des quatre libertés (libre circulation des marchandises, des services, des personnes et des capitaux).

Dienstag, 16. Dezember 2014

Marlene Mizzi (S&D), *in writing*. — I have voted in favour of Croatia's participation in the European Economic Area and the related Protocol, taking into account Croatia's accession to the European Union. The EEA brings together the EU Member States and three members of EFTA – Iceland, Liechtenstein and Norway – in a single market.

Sophie Montel (NI), *par écrit*. — L'espace économique européen (EEE) réunit dans un marché unique les États membres de l'Union et trois États membres de l'Association européenne de libre-échange (AELE) que sont l'Islande, la Norvège et le Liechtenstein. Cet accord prévoit l'intégration de la législation européenne concernant les quatre libertés que sont la libre circulation des personnes, des marchandises, des services et des capitaux.

Avec l'adoption de cette recommandation, la Croatie, nouvel État membre de l'Union, participera à l'EEE. Fermement opposée au dogme ultralibéral et à la concurrence libre et non faussée qui ont entraîné en France désindustrialisation et chômage de masse, j'ai voté contre ce texte.

Claude Moraes (S&D), *in writing*. — I voted in favour as I believe that the agreement needs to be updated to include Croatia since its accession to the EU in 2013.

Alessia Maria Mosca (S&D), *per iscritto*. — In virtù dell'atto di adesione all'Unione europea, la Repubblica di Croazia si è impegnata ad aderire, alle condizioni stabilite nell'atto, all'accordo sullo Spazio economico europeo, in conformità dell'articolo 128. Tale accordo, che riunisce tutti gli Stati membri dell'UE e i tre membri dell'Associazione europea di libero scambio – Islanda, Liechtenstein e Norvegia – in un mercato unico, prevede l'inclusione della legislazione comunitaria relativa alle quattro libertà – la libera circolazione di beni, servizi, persone e capitali – in tutti gli Stati SEE.

L'accordo auspica inoltre la cooperazione in altri importanti settori quali la ricerca e lo sviluppo, l'istruzione, la politica sociale, l'ambiente, la tutela dei consumatori, il turismo e la cultura, collettivamente noti come politiche «di accompagnamento e orizzontali». L'accordo dovrà, inoltre, garantire parità di diritti e obblighi nel quadro del mercato interno sia per i cittadini che per gli operatori economici del Spazio economico europeo. Riteniamo, dunque, che la partecipazione della Croazia allo Spazio economico europeo costituisca una conseguenza naturale della sua adesione all'UE.

Alessandra Mussolini (PPE), *per iscritto*. — Ho votato a favore della partecipazione della Croazia allo Spazio economico europeo, un accordo che permette al nuovo membro dell'Unione di partecipare con obblighi e benefici all'accordo SEE che riunisce gli Stati membri insieme a Norvegia, Liechtenstein e Islanda, ovvero i tre membri dell'Associazione europea di libero scambio, in un mercato unico. Dopo più di un anno dall'adesione della Croazia all'Unione, ritengo siano maturati i tempi per la partecipazione al SEE come conseguenza naturale.

Franz Obermayr (NI), *schriftlich*. - Als Mitglied der Europäischen Union muss Kroatien erst recht am Europäischen Wirtschaftsraum formal teilnehmen können. Aus diesem logischen Grund habe ich für den Antrag gestimmt.

Younous Omarjee (GUE/NGL), *par écrit*. — J'ai voté en faveur de ce rapport car il me paraît logique que la Croatie, en tant que membre de l'Union, participe également à l'espace économique européen, qui réunit les pays de l'Union et les trois pays de l'Association européenne de libre-échange (AELE).

Urmas Paet (ALDE), *kirjalikult*. — Toetasin ettepanekut, et Horvaatia saaks osaleda Euroopa Majanduspiirkonnas, sest lepinguga nähakse ette neli põhivabadust, millele kogu Euroopa Liidu idee tugineb: kaupade, isikute, teenuste ja kapitali vaba liikumine. Osalemine Euroopa Majanduspiirkonnas on loomulik samm, mis järgneb Euroopa Liiduga liitumisele, ja Horvaatia peab kaasnevaid vabadusi võimalikult kiiresti ja efektiivselt rakendama.

Aldo Patriciello (PPE), *per iscritto*. — Care colleghe e cari colleghi, considerando che l'accordo sullo spazio economico europeo (SEE), oltre a prevedere l'inclusione delle quattro libertà, contempla anche l'inclusione della cooperazione in importanti ambiti di sviluppo, e considerando che l'inclusione della Croazia nell'SEE rappresenta la naturale conseguenza della sua integrazione nell'UE, intenderei esprimere il mio voto favorevole.

Dienstag, 16. Dezember 2014

Andrej Plenković (PPE), *napisan.* — Podržao sam preporuku zastupnika Lambsdorffa u vezi s Odlukom o sklapanju sporazuma za sudjelovanju Hrvatske u Europskom gospodarskom prostoru. O ovoj sam temi lani postavio pitanje Visokoj predstavnici Ashton.

Svrha EGP-a je proširiti unutarnje tržište EU-a na države članice EFTA-e. U skladu s Ugovorom o pristupanju u EU, Hrvatska se obvezala pristupiti i Sporazumu o Europskom gospodarskom prostoru što se ovim prijedlogom osigurava. Od 12. travnja 2014. Sporazum o sudjelovanju Hrvatske u EGP-u privremeno se primjenjuje. Za razdoblje od 2009.–2014. članice EFTA-e su izdvojile za Hrvatsku 9,6 milijuna eura kroz norveški financijski mehanizam te financijski mehanizam EGP-a.

Istaknuo bih da će ovo članstvo Hrvatskoj omogućiti trgovinsku razmjenu sa zemljama članicama EGP-a te postizanje slobodnog kretanja roba, osoba, usluga i kapitala. Sporazum sadrži i horizontalne politike povezane s četiri temeljne slobode od kojih će Hrvatska imati koristi: socijalna politika, politika zaštite potrošača, okoliš, statistika i pravo društava te niz politika u vezi s istraživanjima i tehnološkim razvojem. Stoga sam podržao Sporazum o sudjelovanju Hrvatske u EGP-u kao i tri povezana sporazuma.

Salvatore Domenico Pogliese (PPE), *per iscritto.* — Mi sembra assolutamente logico che la Croazia partecipi allo Spazio economico europeo (SEE) visto che è già passato più di un anno dalla sua adesione all'UE. Dare il voto favorevole all'accordo è la sola opzione possibile e, naturalmente, anche ai tre protocolli aggiuntivi, dal momento che nel SEE è previsto un mercato unico fra gli Stati membri dell'UE e i tre membri dell'Associazione europea di libero scambio: Islanda, Liechtenstein e Norvegia.

Marcus Pretzell (ECR), *schriftlich.* — Mit der Aufnahme Kroatiens in die EU hat Letztere gleichzeitig einen Fahrplan für die vollständige Integration in die Europäische Gemeinschaft aufgezeigt. Die Beteiligung am Europäischen Wirtschaftsraum ist da nur folgerichtig. Weiterhin wird im kommenden Jahr wohl der Beitritt zum Schengen-Übereinkommen anstehen. An dieser Stelle möchte ich darauf verweisen, dass ich die Fortschritte Kroatiens erfreulich finde und gleichzeitig zu weiteren motivieren möchte. In Zukunft wird die kroatische Grenze zum Teil eine EU-Außengrenze sein. Alle Mitgliedstaaten sind angehalten, Kroatien dabei zu unterstützen, den illegalen Fluss von Menschen und Kapital über diese Grenze zu unterbinden. Dazu bedarf es einer ehrlichen Analyse, was die EU und Kroatien dafür tun können, um dieses Ziel sicherzustellen.

Franck Proust (PPE), *par écrit.* — Le dernier État membre en date de l'Union européenne doit pouvoir bénéficier pleinement de son statut. Je vote donc en faveur d'une résolution visant à inclure la Croatie au sein de l'espace économique européen.

Paulo Rangel (PPE), *por escrito.* — Em vigor desde 1 de janeiro de 1994, o Acordo sobre o Espaço Económico Europeu reúne os Estados-Membros da UE, a Islândia, o Liechtenstein e a Noruega num mercado único, prevendo a extensão da legislação da UE relativa às quatro liberdades (a livre circulação de mercadorias, de serviços, de pessoas e de capitais) aos referidos países membros da Associação Europeia de Comércio Livre, bem como a cooperação entre as partes em domínios como a investigação e desenvolvimento, a educação, a política social, o ambiente, a defesa do consumidor, o turismo e a cultura. Tendo a Croácia aderido à UE com efeitos a partir de 1 de julho de 2013, impõe-se agora, em conformidade com o respetivo Ato de Adesão, garantir a sua participação no Espaço Económico Europeu. Votei, por isso, favoravelmente a presente resolução, que aprova a celebração do Acordo sobre a participação da República da Croácia no Espaço Económico Europeu e dos três acordos conexos (Protocolos Adicionais entre o Reino da Noruega e a União Europeia, relativo a um Mecanismo Financeiro Norueguês para o período 2009-2014; entre a Comunidade Económica Europeia e a República da Islândia; e entre a Comunidade Económica Europeia e o Reino da Noruega).

Julia Reid (EFDD), *in writing.* — This matter is a technicality which clarifies the position of Croatia now that, as a full member of the European Union, its relationship with the European Economic Area has changed.

As a UKIP MEP, I do not consider it to be for me to tell the European Union how it must act in this regard and therefore I abstained.

Dienstag, 16. Dezember 2014

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D), *por escrito*. — El Espacio Económico Europeo (EEE), en vigor desde 1994, reúne a los Estados miembros de la UE y a tres miembros de la Asociación Europea de Libre Comercio (Islandia, Liechtenstein y Noruega) en un mercado único. En el Acuerdo del EEE se prevé la inclusión de la legislación de la UE relativa a las cuatro libertades (libre circulación de mercancías, servicios, personas y capital) en todos los países del EEE. Asimismo, el Acuerdo cubre la cooperación en otros ámbitos importantes tales como la investigación y el desarrollo, la educación, la política social, el medio ambiente, la protección del consumidor, el turismo y la cultura, conocidas en conjunto como políticas «horizontales y complementarias». El Acuerdo garantiza además la igualdad de derechos y obligaciones dentro del mercado interior para los ciudadanos y los operadores económicos del EEE.

La participación de Croacia en el EEE es una consecuencia natural de su adhesión a la UE y, por tanto, procede dar la aprobación a la celebración del Acuerdo sobre la participación de Croacia en el EEE y sus protocolos adicionales. Por ello, he votado a favor de este informe.

Teresa Rodríguez-Rubio (GUE/NGL), *por escrito*. - Votamos a favor al tratarse de una consecuencia natural del ingreso de Croacia en la UE. Como consecuencia de dicho ingreso en julio de 2013, Croacia se comprometió a adherirse, en las condiciones establecidas en su Acta de Adhesión, al Acuerdo firmado por la UE sobre el Espacio Económico Europeo (EEE) en 1992. El Acuerdo sobre el EEE reúne a los Estados miembros de la UE y a tres miembros de la Asociación Europea de Libre Comercio —Islandia, Liechtenstein y Noruega— en un mercado único. El Acuerdo sobre el EEE prevé la inclusión de la legislación de la UE relativa a las cuatro libertades —la libre circulación de bienes, servicios, personas y capitales— en todos los Estados del EEE. Cubre la cooperación en ámbitos como la investigación y el desarrollo, la educación, la política social, el medio ambiente, la protección del consumidor, el turismo y la cultura. El Acuerdo garantiza, en principio, la igualdad de derechos y obligaciones en el mercado interior para los ciudadanos y los agentes económicos en el EEE.

Claude Rolin (PPE), *par écrit*. — J'ai voté positivement à ce projet de décision du Conseil. En vertu de l'acte d'adhésion de la République de Croatie (28^e Etat membre ayant adhéré à l'Union européenne le 1^{er} juillet 2013), la Croatie s'engage à devenir partie, suivant les conditions prévues dans ledit acte, à l'accord sur l'Espace économique européen, conformément à l'article 128 de l'accord. Par l'accord proposé, la République de Croatie est donc désormais intégrée dans l'accord EEE en tant que partie contractante. Je rappelle au passage que l'accord sur l'Espace économique européen (EEE) a été signé le 2 mai 1992 et est entré en vigueur le 1^{er} janvier 1994. L'accord EEE assure la libre-circulation des marchandises, des services, des capitaux et des personnes (les quatre libertés) et inclut également des accords encadrant la politique de concurrence, la protection des consommateurs ou l'éducation entre les 28 États membres de l'UE et l'Islande, la Norvège et le Liechtenstein.

Fernando Ruas (PPE), *por escrito*. — O Acordo sobre o Espaço Económico Europeu permitiu a adesão ao mercado único dos 3 países EFTA que dele não faziam parte (Islândia, a Noruega e o Liechtenstein).

Entrou em vigor a 1 de janeiro de 1994 e integra os 27 Estados-Membros (com exceção da Croácia) mais os 3 países referidos.

O Acordo EEE dispõe claramente no seu artigo 128.º que, quando um país adere à União Europeia, solicita automaticamente a entrada no EEE, levando ao seu alargamento. A Croácia assume assim o compromisso de cumprir as condições previstas no Ato de Adesão ao EEE.

A Comissão e o Conselho já adotaram também as medidas jurídicas necessárias para tornar possível esta participação da Croácia.

Considero, por isso, tal como o relator, que esta participação é uma consequência natural da adesão da Croácia à UE e voto favoravelmente para que este novo Estado-Membro possa igualmente ser abrangido pelas normas europeias que disciplinam as quatro liberdades do mercado único – a livre circulação de mercadorias, de serviços, de pessoas e de capitais, bem como a sua integração nas denominadas políticas *horizontais e de enquadramento*, garantindo assim a plena igualdade de direitos e de obrigações no mercado interno.

Dienstag, 16. Dezember 2014

Tokia Saïfi (PPE), *par écrit*. — L'accord sur l'espace économique européen (EEE) a été signé en 1992 et est entré en vigueur le 1^{er} janvier 1994. Suite à l'adhésion de la Croatie à l'Union européenne, le 1^{er} juillet 2013, celle-ci s'est engagée à devenir partie de l'EEE, suivant les conditions prévues dans ledit acte.

J'ai donc voté en faveur de ce rapport, qui permet d'intégrer la République de Croatie dans l'accord EEE en tant que partie contractante.

Matteo Salvini (NI), *per iscritto*. - Dal momento che la Croazia ha aderito all'UE, occorre sancire anche la sua partecipazione allo Spazio economico europeo; attraverso questo voto il Parlamento europeo dà il suo consenso al Consiglio per adottare le necessarie misure. Visto che non condivido del tutto l'applicazione dei principi alla base del mercato unico (circolazione di beni, servizi, persone e capitali), ho deciso di astenermi.

Lola Sánchez Caldentey (GUE/NGL), *por escrito*. — He votado a favor al tratarse de una consecuencia natural del ingreso de Croacia en la UE. Como consecuencia de dicho ingreso en julio de 2013, Croacia se comprometió a adherirse, en las condiciones establecidas en su Acta de Adhesión, al Acuerdo firmado por la UE sobre el Espacio Económico Europeo (EEE) en 1992. El Acuerdo sobre el EEE reúne a los Estados miembros de la UE y a tres miembros de la Asociación Europea de Libre Comercio —Islandia, Liechtenstein y Noruega— en un mercado único. El Acuerdo sobre el EEE prevé la inclusión de la legislación de la UE relativa a las cuatro libertades —la libre circulación de bienes, servicios, personas y capitales— en todos los Estados del EEE. Cubre la cooperación en ámbitos como la investigación y el desarrollo, la educación, la política social, el medio ambiente, la protección del consumidor, el turismo y la cultura. El Acuerdo garantiza, en principio, la igualdad de derechos y obligaciones en el mercado interior para los ciudadanos y los agentes económicos en el EEE.

Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito*. - Este informe es de carácter puramente técnico, ya que la participación de Croacia en el Espacio Económico Europeo es consecuencia de la adhesión de la misma a la UE. Pero incluso siendo así, no he podido votar a favor, puesto que considero que corresponde al pueblo croata decidir sobre su adhesión o no a la UE y, por tanto, sobre si quieren entrar en la lógica económica neoliberal de la Unión. Por ello me he abstenido.

Siôn Simon (S&D), *in writing*. — I consented to the conclusion of an Agreement on the participation of the Republic of Croatia in the European Economic Area, and of three related agreements.

The EEA Agreement brings together the EU Member States and the three members of the European Free Trade Association – Iceland, Liechtenstein and Norway – in a single market. The EEA Agreement provides for the inclusion of EU legislation covering the four freedoms — the free movement of goods, services, persons and capital — throughout all the EEA States.

I believe that the participation of Croatia in the European Economic Area is a natural consequence of its EU accession.

Davor Škrlec (Verts/ALE), *napisan*. — Sporazum o sudjelovanju Hrvatske u Europskom gospodarskom prostoru potpisan je 11. travnja ove godine, a njime se u zajedničko tržište povezuju države članice Europske unije i tri zemlje potpisnice Europske slobodne trgovinske zone. Navedeni sporazum, kojim se Hrvatska uključuje u Europski gospodarski prostor, obuhvaća suradnju u važnim područjima kao što su istraživanje i razvoj, obrazovanje, socijalna politika, okoliš, zaštita potrošača, turizam i kultura. Članstvo Hrvatske u Europskom gospodarskom prostoru važno je za trgovinsku razmjenu s državama članicama Europskog gospodarskog prostora (države članice EU-a te Norveška, Island i Lihtenštajn) jer omogućuje Hrvatskoj da, između ostaloga, postane korisnicom financijskog mehanizma Europskog gospodarskog prostora. Također, spomenutim sporazumom Hrvatskoj će biti na raspolaganju 9,6 milijuna eura za provedbu projekata u okviru aktualnog norveškog financijskog mehanizma.

Pristupanje Hrvatske Europskom gospodarskom prostoru obaveza je proizašla iz Ugovora o pristupanju Europskoj uniji te stoga podržavam početak sudjelovanja i izražavam nadu da će Hrvatska iskoristiti sve mogućnosti koje proizlaze iz ovog Sporazuma.

Dienstag, 16. Dezember 2014

Davor Ivo Stier (PPE), *napisan.* — Podržavam prijedlog ulaska Hrvatske u Europski gospodarski prostor (European Economic Area). Početkom rujna 2012. Komisija je otvorila pregovore s Islandom, kneževinom Lihtenštajn i kraljevinom Norveškom radi usklade sporazuma o Europskom gospodarskom području (EEA Agreement) nakon ulaska Hrvatske u Europsku uniju. Sporazum omogućava Hrvatskoj da postane ugovorna strana sporazuma u Europskom gospodarskom prostoru te joj nakon potpisanih ugovora s Norveškom, Lihtenštajnom i Islandom omogućuje uključanje u norveški financijski mehanizam što znači sudjelovanje na jedinstvenom tržištu i slobodnu trgovinu, ali i ravnopravni status s ostalim državama članicama Unije. Držim da će ovaj sporazum potaknuti i rast gospodarske razmjene između navedenih država potpisnica.

Dubravka Šuica (PPE), *napisan.* — Podržala sam ovaj prijedlog jer osigurava Hrvatskoj kao novoj članici Europske unije da postane ugovorna strana Europskog gospodarskog prostora te joj nakon potpisanih ugovora sa Norveškom, Lihtenštajnom i Islandom omogućuje i uključanje u mehanizam koji osigurava ravnopravno djelovanje na jedinstvenom tržištu i slobodnu trgovinu, a iznad svega ravnopravni status sa zemljama članicama.

S obzirom na veliku nezaposlenost i tešku gospodarsku situaciju s kojom se suočava Hrvatska očekujem da će pristupanje RH Europskom gospodarskom prostoru imati pozitivne dugotrajne posljedice na gospodarstvo, izvoz i nova radna mjesta. Znamo da Unija počiva na četiri temeljne slobode, a Sporazum je dobar korak ka osiguranju slobodnog kretanja roba, usluga, ljudi i kapitala.

Richard Sulík (ECR), *písomne* — Návrh podporujem, pretože odstránenie bariér medzi Chorvátskou republikou a Európskym hospodárskym priestorom zvýši prosperitu a pomôže ekonomike u oboch dotknutých strán. Je však škoda, že napriek tomu, že Chorvátsko je členom EÚ už od 1. júla 2013, Komisia a Rada prichádzajú s touto iniciatívou až teraz.

Ελευθέριος Συναδινός (NI), *γραπτώς.* — Τη συγκεκριμένη χρονική στιγμή, όπου η οικονομική κρίση συνεχίζει να υφίσταται, κάθε προσπάθεια διεύρυνσης της ΕΕ αλλά και οι οικονομικές συμφωνίες με τις υπό ένταξη χώρες, με ευνοϊκούς προς αυτές όρους δεν συμβάλλει στην επίλυση των οικονομικών προβλημάτων των χωρών μελών· αντιθέτως τα οξύνει.

Tibor Szanyi (S&D), *írásban.* – Szavazatommal támogattam az indítványt, mely a Horvát Köztársaságnak az Európai Gazdasági Térségben való részvételéről szóló megállapodásáról és három kapcsolódó megállapodásnak az Európai Unió nevében történő aláírásáról és ideiglenes alkalmazásáról szól. A Svájc, Norvégia és az EU–Izland és EGT Parlamenti Vegyes Bizottság tagjaként is fontosnak tartom, hogy Horvátország részt vegyen az Európai Gazdasági Térségben.

Az ügy fontosságát mutatja, hogy az EGT-megállapodás egységes piacként egyesíti az EU tagállamait és az Európai Szabadkereskedelmi Megállapodás három tagját: Izlandot, Liechtensteint és Norvégiát. Az EGT-megállapodás valamennyi EGT-állam számára előírja a négy szabadságjogra – az áruk, a szolgáltatások, a személyek és a tőke szabad mozgására – vonatkozó uniós jogszabályok átvételét. A megállapodás további fontos területeken való együttműködésre is kiterjed, mint például a kutatás és fejlesztés, az oktatás, a szociális politika, a környezetvédelem, a fogyasztóvédelem, az idegenforgalom és a kultúra („kísérő és horizontális politikák”).

Meg kell jegyezmem, hogy a szerződés kötelezettségekkel és nem csak előnyökkel jár, mivel a megállapodás egyenlő jogokat és kötelezettségeket biztosít a belső piacon az EGT polgárai és gazdasági szereplői részére.

Marc Tarabella (S&D), *par écrit.* — La participation de la Croatie au niveau économique n'est que la conséquence logique de son adhésion, il n'y avait donc pas de raison de voter contre. L'accord EEE prévoit l'intégration de la législation de l'Union relative aux quatre libertés (libre circulation des marchandises, des services, des personnes et des capitaux) dans l'ensemble des pays de l'EEE. Par ailleurs, l'accord régit également la coopération dans d'autres domaines importants, tels que la recherche et le développement, l'éducation, la politique sociale, l'environnement, la protection des consommateurs, le tourisme et la culture, désignés sous le vocable de «politiques d'accompagnement et politiques horizontales». L'accord garantit aux particuliers et aux opérateurs économiques l'égalité des droits et obligations dans le marché intérieur de l'EEE.

Ernest Urtasun (Verts/ALE), *por escrito.* — Mi voto favorable a este *dossier* técnico se basa en considerar que la incorporación de Croacia en el Espacio Económico Europeo es un paso consecuente con su incorporación a la UE.

Dienstag, 16. Dezember 2014

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito*. — O Acordo EEE reúne os Estados-Membros da UE e os três membros da Associação Europeia de Comércio Livre – a Islândia, o Liechtenstein e a Noruega – num mercado único.

O Acordo inclui a cooperação em domínios importantes, como a investigação e o desenvolvimento, a educação, a política social, o ambiente, a defesa do consumidor, o turismo e a cultura. O Acordo garante aos cidadãos e aos operadores económicos que fazem parte do EEE a igualdade de direitos e de obrigações no mercado interno.

A participação da Croácia no Espaço Económico Europeu é uma consequência natural da sua adesão à UE. Consideramos normal que esta questão se coloque e nada temos a opor desde que seja respeitada a vontade do povo croata.

Harald Vilimsky (NI), *schriftlich*. — Ich habe diesem Antrag zugestimmt, da ich der Meinung bin, dass Kroatien durch alle Auflagen für eine Aufnahme in den Europäischen Wirtschaftsraum erfüllt und somit auch die gleichen Rechte, aber auch Pflichten erfüllen muss.

Jarosław Wałęsa (PPE), *in writing*. — I have voted in favour of the INTA report (A8-0026/2014) concerning Participation of Croatia in the European Economic Area. The Agreement on the European Economic Area was signed on 2 May 1992 and entered into force on 1 January 1994. According to the Act of Accession of the Republic of Croatia, Croatia undertakes to accede, under the conditions laid down in the Act, to the Agreement on the European Economic Area, in accordance with Article 128 of that Agreement.

On 4 September 2012, the Council authorised the Commission to open negotiations with the Republic of Iceland, the Principality of Liechtenstein and the Kingdom of Norway to amend the EEA Agreement and the Agreement between the Kingdom of Norway and the European Union on a Norwegian Financial Mechanism for the period 2009-2014. The negotiations with Iceland, Liechtenstein and Norway were successfully concluded. The proposed Agreement makes the Republic of Croatia a contracting party to the EEA Agreement. The Protocol includes Croatia in the Norwegian Financial Mechanism.

Iuliu Winkler (PPE), *în scris*. - Am votat recomandarea referitoare la Decizia Consiliului privind semnarea, în numele UE, a Acordului privind participarea Republicii Croația la Spațiul Economic European - SEE. Participarea Croației la SEE este o consecință naturală a aderării sale la UE. În acest sens, decizia de astăzi a PE desăvârșește extinderea UE cu noul stat membru Croația. Acordul privind SEE, intrat în vigoare la 1 ianuarie 1994, reunește statele membre ale UE și trei state membre ale Asociației Europene a Liberului Schimb — Islanda, Liechtenstein și Norvegia — în cadrul unei piețe unice. Semnatarile acestui acord se obligă să includă în legile naționale legislația UE referitoare la cele patru libertăți - libera circulație a mărfurilor, serviciilor, persoanelor și a capitalurilor.

Inês Cristina Zuber (GUE/NGL), *por escrito*. — Este relatório recomenda a aprovação da celebração do Acordo sobre a participação da Croácia no Espaço Económico Europeu (EEE).

Tendo em conta a adesão da Croácia à União Europeia, é necessária a celebração de diferentes Acordos e Protocolos para efetivar a participação deste país no EEE.

Embora consideremos que o processo de adesão à EU tem tido consequências negativas para os povos da Europa, entendemos também que tal cabe decidir a esses mesmos povos, pelo que aqui temos um mesmo sentido de voto relativamente as decisões ou processos que se inscrevam no quadro das normais consequências dessa adesão. Daí a nossa abstenção também neste relatório.

6.7. Sondersteuer „octroi de mer“ in den französischen Gebieten in äußerster Randlage (A8-0054/2014 - Iskra Mihaylova)

Explications de vote par écrit

Dienstag, 16. Dezember 2014

Marie-Christine Arnautu (NI), *par écrit*. — L'octroi de mer est une taxe sur les marchandises qui frappe à la fois les importations de biens dans les cinq départements français ultra-marins et les activités de production au sein de ces territoires. Cette taxe permet aux collectivités de bénéficier d'un apport financier important (1 milliard d'euros) et de stimuler le développement économique des productions locales. Ce protectionnisme local fonctionne bien et reste toléré par les gouvernements successifs, qui refusent pourtant d'appliquer les mêmes méthodes au niveau français ou européen.

Cette proposition de décision du Conseil présentée par la Commission vise à renouveler pour la période 2015-2020 la possibilité d'appliquer des différentiels de taxation, tout en encadrant cette pratique afin de compenser aussi les handicaps qui frappent ces régions lointaines. Avec les députés du Front National, j'ai voté en faveur de ce texte qui protège les citoyens français résidant outre-mer.

Jonathan Arnott (EFDD), *in writing*. — This report proposed special treatment for the French overseas territories.

Zigmantas Balčytis (S&D), *raštu*. — Balsavau už šį siūlymą, kurio tikslas – sukurti naują teisinį pagrindą, reglamentuojantį Prancūzijos atokiausiuose regionuose taikomus doko mokesčius, mokėtinus nuo 2015 m. sausio 1 d. iki 2020 m. gruodžio 31 d., patvirtinant produktus, kuriems gali būti taikomas atleidimas nuo mokesčių arba jų sumažinimas. Prancūzijai leidžiama taikyti mažesnę doko mokestį tam tikriems Prancūzijos atokiausiuose regionuose gaminiams produktams. Tuo siekiama kompensuoti nepatogumus, su kuriais susiduria tokio tipo regionai: nuošalumas, priklausomybė nuo žaliavų ir energijos išteklių, maža vietos rinka. Kadangi ši priemonė skatina ekonomiką bei konkurencingumą atokiausiuose regionuose, bet nedaro žalos vidaus rinkos darnai ir ES teisei sistemai, pritariu šiam pasiūlymui.

Hugues Bayet (S&D), *par écrit*. — Ce texte vise à continuer de favoriser l'activité économique et la compétitivité dans les régions ultrapériphériques, tout en ne nuisant pas à la cohésion du marché intérieur ni à l'ordre juridique de l'Union européenne. Un nouveau cadre juridique a été établi afin de modifier le régime de l'impôt désigné sous le nom d'«octroi de mer».

Izaskun Bilbao Barandica (ALDE), *por escrito*. — He votado a favor de este informe ya que la Comisión establece un nuevo marco jurídico para el «arbitrio insular» para el periodo comprendido entre el 1 de enero de 2015 y el 31 de diciembre de 2020, determinando los productos a los que se pueden aplicar las exenciones y reducciones fiscales. Si bien los productos que figuran en la nueva lista son fundamentalmente similares a los incluidos en el anexo a la Decisión 2004/162/CE del Consejo, cabe señalar que se han introducido varios productos nuevos y se han suprimido otros. Este informe servirá para seguir estimulando la actividad económica y la competitividad en las regiones ultraperiféricas, sin que ello socave la coherencia del mercado interior y del ordenamiento jurídico de la UE.

Dominique Bilde (NI), *par écrit*. — L'octroi de mer, qui est une taxe sur les marchandises, frappe à la fois les importations de biens dans les cinq départements français d'outre-mer et les activités de production au sein de ces territoires. Cette taxe permet à ces collectivités de bénéficier d'un apport financier important (1 milliard d'euros) et de stimuler le développement économique des productions locales. Une sorte de protectionnisme raisonné, en somme, qui semble donc bien fonctionner et ne paraît pas gêner nos gouvernants politiques, qui refusent pourtant d'appliquer les mêmes méthodes au niveau français ou européen.

Cette proposition de décision du Conseil présentée par la Commission vise à renouveler pour la période 2015-2020 la possibilité d'appliquer des différentiels de taxation tout en encadrant cette pratique, afin de compenser aussi les handicaps qui frappent ces régions ultrapériphériques. C'est pourquoi j'ai voté pour ce texte.

Mara Bizzotto (NI), *per iscritto*. — Ho votato a favore della procedura semplificata per consentire che, dal 2015 al 2020, venga creato un nuovo sistema di eccezioni parziali o totali sui dazi per i prodotti fabbricati nelle regioni ultraperiferiche francesi, allo scopo di sostenerne la competitività e lo sviluppo.

Dienstag, 16. Dezember 2014

José Blanco López (S&D), *por escrito*. — Hasta el 1 de julio de 2014, Francia estaba autorizaba a establecer exenciones o reducciones del impuesto del «arbitrio insular» para determinados productos fabricados en las regiones ultraperiféricas francesas (excepto San Martín), a fin de compensar las desventajas que les afectan y apoyar su competitividad y su desarrollo social y económico.

La propuesta que ahora se presenta tiene por objeto establecer un nuevo marco jurídico para el «arbitrio insular» para el periodo comprendido entre el 1 de enero de 2015 y el 31 de diciembre de 2020, determinando los productos a los que se pueden aplicar las exenciones y reducciones fiscales. Si bien los productos que figuran en la nueva lista son fundamentalmente similares a los incluidos en el anexo a la Decisión 2004/162/CE del Consejo, se han introducido varios nuevos y se han suprimido otros.

Parece una medida justificada. Su objetivo es seguir estimulando la actividad económica y la competitividad en las regiones ultraperiféricas, sin menoscabo de la coherencia del mercado interior y del ordenamiento jurídico de la UE, por lo que he votado a favor, conforme al procedimiento propuesto por la presidencia de la Comisión REGI de que se aprobase sin enmiendas, de conformidad con el artículo 50 del Reglamento.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), *raštu*. — Balsavau už šį pranešimą, nes juo Parlamentas pritarė sprendimui dėl doko mokesčio taikymo Prancūzijos atokiausiuose regionuose tvarkos. Šio sprendimo tikslas yra sukurti naują teisinį pagrindą, reglamentuojantį doko mokesčius Prancūzijos atokiausiuose regionuose, mokėtinus nuo 2015 m. sausio 1 d. iki 2020 m. gruodžio 31 d., ir patvirtinti produktų sąrašą, kuriems gali būti taikomas atleidimas nuo mokesčių arba jų sumažinimas. Kadangi, Parlamento vertinimu, šią priemonę galime laikyti pateisinama ir skirta ekonomikai bei konkurencingumui atokiausiuose ES regionuose skatinti, nedarant žalos vidaus rinkos darnai ir ES teisei sistemai, šiam susitarimui Parlamentas pritarė be pakeitimų.

Marie-Christine Boutonnet (NI), *par écrit*. — Je me suis prononcée en faveur de ce texte.

L'octroi de mer, taxe sur les marchandises, frappe à la fois les importations de biens dans les cinq DOM français et la production dans ces territoires. Cette taxe assure le financement des collectivités territoriales et de leurs activités et contribue au développement économique local, grâce à un différentiel de taxation. Ce texte propose de renouveler ce dispositif pour 2015-2020. On peut se féliciter de la prise en considération de la situation particulière de nos compatriotes d'Outre-mer.

Mercedes Bresso (S&D), *in writing*. — I supported this resolution because I think that sometimes we need exceptions in our internal market in order to support regions with genuine economic difficulties.

Steeve Briois (NI), *par écrit*. — Le financement des régions ultrapériphériques françaises est largement tributaire de décisions de Bruxelles. Un sujet préoccupe particulièrement les RUP aujourd'hui: l'avenir du régime de l'octroi de mer. C'était en effet le 1^{er} juillet 2014 qu'expirait la décision du Conseil du 10 février 2004, qui a autorisé le régime actuel pour dix ans. L'industrie locale voit ainsi améliorée sa compétitivité, laquelle souffre des contraintes particulières énumérées à l'article 349 du TFUE: l'éloignement, la dépendance à l'égard des matières premières et de l'énergie, l'obligation de constituer des stocks plus importants, la faible dimension du marché local combinée à une activité exportatrice peu développée. C'est la reconnaissance par l'Union européenne d'une sorte de protectionnisme économique local. Or ce régime exorbitant du droit du marché intérieur est menacé par la Commission européenne, qui y voit désormais une prétendue rente de situation, alors qu'il est en réalité le garant de la survie du tissu économique des régions d'outre-mer. A ce titre, il démontre par son existence que le dogme du libre-échange constitue une menace sans équivalent pour les régions les plus en difficulté. C'est pourquoi j'ai voté pour la résolution du Parlement approuvant le maintien du régime de l'impôt «octroi de mer» dans les régions ultrapériphériques françaises.

Daniel Buda (PPE), *în scris*. — Am votat în favoarea raportului prin care se dorește autorizarea Republicii Franceze pentru aplicarea de scutiri sau reduceri de impozit la taxele de andocare pentru anumite produse fabricate la nivel local în regiunile ultraperiferice franceze: Guadelupa, Guyana Franceză, Martinica, Mayotte și Réunion.

Dienstag, 16. Dezember 2014

Impozitul taxelor de andocare este un impozit indirect aplicat la livrările și exporturile de bunuri în regiunile ultraperiferice franceze. În principiu, se aplică în același mod produselor fabricate la nivel local și celor care nu sunt fabricate la nivel local.

Propunerea prevede prelungirea perioadei de aplicare a Deciziei 2004/162/CE pentru încă șase luni, de la 31 decembrie 2014 la 30 iunie 2015, iar măsura va oferi Franței timpul necesar pentru a transpune prevederile noii decizii a Consiliului în legislația sa națională.

Gianluca Buonanno (NI), *per iscritto*. — Si vota con la procedura semplificata per consentire che dal 2015 al 2020 vi sia un nuovo sistema, concordato con il governo francese, di eccezioni parziali o totali sui dazi per i prodotti fabbricati nelle regioni ultraperiferiche francesi allo scopo di sostenerne la competitività e di creare sviluppo. Questo provvedimento non comporta conseguenze per il nostro sistema produttivo per cui ho espresso voto favorevole.

Soledad Cabezón Ruiz (S&D), *por escrito*. — Parece una medida justificada. Su objetivo es seguir estimulando la actividad económica y la competitividad en las regiones ultraperiféricas, sin socavar la coherencia del mercado interior y del ordenamiento jurídico de la UE, por lo que la presidencia de la Comisión REGI propuso que se aprobase sin enmiendas, de conformidad con el artículo 50 del Reglamento.

Alain Cadec (PPE), *par écrit*. — La France bénéficie jusqu'au 31 décembre 2014 d'un régime spécial permettant de supprimer ou de réduire l'impôt «octroi de mer» pour plusieurs produits provenant des régions ultrapériphériques françaises. Cette mesure vise à aider les régions ultrapériphériques françaises à faire face aux problèmes socio-économiques auxquels elles sont confrontées. Ce rapport permettra à ce régime spécial de perdurer jusqu'en 2020. J'ai voté en sa faveur. J'estime que nous devons aider les régions ultrapériphériques à subvenir à leurs besoins. Ces régions sont confrontées à des contraintes particulières, notamment en matière d'accessibilité géographique. Conformément au traité, nous devons adapter nos règles commerciales à cette situation afin d'établir des règles de concurrence équitables.

Nicola Caputo (S&D), *per iscritto*. — Lo scopo della relazione è di istituire un nuovo quadro giuridico che autorizza la Francia a prevedere, fino al 31 dicembre 2020, esenzioni parziali o totali dall'imposta («dazi di mare») per una serie di prodotti fabbricati nelle regioni ultraperiferiche francesi al fine di compensare gli svantaggi delle regioni ultraperiferiche interessate (la grande distanza, la dipendenza dalle materie prime e dall'energia, la modesta dimensione del mercato locale e lo scarso sviluppo dell'attività di esportazione) e di sostenerne la competitività e lo sviluppo socioeconomico determinando i prodotti ai quali possono essere applicate le esenzioni parziali o totali d'imposta.

Oggi ho votato a favore di questa relazione perché ritengo che gli svantaggi di cui soffrono le regioni ultraperiferiche francesi si possono ancora riscontrare in maniera evidente e quindi sono a favore del mantenimento di un sistema di tassazione differenziato fino al 31 dicembre 2020 per alcuni prodotti.

James Carver (EFDD), *in writing*. - I voted against this proposal which seeks special treatment for French overseas territories and urges a longer time frame for the French request.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), *per iscritto*. — Questa misura è un aiuto a regioni che si trovano svantaggiate a causa della posizione geografica e non arreca pregiudizio alle regole del mercato interno. Non possiamo che appoggiare questa proposta.

Alberto Cirio (PPE), *per iscritto*. — Io sono convinto che le regole vadano rispettate, perché non ci sia il caos. Allo stesso tempo, come ha ricordato Papa Francesco durante la scorsa plenaria, ritengo che le regole vadano interpretate per non essere applicate ciecamente. In questo caso, sono a favore della concessione della deroga ai territori d'oltremare della Francia perché mi rendo conto che già sono in condizione di svantaggio rispetto ai territori più vicini in termini di competitività dei loro prodotti. Certo, essendo più avvantaggiati per esportare bisognerebbe bilanciare deroghe e incentivi, ma per quanto riguarda il mercato interno concordo con il considerarli come sono: un caso isolato, meritevole di eccezione.

Dienstag, 16. Dezember 2014

Lara Comi (PPE), *per iscritto*. - Ho votato a favore di questa decisione relativa ai dazi di mare nelle regioni ultraperiferiche francesi. Si tratta di esenzioni parziali o totali all'imposta «dazi di mare», che si applicheranno a prodotti fabbricati nelle regioni dei dipartimenti francesi d'oltremare.

Ritengo giusto e adeguato compensare lo svantaggio economico dovuto alla distanza, alla piccola dimensione del mercato locale e alla scarsa esportazione. Queste misure potranno sostenere e stimolare la competitività e l'attività economica di queste regioni. Per questo condivido la richiesta presentata dalla Francia di poter estendere tale tipo di tassazione fino al 31 dicembre 2020 e di prorogare di altri 6 mesi, cioè fino al 30 giugno 2015, la decisione del Consiglio 2004/162/CE, per consentire alla Francia di avere il tempo necessario per trasporre le nuove disposizioni nel proprio diritto interno.

Therese Comodini Cachia (PPE), *in writing*. — The 'dock dues' tax is an indirect tax applied to deliveries and exports of goods in the French outermost regions. The purpose is to authorise France to apply exemptions or reductions to the 'dock dues' tax for certain products produced locally in the French outermost regions of Guadeloupe, French Guiana, Martinique, Mayotte and Réunion, and to establish a new legal framework for the dock dues from 1 January 2015 to 31 December 2020, by determining the products to which tax exemptions and reductions may be applied. As this, in particular, might simplify the obligations of small enterprises I voted in favour.

Ignazio Corrao (EFDD), *per iscritto*. — Ho votato a favore della presente risoluzione in quanto lo scopo della proposta presentata è di istituire un nuovo quadro giuridico per i dazi di mare dal 1° gennaio 2015 al 31 dicembre 2020, determinando i prodotti ai quali possono essere applicate le esenzioni parziali o totali d'imposta. Sebbene i prodotti inseriti nella nuova lista siano per la maggior parte simili a quelli elencati nell'allegato della decisione 2004/162/CE del Consiglio, sono stati introdotti alcuni nuovi prodotti, mentre altri sono stati cancellati.

Ho votato favorevolmente al fine di prorogare di altri sei mesi (fino al 30 giugno 2015) la decisione 2004/162/CE per dare alla Francia il tempo di recepire nel diritto nazionale le disposizioni della nuova decisione del Consiglio per il periodo dal 1° gennaio 2015 al 31 dicembre 2020. Voto positivamente anche per continuare a stimolare la competitività e l'attività economica delle regioni ultraperiferiche, senza pregiudicare la coerenza del mercato interno e dell'ordinamento giuridico dell'Unione europea.

Miriam Dalli (S&D), *in writing*. - I agree with the objective of this proposal to authorise France to apply exemptions or reductions to the 'dock dues' tax for certain products. The purpose of the tax differentials is to offset the handicaps affecting these outermost regions, avoiding the increase of production costs and the prices of products produced locally. Thus I voted in favour of this report.

Rachida Dati (PPE), *par écrit*. — En vertu des règles européennes, il est possible de prévoir des mesures spécifiques en faveur des régions ultrapériphériques de l'Union, dont font partie les départements français d'outre-mer, pour faire face aux problématiques économiques et sociales structurelles propres à ces régions. Le Parlement européen, en se montrant favorable à l'exonération de «l'octroi de mer» pour certains produits fabriqués localement dans ces régions, s'est montré à l'écoute de leurs préoccupations. J'ai ainsi soutenu ce texte bénéfique pour ces régions françaises.

Marielle de Sarnez (ALDE), *par écrit*. — Les régions ultrapériphériques sont durement touchées par la crise économique et la situation du marché du travail y est particulièrement alarmante, avec un taux de chômage très important: 23,8 % en Guadeloupe, 28,7 % dans les îles Canaries, 28,9 % à la Réunion, et un taux de chômage des jeunes plus inquiétant encore, pouvant atteindre les 60 %. Il est donc décisif que l'Union apporte un soutien renforcé aux producteurs locaux.

Dienstag, 16. Dezember 2014

Le renouvellement pour 2015-2020 du régime spécial de l'octroi de mer dans les régions ultrapériphériques va dans ce sens. L'octroi de mer est une taxe sur les marchandises qui frappe à la fois les importations de biens dans les cinq départements d'outre-mer français et les activités de production au sein de ces territoires. Cette taxe présente le double objectif d'assurer le financement des collectivités territoriales (près d'1 milliard d'euros de recettes par an) et, à travers des différentiels de taxation, de stimuler le développement économique des productions locales. L'entrée en vigueur de la nouvelle décision au 1^{er} janvier 2015 revêt une importance cruciale, tant pour la continuité du dispositif que pour le fonctionnement des entreprises locales.

Tamás Deutsch (PPE), *írásban*. – Egy 2004. februári tanácsi döntés értelmében Franciaország 2014. július elsejéig bezárólag a francia legkülső régiókban alkalmazott „octroi de mer” adó tekintetében néhány termékre vonatkozóan kedvezményeket kapott azért, hogy a legkülső régiókat sújtó számos jelentős nehézséget (például a kisméretű, limitált piactól való függőség, földrajzi távolság, alacsony exportképesség) ezáltal ellensúlyozzák és ösztönözzék versenyképességüket, társadalmi és gazdasági fejlődésüket.

Franciaország egy, a fentihez hasonló megkülönböztetett adórendszer fenntartását kérte 2020. december 31-ig. Az Európai Bizottság alapos vizsgálatokat folytatott, és egy új jogi keret létrehozását javasolta az „octroi de mer” adóval kapcsolatban a 2015. január 1-jétől 2020. december 31-ig tartó időszakra, mely jogi keret meghatározza azokat a termékeket, melyekre a mentességek és kedvezmények alkalmazhatóak.

Ez az intézkedés nem ássa alá a belső piac egységét, sem az uniós jogrendet, célja a legkülső régiók gazdasági tevékenységének és versenyképességének ösztönzése, ezért támogatása indokolt.

Viorica Dăncilă (S&D), *în scris*. — Salut votul cu privire la regimul de impozitare aferent taxelor de andocare în regiunile ultraperiferice franceze; consider necesară stimularea activității economice și competitivității în regiunile ultraperiferice.

Mireille D'Ornano (NI), *par écrit*. — J'ai décidé de voter en faveur de ce texte qui favorise notamment les intérêts de l'espace maritime français et les activités des territoires ultrapériphériques, en particulier ultramarins. Ces territoires sont des enjeux de puissance pour la France et pour son rang en Europe et dans le monde.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI), *γραφώς*. — Καταψήφισα την έκθεση, διότι υπάρχει κίνδυνος τα φορολογικά καθεστώτα που προτείνει να εφαρμοστούν να οδηγήσουν στη δημιουργία και τη διατήρηση «φορολογικών παραδείσων.»

José Manuel Fernandes (PPE), *por escrito*. - A autorização dada à França para isenções ou reduções do imposto *octroi de mer* a determinados produtos fabricados nas regiões ultraperiféricas francesas (com exceção de São Martinho) para compensar as desvantagens que afetam as regiões ultraperiféricas em causa e apoiar a sua competitividade e o seu desenvolvimento socioeconómico faz todo o sentido. Por isso, a criação de um novo quadro jurídico para o imposto *octroi de mer* para o período compreendido entre 1 de janeiro de 2015 e 31 de dezembro de 2020, permitindo identificar os produtos aos quais se podem aplicar as isenções ou as reduções de imposto, era necessário. O meu voto favorável baseia-se no facto de esta medida ser justificada e ter por objetivo continuar a estimular a atividade económica e a competitividade nas regiões ultraperiféricas, sem prejudicar a coerência do mercado interno e da ordem jurídica da UE.

Edouard Ferrand (NI), *par écrit*. — Le Parlement européen a adopté aujourd'hui à une large majorité le vote la prorogation de l'«octroi de mer» et je m'en félicite. L'«octroi de mer» est une taxe qui existe depuis 1670 sous la dénomination «d'octroi de poids» créé par Louis XIV et rapporte plus d'1 milliard d'euros aux collectivités locales de l'Outre-mer. Véritable héritière des droits de douane, elle permet de protéger la production locale. Déclarée dans un premier temps incompatible avec le traité de Rome au nom du dogme de la libre circulation, cette taxe a été confirmée puis prorogée à l'initiative de nombre de responsables politiques de l'Outre-mer. Nous resterons pour notre part attachés à ce mécanisme fiscal et le défendrons par tout moyen, au Parlement européen, mais aussi, à terme, en reprenant notre souveraineté fiscale.

João Ferreira (GUE/NGL), *por escrito*. - A 10 de fevereiro de 2004, o Conselho tomou uma Decisão que autoriza a França a aplicar, até 1 de julho de 2014, isenções ou reduções do imposto *octroi de mer* a determinados produtos fabricados nas regiões ultraperiféricas francesas, para compensar os constrangimentos a que estão sujeitas, como o afastamento, a dependência em relação às matérias-primas e à energia, a reduzida dimensão do mercado e a atividade exportadora pouco desenvolvida que afetam as regiões ultraperiféricas.

Dienstag, 16. Dezember 2014

A França solicitou agora a manutenção, até 31 de dezembro de 2020, de um sistema de tributação diferenciado, idêntico ao supramencionado. No entanto, a Comissão pretende analisar a lista dos produtos aos quais se vai aplicar o novo sistema, aspeto que tornará o processo moroso e incompatível com a data de expiração da Decisão. Assim, para permitir à Comissão finalizar a avaliação, a Decisão do Conselho prorroga por mais seis meses a vigência da Decisão anterior. Quando a Comissão concluir a avaliação, dá-se seguimento à criação do novo quadro jurídico para o imposto *octroi de mer* para o período entre 1 de janeiro de 2015 e 31 de dezembro de 2020.

Votámos favoravelmente, tendo em conta a nossa posição de princípio de defesa das especificidades e da consequente necessária discriminação positiva das regiões ultraperiféricas.

Monika Flašíková Beňová (S&D), *písomne* — Hlavným cieľom je povoliť Francúzsku uplatniť oslobodenie od dane alebo zníženie dane na tzv. „dock dues“ pre niektoré výrobky vyrobené lokálne v najvzdialenejších regiónoch. Účelom týchto daňových rozdielov je vyrovnanie nevýhod pre najvzdialenejšie regióny, ktoré musia bojovať so zvýšenými výrobnými nákladmi a s tým spojenou vysokou cenou týchto výrobkov. Ak nebudú prijaté predmetné opatrenia, tieto výrobky budú menej konkurencieschopné ako tie, ktoré boli vyrobené na iných miestach. Predmetný návrh stanovuje jasný a presný právny rámec pre námorné dane od 1. januára 2015 do decembra 2020.

Lorenzo Fontana (NI), *per iscritto*. — La relazione non presenta problematicità e farà sì che dal 2015 al 2020 vi sia un nuovo sistema, concordato con il Governo Francese, di eccezioni parziali o totali sui dazi per i prodotti fabbricati nelle regioni ultraperiferiche francesi allo scopo di sostenerne la competitività e creare sviluppo.

Λάμπρος Φουντούλης (NI), *γραπτώς*. — Καταφιζώ την έκθεση σχετικά με την πρόταση απόφασης του Συμβουλίου για το καθεστώς που διέπει τον φόρο «εισφορά θαλάσσης» στις γαλλικές εξόχως απόκεντρες περιοχές, διότι υπάρχει κίνδυνος τέτοια φορολογικά καθεστώτα να οδηγήσουν στη δημιουργία και τη διατήρηση «φορολογικών παραδείσων».

Nathan Gill (EFDD), *in writing*. — I voted against as this is asking for the French to have longer to sort out their tax arrangements in their overseas territories, in effect asking for special treatment. If the tax is due, then the French Government should pay.

Sylvie Goddyn (NI), *par écrit*. — J'ai voté en faveur en faveur du rapport relatif à la reconduction de l'octroi de mer jusque fin 2020. Dans les régions ultrapériphériques françaises, cette taxe sur les produits importés est indispensable pour subvenir aux besoins des collectivités concernées: elle représente près d'un milliard d'euros par an.

Mais surtout, elle est indispensable pour favoriser le développement des entreprises locales, via les exonérations. L'économie des DOM — TOM ne survivrait pas à la disparition de l'octroi de mer.

Les territoires ultra-marins sont déjà durement frappés par le manque de matières premières, le coût de l'énergie et la taille réduite de leur marché domestique: il est de notre devoir de ne pas laisser ces territoires se paupériser encore plus et de favoriser toute mesure qui permet leur développement économique et social.

Antanas Guoga (ALDE), *in writing*. — I voted in favour concerning dock dues in the French outermost regions. I am sure that we have to provide a support for the outermost regions in order to make them more competitive and provide a possibility to develop economically and socially. I do believe that the application of exemptions or reductions to the 'dock dues' tax will boost the level of the small sized export activity of a small market.

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan*. — Glasao sam ZA nacrtni zakonodavne Rezolucije o prijedlogu Odluke Vijeća o porezu „octroi de mer“ u najudaljenijim francuskim regijama jer se navedenim prijedlogom potiču ekonomske aktivnosti i konkurentnost francuskih regija koje su tisuće kilometara udaljene od domovine, poštujući usklađenost unutarnjeg tržišta.

Također podržavam prijedlog Komisije da se trenutna odluka Vijeća produži za dodatnih šest mjeseci kako bi se omogućilo Francuskoj prenošenje mjera nove odluke u nacionalno zakonodavstvo za period od 1. siječnja 2015. do 31. prosinca 2020. godine. Nova odluka stvorit će novi prilagođeni pravni okvir o porezima koji će se primjenjivati na pojedinim proizvodima kako bi se nadoknadila zaostajanja najudaljenijih regija te se podržao njihov socijalni i ekonomski razvoj.

Dienstag, 16. Dezember 2014

Marc Joulaud (PPE), *par écrit*. — J'ai voté en faveur du rapport de ma collègue Iskra Mihaylova sur le régime de l'impôt «octroi de mer» dans les régions ultrapériphériques françaises. Une décision de 2004 autorisait la France à appliquer des exemptions ou des réductions sur l'impôt «octroi de mer» pour plusieurs produits provenant des régions ultrapériphériques françaises, afin de les aider à faire face aux problèmes de compétitivité et de développement socioéconomique qu'elles rencontrent. Cet accord arrivant à son terme fin 2014, le texte propose de le renouveler jusqu'à fin 2020 tout en proposant un nouveau cadre juridique pour les octrois de mer.

Le rapport a été adopté à une large majorité, ce dont je me félicite.

Afzal Khan (S&D), *in writing*. — I supported the proposal, as it will help to support competitiveness, and social and economic development of the producers in the French outermost regions.

Giovanni La Via (PPE), *per iscritto*. - Signor Presidente, onorevoli colleghi, ho votato a favore della relazione dell'on. Iskra Mihaylova in quanto tale decisione consente, fino al 1° luglio 2014, l'esenzione parziale o totale dell'imposta «dazi del mare» per molti dei prodotti fabbricati nelle regioni ultraperiferiche francesi. Inoltre, considerando che tali regioni si caratterizzano per la loro marginalità territoriale, ritengo che questo regime rappresenti un'opportunità importante e sufficiente a tamponare le condizioni di svantaggio che la loro posizione geografica determina.

Javi López (S&D), *por escrito*. — Francia estaba autorizada a establecer, hasta el 1 de julio de 2014, exenciones o reducciones del impuesto del «arbitrio insular» para determinados productos fabricados en las regiones ultraperiféricas francesas (excepto San Martín), y solicitó poder prorrogar esta medida hasta 2020. Esta medida parece razonable, dado que su objetivo es seguir estimulando la actividad económica y la competitividad en las regiones ultraperiféricas, que cuentan con dificultades añadidas objetivas respecto al resto del continente en este sentido, sin socavar la coherencia del mercado interior y el ordenamiento jurídico de la UE.

Antonio López-Istúriz White (PPE), *por escrito*. — Francia ha solicitado que se mantenga para el periodo 2015-2020 un régimen de imposición diferenciado del «arbitrio insular» para las regiones ultraperiféricas francesas. Los productos recogidos en esta propuesta son similares, salvo algunas inclusiones y exclusiones, a los productos recogidos en la Decisión 2004/162/CE. La Comisión incluye en la propuesta la extensión de la aplicación de dicha Decisión hasta el 1 de julio de 2015 para dar tiempo a Francia a incorporar las nuevas disposiciones a su ordenamiento jurídico.

Considerando las condiciones de estas regiones —lejanía, insularidad, reducida superficie, relieve y clima adversos, y dependencia de un reducido número de productos que afectan negativamente a su desarrollo económico—, creo conveniente la aprobación de estas medidas.

Ivana Maletić (PPE), *napisan*. — Podžavam ovo izvješće jer smatram da je ova mjera opravdana i definirana s ciljem poticanja ekonomske aktivnosti i konkurentnosti u najudaljenijim regijama, a ne ugrožava unutarnje tržište i pravni poredak EU-a.

Cilj izuzeća ili smanjenja poreza „octroi de mer” za niz proizvoda proizvedenih u francuskim najudaljenijim regijama (uključujući Saint Martin) je nadoknađivanje nedostataka koji utječu na pogođene u najudaljenijim regijama (udaljenost, siroviniska i energetska ovisnost, malo tržište i niska razina izvozne aktivnosti), te za podršku njihovoj konkurentnosti te društvenom i ekonomskom razvoju.

Νότης Μαρτιάς (ECR), *γραπτώς*. — Καταψήφισα την έκθεση Mihaylova σχετικά με την εισφορά θαλάσσης στις γαλλικές εξόχως απόκεντρες περιοχές, καθώς θεωρώ ότι δεν υπάρχει λόγος να διατηρηθεί ένα σύστημα διαφοροποιημένης φορολογίας για μια σειρά προϊόντων που παράγονται στις γαλλικές εξόχως απόκεντρες περιοχές μέχρι το 2020.

Dominique Martin (NI), *par écrit*. — Nous avons voté pour cette décision qui donnera la possibilité à certaines zones ultrapériphériques françaises de se débarrasser d'une taxe spéciale.

David Martin (S&D), *in writing*. — I voted for this proposal which I consider is justifiable as it aims at continuing to stimulate economic activity and competitiveness in the outermost regions, while not undermining the coherence of the internal market and of the EU legal order.

Dienstag, 16. Dezember 2014

Fulvio Martusciello (PPE), *per iscritto*. - Le regioni ultraperiferiche dell'Unione europea, come nello specifico quelle francesi, hanno bisogno di aiuti specifici sotto forma di azioni legislative mirate, in grado di adeguare la loro situazione di regioni lontane agli standard e alle esigenze del mercato dell'UE.

La relazione appena approvata si riferisce al caso dei dazi di mare che, nel caso di trasporto merci provenienti dalle regioni ultraperiferiche francesi, non verranno attuati. La Francia, fino al 1° luglio 2014, avrà un'esenzione parziale o totale dall'imposta «dazi di mare» per una serie di prodotti provenienti da queste regioni.

Barbara Matera (PPE), *per iscritto*. — Ho votato a favore della relazione Mihaylova, poiché ritengo che sia necessario sostenere la competitività e lo sviluppo socioeconomico all'interno delle regioni francesi ultraperiferiche, il cui sviluppo è compromesso dall'isolamento geografico e dalla modesta dimensione del mercato locale.

Il mio consenso nei confronti del documento deriva altresì dalla convinzione che le vigenti direttive debbano subire una proroga, affinché la Commissione possa valutare adeguatamente il nuovo quadro giuridico relativo ai dazi di mare.

Gabriel Mato (PPE), *in writing*. — I voted in favour of the proposal for a Council Decision allowing France to apply exemptions or reductions to the 'Dock dues' tax in the French Outermost Regions in order to tackle the structural handicaps affecting them. I am convinced these regions will benefit from this Decision as it will make it possible to enhance economic and social development, competitiveness and growth.

Outermost regions need our full support in order to further explore their potential, as development is key to EU cohesion.

These dues are essential to maintain local production, preserve employment in regions where unemployment is the highest in the EU, and prevent stiff competition from low-cost products from third countries.

Georg Mayer (NI), *schriftlich*. — Dieser Antrag erfährt meine Zustimmung, da die französischen Gebiete in äußerster Grenzlage ohnehin schon in einer wirtschaftlich schlechten Position sind, bedingt durch deren Abgeschiedenheit, ihre Begrenzung auf einen engen lokalen Markt, eine schwache Exporttätigkeit und deren Abhängigkeit von Rohstoffen. Da sie jedoch Teil Frankreichs sind und deshalb genauso ein Teil der Europäischen Union, ist eine Unterstützung dieser Gebiete sinnvoll.

Jean-Luc Mélenchon (GUE/NGL), *par écrit*. — «L'octroi de mer» est un impôt indirect appliqué aux livraisons et exportations de marchandises dans les régions ultrapériphériques françaises. Le but de ces différences de taxation est de compenser les handicaps dont souffrent les régions ultrapériphériques. Le but de cette nouvelle proposition est d'établir le cadre juridique pour l'octroi de mer du 1^{er} janvier 2015 au 31 décembre 2020. La France est ainsi autorisée à appliquer des exonérations ou des réductions de l'octroi de mer sur les biens énumérés dans une annexe et produits localement en Guadeloupe, en Guyane française, en Martinique, à Mayotte et à La Réunion. La proposition du Conseil est en deçà de ce que nous défendions, néanmoins il est indispensable de la mettre en œuvre, je vote POUR.

Nuno Melo (PPE), *por escrito*. — O octroi de mer é um imposto indireto aplicável à entrega e à importação de mercadorias para as regiões ultraperiféricas francesas. Em princípio, aplica-se da mesma forma aos produtos que são fabricados localmente e aos que não o são (produtos da França metropolitana, dos outros Estados-Membros ou de países terceiros).

A presente proposta visa estabelecer o quadro jurídico aplicável ao imposto octroi de mer de 1 de janeiro de 2015 a 31 de dezembro de 2020. Prorroga novamente por seis meses a vigência da Decisão 2004/162/CE, para permitir à França ter tempo de transpor as disposições da nova decisão do Conselho para o direito nacional, e estabelece o novo quadro jurídico aplicável de 1 de julho de 2015 e 31 de dezembro de 2020. Daí o meu voto favorável.

Dienstag, 16. Dezember 2014

Roberta Metsola (PPE), *in writing*. — I voted in favour of this report because of the necessity to ensure that all citizens and regions of the EU are granted the best possible chance to weather the ongoing economic downturn and due to the importance of Parliament's continued participation and consultation in matters such as this.

Louis Michel (ALDE), *par écrit*. — La France comprend 5 des 8 régions ultrapériphériques de l'Union européenne (Guadeloupe, Guyane, Martinique, Saint-Martin, Réunion). L'UE est beaucoup soucieuse du développement économique et social dans ces régions, qui souffrent de la marginalisation liée à leurs spécificités géographiques telles que l'éloignement, l'insularité, le relief et le climat difficile, la dépendance vis-à-vis de quelques productions locales etc. Elles font partie des priorités de la politique de cohésion de l'UE, dont l'objectif principal est de réduire les disparités économiques et sociales dans l'ensemble de l'Europe. Il est donc important de permettre à la France d'appliquer un système de taxation différenciée (octroi de mer) pour certains produits en provenance de ces régions afin de soutenir leur compétitivité et leur développement économique et social. Ce régime ne doit pas cependant aller à l'encontre de la cohésion du marché intérieur et de l'ordre juridique de l'Union européenne. C'est pour cela qu'il est essentiel de mettre en place un nouveau régime pour les octrois de mer et d'en déterminer les contours juridiques.

Marlene Mizzi (S&D), *in writing*. — I have voted in favour of this report, which calls to authorise France to apply exemptions or reductions to the 'dock dues' tax for certain products produced locally in the French outermost regions. The purpose of these tax differentials is to offset the handicaps affecting the outermost regions, which increase production costs and therefore the cost price of products produced locally. This proposal will establish the legal framework for the dock dues from 1 January 2015 to December 2020

Sophie Montel (NI), *par écrit*. — Ce rapport concerne la reconduction de l'impôt «octroi de mer» dans les régions ultrapériphériques françaises jusqu'à la fin d'année 2020. Cette taxe sur les produits importés, qui représente près d'un milliard d'euros par an, permet de subvenir aux besoins des collectivités préalablement mentionnées et d'aider à leur développement économique et social. En effet, l'économie des DOM-TOM connaîtrait des difficultés plus grandes encore si cet impôt venait à disparaître. On rappellera aussi ici que le maintien et le développement des entreprises locales se font principalement via les exonérations. Nos territoires ultra-marins sont déjà pénalisés par une dépendance en termes de matières premières, un marché intérieur limité et des coûts d'énergie élevés. Pour ces raisons, j'ai voté pour ce rapport afin d'éviter une aggravation de la paupérisation de ces territoires français.

Claude Moraes (S&D), *in writing*. — I believe that this report will support the Commission proposal regarding the application of exemptions and reductions to 'dock duties' tax for a number of products produced in the French outermost regions, in order to offset some disadvantages affecting the concerned regions. In addition, it will help to support their competitiveness and social and economic development.

Alessia Maria Mosca (S&D), *per iscritto*. — Alcune decisioni del Consiglio hanno autorizzato la Francia a prevedere, fino al 1° luglio 2014, esenzioni parziali o totali dall'imposta «dazi di mare» per una serie di prodotti fabbricati nelle regioni ultraperiferiche francesi (ad eccezione di Saint Martin), al fine di compensare gli svantaggi delle stesse zone (la grande distanza, la dipendenza dalle materie prime e dall'energia, la modesta dimensione del mercato locale e lo scarso sviluppo dell'attività di esportazione) e di sostenerne la competitività e lo sviluppo socioeconomico.

Dopo un'attenta valutazione da parte della Commissione, questa nuova proposta intende istituire un nuovo quadro giuridico per i dazi di mare dal 1° gennaio 2015 al 31 dicembre 2020, determinando i prodotti ai quali possono essere applicate le esenzioni parziali o totali d'imposta. Consideriamo tale misura ancora giustificabile perché intende continuare a stimolare la competitività e l'attività economica delle regioni ultraperiferiche, senza pregiudicare la coerenza del mercato interno e dell'ordinamento giuridico dell'Unione europea.

Dienstag, 16. Dezember 2014

Alessandra Mussolini (PPE), *per iscritto*. — Signor Presidente, ho espresso voto a favore della relazione dell'on. Mihaylova in merito ai cosiddetti «dazi di mare», quei dazi indiretti applicabili all'esportazione di determinati beni prodotti nelle regioni ultraperiferiche in maniera simile agli stessi beni prodotti localmente. Per la Francia è utile avere a disposizione un sistema di tassazione differenziato che prevede l'esenzione parziale o totale dell'imposta appunto per quei beni prodotti nei territori ultraperiferici francesi, in modo sia da compensare gli svantaggi di quei territori sia da sostenerne la competitività e lo sviluppo socioeconomico.

Franz Obermayr (NI), *schriftlich*. - Der Antrag hatte zum Inhalt, der Französischen Republik zu eröffnen, bestimmte Gebiete in äußerster Randlage von einer Sondersteuer zu befreien. Die genannten Gebiete befinden sich ohnehin seit jeher in einer prekären wirtschaftlichen Situation und sind häufig auf finanzielle Unterstützung angewiesen. Entscheidend war für mich daher das Argument, die Regionen von übermäßigen Lasten zu befreien um ihre Konkurrenzfähigkeit zu erhalten. Daher habe ich für den Antrag gestimmt.

Younous Omarjee (GUE/NGL), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de la reconduction jusqu'à 2020 du régime de l'octroi de mer, car celui-ci permet aux économies des régions ultrapériphériques françaises de se maintenir dans un tissu économique et industriel fragilisé. Bien que la procédure d'urgence n'ait pas permis à la commission REGI de pouvoir donner un avis sur le fond, le nouveau régime donnera aux RUP le temps nécessaire pour l'élaboration d'une solution durable aux inégalités économiques existant dans ces régions isolées.

Urmas Paet (ALDE), *kirjalikult*. — Toetasin ettepanekut eeldusel, et see on kooskõlas majanduslike ja sotsiaalsete strateegiatega ega ületa ette seatud maksuerandite piiranguid ega oma mõju Euroopa Liidu eelarvele.

Gilles Pargneaux (S&D), *par écrit*. — J'ai voté en faveur de ce texte car l'octroi de mer est indispensable: il permet de donner des ressources indispensables aux collectivités ultramarines et apporte un soutien stratégique aux secteurs productifs locaux. Avec notre soutien, ces octrois seront reconduits jusque 2020. Je suis ainsi heureux de voter pour la cohésion économique et territoriale de l'Europe.

Aldo Patriciello (PPE), *per iscritto*. — Considerando che la Francia ha richiesto una proroga della differenziazione normativa per quanto riguarda i dazi del mare, che attualmente prevede un'esenzione parziale dell'imposta per una serie di prodotti fabbricati nelle regioni ultraperiferiche francesi; che tale proposta intende preservare e stimolare l'attività economica e la competitività delle regioni ultraperiferiche francesi e ritenendo che tale decisione pregiudichi la coerenza del mercato interno, intenderei esprimere il mio voto favorevole.

Alojz Peterle (PPE), *in writing*. — I fully support the Report. Council Decision 2004/162/EC of 10 February 2004 (as extended by Council Decision 378/2014/EU) authorised France, until 31 December 2014, to apply exemptions or reductions to the 'dock dues' tax for a number of products produced in the French outermost regions due to handicaps affecting the concerned territories in order to support their competitiveness and socio-economic development. France requested that a similar system be maintained until 31 December 2020. The purpose of the new proposal is to establish a new legal framework for the dock dues from 1 January 2015 to 31 December 2020. It also foresees extending Decision 2004/162/EC by six months in order to allow France to transpose the provisions of the new Council Decision into its national law.

Florian Philippot (NI), *par écrit*. — Le financement des régions ultrapériphériques françaises est largement tributaire de décisions qui relèvent de Bruxelles. Un sujet préoccupe particulièrement les RUP aujourd'hui: l'avenir du régime de l'octroi de mer. C'était en effet le 1^{er} juillet 2014 qu'expirait la décision du Conseil du 10 février 2004, qui a autorisé le régime actuel pour dix ans. L'industrie locale voit ainsi améliorée sa compétitivité, laquelle souffre des contraintes particulières énumérées à l'article 349 du TFUE: l'éloignement, la dépendance à l'égard des matières premières et de l'énergie, l'obligation de constituer des stocks plus importants, la faible dimension du marché local combinée à une activité exportatrice peu développée. C'est la reconnaissance par l'Union européenne d'une sorte de protectionnisme économique local. Or, ce régime exorbitant du droit du marché intérieur est menacé par la Commission européenne qui y voit désormais une soi-disant rente de situation, alors qu'il est en réalité le garant de la survie du tissu économique des régions d'Outre-mer. À ce titre, il démontre par son existence que le dogme du libre-échange constitue une menace sans équivalent pour les régions les plus en difficulté. C'est pourquoi j'ai voté pour la résolution du Parlement approuvant le maintien du régime de l'impôt «octroi de mer» dans les régions ultrapériphériques françaises.

Dienstag, 16. Dezember 2014

Andrej Plenković (PPE), *napisan.* — Guadeloupe, Francuska Gvajana, Réunion, Martinique i Mayotte spadaju u najudaljenije regije Europske unije pod administrativnom upravom Francuske čija osjetljiva socioekonomska okruženja trebaju podršku za razvoj. Proizvodna djelatnost u tim područjima je u lošijem položaju u odnosu na ostatak EU-a uslijed čimbenika kao što su zemljopisna udaljenost i izoliranost, mala prostorna površina, teški klimatski uvjeti te ovisnost o malom broju proizvoda.

U smislu povećanja kompetitivnosti i razvoja proizvodnje u tim regijama je u veljači 2004. stupila na snagu Odluka Vijeća 2004/162/EC koja daje Francuskoj ovlast da primjeni smanjene/nulte stope oporezivanja za određene grupe proizvoda proizvedenih na vlastitom teritoriju. S obzirom da je postojeća Odluka na snazi do kraja godine, neophodno je usvojiti novu predloženu Odluku koja bi do 2020. potpomogla gospodarski razvoj tih regija.

Smatram da je porezno rasterećenje lokalne proizvodnje jedan od ključnih čimbenika za razvoj i u tom sam smislu podržavao ovaj prijedlog. Vjerujem da je i dio u kojem se mali poduzetnici izuzimaju od plaćanja poreza značajna mjera za poticanje poduzetničkog duha. U izvješću koje su Francuske vlasti dužne predstaviti Komisiji do 31. prosinca 2017. godine očekujem značajan utjecaj provedbe navedenih mjera u stvaranju održivog lokalnog gospodarstva kojemu takve poticajne mjere neće biti neophodne u sljedećim razdobljima.

Salvatore Domenico Pogliese (PPE), *per iscritto.* — Con i «dazi di mare» si intende dare delle esenzioni parziali oppure totali dall'imposta per una serie di prodotti fabbricati nelle regioni ultraperiferiche francesi (ad eccezione di Saint Martin), con lo scopo di compensare tutti gli svantaggi legati alla categoria di regioni ultraperiferiche, come la grande distanza, la mancanza di materie prime e dall'energia, un mercato locale di ridotte dimensioni e una bassa esportazione, allo scopo di aiutare la competitività e lo sviluppo socioeconomico.

La Francia aveva chiesto una proroga fino al 2020 ma sono d'accordo con la Commissione di prorogare di ulteriori sei mesi la decisione 2004/162/CE al fine di dare alla Francia il tempo di recepire nel diritto nazionale le disposizioni della nuova decisione del Consiglio per il periodo dal 1° gennaio 2015 al 31 dicembre 2020 sui dazi di mare (anche se, a un attento esame, i prodotti inseriti nella nuova lista sono per la maggior parte simili a quelli elencati nell'allegato).

Maurice Ponga (PPE), *par écrit.* — En tant que rapporteur pour le PPE sur ce dossier, j'ai voté en faveur de ce rapport qui autorise la France à prévoir des aménagements fiscaux pour les produits originaires de ses régions ultrapériphériques afin de protéger l'emploi et de contribuer au développement économique et social local.

Je regrette cependant le fait que le Parlement européen ait du utiliser la procédure simplifiée afin d'éviter tout vide juridique (le régime actuel expirant au 31 décembre 2014) et que certaines demandes des régions n'aient pas été satisfaites.

Marcus Pretzell (ECR), *schriftlich.* — Für die Europäische Union ist der gemeinsame Binnenmarkt eine grundlegende Errungenschaft. Es ist selbstverständlich, dass es in diesem gewisse Ungleichheiten gibt, welchen mit dem Ziel der Verringerung durch Förderungen entgegengetreten wird. Es ist aber vollkommen inakzeptabel, dass ganze Gebiete der EU durch die Hintertür von den konstitutiven Regeln des Binnenmarktes ausgenommen werden. Nichts anderes ist die Vorlage, welche hier unterbreitet wird. Dass die übergroße Koalition des Parlaments diese annimmt, zeigt einmal mehr, dass ihr mehr an kleinteiligen Regulierungen gelegen ist als an dem fairen Wettbewerb und wirtschaftlichem Wachstum.

Franck Proust (PPE), *par écrit.* — L'octroi de mer est une spécificité des îles françaises, qui, du fait de leur isolement, trouvent de nombreuses difficultés à favoriser l'essor commercial. Par cet impôt, les collectivités locales peuvent ajuster leurs besoins et stimuler le développement économique des productions locales. Je vote donc favorablement à une telle mesure.

Paulo Rangel (PPE), *por escrito.* — A Decisão 2004/162/CE do Conselho, de 10 de fevereiro de 2004 (com a redação introduzida pelas Decisões do Conselho 2008/439/CE, de 9 de junho de 2008, 448/2011/UE, de 19 de julho de 2011, e 2014/378/UE, de 12 de junho) autoriza a França a aplicar, até 31 de dezembro de 2014, isenções ou reduções do imposto *octroi de mer* a determinados produtos fabricados nas regiões ultraperiféricas francesas (com exceção de São Martinho), por forma a compensar as desvantagens que as afetam e apoiar a sua competitividade e desenvolvimento socioeconómico. Na sequência do pedido apresentado pela França para continuar a aplicar tal sistema de tributação, a Comissão apresentou uma proposta de criação de um novo quadro jurídico para o imposto *octroi de mer* para o período entre 1 de janeiro de 2015 e 31 de dezembro de 2020, a qual identifica os produtos aos quais se aplicarão as isenções ou reduções de imposto e prevê uma prorrogação de 6 meses da vigência da Decisão 2004/162/CE para que a França

Dienstag, 16. Dezember 2014

possa transpor para o direito nacional a nova decisão. Por considerar que tal proposta é inteiramente justificada à luz dos objetivos de apoio e estímulo às regiões ultraperiféricas, votei favoravelmente.

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D), *por escrito*. — Hasta el 1 de julio de 2014, Francia estaba autorizaba a establecer exenciones o reducciones del impuesto del «arbitrio insular» para determinados productos fabricados en las regiones ultraperiféricas francesas (excepto San Martín), a fin de compensar las desventajas que les afectan y apoyar su competitividad y su desarrollo social y económico.

La propuesta que ahora se presenta tiene por objeto establecer un nuevo marco jurídico para el «arbitrio insular» para el periodo comprendido entre el 1 de enero de 2015 y el 31 de diciembre de 2020, determinando los productos a los que se pueden aplicar las exenciones y reducciones fiscales. Si bien los productos que figuran en la nueva lista son fundamentalmente similares a los incluidos en el anexo a la Decisión 2004/162/CE del Consejo, se han introducido varios nuevos y se han suprimido otros.

Parece una medida justificada. Su objetivo es seguir estimulando la actividad económica y la competitividad en las regiones ultraperiféricas, sin menoscabo de la coherencia del mercado interior y del ordenamiento jurídico de la UE, por lo que he votado a favor conforme al procedimiento propuesto por la presidencia de la Comisión REGI de que se aprobase sin enmiendas, de conformidad con el artículo 50 del Reglamento.

Claude Rolin (PPE), *par écrit*. — J'ai voté en faveur de la proposition de la Commission relative à la décision 2004/162/CE du 10 février 2004 du Conseil qui vise à autoriser la France à appliquer, jusqu'au 31 décembre 2014, des exemptions ou des réductions sur l'impôt «octroi de mer» pour plusieurs produits provenant des régions ultrapériphériques françaises, et ce afin de les aider à faire face aux problèmes de compétitivité et de développement socio-économique qu'elles rencontrent actuellement. La France a demandé à pouvoir maintenir en place un système similaire jusqu'au 31 décembre 2020. La nouvelle proposition a pour objectif d'établir un nouveau cadre juridique pour les octrois de mer à partir du 1^{er} janvier 2015 et jusqu'au 31 décembre 2020. Elle prévoit également de proroger pour 6 mois la décision 2004/162/CE afin de permettre à la France de transposer dans son droit national les dispositions de la nouvelle décision du Conseil.

Fernando Ruas (PPE), *por escrito*. — O estímulo ao desenvolvimento socioeconómico e à competitividade dos Estados-Membros é um dos objetivos da União Europeia. Apresenta especial importância quando se trata de regiões ultraperiféricas, expostas a um maior número de desvantagens àquele nível.

Nesse sentido, votei favoravelmente o relatório do projeto de resolução legislativa do Parlamento Europeu, que, com base no atual artigo 349º do TFUE, autoriza a França a aplicar, até 1 de julho de 2014 (prorrogável por mais seis meses) isenções ou reduções do imposto *octroi de mer* a determinados produtos fabricados nas regiões ultraperiféricas francesas.

O desejável estímulo da atividade económica e da competitividade destas regiões justificam a aprovação desta medida, destinada ao combate ao isolamento e à distância, à dependência em relação às matérias-primas e à energia, à reduzida dimensão do mercado e ao estímulo da atividade exportadora (pouco desenvolvida nestas regiões). Por todas estas razões, parece-me evidente que esta medida não colocará em causa nem a coerência do mercado interno nem a ordem jurídica da UE, o que justifica plenamente a aprovação da proposta da Comissão sem alterações, como propôs a relatora.

Tokia Saïfi (PPE), *par écrit*. — Les régions ultrapériphériques françaises sont confrontées à des défis sociaux et économiques majeurs, doublés d'une chute de compétitivité importante de leurs secteurs économiques.

Je reste mobilisée pour que nos acteurs économiques français puissent retrouver le chemin de la croissance, et c'est en ce sens que j'ai voté en faveur de ce texte. Ainsi, plusieurs produits provenant de ces régions seront exemptés ou bénéficieront d'une réduction de l'impôt «octroi de mer» jusqu'au 31 décembre 2020.

Dienstag, 16. Dezember 2014

Matteo Salvini (NI), *per iscritto*. - Ho deciso di votare in maniera favorevole per consentire che dal 2015 al 2020 vi sia un nuovo sistema, concordato con il governo francese, di eccezioni parziali o totali sui dazi per i prodotti fabbricati nelle regioni ultraperiferiche francesi, allo scopo di sostenerne la competitività e di creare sviluppo.

Siôn Simon (S&D), *in writing*. — Today I voted in support of a Council decision concerning the dock dues in the French outermost regions.

Council Decision 2004/162/EC of 10 February 2004 authorised France, until 1 July 2014, to apply exemptions or reductions to the 'dock dues' tax for a number of products produced in the French outermost regions, in order to offset the handicaps affecting the concerned outermost regions and to support their competitiveness and social and economic development.

France had requested that a system of differentiated taxation similar to the above-mentioned system be maintained until 31 December 2020. The new proposal submitted is to establish a new legal framework for the dock dues from 1 January 2015 to 31 December 2020, by determining the products to which tax exemptions and reductions may be applied. This measure intends to continue stimulating economic activity and competitiveness in the outermost regions.

Davor Ivo Stier (PPE), *napisan*. — Podržavam ovo izvješće s obzirom na hitnost prihvaćanja ovih mjera s ciljem stimuliranja ekonomske aktivnosti i kompetitivnosti u najudaljenijim francuskim pokrajinama. Ovim izvješćem pokazuje se da je briga i o najudaljenijim djelovima teritorija Europske unije jednako važna kao i briga o svakom drugom dijelu Europske unije.

Dubravka Šuica (PPE), *napisan*. — Podržavam ovaj prijedlog zbog poteškoća koje su pogodile francuski prekomorski teritorij s ciljem osiguranja njegove konkurentnosti i društveno-ekonomskog razvoja.

Smanjenja i izuzeća od poreza uvedena su kako bi se osigurala konkurentnost lokalnih proizvoda u odnosu na uvozne francuske proizvode te spriječio pad lokalne proizvodnje, a uz to i pad ekonomske stabilnosti i gospodarstva. Kao što je navedeno u izvješću Komisije, smanjenja i oslobođenja od poreza „octroi de mar” će utjecati na sve operatore s godišnjim prometom od najmanje 300 000 eura kako bi se zaštitilo male proizvođače koji su nositelji gospodarskog prosperiteta ne samo u Francuskoj nego u cijeloj Europskoj uniji.

Richard Sulík (ECR), *písomne*. — Návrh som nepodporil, pretože ide o udeľovanie jednostranných daňových výnimiek, ktoré poškodzujú trh. Namiesto týchto výnimiek by bolo oveľa efektívnejším riešením znížiť sadzbu tejto dane plošne. Všetky subjekty na trhu by totiž mali mať rovnaké podmienky.

Ελευθέριος Συναδινός (NI), *γραφτως*. — Παρότι κάθε χώρα είναι μοναδική περίπτωση και θα πρέπει να εξετάζεται χωριστά, τέτοιου είδους φορολογικές παρεμβάσεις εμπεριέχουν τον κίνδυνο δημιουργίας αλλά και διατήρησης «φορολογικών παραδείσων», που αποτελούν εστία φοροδιαφυγής

Marc Tarabella (S&D), *par écrit*. — je me suis prononcé pour le texte de la collègue. En effet, la proposition tend à continuer de favoriser l'activité économique et la compétitivité dans les régions ultrapériphériques, tout en ne nuisant pas à la cohésion du marché intérieur ni à l'ordre juridique de l'Union européenne.

Ramon Tremosa i Balcells (ALDE), *in writing*. — I supported this report because I agree that this measure is justifiable and intends to continue to stimulate economic activity and competitiveness in the outermost regions of France, especially in the context of economic crisis. The measures taken are not undermining the coherence of the internal market.

Ernest Urtasun (Verts/ALE), *por escrito*. — La especial naturaleza de las regiones ultraperiféricas en Portugal, España y, como en este caso, Francia, justifican medidas específicas para fomentar la producción y el consumo local. Al mismo tiempo, considero imprescindible una evaluación de impacto de medidas como la exención fiscal, con el fin de asegurar que se logra el objetivo de impulsar las economías locales y que no se beneficia a determinados sectores empresariales de forma fraudulenta.

Dienstag, 16. Dezember 2014

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito*. — Concordamos com o princípio que autoriza a França a aplicar isenções ou reduções do imposto *octroi de mer* a determinados produtos fabricados nas regiões ultraperiféricas francesas (com exceção de São Martinho), para compensar as desvantagens que afetam as regiões ultraperiféricas em causa (o afastamento, a dependência em relação às matérias-primas e à energia, a reduzida dimensão do mercado e a atividade exportadora pouco desenvolvida) e apoiar a sua competitividade e o seu desenvolvimento socioeconómico.

Tendo em conta que esta medida é justificada e tem por objetivo continuar a estimular a atividade económica e a competitividade nas regiões ultraperiféricas, sem prejudicar a coerência do mercado interno e da ordem jurídica da UE, concordamos com a proposta e votamos favoravelmente.

Harald Vilimsky (NI), *schriftlich*. — Da die französischen Gebiete in äußerster Grenzlage ohnehin schon in einer wirtschaftlich schlechten Position sind – sei es durch Abgeschiedenheit, ihre Begrenzung auf einen engen lokalen Markt, eine schwache Exporttätigkeit oder deren Abhängigkeit von Rohstoffen –, habe ich dem Antrag zugestimmt.

6.8. Inanspruchnahme des Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung: Antrag EGF/2014/010 IT/Whirlpool (A8-0064/2014 - Daniele Viotti)

Explications de vote par écrit

Marina Albiol Guzmán (GUE/NGL), *por escrito*. — He votado a favor del informe ya que permite la movilización de recursos a raíz del despido de 608 trabajadores de Whirlpool Europe S.r.l.

Esta movilización de fondos se debe a las desastrosas consecuencias de la internacionalización de los sectores productivos en la UE.

Estos fondos no son capaces de solucionar las problemáticas de estos trabajadores en el contexto del desempleo en Italia, pero al menos dan la posibilidad de paliar una pequeña parte del drama humano. Es por todo esto por lo que he decidido votar a favor del presente informe.

Jonathan Arnott (EFDD), *in writing*. — The principle of subsidiarity dictates that decisions should be taken at the closest possible level to the citizen – in this case at regional or national level. Therefore, these projects should not be funded by the European Union.

It is absurd that the arbiters of whether this funding should, or should not, be given are Members of the European Parliament with no detailed knowledge of the situation. This project may well be of benefit to the people of Italy, but I am not best placed to judge.

The European Globalisation Adjustment Fund should be scrapped, which would give money back to the Member States to decide for themselves about the appropriateness of such funding. Consequently, I had no option but to vote against – even though this may be a worthwhile project.

Janice Atkinson (EFDD), *in writing*. — Vote against. it is not the role of the EU to compensate for redundancies within individual Member States. this should be a matter for national government to decide.

Zigmantas Balčytis (S&D), *raštu*. — Balsavau už šį siūlymą, kurio tikslas – mobilizuoti EGF lėšas Italijos reikmėms siekiant paremti darbuotojų, atleistų iš įmonės „Whirlpool Europe“, gaminančios elektros įrangą, reintegraciją į darbo rinką. 2009 m. dėl pasaulinės finansų ir ekonomikos krizės įvyko didelis 28 ES valstybių narių ir Italijos ekonomikos nuosmukis. Italijos stambių buitinių prietaisų rinka sumažėjo nuo 3 174 mlrd. 2010 m. iki 2 649 mlrd. 2013 m., taigi 16,5 proc. 608 atleistiems darbuotojams iš EGF ketinama skirti bendrą 1 890 000 EUR sumą. Jiems pritaikytas paslaugų paketas apims orientavimą ir konsultavimą, įgūdžių vertinimą, perkvalifikavimą, profesinį mokymą bei konsultacijas verslumo klausimais. Pritariu šio fondo lėšų skyrimui iš „Whirlpool Europe“ įmonės atleistiems darbuotojams.

Hugues Bayet (S&D), *par écrit*. — L'Italie a été fortement touchée par la crise économique et son impact sur la consommation des ménages. Le cas de Whirlpool Europe est révélateur de cette situation difficile à laquelle sont confrontés de nombreux travailleurs italiens. Ce sont 608 salariés qui ont été licenciés par l'entreprise et des fournisseurs et cela, principalement dans la province de Trente. Cette région, qui a vu son taux de chômage doubler depuis 2007, n'a pas été épargnée par la crise. Ces licenciements pèsent donc très lourd sur l'économie régionale. L'aide de 1 890 000 EUR du FEM destinée à l'Italie est tout à fait justifiée et permettra de réinsérer ces travailleurs licenciés sur le marché du travail, dans une région et un pays où la crise s'est montrée dévastatrice.

Dienstag, 16. Dezember 2014

Izaskun Bilbao Barandica (ALDE), *por escrito*. — He apoyado la ayuda del FEAG en favor de Irlanda para apoyar la reincorporación al mercado de trabajo de los trabajadores despedidos de Whirlpool Europe S.r.l. En los últimos años, Whirlpool hizo inversiones en la planta de Spini di Gardolo. No obstante, dicha inversión no ha sido rentable debido a la contracción de la demanda de grandes electrodomésticos y la subsiguiente reducción de la producción. El grupo Whirlpool Europe, que en la primera mitad de 2013 acumuló pérdidas por valor de 14 000 000 USD en Europa, elaboró un plan empresarial para adaptar su estructura productiva a la demanda del mercado. Este plan preveía el cierre de las plantas de Norrkoeping (Suecia) y Spini di Gardolo (Italia). Es necesario que este Fondo siga funcionando.

Dominique Bilde (NI), *par écrit*. — L'Italie a introduit une demande de mobilisation du FEM à la suite du licenciement de 608 travailleurs de l'entreprise Whirlpool Europe S.r.l., qui opérait dans le secteur économique de la fabrication d'équipements électriques, et de 5 fournisseurs et producteurs en aval.

La crise économique et financière a entraîné une forte diminution de la consommation des ménages; le marché italien des gros appareils ménagers s'est contracté, passant de 3,174 milliards d'EUR en 2010 à 2,649 milliards d'EUR en 2013, soit une diminution de 16,5 %. De plus, ces licenciements ne feront qu'aggraver la situation du chômage dans la province de Trente, où le taux de chômage a doublé depuis le début de la crise, passant de 2,9 % en 2007 à 6,1 % en 2013 mais reste encore à un niveau correct. Afin de soutenir les travailleurs victimes de la crise et de la mondialisation sauvage imposée par Bruxelles, j'ai voté en faveur de ce point.

Mara Bizzotto (NI), *per iscritto*. — Ho votato a favore della mobilitazione del FEG, il Fondo europeo di adeguamento alla globalizzazione, a favore di 608 lavoratori e fornitori della provincia di Trento operanti nel settore della fabbricazione degli elettrodomestici. Il Fondo europeo di adeguamento alla globalizzazione è uno degli strumenti più utili e apprezzati dai cittadini, in quanto consente di dare una mano concreta a tutti quei lavoratori che hanno perso il proprio impiego a causa della crisi. Per rendere questo aiuto il più efficace possibile è però assolutamente doveroso che l'UE snellisca la procedura europea di valutazione e di mobilitazione delle risorse destinate ai neo disoccupati.

Malin Björk (GUE/NGL), *skriftlig*. — Jag har idag röstat för dessa betänkanden.

Det gör jag därför att arbetarna i de aktuella fallen ska ges ekonomiskt stöd för omskolning och/eller andra åtgärder för att finna nya jobb.

Dock vill jag understryka att den omfattande arbetslösheten i EU skulle kunna bekämpas effektivt om man stoppar den åtstramningspolitik som EU-kommissionen och medlemsstaternas regeringar sedan länge bedriver.

För att skapa nya arbetstillfällen i Europa krävs en ny ekonomisk politik med massiva offentliga och miljövänliga investeringar. Det krävs samhällsnyttiga investeringar inom skola, vård och omsorg, men också i infrastruktur, järnväg, kollektivtrafik, energisnåla bostäder och hållbara energisystem.

José Blanco López (S&D), *por escrito*. — He votado a favor de este informe para aprobar la movilización de 1 890 000 EUR del Fondo Europeo de Adaptación a la Globalización destinados a 608 trabajadores que han perdido su empleo en Whirlpool Europe S.r.l., empresa dedicada a la fabricación de electrodomésticos, y en cinco proveedores y transformadores de productos de dicha empresa en Italia, como consecuencia de los cambios estructurales en el comercio mundial a causa de la globalización y del impacto de la crisis económica y financiera.

Los servicios personalizados que se han de financiar con cargo al FEAG comprenden actividades de formación, orientación profesional, reciclaje e incentivos para la creación de empresas.

Si bien estas ayudas no son capaces por sí solas de paliar el drama del desempleo en el sector de la fabricación de electrodomésticos debido a la pronunciada caída de la producción en la Europa de los Veintiocho durante seis años consecutivos (2008-2013), como consecuencia de la crisis económica y financiera, sí constituyen una buena asistencia y formación para la reinserción laboral de los trabajadores afectados.

Dienstag, 16. Dezember 2014

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), raštu. — Balsavau už šį pranešimą, nes juo Parlamentas pritarė sprendimui skirti paramą 608 darbuotojams, 2014 m. atleistiems iš Italijos firmos „Whirlpool“ ir penkių tiekimo bei tolesnės gamybos grandies įmonių. Italijos institucijos teigia, jog pasaulinė finansų ir ekonomikos krizė labai paveikė Italijos namų ūkių vartojimo pasirinkimus, namų ūkiai persvarstė savo sprendimus dėl pirkimo, ypač sprendimus dėl ilgalaikio vartojimo prekių, įskaitant buitinius prietaisus, pirkimo. Todėl didelių buitinių prietaisų rinka sumažėjo 16,5 proc. Skiriant šią paramą atleistiems darbuotojams buvo atsižvelgta ir į tai, kad dėl šių atleidimų dar labiau pablogės nedarbo padėtis Trento provincijoje, kur nuo krizės pradžios nedarbo lygis padvigubėjo, o užimtumo sumažėjimas atsiliepė tiek statybų, tiek ir pramonės sektoriams.

Simona Bonafè (S&D), per iscritto. — La crisi economica e finanziaria ha portato molte famiglie europee a riconsiderare le decisioni d'acquisto e in particolare dei beni durevoli.

In Italia la crisi si è fatta sentire in modo particolarmente acuto, con un impatto molto grave sul mercato degli elettrodomestici (calato del 16,5% dal 2010 al 2013) e sulla situazione occupazionale, rendendo prioritaria un'assistenza tempestiva ai lavoratori colpiti.

Sostengo quindi la mobilitazione del Fondo europeo di adeguamento alla globalizzazione a favore dei 502 lavoratori in esubero alla Whirlpool e di altri 106 lavoratori in esubero presso i fornitori. Accolgo positivamente l'attenzione posta sulle misure di formazione, riconversione e orientamento professionale per garantire la possibilità di reinserirsi sul mercato del lavoro.

Mercedes Bresso (S&D), in writing. — I voted for the mobilisation of funds from the Globalisation Adjustment Fund because I support European companies which can have difficulties in these times of economic crisis.

Gianluca Buonanno (NI), per iscritto. — 608 esuberi nel settore fabbricazione elettrodomestici e 1 890 000 EUR (60% dei costi). Ho votato a favore del provvedimento a sostegno dell'occupazione e dei lavoratori.

Alain Cadec (PPE), par écrit. — Le Parlement a décidé d'accepter la demande d'intervention du Fonds européen d'ajustement à la mondialisation émanant de l'Italie afin d'aider les salariés de l'entreprise Whirlpool, fortement touchée par les conséquences de la mondialisation en matière d'emplois. La crise financière et économique a, en effet, eu des conséquences très graves dans le domaine de la fabrication d'équipements électriques en Europe. Plus de 600 employés licenciés bénéficieront d'une formation qui a pour objectif la réinsertion sur le marché du travail et la recherche d'emploi. Le montant de l'aide s'élève à 1,89 millions d'euros. J'ai voté en faveur de ce rapport, qui témoigne de la solidarité de l'Union face à certaines conséquences négatives de la mondialisation sur l'emploi.

Nicola Caputo (S&D), per iscritto. — Oggi ho votato a favore di questa relazione al fine di sostenere il reinserimento sul mercato del lavoro di 608 lavoratori licenziati a causa della globalizzazione dalla Whirlpool Europe S.r.l., un'impresa situata nella provincia di Trento e che opera nel settore della fabbricazione di apparecchiature elettriche. La domanda in questione riguarda anche i fornitori della Whirlpool.

Nel 2009, come conseguenza della crisi economica e finanziaria mondiale, si è registrato un significativo rallentamento dell'economia, sia a livello di UE sia per l'economia italiana. Questa situazione di recessione ha avuto un profondo impatto sulle scelte in materia di consumi delle famiglie italiane che avevano riconsiderato le loro decisioni d'acquisto, in particolare di beni durevoli: tra il 2009 e il 2013 il mercato italiano dei grandi elettrodomestici ha subito un calo del 16,5%.

Mi rammarico che le aziende italiane non possano usufruire maggiormente di questo Fondo per la mancanza di sostegno da parte delle istituzioni locali e nazionali. Fra il 2007 e il 2014 l'Italia ha presentato solo 14 richieste al FEG, tre delle quali nel 2007, soltanto una nel 2008, nessuna tra il 2009 e il 2010, sette nel 2011, due nel 2012, nessuna nel 2013 e una nel 2014.

James Carver (EFDD), in writing. - I voted against the EU contributing 60% of an adjustment fund payout in the sum of nearly EUR 1.9 million to former Whirlpool employees, suppliers and producers in Italy. I believe that this cost should have been met by the Italian Government, and not, in effect, subsidised by the British taxpayer, through their contributions to the EU.

Dienstag, 16. Dezember 2014

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), *per iscritto*. — Votiamo a favore di questa mobilitazione di 1,9 milioni di euro per il reintegro di 608 lavoratori in esubero.

Caterina Chinnici (S&D), *per iscritto*. — Il ricorso al Fondo europeo di adeguamento alla globalizzazione sta diventando sempre più frequente. In quest'ultima sessione sono già quattro le richieste e sono l'evidente segnale di allarme, qualora ve ne fosse bisogno, di quanto sia profonda e ancora lunga la crisi economica che sta colpendo tanti Paesi, tanti aziende e tanti settori.

Per sei anni consecutivi, dal 2008 al 2013, si è registrato in Europa un calo nella produzione di elettrodomestici e tra i Paesi dell'Unione; l'Italia è quello che ha registrato le perdite maggiori con un esubero di 608 lavoratori.

La richiesta presentata dall'Italia alla Commissione europea è accolta favorevolmente anche dal Comitato bilancio del Consiglio di mobilitare 1.890.000 EUR, permetterà alle imprese che operano nel settore di arginare momentaneamente gli effetti della crisi ma soprattutto di sostenere i tanti lavoratori adesso disoccupati.

Ho votato a favore della risoluzione.

Salvatore Cicu (PPE), *per iscritto*. — Ho votato a favore poiché ritengo che il Fondo di adeguamento alla Globalizzazione debba essere considerato un importante strumento per fornire sostegno supplementare ai lavoratori che risentono delle conseguenze dei rilevanti cambiamenti della struttura del commercio mondiale.

Alberto Cirio (PPE), *per iscritto*. — Ogni volta che mi si propone la possibilità di votare per lo stanziamento del Fondo europeo di adeguamento alla globalizzazione sono a favore e anche in questo caso ho votato di conseguenza, ma rifletto a lungo su quante misure ulteriori siano necessarie affinché questi fondi non facciano da tampone ma permettano il rilancio economico. Ne abbiamo bisogno tutti.

Carlos Coelho (PPE), *por escrito*. — O Fundo Europeu de Ajustamento à Globalização foi criado em 2006 para prestar assistência adicional aos trabalhadores afetados pelas consequências de mudanças importantes na estrutura do comércio internacional e para ajudar à sua reintegração no mercado de trabalho.

A partir de 1 de maio de 2009, o âmbito de aplicação do Fundo Europeu de Ajustamento à Globalização foi alargado, passando a incluir o apoio a trabalhadores despedidos em consequência direta da crise económica, financeira e social.

Nesta altura em que a Europa está a braços com uma crise financeira, económica e social, sendo o desemprego uma das principais consequências, a União Europeia deverá utilizar todos os meios ao seu alcance para reagir, nomeadamente, no que se refere aos apoios a prestar às pessoas que ficaram sem emprego.

Assim, apoiei o presente relatório referente à mobilização de 1 890 000 euros a favor da Itália com o objetivo de apoiar a reintegração no mercado de trabalho dos trabalhadores despedidos na Whirlpool Europe S.r.l.

Lara Comi (PPE), *per iscritto*. - Ho sostenuto, col mio voto favorevole, la decisione di mobilitare il Fondo europeo di adeguamento alla globalizzazione in relazione alla domanda presentata dall'Italia. Queste risorse concesse forniscono un contributo finanziario alla Whirlpool Europe S.r.l. in relazione alla collocazione di 608 lavoratori in esubero. Il settore della produzione di elettrodomestici ha subito gravi perdite, in particolare a causa della difficile situazione economica e finanziaria degli ultimi anni. Questa situazione di recessione ha avuto un profondo impatto sui consumi delle famiglie italiane, che hanno riconsiderato la loro decisione d'acquisto, in particolare per quel che riguarda i beni durevoli. Gli elettrodomestici fanno parte di questo gruppo di beni. Mi auguro che il voto di oggi possa permettere il reintegro dei dipendenti nel mercato del lavoro e possa rappresentare un segnale di sostegno agli imprenditori colpiti dalla crisi.

Therese Comodini Cachia (PPE), *in writing*. — The redundancies of 608 workers in Whirlpool Europe S.r.l., an enterprise operating in the manufacture of electrical equipment, five providers and downstream producers, are linked to the global and financial economic crisis and the resultant drop in sales of durable goods including domestic appliances. Redundant workers will be given personalised services which will include information sessions, counselling and guidance, general training and accompaniment towards entrepreneurship aiming at the reintegration of redundant workers in the labour market. I have therefore voted in favour of this report since the measure not only addresses loss of jobs but also reintegration into the labour market.

Dienstag, 16. Dezember 2014

Ignazio Corrao (EFDD), *per iscritto*. — L'Unione europea ha predisposto appositi strumenti legislativi e di bilancio per fornire un sostegno supplementare ai lavoratori che risentono delle conseguenze delle trasformazioni rilevanti della struttura del commercio mondiale e per agevolare il loro reinserimento nel mercato del lavoro. Il sostegno finanziario dell'Unione ai lavoratori collocati in esubero dovrebbe essere dinamico e reso disponibile nel modo più rapido ed efficiente possibile.

Voto a favore della presente risoluzione al fine di fornire un'assistenza tempestiva ai 502 lavoratori in esubero presso la Whirlpool. Voto favorevolmente anche al fine di valutare i risultati concreti delle azioni di formazione, riconversione e formazione professionale fornite ai partecipanti, al fine di disporre di un quadro migliore dell'efficacia delle misure attuate e al fine di accogliere positivamente le misure di accompagnamento successivo al reinserimento professionale e all'imprenditorialità.

Javier Couso Permuy (GUE/NGL), *por escrito*. — He votado a favor del informe ya que permite la movilización de recursos a raíz del despido de 608 trabajadores de Whirlpool Europe S.r.l.

Esta movilización de fondos se debe a las desastrosas consecuencias de la internacionalización de los sectores productivos en la UE.

Estos fondos no son capaces de solucionar las problemáticas de estos trabajadores en el contexto del desempleo en Italia, pero al menos dan la posibilidad de paliar una pequeña parte del drama humano. Es por todo esto por lo que he decidido votar a favor del presente informe.

Miriam Dalli (S&D), *in writing*. — I voted in favour of all four applications for EUR 35.5 million in total in EU aid to help find and create new jobs for workers made redundant by Air France, Fiat Auto Poland, Whirlpool and a Greek retailer. The European Globalisation Adjustment Fund aid application in the case of Whirlpool will support 608 workers and their search for jobs with over EUR 1.8 million.

Rachida Dati (PPE), *par écrit*. — À travers le vote de ce texte, ce sont plus de 600 salariés italiens licenciés par l'entreprise Whirlpool Europe qui verront leur accompagnement vers le retour à l'emploi substantiellement amélioré. Les moyens budgétaires débloqués au titre du Fonds européen d'ajustement à la mondialisation permettront de leur fournir des services de conseil et d'orientation, des formations professionnelles ainsi que diverses allocations notamment à la mobilité.

Nicola Danti (S&D), *per iscritto*. — Il Fondo europeo di adeguamento alla globalizzazione (FEG) è stato istituito come strumento aggiuntivo a sostegno dei lavoratori licenziati per ragioni di esubero, a seguito di importanti mutamenti strutturali del commercio mondiale dovuti alla globalizzazione o alla crisi economica e finanziaria mondiale.

Il mio voto è stato favorevole alla mobilitazione del FEG per il caso delle centinaia di lavoratori italiani collocati in esubero da Whirlpool Europe S.r.l. e dal suo indotto.

Il contributo finanziario del FEG, che ammonta a 1,89 milioni di euro, sarà a disposizione delle autorità italiane per offrire ai lavoratori della Provincia autonoma di Trento assistenza nella ricerca di una nuova occupazione, orientamento professionale e supporto per la creazione di nuove imprese.

Credo che la mobilitazione del FEG possa dare una risposta immediata da parte della UE ai lavoratori ma ritengo, allo stesso tempo, che la situazione di grave disoccupazione che sta investendo il nostro Paese e tutta l'UE dovrà trovare risposte strutturali di medio e lungo termine nel cambio di paradigma avviato dalla Commissione con il nuovo piano di investimenti, che ha come obiettivi principali proprio la creazione di crescita ed occupazione.

Isabella De Monte (S&D), *per iscritto*. — Dal 2009, come conseguenza della crisi economica e finanziaria mondiale, si è registrato un significativo rallentamento dell'economia, sia a livello di UE-28 sia per l'economia italiana. Il calo della domanda ha colpito anche il mercato degli elettrodomestici. Più di seicento lavoratori della Whirlpool Europe S.r.l., azienda operante nella fabbricazione di apparecchiature elettriche a Spini di Gardolo in provincia di Trento, sono stati licenziati. I licenziamenti hanno aggravato ancora di più la disoccupazione in una regione dove il numero delle persone senza lavoro è raddoppiato dall'inizio della crisi, arrivando al 6,1 % nel 2013. Ho votato a favore della Mobilitazione del Fondo europeo di adeguamento alla globalizzazione perché i 1,89 milioni di euro stanziati serviranno per la formazione, il reintegro nel mercato del lavoro e per il sostegno dei lavoratori licenziati. Auspicio che ci possa essere attenzione anche per altre analoghe situazioni di crisi in Italia.

Dienstag, 16. Dezember 2014

Gérard Deprez (ALDE), *par écrit*. – Dans le cadre de ce dossier, le Fonds européen d'ajustement à la mondialisation (FEM) intervient à concurrence de 1 890 000 euros en raison de la fermeture d'une usine de production de Whirlpool à Spini di Gardolo. Cette fermeture a, par ailleurs, affecté cinq fournisseurs et producteurs d'équipements électriques en aval. Il s'agit donc d'aider 608 travailleurs licenciés dans la région italienne de Trento et de permettre le cofinancement de mesures actives sur le marché du travail telles que l'aide individuelle à la recherche d'emploi, la formation et la reconversion,... Cette demande a obtenu mon soutien ainsi que celui du Parlement européen et j'espère très sincèrement que cette contribution pourra aider, d'une manière ou d'une autre, toutes ces personnes licenciées à faire face aux difficultés qui pourraient survenir dans leur quotidien suite à cet événement difficile.

Tamás Deutsch (PPE), *írásban*. – 2014. október 28-án a Bizottság határozatra irányuló javaslatot fogadott el az Európai Globalizációs Alkalmazkodási Alap Olaszország javára történő igénybevételére, hogy támogassa a NACE Rev. 2. rendszer szerinti 27. gazdasági ágazatban (villamos berendezések gyártása) működő Whirlpool Europe korlátolt felelősségű társaságtól a globális pénzügyi és gazdasági válság következtében elbocsátott munkavállalók munkaerőpiacra történő újbóli beilleszkedését.

Ez a 2014. évi költségvetés keretében vizsgálandó tizennyolcadik kérelem, és az EGAA-ból összesen 1 890 000 EUR igénybevételére irányul Olaszország javára. A kérelem összesen 608 kedvezményezettet érint. A kérelmet 2014. június 18-án nyújtották be a Bizottságnak, és 2014. augusztus 13-ig további információkkal egészítették ki.

A recesszió súlyos hatással volt az olasz háztartások fogyasztási szokásaira, mivel ez utóbbiak újragondolták vásárlási döntéseiket, különösen ami a tartós fogyasztási cikkek vásárlását illeti: az olaszországi háztartási fogyasztás a 2009–2013 közötti időszak öt évéből négyben csökkent az előző év azonos időszakához képest. Következésképpen a háztartási gépek olaszországi piaca a 2010-es 3174 milliárd EUR értékről 2013-ra 2649 milliárdra csökkent, ami 16,5%-os esést jelent. Ezzel magyarázható, hogy a NACE Rev. 2. rendszer szerinti 27. ágazatban a termelés a 28 uniós tagállam szintjén 6 egymást követő éven (2008–2013) át esett.

A Fidesz-KDNP delegációja a szolidaritás jegyében támogatja az indítványt. Fontos, hogy az elbocsátott munkavállalók megfelelő támogatást kapjanak a munkaerőpiacon való újbóli elhelyezkedésükhöz.

Pablo Echenique (GUE/NGL), *por escrito*. — La delegación de Podemos en el Parlamento Europeo ha votado a favor de la movilización de este fondo, entendiendo que existe una necesidad objetiva y una expectativa legítima por parte de los trabajadores despedidos en recibir la serie de ayudas asociadas.

No obstante, consideramos insuficiente el Fondo Europeo de Adaptación a la Globalización en la actual coyuntura económica. Los procesos de reconversión industrial y de flexibilización laboral hacen que resulte más difícil absorber a una creciente masa de trabajadores y devalúan los derechos sociales de los trabajadores.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI), *γραφτως*. — Καταψήφισα την έκθεση, διότι είμαι κάθετα αντίθετος με την οικονομική πολιτική των επανεντάξεων, όπου χορηγούνται κονδύλια σε εταιρείες μετεκπαίδευσης, αντί στους απολυμένους που τα έχουν άμεση ανάγκη.

Rosa Estaràs Ferragut (PPE), *por escrito*. — La fuerte disminución en la producción de equipos eléctricos en el periodo 2008-2012 guarda relación con la crisis económica y financiera mundial. Además de los 502 despidos de Whirlpool en Italia, considerada como la empresa principal, en el periodo de referencia otros 106 trabajadores despedidos de cinco proveedores y transformadores de los productos se incluyen también en el número de posibles beneficiarios, lo que asciende a un total de 608 personas que tienen derecho a beneficiarse de las medidas del FEAG. Los servicios personalizados que han de prestarse consisten en una completa lista de acciones: sesiones de información, admisión e inscripción, asesoramiento y orientación, evaluación de las competencias, formación general y reciclaje, formación profesional, tutoría, acompañamiento después de la reinserción laboral y acompañamiento hacia el emprendimiento, asignaciones por búsqueda de empleo, asignaciones por participación y contribución a los gastos de desplazamiento e incentivos a la contratación.

Dienstag, 16. Dezember 2014

Jill Evans (Verts/ALE), *in writing*. — The European Globalisation Adjustment Fund was set up to provide additional assistance to workers who have lost their jobs as a result of major structural changes in world trade patterns. I voted in favour of this report because it is a means by which the EU can give valuable help to local economies hard hit by company closures. I regret that the government has not taken advantage of this fund in Wales.

José Manuel Fernandes (PPE), *por escrito*. - O FEG foi criado para fornecer suporte adicional para trabalhadores despedidos na sequência de importantes mudanças estruturais nos padrões do comércio mundial devido à globalização ou crise financeira e ajudá-los a encontrar novos empregos. Entre 2014 e 2020, o limite máximo anual do fundo é de 150 milhões de euros. Aos trabalhadores despedidos são oferecidas medidas tais como suporte para a criação de empresas, assistência na procura de emprego, orientação profissional e vários tipos de formação. Na maioria dos casos, as autoridades nacionais já começaram a tomar medidas em obter seus custos reembolsados pela UE, quando seus pedidos são aprovados. As autoridades italianas apresentaram, em 18 de junho de 2014, a candidatura EGF/2014/010 IT/Whirlpool, na sequência do despedimento de 608 trabalhadores na empresa Whirlpool Europe S.r.l., uma empresa que opera no setor de atividade económica classificado na divisão 27 (*Fabricação de equipamento elétrico*) da NACE Rev. 2, e em cinco empresas fornecedoras e produtoras a jusante, consequente da diminuição significativa do consumo das famílias, o mercado italiano de grandes eletrodomésticos passou de 3174 mil milhões de euros em 2010 para 2649 mil milhões de euros em 2013, o que representa uma diminuição de 16,5 %; Nesta mobilização do FEG a favor da região de Trento em Itália, foram concedidos 1,89 milhões de euros. Votei favoravelmente.

João Ferreira (GUE/NGL), *por escrito*. — A candidatura em análise refere-se à mobilização de um montante total de 1 890 000 euros a favor da Itália. Resulta de 608 despedimentos na Whirlpool e em cinco fornecedores e produtores a jusante. Esta é a quarta candidatura do setor da fabricação de equipamento elétrico de Itália a ser examinada desde 2010.

Candidatura que, para além de ações a desenvolver diretamente com os trabalhadores despedidos, tais como sessões de informação, aconselhamento e orientação, avaliação de competências, formação geral e reconversão, formação profissional, entre outras, preconiza subsídios à contratação, no âmbito de contratos a termo ou sem termo, e que variam respetivamente entre 3000 e 2000 euros por trabalhador. Consideramos que esta medida deveria condicionar o subsídio às empresas à manutenção dos direitos e à criação de um posto de trabalho permanente – o que não acontece.

A justificação para o encerramento destas empresas e o consequente despedimento dos seus trabalhadores reside, mais uma vez, nas *mudanças estruturais nos padrões do comércio mundial* e na crise económica e financeira mundial.

Estamos a aprovar paliativos, mas há que atacar o mal pela raiz: é necessária a rutura com as políticas seguidas que estão a empobrecer os povos da Europa e a destruir milhões de postos de trabalho.

Monika Flašíková Beňová (S&D), *písomne* — Predmetný fond bol zriadený na poskytnutie dodatočnej podpory pre pracovníkov v členských štátoch Európskej únie, ktorí boli v najväčšej miere zasiahnutí hospodárskou a finančnou krízou a veľkými štrukturálnymi zmenami v usporiadaní svetového obchodu. Európska komisia prijala návrh na mobilizáciu EGF v prospech Talianska, a to konkrétne pre pracovníkov spoločnosti Whirlpool Europe S.r.l., a týka sa sumy 1 890 000 EUR a vzťahuje sa na celkový počet 608 príjemcov. Spoločnosť Whirlpool v rámci svojho nového obchodného plánu uzatvorila prevádzku Spini di Gardolo v Taliansku, aby sa mohla lepšie vyrovnáť so situáciou na trhu a znížila svoje finančné straty.

Lorenzo Fontana (NI), *per iscritto*. — Voto a favore della concessione del fondo per i 608 esuberanti nel settore della fabbricazione di elettrodomestici.

Λάμπρος Φουντούλης (NI), *γραφτως*. — Καταψηφίζω την έκθεση διότι διαφωνώ με την οικονομική πολιτική των επανεντάξεων, όπου χορηγούνται κονδύλια σε εταιρείες μετεκπαίδευσης, αντί στους απολυμένους που τα έχουν άμεση ανάγκη.

Ashley Fox (ECR), *in writing*. — I voted against this application for the Mobilisation of the European Adjustment Fund.

Dienstag, 16. Dezember 2014

As I have stated many times before, I support measures that create growth and jobs, but the Globalisation Adjustment Fund is simply a waste of taxpayers' money. There is no evidence that it offers value for money in terms of reintegrating redundant workers back into the labour market.

Enrico Gasbarra (S&D), *per iscritto*. — Con il voto della relazione del collega Viotti abbiamo espresso un segno concreto di vicinanza dell'Europa ai lavoratori e alle imprese colpiti dalla crisi e dall'impatto della concorrenza globale. La mobilitazione del Fondo europeo di adeguamento alla globalizzazione, avviata su richiesta dell'Italia, permette di sostenere il reinserimento nel mercato del lavoro dei lavoratori collocati in esubero da Whirlpool Europe. Quella della Whirlpool è una crisi che deriva direttamente dal calo dei consumi delle famiglie: è un ulteriore campanello di allarme che segnala quanto gli effetti della crisi siano pervasivi e rischiano di mettere a repentaglio, ancora a lungo, le strutture portanti dell'economia produttiva europea.

Oggi riusciamo a erogare un sostegno a 608 beneficiari, per circa 1 900 000 EUR. Purtroppo, sappiamo come le richieste di intervento da parte degli Stati membri siano in costante incremento. Anche per questo, signor Presidente, mi domando se la tempestività della risposta europea (per questo caso specifico ci sono voluti ben otto mesi!) sia al passo con l'urgenza di risolvere situazioni così dirimenti per la vita dei nostri cittadini. Mi chiedo pertanto se non sia ora di rivedere e rendere più efficaci le procedure e i tempi di mobilitazione del Fondo.

Nathan Gill (EFDD), *in writing*. — I voted against using British taxpayers' money to subsidise the Italian government. Redundancies in Whirlpool Europe, and 5 suppliers, have effected 608 people, and the Italian Government wants the EU to pay EUR 1,890,000 towards retraining etc. This should be the expense of Whirlpool and the Italian Government.

Tania González Peñas (GUE/NGL), *por escrito*. - La delegación de Podemos en el Parlamento Europeo ha votado a favor de la movilización de este fondo, entendiendo que existe una necesidad objetiva y una expectativa legítima por parte de los trabajadores despedidos en recibir la serie de ayudas asociadas.

No obstante, consideramos insuficiente el Fondo Europeo de Adaptación a la Globalización en la actual coyuntura económica. Los procesos de reconversión industrial y de flexibilización laboral hacen que resulte más difícil absorber a una creciente masa de trabajadores y devalúan los derechos sociales de los trabajadores.

Antanas Guoga (ALDE), *in writing*. — I voted in favour of the Mobilisation of the European Globalisation Adjustment Fund: application EGF/2014/010 IT/Whirlpool. I do believe that the EU should protect and support its citizens from any crisis. We should provide a financial support for people in need and give them a chance to reintegrate themselves into the labour market after they were dismissed due to a significant downturn in the economy. I do believe that the EU has to help the redundant workers to come back into labour market.

Marian Harkin (ALDE), *in writing*. — I voted in favour of the use of the European Globalisation Adjustment Fund (EGF) for the 608 redundant workers who lost their jobs at Whirlpool Europe in Italy. The application was made on the basis of at least 500 being made redundant over a reference period of four months in a Member State. Of these workers, 502 were involved in the primary enterprise and 106 in downstream producers. The impact of the crisis saw household consumption fall significantly in Italy and household appliances were particularly badly hit. All the workers will attend information sessions while the majority will participate in general training and retraining and avail of counselling and guidance. Employees will be able to avail of a EUR 3 000 bonus if they hire a redundant worker on a permanent contract or EUR 2 000 if this is for a fixed term contract.

Anja Hazekamp (GUE/NGL), *schriftelijk*. — Ik vind dat mensen niet de dupe moeten worden van falend Europees sociaaleconomisch beleid. Daarom heb ik voor de beschikbaarstelling van middelen uit het Europees Fonds voor aanpassing aan de globalisering gestemd, maar ik vind dit een doekje voor het bloeden. Eigenlijk vind ik dat de bedrijven, en de lidstaten, zelf met passende steunmaatregelen moeten komen, want nu pompt men eigenlijk gewoon geld van de lidstaten rond. Grote bedrijven zetten hun werknemers na jaren trouwe dienst op straat, omdat ze hun productie verplaatsen naar plekken waar ze goedkopere arbeidskrachten kunnen vinden. Deze mensonterende praktijken keur ik ten strengste af en met de middelen uit het Europees Fonds zorgen we er tenminste voor dat weggestuurde werknemers niet in de kou staan.

Dienstag, 16. Dezember 2014

Pablo Iglesias (GUE/NGL), *por escrito*. - La delegación de Podemos en el Parlamento Europeo ha votado a favor de la movilización de este fondo, entendiendo que existe una necesidad objetiva y una expectativa legítima por parte de los trabajadores despedidos en recibir la serie de ayudas asociadas.

No obstante, consideramos insuficiente el Fondo Europeo de Adaptación a la Globalización en la actual coyuntura económica. Los procesos de reconversión industrial y de flexibilización laboral hacen que resulte más difícil absorber a una creciente masa de trabajadores y devalúan los derechos sociales de los trabajadores.

Robert Jarosław Iwaszkiewicz (EFDD), *na piśmie*. — Głosowałem przeciwko uruchomieniu środków finansowych dla byłych pracowników zakładu Whirlpool w Spini di Gardolo. Nie ma absolutnie żadnego powodu, dla którego obywatele wszystkich państw członkowskich Unii Europejskiej miałby składać się z własnych podatków dla jednej grupy pracowników. Trudna sytuacja gospodarcza panuje w wielu zakładach pracy i w wielu państwach. Nawet przyjmując logikę etatyzmu, to jednak przekazując pieniądze dla jednych, należałoby przekazać pieniądze dla innych, inaczej jest to po prostu nieuczciwe. Z drugiej strony oczywiste jest, że dotowanie prywatnych firm – bo w istocie przedmiotowa dotacja dla pracowników zdejmuje obowiązki z zatrudniającej ich firmy – jest zawsze błędem. Jest „nagrodą” za niegospodarność i błędy w zarządzaniu. Zamiast nagradzać gospodarczych nieudaczników, Unia powinna nagrodzić istniejące przedsiębiorstwa poprzez zlikwidowanie barier administracyjnych i obniżenie podatków.

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan*. — Glasovao sam za prijedlog rezolucije o prijedlogu odluke Europskog parlamenta i Vijeća o mobilizaciji Europskog fonda za prilagodbu globalizaciji u slučaju otpuštanja 608 radnika talijanskog poduzeća Whirlpool zbog toga što je potrebno čim prije i na što efikasniji način izaći u susret otpuštanjima, koja su zasigurno bila pod utjecajem globalne finansijske i gospodarske krize. Činjenica jest da smo svjedoci velikog pada proizvodnje električke opreme i potrošnje kućanstava, što je utjecalo na otpuštanja u poduzeću Whirlpool. Potrebno je napomenuti da će se nezaposlenost u pokrajini Trento, koja se od početka krize udvostručila, dodatno pogoršati navedenim otpuštanjima. Naime, podržavam mjere koje su talijanske vlasti preuzele pri pružanju usluga prilagođenih potrebama pogođenih radnika i sudjelovanje socijalnih partnera u pregovorima oko mjera koje je potrebno poduprijeti. Podržavam dakle mobilizaciju EGF-a na što brži i dinamični način.

Marc Joulaud (PPE), *par écrit*. — J'ai voté en faveur du rapport de mon collègue Daniele Viotti sur la mobilisation du Fonds européen d'ajustement à la mondialisation en faveur des salariés licenciés de l'entreprise Whirlpool Europe en Italie. Ce fonds débloquera une enveloppe d'1,89 million d'euros en faveur de 608 salariés licenciés de la société Whirlpool, qui servira à financer des formations, des services de conseils ou des primes à la création d'entreprises afin d'aider les bénéficiaires à se réinsérer sur le marché du travail.

Ce rapport a été adopté à une large majorité, ce dont je me félicite.

Philippe Juvin (PPE), *par écrit*. — J'ai soutenu la résolution portant sur la demande de mobilisation du Fonds européen d'ajustement à la mondialisation introduite par l'Italie concernant des licenciements survenus dans l'entreprise Whirlpool Europe ainsi que chez cinq de ses fournisseurs et producteurs. Ce Fonds a été créé pour favoriser la réinsertion sur le marché de travail des travailleurs victimes des modifications de la structure du commerce international résultant de la mondialisation ou de la crise financière. Ainsi, je me félicite de l'adoption de cette aide s'élevant à 1 890 000 EUR.

Afzal Khan (S&D), *in writing*. — I voted in favour of mobilisation of the fund, as I support giving assistance to reintegrate workers in the labour market made redundant due to major structural changes in world trade patterns due to globalisation and the economic crisis.

Giovanni La Via (PPE), *per iscritto*. - Signor Presidente, onorevoli colleghi, voto positivamente la relazione dell'on. Daniele Viotti. Essa prevede il reinserimento nel mercato del lavoro di 608 lavoratori collocati in esubero da Whirlpool Europe S.r.l. Attraverso il FEG cerchiamo di garantire un sistema di reintegro nel mercato del lavoro ai dipendenti che sono stati colpiti dalla crisi economica, mettendo in risalto, una volta di più, il ruolo chiave che l'Europa ha e deve continuare ad avere in questo periodo di crisi. Sottolineo, inoltre, che la mobilitazione odierna riguarda lavoratori italiani purtroppo in difficoltà e che saremo in grado di aiutare grazie alla mobilitazione di questi fondi europei.

Dienstag, 16. Dezember 2014

Jérôme Lavrilleux (PPE), *par écrit*. — Comme j'en avais déjà eu l'occasion en commission parlementaire «emploi et affaires sociales», j'ai renouvelé mon vote en faveur du rapport Viotti visant à mobiliser le Fonds européen d'ajustement à la mondialisation pour 608 salariés licenciés de l'entreprise Whirlpool (Italie).

Le FEM financera à hauteur de 60 % (1 800 000 EUR pour un coût total de 3 100 000 EUR) des projets consistant principalement en des mesures de conseil, d'orientation, d'accompagnement, d'évaluation des compétences, de formations générales, de mesures de reconversion et de formation professionnelle ainsi que de conseils à la création d'entreprise.

Face au chômage de masse et aux dérives de la mondialisation, le FEM se révèle encore une fois être un outil efficace et durable pour soutenir les victimes des crises successives qui ont frappé les pays l'Union européenne.

Javi López (S&D), *por escrito*. — Este informe hace referencia a la movilización de un importe total de 1 890 000 euros con cargo al FEAG en favor de Italia para apoyar la reincorporación al mercado de trabajo de los trabajadores despedidos de Whirlpool Europe S.r.l., que operaba en el sector económico clasificado en la división 27 de la NACE Rev. 2 («Fabricación de material y equipo eléctrico») y de cinco proveedores y transformadores de productos, a causa de la crisis financiera y económica mundial. Afecta a un total de 608 beneficiarios.

Paloma López Bermejo (GUE/NGL), *por escrito*. — He votado a favor del informe ya que permite la movilización de recursos a raíz del despido de 608 trabajadores de Whirlpool Europe S.r.l.

Esta movilización de fondos se debe a las desastrosas consecuencias de la internacionalización de los sectores productivos en la UE.

Estos fondos no son capaces de solucionar las problemáticas de estos trabajadores en el contexto del desempleo en Italia, pero al menos dan la posibilidad de paliar una pequeña parte del drama humano. Es por todo esto por lo que he decidido votar a favor del presente informe.

Antonio López-Istúriz White (PPE), *por escrito*. — Este fondo ha sido establecido por la UE para proporcionar una ayuda adicional a los trabajadores que han sufrido las consecuencias de grandes cambios estructurales en los patrones del comercio mundial o de la continuación de la crisis financiera y económica mundial.

Italia presentó una solicitud de movilización de este fondo para apoyar la reinserción de los trabajadores despedidos de Whirlpool Europe S.r.l. y de otros cinco proveedores y transformadores de productos, como consecuencia de la crisis financiera y económica mundial.

La propuesta adoptada por la Comisión consiste en un total de 1 890 000 euros para ayudas a la inserción laboral en beneficio de un total de 608 trabajadores. La Comisión ha concluido que esta propuesta cumple con los requisitos necesarios para recibir una financiación del FEAG.

Ivana Maletić (PPE), *napisan*. — Gospodarska kriza imala je značajan utjecaj na smanjenje potrošnje, a time i na smanjenje obujam poslovanja koji je doveo do otpuštanja radne snage. Cilj stvaranja Europskog fonda za prilagodbu globalizaciji je dodatna pomoć otpuštenim radnicima i samozaposlenim osobama koji su radi posljedica globalizacije morale prestati sa svojom djelatnošću.

Zato sam podržala izvješće o mobilizaciji Europskog fonda za prilagodbu globalizaciji za pomoć radnicima otpuštenih iz trgovačkog društva Whirlpool Europe S.r.l i njegovih dobavljača.

Ovim izvješćem želi se osigurati doprinos u iznosu od 1,9 milijuna eura radi osiguravanja pomoći otpuštenim radnicima pri traženju posla i stjecanja dodatne edukacije.

Νότης Μαριιάς (ECR), *γραπτώς*. — Υπερψήφισα την έκθεση Viotti σχετικά με την κινητοποίηση του Ευρωπαϊκού Ταμείου Προσαρμογής στην Παγκοσμιοποίηση, γιατί η κινητοποίηση του ταμείου στη συγκεκριμένη περίπτωση συμβάλλει στη σημαντική ανακούφιση των απολυμένων εργαζομένων της επιχείρησης Whirlpool στην επαρχία του Τρέντο στην Ιταλία και ενισχύει συνακόλουθα την περιοχή του Ευρωπαϊκού Νότου.

Dienstag, 16. Dezember 2014

David Martin (S&D), *in writing*. — I voted for this support under the European Globalisation Adjustment Fund, noting that the Italian authorities argue that the global financial and economic crisis has had a profound effect on the consumption choices of Italian households which have reconsidered their buying decisions, in particular those related to buying durable goods, including domestic appliances.

Fulvio Martusciello (PPE), *per iscritto*. — Il Fondo europeo di adeguamento alla globalizzazione rappresenta uno strumento fondamentale con cui l'Unione europea può effettivamente intervenire a sostegno dei lavoratori che hanno perso il proprio impiego a causa della crisi economica e finanziaria. La proposta è intesa a sostenere il reinserimento nel mercato del lavoro dei dipendenti collocati in esubero da Whirlpool, impresa operante nel settore della fabbricazione di apparecchiature elettriche. Per tale motivo ho votato a favore.

Barbara Matera (PPE), *per iscritto*. — Nella provincia di Trento, il settore industriale e quello dei servizi, entrambi motore dell'economia cittadina, hanno risentito pesantemente della conseguenze attribuibili alla recessione tuttora in corso.

Il mio voto a favore della relazione a firma del collega Viotti deriva dalla convinzione che i 608 lavoratori in esubero presso la Whirlpool Europe S.r.l, leader nel settore degli elettrodomestici, abbiano il diritto di essere adeguatamente sostenuti da parte dell'Unione europea.

Georg Mayer (NI), *schriftlich*. — Der Hilfestellung für die italienische Firma Whirlpool habe ich zugestimmt, weil alle Kriterien der Förderwürdigkeit gegeben sind. Weiters wurde die Firma besonders schwer von der Finanzkrise getroffen, was sich vor Allem darin zeigt, dass im gesamten Sektor der Haushaltsgroßgeräte in den Jahren 2010 bis 2013 ein Rückgang von mehr als 16% gemessen wurde.

Jean-Luc Mélenchon (GUE/NGL), *par écrit*. — Le fond d'aide à la mondialisation joue bien son rôle destructeur. Au lieu d'aider les travailleurs, il encourage les actionnaires et les États à adhérer à l'irresponsabilité sociale du capitalisme. Le «Fonds d'aide à la délocalisation» vient ici en aide au géant nord-américain de l'électroménager, Whirlpool. Début 2014, lorsque le site suédois a fermé et que le site italien devait s'en trouver renforcé, les dirigeants annonçaient qu'une «petite partie» serait délocalisée aux États-Unis car «la structure actuelle de la production n'est plus compétitive». Cela s'est transformé en vaste plan de licenciement et l'État italien demande de sauver ceux qui restent sur le carreau, après avoir lui-même tué la consommation interne par ses politiques d'austérité. Les mensonges de l'entreprise sont donc récompensés puisque Whirlpool peut licencier sans se soucier des conditions de reclassement de ses travailleurs. Dans ces conditions, je vote contre.

Nuno Melo (PPE), *por escrito*. — A UE é um espaço de solidariedade e nela se enquadra o Fundo Europeu de Ajustamento à Globalização. Estes apoios são fundamentais para o auxílio aos desempregados e às vítimas das deslocalizações que se verificam num contexto globalizado. É cada vez maior o número de empresas que se deslocalizam, aproveitando os reduzidos preços do fator trabalho que são praticados em vários países, nomeadamente na China e na Índia, com efeitos nocivos para os países que respeitam os direitos dos trabalhadores. O FEG destina-se a ajudar os trabalhadores vítimas da deslocalização de empresas e é fundamental para facilitar o acesso a um novo emprego. O FEG já foi no passado utilizado por outros países da UE, cabendo agora dar esse auxílio à Itália que apresentou a candidatura EGF/2014/010 IT/Whirlpool, em 18 de junho de 2014, na sequência do despedimento de 608 trabalhadores na empresa Whirlpool Europe S.r.l., uma empresa que opera no setor de atividade económica classificado na divisão 27 (Fabricação de equipamento elétrico) da NACE Rev. 2, e em cinco empresas fornecedoras e produtoras a jusante.

Roberta Metsola (PPE), *in writing*. — This report notes that 608 workers in Italy have been made redundant because of major structural changes in world trade patterns due to globalisation. The financial and economic crisis caused a significant decline in household consumption in Italy. This has further aggravated the unemployment situation in the province of Trento, where the unemployment rate has more than doubled since the beginning of the crisis. I have therefore voted in favour of this report, which will aid affected workers.

Dienstag, 16. Dezember 2014

Marlene Mizzi (S&D), *in writing*. — I voted in favour of the European Globalisation Adjustment Fund in Italy in order to support the reintegration in the labour market of workers made redundant at Whirlpool Europe S.r.l. operating in the economic sector classified under NACE Rev. 2 division 27 (Manufacturing of electrical equipment), and at five providers and downstream producers, due to the global financial and economic crisis

Sophie Montel (NI), *par écrit*. — Les autorités italiennes sollicitent ici une contribution financière au titre du Fonds européen d'ajustement à la mondialisation à hauteur de 1 890 000 euros afin d'aider à la reconversion des 608 salariés licenciés par Whirlpool Europe S.r.l. et 5 fournisseurs et producteurs en aval (secteur économique classé dans la division 27 «Fabrication d'équipements électriques»). Depuis 2009, dans l'Union européenne et plus particulièrement dans la zone euro, l'économie tourne nettement au ralenti, le système économique ultralibéral mis en place par Bruxelles et imposé aux États membres étant la cause première de l'effondrement de nos industries et de la casse sociale en Europe.

L'économie italienne est asphyxiée: ainsi, si le taux de croissance du PIB italien était encore positif en 2011 avec + 0,4%, il est depuis passé en négatif (- 2,4% en 2012 et - 1,9% en 2013). La consommation des ménages a considérablement diminué, la situation de récession ayant eu un impact évident sur les choix et priorités des consommateurs italiens (décisions d'achat de biens durables – appareils électroménagers – reportées).

Entre 2008-2012, les 5 principaux fabricants d'appareils ménagers en Italie (Electrolux, Indesit, Whirlpool Europe, Frank et Antonio Merloni) ont enregistré une baisse conséquente de leur production. On notera également que ...

(Explication de vote écourtée en application de l'article 170 du règlement)

Claude Moraes (S&D), *in writing*. — The economic crisis has had a profound effect on the consumption choices of Italian households, particularly those related to buying durable goods. I voted in favour of the application as I believe that it will help to address the decline in durable goods.

Alessandra Moretti (S&D), *per iscritto*. — Il voto odierno del PE ha dato il via libera alla possibilità di utilizzare un importo significativo di denaro proveniente dal Fondo europeo di adeguamento alla globalizzazione da destinare al collocamento in esubero di 608 lavoratori effettuato da Whirlpool Europe s.r.l. Questo denaro dovrà essere in particolare destinato alla promozione di una serie di attività quali corsi di reinserimento nel mondo del lavoro e di aggiornamento per gli operai rimasti a casa, oltre ad una serie di aiuti destinati alla loro sussistenza.

Se da un lato non possiamo che rallegrarci di questa misura, che dimostra come l'Unione Europa sia pronta a fare la sua parte nelle situazioni di bisogno, non possiamo tuttavia non sottolineare che la chiusura della Whirlpool rappresenta una sconfitta per tutti; la crisi economica e finanziaria che sta attanagliando gran parte dell'Unione, e in particolare il nostro paese, deve infatti riportare l'attenzione sulla necessità di ripensare e rivedere le attuali politiche industriali.

La soluzione della crisi non può, infatti, essere affidata unicamente a strumenti emergenziali come il Fondo europeo di adeguamento alla globalizzazione ma altresì e soprattutto a una serie di azioni a lungo termine volte a potenziare la crescita e lo sviluppo.

Alessia Maria Mosca (S&D), *per iscritto*. — Accogliamo con favore la proposta della Commissione relativa alla mobilitazione del Fondo europeo di adeguamento alla globalizzazione a favore dell'Italia al fine di sostenere il reinserimento nel mercato del lavoro dei lavoratori collocati in esubero da Whirlpool Europe S.r.l., in quanto la domanda soddisfa tutte le condizioni per un contributo finanziario a titolo del Fondo stesso. Infatti, in conseguenza della crisi economica e finanziaria mondiale, si è registrato un significativo rallentamento dell'economia italiana, una situazione di recessione che ha avuto un profondo impatto sulle scelte in materia di consumi delle famiglie. Negli ultimi anni, anche se la Whirlpool aveva effettuato investimenti presso l'impianto di Spini di Gardolo, tuttavia l'investimento non si è dimostrato redditizio a causa del declino della domanda di grandi elettrodomestici e del conseguente calo della produzione.

Dienstag, 16. Dezember 2014

Alessandra Mussolini (PPE), *per iscritto*. — Signor Presidente, onorevoli colleghi, ho votato a favore della relazione dell'on. Viotti per la mobilitazione del Fondo europeo di adeguamento alla globalizzazione a favore dei 608 lavoratori collocati in esubero da Whirlpool Europe e cinque fornitori e produttori a valle in Italia, aziende colpite dalla sempre più incisiva crisi finanziaria ed economica.

Franz Obermayr (NI), *schriftlich*. - Die Inanspruchnahme des Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung für die Firma Whirlpool ist zu unterstützen, da das betroffene Unternehmen alle Kriterien für die Unterstützung erfüllt. Weiterhin ist es sehr lobenswert, dass die italienische Regierung bereits vor der Beantragung der Unterstützung seitens der EU mit Hilfsmaßnahmen für die betroffenen Arbeitnehmer begonnen hat. Durch diese Handlungsbereitschaft können wir sicher sein, dass die von der Union bereitgestellten Mittel sinnhaft eingesetzt werden und ausschließlich den Arbeitnehmern zu Gute kommen. Ich habe daher für den Antrag gestimmt.

Younous Omarjee (GUE/NGL), *par écrit*. – Je soutiens les programmes mettant en œuvre le Fonds européen d'ajustement à la mondialisation, notamment dans les pays fortement touchés par la crise financière, en l'occurrence ici en Italie. Il est inconcevable pour l'Europe de ne pas garantir une sécurité aux travailleurs qui se sont retrouvés sans emploi suite à des délocalisations ou à la concurrence accrue des pays nouvellement émergents. J'ai ainsi voté en faveur de ce rapport.

Urmas Paet (ALDE), *kirjalikult*. — Toetasin ettepanekut eraldada Itaaliale EGFi 1 890 000 euro, sest selle abil saame tööturule tagasi aidata 502 inimest, kes Itaalias Whirpoolis töötuks jäid. Töötus on Euroopa Liidus üks valusamaid probleeme. EGFi abil saame need inimesed uuesti tööturul mobiliseerida.

Aldo Patriciello (PPE), *per iscritto*. — Considerando che le autorità italiane hanno presentato una specifica domanda volta ad ottenere un contributo finanziario del FEG a seguito delle collocazioni in esubero effettuate dalla Whirlpool Europe s.r.l. e cinque fornitori e produttori a valle in Italia; che la convergenza economica negativa determinata dalla crisi ha provocato un significativo rallentamento nel settore degli elettrodomestici; che la Commissione ha verificato la conformità della domanda ai criteri per l'applicazione del fondo europeo di adeguamento alla globalizzazione, intenderei esprimere il mio voto favorevole.

Pina Picierno (S&D), *per iscritto*. — La tutela del lavoratore e della sua dignità è uno dei principi fondamentali su cui devono basarsi le politiche europee. L'intento che ha mosso l'istituzione del Fondo europeo di adeguamento alla globalizzazione (FEG) è proprio questo: dare un sostegno ulteriore, unitamente a quello dello Stato membro coinvolto, ai lavoratori che risentono in maniera grave delle conseguenze della crisi economica.

Ho votato questa risoluzione perché i 608 lavoratori della Whirlpool e tutto l'indotto della provincia di Trento sono le vittime di una crisi globale che ha colpito, in questo caso particolare, il settore degli elettrodomestici, con un calo spaventoso degli acquisti da parte delle famiglie. In questo territorio, infatti, il tasso di disoccupazione, dall'inizio della crisi, è raddoppiato.

I contributi finanziari (1.890.000 euro) ottenuti con la mobilitazione del Fondo, complementari ai Fondi strutturali in dotazione all'Italia, dovranno essere utilizzati per il ricollocamento dei lavoratori in esubero, per la loro formazione, per incentivi all'assunzione e all'imprenditorialità, per l'accompagnamento al reinserimento professionale. Il loro utilizzo sarà poi oggetto di monitoraggio costante con il coinvolgimento delle parti sociali. Si tratta di un contributo strategico per risolvere non solo il destino dei singoli lavoratori della Whirlpool, ma l'economia di un intero distretto produttivo.

Dienstag, 16. Dezember 2014

Andrej Plenković (PPE), *napisan.* — Podržao sam izvješće kolege Daniele Viottia. Globalizacija je donijela ubrzanje gospodarskog razvoja svijeta, no ona za sobom nosi i negativne posljedice. Velika gospodarska i financijska kriza utjecala je na restrukturiranje mnogih poduzeća sa svrhom ukidanja neprofitabilnosti pa su se mnoga poduzeća našla pod utjecajem strukturnih reformi što je rezultiralo otpuštanjem velikog broja radnika. Stopa nezaposlenosti u Trentu udvostručila se od početka krize te bilježi porast s 2,9 % u 2007. na 6,1 % u 2013. Zatvaranje Whirlpool Europe Srl ostavit će negativan utjecaj na gospodarstvo u regiji te lokalnu ekonomiju Regije Trento. Podržavam prijedlog Europske komisije i Vijeća o odobravanju financijske pomoći za 608 otpuštenih radnika Whirlpool Europe u iznosu od 1.8 milijuna eura od ukupno procijenjenih troškova u iznosu od 3.1 milijuna eura za aktivnosti potpore, osposobljavanja za druga radna mjesta te kao potporu za samozapošljavanje, jer smatram da su to kvalitetne mjere za pomoć radnicima.

Salvatore Domenico Pogliese (PPE), *per iscritto.* — Come sappiamo, il Fondo europeo di adeguamento alla globalizzazione (FEG) ha come scopo di dare un sostegno ai lavoratori di imprese che soffrono della negativa congiuntura e di cambiamenti strutturali importanti del commercio mondiale, specialmente in questa fase di grave crisi generalizzata. In questo caso si tratta della Whirlpool Italia e, come si è visto dai dati, tutti i principali fabbricanti di elettrodomestici italiani hanno subito un forte calo della produzione nel periodo 2008-2012 a causa della negativa congiuntura economica.

Il reinserimento nel mercato del lavoro dei 608 lavoratori messi in esubero sarà aiutato dai servizi personalizzati previsti come: formazione generale e riconversione, formazione professionale, *coaching*, accompagnamento successivo al reinserimento professionale e all'imprenditorialità, indennità per la ricerca di occupazione, indennità di partecipazione e contributo alle spese di viaggio, nonché incentivi all'assunzione. Spero che i servizi messi in atto possano aiutarli al meglio a reinserirsi nel mercato del lavoro e che saranno rispettati tutti i principi di parità di trattamento.

Franck Proust (PPE), *par écrit.* — La crise a conduit l'entreprise Whirlpool à licencier plus de 600 salariés en Italie. Il revient donc, par l'utilisation d'un Fonds européen d'ajustement à la mondialisation, d'aider au mieux les salariés licenciés dans leur recherche de reconversion et de création d'entreprise.

Paulo Rangel (PPE), *por escrito.* — A Itália apresentou uma candidatura com vista a obter uma contribuição financeira do FEG, na sequência de 608 despedimentos na Whirlpool Europe S.r.l., uma empresa que opera na divisão 27 da NACE Rev. 2 (Fabricação de equipamento elétrico), e em cinco empresas fornecedoras e produtoras a jusante, durante o período entre 10 de dezembro de 2013 e 31 de março de 2014. De acordo com a Comissão, a referida candidatura cumpre os critérios de elegibilidade previstos no Regulamento FEG, verificando-se, por um lado, que os despedimentos em causa estão relacionados com a crise económica e financeira e a consequente diminuição significativa do consumo das famílias, o que teve um impacto no mercado italiano de grandes eletrodomésticos, que registou um declínio de 16,5 %, tendo passado de 3174 mil milhões em 2010 para 2649 mil milhões em 2013; e, por outro lado, que tais despedimentos agravarão ainda mais a situação do emprego na província de Trento, onde a taxa de desemprego duplicou desde o início da crise, passando de 2,9 % em 2007 para 6,1 % em 2013. Votei, por isso, favoravelmente esta resolução, que aprova a decisão de mobilização do FEG a favor da Itália.

Julia Reid (EFDD), *in writing.* — The principle of subsidiarity dictates that decisions should be taken at the closest possible level to the citizen – in this case at regional or national level. Therefore, these projects should not be funded by the European Union.

It is absurd that the arbiters of whether this funding should, or should not, be given are Members of the European Parliament with no detailed knowledge of the situation. This project may well be of benefit to the people of Italy, but I am not best placed to judge.

The European Globalisation Adjustment Fund should be scrapped, which would give money back to the Member States to decide for themselves about the appropriateness of such funding. Consequently, I had no option but to vote against – even though this may be a worthwhile project.

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D), *por escrito.* — He votado a favor de este informe para aprobar la movilización de 1 890 000 EUR del Fondo Europeo de Adaptación a la Globalización destinados a 608 trabajadores que han perdido su empleo en Whirlpool Europe S.r.l., empresa dedicada a la fabricación de electrodomésticos, y en cinco proveedores y transformadores de productos de dicha empresa en Italia, como consecuencia de los cambios estructurales en el comercio mundial a causa de la globalización y del impacto de la crisis económica y financiera.

Dienstag, 16. Dezember 2014

Los servicios personalizados que se han de financiar con cargo al FEAG comprenden actividades de formación, orientación profesional, reciclaje e incentivos para la creación de empresas.

Si bien estas ayudas no son capaces por sí solas de paliar el drama del desempleo en el sector de la fabricación de electrodomésticos debido a la pronunciada caída de la producción en la Europa de los Veintiocho durante seis años consecutivos (2008-2013), como consecuencia de la crisis económica y financiera, sí constituyen una buena asistencia y formación para la reinserción laboral de los trabajadores afectados.

Teresa Rodríguez-Rubio (GUE/NGL), *por escrito*. - La delegación de Podemos en el Parlamento Europeo ha votado a favor de la movilización de este fondo, entendiendo que existe una necesidad objetiva y una expectativa legítima por parte de los trabajadores despedidos en recibir la serie de ayudas asociadas.

No obstante, consideramos insuficiente el Fondo Europeo de Adaptación a la Globalización en la actual coyuntura económica. Los procesos de reconversión industrial y de flexibilización laboral hacen que resulte más difícil absorber a una creciente masa de trabajadores y devalúan los derechos sociales de los trabajadores.

Claude Rolin (PPE), *par écrit*. — J'ai voté en faveur de la demande introduite par les autorités italiennes en vue d'obtenir une contribution financière du Fonds européen d'ajustement à la mondialisation à la suite des licenciements intervenus chez Whirlpool Europe S.r.l., ainsi que chez cinq fournisseurs et producteurs en aval. À la suite du ralentissement économique de ces dernières années, nombreux sont les ménages en Italie qui ont dû revoir leurs décisions d'achat, en particulier celles concernant les biens durables (et notamment les appareils ménagers). Les autorités italiennes nous ont d'ailleurs communiqué que les cinq principaux fabricants d'appareils ménagers en Italie ont subi une forte diminution de la production entre 2008 et 2012 en raison de la crise économique et financière. Il me semble dès lors important de pouvoir venir en aide aux 608 travailleurs concernés par ces licenciements.

Fernando Ruas (PPE), *por escrito*. — Face às mudanças estruturais nos padrões do comércio internacional, foram criados instrumentos legislativos e orçamentais para prestar um apoio complementar aos trabalhadores atingidos pelos efeitos dessas mudanças, capacitando-os no sentido da sua reintegração no mercado de trabalho.

Considerando que a Itália apresentou uma candidatura ao FEG na sequência do despedimento de 608 trabalhadores da empresa Whirlpool Europe S.r.l e que a mesma cumpre os critérios de elegibilidade, sou favorável à atribuição desta contribuição financeira do FEG, no valor de 1 890 000 euros, como forma de minimizar os efeitos nefastos que isso acarreta para os antigos trabalhadores, sobretudo neste setor de produção de equipamento elétrico, que tem sofrido um declínio acentuado ao longo do período 2008 a 2012 e, sobretudo, para a vida dos mais de 600 trabalhadores afetados por este despedimento, que veem neste instrumento uma janela de oportunidade para relançar a sua vida profissional.

Lola Sánchez Caldentey (GUE/NGL), *por escrito*. - La delegación de Podemos en el Parlamento Europeo ha votado a favor de la movilización de este fondo, entendiendo que existe una necesidad objetiva y una expectativa legítima por parte de los trabajadores despedidos en recibir la serie de ayudas asociadas.

No obstante, consideramos insuficiente el Fondo Europeo de Adaptación a la Globalización en la actual coyuntura económica. Los procesos de reconversión industrial y de flexibilización laboral hacen que resulte más difícil absorber a una creciente masa de trabajadores y devalúan los derechos sociales de los trabajadores.

Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito*. - He votado a favor del informe ya que permite la movilización de recursos a raíz del despido de 608 trabajadores de Whirlpool Europe S.r.l. Esta movilización de fondos se debe a las desastrosas consecuencias de la internacionalización de los sectores productivos en la UE. Estos fondos no son capaces de solucionar las problemáticas de estos trabajadores en el

contexto del desempleo en Italia, pero al menos dan la posibilidad de paliar una pequeña parte del drama humano. Es por todo esto por lo que he decidido votar a favor del presente informe.

Dienstag, 16. Dezember 2014

Siôn Simon (S&D), *in writing*. — Thanks to today's vote Italy was granted aid from the European Globalisation Adjustment Fund (EGF) to support the reintegration in the labour market of workers made redundant at Whirlpool Europe S.r.l. Whirlpool Europe S.r.l operates in the economic sector classified under NACE Rev. 2 division 27 (Manufacturing of electrical equipment).

The Italian authorities argue that in 2009, as a consequence of the global financial and economic crisis, there was a significant downturn in the economy at EU-28 level, as well as in the Italian economy. This recession situation has had a profound effect on the consumption choices of Italian households which had reconsidered their buying decisions, in particular those related to buying durable goods.

The EUR 1 890 000 in aid will pay for personalised services consisting of advice and guidance, training and a job search allowance for the 608 redundant workers, provided by a team of expert consultants.

The UK has never made an application under this fund. UK workers therefore receive none of this support.

Davor Ivo Stier (PPE), *napisan*. — Talijanske vlasti su podnijele prijavu EGF/ 2014/010/ IT Whirlpool za financijski doprinos iz Europskog fonda za prilagodbu globalizaciji. Taj je fond namijenjen radnicima koji su izgubili svoja radna mjesta uslijed velikih strukturnih promjena u svjetskoj trgovini. Prijave mogu biti prihvaćene samo ako je više od 500 radnika postalo višak unutar firme (uključujući dobavljače i druge proizvođače), što je u ovom slučaju ispoštovano. Nakon pregledavanja zahtjeva, Komisija je utvrdila da su uvjeti za ovaj slučaj ispunjeni. Europska komisija također je predložila da se Italiji dodijeli 1,8 milijuna EUR iz Europskog fonda za prilagodbu globalizaciji (EGF) kako bi se 608 bivših radnika Whirlpool Europe Srl pomoglo pronaći nova radna mjesta. Radi se o mjerama borbe protiv nezaposlenosti i suočavanja s financijskom krizom, te stoga podržavam ovo izvješće.

Matteo Salvini (NI), *per iscritto*. - Ho deciso di votare in maniera favorevole per evitare 608 esuberi nel settore della fabbricazione di elettrodomestici.

Dubravka Šuica (PPE), *napisan*. — Europski fond za prilagodbu globalizaciji daje podršku ljudima koji su izgubili svoja radna mjesta kao rezultat velikih strukturnih promjena u svjetskoj trgovini. U valu gospodarskih problema koji su zadesili većinu država članica Unije našli su se zaposlenici Whirlpool iz Italije gdje je više od 608 radnika izgubilo posao, kojima je prijeko potrebna financijska pomoć u svrhu pronalaženja novog posla. Nezaposlenost je, kao što nam je poznato, veliki problem u čitavoj Europskoj uniji, a posebno u Italiji, ali moram istaknuti i u Hrvatskoj, posebno kada govorimo o mladima. Komisija je odobrila prijavu, a smatram da je dužnost nas zastupnika u Europskom parlamentu podržati svaku inicijativu koja ide u korist radniku s obzirom da im osigurava novi početak.

Richard Sulík (ECR), *písomne* — Nesúhlasím s predloženým návrhom, pretože som presvedčený o tom, že je to mimoriadne neefektívne riešenie predstavených problémov. Medzi predstavenými dôvodmi poskytnutia tejto pomoci je napríklad aj významný pokles spotreby talianskych domácností počas krízy. No prostriedky poskytnuté Európskou úniou na stimulovanie spotreby talianskych domácností sú tiež prostriedkami, o ktoré sa zníži spotreba domácností v ostatných krajinách Európskej únie.

Kay Swinburne (ECR), *in writing*. — The ECR Group fully supports measures that put in place policies that create growth and jobs. However, we do not believe that the European Globalisation Adjustment Fund is the right tool for putting in place such policies, nor do we believe it is an efficient tool that offers value for money for EU taxpayers, therefore I voted against.

Ελευθέριος Συναδινός (NI), *γραφτως*. — Τα χρήματα του ταμείου προσαρμογής πρέπει να δίνονται κατά βάση στους απολυμένους και όχι σε εταιρείες επανένταξης ή μετεκπαίδευσης. Δεν χρειαζόμαστε εξειδικευμένους άνεργους.

Dienstag, 16. Dezember 2014

Marc Tarabella (S&D), *par écrit*. — Le Fonds européen d'ajustement à la mondialisation, ou plus souvent appelé FEM, a été créé pour fournir un soutien aux travailleurs devenant victimes de restructuration et du commerce mondial. L'objectif est donc de former, ou d'aider à rebondir, ces citoyens travailleurs qui n'ont commis aucune faute si ce n'est celle de vivre à une époque où le caractère humain paraît souvent moins important que la recherche de bénéfices pour certains investisseurs ou spéculateurs. Le fonds que nous votons se veut donc être une deuxième chance.

Agnieszka Kozłowska-Rajewicz (PPE), *na piśmie*. — Wniosek w sprawie uruchomienia ponad 1,2 mln EUR z Europejskiego Funduszu Dostosowania do Globalizacji (EFG) na rzecz tyskiej fabryki Fiat Auto Poland wart jest zdecydowanego poparcia. W zeszłym roku ok. 1500 pracowników zakładu Fiat Auto Poland straciło pracę. Dzięki intensywnym i efektywnym działaniom krajowym prowadzonym przez Fundusz Pracy dziś tylko 80 z nich pozostaje niezatrudnionych. Środki z EFG pozwolą na częściową refundację kosztów wsparcia poniesionych przez Fundusz Pracy, m.in. na programy pomagające w znalezieniu pracy lub stworzeniu nowych możliwości zatrudnienia m.in. poprzez dotacje na podjęcie działalności gospodarczej oraz szkolenia z przedsiębiorczości.

Zgodnie z wymaganiami z Europejskiego Funduszu Dostosowania do Globalizacji można skorzystać tylko w określonej sytuacji, gdy zwolnienia w zakładzie są związane z istotnymi zmianami strukturalnymi w handlu światowym spowodowanymi globalizacją. Komisja Europejska potwierdziła występowanie tych okoliczności w odniesieniu do zakładu w Tychach. Dzięki temu dziś ogromną większością głosów Parlament Europejski zatwierdził sprawozdanie aprobujące wniosek Komisji o skorzystanie z Funduszu, jednocześnie potwierdzając potrzebę i skuteczność funkcjonowania Europejskiego Funduszu Dostosowania do Globalizacji.

Ramon Tremosa i Balcells (ALDE), *in writing*. — In this context of economic crisis the EU must be ready to give a second chance to workers that have lost their jobs, in this case of Whirlpool Europe SRL company, in Italy. The European Globalisation Adjustment Fund (EGF) was established to provide support for workers made redundant and self-employed persons whose activity has ceased as a result of major structural changes in world trade patterns due to globalisation and the economic crisis, to assist them with their reintegration into the labour market. That is why I give my support to this report.

Ernest Urtasun (Verts/ALE), *por escrito*. — Mi voto favorable a este informe lo es en apoyo a un fondo esencial para la mitigación del impacto de la globalización en el funcionamiento de las economías locales y el empleo.

Marco Valli (EFDD), *per iscritto*. - Ho sostenuto la decisione di mobilitare il Fondo europeo di adeguamento alla globalizzazione (FEG) con un contributo finanziario di 1.890.000 euro a beneficio di oltre 600 esuberanti presso l'azienda italiana Whirlpool, che saranno sostenuti in un percorso di reinserimento nel mercato del lavoro. L'azienda, operante nel settore degli elettrodomestici nella provincia di Trento, ha infatti gravemente sofferto il calo di consumi delle famiglie determinato dalla crisi economica e finanziaria.

Whirlpool non è certamente la sola azienda ad aver dovuto operare massicci tagli di posti di lavoro in Italia, dove le aziende, ancora più che in altri Paesi, da anni risentono delle pressioni della globalizzazione e dell'impatto della crisi finanziaria e economica. Tuttavia rappresenta l'unico caso in Italia ad usufruire del fondo nel 2014, dato che il governo italiano, inespugnabilmente, non ha presentato richieste analoghe per le altre migliaia di lavoratori collocati in esubero.

Sebbene il fondo non costituisca affatto una soluzione di lungo termine, stante la situazione di grave emergenza in Italia, mi auguro che il governo cominci a dedicare un po' della sua attenzione anche alle tante imprese in difficoltà e alle migliaia di lavoratori che continuano a perdere il lavoro.

Marie-Christine Vergiat (GUE/NGL), *par écrit*. — Le Parlement européen a adopté à une large majorité le rapport de Daniele Viotti demandant la mobilisation du Fonds d'ajustement à la mondialisation à hauteur de 1,890 millions d'euros pour 502 salarié(s) licencié(e)s chez Whirlpool et 106 chez cinq de ses fournisseurs et producteurs en aval.

Les politiques d'austérité ont conduit à la contraction de la consommation des ménages notamment dans le secteur des biens durables.

Dienstag, 16. Dezember 2014

Le groupe Whirlpool Europe aurait cumulé les pertes et, nous dit-on, «mis au point un plan d'entreprise pour adapter sa structure de production au marché.» Aujourd'hui, deux sites du groupe ferment, et ce «malgré» des investissements dont on se dispense bien de nous préciser la teneur. Or, ce groupe, numéro un mondial de l'électroménager, a racheté cette année Indesit, en renonçant alors à sa délocalisation.

Indesit a menacé de réduire d'un tiers ses effectifs et le rachat de 60 % de son capital par le géant américain avait été présenté comme salvateur pour ces salarié(e)s.

Ces licenciements récents dévoilent la triste réalité des stratégies capitalistiques de ces géants mondiaux.

Je refuse que des fonds publics européens servent à financer de telles pratiques car, de facto, cela conduit à les encourager au lieu de chercher à les enrayer.

J'ai donc voté contre.

Miguel Viegas (GUE/NGL), por escrito. — A candidatura em análise refere-se à mobilização de um montante total de 1.890.000 euros do FEG a favor da Itália para compensar a perda de 608 despedimentos na Whirlpool e em cinco fornecedores e produtores a jusante. Esta é a quarta candidatura do sector da fabricação de equipamento elétrico de Itália a ser examinada desde 2010.

Uma parte do montante mobilizado destina-se a subsídios à contratação, no âmbito de contratos a termo e sem termo, que variam, respetivamente, entre 3.000 e 2.000 euros por trabalhador. Esta medida só faria sentido caso os trabalhadores a contratar mantivessem os direitos garantidos pela Whirlpool, nomeadamente um contrato de trabalho permanente.

Harald Vilimsky (NI), schriftlich. — Ich habe dem Antrag auf Hilfestellung bezüglich der italienischen Firma Whirlpool entscheidend zugestimmt, nicht nur weil die Firma besonders schwer von der Finanzkrise getroffen wurde, was sich wiederum in ihren Verkaufszahlen an Haushaltsgeräten zeigt, sondern auch deshalb, weil ich für wichtig erachte, dass die EU europäischen Firmen und Arbeitern durch entsprechende Hilfeleistungen gerade in Zeiten der Krise entgegenkommen muss.

Inês Cristina Zuber (GUE/NGL), por escrito. — A candidatura em análise refere-se à mobilização de um montante total de 1.890.000 euros do FEG a favor da Itália. Resulta de 608 despedimentos na Whirlpool e em cinco fornecedores e produtores a jusante. Esta é quarta candidatura do setor da fabricação de equipamento elétrico de Itália a ser examinada desde 2010.

Candidatura que, para além de ações a desenvolver diretamente com os trabalhadores despedidos tais como sessões de informação, aconselhamento e orientação, avaliação de competências, formação geral e reconversão, formação profissional, entre outras, preconiza subsídios à contratação, no âmbito de contratos a termo ou sem termo, e que variam respetivamente entre 3 000 e 2000 euros por trabalhador. Esta medida só faria sentido caso os trabalhadores a contratar mantivessem os direitos garantidos pela Whirlpool, nomeadamente um contrato de trabalho permanente, o que não é garantido.

Estamos a aprovar paliativos mas há que atacar o mal pela raiz: é necessária a rutura com as políticas seguidas que estão a empobrecer os povos da Europa e a destruir milhões de postos de trabalho.

Marco Zullo (EFDD), per iscritto. - La mobilitazione del Fondo europeo di adeguamento alla globalizzazione si è resa opportuna per venire in aiuto ai lavoratori in esubero, o che hanno perso il lavoro, di quattro distinte aziende. In particolare, per quanto riguarda la situazione italiana, si è dato un contributo di 1,9 milioni di euro per agevolare il reintegro di 608 lavoratori della Whirlpool in Trentino, che si sono ritrovati in esubero a causa della chiusura del loro stabilimento produttivo.

Ho votato a favore perché anche se il FEG non è la soluzione migliore, al momento rappresenta una aiuto per i lavoratori. Inoltre, una particolare attenzione dovrà esser prestata per assicurarsi l'utilizzo corretto di tali fondi da parte di ogni Stato membro.

Infine è chiaro che non si possa fare costantemente affidamento a questo strumento per risolvere i problemi strutturali dell'economia.

Dienstag, 16. Dezember 2014

6.9. Inanspruchnahme des Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung: Antrag EGF/2013/006 PL/Fiat Auto Poland S.A. (A8-0062/2014 - Jan Olbrycht)

Explications de vote par écrit

Marina Albiol Guzmán (GUE/NGL), *por escrito*. — He votado a favor del informe ya que permite la movilización de recursos a raíz del despido de 1079 trabajadores, 829 de Fiat Auto Poland y 250 de 21 proveedores y transformadores de productos; se espera que sean 777 las personas que participen en las medidas del FEAG, relacionadas con la disminución de la producción en la planta de producción de la empresa Fiat Auto Poland S.A. de Tychy, situada en la provincia de Slaskie, Polonia, durante el periodo de referencia del 21 de enero de 2013 al 21 de mayo de 2013.

Esta movilización de fondos se debe a las desastrosas consecuencias de la internacionalización de los sectores productivos en la UE.

Estos fondos no son capaces de solucionar las problemáticas de estos trabajadores en el contexto del desempleo en Polonia, pero al menos dan la posibilidad de paliar una pequeña parte del drama humano. Es por todo esto por lo que he decidido votar a favor del presente informe.

Jonathan Arnott (EFDD), *in writing*. — The principle of subsidiarity dictates that decisions should be taken at the closest possible level to the citizen – in this case at regional or national level. Therefore, these projects should not be funded by the European Union.

It is absurd that the arbiters of whether this funding should, or should not, be given are Members of the European Parliament with no detailed knowledge of the situation. This project may well be of benefit to the people of Poland, but I am not best placed to judge.

The European Globalisation Adjustment Fund should be scrapped, which would give money back to the Member States to decide for themselves about the appropriateness of such funding. Consequently, I had no option but to vote against – even though this may be a worthwhile project.

Zigmantas Balčytis (S&D), *raštu*. — Balsavau už šį siūlymą, kurio tikslas – bendros 1 259 610 EUR sumos skyrimas iš EGF Lenkijos reikmėms siekiant remti darbuotojų, atleistų iš darbo įmonės „Fiat Auto Poland“, pakartotinę integraciją į darbo rinką. Nuo 2007 m. Europos automobilių pramonė neteko dalies savo rinkos. Tais metais Europos lengvųjų automobilių gamyba sudarė 32,2 proc. visos pasaulio gamybos, o 2012 m. ji tesudarė 23,2 proc. Globalizacijos poveikį dar labiau padidino finansų krizė, dėl kurios naujų lengvųjų automobilių pardavimas Sąjungoje nukrito iki nematytų žemumų. 777 atleistiems darbuotojams pritaikytas paslaugų paketas apims verslumo mokymą, mokymosi stipendijas, praktikos stipendijas bei dotacijas dirbti savarankiškai norintiems asmenims. Pritariu šio fondo lėšų skyrimui iš „Fiat Auto Poland“ įmonės atleistiems darbuotojams.

Hugues Bayet (S&D), *par écrit*. — La demande d'aide concerne 1 079 licenciements, dont 829 travailleurs licenciés par Fiat Auto Pologne et 250 travailleurs licenciés par les fournisseurs suite à la chute de la production automobile européenne. Ces licenciements représentent 1/10 du nombre total de chômeurs vivant dans la région selon les autorités polonaises, ce qui exerce une influence fortement négative sur la région de Tychy en Silésie. Il est donc impératif de permettre à ces anciens travailleurs de retrouver de l'emploi, c'est pourquoi l'aide du FEM de 1 259 610 EUR est dès lors la bienvenue.

Izaskun Bilbao Barandica (ALDE), *por escrito*. — El 10 de noviembre de 2014, la Comisión adoptó una propuesta de Decisión relativa a la movilización del FEAG en favor de Polonia para apoyar la reinserción en el mercado laboral de los trabajadores despedidos en la planta de producción de Tychy de Fiat Auto Poland S.A., situada en la región de Slaskie, Polonia, a raíz de importantes cambios estructurales en los patrones del comercio mundial como consecuencia de la globalización. Yo he apoyado esta Decisión; se trata de la decimonovena solicitud sometida a examen en el marco del presupuesto de 2014 y hace referencia a la movilización de un importe total de 1 259 610 euros con cargo al FEAG para Polonia. Afecta a 829 despidos de la planta de producción de Fiat en Tychy y a 250 despidos de los 21 proveedores y transformadores de productos efectuados durante el periodo de referencia del 21 de enero al 21 de mayo de 2013.

Dienstag, 16. Dezember 2014

Dominique Bilde (NI), *par écrit*. — La Pologne a introduit la demande de contribution financière du FEM E à la suite du licenciement de 1 079 travailleurs, 829 chez Fiat Auto Poland et 250 chez 21 fournisseurs et producteurs en aval, dont 777 devraient participer aux mesures FEM, en raison de la baisse de la production de l'usine de Fiat Auto Poland S.A. à Tychy, en Silésie. Le FEM mobilisera 1 259 610 EUR. Ce triste constat n'est que le résultat de l'austérité et de l'ouverture totale des frontières par l'UE, qui ont fait chuter la production mais aussi le volume des ventes de voitures neuves dans l'Union à son plus bas niveau. De plus, cela aura un impact négatif sur la région puisque les licenciés représentent 10 % des chômeurs de la région de Silésie. J'ai donc voté pour ce texte afin de venir en aide à ces travailleurs.

Mara Bizzotto (NI), *per iscritto*. — Ho votato a favore della mobilitazione del FEG, il Fondo europeo di adeguamento alla globalizzazione, a favore di 829 lavoratori e fornitori polacchi della Fiat. Il FEG è uno strumento importante ma allo stesso tempo ancora troppo lento per raggiungere i livelli di efficienza necessaria per garantire il giusto sostegno ai cittadini e alle imprese colpiti dalla crisi.

Malin Björk (GUE/NGL), *skriftlig*. — Jag har idag röstat för dessa betänkanden.

Det gör jag därför att arbetarna i de aktuella fallen ska ges ekonomiskt stöd för omskolning och/eller andra åtgärder för att finna nya jobb.

Dock vill jag understryka att den omfattande arbetslösheten i EU skulle kunna bekämpas effektivt om man stoppar den åtstramningspolitik som EU-kommissionen och medlemsstaternas regeringar sedan länge bedriver.

För att skapa nya arbetstillfällen i Europa krävs en ny ekonomisk politik med massiva offentliga och miljövänliga investeringar. Det krävs samhällsnyttiga investeringar inom skola, vård och omsorg, men också i infrastruktur, järnväg, kollektivtrafik, energisnåla bostäder och hållbara energisystem.

José Blanco López (S&D), *por escrito*. — He votado a favor de este informe para aprobar la movilización de 1 259 610 EUR del Fondo Europeo de Adaptación a la Globalización destinados a 777 trabajadores que han perdido su empleo en Fiat Auto Poland S.A., en Polonia, dedicada a la fabricación de automóviles, como consecuencia de los cambios estructurales en el comercio mundial a causa de la globalización y del impacto de la crisis económica y financiera.

Los servicios personalizados que se han de financiar con cargo al FEAG comprenden actividades de formación, orientación profesional, reciclaje e incentivos para la creación de empresas.

Si bien estas ayudas no son capaces por sí solas de paliar el creciente desempleo en el sector de la industria del automóvil acentuado por el impacto de la globalización que ha empeorado los efectos de la crisis financiera, reduciendo las ventas de turismos nuevos en la UE al nivel más bajo desde que se recopilan datos al respecto, sí constituyen una buena asistencia y formación para la reinserción laboral de los trabajadores afectados.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), *raštu*. — Balsavau dėl šio pranešimo, nes juo Parlamentas pritarė sprendimui skirti paramą 1079 darbuotojams, 2013 m. atleistiems iš firmos Lenkijoje „Fiat Auto Poland“ ir iš jos tiekėjų ir tolesnės gamybos grandies įmonės. Sprendime skirti paramą pabrėžiama, kad nuo krizės pradžios Europos automobilių pramonė neteko dalies savo rinkos, ir padėtis yra dar blogesnė nacionaliniu lygmeniu. Todėl Parlamentas pritaria, kad atleidimai įmonės „Fiat“ gamykloje Tychose ir jos tiekėjų bei tolesnės gamybos grandies įmonėse yra susiję su esminiais struktūriniais pasaulio prekybos sistemos pokyčiais, kuriuos lėmė globalizacija, ir kad globalizacijos poveikį padidino finansų krizė, dėl kurios naujų lengvųjų automobilių pardavimo lygis Sąjungoje neregėtai sumažėjo. Šiuo atveju, darbuotojų atleidimas iš įmonės „Fiat“ gamyklos Tychose turės neigiamą poveikį visam regionui, nes buvę įmonės „Fiat Auto Poland“, jos tiekėjų ir tolesnės gamybos grandies įmonių darbuotojai sudaro 10 proc. visų šiose apylinkėse gyvenančių bedarbių.

Mercedes Bresso (S&D), *in writing*. — I voted for the Mobilisation of Funds of the Globalisation Adjustment Fund because I support the European companies which can have difficulties in these times of economic crisis.

Gianluca Buonanno (NI), *per iscritto*. — 829 esuberi FIAT più 250 esuberi fornitori e 1 259 610 EUR (50% dei costi). Ho votato a favore del sostegno dei lavoratori e dell'occupazione.

Dienstag, 16. Dezember 2014

Alain Cadec (PPE), *par écrit*. — Le Parlement européen a voté pour la mobilisation du Fonds européen d'ajustement à la mondialisation en faveur des salariés licenciés de Fiat Auto Poland. Le montant de l'aide s'élève à 1,26 million d'euros. Plus de 1 000 employés licenciés bénéficieront d'une formation qui a pour objectif la réinsertion sur le marché du travail et la recherche d'emploi. L'industrie automobile européenne connaît des heures graves. La production européenne de voitures est en baisse par rapport à une production mondiale en hausse. La mobilisation du FEM était donc totalement justifiée et nécessaire. J'ai voté en faveur de ce rapport, qui témoigne de la solidarité de l'Union face à certaines conséquences négatives de la mondialisation sur l'emploi.

Nicola Caputo (S&D), *per iscritto*. — Oggi ho votato a favore di questa relazione al fine di sostenere il reinserimento nel mercato del lavoro di 777 lavoratori licenziati a causa della globalizzazione presso lo stabilimento Fiat di Tychy situato nella regione della Slesia in Polonia.

Secondo i dati, l'industria automobilistica europea ha perso quote di mercato a partire dal 2007. In quell'anno la produzione europea di autovetture rappresentava il 32,2% della produzione mondiale, mentre nel 2012 era pari al 23,2%. La situazione si è rivelata persino peggiore a livello nazionale, ove il volume della produzione si è ridotto di circa un terzo nel 2012 rispetto ai livelli del 2011. L'impatto della globalizzazione è stato esacerbato dagli effetti della crisi, che ha indotto una riduzione delle vendite di autovetture nuove nell'UE al livello più basso da quando hanno avuto inizio le rilevazioni. I dati Eurostat sulla situazione occupazionale nel settore automobilistico dimostrano un declino continuo.

Questa è già la ventiduesima richiesta polacca di assistenza solo per quanto riguarda il settore automobilistico. Mi rammarico che le aziende italiane non possano usufruire maggiormente di questo Fondo per la mancanza di sostegno da parte delle istituzioni locali e nazionali, che hanno presentato ad oggi solo 14 richieste in totale.

James Carver (EFDD), *in writing*. - I voted against the EU contributing 50% of an adjustment fund payout in the sum of nearly EUR 1.26 million to former Fiat employees, suppliers and producers in Poland. I believe that this cost should have been met by the Polish Government, and not, in effect, subsidised by the British taxpayer, through their contributions to the EU.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), *per iscritto*. — Votiamo a favore della mobilitazione di 1,25 milioni di euro in favore del reintegro di 777 lavoratori negli stabilimenti FIAT in Polonia.

Alberto Cirio (PPE), *per iscritto*. — Da piemontese ho un punto di vista molto particolare sulla FIAT, e soprattutto mi fa uno strano effetto sentire che la FIAT polacca vuole accedere a degli aiuti europei. Anche i lavoratori polacchi meritano queste agevolazioni, però su FIAT andrebbe fatto un discorso molto più ampio riferito alla politica industriale della mia regione, nonché a quella di tutta l'Italia.

Carlos Coelho (PPE), *por escrito*. — O Fundo Europeu de Ajustamento à Globalização foi criado em 2006 para prestar assistência adicional aos trabalhadores afetados pelas consequências de mudanças importantes na estrutura do comércio internacional e para ajudar à sua reintegração no mercado de trabalho.

A partir de 1 de maio de 2009, o âmbito de aplicação do Fundo Europeu de Ajustamento à Globalização foi alargado, passando a incluir o apoio a trabalhadores despedidos em consequência direta da crise económica, financeira e social.

Nesta altura em que a Europa está a braços com uma crise financeira, económica e social, sendo o desemprego uma das principais consequências, a União Europeia deverá utilizar todos os meios ao seu alcance para reagir, nomeadamente, no que se refere aos apoios a prestar às pessoas que ficaram sem emprego.

Assim, apoiei o presente relatório referente à mobilização de 1 259 610 euros a favor da Polónia com o objetivo de apoiar a reintegração no mercado de trabalho dos trabalhadores despedidos na Fiat Auto Poland e nas 21 empresas suas fornecedoras e produtoras a jusante.

Lara Comi (PPE), *per iscritto*. - Ho votato a favore della mobilitazione del Fondo europeo di adeguamento alla globalizzazione in risposta alla richiesta presentata dalla Polonia. Questa scelta comporterà l'erogazione di un contributo finanziario alla Fiat Auto Poland, in particolare dello stabilimento di Tychy, che ha dichiarato 829 esuberi. È noto che il settore della produzione di autovetture ha subito gravi conseguenze economiche, in special modo un brusco calo della quota di mercato dell'UE a partire dal 2007. A causa della difficile situazione economica del settore della produzione automobilistica nell'UE e della crescente popolarità delle automobili asiatiche, nonché del consistente calo di vendite di autovetture, la Fiat Auto Poland è stata costretta a chiudere lo stabilimento di Tychy e a trasferire la produzione della

Dienstag, 16. Dezember 2014

Panda Classic in Campania, Italia, dando luogo a un numero elevato di perdite di posti di lavoro nel settore della produzione automobilistica degli ultimi anni. Il voto di oggi rappresenta un segnale di sostegno dell'UE e l'augurio è che possa permettere il reintegro dei dipendenti nel mercato del lavoro.

Therese Comodini Cachia (PPE), *in writing*. — The European Union has set up legislative and budgetary instruments in order to provide additional support to workers who have been affected by the consequences of major structural shifts in world trade patterns and to support the reintegration of the same workers back into the labour market. The report confirms that 777 of 1 079 workers previously operating in the automotive industry in Poland will be targeted by the EGF co-funded measures. Personalised services for workers will include entrepreneurial training, internships and training scholarships. I therefore voted in favour of this report as it will provide additional opportunities and support to the workers (and their families) affected by these redundancies.

Ignazio Corrao (EFDD), *per iscritto*. — La Polonia ha presentato la domanda EGF/2013/006 PL/Fiat Auto Poland per un contributo finanziario a valere sul FEG a seguito di 1.079 esuberi, di cui 829 presso la Fiat Auto Poland e 250 presso 21 fornitori e produttori a valle, con 777 lavoratori che si prevede parteciperanno alle misure del FEG, collegati al calo della produzione presso lo stabilimento di Tychy della Fiat Auto Poland S.A. («stabilimento Fiat di Tychy») situato nella regione della Slesia, in Polonia, durante il periodo di riferimento dal 21 gennaio 2013 al 21 maggio 2013.

Ho votato a favore della presente risoluzione al fine di favorire il reinserimento professionale dei 777 lavoratori collocati in esubero anche mediante formazione e relativi costi, formazione imprenditoriale, borse di formazione, borse di tirocinio, costi di tirocinio, interventi mirati, aiuti al lavoro autonomo e incentivi per le assunzioni.

Javier Couso Permuy (GUE/NGL), *por escrito*. — He votado a favor del informe ya que permite la movilización de recursos a raíz del despido de 1 079 trabajadores, 829 de Fiat Auto Poland y 250 de 21 proveedores y transformadores de productos; se espera que sean 777 las personas que participen en las medidas del FEAG, relacionadas con la disminución de la producción en la planta de producción de la empresa Fiat Auto Poland S.A. de Tychy, situada en la provincia de Slaskie, Polonia, durante el periodo de referencia del 21 de enero de 2013 al 21 de mayo de 2013.

Esta movilización de fondos se debe a las desastrosas consecuencias de la internacionalización de los sectores productivos en la UE.

Estos fondos no son capaces de solucionar las problemáticas de estos trabajadores en el contexto del desempleo en Polonia, pero al menos dan la posibilidad de paliar una pequeña parte del drama humano. Es por todo esto por lo que he decidido votar a favor del presente informe.

Miriam Dalli (S&D), *in writing*. — I voted in favour of all four applications for EUR 35.5 million in EU aid to help find and create new jobs for workers made redundant by Air France, Fiat Auto Poland, Whirlpool and a Greek retailer. The European Globalisation Adjustment Fund aid application in the case of Fiat, its 21 suppliers and downstream producers will provide support for 777 workers with over EUR 1.2 million.

Rachida Dati (PPE), *par écrit*. — Le secteur automobile est un secteur économique particulièrement frappé par la crise économique, comme nous le rappelle ce texte qui propose de venir en aide aux 777 salariés licenciés qui travaillaient auparavant dans l'industrie automobile en Pologne. Avec la mobilisation du Fonds européen d'ajustement à la mondialisation, ces salariés pourront notamment bénéficier d'un accompagnement et de formations ciblées augmentant leurs chances de retrouver un emploi rapidement.

Isabella De Monte (S&D), *per iscritto*. — Quasi un migliaio di lavoratori sono stati licenziati nello stabilimento Fiat a Tychy, nel sud della Polonia, a causa della perdita di quote di mercato in Europa nella produzione di autovetture. Tra il 2011 e il 2012 la produzione a Tychy è scesa di almeno un terzo, colpendo sia lo stabilimento sia i suoi fornitori e produttori a valle, in una regione dove la disoccupazione è in costante crescita dal 2011. Ho sostenuto fortemente questa proposta di mobilitazione del Fondo europeo di adeguamento alla globalizzazione perché permetterà il reinserimento nel mercato del lavoro dei lavoratori collocati in esubero.

Dienstag, 16. Dezember 2014

Gérard Deprez (ALDE), *par écrit*. – Dans le cadre de ce dossier, la contribution du Fonds européen d'ajustement à la mondialisation (FEM) est de 1 610 259 euros et est prévue pour la réinsertion sur le marché du travail de 777 travailleurs licenciés dans la région polonaise de Silésie. Ces licenciements sont liés à la fermeture d'une usine de production de voiture Fiat à Tychy. Vingt et un fournisseurs et producteurs en aval du secteur automobile ont par ailleurs été affectés par cette fermeture. Les mesures mises en place et cofinancées par le Fonds sont principalement orientées vers la formation. Je me suis bien sûr prononcé en faveur de cette aide et j'espère qu'elle pourra en partie aider ces personnes à lutter contre cette angoisse, ce sentiment d'incertitude concernant leur avenir, qui nous envahissent quand on perd son emploi dans de telles circonstances.

Tamás Deutsch (PPE), *írásban*. – 2014. november 10-én a Bizottság határozatra irányuló javaslatot fogadott el az EGAA Lengyelország javára történő igénybevételére, hogy támogassa a globalizáció hatására a világkereskedelemben bekövetkezett fő strukturális változások következtében a lengyelországi sziléziai régióhoz tartozó Tychyben található Fiat Auto Poland S. A. gyárból elbocsátott munkavállalók munkaerőpiacra történő újbóli beilleszkedését.

Ez a 2014. évi költségvetés keretében vizsgálandó tizenkilencedik kérelem, és az EGAA-ból összesen 1 259 610 euró igénybevételére irányul Lengyelország javára. A kérelem a 2013. január 21-től 2013. május 21-ig terjedő referencia-időszakban a Tychyben található Fiat gyárból elbocsátott 829 főre, illetve a 21 beszállítótól és továbbfeldolgozótól elbocsátott 250 főre vonatkozik. A kérelmet 2013. július 29-án küldték el a Bizottságnak. A Bizottság megállapította, hogy a kérelem eleget tesz az EGAA igénybevételéhez szükséges, az 1927/2006/EK rendelete 2. cikkének a) pontjában megállapított követelményeknek.

A személyre szabott szolgáltatások társfinanszírozandó, összehangolt csomagja a következő intézkedéseket foglalja magában 777 elbocsátott munkavállaló visszaileteszkedése érdekében: képzés és képzéssel kapcsolatos költségek térítése, vállalkozóképzés, képzési ösztöndíjak, gyakornoki ösztöndíjak, gyakornoki költségek térítése, intervenciós költségek, önálló vállalkozáshoz nyújtott támogatás és a munkaerő-felvétel ösztönzése.

A Fidesz–KDNP delegációja a szolidaritás jegyében támogatja az indítványt. Fontos, hogy az elbocsátott munkavállalók megfelelő támogatást kapjanak a munkaerőpiacon való újbóli elhelyezkedésükhöz.

Pablo Echenique (GUE/NGL), *por escrito*. — La delegación de Podemos en el Parlamento Europeo ha votado a favor de la movilización de este fondo, entendiendo que existe una necesidad objetiva y una expectativa legítima por parte de los trabajadores despedidos en recibir la serie de ayudas asociadas.

No obstante, consideramos insuficiente el Fondo Europeo de Adaptación a la Globalización en la actual coyuntura económica. Los procesos de reconversión industrial y de flexibilización laboral hacen que resulte más difícil absorber a una creciente masa de trabajadores y devalúan los derechos sociales de los trabajadores.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI), *γραφτώς*. — Καταψήφισα την έκθεση, διότι διαφωνώ με την οικονομική πολιτική των επανεντάξεων, όπου χορηγούνται κονδύλια σε εταιρείες μετεκπαίδευσης, αντί στους απολυμένους που τα έχουν άμεση ανάγκη.

Rosa Estaràs Ferragut (PPE), *por escrito*. — Polonia presentó la solicitud EGF/2013/006 PL/Fiat, relativa a una contribución financiera del FEAG a raíz del despido de 1 079 trabajadores, 829 de Fiat Auto Poland y 250 de 21 proveedores y transformadores de productos. Se espera que sean 777 las personas que participen en las medidas del FEAG. La industria automovilística europea ha perdido cuota de mercado desde 2007, cuando la producción europea de turismos representaba el 32,2 % de la producción mundial, porcentaje que cayó a un 23,2 % en 2012. Hay que destacar el hecho de que, entre otras medidas, la intervención se centre específicamente en el grupo de trabajadores mayores de 50 años, que representa un elevado porcentaje de los beneficiarios; esto es importante ya que este grupo de edad está más expuesto al desempleo de larga duración y al riesgo de exclusión del mercado laboral.

Dienstag, 16. Dezember 2014

Jill Evans (Verts/ALE), *in writing*. — The European Globalisation Adjustment Fund was set up to provide additional assistance to workers who have lost their jobs as a result of major structural changes in world trade patterns. I voted in favour of this report because it is a means by which the EU can give valuable help to local economies hard hit by company closures. I regret that the government has not taken advantage of this fund in Wales.

José Manuel Fernandes (PPE), *por escrito*. - O FEG foi criado para fornecer suporte adicional para trabalhadores despedidos na sequência de importantes mudanças estruturais nos padrões do comércio mundial devido à globalização ou crise financeira e ajudá-los a encontrar novos empregos. Entre 2014 e 2020, o limite máximo anual do fundo é de 150 milhões de euros. Aos trabalhadores despedidos são oferecidas medidas tais como suporte para a criação de empresas, assistência na procura de emprego, orientação profissional e vários tipos de formação. Na maioria dos casos, as autoridades nacionais já começaram a tomar medidas para obter os seus custos reembolsados pela UE, quando os seus pedidos são aprovados. A Polónia apresentou a candidatura EGF/2013/006 PL/Fiat a uma contribuição financeira, na sequência de 1079 despedimentos, ou seja, 829 na Fiat Auto Poland e 250 nas 21 empresas suas fornecedoras e produtoras a jusante, sendo esperada a participação nas medidas do FEG de 777 pessoas, dada uma diminuição da produção na fábrica de Tychy da Fiat Auto Poland S.A. na província de Slaskie. Nesta mobilização do FEG, foram concedidos 1,26 milhões de euros. Votei favoravelmente.

João Ferreira (GUE/NGL), *por escrito*. — Esta candidatura é apresentada pela Polónia, na sequência de 829 despedimentos na FIAT Auto Poland e 250 em 21 empresas suas fornecedoras e produtoras a jusante.

Para além de ações a desenvolver diretamente com os trabalhadores despedidos, tais como custos com formação, formação com vista ao empreendedorismo, bolsas de formação, bolsas de estágio, subvenção ao emprego próprio, entre outras, o relatório preconiza o incentivo à contratação: os empregadores que contratem um antigo trabalhador desta empresa por um período de 24 meses receberão um subsídio que pode ir até 4 845 EUR. Consideramos que esta medida deveria condicionar o subsídio às empresas à manutenção dos direitos e à criação de um posto de trabalho permanente – o que não acontece.

Em nome dos milhões de desempregados, dos milhões de pessoas que vivem no limiar da pobreza, impõe-se a rutura com estas políticas, e a promoção do desenvolvimento socioeconómico, a defesa e promoção dos setores produtivos nacionais e do emprego com direitos.

Impõe-se que encaremos de frente esta avalanche de despedimentos coletivos e que lhe atribuamos a verdadeira razão: é o lucro mais rápido e mais fácil que está a falar mais alto. E são sempre os trabalhadores a pagar as crises que o capitalismo gera e que nunca será capaz de resolver.

Monika Flašíková Beňová (S&D), *písomne* — Predmetný fond bol zriadený na poskytnutie dodatočnej podpory pre pracovníkov v členských štátoch Európskej únie, ktorí boli v najväčšej miere zasiahnutí hospodárskou a finančnou krízou a veľkými štrukturálnymi zmenami v usporiadaní svetového obchodu. Európska komisia prijala návrh na mobilizáciu EGF v prospech Poľska, a to konkrétne pre pracovníkov prepustených z výrobného závodu Fiat Auto Poland S.A. v meste Tychy. Žiadateľ v tomto prípade poukazuje na jasný súvis medzi poklesom výroby automobilov a mierou zamestnanosti v spoločnosti Fiat Auto Poland. V rokoch 2009 – 2013 sa znížila výroba o astronomických 56 %.

Lorenzo Fontana (NI), *per iscritto*. — Voto a favore della concessione del fondo per i 829 lavoratori in esubero nello stabilimento FIAT in Polonia più i 250 esuberanti come fornitori.

Λάμπρος Φουντούλης (NI), *γραφτως*. — Καταψηφίζω την έκθεση διότι διαφωνώ με την οικονομική πολιτική των επανεντάξεων, όπου χορηγούνται κονδύλια σε εταιρείες μετεκπαίδευσης, αντί στους απολυμένους που τα έχουν άμεση ανάγκη.

Lidia Joanna Geringer de Oedenberg (S&D), *na piśmie*. — Wyjaśnienie do głosowania: termin 17.12.2012 r. w sprawie wniosku dotyczącego decyzji Parlamentu Europejskiego i Rady w sprawie uruchomienia Europejskiego Funduszu Dostosowania do Globalizacji zgodnie z pkt 13 Porozumienia międzyinstytucjonalnego z dnia 2 grudnia 2013 r. pomiędzy Parlamentem Europejskim, Radą i Komisją w sprawie dyscypliny budżetowej, współpracy w kwestiach budżetowych i należytego zarządzania finansami (wniosek EGF/2013/006 PL/Fiat Auto Poland S.A. z Polski) (COM (2014) 0699 – C8-0243/2014 – 2014/2181(BUD))

Dienstag, 16. Dezember 2014

Szanowni Państwo! Bardzo cieszy mnie przyjęcie wniosku, którego byłam kontrsprawozdawcą, przytłaczającą większością głosów i gratuluję panu Olbrychtowi konsekwencji w dążeniu do celu i świetnie sporządzonego sprawozdania. Jego weryfikacja trwała wyjątkowo długo, dlatego cieszy pozytywny wynik głosowania.

Zwolnienie ponad 1000 osób w fabryce Fiat w Tychach było olbrzymim ciosem nie tylko dla regionu Górnego Śląska. Ta konkretna fabryka włoskiego producenta samochodów jeszcze pięć lat temu była największą w Europie i drugą co do wielkości na świecie. Jednak fala europejskiego kryzysu nie oszczędziła tyskiej fabryki. Spadek produkcji o prawie jedną trzecią między latami 2011 i 2012 uderzył zarówno w firmę, jak i w jej dostawców w regionie, w którym bezrobocie stale rośnie.

Środki z Europejskiego Funduszu Dostosowania do Globalizacji w kwocie 1,26 mln euro umożliwią częściową refundację kosztów wsparcia 777 zwolnionych osób, które wzięły udział m.in w szkoleniach ułatwiających znalezienie nowej pracy.

Nathan Gill (EFDD), *in writing*. — I voted against using British taxpayers' money to subsidise the Polish Government. Redundancies in Fiat have affected 777 people, and the Polish Government wants the EU to pay EUR 1 259 610 towards retraining etc. This should be the expense of Fiat and the Polish Government.

Tania González Peñas (GUE/NGL), *por escrito*. - La delegación de Podemos en el Parlamento Europeo ha votado a favor de la movilización de este fondo, entendiendo que existe una necesidad objetiva y una expectativa legítima por parte de los trabajadores despedidos en recibir la serie de ayudas asociadas.

No obstante, consideramos insuficiente el Fondo Europeo de Adaptación a la Globalización en la actual coyuntura económica. Los procesos de reconversión industrial y de flexibilización laboral hacen que resulte más difícil absorber a una creciente masa de trabajadores y devalúan los derechos sociales de los trabajadores.

Antanas Guoga (ALDE), *in writing*. — I voted in favour for the Mobilisation of the European Globalisation Adjustment Fund: application EGF/2013/006 PL/Fiat Auto Poland S.A. I do believe that the EU should protect and support its citizens from any crisis. We should provide a financial support for people in need and give them a chance to reintegrate themselves into the labour market after they were dismissed due to major structural changes in world trade patterns due to globalisation. Moreover, there are 6 workers with longstanding health problems or disabilities who definitely need support to overcome the crisis.

Marian Harkin (ALDE), *in writing*. — I supported the mobilisation of EUR 1.259 million of the European Globalisation Adjustment Fund (EGF) for 777 redundant workers at Fiat Auto in Poland where 829 workers were made redundant as production levels plummeted at the factory, while 250 workers were made redundant by suppliers. The EGF monies to be spent include training of different types and also grants for self-employment. There is a significant amount of money available for hiring incentives when companies hire former Fiat Auto Poland workers for 24 months.

Anja Hazekamp (GUE/NGL), *schriftelijk*. — Ik vind dat mensen niet de dupe moeten worden van falend Europees sociaaleconomisch beleid. Daarom heb ik voor de beschikbaarstelling van middelen uit het Europees Fonds voor aanpassing aan de globalisering gestemd, maar ik vind dit een doekje voor het bloeden. Eigenlijk vind ik dat de bedrijven, en de lidstaten, zelf met passende steunmaatregelen moeten komen, want nu pompt men eigenlijk gewoon geld van de lidstaten rond. Grote autoproducenten zoals Fiat zetten hun werknemers na jaren trouwe dienst op straat, omdat ze hun productie verplaatsen naar plekken waar ze goedkopere arbeidskrachten kunnen vinden. Deze mensonterende praktijken keur ik ten strengste af en met de middelen uit het Europees Fonds zorgen we er tenminste voor dat weggestuurde werknemers niet in de kou staan.

Pablo Iglesias (GUE/NGL), *por escrito*. - La delegación de Podemos en el Parlamento Europeo ha votado a favor de la movilización de este fondo, entendiendo que existe una necesidad objetiva y una expectativa legítima por parte de los trabajadores despedidos en recibir la serie de ayudas asociadas.

Dienstag, 16. Dezember 2014

No obstante, consideramos insuficiente el Fondo Europeo de Adaptación a la Globalización en la actual coyuntura económica. Los procesos de reconversión industrial y de flexibilización laboral hacen que resulte más difícil absorber a una creciente masa de trabajadores y devalúan los derechos sociales de los trabajadores.

Robert Jarosław Iwaszkiewicz (EFDD), na piśmie. — Wspieranie prywatnych przedsiębiorstw państwowymi czy publicznymi funduszami jest zawsze złym pomysłem, niezależnie od tego w jakim europejskim państwie taka praktyka ma miejsce. Polscy pracownicy nie potrzebują środków z Europejskiego Funduszu Dostosowania do Globalizacji. Polscy pracownicy potrzebują sprzyjających warunków ekonomicznych, opartych na zredukowanym fiskalizmie, obniżonego progu ingerencji legislacyjnej i administracyjnej w swobodę działalności gospodarczej. Również dla przedsiębiorstwa Fiat Auto Poland publiczna dotacja jest złym rozwiązaniem, ponieważ budzi przekonanie, że błędy w zarządzaniu i planowaniu produkcji mogą również w przyszłości być naprawiane przez państwo, a więc wszystkich podatników. W tym sensie państwowe pieniądze utrudniają zbilansowany i ekonomiczny rozwój przedsiębiorstw i pogarszają bezpieczeństwo ekonomiczne zatrudnionych w nich pracowników.

Ivan Jakovčić (ALDE), napisan. — Glasao sam ZA prijedlog rezolucije o prijedlogu odluke Europskog parlamenta i Vijeća o mobilizaciji Europskog fonda za prilagodbu globalizaciji u slučaju poduzeća Fiat Auto Poland S.A. jer je nužno na konkretan način, putem sredstva EGF-a, pomoći otpuštenim radnicima. Europska automobilska industrija doživjela je veliki pad, koji će znatno utjecati na nezaposlenost u Šleskoj. Povrh toga, navedena otpuštanja odnose se na radnike koji imaju nižu stručnu spremu i koji su starije životne dobi. Stoga, potrebno je efikasno pomoći tim radnicima na način da se izbjegne dugoročna nezaposlenost i da se potakne ponovno uključenje na tržište rada.

Pri tome važno je napomenuti da je još dvadesetak zahtjeva zabilježeno za dodjelu sredstva iz EGF-a od strane automobilske industrije. Očito je da su negativni učinci finansijske krize i fenomena globalizacije snažno utjecali na automobilsku industriju u Europi.

Danuta Jazłowiecka (PPE), na piśmie. — Pomimo pewnych wad Europejski Fundusz Dostosowania do Globalizacji jest dobrym instrumentem wspierającym działania pomocowe podejmowane przez państwa członkowskie. Szczególnie przydatny jest on w sektorze motoryzacyjnym, który od paru lat przeżywa ogromne problemy. Przykład polskiej fabryki Fiata w Tychach pokazuje bardzo wyraźnie, że zmiany w światowej gospodarce, w połączeniu z kryzysem ekonomicznym w Europie i upolitycznieniem decyzji gospodarczych prywatnych firm, może spowodować kłopoty nawet na nowoczesne i niezwykle efektywne zakłady. Zwolnienie ponad tysiąca osób doprowadziło do upadku kooperantów fabryki i wzrostu bezrobocia w regionie, który i tak przeżywa ogromne strukturalne problemy gospodarcze. Należy więc się cieszyć, że działania pomocowe podjęte przez polski rząd i władze lokalne pomogły znaleźć pracę większości ze zwolnionych pracowników. Dlatego też poparłam uruchomienie środków z funduszu refundujących poniesione wydatki. Niewątpliwie będą one potrzebne do realizacji projektów wspierających pozostałą bez pracy setkę osób, zwłaszcza że są to głównie osoby starsze lub o niskich kwalifikacjach.

Marc Joulaud (PPE), par écrit. — J'ai voté en faveur du rapport de mon collègue Jan Olbrycht sur la mobilisation du Fonds européen d'ajustement à la mondialisation en faveur des salariés licenciés par l'entreprise Fiat en Pologne. Ce fonds débloquent une enveloppe d'1,26 million d'euros en faveur de 1 079 salariés licenciés par la société Fiat, qui servira à financer des formations, des services de conseil ou des primes à la création d'entreprise afin d'aider les bénéficiaires à se réinsérer sur le marché du travail.

Ce rapport a été adopté à une large majorité, ce dont je me félicite.

Philippe Juvin (PPE), par écrit. — J'ai soutenu la résolution portant sur la demande de mobilisation du Fonds européen d'ajustement à la mondialisation introduite par la Pologne concernant des licenciements intervenus dans l'entreprise Fiat Auto Poland S.A. ainsi que chez 21 de ses fournisseurs et producteurs. Ce Fonds a été créé pour favoriser la réinsertion sur le marché du travail des travailleurs victimes des modifications de la structure du commerce international résultant de la mondialisation ou de la crise financière. Ainsi, je me félicite de l'adoption de cette aide s'élevant à 1 259 610 EUR.

Jarosław Kalinowski (PPE), na piśmie. - Zatwierdzenie wniosku o uruchomieniu środków z Europejskiego Funduszu Dostosowania do Globalizacji dla zwolnionych pracowników z zakładu przedsiębiorstwa Fiat Auto Poland S.A. w Tychach przyjmuję z wielkim zadowoleniem. Oczywiście jest, że przyczynami grupowego zwolnienia w zakładzie były skutki globalizacji, a w szczególności ciągle malejące udziały rynkowe europejskiego przemysłu motoryzacyjnego oraz gwałtowny spadek popytu na samochody osobowe spowodowany kryzysem finansowym.

Dienstag, 16. Dezember 2014

Decyzja ta oznacza, że ponad 1,2 mln euro z budżetu Unii Europejskiej zostanie przeznaczone na zwrot kosztów, jakie w ubiegłym roku poniosły śląskie powiatowe urzędy pracy, aby pomóc zwolnionym pracownikom zakładu w Tychach. Działania te były wielopoziomowe i objęły szkolenia zawodowe oraz z zakresu przedsiębiorczości, stypendia szkoleniowe i stażowe, prace interwencyjne, środki na podjęcie działalności gospodarczej oraz dopłaty motywujące do powrotu na rynek pracy. Przyznanie Polsce omawianych środków jest przykładem skutecznego wykorzystywania funduszy unijnych, gdyż, jak się okazuje, dzięki rezolutnej inicjatywie naszego rządu jedynie 80 osób spośród ponad 1000 dotkniętych przez zwolnienia pozostaje jeszcze bez pracy.

Afzal Khan (S&D), *in writing*. — I voted in favour of mobilisation of the fund, as I support giving assistance to reintegrate workers in the labour market made redundant due to major structural changes in world trade patterns due to globalisation and the economic crisis.

Giovanni La Via (PPE), *per iscritto*. - Signor Presidente, onorevoli colleghi, voto positivamente la relazione dell'on. Jan Olbrycht perché considero la decisione concernente la mobilitazione del FEG a favore della Polonia un'indiscussa opportunità per il reinserimento nel mercato del lavoro dei 829 esuberanti presso lo stabilimento FIAT di Tychy e di 250 esuberanti presso 21 fornitori e produttori durante il periodo di riferimento dal 21 gennaio 2013 al 21 maggio 2013. In un contesto di crisi economica quale quello che stiamo attraversando, abbiamo più volte sottolineato l'importanza e l'efficacia di uno strumento qual è il FEG.

Jérôme Lavrilleux (PPE), *par écrit*. — Comme j'en avais déjà eu l'occasion en commission parlementaire «emploi et affaires sociales», j'ai renouvelé mon vote en faveur du rapport Olbrycht visant à mobiliser le Fonds européen d'ajustement à la mondialisation pour 777 salariés licenciés de l'entreprise FIAT (Pologne).

Le FEM financera à hauteur de 50 % (1 259 610 EUR pour un coût total de 2 506 220 EUR) des projets consistant principalement en: mesures de formation générale, formation à l'entrepreneuriat, bourses de stage, mise en place de subventions pour une activité non salariée et mesures d'incitations à l'embauche.

Bogusław Liberadzki (S&D), *na piśmie*. — Poparłem wnioszek o uruchomienie Europejskiego Funduszu Dostosowania do Globalizacji. Przeniesienie produkcji Fiata Pandi z Polski do Włoch było decyzją polityczną, która negatywnie wpłynęła na sytuację polskich pracowników. Środki dostępne dzięki EFG ułatwią ich reintegrację zawodową poprzez podjęcie przez nich zatrudnienia lub działalności na własny rachunek.

Javi López (S&D), *por escrito*. — Se trata de una propuesta de Decisión relativa a la movilización del FEAG en favor de Polonia para apoyar la inserción en el mercado laboral de los trabajadores despedidos en la planta de producción de Fiat Auto Poland S.A. de Tychy, situada en la región de Śląskie, Polonia. Hace referencia a la movilización de un importe total de 1 259 610 euros y afecta a 829 despidos de dicha planta de producción de Fiat en Tychy, y a 250 despidos de los 21 proveedores y transformadores de productos, efectuados durante el periodo de referencia del 21 de enero al 21 de mayo de 2013, y estoy a favor de su aprobación.

Paloma López Bermejo (GUE/NGL), *por escrito*. — He votado a favor del informe ya que permite la movilización de recursos a raíz del despido de 1 079 trabajadores, 829 de Fiat Auto Poland y 250 de 21 proveedores y transformadores de productos; se espera que sean 777 las personas que participen en las medidas del FEAG, relacionadas con la disminución de la producción en la planta de producción de la empresa Fiat Auto Poland S.A. de Tychy, situada en la provincia de Śląskie, Polonia, durante el periodo de referencia del 21 de enero de 2013 al 21 de mayo de 2013.

Esta movilización de fondos se debe a las desastrosas consecuencias de la internacionalización de los sectores productivos en la UE.

Estos fondos no son capaces de solucionar las problemáticas de estos trabajadores en el contexto del desempleo en Polonia, pero al menos dan la posibilidad de paliar una pequeña parte del drama humano. Es por todo esto por lo que he decidido votar a favor del presente informe.

Antonio López-Istúriz White (PPE), *por escrito*. — El pasado 10 de noviembre de 2014 la Comisión aprobó una propuesta de movilización del FEAG en favor de Polonia. El motivo de la solicitud fue el despido de trabajadores de la planta de producción de Fiat Auto Poland S.A. de Tychy. El sector del automóvil en Europa se ha visto gravemente afectado por cambios estructurales debidos a la globalización, que han traído consigo una drástica caída de la demanda y producción en Europa durante los últimos años.

Dienstag, 16. Dezember 2014

La propuesta aprobada por la Comisión consiste en un total de 1 259 610 euros para la cofinanciación de medidas de ayuda a la reinserción de 777 trabajadores despedidos. Considerando que las medidas favorecerán el acceso al mercado laboral de los trabajadores despedidos, voto a favor de la movilización del FEAG.

Ivana Maletić (PPE), *napisan.* — Značajne strukturne promjene dovele su do smanjenja tržišnog udjela europske automobilske industrije na svjetskom tržištu, a financijska kriza je dovela do pada kupovne moći građana što je rezultiralo otpuštanjima.

Zato sam podržala izvješće o mobilizaciji Europskog fonda za prilagodbu globalizaciji za pomoć radnicima otpuštenima iz proizvodnog postrojenja trgovačkog društva Fiat Auto Poland S.A.

Europski fond za prilagodbu globalizaciji kreiran je kako bi omogućio dodatnu podršku radnicima koji su zahvaćeni posljedicama strukturnih promjena uslijed globalizacije.

Ovim izvješćem želi se osigurati 1,25 milijuna eura za pomoć otpuštenim radnicima čime bi se omogućila brža reintegracija radnika edukacijom i poticajima za samozapošljavanje.

Νότης Μαρτιάς (ECR), *γραπτώς.* — Υπερψηφίζω την έκθεση Olbrycht σχετικά με την κινητοποίηση του Ευρωπαϊκού Ταμείου Προσαρμογής στην Παγκοσμιοποίηση, γιατί η κινητοποίηση του ταμείου στη συγκεκριμένη περίπτωση συμβάλλει στη σημαντική ανακούφιση των απολυμένων εργαζομένων της επιχείρησης Fiat Auto Poland στην πόλη Tychy της Πολωνίας.

David Martin (S&D), *in writing.* — I voted for this European Globalisation Adjustment Fund (EGF) application. The applicant shows the correlation between the declining car production and employment levels in Fiat Auto Poland. The plant in Tychy hired 6 422 workers in 2009 in order to produce 606 000 cars, while in 2012 production amounted to 361 000 units with 4 882 workers. Over the 2009-2013 period, while production decreased by 56 %, employment dropped by only 46 %. In Fiat Auto Poland the decrease in employment has therefore been less acute than the decrease in production. This was achieved by the factory operating on a two-shift basis instead of the regular practice of three shifts. The Polish authorities also provide Eurostat data on the employment situation in the automotive sector, where a continuous fall is demonstrated. Employment in the automotive industry in EU-27 at the end of 2009.

Fulvio Martusciello (PPE), *per iscritto.* — Ho votato a favore della relazione sulla mobilitazione del Fondo europeo di adeguamento alla globalizzazione concernente la richiesta di domanda avanzata dalla Polonia per un importo di 1 259 610 EUR.

La domanda riguarda 829 lavoratori presso lo stabilimento di Tychy di Fiat Auto Poland, azienda operante nel settore automobilistico, e presso i suoi 21 fornitori nella regione della Slesia, collocati in esubero, durante il periodo di riferimento dal 21 gennaio 2013 al 21 maggio 2013.

Occorre garantire che il Fondo sostenga il reinserimento stabile nel mercato del lavoro dei singoli dipendenti in esubero che risentono delle conseguenze dei cambiamenti strutturali nei flussi commerciali mondiali.

Barbara Matera (PPE), *per iscritto.* — La profonda trasformazione del sistema commerciale internazionale, attribuibile all'avanzare della globalizzazione e alla crisi economica e finanziaria, ha condotto la Polonia verso una totale asfissia economica.

È necessario che l'Unione europea intervenga a sostegno del paese, e dei suoi abitanti, affinché il peso derivante dalla depressione economica venga reso sopportabile.

È per questo motivo che ho ritenuto esprimere il mio consenso nei confronti della relazione Olbrycht, che auspica la mobilitazione del FEG a favore di 1079 lavoratori in esubero presso la Fiat Auto Poland S.A.

Georg Mayer (NI), *schriftlich.* — Dem Antrag, die Firma Auto Poland S.A. aus dem EGF zu unterstützen, habe ich meine Zustimmung erteilt. Durch die tatkräftige Mithilfe der polnischen Regierung werden die mehr als 1000 Entlassenen kurz- und mittelfristig wieder am Arbeitsmarkt Fuß fassen können.

Dienstag, 16. Dezember 2014

Jean-Luc Mélenchon (GUE/NGL), par écrit. — Le fond d'aide à la mondialisation fonctionne au service de la destruction de l'emploi. Il encourage les actionnaires et les États dans l'irresponsabilité sociale du capitalisme. La demande concerne les travailleurs polonais victimes des 829 licenciements du site de production de Fiat à Tychy et 250 licenciements chez 21 fournisseurs et producteurs en aval. La Fiat Panda était initialement montée en Italie. La deuxième génération a été délocalisée en Pologne, laissant la région de Campanie dans la misère. Maintenant que Fiat a bien profité des salaires bas polonais, elle est revenue en Italie en abaissant le droit du travail italien et créant de nombreux licenciements en Pologne. Fiat a ainsi exercé un véritable chantage auprès des syndicats italiens, leur demandant d'adhérer à une convention collective «spéciale», exigeant notamment un plus grand nombre de rotations de nuit, une réduction des temps de pause et une augmentation des heures supplémentaires obligatoires. Je vote CONTRE.

Nuno Melo (PPE), por escrito. — A UE é um espaço de solidariedade e nela se enquadra o Fundo Europeu de Ajustamento à Globalização. Estes apoios são fundamentais para o auxílio aos desempregados e às vítimas das deslocalizações que se verificam num contexto globalizado. É cada vez maior o número de empresas que se deslocalizam, aproveitando os reduzidos preços do fator trabalho que são praticados em vários países, nomeadamente na China e na Índia, com efeitos nocivos para os países que respeitam os direitos dos trabalhadores. O FEG destina-se a ajudar os trabalhadores vítimas da deslocalização de empresas e é fundamental para facilitar o acesso a um novo emprego. O FEG já foi no passado utilizado por outros países da UE, cabendo agora dar esse auxílio à Polónia que apresentou a candidatura EGF/2013/006 PL/Fiat, na sequência de 1 079 despedimentos, ou seja, 829 na Fiat Auto Poland e 250 nas 21 empresas suas fornecedoras e produtoras a jusante, sendo esperada a participação nas medidas do FEG de 777 pessoas, despedimentos esses relacionados com uma diminuição da produção na fábrica de Tychy da Fiat Auto Poland S.A., situada na província de Slaskie, durante o período de 21 de janeiro de 2013 a 21 de maio de 2013.

Roberta Metsola (PPE), in writing. — This report outlines the European automotive industry losses in market share since 2007, with a drop of almost a third over the same period at the national level in Poland. With this funding, the reintegration of redundant workers into employment will be helped. I have therefore voted in favour of this report, which will promote entrepreneurship and help the reintegration of workers back into the workforce.

Marlene Mizzi (S&D), in writing. — I have voted in favour of this Report on the Mobilisation of the European Globalisation Adjustment Fund in Poland in order to support the reintegration in the labour market of workers made redundant in Fiat Auto Poland S.A.'s production plant at Tychy, located in the region of Slaskie, Poland, due to major structural changes in world trade patterns due to globalisation.

Sophie Montel (NI), par écrit. — La Pologne sollicite un cofinancement (50 %) à hauteur de 1 259 610 euros au titre du Fonds européen d'ajustement à la mondialisation (FEM) afin d'aider à la reconversion de 829 salariés licenciés par Fiat Auto Poland et de 250 autres salariés licenciés chez 21 fournisseurs et producteurs en aval. L'ultralibéralisme, imposé par Bruxelles, a entraîné la désindustrialisation et le chômage de masse dans toute l'Union européenne et plus particulièrement dans la zone euro. Sans le rétablissement de frontières nationales et l'application d'un protectionnisme raisonné, les pays à bas coût de production continueront donc d'entretenir une concurrence totalement déloyale dans l'industrie automobile comme dans d'autres secteurs. Les constructeurs automobiles français en sont les premières victimes d'ailleurs. On rappellera que si la production mondiale automobile a augmenté de 5,3 % entre 2001/2012, elle a chuté de 7 % dans l'UE sur la même période. J'ai voté pour cette demande, même si je considère que sur le fond, l'Union européenne est la grande responsable de cet effondrement économique et social.

Claude Moraes (S&D), in writing. — I voted in favour of the application as it will address the 829 redundancies in the production plant of Fiat Tychy, and 250 from 21 suppliers and downstream producers, which have been impacted by the European automotive industry's falling share of the global market.

Dienstag, 16. Dezember 2014

Alessandra Mussolini (PPE), *per iscritto*. — Signor Presidente, onorevoli colleghi, ho votato favorevolmente alla relazione dell'on. Olbrycht per la mobilitazione del Fondo europeo di adeguamento alla globalizzazione in favore degli 829 esuberanti della Fiat Auto Polonia e di altri 250 esuberanti presso i 21 fornitori e produttori a valle. Il dato rilevante e negativo da considerare è che tali esuberanti rappresentano solo 1/10 di tutti i disoccupati della sola area di Tychy dove è presente lo stabilimento della Fiat.

Franz Obermayr (NI), *schriftlich*. - Die Inanspruchnahme des Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung für die Firma Fiat Auto Poland ist meiner Ansicht nach unterstützenswert, da das betroffene Unternehmen alle formalen Kriterien für die Gewährung der Hilfsmittel erfüllt. Besondere Bedeutung hat für mich der Gedanke des Know-how Erhalts auf dem Gebiet der Produktion von Fahrzeugen der Kleinwagenklasse in der betroffenen Region. Ich habe daher für den Antrag gestimmt.

Younous Omarjee (GUE/NGL), *par écrit*. – Je soutiens en principe les programmes mettant en œuvre le Fonds européen d'ajustement à la mondialisation mais considérant, dans ce cas précis, que les licenciements en question permettent à Fiat de revenir en Italie après avoir délocalisé une première fois en Pologne, tout en imposant des conditions de travail revues considérablement à la baisse, je me suis abstenu sur ce vote.

Urmas Paet (ALDE), *kirjalikult*. — Toetasin Euroopa Parlamendi resolutsiooni ettepanekut eraldada Poolale EGFist 1 259 610 eurot, mis võimaldab tööturule tagasi aidata 777 inimest, kes koondamise tagajärjel töötuks jäid. EGF-i abil saame need inimesed uuesti tööturul mobiliseerida.

Aldo Patriciello (PPE), *per iscritto*. — Considerando che le autorità polacche hanno presentato una specifica domanda volta ad ottenere il contributo finanziario del FEG in seguito agli esuberanti presso la Fiat Auto Poland e i suoi 21 fornitori in Polonia; che la crisi economico-finanziaria ha fortemente inciso sul settore delle automobili, facendone registrare un significativo calo; che la Commissione, a seguito dell'esame della domanda, ha ritenuto sussistere i criteri per l'applicazione del Fondo europeo di adeguamento alla globalizzazione, intenderei esprimere il mio voto favorevole.

Andrej Plenković (PPE), *napisan*. — Podržao sam izvješće Jana Olbrychta. Globalna i finansijska kriza utjecala je na prodaju novih osobnih automobila koja je na najnižoj razini od početka mjerenja, što se također reflektiralo i na nagli pad udjela na tržištu EU-a, ali i na gubitak radnih mjesta radnika tvornice Fiat Auto Poland. Potražnja za novim automobilima 2012. godine u EU-27 pala je za 8,7 % dok je na svjetskoj razini zabilježen porast prodaje automobila od 5,1 % stoga ne čudi silazni trend tržišnog udjela EU-a u proizvodnji i prodaji osobnih automobila koji je i potvrđen završnim izvješćem Konkurentnog regulatornog sustava automobilske industrije, objavljen 6. lipnja 2012. Otpuštanje radnika tvornice Fiat Auto Polanda posebno je ostavilo negativan utjecaj na područje Tychy, gdje bivši radnici Fiat Auto Poljska i njegovi dobavljači, predstavljaju jednu desetinu svih nezaposlenih ljudi koji žive u tom području. Podržao sam prijedlog Europske komisije i Vijeća o odobravanju finansijske pomoći za 777 otpuštenih radnika tvornice Fiat Auto Poland u vidu potpore za samozapošljavanje u iznosu od 1,2 milijuna eura.

Salvatore Domenico Pogliese (PPE), *per iscritto*. — Questa volta la mobilitazione del FEG è a favore della Polonia per facilitare il reinserimento nel mercato del lavoro dei lavoratori collocati in esubero presso lo stabilimento di Tychy di Fiat Auto Poland S.A. a causa della crisi che ha colpito il settore dell'industria automobilistica, particolarmente toccato da un notevole calo di vendite generalizzato nell'UE.

I lavoratori in esubero, che beneficiano delle misure previste dalla FEG, sono 777 e trovo che i servizi messi in atto, come borse di formazione, borse di tirocinio, costi di tirocinio, interventi mirati e aiuti al lavoro autonomo, possano decisamente aiutarli nel reinserimento nel mercato del lavoro.

Franck Proust (PPE), *par écrit*. — Le niveau de vente d'automobiles ne cesse de baisser dans l'Union européenne. De nombreux licenciements ont eu lieu ces dernières années. Je vote donc en faveur de la mobilisation du Fonds d'ajustement à la mondialisation pour la reconversion et la création d'entreprise pour les salariés licenciés de l'entreprise Fiat en Pologne.

Dienstag, 16. Dezember 2014

Paulo Rangel (PPE), *por escrito*. — A Polónia apresentou uma candidatura com vista a obter uma contribuição financeira do FEG, na sequência de 1079 despedimentos ocorridos na fábrica de Tychy da Fiat Auto Poland (829) e em 21 empresas, suas fornecedoras e produtoras a jusante (250), durante o período de referência entre 21 de janeiro de 2013 e 21 de maio de 2013. De acordo com a Comissão, a referida candidatura cumpre os critérios de elegibilidade previstos no Regulamento FEG, verificando-se, por um lado, que os despedimentos em causa estão relacionados com importantes mudanças estruturais nos padrões do comércio mundial devido à globalização, uma vez que a indústria automóvel europeia tem perdido quota de mercado desde 2007 (em 2007, a produção europeia de automóveis representava 32,2 % da produção mundial, ao passo que, em 2012, correspondia apenas a 23,2 %, tendo registado uma diminuição de 7 % entre 2011 e 2012, período em que a produção mundial aumentou 5,3 %) e que, a nível nacional, o volume de produção caiu quase um terço entre 2011 e 2012; e, por outro lado, que tais despedimentos terão um impacto negativo na província de Slaskie. Votei, por isso, favoravelmente esta resolução, que aprova a decisão de mobilização do FEG a favor da Polónia.

Julia Reid (EFDD), *in writing*. — The principle of subsidiarity dictates that decisions should be taken at the closest possible level to the citizen – in this case at regional or national level. Therefore, these projects should not be funded by the European Union.

It is absurd that the arbiters of whether this funding should, or should not, be given are Members of the European Parliament with no detailed knowledge of the situation. This project may well be of benefit to the people of Poland, but I am not best placed to judge.

The European Globalisation Adjustment Fund should be scrapped, which would give money back to the Member States to decide for themselves about the appropriateness of such funding. Consequently, I had no option but to vote against – even though this may be a worthwhile project.

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D), *por escrito*. — He votado a favor de este informe para aprobar la movilización de 1 259 610 EUR del Fondo Europeo de Adaptación a la Globalización destinados a 777 trabajadores que han perdido su empleo en Fiat Auto Poland S.A., en Polonia, dedicada a la fabricación de automóviles, como consecuencia de los cambios estructurales en el comercio mundial a causa de la globalización y del impacto de la crisis económica y financiera.

Los servicios personalizados que se han de financiar con cargo al FEAG comprenden actividades de formación, orientación profesional, reciclaje e incentivos para la creación de empresas.

Si bien estas ayudas no son capaces por sí solas de paliar el creciente desempleo en el sector de la industria del automóvil acentuado por el impacto de la globalización que ha empeorado los efectos de la crisis financiera, reduciendo las ventas de turismos nuevos en la UE al nivel más bajo desde que se recopilan datos al respecto, sí constituyen una buena asistencia y formación para la reinserción laboral de los trabajadores afectados.

Claude Rolin (PPE), *par écrit*. — J'ai voté en faveur de la mobilisation du Fonds européen d'ajustement à la mondialisation en vue d'aider les 829 travailleurs de Fiat Auto Poland ainsi que les 250 personnes travaillant chez 21 sous-traitants, tous licenciés. Et pour cause: l'industrie automobile européenne traverse une importante crise, comme l'attestent ses pertes de parts de marchés depuis 2007. Cette année-là, la production européenne de voitures particulières représentait 32,2% de la production mondiale, contre 23,2% en 2012. Entre 2011 et 2012, la production mondiale avait augmenté de 5,3% alors que dans le même temps, celle de l'UE-27 avait diminué de 7%. Il me semble dès lors tout à fait légitime de venir en aide à ces nombreux travailleurs victimes de la crise du secteur automobile afin de les aider à retrouver rapidement un emploi.

Teresa Rodríguez-Rubio (GUE/NGL), *por escrito*. - La delegación de Podemos en el Parlamento Europeo ha votado a favor de la movilización de este fondo, entendiendo que existe una necesidad objetiva y una expectativa legítima por parte de los trabajadores despedidos en recibir la serie de ayudas asociadas.

No obstante, consideramos insuficiente el Fondo Europeo de Adaptación a la Globalización en la actual coyuntura económica. Los procesos de reconversión industrial y de flexibilización laboral hacen que resulte más difícil absorber a una creciente masa de trabajadores y devalúan los derechos sociales de los trabajadores.

Dienstag, 16. Dezember 2014

Fernando Ruas (PPE), *por escrito*. — Tal como na mobilização do Fundo Europeu de Ajustamento à Globalização para os casos grego e italiano, votei favoravelmente a proposta de mobilização do Fundo Europeu de Ajustamento à Globalização a favor da Polónia, no valor de 1 259 610 euros, a fim de apoiar a reintegração no mercado de trabalho de 777 trabalhadores despedidos na fábrica de Tychy da Fiat Auto Poland, que sofreu uma diminuição de 56 % da produção no período de 2009 a 2013.

Com essa contribuição financeira, será possível financiar a formação dos trabalhadores, atribuir bolsas de formação, bolsas de estágio, trabalho de integração, subvenções ao emprego por conta própria, incentivo à contratação e fomento do empreendedorismo.

Matteo Salvini (NI), *per iscritto*. - Ho deciso di votare in maniera favorevole per evitare circa 1.000 esuberanti nel settore automobilistico.

Lola Sánchez Caldentey (GUE/NGL), *por escrito*. - La delegación de Podemos en el Parlamento Europeo ha votado a favor de la movilización de este fondo, entendiendo que existe una necesidad objetiva y una expectativa legítima por parte de los trabajadores despedidos en recibir la serie de ayudas asociadas.

No obstante, consideramos insuficiente el Fondo Europeo de Adaptación a la Globalización en la actual coyuntura económica. Los procesos de reconversión industrial y de flexibilización laboral hacen que resulte más difícil absorber a una creciente masa de trabajadores y devalúan los derechos sociales de los trabajadores.

Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito*. - He votado a favor del informe ya que permite la movilización de recursos a raíz del despido de 1 079 trabajadores, 829 de Fiat Auto Poland y 250 de 21 proveedores y transformadores de productos; se espera que sean 777 las personas que participen en las medidas del FEAG, relacionadas con la disminución de la producción en la planta de producción de la empresa Fiat Auto Poland S.A. de Tychy, situada en la provincia de Slaskie, Polonia, durante el periodo de referencia del 21 de enero de 2013 al 21 de mayo de 2013. Esta movilización de fondos se debe a las desastrosas consecuencias de la internacionalización de los sectores productivos en la UE. Estos fondos no son capaces de solucionar las problemáticas de estos trabajadores en el contexto del desempleo en Polonia, pero al menos dan la posibilidad de paliar una pequeña parte del drama humano. Es por todo esto por lo que he decidido votar a favor del presente informe.

Siôn Simon (S&D), *in writing*. — Today I voted in favour of the mobilisation of the European Globalisation Adjustment Fund for application EGF/2013/006. Fiat Auto Poland has been granted EGF aid to support the reintegration in the labour market of workers made redundant in the production plant at Tychy of Fiat Auto Poland S.A. located in the region of Slaskie, Poland, due to major structural changes in world trade patterns due to globalisation.

The Polish authorities argue that the impact of globalisation has been worsened by the effect of the financial crisis which has reduced the sales of new passenger cars in the EU to the lowest level since records began.

The application concerns 829 redundancies in the production plant of Fiat Tychy and 250 from 21 suppliers and downstream producers during the reference period from 21 January 2013 to 21 May 2013. The EUR 1 259 610 of EGF aid will pay for the package of personalised services to support the reintegration of 777 redundant workers into employment.

The UK has never made an application under this fund. UK workers therefore receive none of this support

Ivan Štefanec (PPE), *písomne*. — Je dôležité, aby finančný príspevok v rámci mobilizácie pre tento podnik bol využitý účelne. Finančné zdroje z Európskeho globalizačného fondu by nemali byť vnímané iba ako pomoc, ale hlavne ako investícia do ľudského kapitálu v danom regióne.

Davor Ivo Stier (PPE), *napisan*. — Podržao sam izvješće o mobilizaciji Europskog fonda za prilagodbu globalizaciji za pomoć radnicima iz proizvodnog postrojenja trgovačkog društva Fiat Auto Poland S.A. zbog otpuštanja radnika uslijed velikih strukturnih promjena u svjetskim trgovinskim tokovima koje se događaju kao posljedica velike ekonomske krize.

Dienstag, 16. Dezember 2014

Europski fond za prilagodbu globalizaciji stvoren je kako bi omogućio dodatnu podršku radnicima koji su zahvaćeni posljedicama strukturnih promjena uslijed globalizacije. Ovim izvješćem želi se osloboditi iznos od 1.259.610 eura za pomoć otpuštenim radnicima čime bi se omogućila brža reintegracija radnika edukacijom i poticajima za samozapošljavanje.

Dubravka Šuica (PPE), *napisan*. — Slažem se s odlukom kojom ćemo pružiti pomoć Poljskoj, koja je kao i većina država članica u nezavidnom gospodarskom položaju te se susreće s visokom stopom nezaposlenosti. Kao što nam je poznato, automobilski sektor u Europskoj uniji smanjio je svoju proizvodnju, izgubio udio na tržištu, a sve je to dovelo i do porasta nezaposlenosti. Takav scenarij zahvatio je i neke razvijenije članice Unije, a ni Poljska nije ostala imuna. Stoga smatram da je pomoć neophodna jer će dovesti do poboljšanja ekonomsko-socijalne situacije, ne samo u Poljskoj već i u cijeloj Uniji. Solidarnost je jedna od temeljnih načela Unije, te pomoći državi članici znači pomoći Uniji. Ovaj Fond je i osnovan u svrhu pomoći u slučaju ovakvih situacija, a države koje traže pomoć Unije to čine jer su primorane odgovoriti na situaciju u kojoj su se zatekle.

Richard Sulík (ECR), *písomne*. — S návrhom nesúhlasím, pretože podobne ako všetky ostatné príspevky z Európskeho fondu na prispôsobenie sa globalizácii, aj tento zosilňuje presne ten problém, ktorý má riešiť. Prostriedky poskytnuté prepusteným poľským pracovníkom sú totiž financované z daní ostatných firiem a zamestnancov EÚ, čo zodpovedajúco znižuje ich konkurencieschopnosť.

Kay Swinburne (ECR), *in writing*. — The ECR Group fully supports measures that put in place policies that create growth and jobs. However, we do not believe that the European Globalisation Adjustment Fund is the right tool for putting in place such policies nor do we believe it is an efficient tool that offers value for money for EU taxpayers, therefore I voted against.

Ελευθέριος Συναδινός (NI), *γραφώς*. — Τα χρήματα του ταμείου προσαρμογής πρέπει να δίνονται κατά βάση στους απολυμένους και όχι σε εταιρείες επανένταξης ή μετεκπαίδευσης. Δεν χρειαζόμαστε εξειδικευμένους άνεργους.

Marc Tarabella (S&D), *par écrit*. — Le Fonds européen d'ajustement à la mondialisation, ou plus souvent appelé FEM, a été créé pour fournir un soutien aux travailleurs devenant victimes de restructurations et du commerce mondial. L'objectif est donc de former, ou d'aider à rebondir, ces citoyens travailleurs qui n'ont commis aucune faute si ce n'est celle de vivre à une époque où le caractère humain paraît souvent moins important que la recherche de bénéfices pour certains investisseurs ou spéculateurs. Le fonds que nous votons donc se veut être une deuxième chance.

Ramon Tremosa i Balcells (ALDE), *in writing*. — The EU must be ready to give a second chance to workers that have lost their job because of the economic crisis, in this case of PL/Fiat Auto Poland S.A. company, from Poland. The European Globalisation Adjustment Fund (EGF) was established to provide support for workers made redundant and self-employed persons whose activity has ceased as a result of major structural changes in world trade patterns due to globalisation and the economic crisis, to assist them with their reintegration into the labour market. That is why I give my support to this report.

Ernest Urtasun (Verts/ALE), *por escrito*. — He votado a favor ya que considero oportuno movilizar el Fondo Europeo de Adaptación a la Globalización para garantizar la continuidad en el futuro de las regiones afectadas por procesos de desindustrialización.

Marco Valli (EFDD), *per iscritto*. - Come per le altre tre richieste di attivazione del FEG, ho votato a favore della decisione di mobilitare il Fondo europeo per l'adeguamento alla globalizzazione relativa alla richiesta di contributo finanziario presentata dalla Polonia, a seguito del massiccio taglio di posti di lavoro presso lo stabilimento di Tychy della Fiat Auto Poland. Anche in questo caso il fondo rappresenta una misura utile e concreta per contenere le ripercussioni della globalizzazione e della crisi finanziaria sul settore dell'industria automobilistica europea.

Pur appoggiando quindi lo stanziamento di circa 1,2 milioni di euro a sostegno del reinserimento lavorativo di quasi 800 esuberanti, vorrei comunque sottolineare che la risposta alla crisi non può essere interamente affidata a strumenti di gestione delle emergenze, ma richiede un urgente ripensamento di tutta l'architettura della *governance* economica europea.

Dienstag, 16. Dezember 2014

Marie-Christine Vergiat (GUE/NGL), par écrit. — Ce rapport permet la mobilisation du Fonds d'ajustement à la mondialisation pour 777 des 829 travailleurs licenciés sur le site de Fiat à Tychy, en Pologne, ainsi que 250 autres licenciés par des sous-traitants.

Il fait suite à la décision du groupe Fiat de relocaliser sa production en Italie, dans l'usine de Pomigliano d'Arco.

Les ouvriers italiens, placés en chômage technique du fait de l'arrêt de la moitié de la gamme Alfa Romeo, ont dû accepter d'importantes retours en arrière concernant leurs conditions de travail pour que Fiat relocalise ses activités en Italie. Au mépris des accords de branche, une convention collective spécifique ratifiée bon gré mal gré par la majorité des syndicats permet d'imposer plus de rotations de nuit, une réduction des temps de pause, des sanctions pour absentéisme et une augmentation des heures supplémentaires obligatoires.

Ce fonds ayant été mobilisé quand Fiat avait délocalisé ces activités en Pologne, il est évident qu'il s'agit de financer les conséquences du dumping social à l'intérieur de l'Union et que cela encourage les opérations de délocalisation, par le transfert d'une grande partie de leur coût sur les finances européennes.

C'est à ces multinationales de payer leur casse sociale. Elles en ont les moyens. Je vote donc systématiquement contre ces mesures antisociales.

Miguel Viegas (GUE/NGL), por escrito. — A presente candidatura é apresentada pela Polónia na sequência de 829 despedimentos na Fiat Auto Poland e 250 em 21 empresas suas fornecedoras e produtoras a jusante.

A indústria automóvel europeia está a perder quota de mercado desde 2007, ano em que a produção europeia de automóveis de passageiros representou 32,2% da produção mundial, percentagem que baixou para 23,2% em 2012. O grupo decidiu igualmente transferir a produção do modelo Panda Classic para a região da Campânia, em Itália, a partir de janeiro de 2013, a fim de gerar emprego no seu país de origem.

Para além de ações a desenvolver diretamente com os trabalhadores despedidos tais como custos com formação, formação com vista ao empreendedorismo, bolsas de formação, bolsas de estágio, subvenção ao emprego próprio, entre outras, preconiza o incentivo à contratação: os empregadores que contratem um antigo trabalhador desta empresa por um período de 24 meses receberão um subsídio que pode ir até 4.845 euros. Esta medida só faria sentido se a atribuição deste subsídio às empresas fosse condicionada à manutenção dos direitos que os trabalhadores despedidos tinham na empresa Fiat Auto Poland e correspondesse a um posto de trabalho permanente.

Harald Vilimsky (NI), schriftlich. — Der Firma Auto Poland S.A. aus dem Europäischen Globalisierungsfonds entsprechende Hilfsleistungen zukommen zu lassen, ist meines Erachtens eine Notwendigkeit, die gerade in Zeiten der Krise getätigt werden muss. Da auch durch die tatkräftige Mithilfe der polnischen Regierung mehr als 1000 Entlassene kurz- und mittelfristig wieder am Arbeitsmarkt Fuß fassen können, habe ich u. a. diesem Antrag zugestimmt.

Inês Cristina Zuber (GUE/NGL), por escrito. — A presente candidatura é apresentada pela Polónia na sequência de 829 despedimentos na FIAT Auto Poland e 250 em 21 empresas suas fornecedoras a produtoras a jusante.

Na justificação apresentada, a Polónia realça que a indústria automóvel europeia perde quota de mercado desde 2007, percentagem que baixou para 23,2 % em 2012; salienta, além disso, que a produção na UE-27 diminuiu 7 % entre 2011 e 2012, ao passo que a produção mundial aumentou 5,3 % no mesmo período; por outro lado, o grupo decidiu transferir a produção do modelo Panda Classic para a região de Campania, Itália, o que demonstra como o capitalismo usa a mão-de-obra ao sabor do lucro.

Dienstag, 16. Dezember 2014

Para além de ações a desenvolver diretamente com os trabalhadores despedidos tais como custos com formação, formação com vista ao empreendedorismo, bolsas de formação, bolsas de estágio, subvenção ao emprego próprio, entre outras, preconiza o incentivo à contratação: os empregadores que contratem um antigo trabalhador desta empresa por um período de 24 meses receberão um subsídio que pode ir até 4 845 EUR. Esta medida só faria sentido se a atribuição deste subsídio às empresas fosse condicionada à manutenção dos direitos que os trabalhadores despedidos tinham na empresa FIAT AUTO POLAND e correspondesse a um posto de trabalho permanente.

6.10. Inanspruchnahme des Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung: Antrag EGF/2014/013 EL/Odyssefs Fokas (A8-0063/2014 - Monika Vana)

Explications de vote par écrit

Marina Albiol Guzmán (GUE/NGL), *por escrito*. — He votado a favor del informe ya que permite la movilización de recursos a raíz del despido de 551 trabajadores de Odyssefs Fokas S.A., una empresa que operaba en el sector económico clasificado en la división 47 de la NACE Rev. 2 («Comercio al por menor, excepto de vehículos de motor y motocicletas»).

Esta movilización de fondos se debe a las desastrosas consecuencias de la internacionalización de los sectores productivos en la UE.

Estos fondos no son capaces de solucionar las problemáticas de estos trabajadores en el contexto del desempleo en Grecia, pero al menos dan la posibilidad de paliar una pequeña parte del drama humano. Es por todo esto por lo que he decidido votar a favor del presente informe.

Jonathan Arnott (EFDD), *in writing*. — The principle of subsidiarity dictates that decisions should be taken at the closest possible level to the citizen – in this case at regional or national level. Therefore, these projects should not be funded by the European Union.

It is absurd that the arbiters of whether this funding should, or should not, be given are Members of the European Parliament with no detailed knowledge of the situation. This project may well be of benefit to the people of Greece, but I am not best placed to judge.

The European Globalisation Adjustment Fund should be scrapped, which would give money back to the Member States to decide for themselves about the appropriateness of such funding. Consequently, I had no option but to vote against – even though this may be a worthwhile project.

Zigmantas Balčytis (S&D), *raštu*. — Balsavau už šį siūlymą, kurio tikslas – mobilizuoti EGF lėšas Graikijos reikmėms siekiant paremti darbuotojų, atleistų iš įmonės „Odyssefs Fokas S.A.“, užsiimančios mažmenine prekyba, grįžimą į darbo rinką. Nuo 2008 m. Graikijos BVP sumažėjo 25,7 proc., valdžios sektoriaus vartojimas – 21 proc., privatus vartojimas – 32,3 proc., o nedarbas išaugo 20,6 proc. Iš EGF ketinama skirti 6 444 000 EUR sumą viso 600 paramos gavėjams. Atleistiems darbuotojams pritaikytas individualių poreikių paketas apims profesinį orientavimą, mokymą, perkvalifikavimą, paramą verslui steigti bei judumo pašalpą. Pritariu šio fondo lėšų skyrimui iš įmonės „Odyssefs Fokas“ atleistiems darbuotojams.

Hugues Bayet (S&D), *par écrit*. — Depuis six années consécutives, la Grèce vit des difficultés économiques graves. Au cours de la période 2008-2013, le taux de chômage a quadruplé et le plus élevé parmi les États membres de l'UE. Les licenciements au sein de l'entreprise Odyssefs Fokas aggrave la situation économique. Les régions de Macédoine centrale, d'Attique et de Thessalie, dans lesquelles ces licenciements ont lieu souffrent d'un taux de chômage très élevé et d'une forte pénurie d'offres d'emploi. En plus, l'Attique représente 43 % du PIB de la Grèce. C'est pourquoi la fermeture d'entreprises installées dans cette région a des effets négatifs sur l'ensemble du pays. L'aide du FEM s'élevant à 1 259 610 est plus que nécessaire afin de stimuler la croissance locale et d'apporter un soutien essentiel aux anciens travailleurs de Odyssefs Fokas.

Izaskun Bilbao Barandica (ALDE), *por escrito*. — El 11 de noviembre de 2014, la Comisión adoptó una propuesta de Decisión de movilización del FEAG en favor de Grecia para apoyar la reincorporación al mercado de trabajo de los trabajadores despedidos de Odyssefs Fokas S.A. He apoyado esta Decisión ya que las autoridades griegas argumentan que la economía griega se encuentra sumida, por sexto año consecutivo (2008-2013), en una profunda depresión. Según ELSTAT, la autoridad estadística griega, desde 2008 el PIB griego se ha reducido en un 25,7 %, el consumo público, en un 21 %, y el consumo privado, en un 32,3 %, mientras que el desempleo ha aumentado en un 20,6 %. El consumo en los hogares griegos ha disminuido desde el inicio de la crisis económica y financiera y las cifras han ido empeorando cada año.

Dienstag, 16. Dezember 2014

Dominique Bilde (NI), *par écrit*. — La Grèce a présenté la demande à la suite du licenciement de 551 travailleurs de l'entreprise Odyssefs Fokas S.A., qui opérait dans le secteur économique relevant du commerce de détail, implanté notamment dans les régions de l'Attique et de la Macédoine centrale dont le taux de chômage est déjà supérieur à la moyenne nationale (27 %). Cette situation est surtout le fait de l'austérité croissante imposée dans l'UE et plus particulièrement en Grèce par la troïka et les marchés financiers. Le montant de la contribution du FEM doit s'élever à 6,444 millions d'EUR et près de 500 jeunes sans emploi bénéficieront aussi d'une formation dans ce cadre. Compte tenu de la difficile situation économique et sociale dans laquelle se trouve la Grèce, j'ai voté en faveur de ce Fonds.

Mara Bizzotto (NI), *per iscritto*. — Ho votato a favore della mobilitazione del FEG, il Fondo europeo di adeguamento alla globalizzazione, a favore di 600 esuberanti di lavoratori nel settore del commercio al dettaglio. Il FEG è uno strumento tanto concreto quanto indispensabile per sostenere imprese e lavoratori colpiti dalla crisi e dai malfunzionamenti del mercato interno, che necessita però di una burocrazia di attivazione più snella e flessibile per poter incidere positivamente sulla vita dei cittadini europei.

Malin Björk (GUE/NGL), *skriftlig*. — Jag har idag röstat för dessa betänkanden.

Det gör jag därför att arbetarna i de aktuella fallen ska ges ekonomiskt stöd för omskolning och/eller andra åtgärder för att finna nya jobb.

Dock vill jag understryka att den omfattande arbetslösheten i EU skulle kunna bekämpas effektivt om man stoppar den åtstramningspolitik som EU-kommissionen och medlemsstaternas regeringar sedan länge bedriver.

För att skapa nya arbetstillfällen i Europa krävs en ny ekonomisk politik med massiva offentliga och miljövänliga investeringar. Det krävs samhällsnyttiga investeringar inom skola, vård och omsorg, men också i infrastruktur, järnväg, kollektivtrafik, energisnåla bostäder och hållbara energisystem.

José Blanco López (S&D), *por escrito*. — He votado a favor de este informe para aprobar la movilización de 6 444 000 EUR del Fondo Europeo de Adaptación a la Globalización destinados a 600 trabajadores que han perdido su empleo en Odyssefs Fokas S.A., empresa dedicada al comercio al por menor en grandes almacenes, en Grecia, como consecuencia de los cambios estructurales en el comercio mundial a causa de la globalización y de la caída del poder adquisitivo de los hogares griegos tras el declive de la economía del país desde el inicio de la crisis económica y financiera.

Los servicios personalizados que se han de financiar con cargo al FEAG comprenden actividades de formación, orientación profesional, reciclaje e incentivos para la creación de empresas. Además, las autoridades griegas prestarán servicios personalizados cofinanciados por el FEAG a 500 jóvenes que ni trabajan, ni siguen estudios ni formación, menores de treinta años, ya que los despidos afectan a una región elegible con arreglo a la Iniciativa sobre Empleo Juvenil.

Si bien estas ayudas no son capaces por sí solas de paliar el drama al que se enfrentan millones de hogares griegos, sí constituyen una buena asistencia y formación para la reinserción laboral de los trabajadores afectados.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), *raštu*. — Balsavau dėl šio pranešimo, nes juo Parlamentas pritarė sprendimui skirti paramą 551 darbuotojui, 2014 m. atleistam iš įmonės „Odyssefs Fokas S.A.“. Teigiama, jog pradžioje darbuotojų atleidimą nulėmę įvykiai buvo du: sumažėjusios disponuojamos namų ūkių pajamos dėl didesnės mokesčių naštos, sumažėjusių atlyginimų (privačiajame ir viešajame sektoriuose) ir augančio nedarbo, ir todėl smarkiai sumažėjusi perkamoji galia. Taip pat, dėl grynųjų pinigų trūkumo Graikijos bankuose smarkiai sumažėjo paskolų teikimas įmonėms ir asmenims.

Mercedes Bresso (S&D), *in writing*. — I voted for the mobilisation of funds of the Globalisation Adjustment Fund because I support European companies which may have difficulties in these times of economic crisis.

Gianluca Buonanno (NI), *per iscritto*. — 600 esuberanti nel settore commercio al dettaglio (escluso quello di autoveicoli e motocicli) e 6 444 000 EUR (60% dei costi). Ho votato a favore del sostegno dei lavoratori e dell'occupazione.

Dienstag, 16. Dezember 2014

Alain Cadec (PPE), *par écrit*. — Le Parlement a décidé d'accepter la demande d'intervention du Fonds européen d'ajustement à la mondialisation émanant de la Grèce afin d'aider les salariés de l'entreprise Odyssefs Fokas, fortement touchée par les conséquences de la mondialisation en matière d'emplois. Le montant de l'aide s'élève à 6,4 millions d'euros. Plus de 600 employés licenciés bénéficieront d'une formation qui a pour objectif la réinsertion sur le marché du travail et la recherche d'emploi. J'ai voté en faveur de ce rapport, qui témoigne de la solidarité de l'Union face à certaines conséquences négatives de la mondialisation sur l'emploi.

Nicola Caputo (S&D), *per iscritto*. — Oggi ho votato a favore di questa relazione al fine di sostenere il reinserimento nel mercato del lavoro di 600 lavoratori licenziati a causa della globalizzazione presso la Odyssefs Fokas, un'impresa operante nel settore del commercio al dettaglio.

A causa del calo del potere d'acquisto delle famiglie greche dovuto alla contrazione dell'economia greca fin dall'inizio della crisi economica e finanziaria, la domanda di beni non di prima necessità è crollata e il fatturato di Odyssefs Fokas ha iniziato a diminuire di conseguenza. La riduzione del fatturato dovuta al calo dei consumi, sommata all'irreperibilità di credito, ha vanificato i tentativi di Odyssefs Fokas di trovare una soluzione.

L'obiettivo del FEG è quello di facilitare il rapido reinserimento professionale di questi lavoratori in esubero mediante azioni di accompagnamento personalizzato, quali sessioni informative, accoglienza e registrazione, consulenza e orientamento, valutazione delle competenze, formazione generale e riconversione, formazione professionale, coaching, indennità per la ricerca di occupazione, nonché incentivi all'assunzione.

Mi rammarico che le aziende italiane non possano usufruire maggiormente del FEG per la mancanza di sostegno da parte delle istituzioni locali e nazionali che hanno presentato tra il 2007 e il 2014 solo 14 richieste in totale.

James Carver (EFDD), *in writing*. - I voted against the EU contributing 60% of an adjustment fund payout in the sum of EUR 6.44 million to former Odyssefs Fokas employees, suppliers and producers in Greece. This cost should have been met by the Greek government, and not, in effect, subsidised by the British taxpayer, through their contributions to the EU. This is, effectively, a further bailout payment.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), *per iscritto*. — La mobilitazione del FEG in oggetto per il valore di 6,5 milioni di euro aiuta non solo i 600 lavoratori colpiti dalla chiusura di un'impresa greca, ma anche 500 giovani della zona che ha subito una forte depressione economica.

Alberto Cirio (PPE), *per iscritto*. — La Grecia è un Paese duramente colpito dalla globalizzazione. Io mi auguro che questi fondi stanziati anche con il mio voto favorevole abbiano l'effetto di moderare le posizioni estremiste che sembrano essere maggioritarie in Grecia e ci consegnino un risultato elettorale che faccia ben sperare per il futuro. Le nostre economie sono così interconnesse, che gli affari dei greci hanno pesanti ripercussioni anche sugli altri Paesi e non siamo in condizione di subire spallate.

Carlos Coelho (PPE), *por escrito*. — O Fundo Europeu de Ajustamento à Globalização foi criado em 2006 para prestar assistência adicional aos trabalhadores afetados pelas consequências de mudanças importantes na estrutura do comércio internacional e para ajudar à sua reintegração no mercado de trabalho.

A partir de 1 de maio de 2009, o âmbito de aplicação do Fundo Europeu de Ajustamento à Globalização foi alargado, passando a incluir o apoio a trabalhadores despedidos em consequência direta da crise económica, financeira e social.

Nesta altura em que a Europa está a braços com uma crise financeira, económica e social, sendo o desemprego uma das principais consequências, a União Europeia deverá utilizar todos os meios ao seu alcance para reagir, nomeadamente no que se refere aos apoios a prestar às pessoas que ficaram sem emprego.

Assim, apoiei o presente relatório referente à mobilização de 6 44 000 euros a favor da Grécia com o objetivo de apoiar a reintegração no mercado de trabalho dos trabalhadores despedidos na Odyssefs Fokas S.A

Dienstag, 16. Dezember 2014

Lara Comi (PPE), *per iscritto*. - Nella regione dell'Attica e della Macedonia centrale è concentrato il 90% degli esuberi della Odyssefs Fokas, un'impresa operante nel settore del commercio al dettaglio. La diminuzione del reddito disponibile delle famiglie, la diminuzione dei salari e l'aumento della disoccupazione hanno causato in Grecia un crollo del potere d'acquisto, che ha avuto conseguenze devastanti a livello economico e finanziario. Tutti osserviamo con preoccupazione la situazione di questo Paese che presenta il tasso di disoccupazione più elevato tra gli Stati Membri, essendo in recessione già per il sesto anno consecutivo (2008-2013).

La riduzione del fatturato dovuta al calo dei consumi, sommata all'irreperibilità di credito, ha vanificato i tentativi della Odyssefs Fokas di trovare una soluzione ai 551 lavoratori in esubero. Per questo motivo sostengo favorevolmente la decisione odierna di mobilitare il Fondo europeo di adeguamento alla globalizzazione in risposta alla richiesta avanzata dalla Grecia e mi auguro che il voto di oggi possa permettere il reintegro dei dipendenti nel mercato del lavoro e possa rappresentare una piccola leva per il rilancio economico del settore.

Therese Comodini Cachia (PPE), *in writing*. — The redundancies of 551 workers in Odyssefs Fokas S.A., an enterprise operating in the retail trade, five providers and downstream producers, are linked to the decrease of available household income, rising unemployment and the drastic reduction of loans to enterprises and individuals due to lack of cash in the Greek banks. Redundant workers will be given personalised services which will include occupational guidance, training, retraining, contributions to business start-ups, job search allowances and training allowances. I have therefore voted in favour of this report since the measure not only addresses loss of jobs but also reintegration into the labour market.

Ignazio Corrao (EFDD), *per iscritto*. — Secondo le autorità greche, i fatti che hanno causato gli esuberi sono principalmente due: la diminuzione del reddito disponibile delle famiglie, dovuta all'aumento della pressione fiscale e alla diminuzione dei salari (sia nel settore pubblico sia in quello privato), e l'aumento della disoccupazione, che ha causato un crollo del potere d'acquisto. Questi esuberi aggraveranno ulteriormente la situazione occupazionale in un paese in cui, nel periodo 2008-2013, il numero dei disoccupati è quadruplicato e che presenta il tasso di disoccupazione più elevato tra gli Stati membri e il quinto più elevato a livello mondiale. Do il mio voto favorevole alla presente risoluzione al fine di agevolare il reinserimento dei 551 lavoratori in settori economici sostenibili e orientati al futuro. Voto favorevolmente anche al fine di tener conto delle prospettive future del mercato del lavoro e delle competenze richieste ed essere compatibile con il passaggio a un'economia efficiente sotto il profilo delle risorse.

Javier Couso Permuy (GUE/NGL), *por escrito*. — He votado a favor del informe ya que permite la movilización de recursos a raíz del despido de 551 trabajadores de Odyssefs Fokas S.A., una empresa que operaba en el sector económico clasificado en la división 47 de la NACE Rev. 2 («Comercio al por menor, excepto de vehículos de motor y motocicletas»).

Esta movilización de fondos se debe a las desastrosas consecuencias de la internacionalización de los sectores productivos en la UE.

Estos fondos no son capaces de solucionar las problemáticas de estos trabajadores en el contexto del desempleo en Grecia, pero al menos dan la posibilidad de paliar una pequeña parte del drama humano. Es por todo esto por lo que he decidido votar a favor del presente informe.

Miriam Dalli (S&D), *in writing*. — I voted in favour of all four applications for EUR 35.5 million in EU aid to help find and create new jobs for workers made redundant by Air France, Fiat Auto Poland, Whirlpool and a Greek retailer. The European Globalisation Adjustment Fund aid application in the case of Odyssefs Fokas will support 600 workers and their search for jobs with over EUR 6.4 million.

Rachida Dati (PPE), *par écrit*. — Depuis 2008 et le début de la crise bancaire et financière, la Grèce connaît une situation économique et sociale très difficile. Le niveau de chômage élevé entraîne une baisse du pouvoir d'achat, ce qui se répercute fortement sur le secteur du commerce de détail. C'est pourquoi le vote de ce texte en faveur d'un déblocage des fonds en provenance du Fonds européen d'ajustement à la mondialisation (FEM) est important. Il donnera aux 600 salariés grecs licenciés de l'entreprise Odyssefs Fokas les outils nécessaires à une réintégration rapide sur le marché du travail.

Dienstag, 16. Dezember 2014

Isabella De Monte (S&D), *per iscritto*. — A causa del calo del potere d'acquisto delle famiglie greche dovuto alla contrazione dell'economia, fin dall'inizio della crisi economica e finanziaria la domanda in Grecia di beni non di prima necessità è crollata. Anche il fatturato di Odyssefs Fokas ha iniziato a diminuire con l'inizio della crisi. La riduzione del fatturato dovuta al calo dei consumi, sommata all'irreperibilità di credito, ha vanificato i tentativi dell'impresa di trovare una soluzione alla crisi aziendale, nel novembre 2013 l'azienda ha perciò presentato istanza di fallimento che ha causato numerosi esuberi. Ho votato a favore della mobilitazione del Fondo europeo di adeguamento alla globalizzazione per sostenere i lavoratori di Odyssefs Fokas che a causa della crisi economica hanno visto perdere il loro posto di lavoro.

Gérard Deprez (ALDE), *par écrit*. — Dans le cadre de ce dossier, la contribution du fonds européen d'ajustement à la mondialisation (FEM) est de 6 444 000 euros. Elle est ainsi prévue pour permettre la réinsertion sur le marché du travail de 600 travailleurs licenciés de chez Odyssees Fokas SA, une société de vente au détail grecque qui a dû déposer le bilan en novembre 2013. Les autorités grecques ont, par ailleurs, saisi cette opportunité pour faire profiter 500 NEET (Not in Education, Employment or Training) de leur ensemble de services personnalisés. Cette aide est indispensable pour la Grèce, dont l'économie connaît une grave récession pour la sixième année consécutive (2008-2013). Je ne peux être que favorable à une telle demande, tout en espérant que la Grèce sorte enfin de la crise aigüe dans laquelle elle se trouve et que son économie nationale progresse enfin.

Tamás Deutsch (PPE), *írásban*. — Ez a 2014. évi költségvetés keretében vizsgálendő huszonegyedik kérelem, és az EGAA-ból összesen 6 444 000 euró igénybevételére irányul Görögország javára. A kérelem összesen 600 kedvezményezettet és 500 NEET-fiatalt érint. A kérelmet 2014. július 29-én nyújtották be a Bizottságnak, és 2014. szeptember 23-ig további információkkal egészítették ki. A Bizottság az EGAA-rendelet vonatkozó rendelkezései alapján megállapította, hogy a kérelem esetében teljesülnek az EGAA-ból nyújtott pénzügyi hozzájárulás feltételei.

Az elbocsátott munkavállalóknak és a NEET-fiataloknak nyújtandó, személyre szabott szolgáltatások összehangolt csomagja az alábbi fellépéseket tartalmazza: pályaválasztási (pályaorientációs) tanácsadás, képzés, átképzés és szakképzés, vállalkozásalapításhoz nyújtott hozzájárulás, álláskereséshez és képzéshez nyújtott anyagi támogatás, mobilitási támogatás.

A Fidesz-KDNP delegációja a szolidaritás jegyében támogatja az indítványt. Fontos, hogy az elbocsátott munkavállalók megfelelő támogatást kapjanak a munkaerőpiacon való újbóli elhelyezkedésükhöz.

Pablo Echenique (GUE/NGL), *por escrito*. — La delegación de Podemos en el Parlamento Europeo ha votado a favor de la movilización de este fondo, entendiendo que existe una necesidad objetiva y una expectativa legítima por parte de los trabajadores despedidos en recibir la serie de ayudas asociadas.

No obstante, consideramos insuficiente el Fondo Europeo de Adaptación a la Globalización en la actual coyuntura económica. Los procesos de reconversión industrial y de flexibilización laboral hacen que resulte más difícil absorber a una creciente masa de trabajadores y devalúan los derechos sociales de los trabajadores.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI), *γραφιώς*. — Υπερψήφισα την έκδοση καθώς, αν και αντιτίθεται στην οικονομική πολιτική των επανεντάξεων, όπου χορηγούνται κονδύλια σε εταιρείες μετεκπαίδευσης, αντί στους απολυμένους που τα έχουν άμεση ανάγκη, αφορά σε ελληνική εταιρία.

Rosa Estaràs Ferragut (PPE), *por escrito*. — Debido a la caída del poder adquisitivo de los hogares griegos tras el declive de la economía griega desde el inicio de la crisis económica y financiera, la demanda de productos distintos de los productos básicos cayó en picado y el volumen de negocios de Odyssefs Fokas, empresa dedicada a la venta de ropa, empezó a reducirse en consecuencia. En este caso se trata de la movilización de un importe total de 6 444 000 euros con cargo al FEAG para Grecia. Afecta a un total de 600 beneficiarios y 500 ninis. Hay que valorar positivamente que la mayor parte de los fondos solicitados se destinarán a contribuir a la creación de empresas (3 000 000 de euros) y a medidas de formación (2 960 000 euros).

Dienstag, 16. Dezember 2014

Jill Evans (Verts/ALE), *in writing*. — The European Globalisation Adjustment Fund was set up to provide additional assistance to workers who have lost their jobs as a result of major structural changes in world trade patterns. I voted in favour of this report because it is a means by which the EU can give valuable help to local economies hard hit by company closures. I regret that the government has not taken advantage of this fund in Wales.

José Manuel Fernandes (PPE), *por escrito*. - O FEG foi criado para fornecer suporte adicional para trabalhadores despedidos na sequência de importantes mudanças estruturais nos padrões do comércio mundial devido à globalização ou crise financeira e ajudá-los a encontrar novos empregos. Entre 2014 e 2020, o limite máximo anual do fundo é de 150 milhões de euros. Aos trabalhadores despedidos são oferecidas medidas tais como suporte para a criação de empresas, assistência na procura de emprego, orientação profissional e vários tipos de formação. Na maioria dos casos, as autoridades nacionais já começaram a tomar medidas em obter seus custos reembolsados pela UE, quando seus pedidos são aprovados. As autoridades gregas apresentaram a candidatura EGF/2014/013 EL/Odyssefs Fokas a 29 de julho de 2014, na sequência do despedimento de 551 trabalhadores da empresa Odyssefs Fokas S.A., uma empresa com atividades no setor económico classificado na divisão 47 (*Comércio a retalho, exceto de veículos automóveis e motociclos*) da NACE Rev. 2. Nesta mobilização do FEG a favor da Grécia foram concedidos 6,44 milhões de euros. Votei favoravelmente.

João Ferreira (GUE/NGL), *por escrito*. — A candidatura da Grécia em análise respeita à empresa ODYSSEFS FOKAS S. A., uma empresa com atividades no setor de comércio a retalho, que declarou falência, colocando no desemprego 600 trabalhadores, dos quais 87 % são mulheres.

A justificação para este despedimento já a vimos antes: redução do rendimento disponível das famílias – devido ao aumento da carga fiscal, à descida dos salários (tanto no setor privado como na função pública) e ao aumento do desemprego – que resultou numa enorme queda do poder de compra. Também a redução drástica dos empréstimos às empresas e aos particulares devido à falta de liquidez dos bancos gregos foi invocada.

De realçar que 90 % dos despedimentos estão concentrados nas regiões da Ática (desemprego de 28,2 %) e da Macedónia Central (desemprego de 30,3 %), e que a Grécia é o quinto país do mundo com a maior taxa de desemprego. Por outro lado, a região da Ática contribui para 43 % do PIB grego e, por esta razão, o impacto do encerramento desta empresa atinge toda a economia grega.

O relatório propõe apoiar os 600 trabalhadores despedidos e até 600 jovens que não trabalham, não estudam nem seguem qualquer formação.

Votámos favoravelmente, apesar embora das conhecidas reservas que temos relativamente a este instrumento.

Monika Flašíková Beňová (S&D), *písomne* — Predmetný fond bol zriadený na poskytnutie dodatočnej podpory pre pracovníkov v členských štátoch Európskej únie, ktorí boli v najväčšej miere zasiahnutí hospodárskou a finančnou krízou a veľkými štrukturálnymi zmenami v usporiadaní svetového obchodu. Európska komisia prijala návrh na mobilizáciu EGF v prospech Grécka, a to konkrétne pre pracovníkov spoločnosti Odyssefs fokas S.A. Vztahuje sa na celkový počet 600 príjemcov a 500 osôb. Grécke hospodárstvo sa nachádza už 7. rok v hlbkej recesii a v celej krajine stúpila nezamestnanosť o 20 %. V dôsledku slabej kúpyschopnosti gréckych domácností výrazne klesol záujem o výrobky predmetnej spoločnosti, ktorá v dôsledku viacerých faktorov bola nútená vyhlásiť konkurz a prepustiť zamestnancov.

Lorenzo Fontana (NI), *per iscritto*. — Voto a favore della concessione del fondo per i 600 lavoratori in esubero nel settore del commercio al dettaglio in Grecia.

Λάμπρος Φουντούλης (NI), *γραφτώς*. — Αν και διαφωνώ με την οικονομική πολιτική των επανεντάξεων, όπου χορηγούνται κονδύλια σε εταιρείες μετεκπαίδευσης, αντί στους απολυμένους που τα έχουν άμεση ανάγκη, υπερψηφίζω την έκθεση A8-0063/2014 γιατί αφορά σε ελληνική εταιρία.

Nathan Gill (EFDD), *in writing*. — I voted against using British taxpayers' money to subsidise the Greek government. Redundancies in Odyssefs Fokas have affected 600 people, and the Greek Government wants the EU to pay EUR 6,444,000 towards retraining etc. This should be the expense of Odyssefs Fokas and the Greek Government.

Dienstag, 16. Dezember 2014

Tania González Peñas (GUE/NGL), *por escrito*. - La delegación de Podemos en el Parlamento Europeo ha votado a favor de la movilización de este fondo, entendiendo que existe una necesidad objetiva y una expectativa legítima por parte de los trabajadores despedidos en recibir la serie de ayudas asociadas.

No obstante, consideramos insuficiente el Fondo Europeo de Adaptación a la Globalización en la actual coyuntura económica. Los procesos de reconversión industrial y de flexibilización laboral hacen que resulte más difícil absorber a una creciente masa de trabajadores y devalúan los derechos sociales de los trabajadores.

Antanas Guoga (ALDE), *in writing*. — I voted in favour for Mobilisation of the European Globalisation Adjustment Fund: application EGF/2014/013 EL/Odyssefs Fokas.

I am in favour of the mobilisation of the fund concerning this request, because the application relates to 500 young persons not in employment, education or training. Considering the fact that youth unemployment rate is dramatically high in the EU, thus I strongly support all financial measures that promote entrepreneurship and business initiative that might lead to create more workplaces.

Marian Harkin (ALDE), *in writing*. — I voted in favour of the EGF application from Odyssefs Fokas in Greece where 600 workers lost their jobs. I am pleased to see the Greek authorities using the possibility to include 500 NEETs in this application also. The high level of youth unemployment in Greece means that it can use this option within the EGF. The overall fund is EUR 10.7 million with a EUR 6.44 million contribution from the EGF. 70% of this money is going to training, retraining, vocational training, business start-up and occupational guidance, with 30% earmarked for allowances such as job search allowance, training allowance and mobility allowance.

Anja Hazekamp (GUE/NGL), *schriftelijk*. — Ik vind dat mensen niet de dupe moeten worden van falend Europees sociaaleconomisch beleid. Daarom heb ik voor de beschikbaarstelling van middelen uit het Europees Fonds voor aanpassing aan de globalisering gestemd, maar ik vind dit een doekje voor het bloeden. Eigenlijk vind ik dat de bedrijven, en de lidstaten, zelf met passende steunmaatregelen moeten komen, want nu pompt men eigenlijk gewoon geld van de lidstaten rond. Grote bedrijven zetten hun werknemers na jaren trouwe dienst op straat, omdat ze hun productie verplaatsen naar plekken waar ze goedkopere arbeidskrachten kunnen vinden. Deze mensonterende praktijken keur ik ten strengste af en met de middelen uit het Europees Fonds zorgen we er tenminste voor dat weggestuurde werknemers niet in de kou staan.

Pablo Iglesias (GUE/NGL), *por escrito*. - La delegación de Podemos en el Parlamento Europeo ha votado a favor de la movilización de este fondo, entendiendo que existe una necesidad objetiva y una expectativa legítima por parte de los trabajadores despedidos en recibir la serie de ayudas asociadas.

No obstante, consideramos insuficiente el Fondo Europeo de Adaptación a la Globalización en la actual coyuntura económica. Los procesos de reconversión industrial y de flexibilización laboral hacen que resulte más difícil absorber a una creciente masa de trabajadores y devalúan los derechos sociales de los trabajadores.

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan*. — Glasao sam ZA ovaj prijedlog rezolucije o prijedlogu odluke Europskog parlamenta i Vijeća o mobilizaciji Europskog fonda za prilagodbu globalizaciji kako bi se učinkovitim i hitrim doprinosom pomoglo 551 otpuštenom radniku grčkog poduzeća Odyssefs Fokas S.A. Jasno je da je situacija nezaposlenosti u Grčkoj kritična još od 2008. godine, te da će se ovim otpuštanjima dodatno pogoršati. Radi toga snažno podupirem financijsku pomoć EGF-a u ovom slučaju, te svaku koordiniranu pomoću koja bi pozitivno doprinijela stanju gospodarstva europskih država poput Grčke. Stoga, podržavam i činjenicu da su grčke vlasti odlučile pružati usluge prilagođene potrebama pogođenih radnika kako bi se ublažile posljedice ovog slučaja, pogotovo kod mladih. Također, potrebno je osigurati konkurentnost i efikasnost europskih gospodarstva kako bi se isti mogli snažno suprotstaviti kriznim situacijama kao što su velika otpuštanja.

Dienstag, 16. Dezember 2014

Marc Joulaud (PPE), *par écrit*. — J'ai voté en faveur du rapport de ma collègue Monika Vana sur la mobilisation du Fonds européen d'ajustement à la mondialisation en faveur des salariés licenciés de l'entreprise Odyssefs Fokas en Grèce. Ce fonds débloquent une enveloppe de 6,4 millions d'euros en faveur de 600 salariés licenciés de la société Odyssefs, qui servira à financer des formations, des services de conseils ou des primes à la création d'entreprises afin d'aider les bénéficiaires à se réinsérer sur le marché du travail.

Ce rapport a été adopté à une large majorité, ce dont je me félicite.

Philippe Juvin (PPE), *par écrit*. — J'ai soutenu la résolution portant sur la demande de mobilisation du Fonds européen d'ajustement à la mondialisation introduite par la Grèce concernant des licenciements survenus dans l'entreprise Odyssefs Fokas. Ce Fonds a été créé pour favoriser la réinsertion sur le marché de travail des travailleurs victimes des modifications de la structure du commerce international résultant de la mondialisation, ou de la crise financière. Ainsi, je me félicite de l'adoption de cette aide, qui s'élève à plus de 6 400 000 EUR.

Afzal Khan (S&D), *in writing*. — I voted in favour of mobilisation of the fund, as I support giving assistance to reintegrate workers in the labour market made redundant due to major structural changes in world trade patterns due to globalisation and the economic crisis.

Giovanni La Via (PPE), *per iscritto*. - Signor Presidente, onorevoli colleghi, voto positivamente la relazione dell'on. Monika Vana che prevede un sostegno ad alcune aziende greche. Nello specifico, la relazione prevede lo stanziamento di risorse necessarie per il reinserimento nel mercato del lavoro di 600 collocati in esubero verificatisi presso la società Odyssefs Fokas S.A., un'impresa operante nel settore economico del commercio al dettaglio. L'Europa dimostra ancora una volta la propria missione di solidarietà e la propria concretezza nell'aiuto alle persone che più soffrono gli effetti di una crisi economica devastante.

Jérôme Lavrilleux (PPE), *par écrit*. — Comme j'en avais déjà eu l'occasion en commission parlementaire «emploi et affaires sociales», j'ai renouvelé mon vote en faveur du rapport Vana visant à mobiliser le Fonds européen d'ajustement à la mondialisation pour 600 salariés, dont 500 jeunes, licenciés de l'entreprise Odyssefs Fokas (Grèce).

Le FEM financera à hauteur de 60 % (6 444 000 EUR pour un coût total de 10 740 000 EUR) des projets consistant principalement en des mesures de formation, d'orientation, de mise en place d'allocations de recherche d'emploi et de formation ainsi que des aides à la mobilité.

Javi López (S&D), *por escrito*. — Estamos ante una propuesta de Decisión de movilización del FEAG en favor de Grecia para apoyar la reincorporación al mercado de trabajo de los trabajadores despedidos de Odyssefs Fokas S.A., que operaba en el sector económico clasificado en la división 47 de la NACE Rev. 2 («Comercio al por menor, excepto de vehículos de motor y motocicletas»). Hace referencia a la movilización de un importe total de 6 444 000 euros con cargo al FEAG para Grecia. Afecta a un total de 600 beneficiarios y 500 jóvenes sin trabajo y que no cursan ningún tipo de formación o educación formal en estos momentos. Estoy de acuerdo con su concesión.

Paloma López Bermejo (GUE/NGL), *por escrito*. — He votado a favor del informe ya que permite la movilización de recursos a raíz del despido de 551 trabajadores de Odyssefs Fokas S.A., una empresa que operaba en el sector económico clasificado en la división 47 de la NACE Rev. 2 («Comercio al por menor, excepto de vehículos de motor y motocicletas»).

Esta movilización de fondos se debe a las desastrosas consecuencias de la internacionalización de los sectores productivos en la UE.

Estos fondos no son capaces de solucionar las problemáticas de estos trabajadores en el contexto del desempleo en Grecia, pero al menos dan la posibilidad de paliar una pequeña parte del drama humano. Es por todo esto por lo que he decidido votar a favor del presente informe.

Antonio López-Istúriz White (PPE), *por escrito*. — El 11 de noviembre de 2014 la Comisión aprobó una solicitud de Grecia para la movilización del FEAG en favor de 600 trabajadores despedidos de Odyssefs Fokas S.A. y 500 ninis. La movilización asciende a un total de 6 444 000 euros para la financiación de medidas de ayuda a la inserción laboral.

Dienstag, 16. Dezember 2014

Este despido fue debido a la crisis económica mundial, que ha tenido especial repercusión en Grecia. La reducción del nivel adquisitivo de los consumidores ha provocado una gran caída en la demanda de Odyssefs Fokas S.A. Esto, sumado a las duras condiciones crediticias, hicieron imposible una escapatoria a la quiebra. Teniendo en cuenta esta situación, considero oportuna la aprobación de la movilización del FEAG.

Ivana Maletić (PPE), *napisan.* — Kriza, koja već šestu godinu zaredom potresa grčko gospodarstvo, uzrokovala je značajan pad kupovne moći građana čime je značajno pogođen sektor maloprodaje.

Zato sam podržala izvješće o mobilizaciji Europskog fonda za prilagodbu globalizaciji za pomoć otpuštenim radnicima iz trgovačkog društva Odyssefs Fokas S.A na zahtjev Grčke.

Europski fond za prilagodbu globalizaciji kreiran je kako bi omogućio dodatnu potporu radnicima koji su proglašeni viškom uslijed posljedica svjetske financijske i ekonomske krize u svrhu pomoći pri ponovnom uključivanju na tržište rada.

Ovim izvješćem želi se mobilizirati 6,5 milijuna eura radi profesionalnog usmjeravanja, osposobljavanja, prekvalifikacije te poticaja za samozapošljavanje a sve u svrhu ponovnog vraćanja otpuštenih radnika na tržište rada.

Νότης Μαρτιάς (ECR), *γραπτώς.* — Υπερψηφίζω την έκθεση Vana σχετικά με την κινητοποίηση του Ευρωπαϊκού Ταμείου Προσαρμογής στην Παγκοσμιοποίηση, γιατί η κινητοποίηση του ταμείου στη συγκεκριμένη περίπτωση συμβάλλει στη σημαντική ανακούφιση των απολυμένων εργαζομένων της επιχείρησης Φωκάς στην Ελλάδα.

David Martin (S&D), *in writing.* — I welcome this support under the European Globalisation Adjustment Fund (EGF) given that these redundancies will further aggravate the unemployment situation in a country where, during the period 2008-2013, the number of unemployed people increased four-fold and which presents the highest unemployment rate among Member States and the fifth highest worldwide. There is especially concern about the regions of Attica and Central Macedonia, where 90 % of the redundancies are concentrated and which already have unemployment rates above the national average of 27.5 %.

Fulvio Martusciello (PPE), *per iscritto.* — Ho votato a favore della relazione sulla mobilitazione del Fondo Europeo di adeguamento alla globalizzazione concernente la richiesta di domanda avanzata dalla Grecia per un importo totale di 6 444 000 Euro.

La domanda riguarda 551 lavoratori in esubero presso lo stabilimento della Odyssefs Fokas S.A., impresa operante nel settore del «commercio al dettaglio, escluso quello di autoveicoli e di motocicli». Il FEG deve fornire un'assistenza tempestiva volta a favorire il rapido reinserimento professionale dei lavoratori in esubero a causa della crisi economica e finanziaria.

Barbara Matera (PPE), *per iscritto.* — L'economia greca continua ad essere vittima di una profonda recessione. Il tasso di disoccupazione ha raggiunto, all'interno del paese, livelli senza precedenti. È in questo scenario che dobbiamo contestualizzare i 600 esuberanti presso la Odyssefs Fokas S.A.

Ho espresso il mio consenso nei confronti della relazione Vana poiché ritengo che i lavoratori vittime della crisi economica e finanziaria e degli squilibri del mercato attribuibili all'avanzamento della globalizzazione debbano godere di un pieno sostegno da parte dell'Unione europea.

Georg Mayer (NI), *schriftlich.* — Ich habe dem Antrag auf Förderung aus dem EGF für die Firma Odyssefs Fokas zugestimmt. Die Lage in Griechenland ist besonders für den Einzelhandel, in dem auch die Firma Odyssefs Fokas tätig ist, sehr tragisch. Besonders löblich ist, dass die griechische Regierung ein vom EGF kofinanziertes Betreuungssystem für die rund 500 betroffenen Jugendlichen ohne Schul- oder Berufsausbildung oder feste Anstellung ins Leben rufen wird.

Jean-Luc Mélenchon (GUE/NGL), *par écrit.* — Le fond d'aide à la mondialisation joue bien son rôle destructeur. Ici la demande concerne 1 100 travailleurs grecs dont 551 licenciés par l'entreprise de commerce de détail Odyssef Fokas et 500 jeunes sans emploi et sans formation. Le gouvernement grec a bien analysé que cela était dû à la baisse du revenu disponible des ménages – imputable à l'augmentation des impôts, à la baisse des salaires (tant dans le secteur public que dans le secteur privé) et à la hausse du chômage –, avec pour conséquence une forte chute du pouvoir d'achat. Mais bien sûr il ne propose pas une politique alternative à l'austérité. Je m'abstiens pour ne pas priver les travailleurs grecs de ce fond.

Dienstag, 16. Dezember 2014

Nuno Melo (PPE), *por escrito*. — A UE é um espaço de solidariedade e nela se enquadra o Fundo Europeu de Ajustamento à Globalização. Estes apoios são fundamentais para o auxílio aos desempregados e às vítimas das deslocalizações que se verificam num contexto globalizado. É cada vez maior o número de empresas que se deslocalizam, aproveitando os reduzidos preços do fator trabalho que são praticados em vários países, nomeadamente na China e na Índia, com efeitos nocivos para os países que respeitam os direitos dos trabalhadores. O FEG destina-se a ajudar os trabalhadores vítimas da deslocalização de empresas e é fundamental para facilitar o acesso a um novo emprego. O FEG já foi no passado utilizado por outros países da UE, cabendo agora dar esse auxílio à Grécia que apresentou a candidatura EGF/2014/013 EL/Odysefs Fokas a 29 de julho de 2014, na sequência do despedimento de 551 trabalhadores da empresa Odysefs Fokas S.A., uma empresa com atividades no setor económico classificado na divisão 47 (*Comércio a retalho, exceto de veículos automóveis e motociclos*) da NACE Rev. 2.

Roberta Metsola (PPE), *in writing*. — This report notes that 600 workers and 500 young people not in employment, education or training in Greece have been adversely affected by the global economic and financial crisis. It is encouraging that the majority of the requested funds are to support business start-ups and fund training programmes. Therefore, I have voted in favour of this report, which will aid affected workers.

Louis Michel (ALDE), *par écrit*. — L'industrie automobile vit des années difficiles en Europe, notamment en Pologne. Plus de 1 000 travailleurs ont été licenciés par l'entreprise Fiat dans le sud de la Pologne, en raison d'une perte de parts de marché du secteur automobile et de la popularité croissante des voitures asiatiques. Ces licenciements sont directement liés aux modifications majeures de la structure du commerce international résultant de la mondialisation. Il est donc indispensable de venir en aide à nos travailleurs et de leur assurer des emplois stables et durables sur le long terme. Je soutiens pleinement l'aide de 1,26 millions d'euros du Fonds d'ajustement à la mondialisation, qui sera déterminante pour donner à 777 travailleurs les atouts nécessaires pour réintégrer le marché du travail.

Marlene Mizzi (S&D), *in writing*. — I have voted in favour of the European Globalisation Adjustment Fund in Greece in order to support the reintegration in the labour market of workers made redundant in Odysefs Fokas S.A. operating in the economic sector classified under NACE Rev. 2 division 47 ('Retail trade, except of motor vehicles and motorcycles') due to the global financial and economic crisis

Sophie Montel (NI), *par écrit*. — Ce rapport concerne la mobilisation du Fonds européen d'ajustement à la mondialisation pour aider la Grèce, qui est confrontée à des licenciements massifs dans le secteur du commerce de détail (à l'exception des automobiles et des motocycles). Ainsi, ce sont 6 444 000 euros qui vont être attribués au titre du FEM, pour la reconversion de 600 salariés licenciés par l'entreprise Odysefs Fokas S.A. La situation économique, financière et sociale de la Grèce est tendue depuis des années déjà et les mesures d'austérité exigées par Bruxelles n'ont fait qu'aggraver la situation. Ce sont quelques 23 % des Grecs qui vivaient en dessous du seuil de pauvreté en 2012. Depuis 2008, le chômage en Grèce a explosé avec + 20,6 points de pourcentage et la consommation des ménages a chuté, elle, de 32,3 points de pourcentage. Le PIB par habitant de la Grèce est au plus bas et l'écart s'est creusé avec celui de l'Union européenne. D'ailleurs, pour la 6^e année consécutive (2008-2013), l'économie grecque est en phase de récession. Compte tenu de cette situation, les consommateurs grecs ont profondément modifié leurs habitudes et ont réduit en conséquence leurs dépenses et notamment le budget consacré à l'habillement (vêtements et chaussures). Pour toutes ces raisons, j'ai voté pour cette aide.

Claude Moraes (S&D), *in writing*. — I voted in favour of the application as I believe that it will tackle concerns related to beneficiaries and NEETs effected by the economic crisis in Greece.

Alessandra Mussolini (PPE), *per iscritto*. — Signor Presidente, onorevoli colleghi, ho votato a favore della relazione dell'on. Vana per la mobilitazione del Fondo europeo di adeguamento alla globalizzazione in favore dei 600 lavoratori collocati in esubero dall'azienda Odysefs Fokas in Grecia, paese duramente colpito per il sesto anno consecutivo da una profonda recessione dalla quale stenta ancora a risollevarsi.

Dienstag, 16. Dezember 2014

Franz Obermayr (NI), *schriftlich*. - Das im Antrag behandelte Unternehmen hatte in einer ohnehin strukturschwachen Region bereits 600 Arbeitnehmer entlassen müssen, was in erster Linie auf zurückgehenden Konsum in Griechenland zurückgeführt werden kann. Die finanzielle Unterstützung soll dabei helfen, früheren Odyssefs-Fokas-Angestellten den Weg in die Selbständigkeit oder eine Umschulung zu ermöglichen. Da im Übrigen die formalen Kriterien zur Inanspruchnahme des Fonds erfüllt waren, habe ich für den Antrag gestimmt.

Younous Omarjee (GUE/NGL), *par écrit*. - Je soutiens les programmes mettant en œuvre le Fonds européen d'ajustement à la mondialisation, notamment dans les pays fortement touchés par la crise financière, en l'occurrence ici en Grèce. Il est inconcevable pour l'Europe de ne pas garantir une sécurité aux travailleurs qui se sont retrouvés sans emploi suite à des délocalisations ou à la concurrence accrue des pays nouvellement émergents. J'ai ainsi voté en faveur de ce rapport.

Urmaz Paet (ALDE), *kirjalikult*. - Toetasin ettepanekut eraldada Kreekale EGFi 6 444 000 eurot, sest selle abil saame tööturule tagasi aidata 551 nimest, kes Kreeka jaekaubandussektoris töötuks jäid. EGFi abil saame need inimesed uuesti tööturul mobiliseerida.

Aldo Patriciello (PPE), *per iscritto*. - Considerando che le autorità greche hanno presentato la domanda per ottenere un contributo finanziario del FEG in seguito alle collocazioni in esubero effettuate dalla Odyssefs Fokas S.A. in Grecia; che l'economia greca è in profonda recessione per il sesto anno consecutivo e che il tasso di disoccupazione è notevolmente aumentato a seguito della cessazione delle attività da parte di migliaia di imprese, intenderei esprimere il mio voto favorevole.

Andrej Plenković (PPE), *napisan*. -

Podržao sam izvješće izjaviteljice Monike Vane. Zbog posljedica globalizacije mnogi industrijski sektori u Europi prolaze kroz velike strukturalne promjene, a zbog pada kupovne moći grčkih kućanstava, najveći udar na svoje poslovanje Odyssefs Fokas osjetio je 2008. godine. Većina otpuštanja koncentrirana je na Atiku i Srednju Makedoniju, dok se 10 % odnosi na Tesaliju. U zadnjem kvartalu 2013. godine stopa nezaposlenosti u Atici iznosila je 28,2 % a u Srednjoj Makedoniji 30,3 %. Obje bilježe stope nezaposlenosti veće od nacionalnog prosjeka (27,5 %). Nadalje, tu je i nedostatak radnih mjesta u svima trima regijama u usporedbi s velikim brojem osoba koje traže posao. U razdoblju od 2008. do 2013. godine broj nezaposlenih se učestverostručio što predstavlja najveću stopu nezaposlenosti među državama članicama i petu najveću u svijetu. Podržavam prijedlog Europske komisije i Vijeća o odobravanju financijske pomoći za 600 otpuštenih radnika tvornice Fokas, u iznosu od 6,4 milijuna eura za pružanje potpore.

Salvatore Domenico Pogliese (PPE), *per iscritto*. - Come negli altri casi, la mobilitazione del FEG è dovuta alla crisi mondiale che colpisce svariati settori produttivi dell'UE. La Odyssefs Fokas S.A., impresa greca che opera nel commercio al dettaglio, ha subito un notevole calo delle vendite, dovuto anche alla recessione che colpisce l'economia greca da più di cinque anni, con un calo notevole dei consumi a causa di una riduzione del reddito delle famiglie e a una drastica riduzione del credito alle imprese.

In questo caso - l'impresa ha dichiarato fallimento - i beneficiari sono 600 ed in più ci sono 500 NEET. Le misure previste sono simili alle altre e di indubbia utilità: sicuramente gioveranno ai lavoratori per riqualificarsi sul mercato.

Franck Proust (PPE), *par écrit*. - La crise a fortement touché le pouvoir d'achat des ménages, ayant ainsi des effets directs sur certains produits, notamment la vente de détail. À l'image des licenciements de l'entreprise Odyssefs Fokas, le chômage doit être endigué notamment par des mesures de reconversion et de création d'entreprise, pour lesquelles le Fonds d'ajustement à la mondialisation sera une aide précieuse. Je vote donc pour.

Paulo Rangel (PPE), *por escrito*. - A Grécia apresentou uma candidatura com vista a obter uma contribuição financeira do FEG, na sequência de 600 despedimentos ocorridos na Odyssefs Fokas S.A., uma empresa que opera na divisão 47 da NACE Rev. 2 (Comércio a retalho, exceto de veículos automóveis e motociclos). Nos termos da referida candidatura, a Grécia propõe-se ainda prestar serviços personalizados cofinanciados pelo FEG a um máximo de 500 jovens com menos de 30 anos, que não trabalham, não estudam nem frequentam qualquer formação. De acordo com a Comissão, a referida candidatura cumpre os critérios de elegibilidade previstos no Regulamento FEG, verificando-se que os despedimentos em causa estão ligados à crise económica e financeira, que, como é sabido, provocou um aumento significativo da taxa de desemprego e uma forte diminuição do PIB grego, bem como uma enorme queda do poder de compra e do consumo e uma redução drástica dos empréstimos às empresas e aos particulares devido à falta de liquidez dos bancos, acabando por determinar a falência da Odyssefs Fokas. Votei, por isso, favoravelmente esta resolução, que aprova a decisão de

Dienstag, 16. Dezember 2014

mobilização do FEG a favor da Grécia.

Julia Reid (EFDD), *in writing*. — The principle of subsidiarity dictates that decisions should be taken at the closest possible level to the citizen – in this case at regional or national level. Therefore, these projects should not be funded by the European Union.

It is absurd that the arbiters of whether this funding should, or should not, be given are Members of the European Parliament with no detailed knowledge of the situation. This project may well be of benefit to the people of Greece, but I am not best placed to judge.

The European Globalisation Adjustment Fund should be scrapped, which would give money back to the Member States to decide for themselves about the appropriateness of such funding. Consequently, I had no option but to vote against – even though this may be a worthwhile project.

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D), *por escrito*. — He votado a favor de este informe para aprobar la movilización de 6 444 000 EUR del Fondo Europeo de Adaptación a la Globalización destinados a 600 trabajadores que han perdido su empleo en Odyssefs Fokás S.A., empresa dedicada al comercio al por menor en grandes almacenes, en Grecia, como consecuencia de los cambios estructurales en el comercio mundial a causa de la globalización y de la caída del poder adquisitivo de los hogares griegos tras el declive de la economía del país desde el inicio de la crisis económica y financiera.

Los servicios personalizados que se han de financiar con cargo al FEAG comprenden actividades de formación, orientación profesional, reciclaje e incentivos para la creación de empresas. Además, las autoridades griegas prestarán servicios personalizados cofinanciados por el FEAG a 500 jóvenes que ni trabajan, ni siguen estudios ni formación, menores de treinta años, ya que los despidos afectan a una región elegible con arreglo a la Iniciativa sobre Empleo Juvenil.

Si bien estas ayudas no son capaces por sí solas de paliar el drama al que se enfrentan millones de hogares griegos, sí constituyen una buena asistencia y formación para la reinserción laboral de los trabajadores afectados.

Teresa Rodríguez-Rubio (GUE/NGL), *por escrito*. - La delegación de Podemos en el Parlamento Europeo ha votado a favor de la movilización de este fondo, entendiendo que existe una necesidad objetiva y una expectativa legítima por parte de los trabajadores despedidos en recibir la serie de ayudas asociadas.

No obstante, consideramos insuficiente el Fondo Europeo de Adaptación a la Globalización en la actual coyuntura económica. Los procesos de reconversión industrial y de flexibilización laboral hacen que resulte más difícil absorber a una creciente masa de trabajadores y devalúan los derechos sociales de los trabajadores.

Claude Rolin (PPE), *par écrit*. — J'ai voté en faveur de la demande introduite par les autorités grecques en vue d'obtenir une contribution du Fonds européen d'ajustement à la mondialisation (FEM) à la suite des licenciements qui ont eu lieu dans l'entreprise Odyssefs Fokas S.A. en Grèce. Ce n'est un secret pour personne: le peuple grec traverse une période douloureuse d'un point de vue économique et social. Confrontée à la récession économique entre 2008 et 2013, la Grèce a vu son taux de chômage grimper en flèche. Cette hausse du chômage a entraîné une baisse des revenus qui s'est alors traduite par une diminution de la consommation. En conséquence, de nombreux Grecs ont réduit leurs dépenses, notamment en réduisant leur budget consacré à des articles comme les vêtements et les chaussures, d'où les 551 licenciements opérés chez Odyssefs Fokas. L'aide que l'Europe doit apporter à ces travailleurs me semblait dès lors tout à fait légitime.

Fernando Ruas (PPE), *por escrito*. — Assente na premissa de que a assistência financeira providenciada aos trabalhadores afetados por processos de despedimento, como consequência da globalização, deve ser feita a título individual e ter por objetivo a sua reintegração no mercado de trabalho, votei favoravelmente esta proposta de mobilização do Fundo Europeu de Ajustamento à Globalização a favor da Grécia, no valor de 6 444 000 euros, como forma de auxiliar os 551 trabalhadores diretamente afetados pelo encerramento da empresa Odyssefs Fokas S.A, dedicada ao comércio a retalho.

Dienstag, 16. Dezember 2014

Saliento ainda a pertinência da decisão das autoridades gregas de canalizarem este fundo para a prestação de serviços personalizados a um máximo de 500 jovens que, infelizmente e após este encerramento, não conseguiram um novo trabalho, nem voltaram a estudar ou entraram num curso de formação, sublinhando que os mesmos deverão ser efetuados em estreita observância com critérios de índole social e no respeito pleno dos princípios da não discriminação e da igualdade de oportunidades.

Matteo Salvini (NI), *per iscritto*. - Ho deciso di votare in maniera favorevole per evitare seicento esuberi nel settore del commercio al dettaglio.

Lola Sánchez Caldentey (GUE/NGL), *por escrito*. - La delegación de Podemos en el Parlamento Europeo ha votado a favor de la movilización de este fondo, entendiendo que existe una necesidad objetiva y una expectativa legítima por parte de los trabajadores despedidos en recibir la serie de ayudas asociadas.

No obstante, consideramos insuficiente el Fondo Europeo de Adaptación a la Globalización en la actual coyuntura económica. Los procesos de reconversión industrial y de flexibilización laboral hacen que resulte más difícil absorber a una creciente masa de trabajadores y devalúan los derechos sociales de los trabajadores.

Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito*. - He votado a favor del informe ya que permite la movilización de recursos a raíz del despido de 551 trabajadores de Odyssefs Fokas S.A., una empresa que operaba en el sector económico clasificado en la división 47 de la NACE Rev. 2 («Comercio al por menor, excepto de vehículos de motor y motocicletas»). Esta movilización de fondos se debe a las desastrosas consecuencias de la internacionalización de los sectores productivos en la UE. Estos fondos no son capaces de solucionar las problemáticas de estos trabajadores en el contexto del desempleo en Grecia, pero al menos dan la posibilidad de paliar una pequeña parte del drama humano. Es por todo esto por lo que he decidido votar a favor del presente informe.

Siôn Simon (S&D), *in writing*. — I welcomed today's vote on the mobilisation of the EGF in favour of Greece to support the reintegration in the labour market of workers made redundant in Odyssefs Fokas S.A. operating in the economic sector classified under NACE Rev. 2 division 47 ('Retail trade, except of motor vehicles and motorcycles').

The Greek authorities argue that the Greek economy is for the sixth consecutive year (2008-2013) in deep recession. The events giving rise to the redundancies were mainly the decrease of available household income – due to the increase in the tax burden, decreasing salaries and rising unemployment – resulting in a huge drop of purchasing power and the drastic reduction of loans to enterprises and individuals due to the lack of cash in the Greek banks.

A total amount of EUR 6 444 000 from the EGF will support the package of personalised services to 600 workers made redundant and 500 NEETs.

The UK has never made an application under this fund. UK workers therefore receive none of this support.

Davor Ivo Stier (PPE), *napisan*. — Podržavam izvješće o mobilizaciji Europskog fonda za prilagodbu globalizaciji kojim bi se na zahtjev grčkih vlasti finansijski pomognulo 551 radniku koji su dobili otkaz u poduzeću Odyssefs Fokas S.A. Odyssefs Fokas S.A. je poduzeće koje je djelovalo u ekonomskom sektoru. Europska komisija je donijela zaključak da su uvjeti za dobivanje novčane potpore i doprinosa od strane Europskog fonda za prilagodbu globalizaciji ispunjeni, a predloženi novčani doprinosi je 6 444 000 eura što predstavlja značajan iznos za već potreseno grčko gospodarstvo. Europski fond za prilagodbu globalizaciji pruža podršku osobama koje su izgubile posao zbog strukturalnih promjena u tokovima svjetske trgovine te globalizacije. Zatvaranje velikih poduzeća ili preseljenje proizvodnje izvan EU-a, što može biti rezultat globalne ekonomske i finansijske krize, stavlja u nepovoljan položaj državljane EU-a koji ostaju bez posla, te stoga podržavam ovo izvješće.

Dienstag, 16. Dezember 2014

Dubravka Šuica (PPE), *napisan.* — Podržala sam prijedlog Europske komisije za dodjeljivanje novčane potpore i doprinosa iz Europskog fonda za prilagodbu globalizaciji jer su ispunjeni kriteriji mobilizacije istoga. Smatram da 6 444 000 eura neto neće spasiti posrnulo grčko gospodarstvo, ali će svakako biti injekcija koja će osigurati egzistenciju za 550 obitelji. Pozdravljam i napore grčkih vlasti koje su poduzele napore podnijevši prijavu za financijsku pomoć iz Europskog fonda za prilagodbu globalizaciji zbog otkaza u tvrtki Odyssefs Fokas S.A. Zato je potrebno više odgovornosti na tržištu rada i moramo napraviti sve kako bi ostvarili gospodarski rast te da, iako su osigurana sredstva, države članice ne popežu za ovakvom vrstom pomoći.

Richard Sulík (ECR), *písomne* — Návrh nepodporujem, keďže som presvedčený o tom, že systém Európskeho fondu na prispôsobenie sa globalizácii nie je správny. Paradoxne, nezmyselnosť udeľovania týchto prostriedkov je možné nájsť aj v samotnej správe k návrhu, ktorá ako jednu z hlavných príčin tohto problému vníma zvýšenie daňového zaťaženia. No keďže je tento príspevok financovaný z daní ostatných krajín EÚ, kompenzácia vysokého daňového zaťaženia v Grécku má byť vykonaná na úkor zvýšenia daňového zaťaženia vo zvyšku Európskej únie.

Kay Swinburne (ECR), *in writing.* — The ECR Group fully supports measures that put in place policies that create growth and jobs. However, we do not believe that the European Globalisation Adjustment Fund is the right tool for putting in place such policies nor do we believe it is an efficient tool that offers value for money for EU taxpayers, therefore I voted against.

Ελευθέριος Συναδινός (NI), *γραφτώς.* — Στηρίζω, γιατί αφορά Έλληνες άνεργους, με τη διαφωνία ότι τα κονδύλια θα έπρεπε να δοθούν σε προγράμματα απασχόλησης των ανέργων ή/και απολυμένων και όχι σε κάποιες εταιρείες που θα αμειψθούν για να τους εκπαιδεύουν. Στην Ελλάδα έχουμε πρόβλημα ανεργίας και όχι έλλειψης γνώσεων, δεξιοτήτων και πτυχίων στους άνεργους.

Marc Tarabella (S&D), *par écrit.* — Le Fonds européen d'ajustement à la mondialisation, ou plus souvent appelé FEM, a été créé pour fournir un soutien aux travailleurs devenant victimes de restructurations et du commerce mondial. L'objectif est donc de former, ou d'aider à rebondir, ces citoyens travailleurs qui n'ont commis aucune faute si ce n'est celle de vivre à une époque où le caractère humain paraît souvent moins important que la recherche de bénéfices pour certains investisseurs ou spéculateurs. Le fonds que nous votons se veut donc être une deuxième chance.

Ramon Tremosa i Balcells (ALDE), *in writing.* — The European Globalisation Adjustment Fund (EGF) was established to provide support for workers made redundant and self-employed persons whose activity has ceased as a result of major structural changes in world trade patterns due to globalization and economic crisis and to assist them with their reintegration into the labour market. That is why I give my support to this report in order to help people fired from Odyssefs Fokas S.A. in Greece company. They deserve a second chance in life.

Ernest Urtasun (Verts/ALE), *por escrito.* — Este fondo europeo es esencial para garantizar la continuidad de la industria en los países periféricos y la empleabilidad de los trabajadores y trabajadoras de dicho sector. Por ello, he votado a favor.

Marco Valli (EFDD), *per iscritto.* - Ho votato a favore dell'attivazione del Fondo europeo di adeguamento alla globalizzazione (FEG) richiesta dalla Grecia per arginare l'ormai inarrestabile aumento della disoccupazione. Il contributo finanziario di circa 6,5 milioni di euro servirà a sostenere oltre 500 dipendenti dell'impresa Odyssefs Fokas, collocati in esubero a seguito delle difficoltà dell'azienda colpita dalla crisi e dalla paralisi dei consumi.

Non posso infatti che sostenere una misura che va direttamente a sostenere chi ha perso il proprio lavoro a causa di una crisi di cui non è affatto responsabile. Mi chiedo però quale possa essere, in concreto, l'utilità e l'efficacia di misure per il reintegro professionale in un Paese con un'economia distrutta, se non si fa nient'altro per consentire alla Grecia di uscire dalla recessione.

L'Europa dovrebbe piuttosto cambiare radicalmente le politiche economiche e monetarie che hanno avuto una grossa responsabilità nel condurre la Grecia nella più profonda recessione della storia europea.

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito.* — A candidatura da Grécia em análise respeita à empresa ODYSSEFS FOKAS S, que declarou falência, colocando no desemprego 600 trabalhadores, dos quais 87,17 % são mulheres.

Dienstag, 16. Dezember 2014

A justificação para este despedimento reside na redução do rendimento disponível das famílias e no aumento do desemprego – que resultou numa enorme queda do poder de compra, e a redução drástica dos empréstimos às empresas e aos particulares devido à falta de liquidez dos bancos gregos, fatores que estão associados à crise financeira e económica mundial.

O relatório propõe a mobilização de 10 740 000 EUR destinados a ações direcionadas para os 600 trabalhadores despedidos da ODYSSEFS FOKAS e, ainda, para o máximo de 600 jovens que não trabalham, não estudam nem seguem qualquer formação (NEET).

Votámos mais uma situação em que são os trabalhadores e as suas famílias que pagam a crise que outros provocaram. Não votámos a solução para que estas situações não se repitam.

Harald Vilimsky (NI), *schriftlich*. — Dem Antrag auf Förderung aus dem Europäischen Globalisierungsfonds für die Firma Odyssefs Fokas habe ich aus vollster Überzeugung zugestimmt, da gerade die Lage im griechischen Einzelhandel besondere Dramatik birgt und sich zudem die griechische Regierung diesbezüglich besonders positiv hervorgetan hat, da sie durch den Fonds ein kofinanziertes Betreuungssystem für die rund 500 betroffenen Jugendlichen ohne Schul- und Berufsausbildung oder eine feste Anstellung ins Leben rufen werden.

Inês Cristina Zuber (GUE/NGL), *por escrito*. — A candidatura em análise respeita à empresa ODYSSEFS FOKAS S.A com atividades no setor de comércio a retalho, que declarou falência, despedindo 600 trabalhadores, dos quais 87,17 % são mulheres.

A justificação para este despedimento, segundo as autoridades gregas, reside na redução do rendimento disponível das famílias – devido ao aumento da carga fiscal, à descida dos salários (tanto no setor privado como na função pública) e ao aumento do desemprego – que resultou numa enorme queda do poder de compra, e a redução drástica dos empréstimos às empresas e aos particulares devido à falta de liquidez dos bancos gregos.

De realçar que a Grécia é o quinto país do mundo com a maior taxa de desemprego. O relatório propõe a mobilização de 10.740.000 EUR destinados a ações direcionadas para os 600 trabalhadores despedidos da ODYSSEFS FOKAS e, ainda, para o máximo de 600 jovens que não trabalham, não estudam nem seguem qualquer formação .

São os trabalhadores e as suas famílias que pagam a crise que outros provocaram. Não aprovámos a solução para que estas situações não se repitam. Essa, reside nos povos da Europa, que têm de tomar nas suas mãos a construção de uma alternativa às políticas que nos afundaram.

6.11. Inanspruchnahme des Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung: Antrag EGF/2013/014 FR/Air France (A8-0065/2014 - Marco Zanni)

Explications de vote par écrit

Marina Albiol Guzmán (GUE/NGL), *por escrito*. — He votado a favor del informe ya que permite la movilización de recursos tras los 5 213 despidos —con 3 886 personas que se espera que se acojan a las medidas— que se produjeron durante el periodo de referencia comprendido entre el 1 de julio y el 31 de octubre de 2013 a causa de un descenso de la cuota de mercado de la Unión en el sector del transporte aéreo.

Esta movilización de fondos se debe a las desastrosas consecuencias de la internacionalización de los sectores productivos en la UE.

Estos fondos no son capaces de solucionar las problemáticas de estos trabajadores en el contexto del desempleo en Francia, pero al menos dan la posibilidad de paliar una pequeña parte del drama humano. Es por todo esto por lo que he decidido votar a favor del presente informe.

Jonathan Arnott (EFDD), *in writing*. — The principle of subsidiarity dictates that decisions should be taken at the closest possible level to the citizen – in this case at regional or national level. Therefore, these projects should not be funded by the European Union.

Dienstag, 16. Dezember 2014

It is absurd that the arbiters of whether this funding should, or should not, be given are Members of the European Parliament with no detailed knowledge of the situation. This project may well be of benefit to the people of France, but I am not best placed to judge.

The European Globalisation Adjustment Fund should be scrapped, which would give money back to the Member States to decide for themselves about the appropriateness of such funding. Consequently, I had no option but to vote against – even though this may be a worthwhile project.

In this case, I note additionally the high amount requested for the project and that various concerns have been raised on this matter within the BUDG Committee.

Janice Atkinson (EFDD), *in writing*. — Vote against. Whilst I sympathise with the plight of the workers who are losing their jobs, it is not the role of the EU to compensate. This is the role of national government. My voters in the UK sent me here to vote against this kind of thing, particularly as the money is destined to pay for redundancy only, not for training to get people back to work.

Zigmantas Balčytis (S&D), *raštu*. — Balsavau už šį siūlymą, kurio tikslas – bendros 25 937 813 EUR sumos mobilizavimas iš EGF Prancūzijos reikmėms. Tarptautinis oro transportas patyrė didelių ekonominių sukrėtimų ir ypač sumažėjo ES rinkos dalis. Atleidimai iš bendrovės „Air France“ yra susiję su dėl globalizacijos vykstančiais esminiais struktūriniais pasaulio prekybos sistemos pokyčiais ir su Sąjungos oro transporto rinkos dalies mažėjimu. 3 886 atleistiems darbuotojams prie individualių poreikių pritaikytas paslaugų paketas apima darbuotojų konsultavimo ir profesinio orientavimo paslaugas, mokymą, paramą kuriant verslą, kvalifikacijos keitimo bei judumo išmokas. Pritariu šio fondo lėšų skyrimui iš „Air France“ įmonės atleistiems darbuotojams.

Izaskun Bilbao Barandica (ALDE), *por escrito*. — El 11 de noviembre de 2014, la Comisión adoptó una propuesta de Decisión sobre la movilización del FEAG en favor de Francia para apoyar la reincorporación al mercado laboral de los trabajadores despedidos como consecuencia de grandes cambios estructurales en los patrones del comercio mundial provocados por la globalización. He votado a favor de esta Decisión; se trata de la vigésima solicitud sometida a examen en el marco del presupuesto de 2014 y hace referencia a la movilización de un importe total de 25 937 813 euros con cargo al FEAG para Francia. Esta solicitud afecta a 3 886 despidos durante el periodo de referencia comprendido entre el 1 de julio y el 31 de octubre de 2013 y durante el periodo posterior, pero relacionados con el mismo procedimiento de despido colectivo. La solicitud se basa en el criterio de intervención del artículo 2, letra a), del Reglamento FEAG, que exige que se produzcan al menos quinientos despidos durante un periodo de cuatro meses en una empresa de un Estado miembro.

Dominique Bilde (NI), *par écrit*. — La France a présenté une demande de mobilisation du FEM en vue d'obtenir une contribution financière du FEM à la suite de 5 213 licenciements (dont 3 886 personnes devraient participer aux mesures) chez Air France. La contribution s'élèvera à 25 937 813 EUR, ce qui est la plus importante demande en termes de montants demandés depuis la mise en place du FEM.

Ces licenciements sont liés directement à la mondialisation et la part de marché de l'Union dans le transport aérien connaissant une baisse, notamment face à l'essor spectaculaire de 3 grandes compagnies du Golfe persique, tendance encore aggravée par la crise financière et économique mondiale.

Après la fermeture de PSA à Aulnay, c'est donc Air France qui licencie et cela accentue le chômage en Île-de-France, raison pour laquelle j'ai voté pour cette demande afin de protéger et aider nos travailleurs à se former pour se reconvertir.

Mara Bizzotto (NI), *per iscritto*. — Ho votato a favore della mobilitazione del FEG, il Fondo europeo di adeguamento alla globalizzazione, a favore di 3.886 lavoratori. Il FEG è uno strumento importantissimo, ma l'intervento europeo a favore dei lavoratori e imprese deve concretizzarsi non solo attraverso questa forma di sostegno, ma anche e soprattutto eliminando i malfunzionamenti del mercato unico.

Malin Björk (GUE/NGL), *skriftlig*. — Jag har idag röstat för dessa betänkanden.

Det gör jag därför att arbetarna i de aktuella fallen ska ges ekonomiskt stöd för omskolning och/eller andra åtgärder för att finna nya jobb.

Dienstag, 16. Dezember 2014

Dock vill jag understryka att den omfattande arbetslösheten i EU skulle kunna bekämpas effektivt om man stoppar den åtstramningspolitik som EU-kommissionen och medlemsstaternas regeringar sedan länge bedriver.

För att skapa nya arbetstillfällen i Europa krävs en ny ekonomisk politik med massiva offentliga och miljövänliga investeringar. Det krävs samhällsnyttiga investeringar inom skola, vård och omsorg, men också i infrastruktur, järnväg, kollektivtrafik, energisnåla bostäder och hållbara energisystem.

José Blanco López (S&D), *por escrito*. — He votado a favor de este informe para aprobar la movilización de 25 937 813 EUR del Fondo Europeo de Adaptación a la Globalización destinados a 5 213 trabajadores que han perdido su empleo en la compañía aérea Air France, como consecuencia de los cambios estructurales en el comercio mundial provocados por la globalización. La cuota de mercado de la Unión en el transporte aéreo está en caída, sobre todo ante el aumento espectacular de las tres principales compañías aéreas de la región del Golfo Pérsico, tendencia que se ha visto agravada con la crisis financiera y económica mundial.

Los servicios personalizados que se han de financiar con cargo al FEAG comprenden actividades de formación, orientación profesional, reciclaje e incentivos para la creación de empresas.

Si bien estas ayudas no son capaces por sí solas de paliar el drama al que se enfrentan miles de trabajadores de compañías aéreas europeas, sí constituyen una buena asistencia y formación para la reinserción laboral de los trabajadores afectados.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), *raštu*. — Balsavau dėl šio pranešimo, nes juo Parlamentas pritarė paramos skyrimui 5 213 darbuotojams, 2013 m. atleistiems iš kompanijos „Air France“. Atkreipiamas dėmesys, kad atleidimai iš bendrovės „Air France“ yra susiję su dėl globalizacijos vykstančiais esminiais struktūriniais pasaulio prekybos sistemos pokyčiais ir su Sąjungos oro transporto rinkos dalies mažėjimu, ypač išpūdingai išaugus trims pagrindinėms Persijos įlankos bendrovėms, o šią padėtį dar labiau apsunkino pasaulinė finansinė ir ekonominė krizė. Paramą nuspręsta skirti dar ir dėl to, kad atleidimai iš bendrovės „Air France“ turės neigiamo poveikio Il de Franso regionui, kuriame bus vykdomas dar vienas kolektyvinis atleidimas, kadangi dar šiais metais yra visiškai uždaroma One esanti bendrovė „Peugeot Citroën Automobile (PSA)“ automobilių gamykla.

Marie-Christine Boutonnet (NI), *par écrit*. — La dérégulation du secteur aérien voulue, encouragée et financée par l'Union européenne a pour conséquence, aujourd'hui, la destruction d'emplois en France, notamment dans la région Midi-Pyrénées.

Air France a licencié 3 886 travailleurs pour lesquels elle demande le bénéfice du Fonds européen d'ajustement à la mondialisation. Ce dernier interviendrait à hauteur de 25,9 millions d'euros, soit un cofinancement à hauteur de 50 %.

Je me prononce en faveur de ce texte dont les bénéficiaires sont des compatriotes, victimes de la folie bruxelloise.

Lynn Boylan (GUE/NGL), *in writing*. — I voted in favour of this EGF report so as to make sure the workers concerned are given the best possible chance of reintegration into the labour market. However, I do note serious issues concerning the amount requested and the use of the funds. The funds are intended to help with the reintegration of beneficiaries into the labour market instead of providing them with salary replacement after being dismissed and I believe this is not the case with this particular mobilisation. I would like to have seen a much greater percentage of the fund going to training, in order to assure a future in the labour market by those affected in this case. It is also the biggest mobilisation of the fund to date, which may have an impact on other mobilisations.

Mercedes Bresso (S&D), *in writing*. — I voted for the Mobilisation of Funds of the Globalisation Adjustment Fund because I support the European companies which can have difficulties in these times of economic crisis.

Gianluca Buonanno (NI), *per iscritto*. — 5.213 licenziati, di cui 3.886 ammessi a FEG e 25 937 813 (50% dei costi). Ho votato a favore del sostegno dell'occupazione e dei lavoratori.

Dienstag, 16. Dezember 2014

Alain Cadec (PPE), *par écrit*. — Le Parlement européen a voté pour la mobilisation du Fonds européen d'ajustement à la mondialisation en faveur des salariés licenciés d'Air France. Le montant de l'aide s'élève à plus de 25 millions d'euros. Plus de 5 000 employés licenciés bénéficieront d'une formation qui a pour objectif la réinsertion sur le marché du travail et la recherche d'emploi. La compagnie aérienne Air France a été contrainte de licencier plusieurs de ses salariés pour cause de concurrence accrue au niveau du trafic aérien mondial. J'ai voté en faveur de cette mobilisation du FEM. Il est important, en ces temps de crise, d'aider les citoyens victimes de certaines conséquences négatives de la mondialisation sur l'emploi. C'est une grande preuve de la solidarité entre les pays européens.

Nicola Caputo (S&D), *per iscritto*. — Oggi ho votato a favore di questa relazione al fine di sostenere il reinserimento nel mercato del lavoro di 3886 lavoratori licenziati dalla Air France a causa della globalizzazione.

Il licenziamento di questi lavoratori è legato a trasformazioni rilevanti della struttura del commercio mondiale dovute alla globalizzazione, con una contrazione della quota di mercato dell'Unione nel settore dei trasporti aerei, in particolare a fronte della straordinaria ascesa di tre grandi compagnie aeree nel Golfo persico, una tendenza aggravata dalla crisi finanziaria ed economica a livello mondiale e dall'aumento dei costi del carburante. L'impatto di tali esuberi è stato aggravato anche dalla chiusura di un'azienda Peugeot nell'Ile-de-France, la stessa regione dove si trova Air France.

I 25.937,813 milioni di euro di aiuti del FEG, molti dei quali andranno a rimborsare le autorità francesi per i piani già finanziati per reintegrare i lavoratori licenziati nel posto di lavoro, rappresentano la più alta somma di denaro mai pagata finora dal fondo.

Mi rammarico che le aziende italiane non possano usufruire maggiormente del FEG per la mancanza di sostegno da parte delle istituzioni locali e nazionali, che hanno presentato tra il 2007 e il 2014 solo 14 richieste in totale.

Matt Carthy (GUE/NGL), *in writing*. — I voted in favour of this EGF report so as to make sure the workers concerned are given the best possible chance of reintegration into the labour market. However, I do note serious issues concerning the amount requested and the use of the funds. The funds are intended to help with the reintegration of beneficiaries into the labour market instead of providing them with salary replacement after being dismissed and I believe this is not the case with this particular mobilisation. I would like to have seen a much greater percentage of the fund going to training, in order to assure a future in the labour market by those affected in this case. It is also the biggest mobilisation of the fund to date, which may have an impact on other mobilisations.

James Carver (EFDD), *in writing*. - I voted against the EU contributing 50% of an adjustment fund payout in the sum of nearly EUR 25.94 million to former state-owned Air France employees in France. I believe that this cost should have been met by the French Government, and not, in effect, subsidised by the British taxpayer, through their contributions to the EU.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), *per iscritto*. — Questa mobilitazione é la più ingente, dal punto di vista economico, sin da quando esiste il Fondo Europeo di adeguamento alla globalizzazione e impegna 26 milioni di euro per assistere quasi 4000 lavoratori di Air France.

Jean-Marie Cavada (ALDE), *par écrit*. — J'ai voté en faveur de cette résolution, mais regrette l'inertie du système, due à la lourdeur des procédures d'instruction et de décision. Je pense qu'il serait judicieux que nous puissions mettre en œuvre cette aide à titre préventif pour éviter de faire face à l'irréparable.

Ole Christensen (S&D), *skriftlig*. — Vi bakker generelt op om den støtte til afskedigede medarbejdere, som ydes af Globaliseringsfonden. Dog mener vi, at støtten fra Globaliseringsfonden i langt højere grad bør ydes til aktive arbejds-markedsforanstaltninger, som har til formål at få afskedigede medarbejdere i arbejde igen. Vi mener ikke, at EU-midler bør bruges på passiv forsørgelse, men i stedet skal målrettede beskæftigelsesfremmende initiativer og projekter som f.eks. efter- og videreuddannelse af de afskedigede medarbejdere. Derfor kan vi ikke stemme for dette forslag.

Dienstag, 16. Dezember 2014

Alberto Cirio (PPE), *per iscritto*. — Ho votato a favore di questa proposta ma non nego di aver alzato non poco il sopracciglio mentre ne leggevo il contenuto: viste le recenti vicende relative ai rapporti fra Alitalia ed Air France, non fa piacere vedere che quello che sembrava essere un soggetto forte fa appello all'UE per sostenere i propri esuberi. Eppure, in questo mondo, anche questo può accadere.

Carlos Coelho (PPE), *por escrito*. — O Fundo Europeu de Ajustamento à Globalização foi criado em 2006 para prestar assistência adicional aos trabalhadores afetados pelas consequências de mudanças importantes na estrutura do comércio internacional e para ajudar à sua reintegração no mercado de trabalho.

A partir de 1 de maio de 2009, o âmbito de aplicação do Fundo Europeu de Ajustamento à Globalização foi alargado, passando a incluir o apoio a trabalhadores despedidos em consequência direta da crise económica, financeira e social.

Nesta altura em que a Europa está a braços com uma crise financeira, económica e social, sendo o desemprego uma das principais consequências, a União Europeia deverá utilizar todos os meios ao seu alcance para reagir, nomeadamente no que se refere aos apoios a prestar às pessoas que ficaram sem emprego.

Assim, apoiei o presente relatório referente à mobilização de 25 937 813 euros a favor da França com o objetivo de apoiar a reintegração no mercado de trabalho dos trabalhadores despedidos pela Air France.

Lara Comi (PPE), *per iscritto*. - Ho votato a favore della mobilitazione del Fondo europeo di adeguamento alla globalizzazione in relazione alla domanda presentata dalla Francia per i 3.886 lavoratori in esubero presso Air France, in quanto il settore dei trasporti aerei internazionali ha subito gravi danni economici. Questi sarebbero legati a trasformazioni rilevanti della struttura del commercio mondiale, dovute alla globalizzazione, con una contrazione della quota di mercato dell'Unione europea, in particolare a causa dell'ascesa di tre grandi compagnie aeree nel Golfo Persico. Questa concessione è la più alta in termini di importo richiesto da quando è in vigore il FEG e infatti parliamo di somme rilevanti (25.937,813 EUR). Ma ritengo giusto erogare queste risorse per il reinserimento dei lavoratori in esubero e soprattutto per dare sostegno a questo settore, di importanza strategica per il mercato europeo.

Therese Comodini Cachia (PPE), *in writing*. — The European Union has set up legislative and budgetary instruments in order to provide additional support to workers who have been affected by the consequences of major structural shifts in world trade patterns and to support the reintegration of the same workers back into the labour market. The report confirms that 3 886 of 5 213 workers previously operating in the aviation industry in France will be targeted by the EGF co-funded measures. Personalised services for the redundant workers will include advisory services and vocational guidance for workers, training, contributions for business creation, redeployment and a mobility allowance. I therefore voted in favour of this report as it will provide additional opportunities and support to the workers (and their families) affected by these redundancies.

Ignazio Corrao (EFDD), *per iscritto*. — Gli esuberi presso Air France sono legati a trasformazioni rilevanti della struttura del commercio mondiale dovute alla globalizzazione, con una contrazione della quota di mercato dell'Unione nel settore dei trasporti aerei, in particolare a fronte della straordinaria ascesa di tre grandi compagnie aeree nel Golfo persico, una tendenza aggravata dalla crisi finanziaria ed economica a livello mondiale. Questi esuberi presso Air France avranno una ricaduta negativa sulla regione dell'Île-de-France, che si trova già a dover affrontare altri esuberi di massa in ragione della chiusura definitiva, nel 2014, dello stabilimento automobilistico Peugeot Citroën Automobile (PSA) di Aulney. Non posso che votare favorevolmente alla presente risoluzione, al fine di aiutare il reinserimento dei beneficiari nel mercato del lavoro e di migliorare l'occupabilità di tutti lavoratori attraverso una formazione adeguata e il riconoscimento delle capacità e delle competenze acquisite durante la carriera professionale del lavoratore.

Dienstag, 16. Dezember 2014

Javier Couso Permuy (GUE/NGL), *por escrito*. — He votado a favor del informe ya que permite la movilización de recursos tras los 5 213 despidos, con 3 886 personas que se espera que se acojan a las medidas, que se produjeron durante el periodo de referencia comprendido entre el 1 de julio y el 31 de octubre de 2013 a causa de un descenso de la cuota de mercado de la Unión en el sector del transporte aéreo.

Esta movilización de fondos se debe a las desastrosas consecuencias de la internacionalización de los sectores productivos en la UE.

Estos fondos no son capaces de solucionar las problemáticas de estos trabajadores en el contexto del desempleo en Francia, pero al menos dan la posibilidad de paliar una pequeña parte del drama humano. Es por todo esto por lo que he decidido votar a favor del presente informe.

Miriam Dalli (S&D), *in writing*. — I voted in favour of all four applications for EUR 35.5 million in EU aid to help create new jobs for workers who were made redundant by Air France, Fiat Auto Poland, Whirlpool and a Greek retailer. The European Globalisation Adjustment Fund aid application in the case of Air France will support 3 886 workers with over EUR 25 million.

Rachida Dati (PPE), *par écrit*. — La région Île-de-France fait face à une situation particulièrement difficile sur le front de l'emploi. Elle subit des plans sociaux massifs touchant de grandes entreprises. Après avoir voté en faveur de l'aide européenne destinée aux salariés licenciés de PSA, j'ai fortement soutenu le texte portant sur les services personnalisés financés à hauteur d'un peu plus de 25 millions d'euros par le Fonds européen d'ajustement à mondialisation (FEM). Ce financement bénéficiera à près de 3 886 salariés licenciés d'Air France, entreprise dont le siège social se situe à Roissy, en Île-de-France. Intelligemment élaborée avec les partenaires sociaux, ce dont je me félicite, cette offre de services permettra aux salariés bénéficiaires d'être plus mobiles, mieux formés ou de tenter l'aventure de la création d'entreprise.

Isabella De Monte (S&D), *per iscritto*. — La compagnia di bandiera francese Air France ha chiesto sostegno dopo aver licenziato 3886 dipendenti a causa delle rilevanti trasformazioni della struttura del commercio mondiale dovute alla globalizzazione. Il settore dei trasporti aerei internazionali ha subito gravi perturbazioni economiche negli ultimi anni, in particolare una contrazione della quota di mercato dell'UE. Gli effetti di tali trasformazioni della struttura del commercio mondiale sono dovuti al calo della domanda, conseguenza della crisi economica, e all'aumento dei prezzi del petrolio. Ho sostenuto convintamente la mobilitazione del Fondo europeo di adeguamento alla globalizzazione perché sosterrà il reinserimento nel mercato del lavoro dei 3886 lavoratori in esubero Air France.

Gérard Deprez (ALDE), *par écrit*. — Dans le cadre de ce dossier, le Fonds européen d'ajustement à la mondialisation (FEM) intervient à concurrence de 25 937 813 euros. Cette demande, présentée par la France, vise des licenciements dans le secteur de l'aviation. En effet, les compagnies aériennes traditionnelles de l'UE ont perdu des parts de marché au profit de concurrents émergents du Moyen-Orient et d'Asie. Il s'agit donc d'aider 3 886 salariés et de permettre le cofinancement de mesures actives sur le marché du travail telles que l'aide individuelle à la recherche d'emploi, la formation et la reconversion,... Cette aide n'est certes pas à la hauteur du drame vécu par les travailleurs licenciés mais elle est le signe que l'Europe, à défaut de l'avoir empêché, est sensible à leur sort.

Tamás Deutsch (PPE), *írásban*. — 2014. november 11-én a Bizottság határozatra irányuló javaslatot fogadott el az Európai Globalizációs Alkalmazkodási Alap Franciaország javára történő igénybevétele, hogy támogassa a globalizáció hatására a világkereskedelemben bekövetkezett fő strukturális változások következtében elbocsátott munkavállalók munkaerőpiacra történő újbóli beilleszkedését.

A személyre szabott szolgáltatások társfinanszírozandó, összehangolt csomagja az alábbi intézkedéseket foglalja magában 3886 elbocsátott munkavállaló visszailleszkedése érdekében: tanácsadás és pályaaorientáció, képzés, hozzájárulás vállalkozások létrehozásához, rendszeres tájékoztatási és kommunikációs tevékenységek, átképzési segély és mobilitási támogatás.

A Fidesz-KDNP delegációja a szolidaritás jegyében támogatja az indítványt. Fontos, hogy az elbocsátott munkavállalók megfelelő támogatást kapjanak a munkaerőpiacon való újbóli elhelyezkedésükhöz.

Dienstag, 16. Dezember 2014

Pablo Echenique (GUE/NGL), *por escrito*. — La delegación de Podemos en el Parlamento Europeo ha votado a favor de la movilización de este fondo, entendiendo que existe una necesidad objetiva y una expectativa legítima por parte de los trabajadores despedidos en recibir la serie de ayudas asociadas.

No obstante, consideramos insuficiente el Fondo Europeo de Adaptación a la Globalización en la actual coyuntura económica. Los procesos de reconversión industrial y de flexibilización laboral hacen que resulte más difícil absorber a una creciente masa de trabajadores y devalúan los derechos sociales de los trabajadores.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI), *γραφτώς*. — Καταψήφισα την έκθεση, διότι αντιτίθεται στην οικονομική πολιτική των επανεπενδύσεων, όπου χορηγούνται κονδύλια σε εταιρείες μετεκπαίδευσης, αντί στους απολυμένους που τα έχουν άμεση ανάγκη.

Rosa Estaràs Ferragut (PPE), *por escrito*. — La Unión ha establecido instrumentos legislativos y presupuestarios para proporcionar ayuda adicional a los trabajadores que sufren las consecuencias de cambios estructurales importantes en el comercio mundial, así como para ayudarlos a reincorporarse al mercado laboral. La ayuda financiera de la Unión Europea a los trabajadores despedidos debe ser dinámica y ponerse a disposición de los mismos de la manera más rápida y eficaz posible. Francia presentó la solicitud de contribución financiera del FEAG tras los 5 213 despidos, con 3 886 personas que se espera que se acojan a las medidas. Los despidos en Air France se deben a los grandes cambios estructurales que se han producido en los patrones del comercio mundial debido a la globalización y al descenso de la cuota de mercado de la Unión en el sector del transporte aéreo. No obstante, conforme al artículo 6 del Reglamento FEAG, es preciso garantizar que el FEAG brinde apoyo a la reinserción laboral de los trabajadores despedidos en empleos estables, puesto que la ayuda del FEAG solo puede cofinanciar medidas activas en el mercado laboral que redunden en puestos de trabajo duraderos a largo plazo.

Eleonora Evi (EFDD), *per iscritto*. - Il settore del trasporto aereo europeo si trova di fronte ad una contrazione della sua quota di mercato, in particolare a causa dell'ascesa di tre grandi compagnie aeree del Golfo persico e dell'aggravarsi della crisi finanziaria ed economica a livello mondiale.

Air France vede un numero di lavoratori in esubero particolarmente elevato che, grazie all'approvazione della risoluzione odierna, beneficeranno delle misure di reinserimento professionale, servizi di consulenza e formazione incluse nel pacchetto proposto.

Benché il FEG non sia uno strumento risolutivo per il contesto produttivo e imprenditoriale, esso consente comunque di erogare finanziamenti volti al reinserimento dei lavoratori in esubero nel mercato del lavoro e pertanto il voto alla presente risoluzione è favorevole.

José Manuel Fernandes (PPE), *por escrito*. - O FEG foi criado para fornecer suporte adicional para trabalhadores despedidos na sequência de importantes mudanças estruturais nos padrões do comércio mundial devido à globalização ou crise financeira e ajudá-los a encontrar novos empregos. Entre 2014 e 2020, o limite máximo anual do fundo é de 150 milhões de euros. Aos trabalhadores despedidos são oferecidas medidas tais como suporte para a criação de empresas, assistência na procura de emprego, orientação profissional e vários tipos de formação. Na maioria dos casos, as autoridades nacionais já começaram a tomar medidas para obter os seus custos reembolsados pela UE, quando os seus pedidos são aprovados. A França apresentou a candidatura EGF/2013/014 FR/Air France a uma contribuição financeira do FEG, na sequência de 5213 despedimentos, sendo esperada a participação nas medidas de 3 886 pessoas, durante e após o período de referência compreendido entre 1 de julho de 2013 e 31 de outubro de 2013, despedimentos esses relacionados com uma diminuição da quota de mercado da União nos transportes aéreos. Nesta mobilização do FEG a favor da França, foram concedidos 25 milhões de euros. Votei favoravelmente.

João Ferreira (GUE/NGL), *por escrito*. — A França apresentou uma candidatura a uma contribuição financeira do Fundo Europeu de Ajustamento à Globalização (FEG), na sequência de 5213 despedimentos, sendo esperada a participação nas medidas de 3886 pessoas, durante e após o período de referência compreendido entre 1 de julho de 2013 e 31 de outubro de 2013. Estes despedimentos estão alegadamente relacionados com uma diminuição da quota de mercado da União Europeia nos transportes aéreos.

Dienstag, 16. Dezember 2014

Segundo informações que nos chegaram do movimento sindical e das organizações representativas destes trabalhadores – informações essas determinantes na apreciação que fazemos deste relatório –, a participação dos representantes dos trabalhadores neste processo não foi devidamente acautelada.

Registamos que a maioria dos trabalhadores despedidos tem idades compreendidas entre os 55 e os 64 anos.

Reafirmamos que o FEG não pode ser usado como forma de financiar despedimentos.

Votámos contra este relatório tendo em conta a posição dos sindicatos franceses, admitindo que não está excluído o risco de um uso indevido do FEG neste caso.

Monika Flašíková Beňová (S&D), *písomne* — Predmetný fond bol zriadený na poskytnutie dodatočnej podpory pre pracovníkov v členských štátoch Európskej únie, ktorí boli v najväčšej miere zasiahnutí hospodárskou a finančnou krízou a veľkými štrukturálnymi zmenami v usporiadaní svetového obchodu. Európska komisia prijala návrh na mobilizáciu EGF v prospech Francúzska. Ide konkrétne o 3 886 zamestnancov, ktorí boli prepustení v priebehu roku 2013. Predmetné prepúšťanie bolo nevyhnutné v dôsledku značného hospodárskeho otrasu, ktorý musela medzinárodná letecká doprava prekonať a ktorý sa podľa všetkých dostupných odhadov ešte neskončil.

Lorenzo Fontana (NI), *per iscritto*. — Voto a favore della concessione del fondo per Air France per i 5.213 licenziati, di cui 3.886 ammessi a FEG.

Λάμπρος Φουντούλης (NI), *γραφπτώς*. — Καταψηφίζω την έκθεση διότι διαφωνώ με την οικονομική πολιτική των επανεντάξεων, όπου χορηγούνται κονδύλια σε εταιρείες μετεκπαίδευσης, αντί στους απολυμένους που τα έχουν άμεση ανάγκη.

Nathan Gill (EFDD), *in writing*. — I voted against using British taxpayers' money to subsidise the French government. Redundancies in Air France have affected 3 886 people, and the French Government wants the EU to pay EUR 25 937 813 towards REDUNDANCIES. We are here to vote against this kind of outrage. This should be the expense of Air France and the French Government.

Tania González Peñas (GUE/NGL), *por escrito*. - La delegación de Podemos en el Parlamento Europeo ha votado a favor de la movilización de este fondo, entendiendo que existe una necesidad objetiva y una expectativa legítima por parte de los trabajadores despedidos en recibir la serie de ayudas asociadas.

No obstante, consideramos insuficiente el Fondo Europeo de Adaptación a la Globalización en la actual coyuntura económica. Los procesos de reconversión industrial y de flexibilización laboral hacen que resulte más difícil absorber a una creciente masa de trabajadores y devalúan los derechos sociales de los trabajadores.

Sylvie Guillaume (S&D), *par écrit*. – J'ai apporté tout mon soutien à l'activation d'une aide de 25,9 millions d'euros aux 3 886 salariés licenciés d'Air France, des régions d'Île-de-France, Midi-Pyrénées et Provence-Alpes-Côte d'Azur, au titre du Fonds européen d'ajustement à la mondialisation. Cette somme est destinée à accompagner le financement de mesures visant à atténuer les conséquences humaines et sociales de la perte d'emploi et à permettre l'accompagnement de ces personnes dans leur seconde vie professionnelle au travers de services de formation professionnelle et de conseil, d'allocations de redéploiement ou encore d'allocations de mobilité. Cette décision illustre le principe de solidarité sur lequel le projet européen est basé: cette aide vient en effet soutenir une compagnie aérienne européenne – Air France – qui, comme d'autres, est frappée par une concurrence extracommunautaire agressive sur le marché aérien de passagers, accentuée par la hausse des prix du carburant.

Antanas Guoga (ALDE), *in writing*. — I voted in favour of the proposal for a decision of the European Parliament and of the Council on the mobilisation of the European Globalisation Adjustment Fund: application EGF/2013/014 FR/Air France, from France. I do believe that this application fulfils the eligibility criteria laid down in the EGF Regulation. To my mind the EU has to support the companies suffering the consequence of the economic crisis. The EU has to take all possible measures to ensure that the dismissed workers have the ability to reintegrate themselves into the labour market, to get appropriate advisory services and vocational guidance, training etc.

Dienstag, 16. Dezember 2014

Marian Harkin (ALDE), *in writing*. — I am happy to support the mobilisation of the EGF for the 5 213 workers who were made redundant by Air France in 2013. 60% of workers targeted were men and 69% were aged between 55 and 64. I was extremely disappointed that only 6.28% of the EUR 51.8 million support (EUR 26 million being the EU contribution) was spent on training and 42% on allowances foreseen under personalised services. In this context I am happy to say that the new Regulation has capped those allowances at 35%. However it is positive that up to 955 workers can access grants up to EUR 24 000 for setting up their own business. These grants can be paid in instalments once certain milestones have been reached.

Anja Hazekamp (GUE/NGL), *schriftelijk*. — Ik vind dat mensen niet de dupe moeten worden van falend Europees sociaaleconomisch beleid. Daarom heb ik hier, met tegenzin, voor de beschikbaarstelling van middelen uit het Europees Fonds voor aanpassing aan de globalisering gestemd, maar ik vind dit een doekje voor het bloeden. Eigenlijk vind ik dat de bedrijven, en de lidstaten, zelf met passende steunmaatregelen moeten komen, want nu pompt men eigenlijk gewoon geld van de lidstaten rond. Grote bedrijven zoals Air France zetten hun werknemers na jaren trouwe dienst op straat, omdat ze hun productie verplaatsen naar plekken waar ze goedkopere arbeidskrachten kunnen vinden. Deze mensonterende praktijken keur ik ten strengste af en met de middelen uit het Europees Fonds zorgen we er tenminste voor dat weggestuurde werknemers niet in de kou staan. Wel wil ik onderstrepen dat het globaliseringsfonds niet bedoeld is voor salariëring van werknemers, dit valt onder de verantwoordelijkheid van Air France zelf. Ook moet de EU niet de rol van socialezekerheidsvoorziening van de lidstaten overnemen, hiervoor is het globaliseringsfonds helemaal niet bedoeld.

Brice Hortefeux (PPE), *par écrit*. — Face à la vague de restructurations, l'Europe a répondu présente en apportant un soutien financier aux 3 886 salariés d'Air France licenciés en raison des difficultés structurelles que rencontre la compagnie ces dernières années.

Je me réjouis que l'on puisse proposer un avenir plus clément à toutes ces personnes qui se retrouvent du jour au lendemain privées d'emploi. Avec le Fonds européen d'ajustement à la mondialisation, ces anciens salariés vont pouvoir bénéficier de congés de reclassement, d'allocations de mobilité mais aussi d'aides à la formation et à l'orientation professionnelle.

On ne peut pas parler de cadeau de Noël, mais j'espère que ces aides pourront au moins, pour un temps, apporter quelque soulagement et espoir.

Pablo Iglesias (GUE/NGL), *por escrito*. - La delegación de Podemos en el Parlamento Europeo ha votado a favor de la movilización de este fondo, entendiendo que existe una necesidad objetiva y una expectativa legítima por parte de los trabajadores despedidos en recibir la serie de ayudas asociadas.

No obstante, consideramos insuficiente el Fondo Europeo de Adaptación a la Globalización en la actual coyuntura económica. Los procesos de reconversión industrial y de flexibilización laboral hacen que resulte más difícil absorber a una creciente masa de trabajadores y devalúan los derechos sociales de los trabajadores.

Robert Jarosław Iwaszkiewicz (EFDD), *na piśmie*. — Głosowałem przeciwko przyznaniu dofinansowania dla Air France. Uważam, że każde dofinansowanie działalności, każda dotacja zaburza konkurencyjność na rynku. Rozleniwia ludzi. Gdy upadały polskie linie lotnie LOT Komisja Europejska negatywnie oceniła ich wnioski o pomoc. Dlaczego dziś mamy dotować pracowników Air France? Do tego największą dotacją ze wszystkich dotąd przyznanych w tej kadencji. Na wsparcie dla Air France przeznaczymy astronomiczną kwotę ok 26 mln euro. Czy problemy francuskich linii lotniczych biorą się z przeniesienia produkcji? Otóż nie. Biorą się z braku zmian. Firma scementowana przez związki zawodowe nie jest w stanie konkurować z innymi przewoźnikami. Zbyt wysokie pensje, rozrzutna polityka oraz brak oszczędności na najwyższych stanowiskach to powody upadku tego giganta. Do tego dochodzi fatalna polityka Unii Europejskiej, która robi wszystko, aby dobić europejskie firmy i przemysł. Unijne zielone przepisy skutecznie odstraszały od inwestowania w sektor lotniczy, promując linie spoza UE. Zamiast dawać pieniądze, zmienimy podstawy naszej polityki przemysłowej oraz ochrony środowiska.

Jak mamy się rozwijać, skoro cały czas będziemy patrzeć w tył, ciągnąc za sobą socjalistyczne zombie państwowych firm?

Dienstag, 16. Dezember 2014

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan.* — Glasao sam ZA prijedlog rezolucije o prijedlogu odluke Europskog parlamenta i Vijeća o mobilizaciji Europskog fonda za prilagodbu globalizaciji u slučaju otpuštanja radnika Air Francea jer će ista, koja su velikim dijelom prouzrokovana globalnim strukturnim promjenama koje su zahvatile zračni prijevoz, snažno utjecat na regiju Ile-de-France. Važno je da se uz pomoć EGF-a otpuštene radnike ponovno uključi u tržište rada, te da se pokrenu programi osposobljavanja u toj svrsi. Reintegracija otpuštenih radnika i usluge prilagođene potrebama pogođenih radnika izuzetno su bitne radi izbjegavanja trajnog stanja nezaposlenosti. Smatram da su aktivne mjere i dinamična potpora ključne kako bi financijska pomoć EGF-a bila konkretno sprovedena.

Marc Joulaud (PPE), *par écrit.* — J'ai voté en faveur du rapport de mon collègue Marco Zanni sur la mobilisation du Fonds européen d'ajustement à la mondialisation en faveur des salariés licenciés d'Air France. Ce Fonds débloquera une enveloppe de 26 millions d'euros en faveur de 3 886 salariés licenciés de la société Air France, qui servira à financer des formations, des services de conseils ou des primes à la création d'entreprises afin d'aider les bénéficiaires à se réinsérer sur le marché du travail.

Ce rapport a été adopté à une large majorité, ce dont je me félicite.

Philippe Juvin (PPE), *par écrit.* — J'ai soutenu la résolution portant sur la demande de mobilisation du Fonds européen d'ajustement à la mondialisation introduite par la France concernant des licenciements survenus en 2013 chez Air France en raison de la forte concurrence des compagnies aériennes du golfe Persique. Ce Fonds a été créé pour favoriser la réinsertion sur le marché du travail des travailleurs victimes des modifications de la structure du commerce international résultant de la mondialisation ou de la crise financière. Ainsi, je me félicite de l'adoption de cette aide s'élevant à plus de 25 900 000 EUR et destinée à 3 886 travailleurs licenciés.

Afzal Khan (S&D), *in writing.* — I voted in favour of mobilisation of the fund, as I support giving assistance to reintegrate workers in the labour market made redundant due to major structural changes in world trade patterns due to globalisation and the economic crisis.

Jeppe Kofod (S&D), *skriftlig.* — Vi bakker generelt op om den støtte til afskedigede medarbejdere, som ydes af Globaliseringsfonden. Dog mener vi, at støtten fra Globaliseringsfonden i langt højere grad bør ydes til aktive arbejds-markedsforanstaltninger, som har til formål at få afskedigede medarbejdere i arbejde igen. Vi mener ikke, at EU-midler bør bruges på passiv forsørgelse, men i stedet skal målrettes beskæftigelsesfremmende initiativer og projekter som f.eks. efter- og videreuddannelse af de afskedigede medarbejdere. Derfor kan vi ikke stemme for dette forslag.

Giovanni La Via (PPE), *per iscritto.* - Signor Presidente, onorevoli colleghi, oggi abbiamo votato altre tre richieste di mobilitazione del Fondo di adeguamento alla globalizzazione. Quella dell'on. Marco Zanni, in particolare, riguarda il reinserimento nel mercato del lavoro di 3.886 lavoratori in esubero. La domanda si basa sul criterio d'intervento di cui all'articolo 2, lettera a), del regolamento FEG, che prevede l'esubero di almeno 500 dipendenti di un'impresa nell'arco di quattro mesi in uno Stato membro. Si tratta di segnali concreti che il Parlamento europeo invia a lavoratori e imprese in difficoltà a causa della crisi economica.

Jérôme Lavrilleux (PPE), *par écrit.* — Comme j'en avais déjà eu l'occasion en commission parlementaire «emploi et affaires sociales», j'ai renouvelé mon vote en faveur du rapport Zanni visant à mobiliser le Fonds européen d'ajustement à la mondialisation pour 3 886 anciens salariés de l'entreprise Air France (principalement site de Roissy).

Le FEM financera à hauteur de 50 % (25 937 813 EUR pour un coût total de 51 875 626 EUR) des projets consistant principalement en la distribution d'allocations de congé de reclassement et en la mise en place d'un soutien dans la recherche d'un nouvel emploi, dans la création d'entreprise ou dans le démarrage d'une formation.

Réfèrent de la délégation française du PPE sur ce dossier, sur lequel j'ai pu m'investir, je me réjouis de l'adoption de cette aide européenne.

Constance Le Grip (PPE), *par écrit.* — J'ai voté en faveur d'une aide aux personnes licenciées de la société Air France. Ainsi, quelque 25 millions d'euros seront versés à la France dans le cadre du Fonds européen d'ajustement à la mondialisation. Ce Fonds européen d'ajustement à la mondialisation (FEM) vise à soutenir les travailleurs licenciés, principalement dans les régions et secteurs défavorisés par l'ouverture à l'économie mondialisée. Il est constitué d'une dotation annuelle destinée à la reconversion et à la réinsertion professionnelle des travailleurs et illustre concrètement la solidarité financière de l'Union européenne. Aujourd'hui, ce sont la France et d'ex-employés d'une entreprise française qui bénéficieront de ce Fonds européen. En tout, 3 889 employés licenciés d'Air France qui, grâce à des programmes de forma-

Dienstag, 16. Dezember 2014

tion, de reconversion et d'aide à la création d'entreprise financés par l'Europe, auront plus d'atouts pour réintégrer rapidement le marché du travail ou créer une nouvelle activité. J'ajoute qu'une partie des personnes concernées par ce Fonds européen d'ajustement à la mondialisation sont des habitants de mon euro-circonscription puisque trois régions françaises sont concernées, dont l'Île-de-France.

Patrick Le Hyaric (GUE/NGL), *par écrit*. — L'Union européenne dispose d'un Fonds d'Ajustement à la Mondialisation, FEM, dont le but est d'atténuer les effets des délocalisations et de la crise.

La demande de mobilisation de ce Fonds concerne les anciens salariés d'Air France ayant perdu leur emploi suite au plan de restructuration «Transform 2015». Pour 3 886 anciens salariés, ce sont 25 millions d'euros, soit la plus grosse mobilisation de ce Fonds, qui sont utilisés pour financer des formations, des aides à la création d'entreprises et des allocations de congés de reclassement qui vont au-delà des obligations légales.

En tant que membre de la commission des affaires sociales, j'ai à me prononcer sur chaque demande du FEM, y compris cette dernière. Dans cet examen, j'ai contacté des syndicalistes d'Air France pour m'assurer que ces fonds avancés par Air France ont bien été touchés par les salariés et qu'ils n'ont pas permis à Air France de se soustraire à ses responsabilités sociales. J'ai également, avant de me prononcer, demandé à des responsables de l'entreprise des informations précises sur la portée des programmes mis en œuvre, le nombre de personnes concernées et leur qualité.

Cette analyse ayant présenté les garanties nécessaires, j'ai voté en faveur de cette aide supplémentaire.

Javi López (S&D), *por escrito*. — La propuesta de Resolución hace referencia a la movilización de un importe total de 25 937 813 euros con cargo al FEAG para Francia. Esta solicitud afecta a 3 886 despidos durante el periodo de referencia, comprendido entre el 1 de julio y el 31 de octubre de 2013, y durante el periodo posterior, pero relacionados con el mismo procedimiento de despido colectivo. Y estoy de acuerdo con su aprobación.

Paloma López Bermejo (GUE/NGL), *por escrito*. — He votado a favor del informe ya que permite la movilización de recursos tras los 5 213 despidos —con 3 886 personas que se espera que se acojan a las medidas— que se produjeron durante el periodo de referencia comprendido entre el 1 de julio y el 31 de octubre de 2013 a causa de un descenso de la cuota de mercado de la Unión en el sector del transporte aéreo.

Esta movilización de fondos se debe a las desastrosas consecuencias de la internacionalización de los sectores productivos en la UE.

Estos fondos no son capaces de solucionar las problemáticas de estos trabajadores en el contexto del desempleo en Francia, pero al menos dan la posibilidad de paliar una pequeña parte del drama humano. Es por todo esto por lo que he decidido votar a favor del presente informe.

Antonio López-Istúriz White (PPE), *por escrito*. — La solicitud de movilización del FEAG presentada por Francia en favor de los 3 886 trabajadores despedidos de Air France fue aprobada por la Comisión el 11 de noviembre de 2014. La disminución de la cuota de mercado en la Unión Europea, sumada a la disminución de la demanda y al aumento de los precios del petróleo, ha perturbado económicamente el sector aéreo.

Las medidas que van dirigidas a la reinserción laboral de los trabajadores ascienden a un total de 25 937 813 euros e incluyen, entre otras, asesoramiento y orientación profesional, formación y contribuciones para la creación de empresas. Considero necesario votar a favor de la movilización de este fondo.

Ivana Maletić (PPE), *napisan*. — Uslijed strukturnih promjena koje se događaju radi rastućeg trenda globalizacije podržala sam izvješće o mobilizaciji Europskog fonda za prilagodbu globalizaciji za pomoć radnicima koji su izgubili posao u trgovačkom društvu Air France iz Francuske.

Europski fond za prilagodbu globalizaciji kreiran je kako bi omogućio dodatnu potporu radnicima koji su proglašeni viškom uslijed posljedica svjetske financijske i ekonomske krize te globalizacije. Svrha ovog Fonda je pomoć pri ponovnom uključivanju na tržište rada.

Dienstag, 16. Dezember 2014

Ovim izvješćem želi se mobilizirati 26 milijuna eura radi savjetovanja, edukacije i poticaja za zapošljavanje kako bi se pomoglo radnicima pri ponovnom vraćanju na tržište rada.

Νότης Μαρτιάς (ECR), γραπτώς. — Υπερψηφίζω την έκθεση Zanni σχετικά με την κινητοποίηση του Ευρωπαϊκού Ταμείου Προσαρμογής στην Παγκοσμιοποίηση, γιατί η κινητοποίηση του ταμείου στη συγκεκριμένη περίπτωση συμβάλλει στη σημαντική ανακούφιση των απολυμένων εργαζομένων της επιχείρησης Air France.

Dominique Martin (NI), *par écrit*. — J'ai voté pour cette mobilisation du Fonds Européen d'ajustement à la Mondialisation. Ce vote alloue 25 937 813 EUR à Air France, une décision en faveur des intérêts des travailleurs.

David Martin (S&D), *in writing*. — I supported this proposal and welcome the fact that the resolution 'Opposes the use of the EGF as a way to funding redundancies; advocates that this fund should be used to assist the reintegration of workers into the labour market'.

Fulvio Martusciello (PPE), *per iscritto*. — Ritengo fondamentale e di primaria importanza che siano applicate misure a favore dei lavoratori in esubero in materia di collocamento, formazione e salvaguardia dei posti di lavoro. Per tal motivo ho sostenuto la richiesta di domanda del contributo finanziario a titolo del FEG avanzata dalla Francia in seguito all'esubero di 5213 lavoratori presso Air France, esubero legato alla contrazione della quota di mercato dell'Unione nel settore dei trasporti aerei.

Barbara Matera (PPE), *per iscritto*. — L'espansione di compagnie aeree come Emirates, Qatar ed Etihad, dimostra come il centro di gravità del traffico aereo globale si sia spostato dall'Europa e dall'America Settentrionale verso il Medio Oriente. Sebbene le compagnie aeree europee continuino ad essere protagoniste nel settore del trasporto aereo internazionale, esse stanno progressivamente perdendo quote di mercato.

Il mio consenso nei confronti della relazione a firma dal deputato Zanni riflette la convinzione che il FEG debba essere prontamente mobilitato a favore dei 5213 licenziati presso la compagnia aerea francese, vittime di una crisi economica globale inarrestabile.

Georg Mayer (NI), *schriftlich*. — Die Inanspruchnahme des EGF durch die französische Air France hat meine Zustimmung erfahren. Durch den rückläufigen Marktanteil der EU-27 im internationalen Flugverkehr kam es zu mehr als 3800 Entlassungen alleine in diesem Betrieb. Die Wiedereingliederung dieser Arbeitnehmer in den Arbeitsmarkt ist nur förderwürdig und soll deshalb auch mit Mitteln des EGF kofinanziert werden.

Jean-Luc Mélenchon (GUE/NGL), *par écrit*. — Le Fonds d'aide à la mondialisation encourage les actionnaires et les États dans l'irresponsabilité sociale du capitalisme. La demande concerne ici les 3 886 licenciés du site Air France Roissy, en Île-de-France, pour un montant total de 25,9 millions d'euros, soit le plus grand Fonds d'aide à la mondialisation demandé. Le rapport n'émet aucune justification d'un tel plan de licenciement, sauf quelques considérations vagues: «selon les autorités françaises, la croissance de la flotte long-courrier de trois grandes compagnies aériennes de la région du golfe Persique était inattendue et spectaculaire». La solution recommandée par l'État français est d'inciter les licenciés, majoritairement âgés de plus de 55 ans, à créer leur propre entreprise. Quel cynisme! Je vote contre cette demande de prime au licenciement.

Nuno Melo (PPE), *por escrito*. — A UE é um espaço de solidariedade e nela se enquadra o Fundo Europeu de Ajustamento à Globalização. Estes apoios são fundamentais para o auxílio aos desempregados e às vítimas das deslocalizações que se verificam num contexto globalizado. É cada vez maior o número de empresas que se deslocalizam, aproveitando os reduzidos preços do fator trabalho que são praticados em vários países, nomeadamente na China e na Índia, com efeitos nocivos para os países que respeitam os direitos dos trabalhadores. O FEG destina-se a ajudar os trabalhadores vítimas da deslocalização de empresas e é fundamental para facilitar o acesso a um novo emprego. O FEG já foi no passado utilizado por outros países da UE, cabendo agora dar esse auxílio à França que apresentou a candidatura EGF/2013/014 FR/Air France a uma contribuição financeira do FEG, na sequência de 5213 despedimentos, sendo esperada a participação nas medidas de 3886 pessoas, durante e após o período de referência compreendido entre 1 de julho de 2013 e 31 de outubro de 2013, despedimentos esses relacionados a uma diminuição da quota de mercado da União nos transportes aéreos.

Dienstag, 16. Dezember 2014

Roberta Metsola (PPE), *in writing*. — This report notes that 3 886 workers in France have been made redundant due to major structural changes in world trade patterns due to globalisation. The EU market share in air transport has declined. Therefore, I have voted in favour of this report, which will aid affected workers.

Louis Michel (ALDE), *par écrit*. — Les compagnies aériennes européennes sont sévèrement touchées par la mondialisation. La société Air France a dû licencier 3 886 travailleurs en raison d'une vive concurrence avec des transporteurs low-cost, accentuée par une hausse du prix du carburant. Les difficultés financières du transporteur français sont directement liées à une modification majeure de la structure du commerce mondial. C'est pourquoi il me semble nécessaire de venir en aide aux autorités françaises via le Fonds européen d'ajustement à la mondialisation, afin de rembourser les dispositifs déjà mis en place pour la réintégration des travailleurs licenciés sur le marché de l'emploi. L'Union européenne tient ainsi sa promesse de combiner croissance économique et solidarité en attribuant 25 millions d'euro pour sortir la compagnie aérienne de son environnement économique incertain.

Marlene Mizzi (S&D), *in writing*. — I have voted in favour of the European Globalisation Adjustment Fund in Greece in order to support the reintegration in the labour market of workers made redundant due to major structural changes in world trade patterns as a result of globalisation

Sophie Montel (NI), *par écrit*. — La France demande ici une aide financière au titre du Fonds européen d'ajustement à la mondialisation (FEM) à hauteur de 25 937 813 euros afin de permettre la réinsertion de 3 886 travailleurs licenciés par Air France. On notera que cette aide est la plus importante en termes de montant depuis la création du FEM. Le secteur du transport aérien en France va mal et se retrouve durablement impacté par la concurrence libre et non faussée et la dérégulation imposées par Bruxelles. La part de marché de l'Union européenne dans le transport aérien n'a eu de cesse de diminuer ces dernières années, et ce en raison notamment de l'essor de 3 grandes compagnies du golfe Persique. Ces licenciements touchent en outre une région (l'Île-de-France) déjà touchée par la récente fermeture du site de production de PSA à Aulnay en 2014. Il est évident qu'ici l'Union européenne fait preuve d'un total cynisme puisque la politique ultralibérale et monétaire qu'elle mène a un impact direct sur la situation économique et sociale désastreuse que nous connaissons. J'ai cependant voté pour ce rapport afin de ne pas pénaliser davantage les personnes licenciées.

Claude Moraes (S&D), *in writing*. — I voted in favour as I believe that the application will help to address the below average growth rate in the European air transport sector as well as aid the rapid growth of the Middle East's air transport sector.

Elisabeth Morin-Chartier (PPE), *par écrit*. — J'ai voté en faveur de ce rapport sur la mobilisation du Fonds européen d'ajustement à la mondialisation suite aux événements que la société Air France a dû affronter. En effet, en 2013, Air France a licencié 5 213 salariés du fait de la perturbation du marché aérien mondial qui s'explique par la croissance rapide et inattendue des vols long-courriers en provenance et à destination des pays du golfe Persique. Je soutiens pleinement les mesures qui ont été prises dans ce rapport, consécutives à la demande des autorités françaises soucieuses d'apporter une aide rapide aux travailleurs, à savoir: des services de conseil et d'orientation professionnelle, des aides à la formation, des aides à la création d'entreprise ainsi qu'un soutien au reclassement. Malheureusement, les impacts négatifs de ce licenciement se vérifient d'une part au sein de l'entreprise, mais également au niveau régional, en Île-de-France, mais encore dans la région PACA, Languedoc-Roussillon, en Corse et dans les DOM. Je suis parfaitement d'accord avec les propositions faites dans le but de soutenir cette grande entreprise française, aujourd'hui et sur le long terme, ainsi que d'aider nos citoyens européens à rebondir face à ce licenciement.

Alessandra Mussolini (PPE), *per iscritto*. — Signor Presidente, onorevoli colleghi, voto favorevolmente la relazione dell'on. Zanni per la mobilitazione del Fondo europeo di adeguamento alla globalizzazione in favore dei 3.886 lavoratori collocati in esubero dall'azienda francese Air France. La crisi economica tocca anche il settore del trasporto aereo, nonostante ci sia una buona fetta di mercato globale dominata ancora dalle nostre compagnie aeree europee.

Liadh Ní Riada (GUE/NGL), *in writing*. - I voted in favour of this EGF report so as to make sure the workers concerned are given the best possible chance of reintegration into the labour market. However, I do note serious issues concerning the amount requested and the use of the funds. The funds are intended to help with the reintegration of beneficiaries into the labour market instead of providing them with salary replacement after being dismissed and I believe this is not the case with this particular mobilisation. I would like to have seen a much greater percentage of the fund going to training, in order to assure a future in the labour market by those affected in this case. It is also the biggest mobilisation of the fund to date, which may have an impact on other mobilisations.

Dienstag, 16. Dezember 2014

Franz Obermayr (NI), *schriftlich*. - Der Antrag betraf die Gewährung von finanziellen Hilfen an Air France, welche in der Region Île-de-France ihren Stammsitz hat. Dabei handelt es sich um eine Region, die momentan besonders unter globalem Konkurrenzdruck leidet. Die Inanspruchnahme des Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung für Air France ist zu unterstützen, da das betroffene Unternehmen alle Kriterien für die Unterstützung erfüllt. Besonders hervorzuheben sind die weitgehenden Pläne der französischen Regierung zur Reintegration der betroffenen Arbeitnehmer, welche eine effiziente Verwendung der bewilligten Mittel erwarten lassen. Ich habe daher für den Antrag gestimmt.

Younous Omarjee (GUE/NGL), *par écrit*. - Le cas de la demande d'Air France représente certes la plus grande somme envisagée pour le Fonds européen d'ajustement à la mondialisation. Or, les 3 886 travailleurs d'Air France qui se sont retrouvés sans emploi à cause d'une concurrence accrue des pays émergents et des compagnies low-cost ayant des conditions de travail au rabais méritent que l'Europe les aide à trouver une alternative.

Urmäs Paet (ALDE), *kirjalikult*. - Toetasin Euroopa Parlamendi resolutsiooni ettepanekut eraldada Prantsusmaale EGFi 25 937 813 eurot, mis võimaldab tööturule tagasi aidata 3886 inimest, kes lennundussektoris koondamise tagajärjel töötuks jäid. EGFi abil saame need inimesed uuesti tööturul mobiliseerida.

Gilles Pargneaux (S&D), *par écrit*. - J'ai voté pour ce texte: 25 millions d'euros seront ainsi débloqués pour aider les 5 213 licenciés d'Air France. La concurrence extracommunautaire frappe directement les grands groupes européens et, par conséquent, leurs employés. J'apporte ici mon soutien total à ce type de dossier tourné vers la solidarité et l'emploi entre Européens.

Aldo Patriciello (PPE), *per iscritto*. - Care colleghe e cari colleghi, considerando che le autorità francesi hanno avanzato la domanda del contributo FEG per far fronte agli esuberi registrati dalla Air France; che lo stanziamento di tali fondi è volto ad assistere i lavoratori in esubero a causa dei cambiamenti strutturali del commercio mondiale; che a seguito della globalizzazione, il settore del traffico aereo mondiale tra Europa ed il resto del mondo ha registrato un rallentamento della crescita, intenderei esprimere il mio voto favorevole.

Andrej Plenković (PPE), *napisan*. - Podržao sam Izvješće izvjestitelja Marca Zannia. Zračni promet je u razdoblju 2008. – 2012. godine zabilježio rast od samo 2,4 %, što je dovelo do negativnih posljedica za Air France. Budući da je bila suočena s visokom razinom duga i nedovoljnom kapitalizacijom dionica (manje od vrijednosti svoje flote), nije učinkovito mogla reagirati na gubitak tržišnog udjela u međunarodnom zračnom prometu što je na kraju dovelo do ukidanja nekoliko tisuća radnih mjesta. Francuska je zatražila pomoć od Europskog fonda za prilagodbu globalizaciji za 5213 svoja radnika. U razdoblju 2008. – 2013. nezaposlenost je porasla za 38,7 % u Île-de-Franceu, 37,8 % u PACA-i, 47,0 % u Midi-Pyrenees i 44,1 % u kontinentalnoj Francuskoj. Podržavam prijedlog Europske komisije i Vijeća o odobravanju financijske pomoći za 3 866 otpuštena zaposlenika Air Francea, u iznosu od 25,9 milijuna eura za pružanje potpore. Smatram da su Francuskoj potrebne reforme, koje će omogućiti lakše otpuštanje radnika u teškim vremenima, ali i povećati zaštitu radnika na određeno vrijeme jer je to ključni element da se pokrene gospodarstvo i smanji nezaposlenost.

Salvatore Domenico Pogliese (PPE), *per iscritto*. - Anche nel caso della domanda presentata per gli esuberi dell'Air France è giusto mobilitare il Fondo europeo di adeguamento alla globalizzazione per aiutare i lavoratori licenziati a causa della crisi che colpisce il settore dell'aviazione civile. Le autorità francesi sostengono – e ne condivido l'analisi fatta – che, sebbene a livello globale il mercato del trasporto aereo internazionale sia ancora dominato dalle compagnie aeree europee, il settore ha subito una grave perturbazione economica, con una notevole diminuzione della quota di mercato dell'UE.

La domanda si riferisce a un numero veramente elevato di 5 213 licenziamenti, di cui 3 886 ammessi all'assistenza. Con il mio voto favorevole, ho ritenuto valido aiutare i lavoratori in esubero di Air France che beneficeranno delle misure cofinanziate dal FEG per il reinserimento nel mercato del lavoro grazie ad un pacchetto di servizi personalizzati.

Dienstag, 16. Dezember 2014

Franck Proust (PPE), *par écrit*. — Je suis favorable à l'utilisation du Fonds d'ajustement à la mondialisation pour fournir une aide financière à 3 886 travailleurs licenciés de l'entreprise Air France afin de les aider dans leur reconversion ou leur création d'entreprise. La solidarité est une valeur fondamentale de notre Union, et le Fonds est là pour le démontrer.

Paulo Rangel (PPE), *por escrito*. — A França apresentou uma candidatura com vista a obter uma contribuição financeira do FEG, na sequência do despedimento de 5213 trabalhadores, dos quais 3886 serão beneficiários, ocorridos na Air France, durante o período de referência entre 1 de julho de 2013 e 31 de outubro de 2013. De acordo com a Comissão, a referida candidatura cumpre os critérios de elegibilidade previstos no Regulamento FEG, verificando-se, por um lado, que os despedimentos em causa estão relacionados com importantes mudanças estruturais nos padrões do comércio mundial devido à globalização, que resultaram na diminuição da quota de mercado da UE nos transportes aéreos, nomeadamente face à expansão inesperada e espetacular da frota de longo curso de três grandes transportadoras aéreas na região do Golfo Pérsico; e, por outro lado, que tais despedimentos terão um impacto negativo na região de Île de France, já a braços com outro despedimento coletivo em consequência do encerramento da fábrica da Peugeot Citröen Automobiles em Aulnay. Votei, por isso, favoravelmente esta resolução, que aprova a decisão de mobilização do FEG a favor da França.

Julia Reid (EFDD), *in writing*. — The principle of subsidiarity dictates that decisions should be taken at the closest possible level to the citizen – in this case at regional or national level. Therefore, these projects should not be funded by the European Union.

It is absurd that the arbiters of whether this funding should, or should not, be given are Members of the European Parliament with no detailed knowledge of the situation. This project may well be of benefit to the people of France, but I am not best placed to judge.

The European Globalisation Adjustment Fund should be scrapped, which would give money back to the Member States to decide for themselves about the appropriateness of such funding. Consequently, I had no option but to vote against – even though this may be a worthwhile project.

In addition, the amounts concerned on this occasion were much higher than usual and would not indeed be permitted under the rules pertaining to closures after 31 December 2013.

Dominique Riquet (ALDE), *par écrit*. — Je salue le recours au Fonds européen d'ajustement à la mondialisation (FEM) pour l'entreprise Air France. Bien sûr, des progrès doivent être réalisés dans la gestion de ce fonds, notamment en ce qui concerne sa visibilité auprès de l'opinion publique ou le suivi des travailleurs concernés par les mesures financées. Néanmoins, dans ces temps difficiles, je pense que le FEM est un outil précieux. L'enveloppe allouée à l'entreprise Air France, de près de 26 millions d'euros, servira seulement à rembourser des mesures «positives» de reclassement sur le marché du travail, comme la formation professionnelle ou l'aide au montage de projet (et non les renvois au pays ou les départs anticipés à la retraite). En outre, c'est un exemple qui montre que l'Europe se soucie des questions sociales. Son intervention dans ce domaine se résume malheureusement à donner de l'argent, les États membres restant les seuls à pouvoir édicter des normes contraignantes. Cela mène aujourd'hui à de nombreuses divergences au sein de l'Union dont les citoyens sont lassés. Le combat pour plus de convergence sociale doit continuer.

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D), *por escrito*. — He votado a favor de este informe para aprobar la movilización de 25 937 813 EUR del Fondo Europeo de Adaptación a la Globalización destinados a 5 213 trabajadores que han perdido su empleo en la compañía aérea Air France como consecuencia de los cambios estructurales en el comercio mundial provocados por la globalización. La cuota de mercado de la Unión en el transporte aéreo está en caída, sobre todo ante el aumento espectacular de las tres principales compañías aéreas de la región del Golfo Pérsico, tendencia que se ha visto agravada con la crisis financiera y económica mundial.

Los servicios personalizados que se han de financiar con cargo al FEAG comprenden actividades de formación, orientación profesional, reciclaje e incentivos para la creación de empresas.

Si bien estas ayudas no son capaces por sí solas de paliar el drama al que se enfrentan miles de trabajadores de compañías aéreas europeas, sí constituyen una buena asistencia y formación para la reinserción laboral de los trabajadores afectados.

Dienstag, 16. Dezember 2014

Teresa Rodriguez-Rubio (GUE/NGL), *por escrito*. - La delegación de Podemos en el Parlamento Europeo ha votado a favor de la movilización de este fondo, entendiendo que existe una necesidad objetiva y una expectativa legítima por parte de los trabajadores despedidos en recibir la serie de ayudas asociadas.

No obstante, consideramos insuficiente el Fondo Europeo de Adaptación a la Globalización en la actual coyuntura económica. Los procesos de reconversión industrial y de flexibilización laboral hacen que resulte más difícil absorber a una creciente masa de trabajadores y devalúan los derechos sociales de los trabajadores.

Claude Rolin (PPE), *par écrit*. — Malgré la croissance du trafic aérien mondial entre 2008 et 2012, les compagnies aériennes européennes subissent de graves perturbations économiques avec une perte de parts de marché face à la concurrence mondiale. En outre, le trafic aérien entre l'Europe et le reste du monde a enregistré une croissance lente (2,4% contre 4,6% du trafic aérien mondial). En conséquence, la compagnie aérienne Air France-KLM, qui connaît une situation financière difficile en raison d'une dette élevée et d'une capitalisation boursière insuffisante, a procédé à de nombreux licenciements. Pour faire face à ces pertes d'emplois, la France a sollicité l'intervention du Fonds européen d'ajustement à la mondialisation (FEM) en vue de venir en aide aux 5 213 travailleurs concernés. Conscient de l'importance que revêt cette intervention du FEM pour ces milliers de travailleurs, j'ai voté en faveur de cette demande des autorités françaises.

Fernando Ruas (PPE), *por escrito*. — À semelhança dos casos descritos nos relatórios números A8-0062, 0063 e 0064 e tendo em consideração que a França apresentou um pedido de assistência financeira ao Fundo Europeu de Ajustamento à Globalização, na sequência de 5213 despedimentos da Air France, relacionados com uma diminuição da sua quota de mercado na União, pelas razões explicadas no relatório e que a mesma satisfaz os critérios de elegibilidade, votei favoravelmente a atribuição deste fundo, no valor de 21 580 020, que prevê a reintegração de 3886 trabalhadores no mercado de trabalho, de acordo com as disposições previstas no Regulamento n.º 1309/2013 em vigor.

Tokia Saïfi (PPE), *par écrit*. — J'ai voté en faveur de ce rapport pour qu'une aide financière et professionnelle soit apportée aux 3 886 travailleurs de la compagnie aérienne Air France qui ont été licenciés entre le 1^{er} juillet 2013 et le 31 octobre 2013 (la majorité d'entre eux étaient basés à Roissy).

Le montant de l'aide fournie par le Fonds européen d'ajustement à la mondialisation sera de plus de 25 millions d'euros et interviendra à travers le projet «Transform 2015». Les différentes actions financées permettront un accompagnement en vue de la réintégration des anciens salariés sur le marché de l'emploi. Ces actions prendront la forme de mesures de services de conseil et d'orientation professionnelle, de formation, de primes à la création d'entreprises et d'allocations de congés de reclassement.

Ayant toujours soutenu le Fonds européen d'ajustement à la mondialisation, j'ai voté en faveur de ce texte car l'Europe se doit d'être proche de ses citoyens.

Lola Sánchez Caldentey (GUE/NGL), *por escrito*. - La delegación de Podemos en el Parlamento Europeo ha votado a favor de la movilización de este fondo, entendiendo que existe una necesidad objetiva y una expectativa legítima por parte de los trabajadores despedidos en recibir la serie de ayudas asociadas.

No obstante, consideramos insuficiente el Fondo Europeo de Adaptación a la Globalización en la actual coyuntura económica. Los procesos de reconversión industrial y de flexibilización laboral hacen que resulte más difícil absorber a una creciente masa de trabajadores y devalúan los derechos sociales de los trabajadores.

Christel Schaldemose (S&D), *skriftlig*. — Vi bakker generelt op om den støtte til afskedigede medarbejdere, som ydes af Globaliseringsfonden. Dog mener vi, at støtten fra Globaliseringsfonden i langt højere grad bør ydes til aktive arbejds-markedsforanstaltninger, som har til formål at få afskedigede medarbejdere i arbejde igen. Vi mener ikke, at EU-midler bør bruges på passiv forsørgelse, men i stedet skal målrettede beskæftigelsesfremmende initiativer og projekter som f.eks. efter- og videreuddannelse af de afskedigede medarbejdere. Derfor kan vi ikke stemme for dette forslag.

Dienstag, 16. Dezember 2014

Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito*. - He votado a favor del informe ya que permite la movilización de recursos tras los 5 213 despidos —con 3 886 personas que se espera que se acojan a las medidas— que se produjeron durante el periodo de referencia comprendido entre el 1 de julio y el 31 de octubre de 2013 a causa de un descenso de la cuota de mercado de la Unión en el sector del transporte aéreo. Esta movilización de fondos se debe a las desastrosas consecuencias de la internacionalización de los sectores productivos en la UE. Estos fondos no son capaces de solucionar las problemáticas de estos trabajadores en el contexto del desempleo en Francia, pero al menos dan la posibilidad de paliar una pequeña parte del drama humano. Es por todo esto por lo que he decidido votar a favor del presente informe.

Siôn Simon (S&D), *in writing*. — Today I welcomed the mobilisation of the European Globalisation Adjustment Fund in favour of France to support the reintegration in the labour market of workers made redundant.

According to data referred to by the French authorities, international air transport has undergone serious economic disruption, in particular a decline of the EU's market share. Over the period 2008-2012, global traffic increased by 4.6% per year, as part of a trend of long-term growth observed since 1970. However the air traffic between Europe and the rest of the world is growing at a slower pace (2.4%) which has led to a decrease of the EU-27's market share in air transport.

The coordinated package of personalised services, to be co-funded with the EUR 25 937 813 in EGF aid, includes training and guidance measures for the reintegration of 3 886 redundant workers into employment.

The UK has never made an application under this fund. UK workers therefore receive none of this support.

Davor Ivo Stier (PPE), *napisan*. — Europski fond za prilagodbu globalizaciji ima zadaću pomoći i biti podrška osobama koje su izgubile svoja radna mjesta kao rezultat velikih strukturnih promjena u svjetskoj trgovini. Godišnji proračun je 150 milijuna eura za razdoblje 2014.–2020. Rast svjetskog zračnog prometa između Europe i ostatka svijeta ima svoje okvire, a u zadnje vrijeme stagnira. Pad u zračnom prometu između EU-a i četiriju drugih kontinenata (Sjeverna Amerika, Južna Amerika, Afrika i Azija) iznosi od 0,3 % do 2,8 %, dok je zračni promet između EU-a i Bliskog istoka pao za 11,4 %. Ovi podaci su potresli nacionalna gospodarstva, a posebno u ovom slučaju francusku zračnu kompaniju Air France. Nakon procjene zahtjeva Europska komisija je zaključila da su uvjeti za dodjelu financijske potpore iz EGF-a ispunjeni, te je predložila pomoć Francuskoj u iznosu 25.900.000 eura za radnike Air France. Radi se o mjeri borbe protiv nezaposlenosti, produbljivanja krize i zaštite radnika, te stoga podržavam ovo izvješće.

Dubravka Šuica (PPE), *napisan*. — Pozdravljam mobilizaciju Europskog fonda za prilagodbu globalizacije jer mu je cilj osigurati podršku, odnosno pomoć ljudima koji su izgubili svoja radna mjesta kao rezultat velikih strukturnih promjena u svjetskoj trgovini što se u ovom slučaju i dogodilo. S obzirom na turbulentnost tržišta proračun od 150 milijuna eura za razdoblje 2014. – 2020. možda i nije dovoljan, no ulijeva određenu sigurnost radnicima diljem EU-a. Također smatram da pad u zračnom prometu između EU-a i četiriju kontinenata (Sjeverna Amerika, Južna Amerika, Afrika i Azija) s 0,3 posto na 2,8 posto, kao i pad u zračnom prometu između EU-a i Bliskog istoka za 11,4 posto zasigurno nije krivica radnika, već odgovornost leži na menadžmentu. Zbog svega navedenog glasovala sam za prijedlog Europske komisije kojim se osigurava pomoć Francuskoj s 25 900 000 eura za radnike Air France koji će radnicima bez posla olakšati pronalaženje novog posla.

Richard Sulík (ECR), *písomne*. — Návrh som nepodporil, pretože som presvedčený o tom, že je kontraproduktívny. Návrh počíta s príspevkom vo výške až 25,94 miliónov EUR pre 3 886 prepustených osôb. To predstavuje veľkú záťaž pre rozpočet EÚ, ktorý je financovaný z daní zamestnancov a firiem všetkých krajín Európskej únie, čo konkurencieschopnosť zvyšku EÚ zníži.

Kay Swinburne (ECR), *in writing*. — The ECR Group fully supports measures that put in place policies that create growth and jobs. However, we do not believe that the European Globalisation Adjustment Fund is the right tool for putting in place such policies nor do we believe it is an efficient tool that offers value for money for EU taxpayers, therefore I voted against.

Dienstag, 16. Dezember 2014

Ελευθέριος Συναδινός (NI), γραπτώς. — Τα χρήματα του ταμείου προσαρμογής πρέπει να δίνονται κατά βάση στους απολυμένους και όχι σε εταιρείες επανένταξης ή μετεκπαίδευσης. Δεν χρειαζόμαστε εξειδικευμένους άνεργους.

Marc Tarabella (S&D), *par écrit*. — Le Fonds européen d'ajustement à la mondialisation, ou plus souvent appelé FEM, a été créé pour fournir un soutien aux travailleurs devenant victimes de restructurations et du commerce mondial. L'objectif est donc de former, ou aider à rebondir, ces citoyens travailleurs qui n'ont commis aucune faute si ce n'est celle de vivre à une époque où le caractère humain paraît souvent moins important que la recherche de bénéfices pour certains investisseurs ou spéculateurs. Le fonds que nous votons se veut donc être une deuxième chance.

Marco Valli (EFDD), *per iscritto*. - Ho votato a favore della mobilitazione del Fondo europeo di adeguamento alla globalizzazione (FEG) per tutte le quattro richieste di contributo finanziario presentate da Francia, Italia, Polonia e Grecia al fine di sostenere i lavoratori delle aziende colpite dall'impatto negativo della concorrenza globale e della crisi.

In particolare, la relazione Zanni riguarda la mobilitazione di oltre 25 milioni di euro a sostegno del reinserimento professionale di quasi 4000 esuberanti di Air France. Negli ultimi anni, la compagnia francese ha subito le ripercussioni della drastica contrazione nel settore dei trasporti aerei all'interno dell'UE, dovuta alla rapida avanzata delle compagnie del Golfo Persico in un contesto sfavorevole di crisi finanziaria e recessione economica. Si tratta del più cospicuo contributo finanziario varato sinora attraverso il FEG al fine di sostenere la realizzazione di servizi di consulenza e orientamento al lavoro, corsi di riqualificazione, contributi all'imprenditoria e indennità di mobilità.

Ho quindi ritenuto importante appoggiare questa decisione che va ad alleviare la situazione di grave emergenza occupazionale in cui si trova specialmente la regione dell'Ile-de-France, dove sono concentrati gli esuberanti di Air France, aggravata dalla chiusura dello stabilimento automobilistico di Peugeot Citroën.

Marie-Christine Vergiat (GUE/NGL), *par écrit*. — Le Parlement européen a adopté à une large majorité le rapport de Marco Zanni demandant la mobilisation du Fonds d'ajustement à la mondialisation à hauteur de 25,9 millions d'euros (un record depuis le lancement de ce Fonds!) concernant 3 886 salarié(e)s licencié(e)s chez Air France.

Une majorité de ces salarié(e)s ont entre 55 et 64 ans et auront donc beaucoup de difficultés à retrouver un emploi.

Ces licenciements s'inscrivent dans le cadre d'un plan social massif (plus de 8 000 suppressions de postes d'ici à 2015, soit 10 % des effectifs de la compagnie aérienne), alors même que le trafic aérien tant européen que mondial est en hausse (3,8 % en Europe en 2013) et que 38 % du trafic aérien mondial s'effectue en Europe.

J'ai toujours considéré que les grandes entreprises pouvaient (devaient) trouver des moyens de financer leurs plans de licenciements autre qu'en faisant appel aux fonds publics et a fortiori aux fonds européens qui, en l'espèce, ne font qu'«accompagner» les plans sociaux sans aucune plus-value et entérinent donc ces plans sociaux et leur logique destructrice d'emplois d'autant qu'il s'agit avant tout, en l'occurrence, d'inciter à la création d'entreprises et donc finalement de laisser les salarié(e)s licencié(e)s se débrouiller seuls.

J'ai donc une fois encore refusé cette logique en votant contre.

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito*. — A França apresentou uma candidatura a uma contribuição financeira do FEG, na sequência de 5.213 despedimentos, sendo esperada a participação nas medidas de 3.886 pessoas, durante e após o período de referência compreendido entre 1 de julho de 2013 e 31 de outubro de 2013, despedimentos esses relacionados com uma diminuição da quota de mercado da União nos transportes aéreos.

Segundo informações que nos chegaram do movimento sindical, a participação dos representantes dos trabalhadores neste processo não foi devidamente acautelada. Registamos que a maioria dos trabalhadores despedidos tem idades compreendidas entre os 55 e os 64 anos. Reafirmamos que o FEG não pode ser usado como forma de financiar despedimentos.

Dienstag, 16. Dezember 2014

Votamos contra por uma questão de princípio relativamente a este fundo que apenas representa uma mero paliativo face aos efeitos da deriva neoliberal, mas também por entender que existe aqui um risco de uso indevido do FEG.

Harald Vilimsky (NI), *schriftlich*. — Ich habe dem Antrag auf Inanspruchnahme des europäischen Globalisierungsfonds durch die französische Fluggesellschaft Air France zugestimmt, da es in der jüngsten Zeit zu schlicht tragischen Ereignissen in der genannten Firma kam. Die Wiederbeschäftigung und Eingliederung der in dem Bericht angesprochenen 3800 Angestellten muss mit allen der EU zur Verfügung stehenden Mitteln vorangetrieben werden. Durch die Inanspruchnahme des Globalisierungsfonds soll dies gewährleistet werden.

Inês Cristina Zuber (GUE/NGL), *por escrito*. — A França apresentou em 20 de dezembro de 2013 a candidatura a uma contribuição financeira do FEG na sequência de 5213 despedimentos na AIR FRANCE, sendo que apenas beneficiará 3 886 pessoas. Destes trabalhadores, 68,94 % têm idades compreendidas entre os 55 e os 64 anos de idade e 31,03 % têm idades compreendidas entre os 25 e os 54 anos de idade.

A justificação para este despedimento reside *em importantes mudanças estruturais nos padrões do comércio mundial devido à globalização*. As consequências deste despedimento tiveram um impacto negativo na região de Île de France, que já enfrentou o encerramento e o despedimento coletivo de outra grande empresa - a Peugeot Citroen Automobiles.

O montante mobilizado de 25 937 813 EUR corresponde a 70 % do último salário bruto do trabalhador. As medidas preconizadas para a reintegração de 3886 trabalhadores despedidos passam por formação, serviços de aconselhamento para os trabalhadores, contribuição para a criação de empresas, subsídio para reconversão, subsídio de mobilidade.

Segundo informações que nos chegaram do movimento sindical, a participação dos representantes dos trabalhadores neste processo não foi devidamente acautelada.

Reafirmamos que o FEG não pode ser usado como forma de financiar despedimentos e votámos contra porque não podemos apoiar essa possibilidade.

6.12. Benennung eines Mitglieds des Ausschusses für die einheitliche Abwicklung (- Roberto Gualtieri)

Explications de vote par écrit

Marina Albiol Guzmán (GUE/NGL), *por escrito*. — He votado en contra del nombramiento de los miembros de la Junta Única de Resolución puesto que entre los propuestos se encuentra Antojó Carrascosa, quien fuera director General del FROB en el Estado Español nombrado por el Ministro del Partido Popular, el Sr. De Guindos, y que medió en la crisis de Bankia. De ninguna manera voy a avalar el nombramiento del Sr. Carrascosa tras ver la desastrosa gestión en el caso Bankia.

Jonathan Arnott (EFDD), *in writing*. — This vote was taken by secret ballot. In the interests of transparency, I believe that my constituents have a right to know how I voted and therefore I wish to clarify that my vote was against.

Zigmantas Balčytis (S&D), *raštu*. — Balsavau už šį siūlymą, kurio tikslas –paskirti Bendros pertvarkymo valdybos, atsakingos už bendro bankų pertvarkymo mechanizmo veikimą, pirmininką, pirmininko pavaduotoją ir narius. Šis mechanizmas papildys bendrą priežiūros mechanizmą, kuriam pradėjus veikti 2014 m. pabaigoje Europos Centrinis Bankas tiesiogiai vykdys bankų priežiūrą euro zonoje ir kitose valstybėse narėse, kurios nuspręs prisijungti prie bankų sąjungos. Bendras bankų pertvarkymo mechanizmas užtikrintų, kad tuo atveju, jei, nepaisant griežtesnės priežiūros, bankas, kuriam taikomas BPM, patirtų didelių sunkumų, jis galėtų būti veiksmingai pertvarkytas mažiausiomis išlaidomis mokesčių mokėtojams ir realiajai ekonomikai. Valdybos nariai yra paskirti atsižvelgiant į jų nuopelnus, gebėjimus, bankų ir finansų reikalų išmanymą ir su finansų priežiūra, reguliavimu ir bankų pertvarkymu susijusią patirtį. Pritariu siūlymui skirti Komisijos pasiūlytus kandidatus.

Hugues Bayet (S&D), *par écrit*. — J'ai voté en faveur des candidats présentés au bureau du Mécanisme de résolution unique (MRU). Le MRU a été initié suite à la crise bancaire et libérale qui a commencé en 2008. Dans les cas où une banque devrait faillir en dépit de la surveillance renforcée mise en place via le mécanisme de surveillance unique, le MRU permettra une gestion plus efficace via un Conseil de résolution unique et un Fonds de résolution unique financé par le secteur bancaire.

Dienstag, 16. Dezember 2014

L'objectif est de garantir une résolution ordonnée des banques défaillantes en réduisant au minimum la charge qui pourrait retomber sur les contribuables et l'économie réelle.

Dominique Bilde (NI), par écrit. – Le SRB est la pierre angulaire du mécanisme de résolution unique, qui sera bientôt chargé de mettre en œuvre le démantèlement des banques en détresse. Cette institution pourra s'appuyer sur une série d'instruments, notamment sur un fonds de résolution en train d'être constitué et de nouvelles règles sur la hiérarchie de créanciers en cas de faillite. Le Conseil de résolution unique (ou SRB) est la pierre angulaire du Mécanisme de résolution unique (MRU) qui sera bientôt chargé de mettre en place le démantèlement des «banques en détresse» en s'appuyant sur différents instruments, dont le Fonds de résolution unique alimenté par les Banques.

Le MRU s'appliquera aux banques couvertes par le MSU, qui fait de la Banque centrale européenne (BCE) le superviseur prudentiel central des établissements bancaires de la zone euro (environ 6 000 banques). Le MRU réagira dans les cas où une banque devrait faillir en dépit de sa surveillance renforcée. Il s'appuiera sur un Conseil composé de 6 membres, que nous devons approuver ici.

Conscients de la nécessité de prévenir la défaillance des banques, nous restons pourtant opposés à la perte de souveraineté des États membres à travers ces mécanismes, raison pour laquelle j'ai voté contre ce rapport et ces nominations.

José Blanco López (S&D), por escrito. — He votado a favor de la lista de seis candidatos propuesta por la Comisión Europea para dirigir el nuevo Mecanismo Europeo de Resolución, organismo responsable del rescate de los bancos que entren en quiebra o necesiten dinero para salir a flote. Ahora será el Consejo quien deberá ratificar los nombramientos por mayoría cualificada, para que los miembros de la Junta puedan entrar en funciones el próximo 1 de enero de 2015.

Teniendo en cuenta la importancia de la Junta Única de Resolución dentro del proceso de construcción de la unión bancaria y como autoridad que debe velar por la liquidación ordenada de los bancos en dificultades, no quiero dejar de expresar mis reservas a la incorporación a esta Junta del español Antonio Carrascosa por su gestión anterior en relación con la crisis de Bankia.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), raštu. — Balsavau dėl šio pranešimo, nes juo Parlamentas pritarė Bendros pertvarkymo valdybos narių skyrimui. Bendroji pertvarkymo valdyba – Europos bankų sąjungos dalis. Europos bankų sąjunga – tai vieningas bankų priežiūros mechanizmas, skirtas padidinti finansų sektoriaus patikimumą ir saugumą. Jis buvo sukurtas, siekiant geresnio finansų sektoriaus reguliavimo, priežiūros ir valdymo, kad mokesčių mokėtojams ateityje nereikėtų mokėti už bankų klaidas. Dauguma Bankų sąjungos taisyklių jau įsigaliojo arba yra baigiamos tobulinti.

Mercedes Bresso (S&D), in writing. — I voted for these members for the resolution board because I think they have the competence and the qualifications to do the best work in this new Single Resolution Board.

Steeve Brionis (NI), par écrit. – Le SRB est la pierre angulaire du Mécanisme de résolution unique, qui sera bientôt chargé de mettre en œuvre le démantèlement des banques en détresse. Cette institution pourra s'appuyer sur une série d'instruments, notamment un Fonds de résolution en train d'être constitué et de nouvelles règles sur la hiérarchie de créanciers en cas de faillite.

Le SRB est la pierre angulaire du Mécanisme de résolution unique, qui sera bientôt chargé de mettre en œuvre le démantèlement des banques en détresse. Cette institution pourra s'appuyer sur une série d'instruments, notamment un Fonds de résolution en train d'être constitué et de nouvelles règles sur la hiérarchie de créanciers en cas de faillite. Le Conseil de résolution unique (ou SRB) est la pierre angulaire du Mécanisme de résolution unique (MRU) qui sera bientôt chargé de mettre en place le démantèlement des «banques en détresse» en s'appuyant sur différents instruments, dont le Fonds de résolution unique alimenté par les banques.

Le MRU s'appliquera aux banques couvertes par le MSU, qui fait de la Banque centrale européenne (BCE) le superviseur prudentiel central des établissements bancaires de la zone euro (environ 6 000 banques). Le MRU réagira dans les cas où une banque devrait faillir en dépit ...

(Explication de vote écourtée en application de l'article 170 du règlement)

Dienstag, 16. Dezember 2014

Gianluca Buonanno (NI), *per iscritto*. — Con la procedura di consultazione si chiede al Parlamento di dare un parere sulle nomine proposte dalla Commissione europea sul consiglio di amministrazione del «Comitato di risoluzione unico». Pur non entrando nel merito delle competenze dei candidati, si rileva come il presidente sia tedesco e il vice finlandese. Il Comitato è definito dal regolamento (UE) n. 806/2014 che fissa norme e una procedura uniformi per la risoluzione degli enti creditizi e di talune imprese di investimento. Esso agisce per regolare il cosiddetto «meccanismo di risoluzione unico» introdotto con il regolamento (UE) n. 1093/2010 che istituisce l'Autorità europea di vigilanza (Autorità bancaria europea). Ho votato contro.

Soledad Cabezón Ruiz (S&D), *por escrito*. — Tras las audiencias realizadas en la Comisión ECON, el lunes 15 de diciembre se vota en dicha comisión la adopción de un informe elaborado por el socialista italiano Roberto Gualtieri, favorable al nombramiento de distintos miembros* de la Junta Única de Resolución, órgano del Mecanismo Único de Resolución. Ningún Grupo objetó el informe de Gualtieri, por lo que se espera que se apruebe sin problemas tanto en comisión como en el Pleno.

— *Elke König, como presidenta de la Junta

— Timo Löyttyniemi, como vicepresidente de la Junta

— Mauro Grande, como miembro de la Junta

— Antonio Carrascosa, como miembro de la Junta

— Joanne Kellermann, como miembro de la Junta

— Dominique Laboureix, como miembro de la Junta.

Enrique Calvet Chambon (ALDE), *por escrito*. — No he votado a favor del nombramiento de los miembros del organismo europeo de supervisión bancaria por la presencia en él del señor Carrascosa. Este señor, a mi juicio, ha enfocado su trayectoria profesional en el mundo de los rescates bancarios en España con estrategias que no han tenido en absoluto en consideración la recuperación por los ciudadanos (los contribuyentes) de las ingentes sumas suministradas al saneamiento bancario, por lo que puede no ser la persona idónea para proteger a los contribuyentes europeos.

Nicola Caputo (S&D), *per iscritto*. — Oggi ho votato a favore dei candidati membri del Comitato unico di risoluzione delle crisi. Si tratta di un organo indipendente, incaricato di avviare e, in seguito, gestire i procedimenti di risoluzione delle crisi delle banche, anche attraverso l'utilizzo delle risorse del Fondo di risoluzione unico capace di finanziare a medio termine le operazioni della banca in dissesto durante la fase di risoluzione.

Il profilo innovativo di questo organo consiste nel fatto che la composizione del suo organo esecutivo non riflette direttamente meccanismi di compromesso intergovernativo, attingendo invece da quelle logiche più puramente manageriali che mai erano state applicate, o quanto meno enunciate, a livello di Unione europea con altrettanto vigore: il presidente e gli altri quattro membri, infatti, vengono designati in base ai meriti, alle competenze, alla conoscenza delle questioni bancarie e finanziarie, nonché all'esperienza in materia di vigilanza e regolamentazione finanziaria e di risoluzione bancaria.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), *per iscritto*. — La costituzione di un comitato per la risoluzione delle crisi è un atto dovuto nei confronti di chi ha sacrificato tanto a causa delle politiche di *austerità*. La risoluzione di crisi bancarie da parte della Troika non ha brillato per trasparenza, perciò appoggiamo la nomina del comitato unico in quanto centralizza il potere decisionale e permette di identificare i responsabili qualora le soluzioni adottate facciano più male che bene.

Alberto Cirio (PPE), *per iscritto*. — I colleghi della commissione per i problemi economici e monetari hanno esaminato i candidati e li hanno ritenuti idonei ai compiti loro assegnati. Anche io ho visionato i documenti e ho condiviso le loro conclusioni: al momento ho dato loro fiducia, votando a favore; ma sono pronto a fare le pulci al loro lavoro, affinché agiscano nell'interesse europeo e soprattutto delle imprese e dei cittadini europei che hanno bisogno di uscire da questa crisi.

Dienstag, 16. Dezember 2014

Lara Comi (PPE), *per iscritto*. - Ho votato a favore della proposta della Commissione sulla nomina di sei membri del Comitato di risoluzione unico, ovvero l'autorità indipendente che ha il compito di gestire la risoluzione delle banche in fallimento. Questo Comitato, che insieme alle autorità nazionali, ha il potere di risoluzione centralizzato per gli Stati membri, svolge un ruolo molto importante per il corretto, efficace e coerente funzionamento del Meccanismo di risoluzione unico (SRM).

Come prevede il regolamento (UE) n. 806/2014, e soprattutto in relazione agli alti compiti da svolgere, i membri sono nominati in base al merito, alle competenze, alle conoscenze in ambito bancario e finanziario, nonché all'esperienza in materia di vigilanza/regolamentazione finanziaria e risoluzione di enti. Avendo pertanto il Parlamento verificato la sussistenza di questi requisiti, mi compiaccio della nomina di questi componenti, che renderà operativo il Comitato e pronto a lavorare senza indugio nell'interesse del mercato europeo.

Therese Comodini Cachia (PPE), *in writing*. — The Single Resolution Board is the European Resolution Authority for banking, which is very important as being the second pillar of Banking Union. The proposed candidates were chosen through an open selection procedure on the basis of skills and knowledge of banking and financial matters and other relevant experiences. The Committee on Economic and Monetary Affairs proceeded to evaluate the credentials of the proposed candidates and held a hearing where the candidates responded to questions from the members. I decided to give my approval of the Commission's proposal for each of them, so I voted in favour.

Javier Couso Permuy (GUE/NGL), *por escrito*. — He votado en contra del nombramiento de los miembros de la Junta Única de Resolución ya que entre los propuestos se encuentra Antonio Carrascosa, quien fuera director general del FROB en el Estado Español, nombrado por el ministro del Partido Popular, el señor de Guindos, y que medió en la crisis de Bankia. De ninguna manera voy a avalar el nombramiento del señor Carrascosa tras ver la desastrosa gestión en el caso Bankia.

Miriam Dalli (S&D), *in writing*. — The Single Resolution Board has the important role of restructuring the failing banks. The candidates for the board's members have been shortlisted by the Commission at the beginning of this month, following several in-camera hearings, and finally last week the European Parliament also held public hearings with the candidates nominated. I think that the persons nominated are fit for the job at hand. Therefore, I supported them with my vote in the Plenary today.

Isabella De Monte (S&D), *per iscritto*. — L'autorità unica di risoluzione (*Single resolution board* o SRB, secondo pilastro dell'Unione bancaria) avrà il compito di preparare i piani per il «fallimento ordinato» delle banche in difficoltà, dopo che la BCE, incaricata della supervisione, segnalerà il pericolo di *default*. Dopo le positive audizioni dei candidati svoltesi le scorse settimane in commissione per i problemi economici e monetari (ECON), ho deciso di approvare le nomine dei sei membri dell'autorità unica di risoluzione delle banche.

Mireille D'Ornano (NI), *par écrit*. — Refusant le Mécanisme de résolution unique et son union bancaire, qui relèvent du socialisme financier et ne semblent pas en mesure de répondre aux défauts du système bancaire en Europe, je me suis opposée à la nomination des candidats désignés au Conseil de résolution unique dans un souci de cohérence et avec la conviction ferme que ce Conseil ne dispose ni des moyens ni de la légitimité pour occuper ses fonctions.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI), *γραφώς*. — Καταψήφισα τα υποψήφια μέλη του Ενιαίου Συμβουλίου Εξυγίανσης, καθότι δε θεωρώ την εμπειρία τους ικανοποιητική για τις προτεινόμενες θέσεις.

João Ferreira (GUE/NGL), *por escrito*. — A Comissão dos Assuntos Económicos e Monetários do Parlamento Europeu procedeu à audição dos candidatos propostos a exercer funções de membros do Conselho Único de Resolução. Todos os cinco candidatos proferiram declarações de abertura, tendo seguidamente respondido a perguntas dos membros da comissão.

Nada temos a dizer sobre as pessoas em si, bem como sobre o seu *curriculum vitae*.

Dienstag, 16. Dezember 2014

A questão aqui é de princípio e tem a ver com a nossa rejeição de todo o edifício da União Bancária e dos propósitos que esta serve. Um processo antidemocrático que reforça o imenso poder do Banco Central Europeu, entidade não escrutinável democraticamente e inteiramente dependente e subordinada aos interesses do grande capital financeiro e das grandes potências; que retira aos Estados-Membros soberania numa área de capital importância, empobrecendo e desfigurando a democracia.

Por estas razões, abstivemo-nos nesta votação.

Lorenzo Fontana (NI), *per iscritto*. — Si chiede al Parlamento di dare un parere sulle nomine proposte dalla Commissione Europea sul consiglio di amministrazione del «Comitato di risoluzione unico». Il mio voto sarà negativo in quanto credo che questo sistema finanziario e bancario sia da riformare completamente. Il comitato agirà per regolare il cosiddetto «meccanismo di risoluzione unico» introdotto con il Regolamento 1093 del 2010 che istituisce l'Autorità europea di vigilanza (bancaria).

Λάμπρος Φουντούλης (NI), *γραπτώς*. — Είμαι εναντίον του διορισμού των νέων μελών του Ενιαίου Συμβουλίου Εξυγίανσης, διότι πιστεύω πως θα αναγκάζει τα κράτη μέλη που συμμετέχουν στην Τραπεζική Ένωση να εκτελούν το σχέδιο εξυγίανσης με περισσότερα μέτρα εις βάρος των πολιτών.

Ivan Jakovčič (ALDE), *napisan*. — Glasao sam ZA nacrt zakonodavne rezolucije o prijedlogu Komisije za imenovanje predsjednika, potpredsjednika i članova Upravnog odbora Jedinstvenog sanacijskog odbora zbog toga što su isti imenovani temeljem vlastitih sposobnosti, zasluga i vještina. Smatram da su kvalifikacije kandidata pozitivno zadovoljavajuće i da su isti dokazali iskustvo u financijskom nadzoru, te da su se pri izboru poštovala upravo načela kvalifikacije i iskustva.

Giovanni La Via (PPE), *per iscritto*. - Signor Presidente, onorevoli colleghi, voto positivamente la relazione dell'on. Roberto Gualteri in quanto condivido la nomina dei seguenti candidati come membri dello stesso Comitato. Elke König per le funzioni di Presidente del Comitato, Timo Lyytyniemi per il ruolo di vice Presidente, Mauro Grande, Antonio Carrascosa, Joanne Kellermann e Dominique Laboureix per le funzioni di membri del Comitato. Il Comitato Unico di risoluzione ha il compito di vigilare le banche nell'eurozona e in tutti gli Stati membri che decidono di aderire all'Unione bancaria.

Javi López (S&D), *por escrito*. — Tras las audiencias realizadas en la Comisión de Asuntos Económicos y Monetarios se ha votado recientemente en dicha comisión la aprobación de un informe favorable al nombramiento de los siguientes ciudadanos a distintos puestos de la Junta Única de Resolución, órgano del Mecanismo Único de Resolución:

- a) Elke König como presidenta de la Junta
- b) Timo Lyytyniemi como vicepresidente de la Junta
- c) Mauro Grande como miembro de la Junta
- d) Antonio Carrascosa como miembro de la Junta
- e) Joanne Kellermann, como miembro de la Junta
- f) Dominique Laboureix, como miembro de la Junta.

Mi Grupo político y yo mismo estamos de acuerdo con estos nombramientos.

Paloma López Bermejo (GUE/NGL), *por escrito*. — He votado en contra del nombramiento de los miembros de la Junta Única de Resolución ya que entre los propuestos se encuentra Antonio Carrascosa, quien fuera director General del FROB en el Estado Español, nombrado por el ministro del Partido Popular, el señor De Guindos, y que medió en la crisis de Bankia. De ninguna manera voy a avalar el nombramiento del señor Carrascosa tras ver la desastrosa gestión en el caso Bankia.

Bernd Lucke (ECR), *schriftlich*. — Die vorgeschlagenen Mitglieder des Boards werden von mir ausnahmslos als erfahrene, gut qualifizierte Fachleute eingeschätzt. Gleichwohl habe ich gegen die Ernennung gestimmt, da ich den SRM als Teil der Bankenunion grundsätzlich ablehne.

Dienstag, 16. Dezember 2014

Ivana Maletić (PPE), *napisan.* — Podržavam imenovanje Elke König, Tima Löyttyniemija, Maura Grandea, Antonia Carrascose, Joanne Kellermann i Dominique Laboureix za članove jedinstvenog sanacijskog odbora jer su se kvalitetnim odgovorima na postavljena pitanja i dobrim uvodnim izlaganjima na saslušanjima pred Odborom pokazali kao dobri kandidati.

Odbor će nadzirati likvidaciju odnosno restrukturiranje posrnutih banaka, što bi trebalo poštediti proračune država EU-a troškova njihove sanacije i obnoviti povjerenje u eurozoni. Njegovo će sjedište biti u Bruxellesu, početak će s radom 1. siječnja 2015., a u potpunosti tek godinu dana kasnije. Odbor će surađivati s jedinstvenim europskim supervizorom za banke u Europskoj središnjoj banci (ECB).

Νότης Μαρτιάς (ECR), *γραφικώς.* — Καταψηφίζω την έκθεση Gualtieri σχετικά με το διορισμό μέλους του Ενιαίου Συμβουλίου Εξυγιάνσης, καθώς δεν συμφωνώ με βασικά σημεία της ως άνω έκθεσης.

David Martin (S&D), *in writing.* — I supported this resolution believing that all the candidates are suitably qualified for the position they are to fill.

Fulvio Martusciello (PPE), *per iscritto.* - Dopo il voto in commissione ECON di lunedì e le audizioni della scorsa settimana, abbiamo votato quest'oggi sulla nomina del presidente e dei vicepresidenti del nuovo Meccanismo unico di risoluzione. Come preannunciato, il Meccanismo di risoluzione va a completare l'insieme delle riforme del nuovo sistema della vigilanza unica europea dopo l'entrata in vigore, lo scorso mese, del Meccanismo unico di supervisione.

Con l'entrata in vigore del Meccanismo di risoluzione, dal 2015 una banca che dovesse trovarsi in gravi difficoltà verrebbe aiutata nella gestione della sua crisi in modo da non danneggiare i risparmiatori e l'economia reale, conseguenzialmente all'utilizzo del Fondo di risoluzione per le banche in difficoltà.

Bernard Monot (NI), *par écrit.* — Les membres du Conseil de résolution unique auront l'écrasante responsabilité de décider, lors d'une crise bancaire, de déclencher ou non le mécanisme de résolution prévu dans le second pilier de l'Union bancaire. Ils pourront décider de la faillite d'un établissement bancaire, de son éclatement en plusieurs entités, et décider de mettre en place le mécanisme qui peut aller jusqu'à déposséder les épargnants de leurs économies pour payer les fautes des banques. Les personnalités présentées pour siéger sont issues du monde de la supervision bancaire, qui a jusqu'à présent échoué à prévenir et prévoir les risques. Bien que le candidat français ait été précis et plutôt convaincant dans ses réponses, le vote de liste unique force à un avis négatif sur ce sujet.

Barbara Matera (PPE), *per iscritto.* — Il Comitato unico di risoluzione delle crisi per l'Unione bancaria ha il compito di vigilare sulle banche nella zona euro e negli altri Stati membri che decidono di aderire all'Unione bancaria.

Ho votato a favore della relazione Gualtieri, condividendo la nomina dei seguenti candidati come membri dello stesso: Elke König, per le funzioni di presidente del comitato; Timo Löyttyniemi, per le funzioni di vicepresidente del comitato; Mauro Grande, per le funzioni di membro del comitato; Antonio Carrascosa, per le funzioni di membro del comitato; Joanne Kellermann, per le funzioni di membro del comitato e Dominique Laboureix, per le funzioni di membro del comitato.

Georg Mayer (NI), *schriftlich.* — Der Vorschlag über die Zusammensetzung des Ausschusses für die einheitliche Abwicklung seitens der Kommission hat meine Zustimmung nicht erfahren und wurde auch nicht abgelehnt. Frau Elke König wird als Vorsitzende dieses Ausschusses nach bestem Wissen und Gewissen handeln und ihre gesamten bisherigen Erfahrungen in die Arbeit des Ausschusses einfließen lassen, aber das Gremium an sich kann ich leider nur ablehnen.

Jean-Luc Mélenchon (GUE/NGL), *par écrit.* — Le Mécanisme de résolution unique (MRU) qui entrera en vigueur le 1^{er} janvier 2015 devrait permettre le redressement ou la réorganisation des banques dont la défaillance est probable. Dans ce cadre le Conseil de résolution unique (CRU) est chargé de mettre en place un plan de redressement de l'établissement soit par recapitalisation interne, soit par apport de capital externe en provenance du Mécanisme européen de stabilité (MES) ou des États ou de la BCE. Ainsi on instaure la troïka comme sauveur suprême du secteur bancaire européen. Les candidats pour entrer dans le CRU ont le profil de l'emploi: ainsi l'Allemande Elke König, qui vise la présidence, est actuellement directrice de l'Autorité allemande des marchés financiers, le Finlandais Timo Löyttyniemi est directeur de fonds de pension, la Néerlandaise Joanne Kellermann est présidente de la Banque centrale des Pays-Bas... Ce mécanisme ne changera rien aux pratiques spéculatives qui nourrissent les crises: il se prépare à traiter les effets de la prochaine avec ceux qui les produisent habituellement. Je vote CONTRE.

Dienstag, 16. Dezember 2014

Nuno Melo (PPE), *por escrito*. — A Comissão apresentou, no início de dezembro do corrente ano, uma proposta de nomeação do presidente, do vice-presidente e dos membros do Conselho Único de Resolução. Os vários nomeados apresentaram os seus CV e foram ouvidos em audição, recebendo o parecer favorável da Comissão face às suas prestações.

Assim, desejo as maiores felicidades aos nomeados no desempenho das suas funções.

Franz Obermayr (NI), *schriftlich*. - Bei den benannten Kandidaten handelt es sich um durchaus qualifizierte Personen, allerdings stehe ich dem Gremium sehr skeptisch gegenüber: Zwar halte auch ich es für angebracht, den Finanzmarkt, der bei dem Gremium u. a. im Fokus steht, stärker zu überwachen. Allerdings kann dies nicht grundsätzlich zulasten der mitgliedstaatlichen Kompetenzen und nationalstaatlicher Autonomie gehen. Aufgrund dieses Widerspruchs habe ich mich der Stimme enthalten.

Urmas Paet (ALDE), *kirjalikult*. — Hääletasin ettepaneku poolt nimetada ametisse ühtse kriisilahendusnõukogu esimees, aseesimees ja liikmed. Kriisilahendusnõukogu esimehe kandidaat Elke König on Euroopa Parlamendi majandus- ja rahanduskomisjoni põhjalikult küsimustele vastanud ja talle on heakskiit antud. Leian, et tegemist on sobivate kandidaatidega.

Aldo Patriciello (PPE), *per iscritto*. — In linea con la posizione del gruppo, intenderei esprimere il mio voto favorevole.

Andrej Plenković (PPE), *napisan*. — Zadaća koju ima Jedinstveni sanacijski odbor (JSO) ključna je za uspješan rad jedinstvenog sanacijskog mehanizma. Na budućim čelnicima JSO-a je odgovornost da zajedno s Europskom središnjom bankom, koja ima ulogu jedinstvenog supervizora, daju sigurnost europskom bankarskom sustavu.

Od ljeta ove godine se radi intenzivno na pronalaženju kandidata koji će voditi JSO i vjerujem da su u tom procesu pažljivo odabrani kriteriji za odabir predsjednika, potpredsjednika i članova Upravnog odbora JSO-a, te da ih kandidati koji su odabrani u tom procesu u potpunosti zadovoljavaju.

Imam povjerenje u procjenu parlamentarnog Odbora za ekonomsku i monetarnu politiku, koji je uvažavajući članak 56. st. 4. Uredbe (EU) br. 806/2014, pozitivno ocijenio predložene kandidate, te im ovim putem dajem svoju podršku.

Salvatore Domenico Pogliese (PPE), *per iscritto*. — Basandomi sulle valutazioni fatte dalla commissione preposta (e sul voto finale, con un'ampissima maggioranza a favore), grazie anche alla dichiarazione introduttiva resa dai candidati e alle audizioni fatte, ho dato il mio voto favorevole alla risoluzione, certo che le scelte fatte siano le più valide per il buon funzionamento del Comitato di risoluzione unico.

Franck Proust (PPE), *par écrit*. — Les crises successives que l'Union européenne a traversées ont démontré la nécessité d'un système de surveillance des banques adapté aux spécificités de l'euro. Je vote donc favorablement à la nomination de ce Conseil de résolution unique afin de lui permettre d'appréhender au plus vite l'importante mission qui lui est confiée.

Paulo Rangel (PPE), *por escrito*. — Votei favoravelmente a presente resolução que aprova a nomeação do presidente, do vice-presidente e dos membros do Conselho Único de Resolução, por considerar, na sequência da avaliação efetuada pela Comissão dos Assuntos Económicos e Monetários, que, sob o ponto de vista do mérito, competência, conhecimento e experiência, os candidatos propostos reúnem as condições para o exercício das referidas funções, nos termos do disposto no artigo 56.º, n.º 4, do Regulamento (UE) n.º 806/2014 do Parlamento Europeu e do Conselho, de 15 de julho de 2014.

Julia Reid (EFDD), *in writing*. — This vote was taken by secret ballot. I believe that my constituents have a right to know how I voted on this issue, and therefore I wish to confirm for the record that my vote was against.

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D), *por escrito*. — He votado a favor de la lista de seis candidatos propuesta por la Comisión Europea para dirigir el nuevo Mecanismo Único de Resolución, organismo responsable del rescate de los bancos que entren en quiebra o necesiten dinero para salir a flote. Ahora será el Consejo Europeo quien deberá ratificar los nombramientos por mayoría cualificada, para que estos puedan entrar en funciones el próximo 1 de enero de 2015.

Dienstag, 16. Dezember 2014

Teniendo en cuenta la importancia de la Junta Única de Resolución dentro del proceso de construcción de la unión bancaria y como autoridad que debe velar por la liquidación ordenada de los bancos en dificultades, no quiero dejar de expresar mis reservas a la incorporación en esta Junta del español Antonio Carrascosa por su gestión anterior en relación con la crisis de Bankia.

Alfred Sant (S&D), *in writing*. — I voted in favour of the motion but would like to condition it with the following observations.

A banking union should serve to create transparency of operations across banks in the Union while shielding national governments from the burden of bailouts should their big banks collapse. Theoretically, all banks would need to be treated equally, subject to the particular conditions of their national economic environment. However, the Resolution Authority will inevitably be coloured by political considerations of a multilateral nature, as is happening now in the European Central Bank. Quite likely, the political dynamics of the Resolution Authority will hardly be different from those of the Eurogroup when, say, the latter was dealing with Southern European countries.

Not all banks will be equal. Least able to counter such considerations will be the banking systems of medium to small Member States, especially in economies where financial services have become a significant sector. We need to ensure that smaller banks within the smaller economies do not become more risk-averse by inhibiting their exposure to financial services in their national economy, and more importantly when lending to SMEs, while becoming less competitive.

Siôn Simon (S&D), *in writing*. — Today I voted to approve the Commission's proposal for the appointment of the Chair, Vice-Chair and Members of the Board of the Single Resolution Board.

Parliament's Committee on Economic and Monetary Affairs evaluated the credentials of the proposed candidates for the functions of Chair, Vice-Chair and Members of the Board. All six proposed candidates made an opening statement at a hearing organised by Committee on Economic and Monetary Affairs and then responded to questions from the members of the Committee

Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito*. - He votado en contra del nombramiento de los miembros de la Junta Única de Resolución ya que entre los propuestos se encuentra Antonio Carrascosa, quien fuera director general del FROB en el Estado Español, nombrado por el ministro del Partido Popular, el señor de Guindos, y que medió en la crisis de Bankia. De ninguna manera voy a avalar el nombramiento del señor Carrascosa tras ver la desastrosa gestión en el caso Bankia.

Davor Ivo Stier (PPE), *napisan*. — Podržavam imenovanje ovih članova zato jer su se na saslušanjima pred Odborom pokazali kao kvalitetni kandidati ne samo svojim iskustvom već i kvalitetnim odgovorima na postavljena pitanja i dobrim uvodnim izlaganjima te vjerujem da će svoj posao obavljati kvalitetno i odgovorno.

Dubravka Šuica (PPE), *napisan*. — Podržala sam navedeni Prijedlog Komisije o imenovanju predsjednika, potpredsjednika i članova upravnog odbora Jedinstvenog sanacijskog odbora s obzirom da Jedinstveni sankcijski odbor nadzire Europsku središnju banku kao i sve banke koje se žele pridružiti bankarskoj uniji.

Smatram da je ovakvo tijelo potrebno na financijskom tržištu jer se nažalost proteklih godina pokazalo da je nadzor financijskih institucija neophodan kako financijski sektor Unije ne bi opet zapao u probleme. Ukoliko dođe do teškoća u financijskom poslovanju reagirat će sanacijski odbor, uz minimalne troškove za porezne obveznike, s ciljem da se riješi problem. Predsjednica odbora je Elke König, koja je posljednjih godina bila predsjednica saveznog financijskog nadzora što ulijeva nadu kako i svi ostali kandidati koji su se predstavili na Odboru za ekonomsku i monetarnu politiku mogu adekvatno odgovoriti novim i zahtjevnim ulogama, što potvrđuje i pozitivno mišljenje članova odbora.

Tibor Szanyi (S&D), *írásban*. – Szavazatommal támogattam az Egységes Szanálási Testület elnökének, alelnökének és tagjainak kinevezését valamint azt, hogy ezáltal az új testület hamarosan megkezdhesse munkáját. E testület, illetve az egységes szanálási mechanizmus és az ehhez kapcsolódó finanszírozási mechanizmus fontos építőkövét jelentik a bankunió létrejöttének.

Dienstag, 16. Dezember 2014

Az egységes bankszanálási mechanizmus létrehozásának célja, hogy egy esetleges bankcsőd vagy egy pénzüintézet talpra állítása, illetve felszámolása a lehető legkevesebbe kerüljön az adófizetőknek és a költségvetéseknek. Ez a cél mindenképp támogatandó. Ennek a mechanizmusnak a működését fogja elősegíteni ez a kulcsfontosságú szakértő és független testület.

Marc Tarabella (S&D), *par écrit*. — Je me suis prononcé en faveur de la proposition faite. Le but, ici, était de déterminer la nomination du président, du vice-président et des membres du Conseil de résolution unique.

Ramon Tremosa i Balcells (ALDE), *in writing*. — I support the appointment of the new members to the SRB as, generally, I consider that they are very capable to act with the European interest at heart and will enforce the new bail-in rules in a way that favours European citizens in a context where just bailing out banks with taxpayers' money is no longer acceptable.

Marco Valli (EFDD), *per iscritto*. - Il processo riguardante la nomina dei membri del Comitato unico di risoluzione è stato poco trasparente fin dal principio. Il Parlamento europeo è stato tenuto all'oscuro dei nomi che sono stati proposti dalla Commissione. Inoltre, gli eurodeputati avrebbero dovuto presentare delle richieste scritte per avere accesso alle informazioni riguardanti le persone proposte. Le audizioni si sono tenute per lo più a porte chiuse.

Le personalità proposte, inoltre, provenivano da paesi rigoristi del Nord Europa e avevano avuto in passato legami con il settore bancario. Questo ha posto seri dubbi circa l'indipendenza del comitato stesso e sulle competenze specifiche. Durante le audizioni i membri proposti hanno dato risposte vaghe e poco precise, mostrando una superficiale conoscenza del sistema di risoluzione delle crisi bancarie.

Per questo motivo ho espresso il mio disappunto, votando contro la relazione sulla nomina del Comitato unico di risoluzione delle crisi bancarie.

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito*. — A Comissão procedeu à audição dos candidatos propostos para exercer funções de membros do CUR, e todos os cinco candidatos proferiram declarações de abertura, tendo seguidamente respondido a perguntas dos membros da Comissão.

Nada temos a dizer sobre as pessoas em si. Abstemo-nos porque queremos fazer questão de ficar à margem de todo este processo antidemocrático que reforça o imenso poder do Banco Central e empobrece a democracia da UE.

Harald Vilimsky (NI), *schriftlich*. — Ich habe die Zusammensetzung des Ausschusses für die einheitliche Abwicklung seitens der Kommission befürwortet und glaube, dass Frau Elke König die richtige Person für den Vorsitz ist, da sie auch dementsprechende Erfahrung mitbringt.

Inês Cristina Zuber (GUE/NGL), *por escrito*. — A Comissão Europeia procedeu à audição dos candidatos propostos para funções de membros do CUR.

Nada temos a dizer sobre as pessoas em si, bem como sobre o seu currículo. Abstemo-nos porque fazemos questão de ficar à margem de todo este processo antidemocrático que reforça o imenso poder do BCE, empobrece a democracia da UE e não contribui para um efetivo relançamento da economia.

7. Berichtigungen des Stimmverhaltens und beabsichtigtes Stimmverhalten

(La séance, suspendue à 12 h 25, est reprise à 15 heures)

Dienstag, 16. Dezember 2014

VORSITZ: MARTIN SCHULZ

Präsident

8. Erklärung des Präsidenten

Der Präsident. - Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben heute Vormittag schockierende Nachrichten aus Pakistan erhalten. In einer Schule wurden mehr als 120 Menschen, darunter mehr als 100 Kinder, von den Taliban kaltblütig ermordet. Es befinden sich noch weitere Menschen in der Gewalt dieser Terroristen. Dieses abscheuliche und feige Verbrechen macht uns fassungslos und sprachlos und zeigt einmal mehr die Unmenschlichkeit, mit der die Taliban vorgehen, ihre menschenverachtende Ideologie, ihren erbarmungslosen Fanatismus. Was uns sicher besonders schockiert, ist, dass sie nicht vor der Ermordung von Kindern Halt machen.

Unser Mitgefühl ist in diesen Minuten bei den Opfern, ihren Familien und den Freunden. Wir drücken unsere Solidarität mit der pakistanischen Nation aus. Ich spreche im Namen des Europäischen Parlaments allen Angehörigen der Opfer unser volles Mitleid aus. Wir wünschen den Verletzten eine schnelle und vollständige Genesung. Ich glaube, ich spreche in Ihrer aller Namen, wenn ich unsere tiefe Abscheu nicht nur vor dem Verbrechen selbst, sondern auch vor dem Geist der Verbrecher hier zum Ausdruck bringe.

9. Genehmigung des Protokolls der vorangegangenen Sitzung: siehe Protokoll

10. Arbeitsprogramm der Kommission für 2015 (Aussprache)

Der Präsident. - Als nächster Punkt der Tagesordnung folgt die Aussprache über die Erklärung der Kommission zu dem Arbeitsprogramm der Kommission für 2015 (2014/2829(RSP)).

Jean-Claude Juncker, Präsident der Kommission. - Herr Präsident! Nach den von Ihnen zu Recht verurteilten Vorgängen heute Morgen in Pakistan fällt es schwer, hier in ruhigem Ton über das Arbeitsprogramm der Europäischen Kommission zu reden.

Es fällt mir aber nicht schwer, Ihnen im Namen der Kommission sehr herzlich zur Verleihung des Aachener Karlspreises zu gratulieren. Ich bin ja selbst Karlspreisträger – und zwar ein doppelter. Einmal hat das luxemburgische Volk 1986 den Karlspreis als Volk erhalten, zu dem Volk gehöre ich nach wie, vor und ich hatte die Ehre, ihn selbst im Jahre 2006 in Empfang zu nehmen.

Die Reihe der Karlspreisträger wird durch Ihre Bestellung noch beeindruckender, Herr Präsident.

(Beifall)

Pour ce qui est du programme de travail de la nouvelle Commission, permettez-moi de dire, Monsieur le Président, que j'avais l'impression, pendant la campagne électorale – lors de laquelle vous étiez mon rival mais néanmoins ami, tout comme Guy Verhofstadt et d'autres –, que les citoyens européens voulaient voir un nouveau départ en Europe. C'est du moins l'impression que j'ai eue après avoir visité une vingtaine de pays et trente-trois villes européennes. Je suis ainsi retombé amoureux de l'Europe, parce que rares sont les moments où, en un laps de temps si court, on peut découvrir tant de sensibilités, voir tant de couleurs, rencontrer tant d'hommes et de femmes.

Nous étions d'accord, pendant le processus d'installation de la nouvelle Commission, qu'il faudrait qu'elle se concentre sur l'essentiel, sur les grands sujets, définis par les lignes directrices que j'ai eu l'honneur de développer devant vous le 15 juillet ainsi qu'à la fin du mois d'octobre. Nous étions d'accord – me semble-t-il – sur le fait que tout problème qui existe en Europe n'est pas nécessairement un problème pour l'Union européenne ni pour la Commission. Nous étions effectivement très nombreux à penser qu'il faudrait réhabiliter le principe de subsidiarité et confier la tâche de résoudre ce problème aux niveaux de pouvoir – à savoir les États membres, les régions ou les collectivités locales – qui sont les mieux à même d'apporter une réponse aux problèmes qui se posent en Europe.

Dienstag, 16. Dezember 2014

Sur la base de ces principes, dans le respect des lignes directrices de la Commission, nous avons examiné 452 initiatives législatives qui sont actuellement à l'examen et qui donnent lieu à un débat. Nous l'avons fait en gardant à l'esprit les grandes priorités qui doivent être celles de l'Union européenne. La grande priorité, celle qui ne fait pas de doute, est fondée sur les éléments de croissance et d'emploi. C'est pourquoi, quelque trois semaines après son installation, la Commission a proposé un ambitieux plan d'investissement qui occupera non seulement les esprits, mais aussi nos réunions au cours des six mois à venir, et je saurais gré au Parlement européen de s'associer étroitement, avec courage ainsi qu'avec un souci du travail bien fait, à l'examen de ces textes.

Monsieur le Président, nous avons voulu limiter le nombre des nouvelles initiatives que nous allons entreprendre et lancer. Il fut un temps où la Commission annonçait 130 nouvelles initiatives par an. Nous en annonçons pour notre part vingt-trois nouvelles initiatives pour l'année 2015; nous présentons en effet le programme de travail pour l'année 2015 et non pas le programme de travail qui portera sur la durée de la législature.

Nous limitons le nombre des nouvelles initiatives en appliquant le principe, souvent contesté, de la discontinuité: nous allons à ce titre retirer, amender ou modifier quatre-vingt-trois textes qui sont sur la table du législateur. On compte parmi les nouvelles initiatives, outre le programme d'investissement – qui a toute son importance – toutes celles qui ont trait à la fiscalité. Je répète à cet égard que la Commission présentera au cours des six premiers mois une directive sur l'échange automatique des décisions anticipées, à savoir les *tax rulings* – comme on dit en mauvais français. De plus, la Commission présentera un programme d'action pour la lutte contre l'évasion et la fraude fiscales en érigeant en principe le fait que le pays où est réalisé le bénéfice doit devenir le lieu de l'imposition.

(Applaudissements)

Cela se fera et je voudrais dire très amicalement que je suis sensible au fait que, jour après jour, on m'invite à faire ce que j'ai dit. Je l'ai dit et ce sera fait en 2015. Frans Timmermans – que je félicite pour l'ardeur avec laquelle il a coordonné les travaux de la Commission relatifs à son programme de travail – a rencontré chacun des commissaires séparément. Il a préparé ce programme avec le conseil des ministres et avec le Parlement européen. Il a – je dois le dire – du mérite et comme c'est lui qui a le mérite du travail accompli, je laisserai avec votre accord, Monsieur le Président, au premier vice-président le soin d'exposer le programme de travail et les priorités de la Commission.

(Applaudissements)

Frans Timmermans, *First Vice-President of the Commission* - Mr President, let me briefly add my congratulations to those of President Juncker. The Charlemagne Prize is something that is very close to you and me because we are from the region. Aachen is the pivotal city in the region we are from, and the origins of the Charlemagne Prize are so intimately linked with the idea of healing the wounds after the Second World War that to be honoured with the Charlemagne Prize is one of the highest distinctions any European can receive. I want to congratulate you on that.

Through you, Mr President, I want to thank this House for the elaborate cooperation in preparing the Commission work programme for 2015. As President Juncker has just said, we want it to be focused on priorities for 2015, and we want it to be about 2015 — not about 2016 or 2017, etc. Of course, the Commission will also have priorities in the years after 2015, but these will be in the work programmes for the years to come.

This Commission wants to deliver change in terms of the way we work, but we can only do that in close cooperation with your Parliament and with Council. Therefore, when today we present the Commission work programme it is also an invitation to the European Parliament to use it as a platform for discussion between our two institutions, and then also to bring the third institution in legislation into the fold when they also have to play their role, namely the Council.

Dienstag, 16. Dezember 2014

As President Juncker said, we have 23 new measures on our list. We are breaking with the practice of listing everything for fear of being incomplete, and we are only putting forward the things we will actually do in 2015. No more, no less. This does not mean that preparatory work will not start for future initiatives to implement the political guidelines to be presented in 2016 and 2017, like the multiannual financial framework mid-term review. Of course it will, and Parliament will be kept closely informed.

Our first priority, as the President has already said, is to deliver on the investment plan for Europe. We showed we can act quickly by presenting our strategy within the first month of the mandate. Now we need to implement and deliver to unlock public and private investments in the real economy of at least EUR 315 billion over the next three years.

We will table an ambitious digital single market package to create the conditions for a vibrant digital economy and society. This will be done by complementing the telecommunications regulatory environment, modernising copyright rules, simplifying rules for consumers making online and digital purchases, enhancing cyber-security, and mainstreaming digitalisation.

We will take steps towards a European Energy Union. It has never been so vital to ensure energy supply security, integrate national energy markets, reduce energy demand in Europe, and promote green technology.

Deepening economic and monetary union is important for the stability of the Eurozone, and, together with our plans to create a capital union, will attract investors to Europe. In parallel, we will invest in reinvigorating the social dialogue at all levels.

We want to promote fairness and opportunity in our societies. We will look at new ways to support Member States in getting people, especially the younger and long-term unemployed, into the workplace and making sure they have the skills they need to stay there. We will present a package of measures to promote labour mobility while supporting Member States' efforts to ensure that benefits are not abused.

A fairer approach to taxation is something citizens rightly feel very strongly about. Our aim should be that companies' profits are taxed in the place they are made, including in the digital economy. We will bring forward an action plan to that end alongside proposals on transparency of tax rulings and relaunching work on the common consolidated corporate tax base. We will develop a holistic and balanced European agenda on migration. Citizens expect us to improve the management of migration into Europe while keeping it an attractive destination for talent. We will strengthen our better regulation agenda and follow up our commitment for democratic change. We have already started with important improvements in the transparency of our meetings with interested representatives, and I am looking forward to a debate with Parliament on how we move this agenda forward.

We have looked at what we are planning with a critical eye. Will this initiative contribute to jobs and growth? Will it add value beyond what Member States are able to do? Will it be effective in changing things on the ground without adding unnecessary burdens? All the initiatives we are taking are well within the ten priorities President Juncker agreed with your Parliament upon his election. We have also asked the same question: 'is it necessary and useful?' of the 400 or so pending proposals that are already on the table, applying the principle of political discontinuity that is set out in the framework agreement between our two institutions. It is very often set out as a principle but, in practical terms, it is very often difficult to actually apply it, as I have discovered in the last couple of weeks.

At the start of the new legislative cycle, it is time to clear the decks so that time and energy can be invested in those proposals that will have the biggest impact on jobs and growth and which have a good prospect of being adopted in the near future. So we have looked through every pending proposal across all sectors and decided whether we want to maintain, amend or withdraw them.

We want results on the ground so, where it is clear existing proposals would be not be agreed in a way that meets our objectives, we will propose alternative, more effective, approaches. That is the case with the Energy Tax Directive, which we propose to withdraw because the Council has watered it down so that it no longer meets our environmental objectives of taxing fuel in a way that reflects real energy content and CO2 emissions.

Dienstag, 16. Dezember 2014

We are also proposing to withdraw the existing proposal on the circular economy to make way for a broader and more ambitious approach that can be more effective...

(Interjection from the floor: 'Shame!')

Let me finish and then you can still cry 'shame', but perhaps it will not be necessary. What we want to do is actually to make sure that the circular economy is indeed approached in a circular way, and not just half the circle. This means that we will withdraw the present waste proposal and come back with a more ambitious proposal that will cover the whole of the circular economy, and we will do this in 2015.

We will not drag our feet with this. We will do this very quickly, because we want the circular economy to be in pole position when the Juncker plan is being put into effect so that the economy that can profit from investment is indeed smack in the middle of the circular economy. This is what we want to do. So, if we withdraw the waste package, it is because we want to put something on the table that is more ambitious and that really can make a huge contribution to a part of the European economy that really needs a boost, which is the circular economy. We can also do this in line with the Juncker plan. I am deeply convinced of this. No 'shame!?' Good.

As I said, we will present this new, more ambitious proposal to promote the economy next year. In parallel, we will promote investment in this sector through the new European Fund for Strategic Investment as well as European structural and investment funds.

In the political guidelines, we said we would assess the air package and our conclusions are clear. There are good prospects that the medium-sized combustion plants proposal will be adopted soon, closing the unacceptable loophole in our source legislation.

The proposal on national emission ceilings has proved more controversial, and there is a gap emerging between what Parliament and Council might view as an acceptable outcome. We will bring forward, in the course of the ongoing negotiations, a modified proposal which we hope can help bridge this gap by better reflecting synergies with the energy and climate package, and by reducing the administrative burden. We are optimistic that negotiations will be a success and that agreement can be reached. I stress that we are not compromising on the goals we want to attain, but we are looking critically at the methods we can use to bring parties together so that we have a conclusion that can actually be implemented soon, so that we can achieve cleaner air in the EU.

We have discussed the Maternity Leave Directive a lot. Let me be clear. The Commission deplores the persisting barriers to women's access to and progression in the workplace just as much as you do. Over the past years, perhaps partly because of our proposal, many Member States have improved their maternity leave arrangements. However, there are a range of other issues that also need to be addressed to enable more women to participate in the labour market. We are ready to work with you and the Council to make one last effort to unblock the directive. But if there is no breakthrough in six months, we will take it off the table and come instead with a new initiative tackling those issues in the round.

So yes, we will remain ambitious – yes we want this directive to succeed – but if it still continues to go nowhere, we will take new initiatives to break through the glass ceiling to create better positions for women in the labour market. We believe that it would be more useful for everyone to invest their time and effort in such a discussion than in an ongoing institutional stalemate. The onus is now on the three institutions in the next six months to create momentum around this proposal. If you really mean business, we can do it; if not, we will have to come up with something else.

This is all part of our better regulation ethos. Our work programme also has a strong implementation simplification dimension. It again includes a set of regulatory Refit initiatives through which the Commission assesses the existing stock of legislation on a rolling basis to ensure that laws remain fit for purpose and deliver on their objectives in the most efficient and effective way. So what comes next? We will now discuss the withdrawal proposals with you, and we will only enact them after hearing your views. It is clear to me that we can only get things really done if there is an agreement between three institutions.

Dienstag, 16. Dezember 2014

On the priority initiatives, we look forward to following up with the Parliament and the Council. We would like to work with you to identify a list of files on which the institutions can make a common commitment to progress swiftly to bring the benefit to the citizens as soon as possible. We look forward to a good and deep structural dialogue with your committees in the course of next spring and summer. On the basis of this experience, I hope we can move to a deeper understanding of interinstitutional programming in the future.

The Commission's work programme is not the end of the affair or the dialogue. It is the beginning of a dialogue, and I am very much looking forward to this dialogue and coming back to your Parliament early next year if you allow me, Mr President, to continue that. Today is the start; we need your support. Europe needs us to deliver concrete measures for citizens who are looking for growth and jobs.

József Szájer, *on behalf of the PPE Group*. – Mr President, may I join with my colleagues in congratulating you on this great prize. It is Christmas time and we are decorating trees, and at Christmas time for many years now we have done the exercise of the Commission work programme where everyone wants to put many decorations on this Christmas tree! However, the exercise of the Commission work programme is completely different and I would like to welcome and congratulate the Commission on this work programme, on behalf of the EPP, in achieving – at least so far – this impossible exercise by not making the Commission work programme into a Christmas tree where everyone finds their own point. We welcome the change; we welcome the simplicity and sticking to the basic principles, the ten priorities of the Juncker programme and investment plans in this work programme.

I understand, and the same problem exists for Parliament: we all want our decorations on the Christmas tree and in this exercise we have seen in this election that we are losing the basic priorities. The word priority comes from the Latin word for 'one'. Priority means one. Ten priorities are already more than one. Twenty-three priorities are more than ten. However, twenty-three priorities are more than 452 which is an extremely important and efficient exercise.

The EPP would like to see efforts concentrated on the key items and refrain from taking initiatives which are not essential. Also we have to pay very strong attention to the implementation. Very often parliaments and our colleagues demand other elements and legislation just because the implementation is not done, so I would also welcome concentration and orientation on the implementation issues. We would like to see a growth-oriented Commission work programme creating all the conditions needed for more jobs, more mobility on the labour market and therefore better educational skills, notably in the IT sector, and the establishment of a real energy single market ensuring energy security and supply and going further towards a real and secular digital single market.

We also support your endeavours to have less bureaucracy at all stages at the national and Union level, using taxpayers' money in a more efficient way in the fight against tax fraud and tax evasion, as well as simplifying the life of the economic actors, farmers, SMEs, because entrepreneurship needs a friendly environment without unnecessary administrative burdens and obstacles, and facilities in capital and financing access.

We are therefore welcoming change. However we have been through this exercise so the implementation of this Commission work programme is the key. We are therefore in favour of a new deal allowing the Commission, Council and Parliament to define together the EU priorities. Whether this Commission work programme is the starting shot for that we will only know later on, but I wish us all the best of luck and strength to the Commission for the implementation.

Enrique Guerrero Salom, *en nombre del Grupo S&D*. – Señor Presidente, en nombre mío y de mi Grupo, le felicito también por la obtención del Premio Carlomagno, que dignifica su larga y fructífera carrera política al servicio de la Unión.

Señor Presidente, señor Vicepresidente, «esta vez es diferente». Con este lema concurrimos a las elecciones del pasado mayo. Pero, ¿en qué era diferente?

Cito: «Este Parlamento es diferente de sus predecesores. Es el primero que realmente elige, en todos los sentidos de la palabra, al Presidente de la Comisión. Y lo elige con un nuevo espíritu». No son palabras mías. Son palabras tuyas, señor Juncker, de su discurso de julio. Palabras que yo comparto plenamente.

Dienstag, 16. Dezember 2014

La manera en que le elegimos cambiaba políticamente su relación con el Parlamento. Aumentábamos su legitimidad y, a cambio, exigíamos otra relación de confianza, diferente a la anterior: más diálogo, más acción conjunta, más rendición de cuentas.

«Quiero trabajar con el Parlamento de manera transparente, con un espíritu de lealtad, confianza mutua y cooperación, considerando y respetando por igual a los legisladores de la Unión. Propongo actualizar los métodos de cooperación y trabajo entre la Comisión y el Parlamento mediante un diálogo constructivo». No son palabras mías. Son palabras suyas, señor Timmermans, y son palabras que comparto plenamente.

Créame que lamento mucho tener que transmitirles, en nombre de nuestro Grupo, nuestra decepción y cierto enfado. Lo que hemos vivido en los últimos días y horas en relación con el programa de trabajo de la Comisión no se corresponde con esas palabras que yo comparto. Se parece demasiado al pasado como para aceptar que esta vez es diferente. Opacidad en el trabajo, versiones en los medios, confusión, carencia de información relevante para el Parlamento.

La confianza entre el Parlamento y la Comisión se ha dañado. La distancia ha aumentado. Pero tendremos que reflexionar sobre eso y me acojo a las palabras que hoy acaban de pronunciar, señalando que no solamente hay que hacer cosas diferentes, sino hacer de forma diferente las cosas. Lo trataremos de hacer en la próxima resolución y ese debe ser el programa de trabajo.

Mi Grupo tiene prioridades. Las conocen perfectamente. Reducción del desempleo, especialmente entre los jóvenes. Exigimos, lo he dicho, un giro profundo, visible, rápido y efectivo sobre la fiscalidad. Tengo que reconocer con satisfacción que, en este punto concreto, sin duda en parte por nuestra presión, la Comisión ha hecho una propuesta significativa. Queremos más y estamos dispuestos a trabajar conjuntamente con la Comisión para avanzar en la fiscalidad en el año 2015.

El modelo social tiene que ser defendido. Queremos también medidas para combatir las crecientes desigualdades sociales y territoriales, para combatir con solidaridad la pobreza en la Unión. Sobre estos asuntos se necesita subsidiariedad positiva, pero también una Unión Europea fuerte, que sepa responder a estos retos.

Solo unos segundos para señalar que, sobre los asuntos cuya retirada proponen, mi Grupo tiene algunas reservas y coincide plenamente en que hay que mantener los objetivos, aunque se tenga que cambiar el procedimiento: sobre el permiso de maternidad o sobre la economía circular.

En todo caso, estamos dispuestos a trabajar conjuntamente con la Comisión.

(El orador acepta responder a una pregunta formulada con arreglo al procedimiento de la «tarjeta azul» (artículo 162, apartado 8, del Reglamento))

Pablo Iglesias (GUE/NGL), pregunta de «tarjeta azul». – Señor Guerrero, le pregunto, después de escuchar su intervención, si le sigue pareciendo que fue correcto por parte de su Grupo haber votado a esta Comisión.

Enrique Guerrero Salom (S&D), respuesta de «tarjeta azul». – Señor Iglesias, tengo que señalarle que en la Unión Europea hay dos tipos de coaliciones: la coalición positiva, que trata de responder a las necesidades de los ciudadanos y resolver sus problemas, y la coalición negativa, que trata de confrontar sin ofrecer soluciones.

Mi «posible» coalición está con quienes quieren resolver los problemas; la suya está en los extremos de la Cámara, en aquellos que protestan porque no tienen soluciones para los ciudadanos.

(Aplausos)

Vicky Ford, on behalf of the ECR Group. – Mr President, thank you for opening this session with a statement on the truly shocking news from Pakistan. As parents we take our children to school to learn and trust them to be safe, and our hearts go out to those families who have lost children today.

We do face unprecedented challenges. Our economies are under pressure, our resources are under pressure, security is under pressure and Europe needs to change. The Commissioners have talked about change, we need to see them deliver. We must build our economic strength. Yes, we share wider objectives – higher living standards, the environment, opportunity, equality – but we need strong economies to deliver this. So the economy must come first. And every EU initiative should face that simple test: will it make it easier or harder for businesses to thrive? Too often in the past we have seen the EU churn out new laws without thinking through the impact on growth, on small businesses, on innovation. This must stop and our decisions should be based on evidence.

Dienstag, 16. Dezember 2014

Mr Juncker promised our Group he would keep a chief scientific adviser. Please keep that promise, Mr Juncker. Instead of focusing on yet more new laws, we should also make sure the existing ones work, and if they do not, then let us change them. And the last Commission promised to reduce burdens. Will you keep that promise, will you set a target for cutting red tape and then stick to it? We need to focus on growth, the single market in energy and services, and new public procurement rules should reduce costs and help growth. Let us deliver those changes.

In 2015 we want to look forward to 2050 and not back to the 1950s. We need vibrant digital markets, conditions that let industries succeed and increase external trade too. And if we do not conclude that deep trade agreement with the US, then yes, we will be left behind. We need to unlock investment, especially for small companies and for infrastructure, investment built on private funds, on equity and not just public debt, because the crisis in public debt is not over.

Budgetary stability is still key as are structural reforms, but this does not mean centralising social and employment policies, because overruling national governments would risk even deeper resentments. And, Commissioners, we cannot have one set of rules for public spending at home and another set here in Strasbourg and Brussels. You must cut costs and waste from the EU budget and put the EU's own finances in order.

It is because public services are so stretched that the people of Europe have concerns over immigration. These must be addressed. Yes, we must cooperate with third countries and help tackle the causes of migration. But serious actions must also be taken to stop abuses of the migration system, both within and outside the EU. Our single market is meant to help businesses and consumers trade easily across 28 countries, not a bureaucratic one-size-fits-all monolith stifling creativity and reducing competition, not red tape, not regulation. That is our vision and we will work with those who share it.

(The speaker agreed to take a blue-card question under Rule 162(8))

Jörg Leichtfried (S&D), *Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“*. – Herr Präsident, Frau Ford! Ich habe jetzt sehr genau zugehört und ich wollte nachfragen, weil mich ein Punkt Ihrer Rede sehr interessiert.

Sie haben gesagt: Die Wirtschaft geht immer vor, die Konzerne gehen immer vor, und sie sollen nicht behindert werden. Heißt das im Gegenzug, keine Sozialvorschriften mehr, kein Arbeitsrecht mehr, niedrige Gehälter für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, niedrige Steuern für große Konzerne? Nein, das ist etwas, da wollen wir dann mit Ihnen nicht zusammenarbeiten, wenn Sie das so meinen. Wir meinen das anders.

Wir meinen, dass vom Wirtschaftsaufschwung alle profitieren sollen und nicht einige wenige.

Vicky Ford (ECR), *blue-card answer*. – Sharing the benefits of growth is key, but one needs to have growth in order to share it. The economy must come first in order to deliver equality, opportunity and higher living standards. That is why we support calls for a leaner and more focused approach that respects subsidiarity at the same time.

Sophia in 't Veld, *on behalf of the ALDE Group*. – Mr President, let me also congratulate President Juncker on behalf of the ALDE Group. First of all, we are talking better lawmaking today and in my view that would also mean transparency and indeed involving Parliament, but to my knowledge we are having a debate today on the basis of a document that was leaked to the press. I find that an unusual procedure. ALDE naturally supports efforts to slim down and simplify EU legislation, but we believe in smart trimming, not in taking a blunt axe to the trunk of the tree.

The Commission should not throw the baby out with the bathwater by arbitrarily scrapping laws. The Commission should respect the democratic policymaking process and not pick and choose. No one can be opposed to eliminating unnecessary regulation, but what one person considers unnecessary may be considered essential by someone else. The Commission wants to concentrate on the big themes and ALDE, of course, fully supports that.

Dienstag, 16. Dezember 2014

Now ALDE considers equal treatment a big theme, but in the Commission's logic the blocked anti-discrimination directive is unnecessary red tape. ALDE considers transparency a big theme, but in the Commission's own logic the access to documents law, blocked by the Commission and the Council, should be scrapped. ALDE considers sustainability a big theme, but the Commission's red-tape slayer wants to withdraw the proposals for waste and air quality.

ALDE also considers upholding democratic values and the rule of law a big theme, and unfortunately in many Member States it is a very topical issue these days, but the Commission proposes no instrument. Democracy and the rule of law are also necessary. Conversely Parliament rejected the proposal for an EU PNR scheme but the Commission keeps pushing for it without any proper justification or evidence for its necessity.

In our view the Commission should focus on improving the process rather than ignoring the outcome of democratic decision. ALDE strongly objects to the withdrawal of files only and exclusively because the Member States failed to take responsibility and the Council is paralysed. If that were the rule, many good laws making the lives of EU citizens better would not have existed today. There would be no banking union, No European patents, no standards for the health and safety of workers in the internal market, no common asylum rules.

Scrapping or simplifying certain laws may be useful, but how will the Commission tackle goldplating by Member States, a major cause of excessive red tape? How will the Commission ensure better implementation of EU laws by Member States, and will the Commission finally introduce a sunset clause in all legislative proposals. Last but not least, will the Commission drastically raise the standards of transparency and access to documents so as to allow for full accountability and public scrutiny, which in my view is key to better lawmaking?

At his confirmation hearing Vice-President Timmermans said that this Commission is born in the European Parliament, so we expect the new Commission to work in tandem with this House to reduce the regulatory burden but also to ensure a democratic and transparent legislative process.

Rina Ronja Kari, for GUE/NGL-Gruppen. –

Hr. Formand! I i Kommissionen ønsker en ny kurs. En kurs, hvor vi ikke skal have mere af det samme, men i stedet for skal lytte til borgerne og give en reel ændring. Aldrig før har jeg været så enig med Kommissionen som i dette spørgsmål. Desværre slutter enigheden også der. I stedet for at fokusere på at skabe bedre rammer for vores arbejdstagere, så snakkes der i arbejdsprogrammet om at gøre det nemmere for virksomhederne på bekostning af arbejdstagernes rettigheder og arbejdsforhold. Men lad mig sige det helt klart: Det er helt sikkert ikke til gavn for arbejdstagerne, hvis deres rettigheder skal ruller tilbage for at gøre det nemmere for virksomhederne, sådan som I i Kommissionen foreslår. Så lad os derfor få en rigtig frisk start ved at sætte borgerne og vores velfærdssamfund i centrum, og lad os starte med at begrave hele REFIT-programmet. Det er ikke til gavn for arbejdstagerne.

Philippe Lamberts, au nom du groupe Verts/ALE. – Monsieur le Président, vous avez raison: cette législature est bien la législature de la dernière chance, ici, en Europe.

Si nous voulons réconcilier nos citoyens avec l'idée même d'intégration européenne, il faut – vous l'avez souvent dit – rapprocher l'Europe du citoyen. Mais que veut dire rapprocher l'Europe du citoyen, si ce n'est faire en sorte que notre Europe travaille pour la majorité de nos concitoyens, et non simplement pour une minorité?

Si nous voulons y parvenir, je pense que nous devons suivre trois axes.

Le premier est celui de la justice sociale. Vous nous avez dit que vous voulez que l'Europe mérite un triple A social et, en cela, nous ne pouvons que vous approuver. Certains diront: «la politique sociale n'est pas une compétence de l'Union européenne». Bien au contraire! Parlons tout d'abord de justice fiscale: vous avez déjà annoncé quelques initiatives à ce sujet qui, sans aller jusqu'au point qu'elles devraient atteindre, représentent au moins un progrès dans la bonne direction. Il y a encore beaucoup à faire en matière de transparence fiscale et ce sont des choses relativement faciles, d'un point de vue politique, à mettre en œuvre. Nous vous encourageons donc à aller dans ce sens.

Dienstag, 16. Dezember 2014

Nous pensons aussi – et cela je ne l'ai pas entendu dans votre discours, ni dans celui de M. Timmermans – qu'il faut, contrairement à ce qu'on entendait ce matin en plénière, revoir le paquet de gouvernance économique, pour rendre les objectifs sociaux de réduction de la pauvreté et des inégalités ainsi que les objectifs environnementaux aussi contraignants que les objectifs budgétaires. Les choix budgétaires que feront les gouvernements seront ainsi des choix allant dans le sens d'une réduction des inégalités et de notre empreinte écologique, plutôt que dans le sens de leur aggravation.

Il faut aussi revoir – et je ne l'ai pas non plus entendu – la directive sur le détachement des travailleurs et cesser d'utiliser le semestre pour mettre en fait les travailleurs de ce continent, en particulier les plus précaires d'entre eux, en compétition les uns avec les autres. Enfin, il faut mettre en place le *social impact assessment* de toutes les mesures, notamment des mesures budgétaires que vous souhaitez prendre.

Le deuxième axe est celui de la viabilité environnementale à long terme. Je continue d'entendre au Conseil, ici au Parlement et à la Commission que la transition écologique de l'économie représente un fardeau. «On fera cela quand les choses iront mieux», dit-on. Pourtant, pour les Européens, c'est à la fois une exigence – nous continuons à dépendre de l'extérieur pour notre énergie – et une opportunité! C'est ainsi que nous installerons l'Europe à la pointe de la prochaine révolution industrielle.

Le troisième et dernier axe concerne la nécessité de remédier au déficit démocratique. J'ai entendu des idées sur la transparence en matière de lobbying. Ce que je n'ai pas entendu, c'est que le semestre européen, instrument par excellence de la convergence des politiques en Europe, doit être soumis à un contrôle démocratique beaucoup plus approfondi, aux niveaux à la fois du Parlement européen et des parlements nationaux. Nous devons réellement conférer une légitimité aux discussions qui ont pour l'instant lieu au moment de l'élaboration des recommandations spécifiques par pays – recommandations qui, le plus souvent, résultent d'accords en coulisse entre des représentants des gouvernements, souvent au niveau des fonctionnaires, et des représentants de la Commission, sans que ni les uns ni les autres ne doivent rendre de comptes à une représentation démocratique. En fait, des mesures sont prises ou imposées sans que personne n'en assume le coût politique. À ce stade, nous ne sommes plus en démocratie.

Je terminerai par la question de *better regulation*. Monsieur Timmermans, vous nous avez dit que *better regulation* ne signifie pas *no regulation*, ni *deregulation*. Vous avez dit des choses intéressantes sur le paquet «déchets», et j'en prends bonne note. Je voudrais que vous me confirmiez qu'il ne s'agit plus de retirer les mesures sur la qualité de l'air. Enfin, en ce qui concerne REFIT, il s'agit d'un dispositif utilisé, y compris par une majorité de cette assemblée – je suis démocrate, donc je le reconnais – pour affaiblir continuellement les mesures de protection sociale et environnementale dont nous avons besoin si nous voulons mener, en particulier les plus fragiles d'entre nous, une existence décente. REFIT ne peut pas être le prétexte d'une opération de dérégulation de grande ampleur.

Pour conclure, je voudrais vous inciter à faire preuve d'un meilleur sens du service client. J'ai été très étonné de voir qu'il a fallu cinq jours – cinq jours! – au commissaire Hill pour réagir à la lettre que lui avaient envoyée les fédérations bancaires, demandant le retrait de la directive sur les réformes structurelles du secteur bancaire. Il lui a fallu cinq jours pour la reprendre à son compte! Un vrai service client réagit instantanément à ce genre de demande des grandes banques; le commissaire devrait réellement s'en faire un avocat beaucoup plus enthousiaste qu'il ne l'est maintenant. Il est évidemment hors de question pour nous que cette directive soit retirée.

(L'orateur accepte de répondre à une question «carton bleu» (article 162, paragraphe 8, du règlement))

Steven Woolfe (EFDD), blue-card question. – Mr Lamberts, you suggested at the beginning of your speech that Mr Timmermans is facing the last-chance saloon for Europe to promote support for the many rather than the few. Is it your contention, therefore, that the European Union is only looking after the few now?

Dienstag, 16. Dezember 2014

Philippe Lamberts (Verts/ALE), réponse «carton bleu». – Monsieur Woolfe, je suis un esprit simple. J'ai une formation d'ingénieur et j'ai donc tendance à examiner les chiffres. Je suis un peu bête à cet égard. Par conséquent, j'observe depuis le début de la crise l'évolution de l'Europe, qui se porte à la fois mieux – financièrement – et moins bien.

Que constate-t-on? En bref, selon les instituts de statistique, entre 1 et 2 % de la population est plus riche aujourd'hui et vit plus confortablement, tandis que le reste de la population vit dans la même situation, voire moins confortablement ou de manière plus précaire.

Par conséquent, je dois bien constater que les politiques qui sont aujourd'hui menées en Europe, à l'instigation des gouvernements nationaux et de l'Union, sont des politiques qui profitent à une minorité. C'est là un fait!

Nigel Farage, on behalf of the EFDD Group. – Mr President, I would like to make the following remarks to Mr Juncker. You are here with your Commission presenting your new work plan but I can see that you have been busy with the PR consultants. You have been busy spending a pretty penny or two. You have been trying to rebrand the European Commission and you have come up with a slogan: 'A New Start for Europe'. You could not invent it, could you? We do it every five years. We should get our money back. I even noticed on the Berlaymont Building last week a great big banner with your face on it and the rest of the Commission team – a new start for Europe under team Juncker.

Well I do not know about 'new'. This Commission has got four former Prime Ministers in it, it has got 19 former government ministers in it, it has got seven former Commissioners in it. I do not know about some bright new fresh start for Europe. It looks a bit more like the knacker's yard for failed domestic politicians.

And at the top of it, as President, we have got you. Now I do not want anybody here to think that I am questioning Mr Juncker's competence. I am not. You are certainly competent. You are a good operator and there are 240 multinationals who all managed to avoid hundreds of millions of euro of corporation tax by paying 1% to 2% tax in Luxembourg during your term there as Prime Minister that would testify that you are certainly a more competent operator than the man that went before you. But please do not give us 'new'. You were Prime Minister of Luxembourg for 19 years and you headed up the Eurogroup. 'New' you are not. You and this Commission, frankly, are as stale and musty as a corked bottle of wine.

We are being encouraged by your sidekick, Mr Timmermans, who, by the way, today talked about the 'circular economy'. Sir, I have not got a clue what you are talking about but it sounds absolutely lovely. You told us today that you are going to adopt a minimalist approach to legislation. Again, rather like Mr Juncker, you are rather brighter, cleverer and sharper than those who have gone before you. We are not going to get from you any more proposed bans on olive oil being poured into dishes that we dip our bread into in restaurants and I suspect that you will not be updating the curvature of cucumber regulations that came in a few years ago.

Minimalism is one thing, but what it fails to address is the fact that the very last time we attempted to address within the European Union how big the body of law that had already been imposed on our businesses was – that was in 2005 – it was 170 000 pages of active legislation. It is probably now a quarter of a million or perhaps even more than that. I would suggest to Mr Timmermans that what we do not need is minimalism. If Europe is to become competitive and to trade globally and competitively, what it needs is the axe. You have actually got to start getting rid of excessive regulation, particularly on the small and medium-sized enterprises, which in any free market economy could not be expected to maintain the same standards for everybody and everything as the giant multinationals.

But there are two areas where minimalism will not work. One is in negotiating with the United Kingdom about immigration. Mr Juncker, you have made it clear that it is non-negotiable. The free movement of peoples is non-negotiable; the British want wholesale change. Secondly, there is Greece's membership of the euro when it is clear for all to see that she, and everybody else, would be better off without it. I suggest that, whatever your work programme is, the next five years will actually be dominated by Greece and the euro and Britain's membership of the European Union. I suspect that you will spent most of your time dealing with those issues.

(Applause)

Dienstag, 16. Dezember 2014

(The speaker agreed to take a blue-card question under Rule 162(8))

Mercedes Bresso (S&D), *Domanda «cartellino blu»*. – Volevo chiedere all'on. Farage se non ha dimenticato di chiedere, oltre alle normative riguardanti il Lussemburgo, se di tali normative non abbia approfittato anche il suo paese. In secondo luogo, vedo con piacere che tutto questo gruppo non ha più davanti la bandierina inglese. Questo vuol dire che riconosce che questo è un Parlamento europeo e non un parlamento del Regno Unito?

Nigel Farage (EFDD), *blue-card answer*. – I was not really sure what the question was but it is awfully good of the President to give me more speaking time. As far as Luxembourg norms are concerned, I made it clear that I am not especially critical of Mr Juncker. I actually think tax competition and different countries doing things their own way in a diverse Europe is a good and healthy thing. By the way, a correction if I may: you are quite right – my flag is not on my desk but it has never hitherto been an English flag, it has been the Union Jack which is the British flag.

Der Präsident. – Ich glaube, der Flaggenwart ist dem belgischen Streik zum Opfer gefallen. Der kommt ja sonst immer und teilt die Flagge aus und sammelt sie donnerstags wieder ein. Beim nächsten Mal habt ihr wieder den Union Jack.

Jonathan Arnott (EFDD). – Mr President, at the last Strasbourg session, you ruled in favour of a group which was displaying flags, displaying signs which claimed opponents were racist, homophobic and all kinds of things, and in the same breath, you criticised the flags, the national flags, that were on our desks. Now, I have had a look at the rules since then, and Annex 15 to the Rules of Procedure of the European Parliament states that visual displays will be tolerated provided they are not offensive or defamatory. Now I think that 'racist' and 'homophobe' are allegations which are defamatory. Although I expect it sometimes of the hard-left Green group, perhaps others in this group do not.

Mr President, could you tell us please: is the British flag in your opinion offensive or defamatory? What was the reason for your attacking it?

(Applause)

Der Präsident. – Nein, die britische Flagge ist nicht beleidigend. Ich habe nur festgestellt, dass Sie offensichtlich heute keine mitgebracht haben. Sonst sind wir ja seit vielen Jahren daran gewöhnt, dass Sie hier Ihre Fahne vorantragen. Das hat hier nach meinem Kenntnisstand weder einer meiner Vorgänger noch ich selbst beanstandet.

Übrigens will ich Ihnen einmal etwas sagen: Sie haben sich darüber beschwert, dass andere Leute hier Plakate hochhalten. Ihre eigene Fraktion hat in der von Ihnen genannten Sitzung in Brüssel zumindest zur Hälfte – der italienische Teil Ihrer Fraktion – Plakate hochgehalten. Ich hätte mir gewünscht, Sie hätten da auch protestiert.

Gerolf Annemans (NI). – Voorzitter, ik als Belg kan in ieder geval meneer Farage en zijn fractie troosten, want van de socialistische staking in België is hij dus niet het enige slachtoffer, maar ook alle Vlamingen die graag die dag waren gaan werken. Hoe dan ook, te veel is te veel.

Als vurig minnaar van Europa en pleitbezorger van Europese samenwerking tussen onze lidstaten, maar tegelijk als kritisch en sceptisch volksvertegenwoordiger ten aanzien van uw concept van de Europese Unie, was ik in feite wel verheugd met het voornemen van de Commissie om haar wetgevende prioriteiten en initiatieven te beperken. Zelf ben ik bijvoorbeeld een actieve afvalrecycleerder en ik heb Vlaamse initiatieven in die richting altijd zoveel mogelijk ondersteund als actieve burger en ook als politicus. Maar wat het voordeel is van een Europese betutteling op dit vlak, lijkt mij volstrekt onduidelijk en ongewenst en in ieder geval overbodig. Men kan meer bereiken door vrijwillige afspraken, eventueel gestimuleerd door handelsafspraken.

De energie die u in een dwingend systeem stopt ten aanzien van landen die niet willen of kunnen volgen, zal leiden tot onbegrip en kost meer geld dan wat anders. Het voordeel van de rel rond de evaluatie die u nu maakt, is trouwens dat opnieuw duidelijk wordt welk een grote en uitgebreide bevoegdheid de Europese Commissie wel heeft. Ik vind het niet logisch dat wetgeving in die bureaucratische Commissie wordt opgesteld en ook niet dat over zoveel zaken als wat nu op tafel liggen, wetgeving moet komen bovenop en los van de lidstaten.

Dienstag, 16. Dezember 2014

Het is allemaal veel te ver gegaan en veel te ver gekomen en de enige reden waarom ik u zou kunnen aanbevelen om niet te schoffelen in uw bevoegdheden en in uw stapels wetgeving zou zijn – ironisch gezegd – omdat wie alles wil doen, uiteindelijk niets meer kan doen. Dat zou immers wellicht nog het beste zijn.

Der Präsident. - Herr Kollege Arnott, Sie hatten sich zur Geschäftsordnung gemeldet.

Jonathan Arnott (EFDD). - Mr President, as you well know, my colleagues in the Italian Five Star Movement put up signs which were not offensive or defamatory. My point to you is that the Rules of Procedure must be applied equally to all, impartially, and that all groups should be afforded the same respect and impartiality by the Chair. That is simply what I am asking for. Do you believe that these proceedings should be chaired in an impartial and neutral way? If offensive slogans over that side are not allowed but then, when we raise it, you complain about non-offensive slogans on our side of the House, it comes across to us as being anything other than impartial.

Der Präsident. - Vielen Dank für Ihren Hinweis.

Andrzej Grzyb (PPE). - Panie Przewodniczący! Bardzo się cieszę z deklaracji przewodniczącego Komisji, że program i jego prezentacja to dopiero początek debaty, a nie koniec. Wbrew pojawiającym się zapowiedziom wcale nie uważam, że ta Komisja jest zakurzona i nic się w niej nie zmieniło. Przyjmuję z ogromnym zadowoleniem fakt, że celem Komisji jest lepsze prawodawstwo. Zgadzam się, że potrzebny jest przegląd prawa wspólnotowego. Należy zadać pytanie, czy *acquis communautaire* nie dubluje się, gdzie są luki w tymże prawie, które utrudniają nam działalność, które należy uzupełnić, a gdzie są rezerwy, które wzmacniają przede wszystkim wzrost gospodarczy czy spójność społeczną.

Po drugie, przegląd w związku z przejściem części programu z poprzedniej Komisji wymaga szybkiej decyzji, aby Parlament nie był w niepewności co do losów projektów, nad którymi już rozpoczęliśmy pracę – m.in. nad pakietem dotyczącym czystego powietrza czy pakietem odpadowym.

Po trzecie, chciałbym wesprzeć wskazane priorytety Komisji Europejskiej, w szczególności zaś unię energetyczną. Należy bowiem przyznać, że kwestia bezpieczeństwa dostaw energii, likwidacja wysp energetycznych, rozwój infrastruktury przesyłowej czy dywersyfikacja dostaw są niezwykle ważne, w szczególności w kontekście kryzysu, który rozgrywa się na wschodzie Europy. Ponadto ważne jest funkcjonowanie rynku wewnętrznego, w tym – podkreślam z całym naciskiem – swoboda przepływu osób czy wdrożenie dyrektywy usługowej, podobnie jak agenda cyfrowa jako podstawa m.in. szybkiego i inteligentnego wzrostu czy rozwój przedsiębiorczości, szczególnie małych i średnich przedsiębiorstw, wraz z całym prezentowanym pakietem inwestycyjnym.

Za bardzo ważne uznaję również opodatkowanie zysków w miejscu powstawania. Znamy bowiem przykłady transferów, szczególnie na początku transformacji takich krajów jak mój, z krajów, gdzie zysk został wytworzony, do krajów pochodzenia firm, które działały na danym terenie. No i ostatnia sprawa: kwestia gospodarki cyrkulacyjnej i jej relacji z innymi priorytetami, np. z bioekonomią, która już wcześniej zapisana została w Strategii „Europa 2020”.

PUHETTA JOHTI OLLI REHN

varapuhemies

Maria João Rodrigues (S&D). - Mr President, the first work programme is certainly very important because it is important to set a new direction for Europe and to set a new level of ambition. If we want to focus on a strong idea for this new direction for Europe, then it is certainly to restart the job creation machine in Europe. This machine is not working and we need to restart job creation in order to overcome the stagnation trend we are in, in order to overcome economic and social divergences between Member States, and in order to pave the way for new activities: a green transition, a smart and innovative economy.

Dienstag, 16. Dezember 2014

But for that we really need to change direction and we are waiting for a Commission that pushes for a new policy mix; where we have fiscal consolidation but where the top priority is certainly growth; where we have reforms but reforms to enhance growth potential and not just to cut public spending; where, most of all, investment is a top priority, and this means having an investment plan which is able to support strategic projects, which are missing in Europe. This also means having a fiscal rule with more room for investments and this, we know very well, means having a credible agenda to tackle tax avoidance and to exclude harmful tax competition.

This is the level and ambition we are waiting for. Let me just underline that you also hold a historic task in your hands which is to complete the economic and monetary union.

(The speaker agreed to take a blue card question under Rule 162(8))

William (The Earl of) Dartmouth (EFDD), *blue-card question*. – Thank you for taking this blue card question, Ms Rodrigues, and thank you, Mr President, for seeing it on this occasion. Ms Rodrigues, you mentioned in your remarks the importance of job creation. Do you consider that the existence of the euro, the one-size-fits-all currency, and the eurozone, help job creation or hinder job creation?

Rodrigues, Maria João (S&D), *blue-card answer*. – I do not think the problem is with the euro, the euro can become a strength for European Union Member States; the problem is that our economic and monetary union is deeply imbalanced. We need to complete the banking union, we need to have proper coordination to support demand with supply in deficit countries and most of all we need to build up a real fiscal capacity. With these conditions I think we can again deliver high job creation and better standards in the euro area.

Andrzej Duda (ECR). - Szanowni Panowie Przewodniczący! Padły dzisiaj tutaj na tej sali już kilkakrotnie – najpierw z ust pana przewodniczącego Timmermansa, teraz z ust pani poseł – bardzo ważne stwierdzenia, a mianowicie, że dzisiaj naszym wielkim obowiązkiem w Unii Europejskiej jest stanowcza walka z bezrobociem. Jest to zjawisko bardzo negatywne, które dotyka dzisiaj przede wszystkim ludzi młodych i tworzenie dla nich perspektyw rozwoju, które umożliwi im godne życie w naszych krajach, w krajach Unii Europejskiej, a nie wyjeżdżanie poza nią w poszukiwaniu miejsc pracy – bo nie jest to sposób na walkę z bezrobociem – to dzisiaj wielka perspektywa. W styczniu 2014 r., a więc jeszcze niecały rok temu, poprzednia Komisja Europejska wydała komunikat mówiący o konieczności odrodzenia przemysłu europejskiego. Także w wystąpieniach jeszcze wtedy kandydatów na komisarzy europejskich, m.in. pani Elżbiety Bieńkowskiej, obecnie już komisarz, mowa była o potrzebie reindustrializacji. W związku z tym trzeba sobie zadać kilka pytań, panowie przewodniczący, a mianowicie – mowa o odrodzeniu przemysłu i reindustrializacji – rozumiem, że chodzi o to samo w Europie. Co zostało w tej sprawie zrobione od stycznia 2014 roku? Do tej pory pozostaje to w sferze postulatów. Jak mają się do tego kwestie ograniczeń związanych z klimatem? Unia podejmuje zdecydowane kroki w tych sprawach, natomiast nie są podejmowane jak do tej pory żadne działania w kwestii reindustrializacji, budowy nowych miejsc ..

(Przewodniczący odebrał posłowi głos.)

(Mówca zgodził się odpowiedzieć na pytanie zadane przez podniesienie „niebieskiej kartki” (art. 162 ust. 8 Regulaminu))

David Coburn (EFDD), *blue-card question*. – Do you agree with me – I am following on from what Ms Rodrigues was saying – that governments do not create jobs? Business creates jobs, not governments. This may be a novel idea for this pan-European socialist assembly, but that is why people are queuing up to get into England, Scotland and Ireland, and they are not queuing up at the borders to get into Europe.

Andrzej Duda (ECR), *odpowiedź na pytanie zadane przez podniesienie niebieskiej kartki* - Panie Przewodniczący! Mam krótkie pytanie: kiedy wreszcie zobaczymy jakieś rozwiązania legislacyjne dotyczące reindustrializacji? Kiedy zobaczymy, panowie przewodniczący, jakiś plan działań Komisji Europejskiej, który zostanie nam zaproponowany? To jest rzecz, która dzisiaj najbardziej mnie interesuje, bo to jest sposób na walkę z bezrobociem, sposób na dalszy rozwój Europy, sposób na wyjście z kryzysu gospodarczego. Jeżeli gdzieś mamy generować pieniądze, powinny one iść właśnie w tym kierunku. I ostatnie pytanie: jakie to będą pieniądze? Dziękuję bardzo.

Dienstag, 16. Dezember 2014

Pavel Telička (ALDE). - Mr President, Mr Vice-President, the debate has returned from a sitcom to a real debate, and if you allow me, I will continue along those lines. You have introduced to us the programme, a version of which was leaked a few days ago. This was fine, it was advance notice so we could be prepared. But on the other hand, I hope that the information that this programme has been driven by the services and the Secretariat General is not a leak, but just gossip, because what we expect from a political Commission is very thorough political work.

Now on the programme: it is a good paper. It is still general, of course, and we will have to get down to the nitty-gritty, but I think that it addresses a number of issues. On the other hand, what I notice in the plan is that we also somehow slightly neglect other issues which are of daily concern to citizens. The economic and social agenda is definitely among these, but there are other issues which may be less prominent.

Now on the investment plan: I really regret that the Commission, at least at this stage, missed an opportunity to link the benefits which the investment plan is to bring with the structural changes which need to occur in the Member States. I would be looking for conditionality, in other words. Now in terms of better regulation, I think that this is a good first step that we have seen today. I am a little bit concerned as to whether we will see a real system soon enough; this is what I am looking for and what I am missing in the plan. There is no system; there are no targets; there are no benchmarks. We need to look at its complexity.

A final remark: we are currently in the process of withdrawing legislation. Hopefully this is the right thing to do, but I would expect that this process would be based on impact assessments. Legislative initiatives have to be based on impact assessments, and so should their withdrawal. I am not sure I understood it; I would appreciate a clarification on that. It is a good start, but as a cornerstone we would be really looking for a solid system that would bring better regulation.

Josu Juaristi Abaunz (GUE/NGL). - Señor Presidente, ustedes hablan de restaurar la confianza, nos piden que creamos en su Comisión como si se tratara de una cuestión de fe, aseguran que esta vez es diferente.

He escuchado atentamente sus palabras y leído la Comunicación, y lo cierto es que busco y no encuentro razones para transmitir a la ciudadanía un mensaje de confianza hacia ustedes.

Enamorarse de Europa y de sus gentes es fácil, pero enamorarse de esta Unión Europea no tiene nada que ver con eso. Hay que vigorizar el principio de subsidiariedad, correcto, pero me temo que, en algunos aspectos fundamentales —por ejemplo, el medio ambiente—, la Comisión está escurriendo el bulto —o eso parece—, por mucho que nos anuncien programas mucho más ambiciosos. Porque de nuevo parece una cuestión de fe, porque no conocemos esas propuestas tan ambiciosas.

Un último apunte sobre el cambio democrático que dice impulsar. Dice apostar por la transparencia: vale, tomo nota. Veremos. Pero eso no es suficiente para restaurar la confianza de la ciudadanía. La ciudadanía necesita otro modelo, otra Europa, y ser arte y parte de ese cambio, y no veo nada de eso en su programa.

Jill Evans (Verts/ALE). - Mr President, like many colleagues I was shocked last week to hear that the Commission was proposing to scrap two new environmental laws on clean air and recycling targets which sent out a very negative message to those who expect the EU to take the lead in environmental action.

I know from my own experience in Wales that these are crucial public health issues and create thousands of green jobs, so we will take as a promise that you will bring forward more ambitious proposals and we will wait for those with interest. I was encouraged, however, to see that the Swansea Tidal Lagoon was included in the indicative project list for investment. It will not only be a source of renewable power for generations to come, but also a catalyst for investment in jobs: world leading technology being developed with the real involvement and the support of the local community. That is the kind of sustainable job-creating investment we really need to see in the future.

Piernicola Pedicini (EFDD). - Signor Presidente, onorevoli colleghi, anche io come l'on. Lambert, ho una formazione scientifica e una certa tendenza a guardare le cifre: ne do alcune. L'inquinamento atmosferico è la causa di oltre 400 000 mila morti premature ogni anno e la Commissione Juncker cosa fa? Ritira dal suo piano di investimenti in pacchetto «Aria pulita». Secondo le stime della stessa Commissione, un uso efficiente delle risorse può creare 580 000 nuovi posti di lavoro, rendendo l'Europa più competitiva e riducendo la domanda di risorse, che sono sempre più scarse e costose. Ma la Commissione Juncker cosa fa? Ritira dal suo piano di investimenti il pacchetto sull'economia circolare.

Dienstag, 16. Dezember 2014

Perdiamo ogni anno circa 600 milioni di tonnellate di materiali contenuti nei rifiuti, che potrebbero essere riciclati o riutilizzati. Questi materiali potrebbero apportare un risparmio netto di 600 miliardi di euro ogni anno, riducendo al tempo stesso le emissioni totali di gas serra dal 2% al 4% all'anno. Ma la Commissione Juncker cosa fa? Ritira dal suo piano di investimenti la direttiva sui rifiuti.

Nei nostri sistemi sanitari si concentrano una miriade di sprechi e truffe che gravano pesantemente sulle tasche dei cittadini? La Commissione Juncker cancella il dossier sulla trasparenza del prezzo delle medicine. Viviamo un periodo di estrema crisi economica con cittadini che sono costretti all'elemosina e imprenditori che si suicidano? La Commissione Juncker butta via anni e anni di lavoro di centinaia di dipendenti che hanno preparato quelle proposte e spreca un mare di risorse pubbliche utilizzate per finanziare studi vari, valutazioni di fattibilità, valutazioni di efficacia.

Onorevoli colleghi, noi non ce la prendiamo con questa Commissione perché sono i nostri nemici e sono i nemici dei cittadini e sapevamo che avrebbero fatto tutto questo. Noi ce la prendiamo con voi, con quei membri di questo Parlamento che li hanno votati che continuano a sostenerli e che non si indignano per tutto questo schifo che state vedendo.

Κωνσταντίνος Παπαδάκης (NI). - Κύριε Πρόεδρε, το Πρόγραμμα της Επιτροπής για το 2015 αποτελεί μέσον κλιμάκωσης της επίθεσης κατά των λαών της Ευρώπης και εργαλείο για την ανάκαμψη της κερδοφορίας των επιχειρηματικών ομίλων με μόνιμη, ακόμα πιο αυστηρή πλέον επιτήρηση.

Δίνετε προίκα στα μονοπώλια ακόμα περισσότερα κεφάλαια για επενδύσεις, με βασική προϋπόθεση πάμφθινους εργάτες με ελαστικές εργασιακές σχέσεις. Η ενεργειακή ένωση, η ενιαία ψηφιακή αγορά, το ελεύθερο εμπόριο με τις Ηνωμένες Πολιτείες και οι άλλες αναδιαρθρώσεις ανοίγουν νέα πεδία κερδοφορίας για τις επιχειρήσεις και φέρνουν νέα δεινά στον λαό. Οι λεγόμενες «αγορές», δηλαδή το κεφάλαιο, ούτε «πειθεται» ούτε «εξευμενίζεται», μόνο ανατρέπεται αυτό και η εξουσία του.

Χρειάζεται σήμερα άμεση λαϊκή παρέμβαση, τώρα, για να ανακτηθούν οι απώλειες, για ζωή χωρίς «αγορές», Ευρωπαϊκή Ένωση και μονοπώλια, με τον λαό πραγματικό αφεντικό στον τόπο του.

Jerzy Buzek (PPE). - Panie Przewodniczący! Panie Przewodniczący Komisji! Panie i Panowie Wiceprzewodniczący! Komisarze! Mówimy o programie dla Unii Europejskiej na następny rok. To bardzo ważne, bo ten program musi być realistyczny, i dziękuję za takie podejście. To, do czego się zobowiązujemy, musi zostać wykonane – to najważniejsze, ale rozumiemy także, że jeżeli coś nie znalazło się w programie na następny rok, będzie realizowane w kolejnych latach. Chcielibyśmy usłyszeć zobowiązanie Komisji, że te sprawy nie przepadają, tak jak to ustaliliśmy w dziesięciopunktowym programie.

Przejdę do pewnych konkretów. Wiele osób poruszało sprawę bezrobocia. Najważniejszą sprawą jest zapewnienie ludziom pracy – to prawda. Akurat komisja, której przewodniczę, opracowuje kilka punktów, które mogą zapobiec bezrobociu lub je zmniejszyć. Po pierwsze, energia – to oczywiste, była o niej mowa. Potrzebujemy także tańszej energii, otwarcia na rynek amerykański, bezpieczeństwa dostaw, możliwości korzystania z rodzimych źródeł energii, a także z nowych technologii. Drugą sprawą – dziękuję za podkreślenie tego – jest rynek cyfrowy: rozmowy trójstronne powinny się rozpocząć jak najszybciej; musimy naciskać na Radę. I trzecia sprawa – moim zdaniem bardzo ważna – to mapa drogowa naszej polityki przemysłowej. Dzięki reindustrializacji, która była tak ważna pod koniec działania poprzedniej Komisji, możemy także wzmocnić małe i średnie firmy i dać ludziom pracę. Czekamy zatem na mapę drogową.

Udo Bullmann (S&D). - Herr Präsident, Herr Kommissionspräsident, Herr stellvertretender Kommissionspräsident! Sie haben angekündigt, diese Kommission politischer zu machen. Dafür sind Sie nicht zu tadeln, ganz im Gegenteil. Das, worüber wir heute reden, ist, ob das schon klappt, auf welchem Wege wir das gemeinsam erreichen können.

Wir können nicht sagen, was genau Ihre Vorstellungen zum Arbeitsprogramm sind, weil Sie sie uns heute nicht vorlegen. Aber das Dokument, was letzte Woche geleakt wurde, weist das noch nicht hinreichend aus – in vielen Belangen bei weitem noch nicht. Ich weiß nicht genau, woran das liegt, aber darüber sollten wir reden.

Dienstag, 16. Dezember 2014

Ich will Ihnen das an einem einzelnen Beispiel zu erläutern versuchen. Dieses Haus hat in der vergangenen Wahlperiode durchgesetzt – in der Bankenregulierung mit dem Bericht des Kollegen Karas –, dass alle Finanzinstitute ab 2015, ab dem kommenden Jahr, Land für Land nachweisen müssen, wo sie welche Gewinne machen und wo sie welche Steuern bezahlen.

Das ist ein gutes Prinzip. Da sitzt der Kollege Karas, der hat aufmerksam zugehört, den haben Sie begrüßen können, der hat das für die Europäische Volkspartei durchgesetzt. Da sitzt der Kollege Lamberts, der gesprochen hat. Der hat das durchgesetzt für die Grüne Fraktion. Ich war Schattenberichterstatter der Sozialdemokraten, wir haben das durchgesetzt für die Sozialdemokraten. Ist es so unbillig, wenn meine Fraktion von Ihnen heute, angesichts der Diskussion, die wir über Steuervermeidungspraktiken haben, erwartet, dass wir das endlich auf alle multinationalen Konzerne ausdehnen?

Warum gibt es diesen Vorschlag nicht in Ihrem Arbeitsprogramm? Er würde über Nacht dafür sorgen, dass viele Vermeidungspraktiken aufhören zu existieren und dass wir endlich faire Besteuerung und Gerechtigkeit für die Steuerbürger in Europa durchsetzen können. Sie sagen, ich nehme an, das ist eine neuere Entwicklung, es gibt bis zum Juni des kommenden Jahres ein Aktionsprogramm. Ich hoffe sehr, dass das in diesem Aktionsprogramm enthalten sein wird. Es ist ein gutes Beispiel dafür, wie wir besser arbeiten könnten, wenn wir uns zuhören, aufeinander zugehen und wenn wir im Dialog sind. Sie wollen Partner, Sie haben Partner. Aber das ist keine Einbahnstraße. Wir haben Erwartungen an diese Kommission.

Hans-Olaf Henkel (ECR). - Herr Präsident, Herr Kommissionspräsident! Ihr Programm wurde vorhin vom Vertreter der EPP als ein Weihnachtsbaumvorgestellt und der Vizepräsident hat dort zehn Kerzen angesteckt. Das sind Ihre zehn Prioritäten. Ich muss Ihnen sagen, ich habe ein Problem mit Ihrer fünften Priorität, nämlich der Vertiefung der Währungsunion. Eigentlich ist es ja jedem klar: Die Weltwirtschaft wächst schon seit einiger Zeit stärker als Europa, Europa wächst stärker als die Eurozone. Wir haben also ein Problem besonders in der Eurozone.

Ich kann mir nicht helfen, ich muss Sie daran erinnern, dass der Euro viel zu stark für den Süden Europas – einschließlich Frankreichs – ist und viel zu schwach für Deutschland. Man kann das an der Jugendarbeitslosigkeit in Südeuropa sehen oder am Exportüberschuss in Deutschland. Ich frage mich: Wann hören wir auf, die unterschiedlichen fiskalischen und ökonomischen Kulturen in Europa den Bedürfnissen einer Einheitswährung unterzuordnen, und wann fangen wir an, eine Währung zu schaffen, die diesen Kulturen entspricht?

Marielle de Sarnez (ALDE). - Monsieur le Président, vous avez décidé de faire de la politique – ce qui est une bonne nouvelle – et je vous en suis reconnaissante! Oui, l'Europe doit se recentrer sur l'essentiel et il est bien temps.

L'essentiel, c'est d'abord, évidemment, l'économique et le social. Votre plan d'investissements va dans le bon sens. Mais il faut aller plus loin, mettre sur la table un calendrier d'harmonisation fiscale, créer un environnement vraiment stable pour les entreprises et progresser enfin vers la gouvernance économique de la zone euro.

L'autre grande priorité, c'est que l'Europe retrouve une capacité à répondre aux grandes questions du monde, sur les plans du climat, de la politique commune en matière d'immigration, de vraies politiques étrangère et de défense. On voit aujourd'hui l'état du monde et le danger qui y règne, notamment avec ce qu'il s'est passé au Pakistan, auquel nous pensons tous en cet instant.

Concentrons-nous donc sur ces deux grands domaines et ces deux grandes priorités, et avançons concrètement pendant cinq ans. Nous pouvons changer la donne et montrer à nos concitoyens que l'Europe leur apporte une vraie plus-value, pour autant que l'Europe se décide à exister vraiment.

Δημήτριος Παπαδημούλης (GUE/NGL). - Κύριε Πρόεδρε, κύριε Juncker, είναι στο πρόγραμμα της Επιτροπής οι ωμές επεμβάσεις στις εσωτερικές πολιτικές υποθέσεις των κρατών μελών;

Πριν λίγες ημέρες, μιλώντας για την Ελλάδα, υποδείξατε στους Έλληνες να ψηφίσουν τα δικά σας οικεία πρόσωπα και να μην κάνουν λάθος.

Με συγχωρείτε, αυτό δεν είναι δική σας δουλειά! Θα τολμούσατε να κάνετε, παραμονές εκλογών, μια τέτοια δήλωση για τη Γερμανία ή το Ηνωμένο Βασίλειο; Δεν θα μπορούσατε να σταθείτε ως Πρόεδρος της Επιτροπής ούτε 24 ώρες!

Dienstag, 16. Dezember 2014

Πότε αποφάσισε κάτι τέτοιο η Επιτροπή; Με βάση ποια άρθρα των Συνθηκών;

Ακούστε, το κόμμα μου, ο ΣΥ.ΡΙΖ.Α, αγωνίζεται για λύσεις μέσα στην ευρωζώνη, με ανάπτυξη, με δικαιοσύνη, με βιώσιμο χρέος, με κράτος δικαίου, με ισχυρό κοινωνικό κράτος. Ακραία δεν είναι αυτή η πολιτική αλλά η πολιτική της Τρόικας, που εσείς υποστηρίζετε, που φέρνει ανεργία, ύφεση, ανισότητες, έκρηξη συνοχής και αποπληθωρισμό.

Μας υποσχέθήκατε αλλαγές ξεκινώντας. Αλλά ολοένα και περισσότερο μοιάζετε με δίδυμο αδελφό του κ. Barroso.

(Χειροκροτήματα)

Pascal Durand (Verts/ALE). - Monsieur le Président, Monsieur Timmermans, il est parfois bon de revenir aux fondamentaux et de savoir pourquoi nous sommes ici.

Si nous sommes ici, c'est d'abord et avant tout pour porter ensemble le projet européen, celui d'une civilisation qui a toujours recherché cet équilibre entre la qualité de la vie et la capacité, pour le plus grand nombre d'entre nous et des citoyens, de pouvoir la gagner.

Le pouvoir d'initiative, qui appartient à la seule Commission, vous confère une responsabilité toute particulière, celle de privilégier l'intérêt général européen, à savoir de rechercher en permanence un équilibre entre le social, l'environnement et l'économie.

En portant directement atteinte, à travers les questions de la qualité de l'air, de l'économie circulaire et, par exemple, du travail des femmes enceintes, vous porteriez atteinte à cet équilibre et au contrat social européen. Il est encore temps de revenir sur cette situation et de reprendre à votre compte cet intérêt général.

Peter Lundgren (EFDD). - Herr talman! Jag skulle vilja börja med att kanske utropa Grattis eller varför inte Bingo åt Herman Van Rompuy: 730 000 euro i pensionspengar de kommande 3 åren; ett direkt hån mot varenda skattebetalare i medlemsländerna. I denna tid av arbetslöshet som bara eskalerar till allt värre nivåer drar Herman Van Rompuy jackpot, åter igen med skattebetalarnas pengar. Nu vill Jean-Claude Juncker fokusera på att återuppbygga förtroendet och tilliten hos de europeiska invånarna och då vill jag fråga. Hur ska det gå till?

Genom att låta dem betala ännu mer skatt för att låta avdankade politiker från EU få horribla pensionsavgångar för att kunna fortsätta sina lyxliv på skattebetalarnas bekostnad? En annan prioritet från Jean-Claude Junckers arbetsprogram för 2015, det är en ny policy för migration. Där är det väl så att det är en fråga för de enskilda medlemsländerna att ta ställning till, och inte EU, eller har ni idag tänkt tvinga på medlemsländerna en invandring man inte kan hantera?

Det finns idag inte tillräckligt med jobb för invånarna i EU:s medlemsstater. Trots detta vill man nu alltså ha en EU-policy angående invandringen. Det finns varken bostäder eller arbete till dem som redan finns i EU-länderna, och som vanligt kommer det att bli den vanliga arbetaren som kommer att få betala för den aldrig sinande strömmen av misslyckade förslag som kommer från den här kammaren. Jag tror inte ens att det är möjligt att återupprätta förtroendet och tilliten. Mindre än 43 % av alla röstberättigade deltog i förra EU-valet, så jag vill nog påstå att folket redan tappat allt förtroende för denna inrättning.

(Applåder)

Mario Borghesio (NI). - Signor Presidente, onorevoli colleghi, nella sua esposizione il Presidente Juncker ha illustrato, come fiore all'occhiello, il punto relativo alla lotta all'evasione fiscale, all'equità e alla promozione dell'equità fiscale. Strano però che in tutto il programma non si legga niente di preciso. Magari una piccola direttiva che illustri come egualmente si possa lottare e fare prevenzione nei confronti di traffici, anomalie, leggi o leggine, come quelle che ci hanno deliziato in questi anni e che hanno favorito la massiccia evasione fiscale delle multinazionali a danno dei contribuenti onesti.

Dienstag, 16. Dezember 2014

Ora, c'è un fatto, caro Presidente Juncker. C'è un paese, membro dell'Unione europea, in cui non solo non ci sono provvedimenti in questo senso ma, addirittura, si perseguono i cittadini onesti e questo paese è il suo, caro Presidente Juncker, se è vero che nel Lussemburgo si è aperta addirittura un'inchiesta a carico di Antoine Daltour, cioè dei cittadini onesti, del funzionario onesto, che ha svelato questo scandalo vergognoso che avrebbe dovuto impedirle di diventare Presidente della Commissione europea. Complimenti!

Credo che la strada da percorrere sia assolutamente diversa, cioè quella di liberare i nostri paesi dalla prigione dell'euro per ridare ai nostri popoli la sovranità monetaria e liberarci dai frequentatori del Bilderberg, della Trilaterale, come voi.

Constance Le Grip (PPE). - Monsieur le Président, Monsieur le Président Juncker, Monsieur le premier Vice-président Timmermans, nous avons bien entendu votre volonté de vous concentrer sur quelques grands objectifs et priorités, de recentrer le travail de la Commission européenne sur l'essentiel.

Au nom de la délégation française du groupe PPE, je voulais souligner ce que seraient, pour nous députés européens français du groupe PPE, deux grandes priorités essentielles: une politique commune européenne de l'asile et de l'immigration et une stratégie européenne commune pour l'énergie. Nous attachons une importance particulière à ce que, au cours de l'année 2015, soient menées des avancées substantielles sur ces deux axes prioritaires. En ma qualité de coordinatrice PPE au sein de la commission des droits de la femme, je voudrais évoquer rapidement deux dossiers importants.

Le premier concerne l'une des priorités du groupe PPE, le projet de directive *Women on Boards*. Nous souhaitons appeler instamment la Commission européenne à peser, autant que faire se peut, sur les négociations en cours au sein du Conseil pour mener à bien le projet de directive relative à une plus forte représentation des femmes au sein des conseils d'administration des grandes entreprises cotées, dite *Women on Boards*. Nous avons voté, au Parlement européen, un compromis raisonnable et équilibré, et le groupe PPE y avait largement contribué. Nous souhaitons vraiment que ce dossier puisse être mené à bien au cours de l'année 2015.

En ce qui concerne le projet de directive sur le congé de maternité, nous vous avons également bien entendus. Vous avancez, à mon sens, de manière lucide, réaliste et raisonnable. Nous avons bien pris note de l'idée d'envisager un retrait, si aucun mouvement ou aucune initiative substantielle ne se dégagent dans les six mois. Nous prendrons néanmoins garde à ce qu'il n'y ait aucun recul de la cause des femmes, de manière générale, dans les prochains mois, au regard des prochains axes de travail de la Commission européenne.

Glenis Willmott (S&D). - Mr President, I would like to start by thanking Mr Juncker for coming to present his work programme to this Parliament – although it would have been nice, to be honest, if it had been presented here first rather than having been leaked to the press. After listening intently to your proposals, I do have a couple of observations.

My first observation is on the issue of tax havens. I welcome the fact that you recognise the problems we face in your work programme, though I have got to be truthful, the cynic in me does wonder if this would have been included if it were not for the recent LuxLeaks scandals.

Mr Juncker, this Parliament made it clear last year that we wanted immediate action to tackle tax evasion, outlining priority areas such as country-by-country reporting and blacklisting for tax avoiders. That was last year, and so far we have seen little action. In that time, citizens across the EU have continued to see their wages cut, health services cut, public services cut. Day by day, week by week, people from all over Europe, who continue to pay their taxes, have seen their living standards squeezed. Yet in this time we have continued to allow large corporations to avoid paying their dues, avoid paying what they owe and avoid living up to their responsibilities. We need legislation now. No longer can we turn a blind eye to tax injustice.

My second observation is in regard to the scrapping of the air quality package. Mr Juncker, I warn you now. Kicking this legislation on air quality into the long grass will have serious implications for public health across the EU. Air pollution kills 400 000 people every year. To scrap legislation that could save so many lives is not just appalling, it is actually totally irresponsible. This will send a message to everyone that the EU is no longer interested in promoting progressive environmental health policy. I urge you, Mr Juncker, to reconsider this issue now.

Dienstag, 16. Dezember 2014

(The speaker agreed to take a blue-card question under Rule 162(8))

Bronis Ropė (Verts/ALE), *pakėlus mēlynąją kortelę pateiktas klausimas*. – Norėjau kolegės paklausti: iš tikrųjų per rinkimus ir dabar Europos Sąjungos gyventojai, kurie gauna mažesnes pajamas, labai viliasi ir tikisi, kad tiek nauja Komisija, tiek naujas Parlamentas padarys daug sprendimų, kurie duos didesnę perspektyvą. Kaip jūs manote, ar neturėtų būti naujojoje programoje siekis užtikrinti minimalias reikalingas darbinės pajamas, minimalų atlyginimą Europos Sąjungos ribose.

Glenis Willmott (S&D), *blue-card answer*. – I am not sure that is anything to do with what I said, but I would say in response that I do not believe in a Europe that is just for business. Europe has got to serve all its citizens, and that includes making sure that everybody has a decent standing of living too.

Ruža Tomašić (ECR) - Gospodine predsjedniče, predsjednik Juncker ima vrlo ambiciozan plan za Europu što je dobro jer nas samo ambicija i želja za istinskim napretkom mogu pogurnuti u pravom smjeru. Nadam se da je ta ambicija utemeljena na činjenicama, a ne na bajkovitim projekcijama koje će se jednoga dana u skorijoj budućnosti ispuhati kao balon od sapunice.

Ne bi bio prvi put da Komisija živi u nekom svom svijetu u kojem je sve u najboljem redu i u kojem nema potrebe za stvarnim reformama. No sada imamo novi sastav Komisije i novog predsjednika, pa bi bilo dobro i pošteno dati tim ljudima priliku da pokažu koliko mogu.

Želim vjerovati da će se Komisija doista ponašati sukladno riječima g. Timmermansa koji govori o Europi koja poboljšava život građana, a ne upliće se u njega. I o Europi koja poduzećima povećava konkurentnost, a ne opterećuje ih birokracijom. Ako pak odgovor Komisije na sve probleme bude - treba nam više Europe, bojim se da ćemo imati novu političku i gospodarsku krizu iz koje ćemo se jako, jako teško izvući.

Cecilia Wikström (ALDE). - Herr talman! Tack till kommissionens ledning för att ni är här och delar med er av era visioner för kommissionens arbete under 2015. Det är bra, men det kunde ha varit ännu bättre. Särskilt välkomnar jag prioriteringarna för reguljär migration som syftar till att göra EU mer attraktivt för arbetare, för studenter, för forskare och för investerare. Allt detta behöver vi för att se ekonomisk tillväxt, jobb och framgång i en globaliserad tid.

Men programmet borde ha inkluderat lagliga och säkra vägar för människor som måste fly undan krig och förföljelse. Bara så – genom att människor på ett säkert sätt kan ta sig hit – kan vi stoppa människosmugglarnas groteska framfart. Vi måste se till att Medelhavet inte blir den masskyrkogård som vi nu ser, med nästan 4000 människor bara i år som förlorat sina liv där.

Jag gläds också verkligen åt att se att vi nu får en digital inre marknad på plats, och jag hävdar att vi behöver se att kommissionen – jag vill lyckönska kommissionen – är modig och inte väjer för de konservativa krafter som inte vågar förnyelse.

João Ferreira (GUE/NGL). - Olhando para este programa vemos qual é o significado do tão propalado novo ciclo da Comissão Juncker. Um plano de investimentos que consiste em atribuir garantias públicas a um gigantesco programa de parcerias público-privado. Infraestruturas de interesse público que passam a funcionar numa lógica de rentabilização privada.

Condenar os jovens à precariedade e à emigração forçada. Ataques à segurança social. Mais liberalizações, desregulação do comércio, imigração seletiva. É simbólico que se deixem cair dossiês que podiam ainda representar algum tipo de avanço social, mesmo que ténue, como o da diretiva da maternidade. E é evidente o recuo, é flagrante o recuo nas questões ambientais.

A Comissão revela aqui a sua verdadeira face – comité de negócios do grande capital transnacional. Este programa não é nada mais, nada menos do que o caderno de encargos das grandes confederações do grande patronato europeu. Independentemente de quem se sente nessa cadeira, são eles quem puxa os cordelinhos.

Nada disto é futuro. Tudo é passado. Um passado negro que será, mais tarde ou mais cedo, inapelavelmente derrotado.

Dienstag, 16. Dezember 2014

Udo Voigt (NI). - Herr Präsident! Herr Kommissionspräsident Juncker, Sie sprachen davon, in einem Arbeitsprogramm mit 23 Investitionen die Zukunft Europas zu sichern. Ich habe 60 Sekunden, um zu fragen. Ich frage Sie zunächst einmal: Wo wollen Sie investieren, um die Ursachen der Migration zu bekämpfen, statt durch Integration und Legalisierung der Einwanderung den Druck auf den europäischen Arbeitsmarkt mit 24 Millionen Arbeitslosen noch zu erhöhen?

Sie sprachen davon, die Steuerflucht und den Steuerbetrug zu bekämpfen. Steuern, sagten Sie, müssen dort bezahlt werden, wo sie erwirtschaftet werden. Wie glaubhaft ist das nach Ihrem Luxemburger Modell? Soll die Steuergerechtigkeit dann auch für Arbeitnehmer oder nur für Unternehmer gelten?

Wo bleibt die Investition in die soziale Gerechtigkeit? Glauben Sie, die nationalen Unterschiede in Europa weiterhin mit der Einheitswährung Euro wirksam bekämpfen zu können?

Cristian Dan Preda (PPE). - Monsieur le Président, je m'exprime ici en ma qualité de coordinateur du groupe du Parti populaire européen pour les affaires étrangères et je suis très content, Monsieur le Président de la Commission, de découvrir dans votre programme de travail pour 2015, au rang des priorités, la révision de la politique européenne de voisinage, qui est aussi une priorité pour nous.

Nous travaillons d'ailleurs déjà sur cette question. C'est mon collègue, Édouard Kukan, qui gère le sujet – et nous avons reçu à ce propos un signal très positif de la part du commissaire Hahn. Je suis convaincu que nous travaillerons très bien ensemble d'autant plus que, ces dernières années, nous avons également été un peu surpris par les changements au Sud et à l'Est. Nous étions mal préparés et nous avons parfois eu, ici, au Parlement européen, le sentiment que nous n'étions pas très bien positionnés pour prendre certaines décisions.

Nous sommes ainsi conscients du fait qu'aujourd'hui, la réforme de la politique européenne de voisinage ne peut pas être une simple réforme cosmétique. Il faut essayer de répondre aux grands défis de notre temps et, effectivement, trouver un équilibre entre l'Est et le Sud.

J'aimerais aussi dire un mot sur l'accord avec les États-Unis, car ces négociations ont bien sûr une importance pour la croissance économique et les emplois, mais aussi en termes de politique. Ce partenariat est crucial pour nous et l'Europe sera un acteur mondial très fort si elle parvient à conclure ces négociations avec ses partenaires américains.

Patrizia Toia (S&D). - Signor Presidente, onorevoli colleghi, Presidente Juncker, Commissari, noi apprezziamo il punto di partenza, che è quello della discontinuità rispetto al passato. Però le diciamo che questo punto va portato fino in fondo. Soprattutto nel rapporto politico sostanziale con il Parlamento, se volete un'Europa più aperta ai cittadini, se volete che marciamo nella stessa direzione. Da questo punto di vista non ci siamo, come ha detto il nostro collega Guerrero.

Allora, accanto allo sforzo di selezione, che va bene, anche divisione più organica dei singoli provvedimenti attorno alle priorità; accanto alla *better regulation*, noi vogliamo una *better implementation*. C'è troppa elefantiasi burocratica, troppe procedure inulti, troppo esternalizzazione del lavoro. Ci vuole anche più trasparenza. Ma quello che voglio dire sostanzialmente del contenuto è che, se centrale ed immediata sarà la realizzazione del piano di investimenti, che porta il suo nome, Presidente Juncker, si devono subito, però, anche affrontare i nodi della politica economica. Non ci sarà investimento e crescita se non si correggeranno alcune cose.

Stamattina abbiamo fatto un dibattito interessantissimo sulla flessibilità, sulla revisione delle regole o sulla realizzazione, con un diverso approccio delle regole vigenti. Vogliamo rassicurarvi e vorrei che quanto affermato nel dibattito di questa mattina si riflettesse nei primi atti della Commissione. Circa il documento sulla flessibilità che aspettiamo tutti come una specie di *cadeau* post-natalizio, noi vogliamo – parlo a nome del mio paese, 40% degli elettori italiani ha scelto il mio partito che ha fatto una proposta di Europa più forte ma di Europa diversa – una flessibilità che sia intelligente, cioè utile all'obiettivo comune della crescita; vogliamo buoni investimenti, buona spesa, quindi una flessibilità che aiuti la crescita del PIL e non che rovini le finanze pubbliche. Smettetela di pensare a una flessibilità che va in spesa pubblica inutile! Si parla di una flessibilità sugli investimenti, sul cofinanziamento dei progetti dentro l'Agenda 2020, sul cofinanziamento dei progetti del piano Juncker, su quelli dei fondi strutturali. Ecco, questo dibattito deve essere contenuto già nei primi atti della Commissione.

Dienstag, 16. Dezember 2014

Poi vogliamo più iniziative sociali. Quella tripla A c'era piaciuta molto. Vogliamo lavorare per quella. Vogliamo iniziative per la cultura, per l'economia sociale, il ritiro delle Fondazioni e infine, in relazione ai punti specifici, mi ricollego a quegli obiettivi ambientali che già i miei colleghi hanno richiamato.

Arne Gericke (ECR). – Herr Präsident! Herr Kommissionspräsident, ich begrüße Ihren Ansatz im Arbeitsprogramm der EU-Kommission für 2015, einen Neuanfang zu wagen.

Dafür habe ich Ihnen persönlich mein Vertrauen gegeben. Aber es soll hier nicht nur um mich gehen. Ich war in den vergangenen Wochen viel in meinem Wahlkreis in Deutschland unterwegs und habe die Leute oft gefragt: „Wenn ich Präsident Juncker treffe, was soll ich ihm sagen?“

Fünf Anliegen möchte ich hier an Sie weitergeben: Zwei junge Auszubildende aus Frankfurt, die Jahr für Jahr die Weihnachtszeit als freiwillige Helfer in einem Flüchtlingscamp arbeiten, meinten: Ändert eure Flüchtlingspolitik, findet gemeinsam europäische Regeln, die wirken und den Menschen helfen.

Eine junge Familie mit drei Kindern aus St. Ingbert sagte: Sorgen Sie für Steuergerechtigkeit, nicht immer nur für die großen Konzerne, sondern für uns, für Familien.

Die Seniorchefin einer Bäckerei aus Dresden kritisierte: Lasst eure Gesetze nicht immer nur am Schreibtisch entstehen. Schickt alle EU-Beamten mal zu einem handfesten Praktikum, damit sie wissen, worüber sie verhandeln.

Ein alleinerziehender Vater aus Berlin sagte: Prüft Europas Politik auf seine Kinder- und Familienfreundlichkeit. Ich persönlich nenne das die europäische Familienstrategie.

Fredrick Federley (ALDE). - Mr President, I put my trust in Mr Juncker in the election of this House and I put my trust in the Commission. But that trust was breached when I heard that the air quality package, the waste package and the circular economy would be withdrawn. However I got a new sense of hope when Mr Timmermans told us that it will be rewritten and reintroduced in some way.

But patience is running thin and before we have a timetable on these issues we will start digging a hole of distrust between this House and the Commission. So these are really urgent issues. I put my trust in you because I think that you have the ability to actually change Europe towards more prosperity and a greener Europe. But I do hope that the aim of the Commission is not to strive for a black belt in abolishing environmental policies.

(Applause)

Marina Albiol Guzmán (GUE/NGL). - Señor Presidente, señor Juncker, ha dicho usted que está enamorado de Europa. Yo le invito a que venga usted a visitar conmigo un CIE, un comedor social o la valla de Melilla, y verá qué rapidito se le pasa el enamoramiento.

Y ahora vamos a traducir el plan de trabajo a un lenguaje que podamos entender todas. Vamos a ver qué hay detrás de ese plan de trabajo. Su plan de trabajo es el Tratado de Libre Comercio con los Estados Unidos, para que las multinacionales campen a sus anchas. Son más recortes, más pobreza y más paro. Su plan de trabajo son el *fracking* y las prospecciones petrolíferas del Comisario Cañete. Su hoja de ruta es la privatización de los servicios públicos para convertir nuestros derechos en mercado. Su plan es más evasión fiscal, al estilo Juncker en Luxemburgo. En definitiva, nuevos Comisarios, nuevo plan de trabajo para una vieja política: la política *Titanic*, que ahoga al pueblo mientras salva a los que viajan en primera clase.

Señor Juncker, su plan de trabajo son las políticas que nosotras vamos a combatir.

Burkhard Balz (PPE). - Herr Präsident! Ich möchte zunächst Kommissionspräsident Juncker und Vizepräsident Timmermans dafür danken, dass sie heute mit uns dieses Arbeitsprogramm diskutieren. Ich begrüße es sehr, dass dieses Programm konkrete Initiativen umfasst, die zur Umsetzung der zehn Kommissionsprioritäten beitragen sollen. Es ist wichtig hervorzuheben, dass Europa sich wieder auf die großen Dinge, die großen Probleme konzentrieren muss und weniger auf die kleinteiligen.

Dienstag, 16. Dezember 2014

Ich möchte Sie als Kommission heute darin bestärken, die bestehende Gesetzgebung grundlegend zu überprüfen und dabei am Ende auch den Mut zu haben, unnötige Gesetzestexte zurückzuziehen. Unsere Bürgerinnen und Bürger erwarten von uns Initiativen zur besseren Rechtsetzung, und unsere Unternehmen erwarten auch zu Recht von uns weniger Bürokratie, mehr Verhältnismäßigkeit und vor allen Dingen auch besseren Zugang zu Finanzierungen und Finanzierungsmöglichkeiten. Deswegen sind diese Prioritäten der Kommission sicherlich ein vielversprechender Ansatz.

Zwei Prioritäten möchte ich in der gebotenen Kürze hervorheben. Erstens: Als neuen Impuls die Förderung von Jobs, Wachstum und Investitionen: Das Investitionspaket ist hier sicherlich ein ganz wesentlicher und wichtiger Anstoß, um Vertrauen auch in die europäische Wirtschaft wiederherzustellen.

Und dann natürlich die Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion. Hier wird es entscheidend sein, wirtschaftspolitische Reformen in den Mitgliedstaaten voranzutreiben und bei der Evaluierung der wirtschaftspolitischen Steuerung weiterhin auf Stabilität und Zukunft zu setzen.

Pervenche Berès (S&D). - Monsieur le Président, Monsieur le Président de la Commission, Monsieur le Vice-président, l'affaire LuxLeaks est passée par là et, fort heureusement, vous vous engagez aujourd'hui à ce que la fiscalité soit établie dans le pays où est réalisé le bénéfice. C'est l'effet d'annonce de votre présentation d'aujourd'hui, de votre programme de travail, mais nous avons besoin de faire davantage la lumière sur la façon dont vous allez progresser sur cette voie qui est, pour nous, absolument essentielle – c'est la raison pour laquelle nous vous avons applaudi.

Dans le même esprit, nous attendons aussi des initiatives visant à faire du *reporting* pays par pays une réalité. C'est une revendication ancienne de cette maison. Il nous semble qu'elle est aujourd'hui encore plus d'actualité, mais à cet égard, nous n'avons rien entendu.

S'agissant ensuite de cette fameuse *better regulation*, nous avons eu peur, car nous avons compris qu'elle pouvait être employée non pas pour supprimer les procédures tracassières, mais pour retirer de l'ordre du jour du travail de la Commission les textes qui déplaisent à l'industrie – c'était manifestement le cas en ce qui concerne la pollution de l'air ou de l'économie circulaire – ou aux États membres – et c'est de toute évidence le cas du texte sur le congé de maternité.

Vous nous avez annoncé aujourd'hui de nouvelles perspectives et, notamment, une reprise du travail sur l'économie circulaire. Nous voudrions comprendre un peu mieux ce que vous avez en tête, pour nous assurer qu'il s'agit d'un engagement à œuvrer ensemble à ce dispositif absolument majeur, en particulier si nous voulons, l'année prochaine, réussir la conférence de Paris.

Enfin, vous avez mentionné – en passant – la révision de la directive sur les droits d'auteur et, là aussi, nous voudrions être certains que cela permettra de faire vivre cette industrie créatrice européenne, et pas uniquement de satisfaire les appétits de quelques multinationales outre-Atlantique.

Ivan Jakovčić (ALDE). - Gospodine predsjedniče, dosadašnji istupi gospodina Junckera i njegove Komisije u mene, moram reći, ulijevaju povjerenje. Vjerujem da je ovo novi početak, ali moram uzeti u obzir da je pitanje da li će biti više ikakve nove šanse.

Tri riječi, gospodine Juncker, vidim ključnima za Vaš mandat: ulaganja, razvoj i rast. Na tome će Vaša Komisija uspjeti ili pasti.

Vjerujem u potrebu energetske unije. Vjerujem u potrebu jedinstvenog digitalnog tržišta koje može čak postati peta europska sloboda. Vjerujem u cirkularnu ekonomiju i od mnogih ideja koje sam čuo želim vjerovati da ova Komisija s onim programom kojim je istupila danas, u sinergiji sa zemljama članicama, ali i regijama, ali i gradovima, može Europu ponijeti naprijed. Želim Vam uspjeha na tom putu.

Barbara Spinelli (GUE/NGL). - Signor Presidente, onorevoli colleghi, Presidente Juncker, vorrei interpellarla anch'io su quanto ha detto venerdì sul voto in Grecia. Alludendo a Siriza, ha denunciato quelli che chiama «estremisti» esprimendo il suo desideratum: «Vorrei rivedere i volti noti» («*vertraute Gesichter*»). Leggendo il suo programma, mi sono detta che a redigerlo devono proprio essere stati questi volti noti. Sono i volti che hanno portato l'Europa a impoverirsi e disgregarsi. Sono i volti che hanno concepito uno dei capitoli più vuoti del programma: quello sull'immigrazione di cui mi occupo nella commissione libertà pubbliche.

Dienstag, 16. Dezember 2014

Le emigrazioni sono viste con gli occhiali di ieri, quasi non vi foste accorti della loro metamorfosi. Oggi migrano soprattutto fuggitivi da guerre o disastri climatici. Oggi abbiamo un Mediterraneo trasformato in indecente fossa comune. Urge una revisione delle nostre regole in materia d'asilo, a cominciare dal sempre più inefficace Dublino 3. Urgono persone che pensino il nuovo, comprese le nuove colpe di cui l'Europa si sta macchiando.

È convinto che i volti nuovi ci aiuteranno ad affrontare questa realtà?

Kathleen Van Brempt (S&D). - Er moet mij eerst iets van het hart, mijnheer de commissievoorzitter en vicevoorzitter. Sinds de installatie van de Commissie enige tijd geleden nu, is het, als het gaat over milieuwetgeving, alsof dat dat vervelende wetgeving is die in de weg staat van bedrijvigheid, van mensen, alsof die wetgeving *red tape* is. Wel, ik zou u toch willen overtuigen, als dat nog nodig mocht zijn, dat niets minder waar is. Goede wetgeving die we hebben over water, over lucht, over chemische stoffen, heeft in Europa geleid tot gezondere leefomgevingen, meer jobs en ook veel meer innovatie in onze economie. Laten we vooral op die weg verder gaan.

Vorige week waren wij met een aantal collega's in Lima en het uitgelekte document kwam echt als een koude douche. We hebben daar geprobeerd in Lima – moeizaam weliswaar, en u kent de uitkomst – om op wereldniveau stappen vooruit te zetten in de strijd tegen de klimaatopwarming. En dan is het alsof er in Brussel, duizenden kilometers verder weg, op dat moment eigenlijk achteruit geschakeld wordt!

Nu, ik heb goed geluisterd, ik wil optimistisch zijn en ik wil dat we dat vanuit onze fractie en mogelijks vanuit het Parlement ook ondersteunen. Ik heb gehoord dat er wordt gewerkt aan nieuwe voorstellen inzake circulaire economie en inzake luchtkwaliteit of dat er amendementen worden gemaakt op de bestaande voorstellen. Die zijn dus niet van de tafel: in 2015 komt er een nieuw voorstel over circulaire economie en komt er een voorstel, al dan niet geamendeerd na enkele onderhandelingen, over luchtkwaliteit.

Het is belangrijk dat we die steun geven, maar ik doe dat wel onder die voorwaarde. De ambitieuze doelstellingen inzake de circulaire economie en luchtkwaliteit mogen niet naar beneden worden gehaald en de voorstellen moeten er komen in 2015, zodat dit Parlement en de Raad aan de slag kunnen gaan om ervoor te zorgen dat onze economie ook echt duurzamer wordt.

Τάκης Χατζηγεωργίου (GUE/NGL). - Αγαπητέ κύριε Juncker, διάβασα όλο το πρόγραμμα της εργασίας της Επιτροπής και, πραγματικά, μου προκάλεσε μεγάλη απορία. Απορώ ειλικρινά για το μέγεθος της κοροϊδίας. Η νέα Επιτροπή μάς παρουσιάζει ένα πρόγραμμα που βασίζεται στη συνθηματολογία ότι όλα θα αλλάξουν, ότι θα γίνουν νέα πράγματα και νέες πολιτικές, αλλά στην πραγματικότητα όλα είναι τα ίδια. Διερωτώμαι αν διαβάσατε το προηγούμενο πρόγραμμα της Επιτροπής, για να δείτε αυτό που σας λέω –πράγματα βασισμένα σε χιλιοδοκιμασμένες αποτυχημένες πολιτικές, πολιτικές που οδήγησαν την Ευρώπη και τις χώρες μας στην κρίση και τους λαούς στην εξαθλίωση.

Τί είναι το νέο, όταν οι εξαγγελίες σας για το Ευρωπαϊκό Ταμείο Στρατηγικών Επενδύσεων για τα 315 δισ. βασίζεται απλώς και μόνο στη λεγόμενη μόχλευση; Δεν είναι και αυτό στην ίδια λογική της νεοφιλελεύθερης πολιτικής; Βαρύγδουπες εξαγγελίες για τα 315 δισ. από τα οποία 16 από τον κοινοτικό προϋπολογισμό, 5 από την Ευρωπαϊκή Τράπεζα και τα υπόλοιπα θα στηριχθούν στους ούτω καλούμενους συντελεστές μόχλευσης για να βοηθήσουν ποιούς; Να εξασφαλίσουν σίγουρο περιβάλλον στους επενδυτικούς ομίλους και στα μονοπώλια. Και, το κυριότερο, θα υπάρξει διαδικασία να πάνε – αν θα πάνε αυτά τα χρήματα – στις μικρές-μικρές επιχειρήσεις;

Μια τελευταία φράση, κύριε Πρόεδρε, αν μου επιτρέπετε: μου προξενεί μεγάλη απορία το γεγονός ότι οι Σοσιαλιστές σας αντιπολιτεύθηκαν κατά την προεκλογική περίοδο για να σας στηρίζουν κατά τη διάρκεια της Προεδρίας σας. Αν αυτό δεν ήταν αστείο ..

(Ο Πρόεδρος διακόπτει τον ομιλητή)

Tanja Fajon (S&D). - Na milijone Evropejcev danes ne najde dela ali je v času krize izgubilo svoje prihranke. Imamo dinamične, mlade ljudi, z veliko potenciala, a njihova perspektiva je slabša kot kdajkoli prej, tudi na račun multinacional in davčnih goljufov, ki prosto izkoriščajo razlike v naših davčnih sistemih.

Dienstag, 16. Dezember 2014

Če bi se v Evropi zares borili proti davčnim oazam in izmikanju plačila davkov, bi lahko približno tisoč milijard EUR, ki na leto padejo v črno davčno luknjo, vlagali v zaposlovanje mladih, v naložbe za okrevanje gospodarstva, v prazne nacionalne blagajne.

Verjamem, da velikanska večina nas tu in v širši javnosti utajo davkov razume kot nepošteno in nemoralno izmikanje obveznostim. Komisija in evropske vlade danes med prvimi spet obljublajo boj proti izogibanju davkom, a prav njihovi ministri so v Bruslju v preteklosti blokirali vrsto zakonodaj, povezanih z davki.

V Evropskem parlamentu smo že lani predlagali, da se za vse multinacionalke uvede obvezno poročanje poslovanja v državah, kjer so prisotne. S tem bi preprečili, da bi ob koncu leta plačale le nekaj bornih odstotkov davka.

Že danes potrebujemo dokaze o drzni, dinamični, a zanesljivi Evropski komisiji, zato je moja novoletna želja, da bi ljudje ne samo v moji državi, Sloveniji, ampak po vsej Evropi spet z enakim navdušenjem spremljali in sooblikovali evropske politike, kot smo jih pred desetletjem in več.

Če nam spodleti, pomeni, da se nismo naučili nobene lekcije iz preteklosti: naj si bo davčnih goljufij, porasta ekstremizma, nacionalizma v Evropi ali umiranja obupanih ljudi v Sredozemskem morju, ker kljub tragedijam nimamo celovite solidarne migracijske in azilne politike.

In tega si kot prepričana Evropejka preprosto ne želim.

(Govornica se je strinjala, da bo sprejela vprašanje, postavljeno z dvigom modrega kartončka (člen 162(8)).

Bill Etheridge (EFDD), blue-card question. – I wonder if you would agree with my football analogy on something. I believe that football is best played when the referee has a very light touch. He looks after the rules, he makes sure that there is no cheating and no foul play but he is not blowing his whistle every five minutes over the slightest thing. That way you can have a beautiful game; you can see things go well. With an economy, you can have a beautiful dynamic flowing economy and it can be a wonderful thing to see just like watching my home club Wolverhampton Wanderers is a beautiful thing to see in football. Would you agree?

President. - Ms Fajon, it sounds like the Commission press room in the good old days.

Tanja Fajon (S&D), odgovor na vprašanje, postavljeno z dvigom modrega kartončka. – Ne vem, spoštovani kolega, če sem čisto razumela vaše vprašanje.

Ljubim nogomet, ne igram ga, ampak vem, da je v športu veliko lepega, ki nas povezuje, zato bi si želela, da imamo v Evropi veliko takih športnih, zdravih trenutkov.

In če lahko vašo primerjavo vzamem tudi za to, kaj lahko naredimo v gospodarstvu bolje, za delovna mesta in pa za rast, lahko to paralelo potegnemo.

Paul Tang (S&D). - Voorzitter, *for a good football game of course you need a level playing field.* De Commissie wil graag politiek en ambitieus zijn en dat zie ik graag, want het is hard nodig om die laatste kans voor Europa te grijpen. Het is de vraag of het werkprogramma voor 2015 die ambitie ook laat zien. Daarom vraag ik toch aan de Commissie drie punten van aandacht.

Ten eerste, "betere regelgeving" mag niet verzanden in een discussie over regeltjes. Betere regelgeving betekent voor mij en voor ons een beter Europa, een Europa dat voor iedereen te begrijpen is. Milieuwetgeving is nodig voor een omslag naar een duurzame economie en dat is in het belang van iedereen. Ik ben ook blij te horen dat we nieuwe voorstellen kunnen verwachten voor luchtkwaliteit en circulaire economie nog dit jaar.

Ten tweede, LuxLeaks heeft laten zien dat het grondig gruwelijk mis is met de winstbelasting in Europa. Er wordt nu gevraagd om een aanvalsplan van de Commissie met meer openbaarheid door rapportage per land, door een zwarte lijst voor bedrijven en door meer regulering om eenzijdige belastingconstructies uit te bannen.

Dienstag, 16. Dezember 2014

Ten derde, Jean-Claude Juncker heeft ons een Europa beloofd dat Triple A wordt op sociaal terrein. Dat kan niet zonder de volledige herziening van de detacheringsrichtlijn en dit essentiële punt ontbreekt nog in het werkprogramma van 2015 ..

(De spreker wordt door de voorzitter onderbroken.)

Maria Arena (S&D). - Monsieur le Président, vous avez dit que la Commission devait se concentrer sur l'essentiel. La protection sociale est pour moi un droit essentiel en Europe. Dans votre programme de travail, vous laissez entendre que la question du dumping social doit être traitée dans le cadre de la mobilité des travailleurs et que la solution serait la lutte contre les abus.

Mais, MM. et Mmes les commissaires, le dumping social, c'est plus que cela: c'est carrément une attaque contre notre système social européen. C'est la mise en concurrence entre les travailleurs, à laquelle aucun de ces travailleurs ne gagne. Les travailleurs les mieux protégés se retrouvent au chômage, alors que les travailleurs les moins protégés se retrouvent exploités. Les PME ne sont pas non plus gagnantes. Celles qui tentent, en Europe, de respecter le droit des travailleurs sont des PME qui se retrouvent aujourd'hui en faillite.

Monsieur Juncker, ni vous, ni moi n'avons été élus pour détruire le droit des travailleurs ou le tissu des PME en Europe. Par conséquent, la priorité doit être, bien sûr, la révision non seulement de la directive sur le détachement des travailleurs, mais aussi de tous les outils dont nous disposons pour faire en sorte que la protection sociale en Europe soit effectivement une priorité.

Le deuxième point concerne le congé de maternité. Nous en avons déjà parlé. Je me réjouis de voir que la Commission va enfin mettre cette thématique à l'ordre du jour et le Conseil entend prendre ses responsabilités. Je voudrais ajouter dire que six mois, ce n'est pas beaucoup: une grossesse dure en général neuf mois. J'espère que vous nous donnerez le temps de parvenir à une solution.

István Ujhelyi (S&D). - Elnök Úr, Alelnök Úr! Én nagy reményekkel szavaztam meg az Önök Bizottságát néhány héttel ezelőtt, mert elhittem azt, hogy a gazdaság beindítását, az európai versenyképesség erősítését, a munkanélküliség felszámolását fogja szolgálni a program.

Tudják Önök, hogy melyik az az ágazat, amelyik a harmadik legnagyobb Európában? Amelyik 20 millió embert foglalkoztat? Amelyik a legtöbb kkv-nak ad feladatot, lehetőséget, mozgásteret? Ez a turizmus. És a turizmus nem került be a programtervbe, mint szó sem szerepel. Én tudom, hogy jogalkotási szempontból nincs hozzá sok közünk. De hogyha egy egységes Európáról, egy versenyképes Európáról beszélünk, akkor nem felejtethetjük el. Ha meg akarjuk oldani az ifjúsági munkanélküliség problémáját, akkor ehhez az ágazathoz kell fordulnunk. Látnunk kell azt, hogy a világ turisztikai bevételének 50%-a itt keletkezik Európában. Miért nem foglalkoznak vele? Én felajánlom segítő szándékomat a Közlekedési és Idegenforgalmi Bizottság alelnökeként, korábbi magyar turisztikai szakállamtitkárként, illetve a turisztikai Bizottság otthoni elnökeként. Több mint 100 képviselőtársunk jelentkezett be a most megalakuló turizmus integroupba. Segíteni fogunk, de legyünk együttműködő partnerek, kerüljön vissza a turizmus a megérdemelt helyére.

És van még egy megjegyzésem magyarként: én levelet írtam múlt héten Önnek, Juncker Úr, amiben az egyik biztosának az etikai kódexet megsértő, egy választási kampányban való otthoni politikai szerepvállalásával kapcsolatban tettem fel kérdést. Ehhez képest Öntől választ nem kaptam, kaptam viszont a szóvivőjétől egy meglehetősen felháborító, egyszerű, a Magyar Távirati Irodának kiadott közleményt. Kérem, hogy vegyünk egymást komolyan, szakmai kérdésekben is, és a politikai intézményi együttműködés kérdésében is. Köszönöm szépen, Elnök Úr!

Catch-the-eye procedure

Giovanni La Via (PPE). - Signor Presidente, onorevoli colleghi, Presidente Juncker, Vicepresidente Timmerman, come presidente della commissione ambiente di questo Parlamento e a nome dei coordinatori di tutti i gruppi politici, vi manifesto la profonda insoddisfazione, personale e dei colleghi, per il ritiro del pacchetto legislativo sull'economia circolare e per l'analoga iniziativa sull'*air quality package*.

Abbiamo ascoltato la vostra nuova proposta e quello che è appena uscito dalle agenzie sulle proposte migliorative che farete. Aspettiamo di vederle ma se qualcuno poi avesse anche la possibilità di venirci a spiegare in che cosa saranno migliorative, ovviamente lo apprezzeremo. Signor Vicepresidente, l'abbiamo invitata in commissione ambiente più volte e aspettiamo ancora la sua visita. È chiaro che aver giustificato il ritiro del pacchetto semplicemente col fatto che non era possibile un accordo tra le istituzioni, prima ancora che avessimo avuto la possibilità di esaminarlo, sicuramente ci è sembrato quantomeno ridicolo.

Dienstag, 16. Dezember 2014

Marc Tarabella (S&D). - Monsieur le Président, ce n'est qu'après deux heures de débat que nous en arrivons à parler d'agriculture – 38 % du budget européen.

Mieux légiférer, c'est ce que la Commission a déjà commencé à faire, notamment en simplifiant un dossier sur la distribution de fruits et légumes frais et de lait dans les écoles, de manière à ce qu'il soit plus accessible et qu'il comprenne également des mesures éducatives autour de l'alimentation. C'est fondamental.

En tant que rapporteur du Parlement, je peux vous dire que le rapport a été déposé et est déjà en cours de traduction; il eût été dommage de le retirer. L'intention de la Commission est apparemment de le maintenir et j'aurais voulu des éclaircissements à ce sujet.

Il en va de même en ce qui concerne le règlement sur l'agriculture bio: les producteurs bio demandent plus de protection face au «faux bio» et à l'importation de 30 % de la consommation bio en Europe. Le secteur demande à être protégé. J'imagine que la Commission ne retirera pas ses projets de règles.

Que dire des semences? C'est une de nos attentes, dans un dossier que nous avons repoussé. Quelle est l'intention de la Commission à cet égard? Il serait fondamental de pouvoir donner un signal clair au secteur agricole, qui en a aujourd'hui grand besoin.

Νότης Μαριάς (ECR). - Κύριε Juncker, εκπλήσσομαι που σας βλέπω εδώ! Νόμιζα ότι είχατε πάει στην Αθήνα για να στηρίξετε επί τόπου τους μνημονιακούς πολιτικούς σας φίλους, μια και ο κ. Moscovici, που στείλατε στην Ελλάδα, τα έχει κάνει θάλασσα.

Με τις πρόσφατες δηλώσεις σας εκφράσατε πολιτική προτίμηση σε συγκεκριμένους, γνωρίμους σε εσάς, όπως είπατε, πολιτικούς ενόψει των επικείμενων γενικών εκλογών στην Ελλάδα.

Ποιος νομίζετε ότι είστε, κύριε Juncker; Ο νέος ανθύπατος των Αθηνών; Ποιος σας έδωσε το δικαίωμα να παρεμβαίνετε ωμά στην εσωτερική πολιτική κατάσταση της Ελλάδας; Τελικά, είστε Πρόεδρος της Επιτροπής ή εκπρόσωπος της Τρόικας και των δανειστών;

Συμμαζευτείτε λοιπόν, κύριε Juncker! Τηρήστε την πολιτική ουδετερότητα που σας επιβάλλει η Συνθήκη. Πάρτε το απόφαση: Θα το πιείτε το πικρό ποτήριο, και εσείς και οι μνημονιακοί πολιτικοί σας φίλοι στην Ελλάδα, γιατί ο ελληνικός λαός θα σας στείλει μήνυμα στις επόμενες γενικές εκλογές.

(Χειροκροτήματα)

José Inácio Faria (ALDE). - Senhor Presidente da Comissão, Senhor Vice-Presidente, estamos aqui a falar sobre o programa de trabalho da Comissão para 2015. Ora, acontece que V. Ex.^a pretende liquidar, de uma vez por todas, algumas leis ambientais, tais como a qualidade do ar, a reciclagem do lixo nas cidades e a economia circular.

Senhor Juncker, gostaria que nos tranquilizasse e nos dissesse que a pretensa tentativa de revogar as diretivas destinadas a reduzir a poluição do ar causada pelos veículos que circulam nas nossas cidades e que estabelece uma meta de reciclagem de 70%, bem como a que estabelece uma meta de reciclagem de 70% dos resíduos na União Europeia até 2030, não é séria e que V. Ex.^a não se tinha apercebido que o seu Vice-Presidente lhe tinha pregado esta valente partida, a si e a todos nós.

Senhor Juncker, o Sr. Sabe, certamente, que há já vários Estados-Membros, incluindo a Alemanha e a França, que instaram a Comissão a manter estas duas diretivas. Que tem V. Ex.^a a dizer sobre isso e já agora, como irá V. Ex.^a gerir o conflito que parece ter eclodido entre o Sr. Timmermans e o Comissário do Ambiente, que disse na semana passada que não iria permitir o fim destas duas diretivas ambientais?

Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL). - Señor Presidente, señor Juncker, una de cada tres mujeres en la Unión Europea sufre violencia machista. No he visto nada, en sus prioridades de trabajo para 2015, para luchar contra esta lacra.

La agricultura, la pesca, las dos patas de la soberanía alimentaria y que todavía mantienen muchos puestos de trabajo en Europa; tampoco he visto nada. Las pequeñas y medianas empresas, cero. La pobreza, el hambre, la exclusión social; tampoco he visto nada en sus prioridades para luchar contra esto. El acceso a la vivienda, o mejor dicho, impedir que miles de personas sigan perdiendo su vivienda cada día; tampoco aparece nada en sus prioridades. Igual que no aparece nada sobre la precariedad laboral, sobre la pérdida de derechos sociales, que cada día es mayor. Y tampoco sobre la privatización de servicios públicos básicos como la salud y la enseñanza.

Dienstag, 16. Dezember 2014

¿Está esto fuera de sus prioridades o es que se ha olvidado de decirnos qué va a hacer?

Fabio Massimo Castaldo (EFDD). - Signor presidente, onorevoli colleghi, anni fa, un grande uomo, Paolo Borsellino, disse che la politica e la mafia sono due poteri che vivono sul controllo dello stesso territorio: o si fanno la guerra o si mettono d'accordo. Che spesso vinca l'accordo, lo sanno bene i cittadini onesti della mia città, Roma, sconvolti da un'inchiesta che di ora in ora diviene più grave: 37 arresti, più di 80 indagati tra cui politici, cooperative, giornalisti, militari e imprenditori. Questa è Mafia Capitale. Questa è la criminalità organizzata, sempre più scaltra e spietata.

Quando lei presentò il suo programma, Presidente, disse che combatterla è una responsabilità europea. È ora di passare dalle parole ai fatti. La proposta contro il riciclaggio è utile ma non basta. Se non introduciamo nell'intera Unione il reato di associazione a delinquere di stampo mafioso e forme incisive di confisca, se non aboliamo il segreto bancario e paradisi fiscali, se non puniamo voto di scambio e reati ambientali, alla fine vincerà l'omertà e noi perderemo tutti.

Il mafioso non può più essere una persona che dice di non esistere a persone che dicono di non conoscerlo. Il silenzio delle istituzioni, Presidente, uccide. Il silenzio è mafia.

Czesław Adam Siekierski (PPE). - Pominę pochwały i podziękowania. Wiceprzewodniczący Timmermans powiedział, że jeśli czegoś nie wymieniono, to nie znaczy, że nie jest to ważne. Rozumiem, że chodzi tu o priorytety, czy program prac na 2015 rok – to słuszne stwierdzenie – ale oczyszczenie biurka z tych problemów, niepodjęcie tych spraw nie oznacza ich braku, a tym bardziej ich rozwiązania. Jesteśmy dziś tu, w Europie, na przełomie roku 2014/2015. Mamy trudne problemy, które dotyczą całej Unii, przed którymi stoją cała Komisja Europejska, Rada i Parlament. Myślę tu o sprawach embargo rosyjskiego, narastających problemach na rynku mleka w związku z likwidacją kwot mlecznych, zagrożeniu bezpieczeństwa żywnościowego skutkami afrykańskiego pomoru świń. Ponoć zakłada się wyłączenie z programu prac ważnych społecznie wniosków dotyczących produkcji ekologicznej i programów szkolnych. Są one trudne, kłopotliwe, ale, jak powiedziałem, wrażliwe społecznie.

Reasumując, po pierwsze, problemy te powinny być podejmowane i powinny znaleźć się w programie pracy i priorytetach na rok 2015. Po drugie, zgadzam się, że nadszedł czas na uproszczenia i zmniejszenie liczby aktów prawnych.

Ricardo Serrão Santos (S&D). - Senhor Presidente da Comissão Europeia, Senhor Comissário, gostaria de, uma vez mais, pedir à Comissão Europeia para agir preventivamente sobre o setor do leite. Face ao fim das quotas leiteiras em 2015, o setor pode vir a deparar-se com fortes dificuldades e com uma grande volatilidade dos preços, muitas vezes em zonas onde não há outra alternativa económica.

Venho dos Açores - que contribui em 30% para a produção de leite em Portugal - que são autossuficientes e exportadores neste setor graças a um forte investimento individual em melhor tecnologia e a uma gestão regrada da oferta que permitiu ir obtendo o retorno desse investimento.

Solicito à Comissão Europeia que tenha vontade política para que se possam encontrar soluções viáveis para a regulação deste mercado, para que possam acautelar-se eventuais mudanças estruturais e para que seja possível antecipar os percalços.

Ao nível da gestão marinha, alerto para a necessidade de garantir que os atos delegados do Fundo Europeu dos Assuntos Marítimos e das Pescas sejam realmente utilizados para os fins neles mencionados e não para expedientes de curto alcance.

President. - I give the floor to First Vice-President Frans Timmermans who is responsible for better regulation. Our regulation is a maximum of five minutes. You have a great chance to practise what you preach and I trust no injury time.

(End of catch-the-eye procedure)

Frans Timmermans, Member of the Commission. - Mr President, it is still new for me to listen to your voice and not think you are passing judgement on the economy of a Member State. But I see you now in your new role, and I will certainly get used to it very quickly.

Dienstag, 16. Dezember 2014

I have little experience in the European Parliament, and I am learning very quickly. I was a member of a national parliament for many years. I was elected six times. You get used to the way of working in a national parliament, and now I have to get used to the way of working in the European Parliament, which is different. For instance, I would have loved to answer Mr Farage, but he apparently did not have the time to wait for our answer. This is something I am not really used to in a parliamentary debate, but apparently that is the way we do things here.

Secondly, a document was leaked last week. President Juncker and I were very upset about that because it really does not help us to work very well. What happens is that it creates a huge row in the media and you all react to that. Even today, many of you went into that leaked document. I decided, with my parliamentary experience, not to react. I could have gone out immediately and said: 'This is bogus. This is not what we are doing. We have a different line and we are going to take a political decision on how we work'. But, out of respect for Parliament, I did not do that because I thought that I need to present the Commission Work Programme in Parliament and not in the media. So you are always fighting with at least one arm behind your back if somebody leaks a document and you do not defend your position when everybody here reacts to a leaked document.

I would ask you, if I show the respect which I think I need to show to Parliament to present our plans here, then please also listen to what I say and react to what I say – not to what you have read about a leaked document in the press. It would make our work a lot easier if we listened to each other. I try to listen to you. This is what we have decided as a Commission, and this is what we are going to do. Indeed, on the environment, we are going to – as I have said, very clearly – maintain some existing programmes. We are also going to have an overhaul of the waste package, but to make it complete in terms of the circular economy and to make sure that it can benefit from the opportunities that the Juncker plan will offer in terms of investment for the circular economy.

We will not lower our ambitions. We will not do that. We will not lower our ambitions in terms of providing cleaner air to Europeans. We will not do that. But we will change some of the proposals on the table, because we believe that either they are creating an unnecessary burden and we can do better in terms of the quality of the regulation, or the Commission needs to assume its role as independent proposer of legislation seriously by trying to bring the other institutions together to really make a decision on the quality of air. That is our role. That is what we will do, but as part of a positive agenda – not by lowering our standards.

Likewise, on social matters, it is of extreme importance for this Commission that we do bring things a step forward. I was asked about that particularly as regards the Commission Work Programme Labour Mobility Package. We want to support mobility and tackle abuse, because there is a lot of abuse and abuse does undermine freedom of movement in the European Union. We also want to allow workers to benefit from openings for jobs in other Member States if that is at their disposal. How will we do this? We will have an enhanced EURES database on vacancies throughout the EU; we will update the social security rules; we will ensure better implementation of the Posting of Workers Directive so that it cannot be used to abuse the rules; and there will be – as we have announced – a targeted review of the Posting of Workers Directive, starting in 2015, to ensure that there is no place for social dumping in the EU, because we see social dumping in the EU today. Just go and talk to people in the transport sector and they will tell you that.

So this is where our ambition lies. If we talk about the position of women – and this is extremely important – we are not just talking about what is morally right: that I, as a father, can absolutely not accept that my two daughters are in a worse position on the labour market or in society than my two sons. This is unacceptable to me. But there are also clear economic reasons. We are hurting Europe's economy because we do not create a level playing field for women in the labour market. So we need to move on these subjects, but we also need to be pragmatic about this.

The proposal for a directive on maternity leave has – for many Member States – already been completely bypassed by reality. It has been on the table – blocked – for eight years, so Member States have taken steps that go beyond what is in the proposal. We want to improve the situation, and if that means that we can do it on the basis of this proposal, let the other institutions show us and we will facilitate it. But, if it means that this is not going anywhere and we are not improving the position of women in the labour market, we will take other initiatives to make sure that we do go forward on these issues.

Dienstag, 16. Dezember 2014

Had Mr Farage still been here, I would have said that on one point I actually do agree with him. It is good to have a debate on things we agree upon. I would have told him that he is right when he says that there is too great a burden EU-wide placed on small and medium-sized enterprises. We need to do something to lift that burden on small and medium-sized enterprises. If you lift the burden on small and medium-size enterprise, very quickly they will hire one, two or three extra people, and that is a direct contribution to fighting unemployment in the European Union. In that sense, I thought that Mr Farage, for once, really had a European spirit. I am sure that he was not on tranquilisers. He would then have told us exactly what he felt. I think that is what we have learnt from UKIP these days, but I also want to engage him in this debate on how we go forward to improve Europe.

I have one final remark, since this was raised by many of you. Of course there are many important issues. But just because an issue is important, it does not mean that Europe then has to act upon that issue. If we want to improve the situation in the labour market, and if we want to improve the social situation in the Member States, this cannot come just from the EU. The EU has a role to play there, but it is just as important that Member States actually take steps forward. That is why I would propose that the Commission and the European Parliament make an extra effort to engage the Council in these debates, because many of these things will have to happen in the Member States. Therefore, Member States, represented in the Council, will have to be engaged if we are to take these few steps forward.

Once again, we have prepared the Commission Work Programme and decided it today. We present it to you today, and, as far as I am concerned, this is the opening of a dialogue. It is not the final word from the Commission. We are willing to listen to you very carefully to make sure that we actually deliver on jobs, growth and the other priorities President Juncker agreed with the European Parliament when he was elected.

Jean-Claude Juncker, *président de la Commission*. - Monsieur le Président, Mesdames et Messieurs les députés, je voudrais tout d'abord dire qu'il faudra que nous changions notre façon de faire. J'ai assisté à une réunion des présidents des commissions où tout a été dit et où il n'y a pas eu de conclusion.

Nous avons, Frans Timmermans et moi-même, assisté à des réunions de la Conférence des présidents. Aujourd'hui, j'ai l'impression que ces réunions n'ont jamais eu lieu. De plus, nous avons tenu à présenter devant vous le programme de travail de la Commission au lieu de le présenter devant la presse. On ne commente pas ce que nous avons dit, on commente...

(Le Président interrompt l'orateur)

Président. - Mr Buonanno, that is not appropriate behaviour in Parliament. Please remove the banner.

Président Juncker, je comprends également les discours faits dans une langue normale, ce n'est pas la peine de me faire un dessin. Je comprends vite si on m'explique les choses.

Deuxièmement, je voudrais vous dire que je souhaite avoir avec le président de la Conférence des présidents une réunion sur la méthode à adopter lorsqu'il s'agit de présenter et de discuter du programme de travail. Aujourd'hui, c'était partiellement frustrant, et pour vous, et pour nous. Comme nous ne sommes pas responsables de l'organisation de la frustration continentale, changeons nos règles et nos comportements réciproques et collectifs.

Dienstag, 16. Dezember 2014

Troisièmement, je voudrais revenir sur certains points afin d'apporter quelques précisions. Nous écoutons le Parlement, et nous écoutons le Conseil. Je constate que personne n'a souligné cette règle élémentaire de politesse interinstitutionnelle. Frans Timmermans et moi-même ainsi que nos collègues avons retiré de la liste des initiatives en cours tous les projets qui ont suscité l'opposition, parfois attestée par des votes négatifs, du Parlement: ACTA, les services au sol, d'autres éléments qui se sont heurtés à l'opposition farouche du Parlement ont été éliminés du programme de travail de cette Commission. Vous avez eu tort de ne pas le mentionner. Si nous nous étions présentés devant vous en vous disant: «Tout reste sur la table, même les propositions que vous avez rejetées. Nous ferons comme d'autres l'ont fait: tout reste sur la table, on ne retirera rien et il y aura sans doute 130 nouvelles propositions», auriez-vous applaudi? Nous avons fait ce que nous avons promis devant ce Parlement, et nous le ferons l'année prochaine. Nous avons présenté un programme pour 2015, et l'année prochaine, nous présenterons un programme pour 2016.

S'agissant de la fiscalité, tout a été dit et tout sera fait. Cela a été dit pendant la campagne électorale, cela a été dit pendant la présentation des lignes directrices de la Commission. Ce sera donc fait.

Nous avons beaucoup parlé de transparence. C'est tout de même l'hôpital qui se moque de la charité. Avec Frans Timmermans – il a beaucoup travaillé ces dernières semaines –, nous avons fait une proposition sur la transparence interne à la Commission. Les commissaires, les cabinets, les directeurs généraux doivent informer le public de la nature de leurs rendez-vous et de l'identité de leurs interlocuteurs. Je n'ai entendu personne dire que le Parlement le fera demain. Faites-le! Soyez aussi vertueux que la Commission! Vous pouvez voter demain une résolution à votre propre adresse en disant: «Nous allons faire exactement comme la Commission».

Concernant la Grèce: je ne comprends pas le grec et, par conséquent, je ne sais pas exactement ce que les journaux grecs ont écrit, mais lorsque je fais référence aux extrémistes en Grèce, ne défendez pas l'extrême-droite. C'est à elle que j'ai pensé. L'idée ne m'est même pas venue que vous pourriez être des extrémistes, donc je ne comprends pas tout à fait pourquoi la gauche de la gauche proprement dite défend l'extrême-droite. Je déteste l'extrême-droite. Je déteste l'extrême-droite!

Pour le reste, je suis président de la Commission: cela ne veut pas dire que, en venant à Strasbourg, je me suis fait émasculer. Je garde mes convictions. Je peux dire les choses. Je dis souvent en Allemagne, en France et en Belgique des choses qui ne plaisent ni au pouvoir, ni à l'opposition. Vous ne m'enlèverez pas la parole lorsqu'il s'agit d'éléments essentiels du débat politique européen. L'Europe est politique, et la Commission aussi.

(Applaudissements)

President. - President Juncker, I will convey your concerns about the working procedures and openness and transparency to the Bureau and to the Conference of Presidents.

The debate is closed.

The vote will take place in January.

Written statements (Rule 162)

Isabella Adinolfi (EFDD), per iscritto. – La Commissione Europea ha adottato il programma di lavoro per il 2015. Finalmente dopo tante belle parole ed annunci è stato approvato qualcosa di concreto e si dovrebbe iniziare a lavorare. Si attendono quindi le 23 nuove iniziative che dovranno essere presentate nel 2015 per realizzare gli obiettivi politici tanto sbandierati da Juncker. Il M5S vigilerà attentamente e controllerà senza fare alcun tipo di sconto a nessuno che tutti gli obiettivi promessi verranno effettivamente raggiunti. A tal proposito, dubito fortemente che verranno concretamente immessi nell'economia reale i 315 miliardi di euro come promesso. Per quanto riguarda invece la realizzazione di una maggiore equità fiscale in UE, nonché la lotta all'evasione e alla frode fiscale, rimango molto scettica sui proclami fatti da Juncker visto il recente scandalo Lux Leaks. Infine, valuterò con molta attenzione il pacchetto di norme volte a realizzare il mercato unico digitale che dovrebbe contenere anche una proposta di modernizzazione del copyright. Al riguardo, mi impegnerò affinché la modernizzazione del copyright avvenga con modalità che coinvolgano quanto più possibile i cittadini e la riforma consenta di realizzare la libera circolazione della cultura in Europa, tutelando al contempo autori, creatori e consumatori.

Dienstag, 16. Dezember 2014

Zigmantas Balčytis (S&D), raštu. – Gerbiamas Komisijos pirmininke, kolegos. Pakankamai sudėtinga šiose diskusijose išsamiai vertinti Komisijos pristatytą darbo programą, kuri mums dar nebuvo pateikta. Jūs savo kalboje paminėjote, jog kitų metų Komisijos darbo programa remsis Komisijos pateikto komunikato dėl investicijų gairėmis. Visiškai sutinku, jog Europai būtinos investicijos, leisiančios įgyvendinti europinės svarbos projektus energetikos, transporto, skaitmeninės darbotvarkės, mokslinių tyrimų ir kitose labai svarbiose srityse ir džiugu, jog jau kitais metais sulauksime svarbių pasiūlymų šiose srityse. Sveikinu Komisijos pateiktą išsamų investicijų pritraukimo į Europos Sąjungą planą, kurį artimiausiomis dienomis turės patvirtinti ir Europos vadovų Taryba.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), parašyta. – Komisija pabrėžia, kad jos darbo programa ateinantiems metams yra orientuota į žmogų, siekiant atgauti europiečių pasitikėjimą Europa. Deja, manau, kad šioje programoje trūksta socialinių aspektų, o socialinė politika tarp visų kitų prioritetų atrodo tik kaip priedas, dar blogiau, kaip administracinė našta, įgyvendinanti ekonominius bendrosios rinkos uždavinius. Pirmiausia noriu pabrėžti, kad privalome stiprinti socialinę Europos Sąjungos dimensiją. Komisija turi vykdyti politiką, kuri padėtų gerinti mūsų žmonių kasdienį gyvenimą, ypač tų, kurie labiausiai nukentėjo nuo sunkmečio ir taupymo padarinių. Juk pastarieji rinkimai aiškiai parodė, kad yra nemažai žmonių, nepatenkintų ES, kad žmonės nori pokyčių. Europos Sąjungoje viena aštriausių problemų vis dar išlieka nedarbas. Šiuo metu 25 milijonai europiečių neturi darbo. Žmonės turi ne tik turėti darbą, bet ir tinkamas darbo sąlygas bei teisingą darbo užmokestį. Europos Sąjungoje būtina sukurti pragyvenimą užtikrinančio minimalaus darbo užmokesčio sistemą, kuri užtikrintų, kad darbuotojai gautų skurdo ribą viršijantį užmokestį. Reikia siekti, kad sparčiau mažėtų užmokesčio skirtumai tarp tą patį darbą dirbančių vyrų ir moterų. Reikia tobulinti darbo sąlygas reglamentuojančius ES teisės aktus, siekiant didinti darbuotojų saugumą. Kuo skubiau Europos prioritetu turi tapti kova su skurdu, ypač vaikų skurdu.

Paul Brannen (S&D), in writing. – I am strongly disappointed with the Commission's decision to withdraw the Circular Economy and air quality packages from its 2015 Work Programme. In a situation when an overhaul of EU waste and recycling laws could potentially generate up to 180 000 new jobs while saving 58 000 lives across Europe every year by improving air quality, the decision to withdraw these vital proposals is neither sustainable nor reasonable. Frans Timmermans left us with a promise that the withdrawn dossiers will be substituted with new ones, potentially easier to achieve. I worry this is a mere promise rather than the concrete delivery of results that EU citizens need. I also wonder whether 'easier to achieve' actually means less ambitious and that it will not address today's problems of air pollution or unemployment. Fortunately, thanks to the mobilisation of European Socialists & Democrats, Parliament will express its discontent with Commission's Work Programme in a resolution. We will not remain mute in the face of a European agenda based on deregulation and focused solely on the economy, with little or no space left for the concerns of the people and for the environment. The Commission is in grave danger of taking the wrong road.

Birgit Collin-Langen (PPE), schriftlich. – Ich begrüße die Absicht von Jean-Claude Juncker, 83 von 452 Gesetzesinitiativen der Kommission zurückzuziehen. Nicht jedes Thema in Europa ist auch ein Thema für Europa. Es ist wichtig, Prioritäten zu setzen; die EU muss den Mitgliedstaaten wieder mehr Freiraum lassen.

Pál Csáky (PPE), írásban. – Üdvözlöm a Bizottság 2015-re készített munkaprogramját. Ahogy azt maga az EB is elismeri, egy új időszak kezdetéről és ambiciózus tervekről van szó. Ehhez kívánok sok sikert Önöknek, illetve mint az új Parlament egyik tagja, örömmel nézek a szorosabb intézmények közötti együttműködés elébe.

A munkaprogramjában említi a tisztelt Bizottság, hogy: „A polgárok igazságot, védelmet, méltányosságot és jogállamiságot várnak el az EU-tól, illetve azt, hogy határozottan fellépjen a megkülönböztetés minden formája elleni küzdelemben.” Mint a szlovákiai magyar közösség képviselője, naponta látom, érzékelem, mit kívánnak tőlünk választóink az új időszakban: tisztességes megélhetést és kultúrájuk, nyelvük megőrzéséhez méltó feltételeket. És ez utóbbi ugyanolyan figyelmet igényel, mint a megfelelő munkahelyek teremtése, vagy a bürokrácia terheinek lebontása. Az Unió csaknem 10%-át kitevő, a történelmi nemzeti kisebbségekhez tartozó, uniós polgárok jogainak biztosítása és tiszteletben tartása nélkül nem leszünk képesek az EU-ba vetett bizalmat helyreállítani. Ők helyi és regionális szinten mindig is az európai együttműködés példái voltak. Meggyőződésem, hogy a következő évek munkaprogramjaiban szerepelnie kell a történelmi, őshonos nemzeti kisebbségek számára európai szintű védelmet biztosító elképzeléseknek is.

Dienstag, 16. Dezember 2014

Martina Dlabajová (ALDE), *in writing*. – Dear President Juncker, the Commission rightly points out that one of the biggest challenges we are facing in Europe is getting more people into work and ensuring that workers have the rights skills for the jobs of the future. I am looking forward to the Commission's proposals on the measures to support these efforts, including the initiative on promoting integration and employability in the labour market. Whilst drafting its proposals, I encourage the Commission to take fully on board the Parliament's suggestions on creating a competitive EU labour market for the 21st century, which we will start working on early next year. Thank you!

Ангел Джамбазки (ECR), *в писмена форма*. – Работната програма на Комисията за 2015 г. е написана в същия дух като стратегията „Европа 2020“ за интелигентен, устойчив и приобщаващ растеж. Тази реторика не дава ефект, а напротив, хората продължават да губят доверие в европейските институции и в ЕС като цяло. Този нов тласък за работни места, растеж и инвестиции, за който говори Комисията, е повече от наложителен, но ако не се приложат правилните мерки и не се разрешат досегашните проблеми, резултатът ще е пагубен. Интелигентен, устойчив и приобщаващ растеж означава само едно – трябва да се обърне специално внимание на най-бедните региони в ЕС, защото техните проблеми се разпростират из целия ЕС. Хората бягат от тези региони не за друго, а за да оцелеят. Там няма работа, няма перспектива, няма бъдеще. Ето първата причина за масовата миграция, която създава социални напрежения в страните членки и поставя под въпрос свободата на движението. Ако усилията на Комисията не се концентрират върху най-бедните региони, а продължават да служат на интересите на определени страни членки, няма да се учудя, ако настъпи още по-масова миграция и обезлюдяване на цели региони. Оттам връщане няма и ще се изправим пред още по-големи проблеми, които няма да поставят под въпрос някоя конкретна политика, а самият ЕС ще е изложен на риск.

Norbert Erdős (PPE), *írásban*. – Teljes mértékben egyetértek a Bizottságnak az ésszerű jogalkotásra vonatkozó célkitűzésével. A polgárokhöz hasonlóan én is azt várom el a Bizottságtól, hogy a jogalkotási javaslatok a meghatározó gazdasági és társadalmi kihívásokra – mint például a munkanélküliség elleni küzdelem, az energiabiztonság vagy a versenyképesség javítása – mutassanak megoldásokat. Azokon a területeken pedig, ahol a tagállamok helyzetükből adódóan hatékonyabban tudnak cselekedni, az EU kevésbé folyjon bele az emberek mindennapi életébe.

Üdvözlöm, hogy a Bizottság visszavonja az iskolatejre és az iskolagyümölcsre, a levegőtminőségi csomagra, valamint a vetőmagok és szaporítóanyagok előállítására és kereskedelmére vonatkozó javaslatait. A hatályos uniós szabályozás ezen a területeken megfelelően működik, a polgárokat nem szabad új, bonyolultabb szabályokkal terhelni.

Kifejezetten örülök, hogy a Bizottság a Tanács és a Parlament kérésének megfelelően hajlandó alapjaiban is módosítani a biogazdálkodásra vonatkozó javaslatát. Végül, fontosnak tartom, hogy az egyszerűsítési és ésszerűsítési törekvések minél több jelentős szabályozást érintsenek. Jelentős könnyítésekre lesz szükség a zöldítés, különösen az ökológiai jelentőségű területek szabályozása terén. A Közös Halászati Politika értékelésénél mindent meg kell tenni, hogy a környezetbarát, zárt rendszerű édesvízi akvakultúrát előtérbe helyezzük, mint a zöld gazdálkodás egyik kiváló példáját. A megújuló energiatermelést pedig a jelenleginél jóval erőteljesebben kell támogatnunk, amennyiben hosszú távú energiabiztonságot szeretnénk az EU-ban elérni.

Eugen Freund (S&D), *schriftlich*. – Europa braucht einen Neustart, einen Paradigmenwechsel, denn die Herausforderungen, vor denen wir nun stehen, müssen auf andere Art und Weise angegangen werden als in der Vergangenheit. Ein Neustart ist dringend notwendig: Jean-Claude Juncker hat ein erstes wichtiges Signal gesetzt, indem er ankündigt, bestimmte Rechtsakten in Hinkunft zurückzuziehen. Das ist ein Schritt in die richtige Richtung. Als nächstes gilt es nun konkrete Maßnahmen vorzuschlagen und hierbei vor allem koordinierter mit dem Europäischen Parlament zusammenzuarbeiten. Eines ist klar - das neue Arbeitsprogramm für 2015 braucht auch mehr Transparenz und Bürgernähe. Als Kernprioritäten hat die Kommission die Schaffung von Arbeitsplätzen und Wachstum definiert. Diese müssen in wichtigen Bereichen wie dem Digitalen Binnenmarkt, der Schaffung einer Energieunion und Energieeffizienz liegen. Gerade hier gibt es großes Potenzial, um nachhaltige und ökologische Arbeitsplätze zu schaffen. Ich erwarte mir, dass Jean-Claude Juncker sein EU-Investitionspaket auch entsprechend ausrichtet. Schließlich gilt es auch aktuelle Krisenherde und die besorgniserregende Lage im Nahen Osten in den Griff zu bekommen. Durch den Ausbau der Europäischen Nachbarschaftspolitik kann und muss die EU als globaler Akteur auftreten und mit einer Stimme sprechen. Wir dürfen diesen Neustart für Europa nicht verpassen - die sozialdemokratische Fraktion wird besonders wachsam sein, damit dieser Wandel auch tatsächlich eintritt.

Dienstag, 16. Dezember 2014

Enrico Gasbarra (S&D), *per iscritto*. – Proprio questa mattina abbiamo ricevuto dalla Commissione gli orientamenti per il programma di lavoro 2015. Sebbene sia condivisibile l'obiettivo di razionalizzare le priorità politiche, restano tuttavia diversi dubbi di metodo e di merito. Il ritiro o la modifica di 76 proposte pendenti, spesso perché ritenute obsolete, appare in molti casi giustificato più da motivi politici – come lo stallo delle trattative o perché il risultato del negoziato si discosta troppo dalla proposta originaria della Commissione – che da un vero disegno di efficacia e concretezza.

Non sarebbe infatti comprensibile poiché siano state escluse proposte – con l'espressa motivazione della difficoltà nel raggiungimento di un accordo – come quelle sull'etichettatura dei prodotti biologici e sulla registrazione di materiale radioattivo. E ancora più clamore ha avuto lo stralcio di proposte di normative complesse e attese da tempo come sui rifiuti e sulla qualità dell'aria. Non è certo così che l'Europa può dare ai cittadini il segno di una svolta e di un nuovo slancio; chiediamo pertanto alla Commissione maggiore ambizione e proposte normative più avanzate in materia di occupazione e sostenibilità ambientale.

Juan Carlos Girauta Vidal (ALDE), *por escrito*. – La principal prioridad de la Comisión Europea en su programa de trabajo para 2015 debe ser promover el crecimiento económico y la creación de puestos de trabajo. Para ello, el plan de inversiones presentado debe ser cuidadosamente gestionado con el fin de que cumpla su papel de atraer la inversión privada y no se quede en una mera lista de deseos. Y es que, además de promover la austeridad, lamentablemente necesaria para contrarrestar el excesivo endeudamiento de nuestras economías, la Unión Europea debe liderar los esfuerzos de reactivación económica. Otra medida esencial que los ciudadanos quieren ver en 2015 son propuestas para hacer converger las legislaciones fiscales de los Estados miembros con el objetivo de evitar nuevos casos de ingeniería fiscal que permitan a las grandes empresas pagar menos impuestos que las pymes. El programa de trabajo de la Comisión contiene buenas propuestas, como el fomento de un mercado digital único y de una unión de la energía, o la reducción de trabas burocráticas, pero la prioridad debe ser hacer del plan de inversiones una palanca efectiva para el crecimiento y conseguir promover una legislación fiscal justa y equitativa.

András Gyürk (PPE), *írásban*. – Meggyőződésem, hogy közép- és hosszútávon az európai gazdaságot a kutatás-fejlesztés, az innováció, az oktatásfejlesztés, tehát a tudás lendítheti fel. Elkészítőnek találok, hogy az Európai Bizottság 2015-ös munkaprogramjában mindössze egyszer került érdemben említésre a K+F és az innováció: az Energia Unió elképzelések között szerepel ezen tevékenységek támogatása, amely kezdeményezést messzemenőig osztok én is. Még elkészítőbb, hogy a Bizottság most meghirdetett beruházásösztönző csomagjában is mostohagyerek a K+F és az innováció. Sőt, a már működő, K+F fejlesztéseket támogató programból (Horizont 2020) került átcsoportosításra egy nagyobb összeg a még meglehetősen bizonytalan kimenetelű stratégiai alapba. Ezzel az átmozgatással éppen a kizárhatóságot csökkentjük egy olyan területen, ahol a többéves, hosszú kifizetésű projektek miatt a források meglete kulcsfontosságú.

Javaslom, hogy az Európai Bizottság munkája során szenteljen kiemelt figyelmet az európai K+F és innovációs tevékenységekre, hiszen Európa újraindusztrializálásához elengedhetetlen ezen a téren a készségeink, képességeink továbbfejlesztése.

Krzysztof Hetman (PPE), *na piśmie*. – Mam nadzieję, że wzmocniona współpraca pomiędzy Komisją, Radą i Parlamentem będzie miała miejsce nie tylko na etapie uzgadniania priorytetowych inicjatyw, ale także podczas ich wdrażania i ewaluacji. Uważam, że pobudzenie wzrostu gospodarczego i inwestycji, a co za tym idzie tworzenie nowych miejsc pracy, słusznie zostało uznane za jeden z priorytetów. Problem wysokiego bezrobocia jest rezultatem kryzysu ekonomicznego. W jego konsekwencji wprowadzono politykę oszczędności, która w kolejnych latach pozwoliła na konsolidację finansów publicznych. Czas już jednak na zwiększenie inwestycji. Unijni przedsiębiorcy oczekują uproszczonych regulacji, dostępu do rynków oraz wsparcia w postaci pożyczek, gwarancji i dotacji. Dlatego cieszę się, że te elementy znalazły swoje miejsce w planie prac Komisji na najbliższy rok, a także w perspektywie do roku 2020. Liczę, że do ich realizacji aktywnie przyczyni się nie tylko nowy Fundusz Inwestycji Strategicznych, ale także środki z polityki spójności.

Ian Hudghton (Verts/ALE), *in writing*. – These set piece debates always come full of political rhetoric and complete with vision for the future. The Commission's work must however be judged by their actions, not their words, and only time will tell whether the new College of Commissioners have a real plan for Europe. The Commission promises a forward looking climate change policy but then withdraws proposals on air pollution. Europe must take a holistic approach on the environment and we will be watching the Commission carefully in this area. The Commission argues for a reasonable and balanced trade deal with the US but, again, the devil will be in the detail. The concerns over TTIP are real, and any deal which jeopardises Europe's public services will be rejected in this House. Finally, the Commission calls for a Union of democratic change. My own country is going through democratic changes at the moment and the

Dienstag, 16. Dezember 2014

EU should take note of what is going on there. The people of Scotland are increasingly disenchanted with Westminster rule and we are on a journey to reclaim control over our destiny. The EU too often seems remote and the Commission must acknowledge this reality to retain popular legitimacy.

Benedek Jávör (Verts/ALE), írásban. – Rendkívül aggályos, hogy az új Bizottság fenntarthatóság szempontjából alapvető fontosságú jogszabálytervezeteket vont vissza, többek között a körkörös gazdaságot célzó csomagot és a levegőtisztaságra vonatkozó szabályozás-tervet, valamint az energiaadó-irányelv felülvizsgálatára vonatkozó tervezeteket is.

A körkörös gazdaságra, az erőforrás-hatékonyság javítására és a hulladékok újrahasznosítására vonatkozó tervezet visszavonása azért is megdöbbentő, mert komoly társadalmi egyeztetés során készült, és mind a lakosság, mind a gazdasági szereplők hosszú távú érdekeit szolgálja. A hulladékcélok a megalapozó tanulmányok, a hatásvizsgálat és a Bizottság saját közleménye szerint is mintegy 500 000 új munkahelyet teremtenének, serkentének az innovációt, az emberi egészségre és a természeti környezetre káros hatásokat is érdemben mérsékelnék, továbbá jelentősen csökkentenék a ritka nyersanyagok iránti keresletet.

A lépés ellen számos szervezet és tagállam tiltakozott, és az ügy súlyát jelzi, hogy a kérdést az olasz EU-elnökség vezetésével 23 tagállam nyomására a Miniszterek Tanácsa is holnapi napirendjére tűzte.

A javaslatok visszavonása azért is aggályos, mert nem világos, hogy milyen szempontok alapján készül az új verzió. Ez nemcsak a bizalom helyreállítására nem alkalmas intézkedéscsomag, de az átláthatóság feltételének sem tesz eleget.

Az átláthatóság hiánya és egyes üzleti szereplők megrendelésének követése, a Junckert érintő Luxleaks ügy fényében komoly kérdéseket vet fel azzal kapcsolatban, kinek az érdekeit is képviseli ez a Bizottság.

Tunne Kelam (PPE), in writing. – Three crucial points: boosting investment, conducting structural reforms, exercising fiscal responsibility. The proposed investment package is an innovative initiative in a situation where member states continue to refuse any additional money for the EU budget. The Commission has made the best of situation, to generate the climate of trust for the private investors. Just because of that, we expect from the same member governments a concerted and active support, not hesitations and excuses. We also need commitment to better regulation. Regulatory Fitness programme should become instrumental to cut red tape and remove regulatory burdens. To generate digital single market, I urge to introduce, as soon as possible, EU's digital signature and digital authentication, and, by removing national obstacles, to create a functioning European space for digital interconnections. And - once again - to simplify and harmonize consumer rules for online and digital purchases. In this regard, I especially welcome the planned copyright review that is long overdue and has to be adapted to the principle of single and digital single market and borderless Europe. We eagerly look forward to Commission's new proposals, promised by next year.

Krystyna Łybacka (S&D), na piśmie. – W 2015 roku wszyscy życzymy sobie pobudzenia inwestycji, wzrostu gospodarczego i nowych miejsc pracy. Aby to osiągnąć, Komisja powinna zaproponować spójny, komplementarny plan działania na rzecz podwyższenia konkurencyjności Unii. Dwoma jego głównymi częściami powinny być plan inwestycyjny oraz wnioski wyciągnięte z przeglądu strategii Europa 2020. Pakiet inwestycyjny Przewodniczącego Junckera jest dobrym punktem wyjścia do pobudzenia potencjału inwestycyjnego Europy, jednak jego powodzenie jest uzależnione m.in. od zaangażowania prywatnych inwestorów, w szczególności małych i średnich przedsiębiorców. Potrzebujemy także większej synergii między poszczególnymi programami m.in. między funduszami strukturalnymi, a programem Horyzont 2020. Mimo, że łączenie finansowania w ramach programów jest możliwe, to nie jest ono wystarczająco praktykowane. Konieczna jest więc większa pomoc dla potencjalnych beneficjentów, których projekty są możliwe do zrealizowania dzięki wsparciu z różnych źródeł finansowania. Takie projekty zarówno przyczyniają się do innowacyjnych rozwiązań, jak również do zwiększenia spójności ekonomiczno-społecznej. Ponadto, w związku ze zbliżającym się przeglądem realizacji procesu bolońskiego w 2015 roku, liczę iż, Komisja jako członek grupy monitorującej realizację tego procesu proponuje konkretne propozycje na rzecz podniesienia jego znaczenia i dalszego rozwoju. W tym kontekście zwracam się do Komisji o zwrócenie szczególnej uwagi na socjalne aspekty tworzenia EHEA, a w szczególności na zwiększenie dostępności studiów dla kandydatów ze wszystkich grup społecznych.

Dienstag, 16. Dezember 2014

Vladimír Maňka (S&D), *písomne* – Daňové úniky a daňové podvody pripravujú členské štáty EÚ o 1000 miliárd eur ročne. To je 2000 eur na každého obyvateľa EÚ. Tieto úniky prispievajú k zadlženosti štátov, k rastu nezamestnanosti a rastu rizika chudoby. Cez daňové raje pred krízou tiekla polovica svetových finančných operácií. Tieto peniaze pri riešení krízy a zamestnanosti veľmi chýbajú.

Vítam preto záväzok Komisie, že do šiestich mesiacov predloží návrh opatrení na boj s daňovými únikmi a daňovými podvodmi. Očakávam, že predseda Komisie pán Juncker splní svoj záväzok, ktorý predniesol v júli — pripraviť opatrenia, aby sa zisky zdaňovali v krajine, v ktorej sa tieto zisky vytvárajú.

Marek Plura (PPE), *na písmie*. – Z satysfakcją przyjmuję fakt, że w programie prac na rok 2015 Komisja położyła nacisk na tworzenie warunków sprzyjających zatrudnieniu, zdobywaniu nowych umiejętności, mobilności oraz wzmocnieniu rynku wewnętrznego. W 2013 r. w sprawozdaniu na temat obywatelstwa Komisja zaproponowała 12 konkretnych działań wspierających Europejczyków w lepszym korzystaniu z ich praw, m.in. wprowadzenie Europejskiej Karty Osoby Niepełnosprawnej, uznawanej wzajemnie przez państwa członkowskie. Dzięki Karcie osoby niepełnosprawne, przemieszczając się mogłyby w pełni korzystać z ułatwień i przywilejów oferowanych tej grupie obywateli w poszczególnych krajach. Karta z pewnością przyczyniłaby się do większej mobilności, pełniejszego dostępu do nauki i pracy zagranicą. Wprowadzenie tego dokumentu, podobnie jak wcześniej Karty Parkingowej dla osób niepełnosprawnych, jest przykładem stosunkowo prostego działania, które poprawi sytuację bardzo dużej grupy Europejczyków. Co szósty obywatel UE jest osobą niepełnosprawną. Zniesienie barier blokujących potencjał ekonomiczny i społeczny tej grupy leży w interesie całej Unii. Projekt Karty w pełni wpisuje się w strategiczne założenia Komisji, toteż pragnę wyrazić nadzieję, że w 2015 roku nastąpi znaczny postęp prac nad wprowadzeniem Europejskiej Karty Osoby Niepełnosprawnej.

Claudia Schmidt (PPE), *schriftlich*. – Ich bin über die Schwerpunkte im Arbeitsprogramm der Kommission für 2015 sehr erfreut! Es ist sehr positiv, dass sich die Kommission für 2015 den großen Herausforderungen der Europäischen Union stellen will. Ich freue mich persönlich über den Schwerpunkt Migrations- und Flüchtlingspolitik. Endlich hat die Kommission erkannt, dass es in Europa eine gemeinsame Migrations- und Flüchtlingspolitik geben muss. Es ist mir sehr wohl bewusst, dass wir die Flüchtlingsproblematik nicht alleine lösen können, jedoch können wir versuchen, einige Aspekte zu verbessern! Als Beispiel wäre die Armutsmigration anzuführen. Die Europäische Union hat die Möglichkeiten und das Werkzeug, diese Armutsmigration innerhalb Europas stärker und zielorientierter zu bekämpfen. Durch die Kohäsionspolitik, die mit rund einem Drittel des Budgets ausgestattet ist, können wir Armutsmigration in den Griff bekommen. Ich werde gerade in diesem Bereich die Arbeit der Kommission und die der Kohäsionspolitik genauestens beobachten und, wenn nötig, auf Missstände, aber auch auf positive Entwicklungen hinweisen!

Olga Sehnalová (S&D), *písemně*. – Vnitřní trh je jedním z pilířů rozvoje evropské ekonomiky, nástrojem pro větší zaměstnanost, udržitelný růst a investice. Jako sociální demokraté zároveň vždy jedním dechem dodáváme, že nedílnou částí jeho rozvoje jsou i vysoké sociální a environmentální standardy a politika ochrany spotřebitele. Věřím proto, že Komise ve svém pracovním programu na rok 2015 zohlední tento holistický přístup k vnitřnímu trhu při představování konkrétních iniciativ. Z pohledu spotřebitele považuji za priority následujících dvanácti měsíců mj. dosažení shody na balíčku k bezpečnosti spotřebního zboží a dozoru nad trhem a účinné potírání jakékoliv formy diskriminace spotřebitelů v rámci vnitřního trhu. Velkou pozornost musíme věnovat konkrétnímu obsahu Komisí avizovaného ambiciózního balíčku pro jednotný digitální trh, včetně vyhodnocení společenských dopadů digitálního rozvoje.

Monika Smolková (S&D), *písomný*. – Vytvoríť jednotný plán obnovy, investícií a rastu pre spoločnú Európu nie je jednoduché. Pracovný program Komisie reaguje na najakútnejšie problémy, akými sú nezamestnanosť, chudoba, boj proti podvodom, znižovanie byrokracie, znižovanie výdavkov, či problém s migrantmi. Všetko naraz sa nedá, ale verím, že lepšou spolupracou medzi jednotlivými členmi Komisie sa práca Komisie zefektívni a že dané sľuby pri jej voľbe sa postupne naplnia. Pracovný program predstavuje ciele opatrenia a zameriava sa na konkrétne ciele. Ich dosiahnutie bude závisieť aj od lepšej koordinácie politik jednotlivých členských štátov. Nemôžu predsedovia vlád vo svojich krajinách hovoriť jedno a na spoločnom zasadnutí Rady realizovať niečo iné. Iba spoločná politika, spoločné opatrenia majú šancu na úspech. Je čas, aby sme Európu nedelili na bohatší sever a chudobný juh, na viac rozvinutejšie západné krajiny a na menej rozvinuté východoeurópske krajiny. Spoločná Európa je aj o solidarite a o znižovaní regionálnych rozdielov a pracovný plán Komisie na rok 2015 to môže eliminovať.

Dienstag, 16. Dezember 2014

Dubravka Šuica (PPE), *napisan.* – Novi način izbora Europske komisije promijenio je odnos te institucije prema Europskom parlamentu. Dijalog s Parlamentom i bolja komunikacija pomoći će približavanju Europe građanima. Očekuje se deset Junckerovih prioriteta, ali građani još više očekuju njihovu implementaciju na terenu. Posebno pozdravljam smanjenje birokracije i neophodnu ravnotežu između rasta, socijalnih davanja i brige o okolišu. Supsidijarnost, konkurentnost i porezna pravda su teme koje posebno podržavam u radu Junckerove Komisije, ali i jeftinu energiju te nove tehnologije. Najvažnije je da su zakoni svrsishodni, da nema preklapanja i da doprinose osnovnom cilju, a to je stvaranje novih radnih mjesta. Posebno pozdravljam najavu Direktive o automatskoj razmjeni podataka koja će osigurati izbjegavanje plaćanja poreza. Plan za ulaganja smatram ambicioznim i ostvarivim ukoliko države članice budu ozbiljno participirale u njemu.

Tibor Szanyi (S&D), *írásban.* – Támogatok minden beruházással és munkahelyteremtéssel kapcsolatos intézkedést, azonban ezek az intézkedések addig nem lesznek sikeresek, amíg ekkora mértékű az adócsalás és az adóelkerülés az Európai Unióban. A becsléseket mindenki ismeri, e kettős kört azonban ki kell egészíteni a túladóztatás kérdésével, mely szintén a gazdasági fejlődés akadályá. Magyarországon például a közvetett élelmiszer-áfa 27%-os, és még erre további különadók rakódnak rá. Ennek eredményeként érezhetően csökkent a forgalom, a szereplők legális elkerülési technikákhoz kénytelenek folyamodni. További példa hazából, hogy a dohánytermékek túladóztatása és a dohányforgalmazás rendszerének átalakítása 40%-os forgalomcsökkenést okozott, mely a feketepiaci termékek forgalmának növekedésével magyarázható és bizonyítható. Arra ösztönzöm az Európai Bizottságot, hogy munkaprogramjában foglalkozzon ezekkel a témákkal is! Kérdésem a Bizottsághoz, hogy tervez-e további lépéseket tenni az adóharmonizáció terén és e lépéseket a 2015-ös munkaprogramjába is beemeli-e majd?

Carlos Zorrinho (S&D), *por escrito.* – A Comissão Europeia liderada por Jean Claude Juncker criou uma expectativa positiva naqueles que pretendem ver a União Europeia como uma referência de sustentabilidade económica, social e ambiental no quadro de globalização em que vivemos. O Programa hoje apresentado é dececionante. Os compromissos de mudança são vagos, não quantificados e insuficientemente calendarizados. Um dos principais problemas da União Europeia é a incapacidade de mobilização dos seus cidadãos para um desafio civilizacional. O programa apresentado não tem a força mobilizadora necessária. É um programa defensivo, sem ousadia, sem ambição e sem transparência. Na União Europeia temos tido, nos últimos anos, grandes proclamações sem consequências práticas. Fica a esperança que este, pelo contrário, sendo um programa frouxo no papel, se venha a revelar uma boa surpresa na execução.

IN THE CHAIR: MAIREAD MCGUINNESS

Vice-President

11. Delegierte Rechtsakte (Artikel 105 Absatz 6 GO): siehe Protokoll

12. Berichtigung (Artikel 231 der Geschäftsordnung): siehe Protokoll

13. Delegierte Rechtsakte (Artikel 105 Absatz 6 GO): siehe Protokoll

14. Haushaltspläne 2014 und 2015 (Aussprache)

President. - The next item is the joint debate on

— the report by Eider Gardiazabal Rubial and Monika Hohlmeier, on behalf of the Committee on Budgets, on the Council position on the new draft general budget of the European Union for the financial year 2015 (16739/2014 — C8-0287/2014 – 2014/2224(BUD)) A80067/2014),

Dienstag, 16. Dezember 2014

— the report by Gérard Deprez, on behalf of the Committee on Budgets, on the Council position on Draft amending budget No 3/2014 of the European Union for the financial year 2014, Section III – Commission (16740/2014 — C8-0289/2014 – 2014/2036(BUD)) (A8-0069/2014),

— the report by Gérard Deprez, on behalf of the Committee on Budgets, on the Council position on Draft amending budget No 4/2014 of the European Union for the financial year 2014, Section III – Commission (16741/2014 — C8-0290/2014 – 2014/2053(BUD)) (A8-0076/2014),

— the report by Gérard Deprez, on behalf of the Committee on Budgets, on the Council position on Draft amending budget No 5/2014 of the European Union for the financial year 2014, Section III – Commission (16742/2014 — C8-0291/2014 – 2014/2073(BUD)) (A8-0078/2014),

— the report by Gérard Deprez, on behalf of the Committee on Budgets, on the Council position on Draft amending budget No 6/2014 of the European Union for the financial year 2014, Section III – Commission (16743/2014 — C8-0288/2014 – 2014/2162(BUD)) (A8-0074/2014),

— the report by Gérard Deprez, on behalf of the Committee on Budgets, on the Council position on Draft amending budget No 7/2014 of the European Union for the financial year 2014, Section III – Commission (16744/2014 — C8-0292/2014 – 2014/2163(BUD)) (A8-0072/2014),

— the report by Gérard Deprez, on behalf of the Committee on Budgets, on the Council position on Draft amending budget No 8/2014 of the European Union for the financial year 2014, Section III – Commission (16745/2014 — C8-0293/2014 – 2014/2225(BUD)) (A8-0079/2014),

— the report by Gérard Deprez, on behalf of the Committee on Budgets, on the proposal for a decision of the European Parliament and of the Council on mobilisation of the Contingency Margin, in accordance with point 14 of the Interinstitutional Agreement of 2 December 2013 between the European Parliament, the Council and the Commission on budgetary discipline, on cooperation in budgetary matters and on sound financial management (COM(2014)0328 – C8-0020/2014 – 2014/2037(BUD)) (A8-0068/2014), and

— the report by Gérard Deprez and Janusz Lewandowski, on behalf of the Committee on Budgets, on the proposal for a Council regulation amending Regulation (EC, Euratom) No 1150/2000 implementing Decision 2007/436/EC, Euratom on the system of the European Communities' own resources (COM(2014)0704 – C8-0250/2014 – 2014/0332(NLE)) (A8-0066/2014).

Eider Gardiazabal Rubial, ponente. - Señora Presidenta, sí, la verdad es que se nos ha acumulado en la Comisión de Presupuestos un poco el trabajo y por eso hoy tenemos tantos informes que debatir y mañana que votar. La verdad es que poco o nada hacía presagiar que fuéramos a lograr un acuerdo a tiempo para el presupuesto 2015 ni tampoco para los rectificativos tan necesarios de 2014. Y esto ha sido gracias al trabajo y la implicación de mucha de la gente que hoy está aquí, en este Pleno. Y por eso, me gustaría empezar mi intervención dándoles las gracias a la Comisaria Georgieva y a todo su equipo, a la Presidencia italiana, fundamentalmente con el embajador Sannino a la cabeza, y también a todos mis colegas, porque hemos trabajado mucho durante estos últimos meses para conseguir llegar a este acuerdo.

Y decía que nada hacía presagiar que tuviéramos un acuerdo a tiempo porque las posturas estaban muy alejadas entre la propuesta inicial del Consejo y la del Parlamento, pero también muy alejadas entre los propios miembros del Consejo Europeo, entre los propios 28 países. Eran posturas alejadas. Había recelos institucionales entre instituciones, entre países, dudas en las cifras y, además, dinero de por medio, que es el presupuesto. Y, por lo tanto, teníamos un cóctel explosivo encima de la mesa. Tres grandes temas que teníamos que solucionar: cómo acabar 2014, cómo afrontar 2015 y, sobre todo, un plan para solucionar los impagos a medio plazo.

Dienstag, 16. Dezember 2014

No creo que nadie esté satisfecho del resultado de la negociación. Y desde luego, yo, como ponente, puedo decir que no lo estoy. Ni por las cifras ni por el funcionamiento de las negociaciones ni por la falta de contenido político en el debate. Pero también sé que, después de estar un año entero trabajando para lograr este acuerdo y para lograr un presupuesto, la última propuesta que tuvimos encima de la mesa, y que hoy es la que pido que apoyen mañana con su voto, es el mejor acuerdo que hemos podido conseguir. Porque ese acuerdo pone 4 700 millones de euros más para pagar programas que ya estaban ejecutados. Es decir, 4 700 millones de euros más para ONG, para que puedan seguir apostando por los que más lo necesitan, para las pymes, para que puedan seguir financiando proyectos clave para la recuperación económica, o para los agricultores que se han visto afectados por el veto ruso, para nuestros ayuntamientos y para nuestras regiones, para que sigan atendiendo a los ciudadanos.

Y porque al final, de eso trata un presupuesto, en este caso europeo: de atender a los ciudadanos; ya sea mediante becas, mediante mejoras de infraestructuras o proporcionando alimentos de calidad; ayudando a cinco millones de refugiados en Oriente Próximo o apoyando un proyecto innovador de una pequeña y mediana empresa; financiando bancos de alimentos o colaborando con proyectos contra la ablación o la mutilación genital femenina. De eso trata el presupuesto. Y para que estos proyectos sigan contando con financiación, hemos peleado desde el Parlamento Europeo.

Porque la alternativa a esto era el no acuerdo. Era no tener un presupuesto para 2015. Era perder la oportunidad de usar esos 4 700 millones de euros extras gracias a ingresos no previstos en el presupuesto de la Unión. Un no acuerdo habría puesto en riesgo el programa de inversiones que la Comisión Europea nos acaba de presentar, porque se basa al cien por cien en el presupuesto europeo. Sabemos que esos 4 700 millones no son suficientes, porque el problema de impagos es mayor. Y por eso hemos hecho tanto hincapié en buscar un compromiso del Consejo para poder trabajar desde principios de 2015 en un verdadero plan para atajar este problema. Un plan que debería ir al origen del problema.

Porque la Unión no tiene un problema de gasto: es tan solo el 1 % del producto interior bruto. Tenemos un problema de ingresos. Y la solución no está en recortar los pagos ni en reducir el presupuesto. La solución está en aumentar los recursos propios de la Unión y, por lo tanto, reducir las contribuciones nacionales.

Lamento que el impuesto sobre transacciones financieras esté en estos momentos congelado porque en el Ecofin no se ha llegado a un acuerdo. Por eso, creo que el Grupo de alto nivel de recursos propios es más necesario que nunca, para poder proporcionar recursos para un presupuesto fuerte, correctamente financiado y, sobre todo, a resguardo de debates estériles puramente contables. Eso es lo que de verdad necesitamos para el futuro.

Monika Hohlmeier, *Berichterstatterin*. - Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, Frau Kommissarin, ich grüße auch die Ratspräsidentschaft! An den Anfang will ich zunächst einmal ein herzliches Dankeschön stellen.

Ich glaube, es ist uns als Delegationsteam – da sitzt unser Ausschussvorsitzender Arthuis, meine Kollegin, die den Kommissionshaus gerade eben wiederum verteidigt und den Haushalt der Europäischen Union mitverteidigt hat, mein Kollege Jose-Manuel Fernández, der Kollege Deprez – im Rahmen eines Verhandlungsmarathons wirklich gelungen, gemeinsam einen Haushalt durchzubringen, bei dem die Koordinaten bei Gott nicht einfach standen. Ich möchte mich für die tolle Zusammenarbeit und das Riesenengagement von Herzen bedanken.

Als Zweites ein Dankeschön an die Kommissarin, die mit ihrer Mannschaft gekämpft hat, um diesen Haushalt durchzubringen, und dann einer italienischen Ratspräsidentschaft, wo es am Anfang Schwierigkeiten gab, aber dann haben anschließend alle miteinander an einem Strang gezogen, um doch das Ergebnis zu erreichen, das vielleicht nicht optimal ist, aber zumindest einen Weg aufzeigt.

Dienstag, 16. Dezember 2014

Erstens: Wenn ich auf die anderen Institutionen komme, ich bin dankbar, dafür, dass wir für den Europäischen Auswärtigen Dienst letztendlich die allgemeinen Verwaltungskosten haben, endlich mal transparent und sinnvoll zusammenführen können, dass wir uns beim EuGH darauf verständigt haben, dass wir endlich eine Lösung für die neuen Richter anstreben, dass wir drittens auch den ganzen Kürzungssatz, für den EuGH, für den EAD, für die beiden Ausschüsse wieder vernünftig angehoben haben und dass wir als Parlament auch in der Kooperation, eigentlich das, was wir uns vorgenommen haben, Synergieeffekte mit dem Wirtschafts- und Sozialausschuss und mit dem Ausschuss der Regionen, erzielt haben. Das heißt, in den anderen Institutionen waren die Probleme nicht so groß wie im Bereich der Kommission.

In dem Bereich der Kommission haben uns wirklich die alten Rechnungen am meisten geplagt, und ich möchte vor allem eines zum Ausdruck bringen: Es kann nicht angehen, dass wir am Schluss mit den neuen Haushalten, die wir haben, größtenteils dann nur noch alte Rechnungen begleichen und dass wir dadurch eigentlich die Programme, die wir uns neuerdings wirklich über Monate, zum Teil über zwei Jahre hinweg entwickelt haben, die beginnen erfolgreich anzulaufen, bremsen müssen, sie künstlich aufhalten müssen, damit wir überhaupt noch in der Lage sind, den Zahlungsschluss zu gewährleisten.

Das ist eine Situation, die inakzeptabel ist. Deshalb empfinde ich es als einen großen Erfolg, dass wir zumindest einmal das Thema Zahlungsplan und Ausführungsgarantie des mehrjährigen Finanzrahmens miteinander in die Diskussion nehmen und dafür auch eine Lösung anstreben wollen.

Ich hoffe, dass der Rat und die Mitgliedstaaten in diesen Sitzungen mehr präsent sind – ich sage das sehr deutlich – als bei dem Ausschuss, den wir gemeinsam eigentlich zu den Agenturen, der Analyse von deren Aufgaben und anschließend auch der entsprechenden finanziellen Ausstattung miteinander haben wollten. Ich lade dazu den Rat wirklich sehr herzlich ein, das Thema Zahlungsplan plus Ausführung der neuen Programme ernst zu nehmen, denn wir wollen vorwärts kommen in dieser Europäischen Union.

Das Europäische Parlament hat sich nicht darauf versteift, nur restaurativ mehr zu fordern, sondern wir haben uns wirklich mit Ihnen zusammen- und auseinandergesetzt und sind Ihnen auch in mancher schwierigen Situation entgegengekommen. Wir wünschen uns aber auch umgekehrt, dass Sie uns bei dem rechtmäßigen Anliegen, dass alte Rechnungen bezahlt werden müssen, dass man sie nicht liegen lassen kann und dass sich die Europäische Union nicht verschulden darf, genauso entgegenkommen, denn das sollte eigentlich auch Ihr Anliegen sein.

Gérard Deprez, rapporteur. - Madame la Présidente, Madame la Commissaire, chers collègues, au début des négociations, le Parlement européen, par la voie de la commission des budgets, s'était fixé trois objectifs.

Le premier objectif consistait à stabiliser – à défaut de pouvoir le réduire – le niveau préoccupant, pour ne pas dire intenable, des factures impayées: 5 milliards en 2010, près de 25 milliards à la fin de 2014. Première priorité, donc, stabiliser les impayés.

Le deuxième objectif consistait à trancher le différend qui nous oppose au Conseil – et au Conseil seul, d'ailleurs! – concernant le statut budgétaire des instruments spéciaux, en particulier pour les paiements.

Le troisième objectif, un objectif essentiel, consistait à nous mettre d'accord avec les deux autres institutions sur l'urgence de la mise en œuvre d'un plan d'apurement des factures impayées pour en limiter le montant à un niveau soutenable.

Quel bilan pouvons-nous maintenant tirer, après les longues semaines de négociation que nous avons eues? Je précise que «négociation» est un terme un peu impropre, puisque lors de la plupart des réunions, nous avons dû entendre le Conseil dire qu'il n'était pas en mesure, malheureusement, de parvenir à une position commune.

En ce qui concerne le bilan et, tout d'abord, les crédits de paiement, l'accord prévoit pour l'année 2014 – et pour l'année 2014 seulement – un supplément d'argent frais – *fresh money* comme l'on dit – de 3,529 milliards, soit les deux tiers de ce que nous exigeons au départ. Je précise en effet que nous nous étions engagés à demander ce que la Commission considérait comme nécessaire – à savoir 4,7 milliards en 2014 – pour éviter que la situation ne se détériore en ce qui concerne le montant des factures impayées.

Dienstag, 16. Dezember 2014

En ce qui concerne le statut budgétaire des instruments spéciaux, le différend entre la position du Conseil, d'une part, et celle du Parlement européen et de la Commission, d'autre part, n'a pas pu être tranché favorablement. Certes, une solution temporaire, en apparence neutre, a pu être retenue pour 350 millions d'euros de crédits de la marge non utilisée, mais la question de fond n'a pas été tranchée.

En ce qui concerne le plan d'apurement – qui était essentiel pour nous – du montant croissant des factures impayées, un accord, que j'estime véritablement positif, a pu être trouvé. La Commission devra présenter, en mars 2015, une évaluation mise à jour du montant global des impayés et proposer d'autres scénarios. Les trois institutions s'engageront à mettre en œuvre un plan. Et je citerai cette phrase, qui résume l'engagement que nous demandons au Conseil de formaliser solennellement devant nous: «Ce plan sera validé par les trois institutions en temps utile avant la présentation du projet de budget 2016».

Bref, considéré globalement, l'accord intervenu entre les deux branches de l'autorité budgétaire est, à nos yeux, acceptable et mérite d'être soutenu, comme l'a fait lundi soir, à une très large majorité, la commission des budgets.

Ceci étant dit, Madame la Présidente, je ne peux passer sous silence quelques petites médiocrités: 30 millions par-ci, 11 millions par-là, en matière de redéploiement, que le Conseil a mis un point d'honneur à accorder l'un ou l'autre des États membres récalcitrants. Cette médiocrité ne grandit pas, à mon sens, ses auteurs.

Je ne peux pas non plus oublier l'obsession du Conseil consistant à accéder aux demandes de l'un ou l'autre État membre visant à étaler le supplément dû en vertu de la réévaluation, qu'il avait pourtant acceptée, de leur RNB. Un texte nous est présenté à ce sujet, dont je suis corapporteur avec M. Lewandowski; je lui laisserai la responsabilité de présenter ce texte, que je voterai sans sourciller parce qu'il fait partie de l'accord, quoi que je pense par ailleurs des gesticulations verbales de l'honorable premier ministre qui est à l'origine de ce faux pas.

J'avais encore beaucoup de choses à dire, Madame la Présidente, mais je les réserve pour les deux dernières minutes.

Janusz Lewandowski, rapporteur. - Pani Przewodnicząca! Pani Komisarz! Dear Kristalina! Finalizujemy w tym tygodniu bardzo trudny proces uzgodnień budżetowych na lata 2014–2015, którego elementem jest poprawka do regulacji dotyczącej środków własnych Unii Europejskiej, opiniowana przez Parlament Europejski. Nie zazdroszczę uczestnikom koncyliacji, w której nie uczestniczyłem po raz pierwszy od dziesięciu lat. Ale nie zazdroszczę dlatego, że zawsze pojawia się jakaś dodatkowa okoliczność tych negocjacji, element budżetu rocznego. W zeszłym roku był to związek pomiędzy budżetem rocznym a uzgodnieniami dotyczącymi perspektywy finansowej na lata 2014–2020. W tym roku tą dodatkową okolicznością była zmiana sposobu obliczania wpłat w oparciu o dochód narodowy brutto i VAT, co też komplikowało negocjacje.

Ale z roku na rok pojawia się jeden i ten sam problem, mianowicie projekt budżetu europejskiego Komisji nie jest wymysłem Komisji, nie bierze się z próżni. Jest weryfikowaną w dół, konserwatywną oceną zgłoszeń szacunków napływających z 28 krajów. Stąd frustracja w ostatecznych negocjacjach, gdy ta suma weryfikowana konserwatywnie jest następnie kontestowana przez państwa członkowskie w toku ostatecznego negocjowania. W tym roku dodatkową okolicznością była rzeczywiście istotna zmiana bazy obliczeniowej produktu narodowego brutto oraz VAT-u, co dla niektórych krajów oznaczało dobrą wiadomość – miały nadpłatę, dla innych złą wiadomość – miały niedopłatę. W przypadku Wielkiej Brytanii i Holandii były to pokaźne sumy pieniędzy.

Ten problem na tyle absorbował kraje członkowskie, że do końca formalnego terminu negocjacji nie były w stanie wypracować swojego stanowiska, ale zarazem oczekiwały od Parlamentu procedury pilnej, procedury pospiesznej wyrażenia opinii. Odnotowaliśmy ten paradoks – z jednej strony – zwłoki budżetowej, z drugiej strony – żądanie pośpiechu, uznając opinie i poprawkę do regulacji o środkach własnych jako element ostatecznego uzgodnienia budżetowego. Dziś mamy uzgodnienie na lata 2014–2015 i opiniujemy pozytywnie również poprawkę do regulacji dotyczącej środków własnych. Wprowadzamy jednak do *regulation* dwie poprawki w imię przejrzystości sytuacji finansowej i budżetowej Unii Europejskiej, mianowicie *obligo* notyfikowania Parlamentu Europejskiego co do spóźnionych wpłat i rezultatu dla budżetu europejskiego.

Dienstag, 16. Dezember 2014

Nie wyrzekamy się zarazem krytycznych uwag co do samej procedury budżetowej i to jest treść *legislative resolution*. Mianowicie zwracamy uwagę na fakt, że te zmiany statystyczne wniosły same państwa członkowskie, w niektórych wypadkach ułatwia im to inne rozliczenia z Komisją Europejską. Żelazną regułą – na co zwracałem uwagę – było dotąd uiszczanie dodatkowych wpłat w terminie 1 grudnia. Natomiast o ułatwienia i elastyczność apelowały szczególnie te kraje, które są skrajnie nieelastyczne i nie robią żadnych ułatwień w zakresie procedury budżetowej, a właściwie są liderami cięć również w tych pozycjach budżetu, które mają oczywisty związek z konkurencyjnością gospodarki, z tworzeniem miejsc pracy i wzrostem. To nie upraszcza systemu dochodów własnych Unii Europejskiej. To komplikuje bardziej ten system, dlatego ostatecznym elementem naszej pozycji parlamentarnej jest uznanie dla *High-level group on own resources*, aby rzeczywiście przepatrzyła system. Komisja Budżetowa przegłosowała opinię w tej sprawie w zeszłym tygodniu. Oczekujemy, że dopełnimy formalności w jutrzejszym głosowaniu.

Benedetto Della Vedova, *Presidente in carica del Consiglio*. - Signor Presidente, onorevoli membri del Parlamento, Vicepresidente Georgieva, signore e signori, è per me un onore prendere la parola durante l'odierna sessione plenaria per la discussione sull'accordo politico raggiunto lo scorso 8 dicembre dal Consiglio e dal Parlamento europeo sul bilancio dell'Unione europea per il 2015 e sul pacchetto dei bilanci rettificativi per il 2014. Il Consiglio ha già formalizzato la sua intesa lo scorso 12 dicembre e attendiamo fiduciosi l'esito del voto del Parlamento europeo in programma domani.

Come sapete l'accordo è stato raggiunto in un contesto negoziale particolarmente complesso a causa delle molteplici questioni che abbiamo dovuto affrontare. Credo che, mai come quest'anno, vi siano stati così tanti bilanci rettificativi da approvare e credo anche che non ci siamo mai trovati a dover sorteggiare un livello così elevato di fatture non pagate dall'Unione europea, circostanza questa che ci ha impegnati in un intenso dibattito al termine del quale abbiamo concordato, d'intesa anche con la Commissione, di avviare un percorso che, nei prossimi anni, ci permetterà di riportare l'indebitamento dell'Unione europea su livelli più accettabili e sostenibili. C'erano infatti differenti punti di vista su come ridurre il livello dei mancati pagamenti e ritardati pagamenti e credo che, alla fine, abbiamo trovato un buon compromesso.

Sono quindi sicuro che anche il Parlamento europeo convenga sul fatto che aver stanziato 3,5 miliardi in più, sulle dotazioni di cassa del 2014, costituisca un risultato importante per il funzionamento dell'Unione europea, dal momento che si mette fine alla crescita dello stock delle fatture da pagare e allo stesso tempo si pongono le basi per un suo progressivo assorbimento negli anni a venire.

Nello specifico, l'importo complessivo per il 2015 è composto a 2 818 milioni di euro, mediante attivazione del margine per imprevisti, 361 milioni di euro derivanti dall'utilizzo dei margini disponibili rispetto ai massimali di spesa nel bilancio 2014 e ulteriori 350 milioni di euro, relativi ai cosiddetti strumenti speciali che si aggiungono al margine per imprevisti, rinviando ad una fase successiva un accordo tra le nostre istituzioni in ordine alla loro inclusione o meno nel massimale di spesa. Ritengo che questo ammontare costituisca un giusto equilibrio tra i vincoli di finanza pubblica cui sono assoggettati gli Stati membri e i fabbisogni finanziari dell'Unione europea per l'attuazione dei suoi programmi di spesa.

Per quanto riguarda il bilancio dell'Unione europea 2015, sono previsti complessivamente 145,3 miliardi di euro in stanziamenti di impegno, +1,8% rispetto al bilancio 2014 emendato, 141,2 miliardi in stanziamenti pagamento, +1,6% rispetto al bilancio 2014 emendato. L'ammontare delle dotazioni così individuate consente di lasciare margini sufficienti sotto i massimali del Quadro finanziario pluriennale 2014-2020, per consentire all'Unione europea di avere una disponibilità sufficiente di manovra per reagire ad eventuali imprevisti. Sono convinto che in questi termini il bilancio 2015 garantirà le risorse necessarie per un'attuazione intelligente ed efficace dei nuovi programmi, tenuto conto che si tratta del secondo bilancio annuale, nell'ambito del nuovo Quadro finanziario 2014-2020.

Solo per fare qualche esempio, vorrei segnalare i pagamenti per la rubrica 1a (Competitività per la crescita e l'occupazione), dove sono allocate le risorse in favore della ricerca, della formazione, delle piccole e medie imprese, che registrano una crescita del 33% , pari a 3,9 miliardi di euro, rispetto al bilancio 2014 comprensivo degli adeguamenti concessi.

Dienstag, 16. Dezember 2014

Anche lo stanziamento per la politica estera dell'Unione europea ha ricevuto un incremento rilevante delle dotazioni di pagamento, pari a circa l'8,5%. Tra gli altri incrementi segnalo le risorse aggiuntive concesse nel settore del controllo delle frontiere esterne e dei flussi migratori, nonché delle agenzie di supervisione finanziaria di recente istituzione.

Per quanto riguarda la politica agricola, sono state accolte le richieste degli operatori del settore colpiti dall'embargo russo dei prodotti agricoli dell'Unione europea, che riceveranno sostegni aggiuntivi finanziati con le maggiori entrate a destinazione specifica, senza quindi incidere sulla riserva per le crisi agricole, che resteranno disponibili per eventuali, ulteriori esigenze che si dovessero verificare nel corso del 2015.

Ritengo che tali risultati debbano essere valutati anche alla luce del calendario estremamente ristretto che abbiamo avuto a nostra disposizione per definire il bilancio dell'Unione europea per il prossimo anno. Dopo il mancato accordo nella procedura di conciliazione il 17 novembre, la Commissione ha presentato una nuova proposta di bilancio 2015 e, il 28 novembre, ha proposto un nuovo compromesso sui bilanci rettificativi pendenti per il 2014. Ciononostante, siamo riusciti a raggiungere un accordo l'8 dicembre in tempo utile per poterne permettere l'adozione prima della fine dell'anno e quindi per evitare il ricorso ai dodicesimi provvisori all'inizio del 2015. I negoziati sono stati quindi molto intensi e il raggiungimento dell'accordo rappresenta un segnale estremamente positivo della capacità delle nostre due istituzioni di trovare le necessarie intense nell'interesse dei nostri cittadini.

Vorrei esprimere ancora una volta la mia soddisfazione per i risultati ottenuti e ringrazio tutte le parti coinvolte nei negoziati. In particolare vorrei ringraziare il Presidente Arthuis, nonché i tre relatori, on. Gardiazabal, Hohlmeier e Deprez, che si sono impegnati a fondo nei negoziati assumendo un atteggiamento costruttivo e cooperativo quando necessario. Vorrei inoltre ringraziare il Vicepresidente Georgieva e la sua squadra, per aver a loro volta facilitato con grande imparzialità la positiva conclusione del negoziato.

Concludo esprimendo la mia convinzione che l'accordo raggiunto con il Parlamento rappresenti una risposta perfettamente coerente con le tre cruciali sfide che ci attendono il prossimo anno: continuare a ridurre l'arretrato delle fatture non pagate, non compromettere lo sforzo portato avanti dagli Stati membri per il consolidamento delle finanze nazionali e fornire le indispensabili risorse e gli stimoli per favorire la crescita economica e la creazione di nuovi posti di lavoro con benefici per tutti i cittadini europei.

Kristalina Georgieva, Member of the Commission. - Madam President, thank you for the opportunity to address Parliament before tomorrow's vote on the Draft Amending Budgets for 2014, the budget for 2015, and also on the Opinion on the amendment to Regulation No. 1150/200.

I think we can all agree here that these have been particularly difficult negotiations. This is the first year of the new MFF. We have put into practice what has been designed for the MFF for the first time. It was also a time when we had to find ways to stabilise the level of unpaid bills, and it is happening when many of our Member States are facing very difficult fiscal situations at home, but we are all working very hard to find the pathway to an agreement.

I want to thank both branches of the budgetary authority for coming up with a sound budget that provides continuity and predictability but, more important than anything else, it sends a signal to our citizens that despite differences and difficulties, we can come up with a solution that serves them. It is oriented towards their needs.

Thank you very much to the Chair Jean Arthuis for his leading role in the negotiations; to the rapporteurs Ms Gardiazabal and Ms Hohlmeier, and Mr Deprez, and also of course my former Commissioner colleague Mr Lewandowski now sitting here, for all he has done in his previous occupation to help us to come to this agreement. I also want to thank the Italian Presidency. Minister Padoa-Schioppa came to us at a very critical moment.

Many of you have worked tirelessly throughout this process, and now we have a solution that I hope will be voted through tomorrow because it is a very good outcome of the negotiations. Of course we in the Commission believe that what we put forward as regional proposals were sound, but we can live with what we have now and it is, as many of you have already said, crucial for us to serve our programmes and to serve our people.

Dienstag, 16. Dezember 2014

Let me first say a couple of words about the 2014 Draft Amending Budgets. This is a particularly tough year from the budgetary standpoint because we simultaneously face pressure for payments for the last programming period, bills that are coming in the last year, and the adjustment to a tighter budget envelope for the new MFF, and finding an agreement on the additional needs for 2014 through the amending budgets, and in particular through amending budget 3 – DAB 3 – the mobilisation of the contingency margin and making good use of the windfall of revenues from fines. This was paramount for the successful outcome of the budgetary procedure, and I would say that it also paved the way for a decision on the 2015 budget.

We have heard the assessment on the numbers. Let me just add three brief points: firstly, we are also benefiting from some redeployments and transfers of appropriations to 2015 of a programme that has not moved sufficiently this year. That allows the total amount of money for reinforcement for paying bills due to go up to EUR 4.25 billion. Of those, EUR 400 million are for Heading 1A, EUR 2.85 billion for the backlog of cohesion policy in Heading 1B and EUR 750 million for reinforcing the international programmes to help us to help people around the world in desperate situations.

On the 2015 budget, let me outline what we believe is particularly valuable in the agreement. First it is focused on investments in our core policy priorities. It underpins what we have to do to strengthen the competitiveness of Europe and of course underpins the EUR 350 billion investment plan that we have presented. Secondly, vis-à-vis the 2014 budget, we have a modest step up but it is sufficient to help us adjust to the two pressure points I spoke about. For commitments the increase is 1.8% – EUR 2.6 billion – and for payments the increase is 1.6%, which translates into EUR 2.2 billion. That allows us EUR 3.9 billion more for Heading 1A and EUR 581 million more for Heading 4 where the pressures on Europe are so strong. As the Presidency mentioned, we managed to meet the needs of our farmers affected by the Russian ban and by falling price levels in the milk and meat markets without tapping into the crisis reserve.

We also have – and this is a very important point to recognise – a healthy development on the ratio between commitments and payments. For 2014 and 2015, as a result of what we have done, this ratio is 97% vis-à-vis an average of 89% in previous years, 2009 being 83% for example. What does that mean? That means that it will be easier to get on top of the issue of the RAL that is going too far and too fast for our budget comfort. We are very pleased with the demand from Parliament, which was accepted by the Council, to have a payment plan, because this would lead us towards sustainability and I can inform you already that the Latvian Presidency – the forthcoming Presidency – is taking this task very seriously.

I met with the Minister of Finance and also with the Minister of Foreign Affairs who will be the front minister for the Presidency in the next six months. The payment plan is for us to bring to an end what we have been experiencing this year in terms of unpaid bills. Our discussions in the coming months will also touch upon the issue of special instruments. In these negotiations we have agreed to disagree and leave the issue open. We placed EUR 350 million in special instruments above the ceiling for 2014 but with an understanding that this is not the final call, so we have to engage in discussing it and hopefully bring it to a final call.

We, as you all know, in this period of time had to deal with the issue of exceptionally a large GNI adjustment, EUR 9.5 billion in adjustments, that had come as a surprise to some of our Member States. We have a very limited proposal for an amendment to address this issue and I want to inform you that eight Member States are opting for deferred payments as provided by the amendment. Given that, I hope Parliament tomorrow will provide an opinion on it and it will be a positive opinion.

Let me conclude with three points. Firstly, we have a budget and now we have to make the best use of the money we have. This for us in the Commission is a top priority to focus on results, on the quality of spending. Secondly, we, in the midst of negotiations, had a meeting of the High Level Group on own resources – I am very honoured to be one of the three Commissioners now added to this group, which has very critical work which it has to continue to deliver on. And last but not least, we in the Commission – you heard it in the new work programme – are very determined to drive towards this alignment of priorities and budget so we can show our citizens that the European Union delivers where it matters the most to them.

Dienstag, 16. Dezember 2014

Jan Olbrycht, autor projektu opinii Komisji Rozwoju Regionalnego. – Pani Przewodnicząca! Pani Komisarz! Dzisiaj dyskutujemy o budżecie przed głosowaniem i w gruncie rzeczy wyrażamy bardzo duże zadowolenie z tego, że został osiągnięty kompromis. Myślę, że musimy sobie jednak zdawać sprawę z pewnego relatywizmu w tej kwestii. Lepiej jest, że mamy budżet, niż gdybyśmy mieli prowizorium budżetowe. Ta sytuacja jest oczywiście dużo lepsza, niż sytuacja, która mogła się zdarzyć. Natomiast jesteśmy świadomi również tego, że negocjacje przebiegały w sposób bardzo trudny, o czym mówiła pani komisarz, i w negocjacjach tych pojawiło się kilka elementów bardzo symptomatycznych. Po pierwsze, ogromna część uwagi została skierowana nie na budżet na 2015 r., ale na „załatanie” budżetu z 2014 r. Do ostatniej chwili dyskutowaliśmy na temat uniknięcia katastrofy w roku 2014 kosztem bardzo poważnej debaty na temat konsekwencji w budżecie na 2015 r. Sytuacja była nietypowa, ponieważ w poprzednich latach dyskusja na temat 2014 r. była bardzo szczegółowa i rozpoczynała się dużo wcześniej, a tu mieliśmy do czynienia z debatą na temat 2014 r. z odłożeniem tematu roku 2015. A przecież lata 2014 i 2015 dla polityki regionalnej są kluczowe. Mówiła pani komisarz o tym, że rok 2014 i 2015, zgodnie z zasadą N+2, to okres końca rozliczeń, czyli innymi słowy wszystkie rozliczenia, również żądania zapłaty, spływają w roku 2014 i 2015. Wszyscy jesteśmy świadomi tego, że pieniędzy musi być więcej. Inaczej mówiąc, dzisiejsze zadowolenie z negocjacji jest zadowoleniem względnym, powinniśmy natomiast zastanowić się, czy system w tej wersji będzie dalej działał. Dziękuję.

José Manuel Fernandes, em nome do Grupo PPE. – Em primeiro lugar queria congratular todos os intervenientes porque eu considero que a união, a persistência do Parlamento Europeu, permitiu um bom acordo no que diz respeito aos orçamentos de 2014, aos orçamentos rectificativos, e também ao orçamento de 2015, não esquecendo algo que é fundamental que é o plano de pagamentos da dívida da União Europeia. E não tenhamos medo de lhe chamar *dívida*, porque é disso que se trata.

Tal permite a credibilidade das instituições da União Europeia e a concretização das nossas prioridades relativas ao crescimento e ao emprego. Este acordo permite ainda estabilizar a dívida da União Europeia e evitar o colapso do orçamento. Assim, em 2014, temos cerca de quatro mil milhões de euros de receitas extraordinárias para fazer face ao elevado nível dos não-pagos. Estavam em cima da mesa receitas extraordinárias do orçamento da União Europeia em 2014 que eram resultantes, nomeadamente, de multas.

Sem este acordo, os Estados-Membros receberiam estas receitas nos respetivos orçamentos nacionais, o que era inaceitável, até porque há um elevado montante de faturas já vencidas e não pagas como referi.

Relativamente a 2015, também conseguimos que os cortes que o Conselho propunha fossem minimizados. Para além disso, reforçamos os compromissos no que diz respeito aos programas destinados ao emprego e ao crescimento. A solidariedade externa da União Europeia também ela foi reforçada no que diz respeito à ajuda humanitária. Em 2015, tal como acordámos com a Comissão e com o Conselho, temos de ter um plano para fazer face às faturas já vencidas e não pagas. A União Europeia deve aplicar a ela própria o mesmo rigor que pede aos Estados-Membros e, para além disso, deve cumprir os seus compromissos, nomeadamente o que adotou no quadro financeiro plurianual.

Jens Geier, im Namen der S&D-Fraktion. – Frau Präsidentin, Herr Staatssekretär Della Vedova, Frau Vizepräsidentin Georgieva! Ich schließe mich für die Sozialdemokraten den allgemeinen Glückwünschen an. Ich beglückwünsche insbesondere die Ratspräsidentschaft. Denn man kann es nicht deutlich genug betonen: Wenn in einer dreiwöchigen Schlichtungsphase der Rat einen Großteil dieser 21 Tage dafür benötigt, überhaupt erst einmal eine gemeinsame Position finden zu können, die dann nach Abbruch der ersten Verhandlungen, weil diese Position nicht durchsetzungsfähig ist, überholt werden muss, dann kann man der italienischen Ratspräsidentschaft nur dazu gratulieren, dass sie den Rat am Ende mit Mühe geschäftsfähig gehalten hat.

Dienstag, 16. Dezember 2014

Was ist gut an diesem Ergebnis? Mich erinnert das, was wir mit dem Rat erleben, in Phasen an Psychotherapie. Auch dort ist die erste Phase der Therapie die Leugnung – die haben wir hinter uns. Dass der Rat noch vor wenigen Jahren behauptet hat, die Zahlen der Kommission über den Zahlungsrückstand seien falsch – das haben wir hinter uns. Das Problem des Widerstands haben wir auch hinter uns. Jetzt ist der Rat so weit, dass er sagt: Ja, wir sind bereit, frisches Geld in den europäischen Haushalt zu geben, weil die Zahlungskrise eben auch nicht mehr zu leugnen ist. Das ist gut, da sind wir weitergekommen. Jetzt sind wir aber in der Phase, in der die Heilung einsetzen muss. Da bin ich froh, von Ihnen, Frau Vizepräsidentin, zu hören, dass Sie bereits im Dialog mit der lettischen Ratspräsidentschaft sind, weil die lettische Regierung jetzt die sein muss, die das umzusetzen hat, nämlich den Zahlungsplan mit Leben zu erfüllen.

Wir vom Haushaltsausschuss des Europäischen Parlaments können uns das nicht anders vorstellen, als dass wir sehr regelmäßig von Ihnen, Frau Vizepräsidentin, Bericht darüber erhalten, wie sich erstens die Zahlungen weiterentwickeln. Ich hoffe, die Prognosen sind richtig, dass das Geld, das jetzt da ist, ausreichen wird, um die Zahlungskrise einzudämmen. Sehr optimistisch bin ich da aber nicht.

Und wir werden natürlich in Zukunft in den Verhandlungen mit dem Rat auch darauf achten, dass der Zusage Taten folgen. Wir haben in der Vergangenheit gesehen, dass Papier für den Rat sehr geduldig sein kann. Dabei werden wir es in Zukunft nicht bewenden lassen.

Bernd Kölme, im Namen der ECR-Fraktion. – Frau Präsidentin! Ich begrüße die Kommissarin, den Vertreter des Rates, und ich danke selbstverständlich allen, die an der Erarbeitung dieser Unterlagen beteiligt waren, wenngleich wir von der EKR-Fraktion mit dem Ergebnis überhaupt nicht zufrieden sind.

Wir werden in dieser Woche ein ganzes Bündel von Maßnahmen beschließen können. Dabei handelt es sich um verschiedene Haushaltsnachträge für das Jahr 2014. Zum einen geht es um Hilfe in Katastrophenfällen, es geht auch um technische Anpassungen. Das sind unkritische Vorgänge. Diese tragen wir mit.

Zum anderen geht es um die Finanzierung von offenen Rechnungen. Dies ist natürlich wichtig, es ist existenziell. Aber diese Kompromisse, die jetzt erarbeitet wurden, sind bei Weitem nicht ausreichend. Vorgesehen sind nun Zahlungsmittel von rund 4 Milliarden EUR zusätzlich. Die EU hat aber 23 Milliarden EUR Schulden. Und Schulden in Form von nicht bezahlten Rechnungen sind nun einmal, genau wie es der Vorredner auch gesagt hat, Schulden, die wir zahlen müssen. Wir als EKR-Fraktion lehnen daher diese Nachträge ab.

Wenn wir das Budget 2015 anschauen, dann müssen wir uns auch die Startbedingungen für das Jahr 2015 klarmachen: Am Jahresanfang werden wir 20 Milliarden EUR Schulden haben. Dadurch werden sich die verfügbaren Zahlungsmittel von 141 Milliarden EUR auf 121 Milliarden EUR verringern. Gleichzeitig haben wir aber vorgesehen, dass 145 Milliarden EUR Zahlungsverprechungen gemacht werden können. Da frage ich mich und frage Sie alle: Wie kann diese Rechnung aufgehen? Ich wage zu behaupten, überhaupt nicht, es sei denn, die EU erlässt neue Rechenregeln. Davon würde ich allerdings abraten. Wenn ich mir dann noch vor Augen führe, dass wir ja bereits Zahlungsverprechungen von weit über 200 Milliarden EUR gemacht haben, die noch nicht fällig sind, dann wird diese ganze Lage noch dramatischer.

Dieses Haushaltsverfahren ist viel zu kompliziert. Wir reden über allgemeine Reserven, spezielle Reserven, Flexibilitätsinstrumente, Sonderfinanzierungen, *on top* oder nicht *on top*. All das ist nicht transparent. Das erinnert mich mehr an eine Sprache von George Orwell, der damals vorausgesehen hatte, dass die Politik irgendwann so spricht, dass es die Bürger nicht mehr verstehen.

Wenn ich dann noch sehe, dass der ursprüngliche Vorschlag der Kommission 142 Milliarden EUR an Zahlungsmitteln war, der Rat 140 sagt, das Parlament ursprünglich 146 – wir sind jetzt wieder bei 141 gelandet. Der Berg kreiße und gebär ein Mäuschen.

(Die Präsidentin entzieht dem Redner das Wort.)

Jean Arthuis, au nom du groupe ALDE. – Madame la présidente, permettez-moi d'abord de remercier nos rapporteurs, M^{me} Gardiazabal Rubial, M^{me} Hohlmeier et M. Deprez, de remercier M^{me} Georgieva, et de remercier la présidence italienne, en particulier M. l'ambassadeur Sannino. Nous sommes à la veille du vote de notre budget. Je voudrais exprimer un regret et un espoir.

Dienstag, 16. Dezember 2014

Mon regret porte sur le déroulement de notre procédure budgétaire. Pendant les trois semaines de conciliation, hormis avec le secrétaire d'État italien, il nous a été impossible d'échanger avec des interlocuteurs de rang gouvernemental. Pour vingt-huit députés européens mobilisés, il n'y avait pas un ministre pour leur répondre. Il a fallu attendre le vingt-et-unième jour, dernier jour de conciliation, pour que le Conseil nous fasse enfin connaître ses propositions, malheureusement inacceptables. L'accumulation des factures impayées sur le bureau de la Commission est proche de 30 milliards. Cette grave dérive met en difficulté nombre d'opérateurs et porte atteinte à l'autorité comme au crédit de l'Union européenne.

Je tiens à dénoncer l'attitude paradoxale du Conseil. En effet, l'Union européenne a bénéficié, en 2014, de ressources imprévues, à concurrence de cinq milliards, produit d'amendes et d'intérêts de retard. Pour le Parlement, il importait de les affecter au paiement des factures les plus urgentes. C'est un principe élémentaire de bonne gestion. Or, nous nous sommes heurtés au refus du Conseil.

J'ai été stupéfait par l'autisme de gouvernements nationaux qui refusent d'assumer leurs obligations dès lors qu'ils ont accepté les engagements de crédit. Absents de nos négociations, les ministres se donnent des allures de bons gestionnaires en refusant de payer ce qu'ils nous doivent. Faut-il leur rappeler que le paiement n'est que la conséquence mécanique de leurs décisions antérieures?

En tout état de cause, ce que nous demandions ne pouvait, au mieux, avoir pour effet que de stabiliser la dette européenne. Là où, pour 2014, nous attendions 4,7 milliards d'euros, nous avons obtenu 3,5 milliards. Pour 2015, nous attendions 2,3 milliards d'euros, nous avons obtenu 1,3 milliard. Soit au total 4,8 milliards d'euros au lieu de 7 milliards.

Il est donc clair, chers collègues, que les montants sur lesquels nous avons scellé notre accord ne règlent pas le problème. Mais ce qui fonde mon espoir, c'est l'engagement pris, de part et d'autre, de mettre en œuvre une procédure d'apurement de la dette sournoise constituée par les factures impayées. Il s'agit d'abord de connaître précisément ce montant, au 31 décembre 2014, et de convenir de ce qui peut être considéré comme le montant raisonnable et soutenable. L'apurement visera l'écart entre les deux et devra se solder dans les meilleurs délais.

C'est dire si le rendez-vous prévu en 2016 pour réviser le cadre financier pluriannuel doit nous mobiliser dès le début de l'année 2015.

Liadh Ní Riada, *thar ceann Ghrúpa GUE/NGL*. – A Uachtaráin, ba mhaith liom mo bhuíochas a ghabháil le mo chomhghleacaithe, leis na rapóirtéirí agus leis an gCathaoirleach, an tUasal Arthuis, i gcomhair an méid oibre ar fad atá déanta acu i dtaobh réiteach éigin a fháil ar an scéal seo.

Tá sé soiléir maidir le Buiséad 2015 go bhfuil idirdhealú mór fós ann idir an Eoraip a oibríonn do dhaoine saibhre agus an Eoraip a oibríonn do dhaoine bochta. Is léir go bhfuil na ciorruithe tubaisteacha fós slán agus go mbeidh daoine fós ag streachailt de bharr na bpolasaithe déine seo.

Tá sé léirithe agamsa arís agus arís eile go bhfuil tionscal iascaireachta na hÉireann i bponc mar gheall ar chiorruithe ollmhóra agus is léir go bhfuil an scéal seo chun dul in olcas dóibh siúd mar go bhfuil sé beartaithe EUR 908 milliún a bhaint ó Cheannteideal 2. Tá freagracht agus dualgas orainn aire a thabhairt do na daoine soghonta atá inár measc. Caithfidh aire a thabhairt dóibh siúd nach bhfuil ábalta aire a thabhairt dóibh féin agus tá sé scanrúil go bhfuil cabhair dhaonnúil níos ísle ná mar a bhí sé i 2014 de bharr gearradh siar faoi Cheannteideal 4.

Cuireann sé déistin orm chomh maith go bhfuil tacaíocht do UNWRA laghdaithe ó EUR 300 milliún go EUR 286.5 milliún agus creidim go gcaithfidh cabhair dhaonnúil agus íocaíochtaí don chúlchiste cabhrach a mhéadú cun dul i ngleic leis an staid uafásach ina bhfuil na milliúin dideanaithe.

Mar aon leis seo, ba mhaith liom mo bhuairt a chur in iúl chomh maith maidir leis an *Juncker Plan*. Nuair a thiocfaidh sé seo chun tosaigh i mí Eanáir tríd an dréachtbhuiséad leasaitheach, beidh tionchar aige ar Bhuiséad na hEorpa do 2015 agus tá sé feicthe go mbeidh aistarraingt d'íocaíochtaí ó Fho-cheannteideal 1a agus Fo-cheannteideal 1b. Is ábhar buartha é seo agus caithfear aghaidh a thabhairt ar na rudaí seo mar bheart práinne.

(Thoiligh an cainteoir glacadh le ceist cárta ghoirm faoi Riail 162(8))

Dienstag, 16. Dezember 2014

Giulia Moi (EFDD), *Domanda «cartellino blu»*. – Vorrei chiedere alla mia collega, visto che ha chiesto di aumentare gli aiuti per gli immigrati e per la loro situazione nei centri di accoglienza, se ha visto cosa sta succedendo in Italia: le truffe e la corruzione che stanno venendo alla luce. C'è un grandissimo scandalo: a Roma, entrambi i partiti di destra e sinistra hanno mangiato sulle spalle di questi poveracci; hanno rubato e si sono messi d'accordo su quanto guadagnare e approfittare di questa povera gente.

Quindi, prima di chiedere altri fondi, avete mai controllato dove sono andati a finire?

Liadh Ní Riada (GUE/NGL), *freagra 'cárta gorm'*. – Nílím díreach tar éis dul tríd go hiomlán ag féachaint cá has a bhfuil an tacaíocht sin ag teacht, ach gan dabht caithfidh soiléireacht a bheith ann.

(D'fhiafraigh an cainteoir an raibh aistriúchán ar fáil.)

Caithfidh go bhfuil soiléireacht ann agus caithfidh go bhfuil daoine soiléir ar cad as go bhfuil an t-airgead ag teacht agus cá bhfuil sé ag imeacht. Níl aon dabht faoi sin.

(Dúirt an cainteoir go raibh súil aici go raibh ateangaireacht ar fáil.)

Indrek Tarand, *on behalf of the Verts/ALE Group*. – Madam President, as always in my Group we acknowledge the important work done by the rapporteurs and the Chair of the Committee on Budgets during this year's budget negotiations. We also acknowledge that the agreement is certainly not one of the worst, definitely not in comparison to some other budget deals concluded during the last years. However, I believe that the deal does not allow the very difficult payment situation to be stabilised.

As Mr Deprez has already reminded this Parliament, we had three goals, three strategic objectives. First, to stabilise the payment situation, where we failed. Unpaid bills accumulated. Second, we need a differentiated approach on special instruments, and we failed because there is no decision. Thirdly, we needed a plan to reduce unpaid bills, and we failed because the written declaration does not seem to be so binding. Ms Gardiazábal Rubial said she is unhappy with the figures but that, nevertheless, we should vote for the budget. I do not think so!

My question is: why should we support that kind of deal at the vote and why should we be so very afraid of provisional twelfths? *Au contraire*, we should embrace the provisional twelfths because only that method will force the Council, the Member State governments in the Council, to understand finally the depth of the problem and perhaps even to move a little bit to solve it.

I have so many points – I will not make them all because you know them, budget people know them – but just allow me, Madam President, to become a little bit emotional at the end of my third minute.

If we reject the budget tomorrow – and take your time, consider it again, consider it – if we reject it we will get one or two months of provisional twelfths but we will have a new situation concerning how this European Union budget is finally made, and the real role of this Parliament according to the Lisbon Treaty must become more evident.

If we vote for it, then all we can do is sing lullabies to our children using Leonard Cohen's gloomy words: 'Everybody knows the deal is rotten, everybody knows the good guys lost'.

Marco Zanni, *a nome del gruppo EFDD*. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, credo che l'accordo raggiunto ormai allo scadere del tempo regolamentare fosse la sola possibilità per evitare di avere un bilancio europeo a singhiozzo, attraverso il sistema dei dodicesimo provvisori. Noi abbiamo sempre mantenuta ferma la nostra posizione durante i negoziati. Il problema chiaro da risolvere riguarda i pagamenti e purtroppo questo accordo non risolve affatto la situazione ma addirittura la peggiora.

Sul 2014 abbiamo ottenuto il minimo sindacale ma è sul 2015 che, a mio avviso, si è sbagliata completamente l'impostazione. Si è accettato per l'ennesima volta di sacrificare la necessità dei pagamenti all'altare degli impegni politici. Tutto questo, a mio avviso, non è serio: le cifre per il prossimo anno prevedono infatti impegni per oltre 145 miliardi e pagamenti per 141. I 4 miliardi che mancano andranno quindi a sommarsi alla ventina abbondante che l'Unione deve ancora oggi liquidare. Il prossimo anno ci ritroveremo nelle medesime condizioni. Anzi, probabilmente addirittura peggiori.

Dienstag, 16. Dezember 2014

Non è possibile continuare in questa maniera. È in gioco la credibilità dell'Unione europea stessa. Molti partiti qua ci vogliono tenere ai margini perché dicono che siamo contro l'Unione europea. Fa abbastanza sorridere che questi colleghi così zelanti siano in realtà esponenti di partiti che governano in tutti i paesi dell'Unione e i cui consigli hanno rischiato di affossare i negoziati e lasciare l'Europa senza risorse. La Presidenza italiana che si vanta tanto di predicare cambiamento e spingere per maggiori investimenti è stata complice e guida di tutto questo. Ennesima dimostrazione che, spesso, alle parole non seguono i fatti o meglio, i fatti sono l'esatto opposto delle parole.

Paul Rübig (PPE). - Frau Präsidentin! Ich glaube, dass uns der Haushalt im nächsten Jahr vor große Herausforderungen stellt.

Wir wollen ja erreichen, dass sich einerseits die Europäische Union nicht verschuldet. Auf Kosten der Mitgliedstaaten ist das ganz einfach nicht möglich, dass die Mitgliedstaaten ihre Schulden in Europa abladen und das dann auch beim Stabilitätspakt nicht berücksichtigt wird.

Ich glaube, dass der Juncker-Plan eine große Chance hat, dass wir nämlich auch das Thema Eigenmittel einmal seriös diskutieren. Es geht ganz einfach darum, zum Beispiel die Frequenzversteigerungserlöse für das 700-MHz-Band europaweit in 28 Ländern auszuschreiben und die Versteigerungserlöse mit der Fazilität „Connecting Europe“ zu verbinden, dann hat man schon einen soliden Grundstock. Wenn wir noch Mittel aus der Finanzfazilität, aus Horizont 2020 dazugeben, das Ganze in ein PPP-Modell packen, dass es wirklich interessant wird, in einen Glasfaser-Rollout, in eine Netzinfrastruktur, in den digitalen Binnenmarkt zu investieren, und wenn die nächste Präsidentschaft endlich den Mut hat, dieses Paket zum digitalen Binnenmarkt zu verabschieden, dann kommen wir ein großes Stück vorwärts.

Ich glaube auch, dass die neuen Projekte, die wir angerissen haben, uns ganz klar zeigen, dass dieses Programm für die weiblichen *Business Angels* ebenfalls ein Anreiz sein könnte, hier mehr zu erreichen.

Vladimír Maňka (S&D) — Súhlasím s pánom predsedom Komisie Junckerom, že treba zmeniť pracovné metódy. Toto posolstvo určite adresoval aj Rade – minimálne v oblasti rokovaní o rozpočte. Vďaka spravodajcom a ich tímom, vďaka profesionálnemu vedeniu rokovaní nakoniec máme na stole kompromis.

Rozpočet EÚ je jedným z najdôležitejších nástrojov prejavu solidarity medzi členskými štátmi. Ale predstavuje aj jasné spoločné úspory. Keď štáty lepšie skoorinujú svoje politiky, budú mať viac peňazí aj na svojich účtoch. Musíme o tom viac diskutovať aj v Európskom parlamente, aj s ministrami v Rade, ale aj s poslancami národných parlamentov.

Len ak budeme pracovať efektívne, dokážeme čeliť najväčším výzvam 21. storočia – klimatickým zmenám, rizikám v oblasti energetickej bezpečnosti, daňovým únikom, hospodárskej globalizácii či hrozbám pre našu bezpečnosť.

Richard Ashworth (ECR). - Madam President, I welcome the fact this budget is within the agreed limits of the multi-annual financial framework (MFF) and I find it welcome too that there is greater emphasis on jobs and growth. In that respect, Commissioner, you have shown admirable intent to meet the needs of the citizens and I congratulate you for that.

But, I was disappointed that there is not more intent to address the problem of unpaid bills and accumulating RALs. That I find unacceptable. It is clear that through the past we have been habitually spending more than we earn; in other words expenditure was exceeding revenue. The answer to this House is not to demand more revenue. Our first instinct should be to use the resources we have more efficiently. With finite resources, surely we should prioritise strictly according to value for money. But for Parliament to make that kind of judgment, we need a greater role; we need a role scrutinising delivery of the budget; we need a role monitoring performance; and we need a role evaluating value for money.

Nils Torvalds (ALDE). - Arvoisa puhemies, ajattelin tänään tehdä jotain hyvin ei-suomalaista eli kiittää. *Muchas gracias Eider, Vielen Dank Monika, merci beaucoup Gerard, dziękuję Janusz, merci beaucoup Jean, благодарja komissaari Georgieva.*

Haluaisin myös kiittää avustajiamme ja neuvonantajiamme, he ovat tehneet pitkiä päiviä. Puheenjohtajavaltio Italia ansaitsee myöskin kiitoksensa hyvän lopputuloksen varmistamisesta.

Dienstag, 16. Dezember 2014

Aivan erityisen kiitoksen haluaisin kuitenkin antaa neuvostolle pitkään ja vuosia kestäneestä vastarinnasta. Niin kuin hyvin tiedätte, sana neuvosto kääntyy venäjän kielellä sanalla sovet. *Thank you for having shown during the years really sovietic stubbornness that makes this small victory so much sweeter.*

Pablo Echenique (GUE/NGL). - Señora Presidenta, Señorías, ¿para quién trabajan ustedes? No solo me lo pregunto yo; también se lo preguntan los ciudadanos que les han votado y, la verdad, no pueden culparlos.

En esta Cámara se ha legitimado a una Comisión neoliberal al servicio de los poderosos y a un Presidente que cree que evadir impuestos y atemorizar al pueblo griego es parte de su mandato.

Hoy debatimos y mañana votamos el presupuesto de la Unión para 2015, uno de los pocos instrumentos de redistribución y justicia social que nos quedan a nivel europeo.

Tras una pantomima de negociación, se nos presenta aquí, hoy, un presupuesto anémico, un presupuesto que seguirá destruyendo la economía europea, ampliando la brecha entre los pueblos del Norte y los del Sur y dando alas al fantasma del fascismo.

Mañana este Parlamento puede ser valiente y rechazar un presupuesto cortoplacista, austericida, antisocial y antieuropeo; mañana este Parlamento puede decir alto y claro que quiere una Europa en la que Grecia, Alemania y España, además de socios comerciales, sean pueblos hermanos. Puede hacer eso o puede seguir andando su camino irresponsable hacia el descrédito de las instituciones, el ocaso de este continente y la pobreza de su gente.

Que Juncker y Draghi gobiernan para los vampiros financieros, ya lo sabíamos, pero ¿para quién trabajan ustedes? Mañana tendrán la oportunidad de demostrarlo.

(El orador acepta responder a una pregunta formulada con arreglo al procedimiento de la «tarjeta azul» (artículo 162, apartado 8, del Reglamento))

Daniele Viotti (S&D), Domanda «cartellino blu». – Signor Presidente, onorevole collega, sono interessanti alcune delle cose che le ha detto e sono interessanti i numerosi emendamenti che avete presentato proprio in queste ultimissime ore. Lei ha definito pantomima il negoziato che c'è stato. Spiace però non avervi visto presenti al negoziato, perché avremmo potuto sentire la vostra opinione molto prima e probabilmente costruire anche insieme un bilancio meno liberticida, come l'ha definito lei.

Vorrei sapere quali sono le posizioni che, secondo voi, noi avremmo dovuto cambiare, quali posizioni dovremmo prendere e, magari, vi inviterei e vorrei sapere se il prossimo anno avete intenzione di partecipare prima al negoziato.

Pablo Echenique (GUE/NGL), respuesta de «tarjeta azul». – Señor Viotti, he estado en la Comisión de Presupuestos, como cualquiera de los diputados, introduciendo enmiendas. Creo que el trabajo del Grupo de la Izquierda Unitaria ha sido ejemplar a ese respecto y, en cualquier caso, no he oído ninguna pregunta en su intervención, así que no tengo nada más que contestar.

Davor Škrlec (Verts/ALE). - Gospođo predsjednice, posljedice sve učestalijih ekstremnih vremenskih uvjeta uzrokovanih klimatskim promjenama imaju razorne učinke u pojedinim regijama Europske unije. Mijenjaju živote tisućama građana i uzrokuju velike ekonomske štete. 80 milijuna europskog novca se izdaje ove godine za saniranje štete nastale u poplavama. Hrvatska je samo jedan od primjera gdje su poplave u Slavoniji uzrokovale štetu od 197 milijuna eura.

Prevenција klimatskih promjena i njihovih štetnih posljedica treba biti vodeća politika EU-a. Europa mora početi pametnije upravljati našim novcem. Ova bi sredstva imala puno veći učinak u prevenciji klimatskih promjena kojima možemo izbjeći ovakve katastrofalne prirodne pojave.

Kohezijska politika je najbolji način poticanja država članica i graničnih država na suradnju u tom području. Projekti kohezijske politike namijenjeni prevenciji posljedica klimatskih promjena stvaraju kvalitetnija i održiva radna mjesta. To je održiv način stabilizacije ekonomije manje razvijenih zemalja članica. Komisija u tu svrhu ima ključnu ulogu u osiguravanju sredstava za realizaciju projekata prevencije te stoga pozivam sva nadležna tijela na snažniju predanost ka ostvarenju tog cilja.

Dienstag, 16. Dezember 2014

Jonathan Arnott (EFDD). - Madam President, we are here once again to discuss the issue of the European Union budget for 2015. I want to explain to you how this is seen in the United Kingdom.

There is a perception that taxpayers are being asked to contribute more and more and that they do not actually get enough in return. For that reason, the recalculation of GNI and the extra British contribution of GBP 1.7 billion plays into the same feeling. It is within the rules, but a recalculation in which Greece and Italy pay more, and Germany pays less, comes across in a particular way to voters.

In May, over 50% of the vote in the United Kingdom went to parties which want less Europe. You may well believe that to be a minority view across the European Union, but it is a majority view in the United Kingdom. If anything, it underestimates the strength of feeling. Two polls in the last week both showed that 58% of those expressing an opinion wanted the United Kingdom to leave the European Union altogether.

So this budget – back to the budget – is an elegant compromise but it is a compromise between the Council, the Commission and Parliament. I understand that it is a compromise that many, if not most, Members of this House are unhappy with, even though they may, when it comes down to it, vote in favour of it. But this is where there is a yawning chasm. A chasm between what goes on here and what is going on in the United Kingdom. It is not, I think, a compromise which the British people will readily accept.

The gap between Europe and the United Kingdom is not the deep blue sea but there is a fundamental difference in belief about what Europe should be about.

Ελευθέριος Συναδινός (NI). - Κυρία Πρόεδρε, ένας σεισμός στη χώρα μου, την Ελλάδα, που προκάλεσε ζημιές περίπου 147 εκατομμυρίων ευρώ, με περισσότερες από δύο μισις χιλιάδες κατοικίες να μην είναι σε θέση να στεγάσουν αντίστοιχες οικογένειες, οδήγησε την Ευρωπαϊκή Ένωση της αλληλεγγύης να διαθέσει περί τα 3,5 εκατομμύρια ευρώ ως βοήθεια.

Αυτή η ενέργεια αποδεικνύει το πραγματικό πρόσωπο της Ευρωπαϊκής Ένωσης. Μια Ένωση που δημιουργεί κανόνες και νόμους, για να τους εφαρμόζει όταν και όπου συμφέρει. Μια Ένωση που σκέπτεται τα οικονομικά συμφέροντα των ισχυρών κρατών, ενώ αφήνει τις λοιπές χώρες με ψίχουλα. Μια Ένωση η οποία δεν μπορεί και δεν θέλει να σκεφθεί ότι μια χώρα που μαστίζεται από μια τεράστια οικονομική κρίση, μια χώρα όπου η ανεργία έχει φτάσει σε απάνθρωπα ύψη και ο μισός σχεδόν πληθυσμός της ζει στα όρια της φτώχειας, δεν μπορεί να αξιολογεί και να ακολουθεί τους ίδιους κανόνες με χώρες όπου δεν συντρέχουν παρόμοιες συνθήκες.

Είναι βαθιά και κάθετα ενάντια στην ιδρυτική διακήρυξη της Ένωσης ο έκδηλος οικονομικός και πολιτικός ρατσισμός του προϋπολογισμού και το κοινωνικό έλλειμμα των κυρίαρχων δυνάμεων. Ας θυμηθούμε όλοι τις αρχές πάνω στις οποίες χτίστηκε η Ευρωπαϊκή Ένωση: την ισότητα, την αμοιβαία συνεργασία και τον σεβασμό.

Siegfried Muresan (PPE). - Madam President, the European Union has a budget for 2015. This is without any doubt good news for Europe. We can all agree that without Parliament, a budgetary crisis and therefore a blockade of many EU programmes would have occurred. This would have had a negative impact on SMEs, researchers and many Erasmus students throughout Europe. Thanks to the clear and strong position of Parliament we managed to reverse most of the Council's proposed cuts and almost stabilised the current payments backlog.

We have at best stabilised the problem of payments, but we have by no means solved it. We are still expecting almost EUR 25 billion in unpaid bills at the end of this year. This is a huge amount and we need a plan to reduce it. That is why I welcome the decision to draw up a plan to decrease this backlog. In this regard, I welcome Vice-President Georgieva's readiness to cooperate with us in dealing with this problem.

However, some outstanding issues remain. One of the most important ones concerns the special instruments. As I am the Rapporteur on the mobilisation of the EU Solidarity Fund for advance payments for 2015, I can confirm that the Council still believes that payment appropriations for this instrument have to be within the margins of the budget. This is another way in which the Council is trying to further cut the multiannual financial framework (MFF). We, the Parliament, have made it clear that commitment and payment appropriations for special instruments are over and above the margins. As we know, the EU is not allowed to have any deficits or accumulated debt. Council must obey the Treaties and ensure that the EU pays its bills.

Dienstag, 16. Dezember 2014

Derek Vaughan (S&D). - Madam President, we talk a lot about figures in our budget discussions, but sometimes we forget what the money is used for. I refer particularly to those beneficiaries of EU investments. We all know examples of beneficiaries of structural funds and agricultural funding, but I wanted to say a few words on investments in our universities.

In Wales, for example, we recently had announcements of GBP 750 million for a second campus at Swansea University, GBP 45 million for Bangor University, and GBP 20 million for Aberystwyth University – all projects which would not happen without EU investment. That is why I can say that not all parts of the UK are anti-EU. We see the benefits of it.

I would hope that everybody in this Chamber would recognise the importance of us investing in innovation, research and development, particularly in our academic institutions. It is so important for the future of our economies. To do that, of course, we need an EU budget which is adequate, but also one which focuses on the things that produce jobs and growth.

Zbigniew Kuźmiuk (ECR). - Pani Przewodnicząca! Pani Komisarz! Mimo twardego stanowiska Parlamentu wobec Rady i Komisji dotyczącego łącznego rozpatrywania aż sześciu budżetów korygujących na 2014 rok i budżetu na 2015 rok osiągnięcia rozmów trójstronnych nie są znaczące. Wprawdzie Rada ostatecznie zgodziła się, aby w ramach trzeciego budżetu korygującego środki z kar i grzywien, zamiast wracać do budżetów państw członkowskich, zostały przeznaczone na zapłacenie zaległych rachunków, ale jest to kwota wynosząca tylko 3,5 mld EUR z blisko 5 mld EUR wszystkich środków. Podwyższono także poziom płatności na 2015 r. ze 140 mld EUR, jak chciała Rada, do 141,2 mld EUR, co zaproponowała Komisja Europejska w nowym projekcie budżetu. Sumarycznie więc mamy dodatkowo 4,7 mld EUR na płatności, tyle tylko, że kwota zaległych rachunków zbliża się do poziomu 30 mld EUR i wspomniane środki posłużą jedynie na pewną poprawę płynności budżetu, a niestety nie na rozwiązanie problemu zaległych płatności. Z ogromnym niepokojem przyjmuję także sugestie Komisji o przeznaczeniu tzw. rezerwy kryzysowej w kwocie 480 mln EUR tworzonej przecież ze środków pochodzących na dopłaty bez- lub pośrednie na cele pozarolnicze w sytuacji, kiedy najprawdopodobniej przez cały rok 2015 będzie trwało rosyjskie embargo na unijną żywność. Jeżeli ostatecznie tak by się stało, byłaby to decyzja nieodpowiedzialna i tego faktu nie zmieniają deklaracje Komisji o zamiarze przeznaczenia środków na dodatkowe rekompensaty dla unijnych rolników z tak zwanego marginesu ogólnego. Dziękuję bardzo.

Younous Omarjee (GUE/NGL). - Madame la Présidente, je voudrais tout d'abord remercier les rapporteurs pour leur travail, souligner l'engagement du président Arthuis, et souligner aussi le consensus qui s'est dégagé, au sein de notre commission, pour obtenir des avancées du Conseil.

Mais il faut bien reconnaître que ces avancées sont timides, qu'elles ont été obtenues en fin de parcours et qu'elles ne règlent pas définitivement le problème des impayés puisque nous nous retrouverons, en 2015, avec un même déficit de 26 milliards d'euros.

C'est donc dès à présent que nous devons engager les discussions avec le Conseil européen afin de trouver une solution pour les années à venir. Car nous savons bien que les principaux décaissements se feront en 2018 — puisqu'ils concernent les programmes de cohésion et que des décaissements arriveront à cette date — et que si nous ne trouvons pas de solution aujourd'hui, nous nous retrouverons à terme en présence d'une situation qui deviendra ingérable.

Enfin, j'invite le Conseil à trouver des solutions sur les ressources propres, qui permettraient de régler les problèmes.

Marco Valli (EFDD). - Signor Presidente, onorevoli colleghi, l'accordo sul bilancio europeo deve ritenersi una sconfitta per tutti e questo deve essere chiaro: una sconfitta per il Parlamento, che non è riuscito a ottenere quanto richiesto, sacrificando cioè molte delle priorità espresse da quest'Aula; è una sconfitta per il Consiglio, e quindi per gli Stati membri, poiché non hanno forse capito che i debiti dell'Unione europea sono i loro debiti e le fatture ancora da saldare — oltre 20 miliardi — causano sofferenze a loro stessi in primo luogo, ovvero alle loro imprese, cittadini e amministrazioni.

La Commissione poi appare un po' confusa, proponendo cifre che in un primo tempo ritiene impensabili ma che poi ratifica senza problemi, per accettare un accordo che è solo un misero palliativo. Siamo in una spirale pericolosa in cui la Commissione europea chiede austerità agli Stati membri, che a loro volta chiedono rigore alla Commissione e il Parlamento rimane un po' schiacciato nel mezzo di questo meccanismo.

Dienstag, 16. Dezember 2014

Mi chiedo quindi, in realtà, chi crede ancora in questa Europa così com'è strutturata e credo che i cittadini siano ormai stanchi di tutto questo.

Γεώργιος Κύρτσος (PPE). - Κυρία Πρόεδρε, νομίζω ότι ο συμβιβασμός που επετεύχθη είναι θετικός. Κατ' αρχήν μπήκε ένα φρένο στις περισσότερες οφειλές, άρα ενισχύθηκε η αξιοπιστία της Ευρωπαϊκής Ένωσης, εξασφαλίστηκε η βασική χρηματοδότηση των πολιτικών και υπάρχει και μία εικόνα ομαλότητας, διότι θεωρώ ότι, αν είχαμε πάει σε μια κρίση προϋπολογισμού και δουλεύαμε με δωδεκαμηθόρια, θα είχαμε ένα σωρό πρακτικά και πολιτικά προβλήματα.

Από την άλλη πλευρά όμως, ο προϋπολογισμός δεν είναι προϋπολογισμός περισσότερης Ευρώπης, ευρωπαϊκής ολοκλήρωσης. Παραμένουμε σε γενικές γραμμές στο 1% του ακαθάριστου εγχώριου προϊόντος των κρατών μελών και δεν έχει λυθεί και το πρόβλημα των ιδίων πόρων. Επομένως, θέλουμε να προχωρήσουμε μπροστά, και είναι χαρακτηριστική η επιχειρηματολογία των ευρωσκεπτικιστών και των αντιευρωπαίων, οι οποίοι προσπαθούν να μειώσουν τα κοινοτικά κονδύλια, ακριβώς για να ενισχύσουν το επιχείρημα ότι δεν μπορεί να λειτουργήσει η Ευρωπαϊκή Ένωση.

Δεν θεωρώ ότι τα λεφτά του ευρωπαϊκού προϋπολογισμού είναι πεταμένα λεφτά. Αντίθετα, είναι μία σωστή ευρωπαϊκή επένδυση σε όφελος όλων των ευρωπαϊκών λαών.

Victor Negrescu (S&D). - Doamnă președinte, în primul rând vreau să le mulțumesc raportorilor pentru efortul depus. Uniunea Europeană va avea în final un buget european pentru anul 2015 și ne bucurăm de acest lucru, dar nu aș vrea să considerăm că, astfel, toate probleme au fost soluționate.

Obținerea acestui consens lasă multe lucruri încă nerezolvate: problema plășilor nerealizate și a datoriei din bugetele anterioare, lipsa unui acord în procesul de conciliere și modul în care Consiliul a ales să trateze Parlamentul European, incapacitatea de a fixa direcții clare pentru crearea de locuri de muncă sau de a sprijini coerent și consistent inovația, politicile sociale sau de dezvoltare sau lipsa de transparență cu privire la modul în care se cheltuiesc în mod real fondurile sau sumele pe care trebuie să le aloce statele membre.

În acest context, îmi exprim dezamăgirea, ca nou și tânăr membru în Parlamentul European și sper ca discuțiile de anul acesta să fie o lecție pentru ceea ce se va întâmpla în următorii patru ani, pentru că, indiferent dacă se dorește sau nu – și acest lucru este valabil atât pentru Consiliu, cât și pentru Comisie –, noi, cei din Parlamentul European, vom lucra în această sală pentru a apăra drepturile cetățenilor care ne-au ales, pentru că interesul cetățeanului este același cu interesul național; pentru că indiferent de toate aceste discuții este important ca atunci când vorbim de bugetul european să vorbim transparent și deschis.

Николай Барков (ECR). - Между 19 юни и 2 август опустошителни наводнения унищожиха най-бедната държава – членка на Европейския съюз. Резултатът е 15 загинали, унищожени са стотици къщи, а хиляди българи останаха без покрив над главите си. Българското правителство изчисли загубите в държавата на около 30 милиона евро. Писах писмо до предишния председател на Европейската комисия г-н Барозу за извънредна помощ от фонд „Солидарност“ в размер на 20 милиона евро. Тази помощ все още не е отпусната. Надявам се апелът на най-бедната европейска държава да бъде чул с новия бюджет. Това, че няма бюджет за 2015 г., превръща в жертви граждани на Европейския съюз. Хиляди бедни семейства и пострадали граждани очакват вашата подкрепа. Трябват ни пари, трябва да ни дават реални помощи от Европейската комисия, защото в противен случай този бюджет жертва хора и такива подобни трагични казуси в бъдеще ще бъдат все по-чести.

Martina Michels (GUE/NGL). - Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir sollten hier nichts schönreden, was nicht schön ist.

Noch im Oktober hat das Parlament eindeutig Zahlungsermächtigungen, also Geld, das 2015 real ausgegeben werden kann, in Höhe von 146 Mrd. EUR als notwendig eingefordert. Jetzt stehen 141 Mrd. EUR auf dem Papier.

Konkret wird unter anderem gekürzt bei der Kohäsionspolitik, also den Strukturfonds, und auch bei Bildung und Kultur, wie Erasmus+ und Kreatives Europa. Wir finden, das ist unverantwortlich.

Erneut stellt uns der Rat uns vor die Wahl „Friss oder Stirb“, entweder einem völlig unzureichenden Haushalt zuzustimmen oder einen Nothaushalt zu riskieren. Das bezeichnen wir als unseriös! Deshalb stimmt meine Fraktion dieser Augenwischerei auch nicht zu.

Dienstag, 16. Dezember 2014

VORSITZ: RAINER WIELAND

Vizepräsident

Petr Mach (EFDD). - Dámy a pánové, Evropská unie má rozpočet přibližně 140 miliard eur. Mnoho zastánců evropské integrace říká, že to je vlastně málo, že to je méně než kolik přerozdělují jednotlivé národní členské státy. Ale mně to připadá strašně moc, když těchto pár lidí rozhoduje o 140 miliardách eur.

Když se dívám na to, jak jsou vynakládány, tak tam vidím obrovské plýtvání. Ten rozpočet je nespravedlivý, způsobuje velkou nespravedlnost, některé státy platí více, než kolik dostávají, jiné dostávají více, než kolik platí, a u všech těchto států způsobuje ten rozpočet růst zadlužování. Kdybychom zrušili platby členských států do rozpočtu Evropské unie, ušetřili by všichni. Ti, co platí více, by neměli takový deficit a ti, co dostávají, by se nemuseli tolik zadlužovat, aby financovali, spolufinancovali evropské projekty.

Proto bych byl pro kompletní zrušení členských příspěvků do Evropské unie.

Jean-Paul Denanot (S&D). - Monsieur le Président, chers collègues, au terme d'une procédure budgétaire que je qualifierais de chaotique, où le Parlement a été pris en étau entre le refus de certains États membres d'assumer leurs responsabilités budgétaires et une Commission prête à accepter des compromis à la baisse, je voudrais à nouveau mettre en garde l'Union européenne contre des risques d'impayés pour les bénéficiaires des fonds structurels européens sur nos territoires respectifs. À force de ne pas réajuster les crédits de paiement au niveau des crédits d'engagement, le fossé se creuse d'année en année et le stock d'impayés s'accroît. C'est la crédibilité même de l'Union qui est en jeu.

Cela dit, cet accord sur le budget 2015 et sur les budgets rectificatifs 2014 était nécessaire. Nous devrions le faire et nous l'avons fait; je voudrais donc remercier et féliciter les rapporteurs qui ont permis d'arriver à ce résultat. Mais je formule le vœu que cela change à l'avenir.

Nos prédécesseurs dans cet hémicycle se sont battus pour que soit introduite en 2016 une clause de révision du CFP, afin de revoir à la hausse les ambitions budgétaires de l'Union européenne, ce qui permettra de répondre aux attentes des citoyens européens. Ce sera l'occasion, je le crois, de mener le combat pour une véritable fiscalité européenne.

Je dirais aujourd'hui que le système du «*I want my money back*» ne permettra pas de parvenir à une Europe solidaire. Nous devons aujourd'hui trouver des ressources propres à l'Union européenne, qui nous éviteront d'être confrontés, à chaque fois, à la crise que nous connaissons sur la question du budget, notamment sur la question des paiements.

Stanisław Ożóg (ECR). - Panie Przewodniczący! Panie i Panowie! Prace nad unijnym budżetem trwały długo, a jego obecny kształt jest wynikiem kompromisu. Udało się, ale niestety chyba pozornie, załatać budżetową dziurę nie zwiększając jednocześnie składek do budżetu. Wszyscy chcemy uniknąć prowizorium budżetowego. Z jednej strony obecny kształt budżetu ma wiele pozytywnych elementów, jak na przykład wzrost wydatków na badania, innowacje i edukację oraz pobudzanie wzrostu gospodarczego i zatrudnienia (zwłaszcza jeśli chodzi o poprawę spójności regionalnej).

Z drugiej jednak strony zastanawia mnie problem kumulowania zaległych płatności, o którym szumnie mówi się, że zostanie rozwiązany przez państwa członkowskie. Ale jak? W obecnym kształcie 4,8 mld euro ma trafić na spłatę zaległości z roku bieżącego, ale obawiam się, że problem kumulowania zaległości w płatnościach nadal pozostanie, tym bardziej, że już teraz wiadomo, że kwota

(Przewodniczący odebrał posłowi głos.)

Dienstag, 16. Dezember 2014

Giulia Moi (EFDD). - Signor Presidente, onorevoli colleghi, sono lieta di vedere che si parli di Sardegna e solidarietà anche nel nuovo pacchetto per il bilancio 2014-2015. Solidarietà necessaria a portare sollievo a chi ha subito la forza e la distruzione delle inondazioni, avvenute in Sardegna nel novembre 2013, che hanno portato danni diretti al territorio per più di 650 milioni di euro. Questi 16 milioni previsti dal fondo dovranno coprire i costi sostenuti per ripristinare le infrastrutture, le reti idriche e gli edifici pubblici e privati dei tanti cittadini che a fatica hanno dovuto rifarsi una vita.

Chiedo però oggi anche un impegno della Commissione e della Presidenza italiana, affinché questi soldi vengano esclusivamente utilizzati laddove sono stati spesi. Troppo volte le amministrazioni regionali hanno dovuto far fronte a corruzione e illegalità, specie nell'utilizzo dei fondi europei. Resta dunque importante monitorare e far sì che ogni euro speso sia fatto per la ricostruzione della nostra terra.

Salvatore Cicu (PPE). - Signor Presidente, onorevoli colleghi, credo che sia importante ricordare, così come ha fatto la collega, che in questo bilancio pluriennale sono contenuti i fondi di solidarietà. Fondi che, per quanto riguarda la mia terra, la nostra terra, la Sardegna, fanno riferimento ad un episodio gravissimo, in cui han perso la vita 16 persone nel corso di una catastrofe naturale immane. Io credo che domani ci debba essere un voto coeso e unitario, un voto che certamente non riguarda solo la Sardegna ma anche la Grecia, la Slovenia, la Croazia, cioè tutta una serie di paesi che hanno vissuto il dramma e che continuano a viverlo, proprio perché in questo periodo in maniera particolare si è assoggettati ad una serie di tassazioni vessatorie che, ovviamente, non sono state né prorogate né rinviare per i settori colpiti.

Sono convinto che un richiamo debba essere fatto all'Italia e al suo governo in ordine proprio alle richieste che la Commissione ha già rappresentato e che riguardano appunto la destinazione dei fondi in questione. Ci vuole chiarezza, ci vuole celerità ma ci vuole soprattutto concretezza: non è accettabile far aspettare queste popolazioni che hanno vissuto il dramma e che continuano a viverlo, proprio perché in questo periodo in maniera particolare si è assoggettati ad una serie di tassazioni vessatorie che, ovviamente, non sono state né prorogate né rinviare per i settori colpiti.

Vi invito quindi a pronunciarsi con voto forte, coeso e unitario.

Daniele Viotti (S&D). - Signor Presidente, onorevoli colleghi, al termine di questa fase che è stata veramente complicatissima e lunghissima, desidero innanzitutto ringraziare per il lavoro svolto il Presidente Arthuis e le relatrici e il relatore al bilancio. Questa fase è stata veramente troppo complicata. Spiace dirlo, anche da italiano, che la nostra Presidenza, che pure ha poi raggiunto un risultato importante – di cui ringrazio – si è mossa troppo tardi, una cosa che va detto quest'Aula. Ho però come una sensazione, se mi permette, al termine di questa fase che vivo per prima volta, di una sorta di mancanza di rispetto nei confronti di questo Parlamento, che è pure l'unica istituzione eletta dai cittadini europei. Credo che su questo dovremo lavorare molto.

Certi atteggiamenti, ritardi, comportamenti rischiano di portarci veramente sul crinale del cosiddetto antieuropeismo, dell'eurofobia, come qualcuno la chiama. E il complesso del sistema in cui ci troviamo oggi: tutto il tema delle fatture non pagate, il tema di un bilancio ancora più ristretto per il prossimo anno, tutto questo ci avvicina a quel punto. Ognio volta che noi torniamo nei nostri paesi di origine e andiamo a parlare ai giovani che hanno progetti interessanti o parliamo ai nostri sindaci, parliamo alle università, parliamo alle nostre imprese e agli imprenditori, dobbiamo avere delle garanzie rispetto a quando diciamo. Non si possono fare promesse senza precisare i patti conclusi tra le istituzioni europee.

Dobbiamo avere delle garanzie che i debiti vengono pagati e che gli impegni vengono mantenuti. Per questo ci sono preoccupazioni, sia su quanto non fatto fino adesso sia per quanto riguarda il bilancio del prossimo anno. Sappiamo che con ogni probabilità dovremo affrontare già un bilancio rettificativo, su cui chiedo la massima trasparenza, il massimo impegno e celerità, perché non possiamo assolutamente disattendere gli impegni con i cittadini.

Christian Ehler (PPE). - Herr Präsident! Meinen ausdrücklichen Dank an die beiden Berichterstatter. Das war heldenhaft. Die Forscher, die Innovation und das Wachstum in Europa werden diesen Einsatz danken. Ich möchte mich auch bei der Kommission bedanken, dass sie bei ihrem zweiten Haushaltsvorschlag nicht eingeknickt ist. Aber eines muss man dennoch sagen: Wir schleifen im Innovationsbereich und in vielen anderen Bereichen bei den Zahlungen in fast zweistelliger Milliardenhöhe die Probleme nur hinter uns her. Wir sind an einem Punkt angekommen, an dem Direktoren und Generaldirektoren sich überlegen müssen, ob sie Verträge überhaupt noch unterschreiben dürfen, weil sie sich am Rande der Haushaltsuntreue bewegen. Dieses Problem ist stabilisiert, aber nicht gelöst.

Dienstag, 16. Dezember 2014

Ich möchte noch einmal deutlich sagen, und das nicht nur vor dem Hintergrund des Interesses des Horizont-Budgets: Wenn Horizont zum Steinbruch entweder für Einsparungsbemühungen oder für die Suche nach neuen Programmen wird, nur weil es einfach leichter ist, das Programm zu plündern, statt sich mit dem Rat substanziell auseinanderzusetzen, dann warne ich vor der nächsten Runde der Haushaltsdiskussionen. 2,7 Milliarden EUR ausschließlich aus Horizont 2020 für das Juncker-Programm zu nehmen, ist meines Erachtens leichtfertig. Wir tauschen Investitionen gegen Investitionen, und das wird in Europa nicht zu mehr Wachstum führen. Es muss eine Lastenteilung geben, wenn wir dieses Programm machen wollen, und es darf nicht wieder der einfache Weg gewählt werden: Wir nehmen es mal aus einem Programm, das die Mitgliedstaaten nicht allokatieren, dann ist der politische Widerstand geringer. Das kostet uns genau die Innovationen in Europa, die dann Grundlage für die Investitionen und Wachstum sind.

Paul Tang (S&D). - Voorzitter, ik wil graag de gelegenheid te baat nemen om de collega's van het Parlement te bedanken voor hun geweldige gezamenlijke inzet, die ook tot een oplossing heeft geleid. Want ook dit jaar was het weer eindeloos gesteggel en dat gebeurt jaar in jaar uit. Dat heeft veel te maken met de houding van de lidstaten die het één zeggen en het ander doen.

We bereiken deze week een akkoord, maar niet echt een oplossing. Daarvoor moet de Commissie, zoals afgesproken in de gezamenlijke verklaringen, in kaart brengen hoe het stuwmeer aan rekeningen kan worden ingedamd. Daarnaast moeten we toe naar een nieuwe begrotingssystematiek die voorkomt dat lidstaten het één zeggen en het ander doen. Want het lijkt nu op een piramidespel en dat is niet houdbaar. Universiteiten, bedrijven en andere organisaties krijgen hun rekening niet op tijd uitbetaald. In Nederland heeft de Partij van de Arbeid daarom een online-loket opgericht om betalingsachterstanden te melden, maar de echte stappen moeten van de lidstaten komen.

Tomáš Zdechovský (PPE). - Pane předsedající, chtěl bych nejdříve poděkovat všem zpravodajům, paní komisaře a vůbec všem, kteří se na vyjednávání podíleli. Vážení kolegové, je potřeba si připomenout, že bez jasné pozice Evropského parlamentu by toto vyjednávání skončilo absolutním fiaskem. Jsem také rád, že před námi stojí řádný rozpočet, a nikoliv rozpočet jedné dvanáctiny. Protože to by ohrozilo důvěru v Evropskou unii a ohrozilo by to projekty našich vědců a studentů. Za důležité také považuji, že se podařilo s Radou vyjednat dobrý balíček pro růst a inovace, to je dobrá zpráva do budoucna. Celkově považuji rozpočet za výborně dojednaný kompromis.

Nicméně mám jednu malinkou výtku. Jako zpravodaj pro rozpočet ve Výboru pro občanské svobody, spravedlnost a vnitřní věci musím upozornit, že jednou věcí jsem trochu zklamán. V současné době čelíme velkému přílivu migrantů z konfliktních oblastí a můžeme očekávat jejich nárůst. Proto musíme mít dostatek finančních prostředků pro agentury Frontex, Europol a EASO a vybavit je dostatečnými finančními prostředky a personálními kapacitami, aby byly schopny těmto problémům čelit. Jakékoliv snižování může mít dopad na schopnost těchto agentur plnit svoje úkoly, na vnitřní bezpečnost a imigrační a azylovou politiku.

Alain Lamassoure (PPE). - Monsieur le Président, ce compromis était nécessaire, j'en félicite les acteurs et, en particulier, l'excellente délégation du Parlement. Il était hors de question de briser l'élan que Jean-Claude Juncker et la majorité de notre Parlement entendent imprimer à la politique européenne. Mais l'Europe s'enfonce dans une crise budgétaire de grande ampleur. On dirait que tous les États membres, les bons comme les mauvais élèves budgétaires, se sont mis d'accord pour financer leur vertu retrouvée au détriment du budget commun. Tout se passe aussi comme s'ils avaient décidé à l'unanimité de ne pas le voir et même, de le nier.

La solution passera par une remise à plat complète du financement des politiques européennes. Comment redonner à l'Union d'authentiques ressources propres? M^{me} la Commissaire a rappelé que nous y travaillons sous la présidence de Mario Monti. Le plan Juncker est-il l'esquisse du budget d'investissement dont l'Union a besoin? Que devient l'idée d'une capacité budgétaire propre à la zone euro? Qui doit payer? Et comment? Par exemple, la garde des frontières extérieures de l'Union ou l'intervention militaire nécessaire contre les terroristes islamistes près des mêmes frontières? Le moment est venu de nous poser ces questions et de les poser toutes ensemble.

Petri Sarvamaa (PPE). - Arvoisa puhemies, sovun saavuttaminen vuoden 2015 budjetista oli tietenkin sinänsä hyvä uutinen. Kiitos kaikille teille, joille se kuului.

Dienstag, 16. Dezember 2014

On hyvä, että neuvosto ymmärsi perääntyä tiukimmista kannoistaan ja budjetin lopullinen romahtaminen vältettiin. Maksuvajeongelmaan löytyi kuitenkin lopulta jonkinlaista ymmärrystä jäsenvaltioiltakin.

On erinomainen asia, että johdonmukaisesti ajamamme päälinjat kantoivat maaliin asti. Horisontti-ohjelma, tutkimushankkeet ja Erasmus-vaihto onnistuttiin toistaiseksi turvaamaan ja näin ratkaisun painopiste oli kasvuun tähtäävässä rahoituksessa. Voimme siis hyväksyä tämän ratkaisun.

Mutta olen pahoillani, että en voi puhjeta tässä mihinkään korkeaan veisuun. Ilmaan jäi liikaa merkkejä siitä, että ensi vuonna edessämme on entistäkin pahempi budjettikiista. Voimme siis vain todeta, että tyhjistä on paha nyhjäistä.

Jäsenvaltiot kun yrittivät loppuun asti ajaa itsekästä politiikkaa. Suurin kiista joustovälineistä ja maksukatosta lakaistiin vaivoin maton alle, josta se löytyy taas ensi syksyn budjettineuvotteluissa.

Jos jäsenvaltioilla olisi hiukankin enemmän ymmärrystä siitä, miten tärkeä tämä unioni projektina meille kaikille on, olisi varmasti myös itsekkyyttä hiukan vähemmän. Unionin yhteisillä rahoilla rahoitettavista hankkeista pitää toki vaatia enemmän synergiaa, enemmän eurooppalaista lisäarvoa, mutta unionin nykyisessä budjettipolitiikassa tästä ei ole merkkejä.

Lara Comi (PPE). - Signor Presidente, onorevoli colleghi, l'accordo raggiunto sui bilanci rettificativi 2014 e sul bilancio generale 2015 è senz'altro positivo per aver impedito il regime dei dodicesimi, che avrebbe determinato uno scenario veramente complicato e a dir poco nefasto. Ma le grandi difficoltà nel raggiungere questo risultato ci spronano ancora di più a procedere verso una riforma del sistema delle risorse proprie dell'Unione europea. Ciò garantirebbe l'autonomia finanziaria dell'Unione. Ci consentirebbe di rendere l'intero sistema sicuramente più efficace e concentrato sugli obiettivi effettivamente da raggiungere, senza subire le riserve nazionali, oggi troppo condizionate dalle limitate risorse pubbliche che hanno.

Per quanto riguarda il bilancio rettificativo del 2014, sono soddisfatta che abbiamo assicurato le risorse necessarie ma non condivido la scelta di usare i fondi 2015. La solidarietà per le catastrofi naturali o per i danni economici derivanti dalla globalizzazione non deve conoscere assolutamente limiti. Se gli Stati membri non agevolano fiscalmente questi territori colpiti, deve intervenire assolutamente l'Europa. Un altro punto fondamentale è che l'Europa deve pagare i propri debiti, perché se essa non dà l'esempio in primis, non potremo chiedere ai cittadini di essere puntuali nel pagamento delle tasse, anche perché in quest'aula abbiamo approvato la direttiva sul ritardo dei pagamenti e quindi procediamo con la compensazione tra crediti e debiti.

Andrej Plenković (PPE). - Gospodine potpredsjedniče, prijete svega čestitam svim kolegama koji su sudjelovali u pregovorima o postizanju kompromisa o izmjenama proračuna za 2014. godinu i o proračunu za 2015. godinu, posebice stoga što su ovi pregovori vođeni i na početku druge godine našega aktualnoga višegodišnjeg financijskog okvira. Mislim da je 145 milijardi eura u odobrenim sredstvima za obveze i 141 milijarda za plaćanje kvalitetan kompromis i omogućuje ravnotežu između proračunske discipline i promicanja rasta kao ključnog cilja naših zajedničkih sredstava i redistribucije europskoga proračuna.

Također smatram da veću pozornost moramo posvetiti ispunjavanju već do sada preuzetih obveza osobito u pogledu plaćanja što se godinama pokazuje kao jedan krizni aspekt proračuna Europske unije.

Također, želim u ovome trenutku spomenuti i važne dogovore koje smo postigli glede sporazuma i fonda za solidarnost, posebice za led i poplave koji su se dogodili u Hrvatskoj, kao i poplave koje su pogodile Slavoniju proteklih mjeseci preko 16,5 milijuna eura pomoći će Hrvatskoj dijelom da sanira štetu koja ju je ozbiljno pogodila ove godine te tako vidimo kakvi su rezultati klimatskih promjena.

Wim van de Camp (PPE). - Voorzitter, het is vanmiddag al vaak gezegd, maar ik wil de commissaris, en ook het Parlement en de Raad feliciteren met het bereikte begrotingsakkoord 2015. U bent nieuw en meteen al deze grote klus. Van harte gefeliciteerd!

Dienstag, 16. Dezember 2014

Meer moeite heb ik met de begrotingsaanpassingen voor 2014. Bij begrotingsaanpassing nr. 3 zie je toch duidelijk een spanning tussen enerzijds betalingen die gedaan moeten worden, ook aan researchinstellingen, en aan de andere kant het nu al gebruik maken van de begrotingsruimte in de komende jaren en zelfs nieuw geld naar binnen halen. Maar dat is nu eenmaal de spanning die deze begrotingsaanpassing meebrengt en daar zullen wij mee moeten leven.

Begrotingsaanpassing nr. 6 voor 2014: geef mij toch even de ruimte om de communicatie over de naheffingen die aan de landen zijn opgelegd, de volgende keer te verbeteren. De Europese Unie is niet populairder geworden door het feit dat de Commissie kort vóór 1 november nog zoveel naheffingen heeft opgelegd. Dat heeft in veel landen pijn gedaan, dat heeft onze naam geen goed gedaan en dat moeten we echt in de toekomst zien te voorkomen. Dank u en goede feestdagen!

Ivan Štefanec (PPE) - Dohoda o budúcom rozpočte dáva reálne predpoklady pre splnenie troch hlavných cieľov, ktorými sú úhrada nezaplatených pohľadávok, podpora štrukturálnych reforiem členských štátov a predovšetkým podpora tvorby nových pracovných miest. Je dôležité, aby Únia viac investovala do konkurencieschopnosti, rastu a zamestnanosti, a preto aby štruktúra rozpočtu tiež zodpovedala týmto cieľom. Dôraz rozpočtu by sa mal vždy zameriavať na budúcnosť – teda na inovácie, vzdelávanie, malé a stredné podniky a predovšetkým mládež. Rovnako je dôležité smerovať rozpočet aj na programy Únie v oblasti výskumu, vývoja a programu Horizont 2020. Vítam preto novú dohodu, ktorá má zvýšiť príspevok na tieto programy o 45 miliónov EUR. Pozitívnym aspektom tohto rozpočtu je aj zahrnutie prvej čiastky vo výške 8 miliárd na spustenie nového 315-miliardového investičného plánu. Verím, že vďaka súkromným investíciám a úverovým zárukám získa Únia prístup k novým prostriedkom a zabezpečí väčší rast našej ekonomiky. Napriek tomu je potrebné, aby sme našli spôsob, ako splatiť nezaplatené účty, ktoré presahujú už čiastku 23 miliárd. Preto je dôležité, aby Komisia sledovala úroveň nezaplatených účtov a pripravila opatrenie na zníženie, ako sú sankcie. Nový rozpočet by teda mal priniesť aj zlepšenie úrovne platieb.

Catch-the-eye-Verfahren

Patricia Šulin (PPE). - Zahvaliti se želim vsem, ki so sodelovali v spravnem postopku.

Sicer sama nisem povsem zadovoljna, saj smo se namesto za 7 milijard eurov uspeli dogovoriti le za dodatnih 4,8 milijard eurov, s čimer bomo samo stabilizirali neplačane račune.

Stare račune, za že dokončane projekte, je potrebno čim prej plačati, da ne bodo imele lokalne skupnosti in podjetja težave zaradi tega. Spoštovati je potrebno pogodbe.

Opozorila bi rada tudi na to, da brez sredstev ni več letnega finančnega programa in razvoja.

Pozdravljam tudi Junckerjev investicijski program.

Ob koncu bi se rada zahvalila temu, da bo v sklopu pomoči Solidarnostnega sklada Evropske unije Slovenija dobila 18 milijonov 388 tisoč eurov pomoči, kar bo porabila za odpravo posledic ledu in žledu v februarju letos.

Zigmantas Balčytis (S&D). - Europos Taryba nuvyklė derybose dėl 2015 m. biudžeto. Europos Parlamentas dėl 2015 m. biudžeto turėjo labai aiškią poziciją, jog Europos Sąjungos išpareigojimai turi būti grindžiami deramu finansavimu, ypač pačiose svarbiausiose srityse. Buvau atsakingas už nuomonės rengimą AFET komitete, todėl sveikintina, kad buvo sudėtinga dėl finansavimo padidinimo Europos kaimynystės programoms, humanitarinei pagalbai bei bendrajai užsienio ir saugumo politikai, kas, atsižvelgiant į šio meto įvykius, yra ypač aktualu. Tačiau nepritariu dėl finansavimo sumažinimo Europos žemės ūkio garantijų fondui, nes tai atsilieps daugeliui Europos Sąjungos ūkininkų, kurie yra atsidūrę itin sunkioje padėtyje dėl užsitęsio Rusijos embargo ir kuriems finansinė pagalba iš Europos Sąjungos yra būtina.

José Inácio Faria (ALDE). - Senhor Presidente, Senhora Comissária, Senhores representantes do Conselho, Senhores relatores, caros Colegas, espero que amanhã possamos vir a confirmar o acordo sobre o orçamento da União para os exercícios 2014 e 2015 e congratulo os colegas parlamentares que estiveram envolvidos nesta difícil negociação.

Dienstag, 16. Dezember 2014

Na perspectiva do Parlamento, é essencial assegurar um nível adequado de dotações financeiras para reduzir o nível extraordinariamente elevado de créditos não pagos. Infelizmente os mesmos Estados-Membros continuam a privilegiar o regresso das margens financeiras não utilizadas aos seus bolsos do que liquidar as obrigações assumidas perante terceiros, como referiu o meu colega Jean Arthuis. É deplorável que as negociações orçamentais se revelem cada vez mais difíceis, deixando a União à beira do bloqueio, ou dos duodécimos orçamentais, como disse também o Sr. Olbrycht. Por outro lado, tendo em conta a necessidade já reconhecida pelos Chefes de Governo de apostar no investimento voltado para o futuro e para a competitividade europeia, que permita explorar sinergias nas áreas da energia, da inovação ou dos transportes. É um péssimo sinal.

(O Presidente retira a palavra ao orador.)

Igor Šoltes (Verts/ALE). - Zaradi nekatere nepripravljenosti držav članic, da skupaj s Parlamentom v mesecu novembru že potrdijo predlog Komisije za proračun 2015, smo bili skoraj soočeni s financiranjem proračuna v prihodnjem letu po dvanajstinih, in po vsej razpravi o posameznih programih in politikah ter denarju, ki ga bo v prihodnjem letu imela Komisija na voljo, puščamo seveda ob strani probleme, ki pa imajo lahko nepredvidene posledice za celo Evropo.

Govorim o tem, kar so govorili že kolegi pred menoj, o vse večjih zaostankih plačil s strani Komisije za subvencije in plačila za že izvedene projekte širom Evrope. Problema teh zaostankov pri plačilih, ki dejansko stojijo že od meseca septembra, pa v celoti ne rešuje tudi ta novi predlog proračuna.

Seveda to ni odgovornost te Komisije, bo pa seveda to lahko postala, če Komisija ne bo resno razmislila, da ta problem tudi reši, ne pa seveda samo odloži v prihodnje.

Marian-Jean Marinescu (PPE). - Domnule președinte, îmi cer scuze pentru întârziere, am fost la o întâlnire referitoare la noul plan de investiții care cred că, și acesta, poate fi pus în pericol din cauza bugetului european, care devine din ce în ce mai puțin credibil.

Este bine că avem un buget, dar trebuie să ne gândim că s-a utilizat exact același scenariu: s-a negociat bugetul pentru anul viitor în același timp cu bugetele rectificative pentru anul acesta, chiar dacă s-au semnat foarte multe hârtii în care se spunea că nu se va face acest lucru. Comisia a venit cu o propunere, Parlamentul cu alta, până la urmă s-a ajuns la ceea ce a propus Consiliul și situația duce la peste 20 de miliarde lipsă anul acesta și probabil mult mai mult anul viitor, deficit practic, ceea ce este ilegal.

Deci, în prima parte a anului viitor, Consiliul European trebuie să ia o decizie privind punerea la punct a bugetului european și aducerea la zi a plăților.

(Ende des Catch-the-eye-Verfahrens)

Kristalina Georgieva, Member of the Commission. - Mr President, I will take as my point of departure the very last words: we are in a tough situation. What we have is not a budget of joy. We may be on the eve of Christmas, but what we have is no basis to feel completely relieved of the difficulties in front of us, because they are still there. But it is a budget of responsibility. For those who said 'Why do we not just jump into provisional twelfths, let us forget about this budget deal', let us remember two things: firstly, provisional twelfths would bring us a lower level of budget simply because 2014 is a so much lower base. But secondly, and most importantly, the probability we now have to secure the amount of money from fines with DAB 3 will be much lower when we cross into the New Year.

Faced with this fiscal reality that we would be substantially worse-off – not only because provisional twelfths in the first months would mean a lower budget, but because the injection of fresh cash would be potentially lost or would be much smaller and unable to cure the problem in hand, which is to stabilise unpaid bills – I for one am relieved that the negotiators, the two arms of the budgetary authority, were able to secure this budget for us. This budget is not one of joy, but of responsibility. I want to stress four points here in closing.

Dienstag, 16. Dezember 2014

First, we are bringing the unpaid bills to a more manageable level. The accuracy of our projections still stands, we expect up to EUR 25 billion at the end of 2014. This is EUR 1.6 billion more than we had at the beginning of this year. We would have liked not to have it. We would have liked to stabilise the level, but at least we have a chance to step into the year less concerned about the mountain of bills than we would have been otherwise.

Secondly, to those who have been speaking about the accuracy of our data time and again in the negotiations: I am very proud of my team, some of whom are behind me. We have shown that we are very clear; we know the numbers, we understand the trends and we are going to use the clarity of our analysis to underpin the payment plan and to ensure that it becomes a reality.

Thirdly, I want to repeat once again to those who are worried about our farmers: we have found in this package a way not to dip into the crisis reserve. We are paying, without dipping into the crisis reserve, for the impact of the Russian ban and other events in the agricultural markets.

Fourthly, some spoke about the Solidarity Fund. Since we have a deal, we can provide help to Croatia in the order of close to EUR 9 million, to Bulgaria for EUR 10.5 million, and to Serbia, a country that is eligible and is now in negotiations.

But what is the most important point I want to convey? That I have heard from many of you a desire that we improve our budgetary process. That next year we do better, we engage earlier, we work harder and we reach a deal on a more structured, trust-based basis. If there is one thing I have been very concerned about during these negotiations, it is that they have shown a degree of erosion of trust, and we have – for the sake of our people – to restore trust. We have to build a budget that is more joyful. We need budget negotiations that are a more joyful event than those we are leaving behind.

Once again, I would like to thank the Italian Presidency for its sweat and tears. Thank you to the negotiators in the Parliament. What we have is a budget of responsibility.

Benedetto Della Vedova, *Presidente in carica del Consiglio*. - Signor Presidente, onorevoli parlamentari, vi ringrazio per la discussione svoltasi e ringrazio anche la Commissaria Georgieva. Il raggiungimento di un accordo sul bilancio 2015 e su tutti i bilanci rettificativi del 2014 — l'ho detto all'inizio e lo ripeto in conclusione — dimostra che condividiamo molti obiettivi e che le nostre posizioni non sono così distanti e che le differenze possono essere superate con successo. Come accennato in diverse occasioni, la procedura di bilancio si è svolta quest'anno in condizioni particolarmente difficili ed è solo grazie agli sforzi di ogni singolo attore coinvolto che siamo riusciti a trovare un accordo su un bilancio realistico ed equilibrato per il 2015 e ad arginare la crescita delle fatture non pagate.

Vorrei sottolineare che la Presidenza italiana è soddisfatta del risultato conseguito ed è grata a tutti voi per lo spirito di compromesso dimostrato. Nello stesso tempo, siamo consapevoli che, come riportato nelle dichiarazioni comuni concordate nel contesto dell'adozione del bilancio, ci attende molto lavoro per il prossimo anno e mi auguro sia possibile portarlo avanti con lo stesso spirito costruttivo che ha segnato la fase finale del nostro più recente negoziato.

Eider Gardiazabal Rubial, *ponente*. - Señor Presidente, hemos tenido un debate muy interesante y ha sido un debate que ha reflejado perfectamente cuáles han sido las preocupaciones del Parlamento durante todo este año en el que hemos estado trabajando en el presupuesto y, sobre todo, durante las negociaciones que hemos tenido con el Consejo y con la ayuda de la Comisión Europea.

De todos los que hemos intervenido, creo que no ha habido nadie que no haya hecho referencia al problema tan grave que tenemos de impagos.

Algunos somos más europeístas y más entusiastas; otros lo son menos, pero todos los que hemos intervenido hemos hablado del grave problema de impagos que tiene la Unión Europea. Y es evidente que, desde el 1 de enero del año que viene, tenemos que ponernos a trabajar en ese plan en el que tantas esperanzas hemos puesto y en el que tanto hemos confiado para aceptar este acuerdo que —como he dicho en mi primera intervención— no es satisfactorio, por lo menos para el Parlamento.

Y no lo es porque de verdad creemos que la Unión Europea puede hacer mucho más con un presupuesto mejor.

Dienstag, 16. Dezember 2014

Y como soy europeísta, y como creo que el presupuesto europeo puede aportar mucho al proyecto europeo, no estoy satisfecha con el acuerdo que hemos alcanzado. Pero también es verdad que, si por algunos hubiera sido, no tendríamos presupuesto, no tendríamos ayuda humanitaria, no tendríamos becas Erasmus y, como decía la Comisaria, no tendríamos ni siquiera dinero para pagar las ayudas a los 6 000 parados que hemos votado esta mañana en el Pleno, y creo que también tenemos que ser consecuentes con ese trabajo. Así que nos queda mucho trabajo por hacer.

Creo que 2015 va a ser un año crucial, porque si conseguimos poner en práctica un plan que, de verdad, solucione el problema de los impagos, podremos afrontar los próximos años y las próximas negociaciones presupuestarias en una situación mejor que la que hemos encarado este año.

Porque lo peor, probablemente, no han sido las cifras. Lo peor de esta negociación ha sido ver cómo el Consejo no conseguía encontrar una posición de negociación, y ha sido ver cómo algunos países estaban más preocupados por ver cómo volvía el dinero a su casa que por intentar solucionar los problemas del país que tenía sentado a su lado.

Monika Hohlmeier, Berichtstersterin. - Herr Präsident, Frau Kommissarin, liebe Ratspräsidentschaft, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte am Ende auch noch einmal ein herzliches Dankeschön sagen für das schwierige aber doch gelungene Werk.

Aber ich möchte vor allem die Worte von meiner Kollegin Eider Gardiazabal Rubial dahingehend ergänzen: Wir werden in der Zukunft in Europa danach gefragt werden, ob wir bereit sind, Innovation, Forschung, Arbeitsplätze und Zukunftsfähigkeit der Europäischen Union zu fördern.

Wir werden nicht nur nach alten Rechnungen gefragt werden. Das heißt, wir müssen beide Probleme lösen: Die Bezahlung der alten Rechnung, auf der anderen Seite aber auch die Innovationsfähigkeit und die Fähigkeit, unsere finanziellen Ressourcen auch darauf zu lenken.

Deshalb ist es mir wichtig, dass Innovationsprogramme, dass auch ein Investitionspaket nicht zulasten der Innovation geht, wie es der Kollege Ehler ausgeführt hat, sondern dass wir Ressourcen aus anderen Bereichen nutzen werden. Und wir werden für die Zukunft darüber zu diskutieren haben. Denn mir ist wichtig, dass wir in Europa – ob das im Bereich von IT, im Bereich von Zukunftstechnologien, die im sich im Feld der Informationstechnologien anbahnen, in Luft- und Raumfahrt, in Bezug auf die Unabhängigkeit der Europäischen Union in Fragen der Wettbewerbsfähigkeit in den unterschiedlichsten Bereichen der Fall ist – uns aufstellen.

Anderswo wächst die Konkurrenz, und aus diesem Grund müssen wir den Haushalt sorgfältig planen. Ein Schritt ist getan, aber viele Schritte müssen noch getan werden. Aus dem Grund einerseits Dankeschön, aber auch das Wissen darum, dass noch eine ganze Menge vor uns steht.

Gérard Deprez, rapporteur. - Monsieur le Président, Madame la Commissaire, Monsieur le Président du Conseil, chers collègues, demain la page sera tournée, en tout cas pour 2014-2015, et les regrets ne servent plus à rien. D'ailleurs, les regrets ne constituent pas une politique. À mon avis, la meilleure chose à faire maintenant est de se tourner vers l'avenir.

Il me semble qu'il y a trois choses importantes pour l'avenir.

En ce qui concerne l'avenir immédiat, nous avons passé un accord entre les trois institutions pour le plan d'apurement des impayés, dans des délais qui ont été fixés. Nous veillerons donc à ce que ce plan d'apurement devienne une réalité et à ce que l'ensemble des institutions respectent leurs engagements.

Pour l'avenir à moyen terme, plusieurs orateurs l'ont dit, mais c'est une évidence: le système actuel arrive progressivement à la paralysie et va conduire à une impasse, puisqu'il est fondé sur les contributions des États membres, prélevées sur leurs budgets nationaux. La problématique des ressources propres va devenir une urgence politique. On sent bien que si l'on continue dans la logique actuelle, tous les États membres vont devenir des petits Margaret Thatcher, qui demandent leur *money back*, et, progressivement, cela va conduire à une impasse totale.

Pour l'avenir plus lointain, j'ai une préoccupation: je suis convaincu que le soutien des citoyens au budget européen ne grandira pas dans les prochaines années, si nous persistons dans la logique actuelle. Pour l'essentiel, les dépenses et les moyens de paiement transitent par des institutions intermédiaires, qui oublient de dire aux citoyens que l'argent qu'ils reçoivent provient des institutions européennes. Je suis convaincu que, si l'on veut, à l'avenir, légitimer le budget européen aux yeux de l'opinion publique, il faudra trouver le moyen – ce n'est pas pour tout de suite, mais ce sera nécessaire – d'instaurer un lien direct, pour que le citoyen européen perçoive l'effort qui est fait en commun au bénéfice de tous.

Dienstag, 16. Dezember 2014

Je remercie en tout cas la délégation du Parlement européen. Cela a été une belle expérience, sous l'autorité de notre président, et je suis fier d'avoir travaillé avec les collègues, que je tiens encore à remercier.

Janusz Lewandowski, rapporteur. - Mr President, briefly, what was finally agreed for 2014 and 2015 is a typical compromise: nobody is happy, major problems have been postponed, but more destabilisation of the budget has been achieved. My hope lies really with the so-called payments plan, because it should reveal what really has not been paid and make the situation and understanding in the Member States more dramatic.

As for the amendment to the Regulation on own resources: yes, we need transparency; we need some knowledge of how it is being produced over time, what is the cost of delays in payments. Because, the iron rule, so far, was really to pay everything that was due to the EU budget on 1 December. And now we are really making an exception to this iron rule of the EU budget, so we should know the consequences. So, thank you, my hope is for a better conciliation next year; I remain silent.

Der Präsident. - Die gemeinsame Aussprache ist geschlossen.

Die Abstimmung findet am Mittwoch, 17. Dezember, statt.

Schriftliche Erklärungen (Artikel 162 GO)

Tamás Deutsch (PPE), írásban. – Az Európai Parlament Költségvetési Bizottságában tegnap nagy többséggel elfogadtuk a 2015. évi uniós költségvetésről és a 2014. évi többletforrásokról szóló megállapodást. A megállapodás óriási előnye, hogy azzal még idén elfogadásra kerülhetne a 2015-ös uniós költségvetés, azaz jövőre nem csak az idei költségvetés tizenkettedét lehetne kifizetni havonta. Az EP azzal a feltétellel járult hozzá a jövő évi EU-költségvetés elfogadásához, hogy az Európai Bizottság tervet dolgoz ki a kifizetetlen számlák rendezésére. 2014-ben 23,4 milliárd euró a korábbi évről áthúzódó számla kifizetését kell megoldani. Ehhez az EP és a Tanács megállapodása közel 4 milliárd eurós többletforrást biztosít. A 2015-ös költségvetés tárgyalása során megvédtük a Magyarországnak fontos kohéziós és agrárforrásokat. Így elutasítottuk az Európai Bizottság azon javaslatát, hogy a gazdáknak járó közvetlen kifizetések 1%-ának átcsoportosításával teremtsen fedezetet az orosz embargó okozta károk enyhítésére. Sikerként könyvelhetjük el, hogy megvédtük a magyar gazdák számára fontos közvetlen kifizetéseket! A 2015-ös költségvetés elfogadása veszélybe kerülhet, ha a plenáris ülés egyetlen költségvetési módosító indítványt elfogad a javaslatához. Ekkor ugyanis újra egyeztető tárgyalásokat kellene összehívni, emiatt pedig idén már nem tudnánk elfogadni a költségvetést. A magyar néppárti delegáció hazánk nemzeti érdekeinek képviseletében felelősségteljesen fog dönteni, azaz a plenárison is megszavazza majd a megállapodást és elutasít minden azt veszélyeztető módosító indítványt.

João Ferreira (GUE/NGL), por escrito. – Com a aprovação deste orçamento encerra-se mais uma farsa, com o resultado esperado. As grandes potências, mais uma vez, impuseram a sua lei e forçaram um orçamento ainda abaixo da proposta anteriormente apresentada pela Comissão Europeia, já de si ao nível da indigência. O Parlamento verberou a proposta de orçamento mas, como sempre, aprovou-a, cumprindo o seu papel de caixa-de-ressonância do Conselho – num e noutro ecoam mais forte as vozes e os interesses das grandes potências. Num processo de integração capitalista do tipo da UE, a dinâmica de divergência tende a acentuar-se – consequência da livre concorrência no mercado único, das políticas comuns e, de uma forma geral, dos princípios inscritos nos Tratados. Agravam-se as desigualdades entre países e regiões. O orçamento teria um papel determinante na mitigação (e, desejavelmente, mesmo na reversão) desta dinâmica de divergência e de acentuação de desigualdades. Porém, devido à sua exiguidade, nunca cumpriu esse papel. A novidade aqui será a de que nunca como hoje esteve tão longe de cumprir esse papel. O orçamento reduz-se. Reduzem-se as verbas que nele são destinadas à coesão – cada vez mais, mera letra morta nos Tratados. Mesmo o que é estipulado não é cumprido, como mais uma vez se verificou em 2014, obrigando à aprovação de vários orçamentos rectificativos.

Dienstag, 16. Dezember 2014

Филиз Хюсменова (ALDE), *в писмена форма*. – През изминалото лято България понесе щети за над 300 млн. евро вследствие на разрушителните наводнения в различни части на страната. Наводненията взеха десетки жертви, стотици бяха евакуирани и настанени във временни жилища. Разрушени бяха части от публичната инфраструктура - пътища, електропроводи и ВиК съоръжения. Наложително е възстановяването на инфраструктурата и покриване на разходите по спасителните операции, както и почистването на засегнатите от наводненията региони. Такова е положението и в съседните на България страни - Сърбия и Хърватия. Смятам, че сега е точният момент Европейският съюз да покаже съпричастност и солидарност към пострадалите от бедствията, както и че Европа действително е близо до гражданите си.

Georg Mayer (NI), *сchriflich*. — Da wir heute zusammengekommen sind, um das Budget zu behandeln, darf ich die Gelegenheit nutzen, auf ein weiteres Einsparungspotenzial hinzuweisen: Die Zahlungen im Rahmen der Heranführungshilfe durch das Instrument IPA an die Türkei können meines Erachtens zur Gänze eingestellt werden. Die Zahlungen an die Türkei belaufen sich seit 2007 auf 4,8 Mrd. EUR. Durchschnittlich wird die jährliche Zahlung um rund 11 % erhöht, die Heranführung der Türkei an europäische Werte verhält sich dazu jedoch gegenteilig. Die türkische Polizei nahm am Sonntag den 14. Dezember insgesamt 31 Personen fest, darunter den Chefredakteur der Tageszeitung „Zaman“, Ekrem Dumanlı. Dies ist eine weitere willkürliche Verhaftungswelle, die politische Gegner und Kritiker mundtot machen soll. Anstatt die immer weiter fortschreitende Abwendung der Türkei von europäischen Werten und der Demokratie im Allgemeinen mit scharfen Sanktionen zu bestrafen, lässt sich die EU weiterhin hinhalten. Warum werden keine Sanktionen, wie es sie im Fall von Russland binnen weniger Wochen gab, gegen die Türkei gesetzt, um diese wieder auf einen demokratischen Weg zurückzuführen?

József Nagy (PPE), *írásban*. – Az Európai Bizottság biztosi kollégiumának a 2015. évi költségvetési javaslatához tett 1. sz. módosító levele, amely a közvetlen kifizetéseknek az EU 2015. évi költségvetésének agrárfejezetén belüli csökkentésére tesz javaslatot, elfogadhatatlan a józan gondolkodású európaiaknak. Az orosz embargó miatt foganatosított intézkedéseket az európai gazdák ellen ugyanis a krízisalapból finanszírozná az uniós költségvetés. A krízisalap alkalmazása a hatályos jogszabályok szerint viszont a tartalékba helyezett közvetlen kifizetések elvonásával valószínűsíthető meg. Ez ellen 21 tagállam agrárminisztere tiltakozott a tanácsülésen. Számításaim szerint a magyar és szlovák gazdák számára ez mintegy 15 millió eurós csökkenést eredményezne éves szinten. A krízisalap forrásainak az év kezdetét megelőző lekötése továbbá elvonna minden költségvetési mozgásteret attól, hogy az év folyamán esetlegesen felmerülő, az agrárszektorra közvetlenül érintő bármilyen válsághelyzetre az EU reagálni tudjon. Nem felejtethetjük el, hogy az orosz importtilalmat nem a mezőgazdaság okozta, ezért kifejezetten igazságtalannak tartom, hogy a bevezetett intézkedéseket a gazdáknak kell megfizetniük.

Pina Picierno (S&D), *per iscritto*. – E' doveroso ammettere che l'accordo che finalmente è stato trovato sul bilancio 2015 e sui rettificativi 2014 non è pienamente soddisfacente per entrambe le parti: il Parlamento voleva di più, il Consiglio di meno. E' altrettanto vero però che permetterà di pagare parte degli arretrati del 2014 e di lanciare la crescita per il prossimo anno, con stanziamenti sufficienti in rapporto agli obiettivi che l'UE si è posta. In particolare, è grazie al lavoro del Parlamento - che ha saputo, nell'apertura al negoziato, tenere il punto sulle questioni fondamentali - che si è riusciti a raggiungere l'accordo. Un accordo che sì non soddisfa appieno gli obiettivi iniziali, ma che scongiura, da un lato, l'adozione dell'esercizio provvisorio e dall'altro evita una pericolosa situazione di stallo che avrebbe fortemente danneggiato i Paesi membri stessi. Siamo consapevoli del fatto che i fondi stanziati ed i relativi provvedimenti che ne seguiranno non siano ancora sufficienti per agganciare una ripresa economica forte e duratura, ma siamo orgogliosi del fatto che proprio sotto la Presidenza italiana si sia verificato un cambio di passo: quello di un'Europa che punta allo sviluppo e non si preoccupa soltanto di far quadrare i conti.

Pavel Poc (S&D), *písemně*. – Evropskému parlamentu se k mé úlevě podařilo spolu s Evropskou komisí a Radou uzavřít kompromis ohledně opravných rozpočtů na rok 2014 a rozpočtu na rok 2015. I když byla vyjednávání ztížena zejména sobeckým a nezodpovědným postojem Rady, je chvályhodné, že se zástupcům Parlamentu zdařilo zajistit snížení objemu nejnaléhavějších nesplacených faktur a alespoň mírně navýšit objem rozpočtu na příští rok. Přestože byla platební krize odvrácena, není možné výsledek považovat za velmi uspokojivý. Nelze totiž nadále možné před vleklými platebními problémy Evropské unie zavírat oči a ohrožovat tím naplnění závazků vytyčených samotnou Radou vůči studentům, malým a středním podnikům, nevládním organizacím a jiným. Je neúnosné se neustále snažit vyjít vstříc členským státům, které Parlament celých 21 dní dohodovacího řízení ignorovaly a zajímaly se jen o odložení svých dodatečně vyměřených plateb na příští rok. Proto podporuji nejen brzký audit, který musí vyjasnit, jak na tom Evropská unie s dluhy ve skutečnosti je, vytvoření na něj navazujícího plánu pro stlačení dluhu na udržitelnou úroveň, ale i reformu vlastních zdrojů rozpočtu Evropské unie. Je totiž nemyslitelné, aby byl Evropský parlament v rámci rozpočtového procesu, který by měl sloužit spíše k vytyčení rozpočtových priorit, držen Radou v kleštích tak, jak jsme toho byli svědky v posledních letech.

Dienstag, 16. Dezember 2014

Емил Радев (PPE), *в писмена форма*. – Когато преди месец преговорите по проектобюджета за 2015 г. и коригиращите бюджети за 2014 г. се провалиха, Европейският съюз беше на ръба на една нова финансова криза поради отложени, забавени или неизпълнени плащания, която щеше да засегне много сериозно България. Имайки предвид, че европейските средства представляват най-голям дял от чуждестранните инвестиции в страната, всяко едно забавяне на плащанията от Брюксел води до сериозни проблеми в българската икономика и засяга пряко хиляди хора. Затова съм щастлив, че своевременно беше постигнато споразумение, което ще позволи най-накрая на държавите членки, включително и България, да се възползват от новите средства по многогодишната финансова рамка, което от своя страна ще доведе до съживяване на икономиката. Приемането на бюджета ще подпомогне и по-бързото възстановяване на регионите, засегнати от наводнения през тази година. Отпуснатите средства от фонд „Солидарност“, макар и недостатъчни за покриване на всички щети от наводненията, са дълго чакана помощ, която сега трябва да се използва по предназначение. Бих искал още веднъж да призова и за повече инвестиции за превенцията на природни бедствия, които ще намалят необходимостта от активирането на фонд „Солидарност“. Надявам се догодина процесът на приемане на бюджета да бъде по-безпроблемен, защото в крайна сметка средствата са важни за развитието на всички държави членки, не само на България.

Alfred Sant (S&D), *in writing*. – We think it is debatable whether the new strategic fund proposed by the Juncker Commission will trigger new economic activity. The budget before us today equally contains investment funds, and it is important to ensure that these are mobilised efficiently. The record on investment disbursements from the budget is unsatisfactory, absorption of funds low, and delay in project implementation the rule. One reason for this has been the burdensome rules for the vetting, approval and implementation of projects. A case in point is roadwork contracts in Malta. Though miniscule by European standards, they were subject to Brussels-based contract and award rules even when their size makes them unattractive to outside contractors. That lack of interest delays project preparation. Meanwhile, the need to follow to the letter Brussels-based procedures creates problems of compliance for small-scale Maltese contractors. So, projects are delayed. Costs escalate. As the end of the pluri-annual budget period approaches, roadworks are rushed and bunched together, leading to traffic congestion, faulty workmanship and cost overruns. It is imperative to raise the absorption rate of capital projects funded by the EU budget. The dilution of one-size-fits-all policies and a more stringent application of the principle of subsidiarity need to become real priorities.

Richard Sulík (ECR), *písomný* – S predstaveným návrhom rozpočtu EÚ zásadne nesúhlasím. Rozpočet Európskej únie už dnes financuje veľké množstvo projektov pochybného významu a jeho prostriedky sú využívané mimoriadne neefektívne. V situácii, keď výrazná väčšina výdavkov EÚ slúži na prerozdelenie, napríklad ako platby poľnohospodárom alebo kohézne fondy, je snaha o navýšenie rozpočtu EÚ úplne odtrhnutá od reality. Aby však mohol byť rozpočet Európskej únie skutočne reformovaný, je potrebná zmena filozofie EÚ. V skutočnosti totiž nie verejné výdavky a centrálné plánovanie, ale len nižšie daňové zaťaženie a slobodnejší trh môžu obnoviť hospodársky rast a znížiť nezamestnanosť. Kým sa s týmto Európska únia nestotožní, rozpočet Európskej únie bude aj naďalej masívne mrhať prostriedkami daňovníkov a bude aj naďalej významne deformovať trh.

Claudia Tapardel (S&D), *in writing*. – This report aims at reacting to the Commission's proposal on the adjustment of the Member States' (MS) national contributions to the financing of the EU budget. As it has emerged, a number of MS have underpaid their contributions to the Union's budget over a number of years, while others have overpaid theirs. Against this background the Commission adopted a proposal to amend the existing rules in order to give MS the possibility, under specific circumstances, of making available the amounts of own resources after the current deadline of 1 December. Although the Commission's proposal aims at giving MS more flexibility, it also risks making the current own-resources system even more complex and less transparent. Furthermore, the Commission's proposal could create a precedent which would affect the level and timing of payments to benefactors. Since we are already facing a growing shortage of payments, this scheme could influence the implementation of the 2014-2020 MFF and the credibility of the Union's budget. A real remedy to overcoming the deficiencies of the current system is an extensive reform of the EU's own-resources system that takes the European Parliament proposals into consideration as well as the work carried out by the high-level group on own resources.

Valdemar Tomaševski (ECR), *raštu*. – Pone Pirmininke, Bendrasis Europos Sąjungos biudžeto projektas 2015 finansiniam metams yra didelis iššūkis Europos institucijoms, nes jo priėmimas vyksta tęsiantis ekonominei krizei, kuri sutrikdė visos Bendrijos finansus. Už dabartinę krizę labiausiai atsakingos yra finansinės institucijos, valstybės narės, ypač pietų Europos, bet ir, apie ką verta prisiminti, ES biurokratija, kuri per lėtai ir neadekvačiai reagavo į susiklosčiusią situaciją. Todėl kitų metų biudžeto projektas yra labai svarbus turint omenyje ekonomikos atsigavimo perspektyvas. Todėl labai svarbu, kad į 2015 metų biudžetą būtų įtrauktos papildomos lėšos, skatinančios ekonomikos veikimą ir kartu apsaugančios labiausiai krizės pažeidžiamas socialines grupes. Gerai, kad tam tikslui planuojama skirti daugiausia

Dienstag, 16. Dezember 2014

lėšų – apie 67 milijardų eurų, kurie bus skirti ekonomikos augimui bei užimtumui skatinti. Socialinės, regioninės ir ekonominės sanglaudos tobulinimo rėmimas turėtų tapti svarbiu elementu. Europos Parlamentas turėtų remti šias biudžeto nuostatas, kurios taip pat padidins lėšas skirtas švietimui, moksliniams tyrimams ir inovacijoms, nes kitais metais planuojamas jų 38 procentų augimas palyginti su praėjusiais metais. Bet kas atrodo svarbiausia, ypač Centrinės ir Rytų Europos šalims tokioms kaip Lietuva, tai ypatingas dėmesys ūkininkams. Jie labiausiai pajaučia išbalansuotos maisto rinkos padarinius. Todėl Sąjunga turėtų skirti turimą perteklių iš specialiųjų rezervų Europos žemės ūkio nuostoliams kompensuoti.

15. Finanzierungsengpass beim Hilfswerk des Welternährungsprogramms für syrische Flüchtlinge (Aussprache)

Der Präsident. - Als nächster Punkt der Tagesordnung folgt die Aussprache über die Erklärungen des Rates und der Kommission betreffend den Finanzierungsengpass beim Hilfswerk des Welternährungsprogramms für syrische Flüchtlinge (2014/2996(RSP)).

Benedetto Della Vedova, Presidente in carica del Consiglio. - Signor Presidente, onorevoli deputati, l'Unione europea è il maggior donatore mondiale di assistenza umanitaria e l'assistenza bilaterale degli Stati membri rappresenta una considerevole parte di tali sforzi. Gli Stati membri dell'Unione europea da soli hanno fornito quasi un miliardo e mezzo di euro di assistenza umanitaria dall'inizio della crisi siriana nel 2011. Questo si aggiunge ai 666 milioni di euro di aiuti umanitari provenienti dal bilancio dell'Unione europea e forniti dalla Commissione.

Come gli onorevoli deputati ben sanno, il Consiglio ha appena approvato, con il Parlamento, il bilancio rettificativo 2014, mettendo altri 214 milioni di euro a disposizione del bilancio per l'aiuto umanitario della Commissione per quest'anno. Larga parte di questo importo è utilizzato per la risposta dell'Unione europea alla crisi siriana. Questa è una dimostrazione chiara del nostro impegno a fornire aiuto umanitario a quanti ne hanno bisogno, segnatamente alle persone colpite dalla crisi siriana.

Ieri il Consiglio ha adottato conclusioni sulla situazione in Siria e abbiamo espresso la nostra grave preoccupazione per la drammatica carenza di finanziamenti in risposta agli appelli dell'ONU per il 2014, che ha determinato la sospensione temporanea dell'assistenza ai profughi siriani da parte del Programma alimentare mondiale – il *World Food Programme* – e abbiamo chiesto alla comunità internazionale di intensificare i finanziamenti in vista dell'inverno e in risposta ai prossimi appelli per il 2015. Ma non abbiamo soltanto chiesto agli altri, gli Stati membri sono stati tra i principali donatori che hanno reagito immediatamente all'appello d'urgenza del *World Food Programme* per quanto riguarda i finanziamenti per la Siria. A titolo di esempio, Paesi Bassi, la Germania, l'Irlanda e il Belgio hanno collettivamente contribuito per più di 14 milioni di dollari.

Unitamente al contributo della Commissione proveniente dal bilancio dell'Unione europea, questo porta la risposta collettiva dell'Unione europea a questo appello d'urgenza a più di 20 milioni di euro. Ci rallegriamo che così facendo si sia ora riusciti ad aiutare a colmare la carenza sperimentata dal *World Food Programme* e che l'assistenza alimentare di 1,7 milioni di profughi siriani possa riprendere come previsto. Rimane tragico il fatto che in una crisi della dimensione di quella siriana ci possano a malapena essere abbastanza fondi per rispondere a tutte le necessità degli sfollati all'interno del paese. Molti di coloro che hanno dovuto abbandonare la Siria, spesso l'hanno fatto portando con sé nient'altro che i vestiti che indossavano.

Ma noi possiamo certamente assicurarci di non aumentare le loro sofferenze. Ridurre l'assistenza alimentare nei confronti di coloro che hanno perso tutto è inaccettabile per il Consiglio e per gli Stati membri. Nell'ambito del Consiglio abbiamo coordinato molto attentamente, tra gli Stati membri ed anche con la Commissione, la risposta a questa crisi senza precedenti. Ci assicuriamo che non vi siano sovrapposizioni nella nostra risposta collettiva mentre cerchiamo di colmare, come meglio possiamo, le lacune del finanziamento globale.

In tale contesto permettetemi di sottolineare altresì che gli Stati membri dell'Unione europea sono uno dei principali donatori del *World Food Programme*. Anche prima del recente appello d'urgenza, gli Stati membri dell'Unione europea avevano versato al Programma alimentare mondiale più di 150 milioni di euro nel 2014, solo per la sua azione nel contesto della crisi siriana.

Dienstag, 16. Dezember 2014

Signor Presidente, onorevoli deputati, riteniamo che il *World Food Programme* sia uno dei nostri principali partner esecutivi per la fornitura dell'assistenza umanitaria dell'Unione europea. Sia come Unione europea che come Stati membri, su base bilaterale abbiamo una lunga tradizione di collaborazione. Ci assicureremo pertanto, unitamente al Programma alimentare mondiale, che siano prese le misure opportune in termini sia di finanziamento che di pianificazione. Dobbiamo garantire che carenze come quella a cui abbiamo assistito non accadano più. Lo dobbiamo a tutte le persone cui cerchiamo di venire in aiuto, innanzitutto alle vittime innocenti della terribile guerra in Siria.

Christos Stylianides, Member of the Commission. - Mr President, I am grateful for the opportunity to address this important issue today. There is no question but that the Syrian crisis is unprecedented. Both in terms of its humanitarian consequences and for its financial implications. An immediate reaction by international donors is a precondition for avoiding a further deterioration in the situation. A comprehensive response to the crisis cannot be built on our normal budgets. We must work together to make a strong EU response possible. We have a collective responsibility to find the means to achieve this goal.

The WFP's decision to cut back food assistance is a reminder of the overwhelming impact of the biggest humanitarian tragedy of our times. I want to underline that the EU as a whole is responding to the Syrian crisis needs. We are responding to the call by the WFP which has resumed its aid scheme to Syrian refugees.

I want to express my sincere appreciation for the broad support of this Parliament in this crisis. The European Union has led the international response to the Syrian crisis. We have provided more than EUR 3.1 billion. Of this, EUR 681 million has come from the Commission's humanitarian budget, with EUR 120 million provided for WFP's operations in Syria and neighbouring countries.

The WFP is our second largest humanitarian partner after the UNHCR. We are fully committed to our partnership with the WFP. As a matter of urgency, we have allocated an additional EUR 5.5 million to the WFP's aid scheme for Syrian refugees. With this amount, our funding for 2014 is up to EUR 18 million, on top of the EUR 61 million allocated in December 2013. We will continue our efforts to mobilise additional resources.

It is no accident that a few days ago both the WFP and Valerie Amos from OCHA, who is very well known, expressed their appreciation to the EU for our generous humanitarian support. It is true that the WFP has by far the biggest needs in this crisis, estimated to reach USD 1.8 billion this year. This amount goes beyond the USD 1.6 billion needs of the UNHCR. The fact that approximately only 60% of these needs are matched with funding is a major problem. Unfortunately the WFP is only one of the many partners in desperate need of funding.

For this reason we have repeatedly warned the donor community that the gap between needs and funding is unfortunately not sustainable. Syria is the biggest crisis we face today but it is not the only crisis. Think of Iraq, the Central African Republic, South Sudan, etc. All of these crises have stretched humanitarian budgets beyond their limits. Certainly money will never be enough; therefore we need more cost-effective and more targeted operations from humanitarian partners. This also applies to the WFP.

This year we will finish with EUR 165 million in humanitarian assistance for the Syrian crisis. This is already less than half of the exceptional EUR 350 million we managed to mobilise in 2012. Next year our Commission's initial humanitarian funding will be down to 100 million.

There will be additional money forthcoming soon. I will use all the leverage I have to achieve that. But my efforts alone, unfortunately, are not enough. We need strong collective action for next year. We expect needs of USD 7.2 billion for the Syrian crisis alone. This is a substantial increase compared to the record figure of USD 6 billion for this year.

The Syrian crisis will remain a top priority in the years to come. The whole region is feeling its impact. We have to find ways to increase funding and make it sustainable, otherwise it will be a short fix. We must adopt a long-term approach. We must continue honouring our pledges. It is not only our moral duty, it is also a question of life or death for millions of Syrian refugees.

Dienstag, 16. Dezember 2014

As you know, a few days ago I came back from a joint mission with Vice-President Federica Mogherini and Commissioner Johannes Hahn to Turkey. There we also visited refugee camps along the Syrian border. The situation on the ground is overwhelming. Cuts in food assistance will be felt there first. It is our collective responsibility to stop this from happening. We must work together to avoid this situation.

At the end of the day, however, what is needed for the Syrian crisis is a political solution. UN Special Envoy de Mistura has our full support in this regard. It is a support reflected yesterday in the Foreign Affairs Council conclusions.

Davor Ivo Stier, u ime kluba PPE. – Gospodine predsjedniče, u ove četiri godine koliko traje oružani konflikt u Siriji više smo puta u ovom domu čuli i naglašavali kako se radi o najvećoj humanitarnoj krizi s kojom se svijet danas suočava. 14 milijuna ljudi u Siriji hitno treba humanitarnu pomoć, a među njima 5 milijuna djece. Milijun i 700 000 izbjeglica u susjednim zemljama koristilo je svjetski program za hranu UN-a koji je na nekoliko dana u prosincu obustavio isporuke pomoći zbog nedostatka finansijskih sredstava.

Ono što ohrabruje je činjenica da su sredstva u najkraćem mogućem roku prikupljena da bi svjetski program za hranu nastavio s radom. Također ohrabruje brza reakcija našeg povjerenika Christosa Stylianidesa koji je odmah najavio dodatnu finansijsku pomoć za ovaj program. Važno je ovdje napomenuti da je EU u roku podmirila svoje obveze prema svjetskom programu za hranu jer je bilo raznih dezinformacija o dugovima prema tom programu UN-a. U ovom je slučaju Europska unija na vrijeme doznala sredstva, ali i ovaj slučaj podcrtava važnost pravodobnog uplaćivanja obećanih sredstava u humanitarnoj pomoći. O tome ovise i u mnogim slučajevima ljudski životi.

No isto tako je potrebno pozvati i druge partnere u međunarodnoj zajednici da preuzmu veću odgovornost u financiranju humanitarne pomoći. Jasno je da je za rješavanje humanitarne krize u Siriji potrebno prvo se usredotočiti na uzroke sukoba i postići političko rješenje, ali u međuvremenu Europa i međunarodna zajednica ne smiju posustati u pružanju humanitarne pomoći.

Norbert Neuser, im Namen der S&D-Fraktion. – Herr Präsident, Herr Kommissar, sehr geehrter Herr Minister! Alle Politiker wollen schnell ganz viel Hilfe für die syrischen Flüchtlinge. Aber trotzdem fehlt Geld. Das Welternährungsprogramm kann seinen Verpflichtungen nicht nachkommen. An Nahrungsmitteln wird gespart.

Das Pathos der Politiker ist eindeutig: Sie warnen vor Tod und Elend. Ich nenne ein Beispiel: die deutsche Bundesregierung – meine Partei gehört dieser Regierung an. Sie sagt, es ist eine Jahrhundertkatastrophe – Sie haben richtig gehört: Jahrhundertkatastrophe. Es regnet, dann kommt die Kälte, dann kommt der Tod. Es mangelt nicht an Mitgefühl und an Dramatik.

Aber was nützen Pathos und Dramatik, wenn wir die Nüchternheit der Zahlen sehen? Denn die nackten Zahlen sind eindeutig. Das Budget für humanitäre Hilfe schrumpft seit 2013 beständig, der Haushalt ist chronisch und mit Absicht von den Mitgliedstaaten unterfinanziert. Wir schieben unbezahlte Rechnungen vor uns her. Wir sollten – und ich sage das nicht, weil Weihnachten vor der Tür steht – die Grenzen öffnen, wir sollten die Herzen öffnen, aber die Mitgliedstaaten müssen ihre Geldbeutel öffnen!

Karol Karski, w imieniu grupy ECR. – Panie Przewodniczący! Jeden z najkrwawszych konfliktów ostatnich dekad, jakim jest wojna w Syrii, pochłonął już co najmniej 200 tys. ofiar i sprawił, że setki tysięcy ludzi zostały zmuszone do opuszczenia swoich domostw. Podajmy tu przykład starożytnego chrześcijańskiego miasta Sadad, znanego z Biblii, gdzie mówiło się po aramejsku, w języku Jezusa Chrystusa. Mówiło się, ponieważ dziś miasta już nie ma, są tylko ruiny. Chrzęścianie, którzy mieszkali tam od 2000 lat zostali w dużej części wymordowani, a tym, którym udało się przeżyć, została tylko ucieczka. Ponad 3 mln ludzi uciekło z Syrii do sąsiednich państw, a 7 mln stało się uchodźcami wewnętrznymi. W obu grupach 6 mln to dzieci. Tragedia tych niewinnych ludzi została pogłębiona informacją, która pojawiła się na początku miesiąca o wstrzymaniu funduszy ze Światowego Programu Żywnościowego dla syryjskich uchodźców przebywających w Jordanii, Libanie, Turcji, Iraku i Egipcie. Limit, który miał być gwarantem zapewnienia żywienia na miesiąc grudzień nie został osiągnięty. Udało się dopiero zebrać go ze składek publicznych.

Proszę Państwa, uczynmy to, aby ci uchodźcy nie stali się zakładnikami wojny..

(Przewodniczący odebrał posłowi głos.)

Dienstag, 16. Dezember 2014

Pavel Telička, *on behalf of the ALDE Group*. – Mr President, first of all I give my apologies, as immediately after my contribution I will have to leave because we have a group meeting on an important document that we are voting on tomorrow.

In fact, Commissioner, you have facilitated my comments. I was one of those who initiated this debate. I think the Commission came forward with a very quick response, but I am still concerned. I think the suspension of food assistance is not only extremely damaging, but I would even say that it is nearly a criminal act, taking into account the situation the refugees are in.

I am afraid that in a few months' time, we will be in a very similar situation. I have understood that you are fully aware of that. I would invite you – with the support of this House – to be tough. Being tough is a cliché, but I want to express that we will support you in being demanding towards our partners. We are not just talking about the refugees, but about the situation in the neighbouring countries where we see a collapse of the economy, social system, food supplies and water supplies. Look at Lebanon, a country with a population of around 4 million, if I am not mistaken. There are over a million refugees on the borders of Lebanon. This is a serious situation. We need to pay thorough attention to this subject in the future. You will have our support, but we will have high expectations.

Κώστας Χρυσόγονος, *εξ ονόματος της ομάδας GUE/NGL*. – Ο πόλεμος στη Συρία έχει αναγκάσει πάνω από 3 εκατομμύρια ανθρώπους να αναζητήσουν καταφύγιο σε άλλες χώρες· πολλούς από αυτούς σε κράτη μέλη της Ευρωπαϊκής Ένωσης.

Μετά την έκκληση που απηύθυνε το Παγκόσμιο Επισιτιστικό Πρόγραμμα την 1η Δεκέμβρη προκειμένου να καλυφθούν οι ανάγκες τους, συγκεντρώθηκαν συνολικά 88 εκατομμύρια δολάρια. Τα 6 από αυτά τα έβαλε η Ευρωπαϊκή Ένωση, η οποία όμως κατά τα άλλα επιμένει στη διατήρηση των κανονισμών του Δουβλίνου, που θέτουν σε κίνδυνο την ασφάλεια, την υγεία και την ίδια τη ζωή αυτών των ανθρώπων.

Το ψευδεπίγραφο κοινό ευρωπαϊκό σύστημα ασύλου που καθιερώνουν οι κανονισμοί αυτοί είναι ένα απάνθρωπο σύστημα που παγιδεύει τους πρόσφυγες στις χώρες εισόδου, δηλαδή στις μεσογειακές χώρες, όπως η Ελλάδα και η Ιταλία, οι οποίες έχουν προ πολλού ξεπεράσει τα όριά τους. Ακόμη και αναγνώριση της προσφυγικής τους ιδιότητας κατά προτεραιότητα δεν θα εξασφαλίσει στους πρόσφυγες αξιοπρεπείς συνθήκες διαβίωσης ούτε θα αντιμετωπίσει τις παραβιάσεις του διεθνούς δικαίου των ανθρωπίνων δικαιωμάτων που προκαλούνται από τη μαζική εισροή στις συγκεκριμένες αυτές χώρες.

Απαιτούμε λοιπόν ένα πιο δίκαιο σύστημα κατανομής των ευθυνών. Έχει έρθει η ώρα τα κράτη της Κεντρικής και Βόρειας Ευρώπης, που είναι στην πραγματικότητα οι χώρες προορισμού των μεταναστών, να δείξουν κατά πόσον ενστερνίζονται στην πράξη την αρχή της αλληλεγγύης, που διακηρύσσουν οι ευρωπαϊκές Συνθήκες.

Alyn Smith, *on behalf of the Verts/ALE Group*. – Mr President, Commissioner, I would praise you for your swift actions, amongst others, in reacting to this remarkable crisis that the UN Food Programme has brought about. I have a couple of concrete questions for you about it: do we think there is a systemic problem within the World Food Programme that brought about the suspension of aid? Were they simply overwhelmed, in which case we lent a hand to the tiller? Or is there a policy issue that actually led to this remarkable action, which really does need to be examined further given its consequences?

I was glad to hear about your joint trip to the region with your fellow Commissioners, and the humanitarian aspects of this are only part of the story. As you rightly say, we need a political solution. Therefore, could you give us a bit more information about how the EU and your services are coordinating amongst the Member States as regards the ongoing military engagement of a number of our Member States within this theatre, which are having a variety of consequences, and indeed as regards a coherent refugee policy on the part of a number of our Member States, some of whom have considerably better records than others?

Dienstag, 16. Dezember 2014

Λάμπρος Φουντούλης (NI). - Κύριε Πρόεδρε, η αναστολή του Παγκόσμιου Επισιτιστικού Προγράμματος του ΟΗΕ είναι καταστροφική. Πρόσφυγες αγωνίζονται να επιβιώσουν μέσα στο χειμώνα χωρίς να έχουν τα στοιχειώδη για τη σίτιση και την υγεία. 1.700.000 ψυχές, πρόσφυγες από τη Συρία, έχουν καταφύγει στην Ιορδανία, το Λίβανο, την Τουρκία, το Ιράκ και την Αίγυπτο. Από 'κει προσπαθούν να φτάσουν στην Ευρώπη, που την βλέπουν σαν τη γη της επαγγελίας. Δεν μπορείς να σταματήσεις έναν πεινασμένο από την αναζήτηση τρόπων επιβίωσης. Οι Ηνωμένες Πολιτείες εξέφρασαν την ανησυχία τους και ζητούν από τη διεθνή κοινότητα να κάνει περισσότερα.

Ποιος ευθύνεται όμως για την κατάσταση αυτή; Ποιος έφερε την πείνα και την καταστροφή στη Συρία και αναγκάζει το λαό της να παίρνει το δρόμο της προσφυγιάς; Οι μεγάλες δυνάμεις, που με πολεμικές επιχειρήσεις και με το πρόσχημα της δήθεν απελευθέρωσης και της αποκατάστασης της δημοκρατίας προσπαθούν να επιβάλουν τις πολιτικές τους.

Η Αμερική αλλά και η Ευρώπη είναι συνένοχοι γι' αυτή την κατάσταση. Όπου και να κοιτάξουμε, στο Ιράκ, τη Συρία και τη Λιβύη, τα αποτελέσματα των επεμβάσεων είναι καταστροφικά. Χάος και αναρχία επικρατεί. Οι πρόσφυγες, προκειμένου να γλυτώσουν αναζητώντας ένα καλύτερο μέλλον, χάνουν τη ζωή τους στα νερά της Μεσογείου. Οι χώρες του Νότου, όπως η Ελλάδα, που έχουν υποστεί τα δεινά της οικονομικής κρίσης, δέχονται κατά χιλιάδες σύρους πρόσφυγες, που ζητούν άσυλο.

Francisco José Millán Mon (PPE). - Señor Presidente, señor Comisario, gracias por la información que nos ha facilitado. Yo celebro que, como se ha indicado, el 9 de diciembre el Programa Mundial de Alimentos pudiera reanudar sus trabajos de asistencia alimentaria a numerosos desplazados y refugiados sirios gracias a las aportaciones realizadas a nivel mundial y, desde luego, a nivel europeo.

No cabe excluir que en los próximos meses nos volvamos a encontrar en la misma situación. Por ello, hay que conseguir un mayor compromiso de toda la comunidad internacional para poder paliar las necesidades de estos millones de sirios desplazados, especialmente de cara al inminente invierno.

Por otra parte, como usted ha dicho, Comisario, tenemos que seguir esforzándonos en una solución política inclusiva. Pero como primer y más urgente paso, es preciso reducir también el nivel de violencia. Y, en este sentido, espero que pueda tener éxito esa propuesta novedosa del enviado especial de las Naciones Unidas de empezar creando esas zonas o situaciones libres de hostilidad o congeladas, las llamadas «*local freezes of hostility*». Me gustaría que esta nueva iniciativa sirviera para garantizar la seguridad y evitar el desplazamiento a miles de sirios.

Pero, Señorías, para lograr una solución política necesitamos también reforzar a las fuerzas moderadas sirias. Están fragmentadas, han perdido protagonismo y son, además, atacadas tanto por las tropas del régimen como por los grupos terroristas activos en la región. Ya que hablo de región, es preciso también que los países vecinos y otros actores internacionales influyan en las partes para acabar con el conflicto.

Y termino. La Unión Europea está siendo un actor vital, como usted nos ha explicado, Comisario, en lo que a la ayuda humanitaria se refiere. También tiene que serlo en la búsqueda de una solución política al conflicto.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D). - Mr President, the civil war in Syria is one of the greatest tragedies of this decade and no end seems to be in sight. We have witnessed large-scale war and violence, tens of thousands of people killed, huge destruction inflicted on this country, millions of people displaced or taking refuge in the neighbouring country. At the same time, the emergency services involved in nourishing and protecting Syrian refugees are under-financed. There is a vital food shortage for 1.7 million refugees in Turkey, Lebanon, Jordan, Iraq and Egypt, people included in the EU Food Aid Programme.

Dienstag, 16. Dezember 2014

This emergency is a tremendous challenge for the host countries. We are not providing these countries which have generously opened their borders to the refugees with adequate financial and burden-sharing solidarity. We should not hesitate to increase our allocation of funds in response to the ongoing humanitarian crisis in Syria and in neighbouring countries. Public mobilisation, including private donors, individuals and governments, has helped the World Food Programme maintain its response to this particular case, but it cannot be the permanent solution. It remains the responsibility of the EU Member States to respect their commitments, and our citizens support us in doing so. Refugees affected by the conflict were forced to leave their homeland and live in camps. They are suffering and dying from hunger and cold. They are extremely dependent on international aid. The survival of these people is essential and must be our priority.

Marcus Pretzell (ECR). - Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es ist tragisch, dass das Welternährungsprogramm seine Hilfe in Syrien aussetzen musste, und es ist vollkommen klar, dass in dieser Situation die Europäische Union eine Verantwortung dafür hat, dass es wieder aufgenommen werden kann. Und zwar gilt das für die Mitgliedstaaten wie für die Europäische Union selbst, dass hier weitere Ressourcen mobilisiert werden müssen.

Immerhin müssen wir zur Kenntnis nehmen, dass ohne die politische Einflussnahme auch der Europäischen Union die Situation, wie wir sie jetzt vorfinden, möglicherweise gar nicht eingetreten wäre. Aber wir doktern weiter an Symptomen herum. Es geht nicht nur darum, Grenzen und den Geldbeutel hier aufzumachen, sondern es geht darum, die Ursachen wirklich anzupacken. Dabei müssen wir auch die arabischen Länder mit in die Verantwortung nehmen, denn die arabischen Länder haben nicht nur das Geld, sondern sie tragen insbesondere auch eine ideologisch-religiöse Verantwortung. Denn das Urproblem in Syrien, das wir dort erleben und das wir in der ganzen Region erleben, das ist der Islamismus, und das gilt es nicht nur anzusprechen, sondern auch zu bekämpfen.

Javier Nart (ALDE). - Señor Presidente, señor Presidente en ejercicio del Consejo, quiero felicitarle sinceramente por la eficacia y rapidez y la sensibilidad que ha tenido para impulsar la apertura de un programa de alimentos que era absolutamente fundamental. Mi reconocimiento y mi absoluto aplauso para ustedes y para la Comisión: cinco millones y medio de euros que van sumados a los dieciocho millones de euros anteriores.

Pero hay un problema fundamental. El problema fundamental es la falta de respeto del compromiso, de sus compromisos, por parte de los Gobiernos de la Unión Europea, de los Estados miembros. No puede ser que el Parlamento y la Comisión terminen teniendo un combate continuo con el Consejo de la Unión Europea.

En consecuencia, lo que les ruego es que traten ustedes de poner en orden a los Gobiernos de los Estados miembros y que, cuando prometan algo, lo cumplan.

Marie-Christine Arnautu (NI). - Monsieur le Président, chers collègues, la situation des réfugiés ayant fui la guerre qui sévit en Syrie est effectivement alarmante, que ce soit en Turquie, en Jordanie ou au Liban.

Je voudrais en particulier attirer votre attention sur la situation des réfugiés syriens chrétiens au Liban, notamment à Zahlé, dans la plaine de la Bekaa. Ces réfugiés sont arrivés des provinces de Homs et de Hama dès le début des troubles, notamment pour fuir les persécutions de groupes armés islamistes qui ont pillé et brûlé leurs maisons, et qui criaient: «Les chrétiens à Beyrouth, les alaouites au tombeau.» Pourtant, ils ne peuvent bénéficier du statut de réfugié, car l'ONU leur demande de signer une déclaration attestant qu'ils fuiraient les persécutions du gouvernement syrien, ce qu'aucun chrétien n'accepte. À l'inverse, les groupes terroristes armés qui se sont, à leur tour, réfugiés avec leurs armes dans la Bekaa suite à la sécurisation de la province de Homs bénéficient du statut de réfugié et des avantages financiers qui en découlent.

Il serait temps que les États membres demandent à l'ONU de cesser cette discrimination inadmissible envers les réfugiés chrétiens syriens.

Elena Valenciano (S&D). - Señor Presidente, podría parecer que el mundo se está viniendo abajo. No son palabras mías, sino del Secretario General de las Naciones Unidas. La situación ha sido descrita por sus Señorías. Es crítica.

Dienstag, 16. Dezember 2014

Imaginemos una ciudad europea de en torno a 1,7 millones de habitantes. Por ejemplo, Viena. Imaginemos que sus mujeres, sus niños, sus hombres estuvieran sin comida y sin abrigo. ¿Verdad que habría una movilización impresionante para ayudarles? ¿Cuánta movilización generaría una crisis así?

Las Naciones Unidas y sus agencias dicen que no pueden más. Tienen que estar detrás de los Gobiernos para que los Gobiernos cumplan sus compromisos. Y sabemos que hay que hacer más, mucho más de lo que estamos haciendo. Y sabemos que los países más ricos deberíamos compartir la carga que suponen los refugiados para países que tienen muchísimas dificultades. Millones de refugiados: en el Líbano, en Jordania, en Turquía. La capacidad de absorción de estos países no es infinita y nosotros lo estamos observando sin hacer nada a cambio de ello.

ACNUR nos está pidiendo a los países desarrollados que acojamos a 130 000 refugiados sirios, que es la décima parte de lo que están acogiendo países como Turquía o el Líbano. Brasil, por ejemplo, ha acogido a 1 500 refugiados. ¿Qué estamos haciendo en la Unión Europea?

Esta vez, la situación se ha resuelto rápida y eficazmente, señor Comisario. Tiene nuestro apoyo para seguir siendo así de firme y así de sensible.

Jana Žitňanská (ECR) - Od roku 2011 trpia kvôli vojenskému konfliktu v Sýrii milióny civilistov – nevinní muži, ženy, ale aj deti a starí ľudia. Milióny Sýrčanov muselo opustiť svoje domovy, pričom až tretina z nich bola nútená odísť za hranice do susedných krajín. Títo ľudia stratili strechu nad hlavou, svoju prácu, pravidelný príjem, a teda aj prístup k tomu, čo je k prežitiu úplne nevyhnutné – a teda k jedlu a teplému oblečeniu. Títo ľudia stratili dôstojnosť. Svetový potravinový program, do ktorého prispieva aj Európska únia, zohráva kľúčovú úlohu pri pomoci obetiam tejto strašnej vojny. Na začiatku decembra však musela byť časť tejto pomoci z dôvodu nedostatku finančných prostriedkov pozastavená, čo spôsobilo, že veľká časť sýrskych utečencov sa ocitla vo veľmi ťažkých životných podmienkach, ktoré sú navyše komplikované treskúcou zimou. Potrebné prostriedky na december a časť januára sa napokon podarilo vyzbierať. V budúcnosti však nesmieme dopustiť, aby títo bezbranní ľudia opäť zažívali pocit ohrozenia a najmä neistoty. V takýchto ťažkých situáciách je dôležité nepoľaviť.

Afzal Khan (S&D) - Mr President, the resumption of aid is welcomed with great relief. With Syria's civil war in its fourth winter, the World Food Programme's suspension of aid due to a shortage of funds would have a devastating impact on thousands of refugees. The cycle of the large-scale crisis has stretched humanitarian organisations to their limits. Despite the increase in humanitarian funding, the gap between need and available resources keeps growing. It is not enough simply to strive for the better use of scarce resources, although funding humanitarian emergencies must be a top priority.

It is even more crucial that we sever the problem from the roots. There is a direct link between the humanitarian situation in Syria and the international response. If the international community had cooperated earlier on in dealing with the brutal Assad regime, the humanitarian situation would not have spiralled out of control. Even the elimination of ISIS will not end radicalised opposition. New groups in Syria are likely to emerge to fill the void. We must tackle the radicalisation by addressing the desperate human aid needs today. It is our moral responsibility to help the refugees.

Javi López (S&D) - Señor Presidente, hace ya demasiado tiempo que Siria vive una guerra civil con consecuencias absolutamente insoportables y dramáticas: 200 000 muertos; 11 millones de sirios que necesitan hoy ayuda humanitaria, la mitad de ellos, niños; 3,25 millones de desplazados fuera de Siria; 150 000 personas que han pedido asilo a Estados de la Unión Europea. Y a todo eso hay que sumarle violaciones sistemáticas de los derechos humanos — violaciones, torturas, uso de armas químicas— que son absolutamente insoportables. Y ante este, que es, probablemente, el mayor drama humanitario del mundo, nuestra respuesta ha sido absolutamente insuficiente.

Dienstag, 16. Dezember 2014

Por eso, hoy, el Parlamento Europeo debería enviar cuatro mensajes muy claros. El primero, que es una vergüenza, una vergüenza, que el programa de alimentos de las Naciones Unidas, que asiste a 1,7 millones de sirios, se haya tenido que ver suspendido, aunque sea solo momentáneamente, durante la última semana. Segundo, que El Asad nunca va a ser nuestro socio, pero hace falta reconocerle como actor para encontrar una solución política en la zona. Tercero, y también muy importante, que hay que apoyar la iniciativa del enviado especial de las Naciones Unidas en la zona. Y cuarto, e igual de relevante, que es necesario reconocer el trabajo de los 23 millones de euros que..

(El Presidente retira la palabra al orador)

Catch-the-eye-Verfahren

Nicola Caputo (S&D). - Signor Presidente, onorevoli colleghi, il Programma alimentare mondiale ha interrotto la distribuzione di alimenti per milioni di rifugiati siriani in fuga dalla guerra. Senza gli aiuti previsti, molte famiglie rischiano di patire la fame e di non riuscire a prepararsi adeguatamente all'inverno, non avendo a disposizione vestiti adeguati e vivendo all'interno di tende di fortuna. I voucher peraltro sono importanti non solo per i rifugiati ma anche per alimentare le economie delle nazioni ospitanti, come Giordania, Libano, Iraq ed Egitto. Il blocco degli aiuti potrebbe quindi avere impatto devastante in tutta la regione alimentando tensioni e instabilità.

Credo che l'Unione europea abbia il compito di dare un impulso forte alla ripresa del programma, stimolando l'intera comunità internazionale a contribuire. In questo senso apprezzo lo sforzo della Commissione europea per il lancio del Fondo fiduciario regionale UE, un nuovo strumento di finanziamento strategico per mobilitare aiuti ai rifugiati e le comunità ospitanti nei paesi vicini e mi congratulo con il Consiglio e con l'alto rappresentante per gli affari esteri per l'impegno che sta profondendo per ricercare una soluzione alla crisi siriana. Mi auguro che queste azioni riescano a dare un aiuto concreto ai rifugiati siriani e allo stesso tempo spingano la comunità internazionale ad agire nella stessa direzione.

VORSITZ: ULRIKE LUNACEK

Vizepräsidentin

Ska Keller (Verts/ALE). - Frau Präsidentin! Menschen hungern gerade, weil Staaten und damit auch EU-Staaten ihre finanziellen Zusagen nicht eingehalten haben und weiterhin nicht einhalten, auch nach dem neuen Aufruf des Welternährungsprogramms. Manche Mitgliedstaaten geben rein gar nichts, andere geben viel zu wenig.

Hier geht es um Flüchtlinge, hier geht es um schutzbedürftige Menschen. Der Konflikt in Syrien ist nicht erst gestern überraschend über uns hereingebrochen. Auch der Winter ist nicht ganz überraschend bei uns aufgetaucht. Wir können auch nicht darauf warten, bis es irgendwann eine politische Lösung des Konflikts gibt. Wir müssen jetzt handeln!

Die Nachbarländer Syriens leisten jetzt Dramatisches. Daran müssen wir uns ein Beispiel nehmen. Wir müssen jetzt handeln, wir dürfen das nicht auf morgen verschieben. Wir können niemandem, der jetzt hungert, der jetzt im Flüchtlingscamp friert, erklären, warum er warten muss, warum sie warten muss, bis eine politische Lösung gefunden ist. Wir müssen jetzt handeln. Wir dürfen die Nachbarländer nicht alleine lassen, und wir dürfen die Flüchtlinge dabei auch nicht alleine lassen.

(Ende des Catch-the-eye-Verfahrens)

Christos Stylianides, Member of the Commission. - Madam President, first of all I would like to thank Members for their comments and consideration, and at the same time for their good words to me. I have felt your support, and I thank you very much for this support in this very difficult job and in these very difficult circumstances.

Dienstag, 16. Dezember 2014

Let me finish with three clear conclusions of our debate today. Firstly, I repeat that the crisis we are discussing today is unprecedented, both in terms of its humanitarian consequences for millions of people, and, of course, its financial implications. It is a crisis that has enormous implications for Europe – for us. A comprehensive response to this crisis cannot be built on our normal budgets. This is, unfortunately, very clear. As you have already mentioned, a credible EU response is needed. We have the collective responsibility to find the means to make it possible, and we need to realise that if we do not invest sufficient funds in the region, the consequences will surely be felt far outside the region.

My second point is that we are doing everything possible, within the Commission and together with our Member States, to respond effectively to the needs. The European Union, as a whole, has led the international response to the Syrian crisis. We are the leading donor to the Syrian cause. We must remain the leaders in this regard.

Thirdly, the humanitarian response cannot stand by itself. This is a protracted crisis. It requires an integrated response in close cooperation with development actors and national authorities. We are already working together with our development colleagues to better integrate the humanitarian aid with the resilience stabilisation assistance. On this, again, we need to find ways to step up our financial assistance.

At the end of the day, the Syrian crisis requires – as you mentioned – a political solution. Unfortunately, the humanitarian problems need a political solution and humanitarian assistance at the urgent stage. We need to work hard with all actors involved to achieve this very difficult goal. I am sure that our support as the European Union to the initiative of Special Envoy de Mistura is crucial, critical and helpful.

Thank you again for your attention. I look forward to our continued cooperation in these very difficult circumstances.

Benedetto Della Vedova, *Presidente in carica del Consiglio*. - Signor Presidente, onorevoli deputati, vi ringrazio per la discussione e ringrazio anche il Commissario per le parole molto precise ed esplicite. Non vuole esserci mancanza d'impegno o di azione nell'Unione europea quando si tratta di fornire assistenza umanitaria alle vittime della crisi siriana. Il totale dell'assistenza umanitaria dell'Unione europea dall'inizio della crisi supera i 2,1 miliardi di euro e siamo anche uno dei principali donatori del Programma alimentare mondiale e sosteniamo fermamente la sua azione per i profughi siriani.

Il nostro contributo al recente appello d'urgenza lo ha dimostrato ancora una volta e, insieme al Programma alimentare mondiale, gli Stati membri assicureranno che i finanziamenti disponibili possano essere utilizzati nel modo più efficiente ed efficace. Pianificazione e definizione di priorità adeguate saranno fondamentali a tal fine e sono certo che insieme potremo realizzarlo.

Die Präsidentin. - Die Aussprache ist geschlossen.

Schriftliche Erklärungen (Artikel 162 GO)

Philippe Juvin (PPE) *par écrit*. – Le Programme alimentaire mondial a dû annoncer la suspension de sa livraison de bons d'alimentation à plus de 1,7 million de réfugiés syriens. Cette suspension va mettre en danger la santé et la sécurité de ces populations, et risque d'entraîner de nouvelles tensions dans les pays d'accueil. Au Liban, le Haut-commissariat aux réfugiés recense actuellement plus d'un million de réfugiés syriens soit, ramené à la population libanaise, la plus importante concentration de réfugiés de toute l'histoire récente. L'arrivée de cette population a eu un impact dévastateur sur la stabilité politique, économique et sociale du pays. Elle a également entraîné une dégradation continue de la paix et de la sécurité au sein de la population, avec une montée inquiétante des attaques contre les réfugiés, alors que Daesh est aux frontières du pays et constitue une menace de tous les instants. Face à cette situation chaotique, l'Union se devait d'apporter son aide. Je me félicite que la Commission ait décidé le 4 décembre d'accorder un plan d'aide de 180 millions d'euros pour faire face aux effets de cette crise, dont 73 millions seront destinés au Liban, pour y financer en priorité l'accès aux soins et à l'éducation pour les populations vulnérables.

Dienstag, 16. Dezember 2014

Urmas Paet (ALDE), kirjalikult. – Süüria kodusõda on jätkuvalt praeguse aja üks suuremaid humanitaarkatastroofe, mille tulemusel on vähemalt 1,7 miljonit inimest põgenikustaatuses. Kodusõja õudustele on nüüdseks lisandunud ka ISILi kuriteod nii Süürias kui Iraagis, mis on veelgi põgenikke lisanud. Nende inimeste ellujäämine sõltub otseselt rahvusvahelisest humanitaarabist. Seetõttu tuleb teha kõik, et tagada nendele inimestele piisav humanitaarabi. ÜRO toiduprogrammi peatamine rahapuudusel vastu talve on uskumatu. ÜRO, EL, Araabia Liiga ja teised rahvusvahelised organisatsioonid peavad tegema oluliselt suurema pingutuse, et tagada nende inimeste toimetulek. Pooled põgenikest on lapsed. Väga oluline on tagada neile põgenikelaagrites haridus. Seega peab Euroopa Liit uue eelarve valguses tõhustama abi andmist Süüria ja teiste konfliktikollete põgenikele.

16. Autonome Handelspräferenzen für die Republik Moldau (Aussprache)

Die Präsidentin. - Als nächster Punkt der Tagesordnung folgt die Aussprache über den Bericht von Sorin Moisă im Namen des Ausschusses für internationalen Handel über den Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 55/2008 des Rates zur Einführung autonomer Handelspräferenzen für die Republik Moldau (COM(2014)0542 - C8-0128/2014 - 2014/0250(COD)) (A8-0053/2014).

Sorin Moisă, rapporteur. - Madam President, for the EU this file is a gesture that is symbolic in purely economic terms, but is of great political significance at a critically historic juncture for Moldova and, indeed, for our entire European Neighbourhood. For Moldova, it is a breath of fresh air in a sector of vital importance for the Moldovan economy: fruit growing. Its importance, however, goes beyond apples and plums, as we shall see in a moment. It also serves as a practical demonstration of solidarity in the face of hardship.

The EU and Moldova signed their Association Agreement on 27 June 2014. The Moldovan Parliament quickly ratified it on 2 July 2014. As if by coincidence, shortly thereafter an import ban was imposed by Russia on agricultural products from Moldova. On 7 August 2014, Russia also imposed a ban on food imports from the EU itself in the context of the Ukrainian crisis, which, of course, is linked to the wider question of our Eastern Neighbourhood.

The root of the problem lies in the fact that Russia sees itself, wrongly of course, as the object of some sort of geopolitical plot by the Western world. It is a conflict generated by a dramatic clash of world views. It is the 19th century fighting the 21st century. Blood, invasion from within, propaganda, lies and apples became the ingredients of a very strange new form of warfare. Seeking some relief, the Moldovan authorities have turned to the EU requesting urgent support to reduce the economic impact of the Russian ban, in particular for the most important products of Moldovan food growers: apples, plums and table grapes. The Commission decided to respond positively. The Council agreed and I hope we, the Parliament, will also give our blessing this week.

The ban is hurting Moldova's economy in a rather dramatic way. Agriculture accounts for around 40% of Moldova's GDP. Its horticultural sector alone employs a quarter of a million people – that is 10% of the active Moldovan population. Obviously they mostly live in rural areas and they cultivate small and medium family plots.

A few words on the legal context of this proposal: the Autonomous Trade Preferences (ATPs) are an instrument whereby a trading power, such as ourselves, may offer concessions to a country in order to support its economy without asking for trade concessions in exchange. ATPs for Moldova were originally introduced by the EU in 2008 by the very regulation that we are amending this week. The Commission now proposes to amend the ATP regulation by introducing three new duty-free quotas for fresh apples (40 000 tonnes), table grapes and plums (10 000 tonnes each). The quotas will apply until the end of 2015, when the whole regime will expire.

Dienstag, 16. Dezember 2014

The quotas for the three products concerned are extremely limited in volume compared to the potentially competing EU production. For apples, for instance, which is the most sensitive product, it is only 0.4% of our production, and they address very different market segments than most EU production. More specifically, in light of the cultural and geographical proximity with Romania, it is very likely that most of the additional volumes of the three products will be absorbed easily by the Romanian market. For apples, for example, Romania this year has a fall of 22% in production, and the quota under discussion tonight covers only 8% only of Romanian production. So there is still a gap there to be filled by others.

A few words now in Romanian.

Sper ca autoritățile moldovene să reușească să transforme aceste cote într-o poveste de succes, care să ajute cu adevărat fermierii moldoveni. Și aş vrea să fac un apel și la operatorii economici din România, să folosească această oportunitate cu deschidere față de colegii din Republica Moldova. Merele, prunele și perele din Moldova sunt foarte gustoase și vă asigur că ele vor fi apreciate de consumatorii români dacă le vor găsi pe piață.

Cecilia Malmström, *Member of the Commission*. - Madam President, the honour is all mine. Honourable Members, whereas the current focus in the media very much turns around the events in Ukraine, there is, as you know, another very important neighbour to the European Union, which is the Republic of Moldova. That country faces the economic consequences of a political choice to sign an Association Agreement with the European Union.

The Republic of Moldova chose that its economic development should be based on European values and a deep and comprehensive free trade area with the EU. This was a choice in favour of us, it was not directed against anyone, yet products which were almost exclusively exported to Russia can no longer find their way to that market. The preferences under the Free Trade Agreement with the Commonwealth of Independent States that Moldova enjoyed in bilateral trade with Russia were also suspended for a number of key products.

We know that it is possible to maintain free trade areas with several trade partners at the same time, and that business makes the choice of the market in which it sells its goods and services. It is not and should not be a zero sum game, which is why we need to support Moldova, our Eastern partner. We need to help it not only in the process of implementing the deep and comprehensive free trade area – and we are already assisting Moldova with this – but also through any other means we have.

That is why the Commission proposal to amend the autonomous trade preferences regulations offers Moldova temporary additional relief for its needs, in undertaking efforts to reroute the exports of its apples, table grapes and plums. Anyone who trades with partners abroad knows how difficult it can be to reroute exports to new markets and find new partners there. So the proposal that you will discuss here today is a temporary measure, as the rapporteur so correctly said. It will expire in a year. The Commission proposes to apply it retroactively to imports from Moldova from August this year, when the first bans were introduced on Moldovan exports. The duty free quotas proposed – for plums, apples and table grapes – do not endanger the EU market, and that was also made very clear in the statement by the rapporteur.

I am aware that there are concerns here surrounding the possible impact of this on our own farmers, but I am convinced that we can support and show solidarity for Moldova without any domestic risks. To give a concrete figure – others were mentioned before and this is another one – imports of apples from Moldova equal 0.8% of total EU production, plums 1.4% and table grapes 1.1%. So I think this is a good opportunity for us to show solidarity with a neighbouring country in need. I would very much like to thank Parliament, and in particular the INTA Committee and the rapporteur, Mr Moisă, for the swift manner in which this file has been handled.

Iuliu Winkler, *on behalf of the PPE Group*. – Madam President, the PPE Group fully supports the adoption of the proposal on additional trade preferences for the Republic of Moldova. I think that it is important that we show once again our commitment to supporting a European course for our neighbouring state.

This report, which was thoroughly presented by our rapporteur, introduces new measures to tackle the unfair commercial practices of the Russian Federation. Last year, I was the rapporteur for Moldova when the European Union proposed the full liberalisation of imports of Moldovan wine to the Community market after a similar ban by Russia on its imports. Today's decision to supplement trade preferences complements last year's measure of opening the EU markets to Moldovan products. I fully welcome Parliament's approval of the draft report without amendments. I hope that we will vote on the file tomorrow and that it will be published by the end of the year, so that the Moldovan partners can benefit from these free extra quotas as soon as possible.

Dienstag, 16. Dezember 2014

To conclude, I hope that Moldova will keep up its efforts in view of these future European perspectives, and that the FTA will deliver its positive effects for the benefit of the economic development of Moldova and our rapprochement.

David Martin, *on behalf of the S&D Group*. – Madam President, let me start by congratulating Sorin Moisă on his excellent handling of this dossier which I think is the first report he has taken through this Parliament, and also Mr Winkler for the work he has done as shadow. I think Parliament has shown that it can act with speed in the right circumstances and I think we have a good agreement here where we have assisted Moldova through our agricultural support for the three fruits that have been mentioned, but at the same time have done minimum harm – in fact, no harm at all – to the European agricultural sectors, so it is a win-win.

The European Union has committed itself to supporting Moldova through the European Partnership and Association Agreement. In the face of Russian aggression and politically motivated trade bans it is right that the EU delivers on our commitment to strengthen economic ties with Moldova and to encourage political stability in that country.

Dawid Bohdan Jackiewicz, *w imieniu grupy ECR*. – Szanowni Państwo! Blisko miesiąc temu przeprowadziliśmy na tej sali debatę związaną z ratyfikacją umowy stowarzyszeniowej z Mołdawią. Zdecydowana większość z nas przyjęła ten fakt – fakt ściślejszej integracji tego kraju ze strukturami politycznymi zjednoczonej Europy – bardzo pozytywnie. Trzeba pamiętać, że Republika Mołdawii poddawana jest od wielu lat stałej polityczno-militarnej presji ze strony Rosji. Rosji, która podejmuje wysiłki, by zwasalizować mołdawski rząd oraz podsycać tendencje separatystyczne spornych regionów. Jest oczywiste, że rosyjskie sankcje nakładane na mołdawski sektor rolno-spożywczy są takimi samymi środkami szantażu politycznego jak np. embargo na polskie owoce i inne produkty rolne. Nie będzie bezpiecznej i suwerennej Mołdawii, jeśli jej gospodarka zostanie osłabiona bądź zrujnowana w wyniku odwetowych działań Putina.

W dniu 27 czerwca wzięliśmy na siebie wielkie zobowiązanie mówiąc, że chcemy Mołdawii bliżej Unii Europejskiej. Embargo rosyjskie wymierzone jest w polityczny i ekonomiczny interes całej Wspólnoty Europejskiej, a pomoc przyniesie Mołdawii korzyści większe od finansowych nakładów państw. Możliwie szybkie wprowadzenie autonomicznych preferencji handlowych dla Mołdawii jest uzasadnione ekonomicznym i politycznym interesem Unii. Bądźmy świadomi tego, że przyjdzie nam jeszcze niejednokrotnie wyciągnąć dłoń do naszych mołdawskich przyjaciół. Jeśli nie chcemy, aby ten kraj podzielił losy targanej wojną Ukrainy, musimy jako społeczność europejska odważnie stawić czoła temu wyzwaniu. Dziękuję.

Petras Auštrevičius, *on behalf of the ALDE Group*. – Madam President, exactly a month ago, this Parliament voted in favour of the Association Agreement with Moldova. I hope we are all convinced that, by embarking on the implementation of the EU-Moldova association agenda, our aim is to make this country and the whole region more stable and prosperous.

However, this is not shared by 'Big Brother' to the East, which chose to ban a long list of Moldovan agricultural products. This is in violation of Russia's World Trade Organisation commitments. It clearly harms not only the Moldovan people, but the Russian people too, as the prices in Russia's empty shops have gone up considerably. Our decision today is one more act to show our political solidarity with the people of Moldova – first and foremost with those 250 000 people who are living from agriculture in that country. As we know, agriculture represents around 40% of Moldova's economy. By extending additional quotas, and doing so at this juncture – when the Moldovan people have just reconfirmed their trust in the country's European future at the recent elections – we are making a correct and timely step in all regards – political, economic and, to a certain degree, even humanitarian.

We should have no concerns about a dramatic inflow of Moldovan grapes, plums or apples into the European Union market. I can assure you that they are tasty and good for our stomachs.

Helmut Scholz, *im Namen der GUE/NGL-Fraktion*. – Frau Präsidentin, Frau Kommissarin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Bevölkerung Moldau steht vor entscheidenden großen wirtschaftlichen und innen- wie außenpolitischen Herausforderungen: Wie kann die soziale und gesellschaftliche Perspektive des kleinen Landes angesichts des Machtkampfes der beiden großen Handelspartner gesichert werden?

Dienstag, 16. Dezember 2014

Meine Fraktion sperrt sich nicht gegen die kleine Geste, mehr Äpfel, Pflaumen und Weintrauben aus Moldau zollfrei in die EU importieren zu lassen. Viel mehr wäre jedoch nötig. Wo bleiben die Investitionen in die Infrastruktur, ohne welche die Hoffnungen der Bevölkerung enttäuscht werden? Welche konkreten Planungen zum Aufbau einer eigenständigen Stärkung und Diversifizierung der moldauischen Wirtschaft sind vorhanden, die neue, gute Arbeitsplätze entstehen lassen?

Wichtigste politische Aufgabe bleibt jedoch die Verständigung mit Russland auf eine friedliche und zukunftsorientierte Zusammenarbeit. Deshalb muss auch die EU-Kommission endlich Rahmenbedingungen schaffen, von denen Moldau durch die besonderen Kenntnisse seiner Bevölkerung profitieren könnte. Schon dieser Winter wird schwer genug werden.

Igor Šoltes, v imenu skupine Verts/ALE. – Sam zelo podpiram ta predlog trgovinskih preferenc.

Kot veste, je Republika Moldavija z Evropsko komisijo podpisala pridružitveni sporazum, katerega cilj je predvsem vzpostavitev tesnejšega sodelovanja na trgovinskem področju, in s pomočjo tega sporazuma bo lahko Moldavija okrepila dostop do evropskega trga in s tem na dolgi rok zmanjšala odvisnost od sosedskih držav, predvsem Rusije.

Dodatno bodo k temu pripomogli tudi spremenjeni zakoni in pa standardi, ki so bliže evropskim, in tako olajšali uvoz izdelkov držav v EU.

Žal pa pridružitveni sporazum nima le pozitivnih učinkov, spravlja Moldavijo tudi v težji položaj, zlasti zaradi ukrepov Rusije in prepovedi uvoza. Ta prepoved zelo škoduje Moldaviji in ravno zato mislim, da Evropska unija nosi poseben in pomemben del odgovornosti, da ji pomaga tudi tehnično in finančno pri implementaciji področij, ki so pomembna za Moldavijo in njen razvoj v prihodnje.

Gerolf Annemans (NI). - Met al mijn sympathie voor het Moldavische volk, maar collega's, hou alstublieft hiermee op. De uitbreiding van de Europese Unie en alle sluipende besluitvorming in die richting, zoals hier nu vandaag met Moldavië, moet ophouden. Uw kiezers zijn hier niet mee akkoord en al zeker niet uw eigen landbouwers, maar toch gaat u door.

Wees eerlijk met uzelf. Kijk naar wat voorligt, de strategische visie van de Unie inzake de oostgrenzen van de Unie is gewoonweg een catastrofe. Dus zowel economisch, als inzake veiligheid, als inzake immigratie, is de verdere integratie van Moldavië niet in het belang van de mensen die wij hier vertegenwoordigen, de burgers van de Europese Unie.

Met andere woorden, zoek een vrijblijvende samenwerking met dit quasi-ontwikkelingsland, waarborg zijn onafhankelijkheid, maar stop de sluipende integratie van Moldavië in de Europese Unie.

Cristian Dan Preda (PPE). - Doamnă președinte, sunt șocat să aud un coleg vorbind așa.

Aș vrea să salut raportul pe care îl vom adopta, pentru că sunt introduse trei noi contingente tarifare scutite de taxe vamale – pentru mere proaspete, pentru struguri de masă, pentru prune – și arătăm în acest fel, într-un mod foarte concret, în ce fel Uniunea poate să sprijine o țară care a fost lovită dramatic de sancțiunile rusești. Vă reamintesc că, înainte ca Rusia să introducă sancțiuni împotriva produselor agricole din Uniune, a făcut acest lucru împotriva Moldovei și asta pentru o țară care trăiește în mare măsură de pe urma unor asemenea activități legate de legume și de fructe.

Auzind un discurs precum cel pe care l-am auzit adineauri e pur și simplu șocant, este o lipsă de umanitate până la urmă în acest tip de stigmatizare a săracilor moldoveni, care sunt loviți deja de ruși. Dacă îi mai lovim și noi cu această atitudine intolerantă, cred că arătăm foarte puțină empatie pentru ce înseamnă astăzi cetățeni europeni.

Aș vrea, de altfel, să atrag atenția asupra faptului că alegerile din Moldova au confirmat dorința cetățenilor din această țară de a merge pe drumul european, împotriva presiunilor colosale făcute de Rusia, inclusiv prin finanțarea unor partide politice, lucru inacceptabil inclusiv în Uniunea Europeană.

Tonino Picula (S&D). - Gospođo predsjednice, autonomne trgovinske mjere izvrstan su program Europske unije koji omogućuje uslugu i financijsku podršku europskim partnerima čija proeuropska orijentacija i predanost reformama nisu upitni.

Dienstag, 16. Dezember 2014

Privremeno povećanje kvota na uvoz spomenutih proizvoda iz Moldavije u Europsku uniju malen je financijski ustupak i snažna politička poruka Moldaviji, ali i Rusiji da Europska unija stoji uz svoje partnere. Posljedice politički motiviranog ruskog embarga Moldavija snažna osjeća, obzirom da 40 % proračuna dolazi od poljoprivrednih djelatnosti koje zapošljavaju 10 % populacije. Takav financijski udarac ozbiljno prijeti ekonomskom oporavku i provođenju neophodnih reformi.

Aktualna zbivanja na istočnim granicama Unije čine Moldaviju sve važnijom za angažman Europske unije na istočnom susjedstvu. Nedavno održani izbori pokazali su da je Moldavija većinski proeuropski orijentirana, a što predstavlja snažan temelj za nastavak našeg partnerstva. Moldavija je izabrala svoj put, na nama je da je podržimo.

Kazimierz Michał Ujazdowski (ECR). - Nie zawsze polityka zewnętrzna Unii Europejskiej jest dobra i skuteczna, ale chciałbym zacząć od tego, że w przypadku polityki wobec Mołdawii możemy wyraźnie powiedzieć, że nasze działania były konsekwentne i skuteczne. Dały one możliwość związania tego kraju, który jest w bardzo trudnym położeniu, ze światem instytucji europejskich. Cieszyliśmy się bardzo z zawarcia umowy stowarzyszeniowej z Mołdawią i dziś należy traktować autonomiczne instrumenty handlowe jako dodatkowy, pożądany i korzystny środek wsparcia europejskich aspiracji Mołdawii oraz bardzo dobrą, konsekwentną odpowiedź na embargo rosyjskie. Muszę też wyrazić zadowolenie i radość z tego, że ostatnie wybory parlamentarne w Mołdawii przyniosły dobry rezultat. Przyniosły zwycięstwo koalicji sił, która chce podtrzymać kurs proeuropejski i zaprotestować przeciwko temu, co słyszeliśmy niedawno, przeciwko tej manifestacji egoizmu europejskiego. Europa, żeby się rozwijać, musi być solidarna i cieszę się z tego, że potrafimy być solidarni wobec Mołdawii. Dziękuję.

Bronis Ropė (Verts/ALE). - Iš esmės norėčiau pritarti siūlomam reglamento pakeitimui, kadangi Moldova yra labai nuo žemės ūkio gamybos priklausanti šalis, ir, padėdami jos žemės ūkio produkcijai patekti į Europos Sąjungą, mes kartu padėsime stiprinti ir jos ekonomiką. Bet, žinoma, turi būti užtikrinama, kad ta nauda, kurią gaus ši Moldovos sritis, pasiektų visus dalyvius, visą grandinę, tame tarpe ir obuolių, slyvų ir vynuogių augintojus. Ir, žinoma, problema yra ta, kad krizė trunka praktiškai vos ne pusę metų, buvo daug kalbama apie trečiųjų rinkų paiešką, ir šiandien galima tvirtai konstatuoti, kad ne kažin kas padaryta, nors buvo duotas pranešimas, kad rastos lėšos rinkų paieškom. Bet noriu pasakyti, kad, jeigu slyvų ir vynuogių problema mažesnė, tai obuolių situacija Europos Sąjungoje iš tikrųjų labai reikalauja sprendimo, ir manau, kad šiuo klausimu Komisija turėtų sparčiau padirbėti.

Jean-Luc Schaffhauser (NI). — Madame la Présidente, chers collègues, si la Moldavie souffre économiquement aujourd'hui, ce que nul ne nie, c'est qu'elle souffre des conséquences de la même stratégie et de la négation de son identité, que l'Ukraine a subies de la part de l'Union.

En forçant la Moldavie à choisir un camp – l'Europe de l'ouest, soit le camp de l'Occident et de l'OTAN – comme vous l'avez fait pour l'Ukraine, en lui faisant des promesses intenables, vous fragilisez sa population économiquement et politiquement. En choisissant d'adopter unilatéralement des sanctions contre la Russie, vous l'incitez à réagir. Arrêtez cette politique, et il ne sera pas nécessaire d'intervenir pour atténuer les effets de cette dernière. Diviser l'Europe et créer une nouvelle fracture entre l'Est et l'Ouest, préparer la guerre et faire le jeu des États-Unis et de l'OTAN, c'est être anti-européen.

Michael Gahler (PPE). - Frau Präsidentin! „Goworit Moskwa – hier spricht Moskau!“ Das war eben vom Kollegen Schaffhauser zu hören, und er verbreitet das gleiche Gerücht oder die Mär von dem Zwang. Wenn hier jemand in Europa Zwang ausübt gegenüber einem anderen Staat oder gegenüber seinen Nachbarn, dann ist es Moskau, Russland, nicht die Europäische Union. Zu uns kommen alle immer freiwillig. Das ist deswegen, weil wir hier für Rechtsstaat und für Entwicklung stehen in einem demokratischen Rahmen und diese Länder ihre Zukunft nicht in der alten Struktur der Sowjetunion sehen wollen.

Wir haben mit diesen autonomen Handelspräferenzen richtig auf den Druck aus Moskau, auf das politisch motivierte Einfuhrverbot für Agrarerzeugnisse, reagiert. Dies ist eine Reaktion, die angemessen ist. Es ist Teil unserer gesamten Politik gegenüber Moldau. Wir wollen natürlich auch erreichen, dass die großen Themen vorankommen, dass hier eine tatkräftige Regierung gebildet werden kann, die die Möglichkeiten der vorläufigen Anwendung des Assoziierungsabkommens auch voll ausschöpfen wird.

Dienstag, 16. Dezember 2014

Der Prozess ist anspruchsvoll. Wir erwarten auch die notwendigen Veränderungen und Reformen im Rechtsstaat und in der Staatsverwaltung. Aber dies sind eben auch die Voraussetzungen für das Funktionieren des europäischen Modells in allen Lebensbereichen. Unsere Erfahrung ist, dass unser Modell dasjenige ist, das den Menschen am besten die Orientierung für die Zukunft geben kann. Deswegen ist auch dieser Schritt ein richtiger in die richtige Richtung.

Die Präsidentin. - Die nächste Rednerin ist nun Frau Sandra Kalniete, der ich, bevor ich ihr das Wort erteile, schon im Vorhinein für ihre Wortmeldung danken möchte, denn sie ist die einzige Frau unter den Abgeordneten, die bei dieser Debatte das Wort ergreift.

Sandra Kalniete (PPE). - Madam President, I feel proud being a woman. I will continue in Latvian.

Tam, ka Eiropas Parlaments paplašina autonomās tirdzniecības preferences Moldovai, ir ne tikai praktiski ekonomiska, bet arī politiska nozīme. Tā Eiropas Savienība parāda savu spēju konkrēti rīkoties, lai atbalstītu demokrātiju Eiropas kaimiņos. Svarīgi, ka šīs priekšrocības dos Moldovas tautsaimniecībai tūlītēju atvieglojumu, un tas neradīs gandrīz nekādu ietekmi Eiropas Savienības tirgū. Šīs priekšrocības ir piemērs, kā Eiropas Savienība var līdzsvarot Putina Krievijas centienus 'sodīt' tās Eiropas valstis un tautas, kas izvēlas Eiropas attīstības ceļu.

Pirms dažām nedēļām Moldovas parlamenta vēlēšanās uzvarēja proeiropeiskās politiskās partijas, un mēs sagaidām, ka nākamā valdība turpinās reformas, kuras nepieciešamas, lai Moldovas izvēlētais Eiropas integrācijas ceļš kļūtu par panākumu stāstu. Eiropas Parlaments ar šo lēmumu sūta vēl vienu pozitīvu signālu Moldovai. Tomēr tas nekādā ziņā nevar aizstāt skaidrākas Eiropas Savienības dalības perspektīvas sniegšanu Moldovai, uz kuru diemžēl vairākums dalībvalstu un Eiropas Parlamenta deputātu vēl nav gatavi. Paldies!

Gabrielius Landsbergis (PPE). - Madam President, during the past few weeks talk has started to spread that the EU should start debating a common trade area with Russia that starts at Vladivostok and goes all the way to Lisbon.

In this debate I would like to ask whether it is not a better time to pay more attention to the other trade area that starts at Vancouver and goes all the way to Chişinău or Kiev or even Tbilisi. That is why today's decision is very important because ATPs are additional and complementary to the liberalisation regime for goods in the DCFTA. Now countries like Moldova and Ukraine, especially after successful European elections, are showing a lot of political will and resolution to continue on a path to much needed reforms. So this is the best time to stand with Moldova and show our support on their way towards Europe.

Davor Ivo Stier (PPE). - Gospođo predsjednice, želio bih ovom raspravom dati potporu procesu intenziviranja političkih i ekonomskih odnosa između Europske unije i Moldove. U tom je procesu bilo važno potpisivanje ugovora u lipnju, koji je Moldaviji omogućio povećanje trgovine s Europskom unijom, povećanje izvoza prema Europskoj uniji.

No, moramo konstatirati negativnu reakciju vlasti u Moskvi na ovaj proces - proces koji je bio u obostranom interesu, i Moldove i Europske unije, no izgleda da je sama ta činjenica da Moldova ide svojim putem bila neprihvatljiva ruskim vlastima i njihovom geopolitičkom cilju dominacije nad prostorom bivšeg Sovjetskog saveza.

Zato su u srpnju zabranili uvoz moldavskih poljoprivrednih proizvoda kako bi kaznili neposlušnost zemlje koju još smatraju svojim posjedom iz bivših sovjetskih vremena. Naravno, takva ruska mjera imala je negativne posljedice na moldavsku ekonomiju gdje je poljoprivredni sektor vrlo značajan, a dovoljno je spomenuti primjer da 10 % radno aktivnog stanovništva radi baš u sektoru hortikulture. Zato u takvoj situaciji smatram da je potrebno podržati prijedlog Komisije uvođenjem triju novih proizvoda: jabuka, grožđa, šljiva na slobodni carinski režim uvoza EU-a unutar ITM regulacije.

To će sasvim sigurno pomoći malim i srednjim poljoprivrednim proizvođačima, a pogotovo će poslati snažan signal i ruskim vlastima, ali i naravno našim partnerima u Moldovi da je Europska unija s njima u solidarnosti.

Dienstag, 16. Dezember 2014

Seán Kelly (PPE). - A Uachtaráin, is minic a deirtear nach bhfuil anam ná croí ag polaiteoirí agus go háirithe ag institiúidí móra cosúil leis an Aontas Eorpach. Ach taispeánann na moltaí seo, ní hamháin go bhfuil anam agus croí againn, ach gur féidir linn beart a dhéanamh go tapaigh nuair atá gá leis agus gan dabht tá gá leis sa chás seo, mar tá daoine bochta na Moldóive, go háirithe feirmeoirí agus teaghlaigh bochta thíos leis de bharr pholasaí na hollphéiste Putin. Ní féidir leo torthaí a easpórtáil go dtí an Rúis.

Mar an dúirt an Coimisinéir, is deacair margaí nua a fháil agus cinnte ní féidir iad a fháil thar oíche. Dá bhrí sin táimid ag teacht i gcabhair ar ár gcomharsa. Taispeánann sé sin go bhfuil croí agus anam againn agus níos fearr fós, is féidir linn é a dhéanamh gan cur isteach rómhór ar ár bhfeirmeoirí féin. Mar a dúirt an Coimisinéir, nílím ag caint faoi ach níos lú ná 1 % de na torthaí atá againn san Aontas. Dá bhrí sin is iontach an t-éacht é seo agus taispeánann sé mar a deirtear i mBéarla:

A friend in need is a friend indeed. Moldova is in need and we are proving to be a friend indeed.

Andrzej Grzyb (PPE). - Pani Przewodnicząca! Autonomiczne preferencje handlowe są instrumentem, który przewiduje polityka sąsiedztwa. Uruchamiamy je wtedy, kiedy stwierdzamy, że nie możemy w inny sposób pomóc naszym partnerom, tak jak w wypadku Mołdawii, jak tylko przez wprowadzenie nowych taryf handlowych, które pozwolą na uzyskanie efektów z eksportu nadwyżek, które były dotychczas lokowane na rynku rosyjskim. Rosja oczywiście w ten sposób zareagowała, dlatego że nie jest zadowolona z europejskich aspiracji Mołdawii. Umowa o stowarzyszeniu pomiędzy Mołdawią a Unią Europejską, która tworzy pogłębioną i kompleksową strefę wolnego handlu, a także podstawy do liberalizacji i szeroko rozumianych reform gospodarczych, dotyczy również produktów rolnych. Ale te dodatkowe preferencje pozwalają na uzyskanie pewnej płynności w handlu w Mołdawii. Tym bardziej, że dotyczy to istotnego odsetka osób pracujących w rolnictwie.

Jesteśmy zadowoleni z tego, co wydarzyło się 30 września w wyborach w Mołdawii. Miałem okazję być tuż przez wyborami w tym kraju. Z wielką troską nasi rozmówcy mówili o tym, jakie konsekwencje przynoszą embarga wprowadzane przez Rosję i wydaje mi się, że gest ze strony Unii Europejskiej, ze strony Parlamentu Europejskiego – ta szybka decyzja – może być bardzo pomocny dla naszych partnerów w Mołdawii.

Cecilia Malmström, Member of the Commission. - Madam President, I think the debate tonight has shown there to be very strong solidarity, which is perhaps appropriate a week before Christmas. This is a very small gesture for us, and as everybody has said it does not affect our market at all as it is 0.1% of our trade with the world. But it is an important proposal for Moldova economically, of course, which is why we are doing it, and it is also very important on a political basis.

It shows that solidarity is not only a word for us, but also something that we are ready to practise towards our Eastern partner in need. Approving this proposal tomorrow – and I hope there will be a strong majority – will show that we support those countries choosing the European model of development and European values. It will indicate to Moldova, as many of you have said, that we stand behind our words and decisions, and behind friends in difficult times. We will of course continue to help Moldova in many other ways as well, and we will closely monitor the effect of this decision that hopefully will be taken tomorrow. Thank you all for a good debate. And thank you again to the rapporteur and to the committee for its hard and quick work on this.

Sorin Moisă, rapporteur. - Madam President, I would like to thank the Commissioner and her services for the hard and quick work on this file. I would also like to thank the colleagues who have contributed tonight. I have noticed a lot of common sense in the overwhelming majority of reactions and I believe I have found the proper metaphor to describe this regulation that we will be adopting tomorrow: leverage – and the leverage effect is very fashionable these days. With this resolution we might have an even better factor than 1 to 15. With a very, very small effort on the EU economy side, we will have a very significant effort on the Moldovan side.

Now some very brief reactions to the other comments. Mr Scholz, I fully agree with you that there should be policies to make sure the Moldovan GDP structure includes more diversification and higher added value. I hope the Association Agreement will be an important instrument in providing for this – and I am personally convinced that it will – including by means of FDI, which will be able to reap the benefits of the huge single market.

Dienstag, 16. Dezember 2014

On enlargement, this is about plums and apples, it is not about enlargement. There are many, many veto players in the enlargement game, and there is no issue whatsoever of surreptitiously pulling Moldova into the EU by adopting a regulation on apples. That said, it is a free world and Moldovans are free to want to join Europe, and political actors and civil society actors in Europe are free to support their choice, so we will have a political and democratic process.

Madame la Présidente, Monsieur Schaffhauser, on blâme la victime pour le viol. On évoque ici la négation de l'identité moldave, mais c'est vraiment du délire. Personne ne nie l'identité moldave. Personne ne force la Moldavie à faire un choix, quel qu'il soit. C'est un pays démocratique, qui fait ses choix démocratiquement.

Die Präsidentin. - Die Aussprache ist geschlossen.

Die Abstimmung findet am Mittwoch, 17. Dezember, statt.

Schriftliche Erklärungen (Artikel 162 GO)

Daniel Buda (PPE), în scris. – Acordul de introducere a unor preferințe comerciale autonome pentru Republica Moldova a dus la intensificarea schimburilor comerciale, iar creșterea exporturilor a marcat rezultate pozitive asupra economiei moldovenești. Uniunea Europeană a devenit principalul partener comercial al Moldovei. Peste jumătate din volumul exporturilor și aproape în aceeași măsură importuri, se desfășoară cu UE, ceea ce confirmă faptul că Moldova și-a respectat angajamentele semnate cu UE și a făcut progrese pe calea reformelor economice. Subliniez faptul că sectorul agricol reprezintă 40% din economia Moldovei și oferă locuri de muncă pentru aproximativ 250 de mii de angajați. Accesul liber a produselor agricole moldovenești pe piețele europene contribuie la consolidarea unui sector esențial pentru economia Moldovei. Sunt convins că prezența produselor agricole pe piețele UE va însemna pe de o parte creșterea performanței sectorului agricol și implicit adaptarea la normele UE, astfel Moldova va îndeplini mai ușor condițiile impuse de preaderare. Pe de altă parte, cetățenii moldoveni au confirmat orientarea pro-europeană la alegerile parlamentare din noiembrie. Prin urmare, componenta economică acordului de asociere cu UE constituie un pas firesc în vederea îndeplinirii aspirațiilor europene.

Eduard-Raul Hellvig (PPE), în scris. – Acordarea de preferințe comerciale Republicii Moldova este o dovadă de solidaritate din partea UE în fața embargoului impus de Rusia produselor moldovenești.

Deschiderea pieței europene față de importul de fructe, fără taxare suplimentară, va sprijini un sector important al economiei acestui stat tot mai ancorat într-o arie comercială aprofundată și comprehensivă cu UE. Facilitățile comerciale reprezintă, după încheierea Acordului de asociere, un suport concret acordat Republicii Moldova, în contextul geopolitic redefinit prin agresiunea Rusiei împotriva Ucrainei și prin acțiunile de destabilizare, inclusiv economică, a Moldovei.

Această decizie constituie, totodată, o nouă recunoaștere a eforturilor substanțiale făcute de autoritățile de la Chișinău pentru reformarea statului și pentru intensificarea cooperării cu Uniunea Europeană. Republica Moldova este membrul Parteneriatului Estic care a făcut cele mai mari progrese în ultimii ani, de aceea consider că Acordul de asociere trebuie urmat de alți pași pentru intensificarea schimburilor comerciale și a investițiilor, pentru modernizarea economiei și îmbunătățirea nivelului de trai în Republica Moldova. Sunt necesare, în acest sens, noi reforme dificile și este datorია Uniunii nu doar să monitorizeze acest proces, ci și să sprijine efectiv implementarea reformelor, prin asistență financiară și expertiza necesară.

Cătălin Sorin Ivan (S&D), in writing. – I want to congratulate Mr Moisa for this report. Moldova must continue its European trajectory. Not long ago, this Parliament voted in favour of the association agreement with Moldova. These measures improve Moldova's access to the European market. We know that the proposal is a temporary one but we also know that Moldova is greatly dependent on agriculture. In the last legislative elections, we have seen that Moldova chose the European path by voting in favour of the pro-European parties. We have to show solidarity with a country that at the moment is not at all in an easy situation.

Victor Negrescu (S&D), în scris. – Oferirea unor condiții speciale produselor provenite din Republica Moldova și creșterea volumului de importuri din această țară în baza unor tarife vamale speciale este un lucru pozitiv pentru sprijinirea parcursului european al Republicii Moldova. Principalul argument al forțelor anti-europene din Republica Moldova este acela că prin integrarea europeană economia va fi afectată întrucât nu va mai putea avea acces la piețele din Est. Această măsură vine să combată aceste argumente oferind produselor moldovenești un acces largit și preferențial pe piața europeană. Indicatorii economici și comerciali indică faptul că prin implementarea măsurilor propuse de acest raport economia Republicii Moldova va cunoaște progrese semnificative iar șansa oferită de piața europeană va rezolva

Dienstag, 16. Dezember 2014

problemele generate de restricțiile impuse de Federația Rusă anumitor produse din Republica Moldova. Uniunea Europeană este un spațiu politic comun dar este și un spațiu economic puternic dezvoltat iar integrarea economică a Republicii Moldova în UE presupune și creșterea oportunităților pentru companiile și producătorii moldoveni dar și șansa unei dezvoltări mai rapide a Republicii Moldova.

Theodor Dumitru Stolojan (PPE), *în scris*. – Republica Moldova a semnat acordul de asociere cu Uniunea Europeană în iunie 2014. La alegerile pentru Parlament, cetățenii Republicii Moldova au avut de ales între partidele care doresc continuarea parcursului european al țării și partidele care vor reîntoarce spre Est. Cetățenii moldoveni au ales drumul european. Din păcate, Rusia menține și accentuează restricțiile la importurile de produse agro-alimentare din Republica Moldova. De aceea salut inițiativa Comisiei Europene de a propune majorarea cotelor de import pentru mere, struguri, prune, fără taxe vamale. Consider că sunt necesare și alte inițiative europene pentru a susține și încuraja cetățenii Republicii Moldova să depășească greutățile create din motive politice în comerțul internațional al acestei țări.

Jarosław Wałęsa (PPE), *na piśmie*. – Po podpisaniu umowy stowarzyszeniowej UE / Mołdawia w dniu 27 czerwca Rosja zakazała importu owoców z Mołdawii, oficjalnie ze względów fitosanitarnych. Sektor rolniczy stanowi około 40 procent gospodarki Mołdawii natomiast ogrodnictwo jest jego ważną częścią, dając zatrudnienie około 250 tysiącom ludzi, żyjącym głównie na obszarach wiejskich. W ramach DCFTA, Unia zobowiązała się do pełnej liberalizacji dostępu do rynku dla świeżych owoców i warzyw z ograniczeniem do pewnych ilości. Biorąc pod uwagę obecne poważne trudności Mołdawii Komisja zaproponowała, aby tymczasowo zwiększyć ten w pełni zliberalizowany dostęp do rynku dla importu produktów z Mołdawii do UE. Szczególnie w obecnej sytuacji geopolitycznej, nie można się z tym wnioskiem nie zgodzić. Musimy podtrzymywać stosunki dobrosąsiedzkie zwłaszcza w tym niespokojnym rejonie Europy.

17. Zollbehandlung von Waren mit Ursprung in Ecuador (Aussprache)

Die Präsidentin. - Als nächster Punkt der Tagesordnung folgt die Aussprache über den Bericht von Helmut Scholz im Namen des Ausschusses für internationalen Handel über den Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über die Zollbehandlung von Waren mit Ursprung in Ecuador (COM(2014)0585 - C8-0172/2014 - 2014/0287(COD)) (A8-0056/2014).

Helmut Scholz, *Berichterstatter*. - Frau Präsidentin, Frau Kommissarin! Unsere heutige Debatte hat eine nicht unwichtige Vorgeschichte: Das Europäische Parlament und der Europäische Rat haben in der Vergangenheit zwei wichtige Entscheidungen gefällt, die uns in diese heutige Situation gebracht haben, nämlich schnell über einen solchen Vorschlag zu entscheiden.

Erstens: Die Mehrheit des Parlaments hatte beschlossen, dass ein Land wie Ecuador, dessen eigenständige Wirtschafts- und Sozialpolitik deutlich zu Abbau und Überwindung von Armut führte und ein Durchschnittseinkommen von 4 000 Dollar pro Kopf pro Jahr erreichte, deshalb vom Europäischen System der Handelspräferenzen ausgeschlossen wird. Für Ecuador wird das am 1. Januar 2015 der Fall sein.

Zweitens votierte der Rat und auch die gleiche Mehrheit im Europäischen Parlament für das nur mit Kolumbien und Peru ausgehandelte Freihandelsabkommen, das ursprünglich als regionales Abkommen vorgesehen war und aus Sicht Ecuadors eigenständige Entwicklungsziele in Frage stellt. Deshalb wollte Präsident Correa als Alternative ein Abkommen über Kooperation und Entwicklung abschließen. Statt nun mit allen Andenstaaten gemeinsame Ziele zu erarbeiten, ließ die Europäische Kommission jedoch nur den Beitritt zum Freihandelsabkommen als Option zu.

Diese Strategie ging leider auf. Insbesondere die Konkurrenzsituation, aber – das müssen wir auch anmerken – die Veränderung weltwirtschaftlicher Rahmenbedingungen für einige der wichtigsten Exportgüter Ecuadors haben sich so zugespitzt, dass nun die Regierung unter Präsident Correa dem Beitritt zum Kolumbien-/Peru-Abkommen zustimmte. Dies bleibt in der Zivilgesellschaft jedoch umstritten und könnte die komplizierte Regierungskoalition noch in eine schwierige Lage bringen. Wollen wir das?

Dienstag, 16. Dezember 2014

Mit dem vorliegenden Gesetz wird Ecuador nun eine Brücke gebaut, damit es seine Handelspräferenzen bis zum Inkrafttreten des Freihandelsabkommens behalten kann. Im Interesse der Bevölkerung Ecuadors stelle ich mich ausdrücklich diesem Brückenbau nicht in den Weg. Ich weise jedoch ausdrücklich darauf hin, dass Sie, Frau Kommissarin, in der jetzigen Funktion bei der Formulierung der Verordnung bewusst die Augen vor der innenpolitischen Situation in Ecuador verschlossen haben. Sie haben sich ein ständiges Drohpotenzial geschaffen, die Brücke jederzeit wieder abreißen zu können, sollte Ecuador Regulierungen beschließen, die für europäische Exporte von Nachteil sein könnten. Das soll den wirtschaftsliberalen Teil der Regierung gegenüber den Linken in der Regierung stärken. Meine Anträge, mit denen ich diesen Konflikt entschärfen wollte, fanden hier im Ausschuss leider keine Mehrheit.

Eine Mehrheit rechts der Mitte hier im Parlament hat zudem bereitwillig das Recht des Parlaments aufgegeben, gegen einen Suspendierungsbeschluss der Kommission ein Veto einlegen zu können – und das trotz einer vorliegenden Expertise des Juristischen Dienstes des Parlaments, der das Verfahren eines delegierten Rechtsaktes für zwingend geboten hielt. Auch diesen Beschluss halte ich persönlich für einen Fehler und kann nun nur hoffen, dass daraus kein Präzedenzfall erwächst.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, dennoch appelliere ich am Ende an Sie, der Verordnung zuzustimmen, um die Bevölkerung Ecuadors vor Einbrüchen in der Exportwirtschaft zu bewahren.

Cecilia Malmström, *Member of the Commission*. - Madam President, this is an important moment for relations between the European Union and Ecuador. Just a few years after having left the negotiations in 2009, Ecuador has now made an important and clear policy choice in favour of trade and integration into the world economy and global value chains. Last Friday, I met with the Ecuadorian Trade Minister, Francisco Rivadeneira, and initialled the protocol for the accession of Ecuador to the EU-Colombia-Peru Agreement.

For Ecuador, this trade agreement supports its model of society and economic development. We will provide the country with an opportunity to diversify its trade and economy and improve the livelihoods of the population. We should support and encourage this choice, and it is in this perspective that we should consider the regulation as an important complement to the trade agreement.

We proposed this regulation very rapidly after the conclusion of the negotiations in order to ensure that there would be no disruption in the preferences that Ecuador is enjoying today. I welcome the European Parliament and the rapporteur's quick adoption, extending the preferences and thereby preventing a negative impact on the exports of Ecuador. Ecuador will, as you know, graduate from the GSP+ preferences at the end of this year, and around 60% of Ecuadorian exports to the EU benefit from substantial preferences under this scheme. The regulation that we discussed today will bridge the gap until the agreement fully applies, and that provides certainty and predictability to producers and workers in the EU and, more importantly, in Ecuador.

If the gap between the graduation from GSP and the entry into force of the Agreement were not bridged, Ecuador would face a sudden increase in duties in January, only to see them fall back later on. A sudden increase in duties would be a lot when it comes to loss of market share, which is extremely difficult to recuperate later. We would be talking about increases in duties in excess of 20% for products such as tuna and shrimps, and an average increase of duties of more than 15% of all Ecuador's export under the GSP scheme.

I am aware that many Members in this House attach great importance to the implementation of this regulation, particularly when it comes to the requirement for effective implementation by Ecuador of relevant human rights, ILO, environmental conventions and international agreements, as well as the procedure to be used in the event that a suspension of preferences is warranted. This is also important to me, and I raised this with the Minister whom I met last week.

Rest assured that we will monitor this and we will keep Parliament informed on the implementation of these provisions. We are ready to inform you, whenever requested to do so, and to ensure the required transparency in the implementation of the regulation, as well as to make use of the good practices that we are developing within the context of the GSP scheme.

Santiago Fisas Ayxelà, *en nombre del Grupo PPE*. – Señora Presidenta, señora Comisaria, muchas gracias.

Dienstag, 16. Dezember 2014

El pasado mes de julio concluyeron con éxito las negociaciones del Acuerdo comercial entre Ecuador y la Unión Europea. Desde el Partido Popular estamos convencidos de que este Acuerdo será muy positivo para ambas partes, aunque tardará casi dos años en entrar en vigor. A partir del próximo enero, Ecuador dejará de beneficiarse de las ventajas que ofrece el SPG + y este desajuste ocasionaría un grave daño a los operadores económicos de ambas partes.

La presente propuesta de Reglamento pretende dar solución a esta situación de interinidad y en la Comisión INTA hemos votado a favor de la propuesta de la Comisión por una amplísima mayoría, sin introducir ninguna enmienda, para evitar alargar innecesariamente el proceso de negociación. La adopción de este Reglamento permitirá que tanto exportadores como importadores puedan seguir operando con normalidad, sin soportar un importante aumento de aranceles, que podría producir daños irreparables tanto a las empresas ecuatorianas como a muchas empresas europeas que operan desde Ecuador.

Es, por tanto, de vital importancia que mañana aprobemos esta propuesta de Reglamento y quiero agradecer al ponente, Helmut Scholz, el buen trabajo realizado. Y no quisiera terminar sin dar la bienvenida a Ecuador a los acuerdos internacionales de libre comercio.

David Martin, on behalf of the S&D Group. – Madam President, can I also add my congratulations to Mr Scholz for his work on this dossier. We supported his amendments in committee, but think it was right not to bring them back in plenary in order not to delay this process. The EU, as we have heard, is Ecuador's most important trade partner for non-oil exports. Any temporary and unnecessary disruption in trade would have had a severe impact on Ecuador's economy, and would most likely result in exporters looking for alternative markets with easier access than the European Union. Instead, with this bridging solution, we can continue to encourage and support trade between the EU and Ecuador in order to ensure that both parties are able to benefit from the future free trade agreement.

I welcome the fact that this agreement includes reciprocity, that the EU traders will get the same benefits they get now, as will Ecuadorian traders. I welcome the fact that the rules of origin will continue to apply, and I welcome the fact that there are safeguards in this agreement for European producers. This is a good deal for both parties. Again, I would like to thank both the Commission and the rapporteur for their work.

Tremosa i Balcells, Ramon, on behalf of the ALDE Group. – Madam President, I would like to thank the Commissioner and colleagues for their hard work and good cooperation. I welcome the debate today and the vote we will have on this report tomorrow. After our positive vote in the Committee on International Trade (INTA) last week, it is important to bring it to plenary before the end of the year. The approval of this agreement before the end of the year is important, as many economic contracts in Ecuador have to be negotiated now for the next year.

I think that free trade agreements more than public debt can push Europe again into economic growth. I think that exports more than public deficits are a better way to recover our economic growth. I support the Commission's attempts to open new markets and reduce tariffs and other regulatory areas to facilitate the entry into these markets for EU companies. In the International Trade Committee Liberals voted against the amendments proposed by the rapporteur as we believe that these amendments were risking delaying the application of this agreement. I fully support the extension of preferential access for goods originating from Ecuador before the FTA enters into force. However, I also believe this should be conditional on Ecuador showing a clear commitment that it will open its markets to EU companies.

Finally, I want to say that the current situation with Russia should push us even more to seek new potential markets in Asia and Central and Latin American countries.

Keller, Ska, on behalf of the Verts/ALE Group. – Madam President, I would also like to thank the rapporteur. However on the report as such, or on the matter rather, I am not completely happy because as the rapporteur, Mr Scholz, has pointed out, this is really showing how trade is not working for development, showing indeed how trade should not affect development.

Dienstag, 16. Dezember 2014

Under the old conditions a regulation was put in place that effectively forces developing countries to make a choice as to whether they want to get rid of their preferred market access to the EU or sign up for a free trade agreement, even if that does not follow their development agenda and even if that is not what some in this Parliament, at least, think should happen from a developmental point of view. I think this is effectively blackmailing and undermining a society's right to development.

This is precisely what happened here in Ecuador. Ecuador was forced to join the Peru-Colombia agreement otherwise it would lose its preferential market access. Since we have a new Commission now, I would really ask the Commissioner to rethink the trade development nexus because I think trade can do a lot for development; but currently it is undermining it, unfortunately, and I think we should really work on changing that.

Ramón Jáuregui Atondo (S&D). - Señora Presidenta, yo también quiero felicitar a todos los protagonistas de este Acuerdo, en particular al señor Scholz, por su pragmatismo. Compartíamos sus enmiendas, pero creo que, en beneficio de Ecuador y también de Europa, se ha acordado este Reglamento.

Yo quiero decirles, Señorías, que probablemente Europa está tomando una decisión muy importante también para sí misma. Porque, como presidente de EuroLat, les quiero decir que, cada vez más, los latinoamericanos miran hacia el Pacífico y no miran hacia Europa. Estamos perdiendo enormes oportunidades de acción política y de acción comercial. Desgraciadamente, la Unión Europea tiene una enorme responsabilidad, porque somos el territorio que más coopera, que más cooperación desarrolla en América Latina, pero estamos siendo sustituidos comercialmente y políticamente por China o por Rusia en América Latina. Ellos miran hacia otro sitio, ya no miran hacia aquí.

Por eso es importante aprovechar el Acuerdo con Ecuador, porque tiene una importancia política grande en el marco de las relaciones con América Latina y con los países del ALBA.

Jude Kirton-Darling (S&D). - Madam President, Ecuador is likely to join the EU-Colombia and Peru trade agreement in the coming months, but it will lose its preferential market access to the EU in just two weeks unless we act this week. I welcome the proposed regulation, which puts in place a provisional arrangement to ensure that trade between the EU and Ecuador is not disrupted before our important vote and which does not prejudice our decision in that deal and allows us to get the right framework with the Ecuadorian authorities.

There is one point that I would like to raise: two years ago this Parliament adopted a resolution asking the countries of the Andean Community – at that stage particularly Colombia and Peru – to commit to roadmaps on human rights and environmental protection before agreements were ratified. Applying the same standards to Ecuador would send an important signal that our trade relations are about more than just tariff lines, but are also a tool for our collective development and about improving human and labour rights around the world. I would therefore actively encourage the Ecuadorians also to put forward a roadmap.

Catch-the-eye-Verfahren

Daniel Caspary (PPE). - Frau Präsidentin, meine geschätzten Kolleginnen und Kollegen! Ich bin dem Berichtersteller sehr, sehr dankbar, dass er mit dazu beigetragen hat, dass wir sicherstellen können, dass Ecuador seine Handelspräferenzen behalten kann und sehr schnell in den Genuss dieses Freihandelsabkommen kommt.

Es wäre aus meiner Sicht geradezu ein schlechter Witz gewesen, wenn ein Land, das mit uns ein Freihandelsabkommen abschließen möchte, in der Praxis erst einmal dafür bestraft wird und wir Handelserleichterungen wegnehmen, und es dazu geführt hätte, dass wir tatsächlich all die negativen Auswirkungen hätten, die die Kollegin Keller angesprochen hat.

Deswegen ist auch mein Aufruf an Ihre Fraktion: Wenn wir Entwicklung wollen, sollten wir die Menschen in diesen Ländern nicht bevormunden, sondern wir sollten zur Kenntnis nehmen, dass die demokratische Regierung in dem Land, die Regierung des Volkes, dieses Abkommen möchte. Wir sollten es nicht immer besser wissen, sondern wir sollten auch zur Kenntnis nehmen, dass in Demokratien am Ende auch Entscheidungen entsprechend von Mehrheiten akzeptiert und getroffen werden müssen.

Dienstag, 16. Dezember 2014

Von daher vielen Dank, dass wir das diese Woche abstimmen können! Ich freue mich, dass wir gemeinsam für alle Völker in Europa und auch in Ecuador, Kolumbien und Peru nun die Vorteile dieses Handelsabkommens heben können.

(Ende des Catch-the-eye-Verfahrens)

Cecilia Malmström, Member of the Commission. - Madam President, through the adoption of this regulation exports from Ecuador will not be affected until the entry into force of the agreement. This is a necessary interim step and it sends a strong signal, on the one hand, to business that the EU is determined to ensure predictability and stability in trade. On the other hand, it also sends a clear political signal to Ecuador and its people that the EU is determined to forge closer relations and to proceed swiftly towards the entry into force of the agreement itself. It can also help Ecuador diversify its economy and work towards further eradication of poverty in that country.

We are also making progress towards the entry into force of the agreement. I expect that the protocol will be submitted to the European Parliament for its consent at some point in the middle of next year. Thank you again to the rapporteur, Mr Scholz, and to the Committee on International Trade (INTA) for the work that they have done in dealing with this file so quickly. I am positive that a proper implementation of this will respond to the preoccupations that some of you have raised today. To Ms Keller, I would like to say that I share her view that trade can be a very powerful tool in helping least-developed countries to develop and to bring them into the trade community, thereby forging a closer relationship in other areas too. This is clearly in my priorities, and as you know it was presented to you today in the work programme of the Commission. We will present a new trade strategy where this element also will be raised.

I am looking forward to discussing this internally in the College, with Ministers, and with Members of this Parliament as well. We hope to present a strategy by the end of next year and no later. Finally, I would like to take this opportunity to wish you, Madam President, and the Members a Happy Christmas. I thank you for the good cooperation we have had so far, and I am looking forward to working with you next year as well.

Helmut Scholz, rapporteur. - Madam President, I thank the Commissioner and my colleagues for the debate. At least it has become clear that there is a strong desire for good trade relations with Ecuador in the European Parliament. I also want to stress that time is not always democratically sufficient. So therefore I want to stress that, for trade relations to be good, they need to be designed and in particular fair. In the coming months we will have the opportunity during the ratification process to thoroughly examine the agreements admitted.

In particular the impact on employment and quality of life of the population, on the environment and also generally on the stability and integration of the whole region serve as a benchmark, Mr Caspary. I therefore strongly urge the Commission to stop interfering in the internal political situation of the countries in the region that have chosen a social and economic policy that breaks with the new liberal credo and could finally open up real opportunities of development for the population that are true for their countries.

As rapporteur for the ratification of the agreement, I shall very carefully watch whether the Commission will ask Ecuador next, even if only indirectly, to amend its legal acts or even its constitution to provide European companies better access to the markets for public procurement and public services. I would also like to advocate a roadmap, as was stressed during the debate, that outlines how the parties to the agreement want to ensure that the process of accession to the Peru-Colombia FTA will not be compromising their social and environmental progress in Ecuador, which we all want as a benchmark for the region.

President. - Thank you very much to the rapporteur, Mr Scholz. I would like also like to wish you, Commissioner, a Merry Christmas, I hope you can enjoy some holiday, and all the best for the New Year.

The debate is closed.

The vote will take place on Wednesday, 17 December 2014.

Written statements (Rule 162)

Dienstag, 16. Dezember 2014

Lola Sánchez Caldentey (GUE/NGL), por escrito. – No estamos ante un acuerdo de libre comercio, sino ante una prórroga de las preferencias de exportación de Ecuador a la UE. Estas preferencias arancelarias son las recogidas en el SPG+, que pierde vigencia el 1 de enero de 2015 y, por tanto, y hasta que el nuevo marco comercial entre la UE y Ecuador entre en vigor, es importante para el pueblo de Ecuador que estas preferencias se prorroguen. Pese a estar en contra de la condicionalidad que ha tratado de imponer la Comisión Europea a Ecuador en el articulado del texto, al abrir esta la puerta a la posibilidad de suspender las preferencias arancelarias si Ecuador adopta «medidas» que tengan algún tipo de efecto en las importaciones de la UE, y pese a considerar que las posibles decisiones que pueda tomar la Comisión a este respecto deberían hacerse bajo el marco de los actos delegados para que así el Parlamento pueda hacer un uso efectivo de sus funciones de control (ambos asuntos fueron enmendados por mi grupo parlamentario en la Comisión INTA pero tumbados por la derecha y la extrema derecha), consideramos importante para el pueblo ecuatoriano la prórroga de estas preferencias arancelarias y su urgente implementación.

18. Erneuerung der EU-Strategie der inneren Sicherheit (Aussprache)

Die Präsidentin. - Als nächster Punkt der Tagesordnung folgt die Aussprache über

– die Anfrage zur mündlichen Beantwortung an den Rat über die Erneuerung der EU-Strategie der inneren Sicherheit von Claude Moraes im Namen des Ausschusses für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres

(O-000089/2014 – B8-0044/2014) und

– die Anfrage zur mündlichen Beantwortung an die Kommission über die Erneuerung der EU-Strategie der inneren Sicherheit von Claude Moraes im Namen des Ausschusses für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres

(O-000090/2014 – B8-0045/2014) (2014/2918(RSP)).

Claude Moraes, author. - Madam President, I am actually waiting until the Commissioner sits down. The last time I began he had not started and it seemed rude not to welcome him so this time I am going to welcome him to his position. And the reason is that I think there is a genuine feeling amongst the members of the Committee on Civil Liberties, Justice and Home Affairs that we very much want to contribute to the internal security strategy. This is, at its very core, probably what we do the best, protecting our citizens, adding value to what the Member States do, but also understanding that this is one of the most dynamic and interesting areas.

We have something of a clean sheet for the next four years. I understand that we have to fill this blank sheet, this gap. But of course it is going to be complex. We are dealing with some of the most dynamic and sensitive areas: cybercrime, cyberterrorism, the issue of foreign fighters and so on. I will say something about that in a second. We want to play our part and if I can leave one message it is that the members of the Civil Liberties Committee with their expertise and experience want to input into the Commission strategy. And we understand that this is a Council competence in so many areas but we have something to contribute. And we also have to contribute to the balance between protecting our citizens and understanding that fundamental rights are also extremely important in creating that balance.

The security situation in Europe has changed dramatically in recent years so the European Union is confronted with the effects of new cross-border conflicts. New technologies are creating fast-growing new threats. This is even clearer when we think of those foreign fighters that have joined terrorist groups abroad and, of course, one day may return to Europe.

Dienstag, 16. Dezember 2014

This resolution is only the beginning of a process for a new, updated internal security strategy. With it we are launching an initial discussion on the features and priorities of a new strategy which will be released by the Commission next year. It sets out areas that the Civil Liberties Committee and the Parliament consider vital to take into account in order to improve and enrich the strategy. By agreeing on this resolution we are making it clear on the Parliament side what we want to see included, and this includes putting a stop to the activities of international crime networks and dismantling them, preventing terrorist attacks, enhancing cybersecurity, ensuring border security and increasing resilience to natural disasters. That gives a sense of the broad nature of this strategy but it also includes what we believe is our expertise in contributing to the strategy.

The resolution sets out guidelines on exactly how we can respond to these threats and on what instruments should be implemented in the strategy. It is important for us on the Parliament side to understand that we need to make better use of those instruments that we already have before creating new ones, and this is what we say in our resolution. With this new strategy we need a critical evaluation of those current instruments, both at EU and national level, and we need to learn the lessons from the previous strategy before we embark on any new instruments or any new strategies. We need a more hands-on effective operational cooperation amongst Member States, for example more use could be made of existing valuable instruments such as joint investigation teams, and that has been said many times amongst the members of our Civil Liberties Committee.

Of course, we need to take a balanced approach, which I mentioned at the beginning of my speech. In many security areas, for example, the right balance should be found between freedom, security and justice. We learned this from our surveillance inquiry; we learned it from the data retention ruling. I need not say too much more about this, but just to understand that these recent developments make us understand that security goes hand in hand with fundamental rights. But we also have expertise on the Parliament side in relation to cybersecurity threats and we can contribute richly to the many complex areas that are coming up in relation to foreign fighters, passenger name records and the many new complex areas where the members of the Civil Liberties Committee have very good experience, both on the security aspects and the fundamental rights aspects.

When the Commission publishes its communication for a new strategy in 2015, the Civil Liberties Committee will react in order to promote a more substantial and focused debate and discussion in this area. Commissioner and Members of the Council in Office, when we add value to the internal security strategy I think the time for Parliament to stand aside is long gone. I think the members of our Civil Liberties Committee are poised and ready to contribute to this strategy. I think we have the experience to do it and I very much look forward to hearing the members of the Civil Liberties Committee give their ideas to you for this next four years, which I think are going to be exciting, complex but very worthwhile.

Benedetto Della Vedova, *Presidente in carica del Consiglio*. - Signor Presidente, onorevoli deputati, il Consiglio annette particolare importanza al rinnovo della strategia di sicurezza interna. Questo è stato prioritario per la nostra Presidenza. Sono pertanto felice di avere l'opportunità quest'oggi di delineare la visione del Consiglio sulle principali priorità e azioni dell'ISS rinnovata. Notevoli sforzi sono stati profusi per garantire un *follow-up* degli orientamenti strategici adottati dal Consiglio europeo di giugno, che hanno richiesto il riesame e l'aggiornamento della strategia di sicurezza interna entro il primo semestre del 2015.

Le discussioni dei ministri al riguardo sono iniziate in luglio, con l'obiettivo di fornire linee guida e un contributo alla Commissione europea, che dovrebbe presentare la sua comunicazione sulla ISS rinnovata in primavera. A inizio dicembre il Consiglio ha raggiunto un accordo su vari aspetti connessi con l'ISS rinnovata: detti aspetti riguardano tanto la struttura generale quanto alcuni principi fondamentali di base. Questi principi rispondono in parte all'interrogazione. Il primo è che l'ISS rinnovata dovrebbe individuare le principali minacce e sfide comuni nel settore della sicurezza interna per i prossimi anni.

Dienstag, 16. Dezember 2014

Il Consiglio ritiene che queste comprendano la criminalità organizzata e le forme gravi di criminalità, in tutte le loro manifestazioni – terrorismo, radicalizzazione e reclutamento dei terroristi, nonché finanziamento del terrorismo – il problema dei combattenti stranieri, che è stato richiamato, dei combattenti di ritorno nel paese di origine e dei lupi solitari che rappresentano drammaticamente una minaccia particolarmente grave e senza precedenti per la sicurezza dell'Unione europea. Il Consiglio ha anche identificato minacce derivanti dalla criminalità informatica e dall'uso delle nuove tecnologie in generale, come anche le conseguenze delle catastrofi sia naturali che provocate dall'uomo.

Il secondo principio dovrebbe essere la necessità di sviluppare un approccio globale e coerente. Ciò significa implicare un'ampia gamma di soggetti e integrare il processo decisionale a tutti i livelli, da quello locale a quello regionale, per arrivare fino a quello europeo e internazionale. Sviluppare un approccio coerente significa che detto approccio dovrebbe essere globale, multidisciplinare, integrato e guidato dall'*intelligence*. La disponibilità e lo scambio di informazioni per contrastare la criminalità e il terrorismo transnazionali saranno primordiali e dovremo prestare particolare attenzione alle nuove tecnologie.

Altrettanto importante è la dimensione della giustizia. Il coordinamento delle indagini e delle azioni penali negli Stati membri deve essere incentivato e migliorato, anche attraverso indagini finanziarie finalizzate alla confisca dei proventi di reato, nonché l'uso efficiente di squadre investigative comuni e delle procedure di assistenza giudiziaria e di riconoscimento reciproco. Dobbiamo anche rafforzare la nostra cooperazione operativa e sviluppare le nostre capacità di gestione delle frontiere; questo richiede imperativamente l'uso di tecnologie all'avanguardia.

Un terzo principio chiave è la necessità di includere la crescente interdipendenza tra sicurezza interna ed esterna. La strategia di sicurezza interna rinnovata dovrà tener conto della dimensione della sicurezza esterna e viceversa. La questione dei combattenti stranieri è un esempio chiaro degli aspetti esterni aventi un significativo impatto a livello interno.

Un quarto principio dovrebbe essere il rispetto dei diritti fondamentali. La strategia deve contribuire a un'Unione che protegga i suoi cittadini, rispettandone completamente i diritti e le libertà, come anche di coloro che soggiornano o che sono in visita nell'Unione europea. Dovrebbe altresì agevolare la promozione dell'inclusione sociale e della coesione sociale, ultimo, ma non meno importante principio. La strategia rinnovata dovrebbe incentrarsi sull'attuazione ad applicare gli strumenti e la legislazione e le misure strategiche vigenti. Il Consiglio ha proposto che la Commissione presenti al Parlamento europeo e al Consiglio una relazione annuale sulle azioni intraprese nel quadro della strategia. Ciò dovrebbe permetterci di monitorare gli sviluppi e fornirebbe periodici aggiornamenti sulle misure adottate per rafforzare la sicurezza interna all'Unione.

È stato anche chiesto quale sia il calendario previsto per l'adozione della nuova strategia di sicurezza interna e come il Consiglio intenda tener conto del contributo del Parlamento. Il Consiglio europeo ha fissato una scadenza precisa per il riesame e l'aggiornamento della strategia di sicurezza interna, ossia il primo semestre del 2015. Molto dipenderà naturalmente dai tempi della comunicazione della Commissione ma ci sembra di capire che essa sarà presumibilmente disponibile in primavera. Auspicio pertanto che potremmo avere un accordo sull'ISS rinnovata entro giugno 2015.

Come sapete la Presidenza ha organizzato, insieme alla Commissione, una conferenza ad alto livello sull'ISS rinnovata nel settembre 2014. Vari deputati di questo Parlamento sono stati invitati a detta conferenza, in cui l'on. Moraes è stato uno dei principali oratori. I risultati di tale incontro ci hanno fornito un utile contributo per la stesura delle conclusioni del Consiglio sull'ISS ma abbiamo anche tenuto conto della relazione finale della Commissione sull'attuazione dell'ISS, la quale a sua volta prendeva in considerazione la vostra risoluzione al riguardo. La commissione LIBE è stata anch'essa ragguagliata sugli sviluppi.

Signor Presidente, onorevoli deputati, lasciatemi dire che attendo con interesse le vostre opinioni su questo punto. Sono sicuro che alcune delle raccomandazioni contenute nella vostra proposta di risoluzione si ritrovano nell'ISS rinnovata. Mi riferisco in particolare alla necessità di far un miglior uso degli strumenti esistenti prima di crearne di nuovi, alla necessità di un approccio globale, equilibrato e olistico e di una cooperazione operativa più efficace tra gli Stati membri. Avete anche fatto riferimento all'importanza della dimensione giudiziaria, come anche alla necessità di un adeguato controllo democratico.

Dienstag, 16. Dezember 2014

Președinte: IOAN MIRCEA PAȘCU

Vicepreședinte

Dimitris Avramopoulos, *Member of the Commission*. - Mr President, this oral question tonight is taking place under the shadow of an abhorrent crime that was committed this morning. I would like to express my sorrow and repugnance at the loss of innocent lives today in Pakistan. In a civilised world brutal attacks like the one today in a school in Pakistan are an insult to humanity, a crime against humanity, and to whatever human beings across the world hold sacred.

This horrific event and the ruthless murder of innocent children depict the abhorrent face of terrorism. Terrorism is a global threat, it is a global menace. In the European Union we are committed to the struggle against terrorism and we are working closely with our partners so as to protect the right to life of all peoples irrespective of race, religion or ethnic origin.

Honourable Members of Parliament, I want to thank you for having given me this opportunity tonight to reflect with you on a renewed EU internal strategy. The renewed EU Internal Security Strategy, the new European agenda on security, should be a common agenda when the security of our citizens, their rights, our democratic values, the well-being of our societies and our economy, are at stake. The Union's institutions need to work hand in hand. We need to find the common ground on the main threats, principles and priorities when renewing the Internal Security Strategy.

The Commission sees a clear need to have all European institutions working together to formulate and, secondly, implement the future European agenda on security and wishes to facilitate this process.

In reviewing the Internal Security Strategy the Commission will build firstly on the preparatory work undertaken in the course of this year; secondly, on the Justice and Home Affairs Council conclusions adopted on 5 December; thirdly, of course, on the resolution Parliament intends to adopt tomorrow. These contributions will guide our work for the months to come.

I suggest that once the Commission communication has been issued, Parliament and the Council engage in a dialogue to find common ground on the future of European security to provide effective, swift, practical and achievable solutions.

Your resolution sets out a broad security approach based on fundamental principles, instead of listing specific legislative and policy actions. This corresponds with the ambition of the Commission to provide a strategy-driven agenda which will connect to existing or already envisaged measures.

The resolution also highlights the importance of finding a balance between continuity and change. We need to foster and strengthen what works, and adapt things where evolving or expected developments require new actions or the revision of existing ones. The implementation of legislation and the consolidation of achievements, as well as enhanced practical cooperation, will be priorities for future work. Consequently, monitoring and evaluation of the effectiveness of legislation and policies is essential.

1 December 2014 heralded the era in which justice and home affairs policies were finally set on an equal footing with other EU policies, thanks to the full application of the judicial review by the Court of Justice and the enforcement powers of the Commission. This will benefit the required monitoring and evaluation and will enhance citizens' rights and legal security.

Close monitoring of the implementation of newly adopted instruments on the procedural rights of defendants and victims' rights and on improved application of existing instruments on judicial cooperation in criminal matters will strengthen the judicial dimension of the Internal Security Strategy, a point which has also been highlighted by your resolution.

The Commission intends to continue to submit regular reports to Parliament and the Council on actions taken under the European agenda on security. This would assist you in monitoring the implementation of the strategy and will strengthen its democratic oversight.

Dienstag, 16. Dezember 2014

As regards the content of the European agenda on security, the Commission cannot at this stage go into the details of what its future communication will set out. However, there is no doubt that we have to continue to fight international and cross-border crime, prevent terrorism, address radicalisation and recruitment, work against cybercrime, protect children from abuse, and increase Europe's resilience to crises and disasters. This is not new. What is new is that the actions currently covered have to be adapted to address evolving challenges and threats.

The actions should be based on an intelligence-led approach providing guidance on how to effectively tackle rapidly evolving security challenges. A coherent set of risk and threat analyses by Europol and other relevant European Union institutions and bodies, in close cooperation with the Member States, should operationalise this approach. This requires close strategic and operational cooperation, and the exchange of information between law enforcement, judicial authorities and EU agencies is fundamental.

We have to work more closely on prevention and protection. Access to information and information exchange, innovation and research will ensure a clearer link with the external dimension and cooperation. A citizen-centred approach and the integration of fundamental rights in all actions should be the guiding principles of the European Agenda on Security.

The Commission will be particularly attentive to the implementation of all envisaged measures and instruments and will assess their compatibility with fundamental rights as enshrined in the European Union Charter of Fundamental Rights.

Respecting the Charter requires that measures which interfere with fundamental rights are proportionate. In the context of that balance, fighting threats to public safety or indeed the fundamental rights of others are legitimate objectives.

Trust and confidence in the institutions is also a matter of concern. Security policies must be seen as serving citizens to keep legitimacy and support. Citizens need to be better informed of the problems, and the implementation of internal security policies is not only essential for making instruments effective but also to strengthen the credibility of the institutions in the eyes of citizens and demonstrate to victims that action is taken.

To ensure that EU internal security also means acting beyond EU borders and in cooperation with third-country partners, important steps to integrate external and internal security measures have already been taken. These are, for example, the establishment of the Cyber Security Strategy. But much more needs to be done and those measures need to be followed up and further put into practice; for instance, by strengthening the operational link between the EU's internal and external security policies.

I fully support the emphasis that you have put on having an integrated, comprehensive and holistic approach to priority areas. Different policies and actions, going beyond the public sector too, need to be integrated if we wish to tackle security concerns in all areas effectively while facing financial constraints and safeguarding fundamental rights.

The renewed EU agenda on security could also benefit from research and innovation. The European Union needs to continue mobilising the tools essential for security preparedness and resilience, in particular information and communication technologies and technologies in the forensic field, whilst respecting fundamental rights. It could consider using its research and innovation programme Horizon 2020 and pursue cooperation between law enforcement and the private sector, notably to develop more technological autonomy.

Finally, increased legitimacy in the eyes of European citizens requires the full association of this Parliament and the involvement of national parliaments. In addition to former reports on the progress of the strategy's implementation, the Commission is committed to engaging in regular dialogue with this Parliament and to debating relevant matters with national parliaments. I look forward to working together with you in the Council on this new European agenda on security.

Monika Hohlmeier, *im Namen der PPE-Fraktion*. – Herr Präsident, Herr Kommissar, Herr Staatssekretär, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die internationale Sicherheit und unsere eigene Strategie und Antwort auf die Fragen unserer Sicherheit sind in den letzten zwei, drei Jahren komplexer denn je geworden. Wir haben hier in der letzten Wahlperiode einen Ausschuss gehabt, das war der sogenannte CRIM-Ausschuss, der sich mit der internationalen organisierten Kriminalität und ihrer europaweiten und auch weltweiten Vernetzung befasst hat. Es ist erschreckend zu sehen, was in diesem Rahmen passiert. Wir sind konfrontiert mit zunehmendem internationalem Terrorismus und Extremismus, der uns – wie das heute in Pakistan Geschehene vor Augen führt –, in grausige Situationen versetzt. Wir haben inzwischen bei der Cyberkriminalität einen Stand erreicht, in dem internationale Netzwerke uns tagtäglich herausfordern und der normale

Dienstag, 16. Dezember 2014

Banküberfall geradezu eine kleine Dimension geworden ist gegenüber den Milliarden Schäden, die sich täglich im Netz abspielen.

Wir werden in der Tat bestehende Instrumente, wie es Claude Moraes gesagt hat, besser nutzen müssen, denn wenn eine Amtshilfe zum Teil heute noch Monate dauert, dann ist dies für die Verbrecher viel zu langsam. Wir werden schneller, flexibler und besser koordiniert werden müssen. Wir werden aber auch manche Frage beantworten müssen, in der wir die Sicherheit und den Schutz der persönlichen Daten besser in Einklang bringen müssen, als dies derzeit der Fall ist. Wir werden hier viele Fragen zu beantworten haben.

Juan Fernando López Aguilar, *en nombre del Grupo S&D*. – Señor Presidente, señor Comisario, me alegra ver el alto nivel de coincidencia respecto de la pertinencia y del objeto de esta pregunta oral sobre la Estrategia de Seguridad Interior de la Unión Europea, que parte del reconocimiento de que tanto la situación como los retos de la seguridad europea han cambiado drásticamente en el curso de los últimos muy pocos años.

Para empezar, porque debe contemplar este inquietante ensamblaje de nuevas amenazas derivadas de la seguridad cibernética, de la mutante caracterización del terrorismo internacional, del carácter extremadamente agresivo de la delincuencia transfronteriza y, sobre todo, de la mixtura de las amenazas a la seguridad con las derivadas de acontecimientos o desastres naturales.

Es por eso que estamos obligados, en este Parlamento Europeo, a aportar valor añadido a la definición de la situación y la respuesta estratégica de la Estrategia de Seguridad Interior europea para los próximos años 2015-2019.

Es hora de que reconozcamos que, ante esta situación de seguridad en Europa, que ha cambiado drásticamente, deben, en primer lugar, optimizarse todos los recursos disponibles. Se ha dicho ya: los equipos de investigación conjuntos, la seguridad en la cooperación policial, el refuerzo en la cooperación judicial, en la inteligencia, en el esfuerzo de compartir toda la información disponible.

Pero también es hora de afirmar que es preciso que todo esto se haga en coherencia con los valores proclamados por la Unión Europea, por el Tratado de Lisboa, por la Carta de los Derechos Fundamentales de la UE, lo que quiere decir un esfuerzo de coherencia con respecto del valor que tienen los derechos fundamentales, en particular la protección de datos, en particular la Directiva sobre protección de datos, que está en marcha en este Parlamento Europeo, y la jurisprudencia del Tribunal de Justicia europeo que la interpreta.

Es el momento, por tanto, de que hagamos un esfuerzo por que la Estrategia de Seguridad Interior de la Unión Europea sea extremadamente respetuosa con la cultura europea de los derechos fundamentales.

Beatrix von Storch, *im Namen der ECR-Fraktion*. – Herr Präsident, Herr Kommissar! Die innere Sicherheit steht heute auf unserer Tagesordnung, und der Entschließungsantrag, über den wir abstimmen werden, stellt eines ganz richtig fest: Die Sicherheitslage in Europa hat sich in den letzten Jahren dramatisch verändert.

In Deutschland ist das ganz aktuell das Thema Nummer 1. Die Menschen fühlen sich nicht mehr sicher, und die Menschen fühlen sich von der Politik mit ihrer Furcht im Stich gelassen. Deswegen gehen sie jetzt jeden Montag zu Tausenden auf die Straße, und es werden jeden Montag immer mehr.

Die Politik muss diese Sorgen ernst nehmen, und sie darf nicht die Bürger diffamieren, die auf die Straße gehen. Die Politik muss ihre Verantwortung wahrnehmen und handeln. Die Politik darf nicht weiter nur zuschauen und hoffen, dass die Probleme ausgesessen werden können. Haben wir den Mut, offen über die Sorgen zu sprechen. Nehmen wir die Realitäten zur Kenntnis! Nur so werden wir die Probleme lösen.

Angelika Mlinar, *on behalf of the ALDE Group*. – Mr President, in the Committee on Civil Liberties, Justice and Home Affairs (LIBE) we have reached a broad compromise between several political groups. I expect that the Commission will take our priorities into consideration when the new Internal Security Strategy (ISS) for the current mandate is being finalised.

Dienstag, 16. Dezember 2014

Since we adopted the previous Internal Security Strategy, the Lisbon Treaty has come into force and the Charter of Fundamental Rights is now incorporated in European Union law. Therefore the whole ISS should be updated in order to fully comply with the Charter of Fundamental Rights. The resolution contains a reference to that so there should be a proper assessment of gaps and the Commission should perform a stocktaking exercise with focus on proper implementation. It is of the utmost importance that we can reach an agreement on the directive on data protection as soon as possible in order to have a legal framework for sharing of data for law enforcement purposes.

Proper implementation of the new ISS will be crucial and the European Parliament, as well as the national parliaments, should be part of the monitoring process for democratic scrutiny. The resolution before us is the result of a compromise and I recommend that we support the text as it stands.

Barbara Spinelli, a nome del gruppo GUE/NGL. – Signor Presidente, onorevoli deputati, grazie per le promesse di collaborazione signor Commissario, ma la strategia sulla sicurezza non mi convince del tutto. Da troppi punti di vista imita l'antiterrorismo americano: è autocelebrativo e gestito da chiuse agenzie – Europol – e la collaborazione è debole con gli organi cui dovrebbe esser affidata la definizione delle minacce all'Unione – Consiglio, parlamenti nazionali, Parlamento europeo. Contempla quasi solo misure di repressione, c'è troppo poco sulla prevenzione.

La parola «diritti fondamentali» appare due volte nei 12 paragrafi dichiarativi della risoluzione. In nome della sicurezza, lo sappiamo, i diritti sono stati calpestati nell'ultimo decennio e più, in America e nell'Unione. Mi domando se continueremo ad avere notizia dal Senato americano delle torture e delle *extraordinary rendition* avvenute in

Ska Keller, on behalf of the Verts/ALE Group. – Mr President, we Greens support the idea that the European Union needs to have some sort of security strategy. I believe a lot of people are currently feeling insecure in Europe, namely minorities, whether migrants or Muslims who are now under threat in Germany and elsewhere from the friends of the people on the right side of this House.

We need to fight against organised crime and other serious crimes, for example fraud and environmental crimes, but we do also see some very worrying aspects in the current trend to make everybody a suspect and to put everybody under suspicion. I do not think this is the way forward because we need to protect our freedoms. That is what we actually want to do, but we cannot protect our freedoms by limiting them and we do not believe that we should close our borders in order to shut out some apparent exterior threat. I believe it is vital for the European Union to be open, accepting and welcoming to people from the outside, but also to create a place of security, safety and liberty for the people inside. That is the security strategy we should take.

Mario Borghezio (NI). - Signor Presidente, onorevoli colleghi, di fronte alle gravissime minacce – basti pensare ai fatti tragici del Pakistan – mi pare che questa strategia di sicurezza mostri la corda, come si suol dire: molto debole, molto incerta e molto imprecisa sui punti più gravi. Non ci dite niente di quello che volete fare di fronte al rischio dei lupi solitari: l'esempio del Pakistan ne dimostra molto chiaramente la pericolosità. Quindi, ripeto, quali misure? Inoltre, il fenomeno di enormi proporzioni dei terroristi, dei combattenti di Allah, di rientro, quei bravi signori che, dopo essere diventati terroristi e guerrieri di Allah per professione, tornano, magari a Milano, a Parigi, a Vienna, a Londra, e dobbiamo accoglierli, aprirgli le porte: istituiamo un albo europeo del terrorista qualificato! Non dite che cosa bisogna fare per filtrarli, per non farli rientrare; perché non devono essere fatti rientrare. Sono un pericolo per la nostra sicurezza.

Infine, il controllo dei clandestini, quel capolavoro tutto italiano del *Mare Nostrum*: sono stati fatti entrare per motivi umanitari circa 150.000 disgraziati, povera gente, ma in mezzo ai quali può esserci stato di tutto, posto che quasi metà di essi non è stato fotosegnalata, un aspetto che viene sempre taciuto nelle varie relazioni. Bisognerebbe avere, caro rappresentante della Presidenza italiana, l'onestà intellettuale – la sua onestà politica non la discuto – di dirlo: metà dei clandestini che sono sbarcati con l'operazione *Mare Nostrum* non sono stati identificati. Circolano liberamente in Europa e non sappiamo chi siano né quali siano i loro precedenti. Bella sicurezza!

(L'oratore accetta di rispondere a una domanda «cartellino blu» (articolo 162, paragrafo 8, del regolamento))

Dienstag, 16. Dezember 2014

Tomáš Zdechovský (PPE), *otázka položená zvednutím modré karty*. – Pane kolego, mohl byste nám vysvětlit, jak zabráníte osamělým vlkům, aby páchali teroristické činy? Mohl byste nám vysvětlit, jaká strategie osamělé vlky odradí od toho, aby páchali separátně teroristický čin? Děkuju za odpověď.

Mario Borghezio (NI), *Risposta a una domanda «cartellino blu»*. – Mi sembra assolutamente evidente che bisogna fare quello che non si sta facendo, controllando e chiudendo le moschee e i centri islamici dove questi personaggi crescono, vengono istruiti all'odio verso la nostra civiltà e la nostra religione. Non in tutte le moschee: ci sono moltissime moschee nelle quali non si fa questo ma ce ne sono molte altre in tutta Europa, nelle quali si preparano e si educano questi lupi solitari e l'esempio che abbiamo citato lo conferma. Basta prepararsi politicamente, psicologicamente, giuridicamente a una minaccia terribile: questi sono in mezzo alle nostre case, perché, con la dabbenaggine che ha caratterizzato la politica in materia di terrorismo e Islam, per molti anni li abbiamo lasciati entrare e diffondersi nel territorio.

(L'oratore accetta di rispondere a una domanda «cartellino blu» (articolo 162, paragrafo 8, del regolamento))

Barbara Spinelli (GUE/NGL), *Domanda «cartellino blu»*. – Vorrei chiedere all'on. Borghezio se si ricorda che cos'è stata l'operazione *Mare Nostrum*, purtroppo finita. *Mare Nostrum* non serviva per fare entrare gli immigrati o le persone che fuggono dalle guerre. *Mare nostrum* serviva per salvare persone che stavano per naufragare, per cercarle nel mare e aiutarle.

Mario Borghezio (NI), *Risposta a una domanda «cartellino blu»*. – È verissimo quello che ha detto la collega: serviva per quello! Purtroppo però di fronte alle più nobili intenzioni, spesso l'attuazione concreta è disastrosa. E disastroso è il fatto che si sia consentito che, in mezzo a quelle tante persone, di cui moltissime meritevoli di avere riconosciuto il diritto di asilo, che è un istituto di fronte al quale qualunque persona civile si inchina, ci possano essere state persone meno qualificate, meno meritevoli dell'accoglienza e sicuramente questo è avvenuto e ci si domanda perché non si sia provveduto a fotosegnalarli tutti, tanto per stare tranquilli.

Ελισάβετ Βόζεμπεργκ (PPE). - Κύριε Πρόεδρε, κύριε Επίτροπε, κύριε Υφυπουργέ, η Συνθήκη της Λισαβόνας μάς υποχρεώνει να δούμε τα καινούργια δεδομένα. Ποια είναι αυτά; Είναι το διασυνοριακό έγκλημα, το διεθνές έγκλημα στο οποίο περιλαμβάνονται οι εγκληματικές οργανώσεις που αφορούν σε εμπόριο ανθρώπων, εμπόριο οργάνων, εμπόριο ναρκωτικών, εμπόριο λευκής σαρκός, κυρίως ξέπλυμα βρόμικου χρήματος, και γενικά απάτες και εγκλήματα τα οποία δεν είχαν ποτέ αυτή τη διάσταση.

Η δεύτερη παράμετρος είναι η τρομοκρατία με καινούργια δεδομένα, με θρησκευτικά κίνητρα. Και αυτό, σε συνδυασμό με το γεγονός ότι από το Ευρωπαϊκό Δικαστήριο ανεστάλη η εφαρμογή της οδηγίας που αφορά στη διατήρηση δεδομένων, δυσχεραίνει τον κυρίαρχο τομέα που αφορά στην κουλτούρα της Ευρώπης, σ' αυτό που αναφερθήκατε κύριε Επίτροπε, στην πρόληψη.

Απαιτείται λοιπόν μια ευρωπαϊκή νομοθεσία η οποία σε ολιστική μορφή θα μπορεί να συγκεράσει τις αντίθετες απόψεις που διατυπώνονται στις νομοθεσίες των κρατών μελών, μια νομοθεσία η οποία θα διαπνέεται από τις αρχές της ενότητας, της αναλογικότητας, της αλληλεγγύης και κυρίως της δικαιοσύνης.

Μόνο έτσι μπορεί να αποτραπεί το φαινόμενο και μόνο έτσι μπορούν να συνεργασθούν οι θεσμοί, η αστυνομία, η δικαιοσύνη, για την καταστολή ενός φαινομένου η πρόληψη του οποίου δεν μπορεί να το αποτρέψει.

Josef Weidenholzer (S&D). - Herr Präsident! Alle Menschen haben ein Grundrecht darauf, sich sicher zu fühlen und ein Leben frei von Furcht zu führen. Deshalb ist die heutige Aussprache von großer Bedeutung.

Sicherheit erhält man freilich nicht, indem man Freiheit beschränkt. Freiheit und Sicherheit sind kein Widerspruch, sondern gegenseitige Bedingung. Um den Bedrohungen durch organisierte und grenzübergreifende Kriminalität und Terrorismus wirkungsvoll zu begegnen, braucht Europa eine ganzheitliche Strategie. Ein gemeinsames Europa benötigt eine gemeinsame Politik durch verstärkte polizeiliche und justizielle Zusammenarbeit im Geist der europäischen Solidarität. Hier konnten in der vergangenen Wahlperiode wesentliche Verbesserungen erreicht werden.

Dienstag, 16. Dezember 2014

Um ein hohes Maß an Sicherheit zu erreichen, braucht es aber vor allem entsprechende Rahmenbedingungen, das Vertrauen in die Rechtsstaatlichkeit, das nur dann entsteht, wenn die Institutionen der Rechtsdurchsetzung funktionieren. Und es braucht auch ein entsprechendes Niveau sozialer Sicherheit. Denn überall dort, wo soziale Sicherheit abgebaut wird, müssen die Menschen mit Unsicherheit und zunehmender Kriminalität rechnen.

Gerade in Zeiten wirtschaftlicher Krise ist es notwendig, die Sicherheitspolitik in diesem ganzheitlichen Sinn zu begreifen. Vorzugeben, man könne mit einer bloßen Verschärfung der Kontrolle und mehr Repression Probleme lösen, führt die Menschen in die Irre, und vor allem löst es die Probleme nicht.

Vicky Maeijer (NI). - Voorzitter, de gijzeling in Sydney door een aanhanger van de Islamitische Staat bewijst maar weer eens hoe actueel het onderwerp 'veiligheid' is. Als we blijven wegstijgen en weglopen voor het probleem dat 'islam' heet, dan is het niet de vraag óf dit in de Europese Unie gaat gebeuren maar wannéér het opnieuw raak zal zijn in Amsterdam, in Berlijn of in Londen. En het zijn niet alleen de terugkerende jihadisten of de aanhangers van de Islamitische Staat die een gevaar vormen voor onze veiligheid. Het grootste gevaar schuilt in de naïviteit, het structurele ontkennen van de gevaren waarmee we te maken hebben door de politiek correcte elite.

De ontwerpresolutie die hier vandaag voorligt, is een farce. Ik heb drie concrete vragen aan de Europese Commissie. Hoeveel jihadisten zijn er vanuit de Europese Unie uitgereisd om te vechten voor de Islamitische Staat? Hoeveel jihadisten zijn er teruggekeerd op Europees grondgebied? En wanneer bent u van plan te erkennen dat de islam het grootste probleem is voor onze veiligheid?

Ik rond af. Veiligheid is een nationale aangelegenheid, maar zolang de politiek correcte elite zijn kop niet uit het zand haalt, zal de Europese Unie niet veiliger worden. De oplossingen zijn simpel. Voeg grenscontroles in, pak uitreizende jihadisten hun paspoort af en zorg dat ze nooit meer terugkeren op Europees grondgebied.

Roberta Metsola (PPE). - Sur President, aktar minn qatt qabel, iċ-ċittadini Ewropej huma mhassba dwar il-harsien tas-sigurtà interna. L-avvenimenti li għadhom kif għaw fil-Pakistan huma tal-wahx. M'hemmx kliem biex niddeskriwi l-orrur meta naqra dawn l-istess ta' tfal innocenti li gew maqtula waqt li kienu l-iskola.

Għalhekk, minghajr ma nxerrdu il-biża, għandna kontinwament niftakru kemm hu essenzjali li jkollna strategija dinamika u effettiva ta' sigurtà u li jkun hemm koerenza bejn l-aspetti interni u esterni tagħha. L-istrategija għandu jkollha fost il-prijoritajiet tagħha t-traffikar tan-nies. Dan ir-reat jiġġenera iktar minn 150 miljun ewro fi qliegħ illegali. Dan hu qliegħ a skapitu ta' nies li huma fost l-aktar vulnerabbli.

Irridu ukoll nindirizzaw l-estremiżmu. Nirreferi għall-imsejha "Foreign Fighters" - ċittadini Ewropej li qed imorru jis-siehb u f'organizzazzjonijiet terroristiċi u m'għad jirritornaw lura fl-Ewropea.

Ma nistax ma nsemmix il-Libja. Malta taf sew x'inhuma r-riskji quddiem il-kaos f'dan il-pajjiż. Is-sitwazzjoni għadha prekarja. Il-koordinatur tagħna kontra t-terroriżmu diġà wissa dwar it-theddida tal-espansjoni tal-ISIS fil-Libja. L-Ewropa ma tistax tibqa' silenzjuża.

Hu mehtieg li fi kwalunkwe strategija jkun hemm bilanċ xieraq bejn is-sigurtà u l-libertajiet sabiex inkunu preparati għat-theddid u r-riskji ta' żmienna. Strategija li ma tindirizzax b'mod tajjeb u b'saħħtu dawn il-kwistjonijiet tkun strategija dgħajfa.

Илияна Йотова (S&D). - Г-н Председател, четири години са добър срок за анализ на стратегията и за отговор на въпроса „Какво трябва да се промени, за да бъде още по-ефективна сигурността на Съюза?“

Категорично наясно сме, че сме изправени пред нови, още по-големи предизвикателства и опасности и те изискват, г-н Комисар, не просто рамка и идеи, а повече конкретни предложения и мерки.

Ще се спра на два проблема: първият – борбата с престъпността и корупцията. През 2016 г. Европейската комисия трябва да представи втория доклад за борбата с корупцията, но това никак не е достатъчно. Трябва да се направи следващата крачка – пакет от законодателни директиви, регламенти с цел максимална хармонизация и сближаване на наказателното право в държавите членки.

Dienstag, 16. Dezember 2014

Престъпността е трансгранична – укриване на данъци, конфликт на интереси, злоупотреба с евро средства и се възползва от различията в отделните законодателства, за да избегне правосъдието.

Вторият проблем – сигурността на външните граници. За последните четири години се появиха нови опасности. Кой можеше да предвиди през 2010 г. огромните вълни от бежанци, опитите на терористите да се възползват от нелегалните канали, каналджийството, чуждестранните бойци?

Ако преди тринадесет години предложението за европейска гранична полиция бе само обект на проучване, днес нейното създаване е задължително. Страните по външните граници не могат да се справят сами и Вие го знаете добре, идвайки от Гърция. Над 1300 полиция в България пазят денонощно границата с Турция и това струва на държавата ни над 700 000 евро месечно.

Граничната полиция и нов FRONTEX и негови увеличени правомощия са само част от спешните мерки.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI). - Κύριε Πρόεδρε, είναι γεγονός ότι η Στρατηγική Εσωτερικής Ασφάλειας έχει αποδειχθεί γενικά επιτυχής και για τον λόγο αυτό θα πρέπει να ανανεωθεί. Δυστυχώς όμως οι προτεινόμενοι τρόποι για να αντιμετωπιστεί η απειλή κατά της Ευρώπης περισσότερο θεραπεύουν παρά προλαμβάνουν ένα κίνδυνο.

Θα εξηγήσω τι εννοώ:

Είναι γνωστό ότι κάθε χρόνο στις χώρες της Νοτίου Ευρώπης συρρέουν εκατοντάδες χιλιάδες παράνομων μεταναστών. Από την εμπειρία που έχω από την πατρίδα μου, την Ελλάδα, μπορώ να σας διαβεβαιώσω πως οι δυστυχείς αυτοί άνθρωποι χρησιμοποιούνται από τα διεθνή κυκλώματα ως μέσον για να υλοποιηθούν τέσσερις από τις μεγαλύτερες απειλές κατά της Ευρώπης, τις οποίες φιλοδοξεί να αντιμετωπίσει η Στρατηγική Εσωτερικής Ασφάλειας.

Οι απειλές αυτές είναι: η εμπορία ανθρώπων, η εμπορία παραποιημένων αγαθών, η διακίνηση ναρκωτικών και η τρομοκρατία.

Και αν μου πείτε ότι είμαι υπερβολικός επειδή στα ανατολικά σύνορα της Ελλάδος μαζί με τις εθνικές δυνάμεις ασφαλείας συνεργάζονται και οι δυνάμεις της FRONTEX, θα σας απαντήσω ότι αυτό δεν είναι σωστό, διότι οι άνθρωποι αυτοί δεν είναι ταξιδιώτες οι οποίοι ταξιδεύουν ως τουρίστες στην Ευρώπη. Άρα, το πρόβλημα δεν αντιμετωπίζεται με την απλή καταγραφή τους. Αν θέλουμε να έχουμε μια ολοκληρωμένη δομή Στρατηγικής Εσωτερικής Ασφάλειας, αυτή θα πρέπει να περιλάβει και τον κίνδυνο που προέρχεται από τους παράνομους μετανάστες.

Michał Boni (PPE). - Panie Przewodniczący! Nowa strategia bezpieczeństwa wewnętrznego jest konieczna, by odpowiadać na zmieniające się zagrożenia. Jednym z najważniejszych jest rozwój cyberprzestępczości, w tym cyberterroryzmu, co wymaga nadążania za zmiennością technologii, skutecznego prawa, nowych form współpracy między krajami, jak w przypadku dyrektywy o bezpieczeństwie sieci, oraz odpowiedniej zdolności organizacyjnej i finansowej europejskich agencji.

Reagowanie *post factum* jest niewystarczające. Nowe technologie są szybko adaptowane również do działalności przestępczej. W sieci kwitną usługi oferowane organizacjom kryminalnym, co utrudnia ich wykrywalność i kosztuje gospodarkę światową prawie 250 mld euro rocznie. Na nowe schematy działania przestępców musimy mieć odpowiedź. Jedną z nich jest rozwój „security by design”: wprowadzanie rozwiązań wspomagających bezpieczeństwo w trakcie tworzenia nowych produktów i usług. To wymaga silnej współpracy organów porządku publicznego z nauką i biznesem.

Nie wolno zapomnieć o standardach ochrony danych osobowych oraz wolności internetu. Równowaga między rozwiązaniami na rzecz bezpieczeństwa oraz ochrony praw podstawowych jest kluczowa i musi być podstawą nowej strategii. Już poprzednia strategia kładła nacisk na spójność podejścia w zapewnianiu bezpieczeństwa wewnętrznego i zewnętrznego. Współpraca z państwami trzecimi jest zatem niezbędna (szczególnie wobec cyberprzestępczości) dla zapewnienia bezpieczeństwa wewnętrznego Europy.

Heinz K. Becker (PPE). - Herr Präsident, Herr Kommissar, Herr Ratsvertreter, werte Kolleginnen und Kollegen! Die morgen zur Abstimmung kommende Entschließung des LIBE-Ausschusses, ein Jahr nach der Tragödie in Lampedusa, soll einen ganzheitlichen Ansatz verfolgen. Er soll Leitlinie für die Kommissionsarbeit sein, so wie das Parlament und unser Ausschuss es sieht. Ich möchte die Kommission motivieren hier weiter zu gehen. Erstens glaube ich, müssen wir uns bekennen zu einem effizienten Forcieren der legalen Einwanderung von Flüchtlingen und Fachkräften nach Europa. Dazu wäre es sinnvoll, EU-Checkpoints in den Drittstaaten zu errichten. Zweitens soll eine Quotenregelung, bzw. Mindestkontingente für alle EU-Mitgliedstaaten hinsichtlich der Aufnahme von Migranten verbindlich sein. Das sollte sanktionierbar sein.

Dienstag, 16. Dezember 2014

Darüber hinaus wollen wir den verstärkten Kampf gegen illegale Einwanderung, Schlepperkriminalität und Menschenhandel durch deutlich mehr Mittel für Frontex, Europol und Triton begleiten. Es ist erfreulich, dass wir morgen eine Budgeterhöhung in Höhe von 23 Mio. EUR für Frontex beschließen können.

Die Entschließung aus dem LIBE-Ausschuss morgen zur neuen EU-Strategie für innere Sicherheit hat hier ebenfalls Verknüpfungen zu unserem Thema. Wenn diese wesentlichen Voraussetzungen von den Mitgliedstaaten fixiert und beschlossen sind, dann können wir uns vorstellen, dass Dublin obsolet wird. Diesen Weg empfehle ich der Kommission.

Tomáš Zdechovský (PPE). - Pane předsedající, chtěl bych poděkovat také za tuto iniciativu, protože ji vnímám jako velmi, velmi důležitou. Zajištění bezpečnosti a svobody evropských občanů je pro mě jeden z nejzásadnějších úkolů Evropské unie.

Nesmíme však připustit, aby se z nové bezpečnostní strategie Evropské unie stalo monstrum nových instrumentů a opatření, které nebude nikdo monitorovat a kontrolovat. Vyzývám tedy Evropskou komisi, aby provedla důkladnou analýzu současných instrumentů ISS a navrhla jejich efektivní využití v nové bezpečnostní strategii.

V současné době bezpečnostní otázka nabírá nových rozměrů, a to nejen kvůli konfliktům v našem bezprostředním sousedství, ale i kvůli nebezpečí, které hrozí v rámci Evropské unie – rostoucí radikalizace spojená s terorismem a násilím. Podle nejnovějších statistik bojuje přes tři tisíce Evropanů v zahraničních konfliktech. A já se ptám, jak se tam ti lidé dostali? Musíme rozbít tu síť, to chapadlo, tu chobotnici, která tady funguje v Evropské unii a skrze internet nabírá nové členy pro tyto aktivity v cizích zemích. A to je jedna ze základních priorit nejenom evropských lidovců, ale myslím, že všech chytrých lidí, kteří sedí v tomto sále.

Procedura „catch the eye”

Ангел Джамбазки (ЕКР). - Уважаеми г-н Председател, уважаеми г-н Комисар, уважаеми г-н представител на Съвета, колеги, запознах се подробно с констатациите в доклада за изпълнението на стратегията за вътрешна сигурност на Европейския съюз 2010-2014 г. и смятам, че оценката не може да бъде само и единствено положителна.

Ще си позволя някои препоръки, които биха направили доклада по-обективен и биха подобрили работата за в бъдеще.

Това е засилване на националното сътрудничество по линията за борба с наркотрафика. Освен трафика на наркотици, следва да се отбележи, че високорисков и интензивен е трафикът на хора с цел просия, проституция, извършване на джебчийски кражби и други подобни. Тези въпроси стоят и трябва да бъдат решавани.

Също така стои въпросът с нелегалната миграция, държавите по южната граница са силно притеснени от големия брой нелегални имигранти. Разбира се особено притеснителна е кооперацията на ислямския фундаментализъм с криминалните елементи, особено в Западните Балкани, които биха представлявали сериозна заплаха за сигурността на Европейския съюз и на неговите граждани.

(Înceierea procedurii „catch the eye”)

Δημήτρης Αβραμόπουλος, Μέλος της Επιτροπής. - Κύριε Πρόεδρε, άκουσα με ιδιαίτερη προσοχή τα όσα ελέχθησαν πριν από λίγο από τα μέλη του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου. Θα έλεγα ότι ξεκινώ από μία βασική παρατήρηση: ότι, σε γενικές γραμμές, όλοι συμφωνούμε ότι η ασφάλεια σήμερα είναι μία από τις βασικότερες προτεραιότητες, όχι μονάχα για την Ευρώπη αλλά και για ολόκληρο τον κόσμο.

Εκείνο όμως που πρέπει να σημειώσουμε είναι ότι η συζήτηση αυτή και η πρωτοβουλία που αναλάβαμε, να υιοθετήσουμε μία νέα ευρωπαϊκή ατζέντα για την ασφάλεια, έρχεται σε μία ιδιαίτερα κρίσιμη στιγμή και για την Ευρώπη και για ολόκληρο τον κόσμο: Εμφανίζονται νέες μορφές απειλής για την ασφάλεια, η οποία είναι και αυτή θεμελιώδες δικαίωμα και προστατεύεται από τη δημοκρατία, από τον σεβασμό των θεμελιωδών δικαιωμάτων, από τις κατακτήσεις του πολιτισμένου κόσμου, από τον σεβασμό στην ανθρώπινη αξιοπρέπεια. Και η Ευρώπη έχει στηριχτεί σε αυτές τις αρχές.

Dienstag, 16. Dezember 2014

Το ότι δεν υπήρξε μία ολοκληρωμένη συνεκτική πολιτική ασφάλειας οφείλεται στο γεγονός ότι άλλες ήταν οι μορφές απειλής στο παρελθόν και άλλες τώρα. Όπως έλεγα και πρωτότερα, έχουμε την αποκάλυπτη απειλή της τρομοκρατίας, η οποία δεν ξέρουμε πότε και πού θα χτυπήσει, το ζούμε δε αυτές τις μέρες: το οργανωμένο έγκλημα, τους διακινητές και τους εμπόρους ανθρώπων, τα κυκλώματα, τους εμπόρους ναρκωτικών. Όλα αυτά συνδυάζονται μεταξύ τους. Δεν είναι λίγες οι περιπτώσεις σε κάποιες γωνιές του κόσμου όπου το οργανωμένο έγκλημα έχει δέσει με την τρομοκρατία. Και τα οργανωμένα κράτη, παρά το γεγονός ότι διαθέτουν μέσα και δυνατότητες, δεν έχουν καταφέρει να πατάξουν αυτό το φαινόμενο. Προστατεύεται λοιπόν από αυτή την ατζέντα εσωτερικής ασφάλειας ένα εκ των θεμελιωδών δικαιωμάτων, που με μεγάλες θυσίες έχει κατακτήσει η Ευρώπη και ο ελεύθερος κόσμος.

Θα ήθελα να επαναλάβω για μία ακόμη φορά ότι η πολιτική που φιλοδοξούμε να υιοθετήσουμε σε καμία περίπτωση δεν πρόκειται να οδηγήσει την Ευρώπη σε απομονωτισμό. Το έχω πει χαρακτηριστικά: Δεν θέλουμε μία Ευρώπη φρούριο. Η Ευρώπη πρέπει να είναι ανοιχτή.

Δεν πρέπει επίσης να συνδυάζουμε τη μετανάστευση με την τρομοκρατία, διότι αυτή η αντίληψη στο παρελθόν οδήγησε σε λάθος πολιτικές, πάρα πολλές φορές. Και θυμίζω για μια ακόμη φορά σε αυτή την αίθουσα ότι όλοι όσοι βρισκόμαστε σε αυτόν τον χώρο προερχόμαστε από έθνη μεταναστών, γι' αυτό θα πρέπει όλη η προσέγγιση να γίνεται με εντελώς διαφορετικά κριτήρια.

Δεν μας λείπει όμως ούτε η τόλμη ούτε η αποφασιστικότητα. Άκουσα με ιδιαίτερη προσοχή τα όσα είπατε. Και θα τα λάβω πολύ σοβαρά υπόψη για την κατάρτιση της τελικής μας πρότασης. Θα ακολουθήσουν πολλές συζητήσεις και είμαι βέβαιος ότι μέσα από αυτό τον χώρο θα προκύψει ίσως μία από τις πιο σημαντικές πολιτικές που θα διασφαλίσουν την ειρήνη, τη σιγουριά, την ασφάλεια, την ελεύθερη άσκηση των ανθρωπίνων δικαιωμάτων για όλους τους λαούς της Ευρώπης και μέσα από αυτό το μήνυμα η Ευρώπη θα είναι πρωτοπόρος σε ολόκληρο τον κόσμο στον πόλεμο κατά της τρομοκρατίας και κάθε μορφής απειλής που έχει σκοπό να δυναμιτίσει τα θεμέλια της παγκόσμιας δημοκρατίας.

Benedetto Della Vedova, Presidente in carica del Consiglio. - Signor Presidente, onorevoli deputati, il Consiglio attribuisce particolare importanza alle opinioni del Parlamento, naturalmente, e abbiamo preso nota delle argomentazioni emerse durante il dibattito. Riteniamo fermamente che la strategia di sicurezza interna rinnovata costituisca un passo in avanti nella costruzione di un'Unione che protegga i suoi cittadini e ne rispetti appieno diritti e libertà, inclusi coloro che soggiornano e che sono in visita nell'Unione europea.

L'SSI rinnovata dovrà concentrarsi sul fare un miglior uso degli strumenti esistenti prima di crearne di nuovi e sullo sviluppo di un approccio globale, equilibrato ed olistico che implichi tutti gli attori in conformità delle disposizioni dei trattati.

Președinte. - Am primit o propunere de rezoluție depusă în conformitate cu articolul 128 alineatul (5).

Dezbaterile s-au încheiat.

Votul va avea loc miercuri, 17 decembrie 2014.

Declarații scrise (articolul 162)

Therese Comodini Cachia (PPE) , *in writing.* – No single Member State can effectively respond to cross-border and cross-sectoral security challenges on its own. This is a common responsibility shouldered by the EU; a responsibility that identifies the challenges and designs the correct measures for action to ensure citizens' freedom and security. Challenges and measures for action must be evidenced based and this requires a pooling of resources that include information. Understandably security policy requires the collection of data, yet this is to be done in strict adherence to principles of data protection and in full respect of human rights. Organised crime such as human trafficking and human smuggling is not a new issue of security, yet the EU has so far not been able to address this effectively. This has increased migration flows and made the EU Mediterranean border a deadly space. This clearly indicates that closer cooperation among Member States and with third states and non-EU related bodies is key and that an internal security system is only effective if it recognises that it depends also on foreign and security policy. An EU security strategy fighting organised crime requires effective preventive measures rather than merely repressive ones. It also requires full respect for the dignity of victims.

Dienstag, 16. Dezember 2014

Miriam Dalli (S&D), *in writing*. – New conflicts in the EU's immediate neighbourhood are a reality. A reality which means that the security situation in Europe changed significantly in the last years. Many of today's security challenges are cross-border and as such go beyond the capacity of one individual Member State to respond to them effectively. The EU urgently needs a holistic approach in order to address these rapidly changing security threats including foreign fighters and cyber-security threats. It is imperative that the EU protects all individuals, especially the most vulnerable ones, and focuses in particular on the victims of crime and terrorism. In this day and age the interdependence between internal and external security is constantly growing and the renewed EU Internal Security Strategy should also take into account the external security dimension. As part of the EU's external policies due consideration should be given to migration and refugee policies, cooperation with third countries in tackling criminal phenomena and establishing an effective common return policy whilst enforcing readmission obligations in agreements with third countries. Furthermore, terrorism in all its forms remains a significant and ever-evolving threat to the EU's internal security. For these reason that I call for a forward-looking and strategic ISS.

Laura Ferrara (EFDD), *per iscritto*. — L'elaborazione di una Strategia di Sicurezza Interna per contrastare i pericoli derivanti da terrorismo, criminalità organizzata, cyber crime, criminalità transfrontaliera, violenza, catastrofi naturali e provocate dall'uomo, costituisce un'importante innovazione nell'ambito dell'Unione Europea. Purtroppo i risultati raggiunti non sembrano essere stati sempre all'altezza della sfida. I dati esibiti dalla Commissione nella sua ultima relazione sull'attuazione dell'ISS testimoniano senz'altro un encomiabile impegno, ma purtroppo la realtà è altra e spesso anche poco incoraggiante: basti pensare, per esempio, all'incapacità dell'UE di fronteggiare adeguatamente il traffico di esseri umani che si svolge quotidianamente nel Mediterraneo, e le conseguenze nefaste in termini di economie criminali collegate alla gestione dei sistemi di accoglienza dei migranti. Occorre, inoltre, agire con maggiore determinazione per introdurre una legislazione europea di contrasto alla criminalità organizzata di stampo mafioso ed alla corruzione. Particolare attenzione deve essere posta ai rischi connessi all'attuale crisi economica, che tende a favorire economie illegali di cui si avvantaggiano le organizzazioni criminali, che non fanno altro che aggravare la situazione. L'ISS va coniugata, infine, con la garanzia del rispetto dei diritti fondamentali. In tal senso è auspicabile un maggiore coinvolgimento del Parlamento europeo nell'elaborazione della strategia da adottare per i prossimi anni.

Christine Revault D'Allonnes Bonnefoy (S&D), *par écrit*. – Le terrorisme et la criminalité organisée constituent une menace croissante pour l'Europe. Les défis sont réels et d'une ampleur nouvelle, bien au-delà des frontières de notre continent. Face à ces risques, la réponse ne peut être qu'européenne, globale et tournée vers l'avenir. L'Union européenne et ses États membres ont la responsabilité de permettre aux citoyens européens de vivre en paix et en sécurité. L'augmentation rapide du nombre de combattants européens partis rejoindre les rangs d'organisations terroristes en Syrie et en Irak représente un danger indéniable pour notre sécurité et touche l'Europe en son cœur. Cet inquiétant phénomène de radicalisation appelle à la mobilisation de toutes les énergies et la mise en commun de nos compétences financières et opérationnelles. Il est indispensable que le respect de l'État de droit et la protection des droits fondamentaux constituent les principes directeurs de la nouvelle stratégie de sécurité intérieure de l'UE. L'équilibre entre mesures préventives et répressives est essentiel en ce sens, particulièrement pour assurer le respect de la vie privée et la protection des données personnelles des citoyens. La liberté, la sécurité et la justice sont en effet indissociables et doivent le rester.

Dienstag, 16. Dezember 2014

Bronis Ropė (Verts/ALE), raštu. – Akivaizdu, kad Europos Sąjungos gyventojų saugumas yra prioritetas klausimas. Tačiau kai kalbame apie kibernetinį saugumą, man kyla abejonių, kaip toli, siekdamas užkirsti keliai galimai grėsmei, gali nueiti kiekvienos konkrečios šalies institucijos. Visiškai neseniai Lietuvoje buvo priimtas Kibernetinio saugumo įstatymas, kuris leidžia individualiam vartotojui, pabrėžiu – individualiam vartotojui, kurio kompiuteris galbūt yra tik užkrėstas virusu, atjungti internetą 2 paroms, įtariant galimą kibernetinį incidento poveikį. Tam nereikia teismo sprendimo. Tai gali padaryti Nacionalinio kibernetinio saugumo centro specialistai. Tas pats įstatymas leidžia policijai pateikti interneto tiekėjui nurodymus 90 d. išsaugoti visą informaciją apie tam tikro asmens lankomus puslapius, mokėjimus naudojantis internetine bankininkyste, pašto ir geografinės padėties adresą ir pan. Taigi įteisinamas sekimas šalyje, kuri liūdnei pagarsėjusi telefoninių pokalbių pasiklausymais, kurie apima apie 12–14 tūkstančių asmenų per metus. Gerbiami parlamentarai, ar iš tiesų mes siekiame, kad vis daugiau ir daugiau žmonių būtų sekama? Aš nesakau, kad šios rezoliucijos nereikia. Sakau, kad būtina užtikrinti, kad ši rezoliucija netaptų pagrindu paminti žmogaus teises ir laisves.

Indrek Tarand (Verts/ALE), por escrito. – Señorías, el debate sobre la seguridad interior es oportuno. Fuera de la UE, Rusia está invadiendo Europa. En el interior, hay inestabilidad financiera, un desempleo masivo, el ascenso de la extrema izquierda y la extrema derecha. Sarkozy, el hombre responsable del acuerdo infame de los buques de guerra del tipo Mistral, está intentando volver al poder. Por eso, tenemos que retirar estos buques de guerra del mercado rápidamente. La UE debería comprarlos o al menos Francia debería venderlos a alguien que no sea Putin, a la mayor brevedad posible. *Ceterum censeo*, Francia se arrepentirá seriamente de su decisión de vender buques de guerra a Rusia.

19. Tagesordnung der nächsten Sitzung: siehe Protokoll

20. Schluss der Sitzung

(Ședința a fost încheiată la ora 22.45)

Mittwoch, 17. Dezember 2014

AUSFÜHRLICHE SITZUNGSBERICHTE VOM 17. DEZEMBER 2014

(2022/C 403/03)

Inhalt	Seite
1. Eröffnung der Sitzung	381
2. Delegierte Rechtsakte (Artikel 105 Absatz 6 GO): siehe Protokoll	381
3. Durchführungsmaßnahmen (Artikel 106 GO): siehe Protokoll	381
4. Beschlüsse über bestimmte Dokumente: siehe Protokoll	381
5. Anerkennung der palästinensischen Eigenstaatlichkeit (eingereichte Entschließungsanträge): siehe Protokoll ..	381
6. Lage der Stahlindustrie in der EU: Schutz von Arbeitskräften und Wirtschaftszweigen (eingereichte Entschließungsanträge): siehe Protokoll	381
7. Lage im Mittelmeerraum und Notwendigkeit eines ganzheitlichen Ansatzes der EU für Migration (eingereichte Entschließungsanträge): siehe Protokoll	381
8. Vorlage von Dokumenten: siehe Protokoll	381
9. Vorbereitung des Europäischen Rates (18./19. Dezember 2014) (Aussprache)	381
10. Abstimmungsstunde	419
10.1. Autonome Handelspräferenzen für die Republik Moldau (A8-0053/2014 - Sorin Moisă) (Abstimmung)	419
10.2. Zollbehandlung von Waren mit Ursprung in Ecuador (A8-0056/2014 - Helmut Scholz) (Abstimmung)	419
10.3. Inanspruchnahme des Spielraums für unvorhergesehene Ausgaben im Jahr 2014 (A8-0068/2014 - Gérard Deprez) (Abstimmung)	419
10.4. Entwurf des Berichtigungshaushaltsplans Nr. 3/2014: Einnahmen aus Geldbußen, Zinszahlungen und Rückzahlungen – Mittel für Zahlungen – Personal der Kommission, des AdR und des Europäischen Datenschutzbeauftragten (A8-0069/2014 - Gérard Deprez) (Abstimmung)	419
10.5. Entwurf des Berichtigungshaushaltsplans Nr. 4/2014 — Traditionelle Eigenmittel (TEM), MwSt-Bemessungsgrundlage und Bemessungsgrundlage des Bruttonationaleinkommens (BNE) (A8-0076/2014) (Abstimmung)	419
10.6. Inanspruchnahme des Solidaritätsfonds der EU: Überschwemmungen in Italien – Erdbeben in Griechenland – Eisregen in Slowenien – Eisregen und Überschwemmungen in Kroatien (A8-0073/2014 - Patricija Šulin) (Abstimmung)	419
10.7. Entwurf des Berichtigungshaushaltsplans Nr. 5/2014: Überschwemmungen in Italien (Sardinien) im Jahr 2013 — Erdbeben in Griechenland – Eisregen in Slowenien – Eisregen und anschließende Überschwemmungen in Kroatien im Jahr 2014 (A8-0078/2014 - Gérard Deprez) (Abstimmung)	419
10.8. Entwurf des Berichtigungshaushaltsplans Nr. 6/2014: Aktualisierung der Vorausschätzungen der traditionellen Eigenmittel, der Mehrwertsteuerbeiträge und der BNE-Beiträge (A8-0074/2014 - Gérard Deprez) (Abstimmung)	419
10.9. Inanspruchnahme des EU-Solidaritätsfonds: Überschwemmungen in Serbien, Kroatien und Bulgarien (A8-0075/2014 - José Manuel Fernandes) (Abstimmung)	419
10.10. Entwurf des Berichtigungshaushaltsplans Nr. 7/2014: Überschwemmungen in Serbien, Kroatien und Bulgarien (A8-0072/2014 - Gérard Deprez) (Abstimmung)	420

Mittwoch, 17. Dezember 2014

Inhalt	Seite
10.11. Entwurf des Berichtigungshaushaltsplans Nr. 8/2014: Überschuss aus der Ausführung des Haushaltsplans 2013 (A8-0079/2014 - Gérard Deprez) (Abstimmung)	420
10.12. Eigenmittel der Union - Angleichung der nationalen Beiträge der Mitgliedstaaten (A8-0066/2014 - Gérard Deprez, Janusz Lewandowski) (Abstimmung)	420
10.13. Inanspruchnahme des EU-Solidaritätsfonds: von Katastrophen betroffene Regionen (A8-0077/2014 - Siegfried Mureşan) (Abstimmung)	420
10.14. Inanspruchnahme des Flexibilitätsinstruments - Strukturfondsprogramme für Zypern (A8-0071/2014 - Eider Gardiazabal Rubial) (Abstimmung)	420
10.15. Neuer Entwurf des Gesamthaushaltsplans der Europäischen Union für das Haushaltsjahr 2015 ..	420
10.16. Neuer Gesamthaushaltsplan der Europäischen Union für das Haushaltsjahr 2015 (A8-0067/2014 - Eider Gardiazabal Rubial, Monika Hohlmeier) (Abstimmung)	420
10.17. Verordnung (EU) Nr. .../... der Kommission vom XXX zur Ergänzung der Verordnung (EG) Nr. 1071/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates in Bezug auf die Einstufung schwerwiegender Verstöße gegen die Unionsvorschriften, die zur Aberkennung der Zuverlässigkeit der Kraftverkehrsunternehmen führen können, sowie zur Änderung von Anhang III der Richtlinie 2006/22/EG des Europäischen Parlaments und des Rates (B8-0325/2014) (Abstimmung)	421
10.18. Vorschlag für eine Richtlinie des Rates zur Festlegung von Berechnungsverfahren und Anforderungen an die Berichterstattung gemäß der Richtlinie 98/70/EG des Europäischen Parlaments und des Rates über die Qualität von Otto- und Dieselmotorkraftstoffen (B8-0326/2014) (Abstimmung) ..	421
10.19. Delegierte Verordnung (EU) der Kommission zur Erstellung eines Rückwurfplans für die Ostsee (B8-0319/2014) (Abstimmung)	421
10.20. Solvabilität II (B8-0358/2014) (Abstimmung)	421
10.21. Erneuerung der EU-Strategie der inneren Sicherheit (B8-0350/2014) (Abstimmung)	421
10.22. Anerkennung der palästinensischen Eigenstaatlichkeit (RC-B8-0277/2014, B8-0277/2014, B8-0309/2014, B8-0310/2014, B8-0349/2014, B8-0357/2014, B8-0359/2014) (Abstimmung)	421
10.23. Lage der Stahlindustrie in der EU: Schutz von Arbeitskräften und Wirtschaftszweigen (RC-B8-0352/2014, B8-0351/2014, B8-0352/2014, B8-0353/2014, B8-0354/2014, B8-0355/2014, B8-0356/2014) (Abstimmung)	423
10.24. Lage im Mittelmeerraum und Notwendigkeit eines ganzheitlichen Ansatzes der EU für Migration (B8-0362/2014) (Abstimmung)	423
11. Stimmerklärungen	423
11.1. Autonome Handelspräferenzen für die Republik Moldau (A8-0053/2014 - Sorin Moisă)	423
11.2. Zollbehandlung von Waren mit Ursprung in Ecuador (A8-0056/2014 - Helmut Scholz)	442
11.3. Inanspruchnahme des Spielraums für unvorhergesehene Ausgaben im Jahr 2014 (A8-0068/2014 - Gérard Deprez)	455
11.4. Entwurf des Berichtigungshaushaltsplans Nr. 3/2014: Einnahmen aus Geldbußen, Zinszahlungen und Rückzahlungen – Mittel für Zahlungen – Personal der Kommission, des AdR und des Europäischen Datenschutzbeauftragten (A8-0069/2014 - Gérard Deprez)	464
11.5. Entwurf des Berichtigungshaushaltsplans Nr. 4/2014 — Traditionelle Eigenmittel (TEM), MwSt-Bemessungsgrundlage und Bemessungsgrundlage des Bruttonationaleinkommens (BNE) (C8-0290/2014)	474
11.6. Inanspruchnahme des Solidaritätsfonds der EU: Überschwemmungen in Italien – Erdbeben in Griechenland – Eisregen in Slowenien – Eisregen und Überschwemmungen in Kroatien (A8-0073/2014 - Patricija Šulin)	483

Mittwoch, 17. Dezember 2014

Inhalt	Seite
11.7. Entwurf des Berichtigungshaushaltsplans Nr. 5/2014: Überschwemmungen in Italien (Sardinien) im Jahr 2013 — Erdbeben in Griechenland – Eisregen in Slowenien – Eisregen und anschließende Überschwemmungen in Kroatien im Jahr 2014 (A8-0078/2014 - Gérard Deprez)	495
11.8. Entwurf des Berichtigungshaushaltsplans Nr. 6/2014: Aktualisierung der Vorausschätzungen der traditionellen Eigenmittel, der Mehrwertsteuerbeiträge und der BNE-Beiträge (A8-0074/2014 - Gérard Deprez)	506
11.9. Inanspruchnahme des EU-Solidaritätsfonds: Überschwemmungen in Serbien, Kroatien und Bulgarien (A8-0075/2014 - José Manuel Fernandes)	513
11.10. Entwurf des Berichtigungshaushaltsplans Nr. 7/2014: Überschwemmungen in Serbien, Kroatien und Bulgarien (A8-0072/2014 - Gérard Deprez)	524
11.11. Entwurf des Berichtigungshaushaltsplans Nr. 8/2014: Überschuss aus der Ausführung des Haushaltsplans 2013 (A8-0079/2014 - Gérard Deprez)	533
11.12. Eigenmittel der Union - Angleichung der nationalen Beiträge der Mitgliedstaaten (A8-0066/2014 - Gérard Deprez, Janusz Lewandowski)	540
11.13. Inanspruchnahme des EU-Solidaritätsfonds: von Katastrophen betroffene Regionen (A8-0077/2014 - Siegfried Mureşan)	548
11.14. Inanspruchnahme des Flexibilitätsinstruments - Strukturfondsprogramme für Zypern (A8-0071/2014 - Eider Gardiazabal Rubial)	560
11.15. Entwurf des Gesamthaushaltsplans der Europäischen Union – Haushaltsjahr 2015	569
11.16. Neuer Gesamthaushaltsplan der Europäischen Union für das Haushaltsjahr 2015 (A8-0067/2014 - Eider Gardiazabal Rubial, Monika Hohlmeier)	577
11.17. Verordnung (EU) Nr. .../... der Kommission vom XXX zur Ergänzung der Verordnung (EG) Nr. 1071/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates in Bezug auf die Einstufung schwerwiegender Verstöße gegen die Unionsvorschriften, die zur Aberkennung der Zuverlässigkeit der Kraftverkehrsunternehmer führen können, sowie zur Änderung von Anhang III der Richtlinie 2006/22/EG des Europäischen Parlaments und des Rates (B8-0325/2014)	597
11.18. Vorschlag für eine Richtlinie des Rates zur Festlegung von Berechnungsverfahren und Anforderungen an die Berichterstattung gemäß der Richtlinie 98/70/EG des Europäischen Parlaments und des Rates über die Qualität von Otto- und Dieselmotorkraftstoffen (B8-0326/2014)	611
11.19. Delegierte Verordnung (EU) der Kommission zur Erstellung eines Rückwurfsplans für die Ostsee (B8-0319/2014)	625
11.20. Solvabilität II (B8-0358/2014)	633
11.21. Erneuerung der EU-Strategie der inneren Sicherheit (B8-0350/2014)	639
11.22. Anerkennung der palästinensischen Eigenstaatlichkeit (RC-B8-0277/2014, B8-0277/2014, B8-0309/2014, B8-0310/2014, B8-0349/2014, B8-0357/2014, B8-0359/2014)	654
11.23. Lage der Stahlindustrie in der EU: Schutz von Arbeitskräften und Wirtschaftszweigen (RC-B8-0352/2014, B8-0351/2014, B8-0352/2014, B8-0353/2014, B8-0354/2014, B8-0355/2014, B8-0356/2014)	688
11.24. Lage im Mittelmeerraum und Notwendigkeit eines ganzheitlichen Ansatzes der EU für Migration (B8-0362/2014)	712
12. Berichtigungen des Stimmverhaltens und beabsichtigtes Stimmverhalten: siehe Protokoll	735
13. Genehmigung des Protokolls der vorangegangenen Sitzung: siehe Protokoll	735
14. Delegierte Rechtsakte (Artikel 105 Absatz 6 GO): siehe Protokoll	735

Mittwoch, 17. Dezember 2014

Inhalt	Seite
15. Bericht des Senats der Vereinigten Staaten von Amerika über Folterungen durch die CIA (Aussprache)	736
16. Meinungsfreiheit in der Türkei: Verhaftungen von Journalisten und führenden Medienvertretern und systematischer Druck auf die Medien in jüngster Zeit (Aussprache)	761
17. Assoziierungsabkommen mit Georgien - Abschluss eines Assoziierungsabkommens mit Georgien (Aussprache)	777
18. Khartum-Prozess und anstehende Migrationsrouten-Initiative EU - Horn von Afrika (Aussprache)	794
19. Tagesordnung der nächsten Sitzung: siehe Protokoll	806
20. Schluss der Sitzung	806

Mittwoch, 17. Dezember 2014

AUSFÜHRLICHE SITZUNGSBERICHTE VOM 17. DEZEMBER 2014**VORSITZ: MARTIN SCHULZ***Präsident**(Die Sitzung wird um 9.00 Uhr eröffnet.)***1. Eröffnung der Sitzung**

Der Präsident. - Ich begrüße die anwesenden Kolleginnen und Kollegen herzlich hier im Hause zu unserer frühmorgendlichen Sitzung. Ich begrüße auch die Vertreter des Rates und der Kommission.

2. Delegierte Rechtsakte (Artikel 105 Absatz 6 GO): siehe Protokoll**3. Durchführungsmaßnahmen (Artikel 106 GO): siehe Protokoll****4. Beschlüsse über bestimmte Dokumente: siehe Protokoll****5. Anerkennung der palästinensischen Eigenstaatlichkeit (eingereichte Entschließungsanträge): siehe Protokoll****6. Lage der Stahlindustrie in der EU: Schutz von Arbeitskräften und Wirtschaftszweigen (eingereichte Entschließungsanträge): siehe Protokoll****7. Lage im Mittelmeerraum und Notwendigkeit eines ganzheitlichen Ansatzes der EU für Migration (eingereichte Entschließungsanträge): siehe Protokoll****8. Vorlage von Dokumenten: siehe Protokoll****9. Vorbereitung des Europäischen Rates (18./19. Dezember 2014) (Aussprache)**

Der Präsident. - Als nächster Punkt der Tagesordnung folgt die Aussprache über die Erklärungen des Rates und der Kommission zur Vorbereitung des Europäischen Rates (18./19. Dezember 2014) (2013/2706(RSP)).

Mittwoch, 17. Dezember 2014

Benedetto Della Vedova, *Presidente in carica del Consiglio*. - Signor Presidente, volevo cogliere l'occasione a nome del Consiglio, anche per complimentarmi per il premio Carlo Magno che ha ricevuto. Onorevoli deputati alla riunione del Consiglio europeo di dicembre due saranno gli argomenti principali all'ordine del giorno: il tema degli investimenti e quello dell'Ucraina. La crisi finanziaria e del debito ha indotto l'Unione europea a ripensare la strategia economica. Il Consiglio europeo è al centro di tale strategia, così come gli investimenti saranno al centro del Consiglio europeo.

L'Europa ha bisogno di investimenti. Esiste una considerevole riserva di progetti di investimenti che possono essere sfruttati ma i progetti ambiziosi non sempre trovano finanziamenti anche quando il loro potenziale europeo è enorme. Ovviamente, ci sono dei motivi alla base di questa situazione. La crisi ha avuto un impatto sul comportamento di tutti: operatori sovrani, economici e soprattutto investitori privati, i quali hanno assunto un atteggiamento prudente non essendo certi dei profitti attesi. Ma questa situazione non può e non deve continuare. Uno dei principali obiettivi del Consiglio europeo sarà pertanto ripristinare la fiducia. Occorre stimolare gli investimenti e migliorare il quadro degli investimenti in Europa. Il Consiglio europeo fornirà orientamenti e direttive in tre settori principali.

In primo luogo, tramite l'istituzione di un fondo europeo per gli investimenti strategici, il quale mobilerà i nuovi investimenti tra il 2015 e il 2017. Sarà necessario l'aiuto congiunto delle nostre due istituzioni. In quanto colegislatori, dovremo operare rapidamente sulla futura proposta legislativa in modo che i nuovi investimenti possano iniziare già nella prima metà del 2015. In parallelo la BEI avvierà le attività avvalendosi di fondi propri. In secondo luogo, continuando attivamente le riforme strutturali e un risanamento dei conti pubblici favorevoli alla crescita. Si tratta di condizioni preliminari per la crescita. Non ci possono essere investimenti senza finanze pubbliche sane, il giusto quadro fiscale e la certezza normativa. In terzo luogo, tramite la creazione di un ambiente favorevole e prevedibile per gli investimenti. Anche in questo caso il nostro ruolo di colegislatore sarà fondamentale per migliorare il quadro normativo, anche perseguendo un ambizioso programma relativo al miglioramento della legislatura.

Il Consiglio europeo di domani fornirà orientamenti politici e definirà priorità, conformemente al suo compito e alla sua responsabilità definita nei trattati. Ma tradurre questi orientamenti e priorità nell'economia reale è il nostro compito e la nostra responsabilità. Occorrerà che il Parlamento europeo e il Consiglio si impegnino strenuamente e rapidamente per conseguire i risultati che i nostri cittadini si aspettano da noi. La Presidenza del Consiglio – e possono parlare anche a nome della Lettonia che ci succederà – farà tutto il possibile per rendere vincente questo quadro per gli investimenti. Non ho dubbi sul fatto che voi sarete altrettanto impegnati a raggiungere questo obiettivo, come dimostrato alcune settimane fa durante il dibattito sul piano di investimenti per l'Europa, proposto dal Presidente Juncker.

Signor Presidente, onorevoli deputati, permettetemi di concludere con un breve cenno all'Ucraina, dove la situazione resta precaria. Gli sviluppi nella parte orientale del paese sono fonte di continue e gravi preoccupazioni. Sono consapevole che tali preoccupazioni sono condivise anche da molti membri di questo Parlamento. Il Consiglio europeo seguirà da vicino gli sviluppi al riguardo ed è pronto ad adottare ulteriori iniziative, se necessario. Come sapete, questa settimana, l'alto rappresentante, Federica Mogherini, si trova a Kiev e certamente condividerà con il Consiglio gli esiti della sua visita. Nel contempo, il nuovo governo ucraino è determinato a portare avanti riforme politiche ed economiche. Tutti dovremo incoraggiarlo nonché agevolare e sostenere ulteriormente il processo di riforme nel paese.

Vi ringrazio per l'attenzione e con attendo con interesse di sentire le vostre opinioni in proposito che – ve lo garantisco – saranno trasmesse al Presidente Tusk prima della riunione di domani. Sono stato informato tra l'altro, del fatto che il Presidente parteciperà alla vostra tornata di gennaio.

Jean-Claude Juncker, *Kommissionspräsident*. - Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich freue mich, Ihnen über die Position der Kommission für den morgigen Europäischen Rat berichten zu dürfen und wäre Ihnen dankbar, wenn Sie ihre anderen Kollegen, die heute Morgen die Gelegenheit nicht nutzen konnten, zu früher Stunde schon hier zu sein, darüber informieren würden, bevor ...

Mittwoch, 17. Dezember 2014

Der Präsident. - Das machen wir, kein Problem.

Jean-Claude Juncker, Kommissionspräsident. - Nein, normalerweise kommentiert man etwas, dem man nicht zugehört hat, und selbst wenn man zugehört hat kommentiert man das, was man ohnehin sagen wollte. und deshalb brauchen wir, wie ich gestern schon ausführen durfte

Der Präsident. - Die Kollegen sind alle unterwegs, um ihre gestrigen Botschaften in aller Welt zu verkünden, Herr Kommissionspräsident.

Jean-Claude Juncker, Kommissionspräsident. - Ich freue mich über diese Trommler, die Sie im Dienst haben.

Two elements stand out when we look ahead to the European Council meeting. Firstly, Europe needs a new approach to investment, and we will have to concentrate on improving the investment climate in Europe. We will also have to help our eastern neighbour, Ukraine, stabilise the situation in the East, master the challenges of the winter and pursue the path of reform. We will have to focus our efforts to successfully implement these objectives. Let me start by making a few remarks on our new approach to investment.

On 28 November, the Commission presented its 2015 Annual Growth Survey, which is part of a comprehensive jobs, growth and investment package. The Commission proposes an integrated approach built around three main pillars, all of which must act together and must be pursued in joint action of EU Institutions and Member States to be successful and deliver long-lasting benefits: boosting investment; accelerating structural reforms; and promoting fiscal responsibility by pursuing a responsible growth-friendly fiscal consolidation.

Let me briefly go through these three points one by one. First, we need a coordinated boost to investment: generating the right conditions for more and sustainable investment is the first priority for this Commission. Weak investment slows down economic recovery in the short term and hurts growth and competitiveness in the longer run. Investments in Europe are today – on average – 15% below pre-crisis levels, and we must take action to change this.

As I mentioned when presenting our Investment Plan to you on 26 November, we will set up a European Fund for Strategic Investment together with the European Investment Bank. The aim is to kick-start a string of public and private investment projects in Europe that would not have happened otherwise. The purpose of this new fund will be to invest in those Member States hit hardest by the economic downturn.

The Fund will work in a wide range of areas and choose the financial instruments most suitable for the project in question: from energy interconnectors to broadband; from education infrastructure to innovative SMEs; from renewable energy to high-tech healthcare.

As you will understand, I can certainly not commit to financing of specific projects here and now. All projects have to be screened in light of their economic viability. The list published by the Taskforce on Investments last week contains over 2 000 examples. Obviously, not all of these are new, strategic and economically viable. Nevertheless, there are many interesting examples, like infrastructure for energy-connections in Finland, Poland and the Baltic States, reform of school infrastructure in Italy, or modernisation of regional hospitals in Belgium, just to mention a few examples.

To set up the fund, we need one legal act, to be adopted in codecision. The Commission will put forward a proposal in January 2015 and we count on your support for swift adoption during the spring. The common aim is that the Fund is fully operational by mid next year.

In order to start delivering on the ground as rapidly as possible, we count on the European Investment Bank to be able to start certain activities using its funds at the beginning of 2015. The European Investment Bank has also agreed with this basic idea.

Much has been said about how Member States can contribute to the fund. The new Fund is self-standing. However, its impact would obviously be much greater if Member States contributed to it. Several Member States have signalled their potential interest in doing so, and I am now awaiting concrete proposals to this end. I do hope that the European Council tomorrow will indicate its intention to contribute to these stakes. I need not only words, not only „parole parole“ – I need money.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

For my part, I have signalled the Commission's intention to take a favourable position towards such capital contributions in the context of the assessment of public finances under the Stability and Growth Pact. We will come forward with detailed guidance on this in January.

Let me also assure you that in order to guarantee that projects are chosen on their merits, investment decisions should be based on an independent and expert analysis of the intrinsic merits and economic and social viability of each project. There will be no sectorial or geographic pre-allocations or „quotas“. However, technical assistance will be stepped up so that project promoters and relevant authorities in all countries will be able to present viable and investible projects. And a transparent pipeline of projects will allow all interested parties to access potential projects in a quick and efficient way. These efforts will be accompanied by concrete proposals to improve the investment environment by removing regulatory barriers in our single market.

Deuxièmement, nous avons besoin de réformes structurelles. Rappelez-vous le triangle vertueux que je vous avais décrit en présentant le plan d'investissement, complété par la consolidation budgétaire et les réformes structurelles. Ces trois éléments du triangle ne s'opposent, mais ils vont de pair.

Nous avons été assez efficaces dans notre effort collectif consistant à réduire les déficits budgétaires. Toujours est-il que les niveaux de la dette publique sont trop élevés dans un certain nombre d'États membres et qu'ils constituent des entraves à la volonté – qui peut être celle des investisseurs privés – d'investir en Europe.

I expect tomorrow's European Council to give the Commission full support for taking forward the implementation of all the elements of the Investment Plan. I also expect the European Council to agree to double the overall use of innovative financial instruments under the European Structural Funds for the next programming period. This means a more efficient and more intelligent use of public funds and higher impact on the ground. I am obviously also looking forward to the Parliament's continued support.

The other point on tomorrow's agenda concerns Ukraine. The new government in Ukraine was elected for its reform agenda. We have seen an ambitious Coalition Agreement and a bold Government Action Plan. We should also welcome the government's determination to carry out political and economic reforms. The Union and its Member States must continue to facilitate and support the government's work. The challenges it faces are enormous.

First, it must bring peace to Donetsk and Luhansk. Over the past week, we have seen less violence, but the lull must become a ceasefire. Weapons should be withdrawn from the line of contact and the peace process should resume. We must continue to do everything in our power to stabilise the situation in Eastern Ukraine by insisting that all parties implement the Minsk agreement.

Second, Ukraine is experiencing a deep recession. This is the result of long-standing macroeconomic and structural problems. In this difficult context, the European Union has provided unprecedented financial support. We are about to complete implementation of our two Macro-Financial Assistance programmes. A total of EUR 760 million in long-term loans has been disbursed in just the last two months, following on from the EUR 600 million already extended in the summer. Under these programmes, EUR 250 million more can be disbursed early in 2015 if the policy conditions are met.

But Ukraine will need more help. The assessment of Ukraine's financing gap has been completed by the IMF. Ukraine will need USD 15 billion in addition to what is already planned. The European Union can only help within its budget. The relevant EU budget line has been squeezed. There is only a small margin of flexibility for additional financing next year. If we fully use our margin for Ukraine, we will have nothing to address other needs that may arise over the next two years. So, we will need to be able to meet Ukraine's request for EUR 2 billion. As the European Union is not able to do that, Member States will have to contribute and to give us greater flexibility in the budget.

Third, the Government must secure Ukraine's energy supply. The „winter package“ gas agreement reached on 30 October is being implemented. Ukraine has ordered a first consignment of one billion cubic meters of gas, which was prepaid on 5 December. Delivery has begun. The Commission will continue monitoring the implementation of the agreement and will continue to encourage the Ukrainian Government to order sufficient gas from Russia in January and February. These are the main indications I wanted to deliver. We will see during the European Council, and afterwards, what sense of responsibility Member States will show.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

Manfred Weber, *im Namen der PPE-Fraktion*. – Herr Präsident, sehr geehrter Herr Kommissionspräsident, sehr geehrter Herr Ratspräsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir sind in der Adventszeit, kurz vor Weihnachten. Da darf man Wünsche äußern.

Ich möchte meinen ersten Wunsch äußern im Hinblick auf den anstehenden Rat, dass wir vielleicht die alte ewige Debatte über Austerität und Flexibilität mal hinter uns lassen, die Schlachten, die wir im Europäischen Rat seit Monaten und Jahren führen, weil Jean-Claude Juncker, die neue Kommission, dazu gute Vorschläge vorgelegt hat, diese Debatte zu überwinden.

Konkret: Investitionspakt. Jean-Claude Juncker, die neue Kommission, hat eine neue Methode vorgelegt – wir haben das intensiv diskutiert: nicht neue Schulden zu machen, sondern 315 Milliarden EUR privates Kapital zu mobilisieren. Die EVP unterstützt diesen Vorschlag. Europa tut damit das, was wir als Europäer leisten können. Und jetzt liegt das Thema auf dem Ratstisch. Da bitten wir um Unterstützung, da fordern wir Unterstützung ein! Wir brauchen diesen Investitionsschub für Europa, und die nationale Ebene ist eingeladen, Beiträge zu liefern. Ich sage dazu, dass ich mir wünschen würde, dass möglichst viele Staaten schon in den nächsten Tagen deutlich machen, dass sie Beiträge liefern. Auch zu meinem Land, zu Deutschland, sage ich: Es wäre gut, wenn Deutschland eigene Beiträge auf den Tisch legt, um den Investitionspakt zu unterstützen. Es wäre ein wichtiger Schritt, den wir gehen, um Dynamik zu erzeugen.

Zu den 2 000 Projektanträgen möchte ich nur noch sagen: Gut, dass die EIB am Ende des Tages entscheiden wird. Denn viele der Projekte, die vom Rat, von den Mitgliedstaaten, auf den Tisch gelegt wurden, entsprechen eher einer Wunschliste als einer Prioritätenliste, was man denn eigentlich für die Zukunft Europas braucht.

Der zweite Teil ist dann die Debatte, die Einladung an diejenigen, die für Flexibilität eintreten, die für mehr Zeit eintreten, das Angebot von Jean-Claude Juncker, bis März Zeit zu geben, für Frankreich, Italien mehr Zeit zu geben, einzuladen, die notwendigen Reformen zu machen. Nicht die ausgestreckte Hand aus Brüssel anwenden, sondern einladen, die Struktur-reformen, die notwendig sind, anzugehen. Auch da liegt das Angebot des neuen Kommissionspräsidenten auf dem Tisch, diese ausgestreckte Hand entgegenzunehmen.

Ich muss zum Ausdruck bringen, dass das zweitgrößte Land der Europäischen Union, Frankreich, uns Sorgen macht. Wenn in Frankreich jetzt diskutiert wird, ein paar Sonntage zu öffnen, um dort länger einkaufen zu können, nur in Tourismusgebieten, dass für Notare bestimmte Ausnahmen gemacht werden, dann ist doch jedem offensichtlich, dass das nicht die großen Strukturprobleme Frankreichs lösen wird. Es ist mehr Engagement notwendig und mehr Einsatz, um die zweitgrößte Wirtschaftskraft Europas wieder flottzukriegen und auf die Globalisierung vorzubereiten. Uns macht das Sorge, und ich möchte ausdrücklich sagen: Ohne ein starkes Frankreich hat Europa keine Zukunft.

Lassen Sie mich bei diesem Aspekt noch eines anschneiden, weil wir in den letzten Tagen in der Troika ja auch die Diskussionen über Griechenland hatten: Wenn ich sehe, was jetzt die europäischen Partner gegenüber Griechenland einfordern, einem Land, das viel geleistet hat, dem viel abverlangt worden ist – übrigens auch mit Unterstützung des italienischen Finanzministers und des französischen Finanzministers –, was wir gegenüber Griechenland einfordern und was wir gegenüber Frankreich im Moment einfordern, dann frage ich mich schon, ob wir fair mit allen Mitgliedstaaten in dieser Europäischen Union umgehen. Diese Frage müssen wir uns als Europäer stellen lassen. Deswegen soll jetzt jeder bitte die ausgestreckte Hand der Kommission ergreifen und anpacken. Es wäre gut – wenn ich meine Wunschliste öffnen darf –, wenn Deutschland Geld in den Topf legt und wenn Frankreich engagierter Strukturreformen anpackt. Das wäre gut für Europa.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

Für uns als EVP ist in den nächsten Monaten die Schwerpunktdiskussion die über die Strukturreformen, weil sie über die Zukunft Europas entscheiden. Dazu möchte ich nur noch einen Gedanken zu unserer dieswöchigen Debatte über das Arbeitsprogramm der Kommission sagen: Wir als EVP unterstützen Frans Timmermans in dem Limitieren, in dem Priorisieren, in dem Konzentrieren auf die wichtigen Aufgaben unserer Zeit. Da hat der Sozialdemokrat Frans Timmermans unsere volle Unterstützung. Ich möchte auch ausdrücklich sagen, wenn es um die Besteuerung geht, die ja bei den Sozialdemokraten hochstrittig war, dass ich glaube, dass die Kommission dazu gute Vorschläge vorlegt. Denn wir als EVP haben Vertrauen in den Sozialdemokraten Moscovici, der für dieses Besteuerungsthema zuständig ist. Wir glauben, dass er dazu gute Vorschläge auf den Tisch legen wird. Ich würde mir wünschen, dass die Sozialdemokraten genauso viel Vertrauen in ihren Kommissar Moscovici hätten, wie wir das haben. Das darf ich schon mal sehr deutlich ansprechen.

Ich möchte noch zwei Punkte herausgreifen. Das erste ist TTIP. Ich freue mich, dass der Rat sich bereit erklärt, nach den Debatten in Australien mit den Amerikanern jetzt Gas zu geben, vielleicht sogar ein Zieldatum zu benennen, Ende 2015 abzuschließen. Die Welt wartet nicht darauf, dass wir uns intern einigen. Wir brauchen dort Engagement. Wir wollen die Standards hochhalten, die uns Europäer ausmachen. Aber wir wollen auch im Welthandel vorankommen. Deswegen begrüßen wir ausdrücklich, dass der Rat sich verpflichtet, dort voranzugehen.

Zu guter Letzt noch den Punkt, der uns wahrscheinlich am meisten umtreibt, wenn wir auf die aktuelle politische Lage schauen, nämlich die Entwicklung in der Ukraine und in Russland. Zur Ukraine hat unser Kommissionspräsident das Notwendige gesagt. Ich möchte noch einen Satz zu Russland sagen: Diese Woche hat die russische Zentralbank entschieden, den Leitzins von 6 % auf 17 % zu erhöhen. Das wird in Russland auch das Binneninvestitionsklima abwürgen. Mit diesen Leitzinsen wird normalerweise nicht mehr investiert werden. Der Rubel hat sich gestern etwas stabilisiert, ist aber nach wie vor im Fallen. Wir könnten sagen: Die Sanktionen wirken. Aber darüber freuen wir uns nicht. Sondern wir hoffen, dass die Entwicklung Putin und auch Moskau klarmacht, dass der Weg, den Moskau geht, ein falscher Weg ist, für sein eigenes Land ein falscher Weg ist. Wir hoffen, dass diese Entwicklungen deutlich machen, dass es die ausgestreckte Hand der Europäer nach wie vor gibt, dass wir die Partnerschaft mit Russland wollen. Wir hoffen, dass auch Russland zurückkehrt zum Respekt des internationalen Rechts und damit auch die Sanktionen überflüssig werden.

(Der Redner ist damit einverstanden, Fragen nach dem Verfahren der „blauen Karte“ gemäß Artikel 162 Absatz 8 der Geschäftsordnung zu beantworten.)

Pervenche Berès (S&D), question «carton bleu». – Monsieur le Président, Monsieur Weber, vous demandez un traitement égal pour tous et j'y suis parfaitement favorable. Dans ce cas, que faites-vous des demandes de réforme qui pourraient être adressées aux pays que vous connaissez le mieux, s'agissant, par exemple, du travail du dimanche, du travail des femmes ou de la lutte contre pauvreté? Que répondez-vous à Mario Draghi lorsqu'il nous interpelle sur la question de la demande agrégée des États membres, notamment de la capacité de ceux qui ont du surplus à alimenter cette demande qui fait tant défaut au niveau européen?

Manfred Weber (PPE), Antwort auf eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“. – Kollegin Berès, ich traue mir wirklich zu, einen Überblick zu haben über die EVP-Regierungen, die wir in Europa haben. Die haben in den letzten Jahren die Strukturreformen durchgeführt, die Valdis Dombrovskis in Lettland zum Beispiel, die Kollegen in Irland, in Griechenland und in Portugal – mit harten Belastungen für die Menschen.

Aber wenn Sie sich heute einmal die Wachstumsraten in Europa anschauen, dann werden Sie feststellen, dass die Länder, die Mut zu Reformen hatten, heute die Wachstumslokomotive in Europa sind. Deswegen ist die Frage relativ sinnlos. Die, die Armut bekämpfen, sind diejenigen, die Mut haben, in die Strukturreformen von morgen zu investieren und ihre Länder in die Zukunft zu führen, und daran werden wir festhalten.

Gianni Pittella, a nome del gruppo S&D. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, oggi, 17 dicembre si celebra un anniversario. Quattro anni fa, nel 2010, un giovane tunisino, Mohamed Bouazizi, si diede fuoco. Da quell'evento partì la Primavera araba. Bouazizi aveva 26 anni e quello stesso giorno aveva perso il lavoro. Senza un lavoro, non si perde soltanto una fonte di reddito, si perde la dignità, la ragione di vivere. Perché il lavoro è un valore che dà senso alle nostre vite. Ogni ora in Europa 100 persone perdono il loro impiego. È un autentico bollettino di guerra. Un'intera generazione viene sacrificata. Non si può far finta di nulla e non faccio retorica a basso costo: o reagiamo con forza oppure saremo travolti dalla disperazione e dalla rabbia di chi non ha più nulla da perdere, perché ha già perduto la dignità.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

È a questa Europa che soffre, lo dico a l'on. Della Vedova, che il Consiglio europeo di domani deve parlare. L'intervento che lei ha fatto va nella giusta direzione. Col piano di investimenti si va nella giusta direzione, Presidente Juncker. Apprezziamo il significato di questo piano. Apprezziamo l'inversione di tendenza. È importante avere un fondo di investimento europeo. Manfred, questa è la vera priorità. Non pensiamo tanto alle cifre, ai conti. Pensiamo alle persone che soffrono e perché le persone non soffrano, c'è bisogno di investimenti, di crescita, di sostenibilità e di lavoro. Ora, dobbiamo dare seguito a questo piano. Con velocità, con chiarezza degli obiettivi. Il nuovo fondo deve concentrarsi sugli investimenti più rischiosi e su alcuni settori, che sono stati indicati dal Presidente Juncker.

La migliore risposta a Lima e ai timori di pensa che sulla lotta al cambiamento climatico si sia troppo timidi consisterà nella determinazione con cui finanzieremo progetti che accompagnino la transizione energetica in Europa. Serve un piano più potente con più risorse: per questo c'è bisogno del sostegno degli Stati membri. Dobbiamo spingere gli Stati membri a iniettare risorse fresche nel fondo. Ha fatto bene il collega Weber a rivolgere un appello al suo paese. Però, dobbiamo neutralizzare i contributi degli Stati membri al capitale del fondo. Altrimenti, nessuno degli stati membri vorrà concorrere.

Bisogna anche riaprire la discussione sulla neutralizzazione dei cofinanziamenti degli Stati membri ai progetti finanziati dal fondo di investimento e la comunicazione sulla flessibilità, che è in via di elaborazione, potrà essere l'occasione per affrontare il tema degli incentivi da riconoscere agli Stati membri che si impegnano a sostenere gli investimenti del piano. Per realizzare tutto questo, la Commissione ha bisogno del sostegno di questo Parlamento e noi non vi lasceremo soli e non permetteremo di indebolire la Commissione europea, come qualcuno vuole, fuori da quest'Aula e anche, probabilmente, dentro quest'Aula. Ma anche voi non dovete lasciarci soli. Il Parlamento deve essere interamente coinvolto nell'elaborazione e nell'approvazione del nuovo fondo europeo strategico e deve poter dire la sua sulla governance dello stesso.

Il Consiglio europeo deve parlare all'Europa che soffre, come ho detto all'inizio. Vedo però anche qualche brutto segnale. È inaccettabile che, allo stato attuale, nel programma dei lavori vengano dedicate solo poche parole alla lotta contro l'evasione fiscale mentre non si trovano le risorse per finanziare gli investimenti che creano lavoro. Sono centinaia i miliardi che sono sottratti alle casse degli Stati membri. Questa è un'Europa forte con i deboli e debole con i forti. Ma questa è un'Europa che noi non vogliamo. Gli avversari dell'Europa non si trovano fuori dai nostri confini ma sono quelle imprese che non pagano le tasse, sono quei colletti bianchi che si rendono complici dell'evasione e dell'elusione fiscale.

Il Consiglio europeo deve affrontare questi temi, onorevole Della Vedova. La Commissione europea ha inserito nel suo programma di lavoro le misure che noi avevamo chiesto e ringraziamo il Vicepresidente Timmerman, il Presidente Juncker, il collega Moscovici. Prendo atto che il collega Weber è diventato tifoso di Moscovici. Meglio tardi che mai. Noi lo siamo stati da sempre e saremo sempre tifosi di Moscovici e di qualsiasi commissario che farà il bene dell'Europa.

Il Presidente Juncker ha detto che questo è un buon inizio e un nuovo inizio. Ma perché sia veramente un nuovo inizio c'è bisogno di un lavoro forte, appassionato, intenso e deciso.

(L'oratore accetta di rispondere a una domanda «cartellino blu» (articolo 162, paragrafo 8, del regolamento))

Giulia Moi (EFDD), Domanda «cartellino blu». – Signor Presidente, vorrei rivolgermi al mio collega Pittella. Nel suo discorso ha detto: «Chiediamo più soldi». Naturalmente quelli pubblici, non i suoi, non dei vostri politici amici nella casta italiana. Allora, con quale faccia lei chiede più soldi agli italiani o agli europei che si stanno massacrando di lavoro per pagarvi e mantenervi.

In Italia è scoppiato uno scandalo dove per anni il suo partito e anche altri, di destra e di sinistra, hanno rubato milioni sulle spalle dei poveri immigrati. Avete rubato nel Mose a Venezia, nell'Expo a Milano. Rubate dalla mattina alla sera e chiede ancora soldi pubblici? Siete una vergogna.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

Gianni Pittella (S&D), *Risposta a una domanda «cartellino blu»*. – Onorevole collega, la strumentalità del suo intervento si commenta da sola. Io non dovrei spendere molte parole. Voglio soltanto dirle che quando si mette tutta l'erba in un fascio, si fa un cattivo servizio all'informazione e ai cittadini. Chi ha rubato deve pagare, senza sconti e senza pietà per nessuno.

Purtroppo i ladri stanno dovunque e dobbiamo combatterli tutti insieme. Noi siamo un partito e una grande famiglia politica impegnata a fondo nella lotta contro la corruzione, nella lotta all'estorsione, nella lotta alla mafia, nella lotta alla criminalità. Noi lavoriamo per la buona politica e quando chiediamo un contributo agli Stati membri lo facciamo perché si investa nella crescita e nella creazione di posti di lavoro.

Syed Kamall, *on behalf of the ECR Group*. – Mr President, we in the ECR welcome the fact that this Summit is asking the right questions. First of all: how do we bring investment to the countries of the European Union? But secondly: how do we make sure that we support those in Ukraine who believe in the self-determination of their country, of which my Polish colleague will say more later?

We welcome the proposals on the investment fund, not necessarily for its content, but because it helps to kick-start a debate. Not just a debate about EUR 315 billion, but a debate about how we unlock the trillions of euros of private money that could be invested in EU Member States to create jobs and growth. Of course, questions need to be answered. How will the investment fund select and prioritise projects, as Manfred Weber asked? How will the fund leverage private investment? How will the fund avoid a situation where we privatise profits while nationalising losses? But the wider debate now being held in the EU about competition and investment must be turned into action. After all, we are trying to create an EU-wide market in goods, services and capital. In none of these areas have we completed our work. In the last of these – the single market in capital – we have hardly even begun.

But let us not talk about a capital markets union if all it leads to is yet another regulatory union. What we really need are open, transparent and well-functioning capital markets so that firms and others do not rely so much on banks. We need to remove the barriers to private investment across the EU. Not just private investment for infrastructure projects, but private investment for small businesses and entrepreneurs to turn their ideas into goods and services.

Why is it that non-bank finance, such as venture capital and crowdfunding, are underused in Europe? Let me give you a specific example: I am a regular lender on a website called Kiva – kiva.org – where entrepreneurs from poorer countries can go to raise loans for their businesses. I and over a million other people lend USD 25 at a time to entrepreneurs in poorer countries which are crowdfunded into larger loans. But why is it that I can lend USD 25 to an entrepreneur in a poorer country but I cannot yet lend GBP 25 to an entrepreneur in a poorer community in my own constituency?

Working to solve this problem with others, I have found that we do not need state intervention. We just need to work with entrepreneurs and crowdsourcing websites, such as CrowdPatch or ForCommonCause in the UK, because the money is there. However, the will needs to be there to unlock that money; there needs to be an aggregate of individuals across the EU who are willing to lend small amounts of money. So breaking down the barriers to private investment and competition must be our top priority. However, this cannot be done in isolation. It must be part of a wider economic reform programme.

Now the Council will repeat its commitments to addressing Europe's energy challenges, developing the digital single market and concluding bilateral trade agreements. On all these issues, the European Conservative and Reformist Group has launched working groups that will present new ideas. So where we disagree with you, we will meet those challenges with our own ideas. But it is pointless for European leaders to come to Brussels and call for a culture of competition that will unlock private investment when they then go back home to their capitals and fail to take the tough decisions that are urgently needed. Many of these structural reforms are unpopular, and we know that they will be opposed by vested interests, but there is no other way.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

In my country, we adopt resolutions for the New Year. My personal one will be to do more exercise. But let us ask the EU leaders at Council to adopt their own resolution: a resolution to reform their own economies; a resolution to break down the barriers to investment and a resolution to cut red tape so that entrepreneurs can create new jobs. And let us hope that 2015 is a year that we get the EU back to work. Happy New Year!

(The speaker agreed to take a blue-card question under Rule 162(8))

David Coburn (EFDD), *blue-card question*. – Mr Kamall, would you agree with me that the strongest states in Europe are those which are outside of the euro and which practise entrepreneurial capitalism, which is perhaps a novel concept for this House?

Why doesn't the EU try to do some business, or to bring business rather than state investment? Governments do not create jobs; businesses do. Since the EU does not get that, would we not be better off, Mr Kamall, leaving the EU?

Syed Kamall (ECR), *blue-card answer*. – Mr Coburn, I have to say, first of all, that I was wondering when the question would come. Secondly, I was not surprised by the question. Was anyone in the House surprised by that question? Quite frankly, no.

The first question you asked, Mr Coburn, was: why is it that countries outside the euro area attract more investment? I know that you are a keen scholar of my previous speeches.

(Laughter)

You will have read in my previous speech that I made exactly that point and so the lesson for the euro area is to understand why they attract more investment. Thank you for your question. I look forward to many more in the years to come.

Guy Verhofstadt, *on behalf of the ALDE Group*. – Mr President, I want in fact to direct my words not to the Commission but to the Council because, let us be honest, the Commission has presented an ambitious programme. What we need now is an ambitious response from the Council on Thursday and Friday.

And I have to tell you, Mr Della Vedova, that I have seen the draft conclusions: I know about Cola Light, you know what that is? Well I would say that these are Council Light. If these are the Council conclusions for tomorrow and the day after, it seems like – not zero but near to zero, Mr Lamberts – and my impression when I read them is that a number of people in the European Council are not even aware that Europe is in crisis. It is all about 'we call for', 'we support', 'we invite', 'we call', it is a standing invitation to participate by the Council.

I want to be very precise. What you need to do is take key decisions on a number of points that will help the Commission go forward with their ambitious programme and I have seven points to make.

The first is that you have to decide with the 28 Member States to enter into the guarantee scheme of the fund. That is a decision to take – not to invite the countries to participate, maybe next year. No! Take the decision: the 28 Member States enter the guarantee scheme. That is the decision to take and you do not need to change the Stability Pact for that, you can do that under the rules in force today.

Secondly, to help the fund by saying, maybe at national level, that OK, national states should not put taxation on the income of that fund, so that not just institutional investors but also normal citizens, European citizens, can invest in the future of Europe.

Three, you have to decide on conditionality. You have to decide with the European Council tomorrow that the first investments are going to go to those countries which are carrying out positive structural reforms, as a positive incentive to carry out these reforms.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

The fourth point: the telecoms package. You are asking how we are going to emerge from the crisis? We have a Council. Decide on the telecoms package! It has been on the table of the Council for months already and the only thing you are doing is going backwards: not getting rid of the roaming charges, not in fact establishing net neutrality, not in fact harmonising spectrum policy too. Decide on this! This is a package that has already been more than a year on your table, so that you can create a digital market in Europe.

The fifth thing to decide: a second package on digital, because we need as fast as possible one regulator in the digital market. Half of the countries in Europe still cannot use Spotify, cannot use Netflix, because we do not have one regulator and we do not have one copyright regime.

Next thing, take the decision finally to launch the energy community. Take that decision so that the Commission is backed by this Council to do the legislative work.

And then finally: Mr Kamall was talking about this, it is fine that Mr Kamall has now discovered the advantages of a unified Europe; OK we are on the right track now because he has talked about capital markets. Yes indeed, we do not have one credit market, we do not have one mortgage market in Europe. If you have an asset in one country you cannot use it to have credit in another country from a financial institution.

So those are the decisions that you have to take. Not these fake conclusions that we always see after a European Council. If we see how deep this crisis is, if we see the lack of investment that we have seen since the outbreak of the crisis in 2008, what I expect from the Council, not only from the Italian Presidency but from the 28 Member States, is that now for the first time they take firm decisions to help this Commission and to help us emerge from this crisis in the European Union. That is your task and my request to the President of the Council – I know that you are there, Mr President, you are always invited at the beginning of this European Council – is that you spread this key message tomorrow when you start your speech.

(The speaker agreed to take a blue-card question under Rule 162(8))

Beatrix von Storch (ECR), *Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“*. – Herr Verhofstadt, Sie sind ja mindestens formaliter Vorsitzender der liberalen Partei hier im Parlament und der liberalen Fraktion.

Können Sie mir erklären, wieso Sie immer nach dem Staat rufen und nach diesem riesigen Investitionsprogramm, worüber die Staaten entscheiden sollen, die Staaten, die Jobs kreieren sollen, nicht die Unternehmen? Das Investitionsprogramm von 315 Mrd. EUR, warum sollen die EU und die Staaten darüber entscheiden? Warum müssen die Staaten garantieren für Geld, das Private nicht investieren, weil denen offensichtlich das Risiko zu hoch ist? Warum ist der Staat immer die Lösung und insbesondere für Sie als sogenannten Liberalen?

Guy Verhofstadt (ALDE), *blue-card answer*. – In my proposals and in the Commission proposal it is not state money that is invested in this project: it is private money that is invested in this project. So you did not even understand the Commission proposal. The only thing that the European Investment Bank is doing, that the European budget is doing and that the Member States are doing is guaranteeing a first hit if one of these investments goes in the wrong direction. That is the only thing, and that is also needed, because everybody – all the institutional investors – agree on one thing, which is that it is the cooperation between the guarantees of the state and the European Investment Bank on the one hand and private money on the other hand that can get us out of the crisis. So it is not public money at all! I am for private money. I am a Liberal!

Gabriele Zimmer, *im Namen der GUE/NGL-Fraktion*. – Herr Präsident! Ich möchte mich auch zuerst an den Rat wenden.

Für mich stellt sich die Frage, was sich eigentlich nach dem Treffen der EU-Finanzminister mit Blick auf die Ratstagung, die heute und morgen stattfindet, denn wirklich geändert hat, welchen Fortschritt gibt es denn eigentlich? Ist hier wirklich zu sehen, dass es eine Bereitschaft der Regierungsvertreter gibt, tatsächlich nachhaltige Investitionen auf eine starke finanzielle Basis zu stellen und vor allem Prioritäten bei den Investitionen zu setzen?

Mittwoch, 17. Dezember 2014

Ich sehe das nicht, das ist aber auch so ein bisschen die Krux, mit der wir es hier zu tun haben. Als Herr Juncker angetreten ist und sich als Kommissionspräsident beworben hat, hat er ein Programm präsentiert gehabt, das vor allem dazu dienen sollte, soziale, ökologische und nachhaltige ökonomische Entwicklungen in den Mitgliedstaaten zu befördern.

Ich habe den Eindruck, dass zwar Frau von Storch jetzt eben den Inhalt des Investitionsprogramms nicht verstanden hat, da gebe ich Ihnen völlig Recht, sie hat es nicht verstanden, aber für mich ist ja eigentlich das Absurde, dass sie trotz ihres Nichtverständnisses des Problems den Nagel auf den Kopf getroffen hat, indem sie nämlich sagt: „Ich bin überhaupt nicht dafür, dass hier noch die Öffentlichkeit groß investiert, sondern es soll alles privat gemacht werden“. Und genau das ist ja jetzt das Feld, in dem wir uns hier bewegen.

Ich halte es nach wie vor für ein Riesenproblem, dass notwendige Investitionen, nachhaltige Investitionen vor allem nicht über öffentliche Mittel getätigt werden. Da befinde ich mich eben im krassen Gegensatz zur AfD, oder eben auch zur Ausrichtung dieses Programms.

Jetzt frage ich Sie alle: Haben Sie so viel Vertrauen in die Regierungschefs, dass die wirklich in der Lage sind, nicht ihre alten, den Schnee von gestern darstellenden Projekte zu präsentieren und zu behaupten, dass seien jetzt die großen Investitionsbringer? Wo nehmen wir eigentlich die Gewissheit her, wenn schon letztendlich Wirtschaftsminister Gabriel der Bundesrepublik Deutschland erklärt, das Ganze sei Voodoo für ihn?

Also ich denke, hier gibt es noch sehr, sehr viel zu tun, wenn es tatsächlich um nachhaltige, auf soziale, beschäftigungspolitische Bedürfnisse gerichtete Investitionen gehen soll. Ich glaube nicht daran und Sie werden hier zu tun haben, um uns davon zu überzeugen, dass es tatsächlich so ist.

Wir wissen ja inzwischen auch, dass es im Zusammenhang damit eine Streichliste gibt. Jetzt möchte ich gerne wissen, welchen Einfluss auf Investitionsbedingungen hat beispielsweise das Streichen der Richtlinie über den Mutterschaftsurlaub? Welche Auswirkungen auf Investitionsprogramme hat beispielsweise auch die Frage, ob ökologische Standards zurückgefahren werden, dass etwas, was wir hier beispielsweise miteinander demokratisch vereinbart haben, einfach heruntergenommen wird von der Diskussion? Ich denke hier an die Programme „Saubere Luft für Europa“ und zur Abfallwirtschaft. Welchen Einfluss hat das darauf?

Sind sich denn wirklich alle, die hier sitzen, darüber im Klaren, dass diese Streichliste den geringsten Einfluss hat, dass aber die Schaffung des notwendigen Investitionsumfelds doch in erster Linie bedeutet, dass im nationalen Rahmen ökologische, soziale und beschäftigungspolitische Standards abgebaut werden müssen?

Letztendlich kann mir doch auch keiner die Frage beantworten, warum beispielsweise für solche Projekte, wie sie jetzt eingesammelt worden sind, die privaten Investitionen nicht schon längst vorher eingereicht worden sind. Wenn ich also da etwas verändern will, will ich auf nationaler Ebene Bedingungen verändern. Darüber müssen Sie sich im Klaren sein.

(Die Rednerin ist damit einverstanden, eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“ gemäß Artikel 162 Absatz 8 der Geschäftsordnung zu beantworten.)

Beatrix von Storch (ECR), Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“. – Herr Präsident! Ich hatte nicht verstanden, dass sie Ja gesagt hatte. Sie hatte offensichtlich Zweifel, Ja zu sagen.

Vielleicht haben Sie nicht ganz verstanden, wie dieses Investitionsprogramm funktioniert, und Herr Verhofstadt ebenso nicht. Es bedarf 21 Milliarden EUR öffentlicher Mittel, die als Sicherheit für private Investoren dienen sollen, damit die überhaupt investieren! Offensichtlich wollen diese privaten Investoren nicht investieren und wollen kein Geld verdienen. Wahrscheinlich sind die zu faul, oder sie sind einfach nicht interessiert, Geld zu verdienen! Wie erklären Sie sich, dass wir 21 Milliarden EUR öffentlicher Mittel bereitstellen müssen, die wir zu 66 Milliarden EUR Kredit hochpumpen, damit überhaupt private Investoren kommen und investieren wollen? Wo ist da die Logik?

Gabriele Zimmer (GUE/NGL), Antwort auf eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“. – Sehr geehrte Frau Storch! Diese Frage stellen Sie bitte Herrn Juncker, und nicht mir.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

Rebecca Harms, im Namen der Verts/ALE-Fraktion. – Herr Präsident! Ich möchte noch einmal ein paar Redebeiträge zurückspringen und an das anknüpfen, was Guy Verhofstadt gesagt hat. Mir ist auch aufgefallen an dem Entwurf einer Entschließung, dass der Rat in die neue Wahlperiode mit dem Amtsantritt von Donald Tusk mit einer ausgesprochenen Hasenfüßigkeit gegenüber den Herausforderungen einsteigt. Ich habe den Eindruck, dass sämtliche Lektionen, die wir meinten aus der Eurokrise gelernt zu haben, beiseitegeschoben werden. Ich sehe keinerlei Anzeichen, dass im Rat die Bereitschaft da ist, die wir unbedingt brauchen, um den Euro dauerhaft stabil zu bekommen und um wirklich aus der Krise herauszukommen, nämlich alle Maßnahmen, die dazu dienen würden, wirklich in die Wirtschaftspolitik der Europäischen Union zu integrieren. Ohne gemeinsame eindeutige Wirtschaftspolitik wird man nicht in der Lage sein, dauerhaft den Euro stabil zu halten.

Ich weiß nicht, was Sie daraus machen werden. Ich weiß, dass im Rat die Meinung vorherrscht, dass man überhaupt nicht mehr wagt, diese Ideen gegenüber den Bürgern zu vertreten. Aber wie kommt man mit dem Vertrauensverlust in der europäischen Öffentlichkeit zurecht? Nehmen Sie das Beispiel LuxLeaks. Auch da sehe ich eine große Lücke in diesem Entschließungsantrag. Die Konsequenzen aus LuxLeaks, eine Ansage des Rates, dass man endlich dafür sorgen wird, dass die Großunternehmen ihre Steuern wieder da bezahlen, wo sie die Profite machen – das wäre eine Maßnahme, mit der könnten Sie aber sofort das Vertrauen der europäischen Bürgerinnen und Bürger zurückgewinnen.

Ich habe den Eindruck, wenn ich mir diese kurze Ratsentschließung anschau und demgegenüber die Investitionsliste auch noch sehe, die ja auf die Höhe von mehreren Quelle-Katalogen angewachsen ist, dass man in den beiden Organisationen – Kommission und Rat – meint, man könnte durch Freihandel, durch den Abbau von Sozialstandards, durch Umweltdumping und durch die Investition in gut abgehangene Großprojekte europaweit dauerhaft Arbeit schaffen. Ich glaube das nicht! Und ich glaube, dass Herr Juncker und Herr Timmermans ausgesprochen gefordert sind, angesichts dieser Mega-Weihnachts-Wunschliste für Ordnung zu sorgen. Sie gelten ja als taugher Aufräumer, Herr Timmermans. Sorgen Sie dafür, dass wirklich nur solche Projekte im Rahmen dieses Investitionsprogrammes genehmigt werden, die wirklich geeignet sind, für nachhaltige wirtschaftliche Erholung zu sorgen! Und sorgen Sie bitte auch dafür, dass nicht so eine Industrie, wie die Atomindustrie, die nach 40 Jahren nicht wettbewerbsfähig ist, plötzlich durch diese Subventionen, die da möglich werden sollen, wieder eine Auferstehung feiert.

Ich finde es eigentlich bedauerlich, dass der ganze Investitionsplan jetzt so überlagert wird von Projekten, die aus der Vergangenheit zu sein scheinen. Es war eine gute Idee. Ich hoffe, es wird auch eine gute Umsetzung.

Zu Russland: Ich fände es besser, im Ratsdokument würde man nicht immer wieder vom Thema Ukraine reden, sondern davon, was wir eigentlich haben, nämlich eine tiefe Krise zwischen der Europäischen Union und Russland. Was lernen wir aus den Meldungen des letzten Tages? Nicht nur wir sind abhängig von russischen Energieimporten. Russland gehört heute anders als zu Zeiten des Kalten Krieges eben durch die Vernetzung in die internationale Gemeinschaft. Alles was Europa bisher beschlossen hat, war richtig gegenüber Russland. Der Rat darf sich nicht spalten lassen – durch welche Versuche von Seiten Moskaus auch immer.

(Die Rednerin ist damit einverstanden, eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“ gemäß Artikel 162 Absatz 8 der Geschäftsordnung zu beantworten.)

Bill Etheridge (EFDD), blue-card question. – Good morning and Merry Christmas! I noticed that you said you did not want to talk about nuclear industry because it was having to be subsidised. Does that mean that you would agree with me that we should not really be considering all these power generation sources that are so inefficient and so ineffective that they need subsidies, like wind farms and things like that? Because, after all, they are quite clearly a very bad investment. So would you agree with me that maybe we should just stick to what makes money and what works?

Rebecca Harms (Verts/ALE), Antwort auf eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“. – Wenn man in Großbritannien an die Wettbewerbsfähigkeit der Atomindustrie glauben würde, dann würde man erstens diese Projekte hier nicht zur direkten Subventionierung anmelden, und zweitens würde man nicht einen garantierten Festpreis für den Strom, der vielleicht einmal in Hinkley Point C produziert werden soll, durchsetzen, der für 35 Jahre garantiert wird, der inflations-sicher ist und der schon heute über dem liegt, was Windstrom on-shore in Deutschland oder anderen europäischen Ländern kostet. Wettbewerbsfähigkeit geht anders, Herr Kollege!

Mittwoch, 17. Dezember 2014

Paul Nuttall, *on behalf of the EFDD Group*. – Mr President, looking at the agenda of this week's Council, it would return to the same old themes of growth and jobs. It is as if things get discussed over and over again and nothing ever happens. Spain still has over 50% youth unemployment; France's economy is tanking; and Greece, quite frankly, just needs to leave the euro to get its economy moving again. And of course, another round of hot air from Europe's great and good – or indeed bad, if you listen to normal people – will not solve anything.

The central feature of the agenda is Mr Juncker's investment plan, with which, somehow, he will magically turn EUR 21 billion into EUR 315 billion. Well, to get into the festive spirit, this reminds me of the classic Pogues song 'Fairytale of New York', because what we are witnessing today is the fairytale of Strasbourg. Now, Mr Juncker, I know you like a drink. I know you like a cigarette, but I do hope that you are a betting man too or, to use a British phrase, you like a flutter on the horses.

If you do, I have come up with a more realistic plan for you to increase your money 15 times over. At Ludlow racecourse today at 15.00, a race called the European Breeders' Fund is taking place. There is a perfect horse running for you, and it is pricing at 15/1. It is called 'Dream'. Alternatively, there is another running at Tampa tonight. It has got an even better name, and I think you should go for it: it is called 'Super Fantasy'.

Now, there is a serious point to all this, Mr Juncker, because your investment plan is an economic dream based on super fantasy economics. The Commission has described the funds forecast leverage as, I quote, 'prudent estimates from historical experience'. Well, you can excuse me if I say: we do not believe you; because these are the same eurocrats who told us ten years ago that the euro would bring us growth and jobs. Mr Juncker, Europe is sinking under global competition, and the European Union is not the answer.

Unfortunately for the European people, your investment plan is the biggest turkey on the table. And on that festive note, I wish you all a very Merry Christmas!

(The speaker agreed to take a blue-card question under rule 162(8))

Liisa Jaakonsaari (S&D), *sinisen kortin kysymys*. – Arvoisa puhemies, jäsen väitti, että komission ehdotukset ja investointiohjelma ovat samoja kuin ennenkin. Teidän puheenne oli kyllä ihan samaa kuin mitä teidän ryhmästänne olemme ennenkin kuulleet eli pilkkaa ja huonoa huumoria. Esimerkiksi se, että ehdotetaan investointiohjelman sijasta johonkin hevoskilpailuun osallistumista. Teissä on kuitenkin jotain uutta, ryhmän nimessä on yksi uusi kirjain. Niinpä kysyn, että mikä teidän vaihtoehtonne on. Te vastustatte systemaattisesti kaikkia niitä vaihtoehtoja, joita esitetään, jotta Eurooppa pääsisi nousuun. Mikä on teidän vaihtoehtonne?

Paul Nuttall (EFDD), *blue-card answer*. – Hopefully when people bet on horses sometimes they win. In this place it seems that no one ever wins. You know the fact of the matter is, the alternative is a free democratic Europe made up of nation states which take their own decisions. What it should not be made up by is an organisation which is truly undemocratic, where the decisions are taken by a European Commission that meets in secret, where democracy is bypassed, where referendums are not listened to. What we stand for is democracy, we stand for freedom, and that is why we are the voice of the European people.

Marcel de Graaff (NI). - De heer Juncker komt met een plan om de groei van de EU te bevorderen. Dit plan betekent dat Nederland nog eens voor 8 miljard van zijn eigen burgers moet roven om in een structuurpot te stoppen. Daar worden dan ongetwijfeld weer vliegvelden voor aangelegd waar geen hond komt, geluidsschermen langs wegen door onbewoonde gebieden geplaatst en onzinnige energieprojecten van betaald.

Gaat de heer Juncker daar ook schimmige achterkamerdeals voor sluiten, zoals hij ook deed als minister-president van Luxemburg? Het initiële bedrag van 21 miljard dat ingelegd wordt door de EU en de ECB, moet immers aangroeien tot meer dan 300 miljard, met name uit de private sector. Zitten hier voor bedrijven weer mooie belangenvoordeeltjes aan, meneer Juncker?

Mittwoch, 17. Dezember 2014

Nog steeds gelooft deze Commissie in de fata morgana van een groot Europees imperium, maar de economische verschillen tussen de EU-lidstaten zijn te groot. De prijs voor dit imperium wordt betaald door de burgers in de vorm van keiharde bezuinigingen, loodzware belastingen, afnemende welvaart en groeiende werkloosheid.

In plaats van een onzinnig groeiplan moet de heer Juncker in de Europese Raad pleiten voor het opbreken van de EU en de euro. We moeten de nationale soevereiniteit herstellen, zodat elke lidstaat weer welvarend kan worden, weer een eigen munt kan voeren die past bij de eigen economie, weer de grenzen kan sluiten. Dan kunnen de lidstaten ongewenste immigranten buitenhouden die miljarden per jaar kosten en jihadisten die onze veiligheid bedreigen. Daar zou de heer Juncker voor moeten zorgen en anders moet hij opstappen.

Françoise Grossetête (PPE). - Monsieur le Président, je m'adresserai, comme beaucoup d'autres, au Conseil.

Ce sommet est en effet crucial pour la relance économique européenne et j'espère que les États membres en sont conscients. Les peuples européens en ont assez de souffrir et de ne plus croire dans l'avenir. Or, la déclaration du Conseil, aujourd'hui, me paraît particulièrement fade et très frileuse. C'est vrai que le Conseil nous a habitués à nous mener de déception en déception, en raison tout simplement de l'absence d'ambition, qui permet d'aller de l'avant, et de l'esprit de solidarité absolument nécessaire au sein de l'Union européenne.

Le temps n'est plus aux atermoiements, mais à l'action. Les chefs d'État et de gouvernement doivent apporter un soutien politique franc et massif au plan d'investissements stratégiques de la Commission Juncker. Les outils sont sur la table. Il est maintenant de notre devoir de les mettre en œuvre au plus vite.

Mais gare aux chimères! En effet, il n'y aura pas de croissance durable sans stabilité économique et monétaire. Ce plan d'investissements, fondé non pas sur la dette mais sur la stimulation des capitaux privés, est bien adapté à la réalité de la situation économique. La Commission et le Conseil devront d'ailleurs se montrer intraitables sur le respect du pacte de stabilité et de croissance, car la vraie croissance ne pourra venir que si les États membres ont enfin le courage de mener à bien les réformes structurelles nécessaires. Ceux qui ne s'y résoudront pas devront prendre leurs responsabilités devant leur peuple. Le temps où l'Europe assumait le manque de courage des gouvernements nationaux est révolu.

Ce plan d'investissements n'est donc que le premier acte de la relance européenne; je me félicite d'ailleurs de la nouvelle approche qui guide le programme de travail de la Commission et qui se veut plus ciblée, plus concentrée, moins bureaucratique. Cela doit nous permettre d'aller à la réussite. Car la réussite sera au rendez-vous seulement si on redonne la confiance. Dans le cas des accords transatlantiques, je souhaite véritablement que l'Europe se montre forte, afin de ne pas être marginalisée du fait de la nouvelle orientation des États-Unis vers l'Asie.

En ce qui concerne l'Ukraine, la situation est certes grave et il faut absolument soutenir ce pays, mais il est tout aussi important que la politique du bâton seule ne nous guide pas dans nos relations diplomatiques avec ce grand partenaire, incontournable, qu'est la Russie.

Enfin, nous n'avons plus le temps pour des demi-mesures. Je rappelle qu'il faut absolument que nous arrivions à des conclusions claires et ambitieuses. Je reprends la conclusion du président Juncker: «On verra le sens des responsabilités des États membres»!

Mittwoch, 17. Dezember 2014

PUHETTA JOHTI OLLI REHN*varapuhemies*

Enrique Guerrero Salom (S&D). - Señor Presidente, señores Presidentes de la Comisión y del Consejo, como ponente de turno para la ayuda humanitaria del Parlamento Europeo, quiero llamar la atención sobre un punto que muchos podrían considerar menor o marginal del próximo Consejo Europeo, que es el asunto del ébola. Pero nunca puede ser un asunto marginal algo en lo que están perdiendo la vida miles de personas, aunque estén lejos de nosotros, de las fronteras de la Unión.

Nosotros tenemos que apoyar la respuesta que se está dando, porque no hemos contenido el ébola. Hemos reducido la velocidad de su propagación, pero el ébola sigue matando a miles de personas. Tenemos que apoyar el marco común de la Unión Europea aprobado la semana pasada y, en conexión con el señor Stylianides, tenemos que desplegar médicos, laboratorios y servicios médicos para ahorrar vidas humanas y para aumentar nuestra dignidad como Unión Europea, respondiendo a un problema que se produce lejos de nuestras fronteras pero que afecta a seres humanos.

Andrzej Duda (ECR). - Szanowny Panie Przewodniczący! W pierwszej kolejności chciałbym wyrazić głębokie niezadowolenie i dezaprobatę wobec niewielkiego wsparcia dla Ukrainy ze strony Rady Europejskiej. Widowym tego znakiem jest niezaproszenie premiera Poroszenki na posiedzenie Rady. Chciałbym powiedzieć jeszcze jedno, i to z całą mocą, a mianowicie, jeżeli w konkluzjach Rady znajdzie się stwierdzenie wzywające obie strony, czyli Ukrainę i Rosję, do przestrzegania porozumienia z Mińska, będzie to oznaczało faktyczne zrównanie sytuacji agresora i ofiary tej agresji. I to będzie skandal. To jest sprawa pierwsza.

Druga sprawa to plan inwestycyjny sygnalizowany przez przewodniczącego Junckera – ponad 300 mld EUR. Chciałbym powiedzieć jedno: padły tutaj słowa o konieczności zrównania sytuacji krajów europejskich w związku z kryzysem. Chciałbym przypomnieć, że musimy także pamiętać o spójności pojmowanej w sposób czysty, o krajach, które weszły do Unii Europejskiej po 2004 r. Wiele z nich potrzebuje dzisiaj wsparcia bardziej niż kraje dotknięte kryzysem, ponieważ sytuacja ich obywateli jest gorsza i rozwój infrastrukturalny niższy. Liczę na to, że zostanie to w tych planach inwestycyjnych uwzględnione i że te pieniądze będą rozdzielane w sposób uczciwy i równy. Dziękuję.

Pavel Telička (ALDE). - Mr President, first of all I regret that the gentleman from UKIP left after his artistic performance because I was going to tell him that I also know some British businesses which have invested abroad; they are looking forward to the investment plan. It is composed of the three pillars the President spoke about and in fact all three of them are absolutely relevant and very much in joint implementation. Included in that regulation is the issue that has been referred to: the development of the internal market, which some Members are also fond of.

Let me now just make one remark: I am sure that the investment plan could have been fine-tuned a bit, could have been more inspired by some inputs, including some from our group. I might have certain minor hesitations about some of the elements but it is a good plan and this is what the European Union, our citizens and businesses were looking for. It is not comparable with what the previous Commission was submitting. I am also not yet convinced by some of the elements and I did not really receive yesterday an answer on the better regulation. I suspect the basis is a solid one but I very much hope that we will progress on that.

Let me refer now to the Council. Minister, I found your intervention at the very beginning very disappointing. Basically very general, not concrete, not addressing the issues as if the Council is completely unaware of what is really going on in Europe. Mr Verhofstadt has spoken about the telecoms package, something that citizens and businesses have been waiting months for, if not years. What is the progress on roaming, on net neutrality? It is very minor in terms of time.

The second issue which has not been referred to – let me finish with that – is the fourth railway package. Where are we on that? We have not really even started and we have a debate that we will be splitting the technical part and the governance part. No. Businesses will invest if we progress on those. I could continue with a number of other sectors but we are not getting a thorough reply.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

(The speaker agreed to take a blue card question under Rule 162(8))

Bill Etheridge (EFDD), blue-card question. – Thank you for drawing attention to Paul's excellent speech earlier. I have no doubt that British business would invest in this. What business would not invest in a no-lose scenario? But can you not see, or would you not agree with me, that the reason why taxpayers are having to back up so many of these schemes is quite simply because they are bad investments? It is as simple as that. If they were not bad investments, private investment would do it without the government having to back it up with all of our taxpayers' money.

Pavel Telička (ALDE), blue-card answer. – I did not really understand the question of which bad investments you were referring to, but I think that the answer is once again very clear. I very much firmly believe in private investments, but I do appreciate that the plan which is on the table today is to encourage investments. I am telling you once again: I have spoken to a number of British investors and their appreciation is quite high. Obviously they make remarks, but the words they use are completely different from the ones that I heard a few minutes ago from your colleague.

Eleonora Forenza (GUE/NGL). - Signor Presidente, onorevoli colleghi, nella discussione preparatoria a questo Consiglio avremmo voluto sentir parlare di un'agenda completamente diversa. Verrebbe da dire che se le viste dei cittadini e delle cittadine europee fossero al centro delle vostre preoccupazioni, la vostra agenda dovrebbe contenere un solo punto: come redistribuire il reddito e come redistribuire il lavoro; come colmare le disuguaglianze aggravate delle politiche di austerità. Avremmo voluto, ad esempio, che questo Consiglio prendesse in considerazione il rapporto OCSE dal titolo «Le disuguaglianze danneggiano la crescita». La risposta dell'OCSE è che le disuguaglianze danneggiano moltissimo la crescita. In 20 anni l'aumento della disuguaglianza ha causato una perdita di crescita del PIL di 8,5 punti. Un'enormità che ha colpito soprattutto le classi più deboli e che continua ad essere non solo un problema sociale gravissimo ma anche macroeconomico.

Dunque per rilanciare la crescita occorre una sola cosa: contrastare le disuguaglianze; cambiare politica economica; investire in istruzione e in welfare; istituire un reddito di cittadinanza a livello europeo. Voi parlate di stabilità per gli investimenti ma regalate precarietà ai cittadini e alle cittadine. Parlate di fiducia quando il Presidente della Commissione è coinvolto in uno dei più gravi scandali relativi all'evasione fiscale. Parlate di un piano di investimenti che assomiglia molto a quello dei soldi del Monopoli. Dovremmo avere speranze in una scatola vuota? Dovremmo credere a 315 miliardi quando sappiamo che, materialmente, sono a disposizione soltanto 21 miliardi?

Fatemi dire una cosa sulla Presidenza italiana di questo semestre. Matteo Renzi parla spesso del fatto che durante la Presidenza italiana sarebbero aumentate le misure a favore della crescita. Mi sembra che il giudizio sul semestre di Presidenza italiana lo abbiano dato i migliori lavoratori che sono scesi in piazza nello sciopero generale.

Josep-Maria Terricabras (Verts/ALE). - Monsieur le Président, au rang des nombreux secteurs de la vie publique qui nécessitent d'urgence des investissements, j'aimerais en évoquer deux, en particulier, qui m'apparaissent extrêmement importants.

Un grand investissement est nécessaire dans le secteur de la recherche, qu'il faut voir comme un pilier du progrès et du bien-être en Europe. La recherche dans tous les domaines, dans les universités, dans les grands centres de recherche qui, malheureusement, ont réduit leur capacité. Il faut bien sûr favoriser la recherche dans le domaine industriel et en faveur des énergies alternatives.

Un grand investissement est aussi nécessaire pour une politique en faveur de la jeunesse, notamment en matière d'éducation, de formation professionnelle et d'emploi.

La recherche sociale et scientifique ainsi qu'une politique en faveur de la jeunesse et de la recherche sont la clé de notre avenir, qui doit se préparer dès aujourd'hui, car si la crise vient à frapper demain, c'est en réalité déjà aujourd'hui.

Je me veux concret non seulement parce que ces domaines m'apparaissent très importants, mais aussi parce que je m'étonne et suis très surpris que le gouvernement espagnol ait été le seul et unique gouvernement de l'Union européenne à présenter une demi-page de pétitions incroyablement vagues, qui favorisent des interprétations très flexibles, voire des politiques absolument arbitraires.

J'insiste donc sur ces deux points: la recherche et la jeunesse.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

Giulia Moi (EFDD). - Signor Presidente, onorevoli colleghi, sono ormai scaduti i sei mesi della Presidenza italiana. Sei mesi che avevamo tanto atteso, creando aspettative per i nostri cittadini e per la crescita. Certamente la Merkel avrà la sue responsabilità, come le ha la Commissione europea. Ma le responsabilità italiane e del governo italiano sono certamente le più pesanti e gravi.

Il governo italiano ha completamente dimenticato alcune priorità. Per ottenere una ripresa del mercato del lavoro, occorre ricostruire occasioni di lavoro e queste occasioni non potranno esistere se non saranno risolti alcuni nodi cruciali, almeno per quanto riguarda i comparti legati al manifatturiero. Sicuramente utile diminuire gli oneri per le nuove assunzioni ma è impossibile creare nuovi posti di lavoro quando le piccole e medie imprese e l'artigianato continuano a chiudere. Chiudono per le troppe tasse e per la troppa, incomprensibile, inutile e complessa burocrazia che attanaglia l'Italia e l'Europa.

Il governo italiano ha sprecato l'occasione per riprendere la battaglia sul *Made in*, strumento essenziale per dar fiato alle imprese europee e la libertà di scelta ai consumatori. Ha sprecato l'occasione di parlare di contraffazione e illegalità dovute alla mancanza di un sistema doganale comune in un libero mercato come quello europeo. Non si è concluso nulla per ciò che riguarda la tutela e lo sviluppo dell'impresa, come non si è fatto nulla per affrontare definitivamente il tema della salvezza degli immigrati e, anzi, avete lucrato per 40 anni in maniera vergognosa – e a Roma ora è scoppiato uno scandalo in proposito – anche sull'immigrazione e sui quei poveracci e questo non ci aiuterà, non aiuterà l'Italia e neanche l'Europa. Malagestione che si ripete in tutte le amministrazioni regionali, sulla quale questa Presidenza avrebbe dovuto esercitare maggiore controllo e non l'ha fatto. Ha taciuto.

Questi sono solo alcuni dei problemi più urgenti che il governo italiano avrebbe dovuto e potuto affrontare se si fosse preparato al semestre e non per mandare in onda l'effigie di ministri e del capo del governo, il quale anche attualmente è coinvolto in un processo Stato-mafia ed è una vergogna. Non si possono creare posti di lavoro se manca lavoro e se non lo create. Non sapete fare politica, dovete andare via. Avete rubato per anni, siete una vergogna.

(L'oratore accetta di rispondere a una domanda «cartellino blu» (articolo 162, paragrafo 8, del regolamento))

Mercedes Bresso (S&D), Domanda «cartellino blu». – Signor Presidente, volevo chiedere a questa deputata se pensa di essere nel Parlamento italiano o se sa di essere nel Parlamento europeo. Stiamo parlando del programma della Commissione, su cui non ci ha detto assolutamente nulla. Credo che la Presidenza italiana abbia avuto un eccellente successo insieme a tutti gli altri membri dell'Unione europea, perché si vince tutti insieme o si perde tutti insieme, semplicemente ponendo le basi per questo piano su cui poi, se mai riuscirò a parlare, mi esprimerò anch'io. Ma lei non ci ha detto nulla di quello che pensa su questo tema, che è quello che discutiamo in questo momento.

Giulia Moi (EFDD), Risposta a una domanda «cartellino blu». – Signor Presidente, onorevoli colleghi, l'Italia è corrotta, gli scandali stanno venendo fuori, a Roma c'è la mafia. Hanno rubato per anni da tutte le parti e se non risolve questo problema e se non si chiede aiuto all'Europa, non ne usciamo. L'Italia sta fallendo, è in default e se non va avanti non andrà avanti neanche l'Europa.

Janusz Korwin-Mikke (NI). - Mr President, the gang of socialists, I mean the right honourable Members of this Parliament, seem not to understand a very simple thing: to fight unemployment they need money. To get money they impose taxes. With the money they create two jobs and because of the taxes, three jobs are lost. It is as simple as that.

If a company avoids taxes it can produce cheaper, it can sell more and if it sells more it creates jobs, thanks to Mr Juncker, but to Mr Juncker as the Prime Minister of the Grand Duchy of Luxembourg, not to Mr Juncker as the President of the European Commission.

Moreover I think that the European Union must be destroyed.

Elisabetta Gardini (PPE). - Signor Presidente, onorevoli colleghi, ci troviamo oggi davvero a svolgere una discussione secondo me cruciale. Abbiamo un'occasione unica con l'imminente riunione del Consiglio. Si tratta di una discussione che abbiamo cominciato anche all'interno del PPE: ricordo in proposito i documenti del Congresso che abbiamo tenuto a Dublino nella primavera scorsa. Oggi, siamo qui finalmente a dare concretezza alle cose che ci siamo detti, ai percorsi che abbiamo detto di volere intraprendere. Io mi rivolgo al Presidente Juncker, nel quale abbiamo riposto la nostra fiducia, affinché dia veramente la possibilità a questo piano di investimenti di diventare anche occasione per rivedere

Mittwoch, 17. Dezember 2014

tanti squilibri e tante asimmetrie che ci sono all'interno di questa nostra Europa e all'interno dell'Eurozona e che rischierebbero, se non sono affrontate a viso aperto, di annullare e di indebolire l'efficacia che invece dovrà avere questo piano di investimenti.

Infatti, la BCE a settembre segnalava che 100 miliardi di investimenti hanno preso la strada dell'estero perché i nostri paesi non attraggono gli investimenti. Allora io credo che sia questo il punto fondamentale che dobbiamo esaminare., oltre al problema del *surplus* che si concentra su due paesi dell'Eurozona. Credo sia qualcosa che oggi dobbiamo affrontare a viso aperto. Ce lo chiedono anche da oltre oceano gli amici americani già da tempo. Io mi domando e chiedo a lei, signor Presidente, se non sia anche questa mancanza di volontà di affrontare questo aspetto così mercantilistico del *surplus* a rendere diffidenti gli americani nel portare avanti con forza e con celerità il trattato TTIP, perché, come lei ben sa, gli americani non hanno ancora dato il TPA, cioè quel requisito indispensabile perché il TTIP diventi prioritario per gli Stati Uniti, che oggi sono concentrati prioritariamente sulla *Transpacific partnership*.

A queste domande vorrei che lei mi desse una risposta, augurando buon lavoro al Consiglio perché sappia affrontare al meglio le questioni sul tappeto e ridare fiducia ai cittadini.

Evelyne Gebhardt (S&D). - Herr Präsident! Auch ich möchte – wie so viele andere meiner Kollegen und Kolleginnen – einen Appell an den Rat aussprechen, einen ganz wichtigen Appell, da auch wirklich mitzumachen bei der Zukunftsorientierung der Politik. Das ist äußerst wichtig! Wir dürfen dabei aber allerdings eines nicht vergessen: Wir müssen nicht nur Wachstum allgemein in den Mittelpunkt stellen, sondern hochwertige Arbeitsplätze schaffen und auch Nachhaltigkeit angehen. Das heißt, sich zu konzentrieren und nicht so vorzugehen, wie es nach meinem Eindruck zurzeit in den Regierungen geschieht, eine Art Gießkanne – für jeden Mitgliedstaat ein bisschen. Nein, das kann nicht die Antwort sein, sondern es geht darum, sich zu konzentrieren auf wichtige Innovation und Zukunftsaufgaben, dafür zu sorgen, dass Arbeitsplätze geschaffen werden in hochwertigen Bereichen wie zum Beispiel bei der digitalen Agenda, wie bei der Nachhaltigkeit, im Energiesektor, sich zu konzentrieren auf Infrastrukturen, damit auch wirklich Arbeitsplätze geschaffen werden, von denen unsere Bürgerinnen und Bürger auch etwas haben.

Mark Demesmaeker (ECR). - Voorzitter, ik wil even terugkomen op de situatie in Oekraïne. Het doet ons plezier dat de Raad zich ten volle engageert om de associatieovereenkomst verder uit te voeren. Het zou trouwens goed zijn dat er een oproep wordt gedaan aan alle lidstaten om snel die overeenkomst ook te ratificeren. Het land is verwickeld in een oorlog, moet zijn soevereiniteit veiligstellen en tegelijk diepgaand hervormen zoals de bevolking dat ook duidelijk heeft gevraagd. Dat is een heel zware opgave. Oekraïne heeft onze hulp nodig.

We zien ondertussen dat de sancties tegen het Poetin-regime effect hebben. We mogen ons nooit neerleggen bij de onwettige annexatie van de Krim en in dit verband heb ik een heel concrete vraag. Op een hoorzitting over de mensenrechtensituatie in de Krim onlangs in het Europees Parlement in Brussel kwam ook de kwestie ter sprake van de Russische paspoorten die Rusland aan de inwoners van de Krim uitreikt, of liever gezegd opdringt. Kunnen wij deze paspoorten zomaar erkennen? Want dat zou impliciet een erkenning van die annexatie inhouden. Wordt er concreet daarover nagedacht?

Alexander Graf Lambsdorff (ALDE). - Herr Präsident, Herr Kommissionspräsident, Herr Ratspräsident! Die Liberalen wollen den Erfolg der Europäischen Union – wir wollen den Erfolg dieser Kommission.

Drei Elemente sind, glaube ich, entscheidend: ein gutes Arbeitsprogramm. Herr Juncker, Ihr Arbeitsprogramm ist sehr gut. Sie haben den Mut gehabt, zu entrümpeln, wahrscheinlich auch unter tätiger Mithilfe von Frans Timmermans, und ehrgeizige neue Projekte ins Arbeitsprogramm aufzunehmen.

Das zweite Element neben einem Arbeitsprogramm der Kommission sind Strukturreformen in den Mitgliedstaaten. Hier haben wir große Sorgen: in Frankreich, in Italien oder aber auch in Belgien, wo das Land schon bei moderaten Reformen durch einen Generalstreik vollständig lahmgelegt wird. Ich glaube, die Mitgliedstaaten müssen viel ehrgeiziger werden, wenn es darum geht, Ihnen und uns als Europäern zu einem Erfolg zu verhelfen.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

Das Dritte ist das Investitionsprogramm. Ihr Investitionsprogramm wird von vielen kritisiert. Ich halte es für falsch, den Stab darüber zu brechen und jetzt schon zu sagen, das kann alles nicht funktionieren, dass staatliche Garantie die private Investition mobilisieren kann. So etwas hat in der Vergangenheit funktioniert, vielleicht funktioniert es ja dieses Mal auch – zu wünschen wäre es.

Eines ist ganz wichtig: Sie haben gesagt, die Europäische Investitionsbank wird über die Projekte entscheiden. Werner Hoyer, der letztes Mal hier neben Ihnen saß, in den haben wir großes Vertrauen. Bitte machen Sie nicht den Fehler, dass die Mitgliedstaaten Ihnen irgendwelche Projekte aufdrücken. Die Bundesregierung hat Ihnen allen Ernstes empfohlen, in diese Investitionsruine Flughafen Berlin-Brandenburg europäisches Geld reinzustecken. Wir wollen den Erfolg der Europäischen Union, wir wollen nicht die Verschwendung unserer Mittel für Projekte, die wirklich Unsinn sind und die komplett gescheitert sind.

VORSITZ: ULRIKE LUNACEK

Vizepräsidentin

Δημήτριος Παπαδημούλης (GUE/NGL). - Κυρία Πρόεδρε, το νεοφιλελεύθερο δόγμα ότι η μονομερής λιτότητα θα αυξήσει τις επενδύσεις δοκιμάζεται, κύριοι του Συμβουλίου και της Επιτροπής, έξι χρόνια τώρα. Και οι επενδύσεις έχουν μειωθεί κατά 15%. Άρα χρειάζεται μια στροφή στην πολιτική με περισσότερους δημόσιους πόρους για την ανάπτυξη και από τον κοινωνικό προϋπολογισμό και από τα κράτη μέλη.

Κύριε Juncker, το πακέτο που μας παρουσιάσατε είναι σχεδόν άδαιο, γιατί μόνο ο Ιησούς Χριστός πολλαπλασίασε τα ψάρια και τα ψωμιά με το γνωστό θαύμα! Μόχλευση με αυτές τις συνθήκες οικονομίας 1/15 είναι αδύνατον να επιτευχθεί. Και σας το λένε σχεδόν όλοι.

Αλλά, κύριε Della Vedova, εσείς το σχεδόν άδαιο πακέτο του κ. Juncker προσπαθείτε με την αναβλητικότητα και τα ευχολόγια να το αδειάσετε εντελώς. Ποια θα είναι η συμμετοχή των κρατών μελών; Με ποια κριτήρια; Πώς διασφαλίζετε ότι οι επενδύσεις θα εξασφαλίσουν βιώσιμη ανάπτυξη και θα ενισχύσουν τη συνοχή; Για όλα αυτά δεν μας λέτε τίποτα. Και πολύ φοβάμαι ότι το Συμβούλιο Κορυφής θα οδηγήσει απλώς σε χριστουγεννιάτικες ευχές.

Michèle Rivasi (Verts/ALE). - Madame la Présidente, je voudrais intervenir sur l'épidémie d'Ebola et sur l'aide actuellement apportée par l'Union européenne dans ce domaine.

Les experts affirment que cette épidémie est liée à la déforestation, aux lacunes des systèmes de soins et à l'instabilité politique de la zone.

L'Union européenne a déployé 1,1 milliard d'euros d'aide humanitaire pour la lutte contre Ebola, dont 434 millions d'euros proviennent de la Commission européenne, ce qui est une très bonne chose. Cela a mis un certain temps, mais c'est arrivé!

Les ministres ont cependant signé, le 12 décembre dernier, des accords de partenariat économique avec les pays ACP, qui posent problème. Pourquoi? Parce que l'Union européenne appliquait jusqu'alors à ces pays, notamment à ses anciennes colonies, des préférences commerciales unilatérales. Elle acceptait qu'ils continuent à frapper de droits de douane leurs importations venant de l'Union européenne, tout en les faisant bénéficier d'un accès libre au marché européen. Elle leur impose désormais la suppression de leurs droits de douane sur 80 % des exportations européennes.

C'est une honte: ces pays ont besoin d'un budget pour financer les infrastructures, mais ne disposeront plus des fonds nécessaires du fait de l'imposition de nouveaux droits de douane. Comment vont-ils faire?

Peter Lundgren (EFDD). - Fru talman! Jean-Claude Juncker behöver mera pengar, säger han. Det förvånar mig inte. Ansvarstagandet för skattebetalarnas pengar är i stort sett obefintligt i detta hus. Bonusar och avgångsvederlag har antagit hårresande nivåer. Föraktet mot EU bara växer bland vanligt folk, och det återspeglas i valdeltagandet: mindre än 43 % valde att rösta i det senaste EU-vallet.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

Ett lysande exempel är Herman Van Rompuy som lämnar sin post med 730 000 euro i avgångsvederlag. Detta gäller endast under de tre första åren, för det kommer mer pengar. Det man kallar *transitional allowance* förutsätter ingen motprestation över huvudtaget och alla pengar kommer att betalas ut med en reducerad EU-skatt som är betydligt lägre än skatten i hans hemland Belgien. Ersättningen som medlemmar i kommissionen får efter avslutad tjänst är fullständigt vettlös.

Jämför den ersättningen med vad en vanlig arbetare och skattebetalare i Europa får efter avslutad tjänst – vanliga människor som varit lojala mot sina chefer och arbetsplatser under många år. Vilken bonus får dessa? Jo, den bonusen består i att betala, betala och återigen betala för era jackpotbonusar ni drar hem. Och så pratar Jean-Claude Juncker om att återställa tilliten och förtroendet bland vanligt folk!

På det vis som detta hus hanterar skattebetalarnas pengar, vill jag påstå att detta kan kallas för *mission impossible*. Så länge man inte visar respekt för de människor som faktiskt är upphovet till er blotta existens i detta skrytbygge till hus, ska ni inte heller förvänta er något som helst förtroende eller tillit från vanligt folk.

Mara Bizzotto (NI). - Signor Presidente, onorevoli colleghi, il Consiglio europeo di questa settimana è pieno di novità: un nuovo Presidente e un nuovo Esecutivo. Non illudiamoci però. Sappiamo già quello che succederà. Tante parole ma nessuna scelta coraggiosa. Non cambierà niente per i cittadini, per le imprese, per i disoccupati e per i giovani senza lavoro e senza futuro, per i nostri anziani. Loro sono stanchi di annunci e di promesse. Io, sono stanca di sentire qui dentro le solite belle parole. Ormai siano arrivati alla fine del 2014 e si sta per concludere il semestre europeo a guida italiana.

A proposito di discorsi belli e inutili, il Presidente Renzi ne ha fatto uno, qui dentro, pochi mesi fa. Discorso che voi avete applaudito. Ditemi ora una cosa, una sola cosa per cui i cittadini italiani, i cittadini europei, ricorderanno Renzi? Ci aveva promesso che avrebbe cambiato questa Europa. A maggio, pochi giorni prima delle elezioni europee, Renzi disse «Voglio un'Europa umana, non un'Europa che si preoccupa di salvare le banche, ma si preoccupa di salvare le famiglie». Poi ha benedetto Juncker, Presidente della Commissione. Grazie Matteo Renzi! Ridicolo.

Esteban González Pons (PPE). - Señora Presidenta, señor Juncker, el próximo Consejo Europeo es muy importante. Yo le voy a trasladar lo que mis votantes —que le apoyan— esperan de él.

Los votantes españoles creen clave potenciar la coordinación en materia tributaria para favorecer inversiones y asegurar un buen funcionamiento del mercado único. Hay que seguir impulsando la lucha contra el fraude y la evasión fiscal.

En segundo lugar, los votantes españoles creen que es importante seguir trabajando por una verdadera Unión de la Energía, que asegure a nuestros ciudadanos un mercado competitivo y sostenible con interconexiones energéticas suficientes para asegurar un suministro a un precio razonable.

En tercer lugar, necesitamos que Europa siga siendo un lugar seguro y protegido. Hay que intensificar la lucha contra el terrorismo, resolver el problema que nos va a plantear el retorno de los combatientes extranjeros y crear energías propias para hacer frente a nuevos retos. Por cierto, señor Presidente, la Unión Europea debe reaccionar ante el asesinato de más de cien niños en Peshawar, cien niños que han muerto en una escuela. Cada vez que muere un niño en una escuela debe ser como si muriera un niño en una escuela en Europa. El espíritu de Malala debe acompañar nuestra lucha por la libertad y contra el terrorismo siempre.

En cuarto lugar, nos hace falta solidaridad para desarrollar una política de fronteras común que sitúe la inmigración irregular como una prioridad de nuestra agenda exterior. Ahora que no hay fronteras interiores, puedo decir que la ciudad de Melilla o la ciudad de Ceuta son también fronteras de Francia, de Alemania o de Suecia: son fronteras de todos.

Por último, señor Presidente, hay que hablar de Ucrania, pero también hay que hablar de Rusia. Hay que prever las consecuencias que podría tener para la economía y los trabajos europeos un colapso de la economía rusa el próximo invierno. Las noticias de ayer y las noticias de hoy no solo deben preocuparnos, deben también ocuparnos.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

Y, por lo demás, mis votantes le desean, después del Consejo, cuando su trabajo haya terminado, feliz Navidad.

(El orador acepta responder a dos preguntas formuladas con arreglo al procedimiento de la «tarjeta azul» (artículo 162, apartado 8, del Reglamento))

Josep-Maria Terricabras (Verts/ALE), pregunta de «tarjeta azul». – Señor González Pons, me parece muy bien lo que usted dice sobre la industria energética en Europa. ¿Cómo se explica que la energía en España sea la más cara de Europa? ¿Por qué se protege a la industria energética europea? ¿Por qué se regalan prácticamente 1 350 millones de euros al señor Florentino Pérez? Y usted sabe que se lo pagaron en treinta y tres días, no en treinta y cinco ni en seis meses ni en nueve meses.

Es decir, mi problema es: ¿por qué quejarse de la energía europea sin arreglar la energía española?

Esteban González Pons (PPE), respuesta de «tarjeta azul». – En primer lugar, quiero agradecer al diputado español señor Terricabras que se dirija a mí en español, por una vez, en esta Cámara.

En segundo lugar, le diré que el Gobierno de España está tratando de abaratar el coste de la energía, el precio de la energía para los españoles, pero también está tratando de que la energía sea competitiva y sea un instrumento de progreso para España y para Europa.

Nos gustaría poder unir la península Ibérica con el resto de Europa a través de los Pirineos para que el gas de Argelia pueda competir con la posible falta de gas ruso, el próximo invierno, en toda la Unión Europea.

Tibor Szanyi (S&D), Kékkártyás kérdés. – Pons úr, Ön említette a beszédében, hogy nagyon komoly jelentőséget tulajdonít az adóelkerülés, az adócsalás elleni küzdelemnek, és ennek mentén kérdezném tisztelettel, hogy az Ön pártja, de Ön személy szerint is hajlandó-e ugyanolyan erővel fellépni bizonyos tagországok esetében a túladóztatással szemben, amely egyébként a fekete gazdaság előtt nyit utat, konkrétan például az én hazámban, Magyarországon egyébként ez különösen egy jelentős probléma?

Esteban González Pons (PPE), respuesta de «tarjeta azul». – Señor Szanyi, ¡sí!

Pervenche Berès (S&D). - Madame la Présidente, je voudrais m'adresser à la présidence italienne pour la mobiliser et la sensibiliser à l'enjeu de l'économie numérique. Chacun peut imaginer qu'il s'agira là d'une des grandes pistes grâce auxquelles le plan d'investissements pourra démultiplier la création de valeur au sein de l'Union européenne, et nous nous en réjouissons.

Mais elle ne pourra être un succès que si les fruits de ces investissements reviennent aux Européens. L'articulation de ce plan d'investissements dans le secteur numérique et la question de la fiscalité – sur laquelle nous fondons notre capacité à taxer les profits des GAFA – est un point absolument critique, que vous devez soulever au cours du Conseil européen.

De la même manière, vous devez progresser en matière de protection des données, sinon nous assisterons également à une fuite de savoirs et de capitaux que nous ne souhaitons pas financer.

Enfin, je voudrais encore m'adresser à la présidence de la Commission car, dans ce Conseil, vous allez contribuer à l'élaboration de la feuille de route sur l'avenir de la zone euro. Et lorsque j'écoute Manfred Weber, je m'en inquiète. En effet, je ne crois pas que c'est en se stigmatisant les uns les autres et en s'insultant à coup de noms d'oiseaux que nous allons faire progresser la zone euro, ce dont tout le monde a besoin.

Il faut qu'elle permette de définir nos interdépendances et nos solidarités, compte tenu de ce que les économistes du monde entier reconnaissent comme nos lacunes, notamment par la mise en place d'une capacité collective à répondre à des problèmes qui ne peuvent pas être corrigés par les outils dont nous disposons aujourd'hui dans le cadre de l'Union économique et monétaire.

Bernd Lucke (ECR). - Frau Präsidentin! Wir haben eine sehr bemerkenswerte Rede des Fraktionsvorsitzenden der Liberalen, Herrn Verhofstadt, gehört. Denn selbst Herr Verhofstadt hat inzwischen gemerkt, dass die Eurozone in einer schweren, tiefen Krise ist – so hat er sich ausgedrückt. Und das will etwas heißen für einen Fraktionsvorsitzenden der Liberalen, dessen Brillengläser sich normalerweise zartrosa färben, sobald von Europa die Rede ist. Aber dann hat er kritisiert, dass der Rat keine Medizin verabreicht. Das ist die falsche Kritik, meine Damen und Herren. Kritisiert werden muss, dass der Rat keine Analyse vorgetragen hat, warum die Eurozone in dieser Krise ist, nicht die Frage beantwortet hat, warum Nordamerika wächst, warum Südamerika wächst, warum Fernasien wächst, warum Australien und Ozeanien

Mittwoch, 17. Dezember 2014

wachsen, warum die Länder außerhalb der Eurozone in Europa wachsen, aber die Eurozone nicht wächst.

Das frage ich Sie jetzt, meine Damen und Herren Vertreter des Rates: Warum wächst die Eurozone nicht? Warum haben wir einen famosen Binnenmarkt, warum haben wir eine famose Kommission, warum haben wir eine famose gemeinsame europäische Währung, aber die Eurozone wächst nicht? Woran liegt das? Denken Sie doch bitte einmal scharf darüber nach!

(Der Redner ist damit einverstanden, eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“ gemäß Artikel 162 Absatz 8 der Geschäftsordnung zu beantworten.)

Alexander Graf Lambsdorff (ALDE), Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“. – Frau Präsidentin! Ich habe eigentlich zwei Fragen an den Kollegen Lucke.

Die erste Frage ist: Ist es Ihnen entgangen, dass die Strukturreformen in wichtigen Mitgliedstaaten der Eurozone ausgeblieben sind bzw. zu gering ausgefallen sind, um wirklich Wachstum zu stimulieren? Ich habe Frankreich und Italien in meiner Intervention selber genannt. Frankreich ist das Land, das uns die größten Sorgen macht.

Die zweite Frage ist: Wann waren Sie das letzte Mal so nah an Guy Verhofstadt dran, dass Sie seine Brillengläser und ihre Farbe so genau erkennen konnten, um einen zartrosa Schimmer dort zu sehen?

Bernd Lucke (ECR), Antwort auf eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“. – *(Der Redner spricht ohne Mikrofon)...* und noch intensiver, als ich es von der Entfernung her habe wahrnehmen können, das möchte ich nicht ausschließen.

Aber was die Strukturreformen betrifft, so gebe ich Ihnen Recht, dass sie ausgeblieben sind. Und dass sie ausgeblieben sind, hat seinen Grund darin, dass Sie und Ihre Freunde die Nichtbeistandsklausel in Europa außer Kraft gesetzt haben. Denn wenn es die Verpflichtung gäbe, dass jeder Staat für seine Schulden selbst zahlen müsste, dann wäre der Anreiz, interne Reformen durchzuführen, und die Zahlungsfähigkeit eines Staates sicherzustellen, sicherlich erheblich höher als heutzutage, wo die Regeln nach Belieben verändert werden.

Olli Rehn (ALDE). - Arvoisa puhemies, Eurooppa tarvitsee työtä ja kasvua. Tämä vaatii investointeja, varsinkin yksityisiä investointeja. Tässä mielessä puheenjohtaja Junckerin investointiohjelma on tervetullut.

Samalla pitää muistaa, että Eurooppaa on uudistettava, jotta se pystyy houkuttelemaan investointeja. Tämä vaatii kunnon yritysympäristön ja sisämarkkinat pitää panna kuntoon, varsinkin digitaaliset ja palveluiden sisämarkkinat.

Kasvun eväitä on monilla aloilla. Investointeja on suunnattava varsinkin biotalouteen, tietoliikenteeseen ja arktiselle alueelle. Niiden vauhdittamiseksi jäsenmaiden pitää tehdä rakenteellisia uudistuksia. Tämä on tärkeää varsinkin suurissa jäsenmaissa Ranskassa ja Italiassa. Vakaus- ja kasvusopimusta ei pidä romuttaa. Samalla Saksan on käytettävä liikkumavaraansa investointien kasvattamiseen. Lisäksi Euroopan keskuspankin on annettava kunnon piristysruiske Euroopan taloudelle, ellei vielä jouluksi niin viimeistään uuden vuoden päätöksensä.

(Puhuja lupasi vastata työjärjestyksen 162 artiklan 8 kohdan mukaiseen sinisen kortin kysymykseen).

Δημήτριος Παπαδημούλης (GUE/NGL), ερώτηση «γαλάζια κάρτα». – Κυρία Πρόεδρε, κύριε Rehn, αυτές τις ημέρες αναπτύσσεται μια κινδυνολογία και μια προπαγάνδα ότι η νίκη του ΣΥΡΙΖΑ στις πιθανότατα επερχόμενες εκλογές στην Ελλάδα θα σημαίνει την έξοδο της Ελλάδας από τη ζώνη του ευρώ και μια μεγάλη καταστροφή για την ίδια την ευρωζώνη.

Πώς σχολιάζετε αυτή την εκστρατεία φόβου;

Olli Rehn (ALDE), blue-card answer. – Mr Papadimoulis, thank you for the question. As we know, Greece has had difficult and tough times. Now it is growing again. I have no intention of interfering in the domestic politics of Greece. However, my understanding is that both the Syriza Party and Mr Tsipras are committed to the membership of Greece in the eurozone. They are very clearly committed to that and that is what counts. I also understand that Greece's very heavy debt burden has to be somehow restructured and rearranged, for instance by prolonging the maturity of the loans, not necessarily by touching the capital.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

Reinhard Bütikofer (Verts/ALE). - Frau Präsidentin, Herr Präsident Juncker, meine sehr geehrten Präsidenten! In der Auseinandersetzung darum, ob aus Herrn Junckers Investitionsplan ein wirksamer Aufbruch zu nachhaltigem Wachstum wird, geht unsere Forderung als Grüne erstens dahin, dass sich alle Mitgliedsstaaten der Europäischen Union mit eigenen Beiträgen an diesem Investitionsplan beteiligen. Ich bitte den Vertreter des Rates, diese in diesem Haus hier mehrfach von allen Seiten erhobene Forderung tatsächlich ernst zu nehmen!

Zweitens: Was die Projekte betrifft, die gefördert werden müssen, gibt es meines Erachtens sechs entscheidende Kriterien: Erstens darf es – wie Herr Juncker sagte – keine sektoralen und geografischen Quoten geben. Es muss einen europäischen Mehrwert geben. Sie müssen zu nachhaltigem Wachstum beitragen. Sie müssen durch Experten der EIB aufgrund fachlicher Qualifikation ausgewählt werden, und sie müssen private Investitionen anregen und dürfen drittens in den Mitgliedsstaaten die kleinen und mittleren Unternehmen nicht hintanstehen lassen.

Σωτήριος Ζαριανόπουλος (NI). - Η Σύνοδος Κορυφής θα κλιμακώσει την αντιλαϊκή επίθεση, όπως στις επεμβάσεις της Ευρωπαϊκής Ένωσης και του NATO στην Ουκρανία και αλλού, που θα φέρουν νέα κύματα προσφύγων. Ενισχύεται η απειλή γενικευμένου πολέμου στον βωμό ανταγωνισμών για νέες αγορές στην ενέργεια και τους δρόμους μεταφοράς της.

Ομολογείτε ότι την ασθενική ανάκαμψη μπορεί να ακολουθήσει νέα οικονομική κρίση που δεν μπορούν να σταματήσουν ούτε οι υπερασπιστές της περιοριστικής πολιτικής ούτε της χαλάρωσης, οι οποίοι ομοφωνούν όμως μεταξύ τους για πάμφθινη δουλειά, κατεδάφιση δικαιωμάτων, ξερίζωμα της αγροτιάς, αντιλαϊκούς φόρους.

Επιβάλλονται τα μόνιμα μνημόνια με καταστολή των αγώνων. Φορτώνονται οι λαοί με χρέη που δεν οφείλουν, αφού το κρατικό χρέη, όπως τα 300 δισ. του πακέτου Juncker πηγαίνει στις επιχειρήσεις.

Οι ανταγωνισμοί επιχειρηματικών ομίλων, κυβερνήσεων και κομμάτων που τους εκπροσωπούν δεν αφορούν τα λαϊκά συμφέροντα. Η Ευρωπαϊκή Ένωση δεν γίνεται φιλολαϊκή. Είναι ώρα ο λαός να γίνει πρωταγωνιστής και να ανατρέψει αυτή τη βαρβαρότητα.

András Gyürk (PPE). - Elnök asszony, tisztelt elnök urak, képviselőtársaim! Abban, hogy az európai gazdaságnak élénkítésre van szüksége egyetértés van a Parlament, a Bizottság és a Tanács között. A befektetési terv céljait én magam is támogatom. A megvalósítás módjával kapcsolatosan azonban vannak kétségeim és észrevételeim.

Egyrészt valójában az EIB forráson kívül, úgy tűnik, nincs új pénz a beruházási tervre. A Connected Europe Facility keretéből és a Horizon 2020 forrásaiból garanciára átcsoportosított összegek valójában leginkább csak azt jelentik, hogy egyik zsebünkben a másikba helyezzük át a pénzünket.

Másrészt, a Bizottság által kilátásba helyezett multiplikatív hatás véleményem szerint túlzottan optimista. A rendelkezésre álló információk alapján az áttételekre vonatkozó becslések sajnos nem reálisak, ezért nagy szükség lenne további tagállami szerepvállalásra.

Harmadrészt, a fenti aggodalmakat is figyelembe véve különösen nagy figyelmet kell fordítani a projektek kiválasztására. Csak megfelelő minőségű projektlista eredményezhet hosszú távú növekedést. Csak akkor érhetjük el a kívánt élénkítő hatást, ha a céljainkat minden szempontból szolgáló projekteket támogatunk.

Képviselőtársaim! Véleményem szerint az energetikai projektek pontosan ilyenek. Ragadjuk meg tehát a lehetőséget és tegyünk egy nagy lépést az európai ellátásbiztonság kérdésének megoldására. Már a Barroso-csomag is hangsúlyt helyezett az energetikai infrastruktúrára, de még mindig függőségről és az összeköttetések hiányáról beszélünk. A kiszolgáltatottságban pedig továbbra is a közép-kelet-európai régió jár élen. Az európai állampolgárok és vállalatok számára a biztonságos és elérhető árú energiaellátást csak az egységes energiapiac kialakításán keresztül tudjuk biztosítani. Hosszabb távon pedig az olcsóbb energiaár az, ami versenyképesebbé tudja tenni Európát.

(A felszólaló hozzájárul egy, az eljárási szabályzat 162. cikkének (8) bekezdése értelmében feltett kék kártyás kérdés megválaszolásához).

Mittwoch, 17. Dezember 2014

István Ujhelyi (S&D), *Kékkártyás kérdés*. – Ahhoz hogy a gazdaság beinduljon, ahhoz bizalomra van szükség. Bizalomra például Európában a Bizottság következő éves munkája kapcsán, és én magyarként azt látom, hogy vannak országok – nem csak a mi országunk –, ahol bizony a pártok, és például nálunk a miniszterelnök maga, rendszeresen szítja a hangulatot az Európai Unióval szemben. Ezért kérdezem képviselő úr, hogy Ön mit szolt ahhoz például, hogy most Magyarországon egy új adó bevezetése miatt a miniszterelnök az Európai Unióra mutogatott, miközben mind a ketten tudjuk, hogy ez nem igaz? Megengedhető-e ez a módszer?

András Gyürk (PPE), *Kékkártyás válasz*. – Köszönöm a kérdést képviselő úrnak! Lehetőséget ad számomra, hogy elmondjak valamit. Az ember nem szívesen dicséri a saját lovát, de ha már így adódott, és kérdést tett föl, akkor hadd mondjam el ezen a plénumon is, hogy a magyar gazdasági növekedés ma az Európai Unió élvonalában van, több mint 3%. A munkanélküliség folyamatosan csökken Magyarországon, ahogy az államadósság is, és eközben a hiány stabilan 3% alatt van. Ezek a magyar gazdaság mutatói. Mindez azok után, hogy egy romokban heverő gazdaságot vettünk át attól a kormánytól, amelynek Ön is képviselője volt.

Iratxe García Pérez (S&D). - Señora Presidenta, decía la pasada semana el señor Rajoy, el Presidente del Gobierno de España, que estas iban a ser las navidades de la recuperación económica. Hoy ha dicho el señor Weber que los países que han puesto en marcha las reformas estructurales se han convertido en la locomotora de la economía europea.

Y yo les digo a ambos que no se enteran de lo que está pasando. Que sus palabras son un insulto a las familias que están perdiendo sus viviendas por ser desahuciadas. Que sus palabras son un insulto a los jóvenes que tienen que salir fuera de Europa a encontrar empleo. Que sus palabras son un insulto a las familias y a las personas dependientes que están perdiendo sus derechos. Y ahora el Ecofin decide descafeinar el impuesto sobre las transacciones financieras.

Decimos que es necesario ingresar más, pero no lo podemos hacer ahogando a las clases medias y a las clases trabajadoras. Hagamos pagar a quienes están en el origen de esta situación y a quienes nunca les hemos pedido nada, porque, de esta manera, estaremos hablando de la posibilidad de una salida de la crisis más justa. Se lo debemos a los ciudadanos y ciudadanas. No a los votantes, a la ciudadanía europea.

Evžen Tošenovský (ECR). - Vážený pane předsedo, dovolu mi stručně okomentovat hlavní téma prosincové Evropské rady.

Není sporu o tom, že Evropa potřebuje zvýšit investice. Síťovou infrastrukturu společně s výzkumem a inovacemi bychom měli mít určitě na paměti jako první. Musíme se ale nejdříve ptát, proč se soukromí investoři drží zpátky? Mohu v této souvislosti jen odkázat na vystoupení předsedy naší frakce Syeda Kamalla na minulém plenárním zasedání.

Pokud jde o investiční plán Evropské komise, s ambicemi nastavit předvídatelné regulativní prostřední pro podnikání mohu jen souhlasit.

Ohledně hlavních dvou pilířů mám ale velké pochybnosti. Je to takové kouzlení s čísly – na vstupu 16 miliard z EU a 5 miliard z EIB a potom 315 miliard při použití multiplikačního efektu 15. Dále, proč přeléváme peníze z programů, které jsme složitě vyjednávali? Sotva se rozběhly, po roce je stahujeme, tedy 3,3 miliardy z nástroje pro propojení Evropy (CEF) a 2,7 miliardy z Horizontu 2020. Budou všechny vybrané projekty skutečně splňovat kritérium návratnosti? Otázek je skutečně celá řada.

Harald Vilimsky (NI). - Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe den Eindruck, dass sich viele hier der Ernsthaftigkeit und großen Dramatik unserer Situation nicht bewusst sind.

Wir haben Arbeitslosigkeit auf unserem Kontinent, wie es sie seit Jahrzehnten nicht in der Höhe gab. Wir haben eine Entwicklung im Bereich der Armut, die uns eigentlich alle alarmieren sollte. Wir haben im Bereich der Währung eine Situation, dass der Euro von höchster Instabilität geprägt ist und durch permanenten Kaufkraftentzug mit einer Nullzinspolitik der Europäischen Zentralbank der Bevölkerung Wohlstand entzogen wird.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

Der einzige Vorschlag der seitens der EU, der Kommission, des Rates und auch der Mehrheit hier im Hause gemacht wird, ist es, mit einem Finanzpaket, das 15-fach gehebelt werden soll, hier eine Sanierung herbeizuführen. Dieses Produkt ist auch quer durch die Zeitungen in ganz Europa als Alchemieprodukt abqualifiziert worden, was nichts anderes heißt, als dass hier mit sehr viel Tricks eine Situation saniert werden soll, die so nicht finanziert und saniert werden kann.

In Zeiten der Nationalstaatlichkeit mit nationalen Währungen hat Europa funktioniert. Jetzt funktioniert es nicht mehr. Ich überlasse es Ihnen, darüber zu urteilen, was der bessere Weg ist. Für jeden Menschen mit Sachverstand ist klar, was der bessere Weg ist.

(Der Redner/Die Rednerin erklärt sich bereit, gemäß Artikel 162 Absatz 8 GO auf die Frage eines anderen Mitglieds zu antworten).

Jörg Leichtfried (S&D), *Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“*. – Herzlichen Dank Frau Präsidentin! Es ist mir auch ein Vergnügen, Herr Vilimsky.

Jetzt haben Sie erzählt, was Ihnen alles nicht passt, was alles schlecht ist. Aber Ihnen gelingt es überhaupt nie, auch darzustellen, was Sie sich vorstellen, damit sich die Dinge ändern.

Sie haben überhaupt keine Ideen, Sie sagen immer nur Nein. Was bringt denn das? Das bringt überhaupt nichts. Das einzige, was Sie wollen, ist, dass wir wieder allein weitermachen – allein gegen die großen Konzerne, allein gegen die weltweit agierenden Multibanken. Wissen Sie, was dann passiert? Dann passiert das, was wir alle nicht wollen, dass die noch reicher werden, und die, die wir Sozialdemokraten vertreten, nämlich die, die für ihr Geld schöpfen müssen, immer mehr zahlen müssen. Das passiert dann, wenn Sie sich durchsetzen.

Harald Vilimsky (NI), *Antwort auf eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“*. – Herr Leichtfried! Das, was ich von Ihnen gehört habe, ist reine Polemik. Aber der Weg, wie er funktionieren könnte, hat sich manifestiert auf diesem Kontinent – über Jahrzehnte hinweg, über eine nationale Währungspolitik, eine nationale Wirtschaftspolitik, wo trotzdem die Staaten auf Augenhöhe und in Freundschaft miteinander kooperiert haben. Eine Politik, wie sie jetzt stattfindet, dient rein den Konzernen, den Multis. Und Sie selbst wissen ganz genau, etwa im Bereich TTIP, wo Sie heute schon wissen, dass Sie zustimmen werden, und den Konzernen damit in Europa noch mehr Tür und Tor öffnen und die unheilvolle Entwicklung über unserem Kontinent noch mehr verstärken werden.

Paulo Rangel (PPE). - Senhora Presidente, Presidência do Conselho, Presidente Juncker, em primeiro lugar, naturalmente, queria manifestar o meu apoio e o meu apreço à proposta de investimento que a Comissão está a lançar e que me parece uma grande oportunidade para nós, embora gostasse de chamar a atenção que, pese embora o Sr. Presidente Juncker tenha dito que não teria uma atenção à questão regional, até porque ela já está tratada na política de coesão, não tenho dúvidas que é essa também a razão, que é fundamental ter em conta, ao fazer a escolha dos investimentos, ter em conta a situação económica e social daqueles países que foram capazes de fazer reformas estruturais e que precisam agora de uma alavanca e de um apoio para terem um crescimento maior e uma criação de emprego que atenua essa situação social.

E depois gostaria também de chamar a atenção para a agenda externa da União Europeia. Naturalmente, para a questão da Ucrânia e para a questão preocupante da Rússia, sem dúvida, mas também já agora para uma questão que surgiu esta semana com grande força, que é a questão da Turquia, porque a nossa frente Leste não é apenas a frente do Estado Islâmico, não é apenas a frente Norte, que é a frente da Ucrânia e da Rússia, é também, entre eles os dois, a questão turca, e a questão da democracia e dos direitos e das liberdades na Turquia é uma questão essencial para este equilíbrio da frente Leste, a que gostaria de chamar a atenção e sobre a qual o Conselho não pode deixar de tomar uma posição.

Olle Ludvigsson (S&D). - Fru talman! Jag har vissa frågetecken för kommissionens investeringsplan. Den innehåller mycket luft och riskerar att få ett sämre utfall än vad kalkylerna indikerar. Samtidigt är jag dock klart positiv till den generella signal som initiativet sänder ut: att Europa behöver större investeringar. Det är verkligen på tiden att denna fråga placeras högst upp på dagordningen.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

Efter att investeringarna har fallit med 15 % sedan 2007 måste investeringsnivåerna nu höjas rejält, annars blir det omöjligt att klara produktivitet, konkurrenskraft och en effektiv grön omställning. Det är viktigt att inte se investeringsplanen som en universalmedicin utan i stället som en faktor i en bredare investeringssatsning, som nu måste till. Planen kan bli en del av lösningen, men den är inte hela lösningen.

Marine Le Pen (NI). - Madame la Présidente, quand on est un petit enfant, on croit au père Noël et quand on est un grand enfant, on croit au plan Juncker.

Ce plan Juncker – 21 petits milliards de fonds, une somme évidemment ridicule lorsqu'on la compare aux 13 000 milliards de PIB de l'Union européenne –, que vous nommez vous-même d'ailleurs «plan de la dernière chance», devrait, selon vous, attirer 294 milliards d'euros d'investissements privés. Comment? Pourquoi? On n'en sait pas grand-chose. Il est d'ailleurs très probable que ces investissements privés ne viendront pas financer des projets publics, par définition moins rentables.

La réalité, c'est que votre plan de relance est un plan de communication. La réalité, ce sont les chiffres et notamment les chiffres concernant la Grèce. C'est bien d'actualité, donc je vais vous rappeler ces chiffres, surtout à ceux qui donnent des leçons de morale, là-bas, tout au fond, assis tranquillement sur leur petit siège.

La Grèce, c'est 27,4 % de fonctionnaires en moins entre 2009 et 2013, 10 000 lits d'hôpitaux en moins sur cette même période. Le revenu moyen y a baissé de 35 % entre 2009 et 2013, le salaire minimum y est maintenant de 586 euros et de 489 euros pour les moins de 25 ans. En 2014, il y avait 25,7 % de chômeurs et 49,8 % de chômeurs chez les moins de 25 ans, alors que la dette publique était de 174 % du PIB.

Alors, oui, Messieurs, bravo pour ce résultat! Ce résultat, c'est votre politique économique!

(L'oratrice accepte de répondre à une question «carton bleu» (article 162, paragraphe 8, du règlement))

Rebecca Harms (Verts/ALE), Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“. – Kollegin Le Pen! Glauben Sie – nach den Meldungen von gestern, wonach in Russland entschieden worden ist, Ihrer Partei 40 Mio. Euro zur Verfügung zu stellen –, dass es eine sinnvolle Investition ist, dem russischen Volk jetzt 40 Mio. EUR wegzunehmen, um gegen die Europäische Union zu kämpfen?

Marine Le Pen (NI), réponse «carton bleu». – Madame la Présidente, comme d'habitude, Madame, vous racontez n'importe quoi, et c'est manifestement un travail à plein temps.

Si nous avons contracté un prêt auprès d'une banque russe – vous le savez –, c'est parce que l'on nous empêche de nous financer auprès des banques françaises, peut-être parce qu'elles sont à votre service, Madame, ou à celui de votre parti, et qu'elles luttent contre ceux qui ne sont pas leurs copains, dont vous faites partie, les uns et les autres, puisque l'essentiel de votre politique consiste à améliorer la situation des banques et des marchés financiers. L'essentiel de notre politique consiste en revanche précisément à défendre les peuples contre ces grands carnassiers.

Othmar Karas (PPE). - Frau Präsidentin! Unsere Politik zielt darauf ab, die Unabhängigkeit der Mitgliedstaaten zu stärken, die Menschenrechte einzuhalten, das Völkerrecht einzuhalten und für Wachstum und Beschäftigung, Investitionen und Wettbewerbsfähigkeit der Europäischen Union zu sorgen.

Kommen wir wieder zum Gipfel! Ich erwarte mir von diesem Gipfel, dass sich die Mitgliedstaaten konkret verpflichten, statt sich laufend selbst zu verteidigen. Ich erwarte mir von diesem Gipfel, dass er ernsthaft mit den Vorschlägen der Kommission umgeht und Entscheidungen zur Umsetzung der Vorschläge der Kommission und der Beschlüsse des Parlaments trifft. Ich erwarte mir von diesem Gipfel, dass jedes Land seinen Beitrag leistet, um das Juncker-Programm für Wachstum und Beschäftigung konkret werden zu lassen.

Da kann man die 21 Milliarden verdoppeln, da kann man die Garantien erhöhen, da kann man steuerliche Anreize schaffen und man kann Projekte vorschlagen, Projekte, die einen europäischen Mehrwert haben, statt den Fonds zu nationalisieren, die nachhaltig ökologisch, sozial und wirtschaftlich sind, statt einen Einmaleffekt zu erzielen. Das erwarte ich mir! Ernsthaftigkeit und keine Nationalisierung des Fonds! Ich erwarte mir ganz konkret, dass die Budgetkonsolidierung fortgesetzt wird mit einem Kassensturz in allen Mitgliedstaaten, dass die Strukturreformen intensiviert werden, damit wir Geld für Investitionen haben und die Deregulierung sich an der Kommission ein Beispiel nimmt. Das erwarte ich mir von diesem Gipfel.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

(Der Redner ist damit einverstanden, eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“ gemäß Artikel 162 Absatz 8 der Geschäftsordnung zu beantworten.)

Κώστας Χρυσόγονος (GUE/NGL), ερώτηση «γαλάζια κάρτα». – Μιλήσατε μόλις για σεβασμό στα ανθρώπινα δικαιώματα αλλά η έκθεση σχετικά με τα μνημονιακά προγράμματα του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου, την οποία συνυπογράφετε, διαπιστώνει ότι υπήρξαν παραβιάσεις των ανθρωπίνων δικαιωμάτων στα πλαίσια του ελληνικού προγράμματος.

Και βέβαια, δεν το διαπιστώνει μόνο η έκθεση, το διαπιστώνουν και οι αποφάσεις π.χ. της Επιτροπής του Ευρωπαϊκού Κοινωνικού Χάρτη. Ουσιαστικά, με τα προγράμματα αυτά, υποχρεώνονται τα κράτη μέλη να παραβιάζουν υποχρεώσεις τους που απορρέουν από το διεθνές δίκαιο. Πώς το δικαιολογείτε εσείς αυτό;

Othmar Karas (PPE), Antwort auf eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“. – Erstens: Ich bin sehr froh, dass der Kommissionspräsident bereits vor seiner Wahl mehrfach darauf hingewiesen hat, dass der Bericht des Europäischen Parlaments zur Überprüfung der Troika für ihn wesentliche Anknüpfungspunkte bietet zur Reform der Politik in der Europäischen Union.

Zweitens: Wir müssen uns dafür einsetzen – auch dafür benötigen wir die Mitgliedstaaten –, dass alle Notkonstruktionen als Antwort auf die Krise auf den Boden des Gemeinschaftsrechts übergeführt werden. Denn dann gilt die Charta der Grundrechte der Bürger und der Freiheitsrechte auch bei der Umsetzung nationalen Rechts. Und dafür treten wir ein!

Carlos Zorrinho (S&D). - Senhora Presidente, depois da esperança trazida pelo programa da Comissão Juncker, o programa de trabalho e as conclusões conhecidas do Conselho são decepcionantes. O futuro da União Europeia já não depende de palavras, depende de atos. Os Europeus e o mundo vão estar atentos aos atos concretos, e o prazo para que esses atos estejam no terreno é muito claro: o final do primeiro semestre de 2015. O que não estiver no terreno nessa altura terá sido perdido. Nessa altura temos de ter um plano de investimento no terreno, um plano de investimento concreto, que não seja apenas uma espécie de fundo de recurso para projetos em arquivo e que não couberam nos fundos existentes. Temos que ter a união da energia, temos que ter uma transparência e convergência fiscal clara, tem que estar definido o calendário de conclusão da união económica e monetária.

Sr. Presidente, a prova dos nove é a ação – ação ou desilusão. É isso que está em jogo no próximo Conselho, e aquilo que conhecemos, para já, das conclusões não é muito motivador.

Μανώλης Κεφαλογιάννης (PPE). - Κυρία Πρόεδρε, αν δει κανείς την πορεία των επενδύσεων σε ευρωπαϊκό επίπεδο τα τελευταία χρόνια, εύκολα θα διαπιστώσει ότι από την παλιά Ευρώπη των 10, των 15, των 28 κρατών έχουν ουσιαστικά διπλασιαστεί. Όμως τώρα υπάρχει μια σημαντική υστέρηση 260 δισ. ευρώ. Ακόμη και αν αφαιρέσουμε τον τομέα των κατασκευών, με την έκρηξη τους στα τέλη της δεκαετίας του 2000, θα διαπιστώσουμε ότι 160 δισ. λείπουν από το επενδυτικό πρόγραμμα της Ευρωπαϊκής Ένωσης. Το πακέτο Juncker των 315 δισ. ευρώ, τα 16 δισ. του κοινοτικού προϋπολογισμού, 5 δισ. της Ευρωπαϊκής Κεντρικής Τράπεζας, η μόχλευση των κονδυλίων αλλά και η προσφορά των κρατών μελών ασφαλώς και θα οδηγήσουν στη δημιουργία ενός εκατομμυρίου θέσεων εργασίας και είναι η απάντηση στην κρίση επενδύσεων που έχουμε στην ευρωζώνη, .

Ο κ. Juncker και ο αντιπρόεδρος του, ο κ. Katainen, έχουν πολύ σημαντική δουλειά να κάνουν. Πρέπει να ξεκινήσουν μια παγκόσμια εκστρατεία, με σκοπό να πείσουν τους θεσμικούς επενδυτές, τις αγορές στην Ευρώπη, στην Ασία, στην Αμερική, να στηρίξουν αυτό το πρόγραμμα των επενδύσεων. Το Επενδυτικό Ταμείο των 300 δισ. ευρώ είναι ένα στοίχημα που έχει θετικές αποδόσεις – αυτό πρέπει να είναι το μήνυμα στις αγορές.

Πρέπει να περάσουμε από την κουλτούρα των κονδυλίων του παρελθόντος στην κουλτούρα των επενδύσεων και της ανάληψης κινδύνων.

José Inácio Faria (ALDE). - Senhora Presidente, não é propriamente para este último orador, foi para o orador anterior que pedi um cartão azul e que a Mesa se recusou a admitir-me. Eu queria que isto ficasse registado.

Die Präsidentin. - Das wurde mir anscheinend zu spät mitgeteilt. Es tut mir leid.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

Kathleen Van Brempt (S&D). - Voorzitter, voorzitter van de Raad en de Commissie, ik wil beginnen met het voorlezen van een titel van een artikel van vandaag in de krant: 'De EU verspilde miljoenen aan luchthavens'. Dat komt uit een rapport van de Rekenkamer, onder meer over vijf luchthavens waaronder één in Italië, maar ook in Griekenland, Spanje, Polen. 666 miljoen werd geïnvesteerd in die luchthavens en dat blijkt redelijk zinloos te zijn. Het gaat over investeringen in luchthavens die eigenlijk niet nodig waren, die te dicht bij elkaar lagen, die niet rendabel zijn.

Waarom zeg ik dat? Eén, omdat het natuurlijk voor mensen die echt een hart hebben voor Europa altijd vreselijk gênant is om dat in de kranten te lezen. Ik zeg dat niet omdat ik denk dat we niet moeten investeren. We móeten investeren. De fractie van socialisten en democraten is een heel grote voorstander van het investeringsbeleid en wil daar een serieuze push aan geven.

We vragen ook aan de Raad om méér te doen, om méér te investeren, maar – en dat is mijn boodschap – niet in eender wat. Niet in een prestigeproject van een of andere minister of van een of andere lidstaat, maar in de toekomst. Laten we criteria hanteren, criteria die te maken hebben met duurzaamheid en jobs, en laten we de toekomst voorbereiden. Velen hebben het al gezegd, maar laten we dat dan ook doen: investeren in de digitale agenda, menselijk kapitaal en de energie-unie. Want dat zijn investeringen die de toekomst voorbereiden, die jobs creëren en die dus zinvol zijn. Dus geen prestigeprojecten van ministers en lidstaten die tot niets leiden.

Seán Kelly (PPE). - Madam President, we may not have certainty but we have more clarity regarding President Juncker's proposals on his investment plan. I think it behoves all of us to get behind it, because if it is a success, all Europe gains; if it fails, all Europe fails. And particularly the Council has a major responsibility. I think Parliament is going to back it, from what I have heard this morning.

It is in some respects rather sad that the President had to come in and ask Council to commit to the proposals and to give the guarantees that are necessary. Member States also have an obligation to carry out the structural reforms which have been committed to. As our leader, Mr Weber, pointed out this morning in answer to Madam Berès, Ireland – which four or five years ago was regarded almost as a basket case – did take the hard medicine, despite the suffering of many people, and is now reaping the rewards of structural reform. We have about 4.8% growth this year.

More importantly, Mr Juncker was speaking about trust – that means confidence, it means optimism. 30% of SMEs in Ireland hope to take on at least one extra employee next year. That is what is needed because, as is often said, if every SME took on one extra employee, we would solve the unemployment problem in Europe. So, economic growth that is sustainable; projects that are necessary and not vanity.

Marlene Mizzi (S&D). - Sinjura President, Sur Kummissarju, hemm bżonn urġenti li l-Ewropa ssib toroq godda biex terġa' tniedi l-potenzjal ekonomiku tagħha. L-investiment huwa komponent kruċjali biex iqanqal żvilupp ekonomiku u soċjali aktar mgħaġġel wara l-kriżi, filwaqt li jiżgura tkabbir sostenibbli għall-Ewropa.

Il-pjan il-ġdid ta' investiment huwa l-bidla li tant ilna nistennew? Jew din hija sitwazzjoni ta' 'too little, too late'?

Dan il-pjan mhuwiex eżattament dak mehtiegħ iżda nahseb li huwa definittivament pass li se jgħin iċaqtaq mit-triq mudlama attwali li qiegħda fiha l-Ewropa. Huwa essenzjali fil-ġlieda kontra l-faqar u l-eskluzjoni soċjali u biex itaffi l-pressjoni fuq is-sistema tal-ġhajjnuna soċjali.

Madankollu, għad hemm xi kwistjonijiet tekniċi li hemm bżonn li jiġu kjarifikati mill-Kummissjoni u mill-Kunsill. Dawn jinkludu: it-tip u n-natura tal-kontribuzzjonijiet tal-Istati Membri u tas-settur privat jehtiegħ li jiġu definiti; hemm bżonn li tiġi diskussa il-governanza relatata mal-fondi; l-użu doppju ta' strumenti finanzjarji jehtiegħ li jiġi evitat.

Is-suċċess tal-pjan ta' investiment se jiddependi fuq il-puntwalità, l-effettività u l-effiċjenza tiegħu.

Krišjānis Kariņš (PPE). - Priekšsēdētājas kundze!

Mittwoch, 17. Dezember 2014

Mēs šodien runājam par investīcijām — tās mums Eiropā ir nepieciešamas. No kurienes ņemt? Mēs zinām, ka dalībvalstīm parādi jau tik lieli, ka tur vairs nav naudas, ko smelties. Mums atliek vienīgi privātais sektors, uz kuru cerēt, bet privātais sektors, kaut gan naudas ir ļoti daudz, neiegulda naudu Eiropas tautsaimniecībā.

Mums jāuzdod svarīgais jautājums, kāpēc privātais sektors neinvestē Eiropas ekonomikā. Un tai atbildei ir jābūt (un acīmredzot tā ir): "Jo trūkst ticības!" Trūkst ticības, ka mūsu ekonomika Eiropā attīstīsies, ir pārāk liela birokratizācija, pārāk smagi regulējumi un pārāk nestabili valdību budžeti.

Eiropas Komisija Junkera kunga personā tagad piedāvā mums risinājumu — piesaistīt šīs privātās investīcijas, piesaistot privāto naudu konkrētajiem projektiem. Bet, kolēģi, ja dalībvalstis neturpinās un aktīvi neveidos tā saucamās strukturālās reformas, šīs investīcijas no privātā sektora nenāks. Mums ir jāuzrunā birokratizācija, mums ir jāuzrunā pārāk smagā regulācija un mums ir jāstabilizē valdību budžeti, lai netiek tērēta nauda, kuras nav.

Paldies par uzmanību!

István Ujhelyi (S&D). - Elnök asszony, tisztelt elnök úr, kedves kollégák! Ismerik azt a kifejezést, hogy skype-nagyszülő vagy azt, hogy skype-unoka? Mi Magyarországon azokra a családokra használjuk ezt, akiket szétszakított a gazdasági, társadalmi krízis. Akiknek el kellett költözni több ezer kilométerre Magyarországról, olyan fiataloknak, akik gyermekeikkel együtt már egészen biztos, hogy ritkábban találkoznak a nagyszüleikkel, hiszen a gazdasági válság miatt más országban telepedtek le. Ez nem jó senkinek. Ez láthatóan társadalmi feszültségeket okoz azon gazdagabb európai országokban, ahol rengeteg kelet-európai munkavállaló van, de nem jó nekünk sem otthon, hiszen hiányoznak a nővérek, hiányoznak az orvosok, hiányoznak a mesteremberek. 600 000 fiatal vándorolt ki Magyarországról az elmúlt 4 év alatt. Én azt kérem a Bizottságtól, hogy konkrét akcióttervet dolgozzon ki, hogyan tudunk segíteni ezeknek a fiataloknak, hogy megtalálják a helyüket, és ne csak skype-on tarthassák a kapcsolatot saját szüleikkel, nagyszüleikkel.

David Casa (PPE). - Sinjura President, nixtieq niringrazzja l-ewwel nett lill-President tal-Kummissjoni, Jean-Claude Juncker, għal dan il-pass importanti, li se jkun importanti għat-tkabbir soċjoekonomiku tal-Unjoni Ewropea.

Però jien illum se jittellem dwar problema ohra li teżisti fl-Ewropa, ha nitkellmu wkoll fuq l-Ukraina, għada fil-Kunsill, hemm min semma' anke lir-Russja. Din il-problema ma tittrattax lill-President tal-Kummissjoni, imma lill-Kunsill. Fit tal-granet ilu, kellna espert tan-Nazzjonijiet Uniti f'pajjiżi, ġo Malta, fejn qalilna li se jkollna fix-xhur li ġejjin problema hafna aktar gravi ta' immigrazzjoni mill-Afrika lejn l-Ewropa. Din mhijiex problema ta' Malta u tal-Italja, ilna nghiduh dan, imma hija problema tal-Ewropa kollha. Ma jistax ikun li ha nibqghu wahedna f'dal-mument fejn nafu li ġejjin problemi serji ta' immigrazzjoni mill-Afrika ta' Fuq, b'mod partikolari.

Il-Kummissjoni għamlet hilita kollha, il-Parlament Ewropew għamel hiltu kollha: issa jmiss lill-Kunsill, lill-Istati Membri li mhux iparlaw biss. Jiena jiddispijaci li l-Presidentza Taljana mmexxija mis-Socjal-Demokratiċi ma lissnux kelma proprju fl-ahhar mument tagħhom tal-Presidentza. Ma nistghux nibqghu nghaddu lil pajjiżi bl-addoċċ. Irridu naraw solidarjetà vera, għandna tragedja umana, ċimiterju fil-Mediterran, u jmisskom tisthu, bħala Stati Membri, qed tippermettu dan kollu. Issa hu l-mument li naghmlu azzjoni, mhux paroli!

Guillaume Balas (S&D). - Madame la Présidente, Monsieur Juncker, Monsieur le représentant du Conseil, on entend, depuis tout à l'heure, MM. Weber et Lambsdorff toujours dire que la France doit mener des réformes structurelles. J'espère qu'ils comprennent que se focaliser sur ce point ne sert qu'à faire sourire M^{me} Le Pen. C'est là, aujourd'hui, le résultat de ce discours en continu.

Mais j'aimerais intervenir sur le fond, et poser les questions suivantes. Nous observons aujourd'hui une tendance à la déflation en Europe et dans le monde. N'y a-t-il pas un lien profond entre les réformes structurelles libérales, qui ont vocation à faire baisser le coût du travail et souvent les revenus du travail, et cette déflation?

Mittwoch, 17. Dezember 2014

N'existe-t-il pas un lien, aujourd'hui, avec l'attentisme des investisseurs privés, du fait qu'ils savent qu'il y a peu d'investissements publics, mais surtout peu de consommation probable à la clé, et que cela ne rassure évidemment personne?

Monsieur Juncker, n'y a-t-il pas une contradiction entre le plan que vous présentez – notamment en ce qui concerne l'investissement public, qui doit être une garantie pour l'investissement privé – et cet appel à des réformes structurelles, qui, aujourd'hui, ne rassure ni les marchés, ni les investisseurs?

Ελένη Θεοχάρους (PPE). - Κύριε Πρόεδρε, κύριε Juncker, εκπονήσατε φιλόδοξα επενδυτικά σχέδια για την ανάπτυξη και είναι απαραίτητο να προχωρήσετε άμεσα και τάχιστα στην υλοποίηση τους, γιατί οι λαοί της Ευρώπης και ειδικά οι φτωχοί λαοί του Νότου δεν αντέχουν άλλο.

Οι οικονομίες των κρατών μελών είναι αλληλοεξαρτώμενες, ενώ σε ορισμένες χώρες που έχουν τεθεί σε σκληρά μνημόνια οι κοινωνίες παραμένουν ταλαιπωρημένες, άστεγες, πεινασμένες. Ιδιωτικές επενδύσεις δεν μπορεί να γίνουν χωρίς πολιτική και κοινωνική σταθερότητα και οι ανισότητες που υπάρχουν ως αποτέλεσμα της απώλειας της εργασίας και των εισοδημάτων των πολιτών δημιουργούν σοβαρά πολιτικά προβλήματα, τα οποία είναι εμφανή σήμερα στην Ελλάδα.

Η Κύπρος, η Ισπανία και η Πορτογαλία αντιμετωπίζουν επίσης σοβαρά οικονομικά και κοινωνικά προβλήματα. Η ανεργία καλπάζει και η μετανάστευση είναι απειλητική. Ποιος θα επενδύσει σε συνθήκες πολιτικής αστάθειας; Η Ελλάδα βρίσκεται μπροστά σε μια νέα πολιτική κρίση και μερικοί επαναφέρουν το θέμα της εξόδου της από την ευρωζώνη, με επιπτώσεις σε όλες τις οικονομίες. Αυτό αποτυπώνεται στα κρατικά ομόλογα και στα χρηματιστήρια.

Πολύ σοβαρός αντίκτυπος θα υπάρξει και στην Κύπρο, που βρίσκεται επίσης σε μνημόνιο και θα επηρεαστεί πολύ αρνητικά. Γι' αυτό θα πρέπει τώρα να στηριχθεί με κάθε μέσο η Ελλάδα, διαφορετικά πολύ φοβάμαι ότι θα προκληθεί συστημικό πρόβλημα, που θα απειλήσει να τινάξει το πρόγραμμα ανάπτυξης και την ευρωζώνη στον αέρα.

Maria João Rodrigues (S&D). - Madam President, the next European Council will be decisive if we are to have a real turning point in Europe. The S&D Group is available to support the Italian Presidency and the Commission in pushing Member States on the following commitments – and we really need commitments. First, on having a strategic fund for investment which is able to support the crucial investments we need in Europe. We know that for this, we need to have Member States' contributions on capital and we need these national contributions to be neutralised. This commitment is crucial in the next European Council.

The second one concerns tax policy, because here we also need a turning point, not only about transparency, but making sure that taxes will be paid in the countries where profits are made. This is the commitment just made by the President of the Commission. The third is the mandate given to the four Presidents to complete the Economic and Monetary Union (EMU). If there is a central concern regarding the way in which to complete the EMU, it is the concern regarding convergence. Without convergence, there is no future for the eurozone.

Jörg Leichtfried (S&D). - Frau Präsidentin, geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Es liegt ein Schatten über Europa. Ein Schatten der Ungerechtigkeit. Das empfindet jeder. Jede Bürgerin, jeder Bürger ist unzufrieden mit dieser Ungerechtigkeit in der Europäischen Union. Wir haben eine Situation, wo die Gehälter der unselbständig Beschäftigten, die, die in den meisten Mitgliedstaaten hart für ihr Geld arbeiten müssen, in den letzten zwanzig Jahren de facto nicht mehr gestiegen sind. Auf der anderen Seite profitieren die Superreichen, die großen Banken, die großen Konzerne von unserer Situation, dass wir das ungerecht empfinden. Wenn es nicht gelingt, diese Ungerechtigkeit zu beseitigen, werden wir ein immer größeres Problem bekommen. Wenn Bürgerinnen und Bürger ihr Gemeinwesen als ungerecht empfinden, dann stehen sie nicht dahinter. Dann sind sie nicht dafür. Dann haben wir, die ein vereintes Europa, ein gerechtes Europa wollen, keine Unterstützung. Das ist ein Problem, und das ist zu lösen. Und es ist auch Ungleichheit zu lösen.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

Es ist ungerecht in Europa, und das müssen wir ändern. Ich fasse es noch einmal zusammen: Wir haben Steuerungerechtigkeit. Das müssen wir beheben. Wir müssen auch darauf schauen, dass es Gleichheit vor dem Gesetz in Europa gibt. Das ist auch einer unserer Grundwerte, darauf müssen wir auch Acht geben. Wir können kein Handelsabkommen abschließen, wo Konzerne zu Sondergerichten gehen und der normale Bürger, die normale Bürgerin zu normalen Gerichten gehen muss. Das ist auch ungerecht. Wir müssen uns bemühen, wieder ein gerechtes Europa zu schaffen, wo jeder gleich ist. Dann wird es vorwärts gehen mit diesem Europa. Sonst wird es ein großes Problem geben.

Paul Tang (S&D). - Voorzitter, het investeringsplan van de Commissie Juncker is een omslag. Maar het is nog meer een omslag in het politieke denken dan voor de Europese economie. Ik zie het investeringsplan als een uiterste poging van de Commissie om binnen het beperkte budget middelen vrij te maken. Maar ik zie het dan vooral als een uitnodiging aan de lidstaten, aan de Raad om verder bij te dragen aan de investeringsimpuls.

Wat we nu verlangen van lidstaten zijn niet mooie woorden om het plan te onderschrijven, maar ook daden. Het vraagt om een wederkerige inspanning. Van landen die de financiële ruimte hebben, vragen we om een bijdrage, van landen die die financiële ruimte minder hebben, ook de inspanning om te hervormen. En voor alle duidelijkheid: de budgettaire regels mogen daarbij niet in de weg staan en moeten dat juist bevorderen. Pas dan komt er een broodnodige impuls voor private en publieke investeringen. Pas dan komt er een omslag voor de Europese economie en voor de Europeanen.

Knut Fleckenstein (S&D). - Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Nur ein paar Worte zu dem, was wir vom Rat in Bezug auf die Ukraine erwarten.

Wir erwarten klare Worte und entschiedenes Handeln danach, und jede Unterstützung für die gewählte ukrainische Regierung und vor allem für ihren Präsidenten Poroschenko. Das heißt konkret, Unterstützung bei der Umsetzung des vereinbarten Waffenstillstands, also auch mit Russland zu sprechen. Das heißt Unterstützung für die Verbesserung der humanitären Situation, insbesondere im Osten der Ukraine. Das heißt Unterstützung der Erarbeitung eines Konzeptes der Dezentralisierung, Unterstützung auch bei der Umsetzung des umfangreichen Reformprogrammes, das die Regierung sich selbst gegeben hat.

Noch ist ja kaum etwas verändert worden, aber die Menschen in der Ukraine müssen sehr bald konkrete Reformfortschritte spüren. Das kostet Know-how, das wir zur Verfügung stellen können. Das kostet finanzielle Hilfe, die wir anbieten, damit insbesondere die sozialen Verwerfungen, die in einer solchen Übergangsphase immer vorkommen, abgemildert werden können, und nicht allein um Lieferanten aus Ost und West zu bezahlen.

(Der Redner/Die Rednerin erklärt sich bereit, gemäß Artikel 162 Absatz 8 GO auf die Frage eines anderen Mitglieds zu antworten).

Richard Sulík (ECR), Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“. – Meine Frage lautet: Sie sagten, Sie bieten finanzielle Hilfe an. Die Ukraine ist praktisch bankrott, und es wird sich um eine finanzielle Hilfe in Höhe von mehreren 10 Mrd. EUR handeln.

Sind Sie dafür, dass die Europäische Union die Ukraine rettet, wie sie Griechenland gerettet hat – ja, noch lange nicht gerettet, aber es wurde immerhin unheimlich viel Geld, 140 Mrd. EUR, nach Griechenland gepumpt. Wollen Sie dasselbe bei der Ukraine machen?

Knut Fleckenstein (S&D), Antwort auf eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“. – Das kann die Europäische Union alleine nicht schaffen.

Aber natürlich brauchen wir finanzielle Unterstützung, wenn wir die Ukraine, wie Sie sagen, retten wollen. Gemeinsam mit den Mitgliedstaaten, gemeinsam mit der Weltbank, mit anderen, müsste uns das gelingen, und zwar in dem Umfang, in dem auch die Reformen dort in der Ukraine gelingen. Denn sonst macht es keinen Sinn, wenn wir sozusagen irgendwo Geld hineingeben, ohne dass dort auch nachhaltig etwas verändert wird. Ich glaube, dazu steht dieses Haus ziemlich geschlossen.

(Catch-the-eye-Verfahren)

Mittwoch, 17. Dezember 2014

Mercedes Bresso (S&D). - Signor Presidente, onorevoli colleghi, io sono tra i pochi che considerano il Piano Juncker molto interessante se davvero diventa lo strumento per introdurre la flessibilità per gli Stati membri, ma utilizzandola a livello europeo e quindi in una maniera che garantisce che di investimenti si tratti. La mia domanda è rivolta soprattutto al rappresentante della Presidenza del Consiglio europeo.

È cosciente il Consiglio europeo di che cosa questo significa? E cioè che gli Stati, attraverso investimenti relativamente limitati e con il meccanismo del moltiplicatore e acceleratore, sono in grado di fare quello di cui l'Europa ha davvero bisogno e cioè incrementare fortemente gli investimenti? Gli investimenti di 300 miliardi del piano Juncker in tre anni non sono sufficienti per colmare il gap del deficit di investimenti e quindi è solo attraverso l'impegno anche il problema si potrà risolvere.

Νότης Μαριάς (ECR). - Χθες, αντί να κάνετε την αυτοκριτική σας για την παράνομη και ωμή παρέμβασή σας στα εσωτερικά πολιτικά πράγματα της χώρας μου, υποστηρίζατε ότι, στο όνομα της πολιτικής της Ευρώπης και λόγω του ότι είναι γνωστή η πολιτική σας ταυτότητα, έχετε δίδεν το δικαίωμα να παρεμβαίνετε στα εσωτερικά της Ελλάδας. Σας υπενθυμίζω λοιπόν ότι η Συνθήκη της Ευρωπαϊκής Ένωσης επιβάλλει στην Επιτροπή τήρηση πολιτικής ουδετερότητας.

Επιτέλους, κύριε Juncker, σεβαστείτε τη Συνθήκη της Ευρωπαϊκής Ένωσης και πάψτε να ενεργείτε ως εκπρόσωπος των δανειστών. Σταματήστε, κύριε Juncker, να ανακατεύετε στα εσωτερικά της Ελλάδας. Ό,τι και να κάνετε, κύριε Juncker, δεν μπορείτε να σώσετε τους μνημονιακούς πολιτικούς σας φίλους στην Ελλάδα. Η εκστρατεία κινδυνολογίας στην οποία έχετε επιδοθεί το τελευταίο διάστημα εσείς, ο Moscovici, ο Schäuble και η παρέα του δεν πρόκειται να περάσει.

Ο ελληνικός λαός στις προσεχείς βουλευτικές εκλογές θα πετάξει έξω από την πατρίδα μας την Τρόικα και τους ξένους δανειστές και θα προχωρήσει στη διαγραφή του επονειδιστου χρέους, για τη δημιουργία του οποίου εσείς προσωπικά είστε υπεύθυνοι.

Νεοκλής Συλικιώτης (GUE/NGL). - Κυρία Πρόεδρε, το επόμενο Ευρωπαϊκό Συμβούλιο οφείλει να πιέσει την Τουρκία να πάψει να παραβιάζει το διεθνές δίκαιο και τα κυριαρχικά δικαιώματα των κρατών μελών, όπως συμβαίνει σήμερα με την επίθεση στην αποκλειστική οικονομική ζώνη της Κύπρου.

Πρέπει επίσης να σταματήσει να καταπατεί τόσο τα ανθρώπινα και δημοκρατικά δικαιώματα στο εσωτερικό της, με τη σύλληψη αντιπάλων της και τη φήμωση του Τύπου, όσο και τα κυριαρχικά δικαιώματα άλλων κρατών.

Δυστυχώς, αντ' αυτού, ορισμένα κράτη μέλη προσπαθούν να προωθήσουν άνοιγμα κεφαλαίου της Τουρκίας. Το μόνο που μπορούν να επιτύχουν τέτοιες ενέργειες είναι να ενθαρρύνουν την Τουρκία να συνεχίσει στην ίδια παράνομη και αντιδημοκρατική κατεύθυνση.

Όσοι πραγματικά θέλουν να υπάρξει πρόοδος στην ενταξιακή πορεία της Τουρκίας πρέπει να της υποδείξουν πως οφείλει να υλοποιήσει τις συμβατικές της υποχρεώσεις, να τερματίσει άμεσα τις απειλές και τις παράνομες ενέργειες, να σεβαστεί τα ανθρώπινα δικαιώματα και να συνεργαστεί για την επίλυση του Κυπριακού.

Ana Gomes (S&D). - Madam President, the Mayor of my home town of Sintra is forced now to open school canteens not just to hungry pupils, but also to their unemployed parents. Are you not ashamed, Mr Juncker, that this is happening in a country, Portugal, that some like Mr Weber ridiculously believe to have become the locomotive of growth in the EU? Why do you think there is no money – private or public – to invest in jobs and growth while tax havens in the EU and outside accumulate piles of money which is masked by companies and individuals who evaded and avoided paying tax in the EU Member States?

Will you in the Commission and in the Council face your responsibilities – exposed by the LuxLeaks scandal – and put an end to the race to the bottom that is going on among Member States as regards tax dumping, in evident violation of fair competition in the single market, undermining the monetary union and fostering tax criminality, tax injustice and corruption throughout the EU financial system? On the external agenda: do not let the crises in Russia, Ukraine and Turkey continue to overshadow and to block action by the Council on the EU's security interests, which are put in danger by the insecurity in Libya.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

Marina Albiol Guzmán (GUE/NGL). - Señora Presidenta, en el Estado español sabemos ya muy bien qué es esto del plan de inversiones Juncker. No hace falta que nadie nos lo explique, porque ya lo estamos sufriendo, incluso antes de que se aplique. Porque el proyecto piloto de este plan ha sido el proyecto Castor, un almacén submarino de gas financiado con bonos respaldados por el Banco Europeo de Inversiones. Un proyecto fracasado, que ha costado a las arcas públicas 1 350 millones de euros. 1 350 millones de euros para el señor Florentino Pérez, presidente del Real Madrid, pero sobre todo, presidente de la tercera mayor constructora del mundo. El adalid de los contratos públicos, podríamos llamarle.

Esto es el plan Juncker: el dinero público avalando grandes inversiones privadas, en muchos casos inútiles. Esto es un buen resumen del plan Juncker. ¿Cuántos cheques más tienen preparados? ¿A nombre de quién?

Ivo Vajgl (ALDE). - Gospod Juncker, jaz bi vam rad čestital za vaše sveže ideje in za svežo energijo. Danes ste utrujeni – težko nas je poslušati dva dni.

Rad bi vam pa neko specifično željo izrazil v imenu svojih volivcev. Vaš program investicij je dober in ga pozdravljamo, ampak starejši ljudje pričakujejo od vas tudi, da pridete s programom, z odgovorom Komisije na demografske spremembe v Evropi. O tem niste govorili doslej.

Pričakujemo, da boste pri naslednjih programskih nastopih spregovorili tudi o tem vprašanju.

Εμμανουήλ Γλέζος (GUE/NGL). - Κυρία Πρόεδρε, το Ευρωπαϊκό Συμβούλιο, πιστό στην αρχή της ληστείας των λαών υπέρ του χρηματοπιστωτικού κεφαλαίου, παρουσιάζει το νέο πρόγραμμα, το οποίο όμως στηρίζεται και πάλι στη θεοποίηση του χρήματος.

Δεν πρέπει να μας ξεγελάει το γεγονός ότι τα προτεινόμενα μέτρα έχουν ντυθεί με τα κοστούμια της δημοκρατίας, της δικαιοσύνης και των ανθρωπίνων δικαιωμάτων. Στην πραγματικότητα, το Συμβούλιο μηχανεύεται τρόπους για να προστατευθούν αντιλαϊκές κυβερνήσεις, όπως στην Ελλάδα, όπου, ενώ η πραγματική δύναμη της κυβέρνησης στερείται γνήσιας πλειοψηφίας – έχει μόνο 106 έδρες –, χάρη στο καλπονοθευτικό εκλογικό σύστημα κλέβει 50 έδρες από τα άλλα κόμματα της αντιπολίτευσης και αποκτά πλειοψηφία για να κυβερνά.

Γι' αυτό ο Πρόεδρος της Επιτροπής, ο Jean-Claude Juncker, επεμβαίνει με αντιδεοντολογικές δηλώσεις για να σώσει την «οικεία» του κυβέρνηση. Δικαιολογήθηκε χθες ότι ως πολίτης έχει το δικαίωμα..

(Η Πρόεδρος διακόπτει τον ομιλητή)

Tibor Szanyi (S&D). - Én két dolgot szeretnék szóba hozni, bár az egyikről már egy kékkártya keretében tudtam pár szót említeni. Igazából Juncker úrnak szeretném felhívni a figyelmét arra, hogy az adóelkerülés, illetve az adócsalás valóban mint két ilyen egymás mellett futó szó, nem fedi le a teljes adóproblematikát, az adóbűnözésnek a problematikáját, ugyanis létezik az a fogalom, hogy a túlzott adóztatás következtében megfeketedik, kifeketedik tulajdonképpen a gazdaság. Magyarország, az én hazám esetében, csak egy példát mondok, hovatovább az élelmiszerkereskedelem, köszönhetően az irdatlan magas, 27%-os élelmiszeráfának, amihez most még plusz 6%-ot hozzáttét a kormány, lényegét tekintve az élelmiszerkereskedelem fele hovatovább a feketegazdaságba vész el.

Másik, ez egy rövidebb mondat. Szeretném ha a beruházásélénkítő csomagnak az erőforrásai nem vonnák el a meglévő alapokat.

Monika Flašíková Beňová (S&D) - Nadchádzajúce dni Vás čaká ťažká debata, najmä v dvoch oblastiach. V bezpečnostnej téme to bude situácia na Ukrajine, ktorá sa napriek nášmu obrovskému nadšeniu a rýchlemu pristúpeniu k asociačnej dohode nijako nezlepšila, práve naopak, daňových poplatníkov Európskej únie to bude stáť ďalšie desiatky, možno stovky miliónov eur, ktoré by sme tak súrne potrebovali pre nás, pre našu ekonomiku.

Tá druhá téma je zhoršujúca sa sociálna situácia u nás doma, v Európskej únii. V krajinách, ako je moja, je stále veľmi nízka priemerná mzda. V krajinách, ako je moja, je stále pomerne vysoká nezamestnanosť v priemere k Európskej únii. Toto sú témy, ktoré musia byť pre vás výzvou – pre vás, ako novú Komisiu, ale aj pre zasadnutie na samite. Verím, že aj tento predvianočný čas využijete na to, aby ste pomohli najmä občanom v členských štátoch Európskej únie, ktorí nutne potrebujú veľmi rýchle riešenia.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

(Ende des Catch-the-eye-Verfahrens)

Die Präsidentin. - Nun möchte ich dem Kommissionspräsidenten Jean-Claude Juncker noch einmal das Wort erteilen und ersuche Sie, sich an die fünf Minuten zu halten, wenn möglich. Danke!

Jean-Claude Juncker, Kommissionspräsident. - Frau Präsidentin! Ich bewundere Ihren ausgeprägten Sinn für Humor, komme dieser lustigen Aufforderung aber umso lieber nach, als ich schon um halb elf hier abreisen sollte und deshalb gute Gründe habe, nachdem ich ausgeharrt habe bis zum bitteren Ende, in einer Minute zu sagen, dass die meisten Fragen, die hier aufgeworfen wurden, gestern und vorgestern und in vorherigen Debatten schon von mir ausgiebig beantwortet worden waren, was mich eigentlich der Pflicht enthebt, diese nochmals zu beantworten. Dies umso mehr, als viele der Fragesteller das Plenum inzwischen verlassen haben.

Ich möchte nur noch einmal – nur, damit das klar ist – darauf verweisen, dass wir, um diesen Investitionsplan umsetzen zu können, dringendst auf die Hilfe des Europäischen Parlaments angewiesen sind. Wir werden die benötigten Textunterlagen dem Parlament im Januar zustellen. Ich hoffe, dass das Parlament schnell auf diesen Plan hin tätig werden wird.

Das Investitionsprogramm selbst braucht auch das tatkräftige Mitpacken der europäischen Regierungen. Die Zeitungslektüre – zu der ich manchmal komme, wenn auch nicht regelmäßig genug – belehrt mich darüber, dass es mindestens sechs Regierungschefs gibt, die bislang mitgeteilt haben, das Parlament sei gut, ein erster Schritt sei gemacht, aber das Paket sei etwas mickrig und klein geraten. Aber noch keiner hat bis heute gesagt, mit wievielen Milliarden er zu dieser Garantieherstellung eigentlich beitragen möchte. Ich gehe davon aus, dass der Europäische Rat morgen und übermorgen unter der Anflut der in Bewegung gebrachten Geldmengen zusammenbrechen wird. Denn wenn alle sich an das halten, was sie in den vergangenen Wochen zu dem Investitionsplan zum Ausdruck gebracht haben, dann werden wir kein Problem haben, das Programm sich noch wesentlich in die Höhe bewegen zu lassen.

Das Programm setzt dort an, wo es ansetzen muss. Wir haben kein öffentliches Geld, das wir in Aufstellung bringen können, ohne Defizite zu verbreitern und ohne die Schuldenberge anwachsen zu lassen. Also wäre es intelligent, finde ich, das mobilisierbare Geld aus dem europäischen Haushalt in Investitionsrichtung zu bringen und für Investitionen in der realen Wirtschaft zu sorgen. Wer soll denn in Europa investieren, wenn nicht das Privatkapital, das es in Hülle und Fülle gibt?

(Beifall)

Sollen wir jetzt die Steuerzahler wieder in die Pflicht nehmen, anstatt diejenigen in die Pflicht zu nehmen, die über die Geldvolumina verfügen, die es braucht?

Die Kommission wird diese Projekte, die begleitet werden, nicht selbst auswählen. Ich sage das noch einmal: Wenn die Kommission das tut, wozu viele sie aufrufen, anstatt dass Experten, die etwas von Wirtschaft und vom Wirtschaften verstehen, diese Aufgabe übernehmen, dann werden wir pausenlos, jeden Tag und jede Stunde, unter Druck stehen, dieses oder jenes Programm zu machen, weil eine Regierung oder weil ein Abgeordneter das gerne hätte.

(Beifall)

Mir kommt es darauf an, dass man Projekte mit langfristig wachstumssteigerndem Potenzial unterstützt und finanziell begleitet. Wir sollten nicht neue Kathedralen bauen, denn wir haben jetzt schon alle Mühe, die Kirchen und die Kapellen mit Gläubigen zu füllen, nicht Tunnels bauen durch Berge, die man auch überqueren kann, man muss sie nicht alle durchfahren. Sinnvolle Projekte, nicht einfach Projekte um der Projekte willen. Deshalb möchte ich auch dem Eindruck entgegentreten, als ob wir sonst nichts im Kopf hätten, als jetzt die Nuklearindustrie, zusätzliche Atomkraftwerke, zu finanzieren. Das ist überhaupt nicht die Absicht der Kommission. Ohnehin ist der Energiemix nationale Angelegenheit und nicht Angelegenheit der Kommission.

Pour le reste, Madame la Présidente, je ne suis pas du tout impressionné par ceux qui, depuis quelques jours, m'enjoignent de me taire lorsque d'autres m'invitent à prendre la parole.

Pourquoi le président de la Commission serait-il le seul à ne pas avoir le droit de donner son opinion et d'exposer ses convictions? On m'invite ici. Vous discutez très souvent non pas comme un Parlement européen, mais comme des parlementaires nationaux qui s'affrontent.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

Moi, je suis un homme politique; n'essayez pas de m'enlever la parole! Je dirai ce que j'ai à dire. Et si cela concerne un pays en particulier, cela concerne un pays en particulier. Tout le monde peut critiquer la Commission, mais la Commission devrait se taire? Non, elle ne se taira pas!

(Applaudissements)

Benedetto Della Vedova, *Presidente in carica del Consiglio*. - Signor Presidente, onorevoli colleghi, ringrazio anch'io per la discussione di questa mattina; mi rifaccio anche alle considerazioni che sono state testé fatte dalla Commissione. Non faccio alcuna anticipazione sui risultati del Consiglio di domani ma, come ho detto nelle osservazioni introduttive, trasmetterò certamente le vostre considerazioni, le aspettative, le critiche che sono state fatte, l'incoraggiamento che, in buona misura è venuto, sia sul piano generale che sul piano, diciamo settoriale, rispetto alla parte della discussione che ha riguardato il piano di investimenti, il cosiddetto Piano Juncker.

Come sapete, questo Consiglio europeo sarà il primo sotto la guida del nuovo Presidente, Donald Tusk, e sarà anche il primo per il nuovo Presidente della Commissione, Jean Claude Juncker. Anche se entrambi sono nuovi nelle rispettive cariche, hanno un'importante esperienza acquisita in precedenti riunioni del Consiglio europeo, come alcuni dei membri di questo parlamento, peraltro. Con l'approssimarsi della fine della Presidenza italiana, desidero pertanto rivolgere a loro, anche a loro, i migliori auguri, non solo per il Consiglio europeo di domani che, sono sicuro, sarà molto costruttivo ma anche per il futuro.

Die Präsidentin. - Die Aussprache ist geschlossen.

Schriftliche Erklärungen (Artikel 162 GO)

Clara Eugenia Aguilera García (S&D), *por escrito*. - A la vista de lo que la Comisión y el Consejo han manifestado sobre el plan europeo de inversiones en el curso del debate sobre el Consejo Europeo, quiero manifestar lo siguiente: 1) Desde el inicio de la crisis en 2007-2008, el diferencial de crecimiento del PIB entre la Unión Europea y la eurozona, y los Estados Unidos, ha sido superior en media a un punto porcentual por año, como resultado de las fallidas políticas de ajuste estructural a ultranza. El plan europeo de inversiones no será efectivo si no flexibiliza al menos el Pacto de Estabilidad y Crecimiento (el cual habrá que reformar en todo caso). Por tanto, es necesario revisar más pronto que tarde el paquete de la gobernanza económica para que sea una herramienta útil para el crecimiento y el empleo. 2) El plan europeo de inversiones prevé catalizar 252 000 millones de euros de inversión privada con 63 000 millones de euros en préstamos públicos, con solamente 21 000 millones de euros de garantías públicas. Estas estimaciones han sido cuestionadas por distintos expertos. Además de las contribuciones nacionales, la Comisión debe hacer una propuesta para vincular el impuesto sobre las transacciones financieras al Fondo Europeo para las Inversiones Estratégicas.

Hugues Bayet (S&D), *par écrit*. - Le Conseil européen doit aborder le dossier essentiel qu'est le plan de relance de Jean-Claude Juncker. Le manque d'ambition de ce plan s'est malheureusement vu confirmé voici quelques jours par les chiffres décevants des placements à long terme proposés par la BCE pour favoriser l'investissement privé. Malgré les conditions extrêmement favorables, à peine 219 milliards ont trouvé preneur alors que la BCE souhaitait atteindre les 400 milliards de prêt. Cela démontre sans doute définitivement la nécessité de favoriser l'investissement public dans le plan de relance et la création d'emplois et sortir ainsi de l'austérité qui ne résout socialement et économiquement rien. Plusieurs pas importants peuvent être posés en ce sens. Tout d'abord, financer cet investissement à des conditions très favorables. Ensuite, neutraliser l'impact des investissements publics productifs dans l'évaluation de la dette. Mais il faut ici aller plus loin que l'immunisation des investissements qui transiteraient par le Fonds européen d'investissements stratégiques. Enfin, pour rester cohérent, il faudra questionner les freins à ces investissements publics comme l'application stricte de la norme comptable SEC2010. Où est la logique de souhaiter favoriser la participation publique et, d'autre part, d'imposer une norme comptable qui empêchera nombre d'acteurs locaux et régionaux de développer leurs capacités d'investissements?

José Blanco López (S&D), *por escrito*. - A la vista de lo que la Comisión y el Consejo han manifestado sobre el plan europeo de inversiones en el curso del debate sobre el Consejo Europeo, quiero manifestar que, desde el inicio de la crisis en 2007-2008, el diferencial de crecimiento del PIB entre la Unión Europea y la eurozona, y los Estados Unidos, ha sido superior en media a un punto porcentual por año, como resultado de las fallidas políticas de ajuste estructural a ultranza. El plan europeo de inversiones no será efectivo si no flexibiliza al menos el Pacto de Estabilidad y Crecimiento (el cual habrá que reformar en todo caso). Por tanto, es necesario revisar más pronto que tarde el paquete de la gobernanza económica para que sea una herramienta útil para el crecimiento y el empleo. El plan europeo de inversiones prevé catalizar 252 000 millones de euros de inversión privada con 63 000 millones de euros en préstamos

Mittwoch, 17. Dezember 2014

públicos, con solamente 21 000 millones de euros de garantías públicas. Estas estimaciones han sido cuestionadas por distintos expertos. Además de las contribuciones nacionales, la Comisión debe hacer una propuesta para vincular el impuesto sobre las transacciones financieras al Fondo Europeo para las Inversiones Estratégicas.

Jonás Fernández (S&D), *por escrito*. – A la vista de lo que la Comisión y el Consejo han manifestado sobre el plan europeo de inversiones en el curso del debate sobre el Consejo Europeo, quiero manifestar lo siguiente: 1) Desde el inicio de la crisis en 2007-2008, el diferencial de crecimiento del PIB entre la Unión Europea y la eurozona, y los Estados Unidos, ha sido, de media, superior a un punto porcentual por año, como resultado de las fallidas políticas de ajuste estructural a ultranza. El plan europeo de inversiones no será efectivo si no flexibiliza al menos el Pacto de estabilidad y crecimiento (el cual habrá que reformar en todo caso). Por tanto, es necesario revisar más pronto que tarde el paquete de la gobernanza económica para que sea una herramienta útil para el crecimiento y el empleo. 2) El plan europeo de inversiones prevé catalizar 252 000 millones de euros de inversión privada con 63 000 millones de euros en préstamos públicos, con solamente 21 000 millones de euros de garantías públicas. Estas estimaciones han sido cuestionadas por distintos expertos. Además de las contribuciones nacionales, la Comisión debe hacer una propuesta para vincular el impuesto sobre las transacciones financieras al Fondo Europeo para Inversiones Estratégicas.

Eider Gardiazabal Rubial (S&D), *por escrito*. – A la vista de lo que la Comisión y el Consejo han manifestado sobre el plan europeo de inversiones en el curso del debate sobre el Consejo Europeo, quiero manifestar lo siguiente: 1) Desde el inicio de la crisis en 2007-2008, el diferencial de crecimiento del PIB entre la Unión Europea y la eurozona, y los Estados Unidos, ha sido superior en media a un punto porcentual por año, como resultado de las fallidas políticas de ajuste estructural a ultranza. El plan europeo de inversiones no será efectivo si no flexibiliza al menos el Pacto de Estabilidad y Crecimiento (el cual habrá que reformar en todo caso). Por tanto, es necesario revisar más pronto que tarde el paquete de la gobernanza económica para que sea una herramienta útil para el crecimiento y el empleo. 2) El plan europeo de inversiones prevé catalizar 252 000 millones de euros de inversión privada con 63 000 millones de euros en préstamos públicos, con solamente 21 000 millones de euros de garantías públicas. Estas estimaciones han sido cuestionadas por distintos expertos. Además de las contribuciones nacionales, la Comisión debe hacer una propuesta para vincular el impuesto sobre las transacciones financieras al Fondo Europeo para las Inversiones Estratégicas.

Georgios Katrougkalos (GUE/NGL), *in writing*. – The Council should reverse its course and abandon the neoliberal agenda of austerity; it results in economic stagnation and rising unemployment – the ‘Great Malaise’ in J. Stiglitz’s words – and it undermines the European Social Model. In contrast, the opposite expansionist strategy of quantitative easing has led the USA to an imposing growth of 3,8% and a significant decrease in unemployment. Similarly, ‘Abenomics’, an effort to increase wages in order to boost the economy, has reversed Japan’s long-term downward trajectory.

These policies failed to deal with and remedy the basic cause of the EU crisis, which is the imbalance between economic integration and monetary union in the Eurozone. Without huge fiscal transfers, the euro inevitably leads to persistent trade imbalances between the more competitive core countries and the less competitive countries of the South. Therefore, the deficits of the latter are just the flipside of the coin of the surpluses of the former. This structural deficit should be corrected by some kind of mutualisation of the debt.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

Paloma López Bermejo (GUE/NGL), *por escrito*. – Europa necesita un plan de inversión que estimule las regiones más afectadas por el desempleo, desarrolle su Estado del bienestar y financie una nueva política industrial. Debe destinar financiación pública a apoyar la diversificación de la estructura productiva de cada Estado, facilitando su adaptación hacia un modelo sostenible ambiental y socialmente. El plan Juncker es algo muy distinto. No ofrece dinero nuevo, sino un enorme subsidio público a la inversión de las grandes empresas privadas en infraestructuras de transporte y de energía, y una palanca para la privatización de la gestión de servicios sociales, salud, educación o vivienda. Un grupo de tecnócratas se encargará de velar los mercados para que las principales decisiones sobre el modelo productivo y social no las tomen los pueblos, sino los mercados. Lamentamos también la falta de concreción y transparencia de los proyectos que el Gobierno de España desea amparar bajo el plan Juncker. No olvidamos la experiencia del proyecto Castor, con el que el Estado impuso, contra el criterio de la población y en la más absoluta opacidad, una infraestructura enormemente controvertida cuyo fracaso hemos pagado entre todos. Sin control público y supervisión democrática, estas serán las trágicas consecuencias del plan que presentan al Consejo.

Csaba Molnár (S&D), *írásban*. – A magyar versenyképességnek vizsgálja lesz a következő időszakban, hogy az Európai Bizottság által bejelentett 300–330 milliárd eurós befektetési csomagból mennyit képes Magyarországra hozni a tiszteltre oly sokad adó magyar kormány. A kormány akkor képviseli jól a magyar érdekeket, ha a csomag körülbelül három százalékának megfelelő tízmilliárd euró befektetés érkezik hozzánk, körülbelül ekkora arányban részesülünk ugyanis az EU költségvetéséből is. Ha ennél kevesebb munkahelyeket teremtő befektetés érkezik hazánkba, a kormány nem tudta jól képviselni a magyar érdekeket.

A magyar kormány sikerpropagandájának próbatétele, hogy a 2010 óta a régiós versenyben is leszakadó Magyarország képes-e versenyképes projekteket javasolni a befektetőknek. A magyar kormánynak olyan programokat kell javasolnia, amelyek csökkentik hazánk energiafüggőségét. Olyan projektekre van szükség, amelyek kihasználják a hagyományosan jó magyar szürkeállományt, például a szegedi lézerközpont továbbfejlesztésével. A Juncker-csomag objektív mérőszáma lesz a magyar gazdaság versenyképességnek, a magyar kormány szociálisan érzéketlen gazdaságpolitikájának. Magyarországnak nem olcsó munkaerővel, hanem innovatív, versenyképes gazdasággal kell minél több befektetést vonzania. Tarthatatlan és hosszú távon aggodalomra ad okot, hogy ma csupán egyetlen magyar cég szerepel az 1 000, fejlesztésre legtöbbet fordító európai vállalat listáján. A felsőoktatás szétverése, a röghöz kötés, valamint a tehetséges magyarok szakmunkássá képzése nyilvánvalóan nem segít ezt megfordítani.

Andrej Plenković (PPE), *napisan*. – Deset godina nakon pristupanja Poljske Europskoj uniji, bivšem poljskom premijeru, gospodinu Donaldu Tusku, želim uspješan rad na novoj dužnosti Predsjednika Europskog vijeća u pogledu jačanja europskog gospodarstva koji će imati pozitivan učinak na standard građana i na vraćanje njihovog povjerenja u institucije.

Prvi korak Komisije bio je definirati prioritete u Programu rada za 2015. godinu glede ostvarenja ciljeva usredotočenih na zapošljavanje i gospodarski rast. Vjerujem kako će tijekom svog EV-a potvrditi Plan ulaganja za Europu u vrijednosti od 315 milijardi eura koji je usmjeren na poticanje rasta i zapošljavanja kroz tri glavna područja djelovanja: uspostavu novog Europskog fonda za strateška ulaganja, uspostavu transparentnog portfelja projekata u EU-u i uspostavu akcijskog plana za privlačenje ulaganja.

Kao predsjednik Izaslanstva Europskog parlamenta za odnose s Ukrajinom izuzetno cijenim čvrsti stav predsjednika Tuska o nužnosti povlačenja ruskih postrojbi s istoka Ukrajine i vjerujem kako će Ukrajina ostati ključni predmet interesa EV-a jer predstavlja najvažnije europsko sigurnosno pitanje i test za vanjsku, susjedsku i energetske politiku EU-a.

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D), *por escrito*. – A la vista de lo que la Comisión y el Consejo han manifestado sobre el plan europeo de inversiones en el curso del debate sobre el Consejo Europeo, quiero manifestar lo siguiente: 1) Desde el inicio de la crisis en 2007-2008, el diferencial de crecimiento del PIB entre la Unión Europea y la eurozona, y los Estados Unidos, ha sido superior en media a un punto porcentual por año, como resultado de las fallidas políticas de ajuste estructural a ultranza. El plan europeo de inversiones no será efectivo si no flexibiliza al menos el Pacto de Estabilidad y Crecimiento (el cual habrá que reformar en todo caso). Por tanto, es necesario revisar más pronto que tarde el paquete de la gobernanza económica para que sea una herramienta útil para el crecimiento y el empleo. 2) El plan europeo de inversiones prevé catalizar 252 000 millones de euros de inversión privada con 63 000 millones de euros en préstamos públicos, con solamente 21 000 millones de euros de garantías públicas. Estas estimaciones han sido cuestionadas por distintos expertos. Además de las contribuciones nacionales, la Comisión debe hacer una propuesta para vincular el impuesto sobre las transacciones financieras al Fondo Europeo para las Inversiones Estratégicas.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

Czesław Adam Siekierski (PPE), *na piśmie*. – Głównym tematem rozmów przywódców europejskich będzie plan Komisji Junckera na rzecz pobudzenia inwestycji w Europie, który zakłada w ciągu 3 lat 15-krotne lewarowanie funduszu początkowego w wysokości 23 mld euro. Zakłada się, że fundusz inwestycyjny Junckera przyniesie wzrost PKB UE o ok. 400 mld euro oraz ponad 1 mln nowych miejsc pracy. Nie brak jednak również sceptycznych głosów wskazujących, że proponowana kwota jest o wiele za mała, a gospodarka europejska potrzebuje więcej realnych pieniędzy.

Drugim ważnym tematem rozmów na szczycie ma być sytuacja na Wschodzie. W ostatnim czasie obserwujemy pogłębiające się problemy walutowe i budżetowe Rosji. Jednym z kilku źródeł tej sytuacji są sankcje wprowadzone przez UE i USA, co zarazem potwierdza ich słuszność. W XXI wieku nie może być przyzwolenia na agresywne działania w środowisku międzynarodowym, rodem z XIX wieku. Prezydent Putin – po aneksji Krymu i rozpetaniu piekła na wschodzie Ukrainy – musi zrozumieć, że za agresję płaci się wysoką cenę. Równocześnie jednak nie można dopuścić do całkowitego załamania i chaosu gospodarczego w Rosji, ponieważ nie od dziś wiadomo, że złamana duma tego kraju jest jeszcze większym zagrożeniem dla bezpieczeństwa międzynarodowego. Nie można Rosji całkowicie odizolować i pognębić, lecz trzeba z nią rozmawiać i próbować odbudowywać relacje na specjalnych, twardych warunkach.

Marc Tarabella (S&D), *par écrit*. – Le principal point à l'ordre du jour de ce Conseil est le plan d'investissement de la Commission. La Commission présentera l'examen annuel de croissance qui jette les bases de l'exercice 2015 du Semestre européen. Le Conseil discutera aussi du suivi de l'Agenda stratégique adopté au Conseil européen de juin.

Pour ce qui est du plan d'investissement, nous continuons à nourrir de sévères doutes quant à ce plan. On nous promettait 300 milliards, en voici un peu plus de 15 sur la table. Au-delà de l'effet d'annonce qui pourrait se retourner contre la Commission mais aussi contre les institutions européennes de manière générale, si cet argent n'est pas trouvé, de relance il n'y aura. Enfin, la tenue de ce Conseil est une nouvelle occasion pour moi de souligner le manque de transparence de la Commission sur l'élaboration de son agenda. Le flou est total pour ce qui est des dossiers évincés ainsi que des motivations autour de ceux-ci. Un de mes rapports par exemple propose de fusionner deux directives et de rendre efficace des flux financiers importants pour l'éducation et l'agriculture. Le dossier est déjà amendé et prêt aux votes: son retrait serait ridicule.

Marco Valli (EFDD), *per iscritto*. – Il Consiglio europeo, in questi ultimi tempi, ha mostrato la sua totale inefficacia e inutilità. Sono passati sette anni dall'inizio della crisi e ancora non è chiaro cosa si intende fare per rilanciare la crescita. Tutto l'impianto della nuova *governance* europea messo a punto dopo la crisi ha mostrato di essere totalmente inefficiente, oltre che dannoso. Le regole imposte hanno costretto gli Stati membri a rispettare regole stringenti che hanno messo in ginocchio i cittadini europei. Sono state applicate regole uguali per tutti in maniera indiscriminata, non considerando le diverse situazioni di partenza.

Dopo 15 anni dall'entrata dell'euro, le istituzioni europee non hanno ancora dimostrato di essere in grado di gestire la moneta unica. L'Unione fiscale non è stata mai realizzata e un piano *Eurobonds* non è mai stato lanciato. La mutualizzazione del debito avrebbe evitato l'acuirsi della crisi di debito, arginando così tutte le correnti euroscettiche che si sono diffuse in Europa.

Il Consiglio europeo ripete sempre le stesse buone intenzioni ma quello che ha fatto negli ultimi anni è stato solamente sacrificare i cittadini europei a un'austerità ingiustificata che ha distrutto non solo il modello produttivo europeo ma anche il modello sociale.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

PRESIDENZA DELL'ON. ANTONIO TAJANI*Vicepresidente***10. Abstimmungsstunde**

Presidente. - L'ordine del giorno reca il turno di votazioni.

(Per i risultati delle votazioni e altri dettagli che le riguardano: vedasi processo verbale)

- 10.1. Autonome Handelspräferenzen für die Republik Moldau (A8-0053/2014 - Sorin Moisă) (Abstimmung)**
- 10.2. Zollbehandlung von Waren mit Ursprung in Ecuador (A8-0056/2014 - Helmut Scholz) (Abstimmung)**
- 10.3. Inanspruchnahme des Spielraums für unvorhergesehene Ausgaben im Jahr 2014 (A8-0068/2014 - Gérard Deprez) (Abstimmung)**
- 10.4. Entwurf des Berichtigungshaushaltsplans Nr. 3/2014: Einnahmen aus Geldbußen, Zinszahlungen und Rückzahlungen – Mittel für Zahlungen – Personal der Kommission, des AdR und des Europäischen Datenschutzbeauftragten (A8-0069/2014 - Gérard Deprez) (Abstimmung)**
- 10.5. Entwurf des Berichtigungshaushaltsplans Nr. 4/2014 — Traditionelle Eigenmittel (TEM), MwSt-Bemessungsgrundlage und Bemessungsgrundlage des Bruttonationaleinkommens (BNE) (A8-0076/2014) (Abstimmung)**
- 10.6. Inanspruchnahme des Solidaritätsfonds der EU: Überschwemmungen in Italien – Erdbeben in Griechenland – Eisregen in Slowenien – Eisregen und Überschwemmungen in Kroatien (A8-0073/2014 - Patricija Šulin) (Abstimmung)**
- 10.7. Entwurf des Berichtigungshaushaltsplans Nr. 5/2014: Überschwemmungen in Italien (Sardinien) im Jahr 2013 — Erdbeben in Griechenland – Eisregen in Slowenien – Eisregen und anschließende Überschwemmungen in Kroatien im Jahr 2014 (A8-0078/2014 - Gérard Deprez) (Abstimmung)**
- 10.8. Entwurf des Berichtigungshaushaltsplans Nr. 6/2014: Aktualisierung der Vorausschätzungen der traditionellen Eigenmittel, der Mehrwertsteuerbeiträge und der BNE-Beiträge (A8-0074/2014 - Gérard Deprez) (Abstimmung)**
- 10.9. Inanspruchnahme des EU-Solidaritätsfonds: Überschwemmungen in Serbien, Kroatien und Bulgarien (A8-0075/2014 - José Manuel Fernandes) (Abstimmung)**

Mittwoch, 17. Dezember 2014

10.10. Entwurf des Berichtigungshaushaltsplans Nr. 7/2014: Überschwemmungen in Serbien, Kroatien und Bulgarien (A8-0072/2014 - Gérard Deprez) (Abstimmung)

10.11. Entwurf des Berichtigungshaushaltsplans Nr. 8/2014: Überschuss aus der Ausführung des Haushaltsplans 2013 (A8-0079/2014 - Gérard Deprez) (Abstimmung)

10.12. Eigenmittel der Union - Angleichung der nationalen Beiträge der Mitgliedstaaten (A8-0066/2014 - Gérard Deprez, Janusz Lewandowski) (Abstimmung)

10.13. Inanspruchnahme des EU-Solidaritätsfonds: von Katastrophen betroffene Regionen (A8-0077/2014 - Siegfried Mureșan) (Abstimmung)

10.14. Inanspruchnahme des Flexibilitätsinstruments - Strukturfondsprogramme für Zypern (A8-0071/2014 - Eider Gardiazabal Rubial) (Abstimmung)

10.15. Neuer Entwurf des Gesamthaushaltsplans der Europäischen Union für das Haushaltsjahr 2015

10.16. Neuer Gesamthaushaltsplan der Europäischen Union für das Haushaltsjahr 2015 (A8-0067/2014 - Eider Gardiazabal Rubial, Monika Hohlmeier) (Abstimmung)

— *dopo la votazione sull'emendamento 29:*

Marisa Matias (GUE/NGL). - Senhor Presidente, eu de facto quero fazer um pedido de esclarecimento à Mesa, porque, quando estava a rever a lista de votação, verifiquei que a alteração 30 não foi considerada admissível para votação. Eu quero perguntar à Mesa porque é que não foi admissível, uma vez que nós já a votámos no orçamento rectificativo de 2014. O que eu refiro na alteração 30, que é uma alteração do nosso grupo, tem a ver com o facto de, à luz da corrente crise económica e social, os membros do Parlamento deverem contribuir com uma taxa de solidariedade de 7 % do seu salário, tal como aliás impusemos a todos os funcionários. Não é uma redução de salário, é uma taxa de solidariedade de 7 %. Nós votámos isto no orçamento rectificativo de 2014. Porque é que não é admissível? Eu gostaria de podermos votar esta alteração.

— *dopo la votazione finale:*

Jean Arthuis, président de la commission des budgets (ALDE). – Monsieur le Président, chers collègues, je me réjouis du vote qui vient d'intervenir puisque, dans un contexte particulièrement contraignant, nous donnons à l'Union le budget dont elle a besoin.

Je voudrais remercier tous ceux qui ont contribué à l'accord de trilogue: la présidence italienne, la vice-présidente de la Commission, M^{me} Georgieva, nos rapporteurs ainsi que les membres de la commission des budgets et chacun d'entre vous, chers collègues. Enfin, je voudrais aussi remercier le Président du Parlement européen, puisque c'est en son nom que j'ai présidé la délégation dans la conciliation.

Ce vote inspire trois motifs d'optimisme et de confiance. D'abord, le plan d'apurement des dettes va s'enclencher dès le début de l'année 2015, dans la perspective de la révision du cadre financier pluriannuel. Il s'agit de préserver le crédit et l'autorité de l'Union européenne. Puis, nous attendons avec fébrilité le budget rectificatif qui ouvrira la voie au plan d'investissement de 315 milliards. Enfin, dans l'attente des conclusions du groupe de haut niveau présidé par Mario Monti sur les ressources propres, la commission des budgets veillera à ce que chacune de nos dépenses ait une véritable valeur ajoutée européenne et qu'elle soit bien le gage de la compétitivité, de la croissance et de l'emploi.

Joyeux Noël!

Mittwoch, 17. Dezember 2014

(Applaudissements)

Benedetto Della Vedova, *Presidente in carica del Consiglio*. - Signor Presidenti, onorevoli membri del Parlamento, Vicepresidente Georgieva, signore e signori, brevemente solo per dire che il Consiglio prende atto con soddisfazione che il Parlamento europeo ha confermato l'accordo raggiunto al triloogo dell'8 dicembre 2014 e che pertanto il bilancio 2015 e i bilanci rettificativi per il 2014 sono adesso ufficialmente adottati.

Colgo l'occasione anche per ringraziare ancora una volta il presidente della commissione per i bilanci Arthuis, come i tre relatori Gardiazabal, Hohlmeier e Deprez, e per l'atteggiamento costruttivo mostrato durante l'intera procedura del bilancio, che ha contribuito all'esito positivo raggiunto e mi unisco a questo punto agli auguri di Buone Feste a lei, Presidente, e agli onorevoli deputati.

10.17. Verordnung (EU) Nr. .../... der Kommission vom XXX zur Ergänzung der Verordnung (EG) Nr. 1071/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates in Bezug auf die Einstufung schwerwiegender Verstöße gegen die Unionsvorschriften, die zur Aberkennung der Zuverlässigkeit der Kraftverkehrsunternehmer führen können, sowie zur Änderung von Anhang III der Richtlinie 2006/22/EG des Europäischen Parlaments und des Rates (B8-0325/2014) (Abstimmung)

10.18. Vorschlag für eine Richtlinie des Rates zur Festlegung von Berechnungsverfahren und Anforderungen an die Berichterstattung gemäß der Richtlinie 98/70/EG des Europäischen Parlaments und des Rates über die Qualität von Otto- und Dieselmotoren (B8-0326/2014) (Abstimmung)

10.19. Delegierte Verordnung (EU) der Kommission zur Erstellung eines Rückwurfplans für die Ostsee (B8-0319/2014) (Abstimmung)

— *prima della votazione:*

Marek Józef Gróbarczyk (ECR). - Szanowni Państwo! Rezolucja poprawia akt delegowany, ponieważ odrzuca propozycję zmniejszenia wymiaru ochronnego dorszy do 35 cm i pozostawia na dotychczasowym poziomie 38 cm. Akt delegowany przeczy ochronie gatunku, gdyż nie można chronić ryb poprzez zmniejszanie wymiaru ochronnego. Przeczy też ochronie środowiska, ponieważ ze względu na eliminowanie młodych osobników nie można chronić środowiska. Przeczy w końcu samemu rybołówstwu, gdyż z powodu załamania populacji dorsza na Morzu Bałtyckim dopuszcza się zmniejszenie wymiaru ochronnego dorszy. Apeluję do państwa o poparcie tej rezolucji.

10.20. Solvabilität II (B8-0358/2014) (Abstimmung)

10.21. Erneuerung der EU-Strategie der inneren Sicherheit (B8-0350/2014) (Abstimmung)

10.22. Anerkennung der palästinensischen Eigenstaatlichkeit (RC-B8-0277/2014, B8-0277/2014, B8-0309/2014, B8-0310/2014, B8-0349/2014, B8-0357/2014, B8-0359/2014) (Abstimmung)

Prima della votazione:

James Carver (EFDD). - Mr President, I am a long-time supporter of recognition for another Islamic country, and that is Somaliland. On 3 September this year I wrote to the Commission – Written Question E-006540/2014. On 4 October the Commission replied.

(The President cut off the speaker)

James Carver (EFDD). - Mr President, this is an important issue. I put the written question with regard to another Muslim Islamic country, Somaliland.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

(Whistles from the floor)

Listen! The Commission replied on 4 October 2014 and the answer was that the European Union does not have the competency to recognise states: only individual Member States do, as indeed Sweden has. So Mr President, I ask you, as President of this Parliament, to rule on inadmissibility.

Dopo la votazione:

Manfred Weber, *im Namen der PPE-Fraktion*. – Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Weil wir alle die Bedeutung dieses Themas spüren, möchte ich mich bei allen Kollegen, die mitgearbeitet haben, für den parteiübergreifenden Ansatz bedanken. Wir haben als Parlament heute eine wichtige Entscheidung getroffen. Erstens: Wir wollen die Zwei-Staaten-Lösung. Wir wollen ein demokratisches, friedliches Israel, das von allen Palästinensern anerkannt wird. Und wir wollen ein unabhängiges Palästina, das auch von Israel und von Europa anerkannt wird.

Und wir haben als Zweites heute zum Ausdruck gebracht, dass diese Anerkennung von Palästina das Ende des Prozesses ist. Das heißt, es gibt keine sofortige und keine unkontingente Anerkennung, sondern am Ende des Verfahrens, von Verhandlungen kommt es zu diesem Schritt. Das ist ein großer und vernünftiger Erfolg, den wir heute zustande gebracht haben. Ich bedanke mich ausdrücklich dafür.

Gianni Pittella, *a nome del gruppo S&D*. – Signor Presidente, anch'io penso che questo sia un giorno storico e che tutto il Parlamento abbia fatto una votazione importante ai fini dell'apertura di un negoziato libero, dai condizionamenti degli estremisti e dei fondamentalisti. Il mio gruppo ha lavorato tantissimo, con pazienza, con equilibrio e con passione. Ma voglio dire che questa è la vittoria non di un gruppo politico, non di una parte, ma di tutto il Parlamento europeo, perché questa è la vittoria della pace.

Gabriele Zimmer, *im Namen der GUE/NGL-Fraktion*. – Herr Präsident! Auch ich möchte zum Ausdruck bringen, dass meine Fraktion über Wochen und Monate hinweg für diese Abstimmung gearbeitet hat, dass wir uns entschieden haben, im Interesse eines starken Votums für die Anerkennung des Staates Palästina hier diesem Antrag die Zustimmung zu geben, obwohl wir große Bauchschmerzen damit haben, dass diese Anerkennung des Staates Palästina mit einer Vorbedingung verknüpft worden ist. Das halten wir für problematisch. Das halten wir nicht für gut. Wir sind der Meinung, die Anerkennung des Staates Palästina ist die Voraussetzung für Friedensverhandlungen und nicht umgekehrt!

Guy Verhofstadt, *on behalf of the ALDE Group*. – Mr President, first of all I want to thank those who have cooperated in bringing forward this resolution, which saw a big majority of more than 500. I think now is not the time to start giving individual interpretations about this resolution. What is important is that this Parliament has finally taken a position. It gives a clear signal to the outside world that Europe is back in this important matter. Secondly, the most important thing about this resolution is that it gives a clear mandate to Ms Mogherini to go forward with matters.

Rebecca Harms, *im Namen der Verts/ALE-Fraktion*. – Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich will das auch für meine Fraktion sagen: Das war ein sehr ernsthafter und sehr spannender Abstimmungsprozess, bis wir gestern dem Kompromiss zugestimmt haben. Wenn man das erreichen will als Europäisches Parlament, das in der ganzen Frage eigentlich nur symbolisch etwas zu sagen hat, wenn man erreichen will, was Guy Verhofstadt gesagt hat, dass Europa mit Frau Mogherini in diesen wichtigen Verhandlungsprozess stark zurückkehrt, dann hilft jetzt keine Rückkehr in eine alte ideologische Konfrontation. Herr Weber, ich glaube, wir sollten untereinander noch einmal über Ihren Redebeitrag reden, damit wir das Parlament in den nächsten Wochen und Monaten geschlossen hinter Frau Mogherini halten. Ich danke für die Abstimmung.

Nigel Farage, *on behalf of the EFDD Group*. – Mr President, it is irrelevant what any of us think about the Palestinian-Israeli issue. That is not the point. You call yourselves a parliament. If you are a parliament, then presumably you believe in rules and the rule of law.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

My colleague, Mr Carver, who was shouted down by the same anti-democratic voices we are hearing now – and who was, with respect, Mr President, totally ignored by you – did, just a few weeks ago, write to the Commission about the recognition or otherwise of British Somaliland. He was told that the Commission does not have the ability, the power or the right to recognise new Member States. Therefore, the request that was made to you – that this motion was inadmissible – simply has to be true. I am asking you now: will you rule on this? Can we please strike out this vote? We cannot tell Ms Mogherini to press ahead, because the Commission – by its own admission – does not have the power.

Syed Kamall, *on behalf of the ECR Group*. – Mr President, my group, like many groups, had an internal debate on this issue. There were many who felt, whatever their personal feelings about the recognition of Palestine or otherwise, that it was actually for Member States and not this European Parliament to recognise the state of Palestine. But we have now voted and we have to be clear that, if we are to achieve a longstanding sustainable peace, all parties to this conflict have to play their role. Fatah have to tackle their corruption, Hamas have to renounce their terrorism, and the Israelis and the Netanyahu government – to be quite clear – have to rein back the settler movement and respect the 1967 borders. Then we can truly move towards a sustainable peace between the two states.

10.23. Lage der Stahlindustrie in der EU: Schutz von Arbeitskräften und Wirtschaftszweigen (RC-B8-0352/2014, B8-0351/2014, B8-0352/2014, B8-0353/2014, B8-0354/2014, B8-0355/2014, B8-0356/2014) (Abstimmung)

— *prima della votazione sull'emendamento 15:*

Rosa D'Amato (EFDD). - Signor Presidente, chiedo ai colleghi di cancellare dal paragrafo 15 la città di Taranto, in quanto a Taranto vi è lo stabilimento più inquinante d'Europa, che continua a trasgredire direttive europee, ad aggravare il disastro ambientale e sanitario e a gravare sulle economie locali. È un impianto economicamente insostenibile. È già stato condannato dalla Corte di giustizia europea. È causa di una procedura di infrazione e sotto processo in varie cause penali. A Taranto non bisogna garantire la capacità produttiva dello stabilimento bensì assicurare il rilancio dell'intera provincia di Taranto, la riconversione economica e le bonifiche.

(l'emendamento orale non è stato accolto)

10.24. Lage im Mittelmeerraum und Notwendigkeit eines ganzheitlichen Ansatzes der EU für Migration (B8-0362/2014) (Abstimmung)

11. Stimmerklärungen

11.1. Autonome Handelspräferenzen für die Republik Moldau (A8-0053/2014 - Sorin Moisă)

Dichiarazioni di voto orali

Stanislav Polčák (PPE). - Pane předsedající, já jsem přesvědčen o tom, že sice můj hlas zde nyní zanikne, nicméně to stanovisko bych rád podal. Já vítám sbližování s Moldavskou republikou, které jsem podporoval ještě jako předseda skupiny přátelství mezi Českou republikou a Moldávií. Toto sbližování přináší významné přínosy už nyní pro občany Moldávie a nyní schválená dohoda o autonomních obchodních preferencích je, podle mého názoru, uzavřením toho procesu přibližování.

Jak jsem již zmínil v debatě, která následovala při uzavírání asociační dohody, bezvízový styk, nejvyšší podpora Evropské unie pro Moldávii se zemí Východního partnerství, samozřejmě i další odstraňování dovozních cel u většiny produktů, očekávané zvýšení národního důchodu Moldávie o 150 milionů euro ročně, zvýšení investic v Moldávii, to všechno jsou přínosy, které tato asociační dohoda a navazující dohody nabízí. Já je proto velmi vítám a gratuluji Moldávii k dosaženému úspěchu.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

Ангел Джамбазки (ECR). - Подкрепих усилията за подкрепата за Молдова в този момент, защото смятам, че тя е ключова. Справедливо е да се помогне на тази държава, особено когато ползите ще са много по-големи от някои възможни временни неудобства. След като комисията по земеделие и развитие на селските райони е оценила, че няма да има осезателен отрицателен ефект върху никоя от държавите членки, то подкрепата на Молдова е въпрос и на политическа отговорност. Гледайки цифрите можем да видим, че става въпрос за внос на минимални количества земеделски продукти, които не биха повлияли на общия европейски пазар. От друга страна, с тази стока, допускайки безмитен внос на тези земеделски стоки, ще помогнем малките и средни производители в Молдова, които търпят ефекта от наложеното на страната ембарго. Финансовият ефект върху приходите от мита също ще е пренебрежимо малък. Нещо повече, подкрепата за Молдова е ясен сигнал, че ние не изоставяме приятелите си и тези, които смятаме за важни. Като представител на България, разглеждам и този жест към българските общности в Молдова, които могат да видят, че България и българските представители не са ги забравили и не са ги изоставили. Мисля, че гласувайки за доклада показваме солидарност и намерение за действие в правилна посока, именно присъединяване на Молдова към Европейския съюз.

Jiří Pospíšil (PPE). - Pane předsedající, také podporuji změnu autonomních obchodních preferencí pro Moldavskou republiku. Velmi vítám, že tento návrh získal velkou podporu, protože tímto můžeme dát jasný signál, že Moldavská republika není sama vedle Ruské federace a že Ruská federace, když sankcionuje malou zemi za to, že Moldávie chce být partnerem Evropské unie, tak Evropská unie jasně odpovídá tím, že otevírá svůj trh pro zemědělské produkty a pomáhá tak Moldávii v boji za to, aby ekonomicky prosperovala a přežila a měla vlastní zahraniční politiku nezávislou na Ruské federaci.

Já to tedy nevidím pouze jako ekonomické rozhodnutí, ekonomickou výhodu, ale vnímám to jako jasné politické rozhodnutí, kdy pomáháme malé zemi, vůči které se Ruská federace chová neférově a postihuje a sankcionuje ji za to, že Moldávie chce mít svobodnou, vlastní zahraniční politiku.

Děkuji tedy, že jsme tento návrh přijali, a doufám, že výrazně pomůže ekonomice Moldávie a že bude Moldávie do budoucna silným partnerem Evropské unie.

Seán Kelly (PPE). - A Uachtaráin, ghlacas páirt sa díospóireacht seo aréir, agus bhí díospóireacht an-taitneamhach againn. Anois fáiltím roimh an gcinneadh atá déanta againn, agus dar ndóigh vótálas ina fhabhar – mar aon le 551 Fheisire eile.

Is tromlach an-mhór é sin agus tugann sé dóchas do mhuintir na Moldóive, go háirithe feirmeoirí beaga atá ag brath ar thorthaí agus a bhí go dtí seo ag easpórtáil go dtí an Rúis. Ach tá lámh throm curtha ag an Rúis agus ag Putin orthu agus ní raibh aon mhargaí eile acu. Anois táimid ag tógaint na dtorthaí sin uathu. Ní chuirfidh an méid sin isteach orainn go rómhór agus is maith sin.

Ach mar a dúras aréir, mar a deirtear i mBéarla: *a friend in need is a friend indeed*. Agus táimid tar éis a thaispeáint anseo inniu gur féidir linn teacht i gcabhair ar ár gcomharsa in am an ghátair agus go háirithe ós rud é go bhfuilimid ag teacht chomh cóngarach don Nollaig tá jab an-mhaith déanta againn inniu.

Daniel Hannan (ECR). - Mr President, like people on all sides of this Chamber, I am in favour of any measures that strengthen the sovereignty of Moldova and the western orientation of the Bessarabian people, but there is another issue here that goes beyond the political one. We are now extending the common market to the sparse and under-developed farmland on the banks of the Dniestr. I hope this will at last help people to understand the difference between membership of the European Union and free trade with the European Union.

The two issues are repeatedly conflated, not least in my own country, with the implication being that you cannot have access to European markets unless you are part of the political structures in Brussels. As we now know, virtually every country in Europe, Macedonia, the Channel Islands, Norway, Lichtenstein, Andorra are all part of a European market without needing to be part of the European Union. The idea that Britain alone would be the only country not to enjoy unrestricted trade with the EU in the event of our non-membership is a fantasy.

Dichiarazioni di voto scritte

Marina Albiol Guzmán (GUE/NGL), por escrito. — El sistema de preferencias comerciales autónomas (ATP, por sus siglas en inglés) fue otorgado a Moldavia en enero de 2008 hasta diciembre de 2015. El 21 de julio de 2014, como consecuencia de la firma del Acuerdo de libre comercio entre Moldavia y la UE, Rusia impuso sanciones sobre los productos agrícolas moldavos, que están dañando su economía, ya que la agricultura en ese país representa el 40 % de la economía. Este sector emplea a 250 000 personas. Es por este motivo que la Comisión propone ampliar el Reglamento ATP para introducir tres productos: ciruelas, manzanas y uvas. Considerando que la UE puede fácilmente absorber las importaciones de esos tres productos, he votado a favor del informe.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

Martina Anderson (GUE/NGL), *in writing*. - I abstained on autonomous trade preferences for the Republic of Moldova because of wider implications for relations with Russia. On the one hand, this motion involves the inclusion of small quantities of fruits and vegetables which can be easily absorbed in the EU and provides an opportunity to prevent instability in a country which neighbours EU Member States. On the other hand, there is a serious need to consider farmers who are already being hurt by the diplomatic failures between the EU and Russia. We should be reminded by this threat of instability of the real and pressing need for the Commission and Council to act in a more strategic way to effect and deal with this diplomatic crisis.

Pascal Arimont (PPE), *schriftlich*. — Für die Republik Moldau hatte die EU im Jahr 2008 erstmalig sogenannte autonome Handelspräferenzen eingeführt, wobei sämtliche verbleibenden Zölle für gewerbliche Waren aus Moldau beseitigt wurden und der Zugang zum EU-Markt für landwirtschaftliche Erzeugnisse aus Moldau verbessert wurde.

In den letzten Jahren haben die EU und Moldau ihre politischen und wirtschaftlichen Beziehungen weiter intensiviert, insbesondere durch den Abschluss eines Assoziierungsabkommens. Bedauerlicherweise verhängte Russland als Reaktion auf diese erweiterte Zusammenarbeit ein Einfuhrverbot für landwirtschaftliche Erzeugnisse aus Moldau, wodurch die Wirtschaft Moldaus erheblich geschwächt wurde.

Ich begrüße es daher umso mehr, dass die EU als Geste der Solidarität drei neue zollfreie Zollkontingente für frische Äpfel, frische Tafeltrauben und frische Pflaumen zusätzlich zu den bereits bestehenden Zollkontingenten aufgenommen hat. Dies wird für die moldauische Wirtschaft Vorteile und eine sofortige Unterstützung mit sich bringen, während die Auswirkungen auf den EU-Markt überschaubar sein werden.

Jonathan Arnott (EFDD), *in writing*. — I have concerns that this may prove to be counterproductive; action in solidarity with Moldova may serve to exacerbate the current international situation with Russia.

Zigmantas Balčytis (S&D), *raštu*. — Balsavau už šį siūlymą, kurio tikslas – be muitų į Europos Sąjungą įsileisti vaisius iš Moldovos. Siūlymu siekiama laikinai netaikyti ES muitų tam tikram kiekiui šviežių obuolių, vynuogių ir slyvų, kurie įvežami iš Moldovos. Pagal naują siūlymą Moldova galėtų be muitų į ES eksportuoti 40 tūkst. t. šviežių obuolių, 10 tūkst. t. šviežių vynuogių ir 10 tūkst. t. šviežių slyvų. Ši lengvata papildytų šiuo metu taikomą ES ir Moldovos laisvos prekybos susitarimą. Šia priemone siekiama palengvinti Moldovai taikomo jos vaisių importo į Rusiją draudimo poveikį, todėl siūlymui pritariu.

Nicolas Bay (NI), *par écrit*. – Dans la mesure où ces préférences commerciales me paraissent surtout dictées par des considérations géopolitiques contraires à nos intérêts économiques, j'y suis opposé.

Tiziana Beghin (EFDD), *per iscritto*. — In vista del trattato di libero scambio con la Moldova e considerando l'embargo russo sui prodotti agricoli moldavi, sono state concesse agevolazioni unilaterali a questo paese su tre nuove linee tariffarie: mele per 40.000 tonnellate, uva per 10.000 tonnellate e prugne per 10.000 tonnellate per il 2015. Non mi oppongo alle misure adottate in questo caso specifico, capendo benissimo che rientrano in un regime provvisorio dato alla Moldova per aiutarla. Tuttavia, non posso non notare che si tratta di agevolazioni che hanno un impatto sui nostri produttori e sulle entrate fiscali degli Stati e dell'Unione, che noi concediamo unilateralmente senza ottenere nulla in cambio, ma soprattutto senza che queste siano accompagnate da un adeguato studio d'impatto della Commissione o degli Stati membri. Mi preme poi sottolineare che chi paga per queste concessioni unilaterali sono sempre i nostri agricoltori, che sono già provati dalla crisi e messi in ginocchio dal recente embargo russo. Ho pertanto deciso di astenermi.

Izaskun Bilbao Barandica (ALDE), *por escrito*. — He votado a favor como un acto de solidaridad. En los últimos años la UE y Moldavia han reforzado sus relaciones con un Acuerdo de Asociación que se aplica desde el 1 de septiembre de 2014. Como consecuencia de esta mejora de relaciones, Rusia, por motivos políticos, ha decidido prohibir la importación de productos de Moldavia, lo que afecta en el sector hortícola a más de 250 000 personas de zonas rurales en pequeñas y medianas empresas. Las autoridades de Moldavia han pedido ayuda y el Parlamento ha decidido modificar el Reglamento introduciendo tres nuevos contingentes arancelarios libres para las manzanas, las ciruelas frescas y las uvas de mesa, esperando que estas decisiones puedan mejorar la economía moldava.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

Dominique Bilde (NI), *par écrit*. – En Juin dernier, l'Union européenne et la République de Moldavie ont signé un accord d'association comprenant notamment un volet sur le commerce et plus particulièrement une zone de libre-échange. À un moment même où l'UE et la Russie sont soumises à des tensions géopolitiques, cet accord n'arrange en rien la situation. Pire, il doit permettre à la Moldavie d'éviter les répercussions russes en ouvrant notre marché européen à des produits agricoles moldaves, accentuant ainsi un peu plus les difficultés des producteurs européens et notamment Français, déjà soumis à la concurrence déloyale de nombreux autres pays.

La Commission demande ici de modifier le règlement relatif aux préférences commerciales autonomes afin d'instaurer trois nouveaux contingents tarifaires à droit nul pour les pommes fraîches (40 000 tonnes), le raisin de table et les prunes (10 000 tonnes de chaque). Outre ce règlement, il est désormais évident que l'UE prépare doucement l'adhésion probable de la Moldavie à l'UE et j'ai donc voté contre l'instauration de préférences commerciales pour certains fruits provenant de Moldavie.

Mara Bizzotto (NI), *per iscritto*. — Ho votato contro questo provvedimento che, in un momento storico del tutto particolare come quello che stiamo attraversando, conferma la volontà dell'Europa di continuare a ingerire nelle aree che come la Moldova sono tradizionalmente sotto l'influenza russa, per destabilizzare così ulteriormente il clima politico.

Malin Björk (GUE/NGL), *skriftlig*. — Jag har röstat för betänkandet.

Detta i konsekvens med att jag röstade för associationsavtalet mellan EU och Moldavien, den 13 november i år. Men liksom då vill jag understryka att folket i Moldavien borde haft det avgörande beslutet i denna viktiga fråga. Den bästa formen för ett folkligt förankrat beslut i avgörande frågor hade varit en folkomröstning, då hade också avtalets ekonomiska och sociala konsekvenser kunnat diskuteras ingående, liksom konsekvenserna för relationerna till Ryssland.

José Blanco López (S&D), *por escrito*. — Ante la intensificación de las relaciones políticas y económicas de la UE con Moldavia, rubricadas en el Acuerdo de Asociación firmado el pasado mes de junio de 2014, y que también incluye una zona de libre comercio de alcance amplio y profundo, Rusia ha respondido con la prohibición de importaciones de productos agrícolas procedentes de Moldavia, que viene aplicando desde el 21 de julio de 2014. La presión que Rusia está ejerciendo sobre Moldavia se materializa en una pérdida importante de su capacidad de recuperación económica y la ralentización de su proceso de reformas.

A fin de apoyar el actual proceso de reformas emprendido por Moldavia con vistas a una asociación política y una mayor integración económica con la UE, he votado a favor de aumentar de manera temporal la liberalización del acceso comercial de determinados productos de Moldavia a la UE —concretamente, manzanas, ciruelas, y uvas de mesa— y reducir así el impacto económico de la prohibición rusa.

La importación de estos tres tipos de fruta desde Moldavia representó el 0,01% del total de importaciones de la UE en el año 2013, por lo que el mercado de la UE no tendrá problemas para absorber fácilmente este aumento en la importación.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), *raštu*. — Balsavau dėl šio pranešimo, nes juo Parlamentas pritaria daliniam Autonominių prekybos lengvatų susitarimo su Moldova pakeitimui. Pastaraisiais metais sustiprėjo ES ir Moldovos politiniai ir ekonominiai ryšiai, ypač sudarius asociacijos susitarimą, kurio pagrindu yra kuriama išsami ir visapusiška laisvosios prekybos erdvė, papildanti Autonominių prekybos lengvatų susitarimą. Sustiprėjus ekonominiams ir politiniams ES ir Moldovos santykiams, Rusija, kaip žinia, nustatė Moldovos žemės ūkio produktų importo draudimą. Šis draudimas labai kenkia Moldovos ekonomikai. Moldovos valdžios institucijos, šiomis sudėtingomis aplinkybėmis ieškomos pagalbos ir paramos, kreipėsi į ES prašydamos sumažinti neigiamą Rusijos draudimo ekonominį poveikį, ypač susijusį su svarbiausiais Moldovos vaisių augintojų produktais. Taigi siekdama solidarumo Komisija pasiūlė iš dalies pakeisti Autonominių prekybos lengvatų susitarimą ir pagal jį nustatyti tris papildomas neapmokestinamas tarifines kvotas šviežiems obuoliams, šviežioms valgomosioms vynuogėms ir šviežioms slyvoms.

Lynn Boylan (GUE/NGL), *in writing*. — I abstained from voting on autonomous trade preferences for the Republic of Moldova because of wider implications for relations with Russia.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

On the one hand, this motion involves the inclusion of small quantities of fruits and vegetables which can be easily absorbed in the EU and provides an opportunity to prevent instability in a country which neighbours EU Member States.

On the other hand, there is a serious need to consider farmers who are already being hurt by the diplomatic failures between the EU and Russia.

We should be reminded by this threat of instability of the real and pressing need for the Commission and Council to act in a more strategic way to effect and deal with this diplomatic crisis.

Mercedes Bresso (S&D), *in writing*. — I voted in favour of this report because I think that autonomous economic preferences are good in order to develop the relations between the EU and the Republic of Moldova.

Steeve Briois (NI), *par écrit*. — Le 27 juin 2014, l'Union européenne et la République de Moldavie ont signé un accord d'association comprenant notamment la création d'une zone de libre-échange et la mise en œuvre de préférences commerciales autonomes. Cette politique d'intégration économique vise notamment à préparer l'adhésion de la Moldavie à l'Union européenne et n'est pas dénuée d'arrières pensées géopolitiques contre la Russie, principal partenaire économique de la Moldavie. La Commission a par conséquent proposé de modifier le règlement relatif aux préférences commerciales autonomes afin d'instaurer trois nouveaux contingents tarifaires à droit nul pour les pommes fraîches (40 000 tonnes), le raisin de table et les prunes (10 000 tonnes de chaque). Ces contingents concurrenceront directement les productions françaises et européennes qui ont déjà des difficultés à trouver des débouchés depuis l'édition par la Russie de sanctions à l'encontre des produits agricoles de l'Union. C'est pourquoi j'ai voté contre le projet de résolution approuvant la proposition de la Commission.

Gianluca Buonanno (NI), *per iscritto*. — Ho espresso voto contrario in quanto il provvedimento danneggia l'economia italiana ed è strumentale a una politica anti-russa che non condivido e che ritengo dannosa per l'Europa.

Soledad Cabezón Ruiz (S&D), *por escrito*. — El Grupo S&D está a favor de ofrecer un apoyo económico a Moldavia con objeto de reforzar su voluntad política en el actual proceso de reformas y su trayectoria europea.

Nicola Caputo (S&D), *per iscritto*. — Negli ultimi anni, l'UE e la Moldova hanno intensificato le loro relazioni politiche ed economiche, in particolare attraverso la conclusione di un accordo di associazione.

A causa dell'intensificarsi delle relazioni economiche e politiche tra l'UE e la Moldova, la Russia ha imposto un divieto politicamente motivato all'importazione di prodotti agricoli moldavi. L'economia della Moldova sta subendo notevoli effetti negativi a causa di tale divieto, in particolare il settore orticolo, di importanza fondamentale, che offre lavoro a circa 250.000 persone (circa il 10% della popolazione attiva). Serve quindi un sostegno da parte dell'UE per limitare l'impatto economico del divieto russo mediante, in particolare, la concessione di preferenze commerciali autonome per la Repubblica di Moldova e in particolare per il suo settore orticolo.

La modifica del regolamento avrà un impatto finanziario molto limitato sul mercato dell'Unione rispetto ai vantaggi che tale esenzione può portare al risanamento finanziario della Moldova e al sostegno al processo di riforma dell'agricoltura della stessa che sta cercando di avvicinarsi sempre di più agli standard europei.

Matt Carthy (GUE/NGL), *in writing*. — I abstained from voting on autonomous trade preferences for the Republic of Moldova because of wider implications for relations with Russia.

On the one hand, this motion involves the inclusion of small quantities of fruits and vegetables which can be easily absorbed in the EU and provides an opportunity to prevent instability in a country which neighbours EU Member States.

On the other hand, there is a serious need to consider farmers who are already being hurt by the diplomatic failures which have resulted in the Russian ban.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

We should be reminded by this threat of instability of the real and pressing need for the Commission and Council to act in a more strategic way to effect and deal with this diplomatic crisis.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), *per iscritto*. — Queste misure hanno un impatto molto leggero sull'economia europea e purtroppo colpiscono gli agricoltori italiani, ci asteniamo perché è più sensato applicare il DCFTA invece di abbassare i dazi in modo selettivo.

Salvatore Cicu (PPE), *per iscritto*. — Ho votato a favore del presente testo poiché già dal 2005, a seguito del Piano d'azione della politica di vicinato, la Moldova ha dimostrato di mantenere i suoi impegni, riformando la propria legislazione doganale e trasferendola in modo soddisfacente nella sua pratica amministrativa.

Inoltre, come anche sostenuto dalla Commissione europea, le importazioni totali dalla Moldova verso l'UE hanno rappresentato lo 0,1% delle importazioni totali nell'Unione. Se il 90% circa delle importazioni complessive dalla Repubblica di Moldova avviene in esenzione di dazi, le importazioni hanno rappresentato meno dello 0,01% delle importazioni totali di questi prodotti nell'UE da tutto il mondo. La corrispondente perdita di entrate tariffarie dovrebbe avere un'incidenza limitata sulle risorse proprie dell'UE.

Alberto Cirio (PPE), *per iscritto*. — La mia recente missione in Moldova è stata molto istruttiva perché mi ha permesso di imparare tantissimo su questo paese che dista solo tre ore di volo da Milano. Ho visto da vicino quanto questo paese conti sull'agricoltura per vivere e quanto sia potenzialmente dannoso il blocco alle importazioni che la Russia ha imposto. Visto che per l'UE si tratta di quantità assolutamente non significative, ho votato a favore della temporanea apertura totale ai suoi prodotti ortofrutticoli.

Deirdre Clune (PPE), *in writing*. — I welcome Moldova's European option, recently reconfirmed by the election won by the pro-European forces, and I encourage the continuation of all necessary reform processes that would bring the country closer to the EU.

Lara Comi (PPE), *per iscritto*. - Ho votato favorevolmente alla proposta di modifica del regolamento PCA soprattutto in relazione all'introduzione delle tre nuove estensioni doganali relative all'importazione di prodotti quali mele, pere e uva. Tale modifica è del tutto in linea con quanto stabilito nell'accordo firmato lo scorso 27 giugno e con le precedenti azioni introdotte con il regolamento PCA del 2008, i quali danno hanno dato vita alla creazione di una zona di libero scambio globale e al miglioramento delle relazioni politiche ed economiche tra l'UE e la Moldova.

Spero che le riforme economiche e commerciali introdotte nel quadro della politica europea di vicinato possano intensificare gli scambi e creare anche un ravvicinamento normativo all'UE in settori di interesse comune ai fini di una progressiva integrazione economica nel mercato interno.

Therese Comodini Cachia (PPE), *in writing*. — In recent years, the EU and Moldova have intensified their political and economic relations, notably through the conclusion of an Association Agreement. For this reason, a politically motivated import ban was imposed by Russia on agricultural products from Moldova. The ban is hurting Moldova's economy in a significant way. These trade preferences I voted in favour of support reducing the economic impact of the Russian ban, in particular for the most important products of Moldovan fruit growers.

Javier Couso Permuy (GUE/NGL), *por escrito*. — El sistema de preferencias comerciales autónomas (ATP, por sus siglas en inglés) fue otorgado a Moldavia en enero de 2008 hasta diciembre de 2015. El 21 de julio de 2014, como consecuencia de la firma del Acuerdo de libre comercio entre Moldavia y la UE, Rusia impuso sanciones sobre los productos agrícolas moldavos, que están dañando su economía, ya que la agricultura en ese país representa el 40 % de la economía. Este sector emplea a 250 000 personas. Es por este motivo que la Comisión propone ampliar el Reglamento ATP para introducir tres productos: ciruelas, manzanas y uvas. Considerando que la UE puede fácilmente absorber las importaciones de esos tres productos, he votado a favor del informe.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

Andi Cristea (S&D), in writing. — The Republic of Moldova is experiencing severe difficulties due to politically motivated import bans against its agricultural products imposed by the Russian Federation, a traditional market, in response to the intensification of relations with the EU. Such restrictions threaten both economic recovery and the reform process undertaken hitherto with commitment, determination and ambition. The agricultural sector represents around 40% of the economy. The horticultural sector provides employment to some 250 000, that is 10% of the active population.

Acknowledging outstanding reform progress as well as the need for an ambitious agenda for political association and economic integration, the EU and Moldova signed an Association Agreement including a DCFTA. The country has advanced steadily on regulatory approximation leading to convergence with the Union's laws and standards. The system of controls and certification has improved firmly. The reform of customs legislation was executed successfully and translated into administrative practice. The proposed preferences provide immediate social and economic relief and represent a support measure to the reform process and efforts to implement European standards while improving trade relations, creating new trade opportunities and ultimately benefiting consumers and producers with very limited financial impact on the EU and virtually no additional pressure on its existing market.

Miriam Dalli (S&D), in writing. — This report aims at supporting Moldova and its citizens who are facing serious economic difficulties, particularly due to the import ban on Moldovan agricultural products, imposed by Russia in July 2014. This would provide immediate relief to the Moldovan economy while having a negligible impact on the EU market. Hence I voted in favour of this resolution.

Viorica Dăncilă (S&D), în scris. — Salut votul pe propunerea de regulament cu privire la introducerea unor preferințe comerciale autonome pentru Republica Moldova și care introduce trei noi contingente tarifare scutite de taxe vamale pentru merele proaspete, strugurii de masă proaspeți și prunele proaspete și consider că această măsură de sprijin vine în favoarea producătorilor moldoveni care cultivă aceste produse în ferme familiale mici și medii și care au fost cel mai afectați în ultima perioadă de criză economică a țării.

Nicola Danti (S&D), per iscritto. — Lo scorso novembre il Parlamento europeo ha votato a favore dell'Accordo di associazione tra Unione europea e Repubblica di Moldova, ponendo le basi per la creazione di un'approfondita zona di libero scambio (DCFTA). A seguito dell'intensificazione delle relazioni politiche e commerciali con la UE, la Repubblica di Moldova ha subito significative restrizioni commerciali da Mosca.

Ho votato, dunque, favorevolmente all'estensione temporanea dello schema di preferenze commerciali della UE, che mirano a limitare le conseguenze delle decisioni politiche assunte dalla Russia nei confronti della Repubblica di Moldova.

La concessione di tali preferenze avrà un positivo impatto anche nel processo di riforme interne e di sviluppo economico della Repubblica di Moldova e nel suo percorso di avvicinamento verso la UE.

Rachida Dati (PPE), par écrit. – Dans le cadre de la politique européenne de voisinage et du partenariat oriental et de l'accord d'association, il est proposé de modifier le règlement introduisant des préférences commerciales autonomes pour la République de Moldavie pour y inclure trois nouveaux contingents tarifaires à droit nul pour les pommes fraîches, les raisins de table frais et les prunes fraîches. L'instauration d'un régime de préférences commerciales autonomes aura l'avantage à la fois d'encourager le mouvement de réforme en cours dans l'agriculture en Moldavie et d'améliorer nos relations commerciales sans que cette libéralisation ait un impact sur les marchés des principaux pays producteurs de fruits frais frappés directement par l'embargo russe.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

Isabella De Monte (S&D), *per iscritto*. — Alla Repubblica di Moldova sono state concesse le PCA (preferenze commerciali autonome) su alcuni prodotti dal gennaio 2008 fino al 31 dicembre 2015. A causa dell'intensificarsi delle relazioni economiche e politiche nell'ultimo anno di tale paese con l'UE, il 21 luglio 2014 la Russia ha imposto un divieto all'importazione di prodotti agricoli moldavi. A causa di tale divieto l'economia di questo paese sta subendo notevoli effetti negativi poiché l'agricoltura rappresenta circa il 40% dell'economia moldava. Con l'obiettivo di alleviare la situazione e di dare loro un sostegno in questo momento critico, ho votato a favore della modifica del regolamento PCA che introdurrà tre nuovi contingenti tariffari esenti da dazio per l'uva da tavola, le mele e le prugne fresche. Le preferenze proposte offriranno benefici e sollievo immediato all'economia moldava, pur avendo un impatto molto limitato sul mercato dell'UE.

Marielle de Sarnez (ALDE), *par écrit*. — En représailles au rapprochement de la Moldavie avec l'Union européenne, la Russie a mis en place un embargo sur les importations de produits moldaves. Il était donc de la responsabilité de l'Union européenne de faire un geste en signe de solidarité à notre voisin oriental. La levée des droits de douanes européens sur les pommes, les raisins et les prunes moldaves aidera à contrer en partie les effets néfastes de cet embargo sur l'économie de la Moldavie, dont 10% de la population travaille dans le secteur de l'agriculture. Ces trois produits bénéficieront de meilleurs débouchés sur le marché européen. Ce geste ne se fera pas au détriment des agriculteurs et horticulteurs européens, puisque la production moldave correspond à moins de 1 % de la production européenne.

Mireille D'Ornano (NI), *par écrit*. — L'augmentation des quotas de certains fruits bénéficiant de préférences tarifaires n'est pas acceptable dans un contexte de crise économique et agricole en France et en Europe. J'ai voté contre ce texte qui renforce la frénésie ultra libérale et libre-échangiste de l'Union européenne, au mépris des agriculteurs français et européens. La Commission n'a par ailleurs pas vérifié le respect des règles établies dans les précédents accords, respect qui conditionne pourtant le maintien de ces préférences.

Pablo Echenique (GUE/NGL), *por escrito*. — Hemos votado a favor ya que este acuerdo no afectará al resto del sector agrícola europeo y ayudará al sector en Moldavia, que emplea a 250 000 personas (10 % de la población activa), que viven principalmente en áreas rurales y trabajan, además, en pequeñas y medianas explotaciones agrícolas.

Se trata de determinadas cantidades de manzanas, ciruelas y uvas que se exportarán principalmente a Rumanía y que, por tanto, no tendrán un impacto negativo en el sector agrícola europeo.

Desde la aplicación del acceso comercial preferencial (ATP) que reemplazó al GSP+, los productos originarios de Moldavia no tienen aranceles, excepto algunos provenientes del sector agrícola.

Pero con el embargo impuesto por Rusia desde el 21 de julio de 2014 a los productos agrícolas, este sector se ha visto altamente perjudicado. Por tanto, a fin de paliar el impacto social provocado por este embargo, se propone este acuerdo, que permitirá a los pequeños y medianos agricultores mantener sus trabajos durante el siguiente año (este acuerdo se aplicaría hasta diciembre de 2015, cuando expira el acceso comercial preferencial).

Γεώργιος Επιτήδειος (NI), *γραπτώς*. — Καταψήφισα την έκθεση, καθώς η χορήγηση ατελειών στην εισαγωγή των ως άνω προϊόντων θα αποτελέσει πλήγμα για την ελληνική οικονομία, λόγω της συνάφειας των παραγόμενων προϊόντων.

José Manuel Fernandes (PPE), *por escrito*. - A UE e a Moldávia intensificaram as suas relações políticas e económicas, nomeadamente através da conclusão de um acordo de associação no qual a Moldávia reforçará ainda mais o seu acesso ao mercado da UE, particularmente mediante a aproximação à legislação e às normas pertinentes da UE. Esta aproximação originou a proibição, por parte da Rússia, da entrada de produtos moldavos no seu território. Ora, a agricultura representa 40 % da economia do país e movimenta 250 mil pessoas. Procurando assistência e apoio neste momento crítico, as autoridades moldavas dirigiram-se à UE a fim de solicitar ajuda urgente para reduzir o impacto económico da proibição imposta pela Rússia, nomeadamente no que toca aos produtos mais importantes para os fruticultores moldavos: maçãs, ameixas e uvas de mesa que passam a ter isenção de direitos de 40 mil toneladas para maçãs frescas e de 10 mil para as uvas frescas de mesa e ameixas frescas. Como se trata de uma questão de solidariedade social e institucional, merece o meu voto favorável.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

João Ferreira (GUE/NGL), *por escrito*. — Em 2008 foram introduzidas pela UE preferências comerciais autónomas (PCA). Esta concessão estava prevista no plano de ação da Política Europeia de Vizinhança de 2005.

O Regulamento PCA suprimiu todos os direitos comerciais para produtos industriais moldavos e concedeu livre acesso do mercado da UE aos produtos agrícolas moldavos, com exceção de algumas carnes, produtos lácteos, milho, cevada e açúcar.

A assinatura do Acordo de Associação UE-Moldávia inclui a criação de uma zona de comércio livre abrangente e aprofundada (ZCLAA).

A Comissão Europeia afirma que para apoiar os esforços da República da Moldávia, em conformidade com os objetivos fixados na Política Europeia de Vizinhança, da Parceria Oriental e do Acordo de Associação e reduzir o impacto económico da proibição imposta pela Rússia a produtos agrícolas, devido à aproximação política da Moldávia à UE, propõe alterar o Regulamento PCA através da introdução de três novos contingentes pautais com isenção de direitos para maçãs, uvas de mesa e ameixas.

Somos favoráveis a uma política de cooperação e solidariedade com todos os países e povos do mundo. Naturalmente também com a Moldávia. Mas não é este o objetivo do livre comércio, nem da Política de Vizinhança da UE, nem da visão que enquadra este relatório.

Monika Flašíková Beňová (S&D), *písomne*. — Potom, ako boli Moldavsku udelené autonómne obchodné preferencie Európskej únie v Januári 2008, a potom, čo sa v uplynulých rokoch výrazne zintenzívnili politické a hospodárske vzťahy medzi Európskou úniou a Moldavskom, bola uzatvorená aj dohoda o pridružení.

Predmetná dohoda bola podpísaná 27. júna 2014 a vykonáva sa od 1. septembra 2014, avšak práve vzhľadom na zintenzívnenie hospodárskych a politických vzťahov bol zo strany Ruskej federácie uložený politicky motivovaný zákaz dovozu poľnohospodárskych výrobkov z Moldavska, pričom poľnohospodárstvo tvorí 40 % Moldavského hospodárstva. Moldavské orgány sa obrátili na Európsku úniu s dôverou pomoci a podpory v tejto zložitej situácii. Je našou povinnosťou zmierniť hospodárske dôsledky zákazu dovozu tovaru Ruskej federácie.

Lorenzo Fontana (NI), *per iscritto*. — Le continue aperture commerciali, in particolare come in questo caso nel settore agricolo, dell'UE con i paesi terzi ci vedono contrari. Per questo voterò contro l'accordo.

Λάμπρος Φουντούλης (NI), *γραφτως*. — Καταψηφίζω την Έκθεση σχετικά με την πρόταση κανονισμού του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου και του Συμβουλίου που αφορά την τροποποίηση του κανονισμού (ΕΚ) αριθ. 55/2008 του Συμβουλίου για τη χορήγηση αυτόνομων εμπορικών προτιμήσεων στη Δημοκρατία της Μολδαβίας, καθώς η χορήγηση ατελειών στην εισαγωγή των ως άνω προϊόντων θα αποτελέσει πλήγμα για την ελληνική οικονομία, λόγω της συνάφειας των παραγόμενων προϊόντων.

Nathan Gill (EFDD), *in writing*. — Russia imposed an import ban on Moldova and the EU as a show of 'solidarity' wants to increase trade preferences in order to help out Moldova.

This would only further inflame Russia and is clearly intended to butter up Moldova for EU membership.

Tania González Peñas (GUE/NGL), *por escrito*. - Hemos votado a favor ya que este acuerdo no afectará al resto del sector agrícola europeo y ayudará al sector en Moldavia, que emplea a 250 000 personas (10 % de la población activa), que viven principalmente en áreas rurales y trabajan, además, en pequeñas y medianas explotaciones agrícolas.

Se trata de determinadas cantidades de manzanas, ciruelas y uvas que se exportarán principalmente a Rumanía y que, por tanto, no tendrán un impacto negativo en el sector agrícola europeo.

Desde la aplicación del acceso comercial preferencial (ATP) que reemplazó al GSP+, los productos originarios de Moldavia no tienen aranceles, excepto algunos provenientes del sector agrícola.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

Pero con el embargo impuesto por Rusia desde el 21 de julio de 2014 a los productos agrícolas, este sector se ha visto altamente perjudicado. Por tanto, a fin de paliar el impacto social provocado por este embargo, se propone este acuerdo, que permitirá a los pequeños y medianos agricultores mantener sus trabajos durante el siguiente año (este acuerdo se aplicaría hasta diciembre de 2015, cuando expire el acceso comercial preferencial).

Antanas Guoga (ALDE), *in writing*. — I voted in favour of this proposal to introduce autonomous trade preferences for the Republic of Moldova. Agriculture represents around 40% of the Moldovan economy and it is now highly affected by the politically motivated import ban imposed by Russia. I see this as an act of solidarity and a step forwards the creation of a 'Deep and Comprehensive Free Trade Area'.

Anja Hazekamp (GUE/NGL), *schriftelijk*. — De associatieovereenkomst die de EU en de Republiek Moldavië in november 2014 hebben afgesloten heeft geleid tot nog meer spanningen in de regio. Rusland heeft als reactie hierop een invoerstop voor producten uit Moldavië afgekondigd. Door de invoering van autonome handelspreferenties voor de Republiek Moldavië wil Europa de gevolgen voor de agrarische sector beperken.

In mijn ogen is dit echter geen hulpverlening maar een onbezonnen vergeldingsactie tegen Rusland. De intensivering van de handelsbetrekkingen met Moldavië - en daarmee de vergroting van Europese invloed op de regio - heeft grote geopolitieke consequenties. Dit voorstel is onzorgvuldig en overhaast tot stand gekomen en zal het conflict tussen de Europese Unie en Rusland verder vergroten. Internationale veiligheid, mensenrechten en democratie zijn te allen tijde belangrijker dan kortzichtige handelspolitiek.

Daarom heb ik in november tegen het associatieverdrag en vandaag tegen de invoering van autonome handelspreferenties voor de Republiek Moldavië gestemd.

Ian Hudghton (Verts/ALE), *in writing*. — Ongoing Russian sanctions against Moldova are placing great strains on that country's economy. The EU is right to seek to support Moldova and I accordingly voted in favour of this report.

Pablo Iglesias (GUE/NGL), *por escrito*. - Hemos votado a favor ya que este acuerdo no afectará al resto del sector agrícola europeo y ayudará al sector en Moldavia, que emplea a 250 000 personas (10 % de la población activa), que viven principalmente en áreas rurales y trabajan, además, en pequeñas y medianas explotaciones agrícolas.

Se trata de determinadas cantidades de manzanas, ciruelas y uvas que se exportarán principalmente a Rumanía y que, por tanto, no tendrán un impacto negativo en el sector agrícola europeo.

Desde la aplicación del acceso comercial preferencial (ATP) que reemplazó al GSP+, los productos originarios de Moldavia no tienen aranceles, excepto algunos provenientes del sector agrícola. Pero con el embargo impuesto por Rusia desde el 21 de julio de 2014 a los productos agrícolas, este sector se ha visto altamente perjudicado. Por tanto, a fin de paliar el impacto social provocado por este embargo, se propone este acuerdo, que permitirá a los pequeños y medianos agricultores mantener sus trabajos durante el siguiente año (este acuerdo se aplicaría hasta diciembre de 2015, cuando expire el acceso comercial preferencial).

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan*. — Glasovao sam za nacrt zakonodavne rezolucije Europskog parlamenta o uvođenju autonomnih povlastica za Republiku Moldovu jer će se tim postupkom unaprijediti tržišni odnosi Europske unije i Republike Moldove. Zabrana uvoženja poljoprivrednih proizvoda poput jabuka, šljiva i stolnog grožđa u Rusiju, imala je iznimno loš utjecaj na gospodarstvo Republike Moldove, stoga je ona zatražila uvođenje autonomne trgovinske povlastice s EU-om. S obzirom da se Republika Moldova trudi približiti europskim rastućim standardima u poljoprivredi i trgovanju, smatram da takva odluka Europske komisije o autonomnoj trgovinskoj povlastici za najvažnije izvozne proizvode Republike Moldove može donijeti puno prednosti za financijski oporavak i funkcioniranje tržišta u spomenutoj zemlji, te za približavanje EU standardima.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

Marc Joulaud (PPE), *par écrit*. — J'ai voté en faveur du rapport de mon collègue Sorin Moisa sur les préférences commerciales autonomes pour la Moldavie. Suite à l'accord d'association entre l'UE et la Moldavie adopté en juin dernier, la Russie a appliqué des sanctions économiques contre le secteur agricole moldave. Compte-tenu de ces difficultés, le rapport propose d'augmenter temporairement son accès au marché pour les produits agricoles moldaves.

Le rapport a été adopté à une large majorité, ce dont je me félicite.

Afzal Khan (S&D), *in writing*. — I supported the trade measures as they will provide economic relief for the Republic of Moldova, which is affected by the Russian ban on its agricultural products. It also gives a clear sign of solidarity with the people of Moldova and will reinforce its reform process.

Giovanni La Via (PPE), *per iscritto*. - Voto positivamente la relazione dell'on. Sorin Moisa in quanto ritengo doveroso che l'Unione europea si renda sostenitrice del processo di riforma del sistema agricolo del paese. Infatti, l'introduzione di nuovi contingenti tariffari che prevedono un'esenzione dei dazi per le mele fresche, le uve da tavola fresche e le prugne fresche rappresenta un chiaro segnale di sostegno a favore della Repubblica di Moldova, che sta vivendo una condizione economica e sociale particolarmente difficile.

Javi López (S&D), *por escrito*. — En 2008 se otorgaron preferencias arancelarias a Moldavia en el marco de la Política Europea de Vecindad. Y el pasado mes de junio de 2014, la UE y Moldavia firmaron un Acuerdo de Asociación, que incluye una zona de libre comercio de alcance amplio y profundo, a partir del cual Moldavia ha adoptado una ambiciosa agenda política con vistas a una asociación política y una mayor integración económica con la UE. Lamentablemente, ante la intensificación de las relaciones políticas y económicas de la UE con Moldavia, Rusia ha respondido con la prohibición de importaciones de productos agrícolas procedentes de este país. El Grupo S&D está a favor de ofrecer un apoyo económico a Moldavia con la ampliación de estos acuerdos con el objeto de reforzar su voluntad política en el actual proceso de reformas y su trayectoria europea.

Paloma López Bermejo (GUE/NGL), *por escrito*. — El sistema de preferencias comerciales autónomas (ATP, por sus siglas en inglés) fue otorgado a Moldavia en enero de 2008 hasta diciembre de 2015. El 21 de julio de 2014, como consecuencia de la firma del Acuerdo de libre comercio entre Moldavia y la UE, Rusia impuso sanciones sobre los productos agrícolas moldavos, que están dañando su economía, ya que la agricultura en ese país representa el 40 % de la economía. Este sector emplea a 250 000 personas. Es por este motivo que la Comisión propone ampliar el Reglamento ATP para introducir tres productos: ciruelas, manzanas y uvas. Considerando que la UE puede fácilmente absorber las importaciones de esos tres productos, he votado a favor del informe.

Antonio López-Istúriz White (PPE), *por escrito*. — Las preferencias comerciales autónomas para la República de Moldavia fueron introducidas originalmente por la UE mediante el Reglamento (CE) n° 55/2008 (Reglamento PCA), para un período que concluirá el 31 de diciembre de 2015.

En los últimos años, la UE y Moldavia han intensificado sus relaciones mediante la celebración de un Acuerdo de Asociación, que llevará a la creación de una zona de libre comercio de alcance amplio y profundo (ZLCAP) entre ambas partes. Debido a esto, el 21 de julio 2014 Rusia impuso una prohibición a la importación de productos agrarios moldavos, que está afectando a su economía de manera significativa. Por ello, han recurrido a la UE, solicitando apoyo urgente para reducir dicho impacto, en particular para tres productos: manzanas, ciruelas y uvas de mesa.

La Comisión propuso modificar el Reglamento PCA mediante la introducción de tres nuevos contingentes arancelarios libres de impuestos para dichos productos en el marco del Reglamento PCA, además de los contingentes propuestos en virtud de la ZLCAP. Dichas preferencias propuestas proporcionarían unos beneficios y un alivio inmediato a la economía moldava, al tiempo que tendrían un impacto muy limitado en el mercado de la UE.

Por estos motivos, voto a favor de esta propuesta.

Bernd Lucke (ECR), *schriftlich*. — Ich habe für die Verlängerung der Handelspräferenzen gestimmt, da ich ohnehin dagegen bin, dass die EU gegenüber viel ärmeren Ländern Handelshemmnisse aufbaut.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

Monica Macovei (PPE), *în scris*. — Am votat acest raport privind propunerea Comisiei pentru introducerea unor preferințe comerciale autonome pentru Republica Moldova, pentru cele trei categorii de produse: mere, struguri și prune.

Trebuie să ținem cont de importanța acestei măsuri pentru un stat care se află într-o perioadă grea de tranziție de la comunism la democrație. Pondere sectorului agricol în PIB în Republica Moldova este de circa 36%, iar gradul de ocupare a populației active în acest sector este foarte ridicat, cu impact asupra migrației forței de muncă.

Pentru statele membre, această măsură are un impact redus: totalul importurilor din Republica Moldova către Uniunea Europeană în 2013 a reprezentat 0,1% din importurile totale în UE, iar importurile de mere și prune proaspete și de struguri de masă proaspeți au reprezentat mai puțin de 0,01% din totalul importurilor UE de aceste produse.

După cum știm, Republica Moldova este cea mai avansată pe drumul către familia europeană și a făcut cele mai multe eforturi. Trebuie să arătăm și prin măsuri concrete sprijinul pe care îl declarăm la nivel politic pentru opțiunea europeană a Chișinăului după alegerile legislative din 30 noiembrie și să ajutăm Republica Moldova să facă față presiunilor Federației Ruse.

Ivana Maletić (PPE), *napisan*. — Podržala sam ovo izvješće jer je cilj predloženih promjena poboljšati trgovinsku razmjenu s Republikom Moldovom i time doprinijeti razvoju moldovskog gospodarstva, koje trenutačno trpi zbog zabrana uvedenih od strane Rusije.

Cilj prijedloga je izmijeniti uredbu uvođenjem triju novih bescarinskih tarifnih stopa i to za svježe jabuke 40 tisuća tona, svježe grožđe 10 tisuća tona i svježe šljive 10 tisuća tona. Prema podacima Komisije, uvoz iz Moldove u EU u 2013. iznosio je 0,1 % od ukupnog uvoza Unije. Dakle, gubitak uvođenja bescarinskih tarifnih stopa neće imati bitan utjecaj na proračun EU-a.

Andrejs Mamikins (S&D), *rakstiski*. — Tas ir turpinājums Moldovas integrācijai tuvāk Eiropas Savienībai. Šīs preferences palīdzēs Moldovas biznesam ienākt Eiropas tirgū, un tas viennozīmīgi ir labi. Es nobalsoju “par”.

Νότης Μαριάς (ECR), *γραπτώς*. — Καταψήφισα την έκθεση Moisa σχετικά με τη χορήγηση αυτόνομων εμπορικών προτιμήσεων στη Δημοκρατία της Μολδαβίας, καθόσον περιλαμβάνει ρυθμίσεις για την προνομιακή αντιμετώπιση προϊόντων της Μολδαβίας τα οποία ανταγωνίζονται αντίστοιχα τα ελληνικά αγροτικά προϊόντα και ως εκ τούτου τυχόν εφαρμογή της εν λόγω έκθεσης θα επιφέρει βλαπτικές οικονομικές συνέπειες για τους φτωχοποιημένους από το Μνημόνιο Έλληνες αγρότες.

Marian-Jean Marinescu (PPE), *în scris*. — Am votat pentru propunerea Parlamentului European de adoptarea a preferințelor comerciale pentru Republica Moldova pentru a apropia și mai mult acest stat de UE. UE și-a exprimat astfel, încă o dată, angajamentul pentru intensificarea relațiilor politice și economice, dincolo de recentul acord de asociere și de creare a zonei de liber schimb. Prin adoptarea acestei decizii, Republica Moldova își va extinde accesul pe piața UE, în special prin apropierea cu legislația și standardele relevante ale UE. În același timp, este un semnal clar către Federația Rusă care va trebui să-și revizuiască practicile comerciale neloiale și embargoul asupra importurilor de produse agricole și alimentare din Republica Moldova. Concret, la nivel legislativ, Comisia a propus modificarea Regulamentului de preferințe comerciale autonome, prin introducerea a trei noi contingente tarifare cu exonerare de taxe vamale pentru mere, struguri și prune. Preferințele vor oferi avantaje și sprijin imediat economiei moldovene, cu un impact foarte limitat asupra pieței UE.

Fulvio Martusciello (PPE), *per iscritto*. — Ho votato a favore della relazione concernente le preferenze commerciali autonome per la Repubblica di Moldova. Si tratta di una proroga concessa alla Moldova per un sistema di quote a dazi zero ampliate per alcuni prodotti agricoli provenienti dalla Moldova stessa. Le preferenze proposte offriranno benefici immediati all'economia moldava. L'accordo, infatti, porterà alla creazione di una «zona di libero scambio globale» tra le parti e la Moldova rafforzerà ulteriormente il proprio accesso al mercato dell'UE.

Barbara Matera (PPE), *per iscritto*. — L'introduzione di nuovi contingenti tariffari, che prevedano un'esenzione dei dazi per le mele fresche, l'uva da tavola fresca e le prugne fresche, rappresenta un chiaro segnale di sostegno a favore della Repubblica di Moldova, vittima di una difficile situazione economica e sociale.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

Ho votato a favore di questa relazione, poiché ritengo doveroso che l'UE si renda sostenitrice del processo di riforma del sistema agricolo del paese.

Georg Mayer (NI), *schriftlich*. — Da wir uns bereits gegen das Assoziierungsabkommen mit der Republik Moldau ausgesprochen haben, macht es nur Sinn, auch den Vorschlag über autonome Handelspräferenzen mit ebensolcher abzulehnen. Jeder weitere Schritt in Richtung der Angleichung der Republik Moldau an die Europäische Union kann schwerwiegende Folgen für beide Seiten mit sich bringen und ist deshalb nicht zu unterstützen.

Jean-Luc Mélenchon (GUE/NGL), *par écrit*. — En juin 2014, l'UE et la Moldavie ont signé un accord d'association. Négocié dans le cadre du partenariat oriental, cet accord ne vise qu'à affaiblir la Russie. Il contient bien évidemment un pilier commercial qui conduira à la création d'une «zone de libre-échange approfondi et complet» avec l'Union européenne,

À la suite de cet accord, la Russie a établi un embargo sur les produits agricoles moldaves. La Russie étant le partenaire économique habituel de la Moldavie, cela a fortement déséquilibré l'économie de cette dernière. La Commission propose en conséquence d'instaurer trois nouveaux contingents tarifaires (CT) à droit nul pour les pommes fraîches (40 000 tonnes), le raisin de table frais et les prunes fraîches (10 000 tonnes pour chaque type de produit). Il vaudrait mieux cesser les provocations envers la Russie qui sont à l'origine de ces mesures. Je vote contre.

Nuno Melo (PPE), *por escrito*. — As preferências comerciais autónomas (PCA) para a República da Moldávia (a seguir designada Moldávia) foram inicialmente introduzidas pela UE através do Regulamento (CE) n.º 55/2008 do Conselho, de 21 de janeiro de 2008. A concessão dessas preferências estava prevista no plano de ação da política europeia de vizinhança de 2005, desde que a Moldávia melhorasse substancialmente o seu sistema de controlos e certificação de bens. A Moldávia cumpriu os compromissos através da reforma da sua legislação aduaneira e da respetiva transposição satisfatória na prática administrativa até 2007.

O presente relatório tem por objetivo ajudar a Moldávia a combater o embargo russo aos seus produtos agrícolas, concretamente para os seguintes produtos: maçãs frescas, uvas de mesa frescas e ameixas frescas.

Os contingentes pautais isentos de direitos aduaneiros para os 3 produtos em causa são muito reduzidos no que respeita ao volume, em comparação com a produção da UE (0,4 % para as maçãs, 0,7 % para as ameixas e 0,6 % para as uvas de mesa), não prejudicando assim os produtores europeus. Daí o meu voto favorável.

Roberta Metsola (PPE), *in writing*. — In light of the objectives set out in the European Neighbourhood Policy (ENP), the EU-Moldova ENP Action Plan and the Eastern Partnership I voted in favour of this proposal. The report also highlights that these trade preferences would support the reform process in agriculture in Moldova.

Louis Michel (ALDE), *par écrit*. — Les producteurs de pommes, de raisins et de prunes moldaves ont subi de sérieuses pertes en raison de l'embargo russe sur les produits agricoles moldaves imposé par la Russie pour faire pression sur le pays, face à un rapprochement avec l'UE. Cette interdiction nuit à l'économie moldave, la Russie étant son deuxième partenaire commercial, et le secteur de l'horticulture employant près de 10 % de la population active. Dans cette situation d'urgence, nous avons accepté d'ouvrir temporairement l'accès libéralisé aux importations de fruits moldaves, afin de limiter les répercussions économiques et de faire face aux besoins immédiats en offrant un marché viable aux exportations moldaves. Les agriculteurs sont victimes des conséquences d'un conflit politique qui les dépasse. Nous nous devons d'indemniser les préjudices que subissent nos partenaires de la politique de voisinage. Nous avons resserré nos liens politiques et économiques avec la Moldavie ces dernières années, et il est de notre devoir de la soutenir financièrement et par des actions ciblées afin qu'elle n'en soit pas pénalisée.

Marlene Mizzi (S&D), *in writing*. — I have voted in favour of the report on autonomous trade preferences for the Republic of Moldova, which proposes to increase temporarily its fully liberalised market access for imports from Moldova to the EU of the most important products for Moldovan fruit growers: apples, plums and table grapes in order to reinforce its reform process and its European trajectory.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

Sorin Moisă (S&D), *in writing*. — The importance of the regulation adopted today goes far beyond some quantities of apples, grapes and plums, serving as a demonstration of solidarity in the face of hardship: it is a breath of fresh air for a sector of vital importance for the Moldovan economy, affected by an irrational Russian ban, just like the EU itself. The Romanian market is amply capable of absorbing the new quantities allowed on the EU market, which are symbolic in relation to EU production, so no distortion whatsoever of the EU market is to be expected.

Sophie Montel (NI), *par écrit*. — L'Union européenne et la République de Moldavie ont signé le 27 juin dernier un accord d'association portant notamment sur la création d'une zone de libre-échange et sur l'application de préférences commerciales autonomes. À travers cette politique de coopération économique, c'est l'adhésion même de la Moldavie à l'Union européenne qui est en marche. Une adhésion qui entre parfaitement dans le cadre des manœuvres géopolitiques menées par l'Union européenne contre la Russie, cette dernière étant jusqu'à peu le principal partenaire économique de la Moldavie. La Commission a donc proposé de modifier le règlement relatif aux préférences commerciales autonomes pour mettre en place trois nouveaux contingents tarifaires à droit nul pour les pommes fraîches (40 000 tonnes), les prunes et le raisin de table (10 000 tonnes pour chaque). Ces volumes seront à n'en pas douter une source de concurrence directe pour les producteurs français et européens, déjà largement malmenés pour cause d'embargo russe. Pour toutes ces raisons, j'ai voté contre.

Alessia Maria Mosca (S&D), *per iscritto*. — Le preferenze commerciali autonome per la Repubblica di Moldova sono state originariamente introdotte dall'Unione europea nell'ambito del piano d'azione della politica europea di vicinato del 2005 ed erano subordinate a miglioramenti sostanziali da apportare al sistema di controllo e certificazione delle merci. Gli impegni sono stati onorati attraverso la riforma della propria legislazione doganale entro il 2007 e alla Moldova sono state quindi concesse nuove preferenze commerciali autonome a partire dal gennaio 2008 fino al 31 dicembre 2015. A causa dell'intensificarsi delle relazioni economiche e politiche con l'Unione europea, il 21 luglio 2014 la Russia ha imposto un divieto politicamente motivato all'importazione di prodotti agricoli moldavi con gravi conseguenze sulla sua economia.

Pertanto, come atto di solidarietà, accogliamo la proposta della Commissione di modificare il regolamento PCA con l'introduzione di tre nuovi contingenti tariffari esenti da dazio (mele fresche, uve da tavola e prugne fresche) in quanto, in base a delle previsioni molto dettagliate della Commissione stessa, la corrispondente perdita di entrate tariffarie dovrebbe avere un'incidenza limitata sulle risorse proprie dell'Unione europea. Non si metteranno, dunque, in difficoltà i produttori europei perché la quantità di prodotti di cui si parla sarà minima e tale da essere totalmente assorbita dal mercato rumeno.

Alessandra Mussolini (PPE), *per iscritto*. — Ho votato a favore della relazione dell'on. Moisa riguardante la proroga concessa alla Moldova per un sistema di quote a dazio zero ampliate per alcuni prodotti agricoli come uva, prugne e mele, in modo tale che possano essere assorbiti dal mercato rumeno dove si è registrato un notevole calo di produzione lo scorso anno.

Franz Obermayr (NI), *schriftlich*. - Die Gewährung von Handelspräferenzen für die Republik Moldau ist ein Stein im Mosaik der Herauslösung dieses Landes aus seinem traditionellen russischen Wirtschaftsraum, an dem uns bei den gegenwärtigen Spannungen in der Region nicht gelegen sein kann. Ich habe daher gegen den Antrag gestimmt.

Younous Omarjee (GUE/NGL), *par écrit*. — J'ai voté en faveur de ce rapport, qui entérine un régime plus favorable dans les échanges commerciaux agricoles avec la Moldavie, fortement touchée par l'embargo Russe. Ces préférences apportent à l'économie moldave plusieurs avantages et une aide immédiate, tout en ayant une incidence très limitée sur le marché de l'Union.

Urmas Paet (ALDE), *kirjalikult*. — Hääletasin ettepaneku poolt, millega kehtestatakse ühepoolseid kaubandussuodustused Moldova Vabariigi suhtes, sest see toetab Moldova reformiprotsesse, edendab kaubandussuhteid ja toob Moldova Euroopa Liidule samm-sammult lähemale.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

Aldo Patriciello (PPE), *per iscritto*. — La modifica del regolamento (CE) n. 55/2008 del Consiglio, che introduce nuovi contingenti tariffari in esenzione da dazi per le mele fresche, le uve da tavola fresche e le prugne fresche, è una misura di sostegno a favore della Repubblica di Moldova nel suo difficile contesto sociale e finanziario. Tale modifica potrebbe sostenere il processo di riforma dell'agricoltura della Repubblica di Moldova che sta cercando di avvicinarsi sempre di più agli standard europei e potrebbe migliorare le relazioni commerciali tra l'Unione e la Repubblica di Moldova. Per tali ragioni esprimerei il mio voto favorevole.

Florian Philippot (NI), *par écrit*. — Le 27 juin 2014, l'Union européenne et la République de Moldavie ont signé un accord d'association comprenant notamment la création d'une zone de libre-échange et la mise en œuvre de préférences commerciales autonomes. Cette politique d'intégration économique vise notamment à préparer l'adhésion de la Moldavie à l'Union européenne et n'est pas dénuée d'arrière-pensées géopolitiques contre la Russie, principal partenaire économique de la Moldavie. La Commission a par conséquent proposé de modifier le règlement relatif aux préférences commerciales autonomes afin d'instaurer trois nouveaux contingents tarifaires à droit nul pour les pommes fraîches (40 000 tonnes), le raisin de table et les prunes (10 000 tonnes de chaque). Ces contingents concurrenceront directement les productions françaises et européennes qui ont déjà des difficultés à trouver des débouchés depuis l'édition par la Russie de sanctions à l'encontre des produits agricoles de l'Union. C'est pourquoi j'ai voté contre le projet de résolution approuvant la proposition de la Commission.

Andrej Plenković (PPE), *napisan*. — S obzirom da je Moldova nedavno iskusila teškoće u izvozu voća i povrća te imajući u vidu da čak 40% moldavske ekonomije s 250 000 zaposlenih ovisi o tom tržištu, smatram da EU mora djelovati kako bi pomogla Moldovi prilagoditi se na teške tržišne uvjete. EU ima obvezu odgovoriti na nedavno prihvaćenu proeuropsku i ambicioznu agendu reformi na političkom i ekonomskom planu integracije s Unijom.

Moldova kao članica Europske politike susjedstva i Istočnog partnerstva treba pomoć na svom europskom putu te će prvi korak za to biti pomoć moldavskoj ekonomiji pri prilagođavanju tržišnim uvjetima kroz uspostavu autonomnih trgovinskih povlastica uz uvođenje tri nove kvote te ukidanje trošarina za uvoz svježih jabuka, stolnog grožđa i svježih šljiva na tržište EU-a. Uspostavljanje trgovinskih povlastica bi poslalo snažnu poruku Republici Moldovi, ponajprije kroz održavanje financijske stabilnosti zemlje te u nadolazećem procesu reformi koje su najavljene od strane moldavske vlade, a u kontekstu provedbe Sporazuma o pridruživanju.

Salvatore Domenico Pogliese (PPE), *per iscritto*. — Alla luce delle sempre più intense relazioni politiche ed economiche fra l'UE e la Moldova e del recente accordo di associazione, con la creazione di una zona di libero scambio globale e approfondito (DCFTA), la Moldova ha rafforzato in maniera sempre più completa il suo accesso al mercato dell'UE, ricordandosi che le PCA (preferenze commerciali autonome) del 2008 sono aggiuntive e complementari al regime di liberalizzazione delle merci nella DCFTA.

Sono dunque favorevole alla proposta di regolamento che introduce nuovi contingenti tariffari in esenzione da dazi per le mele fresche, l'uva da tavola fresca e le prugne fresche (i principali prodotti dei frutticoltori moldavi), perché aiuterà il paese in un momento di difficile contesto sociale e finanziario. Inoltre, le preferenze proposte saranno di grande aiuto all'economia moldava ma avranno un impatto molto limitato sul mercato dell'UE.

Marcus Pretzell (ECR), *schriftlich*. — Mit der Zustimmung zu diesem Vorschlag gibt die EU ein Instrument aus der Hand, um in der Republik Moldau zukünftig Reformen anzustoßen. Nachdem erst kürzlich mit dem Assoziierungsabkommen ein Fahrplan für die Umsetzung demokratischer und rechtsstaatlicher Standards geschaffen wurde, sollen die darin enthaltenen Druckmittel nun geschwächt werden. Unter dem Vorwand, genau diese Standards verteidigen zu wollen, werden die Anreize dafür verworfen. Es ist ein Ausdruck der Naivität, dass nun im Glauben an die Übernahme von Demokratie und Rechtsstaat einseitig und ohne Gegenleistung Handelserleichterungen für die Republik Moldau geschaffen werden. Da ich davon überzeugt bin, dass in diesem zutiefst korrupten Staat, in dem Menschenhandel an der Tagesordnung ist, nur durch politischen und ökonomischen Druck dazu bewegt werden kann, dagegen vorzugehen, kann ich der Abstimmungsvorlage nicht zustimmen, da sie uns eben jener Druckmittel beraubt.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

Franck Proust (PPE), *par écrit*. — Suite au choix de la Moldavie de se rapprocher de l'Union européenne, la Russie, son plus grand partenaire commercial, décide de suspendre l'importation de fruits. Néanmoins, cela représente la majorité de l'économie de ce pays. Je suis donc favorable à une mesure permettant la libéralisation de certains produits dans la mesure où le marché européen peut facilement absorber de telles importations et où l'instabilité de la région est de plus en plus préoccupante.

Paulo Rangel (PPE), *por escrito*. — A República da Moldávia sofre, desde 21 de julho de 2014, e no que concerne a sua produção agrícola, um embargo russo, executado em consequência da intensificação das relações económicas e políticas entre a Moldávia e a União Europeia (UE). Tendo em conta que o setor agrícola representa 40 % da economia da Moldávia, empregando 250 000 pessoas, e que o total das importações vindas da Moldávia para a UE representavam, em 2013, 0,1 % do total das importações da UE; considerando que as importações de maçãs frescas, ameixas frescas e uvas frescas constituíam um total de 0,01 % do total das importações da UE, a correspondente perda de receita pautal teria um impacto despiendo sobre o orçamento da UE, no caso desses três produtos conhecerem contingentes pautais isentos de direitos aduaneiros; e tendo em conta, por último, que o regime de preferências comerciais autónomas expirará no final de 2015, expirando com este os contingentes pautais aplicáveis e propostos na presente resolução, votei favoravelmente a liberalização do mercado entre a UE e a Moldávia, conforme desenhada pela Comissão.

Laurențiu Rebega (S&D), *în scris*. — Ca raportor pentru aviz, desemnat în cadrul Comisiei AGRI, sunt pe deplin satisfăcut de rezultatul votului de astăzi - 551 de voturi pentru, 67 împotriva și 23 de abțineri - pentru aprobarea propunerii de regulament cu privire la preferințele comerciale autonome pentru Republica Moldova.

Aprobarea unor noi contingente tarifare la mere, prune și struguri pentru Moldova reprezintă nu doar o măsură concretă din partea Uniunii Europene în sprijinirea agricultorilor moldoveni în contextul embargoului rusesc, embargou motivat politic, cu efecte foarte negative asupra produselor moldovenești, dar și o susținere politică fermă în contextul parteneriatului UE - Republica Moldova.

Cred și sper că aceasta măsură de susținere va compensa o bună parte din pierderile producătorilor agricoli moldoveni.

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D), *por escrito*. — Ante la intensificación de las relaciones políticas y económicas de la UE con Moldavia, rubricadas en el Acuerdo de Asociación firmado el pasado mes de junio de 2014, y que también incluye una zona de libre comercio de alcance amplio y profundo, Rusia ha respondido con la prohibición de importaciones de productos agrícolas procedentes de Moldavia, que viene aplicando desde el 21 de julio de 2014. La presión que Rusia está ejerciendo sobre Moldavia se materializa en una pérdida importante de su capacidad de recuperación económica y la ralentización de su proceso de reformas.

A fin de apoyar el actual proceso de reformas emprendido por Moldavia con vistas a una asociación política y una mayor integración económica con la UE, he votado a favor de aumentar de manera temporal la liberalización del acceso comercial de determinados productos de Moldavia a la UE, —concretamente, manzanas, ciruelas, y uvas de mesa— y reducir así el impacto económico de la prohibición rusa.

La importación de estos tres tipos de fruta desde Moldavia representó el 0,01% del total de importaciones de la UE en el año 2013, por lo que el mercado de la UE no tendrá problemas para absorber fácilmente este aumento en la importación.

Teresa Rodríguez-Rubio (GUE/NGL), *por escrito*. - Hemos votado a favor ya que este acuerdo no afectará al resto del sector agrícola europeo y ayudará al sector en Moldavia, que emplea a 250 000 personas (10 % de la población activa), que viven principalmente en áreas rurales y trabajan, además, en pequeñas y medianas explotaciones agrícolas.

Se trata de determinadas cantidades de manzanas, ciruelas y uvas que se exportarán principalmente a Rumanía y que, por tanto, no tendrán un impacto negativo en el sector agrícola europeo.

Desde la aplicación del acceso comercial preferencial (ATP) que reemplazó al GSP+, los productos originarios de Moldavia no tienen aranceles, excepto algunos provenientes del sector agrícola.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

Pero con el embargo impuesto por Rusia desde el 21 de julio de 2014 a los productos agrícolas, este sector se ha visto altamente perjudicado. Por tanto, a fin de paliar el impacto social provocado por este embargo, se propone este acuerdo, que permitirá a los pequeños y medianos agricultores mantener sus trabajos durante el siguiente año (este acuerdo se aplicaría hasta diciembre de 2015, cuando expire el acceso comercial preferencial).

Claude Rolin (PPE), *par écrit*. — Le secteur agricole représente environ 40 % de l'économie de la Moldavie et le secteur horticole est une partie importante de celui-ci, qui emploie quelque 250 000 personnes qui vivent principalement dans les zones rurales et cultivent des parcelles familiales de relative petite taille. Or, suite à la signature de l'accord d'association UE-Moldavie le 27 juin 2014, la Russie a interdit les importations de fruits en provenance de ce pays. Officiellement pour des raisons... phytosanitaires. Dans le cadre de l'accord de libre-échange avec la Moldavie, l'Union européenne s'est engagée à libéraliser l'accès au marché pour un certain nombre de fruits et légumes frais dans la limite de certains volumes. Prenant en considération les graves difficultés que la Moldavie rencontre en ces temps-ci, j'ai donc soutenu la proposition visant à augmenter temporairement son accès au marché européen pour les importations. Les préférences proposées apporteraient des avantages et un soulagement immédiat à l'économie moldave, tout en ayant un impact très limité sur le marché de l'Union.

Bronis Ropė (Verts/ALE), *raštu*. — Noriu paraginti kolegas pritarti siūlomam reglamento (EB) Nr. 55/2008 pakeitimui. Moldova yra labai nuo žemės ūkio gamybos priklausanti šalis ir padėdami jos žemės ūkio produkcijai patekti į ES, mes kartu padėsime stiprėti jos ekonomikai.

Tačiau man labai nepatinka, kad autonomines prekybos lengvatas siūloma taikyti obuoliams. Noriu priminti, kad daugelio valstybių narių obuolių augintojai yra labai smarkiai nukentėję nuo Rusijos embargo. Įteisinę šią lengvatą mes suduosime stiprų smūgį savo obuolių augintojams.

Todėl manau, kad šiuo metu nėra tikslinga įvesti tokią lengvatą obuoliams. Kiti du reglamente minimi sektoriai – slyvos ir vynuogės – nėra patyrę tokio rimto sankcijų poveikio.

Kada bendrą europinį interesą bent jau teoriškai turinti ginti Komisija parodys realius darbus ir jų rezultatus ieškant naujų rinkų nuo Rusijos embargo nukentėjusiems žemės ūkio produkcijos gamintojams, pavyzdžiui, Europos obuolių augintojams?

Pradėjus spręsti šių naujų rinkų paieškos klausimą, galėsime šnekėti net ir apie gerokai didesnes neapmokestinamo importo kvotas ir kitų Moldovos žemės ūkio sektorių produktams.

Fernando Ruas (PPE), *por escrito*. — Votei a favor deste relatório que concede preferências comerciais autónomas à República da Moldávia por verificar que este país melhorou substancialmente o sistema de controlo e certificação de bens, conforme previsto no plano de ação, assinado no âmbito da Política Europeia de Vizinhança de 2005, e por constatar igualmente que a Moldávia cumpriu os compromissos a que se vinculou, executando a reforma da legislação aduaneira e a sua transposição satisfatória até 2007.

Esta proposta de alteração ao Regulamento (CE) n.º 55/2008 do Conselho é complementar ao acordo de associação assinado entre as partes, a 27 de junho de 2014, que conduzirá à criação de uma *Zona de Comércio Livre Abrangente e Aprofundada*, onde a Moldávia terá oportunidade de reforçar o acesso ao mercado europeu, particularmente através da aproximação à legislação e às normas comunitárias.

Saliento ainda o princípio solidário inerente a esta proposta, que decorre da proibição de importação, politicamente motivada, que a Rússia aplica desde 21 de julho de 2014 aos produtos agrícolas da Moldávia.

Nesse sentido, esta atribuição de contingentes pautais isentos de direitos aduaneiros a três tipos de produtos frutícolas traduzir-se-á em benefícios tangíveis e assistência imediata à economia deste país até ao final de 2015, com um impacto limitado no mercado da União.

Matteo Salvini (NI), *per iscritto*. - Ho deciso di votare in maniera contraria in quanto si tratta, a mio avviso, di un'ingerenza in un'area di tradizionale influenza commerciale e politica Russa, con il solo fine di destabilizzare ulteriormente la regione.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

Lola Sánchez Caldentey (GUE/NGL), *por escrito*. — He votado a favor ya que este acuerdo no afectará al resto del sector agrícola europeo y ayudará al sector en Moldavia. El sector agrario en Moldavia emplea a 250 000 personas (10% de la población activa) que viven principalmente en áreas rurales trabajando, además, en pequeñas y medianas explotaciones agrícolas.

Las preferencias tarifarias afectarán a manzanas, ciruelas y uvas, que se exportarán principalmente a Rumanía y que, por tanto, no tendrán un impacto negativo en el resto del sector europeo.

Desde la aplicación del acceso comercial preferencial, que reemplazó al SPG+, los productos originarios de Moldavia no tienen aranceles, excepto determinados productos provenientes del sector agrícola. Con el embargo impuesto por Rusia desde el 21 de julio de 2014 a los productos agrícolas, este sector se ha visto altamente perjudicado. Por tanto, a fin de paliar el impacto social provocado por este embargo, se propone este acuerdo, que permitirá a los pequeños y medianos agricultores mantener sus trabajos durante el siguiente año (este acuerdo se aplicaría hasta diciembre de 2015, cuando expire el acceso comercial preferencial).

Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito*. - El sistema de preferencias comerciales autónomas (ATP, por sus siglas en inglés) fue otorgado a Moldavia en enero de 2008 hasta diciembre de 2015. El 21 de julio de 2014, como consecuencia de la firma del Acuerdo de libre comercio entre Moldavia y la UE, Rusia impuso sanciones sobre los productos agrícolas moldavos, que están dañando su economía, ya que la agricultura en ese país representa el 40 % de la economía. Este sector emplea a 250 000 personas. Con este argumento, la Comisión propone ampliar el Reglamento ATP para introducir tres productos: ciruelas, manzanas y uvas. He votado en contra de este informe porque va a perjudicar al campesinado de ambas partes; es un acuerdo para poner materia prima barata a los agroexportadores.

Siôn Simon (S&D), *in writing*. — I voted in support of the proposal for a regulation of the European Parliament and of the Council amending Council Regulation (EC) No 55/2008 introducing autonomous trade preferences for the Republic of Moldova.

Moldova and its citizens are facing serious economic difficulties, particularly due to the import ban on Moldovan agricultural products, imposed by Russia in July 2014. This proposal by the Commission would grant Moldova additional duty-free tariff quotas for fresh apples, grapes and plums under the existing ATP regime which is due to expire in December 2015. This would provide immediate relief to the Moldovan economy while having a negligible impact on the EU market.

Monika Smolková (S&D), *písomne*. - Podporila som návrh uznesenia, pretože je dôležité, aby EÚ preukázala mieru solidarity a ocenila snahu Moldavskej republiky vstupu do spoločnej Európy. Prijaté sankcie Ruska a zákaz dovozu poľnohospodárskych plodín z Moldavska sa citelne dotýka celého hospodárstva Moldavska, pretože poľnohospodárska výroba predstavuje až 40 % jej hospodárstva. Zavedenie troch nových colných kvót oslobodených od cla na čerstvé jablká, čerstvé stolové hrozno a čerstvé slivky neohrozí rozpočet EÚ a navyše pokryje výpadok pestovania týchto poľnohospodárskych produktov v niektorých členských krajinách EÚ. V súčasnej situácii na Ukrajine ale aj v ďalších bývalých sovietskych štátoch, ktoré majú snahu vstupu do EÚ a ktorým hrozia ďalšie sankcie Ruska, musíme jednoznačne dať najavo svoju podporu týmto štátom a operatívne prijímať aj takéto uznesenia, ktoré budú mať aj retroaktívny účinok.

Ivan Štefanec (PPE), *písomne* — Víťam ďalší krok, ktorý priblíži Moldavsko k Európskej únii. Verím, že si zaslúži šancu na účasť na jedinečnom európskom projekte a bude ďalším úspešným príbehom európskej integrácie.

Davor Ivo Stier (PPE), *napisan*. — Držim važnim, kao čin solidarnosti prema državi koja je na putu prema članstvu u europskoj obitelji, podržati prijedlog Komisije za uvođenjem tri nova proizvoda u slobodni carinski režim uvoza u EU-u unutar ATM regulacije. Radi se o svježim jabukama (40 000 tona), svježem stolnom grožđu i svježim šljivama (10 000 tona za svaku stavku). Navedene mjere imat će direktan i značajan učinak na ekonomiju Moldove uz vrlo ograničen učinak na europsko tržište.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

Važno za istaknuti je da će sva tri proizvoda najvećim dijelom biti uvezena na rumunjsko tržište koje prema podacima Svjetske udruge za proizvodnju jabuka i šljiva bilježi petogodišnji pad proizvodnje, a samo u posljednjoj godini zabilježen je pad proizvodnje od 22 posto. Nadalje, istakao bih kako podržavanje ovog izvješća dovodi do podrške aktualne poljoprivredne reforme u Moldovi kojom se ulažu naponi kako bi se dostigli europski standardi.

Ove će promjene imati značajan društveni utjecaj, posebno za moldavske male i srednje farmere te se poboljšavaju i unapređuju trgovinski odnosi EU-a i Moldove.

Dubravka Šuica (PPE), *napisan*. — Europska Unija još je 2008. godine uvela autonomne trgovinske povlastice za Republiku Moldovu, a s obzirom da je Moldova ispunila postavljene uvjetne reforme u carinskom zakonodavstvu, autonomne trgovinske povlastice bile su odobrene od strane EU-a. Svi proizvodi podrijetlom iz Moldove dobili su slobodni pristup tržištu EU-a, osim određenih poljoprivrednih proizvoda poput govedine i svinjetine, peradi, mliječnih proizvoda, kukuruza, ječma i šećera. Smatram da će ovaj prijedlog pridonijeti sustavu kontrole i certificiranja proizvoda koji stižu na tržište Unije te će osigurati stabilnost moldovskom gospodarstvu, zbog čega sam podržala ovaj prijedlog.

Ελευθέριος Συναδινός (NI), *γραπτώς*. — Η χορήγηση ατελειών σε προϊόντα που παράγονται σε χώρες εκτός ΕΕ δημιουργεί οικονομικό πλήγμα στις χώρες μέλη της ΕΕ που παράγουν αντίστοιχα και συναφή προϊόντα και δεν πρέπει να υλοποιούνται.

Claudia Tapardel (S&D), *în scris*. — Republica Moldova și-a demonstrat în perioada recentă atașamentul față de valorile europene, precum și față de principiile democratice. Semnarea de către Republica Moldova a Acordului de

asociere reprezintă o oportunitate atât pentru statele și societățile Uniunii Europene, cât și pentru Republica Moldova în sine. Semnarea acordului a presupus însă costuri, în special de natură economică, pentru micul stat est-european. Repercusiunile acestora pot fi severe. Impunerea unor veritabile sancțiuni economice de către Rusia împotriva Republicii Moldova a afectat societatea și economia moldovenești.

Susțin în acest context propunerea de liberalizare temporară deplină a importurilor din Republica Moldova pentru o serie de produse agricole, mai ales în condițiile în care piața europeană poate absorbi aceste produse. Obiectivul declarat al politicilor ruse este modificarea cursului politicii externe a Republicii Moldova. Uniunea Europeană nu poate permite ca procesul de integrare și de dezvoltare pașnică a relațiilor externe de la granițele sale să fie influențate de politica de forță practică în raport cu Republica Moldova. Susțin adoptarea acestor dispoziții importante atât pentru politica externă a UE, cât și pentru viitorul european al Republicii Moldova.

Marc Tarabella (S&D), *par écrit*. — Nous avons voté en faveur de l'accord d'échange avec la Moldavie. Je me suis quand même permis de faire remarquer qu'il était étrange d'incorporer un chapitre sur les fruits alors que nous traversons une guerre avec la Russie dont l'une des conséquences directes est la difficulté d'écoulement de fruits sous embargo. Toutefois, il est fort probable que les volumes supplémentaires de ces trois produits qui entreront sur le marché européen seront pour la plupart absorbés par le marché roumain, étant donné la proximité culturelle et géographique des deux pays, les similitudes entre leurs marchés agricoles sur le plan du conditionnement et de l'emballage des produits, ainsi que la situation actuelle sur les marchés.

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito*. — O Regulamento PCA suprimiu todos os direitos comerciais para produtos industriais moldavos e concedeu livre acesso do mercado da UE aos produtos agrícolas moldavos, com exceção de algumas carnes, produtos lácteos, milho, cevada e açúcar.

A assinatura do Acordo de Associação UE-Moldávia inclui a criação de uma zona de comércio livre abrangente e aprofundada (ZCLAA).

A Comissão Europeia afirma que para apoiar os esforços da República da Moldávia, em conformidade com os objetivos fixados na Política Europeia de Vizinhança, da Parceria Oriental e do Acordo de Associação e reduzir o impacto económico da proibição imposta pela Rússia a produtos agrícolas, devido à aproximação política da Moldávia à UE, propõe alterar o Regulamento PCA através da introdução de três novos contingentes pautais com isenção de direitos para maçãs, uvas de mesa e ameixas.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

Somos favoráveis a uma política de cooperação e solidariedade com todos os países e povos do mundo, mas não é este o objetivo do livre comércio, nem da política de vizinhança da UE, nem da visão que enquadra este relatório.

Harald Vilimsky (NI), *schriftlich*. - Aufgrund meiner ablehnenden Haltung gegenüber dem Assoziierungsabkommen aufgrund von einseitigen und unüberlegten langfristigen Konsequenzen, sowohl in außenpolitischer Sicht bezüglich der Beziehungen zu Russland als auch der Überzeugung heraus, dass momentan für ein solches Abkommen keinerlei Sicherheiten geboten sind, sondern die EU damit noch mehr finanzielle Risiken eingeht, habe ich auch den Vorschlag über autonome Handelspräferenzen abgelehnt.

Inês Cristina Zuber (GUE/NGL), *por escrito*. — Em janeiro de 2008, através do Regulamento (CE) nº 55/2008, foram introduzidas pela UE preferências comerciais autónomas (PCA) até 31 de dezembro de 2015. Esta concessão estava prevista no plano de ação da política europeia de vizinhança de 2005.

O regulamento PCA suprimiu todos os direitos comerciais para produtos industriais moldavos e concedeu livre acesso do mercado da UE aos produtos agrícolas moldavos, com exceção de carne bovino e de suíno, aves de capoeira, produtos lácteos, milho, cevada e açúcar.

A assinatura do Acordo de Associação UE-Moldávia inclui a criação de uma zona de comércio livre abrangente e aprofundada (ZCLAA) que será aplicada nível provisório a partir de 1 de setembro de 2014. Somos favoráveis a uma política de cooperação e solidariedade com todos os países e povos do mundo. Naturalmente também com a Moldávia. Mas não é este o objetivo do livre comércio, nem da política de vizinhança da UE, nem da visão que enquadra este relatório.

11.2. Zollbehandlung von Waren mit Ursprung in Ecuador (A8-0056/2014 - Helmut Scholz)

Dichiarazioni di voto scritte

Marina Albiol Guzmán (GUE/NGL), *por escrito*. — En este informe hemos votado la prolongación del SPG+ para Ecuador a partir de enero de 2015 con la condición de que el Acuerdo de Libre Comercio entre la UE y Ecuador sea firmado antes del 31 de diciembre de 2016.

No puedo votar a favor de este informe porque, a pesar de que no estoy en contra de prolongar el SPG+, no puedo aceptar que se condicione a la firma del Acuerdo de Libre Comercio, puesto que estoy en contra del mismo. Por ese motivo me he abstenido.

Jonathan Arnott (EFDD), *in writing*. — I wished to abstain on this matter. It concerns the application of tariffs concerning Ecuador. I praise the rapporteur's concern over too much Commission power.

On the other hand, the demands made on Ecuador may be impractical.

Zigmantas Balčytis (S&D), *raštu*. — Balsavau už šį siūlymą, kurio tikslas – nustatyti Ekvadoro kilmės prekės taikomą muitų tarifų režimą. 2014 m. liepą baigtos derybos su Ekvadoru dėl jo prisijungimo prie prekybos susitarimo, kurį sudarė ES ir Kolumbija bei Peru. Po šių derybų buvo parafuotas protokolas dėl Ekvadoro prisijungimo prie susitarimo. Siekiant išvengti nereikalingo prekybos trikdymo, kol bus užbaigtos prisijungimo protokolo taikymo procedūros, šiuo siūlymu išlaikomas muitų normų, kurios Ekvadorui buvo taikomos protokolo parafavimo dieną, dydis.

Hugues Bayet (S&D), *par écrit*. — Les négociations menées avec l'Équateur en vue de son adhésion à l'accord commercial conclu entre l'Union, d'une part, et la Colombie et le Pérou, d'autre part, se sont achevées le 17 juillet 2014. Par ailleurs, le 1^{er} janvier 2015, l'Équateur devrait perdre le statut que lui accordait le SPG+ à la suite d'une modification du règlement européen correspondant. Afin d'éviter toute perturbation inutile des échanges dans l'attente de l'application de cet accord de libre-échange, la Commission a adopté, le 1^{er} octobre 2014, une proposition garantissant que les droits de douane appliqués à la date de paraphe du protocole d'adhésion de l'Équateur à l'accord de libre-échange liant l'Union à la Colombie et au Pérou n'augmenteront pas et qu'aucun nouveau droit de douane ne frappera les produits en provenance de l'Équateur.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

La Commission souhaite que le règlement s'applique à partir du 1^{er} janvier 2015 et a notamment souhaité appliquer un principe de réciprocité. J'ai approuvé la proposition de la Commission.

Tiziana Beghin (EFDD), *per iscritto*. — L'Ecuador ha deciso di aderire all'area di libero scambio tra l'Unione Europea, la Colombia e il Perù. L'accordo entrerà in vigore a breve, mentre per il momento l'Ecuador fa parte di un sistema preferenziale SGP+. Poiché io credo fermamente nel ruolo del commercio per promuovere lo sviluppo dei paesi più poveri, condivido la necessità di approvare una proroga dei dazi di favore ora concessi all'Ecuador per non arrivare ad un'interruzione degli scambi.

Tuttavia, oltre a promuovere lo sviluppo dei Paesi più poveri, dobbiamo anche accertarci che rispettino le Convenzioni sul lavoro e sui diritti umani, ed è altrettanto importante che i trattati che firmiamo possano essere temporaneamente sospesi qualora causino un danno grave ai nostri produttori.

Il relatore aveva inizialmente proposto, proprio a questi scopi, un sistema di controllo da parte del Parlamento europeo, conferendogli la possibilità di sospendere questo regime provvisorio, ma ha inaspettatamente abolito questo fondamentale passaggio nel documento finale.

Per questa ragione ho deciso di astenermi.

Izaskun Bilbao Barandica (ALDE), *por escrito*. — El 17 de julio concluyeron las negociaciones con Ecuador para su adhesión al Acuerdo Comercial celebrado entre la UE y Colombia y Perú. El acuerdo multilateral proporcionará un nuevo marco en las relaciones entre Ecuador y la UE. Se ha establecido un tiempo provisional en el que se garantizará que no se aumentarán los derechos de aduana en la fecha que define el Protocolo para reducir de esta forma la carga para los importadores de la UE de mercancías exportadas por Ecuador. En resumen, que hace falta un tiempo para llevar a cabo todos los procedimientos internos para la UE y también para Ecuador antes de aplicar el Protocolo de Adhesión. Por ello, he votado a favor de esta propuesta relativa al trato arancelario de mercancías originarias de Ecuador.

Dominique Bilde (NI), *par écrit*. — Les négociations en vue de l'adhésion de l'Équateur à l'accord commercial conclu entre l'UE et la Colombie et le Pérou se sont achevées dernièrement. En attendant l'entrée en vigueur de l'accord, une proposition a été adoptée garantissant que les droits de douane appliqués n'augmenteront pas. Pourtant, après enquête, il est intéressant de constater que l'Équateur pratique des entraves commerciales à son marché intérieur. Pour mon seul pays, la France, le solde commercial pour l'année 2013 avec l'Équateur est déficitaire de plus de 200 Millions d'EUR. Il conviendrait donc plutôt de supprimer immédiatement toute négociation avec l'Équateur qui ne respecte pas les règles en matière de préférences tarifaires et j'ai donc voté contre cet accord.

Mara Bizzotto (NI), *per iscritto*. — Ho votato contro questo provvedimento che ripristina le preferenze commerciali a favore dell'Ecuador. Troppe e insuete sono state le pressioni da parte della Presidenza italiana del Consiglio per giungere a questo voto senza l'approvazione di emendamenti.

Malin Björk (GUE/NGL), *skriftlig*. — Jag har röstat för betänkandet som gällde att behålla de handelsregler som gällde under GSP+, tills dess att det nya FTA (Free Trade Agreements) mellan EU och Ecuador träder i kraft.

Men jag vill understryka att jag är mycket kritisk till det FTA som har slutits med Ecuador, samt med Ecuadors grannländer. I princip hade Ecuador inget annat val än att sluta ett eget avtal med EU eftersom landet hamnat i en orättvis situation handelsmässigt jämfört med grannländerna. EU:s handelsavtal skapar ingen rättvis handel, och effekterna av avtalen går emot EU:s grundläggande principer för bistånd och utveckling, samt i många fall miljöhänsyn.

Min ja-röst ska ses i detta kritiska sammanhang, och inte som ett stöd för EU:s handelspolitik.

José Blanco López (S&D), *por escrito*. — El 17 de julio de 2014 concluyeron las negociaciones para la adhesión de Ecuador al Acuerdo Comercial entre la UE y Colombia/Perú. Sin embargo, la entrada en vigor del Acuerdo UE-Ecuador no será efectiva hasta finales de 2015 o principios de 2016, una vez finalizados los procedimientos de autenticación y ratificación del texto.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

Teniendo en cuenta que Ecuador perderá, a partir del 1 de enero de 2015, su estatuto de beneficiario del Sistema de Preferencias Generalizadas Plus (SPG+) del que venía disfrutando hasta la fecha, al haber sido declarado por el Banco Mundial como Estado de renta media alta, es necesario congelar los derechos de aduana aplicados en la actualidad y asegurar que no se apliquen nuevos derechos sobre los productos originarios de Ecuador, evitando así perturbaciones comerciales innecesarias hasta la finalización de los procedimientos necesarios para la aplicación del Protocolo de Adhesión.

Por ello, he votado, sin enmendar, la propuesta de Reglamento presentada por la Comisión para que este se aplique desde el 1 de enero de 2015 y hasta seis meses después de que el Protocolo de Adhesión entre en vigor o hasta el 31 de diciembre de 2016, en función de lo que ocurra primero.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), raštu. — Balsavau dėl šio pranešimo, nes juo Parlamentas dalyvauja teisėkūros procedūroje kartu su Taryba priimant reglamentą dėl Ekvadoro kilmės prekės taikomo muitų tarifų režimo. 2014 m. liepos 17 d. baigtos derybos su Ekvadoru dėl jo prisijungimo prie prekybos susitarimo, kurį sudarė ES ir Kolumbija bei Peru. Ekvadoro vyriausybė priėmė šį sprendimą po to, kai patyrė didelį spaudimą, nes kai kurios šalies pagrindiniai eksportuojami produktai buvo labai nepalankioje konkurencinėje padėtyje, palyginti su tokiais pačiais produktais iš Kolumbijos ir Peru. Siekiant išvengti nereikalingo prekybos trikdymo iki ES ir Ekvadoro laisvosios prekybos susitarimo laikinojo taikymo pradžios, taip pat siekiant palengvinti naštą ES importuotojams, importuojantiems Ekvadoro eksportuojamas prekes, Komisija priėmė pasiūlymą, pagal kurį bus užtikrinama, kad muitai, kurie Ekvadoro kilmės produktams buvo taikomi Ekvadoro prisijungimo prie Europos Sąjungos ir Kolumbijos bei Peru laisvosios prekybos susitarimo sudarymo dieną, nebūtų padidinti ir kad šiems produktams nebūtų taikomi jokie nauji muitai. Siekiama, kad šis reglamentas būtų pradėtas taikyti nuo 2015 m. sausio 1 d.

Marie-Christine Boutonnet (NI), par écrit. — J'ai voté contre ce texte. En effet, ce dernier relève de la logique libre-échangiste que je ne peux que condamner. La Commission européenne propose un projet de règlement assurant le maintien à l'Équateur de préférences commerciales dans l'attente de l'adhésion de l'Équateur à l'Accord de libre-échange (ALE).

Ce texte est condamnable dans son principe même, ainsi qu'à l'égard de ses effets, notamment, pour la France d'Outre-mer.

Mercedes Bresso (S&D), in writing. — I voted in favour of this report because I think that we need to integrate Ecuador into the trade agreements we have with many South-American countries in order to create solid and fair economic relations.

Steeve Briois (NI), par écrit. — L'Union européenne et l'Équateur viennent de clore les négociations relatives à la conclusion d'un accord d'adhésion de libre-échange déjà effectif avec le Pérou et la Colombie. Dans l'attente de l'entrée en vigueur de cet accord, la Commission a adopté le 1^{er} octobre 2014 une proposition garantissant que les droits de douane appliqués n'augmenteront pas. Il convient de souligner que les exportations de la France ont considérablement diminué de près de la moitié en valeur par rapport à l'année 2012, en raison d'entraves d'accès au marché de l'Équateur de plus en plus importantes dans le commerce courant. À ce titre, le solde commercial pour la France est déficitaire de 221 millions d'euros pour l'année 2013. Il apparaît donc inconséquent de mener des accords de libéralisation des échanges alors que les garanties d'ouverture du marché équatorien ne sont pas réunies. Une fois n'est pas coutume, la France et les pays de l'Union sont les dindons de la farce d'une mondialisation débridée. C'est pourquoi j'ai voté contre cet accord relatif au traitement tarifaire des marchandises originaires de l'Équateur.

Gianluca Buonanno (NI), per iscritto. — Ho espresso voto contrario, dal momento che il provvedimento danneggia alcuni settori dell'economia italiana.

Soledad Cabezón Ruiz (S&D), por escrito. — La Delegación Socialista Española ha defendido desde el inicio, en el seno del Grupo S&D, la necesidad de dar una respuesta firme y responsable a nuestro compromiso político con Ecuador y con nuestras empresas, por encima de disputas interinstitucionales, que bien podrían resolverse en otro contexto.

Nicola Caputo (S&D), per iscritto. — Oggi ho votato a favore della proposta di regolamento del Parlamento europeo e del Consiglio sul trattamento tariffario delle merci originarie dell'Ecuador che prevede il mantenimento del livello delle aliquote del dazio applicabili all'Ecuador e applicate dall'Ecuador alla data della sigla del protocollo di adesione. Esso ha la finalità di prolungare le preferenze commerciali concesse all'Ecuador a norma del regolamento SPG+, che altrimenti giungerebbero a scadenza il 1° gennaio 2015, ed è destinato a costituire una misura transitoria per preparare l'Ecuador e l'UE all'entrata in vigore dell'accordo di libero scambio UE-Ecuador. L'accordo di libero scambio multilaterale fornirà un

Mittwoch, 17. Dezember 2014

nuovo quadro giuridico per le relazioni commerciali tra l'UE e l'Ecuador.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), *per iscritto*. — Non è necessario che le merci provenienti dall'Ecuador subiscano aumenti e ulteriori dazi doganali: la presente risoluzione colma un vuoto legislativo che si ripercuoterebbe sui commercianti del luogo.

Alberto Cirio (PPE), *per iscritto*. — In vista dell'accordo commerciale con l'Ecuador, che sarà negoziato a partire dalla seconda metà del prossimo anno, sono lieto di aver votato a favore di questa proposta. Infatti il presupposto è la fuoriuscita del paese dal Sistema di preferenze generalizzato grazie alla mancanza di un requisito: il reddito pro capite inferiore ai 4.000 dollari annui. È proprio questo a rendermi lieto: il vedere che, anche grazie alla politica commerciale europea, un paese fa passi avanti per abbandonare la situazione di povertà in cui versa. Congratulazioni all'Ecuador!

Lara Comi (PPE), *per iscritto*. - Sono favorevole a tale regolamento destinato a costituire una misura transitoria per preparare l'UE e l'Ecuador all'entrata in vigore dell'accordo di libero scambio multilaterale, che comprende anche la Colombia e il Perù. Mi sembra anche opportuno che la proroga delle attuali preferenze commerciali sia subordinata al rispetto di alcune condizioni da parte dell'Ecuador, quali il rispetto delle norme legate all'origine dei prodotti e all'astensione dalla volontà di imporre nuovi dazi o restrizioni alle importazioni dall'UE, anche per rispetto verso i produttori e gli investitori europei.

Therese Comodini Cachia (PPE), *in writing*. — The Commission adopted this October a proposal ensuring that no new customs duties are applied on products originating in Ecuador, in order to ease the burden for EU importers of Ecuadorian export goods. This tariff treatment proposal introduces an element of reciprocity as well, because Ecuador would also be obliged to maintain its current level of duties for EU imports. The proposal seems to be advantageous and should Ecuador fail to meet the conditions laid down in the regulation proposal, the EU should have a possibility to object to a measure proposing to suspend the trade preferences. For this reason I voted in favour.

Javier Couso Permuy (GUE/NGL), *por escrito*. — En este informe hemos votado la prolongación del SPG+ para Ecuador a partir de enero de 2015 con la condición de que el Acuerdo de Libre Comercio entre la UE y Ecuador sea firmado antes del 31 de diciembre de 2016.

No puedo votar a favor de este informe porque, a pesar de que no estoy en contra de prolongar el SPG+, no puedo aceptar que se condicione a la firma del Acuerdo de Libre Comercio, puesto que estoy en contra del mismo. Por ese motivo me he abstenido.

Miriam Dalli (S&D), *in writing*. — This report deals with the accession of Ecuador to the Trade Agreement concluded between the EU and Colombia/Peru. In order to avoid unnecessary trade disruption until the provisional application of this Free Trade Agreement, the Commission adopted a proposal ensuring that customs duties applied on the date of initialling of the Protocol of Accession of Ecuador to the EU-Colombia/Peru Free Trade Agreement are not increased and that no new customs duties are applied on products originating in Ecuador.

The proposed regulation is clearly intended to be a transitional measure preparing Ecuador and the EU for the entry into force of the EU-Ecuador Free Trade Agreement. This is why I voted in favour of this regulation.

Rachida Dati (PPE), *par écrit*. – Au cours des négociations commerciales en vue de l'entrée de l'Équateur dans l'accord commercial entre l'Union européenne (UE) d'une part et la Colombie et le Pérou d'autre part, ce pays a accompli des efforts qui méritent, à mon sens, les présentes dispositions temporaires dans l'attente de la procédure d'approbation de l'accord commercial UE-Équateur. Ces mesures visent à maintenir les niveaux actuels de droits de douane appliqués aux produits importés d'Équateur. Ce dispositif transitoire permettra à l'économie équatorienne d'être compétitive avec les autres importateurs d'Amérique latine.

Mireille D'Ornano (NI), *par écrit*. — Le texte soumis au vote est une pièce supplémentaire dans le système de libre-échange sans limite qu'alimente l'Union européenne. J'ai voté contre ce rapport qui préconise de s'aligner sur la position de la Commission.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

Pablo Echenique (GUE/NGL), *por escrito*. — Votamos a favor. No se trata de un acuerdo de libre comercio, sino de una propuesta de Reglamento por el que se prorrogan las preferencias de exportación de Ecuador a la UE recogidas en el SPG+, que pierde vigencia el 1 de enero de 2015, hasta que entre en vigor el futuro Acuerdo de Libre Comercio. Pese a estar en contra de la condicionalidad impuesta por la Comisión Europea a Ecuador en el articulado del texto (permite la suspensión de las preferencias arancelarias si Ecuador adopta «medidas» que tengan algún tipo de efecto en las importaciones de la UE) y pese a considerar que las posibles decisiones que pueda tomar la Comisión a este respecto deberían hacerse bajo el marco de los actos delegados para que así el Parlamento pueda hacer un uso efectivo de sus funciones de control (ambas cuestiones a las que presentamos enmiendas, tumbadas en la Comisión INTA por la derecha y la extrema derecha), consideramos importante para el pueblo ecuatoriano la prórroga de estas preferencias arancelarias y su urgente implementación.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI), *γραφπτώς*. — Καταψήφισα την έκθεση, καθώς οι δασμολογικές ατέλειες προς τρίτες χώρες (μη μέλη της ΕΕ) περιορίζουν τις εξαγωγές των κρατών μελών της ΕΕ, πράγμα το οποίο εντίνει την οικονομική ύφεση που βιώνουν οι χώρες της Ευρώπης.

José Manuel Fernandes (PPE), *por escrito*. — As negociações encetadas com o Equador com vista à sua adesão ao Acordo Comercial celebrado entre a UE e a Colômbia e o Peru foram concluídas em 17 de julho de 2014. A Comissão Europeia adotou, em 1 de outubro de 2014, uma proposta que garante que os direitos aduaneiros aplicados na data de rubrica do Protocolo de Adesão do Equador ao acordo de comércio livre entre a UE, a Colômbia e o Peru não sejam aumentados e garante ainda que não sejam aplicados direitos aduaneiros aos produtos originários do Equador. Nesse sentido, a proposta de regulamento prevê a manutenção do nível das taxas dos direitos aplicáveis ao e pelo Equador na data de rubrica do Protocolo de Adesão. A aplicação transitória até, no máximo, 31 de dezembro de 2016, parece ser necessária para conceder à UE e ao Equador tempo suficiente para levarem a cabo todos os procedimentos internos necessários à aplicação do Protocolo de Adesão. As medidas de salvaguarda tomadas pela União Europeia e pelo Equador mantêm-se, independentemente da aplicação do presente regulamento. Esta proposta merece o meu voto favorável.

João Ferreira (GUE/NGL), *por escrito*. — O Equador deveria perder o estatuto SPG+ a partir de 1 de Janeiro de 2015. Este regulamento tem como efeito o prolongamento das preferências comerciais concedidas ao Equador nos termos do Regulamento SPG+. No entanto, esta prorrogação está sujeita a duras condições impostas pela UE ao Equador.

Ao aceitar este acordo de prolongamento do estatuto SPG+, o Equador, entre outros condicionalismos, terá de se abster de impor novos direitos ou restrições às importações provenientes da UE e continuar as negociações tendo em vista a assinatura e ratificação do Acordo de Livre Comércio. Caso a Comissão considere que o Equador não cumpre alguma das condições, esta poderá suspender este tratamento pautal.

No quadro de uma pressão crescente para a liberalização do comércio internacional, constata-se que a UE utiliza o fim do SPG+ como forma de chantagem para a aceitação dos ditos *Acordos de Livre Comércio*, através de uma inaceitável pressão diplomática e económica sobre diversos países.

Para que o SPG+ se torne um instrumento de ajuda ao desenvolvimento exigir-se-ia a sua prorrogação e a sua renegociação, conjuntamente com outras políticas de apoio ao desenvolvimento, dando forma a uma solidariedade efetiva, combatendo a dependência económica e a exploração dos povos e dos seus recursos naturais pelos grupos económicos da UE.

Monika Flašíková Beňová (S&D), *písomne*. — Súčasťou politik Európskej únie sú aj rokovania a obchodné dohody s tretími krajinami, a práve k obchodným dohodám musí Európska únia pristupovať citlivo a politicky korektne. Práve takáto situácia vznikla vo vzťahu k obchodnej dohode uzatvorenej medzi Európskou úniou a Kolumbiou/Peru a následnému pristúpeniu Ekvádoru k tejto obchodnej dohode. Z dôvodu možného zbytočného narušenia obchodu v období do predbežného vykonania tejto dohody o voľnom obchode predložila Európska komisia nariadenie, ktoré by sa uplatňovalo od 1. januára 2015 a končilo najneskôr 31. decembra 2016, čím by sme získali dostatočný čas na uplatnenie všetkých vnútorných postupov v Európskej únii a aj v Ekvádore. Otázkou ostáva delegovanie právomocí na Európsku komisiu, avšak takéto dohody by Európsky parlament po dohode s Radou ministrov mal podporovať.

Lorenzo Fontana (NI), *per iscritto*. — Voto contrario a un provvedimento che ripristina nuovamente delle preferenze commerciali per l'Ecuador.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

Λάμπρος Φουντούλης (NI), γραπτώς. — Καταψηφίζω την έκθεση σχετικά με την πρόταση κανονισμού του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου και του Συμβουλίου που αφορά τη δασμολογική μεταχείριση εμπορευμάτων καταγωγής Ισημερινού, καθώς οι δασμολογικές ατέλειες προς τρίτες χώρες (μη μέλη της ΕΕ) περιορίζουν τις εξαγωγές των κρατών μελών της ΕΕ, πράγμα το οποίο εντείνει την οικονομική ύφεση που βιώνουν οι χώρες της Ευρώπης.

Tania González Peñas (GUE/NGL), *por escrito*. - Votamos a favor. No se trata de un acuerdo de libre comercio, sino de una propuesta de Reglamento por el que se prorrogan las preferencias de exportación de Ecuador a la UE recogidas en el SPG+, que pierde vigencia el 1 de enero de 2015, hasta que entre en vigor el futuro Acuerdo de Libre Comercio. Pese a estar en contra de la condicionalidad impuesta por la Comisión Europea a Ecuador en el articulado del texto (permite la suspensión de las preferencias arancelarias si Ecuador adopta «medidas» que tengan algún tipo de efecto en las importaciones de la UE) y pese a considerar que las posibles decisiones que pueda tomar la Comisión a este respecto deberían hacerse bajo el marco de los actos delegados para que así el Parlamento pueda hacer un uso efectivo de sus funciones de control (ambas cuestiones a las que presentamos enmiendas, tumbadas en la Comisión INTA por la derecha y la extrema derecha), consideramos importante para el pueblo ecuatoriano la prórroga de estas preferencias arancelarias y su urgente implementación.

Antanas Guoga (ALDE), *in writing*. — I voted in favour for the proposal for a regulation on the tariff treatment for goods originating in Ecuador. I see it as clearly intended to be a transitional measure for Ecuador and the European Union before signing an EU-Ecuador Free Trade Agreement.

Anja Hazekamp (GUE/NGL), *schriftelijk*. — De Europese Unie heeft al vrijhandelsakkoorden afgesloten met Colombia en Peru, de buurlanden van Ecuador. Hierdoor is de handelspositie van Ecuador verslechterd. Door Ecuador nu speciale tariefbehandeling te geven wil Europa de schade voor Ecuador beperken.

De vrijhandelsakkoorden die Europa afsluit kunnen echter niet op mijn steun rekenen. De Europese productie- en veiligheidsstandaarden staan daardoor onder druk, wat onder meer een verlaging van de Europese standaarden voor milieu en dierenwelzijn kan betekenen. Door het huidige voorstel trekt de Europese Commissie bovendien meer macht naar zich toe en wordt de invloed van het Parlement en de lidstaten verkleind. Hoewel ik het kwalijk vind dat Ecuador de dupe wordt van de oneerlijk handelsbetrekkingen tussen Europa en Columbia/Peru, wil ik geen kortetermijnoplossing in de vorm van een tariefbehandeling van producten uit Ecuador, wanneer de gevolgen voor dieren, natuur en milieu niet te overzien zijn.

Pablo Iglesias (GUE/NGL), *por escrito*. - Votamos a favor. No se trata de un acuerdo de libre comercio, sino de una propuesta de Reglamento por el que se prorrogan las preferencias de exportación de Ecuador a la UE recogidas en el SPG+, que pierde vigencia el 1 de enero de 2015, hasta que entre en vigor el futuro Acuerdo de Libre Comercio. Pese a estar en contra de la condicionalidad impuesta por la Comisión Europea a Ecuador en el articulado del texto (permite la suspensión de las preferencias arancelarias si Ecuador adopta «medidas» que tengan algún tipo de efecto en las importaciones de la UE) y pese a considerar que las posibles decisiones que pueda tomar la Comisión a este respecto deberían hacerse bajo el marco de los actos delegados para que así el Parlamento pueda hacer un uso efectivo de sus funciones de control (ambas cuestiones a las que presentamos enmiendas, tumbadas en la Comisión INTA por la derecha y la extrema derecha), consideramos importante para el pueblo ecuatoriano la prórroga de estas preferencias arancelarias y su urgente implementación.

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan*. — Glasovao sam za nacrt zakonodavne rezolucije o prijedlogu uredbe Europskog parlamenta i Vijeća o tarifnom postupanju za robu podrijetlom iz Ekvadora jer se na taj način produljuju trgovinske povlastice dane Ekvadoru unutar općeg sustava povlastica (GSP), koje bi inače istekle 1. siječnja 2015., kako bi se spriječio prekid u trgovanju dok ne stupi na snagu Trgovinski sporazum koji je Ekvador sklopio s Europskom unijom u srpnju 2014. Podržavam stoga ovaj tranzicijski period (u trajanju najduže do 31. prosinca 2016.) kako bi se Ekvador i Europska unija pripremili za stupanje na snagu Sporazuma o slobodnoj trgovini, uz poštivanje obaveza koje proizlaze iz pravnog okvira GSP-a.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

Marc Joulaud (PPE), *par écrit*. — J'ai voté en faveur du rapport de mon collègue Helmut Scholz sur le traitement tarifaire des marchandises originaires de l'Équateur. Le rapport vise à mettre en place un processus transitoire permettant la continuité du commerce entre l'Équateur et l'UE entre la fin du régime SPG+ dont il bénéficie et l'entrée en vigueur de l'accord commercial conclu avec l'UE.

Le rapport a été adopté à une large majorité, ce dont je me félicite.

Jarosław Kalinowski (PPE), *na piśmie*. - Wolny handel jest niezwykle ważnym źródłem wzrostu gospodarczego, dlatego też działania na rzecz liberalizacji handlu światowego stanowią jeden z głównych elementów polityki UE. Doskonałym przykładem tego jest przedłużenie dotychczasowych preferencji handlowych dla Ekwadoru na okres od początku 2015 roku, kiedy to utraci on status GSP+, do daty wejścia w życie porozumienia o wolnym handlu z UE. Brak zmian w traktowaniu taryfowym towarów pochodzących z Ekwadoru zaowocuje obopólnymi korzyściami, gdyż w ramach umowy Ekwador zobowiązuje się utrzymać cła i ograniczenia ilościowe dotyczące przywozów z UE na obecnym poziomie. Rezultatem będzie uniknięcie odwrócenia tendencji wzrostowej, która aktualnie cechuje handel pomiędzy Ekwadorem i UE.

Jednakże, aby zmaterializowały się wspólne korzyści płynące z przedłużenia aktualnie obowiązujących preferencji handlowych, powinny być one uzależnione od kilku warunków, takich jak przestrzeganie przez Ekwador reguł pochodzenia, współpraca z Komisją Europejską w zakresie udostępniania informacji dotyczących przestrzegania przez Ekwador tych konwencji oraz dokładanie ciągłych starań w celu podpisania i ratyfikowania umowy o wolnym handlu z UE. Apeluję, aby spełnienie tych warunków było skrupulatnie monitorowane przez Komisję Europejską.

Afzal Khan (S&D), *in writing*. — I supported the resolution as it offers a transitional safety net minimising negative effects on economic operators involved in EU-Ecuador trade.

Giovanni La Via (PPE), *per iscritto*. - Voto positivamente la relazione dell'on. Helmut Scholz in quanto considero che tale documento proponga soluzioni condivisibili poiché sostiene l'obiettivo di applicare un regime transitorio in attesa dell'applicazione provvisoria dell'accordo di libero scambio tra l'Unione europea e l'Ecuador. L'implementazione di misure intermedie permetterà, inoltre, di proteggere il regime tariffario attuale sulla base del principio di reciprocità.

Paloma López Bermejo (GUE/NGL), *por escrito*. — En este informe hemos votado la prolongación del SPG+ para Ecuador a partir de enero de 2015 con la condición de que el Acuerdo de Libre Comercio entre la UE y Ecuador sea firmado antes del 31 de diciembre de 2016.

No puedo votar a favor de este informe porque, a pesar de que no estoy en contra de prolongar el SPG+, no puedo aceptar que se condicione a la firma del Acuerdo de Libre Comercio, puesto que estoy en contra del mismo. Por ese motivo me he abstenido.

Ivana Maletić (PPE), *napisan*. — U srpnju 2014. Europska komisija i Ekvador zaključili su trgovinski ugovor za pristupanje ove zemlje trgovinskom sporazumu između Europske unije i Kolumbije i Perua.

Ekvador je još uvijek zemlja korisnica povlaštene sheme (Generalised Scheme of Preferences, GSP + sheme), ali ta prava će izgubiti od siječnja 2015. jer Ekvador prestaje biti prihvatljiva zemlja u razvoju zbog primanja većih od 4 tisuće dolara po stanovniku tijekom protekle tri godine.

Kako ne bi došlo do prekida ili ometanja trgovinske razmjene između Europske unije i Ekvadora, Ekvadoru će se ovim prijedlogom omogućiti da zadrži slobodan pristup tržištu EU-a u skladu s prethodnim pravila povlaštene sheme, odnosno GSP + sheme.

Podržala sam ovo izvješće jer smatram da su naponi uloženi od strane Ekvadora tijekom pregovora svakako dokaz da ova država zasluhuje biti korisnik ove posebne mjere. Ovim ugovorom osigurat će se svi preduvjeti neophodni za jačanje i daljnji napredak gospodarstva Ekvadora, kako bi i nakon povlaštene sheme Ekvador mogao zadržati istu razinu konkurentnosti s drugim državama uvoznicama iz Latinske Amerike.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

Andrejs Mamikins (S&D), rakstiski. — Dienvidamerikas tirgus ir svarīgs Eiropas Savienībai, un šī kontinenta preces (arī no Ekvadoras) ir pelnījušas to attiecīgo tarifu režīmu Eirpas Savienībā, ko šodien Eiropas Parlaments akceptēja. Es arī nobalsoju “par” kopā ar savu grupu, jo tā ir pareiza nostāja.

Νότης Μαριάς (ECR), γραπτώς. — Υπερψήφισα την έκδοση Scholz σχετικά με τη δασμολογική μεταχείριση εμπορευμάτων καταγωγής Ισημερινού, γιατί συμβάλλει στην ενίσχυση του αμοιβαίου οφέλους ΕΕ και Ισημερινού, μιας χώρας η οποία τόλμησε και πέτυχε τη διαγραφή του επονειδιστου χρέους που της επιβλήθηκε.

Fulvio Martusciello (PPE), per iscritto. — Ho votato a favore dell'accordo tariffario delle merci originarie dell'Ecuador. Al fine di evitare che l'Ecuador si trovi in una posizione peggiore di quella attuale è necessario che questo paese continui a beneficiare di tali preferenze, senza le quali il suo commercio e la sua economia di tale paese potrebbero avere serie ripercussioni negative. È necessario garantire che i dazi doganali applicati non subiscano aumenti e che ai prodotti originari dell'Ecuador non siano applicati nuovi dazi doganali.

Barbara Matera (PPE), per iscritto. — Lo scorso luglio, i negoziati con l'Ecuador, mirati a definire le giuste condizioni di adesione, da parte del paese, all'accordo commerciale tra l'Unione europea e la Colombia/il Perù, sono giunti al termine.

La relazione Scholz sostiene l'obiettivo di applicare un regime transitorio, in attesa che l'accordo di libero scambio tra l'UE ed il paese sudamericano venga applicato. L'implementazione di misure intermedie permetterà, da una parte, di evitare una deviazione degli scambi tra le parti, a causa di aliquote di dazio più elevate e, dall'altra, di prorogare il regime tariffario attuale sulla base del principio di reciprocità.

Trovo che il documento proponga soluzioni razionali e condivisibili, pertanto ho deciso di sostenerlo con il mio voto favorevole.

Georg Mayer (NI), schriftlich. — Ich habe mich der Abstimmung über die Zollbehandlung von Waren mit Ursprung in Ecuador enthalten, da ich nicht der Meinung bin, dass Ecuador in der gegebenen Zeit die geforderten Änderungsmaßnahmen erfüllen bzw. das Einverständnis Perus sowie Kolumbiens zum Freihandelsabkommen EU-Ecuador erhalten kann. Ein wichtiger Punkt hierbei ist die Einhaltung der Ursprungsregeln, welche in Ecuador schwierig umzusetzen sein werden.

Jean-Luc Mélenchon (GUE/NGL), par écrit. — Les négociations menées avec l'Équateur en vue de son adhésion à l'accord commercial conclu entre l'Union, d'une part, et la Colombie et le Pérou, d'autre part, se sont achevées le 17 juillet 2014. Cependant, à la suite d'une modification du règlement européen correspondant, l'Équateur devrait perdre le statut que lui accordait le schéma de préférences tarifaires généralisées (SPG+) au 1^{er} janvier 2015. Le règlement proposé par la Commission vise à accorder à l'Équateur des préférences commerciales similaires à celles dont il bénéficiait avec le SPG + au cours des deux prochaines années (du 1^{er} janvier 2015 au 31 décembre 2016), jusqu'à ce que l'accord de libre-échange entre en vigueur. Je suis fermement opposé à tout accord de libre-échange, d'autant plus que l'Équateur, par sa participation à l'ALBA, promouvait une alternative à l'intégration néolibérale. Dans ce cadre, je m'abstiens.

Nuno Melo (PPE), por escrito. — Em 17 de julho de 2014, foram concluídas as negociações com o Equador para a sua adesão ao Acordo Comercial celebrado entre a UE e a Colômbia e o Peru, tendo sido assinado, posteriormente, um protocolo.

Para evitar perturbações desnecessárias no comércio, na pendência da conclusão dos procedimentos para a aprovação e aplicação do Protocolo de Adesão, é necessário assegurar que os direitos aduaneiros aplicados na data da rubrica do Protocolo de Adesão não são aumentados e que não são aplicados novos direitos aduaneiros aos produtos originários do Equador. Nesse sentido, a proposta de regulamento prevê a manutenção do nível das taxas dos direitos aplicáveis ao Equador na data da rubrica do Protocolo de Adesão.

Roberta Metsola (PPE), in writing. — I voted in favour of this report which would mean that both importers and exporters from both the EU and Ecuador would benefit from this agreement and allow for fair competition between Ecuador and neighbours who already have this form of agreement with the EU.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

Marlene Mizzi (S&D), *in writing*. — I supported the report on tariff treatment for goods originating from Ecuador. The proposed legislation would effectively prolong the trade preferences granted to Ecuador under the GSP+ regulation, while introducing an element of reciprocity as Ecuador would also be obliged to maintain its current level of duties for EU imports until the FTA is provisionally applied.

Sophie Montel (NI), *par écrit*. — Après le Pérou et la Colombie, l'Union européenne vient de clore un accord d'adhésion de libre-échange avec l'Équateur. En attendant l'entrée en vigueur de cet accord, la Commission a entériné le 1^{er} octobre dernier une proposition visant à garantir la non-augmentation des droits de douane en cours. On notera cependant que les exportations de la France vers l'Équateur ont chuté (de près de la moitié en valeur par rapport à 2012) et ce du fait même de l'application par les autorités équatoriennes de restrictions administratives, réglementaires et autres. Le solde commercial pour la France se retrouve déficitaire de 221 millions d'euros pour 2013. Il est donc surréaliste de poursuivre des accords de libéralisation des marchés alors même que nous ne disposons d'aucune garantie d'ouverture du marché équatorien. Cet accord va encore un peu plus dans le sens de la mondialisation la plus sauvage. Pour toutes ces raisons, j'ai évidemment voté contre.

Alessia Maria Mosca (S&D), *per iscritto*. — Accogliamo con favore questa proposta al fine, da una parte, di evitare inutili perturbazioni degli scambi in attesa dell'applicazione provvisoria dell'accordo di libero scambio tra l'Unione europea e l'Ecuador e, dall'altra, di alleviare gli oneri a carico degli importatori europei di prodotti di esportazione ecuadoriani. Intendiamo così garantire che i dazi doganali applicati alla data della sigla del protocollo di adesione dell'Ecuador all'accordo di libero scambio UE-Colombia/Perù non subiscano aumenti e che ai prodotti originari dell'Ecuador non siano applicati nuovi dazi doganali. La proposta, infatti, ha il merito di introdurre un elemento di reciprocità poiché l'Ecuador avrà altresì l'obbligo di mantenere l'attuale livello dei dazi per le importazioni UE fino all'applicazione provvisoria dell'accordo di libero scambio.

Alessandra Mussolini (PPE), *per iscritto*. — Voto a favore della relazione dell'on. Scholz per poter permettere all'Ecuador di godere del sistema tariffario SPG+ nell'ambito del commercio internazionale, al fine di evitare serie ripercussioni negative e di trovarsi in una situazione peggiore di quella attuale.

Franz Obermayr (NI), *schriftlich*. - Zwar habe ich keine grundsätzlichen Bedenken, durch die Gewährung von Zollpräferenzen Entwicklungshilfe zu betreiben und Staaten Raum für Hilfe durch Selbsthilfe zu eröffnen. Allerdings sehe ich in dem vorliegenden Antrag keine Garantien für die Verhinderung von Kinderarbeit oder anderweit ausbeuterischer Produktionspraktiken, die sich meines Erachtens damit hätten verbinden lassen. Daher habe ich mich der Stimme enthalten.

Younous Omarjee (GUE/NGL), *par écrit*. — J'ai voté en faveur de ce rapport, qui prévoit une période transitoire jusqu'à l'application entière du protocole d'adhésion à l'accord commercial conclu entre l'UE, la Colombie et le Pérou, permettant aux acteurs économiques équatoriens d'éviter des droits de douane désavantageux.

Urmas Paet (ALDE), *kirjalikult*. — Toetasin ettepanekut Ecuadorist pärinevate kaupade tariifse kohtlemise kohta. Kui Ecuador suudab täita kõiki tingimusi, kaovad ka kaubavahetuse häired, mida praegu esineb tänu kõrgetele tollimaksumääradele. Ei ole õige, et Ecuadorist pärit eksporditooted satuvad ELi turul võrreldes Colombiast ja Peruust pärit sarnaste toodetega ebasoodsasse konkurentsiolukorda.

Κωνσταντίνος Παπαδάκης (NI), *γραφώς*. — Η ευρωκοινοβουλευτική ομάδα του ΚΚΕ καταψήφισε την έκθεση και την πρόταση κανονισμού για τη δασμολογική μεταχείριση προϊόντων καταγωγής Ισημερινού, γιατί συνδέεται άμεσα και έχει ως προϋπόθεση την προσχώρηση του Ισημερινού στη Συμφωνία Ελεύθερων Συναλλαγών που έχει ήδη υπογράψει η ΕΕ με το Περού και την Κολομβία. Πρόκειται για μια συμφωνία σε βάρος του λαού του Ισημερινού (όπως και των λαών του Περού και της Κολομβίας), που εξασφαλίζει στα ευρωενωσιακά μονοπώλια την απρόσκοπτη εκμετάλλευση των πλουτοπαραγωγικών πηγών και του λαού της, την εξάλειψη κάθε εμποδίου για την επέλαση των μονοπωλίων στις αγορές των χωρών αυτών, που θα έχει οδυνηρές συνέπειες για τους εργαζόμενους, τους αυτοαπασχολούμενους και τους φτωχούς αγρότες.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

Aldo Patriciello (PPE), *per iscritto*. — Il 17 luglio 2014 si sono conclusi i negoziati con l'Ecuador per la sua adesione all'accordo commerciale tra l'UE e la Colombia/il Perù. L'accordo di libero scambio multilaterale fornirà un nuovo quadro giuridico per le relazioni commerciali tra l'UE e l'Ecuador. La Commissione propone di rendere la proroga delle attuali preferenze commerciali subordinata al rispetto, da parte dell'Ecuador, dei seguenti cinque requisiti: 1) rispetto delle norme relative all'origine, 2) astensione, da parte dell'Ecuador, dall'imporre nuovi dazi o restrizioni alle importazioni dall'UE, 3) mantenimento della ratifica e dell'effettiva attuazione di una serie di convenzioni rilevanti per l'SPG +, 4) cooperazione con la Commissione europea per quanto riguarda la richiesta di informazioni sul rispetto di tali convenzioni e, da ultimo ma non meno importante, 5) l'impegno continuo dell'Ecuador per la firma e la ratifica dell'accordo di libero scambio con l'UE. Considerato quanto suesposto, esprimerei il mio voto favorevole.

Florian Philippot (NI), *par écrit*. — L'Union européenne et l'Équateur viennent de clore les négociations relatives à la conclusion d'un accord d'adhésion de libre-échange déjà effectif avec le Pérou et la Colombie. Dans l'attente de l'entrée en vigueur de cet accord, la Commission a adopté le 1^{er} octobre 2014 une proposition garantissant que les droits de douane appliqués n'augmenteront pas. Il convient de souligner que les exportations de la France ont considérablement diminué de près de la moitié en valeur par rapport à l'année 2012, en raison d'entraves d'accès au marché de l'Équateur de plus en plus importantes dans le commerce courant. À ce titre, le solde commercial pour la France est déficitaire de 221 millions d'euros pour l'année 2013. Il apparaît donc inconséquent de mener des accords de libéralisation des échanges alors que les garanties d'ouverture du marché équatorien ne sont pas réunies. Une fois n'est pas coutume, la France et les pays de l'Union sont les dindons de la farce d'une mondialisation débridée. C'est pourquoi j'ai voté contre cet accord relatif au traitement tarifaire des marchandises originaires de l'Équateur.

Andrej Plenković (PPE), *napisan*. — Ovaj Prijedlog Uredbe Europskog parlamenta i Vijeća o tarifnom postupanju za robu podrijetlom iz Ekvadora je logična poveznica između dva carinska režima u kojem će se naći Ekvador početkom 2015. godine u pogledu izvoza svojih proizvoda u EU. Činjenica da je prihod po glavi stanovnika u Ekvadoru u protekle 3 godine prešao prag od \$4.000 odraz je pozitivnih pomaka u ekonomiji te države, no istovremeno je to i uzrok što više nije moguće primjenjivati Opći sustav povlastica Europske unije na robu proizvedenu u Ekvadoru.

S druge strane, tijekom ove godine su zaključeni pregovori kojima bi Ekvador pristupio trgovinskom sporazumu između Europske unije, Kolumbije i Perua. Do trenutka kada će pristupanje biti ratificirano od država članica EU-a te Kolumbije i Perua potreban je upravo ovaj instrument koji će omogućiti nesmetan nastavak trgovinskih odnosa. Ovaj Prijedlog u svakom slučaju zaslužuje podršku jer se Ekvador pokazao kao partner koji je otvoren za pregovore i razvoj suradnje.

Smatram vrlo važnim da kroz primjenu ovog propisa Komisija pažljivo prati da li Ekvador poštuje svoje obveze i to ne samo u smislu eventualnih postupaka koji bi mogli direktno izazvati poteškoće na europskom tržištu tih proizvoda, nego i u pogledu ljudskih i radnih prava i zaštite okoliša.

Salvatore Domenico Pogliese (PPE), *per iscritto*. — Mi rallegro del nuovo accordo di libero scambio multilaterale tra l'UE e l'Ecuador che amplierà le relazioni commerciali, portando dei sicuri benefici per tutti. Per l'espletamento di tutte le procedure interne necessarie nell'UE, ma anche in Ecuador, per l'applicazione del protocollo di adesione, sono d'accordo con quanto proposto, cioè che i dazi doganali applicati alla data della sigla del protocollo di adesione dell'Ecuador all'accordo di libero scambio non subiscano aumenti e che ai prodotti originari dell'Ecuador non siano applicati nuovi dazi doganali, anche al fine di consentire agli operatori economici di adeguarsi alle nuove procedure doganali. Sono d'accordo anche che la proroga sia subordinata al rispetto dei cinque requisiti indicati dalla Commissione.

Marcus Pretzell (ECR), *schriftlich*. — Durch diese Vorlage werden zwei erstrebenswerte Ziele verknüpft: Einerseits wird der auf Gleichberechtigung und staatlicher Souveränität beruhende Freihandel gefördert. Andererseits setzt sich die EU hier für die Durchsetzung internationaler Menschenrechte, mit besonderem Schwerpunkt auf denen der Arbeit, ein. Es ist zu begrüßen, dass in diesem Fall Arbeitnehmerrechte als eine Bedingung für Freihandel gesehen werden. Allerdings stellt sich einem unweigerlich die Frage, wie dieselbe EU im Falle Ecuadors Arbeitnehmerrechte befördern kann, wo sie im Falle von TTIP doch eher als eine Handelsbeschränkung dargestellt werden.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

Paulo Rangel (PPE), *por escrito*. — O instrumento que permite aos países em vias de desenvolvimento beneficiar de um tratamento comercial diferenciado e mais favorável pelos países desenvolvidos, o Sistema de Preferências Generalizadas (SGP), atualmente em vigor para o Equador, expiraria em janeiro de 2015. Com este, expirariam as preferências comerciais concedidas nos termos do Regulamento. Contudo, o Equador superou entretanto a sua anterior classificação nos termos da OMC, sendo a lista de países vulneráveis e em desenvolvimento, passíveis de beneficiar do instrumento, atualizada nos últimos três anos consecutivos, mas excluindo sempre o Equador. Deste modo, a UE veio a negociar paralelamente com o Equador a adesão ao Acordo Comercial celebrado também entre a UE e a Colômbia e Peru. No interregno em que se levam a cabo os procedimentos internos necessários à aplicação do Protocolo de adesão, parece necessária uma outra aplicação, transitória, de preferências pautais que se estenda até o final de 2016, cuja presente resolução aprova, com o meu voto, a fim de evitar desvios comerciais em virtude do aumento dos direitos aduaneiros aos produtos originários do Equador.

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D), *por escrito*. — El pasado día 17 de julio de 2014 concluyeron las negociaciones para la adhesión de Ecuador al Acuerdo Comercial entre la UE y Colombia/Perú. Sin embargo, la entrada en vigor del Acuerdo UE-Ecuador no será efectiva hasta finales de 2015 o principios de 2016, una vez finalizados los procedimientos de autenticación y ratificación del texto.

Teniendo en cuenta que Ecuador perderá, a partir del 1 de enero de 2015, su estatuto de beneficiario del Sistema de Preferencias Generalizadas Plus (SPG+) del que venía disfrutando hasta la fecha, al haber sido declarado por el Banco Mundial como Estado de renta media alta, es necesario congelar los derechos de aduana aplicados en la actualidad y asegurar que no se apliquen nuevos derechos sobre los productos originarios de Ecuador, evitando así perturbaciones comerciales innecesarias hasta la finalización de los procedimientos necesarios para la aplicación del Protocolo de Adhesión.

Por ello, he votado, sin enmendar, la propuesta de Reglamento presentada por la Comisión para que este se aplique desde el 1 de enero de 2015 y hasta seis meses después de que el Protocolo de Adhesión entre en vigor o hasta el 31 de diciembre de 2016, en función de lo que ocurra primero.

Teresa Rodríguez-Rubio (GUE/NGL), *por escrito*. - Votamos a favor. No se trata de un acuerdo de libre comercio, sino de una propuesta de Reglamento por el que se prorrogan las preferencias de exportación de Ecuador a la UE recogidas en el SPG+, que pierde vigencia el 1 de enero de 2015, hasta que entre en vigor el futuro Acuerdo de Libre Comercio. Pese a estar en contra de la condicionalidad impuesta por la Comisión Europea a Ecuador en el articulado del texto (permite la suspensión de las preferencias arancelarias si Ecuador adopta «medidas» que tengan algún tipo de efecto en las importaciones de la UE) y pese a considerar que las posibles decisiones que pueda tomar la Comisión a este respecto deberían hacerse bajo el marco de los actos delegados para que así el Parlamento pueda hacer un uso efectivo de sus funciones de control (ambas cuestiones a las que presentamos enmiendas, tumbadas en la Comisión INTA por la derecha y la extrema derecha), consideramos importante para el pueblo ecuatoriano la prórroga de estas preferencias arancelarias y su urgente implementación.

Fernando Ruas (PPE), *por escrito*. — O Equador irá perder o seu estatuto SPG+ a partir de 1 de janeiro de 2015. Entretanto, foram iniciadas negociações para a adesão deste país ao Acordo Comercial celebrado entre a UE e a Colômbia e o Peru, concluído em 17 de julho último.

Refira-se que a adesão do Equador ao Acordo Comercial da UE com a Comunidade Andina (inicialmente prevista, mas posteriormente colocada de parte em virtude de o Equador ter abandonado as negociações em 2007) permitirá restabelecer a competitividade que os seus produtos de exportação perderam comparativamente com produtos similares importados da Colômbia e do Peru, conferindo-lhe igualmente um novo quadro jurídico ao nível das relações bilaterais com a UE.

Esta proposta visa assim garantir, de forma harmoniosa e equitativa, que os direitos aduaneiros aplicados na data de rubrica do Protocolo de Adesão do Equador ao Acordo de Comércio Livre entre a UE e a Comunidade Andina não sejam aumentados e ainda que não sejam, transitoriamente, aplicados direitos aduaneiros aos produtos originários do Equador.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

Concordo, por isso, com o prolongamento, a título transitório, das preferências comerciais concedidas no âmbito do Regulamento SPG+ ao Equador, até à entrada em vigor do Acordo de Comércio Livre entre a UE e esse país.

Tokia Saïfi (PPE), *par écrit*. — Les négociations commerciales entre l'Union européenne et l'Équateur ont été conclues le 14 juillet dernier et l'accord est actuellement en attente de ratification; en parallèle, étant donné l'augmentation du revenu annuel par habitant de l'Équateur, celui-ci ne pourra plus bénéficier du système de préférences généralisées SPG + à partir du 1^{er} janvier 2015.

J'ai donc soutenu la proposition de la Commission européenne et ce rapport afin que l'Équateur puisse continuer de bénéficier des préférences commerciales dont il bénéficie actuellement, et ce jusqu'à l'entrée en vigueur à venir de l'accord de libre-échange.

L'objectif est ainsi d'éviter toute perturbation des échanges et de permettre une stabilité juridique pour les entreprises européennes et équatoriennes.

Lola Sánchez Caldentey (GUE/NGL), *por escrito*. — He votado a favor. No se trata de un acuerdo de libre comercio, sino de una propuesta de Reglamento por el que se prorrogan las preferencias de exportación de Ecuador a la UE recogidas en el SPG+, que pierde vigencia el 1 de enero de 2015, hasta que entre en vigor el futuro Acuerdo de Libre Comercio. Pese a estar en contra de la condicionalidad impuesta por la Comisión Europea a Ecuador en el articulado del texto (permite la suspensión de las preferencias arancelarias si Ecuador adopta «medidas» que tengan algún tipo de efecto en las importaciones de la UE) y pese a considerar que las posibles decisiones que pueda tomar la Comisión a este respecto deberían hacerse bajo el marco de los actos delegados para que así el Parlamento pueda hacer un uso efectivo de sus funciones de control (ambas cuestiones a las que presentamos enmiendas, tumbadas en la Comisión INTA por la derecha y la extrema derecha), consideramos importante para el pueblo ecuatoriano la prórroga de estas preferencias arancelarias y su urgente implementación.

Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito*. - En este informe hemos votado la prolongación del SPG+ para Ecuador a partir de enero de 2015 con la condición de que el Acuerdo de Libre Comercio entre la UE y Ecuador sea firmado antes del 31 de diciembre de 2016. No puedo votar a favor de este informe porque, a pesar de que no estoy en contra de prolongar el SPG+, no puedo aceptar que se condicione a la firma del Acuerdo de Libre Comercio, puesto que estoy en contra del mismo. Por ese motivo me he abstenido.

Siôn Simon (S&D), *in writing*. — I voted in support of the proposal for a regulation on the tariff treatment for goods originating from Ecuador.

This regulation allows for stable trade flows from 1 January 2015, when Ecuador is due to lose trade preferences it enjoys for accessing the European market through the Generalised System of Preferences (GSP), until the recently concluded free trade agreement between the EU and Ecuador enters into force in 2016. The proposal acts as a desirable step to facilitate a seamless transition from the current trading conditions to the ones established by the trade agreement.

Davor Ivo Stier (PPE), *napisan*. — U srpnju su ove godine Europska komisija i Ekvador zaključili pregovore o pridruživanju Ekvadora u trgovinski sporazum EU - Kolumbija/Peru. U ovom trenutku Ekvador koristi GSP+ beneficije koje prestaju vrijediti u siječnju 2015. zbog većih prihoda po glavi stanovnika (preko 4 000 dolara u posljednje tri godine).

Stoga pozivam i Vijeće da nakon odobrenja prijedloga u Parlamentu u što kraćem roku odobri prijedlog te da isti stupi na snagu kako ne bi došlo do prekida trgovine i trgovinskih odnosa. Podržavam prijedlog i istakao bih napore koje je napravio Ekvador tijekom pregovora kojima su zaslužili ove posebne mjere uvoza u EU, a koje su važne za razvoj i rast ekvadorske ekonomije i gospodarstva.

Dubravka Šuica (PPE), *napisan*. — Podržala sam pristupanje Ekvadora sporazumu o trgovini koji je sklopljen između Europske unije i Perua, a odnosi se na tarifna i porezna opterećenja za Ekvador na robu i dobra podrijetlom iz te države.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

Smatram da će sporazum osigurati konkurentnost i stabilnost gospodarstvu s jedne strane dok bi s druge strane trebao povećati zaštitu ljudskih prava i radničkih prava kao i razinu zaštite okoliša. Sporazum također jamči novi pravni okvir između EU-a i Ekvadora u kontekstu trgovinskih odnosa. Poboljšanje pravnog okvira važno je i s aspekta Hrvatske s obzirom da je RH u 2013. godini izvezla u Ekvador dobara za 234 000 eura, dok je istovremeno uvoz iz te zemlje bio 11 267 000 eura.

Ελευθέριος Συναδινός (NI), γραπτώς. — Η χορήγηση ατελειών σε προϊόντα που παράγονται σε χώρες εκτός ΕΕ δημιουργεί οικονομικό πλήγμα στις χώρες μέλη της ΕΕ που παράγουν αντίστοιχα και συναφή προϊόντα, ως εκ τούτου δεν πρέπει να υφίστανται.

Marc Tarabella (S&D), *par écrit*. — J'ai voté en faveur de l'accord commercial multipartite qui établira un nouveau cadre juridique aux relations commerciales entre l'Équateur et l'Union. Nous devons néanmoins rester vigilants à l'aspect humain et veiller à ce que soient garantis les aspects sociaux et environnementaux de tels accords.

Ramon Tremosa i Balcells (ALDE), *in writing*. — I strongly believe in free trade agreements and the potential they have for the EU countries and economies. I support the Commission's attempts to open new markets and reduce tariffs and other regulatory barriers to facilitate the entry into these markets for EU companies. I believe Europe can only grow through exports and not by creating more public debt in the EU with huge infrastructure projects.

In INTA, ALDE decided to vote against the four blocks of Amendments proposed by the rapporteur, as we believed that a lot of these amendments risked delaying the entry into force of this agreement and we do not think this is a positive thing for Ecuador but also for the EU.

The approval of this agreement was important before the end of the year as economic contracts in Ecuador had to be negotiated now for next year. I also believe Ecuador should show a clear commitment that it will open its market to EU companies.

As liberals, we always favoured a smooth adoption of this regulation.

Marie-Christine Vergiat (GUE/NGL), *par écrit*. — Soutenir la prolongation des préférences tarifaires accordés par l'UE à un pays comme l'Équateur ne devrait pas poser problème mais:

— pourquoi ne pas le faire pour d'autres pays du sud dont la situation est encore plus difficile?

— comment ne pas y voir une contrepartie de sa signature de l'accord de libre-échange signé par le Chili et le Pérou?

L'Équateur aurait subi de fortes pressions de l'UE et de ses voisins. Il n'est pas forcément le moins bien armé pour résister.

Toutefois, le gouvernement équatorien décide d'exploiter le pétrole du Yasuni au détriment d'une des plus belles zones forestières amazoniennes et des droits des peuples indigènes qui y vivent, et de modifier sa Constitution pour autoriser la culture d'OGM.

Le débat en Équateur est intense et certains y voient un changement de cap économique de Rafael Correa, éloigné du modèle alternatif soutenu par des gouvernements latino-américains et soucieux des enjeux de développement durable et de «buen vivir».

Mais, on ne peut accuser ce gouvernement de mener des politiques purement néolibérales. Il a obtenu des résultats impressionnants comme l'amélioration des infrastructures du pays et de l'accès de la grande majorité de la population à la santé et à l'éducation.

J'ai donc choisi de m'abstenir sur ce rapport de mon collègue allemand GUE/NGL, Helmut Scholz.

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito*. — Este regulamento tem como efeito o prolongamento das preferências comerciais concedidas ao Equador nos termos do Regulamento SPG+. No entanto, esta prorrogação está sujeita a duras condições impostas pela UE ao Equador.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

Ao aceitar este acordo de prolongamento do estatuto SPG+, o Equador, entre outros condicionalismos, terá de se abster de impor novos direitos ou restrições às importações provenientes da UE e continuar as negociações tendo em vista a assinatura e ratificação do Acordo de Livre Comércio.

Num quadro de pressão crescente para a liberalização do comércio internacional, constata-se que a UE utiliza o fim do SPG+ como forma de chantagem para a aceitação dos ditos *Acordos de Livre Comércio*, através de uma inaceitável pressão diplomática e económica sobre diversos países.

Harald Vilimsky (NI), *schriftlich*. — Da ich der Meinung bin, dass Ecuador nicht in der gegebenen Zeit die geforderten Änderungsmaßnahmen erfüllen bzw. das Einverständnis Perus sowie Kolumbiens zum Freihandelsabkommen EU-Ecuador erhalten kann, habe ich gegen diesen Antrag gestimmt.

Σωτήριος Ζαριανόπουλος (NI), *γραφτως*. — Η ευρωκοινοβουλευτική ομάδα του ΚΚΕ καταψήφισε την έκθεση και την πρόταση κανονισμού για τη δασμολογική μεταχείριση προϊόντων καταγωγής Ισημερινού, γιατί συνδέεται άμεσα και έχει ως προϋπόθεση την προσχώρηση του Ισημερινού στη Συμφωνία Ελεύθερων Συναλλαγών που έχει ήδη υπογράψει η ΕΕ με το Περού και την Κολομβία. Πρόκειται για μια συμφωνία σε βάρος του λαού του Ισημερινού (όπως και των λαών του Περού και της Κολομβίας), που εξασφαλίζει στα ευρωενωσιακά μονοπώλια την απρόσκοπτη εκμετάλλευση των πλουτοπαραγωγικών πηγών και του λαού της, την εξάλειψη κάθε εμποδίου για την επέλαση των μονοπωλίων στις αγορές των χωρών αυτών, που θα έχει οδυνηρές συνέπειες για τους εργαζόμενους, τους αυτοαπασχολούμενους και τους φτωχούς αγρότες.

11.3. Inanspruchnahme des Spielraums für unvorhergesehene Ausgaben im Jahr 2014 (A8-0068/2014 - Gérard Deprez)

Dichiarazioni di voto orali

Peter Jahr (PPE). - Herr Präsident! Ich wollte auch die nächsten Stimmerklärungen dazu nutzen, um nochmal unseren Haushaltsausschuss zu loben und zu sagen: Wir haben natürlich mit den Korrekturen im Haushalt 2014 die Voraussetzungen geschaffen, dass wir auch einen Haushalt für das Jahr 2015 beschließen konnten. Das Verfahren als solches ist einerseits notwendig, andererseits ist es immer wieder ärgerlich, weil natürlich die Europäische Union an sich solide finanziert ist. Wir finanzieren uns im Wesentlichen über Mitgliedsbeiträge, über eine geringe Beteiligung an der Mehrwertsteuer und über Strafgelder. Da sind Korrekturen notwendig. Was mich aber besonders ärgert, sind natürlich nicht die Korrekturen, die notwendig sind sondern immer wieder dieselbe Tatsache, dass die Mitgliedstaaten es nach wie vor vergessen, ihre Mitgliedsbeiträge rechtzeitig zu entrichten, und wir immer wieder in die Situation kommen, dass dann unbezahlte Rechnungen offen bleiben.

Dichiarazioni di voto scritte

Marina Albiol Guzmán (GUE/NGL), *por escrito*. — No he podido votar a favor del presente informe ya que, pese a que propone una solución para garantizar la realización de los pagos pendientes por parte del presupuesto de la UE, no ofrece una solución sostenible. Los impagos que trata de cubrir la UE con esta movilización de fondos no son imprevisibles, sino que es la deuda acarreada del pasado ejercicio sobre la cual se ha decidido no actuar. Para que la UE pueda afrontar los pagos pendientes, debe establecer un marco presupuestario creíble y no tratar de resolver las crisis con parches que agravarán el problema de los impagos en el medio plazo. Es por esto por lo que no he podido votar a favor del presente informe.

Jonathan Arnott (EFDD), *in writing*. — I do not believe that the Contingency Margin should be needed; the institutions of the European Union should instead be cut down to size.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

Zigmantas Balčytis (S&D), raštu. — Balsavau už visus 2014 m. taisomojo biudžeto projektus bei už Europos Parlamento ir Tarybos pasiektą susitarimą dėl 2015 m. biudžeto. Sveikinu Europos Parlamento derybininkus, kurie pasiekė, kad neatidėliotiniams šių metų ES biudžeto skoloms apmokėti būtų skirta 4,25 mlrd. eurų ir kad Europos Komisija būtų įpareigota parengti laipsnišką neapmokėtų sąskaitų sumažinimo planą bei ateityje nustatyti tvarią skolų ribą. Parlamento dėka išipareigojimams bus skirta 0,5 mlrd. eurų daugiau nei siūlė ES Taryba. Daugiau lėšų bus skirta ES mokslinių tyrimų programai „Horizontas 2020“ bei studentų ir jaunimo mainų programai „Erasmus+“. Sveikintina, kad padidintas finansavimas Europos kaimynystės programoms, humanitarinei pagalbai bei bendrai užsienio saugumo politikai, o tai atsižvelgiant į šiandieninę situaciją Europoje yra labai aktualu. Tačiau nepritariu finansavimo sumažinimui Europos žemės ūkio garantijų fondui, nes tai atsilieps daugeliui ES ūkininkų, kurie yra atsidūrę itin sunkioje padėtyje dėl užsitęsusio Rusijos embargo, ir kuriems yra būtina ES pagalba.

Hugues Bayet (S&D), par écrit. — L'Union a actuellement des arriérés de paiement extrêmement importants. Pour la seule politique de cohésion, plus de 23 milliards d'euros de factures étaient impayés fin 2013.

En termes de crédibilité, il est donc important d'utiliser tous les mécanismes de flexibilité permettant de réduire ces impayés. La mobilisation de la marge pour imprévus pour l'exercice 2014 permet de générer plus de 3 milliards en crédits de paiement. Ceci n'est pas de nature à résoudre la difficulté sur le long terme mais limite la hausse des factures à honorer reportées sur l'exercice suivant.

Izaskun Bilbao Barandica (ALDE), por escrito. — He votado a favor de movilizar el margen para imprevistos porque, en la ejecución del MFP 2014-2020, aumentó el retraso de pagos y facturas pendientes, con un nivel de compromisos pendientes por encima de la cantidad prevista cuando se aprobó el MFP 2007-2013. Es necesario resolver esta situación insostenible y es necesario incluir el recurso al mecanismo de flexibilidad para no poner en peligro la aplicación de la política y los programas europeos y reducir las reclamaciones de intereses por retrasos en pagos que empeorarían la situación.

Dominique Bilde (NI), par écrit. – En cette fin d'année 2014, l'Union Européenne est contrainte de mobiliser une marge pour imprévus compte tenu des crédits de paiement engagés et des factures impayées restantes.

Je tiens à rappeler que l'exécution du CFP 2014-2020 a débuté avec des arriérés de paiement de quelque 23,4 milliards d'EUR de factures impayées à la fin 2013, et avec un volume d'engagements restant à liquider (RAL) s'établissant à 221,7 milliards d'EUR.

Cette mobilisation de la marge pour imprévus ne résoudra évidemment en rien à long terme le problème récurrent des crédits de paiement, ni celui de la hausse des RAL. J'ai donc voté contre cette demande.

Mara Bizzotto (NI), per iscritto. — Ho votato contro la mobilitazione di 2,8 miliardi di EUR dal margine per imprevisti per il 2014 perché ritengo che, se fossero stati eliminati gli sprechi come quello della doppia sede del Parlamento, non ci sarebbe stato bisogno di farvi ricorso.

José Blanco López (S&D), por escrito. — La ejecución del marco financiero plurianual 2014-2020 comenzó con un enorme retraso en los pagos, con facturas pendientes por un importe de unos 23 400 millones de euros a finales de 2013 solamente en política de cohesión, mientras el nivel de los compromisos pendientes de liquidación alcanzaba los 221 700 millones de euros en esa misma fecha, es decir, 41 000 millones por encima de la cantidad prevista inicialmente cuando se aprobó el MFP 2007-2013. Esta situación exige medidas urgentes, como el recurso a los mecanismos de flexibilidad contemplados en el Reglamento MFP, para no poner en peligro la aplicación de las políticas y los programas de la UE. Por ello, he votado a favor de la movilización del margen para imprevistos en 2014 para poner a disposición un importe de 3 168 233 715 euros en créditos de pago por encima del techo de pagos del marco financiero plurianual.

Mercedes Bresso (S&D), in writing. — I voted for this rapport because we need to finance the European programmes we voted for in the past.

Steeve Briois (NI), par écrit. — La situation financière et budgétaire de l'Union européenne est telle qu'elle se voit aujourd'hui contrainte d'avoir recours, en fin d'année, à la marge pour imprévus pour couvrir les crédits de paiement engagés 2014 et une part des factures impayées. Évidemment, cette mobilisation ne permettra pas de résoudre le problème structurel des impayés mais aura pour conséquence de fragiliser les instruments financiers de secours. Compte tenu de ces éléments alarmants, j'ai voté contre.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

Daniel Buda (PPE), *în scris*. — Am votat în favoarea raportului cu privire la mobilizarea sumei de rezervă pentru anul 2014, în cuantum de 4 026,7 milioane de euro, cu scopul de a reacționa la impactul bugetar al unor circumstanțe neprevăzute.

Acest fond trebuie mobilizat pentru a completa creditele de plată în bugetul general al Uniunii Europene pentru exercițiul financiar 2014, peste plafonul de plată. Este lăudabil faptul că acești bani vor fi utilizați pentru a acoperi programe pentru tineret cum ar fi „Orizont 2020”, „Erasmus” și „COSME”, precum și pentru a acoperi cheltuielile pentru „Inițiativa Tinerilor pentru ocuparea forței de muncă”.

Parlamentul European demonstrează încă o dată faptul că una dintre prioritățile sale sunt tinerii, iar Parlamentul European finanțează programe pentru ca aceștia să fie încurajați să rămână în Europa să studieze și să muncească aici.

Gianluca Buonanno (NI), *per iscritto*. — Ho espresso voto contrario. L'UE ha politiche economiche fallimentari e chiede ancora soldi agli Stati ai cittadini.

Nicola Caputo (S&D), *per iscritto*. — Oggi ho votato a favore della proposta di risoluzione sulla proposta di decisione del Parlamento europeo e del Consiglio relativa alla mobilitazione del margine per imprevisti, in considerazione della circostanza che evidenzia ancora una volta la cruciale necessità di una sempre maggiore flessibilità del bilancio dell'Unione.

Quanto deciso si è reso necessario in quanto l'esecuzione del Quadro finanziario pluriennale (QFP) dell'UE per il periodo 2014-2020 è iniziata con un enorme arretrato dei pagamenti, per un importo di circa 23,4 miliardi di EUR, e che quindi si è reso necessario fare ricorso ai vari meccanismi di flessibilità previsti dal regolamento QFP, ivi compreso il margine per imprevisti.

A ciò si aggiunge che, in ogni caso, la mobilitazione del margine per imprevisti nel 2014 non comporta un aumento del massimale globale degli stanziamenti di pagamento del QFP 2014-2020.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), *per iscritto*. — Viste le numerose calamità naturali che si sono abbattute in varie parti d'Europa e i numerosi impegni di pagamento non previsti nel corso dell'anno, è necessario allocare fondi per fare fronte a tali situazioni e disporre della necessaria flessibilità di bilancio. Il voto è favorevole.

Alberto Cirio (PPE), *per iscritto*. — Questa proposta consente di aumentare la dotazione di alcuni sottocapitoli del bilancio per far fronte ad emergenze. Va dunque nella logica della flessibilità, che noi a gran voce chiediamo, perché questa non sia l'Europa dei tecnocrati. Sono d'accordo con la proposta e ho votato a favore.

Lara Comi (PPE), *per iscritto*. - Ho votato a favore della mobilitazione del margine per imprevisti del 2014. Sebbene sia stato raggiunto un compromesso, resta essenziale risolvere il problema degli stanziamenti di pagamento. Questo mio voto è stato favorevole in quanto consequenziale all'adozione del bilancio rettificativo n.3/2014, che prevede una richiesta di stanziamenti addizionali per consentire di riparare alla mancanza di risorse necessarie al fine di provvedere al pagamento delle spese del 2014.

I negoziati hanno consentito la mobilitazione del margine per imprevisti, per un importo che può considerarsi il minimo possibile per coprire le fatture pendenti.

Therese Comodini Cachia (PPE), *in writing*. — It appears necessary to mobilise the full amount of the Contingency Margin available to complement the payment appropriations in the General Budget of the European Union 2014 above the payment ceiling. According to the proposal, this amount will be used to complement payments for the implementation of very important key policies and programmes such as Horizon 2020, Erasmus+ and the Youth Employment Initiative. I voted in favour.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

Ignazio Corrao (EFDD), *per iscritto*. — L'esecuzione del QFP per il 2014-2020 è iniziata con un enorme arretrato dei pagamenti che si traduce in fatture non pagate e impegni residui, vale a dire 41 miliardi di EUR in più di quanto previsto inizialmente per il QFP 2007-2013; la situazione è inaccettabile e richiede l'adozione di misure urgenti, come il ricorso ai meccanismi di flessibilità previsti nel regolamento QFP, nell'ottica di non compromettere l'efficacia delle politiche e dei programmi dell'Unione, come convenuto all'unanimità nell'ambito del QFP, nonché di limitare i diritti agli interessi di mora e di evitare un indebito incremento dell'esposizione e della vulnerabilità economica dei beneficiari del bilancio dell'Unione.

Ho prestato il mio voto favorevole alla presente risoluzione in quanto è necessario cercare di risolvere in qualche modo il problema dei pagamenti ciò anche attraverso il sostegno del pacchetto di rettificativi proposti per il 2014. Anche se appare un po' dubbio il fatto di utilizzare uno strumento pensato per «imprevisti» per colmare lacune ampiamente previste e prevedibili, in ogni caso questo appare il solo modo per cercare di limitare la situazione e non incrementare ulteriormente i debiti pregressi.

Javier Couso Permuy (GUE/NGL), *por escrito*. — No he podido votar a favor del presente informe ya que, pese a que propone una solución para garantizar la realización de los pagos pendientes por parte del presupuesto de la UE, no ofrece una solución sostenible. Los impagos que trata de cubrir la UE con esta movilización de fondos no son imprevisibles, sino que es la deuda acarreada del pasado ejercicio sobre la cual se ha decidido no actuar. Para que la UE pueda afrontar los pagos pendientes, debe establecer un marco presupuestario creíble y no tratar de resolver las crisis con parches que agravarán el problema de los impagos en el medio plazo. Es por esto por lo que no he podido votar a favor del presente informe.

Miriam Dalli (S&D), *in writing*. — The implementation of the MFF 2014-2020 started with a huge backlog in payments. The financing of this mobilisation can take place at virtually no cost to national budgets due to other unexpected additional revenues for the year 2014. Hence I voted in favour of this report.

Rachida Dati (PPE), *par écrit*. — À la fin de l'année 2013, l'exécution du cadre financier pluriannuel connaissait déjà des arriérés de paiement très importants. Par exemple, ceux-ci s'élevaient à environ 23,4 milliards d'euros pour la seule politique de cohésion. Aussi, le texte voté fournit des réponses urgentes à cette situation au travers du recours aux mécanismes de flexibilité, dont la marge pour imprévu. La mobilisation de cet instrument permettra de financer certains programmes comme «Erasmus +» ou «l'initiative pour l'emploi des jeunes» mais elle laisse toutefois sans réponse durable la problématique de la pénurie de crédits de paiement.

Tamás Deutsch (PPE), *írásban*. — Az Európai Parlament ma nagy többséggel elfogadta a 2015. évi uniós költségvetést és a 2014. évi többletforrásokról szóló módosításokat. A megállapodás óriási előnye, hogy azzal még idén elfogadásra kerülhet a 2015-ös uniós költségvetés, azaz jövőre nem csak az idei költségvetés tizenkettédét lehetne kifizetni havonta. 2014-re így 4 milliárd euró többletforrást mozgósítanak, amelyből 3,5 milliárd euró úgynevezett „friss pénz”, azaz nem átcsoportosítások eredménye.

Az EP csak azzal a feltétellel járult hozzá a jövő évi EU-költségvetés elfogadásához, hogy az Európai Bizottság tervet dolgoz ki a kifizetetlen számlák fenntartható szintre csökkentésére. 2014-ben már 23,4 milliárd euró a korábbi évről áthúzódó számla kifizetését kell megoldani. Ehhez is biztosítja a mai szavazás a közel 4 milliárd eurós többletforrást.

Az Európai Parlament mai döntésével biztosítottak az idei és a jövő évi költségvetés Magyarországnak járó agrár- és kohéziós forrásai is. A magyar néppárti delegáció, együtt az Európai Néppárttal, hazánk nemzeti érdekeinek képviselőiben felelősségteljesen döntött és megszavazta a 2015. évi uniós költségvetést és az ahhoz kapcsolódó megállapodásban szereplő valamennyi jelentést. A megállapodás részét képezik a Szolidaritási Alapot mozgósító jelentések is, amelyek az Európa különböző régióit sújtó természeti katasztrófák okozta károkat enyhítik.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI), *γραφώς*. — Καταψήφισα την έκθεση, διότι δεν αντιμετωπίζει με βιώσιμο τρόπο τις πρόσφατες ελλείψεις πληρωμών και το αυξανόμενο ποσό των υπολοίπων προς εκκαθάριση.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

José Manuel Fernandes (PPE), *por escrito*. - A execução do QFP 2014-2020 começou com um elevadíssimo volume de pagamentos em atraso, com faturas pendentes que, só para a política de coesão, ascendiam a cerca de 23,4 mil milhões de euros no final de 2013, e autorizações por liquidar (RAL) que atingiam na mesma data 221,7 mil milhões, mais 41 mil milhões de euros do que a previsão inicial. No quadro das negociações sobre o pacote de orçamentos para 2014 e 2015, foi acordada a mobilização da Margem para Imprevistos num montante de 2818,2 milhões de euros mais 350 milhões, ou seja, 3168,2 milhões. É inaceitável que o Conselho não partilhe da interpretação do Parlamento e da Comissão de que o montante de 350 milhões de euros em dotações de pagamento mobilizado em 2014 com respeito aos Instrumentos Especiais previstos no Regulamento QFP não deve ser contabilizado para o limite máximo de pagamentos. A mobilização da margem para imprevistos em 2014 não implica qualquer aumento do limite máximo global para os pagamentos (908 mil milhões de euros, a preços de 2011) do QFP 2014-2020, uma vez que é deduzida das margens de futuros exercícios orçamentais. Os instrumentos de flexibilidade devem ser utilizados para se pagarem as faturas já vencidas e não pagas. A União Europeia deve aplicar a ela própria o mesmo rigor que pede aos Estados-Membros e, para além disso, deve cumprir os seus compromissos, nomeadamente o que adotou no quadro financeiro plurianual.

João Ferreira (GUE/NGL), *por escrito*. — A Margem para Imprevistos regulamentar pode atingir 0,03 % do RNB da UE, utilizada para complementar as dotações de pagamento do orçamento geral da UE, neste caso para 2014, acima do limite máximo de pagamentos.

Este relatório aprova a decisão de mobilizar 3168 milhões de euros, montante que será repartido em três frações das margens abaixo dos limites máximos de pagamento para os exercícios 2018, 2019 e 2020, sobrando nesta repartição o montante de 350 milhões de euros provenientes de um acordo sobre pagamentos relativos a outros instrumentos especiais que, segundo o documento, deverão ser deixados à responsabilidade da Comissão para elaborar uma proposta oportuna sobre a aplicação deste montante.

O Conselho não partilha da opinião do Parlamento e da Comissão de que o montante de 350 milhões de euros em dotações de pagamento, mobilizado em 2014 com respeito a Instrumentos Especiais, não deve ser contabilizado para o limite máximo de pagamentos, deixando assim uma margem de 711 milhões de euros para esgotar antes de recorrer à Margem para Imprevistos.

Tendo em conta a falta de informações sobre as rubricas concretas a que se destinam os pagamentos, abstivemo-nos.

Monika Flašíková Beňová (S&D), *písomne* — Viacročný finančný rámec je okrem iného dôležitým nástrojom pre platby na jednotlivé politiky Európskej únie. Európska komisia, ako aj Európsky parlament pri mnohých príležitostiach vyzývali členské štáty Európskej únie na efektívne čerpanie zdrojov, ktoré sa im poskytujú, či už v rámci jednotlivých fondov alebo spoločných politík. Je bezprecedentné, že na konci roku 2013 bola výška neuhradených žiadostí o platbu len v oblasti politiky súdržnosti 23,4 miliardy eur. Táto situácia je absolútne neakceptovateľná a Európska únia a jej inštitúcie sú povinné prijať naliehavé opatrenia, aby sa neohrozilo vykonávanie politík a programov Európskej únie a aby sa zároveň obmedzili žiadosti o zaplatenie úrokov z omeškania, ktoré neprímerane zvyšujú ekonomické riziko a zraniteľnosť príjemcov prostriedkov z rozpočtu Európskej únie.

Λάμπρος Φουντούλης (NI), *γραφτως*. — Με την κινητοποίηση αυτή δεν είναι πιθανό να αντιμετωπισθούν με βιώσιμο τρόπο, οι πρόσφατες ελλείψεις πληρωμών και το αυξανόμενο ποσό των υπολοίπων προς εκκαθάριση. Για τον λόγο αυτό καταψηφίζω την έκθεση σχετικά με την πρόταση απόφασης του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου και του Συμβουλίου όσον αφορά την κινητοποίηση του περιθωρίου για απρόβλεπτες ανάγκες, σύμφωνα με το σημείο 14 της διοργανικής συμφωνίας, της 2ας Δεκεμβρίου 2013, μεταξύ του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου, του Συμβουλίου και της Επιτροπής για τη δημοσιονομική πειθαρχία, τη συνεργασία σε δημοσιονομικά θέματα και τη χρηστή δημοσιονομική διαχείριση.

Antanas Guoga (ALDE), *in writing*. — I voted in favour for the mobilisation of the Contingency Margin in 2014 as this highlights the urgent need for the Union budget to be as flexible as possible.

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan*. — Glasovao sam za prijedlog rezolucije o prijedlogu Europskog parlamenta i Vijeća o mobilizaciji pričuve za nepredviđene izdatke ponajprije zbog toga što će navedena mobilizacija u vrlo maloj mjeri utjecati na nacionalne proračune zahvaljujući nepredviđenim dodatnim prohodima za 2014. Zabilježeni su veliki zaostaci u plaćanjima i u nepodmirenim dugovima što je potrebno čim prije riješiti hitnim i efikasnim mjerama čime bi se spriječilo pogoršanje trenutnog financijskog stanja. Značajno je također primijenti mehanizam fleksibilnosti i izbjeći negativan učinak na provedbu programa i politika kako bi se mobilizacijom pričuve pozitivno doprinijelo provedbi višegodišnjeg financijskog okvira 2014. – 2020.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

Afzal Khan (S&D), *in writing*. — I voted against an increase in this year's EU budget. We need to put the principles of added value and efficiency at the heart of budgetary decision-making in Europe. I want to see a real budget reform in the EU with a greater focus on generating growth and jobs, and areas that do not bring any real benefits to our constituents cut.

Giovanni La Via (PPE), *per iscritto*. - La mobilitazione del margine per imprevisti del 2014 è conseguenziale all'adozione del bilancio rettificativo n. 3/2014, che prevede una richiesta di stanziamenti addizionali per consentire di riparare alla mancanza di risorse necessarie al fine di provvedere al pagamento delle spese del 2014. Il negoziato tra Parlamento e Consiglio, conclusosi l'8 dicembre, ha consentito la mobilitazione del margine per imprevisti per un importo che può considerarsi il minimo indispensabile per coprire le fatture pendenti. Purtroppo, nonostante il compromesso raggiunto, non si è ancora riusciti a risolvere il problema degli stanziamenti di pagamento, problema che dovrà necessariamente trovare una soluzione politica definitiva nel corso della legislatura.

Javi López (S&D), *por escrito*. — La Comisión, a instancias del Parlamento, ha presentado un proyecto de presupuesto rectificativo (PPR nº 5/2014, de 8.9.2014), con miras a consignar en el presupuesto de 2014 los créditos de compromiso y de pago correspondientes —46 998 528 EUR— con arreglo a lo previsto en el punto 26 del AI, tal y como perseguía el Grupo de los Socialistas y Demócratas.

Paloma López Bermejo (GUE/NGL), *por escrito*. — No he podido votar a favor del presente informe ya que, pese a que propone una solución para garantizar la realización de los pagos pendientes por parte del presupuesto de la UE, no ofrece una solución sostenible. Los impagos que trata de cubrir la UE con esta movilización de fondos no son imprevistos, sino que es la deuda acarreada del pasado ejercicio sobre la cual se ha decidido no actuar. Para que la UE pueda afrontar los pagos pendientes, debe establecer un marco presupuestario creíble y no tratar de resolver las crisis con parches que agravarán el problema de los impagos en el medio plazo. Es por esto por lo que no he podido votar a favor del presente informe.

Antonio López-Istúriz White (PPE), *por escrito*. — La aplicación del marco financiero plurianual 2014-2020 comenzó con un enorme atraso en los pagos, lo que hace que la situación sea inaceptable y requiera medidas urgentes, como el recurso a los mecanismos de flexibilidad incluidos en el Reglamento MFP, con el fin de no poner en peligro la ejecución de las políticas y programas de la UE, y limitar las reclamaciones por intereses de demora, evitando aumentar excesivamente la exposición económica y la vulnerabilidad de los beneficiarios del presupuesto de la Unión.

Se aprueba la movilización del margen para imprevistos en 2014, ya que no supone ningún aumento del límite máximo global de pago del marco financiero plurianual 2014-2020, como viene estipulado en el artículo 13, apartado 4, del Reglamento MFP, al compensarse con los márgenes de ejercicios futuros en virtud de lo establecido en el artículo 13, apartado 3, del Reglamento MFP. Se permitirá así que el presupuesto de la Unión sea cada vez más flexible y que los 350 millones de euros en créditos de pago movilizados en 2014 se contabilicen fuera del límite máximo de pagos.

Por ello, doy mi voto favorable a esta propuesta.

Ivana Maletić (PPE), *napisan*. — Trenutna razina neplaćenih računa dosegnula je 23 milijarde eura stavivši veliki pritisak na sadašnji višegodišnji financijski okvir. Zato sam podržala Izvješće o mobilizaciji pričuva za nepredviđene izdatke za 2014. godinu koji iznose 3,16 milijardi eura ili 0,03 posto bruto nacionalnog dohotka Europske unije. Smatram da će se ovim instrumentom osigurati dio sredstva kako bi se naplatio dio obveza.

Iznosom od 3,16 milijardi eura povećat će gornja granica za plaćanja unutar sadašnjeg višegodišnjeg financijskog okvira te će se unaprijed osigurati sredstva za programe Horizon 2020, Erasmus+, COSME i Inicijativa za zapošljavanje mladih (Youth Employment Initiative) u slučaju nepredviđenih izdataka.

Andrejs Mamikins (S&D), *rakstiski*. — Es nobalsoju “par”.

Νότης Μαρτιάς (ECR), *γραπτώς*. — Απείχα από την ψηφοφορία, διότι η έκθεση Deprez σχετικά με την κινητοποίηση του περιθωρίου για απρόβλεπτες ανάγκες το 2014 δεν ρυθμίζει επαρκώς τα συναφή σοβαρά ζητήματα τα οποία υποτίθεται ότι επιχειρεί να αντιμετωπίσει.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

Fulvio Martusciello (PPE), *per iscritto*. - Come Parlamento europeo rappresentiamo i cittadini, nostri elettori, nelle più alte sfere della politica europea e, come loro portavoce, dobbiamo assumere posizioni concrete in loro favore. In un periodo storico economicamente molto difficile, non si può pensare di congelare un bilancio annuale che riguarda 28 Paesi fino all'anno successivo; anzi, ci si deve rendere conto della necessità di un bilancio flessibile in linea con le esigenze e i cambiamenti dell'economia della nostra Europa.

Per questo la mobilitazione del margine per imprevisti nel 2014 fissata in 350 milioni di EUR in stanziamenti di pagamento trova il mio pieno supporto, contro un Consiglio che ha cercato di ridurre questo importo nel tentativo di mantenere un rigore sui conti dell'Unione.

Barbara Matera (PPE), *per iscritto*. — Sottolineando la necessità di mobilitare il margine per imprevisti, con il fine di integrare gli stanziamenti di pagamento a titolo del bilancio generale dell'Unione europea per l'esercizio 2014 oltre il massimale di pagamento, la relazione a firma del collega Deprez pone in evidenza il bisogno di perseguire una sempre maggiore flessibilità del bilancio comunitario.

Condividendo appieno le istanze avanzate da questo documento, ho ritenuto opportuno sostenerlo con il mio voto.

Georg Mayer (NI), *schriftlich*. — Die Inanspruchnahme des Spielraums für unvorhergesehene Ausgaben ist generell abzulehnen, da diese davon zeugt, dass die finanziellen Mittel der Europäischen Union nicht nach bestem Wissen und Gewissen, sondern größtenteils zum Erhalt politischen Einflusses in gewissen instabilen Regionen ausgegeben werden. Durch die erhöhte Inanspruchnahme dieses Spielraumes wird bereits jetzt die Handlungsfähigkeit in den kommenden Jahren beschnitten.

Jean-Luc Mélenchon (GUE/NGL), *par écrit*. — La gestion du budget européen ne cesse de se dégrader en termes d'impayés. On compte 23 milliards d'impayés accumulés depuis 2010 sur les seules politiques de cohésion. Le budget 2014-2020 étant en baisse par rapport à la période précédente, les engagements déjà pris par l'Union en vertu de ses politiques vont encore creuser le niveau des impayés. Cette situation est insoluble sans refonte globale de ce cadre budgétaire. Mais la Commission et le Conseil préfèrent utiliser des artifices toujours plus complexes pour contourner cette situation de crise sans la résoudre. La mobilisation de la «marge pour imprévus» en est un parfait exemple. Alors que l'envolée des impayés était parfaitement prévisible, il est ici proposé d'utiliser la «marge pour imprévu» pour effectuer quelques paiements supplémentaires qui représentent des gouttes d'eau dans le gouffre des impayés. Au détriment des vrais imprévus, sociaux ou écologiques, qui eux ne pourront être financés qu'à retardement. Je désapprouve cette mauvaise gestion aggravée et je vote contre.

Nuno Melo (PPE), *por escrito*. — Votei favoravelmente o presente relatório para ser possível cumprir o orçamento da UE, já que a execução do QFP 2014-2020 começou com um elevadíssimo volume de pagamentos em atraso, com faturas pendentes.

A mobilização da margem para imprevistos para 2014 libertará uma verba superior a 3 mil milhões de euros, que ajudarão no pagamento das faturas pendentes. Apesar de não ser suficiente para resolver o problema, será uma preciosa ajuda na sua resolução.

Roberta Metsola (PPE), *in writing*. — I voted in favour of this report because of the need to resolve the growing number of the Union's outstanding commitments. The report also stresses the need for greater flexibility in the Union budget, which is becoming more important every year.

Marlene Mizzi (S&D), *in writing*. — I am in agreement with the report on mobilisation of the contingency margin in 2014.

Sophie Montel (NI), *par écrit*. — La situation financière et budgétaire de l'Union européenne est telle qu'elle se voit aujourd'hui contrainte d'avoir recours, en fin d'année, à la marge pour imprévus pour couvrir les crédits de paiement engagés 2014 et une part des factures impayées pendantes. Évidemment, cette mobilisation ne permet en rien de résoudre le problème structurel des impayés et n'empêchera évidemment pas la constitution d'un «effet boule de neige». Compte tenu de ces éléments alarmants, j'ai voté contre.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

Claude Moraes (S&D), *in writing*. — I believe that the mobilisation of the Contingency Margin, whilst justified, is controversial for a number of reasons. Primarily because there is no sufficient reason to mobilise it, also due to the continuing dispute between the Parliament and Council over whether it should be considered outside of the payment ceiling.

Franz Obermayr (NI), *schriftlich*. - Der Antrag betrifft die Inanspruchnahme des Spielraums für unvorhergesehene Ausgaben im ausklingenden Jahr. Dabei steht die Begleichung „alter Rechnungen“ im Mittelpunkt. Für mich als Abgeordneten ist dabei klar, dass die Inanspruchnahme dieses Spielraums nur in sehr engen Grenzen gestattet werden darf, um keine Laissez-faire-Atmosphäre zu schaffen. Gerade in Zeiten der Finanzkrise ist dies den Bürgern gegenüber nicht zu verantworten. Das sehe ich vorliegend nicht gegeben. Zu oft waren die Ausgaben, die durch den Antrag finanziert werden sollen, eben nicht unvorhersehbar. Daher habe ich gegen den Antrag gestimmt.

Younous Omarjee (GUE/NGL), *par écrit*. – J’ai voté en faveur de ce rapport car je soutiens la mobilisation de ressources additionnelles par la marge pour imprévus, afin que l’argent de l’UE reste disponible pour l’année 2015, et d’utiliser ainsi au mieux les instruments du budget européen.

Urmas Paet (ALDE), *kirjalikult*. — Toetasin täna ettepanekut võtta kasutusele varud ettenägematute kulude katmiseks. Kuid edaspidi tuleb selliste situatsioonide vältimiseks muuta Euroopa Liidu eelarve paindlikumaks. Ettenägematute kulude varu kasutuselevõtmine ei ole jätkusuutlik ega vähenda makseraskusi ning muudab finantsjuhtimise üldises plaanis ebausaldusväärseks.

Aldo Patriciello (PPE), *per iscritto*. — Il regolamento (UE, Euratom) n. 1311/2013 del Consiglio, che stabilisce il quadro finanziario pluriennale per il periodo 2014-2020, consente la mobilitazione del margine per imprevisti come strumento di ultima istanza per rispondere a circostanze impreviste. L'accordo politico sui massimali del QFP 2014-2020 è stato raggiunto a livello di Consiglio europeo nel febbraio 2013 e, nel corso dei successivi negoziati con il Parlamento europeo, è stato confermato il margine per imprevisti. Il margine globale per i pagamenti non si applica all'anno 2014 e quindi la mobilitazione dell'intero margine per imprevisti per il 2014, pari a 4 026,7 milioni di EUR, rimane l'unico strumento disponibile per far fronte all'incidenza sul bilancio delle circostanze impreviste verificatesi dopo che sono stati fissati i massimali di pagamento del QFP e per ridurre il notevole divario tra il livello degli stanziamenti di pagamento autorizzati e i fabbisogni di pagamento supplementari e imprevisti per l'anno in corso. Per tali ragioni esprimerei il mio voto favorevole.

Marcus Pretzell (ECR), *schriftlich*. — Mit dieser Vorlage will uns die Kommission weismachen, dass es sich bei dem von ihr angestoßenen Jugendbeschäftigungsprogramm um eine „unvorhergesehene Ausgabe“ handelt. Es ist eine absolute Verkehrung des Wortes „unvorhergesehen“, die hier zur Abstimmung vorgelegt wurde. Vielleicht könnte man darüber hinwegsehen, wenn dieses Programm Erfolg versprechend wäre. Dies ist jedoch keineswegs der Fall! Blind rennt die Kommission jenen Stimmen in Europa nach, welche propagieren, die Beschäftigung könne durch immer mehr Staatsausgaben erhöht werden. Tatsächlich ist zu erkennen, dass die Arbeitslosenquote und insbesondere die Jugendarbeitslosigkeit vor allem dort hoch sind, wo der Staat die Wirtschaft nach Belieben schröpft. Zusätzlich dazu fehlt es nach wie vor an der Einsicht, dass mit dem Euro in der Manier von *one size fits all* den notleidenden Staaten die Konkurrenzfähigkeit zum wirtschaftlich stärkeren Zentral- und Nordeuropa genommen wurde. Da ich diese sinnfreie Verschleuderung von Steuergeld entschieden ablehne, habe ich auch diese Vorlage der Kommission abzulehnen.

Franck Proust (PPE), *par écrit*. — Le budget 2015 ne résout pas l'ensemble des paiements manquants accumulés ces précédentes années. Néanmoins, il convient d'accueillir favorablement les efforts visant à endiguer la dette de l'Union. Je suis donc favorable à une mesure permettant le redéploiement de marges pour imprévus de 2014 et de certains revenus de l'Union au service de l'équilibre de son budget.

Paulo Rangel (PPE), *por escrito*. - A execução do Quadro Financeiro Plurianual (QFP) 2014-2020 começou com um elevadíssimo volume de pagamentos em atraso, com faturas pendentes que, só para a política de coesão, ascendiam a cerca de 23,4 mil milhões de euros no final de 2013, e autorizações por liquidar (RAL) que atingiam, na mesma data, 221,7 mil milhões de euros, mais 41 mil milhões de euros do que a previsão inicial quando o QFP 2007-2013 foi acordado. Esta situação exige medidas urgentes, com recursos aos mecanismos de flexibilidade incluídos no Regulamento QFP, a fim de não pôr em perigo a execução das políticas e dos programas da UE, limitar reclamações de juros de mora e evitar aumentar indevidamente a exposição e a vulnerabilidade económica dos beneficiários do orçamento da União. O Parlamento, o Conselho e a Comissão acordaram recorrer à Margem para Imprevistos num montante de 3168,2 milhões de euros, sendo que o financiamento desta mobilização pode ocorrer praticamente sem qualquer custo para os orçamentos nacionais devido a outras receitas suplementares de 2014. Votei favoravelmente.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D), *por escrito*. — La ejecución del marco financiero plurianual 2014-2020 comenzó con un enorme retraso en los pagos, con facturas pendientes por un importe de unos 23 400 millones de euros a finales de 2013 solamente en política de cohesión, mientras el nivel de los compromisos pendientes de liquidación alcanzaba los 221 700 millones de euros en esa misma fecha, es decir, 41 000 millones de euros por encima de la cantidad prevista inicialmente cuando se aprobó el MFP 2007-2013. Esta situación exige medidas urgentes, como el recurso a los mecanismos de flexibilidad contemplados en el Reglamento MFP, para no poner en peligro la aplicación de las políticas y los programas de la UE. Por ello, he votado a favor de la movilización del Margen para Imprevistos en 2014 para poner a disposición un importe de 3 168 233 715 euros en créditos de pago por encima del techo de pagos del marco financiero plurianual.

Tokia Saïfi (PPE), *par écrit*. — J'ai soutenu ce texte concernant le recours à la «marge pour imprévus» (contingency margin). Celui-ci va, en effet, permettre d'accroître les paiements de plus de 4 milliards d'euros par rapport au budget initial. Toutefois, l'année 2014 s'achève avec 23 milliards d'impayés et c'est en ce sens que le Parlement a demandé à la Commission de lui soumettre un plan global d'apurement d'ici le printemps.

Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito*. - No he podido votar a favor del presente informe ya que, pese a que propone una solución para garantizar la realización de los pagos pendientes por parte del presupuesto de la UE, no ofrece una solución sostenible. Los impagos que trata de cubrir la UE con esta movilización de fondos no son imprevistos, sino que es la deuda acarreada del pasado ejercicio sobre la cual se ha decidido no actuar. Para que la UE pueda afrontar los pagos pendientes, debe establecer un marco presupuestario creíble y no tratar de resolver las crisis con parches que agravarán el problema de los impagos en el medio plazo. Es por esto por lo que no he podido votar a favor del presente informe.

Siôn Simon (S&D), *in writing*. — I and my fellow Labour Party MEPs voted against the proposal for a decision of the European Parliament and of the Council on mobilisation of the Contingency Margin, releasing new money in the 2014 budget.

In the framework of the negotiations on the 2014-2015 budgets package, it has been agreed to mobilise the Contingency Margin for an amount of EUR 3 168.2 million. This mobilisation is not likely to sustainably address the recent payment shortages and the growing amount of outstanding commitments, but only to limit the increase in outstanding bills rolled over to the following year, which has grown by more than 50% every year since 2010.

We must put the principles of added value and efficiency at the heart of budgetary decision making in Europe.

Davor Ivo Stier (PPE), *napisan*. — Nakon što su ispitane sve ostale financijske mogućnosti za reagiranje na nepredviđene okolnosti koje su nastale nakon što je gornja granica za plaćanja za 2014. u okviru višegodišnjeg financijskog okvira početno utvrđena u veljači 2013., čini se nužnim mobilizirati pričuvu za nepredviđene izdatke za dopunjavanje odobrenih sredstava za plaćanje u općem proračunu Europske unije za financijsku godinu 2014. iznad gornje granice za plaćanja. Također, iznos od 350 milijuna eura u odobrenim sredstvima za plaćanja bi trebalo uključiti u mobilizaciju pričuve za nepredviđene izdatke ovisno o dogovoru o plaćanjima za druge posebne instrumente.

Sukladno navedenom podržavam izviješće.

Dubravka Šuica (PPE), *napisan*. — Podržala sam ovu inicijativu jer osigurava financiranje zapošljavanja, ruralni razvoj, razvoj ribarstva te potiče druge mjere usmjerene na gospodarski i ekonomski oporavak i razvoj, oporavak od nepredviđenih i kriznih situacija. Ona će značiti pomoć ljudima u pronalasku boljeg posla i socijalnu uključenost. Ako se novac ispravno upotrijebi doći će do razmjena znanja i inovacija u mnogim područjima kao što su poljoprivreda i šumarstvo, razvoj ruralnih područja, jačanje konkurentnosti svih vrsta poljoprivrede i održivost gospodarstva.

Iako ne predstavlja veliki iznos, u potpunosti ga podržavam jer je u kriznim situacijama svaka pomoć i reakcija dobrodošla, a nažalost krizne situacije u EU-u danas nisu rijetkost.

Ελευθέριος Συναδινός (NI), *γραφτώς*. — Με την κινητοποίηση αυτή δεν είναι πιθανό να αντιμετωπισθούν με βιώσιμο τρόπο οι πρόσφατες ελλείψεις πληρωμών και το αυξανόμενο ποσό των υπολοίπων προς εκκαθάριση.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

Marc Tarabella (S&D), *par écrit*. — J'ai approuvé la mobilisation de la marge pour imprévus pour l'exercice 2014 telle que présentée par le collègue Deprez et j'ai donc, par conséquent, voté en faveur de sa proposition.

Ramon Tremosa i Balcells (ALDE), *in writing*. — I agree with the crucial need for the Union budget to be increasingly flexible for the mobilisation of the Contingency Margin for 2014, specially if the financing of this mobilisation can take place at virtually no cost to national budgets due to other unexpected additional revenues for the year 2014. Whereas the implementation of the MFF 2014-2020 started with a huge backlog in payments, with unpaid bills this situation is unacceptable and requires urgent measures, having recourse to the flexibility mechanisms included in the MFF Regulation, with a view to not jeopardising the delivery of EU policies and programmes.

Marco Valli (EFDD), *per iscritto*. - Ho deciso di votare a favore della mobilitazione del margine per imprevisti 2014 al fine di sbloccare l'esecuzione dei pagamenti arretrati relativi alla politica di coesione.

Nonostante le forti riserve sull'utilizzo improprio di tale margine, che dovrebbe essere destinato alle emergenze e non certo per far fronte a pagamenti da tempo programmati in bilancio, non posso che appoggiare questa soluzione d'urgenza, che consente di pagare fatture arretrate per un importo totale pari a 3 168,2 milioni di EUR, a beneficio di cittadini e imprese già stremati dall'impatto della crisi.

Considerato che la programmazione 2014-2020 è cominciata con un ritardo nei pagamenti pari a 23,4 miliardi di EUR, mi auguro che siano presto adottati strumenti più appropriati per far fronte a questa situazione paradossale, che non fa altro che minare gravemente la credibilità dell'Unione agli occhi dei cittadini nonché la stessa efficacia delle politiche di coesione.

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito*. — A Margem para Imprevistos regulamentar pode atingir 0,03 % do RNB da UE, utilizada para complementar as dotações de pagamento do orçamento geral da UE, neste caso para 2014, acima do limite máximo de pagamentos.

Este relatório propõe a mobilização de 3168 milhões de euros, repartidos em três frações para os exercícios de 2018, 2019 e 2020, sobrando nesta repartição o montante de 350 milhões de euros provenientes de um acordo sobre pagamentos relativos a outros instrumentos especiais que, segundo o documento, deverão ser deixados à responsabilidade da Comissão para elaborar uma proposta oportuna sobre a aplicação deste montante.

O Conselho não partilha da opinião do Parlamento e da Comissão de que o montante de 350 milhões de euros em dotações de pagamento, mobilizado em 2014 com respeito a Instrumentos Especiais, não deve ser contabilizado para o limite máximo de pagamentos, deixando assim uma margem de 711 milhões de euros para esgotar antes de recorrer à Margem para Imprevistos.

Harald Vilimsky (NI), *schriftlich*. - Anstatt die finanziellen Mittel der Europäischen Union nach bestem Wissen und Gewissen zu verwenden, sollen diese größtenteils zum Erhalt politischen Einflusses in gewissen instabilen Regionen ausgegeben werden. Gerade durch eine höhere Inanspruchnahme des im Antrag genannten Spielraumes, wird bereits jetzt die Handlungsfähigkeit in den kommenden Jahren beschnitten. Aufgrund dessen habe ich diesen Bericht vollends abgelehnt.

11.4. Entwurf des Berichtungshaushaltsplans Nr. 3/2014: Einnahmen aus Geldbußen, Zinszahlungen und Rückzahlungen – Mittel für Zahlungen – Personal der Kommission, des AdR und des Europäischen Datenschutzbeauftragten (A8-0069/2014 - Gérard Deprez)

Dichiarazioni di voto orali

Peter Jahr (PPE). - Herr Präsident! Da kann ich gleich nahtlos anschließen. Ich möchte einfach darum bitten, und wir haben ja mit dem Haushalt 2014 und dann mit dem Haushalt 2015 die Voraussetzung dafür geschaffen, dass wir uns alle – damit meine ich die Kommission, das Parlament und insbesondere die Mitgliedstaaten – diese auf unbezahlten Rechnungen konzentrieren, den Rückstand, der sich dann angesammelt hat und der sich ansammelt nicht, weil das Europäische Parlament ständig unkontrolliert Geld ausgibt. Nein, er sammelt sich an, weil unsere Mitgliedstaaten schlicht und ergreifend Beitragsrückstände haben. Also möchte ich ganz einfach darum bitten, dass wir diesen Rückstau abbauen, dass wir uns auf ein Verfahren verständigen, bei dem Beiträge, die vereinbart worden sind, auch endlich pünktlich gezahlt werden. Dazu gehört auch, dass Beitragsrückstände ordentlich und zeitgemäß beglichen werden.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

Ivana Maletić (PPE). - Gospodine predsjedniče, razina neplaćenih računa u Europskoj uniji konstantno se povećava od 2010. godine, a sada je dosegnula iznos od čak 28 milijardi eura. Razina nelikvidnosti u državama članicama je visoka i proračun EU-a ne smije biti dodatan generator nelikvidnosti. Ako je odobreno ugovaranje, isplate ne bi smjele biti upitne. Kašnjenjem s isplatama gubimo na vjerodostojnosti.

Upravo zato sam podržala izmjenu proračuna za 2014. kojom se povećava iznos za plaćanje obveza za 4,2 milijarde eura, od čega se 2,4 milijarde eura odnosi na Europski fond za regionalni razvoj u kojem su iznosi neplaćenih obveza najveći, a projekti važni za svakodnevni život građana.

Dichiarazioni di voto scritte

Marina Albiol Guzmán (GUE/NGL), por escrito. — No he podido votar a favor del proyecto de presupuesto rectificativo debido a que no resulta una respuesta suficiente para el agujero que existe en el conjunto de los presupuestos de la Unión Europea. Se trata de impagos en las nóminas de los funcionarios de la UE, un problema que exige una solución urgente; sin embargo, se trata de impagos acarreados desde el ejercicio de 2010 y, de nuevo, se trata de resolver las crisis con parches que agravarán el problema de los impagos de las instituciones europeas en el medio plazo. Se continúa a jugar con el pago efectivo de millones de euros sin proponer un nuevo marco presupuestario que sea capaz de solucionar el problema. Es por ello por lo que no he podido votar a favor de este informe.

Jonathan Arnott (EFDD), in writing. — This calls for additional payment appropriations, and therefore it is consistent for me to oppose it.

Zigmantas Balčytis (S&D), raštu. — Balsavau už visus 2014 m. taisomojo biudžeto projektus bei už Europos Parlamento ir Tarybos pasiektą susitarimą dėl 2015 m. biudžeto. Sveikinu Europos Parlamento derybininkus, kurie pasiekė, kad neatidėliotinoms šių metų ES biudžeto skoloms apmokėti būtų skirta 4,25 mlrd. eurų ir kad Europos Komisija būtų įpareigota parengti laipsnišką neapmokėtų sąskaitų sumažinimo planą bei ateityje nustatyti tvarią skolų ribą. Parlamento dėka įsipareigojimams bus skirta 0,5 mlrd. eurų daugiau nei siūlė ES Taryba. Daugiau lėšų bus skirta ES mokslinių tyrimų programai „Horizontas 2020“ bei studentų ir jaunimo mainų programai „Erasmus+“. Sveikintina, kad padidintas finansavimas Europos kaimynystės programoms, humanitarinei pagalbai bei bendrai užsienio saugumo politikai, o tai atsižvelgiant į šią dieną Europoje yra labai aktualu. Tačiau nepritariu finansavimo sumažinimui Europos žemės ūkio garantijų fondui, nes tai atsilieps daugeliui ES ūkininkų, kurie yra atsidūrę itin sunkioje padėtyje dėl užsitiesusio Rusijos embargo, ir kuriems yra būtina ES pagalba.

Izaskun Bilbao Barandica (ALDE), por escrito. — El marco financiero plurianual 2014-2020 comenzó con un retraso en pagos y facturas pendientes de pago por importe de 23 400 millones de euros a finales de 2013 y unos niveles de compromiso por encima de lo que se había previsto originalmente, a raíz de lo cual el Parlamento, el Consejo y la Comisión decidimos en noviembre de 2013 que la Unión debía tener recursos suficientes y necesarios para cubrir las obligaciones jurídicas de 2014. Por ello, es necesario aprobar los presupuestos rectificativos nº 3/2014, nº 4/2014, nº 6/2014 y nº 8/2014, que compensarán las necesidades de los pagos adicionales.

Dominique Bilde (NI), par écrit. – Ce projet de budget rectificatif nº 3/2014 au départ présenté par la Commission proposait une hausse des prévisions concernant les recettes provenant d'amendes et de sanctions, ainsi que les autres recettes, de l'ordre de 1,568 milliard d'EUR et une augmentation des crédits de paiement de 4,738 milliards d'EUR.

Cela ne change en rien la question des arriérés de crédits de paiement qui restent importants ainsi que les engagements restant à Liquider (RAL) et la mobilisation de la marge pour imprévus en 2014 ne suffira pas à contrer l'effet «boule de neige» récurrent des impayés.

J'ai donc voté contre ce projet rectificatif qui ne fait que soutenir une dette qui ne cesse de grandir.

Mara Bizzotto (NI), per iscritto. — Ho votato contro questo provvedimento con cui la Commissione chiede di andare oltre i massimali di spesa a sua disposizione per il 2014. L'Italia, in qualità di contributore netto, cioè di Stato membro che versa all'UE più di quanto riceve, non può sostenere politiche di spesa irragionevoli e insensate di questa Europa troppo spendacciona e poco attenta agli sprechi.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

José Blanco López (S&D), *por escrito*. — Tras arduas negociaciones, se ha alcanzado un acuerdo que permitirá el pago de las facturas pendientes, para lo que se ha acordado la cantidad de 4 700 millones de euros para el periodo 2014-2015. Además, la Comisión, el Consejo y el Parlamento han acordado un plan de pagos destinado a reducir el nivel de las facturas impagadas dentro del marco plurianual actual. A lo largo de este año se ha acumulado un nivel de impagos sin precedentes. Los 4 700 millones de euros acordados permitirán cumplir con parte de las facturas acumuladas, contribuyendo así a aliviar la situación de muchas pymes, universidades, colectividades locales y ONG. Es cierto que la cifra no es suficiente, pero la alternativa, el no acuerdo, tendría consecuencias nefastas: no disponer de un presupuesto plenamente operativo para 2015, perder la posibilidad de pagar las facturas atrasadas y poner en riesgo el programa de inversiones que la Comisión acaba de presentar. De cara a 2015, se ha acordado destinar 145 321,5 millones de euros a créditos de compromiso y 141 214,040 563 millones de euros a créditos de pago. Por todo ello, he votado a favor.

Mercedes Bresso (S&D), *in writing*. — I voted for this report because it is essential to have an updated budget.

Steeve Briois (NI), *par écrit*. — J'ai voté contre ce projet de budget rectificatif n° 3/2014 qui ne permettra bien sûr pas de résoudre les difficultés structurelles des budgets actuels et à venir de l'Union européenne. L'Union européenne devrait changer de devise et remplacer son «Unis dans la diversité» par un «Donne-moi ta montre, je te donnerai l'heure!». Elle tente en effet, ici de convaincre les États membres qu'ils devront donner moins dans les années à venir. Comment croire à de tels boniments quand on sait que l'UE va devoir dépenser toujours plus pour couvrir ses factures impayées, une dette qui ne dit pas son nom et financer ses 220 milliards d'engagements restant à réaliser.

Daniel Buda (PPE), *în scris*. — Am votat în favoarea acestui raport de prezentare a Proiectului de buget rectificativ pentru anul 2014 deoarece am fost de acord cu redistribuirea creditelor de plată din rezerva pentru acordurile de parteneriat din domeniul Fondului european pentru pescuit, precum și cu majorarea creditelor de plată în valoare de 711,4 milioane EUR.

Acest proiect are scopul de a răspunde nevoilor restante până la sfârșitul anului, astfel încât obligațiile care decurg din angajamentele anterioare și actuale să poată fi onorate, sancțiunile financiare să fie evitate, iar beneficiarii să poată primi sprijinul financiar prevăzut de politicile UE convenite, pentru care Parlamentul European și Consiliul au autorizat creditele de angajament aferente în bugetele anuale anterioare.

Gianluca Buonanno (NI), *per iscritto*. — Ho espresso voto contrario. La Commissione ha a disposizione un margine di spesa di soli 0,7 miliardi di EUR, per cui ha proposto di finanziare i restanti 4 andando oltre i massimali annuali dell'esercizio finanziario 2014, tramite il ricorso al margine per imprevisti. Tuttavia, gli importi così mobilitati devono essere interamente compensati da una riduzione dei massimali degli esercizi successivi per mantenere invariati i massimali complessivi 2014-2020. Si tratta, in sostanza, di una misura di anticipazione straordinaria cui ricorrere come *extrema ratio*.

Il Regno Unito, i Paesi Bassi, la Danimarca, la Finlandia, l'Austria, la Svezia, la Francia e la Germania hanno criticato la proposta della Commissione, giudicando tale mobilitazione giuridicamente infondata e comunque prematura e inopportuna. Sul fronte opposto ci sono gli Stati «beneficiari netti». La soluzione di compromesso raggiunta in sede di trilogio prevede un importo complessivo di 3,85 miliardi di EUR, così composti: 0,7 margine di spesa disponibile; 2,8 utilizzo del margine per imprevisti; 0,35 mobilitati pur rinviando la decisione se considerarli all'interno del margine per imprevisti.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), *per iscritto*. — Vista la grave situazione di arretrato nei pagamenti, questa rettifica al bilancio contribuisce (seppur in minima parte) a migliorare la situazione. Ricordiamo che gli arretrati sono comunque ingenti.

Alberto Cirio (PPE), *per iscritto*. — Per quanto imprevisti e sgraditi ad alcuni, questi fondi permettono di pagare delle fatture che altrimenti sarebbero rimaste inevase a fine anno. Ben venga dunque questa modifica e congratulazioni alla Presidenza italiana per aver raggiunto la conclusione di questo negoziato.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

Lara Comi (PPE), *per iscritto*. - Ho sostenuto, con il mio voto favorevole, il bilancio rettificativo n. 3/2014, relativo a maggiori entrate derivanti da ammende, interessi e rimborsi. La Commissione ha chiesto un incremento di stanziamenti di pagamento per circa 4,7 miliardi di euro, che saranno distribuiti tra diverse linee di bilancio, la maggior parte dei quali – circa 3,4 miliardi – sarà utilizzata per stabilizzare il fenomeno delle fatture insolute della politica di coesione, circa 0,6 miliardi per il settore della competitività, per la crescita e l'occupazione a favore dei programmi della ricerca (Orizzonte 2020), delle PMI (Cosme), della formazione giovanile (Erasmus) e della navigazione satellitare (Galileo); infine, circa 0,7 miliardi di euro saranno destinati agli aiuti umanitari.

Therese Comodini Cachia (PPE), *in writing*. — I have voted in favour of this report so that the European Union can fulfil its obligations, tackle the payments backlogs and meet the payment shortages. This will bring the EU in a position to continue to affect urgent crises response measures, be in a position to deliver in the field of humanitarian aid and tackle the Erasmus+ insufficient payment levels that may eventually lead to problems in the implementation of the programme.

Ignazio Corrao (EFDD), *per iscritto*. — Il progetto di bilancio rettificativo n. 3/2014 al bilancio generale 2014 quale presentato inizialmente dalla Commissione proponeva di aumentare le previsioni delle entrate derivanti da ammende e sanzioni, con lo scopo di permettere la copertura del fabbisogno rimanente fino alla fine dell'anno, in modo da onorare gli obblighi derivanti dagli impegni passati e attuali. Non ho potuto che votare a favore, in quanto ritengo sia necessario cercare di risolvere in qualche modo il problema dei pagamenti. Questo rettificativo è accettabile, nella misura in cui permette di tamponare in qualche modo la situazione, ma ovviamente siamo ancora ben lontani da una soluzione stabile e concreta.

Javier Couso Permuy (GUE/NGL), *por escrito*. — No he podido votar a favor del proyecto de presupuesto rectificativo debido a que no resulta una respuesta suficiente para el agujero que existe en el conjunto de los presupuestos de la Unión Europea. Se trata de impagos en las nóminas de los funcionarios de la UE, un problema que exige una solución urgente; sin embargo, se trata de impagos acarreados desde el ejercicio de 2010 y, de nuevo, se trata de resolver las crisis con parches que agravarán el problema de los impagos de las instituciones europeas en el medio plazo. Se continúa jugando con el pago efectivo de millones de euros sin proponer un nuevo marco presupuestario que sea capaz de solucionar el problema. Es por ello por lo que no he podido votar a favor de este informe.

Miriam Dalli (S&D), *in writing*. — I have voted in favour of this proposal since I agree with the Commission proposal for the increase in both the forecast of revenue stemming from fines and penalties, and other revenue. This is aimed at meeting payment needs until the end of the year by covering obligations stemming from past and current commitments.

Rachida Dati (PPE), *par écrit*. – Le vote de ce texte permet de répondre temporairement aux problèmes budgétaires récurrents que connaît le budget communautaire. En effet, si je suis satisfaite, dans le budget 2014, du renforcement des crédits de paiements d'une série de lignes budgétaires d'un montant maximal de 4 246 millions d'euros, dont 3 168 millions d'euros seront mobilisés par la marge pour imprévus en 2014, ces mesures ne suffiront pas pour endiguer le phénomène des factures impayées de l'Union européenne.

Tamás Deutsch (PPE), *írásban*. – Az Európai Parlament ma nagy többséggel elfogadta a 2015. évi uniós költségvetést és a 2014. évi többletforrásokról szóló módosításokat. A megállapodás óriási előnye, hogy azzal még idén elfogadásra kerülhet a 2015-ös uniós költségvetés, azaz jövőre nem csak az idei költségvetés tizenkettedét lehetne kifizetni havonta. 2014-re így 4 milliárd euró többletforrást mozgósítanak, amelyből 3,5 milliárd euró úgynevezett „friss pénz”, azaz nem átcsoportosítások eredménye.

Az EP csak azzal a feltétellel járult hozzá a jövő évi EU-költségvetés elfogadásához, hogy az Európai Bizottság tervet dolgoz ki a kifizetetlen számlák fenntartható szintre csökkentésére. 2014-ben már 23,4 milliárd euró a korábbi évről áthúzódó számla kifizetését kell megoldani. Ehhez is biztosítja a mai szavazás a közel 4 milliárd eurós többletforrást.

Az Európai Parlament mai döntésével biztosítottak az idei és a jövő évi költségvetés Magyarországnak járó agrár- és kohéziós forrásai is. A magyar néppárti delegáció, együtt az Európai Néppárttal, hazánk nemzeti érdekeinek képviselőiben felelősségteljesen döntött és megszavazta a 2015. évi uniós költségvetést és az ahhoz kapcsolódó megállapodásban szereplő valamennyi jelentést. A megállapodás részét képezik a Szolidaritási Alapot mozgósító jelentések is, amelyek az Európa különböző régióit sújtó természeti katasztrófák okozta károkat enyhítik.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

Γεώργιος Επιτήδειος (NI), γραπτώς. — Καταψήφισα την έκθεση, διότι η χρησιμοποίηση αποθεματικών συγκεκριμένης χρήσης ως ενίσχυση κονδυλίων για την αποπληρωμή λανθασμένων και επιτόλαιων αποφάσεων προηγούμενων πολιτικών, αλλοιώνει την αξιοπιστία και τη φερεγγυότητα της ΕΕ.

José Manuel Fernandes (PPE), *por escrito*. - O projeto de orçamento retificativo (POR) n.º 3/2014 ao orçamento geral de 2014 originalmente apresentado pela Comissão propunha um aumento de 1 568 milhões de EUR das previsões de receitas provenientes de coimas e sanções e de outras receitas e um aumento de 4 738 milhões de EUR das dotações para pagamentos nas categorias 1a, 1b, 2, e 4 do quadro financeiro plurianual (QFP), a fim de fazer face às necessidades de pagamentos até ao fim do exercício, abrangendo as obrigações decorrentes de compromissos anteriores e atuais. Note-se que a implementação do QFP 2014-2020 começou com uma enorme acumulação de pagamentos em atraso, tendo as faturas por liquidar atingido cerca de 23,4 mil milhões de euros no final de 2013 apenas para a política de coesão e tendo o nível das autorizações por liquidar (RAL) ascendido a 221,7 mil milhões de euros no final de 2013. O Conselho a muito custo acordou com o Parlamento, em 8 de dezembro de 2014, tendo em vista a previsão de reforços dos pagamentos, no orçamento de 2014, em algumas rubricas orçamentais até um montante de 4 246 milhões de euros, dos quais 3 168 milhões serão mobilizados através da margem para imprevistos de 2014.

João Ferreira (GUE/NGL), *por escrito*. — Desde o ano de 2010 que se verifica um agravamento do efeito crescente e cumulativo de faturas por liquidar e projetos com pagamentos suspensos. Este orçamento retificativo visa resolver problemas deste tipo. Porém, fica, por um lado, muito aquém dos montantes necessários e, por outro lado, canaliza verbas para áreas que não consideramos as mais prioritárias, em função da situação de urgência que se vive na União Europeia, marcada pelas desigualdades económicas e sociais. A carta da Comissão do Desenvolvimento Regional do Parlamento Europeu sobre a matéria, que dá nota dos atrasos dos pagamentos na categoria da coesão, montantes que ascendem já a 23,4 mil milhões de euros, no final de 2013, é demonstrativa disso mesmo.

São canalizadas verbas para instrumentos ligados à Política de Segurança e Defesa, da qual discordamos fortemente. Razões para não podermos votar a favor deste orçamento retificativo.

Λάμπρος Φουντούλης (NI), γραπτώς. — Η χρησιμοποίηση αποθεματικών συγκεκριμένης χρήσης ως ενίσχυση κονδυλίων για την αποπληρωμή λανθασμένων και επιτόλαιων αποφάσεων προηγούμενων πολιτικών αλλοιώνει την αξιοπιστία και τη φερεγγυότητα της ΕΕ, γι' αυτό τον λόγο καταψηφίζω το σχέδιο διορθωτικού προϋπολογισμού αριθ. 3/2014

Tania González Peñas (GUE/NGL), *por escrito*. - Podemos se ha abstenido ante el presupuesto rectificativo nº 3 por entender que da una solución muy insuficiente al problema de los pagos suspendidos y que forma parte de un acuerdo austericida e insolidario que incluye el presupuesto 2015 que Podemos rechaza.

Antanas Guoga (ALDE), *in writing*. — I voted in favour of the draft amending budget No 3/2014. However, I would like to highlight that this solves only a short-term problem and contributes to a really small extent to the reduction of the payment backlog in the EU budget. We cannot forget that this problem is structural and political in nature.

Pablo Iglesias (GUE/NGL), *por escrito*. - Podemos se ha abstenido ante el presupuesto rectificativo nº 3 por entender que da una solución muy insuficiente al problema de los pagos suspendidos y que forma parte de un acuerdo austericida e insolidario que incluye el presupuesto 2015 que Podemos rechaza.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

Robert Jarosław Iwaszkiewicz (EFDD), na piśmie. — Ci, którzy żyją ponad stan, wpadają w wir zadłużenia. Nie są w stanie spłacić swoich zobowiązań, zmniejszają produkcję, próbują przeżyć. Często upadają jako bankruci. Rynek jest bezlitosny i nie daje szans oszustom. W czasie obecnej czterodniowej sesji w Strasbourgu upadnie około 4 tysięcy małych i średnich przedsiębiorstw. Wiele z nich upadnie dlatego, że nie będzie w stanie spłacić swoich zobowiązań kredytowych, wiele innych dlatego, że unijna biurokracja wymyśla nowe przepisy utrudniające im życie i funkcjonowanie w Europie. Ta sama biurokracja, która od lat żyje ponad stan. Głosowana dziś rezolucja budżetowa doskonale to pokazuje. Już dziś PE chce ustalić, ile kar wpłynie do budżetu, wszelkimi sposobami starając się zrównywać budżet i zrzucając jego finansowanie na barki państw narodowych i obywateli. Czas się obudzić. Europa już się budzi, kończy się czas unijnej biurokracji żyjącej ponad stan i żerującej na podatkach obywateli. Rynek jest sprawiedliwy i niedługo nadejdzie czas płacenia rachunków za ciągłe pożyczanie i drukowanie pieniędzy.

Wobec tego głosowałem przeciw rezolucjom budżetowym.

Ivan Jakovčić (ALDE), napisan. — Glasovao sam za prijedlog rezolucije o stajalištu Vijeća o nacrtu izmjena proračuna br. 3/2014 jer podržavam mobilizaciju pričuve za nepredviđene izdatke zbog teške finansijske krize u kojoj se Europska unija nalazi. U tom kontekstu, također podržavam povećanja plaćanja u proračunu za 2014. godinu, te povećanje odobrenih sredstva za plaćanje za pojedine naslove. Iako ove izmjene proračuna neće biti dovoljne da se riješe svi neplaćeni računi, jednim će dijelom ublažiti trenutačnu situaciju. Potrebni su veća odgovornost i konkurentnije europsko gospodarstvo kako bi se pripremio adekvatan odgovor krizi.

Afzal Khan (S&D), in writing. — I voted against an increase in this year's EU budget. We need to put the principles of added value and efficiency at the heart of budgetary decision-making in Europe. I want to see a real budget reform in the EU with a greater focus on generating growth and jobs, and areas that do not bring any real benefits to our constituents cut.

Giovanni La Via (PPE), per iscritto. - Signor Presidente, onorevoli colleghi, voto positivamente la relazione dell' on. Gerard Deprez. Con il bilancio rettificativo n. 3/2014, relativo a maggiori entrate derivanti da ammende, interessi e rimborsi, la Commissione ha richiesto un rafforzamento di stanziamenti di pagamento per circa 4,7 miliardi di EUR. Essi saranno distribuiti tra diverse linee di bilancio. Tale proposta è stata al centro dei negoziati di quest'anno. La maggior parte dei fondi, circa 3,4 miliardi sarà utilizzata per stabilizzare il fenomeno delle fatture inevase nella rubrica dedicata alla politica di coesione, circa 0,6 miliardi per il settore della competitività, per la crescita e l'occupazione a favore dei programmi della ricerca (Orizzonte 2020), della PMI (Cosme), della formazione giovanile (Erasmus) e della navigazione satellitare (Galileo) e, infine, circa 0,7 miliardi di EUR saranno destinati ad aiuti umanitari.

Paloma López Bermejo (GUE/NGL), por escrito. — No he podido votar a favor del proyecto de presupuesto rectificativo debido a que no resulta una respuesta suficiente para el agujero que existe en el conjunto de los presupuestos de la Unión Europea. Se trata de impagos en las nóminas de los funcionarios de la UE, un problema que exige una solución urgente; sin embargo, se trata de impagos acarreados desde el ejercicio de 2010 y, de nuevo, se trata de resolver las crisis con parches que agravarán el problema de los impagos de las instituciones europeas en el medio plazo. Se continúa a jugar con el pago efectivo de millones de euros sin proponer un nuevo marco presupuestario que sea capaz de solucionar el problema. Es por ello por lo que no he podido votar a favor de este informe.

Andrejs Mamikins (S&D), rakstiski. — Es nobalsoju "par", jo šis lēmums gāja kopā ar budžeta grozījumiem 2014. gadā.

Νότης Μαρτιάς (ECR), γραπτώς. — Απείχα από την ψηφοφορία, διότι η έκθεση Deprez «Σχέδιο διορθωτικού προϋπολογισμού αριθ. 3/2014: Έσοδα που προέρχονται από πρόστιμα, τόκους, επιστροφές και αποπληρωμές - Πιστώσεις πληρωμών - Πίνακες προσωπικού της Επιτροπής, της Επιτροπής των Περιφερειών και του Ευρωπαϊού Επόπτη Προστασίας Δεδομένων» δεν ρυθμίζει επαρκώς τα υπό εξέταση σοβαρά ζητήματα.

Fulvio Martusciello (PPE), per iscritto. - Il bilancio rettificativo n. 3/2014 servirà a compensare alcuni dei ritardi nei pagamenti accumulati nel 2014 e per sostenere crescita, occupazione e competitività attraverso il finanziamento dei programmi Orizzonte 2020, COSME, Erasmus ed altri.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

Questo *budget*, dopo lunghi dibattiti in Consiglio che hanno visto l'opposizione dei paesi rigoristi del nord Europa, verrà preso dal margine per gli imprevisti del 2014, puntualmente incrementato. La regola di bilancio avrebbe dovuto far rispettare i limiti stabiliti dal Quadro finanziario pluriennale per il 2014 ma di fronte a una rimanenza di pagamenti pari a 4 miliardi di euro sui 700 milioni previsti, siamo riusciti ad approvare la rettifica di questo bilancio grazie, appunto, all'utilizzo del «margine per imprevisti».

Barbara Matera (PPE), *per iscritto*. — Ho espresso il mio consenso nei confronti della relazione Deprez, poiché sostiene un necessario ampliamento dei margini di stanziamento dei pagamenti, per circa 4,7 milioni di euro.

Condivido appieno la decisione di stanziare la maggior parte di queste risorse a beneficio della stabilizzazione del fenomeno relativo alle fatture invase, all'interno della rubrica dedicata alla politica di coesione.

Georg Mayer (NI), *schriftlich*. — Der Entwurf des Berichtigungshaushaltsplanes Nr. 3 wurde von mir abgelehnt, da er die Zweckentfremdung der Bußgeldzahlungen der Mitgliedstaaten legitimiert. Diese sollten ausschließlich von der Europäischen Union zwischenverwahrt werden, bis die Mitgliedstaaten die Verfehlungen bereinigt haben, und darf nicht zur Finanzierung der Europäischen Gemeinschaft verwendet werden. Dies würde zu einem Dasein auf Kredit führen und kann auf lange Sicht nicht erfolgreich sein.

Jean-Luc Mélenchon (GUE/NGL), *par écrit*. — Une heure avant le vote, le texte n'était toujours pas disponible dans ma langue! Ceci montre bien quelle valeur est accordée aux votes des parlementaires européens. De toute façon la Commission se moque bien de nos votes, pour preuve le budget 2015 nous revient sans modifications après que nous l'ayons rejeté. Dans ces conditions, j'ai voté contre.

Nuno Melo (PPE), *por escrito*. — O presente orçamento retificativo serve para acomodar verbas de vária ordem, através da reafetação de dotações de vários tipos de fundos.

Estas verbas servirão para fazer face a variadas rubricas que estavam sem a dotação financeira necessária. Daí o meu voto favorável.

Roberta Metsola (PPE), *in writing*. — I voted in favour of this report as it emphasises the need to fully mobilise the Contingency Margin due to the outstanding additional payment appropriations required to meet year-end needs across the 2014 additional budget.

Marlene Mizzi (S&D), *in writing*. — I have supported this draft amending budget No 3/2014 on revenue from fines and interest payments – Payment appropriations – Establishment plans of the Commission, the Committee of the Regions and the European Data Protection Supervisor.

Sophie Montel (NI), *par écrit*. — J'ai voté contre ce projet de budget rectificatif n° 3/2014 qui ne permettra bien sûr pas de résoudre les difficultés structurelles des budgets actuels et à venir de l'Union européenne. L'Union européenne devrait changer de devise et remplacer son «Unie dans la diversité» par un «Donne-moi ta montre, je te donnerai l'heure!». Elle tente en effet ici de convaincre les États membres qu'ils devront donner moins dans les années à venir. Comment croire à de tels boniments quand on sait que l'UE va devoir dépenser toujours plus pour couvrir ses factures impayées, une dette qui ne dit pas son nom et financer ses 220 milliards d'engagements restant à réaliser?

Alessandra Mussolini (PPE), *per iscritto*. — Ho votato favorevolmente alla relazione dell'on. Deprez per permettere di coprire il fabbisogno rimanente fino alla fine dell'anno, aumentando le previsioni delle entrate derivanti da ammende e interessi che si sommano ad altri stanziamenti, in modo da onorare gli obblighi derivanti dagli impegni attuali e passati.

Franz Obermayr (NI), *schriftlich*. — Ich habe gegen den Antrag gestimmt, weil für mich insbesondere die finanzielle Transparenz der Europäischen Union und ihrer Institutionen eine Selbstverständlichkeit ist. Es kann nicht angehen, dass auch bei diesem Antrag nachträglich Rechnungen beglichen werden sollen, die schon zuvor zumindest ungefähr hätten berücksichtigt hätten werden können.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

Younous Omarjee (GUE/NGL), *par écrit*. – Je me suis abstenu sur ce projet de budget rectificatif car, bien qu'il permette le financement d'une petite partie des programmes de recherche ou le remboursement de quelques bénéficiaires des fonds européens, je déplore que les États membres aient préféré réduire leurs engagements vis à vis de l'Europe juste pour ne pas aggraver leur dette nationale. Ce budget rectificatif ne résout en rien la situation budgétaire générale critique, ni ne met un terme à l'effet boule de neige de l'accumulation des impayés.

Urmas Paet (ALDE), *kirjalikult*. — Toetasin ettepanekut, et toetada maksete korrapärasest laekumist ja et eelarve vastaks 2014. aasta lõpuks vajalikele tingimustele.

Aldo Patriciello (PPE), *per iscritto*. — Il progetto di bilancio rettificativo n. 3/2014 al bilancio generale 2014 proponeva di aumentare le previsioni delle entrate derivanti da ammende e sanzioni e delle altre entrate di un importo pari a 1 568 milioni di EUR e gli stanziamenti di pagamento di un importo pari a 4 738 milioni di EUR, per permettere di coprire il fabbisogno rimanente fino alla fine dell'anno in modo da onorare gli obblighi derivanti dagli impegni passati e attuali. L'attuazione del QFP 2014-2020 è iniziata con un enorme arretrato dei pagamenti e, dell'importo totale del PBR n. 3/2014, solamente 99 milioni di EUR sono destinati a coprire i programmi 2014-2020 nell'ambito della politica di coesione. Per tali ragioni esprimerei il mio voto favorevole.

Andrej Plenković (PPE), *napisan*. — Izmjena proračuna broj 3 je dio paketa izmjena koje osiguravaju podmirenje obveza koje su već preuzete u okviru programa i projekata koji su prethodno odobreni od Vijeća i koji su već u provedbi.

Neosporno je da se preuzete obveze moraju ispuniti te da moramo iskoristiti fleksibilnost unutar zadanog VFO-a. Ova izmjena je neophodna za plaćanje računa programa koji imaju veliki strateški značaj za budućnost EU-a. Kao najznačajnija stavka u ovoj izmjeni proračuna je povećanje sredstava plaćanja Europskog fonda za regionalni razvoj – konvergencija, za koji su sredstva za plaćanje ovom izmjenom proračuna povećana za €2,4 milijarde.

Smatram da je pozitivno što je upravo ta stavka, kojoj je cilj jačanje gospodarske i socijalne kohezije te smanjivanje neravnoteže regija u Europskoj uniji, u konačnici dobila podršku za povećanje upravo u onom iznosu u kojem je i Europska komisija to predložila. Posebno sam zadovoljan činjenicom što su u cijelosti odobrena sredstva za Istočno partnerstvo te za podršku suradnji sa susjednim državama gdje se nalaze sredstva namijenjena za programe za podršku Ukrajini.

Pravovremeno odobrenje plaćanja koja se koriste u borbi za ostvarivanje ljudskih prava je neophodno za njihovo učinkovito korištenje te vjerujem da će institucije EU-a biti u mogućnosti ubuduće brže odgovoriti na ovakve izazove.

Marcus Pretzell (ECR), *schriftlich*. — Obwohl es unproblematische Positionen in den Nachbesserungen zum Haushalt der EU gibt, sind die eingeplanten Ausgaben deutlich zu hoch. Während nur 121 Milliarden zur Verfügung stehen, sind Ausgaben in Höhe von 145 Milliarden Euro geplant. Weder kann die Kommission erklären, durch welche fiskalischen Wunder sie dieses Defizit auszugleichen sucht, noch kann das von diesem Haushalt ausgehende Signal unterstützt werden. Während in der gegenwärtigen Krise mehr Disziplin vonnöten ist, geht die Kommission den EU-Mitgliedstaaten mit schlechtem Beispiel voran und präsentiert einen derart unausgeglichene Haushalt. Es fügt sich das Bild, welches die Juncker-Kommission bisher geliefert hat. Orientierungslos ruft sie nach höherer Staatsverschuldung, ohne auch nur im Ansatz ein erfolgversprechendes Konzept vorweisen zu können. Die Rolle des Staates soll immer weiter aufgebläht werden, Maßnahmen zur Ankurbelung der Wirtschaft bestehen nur auf dem Papier. Dieser Haushaltsentwurf, welcher all die krisenverursachenden Fehler wiederholt und vertieft, findet nicht meine Unterstützung.

Franck Proust (PPE), *par écrit*. — Les négociations sur les budgets 2014 et 2015 se sont conclues le 8 décembre 2014. Et parmi ces accords, le Conseil a pris en compte l'inquiétude du Parlement concernant la quantité d'arriérés. J'accueille donc favorablement une telle mesure permettant d'accorder un rallonge de plus de 4 milliards d'euros sur le budget 2014 de l'Union.

Paulo Rangel (PPE), *por escrito*. — Tendo em conta a declaração comum do Parlamento, do Conselho e da Comissão sobre as dotações para pagamentos, acordada nas conclusões comuns de 12 de novembro de 2013 e, o Regulamento (UE, Euratom) n.º 1311/2013 do Conselho, que estabelece o quadro financeiro plurianual (QFP) para o período 2014-2020; considerando que o projeto de orçamento retificativo (POR) n.º 3/2014 ao orçamento geral de 2014 propunha um aumento de 1568 milhões de euros das previsões de receitas provenientes de multas e sanções e de outras receitas, e um aumento de 4738 milhões de euros das dotações para pagamentos nas categorias 1a, 1b, 2, 3a, 3b e 4 do quadro plurianual; sendo que a implementação do QFP 2014-2020 começou com uma enorme acumulação de pagamentos em atraso, tendo as faturas por liquidar atingido cerca de 23,4 mil milhões de euros no final de 2013, votei favoravelmente

Mittwoch, 17. Dezember 2014

a proposta de mobilização da margem para imprevistos, que visa a implementação de uma flexibilidade específica e máxima, como garantia do cumprimento das obrigações da União.

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D), *por escrito*. — Tras arduas negociaciones, se ha alcanzado un acuerdo que permitirá el pago de las facturas pendientes, para lo que se ha acordado la cantidad de 4 800 millones de euros para el periodo 2014-2015. Además, la Comisión, el Consejo y el Parlamento han acordado un plan de pagos destinado a reducir el nivel de las facturas impagadas dentro del marco plurianual actual. A lo largo de este año se ha acumulado un nivel de impagos sin precedentes. Los 4 800 millones de euros acordados permitirán cumplir con parte de las facturas acumuladas, contribuyendo así a aliviar la situación de muchas pymes, universidades, colectividades locales y ONG. De cara a 2015, se ha acordado destinar 145 321,5 millones de euros a créditos de compromiso y 141 214,040 563 millones a créditos de pago. Por todo ello, he votado a favor.

Teresa Rodriguez-Rubio (GUE/NGL), *por escrito*. - Podemos se ha abstenido ante el presupuesto rectificativo nº 3 por entender que da una solución muy insuficiente al problema de los pagos suspendidos y que forma parte de un acuerdo austericida e insolidario que incluye el presupuesto 2015 que Podemos rechaza.

Lola Sánchez Caldentey (GUE/NGL), *por escrito*. - Podemos se ha abstenido ante el presupuesto rectificativo nº 3 por entender que da una solución muy insuficiente al problema de los pagos suspendidos y que forma parte de un acuerdo austericida e insolidario que incluye el presupuesto 2015 que Podemos rechaza.

Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito*. - No he podido votar a favor del proyecto de presupuesto rectificativo debido a que no resulta una respuesta suficiente para el agujero que existe en el conjunto de los presupuestos de la Unión Europea. Se trata de impagos en las nóminas de los funcionarios de la UE, un problema que exige una solución urgente; sin embargo, se trata de impagos acarreados desde el ejercicio de 2010 y, de nuevo, se trata de resolver las crisis con parches que agravarán el problema de los impagos de las instituciones europeas en el medio plazo. Se continúa a jugar con el pago efectivo de millones de euros sin proponer un nuevo marco presupuestario que sea capaz de solucionar el problema. Es por ello por lo que no he podido votar a favor de este informe.

Siôn Simon (S&D), *in writing*. — I voted against draft amending budget No 3/2014 on the revenue from fines, interest payments, reimbursements and repayments.

We are against what has been dubbed 'fresh money' at the end of this year's budget. We must put the principles of added value and efficiency at the heart of budgetary decision making in Europe.

Davor Ivo Stier (PPE), *napisan*. — Prije svega naglasio bih da su se Parlament, Vijeće i Komisija zajedničkom izjavom od 12. studenog 2013. obvezali da će se pobrinuti da Unija raspolaže financijskim sredstvima potrebnima za ispunjenje svojih pravnih obveza u 2014. i to osiguranjem urednog kretanja plaćanja i primjenom različitih mehanizama fleksibilnosti obuhvaćenih Uredbom o višegodišnjem financijskom okviru – VFO-om.

Podržavam prijedlog Komisije o nacrtu izmjene proračuna 3/2014 kojim se traži povećanje plaćanja i predlaže korištenje svih raspoloživih instrumenata kako bi se odgovorilo na manjak plaćanja u svim stavkama. Naročito pozdravljam dodjelu od više od 70 % zatraženog iznosa koji je, gledajući općenito, glavno područje u proračunu EU-a pogođeno manjkom plaćanja. Također pozivam Komisiju da u tom smislu izradi dugoročno rješenje te potičem Komisiju i Vijeće da primijene sve instrumente fleksibilnosti u sklopu višegodišnjeg financijskog okvira, VFO-a, kako bi se problem u međuvremenu dodatno smanjio.

Dubravka Šuica (PPE), *napisan*. — Podržavam prijedlog o izmjeni proračuna 2014. koji predviđa povećanje prihoda iz kazni i kamati s obzirom da znamo kako se dug posljednjih godina povećao te dosegnuo iznos od 23,4 milijardi eura, čime je premašio predviđanja Komisije a očekuje se i njegovo daljnje povećanje. Potrebno je iskoristiti sve instrumente fleksibilnosti kako bi se dug smanjio. Parlament mora redovno podnositi izvješća o očekivanom razvoju plaćanja. Cilj izmjena će biti ispunjen ako budemo imali jasan pregled prošlih i sadašnjih obveza koje se moraju poštovati kako bi se izbjegle financijske kazne.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

Ελευθέριος Συναδινός (NI), γραπτώς. — Η χρησιμοποίηση αποδεδειγμένων συγκεκριμένης χρήσης ως ενίσχυση κονδυλίων για την αποπληρωμή λανθασμένων και επιπόλαιων αποφάσεων προηγούμενων πολιτικών αλλοιώνει την αξιοπιστία και τη φερεγγυότητα της ΕΕ.

Marc Tarabella (S&D), *par écrit*. — L'auteur de la proposition a exposé devant nous, députés européens, ses motifs pour faire avaliser la modification en débat, en séance plénière lors de la session de décembre à Strasbourg. J'ai donc voté en faveur du texte relatif à la position du Conseil sur le projet de budget rectificatif n° 3/2014 de l'Union européenne pour l'exercice 2014, section III – Commission.

Ramon Tremosa i Balcells (ALDE), *in writing*. — I support all the measures taken in order to make a realistic budget and to apply all the flexibility instruments needed in order to come up with a long term solution in this respect. I welcome all transparency measures, such as a report back to the Parliament regularly on the expected evolution by the Commission.

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito*. — Desde o ano de 2010 tem-se verificado um agravamento do montante de faturas por liquidar e projetos com pagamentos suspensos. Este orçamento pretende contribuir para a resolução deste problema, mas fica muito aquém dos montantes necessários e canaliza verbas em áreas que não são a prioridade objetiva numa União Europeia com urgência em reduzir as desigualdades económicas e sociais.

Exemplo disso é a carta da Comissão do Desenvolvimento Regional sobre a matéria, que dá nota dos atrasos dos pagamentos na categoria da coesão, montantes que ascendem já a 23,4 mil milhões de euros, no final de 2013. No entanto, o documento também canaliza verbas para instrumentos ligados à Política de Segurança e Defesa, política com a qual não concordamos, quer pelo seu atentado claro à soberania de cada país quer pela perspectiva inaceitável da criação de uma Europa baseada na força das armas.

Harald Vilimsky (NI), *schriftlich*. — Ich habe gegen den Entwurf des Berichtigungshaushaltsplanes Nr. 3 gestimmt, da dieser die Zweckentfremdung der Bußgeldzahlungen der Mitgliedstaaten legitimiert, anstatt dass diese von der Europäischen Union zwischenverwahrt werden. Es wäre im Sinne der Sache, wenn zuerst die Mitgliedstaaten die Verfehlungen bereinigt haben und die Gelder nicht zu einer Finanzierung der EU verwendet werden, da dies nur ein Dasein auf Kredit auf lange Sicht zur Folge hätte.

Marco Zanni (EFDD), *per iscritto*. — Ho voluto sostenere questo e gli altri bilanci rettificativi per una questione di responsabilità. La situazione del bilancio europeo è infatti drammatica, con oltre 20 miliardi di debiti che devono ancora essere liquidati.

Questo accordo sul 2014 non risolve certo la situazione, ma almeno permette il pagamento di una parte delle fatture più urgenti che sono ancora in attesa. Con la situazione di crisi e generale ristrettezza presente in tutti gli Stati membri, ritengo fosse impossibile ottenere più del risultato che è stato raggiunto dopo settimane di difficili negoziati.

Il mio rammarico resta purtroppo per il 2015, poiché si è scelta una strada sbagliata, che va nella direzione opposta rispetto a una sana gestione di bilancio: aumenteremo ancora i debiti, poiché mancano le risorse per coprire le spese preventive.

È stata fatta una scelta molto pericolosa e poco seria, che denota una mancanza di responsabilità da parte di parecchi miei colleghi in quest'Aula: il prossimo anno saremo ancora a discutere delle medesime problematiche, forse addirittura aggravate, e sono sicuro che saranno quindi tutti costretti ad ammettere il fallimento delle strategie scelte in questo primo anno di nuova legislatura, sempre che abbiano l'umiltà e la ragionevolezza per farlo.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

Inês Cristina Zuber (GUE/NGL), *por escrito*. — Desde o ano de 2010 tem-se verificado um agravamento do efeito crescente e cumulativo de faturas por liquidar e projetos com pagamentos suspensos. Este orçamento rectificativo ensaia-se na resolução deste problema ficando muito aquém dos montantes necessários e canalizando verbas em áreas que não são a prioridade objetiva numa União Europeia com urgência em reduzir as desigualdades económicas e sociais. Exemplo disso é a carta da comissão do Desenvolvimento Regional sobre a matéria que dá nota dos atrasos dos pagamentos na categoria da Coesão, montantes que ascendem já a 23,4 mil milhões de euros, no final de 2013. No entanto, o documento também canaliza verbas para instrumentos ligados à Política de Segurança e Defesa, política com a qual estamos em profundo desacordo.

11.5. Entwurf des Berichtigungshaushaltsplans Nr. 4/2014 — Traditionelle Eigenmittel (TEM), MwSt-Bemessungsgrundlage und Bemessungsgrundlage des Bruttonationaleinkommens (BNE) (C8-0290/2014)

Dichiarazioni di voto orali

Maite Pagazaurtundúa Ruiz (ALDE). - Señor Presidente, hablaré del tema del Mediterráneo tantas veces como sea necesario, hasta que podamos tener una situación satisfactoria.

La situación en el Mediterráneo nos interpela; 3 224 personas murieron ahogadas en el Mediterráneo mientras intentaban alcanzar suelo europeo, según informó recientemente la Organización Internacional para las Migraciones. Este drama es solo una de las caras del complejo fenómeno de la inmigración hacia nuestros países y al que, desde esta institución, tenemos que dar solución ya: analizar sus causas y efectos desde posturas prudentes y sensatas, promover los flujos migratorios legales, la ayuda al desarrollo en los países de origen y una política internacional que evite crisis humanitarias, consecuencia de la violencia causada por el totalitarismo, por la codicia extrema, por los Estados fallidos y por la pobreza.

Y, por supuesto, tenemos que defender sin descanso que la gestión de la inmigración en la Unión Europea y en las fronteras se haga con estricto respeto de los derechos humanos y de la dignidad de los inmigrantes. Pensar en global pero actuar en local, Señorías. Resulta inevitable acercarnos a la realidad local de la inmigración también en las zonas fronterizas de la Unión Europea.

Considero fundamental una aproximación integral a la inmigración.

Peter Jahr (PPE). - Herr Präsident! Ich möchte noch einmal darauf verweisen, dass wir den korrigierten Haushaltsabschluss 2014 hinbekommen haben, dass wir einen Haushalt 2015 beschlossen haben. Dass wir nicht in die befürchteten Liquiditätsengpässe geraten sind, haben wir auch der Konsequenz und weitsichtigen Verhandlungsführung unseres Parlaments zu verdanken, das durch Umschichtung, durch Kompromissfindungen einen Weg gefunden hat, damit die Europäische Union insgesamt zahlungsfähig ist. Es wäre auch eine riesengroße Blamage in der Öffentlichkeit gewesen. Wir sprechen einerseits von ständig neu aufgelegten Investitionsprogrammen, und andererseits haben wir einen Liquiditätsengpass, wären also nicht in der Lage gewesen, Rechnungen, die anliegen, ganz einfach zu bezahlen.

Nur ein Beispiel, wie schön die Welt sein könnte, wenn die Mitgliedstaaten ihre Mitgliedsbeiträge ordentlich bezahlen würden: Wir haben etwas sinkende Einnahmen gehabt durch das sinkende Bruttoinlandsprodukt. Wir haben etwas sinkende Einnahmen gehabt durch die reduzierten Mehrwertsteuerumsätze. Wir haben andererseits mehr Strafsteuern einnehmen können. Aus diesem Saldo ergäbe sich ein Plus. Also die Welt wäre schön. Ich appelliere noch einmal an die Mitgliedstaaten, ihre Mitgliedsbeiträge ordentlich zu entrichten.

Dichiarazioni di voto scritte

Marina Albiol Guzmán (GUE/NGL), *por escrito*. — He votado a favor del presente proyecto de presupuesto rectificativo debido a que señala el problema de reducción de las aportaciones de los Estados miembros tras la decisión del Reino Unido de mantener su método de cálculo del PIB. El presente informe indica la reducción, tanto en pagos como en crédito, que determinadas instituciones europeas tendrán que afrontar debido a esta irresponsable decisión. La propuesta garantiza que se hagan los pagos necesarios y a la vez critica las consecuencias de la reducción de los recursos propios de la Unión Europea. Es por esto por lo que he decidido votar a favor del presente informe.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

Jonathan Arnott (EFDD), *in writing*. — Whilst a new Data Supervisor could not be appointed and this resulted in some saving, it also changes the expected contributions from Member States based upon macroeconomic data.

Zigmantas Balčytis (S&D), *raštu*. — Balsavau už visus 2014 m. taisomojo biudžeto projektus bei už Europos Parlamento ir Tarybos pasiektą susitarimą dėl 2015 m. biudžeto. Sveikinu Europos Parlamento derybininkus, kurie pasiekė, kad neatidėliotinoms šių metų ES biudžeto skoloms apmokėti būtų skirta 4,25 mlrd. eurų ir kad Europos Komisija būtų įpareigota parengti laipsnišką neapmokėtų sąskaitų sumažinimo planą bei ateityje nustatyti tvarią skolų ribą. Parlamento dėka įsipareigojimams bus skirta 0,5 mlrd. eurų daugiau nei siūlė ES Taryba. Daugiau lėšų bus skirta ES mokslinių tyrimų programai „Horizontas 2020“ bei studentų ir jaunimo mainų programai „Erasmus+“. Sveikintina, kad padidintas finansavimas Europos kaimynystės programoms, humanitarinei pagalbai bei bendrai užsienio saugumo politikai, o tai atsižvelgiant į šią dieną Europoje yra labai aktualu. Tačiau nepritariu finansavimo sumažinimui Europos žemės ūkio garantijų fondui, nes tai atsilieps daugeliui ES ūkininkų, kurie yra atsidūrę itin sunkioje padėtyje dėl užsitęsusio Rusijos embargo, ir kuriems yra būtina ES pagalba.

Izaskun Bilbao Barandica (ALDE), *por escrito*. — He votado a favor, porque este proyecto de presupuesto rectificativo permitirá reducir la necesidad de los recursos propios adicionales para el presupuesto de la Unión en 2 433 millones de euros que, junto con los presupuestos rectificativos n^{os} 3, 8 y 6, compensarán las necesidades de pago solicitadas en el proyecto del presupuesto rectificativo n^o 3, tal y como se recogen en las condiciones del 8 de diciembre de 2014.

Dominique Bilde (NI), *par écrit*. — Le Parlement européen et le Conseil sont parvenus à un accord sur un projet d'ensemble comprenant le nouveau projet de budget 2015 et les projets de budgets rectificatifs (PBR) en suspens pour 2014. Il comprend donc la révision des prévisions relatives aux ressources propres traditionnelles (RPT, c'est-à-dire les droits de douane et les cotisations dans le secteur du sucre) et aux assiettes TVA et RNB. Il comprend aussi le montant des corrections britanniques ainsi que leur financement, qui ont pour effet de modifier la réparation entre États membres. Enfin, il comprend les prévisions relatives aux autres recettes notamment les amendes. J'ai donc voté contre ce projet de budget rectificatif.

Mara Bizzotto (NI), *per iscritto*. — Ho votato a favore di questo provvedimento che si occupa della revisione delle previsioni relative alle risorse proprie tradizionali (RPT), cioè contributi del settore dello zucchero e dei dazi doganali, dell'UE.

José Blanco López (S&D), *por escrito*. — He votado a favor de este informe que forma parte del acuerdo global para aprobar el presupuesto rectificativo de 2014 y el presupuesto de 2015. En concreto, este capítulo tiene por objeto una revisión de las previsiones relativas a los recursos propios tradicionales (derechos de aduanas y cotizaciones en el sector del azúcar), así como la nueva revisión de las previsiones de otros ingresos procedentes de un conjunto de multas que han pasado a ser definitivas y que, por consiguiente, pueden consignarse en el presupuesto. Por tanto, forma parte del acuerdo global que permitirá el pago de las facturas pendientes, para lo que se ha acordado la cantidad de 4 700 millones de euros para el periodo 2014-2015. Además, la Comisión, el Consejo y el Parlamento han acordado un plan de pagos destinado a reducir el nivel de las facturas impagadas dentro del marco plurianual actual. Los 4 700 millones de euros acordados permitirán cumplir con parte de las facturas acumuladas, contribuyendo así a aliviar la situación de muchas pymes, universidades, colectividades locales y ONG. De cara a 2015, se ha acordado destinar 145 321,5 millones de euros a créditos de compromiso y 141 214,040 563 millones de euros a créditos de pago. Por todo ello, he votado a favor.

Steeve Briois (NI), *par écrit*. — Le Parlement européen et le Conseil sont parvenus à un accord sur un projet d'ensemble comprenant le nouveau projet de budget 2015 et les projets de budgets rectificatifs (PBR) en suspens pour 2014. Il comprend donc la révision des prévisions relatives aux ressources propres traditionnelles (RPT, c'est-à-dire les droits de douane et les cotisations dans le secteur du sucre) et aux assiettes TVA et RNB. Il comprend aussi le montant des corrections britanniques ainsi que leur financement, qui ont pour effet de modifier la réparation entre États membres. Enfin, il comprend les prévisions relatives aux autres recettes notamment les amendes. J'ai donc voté contre ce projet de budget rectificatif.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

Daniel Buda (PPE), *în scris*. — Am votat în favoarea proiectului de buget rectificativ care are scopul de a reduce creditele bugetare pentru Autoritatea Europeană pentru Protecția Datelor. Sunt de acord cu revizuirea privind resursele proprii tradiționale, adică a taxelor vamale și a cotizațiilor pentru sectorul zahărului, dar și includerea în buget a corecțiilor relevante, precum și finanțarea acestora ca rezultat al modificării repartizării acestor resurse proprii între statele membre și contribuțiile de la bugetul UE.

Sunt convins de faptul că impactul global în ceea ce privește veniturile va reprezenta o scădere substanțială a condițiilor resurselor proprii și va constitui un ajutor important pentru toate statele membre ale UE.

Gianluca Buonanno (NI), *per iscritto*. — Ho espresso voto favorevole. Revisione delle previsioni relative alle risorse proprie tradizionali (RPT, vale a dire i dazi doganali e i contributi nel settore dello zucchero) e alle basi IVA e RNL, nonché la contabilizzazione delle pertinenti correzioni britanniche e del loro finanziamento, che comportano una modifica della ripartizione fra gli Stati membri dei contributi al bilancio UE a titolo delle risorse proprie. Riassegnazione di 248 460 EUR dagli stanziamenti per il Garante europeo della protezione dei dati (causa ritardo nella nomina) agli aiuti umanitari. Aumento delle entrate di 3,85 miliardi di EUR, dovuto principalmente all'iscrizione in bilancio di multe e interessi di mora che hanno assunto carattere definitivo, con conseguente sgravio dalle contribuzioni a carico degli Stati membri.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), *per iscritto*. — Siamo d'accordo con questo progetto di bilancio che riassegna alcuni fondi sulle linee relative agli aiuti umanitari.

Alberto Cirio (PPE), *per iscritto*. — Questo progetto di bilancio rettificativo ha più valenza tecnica che politica in quanto si limita a contabilizzare alcune entrate aggiuntive, alcune uscite inferiori e una redistribuzione di risorse fra i capitoli del bilancio. Il mio voto a favore è in realtà una mera presa d'atto.

Lara Comi (PPE), *per iscritto*. — Ho votato favorevolmente il bilancio rettificativo n. 4/2014 che riguarda principalmente un surplus del bilancio 2013, ovvero un aggiornamento delle previsioni delle entrate sia proveniente dall'IVA che da alcune multe. Durante i negoziati con il Consiglio, il Parlamento ha deciso di costituire un «pacchetto» con gli altri PBR, per compensare le maggiori entrate non previste, con le necessità di pagamento contenute negli altri bilanci rettificativi.

Therese Comodini Cachia (PPE), *in writing*. — I have voted in favour of this report so that the European Union can fulfil its obligations, and since this Draft Amending Budget (DAB) is crucial to avoid cash shortages that could lead to an implementation deficit in 2014. Adoption of DAB No 4/2014 will reduce the need for additional own resources for the Union Budget.

Ignazio Corrao (EFDD), *per iscritto*. — Il progetto di bilancio rettificativo n. 4/2014 prevede la riduzione delle risorse per il Garante europeo della protezione dei dati, una revisione delle previsioni relative alle risorse proprie tradizionali, quali i dazi doganali e i contributi nel settore dello zucchero, una revisione delle previsioni relative ad altre entrate provenienti da multe. Ciò comporta una modifica dell'entità e della ripartizione fra gli Stati membri dei loro contributi al bilancio dell'Unione a titolo delle risorse proprie.

Voto a favore della presente risoluzione in quanto l'adozione del PBR n. 4/2014 ridurrà il fabbisogno di risorse proprie aggiuntive per il bilancio dell'Unione che, assieme alla riduzione delle quote dei contributi degli Stati membri basati sul reddito nazionale lordo al bilancio dell'Unione, compenserà pienamente i fabbisogni di pagamenti supplementari richiesti nel PBR n. 3/2014, come convenuto nelle conclusioni comuni dell'8 dicembre 2014.

Javier Couso Permuy (GUE/NGL), *por escrito*. — He votado a favor del presente proyecto de presupuesto rectificativo debido a que señala el problema de reducción de las aportaciones de los Estados miembros tras la decisión del Reino Unido de mantener su método de cálculo del PIB. El presente informe indica la reducción, tanto en pagos como en crédito, que determinadas instituciones europeas tendrán que afrontar debido a esta irresponsable decisión. La propuesta garantiza que se hagan los pagos necesarios y a la vez critica las consecuencias de la reducción de los recursos propios de la Unión Europea. Es por esto por lo que he decidido votar a favor del presente informe.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

Miriam Dalli (S&D), *in writing*. — This Draft Amending Budget concerns a revision of the forecast of traditional own resources, i.e. customs duties and sugar sector levies, VAT and Gross National Income (GNI) bases, and the budgeting of the relevant UK corrections. It also reduces budgetary commitment and payment appropriations for the European Data Protection Supervisor and proposes some modifications to the nomenclature of the European Regional Development Fund to reflect the adopted legal basis. Keeping in mind that this DAB is crucial to avoid cash shortages that could lead to an implementation deficit in 2014 I voted in favour of it.

Rachida Dati (PPE), *par écrit*. — Ce projet de budget rectificatif n° 4 fait état de la baisse des ressources propres mais budgétise dans le même temps le revenu additionnel issu des amendes et des retards de paiements pour un montant de 2,433 milliards d'euros, réduisant, en conséquence, la contribution des États membres. Notons par ailleurs que ce budget rectificatif réoriente des crédits en paiements pour l'aide humanitaire pour 2014.

Tamás Deutsch (PPE), *írásban*. — Az Európai Parlament ma nagy többséggel elfogadta a 2015. évi uniós költségvetést és a 2014. évi többletforrásokról szóló módosításokat. A megállapodás óriási előnye, hogy azzal még idén elfogadásra kerülhet a 2015-ös uniós költségvetés, azaz jövőre nem csak az idei költségvetés tizenkettédét lehetne kifizetni havonta. 2014-re így 4 milliárd euró többletforrást mozgósítanak, amelyből 3,5 milliárd euró úgynevezett „friss pénz”, azaz nem átcsoportosítások eredménye.

Az EP csak azzal a feltétellel járult hozzá a jövő évi EU-költségvetés elfogadásához, hogy az Európai Bizottság tervet dolgoz ki a kifizetetlen számlák fenntartható szintre csökkentésére. 2014-ben már 23,4 milliárd euró a korábbi évről áthúzódó számla kifizetését kell megoldani. Ehhez is biztosítja a mai szavazás a közel 4 milliárd eurós többletforrást.

Az Európai Parlament mai döntésével biztosítottak az idei és a jövő évi költségvetés Magyarországnak járó agrár- és kohéziós forrásai is. A magyar néppárti delegáció, együtt az Európai Néppárttal, hazánk nemzeti érdekeinek képviselőiben felelősségteljesen döntött és megszavazta a 2015. évi uniós költségvetést és az ahhoz kapcsolódó megállapodásban szereplő valamennyi jelentést. A megállapodás részét képezik a Szolidaritási Alapot mozgósító jelentések is, amelyek az Európa különböző régióit sújtó természeti katasztrófák okozta károkat enyhítik.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI), *γραφτώς*. — Καταψήφισα την έκθεση, διότι η αναθεώρηση των προβλέψεων των Παραδοσιακών Ιδίων Πόρων γίνεται για την ικανοποίηση πολιτικών συγκεκριμένων χωρών και όχι για το καλό των πολιτών, στο σύνολό τους.

José Manuel Fernandes (PPE), *por escrito*. - O projeto de orçamento retificativo (POR) n.º 4/2014 abrange uma revisão das previsões dos recursos próprios tradicionais (RPT, ou seja, direitos aduaneiros e quotizações no setor do açúcar), as bases IVA e Rendimento Nacional Bruto (RNB), a orçamentação das correções relativas ao Reino Unido, e uma revisão das previsões de outras receitas provenientes de coimas, dando origem a uma alteração do nível e da distribuição entre os Estados-Membros das suas contribuições para o orçamento da União a título dos recursos próprios. Este POR n.º 4/2014, alterado pela carta retificativa n.º 1, abrange uma revisão das previsões dos recursos próprios tradicionais (RPT, ou seja, direitos aduaneiros e quotizações no setor do açúcar), com base nos cálculos da Comissão e noutros elementos, bem como uma revisão das previsões de outras receitas provenientes de coimas que se tornaram definitivas e podem, por conseguinte, ser inscritas no orçamento. A descida dos RPT, estimada em cerca de 646,1 milhões de euros, e do recurso próprio baseado no IVA, estimada em 192,4 milhões de euros, é compensada pelas coimas acima citadas num montante cumulado de 2 433 milhões de euros e, portanto, reduz automaticamente a necessidade de contribuições adicionais com base no RNB em 1 594,5 milhões de euros.

João Ferreira (GUE/NGL), *por escrito*. — Com este 4º Orçamento Retificativo pretende-se abranger uma revisão das previsões de recursos próprios (RP) tradicionais, como direitos aduaneiros e as quotizações do setor do açúcar, as bases do IVA e do RNB, a orçamentação das correções correspondentes ao Reino Unido, a revisão de receitas provenientes de coimas. Daqui resulta uma alteração do nível e distribuição entre Estados-Membros das contribuições para o orçamento geral da UE, a título destes recursos.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

Se por um lado se observa a descida dos RP tradicionais em 646,1 milhões de euros e dos RP baseados no IVA em 192,4 milhões de euros, por outro lado, verifica-se um aumento no que respeita a multas e juros de mora de 2.433 milhões de euros. A partir daí, são reduzidas as contribuições nacionais com base no RNB em 1.594,5 milhões de euros. Discordamos desta opção. Discordamos que se aliviem as contribuições nacionais, medida de que beneficiam os grandes países e que empobrece a função redistributiva do orçamento. O que se exigia era um reforço extra de um orçamento bastante exíguo, para fazer face aos objetivos da coesão – que, cada vez mais, são mera letra morta nos tratados.

Neste caso, propõe-se uma redução das dotações da Autoridade Europeia para a Proteção de Dados, canalizando-as para a ajuda humanitária.

Λάμπρος Φουντούλης (NI), γραπτώς. — Η αναθεώρηση των προβλέψεων των Παραδοσιακών Ιδίων Πόρων γίνεται για την ικανοποίηση των πολιτικών συγκεκριμένων χωρών και όχι για το καλό των πολιτών, στο σύνολό τους. Γι' αυτό τον λόγο καταψηφίζω το σχέδιο διορθωτικού προϋπολογισμού αριθ. 4/2014

Lidia Joanna Geringer de Oedenberg (S&D), na piśmie. — Szanowni Państwo! Wyrównanie do budżetu na rok 2014 zostało przyjęte, a gratulacje należą się każdemu głosującemu „za”. Negocjacje Parlamentu i Rady były ciężkie, ale trudności, jakie im towarzyszyły odchodzą w niepamięć tak samo, jak odejdzie w zapomnienie część zaległych rachunków.

Dodatkowe 4,25 mld euro na uregulowanie niezapłaconych rachunków z roku 2014, w tym ponad 4 mld euro w ramach tzw. *contingency margin*, z całą pewnością pomogą w stabilizacji unijnego długu. Stałe odkładanie ich zapłaty drażniłoby jedynie dziury w następnych rocznych budżetach. Musimy dołożyć wszelkich starań, by obietnica osiągnięcia całkowitej równowagi budżetowej do 2016 r. stała się faktem. Głównym celem planu spłat jest sukcesywne zmniejszanie ich ilości i o tym należy pamiętać.

Cieszymy się, że płatności dla firm pracujących przy projektach opłacanych z funduszy UE w państwach członkowskich zostaną wreszcie uregulowane. Cieszy również fakt, że Parlament Europejski już bardzo dobrze czuje się przy stole, przy którym zasiada z Komisją i Radą.

Tania González Peñas (GUE/NGL), por escrito. - Podemos se ha abstenido ante el presupuesto rectificativo nº 4 por entender que da una solución muy insuficiente al problema de los pagos suspendidos y que forma parte de un acuerdo austericida e insolidario que incluye el presupuesto 2015 que Podemos rechaza.

Ivan Jakovčić (ALDE), napisan. — Glasovao sam za prijedlog Rezolucije o stajalištu Vijeća o nacrtu izmjene proračuna br. 4/2014 zato jer će navedene izmjene smanjiti potrebu za dodatnim vlastitim sredstvima za proračun Europske unije te će se također smanjiti sredstva koja su namijenjena europskom nadzorniku za zaštitu podataka. Izmjene, koje se ponajprije temelje na reviziji predviđanja tradicionalnih vlastitih sredstava i osnovica PDV-a i BND-a, uzimaju u obzir i konačne novčane kazne koje se mogu unijeti u proračun.

Smatram da su izmjene proračuna br. 4/2014 uravnotežene i da će, barem djelomično, koristiti financijskoj stabilnosti Unije.

Pablo Iglesias (GUE/NGL), por escrito. - Podemos se ha abstenido ante el presupuesto rectificativo nº 4 por entender que da una solución muy insuficiente al problema de los pagos suspendidos y que forma parte de un acuerdo austericida e insolidario que incluye el presupuesto 2015 que Podemos rechaza.

Giovanni La Via (PPE), per iscritto. - Il progetto di bilancio rettificativo n. 4/2014 riguarda principalmente un surplus del bilancio 2013, che consiste in un aggiornamento delle previsioni delle entrate sia provenienti dall'IVA, che da alcune multe. Durante il negoziato il Parlamento ha deciso strategicamente di formare un «pacchetto» con gli altri PBR, al fine di compensare le maggiori entrate non previste, con le necessità di pagamento contenute negli altri bilanci correttivi.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

Paloma López Bermejo (GUE/NGL), por escrito. — He votado a favor del presente proyecto de presupuesto rectificativo debido a que señala el problema de reducción de las aportaciones de los Estados miembros tras la decisión del Reino Unido de mantener su método de cálculo del PIB. El presente informe indica la reducción, tanto en pagos como en crédito, que determinadas instituciones europeas tendrán que afrontar debido a esta irresponsable decisión. La propuesta garantiza que se hagan los pagos necesarios y a la vez critica las consecuencias de la reducción de los recursos propios de la Unión Europea. Es por esto por lo que he decidido votar a favor del presente informe.

Antonio López-Istúriz White (PPE), por escrito. — La adopción de esta propuesta de Resolución sobre el proyecto de presupuesto rectificativo nº 4/2014 reducirá la necesidad de recursos propios adicionales para el presupuesto de la Unión en 2 433 millones de euros y servirá por lo tanto para, junto con las acciones de reducción de la contribución de la RNB de los Estados miembros al presupuesto de la Unión resultantes de los PPR nº 3/2014, nº 8/2014 y nº 6/2014, compensar plenamente las necesidades de pagos adicionales solicitados en el PPR nº 3/2014, tal como se acordó en las conclusiones conjuntas de 8 de diciembre de 2014.

Es por estos motivos por lo que he votado a favor de esta propuesta

Ivana Maletić (PPE), napisan. — Europska komisija je u izmjeni nacrta proračuna broj 4 uključila iznos od 2,4 milijarde eura koji je nastao prikupljanjem kazni i kamatama na kasne uplate. Iznos od 2,4 milijarde eura pokrit će manjak od 838,5 milijuna eura koji je nastao manjim priljevom vlastitih resursa Unije (manjak od 646,1 milijun eura na temelju pristojbi na uvoz i manjak od 192,4 milijuna eura utemeljenog na PDV-u).

Podržala sam Izvješće o izmjeni nacrta proračuna broj 4, jer je riječ o uključivanju realiziranih prihoda temeljem čega će se moći smanjiti doprinosi na temelju bruto nacionalnog dohotka za 1,59 milijarde te tako smanjiti opterećenje na proračune država članica.

Andrejs Mamikins (S&D), rakstiski. — Es nobalsoju “par”, jo šis lēmums gāja kopā ar budžeta grozījumiem 2014. gadā.

Fulvio Martusciello (PPE), per iscritto. - Il bilancio rettificativo n. 4/2014 riguarda, in particolare, lo stato generale delle entrate e delle spese, in linea con la rettifica del bilancio 2014 relativo ad altre materie. Anche in questo caso la Commissione ha dovuto aumentare, in sede di negoziato, la cifra prevista relativamente alle entrate fino a quasi 4 miliardi di euro. L'aggiornamento delle cifre relative alle entrate dipende soprattutto dagli introiti avuti a seguito di multe e dalla riduzione delle spese amministrative.

Νότης Μαρτιάς (ECR), γραπτώς. — Υπερψήφισα την έκθεση «Deprez Σχέδιο διορθωτικού προϋπολογισμού αριθ. 4/2014 — παραδοσιακοί ίδιοι πόροι (ΠΙΠ), βάσεις ΦΠΑ και ακαθάριστου εθνικού εισοδήματος (ΑΕΕ)», διότι δι' αυτής αντιμετωπίζονται επιτακώς τα υπό εξέταση θέματα.

Barbara Matera (PPE), per iscritto. — Il documento a firma del collega Deprez, relativo al progetto di bilancio rettificativo, fa riferimento ad un'aggiunta di bilancio, per l'anno 2013, che tiene conto delle previsioni di entrate derivanti dall'IVA e dal pagamento di multe.

La relazione appare razionale ed esaustiva e per questo ho ritenuto opportuno sostenerla con il mio voto favorevole.

Georg Mayer (NI), schriftlich. — Da einige Faktoren des Berichtigungshaushaltsplans durchaus positiv erscheinen mögen, wie zum Beispiel die Berichtigungshaushaltspläne Nr. 4, 6 und 8, könnte man zu der Ansicht gelangen, die Entwürfe als Ganzes abzusegnen. Der Umstand, dass das Gesamtbudget jedoch immer noch viel zu hoch ist, um es vernünftig und vor allem nachhaltig über die nächsten Jahre finanzieren zu können, wiegt jedoch schwerer und wird von mir abgelehnt.

Jean-Luc Mélenchon (GUE/NGL), par écrit. — Comme chaque année, l'UE multiplie les budgets rectificatifs (9 en 2013) sans parvenir à redresser sa situation budgétaire délicate. Du fait de la contraction historique du budget 2014 (baisse de 10 milliards, soit moins 6 %), les impayés continuent de s'accumuler sans pouvoir financer la moindre nouvelle priorité. Ce budget rectificatif permet d'enregistrer de nouvelles recettes exceptionnelles d'amendes perçues par l'UE. Mais loin d'abonder le budget pour réduire les impayés, cette ressource est compensée par une baisse des contributions normalement dues par les États. Cette nouvelle manipulation austéritaire est aberrante car le montant des amendes est par définition instable. L'Europe s'enfonce dans une mauvaise gestion à courte vue. Ayant déjà voté contre le budget 2014 en novembre 2013, je vote contre ce budget modificatif aussi artificiel que dérisoire.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

Nuno Melo (PPE), *por escrito*. — O presente projeto de orçamento retificativo (POR) n.º 4/2014 abrange uma revisão das previsões dos recursos próprios tradicionais (RPT, ou seja, direitos aduaneiros e quotas no setor do açúcar), as bases IVA e Rendimento Nacional Bruto (RNB), a orçamentação das correções correspondentes do Reino Unido e uma revisão das previsões de outras receitas provenientes de coimas, resultando numa alteração do nível e da distribuição entre os Estados-Membros das suas contribuições para o orçamento da União a título dos recursos próprios. Daí o meu voto favorável.

Roberta Metsola (PPE), *in writing*. — I voted in favour of this report because it highlights the various measures agreed by the Commission, Council and Parliament to balance the additional funds required from Member States for DAB No 3/2014. I also support the adoption of DAB No 4/2014 as it will reduce the need for additional own resources for the Union budget.

Marlene Mizzi (S&D), *in writing*. — I am in agreement with the draft amending budget No 4/2014 on traditional own resources (TOR), VAT and Gross National Income (GNI) bases.

Sophie Montel (NI), *par écrit*. — Le Conseil, la Commission et le Parlement européen ont fini par trouver un accord sur le projet de budget général 2015 de l'Union européenne et le dernier «paquet» des budgets rectificatifs (PBR) 2014. Parmi les budgets rectificatifs, le numéro 4 comprend la révision des prévisions concernant les ressources propres traditionnelles (RPT) (les droits de douane et les cotisations dans le secteur du sucre), les assiettes de TVA et le revenu national brut des États membres (RNB). Ce budget rectificatif tient aussi compte du montant des corrections britanniques et de leur modalité de financement qui aura un impact direct sur la répartition des contributions des États membres. Ce PBR 4 contient également les prévisions relatives aux autres recettes et en particulier les amendes. J'ai évidemment voté contre ce projet de budget rectificatif n° 4 au motif que je m'oppose à tout transfert de souveraineté nationale, budgétaire et autre.

Alessandra Mussolini (PPE), *per iscritto*. — Ho votato favorevolmente al progetto di bilancio rettificativo n. 4/2014 che prevede un aggiornamento e revisione delle previsioni relative ai dazi doganali e contributi nel settore dello zucchero, alle basi dell'IVA e del reddito nazionale lordo, alle altre entrate provenienti da multe, comportando perciò una modifica della ripartizione fra gli Stati membri dei loro contributi al bilancio dell'Unione a titolo delle risorse proprie.

Victor Negrescu (S&D), *în scris*. — Am votat pentru acest proiect care prevede ajustări bugetare în raport cu recalcularea bazei de impozitare și de calculare a resurselor financiare la bugetul Uniunii Europene. Această rectificare ilustrează dificultățile cu care se confruntă Uniunea Europeană în ceea ce privește evidența corectă și coerentă a venitului național brut al fiecărui stat membru și calculul ratei de contribuții la bugetul european comun.

Younous Omarjee (GUE/NGL), *par écrit*. — Je me suis abstenu sur ce projet de budget rectificatif car, bien qu'il permette le financement d'une petite partie des programmes de recherche ou le remboursement de quelques bénéficiaires des fonds européens, je déplore que les États membres aient préféré réduire leurs engagements vis à vis de l'Europe juste pour ne pas aggraver leur dette nationale. Ce budget rectificatif ne résout en rien la situation budgétaire générale critique, ni ne met un terme à l'effet boule de neige de l'accumulation des impayés.

Urmas Paet (ALDE), *kirjalikult*. — Toetasin ettepanekut, sest see aitab märkimisväärselt suurendada Euroopa Liidu kulude tegemise efektiivsust.

Aldo Patriciello (PPE), *per iscritto*. — Il progetto di bilancio rettificativo (PBR) n. 4/2014 riguarda una revisione delle previsioni relative alle risorse proprie tradizionali e alle basi dell'IVA e del reddito nazionale lordo (RNL), la contabilizzazione delle pertinenti correzioni britanniche e una revisione delle previsioni relative ad altre entrate provenienti da multe, e comporta pertanto una modifica dell'entità e della ripartizione fra gli Stati membri dei loro contributi al bilancio dell'Unione a titolo delle risorse proprie. Il PBR n. 4/2014 è indispensabile per evitare carenze di liquidità suscettibili di comportare un deficit di esecuzione nel 2014. Per tali ragioni esprimerei il mio voto favorevole.

Florian Philippot (NI), *par écrit*. — Le projet de budget rectificatif n° 6 prévoit la réduction des crédits budgétaires relatifs au Fonds européen des affaires maritimes et la pêche et à la réserve pour les accords de partenariat dans le domaine de la pêche durable, pour un montant total de 76,3 millions d'euros en crédits d'engagement et de 6,2 millions d'euros en crédits de paiement. Dans le même temps, ce PBR prévoit l'augmentation des crédits budgétaires au Médiateur européen pour un montant de 93 500 euros. Ce projet de budget rectificatif est encore une fois mal ficelé et aura pour conséquence une réduction des crédits réservés aux professionnels de la pêche, pourtant confrontés à de très grandes difficultés. De plus, rien ne permet d'apprécier le montant de la baisse de la part RNB pour la France. Enfin, comment peut-on sérieusement envisager une baisse générale de la contribution RNB des États membres alors que l'Union eur-

Mittwoch, 17. Dezember 2014

opéenne est confrontée à une grave crise des paiements? Ces mesures cosmétiques ne régleront absolument pas la crise budgétaire à laquelle l'Union est confrontée. C'est pourquoi j'ai décidé de voter contre le PBR n° 6/2014.

Andrej Plenković (PPE), *napisan*. — Izmjena proračuna broj 4 sastavni je dio paketa izmjena koje osiguravaju uravnoteženje proračunskih prihoda i rashoda za 2014. godinu.

Posljednjih tjedana je kroz trijalog tražen kompromis oko konačne visine iznosa za plaćanja. Smatram da su predložene izmjene minimum potreban za podmirenje obveza nastalih provedbom velikog broja programa i projekata koji su već prethodno bili odobreni od Vijeća te su već u raznim stadijima provedbe. Podrazumijeva se da preuzete obveze moramo ispuniti, pridržavajući se zadanog VFO-a te ujedno iskoristiti i ostale prihode nastale od novčanih kazni.

Smatram da je neupitna provedba revizije financiranja proračuna iz tradicionalnih vlastitih sredstava koja se u 2014. godini trebaju uplatiti u proračun, kao i revizija osnovica poreza na dodanu vrijednost i bruto nacionalnog dohotka za 2014. Radi se ustaljenoj praksi gdje su ažurna gospodarska predviđanja temelj za točnija predviđanja prihoda, a sukladno tome točnija plaćanja država članica u proračun. Isto tako se u slučaju Ujedinjene Kraljevine provodi korekcija kojoj je svrha neutralizacija neto „neočekivanih dobitaka” tradicionalnih vlastitih sredstava, a koja se odnosi na razdoblje od 2011. do 2013. godine. S ovim korekcijama slijedimo pravila koja se primjenjuju od 2007. godine definirana Odlukom Vijeća o sustavu vlastitih sredstava Europskih zajednica (2007/436/EZ, Euratom).

Franck Proust (PPE), *par écrit*. — Par le biais de ce texte, il revient au Parlement européen d'avaliser la révision de certaines lignes budgétaires de l'année 2014, dont notamment l'inclusion des amendes et la révision de la contribution de la Grande-Bretagne au budget européen. Je suis favorable à une telle mesure.

Paulo Rangel (PPE), *por escrito*. — Considerando que o projeto de orçamento retificativo (POR) n.º 4/2014 abrange uma revisão das previsões dos recursos próprios tradicionais (direitos aduaneiros e quotas no setor do açúcar, prevendo uma redução de 2 433 milhões de euros), as bases IVA e Rendimento Nacional Bruto (RNB - reduzindo automaticamente a necessidade de contribuições adicionais com base no RNB em 1594, 5 milhões de euros), a orçamentação das correções correspondentes do Reino Unido e uma revisão das previsões de outras receitas provenientes de coimas, resultando numa alteração do nível e da distribuição entre os Estados-Membros das suas contribuições para o orçamento da União a título dos recursos próprios. Sendo que este POR n.º 4/2014 também reduz as dotações para autorizações e pagamentos para a Autoridade Europeia para a Proteção de Dados em 248 460 euros e que é essencial para evitar a escassez de liquidez suscetível de conduzir a um défice de execução em 2014, votei favoravelmente a presente resolução que aprova a posição do Conselho sobre o projeto de orçamento retificativo n.º 4/2014.

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D), *por escrito*. — Tras arduas negociaciones, se ha alcanzado un acuerdo que permitirá el pago de las facturas pendientes, para lo que se ha acordado la cantidad de 4 800 millones de euros para el periodo 2014-2015. Además, la Comisión, el Consejo y el Parlamento han acordado un plan de pagos destinado a reducir el nivel de las facturas impagadas dentro del marco plurianual actual. A lo largo de este año se ha acumulado un nivel de impagos sin precedentes. Los 4 800 millones de euros acordados permitirán cumplir con parte de las facturas acumuladas, contribuyendo así a aliviar la situación de muchas pymes, universidades, colectividades locales y ONG. De cara a 2015, se ha acordado destinar 145 321,5 millones de euros a créditos de compromisos y 141 214,040 563 millones de euros a créditos de pago. Por todo ello, he votado a favor.

Teresa Rodríguez-Rubio (GUE/NGL), *por escrito*. - Podemos se ha abstenido ante el presupuesto rectificativo nº 4 por entender que da una solución muy insuficiente al problema de los pagos suspendidos y que forma parte de un acuerdo austericida e insolidario que incluye el presupuesto 2015 que Podemos rechaza.

Lola Sánchez Caldentey (GUE/NGL), *por escrito*. - Podemos se ha abstenido ante el presupuesto rectificativo nº 4 por entender que da una solución muy insuficiente al problema de los pagos suspendidos y que forma parte de un acuerdo austericida e insolidario que incluye el presupuesto 2015 que Podemos rechaza.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito*. - He votado a favor del presente proyecto de presupuesto rectificativo debido a que señala el problema de reducción de las aportaciones de los Estados miembros tras la decisión del Reino Unido de mantener su método de cálculo del PIB. El presente informe indica la reducción, tanto en pagos como en crédito, que determinadas instituciones europeas tendrán que afrontar debido a esta irresponsable decisión. La propuesta garantiza que se hagan los pagos necesarios y a la vez critica las consecuencias de la reducción de los recursos propios de la Unión Europea. Es por esto por lo que he decidido votar a favor del presente informe.

Siôn Simon (S&D), *in writing*. — I voted with the majority to support draft amending budget No 4/2014 on traditional own resources (TOR), VAT and gross national income (GNI) bases.

Draft amending budget No 4/2014 calls for a revision of the forecast of TOR, VAT and Gross National Income (GNI) bases, the budgeting of the relevant UK corrections, and a revision of the forecast of other revenue arising from fines. This would result in a change in the level and distribution between Member States of their own resources contributions to the Union budget.

The adoption of DAB No 4/2014 will reduce the need for additional own resources for the Union budget by EUR 2 433 million and will therefore, together with the reduced shares of the GNI contribution from Member States to the Union budget, fully compensate for the additional payment needs requested in DAB No 3/2014, as agreed in the joint conclusions of 8 December 2014.

Davor Ivo Stier (PPE), *napisan*. — Podržao sam Izvješće o izmjeni nacrta proračuna broj 4 jer je riječ o uključivanju realiziranih prihoda temeljem čega će se moći smanjiti doprinosi na temelju bruto nacionalnog dohotka za 1,59 milijardi te samim time smanjiti opterećenje zemalja članica.

Europska komisija je u izmjeni nacrta proračuna broj 4 uključila iznos od 2,4 milijarde eura koji nastao prikupljanjem kazni i kamatama na kasne uplate. Iznos od 2,4 milijarde eura pokrit će manjak od 838,5 milijuna eura koji nastao manjim priljevom vlastitih resursa Unije (manjak od 646,1 milijun eura na temelju pristojbi na uvoz i manjak od 192,4 milijuna eura utemeljenog na PDV-u).

Dubravka Šuica (PPE), *napisan*. — Podržavam nacrt izmjene proračuna (DAB) za 2014. godinu koji se odnosi na reviziju vlastitih sredstava i osnovica PDV-a i BND-a proračuna za Ujedinjeno Kraljevstvo te reviziju predviđanja ostalih prihoda od novčanih kazni, što za posljedicu ima raspodjele doprinosa iz vlastitih sredstava među državama članicama.

Ελευθέριος Συναδινός (NI), *γραφτώς*. — Η αναθεώρηση των προβλέψεων των Παραδοσιακών Ιδίων Πόρων γίνεται για την ικανοποίηση των πολιτικών συγκεκριμένων χωρών και όχι για το καλό των πολιτών, στο σύνολό τους.

Marc Tarabella (S&D), *par écrit*. — L'auteur de la proposition a exposé devant nous, députés européens, ses motifs pour faire avaliser la modification en débat, en séance plénière lors de la session de décembre à Strasbourg. J'ai donc voté en faveur du texte relatif à la position du Conseil sur le projet de budget rectificatif n° 4/2014 de l'Union européenne pour l'exercice 2014, section III – Commission.

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito*. — Este 4.º Orçamento Retificativo para 2014 abrange uma revisão das previsões de recursos próprios (RP) tradicionais, como direitos aduaneiros e as quotas do setor do açúcar, as bases do IVA e do RNB, a orçamentação das correções correspondentes ao Reino Unido, revisão de receitas provenientes de coimas, resultando numa alteração do nível e distribuição entre Estados-Membros e as suas contribuições para o orçamento geral da UE, a título destes recursos.

Se por um lado se observa a descida dos RP tradicionais em 646,1 milhões de euros e dos RP baseados no IVA em 192,4 milhões de euros, por outro verifica-se um aumento no que respeita a multas e juros de mora de 2 433 milhões de euros e, portanto, reduz automaticamente a necessidade de contribuições adicionais com base no RNB em 1 594,5 milhões de euros. Esta realidade não deveria servir para aligeirar as contribuições nacionais, mas sim como um reforço extra para um orçamento já de si exíguo para fazer face aos objetivos de coesão da União.

Neste orçamento retificativo é proposta uma redução das dotações para autorizações e pagamentos a favor da Autoridade Europeia para a Proteção de Dados, canalizando-a para a rubrica da ajuda humanitária.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

Harald Vilimsky (NI), schriftlich. — Da dieser Vorschlag unter anderem auch eine höhere Belastung für Österreich bedeuten würde, habe ich diesen grundsätzlich abgelehnt. Teilzahlungsoptionen sind zwar eine durchaus willkommene Idee, doch der Vorschlag an sich macht mir eine zustimmende Haltung unmöglich. Zudem bildet dieser Vorschlag die Grundlage für die Berichtigungshaushaltspläne 3, 4, 6 sowie 8. Diesbezüglich waren auch die genannten Berichtigungshaushaltspläne abzulehnen.

Inês Cristina Zuber (GUE/NGL), por escrito. — Com este 4.º Orçamento Retificativo para 2014 pretende-se abranger uma revisão das previsões de recursos próprios (RP) tradicionais, como direitos aduaneiros e quotas do setor do açúcar, as bases do IVA e do RNB, a orçamentação das correções correspondentes ao Reino Unido, revisão de receitas provenientes de coimas, resultando numa alteração do nível e distribuição entre Estados-Membros e as suas contribuições para o orçamento geral da UE, a título destes recursos.

Se por um lado se observa a descida dos RP tradicionais em 646,1 milhões de euros e dos RP baseados no IVA em 192,4 milhões de euros, por outro verifica-se um aumento no que respeita a multas e juros de mora de 2 433 milhões de euros, reduzindo automaticamente a necessidade de contribuições adicionais com base no RNB em 1 594,5 milhões de euros. Esta realidade não deveria servir para aligeirar as contribuições nacionais mas sim como um reforço extra para um orçamento já de si exiguo.

11.6. Inanspruchnahme des Solidaritätsfonds der EU: Überschwemmungen in Italien – Erdbeben in Griechenland – Eisregen in Slowenien – Eisregen und Überschwemmungen in Kroatien (A8-0073/2014 - Patricija Šulin)

Dichiarazioni di voto scritte

Marina Albiol Guzmán (GUE/NGL), por escrito. — La Comisión propone que se movilice el Fondo de Solidaridad de la Unión Europea en relación con las inundaciones en Italia (Cerdeña) de noviembre de 2013, un terremoto en Grecia (Cefalonia), tormentas de hielo en Eslovenia, y las mismas tormentas de hielo seguidas de inundaciones en Croacia de finales de enero — principios de febrero de 2014, sobre la base del apartado 11 del Acuerdo interinstitucional de 2 de diciembre de 2013. Estoy a favor de ello, por lo que he votado a favor de este informe.

Zigmantas Balčytis (S&D), raštu. — Balsavau už visus 2014 m. taisomojo biudžeto projektus bei už Europos Parlamento ir Tarybos pasiektą susitarimą dėl 2015 m. biudžeto. Sveikinu Europos Parlamento derybininkus, kurie pasiekė, kad neatidėliotinoms šių metų ES biudžeto skoloms apmokėti būtų skirta 4,25 mlrd. eurų ir kad Europos Komisija būtų įpareigota parengti laipsnišką neapmokėtų sąskaitų sumažinimo planą bei ateityje nustatyti tvarią skolų ribą. Parlamento dėka įsipareigojimams bus skirta 0,5 mlrd. eurų daugiau nei siūlė ES Taryba. Daugiau lėšų bus skirta ES mokslinių tyrimų programai „Horizontas 2020“ bei studentų ir jaunimo mainų programai „Erasmus+“. Sveikintina, kad padidintas finansavimas Europos kaimynystės programoms, humanitarinei pagalbai bei bendrai užsienio saugumo politikai, o tai atsižvelgiant į šiandieninę situaciją Europoje yra labai aktualu. Tačiau nepritariu finansavimo sumažinimui Europos žemės ūkio garantijų fondui, nes tai atsilieps daugeliui ES ūkininkų, kurie yra atsidūrę itin sunkioje padėtyje dėl užsitęsusio Rusijos embargo, ir kuriems yra būtina ES pagalba.

Hugues Bayet (S&D), par écrit. — J'ai approuvé la proposition d'octroyer près de 49 millions d'euros au total via le Fonds de solidarité de l'Union européenne en faveur de l'Italie (inondations en Sardaigne en novembre 2013), de la Grèce (tremblement de terre en Céphalonie) et de la Slovénie et de la Croatie touchées par des tempêtes de verglas et des inondations fin janvier-début février 2014.

Izaskun Bilbao Barandica (ALDE), por escrito. — La UE tiene un Fondo de Solidaridad y un Reglamento con disposiciones para la utilización de los mismos. Italia, Grecia, Eslovenia y Croacia han solicitado estos fondos por inundaciones, terremoto, tormentas de hielo y tormentas seguidas por inundaciones, respectivamente, y cumplen las disposiciones del Reglamento. Por ello, he votado a favor para que con los fondos que reciban puedan solventar los problemas que han sufrido.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

Dominique Bilde (NI), *par écrit*. — La mobilisation de ce Fonds de solidarité de l'UE en faveur de l'Italie (Sardaigne), confrontée à des inondations en novembre 2013, de la Grèce (Céphalonie), théâtre d'un tremblement de terre, de la Slovénie, frappée par des tempêtes de verglas, et de la Croatie, touchée par les mêmes tempêtes de verglas, suivies d'inondations, fin janvier-début février 2014 est vitale. Il apportera ainsi près de 47 Millions d'EUR à ces régions et c'est pourquoi j'ai voté pour cette mobilisation.

Mara Bizzotto (NI), *per iscritto*. — Ho votato a favore dello stanziamento di 47 milioni di EUR a favore della Sardegna, della Grecia e della Slovenia colpite da gravi calamità naturali.

José Blanco López (S&D), *por escrito*. — He votado a favor de la movilización del Fondo de Solidaridad de la Unión Europea en relación con las inundaciones en Italia (Cerdeña) de noviembre de 2013, un terremoto en Cefalonia (Grecia) que causó numerosas víctimas y dejó a 3 000 personas sin hogar, tormentas de hielo en Eslovenia, y las mismas tormentas de hielo seguidas de inundaciones en Croacia de finales de enero — principios de febrero de 2014. Con esta decisión, las zonas afectadas podrán beneficiarse de una ayuda conjunta cercana a los 47 millones de euros que ayudarán a paliar las consecuencias de estas catástrofes.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), *raštu*. — Balsavau dėl šio pranešimo, nes juo Parlamentas pritarė sprendimui dėl Europos Sąjungos solidarumo fondo mobilizavimo. Lėšos bus skiriamos Italijai (Sardinijai) dėl 2013 m. lapkričio mėn. potvynių, Graikijai (Kefalonijos salai) dėl žemės drebėjimo, Slovėnijai dėl ledo audrų ir Kroatijai dėl ledo audrų ir po to kilusių potvynių. 2013 m. Sardiniją (Italija) užklupo smarkios liūtys, dėl kurių iš krantų išsiliejo daug upių ir kilo didžiuliai potvyniai. 2014 m. Kefalonijos salos šiaurės rytuose įvyko smarkus žemės drebėjimas (5,8 balų pagal Richterio skalę), kurį sekė keli stiprūs požeminiai smūgiai, todėl 3 000 žmonių liko be namų, keletas žuvo. Slovėnija nukentėjo nuo vienos smarkiausių per dešimtmečius žiemos audrų, nusiaubusios dalį Europos ir padariusios žalos keliose šalyse. Slovėnija daugiausia nukentėjo 2014 m., kai beveik pusę šalies miškų nuniokojo ledas, o gausiam sniegui nutraukus elektros laidus ir išvarčius medžius ketvirtadalis namų liko be elektros. Kroatija nukentėjo nuo to paties meteorologinio reiškinių, dėl kurio Slovėnija turėjo kreiptis pagalbos iš ES solidarumo fondo. Ypač nukentėjo šiaurės vakariniai regionai ir dalis šiaurinio Adrijos regiono. Be to, pradėjus tirpti ledui ir sniegui kilo potvynis, kuris padarė dar daugiau žalos svarbioms pagrindinėms viešosioms infrastruktūroms ir privačiai bei viešai nuosavybei.

Mercedes Bresso (S&D), *in writing*. — I voted for this because we need to have concrete help for the zones in the European Union which have suffered natural catastrophes.

Steeve Briois (NI), *par écrit*. — Si nous n'approuvons pas la politique de cohésion de l'Union et pensons qu'elle ne permet pas d'atténuer les disparités économiques et sociales entre les États membres, nous pensons que le principe de solidarité européenne peut avoir un sens lorsqu'un de nos voisins européens est gravement frappé par une catastrophe naturelle. Au demeurant, les épisodes climatiques qui ont frappé le sud de la France ces derniers mois nous confortent dans l'idée qu'une entraide financière mutuelle doit permettre de mieux répondre aux conséquences humaines, matérielles et financières de ce type d'évènement tragique. La gestion commune des risques naturels doit être encouragée au niveau européen afin de renforcer la mutualisation des risques. C'est pourquoi j'ai voté pour la mobilisation de ce fond de solidarité.

Gianluca Buonanno (NI), *per iscritto*. — Voto favorevole al provvedimento (collegato al progetto di bilancio rettificativo n. 5 per l'esercizio 2014). In questo caso il Fondo di solidarietà dell'UE è attivato per un importo di 46 998 528 EUR in stanziamenti d'impegno e di pagamento. L'attivazione riguarda: le inondazioni verificatesi in Italia (Sardegna) nel mese di novembre 2013; il terremoto avvenuto in Grecia (Cefalonia); le tempeste di neve che hanno colpito la Slovenia e le stesse tempeste, seguite da inondazioni, di cui è stata vittima la Croazia a fine gennaio-inizio febbraio 2014.

Soledad Cabezón Ruiz (S&D), *por escrito*. — El informe propone que se movilice el Fondo de Solidaridad de la Unión Europea en relación con las inundaciones en Italia (Cerdeña) de noviembre de 2013, un terremoto en Grecia (Cefalonia), tormentas de hielo en Eslovenia y tormentas de hielo seguidas de inundaciones en Croacia de finales de enero — principios de febrero de 2014, sobre la base del apartado 11 del Acuerdo interinstitucional de 2 de diciembre de 2013.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

En paralelo a esta propuesta de movilizar el Fondo de Solidaridad, la Comisión ha presentado un proyecto de presupuesto rectificativo (PPR n° 5/2014, de 8.9.2014), con miras a consignar en el presupuesto de 2014 los créditos de compromiso y de pago correspondientes —46 998 528 EUR—, con arreglo a lo previsto en el apartado 26 del AI.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), *per iscritto*. — Le tragedie che hanno colpito l'Italia e la Grecia, nonché i forti disagi in Slovenia, meritano ogni appoggio finanziario. Penso soprattutto alle inondazioni nel Nord Italia degli ultimi mesi, causate da un dissennato consumo di suolo perpetrato senza controlli adeguati e senza mettere in sicurezza le nuove infrastrutture. I politici del mio paese devono imparare che la speculazione edilizia in quelle zone genera morte e spazza via intere comunità.

Alberto Cirio (PPE), *per iscritto*. — Gli elementi politici di questo documento sono per me assolutamente condivisibili. La richiesta di maggiore flessibilità nel bilancio UE e soprattutto lo stanziamento di fondi per aiutare parti del territorio europeo (e di quello italiano in particolare) che sono state colpite da calamità naturali sono sempre un principio che vale la pena di sostenere, cosa che ho fatto con il mio voto favorevole.

Carlos Coelho (PPE), *por escrito*. — O Fundo de Solidariedade da União Europeia (FSUE) foi criado para dar resposta a catástrofes naturais de grandes proporções e expressar a solidariedade europeia a regiões sinistradas na Europa. O Fundo pode prestar ajuda financeira aos Estados-Membros e aos países candidatos que negoceiam a sua adesão.

Itália, Grécia, Eslovénia e Croácia foram afetados por diferentes tipos de catástrofes naturais – inundações, terremotos e tempestades de neve e de gelo – que causaram prejuízos consideráveis nos referidos Estados-Membros.

Apoio a mobilização de 46 998 528 euros a favor dos Estados-Membros referidos, que contribui para a UE demonstrar a sua solidariedade e apoio para com os países afetados, contribuindo para financiar medidas urgentes, tais como o restabelecimento imediato do funcionamento das infraestruturas e dos equipamentos nos domínios da produção de energia, do abastecimento de água potável, do tratamento das águas residuais, das telecomunicações, dos transportes, da saúde e do ensino; a execução de medidas provisórias de alojamento e a prestação de serviços de socorro destinados a responder às necessidades imediatas da população atingida; a consolidação imediata das infraestruturas preventivas e a proteção dos sítios de património cultural; a limpeza imediata das áreas sinistradas, incluindo zonas naturais.

Lara Comi (PPE), *per iscritto*. - Considerando che l'Unione europea ha istituito il Fondo di solidarietà dell'Unione europea (FSUE,) per rispondere alle grandi calamità naturali ed esprimere la propria solidarietà alle regioni colpite all'interno dell'UE, mi compiaccio della decisione che abbiamo assunto e che consentirà alle popolazioni colpite di avere delle risorse a sostegno della ricostruzione e del ritorno alla normalità, nel più breve tempo possibile.

Altro problema che resta aperto è, invece, quello legato agli «special instruments» da finanziare con risorse al di sopra dei massimali annuali prefissati. Ritengo, infatti, che non si possano prevedere o evitare le catastrofi naturali e pertanto l'Unione non può e non dovrà mai far venire meno i fondi necessari, senza pregiudicare gli altri obiettivi da raggiungere.

Mi auguro che nel 2015 possa essere raggiunto un accordo politico su questo punto.

Therese Comodini Cachia (PPE), *in writing*. — The European Union has created a European Union Solidarity Fund to show solidarity with the population of regions struck by disasters. I have voted in favour of this report to enable the mobilisation of the European Solidarity Fund in favour of floods in Italy, an earthquake in Greece, ice storms in Slovenia and the same ice storms, followed by floods, in Croatia, which damaged private and public infrastructure, including households, and which had repercussions on the conditions and economic stability of the regions concerned.

Ignazio Corrao (EFDD), *per iscritto*. — La Commissione ha proposto la mobilitazione del Fondo di solidarietà dell'Unione europea a seguito di inondazioni in Italia (Sardegna), verificatesi a novembre 2013, di un terremoto in Grecia (Cefalonia), di tempeste di ghiaccio in Slovenia e delle stesse tempeste di ghiaccio, seguite da inondazioni, in Croazia, verificatesi alla fine di gennaio/inizio di febbraio 2014. Non ho potuto che votare a favore della presente risoluzione in quanto la Commissione UE ha previsto uno stanziamento di 16.310.467 EUR per far fronte alla situazione in Sardegna colpita da piogge torrenziali, che hanno causato la tracimazione di fiumi e gravi inondazioni. Globalmente, considerando anche Grecia, Slovenia e Croazia, si arriva a stanziamenti di circa 47 milioni di euro.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

Javier Couso Permuy (GUE/NGL), *por escrito*. — La Comisión propone que se movilice el Fondo de Solidaridad de la Unión Europea en relación con las inundaciones en Italia (Cerdeña) de noviembre de 2013, un terremoto en Grecia (Cefalonia), tormentas de hielo en Eslovenia, y las mismas tormentas de hielo seguidas de inundaciones en Croacia de finales de enero — principios de febrero de 2014, sobre la base del apartado 11 del Acuerdo interinstitucional de 2 de diciembre de 2013. Estoy a favor de ello, por lo que he votado a favor de este informe.

Miriam Dalli (S&D), *in writing*. — While, Italy and Greece were affected by non-related, different types of disasters, one of the worst winter blizzards in Europe damaged several countries, with particularly damaging effects to Slovenia and Croatia. The Commission proposed to mobilise the EU solidarity Fund for a total amount of EUR 46 998 528. Solidarity is a main pillar of our Union; therefore, I voted in favour of granting this support.

Viorica Dăncilă (S&D), *în scris*. — Salut votul cu privire la mobilizarea Fondului de Solidaritate în cadrul bugetului general al Uniunii Europene în forma creditelor de angajament și de plată pentru efectuarea unor plăți în avans și consider că această măsură este o măsură reală de solidaritate, care vine în sprijinul cetățenilor europeni afectați.

Michel Dantin (PPE), *par écrit*. — Différents types de catastrophes naturelles (inondations, tremblements de terre et tempêtes de verglas) ont causé des dommages considérables en Italie en novembre 2013, en Grèce, en Slovénie et en Croatie à la fin de janvier/début février 2014. Le Fonds de solidarité permet à l'Union européenne d'apporter une aide effective à un État membre ou à un pays en voie d'adhésion lorsqu'il doit faire face aux dégâts provoqués par une catastrophe naturelle majeure. Il est proposé de faire intervenir ce fonds pour l'Italie à hauteur de 16 310 467 EUR, pour la Grèce à hauteur de 3 683 320 EUR, pour la Slovénie à hauteur de 18 388 478 EUR et enfin pour la Croatie à hauteur de 8 616 263 EUR. Au nom de la solidarité européenne à l'égard des États membres de l'Union et des pays en voie d'adhésion ainsi que de leurs habitants qui connaissent une période de grandes difficultés, j'ai voté en faveur de ce soutien financier.

Rachida Dati (PPE), *par écrit*. — L'Italie, la Grèce, la Slovénie et la Croatie ont été frappées en 2013 et 2014 par des catastrophes naturelles. Des intempéries violentes ont touché la Croatie, la Slovénie et l'Italie tandis que la Grèce a subi un tremblement de terre. Face à ces situations dramatiques, le soutien de l'Union européenne est le bienvenu. Avec plus de 46 millions d'euros mobilisés au travers du Fonds de solidarité, cette aide permettra de répondre aux besoins des populations touchées et de réhabiliter les infrastructures frappées par ces catastrophes.

Isabella De Monte (S&D), *per iscritto*. — Il Fondo di solidarietà dell'Unione europea (FSUE) è stato istituito per far fronte a gravi calamità naturali e per esprimere la solidarietà europea alle regioni d'Europa colpite da catastrofi. Ho sostenuto la mobilitazione del Fondo a favore dell'Italia, della Grecia, della Slovenia e della Croazia. In particolare per quanto riguarda l'Italia, il FSUE sosterrà finanziariamente la Sardegna, colpita il 18 e 19 novembre 2013 da violente piogge torrenziali che hanno causato la tracimazione di fiumi e gravi inondazioni.

Tamás Deutsch (PPE), *írásban*. — Az Európai Parlament ma nagy többséggel elfogadta a 2015. évi uniós költségvetést és a 2014. évi többletforrásokról szóló módosításokat. A megállapodás óriási előnye, hogy azzal még idén elfogadásra kerülhet a 2015-ös uniós költségvetés, azaz jövőre nem csak az idei költségvetés tizenkettédét lehetne kifizetni havonta. 2014-re így 4 milliárd euró többletforrást mozgósítanak, amelyből 3,5 milliárd euró úgynevezett „friss pénz”, azaz nem átcsoportosítások eredménye.

Az EP csak azzal a feltétellel járult hozzá a jövő évi EU-költségvetés elfogadásához, hogy az Európai Bizottság tervet dolgoz ki a kifizetetlen számlák fenntartható szintre csökkentésére. 2014-ben már 23,4 milliárd euró a korábbi évről áthúzódó számla kifizetését kell megoldani. Ehhez is biztosítja a mai szavazás a közel 4 milliárd eurós többletforrást.

Az Európai Parlament mai döntésével biztosítottak az idei és a jövő évi költségvetés Magyarországnak járó agrár- és kohéziós forrásai is. A magyar néppárti delegáció, együtt az Európai Néppárttal, hazánk nemzeti érdekeinek képviseletében felelősségteljesen döntött és megszavazta a 2015. évi uniós költségvetést és az ahhoz kapcsolódó megállapodásban szereplő valamennyi jelentést. A megállapodás részét képezik a Szolidaritási Alapot mozgósító jelentések is, amelyek az Európa különböző régióit sújtó természeti katasztrófák okozta károkat enyhítik.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

Mireille D'Ornano (NI), *par écrit*. — Les importantes contributions des États membres doivent être en priorité reversées aux Européens et en particulier aux sinistrés de catastrophes naturelles. Il s'agit d'une solidarité saine et sincère que je soutiens, c'est pourquoi j'ai voté en faveur de ce rapport.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI), *γραφτώς*. — Υπερψήφισα την έκδοση, διότι, παρ' όλο που προβλέπονται σαφώς λιγότερα κονδύλια για την αποκατάσταση των ζημιών από σεισμό στην Ελλάδα (Κεφαλονιά), κάθε βοήθεια είναι επιθυμητή.

Rosa Estaràs Ferragut (PPE), *por escrito*. — En enero de 2014 tuve el placer de ser la ponente del informe del Parlamento Europeo para la reforma del Reglamento (CE) n° 2012/2002, que establece y regula los Fondos de Solidaridad de la UE. El objetivo de la movilización de estos fondos es minimizar el impacto inmediato y directo de las catástrofes naturales. Con la ayuda de estos fondos se cubre parte de los gastos de la actuación de los servicios de emergencia y la reconstrucción y reactivación de las infraestructuras y los servicios más necesarios. Las inundaciones en Italia o Croacia, el terremoto de Grecia y las heladas de Eslovenia requirieron de una actuación eficaz. En este sentido, los Fondos de Solidaridad no solo tienen un efecto para una recuperación de esas infraestructuras más básicas, como las carreteras o vías férreas, sino que también tienen una repercusión considerable a la hora de recuperar y estabilizar la actividad económica y social de las regiones afectadas por catástrofes naturales. Los Fondos de Solidaridad son un instrumento fundamental para promocionar y reforzar los lazos de cooperación y solidaridad entre Estados miembros.

José Manuel Fernandes (PPE), *por escrito*. - O projeto de orçamento retificativo em causa cobre a mobilização do Fundo de Solidariedade da UE (FSUE) num montante de quase 47 milhões de euros em dotações para autorizações e pagamentos na sequência das inundações em Itália (Sardenha) durante o mês de novembro de 2013, de um terramoto na Grécia (Cefalónia), das tempestades de neve e gelo na Eslovénia e das mesmas tempestades, seguidas de inundações, na Croácia no final de janeiro/início de fevereiro de 2014. Reconheço a urgência de prestar assistência financeira através do FSUE aos países atingidos por estas catástrofes naturais concordando com a aprovação de dotações para autorizações adicionais no montante de 47 milhões de euros no orçamento de 2014 e a transferência das necessidades de pagamento correspondentes para o orçamento de 2015.

Monika Flašíková Beňová (S&D), *písomne* — Fond solidarity Európskej únie je významným nástrojom, ktorého samotný názov vypovedá o charaktere jeho poslania. V minulosti aj Slovenská republika získala významnú pomoc pri prírodnej katastrofe vo Vysokých Tatrách. Tieto finančné prostriedky významne napomohli odstránenie škôd, ktoré v našich horách boli spôsobené. Preto budem vždy podporovať návrhy, ktoré povedú k tomu, aby sme tento fond využívali na pomoc členským štátom Európskej únie pri odstraňovaní škôd z prírodných katastrof, tak ako to teraz robíme vo vzťahu k Taliansku, Grécku, Slovinsku a Chorvátsku. Verím, že naše spoločné finančné prostriedky pomôžu najmä obyvateľom týchto krajín.

Lorenzo Fontana (NI), *per iscritto*. — Questo provvedimento e lo stanziamento di queste risorse saranno molto importanti per la Sardegna e per i suoi abitanti colpiti dalle alluvioni. Voto favorevolmente al provvedimento (collegato al progetto di bilancio rettificativo n. 5 per l'esercizio 2014).

Λάμπρος Φουντούλης (NI), *γραφτώς*. — Αν και προβλέπονται σαφώς λιγότερα κονδύλια για την αποκατάσταση των ζημιών από σεισμό στην Ελλάδα (Κεφαλονιά), κάθε βοήθεια είναι προς τη σωστή κατεύθυνση και την υπερψηφίζω.

Nathan Gill (EFDD), *in writing*. — I voted against UK taxpayers' money being sent to Italy, Greece, Slovenia and Croatia, especially when we have natural disasters to deal with in our own country, and we are already paying GBP 21 million A DAY in foreign aid. A further demand of EUR 46 million, a large percentage of which will come from the UK, is not something that British taxpayers want.

Tania González Peñas (GUE/NGL), *por escrito*. - Nuestro voto es favorable a todas las transferencias redistributivas que tengan por fin la ayuda a regiones o países afectados por catástrofes naturales. Creemos particularmente en el carácter redistributivo que debería tener el presupuesto europeo.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

Antanas Guoga (ALDE), *in writing*. — I voted in favour of the urgent need to release financial assistance to Italy, Greece, Slovenia and Croatia, which were affected by the natural disasters in 2013 and 2014. I see it as the duty of the European Union and the main purpose of the EU Solidarity Fund (EUSF).

Pablo Iglesias (GUE/NGL), *por escrito*. - Nuestro voto es favorable a todas las transferencias redistributivas que tengan por fin la ayuda a regiones o países afectados por catástrofes naturales. Creemos particularmente en el carácter redistributivo que debería tener el presupuesto europeo.

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan*. — Glasovo sam za prijedlog rezolucije o prijedlogu odluke Europskog parlamenta i Vijeća o mobilizaciji Fonda solidarnosti u korist Italije, Grčke, Slovenije i Hrvatske koje su bile pogođene katastrofama, i to: jakim oborinama, kišom, potresima, ledenim olujama i poplavama. Obzirom da su navedene katastrofe utjecale na većinu stanovništva pogođenih područja, ostavljajući ozbiljne i trajne posljedice na uvjete života i ekonomsku stabilnost, podržavam činjenicu da je Europska komisija prepoznala važnost kvalificiranja također Grčke i Italije, iako je procjena štete bila ispod praga za kategoriju velike prirodne katastrofe, dok su s druge strane, procjene u Hrvatskoj i Sloveniji bile iznad praga. Snažno podržava financijsku pomoć koja je usmjerena pogođenim područjima, ponajprije onima gdje su štete i posljedice razorne.

Diane James (EFDD), *in writing*. — While I understand that this is for aid, which could be used to help victims, the British public are already more than generous with donating funds to charitable causes when natural disasters occur. I do not believe foreign aid to be in the remit of the EU, so I voted against this proposal.

Afzal Khan (S&D), *in writing*. — I supported the mobilisation of the fund, as it is crucial we show solidarity with people from the affected areas by helping to rebuild basic infrastructure, funding emergency services, providing temporary accommodation, contributing to clean-up operations and countering immediate health risks.

Giovanni La Via (PPE), *per iscritto*. — Voto a favore della relazione dell'on. Patricija Šulin, in quanto sostiene la mobilitazione del Fondo di solidarietà dell'Unione europea a seguito di inondazioni che hanno colpito, nel 2013, la Sardegna (Italia), di un terremoto che si è abbattuto in Grecia e per le tempeste di ghiaccio che hanno creato ingenti danni in Slovenia. Per quanto riguarda il mio paese, sottolineo i finanziamenti destinati alla Sardegna che, come sappiamo, ha subito importanti danni e che potrà beneficiare di uno stanziamento cospicuo da destinare al ristoro dei danni subiti.

Paloma López Bermejo (GUE/NGL), *por escrito*. — He votado a favor del presente proyecto de presupuesto rectificativo debido a que supone la movilización de los fondos necesarios en el presupuesto de 2014 para que sean destinados a estos diferentes desastres naturales. La Unión Europea debe ser capaz de actuar con la máxima celeridad para ayudar a las víctimas de este tipo de catástrofes naturales que acarrear terribles consecuencias para los habitantes de las regiones afectadas. La movilización de fondos para atender las consecuencias sobre la población local es fundamental para un proyecto de Unión Europea que trate de ayudar a la gente, es por esto por lo que he votado a favor del presente informe.

Antonio López-Istúriz White (PPE), *por escrito*. — El Fondo de Solidaridad de la Unión Europea (FSUE) se creó justamente para responder solidariamente y salir al encuentro de desastres como las inundaciones en Italia (Cerdeña) en noviembre de 2013, el terremoto en Grecia (Cefalonia), las tormentas de hielo en Eslovenia y las mismas tormentas de hielo, seguidas por inundaciones, en Croacia, a finales de enero — principios de febrero de 2014.

Es una responsabilidad política y moral que vote a favor de que la Unión Europea intervenga de forma solidaria para contribuir a reducir el sufrimiento de todos los ciudadanos europeos afectados por estas calamidades.

Por lo argumentado anteriormente, voto a favor de esta propuesta.

Andrejs Mamikins (S&D), *rakstiski*. — Solidaritāte ir Eiropas Savienības pamatu pamata filozofija. Eiropas Savienības pienākums ir palīdzēt tām dalībvalstīm, kuras ir cietušas no dabas stihijām: Itālijai, Grieķijai un Slovēnijai. Es atbalstīju šo lēmumu.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

Νότης Μαριάς (ECR), γραπτώς. — Υπερψήφισα την κινητοποίηση του Ταμείου Αλληλεγγύης τη Ε.Ε: Πλημμύρες στην Ιταλία - Σεισμοί στην Ελλάδα - Χιονοθύελλα στη Σλοβενία - Πάγος και πλημμύρες στην Κροατία, διότι με την έκθεση αυτή δρομολογείται η οικονομική ενίσχυση Ιταλίας, Ελλάδας Σλοβενίας και Κροατίας για τις ζημιές που έχουν υποστεί από φυσικές καταστροφές. Πάντως, τα κονδύλια για την Ελλάδα θα μπορούσαν να ήταν πιο αυξημένα προκειμένου να ενισχυθούν πιο αποτελεσματικά οι πληγέντες από την καταστροφικό σεισμό της Κεφαλονιάς.

Fulvio Martusciello (PPE), per iscritto. — Ho sostenuto la relazione sulla mobilitazione del Fondo di solidarietà dell'Unione europea per un totale di 46 988 528 EUR. Diversi tipi di calamità naturali hanno provocato ingenti danni negli Stati membri dell'UE, quali l'Italia, la Grecia, la Slovenia e la Croazia, che hanno chiesto l'attivazione del Fondo a seguito di danni particolarmente gravi. È fondamentale testimoniare la propria solidarietà alle popolazioni delle regioni colpite da catastrofi.

Barbara Matera (PPE), per iscritto. — Il mio sostegno nei confronti della relazione Šulin, che auspica la mobilitazione del Fondo di solidarietà dell'Unione europea, a seguito di inondazioni in Italia (Sardegna), di un terremoto in Grecia e di tempeste di ghiaccio in Slovenia, ha rappresentato, ai miei occhi, un vero e proprio atto di coscienza.

Da italiana non posso che compiacermi del fatto che, grazie ai finanziamenti provenienti dal Fondo, la Sardegna, vittima, nel novembre del 2013, di piogge torrenziali che hanno causato la tracimazione di fiumi e gravi inondazioni, potrà finalmente godere di uno stanziamento consistente, da destinare alla ricostruzione e alla ripresa economica dell'area colpita.

Georg Mayer (NI), schriftlich. — Der Antrag auf Unterstützung der genannten Länder aus dem EU-Solidaritätsfonds hat meine volle Unterstützung. Die Europäische Union ist in der Pflicht, ihren Mitgliedstaaten nach solch schweren Naturkatastrophen zu helfen. Genau hierfür wurde der Solidaritätsfonds eingerichtet.

Jean-Luc Mélenchon (GUE/NGL), par écrit. — La Commission européenne propose 47 millions d'euros pour venir en aide à l'Italie, la Grèce, la Slovénie et la Croatie, gravement affectées par des catastrophes naturelles variées entre novembre 2013 et février 2014. Dans le cas de la Slovénie et de la Croatie, c'est la plus grande tempête de neige qu'ait connue l'Europe, provoquant par la suite des inondations importantes. En Slovénie par exemple, près de la moitié des forêts du pays ont été endommagées par la glace, tandis qu'une habitation sur quatre a été privée d'électricité. C'est donc une aide importante pour leur permettre de remettre sur pied leurs infrastructures mais ces catastrophes «naturelles» deviennent de plus en plus récurrentes. Nos modes de production en sont grandement responsables. Pourtant, l'Europe rechigne à s'engager malgré le danger qui pèse sur la planète et son climat. Des millions de personnes sont menacées par la perte de l'eau potable, par des inondations ou par la disparition même de leur pays. Le dernier sommet de l'ONU, à Lima, a ouvert l'idée d'accords «volontaires», soit sous couvert de vouloir aboutir coûte que coûte, les bases juridiquement contraignantes de l'accord ont sauté.

Je vote pour cette aide nécessaire et urgente pour ces trois pays.

Nuno Melo (PPE), por escrito. — A presente proposta visa mobilizar o Fundo de Solidariedade Europeu a favor de inundações em Itália (Sardenha), em novembro de 2013, de um sismo na Grécia (Cefalónia), de tempestades de gelo na Eslovénia e das mesmas tempestades, seguidas de inundações, na Croácia, no final de janeiro e início de fevereiro de 2014, com base no ponto 11 do Acordo Interinstitucional de 2 de dezembro de 2013. Diferentes tipos de catástrofes naturais (inundações, terramotos e tempestades de neve e de gelo) causaram prejuízos consideráveis aos Estados-Membros requerentes da UE, enquanto a Itália e a Grécia foram afetadas por catástrofes não relacionadas de diferentes tipos, um dos piores nevões inverniais na Europa afetou vários países, com efeitos particularmente negativos para a Eslovénia e a Croácia.

A UE tem que ser solidária com os seus membros que sofrem este tipo de catástrofe natural. Daí o meu voto favorável.

Roberta Metsola (PPE), in writing. — The EU Solidarity Fund was specifically created to show support for citizens living in areas affected by natural disasters. I therefore voted in favour of this proposal because of our responsibility to aid and ensure that the funds reach the localities that were worst affected.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

Marlene Mizzi (S&D), *in writing*. — I have voted in favour of this report, which proposes to mobilise the European Solidarity Fund in favour of floods in Italy (Sardinia) during November 2013, an earthquake in Greece (Kefalonia), ice storms in Slovenia, and the same ice storms, followed by floods, in Croatia, at the end of January/beginning of February 2014.

Sophie Montel (NI), *par écrit*. — Contrairement à la politique de cohésion de l'Union européenne qui ne permet absolument pas d'amoindrir les écarts économiques et sociaux qui existent entre les différents États membres, nous ne rejetons pas pour autant le principe même d'une nécessaire solidarité envers un État européen victime de catastrophe naturelle. Le sud de la France a d'ailleurs eu récemment à subir les effets dévastateurs des intempéries et face à ce type de situation, l'idée d'une entraide financière, matérielle et humaine mutuelle doit s'imposer à tous. Une gestion au niveau européen des risques naturels et des solutions à apporter dans l'urgence doit donc être encouragée. J'ai voté pour la mobilisation du Fonds de solidarité de l'UE.

Claude Moraes (S&D), *in writing*. — I voted in favour of the mobilisation of the Solidarity Fund in order to assist in helping rebuild infrastructure, fund emergency services, provide temporary accommodation as well as contribute to clean-up operations and counter immediate health risks.

Alessandra Mussolini (PPE), *per iscritto*. — Ho espresso voto favorevole alla relazione dell'on. Sulin in merito alla mobilitazione del Fondo di solidarietà in favore delle alluvioni del novembre 2013 in Sardegna, al terremoto in Grecia e alle tempeste di ghiaccio in Slovenia e Croazia di quest'anno.

Younous Omarjee (GUE/NGL), *par écrit*. — Le FSUE a été créé suite aux inondations qui ont touché l'Europe centrale durant l'été 2002. J'ai voté en faveur du déploiement de ce fonds dans le cas spécifique des inondations en Italie, du tremblement de terre en Grèce et du verglas en Slovénie et Croatie.

Urmás Paet (ALDE), *kirjalikult*. — Toetasin ettepanekut aidata Itaaliat üleujutuste, Kreekat maavärina, Sloveeniat lumetormide ning Horvaatiat lumetormide ja üleujutuste tagajärgedega toimetulemisel. Euroopa Liidu Solidaarsusfond ongi loodud just selleks, et aidata katastroofi tagajärjel kannatanud piirkondade elanikke ja näidata üles solidaarsust nende suhtes.

Aldo Patriciello (PPE), *per iscritto*. — L'Unione europea ha istituito il Fondo di solidarietà per testimoniare la propria solidarietà alle popolazioni delle regioni colpite da catastrofi. L'Italia, la Grecia, la Slovenia e la Croazia hanno presentato richiesta di mobilitazione del Fondo in relazione a catastrofi avvenute nei loro territori. Nel quadro del bilancio generale dell'Unione europea fissato per l'esercizio 2014, una somma pari a 46 998 528 EUR di stanziamenti d'impegno e di pagamento è mobilitata a titolo del Fondo. Per tali ragioni esprimerei il mio voto favorevole.

Marijana Petir (PPE), *napisan*. — Pozdravljam postignuti kompromis oko Proračuna EU-a za 2014. godinu i kompromisa za izradu općeg Proračuna EU-a za 2015. godinu. To su dobre vijesti. Europska unija sada se mora posvetiti ciljevima koji moraju omogućiti bolji život građanima, pogotovo u onim dijelovima koji su bili pogođeni gospodarskom krizom te se iz nje još uvijek polako izvlače ili su još u recesiji poput Hrvatske.

U raspravi pod ovom točkom dnevnog reda posebno želim pozdraviti donošenje dviju odluka za mobilizaciju sredstava iz Europskog Fonda solidarnosti, uzimajući u obzir ledenu oluju u veljači 2014. nakon koje su uslijedile poplave te za poplave koje su ponovno pogodile Hrvatsku u svibnju 2014. godine. Ove je godina u Hrvatskoj i njenom susjedstvu priroda dva puta pokazala svoju razornu snagu. Izravna procijenjena šteta u Hrvatskoj viša je 370 milijuna eura. Nažalost, unatoč svim poduzetim naporima i pokazanoj solidarnosti stanovnika drugih dijelova Hrvatske i Europe, dio stanovnika županjske Posavine neće dočekati božićne blagdane u svojim domovima. Nadam se da će upravo ova pomoć iz Fonda solidarnosti EU-a u visini od oko 17,6 milijuna eura pomoći njihovom bržem povratku kućama te bržem oporavku dijelova Hrvatske koje su pogodile ove teške nepogode.

Florian Philippot (NI), *par écrit*. — Si nous n'approuvons pas la politique de cohésion de l'Union et pensons qu'elle ne permet pas d'atténuer les disparités économiques et sociales entre les États membres, nous pensons que le principe de solidarité européenne peut avoir un sens lorsqu'un de nos voisins européens est gravement frappé par une catastrophe naturelle. Au demeurant, les épisodes climatiques qui ont frappé le sud de la France ces derniers mois nous confortent dans l'idée qu'une entraide financière mutuelle doit permettre de mieux répondre aux conséquences humaines, matérielles et financières de ce type d'évènement tragique. La gestion commune des risques naturels doit être encouragée au niveau européen afin de renforcer la mutualisation des risques. C'est pourquoi j'ai voté pour la mobilisation du Fonds de solidarité.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

Pina Picierno (S&D), *per iscritto*. — Le drammatiche inondazioni che hanno colpito la Sardegna un anno fa sono ancora una ferita che fatica a rimarginarsi, non solo per le popolazioni sarde colpite, ma per l'Italia intera, ormai stanca di vedere il suo territorio continuamente devastato. Con il voto di oggi il Parlamento europeo ha approvato lo stanziamento di più di 16 milioni di euro per fare fronte all'ingente ammontare di danni provocati dalla furia delle piogge e delle acque poco più di un anno fa nella provincia di Olbia e dintorni.

Ho votato naturalmente a favore di questo stanziamento prelevato dal Fondo europeo di solidarietà che viene, appunto, utilizzato dall'UE per aiutare gli Stati membri a far fronte ai costi esorbitanti, materiali e morali, che le catastrofi naturali lasciano dietro a sé. Una somma, in questo caso, in termini assoluti alta, che di certo però non copre l'intera stima dei danni calcolati. È comunque un contributo importante, che sicuramente aiuterà le popolazioni colpite così duramente da questa tragedia.

Andrej Plenković (PPE), *napisan*. — Fond solidarnosti Europske unije osnovan je s ciljem da se tim sredstvima odgovori na prirodne katastrofe velikih razmjera te izrazi solidarnost unutar Europske unije za one zemlje koje su pogođene katastrofama. Hrvatska je podnijela zahtjev za mobilizaciju Fonda zbog ledenih oluja nakon kojih su uslijedile poplave u siječnju i veljači 2014. godine. Izravna šteta koju je pretrpjela Hrvatska iznosila je 291 904 630 EUR dok je predloženi iznos iz Fonda solidarnosti EU-a za pomoć Hrvatskoj iznosio 8 616 26 EUR. Teške oborine u Hrvatskoj izazvale su katastrofalne poplave koje su dovele do uništenja usjeva te urušavanja prometnih pravaca, stambenih objekata, evakuaciju stanovništva i stoke. U samo tri dana količina oborina dosegla je tromjesečni prosjek. Najteže pogođeni gradovi i općine bili su: Slavonski Brod, Oriovac, Slavonski Šamac, Oprisavci, Okučani i šire područje Županje. Podržavam usvajanje prijedloga Europske komisije i Vijeća za pružanje financijske pomoći Hrvatskoj čime bi se nadoknadio dio šteta uzrokovanih katastrofama. Zahtjeve za mobilizaciju također su podnijele Italija, Grčka i Slovenija. Uzimajući u obzir maksimalan mogući iznos bespovratnih sredstava, Komisija je odobrila mobilizaciju Fonda solidarnosti u iznosu od 46 998 528 EUR.

Salvatore Domenico Pogliese (PPE), *per iscritto*. — Sono assolutamente a favore della mobilitazione del Fondo di solidarietà dell'Unione europea per quegli Stati membri (in questo caso le inondazioni in Italia, il terremoto in Grecia, le tempeste di ghiaccio in Slovenia e le stesse tempeste di ghiaccio e inondazioni in Croazia,) dove le suddette catastrofi hanno provocato ingenti danni che necessitano l'attivazione del Fondo.

Sebbene l'Italia e la Grecia siano state colpite da catastrofi di natura diversa e non collegate alle altre, una delle peggiori tormenti invernali d'Europa ha interessato numerosi paesi, causando danni particolarmente gravi in Slovenia e in Croazia. Date le circostanze eccezionali, è stato utile attivare il Fondo rapidamente. Spero che le regioni colpite da tali catastrofi straordinarie, dove ci sono delle profonde e durevoli ripercussioni sulle condizioni di vita dei cittadini e sulla stabilità economica delle regioni stesse, riescano a ristabilirsi al più presto.

Marcus Pretzell (ECR), *schriftlich*. — Aufgrund der Tatsache, dass ich echte Solidarität zwischen den europäischen Staaten für eine große Errungenschaft halte, stimme ich der Mobilisierung des EU-Solidaritätsfonds zu. Würde die EU in allen Bereichen dasselbe Solidaritätsverständnis an den Tag legen wie im Bereich der Katastrophenhilfe, dann müsste sie sich nicht über mangelnde Akzeptanz bei den Bürgern beschweren. Stattdessen wird Steuergeld in undurchsichtige Projekte investiert und werden marode Bankhäuser vermeintlich gerettet. Solidarität bedeutet, in Not Gekommenen zu helfen, nicht ihre Gläubiger von jedem Verlustrisiko zu befreien.

Franck Proust (PPE), *par écrit*. — Les fonds de solidarité européen ont été conçus afin d'apporter un soutien financier aux régions sur lesquelles des catastrophes naturelles aux conséquences les plus lourdes s'abattent. Je vote donc en faveur de l'utilisation d'un tel fonds afin de remédier au mieux aux dégâts causés par des calamités en Italie, en Croatie, en Grèce et en Slovénie.

Paulo Rangel (PPE), *por escrito*. — A Comissão propõe mobilizar o Fundo de Solidariedade da UE na sequência das inundações ocorridas em Itália (Sardenha), em novembro de 2013, de um sismo na Grécia (Cefalónia), de tempestades de gelo na Eslovénia e de tempestades de gelo, seguidas de inundações, ocorridas na Croácia, no final de janeiro e início de fevereiro de 2014. Tais catástrofes causaram prejuízos consideráveis aos Estados-Membros requerentes, encontrando-se preenchidos os critérios de elegibilidade definidos no Regulamento (CE) n.º 1212/2002 do Conselho, que institui o Fundo de Solidariedade da União Europeia. Votei, por isso, favoravelmente a presente resolução que aprova a decisão para mobilizar a quantia de 46 998 528 EUR a favor da Itália, da Grécia, da Eslovénia e da Croácia.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D), *por escrito*. — He votado a favor de la movilización del Fondo de Solidaridad de la Unión Europea en relación con las inundaciones en Italia (Cerdeña) de noviembre de 2013, un terremoto en Cefalonia (Grecia) que causó numerosas víctimas y dejó a 3 000 personas sin hogar, las tormentas de hielo en Eslovenia, y las mismas tormentas de hielo seguidas de inundaciones en Croacia de finales de enero — principios de febrero de 2014. Con esta decisión, las zonas afectadas podrán beneficiarse de una ayuda conjunta cercana a los 47 millones de euros que ayudarán a paliar las consecuencias de estas catástrofes.

Teresa Rodríguez-Rubio (GUE/NGL), *por escrito*. - Nuestro voto es favorable a todas las transferencias redistributivas que tengan por fin la ayuda a regiones o países afectados por catástrofes naturales. Creemos particularmente en el carácter redistributivo que debería tener el presupuesto europeo.

Fernando Ruas (PPE), *por escrito*. — Concorro com a mobilização do Fundo de Solidariedade da União Europeia num montante total de 46 998 528 euros para a minimização dos efeitos das graves catástrofes naturais descritas neste Relatório que ocorreram na Croácia, na Eslovénia, na Grécia e na Itália neste ano e no ano passado.

A ativação deste fundo teve por base os critérios de *catástrofes regionais extraordinárias*, previsto no artigo 2, último parágrafo, do Regulamento (CE) n.º 2012/2002, que estabelece as condições para a mobilização do Fundo de Solidariedade *em circunstâncias excecionais*, visto resultarem de situações que não se qualificam como *grande desastre natural*, na ótica do Regulamento relativo ao Fundo de Solidariedade da União Europeia.

Considero que a União Europeia cumpriu, mais uma vez, um dos seus mais nobres princípios: o da solidariedade e entreaajuda entre diferentes nações que comungam dos mesmos valores, o mesmo continente e partilham parte da sua soberania numa forma voluntária e empenhada.

Matteo Salvini (NI), *per iscritto*. — Ho scelto di votare a favore per dare un aiuto ai cittadini delle aree interessate da terremoti o da fenomeni meteorologici di straordinaria intensità, in Italia e in Europa.

Lola Sánchez Caldentey (GUE/NGL), *por escrito*. - Nuestro voto es favorable a todas las transferencias redistributivas que tengan por fin la ayuda a regiones o países afectados por catástrofes naturales. Creemos particularmente en el carácter redistributivo que debería tener el presupuesto europeo.

Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito*. - La Comisión propone que se movilice el Fondo de Solidaridad de la Unión Europea en relación con las inundaciones en Italia (Cerdeña) de noviembre de 2013, un terremoto en Grecia (Cefalonia), tormentas de hielo en Eslovenia, y las mismas tormentas de hielo seguidas de inundaciones en Croacia de finales de enero — principios de febrero de 2014, sobre la base del apartado 11 del Acuerdo interinstitucional de 2 de diciembre de 2013. Estoy a favor de ello, por lo que he votado a favor de este informe.

Jill Seymour (EFDD), *in writing*. — I understand that this is for aid which could be used to help victims. The British public are already more than generous in donating funds to charitable causes when natural disasters occur. I do not believe foreign aid to be in the remit of the EU, so I voted against this proposal.

Siôn Simon (S&D), *in writing*. — Today I voted to support the mobilisation of the European Solidarity Fund (EUSF) for Member States affected by disasters. The Commission's proposal concerned EUSF being granted in favour of floods in Italy during November 2013, an earthquake in Greece, ice storms in Slovenia, and the same ice storms, followed by floods in Croatia, at the end of January / beginning February 2014. The Commission proposed to mobilise the EU solidarity Fund for a total amount of EUR 46 998 528.

Davor Škrlec (Verts/ALE), *napisan*. — Hrvatska će iz Europskog fonda solidarnosti ostvariti 8,6 milijuna eura nakon što je ispunila sve uvjete zbog štete nastale ledenim olujama i poplavama koje su pogodile pojedina hrvatska područja početkom 2014. godine. Nažalost, ova je elementarna nepogoda u najvećem omjeru pogodila ekonomski nerazvijena područja Primorsko-goranske, Karlovačke te Sisačko-moslavačke županije, a dodatno i Zagrebačku i Varaždinsku županiju.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

Za oporavak demografski starih i nenapučenih područja potrebno je osmišljavanje dugoročnijih i sveobuhvatnih strategija razvoja s instrumentima koji nisu nužno usmjereni samo na ekonomske i financijske faktore. Kako je u ledenim kišama posebno teško stradao Gorski Kotar, najveća šteta nastala je u prirodnim zonama, točnije u hrvatskim šumama. Jasnije je kako će isplata sredstava putem fonda biti dodatak sredstvima iz nacionalnog proračuna nužnim za socijalni, kulturni te prirodni oporavak osjetljivih područja Hrvatske, s obzirom na to da su šume direktno povezane s ruralnim razvojem, odnosno ključne su za prirodnu i ekonomsku održivost ovog područja.

Podržao sam mobilizaciju sredstava zbog njihove usmjerenosti na saniranje elemenata ključnih za uspješan oporavak pogođenih područja.

Igor Šoltes (Verts/ALE), pisno. — Konec januara i početak februara 2014 je žled prizadel Slovenijo. Huda ledena ujma je povzročila ogromno gospodarsko škodo. Zaradi poškodb na električnem omrežju je brez električnega toka ostalo okoli 250.000 ljudi, žledolomi pa so povzročili zaprtje številnih cest po državi. Največja škoda je nastala na prometni in energetski infrastrukturi. Poleg tega je bilo uničenih skoraj polovica gozdov v državi. Slovenija je vložila vlogo za uporabo Solidarnostnega sklada Evropske unije. Celotna škoda po žledolomu je bila ocenjena na 428 733 722 EUR. Omenjeni znesek predstavlja 1,23% slovenskega BDN in presega prag za uporabo Solidarnostnega sklada v višini 209,6 milijona EUR, ki velja za Slovenijo v letu 2014. Ker ocenjena skupna škoda presega prag, se nesrečo klasificira kot „večjo naravno nesrečo“. Evropska Komisija je na podlagi izračunov predlagala znesek pomoči Sloveniji v višini 18 388 478 EUR. Poleg Sloveniji je bila finančna pomoč iz solidarnostnega sklada odobrena tudi Italiji zaradi poplav na Sardiniji, Grčiji zaradi potresa na Kafaleniji in Hrvaški zaradi žledoloma in poznejših poplav. Ker je pomembno pokazati solidarnost in pomagati državam prebroditi težke situacije zaradi naravnih katastrof, sem podprl predlog sklepa o uporabi sredstev Solidarnostnega sklada Evropske unije omenjenim štirim državam.

Davor Ivo Stier (PPE), napisan. — Mobilizacija Fonda solidarnosti Europske unije omogućava pomoć zemlji članici nakon pretrpljenih šteta uzrokovanih nekom od prirodnih katastrofa. Iz mobilizacijskog fonda koji se ne financira iz redovitog proračuna EU-a na raspolaganju je maksimalno milijardu eura godišnje za nadopunu javnih izdataka država članica.

Europska unija je za 2014. godinu odobrila iznos od 46 998 528. Prvi se val poplava dogodio u veljači 2014. godine te je nastala šteta od 291 904 630 eura. U određenim su mjestima štete bile tolike da je potpuna gradska infrastruktura bila uništena, zbog čega stanovništvo nije bilo u stanju normalno funkcionirati. Ukupno odobrena pomoć za prvi val poplava je 8 616 263 eura.

Hrvatska je također u predviđenim rokovima aplicirala za mobilizaciju sredstva iz fonda, uzimajući u obzir tuče te poplave. I sam sam posjetio poplavljena područja u Hrvatskoj te bih istakao kako ovaj fond omogućava pomoć u obnovi teško pogođenih područja sredstvima nužnim da bi ti gradovi, područja i obitelji ponovno mogli normalno funkcionirati. Stoga podržavam izvješće.

Dubravka Šuica (PPE), napisan. — Podržala sam ovakav prijedlog s obzirom da sam dobro upoznata s ovim prirodnim katastrofama i njihovim posljedicama, a posebice dobro sam upoznata s posljedicama uzrokovanim ledom i poplavama u Hrvatskoj. Također sam uputila Europskoj komisiji i zastupničko pitanje u svrhu odobravanja pomoći Hrvatskoj s obzirom da se RH uz poplave susrela i s ledom koji je uzrokovao štete na dalekovodima i stoljetnim šumama. Iznos od 8,6 milijuna eura iz Fonda solidarnosti neće biti dostatan za nadoknadu nastalih šteta jer je uništena kompletna dalekovodna infrastruktura kao i brojni nasadi, a mnogi su ljudi ostali bez krova nad glavom, dok je šteta procijenjena na 297 mil. eura. Ipak, novac iz Fonda solidarnosti je nužan s obzirom na lošu gospodarsku situaciju u Hrvatskoj, dok će pomoć iz EU-a biti i više nego dobrodošla.

Ελευθέριος Συναδινός (NI), γραπτώς. — Αν και προβλέπονται σαφώς λιγότερα κονδύλια για την αποκατάσταση των ζημιών από σεισμό στην Ελλάδα (Κεφαλονιά), κάθε βοήθεια είναι προς τη σωστή κατεύθυνση.

Marc Tarabella (S&D), par écrit. — J'ai voté en faveur de la proposition de la Commission de mobiliser le Fonds de solidarité de l'Union européenne en faveur de l'Italie (Sardaigne), en proie à des inondations en novembre 2013, de la Grèce (Céhalonie), théâtre d'un tremblement de terre, de la Slovénie, frappée par des tempêtes de verglas, et de la Croatie, touchée par les mêmes tempêtes de verglas, suivies d'inondations, fin janvier-début février 2014. En effet, il est essentiel de jouer la carte de la solidarité dans de telles circonstances.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

Ruža Tomašić (ECR), *napisan.* — Podržala sam ovo izvješće jer smatram da fiskalna disciplina, koju i sama zagovaram, ipak ne smije ići na račun najugroženijih. Prirodne katastrofe stvaraju posebne okolnosti u kojima moramo pokazati maksimalnu solidarnost.

Jedan od načina je podizanje svijesti o nužnosti međusobnog pomaganja i humanitarnog djelovanja u ovako kriznim situacijama, kako su to učinili Europski konzervativci i reformisti u Hrvatskoj obnavljajući dječja igrališta u poplavljenom istočnom dijelu zemlje.

No, ne treba zaboraviti ni važnost institucionalne pomoći koja je ipak jamac određene sigurnosti zajednici koja je splotom nesretnih okolnosti mnogo izgubila i propatila. Zato je važno usavršiti mehanizme Fonda solidarnosti kako bi što bolje odgovarali potrebama pogođenih područja. Izmjene usvojene krajem prošlog saziva koje, između ostalog, uvode mjeru predujma čime bi se osigurala pravovremenost reakcije svakako su korak u pravom smjeru.

Ernest Urtasun (Verts/ALE), *por escrito.* — Mi voto es favorable a movilizar fondos extras en beneficio de los Estados afectados por desastres naturales.

Marco Valli (EFDD), *per iscritto.* - Ho votato a favore della mobilitazione del Fondo di solidarietà dell'Unione europea in quanto credo sia importante rispondere alle grandi calamità naturali ed esprimere la solidarietà europea alle regioni colpite all'interno dell'UE. In questo caso, tra i Paesi beneficiari è presente anche l'Italia, la quale ha presentato richiesta di mobilitazione a causa della grave alluvione verificatasi in Sardegna nel 2013. Votando pertanto a favore della relazione si richiedeva alla Commissione uno stanziamento anche a sostegno del nostro Paese.

Voglio però esprimere la necessità di prevedere in futuro una maggiore tempestività nell'approvazione e nell'erogazione del Fondo stesso che, per l'ennesima volta, è stato utilizzato a scopo negoziale durante la procedura di approvazione del bilancio per il 2015. Di fatto, uno strumento basato su uno dei principi base dell'Unione europea è di nuovo diventato simbolo della fine della solidarietà fra gli Stati membri.

Harald Vilimsky (NI), *schriftlich.* — Die Unterstützung der Bürger in der EU, die durch Katastrophen schwer getroffen wurden und dadurch vom Schicksal auf eine harte Probe gestellt werden, ist grundsätzlich zu begrüßen. Daher habe ich für eine Inanspruchnahme des Solidaritätsfonds für Italien, Griechenland, Slowenien und Kroatien gestimmt, da der Fonds gerade für solche Ursachen gedacht ist und dementsprechend eingesetzt werden soll, um den Menschen in den betroffenen Regionen zu helfen.

Inês Cristina Zuber (GUE/NGL), *por escrito.* — O texto aprova a mobilização do Fundo de Solidariedade a favor da Itália, Grécia, Eslovénia e Croácia.

No caso da Itália, o pedido de mobilização vem na sequência das chuvas intensas, em novembro de 2013, que provocaram o transbordamento de muitos rios e grandes inundações. A Grécia foi atingida por um violento sismo, seguido de dezenas de réplicas sísmicas graves, entre janeiro e fevereiro passado, deixando 3 000 pessoas sem abrigo e vários sinistrados.

Dado que os prejuízos totais ficam abaixo do limiar de catástrofe de grandes proporções para a mobilização do Fundo de Solidariedade, o pedido foi examinado com base nos critérios de *catástrofes regional de carácter extraordinário*.

Por outro lado, a Eslovénia e a Croácia foram afetadas por nevões inverniais que atingiram várias zonas da Europa e vários países, entre janeiro e fevereiro deste ano. Na Croácia o derretimento do gelo e da neve resultou em inundações que causaram prejuízos adicionais.

Como os prejuízos diretos totais estimados em ambos os países excedem o limiar normal para a mobilização do Fundo de Solidariedade, esta catástrofe pode ser considerada uma *catástrofe natural de grandes proporções*. Votámos a favor.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

Marco Zullo (EFDD), *per iscritto*. - Ho votato a favore della proposta di mobilitazione del Fondo di solidarietà dell'UE sulla base delle domande di mobilitazione del Fondo presentate da Italia, Grecia, Slovenia e Croazia, che si riferiscono a inondazioni verificatesi in Sardegna (Italia) nel novembre 2013, a un terremoto avvenuto a Cefalonia (Grecia) nel gennaio 2014 e a tempeste di ghiaccio verificatesi in Slovenia e in Croazia a gennaio e febbraio 2014, seguite, in Croazia, da ulteriori inondazioni.

Per quanto riguarda in particolare la situazione italiana, il danno causato in Sardegna è stato stimato in 652 418 691 EUR e lo stanziamento sarà di 16 310 467 EUR, necessario ad aiutare la regione. Resta però prioritario e fondamentale puntare sulla prevenzione di questi fenomeni, per non dover continuamente ricorrere a questi strumenti che dovrebbero rimanere eccezionali.

11.7. Entwurf des Berichtigungshaushaltsplans Nr. 5/2014: Überschwemmungen in Italien (Sardinien) im Jahr 2013 — Erdbeben in Griechenland – Eisregen in Slowenien – Eisregen und anschließende Überschwemmungen in Kroatien im Jahr 2014 (A8-0078/2014 - Gérard Deprez)

Dichiarazioni di voto orali

Alessandra Moretti (S&D). - Signor Presidente, onorevoli colleghi, nonostante l'accordo sul bilancio 2005 non possa essere ritenuto sufficiente e soddisfacente, come Parlamento abbiamo comunque deciso di votarlo per senso di responsabilità. Nonostante gli sforzi compiuti in primis dalla nostra relatrice socialista Gardiazabal e soprattutto dal Premier Renzi e dalla Presidenza italiana, non riteniamo che il denaro stanziato sia sufficiente. Per quale motivo? Perché il Consiglio è stato ancora una volta preda, come spesso accade, di egoismi nazionali, in particolare di quelli di Germania, Francia, Inghilterra, che hanno mostrato una forte volontà di chiudere l'accordo.

Il Parlamento è comunque riuscito ad ottenere un tampone, rispetto alla crisi dei pagamenti e si impegnato a sostenere e tutelare i programmi più significativi, quali ad esempio il programma Erasmus e il programma Orizzonte 2020. Resta tuttavia prioritario che nei prossimi anni venga intrapresa una riforma intelligente ed organica dell'intera procedura di adozione del bilancio che sempre più mostra una serie di limiti e contraddizioni.

Ivana Maletić (PPE). - Gospodine predsjedniče, podržala sam ovu izmjenу proračuna za 2014. kojom se mobiliziraju sredstva u iznosu od 46,9 milijuna eura iz Europskog fonda solidarnosti za pomoć Hrvatskoj, Sloveniji, Italiji, Grčkoj i Austriji od šteta u prirodnim katastrofama. Štete su iznosile 1,5 milijardi eura, a samo u Hrvatskoj led i poplave u siječnju i veljači 2014. prouzročile su raseljavanje velikog broja ljudi i štetu od 291,9 milijuna eura.

Ovim izmjenama proračuna iz Europskog fonda solidarnosti mobilizira se iznos od 8,6 milijuna eura. To nije dovoljno za pokriće svih šteta u Republici Hrvatskoj i zato je jako važno aktivirati i ostala sredstva kako bi se pomoglo stradalim područjima.

Andrej Plenković (PPE). - Gospodine predsjedniče, niz prirodnih katastrofa pogodio je od poplava, potresa do ledenih oluja Italiju i Grčku, Sloveniju i Hrvatsku i pritom prouzročio znatne štete u području prometne, energetske i vodovodne mreže i infrastrukture na javnim zgradama, privatnoj imovini te šumama. Fond Europske solidarnosti i osnovan je kako bi odgovorio na velike prirodne katastrofe i na neki način ublažio troškove država članica u ovakvim situacijama.

Stoga smatram da je usvajanje ove izmjene proračuna broj 5 bitno kako bi se isplatilo barem u malom dijelu one štete koje su nastale i u Republici Hrvatskoj i u nizu županija gdje je ukupni iznos procjene štete skoro 292 milijuna eura, a ovih 8,6 milijuna eura koji se odobravaju iz Fonda solidarnosti pomoći će Hrvatskoj u smislu nacionalnog proračuna da isplati dio šteta onim najugroženijim županijama u vezi ovih prirodnih katastrofa.

Daniel Hannan (ECR). - Mr President, I was about to say that the first instinct of the legislator in a crisis is to reach for his wallet, but of course it is really to reach for *your* wallet. Whenever we are faced with one of these catastrophic events the answer is always to spend somebody else's money, which allows you a vicarious glow of virtue at no cost to yourself.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

Can I suggest something to colleagues from across the Chamber: if you feel moved by bad news of this kind, reach into your own pocket rather than into your constituents' pockets! And I do not say that only as a rhetorical device. One of the particular catastrophes that we are talking about in this report was the floods that devastated eastern Slovenia and other parts of the Balkans in May. I was very proud a few weeks ago to lead a group of politicians from the Alliance of European Conservatives and Reformists doing some physical work clearing up the damage caused by those floods with our friend Ruža Tomašić, the patriotic anti-corruption MEP for Croatia. It is possible to go and do something with your own hands, rather than passing the bill to somebody else, and shall I tell you something? It makes you feel a lot better.

Dichiarazioni di voto scritte

Marina Albiol Guzmán (GUE/NGL), *por escrito*. — He votado a favor del presente proyecto de presupuesto rectificativo debido a que supone la movilización de los fondos necesarios en el presupuesto de 2014 para que sean destinados a estos diferentes desastres naturales. La Unión Europea debe ser capaz de actuar con la máxima celeridad para ayudar a las víctimas de este tipo de catástrofes naturales que acarrear terribles consecuencias para los habitantes de las regiones afectadas. La movilización de fondos para atender las consecuencias sobre la población local es fundamental para un proyecto de Unión Europea que trate de ayudar a la gente. Es por esto por lo que he votado a favor del presente informe.

Jonathan Arnott (EFDD), *in writing*. — Aid through the Solidarity Fund is not an efficient means of assisting with floods. It only represents a small portion of the money spent by Member States and is an administrative nightmare. Far better to reduce Member States' contributions and to allow them to deal with such matters directly themselves.

Zigmantas Balčytis (S&D), *raštu*. — Balsavau už visus 2014 m. taisomojo biudžeto projektus bei už Europos Parlamento ir Tarybos pasiektą susitarimą dėl 2015 m. biudžeto. Sveikinu Europos Parlamento derybininkus, kurie pasiekė, kad neatidėliotinioms šių metų ES biudžeto skoloms apmokėti būtų skirta 4,25 mlrd. eurų ir kad Europos Komisija būtų įpareigota parengti laipsnišką neapmokėtų sąskaitų sumažinimo planą bei ateityje nustatyti tvarią skolų ribą. Parlamento dėka įsipareigojimams bus skirta 0,5 mlrd. eurų daugiau nei siūlė ES Taryba. Daugiau lėšų bus skirta ES mokslinių tyrimų programai „Horizontas 2020“ bei studentų ir jaunimo mainų programai „Erasmus+“. Sveikintina, kad padidintas finansavimas Europos kaimynystės programoms, humanitarinei pagalbai bei bendrai užsienio saugumo politikai, o tai atsižvelgiant į šiandieninę situaciją Europoje yra labai aktualu. Tačiau nepritariu finansavimo sumažinimui Europos žemės ūkio garantijų fondui, nes tai atsilieps daugeliui ES ūkininkų, kurie yra atsidūrę itin sunkioje padėtyje dėl užsitęsusio Rusijos embargo, ir kuriems yra būtina ES pagalba.

Hugues Bayet (S&D), *par écrit*. — Il s'agit ici d'inscrire en crédits d'engagement sur le budget 2014 et en crédits de paiement sur l'exercice 2015 le montant de 49 millions d'euros nécessaire pour couvrir la mobilisation du Fonds de solidarité de l'Union européenne à la suite d'inondations survenues en novembre 2013 en Sardaigne, d'un tremblement de terre à Céphalonie en Grèce, de tempêtes de verglas en Slovénie ainsi que de ces mêmes tempêtes de verglas suivies d'inondations en Croatie fin janvier et début février 2014.

Tiziana Beghin (EFDD), *per iscritto*. — Ho appena votato a favore degli aiuti europei per le alluvioni del 2013 in Italia. Nel frattempo di alluvioni ce ne sono state altre, e così tra un anno saremo ancora qui, com'è successo l'anno scorso e l'anno prima.

Pochi mesi fa Genova, la città in cui sono nata, è finita sott'acqua per la seconda volta in tre anni, così come tutta la Liguria e il motivo è sempre lo stesso: una gestione del territorio pessima fatta da politici corrotti servi d'imprenditori collusi che hanno più da guadagnare dall'emergenza e dal disastro che non dalla messa in sicurezza.

Io voterò sempre per aiutare il territorio a rialzarsi, ma sono stanca. Stanca di trent'anni di emergenze. Stanca di trent'anni di giunte dello stesso colore che di prevenzione non ne hanno mai fatta e no, il loro colore non è il rosso, ma il grigio del cemento con cui hanno coperto la mia regione. Per cui mi rivolgo a voi cittadini, anche voi tra poco andrete a votare. Non votate l'emergenza, votate la prevenzione.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

Izaskun Bilbao Barandica (ALDE), *por escrito*. — He votado a favor del presupuesto rectificativo nº 5/2014 porque ha sido necesario habilitar el Fondo de Solidaridad y disponer de recursos necesarios para cumplir con los créditos de compromiso y de pago para las inundaciones de Cerdeña (Italia) en noviembre de 2013, un terremoto en Grecia, tormentas de hielo en Eslovenia y tormentas de hielo seguidas de inundaciones en Croacia a finales de enero y principios de febrero de 2014.

Dominique Bilde (NI), *par écrit*. — Opposés à la politique de cohésion de l'UE, nous considérons néanmoins que la solidarité entre États membres, notamment lorsqu'ils sont touchés par des catastrophes naturelles importantes, comme ce fut le cas dans le Sud de la France, est nécessaire.

La mobilisation de ce Fonds de solidarité de l'UE en faveur de l'Italie (Sardaigne), confrontée à des inondations en novembre 2013, de la Grèce (Céphasie), théâtre d'un tremblement de terre, de la Slovaquie, frappée par des tempêtes de verglas, et de la Croatie, touchée par les mêmes tempêtes de verglas, suivies d'inondations, fin janvier-début février 2014, est vitale. Il apportera ainsi près de 47 millions d'EUR à ces régions et j'ai donc voté pour ce projet de budget rectificatif nº 5/2014.

Mara Bizzotto (NI), *per iscritto*. — Ho votato a favore di questo provvedimento tecnico che libera i 47 milioni di EUR necessari per l'intervento del Fondo di solidarietà a favore della Sardegna, della Grecia e della Slovenia.

José Blanco López (S&D), *por escrito*. — He votado a favor dado que el proyecto de presupuesto rectificativo nº 5/2014 está relacionado con la movilización del Fondo de Solidaridad de la UE por un importe cercano a los 47 millones de euros para atender las consecuencias de las inundaciones sufridas en Italia (Cerdeña) de noviembre de 2013, un terremoto en Cefalonia (Grecia) que causó numerosas víctimas y dejó a 3 000 personas sin hogar, tormentas de hielo en Eslovenia y las mismas tormentas de hielo seguidas de inundaciones en Croacia de finales de enero — principios de febrero de 2014.

Biljana Borzan (S&D), *napisan*. — Fond solidarnosti je osnovan s namjerom da pomaže državama članicama i kandidatkinjama u slučaju prirodnih katastrofa. Godina 2014. će u Hrvatskoj ostati zapamćena po prirodnim nedaćama koje su prouzročile velika ljudska stradanja i materijalnu štetu.

Gorski kotar je početkom godine bio okovan snijegom i ledom, te pogođen poplavama koje su uzrokovale veliku štetu kako javnoj infrastrukturi tako i privatnom vlasništvu. Procjene hrvatske Vlade govore o šteti u iznosu od 292 milijuna eura, stoga je iznos od 8,6 milijuna eura kojeg Europska unija planira izdvojiti za Hrvatsku, više nego dobrodošao.

Nakon Gorskog kotara Hrvatska je ponovno nastradala u svibnju kada su poplave pogodile Slavoniju, prouzročivši još veća razaranja i štetu od 297,6 milijuna eura. Posljedice vodenog vala još će se dugo osjećati, no Vlada RH poduzima značajne napore za normalizaciju stanja kako bi omogućila povratak građana u poplavljene domove. Iznos od 8,9 milijuna koji će za sanaciju posljedica poplava EU izdvojiti iz svog proračuna, značajno će pomoći u tim nastojanjima.

Pozdravljam ove izmjene proračuna jer izdvojena sredstva pokazuju da u nevolji države članice Europske unije nisu same, već mogu računati na pomoć kako Unije tako i drugih država članica.

Mercedes Bresso (S&D), *in writing*. — I voted for this because we need to have concrete help for the zones in the European Union which have suffered natural catastrophes.

Steve Briois (NI), *par écrit*. — J'ai voté pour le PBR nº 5 qui a pour objet la mobilisation des crédits nécessaires aux programmes de réparation après les terribles dégâts matériels engendrés par des catastrophes naturelles (inondations, verglas, tremblements de terre) dans plusieurs États membres. Dans ces cas-là, le principe de solidarité européenne prend tout son sens.

Gianluca Buonanno (NI), *per iscritto*. — Ho espresso voto positivo all'attivazione del Fondo di solidarietà dell'UE per un importo di 46 998 528 EUR in stanziamenti d'impegno e di pagamento. L'attivazione riguarda le inondazioni verificatesi in Italia (Sardegna) nel mese di novembre 2013, il terremoto avvenuto in Grecia (Cefalonia), le tempeste di neve che hanno colpito la Slovenia e le stesse tempeste, seguite da inondazioni, di cui è stata vittima la Croazia a fine gennaio-inizio febbraio 2014.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

Nicola Caputo (S&D), *per iscritto*. — Oggi ho votato a favore della proposta di risoluzione del Parlamento europeo concernente la mobilitazione del Fondo di solidarietà dell'Unione europea per le inondazioni in Italia, i terremoti in Grecia e le tempeste di ghiaccio in Slovenia, tutte calamità naturali che hanno provocato gravi danni ai tre Stati membri in questione.

Ritengo che, in presenza di tali eventi, debba essere applicato un principio di solidarietà superiore tra gli Stati che permetta aiuti tempestivi ed efficaci alle popolazioni. Considerando che questi eventi, grazie agli strumenti di cui disponiamo, sono ormai prevedibili, mi auguro che l'Unione europea faccia un ulteriore sforzo dando nuovo impulso a quelle misure utili a prevedere, e quindi a prevenire con un quadro complessivo più ampio di interventi, le conseguenze catastrofiche di tali fenomeni.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), *per iscritto*. — Le risorse dell'Unione vanno utilizzate il più possibile a fin di bene. Il sostegno alle popolazioni colpite da terremoti e inondazioni non mancherà mai da parte nostra.

Alberto Cirio (PPE), *per iscritto*. — L'Italia è contribuente netto dell'UE e questo mi fa storcere un po' il naso ma lo capisco. Il problema è che spesso la propria esposizione è superiore a quella prevista perché non è in grado di chiedere fondi. Con questo progetto di bilancio rettificativo si stanziavano fondi per le zone della Sardegna colpite dall'alluvione, e quindi parte di quelle risorse ritornano nel nostro Paese. Il mio voto è stato chiaramente favorevole.

Lara Comi (PPE), *per iscritto*. - Ho votato a favore della relazione sul bilancio rettificativo n. 5 che prevede di mobilitare aiuti per complessivi 47 milioni di euro a valere sul Fondo di solidarietà dell'Unione europea. Si tratta di uno strumento essenziale, che assicura un aiuto effettivo e reale ai cittadini colpiti da disastri naturali. In particolare, questo voto prevede fondi per Grecia, Slovenia e Croazia, ma soprattutto un importante sostegno alla Sardegna, che sarà destinataria di circa 16 milioni di euro per i danni causati dall'alluvione del novembre 2013.

Therese Comodini Cachia (PPE), *in writing*. — I have voted in favour of this report due to the urgent need to release financial assistance in relation to floods in Italy, earthquake in Greece, ice storms in Slovenia and ice storms and floods in Croatia through the EU Solidarity Fund.

Ignazio Corrao (EFDD), *per iscritto*. — Il progetto di bilancio rettificativo n. 5/2014 riguarda la mobilitazione del Fondo di solidarietà dell'UE (FSUE) per un importo di 46 998 528 EUR in stanziamenti d'impegno e di pagamento in relazione alle alluvioni in Italia (Sardegna) nel novembre 2013, a un terremoto in Grecia (Cefalonia), alle tempeste di ghiaccio in Slovenia e alle medesime tempeste di ghiaccio, seguite da inondazioni, in Croazia tra la fine di gennaio e l'inizio di febbraio 2014. Questo rettificativo è necessario per poter erogare i contributi che riguardano la mobilitazione del Fondo di solidarietà, che ci riguarda direttamente con i circa 16 milioni di euro destinati alla Sardegna. Per questo motivo non ho potuto che votare a favore.

Javier Couso Permuy (GUE/NGL), *por escrito*. — He votado a favor del presente proyecto de presupuesto rectificativo debido a que supone la movilización de los fondos necesarios en el presupuesto de 2014 para que sean destinados a estos diferentes desastres naturales. La Unión Europea debe ser capaz de actuar con la máxima celeridad para ayudar a las víctimas de este tipo de catástrofes naturales que acarrear terribles consecuencias para los habitantes de las regiones afectadas. La movilización de fondos para atender las consecuencias sobre la población local es fundamental para un proyecto de Unión Europea que trate de ayudar a la gente. Es por esto por lo que he votado a favor del presente informe.

Miriam Dalli (S&D), *in writing*. — I voted in favour of this report because I support the mobilisation of funds through EUSF to countries affected by natural disasters.

Rachida Dati (PPE), *par écrit*. — Avec le vote du budget rectificatif n° 5, l'Union européenne engage, à juste titre, le Fonds de solidarité pour venir en aide aux pays frappés par des catastrophes naturelles en 2013 et 2014. Les inondations en Sardaigne et en Croatie et le tremblement de terre en Grèce ont, par exemple, grandement endommagé les infrastructures publiques et privées ainsi que les habitations des populations locales. Le déblocage de 47 millions d'euros pour ces pays contribuera à réparer les dégâts occasionnés.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

Isabella De Monte (S&D), *per iscritto*. — Il Fondo di solidarietà dell'Unione europea (FSUE) è stato istituito per far fronte a gravi calamità naturali e per esprimere solidarietà alle regioni dell'Europa colpite da catastrofi. Ho sostenuto la mobilitazione del Fondo a favore di Italia, Grecia, Slovenia e Croazia. In particolare per quanto riguarda l'Italia, il FSUE sosterrà finanziariamente la Sardegna, colpita il 18 e 19 novembre 2013 da violente piogge torrenziali che hanno causato la tracimazione di fiumi e gravi inondazioni.

Tamás Deutsch (PPE), *írásban*. — Az Európai Parlament ma nagy többséggel elfogadta a 2015. évi uniós költségvetést és a 2014. évi többletforrásokról szóló módosításokat. A megállapodás óriási előnye, hogy azzal még idén elfogadásra kerülhet a 2015-ös uniós költségvetés, azaz jövőre nem csak az idei költségvetés tizenkettedét lehetne kifizetni havonta. 2014-re így 4 milliárd euró többletforrást mozgósítanak, amelyből 3,5 milliárd euró úgynevezett „friss pénz”, azaz nem átcsoportosítások eredménye.

Az EP csak azzal a feltétellel járult hozzá a jövő évi EU-költségvetés elfogadásához, hogy az Európai Bizottság tervet dolgoz ki a kifizetetlen számlák fenntartható szintre csökkentésére. 2014-ben már 23,4 milliárd euró a korábbi évről áthúzódó számla kifizetését kell megoldani. Ehhez is biztosítja a mai szavazás a közel 4 milliárd eurós többletforrást.

Az Európai Parlament mai döntésével biztosítottak az idei és a jövő évi költségvetés Magyarországnak járó agrár- és kohéziós forrásai is. A magyar néppárti delegáció, együtt az Európai Néppárttal, hazánk nemzeti érdekeinek képviselőiben felelősségteljesen döntött és megszavazta a 2015. évi uniós költségvetést és az ahhoz kapcsolódó megállapodásban szereplő valamennyi jelentést. A megállapodás részét képezik a Szolidaritási Alapot mozgósító jelentések is, amelyek az Európa különböző régióit sújtó természeti katasztrófák okozta károkat enyhítik.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI), *γραπτώς*. — Υπερψήφισα την έκθεση διότι, παρ' όλο που προβλέπονται σαφώς λιγότερα κονδύλια για την αποκατάσταση των ζημιών από σεισμό στην Ελλάδα (Κεφαλονιά), κάθε βοήθεια είναι επιθυμητή.

João Ferreira (GUE/NGL), *por escrito*. — O texto aprova a mobilização do Fundo de Solidariedade a favor da Itália, Grécia, Eslovénia e Croácia.

No caso da Itália, o pedido de mobilização vem na sequência das chuvas intensas, em novembro de 2013, que provocaram o transbordamento de muitos rios e grandes inundações.

A Grécia foi atingida por um violento sismo, seguido de dezenas de réplicas sísmicas graves, entre janeiro e fevereiro passado, deixando 3000 pessoas sem abrigo e vários sinistrados.

Dado que os prejuízos totais ficam abaixo do limiar de catástrofe de grandes proporções para a mobilização do Fundo de Solidariedade, o pedido foi examinado com base nos critérios de *catástrofes regional de carácter extraordinário* – o que apoiamos.

Por outro lado, a Eslovénia e a Croácia foram afetadas por nevões inverniais que atingiram várias zonas da Europa e vários países, entre janeiro e fevereiro deste ano. Na Croácia, ainda houve a agravante do derretimento do gelo e da neve resultarem em inundações que causaram prejuízos adicionais.

Como os prejuízos diretos totais estimados em ambos os países excedem o limiar normal para a mobilização do Fundo de Solidariedade, esta catástrofe pode ser considerada uma *catástrofe natural de grandes proporções*.

Votámos favoravelmente.

Monika Flašíková Beňová (S&D), *písomne* — Opravný rozpočet je dôležitý z dôvodu uplatnenia mobilizácie fondu solidarity podľa bodu 11 medziinštitucionálnej dohody, aby sa mohlo efektívne napomôcť odstraňovanie následkov prírodných katastrof v Taliansku, Grécku, Slovinsku a Chorvátsku. Je nevyhnutné podporiť túto úpravu rozpočtu a uvoľniť tak zdroje spomínaným členským štátom.

Mobilizácia Fondu solidarity Európskej únie podľa bodu 11 Medziinštitucionálnej dohody z 2. decembra 2013 medzi Európskym parlamentom, Radou a Komisiou o rozpočtovej disciplíne, spolupráci v rozpočtových otázkach a riadnom finančnom hospodárení (Záplavy v Srbsku, Chorvátsku a Bulharsku)

Mittwoch, 17. Dezember 2014

Λάμπρος Φουντούλης (NI), γραπτώς. — Αν και προβλέπονται σαφώς λιγότερα κονδύλια για την αποκατάσταση των ζημιών από σεισμό στην Ελλάδα (Κεφαλονιά), κάθε βοήθεια είναι προς τη σωστή κατεύθυνση. Γι' αυτό τον λόγο υπερψηφίζω το σχέδιο διορθωτικού προϋπολογισμού αριθ. 5/2014

Tania González Peñas (GUE/NGL), *por escrito*. - Nuestro voto es favorable a todas las transferencias redistributivas que tengan por fin la ayuda a regiones o países afectados por catástrofes naturales. Creemos particularmente en el carácter redistributivo que debería tener el presupuesto europeo. No obstante, nos oponemos a la adopción del presupuesto 2015 y criticamos el acuerdo llevado a cabo sobre los presupuestos rectificativos negociados paralelamente.

Pablo Iglesias (GUE/NGL), *por escrito*. - Nuestro voto es favorable a todas las transferencias redistributivas que tengan por fin la ayuda a regiones o países afectados por catástrofes naturales. Creemos particularmente en el carácter redistributivo que debería tener el presupuesto europeo. No obstante, nos oponemos a la adopción del presupuesto 2015 y criticamos el acuerdo llevado a cabo sobre los presupuestos rectificativos negociados paralelamente.

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan*. — Glasovao sam za prijedlog rezolucije o stajalištu Vijeća o nacrtu izmjene proračuna br. 5/2014 koji se tiče mobilizacije Fonda solidarnosti nakon poplava talijanskoj Sardiniji, potresa u grčkoj Kefaloniji, ledenih oluja u Sloveniji te ledenih oluja praćenih poplavama u Hrvatskoj. Smatram da je iznimno važno pomoći područjima koji su pogođenim elementarnim nepogodama čime bi se ekonomska i socijalna situacija u tim krajevima što prije stabilizirala. Unosom proračunske prilagodbe od 46.998.528,00 EUR u proračun za 2014. na konkretan način će se pomoći svima onima koji snose posljedice navedenih događanja i koji se još uvijek od njih oporavljaju. Potrebno je poslati snažan signal ljudima koji žive u stradalim područjima: Europska unija je prisutna i spremna pomoći. No, smatram da pomoć treba biti dinamičnija, brža i sveobuhvatnija kako bi se izbjegle posljedice.

Diane James (EFDD), *in writing*. — While I understand that this is for aid, which could be used to help victims, the British public are already more than generous with donating funds to charitable causes when natural disasters occur. I do not believe foreign aid to be in the remit of the EU, so I voted against this proposal.

Marc Joulaud (PPE), *par écrit*. — Je me réjouis de l'adoption du rapport de ma collègue Patricija Šulin concernant la mobilisation du Fonds de solidarité de l'Union européenne en faveur de l'Italie, de la Grèce, de la Slovaquie et de la Croatie. Les demandes portaient sur des inondations survenues en Sardaigne en novembre 2013, un tremblement de terre à Céphalonie (Grèce) en janvier 2014, ainsi que sur des tempêtes de verglas qui se sont produites au début de l'année 2014 en Slovaquie et en Croatie, suivies d'inondations en Croatie. J'estime que la solidarité est un principe essentiel de l'Union européenne. Elle devait s'appliquer à ces territoires confrontés à des catastrophes aux conséquences humaines et économiques graves.

Afzal Khan (S&D), *in writing*. — I supported the mobilisation of the fund, as it is crucial we show solidarity with people from the affected areas by helping to rebuild basic infrastructure, funding emergency services, providing temporary accommodation, contributing to clean-up operations and countering immediate health risks.

Giovanni La Via (PPE), *per iscritto*. - Voto positivamente la relazione dell'on. Gérard Deprez. La proposta prevede di mobilitare aiuti per complessivi 47 milioni di EUR a valere sul Fondo di solidarietà dell'Unione europea. Si tratta di uno strumento importantissimo, attraverso cui siamo in grado di offrire aiuto concreto ai cittadini colpiti da disastri naturali. Ci siamo battuti affinché il Fondo restasse tale e ne abbiamo difeso le risorse durante il negoziato. Nello specifico, il bilancio rettificativo n. 5 prevede fondi per Grecia, Slovenia e Croazia, ma soprattutto un importante sostegno alla Sardegna, cui andranno circa 16 milioni di EUR, per sostenere la popolazione a seguito dei disastri causati dall'alluvione del novembre 2013.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

Paloma López Bermejo (GUE/NGL), *por escrito*. — He votado a favor del presente proyecto de presupuesto rectificativo debido a que supone la movilización de los fondos necesarios para adaptar la movilización del Fondo de Solidaridad en los presupuestos del ejercicio de 2014. La Unión Europea debe ser capaz de actuar con la máxima celeridad para ayudar a las víctimas de este tipo de catástrofes naturales que acarrearán terribles consecuencias para los habitantes de las regiones afectadas. La movilización de fondos para atender las consecuencias sobre la población local es fundamental para un proyecto de Unión Europea que trate de ayudar a la gente. Es por esto por lo que he votado a favor del presente informe.

Ivana Maletić (PPE), *napisan*. —

U 2014. Hrvatsku su pogodile su velike poplave koje su zahvatile i područja Italije, Bosne i Hercegovine te Srbije. Posljedice su katastrofalne, evakuirano je preko 15 tisuća ljudi, a većina njih je izgubila sve što je imala. Ukupna šteta od poplava samo u Hrvatskoj procijenjena je na 291,9 milijuna eura, a ukupna šteta na spomenutim područjima je iznosila 1,5 milijardi eura.

Iako su pokrenute razne humanitarne akcije za pomoć stradalim područjima, stanovnici se još dugo neće vratiti svojim domovima, poljoprivrednim zemljištima i životima. Mobilizacijom Fonda solidarnosti osiguralo bi se 46,9 milijuna eura iz Europskog fonda solidarnosti za pomoć pogođenim područjima Italije, Grčke, Slovenije i Hrvatske.

Izvrješće o mobilizaciji Fonda solidarnosti podržavam zbog velikih šteta uzrokovanih poplavama koje se trebaju sankcionirati te ljudima koji su izgubili domove treba osigurati pomoć, smještaj i uvjete za normalan život. Također, smatram da je bitno iskoristiti fondove Europske unije kako bi se preventivno osigurala ova područja jer smo svjedoci sve češćih prirodnih katastrofa.

Andrejs Mamikins (S&D), *rakstiski*. — Tas iet kopā ar Solidaritātes fonda palīdzību, obligāti vajag palīdzēt mūsu dalībvalstīm, es atbalstu šo lēmumu.

Νότης Μαριάς (ECR), *γραπτώς*. — Υπερψήφισα την έκθεση Deprez «Σχέδιο διορθωτικού προϋπολογισμού αριθ. 5/2014: Πλημμύρες στην Ιταλία (Σαρδηνία) το 2013 — Σεισμοί στην Ελλάδα - Χιονοθύελλα στη Σλοβενία - Πάγος και πλημμύρες στην Κροατία το 2014», διότι με την έκθεση αυτή εγγράφονται στον προϋπολογισμό της ΕΕ κονδύλια για την οικονομική ενίσχυση της Ιταλίας, της Ελλάδας, της Σλοβενίας και της Κροατίας.

Fulvio Martusciello (PPE), *per iscritto*. - Ho votato a favore del bilancio rettificativo n. 5/2014 relativo alle spese per la mobilitazione del FEG, Fondo di Solidarietà dell'UE per garantire un aiuto pieno e tempestivo a quei paesi che nell'ultimo anno sono stati colpiti da catastrofi naturali. Su tutte, l'alluvione in Sardegna, alla quale sono stati destinati 16 dei 47 milioni di aiuti complessivi per Italia, Grecia, Croazia e Slovenia. Questo bilancio rettificativo verrà considerato al di fuori del massimale del Quadro finanziario pluriennale del 2014 per garantire il tempestivo arrivo dei fondi alle zone colpite.

Barbara Matera (PPE), *per iscritto*. — Il progetto di bilancio rettificativo n. 5 prevede ingenti fondi a beneficio della Grecia, della Slovenia, della Croazia e della Sardegna, recentemente colpite da terribili calamità naturali.

Non potevo che sostenere tale modifica di bilancio che comporterà, tra le altre cose, l'elargizione di circa 16 milioni di euro a sostegno della Regione Sardegna, vittima, nel novembre del 2013, di un'epocale alluvione

Georg Mayer (NI), *schriftlich*. — Der Antrag auf Unterstützung der genannten Länder aus dem EU-Solidaritätsfonds hat meine volle Unterstützung. Die Europäische Union ist in der Pflicht, ihren Mitgliedstaaten nach solch schweren Naturkatastrophen zu helfen. Genau hierfür wurde der Solidaritätsfonds eingerichtet.

Jean-Luc Mélenchon (GUE/NGL), *par écrit*. — La Commission européenne propose 47 millions d'euros pour venir en aide à l'Italie, la Grèce, la Slovénie et la Croatie, gravement affectées par des catastrophes naturelles variées entre novembre 2013 et février 2014. Une partie a déjà été allouée à ces pays. Au vu des difficultés budgétaires, pour ce fonds pour les «catastrophes naturelles majeures», la Commission et le Parlement proposent d'inscrire les crédits d'engagement correspondants au budget 2014 mais de reporter les besoins de paiement correspondants au budget 2015. Ce budget rectificatif crée donc de nouveaux impayés en décidant de ne pas verser, en 2014, les dotations de secours auxquelles les États membres ont droit immédiatement en vertu de l'indemnisation des catastrophes naturelles. Je vote contre ce report qui résulte de la mauvaise gestion du budget.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

Nuno Melo (PPE), *por escrito*. — O presente projeto de orçamento retificativo n.º 5 para o exercício de 2014 cobre a mobilização do Fundo de Solidariedade da UE (FSUE) num montante de 46 998 528 EUR em dotações para autorizações e pagamentos na sequência das inundações em Itália (Sardenha) durante o mês de novembro de 2013, de um terramoto na Grécia (Cefalónia), das tempestades de neve e gelo na Eslovénia e das mesmas tempestades, seguidas de inundações, na Croácia no final de janeiro/início de fevereiro de 2014.

Com esta aprovação é possível inscrever formalmente este ajustamento orçamental no orçamento de 2014. Daí o meu voto favorável.

Roberta Metsola (PPE), *in writing*. — I voted in favour of this report. Draft amending budget No 5/2014 covers the sum allocated to Italy, Greece, Slovenia and Croatia as part of the EU Solidarity Fund. I voted in favour of allocating the funds to repair the damage caused by natural disasters in the aforementioned countries as it is essential that our citizens receive the support they need.

Marlene Mizzi (S&D), *in writing*. — I have voted in favour of the draft amending budget No 5/2014 on floods in Italy (Sardinia) in 2013 — Earthquakes in Greece – Ice in Slovenia – Ice followed by floods in Croatia in 2014.

Sophie Montel (NI), *par écrit*. — J'ai voté pour le PBR n° 5 qui a pour objet la mobilisation des crédits nécessaires aux programmes de réparation après les terribles dégâts matériels engendrés par des catastrophes naturelles (inondations, verglas, tremblements de terre) dans plusieurs États membres. Dans ces cas-là, le principe de solidarité européenne prend tout son sens.

Alessandra Mussolini (PPE), *per iscritto*. — Ho votato favorevolmente al progetto di bilancio rettificativo n. 5/2014 per lo sblocco degli stanziamenti d'impegno e di pagamento in relazione alle alluvioni in Sardegna dello scorso anno, a un terremoto in Grecia e a tempeste di ghiaccio in Slovenia e Croazia.

Franz Obermayr (NI), *schriftlich*. - Da die formalen Kriterien für die Vergabe der Hilfsmittel eingehalten wurden und den genannten Mitgliedstaaten schnell und unbürokratisch Hilfe zukommen sollte, habe ich für den Antrag gestimmt.

Younous Omarjee (GUE/NGL), *par écrit*. — Le FSUE a été créé suite aux inondations qui ont touché l'Europe centrale durant l'été 2002. J'ai voté en faveur du déploiement de ce fonds dans le cas spécifique des inondations en Italie, du tremblement de terre en Grèce et du verglas en Slovénie et Croatie.

Urmas Paet (ALDE), *kirjalikult*. — Toetasin ettepanekut, sest olen seisukohal, et loodusõnnetuse tõttu kannatada saanud riikidele tuleb Euroopa Liidu Solidaarsusfondi kaudu finantsabi anda, et aidata katastroofi mõjusid vähendada.

Aldo Patriciello (PPE), *per iscritto*. — Il progetto di bilancio rettificativo n. 5/2014 riguarda la mobilitazione del Fondo di solidarietà dell'UE (FSUE) per un importo di 46 998 528 EUR in stanziamenti d'impegno e di pagamento in relazione alle alluvioni in Italia (Sardegna) nel novembre 2013, a un terremoto in Grecia (Cefalonia), alle tempeste di ghiaccio in Slovenia e alle medesime tempeste di ghiaccio, seguite da inondazioni, in Croazia tra la fine di gennaio e l'inizio di febbraio 2014. Considerato che il progetto di bilancio rettificativo n. 5/2014 è inteso a iscrivere formalmente l'adeguamento nel bilancio 2014, esprimerei il mio voto favorevole.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

Florian Philippot (NI), *par écrit*. — Le projet de budget rectificatif n° 6 prévoit la réduction des crédits budgétaires relatifs au Fonds européen des affaires maritimes et la pêche et à la réserve pour les accords de partenariat dans le domaine de la pêche durable, pour un montant total de 76,3 millions d'euros en crédits d'engagement et de 6,2 millions d'euros en crédits de paiement. Dans le même temps, ce PBR prévoit l'augmentation des crédits budgétaires au Médiateur européen pour un montant de 93 500 euros. Ce projet de budget rectificatif est encore une fois mal ficelé et aura pour conséquence une réduction des crédits réservés aux professionnels de la pêche, pourtant confrontés à de très grandes difficultés. De plus, rien ne permet d'apprécier le montant de la baisse de la part RNB pour la France. Enfin, comment peut-on sérieusement envisager une baisse générale de la contribution RNB des États membres alors que l'Union européenne est confrontée à une grave crise des paiements? Ces mesures cosmétiques ne régleront absolument pas la crise budgétaire à laquelle l'Union est confrontée. C'est pourquoi j'ai décidé de voter contre le PBR n° 6/2014.

Franck Proust (PPE), *par écrit*. — Conformément au vote favorable que j'ai accordé à l'emploi du fonds de solidarité européen pour l'Italie, la Grèce, la Slovénie et la Croatie, suite à des catastrophes naturelles, je vote également le redéploiement de fonds nécessaire dans le budget de l'Union.

Paulo Rangel (PPE), *por escrito*. — Paralelamente à proposta de mobilização do Fundo de Solidariedade da UE, no montante de 46 998 528 EUR, a favor da Itália, da Grécia, da Eslovénia e da Croácia, a Comissão apresentou um projeto de orçamento retificativo (POR n.º 5/2014, de 8 de setembro de 2014) para inscrever no orçamento de 2014 as dotações de autorizações correspondentes e fazer transitar as dotações de pagamento correspondentes para o orçamento de 2015. Por considerar que deve ser prestada assistência financeira a estes países atingidos por catástrofes naturais, votei favoravelmente.

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D), *por escrito*. — Tras arduas negociaciones, se ha alcanzado un acuerdo que permitirá el pago de las facturas pendientes, para lo que se ha acordado la cantidad de 4 800 millones de euros para el periodo 2014-2015. Además, la Comisión, el Consejo y el Parlamento han acordado un plan de pagos destinado a reducir el nivel de las facturas impagadas dentro del marco plurianual actual. A lo largo de este año se ha acumulado un nivel de impagos sin precedentes. Los 4 800 millones de euros acordados permitirán cumplir con parte de las facturas acumuladas, contribuyendo así a aliviar la situación de muchas pymes, universidades, colectividades locales y ONG. De cara a 2015, se ha acordado destinar 145 321,5 millones de euros a créditos de compromiso y 141 214,040 563 millones de euros a créditos de pago. Por todo ello, he votado a favor.

Teresa Rodríguez-Rubio (GUE/NGL), *por escrito*. - Nuestro voto es favorable a todas las transferencias redistributivas que tengan por fin la ayuda a regiones o países afectados por catástrofes naturales. Creemos particularmente en el carácter redistributivo que debería tener el presupuesto europeo. No obstante, nos oponemos a la adopción del presupuesto 2015 y criticamos el acuerdo llevado a cabo sobre los presupuestos rectificativos negociados paralelamente.

Claude Rolin (PPE), *par écrit*. — Le Fonds de solidarité de l'Union européenne a été créé afin de faire face aux grandes catastrophes naturelles et d'exprimer la solidarité de l'Union européenne à l'égard des régions sinistrées. En 2013 et 2014, l'Italie, la Grèce, la Slovénie et la Croatie ont été les victimes de catastrophes régionales hors du commun ou de catastrophes naturelles majeures. Ces catastrophes n'ont bien évidemment pas été sans conséquence pour une partie des citoyens de ces pays. C'est pourquoi j'ai voté en faveur de la mobilisation du Fonds de solidarité de l'Union européenne afin de venir en aide à ces populations dans le besoin. La solidarité doit être au cœur du projet européen!

Fernando Ruas (PPE), *por escrito*. — Votei favoravelmente esta alteração orçamental, decorrente da mobilização do Fundo de Solidariedade da União Europeia num montante total de 46 998 528 euros para a minimização dos efeitos das graves catástrofes naturais ocorridas na Croácia, na Eslovénia, na Grécia e na Itália neste e no ano passado, pelas razões expostas na explicação de voto do relatório A8-0073/2014.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

Tokia Saïfi (PPE), *par écrit*. — J'ai voté pour ce texte qui permet la mobilisation du Fonds de solidarité pour un montant de 47 millions d'euros. Ces fonds sont alloués à des programmes d'aide suite à des catastrophes naturelles, notamment d'importantes inondations en Sardaigne et en Croatie, les conséquences du tremblement de terre en Grèce et les dégâts causés par le verglas en Slovaquie.

Ce fonds est un exemple concret de la solidarité européenne.

Matteo Salvini (NI), *per iscritto*. — Ho votato a favore in quanto si trattava di fornire un doveroso aiuto ad aree, appartenenti ai Paesi Membri, colpite da catastrofi naturali quali terremoti e inondazioni.

Lola Sánchez Caldentey (GUE/NGL), *por escrito*. - Nuestro voto es favorable a todas las transferencias redistributivas que tengan por fin la ayuda a regiones o países afectados por catástrofes naturales. Creemos particularmente en el carácter redistributivo que debería tener el presupuesto europeo. No obstante, nos oponemos a la adopción del presupuesto 2015 y criticamos el acuerdo llevado a cabo sobre los presupuestos rectificativos negociados paralelamente.

Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito*. - He votado a favor del presente proyecto de presupuesto rectificativo debido a que supone la movilización de los fondos necesarios en el presupuesto de 2014 para que sean destinados a estos diferentes desastres naturales. La Unión Europea debe ser capaz de actuar con la máxima celeridad para ayudar a las víctimas de este tipo de catástrofes naturales que acarrear terribles consecuencias para los habitantes de las regiones afectadas. La movilización de fondos para atender las consecuencias sobre la población local es fundamental para un proyecto de Unión Europea que trate de ayudar a la gente. Es por esto por lo que he votado a favor del presente informe.

Jill Seymour (EFDD), *in writing*. — While I understand that this is for aid, which could be used to help victims, the British public are already more than generous with donating funds to charitable causes when natural disasters occur. I do not believe foreign aid to be in the remit of the EU, so I voted against this proposal.

Siôn Simon (S&D), *in writing*. — I voted with the majority in support of the mobilisation of the EU Solidarity Fund for the countries affected by natural disasters.

Draft amending budget No 5/2014 relates to the mobilisation of the EU Solidarity Fund (EUSF) for an amount of EUR 46 998 528 in commitment and payment appropriations in relation to the floods in Italy during November 2013, an earthquake in Greece, ice storms in Slovenia, and the same ice storms, followed by floods in Croatia, at end January / beginning February 2014.

Renato Soru (S&D), *per iscritto*. — Ho votato a favore della mobilitazione del fondo di solidarietà, perché ritengo giusto ed eminentemente «Europeo» il principio solidaristico su cui si basa. Se facciamo parte di un'Unione europea, allora è necessario che i paesi e le regioni in difficoltà non vengano abbandonati, soprattutto, ma non solo, nei casi in cui la causa dipenda da calamità naturali.

Il mio voto favorevole non si esprime solo nei confronti della mia regione, la Sardegna, duramente colpita dall'alluvione del 2013, ma anche per tutti gli altri casi nei quali le forze della natura hanno colpito in maniera grave altre regioni europee, rallentandone la crescita economica in modo sostanziale. Ritengo che il contributo sia insufficiente per sostenere adeguatamente le regioni colpite, specialmente in vista della riduzione dell'ammontare del fondo stesso, ma anche che la sua stessa esistenza dimostri la volontà delle istituzioni di essere vicini ed utili ai cittadini.

Credo che la solidarietà sia uno dei valori che maggiormente contraddistinguono l'Unione europea, la mia decisione di votare a favore del provvedimento è stata basata su questa convinzione.

Davor Ivo Stier (PPE), *napisan*. — Podržao sam Izvešće zastupnika Depreza o izmjeni nacrta proračuna broj 5/2014: poplave u Italiji, Sardinija u 2013. godini, potresi u Grčkoj, led i poplave u Sloveniji te led i poplave u Hrvatskoj u 2014. godini, kojim se naglašava da se preko Fonda solidarnosti Europske unije hitno mora pružiti financijska pomoć državama koje su pogođene elementarnim nepogodama.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

Sam nacrt izmjene proračuna br.5/2014 odnosi se na mobilizaciju Fonda solidarnosti EU-a u iznosu od 46 998 528 eura u odobrenim sredstvima za preuzimanje obaveza i odobrenim sredstvima za plaćanja zbog elementarnih nepogoda u državama članicama.

Dubravka Šuica (PPE), *napisan*. — Podržavam promjene u nacrtu proračuna br. 5/2014 koji se odnosi na mobilizaciju Fonda solidarnosti EU-a u visini 46 998 528 EUR za poplave u Italiji (Sardinija) u 2013., potresa u Grčkoj, leda u Sloveniji te leda i poplava u Hrvatskoj u 2014. Posebno pozdravljam sredstva namijenjena Hrvatskoj budući da su stradala mnoga područja nakon poplava i ledenih kiša u siječnju te početkom veljače 2014. godine. Sada je važno da sredstva budu što prije putem resornih ministarstava iskorištena za obnovu nastradalih područja. Pomoć Fonda solidarnosti važna je i za Italiju, Grčku, Sloveniju i Hrvatsku jer će uz obnovu ugroženih područja biti i generator gospodarskih aktivnosti na pogođenim područjima, prvenstveno u građevinskom sektoru koji je gospodarska kriza najdublje pogodila.

Ελευθέριος Συναδινός (NI), *γραφτώς*. — Αν και προβλέπονται σαφώς λιγότερα κονδύλια για την αποκατάσταση των ζημιών από σεισμό στην Ελλάδα (Κεφαλονιά), κάθε βοήθεια είναι προς τη σωστή κατεύθυνση.

Marc Tarabella (S&D), *par écrit*. — J'ai voté en faveur de la proposition du collègue Deprez, présentée lors du débat en session plénière en décembre 2014. Je me suis donc prononcé pour le texte relatif à la position du Conseil sur le projet de budget rectificatif n° 5/2014 de l'Union européenne pour l'exercice 2014, section III – Commission.

Ramon Tremosa i Balcells (ALDE), *in writing*. — Natural disasters are unpredictable and the EU must give a fast response to the affected regions in order to recover as soon as possible. That is why I support this report on a Draft Amending Budget and I stress the urgent need to release financial assistance through the EUSF to the countries affected by this natural disaster.

Ernest Urtasun (Verts/ALE), *por escrito*. — Mi voto es favorable a que se movilicen fondos extra para los Estados afectados por desastres naturales.

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito*. — O projeto de orçamento retificativo n.º 5 para o exercício de 2014 cobre a mobilização do Fundo de Solidariedade da UE (FSUE) num montante de 46 998 528 EUR em dotações para autorizações e pagamentos na sequência das inundações em Itália (Sardenha) durante o mês de novembro de 2013, de um terramoto na Grécia (Cefalónia), das tempestades de neve e gelo na Eslovénia e das mesmas tempestades, seguidas de inundações, na Croácia no final de janeiro/início de fevereiro de 2014.

Como é dito no relatório, a falta de dotações para pagamentos em 2014 exclui à partida a possibilidade de encontrar os recursos para o projeto de orçamento retificativo n.º 5/2014 através de reafetação.

Harald Vilimsky (NI), *schriftlich*. — Da dieser Vorschlag unter anderem auch eine höhere Belastung für Österreich bedeuten würde, habe ich diesen grundsätzlich abgelehnt. Teilzahlungsoptionen sind zwar eine durchaus willkommene Idee, doch der Vorschlag an sich macht mir eine zustimmende Haltung unmöglich. Zudem bildet dieser Vorschlag die Grundlage für die Berichtigungshaushaltspläne 3, 4, 6 sowie 8. Diesbezüglich waren auch die genannten Berichtigungshaushaltspläne abzulehnen.

Inês Cristina Zuber (GUE/NGL), *por escrito*. — O projeto de orçamento retificativo n.º 5 para o exercício de 2014 cobre a mobilização do Fundo de Solidariedade da UE (FSUE) num montante de 46 998 528 EUR em dotações para autorizações e pagamentos na sequência das inundações em Itália (Sardenha) durante o mês de novembro de 2013, de um terramoto na Grécia (Cefalónia), das tempestades de neve e gelo na Eslovénia e das mesmas tempestades, na Croácia, seguidas de inundações, no final de janeiro e início de fevereiro de 2014. Estamos de acordo.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

11.8. Entwurf des Berichtigungshaushaltsplans Nr. 6/2014: Aktualisierung der Vorausschätzungen der traditionellen Eigenmittel, der Mehrwertsteuerbeiträge und der BNE-Beiträge (A8-0074/2014 - Gérard Deprez)

Dichiarazioni di voto scritte

Marina Albiol Guzmán (GUE/NGL), *por escrito*. — No he podido votar a favor del proyecto de presupuesto rectificativo debido a que no resulta una respuesta suficiente para el agujero que existe en el conjunto de los presupuestos de la Unión Europea. Este presupuesto sanciona la posición del Reino Unido en materia del cálculo de su PIB, legitimando la reducción de sus pagos y agravando tanto la situación presupuestaria como el equilibrio de las contribuciones entre los Estados miembros. Sin embargo, este presupuesto garantiza el pago de facturas impagadas por las instituciones europeas; es por esto por lo que no he podido votar en contra de este informe.

Jonathan Arnott (EFDD), *in writing*. — This is the Draft Amending Budget which led to the extra payments required of the United Kingdom disproportionately. In consequence, I cannot support it.

Zigmantas Balčytis (S&D), *raštu*. — Balsavau už visus 2014 m. taisomojo biudžeto projektus bei už Europos Parlamento ir Tarybos pasiektą susitarimą dėl 2015 m. biudžeto. Sveikinu Europos Parlamento derybininkus, kurie pasiekė, kad neatidėliotiniams šių metų ES biudžeto skoloms apmokėti būtų skirta 4,25 mlrd. eurų ir kad Europos Komisija būtų įpareigota parengti laipsnišką neapmokėtų sąskaitų sumažinimo planą bei ateityje nustatyti tvarią skolų ribą. Parlamento dėka įsipareigojimams bus skirta 0,5 mlrd. eurų daugiau nei siūlė ES Taryba. Daugiau lėšų bus skirta ES mokslinių tyrimų programai „Horizontas 2020“ bei studentų ir jaunimo mainų programai „Erasmus+“. Sveikintina, kad padidintas finansavimas Europos kaimynystės programoms, humanitarinei pagalbai bei bendrai užsienio saugumo politikai, o tai atsižvelgiant į šią dieną situaciją Europoje yra labai aktualu. Tačiau nepritariu finansavimo sumažinimui Europos žemės ūkio garantijų fondui, nes tai atsilieps daugeliui ES ūkininkų, kurie yra atsidūrę itin sunkioje padėtyje dėl užsitęsusio Rusijos embargo, ir kuriems yra būtina ES pagalba.

Dominique Bilde (NI), *par écrit*. — Ce PBR qui concerne la révision des prévisions relatives aux ressources propres traditionnelles, les contributions au titre de la TVA et du RNB, la réduction des crédits budgétaires du Fonds européen pour les affaires maritimes et la pêche et de la réserve pour les accords de partenariat dans le domaine de la pêche durable (-76,3 millions d'EUR en CE et -6,2 millions d'EUR en CP), ainsi que l'augmentation des crédits octroyés au Médiateur européen (dont l'utilité reste à démontrer) ne permet in fine qu'à masquer les difficultés de l'UE, mauvais payeur, et ne comble toujours pas les problèmes budgétaires réels. J'ai donc voté contre ce projet de budget rectificatif n° 6/2014.

Mara Bizzotto (NI), *per iscritto*. — Ho votato contro questo provvedimento rettificativo legato principalmente a una modifica dei calcoli e delle compensazioni dei contributi dovuti dagli Stati membri sulla base delle risorse IVA e RNL per gli anni dal 1995 al 2013. Le nuove assegnazioni portano alcuni paesi ad avere indietro contributi già versati (tra cui la Francia 1 miliardo di EUR e la Germania), mentre altri paesi, tra i quali l'Italia, devono versare nuovi contributi.

José Blanco López (S&D), *por escrito*. — He votado a favor de este informe que forma parte del acuerdo global para aprobar el presupuesto rectificativo de 2014 y el presupuesto de 2015. Tras arduas negociaciones, se ha alcanzado un acuerdo que permitirá el pago de las facturas pendientes, para lo que se ha acordado la cantidad de 4 700 millones de euros para el periodo 2014-2015. Además, la Comisión, el Consejo y el Parlamento han acordado un plan de pagos destinado a reducir el nivel de las facturas impagadas dentro del marco plurianual actual. A lo largo de este año se ha acumulado un nivel de impagos sin precedentes. Los 4 700 millones acordados permitirán cumplir con parte de las facturas acumuladas, contribuyendo así a aliviar la situación de muchas pymes, universidades, colectividades locales y ONG. Es cierto que la cifra no es suficiente, pero la alternativa, el no acuerdo, tendría consecuencias nefastas: no disponer de un presupuesto plenamente operativo para 2015, perder la posibilidad de pagar las facturas atrasadas y poner en riesgo el programa de inversiones que la Comisión acaba de presentar. De cara a 2015, se ha acordado destinar 145 321,5 millones de euros a créditos de compromiso y 141 214,040 563 millones de euros a créditos de pago. Por todo ello, he votado a favor.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

Mercedes Bresso (S&D), *in writing*. — I voted for this report because it is essential to have an updated budget.

Steeve Briois (NI), *par écrit*. — Le projet de budget rectificatif n° 6 prévoit la réduction des crédits budgétaires relatifs au Fonds européen des affaires maritimes et la pêche et à la réserve pour les accords de partenariat dans le domaine de la pêche durable, pour un montant total de 76,3 millions d'euros en crédits d'engagement et de 6,2 millions d'euros en crédits de paiement. Dans le même temps, ce PBR prévoit l'augmentation des crédits budgétaires au Médiateur européen pour un montant de 93 500 euros. Ce projet de budget rectificatif est encore une fois mal ficelé et aura pour conséquence une réduction des crédits réservés aux professionnels de la pêche, pourtant confrontés à de très grandes difficultés. De plus, rien ne permet d'apprécier le montant de la baisse de la part RNB pour la France. Enfin, comment peut-on sérieusement envisager une baisse générale de la contribution RNB des États membres alors que l'Union européenne est confrontée à une grave crise des paiements? Ces mesures cosmétiques ne régleront absolument pas la crise budgétaire à laquelle l'Union est confrontée. C'est pourquoi j'ai décidé de voter contre le PBR n° 6/2014.

Gianluca Buonanno (NI), *per iscritto*. — Ho espresso voto contrario. Questo bilancio rettificativo è legato principalmente a una modifica di calcoli e compensazioni dei contributi dovuti dagli Stati membri sulla base delle risorse IVA e RNL per gli anni dal 1995 al 2013. Le nuove assegnazioni portano alcuni paesi ad avere indietro contributi già versati (tra cui la Francia 1 miliardo di EUR e la Germania), mentre altri devono versare nuovi contributi (in particolare il Regno Unito 2,1 miliardi, il Belgio 0,6 miliardi e l'Italia 0,34 miliardi). Visti i saldi anormalmente alti, in sede di trilogia è stato concesso agli Stati membri di dilazionare i rimborsi, su base volontaria, sino a settembre 2015. A seguito di tale dilazionamento il rimborso complessivo iscritto in questo PBR n. 6 si riduce da 9,5 a 4,1 miliardi di EUR. Questa vicenda ha messo in evidenza le storture degli «sconti» concessi a diversi Stati membri (non solo il Regno Unito) a vario titolo e dell'inclusione nel PIL delle attività illecite.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), *per iscritto*. — Questa rettifica riduce gli stanziamenti di bilancio relativi al Fondo europeo per gli affari marittimi e la pesca, ci opponiamo a tali misure.

Alberto Cirio (PPE), *per iscritto*. — Questo progetto di bilancio rettificativo ha l'onere e l'onore di cercare di raddrizzare alcune storture che con il tempo si erano create. Rispetto alla bozza iniziale, propone anche un aggiustamento un po' più graduale ed equo, il che aiuta i paesi debitori netti come l'Italia, soprattutto se da parte loro è dovuto un ulteriore contributo. Congratulazioni alla Presidenza italiana per aver portato a termine questo negoziato, nonostante la difficile posizione dovuta alla propria situazione.

Lara Comi (PPE), *per iscritto*. — Ho votato a favore del progetto di bilancio Rettificativo n. 6 relativo all'impatto della compensazione annuale dei contributi dovuti agli Stati membri sulla base delle risorse IVA e RNL. Sono state lasciate delle riserve per il periodo 1995-2013, per un ammontare rilevante, pari a circa 9,5 miliardi di euro. Questi importi saranno ripartiti tra gli Stati membri attraverso una corrispondente diminuzione del loro contributo annuale. Vista l'eccezionalità dell'importo, concordo con la scelta di dilazionare tali aggiustamenti.

Therese Comodini Cachia (PPE), *in writing*. — I have voted in favour of the report as its adoption will reduce the need for Member States' GNI contributions and compensate for the additional payment needs. I welcome that the proposal uses EUR 6.2 million of the savings to help finance humanitarian aid crises.

Ignazio Corrao (EFDD), *per iscritto*. — Considerato che questo rettificativo è legato a una modifica di calcoli e compensazioni dei contributi dovuti dagli Stati membri sulla base delle risorse IVA e RNL per gli anni dal 1995 al 2013, le nuove assegnazioni avrebbero portato alcuni Paesi ad avere indietro contributi già versati, mentre altri avrebbero dovuto versare nuovi contributi (in particolare il Regno Unito). Per i motivi sopra esposti e per cercare di risolvere in qualche modo il problema dei pagamenti, non ho potuto che votare a favore.

Javier Couso Permuy (GUE/NGL), *por escrito*. — No he podido votar a favor del proyecto de presupuesto rectificativo debido a que no resulta una respuesta suficiente para el agujero que existe en el conjunto de los presupuestos de la Unión Europea. Este presupuesto sanciona la posición del Reino Unido en materia del cálculo de su PIB, legitimando la reducción de sus pagos y agravando tanto la situación presupuestaria como el equilibrio de las contribuciones entre los Estados miembros. Sin embargo, este presupuesto garantiza el pago de facturas impagadas por las instituciones europeas; es por esto por lo que no he podido votar en contra de este informe.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

Miriam Dalli (S&D), *in writing*. — I voted in favour of the Draft Amending Budget which relates to the revision of the forecast of traditional own resources, VAT and GNI contributions, a reduction in the budgetary appropriations for the European Maritime and Fisheries Fund and the reserve for Sustainable Fisheries Partnership Agreements, as well as an increase in the budgetary appropriations for the European Ombudsman.

Rachida Dati (PPE), *par écrit*. — Ce projet de budget rectificatif n° 6 constate la diminution des besoins en ressources propres de l'Union européenne d'un montant total de 4 095,5 millions d'euros. Cette baisse se traduit pour les États membres par un ajustement corrélatif de leur contribution au budget de l'Union européenne. Pour certains, cette situation est la bienvenue tant leur situation budgétaire est fragile. Pour d'autres, dont la contribution s'ajuste à la hausse, il était nécessaire de rendre possible un étalement des paiements. Avec la modification du règlement n° 1150/2000, c'est chose faite. C'est pourquoi j'ai soutenu ce texte.

Tamás Deutsch (PPE), *írásban*. — Az Európai Parlament ma nagy többséggel elfogadta a 2015. évi uniós költségvetést és a 2014. évi többletforrásokról szóló módosításokat. A megállapodás óriási előnye, hogy azzal még idén elfogadásra kerülhet a 2015-ös uniós költségvetés, azaz jövőre nem csak az idei költségvetés tizenkettedét lehetne kifizetni havonta. 2014-re így 4 milliárd euró többletforrást mozgósítanak, amelyből 3,5 milliárd euró úgynevezett „friss pénz”, azaz nem átcsoportosítások eredménye.

Az EP csak azzal a feltétellel járult hozzá a jövő évi EU-költségvetés elfogadásához, hogy az Európai Bizottság tervet dolgozzon ki a kifizetetlen számlák fenntartható szintre csökkentésére. 2014-ben már 23,4 milliárd euró a korábbi évről áthúzódó számla kifizetését kell megoldani. Ehhez is biztosítja a mai szavazás a közel 4 milliárd eurós többletforrást.

Az Európai Parlament mai döntésével biztosítottak az idei és a jövő évi költségvetés Magyarországnak járó agrár- és kohéziós forrásai is. A magyar néppárti delegáció, együtt az Európai Néppárttal, hazánk nemzeti érdekeinek képviselőiben felelősségteljesen döntött és megszavazta a 2015. évi uniós költségvetést és az ahhoz kapcsolódó megállapodásban szereplő valamennyi jelentést. A megállapodás részét képezik a Szolidaritási Alapot mozgósító jelentések is, amelyek az Európa különböző régióit sújtó természeti katasztrófák okozta károkat enyhítik.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI), *γραφικώς*. — Καταψήφισα την έκθεση, διότι μετακυλά τις πιστώσεις ανάληψης υποχρεώσεων του ΣΔΠ 2014 στο 2015, μειώνοντας ταυτόχρονα τα αντίστοιχα κονδύλια στο Π/Υ 2015.

João Ferreira (GUE/NGL), *por escrito*. — O Orçamento Retificativo n.º 6 aqui proposto diz respeito à revisão das previsões de recursos próprios tradicionais, contribuições de IVA e RNB, traduzindo-se na prática numa redução de financiamento no Fundo Europeu dos Assuntos Marítimos e das Pescas (FEAMP) de quase 77 milhões de euros em autorizações e de 6,2 milhões de euros em pagamentos. Esta redução deve-se principalmente à adoção tardia da base jurídica do fundo que impossibilita a utilização atempada da verba, aspeto lamentável dado o acentuar do declínio que o setor vem sofrendo nas últimas décadas.

A proposta avança com a utilização dos 6,2 milhões de euros, de pagamentos retirados no FEAMP, para ajudar a financiar possíveis crises de assistência humanitária no fim do ano.

Dadas as circunstâncias explicadas relativamente ao atraso na aprovação do FEAMP, facto lamentável, como se disse, esta alteração é todavia compreensível e aceitável.

Λάμπρος Φουντούλης (NI), *γραφικώς*. — Επειδή το σχέδιο διορθωτικού προϋπολογισμού αριθ. 6/2014: Αναθεώρηση της πρόβλεψης των παραδοσιακών ιδίων πόρων, ΦΠΑ και συνεισφορών με βάση το ΑΕΕ, μετακυλά τις πιστώσεις ανάληψης υποχρεώσεων του ΣΔΠ 2014 στο 2015, μειώνοντας ταυτόχρονα τα αντίστοιχα κονδύλια στο Π/Υ 2015, το καταψηφίζω.

Tania González Peñas (GUE/NGL), *por escrito*. - Podemos se ha abstenido ante el presupuesto rectificativo n° 6 por entender que da una solución muy insuficiente al problema de los pagos suspendidos y que forma parte de un acuerdo austericida e insolidario que incluye el presupuesto 2015 que Podemos rechaza.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

Pablo Iglesias (GUE/NGL), *por escrito*. - Podemos se ha abstenido ante el presupuesto rectificativo nº 6 por entender que da una solución muy insuficiente al problema de los pagos suspendidos y que forma parte de un acuerdo austericida e insolidario que incluye el presupuesto 2015 que Podemos rechaza.

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan*. — Glasovao sam za prijedlog rezolucije o stajalištu Vijeća o nacrtu izmjene proračuna br. 6/2014 zbog toga što će se financijska sredstva ušteđena od kasnog usvajanja pravne osnove Europskog fonda za pomorstvo i ribarstvo i ažurirane procjene stanja pregovora povezanih sa sporazumima o partnerstvu u održivom ribarstvu, usmjeriti za slučajeve humanitarnih kriza. Također, ove će izmjene doprinijeti smanjenju doprinosa država članica na temelju BND-a i povećanju u predviđanjima za tradicionalna vlastita sredstva. Stoga smatram da su izmjene br. 6/2014 dobro promišljene.

Afzal Khan (S&D), *in writing*. — I supported the draft amending budget as it reduces the amount Member States, such as the UK, need to pay due to the recent GNI adjustments.

Giovanni La Via (PPE), *per iscritto*. - Il progetto di bilancio rettificativo n. 6 riguarda l'impatto della compensazione annuale dei contributi dovuti agli Stati membri sulla base delle risorse IVA e RNL. Tale aggiornamento deriva sostanzialmente dal fatto che sono state rilasciate alcune riserve relative al periodo 1995-2013, portando a un ammontare rilevante, pari a circa 9,5 miliardi di EUR. Tali somme dovevano essere redistribuite tra gli Stati membri attraverso una corrispondente diminuzione della loro contribuzione annuale. Vista l'eccezionalità dell'importo si è deciso, durante i negoziati, di dilazionare tali aggiustamenti.

Paloma López Bermejo (GUE/NGL), *por escrito*. — No he podido votar a favor del proyecto de presupuesto rectificativo debido a que no resulta una respuesta suficiente para el agujero que existe en el conjunto de los presupuestos de la Unión Europea. Este presupuesto sanciona la posición del Reino Unido en materia del cálculo de su PIB, legitimando la reducción de sus pagos y agravando tanto la situación presupuestaria como el equilibrio de las contribuciones entre los Estados miembros. Sin embargo, este presupuesto garantiza el pago de facturas impagadas por las instituciones europeas; es por esto por lo que no he podido votar en contra de este informe.

Ivana Maletić (PPE), *napisan*. — Dodatni iznosi koji su utvrđeni statističkim korekcijama nametnut će dodatno proračunsko opterećenje državama članicama, pogotovo onima koje se nalaze u teškoj gospodarskoj situaciji.

Podržala sam izvješće o nacrtu izmjene proračuna broj 6 za 2014. godinu, kojim će se smanjiti doprinosi država članica na temelju bruto nacionalnog dohotka za 4,5 milijarde eura.

Νότης Μαριάς (ECR), *γραπτώς*. — Απείχα από την ψηφοφορία της Έκθεσης Deprez σχετικά με το Σχέδιο διορθωτικού προϋπολογισμού αριθ. 6/2014: Αναθεώρηση της πρόβλεψης των παραδοσιακών ιδίων πόρων, ΦΠΑ και συνεισφορών με βάση το ΑΕΕ, διότι δεν ρυθμίζει επαρκώς τα υπό εξέταση σοβαρά ζητήματα.

Barbara Matera (PPE), *per iscritto*. — Il progetto di bilancio rettificativo n. 6 fa riferimento all'impatto derivante dalla compensazione annuale dei contributi dovuti agli Stati membri dell'Unione europea sulla scorta delle risorse IVA e RNL.

Il documento è, ai miei occhi, del tutto condivisibile: pertanto ho deciso di sostenerlo con voto favorevole.

Georg Mayer (NI), *schriftlich*. — Da einige Faktoren des Berichtigungshaushaltsplanes durchaus positiv erscheinen mögen, wie zum Beispiel die Berichtigungshaushaltspläne Nr. 4, 6 und 8, könnte man zu der Ansicht gelangen, die Entwürfe als Ganzes abzusegnen. Der Umstand, dass das Gesamtbudget jedoch immer noch viel zu hoch ist, um es vernünftig und vor allem nachhaltig über die nächsten Jahre finanzieren zu können, wiegt jedoch schwerer und wird von mir abgelehnt.

Jean-Luc Mélenchon (GUE/NGL), *par écrit*. — Comme chaque année, l'UE multiplie les budgets rectificatifs (9 en 2013) sans parvenir à redresser sa situation budgétaire délicate. Du fait de la contraction historique du budget 2014 (baisse de 10 milliards, soit moins 6 %), les impayés continuent de s'accumuler sans pouvoir financer la moindre nouvelle priorité. Ce budget rectificatif en rajoute dans l'austérité. Il permet aux États de réduire momentanément leur contribution au budget européen en contrepartie de l'encaissement d'un surplus d'amendes perçues par l'UE (budget rectificatif 4). Au passage, ce budget rectificatif supprime encore des crédits, en amputant notamment le Fonds européen pour les Affaires maritimes et la pêche. L'Europe s'enfonce dans une austérité à courte vue. Ayant déjà voté contre le budget 2014 en novembre 2013, je vote contre ce budget modificatif aussi stupide qu'irresponsable pour l'avenir du continent.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

Nuno Melo (PPE), *por escrito*. — O presente projeto de orçamento retificativo (POR) n.º 6/2014 diz respeito à revisão das previsões de recursos próprios tradicionais, contribuições IVA e RNB, a uma redução das dotações para o Fundo Europeu dos Assuntos Marítimos e das Pescas e da reserva para acordos de parceria no domínio da pesca sustentável, assim como a um aumento das dotações para o Provedor de Justiça Europeu. O objetivo do POR n.º 6/2014 consiste em inscrever formalmente estes ajustamentos no orçamento para o exercício de 2014.

Daí o meu voto favorável.

Roberta Metsola (PPE), *in writing*. — I voted in favour of this report as it is part of a series of amendments that will compensate for the additional payment needs requested from Member States in DAB No 3/2014 as agreed in the joint conclusions of 8 December 2014. It goes hand in hand with the other draft amending budgets which in part were to ensure that the EU Solidarity Fund can aid the areas affected by natural disasters.

Marlene Mizzi (S&D), *in writing*. — I have voted in favour of the draft amending budget No 6/2014 on revision of the forecast of traditional own resources, VAT and GNI contributions.

Sophie Montel (NI), *par écrit*. — J'ai voté contre ce PBR n° 6 qui prévoit la réduction des crédits budgétaires affectés au Fonds européen des affaires maritimes et à la pêche et à la réserve pour les accords de partenariat dans le domaine de la pêche durable. Ce sont au total 76,3 millions d'euros en crédits d'engagement et 6,2 millions de crédits de paiement qui sont ainsi supprimés. Par ailleurs, dans ce PBR des crédits budgétaires supplémentaires (à hauteur de 93 500 euros) seront affectés aux missions du Médiateur européen. Ce projet de budget rectificatif est donc mauvais puisqu'il prévoit la diminution de crédits en direction des professionnels de la pêche déjà victimes de graves difficultés. Enfin, sur le fond ce PBR n° 6 ne résout en rien les graves problèmes d'apurement des dettes de l'UE et des RAL (reste à liquider).

Alessandra Mussolini (PPE), *per iscritto*. — Ho votato a favore del progetto di bilancio rettificativo n. 6/2014 per la revisione delle previsioni delle risorse proprie tradizionali e dei saldi delle risorse proprie IVA e RNL. Inoltre, prevede una riduzione degli stanziamenti di bilancio relativi al Fondo europeo per gli affari marittimi e un aumento degli stanziamenti assegnati al Mediatore europeo.

Franz Obermayr (NI), *schriftlich*. - Da die Schätzungen die Planung für die laufende Periode auf eine verlässlichere Planungsgrundlage stellen, habe ich für den Antrag gestimmt.

Younous Omarjee (GUE/NGL), *par écrit*. — J'ai voté en faveur de ce rapport qui porte sur la révision des prévisions concernant les ressources propres traditionnelles et les contributions TVA et RNB et qui permet de dégager 4,5 milliards d'euros dans le nouveau budget de l'Union. Bien que les sommes aient pu être plus élevées, ce compromis est meilleur que rien du tout.

Urmas Paet (ALDE), *kirjalikult*. — Hääletasin ettepaneku poolt, sest see võimaldab hoida kokku 6,2 miljonit eurot selleks, et aidata aasta lõpus rahastada humanitaarabi andmist võimalike kriiside korral.

Aldo Patriciello (PPE), *per iscritto*. — Il progetto di bilancio rettificativo (PBR) n. 6/2014 riguarda la revisione delle previsioni delle risorse proprie tradizionali e dei saldi delle risorse proprie IVA e RNL, una riduzione degli stanziamenti di bilancio relativi al Fondo europeo per gli affari marittimi e la pesca e alla riserva per gli accordi di partenariato nel settore della pesca sostenibile, nonché un aumento degli stanziamenti di bilancio assegnati al Mediatore europeo. L'incidenza complessiva del PBR in termini di entrate, a seguito dell'adozione della lettera rettificativa n. 1/2014, è una diminuzione di 4 095,5 milioni di EUR del fabbisogno di risorse proprie, inclusi una riduzione dei contributi degli Stati membri basati sull'RNL pari a 4 515,5 milioni di EUR e un aumento delle risorse proprie tradizionali pari a 420 milioni di EUR. Per tali ragioni esprimerei il mio voto favorevole.

Paulo Rangel (PPE), *por escrito*. - Considerando que o projeto de orçamento retificativo (POR) n.º 6/2014 diz respeito à revisão das previsões de recursos próprios tradicionais, contribuições IVA e RNB, a uma redução das dotações para o Fundo Europeu dos Assuntos Marítimos e das Pescas e da reserva para acordos de parceria no domínio da pesca sustentável, assim como a um aumento das dotações para o Provedor de Justiça Europeu. Sendo que o impacto global deste POR em termos de receitas consiste numa redução da mobilização de recursos próprios num montante de 4 095,5 milhões de euros e que o seu objetivo consiste em inscrever formalmente estes ajustamentos no orçamento para o exercício de 2014. Assinalando que a aprovação deste POR n.º 6/2014 reduz em 4515,5 milhões de euros as necessidades de contribuições RNB dos Estados-Membros e aumenta de 420 milhões de euros as previsões para os recursos próprios tradicionais, declaro que votei favoravelmente a presente resolução que aprova a posição do Conselho sobre o

Mittwoch, 17. Dezember 2014

projeto de orçamento rectificativo n.º 6/2014.

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D), *por escrito*. — Tras arduas negociaciones, se ha alcanzado un acuerdo que permitirá el pago de las facturas pendientes, para lo que se ha acordado la cantidad de 4 800 millones de euros para el periodo 2014-2015. Además, la Comisión, el Consejo y el Parlamento han acordado un plan de pagos destinado a reducir el nivel de las facturas impagadas dentro del marco plurianual actual. A lo largo de este año se ha acumulado un nivel de impagos sin precedentes. Los 4 800 millones de euros acordados permitirán cumplir con parte de las facturas acumuladas, contribuyendo así a aliviar la situación de muchas pymes, universidades, colectividades locales y ONG. De cara a 2015, se ha acordado destinar 145 321,5 millones de euros a créditos de compromiso y 141 214,040 563 millones de euros a créditos de pago. Por todo ello, he votado a favor.

Teresa Rodríguez-Rubio (GUE/NGL), *por escrito*. - Podemos se ha abstenido ante el presupuesto rectificativo nº 6 por entender que da una solución muy insuficiente al problema de los pagos suspendidos y que forma parte de un acuerdo austericida e insolidario que incluye el presupuesto 2015 que Podemos rechaza.

Tokia Saïfi (PPE), *par écrit*. — J'ai soutenu ce budget rectificatif car il actualise la contribution que doit verser chaque État membre au budget général de l'Union européenne suite au changement des méthodes de calcul. D'une manière générale, la contribution des États membres au budget se réduit par rapport à l'exercice précédent.

Alfred Sant (S&D), *in writing*. — Traditional own resources are assessed on the basis of what appear to be objective measurements of tax resources and general economic outputs. The underlying assumption is that the methodologies deployed to gather data are fit for purpose across all Member States of the EU in a comparable manner. It is necessary to continually review this assumption.

For example, are estimations of services inputs across economies really comparable when ranging from larger countries to the smallest like Malta? And from countries with the largest reliance on services to those with the smallest? Similarly, estimates and time phasing of re-exports in national accounts have little importance for larger countries, but could distort the picture enormously for the smallest ones.

Meanwhile, despite the pretence, current data about public revenues and expenditures are still far from being measured on an accruals basis. What's more, the criteria used make no allowance for the fact that some tax structures, like VAT, carry a higher fixed cost per capita for smaller states than for larger ones.

The use of so-called objective criteria and data give the impression that the allocation of contributions is a fair distribution of burdens among Member States. It may be a mistaken impression.

Lola Sánchez Caldentey (GUE/NGL), *por escrito*. - Podemos se ha abstenido ante el presupuesto rectificativo nº 6 por entender que da una solución muy insuficiente al problema de los pagos suspendidos y que forma parte de un acuerdo austericida e insolidario que incluye el presupuesto 2015 que Podemos rechaza.

Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito*. - No he podido votar a favor del proyecto de presupuesto rectificativo debido a que no resulta una respuesta suficiente para el agujero que existe en el conjunto de los presupuestos de la Unión Europea. Este presupuesto sanciona la posición del Reino Unido en materia del cálculo de su PIB, legitimando la reducción de sus pagos y agravando tanto la situación presupuestaria como el equilibrio de las contribuciones entre los Estados miembros. Sin embargo, este presupuesto garantiza el pago de facturas impagadas por las instituciones europeas; es por esto por lo que no he podido votar en contra de este informe.

Siôn Simon (S&D), *in writing*. — Today I voted in favour of draft amending budget No 6/2014 on the revision of the forecast of traditional own resources, VAT and GNI contributions. It also involves a reduction in the budgetary appropriations for the European Maritime and Fisheries Fund and the reserve for Sustainable Fisheries Partnership Agreements, as well as an increase in the budgetary appropriations for the European Ombudsman.

I welcome the proposal to use EUR 6.2 million of the savings in payment appropriations to help finance possible humanitarian aid crises by the end of the year.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

Davor Ivo Stier (PPE), *napisan.* — Podržao sam Izvješće zastupnika Depreza o izmjeni nacrtu proračuna broj 6\2014: preispitivanje procjena tradicionalnih vlastitih sredstava, doprinos iz PDV-a i BND-a, jer je učinak nacrtu izmjene proračuna br. 6\2014 na doprinose članica na temelju BND-a smanjenje od 4 515,5 milijuna eura i povećanje od 420 milijuna eura u predviđanjima za tradicionalna vlastita sredstva.

Također pozdravljam prijedlog da se iznos od 6,2 milijuna eura ušteđenih u okviru odobrenih sredstava za plaćanja iz stavka 2. iskoristi za doprinos financiranja pomoći u slučaju mogućih humanitarnih kriza do kraja godine.

Također, usvajanjem nacrtu izmjene proračuna br. 6\2014 smanjit će se potreba za doprinosima država članica na temelju BND-a za 4 515,5 milijuna eura.

Dubravka Šuica (PPE), *napisan.* — Podržavam ovaj nacrt proračuna koji se odnosi na reviziju predviđanja tradicionalnih vlastitih sredstava te doprinosa na temelju PDV-a i BND-a, smanjenje odobrenih proračunskih sredstava namijenjenih za Europski fond za pomorstvo i ribarstvo te pričuvu za sporazume o partnerstvu u održivom ribarstvu. Razlog smanjenja odobrenih proračunskih sredstava povezanih s Europskim fondom za pomorstvo i ribarstvo je prekasno usvajanja pravne osnove Fonda. Glavni efekt nacrtu izmjene proračuna na temelju BND-a kroz sve članice je smanjenje od 4 515,5 milijuna eura.

Ελευθέριος Συναδινός (NI), *γραπτώς.* — Μετακυλίζει πιστώσεις ανάληψης υποχρεώσεων του 2014 στο 2015, μειώνοντας ταυτόχρονα τα αντίστοιχα κονδύλια στον Π/Υ 2015.

Marc Tarabella (S&D), *par écrit.* — J'ai voté en faveur de la proposition du collègue Deprez, présentée lors du débat en session plénière en décembre 2014. Je me suis donc prononcé pour le texte relatif la position du Conseil sur le projet de budget rectificatif n° 6/2014 de l'Union européenne pour l'exercice 2014, section III – Commission.

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito.* — O Orçamento Retificativo n.º 6 diz respeito à revisão das previsões de recursos próprios tradicionais, contribuições de IVA e RNB. Na prática representa uma redução de financiamento no Fundo Europeu dos Assuntos Marítimos e das Pescas de quase 77 milhões de euros em autorizações e de 6,2 milhões de euros em pagamentos.

Esta redução deve-se principalmente à adoção tardia da base jurídica do fundo, que impossibilita a utilização atempada da verba, aspeto lamentável dado o acentuar do declínio que o setor vem sofrendo nas últimas décadas, somando agora mais dificuldades com esta redução.

A proposta avança com a utilização dos 6,2 milhões de euros, de pagamentos retirados no FEAMP, para ajudar a financiar possíveis crises de assistência humanitária no fim do ano.

Harald Vilimsky (NI), *schriftlich.* — Da dieser Vorschlag unter anderem auch eine höhere Belastung für Österreich bedeuten würde, habe ich diesen grundsätzlich abgelehnt. Teilzahlungsoptionen sind zwar eine durchaus willkommene Idee, doch der Vorschlag an sich macht mir eine zustimmende Haltung unmöglich. Zudem bildet dieser Vorschlag die Grundlage für die Berichtigungshaushaltspläne 3, 4, 6 sowie 8. Diesbezüglich waren auch die genannten Berichtigungshaushaltspläne abzulehnen.

Inês Cristina Zuber (GUE/NGL), *por escrito.* — O Orçamento Retificativo nº6 aqui proposto diz respeito à revisão das previsões de recursos próprios tradicionais, contribuições de IVA e RNB, traduzindo-se, na prática, numa redução de financiamento no Fundo Europeu dos Assuntos Marítimos e das Pescas em quase 77 milhões de euros em autorizações e em 6,2 milhões de euros em pagamentos. Esta redução deve-se principalmente à adoção tardia da base jurídica do FEAMP, o que impossibilita a utilização atempada da verba, aspeto lamentável dado o acentuar do declínio que o setor vem sofrendo nas últimas décadas, somando agora mais dificuldades com esta redução.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

11.9. Inanspruchnahme des EU-Solidaritätsfonds: Überschwemmungen in Serbien, Kroatien und Bulgarien (A8-0075/2014 - José Manuel Fernandes)

Dichiarazioni di voto scritte

Marina Albiol Guzmán (GUE/NGL), *por escrito*. — He votado a favor del presente informe debido a que supone la movilización del Fondo de Solidaridad de la UE para afrontar la situación de emergencia surgida por las recientes inundaciones en la zona de los Balcanes. La Unión Europea debe ser capaz de actuar con la máxima celeridad para ayudar a las víctimas de este tipo de catástrofes naturales que acarrear terribles consecuencias para los habitantes de las regiones afectadas, tanto en países de la UE como en otros. La movilización del Fondo para atender las consecuencias sobre la población local es fundamental para un proyecto de Unión Europea que trate de ayudar a la gente, es por esto por lo que he votado a favor del presente informe.

Pascal Arimont (PPE), *schriftlich*. — Der Solidaritätsfonds der Europäischen Union wurde geschaffen, um im Falle von großen Naturkatastrophen solidarische Hilfe leisten zu können. Anlass waren die schweren Überschwemmungen in Mitteleuropa im Sommer 2002. Seitdem wurde der Fonds in vielen Katastrophenfällen in Anspruch genommen und stellt unter dem Einsatzgebiet der EU somit eine der wichtigsten Hilfen der EU für die betroffene Bevölkerung dar.

Der mehrjährige Finanzrahmen der EU für den Zeitraum 2014–2020 gewährt eine Inanspruchnahme des Fonds innerhalb einer jährlichen Ausgabenobergrenze von 500 Millionen EUR.

Aufgrund von Überschwemmungen in den Monaten Mai und Juni 2014 haben Serbien, Kroatien und Bulgarien einen solchen Beitrag aus dem Fonds beantragt.

Ich begrüße es daher, dass mit der Annahme des Beschlusses durch das Europäische Parlament diesen Ländern aus dem Solidaritätsfonds der Europäischen Union Mittel in Höhe von knapp 80 Millionen EUR zur Beseitigung der Folgen der Überschwemmungen bereitgestellt werden.

Zigmantas Balčytis (S&D), *raštu*. — Balsavau už visus 2014 m. taisomojo biudžeto projektus bei už Europos Parlamento ir Tarybos pasiektą susitarimą dėl 2015 m. biudžeto. Sveikinu Europos Parlamento derybininkus, kurie pasiekė, kad neatidėliotinoms šių metų ES biudžeto skoloms apmokėti būtų skirta 4,25 mlrd. eurų ir kad Europos Komisija būtų įpareigota parengti laipsnišką neapmokėtų sąskaitų sumažinimo planą bei ateityje nustatyti tvarią skolų ribą. Parlamento dėka įsipareigojimams bus skirta 0,5 mlrd. eurų daugiau nei siūlė ES Taryba. Daugiau lėšų bus skirta ES mokslinių tyrimų programai „Horizontas 2020“ bei studentų ir jaunimo mainų programai „Erasmus+“. Sveikintina, kad padidintas finansavimas Europos kaimynystės programoms, humanitarinei pagalbai bei bendrai užsienio saugumo politikai, o tai atsižvelgiant į šiandieninę situaciją Europoje yra labai aktualu. Tačiau nepritariu finansavimo sumažinimui Europos žemės ūkio garantijų fondui, nes tai atsilieps daugeliui ES ūkininkų, kurie yra atsidūrę itin sunkioje padėtyje dėl užsitęsusio Rusijos embargo, ir kuriems yra būtina ES pagalba.

Hugues Bayet (S&D), *par écrit*. — La proposition, que j'ai soutenue, vise à approuver l'intervention du Fonds de solidarité de l'Union européenne en faveur de la Serbie, de la Croatie et de la Bulgarie suite à de très lourdes inondations subies en mai et juin 2014 qui ont causé d'importants dégâts aux infrastructures publiques et ont entraîné des dommages pour des milliers de familles. Près de 80 millions d'euros ont été mobilisés.

Dominique Bilde (NI), *par écrit*. — Suite au PBR n° 7/2014 octroyant 79 726 440 d'EUR en crédits d'engagement sur 2014 et autant en 2015 en crédits de paiement, il nous est proposé de soutenir, par le Fonds de solidarité de l'UE, 3 pays suite à de graves inondations (la Serbie et de la Croatie en mai 2014 et la Bulgarie en proie des inondations en juin 2014). Le Fonds vise à exprimer la solidarité de l'UE à l'égard de la population de régions touchées par ces catastrophes et j'ai donc voté en faveur.

Mara Bizzotto (NI), *per iscritto*. — Ho votato a favore della richiesta di mobilitazione del Fondo di solidarietà per un importo di 80 milioni di EUR a favore dei cittadini croati, serbi e bulgari danneggiati dalle alluvioni della scorsa primavera.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

José Blanco López (S&D), *por escrito*. — He votado a favor de la movilización del Fondo de Solidaridad de la Unión Europea en relación con las inundaciones ocurridas en Serbia y Croacia en mayo de 2014 y en Bulgaria en junio de 2014. Durante el mes de mayo de 2014, extensas regiones de la República de Serbia y, en menor medida, de Croacia se vieron afectadas por inclementes condiciones meteorológicas que ocasionaron algunas de las peores inundaciones que se recuerdan, causando enormes destrozos en infraestructuras públicas y privadas y daños a cientos de millares de hogares. Un mes después, intensas lluvias cuatro veces más abundantes que la norma climática mensual afectaron a partes de la República de Bulgaria ocasionando graves inundaciones y trastornos. De esta manera, se movilizarán 79,7 millones de euros para ayudar a paliar las consecuencias de las catástrofes sufridas en estos territorios.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), *raštu*. — Balsavau dėl šio pranešimo, nes juo Parlamentas pritarė sprendimui dėl Europos Sąjungos solidarumo fondo mobilizavimo. Lėšos bus skiriamos Bulgarijai dėl 2014 m. birželio mėnesį įskritusių intensyvių ir gausių kritulių, kurie beveik keturis kartus viršijo mėnesio normą ir sukėlė didelius potvynius. Padaryta žala viešajai infrastruktūrai ir įrenginiams energetikos, vandens ir vandens išteklių, telekomunikacijų, transporto, sveikatos, švietimo, skubios pagalbos paslaugų srityse, kultūros paveldui ir saugomoms gamtos teritorijoms. Dėl didelio kiekio išplautos dirvos ir atliekų, užlietų kanalizacijos sistemų ir išsiliejusių nuotekų nukentėjusiuose regionuose pablogėjo gyvenimo sąlygos.

Mercedes Bresso (S&D), *in writing*. — I voted for this because we need to have concrete help for the zones in the European Union which have suffered natural catastrophes.

Steeve Briois (NI), *par écrit*. — Considérant que le principe de solidarité européenne doit évidemment s'appliquer pour remédier aux dégâts engendrés par les catastrophes naturelles, j'ai bien entendu voté pour la mobilisation du Fonds de solidarité de l'UE.

Gianluca Buonanno (NI), *per iscritto*. — Voto favorevole alla mobilitazione del Fondo di Solidarietà dell'UE (collegato al bilancio rettificativo n. 7 per l'esercizio 2014). L'importo dei fondi è pari a 79 726 942 EUR in stanziamenti d'impegno e di pagamento. L'intervento è relativo ai danni causati dalle inondazioni in Serbia e Croazia del maggio 2014 e dalle inondazioni in Bulgaria del giugno 2014.

Soledad Cabezón Ruiz (S&D), *por escrito*. — El informe propone movilizar el Fondo de Solidaridad de la Unión Europea en relación con las inundaciones ocurridas en Serbia y Croacia en mayo de 2014 y en Bulgaria en junio de 2014 sobre la base del apartado 11 del Acuerdo interinstitucional de 2 de diciembre de 2013. La movilización del Fondo de Solidaridad para cada uno de estos casos y la consignación de los créditos correspondientes asciende a 19 501 835 euros para Croacia y Bulgaria en la línea 13 06 01 del presupuesto de 2014, y los créditos correspondientes de 60 224 605 euros para Serbia en la línea 13 06 02 (dedicada a los países en vías de adhesión), tanto en créditos de compromiso como en créditos de pago.

En paralelo a esta propuesta de movilizar el Fondo de Solidaridad, la Comisión ha presentado un proyecto de presupuesto rectificativo (PPR nº 7/2014, de 17.10.2014), con miras a consignar en el presupuesto de 2014 los créditos de compromiso y de pago correspondientes —79 726 440 euros—, con arreglo a lo previsto en el apartado 26 del Acuerdo interinstitucional.

Alain Cadec (PPE), *par écrit*. — Les députés européens ont voté pour la mobilisation du fonds de solidarité en faveur de la Bulgarie, de la Croatie et de la Serbie. En effet, les inondations qui ont eu lieu dans la région cet été ont engendré des dommages considérables. L'Union européenne se devait d'aider ces pays à faire face aux conséquences désastreuses des intempéries. Le Fonds de solidarité apportera une aide financière de près de 80 millions d'euros à ces trois pays. Ce fonds constitue une preuve de la solidarité européenne envers la population d'États membres victimes d'une catastrophe naturelle majeure.

Nicola Caputo (S&D), *per iscritto*. — Ho votato a favore della proposta di risoluzione del Parlamento europeo concernente la posizione del Consiglio sul progetto di bilancio rettificativo n. 7/2014 dell'UE per la mobilitazione del Fondo di solidarietà dell'Unione europea (FSUE) per un importo pari a 79 726 440 EUR in stanziamenti d'impegno e di pagamento, in relazione alle inondazioni che hanno colpito la Serbia e la Croazia nel maggio 2014 e la Bulgaria nel giugno 2014, in virtù del principio di solidarietà che in alcuni momenti particolari l'Europa deve dare agli Stati membri. In questi casi è indispensabile investire risorse nella prevenzione del dissesto idrogeologico, al fine di tutelare i cittadini e metterli al riparo dai rischi a volte devastanti di tali eventi. Lo stesso vale per i territori stessi per i quali, al di là dell'imprevedibilità di tali eventi, si possono sempre limitare i danni.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), *per iscritto*. — Il sostegno alle famiglie e imprese in difficoltà è uno dei doveri dell'Unione. Il voto è favorevole.

Alberto Cirio (PPE), *per iscritto*. — La solidarietà fra gli Stati dell'UE (e con i paesi candidati) dovrebbe andare al di là delle logiche meramente ragionieristiche, e in ossequio a questo principio ho votato a favore di questa proposta.

Carlos Coelho (PPE), *por escrito*. — O Fundo de Solidariedade da União Europeia (FSUE) foi criado para dar resposta a catástrofes naturais de grandes proporções e expressar a solidariedade europeia a regiões sinistradas na Europa. O Fundo pode prestar ajuda financeira aos Estados-Membros e aos países candidatos que negociem a sua adesão.

Em maio de 2014, a Sérvia e a Croácia foram afetadas pelas piores inundações de que há memória. Em junho de 2014, foi a vez de a Bulgária ser afetada por graves inundações.

Apoio a mobilização de 79 726 440 euros a favor dos Estados-Membros referidos, que contribui para a UE demonstrar a sua solidariedade e apoio para com os países afetados, contribuindo para financiar medidas urgentes, tais como o restabelecimento imediato do funcionamento das infraestruturas e dos equipamentos nos domínios da produção de energia, do abastecimento de água potável, do tratamento das águas residuais, das telecomunicações, dos transportes, da saúde e do ensino; a execução de medidas provisórias de alojamento e a prestação de serviços de socorro destinados a responder às necessidades imediatas da população atingida; a consolidação das infraestruturas preventivas e a proteção dos sítios de património cultural; a limpeza imediata das áreas sinistradas, incluindo zonas naturais.

Therese Comodini Cachia (PPE), *in writing*. — The European Union has created a European Union Solidarity Fund to show solidarity with the population of regions struck by disasters. I have voted in favour of this report to enable the mobilisation of the European Solidarity Fund in favour of floods in Serbia, Croatia and Bulgaria which led to the destruction of public and private infrastructure and worsened the living conditions in the affected areas.

Ignazio Corrao (EFDD), *per iscritto*. — La Commissione propone la mobilitazione del Fondo di solidarietà dell'Unione europea a seguito di gravissime alluvioni in Serbia, Croazia e Bulgaria, per un totale di circa 79 milioni di euro. Al fine di agevolare la mobilitazione di questo fondo e mostrare la vicinanza dell'Europa ai territori colpiti da calamità naturali, non posso che votare a favore.

Javier Couso Permuy (GUE/NGL), *por escrito*. — He votado a favor del presente informe debido a que supone la movilización del Fondo de Solidaridad de la UE para afrontar la situación de emergencia surgida por las recientes inundaciones en la zona de los Balcanes. La Unión Europea debe ser capaz de actuar con la máxima celeridad para ayudar a las víctimas de este tipo de catástrofes naturales que acarrear terribles consecuencias para los habitantes de las regiones afectadas, tanto en países de la UE como en otros. La movilización del Fondo para atender las consecuencias sobre la población local es fundamental para un proyecto de Unión Europea que trate de ayudar a la gente. Es por esto por lo que he votado a favor del presente informe.

Miriam Dalli (S&D), *in writing*. — I agree with the Commission's proposal to mobilise the European Solidarity Fund with regard to the floods in Serbia and Croatia in May 2014 and floods in Bulgaria in June 2014. In the light of the examination of the applications, and considering the maximum possible grant from the Fund, as well as the scope for reallocating appropriations, the Commission proposes to mobilise the European Union Solidarity Fund. Solidarity is a main pillar of our Union. Therefore, I voted in favour of granting this support.

Viorica Dăncilă (S&D), *în scris*. — Salut votul pentru mobilizarea Fondului de Solidaritate care vine în sprijinul cetățenilor europeni afectați de inundații din Serbia, Croația și Bulgaria. Aceste grave inundații au provocat distrugerii masive ale infrastructurilor publice și private, au dus la deteriorarea a sute de mii de gospodării, cele mai afectate sectoare economice fiind minieritul, agricultura și infrastructura de transporturi.

Michel Dantin (PPE), *par écrit*. — Pendant le mois de mai dernier, des intempéries se sont abattues sur une grande partie de la République de Serbie et, dans une moindre mesure, sur la Croatie, causant de graves inondations provoquant des destructions massives des infrastructures publiques et privées et entraînant des dommages pour des centaines de milliers de foyers. Un mois plus tard, des pluies abondantes et violentes dépassant le quadruple des moyennes climatiques mensuelles se sont abattues sur certaines régions de la République de Bulgarie, causant de graves inondations et des perturbations importantes. Le Fonds de solidarité permet à l'Union européenne d'apporter une aide effective à un État membre ou à un pays en voie d'adhésion lorsqu'il doit faire face aux dégâts provoqués par une catastrophe naturelle.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

majeure. Il est proposé de faire intervenir ce fonds pour la Croatie et la Bulgarie à hauteur de 19 501 835 EUR, et pour la Serbie à hauteur de 60 224 605 EUR. Au nom de la solidarité européenne à l'égard des États membres de l'Union et des pays en voie d'adhésion ainsi que de leurs habitants qui connaissent une période de grandes difficultés, j'ai voté en faveur de ce soutien financier.

Rachida Dati (PPE), *par écrit*. — À travers ce texte, la Commission propose, à juste titre, d'actionner le Fonds de solidarité de l'Union européenne en faveur de la Serbie, de la Croatie et de la Bulgarie qui ont été en proie à de graves inondations au cours des mois de mai et juin 2014. Dans ces pays, les dégâts occasionnés par ces intempéries ont été considérables. Dans ces conditions, il est important que l'Union européenne accompagne la remise en état des infrastructures détruites et soit aux côtés des populations victimes de ces conditions climatiques exceptionnelles.

Isabella De Monte (S&D), *per iscritto*. — Nel maggio 2014 il maltempo ha gravemente colpito vaste zone della Repubblica di Serbia e della Croazia, provocando gravi inondazioni. Un mese più tardi precipitazioni intense e sostenute si sono abbattute su alcune province della Repubblica di Bulgaria, provocando ingenti danni. Ho votato a favore della proposta di mobilitazione del Fondo di solidarietà dell'Unione europea a favore di queste regioni gravemente colpite.

Tamás Deutsch (PPE), *írásban*. — Az Európai Parlament ma nagy többséggel elfogadta a 2015. évi uniós költségvetést és a 2014. évi többletforrásokról szóló módosításokat. A megállapodás óriási előnye, hogy azzal még idén elfogadásra kerülhet a 2015-ös uniós költségvetés, azaz jövőre nem csak az idei költségvetés tizenkettődét lehetne kifizetni havonta. 2014-re így 4 milliárd euró többletforrást mozgósítanak, amelyből 3,5 milliárd euró úgynevezett „friss pénz”, azaz nem átcsoportosítások eredménye.

Az EP csak azzal a feltétellel járult hozzá a jövő évi EU-költségvetés elfogadásához, hogy az Európai Bizottság tervet dolgoz ki a kifizetetlen számlák fenntartható szintre csökkentésére. 2014-ben már 23,4 milliárd euró a korábbi évről áthúzódó számla kifizetését kell megoldani. Ehhez is biztosítja a mai szavazás a közel 4 milliárd eurós többletforrást.

Az Európai Parlament mai döntésével biztosítottak az idei és a jövő évi költségvetés Magyarországnak járó agrár- és kohéziós forrásai is. A magyar néppárti delegáció, együtt az Európai Néppárttal, hazánk nemzeti érdekeinek képviselőiben felelősségteljesen döntött és megszavazta a 2015. évi uniós költségvetést és az ahhoz kapcsolódó megállapodásban szereplő valamennyi jelentést. A megállapodás részét képezik a Szolidaritási Alapot mozgósító jelentések is, amelyek az Európa különböző régióit sújtó természeti katasztrófák okozta károkat enyhítik.

Mireille D'Ornano (NI), *par écrit*. — Les importantes contributions des États membres doivent être en priorité reversées aux Européens et en particulier aux sinistrés de catastrophes naturelles. Il s'agit d'une solidarité saine et sincère que je soutiens, c'est pourquoi j'ai voté en faveur de ce rapport.

Ангел Джамбазки (ECR), *в писмена форма*. — Макар да подкрепих доклада за отпускане на помощ от фонд „Солидарност“ за преодоляването на щетите от наводненията в България, считам, че за пореден път срещу България се извършва една несправедливост. Тази несправедливост, разбира се, се отнася и за другите малки и по-бедни държави в Съюза. Целият механизъм на фонд „Солидарност“ е събран. Той обслужва интересите на богатите и ощетява бедните държави членки. Формулата, по която се изчисляват помощите за преодоляване на последиците, е събрана. Тя може счетоводно да е много удачна, но е несправедлива. На България се отпускат 10,6 млн. евро при щети от 311 млн. евро. И щетите са преимуществено в слабо развити региони. Ще минат десетилетия, преди да се преодолеят.

Използвам случая, за да призова и Комисията, и Парламента да изменят нормативната база, по която работи фонд „Солидарност“, за да поправят тези несправедливости занаяпред. Нужно е гражданите на държавите членки да видят истинска солидарност в такива случаи. Това сега не е никаква солидарност. Смя да твърдя, че по този въпрос изразявам мнението на мнозинството от българските граждани. Ние не сме втора ръка хора.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI), *γραφώς*. — Υπερψήφισα την έκθεση, παρ' όλο που τα κονδύλια που προβλέπονται είναι ελάχιστα και δεν καλύπτουν τις ανάγκες των χωρών, διότι κάθε βοήθεια είναι επιθυμητή.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

Rosa Estaràs Ferragut (PPE), *por escrito*. — Los pasados meses de mayo y junio de 2014 Serbia, Croacia y Bulgaria sufrieron un período de fuertes lluvias provocando grandes inundaciones que conllevaron cuantiosos daños materiales. En este sentido, la movilización de los Fondos de Solidaridad es fundamental para ayudar a cubrir los gastos de emergencia y ayudar a la reconstrucción y puesta en funcionamiento de los servicios e infraestructuras más necesarios. El objetivo de la movilización de estos fondos es reducir el impacto inmediato y directo de las catástrofes naturales, es por eso que es necesaria una movilización rápida y eficaz de estos fondos. En ese sentido, en enero de 2014 tuve el placer de ser la ponente del informe para la reforma del Reglamento (CE) n° 2012/2002, que establece y regula los Fondos de Solidaridad de la UE, considerando que una movilización rápida de estos fondos es fundamental para la minimización de los daños ocasionados por las catástrofes. Estos fondos son un instrumento clave también para fortalecer el proceso de adhesión a la UE, ya que los países candidatos a formar parte de esta tienen derecho a recibir dichos fondos, como es el caso de Serbia que se encuentra en proceso de negociaciones para su adhesión.

João Ferreira (GUE/NGL), *por escrito*. - O relatório aprova a mobilização do Fundo de Solidariedade na sequência das inundações na Sérvia e na Croácia, que ocorreram em maio de 2014, e das inundações na Bulgária ocorridas em junho de 2014.

A Sérvia e a Croácia foram afetadas pelo mau tempo que provocou graves inundações. Causando sérios danos em infraestruturas públicas e privadas e prejuízos a centenas de milhares de famílias. Como os prejuízos diretos totais estimados em ambos os países excedem o limiar normal para a mobilização do Fundo de Solidariedade, esta catástrofe pode ser considerada uma *catástrofe natural de grandes proporções*.

Na Bulgária, algumas das suas regiões foram afetadas por precipitações intensas e abundantes provocando graves inundações. Sofreram danos as infraestruturas e os equipamentos públicos nos domínios da energia, da água e dos recursos hídricos, das telecomunicações, dos transportes, da saúde, da educação, dos serviços de emergência, do património cultural e das zonas naturais protegidas. Como os prejuízos diretos totais estimados excedem o limiar, esta catástrofe pode ser considerada uma «catástrofe natural de grandes proporções».

Em ambos os casos está justificada a mobilização do Fundo, que apoiámos.

Chamamos todavia a importância para a adoção (e devido financiamento) de medidas de prevenção de catástrofes, também do tipo das agora registadas neste dois países.

Monika Flašíková Beňová (S&D), *písomne* — Fond solidarity Európskej únie je významným nástrojom, ktorého samotný názov vypovedá o charaktere jeho poslania. V minulosti aj Slovenská republika získala významnú pomoc pri prírodnej katastrofe vo Vysokých Tatrách. Tieto finančné prostriedky významne napomohli odstránenie škôd, ktoré v našich horách boli spôsobené. Preto budem vždy podporovať návrhy, ktoré povedú k tomu, aby sme tento fond využili na pomoc členským štátom Európskej únie a Srbsku pri odstraňovaní škôd z prírodných katastrof, tak ako to teraz robíme vo vzťahu k Srbsku, Chorvátsku a Bulharsku. Verím, že naše spoločné finančné prostriedky pomôžu najmä obyvateľom týchto krajín.

Λάμπρος Φουντούλης (NI), *γραπτώς*. — Κάθε χώρα πρέπει να εξετάζεται διαφορετικά και σύμφωνα με τις ιδιαιτερότητες των συνθηκών που επικρατούν. Στη συγκεκριμένη έκθεση, τα κονδύλια που προβλέπονται είναι ελάχιστα και δεν καλύπτουν τις ανάγκες των χωρών, αλλά κάθε βοήθεια είναι προς τη σωστή κατεύθυνση. Γι' αυτό τον λόγο υπερψηφίζω την Κινητοποίηση του Ταμείου Αλληλεγγύης της ΕΕ για τις πλημμύρες στη Σερβία, στην Κροατία και στη Βουλγαρία.

Tania González Peñas (GUE/NGL), *por escrito*. - Nuestro voto es favorable a todas las transferencias redistributivas que tengan por fin la ayuda a regiones o países afectados por catástrofes naturales. Creemos particularmente en el carácter redistributivo que debería tener el presupuesto europeo.

Antanas Guoga (ALDE), *in writing*. — I voted in favour of the urgent need to release financial assistance to Serbia, Croatia and Bulgaria, which were affected by the natural disasters in 2014. I see it as the duty of the European Union and the main purpose of the EU Solidarity Fund (EUSF).

Mittwoch, 17. Dezember 2014

Pablo Iglesias (GUE/NGL), *por escrito*. - Nuestro voto es favorable a todas las transferencias redistributivas que tengan por fin la ayuda a regiones o países afectados por catástrofes naturales. Creemos particularmente en el carácter redistributivo que debería tener el presupuesto europeo.

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan*. — Glasovao sam za prijedlog rezolucije o prijedlogu odluke Europskog parlamenta i Vijeća o mobilizaciji Fonda solidarnosti Europske unije za Hrvatsku, Srbiju i Bugarsku koje su podnijele zahtjev zbog poplava koje su ih pogodile u svibnju i lipnju 2014. godine. Vremenske neprilike nanijele su iznimno velike štete na javnoj i privatnoj infrastrukturi, uništile stotine tisuća domova i ostavile sjećanja na jednu od najgorih poplava u tim područjima ikad. Sve tri zemlje zatražile su veći iznos od predviđenog praga Fonda za te države. Stoga, obzirom da su nastale ogromne štete i da je tim područjima potrebna hitna financijska pomoć, snažno podržavam mobilizaciju Fonda solidarnosti u korist navedenih država.

Diane James (EFDD), *in writing*. — While I understand that this is for aid, which could be used to help victims the British public are already more than generous with donating funds to charitable causes when natural disasters occur. I do not believe foreign aid to be in the remit of the EU, so I voted against this proposal.

Afzal Khan (S&D), *in writing*. — I supported the mobilisation of the fund, as it is crucial we show solidarity with people from the affected areas by helping to rebuild basic infrastructure, funding emergency services, providing temporary accommodation, contributing to clean-up operations and countering immediate health risks.

Giovanni La Via (PPE), *per iscritto*. — Voto a favore della relazione dell'on. José Manuel Fernandes, in quanto sostiene zone della Repubblica serba e della Croazia che, nel maggio del 2014, sono state gravemente colpite da calamità naturali. Inoltre, nel giugno 2014 intense precipitazioni si sono abbattute in alcune zone della Bulgaria, provocando ingenti danni strutturali ed economici. L'Unione europea, ancora una volta, grazie al Fondo di solidarietà, dimostra sensibilità nei confronti di tutti i paesi colpiti da catastrofi naturali, in linea con quanto sancito dal principio di solidarietà.

Paloma López Bermejo (GUE/NGL), *por escrito*. — He votado a favor del presente proyecto de presupuesto rectificativo debido a que supone la movilización de los fondos necesarios para adaptar la movilización del Fondo de Solidaridad en los presupuestos del ejercicio de 2014. La Unión Europea debe ser capaz de actuar con la máxima celeridad para ayudar a las víctimas de este tipo de catástrofes naturales que acarrearán terribles consecuencias para los habitantes de las regiones afectadas. La movilización de fondos para atender las consecuencias sobre la población local es fundamental para un proyecto de Unión Europea que trate de ayudar a la gente. Es por esto por lo que he votado a favor del presente informe.

Antonio López-Istúriz White (PPE), *por escrito*. — Graves inundaciones de origen natural afectaron en 2014 a Serbia, Croacia y Bulgaria causando cuantiosos daños, especialmente en viviendas. Por ello, y tras una evaluación de los daños por parte de los Estados y la Comisión, considero que es necesario ayudar financieramente a estos países a través del Fondo de Solidaridad de la UE (FSUE).

El paquete de financiación estipulado para esta ayuda supone superar la barrera de 500 millones de financiación anual estipulados para el FSUE (2014), pero dicha problemática puede ser solucionada de forma satisfactoria pasando al presupuesto del año 2015 parte de la financiación estipulada.

Considero que esta solución es adecuada para no transgredir las barreras presupuestarias establecidas y, lo que es más importante, permite suministrar esa financiación tan necesaria para ayudar a los ciudadanos de los países azotados por estas recientes inundaciones.

Por estos motivos, voto a favor de esta propuesta.

Ivana Maletić (PPE), *napisan*. — Podržala sam Izvješće o mobilizaciji sredstava iz Fonda solidarnosti Europske unije za Hrvatsku, Srbiju i Bugarsku u iznosu od 79,7 milijuna eura kako bi se pokušalo sanirati posljedice katastrofalnih poplava u svibnju ove godine.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

Ukupna šteta na poplavljenim područjima u Hrvatskoj je procijenjena na 297,6 milijuna eura. Više tisuća ljudi je raseljeno, oštećena je prometna i energetska infrastruktura, nastradali su usjevi i stoka, poplavljeni su stambeni prostori. 8,9 milijuna eura bit će dodijeljeno Hrvatskoj kroz fond solidarnosti Europske unije kako bi se sanirala nastala šteta.

Smatram da se osim raspoloživih sredstava iz Fonda solidarnosti EU-a trebaju mobilizirati sredstva iz fondova Europske unije, Europske investicijske banke i drugih izvora financiranja kako bi se izbjegle katastrofe ovih razmjera u budućnosti.

Andrejs Mamikins (S&D), *rakstiski*. — Solidaritāte ir Eiropas Savienības pamatu pamata filozofija. Eiropas Savienības pienākums ir palīdzēt tām ES dalībvalstīm un iespējamām kandidātvalstīm, kuras ir cietušas no dabas stihijām: Serbijai, Horvātijai un Bulgārijai. Es atbalstīju šo lēmumu.

Νότης Μαρτιάς (ECR), *γραπτώς*. — Υπερψήφισα την έκδοση Fernandes σχετικά με την κινητοποίηση του Ταμείου Αλληλεγγύης της ΕΕ: πλημμύρες στη Σερβία, στη Κροατία και στη Βουλγαρία, διότι με την έκδοση αυτή δρομολογείται η οικονομική ενίσχυση Σερβίας, Κροατίας και Βουλγαρίας για τις ζημιές που έχουν υποστεί από φυσικές καταστροφές.

Fulvio Martusciello (PPE), *per iscritto*. — Nel maggio 2014 il maltempo ha gravemente colpito vaste zone della Repubblica di Serbia e della Croazia, provocando alcune delle più gravi inondazioni che hanno causato la distruzione di infrastrutture pubbliche e private e danni a centinaia di migliaia di famiglie. È necessario aiutare le vittime dei disastri naturali nelle regioni che hanno bisogno di sostegno finanziario per recuperare gli ingenti danni provocati a infrastrutture e persone. Per tale motivo ho votato a favore della suddetta relazione.

Barbara Matera (PPE), *per iscritto*. — Durante il maggio 2014 vaste zone della Repubblica di Serbia e, in misura minore, della Croazia, sono state colpite da una terribile ondata di maltempo.

Un mese più tardi, intense precipitazioni si sono abbattute su alcune province della Repubblica di Bulgaria, provocando gravi inondazioni, con conseguenti danni infrastrutturali ed economici.

Il mio voto a favore della relazione Fernandes deriva dalla convinzione che l'Unione europea debba essere sempre pronta ad intervenire in soccorso delle popolazioni comunitarie vittime di catastrofi naturali, sulla scorta del principio di solidarietà tra gli Stati membri, fondamentale stessa dei trattati.

Georg Mayer (NI), *schriftlich*. — Auch dieser Antrag genießt meine vollste Unterstützung. Die Schwere dieser Katastrophe ist von den einzelnen Mitgliedstaaten nicht alleine zu tragen. Gerade Serbien bedarf dringender Unterstützung, beläuft sich die Höhe des dort entstandenen Schadens doch auf mehr als eine Milliarde Euro.

David McAllister (PPE), *schriftlich*. — Als ständiger Berichterstatter für Serbien möchte ich hervorheben, wie verheerend das Ausmaß der Überschwemmungen Mitte Mai für dieses Land war. Mehr als 1,6 Millionen Menschen waren von den Fluten betroffen, es entstand ein Schaden von über einer Milliarde Euro.

Die Europäische Union hat in der größten Krisenbewältigungsmaßnahme in der Geschichte der Union schnell und unbürokratisch Hilfe geleistet. Insgesamt wird die Europäische Union Serbien bis Ende 2014 über 172 Millionen Euro infolge der Überschwemmungen zur Verfügung gestellt haben.

Vor wenigen Wochen war ich in Belgrad und ich habe erfahren: Die Menschen dort sind sich dessen bewusst, dass es ganz besonders die Europäische Union war, die ihnen in diesen schwierigen Zeiten beistand.

Die Solidarität mit den Mitgliedstaaten ist genauso bedeutend wie die Solidarität mit den Beitrittsländern. Diesen Weg der Solidarität bitte ich die Kommission wie bislang fortzusetzen.

Jean-Luc Mélenchon (GUE/NGL), *par écrit*. — Le Fonds de solidarité est sollicité ici pour apporter une aide financière à la Croatie, à la Bulgarie et à la Serbie pour réparer les dommages causés par les inondations de grande ampleur qu'ils ont connues durant l'été 2014. C'est une aide importante pour leur permettre de reconstruire leurs infrastructures, notamment énergétiques, et continuer à les sécuriser. Je vote pour cette aide nécessaire urgente pour ces trois pays. En déplorant que l'Europe ne s'engage pas plus fortement devant le danger que nos modes de production font peser sur la planète et le changement climatique.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

Nuno Melo (PPE), *por escrito*. — A presente proposta visa a mobilização do Fundo de Solidariedade da União Europeia na sequência das inundações na Sérvia e na Croácia, que ocorreram em maio de 2014, e das inundações na Bulgária ocorridas em junho de 2014, com base no ponto 11 do Acordo Interinstitucional de 2 de dezembro de 2013. A UE tem que ser solidária com os seus membros que sofrem este tipo de catástrofe natural. Daí o meu voto favorável.

Roberta Metsola (PPE), *in writing*. — I voted in favour of this proposal as large parts of Serbia, Bulgaria and Croatia were hit by heavy rains and flooding. Other budgetary measures have been arranged that ensure that Member States will not be required to contribute extra funds to alleviate the situation in the areas affected by natural disasters.

Marlene Mizzi (S&D), *in writing*. — I have voted in favour of this report, which proposes to mobilise the European Solidarity Fund in favour of floods in Serbia and Croatia in May 2014 and to floods in Bulgaria in June 2014.

Sophie Montel (NI), *par écrit*. — Considérant que le principe de solidarité européenne doit évidemment s'appliquer pour remédier aux dégâts engendrés par les catastrophes naturelles, j'ai bien entendu voté pour la mobilisation du Fonds de solidarité de l'UE.

Claude Moraes (S&D), *in writing*. — I voted in favour of the mobilisation of the Solidarity Fund in order to better equip Member States to rebuild basic infrastructure, fund emergency services, provide temporary accommodation, contribute to clean-up operations and counter immediate health risks.

Alessandra Mussolini (PPE), *per iscritto*. — Il mio voto è a favore della mobilitazione del Fondo di solidarietà dell'Unione europea a seguito delle inondazioni che hanno colpito la scorsa primavera la Serbia, la Croazia e la Bulgaria.

Younous Omarjee (GUE/NGL), *par écrit*. — Le FSUE a été créé suite aux inondations qui ont touché l'Europe centrale durant l'été 2002. J'ai voté en faveur du déploiement de ce fonds dans le cas spécifique des inondations en Serbie, Bulgarie et Croatie.

Urmas Paet (ALDE), *kirjalikult*. — Toetasin ettepanekut aidata Serbiat, Horvaatiat ja Bulgaariat kokku 79 726 440 euroga, et likvideerida ülejutustest põhjustatud kahjustusi. Euroopa Liidu Solidaarsusfond ongi loodud just selleks, et aidata katastroofi tagajärjel kannatanud piirkondade elanikke ja näidata üles solidaarsust nende suhtes.

Aldo Patriciello (PPE), *per iscritto*. — L'Unione europea ha istituito il Fondo di solidarietà per testimoniare la propria solidarietà alle popolazioni delle regioni colpite da catastrofi. La Serbia, la Croazia e la Bulgaria hanno presentato richiesta di mobilitazione del Fondo in relazione a inondazioni avvenute nei loro territori. Nel quadro del bilancio generale dell'Unione europea fissato per l'esercizio 2014, una somma pari a 79 726 440 EUR di stanziamenti d'impegno e di pagamento è mobilizzata a titolo del Fondo. Per tali ragioni esprimerei il mio voto favorevole.

Florian Philippot (NI), *par écrit*. — Si nous n'approuvons pas la politique de cohésion de l'Union et pensons qu'elle ne permet pas d'atténuer les disparités économiques et sociales entre les États membres, nous pensons que le principe de solidarité européenne peut avoir un sens lorsqu'un de nos voisins européens est gravement frappé par une catastrophe naturelle. Au demeurant, les épisodes climatiques qui ont frappé le sud de la France ces derniers mois nous confortent dans l'idée qu'une entraide financière mutuelle doit permettre de mieux répondre aux conséquences humaines, matérielles et financières de ce type d'évènement tragique. La gestion commune des risques naturels doit être encouragée au niveau européen afin de renforcer la mutualisation des risques. C'est pourquoi j'ai voté pour la mobilisation du Fonds de solidarité.

Andrej Plenković (PPE), *napisan*. — Teške oborine u istočnoj Hrvatskoj od 13. do 15. svibnja izazvale su katastrofalne poplave koje su dovele do urušavanja prometnih pravaca i evakuacije stanovništva. Količina oborina u samo tri dana dosegla je tromjesečni prosjek. Nestabilni uvjeti na terenu, prostranost poplavljenog područja, šteta na kućama i ostalim objektima, usjevima i stoci, opasnost od iskopanih mina i velik broj dugoročno dislociranih osoba iz Hrvatske, kao i iz BiH, razlozi su zbog kojih je Hrvatska zatražila međunarodnu pomoć. Izravna šteta koju je pretrpjela Hrvatska iznosila je 297 629 milijuna EUR, dok je predloženi iznos iz Fonda solidarnosti EU-a za pomoć Hrvatskoj iznosio 8 959 725 EUR. Na temelju ukupne procjene štete te zahtjeva iz Srbije, Hrvatske i Bugarske, Komisija je predložila aktivaciju Fonda solidarnosti u iznosu od 79 726 440 EUR. Smatram da Hrvatska treba investirati u bolji sustav za obranu od poplava kako bi se smanjile buduće štete.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

Marcus Pretzell (ECR), *schriftlich*. — Ich halte es für notwendig, verstärkt Präventionsmaßnahmen zu ergreifen. Hier sind selbstverständlich in erster Linie die betroffenen Staaten gefordert. Gleichzeitig hat die EU hier die Chance, sich wieder auf eine ihrer ureigensten Aufgaben zu konzentrieren. Da Serbien, Kroatien und Bulgarien bisweilen von denselben Naturereignissen betroffen sind, muss sie die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zum Wohl aller EU-Bürger unterstützen und fördern.

Franck Proust (PPE), *par écrit*. — Les fonds de solidarité européens ont été conçus afin d'apporter un soutien financier aux régions sur lesquelles des catastrophes naturelles aux conséquences les plus lourdes s'abattent. Je vote donc en faveur de l'utilisation d'un tel fonds afin de remédier au mieux aux dégâts causés par de lourdes intempéries en Croatie et en Bulgarie.

Paulo Rangel (PPE), *por escrito*. — A Comissão propõe mobilizar o Fundo de Solidariedade da UE na sequência das inundações ocorridas na Sérvia e na Croácia, em maio de 2014, e das inundações na Bulgária em junho de 2014. Tais catástrofes causaram prejuízos consideráveis aos Estados-Membros requerentes, encontrando-se preenchidos os critérios de elegibilidade definidos no Regulamento (CE) n.º 2012/2002 do Conselho, que institui o Fundo de Solidariedade da União Europeia, com a redação que lhe foi dada pelo Regulamento (UE) n.º 661/2014 do Parlamento Europeu e do Conselho. Votei, por isso, favoravelmente a presente resolução que aprova a decisão para mobilizar a quantia de 79 726 440 EUR a favor da Sérvia, da Croácia e da Bulgária.

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D), *por escrito*. — He votado a favor de la movilización del Fondo de Solidaridad de la Unión Europea en relación con las inundaciones ocurridas en Serbia y Croacia en mayo de 2014, y en Bulgaria en junio de 2014. Durante el mes de mayo de 2014, extensas regiones de la República de Serbia y, en menor medida, de Croacia se vieron afectadas por inclementes condiciones meteorológicas que ocasionaron algunas de las peores inundaciones que se recuerdan, causando enormes destrozos en infraestructuras públicas y privadas y daños a cientos de millares de hogares. Un mes después, intensas lluvias cuatro veces más abundantes que la norma climática mensual afectaron a partes de la República de Bulgaria ocasionando graves inundaciones y trastornos. De esta manera, se movilizarán 79,7 millones de euros para ayudar a paliar las consecuencias de las catástrofes sufridas en estos territorios.

Teresa Rodríguez-Rubio (GUE/NGL), *por escrito*. - Nuestro voto es favorable a todas las transferencias redistributivas que tengan por fin la ayuda a regiones o países afectados por catástrofes naturales. Creemos particularmente en el carácter redistributivo que debería tener el presupuesto europeo.

Claude Rolin (PPE), *par écrit*. — J'ai voté en faveur de la mobilisation du Fonds de solidarité de l'Union européenne à la suite des demandes d'intervention de la Serbie, de la Croatie et de la Bulgarie concernant des inondations en 2014. Les dégâts causés par ces inondations ont été nombreux et terribles: destructions massives des infrastructures publiques et privées, dommages pour des centaines de milliers de ménages, destructions de cultures agricoles, etc. Tant le secteur économique que les citoyens de ces pays ont été durement touchés par ces inondations! C'est pourquoi il était crucial de mobiliser le Fonds de solidarité de l'Union européenne pour venir en aide à ces pays et leurs citoyens.

Fernando Ruas (PPE), *por escrito*. — Votei favoravelmente o relatório sobre a proposta de decisão do Parlamento Europeu e do Conselho relativo à mobilização do Fundo de Solidariedade da União Europeia, no valor de 79 726 440 euros, a favor da minimização dos prejuízos causados pelas graves inundações ocorridas na Sérvia e Croácia em maio de 2014 e para as inundações na Bulgária, em junho de 2014, tendo por base o ponto 11 do Acordo Interinstitucional de 2 de dezembro de 2013.

Estamos perante catástrofes naturais, que afetaram negativamente e de uma forma muito incisiva diversos setores económicos, entre os quais o da energia, mineração e agricultura, assim como infraestruturas rodoviárias, equipamentos públicos de telecomunicações, saúde, educação e instalações de proteção costeira, que podem e devem ser abrangidos no âmbito de aplicação do Fundo de Solidariedade.

Matteo Salvini (NI), *per iscritto*. — Ho votato a favore in quanto l'intervento oggetto del voto mira a riparare i danni causati da inondazioni che hanno avuto un impatto terribile sulle zone colpite.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

Lola Sánchez Caldentey (GUE/NGL), *por escrito*. - Nuestro voto es favorable a todas las transferencias redistributivas que tengan por fin la ayuda a regiones o países afectados por catástrofes naturales. Creemos particularmente en el carácter redistributivo que debería tener el presupuesto europeo.

Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito*. - He votado a favor del presente informe debido a que supone la movilización del Fondo de Solidaridad de la UE para afrontar la situación de emergencia surgida por las recientes inundaciones en la zona de los Balcanes. La Unión Europea debe ser capaz de actuar con la máxima celeridad para ayudar a las víctimas de este tipo de catástrofes naturales que acarrear terribles consecuencias para los habitantes de las regiones afectadas, tanto en países de la UE como en otros. La movilización del Fondo para atender las consecuencias sobre la población local es fundamental para un proyecto de Unión Europea que trate de ayudar a la gente. Es por esto por lo que he votado a favor del presente informe.

Jill Seymour (EFDD), *in writing*. — While I understand that this is for aid, which could be used to help victims, the British public are already more than generous with donating funds to charitable causes when natural disasters occur. I do not believe foreign aid to be in the remit of the EU, so I voted against this proposal.

Siôn Simon (S&D), *in writing*. — I voted for the Commission's proposal to mobilise the EU Solidarity Fund in favour of floods in Serbia and Croatia in May 2014 and floods in Bulgaria in June 2014.

The flooding is of natural origin and therefore falls within the field of application of the Solidarity Fund. The total amount of aid proposed for Croatia and Bulgaria comes to EUR 19 501 835 and Serbia will receive the appropriation of EUR 60 224 605.

Davor Škrlec (Verts/ALE), *napisan*. — Podržao sam mobilizaciju Fonda solidarnosti jer smatram kako će isti olakšati Hrvatskoj, Srbiji i Bugarskoj oporavak od šteta uzrokovanih velikim poplavama.

Kao hrvatski zastupnik, osobno sam upoznat s nesretnim događajima koji su se odvijali u Hrvatskoj i drugim državama. Nastale štete ostavit će dugotrajne posljedice na životima građana koji su bili direktno pogođeni poplavama, jednako tako će nastale štete imati nepovoljan utjecaj na cjelokupni gospodarski razvoj zemalja.

U Republici Hrvatskoj su poplave uzrokovalе štetu od ukupno 197 milijuna eura što čini gotovo 0,7% bruto nacionalnog dohotka. Više od 4000 gospodarskih zgrada i više od 2700 stambenih zgrada bilo je poplavljeno, a većina objekata imaju trajna strukturna oštećenja. Također, posebno je zabrinjavajuća činjenica kako je tijekom poplava više od 26 000 ljudi bilo evakuirano iz svojih domova.

Cjelokupnu situaciju otežavaju štete na infrastrukturi u pogođenim područjima čija je rekonstrukcija ključna za normalizaciju života građana.

Fond solidarnosti uvelike će olakšati taj proces, sredstva iz Fonda pomoći će u učinkovitijoj sanaciji šteta, ali će također i neposredno dovesti do povećanja stabilnosti i olakšati ekonomski oporavak zemalja. Iz svih navedenih razloga, glasao sam za mobilizaciju ovog Fonda solidarnosti.

Davor Ivo Stier (PPE), *napisan*. — Fond solidarnosti je alat koji omogućava Europskoj uniji da brzo i učinkovito podrži određenu državu članicu u njezinim naporima da se suoči sa štetom nastalom zbog velike prirodne nepogode. Radi se o fondu koji se financira iz redovitog proračuna EU-a, a na raspolaganje se može staviti do milijardu eura godišnje.

Na temelju procjene, štete su sljedeće: Srbija 1 105 622 milijuna eura, Hrvatska 297 629 milijuna eura, Bugarska 311 328 milijuna eura. Komisija je predložila da se mobiliziraju Fondovi solidarnosti Europske unije u ukupnom iznosu od 79 726 440 eura. Ova potpora će zasigurno pomoći zemljama članicama i njihovim stanovnicima u saniranju šteta i obnovi stradalih dijelova.

Osobno sam obilazio poplavljena područja u Hrvatskoj te iz toga razloga razumijem važnost ovih sredstava da se gospodarstvo vrati na pozitivan smjer. Sredstva će pomoći kako bi se obnovila infrastruktura u pogođenim područjima, a posebno ruralnim. Također je važno omogućiti dostojanstven život pogođenom stanovništvu. Stoga podržavam izvišeće.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

Dubravka Šuica (PPE), *napisan*. — Fond solidarnosti jedan je od instrumenata koji omogućava Europskoj uniji da brzo i učinkovito podrži određenu državu članicu u njezinim naporima da se suoči sa štetom nastalom zbog velike prirodne nepogode. Fond se financira iz redovitog proračuna EU-a kojemu je na raspolaganju i milijarda eura godišnje. Iako su procijenjene štete iznosile: u Srbiji 1 105 622 milijuna eura, Hrvatskoj 297 629 milijuna eura, Bugarskoj 311 328 milijuna eura, svjesna sam da sredstva iz proračuna Unije neće biti dostatna za pokrivanje ukupne štete. Stoga sam podržala prijedlog Komisije da se mobiliziraju sredstva solidarnosti Unije u ukupnom iznosu od 79 726 440 eura, od čega će Hrvatskoj pripasti 8,9 mil. eura, Srbiji 60,2 mil. eura, a Bugarskoj 10,5 mil. eura te ujedno pozivam države članice da ozbiljno pristupe izradi strategija za obranu od poplava i izgradnji infrastrukture kako se ovakav scenarij ubuduće ne bi ponovio.

Ελευθέριος Συναδινός (NI), *γραπτώς*. — Κάθε χώρα πρέπει να εξετάζεται διαφορετικά και σύμφωνα με τις ιδιαιτερότητες των συνθηκών που επικρατούν. Στη συγκεκριμένη έκθεση, τα κονδύλια που προβλέπονται είναι ελάχιστα και δεν καλύπτουν τις ανάγκες των χωρών, αλλά κάθε βοήθεια είναι προς τη σωστή κατεύθυνση.

Marc Tarabella (S&D), *par écrit*. — La Commission propose de mobiliser le Fonds de solidarité de l'Union européenne en faveur de la Serbie et de la Croatie, en proie à des inondations en mai 2014, et de la Bulgarie, en proie des inondations en juin 2014, sur la base du point 11 de l'accord interinstitutionnel du 2 décembre 2013. Le fonds de solidarité a pour but d'aider les citoyens européens victimes de circonstances extraordinaires négatives. Pendant le mois de mai 2014, des intempéries se sont abattues sur une grande partie de la République de Serbie et, dans une moindre mesure, sur la Croatie, causant les plus graves inondations que l'on ait connues de mémoire d'homme, provoquant des destructions massives des infrastructures publiques et privées et entraînant des dommages pour des centaines de milliers de ménages. Un mois plus tard, des pluies abondantes et violentes dépassant le quadruple des moyennes climatiques mensuelles se sont abattues sur certaines régions de la République de Bulgarie, causant de graves inondations et des perturbations importantes.

Ruža Tomašić (ECR), *napisan*. — Glasovala sam pozitivno o ovom izvješću, iako dijelim zabrinutost većine u svojoj grupaciji vezano uz Nacrt o izmjenama i dopunama proračuna za 2014. te Nacrt proračuna za 2015. godinu.

Iako s pravom traže fiskalnu disciplinu od država članica koje su navikle trošiti novac koji nemaju, institucije Europske unije često se ponašaju jednako tako neodgovorno. Vjerodostojnost Unije prema državama članicama i građanima ne može se graditi na taj način i u europske će se financije konačno morati uvesti reda.

No, kao zastupnica iz Hrvatske jako dobro poznajem situaciju na terenu koji je izravno pogođen svibanjskim poplavama. Ljudima koji su izgubili krov nad glavom i sad žive u kontejnerima malo znači naše političko nadmudrivanje o njima apstraktnim stvarima. Oni Europu vide kroz dostojanstven život kojeg u ovom trenutku nemaju, a isplata ovih potpora ipak može pomoći da im vratimo izgubljeno dostojanstvo. Zato sam podržala ovo izvješće.

Ernest Urtasun (Verts/ALE), *por escrito*. — Mi voto es favorable a movilizar fondos extras en beneficio de los Estados afectados por desastres naturales.

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito*. — A União Europeia criou o Fundo de Solidariedade da União Europeia (*Fundo*) para manifestar a sua solidariedade para com a população das regiões afetadas por catástrofes. O artigo 10.º do Regulamento (UE, Euratom) n.º 1311/2013 permite a mobilização do Fundo dentro de um limite máximo anual de 500 milhões de euros (a preços de 2011).

A Sérvia, a Croácia e a Bulgária apresentaram um pedido de mobilização do Fundo, na sequência de inundações. As autoridades sérvias estimam em 1,1 milhares de milhões de euros o montante total dos prejuízos diretos causados pela catástrofe. Esta estimativa baseia-se nos resultados da avaliação das necessidades de recuperação efetuada com a participação da UE e de organizações internacionais no período imediatamente posterior à ocorrência da catástrofe.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

11.10. Entwurf des Berichtigungshaushaltsplans Nr. 7/2014: Überschwemmungen in Serbien, Kroatien und Bulgarien (A8-0072/2014 - Gérard Deprez)

Dichiarazioni di voto orali

Момчил Неков (S&D). - В резултат на наводненията, случили се в България през 2014 г., много градове и села преживяха опустошителни бедствия, бяха дадени десетки жертви. В много населени места бяха прекъснати всички инфраструктурни и комуникационни връзки, а десетки хиляди граждани тепърва ще възстановяват своите домове. Воден от разбирането, че пред нас, като представители на институциите, стоят редица задачи до пълното възвръщане към нормален живот на пострадалите райони, още от първите дни се свързах с местните власти за реалните измерения на претърпените щети. Получих официална информация от повече от сто общини в засегнатите 13 области на България, която предадох на централните власти. Над исканията за компенсации от фонд „Солидарност“ работиха две български правителства, а с получените средства ще се подпомогне възстановяването на публичната инфраструктура на засегнатите региони, в които живеят над три милиона и триста хиляди мои сънародници.

Ангел Джамбазки (ECR). - Подкрепих доклада за корекции на бюджета във връзка с мобилизиране на средствата от фонд „Солидарност“, но считам, че отпуснатата финансова помощ за България е крайно недостатъчна. Напълно несправедливо е държава членка с доказани понесени щети над 311 милиона евро да получи едва 10,6 милиона евро. Настоявам действащият механизъм на фонда за солидарност да бъде преосмислен и променен така, че да бъде по-полезен и да върши това, за което е създаден. Струва ли се на някой в залата справедливо една от най-засегнатите държави в Евросъюза, именно България, да получи шест пъти по-малко финансова помощ от съседната нам Република Сърбия, която дори не е член на Европейския съюз, но ще получи 60 милиона евро компенсации? На 9 декември поставих този въпрос и пред Европейската комисия. Искам да отбележа, че този механизъм вместо да помага, очевидно дискриминира по-засегнатите и по-бедните държави, каквато за съжаление към момента е България. Счита ли наистина някой, че с 10,6 милиона евро ще се поправят нанесени щети от повече от 300 милиона? И това, пак повтарям, говорим за един от най-пострадалите региони, северозападния, който същевременно е и най-бедният в Европа. Пак казвам, механизмът трябва да се промени, защото той ощетява по-бедните държави, лишава ги от адекватна помощ и ги оставя на практика сами да се спасяват. Това не е солидарност.

Ivana Maletić (PPE). - Gospodine predsjedniče, i ova izmjena proračuna je jako važna za mobiliziranje sredstava u iznosu od 80 milijuna eura kako bi se pomoglo Hrvatskoj, Bugarskoj, Srbiji nakon velikih poplava u svibnju ove godine. To su sredstva koja su značajna za sanaciju šteta, međutim i dalje je jako važno imati na umu da je potrebno izdvajati sredstva za preventivnu infrastrukturu i općenito preventivu od ovih velikih poplava koje su sve češće na razini Europske unije.

Dakle, potrebno je razmišljati kako što više sredstva europskih fondova, sredstva iz Europske investicijske banke i drugih izvora financiranja uložiti u preventivu kako se ovakve nesreće i katastrofe ne bi u budućnosti događale.

Andrej Plenković (PPE). - Gospodine predsjedniče, nacrt izmjene proračuna br. 7 za 2014. g. izuzetno je bitan jer omogućava isplatu sredstava iz europskog Fonda solidarnosti za Republiku Hrvatsku, a zbog velikih šteta koje su nastale poplavama, koje su uništile javnu i privatnu infrastrukturu i oštetile stotine tisuće domova u svibnju ove godine, i to u Hrvatskoj, ali i u Srbiji, našoj susjednoj zemlji, kao i u Bosni i Hercegovini.

To su u svakom slučaju velike poteškoće na koje je trebalo odgovoriti kvalitetnim potpisivanjem, prije svega šteta koje su procijenjene na skoro 300 milijuna eura, sredstva koja su predviđena u ovome proračunu za Republiku Hrvatsku od skoro 9 milijuna eura zajedno s onima za poplave i za led koje su bile nekoliko mjeseci prije, čine ukupnu pomoć Hrvatskoj oko 16,5 milijuna eura.

Smatram da će ta sredstva olakšati hrvatski proračun kako bi se pomoglo niz županija koje su bile teško pogođene ovom katastrofom.

Tonino Picula (S&D). - Gospodine predsjedniče, upravo su velike poplave 2002. godine bile razlog kreiranja Fonda solidarnosti Europske unije te želim zahvaliti svim građanima i institucijama koji su pomogli.

Odobreni iznos naravno nije ni približno dostatan za pokrivanje troškova, ali je snažna potvrda jednog od temeljnih principa Europske unije, principa solidarnosti. Ali upozoravam na problem bolje prevencije šteta od poplava koja je neophodna obzirom na zastarjele načine upravljanja rijekama u Europi, pa tako i u Hrvatskoj. No ona zajedno sa saniranjem šteta jako puno košta. Prema postojećim direktivama bi Hrvatska do 2023. u ugradnju mreže i obnovu objekata trebala uložiti 45 milijardi kuna što je gotovo polovina godišnjeg proračuna. S obzirom na to da direktna šteta od poplava samo ove godine u Hrvatskoj iznosi gotovo 300 milijuna eura, nameće se pitanje koliko su ostvariva očekivana ulaganja. Boljom prevencijom umanjuju se i eventualni troškovi sanacije u budućnosti.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

Nadam se da će Europska unija putem fondova značajnije pomoći članicama da očekivana ulaganja i ostvare.

Ruža Tomašić (ECR) - Gospodine predsjedniče, glasovala sam pozitivno o ovom izvješću iako dijelim zabrinutost većine u svojoj grupaciji vezano uz nacrt o izmjenama i dopunama proračuna za 2014. te nacrt proračuna za 2015.

Makar s pravom traže fiskalnu disciplinu od država članica koje su navikle trošiti novac koji nemaju, insitucije Europske unije često se ponašaju jednako tako neodgovorno.

Vjerodostojnost Unije prema državama članicama i građanima ne može se graditi na taj način i u europske će se financije konačno morati uvesti reda. No, kao zastupnica iz Hrvastke jako dobro poznajem situaciju na terenu koji je izravno pogođen svibanjskim poplavama. Ljudima koji su izgubili krov nad glavom i sad žive u kontejnerima malo znači naše političko nadmudrivanje o njima apstraktnim stvarima. Oni Europu vide kroz dostojanstven život koji u ovom trenutku nemaju, a isplata ovih potpora ipak može pomoći da im vratimo izgubljeno dostojanstvo i zato sam i podržala ovaj projekt.

Dichiarazioni di voto scritte

Marina Albiol Guzmán (GUE/NGL), *por escrito*. — He votado a favor del presente proyecto de presupuesto rectificativo debido a que supone la movilización de los fondos necesarios para adaptar la movilización del Fondo de Solidaridad en los presupuestos del ejercicio de 2014. La Unión Europea debe ser capaz de actuar con la máxima celeridad para ayudar a las víctimas de este tipo de catástrofes naturales que acarrear terribles consecuencias para los habitantes de las regiones afectadas. La movilización de fondos para atender las consecuencias sobre la población local es fundamental para un proyecto de Unión Europea que trate de ayudar a la gente. Es por esto por lo que he votado a favor del presente informe.

Jonathan Arnott (EFDD), *in writing*. — Aid through the Solidarity Fund is not an efficient means of assisting with floods. It only represents a small portion of the money spent by Member States and is an administrative nightmare. Far better to reduce Member States' contributions and to allow them to deal with such matters directly themselves.

Zigmantas Balčytis (S&D), *raštu*. — Balsavau už visus 2014 m. taisomojo biudžeto projektus bei už Europos Parlamento ir Tarybos pasiektą susitarimą dėl 2015 m. biudžeto. Sveikinu Europos Parlamento derybininkus, kurie pasiekė, kad neatidėliotiniams šių metų ES biudžeto skoloms apmokėti būtų skirta 4,25 mlrd. eurų ir kad Europos Komisija būtų įpareigota parengti laipsnišką neapmokėtų sąskaitų sumažinimo planą bei ateityje nustatyti tvarią skolų ribą. Parlamento dėka įsipareigojimams bus skirta 0,5 mlrd. eurų daugiau nei siūlė ES Taryba. Daugiau lėšų bus skirta ES mokslinių tyrimų programai „Horizontas 2020“ bei studentų ir jaunimo mainų programai „Erasmus+“. Sveikintina, kad padidintas finansavimas Europos kaimynystės programoms, humanitarinei pagalbai bei bendrai užsienio saugumo politikai, o tai atsižvelgiant į šiąandieninę situaciją Europoje yra labai aktualu. Tačiau nepritariu finansavimo sumažinimui Europos žemės ūkio garantijų fondui, nes tai atsilieps daugeliui ES ūkininkų, kurie yra atsидūrę itin sunkioje padėtyje dėl užsitęsio Rusijos embargo, ir kuriems yra būtina ES pagalba.

Hugues Bayet (S&D), *par écrit*. — Il s'agit d'inscrire en crédits d'engagement au budget 2014 et en crédits de paiement au budget 2015 les 80 millions d'euros nécessaires pour la mobilisation du Fonds de solidarité de l'Union européenne à la suite d'inondations survenues en mai 2014 en Serbie et en Croatie ainsi qu'en juin 2014 en Bulgarie.

Dominique Bilde (NI), *par écrit*. — Ce projet de budget rectificatif n° 7/2014 concerne la mobilisation du Fonds de solidarité de l'UE (FSUE) pour un total de 79 726 440 d'EUR en crédits d'engagement et de paiement à la suite d'inondations en Serbie, Croatie et en Bulgarie. Malheureusement, comme relevé par les députés de la commission des budgets, la pénurie de CP pour 2014 (PBR n° 3/2014) rend très difficile le redéploiement des moyens nécessaires pour ce PBT. Pour faire face à ces inondations et soutenir les populations, j'ai voté pour ce projet de budget rectificatif.

Mara Bizzotto (NI), *per iscritto*. — Ho votato a favore del provvedimento tecnico che mette a disposizione dei cittadini croati, serbi e bulgari, danneggiati dalle alluvioni della scorsa primavera, le risorse del Fondo di solidarietà.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

José Blanco López (S&D), *por escrito*. — He votado a favor, dado que el proyecto de presupuesto rectificativo nº 7/2014 se refiere a la movilización del Fondo de Solidaridad de la Unión Europea (FSUE) por un importe de 79,7 millones de euros que permitirán ayudar a paliar las consecuencias de las inundaciones ocurridas en Serbia y Croacia en mayo de 2014 y en Bulgaria en junio de 2014. Durante el mes de mayo de 2014, extensas regiones de la República de Serbia y, en menor medida, de Croacia se vieron afectadas por inclementes condiciones meteorológicas que ocasionaron algunas de las peores inundaciones que se recuerdan, causando enormes destrozos en infraestructuras públicas y privadas y daños a cientos de millares de hogares. Un mes después, intensas lluvias cuatro veces más abundantes que la norma climática mensual afectaron a partes de la República de Bulgaria ocasionando graves inundaciones y trastornos. De esta manera, se movilizarán 79,7 millones de euros para ayudar a paliar las consecuencias de las catástrofes sufridas en estos territorios.

Biljana Borzan (S&D), *napisan*. — Fond solidarnosti je osnovan s namjerom da pomaže državama članicama i kandidatkinjama u slučaju prirodnih katastrofa. Godina 2014. će u Hrvatskoj ostati zapamćena po prirodnim nedaćama koje su prouzročile velika ljudska stradanja i materijalnu štetu.

Gorski kotar je početkom godine bio okovan snijegom i ledom, te pogođen poplavama koje su uzrokovale veliku štetu kako javnoj infrastrukturi tako i privatnom vlasništvu. Procjene hrvatske Vlade govore o šteti u iznosu od 292 milijuna eura, stoga je iznos od 8,6 milijuna eura koliko Europska unija planira izdvojiti za Hrvatsku više nego dobrodošao.

Nakon Gorskog kotara Hrvatska je ponovno nastradala u svibnju kada su poplave pogodile Slavoniju, prouzročivši još veća razaranja i štetu od 297,6 milijuna eura. Posljedice vodenog vala će se još dugo osjećati, no Vlada RH poduzima značajne napore za normalizaciju stanja kako bi omogućila povratak građana u poplavljene domove. Iznos od 8,9 milijuna koji će za sanaciju posljedica poplava EU izdvojiti iz svog proračuna značajno će pomoći u tim nastojanjima.

Pozdravljam ove izmjene proračuna jer izdvojena sredstva pokazuju da u nevolji države članice Europske unije nisu same, već mogu računati na pomoć kako Unije tako i drugih država članica.

Mercedes Bresso (S&D), *in writing*. — I voted for this because we need to have a concrete help for the zones in the European Union which have suffered natural catastrophes.

Daniel Buda (PPE), *în scris*. — Am votat în favoarea proiectului de buget rectificativ de mobilizare a Fondului de solidaritate al UE pentru a acorda sprijin Serbiei, Croației și Bulgariei, lovite de inundațiile din acest an. Aceste inundații sunt considerate a fi cele mai grave din istorie, provocând distrugerea masivă a infrastructurii publice și private, precum și deteriorarea a sute de mii de gospodării, afectând mii de persoane care au avut nevoie de îngrijiri medicale sau care au avut nevoie să fie plasate în zone temporare de cazare.

Solidaritatea este unul dintre principiile fundamentale ale Uniunii Europene, iar prin această decizie Parlamentul European demonstrează încă o dată faptul că respectă principiile fundamentale ale UE și pune grija față de cetățean în fața oricărui alt interes.

Gianluca Buonanno (NI), *per iscritto*. — Ho votato a favore dell'attivazione del Fondo di solidarietà dell'UE per un importo di 79 726 942 EUR in stanziamenti d'impegno e di pagamento per avviare ai danni causati dalle inondazioni in Serbia e Croazia del maggio 2014 e dalle inondazioni in Bulgaria del giugno 2014.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), *per iscritto*. — Appoggiamo con forza l'allocazione delle risorse in aggiunta per dare sollievo alle popolazioni serbe, croate e bulgare colpite dalle numerose alluvioni.

Alberto Cirio (PPE), *per iscritto*. — Ho votato a favore di questo progetto di bilancio rettificativo ma registro due questioni politiche aperte: da un lato la velocità delle amministrazioni serba, croata e bulgara nel chiedere questi fondi (mi piacerebbe vedere tanta efficienza anche nel mio paese) e, dall'altro lato, la rigidità di alcuni paesi europei nel mettere mano al portafoglio. Entrambi questi aspetti inducono riflessioni politiche ben più profonde, che porterò con me nel resto del mio mandato.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

Lara Comi (PPE), *per iscritto*. - Ho votato a favore del bilancio rettificativo n. 7 sull'attivazione del Fondo di solidarietà dell'Unione europea per un importo di 79.726.942 euro: serviranno per dare un ristoro dai danni causati dalle inondazioni in Serbia e Croazia del maggio 2014 e dalle inondazioni in Bulgaria del giugno 2014. Durante i negoziati, la linea di bilancio del Fondo di solidarietà è stata incrementata di 127 milioni di euro: un segnale forte di aiuto per le popolazioni colpite.

Therese Comodini Cachia (PPE), *in writing*. — I have voted in favour of this report due to the urgent need to release financial assistance in relation to floods in Serbia, Croatia and Bulgaria through the EU Solidarity Fund.

Ignazio Corrao (EFDD), *per iscritto*. — Il progetto di bilancio rettificativo n. 7/2014 si riferisce alla mobilitazione del Fondo di solidarietà dell'Unione europea per un importo di 79.726.440 EUR in stanziamenti d'impegno e di pagamento in relazione alle inondazioni che hanno colpito la Serbia e la Croazia nel maggio 2014 e la Bulgaria nel giugno 2014. Al fine di permettere l'assistenza finanziaria del FSUE destinata ai paesi colpiti da questa calamità naturale, non ho potuto che votare a favore della presente risoluzione.

Javier Couso Permyu (GUE/NGL), *por escrito*. — He votado a favor del presente proyecto de presupuesto rectificativo debido a que supone la movilización de los fondos necesarios para adaptar la movilización del Fondo de Solidaridad en los presupuestos del ejercicio de 2014. La Unión Europea debe ser capaz de actuar con la máxima celeridad para ayudar a las víctimas de este tipo de catástrofes naturales que acarrear terribles consecuencias para los habitantes de las regiones afectadas. La movilización de fondos para atender las consecuencias sobre la población local es fundamental para un proyecto de Unión Europea que trate de ayudar a la gente. Es por esto por lo que he votado a favor del presente informe.

Miriam Dalli (S&D), *in writing*. — I voted in favour of this initiative because I support the release of financial assistance through EUSF to countries affected by natural disasters.

Rachida Dati (PPE), *par écrit*. — En mai et juin 2014, de très fortes inondations ont touché la Serbie, la Croatie et la Bulgarie causant de très importants dommages tant aux personnes privées, particuliers comme entreprises, qu'aux infrastructures nécessaires au bon fonctionnement d'un pays. Le vote de ce budget rectificatif n° 7 pour l'exercice 2014 matérialise le soutien de l'Union européenne à ces pays et à leur population. Doté ici d'une enveloppe budgétaire d'environ 79 millions d'euros, le Fonds de solidarité jouera un rôle bienvenu dans la reconstruction et la rénovation des zones endommagées.

Tamás Deutsch (PPE), *írásban*. — Az Európai Parlament ma nagy többséggel elfogadta a 2015. évi uniós költségvetést és a 2014. évi többletforrásokról szóló módosításokat. A megállapodás óriási előnye, hogy azzal még idén elfogadásra kerülhet a 2015-ös uniós költségvetés, azaz jövőre nem csak az idei költségvetés tizenkettédét lehetne kifizetni havonta. 2014-re így 4 milliárd euró többletforrást mozgósítanak, amelyből 3,5 milliárd euró úgynevezett „friss pénz”, azaz nem átcsoportosítások eredménye.

Az EP csak azzal a feltétellel járult hozzá a jövő évi EU-költségvetés elfogadásához, hogy az Európai Bizottság tervet dolgoz ki a kifizetetlen számlák fenntartható szintre csökkentésére. 2014-ben már 23,4 milliárd euró a korábbi évről áthúzódó számla kifizetését kell megoldani. Ehhez is biztosítja a mai szavazás a közel 4 milliárd eurós többletforrást.

Az Európai Parlament mai döntésével biztosítottak az idei és a jövő évi költségvetés Magyarországnak járó agrár- és kohéziós forrásai is. A magyar néppárti delegáció, együtt az Európai Néppárttal, hazánk nemzeti érdekeinek képviseletében felelősségteljesen döntött és megszavazta a 2015. évi uniós költségvetést és az ahhoz kapcsolódó megállapodásban szereplő valamennyi jelentést. A megállapodás részét képezik a Szolidaritási Alapot mozgósító jelentések is, amelyek az Európa különböző régióit sújtó természeti katasztrófák okozta károkat enyhítik.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI), *γραφτως*. — Υπερψήφισα την έκθεση καθώς, παρ' όλο που στο συγκεκριμένο ΣΔΠ 7 τα κονδύλια που προβλέπονται είναι ελάχιστα και δεν καλύπτουν τις ανάγκες των χωρών, κάθε βοήθεια είναι επιθυμητή.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

José Manuel Fernandes (PPE), *por escrito*. - Fui o relator da mobilização de 79.726.440 euros do Fundo de Solidariedade da UE (FSUE) para ajudar as populações afetadas pelas inundações na Sérvia, na Croácia e na Bulgária em maio e junho deste ano. O FSUE permite à União apoiar financeiramente um Estado-Membro, um país candidato à adesão ou uma região em caso de catástrofes naturais de grandes proporções. Este relatório foi aprovado por 665 votos a favor, 30 contra e 8 abstenções. Durante o mês de maio de 2014, o mau tempo afetou grandes superfícies da República da Sérvia e, em menor grau, da Croácia, provocando algumas das piores inundações de que há memória e a destruição maciça de infraestruturas públicas e privadas, tendo igualmente causado prejuízos a centenas de milhares de famílias. Um mês mais tarde, precipitações intensas e abundantes, quatro vezes superiores aos padrões climáticos mensais, afetaram partes da República da Bulgária, provocando graves inundações e perturbações.

João Ferreira (GUE/NGL), *por escrito*. — No seguimento dos acontecimentos de 2014, quando durante o mês de Maio o mau tempo assolou a maior parte da República da Sérvia e em menor grau a Croácia, levando às maiores inundações sentidas nestes países de que há memória, causando destruição maciça de infraestruturas públicas e privadas, de milhares de casas de família, seguindo-se em agosto chuvas intensas na Bulgária, provocando muitas inundações que levaram a sérias perturbações, a Comissão recebeu e analisou três pedidos de mobilização do Fundo de Solidariedade.

Este projeto de orçamento retificativo nº7/2014 diz precisamente respeito à mobilização deste Fundo, no montante de 79.726.440 Euros em dotações para autorizações e pagamentos e pretende inscrever formalmente este ajustamento orçamental no orçamento de 2014.

Naturalmente votámos a favor.

Salientamos porém que importa desenvolver uma abordagem preventiva às catástrofes, que permita, tanto quanto possível, evitar que estas ocorram ou, pelo menos, minimizar a sua magnitude e impactos.

O Fundo de Solidariedade é um instrumento necessário. Mas é necessário também dispor de outros instrumentos a montante.

Monika Flašíková Beňová (S&D), *písomne* — Opravný rozpočet je dôležitý z dôvodu uplatnenia mobilizácie fondu solidarity podľa bodu 11 medziinštitucionálnej dohody, aby sa mohlo efektívne pomôcť pri odstraňovaní následkov prírodných katastrof v Bulharsku, Srbsku a Chorvátsku. Je nevyhnutné podporiť túto úpravu rozpočtu, a uvoľniť tak zdroje spomínaným členským štátom.

Zmena nariadenia (ES, Euratom) č. 1150/2000, ktorým sa vykonáva rozhodnutie 2007/436/ES, Euratom o systéme vlastných zdrojov Európskych spoločností

Λάμπρος Φουντούλης (NI), *γραφώς*. — Κάθε χώρα πρέπει να εξετάζεται διαφορετικά και σύμφωνα με τις ιδιαιτερότητες των συνθηκών που επικρατούν. Στο συγκεκριμένο ΣΔΠ 7, τα κονδύλια που προβλέπονται είναι ελάχιστα και δεν καλύπτουν τις ανάγκες των χωρών, αλλά κάθε βοήθεια είναι προς τη σωστή κατεύθυνση. Γι' αυτό τον λόγο υπερψηφίζω το σχέδιο του διορθωτικού προϋπολογισμού αριθ. 7/2014 για τις πλημμύρες στη Σερβία, την Κροατία και τη Βουλγαρία

Tania González Peñas (GUE/NGL), *por escrito*. - Nuestro voto es favorable a todas las transferencias redistributivas que tengan por fin la ayuda a regiones o países afectados por catástrofes naturales. Creemos particularmente en el carácter redistributivo que debería tener el presupuesto europeo. No obstante, nos oponemos a la adopción del presupuesto 2015 y criticamos el acuerdo llevado a cabo sobre los presupuestos rectificativos negociados paralelamente.

Enrique Guerrero Salom (S&D), *por escrito*. - Este debate no nos coge por sorpresa: es una consecuencia directa de la presión sobre el presupuesto de la ayuda humanitaria a nivel mundial, con una cifra récord de crisis humanitarias simultáneas que amenazan con convertirse en crónicas. Hablamos de Siria, de Sudán del Sur o de la República Centroafricana. En el caso específico de Siria, el Programa Mundial de Alimentos ha puesto un parche, pero no sabemos cuántas vidas más costará el no asegurar la ayuda humanitaria en la zona. La respuesta de la comunidad internacional está siendo insuficiente cuando se estima que alrededor de cuatro millones de personas en Siria se enfrentan a la inseguridad alimentaria.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

Pablo Iglesias (GUE/NGL), *por escrito*. - Nuestro voto es favorable a todas las transferencias redistributivas que tengan por fin la ayuda a regiones o países afectados por catástrofes naturales. Creemos particularmente en el carácter redistributivo que debería tener el presupuesto europeo. No obstante, nos oponemos a la adopción del presupuesto 2015 y criticamos el acuerdo llevado a cabo sobre los presupuestos rectificativos negociados paralelamente.

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan*. — Glasao sam ZA prijedlog Rezolucije o stajalištu Vijeća o nacrtu izmjene proračuna br. 7/2014 koji se odnosi na mobilizaciju Fonda solidarnosti EU-a za saniranje šteta od poplava koje su pogodile Srbiju, Hrvatsku i Bugarsku u 2014. godini jer će predviđenih 79 726 440,00 eura znatno pomoći ovim područjima koja se još nisu oporavila od posljedica poplava. Veliki dio ljudi je izgubio svoje domove, ili su isti znatno oštećeni te žive u „kontejnerskim naseljima”. Ekonomski razvitak ovih područja pati i zaostaje zbog ovih nepravilnosti.

Nužno je što brže pomoći ljudima koji tamo žive kako bi se oporavili od znatnih gubitka i ponovno krenuli normalnim životom. Pomoć Fonda solidarnosti doprinijet će procesu obnove i sanacije koji se, uz zajedničku pomoć i sinergiju, treba okončati čim prije.

Diane James (EFDD), *in writing*. — While I understand that this is for aid, which could be used to help victims, the British public are already more than generous with donating funds to charitable causes when natural disasters occur. I do not believe foreign aid to be in the remit of the EU, so I voted against this proposal.

Afzal Khan (S&D), *in writing*. — I supported the mobilisation of the fund, as it is crucial we show solidarity with people from the affected areas by helping to rebuild basic infrastructure, funding emergency services, providing temporary accommodation, contributing to clean-up operations and countering immediate health risks.

Giovanni La Via (PPE), *per iscritto*. - Voto a favore del progetto di bilancio correttivo n. 7, che riguarda l'attivazione del Fondo di solidarietà dell'Unione europea per un importo di 79 726 942 EUR. Essi sono necessari per ovviare ai danni causati dalle inondazioni in Serbia e Croazia del maggio 2014 e dalle inondazioni in Bulgaria del giugno 2014. Nel compromesso raggiunto nel trilogico dell'8 dicembre, la linea di bilancio del Fondo di solidarietà è stata incrementata di 127 milioni di EUR. Si tratta di un segnale importante di solidarietà e aiuto, consentito grazie all'attivazione del Fondo, strumento fondamentale per il sostegno in caso di disastri naturali.

Paloma López Bermejo (GUE/NGL), *por escrito*. — He votado a favor del presente proyecto de presupuesto correctivo debido a que supone la movilización de los fondos necesarios para adaptar la movilización del Fondo de Solidaridad en los presupuestos del ejercicio de 2014. La Unión Europea debe ser capaz de actuar con la máxima celeridad para ayudar a las víctimas de este tipo de catástrofes naturales que acarrear terribles consecuencias para los habitantes de las regiones afectadas. La movilización de fondos para atender las consecuencias sobre la población local es fundamental para un proyecto de Unión Europea que trate de ayudar a la gente. Es por esto por lo que he votado a favor del presente informe.

Νότης Μαρτιάς (ECR), *γραπτώς*. — Υπερψήφισα την έκθεση Deprez αναφορικά με το σχέδιο διορθωτικού προϋπολογισμού αριθ. 7/2014: πλημμύρες στη Σερβία, την Κροατία και τη Βουλγαρία, διότι με την έκθεση αυτή εγγράφονται στον προϋπολογισμό της Ε.Ε. κονδύλια για την οικονομική ενίσχυση της Σερβίας, της Κροατίας και της Βουλγαρίας.

Fulvio Martusciello (PPE), *per iscritto*. - Ho votato a favore della rettifica del bilancio 2014 n. 7 relativo alle spese per la mobilitazione del FEG, Fondo di solidarietà dell'UE, per garantire un aiuto pieno e tempestivo dell'UE a Serbia Croazia e Bulgaria, colpite quest'anno da disastrose alluvioni. Sono stati destinati quasi 80 milioni di euro in aiuti complessivi, con una modifica al bilancio che verrà considerata al di fuori del massimale del Quadro finanziario pluriennale del 2014, per garantire il tempestivo arrivo dei fondi alle zone colpite. Bisogna affrontare i momenti di bisogno legati a catastrofi naturali con la maggiore flessibilità possibile anche dal punto di vista tecnico, come è il bilancio UE.

Barbara Matera (PPE), *per iscritto*. — Il progetto di bilancio correttivo n. 7 permette lo stanziamento di una rilevante somma addizionale da destinare al Fondo di solidarietà dell'Unione europea. Tale modifica di bilancio permetterà di sostenere adeguatamente la Serbia, la Croazia e la Bulgaria, colpite da gravi catastrofi naturali tra il maggio ed il giugno 2014.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

Il mio voto favorevole nei confronti del documento deriva dalla convinzione che l'Unione europea non debba perdere occasione per dimostrare vicinanza e sostegno a tutti i suoi Stati membri.

Georg Mayer (NI), *schriftlich*. — Auch dieser Antrag genießt meine vollste Unterstützung. Die Schwere dieser Katastrophe ist von den einzelnen Mitgliedstaaten nicht alleine zu tragen. Gerade Serbien bedarf dringender Unterstützung, beläuft sich die Höhe des dort entstandenen Schadens doch auf mehr als eine Milliarde Euro.

Nuno Melo (PPE), *por escrito*. — O presente projeto de orçamento retificativo n.º 7/2014 diz respeito à mobilização do Fundo de Solidariedade da UE (FSUE) no montante de 79 726 440 EUR em dotações para autorizações e pagamentos na sequência das inundações na Sérvia e na Croácia e das inundações na Bulgária. A finalidade do projeto de orçamento retificativo n.º 7/2014 é inscrever formalmente este ajustamento orçamental no orçamento de 2014. Daí o meu voto favorável.

Roberta Metsola (PPE), *in writing*. — This budget amendment specifically stresses the urgency to make financial assistance available for natural disaster relief through the EU Solidarity Fund. I therefore voted in favour of making the funds available and making the necessary alterations to the 2014 budget to allow for aid to be sent to the countries and communities in need of assistance.

Marlene Mizzi (S&D), *in writing*. — I am in agreement with the draft amending budget No 7/2014 on floods in Serbia, Croatia and Bulgaria.

Sophie Montel (NI), *par écrit*. — J'ai voté pour ce budget rectificatif n° 7 qui concerne la mobilisation des fonds nécessaires pour venir en aide aux États membres et à leurs populations, victimes de graves catastrophes naturelles.

Alessandra Mussolini (PPE), *per iscritto*. — Ho votato favorevolmente al progetto di bilancio rettificativo n. 7/2014 per la mobilitazione del Fondo di solidarietà dell'Unione europea in stanziamenti d'impegno e pagamento relativi alle inondazioni che quest'anno hanno colpito la Serbia, la Croazia e la Bulgaria.

Franz Obermayr (NI), *schriftlich*. — Da die formalen Kriterien für die Vergabe der Hilfsmittel eingehalten wurden und den genannten Mitgliedstaaten schnell und unbürokratisch Hilfe zukommen sollte, habe ich für den Antrag gestimmt.

Younous Omarjee (GUE/NGL), *par écrit*. — Le FSUE a été créé suite aux inondations qui ont touché l'Europe centrale durant l'été 2002. J'ai voté en faveur du déploiement de ce fonds dans le cas spécifique des inondations en Serbie, Bulgarie et Croatie.

Urmas Paet (ALDE), *kirjalikult*. — Toetasin ettepanekut, sest olen seisukohal, et loodusõnnetuse tõttu kannatada saanud riikidele tuleb Euroopa Liidu Solidaarsusfondi kaudu finantsabi anda.

Aldo Patriciello (PPE), *per iscritto*. — Il progetto di bilancio rettificativo n. 7/2014 si riferisce alla mobilitazione del Fondo di solidarietà dell'Unione europea (FSUE) per un importo pari a 79 726 440 EUR in stanziamenti d'impegno e di pagamento in relazione alle inondazioni che hanno colpito la Serbia e la Croazia nel maggio 2014 e la Bulgaria nel giugno 2014. Il progetto di bilancio rettificativo n. 7/2014 è inteso a iscrivere formalmente l'adeguamento nel bilancio 2014. Per tali ragioni esprimerei il mio voto favorevole.

Florian Philippot (NI), *par écrit*. — Si nous n'approuvons pas la politique de cohésion de l'Union et pensons qu'elle ne permet pas d'atténuer les disparités économiques et sociales entre les États membres, nous pensons que le principe de solidarité européenne peut avoir un sens lorsqu'un de nos voisins européens est gravement frappé par une catastrophe naturelle. Au demeurant, les épisodes climatiques qui ont frappé le sud de la France ces derniers mois nous confortent dans l'idée qu'une entraide financière mutuelle doit permettre de mieux répondre aux conséquences humaines, matérielles et financières de ce type d'évènement tragique. La gestion commune des risques naturels doit être encouragée au niveau européen afin de renforcer la mutualisation des risques. C'est pourquoi j'ai voté pour la mobilisation du Fonds de solidarité.

Franck Proust (PPE), *par écrit*. — Conformément au vote positif que j'ai accordé à l'emploi du Fonds de solidarité européen pour la Serbie, la Croatie et la Bulgarie, suite à des catastrophes naturelles, je vote également le redéploiement des fonds nécessaires dans le budget de l'Union.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

Paulo Rangel (PPE), *por escrito*. — Paralelamente à proposta de mobilização do Fundo de Solidariedade da UE, no montante de 79 726 440 EUR, a favor da Sérvia, da Croácia e da Bulgária, a Comissão apresentou um projeto de orçamento retificativo (POR n.º 7/2014, de 17 de outubro de 2014) para inscrever no orçamento de 2014 as dotações de autorizações correspondentes e fazer transitar as dotações de pagamento correspondentes para o orçamento de 2015. Por considerar que deve ser prestada assistência financeira a estes países atingidos por catástrofes naturais, votei favoravelmente.

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D), *por escrito*. — Tras arduas negociaciones, se ha alcanzado un acuerdo que permitirá el pago de las facturas pendientes, para lo que se ha acordado la cantidad de 4 800 millones de euros para el periodo 2014-2015. Además, la Comisión, el Consejo y el Parlamento han acordado un plan de pagos destinado a reducir el nivel de las facturas impagadas dentro del marco plurianual actual. A lo largo de este año se ha acumulado un nivel de impagos sin precedentes. Los 4 800 millones de euros acordados permitirán cumplir con parte de las facturas acumuladas, contribuyendo así a aliviar la situación de muchas pymes, universidades, colectividades locales y ONG. De cara a 2015, se ha acordado destinar 145 321,5 millones de euros a créditos de compromiso y 141 214,040 563 millones de euros a créditos de pago. Por todo ello, he votado a favor.

Teresa Rodríguez-Rubio (GUE/NGL), *por escrito*. - Nuestro voto es favorable a todas las transferencias redistributivas que tengan por fin la ayuda a regiones o países afectados por catástrofes naturales. Creemos particularmente en el carácter redistributivo que debería tener el presupuesto europeo. No obstante, nos oponemos a la adopción del presupuesto 2015 y criticamos el acuerdo llevado a cabo sobre los presupuestos rectificativos negociados paralelamente.

Claude Rolin (PPE), *par écrit*. — Pour mobiliser le Fonds de solidarité de l'Union européenne à la suite des demandes d'intervention de la Serbie, la Croatie et la Bulgarie concernant les inondations que ces pays ont subies en 2014, il importait de voter ce projet de budget rectificatif. Rappelez-vous! Les dégâts causés par ces inondations ont été nombreux et terribles: destructions massives des infrastructures publiques et privées, dommages pour des centaines de milliers de ménages, destructions de cultures agricoles, etc. Tant le secteur économique que les citoyens de ces pays ont été durement touchés par ces inondations! C'est pourquoi il était crucial d'allouer une partie du budget européen via la mobilisation du Fonds de solidarité de l'Union européenne pour leur venir en aide.

Fernando Ruas (PPE), *por escrito*. — De forma a executar com carácter de urgência o Fundo de Solidariedade da União Europeia no valor de 79 726 440 euros, a favor da minimização dos prejuízos causados pelas graves inundações ocorridas na Sérvia e Croácia em maio de 2014 e para as inundações na Bulgária, em Junho de 2014, descritas no relatório do Parlamento Europeu A8-0075/2014, houve necessidade de proceder a esta rectificação orçamental que obviamente votei favoravelmente.

Tokia Saïfi (PPE), *par écrit*. — J'ai voté en faveur de ce texte car il permet la mobilisation du Fonds de solidarité pour venir en aide aux populations touchées par d'importantes inondations en Serbie, en Croatie et en Bulgarie. 80 millions d'euros en crédits d'engagement et de paiement seront ainsi mobilisés pour faire face aux dégâts.

Matteo Salvini (NI), *per iscritto*. — Ho votato a favore in quanto trattasi di stanziare aiuti per popolazioni europee colpite da disastri naturali di particolare gravità.

Lola Sánchez Caldentey (GUE/NGL), *por escrito*. - Nuestro voto es favorable a todas las transferencias redistributivas que tengan por fin la ayuda a regiones o países afectados por catástrofes naturales. Creemos particularmente en el carácter redistributivo que debería tener el presupuesto europeo. No obstante, nos oponemos a la adopción del presupuesto 2015 y criticamos el acuerdo llevado a cabo sobre los presupuestos rectificativos negociados paralelamente.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito*. - He votado a favor del presente proyecto de presupuesto rectificativo debido a que supone la movilización de los fondos necesarios para adaptar la movilización del Fondo de Solidaridad en los presupuestos del ejercicio de 2014. La Unión Europea debe ser capaz de actuar con la máxima celeridad para ayudar a las víctimas de este tipo de catástrofes naturales que acarrearán terribles consecuencias para los habitantes de las regiones afectadas. La movilización de fondos para atender las consecuencias sobre la población local es fundamental para un proyecto de Unión Europea que trate de ayudar a la gente. Es por esto por lo que he votado a favor del presente informe.

Jill Seymour (EFDD), *in writing*. — While I understand that this is for aid, which could be used to help victims, the British public are already more than generous with donating funds to charitable causes when natural disasters occur. I do not believe foreign aid to be in the remit of the EU, so I voted against this proposal.

Siôn Simon (S&D), *in writing*. — I voted with the majority to mobilise the European Union Solidarity Fund (EUSF) for Member States affected by natural disasters.

Draft amending budget No 7/2014 calls for the mobilisation of the EUSF for an amount of EUR 79 726 440 in commitment and payment appropriations in relation to the floods in Serbia and Croatia in May 2014 and the floods in Bulgaria in June 2014. Financial assistance should be released to these countries as a matter of urgency.

Davor Ivo Stier (PPE), *napisan*. — Podržao sam Izvješće zastupnika Depreza o izmjeni nacrtu proračuna broj 7/2014 zbog poplava u Srbiji, Hrvatskoj i Bugarskoj koji se odnosi na mobilizaciju Fonda solidarnosti EU-a u iznosu od 79 726 440 eura u odobrenim sredstvima za preuzimanje obveza i odobrenim sredstvima za plaćanja zbog štete nastale elementarnim nepogodama.

Treba naglasiti da se preko Fonda za solidarnost Europske unije hitno mora dostaviti pomoć državama koje su pogođene ovom prirodnom katastrofom.

Dubravka Šuica (PPE), *napisan*. — Podržavam navedenu izmjenu proračuna za poplave u Srbiji, Hrvatskoj i Bugarskoj s obzirom da sam upoznata s opsegom šteta prouzročene svibanjskim i lipanjskim poplavama u tim državama. Iznos od 79 726 440 svakako neće biti dostatan za nadoknadu svih šteta, ali će olakšati financijsku situaciju nacionalnim vladama koje se i danas suočavaju s posljedicama šteta. Smatram da će ova sredstva ubrzati obnovu sela, stambenih i poslovnih objekata koja prema riječima stradalog stanovništva treba teći brže te će biti pozitivan input ka oporavku gospodarstava navedenih država.

Ελευθέριος Συναδινός (NI), *γραφτώς*. — Κάθε χώρα πρέπει να εξετάζεται διαφορετικά και σύμφωνα με τις ιδιαιτερότητες των συνθηκών που επικρατούν. Στο συγκεκριμένο ΣΔΠ 7/2014 τα κονδύλια που προβλέπονται είναι ελάχιστα και δεν καλύπτουν τις ανάγκες των χωρών, αλλά κάθε βοήθεια είναι προς τη σωστή κατεύθυνση.

Marc Tarabella (S&D), *par écrit*. — La Commission propose de mobiliser le Fonds de solidarité de l'Union européenne en faveur de la Serbie et de la Croatie, en proie à des inondations en mai 2014, et de la Bulgarie, en proie à des inondations en juin 2014, sur la base du point 11 de l'accord interinstitutionnel du 2 décembre 2013. Pendant le mois de mai 2014, des intempéries se sont abattues sur une grande partie de la République de Serbie et, dans une moindre mesure, sur la Croatie, causant les plus graves inondations que l'on ait connues de mémoire d'homme, provoquant des destructions massives des infrastructures publiques et privées et entraînant des dommages pour des centaines de milliers de ménages. Un mois plus tard, des pluies abondantes et violentes dépassant le quadruple des moyennes climatiques mensuelles se sont abattues sur certaines régions de la République de Bulgarie, causant de graves inondations et des perturbations importantes.

Ramon Tremosa i Balcells (ALDE), *in writing*. — Natural disasters are unpredictable and the EU must give a fast response to the affected regions in order to recover as soon as possible. The flooding is of natural origin and therefore falls within the field of application of the Solidarity Fund. I agree with the Commission proposal to mobilise the European Solidarity Fund in favour of the floods in Serbia and Croatia in May 2014 and the floods in Bulgaria in June 2014.

Ernest Urtasun (Verts/ALE), *por escrito*. — Mi voto es favorable a movilizar fondos extras en beneficio de los Estados afectados por desastres naturales.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

Miguel Viegas (GUE/NGL), por escrito. — No seguimento dos acontecimentos de 2014, quando, durante o mês de maio, o mau tempo assolou a maior parte da República da Sérvia e em menor grau a Croácia, levando às maiores inundações sentidas nestes países de que há memória, causando destruição maciça de infraestruturas públicas e privadas e em milhares de casas de família, seguindo-se em agosto chuvas intensas na Bulgária, provocando muitas inundações que levaram a sérias perturbações, a Comissão recebeu e analisou três pedidos de mobilização do Fundo de Solidariedade da EU.

Este projeto de orçamento retificativo n.º 7/2014 diz precisamente respeito à mobilização deste Fundo, no montante de 79 726 440 euros em dotações para autorizações e pagamentos e pretende inscrever formalmente este ajustamento orçamental no orçamento de 2014.

Votamos a favor.

Inês Cristina Zuber (GUE/NGL), por escrito. — No seguimento dos acontecimentos de 2014 quando, durante o mês de maio, o mau tempo assolou a maior parte da República da Sérvia e em menor grau a Croácia, levando às maiores inundações sentidas nestes países de que há memória, causando destruição maciça de milhares de casas e de infraestruturas públicas e privadas, seguindo-se em agosto chuvas intensas na Bulgária, provocando muitas inundações que levaram a sérias perturbações, a Comissão Europeia recebeu e analisou três pedidos de mobilização do Fundo de Solidariedade da UE.

Este projeto de orçamento retificativo n.º 7/2014 diz precisamente respeito à mobilização deste Fundo, no montante de 79 726 440 Euros em dotações para autorizações e pagamentos e pretende inscrever formalmente este ajustamento orçamental no orçamento de 2014. Votámos a favor.

11.11. Entwurf des Berichtigungshaushaltsplans Nr. 8/2014: Überschuss aus der Ausführung des Haushaltsplans 2013 (A8-0079/2014 - Gérard Deprez)

Dichiarazioni di voto scritte

Marina Albiol Guzmán (GUE/NGL), por escrito. — He votado a favor del presente proyecto de presupuesto rectificativo debido a que propone el empleo de los recursos acumulados en ejercicios anteriores para cubrir las posibles necesidades de recursos en los demás presupuestos rectificativos. Este presupuesto rectificativo plantea la recolocación de los recursos de una manera que permita un uso eficiente, al mismo tiempo que señala el importante hecho de la reducción de los ingresos por recursos propios y el incremento de ingresos a través de multas e intereses procedentes de las mismas. Este informe contribuirá a realizar pagos necesarios y es por ello por lo que he decidido votar a favor.

Jonathan Arnott (EFDD), in writing. — This is a technical matter; I therefore abstained.

Zigmantas Balčytis (S&D), raštu. — Balsavau už visus 2014 m. taisomojo biudžeto projektus bei už Europos Parlamento ir Tarybos pasiektą susitarimą dėl 2015 m. biudžeto. Sveikinu Europos Parlamento derybininkus, kurie pasiekė, kad neatidėliotinoms šių metų ES biudžeto skoloms apmokėti būtų skirta 4,25 mlrd. eurų ir kad Europos Komisija būtų įpareigota parengti laipsnišką neapmokėtų sąskaitų sumažinimo planą bei ateityje nustatyti tvarią skolų ribą. Parlamento dėka įsipareigojimams bus skirta 0,5 mlrd. eurų daugiau nei siūlė ES Taryba. Daugiau lėšų bus skirta ES mokslinių tyrimų programai „Horizontas 2020“ bei studentų ir jaunimo mainų programai „Erasmus+“. Sveikintina, kad padidintas finansavimas Europos kaimynystės programoms, humanitarinei pagalbai bei bendrai užsienio saugumo politikai, o tai atsižvelgiant į šią dieną Europoje yra labai aktualu. Tačiau nepritariu finansavimo sumažinimui Europos žemės ūkio garantijų fondui, nes tai atsilieps daugeliui ES ūkininkų, kurie yra atsidūrę itin sunkioje padėtyje dėl užsitęsio Rusijos embargo, ir kuriems yra būtina ES pagalba.

Hugues Bayet (S&D), par écrit. — Ce projet de budget rectificatif (PBR) n° 8/2014 vise à inscrire au budget 2014 l'excédent de l'exercice 2013, soit un montant d'un peu plus d'un milliard d'euros dont la majeure partie provient des amendes et des intérêts de retard.

Ce PBR n° 8 compensera en partie les contributions des États membres au financement des PBR n° 3/201, n° 5/2014 et n° 7/2014.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

Dominique Bilde (NI), *par écrit*. — Ce projet de budget rectificatif n° 8/2014 doit permettre de réintégrer l'excédent résultant de l'exercice 2013 pour couvrir les dépenses restantes du budget 2014. Ce rapport témoigne bien de toute la logique de l'UE, dépensant sans compter l'argent des contribuables, faisant des remontrances aux États membres d'un côté mais ne réussissant pas à tenir les engagements financiers qu'elle a pris de l'autre. L'UE se trouve ainsi dans la situation du mauvais payeur, incapable d'honorer ses engagements et tentant par tous les moyens de combler sa gestion budgétaire hasardeuse. J'ai donc voté contre ce rapport.

Mara Bizzotto (NI), *per iscritto*. — Ho votato a favore di questo provvedimento che realizza la contabilizzazione di una eccedenza di 1 005 406 925,37 EUR dell'esercizio 2013 (esclusi i contributi dell'EFTA e del SEE) iscritta come entrata nel bilancio 2014. La contabilizzazione dell'eccedenza comporterà una diminuzione corrispondente del contributo globale degli Stati membri al finanziamento del bilancio UE.

José Blanco López (S&D), *por escrito*. — He votado a favor de este informe que forma parte del acuerdo global para aprobar el presupuesto rectificativo de 2014 y el presupuesto de 2015. En concreto, el proyecto de presupuesto rectificativo n° 8/2014 tiene por objeto consignar para el ejercicio 2014 el excedente del ejercicio 2013, que asciende a 1 005 millones euros. El acuerdo alcanzado permitirá el pago de las facturas pendientes, para lo que se ha acordado la cantidad de 4 700 millones de euros para el periodo 2014-2015. Además, la Comisión, el Consejo y el Parlamento han acordado un plan de pagos destinado a reducir el nivel de las facturas impagadas dentro del marco plurianual actual. A lo largo de este año se ha acumulado un nivel de impagos sin precedentes. Los 4 700 millones acordados permitirán cumplir con parte de las facturas acumuladas, contribuyendo así a aliviar la situación de muchas pymes, universidades, colectividades locales y ONG. De cara a 2015, se ha acordado destinar 145 321 500 000 de euros a créditos de compromiso y 141 214 040 563 de euros a créditos de pago. Por todo ello, he votado a favor.

Mercedes Bresso (S&D), *in writing*. — I voted for this because we need to have concrete help for the zones in the European Union which have suffered natural catastrophes.

Steeve Briois (NI), *par écrit*. — J'ai voté contre ce projet de budget rectificatif n° 8/2014 qui vise à réintégrer l'excédent de l'exercice 2013 afin de permettre de couvrir les dépenses du budget 2014. L'Union européenne est aux abois et prouve là encore qu'elle en est réduite à faire les fonds de tiroirs pour essayer de trouver une solution aux graves problèmes des impayés. Depuis des années déjà, l'UE a pris des engagements sans se soucier un instant de la façon dont il faudrait payer. Elle se retrouve aujourd'hui en face d'une très grave crise financière et budgétaire.

Gianluca Buonanno (NI), *per iscritto*. — Ho espresso voto favorevole alla contabilizzazione dell'esercizio 2013. Già presentata come PBR n. 2, a seguito del fallimento della prima conciliazione sul bilancio 2015 viene ora ripresentata identica come PBR n 8. L'esecuzione dell'esercizio 2013 rivela un'eccedenza di 1 005 406 925,37 EUR (esclusi i contributi dell'EFTA e del SEE), che viene quindi iscritta come entrata nel bilancio 2014. La contabilizzazione dell'eccedenza comporterà una diminuzione corrispondente del contributo globale degli Stati membri al finanziamento del bilancio UE.

Nicola Caputo (S&D), *per iscritto*. — Oggi ho votato a favore del progetto di bilancio rettificativo n. 8/2014 riguardante l'eccedenza derivante dall'esecuzione del bilancio dell'esercizio 2013. A chiusura dell'esercizio 2013 si è registrato un surplus di circa 1 005 milioni di EUR, dovuto a maggiori entrate per 771 milioni di EUR, a minori spese per 276 milioni di EUR e a una differenza di cambio negativa pari a 42 milioni di EUR. Si è determinata quindi una restituzione agli Stati membri che viene effettuata tramite compensazione dei contributi versati mensilmente da questi ultimi all'UE. Per l'Italia, l'ammontare della restituzione si aggirerà intorno a un importo di 110 milioni di EUR.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), *per iscritto*. — L'adozione di questo progetto di bilancio ridurrà la quota del contributo degli Stati membri al bilancio dell'Unione di circa un miliardo di euro e, di conseguenza, compenserà in parte il loro contributo al finanziamento degli altri progetti rettificativi.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

Alberto Cirio (PPE), *per iscritto*. — Questo progetto di bilancio rettificativo costituisce soltanto un'applicazione della normativa e vi è ben poco di politico. Fa certamente piacere vedere che l'UE risparmia e restituisce i soldi ai propri contribuenti principali (che sono gli Stati membri).

Lara Comi (PPE), *per iscritto*. - Ho sostenuto, con il mio voto favorevole, il bilancio rettificativo n. 8, concernente il surplus del bilancio 2013, di circa 1.005 milioni di euro, dovuto a maggiori entrate per 771 milioni di euro, a minori spese per 276 milioni di euro e a una componente negativa sui tassi di cambio (-46 milioni di euro). Il Parlamento, in sede di negoziato, ha sostenuto la formazione di un «pacchetto» con gli altri PBR, al fine di compensare le maggiori entrate dovute all'eccedenza del bilancio 2013, con le necessità di pagamento contenute negli altri bilanci correttivi.

Therese Comodini Cachia (PPE), *in writing*. — I have voted in favour of this report to enable entry of the surplus from the 2013 financial year in the 2014 budget.

Ignazio Corrao (EFDD), *per iscritto*. — Il progetto di bilancio rettificativo n. 8/2014 mira unicamente a iscrivere in bilancio l'eccedenza derivante dall'esecuzione dell'esercizio 2013, per un importo pari a circa un miliardo di euro, frutto principalmente di entrate impreviste da ammende e sanzioni. Si tratta di un rettificativo tecnico e necessario per rimpiazzare il precedente. Per questi motivi voto a favore.

Javier Couso Permuy (GUE/NGL), *por escrito*. — He votado a favor del presente proyecto de presupuesto rectificativo debido a que propone el empleo de los recursos acumulados en ejercicios anteriores para cubrir las posibles necesidades de recursos en los demás presupuestos rectificativos. Este presupuesto rectificativo plantea la recolocación de los recursos de una manera que permita un uso eficiente, al mismo tiempo que señala el importante hecho de la reducción de los ingresos por recursos propios y el incremento de ingresos a través de multas e intereses procedentes de las mismas. Este informe contribuirá a realizar pagos necesarios y es por ello por lo que he decidido votar a favor.

Miriam Dalli (S&D), *in writing*. — I voted in favour of this report since it dealt with the issue of surplus from the implementation of the budget year 2013. The adoption of this DAB No 8/2014 will reduce the share of the GNI contribution from Member States to the Union budget by EUR 1 005 million and will therefore partly compensate for their contribution to the financing of DABs No 3, 5 and 7/2014.

Rachida Dati (PPE), *par écrit*. – Au cours de l'exécution de l'exercice 2013, le budget de l'Union européenne a dégagé un excédent d'un montant de 1,005 millions d'euro. En votant en faveur de ce budget rectificatif n° 8, le Parlement européen a permis que ce surplus budgétaire soit réinjecté dans le budget 2014, ce dont je suis satisfaite.

Tamás Deutsch (PPE), *írásban*. – Az Európai Parlament ma nagy többséggel elfogadta a 2015. évi uniós költségvetést és a 2014. évi többletforrásokról szóló módosításokat. A megállapodás óriási előnye, hogy azzal még idén elfogadásra kerülhet a 2015-ös uniós költségvetés, azaz jövőre nem csak az idei költségvetés tizenkettédét lehetne kifizetni havonta. 2014-re így 4 milliárd euró többletforrást mozgósítanak, amelyből 3,5 milliárd euró úgynevezett „friss pénz”, azaz nem átcsoportosítások eredménye.

Az EP csak azzal a feltétellel járult hozzá a jövő évi EU-költségvetés elfogadásához, hogy az Európai Bizottság tervet dolgoz ki a kifizetetlen számlák fenntartható szintre csökkentésére. 2014-ben már 23,4 milliárd euró a korábbi évről áthúzódó számla kifizetését kell megoldani. Ehhez is biztosítja a mai szavazás a közel 4 milliárd eurós többletforrást.

Az Európai Parlament mai döntésével biztosítottak az idei és a jövő évi költségvetés Magyarországnak járó agrár- és kohéziós forrásai is. A magyar néppárti delegáció, együtt az Európai Néppárttal, hazánk nemzeti érdekeinek képviselőiben felelősségteljesen döntött és megszavazta a 2015. évi uniós költségvetést és az ahhoz kapcsolódó megállapodásban szereplő valamennyi jelentést. A megállapodás részét képezik a Szolidaritási Alapot mozgósító jelentések is, amelyek az Európa különböző régióit sújtó természeti katasztrófák okozta károkat enyhítik.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

Γεώργιος Επιτήδειος (NI), γραπτώς. — Καταψήφισα την έκθεση, διότι η μεταφορά του πλεονάσματος του 2013 στον Π/Υ του 2014 δεν πραγματοποιείται σε στοχευμένους τομείς στους οποίους υπάρχουν πραγματικές ανάγκες αλλά ως αποθεματικό πρόσθετων πληρωμών.

José Manuel Fernandes (PPE), *por escrito*. - O comité de conciliação não chegou a acordo sobre o projeto de orçamento retificativo n.º 2/2014 e por isso este projeto de orçamento retificativo visa inscrever no orçamento de 2014 o excedente do exercício de 2013, no valor de 1 005 milhões de euros. Os principais componentes deste excedente são constituídos por um resultado positivo de 771 milhões de euros no tocante às receitas, uma subexecução da despesa no valor de 276 milhões de euros e uma variação cambial negativa de 42 milhões de euros. Do lado das receitas, o acréscimo resulta essencialmente de juros de mora e multas, enquanto o montante dos recursos próprios efetivamente cobrados está a diminuir e as receitas de excedentes, saldos e ajustamentos também regista uma diminuição. Do lado das despesas, a subexecução das dotações de 2013 e 2012 não resultou de uma diminuição da capacidade de absorção, apontando antes todos os indicadores disponíveis para o facto de existir uma insuficiência de dotações para pagamentos tanto no orçamento de 2012 como no de 2013.

João Ferreira (GUE/NGL), *por escrito*. — O projeto de orçamento retificativo n.º 8/2014 visa inscrever no orçamento de 2014 o excedente do exercício de 2013, no valor de 1005 milhões de euros. Os principais componentes deste excedente são constituídos por um resultado positivo de 771 milhões de euros no tocante às receitas, uma subexecução da despesa no valor de 276 milhões de euros e uma variação cambial negativa de 42 milhões de euros.

Do lado das receitas, o acréscimo resulta essencialmente de juros de mora e multas (1331 milhões de euros), enquanto o montante dos recursos próprios efetivamente cobrados está a diminuir, quando comparado com o dos já orçamentados (226 milhões de euros), e as receitas de excedentes, saldos e ajustamentos também regista uma diminuição (-360 milhões de euros).

Lamentavelmente, a aprovação deste projeto de orçamento retificativo irá reduzir a quota-parte da contribuição baseada no RNB dos Estados-Membros para o orçamento da UE em 1005 milhões de euros e, por conseguinte, compensar parcialmente a sua contribuição para o financiamento dos POR n.º 3, 5 e 7/2014.

Quem ganha com isto, mais uma vez, são sobretudo os grandes países.

Λάμπρος Φουντούλης (NI), γραπτώς. — Η μεταφορά του πλεονάσματος του 2013 στον Π/Υ του 2014 δεν πραγματοποιείται σε στοχευμένους τομείς όπου υπάρχουν πραγματικές ανάγκες, αλλά ως αποθεματικό πρόσθετων πληρωμών, πράγμα που σημαίνει ότι θα δοθούν επ' ωφελεία των εχόντων την εξουσία. Γι' αυτό τον λόγο καταψηφίζω το σχέδιο διορθωτικού προϋπολογισμού αριθ. 8/2014 για το πλεόνασμα που προέκυψε από την εκτέλεση κατά το οικονομικό έτος 2013.

Tania González Peñas (GUE/NGL), *por escrito*. - Podemos se ha abstenido ante el presupuesto rectificativo nº 8 por entender que da una solución muy insuficiente al problema de los pagos suspendidos y que forma parte de un acuerdo austericida e insolidario que incluye el presupuesto 2015.

Pablo Iglesias (GUE/NGL), *por escrito*. - Podemos se ha abstenido ante el presupuesto rectificativo nº 8 por entender que da una solución muy insuficiente al problema de los pagos suspendidos y que forma parte de un acuerdo austericida e insolidario que incluye el presupuesto 2015.

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan*. — Glasovao sam za prijedlog rezolucije o stajalištu Vijeća o nacrtu izmjene proračuna br. 8/2014 jer se njime u proračun za 2014. unosi 1,005 milijuna EUR kao višak iz proračuna za 2013. godinu. Ovim će se putem smanjiti udio doprinosa država članica na temelju BND-a proračuna Europske unije te na taj način smanjiti njihov doprinos u drugim izmjenama proračuna. Važno je da izmjene koje se donose budu u skladu s načelima kornektnog financijskog upravljanja i dosljedne prioritetima Unije.

Afzal Khan (S&D), *in writing*. — I supported the draft amending budget, as the budgeting of this surplus will diminish accordingly the global contribution of Member States to the financing of the EU budget.

Giovanni La Via (PPE), *per iscritto*. - Il progetto di bilancio rettificativo n. 8 riguarda il surplus del bilancio 2013, di circa 1 005 milioni di EUR, dovuto a maggiori entrate per 771 milioni di EUR, a minori spese per 276 milioni di EUR e a una componente negativa sui tassi di cambio (-46 milioni di EUR). Durante il negoziato il Parlamento ha deciso strategicamente di formare un «pacchetto» con gli altri PBR, al fine di compensare le maggiori entrate dovute all'eccezione del bilancio 2013 con le necessità di pagamento contenute negli altri bilanci rettificativi.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

Paloma López Bermejo (GUE/NGL), *por escrito*. — He votado a favor del presente proyecto de presupuesto rectificativo debido a que propone el empleo de los recursos acumulados en ejercicios anteriores para cubrir las posibles necesidades de recursos en los demás presupuestos rectificativos. Este presupuesto rectificativo plantea la recolocación de los recursos de una manera que permita un uso eficiente, al mismo tiempo que señala el importante hecho de la reducción de los ingresos por recursos propios y el incremento de ingresos a través de multas e intereses procedentes de las mismas. Este informe contribuirá a realizar pagos necesarios y es por ello por lo que he decidido votar a favor.

Ivana Maletić (PPE), *napisan*. — Podržala sam izvješće o izmjeni nacrtu proračuna broj 8 kojim je Europska komisija uvrstila proračunski višak od oko milijardu eura iz financijske godine 2013.

Implementacijom izmjene nacrtu proračuna broj 8 smanjit će se doprinosi država članica u proračun Europske unije na temelju bruto nacionalnog dohotka za milijardu eura, a pritom nadomjestiti doprinose država članica nastalih implementacijom nacrtu proračuna broj 3, 5 i 7, kojim se mobiliziraju sredstva za plaćanje starih računa i sredstva Europskog fonda solidarnosti koja su namijenjena državama članicama pogođena prirodnim katastrofama.

Νότης Μαρτιάς (ECR), *γραφτώς*. — Υπερψήφισα την έκθεση Deprez αναφορικά με το σχέδιο διορθωτικού προϋπολογισμού αριθ. 8/2014 — Πλεόνασμα που προέκυψε από την εκτέλεση κατά το οικονομικό έτος 2013, διότι αντιμετωπίζονται επαρκώς τα υπό εξέταση ζητήματα.

Fulvio Martusciello (PPE), *per iscritto*. - L'eccedenza derivante dall'esecuzione del bilancio 2013 è stata calcolata nel progetto di bilancio rettificativo n. 8/2014 per un miliardo di euro circa. Questa eccedenza è stata calcolata dalla Commissione, considerando il saldo relativo alla chiusura dell'esercizio 2013. Questa cifra verrà ripartita su criteri proporzionali e di competenza tra gli Stati membri e verrà detratta direttamente dai contributi che ogni Paese versa all'Unione europea. Ho votato a favore del testo a conclusione dell'approvazione delle procedure rettificative del bilancio 2014.

Georg Mayer (NI), *schriftlich*. — Da einige Faktoren des Berichtigungshaushaltsplans durchaus positiv erscheinen mögen, wie zum Beispiel die Berichtigungshaushaltspläne Nr. 4, 6 und 8, könnte man zu der Ansicht gelangen, die Entwürfe als Ganzes abzusegnen. Der Umstand, dass das Gesamtbudget jedoch immer noch viel zu hoch ist, um es vernünftig und vor allem nachhaltig über die nächsten Jahre finanzieren zu können, wiegt jedoch schwerer und wird von mir abgelehnt.

Jean-Luc Mélenchon (GUE/NGL), *par écrit*. — Ce budget rectificatif est un nouveau symptôme de la mauvaise gestion budgétaire européenne. Le Parlement est ici invité à voter exactement la même modification qu'il a déjà votée sous le nom de budget rectificatif n° 2 en octobre. À l'époque, le Conseil n'ayant jamais réussi à s'entendre avec la Commission, cette modification ne fut jamais appliquée. La Commission la soumet à nouveau au vote d'un Parlement qui fait plus que jamais de la figuration budgétaire. Sur le fond, la modification consiste à reporter sur le budget 2014 un milliard d'euros d'excédents constatés sur le budget 2013, alors même qu'il existe plus de 20 milliards d'impayés. La gestion du budget européen est ainsi organisée pour rendre impossible la réalisation d'une part croissante des dépenses prévues, notamment en raison de la complexification des règles de gestion des fonds européens. Pire, ce budget modificatif prévoit encore de réduire exceptionnellement la contribution des États au budget européen à la hauteur de l'excédent enregistré. Face à une si mauvaise gestion à courte vue, je vote contre.

Nuno Melo (PPE), *por escrito*. — O presente projeto de orçamento retificativo n.º 8/2014 foi apresentado pela Comissão porque o comité de conciliação não chegou a acordo sobre o projeto de orçamento retificativo n.º 2/2014, que tinha exatamente o mesmo objetivo e conteúdo que o POR n.º 8/2014.

Este projeto de orçamento retificativo n.º 8/2014 visa inscrever no orçamento de 2014 o excedente do exercício de 2013, no valor de 1 005 milhões de euros. Daí o meu voto favorável.

Roberta Metsola (PPE), *in writing*. — I voted in favour of the adoption of this draft amending budget No 8/2014 that will reduce the share of the GNI contribution from Member States to the Union budget and will therefore partly reduce the amount needed for the financing of DABs No 3/2014, 5/2014 and 7/2014.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

Marlene Mizzi (S&D), *in writing*. — I have voted in favour of the draft amending budget No 8/2014 on surplus resulting from the implementation of the budget year 2013.

Sophie Montel (NI), *par écrit*. — J'ai voté contre ce projet de budget rectificatif n° 8/2014 qui vise à réintégrer l'excédent de l'exercice 2013 afin de permettre de couvrir les dépenses du budget 2014. L'Union européenne est aux abois et prouve là encore qu'elle en est réduite à faire les fonds de tiroirs pour essayer de trouver une solution aux graves problèmes des impayés. Depuis des années déjà, l'UE a pris des engagements sans se soucier un instant de la façon dont il faudrait payer. Elle se retrouve aujourd'hui en face d'une très grave crise financière et budgétaire.

Franz Obermayr (NI), *schriftlich*. - Durch den Antrag sollte der Übertrag von Haushaltsüberschüssen aus dem Jahr 2013 in das Haushaltsjahr 2014 ermöglicht werden. Dies halte ich zwar für grundsätzlich lobenswert, allerdings bemängele ich auch hier wieder fehlende Transparenz gegenüber dem Bürger. Daher habe ich mich der Stimme enthalten.

Younous Omarjee (GUE/NGL), *par écrit*. — J'ai voté en faveur de ce rapport car je soutiens la mobilisation de ressources supplémentaires provenant des excédents des années écoulées, afin que cet argent de l'UE reste disponible pour l'année 2015, et d'utiliser ainsi au mieux les instruments du budget européen.

Aldo Patriciello (PPE), *per iscritto*. — Il progetto di bilancio rettificativo n. 8/2014 mira a iscrivere nel bilancio 2014 l'eccedenza derivante dall'esecuzione dell'esercizio 2013, che ammonta a 1 005 milioni di EUR. L'articolo 18 del regolamento finanziario prevede che la differenza tra i conti provvisori e le stime, da iscrivere nel bilancio dell'Unione, sia l'unico oggetto del bilancio rettificativo in questione. Per tali ragioni esprimerai il mio voto favorevole.

Andrej Plenković (PPE), *napisan*. — Izmjena proračuna broj 8 sastavni je dio paketa izmjena koji osiguravaju uravnoteženje proračunskih prihoda i rashoda za 2014. godinu. Sadašnji nacrt izmjene proračuna nadomješta NIP 2/2014 od travnja ove godine koji uslijed odbacivanja NIP-a 3/2014 do sada nije bio prihvaćen. Stoga je Komisija ponovno prezentirala Nacrt koji je važan sastavni dio izmjena proračuna za 2014. godinu. Kada gledamo cijeli paket izmjena proračuna upravo je to povećanje prihoda od približno milijardu eura koja su nastala na temelju proračunskog viška iz 2013., neizostavan dio jednadžbe u kojoj je konačni proračun 2014. godine takav da može osigurati financijsku stabilnost. Smatram da je cijeli paket izmjena proračuna koji imamo pred nama prihvatljiv kompromis koji će omogućiti provedbu plana koji osigurava potrebni rast članicama EU-a, a da pri tome ostanemo unutar Višegodišnjeg financijskog okvira.

Franck Proust (PPE), *par écrit*. — Par le biais de ce texte, il revient au Parlement européen d'avaliser la révision de certaines lignes budgétaires de l'année 2014, dont notamment l'inclusion des lignes budgétaires excédentaires de l'année 2013. Je suis favorable à une telle mesure.

Paulo Rangel (PPE), *por escrito*. - Considerando que o projeto de orçamento retificativo (POR) n.º 8/2014 visa inscrever no orçamento de 2014 o excedente do exercício de 2013, no valor de 1 005 milhões de euros, dos quais 771 milhões provêm das receitas (o acréscimo é sobretudo devido aos juros de mora e multas), 276 milhões de euros de uma subexecução da despesa (essencialmente o fruto de uma insuficiência de dotações para pagamento nos orçamentos de 2012 e de 2013) e 42 milhões de euros de uma variação cambial. Note-se que o presente POR foi apresentado unicamente porque o POR n.º 2/2014, cujo o objetivo era o mesmo, não teve acordo no comité de conciliação devido às diferenças de posições entre o Parlamento e o Conselho e não devido ao conteúdo. A aprovação do POR n.º 8/2014 irá reduzir a quota-parte da contribuição baseada no RNB dos Estados-Membros para o orçamento da União de 1005 milhões de euros, assim compensando parcialmente a sua contribuição para o financiamento dos POR n.º 3, 5 e 7/2014. Votei favoravelmente.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D), *por escrito*. — Tras arduas negociaciones, se ha alcanzado un acuerdo que permitirá el pago de las facturas pendientes, para lo que se ha acordado la cantidad de 4 800 millones de euros para el periodo 2014-2015. Además, la Comisión, el Consejo y el Parlamento han acordado un plan de pagos destinado a reducir el nivel de las facturas impagadas dentro del marco plurianual actual. A lo largo de este año se ha acumulado un nivel de impagos sin precedentes. Los 4 800 millones de euros acordados permitirán cumplir con parte de las facturas acumuladas, contribuyendo así a aliviar la situación de muchas pymes, universidades, colectividades locales y ONG. De cara a 2015, se ha acordado destinar 145 321 500 000 de euros a créditos de compromiso y 141 214 040 563 de euros a créditos de pago. Por todo ello, he votado a favor.

Teresa Rodriguez-Rubio (GUE/NGL), *por escrito*. - Podemos se ha abstenido ante el presupuesto rectificativo nº 8 por entender que da una solución muy insuficiente al problema de los pagos suspendidos y que forma parte de un acuerdo austericida e insolidario que incluye el presupuesto 2015.

Matteo Salvini (NI), *per iscritto*. — Ho scelto di votare a favore in quanto la contabilizzazione dell'eccedenza comporterà una diminuzione corrispondente del contributo globale degli Stati membri al finanziamento del bilancio UE.

Lola Sánchez Caldentey (GUE/NGL), *por escrito*. - Podemos se ha abstenido ante el presupuesto rectificativo nº 8 por entender que da una solución muy insuficiente al problema de los pagos suspendidos y que forma parte de un acuerdo austericida e insolidario que incluye el presupuesto 2015.

Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito*. - He votado a favor del presente proyecto de presupuesto rectificativo debido a que propone el empleo de los recursos acumulados en ejercicios anteriores para cubrir las posibles necesidades de recursos en los demás presupuestos rectificativos. Este presupuesto rectificativo plantea la recolocación de los recursos de una manera que permita un uso eficiente, al mismo tiempo que señala el importante hecho de la reducción de los ingresos por recursos propios y el incremento de ingresos a través de multas e intereses procedentes de las mismas. Este informe contribuirá a realizar pagos necesarios y es por ello por lo que he decidido votar a favor.

Siôn Simon (S&D), *in writing*. — Today I voted with the majority on draft amending budget No 8/2014.

This draft amending budget is devoted solely to the budgeting of the 2013 surplus, for an amount of EUR 1 005 million, in accordance with Article 18 of the Financial Regulation. DAB No 8/2014. It was presented by the Commission because the Conciliation Committee could not reach an agreement on DAB No 2/2014, which had the exact same purpose and contents.

Davor Ivo Stier (PPE), *napisan*. — Podržao sam Izvješće kolege Depreza o izmjeni nacrtu proračuna broj 8/2014 čija je svrha unošenje 1 005 milijuna eura kao viška iz financijske godine 2013. u proračun za 2014. godinu i donošenjem nacrtu izmjene proračuna 8/2014 za 1 005 milijuna eura smanjit će se udio doprinosa država članica na temelju BND-a proračunu i time djelomično nadomjestiti njihov doprinos financiranju nacrtu izmjene proračuna br. 3,5 i 7/2014.

Dubravka Šuica (PPE), *napisan*. — Podržavam navedenu izmjenu proračuna br. 8/2014 koja je usmjerena u višak koji proizlazi iz proračuna za 2013. godinu. U financijskoj godini 2013. ostvaren je proračunski višak od preko milijardu eura koji se po novoj izmjeni treba prebaciti u proračun za 2014., dok glavni dijelovi tog viška proizlaze od novčanih kazni i zateznih kamata te taj iznos može biti prebačen u 2014. i usmjeren prema potrebama proračuna.

Ελευθέριος Συναδινός (NI), *γραφτώς*. — Η μεταφορά του πλεονάσματος του 2013 στον Π/Υ του 2014 δεν πραγματοποιείται σε στοχευμένους τομείς όπου υπάρχουν πραγματικές ανάγκες, αλλά ως αποθεματικό πρόσθετων πληρωμών, το οποίο σημαίνει ότι θα δοθούν κατά το δοκούν και επ' ωφελεία των εχόντων την εξουσία.

Marc Tarabella (S&D), *par écrit*. — J'ai voté en faveur du texte relatif à la position du Conseil sur le projet de budget rectificatif nº 8/2014 de l'Union européenne pour l'exercice 2014, section III – Commission. Le but est d'inscrire dans le budget l'excédent de 2013, d'un montant de 1 005 millions d'EUR, conformément à l'article 18 du règlement financier, ainsi qu'il a été présenté par la Commission, et à la position du Conseil y afférente.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito*. — O projeto de orçamento retificativo n.º 8/2014 visa inscrever no orçamento de 2014 o excedente do exercício de 2013, no valor de 1 005 milhões de euros. Os principais componentes deste excedente são constituídos por um resultado positivo de 771 milhões de euros no tocante às receitas, uma subexecução da despesa no valor de 276 milhões de euros e uma variação cambial negativa de 42 milhões de euros.

Do lado das receitas, o acréscimo resulta essencialmente de juros de mora e multas (1 331 milhões de euros), enquanto o montante dos recursos próprios efetivamente cobrados está a diminuir, quando comparado com o dos já orçamentados (226 milhões de euros), e as receitas de excedentes, saldos e ajustamentos também regista uma diminuição (-360 milhões de euros).

Lamentavelmente, a aprovação do POR n.º 8/2014 irá reduzir a quota-parte da contribuição baseada no RNB dos Estados-Membros para o orçamento da União em 1005 milhões de euros e, por conseguinte, compensar parcialmente a sua contribuição para o financiamento dos POR n.º 3, 5 e 7/2014.

Harald Vilimsky (NI), *schriftlich*. — Da dieser Vorschlag unter anderem auch eine höhere Belastung für Österreich bedeuten würde, habe ich diesen grundsätzlich abgelehnt. Teilzahlungsoptionen sind zwar eine durchaus willkommene Idee, doch der Vorschlag an sich macht mir eine zustimmende Haltung unmöglich. Zudem bildet dieser Vorschlag die Grundlage für die Berichtigungshaushaltspläne 3, 4, 6 sowie 8. Diesbezüglich waren auch die genannten Berichtigungshaushaltspläne abzulehnen.

Inês Cristina Zuber (GUE/NGL), *por escrito*. — O projeto de orçamento retificativo n.º 8/2014 visa inscrever no orçamento de 2014 o excedente do exercício de 2013, no valor de 1 005 milhões de euros. O acréscimo resulta essencialmente de juros de mora e multas (1 331 milhões de euros), enquanto o montante dos recursos próprios efetivamente cobrados está a diminuir, quando comparado com o dos já orçamentados (226 milhões de euros), e as receitas de excedentes, saldos e ajustamentos também regista uma diminuição (-360 milhões de euros);

Lamentavelmente, a aprovação do POR n.º 8/2014 irá reduzir a quota-parte da contribuição baseada no RNB dos Estados Membros para o orçamento da União em 1005 milhões de euros e, por conseguinte, compensar parcialmente a sua contribuição para o financiamento dos POR n.º 3, 5 e 7/2014.

11.12. Eigenmittel der Union - Angleichung der nationalen Beiträge der Mitgliedstaaten (A8-0066/2014 - Gérard Deprez, Janusz Lewandowski)

Dichiarazioni di voto scritte

Marina Albiol Guzmán (GUE/NGL), *por escrito*. — A la luz de las últimas revisiones estadísticas aprobadas por los Estados miembros, parece que algunos Estados no pagaron la totalidad de sus contribuciones al presupuesto de la Unión durante varios años, mientras que otros pagaron de más, y que estas desviaciones han estado determinadas por los importantes cambios estadísticos notificados por los Estados miembros. Ciertos Estados miembros que en el pasado se beneficiaron de la subestimación de su RNB han expresado su reticencia a pagar los importes complementarios que deben antes de que venza el plazo legal. Dada esta situación, el Consejo pidió a la Comisión que presentase una propuesta que tuviese en cuenta esta situación, cambiando las normas pertinentes y permitiendo el aplazamiento y el desembolso por tramos de los importes adeudados. La nueva propuesta introduce una mayor discrecionalidad para los Estados miembros por lo que respecta al calendario de sus contribuciones complementarias, derivadas de los ajustes de la RNB, al presupuesto de la Unión. Es fácil prever que eso generará nuevas dificultades para los futuros presupuestos de la UE, por lo que no he podido votar a favor y me he abstenido.

Jonathan Arnott (EFDD), *in writing*. — Whilst on the one hand this proposal gives the UK some interest-free credit as has already been agreed with the Commission, the nature of the text is somewhat confrontational.

Zigmantas Balčytis (S&D), *raštu*. — Balsavau už visus 2014 m. taisomojo biudžeto projektus bei už Europos Parlamento ir Tarybos pasiektą susitarimą dėl 2015 m. biudžeto. Sveikinu Europos Parlamento derybininkus, kurie pasiekė, kad neatidėliotinoms šių metų ES biudžeto skoloms apmokėti būtų skirta 4,25 mlrd. eurų ir kad Europos Komisija būtų įpareigota parengti laipsnišką neapmokėtų sąskaitų sumažinimo planą bei ateityje nustatyti tvarią skolų ribą. Parlamento dėka įsipareigojimams bus skirta 0,5 mlrd. eurų daugiau nei siūlė ES Taryba. Daugiau lėšų bus skirta ES mokslinių tyrimų programai „Horizontas 2020“ bei studentų ir jaunimo mainų programai „Erasmus+“. Sveikintina, kad padidintas finansavimas Europos kaimynystės programoms, humanitarinei pagalbai bei bendrai užsienio saugumo politikai, o tai atsižvelgiant į šią dieną situaciją Europoje yra labai aktualu. Tačiau nepritariu finansavimo sumažinimui Europos žemės ūkio garantijų fondui, nes tai atsilieps daugeliui ES ūkininkų, kurie yra atsidūrę itin sunkioje padėtyje dėl

Mittwoch, 17. Dezember 2014

užsūtęsio Rusijos embargo, ir kuriems yra būtina ES pagalba.

Dominique Bilde (NI), *par écrit*. — Ce rapport sur les ressources propres de l'UE nous indique que pendant plusieurs années, une série d'États membres ont versé une contribution insuffisante au budget de l'Union par rapport à celle qu'ils auraient dû payer alors que d'autres États membres ont versé une contribution trop importante. Certains États (7 au total) dont la contribution a été sous-estimée ont fait part de leur refus de verser les compléments qu'ils doivent dans les délais prévus par les injonctions de Bruxelles.

La France verse, quant à elle, 21 milliards d'EUR par an au Budget européen alors qu'elle n'en récupère que 13 milliards et cela même alors que nombre de mes compatriotes subissent de plein fouet la crise économique et sociale.

Le Royaume-Uni, dans le prolongement de la ristourne héritée de l'ère Thatcher, aura réussi à nouveau à préserver ces intérêts. Il serait pourtant temps de clamer à notre tour «I want my money back». J'ai donc voté contre ce rapport.

Mara Bizzotto (NI), *per iscritto*. — Ho votato contro la modifica del regolamento delle risorse proprie legata ai contestatissimi ricalcoli dei contributi a carico degli Stati membri di cui al progetto di bilancio rettificativo n. 6 del 2014.

José Blanco López (S&D), *por escrito*. — Tras arduas negociaciones, se ha alcanzado un acuerdo que permitirá el pago de las facturas pendientes, para lo que se ha acordado la cantidad de 4 700 millones de euros para el periodo 2014-2015. Además, la Comisión, el Consejo y el Parlamento han acordado un plan de pagos destinado a reducir el nivel de las facturas impagadas dentro del marco plurianual actual. A lo largo de este año se ha acumulado un nivel de impagos sin precedentes. Los 4 700 millones de euros acordados permitirán cumplir con parte de las facturas acumuladas, contribuyendo así a aliviar la situación de muchas pymes, universidades, colectividades locales y ONG. Es cierto que la cifra no es suficiente, pero la alternativa, el no acuerdo, tendría consecuencias nefastas: no disponer de un presupuesto plenamente operativo para 2015, perder la posibilidad de pagar las facturas atrasadas y poner en riesgo el programa de inversiones que la Comisión acaba de presentar. De cara a 2015, se ha acordado destinar 145 321 500 000 de euros a créditos de compromiso y 141 214 040 563 de euros a créditos de pago. Por todo ello, he votado a favor.

Mercedes Bresso (S&D), *in writing*. — I supported these amendments because I think that the European Parliament must be more involved in the dialogue with the Member States concerning their contributions.

Daniel Buda (PPE), *în scris*. — Am votat în favoarea raportului privind sistemul de resurse proprii al Uniunii și ajustarea contribuțiilor naționale ale statelor membre.

Propunerea urmărește să modifice Regulamentul (CE, Euratom) nr. 1150/2000, în scopul de a oferi statelor membre posibilitatea de a pune la dispoziție suma rezultată din aceste ajustări (soldurile TVA și VNB) în orice moment între prima zi de lucru din luna decembrie și prima zi de lucru a lunii septembrie a anului următor, când se depășește pragul individual sau excesul pragului general.

Susțin această măsură pentru faptul că statele membre vor putea beneficia de flexibilitatea plăților, ceea ce ar reduce povara financiară, mai ales în perioada de sfârșit de an.

Gianluca Buonanno (NI), *per iscritto*. — Modifica del regolamento delle risorse proprie legata ai contestatissimi ricalcoli dei contributi a carico degli Stati membri di cui al PBR n. 6 (in votazione in precedenza). Ho espresso voto contrario.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

Nicola Caputo (S&D), *per iscritto*. — Oggi ho votato a favore della relazione sulla proposta di regolamento del Consiglio che modifica il regolamento (CE, Euratom) n. 1150/2000 recante applicazione della decisione 2007/436/CE, Euratom, relativa al sistema delle risorse proprie della Comunità. Tenuto conto che, alla luce delle recenti revisioni statistiche effettuate dagli Stati membri, è stato riscontrato che alcuni Stati membri hanno versato contributi inferiori a quelli dovuti al bilancio dell'Unione, mentre altri avrebbero versato contributi in misura maggiore, ho votato a favore di questa relazione che va nella direzione di un adeguamento dei contributi degli Stati membri, riconoscendo che gli importi delle rettifiche 2014 delle risorse proprie basate sull'IVA e sull'RNL sono elevati e possono rappresentare un onere finanziario considerevole per alcuni Stati membri.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), *per iscritto*. — Questa modifica al regolamento n. 1150/2000 offre agli Stati membri la flessibilità di cui hanno bisogno quanto al modo secondo il quale essi devono rendere disponibili gli importi risultanti dalle rettifiche dei loro contributi nazionali.

Alberto Cirio (PPE), *per iscritto*. — Il mio voto favorevole a questa relazione è quasi scontato: si tratta di ratificare l'applicazione delle normali procedure e di farlo con la flessibilità permessa dalle norme.

Therese Comodini Cachia (PPE), *in writing*. — This proposal aims to budget the surplus resulting from the implementation of the budget year 2013 by applying the correctional mechanism resulting in a change in the distribution between Member States of their own-resources contributions to the EU budget. I voted in favour, as although the contributions of Malta increased, it can provide sufficient resources to cover important programmes administered from this part of the budget such as the European Maritime and Fisheries Fund, the Sustainable Fisheries Partnership and the Emergency Aid Reserve, to help address possible humanitarian crises.

Ignazio Corrao (EFDD), *per iscritto*. — Grazie al bilancio rettificativo n. 6/2014, si è permesso di modificare il sistema di calcolo delle compensazioni dei contributi dovuti dagli Stati membri sulla base delle risorse IVA e RNL. Con le nuove assegnazioni, il sistema precedente, in vigore dal 1995 al 2013, avrebbe portato alcuni Paesi a vedersi restituiti contributi già versati mentre altri avrebbero dovuto versarne degli altri. Do il mio voto favorevole a questo nuovo sistema che risolve il problema dei contributi degli Stati membri.

Javier Couso Permuy (GUE/NGL), *por escrito*. — A la luz de las últimas revisiones estadísticas aprobadas por los Estados miembros, parece que algunos Estados no pagaron la totalidad de sus contribuciones al presupuesto de la Unión durante varios años, mientras que otros pagaron de más, y que estas desviaciones han estado determinadas por los importantes cambios estadísticos notificados por los Estados miembros. Ciertos Estados miembros que en el pasado se beneficiaron de la subestimación de su RNB han expresado su reticencia a pagar los importes complementarios que deben antes de que venza el plazo legal. Dada esta situación, el Consejo pidió a la Comisión que presentase una propuesta que tuviese en cuenta esta situación, cambiando las normas pertinentes y permitiendo el aplazamiento y el desembolso por tramos de los importes adeudados. La nueva propuesta introduce una mayor discrecionalidad para los Estados miembros por lo que respecta al calendario de sus contribuciones complementarias, derivadas de los ajustes de la RNB, al presupuesto de la Unión. Es fácil prever que eso generará nuevas dificultades para los futuros presupuestos de la UE, por lo que no he podido votar a favor y me he abstenido.

Miriam Dalli (S&D), *in writing*. — This dossier is connected to Draft Amending Budget No 6 of 2014 on which I voted in favour, since it speaks about the revision of the forecast of traditional own resources as well as an increase in the budgetary appropriations for the European Ombudsman.

Rachida Dati (PPE), *par écrit*. — Le budget de l'Union européenne joue un rôle clé dans l'expression de la solidarité entre les États et dans le développement économique de notre continent. Couvrant une longue période — oscillant entre 5 et 7 ans — le budget communautaire peut aussi connaître des ajustements parfois brutaux pour les États qui doivent l'abonder davantage. Par conséquent, ce texte qui prévoit la possibilité pour les États membres de différer la mise à disposition des montants résultant de ces ajustements est le bienvenu. Il risque néanmoins de complexifier encore le système des ressources propres et souligne la nécessité de réformer le cadre actuel.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

Diane Dodds (NI), *in writing*. — I welcome the fact that changes are to be made to ensure that the ludicrous situation where Member States are handed EU bills simply out of the blue cannot happen unchecked again.

The reality is that the United Kingdom pays far more into Europe than it gets out – both in financial and social terms. The reality is that no calculation of GNI, and no calculation of VAT, over any length of time, should mean that the UK taxpayer should give more money to Europe simply because the economy they are a part of is growing. This, however, is not something the bearers of this report realise – they want more, more, more.

Such a wanton disregard for the pressures facing household budgets strikes to the very heart of the increasing argument that fairness must be re-enacted within our relationship with the EU.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI), *γραπτώς*. — Καταψήφισα την έκθεση, διότι η πρόταση αυτή καθιστά το σύστημα ιδίων πόρων ακόμη πιο πολύπλοκο και αποσκοπεί στην τροποποίηση της νομοθεσίας, η οποία σύντομα θα αντικατασταθεί, αναδρομικά, από ήδη συμφωνηθείσες πράξεις.

José Manuel Fernandes (PPE), *por escrito*. - Diversos Estados-Membros pagaram um montante inferior ao estipulado para as suas contribuições para o orçamento da União, ao longo de vários anos, ao passo que outros pagaram um montante superior sendo que estes desvios foram motivados pelas importantes alterações estatísticas comunicadas pelos Estados-Membros. Também é verdade que os Estados-Membros pagaram no passado, sem atrasos significativos, o montante total das suas contribuições para o orçamento da União e determinados Estados-Membros beneficiaram da anterior subestimação do seu RNB demonstraram relutância em pagar os montantes suplementares devidos dentro do prazo legal. Posto isto e por uma questão de transparência, considero que deve ser apresentado anualmente ao Parlamento um relatório sobre os cálculos e os dados subjacentes relativos aos ajustamentos do balanço do IVA e do RNB no contexto do processo orçamental, prevendo tempo suficiente para a sua apreciação, e que deve ser notificada ao Parlamento a decisão dos Estados-Membros relativamente às datas e aos montantes das prestações.

João Ferreira (GUE/NGL), *por escrito*. — Nos últimos anos, diversos Estados-Membros pagaram um montante inferior ao estipulado para as suas contribuições para o orçamento da União, ao passo que outros pagaram um montante superior. Estes desvios foram motivados por alterações estatísticas significativas comunicadas pelos Estados-Membros.

Regra geral, os Estados-Membros pagaram no passado, sem atrasos significativos, o montante total das suas contribuições para o orçamento da EU, baseadas no respetivo RNB e no IVA, mesmo em tempos de crise e de forte pressão orçamental.

Embora reconheçamos que os montantes dos ajustamentos dos recursos próprios baseados no IVA e no RNB referentes a 2014 são excepcionalmente elevados, não podemos deixar de questionar as razões desta discrepância, tendo em conta os sofisticados mecanismos ao serviço das contabilidades nacionais, designadamente ao nível dos países onde esta questão se levanta.

Neste sentido, temos dúvidas sobre esta alteração motivada por uma discrepância estatística que deveria ter, esta sim, um tratamento próprio para evitar que situações destas se repitam.

O mais relevante é que os Estados-Membros em causa paguem o que devem, mas não podemos deixar de assinalar as condições especialmente favoráveis que estão a ser proporcionadas, mais ainda a um país como o Reino Unido, que há muito beneficia já de prerrogativas injustificáveis e injustas, como o famoso *cheque britânico*.

Monika Flašíková Beňová (S&D), *písomne* — Na jednej strane je na mieste kritika, že v rámci viacročného finančného rámca na roky 2014 – 2020 nie je Európska únia schopná uhrádzať svoje záväzky. Na strane druhej je nevyhnutné, aby boli správne nastavené pravidlá aj vo vzťahu príspevkov členských štátov do rozpočtu Európskej únie. Aj keď zmierovací výbor nedospel k dohode a aj keď vysoké sumy úprav vlastných zdrojov na základe DPH a HND v roku 2014 môžu predstavovať vysoké finančné zaťaženie pre jednotlivé členské štáty, je dôležité, aby sme do budúcnosti dokázali tento systém efektívne nastaviť a sfunkčniť.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

Λάμπρος Φουντούλης (NI), γραπτώς. — Η πρόταση αυτή καθιστά το σύστημα ιδίων πόρων ακόμη πιο πολύπλοκο και αποσκοπεί στην τροποποίηση της νομοθεσίας, η οποία σύντομα θα αντικατασταθεί, αναδρομικά, από ήδη συμφωνηθείσες πράξεις. Γι' αυτό το λόγο καταψηφίζω το σύστημα των ιδίων πόρων της Ένωσης - προσαρμογές των εθνικών συνεισφορών των κρατών μελών.

Tania González Peñas (GUE/NGL), *por escrito*. - Podemos se ha abstenido puesto que en ese informe se critica de forma muy tibia al Consejo. Para Podemos, el precedente sentado por el Consejo durante la negociación del presupuesto 2015 debiera haber sido objeto de una condena ejemplar por parte del Parlamento Europeo.

Pablo Iglesias (GUE/NGL), *por escrito*. - Podemos se ha abstenido puesto que en ese informe se critica de forma muy tibia al Consejo. Para Podemos, el precedente sentado por el Consejo durante la negociación del presupuesto 2015 debiera haber sido objeto de una condena ejemplar por parte del Parlamento Europeo.

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan*. — Glasao sam ZA nacrt zakonodavne Rezolucije o prijedlogu Uredbe Vijeća o izmjeni Uredbe br. 1150/2000 jer smatram da je potrebno bolje uskladiti nacionalne doprinose država članica te zbog toga što je navedena Uredba prouzrokovala jednokratne posljedice na neke države članice.

Nužno je uspostaviti sustav nacionalnih doprinosa koji je jasan, transparentan i uravnotežen kako bi se izbjegle situacije preplaćivanja ili premale uplate. Dobro izbalansirani i promišljen proračun predstavlja korektnu provedbu političkih prioriteta koje si je Unije zadala. Važno je da se doprinos država članica bolje uskladi kako bi se doprinijelo kvalitativnom izvršenju proračuna i razrješavanju manjkavosti sadašnjeg sustava.

Giovanni La Via (PPE), *per iscritto*. — Con la relazione odierna il Parlamento ha fornito il proprio parere al Consiglio sul calcolo dell'adeguamento dei contributi nazionali degli Stati membri al bilancio dell'Unione europea. Si tratta di un calcolo annuale, effettuato dalla Commissione, che si sostanzia in un esercizio tecnico, sulla base dei dati forniti dagli stessi Stati membri. Abbiamo però voluto sottolineare, attraverso due emendamenti, che per il Parlamento è necessario migliorare il flusso di informazioni relativo alle modifiche delle entrate del bilancio UE.

Paloma López Bermejo (GUE/NGL), *por escrito*. — A la luz de las últimas revisiones estadísticas aprobadas por los Estados miembros, parece que algunos Estados no pagaron la totalidad de sus contribuciones al presupuesto de la Unión durante varios años, mientras que otros pagaron de más, y que estas desviaciones han estado determinadas por los importantes cambios estadísticos notificados por los Estados miembros. Ciertos Estados miembros que en el pasado se beneficiaron de la subestimación de su RNB han expresado su reticencia a pagar los importes complementarios que deben antes de que venza el plazo legal. Dada esta situación, el Consejo pidió a la Comisión que presentase una propuesta que tuviese en cuenta esta situación, cambiando las normas pertinentes y permitiendo el aplazamiento y el desembolso por tramos de los importes adeudados. La nueva propuesta introduce una mayor discrecionalidad para los Estados miembros por lo que respecta al calendario de sus contribuciones complementarias, derivadas de los ajustes de la RNB, al presupuesto de la Unión. Es fácil prever que eso generará nuevas dificultades para los futuros presupuestos de la UE, por lo que no he podido votar a favor y me he abstenido.

Antonio López-Istúriz White (PPE), *por escrito*. — A la luz de las últimas revisiones estadísticas aprobadas por los Estados miembros, parece que algunos Estados no pagaron la totalidad de sus contribuciones al presupuesto de la Unión durante varios años, mientras que otros pagaron de más. Estas desviaciones han estado determinadas por los importantes cambios estadísticos notificados por los Estados miembros.

En consecuencia, la Comisión inició un proceso de negociación más amplio con diferentes Estados, con el que pretende que se mantenga la igualdad de trato entre Estados miembros en cuestión de aportación al presupuesto europeo.

Apoyo la propuesta de la Comisión en su versión modificada ya que, en esta, hace al Parlamento Europeo concededor del proceso en todo momento, factor que considero fundamental para la transparencia y el buen funcionamiento de las instituciones.

Por estos motivos voto a favor de esta propuesta.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

Ivana Maletić (PPE), *napisan.* — Podržala sam Izvješće o usklađivanju nacionalnih doprinosa država članica.

Doprinosi država članica u proračun Europske unije na temelju BND-a i PDV-a čine najveći dio proračunskih prihoda EU-a. Svake godine u listopadu, na temelju zadnjih statističkih podataka BND-a država članica vrši se korekcija uplata u proračun EU-a. Ovogodišnjom je revizijom utvrđeno da je godinama dio država članica uplaćivao manje, a neke više u proračun EU-a.

Hrvatska je uplatila više jer se račun temeljio na većem BND-u. Kako je gospodarstvo u kontinuiranom padu dobit će povrat od 32,5 milijuna eura. Najveće povrate će dobiti Francuska (1 milijardu eura) i Njemačka (779,2 milijuna eura), a dodatne iznose će morati uplatiti Ujedinjeno Kraljevstvo (2,1 milijarde eura), Nizozemska (642,7 milijardi eura) i Italija (340,1 milijuna eura). Ovom će korekcijom državama članicama koje su uplaćivale više u proračun EU-a biti vraćeno 3,69 milijardi eura, a države članice koje su uplaćivale manje morat će uplatiti dodatnih 3,2 milijarde eura. Ukupno gledajući doprinos država članica na temelju BND-a u proračunu EU-a bit će smanjen za ukupno 420 milijuna eura.

Države članice koje moraju uplatiti dodatna sredstva su imale rok uplatiti do prvog radnog dana u prosincu, omogućen im je instrument fleksibilnosti odgode uplata do rujna sljedeće godine.

Georg Mayer (NI), *schriftlich.* — Diesem Vorschlag habe ich aus der grundsätzlichen Überlegung, dass die neue Kalkulation der Beitragshöhen eine höhere Belastung für Österreich bedeuten wird, meine Absage erteilt. Zwar ist die Teilzahlungsoption eine an sich begrüßenswerte Idee, jedoch ist der Vorschlag als Ganzes abzulehnen.

Jean-Luc Mélenchon (GUE/NGL), *par écrit.* — Ce texte illustre la confusion croissante des procédures budgétaires européennes. Chaque année, les États membres révisent en principe en décembre leur contribution versée à l'UE en fonction des ajustements de leurs statistiques fiscales et économiques. Mais depuis plusieurs années, les contrôles renforcés de la Commission sur les États rendent impossible d'opérer ces ajustements dans les temps, comme l'a dénoncé la Cour des comptes. Certains États ont ainsi accumulé d'importants retards de versements de leurs contributions révisées au titre des années précédentes. Ces retards étant liés aux contrôles de la Commission, ils refusent de les payer en bloc. La Commission a donc proposé un mécanisme provisoire de report de ces versements révisés. Alors qu'il en dénonce la complexité, le rapport du Parlement valide ce mécanisme sans résoudre nullement la paralysie bureaucratique créée par la Commission européenne. Je vote contre.

Nuno Melo (PPE), *por escrito.* — Tem-se vindo a verificar que diversos Estados-Membros pagaram um montante inferior ao estipulado para as suas contribuições para o orçamento da União. As regras vigentes deveriam resultar na rápida correção dos pagamentos insuficientes e dos pagamentos excessivos.

Sophie Montel (NI), *par écrit.* — J'ai voté contre ce rapport considérant que mon pays, la France verse 21 milliards d'euros au budget de l'Union européenne et qu'elle ne perçoit en retour que 13 milliards (principalement au titre de la PAC), soit 8 milliards qui partent pour soutenir d'autres États membres essentiellement d'Europe de l'Est. Le Royaume-Uni saura une nouvelle fois préserver ses intérêts, ce qui ne sera bien entendu pas le cas du président Hollande et de son gouvernement qui se montreront là encore incapables d'agir pour la France et les Français.

Défendant la souveraineté nationale, et dans le contexte économique et social que nous connaissons, je pense que ces 21 milliards d'euros devraient donc rester à disposition de notre budget national et contribuer ainsi à l'amélioration du quotidien de nos compatriotes.

Marlene Mizzi (S&D), *in writing.* — I supported this report.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

Franz Obermayr (NI), *schriftlich*. - Durch den Antrag soll die Stundung der laut Vertrag erforderlichen Rückzahlung bzw. Nachzahlung von EU-Beiträgen ermöglicht werden. Dies war für mich aus mehreren Gründen nicht nachvollziehbar. Einerseits können die Mitgliedstaaten die vergleichsweise geringen Beiträge problemlos aufbringen. Andererseits ist die Kritik an der bisherigen Praxis für mich unverständlich, da die bisherigen Regelungen selbst von den Mitgliedstaaten so beschlossen worden sind. Zudem ist diese Änderung der bisherigen Praxis für mich nicht zielführend, da die Mitgliedstaaten sich ohnehin stets für eine Reduzierung des EU-Budgets und somit für eine Reduzierung ihres jeweiligen Beitrags stark machen können. Ich habe daher gegen den Antrag gestimmt.

Younous Omarjee (GUE/NGL), *par écrit*. - J'ai voté en faveur de ce rapport car il porte sur l'adaptation des contributions nationales aux ressources propres de l'Union. Seule une réforme complète du système de ressources propres de l'UE permettrait de combler le manque de liquidités auquel l'UE fait actuellement face.

Urmas Paet (ALDE), *kirjalikult*. — Hääletasin ettepaneku poolt, sest see võimaldab liikmesriikidel paindlikumalt valida, kuidas teha kättesaadavaks käibemaksul ja kogurahvatulul põhinevate omavahendite korrigeerimise tõttu nõutavad summad, juhul kui kogusumma on väga suur.

Aldo Patriciello (PPE), *per iscritto*. — Alla luce delle recenti revisioni statistiche effettuate dagli Stati membri sembra che per diversi anni alcuni Stati membri abbiano versato contributi inferiori a quelli dovuti al bilancio dell'Unione, mentre altri avrebbero versato contributi troppo elevati. A fini di trasparenza, una relazione sui calcoli e i dati alla base delle rettifiche dei saldi IVA e RNL dovrebbe essere presentata annualmente al Parlamento nel contesto della procedura di bilancio, garantendo che vi sia tempo sufficiente per il relativo esame. La decisione degli Stati membri sulle date e gli importi delle rate dovrebbe essere notificata al Parlamento. Per tali ragioni esprimerei il mio voto favorevole.

Salvatore Domenico Pogliese (PPE), *per iscritto*. — Il mio voto a favore della proposta di risoluzione è dovuto al fatto che la proposta della Commissione fa parte di un più ampio pacchetto negoziale, che include i bilanci rettificativi degli ultimi due anni, e, a seguito degli emendamenti inseriti nel testo della proposta dal Parlamento, ritengo debba essere approvata.

Franck Proust (PPE), *par écrit*. — Les récentes mesures de révisions des contributions des États membres fondées sur leur TVA et leur revenu national brut ont révélé que certains États membres ont trop ou pas assez contribué au budget européen ces dernières années. Autrement dit, les calculs statistiques n'étaient pas suffisamment précis et homogènes entre les États membres. Or, de tels ajustements statistiques peuvent avoir par la suite des conséquences considérables sur la contribution de certains États membres pour le budget de l'Union européenne, raison pour laquelle le Conseil souhaite permettre le paiement différé de telles contributions dans des circonstances exceptionnelles.

Cela, malheureusement, pèse sur la complexité de l'établissement du budget européen. Néanmoins, je me résous à voter en faveur d'une telle mesure parce que la priorité est l'adoption des budgets des années 2014 et 2015 afin que l'Union européenne traite au plus vite de primordiales questions économiques.

Paulo Rangel (PPE), *por escrito*. — No âmbito do sistema de recursos próprios das Comunidades e à luz das últimas análises estatísticas acordadas pelos Estados-Membros, afigura-se que diversos Estados-Membros pagaram um montante inferior ao estipulado para as suas contribuições, baseadas no RNB e no IVA, para o orçamento da União, e que outros pagaram um montante superior. Certos Estados-Membros que beneficiaram da subestimação do seu RNB demonstraram relutância em pagar os montantes suplementares devidos dentro do prazo legal. Por esse motivo, o Conselho solicitou a Comissão para autorizar o diferimento e o pagamento em prestações dos montantes devidos. Considerando que, por uma questão de transparência, deve ser apresentado anualmente ao Parlamento um relatório sobre os cálculos e os dados subjacentes relativos aos ajustamentos do balanço do IVA e do RNB no contexto do processo orçamental. Reconhecendo que os montantes dos ajustamentos são excepcionalmente elevados, o que pode representar um encargo importante e, tendo em conta que esta proposta faz parte de um pacote de negociação mais lato que inclui os orçamentos retificativos de 2014 e o orçamento de 2015, votei favoravelmente a presente resolução que insta à transparência do processo de diferimento e de pagamento em prestações para o orçamento da União.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D), *por escrito*. — Tras arduas negociaciones, se ha alcanzado un acuerdo que permitirá el pago de las facturas pendientes, para lo que se ha acordado la cantidad de 4 800 millones de euros para el periodo 2014-2015. Además, la Comisión, el Consejo y el Parlamento han acordado un plan de pagos destinado a reducir el nivel de las facturas impagadas dentro del marco plurianual actual. A lo largo de este año se ha acumulado un nivel de impagos sin precedentes. Los 4 800 millones de euros acordados permitirán cumplir con parte de las facturas acumuladas, contribuyendo así a aliviar la situación de muchas pymes, universidades, colectividades locales y ONG. De cara a 2015, se ha acordado destinar 145 321 500 000 de euros a créditos de compromiso y 141 214 040 563 de euros a créditos de pago. Por todo ello, he votado a favor.

Teresa Rodríguez-Rubio (GUE/NGL), *por escrito*. - Podemos se ha abstenido puesto que en ese informe se critica de forma muy tibia al Consejo. Para Podemos, el precedente sentado por el Consejo durante la negociación del presupuesto 2015 debiera haber sido objeto de una condena ejemplar por parte del Parlamento Europeo.

Lola Sánchez Caldentey (GUE/NGL), *por escrito*. - Podemos se ha abstenido puesto que en ese informe se critica de forma muy tibia al Consejo. Para Podemos, el precedente sentado por el Consejo durante la negociación del presupuesto 2015 debiera haber sido objeto de una condena ejemplar por parte del Parlamento Europeo.

Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito*. - A la luz de las últimas revisiones estadísticas aprobadas por los Estados miembros, parece que algunos Estados no pagaron la totalidad de sus contribuciones al presupuesto de la Unión durante varios años, mientras que otros pagaron de más, y que estas desviaciones han estado determinadas por los importantes cambios estadísticos notificados por los Estados miembros. Ciertos Estados miembros que en el pasado se beneficiaron de la subestimación de su RNB han expresado su reticencia a pagar los importes complementarios que deben antes de que venza el plazo legal. Dada esta situación, el Consejo pidió a la Comisión que presentase una propuesta que tuviese en cuenta esta situación, cambiando las normas pertinentes y permitiendo el aplazamiento y el desembolso por tramos de los importes adeudados. La nueva propuesta introduce una mayor discrecionalidad para los Estados miembros por lo que respecta al calendario de sus contribuciones complementarias, derivadas de los ajustes de la RNB, al presupuesto de la Unión. Es fácil prever que eso generará nuevas dificultades para los futuros presupuestos de la UE, por lo que no he podido votar a favor y me he abstenido.

Siôn Simon (S&D), *in writing*. — I voted in favour of the proposal for a Council regulation amending Euratom.

In light of the latest statistical revisions agreed by the Member States, it appeared that a number of Member States underpaid their due contributions to the Union budget over a number of years, while others overpaid theirs. The United Kingdom was one of the Member States to underpay. The rules currently in force would have resulted in the prompt correction of those under- and over-payments. The Council called on the Commission to present a proposal to accommodate the situation, by changing the concerned rules and allowing the deferral and payment by instalments of amounts. Regulation (EC, Euratom) No 1150/2000 should therefore be amended accordingly.

Davor Ivo Stier (PPE), *napisan*. — Zbog iznimno visoke razine iznosa dodatnih sredstava koje određene države članice trebaju uplatiti kao rezultat usklađivanja doprinosa vlastitim sredstvima koja se temelje na BND-u tijekom 2014., Komisija je Vijeću podnijela prijedlog Uredbe Vijeća o izmjeni Uredbe o sustavu vlastitih sredstava Europskih zajednica.

Pozdravljam spomenuti prijedlog Komisije jer državama članicama omogućuje potrebnu fleksibilnost zato što moraju uplatiti iznos koji proizlazi iz usklađivanja nacionalnih doprinosa (vlastitih sredstava) na temelju poreza na dodanu vrijednost i bruto nacionalnog dohotka, ako je ukupni iznos iznimno visok. Također, ukazao bih na važnost komunikacije i uzimanja u obzir stavova Europskog revizorskog suda. Važno je i da se Eurostat pridržava preporuka Revizorskog suda kad je riječ o metodologiji njegove provjere radi potpunog poštovanja načela jednakog postupanja prema državama članicama u praksi. Stoga podržavam izvješće.

Dubravka Šuica (PPE), *napisan*. — Podržavam prijedlog izmjene i dopunue Uredbe (EZ, Euratom) br. 1150/2000 jer stavljanje na raspolaganje visokih svota novca zasigurno može predstavljati (i predstavlja) fiskalni i drugi pritisak za ekonomski slabije države članice. Ako ovaj prijedlog dovede do stvarne a ne samo propisane pomoći, bit će to veliko olakšanje nekim državama članicama u današnjoj gospodarskoj krizi. Možemo i moramo svim mogućim sredstvima olakšati situaciju, ali isto tako, navedena sredstva ne smijemo koristiti kada to nije nužno. Učinkovitost i solidarnost temeljna su načela Europske unije.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

Ελευθέριος Συναδινός (NI), γραπτώς. — Η πρόταση αυτή καθιστά το σύστημα ιδίων πόρων ακόμη πιο πολύπλοκο και αποσκοπεί στην τροποποίηση της νομοθεσίας, η οποία σύντομα θα αντικατασταθεί αναδρομικά από ήδη συμφωνηθείσες πράξεις.

Marc Tarabella (S&D), *par écrit*. — J'ai voté en faveur du texte de ma collègue. Néanmoins, je tiens à souligner que je regrette que la question du report de l'ajustement des contributions nationales ait pris le pas, au Conseil, sur la volonté de dégager une position de négociation pour les budgets des exercices 2014 et 2015, laquelle n'a été définie que le dernier jour de la période de conciliation de 21 jours prévue par l'article 314 du traité FUE, ce qui a mis le comité de conciliation dans l'incapacité de parvenir à un accord.

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito*. — Nos últimos anos, diversos Estados-Membros pagaram um montante inferior ao estipulado para as suas contribuições para o orçamento da União, ao passo que outros pagaram um montante superior. Estes desvios foram motivados pelas importantes alterações estatísticas comunicadas pelos Estados-Membros.

Regra geral, os Estados-Membros pagaram no passado, sem atrasos significativos, o montante total das suas contribuições para o orçamento da União baseadas no RNB e no IVA, mesmo em tempos de crise e de forte pressão orçamental.

Embora reconheçamos que os montantes dos ajustamentos dos recursos próprios baseados no IVA e no RNB referentes a 2014 são excepcionalmente elevados, não podemos deixar de questionar as razões desta discrepância, tendo em conta os sofisticados mecanismos ao serviço das contabilidades nacionais, designadamente ao nível dos países onde esta questão se levanta.

Neste sentido, temos dúvidas sobre esta alteração aos Tratados, motivada por uma discrepância estatística que deveria ter, esta sim, um tratamento próprio para evitar que situações destas se repitam.

Harald Vilimsky (NI), *schriftlich*. — Da dieser Vorschlag unter anderem auch eine höhere Belastung für Österreich bedeuten würde, habe ich diesen grundsätzlich abgelehnt. Teilzahlungsoptionen sind zwar eine durchaus willkommene Idee, doch der Vorschlag an sich macht mir eine zustimmende Haltung unmöglich. Zudem bildet dieser Vorschlag die Grundlage für die Berichtigungshaushaltspläne 3, 4, 6 sowie 8. Diesbezüglich waren auch die genannten Berichtigungshaushaltspläne abzulehnen.

Inês Cristina Zuber (GUE/NGL), *por escrito*. — Nos últimos anos, diversos Estados-Membros pagaram um montante inferior ao estipulado para as suas contribuições para o orçamento da União ao passo que outros pagaram um montante superior.

Regra geral, os Estados-Membros pagaram no passado, sem atrasos significativos, o montante total das suas contribuições para o orçamento da União baseadas no RNB e no IVA, mesmo em tempos de crise e de forte pressão orçamental.

Embora reconheçamos que os montantes dos ajustamentos dos recursos próprios baseados no IVA e no RNB referentes a 2014 são excepcionalmente elevados, não podemos deixar de questionar as razões desta discrepância, tendo em conta os sofisticados mecanismos ao serviço das contabilidades nacionais, designadamente ao nível dos países onde esta questão se levanta.

11.13. Inanspruchnahme des EU-Solidaritätsfonds: von Katastrophen betroffene Regionen (A8-0077/2014 - Siegfried Mureșan)

Dichiarazioni di voto scritte

Marina Albiol Guzmán (GUE/NGL), *por escrito*. — El Fondo de Solidaridad de la Unión Europea (FSUE) se creó para intervenir en caso de catástrofes naturales graves y aportar la solidaridad europea a las regiones siniestradas de Europa. El Fondo puede proporcionar ayuda financiera a Estados miembros y países en vías de adhesión en caso de que se produzca una catástrofe natural grave siempre que el daño total directo supere los 3 000 millones EUR a precios de 2011 o el 0,6 % de la renta nacional bruta del país, si este es inferior.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

El Reglamento MFP para el periodo 2014-2020 permite en su artículo 10 la movilización del Fondo dentro del límite anual de 500 000 000 EUR. La presente Decisión del Parlamento Europeo y del Consejo no está vinculada a ningún caso específico de catástrofe natural. En su lugar, su objetivo es consignar 50 000 000 EUR en créditos de compromiso y de pago en el presupuesto 2015, lo que corresponde a los anticipos que habrá que abonar con mayor rapidez y eficacia en caso de que se produzca una catástrofe natural el próximo año. Por ello he votado a favor.

Pascal Arimont (PPE), *schriftlich*. — Der Solidaritätsfonds der Europäischen Union (EUSF) wurde geschaffen, um im Falle von großen Naturkatastrophen solidarische Hilfe leisten zu können. Anlass waren die schweren Überschwemmungen in Mitteleuropa im Sommer 2002. Seitdem wurde der Fonds in vielen Katastrophenfällen in Anspruch genommen und stellt unter dem Einsatzgebiet der EU somit eine der wichtigsten Hilfen der EU für die betroffene Bevölkerung dar.

Der mehrjährige Finanzrahmen der EU für den Zeitraum 2014–2020 gewährt eine Inanspruchnahme des Fonds innerhalb einer jährlichen Ausgabenobergrenze von 500 Millionen EUR. Unter Umständen benötigen die Mitgliedstaaten aber im Fall einer Katastrophe die finanzielle Unterstützung schneller, als dies nach dem üblichen Verfahren möglich ist, weshalb die Möglichkeit geschaffen wurde, auf Antrag des betroffenen Mitgliedstaats eine Vorschusszahlung zu leisten, kurz nachdem bei der Kommission ein Beitrag aus dem Fonds beantragt wurde.

Ich begrüße es daher, dass mit der Annahme des Beschlusses durch das Europäische Parlament für das Haushaltsjahr 2015 50 Millionen EUR an Vorauszahlungen und entsprechenden Mitteln bereitgestellt werden.

Jonathan Arnott (EFDD), *in writing*. — Aid through the Solidarity Fund is not an efficient means of assisting with floods. It only represents a small portion of the money spent by Member States and is an administrative nightmare. Far better to reduce Member States' contributions and to allow them to deal with such matters directly themselves.

Zigmantas Balčytis (S&D), *raštu*. — Balsavau už visus 2014 m. taisomojo biudžeto projektus bei už Europos Parlamento ir Tarybos pasiektą susitarimą dėl 2015 m. biudžeto. Sveikinu Europos Parlamento derybininkus, kurie pasiekė, kad neatidėliotinioms šių metų ES biudžeto skoloms apmokėti būtų skirta 4,25 mlrd. eurų ir kad Europos Komisija būtų įpareigota parengti laipsnišką neapmokėtų sąskaitų sumažinimo planą bei ateityje nustatyti tvarią skolų ribą. Parlamento dėka įsipareigojimams bus skirta 0,5 mlrd. eurų daugiau nei siūlė ES Taryba. Daugiau lėšų bus skirta ES mokslinių tyrimų programai „Horizontas 2020“ bei studentų ir jaunimo mainų programai „Erasmus+“. Sveikintina, kad padidintas finansavimas Europos kaimynystės programoms, humanitarinei pagalbai bei bendrai užsienio saugumo politikai, o tai atsižvelgiant į šią dieną situaciją Europoje yra labai aktualu. Tačiau nepritariu finansavimo sumažinimui Europos žemės ūkio garantijų fondui, nes tai atsilieps daugeliui ES ūkininkų, kurie yra atsidūrę itin sunkioje padėtyje dėl užsietusios Rusijos embargo, ir kuriems yra būtina ES pagalba.

Hugues Bayet (S&D), *par écrit*. — Le Fonds de solidarité de l'Union européenne a pour vocation de lutter contre les catastrophes naturelles de grande ampleur et d'exprimer la solidarité de la communauté vis-à-vis des régions européennes sinistrées. Il est doté d'un plafond annuel de 500 millions d'euros.

La présente proposition de décision, que j'ai soutenue, vise à mobiliser pour l'exercice 2015 une somme de 50 millions d'euros en engagements et en paiements pour le paiement d'avances au titre du Fonds dans les cas d'urgence. L'avance ne peut être supérieure à 10 % du montant de la contribution financière prévue (et n'est en aucun cas supérieure à 30 millions d'euros).

Mittwoch, 17. Dezember 2014

Dominique Bilde (NI), *par écrit*. — Cette proposition de résolution concernant la mobilisation du Fonds de solidarité de l'UE concernant les régions touchées par des catastrophes n'est pas liée à un cas particulier de catastrophe naturelle comme ce fut le cas des autres demandes de votes sur des aides suite à des événements survenus dans des pays. Ce rapport vise à inscrire 50 millions d'EUR en crédits d'engagement et de paiement afin de prévoir les avances à verser au plus vite en cas de catastrophes naturelles en 2015. Cela doit permettre de réagir plus rapidement que la procédure normale mais je tiens à déplorer tout de même le faible niveau de crédits en ce sens alors que l'UE n'hésite pas à dépenser de l'argent partout dans le monde. Afin de garantir le principe de solidarité au niveau européen, auquel je ne peux rester insensible en cas de catastrophes naturelles, j'ai évidemment voté pour.

Mara Bizzotto (NI), *per iscritto*. — Ho votato a favore della mobilitazione anticipata di 50 milioni di EUR del Fondo di Solidarietà a valere sull'esercizio 2015. Tale stanziamento non pregiudicherà i suoi futuri interventi ma ne dovrebbe invece accelerare le operazioni di utilizzo.

José Blanco López (S&D), *por escrito*. — He votado a favor de esta Decisión del Parlamento y del Consejo que permitirá consignar en el presupuesto 2015 un total de 50 millones de euros en créditos de compromiso y de pago destinados al Fondo de Solidaridad de la Unión Europea.

Mercedes Bresso (S&D), *in writing*. — I voted for this because we need to have concrete help for the zones in the European Union which have suffered natural catastrophes.

Daniel Buda (PPE), *în scris*. — Am votat în favoarea raportului de mobilizare a Fondului de solidaritate al Uniunii Europene pentru suma de 50 000 000 EUR în credite de angajament și de plată, care vor fi incluse în bugetul 2015 pentru plata avansurilor în scopul de a satisface nevoile cele mai urgente.

Prin această decizie, Uniunea se solidarizează cu populația din regiunile afectate de catastrofele naturale. În acest an, mai multe țări UE și non-UE au fost afectate intens de inundațiile cauzate de ploile torențiale precum și de alte catastrofe naturale cum ar fi cutremurele. Sute de mii de cetățeni europeni au suferit prejudicii materiale și financiare colosale. Cetățenii au pierdut într-o fracțiune de secundă case, culturi agricole, și chiar animale domestice.

Solidaritatea este unul dintre principiile fundamentale ale Uniunii Europene iar prin această decizie, Parlamentul European demonstrează încă o dată faptul că respectă principiile fundamentale ale UE și pune grija față de cetățean în fața oricărui alt interes.

Gianluca Buonanno (NI), *per iscritto*. — Voto favorevole. Il Quadro finanziario pluriennale 2014-2020 ha definito in 500 milioni di EUR la soglia di stanziamento annuo massima (ai prezzi 2011) per il Fondo di solidarietà dell'UE (che interviene in caso di calamità naturali). Per il versamento di anticipi la somma massima annuale che si può stanziare è di 50 milioni di EUR. Con questo voto si mobilita il Fondo di solidarietà per stanziamenti d'impegno e di pagamento anticipati per 50 milioni di EUR per l'esercizio 2015. Questo stanziamento, chiaramente, non pregiudica ulteriori futuri interventi e dovrebbe comunque permettere di accelerare le future operazioni che indubbiamente vedranno l'utilizzo del fondo (dal momento che numerose calamità stanno colpendo l'Italia, la Francia e altri Stati membri). In commissione per bilanci questo provvedimento è passato quasi all'unanimità con 36 voti a favore e uno solo contrario.

Nicola Caputo (S&D), *per iscritto*. — Oggi ho votato a favore della relazione sulla mobilitazione del Fondo di solidarietà dell'UE per le regioni colpite da catastrofi. Il Fondo di solidarietà dell'Unione europea è stato istituito per rispondere alle grandi calamità naturali e rappresenta uno degli esempi più visibili ed efficaci di solidarietà nell'UE. L'attuale decisione del Parlamento europeo e del Consiglio si propone di inserire nel bilancio 2015 l'importo di 50 milioni di EUR, che corrisponde ad anticipi, che verranno impiegati per rispondere in maniera più rapida ed efficace qualora dovessero verificarsi eventi eccezionali nel corso del prossimo anno. Una pronta reazione alle catastrofi da parte delle istituzioni europee, mediante l'anticipazione di risorse, può contribuire in maniera determinante a fornire assistenza concreta ai cittadini europei colpiti, ed è per questo che ho votato a favore della relazione.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), *per iscritto*. — Ancora una volta si dimostra la poca flessibilità degli strumenti finanziari delle istituzioni che necessitano ogni anno di aggiunte e rettifiche. Queste modifiche comportano necessariamente aumenti di spesa e contribuiscono ad aumentare la massa di pagamenti arretrati.

Alberto Cirio (PPE), *per iscritto*. — Ho votato a favore di questa proposta nella speranza che il denaro accantonato in questo Fondo non venga mai utilizzato e che si riproponga ogni anno come un risparmio dell'UE. Peccato sapere che questa prospettiva è improbabile, e ben venga lo stanziamento di somme da utilizzare in casi di emergenza.

Carlos Coelho (PPE), *por escrito*. — O Fundo de Solidariedade da União Europeia (FSUE) foi criado para dar resposta a catástrofes naturais de grandes proporções e expressar a solidariedade europeia a regiões sinistradas na Europa. O Fundo pode prestar ajuda financeira aos Estados-Membros e aos países candidatos que negociam a sua adesão. O fundo pode também ser mobilizado em caso de catástrofes regionais.

A presente decisão do Parlamento e do Conselho tem por objetivo inscrever no orçamento de 2015 o montante de 50 milhões de euros em dotações de autorização e de pagamentos, o que corresponde aos adiantamentos que terão de ser pagos de forma mais célere e eficiente em caso de catástrofe natural no próximo ano.

Com esta decisão enviamos uma mensagem política clara de solidariedade, ao mesmo tempo que prestamos uma assistência real aos cidadãos afetados de forma mais rápida.

Lara Comi (PPE), *per iscritto*. - Ho votato a favore della modifica apportata alla normativa riguardante il Fondo di solidarietà dell'Unione europea (FSUE). È importante assicurare agli Stati membri di ricevere un sostegno finanziario per rispondere a un disastro naturale più rapidamente possibile. Resta aperta però la questione sul finanziamento degli *special instruments* e mi auguro che si possa trovare una soluzione quanto prima.

Therese Comodini Cachia (PPE), *in writing*. — The European Union has created a European Union Solidarity Fund (EUSF) to show solidarity with the population of regions struck by disasters. I have voted in favour of this report to enable a prompt reaction in the event of a natural disaster next year. A prompt reaction, including through the payment of an advance payment, will assure that the objectives of the EUSF (solidarity and genuine assistance to affected citizens) are achieved.

Ignazio Corrao (EFDD), *per iscritto*. — Il Fondo di solidarietà dell'Unione europea è stato istituito per far fronte a gravi calamità naturali e per esprimere la solidarietà europea alle regioni d'Europa colpite da catastrofi. Il Fondo può fornire sostegno finanziario agli Stati membri e ai paesi impegnati nei negoziati di adesione colpiti da catastrofi naturali gravi qualora il totale dei danni diretti causati dalla catastrofe superi i 3 miliardi di euro, a prezzi del 2011, o lo 0,6% del reddito nazionale lordo del paese interessato, qualunque sia l'importo inferiore. Esso può altresì essere mobilitato in caso di catastrofe su scala regionale.

Voto a favore della presente risoluzione in quanto il fondo di solidarietà dell'UE non rappresenta soltanto un'altra forma di sostegno finanziario da parte dell'Unione, ma contribuisce anche a inviare un chiaro messaggio politico di solidarietà, fornendo al contempo un'assistenza reale alle zone colpite. Tali obiettivi possono essere realizzati grazie a una reazione tempestiva, che potrà anche assumere la forma di un anticipo.

Javier Couso Permuy (GUE/NGL), *por escrito*. — El Fondo de Solidaridad de la Unión Europea (FSUE) se creó para intervenir en caso de catástrofes naturales graves y aportar la solidaridad europea a las regiones siniestradas de Europa. El Fondo puede proporcionar ayuda financiera a Estados miembros y países en vías de adhesión en caso de que se produzca una catástrofe natural grave siempre que el daño total directo supere los 3 000 millones EUR a precios de 2011 o el 0,6 % de la renta nacional bruta del país, si este es inferior.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

El Reglamento MFP para el periodo 2014-2020 permite en su artículo 10 la movilización del Fondo dentro del límite anual de 500 000 000 EUR. La presente Decisión del Parlamento Europeo y del Consejo no está vinculada a ningún caso específico de catástrofe natural. En su lugar, su objetivo es consignar 50 000 000 EUR en créditos de compromiso y de pago en el presupuesto 2015, lo que corresponde a los anticipos que habrá que abonar con mayor rapidez y eficacia en caso de que se produzca una catástrofe natural el próximo año. Por ello he votado a favor.

Andi Cristea (S&D), în scris. — Fondul de solidaritate al UE este un instrument financiar nerambursabil pentru situații de urgență, reprezentând în același timp și exprimarea unei solidarități din partea Uniunii, prin oferirea unui sprijin concret acordat cetățenilor afectați.

Scopul acestui fond este de a acoperi o parte din cheltuielile publice efectuate de statul beneficiar pentru depășirea efectelor catastrofelor naturale majore.

România a beneficiat de sprijin prin intermediul acestui Fond, fiindu-i alocată de Comisie suma de 2 475 689 de euro, pentru a înlătura pagubele provocate de secetă, precum și de incendiile de pădure și vegetație care au afectat țara noastră în 2012.

Obiectivul prezentei decizii este de a înscrie în bugetul pentru 2015 suma de 50 de milioane euro sub formă de credite de angajament și de plată, această sumă fiind necesară pentru a plăti rapid și eficient avansurile în cazul unei catastrofe naturale ce ar surveni în exercițiul financiar următor.

Am votat pentru susținerea acestei măsuri foarte importante pentru ca asistența financiară să fie pusă la dispoziția statelor membre într-o manieră mai rapidă.

Miriam Dalli (S&D), in writing. — The European Union Solidarity Fund (EUSF) was set up to respond to major natural disasters and express European solidarity with disaster-stricken regions within Europe. The Fund can provide financial aid to Member States and countries engaged in accession negotiations in the event of a major natural disaster.

The current Decision of the European Parliament and of the Council is not linked to a specific case of a natural disaster. It aims at entering in the 2015 budget the amount of EUR 50 million in commitments and payments, which corresponds to advances that will need to be paid out in a speedier and more efficient way in the event of a natural disaster next year. I agree with the need to have such a change in process to provide support in a quicker way.

Rachida Dati (PPE), par écrit. – En vertu des règles en vigueur, il est possible de budgétiser, au titre du Fonds de solidarité, un montant de 50 millions d'euros permettant de réagir aux catastrophes naturelles plus rapidement que ne l'autoriseraient la procédure normale. Il est crucial, en effet, que les États membres touchés par des phénomènes naturels exceptionnels puissent rapidement compter sur l'aide européenne en complément des mesures budgétaires qu'ils prennent déjà.

Isabella De Monte (S&D), per iscritto. — Il Fondo di solidarietà dell'Unione europea (FSUE) fornisce sostegno finanziario agli Stati membri e ai paesi impegnati nei negoziati di adesione colpiti da catastrofi naturali gravi, qualora il totale dei danni diretti causati dalla catastrofe superi i 3 miliardi di euro. Esso può anche essere mobilitato in caso di catastrofe su scala regionale. Con questo voto ho sostenuto la decisione del Parlamento europeo e del Consiglio di iscrivere nel bilancio 2015 un importo pari a 50 milioni di euro in stanziamenti d'impegno e di pagamento, che corrispondono agli anticipi da erogare nell'eventualità di una catastrofe naturale il prossimo anno. Questa decisione è volta a garantire agli Stati Membri un sostegno finanziario, per reagire alle catastrofi naturali nel modo più rapido possibile.

Tamás Deutsch (PPE), írásban. — Az Európai Parlament ma nagy többséggel elfogadta a 2015. évi uniós költségvetést és a 2014. évi többletforrásokról szóló módosításokat. A megállapodás óriási előnye, hogy azzal még idén elfogadásra kerülhet a 2015-ös uniós költségvetés, azaz jövőre nem csak az idei költségvetés tizenkettédét lehetne kifizetni havonta. 2014-re így 4 milliárd euró többletforrást mozgósítanak, amelyből 3,5 milliárd euró úgynevezett „friss pénz”, azaz nem átcsoportosítások eredménye.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

Az EP csak azzal a feltétellel járult hozzá a jövő évi EU-költségvetés elfogadásához, hogy az Európai Bizottság tervet dolgoz ki a kifizetetlen számlák fenntartható szintre csökkentésére. 2014-ben már 23,4 milliárd euró a korábbi évről áthúzódó számla kifizetését kell megoldani. Ehhez is biztosítja a mai szavazás a közel 4 milliárd eurós többletforrást.

Az Európai Parlament mai döntésével biztosítottak az idei és a jövő évi költségvetés Magyarországnak járó agrár- és kohéziós forrásai is. A magyar néppárti delegáció, együtt az Európai Néppárttal, hazánk nemzeti érdekeinek képviselőiben felelősségteljesen döntött és megszavazta a 2015. évi uniós költségvetést és az ahhoz kapcsolódó megállapodásban szereplő valamennyi jelentést. A megállapodás részét képezik a Szolidaritási Alapot mozgósító jelentések is, amelyek az Európa különböző régióit sújtó természeti katasztrófák okozta károkat enyhítik.

Mireille D'Ornano (NI), *par écrit*. — Les importantes contributions des États membres doivent être en priorité reversées aux Européens et en particulier aux sinistrés de catastrophes naturelles. Il s'agit d'une solidarité saine et sincère que je soutiens, raison pour laquelle j'ai voté en faveur de ce rapport.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI), *γραφικώς*. — Υπερψήφισα την έκθεση, διότι διατηρώ την πεποίθησή ότι η ΕΕ οφείλει να είναι ευέλικτη, όταν συντρέχουν λόγοι αποζημίωσης χωρών που επλήγησαν από φυσικές καταστροφές.

José Manuel Fernandes (PPE), *por escrito*. - O Fundo de Solidariedade da União Europeia (FSUE) foi criado para dar resposta a catástrofes naturais de grandes proporções e expressar a solidariedade europeia a regiões sinistradas na Europa. Os países que negoceiem a sua adesão podem ter uma ajuda financeira se o total dos danos diretos causados pela catástrofe exceder 3 mil milhões de euros ou 0,6 % do rendimento nacional bruto do país, consoante o que for menor. O Parlamento Europeu defendeu veementemente nas negociações pertinentes com o Conselho a necessidade de prestar ajuda financeira aos Estados-Membros para dar resposta a uma catástrofe mais rapidamente do que o previsto pelo procedimento normal. Esta posição prevaleceu nas negociações, pelo que todos os anos deve ser inscrito no orçamento um montante máximo de 50 milhões de euros para esse fim. Concordo que os montantes sejam inscritos no orçamento de 2015.

Rosa Estaràs Ferragut (PPE), *por escrito*. — En el año 2002, como consecuencia de las graves inundaciones en Europa central, la UE decidió crear los Fondos de Solidaridad para intervenir en casos de catástrofes naturales graves, cuyas bases se establecieron en el Reglamento (CE) nº 2012/2002. La prioridad de la movilización de los Fondos de Solidaridad es minimizar el impacto inmediato y directo de las catástrofes naturales. En este sentido, en enero de 2014 tuve el placer de ser la ponente del informe del Parlamento Europeo para la reforma del Reglamento por el que se establecen dichos fondos con el objetivo de garantizar una movilización rápida y eficaz. Dicha reforma entró en vigor el 28 de junio de 2014 garantizando una mayor efectividad y celeridad en la movilización de los fondos, así como una simplificación de los criterios en la petición de las ayudas. Lograr los objetivos de rapidez y eficacia es crucial para minimizar el impacto de las catástrofes naturales. De la celeridad con la que se pueda disponer de dichos fondos para sufragar parte de las tareas de rescate, así como para iniciar la reconstrucción y recuperación de infraestructuras y servicios estratégicos, dependerá en gran medida la recuperación económica y social de las regiones afectadas por catástrofes naturales.

Monika Flašíková Beňová (S&D), *písomne* — Európsky parlament v minulosti vždy dôrazne obhajoval v príslušných rokovaníach s Radou ustanovenia nového nariadenia o fonde solidarity, pričom uznáva potrebu, aby členské štáty dostávali finančnú podporu s cieľom reagovať na prírodné katastrofy rýchlejšie, ako by to bolo možné pri bežnom postupe. Preto podporujem, aby sa na tento účel zahrnula do rozpočtu suma do výšky 50 miliónov Eur, ktorá umožní poskytnúť členskému štátu zálohu do výšky 10 % predpokladaného finančného príspevku. Fond solidarity Európskej únie totiž prispieva k vyslaniu jednoznačného politického signálu solidarity a poskytuje reálnu pomoc postihnutým občanom a regiónom.

Λάμπρος Φουντούλης (NI), *γραφικώς*. — Η ΕΕ οφείλει να είναι ευέλικτη, όταν συντρέχουν λόγοι αποζημίωσης χωρών που επλήγησαν από φυσικές καταστροφές. Ψηφίζω υπέρ της κινητοποίησης του Ταμείου Αλληλεγγύης της ΕΕ για τις περιοχές που πλήττονται από καταστροφές.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

Michela Giuffrida (S&D), *per iscritto*. — In questi ultimi mesi una straordinaria ondata di maltempo si è abbattuta sull'Italia, causando pesantissimi danni in molte regioni. La mia regione, la Sicilia, è stata investita da violenti tornado e trombe d'aria che hanno causato ingenti danni economici e seminato terrore tra la popolazione. Anche se di natura diversa, molti Stati dell'Unione si sono trovati nella condizione di necessità di richiedere l'intervento di questo fondo. Il Fondo di solidarietà non è solo un aiuto economico, uno strumento finanziario. Rappresenta anche e soprattutto un messaggio politico: l'Unione europea c'è; non impone solo vincoli ma offre aiuto e sostegno.

Tania González Peñas (GUE/NGL), *por escrito*. - Nuestro voto es favorable a todas las transferencias redistributivas que tengan por fin la ayuda a regiones o países afectados por catástrofes naturales. Creemos particularmente en el carácter redistributivo que debería tener el presupuesto europeo.

Antanas Guoga (ALDE), *in writing*. — I voted in favour of the motion on the EU Solidarity Fund. This fund is created to respond to major natural disasters. This expresses the solidarity of all the Member States, which I think is absolutely necessary for the Union. It is important to ensure that money reaches the affected Member State rapidly, in order for the citizens of the region to feel the support.

Pablo Iglesias (GUE/NGL), *por escrito*. - Nuestro voto es favorable a todas las transferencias redistributivas que tengan por fin la ayuda a regiones o países afectados por catástrofes naturales. Creemos particularmente en el carácter redistributivo que debería tener el presupuesto europeo.

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan*. — Glasao sam ZA prijedlog Rezolucije o prijedlogu Odluke Europskog parlamenta i Vijeća o mobilizaciji Fonda Solidarnosti Europske unije kako bi se iznos od 50 milijuna eura unio u proračun za 2015. godinu, što bi omogućilo brže i učinkovitije djelovanje u slučaju pomaganja pri velikim prirodnim katastrofama tokom sljedeće godine. Fond je naime osnovan kako bi se što uspješnije nosilo s velikim prirodnim katastrofama i što brže i djelotvornije pružilo financijsku pomoć pogođenim državama i regijama, odnosno zemljama članicama EU-a i zemljama pristupnicama.

Smatram da je iznimno važno da zemlje članice i pristupnice u trenutku katastrofe brže prime financijsku pomoć nego što je to omogućeno normalnom procedurom. Ovakva potpora od strane EU-a nosi jasnu političku poruku solidarnosti dok se pruža pomoć potrebitima.

Diane James (EFDD), *in writing*. — While I understand that this is for aid, which could be used to help victims, the British public are already more than generous with donating funds to charitable causes when natural disasters occur. I do not believe foreign aid to be in the remit of the EU, so I voted against this proposal.

Afzal Khan (S&D), *in writing*. — I supported the mobilisation of the fund, as it is crucial that we show solidarity with people from the affected areas by helping to rebuild basic infrastructure, funding emergency services, providing temporary accommodation, contributing to clean-up operations and countering immediate health risks.

Giovanni La Via (PPE), *per iscritto*. — La relazione appena approvata non è collegata ad uno specifico caso di mobilitazione del Fondo di solidarietà dell'Unione europea, ma mira ad introdurre nel bilancio per il 2015 un importo di 50 milioni di euro in stanziamenti d'impegno e di pagamento, che corrispondono ad un anticipo che sarà necessario per assicurare risposte efficienti in caso dell'accadimento di disastri naturali all'inizio del prossimo anno.

Si tratta di uno strumento per noi fondamentale, che dobbiamo migliorare al fine di ottenere risposte in tempi più rapidi rispetto a quelli avuti sino ad oggi, vista anche la particolare natura solidale ed emergenziale dello stesso.

Paloma López Bermejo (GUE/NGL), *por escrito*. — El Fondo de Solidaridad de la Unión Europea (FSUE) se creó para intervenir en caso de catástrofes naturales graves y aportar la solidaridad europea a las regiones siniestradas de Europa. El Fondo puede proporcionar ayuda financiera a Estados miembros y países en vías de adhesión en caso de que se produzca una catástrofe natural grave siempre que el daño total directo supere los 3 000 millones EUR a precios de 2011 o el 0,6 % de la renta nacional bruta del país, si este es inferior.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

El Reglamento MFP para el periodo 2014-2020 permite en su artículo 10 la movilización del Fondo dentro del límite anual de 500 000 000 EUR. La presente Decisión del Parlamento Europeo y del Consejo no está vinculada a ningún caso específico de catástrofe natural. En su lugar, su objetivo es consignar 50 000 000 EUR en créditos de compromiso y de pago en el presupuesto 2015, lo que corresponde a los anticipos que habrá que abonar con mayor rapidez y eficacia en caso de que se produzca una catástrofe natural el próximo año. Por ello he votado a favor.

Antonio López-Istúriz White (PPE), *por escrito*. — El Fondo de Solidaridad de la Unión Europea (FSUE) se creó para responder a las grandes catástrofes naturales y expresar la solidaridad europea a través de ayuda financiera a las regiones afectadas por estos desastres en Europa.

Actualmente el FSUE cuenta con un presupuesto máximo de 500 millones de euros al año, pero se ha observado que en muchos casos sería conveniente crear un mecanismo para afrontar casos extremos de urgencia. Con este fin en mente, se reserva el 10 % de los fondos totales del FSUE —un fondo de 50 millones de euros— que servirá para la financiación anticipada de zonas afectadas por desastres, permitiendo reaccionar de forma más rápida y eficiente sin tener que esperar a la realización completa de los trámites burocráticos.

Esta medida no supone simplemente otra forma de apoyo financiero de la UE, sino que es un mensaje político claro de solidaridad, al tiempo que proporciona una verdadera asistencia a los ciudadanos afectados.

Ivana Maletić (PPE), *napisan*. —

U posljednje je tri godine u prirodnim katastrofama na svijetu izgubljeno više od 40 tisuća ljudskih života i prouzročeni su ekonomski gubici u vrijednosti od oko 350 milijardi dolara. U 2012. su najveće ekonomske gubitke, od ukupno 18 milijardi dolara, prouzročile poplave koje su pogodile Njemačku, Češku i susjedne zemlje. Ove je godine oluja praćena tučom nazvana Andreas u srpnju pogodila Njemačku i Francusku prouzročivši ukupne ekonomske gubitke procijenjene na 3,8 milijardi dolara.

Najveća prirodna katastrofa ove godine, Ciklona Donat, je na proljeće pogodila područje Hrvatske, Italije, Bosne i Hercegovine te Srbije izazvavši katastrofalne posljedice. Posljedice u Hrvatskoj bile su nesagledive, evakuirano je preko 15 tisuća ljudi, a ukupna šteta procijenjena je na više od 220 milijuna eura. Ovo su samo neke od prirodnih katastrofa koje su pogodile Europu i ostavile za sobom štete koje ni do danas nisu otklonjene.

Stoga podržavam ovaj prijedlog mobilizacije 50 milijuna eura iz Fonda za solidarnost Europske unije. Ovaj novac je potreban za oporavak stradalih područja i sprječavanje novih šteta. Posljedice prirodnih katastrofa, koje su sve češće, ogromne su, ne samo zbog izgubljenih života već i gubitka domova, poslova, nestanka industrija i gospodarstava koji su na tom području bili razvijeni.

Светослав Христов Малинов (РРЕ), *в писмена форма*. — През изминаващата година редица държави в Европа, сред които и България, станаха жертва на природни бедствия, които нанесоха щети за милиарди евро и отнеха десетки човешки живота. По изчисление на властите в България наводненията, които заляха Варна, Добрич, Велико Търново, Габрово, Бургас, Монтана и много други населени места, нанесоха щети за повече от 300 милиона евро или над 0,8% от БВП на страната.

Като представител на една от засегнатите страни, аз съм удовлетворен, че с решението си за мобилизиране на европейския фонд „Солидарност“ за финансово подпомагане на засегнатите страни Европейският съюз доказва, че солидарността, като една от основополагащите и изконни европейски ценности, не е просто добро пожелание, записано в Договорите. През следващите месеци България ще получи 10 542 100 евро от фонд „Солидарност“ на ЕС. Макар и малко като процент от общите щети, средствата ще бъдат използвани за спешни възстановителни дейности.

С вота си днес Европейският парламент показва, че в моменти на трудности и на кризи, държавите членки си подават ръка една на друга и могат да демонстрират подкрепа в момент на нужда. Убеден съм, че именно солидарността и обединените усилия са движещата сила на нашия континент!

Νότης Μαριάς (ΕCΡ), *γραπτός*. — Υπερψηφίζω την έκθεση Μυρεσαν σχετικά με την Κινητοποίηση του Ταμείου Αλληλεγγύης της ΕΕ: περιοχές που πλήττονται από καταστροφές, διότι με την έκθεση αυτή δρομολογείται η οικονομική ενίσχυση των εν λόγω περιφερειών για τις ζημιές που έχουν υποστεί.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

Fulvio Martusciello (PPE), *per iscritto*. — Ho votato a favore della relazione concernente la mobilitazione del Fondo di solidarietà dell'UE. La relazione è volta a iscrivere nel bilancio 2015 un importo pari a 50 milioni di EUR in stanziamenti d'impegno e di pagamento che corrispondono agli anticipi da erogare in maniera più efficace e tempestiva nell'eventualità di una catastrofe naturale. È dunque di primaria importanza esprimere solidarietà e sostegno a tutti i cittadini dei paesi colpiti da catastrofi.

Barbara Matera (PPE), *per iscritto*. — La decisione di votare a favore della relazione Mureșan deriva dalla consapevolezza che l'iscrizione di ulteriori 50 milioni di euro nel bilancio 2015 da destinare, sotto forma di anticipi, al Fondo di solidarietà dell'Unione europea, permetterà un intervento più tempestivo, da parte dell'Unione europea, nell'eventualità in cui, il prossimo anno, si verificasse una catastrofe naturale all'interno dei confini comunitari.

Georg Mayer (NI), *schriftlich*. — Eine neuerliche Einrichtung des Solidaritätsfonds für von Katastrophen betroffene Regionen ist nur zu unterstützen. Wir müssen auch weiterhin jene Bürger der Europäischen Union, die vom Schicksal schwer getroffen wurden, unterstützen und ihnen beim Wiederaufbau ihrer Heimat behilflich sein.

Jean-Luc Mélenchon (GUE/NGL), *par écrit*. — Ce rapport vise à améliorer le Fonds de solidarité de l'Union européenne qui vient en aide aux pays touchés par des «catastrophes naturelles majeures» pour les aider à reconstruire. Il inscrit au budget 2015 le montant de 50 millions d'EUR en crédits d'engagement et de paiement afin de permettre de verser plus rapidement les fonds au pays en détresse. Les sollicitations de ce fonds vont augmenter tant le capitalisme effréné qui dérègle le climat et les politiques austéritaires des gouvernements ne permettent pas d'y faire face. Je vote pour cette allocation cruciale pour venir en aide aux pays touchés par des catastrophes environnementales toujours grandissantes.

Nuno Melo (PPE), *por escrito*. — O Fundo de Solidariedade da União Europeia (FSUE) foi criado para dar resposta a catástrofes naturais de grandes proporções e expressar a solidariedade europeia a regiões sinistradas na Europa. O Fundo pode prestar ajuda financeira aos Estados-Membros e aos países que negociam a sua adesão, em caso de catástrofes naturais de grandes proporções, se o total dos danos diretos causados pela catástrofe exceder 3 mil milhões de euros, a preços de 2011, ou 0,6 % do rendimento nacional bruto do país, consoante o que for menor. Também pode ser mobilizado em caso de catástrofe regional. Com as alterações introduzidas, espero que este instrumento se torne mais rápido e eficaz. Daí o meu voto favorável.

Roberta Metsola (PPE), *in writing*. — In light of the ongoing climatic challenges and natural disasters, the EU Solidarity Fund offers some relief for the European region. This is why I voted in favour of this proposal that will set aside funds for payment of advances and the corresponding appropriations entered into the general budget of the Union. We experienced multiple natural disasters in 2014 and it is crucial that the EU Solidarity Fund is ready to offer support and relief for those most affected.

Louis Michel (ALDE), *par écrit*. — La gravité et la complexité des catastrophes naturelles en Europe s'accroissent rapidement et inévitablement ces dernières années, créant des dégâts humains et matériels considérables pour certaines régions. Les préjudices économiques, sociaux et environnementaux que ces catastrophes engendrent ne peuvent pas rester sans réponse. En approuvant la mobilisation du Fonds de solidarité à hauteur de 50 millions d'euros pour assurer les besoins les plus urgents, nous respectons nos engagements et exprimons notre solidarité à l'égard des populations des régions sinistrées de l'UE mais aussi des pays adhérents touchés par ces catastrophes. Il y a un réel défi pour l'UE de coordonner et de renforcer ses instruments afin de pouvoir disposer de moyens viables pour agir efficacement face à ces catastrophes transfrontalières.

Miroslav Mikolášik (PPE), *písomne*. — Fond solidarity Európskej únie je významným nástrojom Európskej únie na odstraňovanie následkov veľkých prírodných katastrof. Finančná pomoc predstavuje konkrétny prejav solidarity Únie a jej občanov s postihnutými regiónmi, kde škoda spôsobená katastrofou presahuje sumu 3 miliardy EUR alebo 0,6 % hrubého národného dôchodku krajiny.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

Vzhľadom na neblahé skúsenosti z predošlých rokov s prietahmi pri vyplácaní pomoci som hlasoval za prijatie rozhodnutia, aby sa v rámci všeobecného rozpočtu Európskej únie na budúci rozpočtový rok 2015 mobilizoval Fond solidarity Európskej únie na účely možnosti poskytnúť prostriedky na vyplácanie záloh vo výške 50 000 000 EUR vo viazaných a platobných rozpočtových prostriedkoch.

Vďaka tomuto opatreniu bude budúci rok možné pohotovejšie a flexibilnejšie vyplácať finančnú podporu pre región postihnutý katastrofou.

Marlene Mizzi (S&D), *in writing*. — I have voted in favour of this report, which proposes to mobilise the European Union Solidarity Fund (EUSF) in favour of major natural disasters and express European solidarity to disaster-stricken regions within Europe.

Sophie Montel (NI), *par écrit*. — Considérant que le principe de solidarité européenne doit évidemment s'appliquer pour remédier aux dégâts engendrés par les catastrophes, j'ai bien entendu voté pour la mobilisation du Fonds de solidarité de l'UE.

Claude Moraes (S&D), *in writing*. — I voted in favour of the mobilisation of the Solidarity Fund in order to better equip Member States to rebuild basic infrastructure, fund emergency services, provide temporary accommodation, contribute to clean-up operations and counter immediate health risks.

Alessandra Mussolini (PPE), *per iscritto*. — Signor Presidente, onorevoli colleghi, ho votato a favore della relazione dell'on. Muresan sulla mobilitazione del Fondo di solidarietà in modo che si stanzino già da ora 50 milioni di EUR volti a coprire in maniera più tempestiva un'eventuale catastrofe naturale il prossimo anno.

Victor Negrescu (S&D), *in scris*. — Am votat pentru acest proiect întrucât raportul instituționalizează mecanismele destinate să sprijine regiunile afectate de catastrofe. Cu toate acestea, raportul prezintă anumite lipsuri în ceea ce constă claritatea și mijloacele folosite în sprijinirea regiunilor afectate de catastrofe și nu aduce completări majore la baza legală deja existentă.

Franz Obermayr (NI), *schriftlich*. - Da die formalen Kriterien für die Vergabe der Hilfsmittel eingehalten wurden und den genannten Mitgliedstaaten schnell und unbürokratisch Hilfe zukommen sollte, habe ich für den Antrag gestimmt.

Younous Omarjee (GUE/NGL), *par écrit*. — Le FSUE a été créé suite aux inondations qui ont touché l'Europe centrale durant l'été 2002. J'ai voté en faveur du déploiement de ce fonds qui permet une mobilisation rapide de ressources en cas de catastrophe.

Urmas Paet (ALDE), *kirjalikult*. — Toetasin ettepanekut kanda 2015. aasta eelarvesse 50 miljonit eurot, sest selle abil on võimalik kiiremini ja tõhusamalt aidata katastroofialadel elavaid inimesi. On väga oluline, et loodusõnnetuste puhul oleksid loodud kõik tingimused, et abi saabuks võimalikult kiiresti.

Aldo Patriciello (PPE), *per iscritto*. — Cari colleghi e care colleghe, l'Unione europea ha istituito un Fondo di solidarietà dell'Unione europea per testimoniare solidarietà alla popolazione di regioni colpite da catastrofi. Il regolamento n. 1311/2013 del Consiglio autorizza il ricorso al Fondo di solidarietà dell'Unione europea nei limiti di un importo annuo massimo di 500 milioni di EUR e ha previsto che un importo di 50 000 000 EUR sia reso disponibile per il versamento di anticipi mediante stanziamenti iscritti al bilancio generale dell'Unione. Per tali ragioni esprimerei il mio voto favorevole.

Florian Philippot (NI), *par écrit*. — Si nous n'approuvons pas la politique de cohésion de l'Union et pensons qu'elle ne permet pas d'atténuer les disparités économiques et sociales entre les États membres, nous pensons que le principe de solidarité européenne peut avoir un sens lorsqu'un de nos voisins européens est gravement frappé par une catastrophe naturelle. Au demeurant, les épisodes climatiques qui ont frappé le sud de la France ces derniers mois nous confortent dans l'idée qu'une entraide financière mutuelle doit permettre de mieux répondre aux conséquences humaines, matérielles et financières de ce type d'évènement tragique. La gestion commune des risques naturels doit être encouragée au niveau européen afin de renforcer la mutualisation des risques. C'est pourquoi j'ai voté pour la mobilisation du Fonds de solidarité.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

Franck Proust (PPE), *par écrit*. — Je suis favorable à l'expression de la solidarité des peuples par le biais d'un fonds dédié d'un montant de 50 millions d'euros pour l'année 2015.

Paulo Rangel (PPE), *por escrito*. — O Fundo de Solidariedade da União Europeia (FSUE) foi criado para dar resposta a catástrofes naturais de grandes proporções e expressar a solidariedade europeia para com as populações das regiões afetadas. As condições de mobilização do FSUE estão definidas no Regulamento (CE) n.º 2012/2002 do Conselho, o qual, na sua redação atual, prevê a possibilidade de mobilização do Fundo num montante máximo de 50.000.000 euros para pagamento de adiantamentos, incluindo a inscrição das respetivas dotações no orçamento geral da União (cf. artigo 4.º-A, n.º 4). Trata-se de uma nova disposição que pretende assegurar que, na sequência de uma avaliação preliminar feita pela Comissão, possa, de forma célere e eficiente, ser prestada ajuda financeira (sob a forma de adiantamentos) aos Estados-Membros para resposta às catástrofes que possam ocorrer. Ora, a presente decisão tem justamente como objetivo inscrever no orçamento de 2015 o montante de 50 milhões de euros em dotações de autorização e de pagamento, o que corresponde aos adiantamentos a pagar em caso de catástrofe natural no próximo ano. Por considerar que é essencial que se criem condições para que sejam dadas respostas rápidas a eventuais situações de catástrofe natural, votei favoravelmente.

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D), *por escrito*. — He votado a favor de esta Decisión del Parlamento y del Consejo que permitirá consignar en el presupuesto 2015 un total de 50 millones de euros en créditos de compromiso y de pago destinados al Fondo de Solidaridad de la Unión Europea.

Teresa Rodriguez-Rubio (GUE/NGL), *por escrito*. - Nuestro voto es favorable a todas las transferencias redistributivas que tengan por fin la ayuda a regiones o países afectados por catástrofes naturales. Creemos particularmente en el carácter redistributivo que debería tener el presupuesto europeo.

Claude Rolin (PPE), *par écrit*. — Dans le cadre du Fonds de solidarité de l'Union européenne, j'ai voté en faveur de l'inscription au budget 2015 d'un montant de 50 millions d'EUR en crédits d'engagement et de paiement. Cette décision doit permettre d'octroyer des avances qui devront être versées plus vite et plus efficacement en cas de catastrophe naturelle l'année prochaine. Pour rappel, le Fonds de solidarité de l'Union européenne a pour objectif de lutter contre les catastrophes naturelles de grande ampleur et d'exprimer la solidarité à l'égard des régions sinistrées. Il m'apparaissait dès lors important de permettre à ce Fonds d'apporter une assistance plus rapide aux citoyens touchés par un tel drame.

Fernando Ruas (PPE), *por escrito*. — A União Europeia criou o Fundo de Solidariedade (FSUE) como forma de responder, de uma forma solidária e dirigida a regiões afetadas por catástrofes naturais de grandes proporções.

As condições da mobilização deste Fundo encontram-se definidas no Regulamento (CE) n.º 2012/2002 do Conselho, tendo um limite máximo anual na ordem dos 500 000 000 euros, sendo que 50 000 000 euros poderão ser mobilizados para o pagamento de adiantamentos.

Concordo por isso com a proposta de inscrever no orçamento de 2015 o montante de 50 milhões de euros em dotações de autorização e de pagamento (que corresponde aos adiantamentos que terão eventualmente de ser pagos) para, de uma forma mais célere e mais eficaz, dar resposta à minimização dos efeitos de uma imprevista catástrofe natural.

Trata-se, por isso, de uma medida preventiva, que visa garantir *a priori* a mobilização do FSUE de forma atempada para acorrer aos Estados-Membros que careçam de dar uma resposta célere aos efeitos nefastos provocados por uma catástrofe natural, bem como a possibilidade de ser concedido um adiantamento a pedido de um Estado-Membro, com base numa avaliação preliminar dos prejuízos causados.

Lola Sánchez Caldentey (GUE/NGL), *por escrito*. - Nuestro voto es favorable a todas las transferencias redistributivas que tengan por fin la ayuda a regiones o países afectados por catástrofes naturales. Creemos particularmente en el carácter redistributivo que debería tener el presupuesto europeo.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito*. - El Fondo de Solidaridad de la Unión Europea (FSUE) se creó para intervenir en caso de catástrofes naturales graves y aportar la solidaridad europea a las regiones siniestradas de Europa. El Fondo puede proporcionar ayuda financiera a Estados miembros y países en vías de adhesión en caso de que se produzca una catástrofe natural grave siempre que el daño total directo supere los 3 000 millones EUR a precios de 2011 o el 0,6 % de la renta nacional bruta del país, si este es inferior. El Reglamento MFP para el periodo 2014-2020 permite en su artículo 10 la movilización del Fondo dentro del límite anual de 500 000 000 EUR. La presente Decisión del Parlamento Europeo y del Consejo no está vinculada a ningún caso específico de catástrofe natural. En su lugar, su objetivo es consignar 50 000 000 EUR en créditos de compromiso y de pago en el presupuesto 2015, lo que corresponde a los anticipos que habrá que abonar con mayor rapidez y eficacia en caso de que se produzca una catástrofe natural el próximo año. Por ello he votado a favor.

Jill Seymour (EFDD), *in writing*. — While I understand that this is for aid, which could be used to help victims, the British public are already more than generous with donating funds to charitable causes when natural disasters occur. I do not believe foreign aid to be in the remit of the EU, so I voted against this proposal.

Siôn Simon (S&D), *in writing*. — Today I voted in favour of the mobilisation of the EUSF for regions affected by disasters.

The current decision of the European Parliament and the Council aims at including EUR 50 million in commitments and payments in the 2015 budget. This amount corresponds to advances that will need to be paid out in a speedier and more efficient way in the event of a natural disaster next year.

Davor Škrlec (Verts/ALE), *napisan*. — Podržavam odluku da se iz općeg proračuna Europske unije za financijsku godinu 2013. mobilizira iznos do 50 milijuna eura za isplatu predujmova i ostalih odobrenih sredstava. Otkako je osnovan 2002. godine, iz Fonda je isplaćeno više od 3,5 milijardi eura za pomoć u sanaciji 56 katastrofa, što jasno ide u prilog opravdanosti postojanja fonda i njegovoj važnosti za Europsku uniju.

Iako samo postojanje Fonda svjedoči o zajedništvu i solidarnosti Europske unije, smatram kako bi isplata sredstava trebala biti učinkovitija u svrhu što ranijeg saniranja posljedica prirodnih katastrofa.

Zbog sve većih i skupljih posljedica klimatskih promjena vidljivo je kako će Fond solidarnosti postajati sve važniji financijski instrument EU-a. Europska unija mora što ranije promijeniti svoj pristup klimatskim promjenama. Kao Zajednica moramo usmjeriti svoje javne politike ka prevenciji klimatskih promjena. Naša zajednička sredstva u tom pristupu mogu imati puno veći utjecaj dok je fokusiranje samo na saniranje šteta dugoročno neodrživo.

Davor Ivo Stier (PPE), *napisan*. — Fond solidarnosti Europske unije ima ulogu zaštite i sanacije šteta u mjestima pogođenim različitim katastrofama. Za ovaj fond osiguran je iznos od 50 000 000 eura koje bi na principu solidarnosti trebalo uključiti u proračun 2015. za plaćanje kako bi se sanirale najveće potrebe.

Podržavam mobilizaciju Fonda solidarnosti jer pruža rješenja za prirodne katastrofe na koje ljudi nisu u stanju utjecati, niti ih predvidjeti, a koje ostavljaju za sobom gubitke ljudskih života i materijalne posljedice. Svrha ovoga alata je pokazati solidarnost sa stanovnicima regije stradalima od katastrofe. Omogućava brži i učinkovitiji oporavak pogođenih područja te stoga podržavam izvješće.

Dubravka Šuica (PPE), *napisan*. — Solidarnost je jedna od temeljnih načela Europske unije. Upravo u ovim trenucima kada se suočavamo s teškim posljedicama prirodnih katastrofa, imamo priliku da to načelo primijenimo i u praksi. To je jedan od razloga zbog kojeg sam podržala ovu inicijativu budući da osigurava pomoć putem Fonda solidarnosti državama članicama, koje se osim što trpe teške posljedice prirodnih katastrofa, nalaze u lošoj ekonomskoj situaciji. Tim je članicama nužna pomoć budući da financijska davanja iz proračuna država članica nisu dostatna za financiranje nastalih šteta. Prirodne katastrofe se u proteklih nekoliko godina događaju sve češće, a uz mobilizaciju Fonda solidarnosti pozivam sve države članice da iskoriste dostupna sredstva iz fondova EU-a s ciljem što bolje prevencije prirodnih katastrofa.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

Ελευθέριος Συναδινός (NI), γραπτώς. — Η ΕΕ οφείλει να είναι ευέλικτη, όταν συντρέχουν λόγοι αποζημίωσης χωρών που επλήγησαν από φυσικές καταστροφές.

Marc Tarabella (S&D), *par écrit*. — Une des valeurs centrales de l'Union doit être la solidarité! Sans solidarité, pas d'Europe. Le Fonds de solidarité de l'Union européenne en est un des instruments importants. Il a pour vocation de lutter contre les catastrophes naturelles de grande ampleur et d'exprimer la solidarité de la communauté vis-à-vis des régions européennes sinistrées. Le Fonds est en mesure d'octroyer une aide financière aux États membres et aux pays en voie d'adhésion en cas de catastrophe naturelle majeure si les dommages directs causés par la catastrophe dépassent 3 000 000 000 EUR en prix de 2011 ou 0,6 % du revenu national brut (RNB), le chiffre le moins élevé étant retenu.

Ramon Tremosa i Balcells (ALDE), *in writing*. — Natural disasters are unpredictable and EU must give a fast response to the affected regions by the European Union Solidarity Fund. That is why I support this report, so that the general budget of the European Union is ready for the financial year 2015.

Ernest Urtasun (Verts/ALE), *por escrito*. — Mi voto es favorable a movilizar fondos extras en beneficio de los Estados afectados por desastres naturales.

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito*. — Tendo em conta o Acordo Interinstitucional, de 2 de dezembro de 2013, entre o Parlamento Europeu, o Conselho e a Comissão sobre a disciplina orçamental, a cooperação em matéria orçamental e a boa gestão financeira, nomeadamente o ponto 11, o quadro do orçamento geral da União Europeia para o exercício de 2015, o Fundo de Solidariedade da União Europeia é mobilizado, a fim de atribuir o montante de 50 000 000 EUR em dotações de autorização e de pagamento para o pagamento de adiantamentos.

Nada temos a opor.

Harald Vilimsky (NI), *schriftlich*. — Die Unterstützung der Bürger in der EU, die durch Katastrophen schwer getroffen wurden und dadurch vom Schicksal auf eine harte Probe gestellt werden, ist grundsätzlich zu begrüßen. Daher habe ich für eine neuerliche Einrichtung des Solidaritätsfonds für von Katastrophen betroffene Regionen gestimmt.

11.14. Inanspruchnahme des Flexibilitätsinstruments - Strukturfondsprogramme für Zypern (A8-0071/2014 - Eider Gardiazabal Rubial)

Dichiarazioni di voto scritte

Marina Albiol Guzmán (GUE/NGL), *por escrito*. — La Comisión ha propuesto movilizar el Instrumento de Flexibilidad por encima de los límites máximos del MFP para complementar la financiación del presupuesto general de la Unión Europea para el ejercicio 2015 en 79,8 millones EUR en créditos de compromiso en relación con la asignación adicional de los Fondos Estructurales a Chipre, por un importe total de 100 millones EUR para el ejercicio 2015.

He votado a favor de este informe para movilizar el Instrumento de Flexibilidad y modificar la propuesta de la Comisión de financiar la asignación adicional a los programas de los Fondos Estructurales chipriotas con cargo a la subrubrica 1b hasta un importe de 83,26 millones EUR.

Jonathan Arnott (EFDD), *in writing*. — This appears to grant an additional allocation from Structural Funds to Cyprus, in the amount of 100 million euros.

I oppose the use of the flexibility mechanism here.

Zigmantas Balčytis (S&D), *raštu*. — Balsavau už visus 2014 m. taisomojo biudžeto projektus bei už Europos Parlamento ir Tarybos pasiektą susitarimą dėl 2015 m. biudžeto. Sveikinu Europos Parlamento derybininkus, kurie pasiekė, kad neatidėliotinoms šių metų ES biudžeto skoloms apmokėti būtų skirta 4,25 mlrd. eurų ir kad Europos Komisija būtų įpareigota parengti laipsnišką neapmokėtų sąskaitų sumažinimo planą bei ateityje nustatyti tvarią skolų ribą. Parlamento dėka įsipareigojimams bus skirta 0,5 mlrd. eurų daugiau nei siūlė ES Taryba. Daugiau lėšų bus skirta ES mokslinių tyrimų programai „Horizontas 2020“ bei studentų ir jaunimo mainų programai „Erasmus+“. Sveikintina, kad padidintas finansavimas Europos kaimynystės programoms, humanitarinei pagalbai bei bendrai užsienio saugumo politikai, o tai atsižvelgiant į šiandieninę situaciją Europoje yra labai aktualu. Tačiau nepritariu finansavimo sumažinimui Europos žemės ūkio garantijų fondui, nes tai atsilieps daugeliui ES ūkininkų, kurie yra atsidūrę itin sunkioje padėtyje dėl užsitęsusio Rusijos embargo, ir kuriems yra būtina ES pagalba.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

Dominique Bilde (NI), *par écrit*. – L'UE est confrontée à une grave crise économique et budgétaire. De nombreux États subissent de plein fouet la politique d'austérité décidée par Bruxelles.

La mobilisation de l'instrument de flexibilité ici en faveur de Chypre témoigne bien de la situation budgétaire dans laquelle l'UE se trouve. Cet instrument de flexibilité, plafonné à hauteur de 200 Millions d'EUR, devra ainsi octroyer 80 millions (soit 40 %) à Chypre afin de financer les programmes des Fonds structurels. Compte tenu de la situation économique et sociale dans l'Union mais aussi de la gestion défailante par l'UE de ses budgets, j'ai donc voté contre.

Mara Bizzotto (NI), *per iscritto*. - Ho votato a favore dell'attivazione dello strumento di flessibilità per integrare con un importo di 79 785 595 EUR, oltre il massimale, il finanziamento previsto nel bilancio generale dell'UE per l'esercizio 2015 a favore dei programmi dei fondi strutturali per Cipro, che beneficerebbero, per l'anno 2015, di una dotazione fino all'importo totale di 100 000 000 EUR.

José Blanco López (S&D), *por escrito*. — He votado a favor, dado que la movilización del Instrumento de Flexibilidad permitirá complementar la financiación del presupuesto general de la Unión Europea para el ejercicio 2015 en 79,8 millones de euros en créditos de compromiso en relación con la asignación adicional de los Fondos Estructurales para Chipre, por un importe total de 100 millones de euros para el ejercicio 2015.

Mercedes Bresso (S&D), *in writing*. — I voted for this because we need to have concrete help for the zones in the European Union which are less rich.

Steeve Briois (NI), *par écrit*. — Confrontée à une crise des paiements sans précédent, l'Union européenne doit absolument maîtriser son cadre financier pluriannuel et éviter à tout prix de mobiliser l'instrument de flexibilité pour des montants aussi élevés. En effet, la mobilisation de l'instrument de flexibilité traduit une pénurie de crédits européens. Or, le plafond de cet instrument est limité à 200 millions d'euros. Il apparaît donc totalement disproportionné de mobiliser pour Chypre une somme de 80 millions d'euros, soit près de 40 % du montant total. C'est pourquoi j'ai voté contre la décision du Parlement européen et du Conseil.

Gianluca Buonanno (NI), *per iscritto*. — Voto positivo. Il QFP 2014-2020 autorizza il ricorso allo strumento di flessibilità per permettere il finanziamento di spese chiaramente identificate che non potrebbero essere finanziate all'interno dei massimali disponibili di una o più rubriche del quadro finanziario pluriennale. La Commissione propone di attivare lo strumento di flessibilità per integrare con un importo di 79 785 595 EUR, oltre il massimale, il finanziamento previsto nel bilancio generale dell'UE per l'esercizio 2015 a favore dei programmi dei fondi strutturali per Cipro, che beneficerebbero, per l'anno 2015, di una dotazione fino all'importo totale di 100 000 000 EUR.

Nicola Caputo (S&D), *per iscritto*. — Ho votato a favore della proposta di mobilitazione dello strumento finanziario di flessibilità a favore dell'integrazione del finanziamento previsto dal bilancio generale UE per i fondi strutturali di Cipro.

Nel 2013 l'isola di Cipro ha, infatti, dovuto affrontare una grave crisi finanziaria del sistema bancario locale, causata primariamente da un mancato controllo del settore, che l'ha portato quasi al default.

Gli stanziamenti previsti dallo strumento di flessibilità hanno l'obiettivo di sostenere l'avvio di una congiuntura economica favorevole per Cipro, che appare essenziale per garantire stabilità all'isola data anche la delicatezza del momento storico attuale, essendo da poco ripreso il processo di riunificazione tra le parti turco-cipriote e greco-cipriote.

Alberto Cirio (PPE), *per iscritto*. — L'economia cipriota, per quanto piccola, sta attraversando le sue difficoltà. È nostro dovere, all'interno di un'unione economica e monetaria, sostenerla anche finanziariamente perché torni ad essere un partner stabile e affidabile su cui poter contare sia politicamente che economicamente. Ho votato dunque a favore di questa proposta.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

Carlos Coelho (PPE), *por escrito*. — O Regulamento n.º 1311/2013 do Conselho, de 2 de dezembro de 2013, que estabelece o quadro financeiro plurianual para o período 2014-2020 prevê a mobilização do Instrumento de Flexibilidade para permitir o financiamento de despesas especificamente identificadas que não possam ser financiadas dentro dos limites máximos disponíveis de uma ou mais rubricas do quadro financeiro plurianual.

Após análise de todas as possibilidades de reafetação das dotações, afigura-se necessário mobilizar o Instrumento de Flexibilidade para complementar o financiamento do Orçamento Geral da União para o exercício de 2015 num montante de 83 285 595 euros, para além do limite máximo da sub-rubrica 1b, a favor dos programas dos Fundos Estruturais para Chipre.

Estes montantes serão utilizados para complementar o financiamento dos programas dos fundos estruturais a favor de Chipre para o exercício de 2015 com um montante de 100 000 000 euros.

Lara Comi (PPE), *per iscritto*. - Dopo aver vagliato tutte le possibilità di stanziamenti d'impegno nella rubrica 1b, dopo che il 20 Novembre 2013 il Parlamento europeo e il Consiglio dell'UE avevano già attivato lo strumento di flessibilità per l'esercizio 2014, per finanziare i programmi dei Fondi strutturali per Cipro con un importo di 89 milioni di euro in stanziamenti d'impegno e, infine, dopo aver appreso che i massimali della sottorubrica 1b non consentono di finanziare in maniera adeguata le importanti e urgenti priorità politiche del bilancio generale dell'UE per l'esercizio 2015, ho deciso di votare a favore della mobilitazione dello strumento di flessibilità. In tal modo potremo integrare il finanziamento previsto con la somma di 80.000.000 EUR a favore dei programmi dei Fondi strutturali per Cipro nell'ambito della rubrica 1b.

Therese Comodini Cachia (PPE), *in writing*. — The multiannual financial framework for the years 2014-2020 allows for the mobilisation of the Flexibility Instrument to allow the financing of clearly identified expenditure which could not be financed within the limits of the ceilings available for one or more headings of the multiannual financial framework. This mobilisation seems to be necessary to finance the Cypriot Structural Funds programmes. The mobilisation of this instrument highlights the crucial need for the Union budget to be increasingly flexible.

Ignazio Corrao (EFDD), *per iscritto*. — Vista la gravissima situazione economica e sociale, nonostante l'incremento contenuto degli stanziamenti d'impegno di alcune linee di bilancio, i massimali della sottorubrica 1b per l'esercizio 2015 non consentono di finanziare in maniera sufficiente priorità politiche importanti e urgenti dell'Unione. Ho votato a favore dell'approvazione della mobilitazione dello strumento di flessibilità e della modifica della proposta della Commissione, per consentire la copertura finanziaria della dotazione aggiuntiva dei programmi dei Fondi strutturali per Cipro nell'ambito della sottorubrica 1b fino ad un importo di 83,26 milioni di EUR.

Javier Couso Permuy (GUE/NGL), *por escrito*. — La Comisión ha propuesto movilizar el Instrumento de Flexibilidad por encima de los límites máximos del MFP para complementar la financiación del presupuesto general de la Unión Europea para el ejercicio 2015 en 79,8 millones EUR en créditos de compromiso en relación con la asignación adicional de los Fondos Estructurales a Chipre, por un importe total de 100 millones EUR para el ejercicio 2015.

He votado a favor de este informe para movilizar el Instrumento de Flexibilidad y modificar la propuesta de la Comisión de financiar la asignación adicional a los programas de los Fondos Estructurales chipriotas con cargo a la subrubrica 1b hasta un importe de 83,26 millones EUR.

Miriam Dalli (S&D), *in writing*. — This report supports the Commission proposal for amends to finance the additional allocation for the Cypriot Structural Funds programmes – this after having examined all possibilities for re-allocating commitment appropriations. The report also reiterates that the mobilisation of this instrument, as foreseen in Article 11 of the MFF Regulation, proves once more the crucial need for the Union budget to be flexible. I therefore voted in favour of this report.

Tamás Deutsch (PPE), *írásban*. — Az Európai Parlament ma nagy többséggel elfogadta a 2015. évi uniós költségvetést és a 2014. évi többletforrásokról szóló módosításokat. A megállapodás óriási előnye, hogy azzal még idén elfogadásra kerülhet a 2015-ös uniós költségvetés, azaz jövőre nem csak az idei költségvetés tizenkettedét lehetne kifizetni havonta. 2014-re így 4 milliárd euró többletforrást mozgósítanak, amelyből 3,5 milliárd euró úgynevezett „friss pénz”, azaz nem átcsoportosítások eredménye.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

Az EP csak azzal a feltétellel járult hozzá a jövő évi EU-költségvetés elfogadásához, hogy az Európai Bizottság tervet dolgoz ki a kifizetetlen számlák fenntartható szintre csökkentésére. 2014-ben már 23,4 milliárd euró a korábbi évről áthúzódó számla kifizetését kell megoldani. Ehhez is biztosítja a mai szavazás a közel 4 milliárd eurós többletforrást.

Az Európai Parlament mai döntésével biztosítottak az idei és a jövő évi költségvetés Magyarországnak járó agrár- és kohéziós forrásai is. A magyar néppárti delegáció, együtt az Európai Néppárttal, hazánk nemzeti érdekeinek képviselésében felelősségteljesen döntött és megszavazta a 2015. évi uniós költségvetést és az ahhoz kapcsolódó megállapodásban szereplő valamennyi jelentést. A megállapodás részét képezik a Szolidaritási Alapot mozgósító jelentések is, amelyek az Európa különböző régióit sújtó természeti katasztrófák okozta károkat enyhítik.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI), γραπτώς. — Υπερψήφισα την έκθεση, διότι αφορά σε πλήρη χρηματοδότηση των πρόσθετων κονδυλίων για τα προγράμματα των διαρθρωτικών ταμείων της ΚΥΠΡΟΥ.

João Ferreira (GUE/NGL), por escrito. — O documento propõe a mobilização do Instrumento de Flexibilidade por um montante superior aos limites máximos do Quadro Financeiro Plurianual (2014-2020), a fim de complementar o financiamento do orçamento geral da UE para o exercício de 2015 com mais de 79,8 milhões de Euros em dotações de autorização, por um montante total de 100 milhões Euros para o exercício de 2015, a serem utilizados para complementar o financiamento dos programas dos Fundos Estruturais a favor de Chipre no âmbito da coesão, em 2014 e 2015 para o período de 2015-2018.

No seguimento desta proposta, este relatório concorda com a mobilização deste Instrumento, tendo em vista financiar a dotação adicional dos programas dos Fundos Estruturais por um montante máximo de 83,26 milhões de euros.

Atendendo à natureza complementar do Instrumento de Flexibilidade, estas dotações de pagamento adicionais servem para assegurar a cobertura das dotações de autorização adicionais a favor de Chipre, com base no perfil de pagamentos previsto.

Votámos favoravelmente.

Λάμπρος Φουντούλης (NI), γραπτώς. — Υπερψηφίζω την κινητοποίηση του μέσου ευελιξίας υπέρ των προγραμμάτων των διαρθρωτικών ταμείων για την Κύπρο, διότι αφορά στην πλήρη χρηματοδότηση των πρόσθετων κονδυλίων για τα προγράμματα των διαρθρωτικών ταμείων της ΚΥΠΡΟΥ.

Nathan Gill (EFDD), in writing. — This is to allow an additional amount from the Structural Funds to Cyprus for 2015 — giving a total of EUR 100 000 000.00

It is very easy for MEPs to vote away other people's money, with limited information, and very little success from such schemes. Is it not time that we stopped taxing people to give this money out on whims, to prop up big businesses and NGOs?

I voted against UK taxpayers' money being used in this way.

Tania González Peñas (GUE/NGL), por escrito. - Votamos a favor dado que Chipre necesitaba una ampliación de sus Fondos Estructurales como fue concedida a otros países en severa coyuntura económica y bajo programas de vigilancia de la Troika. Nuestro voto favorable no ha de entenderse como un apoyo ni implícito ni explícito a los programas de supervisión de la Troika. No obstante, esta movilización del Instrumento de Flexibilidad corresponde a una ampliación de Fondos Estructurales muy necesaria en la actual coyuntura económica chipriota.

Pablo Iglesias (GUE/NGL), por escrito. - Votamos a favor dado que Chipre necesitaba una ampliación de sus Fondos Estructurales como fue concedida a otros países en severa coyuntura económica y bajo programas de vigilancia de la Troika. Nuestro voto favorable no ha de entenderse como un apoyo ni implícito ni explícito a los programas de supervisión de la Troika. No obstante, esta movilización del Instrumento de Flexibilidad corresponde a una ampliación de Fondos Estructurales muy necesaria en la actual coyuntura económica chipriota.

Ivan Jakovčić (ALDE), napisan. — Glasovao sam za prijedlog rezolucije o prijedlogu odluke Europskog parlamenta i Vijeća o mobilizaciji instrumenta fleksibilnosti vezano za financiranje programa strukturnih fondova za Cipar jer će se time osigurati adekvatna provedba gospodarskog i socijalnog rasta navedene države. Smatram da je od velike važnosti fleksibilnost proračuna Europske unije čime bi se moglo pomoći i promptno reagirati u raznim situacijama koje se ne mogu financirati u okviru gornjih granica raspoloživih naslova. Također podržavam da se sredstva koja su mobilizirana putem fonda koriste upravo za financiranje programa strukturnih fondova zbog očite važnosti koju navedeni fondovi imaju za Cipar.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

Marc Joulaud (PPE), *par écrit*. — J'ai voté en faveur du rapport sur la mobilisation de l'instrument de flexibilité qui mobilise 11,3 millions d'euros en crédits de paiement pour l'année 2015 en faveur de Chypre.

Le texte a été adopté à une large majorité, ce dont je me félicite.

Giovanni La Via (PPE), *per iscritto*. — La relazione della collega Eider Gardiazabal prevede la mobilitazione dello strumento di flessibilità per un importo di 89,28 milioni di euro in impegni, al fine di finanziare i programmi dei Fondi strutturali di Cipro.

Si tratta di una decisione che tiene conto della particolare situazione di difficoltà che sta vivendo Cipro e pertanto ho dato il mio parere positivo.

Paloma López Bermejo (GUE/NGL), *por escrito*. — La Comisión ha propuesto movilizar el Instrumento de Flexibilidad por encima de los límites máximos del MFP para complementar la financiación del presupuesto general de la Unión Europea para el ejercicio 2015 en 79,8 millones EUR en créditos de compromiso en relación con la asignación adicional de los Fondos Estructurales a Chipre, por un importe total de 100 millones EUR para el ejercicio 2015.

He votado a favor de este informe para movilizar el Instrumento de Flexibilidad y modificar la propuesta de la Comisión de financiar la asignación adicional a los programas de los Fondos Estructurales chipriotas con cargo a la subrubrica 1b hasta un importe de 83,26 millones EUR.

Antonio López-Istúriz White (PPE), *por escrito*. — La Comisión propone movilizar el Instrumento de Flexibilidad, por encima de los límites máximos del MFP, para complementar la financiación en el presupuesto general de la UE para el ejercicio 2015. Se prevén 79,8 millones de euros en créditos de compromiso como asignación suplementaria a los Fondos Estructurales a Chipre, por un importe total de 100 millones para el año 2015.

El PE, tras haber examinado todas las posibilidades de reasignación de los créditos de compromiso de la subrubrica 1b, concluye que parece necesario movilizar el Instrumento de Flexibilidad.

A pesar de los refuerzos que figuran en los créditos de compromiso en un número limitado de partidas presupuestarias, el límite máximo de 2015 no permite una financiación adecuada de las prioridades políticas de la UE.

Por ello ve necesaria la movilización del Instrumento de Flexibilidad y modificar la propuesta de la Comisión para financiar la asignación adicional para los programas de los Fondos Estructurales chipriotas hasta un importe de 83,26 millones de euros.

Finalmente, el PE considera que la movilización de este instrumento, tal como se prevé en el artículo 11 del Reglamento MFP, evidencia la necesidad de más flexibilidad en presupuesto de la Unión.

Por tanto, voto a favor de esta Resolución.

Ivana Maletić (PPE), *napisan*. — Europska unija po načelu solidarnosti pomaže svim članicama, pogotovo onima u razvoju. Cipar ima specifičnu situaciju konstantnog konflikta s turskom stranom otoka te mu je potrebna posebna podrška i pomoć.

Razvoj Cipra je usporen. U posljednje dvije godine broj nezaposlenih raste a podaci iz listopada 2014. pokazuju da je postotak nezaposlenosti 15,3 posto. Također, u 2014. godini nastavljen je i pad BDP-a.

Podržavam napore Europske unije da pomogne u ovakvim situacijama. Mobilizacijom instrumenta fleksibilnosti osigurat će se financiranje programa strukturnih fondova za Cipar, pomoć će se pokretačima gospodarskog rasta i smanjit će se nezaposlenost.

Νότης Μαριάς (ECR), *γραπτώς*. — Υπερψήφισα την έκθεση Rubial σχετικά με την κινητοποίηση του μέσου ευελιξίας υπέρ των προγραμμάτων των διαρθρωτικών ταμείων για την Κύπρο, διότι δρομολογείται η οικονομική ενίσχυση της Κύπρου, η οποία έχει φτωχοποιηθεί λόγω των μνημονίων που της επιβλήθηκαν από την Τρόικα.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

Fulvio Martusciello (PPE), *per iscritto*. — Ho votato a favore della relazione concernente la mobilitazione dello strumento di flessibilità sulla cooperazione in materia di bilancio e sulla sana gestione finanziaria. Risulta necessario attivare lo strumento di flessibilità per gli stanziamenti d'impegno onde aumentare la dotazione dei fondi strutturali per Cipro.

Barbara Matera (PPE), *per iscritto*. — Ho sostenuto con il mio voto favorevole la relazione a firma della collega Gardiazabal Rubial, poiché condivido la necessità di incrementare gli stanziamenti d'impegno per alcune linee di bilancio, in quanto i massimali della sottorubrica 1b per l'esercizio 2015 non consentono di finanziare in maniera sufficiente impegni politici prioritari per l'Unione.

Supporto contestualmente la mobilitazione dello strumento di flessibilità, affinché venga consentita la copertura finanziaria della dotazione addizionale dei programmi dei Fondi strutturali per Cipro, nell'ambito della sottorubrica 1b, fino ad un importo pari a 83,26 milioni di EUR.

Georg Mayer (NI), *schriftlich*. — Eine Mittelaufstockung mit Geld, das nicht zur Verfügung steht und somit die Verschuldung der EU weiter vorantreibt, kann ich nur ablehnen.

Jean-Luc Mélenchon (GUE/NGL), *par écrit*. — L'instrument de flexibilité autorise, pour un exercice budgétaire donné, le financement de dépenses supplémentaires clairement identifiées en dehors du cadre financier pluriannuel, le budget de l'Union européenne pour 7 ans. Concrètement, il s'agit ici de mobiliser sur cet instrument 83 millions d'euros afin de financer les Fonds structurels supplémentaires auquel Chypre a droit. Les fonds structurels sont désormais directement conditionnés au respect de la «macro-conditionnalité», soit au respect de la doxa néolibérale. Je vote pour afin de ne pas empêcher les citoyens chypriotes de bénéficier de fonds de la politique de cohésion. C'est en effet cette dernière manne financière qui maintient à flot les agences pôles emploi ou plus largement le social en Europe.

Nuno Melo (PPE), *por escrito*. — Concordo com a mobilização deste instrumento, para financiamento dos programas dos fundos estruturais para Chipre. A crise que tem afetado este Estado-Membro justifica esta situação excecional no sentido de financiar a dotação adicional dos programas dos Fundos Estruturais para Chipre ao abrigo da subcategoria 1b por um montante máximo de 83,26 milhões €.

Roberta Metsola (PPE), *in writing*. — I voted in favour of this proposal. It is essential that the EU honours its commitments to its Members and utilises any available tools to make funds available for the projects dependent on the Structural Funds.

Marlene Mizzi (S&D), *in writing*. — I supported the report on mobilisation of the Flexibility Instrument to finance the additional allocation for the Cypriot Structural Funds programmes

Sophie Montel (NI), *par écrit*. — L'Union européenne est aujourd'hui face à une crise des impayés sans précédent. Ainsi, fin 2014, le montant des factures impayées s'élève à environ 30 milliards d'euros tandis que celui des engagements restant à réaliser (RAL – reste à liquider) dépasse, lui, les 220 milliards d'euros. La mobilisation de l'instrument de flexibilité trahit donc bien la situation budgétaire et financière désastreuse dans laquelle se trouve plongée l'Union européenne, qui ne dispose plus des fonds courants nécessaires à ses politiques et à ses engagements. On notera, en outre, que cet instrument de flexibilité est plafonné à hauteur de 200 millions d'euros et qu'il nous est proposé ici d'en débloquer 80 millions, soit 40 %, pour financer les programmes des Fonds structurels pour Chypre. Compte-tenu de la situation économique et sociale en Europe et plus particulièrement en France, j'ai voté contre.

Claude Moraes (S&D), *in writing*. — The mobilisation of the flexibility instrument will clearly identify expenses which cannot be covered by the EU budget without exceeding the maximum expenditure set out in the MFF.

Franz Obermayr (NI), *schriftlich*. — Da mir die konkrete Folgenabschätzung unzureichend erscheint, wobei ich hier insbesondere aussagekräftige und plausible Berechnungen bezüglich der durch die finanzielle Hilfe zu erwartenden wirtschaftlichen Entwicklung der Region vermisste, habe ich gegen die Gewährung von Hilfen in diesem Fall gestimmt.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

Younous Omarjee (GUE/NGL), *par écrit*. — J'ai voté en faveur de la mobilisation de l'instrument de flexibilité, qui autorise le financement de dépenses clairement identifiées qui ne pourraient pas être financées dans la limite des plafonds disponibles sous une ou plusieurs rubriques du CFP. Ici, il s'agit de mobiliser 83 260 000 EUR en faveur des programmes des Fonds structurels pour Chypre.

Urmas Paet (ALDE), *kirjalikult*. — Toetasin eelnõud, sest see võimaldab Euroopa Liidu oluliste ja kiireloomuliste prioriteetide puhul kiiremat rahastamist. Antud juhul on see oluline Küprose sujuvaks arenguks.

Aldo Patriciello (PPE), *per iscritto*. — Cari colleghi e care colleghe, l'articolo 11 del regolamento n. 1311/2013 del Consiglio che istituisce uno strumento di flessibilità prevede un massimale annuo pari a 471 milioni di EUR. Risulta necessario attivare lo strumento di flessibilità per integrare il finanziamento previsto nel bilancio generale dell'Unione europea per l'esercizio 2015 a favore dei programmi dei fondi strutturali per Cipro. Con decisione del 20 novembre 2013, il Parlamento europeo e il Consiglio hanno già attivato lo strumento di flessibilità per l'esercizio 2014 per finanziare i programmi dei Fondi strutturali per Cipro. Dopo aver vagliato tutte le possibilità di riassegnare gli stanziamenti, per gli esercizi 2014-2015 si rende necessario fornire stanziamenti di pagamento supplementari per coprire gli stanziamenti d'impegno supplementari per Cipro sulla base del profilo dei pagamenti previsto. Per tali ragioni esprimerei il mio voto favorevole.

Florian Philippot (NI), *par écrit*. — Confrontée à une crise des paiements sans précédent, l'Union européenne doit absolument maîtriser son cadre financier pluriannuel et éviter à tout prix de mobiliser l'instrument de flexibilité pour des montants aussi élevés. En effet, la mobilisation de l'instrument de flexibilité traduit une pénurie de crédits européens. Or le plafond de cet instrument est limité à 200 millions d'euros. Il apparaît donc totalement disproportionné de mobiliser pour Chypre une somme de 80 millions d'euros soit près de 40 % du montant total. C'est pourquoi j'ai voté contre la décision du Parlement européen et du Conseil.

Andrej Plenković (PPE), *napisan*. — Imajući u vidu prijašnje slučajeve mobilizacije instrumenta fleksibilnosti u sklopu Višegodišnjeg financijskog okvira, smatram da je njegovo korištenje važna korektivna mjera za financiranje i provedbu bitnih strukturnih programa u državama članicama.

Navedena mobilizacija za Cipar će ovoga puta uključivati preuzimanje obveza pod naslovom 1b od 79 785 595 eura, kao i davanje dodatnih 11 315 595 eura za kreditirana plaćanja koja će biti korištena za financiranje stavke programa ciparskih strukturnih fondova proračunom Europske unije za financijsku godinu 2015. Smatram da je indikativno u prijedlogu Komisije odobravanje mobilizacije instrumenta fleksibilnosti za Cipar i u 2014. godini, no samo u dijelu preuzimanja obveza definiranih prema stavkama VFO-a bez odobravanja dodatnih sredstava za kreditirana plaćanja.

Zaključno je važno naglasiti i prošlogodišnju mobilizaciju instrumenta fleksibilnosti koju je pred Europskim parlamentom predložio zastupnički klub EPP grupe te smo i ovaj put poduprli mobilizaciju instrumenta fleksibilnosti za financiranje programa na Cipru.

Marcus Pretzell (ECR), *schriftlich*. — Bei der vorgebrachten Argumentation handelt es sich um eine Beleidigung des vernünftigen Denkens. Hier geht es nicht etwa um die Unterstützung eines europäischen Partnerlandes bei Investitionen in Infrastruktur und Wirtschaft. Stattdessen wird unter einer leicht zu durchschauenden Tarnung der zyprische Staatshaushalt mit Geldern europäischer Förderprogramme aufgebessert. Nachdem bereits im vergangenen Jahr zusätzliche finanzielle Mittel bereitgestellt wurden, ergab die wundersame, dieser Beschlussvorlage zugrundeliegende Neukalkulation einen erneuten erheblichen Mehrbedarf. Ich verweigere die Zustimmung hierzu, auch weil ich davon überzeugt bin, dass dem Europäischen Parlament bereits im nächsten Jahr die dritte, ebenso haarsträubende Anpassung vorgelegt werden wird. Anstatt immer mehr Steuergelder zu transferieren, sollte sich endlich die Erkenntnis durchsetzen, dass Zypern unter diesem Euro dauerhaft am Tropf hängen wird. Es ist absolut unsolidarisch, einem europäischen Partner die wirtschaftliche Genesung vorzuenthalten!

Franck Proust (PPE), *par écrit*. — Le défi auquel se confronte Chypre est sans précédent et l'impact de la crise continue malheureusement d'acculer cet État membre. A ce titre, les fonds structurels permettent de financer l'économie réelle. Par cette résolution, le Parlement européen donne son accord à l'emploi d'un tel dispositif et au redéploiement de certaines lignes budgétaires vers celui-ci.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

Paulo Rangel (PPE), *por escrito*. — O artigo 11.º do Regulamento (UE, Euratom) n.º 1311/2013 do Conselho permite a mobilização do Instrumento de Flexibilidade dentro do limite máximo anual de 471 milhões de euros (a preços de 2011), a fim de permitir o financiamento de despesas claramente identificadas que não possam ser financiadas dentro dos limites de uma ou mais rubricas. Após uma análise de todas as possibilidades de reafetação das dotações no âmbito da subcategoria 1b, afigura-se necessário mobilizar o Instrumento de Flexibilidade para complementar o financiamento no orçamento geral da União Europeia para o exercício de 2015 num montante de 83 285 595 EUR, para além do limite máximo da subcategoria 1b, a favor dos programas dos Fundos Estruturais para Chipre, a fim de conceder a este país uma dotação suplementar ao abrigo dos Fundos Estruturais para o exercício de 2015 com um montante total de 100 000 000 EUR. Votei, por isso, favoravelmente a presente decisão de mobilização do Instrumento de Flexibilidade.

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D), *por escrito*. — He votado a favor dado que la movilización del Instrumento de Flexibilidad permitirá complementar la financiación del presupuesto general de la Unión Europea para el ejercicio 2015 en 79,8 millones de euros en créditos de compromiso en relación con la asignación adicional de los Fondos Estructurales a Chipre, por un importe total de 100 millones de euros para el ejercicio 2015.

Teresa Rodríguez-Rubio (GUE/NGL), *por escrito*. - Votamos a favor dado que Chipre necesitaba una ampliación de sus Fondos Estructurales como fue concedida a otros países en severa coyuntura económica y bajo programas de vigilancia de la Troika. Nuestro voto favorable no ha de entenderse como un apoyo ni implícito ni explícito a los programas de supervisión de la Troika. No obstante, esta movilización del Instrumento de Flexibilidad corresponde a una ampliación de Fondos Estructurales muy necesaria en la actual coyuntura económica chipriota.

Claude Rolin (PPE), *par écrit*. — J'ai voté en faveur de la mobilisation de l'instrument de flexibilité afin de financer, à concurrence de 83 260 000 EUR, la dotation supplémentaire en faveur des programmes des Fonds structurels pour Chypre. Cette mobilisation de l'instrument de flexibilité permettra d'octroyer à ce pays une dotation supplémentaire d'un montant total de 100 000 000 EUR.

Lola Sánchez Caldentey (GUE/NGL), *por escrito*. - Votamos a favor dado que Chipre necesitaba una ampliación de sus Fondos Estructurales como fue concedida a otros países en severa coyuntura económica y bajo programas de vigilancia de la Troika. Nuestro voto favorable no ha de entenderse como un apoyo ni implícito ni explícito a los programas de supervisión de la Troika. No obstante, esta movilización del Instrumento de Flexibilidad corresponde a una ampliación de Fondos Estructurales muy necesaria en la actual coyuntura económica chipriota.

Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito*. - La Comisión ha propuesto movilizar el Instrumento de Flexibilidad por encima de los límites máximos del MFP para complementar la financiación del presupuesto general de la Unión Europea para el ejercicio 2015 en 79,8 millones EUR en créditos de compromiso en relación con la asignación adicional de los Fondos Estructurales a Chipre, por un importe total de 100 millones EUR para el ejercicio 2015. He votado a favor de este informe para movilizar el Instrumento de Flexibilidad y modificar la propuesta de la Comisión de financiar la asignación adicional a los programas de los Fondos Estructurales chipriotas con cargo a la subrubrica 1b hasta un importe de 83,26 millones EUR.

Siôn Simon (S&D), *in writing*. — I voted with the majority in supporting the mobilisation of the Flexibility Instrument to finance the Cypriot Structural Funds programmes.

After having examined all possibilities for re-allocating appropriations it appears necessary to mobilise the Flexibility Instrument for commitment appropriations. The Commission has proposed to mobilise the Flexibility Instrument to complement financing in the 2015 general budget of the European Union. A sum of EUR 79.8 million in commitment appropriations will go towards the financing of the Cypriot Structural Funds programmes.

Davor Ivo Stier (PPE), *napisan*. — Podržavam ovo izvješće, kao i odluku financiranja ciparskih strukturnih fondova za razvoj i zapošljavanje za koje će se izdvojiti iznos od 100 000 eura. Radi se o sredstvima koja bi trebala dovesti do povećanja zaposlenosti, modernizacije sustava socijalne zaštite, fleksibilnosti tržišta rada, povećanja investicija u ljudski kapital kroz bolje obrazovanje i stjecanje vještina i jačanja administrativnih kapaciteta te naposljetku rasta bruto društvenog proizvoda države.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

Ulaganje u zapošljavanje i razvoj kadrova jedan je od primarnih ciljeva politika Europske unije, posebno u trenucima velike nezaposlenosti. Ljudi su značajan resurs, razvoj društava i ekonomija uvelike ovisi o razvoju stanovništva te stoga podržavam ovo izvješće.

Dubravka Šuica (PPE), *napisan*. — U potpunosti podržavam ovu odluku financiranja ciparskih strukturnih fondova za razvoj i zapošljavanje za koji će se izdvojiti iznos od 100 000 milijuna eura. To je izdatak koji će dovesti do povećanja zaposlenosti, modernizacije sustava socijalne zaštite, fleksibilnosti tržišta rada, povećanja investicija u ljudski kapital kroz bolje obrazovanje i stjecanje vještina te jačanja administrativnih kapaciteta. Ulaganje u zapošljavanje je jedan od primarnih ciljeva politika Europske unije, pogotovo u trenucima velike nezaposlenosti. Ljudi su naš najvažniji resurs, naša budućnost ovisi o uspjehu mladih ljudi te svaki novac preusmjeren u pomoć zapošljavanju i razvoju je dobro investiran novac koji ću i ubuduće podržati.

Richard Sulík (ECR), *písomne* — S mobilizáciou nástroja flexibility nesúhlasím, pretože vedie k vyšším výdavkom EÚ. Programy štrukturálnych fondov už dnes dostávajú nadmerné množstvo peňazí a ako vo svojej správe poznamenal aj Európsky dvor audítorov, hlavným kritériom pri ich využívaní je samotné minútie finančných prostriedkov. Vzhľadom na tento fakt, ako aj vzhľadom na chronickú neefektívnosť štrukturálnych fondov, považujem ich ďalšie navyšovanie za neodôvodnené.

Ελευθέριος Συναδινός (NI), *γραπτός*. — Η χρηματοδότηση πλήρως των πρόσθετων κονδυλίων για τα προγράμματα των διαρθρωτικών ταμείων της Κύπρου είναι προς τη θετική κατεύθυνση.

Marc Tarabella (S&D), *par écrit*. — J'ai voté en faveur du texte portant sur la proposition de décision du Parlement européen et du Conseil concernant la mobilisation de l'instrument de flexibilité, conformément au point 12 de l'accord interinstitutionnel du 2 décembre 2013 entre le Parlement européen, le Conseil et la Commission sur la discipline budgétaire, la coopération en matière budgétaire et la bonne gestion financière. Soulignons au passage l'excellent travail de ma collègue Eider Gardiazabal Rubial sur ce dossier.

Ramon Tremosa i Balcells (ALDE), *in writing*. — Flexibility allows adapting European tools and budgets to the real needs of institutions, regions and countries. After examination of all possibilities for reallocating commitment appropriations it appears necessary to mobilise the Flexibility Instrument for commitment appropriations; I therefore agree with the mobilisation of the Flexibility Instrument and amendment of the Commission proposal to finance the additional allocation for the Cypriot Structural Funds programmes.

Ernest Urtasun (Verts/ALE), *por escrito*. — A pesar de que considero totalmente injustas las condiciones de rescate a Chipre, mi voto favorable en este punto se basa en la necesidad de la movilización de recursos financieros necesarios para Chipre.

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito*. — A proposta da Comissão para a mobilização do Instrumento de Flexibilidade, por um montante superior aos limites máximos do QFP, a fim de complementar o financiamento do orçamento geral da UE para o exercício de 2015 com mais de 79,8 milhões de euros em dotações de autorização, por um montante total de 100 milhões de euros para o exercício de 2015, a serem utilizados para complementar o financiamento dos programas dos Fundos Estruturais a favor de Chipre no âmbito da subrubrica 1b, em 2014 e 2015 para o período de 2015-2018.

Atendendo à natureza complementar do Instrumento de Flexibilidade, estas dotações de pagamento adicionais servem para assegurar a cobertura das dotações de autorização adicionais a favor de Chipre, com base no perfil de pagamentos previsto.

Votamos a favor.

Inês Cristina Zuber (GUE/NGL), *por escrito*. — O documento propõe a mobilização do Instrumento de Flexibilidade por um montante superior aos limites máximos do QFP, a fim de complementar o financiamento do orçamento geral da UE para o exercício de 2015 com mais 79,8 milhões de euros em dotações de autorização, a serem utilizados para complementar o financiamento dos programas dos Fundos Estruturais a favor de Chipre no âmbito da coesão.

No seguimento desta proposta, este relatório concorda com a mobilização deste Instrumento, alterando-a no sentido de financiar a dotação adicional dos programas dos Fundos estruturais por um montante máximo de 83,26 milhões de euros.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

Atendendo à natureza complementar do Instrumento de Flexibilidade, estas dotações de pagamento adicionais servem para assegurar a cobertura das dotações de autorização adicionais a favor de Chipre, com base no perfil de pagamentos previsto.

Votámos a favor.

11.15. Entwurf des Gesamthaushaltsplans der Europäischen Union – Haushaltsjahr 2015

Dichiarazioni di voto orali

Clare Moody (S&D). - Mr President, in October my Labour colleagues and I voted for the EU to do more of what it is good at. Since then, we saw an inspirational example of this when Philae landed on a comet. It has been compared to landing a washing machine on Burnham-on-Sea from 500 million miles away.

We have seen significant and welcome progress this year with a reversal of many of the Council's most destructive cuts – cuts that would have hurt communities, small businesses and centres of research in my region. Unfortunately we have not seen a sufficient reallocation of funding from the CAP or from our monthly visits here to Strasbourg, a beautiful city to visit but not what you would call a good use of time and money. We want to see EU money spent on areas with real added value for our citizens and on projects that fulfil our international responsibilities. I look forward to this budget being put to that good work in 2015.

Alessandra Moretti (S&D). - Signor Presidente, onorevoli colleghi, nonostante l'approvazione di questo bilancio, credo che noi possiamo e dobbiamo fare molto di più. Ci richiamiamo agli sforzi fatti dai socialisti e democratici ma il Consiglio ancora una volta è rimasto oggetto della forza e della prepotenza solo di alcuni paesi europei, come Germania, Francia e Inghilterra.

Siamo comunque riusciti ad ottenere qualcosa rispetto a quelli che sono gli impegni a tenere vivi e significativi programmi come Erasmus e Orizzonte 2020. Resta, tuttavia, sempre prioritaria il nostro impegno per una riforma intelligente e organica dell'intera procedura di adozione del bilancio.

Dichiarazioni di voto scritte

Marina Albiol Guzmán (GUE/NGL), por escrito. — He votado en contra del nuevo presupuesto de la UE para 2015 porque es un presupuesto en la misma línea de los anteriores. Sigue promoviendo las políticas económicas neoliberales que nos han llevado a la crisis, insiste en los memorandos y los programas de reformas para los Estados miembros, instigando a las privatizaciones y liberalizaciones de los servicios públicos, a la austeridad, a los recortes y a la desregulación de las relaciones laborales. Además, la cantidad de este presupuesto se ha visto recortada, en un momento en que lo más necesario sería la inversión pública para generar puestos de trabajo y para garantizar los servicios públicos para todas las ciudadanas europeas.

Jonathan Arnott (EFDD), in writing. — Taxpayers in the United Kingdom will not support yet another increase in membership fees to the European Union. Whilst the compromise may be elegant in terms of avoiding provisional twelfths, the interests of the people are not fully considered.

Petras Auštrevičius (ALDE), in writing. — I am satisfied with the general budget deal. Taking into account the really complicated negotiation process and often colliding Council and EP positions, it is extremely important that the budget was finally adopted in a comparably timely manner. Moreover, the increase of EUR 244.2 million in the overall level of commitment appropriations compared to the initial proposition of the Council is a significant achievement which will help to stabilise the current fiscal debt levels. In addition, the bigger part of funds allocated to competitiveness and innovation is a promising sign for steady growth and job creation. I believe this will contribute to the overall Europe 2020 strategy and induce the overall economic performance of the EU.

Zigmantas Balčytis (S&D), raštu. — Balsavau už Europos Parlamento ir Tarybos pasiektą susitarimą dėl 2015 m. biudžeto. Sveikinu Europos Parlamento derybininkus, kurie pasiekė, kad neatidėliotinoms šių metų ES biudžeto skoloms apmokėti būtų skirta 4,25 mlrd. eurų ir kad Europos Komisija būtų įpareigota parengti laipsnišką neapmokėtų sąskaitų sumažinimo planą bei ateiityje nustatyti tvirtą skolų ribą. Parlamento dėka įsipareigojimams bus skirta 0,5 mlrd. eurų daugiau nei siūlė ES Taryba. Daugiau lėšų bus skirta ES mokslinių tyrimų programai „Horizontas 2020“ bei studentų ir jaunimo mainų programai „Erasmus+“. Sveikintina, kad padidintas finansavimas Europos kaimynystės programoms, humanitarinei pagalbai bei bendrai užsienio saugumo politikai, o tai atsižvelgiant į šiandieninę situaciją Europoje yra labai aktualu. Tačiau nepritariu finansavimo sumažinimui Europos žemės ūkio garantijų fondui, nes tai atsilieps daugeliu

Mittwoch, 17. Dezember 2014

ES ūkininkų, kurie yra atsidūrę itin sunkioje padėtyje dėl užsitęsusio Rusijos embargo, ir kuriems yra būtina ES pagalba.

Nicolas Bay (NI), *par écrit*. — Tandis que les impayés de l'Union européenne s'accumulent, on continue d'annoncer des budgets faramineux. L'Union européenne ne pourra pas régler les problèmes que rencontrent ses États membres à coups de milliards d'euros qu'elle prélève chez ces derniers. Ce sont les orientations de l'Union européenne qu'il est urgent de revoir plutôt que de prévoir de nouveaux budgets pour des politiques vouées à l'échec.

Malin Björk (GUE/NGL), *skriftlig*. — Jag röstade nej till budgeten.

Jag anser EU:s budget måste skäras ner betydligt. Dessutom finns det stora problem inom den kostsamma jordbrukspolitiken och regional- och strukturfonderna. Resurser går också till EU:s militarisering och fästning Europa, vilket jag inte kan ställa mig bakom.

Jag vill också understryka principiell kritik mot hela budgetprocessen, som präglas av slutenhet. Toppmöten och alla förhandlingar sker utan insyn, vilket bekräftar EU:s odemokratiska karaktär.

José Blanco López (S&D), *por escrito*. — Tras arduas negociaciones, y aunque es evidente que el acuerdo podría ser más ambicioso, el Parlamento ha logrado revertir los recortes del Consejo así como incrementar el presupuesto en determinados ámbitos de especial relevancia. Como ejemplo, se ha logrado un incremento de 45 millones de euros para la rúbrica 1a, en concreto para el programa COSME y para Horizonte 2020, y de 16 millones para Erasmus+, así como 32 millones más para la rúbrica 4 (UNWRA y ayuda humanitaria). En total, para 2015 se han acordado créditos de compromiso por importe de 145 321 500 000 euros y créditos de pago por 141 214 040 563 euros. Además, se ha alcanzado un acuerdo para reducir el nivel de las facturas impagadas dentro del marco plurianual actual. Por todo ello, he dado mi voto a favor.

Mercedes Bresso (S&D), *in writing*. — I voted against this proposal for amendments because I do not think they are in the interests of the European Parliament.

Gianluca Buonanno (NI), *per iscritto*. — Voto contrario, in coerenza con la mia posizione critica nei confronti di questa Unione europea. È tutto da rifare!

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), *per iscritto*. — Ogni anno si svolge puntualmente il braccio di ferro tra le posizioni del Consiglio e del Parlamento che tuttavia ha comunque adottato il bilancio di quest'anno. Le previsioni per il prossimo anno evidenziano un ammanco di oltre 4 miliardi che si aggiungeranno alle molte fatture non pagate dello scorso esercizio.

Ole Christensen (S&D), *skriftlig*. — Vi er kategorisk imod, at EU-midler bruges til udflytning af arbejdspladser, og understreger at dette i forvejen er ulovligt. Vi er imod støtte til tobaksproduktion, og vi er imod, at der på nogen måde ydes støtte til lange transporter af levende dyr, som medfører lidelser for dyrene. Vi er for større kontrol ift. Unionens udgifter og Europa-Parlamentets brug af penge samt for et øget investeringsniveau i Europa, der er til gavn for vækst og arbejdspladser i samtlige medlemslande. Derfor kæmper vi aktivt for disse sager i vores respektive udvalg og for at få dette inkluderet i relevante lovgivningstekster. De danske socialdemokrater i Europa-Parlamentet har i årevis arbejdet aktivt for at styrke kontrol og rimelighed ift. dækning af medlemmernes generelle udgifter m.m. Vi støtter også aktivt en fornyet og forstærket EU-indsats i forhold til den mellemøstlige fredsproces og ser UNRWAs arbejde som en vigtig del af denne proces. Vi vælger derfor at støtte det budgetkompromis, som efter store anstrengelser er opnået mellem Europa-Parlamentet og Rådet, og er dermed forpligtet til at nedstemme samtlige ændringsforslag til selve budgettet, i det vi dog vedstår, at der fortsat er store uløste problemer, ikke mindst ift. mængden af ubetalte regninger.

Alberto Cirio (PPE), *per iscritto*. — Questo progetto di bilancio evita l'esercizio provvisorio e soprattutto dà merito e soddisfazione alla Presidenza italiana per il difficile equilibrio cercato e trovato. Infatti, la difficoltà dei negoziati, unita al momento di grave crisi soprattutto per alcuni Stati, rende il risultato raggiunto straordinario, in particolare con riferimento a quei capitoli di spesa che hanno avuto degli aumenti consistenti (mi riferisco in particolare al COSME).

Therese Comodini Cachia (PPE), *in writing*. — This new Draft Budget 2015 entails a EUR 800 million overall reduction of payment appropriations compared to the Commission's original Draft Budget. The proposed distribution of payment appropriations in the new Draft Budget 2015 will continue to reduce the backlog of unpaid bills from the past programming period for Cohesion, to address and to successfully launch the new important spending programmes in 2015. It is particularly important that the EUR 20 million increase in the operational expenditure of FRONTEX is offset by a corresponding reduction of the budget item on support of border management. I voted in favour.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

Javier Couso Permy (GUE/NGL), *por escrito*. — He votado en contra del nuevo presupuesto de la UE para 2015 porque es un presupuesto en la misma línea de los anteriores. Sigue promoviendo las políticas económicas neoliberales que nos han llevado a la crisis, insiste en los memorandos y los programas de reformas para los Estados miembros, instigando a las privatizaciones y liberalizaciones de los servicios públicos, a la austeridad, a los recortes y a la desregulación de las relaciones laborales. Además, la cantidad de este presupuesto se ha visto recortada, en un momento en que lo más necesario sería la inversión pública para generar puestos de trabajo y para garantizar los servicios públicos para todas las ciudadanas europeas.

Miriam Dalli (S&D), *in writing*. — I voted in favour of this report, since the European Parliament wanted to stabilise the payment crisis and get a concrete payment plan. The European Parliament managed to tackle the payment crisis by pushing for extra money in 2014 for draft amending budgets of 2014 (EUR 3.53 billion), including increases in 2015 and a joint statement on a payment plan.

Michel Dantin (PPE), *par écrit*. — J'avais émis de fortes critiques sur le projet initial du budget 2015 présenté par la Commission européenne car les mesures d'aide aux agriculteurs suite à l'embargo russe étaient alors financées par la réserve de crise, rendue disponible par la nouvelle PAC en cas de crise agricole. Or, les difficultés que rencontrent les agriculteurs aujourd'hui en raison de l'embargo ne sont pas les conséquences d'une crise agricole mais bien diplomatique. Utiliser la réserve de crise revenait à les pénaliser doublement, ce qui était injustifié et non acceptable. Cette proposition a été retirée dans le nouveau projet de budget général, raison pour laquelle je l'ai finalement soutenue.

Tamás Deutsch (PPE), *írásban*. — Az Európai Parlament ma nagy többséggel elfogadta a 2015. évi uniós költségvetést és a 2014. évi többletforrásokról szóló módosításokat. A megállapodás óriási előnye, hogy azzal még idén elfogadásra kerülhet a 2015-ös uniós költségvetés, azaz jövőre nem csak az idei költségvetés tizenkettődét lehetne kifizetni havonta. 2014-re így 4 milliárd euró többletforrást mozgósítanak, amelyből 3,5 milliárd euró úgynevezett „friss pénz”, azaz nem átcsoportosítások eredménye.

Az EP csak azzal a feltétellel járult hozzá a jövő évi EU-költségvetés elfogadásához, hogy az Európai Bizottság tervet dolgoz ki a kifizetetlen számlák fenntartható szintre csökkentésére. 2014-ben már 23,4 milliárd euró a korábbi évről áthúzódó számla kifizetését kell megoldani. Ehhez is biztosítja a mai szavazás a közel 4 milliárd eurós többletforrást.

Az Európai Parlament mai döntésével biztosítottak az idei és a jövő évi költségvetés Magyarországnak járó agrár- és kohéziós forrásai is. A magyar néppárti delegáció, együtt az Európai Néppárttal, hazánk nemzeti érdekeinek képviselőiben felelősségteljesen döntött és megszavazta a 2015. évi uniós költségvetést és az ahhoz kapcsolódó megállapodásban szereplő valamennyi jelentést. A megállapodás részét képezik a Szolidaritási Alapot mozgósító jelentések is, amelyek az Európa különböző régióit sújtó természeti katasztrófák okozta károkat enyhítik.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI), *γραφώς*. — Καταψήφισα το σχέδιο γενικού προϋπολογισμού, διότι μετατοπίζει το κέντρο βάρους της ΕΕ περισσότερο προς τους αριθμούς και την οικονομική εξουσία παρά προς τους ίδιους τους πολίτες της και την κάλυψη των αναγκών τους.

José Manuel Fernandes (PPE), *por escrito*. - O orçamento da UE para 2015 será de 145,32 mil milhões de euros em dotações de autorização e 141,21 mil milhões de euros em dotações de pagamento. Participei nas centenas de horas de negociação que permitiram um bom acordo no que diz respeito aos orçamentos de 2014, aos orçamentos rectificativos e ao orçamento de 2015. Este orçamento permite a concretização das nossas prioridades relativas ao crescimento e ao emprego. Este acordo permite ainda estabilizar a dívida da União Europeia e evitar o colapso do orçamento. Conseguimos que os cortes que o Conselho propunha fossem minimizados. Para além disso, reforçamos os compromissos no que diz respeito aos programas destinados ao emprego e ao crescimento, nomeadamente a investigação (Horizonte 2020), apoio às PME (COSME) e destinados à juventude (ERASMUS+). A solidariedade externa da União Europeia também ela foi reforçada no que diz respeito à ajuda humanitária. Em 2015, tal como acordámos com a Comissão e com o Conselho, temos de ter um plano para fazer face às faturas já vencidas e não pagas. A União Europeia deve aplicar a ela própria o mesmo rigor que pede aos Estados-Membros e, para além disso, deve cumprir os seus compromissos, nomeadamente o que adotou no quadro financeiro plurianual.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

João Ferreira (GUE/NGL), *por escrito*. — Apresentámos um importante conjunto de propostas de alteração ao orçamento. Lamentavelmente foram chumbadas (com os votos contra dos deputados do PS, PSD e CDS). Dessas propostas destacamos:

— Melhoria do acesso das MPME ao financiamento;

— Aumento das dotações para a Iniciativa para o Emprego dos Jovens – defendendo a criação de postos de trabalho com direitos e contratos permanentes.

— Aumento substancial das dotações para a *Promoção da coesão social e atenuação das formas mais graves de pobreza na União* - Os Estados-Membros, com taxas de desemprego superiores a 10 % e uma taxa de risco de pobreza e/ou exclusão social superior a 20 %, teriam uma taxa de financiamento do programa operacional de 100 % da despesa total elegível.

— Aumento de 77 milhões de euros para a rubrica do Leite para as escolas dando preferência aos produtos locais e/ou nacionais

— Projeto-piloto — Criação de casas-abrigo para mulheres vítimas de violência doméstica e exploração sexual.

É lamentável que este pacote orçamental, mais uma vez, não sirva os interesses de desenvolvimento de cada Estado-Membro, revelando a enorme hipocrisia de quem, anunciando um *novo ciclo*, insiste nas mesmas velhas orientações, recusando qualquer tipo de solidariedade entre Estados-Membros.

Λάμπρος Φουντούλης (NI), *γραφικώς*. — Μετατοπίζει το κέντρο βάρους της ΕΕ περισσότερο προς τους αριθμούς και την οικονομική εξουσία παρά προς τους ίδιους τους πολίτες της για την κάλυψη των αναγκών τους. Γι' αυτό τον λόγο καταψηφίζω τον νέο γενικό προϋπολογισμό της Ευρωπαϊκής Ένωση για το οικονομικό έτος 2015.

Françoise Grossetête (PPE), *par écrit*. — J'ai voté en faveur du projet de budget pour 2015 suite aux intenses négociations de notre institution avec le Conseil.

Ce projet de budget prévoit 145 321,5 millions de crédits d'engagements pour 2015 et 141 214,0 millions de crédits de paiements.

Je me félicite notamment du soutien aux programmes de recherche et du maintien d'Erasmus pour les étudiants, ainsi que des 273,6 millions d'euros qui vont être alloués aux agriculteurs sans toucher à la réserve de crise agricole pour pallier les pertes encourues suite à l'embargo russe. C'est une belle victoire que d'élargir à tous la solidarité vis à vis des agriculteurs et de ne pas utiliser seulement la réserve consacrée à la crise agricole prévue par la PAC.

J'insiste cependant pour qu'un plan d'apurement des paiements soit trouvé en réponse à la crise actuelle et ce, avant que la Commission ne propose un projet de budget pour 2016. Il est maintenant primordial de trouver un nouveau système de ressources propres pour sortir de cette impasse.

Enrique Guerrero Salom (S&D), *por escrito*. — He apoyado el acuerdo alcanzado ya que permitirá paliar, al menos de momento, de manera momentánea la política de cheques sin fondos impulsada por el Consejo desde el 2012. Podremos pagar las facturas pendientes en temas tan importantes como la ayuda humanitaria, que tenía un agujero de 160 millones de euros. Pero con nuestro voto también hemos conseguido que el nivel de pagos y compromisos para el 2015 se equipare, lo que detendrá la espiral de facturas sin pagar, cuestión que también ha sido reforzada con un acuerdo sobre un plan de pagos que permita a la UE salir de la situación en la que se encuentra en este momento, con más de 23 000 millones en facturas no pagadas. Este es el primer paso, el Parlamento seguirá vigilante en los próximos meses para asegurar que los Estados Miembros cumplen con sus compromisos presupuestarios.

Sergio Gutiérrez Prieto (S&D), *por escrito*. — El acuerdo alcanzado permitirá el pago de las facturas pendientes, para lo que se ha acordado la cantidad de 4 800 millones de euros para el periodo 2014-2015. Aunque dista de las cifras iniciales, este importe permitirá cumplir con parte de las facturas acumuladas y con ello aliviar la situación de muchas pymes, universidades, colectividades locales y ONG que en este momento están esperando que se les pague.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

Tan importante como las cifras relativas a los pagos de 2014 y el presupuesto de 2015 ha sido llegar a un acuerdo entre Parlamento, Consejo y Comisión sobre un plan de pagos que permita a la UE salir de la situación en la que se encuentra en este momento con más de 23 000 millones de euros en facturas no pagadas.

Respecto del presupuesto 2015, hemos conseguido revertir todos los recortes del Consejo así como incrementos en las categorías 1a, que reflejan la prioridad de contribuir a la mejora del acceso a la financiación a través del presupuesto de la UE, especialmente para las pequeñas y medianas empresas, en concreto para el programa COSME, así como para los programas Horizonte 2020 y Erasmus+, y la cantidad destinada a la ayuda humanitaria en la categoría 4.

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan.* — Glasao sam ZA novi nacrt općeg proračuna Europske unije za financijsku godinu 2015. jer smatram da je isti uravnotežen i u skladu sa smjernicama EU-a za narednu godinu.

U vrijeme teške financijske krize kroz koju Europa prolazi je važno usmjeriti proračunske izdatke ka održivom rastu i stvaranju konkurentnog gospodarstva koji će biti u stanju potaknuti napredak i pozitivan rast. Bitno je osigurati da proračun bude u stanju pretrpjeti eventualne krizne situacije i s njima se uspješno suočiti. Podržavam također važnost kohezijske politike unutar europskog proračuna, koja zasigurno zauzima veliku ulogu, i načelo fleksibilnosti kad je riječ o samoj strukturi istoga.

Petr Ježek (ALDE), *in writing.* — It is good to have a final agreement on next year's budget. I am pleased to see further resources allocated to the European Asylum Support Office, which has an ever increasing number of tasks. Although it is concerning that the funds available for humanitarian aid to areas such as South Sudan are not sufficiently reinforced to address what is a potentially devastating malnutrition situation, I am encouraged to see that we have allocated further funds in this year's budget to help those most in need.

The European Union's budget can be a useful tool for Member States to boost economic growth and this is a sensible budget for 2015. For this reason I voted in favour.

Afzal Khan (S&D), *in writing.* — I voted against an increase in next year's EU budget. We need to put the principles of added value and efficiency at the heart of budgetary decision-making in Europe. I want to see a real budget reform in the EU with a greater focus on generating growth and jobs, and areas that do not bring any real benefits to our constituents cut.

Jeppe Kofod (S&D), *skriftlig.* — Vi er kategorisk imod, at EU-midler bruges til udflytning af arbejdspladser, og understreger at dette i forvejen er ulovligt. Vi er imod støtte til tobaksproduktion, og vi er imod, at der på nogen måde ydes støtte til lange transporter af levende dyr, som medfører lidelser for dyrene. Vi er for større kontrol ift. Unionens udgifter og Europa-Parlamentets brug af penge samt for et øget investeringsniveau i Europa, der er til gavn for vækst og arbejdspladser i samtlige medlemslande. Derfor kæmper vi aktivt for disse sager i vores respektive udvalg og for at få dette inkluderet i relevante lovgivningstekster.

De danske socialdemokrater i Europa-Parlamentet har i årevis arbejdet aktivt for at styrke kontrol og rimelighed ift. dækning af medlemmernes generelle udgifter m.m. Vi støtter også aktivt en fornyet og forstærket EU-indsats i forhold til den mellemøstlige fredsproces og ser UNRWAs arbejde som en vigtig del af denne proces. Vi vælger derfor at støtte det budgetkompromis, som efter store anstrengelser er opnået mellem Europa-Parlamentet og Rådet, og er dermed forpligtede til at nedstemme samtlige ændringsforslag til selve budgettet, i det vi dog vedstår, at der fortsat er store uløste problemer, ikke mindst ift. mængden af ubetalte regninger.

Constance Le Grip (PPE), *par écrit.* — J'ai voté en faveur du projet de budget pour l'année 2015, fruit de longues négociations avec les États membres. 145,3 milliards en crédits d'engagement, 141,2 milliards en crédits de paiements ont été validés, soit 2,2 milliards de plus que les paiements définitifs du budget 2014. Aussi, 4,25 milliards d'euros supplémentaires ont été concédés par les États membres afin de régler les factures impayées en 2014. J'ai également approuvé les fléchages qui ont été décidés. Par exemple, 45 millions d'euros supplémentaires seront alloués pour le programme de recherche et développement Horizon 2020 et un supplément de 16 millions pour le programme étudiant Erasmus +, qui, je le rappelle, doit profiter à de nouveaux profils, tels que les apprentis ou encore les jeunes entrepreneurs.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

Paloma López Bermejo (GUE/NGL), *por escrito*. — He votado en contra del nuevo presupuesto de la UE para 2015 porque es un presupuesto en la misma línea de los anteriores. Sigue promoviendo las políticas económicas neoliberales que nos han llevado a la crisis, insiste en los memorandos y los programas de reformas para los Estados miembros, instigando a las privatizaciones y liberalizaciones de los servicios públicos, a la austeridad, a los recortes y a la desregulación de las relaciones laborales. Además, la cantidad de este presupuesto se ha visto recortada, en un momento en que lo más necesario sería la inversión pública para generar puestos de trabajo y para garantizar los servicios públicos para todas las ciudadanas europeas.

Krystyna Łybacka (S&D), *na piśmie*. — Głosowałam za przyjęciem budżetu na 2015 rok. W kontekście tego głosowania chciałam podkreślić konieczność utrzymania, a nawet zwiększenia nakładów na kluczowe unijne programy takie jak Erasmus+, czy Horyzont 2020. Niezbędne jest także wywiązanie się z deklaracji politycznych dotyczących wsparcia tych programów i zabezpieczenia środków na ich realizację. W szczególności niepokoi mnie fakt, iż pomimo trudności z zagwarantowaniem płatności na program Horyzont 2020 planuje się przenieść kwotę 2,7 mld euro z tego programu na realizację nowego planu inwestycyjnego. Uważam, że te dwie inicjatywy są niezmiernie istotne dla podniesienia konkurencyjności Unii i powinny być komplementarne względem siebie. Biorąc jednak pod uwagę odmienny sposób ich realizacji należy im zapewnić niezależne źródła finansowania.

Finalnie, zwracam uwagę, iż budżet musi odzwierciedlać realne zapotrzebowanie na pokrycie określonych działań i programów w przeciwnym razie nigdy nie uporamy się z problemem niezapłaconych zobowiązań i będziemy musieli nieustannie przyjmować budżety korygujące.

Andrejs Mamikins (S&D), *rakstiski*. — Labi, ka mēs beidzam gadu ar pieņemtu jauno 2015. gada budžetu. Es atbalstīju šo lēmumu. Ir plānota ekonomikas izaugsme nākamgad. Es balsoju “par”.

Νότης Μαρτιάς (ECR), *γραπτώς*. — Καταψήφισα το «Νέο σχέδιο γενικού προϋπολογισμού της Ευρωπαϊκής Ένωσης - οικονομικό έτος 2015», διότι πρόκειται για έναν προϋπολογισμό που στηρίζει τη γραφειοκρατία των Βρυξελλών.

Georg Mayer (NI), *schriftlich*. — Da einige Faktoren des Berichtigungshaushaltsplans durchaus positiv erscheinen mögen, wie zum Beispiel die Berichtigungshaushaltspläne Nr. 4, 6 und 8, könnte man zu der Ansicht gelangen, die Entwürfe als Ganzes abzusegnen. Der Umstand, dass das Gesamtbudget jedoch immer noch viel zu hoch ist, um es vernünftig und vor allem nachhaltig über die nächsten Jahre finanzieren zu können, wiegt jedoch schwerer und wird von mir abgelehnt.

Nuno Melo (PPE), *por escrito*. — Votei favoravelmente o orçamento da União Europeia para 2015, que inclui mais verbas para o programa de investigação e inovação Horizonte 2020, para o programa de intercâmbio de estudantes Erasmus+ e para a política externa, entre outras áreas. O presente orçamento terá 145,3 milhões de euros em dotações de autorização e 141,2 mil milhões de euros em dotações de pagamento. A prioridade do Parlamento Europeu durante as negociações com o Conselho foi garantir o pagamento das faturas por pagar a empresas, autoridades locais e outros beneficiários dos fundos europeus. Foram conseguidos quatro mil milhões de euros adicionais para o pagamento de faturas pendentes em 2014 através de um orçamento rectificativo. Foi também conseguido que as instituições europeias se comprometessem a elaborar um plano para que o valor das faturas pendentes desça para níveis sustentáveis até 2016, já que no final deste ano se estima que o seu montante rondará os 23 mil milhões de euros. Acaba por ser um bom acordo depois de difíceis negociações.

Roberta Metsola (PPE), *in writing*. — I have voted in favour of the adoption of the 2015 budget and would like to thank the rapporteurs for all their work in securing an agreement that improves significantly the Council's initial position and prevents the collapse of the EU budget 2015. This is an instrument to promote growth and jobs and is one that I support.

Marlene Mizzi (S&D), *in writing*. — I am in agreement with the new general budget report of the European Union for the financial year 2015. I have voted in favour of Amendment 21, which insists on increasing the level of commitment appropriations to EUR 300 million in order to provide sufficient resources to ease the dramatic humanitarian situation and to support the efforts of reconstruction in the Gaza strip.

Sophie Montel (NI), *par écrit*. — Au programme de ce budget, 10 priorités, parmi lesquelles la stimulation de l'emploi, la croissance et l'investissement, la connexion du marché unique du numérique, la lutte contre le réchauffement climatique, la sécurisation des frontières de l'Europe,... L'UE, qui prétend relancer l'investissement grâce à son budget 2015, devrait plutôt commencer par retirer sa directive sur les travailleurs détachés, à l'origine d'une concurrence déloyale sur le marché de l'emploi, en France notamment!

Mittwoch, 17. Dezember 2014

Et que dire des factures impayées, qui s'accumulent et qui représentent près de 20 % des recettes! L'UE annonce aujourd'hui avoir dégagé quelques marges de manœuvre? Mais qui va apurer cette dette qui ne dit pas son nom? Les leçons de morale budgétaire, qui sont assénées par Bruxelles aux États membres, sont parfaitement indécentes.... À cela, il convient d'ajouter les 220 milliards de RAL (engagements restant à liquider) qui dépassent largement les crédits de paiement mobilisés. Comment l'UE va-t-elle gérer cette situation?

M. LAMASSOURE déclarait, lors de la dernière commission des budgets qu'il présidait, que la situation fin juin 2014 était bien pire que celle dont il avait hérité 5 ans plus tôt. Il y a fort à parier que M. ARTHUIS dira la même chose en 2019. J'ai voté contre.

Franck Proust (PPE), *par écrit*. — La quantité de paiements manquants s'accroît d'année en année et ce seront environ trente millions de factures impayées qui sont reportées à l'année 2015. J'accueille donc favorablement la proposition de budget 2015 retenue suite au trilogue car l'Union européenne a bénéficié d'une rallonge pour répondre à cette question. Je suis également favorable à l'accroissement du budget de l'Union pour l'année 2015, bien qu'il ne permette pas un fonctionnement optimal des institutions et des agences de l'Union. À ce titre, il convient au Parlement européen de rester vigilant et d'enjoindre incessamment le Conseil de respecter le cadre pluriannuel du budget.

Julia Reid (EFDD), *in writing*. — All 16 of these amendments were to raise the budget of the European Union, and consequently increase the contributions required by Member States. I therefore voted against these amendments, as well as the budget overall.

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D), *por escrito*. — Tras arduas negociaciones, el Parlamento ha logrado revertir los recortes del Consejo, así como incrementar el presupuesto en determinados ámbitos de especial relevancia. Como ejemplo, se ha logrado un incremento de 45 millones de euros para la rúbrica 1a, en concreto para el programa COSME y para Horizonte 2020, y de 16 millones para Erasmus+, así como 32 millones más para la rúbrica 4 (UNWRA y ayuda humanitaria). En total, para 2015 se han acordado créditos de compromiso por importe de 145 321 500 000 euros y créditos de pago por 141 214 040 563 euros. Además, se ha alcanzado un acuerdo para reducir el nivel de las facturas impagadas dentro del marco plurianual actual. Por todo ello, he dado mi voto a favor.

Claude Rolin (PPE), *par écrit*. — Le Parlement européen a approuvé à une très large majorité le budget de l'Union européenne pour 2015 et le renflouement du budget de 2014. Le budget 2015 s'élèvera dorénavant à 145,3 milliards d'euros en crédits d'engagements et 141,2 milliards d'euros en crédits de paiements (il est à noter que le niveau global des crédits d'engagement présente une augmentation de 1,6 % par rapport au budget 2014 et dépasse de 1,2 milliard la position initiale du Conseil). Je me réjouis aussi surtout de l'ajout de 95 millions pour Horizon 2020, COSME, ERASMUS et l'aide humanitaire, et me félicite aussi que, grâce aux nouvelles recettes affectées dans la politique agricole commune, une solution ait été trouvée pour financer des mesures d'urgence à concurrence de 273,6 millions d'euros en réponse à l'embargo russe sur les importations de denrées alimentaires, et ce sans mobiliser d'emblée la réserve pour les crises dans le secteur agricole. Toutefois, il est à noter que s'il est ainsi permis à la Commission de faire face aux besoins de paiement les plus urgents en 2014, le niveau des crédits de paiement supplémentaires inscrits au budget 2014 ne suffira pas à arrêter l'effet boule de neige récurrent des factures impayées en 2015.

Christel Schaldemose (S&D), *skriftlig*. — Vi er kategorisk imod, at EU-midler bruges til udflytning af arbejdspladser, og understreger, at dette i forvejen er ulovligt. Vi er imod støtte til tobaksproduktion, og vi er imod, at der på nogen måde ydes støtte til lange transporter af levende dyr, som medfører lidelser for dyrene. Vi er for større kontrol ift. Unionens udgifter og Europa-Parlamentets brug af penge samt for et øget investeringsniveau i Europa, der er til gavn for vækst og arbejdspladser i samtlige medlemslande. Derfor kæmper vi aktivt for disse sager i vores respektive udvalg og for at få dette inkluderet i relevante lovgivningstekster. De danske socialdemokrater i Europa-Parlamentet har i årevis arbejdet aktivt for at styrke kontrol og rimelighed ift. dækning af medlemmernes generelle udgifter m.m. Vi støtter også aktivt en fornyet og forstærket EU-indsats i forhold til den mellemøstlige fredsproces og ser UNRWAs arbejde som en vigtig del af denne proces. Vi vælger derfor at støtte det budgetkompromis, som efter store anstrengelser er opnået mellem Europa-Parlamentet og Rådet, og er dermed forpligtet til at nedstemme samtlige ændringsforslag til selve budgettet, i det vi dog vedstår, at der fortsat er store uløste problemer, ikke mindst ift. mængden af ubetalte regninger.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito*. - He votado en contra del nuevo presupuesto de la UE para 2015 porque es un presupuesto en la misma línea de los anteriores. Sigue promoviendo las políticas económicas neoliberales que nos han llevado a la crisis, insiste en los memorandos y los programas de reformas para los Estados miembros, instigando a las privatizaciones y liberalizaciones de los servicios públicos, a la austeridad, a los recortes y a la desregulación de las relaciones laborales. Además, la cantidad de este presupuesto se ha visto recortada, en un momento en que lo más necesario sería la inversión pública para generar puestos de trabajo y para garantizar los servicios públicos para todas las ciudadanas europeas.

Siôn Simon (S&D), *in writing*. — Today I voted against the general budget for the European Union for the 2015 financial year. We will always argue for maximum restraint on the EU budget. I could not support the final general budget for 2015, as it is a real-terms rise on the 2014 budget and it is still too high.

According to the draft package, the overall level of commitment appropriations in the 2015 budget is set at EUR 145 321.5 million while the payment appropriations total comes to an additional EUR 3 529.6 million.

Dubravka Šuica (PPE), *napisan*. — Proračun Europske Unije za 2015. nije se uspio zaključiti do 17. studenog. Bilo je potrebno izdati novi nacrt, budući da pregovori između Europskog parlamenta i Vijeća nisu bili laki. Podržavam novi prijedlog proračuna kojim se pokušavaju riješiti neplaćeni računi te, što je prije moguće, iskorijeniti nastali problemi. Ovaj se proračun ne tiče samo tvrtki, studenata ili nevladine organizacije, tiče se svih građana Europske unije. Novim proračunom se pridonosi rastu i otvaranju novih radnih mjesta koja su od iznimne važnosti za sve države članice, pa tako i Hrvatsku.

Ελευθέριος Συναδινός (NI), *γραπτώς*. — Μετατοπίζει το κέντρο βάρους της ΕΕ περισσότερο προς τους αριθμούς και την οικονομική εξουσία παρά προς τους ίδιους τους πολίτες της, για την κάλυψη των αναγκών τους.

Marc Tarabella (S&D), *par écrit*. — Selon les dispositions des traités, les projets d'amendements doivent, pour être adoptés, recueillir les voix de la majorité des députés qui composent le Parlement européen. Sur les conseils de mes collègues de la Commission BUDG, j'ai voté en faveur:

— du projet d'amendements aux crédits de la section III du projet de budget général 2015 en ce qui concerne la Commission;

— du projet d'amendements aux sections I, II, IV, V, VI, VII, VIII, IX et X du projet de budget général 2015 en ce qui concerne le Parlement européen, le Conseil, la Cour de justice, la Cour des comptes, le Comité économique et social, le Comité des régions, le Médiateur européen, le Contrôleur européen de la protection des données et le Service européen pour l'action extérieure.

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito*. — O que está aqui em causa é a aprovação dos projetos de orçamentos retificados 2014, do orçamento da União para o exercício de 2015, fixado a um nível de 145 321,5 milhões de euros e 141 214,0 milhões de euros, respetivamente, em dotações para autorizações e pagamentos, bem como de seis declarações comuns e três declarações unilaterais.

Mais uma vez verificamos que não se dotou o orçamento com recursos orçamentais suficientes para poder corresponder à necessidade de relançamento da economia, bem como aos objetivos de coesão social e territorial. Sublinhe-se que este orçamento fica aquém do limite máximo do QFP na maioria das rubricas.

Achamos lamentável o facto de este orçamento não utilizar o montante integral das receitas suplementares provenientes de multas para cobrir as necessidades de pagamento pendentes, no quadro onde a dívida representa já perto de 25 mil milhões de euros e num momento onde já sabemos que, em 2015, esta dívida irá aumentar, dado o desajustamento entre as dotações para autorizações e pagamentos.

Resumidamente, este pacote orçamental não serve os interesses da UE e revela uma enorme hipocrisia de quem defende mais Europa, recusando-se ao mesmo tempo qualquer tipo de solidariedade entre Estados-Membros.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

Harald Vilimsky (NI), *schriftlich*. — Ich habe den neuen Gesamthaushaltsplan der Europäischen Union abgelehnt, da dieser nichts als eine Mischung aus weiteren Schulden und deren Bindung von Mitteln aufstellt, welche grundsätzlich nicht zur Erhaltung der Union beitragen bzw. keinerlei Nachhaltigkeit aufweisen. Es wäre wünschenswert, endlich einmal eine nachhaltige und vor allem effizientere Strategie hinsichtlich des Gesamthaushaltsplans auf den Tisch zu bekommen. Jedoch ist dies wieder nicht der Fall.

Carlos Zorrinho (S&D), *por escrito*. — Votei favoravelmente o Orçamento da UE para 2015 porque fundamentalmente evita que a União tenha que funcionar por duodécimos, apesar de o Conselho continuar a resistir à vontade da Comissão e do Parlamento de impulsionarem a recuperação económica e social na Europa.

O Orçamento prevê pagamentos no valor de 141,2 mil milhões de euros e compromissos de 145,3 mil milhões de euros.

Entre os pagamentos previstos, figuram montantes adicionais em relação ao inicialmente previsto para o Programa Horizonte 2020 e para o Programa Erasmus.

O acordo alcançado, que permitiu a aprovação do Orçamento, engloba ainda a atribuição imediata de 3,5 mil milhões de euros para pagamento de atrasados, designadamente às PME, autarquias e universidades, e o compromisso do Conselho de apresentar uma solução para o défice acumulado de pagamentos não coberto por esta *tranche* adicional.

Inês Cristina Zuber (GUE/NGL), *por escrito*. — O que está aqui em causa é a aprovação dos projetos de orçamentos rectificativos 2014, do orçamento da União para o exercício de 2015, fixado a um nível de 145 321,5 milhões de euros e 141 214,0 milhões de euros, respetivamente, em dotações para autorizações e pagamentos, bem como de seis declarações comuns e três declarações unilaterais.

Mais uma vez verificamos que não se dotou o orçamento com recursos orçamentais suficientes para poder corresponder à necessidade de relançamento da economia bem como aos objetivos de coesão social e territorial. Sublinhe-se que este orçamento fica aquém do limite máximo do QFP na maioria das rubricas.

Achamos lamentável o fato deste orçamento não utilizar o montante integral das receitas suplementares provenientes de multas para cobrir as necessidades de pagamento pendentes, no quadro onde a dívida representa já perto de 25 mil milhões de euros e num momento onde já sabemos que, em 2015, esta dívida irá aumentar dado o desajustamento entre as dotações para autorizações e pagamentos.

11.16. Neuer Gesamthaushaltsplan der Europäischen Union für das Haushaltsjahr 2015 (A8-0067/2014 - Eider Gardiazabal Rubial, Monika Hohlmeier)

Dichiarazioni di voto orali

Caterina Chinnici (S&D). - Signor Presidente, onorevoli colleghi, nonostante ritenga che l'Europa debba fare di più, ho comunque votato a favore della relazione perché la crescita degli impegni di stanziamento rispetto al precedente bilancio certamente permette di destinare maggiori risorse, anche se inferiori a quanto sarebbe opportuno, ad alcuni tra gli ambiti prioritari della strategia Europa 2020, che ha come fine ultimo la crescita e l'occupazione.

Aumentare i fondi di progetti come Orizzonte 2020 ed Erasmus+, così come intervenire in favore della competitività delle piccole e medie, imprese significa investire per il futuro dell'Unione e dei suoi cittadini, intensificando in particolare la lotta alla disoccupazione, il cui tasso rimane tuttora molto alto come dimostrano soprattutto i dati sulla disoccupazione giovanile, specialmente in alcune regioni. Ritengo positivo infine, anche l'impegno profuso dal Parlamento con riguardo ai bilanci rettificativi 2014, allo scopo di garantire maggiore continuità nell'azione dell'Unione e di far fronte ad esigenze straordinarie, come ad esempio quelle derivanti dall'alluvione in Sardegna, in riferimento alle quali sono stati stanziati i 16 milioni di euro.

Zoltán Balczó (NI). - A Jobbik Magyarorszáért Mozgalom képviselői nevében nem tehetünk mást, mint nemmel szavaztunk az Európai Unió 2015-ös költségvetésére. Ez a költségvetés ugyanazokat a neoliberális gazdasági alapelveket tükrözi, ahogy azt tette mindeddig. Önök, a többség, sorra visszautasították azokat a módosításokat, amelyek ezen a felfogáson változtatni kívántak, ugyanakkor maga a hétéves keret meghatározó. Ebben reálértékben most először 4,5%-kal csökkent a hétéves költségvetés összege, külön a kohéziós alapok 8,4%-a. Ez azt jelenti, hogy az úgynevezett centrumországok és a periféria között a különbség, a szakadék még tovább fog nőni. Önök nagyon szép szavakat mondanak az életszínvonalban, gazdaságban felzárkózó egységes Európáról, a számok azonban mást mutatnak.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

Ivana Maletić (PPE) - Gospodine predsjedniče, dogovor o proračunu za 2015. postignut je u procesu mirenja i podržala sam ga jer je bilo važno osigurati provedbu programa i plaćanja od početka godine.

Proračun za 2015. i dalje ne riješava problem neplaćenih računa te očekujem od svih institucija konkretniji angažman na rješavanju ovog gorućeg pitanja. Plaćanja su odobrena na razini od 141,2 milijarde eura što je značajno umanjenje prijedloga Parlamenta koje je bilo na 146,4 milijarde eura. Dio razlike kompenziran je povećanjem plaćanja u proračunu 2014., međutim moramo biti svjesni da to nije dovoljno.

Od 2010. rastu neplaćene obveze i vrijeme je da se revidira proces upravljanja EU proračunom.

Richard Corbett (S&D). - Mr President, year after year some Member States seem to pay far more attention – indeed exclusive attention – to the level of spending in the European Union budget, and ignore the content. I believe the two are intricately linked and we should do better to look more at the content. If we can use the European budget for those items of spending where, by spending at European level, you save money at national level by avoiding duplication or by economies of scale, then there would be far more consensus about the usefulness of the Union's budget. In that respect, I think the growth in recent years of the research and development part of the budget, which is a manifest case of pooling resources to get a better result, to get a 'bigger bang for your buck' as the Americans say, is a good example and needs to be quoted much more often in domestic debates, not least in my own country.

Marian Harkin (ALDE). - Mr President, I voted in favour of the 2015 budget and, like many in this Parliament, of course I would prefer a bigger budget but we have to remember it is taxpayers' money. I voted against Amendment 4, which asked to at least double the current amounts. This is to be achieved by raising the contributions of those Member States with the highest GNI or GDP. But Ireland, a country which is burdened by debt, has the sixth highest in the EU of 28. We simply could not afford to increase our contributions to the budget so we have to be careful what we are asking for here.

I also voted against Amendment 5 because, while we do need to do more to support Member States, we already do so through cohesion and CAP funds, the Social Fund and Horizon 2020. That is all we can do on the budget, unless of course we decrease the amount in some of those funds.

I think, as many speakers have said, we need to look at how well we spend our money, how efficiently we spend our money, instead of constantly asking citizens for more. Very often, and indeed in nearly all cases, citizens cannot afford it.

Dichiarazioni di voto scritte

Clara Eugenia Aguilera García (S&D), *por escrito*. — El acuerdo alcanzado permitirá el pago de las facturas pendientes, para lo que se ha acordado la cantidad de 4 800 millones de euros para el periodo 2014-2015. Aunque dista de las cifras iniciales, este importe permitirá cumplir con parte de las facturas acumuladas y con ello aliviar la situación de muchas pymes, universidades, colectividades locales y ONG que en este momento están esperando que se les pague.

Tan importante como las cifras relativas a los pagos de 2014 y el presupuesto de 2015 ha sido llegar a un acuerdo entre Parlamento, Consejo y Comisión sobre un plan de pagos que permita a la UE salir de la situación en la que se encuentra en este momento con más de 23 000 millones de euros en facturas no pagadas.

Respecto del presupuesto 2015, hemos conseguido revertir todos los recortes del Consejo así como incrementos en las categorías 1a, que reflejan la prioridad de contribuir a la mejora del acceso a la financiación a través del presupuesto de la UE, especialmente para las pequeñas y medianas empresas, en concreto para el programa COSME, así como para los programas Horizonte 2020 y Erasmus+, y la cantidad destinada a la ayuda humanitaria en la categoría 4.

Marina Albiol Guzmán (GUE/NGL), *por escrito*. — He votado en contra del nuevo presupuesto de la UE para 2015 porque es un presupuesto en la misma línea de los anteriores. Sigue promoviendo las políticas económicas neoliberales que nos han llevado a la crisis, insiste en los memorandos y los programas de reformas para los Estados miembros, instigando a las privatizaciones y liberalizaciones de los servicios públicos, a la austeridad, a los recortes y a la desregulación de las relaciones laborales. Además, la cantidad de este presupuesto se ha visto recortada, en un momento en que lo más necesario sería la inversión pública para generar puestos de trabajo y para garantizar los servicios públicos para todas las ciudadanas europeas.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

Pascal Arimont (PPE), *schriftlich*. — Der Haushalt der Europäischen Union legt ihre Einnahmen und Ausgaben fest und wird jedes Jahr auf Vorschlag der Kommission vom Parlament und vom Rat zusammen beschlossen. Rund 90% der Gelder fließen in die Mitgliedstaaten zurück – vor allem in Form von Regionalfördergeldern und Zahlungen für Landwirte.

Für 2015 umfasst der zuvor mit dem Rat ausgehandelte Kompromiss Ausgaben in Höhe von 141,21 Milliarden EUR sowie Nachtragshaushalte in Höhe von 4,25 Milliarden EUR, um die bereits 2014 beschlossenen Projekte weiter zu finanzieren.

Ich begrüße besonders die Tatsache, dass dieser mit Augenmaß und Verantwortlichkeit in Zeiten knapper Kasse beschlossene Haushalt u. a. zusätzliche Mittel für kleine und mittlere Unternehmen sowie für Bildungsprogramme und humanitäre Hilfe zur Verfügung stellt. Dass der EU-Etat 2015 nun unter Dach und Fach ist, bedeutet erfreulicherweise auch, dass das neue Jahr nicht mit einem Nothaushalt gestartet werden muss und somit die neuen Programme planmäßig starten können.

Jonathan Arnott (EFDD), *in writing*. — I do not support this budget, for the reasons outlined in my previous explanation of vote. I opposed all of the amendments for increasing funding, which appear to have been more political posturing than anything else.

The textual amendments were varied, but I deplore in particular the rejection of the amendments which would have required greater transparency from MEPs.

Finally, I note that Amendment 30 was ruled inadmissible. I disagree; it was a textual matter.

Inés Ayala Sender (S&D), *por escrito*. — El acuerdo alcanzado permitirá el pago de las facturas pendientes, para lo que se ha acordado la cantidad de 4 800 millones de euros para el periodo 2014-2015. Aunque dista de las cifras iniciales, este importe permitirá cumplir con parte de las facturas acumuladas y con ello aliviar la situación de muchas pymes, universidades, colectividades locales y ONG que en este momento están esperando que se les pague.

Tan importante como las cifras relativas a los pagos de 2014 y el presupuesto de 2015 ha sido llegar a un acuerdo entre Parlamento, Consejo y Comisión sobre un plan de pagos que permita a la UE salir de la situación en la que se encuentra en este momento con más de 23 000 millones de euros en facturas no pagadas.

Respecto del presupuesto 2015, hemos conseguido revertir todos los recortes del Consejo así como incrementos en las categorías 1a, que reflejan la prioridad de contribuir a la mejora del acceso a la financiación a través del presupuesto de la UE, especialmente para las pequeñas y medianas empresas, en concreto para el programa COSME, así como para los programas Horizonte 2020 y Erasmus+, y la cantidad destinada a la ayuda humanitaria en la categoría 4.

Zigmantas Balčytis (S&D), *raštu*. — Balsavau už Europos Parlamento ir Tarybos pasiūlytą susitarimą dėl 2015 m. biudžeto. Sveikinu Europos Parlamento derybininkus, kurie pasiekė, kad neatidėliotinoms šių metų ES biudžeto skoloms apmokėti būtų skirta 4,25 mlrd. eurų ir kad Europos Komisija būtų įpareigota parengti laipsnišką neapmokėtų sąskaitų sumažinimo planą bei ateityje nustatyti tvarią skolų ribą. Parlamento dėka įsipareigojimams bus skirta 0,5 mlrd. eurų daugiau nei siūlė ES Taryba. Daugiau lėšų bus skirta ES mokslinių tyrimų programai „Horizontas 2020“ bei studentų ir jaunimo mainų programai „Erasmus+“. Sveikintina, kad padidintas finansavimas Europos kaimynystės programoms, humanitarinei pagalbai bei bendrai užsienio saugumo politikai, o tai atsižvelgiant į šiąandieninę situaciją Europoje yra labai aktualu. Tačiau nepritariu finansavimo sumažinimui Europos žemės ūkio garantijų fondui, nes tai atsilieps daugeliui ES ūkininkų, kurie yra atsidūrę itin sunkioje padėtyje dėl užsitęsusio Rusijos embargo, ir kuriems yra būtina ES pagalba.

Hugues Bayet (S&D), *par écrit*. — J'ai approuvé le projet de budget 2015. Il comprend, il faut le souligner, des augmentations de crédits pour les programmes d'échange de jeunes Européens (Erasmus +), la recherche et l'innovation (Horizon 2020), l'aide humanitaire et l'aide aux réfugiés.

De même, 4,7 milliards supplémentaires en moyens de paiement ont été dégagés pour résorber quelque peu l'arriéré des paiements.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

Cela sera malheureusement insuffisant pour solutionner la crise des paiements de l'Union. À cet égard, la Commission et les États membres se sont engagés à présenter au printemps un plan pour épurer les factures impayées. Nous devons y être très vigilants.

Bas Belder (ECR), *schriftelijk*. — De lidstaten hebben de verhoging van de EU-begroting voor 2015 gematigd. Terecht, maar het akkoord behelst nog altijd een te hoge stijging van ruim 1,8 procent ten opzichte van de begroting 2014, ver boven de lage inflatie. Ik kan de begroting dan ook niet steunen.

De onderhandelingen stonden in het teken van achterstallige betalingen. Aanpak daarvan is noodzakelijk. Bedrijven, onderzoeksinstellingen en andere begunstigten mogen niet het slachtoffer worden van de slechte wijze van begroten van de EU. Europa belooft namelijk meer dan het kan waarmaken. Het plant elk jaar teveel financiële verplichtingen in, waardoor de betalingen, waarbij meer realisme wordt betracht, wel moeten achterblijven, met geldtekort als gevolg wanneer het op uitbetalen aankomt.

Alleen een verlaging van de financiële verplichtingen zou het probleem van de achterstallige betalingen werkelijk oplossen. Het Europees Parlement wil echter elk jaar meer vastleggen en uitbetalen. Hierin heeft het dus een grote verantwoordelijkheid. Het Europees Parlement is er zelf debet aan dat er onrealistisch veel financiële verplichtingen worden aangegaan die niet worden uitbetaald. Wie het onderste uit de kan wil hebben, krijgt het deksel op de neus. Het Parlement heeft daar dit jaar niet van geleerd, waardoor de begroting komend jaar opnieuw stijgt!

Dominique Bilde (NI), *par écrit*. — Ce nouveau projet de budget général de l'UE pour 2015 fixe à 145,3215 milliards d'EUR en crédits d'engagement et à 141,214 milliards d'EUR en crédits de paiement. Cela permet de faire face aux besoins de paiement les plus urgents en 2014 mais le niveau des crédits de paiement supplémentaires inscrits au budget 2014 ne suffira pas à arrêter l'effet «boule de neige» récurrent des factures impayées en 2015 qui restent un problème très important. Les politiques technocratiques européennes ont donc beau jeu de critiquer les États membres et d'exiger toujours plus d'austérité alors que l'UE elle-même n'arrive pas à régler ses propres factures et cumule une dette considérable (plus de 220 milliards d'EUR d'engagements restant à liquider). J'ai donc voté contre ce budget.

Mara Bizzotto (NI), *per iscritto*. — Coerentemente con la mia posizione critica nei confronti di questa Unione europea, il mio voto finale al provvedimento è chiaramente contrario.

Malin Björk (GUE/NGL), *skriftlig*. — Jag röstade nej till budgeten.

Jag anser EU:s budget måste skäras ner betydligt. Dessutom finns det stora problem inom den kostsamma jordbrukspolitiken och regional- och strukturfonderna. Resurser går också till EU:s militarisering och fästning Europa, vilket jag inte kan ställa mig bakom.

Jag vill också understryka principiell kritik mot hela budgetprocessen, som präglas av slutenhet. Toppmöten och alla förhandlingar sker utan insyn, vilket bekräftar EU:s odemokratiska karaktär.

José Blanco López (S&D), *por escrito*. — Tras arduas negociaciones, y aunque es evidente que el acuerdo podría ser más ambicioso, el Parlamento ha logrado revertir los recortes del Consejo así como incrementar el presupuesto en determinados ámbitos de especial relevancia. Como ejemplo, se ha logrado un incremento de 45 millones de euros para la rúbrica 1a, en concreto para el programa COSME y para Horizonte 2020, y de 16 millones para Erasmus+, así como 32 millones más para la rúbrica 4 (UNWRA y ayuda humanitaria). En total, para 2015 se han acordado créditos de compromiso por importe de 145 321 500 000 euros y créditos de pago por 141 214 040 563 euros. Además, se ha alcanzado un acuerdo para reducir el nivel de las facturas impagadas dentro del marco plurianual actual. Por todo ello, he dado mi voto a favor.

Simona Bonafè (S&D), *per iscritto*. — Nella tornata di ottobre il Parlamento ha espresso le sue priorità sul progetto di bilancio generale dell'UE per il 2015. La conciliazione con il Consiglio di questi ultimi mesi non è stata semplice, come ci hanno riferito i colleghi della commissione per i bilanci. Si è infine giunti a un accordo sui bilanci rettificativi 2014 e sul bilancio 2015 prima della fine dell'anno, così da evitare di entrare in esercizio provvisorio.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

Esprimo il mio voto favorevole e reputo positivo che siano stati salvaguardati e aumentati gli stanziamenti per la Ricerca (Orizzonte 2020), i programmi per la competitività delle PMI (Cosme), l'istruzione (Erasmus), la coesione e Frontex. Apprezzabile è anche l'accordo per il 2014 per il quale si è accettata la proposta di incrementare gli stanziamenti di 3,529 miliardi e di adottare i bilanci rettificativi destinati a fornire aiuti ai Paesi colpiti da gravi catastrofi naturali. In questo capitolo esprimo apprezzamento per i 16 milioni che saranno destinati all'Italia per l'alluvione in Sardegna del novembre 2013.

Incoraggiante infine è la dichiarazione in cui le tre istituzioni si impegnano ad attuare un piano per ridurre il livello di fatture non pagate: un piano da concordare in tempo utile e comunque prima della presentazione del progetto di bilancio 2016.

Mercedes Bresso (S&D), *in writing*. — I voted against because I do not think this proposal from the Council is in the interest of the Union.

Steeve Briois (NI), *par écrit*. — L'Union européenne doit faire face à des impayés d'un montant de près de 30 milliards d'euros. Or, le Parlement utilise l'apurement des dettes pour demander une augmentation du budget général, ce à quoi le Conseil a raison de s'opposer. Il conviendrait, en période de crise des paiements, de revoir complètement la copie et de stopper le financement de lignes budgétaires qui se substituent à la souveraineté internationale des États membres. Par exemple, il conviendrait de remettre en cause les lignes budgétaires suivantes:

— 286 millions d'euros au processus de paix en Palestine;

— 882 millions d'euros à l'aide humanitaire;

— + 2 784 852 EUR pour la promotion de sociétés de l'insertion de tous, innovantes et capables de réflexion.

Le budget de l'Union européenne est une véritable usine à gaz, raison pour laquelle j'ai voté contre ce rapport.

Soledad Cabezón Ruiz (S&D), *por escrito*. — El acuerdo alcanzado permitirá el pago de las facturas pendientes, para lo que se ha acordado la cantidad de 4 800 millones de euros para el periodo 2014-2015. En relación con el presupuesto 2015, el Consejo y el Parlamento han acordado un total de 145 321 500 000 euros en compromisos y 141 214 040 563 euros en pagos. Además las tres instituciones han acordado un plan de pagos cuyo objetivo es reducir el nivel de las facturas impagadas dentro del marco plurianual actual.

Tras el fracaso de la conciliación, la Comisión presentó un nuevo proyecto de presupuesto para 2015 el pasado 28 de noviembre.

Alain Cadec (PPE), *par écrit*. — Le budget européen pour l'année 2015 a enfin été voté. Le Parlement européen a réussi à faire entendre sa voix face à un Conseil réticent à toute concession. Les eurodéputés ont débloqué 4 milliards d'euros supplémentaires qui serviront à régler les impayés des années précédentes. Cependant, rappelons qu'il reste encore 23 milliard d'impayés. C'est une somme considérable dont nous avons besoin pour mettre en place les politiques de l'Union. J'ai voté en faveur de ce budget. Je salue particulièrement l'implication de mes collègues eurodéputés du PPE qui sont parvenus à mettre en œuvre les priorités du groupe.

Nicola Caputo (S&D), *per iscritto*. — Il bilancio per il 2015 prevede 145,32 miliardi di euro in impegni e 141,21 miliardi di euro in pagamenti, oltre a un importo extra di 4,25 miliardi di euro destinato al saldo delle fatture non pagate nel 2014. Il Parlamento europeo ha scelto la serietà con un bilancio 2015 che consenta all'UE di pagare tutti i suoi debiti e che rispetti gli impegni dell'Europa verso le politiche di crescita e occupazione.

Sono stati ripristinati i fondi che il Consiglio ha tagliato per i programmi di ricerca e sviluppo, come Orizzonte 2020, per gli aiuti alle piccole e medie imprese attraverso il programma Cosme, per l'istruzione, incluso il programma di mobilità studentesca Erasmus+, e per gli aiuti ai più disagiati.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

Mi rammarico tuttavia che, ancora una volta, il Consiglio non sia stato disposto a sostenere le sue dichiarazioni politiche con sufficienti risorse di bilancio per quanto concerne il sostegno alla crescita e all'occupazione. Il Consiglio sembra non avere più alcuna priorità e sembra essere unicamente interessato a limitare il più possibile gli impegni degli Stati membri.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), *per iscritto*. — Il bilancio dell'UE non viene gestito in modo responsabile: ogni anno vengono aumentati gli impegni di pagamento. Occorre ricordare che l'Unione europea ha già 20 miliardi di arretrato ancora da regolare. Non c'è da stupirsi se i cittadini hanno poca fiducia nelle istituzioni europee quando il funzionamento delle stesse viene gestito in modo così irresponsabile.

Ole Christensen (S&D), *skriftlig*. — Vi støtter budgettet, der er blevet indgået, idet vi anerkender det akutte behov for at få vedtaget EU's budget inden årets udgang, da et rigidt og bureaukratisk nødbudget ellers ville blive aktiveret. Det er dog fortsat vores holdning, at EU må vise økonomisk ansvarlighed i denne tid og så vidt muligt prioritere disse indsatser inden for de eksisterende rammer. De danske socialdemokrater i Europa-Parlamentet har i årevis arbejdet aktivt for at styrke kontrol og rimelighed i forhold til dækning af medlemmernes generelle udgifter m.m. Vi er ikke enige i den konkrete formulering, men vi ønsker at sende et klart signal om, at den nuværende praksis kan og skal forbedres. Vi støtter også aktivt en fornyet og forstærket EU-indsats i forhold til den mellemøstlige fredsproces og ser UNRWAs arbejde som en vigtig del af denne proces, men vi vil ikke i en ikke-lovgivende tekst lægge os fast på et beløb.

Alberto Cirio (PPE), *per iscritto*. — Questo bilancio generale, per il quale ho espresso voto favorevole, ci consegna un dato politico importante: il ruolo del Parlamento è fondamentale per evitare che sia solo l'interesse degli Stati membri a guidare le decisioni. È stata questa Assemblea ad assolvere al meritorio compito di rappresentare i cittadini, chiedendo che al di là dei numeri ci fossero servizi e politiche orientate a chi, giorno per giorno, crea quella ricchezza che le Istituzioni europee contribuiscono a redistribuire. Congratulazioni ai negoziatori, soprattutto a quelli del Parlamento europeo.

Lara Comi (PPE), *per iscritto*. - L'accordo raggiunto sul bilancio generale 2015 è senz'altro positivo per aver impedito il regime dei dodicesimi, che avrebbe determinato uno scenario a dir poco nefasto. Ma le grandi difficoltà nel raggiungere questo risultato ci spronano ancora una volta a procedere verso una riforma del sistema delle risorse proprie dell'UE. Ciò garantirebbe l'autonomia finanziaria dell'Unione e ci consentirebbe di rendere l'intero sistema più efficiente e concentrato sugli obiettivi da raggiungere, senza subire le riserve nazionali, oggi troppo condizionate dalle limitate risorse pubbliche.

Ho votato favorevolmente il bilancio, anche perché ha salvaguardato le risorse per la ricerca (Orizzonte 2020), i programmi per la competitività delle piccole e medie imprese (Cosme), l'istruzione (Erasmus), la coesione e Frontex.

Therese Comodini Cachia (PPE), *in writing*. — A compromise on the EU budget for 2015 was agreed by the Council on 9 December this year. I think that this agreement safeguards the EU's credibility and allows us to stabilise the EU debt. The consequences of non-agreement on the budget would result in detrimental effects on the implementation of key policies and programmes and would send a damaging message to the citizens of Europe at a time of economic uncertainty, so I voted in favour.

Ignazio Corrao (EFDD), *per iscritto*. — Nel «progetto di pacchetto» concordato, al termine di difficili negoziati, dai rappresentanti del Parlamento e del Consiglio nell'ambito del triloquio dell'8 dicembre 2014, si osserva che si è prestata più attenzione al divario, che si osservava negli altri anni, tra le risorse impegnate e le risorse destinate ai pagamenti, causando un arretrato di pagamenti e una proliferazione di fatture non pagate. Ho dato il mio voto negativo in quanto credo sia necessario risolvere i debiti pregressi e successivamente programmare in maniera seria il futuro. Non sono affatto contrario a priori al bilancio comunitario ma sicuramente l'impostazione adottata non è sostenibile.

Javier Couso Permuy (GUE/NGL), *por escrito*. — He votado en contra del nuevo presupuesto de la UE para 2015 porque es un presupuesto en la misma línea de los anteriores. Sigue promoviendo las políticas económicas neoliberales que nos han llevado a la crisis, insiste en los memorandos y los programas de reformas para los Estados miembros, instigando a las privatizaciones y liberalizaciones de los servicios públicos, a la austeridad, a los recortes y a la desregulación de las relaciones laborales. Además, la cantidad de este presupuesto se ha visto recortada, en un momento en que lo más necesario sería la inversión pública para generar puestos de trabajo y para garantizar los servicios públicos para todas las ciudadanas europeas.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

Miriam Dalli (S&D), *in writing*. — I voted in favour of this report, since the European Parliament wanted to stabilise the payment crisis and get a concrete payment plan. The European Parliament managed to tackle this payment crisis by pushing for extra money in 2014 for draft amending budgets of 2014 (EUR 3.53 billion), including increases in 2015 and a joint statement on a payment plan.

Rachida Dati (PPE), *par écrit*. — S'il faut se féliciter que le budget pour 2015 ait pu être voté dans les délais prévus, je veux aussi souligner, à l'image de mes collègues eurodéputés, qu'un plan d'apurement des paiements doit être trouvé en réponse à la crise actuelle. Face à l'accumulation des factures impayées depuis 2010, il apparaît en effet crucial de trouver un nouveau système de ressources propres. Enfin, il est regrettable que la totalité des recettes liées aux amendes n'ait pas été reversée dans le budget de l'Union.

Philippe De Backer (ALDE), *in writing*. — I have voted in favour of the new general budget for the financial year 2015 because I believe a good balance has been achieved. From the outset of these negotiations, I was convinced we should not be making savings in the strategic sectors of heading 1A that are need to create jobs and growth. These issues deal with R&D, competitiveness, the Connecting Europe Facility and supporting measure for SMEs. The agreement reached is a significant improvement to the start of the negotiations, and since the sectors outlined above are largely being safeguarded I can give my consent to this text.

Tamás Deutsch (PPE), *írásban*. — Az Európai Parlament ma nagy többséggel elfogadta a 2015. évi uniós költségvetést és a 2014. évi többletforrásokról szóló módosításokat. A megállapodás óriási előnye, hogy azzal még idén elfogadásra kerülhet a 2015-ös uniós költségvetés, azaz jövőre nem csak az idei költségvetés tizenkettedét lehetne kifizetni havonta. 2014-re így 4 milliárd euró többletforrást mozgósítanak, amelyből 3,5 milliárd euró úgynevezett „friss pénz”, azaz nem átcsoportosítások eredménye.

Az EP csak azzal a feltétellel járult hozzá a jövő évi EU-költségvetés elfogadásához, hogy az Európai Bizottság tervet dolgoz ki a kifizetetlen számlák fenntartható szintre csökkentésére. 2014-ben már 23,4 milliárd euró a korábbi évről áthúzódó számla kifizetését kell megoldani. Ehhez is biztosítja a mai szavazás a közel 4 milliárd eurós többletforrást.

Az Európai Parlament mai döntésével biztosítottak az idei és a jövő évi költségvetés Magyarországnak járó agrár- és kohéziós forrásai is. A magyar néppárti delegáció, együtt az Európai Néppárttal, hazánk nemzeti érdekeinek képviseletében felelősségteljesen döntött és megszavazta a 2015. évi uniós költségvetést és az ahhoz kapcsolódó megállapodásban szereplő valamennyi jelentést. A megállapodás részét képezik a Szolidaritási Alapot mozgósító jelentések is, amelyek az Európa különböző régióit sújtó természeti katasztrófák okozta károkat enyhítik.

Anneliese Dodds (S&D), *in writing*. — I voted today against an overall EU budget which failed to include sufficient reallocation of funds away from unreformed areas like the CAP and Strasbourg sessions. When working people, pensioners and the unemployed are under more financial pressure than ever, the EU budget must be prudent and reduce spending which is not targeted at producing sustainable growth and jobs.

Equally, we must use European funds to develop the technologies of the future. So today I also voted to protect EU research funding. The EU research budget has been particularly productive in the UK. The UK has received EUR 4.8 billion over the last 7 years from the EU research budget – more per capita than any country except the Netherlands. In the South-East of England, EU research funds and European partnerships have produced ground-breaking research, such as the Culham Centre for Fusion Energy which is exploring how to deliver carbon-free energy, and the University of Kent's INTERLINK project to improve long-term care for older people.

It is disappointing that the UK Government failed to support proposed rises in EU research funding in the Council, whilst equally failing to secure a more prudent approach in relation to areas like the CAP.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI), *γραφτώς*. — Καταψήφισα την έκθεση, καθώς μετατοπίζει το κέντρο βάρους της ΕΕ περισσότερο προς τους αριθμούς και την οικονομική εξουσία παρά προς τους ίδιους τους πολίτες της και την κάλυψη των αναγκών τους.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

Norbert Erdős (PPE), *írásban*. – Szavazatommal támogattam a 2015. évi uniós költségvetés elfogadását.

Az Európai Parlament mai döntésével maradéktalanul biztosítottak az idei és a jövő évi uniós költségvetésből a Magyarországnak járó agrár- és kohéziós források. Amennyiben nem sikerült volna ezt elérni, jövőre csak az idei költségvetés egy tizenketted részét lehetett volna havonta kifizetni. Ez nem tette volna lehetővé a támogatások 100%-ban történő kifizetését, amely sértette volna a magyar nemzeti érdekeket.

A magyar gazdák számára is fontos ez a költségvetés.

Egyrészt sikerült megvédenünk a jövő évi mezőgazdasági forrásokat. A Tanács által javasolt csökkentéseket (pl. a méhészeti és borászati támogatásoknál, valamint termelői szervezetek működési alapjainak a finanszírozásánál) sikerült megakadályoznunk.

Másrészt meg tudtuk akadályozni a mezőgazdasági válságokra képzett pénzalapból történő költségvetési elvonást. Ezért nem fognak csökkenni jövőre a területalapú támogatások. Sikerként könyvelhetjük el tehát, hogy Deutsch Tamással és Fazekas Sándor földművelésügyi miniszterrel összefogva megvédtük a magyar gazdák számára fontos közvetlen kifizetéseket.

Fredrick Federley (ALDE), *skriftlig*. - Vi har ställt oss bakom den överenskommelse som träffats mellan ministerrådet och Europaparlamentet, om en paketslösnig för 2015 års budget och 2014 års tilläggsbudgetar. Detta eftersom den överenskomna budgeten räcker till att lösa den akuta situationen vad gäller de obetalda räkningar som uppkommit till följd av medlemsländernas ovilja att leva upp till sina egna löften. Dessutom innebär överenskommelsen ökade satsningar på sådant som vi anser att Europa och världen behöver, såsom investeringar i tillväxt- och jobbskapande åtgärder och humanitärt bistånd. Vi har dock röstat emot de ytterligare höjningar av budgeten som inte omfattas av överenskommelsen.

José Manuel Fernandes (PPE), *por escrito*. - O braço de ferro entre o PE e o Conselho relativamente ao orçamento de 2015 resultou da abordagem a ter relativamente às faturas já vencidas e não pagas. Em 2013, ficaram por pagar mais de 23 mil milhões de faturas e o montante de 2014 será superior. Estes *não pagos* prejudicam as PME, estudantes, investigadores, autoridades nacionais e locais. O Parlamento pretende pagar o que se deve e, pelo menos, estabilizar esta dívida para que o orçamento não entre em colapso. Simultaneamente, pretende-se que os fundos e programas para o período 2014-2020 arranquem sem mais atrasos. Em 2014, estavam em cima da mesa cerca de 5000 milhões de receitas extraordinárias do orçamento da UE, sobretudo resultantes de multas. O que seria normal é que esta receita extraordinária fosse para amortizar a dívida. O Conselho pretendia *agarrar* estes 5000 milhões e colocá-los nos orçamentos nacionais. Acresce que o Conselho, relativamente ao orçamento de 2015, pretendia reduzir as autorizações e cortar nos pagamentos em cerca de 2100 milhões de euros. No final, conseguimos mobilizar 3600 milhões de euros dos cerca de 5000 milhões de receitas extraordinárias de 2014, o que permite estabilizar a dívida e evitar o colapso do orçamento. Para além disso, reforçamos as verbas inscritas para autorizações dos programas destinados ao crescimento e emprego, nomeadamente a investigação (Horizonte 2020), apoio às PME (COSME) e destinados à juventude (ERASMUS+). O orçamento da UE para 2015 será assim de 145,32 mil milhões de euros em dotações de autorização e 141,21 mil milhões de euros em dotações de pagamento.

Jonás Fernández (S&D), *por escrito*. — Quisiera destacar que, a pesar de las dificultades que los Estados Miembros han exhibido durante toda la negociación presupuestaria y a su falta de compromiso con el presupuesto comunitario, gracias, en buena medida, a la excelente labor de la ponente Eider Gardiazabal se han conseguido ciertos logros.

En concreto, se han revertido todos los recortes del Consejo y se han logrado incrementos en la subrubrica 1a, para reflejar la prioridad de contribuir a la mejora del acceso a la financiación a través del presupuesto de la UE, especialmente para la pequeña y mediana empresa (PYME), y en la rúbrica 4.

Por otra parte, se ha acordado también un incremento de 45 millones para la subrubrica 1a, en concreto, para el programa COSME y para Horizonte 2020 (CEI y Marie Curie), de 16 millones para Erasmus+, así como 32 millones más para la rúbrica 4 (OOPS y Ayuda Humanitaria).

Mittwoch, 17. Dezember 2014

João Ferreira (GUE/NGL), por escrito. — Um orçamento espelha um conjunto de opções políticas. Neste caso, o orçamento da UE é o principal instrumento para levar por diante as políticas e orientações da UE. Discordamos fortemente de umas e de outras. Discordamos também do orçamento que serve para as pôr em prática. Sem surpresas, votámos contra.

De entre os aspetos mais gravosos, salienta-se o reforço do Frontex, da Europol, do Serviço para a Ação Externa, retirando financiamento à *Iniciativa para o emprego dos jovens*, ao programa Progress (emprego), aos pagamentos diretos da Política Agrícola Comum e acordos internacionais, ao Fundo Europeu dos Assuntos Marítimos e das Pescas.

Mais uma vez, não se dotou o orçamento com recursos orçamentais suficientes para poder dar resposta às consequências da crise económica e social, bem como aos objetivos da coesão económica, social e territorial. Sublinhe-se que este orçamento fica ainda aquém do limite máximo previsto no Quadro Financeiro Plurianual (2014-2020) para este ano.

É lamentável que o orçamento não utilize o montante integral das receitas suplementares provenientes de multas para cobrir as necessidades de pagamento pendentes, num quadro onde a dívida representa já perto de 25 mil milhões de euros. Dívida que irá aumentar dado o desajustamento entre as dotações para autorizações e pagamentos.

Monika Flašíková Beňová (S&D), písomne — Náročné rokovania Európskeho parlamentu a Rady z 8. decembra 2014, ktoré predchádzali návrhu balíka, vytvorili priestor na veľmi krehký kompromis. Preto je nevyhnuté prijatie spoločného vyhlásenia o pláne platieb, pretože vznikajú opodstatnené obavy, že úroveň platobných rozpočtových prostriedkov nebude dostatočná, a vznikne tak opakujúci sa efekt nárastu neuhradených účtov. V tejto súvislosti však podporujem spoločný záväzok Európskeho parlamentu, Rady a Európskej komisie, ktorý sa uvádza v spoločnom vyhlásení o pláne platieb a je záväzkom na zníženie úrovne predmetných účtov. Je poľutovaniahodné, že Rada opäť nebola ochotná doplniť svoje politické vyhlásenia dostatočnými rozpočtovými zdrojmi, pokiaľ ide o podporu zamestnanosti a rastu, a zaujíma sa v tomto kontexte len o horizontálne obmedzovanie výdavkov. Je nevyhnutné vytvoriť zdroje na prorastové politiky Európskej únie, ktoré povedú k zlepšeniu sociálnej situácie obyvateľov členských štátov.

Λάμπρος Φουντούλης (NI), γραπτώς. — Μετατοπίζει το κέντρο βάρους της ΕΕ περισσότερο προς τους αριθμούς και την οικονομική εξουσία παρά προς τους ίδιους τους πολίτες της για την κάλυψη των αναγκών τους, γι' αυτό τον λόγο καταψηφίζω την έκθεση σχετικά με τη θέση του Συμβουλίου όσον αφορά το νέο σχέδιο γενικού προϋπολογισμού της Ευρωπαϊκής Ένωσης για το οικονομικό έτος 2015.

Iratxe García Pérez (S&D), por escrito. — El acuerdo alcanzado permitirá el pago de las facturas pendientes, para lo que se ha acordado la cantidad de 4 800 millones de euros para el periodo 2014-2015. Aunque dista de las cifras iniciales, este importe permitirá cumplir con parte de las facturas acumuladas y con ello aliviar la situación de muchas pymes, universidades, colectividades locales y ONG que en este momento están esperando que se les pague.

Tan importante como las cifras relativas a los pagos de 2014 y el presupuesto de 2015 ha sido llegar a un acuerdo entre Parlamento, Consejo y Comisión sobre un plan de pagos que permita a la UE salir de la situación en la que se encuentra en este momento con más de 23 000 millones de euros en facturas no pagadas.

Respecto del presupuesto 2015, hemos conseguido revertir todos los recortes del Consejo así como incrementos en las categorías 1a, que reflejan la prioridad de contribuir a la mejora del acceso a la financiación a través del presupuesto de la UE, especialmente para las pequeñas y medianas empresas, en concreto para el programa COSME, así como para los programas Horizonte 2020 y Erasmus+, y la cantidad destinada a la ayuda humanitaria en la categoría 4.

Lidia Joanna Geringer de Oedenberg (S&D), na piśmie. — Z zadowoleniem przyjęłam finał negocjacji i przegłosowanie przez Parlament projektu budżetu UE na rok 2015. Przewidziane w nim 145,32 mld euro na pokrycie zobowiązań oraz 141,21 mld na płatności otwierają szerokie spektrum możliwości i szans na dalszy rozwój Europy.

W budżecie na 2015 rok przeznaczono o 2% więcej funduszy na projekty w porównaniu z budżetem na rok 2014, co oznacza 1% więcej na płatności.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

88% budżetu ogólnego „wróci” do państw członkowskich w postaci dofinansowania konkretnych działań, 6% przeznaczone jest na politykę zewnętrzną UE, a kolejne 6% na administrację.

Parlamentowi udało się przywrócić kwotę 0,5 mld euro, którą Rada proponowała obciążyć ze środków na pokrycie zobowiązań związanych m.in. z pomocą humanitarną. Jest 45 mln euro więcej na programy badawczo-rozwojowe w ramach programu Horyzont 2020, 16 mln euro więcej na program wymiany studenckiej Erasmus+ i 32 mln euro na politykę zagraniczną. Wyższe fundusze przeznaczono również na agencje zajmujące się kontrolą banków oraz Frontex.

Gratuluje koleżankom i kolegom, którzy bezpośrednio brali udział w negocjacjach, i cieszę się z sukcesu całego Parlamentu Europejskiego.

Neena Gill (S&D), in writing. - I am deeply disappointed that we still have not reformed the common agricultural policy. It is high time we shift to structural projects that bring jobs and growth.

For example, the EU is helping to roll out broadband in my region of West Midlands to bridge the digital gap between urban and rural areas. Such projects offer more perspectives to people than direct payments ever could.

Responsible budgeting is key. I do welcome increased funds for research and development, but if we cannot put our money where our mouth is, this undermines our credibility. The strength of the EU resides in its ability to improve people's lives through strategic and coordination action – so why is this not reflected in our budget plans?

Tania González Peñas (GUE/NGL), por escrito. - Votamos en contra del presupuesto de la Unión para 2015 porque es un terrible acuerdo que continúa con la contracción del presupuesto y sigue sin solucionar el problema de los pagos suspendidos. Este mal acuerdo es una oportunidad perdida para realizar una mínima redistribución dentro de la Unión Europea. La ausencia de negociación y la imposición de la posición del Consejo hacen del presupuesto 2015 un presupuesto anémico, antisocial y antieuropeo. Un presupuesto que seguirá destruyendo la economía europea y ampliando la brecha entre los pueblos del Norte y los del Sur.

Theresa Griffin (S&D), in writing. — Today, alongside my Labour Party colleagues in Europe, I voted against the 2015 EU budget in light of a lack of reform.

Although Labour MEPs have worked hard with our European colleagues to see increases in the research and development provision (an area that Britain is the biggest beneficiary of and which has gone towards projects such as the development of graphene in my region) and I welcome the fact that the EU will do more to meet its international responsibilities for humanitarian aid and development, I cannot support and vote for a budget that sees so much waste of taxpayers' money on unreformed areas like the Common Agricultural Policy and Strasbourg sessions.

We must see a move towards a budget that brings added value for taxpayers and sees investment in sustainable growth that creates jobs and secures the UK's future as a major global player.

Sylvie Guillaume (S&D), par écrit. – Malgré une attitude que l'on peut qualifier de méprisante du côté du Conseil dans cet exercice annuel, je salue le résultat obtenu pour ce budget 2015. Après d'âpres négociations, le Parlement européen a obtenu une augmentation des crédits d'engagements par rapport à la position initialement défendue par les États membres alors que le niveau global des crédits de paiement est désormais fixé à 141,214 millions d'euros. Je retiendrai en particulier les augmentations dans des domaines clés comme HORIZON 2020 (+ 49,4 millions), Erasmus + (+ 16 millions), COSME (+ 14 millions) ou encore emploi et innovation sociale (+ 1,5 million). Malgré cela, il est clair que ce budget ne répond pas durablement à la problématique de l'augmentation du nombre de factures impayées du budget de l'Union européenne. Aussi, dans un contexte marqué par une crise des paiements particulièrement grave et qui a pour effet de grignoter, année après année, les budgets successifs prévus pour mener des politiques européennes, nous devons aller plus loin dans la réflexion sur la mise en place de ressources propres de l'UE.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

Krzysztof Hetman (PPE), *na piśmie*. — Na wstępie chciałbym pogratulować negocjatorom ze strony Parlamentu osiągniętego kompromisu w sprawie budżetu na rok 2015. Myślę, że w efekcie uzyskaliśmy zrównoważony, dobry budżet, który będzie skutecznym narzędziem inwestycyjnym na rzecz tworzenia nowych miejsc pracy i pobudzania wzrostu gospodarczego w Unii Europejskiej, dlatego też głosowałem za jego przyjęciem.

Ważne, że udało się zapewnić kwotę 4,8 miliarda euro na uregulowanie zaległości za rok 2014. Jeszcze bardziej cieszy mnie jednak deklaracja wypracowania rozwiązania, które pozwoli na uniknięcie kumulowania się niezapłaconych faktur w przeszłości. Jeszcze w roku 2010 kwota za zaległe faktury wynosiła 5 miliardów euro, natomiast w roku 2014 wzrosła ona do 23 miliardów. Oznacza to, że mamy do czynienia z narastającym problemem strukturalnym. Jeżeli chcemy, aby Unia Europejska była postrzegana jako rzetelny i wiarygodny partner, musimy unikać kumulowania się zaległości w płatnościach, dlatego też z niecierpliwością czekam na szybkie przedstawienie propozycji Komisji w tej sprawie.

György Hölvényi (PPE), *írásban*. — Az Európai Parlament ma nagy többséggel elfogadta az Európai Unió 2015. évi költségvetését. A Parlament mai döntésével maradéktalanul biztosítottak az idei és a jövő évi uniós költségvetésből a Magyarországnak járó agrár- és kohéziós források.

Ian Hudghton (Verts/ALE), *in writing*. — Across Europe our vital public services are under threat from austerity measures, many of which are ideologically driven. Nevertheless, there remain areas of the EU's budget where a touch of austerity would be a good thing. Expenses such as the European House of History are unjustified at any time and ludicrous in the current political climate. My votes reflect the need for the EU to invest in jobs, the economy and social justice.

Pablo Iglesias (GUE/NGL), *por escrito*. - Votamos en contra del presupuesto de la Unión para 2015 porque es un terrible acuerdo que continúa con la contracción del presupuesto y sigue sin solucionar el problema de los pagos suspendidos. Este mal acuerdo es una oportunidad perdida para realizar una mínima redistribución dentro de la Unión Europea. La ausencia de negociación y la imposición de la posición del Consejo hacen del presupuesto 2015 un presupuesto anémico, antisocial y antieuropeo. Un presupuesto que seguirá destruyendo la economía europea y ampliando la brecha entre los pueblos del Norte y los del Sur.

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan*. — Glasovao sam za prijedlog rezolucije o stajalištu Vijeća o novom nacrtu općeg proračuna Europske unije za financijsku godinu 2015. jer držim da je potrebno smanjiti razinu neplaćenih računa u narednim godinama, što trenutačno predstavlja jedan od problema Europske unije, te osigurati da svi prihodi i rashodi budu uravnoteženi. Smatram dobrim povećanje odobrenih sredstava za obveze i plaćanja za 2015. godinu, te mobilizaciju rezerva za nepredviđene izdatke. Proračun Europske unije trebao bi biti u skladu s političkim prioritetima, a posebnu pozornost proračunskih obaveza trebalo bi posvetiti kohezijskoj politici. Financijska kriza u kojoj se Europska unija trenutačno nalazi zahtjeva balansiran, ali snažan proračun koji će se moći nositi s nadolazećim izazovima.

Philippe Juvin (PPE), *par écrit*. — Après des négociations difficiles, le Parlement a validé l'accord conclu sur le budget de l'Union pour l'année 2015. Ce budget s'élève à 145,3 milliards d'euros pour les crédits d'engagements et à 141,2 milliards d'euros pour les crédits de paiements. Celui-ci va ainsi permettre de continuer à financer des programmes essentiels tels qu'Horizon 2020, COSME ou encore ERASMUS. Également, en réponse à l'embargo russe sur les importations de denrées alimentaires, les agriculteurs européens recevront près de 274 millions d'indemnités. Avec cet accord, l'Union affirme également vouloir s'engager à apurer sa dette s'élevant actuellement à plus de 25 milliards d'euros. Les Parlementaires rappellent d'ailleurs le besoin urgent de réformer le système de financement du budget européen. À ce titre, les conclusions des travaux du groupe de haut niveau sur les ressources propres de l'Union présidé par Mario Monti sont très attendues.

Afzal Khan (S&D), *in writing*. — I voted against an increase in next year's EU budget. We need to put the principles of added value and efficiency at the heart of budgetary decision-making in Europe. I want to see a real budget reform in the EU with a greater focus on generating growth and jobs, and areas that do not bring any real benefits to our constituents cut.

Kateřina Konečná (GUE/NGL), *písemně*. - Proč jsem se rozhodla zdržet se při hlasování o usnesení o rozpočtu EU na rok 2015? Rozpočet na rok 2015 bude oproti současnému nepatrně vyšší. Na rozdíl od původního návrhu Rady došlo alespoň k navýšení položek vztahujících se k vědě a výzkumu, ke zvýšení finanční podpory pro UNRWA a rychlou humanitární pomoc. Návrhu je pak především třeba vyčíst stále zcela nedostatečnou úroveň vynaložených prostředků pro boj s chudobou a pouhou nepochopitelnou hru s čísly v rozpočtové položce určené pro podporu zaměstnanosti mladých, jež má pouze zastříť neschopnost EU vynaložit dostatečné zdroje na boj s tímto problémem. Ač mám vůči rozpočtu na rok 2015 značné výhrady, rozhodla jsem se však zdržet se, a to z toho důvodu, že, dle mého názoru,

Mittwoch, 17. Dezember 2014

rádným ukončením rozpočtového procesu dojde k včasnému přesunu potřebných finančních prostředků do oblastí, které považují za své priority, jako jsou SME, koheze, věda, výzkum, vzdělání, podpora mládeže, humanitární pomoc atd. Rozpočtové provizorium by nikomu neprospělo a mělo by za výsledek vážné zkomplikování financování zásadních evropských projektů. Navíc je třeba zdůraznit, že vzhledem tomu, že za celou dobu nebyl předložen ani žádný jiný alternativní návrh rozpočtu, ocitl se EP v takřka bezvýchodné situaci.

Jeppe Kofod (S&D), *skriftlig.* — Vi støtter budgettet, der er blevet indgået, idet vi anerkender det akutte behov for at få vedtaget EU's budget inden årets udgang, da et rigtigt og bureaukratisk nødbudget ellers ville blive aktiveret. Det er dog fortsat vores holdning, at EU må vise økonomisk ansvarlighed i denne tid og så vidt muligt prioritere disse indsatser inden for de eksisterende rammer.

De danske socialdemokrater i Europa-Parlamentet har i årevis arbejdet aktivt for at styrke kontrol og rimelighed i forhold til dækning af medlemmernes generelle udgifter m.m. Vi er ikke enige i den konkrete formulering, men vi ønsker at sende et klart signal om, at den nuværende praksis kan og skal forbedres.

Vi støtter også aktivt en fornyet og forstærket EU-indsats i forhold til den mellemøstlige fredsproces og ser UNRWAs arbejde som en vigtig del af denne proces, men vi vil ikke i en ikke-lovgivende tekst lægge os fast på et beløb.

Giovanni La Via (PPE), *per iscritto.* - Vorrei ringraziare le colleghe Eider Gardiazabal Rubial e Monika Hohlmeier per il non facile lavoro svolto durante il 2014 per assicurare all'Europa un bilancio adeguato. Alla fine di un lungo negoziato, che è stato caratterizzato dal fallimento della procedura di conciliazione, si è arrivati ad un accordo grazie al senso di responsabilità del Parlamento e al lavoro della Presidenza italiana.

La proposta prevede 145,3 miliardi in stanziamenti di impegno e 141,2 miliardi in stanziamenti di pagamento. L'accordo non è quello che ci aspettavamo ma, date le condizioni economiche degli Stati membri, era il miglior compromesso raggiungibile. Sono state salvaguardate e aumentate le risorse per la ricerca (Orizzonte 2020), i programmi per la competitività delle piccole e medie imprese (COSME), l'istruzione (Erasmus), la coesione e Frontex.

Constance Le Grip (PPE), *par écrit.* — J'ai voté en faveur du projet de budget pour l'année 2015, fruit de longues négociations avec les États membres. 145,3 milliards en crédits d'engagement, 141,2 milliards en crédits de paiements ont été validés, soit 2,2 milliards de plus que les paiements définitifs du budget 2014. Aussi, 4,25 milliards d'euros supplémentaires ont été concédés par les États membres afin de régler les factures impayées en 2014. J'ai également approuvé les fléchages qui ont été décidés. Par exemple, 45 millions d'euros supplémentaires seront alloués pour le programme de recherche et développement Horizon 2020 et un supplément de 16 millions pour le programme étudiant Erasmus +, qui, je le rappelle, doit profiter à de nouveaux profils, tels que les apprentis ou encore les jeunes entrepreneurs.

Gilles Lebreton (NI), *par écrit.* — J'ai voté contre le budget 2015 de l'UE parce que je suis contre l'UE par principe, et aussi parce que l'argent européen — qui est en réalité l'argent de nos impôts! — est mal utilisé et sert même parfois à financer des frais somptuaires, voire des primes pharaoniques (comme l'«indemnité transitoire», c'est-à-dire la prime de départ, versée à M. Van Rompuy, d'un montant total de 349 200 euros net!). Je dénonce enfin l'hypocrisie de ce budget dont tout le monde sait qu'il ne sera pas respecté par l'UE, qui a déjà une dette cumulée de 30 milliards d'euros, en violation des traités qui lui interdisent de s'endetter.

Bogusław Liberadzki (S&D), *na piśmie.* — Budżet 2015 jest budżetem zbyt niskim – brakuje co najmniej 5 mld euro, aby osiągnąć ważne cele, w zakresie spójności (w pierwszej kolejności). Napotkaliśmy opór Rady, która zresztą mało czasu poświęciła głębszym debatom w sprawach budżetu.

Osiągnęliśmy jednak kilka ważnych podwyżek kwot budżetowych w pozycji płatności. Wartościowo nie są to wysokie kwoty, ale dotyczą newralgicznych obszarów, na przykład Erasmusa, tak ważnego dla studentów, a także dziedziny humanitarnej, humanitarne wsparcia dla milionów uchodźców, którzy przybyli do Turcji i Libanu.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

Paloma López Bermejo (GUE/NGL), *por escrito*. — He votado en contra del nuevo presupuesto de la UE para 2015 porque es un presupuesto en la misma línea de los anteriores. Sigue promoviendo las políticas económicas neoliberales que nos han llevado a la crisis, insiste en los memorandos y los programas de reformas para los Estados miembros, instigando a las privatizaciones y liberalizaciones de los servicios públicos, a la austeridad, a los recortes y a la desregulación de las relaciones laborales. Además, la cantidad de este presupuesto se ha visto recortada, en un momento en que lo más necesario sería la inversión pública para generar puestos de trabajo y para garantizar los servicios públicos para todas las ciudadanas europeas.

Antonio López-Istúriz White (PPE), *por escrito*. — Tras difíciles negociaciones, después del dialogo a tres bandas del 8 de diciembre de 2014, se aprueba la posición del Consejo sobre el nuevo Proyecto de Presupuesto General de la Unión Europea para el ejercicio 2015.

Nos congratulamos de que los incrementos obtenidos en las negociaciones se correspondan con las prioridades políticas del Parlamento y reafirmamos la máxima importancia de la labor del Grupo de Alto Nivel sobre los recursos propios, presidido por Mario Monti.

Acojo positivamente el aumento de 244,2 millones de euros en el nivel global de los créditos de compromiso en comparación con la posición original del Consejo de 2 de septiembre de 2014; así como que el nivel global de los créditos de pago acordado para 2015 suponga un incremento del 1,6% con respecto al presupuesto de 2014.

Además, considero que la aplicación de la primera fase del acuerdo de cooperación entre el Parlamento y el Comité Económico y Social Europeo y Comité de las Regiones es algo muy satisfactorio, ya que es un buen ejemplo de la búsqueda de sinergias entre las instituciones.

Por todo ello, voto favorablemente a la propuesta.

Andrejs Mamikins (S&D), *rakstiski*. — Labi, ka mēs beidzam gadu ar pieņemtu jauno 2015. gada budžetu. Es atbalstīju šo lēmumu. Ir plānota ekonomikas izaugsme nākamgad. Es balsoju “par”.

Νότης Μαρτιάς (ECR), *γραπτώς*. — Καταψήφισα την έκθεση Rubial και Hohlmeier σχετικά με το νέο γενικό προϋπολογισμό της Ευρωπαϊκής Ένωσης για το οικονομικό έτος 2015, διότι πρόκειται αφενός για προϋπολογισμό λιτότητας στην υπηρεσία της Ευρώπης των τραπεζών και της γραφειοκρατίας και αφετέρου ο εν λόγω προϋπολογισμός δεν ενισχύει την αλληλεγγύη και τη συνοχή στο πλαίσιο της ΕΕ, καθώς δεν προβλέπει επαρκή κονδύλια για την ενίσχυση των χωρών της Μεσογείου που έχουν πτωχοποιηθεί από τη μερκελική λιτότητα.

Fulvio Martusciello (PPE), *per iscritto*. - Esprimo con soddisfazione il raggiungimento di un accordo tra Commissione, Consiglio e Parlamento per il bilancio dell'UE per il 2015. Le dure trattative protrattesi fino all'ultimo momento hanno portato ad una conclusione più che soddisfacente per il Parlamento, che è riuscito a far passare il piano dei pagamenti come una delle linee principali del bilancio per il 2015.

Si tratta di un successo che va a combattere la crisi del debito degli Stati membri, che avranno quindi dal bilancio UE un caposaldo per affrontare il ritardo dei pagamenti. Inoltre sono stati dimezzati i tagli proposti dal Consiglio che, considerata la delicata situazione economico-finanziaria, avrebbero ridotto i margini per gli investimenti.

Barbara Matera (PPE), *per iscritto*. — Lo scorso 8 dicembre, a seguito di difficili negoziati, Parlamento, Commissione e Consiglio sono giunti finalmente ad un accordo per il bilancio comunitario 2015. La relazione, a firma delle colleghe Gardiazabal Rubial ed Hohlmeier, espone con chiarezza i punti di forza e di debolezza del nuovo pacchetto di spesa per il 2015.

Trovo particolarmente condivisibile il riferimento alla necessità di riformare il sistema di risorse proprie dell'Unione europea, con l'obiettivo di superare definitivamente l'impasse attuale nei negoziati di bilancio, e al bisogno di riformare, nei prossimi anni, gli sforzi volti a ridurre, a un livello sostenibile, le fatture non pagate.

Sulla scorta di queste considerazioni, ho ritenuto doveroso esprimere il mio consenso nei confronti del documento.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

Georg Mayer (NI), *schriftlich*. — Da einige Faktoren des Berichtigungshaushaltsplans durchaus positiv erscheinen mögen, wie zum Beispiel die Berichtigungshaushaltspläne Nr. 4, 6 und 8, könnte man zu der Ansicht gelangen, die Entwürfe als Ganzes abzusegnen. Der Umstand, dass das Gesamtbudget jedoch immer noch viel zu hoch, ist um es vernünftig und vor allem nachhaltig über die nächsten Jahre finanzieren zu können, wiegt jedoch schwerer und wird von mir abgelehnt.

Jean-Luc Mélenchon (GUE/NGL), *par écrit*. — C'est désormais rituel lors de chaque examen du budget européen: le Parlement exprime son refus catégorique lors de la première lecture en octobre, avant de voter un budget quasiment identique en seconde lecture en décembre. Nouvelle illustration avec le budget 2015: après l'avoir qualifié de «catastrophique» en octobre, les mêmes rapporteurs proposent désormais de l'adopter sans modification. Le montant final reste inférieur à la proposition de départ de la Commission, pourtant largement insuffisante. Pourtant, toutes les critiques initiales du Parlement restent intactes. Il continue de déplorer l'absence de traduction budgétaire des priorités affichées en matière d'emploi et de croissance. Il note même que «le Conseil ne semble plus avoir de priorités politiques et ne cherche plus qu'à limiter le plus possible les dépenses dans tous les domaines». Il pointe que le budget ajusté «ne suffira pas à arrêter l'effet "boule de neige" récurrent des factures impayées en 2015». Il proteste sur le non-respect récurrent des engagements précédents du Conseil. Mais il vote pour, les yeux fermés. Avec de tels rapports, le Parlement européen abdique le peu de pouvoir dont il dispose. Je vote contre ce simulacre de démocratie.

Nuno Melo (PPE), *por escrito*. — Após duras negociações foi possível aprovar um bom orçamento para a UE. Este novo orçamento inclui mais verbas para o programa de investigação e inovação Horizonte 2020, para o programa de intercâmbio de estudantes Erasmus+ e para a política externa, entre outras áreas. O presente orçamento terá 145,3 milhões de euros em dotações de autorização e 141,2 mil milhões de euros em dotações de pagamento. Foram também conseguidos 4 mil milhões para o pagamento de faturas em atraso e prevista a elaboração de um plano para minimizar este grave problema, já que se prevê que no final de 2015 o valor de faturas em atraso se situe em 23 mil milhões de euros. Esperemos que este consiga ser o orçamento da retoma e do crescimento económico, com o consequente aumento de empregos e o bom caminho para a saída da crise. Daí o meu voto favorável.

Roberta Metsola (PPE), *in writing*. — I have voted in favour of the adoption of the 2015 budget and would like to thank the rapporteurs for all their work in securing an agreement that improves significantly the Council's initial position and prevents the collapse of the EU budget 2015. This is an instrument to promote growth and jobs and is one that I support.

Louis Michel (ALDE), *par écrit*. — Après un bras de fer entre le Parlement européen et les États membres, un accord a été trouvé concernant le budget de l'Union européenne pour l'année 2015 et le renflouement du budget de 2014. Nous avons obtenu une augmentation du budget alloué pour la période 2015 et un remboursement partiel des factures impayées. Ce dernier fut un élément de discorde majeure. Nous défendions l'allocation totale des revenus additionnels issus des amendes infligées à des entreprises ne respectant pas le droit à la concurrence de l'Union européenne. Face à la réticence des États membres, un accord a été trouvé pour n'octroyer qu'une partie de cette enveloppe. Je le regrette profondément étant donné que ces factures impayées affectent actuellement des entreprises et des administrations locales en attente de paiement. Cet accord permet tout de même de stabiliser le nombre de factures impayées. Il est impératif d'ouvrir le chantier des ressources propres de l'Union européenne. Seules celles-ci permettront d'assurer la stabilité à long terme des finances européennes.

Miroslav Mikolášik (PPE), *písomne*. — Tohtoročné vyjednávania o rozpočte EÚ boli náročné vzhľadom na fakt, že Rada sa neochotne stavala k doplneniu finančných prostriedkov na politické priority, ktoré v minulosti aj sama hlásala.

Riešenie nedostatku prostriedkov v podobe dohody o detailnom pláne splátok možno považovať len za prechodné uspokojivé riešenie vzhľadom na celkové okolnosti a urgentnú potrebu prijatia rozpočtu na sklonku roka 2014.

Za prvoradé osobne považujem zabezpečenie dostatočných rozpočtových zdrojov na úhradu najnaliehavejších faktúr pre dodávateľov, ktorí priamo pracujú na projektoch financovaných EÚ v regiónoch členských štátov. Efektívne fungovanie a dôveryhodnosť politiky súdržnosti nesmie byť ohrozené meškaním alebo dokonca neplatením účtov zo strany EÚ.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

Následne treba zabezpečiť nasmerovanie investícií do oblastí, ktoré boli stanovené ako prioritné v stratégii Európa 2020.

Na záver by som rád vyjadril potešenie, že boli vyčlenené dostatočné prostriedky na vzdelávací program Erasmus a tiež na vedu, výskum a inovácie.

Marlene Mizzi (S&D), *in writing*. — I am in agreement with the new general budget report of the European Union for the financial year 2015. Nevertheless, I have voted in favour of the amendment 21, which insists on increasing the level of commitment appropriations to EUR 300 million in order to provide sufficient resources to ease the dramatic humanitarian situation and to support reconstruction efforts in the Gaza Strip.

Sophie Montel (NI), *par écrit*. — Le budget général de l'UE pour 2015, sorti aux forceps, aura mis au jour les failles du «machin» européiste. La perspective du recours aux douzièmes provisoires en 2015, véritable épée de Damoclès se balançant au-dessus de la tête des instances budgétaires et politiques de l'UE, a contraint les membres du comité de conciliation à trouver un accord pour éviter d'envoyer «aux citoyens européens un signal désastreux en ces temps d'incertitude économique»... Accord bancal, qui ne résoudra pas les problèmes de fond qui sont bien structurels et pas seulement conjoncturels.

L'Union européenne se félicite d'avoir trouvé une solution, qui permettra, paraît-il, d'optimiser la croissance économique. Un budget axé «sur le soutien aux politiques favorisant la compétitivité et la convergence économique», contribuant «ainsi à la croissance et à l'emploi». Ce budget 2015 est en fait une liste de vœux pieux et de formules creuses et convenues, déjà formulées et répétées lors des budgets précédents et pour quels résultats? Un taux de croissance dans la zone euro au plus bas, des États membres, dont la France, pris à la gorge par une dette publique exponentielle et des peuples européens asphyxiés par les mesures d'austérité imposées par l'Union européenne. J'ai voté contre.

Claude Moraes (S&D), *in writing*. — I believe that before voting for an increase to the EU budget it is essential that we reform key areas such as the CAP. There are some positive aspects of the budget such as an increase in funding for research and innovation.

Renaud Muselier (PPE), *par écrit*. — J'ai voté pour le budget 2015. Certes, il n'est pas parfait, certes il ne règle pas toutes les questions mais nous devons avancer: une nouvelle Commission est en place, elle montre une volonté énergique de mieux légiférer et bien il fallait lui donner les moyens de se mettre en route. C'est chose faite et nous attendons impatiemment l'année 2015.

Nous n'en restons pas moins extrêmement vigilant quant au déficit du budget européen; il y a là un problème qui peut avoir des conséquences désastreuses sur le bon fonctionnement de l'Union européenne.

Alessandra Mussolini (PPE), *per iscritto*. — Voto positivamente il testo della risoluzione degli onn. Gardiazabal Rubial e Hohlmeier. Si è giunti a un accordo sul bilancio dell'UE per il 2015 dopo un lungo negoziato, permettendo di dimezzare il taglio inizialmente proposto di 2,1 miliardi di EUR e fissando a 141,2 miliardi di EUR il livello degli stanziamenti di pagamento, mettendo in salvo i fondi per gli agricoltori e aumentando quelli destinati alla ricerca, alle piccole e medie imprese, ai giovani e all'immigrazione.

Bernard Monot (NI), *par écrit*. — Après l'échec du mois de novembre, les principaux partis du Parlement ont trouvé un accord bancal sur le budget 2015 de l'Union, évitant ainsi le recours aux douzièmes provisoires. Au sortir, aucune solution radicale n'a été proposée pour résoudre le problème grandissant des impayés (30 milliards d'euros en déshérence). L'Union a beau jeu de donner des leçons d'orthodoxie budgétaire aux États, alors qu'elle ne sait elle-même organiser la trésorerie. En dehors des dépenses liées aux catastrophes naturelles et de solidarité, le budget de l'UE ne saurait donc recevoir l'appui des élus du FN/RBM.

Victor Negrescu (S&D), *în scris*. — Am votat pentru noul buget european pentru exercițiul financiar 2015 întrucât este rezultatul unui consens politic între Consiliu, Parlamentul European și Comisie.

Negocierile au fost unele dificile, dar consider că acest buget va permite atingerea unor obiective importante în materie de creare de locuri de muncă și dezvoltare.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

Bugetul pe anul 2015 cuprinde și proiectul pilot pe care l-am inițiat, destinat creșterii accesului la servicii medicale în mediu rural.

Urmas Paet (ALDE), kirjalikult. — Toetasin Euroopa Liidu 2015. aasta eelarve vastuvõtmist, sest praeguses ebastabiilses keskkonnas vajab EL stabiilset eelarvet, mis pöörab tähelepanu ühtse välispoliitika tugevdamisele.

Κωνσταντίνος Παπαδάκης (NI), γραπτώς. — Η ευρωκοινοβουλευτική ομάδα του ΚΚΕ καταψηφίζει τον προϋπολογισμό της ΕΕ, γιατί είναι βαθιά αντιλαϊκός. Συνιστά την οικονομική βάση των λεγόμενων διαρθρωτικών μεταρρυθμίσεων, που στρέφονται ενάντια στον εργαζόμενο λαό, υπηρετώντας τις ανάγκες της ανταγωνιστικότητας του κεφαλαίου. Οι εκφράσεις ικανοποίησης του πολιτικού προσωπικού των μονοπωλίων στο Ευρωκοινοβούλιο για τη συμφωνία με το Συμβούλιο για τον προϋπολογισμό του 2015 επιχειρούν να κρύψουν το αντιλαϊκό περιεχόμενό του. Η αύξηση των κονδυλίων σε σχέση με αυτά που πρότεινε το Συμβούλιο, αφορά αποκλειστικά τη χρηματοδότηση των επιχειρηματικών ομίλων για επενδύσεις σε κερδοφόρους τομείς, όπως η ενέργεια, οι «πράσινες τεχνολογίες», η ψηφιακή αγορά, ερευνητικά προγράμματα στην υπηρεσία του κεφαλαίου, ενίσχυση της Europol, της FRONTEX, της Υπηρεσίας Εξωτερικής Δράσης της ΕΕ, όλων των κατασταλτικών μηχανισμών και των πολιτικών, στρατιωτικών μέσων της ΕΕ για τις ιμπεριαλιστικές επεμβάσεις της. Ο προϋπολογισμός της ΕΕ αποτελεί ένα ακόμη εργαλείο, δίπλα σε αυτά των αστικών κυβερνήσεων, για την αφαίμαξη των λαϊκών εισοδημάτων, που κατευθύνονται με ένα σωρό μορφές και μηχανισμούς στα μονοπώλια και στους θεσμούς θωράκισης της εξουσίας τους.

Aldo Patriciello (PPE), per iscritto. — Considerato che il livello complessivo degli stanziamenti d'impegno nel bilancio per il 2015 è fissato a 145.321,5 milioni di EUR; che il livello complessivo degli stanziamenti di pagamento nel bilancio per il 2015 è fissato a 141.214,0 milioni di EUR; che lo strumento di flessibilità per il 2015 è mobilitato per un importo di 83,3 milioni di EUR in stanziamenti d'impegno, esprimerei il mio voto favorevole.

Marit Paulsen (ALDE), skriftlig. — Vi har ställt oss bakom den överenskommelse som träffats mellan ministerrådet och Europaparlamentet, om en pakettlösning för 2015 års budget och 2014 års tilläggsbudgetar. Detta eftersom den överenskomna budgeten räcker till att lösa den akuta situationen vad gäller de obetalda räkningar som uppkommit till följd av medlemsländernas ovilja att leva upp till sina egna löften. Dessutom innebär överenskommelsen ökade satsningar på sådant som vi anser att Europa och världen behöver, såsom investeringar i tillväxt- och jobbskapande åtgärder och humanitärt bistånd. Vi har dock röstat emot de ytterligare höjningar av budgeten som inte omfattas av överenskommelsen.

Marit Paulsen, Cecilia Wikström, Fredrick Federley (ALDE)

Jiří Pospíšil (PPE), písemně. — I přes absenci konsensu v dohodovacím výboru hlasuji pro nový návrh rozpočtu, neboť i přes určité výhrady považuji tento rozpočet z hlediska Evropské unie za lepší řešení než případné provizorium. Nejenom, že rozpočtové provizorium jako doklad neschopnosti nalézt společné řešení by bylo negativně vnímáno občany Evropské unie, ale mělo by také neblahé důsledky při uskutečňování klíčových politik a programů v rámci Unie a znamenalo by nejistotu. V rámci rozpočtu považuji za vhodnou implementaci některých posunů učiněných ve vyjednávání v rámci dohodovacího výboru, zejména podpory ve prospěch konkurenceschopnosti a hospodářské konvergence. Jako bývalý děkan právnické fakulty jsem potěšen zájmem Evropské unie investovat v oblasti vzdělávání a odborné přípravy mládeže, např. v programu Erasmus +, a podporou nové „evropské“ generace mladých lidí, zejména s ohledem na dlouhodobou podfinancovanost této oblasti, byť tato podpora nedosahuje míry, kterou bych považoval za ideální.

Paulo Rangel (PPE), por escrito. - Na sequência de árduas negociações entre o Parlamento e o Conselho, foi possível lograr um acordo no que diz respeito aos orçamentos de 2014, aos orçamentos rectificativos e ao orçamento de 2015 que, apesar de algumas insuficiências, representa um avanço significativo face à posição inicial do Conselho. De facto, importa ter em atenção que o nível global de dotações para pagamentos acordado para 2015 representa um aumento de 1 217,1 milhões de euros relativamente à leitura inicial do Conselho. Por outro lado, os aumentos obtidos nas negociações permitirão responder às prioridades políticas do Parlamento em matéria de crescimento e emprego, tendo sido reforçados as verbas referentes a programas Horizonte 2020, COSME e ERASMUS+. Do mesmo modo, foi reforçada a solidariedade externa da União Europeia no que diz respeito à ajuda humanitária. Por fim e não obstante seja essencial que, nos próximos anos, sejam intensificados esforços para reduzir as faturas por liquidar para um nível sustentável, o acordo alcançado permitirá responder às necessidades mais urgentes em matéria de pagamentos em 2014. Importa, pois, deixar aqui uma palavra de reconhecimento pelo excelente trabalho realizado pelos representantes do Parlamento, entre os quais me permito destacar o eurodeputado José Manuel Fernandes.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

Julia Reid (EFDD), *in writing*. — It should be clear that I, as a UKIP MEP, opposed the Budget for 2015. However, I would like to confirm that I voted in favour of those amendments put forward which would have resulted in greater scrutiny of Members' pay and allowances.

I do not believe that Amendment 30 should have been ruled inadmissible, because it related solely to the text of the report and was not binding upon the pay of Members or staff.

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D), *por escrito*. — Tras arduas negociaciones, el Parlamento ha logrado revertir los recortes del Consejo, así como incrementar el presupuesto en determinados ámbitos de especial relevancia. Como ejemplo, se ha logrado un incremento de 45 millones de euros para la rúbrica 1a, en concreto para el programa COSME y para Horizonte 2020, y de 16 millones para Erasmus+, así como 32 millones más para la rúbrica 4 (UNWRA y ayuda humanitaria). En total, para 2015 se han acordado créditos de compromiso por importe de 145 321 500 000 euros y créditos de pago por 141 214 040 563 euros. Además, se ha alcanzado un acuerdo para reducir el nivel de las facturas impagadas dentro del marco plurianual actual. Por todo ello, he dado mi voto a favor.

Teresa Rodríguez-Rubio (GUE/NGL), *por escrito*. - Votamos en contra del presupuesto de la Unión para 2015 porque es un terrible acuerdo que continúa con la contracción del presupuesto y sigue sin solucionar el problema de los pagos suspendidos. Este mal acuerdo es una oportunidad perdida para realizar una mínima redistribución dentro de la Unión Europea. La ausencia de negociación y la imposición de la posición del Consejo hacen del presupuesto 2015 un presupuesto anémico, antisocial y antieuropeo. Un presupuesto que seguirá destruyendo la economía europea y ampliando la brecha entre los pueblos del Norte y los del Sur.

Claude Rolin (PPE), *par écrit*. — Le Parlement européen a approuvé à une très large majorité le budget de l'Union européenne pour 2015 et le renflouement du budget de 2014. Le budget 2015 s'élèvera dorénavant à 145,3 milliards d'euros en crédits d'engagements et 141,2 milliards d'euros en crédits de paiements (il est à noter que le niveau global des crédits d'engagement présente une augmentation de 1,6 % par rapport au budget 2014 et dépasse de 1,2 milliard la position initiale du Conseil). Je me réjouis aussi surtout de l'ajout de 95 millions pour Horizon 2020, COSME, ERASMUS et l'aide humanitaire, et me félicite aussi que, grâce aux nouvelles recettes affectées dans la politique agricole commune, une solution ait été trouvée pour financer des mesures d'urgence à concurrence de 273,6 millions d'euros en réponse à l'embargo russe sur les importations de denrées alimentaires, et ce sans mobiliser dès le départ la réserve pour les crises dans le secteur agricole. Toutefois, il est à noter que s'il est ainsi permis à la Commission de faire face aux besoins de paiement les plus urgents en 2014, le niveau des crédits de paiement supplémentaires inscrits au budget 2014 ne suffira pas à arrêter l'effet boule de neige récurrent des factures impayées en 2015.

Tokia Saïfi (PPE), *par écrit*. — J'ai soutenu le nouveau budget général de l'Union Européenne pour l'année 2015. Les négociateurs sont parvenus à un compromis qui prévoit ainsi 145,32 milliards d'euros de crédits d'engagements et 141,21 milliards d'euros de crédits de paiements pour 2015.

Nos priorités françaises ont été prises en compte avec l'augmentation du financement de programmes européens majeurs comme les programmes de recherche ou Erasmus + (16 millions d'euros supplémentaires) et l'augmentation du budget des paiements de la politique étrangère avec 32 millions d'euros supplémentaires.

De plus, face à la situation actuelle, nous avons obtenu le financement de 274 millions d'euros d'indemnisation des agriculteurs pour l'embargo russe, et ce sans toucher à la réserve de crise agricole.

Enfin, nous restons attentifs à l'évolution de la situation budgétaire et à la mise en place d'un nouveau système de ressources propres de l'Union européenne qui s'avère fondamental ; nous encourageons ainsi la poursuite du travail du groupe à haut niveau sur les ressources propres.

Lola Sánchez Caldentey (GUE/NGL), *por escrito*. - Votamos en contra del presupuesto de la Unión para 2015 porque es un terrible acuerdo que continúa con la contracción del presupuesto y sigue sin solucionar el problema de los pagos suspendidos. Este mal acuerdo es una oportunidad perdida para realizar una mínima redistribución dentro de la Unión Europea. La ausencia de negociación y la imposición de la posición del Consejo hacen del presupuesto 2015 un presupuesto anémico, antisocial y antieuropeo. Un presupuesto que seguirá destruyendo la economía europea y ampliando la brecha entre los pueblos del Norte y los del Sur.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

Christel Schaldemose (S&D), *skriftlig*. — Vi støtter budgettet, der er blevet indgået, i det vi anerkender det akutte behov for at få vedtaget EU's budget inden årets udgang, da et rigtigt og bureaukratisk nødbudget ellers ville blive aktiveret. Det er dog fortsat vores holdning, at EU må vise økonomisk ansvarlighed i denne tid og så vidt muligt prioritere disse indsatser inden for eksisterende rammer.

De danske socialdemokrater i Europa-Parlamentet har i årevis arbejdet aktivt for at styrke kontrol og rimelighed i forhold til dækning af medlemmernes generelle udgifter m.m. Vi er ikke enige i den konkrete formulering, men vi ønsker at sende et klart signal om, at den nuværende praksis kan og skal forbedres.

Vi støtter også aktivt en fornyet og forstærket EU-indsats i forhold til den mellemøstlige fredsproces og ser UNRWAs arbejde som en vigtig del af denne proces, men vi vil ikke i en ikke-lovgivende tekst lægge os fast på et beløb.

Olga Sehnalová (S&D), *písemně*. — Podpořila jsem výslednou kompromisní podobu rozpočtu EU na rok 2015, protože je nutné v první řadě vyřešit dofinancování stávajících závazků z roku 2014, což dohoda umožňuje. Nový rozpočet rovněž zajišťuje financování prioritních oblastí, především posílení konkurenceschopnosti, občanství, ale také posílení bezpečnosti EU. Vyjednáváním Evropského parlamentu se podařilo oproti původnímu stanovisku Rady mj. navýšit prostředky pro výzkum a vývoj Horizont 2020 a pro výměnný studentský program Erasmus+, což jsou dlouhodobé priority sociálních demokratů.

Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito*. - He votado en contra del nuevo presupuesto de la UE para 2015 porque es un presupuesto en la misma línea de los anteriores. Sigue promoviendo las políticas económicas neoliberales que nos han llevado a la crisis, insiste en los memorandos y los programas de reformas para los Estados miembros, instigando a las privatizaciones y liberalizaciones de los servicios públicos, a la austeridad, a los recortes y a la desregulación de las relaciones laborales. Además, la cantidad de este presupuesto se ha visto recortada, en un momento en que lo más necesario sería la inversión pública para generar puestos de trabajo y para garantizar los servicios públicos para todas las ciudadanas europeas.

Czesław Adam Siekierski (PPE), *na piśmie*. — Przyjęliśmy budżet UE na 2015 r. oraz szereg korekt do obecnego budżetu na 2014 r. To z pewnością bardzo dobra wiadomość dla beneficjentów funduszy unijnych.

Niepokojące jest jednak, że był to już kolejny rok z kolei, w którym negocjacje budżetowe przyjmowały formę otwartej wojny między instytucjami UE. Głównym powodem tych przepychanek między Parlamentem i Komisją a Radą UE była kwestia niezapłaconych rachunków, które od kilku lat są rolowane z roku na rok. Oczywiście Parlament rozumie problemy budżetowe państw członkowskich, ale sytuacja, w której kraje nie chcą dać środków na płatności wynikające ze zobowiązań, które same podjęły, godzi w wiarygodność UE wśród jej obywateli oraz na arenie międzynarodowej. Tym bardziej należy docenić sukces Parlamentu, jakim było wywalczenie dodatkowych ponad 4 mld euro na niezapłacone rachunki w 2014 r. Nie oznacza to jednak, że problem zniknął i z pewnością pojawi się znowu w trakcie kolejnych negocjacji.

Z punktu widzenia rolnictwa korzystnym rozwiązaniem jest decyzja o finansowaniu wsparcia dla rolników, którzy ucierpieli w wyniku embargo rosyjskiego, z marginesu ogólnego budżetu, a nie z tzw. rezerwy kryzysowej. Oznacza to, że w razie potrzeby uruchomienia dodatkowych środków na ten cel w 2015 r. do dyspozycji pozostaje cała pula rezerwy kryzysowej, tj. ok. 450 mln euro.

Igor Šoltes (Verts/ALE), *pisno*. — Pogajanja v zvezi s proračunom Evropske unije so vključevala pogajanja o splošnem proračunu za proračunsko leto 2015 in pogajanja o predlogih sprememb splošnega proračuna za proračunsko leto 2014. Po neuspehih pogajanjih o prvem predlogu Komisije je ta 28. novembra pripravila nov predlog proračuna za leto 2015, ki je tako pri plačilih kot pri zavezah predvideval precej nižje zneske (373 milijonov eurov manj na področju zavez in kar 800 milijonov eurov manj na področju plačil).

Pogajanja so bila v znamenju vse večjega obsega zaostankov plačil, saj je Komisija v letu 2014 morala odložiti vse več povračil upravičencem, pri tem pa smo lahko zaznali tudi precej omejujoča administrativna pravila, ki so pripomogla k še večjim zaostankom pri izplačilih.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

Prepričan sem, da se bodo na podlagi tega dogovora o proračunu za leto 2015 zaostanki v izplačilih še naprej povečevali, kar bo izrazito negativno vplivalo na izvajanje politik Evropske unije in zmanjšalo njeno verodostojnost. Dogovor o proračunu za leto 2015 bo najbolj prizadel programe na področju raziskav, razvoja, izobraževanja in regionalnega razvoja, ki so ključni za oživitev evropskega gospodarstva.

Iz vseh zgoraj navedenih razlogov sem glasoval proti predlogu novega splošnega proračuna Evropske unije za proračunsko leto 2015.

Davor Ivo Stier (PPE), *napisan*. — Podržao sam izvješće kolegica Gardiazabal Rubial i Hohlmeier te naglasio kako nakon teških pregovora u sklopu trijaloga nacrt paketa koji se sastoji od triju elemenata, nacrt izmjena proračuna br.3/8\2014 za ukupni iznos 49,8 milijuna eura u odobrenim sredstvima za plaćanja, proračun Unije za 2015., utvrđen iznos od 145 321,5 milijuna eura i 141 214 milijuna EUR u odobrenim sredstvima za obaveze, odnosno plaćanja te šest zajedničkih izjava i tri jednostrane izjave.

Potrebno je pojačati napore u svrhu smanjivanja razine neplaćenih računa na održivu razinu, posvećujući posebnu pozornost kohezijskoj politici.

Proračun Europske unije mora biti razvojan i uključiv, a to se dokazuje uključujući puni paket pilot projekata i pripremljenih mjera i 95 milijuna eura za Obzor 2020, Cosme, ERASMUS i humanitarnu pomoć.

Dubravka Šuica (PPE), *napisan*. — Podržala sam prijedlog s obzirom da je jedna od važnijih točaka nacrt općeg proračuna za 2015. upravo poticanje kompetitivnosti koja je ključna za ekonomski rast i očuvanje radnih mjesta, veće uloge malih i srednjih poduzeća jer jamče održivi rast, ali su i spremna brzo i učinkovito reagirati na situacije poput ruske zabrane uvoza hrane te se prilagoditi potrebama tržišta. Neka od obuhvaćenih važnih pitanja su sigurnost, državljanstvo te vizna politika čime bi se olakšalo putovanje kao i obveza izdvajanja (Global Europe) te redukcija radnih mjesta u administraciji, ali i korekcija (smanjenje/povećanje) sredstava za razne institucije.

Richard Sulík (ECR), *pisomne*. — Rozpočet EÚ na budúci rok som nepodporil, pretože mám voči jeho aktuálnej podobe zásadné pripomienky. Rozpočet Európskej únie na budúci rok vzrastie napriek tomu, že už tohtoročný rozpočet obsahuje množstvo výdavkov, ktoré by bolo žiaduce výrazne okresať, prípadne úplne eliminovať. Zvyšovať rozpočet v takejto situácii a v situácii, keď je ekonomika Európskej únie výrazne oslabená, je mimoriadne nezodpovedné.

Pavel Svoboda (PPE), *pisemně*. — Navržený souhrnný rozpočet Evropské unie na rozpočtový rok 2015 jsem při dnešním hlasování podpořil, nicméně bych rád uvedl, že rozpočet Evropské unie na rok 2016 by měl v kapitole rozvojové pomoci reflektovat již také míru dodržování lidských práv ve státech, které jsou příjemci této rozvojové pomoci.

Ελευθέριος Συναδινός (NI), *γραπτώς*. — Μετατοπίζει το κέντρο βάρους της ΕΕ περισσότερο προς τους αριθμούς και την οικονομική εξουσία παρά προς τους ίδιους τους πολίτες της, για την κάλυψη των αναγκών τους.

Marc Tarabella (S&D), *par écrit*. — J'ai voté, sur les conseils des experts budget de mon groupe politique, en faveur du texte. Le Parlement européen souligne que, tout en permettant à la Commission de faire face aux besoins de paiement les plus urgents en 2014, le niveau des crédits de paiement supplémentaires inscrits au budget 2014 ne suffira pas à arrêter l'effet «boule de neige» récurrent des factures impayées en 2015. Il attire dès lors l'attention sur la déclaration commune relative à un échéancier de paiement qui accompagne l'accord sur le budget 2014 et le budget 2015.

Ernest Urtasun (Verts/ALE), *por escrito*. — El presupuesto de la UE de este año no responde a las necesidades sociales y económicas de la UE, por ello mi voto es contrario.

Marco Valli (EFDD), *per iscritto*. - Ho votato contro il nuovo bilancio dell'Unione europea, poiché credo fortemente che prima debbano essere risolti i debiti accumulati e successivamente pianificare seriamente l'andamento e gli investimenti futuri.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

L'accordo maturato e fuoriuscito dalla conciliazione tra Parlamento e Consiglio è da considerarsi un fallimento, in quanto molte priorità espresse, quali l'occupazione e gli investimenti produttivi, non sono state mantenute. La spesso intransigente e non realistica visione del Consiglio ha innestato un circolo vizioso, che continua a prevedere forti tagli al bilancio dell'Unione che, successivamente, devono essere risanati con numerosi bilanci correttivi a causa delle reali necessità degli Stati membri.

Marie-Christine Vergiat (GUE/NGL), par écrit. — Le nouveau budget général de l'UE pour 2015 a été adopté par une large majorité du Parlement européen grâce aux voix des groupes PPE, socialiste et libéral.

Cette majorité a été acquise malgré une position intransigente du Conseil qui a conduit la Commission à présenter une nouvelle proposition revue à la baisse par rapport à sa proposition de juin 2014.

Le budget 2015 ainsi adopté s'élève à 145,2 milliards (engagements) et 141,2 milliards (paiements), loin des 146,3 milliards (engagements et paiements) que le PE avait adopté en septembre dernier.

En fait, le PE s'est une nouvelle fois couché devant le Conseil en renonçant à ses pouvoirs en matière budgétaire. La seule compensation obtenue permet de ne pas aggraver le montant des impayés des projets communautaires concernant notamment les collectivités territoriales, les PME et les associations.

Ce budget est donc totalement inacceptable et ne répond notamment pas aux défis de l'Union en matière sociale tant en matière d'emplois que de lutte contre les inégalités à rebours des mesures austéritaires de l'UE.

Miguel Viegas (GUE/NGL), por escrito. — O que está aqui em causa é a aprovação dos projetos de orçamentos retificativos 2014, do orçamento da União para o exercício de 2015, fixado a um nível de 145 321,5 milhões de euros e 141 214,0 milhões de euros, respetivamente, em dotações para autorizações e pagamentos, bem como de seis declarações comuns e três declarações unilaterais.

Mais uma vez verificamos que não se dotou o orçamento com recursos orçamentais suficientes para poder corresponder à necessidade de relançamento da economia, bem como aos objetivos de coesão social e territorial. Sublinhe-se que este orçamento fica aquém do limite máximo do QFP na maioria das rubricas.

A UE necessita não de um orçamento restritivo, e ainda por cima ardiloso, que chuta para a frente dotações de pagamento, quando na realidade eram hoje mais necessárias do que nunca para relançar a economia.

Resumidamente, este pacote orçamental não serve os interesses da UE e revela uma enorme hipocrisia de quem defende mais Europa, recusando-se ao mesmo tempo qualquer tipo de solidariedade entre Estados-Membros.

Σωτήριος Ζαριανόπουλος (NI), γραπτώς. — Η ευρωκοινοβουλευτική ομάδα του ΚΚΕ καταψηφίζει τον προϋπολογισμό της ΕΕ, γιατί είναι βαθιά αντιλαϊκός. Συνιστά την οικονομική βάση των λεγόμενων διαρθρωτικών μεταρρυθμίσεων, που στρέφονται ενάντια στον εργαζόμενο λαό, υπηρετώντας τις ανάγκες της ανταγωνιστικότητας του κεφαλαίου. Οι εκφράσεις ικανοποίησης του πολιτικού προσωπικού των μονοπωλίων στο Ευρωκοινοβούλιο για τη συμφωνία με το Συμβούλιο για τον προϋπολογισμό του 2015 επιχειρούν να κρύψουν το αντιλαϊκό περιεχόμενό του. Η αύξηση των κονδυλίων σε σχέση με αυτά που πρότεινε το Συμβούλιο αφορά αποκλειστικά τη χρηματοδότηση των επιχειρηματικών ομίλων για επενδύσεις σε κερδοφόρους τομείς, όπως η ενέργεια, οι «πράσινες τεχνολογίες», η ψηφιακή αγορά, ερευνητικά προγράμματα στην υπηρεσία του κεφαλαίου, ενίσχυση της Europol, της FRONTEX, της Υπηρεσίας Εξωτερικής Δράσης της ΕΕ, όλων των κατασταλτικών μηχανισμών και των πολιτικών, στρατιωτικών μέσων της ΕΕ για τις ιμπεριαλιστικές επεμβάσεις της. Ο προϋπολογισμός της ΕΕ αποτελεί ένα ακόμη εργαλείο, δίπλα σε αυτά των αστικών κυβερνήσεων, για την αφαίμαξη των λαϊκών εισοδημάτων, που κατευθύνονται με ένα σωρό μορφές και μηχανισμούς στα μονοπώλια και στους θεσμούς θωράκισης της εξουσίας τους.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

11.17. Verordnung (EU) Nr. .../... der Kommission vom XXX zur Ergänzung der Verordnung (EG) Nr. 1071/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates in Bezug auf die Einstufung schwerwiegender Verstöße gegen die Unionsvorschriften, die zur Aberkennung der Zuverlässigkeit der Kraftverkehrsunternehmer führen können, sowie zur Änderung von Anhang III der Richtlinie 2006/22/EG des Europäischen Parlaments und des Rates (B8-0325/2014)

Dichiarazioni di voto scritte

Marina Albiol Guzmán (GUE/NGL), *por escrito*. — El Reglamento (CE) n° 1071/2009 tiene por objeto la realización de un mercado interior del transporte por carretera con condiciones de competencia leales, lo que exige la aplicación uniforme de normas comunes para el acceso a la profesión de transportista de mercancías o viajeros por carretera. La medida que tenía que adoptar la Comisión debería haber incluido una lista exhaustiva que incluyera tanto las infracciones armonizadas como el nivel de gravedad armonizado que pueden acarrear la pérdida de honorabilidad del transportista. Esto no es así, por lo que este informe se opone a la aprobación del Reglamento de la Comisión, y por ello he votado a favor de él.

Jonathan Arnott (EFDD), *in writing*. — Various amendments put forward by the EFDD MEPs were voted down; consequently I was unable to support this document.

Inés Ayala Sender (S&D), *por escrito*. — Este proyecto de Reglamento que el Parlamento ha decidido rechazar tenía como objetivo armonizar las infracciones que ponen en peligro la seguridad vial y que pueden llevar a la pérdida de la honorabilidad de los transportistas por carretera en la UE.

Me he abstenido en la votación de esta propuesta de Resolución porque, si bien el proyecto de Reglamento hubiera podido mejorarse en determinados aspectos sociales, supone un primer paso en la armonización de las sanciones y da mayor seguridad jurídica a los transportistas internacionales. Hubiera puesto fin a los abusos de determinadas autoridades de tráfico con los conductores extranjeros, imponiendo un mismo criterio a la hora de sancionar infracciones tan importantes para la seguridad vial y la legislación social como son el respeto de los tiempos de trabajo y descanso de los conductores, la validez de la autorización y del permiso de conducir, así como la lucha contra el fraude en relación con los permisos de conducir o mecanismos de control como el tacógrafo o el limitador de velocidad.

Esperamos que la Comisión pueda presentar un nuevo proyecto de Reglamento que permita dar mayor seguridad jurídica y ponga fin al excesivo celo de determinados Estados contra los transportistas provenientes de la periferia.

Zigmantas Balčytis (S&D), *raštu*. — Balsavau prieš šį siūlymą, kuriuo Komisija raginama atsiimti įgyvendinamojo reglamento projektą dėl sunkių ES taisyklių pažeidimų sąrašo. Šiuo reglamentu nustatoma, kokie konkretūs ES taisyklių pažeidimai atima iš vežėjų geros reputacijos statusą. Minėtos taisyklės padeda pakelti kelių transporto vežėjų profesinės kompetencijos lygį, racionalizuoti rinką ir pagerinti teikiamų paslaugų kokybę kelių transporto vežėjų, jų klientų bei apskritai ekonomikos labui, kartu padidinant kelių eismo saugumą. Pateiktu siūlymu siekiama atmesti šį įgyvendinamąjį reglamentą, nes į pažeidimus Komisija neįtraukė „nelegalaus kabotažo“. Tačiau Komisija yra nurodžiusi, kad toks „nelegalus kabotažas“ neįtrauktas dėl to, kad reglamentas, kuriuo remiantis rengiamas šis aktas, nustato aiškių kategorijų sąrašą ir jame nėra nelegalaus kabotažo kategorijos, t. y. įgyvendinamasis reglamentas negali išplėsti pagrindinio reglamento apimties. Dėl šios priežasties balsuoju prieš siūlymą atmesti šį reglamentą.

Ivo Belet (PPE), *schriftelijk*. — De door de Commissie voorgestelde lijst van ernstige inbreuken die kunnen leiden tot het verlies van een vergunning voor transporteurs, pakt het probleem van sociale dumping niet aan. Nochtans worden we binnen de EU nog steeds geconfronteerd met malafide transportbedrijven, vaak postbusbedrijven, die de sociale wetgeving aan hun laars lappen. Omdat het van groot belang is om dit probleem echt aan te pakken, vragen we vandaag aan de Commissie om te komen met een nieuw en aangepast voorstel waarin de strijd tegen sociale dumping wel is opgenomen. Het is belangrijk dat de Commissie snel met een nieuw voorstel komt, zodat we de strijd tegen sociale wanpraktijken zo snel mogelijk kunnen aangaan.

Dominique Bilde (NI), *par écrit*. — Cette proposition nous demande de nous opposer au projet de règlement de la Commission en ce qui concerne la classification des infractions graves aux règles de l'Union pouvant porter préjudice à l'honorabilité des transporteurs par route.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

Le règlement (CE) n° 1071/2009 doit permettre une harmonisation des règles pour une concurrence équitable. Cet objectif doit permettre d'éviter notamment une concurrence déloyale entre pays européens qui n'ont ni les mêmes règles de temps de travail, ni les mêmes charges et salaires pesant sur les entreprises. De plus, le texte renforce les sanctions notamment en matière de travail illégal. J'ai donc voté pour ce texte.

Mara Bizzotto (NI), *per iscritto*. — Ho votato a favore di questa relazione d'iniziativa della commissione per i trasporti e il turismo del Parlamento europeo che denuncia l'inadeguatezza della proposta di regolamento della Commissione sulla classificazione di infrazioni gravi alle norme dell'Unione sull'autotrasporto. Sono troppi i casi di dumping sociale che le nostre aziende di trasporto (sia merci che persone) subiscono da parte di aziende formalmente situate nell'est dell'Europa ma che operano senza limiti e con pochi controlli anche nel nostro paese.

José Blanco López (S&D), *por escrito*. — Para ejercer la profesión de transportista por carretera en la UE se requiere demostrar que se dispone de un establecimiento fijo en un Estado miembro, tener capacidad financiera y profesional para ejercer la profesión y poder demostrar que el transportista goza de honorabilidad.

Este proyecto de Reglamento de ejecución armoniza las infracciones que pueden llevar a la pérdida de honorabilidad de los transportistas por carretera en la UE, muy en particular aquellas que ponen en peligro la seguridad vial.

Hasta ahora, los Estados eran responsables de apreciar la gravedad de las infracciones cometidas por los transportistas, produciéndose una gran disparidad de sanciones entre ellos para una misma infracción, lo cual generaba inseguridad jurídica a los transportistas internacionales.

Considero que este proyecto de Reglamento debería haber salido adelante para avanzar en la armonización de sanciones y, por tanto, en la seguridad jurídica de los transportistas, motivo por el que me he abstenido en la votación de esta Resolución, que impide el avance en ambas líneas.

Simona Bonafè (S&D), *per iscritto*. — La lista proposta dalla Commissione europea in merito alla classificazione per le infrazioni gravi alle norme europee in materia di trasporto stradale non prende adeguatamente in conto le infrazioni legate al cabotaggio illegale e altri aspetti importanti per la sicurezza stradale legati al rispetto delle normative sociali nel settore stradale in particolare per quel che riguarda il *social dumping*. Per queste ragioni ho votato a favore dell'obiezione presentata dalla commissione per i trasporti alla lista.

Ritengo, inoltre, di massima importanza che la Commissione riproponga una nuova lista nel più breve tempo possibile per fornire un elenco completo che permetta agli Stati membri di sanzionare in maniera uniforme lo stesso tipo di infrazioni. La Commissione dovrà dimostrare di voler realmente costruire un'Europa sociale, capace di combattere pratiche illegali che portano a una competizione «iniqua» fra i diversi Stati membri. Un maggior rispetto di tutte le regole dell'UE per il settore stradale porterà effetti immediati nella riduzione degli incidenti mortali nelle nostre strade e garantirà una concorrenza equa fra le imprese europee della logistica.

Mercedes Bresso (S&D), *in writing*. — I voted against this proposal because it was not ambitious enough.

Steeve Briois (NI), *par écrit*. — Le Parlement européen veut se prononcer sur le projet de règlement de la Commission relatif à la classification des infractions graves aux règles de l'Union pouvant porter préjudice à l'honorabilité des transporteurs par route.

Le règlement(CE) n° 1071/2009 prévoit ainsi une harmonisation des règles pour une concurrence équitable et ce, afin d'atténuer les disparités qui existent entre des pays européens qui n'ont pas les mêmes règles en termes de temps de travail, de charges sociales pesant sur les entreprises, ou encore de salaires. Surtout, ce texte prévoit un durcissement des sanctions en matière de travail illégal, ce qui aura des effets dissuasifs sur l'immigration clandestine. Pour toutes ces raisons, j'ai voté pour.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

Gianluca Buonanno (NI), *per iscritto*. — Voto positivo a una relazione d'iniziativa della commissione per i trasporti e il turismo del Parlamento europeo che denuncia l'inadeguatezza della proposta di regolamento della Commissione europea che integra le norme già in vigore sulla classificazione di infrazioni gravi alle norme dell'Unione sull'autotrasporto.

La denuncia della commissione TRAN è fondata. Troppi sono i casi, denunciati anche da nostri lavoratori e imprenditori, di dumping sociale che le nostre aziende di trasporto (sia merci che persone) subiscono da parte di aziende formalmente situate nell'est dell'Europa ma che operano senza limiti e con pochi controlli anche nel nostro paese.

Soledad Cabezón Ruiz (S&D), *por escrito*. — Para ejercer la profesión de transportista por carretera en la UE se requiere demostrar cuatro elementos esenciales: disponer de un establecimiento fijo en la Unión, tener la capacidad financiera y profesional para ejercer la profesión y poder demostrar que el transportista goza de la honorabilidad.

Este Reglamento de aplicación armoniza las infracciones que pueden llevar a la pérdida de honorabilidad. Hasta la fecha, los Estados eran responsables de apreciar la gravedad de las infracciones, dándose una disparidad de sanciones entre los Estados para una misma infracción. Esto ha generado inseguridad jurídica en los transportistas internacionales y también abusos por parte de las autoridades de tráfico con ciertos transportistas extranjeros, dándose el caso de Francia que contempla incluso penas de prisión por realizar el conductor el descanso semanal en la cabina.

En este Reglamento sólo se armonizan sanciones que suponen un alto riesgo para la seguridad vial, típicamente excesos de tiempo de trabajo, conducir sin permiso válido, exceso de peso, fraude en los elementos de control como el tacógrafo etc. Pero no entra en detalle en lo que se refiere a otro tipo de infracciones, como son la normativa sobre cabotaje internacional.

Nicola Caputo (S&D), *per iscritto*. — Oggi ho votato a favore di questa risoluzione che chiede alla Commissione di ritirare il suo progetto di regolamento e di presentare un nuovo elenco di infrazioni gravi alle norme dell'Unione che possono portare alla perdita dell'onorabilità del trasportatore su strada.

Il percorso intrapreso dalla Commissione è pericoloso: si è deciso di indicare tassativamente negli atti delegati i casi in cui il trasportatore perde l'onorabilità e quindi la possibilità di svolgere il suo lavoro. Se l'indicazione è tassativa, tutto ciò che non è compreso è concesso, ovvero quello che non è indicato come grave non sarà tale da consentire la sospensione dell'autorizzazione del servizio. È necessario che il quadro sanzionatorio sia comune e completo, altrimenti si corre il rischio che ogni Stato membro prenda singole iniziative che finiscono per creare diversità di trattamento tra paese e paese.

Dovrebbero per esempio essere incluse nell'elenco, in qualità di infrazioni gravi, anche altre norme relative per esempio al cabotaggio illegale, problematica sentita nell'Unione europea. Se questo non viene considerato come «grave», ciò avrà conseguenze sociali sul fronte imprenditoriale e per il *dumping* sociale.

Matt Carthy (GUE/NGL), *in writing*. — I voted in favour of this resolution which rejects the Commission's weak draft regulation relating to fair conditions of competition for the road transport internal market.

Ireland is a small island nation, in which companies are forced to operate within two economic jurisdictions due to an enforced border. The Westminster government has imposed an HGV levy which seeks to implement a charge on all heavy goods vehicles that cross the Irish border in what is an unfair and unworkable barrier for businesses that operate on a cross-border basis.

Sinn Féin has resisted the introduction of this levy since its inception. We have raised serious concerns about the deeply negative impact that it will have on cross-border and island-wide trade, which currently accounts for GBP 2.3 billion in economic activity per annum.

The levy hurts businesses north and south. Any legislation emanating from the commission should prevent member governments from implementing such measures.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), *per iscritto*. — L'elenco di infrazioni gravi, che conducono alla perdita dell'onorabilità del trasportatore su strada, contenuto nella modifica proposta dalla Commissione non è abbastanza esaustivo, per questo la proposta viene rigettata.

Alberto Cirio (PPE), *per iscritto*. — Ho votato a favore di questa obiezione. Ritengo che la sicurezza stradale sia una tematica su cui non si può essere approssimativi ed effettivamente questo regolamento attuativo mancava di precisione. Sarà importante, nel riscriverlo, spostare la barra verso misure più attuabili e concrete, in modo da non gravare eccessivamente sulle imprese di trasporti.

Deirdre Clune (PPE), *in writing*. — I voted for this motion for resolution as I did not think the Commission's list of serious infringements was comprehensive enough. The onus will now be on the Commission to revisit the list of infringements with a view to creating a more realistic, comprehensive list that is less open to interpretation and reduces red tape.

Carlos Coelho (PPE), *por escrito*. — O Regulamento n. o 1071/2009 estabelece as regras comuns no que se refere ao exercício da atividade de transportador rodoviário de mercadorias e passageiros, que contribuem, entre outros fatores, para aumentar a segurança rodoviária e o nível de qualificação profissional dos transportadores.

Compete à Comissão Europeia, através de atos delegados, elaborar uma lista das categorias, tipos e graus de gravidade das infrações graves às regras comunitárias.

Considero que a lista elaborada não preenche os requisitos exigidos pelo Parlamento e em alguns casos ultrapassa o poder que lhe foi delegado, não sendo assim este projeto de regulamento compatível com o objetivo e teor do Regulamento base n. o 1071/2009, devendo a Comissão retirar este projeto de regulamento e apresentar um novo ao Parlamento Europeu.

Lara Comi (PPE), *per iscritto*. - Sostengo il testo di risoluzione presentato dal collega Cramer. Nell'ottobre 2009 è stato adottato un pacchetto stradale composto da tre regolamenti CE (n. 1071/2009 – n. 1072/2009 – n. 1073/2009), i quali prevedono nuove norme, come ad esempio la presentazione semplificata e standardizzata della licenza comunitaria o il rafforzamento delle procedure per lo scambio di informazioni tra Stati membri riguardo alle infrazioni commesse dai vettori.

Rispetto a quest'ultimo punto mi sembra doveroso che la Commissione ritiri il progetto di regolamento al fine di integrare l'articolo 6, paragrafo 2, con un elenco esaustivo di categorie, tipi e livelli di gravità di infrazioni alle norme dell'Unione che possano comportare la perdita dell'onorabilità del trasportatore su strada.

Vorrei ricordare che esistono degli obiettivi contenuti degli «Orientamenti UE 2011-2020 per la sicurezza stradale», che dovrebbero essere raggiunti quanto prima e tra questi vi è la riduzione del numero di morti e feriti sulle strade europee.

Therese Comodini Cachia (PPE), *in writing*. — The classification and harmonised categorisation of infringements is an important step forward ensuring fairer competition between undertakings, more harmonised enforcement, and an effective functioning of the European Register of Road Transport Undertaking's information exchange system. It is in the interest of transparency and fair competition to lay down the common method of calculation of a frequency of occurrence beyond which repeated infringements shall be regarded as more serious by the competent authority of the Member State of establishment. Such repeated infringements may lead to the launching of a national administrative procedure, which, subject to the discretion of the competent authority, may lead to the loss of good repute by a transport operator. For this reason I voted in favour.

Javier Couso Permuy (GUE/NGL), *por escrito*. — El Reglamento (CE) nº 1071/2009 tiene por objeto la realización de un mercado interior del transporte por carretera con condiciones de competencia leales, lo que exige la aplicación uniforme de normas comunes para el acceso a la profesión de transportista de mercancías o viajeros por carretera. La medida que tenía que adoptar la Comisión debería haber incluido una lista exhaustiva que incluyera tanto las infracciones armonizadas como el nivel de gravedad armonizado que pueden acarrear la pérdida de honorabilidad del transportista. Esto no es así, por lo que este informe se opone a la aprobación del Reglamento de la Comisión, y por ello he votado a favor de él.

Pál Csáky (PPE), *írásban*. - A közúti fuvarozás terén előforduló súlyos jogsértések osztályozása

Mittwoch, 17. Dezember 2014

A bizottsági rendelettervezethez készült EP-jelentés ellen szavaztam. Szavazatommal csatlakoztam az új tagállamok véleményéhez, miszerint az EP hivatalos állásfoglalása, amely az Európai Bizottság rendelettervezete ellen irányul, hátrányosan érintené az új tagállamok fuvarozóit. Az úgynevezett „régí tagállamok” az ilyenkor szokásos „szociális dömpingre” hivatkoznak, felhánytorgatva, hogy az „új tagállamok” tisztességtelen előnyt élveznek az alacsonyabb bérszintekből, ezáltal ellehetetlenítik a régi tagállamok fuvarozóinak érvényesülését a piacon.

Ez a téma klasszikus példája a régi és új tagállamok egymásnak feszülésének, amelyből eddig kivétel nélkül sajnos mindig a régi tagállamok kerültek ki nyertesek, főként azért, mert az új tagállamok nem tudtak közösen fellépni. Viszont a mai szoros eredmény azt sejteti, hogy ezek a tagállamok kezdenek felébredni és megtalálni a közös nevezőt. Kezdenek felocsúdni, hogy a régi tagállamok érdekei nem mindig azonosak az újakkal és ezeket a többiekől eltérő közös érdekeket csakis közös erővel és összefogással lehet elérni. Remélem, ez alatt a választási időszak alatt pozitív példával is szolgálhatunk majd a választóinknak és sikerül megvédeni az új tagállamok érdekeit, mindeközben megvédve az európai integritást.

Miriam Dalli (S&D), *in writing*. — I voted in favour of this report, since it opposes the adoption of the draft Commission regulation with regard to the classification of serious infringements of the Union rules, which may lead to the loss of good reputation by a road transport operator. The road transport sector is faced today with major problems, such as social dumping and unfair competition practices in the sector. The draft measure submitted by the Commission is not compatible with the aim or content of the basic legislative act Regulation No 1070/2009, which is the completion of fair competition on the internal market, in my opinion. It also calls on the Commission to withdraw the draft regulation and submit to the committee a new list of serious infringements of the Union rules which may lead to the loss of good reputation by a road transport operator.

Michel Dantin (PPE), *par écrit*. — Cette résolution propose au Parlement européen de s'opposer à la publication du règlement délégué pris par la Commission européenne visant à compléter le règlement (CE) n° 1071/2009 du Parlement et du Conseil en ce qui concerne la classification des infractions graves aux règles de l'Union pouvant porter préjudice à l'honorabilité des transporteurs par route. Selon le mandat octroyé à la Commission européenne, l'acte devait établir des règles communes sur les conditions à respecter pour exercer la profession de transporteur par route. Pour autant, l'examen attentif de cet acte montre que son contenu comme sa forme ne répondent pas à l'enjeu. En effet, les procédures en vigueur au sein des 28 États membres sont encore trop diversifiées et l'évaluation du niveau de gravité et l'exécution des infractions sont encore soumis aux autorités nationales de surveillance ou les autorités compétentes concernées. L'acte en question ne propose aucune harmonisation des règles existantes, manque de clarté et n'apporte pas de réelle valeur ajoutée européenne. De plus, aucune mention n'est faite des problèmes relatifs au cabotage qui doivent être impérativement examinés. Pour ces raisons, je me suis opposé à l'adoption de cet acte délégué et j'ai voté pour la résolution.

Rachida Dati (PPE), *par écrit*. — Le caractère incomplet de la liste des infractions aux règles communautaires susceptibles de porter préjudice à l'honorabilité des transporteurs par route m'a conduit à voter en faveur de l'objection à l'acte délégué de la Commission européenne. En effet, la proposition de règlement de la Commission n'incluait notamment pas les transports de cabotage illégaux dans sa liste d'infraction, ni les autres règles concernant le cabotage illégal, en particulier celles portant sur l'exécution des opérations de cabotage dans des conditions contraires à la législation sociale nationale applicable au contrat.

Ангел Джамбазки (ECR), *в писмена форма*. — Гласувах против предложението на Европейския парламент по темата „Оценка на добрата репутация на превозвачите“ поради комплекс от причини. На първо място считам, че има въпроси, които предхождат решаването на проблема за репутацията. Изтъквам, че все още има нееднакво третиране на превозвачите и нарушаване на правилата и добрите практики на конкуренцията. Все още има държави членки, които изкуствено създават тежки пречки за дейността на малките превозвачи, а други ограничават превозвачите от други държави членки. Не е решен и въпросът с дмпинга от страна на превозвачи от държави, външни за Съюза. Това са приоритети за мен и не може да работим отзад напред.

Не мога да се съглася и с тезата на някои колеги за т.нар. „социален дмпинг“ от страна на превозвачи от държави членки като България. Тя просто не е вярна. Статистиката го доказва. В България средната работна заплата в сектор „Транспорт“ е около и над средната за страната. Така че няма „социален дмпинг“. По въпроса за каботажа – той е необходим и не виждам защо трябва да се намесваме в режима и да променяме нещо, което работи и е полезно. Полезно за работниците, за фирмите, за природата, за идеята за свободно движение.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

Γεώργιος Επιτήδειος (NI), γραπτώς. — Υπερψήφισα την πρόταση B8-0325/2014, αφού αντιτίθεται στην έκδοση του σχεδίου κανονισμού της Επιτροπής, θεωρώντας ότι δεν είναι συμβατό με τον σκοπό και το περιεχόμενο του κανονισμού και επιπλέον καλεί την Επιτροπή να το αποσύρει υποβάλλοντας νέο κατάλογο σοβαρών παραβάσεων των κανόνων της Ένωσης, οι οποίες οδηγούν στην απώλεια των απαιτούμενων εχεγγύων αξιοπιστίας του οδικού μεταφορέα.

Fredrick Federley (ALDE), skriftlig. - Transportpolitiken är av stor betydelse för EU:s inre marknad. För att uppnå en rättvis konkurrens måste regler för kör- och arbetstider, färdskrivare, maxvikter, utbildningskrav m. m. vara gemensamma och tillämpas lika strikt över hela EU. Vi har därför välkomnat EU-kommissionens förslag på en lista på sådana allvarliga överträdelser som ska föranleda att en transportör förlorar sitt goda anseende. Krav på att beakta sociallagstiftning, där förarens ursprung hamnar i främsta rummet, är dock inget annat än förtäckt diskriminering och nationalism. Av den anledningen valde vi att rösta emot resolutionen och de ändringsförslag som lagts på denna.

João Ferreira (GUE/NGL), por escrito. — Esta resolução opõe-se à aprovação do projeto de regulamento da Comissão que vem complementar um outro já existente (regulamento (CE) n.º 1071/2009) respeitante à classificação das infrações graves às regras da União, que podem acarretar a perda de idoneidade dos transportadores rodoviários.

A resolução considera que a lista das infrações e do grau de gravidade das mesmas apresentada pela Comissão está incompleta e, como tal, deve ser rejeitada. Apoiamos esta posição.

A lista apresenta lacunas em matéria de cabotagem ilegal e o seu impacto nos trabalhadores rodoviários, não estando equilibrada com os regulamentos nacionais, nomeadamente no que diz respeito a questões sociais.

O carácter minimalista da proposta apresentada pela Comissão é bem sintomático dos interesses que a Comissão serve e dos objetivos que prossegue.

O enquadramento legislativo vigente, ao nível da UE, sempre atribuiu prevalência aos objetivos de promoção da sacrossanta livre concorrência (e da inevitável concentração monopolista que sempre lhe sobrevém), visando concretizar o dito mercado interno, em desfavor dos objetivos de defesa e reforço da promoção da saúde e segurança dos trabalhadores do setor.

Monika Flašíková Beňová (S&D), písomne — Cieľom nariadenia (ES č.1071/2009) malo byť dobudovanie vnútorného trhu v cestnej doprave, ktorý by sa vyznačoval spravodlivými podmienkami hospodárskej súťaže. To si vyžaduje jednotné uplatňovanie spoločných pravidiel udeľovania povolenia na výkon povolania prevádzkovateľa cestnej nákladnej alebo osobnej dopravy. Tieto spoločné pravidlá majú prispieť k dosiahnutiu vyššej úrovne odbornej kvalifikácie prevádzkovateľov cestnej dopravy, racionalizácii trhu a zlepšeniu kvality služieb v záujme prevádzkovateľov cestnej dopravy, ich zákazníkov ako aj väčšej bezpečnosti cestnej premávky. Predložené nariadenie Európskej komisie však nie je zlučiteľné s cieľom ani obsahom nariadenia Európskeho parlamentu a Rady z 21. októbra 2009.

Lorenzo Fontana (NI), per iscritto. — Voto a favore della relazione d'iniziativa della commissione per i trasporti e il turismo, che denuncia l'inadeguatezza della proposta di regolamento della Commissione europea che integra le norme già in vigore sulla classificazione di infrazioni gravi alle norme dell'Unione sull'autotrasporto.

Λάμπρος Φουντούλης (NI), γραπτώς. — Είμαι υπέρ της πρότασης B8-0325/2014, αφού αντιτίθεται στην έκδοση του σχεδίου κανονισμού της Επιτροπής, θεωρεί ότι το σχέδιο δεν είναι συμβατό με τον σκοπό και το περιεχόμενο του κανονισμού και επιπλέον καλεί την Επιτροπή να το αποσύρει υποβάλλοντας στην επιτροπή νέο κατάλογο σοβαρών παραβάσεων των κανόνων της Ένωσης, οι οποίες οδηγούν στην απώλεια των απαιτούμενων εχεγγύων αξιοπιστίας του οδικού μεταφορέα.

Enrico Gasbarra (S&D), per iscritto. — Desidero esprimere il mio voto contrario alla proposta della Commissione europea sulle «infrazioni gravi dei trasportatori su strada»: si tratta di una misura non sufficiente e che non comprende alcuni punti essenziali per garantire serietà e controlli adeguati agli autotrasportatori.

Segnalo un punto cruciale per garantire un sistema di controllo veramente efficace: sanzioniamo in modo netto, includendo nella lista delle infrazioni, anche il fenomeno del cabotaggio illegale. Questa infatti è una pratica che lede con sempre maggiore frequenza i diritti dei lavoratori del settore dei trasporti su strada, introducendo meccanismi di dumping e concorrenza scorretta che l'Europa non può permettersi di tollerare, nell'obiettivo dello sviluppo di un mercato interno equilibrato ed efficiente.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

Michela Giuffrida (S&D), *per iscritto*. — La lista delle infrazioni stradali gravi presentata dalla Commissione appare parziale e non esaustiva. L'esclusione del cabotaggio e l'incapacità di garantire l'applicazione della legislazione sociale sono i maggiori punti di debolezza.

La normativa sulle ore di guida è europea e il libero mercato – e quindi la possibilità di effettuare cabotaggio – è europeo. Ne consegue che anche eventuali soluzioni vadano affrontate a livello europeo. Sia il cabotaggio illegale che il non rispetto delle norme sociali e del lavoro creano potenziali rischi per la vita, in quanto sono strettamente connesse con livelli di vita e di lavoro scadenti e degradate.

L'adeguamento alle normative europee, l'apertura delle frontiere alla concorrenza, spesso sleale, di vettori esteri, l'impenata dei costi di gestione e l'insostenibile tassazione sono solo alcuni dei problemi che affliggono il settore. L'obiettivo dell' Europa deve essere quello di sostenere l'autotrasporto, facilitare l'attività delle imprese del settore e semplificare le procedure burocratiche in un periodo, quello attuale, in cui il mondo dell'autotrasporto vive una crisi diffusa e profonda.

Tania González Peñas (GUE/NGL), *por escrito*. - Votamos a favor de esta propuesta de Resolución que se opone a la aprobación del proyecto de Reglamento de la Comisión relativo a la clasificación de infracciones graves de la Unión que pueden acarrear la pérdida de honorabilidad del transportista. En esta propuesta se insta a la Comisión a retirar el proyecto y presentar una nueva lista de infracciones, dado que no cumple con el objetivo de crear condiciones de competencia leales, no mejora el servicio y perjudica a las ya deterioradas condiciones laborales de los transportistas, al no hacer referencia explícita al cabotaje ilegal, práctica abusiva que afecta notablemente a las condiciones de vida y de trabajo del transportista y conlleva, en consecuencia, un gran potencial de crear un riesgo de muerte o de lesiones graves.

György Hölvényi (PPE), *írásban*. – Az Európai Parlament a mai napon visszautasította azt a bizottsági rendeletet, amely a közúti fuvarozók jó hírnevének elvesztését eredményező súlyos jogsértések osztályozásáról szól. Az EP most tehát azt kéri a Bizottságtól, hogy készítsen új javaslatot, és abban súlyos jogsértésként kezelje az elsősorban közép-kelet-európai tagállamok fuvarozó vállalatai által végzett ún. kabotázs szabályok elleni esetleges vétségeket. A magyar néppárti delegáció képviselőjeként nem támogattam az indítványt, mivel komoly veszélyét látom annak, hogy a jogsértések körének bővítése hátrányos módon érintheti a magyar fuvarozókat.

Pablo Iglesias (GUE/NGL), *por escrito*. - Votamos a favor de esta propuesta de Resolución que se opone a la aprobación del proyecto de Reglamento de la Comisión relativo a la clasificación de infracciones graves de la Unión que pueden acarrear la pérdida de honorabilidad del transportista. En esta propuesta se insta a la Comisión a retirar el proyecto y presentar una nueva lista de infracciones, dado que no cumple con el objetivo de crear condiciones de competencia leales, no mejora el servicio y perjudica a las ya deterioradas condiciones laborales de los transportistas, al no hacer referencia explícita al cabotaje ilegal, práctica abusiva que afecta notablemente a las condiciones de vida y de trabajo del transportista y conlleva, en consecuencia, un gran potencial de crear un riesgo de muerte o de lesiones graves.

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan*. — Glasao sam PROTIV Rezolucije o nacrtu uredbe Komisije o dopuni Uredbe u pogledu klasifikacije teških povreda pravila Unije te o izmjeni Priloga III. Direktive 2006/22/ jer prijedlog Komisije nije dovoljno jasan niti dovoljno razrađen.

Ceste su krvotok europskog gospodarstva, a cestovni prijevoz je žila kucavica europskog gospodarstva. Svjedoci smo mnogobrojnih problema nelojalne konkurencije i tzv. „social dumpinga” u kamionskom prijevozu. Postoje mnogobrojni primjeri velikih razlika u propisima između zemalja članica i kako podržavam ideju ujedinjavanja propisa, jer se ujedinjavanje tih propisa naslanja na slobodu kretanja ljudi i roba, nisam podržao navedeni prijedlog Uredbe. Stavom PROTIV htio sam jasno iskazati podršku svim onima koji traže da Europska komisija izađe s daleko jasnijim pravilima kako bi se sigurnost u cestovnom prometu povećala.

Marc Joulaud (PPE), *par écrit*. — J'ai voté en faveur de la résolution de mon collègue Markus Ferber sur l'acte délégué de la Commission sur les infractions graves aux règles de l'Union pouvant porter préjudice à l'honorabilité des transporteurs par route. La résolution vise à rejeter cet acte délégué, qui n'apporte ni clarté, ni valeur ajoutée à la classification des infractions, et présente des lacunes en matière de transport de matières dangereuses.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

La résolution a été adoptée à une large majorité, ce dont je me félicite.

Philippe Juvin (PPE), *par écrit*. — J'ai souhaité voter contre cet acte délégué relatif à la classification des infractions portant préjudice à l'honorabilité des transporteurs routiers afin de protester contre les abus liés au cabotage routier de marchandises. Il est important de lutter contre le dumping social et la concurrence déloyale dans ce domaine, en limitant les livraisons par des transporteurs européens dans des États membres dans lesquels il ne sont pas établis et en insistant sur les sanctions encourues en cas d'infraction à la réglementation.

Afzal Khan (S&D), *in writing*. — I supported the resolution opposing the Commission's classification. I believe that illegal cabotage should be included on the list of serious road infringements, as it has an impact on working and living conditions that could lead to risk of road fatalities.

Giovanni La Via (PPE), *per iscritto*. — Appoggio la proposta del collega Michael Cramer in quanto gli attuali regolamenti, oltre a definire le infrazioni stradali, includono anche disposizioni esaustive in merito alla responsabilità dei trasportatori, dei conducenti e delle aziende operanti nel settore del trasporto di merci. Il progetto di regolamento della Commissione risulta compatibile con quanto previsto dal regolamento (CE) n. 1071/2009 del Parlamento europeo e del Consiglio che stabilisce norme comuni sulle condizioni da rispettare per esercitare l'attività di trasportatore su strada.

Constance Le Grip (PPE), *par écrit*. — J'ai souhaité défendre le cabotage routier. La réglementation a pour objet d'éviter la concurrence déloyale de la part des transporteurs routiers de marchandises étrangers, en grand nombre, entre les transporteurs routiers de marchandises, qui seraient favorisés par des prix de revient plus bas (main-d'œuvre, carburants, véhicules) que ceux supportés par nos transporteurs routiers. Une majorité de députés a refusé un acte de la Commission européenne sur la classification des infractions portant préjudice aux transporteurs routiers. Ce vote est un avertissement clair à la Commission européenne: le cabotage est un sujet sensible et lourd de conséquences économiques. Les députés seront particulièrement attentifs aux propositions de la Commission et n'admettront pas l'introduction d'un plus grand dumping social dans le secteur.

Bogusław Liberadzki (S&D), *na piśmie*. — Rezolucja jest ważnym dokumentem, dotyczy bowiem reputacji przewoźników, zapobiegania różnego rodzaju wykroczeniom przeciw wspólnotowym regułom. Jest zarazem szansą na uwzględnienie interesu przedsiębiorców i kierowców w sposób zrównoważony. Podkreślam, chodzi o reguły Unii Europejskiej. Jednocześnie służyć to powinno eliminacji woluntarystycznych zachowań i regulacji niektórych rządów, np. rządu RFN narzucającego wszystkim stosowanie niemieckiej najniższej płacy 8,50 EUR za godzinę. Wątpliwości – jak będzie to realizowane?

Paloma López Bermejo (GUE/NGL), *por escrito*. — El Reglamento (CE) n° 1071/2009 tiene por objeto la realización de un mercado interior del transporte por carretera con condiciones de competencia leales, lo que exige la aplicación uniforme de normas comunes para el acceso a la profesión de transportista de mercancías o viajeros por carretera. La medida que tenía que adoptar la Comisión debería haber incluido una lista exhaustiva que incluyera tanto las infracciones armonizadas como el nivel de gravedad armonizado que pueden acarrear la pérdida de honorabilidad del transportista. Esto no es así, por lo que este informe se opone a la aprobación del Reglamento de la Comisión, y por ello he votado a favor de él.

Νότης Μαριάς (ECR), *γραφώς*. — Υπερψήφισα την πρόταση ψηφίσματος σχετικά με το σχέδιο κανονισμού της Επιτροπής για τη συμπλήρωση του κανονισμού (ΕΚ) αριθ. 1071/2009 του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου και του Συμβουλίου, όσον αφορά την κατάταξη των σοβαρών παραβάσεων των κανόνων της Ένωσης, οι οποίες οδηγούν ενδεχομένως στην απώλεια των απαιτούμενων εγγυήσεων αξιοπιστίας του οδικού μεταφορέα, και για τροποποίηση του παραρτήματος ΙΙΙ της οδηγίας 2006/22/ΕΚ του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου, παρά τις επιφυλάξεις που διατύπωσα κατά τη συζήτηση, καθώς δρομολογείται μια πρώτη αντιμετώπιση του εν λόγω ζητήματος που πρέπει να κινείται με γνώμονα τον περιορισμό του αθέμιτου ανταγωνισμού, του κοινωνικού ντάμπινγκ στον κρίσιμο τομέα των μεταφορών, της οδικής ασφάλειας και του σεβασμού των εργασιακών δικαιωμάτων των μεταφορέων.

Marian-Jean Marinescu (PPE), *în scris*. — Am ales să votez împotriva propunerii de rezoluție inițiată de către Parlamentul European, deoarece consider rezonabilă propunerea Comisiei Europene. Procedura nu a permis membrilor să depună amendamente. Tocmai de aceea, Parlamentul și-a exercitat dreptul de veto și a cerut o propunere îmbunătățită. Sunt de părere că, prin această propunere, Comisia Europeană a impus deja mai multe condiții dificile care ar trebui respectate de transportatori, iar aceștia vor fi nevoiți să se adapteze destul de repede. Este totuși nevoie de timp. Să schimbăm regulile nu este niciodată ușor. Mă tem că, dacă această clasificare a încălcărilor se va face chiar mai strict de către Comisia Europeană, industria de transport va fi afectată și regulile nu vor putea fi respectate în totalitate. De asemenea, motivul invocat în rezoluție, lipsa cabotajului ilegal, nu este corect. Consider că acesta nu are ce să caute în acest act delegat.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

Barbara Matera (PPE), *per iscritto*. - L'obiettivo del regolamento (CE) n. 1071/2009 è quello di realizzare un mercato interno dei trasporti su strada, basato su condizioni eque di concorrenza. Esso riconosce, altresì, la necessità di applicare norme comuni per l'autorizzazione alla professione di trasportatore su strada di merci o di persone.

Tali presupposti normativi contribuiranno a perseguire diversi obiettivi: il raggiungimento di un maggiore livello di qualificazione professionale per i trasportatori su strada, una razionalizzazione del mercato, un miglioramento del servizio di trasporto e, più importante, un rafforzamento delle condizioni di sicurezza stradale.

Ho offerto il mio consenso nei confronti di questo documento, poiché ne condivido il senso e gli scopi.

Georg Mayer (NI), *schriftlich*. — Diesem Entschließungsantrag habe ich meine Zustimmung erteilt, da er darauf abzielt, den Verordnungsvorschlag der Kommission inhaltlich zu erweitern. Dies steigert die Sicherheit der Verkehrsteilnehmer sowie jene der betroffenen Kraftwagenlenker. Eine allgemeine Erhöhung der Verkehrssicherheit ist nur zu begrüßen, vor allem aber natürlich nicht nur im Güterverkehr. Die Ausweitung der Liste der anerkannten Verstöße wird einen wesentlichen Teil dazu beitragen.

Jean-Luc Mélenchon (GUE/NGL), *par écrit*. — Le règlement (CE) n° 1071/2009 du Parlement européen et du Conseil du 21 octobre 2009 établit des règles communes sur les conditions à respecter pour exercer la profession de transporteur par route. L'ajout proposé par la Commission avait pour but de classer les cas d'infractions graves aux règles de l'Union pouvant porter préjudice à l'honorabilité des transporteurs par route. La proposition de la Commission reste très vague dans cette classification. Cela rend encore plus difficile l'interprétation compétente des types et des niveaux des infractions graves par les autorités. Elle a de plus omis de prévoir une liste complète des infractions graves. Le rapport nous invite à rejeter la proposition de la Commission, je vote donc pour ce rapport.

Nuno Melo (PPE), *por escrito*. — Concordo com o facto de que o projeto de regulamento da Comissão não é compatível com o objetivo e o teor do Regulamento (CE) n.º 1071/2009 do Parlamento Europeu e do Conselho, de 21 de outubro de 2009, que estabelece regras comuns no que se refere aos requisitos para o exercício da atividade de transportador rodoviário e que revoga a Diretiva 96/26/CE do Conselho.

Será conveniente a Comissão apresentar uma nova lista de infrações graves às regras da União, que podem acarretar a perda de idoneidade do transportador rodoviário.

Roberta Metsola (PPE), *in writing*. — I support this resolution in its opposition of the draft Commission regulation, considering that: the list of infringements is incomplete; the words used to describe the degrees of seriousness of the serious infringements create complications for the relevant authorities to interpret; and that the existing legislation on the matter already outlines the clear provisions with regards to the responsibility carried by road transport operators.

Marlene Mizzi (S&D), *in writing*. — I supported the report on classification of serious infringements of the Union rules, which may lead to the loss of good repute by the road transport operator. However, I have voted in favour of Amendment 6, which is asking for the highest level of seriousness to be accorded to infringements concerning animal transportation.

Sophie Montel (NI), *par écrit*. — Il nous est demandé de nous prononcer sur le projet de règlement de la Commission relatif à la classification des infractions graves aux règles de l'Union pouvant porter préjudice à l'honorabilité des transporteurs par route.

Le règlement (CE) n° 1071/2009 prévoit ainsi une harmonisation des règles pour une concurrence équitable et ce, afin d'atténuer les disparités qui existent entre des pays européens qui n'ont pas les mêmes règles en termes de temps de travail, de charges sociales pesant sur les entreprises, ou encore de salaires. Ce texte prévoit, en outre, un durcissement des sanctions en matière de travail illégal. Pour ces raisons, j'ai voté pour.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

Alessandra Moretti (S&D), *per iscritto*. — Mi rammarico del risultato del voto odierno sulla classificazione di infrazioni gravi alle norme dell'Unione che possono portare alla perdita della reputazione del trasportatore su strada – reputazione che è requisito necessario per il possesso, da parte del trasportatore, dei requisiti necessari a possedere una licenza.

Ritengo infatti – pur sostenendo gli sforzi della Commissione per introdurre un elenco che stabilisca una lista comune di gravi infrazioni – che la Commissione abbia evitato di affrontare il grande problema del deterioramento dei diritti sociali, noto anche come dumping sociale e di conseguenza, del cosiddetto cabotaggio illegale.

Si tratta di problematiche di fondamentale rilievo per il mio gruppo che la Commissione, nonostante i limiti del suo mandato – visto che le hanno permesso unicamente di inserire nella lista le infrazioni che portano alla morte o a danni gravi alle persone – non può permettersi di non affrontare.

Detto questo, sono tuttavia convinta che per il mio paese una lista, se pur con un ambito di applicazione ridotto, avrebbe comunque rappresentato una buona base di partenza.

Renaud Muselier (PPE), *par écrit*. — J'ai voté contre l'acte proposé par la Commission pour deux raisons. La première est technique: l'acte était brouillon et n'apportait pas de valeur ajoutée européenne. La deuxième est politique: il s'agissait de dire à la Commission que le cabotage routier est un sujet d'importance et que nous restons fortement mobilisés sur ce sujet afin d'éviter tout dumping social entre transporteurs.

Luděk Niedermayer (PPE), *písemně*. — Komisní návrh sice nepředstavuje zřejmě úplné a dokonalé řešení dané problematiky přestupků, ale umožnil by pokročit v cestě k vytváření férových podmínek v oblasti kamionové dopravy. Zamítnutí tohoto návrhu, které Parlament schválil a proti němuž jsem hlasoval, může vést k podstatnému odkladu a zpomalení tohoto procesu. To považuji za nežádoucí. Ze ještě více sporné považuji požadavky na zahrnutí oblasti tzv. sociálního dumpingu do této regulace. Nejen že tento termín považuji ze vysoce sporný, ale zejména dle mého názoru nespadá do věcné působnosti této regulace.

Κωνσταντίνος Παπαδάκης (NI), *γραπτώς*. — Η Επιτροπή με την απόφασή της υποθάλλει συνειδητά την απουσία βασικών κανόνων ασφάλειας στις μεταφορές, που είναι βασικός κρίκος πολιτικής ενίσχυσης των επιχειρηματικών ομίλων.

Η απάνθρωπη εργοδοτική εκμετάλλευση με άδilies συνθήκες εργασίας για τους εργαζόμενους στις οδικές μεταφορές, θέτει σε κίνδυνο τη ζωή και υγεία των ίδιων και όσων άλλων μετακινούνται και ευθύνεται για εκατόμβες νεκρών και τραυματιών. Ωράρια εργασίας πέρα της ανθρώπινης αντοχής, κακή συντήρηση, υπερφόρτωση των οχημάτων ακόμα και με επικίνδυνα φορτία, παράνομες ενδομεταφορές που εκμεταλλεύονται άμφηνη εργασία και στηρίζονται στην λεγόμενη ελευθερία διακίνησης υπηρεσιών και εργαζόμενων της ΕΕ είναι κίνητρα κερδοφορίας, κριτήρια ανταγωνιστικότητας των μεταφορικών εταιριών.

Οι επιμέρους αντιρρήσεις των πολιτικών ομάδων του Ευρωκοινοβουλίου στην απόφαση της Επιτροπής, στη βάση υπαρκτών προβλημάτων, προβάλλονται υπό το πρίσμα επιχειρηματικών ανταγωνισμών. Οχι μόνο δεν λύνουν το πρόβλημα αλλά κινούνται μέσα στα πλαίσια της ενιαίας αγοράς της ΕΕ και της πολιτικής του χαμηλού εργασιακού κόστους και της κερδοφορίας των επιχειρήσεων.

Οι εργαζόμενοι στις μεταφορές πρέπει να διεκδικήσουν ανθρώπινες συνθήκες δουλειάς. Την ευθύνη όλων των παραβάσεων που οφείλονται στην εργασιακή εκμετάλλευση και τις συνθήκες εντατικοποίησης έχουν οι εργοδότες και πρέπει αυτοί να τιμωρούνται.

Η ΕΕ μόνο πάνω στην υπερεκμετάλλευση των εργαζόμενων μπορεί να χτιστεί. Δεν υπάρχει λύση μέσα σ' αυτήν αλλά στην αποδέσμευση από αυτήν, σε σύγκρουση με τα μονοπώλια και την εξουσία τους.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

Gilles Pargneaux (S&D), *par écrit*. — J'ai voté contre ce texte. Cette liste des infractions aux règles européennes pour les opérateurs de transport n'interdisait pas le dumping social, en particulier le cabotage illégal, qui est le fait pour un transporteur d'opérer dans un pays voisin sans avoir les autorisations adéquates, et donc sans garantie qu'il en respecte les normes sociales et environnementales. Pour les socialistes, le dumping social et son corollaire, la concurrence déloyale, constituent des problèmes de société majeurs en Europe, qui n'ont fait que s'aggraver avec la crise. Je suis pleinement satisfait de ce vote: le Parlement européen a utilisé au maximum les pouvoirs conférés par le traité de Lisbonne pour faire avancer le progrès social. Le dumping social n'est pas un sujet avec lequel on peut transiger. Il en va de l'intérêt général de nos concitoyens.

Aldo Patriciello (PPE), *per iscritto*. — Cari colleghi e care colleghe, l'obiettivo del regolamento (CE) n. 1071/2009 è realizzare un mercato interno dei trasporti su strada caratterizzato da condizioni eque di concorrenza, per il quale è necessaria l'applicazione uniforme di norme comuni per autorizzare l'accesso alla professione di trasportatore su strada di merci o di persone. Tali norme comuni contribuiranno a raggiungere un livello più elevato di qualificazione professionale per i trasportatori su strada, a razionalizzare il mercato, a migliorare la qualità del servizio, nell'interesse dei trasportatori su strada, dei loro clienti e dell'economia in generale, e a migliorare la sicurezza stradale. Per tali ragioni esprimerò il mio voto favorevole.

Marit Paulsen (ALDE), *skriftlig*. — Transportpolitiken är av stor betydelse för EU:s inre marknad. För att uppnå en rättvis konkurrens måste regler för kör- och arbetstider, färdskrivare, maxvikter, utbildningskrav m. m. vara gemensamma och tillämpas lika strikt över hela EU. Vi har därför välkomnat EU-kommissionens förslag på en lista på sådana allvarliga överträdelser som ska föranleda att en transportör förlorar sitt goda anseende. Krav på att beakta sociallagstiftning, där förarens ursprung hamnar i främsta rummet, är dock inget annat än förtäckt diskriminering och nationalism. Av den anledningen valde vi att rösta emot resolutionen och de ändringsförslag som lagts på denna.

Marit Paulsen, Cecilia Wikström och Fredrick Federley (ALDE)

Andrej Plenković (PPE), *napisan*. — Podržavam prijedlog rezolucije kojom se odbacuje prijedlog Uredbe Komisije u pogledu klasifikacije teških povreda pravila Unije. Uredba iz 2009. godine definira četiri kriterija koje pružatelji usluga teretnog prijevoza u cestovnom prometu moraju ispuniti za dobivanje dozvole pružanja tih usluga. Kriterij „dobrog ugleda” je uspostavljen s ciljem osiguranja etičnog ponašanja poduzetnika. Kako bi se osigurala dosljedna primjena propisa u svim državama članicama nužno je da lista koja definira kategorije povreda pravila bude potpuna i jasna. Smatram da to nije slučaj s Prijedlogom koji nam je dostavljen iz Komisije. U ovome trenutku je praktična provedba uredbe vrlo neujednačena unutar Europske unije zato jer je definiranje povreda pravila prepušteno nacionalnim tijelima zaduženim za to područje. Ova dopuna uredbe nažalost ne osigurava potrebnu harmonizaciju provedbe. S obzirom da je predložena lista ograničena na postupanja čije su posljedice smrt ili teške ozljede, smatram da je lista nepotpuna. S obzirom da uredba propisuje da će podaci o teškim povredama pravila biti dostupni za elektronsku razmjenu između država članica najkasnije do 1. siječnja 2016. godine te da nedostatak harmoniziranih pravila za primjenu propisa u praksi poduzetnicima već sada stvara prepreke u poslovanju, smatram da je neophodno ubrzati izradu potpunog teksta i njegovog stavljanja u primjenu.

Salvatore Domenico Pogliese (PPE), *per iscritto*. — In quanto membro della commissione per i trasporti e il turismo, sono a favore dell'adozione del progetto di regolamento della Commissione perché c'è un livello insoddisfacente della valutazione del peso delle infrazioni e delle violazioni in materia di cabotaggio stradale, che conducono ad operare in condizioni gravemente rischiose per la sicurezza. Sono d'accordo con il contenuto della mozione e auspico che venga fatta una nuova valutazione, più esaustiva, delle violazioni in materia di cabotaggio stradale, con la dicitura di «most serious infringements» (MSI), piuttosto che di «very serious infringements» (VSI).

Mittwoch, 17. Dezember 2014

Tomasz Piotr Poręba (ECR), *na piśmie*. - Przedłożony pod głosowanie projekt rezolucji Komisji Transportu i Turystyki w sprawie projektu rozporządzenia w odniesieniu do klasyfikacji poważnych naruszeń przepisów unijnych, które mogą prowadzić do utraty dobrej reputacji przez przewoźnika drogowego, nie tylko nie zabezpiecza interesów obu zainteresowanych stron, czyli przewoźników i kierowców, ale także wykracza poza kompetencje UE, wzywając do uregulowania na poziomie UE kwestii pozostających w wyłącznej jurysdykcji państw członkowskich. Brak wyważonego podejścia do realizacji przewozów kabotażowych na terenie UE oraz niepełna interpretacja warunków społecznych oraz gospodarczych w rozwoju poszczególnych państw członkowskich przekonały mnie do wstrzymania się od głosu w głosowaniu nad niniejszą rezolucją.

Franck Proust (PPE), *par écrit*. — Je suis heureux qu'une large majorité de mes collègues aient refusé ce texte de la Commission européenne. Le cabotage routier doit être limité, la position de la Commission européenne doit être claire. Nous devons protéger les entreprises françaises contre le dumping social. Pour cela, nous devons limiter les livraisons d'un transporteur européen dans un pays qui n'est pas le sien. Il en va de la survie de nos propres transporteurs.

Paulo Rangel (PPE), *por escrito*. — A realização de um mercado interno do transporte rodoviário com condições de concorrência equitativa, melhoraria certamente a qualidade do serviço e aumentaria a segurança rodoviária. Todavia, o projeto de regulamento da Comissão não explicita de forma suficientemente exaustiva a lista de infrações graves às regras da União que poderiam acarretar a perda de idoneidade do transportador rodoviário, da mesma maneira que não apresenta regras relativas à cabotagem ilegal, apesar do seu potencial para criarem um risco de morte ou de ferimentos graves. Sendo que o projeto de regulamento não é compatível com o objetivo a que se propõe, nem tão-pouco com o teor do Regulamento do Parlamento Europeu e do Conselho de 21 de outubro de 2009, votei a favor da presente resolução que exorta a Comissão a retirar o projeto de regulamento, no respeitante à classificação das infrações graves às regras da União, que podem acarretar a perda de idoneidade do transportador rodoviário.

Dominique Riquet (ALDE), *par écrit*. — La liste qui nous a été soumise par la Commission va dans la bonne direction. Clarifier les infractions graves dans le domaine du transport par route, c'est renforcer la sécurité routière et la concurrence équitable entre les entreprises. Malheureusement, cette liste est beaucoup trop restrictive de mon point de vue et c'est pourquoi je ne l'ai pas soutenue. En effet, elle ne sanctionne pas le cabotage illégal qui peut pourtant avoir un impact significatif sur la sécurité routière. Aujourd'hui, certaines entreprises ne respectent pas la législation sociale nationale applicable et font travailler des conducteurs dans des conditions inappropriées qui, en plus de porter atteinte à la dignité humaine, peuvent sérieusement affecter l'attention et la réactivité au volant (par exemple le repos hebdomadaire pris dans la cabine). Bien sûr, il faudra régler ce problème à travers une réforme de plus grande ampleur mais nous devons saisir chaque opportunité de nous attaquer au problème. Sans cela, nous ne parviendrons pas à établir une concurrence saine entre entreprises du secteur d'une part, et entre le transport routier et d'autres modes plus écologiques d'autre part. J'invite maintenant la Commission à revenir dès que possible avec une nouvelle proposition.

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D), *por escrito*. — Para ejercer la profesión de transportista por carretera en la UE se requiere demostrar que se dispone de un establecimiento fijo en un Estado miembro, tener capacidad financiera y profesional para ejercer la profesión y poder demostrar que el transportista goza de honorabilidad.

Este proyecto de Reglamento de ejecución armoniza las infracciones que pueden llevar a la pérdida de honorabilidad de los transportistas por carretera en la UE, muy en particular aquellas que ponen en peligro la seguridad vial.

Hasta ahora, los Estados eran responsables de apreciar la gravedad de las infracciones cometidas por los transportistas, produciéndose una gran disparidad de sanciones entre ellos para una misma infracción, lo cual generaba inseguridad jurídica a los transportistas internacionales.

Considero que este proyecto de Reglamento debería haber salido adelante para avanzar en la armonización de sanciones y, por tanto, en la seguridad jurídica de los transportistas, motivo por el que me he abstenido en la votación de esta Resolución, que impide el avance en ambas líneas.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

Teresa Rodríguez-Rubio (GUE/NGL), por escrito. - Votamos a favor de esta propuesta de Resolución que se opone a la aprobación del proyecto de Reglamento de la Comisión relativo a la clasificación de infracciones graves de la Unión que pueden acarrear la pérdida de honorabilidad del transportista. En esta propuesta se insta a la Comisión a retirar el proyecto y presentar una nueva lista de infracciones, dado que no cumple con el objetivo de crear condiciones de competencia leales, no mejora el servicio y perjudica a las ya deterioradas condiciones laborales de los transportistas, al no hacer referencia explícita al cabotaje ilegal, práctica abusiva que afecta notablemente a las condiciones de vida y de trabajo del transportista y conlleva, en consecuencia, un gran potencial de crear un riesgo de muerte o de lesiones graves.

Bronis Ropė (Verts/ALE), raštu. — Šis dokumentas yra labai svarbus Sąjungos narėms esančioms arti išorės sienų ar turinčioms gerai išvystytą kelių transporto sektorių. Reglamentas nustato, kokie konkretūs pažeidimai atima iš vežėjų geros reputacijos statusą. TRAN komitetas atmetė šį siūlymą, nes tarp pažeidimų Komisija neįtraukė „nelegalaus kabotažo“. Komisija savo ruožtu aiškiai įvardijo, kad toks „nelegalus kabotažas“ neįtrauktas dėl to, kad pradinis reglamentas nustato aiškų kategorijų sąrašą. Jame nėra „nelegalaus kabotažo“ kategorijos, todėl ir pradinio reglamento įgyvendinamasis teisės aktas negali išplėsti pagrindinio reglamento apimties.

Jei EP norėtų įtraukti papildomą „nelegalaus kabotažo“ nuostatą į įgyvendinimo reglamentą, iš pradžių turėtų būti papildytas pagrindinis reglamentas.

Siūlyčiau nepolitizuoti kabotažo klausimo ir pritarti Komisijos pasiūlymui. Komisijos atliktos studijos (pvz., COM(2014) 222 final) rodo, kad nelegalus kabotažas sudaro ne daugiau 2 proc. tarptautinės transporto veiklos, o kiti pažeidimai (tokie kaip vairavimo laiko režimo nesilaikymas) turi žymiai didesnę neigiamą poveikį tiek konkurencijai tarp vežėjų, tiek kelių saugai. Būtent šie kiti pažeidimai ir nustatomi Komisijos reglamente, kuris leis jų pagrindu eliminuoti piktybinius vežėjus iš transporto verslo.

Savo ruožtu dėl nelegalaus kabotažo apibrėžimo ir kovos su juo galima pradėti atskirą diskusiją ir paprašyti Komisijos tuo klausimu parengti atskirą dokumentą.

Tokia Saïfi (PPE), par écrit. — J'ai soutenu cette résolution sur les infractions graves aux règles de l'Union pouvant porter préjudice à l'honorabilité des transporteurs routiers. En votant cette résolution, le Parlement a rejeté l'acte délégué proposé par la Commission et que les députés de la délégation française du PPE contestaient.

En effet, ce texte concernait directement le cabotage routier et devait tout d'abord être refusé pour des raisons techniques: le texte n'apportait aucune valeur ajoutée concernant la classification des infractions proposées et présentait également d'inquiétantes lacunes en termes de transport de matières dangereuses.

D'autre part, il était important pour nous de réaffirmer notre vigilance quant à toute éventuelle réforme du secteur routier à venir. Le cabotage demeure un sujet sensible et économiquement important, il faut y prêter particulièrement attention et se mobiliser pour empêcher tout dumping social.

Lola Sánchez Caldentey (GUE/NGL), por escrito. - Votamos a favor de esta propuesta de Resolución que se opone a la aprobación del proyecto de Reglamento de la Comisión relativo a la clasificación de infracciones graves de la Unión que pueden acarrear la pérdida de honorabilidad del transportista. En esta propuesta se insta a la Comisión a retirar el proyecto y presentar una nueva lista de infracciones, dado que no cumple con el objetivo de crear condiciones de competencia leales, no mejora el servicio y perjudica a las ya deterioradas condiciones laborales de los transportistas, al no hacer referencia explícita al cabotaje ilegal, práctica abusiva que afecta notablemente a las condiciones de vida y de trabajo del transportista y conlleva, en consecuencia, un gran potencial de crear un riesgo de muerte o de lesiones graves.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito*. - El Reglamento (CE) n° 1071/2009 tiene por objeto la realización de un mercado interior del transporte por carretera con condiciones de competencia leales, lo que exige la aplicación uniforme de normas comunes para el acceso a la profesión de transportista de mercancías o viajeros por carretera. La medida que tenía que adoptar la Comisión debería haber incluido una lista exhaustiva que incluyera tanto las infracciones armonizadas como el nivel de gravedad armonizado que pueden acarrear la pérdida de honorabilidad del transportista. Esto no es así, por lo que este informe se opone a la aprobación del Reglamento de la Comisión, y por ello he votado a favor de él.

Davor Ivo Stier (PPE), *napisan*. — Apsolutno podržavam ovaj prijedlog iz razloga što smatram da nacrt uredbe Europske komisije nije u skladu sa sadržajem i ciljem postojeće Uredbe o uspostavljanju zajedničkih pravila koja se tiču uvjeta za obavljanje djelatnosti cestovnog prijevoznika. Ovaj nacrt je nepotpun te potpuno otežava način tumačenja vrsta teških povreda.

Dubravka Šuica (PPE), *napisan*. — Cestovni promet ima veliku zastupljenost u svim državama članicama, pa tako i u Hrvatskoj. Stoga pozdravljam usvajanje uredbe koja formalizira minimalne uvjete o socijalnim propisima vezanim za djelatnost cestovnog prometa, predlaže novi skup pravila s daleko strožim kaznama i provjerama. Zajednički cilj je poboljšanje kvalitete cestovnog prometa, a provjere se moraju izvršavati u fazama da bi se dobila potpuna slika stanja. Policijskim službenicima potrebno je omogućiti svu opremu kako bi rezultat bio efikasniji i brži. Važno je da se i države članice prilagode Uredbi o zajedničkom programu izobrazbe, a tek kada postoje sredstva za rješenje potencijalnog problema možemo očekivati rezultate i u tom pogledu.

Pavel Svoboda (PPE), *písemně*. — Proti návrhu usnesení k výše uvedenému návrhu Komise jsem hlasoval především z následujících dvou důvodů. Domnívám se, že je důležité, aby seznam přestupků byl schválen a vstoupil v platnost již prvního dne roku 2016 tak, aby kontrolní orgány členských států měly k dispozici předpis, který jim umožní jednotně posuzovat jednotlivá závažná porušení pravidel. Zároveň se domnívám, že návrh na zařazení nelegální kabotáže mezi přestupky není v souladu s českými zájmy, jelikož se ve skutečnosti dotýká problematiky tzv. sociálního dumpingu v silniční dopravě, nehledě na to, že dle mého názoru je navíc její zařazení mezi přestupky ohrožující silniční dopravu v principu problematické.

Ελευθέριος Συναδινός (NI), *γραπτώς*. — Η Επιτροπή πρέπει να επεξεργαστεί και να υποβάλει νέο κανονισμό, που να περιέχει επικαιροποιημένο κατάλογο σοβαρών παραβάσεων των κανόνων της ΕΕ οι οποίοι οδηγούν στην απώλεια των απαιτούμενων εγγυήσεων αξιοπιστίας του οδικού μεταφορέα.

Marc Tarabella (S&D), *par écrit*. — Je me suis prononcé en faveur de cette résolution qui avait pour but d'amender ou de compléter le règlement (CE) n° 1071/2009 du Parlement européen et du Conseil en ce qui concerne la classification des infractions graves aux règles de l'Union pouvant porter préjudice à l'honorabilité des transporteurs par route, et modifiant l'annexe III de la directive 2006/22/CE du Parlement européen et du Conseil.

Mylène Troszczynski (NI), *par écrit*. — Je m'engage à soutenir toute proposition visant à sanctionner sévèrement la concurrence déloyale.

Les députés FN avaient voté en 2009 en faveur du texte de base dont découle le nouveau règlement.

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito*. — Esta resolução opõe-se à proposta proveniente da delegação de competências à Comissão para estabelecer uma lista das categorias, tipos e graus de gravidade das infrações que acarretam a perda de idoneidade do transportador rodoviário, para adaptar os anexos I, II e III do regulamento em causa.

A resolução considera que o documento proposto é incompatível com o objetivo do regulamento existente, uma vez que a lista apresenta lacunas em matéria de cabotagem ilegal e o seu impacto nos trabalhadores rodoviários, não estando equilibrada com os regulamentos nacionais, nomeadamente no que diz respeito a questões sociais.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

Este é um instrumento que, ajudando a fazer cumprir a lei laboral de cada Estado-Membro, protege os trabalhadores quanto ao tempo máximo de condução e mínimo de repouso, melhorando as condições de trabalho e de segurança rodoviária. Contudo, também apresenta os seus aspetos negativos, uma vez que se insere no objetivo de garantir a realização de um mercado interno do transporte rodoviário da UE que obriga à aplicação uniforme de regras comuns para o acesso à atividade de transportador rodoviário de mercadorias ou de passageiros, objetivo que nos pressupostos neoliberais onde está mergulhado o mercado da União acarreta consequências nefastas, nomeadamente à sobrevivência das micro e PME.

Harald Vilimsky (NI), schriftlich. — Ich habe dieser Verordnung zugestimmt, da sie nicht nur die Sicherheit der Verkehrsteilnehmer erhöht, sondern auch jene der Lenker der Kraftwagen. Die Ausweitung der Liste der anerkannten Verstöße wird einen wesentlichen Beitrag zur Verkehrssicherheit im Allgemeinen leisten.

Anna Záborská (PPE), písomne — Predložený návrh uznesenia požadoval stiahnutie návrhu Komisie. Hlasovala som proti jeho prijatiu, pretože ak by bol schválený, Komisia by musela vypracovať novú alternatívu, čím by sa ne jednej strane zablokoval celý proces na dlhšie obdobie, na druhej strane by sa do európskej legislatívy pravdepodobne dostali aj také priestupky dopravcov, ktoré by znížovali konkurencieschopnosť podnikov nielen zo Slovenska, ale z celej strednej a východnej Európy. Pre slovenských dopravcov by takéto opatrenia znamenali zvýšenie nákladov a viedli by k prepúšťaniu pracovníkov, možno dokonca k zániku.

Z dlhodobého hľadiska je potrebné pracovať na tom, aby sa Slovensko dokázalo presadiť na jednotnom európskom trhu predovšetkým vysokou kvalitou výrobkov a služieb. Ale kým sa tak stane, nesmieme dopustiť, aby nám administratívne prekážky vzali často jediná výhodu – nižšiu cenu práce, ktorá vychádza z nižších životných nákladov.

Σωτήριος Ζαριανόπουλος (NI), γραπτώς. — Η Επιτροπή με την απόφασή της υποθάλλει συνειδητά την απουσία βασικών κανόνων ασφάλειας στις μεταφορές, που είναι βασικός κρίκος πολιτικής ενίσχυσης των επιχειρηματικών ομίλων.

Η απάνθρωπη εργοδοτική εκμετάλλευση με άθλιες συνθήκες εργασίας για τους εργαζόμενους στις οδικές μεταφορές θέτει σε κίνδυνο τη ζωή και υγεία των ιδίων και όσων άλλων μετακινούνται και ευθύνεται για εκατόμβες νεκρών και τραυματιών. Ωράρια εργασίας πέρα της ανθρώπινης αντοχής, κακή συντήρηση, υπερφόρτωση των οχημάτων ακόμα και με επικίνδυνα φορτία, παράνομες ενδομεταφορές που εκμεταλλεύονται άμφηνη εργασία και στηρίζονται στην λεγόμενη ελευθερία διακίνησης υπηρεσιών και εργαζόμενων της ΕΕ είναι κίνητρα κερδοφορίας, κριτήρια ανταγωνιστικότητας των μεταφορικών εταιριών.

Οι επιμέρους αντιρρήσεις των πολιτικών ομάδων του Ευρωκοινοβουλίου στην απόφαση της Επιτροπής, στη βάση υπαρκτών προβλημάτων, προβάλλονται υπό το πρίσμα επιχειρηματικών ανταγωνισμών. Οχι μόνο δεν λύνουν το πρόβλημα αλλά κινούνται μέσα στα πλαίσια της ενιαίας αγοράς της ΕΕ και της πολιτικής του χαμηλού εργασιακού κόστους και της κερδοφορίας των επιχειρήσεων.

Οι εργαζόμενοι στις μεταφορές πρέπει να διεκδικήσουν ανθρώπινες συνθήκες δουλειάς. Την ευθύνη όλων των παραβάσεων που οφείλονται στην εργασιακή εκμετάλλευση και τις συνθήκες εντατικοποίησης έχουν οι εργοδότες και πρέπει αυτοί να τιμωρούνται.

Η ΕΕ μόνο πάνω στην υπερεκμετάλλευση των εργαζόμενων μπορεί να χτιστεί. Δεν υπάρχει λύση μέσα σ' αυτήν αλλά στην αποδέσμευση από αυτήν, σε σύγκρουση με τα μονοπώλια και την εξουσία τους.

11.18. Vorschlag für eine Richtlinie des Rates zur Festlegung von Berechnungsverfahren und Anforderungen an die Berichterstattung gemäß der Richtlinie 98/70/EG des Europäischen Parlaments und des Rates über die Qualität von Otto- und Dieselkraftstoffen (B8-0326/2014)

Dichiarazioni di voto scritte

Mittwoch, 17. Dezember 2014

Marina Albiol Guzmán (GUE/NGL), por escrito. — He votado a favor de esta propuesta de Resolución porque se opone a la aprobación del proyecto de Directiva del Consejo, ya que considero que este proyecto de Directiva no es compatible con el objetivo y el contenido de la Directiva 98/70/UE. Pienso que la Comisión debe retirar su proyecto de Directiva del Consejo y presentar uno nuevo al Comité basado en la obligación de declarar los valores medios por defecto de la intensidad de las emisiones de gases de efecto invernadero desglosados por tipos de materias primas en relación con la gasolina y el diésel, permitiendo, al mismo tiempo, a los proveedores que declaren los valores reales. Puesto que la propuesta de Resolución pide exactamente esto, la he votado favorablemente.

Martina Anderson (GUE/NGL), in writing. - I voted in favour of this motion to reject the new fuel-quality standards proposed this year by the European Commission. These watered-down proposals from the Commission have given into the heavy lobbying efforts of the Canadian Government and will risk a significant increase of oil derived from tar sands into the European Union. Tar sands are highly polluting and it is very disappointing to see the European Commission bow to oil industry pressure instead of prioritising the climate.

Nicolas Bay (NI), par écrit. – J'ai voté contre ce texte, qui vise à imposer des conditions encore plus strictes à nos industries, déjà lourdement pénalisées par rapport à la concurrence extra-communautaire.

Izaskun Bilbao Barandica (ALDE), por escrito. — He votado en contra de la Resolución y a favor de la propuesta de la Comisión porque el objetivo de la propuesta de la Comisión ha sido el de establecer una metodología que sea clara y eficaz para medir la reducción de un 6% de las emisiones de los combustibles destinados a transporte, tal y como se recoge en el artículo 7 de la Directiva 98/70 y siempre basándose en los tipos de crudos utilizados en el 2010. La Resolución del Parlamento iba más allá queriendo restringir un tipo de crudo que puede utilizarse en la UE y ello tendría consecuencias muy negativas para la industria europea que ha realizado grandes inversiones para alcanzar el objetivo de la reducción del 6% del CO₂ y que están de acuerdo en aplicar la metodología planteada.

Dominique Bilde (NI), par écrit. – L'Union européenne introduit des spécifications environnementales applicables aux carburants pour réduire les émissions polluantes des voitures. La directive 98/70/CE vise à répondre à l'engagement de la directive 94/12/CE, qui a prévu l'adoption ultérieure de valeurs cibles comportant une réduction substantielle des émissions polluantes des véhicules à moteur. On nous demande ici par cette proposition de résolution de nous opposer à l'adoption du projet de directive du Conseil, considérant qu'elle n'établit pas des exigences assez strictes, notamment sur les émissions selon des valeurs moyennes par défaut de l'intensité d'émission de gaz à effet de serre pendant la production même (ce qui est indéniablement impossible à évaluer). Cette proposition instaure donc des normes supplémentaires beaucoup trop contraignantes en matière de carburants et, au regard de ces explications, je me suis prononcée contre.

Mara Bizzotto (NI), per iscritto. — Ho votato contro questa risoluzione che vorrebbe imporre ad ogni fornitore di carburante l'onere di calcolare individualmente l'intensità GHG dei propri prodotti a seconda della materia prima originaria utilizzata per produrli. Ciò col dichiarato scopo di scoraggiare l'uso di sabbie bituminose canadesi. Di conseguenza, ogni fornitore di carburante (sia esso una PMI – il proprietario di una stazione di servizio, il supermercato – o una società petrolifera) dovrebbe dotarsi un sistema di *reporting* che associ ad ogni volume di benzina e di diesel venduto la materia prima originaria.

Questo è irrealistico e darebbe luogo a un onere amministrativo enorme sia per i fornitori di carburante sia per gli Stati membri, che sono tenuti al controllo. Inoltre gli operatori più «spregiudicati» potrebbero ricavare vantaggio dalla pratica impossibilità di una verifica dei dati dichiarati, a discapito degli operatori più rigorosi. Infine, le raffinerie dell'UE vedrebbero aumentare, rispetto ai concorrenti dei Paesi terzi, il costo delle materie prime, con un'ulteriore perdita di competitività e la conseguente possibile chiusura.

José Blanco López (S&D), por escrito. — He votado a favor de esta propuesta de objeción para que la Comisión retire el acto de ejecución relativo a los nuevos métodos de cálculo de la Directiva sobre la calidad de los combustibles. El método de cálculo propuesto por la Comisión no resuelve adecuadamente las necesidades de mayor información y trazabilidad. Es necesario que se indique la intensidad de emisión de gases de efecto invernadero, no para el producto global, sino para cada uno de los componentes del combustible, de manera que, para cada gasolina, diésel, etc., que se vaya a utilizar en la UE, se sepa su grado de contribución a la emisión de gases de efecto invernadero y, por lo tanto, si el producto cumple los requisitos y objetivos de la Directiva de calidad (6 % menos de intensidad para 2020) y de otras Directivas derivadas relativas a límites de emisiones.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

La Comisión debe continuar trabajando para encontrar un método de medición que incentive el recurso a combustibles más sostenibles por parte de las compañías productoras y el abandono progresivo de los crudos y combustibles no convencionales más perjudiciales para el medio ambiente.

Lynn Boylan (GUE/NGL), *in writing*. — I voted in favour of this motion to reject the new fuel-quality standards proposed this year by the European Commission. These watered-down proposals from the Commission have given into the heavy lobbying efforts of the Canadian Government and will risk a significant increase of oil derived from tar sands into the European Union. Tar sands are highly polluting and it is very disappointing to see the European Commission bow to oil industry pressure instead of prioritising the climate.

Mercedes Bresso (S&D), *in writing*. — I voted in favour of this proposal for a directive because I think it goes in the right direction in order to protect our environment.

Steeve Briois (NI), *par écrit*. — Le Parlement européen vient de voter à une très faible majorité la directive 2014/0286, qui ne pénalisera pas au moyen d'une taxe européenne l'importation de pétrole issu des sables bitumineux. Vous le savez, l'exploitation seule de ces gisements rejette 23 % de carbone de plus que les hydrocarbures traditionnels. Par ailleurs, les techniques d'exploitation des sables bitumineux sont très gourmandes en eau et ont des effets irréversibles sur la destruction des sols, notamment dans la forêt boréale du Canada. Une augmentation des importations facilitées dans le cadre de l'accord CETA aura pour conséquence une augmentation de la production de ce type d'hydrocarbures. L'adoption de cette proposition de directive démontre de manière implacable que l'Union européenne est en train de sacrifier toutes ses normes sociales, sanitaires et environnementales sur l'autel du libre-échange avec le Canada et les États Unis. C'est pourquoi j'ai voté contre l'adoption de ce texte.

Gianluca Buonanno (NI), *per iscritto*. — Voto contrario. Provvedimento negativo per l'economia italiana. Tra l'altro, le raffinerie dell'UE vedrebbero aumentare, rispetto ai concorrenti dei paesi terzi, il costo delle materie prime, con un'ulteriore perdita di competitività e la conseguente possibile chiusura.

Soledad Cabezón Ruiz (S&D), *por escrito*. — La propuesta de la Comisión consiste en medir la intensidad de emisión de gases de efecto invernadero de la suma total de los componentes de los combustibles, de manera que para cada gasolina, diésel, etc. que se vaya a utilizar en la UE se sepa su grado de contribución a la emisión de gases de efecto invernadero y, por lo tanto, si el producto cumple con los requisitos y objetivos de la Directiva de calidad (6% menos de intensidad para 2020) y de otras directivas derivadas relativas a límites de emisiones. Para ello, aunque se desgrana el origen de todos y cada uno de los componentes del producto de manera que se tenga acceso a datos sensibles como la inclusión de material procedente de arenas bituminosas, en el método propuesto por la Comisión no se especifica la cantidad utilizada en el conjunto del producto para cada componente. Es decir, queda constancia del uso genérico pero no de la cantidad utilizada.

Entendiendo que la Comisión debe trabajar más sobre el método de cálculo antes de aprobarlo definitivamente, la Delegación apoyó, como el Grupo, la Resolución presentada con objeciones a la propuesta de la Comisión.

Nicola Caputo (S&D), *per iscritto*. — Oggi ho votato a favore della proposta di risoluzione sul progetto di direttiva del Consiglio che stabilisce i metodi di calcolo e gli obblighi di comunicazione sulla qualità della benzina e del combustibile diesel che modifica il regolamento (CE) n. 55/2008 del Consiglio.

Condivido la posizione espressa nella risoluzione, che si oppone all'adozione del progetto di direttiva, ritenendo che il progetto non sia compatibile con la finalità della direttiva 98/70/CE, e invito la Commissione a ritirare il progetto e a presentarne un altro. In particolare, sono convinto che ci sia bisogno di una ulteriore revisione del metodo utilizzato per calcolare i livelli delle emissioni di gas a effetto serra provenienti da combustibili e altre fonti di energia non biologiche. Ciò per tenere conto del previsto incremento dell'utilizzo di carburanti con livelli di elevata intensità di gas a effetto serra e di combustibili derivati da altre materie prime emergenti.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

Matt Carthy (GUE/NGL), *in writing*. — I voted in favour of the motion for a resolution on 'Draft Council Directive .../.../EU laying down calculation methods and reporting requirements pursuant to Directive 98/70/EC of the European Parliament and of the Council relating to the quality of petrol and diesel fuels'.

If passed, this motion could make it easier for fuel products from tar sands and shale (obtained from fracking) to enter the EU market.

Unconventional sources of fuel like tar sands, oil shale and coal-to-liquid have a higher GHG lifecycle intensity. This means that in order to make petrol or diesel from these kind of feedstocks, it will cost more energy and therefore emit more greenhouse gases.

Alberto Cirio (PPE), *per iscritto*. — Ho votato contro questa obiezione. Ritengo che i colleghi che l'hanno sollevata abbiano addotto degli argomenti pretestuosi per il semplice obiettivo di contrastare un settore che, al momento, produce energia per i nostri bisogni quotidiani e in particolare per buona parte dei nostri spostamenti. Le richieste degli obiettori sono a mio avviso eccessive e non proporzionate con i vantaggi che potrebbero eventualmente generare. Se vogliamo un'economia più sostenibile dal punto di vista ambientale, il discorso deve essere ben più ampio.

Lara Comi (PPE), *per iscritto*. - Appoggio quanto espresso dal collega La Via nel testo della risoluzione, ovvero chiedere alla Commissione di ritirare il progetto di direttiva del Consiglio poiché non è compatibile con le finalità e il contenuto della direttiva 98/70/CE. L'Unione europea ha degli obiettivi da raggiungere entro il 2050 in tema di clima ed energia, tra cui la decarbonizzazione, ovvero la riduzione delle emissioni di gas a effetto serra. Per ovviare al problema dell'inquinamento, bisognerebbe non solo migliorare la qualità dei combustibili ma anche sviluppare una strategia europea tesa a incentivare l'utilizzo di nuove tecnologie energetiche, sostenibili, competitive e sicure.

Javier Couso Permuy (GUE/NGL), *por escrito*. — He votado a favor de esta propuesta de Resolución porque se opone a la aprobación del proyecto de Directiva del Consejo, ya que considero que este proyecto de Directiva no es compatible con el objetivo y el contenido de la Directiva 98/70/UE. Pienso que la Comisión debe retirar su proyecto de Directiva del Consejo y presentar uno nuevo al Comité basado en la obligación de declarar los valores medios por defecto de la intensidad de las emisiones de gases de efecto invernadero desglosados por tipos de materias primas en relación con la gasolina y el diésel, permitiendo, al mismo tiempo, a los proveedores que declaren los valores reales. Puesto que la propuesta de Resolución pide exactamente esto, la he votado favorablemente.

Miriam Dalli (S&D), *in writing*. — I voted in favour of this resolution, which calls on the Commission to withdraw the draft Council directive and to submit a new one to the committee, based on the requirement that disaggregated average default GHG intensity values be reported by feedstock types for petrol and diesel, while allowing suppliers to report actual values.

Rachida Dati (PPE), *par écrit*. — La directive portant sur la qualité de l'essence et des carburants diesel est notamment le fruit d'un compromis acceptable trouvé au sujet des méthodes de calcul de l'intensité d'émission de gaz à effet de serre (GES). C'est pourquoi, le groupe PPE s'est opposé au vote d'une résolution qui aurait obligé à une nouvelle révision de la directive. Dans la perspective de la Conférence de Paris sur le climat en 2015, cette directive montre déjà les efforts de l'Union européenne en faveur de la réduction des GES. Elle oblige par exemple les fournisseurs à réduire de 6 % d'ici au 31 décembre 2020 l'intensité d'émission de GES sur l'ensemble du cycle de vie pour tous les carburants.

Marielle de Sarnez (ALDE), *par écrit*. — L'Union européenne s'est fixé pour objectif de réduire, d'ici 2020, les émissions de gaz à effet de serre de 20 %. Dans cette perspective, le secteur des transports est concerné à hauteur de 6 %. En effet, les sables bitumineux constituent l'une des sources d'approvisionnement énergétique les plus polluantes, rejetant 23 % de carbone de plus dans l'atmosphère que les carburants classiques. En refusant de prendre en compte les effets néfastes du diesel, la Commission contredit donc les objectifs européens, vidant de sa substance ce projet de directive. À moins d'un an de la conférence du COP21 à Paris sur le changement climatique, ce recul constitue un mauvais signal vis à vis de la communauté internationale. J'espère vivement qu'il ne s'agit que d'un retard provisoire et que nous pourrons, dès 2015, poursuivre nos efforts en faveur de la lutte contre le réchauffement.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

Mark Demesmaeker (ECR), *schriftelijk*. — De uitvoering van de brandstofkwaliteitsrichtlijn is een heikele kwestie, die al een aantal jaar aansleept. De deadline van 2020 komt steeds dichterbij. Een oplossing dringt zich dus op.

Het is duidelijk dat de perfecte oplossing niet bestaat, maar het voorstel dat de Europese Commissie op tafel heeft gelegd en waarover een akkoord werd bereikt met de lidstaten, vormt ontegensprekelijk een stap vooruit.

Het doel is om tegen 2020 de koolstofinhoud van brandstoffen voor het wegvervoer met 6% te beperken. De Commissie maakt zich sterk dat deze doelstelling zal worden bereikt op basis van de voorliggende tekst. Bovendien zorgt het voorstel voor meer transparantie en traceerbaarheid doordat specifieke vereisten gelden voor rapportering bij import van ruwe olie en dat is nieuw.

Het voorstel van de Commissie lijkt ons haalbaar, realistisch en evenwichtig. Daarom heeft de N-VA tegen het bezwaar van de Milieucommissie gestemd en dus het voorstel van de Europese Commissie gesteund. Dit neemt niet weg dat de N-VA begrip heeft voor bepaalde bezorgdheden over het voorstel, maar de globale balans is eerder positief.

Mireille D'Ornano (NI), *par écrit*. — La résolution proposée est construite sur une vision idéologique de l'écologie en demandant le calcul des émissions de gaz à effet de serre rejetées durant la production du carburant. J'ai voté contre cette résolution qui consisterait à durcir la directive et à alourdir les contraintes pesant sur nos industries et nos entreprises, notamment dans le secteur pétrolier, un poids synonyme de perte de compétitivité et de faible dynamisme économique.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI), *γραφικώς*. — Υπερψήφισα την πρόταση ψηφίσματος, διότι αντιτίθεται στην έγκριση του σχεδίου οδηγίας, στο οποίο δεν προβλέπεται η υποβολή έκθεσης με βάση την προέλευση των χρησιμοποιούμενων πρώτων υλών.

João Ferreira (GUE/NGL), *por escrito*. — Os fornecedores de combustíveis devem elaborar relatórios sobre as emissões de gases com efeito de estufa (GEE) ao longo do ciclo de vida, por unidade de energia de combustível e de energia fornecida.

É sabido que existem diferenças significativas, em termos de intensidade de emissão de GEE entre combustíveis, como o petróleo bruto tradicional e matérias-primas não-convencionais (por exemplo, areias betuminosas), sendo as emissões, em média, mais elevadas nestas últimas.

Porém, a Comissão faz tábuas rasas destas diferenças e assume valores de emissão comuns aos diferentes combustíveis. Um claro favor às multinacionais envolvidas na exploração de combustíveis não-convencionais, que subestima, de forma grosseira, as emissões de GEE que lhe estão associadas. Um favor indissociável do acordo de livre comércio que a Comissão Europeia está a negociar com o Canadá – país com projetos significativos no domínio do petróleo não-convencional – e que visa agradar aos grupos económicos interessados neste acordo.

Esta resolução opõe-se à aprovação do projeto de diretiva e convida a Comissão a retirá-lo e a apresentar um novo, com base na exigência de comunicar valores médios de intensidade de GEE por defeito, desagregados por tipo de matéria-prima, no que diz respeito à gasolina e ao combustível para motores diesel, permitindo, ao mesmo tempo, que os fornecedores comuniquem valores reais.

Votámos favoravelmente.

Monika Flašíková Beňová (S&D), *písomne*. — V revidovanej smernici týkajúcej sa kvality pohonných hmôt sa dodávateľom ukladá povinnosť predkladať každoročne správu o emisiách skleníkových plynov. K 31. 12. 2020 je stanovený cieľ znížiť intenzitu emisií skleníkových plynov aspoň o 6 % v každom členskom štáte. Vo svojom posúdení vplyvu Európska komisia posudzovala celý rad ďalších možností okrem základného prístupu k podávaniu správ vychádzajúceho z priemerných štandardných hodnôt emisií skleníkových plynov podľa druhu paliva. V rozlíšení palív z nekonvenčných zdrojov však nezohľadnila najnovšie zmeny v infraštruktúre a na trhu s ropou, a tak je dôležité, aby Európska komisia dôkladnejšie preskúmala metódu použitú na výpočet výšky emisií a aby zohľadnila predpokladaný nárast používania palív s vysokou intenzitou skleníkových plynov a palív získaných z nových surovín.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

Lorenzo Fontana (NI), *per iscritto*. — La proposta non trova il mio accordo in quanto ci sarebbero troppi oneri a carico dei singoli distributori in Europa e le nostre raffinerie vedrebbero aumentare, rispetto ai concorrenti dei paesi terzi, il costo delle materie prime, con un'ulteriore perdita di competitività e la conseguente possibile chiusura.

Λάμπρος Φουντούλης (NI), *γραφτώς*. — Υπερψηφίζω την πρόταση οδηγίας του Συμβουλίου για τον καθορισμό των μεθόδων υπολογισμού και των απαιτήσεων υποβολής εκθέσεων σύμφωνα με την οδηγία 98/70/EK του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου και του Συμβουλίου σχετικά με την ποιότητα των καυσίμων βενζίνης και ντίζελ (η οποία αντικαθίσταται στην έγκριση του σχεδίου οδηγίας), καθώς δεν προβλέπεται η υποβολή έκθεσης με βάση την προέλευση των χρησιμοποιούμενων πρώτων υλών.

Julie Girling (ECR), *in writing*. — Today I abstained on the vote on the objection related to the FQD. The objectors oppose the draft Council directive on the grounds that it is not compatible with the aim and content of the basic instrument due to the methodology proposed in the measure being inappropriate for an accurate estimating and reporting of the volume, type, origin and life cycle greenhouse gas emissions of fuels supplied.

However, apart from picking a few points out of the COM IA, the objectors fail to prove that the measure is incompatible with the aim and content of the basic act. Although it is not perfect, the new proposal provides a basic tracking system that will encourage the use of electricity in transport and incentivise oil producers to reduce emissions from highly polluting processes. Yes, we need to ensure that suppliers avoid high-carbon fuels, but we must minimise additional burdens in terms of reporting. With the Commission intent on removing the FQD from its post-2020 energy and climate framework, the adoption of this objection will only serve to undermine the credibility of this directive by forcing an additional institutional delay on a piece of legislation set to expire in six years.

Tania González Peñas (GUE/NGL), *por escrito*. - Hemos votado a favor para impedir el uso de arenas bituminosas y gas de esquisto. La UE se pliega a los intereses petroleros con la propuesta hecha por la Comisión de poner en marcha el artículo 7 bis de la Directiva sobre calidad de los combustibles, que no discrimina el consumo de los combustibles más sucios, por lo que obstaculiza el objetivo para el que fue creada: la reducción de emisiones de gases de efecto invernadero (GEI) para 2020. Los estudios científicos aseguran que los petróleos no convencionales causan mayores emisiones de GEI que los petróleos convencionales: un 23 % más en el caso del procedente de las arenas bituminosas, y un 50 % más en el caso de los procedentes de esquistos bituminosos. Las petroleras norteamericanas, y también Repsol, junto con los Gobiernos de Canadá y los EE.UU., se opusieron frontalmente a la diferenciación por tipología de petróleo y a la penalización de los más contaminantes. Tras ocho años de retrasos, por las presiones ejercidas por Canadá, los EE.UU. y las grandes petroleras, finalmente se aprueba un reglamento acorde a sus intereses. De este modo, la UE antepone los acuerdos comerciales (AECG-ATCI) a sus compromisos climáticos, ya de por sí poco ambiciosos.

Françoise Grossetête (PPE), *par écrit*. — J'ai voté contre cette proposition de résolution visant à revenir sur le compromis trouvé par la Commission européenne. Les auteurs de la résolution souhaiteraient que l'on puisse, pour chacun des carburants, remonter au pétrole brut dont il est issu, pour donner une note en quelque sorte à chaque carburant en fonction de son intensité unitaire d'émission de gaz à effet de serre. Cela coûterait très cher, notamment pour toutes les PME du secteur pétrolier qui se situent après la phase de raffinage, et serait très difficile à mettre en place. Les produits raffinés font effectivement l'objet de nombreux mélanges et de changements de propriétaires. Le système proposé par la Commission européenne de retenir une valeur moyenne par défaut représentant l'intensité unitaire d'émission de gaz à effet de serre par type de carburant est plus équilibré. Il a le mérite de ne pas désavantager les carburants fabriqués dans l'Union au profit des produits importés dont la traçabilité est plus difficile à assurer. En conclusion, il vaut mieux avoir le texte de compromis proposé par la Commission, qui est imparfait mais satisfaisant, que pas de texte du tout pour les années à venir. Le compromis qui a été trouvé est le résultat de plusieurs années de négociations.

Marian Harkin (ALDE), *in writing*. — I voted in favour of this resolution because I do not believe that all fuel types should have the same average emissions value and to me that is crucial. Our purpose here is to determine how the 6% reduction target in greenhouse gas emissions from fossil fuels for transport can be calculated. There is no point in having a target if we cannot measure that target with reasonable accuracy. For example tar sands have a carbon intensity of 20% above the level of commercial fuels, while the carbon intensity of oil sand is even higher – approximately 40% above the level of conventional fuels. Yes, I understand there are issues in regard to Estonia and we should have some kind of transitional arrangement but an outcome of today's vote could be that there now is an incentive to bring these high-emission fuels to the EU market instead of driving investments into more sustainable low-carbon alternatives.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

György Hölvényi (PPE), írásban. – Az Európai Unió klímaváltozás ellen irányuló törekvéseinek hangsúlyos eleme a forgalmazott üzemanyagok üvegházhatásúgáz-kibocsátási szintjének csökkentése. Az Európai Unió nem engedheti meg magának, hogy kitűzött kibocsátáscsökkentési céljai ne teljesüljenek. Ugyanakkor a kitűzött célok megvalósítását az ipar érdekeinek figyelembevételével, fenntartható módon kell elérnünk. Olyan szabályozásokat kell alkotnunk, amelyek a lehető legkevesebb bürokratikus teherrel sújtják a gazdaság szereplőit és hatékonyan segítik elő a fenntartható klímavédelmet.

Pablo Iglesias (GUE/NGL), por escrito. - Hemos votado a favor para impedir el uso de arenas bituminosas y gas de esquisto. La UE se pliega a los intereses petroleros con la propuesta hecha por la Comisión Europea de poner en marcha el artículo 7 bis de la Directiva sobre calidad de los combustibles, que no discrimina el consumo de los combustibles más sucios, por lo que obstaculiza el objetivo para el que fue creada: la reducción de emisiones de gases de efecto invernadero (GEI) para 2020. Los estudios científicos aseguran que los petróleos no convencionales causan mayores emisiones de GEI que los petróleos convencionales: un 23 % más en el caso del procedente de las arenas bituminosas, y un 50 % más en el caso de los procedentes de esquistos bituminosos. Las petroleras norteamericanas, y también Repsol, junto con los Gobiernos de Canadá y los EE.UU., se opusieron frontalmente a la diferenciación por tipología de petróleo y a la penalización de los más contaminantes. Tras ocho años de retrasos, por las presiones ejercidas por Canadá, los EE.UU. y las grandes petroleras, finalmente se aprueba un reglamento acorde a sus intereses. De este modo, la UE antepone los acuerdos comerciales (AECG-ATCI) a sus compromisos climáticos, ya de por sí poco ambiciosos.

Ivan Jakovčić (ALDE), napisan. — Glasao sam PROTIV Rezolucije o nacrtu direktive Komisije o utvrđivanju metode izračuna i zahtjeva za izvješćivanje u skladu s Direktivom 98/70/EZ o kakvoći benzinskih i dizelskih goriva iz razloga što ona traži da se povuče nacrt direktive Vijeća koja zasigurno ne ostvaruje najviše potrebne standarde zaštite okoliša, ali usklađuje i potrebu smanjenja emisije CO₂ s trenutnim potrebama gospodarskog sektora koji se bavi proizvodnjom i distribucijom goriva. Direktiva uzima u obzir i neusklađenost tehnologije proizvođača te uzima u obzir i praktičnu provedbu budućih mjera kroz diferencijaciju vrsta goriva. Time se omogućuje da se u kratkom roku počinje provoditi direktiva s ciljem smanjenja CO₂ od 6%. Usvajanjem Rezolucije postupak bi se odužio bez preciznih rokova te bi u kratkom roku šteta po okoliš bila veća.

Prilikom glasanja uzeo sam u obzir i potrebe hrvatskog gospodarstva i prijašnje stavove hrvatske vlade kao i potrebu estonske naftne industrije koja bi bila dovedena u probleme koji bi osim ekonomskih imali i političke implikacije.

Philippe Juvin (PPE), par écrit. — J'ai voté contre cette résolution sur la proposition de directive du Conseil établissant des méthodes de calcul et des exigences en matière de rapports au titre de la directive concernant la qualité de l'essence et des carburants diesel. Cette résolution remettrait en cause le compromis trouvé par la Commission européenne, qui consiste à retenir une valeur moyenne par défaut représentant l'intensité unitaire d'émission de gaz à effet de serre par type de carburant.

Tunne Kelam (PPE), kirjalikult. — Hääletasin vastu EP resolutsioonile, millega nõuti nõukogu direktiivi eelnõu (millega kehtestatakse arvutusmeetodid ja aruandlusnõuded vastavalt bensiini ja diislikütuse kvaliteeti käsitlevale Euroopa Parlamendi ja nõukogu direktiivile 98/70/EÜ) tagasilükkamist.

Olles kaalunud pikema aja jooksul kõnealuse rakendusakti poolt- ja vastuargumente, võin teha järelduse, et tagasilükkamine oleks olnud ühepoolselt kallutatud otsus, mis kahjustaks Eesti rahvuslikke majandushuve ning pingestaks sotsiaalseid probleeme. Kindlasti ei tuleks selline negatiivne otsus kasuks konstruktiivse kompromissi vaimule, millele Euroopa Liit oma tegevuse reeglina rajab, püüdes arvestada eri osapoolte huve.

Direktiivi tagasilükkamine oleks tähendanud seda, et komisjon oleks pidanud alustama uue kütusekvaliteedi eelnõu väljatöötamist, mis oleks olnud väga ajamahukas. Taoline ajakulu ning kõhklemine oleks saatnud negatiivse signaali tulevastele investoreile olukorras, kus uus Euroopa Komisjon üritab kõigi jõududega erasektori usaldust taastada ning stabiilset majandusliku tegevuse õhkkonda luua.

Minu arvates vastab antud direktiiv nii ELi kasvuhoonegaaside piiramise eesmärkidele transpordisektoris (-6%) kui ka energiatulgeoleku tugevdamise vajadusele, pakkudes õiglase mänguruumi kohalikele energiaressurssidele ning suured ELi energiatulule tehtavate energiatarnete turvalisust.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

Eesti puhul on eriti oluline, et toimuks üleminek põlevkivi põletamiselt märksa väiksema saastamismahuga põlevkiviõli tootmisele. Seda saab teostada olukorras, kus investeerijaile luuakse kindlus, et reegleid kergekäeliselt ei muudeta.

Mul on hea meel, et valdav enamus minu fraktsioonist (Euroopa Rahvapartei fraktsioon) hääletas direktiivi tagasilükkamise vastu.

Afzal Khan (S&D), *in writing*. — I supported the resolution objecting to the Commission's proposal, as I believe that it is detrimental to the overall aim of the directive, namely to reduce CO2 emissions and move towards a carbon-free energy supply in Europe.

Giovanni La Via (PPE), *per iscritto*. — Ho votato contro l'obiezione mossa da alcuni colleghi alla proposta di direttiva del Consiglio che stabilisce i metodi di calcolo e gli obblighi di comunicazione in merito alla qualità della benzina e del combustibile diesel, perché ritengo che i metodi utilizzati dalla Commissione siano adeguati e conformi agli obiettivi posti dalla direttiva 98/70/CE del Parlamento europeo e del Consiglio che disciplina proprio tali aspetti.

Paloma López Bermejo (GUE/NGL), *por escrito*. — He votado a favor de esta propuesta de Resolución porque se opone a la aprobación del proyecto de Directiva del Consejo, ya que considero que este proyecto de Directiva no es compatible con el objetivo y el contenido de la Directiva 98/70/UE. Pienso que la Comisión debe retirar su proyecto de Directiva del Consejo y presentar uno nuevo al Comité basado en la obligación de declarar los valores medios por defecto de la intensidad de las emisiones de gases de efecto invernadero desglosados por tipos de materias primas en relación con la gasolina y el diésel, permitiendo, al mismo tiempo, a los proveedores que declaren los valores reales. Puesto que la propuesta de Resolución pide exactamente esto, la he votado favorablemente.

Ivana Maletić (PPE), *napisan*. — Metode navedene u ovom Izvješću ne nude jasnu i preciznu formu za izračun ispuštanja stakleničkih plinova u okoliš. Razlog stoji u predloženim dokumentima iz kojih se ne može točno procijeniti podrijetlo, opseg, vrsta i životni ciklus stakleničkih plinova.

Pozivam Komisiju da usvoji provedbene mjere koje se odnose na mehanizam praćenja i smanjenja stakleničkih plinova. Komisija trenutno razmatra metodu izračuna emisija stakleničkih plinova koji nastaju iz goriva i druge energije od nebioloških izvora.

U tom kontekstu, smatram da se godišnja izvješća dobavljača trebaju uskladiti prije nego što se predaju državama članicama, a zatim države članice trebaju napraviti isto pri postupku izvještavanja Komisije, a sve u svrhu kvalitetnog i jednostavnog praćenja i smanjenja emisije stakleničkih plinova u Uniji. Zbog svega navedenog nisam podržala ovo Izvješće.

Andrejs Mamikins (S&D), *rakstiski*. — Degvielas kvalitāte ir tā joma, pie kuras Eiropas Savienība strādā un kuru papildina nepārtraukti. Tas ir saistīts gan ar vides aizsardzību, gan ar cilvēku dzīves kvalitāti. Es (kā arī mana politiskā grupa) balsoju "par", tomēr rezolūcija ar EP deputātu balsu vairākumu diemžēl tika noraidīta. Turpināsim pie tā strādāt!

Νότης Μαριάς (ECR), *γραπτώς*. — Υπερψήφισα την πρόταση ψηφίσματος σχετικά με το σχέδιο οδηγίας του Συμβουλίου .../.../ΕΕ για τον καθορισμό των μεθόδων υπολογισμού και των απαιτήσεων υποβολής εκθέσεων σύμφωνα με την οδηγία 98/70/ΕΚ του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου και του Συμβουλίου σχετικά με την ποιότητα των καυσίμων βενζίνης και ντίζελ, διότι ρυθμίζει επαρκώς το εν λόγω ζήτημα.

Fulvio Martusciello (PPE), *per iscritto*. - La direttiva della Commissione sui metodi di calcolo e gli obblighi di comunicazione relativi alla qualità della benzina e del combustibile diesel ha come obiettivo finale la riduzione del 6% delle emissioni di gas a effetto serra entro il 2020. Inoltre, stabilisce la metodologia di calcolo delle emissioni, lo scambio di informazioni e gli oneri amministrativi per gli Stati membri e per i fornitori dei carburanti. Ritengo quindi la proposta della Commissione soddisfacente, motivo per cui ho votato contro la proposta di risoluzione che intende ritirare la direttiva.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

Georg Mayer (NI), *schriftlich*. — Der Umweltschutz ist ein wichtiges Anliegen. Durch die Einbeziehung von Transportwegen und den Fördermethoden von Rohstoffen, insbesondere Öl und den daraus raffinierten Produkten, in die CO₂-Bilanz des jeweiligen Produktes, schaffen wir eine gerechtere und wahrheitsgetreue Ökobilanz. Aus diesem Grund hat der Vorschlag auch meine Zustimmung erfahren. Weiters werden dadurch ökologisch fragwürdige Methoden der Öl- und Gasgewinnung in der Europäischen Union bzw. der Verkauf der aus diesen Verfahren gewonnenen Produkte erschwert.

Jean-Luc Mélenchon (GUE/NGL), *par écrit*. — La directive 98/70/CE révisée oblige les fournisseurs de carburants à déclarer chaque année les émissions de gaz à effet de serre (GES) produites sur l'ensemble du cycle de vie par unité d'énergie fournie dans chaque État membre. La proposition de directive du Conseil vise à établir les modes de calcul de ces GES. Le rapport du Parlement émet de fortes critiques sur la méthode retenue. Elle ne permet pas en effet de tenir compte des modifications récentes dans les infrastructures et sur le marché du pétrole, notamment de la généralisation des carburants de sources non conventionnelles (sables bitumeux, schistes, charbon liquéfié,...) A quoi bon fixer des objectifs de réductions des GES de 6% d'ici 2020 si les méthodes de calcul des émissions ne permettent même pas de mesurer les résultats obtenus ? Je vote Pour ce rapport.

Nuno Melo (PPE), *por escrito*. — A Diretiva 98/70/UE (revista), relativa às especificações da gasolina e do gasóleo, exige que os fornecedores elaborem anualmente um relatório sobre as emissões de gases com efeito de estufa (GEE) ao longo do ciclo de vida, por unidade de energia de combustível e de energia fornecida em cada Estado-Membro e que reduzam em pelo menos 6 % a intensidade das emissões de GEE ao longo do ciclo de vida dos combustíveis fornecidos até 31 de dezembro de 2020, em comparação com a média europeia de emissões ao longo do ciclo de vida, por unidade de energia produzida a partir de combustíveis fósseis, em 2010. Julgo que o projeto de diretiva do Conselho não é compatível com a finalidade e o teor da Diretiva 98/70/UE. Assim, seria importante que a Comissão apresente uma proposta compatível com essa Diretiva.

Roberta Metsola (PPE), *in writing*. — I voted against this resolution because the Council directive obliges suppliers to reduce the life-cycle greenhouse gas intensity of fuel and other (electric) energy supplied for use in road vehicles and of fuel for use in non-road mobile machinery by the end of 2020 by 6%. This reduction would likely result from the wider use of biofuels and electricity and a drop in the flaring and venting of fossil fuels during their extraction, all of which are measures which overlap other environmental initiatives promoted by the EU. The creation of a calculation method is therefore required for these goals to be achieved.

Marlene Mizzi (S&D), *in writing*. — I am in agreement with the report on quality of petrol and diesel fuels, which will contribute significantly to reducing the climate impact of transport.

Sophie Montel (NI), *par écrit*. — L'Union européenne introduit des normes environnementales applicables aux carburants pour réduire les gaz à effet de serre. La directive 98/70/CE vise à répondre à l'engagement de la directive 94/12/CE, qui a prévu la mise en place ultérieure de valeurs cibles contribuant à une réduction substantielle des émissions polluantes des véhicules à moteur. Avec cette proposition de résolution, on nous demande de nous prononcer pour cinq modes de calcul très techniques et mathématiques visant à répondre à des exigences toujours plus strictes, notamment sur les émissions, selon des valeurs moyennes par défaut de l'intensité d'émission de gaz à effet de serre pendant la production même (ce qui est indéniablement impossible à évaluer). Cette proposition instaure donc des normes et clauses supplémentaires beaucoup trop contraignantes en matière de carburants et qui font fi de l'intérêt général au profit d'un esprit boutique; je me suis prononcée contre.

Alessandra Moretti (S&D), *per iscritto*. — Mi rammarico del risultato del voto odierno che ha portato al rigetto dell'obiezione presentata alla proposta avanzata dalla Commissione europea, relativa all'implementazione della direttiva sulla qualità dei carburanti. La proposta della Commissione non permette, infatti, la differenziazione tra l'intensità dei gas a effetto serra e di materie prime diverse e, di conseguenza, nemmeno la comunicazione delle reali emissioni dei singoli carburanti, con un valore medio che è inferiore del 40% rispetto a quello della proposta di direttiva del 2011, che non fu mai adottata a causa dell'opposizione del Consiglio.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

In particolare il mio gruppo ritiene che la proposta di attuazione sia dannosa per l'obiettivo generale della direttiva, vale a dire ridurre le emissioni di CO₂ e di muoversi verso un approvvigionamento energetico senza emissioni di carbonio in Europa. Mi auguro almeno che la proposta, coi come adottata, permetta e faciliti il raggiungimento dell'obiettivo di riduzione del 6% delle emissioni di gas serra per i carburanti entro il 2020.

Younous Omarjee (GUE/NGL), *par écrit*. — L'objectif affiché de cette résolution est de demander au Conseil de retirer sa proposition de directive et de faire une nouvelle proposition au Parlement. En effet, le présent texte estime que la proposition du Conseil va à l'encontre des objectifs de la directive 98/70/CE révisée qui oblige «les fournisseurs de carburants à déclarer chaque année les émissions de gaz à effet de serre (GES) produites sur l'ensemble du cycle de vie par unité d'énergie fournie dans chaque État membre et à réduire de 6 % d'ici au 31 décembre 2020 l'intensité d'émission de GES sur l'ensemble du cycle de vie pour tous les carburants fournis par rapport à la valeur moyenne dans l'Union des émissions de GES sur l'ensemble du cycle de vie par unité d'énergie imputées aux carburants fossiles en 2010».

Urmas Paet (ALDE), *kirjalikult*. — Hääletasin eelnõu vastu, sest pean mõistlikuks Euroopa Komisjoni direktiivi eelnõud. Direktiiv on tasakaalus ja arvestab ka Eesti erilise olukorraga põlevkivi osas. Resolutsioon oleks oluliselt suurendanud ebaselgust.

Gilles Pargneaux (S&D), *par écrit*. — J'ai voté contre ce texte. Très informé sur le sujet depuis mon travail sur la directive biocarburants au cours de l'année 2013, je pense que la révision de la directive sur la qualité des carburants menace de renforcer les parts de marché du pétrole issu de sables bitumeux, incitant de facto à en augmenter la production. Nous nous sommes fermement opposés à son adoption et nous condamnons le vote favorable du Parlement européen. Dans les négociations commerciales en cours et à venir, nous ne transigerons pas sur les normes écologiques européennes: la lutte contre le dérèglement climatique, c'est partout et tout le temps! Nous déplorons qu'une majorité conservatrice ait soutenu la Commission dans son manque de courage politique, alors que les conséquences sur le climat seront catastrophiques si l'Union européenne ne prend pas les mesures nécessaires pour réduire les émissions polluantes des transports.

Aldo Patriciello (PPE), *per iscritto*. — Cari colleghi e care colleghe, la direttiva rivista 98/70/CE relativa alla qualità della benzina e del combustibile diesel impone ai fornitori di riferire annualmente in merito alle emissioni di gas a effetto serra prodotte durante il ciclo di vita per unità di energia dovute ai carburanti e all'energia forniti in ciascuno Stato membro e di ridurre almeno del 6%, entro il 31 dicembre 2020, l'intensità dei gas a effetto serra prodotti durante il ciclo di vita dei carburanti, forniti rispetto alla media comunitaria delle emissioni per unità di energia prodotte durante il ciclo di vita dei combustibili fossili nel 2010. Il metodo utilizzato per calcolare i livelli delle emissioni di gas a effetto serra provenienti da combustibili e altre fonti di energia non biologiche dovrebbe essere oggetto di ulteriore revisione per tener conto del previsto incremento dell'utilizzo di carburanti con livelli di elevata intensità di gas a effetto serra e di combustibili derivati da altre materie prime emergenti. Per tali ragioni esprimerei il mio voto contrario.

Miroslav Poche (S&D), *písemně*. — Současný návrh směrnice považuji za špatný, neboť je jednoznačně v rozporu s cíli EU snižovat emise a podporovat nízkouhlíkové hospodářství. Tento návrh je nutné přepracovat a mrzí mě, že menšina poslanců návrh usnesení Parlamentu, který Komisi k přepracování návrhu směrnice vyzýval, zablokovala. Evropská unie by přijetím návrhu snížila své standardy v oblasti životního prostředí, místo aby motivovala ostatní neevropské státy k podpoře čistší dopravy. Zásadně nesouhlasím se spojováním směrnice s dohodou o volném obchodu mezi EU a Kanadou, jak nám bylo, pravděpodobně pod tlakem silné lobby, prezentováno některými kolegy, např. ze skupiny ECR.

Paulo Rangel (PPE), *por escrito*. — Votei contra a presente resolução que se opõe à aprovação do projeto de diretiva do Conselho que estabelece métodos de cálculo e requisitos em matéria de relatórios nos termos da Diretiva do Parlamento Europeu e do Conselho, relativa à qualidade da gasolina e do combustível para motores diesel. Por considerar que as medidas adequadas para o cálculo e para medir a conformidade com os objetivos já estabelecidos de redução de 6 % das emissões de gases com efeito de estufa (GEE) são suficientes. Nesse âmbito, a utilização de um valor médio padrão para representar a unidade de intensidade de emissões de GEE por tipo de combustível, bem como os relatórios anuais elaborados pelos fornecedores e os Estados-Membros criaram uma base viável e confiável para a Comissão, de maneira a cumprir a diretiva existente.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

Christine Revault D'Allonnes Bonnefoy (S&D), *par écrit*. — Le Parlement européen s'est prononcé en séance plénière contre une motion de rejet du projet du Conseil de méthode de calcul de la qualité des carburants. Pourtant, cette proposition de directive va à l'opposé de la direction que devrait prendre l'Union européenne en matière de lutte pour la préservation du climat. Au contraire, ce projet va dans le sens des intérêts des lobbys pétroliers, et va favoriser les hydrocarbures les plus sales, comme les sables bitumineux. À l'heure où nous devrions être tous soudés autour de la préparation de la COP 21, et alors que les transports sont parmi les secteurs les plus émetteurs de gaz à effets de serre, la majorité des eurodéputés n'a pas souhaité prendre ses responsabilités vis-à-vis des générations futures, qui subiront demain les conséquences de nos insuffisances d'aujourd'hui en matière de protection du climat. Il est urgent que l'Union européenne travaille enfin à une vraie politique de transition énergétique, qui favorise les carburants alternatifs, plus respectueux de l'environnement, et les modes de transport propres.

Frédérique Ries (ALDE), *par écrit*. — Le mieux est l'ennemi du bien: c'est ainsi que l'on pourrait résumer la tentative de certains députés de la commission «Environnement» de modifier la méthode de calcul pour réduire les émissions de CO₂ dans le transport.

Le dossier est technique, mais la réponse est politique: voulons-nous remettre en cause 5 ans de travail effectué par la Commission européenne avec les experts pour mettre en place une méthode de calcul telle que le prévoit la directive de 98 sur la qualité des carburants? Ma réponse ce midi, comme celle donnée par 325 autres députés européens est NON.

Pour au moins trois raisons:

— il est pour le moins hasardeux d'établir une distinction en matière d'émissions de CO₂ selon l'origine du pétrole qui a servi à la fabrication des carburants;

— la méthode de calcul proposée par la Commission satisfait à l'objectif de réduction de 6% des émissions de CO₂ dans le transport d'ici 2020.

Et l'argument de la sécurité énergétique européenne est important. En rejetant la proposition de la Commission, nous aurions mis à mal la prévisibilité des investissements dans le secteur sensible de l'industrie des combustibles. Là où l'Europe a plutôt besoin d'assurer des canaux sûrs d'approvisionnement de son énergie.

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D), *por escrito*. — He votado a favor de esta propuesta de objeción para que la Comisión retire el acto de ejecución relativo a los nuevos métodos de cálculo de la Directiva sobre la calidad de los combustibles. El método de cálculo propuesto por la Comisión no resuelve adecuadamente las necesidades de mayor información y trazabilidad. Es necesario que se indique la intensidad de emisión de gases de efecto invernadero, no para el producto global, sino para cada uno de los componentes del combustible, de manera que, para cada gasolina, diésel, etc., que se vaya a utilizar en la UE, se sepa su grado de contribución a la emisión de gases de efecto invernadero y, por lo tanto, si el producto cumple los requisitos y objetivos de la Directiva de calidad (6 % menos de intensidad para 2020) y de otras Directivas derivadas relativas a límites de emisiones.

La Comisión debe continuar trabajando para encontrar un método de medición que incentive el recurso a combustibles más sostenibles por parte de las compañías productoras y el abandono progresivo de los crudos y combustibles no convencionales más perjudiciales para el medio ambiente.

Teresa Rodríguez-Rubio (GUE/NGL), *por escrito*. - Hemos votado a favor para impedir el uso de arenas bituminosas y gas de esquisto. La UE se pliega a los intereses petroleros con la propuesta hecha por la Comisión Europea de poner en marcha el artículo 7 bis de la Directiva sobre calidad de los combustibles, que no discrimina el consumo de los combustibles más sucios, por lo que obstaculiza el objetivo para el que fue creada: la reducción de emisiones de gases de efecto invernadero (GEI) para 2020. Los estudios científicos aseguran que los petróleos no convencionales causan mayores emisiones de GEI que los petróleos convencionales: un 23 % más en el caso del procedente de las arenas bituminosas, y un 50 % más en el caso de los procedentes de esquistos bituminosos. Las petroleras norteamericanas, y también Repsol, junto con los Gobiernos de Canadá y los EE.UU., se opusieron frontalmente a la diferenciación por tipología de petróleo y a la penalización de los más contaminantes. Tras ocho años de retrasos, por las presiones ejercidas por Canadá, los EE.UU. y las grandes petroleras, finalmente se aprueba un reglamento acorde a sus intereses. De este modo, la UE antepone los acuerdos comerciales (AECG-ATCI) a sus compromisos climáticos, ya de por sí poco ambiciosos.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

Claude Rolin (PPE), *par écrit*. — J'ai voté en faveur de cette résolution qui invite la Commission à retirer sa proposition de directive du Conseil et à soumettre une nouvelle proposition fondée sur l'exigence de déclarer les émissions selon des valeurs moyennes par défaut de l'intensité d'émissions de gaz à effet de serre (GES), ventilées par types de matière de base pour l'essence et le carburant diesel, tout en autorisant les fournisseurs à déclarer les valeurs réelles. Le texte de la Commission m'était en effet apparu trop faible et inacceptable car, qui plus est, la méthode proposée pour calculer l'intensité de carbone des différents types de carburants routiers n'encourageait pas les carburants plus propres et mettait sur le même pied les sables bitumineux, extrêmement polluants, et le pétrole brut conventionnel. J'ai en outre estimé que la méthode de calcul des émissions de GES des carburants et autres formes d'énergie de sources non biologiques devrait faire l'objet d'études complémentaires pour tenir compte de l'augmentation attendue du recours à des carburants à fort niveau d'intensité d'émission de GES et à des carburants dérivés d'autres matières de base en devenir.

Bronis Ropė (Verts/ALE), *raštu*. — Noriu pritarti pasiūlymui pritarti direktyvos projektui. Kuro kokybė – labai svarbus klausimas, nes ji tiesiogiai veikia orą kuriuo mes visi kvėpuojame. Tačiau teikiami pakeitimai yra minimalūs ir neturės didelio ekologinio poveikio. Kita vertus, siūlymas turės didelį ekonominį poveikį, nes sudarys dideles galimybes taikyti platesnį kuro šaltinių spektrą. Tai yra itin svarbu, turint omenyje poreikį diversifikuoti kuro šaltinius. Taip pat reikia nepakenkti tokių ES ekonomikų kaip Estija, kuri jau seniai plačiai taiko vietinių skalūnų angliavandenilius, konkurencin-gumui.

Todėl raginu kolegas balsuoti vienareikšmiškai prieš pranešėjo parengtą rezoliucijos projektą, kuriame raginama atmesti Komisijos pasiūlymą.

Matteo Salvini (NI), *per iscritto*. - Ho deciso di votare in maniera contraria in quanto ritengo che questo provvedimento crei un danno al settore petrolchimico europeo superiore ai benefici ambientali che mira ad ottenere. Inoltre, le raffinerie dell'UE vedrebbero aumentare, rispetto ai concorrenti dei Paesi terzi, il costo delle materie prime, con un'ulteriore perdita di competitività e la conseguente possibile chiusura.

Lola Sánchez Caldentey (GUE/NGL), *por escrito*. - Hemos votado a favor para impedir el uso de arenas bituminosas y gas de esquisto. La UE se pliega a los intereses petroleros con la propuesta hecha por la Comisión de poner en marcha el artículo 7 bis de la Directiva sobre calidad de los combustibles, que no discrimina el consumo de los combustibles más sucios, por lo que obstaculiza el objetivo para el que fue creada: la reducción de emisiones de gases de efecto invernadero (GEI) para 2020. Los estudios científicos aseguran que los petróleos no convencionales causan mayores emisiones de GEI que los petróleos convencionales: un 23 % más en el caso del procedente de las arenas bituminosas, y un 50 % más en el caso de los procedentes de esquistos bituminosos. Las petroleras norteamericanas, y también Repsol, junto con los Gobiernos de Canadá y los EE.UU., se opusieron frontalmente a la diferenciación por tipología de petróleo y a la penalización de los más contaminantes. Tras ocho años de retrasos, por las presiones ejercidas por Canadá, los EE.UU. y las grandes petroleras, finalmente se aprueba un reglamento acorde a sus intereses. De este modo, la UE antepone los acuerdos comerciales (AECG-ATCI) a sus compromisos climáticos, ya de por sí poco ambiciosos.

Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito*. - He votado a favor de esta propuesta de Resolución porque se opone a la aprobación del proyecto de Directiva del Consejo, ya que considero que este proyecto de Directiva no es compatible con el objetivo y el contenido de la Directiva 98/70/UE. Pienso que la Comisión debe retirar su proyecto de Directiva del Consejo y presentar uno nuevo al Comité basado en la obligación de declarar los valores medios por defecto de la intensidad de las emisiones de gases de efecto invernadero desglosados por tipos de materias primas en relación con la gasolina y el diésel, permitiendo, al mismo tiempo, a los proveedores que declaren los valores reales. Puesto que la propuesta de Resolución pide exactamente esto, la he votado favorablemente.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

Dubravka Šuica (PPE), *napisan.* — Iako se prijedlogom ove direktive želi načelno smanjiti intenzitet stakleničkih plinova, propisuje se obveza dekarbonizacije, od isporučitelja zahtijeva izračunavanje emisija stakleničkih plinova u životnom vijeku za biogoriva, nalaže upotreba istih prosječnih zadanih vrijednosti za sve fosilne sirovine, smatram da pri utvrđivanju metode nisu uzeti u obzor svi potrebni parametri koji bi bili jamstvo za dodatno smanjenje emisija ili očuvanje cjelovitosti okoliša te podržavam vraćanje nacrtu direktive Vijeća. Suglasna sam s podnošenjem zahtjeva o raščlanjenim prosječnim zadanim vrijednostima intenziteta stakleničkih plinova te o izvješćivanju po vrstama sirovina za benzinska i dizelska goriva kao i da se isporučiteljima dopusti izvješćivanje o stvarnim vrijednostima. Zbog navedenih razloga nisam podržala ovaj prijedlog.

Ελευθέριος Συναδινός (NI), *γραφτως.* — Το σχέδιο οδηγίας που αφορά στην ποιότητα των καυσίμων βενζίνης και ντίζελ πρέπει να προβλέπει την υποβολή έκθεσης με βάση την προέλευση των χρησιμοποιούμενων πρώτων υλών.

Tibor Szanyi (S&D), *írásban.* — Szavazatommal támogattam azt az állásfoglalásra irányuló indítványt, mely ellenzi az irányelv tervezetének elfogadását, mivel a Bizottság ebben a tervezetben nem tesz különbséget a különböző üzemanyag-alapanyagokkal kapcsolatban. Az irányelv egy egységes értéket vezetne be minden típusú üzemanyag üvegházhatásúgáz-kibocsátás-intenzitására vonatkozóan. Ez többek között azt jelenti, hogy a palaolaj (vagy homokolaj) nem lesz megkülönböztetve a hagyományos nyersolajtól, bár az több üvegházhatású gáz kibocsátásért felel. Így a nem konvencionális üzemanyagok könnyebben jutnak Európába.

A tervezet mintegy 5 éves előkészítés után került Parlament elé, melynek alapvető célja az lett volna, hogy az olajipar 2020-ig 6%-kal csökkentse az üvegházhatású gázok kibocsátását. Úgy tűnik azonban, hogy ez a tervezet nem váltotta be teljes mértékben a hozzáfűzött reményeket. A Szocialisták és Demokraták frakciója Környezetvédelmi, Közegészségügyi és Élelmiszer-biztonsági Bizottságban dolgozó képviselői egységesen a tervezet ellen foglaltak állást. Véleményem szerint a tervezet egyes elemei elfogadhatóak, azonban összességében nem vezet eredményre.

Szavazatommal arra kívántam ösztönözni az Európai Bizottságot, hogy egy újabb alternatív javaslatot fogalmazzon meg, mely kiküszöböli ezeket az akadályokat.

Marc Tarabella (S&D), *par écrit.* — J'ai voté en faveur de la proposition de directive du Conseil établissant des méthodes de calcul et des exigences en matière de rapports au titre de la directive 98/70/CE du Parlement européen et du Conseil concernant la qualité de l'essence et des carburants diesel. Je constate néanmoins avec grand regret que cette proposition a été rejetée parce qu'une fois encore, certains élus ont préféré défendre leurs intérêts particuliers que l'intérêt général.

Yana Toom (ALDE), *in writing.* — I did not support the resolution objecting to the adoption of the Implementing Act of the Fuel Quality Directive. In the Estonian context the Implementing Act would promote the usage of shale oil for the production of liquid fuels instead of electricity production. As a result, there will be positive impact on waste management and emission of pollutants. The development of the shale oil production industry has considerable influence on the gross domestic product of Estonia, its foreign trade balance and labour market, especially in the northern-eastern Ida-Viru County, inhabited by Russian-speaking minorities.

Mylène Troszczynski (NI), *par écrit.* — La résolution rejette une proposition de directive et demande à la commission de présenter un texte plus contraignant qui serait lourd de conséquences pour nos industries et nos entreprises.

Ernest Urtasun (Verts/ALE), *por escrito.* — Mi voto favorable a esta propuesta de Resolución se justifica porque considero que es necesario criticar la metodología propuesta por la Comisión para el proyecto de Directiva sobre la calidad de los combustibles, ya que desincentiva la reducción de emisiones de gases de efecto invernadero en la cadena de producción de combustibles fósiles.

Marie-Christine Vergiat (GUE/NGL), *par écrit.* — Ce projet de résolution demande au Conseil de faire une nouvelle proposition de directive relative aux méthodes de calcul et aux exigences en matière de rapports au titre de la directive 98/70/CE concernant la qualité de l'essence et des carburants diesel.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

Cette proposition va à l'encontre des engagements européens en matière de réduction d'émission de gaz à effet de serre tels qu'établi dans cette directive. Celle-ci oblige les fournisseurs de carburants à déclarer chaque année leurs émissions de gaz à effet de serre, dans le but de les réduire de 6% en 2020 par rapport à 2010. Cette directive est donc un outil fondamental de la lutte européenne contre le changement climatique.

Mais avec cette proposition, la Commission l'affaiblit délibérément. En retirant la possibilité de distinguer entre les matières premières à l'origine des carburants utilisés, elle ouvre grande la porte à l'utilisation massive des gaz de schiste et des sables bitumineux, au grand bonheur du lobby canadien dont nous avons vu l'influence ces dernières semaines.

J'ai donc voté pour cette résolution. Mais celle-ci a été rejetée à mon grand regret, les députés de droite et d'extrême-droite, notamment français, y compris libéraux, ayant voté contre, attentifs aux lobbies industriels et économiques.

Miguel Viegas (GUE/NGL), por escrito. — Sabemos que existem diferenças significativas, em termos de intensidade de emissão de GEE entre combustíveis, como o petróleo bruto tradicional e matérias-primas não-convencionais (e.g. areias betuminosas), sendo as emissões, em média, mais elevadas nestas últimas.

A Comissão faz tábuas rasas destas diferenças e assume valores de emissão comuns aos diferentes combustíveis, sendo este um claro favor às multinacionais envolvidas na exploração de combustíveis não-convencionais, que subestima, de forma grosseira, as emissões de GEE que lhe estão associadas. Um favor indissociável do acordo de livre comércio que a Comissão Europeia está a negociar com o Canadá.

Esta resolução opõe-se à aprovação do projeto de diretiva e convida a Comissão a retirá-lo e a apresentar um novo, com base na exigência de comunicar valores médios de intensidade de GEE por defeito desagregados por tipo de matéria-prima, no que diz respeito à gasolina e ao combustível para motores diesel, permitindo, ao mesmo tempo, que os fornecedores comuniquem valores reais.

Votámos favoravelmente.

Harald Vilimsky (NI), schriftlich. — Wir schaffen durch die Einbeziehung von Transportwegen und durch die Fördermethoden von Rohstoffen, vor allem von Öl und den daraus raffinierten Produkten, in die CO₂-Bilanz des jeweiligen Produktes eine gerechtere und wahrheitsgetreuere Ökobilanz. Da mir der Umweltschutz auch im Sinne der Wirtschaft eine Nachhaltigkeit bietet und weil durch diesen Vorschlag auch ökologisch fragwürdige Methoden der Öl- und Gasgewinnung bzw. der Verkauf in der Europäischen Union erschwert werden, habe ich dem Antrag zugestimmt.

Henna Virkkunen (PPE), kirjallinen. - Arvoisa puhemies, Junckerin komissio on nyt keskittymässä työohjelmassaan vahvasti vakaaseen sääntelyyn ja ennustettavaan toimintaympäristöön yrityksille. Tämän polttoaineiden laadusta annetun direktiivin implementointia koskevassa äänestyksessä oli kyse täsmälleen samasta asiasta – luommeko yrityksille varmuutta tulevaan vaiko emme?

Polttoaineiden laadusta annettu direktiivi tähtää liikenteen kasvihuonepäästöjen vähentämiseen kuudella prosentilla vuoteen 2020 mennessä. Tämä on hyvä tavoite ja vahva signaali biopolttoaineita tuottaville yrityksille: investointinne on kannattanut ja yhdessä voimme ponnistella ilmastonsuojelun eteen. Hyväksymällä ENVI:n tekemän esityksen olisimme pyyhkineet pöydältä viiden vuoden laajan valmistelutyön, joka on tuottanut tasapainoisen lopputuloksen. Tällä direktiivillä ja sen sisällöllä on ollut laaja tuki sekä jäsenmaissa että sidosryhmissä.

Liikennebiopolttoaineita valmistavien yritysten on saatava varmuus toiminta- ja investointiympäristöstään. Tämä on syytä muistaa myös tulevissa äänestyksissä, jotka koskevat tätä teollisuuden alaa.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

Anna Záborská (PPE), *písomne* — Slovenská vláda prostredníctvom Stáleho zastúpenia SR pri EÚ požiadala slovenských europoslancov, aby hlasovali za zamietnutie návrhu smernice týkajúcej sa kvality benzínu a naftových palív. Tento návrh zlepšuje podmienky pre diverzifikáciu zdrojov palív, pretože uľahčuje vstup palív získaných z nekonvenčných zdrojov na európsky trh. Predstavuje kompromis, s ktorým súhlasia aj spracovatelia ruskej ropy produkujúcej nižšie emisie CO₂, aj štáty, v ktorých sa realizuje alebo pripravuje ťažba ropy z nekonvenčných zdrojov produkujúca vyššie emisie. Napriek tomu slovenská vláda presadzovala zamietnutie tohto kompromisu. To by viedlo k posilneniu pozície pre rafinérie tzv. „starých“ členských štátov EÚ v ďalších rokoch. Výsledkom by bol nový návrh, ktorý by ešte viac zhoršil pozíciu jediného slovenského výrobcu palív na európskom trhu. Preto som hlasovala proti predloženému návrhu Výboru pre životné prostredie a som rada, že bol zamietnutý.

Carlos Zorrinho (S&D), *por escrito*. — Votei favoravelmente a proposta de Diretiva que estabelece os métodos de cálculo e requisitos em matéria de relatórios nos termos da Diretiva 98/70/CE do Parlamento e do Conselho relativa à qualidade da gasolina e do combustível para motores diesel porque entendo que a União Europeia tem que ter uma posição consistente na luta contra as alterações climáticas, na promoção das energias limpas e na transição energética para um modelo de crescimento sustentável.

Inês Cristina Zuber (GUE/NGL), *por escrito*. — Os fornecedores de combustíveis devem elaborar relatórios sobre as emissões de gases com efeito de estufa (GEE) ao longo do ciclo de vida, por unidade de energia de combustível e de energia fornecida.

É sabido que existem diferenças significativas, em termos de intensidade de emissão de GEE entre combustíveis, como o petróleo bruto tradicional e matérias-primas não convencionais (e.g. areias betuminosas), sendo as emissões, em média, mais elevadas nestas últimas.

Porém, a Comissão Europeia faz tábua rasa destas diferenças e assume valores de emissão comuns aos diferentes combustíveis. Um claro favor às multinacionais envolvidas na exploração de combustíveis não convencionais, que subestima, de forma grosseira, as emissões de GEE que lhe estão associadas. Esta resolução opõe-se à aprovação do projeto de diretiva e convida a Comissão a retirá-lo e a apresentar um novo, com base na exigência de comunicar valores médios de intensidade de GEE por defeito desagregados por tipo de matéria-prima, no que diz respeito à gasolina e ao combustível para motores diesel, permitindo, ao mesmo tempo, que os fornecedores comuniquem valores reais. Votámos favoravelmente.

11.19. Delegierte Verordnung (EU) der Kommission zur Erstellung eines Rückwurfplans für die Ostsee (B8-0319/2014)

Dichiarazioni di voto scritte

Marina Albiol Guzmán (GUE/NGL), *por escrito*. — La opinión de los científicos del CCTEP apoya la idea de la reducción de la medida de referencia del bacalao en el mar Báltico. Teniendo en cuenta que las medidas de esta especie se han reducido, y por tanto, con 35 centímetros ya está maduro, he votado en contra de la propuesta de Resolución del Grupo ECR para apoyar la decisión del CCTEP y del Consejo Asesor del Mar Báltico.

Martina Anderson (GUE/NGL), *in writing*. - I voted against the motion for resolution on the 'Commission delegated regulation of 20 October 2014 establishing a discard plan in the Baltic Sea'. A landing obligation means that all fish (up to a certain size – juveniles can be released again) that are caught need to be landed and counted against the fishermen's quota. The reason for having this is to conserve the fish stock that is left in this highly overfished sea and try to keep the cod species alive in the Baltic. This resolution objecting to the entry into force of the landing obligation on 1 January 2015 for the fisheries in the Baltic Sea, would be environmentally unsustainable and would put the industry in this region into jeopardy.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

Zigmantas Balčytis (S&D), raštu. — Balsavau prieš šią rezoliuciją. Jos tikslas sustabdyti Komisijos deleguotojo reglamento, kuriuo nustatomas Baltijos jūrai skirtas žuvų išmetimo į jūrą mažinimo planas, priėmimą. Šiuo Komisijos reglamentu siekiama sumažinti Baltijos jūroje sugaunamos menkės dydį, kuris leistų žvejams tiekti prekybai žuvis, ne mažesnes nei 35 cm., o tai prisidėtų prie be reikalo išmetamos žuvies kiekio mažinimo ir didesnės Baltijos Jūros išteklių apsaugos. Šiuo metu minimalus leistinas dydis yra 38 cm. Visiškai pritariu naujam Komisijos siūlymui ir atmetu jam prieštaraujančią rezoliuciją.

Dominique Bilde (NI), par écrit. – Cette proposition de résolution a pour but de faire objection au règlement délégué de la Commission établissant un plan de rejets pour la mer Baltique, qui vise notamment à la réduction de la taille de référence de conservation pour le cabillaud dans la mer Baltique, nuisant ainsi à la capacité de reproduction du stock. De plus, le règlement exige une réduction de la taille de référence de conservation pour le cabillaud, pour la faire passer de 38 cm à 35 cm. Ce règlement représente ainsi la vision technocratique de cette Union européenne incapable de comprendre les réelles préoccupations des pêcheurs par l'imposition de normes tatillonnes et contre-productives. C'est pour quoi j'ai voté pour cette proposition.

José Blanco López (S&D), por escrito. — La Comisión ha presentado un acto delegado sobre el plan de descartes del Báltico en el que prevé la reducción de la TMRC del bacalao de los 38 cm actuales a 35 cm. La CE justifica esta reducción basándose en que el bacalao presenta una altísima densidad en el mar Báltico y, por tanto, está sufriendo ciertos problemas de crecimientos reducidos, incremento de parásitos, etc., con lo cual los descartes se han incrementado y los ejemplares maduros han reducido su tamaño.

La propuesta de reducir la TMRC no implica una mayor mortalidad, porque las características de las redes permitidas no cambian. Según el CCTEP, esta reducción no afecta a los alevines, porque los desoves ocurren por debajo de esos 35 cm. La reducción tendrá un efecto positivo sobre los rendimientos económicos de las pesquerías del bacalao, pues los descartes actuales de entre 30 y 35 cm suponen un 83% en número y peso.

Los Estados miembros del Báltico y el RAF del Báltico, también lo apoyan. Además, la reducción del tamaño traerá coherencia con otras regiones, por ejemplo con el Mar del Norte, donde ya es de 35 cm. Por todo ello, he votado contra la propuesta presentada sobre el acto delegado de la Comisión.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), raštu. — Balsavau prieš šią rezoliuciją, nes ja buvo siekiama užkirsti kelią palankaus Baltijos jūros ir Lietuvos žvejams Komisijos sprendimo įsigaliojimui. Komisija dar spalio mėnesį priėmė sprendimą sumažinti prekybai tiekiamos menkės dydį nuo 38 iki 35 cm. Toks Komisijos sprendimas, kuris įsigalios jau nuo 2015 m. sausio 1 d. leis žvejams parduoti daugiau jau sugautos menkės maisto pramonei ir sumažinti jau sugautos, bet vis tiek išmetamos žuvies kiekį. Tuo pat metu, mokslininkų teigimu, šitoks žvejybos reglamentavimo pakeitimas visiškai nekenks žuvies išteklių atsinaujinimui Baltijos jūroje, taigi iš principo sudarys sąlygas atsakingesnei ir gamtai palankesnei žvejybai Baltijos jūroje.

Mercedes Bresso (S&D), in writing. — I voted against this proposal for a regulation proposal because I think it is absolutely not ambitious enough with regard to the big challenges the Baltic zone is facing.

Steeve Briois (NI), par écrit. — Cette proposition de résolution a pour but de faire objection au règlement délégué de la Commission établissant un plan de rejets pour la mer Baltique. Ce plan prévoit notamment la réduction de la taille de référence de conservation (de 38 cm, on passerait à 35 cm) pour le cabillaud dans la mer Baltique, nuisant donc directement à la capacité de reproduction de l'espèce. Résultat de la pensée technocratique de l'Union européenne, ce règlement ne tient absolument pas compte des réelles préoccupations et des besoins des pêcheurs et vise juste à leur imposer des normes toujours plus tatillonnes et contre-productives. Pour ces raisons, j'ai voté contre cette proposition.

Gianluca Buonanno (NI), per iscritto. — Astensione. Servirebbe una valutazione tecnica accurata sul ciclo biologico del merluzzo bianco del Mar Baltico. In generale, una riduzione di taglia (in questo caso la proposta è di passare da 38 a 35 cm) può «confondere» quel mercato con quello del novellame, ma manca una valutazione tecnica di merito.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

Soledad Cabezón Ruiz (S&D), *por escrito*. — La Comisión Europea ha presentado un acto delegado sobre el plan de descartes del Mar Báltico. En dicho plan se prevé la reducción del MCRS (Minimum Conservation Reference Size) del bacalao de los 38 centímetros actuales a los 35.

La CE justifica esta reducción del tamaño mínimo de referencia de conservación basándose en varios aspectos; a la delegación española le interesa sobre todo el punto sobre la reducción del tamaño, que aportará coherencia con otras regiones, por ejemplo con el Mar del Norte, donde ya es de 35 cm. Ello sienta un precedente en la homologación de los tamaños mínimos que beneficiará a España cuando solicite lo mismo para otras especies, como la merluza en los futuros planes de demersales para aguas del Noroeste y del Suroeste.

Alain Cadec (PPE), *par écrit*. — J'ai voté contre la résolution d'objection à l'acte délégué établissant un plan de rejets pour la mer Baltique. À la lumière des avis scientifiques, la Commission propose une baisse de la taille minimale de référence de conservation du cabillaud en mer Baltique. Cette baisse est fondée et validée par les avis scientifiques et ne pose pas de danger pour l'espèce. Cette résolution n'était donc pas justifiée. Premièrement, ce plan de rejets pour la mer Baltique a été accepté par tous les États membres concernés et se fonde sur des avis scientifiques solides. Deuxièmement, l'objection aurait retardé la mise en œuvre de la réforme de la politique commune de la pêche. Enfin, l'objection aurait également été contraire à la régionalisation prévue par la réforme de la politique commune de la pêche. Cet acte délégué doit être adopté avant la fin de l'année. Il donnera aux professionnels et aux autorités nationales une visibilité sur la mise en œuvre de l'obligation de débarquement et de l'exemption *de minimis* prévue dans la réforme de la politique commune de la pêche.

Matt Carthy (GUE/NGL), *in writing*. — I voted against the motion for resolution on the 'Commission delegated regulation of 20 October 2014 establishing a discard plan in the Baltic Sea'.

A landing obligation means that all fish (up to a certain size – juveniles can be released again) that are caught need to be landed and counted against the fishermen's quota. The reason for having this is to conserve the fish stock that is left in this highly overfished sea and try to keep the cod species alive in the Baltic.

This resolution objecting to the entry into force of the landing obligation on 1 January 2015 for the fisheries in the Baltic Sea would be environmentally unsustainable and would put the industry in this region into jeopardy.

Alberto Cirio (PPE), *per iscritto*. — Il gruppo dei conservatori, che ha presentato questa risoluzione per obiettare a un atto della Commissione, aveva delle ottime intenzioni, che si scontrano tuttavia con la pratica: la riduzione proposta non dovrebbe avere, secondo gli studi, l'impatto ambientale che i colleghi conservatori temono, e non vale dunque la pena di modificare questa norma che, invece, consente a imprese e consumatori un approvvigionamento alimentare sicuro.

Lara Comi (PPE), *per iscritto*. - Disapprovo il testo di risoluzione sul regolamento delegato della Commissione che istituisce un piano in materia di rigetti nel Mar Baltico, in quanto ritengo che una così lieve riduzione in termini di centimetri tre della taglia minima di riferimento per la pesca del merluzzo bianco non possa in alcun modo mettere a rischio il novellame, giustamente sottoposto a tutela, né che possa incidere negativamente sui mercati e consumi europei. In particolare il comitato scientifico, tecnico ed economico per la pesca (CSTEP), interrogato in materia dalla Commissione ha concluso che «ai fini della riduzione degli attuali livelli di rigetti, possono esservi validi motivi dal punto di vista biologico per ridurre l'attuale taglia minima di 38 cm».

Therese Comodini Cachia (PPE), *in writing*. — EU legislation must retain high standards of sustainable fishing. This will require action that does not have the potential to undermine the reproductive capacity of the stock. Sustainable fishing benefits not only the public, but also the industry itself, making it possible for those entering the fishing industry in the future to be able to make a decent living.

Javier Couso Permyu (GUE/NGL), *por escrito*. — La opinión de los científicos del CCTEP apoya la idea de la reducción de la medida de referencia del bacalao en el mar Báltico. Teniendo en cuenta que las medidas de esta especie se han reducido, y por tanto, con 35 centímetros ya está maduro, he votado en contra de la propuesta de Resolución del Grupo ECR para apoyar la decisión del CCTEP y del Consejo Asesor del Mar Báltico.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

Michel Dantin (PPE), *par écrit*. — Le Parlement européen a, lors de la dernière législature, voté la réforme de la politique commune de la pêche et notamment l'interdiction des rejets ou obligations de débarquement. Le principe d'obligation de débarquement constitue un changement fondamental pour les pêcheurs; aussi cet acte délégué met-il en place une nécessaire flexibilité en prévoyant qu'un certain pourcentage de prises puisse encore exceptionnellement être rejeté, et ce de façon temporaire. Parce que je privilégie cette approche, je soutiens la proposition de règlement délégué et j'ai par conséquent voté contre la proposition de résolution.

Rachida Dati (PPE), *par écrit*. — Assurer la soutenabilité économique du secteur de la pêche tout en préservant la durabilité des ressources halieutiques est un enjeu crucial d'un point de vue tant environnemental qu'économique. La décision du Conseil de réduire le total admissible des captures de 26 % en mer Celtique et de 22 % en Baltique orientale pour le stock de cabillaud en 2015 sont des mesures à même de protéger l'espèce. Dès lors, il m'a semblé qu'ajouter à ces mesures une réduction de la taille minimale de référence de conservation pour le cabillaud dans la mer Baltique serait faire peser un risque substantiel pour l'équilibre socio-économique du secteur de la pêche. C'est pourquoi j'ai rejeté ce règlement délégué de la Commission.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI), *γραφώς*. — Υπερψήφισα το ψήφισμα, διότι επιδιώκει την απόρριψη της εφαρμογής του κατ' εξουσιοδότηση κανονισμού, η εφαρμογή του οποίου θα είχε ως αποτέλεσμα τη διακινδύνευση επιβίωσης ειδών ιχθύων.

Fredrick Federley (ALDE), *skriftlig*. - Vi är av princip emot att man fiskar upp fiskar som aldrig hunnit leka. Av den anledningen har vi motsatt oss EU-kommissionens förslag till sänkta mått från 38 till 35 centimeter för torsken i Östersjön. Vi menar att EU-kommissionen snarast bör återkomma med ett nytt förslag, som ska innefatta den plan för landningsskyldighet i Östersjön som nyligen förhandlats fram, där hänsyn tas till den stora utvärdering av hur torsken egentligen mår i Östersjön som planeras till våren 2015.

João Ferreira (GUE/NGL), *por escrito*. — A Comissão Europeia propõe reduzir o tamanho mínimo de referência de conservação do bacalhau do Báltico dos 38 para os 35 cm. Existem razões pertinentes para tal.

Os dados apontam para uma redução do tamanho médio do bacalhau no Báltico (após maturação), o que levou a um aumento das devoluções nos últimos anos.

A redução do tamanho mínimo de captura não aumentará a mortalidade, uma vez que as artes de pesca se manterão as mesmas.

O parecer do Comité Científico, Técnico e Económico das Pescas aponta para a inexistência de riscos ao nível da proteção dos juvenis, uma vez que a desova ocorre em comprimentos inferiores aos 35 cm, devido à redução do tamanho médio.

Os 35 cm são já o tamanho mínimo de referência de outras regiões de pesca, como o Mar do Norte.

Tendo em conta a nova regulamentação da Política Comum das Pescas, que proíbe as devoluções, a não redução do tamanho mínimo para os 35 cm significaria que uma parte considerável do pescado desembarcado não poderia entrar no circuito comercial normal, tendo de ser encaminhado para transformação para farinhas.

Assim, existe fundamento científico, além de ponderosas razões económicas e sociais, para a proposta da Comissão. Razão pela qual votámos contra a resolução que pretendia objetar a esta proposta.

Λάμπρος Φουντούλης (NI), *γραφώς*. — Υπερψηφίζω τη θέσπιση σχεδίου απορρίψεων στη Βαλτική Θάλασσα, καθώς η εφαρμογή του κατ' εξουσιοδότηση κανονισμού θα είχε ως αποτέλεσμα τη διακινδύνευση επιβίωσης ειδών ιχθύων.

Nathan Gill (EFDD), *in writing*. — I voted for this resolution, but would like to point out that cod do not spawn until they are at least 55 cms.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

Antanas Guoga (ALDE), *in writing*. — I voted against the resolution on Commission Delegated Regulation (EU) establishing a discard plan in the Baltic Sea. I do support the idea of reducing the minimum conservation reference size for cod in the Baltic Sea from 38 cm to 35 cm as this would reduce the amount of disposable fish and would not harm the biological recovery. All in all, this would create better fishing conditions in the Baltic Sea.

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan*. — Bio sam SUZDRŽAN kod glasanja o Rezoluciji o Delegiranoj uredbi Komisije o donošenju plana odbacivanja ulova u Baltičkom moru jer se u osnovi protivim izlovu riba manjih veličina. Mada je ALDE grupa bila ZA, odlučio sam biti SUZDRŽAN jer time iskazujem svoj stav da je izlov riba manjih veličina, pogotovo u zatvorenim morima, ozbiljan problem.

Ovime sam u osnovi htio poduprijeti da se zabrani izlov bakalara u Baltičkom moru do veličine od 38 cm. Danas je izlov bakalara moguć već kad riba naraste na 35 cm. Razlika od svega 3 cm značajno utječe na ukupnu veličinu bakalara. Ovime sam iskazao svoj stav i prema zaštiti mora i riblje populacije. U mnogim razgovorima s g. Walterom Dodichem došao sam do zaključka da prerani izlov ribe značajno smanjuje riblji fond i dugoročno nanosi nepovratnu štetu.

Giovanni La Via (PPE), *per iscritto*. — Non condivido la proposta del collega Marek Jozef Grobarczyk relativa alla soppressione dell'atto delegato per la riduzione della taglia minima per la tutela del merluzzo bianco nel mar Baltico, per una serie di ragioni che vorrei elencare in questa sede. Innanzitutto, ritengo che la minima riduzione della taglia proposta non comprometterebbe la capacità produttiva dello stock, né sarebbe in grado di favorire la creazione di un mercato del novellame. Infine, non penso potrebbe essere di ostacolo all'implementazione dei miglioramenti compiuti nell'utilizzo delle attrezzature di riferimento.

Paloma López Bermejo (GUE/NGL), *por escrito*. — La opinión de los científicos del CCTEP apoya la idea de la reducción de la medida de referencia del bacalao en el mar Báltico. Teniendo en cuenta que las medidas de esta especie se han reducido, y por tanto, con 35 centímetros ya está maduro, he votado en contra de la propuesta de Resolución del Grupo ECR para apoyar la decisión del CCTEP y del Consejo Asesor del Mar Báltico.

Antonio López-Istúriz White (PPE), *por escrito*. — He votado así porque considero que la reducción de la talla mínima de referencia de 38 cm a 35 cm, como propone la Comisión, a efectos de conservación del bacalao en el Mar Báltico podría debilitar la capacidad de reproducción de esta población, así como incentivar la creación de un mercado para los alevines y eliminar un incentivo importante para aplicar mejoras relativas al uso de artes más selectivos.

Además de todo ello, tengo en consideración la Decisión del Consejo relativa al total admisible de capturas (TAC) para las poblaciones de bacalao que en 2015 prevé reducir la cuota (7 % en el Báltico occidental y 22 % en el Báltico oriental) a fin de proteger esta especie.

Por todo ello, voté favorablemente para que se presentaran dichas objeciones.

Bernd Lucke (ECR), *schriftlich*. — Ich halte die Entschließung meines Fraktionskollegen für richtig. Die Reduktion der Fanggröße für Kabeljau führt zum Fang von noch nicht ausgewachsenen Fischen. Es ist nicht dargelegt worden, dass diese Art des Fischfangs nicht zum Raubbau an den Beständen führt und dass sie mit einer nachhaltigen Bewirtschaftung vereinbar ist.

Ivana Maletić (PPE), *napisan*. — Jedan od osnovnih ciljeva nove zajedničke ribarstvene politike (ZRP) postupno je napuštanje prakse odbacivanja ulova u svim ribarstvima Europske unije uvođenjem obveze iskrcavanja. Namjera je bolje iskoristiti dostupne resurse i odgovoriti na očekivanja javnosti da se stane na kraj praksi bacanja utržive ribe natrag u more. Velike su količine odbačenog ulova utvrđene kao važan razlog nedostatka ekološke održivosti zajedničke ribarstvene politike te sam zato podržala ovo Izvješće.

Andrejs Mamikins (S&D), *rakstiski*. — Sociāldemokrātu politiskā grupa nolēma balsot pret šo rezolūciju, tomēr es atturējos. Rezolūcijas ideja: aizsargāt tās mencas Baltijas jūrā, kuru garums ir 37 cm. Tagad pēc noteikumiem atļautais garums ir 38 cm. Balsot kopā ar grupu pret Baltijas jūras resursiem un to sargāšanu es nevarēju.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

Νότης Μαρτιάς (ECR), γραπτώς. — Καταψήφισα την πρόταση ψηφίσματος σχετικά με τον κατ' εξουσιοδότηση κανονισμό της Επιτροπής, της 20ής Οκτωβρίου, για τη θέσπιση σχεδίου απορρίψεων στη Βαλτική Θάλασσα, διότι δεν ρυθμίζει κατάλληλα και με επάρκεια το εν λόγω ζήτημα.

Barbara Matera (PPE), per iscritto. — In disaccordo con la soppressione dell'atto delegato per la riduzione della taglia minima di riferimento per la conservazione del merluzzo bianco nel mar Baltico, ho deciso di esprimermi a sfavore della presente risoluzione.

Tale riduzione minima, a mio avviso, non compromette la capacità produttiva dello stock, né favorisce la creazione di un mercato del novellame

Georg Mayer (NI), schriftlich. — Ich habe für diesen Entschließungsantrag gestimmt, da die von der Kommission vorgestellte delegierte Verordnung mögliche Auswirkungen auf die Reproduktionsfähigkeit des Dorschbestandes haben könnte und dies nicht vertretbar wäre. Die Mindestreferenzgröße soll nicht verändert werden.

Jean-Luc Mélenchon (GUE/NGL), par écrit. — Un règlement délégué de la Commission du 20 octobre 2014 vise à modifier la taille minimale de référence de conservation pour le cabillaud dans la mer Baltique. La résolution soumise au vote s'oppose à cette modification. En effet, la réduction de la taille à partir de laquelle un cabillaud peut être pêché (de 38 à 35 cm) peut potentiellement nuire à la reproduction du stock en créant un marché de poissons juvéniles. Je vote pour la résolution qui s'oppose à ce non-sens écologique.

Nuno Melo (PPE), por escrito. — Concordo que a redução do tamanho mínimo de referência para fins de conservação do bacalhau no mar Báltico, proposto pela Comissão, poderia prejudicar a capacidade de reprodução das unidades populacionais. Assim, voto a favor desta resolução, que tem por objetivo pôr termo a essa pretensão.

Marlene Mizzi (S&D), in writing. — I am not in agreement with the resolution on discard plan in the Baltic Sea.

Sophie Montel (NI), par écrit. — Cette proposition de résolution a pour but de faire objection au règlement délégué de la Commission établissant un plan de rejets pour la mer Baltique. Ce plan prévoit notamment la réduction de la taille de référence de conservation (de 38 cm, on passerait à 35 cm) pour le cabillaud dans la mer Baltique, ce qui nuit directement à la capacité de reproduction de l'espèce. Résultat de la pensée technocratique de l'Union européenne, ce règlement ne tient absolument pas compte des réelles préoccupations et des besoins des pêcheurs et vise juste à leur imposer des normes toujours plus tatillonnes et contre-productives. Pour ces raisons, j'ai voté contre cette proposition.

Urmas Paet (ALDE), kirjalikult. — Hääletasin eelnõu vastu, sest pean oluliseks Läänemere tursavarude jätkusuutlikku kaitset.

Aldo Patriciello (PPE), per iscritto. — Cari colleghi e cari colleghi, la riduzione della taglia minima di riferimento per la conservazione del merluzzo bianco nel Mar Baltico, come proposto dalla Commissione, potrebbe potenzialmente compromettere la capacità riproduttiva dello stock. La decisione del Consiglio sul totale ammissibile di catture (TAC) per gli stock di merluzzo bianco nel 2015 prevede tagli ai contingenti del 7% nel Baltico occidentale e del 22% nel Baltico orientale al fine di proteggere la specie. La riduzione della taglia minima di riferimento per la conservazione del merluzzo bianco nel mar Baltico elimina un importante incentivo a compiere miglioramenti per quanto riguarda l'utilizzo di attrezzi più selettivi. Per tali ragioni esprimerei il mio voto contrario.

Marit Paulsen (ALDE), skriftlig. — Vi är av princip emot att man fiskar upp fiskar som aldrig hunnit leka. Av den anledningen har vi motsatt oss EU-kommissionens förslag till sänkta mått från 38 till 35 centimeter för torsken i Östersjön. Vi menar att EU-kommissionen snarast bör återkomma med ett nytt förslag, som ska innefatta den plan för landningsskyldighet i Östersjön som nyligen förhandlats fram, där hänsyn tas till den stora utvärdering av hur torsken egentligen mår i Östersjön som planeras till våren 2015.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

Andrej Plenković (PPE), *napisan*. — Zadaća održivog ribolova jest staviti pod nadzor faktore koji se mogu kontrolirati tijekom ribolova kako bi u moru ostao dovoljan broj jedinki za prirodno obnavljanje populacije. Faktori na koje se ne može utjecati su povećanje biomase populacije i prirodna smrtnost, a oni ovise o uvjetima u okolišu i biološkim karakteristikama određene vrste (novačenje i rast). Važan instrument u tom kontekstu svakako je određenje ukupne godišnje kvote ukupnog dopuštenog ulova (TAC). Budući da između bakalara, haringe i papaline postoje jake biološke interakcije, one su iznimno važne komponente baltičkog ekosustava. Ekološki uvjeti u Baltiku mogu snažno utjecati na produktivnost baltičkih ribljih stokova, posebno bakalara i papaline, stoga se odlukom Vijeća o ukupnim dopuštenim ulovima žele smanjiti kvote (7 % zapadni dio Baltika i 22 % istočni) s ciljem očuvanja te vrste. To je regulirano 1. siječnja 2014. Uredbom Europskog parlamenta i Vijeća od 11. prosinca 2013. o zajedničkoj ribarstvenoj politici. S tim u vezi podržavam prijedlog Komisije o donošenju plana odbacivanja ulova u Baltičkom moru. Smatram da bi se održivost iskorištavanja morskih bioloških resursa učinkovitije postigla višegodišnjim pristupom upravljanju ribarstvom te da bi se trebala temeljiti na transparentnim i objektivnim kriterijima, uključujući one ekološke, društvene i gospodarske prirode.

Franck Proust (PPE), *par écrit*. — Je vote à l'encontre de cette résolution car il apparaît, à la lecture du dossier, que les scientifiques investis de cette question ne considèrent que ni l'espèce ni son environnement ne soient affectés dans de telles conditions de pêche.

Paulo Rangel (PPE), *por escrito*. — Votei contra a presente resolução que estabelece um plano de devoluções para o mar Báltico por considerar que a redução do tamanho mínimo de referência para fins de conservação do bacalhau no mar Báltico não irá prejudicar a capacidade de reprodução das unidades populacionais, na medida em que o Conselho tomou a decisão de fazer reduções nas quotas dos totais admissíveis de capturas (TAC) de 7 % no Báltico ocidental e de 22 % no Báltico oriental.

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D), *por escrito*. — La Comisión ha presentado un acto delegado sobre el plan de descartes del Báltico que prevé la reducción de la TMRC del bacalao de los 38 cm actuales a 35 cm. La CE justifica esta reducción basándose en que el bacalao presenta una altísima densidad en el mar Báltico y, por tanto, está sufriendo ciertos problemas de crecimientos reducidos, incremento de parásitos, etc., con lo cual los descartes han aumentado y los ejemplares maduros han reducido su tamaño.

La propuesta de reducir la TMRC no implica una mayor mortalidad, porque las características de las redes permitidas no cambian. Según el CCTEP, esta reducción no afecta a los juveniles, porque los desoves ocurren por debajo de esos 35 cm. La reducción tendrá un efecto positivo sobre los rendimientos económicos de las pesquerías del bacalao, pues los descartes actuales de entre 30 y 35 cm suponen un 83 % en número y peso.

Los Estados miembros del Báltico y el RAF del Báltico también lo apoyan. Además, la reducción del tamaño traerá coherencia con otras regiones, por ejemplo, con el mar del Norte, donde ya es de 35 cm. Por todo ello, he votado en contra de la propuesta presentada sobre el acto delegado de la Comisión.

Matteo Salvini (NI), *per iscritto*. — Mi sono astenuto in quanto manca una valutazione tecnica accurata sul ciclo biologico del merluzzo bianco del Mar Baltico, valutazione che sarebbe invece indispensabile per una decisione in merito.

Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito*. - La opinión de los científicos del CCTEP apoya la idea de la reducción de la medida de referencia del bacalao en el mar Báltico. Teniendo en cuenta que las medidas de esta especie se han reducido, y por tanto, con 35 centímetros ya está maduro, he votado en contra de la propuesta de Resolución del Grupo ECR para apoyar la decisión del CCTEP y del Consejo Asesor del Mar Báltico.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

Dubravka Šuica (PPE), *napisan.* — Nisam podržala uredbu koja je prigovor na plan koji je Komisija donijela u vezi s odbacivanjem ulova u Baltičkom moru jer bi taj plan mogao potencijalno ugroziti reproduktivnu sposobnost te vrste, što je zabrinjavajuća činjenica na koju je Parlament reagirao. Vijeće je odlučilo da se smanji dopuštena kvota ulova, čime bi se vrsta zaštitila jer trenutačno u moru ima sve manje bakalara. Sama činjenica da je i smanjena minimalna referentna veličina bakalara s 38 cm na 35 cm dovoljna je da se ponovno razmotri plan Komisije, stoga je potrebno da se promijeni sadašnja uredba kako bi došlo do efikasnijeg i realnijeg plana te minimaliziranja štete i zaštite vrste.

Ελευθέριος Συναδινός (NI), *γραφτως.* — Οποιαδήποτε ενέργεια που προωδεί την προστασία του θαλάσσιου και υδρόβιου κόσμου είναι προς τη σωστή κατεύθυνση.

Marc Tarabella (S&D), *par écrit.* — J'ai voté en faveur du Règlement délégué (UE) de la Commission établissant un plan de rejets pour la mer Baltique. Je l'ai d'ailleurs agrémente d'une interpellation plus large sur le «zéro rejet» et sa mise en œuvre.

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito.* — A Comissão Europeia propõe, nesta resolução, reduzir o tamanho mínimo de referência de conservação do bacalhau do Báltico dos 38 para os 35 cm. Existem razões pertinentes para tal.

A redução do tamanho mínimo de captura não aumentará a mortalidade, uma vez que as artes de pesca se manterão as mesmas e o parecer do Comité Científico, Técnico e Económico das Pescas aponta para a inexistência de riscos ao nível da proteção dos juvenis, uma vez que a desova ocorre em comprimentos inferiores aos 35 cm, devido à redução do tamanho médio.

Tendo em conta a nova regulamentação da Política Comum das Pescas, que proíbe as devoluções, a não redução do tamanho mínimo para os 35 cm significaria que uma parte considerável do pescado desembarcado não poderia entrar no circuito comercial normal, tendo de ser encaminhado para transformação para farinhas.

Assim, existe fundamento científico, para além de ponderosas razões económicas e sociais, para a proposta da Comissão. Razão pela qual votámos contra a resolução que pretendia objetar a esta proposta.

Harald Vilimsky (NI), *schriftlich.* — Dieser Entschließungsantrag hat meine vollste Zustimmung erfahren, da die von der Kommission vorgestellte delegierte Verordnung mögliche Auswirkungen auf die Reproduktionsfähigkeit des Dorschbestandes haben könnte und dies nicht vertretbar wäre.

Cecilia Wikström (ALDE), *skriftlig.* - Vi är av princip emot att man fiskar upp fiskar som aldrig hunnit leka. Av den anledningen har vi motsatt oss EU-kommissionens förslag till sänkta mått från 38 till 35 centimeter för torsken i Östersjön. Vi menar att EU-kommissionen snarast bör återkomma med ett nytt förslag, som ska innefatta den plan för landningsskyldighet i Östersjön som nyligen förhandlats fram, där hänsyn tas till den stora utvärdering av hur torsken egentligen mår i Östersjön som planeras till våren 2015.

Inês Cristina Zuber (GUE/NGL), *por escrito.* — A Comissão Europeia propõe reduzir o tamanho mínimo de referência de conservação do bacalhau do Báltico dos 38 para os 35 cm. Existem razões pertinentes para tal.

Os dados apontam para uma redução do tamanho médio do bacalhau no Báltico (após maturação), o que levou a um aumento das devoluções nos últimos anos.

O parecer do Comité Científico, Técnico e Económico das Pescas aponta para a inexistência de riscos ao nível da proteção dos juvenis, uma vez que a desova ocorre em comprimentos inferiores aos 35cm, devido à redução do tamanho médio.

Os 35 cm são já o tamanho mínimo de referência de outras regiões de pesca, como o Mar do Norte, pelo que votámos contra a resolução que pretendia objetar a esta proposta.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

11.20. Solvabilität II (B8-0358/2014)**Dichiarazioni di voto scritte**

Marina Albiol Guzmán (GUE/NGL), *por escrito*. — Esta propuesta de Resolución tiene por objeto presenta objeciones al acto delegado sobre Solvencia II, que fue adoptado por la Comisión el 10 de octubre de 2014. La principal crítica es que la propuesta de la Comisión favorece a la industria de los seguros y debilita los esfuerzos para reducir los riesgos sistémicos relacionados con los seguros. Todo esto queda recogido en la propuesta de Resolución, por lo que he votado a favor.

Dominique Bilde (NI), *par écrit*. — Cette proposition de résolution sur le règlement délégué de la Commission du 10 octobre 2014 complétant la directive 2009/138/CE du Parlement européen et du Conseil sur l'accès aux activités de l'assurance et de la réassurance et leur exercice (solvabilité II) s'oppose à cet acte délégué de la Commission, qui affaiblit l'efficacité des législations. La Commission ne cesse, en effet, de revoir à la baisse la pondération des risques et je me suis donc prononcée pour ce texte qui fait objection à l'acte délégué.

Mara Bizzotto (NI), *per iscritto*. — Ho votato a favore di questa risoluzione che riprende le osservazioni dell'EIOPA e richiama la Commissione al rispetto delle sue raccomandazioni. Il 10 ottobre scorso, infatti, l'Esecutivo dell'UE ha adottato un regolamento delegato relativo a una serie di poteri conferiti dalla direttiva 2009/138/CE che, in diversi casi importanti, diverge significativamente dai pareri tecnici presentati da EIOPA, con una calibrazione dei fattori di rischio utilizzati nella formula standard per il calcolo del requisito patrimoniale di solvibilità (SCR) molto più bassa di quella raccomandata dall'EIOPA.

José Blanco López (S&D), *por escrito*. — He votado en contra de esta propuesta de Resolución sobre el Reglamento Delegado de la Comisión, de 10 de octubre de 2014, por el que se complementa la Directiva 2009/138/CE del Parlamento Europeo y del Consejo sobre el seguro de vida, el acceso a la actividad de seguro y de reaseguro y su ejercicio (Solvencia II) (C(2014) 07230 – 2014/2893(DEA)), al considerar, como la mayoría de la Cámara, que no es oportuno presentar objeciones al Reglamento Delegado de la Comisión, ya que ello impediría que entrase en vigor.

Mercedes Bresso (S&D), *in writing*. — I voted against because this proposal was not protective enough for private persons.

Steeve Briois (NI), *par écrit*. — La Commission ne cesse de revoir à la baisse la pondération des risques, ce qui affaiblit bien évidemment l'efficacité des législations. Puisque la résolution s'oppose à cet acte délégué, j'ai voté pour.

Gianluca Buonanno (NI), *per iscritto*. — Ho espresso voto favorevole. L'articolo 101 della direttiva 2009/138/CE prevede che «siano presi in considerazione tutti i rischi quantificabili cui è esposta un'impresa di assicurazione o di riassicurazione» e che il requisito patrimoniale di solvibilità corrisponda «al valore a rischio dei fondi propri di base dell'impresa di assicurazione o di riassicurazione soggetto ad un livello di confidenza del 99,5% su un periodo di un anno». La direttiva conferisce alla Commissione il potere di adottare atti delegati in una serie di ambiti specifici e la Commissione ha debitamente chiesto all'EIOPA (Autorità europea delle assicurazioni e delle pensioni aziendali e professionali) di fornire pareri tecnici in relazione a tali ambiti. L'EIOPA ha presentato alla Commissione pareri finali sulla calibrazione di Solvibilità II (CEIOPS-SEC-40-10), sulla classificazione e l'ammissibilità dei fondi propri (CP46), sul calcolo e la calibrazione del sottomodulo del rischio azionario (CP69), sul trattamento dei premi futuri (CP30) e sul calcolo del margine di rischio (CP42).

Alberto Cirio (PPE), *per iscritto*. — Questa risoluzione, dal contenuto estremamente tecnico, basa la propria obiezione all'atto della Commissione sul presupposto che non sarebbe stato seguito il parere fornito da un ente consultivo. Per l'ennesima volta siamo dunque di fronte a un tentativo pretestuoso di fare lo sgambetto alla Commissione europea nella sua funzione di organo esecutivo dell'UE. Per questa ragione ho votato contro la risoluzione.

Lara Comi (PPE), *per iscritto*. — Sulla base di quanto citato all'articolo 101 della direttiva 2009/138/CE e del lavoro svolto dalla Commissione nella stesura del regolamento delegato, ritengo giustificabile la parziale adozione delle soluzioni espresse dai tecnici del CEIOPS/EIOPA riguardo alla quantificazione dei rischi cui sono esposte le imprese di assicurazione e di riassicurazione e dei criteri per giudicare la solvibilità in relazione al valore a rischio dei fondi propri. A mio avviso la Commissione ha giustamente vagliato in senso critico il parere tecnico del CEIOPS/EIOPA, rispettando lo spirito della direttiva succitata del Parlamento europeo.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

Ignazio Corrao (EFDD), *per iscritto*. — Considerato che l'articolo 290 del TFUE stabilisce che lo scopo degli atti delegati è di integrare o modificare determinati elementi non essenziali dell'atto legislativo o di fissare condizioni uniformi per l'attuazione delle disposizioni definite negli atti legislativi e considerando che l'articolo 101 della direttiva 2009/138/CE prevede che «siano presi in considerazione tutti i rischi quantificabili cui è esposta un'impresa di assicurazione o di riassicurazione» e che il requisito patrimoniale di solvibilità corrisponda «al valore a rischio dei fondi propri di base dell'impresa di assicurazione o di riassicurazione soggetto ad un livello di confidenza del 99,5 % su un periodo di un anno», ho votato favorevolmente alla mozione dei Verdi che chiede di sollevare obiezione ad atti delegati della Commissione per regolamentare questa specifica materia.

Javier Couso Permuy (GUE/NGL), *por escrito*. — Esta propuesta de Resolución tiene por objeto presenta objeciones al acto delegado sobre Solvencia II, que fue adoptado por la Comisión el 10 de octubre de 2014. La principal crítica es que la propuesta de la Comisión favorece a la industria de los seguros y debilita los esfuerzos para reducir los riesgos sistémicos relacionados con los seguros. Todo esto queda recogido en la propuesta de Resolución, por lo que he votado a favor.

Miriam Dalli (S&D), *in writing*. — I voted in favour of this report, which objects to the Commission delegated regulation covering many of the empowerments under the Directive on the taking-up and pursuit of the business of Insurance and Reinsurance which, in several important cases, deviate significantly from the technical advice submitted, resulting in significantly lower calibrations of risk factors used in the standard formula to calculate the Solvency Capital Requirement (SCR)

Michel Dantin (PPE), *par écrit*. — La directive 2009/138/CE («Solvabilité II»), modifiée en 2014, entrera en vigueur le 1^{er} janvier 2016 et remplacera 14 directives existantes. Dans la lignée des exigences dites «Bâle II», son objectif est de créer un régime prudentiel unique au niveau européen pour les entreprises d'assurance et de réassurance afin de renforcer la prise en compte des risques et d'obliger les assureurs à mettre en réserve suffisamment de capital pour faire face à ces risques. Portée lors de la dernière législature par le Vice-Président Michel BARNIER, cette proposition a pour but de rendre notre système financier plus robuste et capable de faire face aux crises, protégeant mieux nos concitoyens des aléas de la finance. Considérant que la mise en application de ce texte législatif est d'une importance capitale, je vote contre cette résolution qui, si elle est adoptée, remettrait en cause le cœur de ce nouveau corpus européen de règles prudentielles pour les entreprises d'assurance et de réassurance dans l'Union.

Rachida Dati (PPE), *par écrit*. — Votée en novembre 2009, la directive «Solvabilité II» doit entrer en vigueur le 1^{er} janvier 2016. Applicable au secteur des assurances, cette directive vise à encourager les organismes à mieux connaître et à évaluer leurs risques, notamment en adaptant les exigences réglementaires aux risques que les entreprises encourent dans leur activité. Le règlement délégué de la Commission que la présente proposition de résolution veut rejeter permettra de suivre le calendrier prévu et répond au cadre de l'acte législatif de base. C'est pourquoi je n'ai pas souhaité m'y associer.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI), *γραφτως*. — Ψήφισα υπέρ του ψηφίσματος, αφού διατυπώνει αντίρρηση σχετικά με τον κατ' εξουσιοδότηση κανονισμό της Επιτροπής.

João Ferreira (GUE/NGL), *por escrito*. — Esta resolução serve para rejeitar o ato delegado da Comissão no que diz respeito à atividade de seguros e resseguros e ao seu exercício, nomeadamente no que se refere à calibração dos fatores de risco utilizados na fórmula-padrão de cálculo do requisito de capital de solvência, nomeadamente a classificação e elegibilidade de fundos próprios, da estrutura e calibração do sub-módulo do risco acionista, do tratamento dos prémios futuros e do cálculo da margem de risco.

O ato delegado adotado pela Comissão em 10 de outubro, além de não ter em conta as recomendações técnicas do CAESSPCR/EIOPA, tem como resultado uma calibração significativamente mais baixa dos fatores de risco utilizados na fórmula-padrão de cálculo do requisito de capital de solvência, funcionando este em claro favor à indústria dos seguros e sendo contrário aos interesses dos tomadores de seguros na defesa e proteção contra os riscos assumidos pelas empresas de seguros.

Razões pelas quais votámos a favor.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

Monika Flašíková Beňová (S&D), písomne — Článok 290 ZFEÚ stanovuje, že cieľom delegovaných aktov je doplniť alebo zmeniť určité prvky, alebo stanoviť jednotné podmienky na vykonávanie ustanovení vymedzených v legislatívnych aktoch. Článok 101 Smernice 2009/138/ES stanovuje, že v prípade poisťovníctva a zaistenia sa zohľadnia všetky kvantifikovateľné riziká, ktorým sú poisťovne alebo zaistovne vystavené, a že kapitálová požiadavka na solventnosť zodpovedá hodnote v riziku základných vlastných zdrojov poisťovne alebo zaistovne s 99,5 % hladinou spoľahlivosti v časovom horizonte jedného roku. Európska komisia prijala nariadenie zahŕňajúce udelenia právomocí, ktoré sa vo viacerých významných prípadoch značne odchyľujú od predložených technických odporúčaní, čo vedie k výrazne nižším kalibráciám rizikových faktorov.

Lorenzo Fontana (NI), per iscritto. — Voto favorevolmente al provvedimento in quanto l'allegato è collegato all'articolo 101 della direttiva 2009/138/CE che prevede che «siano presi in considerazione tutti i rischi quantificabili cui è esposta un'impresa di assicurazione o di riassicurazione» e che il requisito patrimoniale di solvibilità corrisponda «al valore a rischio dei fondi propri di base dell'impresa di assicurazione o di riassicurazione soggetto ad un livello di confidenza del 99,5% su un periodo di un anno».

Tania González Peñas (GUE/NGL), por escrito. - Nos hemos abstenido en la votación. La propuesta de Resolución plantea, como muchas de su especie y en esta materia, soluciones puntuales que no resuelven los problemas estructurales que enfrentan tanto nuestros sectores industriales tradicionales como nuestro cada vez más fragilizado medioambiente.

Por una parte, la propuesta de Resolución no acaba de especificar medidas concretas que impacten sobre la generación de valor agregado (I+D+i) y que logren conservar aquellos sectores industriales que resultan estratégicos para Europa, primando la eficiencia energética y la inversión en desarrollos tecnológicos adecuados.

Por otra parte, la propuesta de Resolución no acomete el verdadero desafío que sigue presentando Europa: la necesidad urgente de reformar el sistema impositivo ambiental europeo de manera que se ejerza una verdadera regulación sobre las actividades humanas y sus impactos sobre la salud, los ecosistemas y también sobre los tejidos industriales locales.

Λάμπρος Φουντούλης (NI), γραπτώς. — Ψηφίζω υπέρ του ψηφίσματος, αφού διατυπώνει αντίρρηση σχετικά με τον κατ' εξουσιοδότηση κανονισμό της Επιτροπής.

Pablo Iglesias (GUE/NGL), por escrito. - Nos hemos abstenido en la votación. La propuesta de Resolución plantea, como muchas de su especie y en esta materia, soluciones puntuales que no resuelven los problemas estructurales que enfrentan tanto nuestros sectores industriales tradicionales como nuestro cada vez más fragilizado medioambiente.

Por una parte, la propuesta de Resolución no acaba de especificar medidas concretas que impacten sobre la generación de valor agregado (I+D+i) y que logren conservar aquellos sectores industriales que resultan estratégicos para Europa, primando la eficiencia energética y la inversión en desarrollos tecnológicos adecuados.

Por otra parte, la propuesta de Resolución no acomete el verdadero desafío que sigue presentando Europa: la necesidad urgente de reformar el sistema impositivo ambiental europeo de manera que se ejerza una verdadera regulación sobre las actividades humanas y sus impactos sobre la salud, los ecosistemas y también sobre los tejidos industriales locales.

Ivan Jakovčić (ALDE), napisan. — Glasao sam PROTIV Rezolucije o Delegiranoj uredbi Komisije o dopuni Direktive o osnivanju i obavljanju djelatnosti osiguranja i reosiguranja jer je cijela ALDE grupa bila protiv, mada nisam do kraja sretan sa delegiranim aktom koji je na snazi.

Kako je dogovor oko Delegiranog akta kojega nazivamo „Solvency II“ bio vrlo osjetljiva tema, mišljenja sam da Delegirani akt treba imati svoju mogućnost nastavka djelovanja. Time će sektor osiguranja, nakon mnogo godina, napokon moći implementirati odgovarajuća pravila kako bi se stvorila veća pravna sigurnost i zaštita od rizika insolventnosti.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

Afzal Khan (S&D), *in writing*. — I voted against this motion, as I believe that to reopen the package at this stage would put implementation back by years. The position reached is a carefully negotiated compromise between different Member States in order to allow us a version of the regulation which can be implemented on 1 January 2016.

Giovanni La Via (PPE), *per iscritto*. — Sostengo la proposta del relatore perché ritengo che la Commissione europea abbia giustamente valutato il parere tecnico fornito dal CEIOPS/EIOPA riguardo alla quantificazione dei rischi cui sono esposte le imprese di assicurazione e di riassicurazione e dei criteri per giudicare la solvibilità in relazione al valore a rischio dei fondi propri.

Paloma López Bermejo (GUE/NGL), *por escrito*. — Esta propuesta de Resolución tiene por objeto presenta objeciones al acto delegado sobre Solvencia II, que fue adoptado por la Comisión el 10 de octubre de 2014. La principal crítica es que la propuesta de la Comisión favorece a la industria de los seguros y debilita los esfuerzos para reducir los riesgos sistémicos relacionados con los seguros. Todo esto queda recogido en la propuesta de Resolución, por lo que he votado a favor.

Ivana Maletić (PPE), *napisan*. — Smatram da dodatni prilozi Delegiranoj uredbi nisu potrebni te iz tog razloga ne podržavam ovaj prijedlog.

Solventnost II zamjenjuje i poboljšava postojećih 14 direktiva u području osiguranja i uvodi po prvi put nova, čvršća pravila solventnosti, upravljanja rizicima i procesa nadzora temeljenog na rizicima za sve članice. Direktivom Solventnost II uvest će se moderni, usklađeni okvir o osnivanju djelatnosti i nadzoru društava za osiguranje i društava za reosiguranje u Uniji.

Ta su nova pravila od ključne važnosti za siguran i stabilan sektor osiguranja koji može ponuditi održive proizvode osiguranja i poduprijeti realno gospodarstvo dugoročnim ulaganjima i dodatnom stabilnošću.

Andrejs Mamikins (S&D), *rakstiski*. — Es balsoju “atturas”, kaut gan lielākā daļa manu kolēģu sociāldemokrātu grupā bija pret.

Νότης Μαρτιάς (ECR), *γραφτώ*. — Υπερψήφισα το παράρτημα του κατ' εξουσιοδότηση κανονισμού (ΕΕ) της Επιτροπής για τη συμπλήρωση της οδηγίας 2009/138/ΕΕ του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου και του Συμβουλίου σχετικά με την ανάληψη και την άσκηση δραστηριοτήτων ασφάλισης και αντασφάλισης (Φερεγγυότητα II), διότι ρυθμίζει με επάρκεια και κατάλληλα το εν λόγω ζήτημα.

Barbara Matera (PPE), *per iscritto*. — Trovo che le istanze contenute all'interno della proposta di risoluzione presenta dai Verdi, che richiede, nella sostanza, che vengano considerati tutti i rischi quantificabili cui è esposta un'impresa di assicurazione o di riassicurazione, non siano totalmente condivisibili.

Per tale ragione ho deciso di votare contro il testo.

Georg Mayer (NI), *schriftlich*. — Dieser Antrag hat meine Zustimmung erfahren, da die Kommission in mehreren wesentlichen Teilen von der Meinung der beratenden Stellen abgerückt ist. Dies war in technischen sowie fachlichen Fragen der Fall und führt zu einer geringen Kalibrierung der Risikofaktoren. Um dem entgegenzuwirken, habe ich mich für den Antrag ausgesprochen.

Jean-Luc Mélenchon (GUE/NGL), *par écrit*. — La directive Solvabilité 2 règlemente le secteur de l'assurance en matière de fonds propres et de prises de risque. Dans ce cadre, la Commission est habilitée à adopter des actes délégués. Le 10 octobre 2014, la Commission a adopté un règlement délégué qui s'écarte considérablement des avis techniques présentés. Il prévoit notamment un calibrage beaucoup plus faible des facteurs de risque utilisés pour calculer le capital de solvabilité requis (CSR) par rapport aux recommandations. Cela démontre une nouvelle fois que la Commission est au service des marchés financiers plutôt que des citoyens. La résolution qui nous est soumise s'oppose à cet acte délégué qui sous-estime les risques. Je vote pour.

Nuno Melo (PPE), *por escrito*. — Apresentei o meu voto favorável à proposta de resolução do Parlamento Europeu que formula objeções ao regulamento delegado da Comissão Europeia que completa a Diretiva relativa ao acesso à atividade de seguros e resseguros e ao seu exercício. Partilho da posição de que em vários casos a posição da Comissão se afasta das recomendações técnicas formuladas, o que resulta numa calibração significativamente mais baixa dos fatores de risco utilizados na fórmula padrão de cálculo do requisito de capital de solvência. No entanto, a Comissão Europeia não apresenta qualquer elemento que justifique que essas calibrações cumpram o disposto no artigo 101.º, assentando tais considerações em razões políticas para se afastar da fórmula recomendada pelo CAESSPCR/EIOPA. Por este motivo, votei favoravelmente a posição do Parlamento Europeu de comunicar que o presente regulamento delegado não poderá entrar em vigor.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

Roberta Metsola (PPE), *in writing*. — I voted against this resolution because the Commission is supplementing Directive 2009/138/EC in order to make the new capital requirements more risk-sensitive and more sophisticated than in the past. This in turn enables increased coverage of the real risks run by the insurer and also moves towards requirements that better fit the insurers' risk profiles. A move away from a one-model-fits-all approach would increase insurers' capability to operate within the internal market.

Marlene Mizzi (S&D), *in writing*. — I am not in agreement with the resolution on the taking-up and pursuit of the business of Insurance and Reinsurance (Solvency II).

Bernard Monot (NI), *par écrit*. — En matière de solvabilité des établissements bancaires, les règles mises en place au niveau européen se situent en deçà des exigences des accords de Bale III, notamment en raison de la mauvaise prise en compte du risque de défaut de paiement d'un État souverain ou d'une personne publique. À nouveau, à l'occasion des textes d'application de la directive Solvabilité 2, concernant les compagnies d'assurance, la Commission affaiblit l'efficacité de la législation et la prévention des risques. Le Parlement doit veiller à ce que les actes délégués ne remettent pas en cause les principes votés en niveau 1 et doit, en outre, tout faire pour éviter une mauvaise appréciation des risques et une crise de solvabilité dans le secteur des assurances. En l'espèce, les comités techniques saisis pour avis établissent que le projet d'acte délégué ici présenté constitue un recul de ces deux points de vue. Il convient donc de soutenir le rejet du règlement délégué de la Commission.

Sophie Montel (NI), *par écrit*. — La Commission ne cesse de revoir à la baisse la pondération des risques, ce qui affaiblit bien évidemment l'efficacité des législations. Puisque cette résolution s'oppose à cet acte délégué, j'ai donc voté pour.

Younous Omarjee (GUE/NGL), *par écrit*. — J'ai voté en faveur de ce rapport, qui fait objection au règlement délégué de la Commission sur la «Solvabilité II», car il estime que la Commission s'est considérablement écartée des avis techniques présentés, et prévoit donc un calibrage beaucoup trop faible des facteurs de risque utilisés dans la formule standard destinée à calculer le capital de solvabilité requis par rapport aux recommandations du CECAPP/AEAPP.

Aldo Patriciello (PPE), *per iscritto*. — Cari colleghe e cari colleghi, l'articolo 101 della direttiva 2009/138/CE prevede che «siano presi in considerazione tutti i rischi quantificabili cui è esposta un'impresa di assicurazione o di riassicurazione» e che il requisito patrimoniale di solvibilità corrisponda «al valore a rischio dei fondi propri di base dell'impresa di assicurazione o di riassicurazione soggetto ad un livello di confidenza del 99,5 % su un periodo di un anno». La direttiva conferisce alla Commissione il potere di adottare atti delegati in una serie di ambiti specifici e la Commissione ha debitamente chiesto al CEIOPS/EIOPA di fornire pareri tecnici in relazione a tali ambiti. Il 10 ottobre 2014 la Commissione ha adottato un regolamento delegato relativo a una serie di poteri conferiti dalla direttiva che, in diversi casi importanti, diverge significativamente dai pareri tecnici presentati. Per tali ragioni esprimerai il mio voto contrario.

Paulo Rangel (PPE), *por escrito*. — Votei contra a presente proposta de resolução que se opõe ao Regulamento Delegado da Comissão por considerar que o ato delegado não se afasta das recomendações técnicas formuladas, sendo que a classificação e a elegibilidade de fundos próprios, a estrutura e a calibração do submódulo de risco acionista, o tratamento os prémios futuros e o cálculo da margem de risco, tal como foram apresentadas à Comissão pelo CAESSPCR/EIOPA, foram tidas em conta no processo de elaboração do ato.

Frédérique Ries (ALDE), *par écrit*. — Au cours de la dernière campagne pour les élections européennes du 25 mai, le MR avait pris l'engagement de marquer de sa différence au Parlement européen son action en faveur du renouveau de secteurs industriels en difficulté, comme la filière de la sidérurgie. Une approche libérale et sociale dictée par des impératifs de résultats et non une approche purement protectionniste qui a montré ses limites depuis plus de 20 ans. Car la réalité est là, et elle est double: inquiétante, si l'on se réfère aux 60 000 emplois perdus dans la filière depuis 2007, prometteuse si l'on considère que le secteur de l'acier, c'est 350 000 emplois directs et plusieurs millions de sous-traitants concernés dans l'Union européenne. Nous savons pertinemment que l'industrie européenne a impérativement besoin d'un secteur sidérurgique fort et compétitif. L'Union est le deuxième producteur mondial d'acier, avec 11 % de la production totale. C'est fort de ce constat et de l'adoption par la plénière d'amendements du groupe libéral sur la R&D et la promotion d'une filière acier faible en émissions carbone, sur également l'instauration de partenariats publics-privés dans ce secteur stratégique que la délégation MR a voté ce midi la résolution sur le futur de l'acier en Europe.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

Teresa Rodríguez-Rubio (GUE/NGL), por escrito. - Nos hemos abstenido en la votación. La propuesta de Resolución plantea, como muchas de su especie y en esta materia, soluciones puntuales que no resuelven los problemas estructurales que enfrentan tanto nuestros sectores industriales tradicionales como nuestro cada vez más fragilizado medioambiente.

Por una parte, la propuesta de Resolución no acaba de especificar medidas concretas que impacten sobre la generación de valor agregado (I+D+i) y que logren conservar aquellos sectores industriales que resultan estratégicos para Europa, primando la eficiencia energética y la inversión en desarrollos tecnológicos adecuados.

Por otra parte, la propuesta de Resolución no acomete el verdadero desafío que sigue presentando Europa: la necesidad urgente de reformar el sistema impositivo ambiental europeo de manera que se ejerza una verdadera regulación sobre las actividades humanas y sus impactos sobre la salud, los ecosistemas y también sobre los tejidos industriales locales.

Lola Sánchez Caldentey (GUE/NGL), por escrito. - Nos hemos abstenido en la votación. La propuesta de Resolución plantea, como muchas de su especie y en esta materia, soluciones puntuales que no resuelven los problemas estructurales que enfrentan tanto nuestros sectores industriales tradicionales como nuestro cada vez más fragilizado medioambiente.

Por una parte, la propuesta de Resolución no acaba de especificar medidas concretas que impacten sobre la generación de valor agregado (I+D+i) y que logren conservar aquellos sectores industriales que resultan estratégicos para Europa, primando la eficiencia energética y la inversión en desarrollos tecnológicos adecuados.

Por otra parte, la propuesta de Resolución no acomete el verdadero desafío que sigue presentando Europa: la necesidad urgente de reformar el sistema impositivo ambiental europeo de manera que se ejerza una verdadera regulación sobre las actividades humanas y sus impactos sobre la salud, los ecosistemas y también sobre los tejidos industriales locales.

Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), por escrito. - Esta propuesta de Resolución tiene por objeto presenta objeciones al acto delegado sobre Solvencia II, que fue adoptado por la Comisión el 10 de octubre de 2014. La principal crítica es que la propuesta de la Comisión favorece a la industria de los seguros y debilita los esfuerzos para reducir los riesgos sistémicos relacionados con los seguros. Todo esto queda recogido en la propuesta de Resolución, por lo que he votado a favor.

Catherine Stihler (S&D), in writing. — I did not support this motion to object as the current position we have on Solvency II and the delegated regulation is a carefully negotiated compromise in order to allow implementation on 1 January 2016. The issues raised in this motion were not sufficiently important to policyholder security to warrant re-opening of the Delegated Act at this late stage. Solvency II and the Delegated Acts are a consumer protection measure so should be implemented as soon as possible. There will be a review within two years where any issues can be addressed if necessary.

Dubravka Šuica (PPE), napisan. — Ovom direktivom predviđeno je uspostavljanje modernog i na mjerenju rizika utemeljenog nadzora društava za osiguranje i reosiguranje u Europskoj uniji, a samim time i Hrvatskoj.

Smatram da je prijedlog dobar, ali da u obzir mora uzeti sve mjerljive rizike kojima su izložena društva za osiguranje / reosiguranje te solventni kapital koji mora odgovarati rizičnoj vrijednosti osnovnih vlastitih sredstava društva sa stupnjem pouzdanosti od 99,5 posto tijekom razdoblja od jedne godine. Smatram da prilozi delegiranoj uredbi Komisije o dopuni Direktive 2009/138/EZ Europskog parlamenta i Vijeća o osnivanju i obavljanju djelatnosti osiguranja i reosiguranja ne uzimaju u obzir na adekvatan način sve rizike s kojima se susreću društva na tržištu EU-a danas zbog čega nisam podržala ovaj prijedlog.

Ελευθέριος Συναδινός (NI), γραπτώς. — Η Επιτροπή Οικονομικής και Νομισματικής Πολιτικής δεν είχε καταθέσει τέτοιο ψήφισμα, με αποτέλεσμα το άρθρο 105 παράγραφος 4 του κανονισμού να ισχύει και να εφαρμόζεται στην περίπτωση ψηφίσματος που υποβλήθηκε κατά τη σύνοδο Ολομέλειας του Δεκεμβρίου 2014, ως εκ τούτου ο κατ' εξουσιοδότηση κανονισμός δεν μπορεί να τεθεί σε ισχύ.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

Marc Tarabella (S&D), *par écrit*. — J'ai voté en faveur du règlement délégué de la Commission du 10 octobre 2014 complétant la directive 2009/138/CE du Parlement européen et du Conseil sur l'accès aux activités de l'assurance et de la réassurance et leur exercice (solvabilité II) et j'en ai, comme mes collègues, validé les annexes.

Ernest Urtasun (Verts/ALE), *por escrito*. — He votado a favor de esta propuesta de Resolución ya que considero que el Reglamento Delegado sobre el paquete de solvencia bancaria conocido como Solvencia II no garantiza un control riguroso del riesgo de las grandes entidades y, al mismo tiempo, perjudica profundamente a cientos de pequeñas entidades financieras que deberán contribuir a un fondo diseñado solo para los bancos «demasiado grandes para dejarlos caer».

Marie-Christine Vergiat (GUE/NGL), *par écrit*. — Solvabilité II est une réforme européenne dont l'objectif officiel est «de mieux adapter les fonds propres exigés des compagnies d'assurances et de réassurance avec les risques que celles-ci encourent dans leur activité». Au motif de mieux protéger les assuré(e)s, ce projet vise, en réalité, essentiellement à créer un marché unique de l'assurance dans l'UE et à mieux contrôler l'activité des assureurs paneuropéens (55 articles de la directive sont consacrés aux groupes). Il pénalise, de fait, les petites et moyennes structures et tout particulièrement les mutuelles en niant une fois encore leurs spécificités. Je m'étais déjà opposée à l'adoption d'une telle directive en mars dernier et avec sa nouvelle proposition, la Commission veut passer en force via un acte délégué, ce qui lui donne tout pouvoir et enlève tout contrôle au Parlement. Pour moi, ce n'est acceptable ni sur le fond, ni sur la forme. C'est pourquoi j'ai voté pour cette résolution qui refusait de donner tout pouvoir à la Commission et je regrette donc qu'elle ait été rejetée à une large majorité par les groupes PPE, S&D, ALDE et ECR.

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito*. — Esta resolução serve para rejeitar o ato delegado da Comissão no que diz respeito à atividade de seguros e resseguros e à calibração dos fatores de risco utilizados na fórmula-padrão de cálculo do requisito de capital, nomeadamente a classificação e elegibilidade de fundos próprios, da estrutura e calibração do sub-módulo do risco acionista, do tratamento dos prémios futuros e do cálculo da margem de risco.

O ato delegado adotado pela Comissão em 10 de outubro, além de não ter em conta as recomendações técnicas do CAESSPCR/EIOPA, tem como resultado uma calibração significativamente mais baixa dos fatores de risco utilizados na fórmula-padrão de cálculo do requisito de capital de solvência, funcionando este em claro favor à indústria dos seguros e contrário aos interesses dos tomadores de seguros na defesa e proteção contra os riscos assumidos pelas empresas de seguros.

Harald Vilimsky (NI), *schriftlich*. — Da die Kommission in mehreren wesentlichen Teilen von der Meinung der beratenden Stellen abgerückt ist, habe ich dem Antrag zugestimmt. Unter anderem war in technischen sowie fachlichen Fragen der Fall, und dies führt zu einer geringen Kalibrierung der Risikofaktoren.

11.21. Erneuerung der EU-Strategie der inneren Sicherheit (B8-0350/2014)

Dichiarazioni di voto orali

Laura Ferrara (EFDD). - Signor Presidente, onorevoli colleghi, l'Europa ha il dovere di compiere ogni sforzo possibile per assicurare ai suoi cittadini il massimo della sicurezza possibile. Questa garanzia passa inevitabilmente dalla presa d'atto delle sfide alla sicurezza, a cui la nostra società è quotidianamente sottoposta. Pur apprezzando l'impegno dell'Unione europea nell'affrontare queste sfide, non possiamo fare a meno di denunciare la timida attenzione nei confronti di un fenomeno che, talvolta subdolamente, tal altra in maniera evidente, si sta velocemente diffondendo nel continente.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

Mi riferisco al dilagare della corruzione, delle attività delle organizzazioni criminali, il cui primo sbocco nei paesi che pensano di esserne immuni è il riciclaggio di denaro sporco. Credo che non si sia fatto abbastanza per la lotta contro la mafia e che occorra una presa di coscienza collettiva, che ci porti ad adottare un approccio olistico a questi temi. Alle pure apprezzabili relazioni della Commissione devono seguire i fatti. E quindi, cominciamo ad adottare tutte le iniziative legislative possibili, a partire dalla confisca preventiva dei proventi illeciti delle organizzazioni criminali e della disciplina del reato di associazione a delinquere di stampo mafioso fino ad arrivare alla tutela dei *whistleblowers* per contrastare la corruzione.

Caterina Chinnici (S&D). - Signor Presidente, onorevoli colleghi, la risoluzione ribadisce che libertà, sicurezza e giustizia sono obiettivi da perseguire in parallelo. La nuova strategia dovrà garantire il pieno rispetto dei diritti e principi fondamentali, non sempre assicurato in passato, ma dovrà anche essere una strategia efficace e naturalmente soggetta ad esaustive tutele giurisdizionali. Ma dovrà essere soprattutto una strategia efficace. A tal fine e in attesa della comunicazione della Commissione sulla nuova strategia di sicurezza interna dell'Unione europea, la risoluzione individua alcune condivisibili priorità.

Tra queste il contrasto alla tratta di esseri umani, alla criminalità organizzata, al riciclaggio e alla corruzione, da combattersi anche tramite una più stretta cooperazione in ambito penale tra Stati e tra agenzie dell'Unione europea, utilizzando maggiormente strumenti quali le squadre investigative comuni e migliorando la circolazione delle informazioni pertinenti nel rispetto delle garanzie che dovranno presto essere sancite dalla direttiva sulla protezione dei dati. Per questi motivi ho appoggiato la risoluzione.

Dichiarazioni di voto scritte

Marina Albiol Guzmán (GUE/NGL), por escrito. — No he votado a favor de esta propuesta de Resolución que aborda la preparación de una nueva Estrategia de Seguridad Interior para los próximos cuatro años porque se plantea con las mismas bases que anteriormente, basando la seguridad en un enfoque únicamente represivo y obviando el enfoque radical, es decir, de raíz, sobre las causas que han generado esas nuevas amenazas. Por este motivo he votado en contra.

Petras Auštrevičius (ALDE), in writing. — Taking into account today's changing security environment and emerging new security threats, a timely and prompt revision of common EU internal security strategy (ISS) is needed. New threats are becoming, as never before, diversified, asymmetrical and international, meaning that international crime, radicalisation of religious and nationalistic groups, terrorism and cybercrime are on the rise and the traditional security measures and combat forms no longer serve as effective measures to tackle these challenges. Therefore, we must call upon the EP, the Council and Commission to work closely to make the ISS more coherent, univocal and targeted. Thus, a motion for the revised internal security strategy (ISS) including improved working methods and alternated structure is a very welcome and needed initiative. Only by implementing the new ISS will Europe be able to preserve its legal and political order and defend itself against the new challenges on the rise.

Zigmantas Balčytis (S&D), raštu. — Balsavau už šią rezoliuciją, kurios tikslas – vidaus saugumo strategijos atnaujinimas. 2010–2014 m. nustatyta VSS netrukus baigs galioti ir būtina perengti naują VSS 2015–2019 m. laikotarpiui. Pastaraisiais metais saugumo padėtis Europoje labai pasikeitė dėl ES kaimynystės šalyse kilusių naujų konfliktų. Pritariu išdėstytiems siūlymams, kad rengiant naują VSS Europolas turi išnagrinėti, su kokiais pavojais saugumui susiduriama šiandien ir kokios grėsmės laukia ateityje. Naujoji VSS turi būti lengvai pritaikoma prie besikeičiančios padėties. Neramina tai, kad sparčiai auga ES piliečių, kurie vyksta į konflikto zonas su tikslu prisijungti prie teroristinių organizacijų ir vėliau grįžta į ES teritoriją, skaičius. Todėl pritariu, kad būtina imtis atitinkamų priemonių siekiant užkirsti kelią verbavimui dalyvauti konfliktuose, finansinės paramos teroristinėms organizacijoms ir asmenims, norintiems prie jų prisijungti, teikimui, ir numatyti baudžiamąjį persekiojimą. Taip pat svarbu numatyti atitinkamus išteklius tinkamam VSS įgyvendinimui.

Dominique Bilde (NI), par écrit. – La volonté du renouvellement de la stratégie de sécurité intérieure de l'UE ne passera malheureusement pas par ces mesures proposées qui sont bien trop faibles et en dehors de toute réalité face aux problèmes que connaissent les États membres en matière de sécurité.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

La lutte contre le terrorisme et le djihadisme ne passera pas par des mesurées sur la tolérance ou la cohésion sociale mais par une politique volontariste osant rétablir un contrôle aux frontières de l'UE et supprimant les accords de Schengen. Il devient plus qu'urgent d'en finir avec cette politique de bons sentiments qui met en danger la sécurité des citoyens de l'Union. J'ai donc voté contre ce texte.

José Blanco López (S&D), *por escrito*. — Los retos actuales de la seguridad en Europa son transfronterizos, por lo que es difícil para los Estados miembros dar una respuesta individual. En 2010 se aprobó la Estrategia de Seguridad Interior de la UE (ESI), que establece directrices para hacer frente a las amenazas a la seguridad en Europa allí donde la UE puede aportar valor añadido: redes internacionales de criminalidad transfronteriza, prevención de ataques terroristas, seguridad cibernética, seguridad fronteriza o resistencia a desastres naturales. La Comisión presentó en marzo su nueva propuesta de ESI 2015-2019.

La Resolución aprobada reconoce que la situación de seguridad en Europa ha cambiado drásticamente debido a nuevos conflictos y pide una cooperación más eficaz entre los Estados miembros a través de un mayor uso de instrumentos valiosos ya existentes, como los equipos conjuntos de investigación. Se insta además a una estrategia de futuro que se centre tanto en las amenazas existentes como en las emergentes, con un enfoque holístico que incluya el mayor número posible de áreas, tales como los combatientes extranjeros y las amenazas a la seguridad cibernética. Siempre de acuerdo con los derechos fundamentales y la protección de datos. Por todo ello, he votado a favor de esta propuesta de Resolución.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), *raštu*. — Balsavau dėl šios rezoliucijos, nes ja Parlamentas siekia iš anksto prisidėti prie naujos ES vidaus saugumo strategijos, galiosiančios 2015–2019 m. ir kurią Komisija planuoja pateikti 2015 m. pavasarį. Būsima strategija yra itin svarbi dėl pastaraisiais metais labai pasikeitusios saugumo padėties Europoje dėl ES artimiausios kaimynystės šalyse kilusių naujų konfliktų ir perversmų, greitos naujų technologijų plėtros ir didėjančio radikalizmo, dėl kurio kyla smurtas ir atsiranda terorizmas. Visų pirma, naujojoje ES vidaus saugumo strategijoje Parlamentas paragino Komisiją tinkamai atspindėti ES Pagrindinių teisių chartiją, ir jos vertybes, nes saugumo priemonės visada turi būti taikomos laikantis teisinės valstybės principų ir užtikrinant visas pagrindines teises. Parlamentas taip pat paragino dėmesį sutelkti ne tik į jau esamus, bet ir į kylančius pavojus saugumui, ir laikytis integruoto požiūrio į tokias sritis kaip kibernetinis saugumas, prekyba žmonėmis ir kova su terorizmu ar į tokias neatsiejamai susijusias temas kaip organizuotas nusikaltimai, pinigų plovimas ir korupcija. Parlamentas rezoliucijoje taip pat pabrėžė, jog tam, kad naujoji vidaus saugumo strategija būtų tinkamai įgyvendinama, yra būtinas aiškus paskirstymas, kurios užduotys bus vykdomos ES, o kurios – nacionaliniu lygmeniu.

Steeve Briois (NI), *par écrit*. — J'ai voté contre cette proposition de résolution relative au renouvellement de la stratégie de sécurité intérieure de l'Union européenne car les mesures envisagées ici sont ridiculement faibles face aux graves problèmes rencontrés par les États membres. Croire qu'une politique de la «promotion de la tolérance politique et religieuse, le renforcement de la cohésion sociale et de l'ouverture à tous et la simplification des possibilités de réinsertion» sera efficace pour lutter contre la montée du djihadisme relève de la naïveté la plus coupable car elle met en danger les peuples des États membres. Seul le rétablissement des frontières nationales et de contrôles sérieux permettra d'empêcher les criminels patentés et ceux en devenir de circuler librement. Il est avéré que l'UE est incapable de gérer ses frontières, qui sont de véritables passoires. Il faut donc rompre de toute urgence avec les accords de Schengen et rétablir nos frontières nationales.

Gianluca Buonanno (NI), *per iscritto*. — Voto favorevole per rinnovare la strategia di sicurezza interna. Le azioni riguardano la criminalità organizzata, il terrorismo, la criminalità informatica, la sicurezza alle frontiere e le calamità.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

Soledad Cabezón Ruiz (S&D), por escrito. — El texto reconoce que la situación de seguridad en Europa ha cambiado drásticamente debido a nuevos conflictos y pide una cooperación más eficaz entre los Estados miembros a través de un mayor uso de instrumentos valiosos ya existentes, como los equipos conjuntos de investigación. Además, se requiere de una estrategia de futuro que se centre tanto en las amenazas existentes y emergentes, con un enfoque holístico que incluya el mayor número posible de áreas, tales como los combatientes extranjeros y las amenazas a la seguridad cibernética. Es importante destacar que se trata de un texto equilibrado que hace hincapié en la necesidad de garantizar que las medidas de seguridad siempre se lleven a cabo de acuerdo con los derechos fundamentales y que hace mención, en particular, a la Decisión del Tribunal de Justicia sobre la conservación de datos y a la propuesta de Directiva de Protección de Datos.

La propuesta de Resolución y la pregunta oral han sido estudiadas por todos los grupos políticos y, después de muchas negociaciones, se ha llegado a un acuerdo sobre un texto.

Alain Cadec (PPE), par écrit. — La stratégie de sécurité intérieure de l'Union prend fin cette année. Il est donc primordial de mettre en place une nouvelle stratégie pour les quatre années à venir mieux adaptée aux défis sécuritaires actuels. Le problème des ressortissants européens qui se rendent dans les zones de conflits pour combattre aux côtés de terroristes doit être traité en priorité. Avec cette résolution, le Parlement européen expose à la Commission les différents axes d'une politique de sécurité intérieure cohérente. J'ai voté en faveur de cette résolution. L'Union européenne a été construite pour apporter une plus grande sécurité aux citoyens européens, il faut donc garantir ce principe.

Nicola Caputo (S&D), per iscritto. — Oggi ho votato a favore di questa risoluzione perché valuto positivamente la preparazione di una nuova strategia di sicurezza interna (SSI) che deve adattarsi alle nuove minacce alla sicurezza che sono emerse in questi ultimi anni, applicando un approccio integrato a settori prioritari quali la sicurezza informatica, la tratta di esseri umani, la lotta al terrorismo e alla criminalità organizzata, il riciclaggio di denaro e la corruzione.

È essenziale che ci sia un'analisi approfondita delle nuove ed emergenti minacce alla sicurezza, che deve essere compiuta da Europol in stretta collaborazione con gli altri organismi unionali pertinenti e con gli Stati membri. Invito la Commissione ad effettuare una valutazione degli strumenti attuali in materia di sicurezza interna e una corrispondente analisi delle lacune esistenti.

Per quanto riguarda la preoccupante crescita di cittadini dell'UE che si recano in aree di conflitto per unirsi a organizzazioni terroristiche e successivamente tornano nel territorio dell'UE, sono convinto che questo fenomeno crei rischi di nuovo tipo per la sicurezza interna dell'Unione, che devono essere affrontati con determinazione attraverso un approccio multidimensionale.

Matt Carthy (GUE/NGL), in writing. - The ISS has traditionally been a very unilateral security-oriented instrument, with a sole focus on repression without taking stock of the already existing security measures within Member States, without virtually any account of fundamental rights, and without any involvement of civil society and relevant human rights organisations. It has been the basis for such instruments as the EU PNR, the Data Retention Directive, Europol's Cybercrime Centre, the mandate for the strengthening of FRONTEX and the deployment of EUROSUR; all of which have been problematic. The actors in this field are generally non-accountable, and neither is their exact mandate very clear

This resolution particularly asks for the new ISS to focus on the foreign fighters' issues, and the Commission seems eager to make this point the focal point of its next ISS communication (perhaps to give a new boost to the already-defeated EU PNR Directive).

I take security seriously but that this ISS is so unilaterally focused on immediate repression, without any look at broader geopolitical, socio-economic issues, that it is totally unbalanced and that is why I voted against this motion.

Alberto Cirio (PPE), per iscritto. — Le sfide che ci troviamo ad affrontare in quest'epoca vedono anche nell'UE un modello di qualcosa che in altre parti del mondo è visto come un male. È dunque necessario che gli sforzi dei singoli Stati membri per garantire la sicurezza al proprio interno siano coordinati e magari resi sinergici dall'obiettivo comune di preservare l'incolumità dei cittadini europei. Ho votato a favore di questa risoluzione perché ha saputo argomentare questo semplice principio.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

Deirdre Clune (PPE), *in writing*. — The European Parliament adopted a resolution on renewing the EU's Internal Security Strategy (ISS). Recent attacks in Pakistan and Australia show that security threats have become more varied, international, multiple and technologically advanced.

As a group, the EPP insists on closer cross-border and inter-agency cooperation. The new Internal Security Strategy must also address the issue of European jihadists.

Carlos Coelho (PPE), *por escrito*. — O Tratado de Lisboa atribuiu ao Parlamento Europeu competências no âmbito da segurança interna, nomeadamente no que respeita à Estratégia de Segurança Interna. No momento em que cessa o período de vigência da anterior, o Parlamento aprova o que entende deverem ser as prioridades da Estratégia de Segurança Interna para 2015-2019. Pretende-se assim assegurar controlo democrático e respeito pelos direitos fundamentais, contribuindo para um verdadeiro espaço de Liberdade, Segurança e Justiça.

Lara Comi (PPE), *per iscritto*. - L'attuale scenario geopolitico desta particolare preoccupazione a causa di vari conflitti e sconvolgimenti che coinvolgono numerosi Paesi vicini all'UE. Inoltre, molte sfide odierne che riguardano la sicurezza hanno assunto un carattere transfrontaliero e transettoriale, che superano le capacità di risposta immediata ed efficace di ciascun Stato membro: serve pertanto un approccio comune europeo.

Mi auguro che la nuova strategia di sicurezza interna (SSI) per il periodo 2015-2019 sia lungimirante e strategica, facilmente adattabile all'evolvere delle situazioni, ma soprattutto capace di intervenire efficacemente contro le numerose minacce emergenti, quali la lotta al terrorismo, la tratta di esseri umani, la criminalità organizzata, il riciclaggio di denaro e la corruzione. Spero altresì che venga sviluppata una cooperazione giudiziaria in materia penale, come anche la fiducia reciproca tra Stati membri.

Da non dimenticare che il Parlamento europeo, in qualità di attore a pieno titolo nel campo della politica di sicurezza e ai sensi di quanto previsto dal trattato di Lisbona, avrà pieno diritto di esprimere la propria posizione sulle priorità ed azioni in campo.

Therese Comodini Cachia (PPE), *in writing*. — It is regrettable that the Commission's communication provides an insufficient analysis of the 2010-2014 Internal Security Strategy. It is important that a new strategy includes more effective cooperation among EU institutions.

A new strategy requires better training for practitioners and a sharing of knowledge, and should encourage stakeholders' networking, and promote further operational cooperation among Member States so as to create not just a common European law enforcement culture but also a European judicial culture.

Any EU security policy must respect the values on which the EU is based, including that of respect for fundamental rights, the rule of law and solidarity.

We need to act against social exclusion and economic inequalities, as these issues can be identified as both the cause and the consequence of global crime, radicalisation, organised crime and terrorism. Successful counter-terrorism policy can prevent radicalisation of citizens by involving social services, educators, community groups, and even families. At the same time we need to ensure that a European security strategy is respectful towards the dignity of victims.

Javier Couso Permuy (GUE/NGL), *por escrito*. — No he votado a favor de esta propuesta de Resolución que aborda la preparación de una nueva Estrategia de Seguridad Interior para los próximos cuatro años porque se plantea con las mismas bases que anteriormente, basando la seguridad en un enfoque únicamente represivo, obviando el enfoque radical, es decir, de raíz, sobre las causas que han generado esas nuevas amenazas. Por este motivo he votado en contra.

Miriam Dalli (S&D), *in writing*. — I voted in favour of this resolution, since I believe that the EU urgently needs a holistic approach in order to address the rapidly changing security threats facing Europe, including foreign fighters and cyber-security threats. The resolution marks the beginning of an extensive and informed debate in the area of internal security. Such a strategy needs to strike an appropriate balance between security and privacy rights. This is why I voted in favour of this resolution.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

Rachida Dati (PPE), *par écrit*. – Par ce vote à une très large majorité, c'est plus qu'un signal, c'est une véritable injonction qui a été faite à la Commission européenne d'adapter sa stratégie de sécurité intérieure aux nouveaux défis auxquels les Européens sont confrontés. L'UE doit notamment prendre une initiative forte pour répondre au défi des djihadistes européens partis rejoindre les rangs de Daech en Irak ou en Syrie et qui sont susceptibles de revenir sur le territoire européen. Nous avons besoin d'une stratégie de sécurité intérieure complète, adaptée aux priorités que nous lui avons fixées, dotée d'instruments législatifs efficaces et disposant de ressources financières appropriées.

Marielle de Sarnez (ALDE), *par écrit*. – Les nouvelles menaces auxquelles l'Europe doit faire face aujourd'hui sont beaucoup plus diffuses et difficiles à appréhender. Je pense notamment à la question des combattants étrangers et de leur radicalisation, aux réseaux de criminalité internationale à la tête de divers trafics ou encore aux cyberattaques. Il s'agit de menaces qui ignorent les frontières des États et s'appuient désormais sur les nouvelles technologies pour mieux échapper aux contrôles policier et judiciaire. Pour garantir au mieux la sécurité de nos citoyens, l'Union doit moderniser sa stratégie de sécurité et mettre l'accent sur les causes sous-jacentes de la violence, que sont bien souvent l'intolérance et les radicalisations, mais aussi les sources de financements des activités criminelles. Cette nouvelle stratégie doit s'appuyer sur la mutualisation des moyens des États membres et également aller de pair avec le développement d'une vraie politique étrangère et de défense commune. Dans ce cadre, le Parlement devra veiller à ce que cette nouvelle stratégie de sécurité soit pleinement en conformité avec la Charte européenne des droits fondamentaux.

Diane Dodds (NI), *in writing*. — I welcome the emphasis placed by this motion on the threat posed to the safety of people and communities across Europe by radicalisation leading to terrorism and the increasing dynamics of cross-border criminality.

While this focus is right and proper, however, it should not be seen in any way, shape or form as a means to replace or integrate the sovereign actions of Member States and their armed forces in protecting citizens.

Despite this, there does remain a role for EU to play in several aspects of security policy. First of all, Europe must encourage national governments to implement all crucial crime-fighting resources that they have at their disposal. In my own constituency, for instance, nationalist parties have prevented the successful National Crime Agency from tackling terrorism and organised crime in Northern Ireland. This is disgraceful and provides a safe haven for launderers and traffickers alike.

The EU also has a role, given freedom of movement, to aid the detection of individuals that seek to further extremist causes or lead trafficking rings. Effective cooperation is key to this battle.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI), *γραφτώς*. — Καταψήφισα την πρόταση ψηφίσματος B8-0350/2014, διότι στερεί από τα κράτη μέλη την εθνική τους κυριαρχία.

João Ferreira (GUE/NGL), *por escrito*. — A referência a que, *desde a instauração da atual ESI, surgiram novas ameaças para a segurança*, citando os exemplos da cibersegurança, do tráfico de seres humanos, da luta contra o terrorismo e questões interligadas, assim como da criminalidade organizada, do branqueamento de capitais e da corrupção, constitui a prova do falhanço das orientações políticas da UE e das responsabilidades desta mesma estratégia no período que agora termina.

É necessário desmentir a versão hipócrita do problema da segurança que escamoteia responsabilidades próprias.

Um dos exemplos é o do tráfico de seres humanos, realidade que continua a constituir um drama para milhares de seres humanos e em particular para os imigrantes que se vêm empurrados para as mãos de organizações criminosas pelas políticas repressivas e criminalizadoras da imigração da UE. Outro exemplo é o apoio a organizações terroristas através do fornecimento de armas, treino e financiamento, visando a desestabilização de países como a Síria.

Esta resolução confirma que os problemas de segurança nunca serão resolvidos pelos mesmos que não só, em grande medida, os provocaram como estão a preparar políticas que os agravarão.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

Monika Flašíková Beňová (S&D), písomne— Lisabonská zmluva položila základy rozvoja bezpečnostnej politiky Európskej únie, na ktorej sa spoločne podieľa s členskými štátmi. Opiera sa o zásadu právneho štátu, dodržiavania základných práv a solidaritu a podlieha demokratickému dohľadu na európskej a vnútroštátnej úrovni. Bezpečnostná situácia v Európe sa v posledných rokoch výrazne zmenila v dôsledku nových konfliktov a nepokojov v bezprostrednom susedstve Európskej únie, ale aj v dôsledku rýchleho rozvoja nových technológií. K násiliu a terorizmu vedie aj rastúca radikalizácia. Väčšina týchto aspektov a bezpečnostných výziev má cezhraničný charakter presahujúci kapacitu jednotlivých členských štátov, a preto si vyžadujú spoločný európsky prístup. Víтам preto prípravu stratégie vnútornej bezpečnosti na nadchádzajúce štyri roky.

Λάμπρος Φουντούλης (NI), γραπτώς. — Είμαι κατά της πρότασης ψηφίσματος Β8-0350/2014, αφού στερεί από τα κράτη μέλη την εθνική τους κυριαρχία, και δεν μπορώ να εμπιστευτώ την Ευρωπαϊκή Ένωση στον χαρακτηρισμό του ριζοσπάστη, από τη στιγμή που αποδίδει τον χαρακτηρισμό αυτό βάσει πολιτικών κριτηρίων.

Mariya Gabriel (PPE), par écrit. – J'ai voté en faveur de cette résolution car elle vise surtout à entamer une réflexion sur les questions de la migration eu égard aux tragédies qui se produisent chaque jour en Méditerranée et que nous ne cessons de déplorer. Le statu quo n'est plus acceptable et l'actualité montre l'urgence de développer une approche holistique qui inclut tous les aspects de la migration. Ainsi, le renforcement des contrôles aux frontières et les opérations de sauvetage en mer doivent être couplés avec une coopération accrue avec les États tiers de transit et d'origine, une mise en œuvre plus efficace du régime d'asile européen commun et l'instauration de voies légales de migration. Cette résolution exhorte également les États membres à imposer des sanctions en matière de traite des êtres humains et de trafic illicite de migrants, qui reste un aspect trop souvent négligé. Enfin, il est indispensable de renforcer la solidarité et d'assurer un meilleur partage des responsabilités entre États membres afin de définir une véritable politique commune de migration.

Neena Gill (S&D), in writing. - I voted in favour of this motion for resolution because I believe close involvement of Parliament in the development of the new internal security strategy is crucial. I find it severely disappointing that Parliament was barely involved in this process last time. The price was paid by citizens, who were subjected to secret surveillance by Member States and external parties, with the collaboration of private companies.

Striking an appropriate balance between combating security threats and protecting fundamental rights can be difficult but is necessary. Take the battle against cybercrime, which is costing the global economy nearly USD 500 billion every year and could cause Europe to lose 150 000 jobs. Due to a lack of transparency, citizens' calls for a renationalisation of communication structures are becoming louder. But only a collective EU response will allow us to tackle cybercrime.

The lesson is that a security strategy which itself becomes a threat to people is self-defeating. We need a coordinated approach to security that deserves the trust of our citizens.

Michela Giuffrida (S&D), per iscritto. — È la cronaca a indicarci le urgenze da inserire come priorità nella nuova strategia di sicurezza interna. Ho votato a favore di questa risoluzione perché, in primo luogo, dobbiamo migliorare la capacità di analisi dei rischi naturali. L'Unione dovrebbe lavorare su un meccanismo di allerta preventivo credibile. Un particolare impegno va poi rivolto al contrasto alla violenza sulle donne e sui bambini: si registrano ancora troppi casi di violenza. E poi è chiaro che le minacce ormai sono globali e non riguardano le singole regioni e neanche gli Stati membri.

L'Europa è vittima di minacce esterne e allo stesso tempo siamo testimoni di sempre maggiori casi di cittadini europei che sposano le cause di guerre oltre confine. Senza dimenticare che i nostri cittadini impegnati in attività di volontariato o umanitarie all'estero sono le prime vittime di terribili violenze. Occorre quindi un piano di azione davvero efficace, che tenga conto della dimensione interna ed esterna della sicurezza. Occorre unire le forze: cooperazione e dialogo tra le istituzioni europee e nazionali sono solo il primo passo. I nostri cittadini hanno il diritto di sentirsi sicuri. È della percezione della sicurezza che hanno i nostri cittadini che ci dobbiamo occupare. È da qui che nasce la sfiducia o la fede nell'Europa.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

Sylvie Guillaume (S&D), *par écrit*. — C'est le Conseil qui adoptera formellement la nouvelle Stratégie de sécurité intérieure (SSI); il est donc crucial que le Parlement européen affirme ses priorités et ses réserves en termes de sécurité intérieure, en amont de la présentation de la nouvelle SSI. L'élaboration d'une stratégie de sécurité intérieure de l'Union constitue un programme ambitieux et devrait poser les jalons indispensables pour une approche davantage pluridisciplinaire, cohérente et à long terme dans le domaine. Dans ce nouvel exercice, la Commission doit toutefois entreprendre une évaluation plus critique des actions précédemment menées, ainsi qu'une analyse plus prospective au regard des nouvelles menaces émergentes. Un autre défi attend la Commission: elle devra façonner la nouvelle SSI en intégrant de manière effective les mesures de sauvegarde des droits fondamentaux, et ce dans l'ensemble des politiques développées.

Brice Hortefeux (PPE), *par écrit*. — Avec l'explosion du nombre de candidats au djihad qui a augmenté de 116 % depuis le début de l'année, il est impératif que les Européens revoient ensemble leur stratégie de sécurité intérieure afin qu'elle intègre ces nouvelles formes de menaces.

Le Parlement européen se positionne déjà à l'occasion de la proposition à venir de la Commission européenne sur la stratégie pour la période 2015-2019.

Cependant, le Parlement n'est pas exempt de confusion et d'ambiguïté. Je rappelle qu'il y a quelques semaines de cela, les libéraux, soutenus par les socialistes et le Front national, ont adopté une résolution qui retarde l'entrée en vigueur du PNR avec le Canada, un partenaire pourtant incontournable dans la lutte contre le terrorisme et la criminalité transfrontalière.

Le PNR est un accord qui permet de transmettre des données passagers pour mieux détecter les comportements suspects. Ce n'est pas Big brother comme on aime à le penser dans l'imaginaire collectif mais un moyen pour les autorités habilitées de mieux protéger les citoyens d'éventuels attaques et attentats.

La décision de retarder cet accord négocié depuis plusieurs années, c'est de l'imprudence et ça ne répond certainement pas à la demande des citoyens de se sentir en sécurité chez eux.

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan*. — Glasao sam ZA Rezoluciju o obnovi Strategije unutarnje sigurnosti EU-a koja će stupiti na snagu za razdoblje četiriju narednih godina jer sadašnju Strategiju unutarnje sigurnosti (ISS) treba temeljito evaluirati i ažurirati.

Nova će Strategija obuhvatiti postojeće prijetnje sigurnosti, ali i sve one nove koje do sada nisu postojale, a postale su prisutne i na međunarodnoj razini te zbog svoje složenosti zahtijevaju kvalitetniju suradnju država članica kako bi se adekvatno postupalo s njima. To je npr. sigurnost na internetu za djecu, ali i za odrasle, zaštita podataka i privatnosti, trgovina ljudima, borba protiv organiziranog kriminala, korupcije, terorizma, pranja novca, raznih zločina i drugo.

Smatram da će buduća, ažurirana Strategija unutarnje sigurnosti bolje poticati operativnu suradnju među državama članicama te europsku kulturu izvršavanja zakona.

Petr Ježek (ALDE), *in writing*. — It is positive to see that the Parliament adopted the resolution on the Internal Security Strategy. I consider the renewal of the ISS a necessary step forward in order to better identify newly emerged security threats. The Schengen area, enabling free movement across the EU, brought internal security challenges that Member States may find difficult to deal with on their own. Therefore it is crucial for Member States to cooperate and seek to improve their ability to collectively respond to cross-border crime.

Marc Joulaud (PPE), *par écrit*. — J'ai voté en faveur de la résolution sur le renouvellement de la stratégie de sécurité intérieure de l'UE. L'actuelle stratégie touchant à sa fin, le texte estime que de nouvelles menaces sont apparues et doivent être prises en compte dans le renouvellement de cette stratégie. Des domaines prioritaires comme la cybercriminalité, la traite des êtres humains, la lutte contre le terrorisme ou la question des «combattants étrangers» ressortissants de l'UE devraient être au cœur de la nouvelle stratégie de sécurité intérieure.

Je me félicite de la large adoption de cette résolution.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

Philippe Juvin (PPE), *par écrit*. — J'ai soutenu la résolution portant sur le renouvellement de la stratégie de sécurité intérieure de l'Union européenne. L'actuelle stratégie touchant à sa fin, les parlementaires appellent la Commission, à travers cette résolution, à définir une stratégie de sécurité intérieure mieux adaptée aux risques auxquels les citoyens européens sont aujourd'hui confrontés tels que la cybercriminalité, la traite des êtres humains, la lutte contre le terrorisme ou encore le phénomène des combattants étrangers. Afin de faire face à ces nouveaux défis, une coopération opérationnelle accrue entre les États membres et la mise à disposition de ressources financières appropriées seront nécessaires.

Tunne Kelam (PPE), *in writing*. — I voted in favour of this resolution. The EP resolution on the review of the EU's internal security strategy comes at the right time, just after the Commission has announced that it plans to work on the review in 2015. I call on the Commission to make cyber-security and cyber resilience the underlying principles of the new ISS. Only by fully mainstreaming cyber-security into all aspects of internal and external security can we build proper resilience and prevent crisis. Cyber-security will also be at the core of the fight against terrorism and detecting European jihadists and their possible actions. We clearly need very close cross-sectorial and cross-border cooperation in order to be effective in the early detection and rapid notification of threats and incidents. We have to break the traditional cluster-thinking when it comes to security, especially in the EU with open borders and open societies. Proper balance between privacy and security, ensuring that actions follow appropriate procedures, will enable states to prevent incidents, terrorism and crime and provide citizens with the security they are entitled to.

Afzal Khan (S&D), *in writing*. — The new strategy should be easily adaptable to evolving situations, with a joined-up approach across the Union to tackle the increasing problem of foreign fighters, cyber-security, human trafficking, organised crime, money laundering and corruption. The focus must be particularly on the rising number of EU nationals who join terrorist organisations in conflict areas. We must have a multidimensional approach to deal with underlying factors such as radicalisation and intolerance and disrupt financial support to terrorist organisations, preventing the recruitment and providing for legal prosecution where appropriate.

Kashetu Kyenge (S&D), *per iscritto*. — Il trattato di Lisbona conferisce alla nostra Istituzione il ruolo di attore a pieno titolo nel campo della politica di sicurezza, nonché il potere di partecipare attivamente alla definizione delle priorità al fine di realizzare una politica di sicurezza dell'UE globale, mirata ed efficace.

Con questa risoluzione il Parlamento prende atto del fatto che in questi ultimi anni la situazione della sicurezza in Europa è cambiata radicalmente e che rispetto al passato le minacce sono più diversificate. Alla luce di queste considerazioni, abbiamo spinto la Commissione affinché la nuova strategia di sicurezza interna per il periodo 2015-2019 sia lungimirante e strategica e facilmente adattabile all'evolversi delle situazioni. Pertanto, non unicamente incentrata sulle minacce alla sicurezza esistenti ma anche su quelle emergenti quali la sicurezza informatica, la tratta di esseri umani e la lotta al terrorismo e a problemi interconnessi come la criminalità organizzata, il riciclaggio di denaro e la corruzione. Un punto per noi fondamentale è il rispetto dei diritti umani e delle libertà fondamentali: tutte le politiche di prevenzione e le misure repressive devono trovare il giusto equilibrio al fine di preservare la libertà, la sicurezza e la giustizia.

Giovanni La Via (PPE), *per iscritto*. — Voto positivamente la relazione di Claude Moraes in quanto la proposta di risoluzione presentata enfatizza la necessità di svolgere un'analisi dettagliata delle attuali minacce alla sicurezza europea, al fine di offrire un'adeguata protezione a tutti i cittadini comunitari. Nello specifico, la proposta presentata chiede che la nuova strategia di sicurezza interna (SSI) si concentri sia sulle minacce esterne che su quelle emergenti all'interno dei confini comunitari.

Inoltre, condivido il riferimento al bisogno di individuare un equo equilibrio tra politiche di prevenzione e repressive al fine di garantire libertà, giustizia e sicurezza.

Gabrielius Landsbergis (PPE), *raštu*. — XXI amžiaus grėsmės peržengia tradicinio suvokimo ribas, grėsmės tampa asimetrinės, karai, įvardijami kaip hibridiniai, keliai į informacinę erdvę. Vidaus saugumo strategijoje 2015–2019 m. reikia iš esmės peržiūrėti naujas grėsmes ir jas įvardyti. Todėl būtinas tarpvalstybinis ir tarpžinybinis bendradarbiavimas, nuolatinis keitimasis informacija, bendradarbiavimas su trečiosios šalimis ir nuolatinis informacinio lauko monitoringas. ES privalo tapti vėliau nei kovoje su terorizmu, nusikaltimais žmogiškumui, tinkamai įvertinti grėsmes, kylančias tiek artimoje, tiek ir tolimoje kaimynystėje. Kalbėdamas apie ES kaimynystę, noriu darkart pabrėžti, kad jokie „žalieji žmogeliukai“ negali savavališkai šeiminkauti nepriklausomos valstybės teritorijoje, o ES privalo būti pasirengusi tinkamai reaguoti į bet kokio agresoriaus veiksmus.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

Juan Fernando López Aguilar (S&D), *por escrito*. — Los retos actuales de la seguridad en Europa son transfronterizos, por lo que es difícil para los Estados miembros dar una respuesta individual. En 2010 se aprobó la Estrategia de Seguridad Interior de la UE (ESI), que establece directrices para hacer frente a las amenazas a la seguridad en Europa allí donde la UE puede aportar valor añadido: redes internacionales de criminalidad transfronteriza, prevención de ataques terroristas, seguridad cibernética, seguridad fronteriza o resistencia a desastres naturales. La Comisión presentó en marzo su nueva propuesta de ESI 2015-2019.

La Resolución aprobada reconoce que la situación de seguridad en Europa ha cambiado drásticamente debido a nuevos conflictos y pide una cooperación más eficaz entre los Estados miembros a través de un mayor uso de instrumentos valiosos ya existentes, como los equipos conjuntos de investigación. Se insta además a una estrategia de futuro que se centre tanto en las amenazas existentes como en las emergentes, con un enfoque holístico que incluya el mayor número posible de áreas, tales como los combatientes extranjeros y las amenazas a la seguridad cibernética. Siempre de acuerdo con los derechos fundamentales y la protección de datos. Por todo ello, he votado a favor de esta propuesta de Resolución.

Paloma López Bermejo (GUE/NGL), *por escrito*. — No he votado a favor de esta propuesta de Resolución que aborda la preparación de una nueva Estrategia de Seguridad Interior para los próximos cuatro años porque se plantea con las mismas bases que anteriormente, basando la seguridad en un enfoque únicamente represivo y obviando el enfoque radical, es decir, de raíz, sobre las causas que han generado esas nuevas amenazas. Por este motivo he votado en contra.

Antonio López-Istúriz White (PPE), *por escrito*. — Considero vital que se prepare concienzudamente la nueva Estrategia de Seguridad Interior (ESI) para 2015-2019. Debemos centrarnos tanto en las amenazas de seguridad existentes como en las emergentes, destacando áreas prioritarias como la de ciberseguridad, la trata de seres humanos y la lucha contra el terrorismo, y otros temas relacionados entre sí como el crimen organizado, el blanqueo de dinero y la corrupción.

El tránsito entre Europa y zonas de conflicto de ciudadanos europeos que se han unido a grupos terroristas supone un riesgo para la seguridad interna de la UE. Por tanto, debemos establecer unos mecanismos para analizar y contrarrestar este fenómeno, promoviendo tolerancia política y religiosa, además de favorecer el desarrollo de la cohesión social, la inclusión y facilitar la reintegración, y así desincentivar el terrorismo.

Para afrontar todos estos retos considero que es imperioso que haya una mayor cooperación interinstitucional y transfronteriza, en la que nunca se perjudique el justo equilibrio entre políticas de prevención y medidas represivas, ya que el fin es preservar la libertad, la seguridad y la justicia.

Por ello voto a favor de esta propuesta.

Ivana Maletić (PPE), *napisan*. — Trenutna unutarinja sigurnosna strategija Europske unije ističe krajem 2014. godine. U skladu s time Komisija ovih dana treba objaviti priopćenje o novoj unutarinjoj sigurnosnoj strategiji za period od 2015. do 2019.

Podržala sam ovo Izvješće jer obuhvaća sva ključna sigurnosna pitanja – problem trgovine ljudima, borba protiv terorizma, sigurnost građana Europske unije koji putuju u treće zemlje i u zemlje pogođene ratovima i druge. Izvješće poziva na sveobuhvatni pristup tekućim prijetnjama sigurnosti građana Unije.

Nadalje, naglasak nove strategije je na zaštiti žrtava ratom pogođenih područja. Pozivam Komisiju da u dokumentima predvidi odgovarajuća financijska sredstva za novu sigurnosnu strategiju 2015-2019, kao i financijska sredstva potrebna sigurnosnim agencijama Europske unije, kao što je Europol.

Također, strategija treba bolju koordinaciju po pitanju borbe protiv teškog kriminala. Potrebno je uzeti u obzir demokratski nadzor nad sigurnosnim strategijama u skladu s Ugovorom.

Fulvio Martusciello (PPE), *per iscritto*. - L'Unione europea necessita di un sistema di sicurezza dinamico ed efficace in grado di adattarsi velocemente ai cambiamenti internazionali. I pericoli alla sicurezza dei nostri Paesi vengono soprattutto dall'esterno. La lotta al terrorismo e le continue minacce di attentati portano purtroppo all'ordine del giorno di quest'Aula un argomento che deve farci riflettere sulle soluzioni possibili in un contesto internazionale particolare in cui l'UE resta sicuramente il luogo, nell'insieme, più sicuro al mondo. Le minacce alla sicurezza devono essere affrontate quindi con una strategia comune solida, ragion per cui esprimo il mio sostegno al rinnovo della strategia di sicurezza interna dell'UE.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

Barbara Matera (PPE), *per iscritto*. — La strategia di sicurezza interna (SSI) per il periodo 2010-2014 sta per giungere al termine. La nuova SSI, valida per il periodo 2015-2019, è in fase di preparazione. La proposta di risoluzione presentata dalla commissione LIBE, di cui sono membro, sottolinea la necessità di svolgere un'analisi approfondita delle attuali minacce alla sicurezza europea, in modo da offrire, a tutti i cittadini comunitari, un'adeguata protezione.

Il documento chiede che la nuova SSI si concentri, non soltanto sulle potenziali minacce esterne, ma anche su quelle emergenti all'interno dei confini comunitari.

Particolarmente condivisibile il riferimento al bisogno di individuare un giusto equilibrio tra politiche di prevenzione e misure repressive, affinché libertà, sicurezza, e giustizia, vengano adeguatamente preservate.

Il mio voto a sostegno della risoluzione deriva da una piena condivisione dei propri contenuti.

Georg Mayer (NI), *schriftlich*. — Der Vorschlag einer Erneuerung der EU-Strategie der inneren Sicherheit hat meine Zustimmung erfahren, da ich der Meinung bin, dass die derzeitige Strategie der inneren Sicherheit einer gründlichen Bewertung, Aktualisierung und Modernisierung bedarf. Die derzeitige und wahrscheinlich auch künftige Bedrohung durch internationalen Terrorismus und diverse andere Gefahren bedarf einer Anpassung des Sicherheitsapparates.

Jean-Luc Mélenchon (GUE/NGL), *par écrit*. — La stratégie de sécurité intérieure (SSI) pour la période 2010-2014 arrive à son terme et une nouvelle SSI pour la période 2015-2019 est en cours d'élaboration. La résolution propose pour celle-ci des pistes de travail prioritaires: «la cybersécurité, la traite des êtres humains ou la lutte contre le terrorisme, et dans des dossiers étroitement liés tels que la criminalité organisée, le blanchiment d'argent et la corruption». Pour cela le rapport propose «d'optimiser les synergies entre les instruments relevant de la politique étrangère et de sécurité commune (PESC) et ceux relevant de la justice et des affaires intérieures (JAI), y compris les échanges d'informations et la coopération policière». Ce mélange confus entre sécurité civile et sécurité militaire est préjudiciable aux libertés des citoyens et à l'efficacité contre le crime. D'autant que ce sont des agences quasi-indépendantes qui seront chargées de mettre en œuvre cette stratégie. Je vote contre.

Nuno Melo (PPE), *por escrito*. — O Tratado de Lisboa lançou os alicerces para o desenvolvimento de uma política de segurança da UE, estreitamente partilhada pela UE e pelos Estados-Membros, baseada no primado do Direito, no respeito pelos direitos fundamentais e na solidariedade, sujeita a uma supervisão democrática a nível europeu e nacional e, simultaneamente, respeitando o princípio da subsidiariedade. A entrada em vigor do Tratado de Lisboa confere ao Parlamento Europeu o papel de interveniente de pleno direito em matéria de políticas de segurança, tendo em vista garantir o controlo democrático, e, assim, autoriza o Parlamento a participar ativamente na definição das prioridades neste domínio e a dialogar com todos os atores relevantes a nível da UE e a nível nacional com vista a desenvolver uma política de segurança global, orientada e eficaz na UE.

Face aos novos desafios que se apresentam à UE, é necessário elaborar uma nova ESI para os próximos quatro anos, que tenha em consideração todas as novas ameaças e desafios que se colocam. Daí o meu voto favorável.

Roberta Metsola (PPE), *in writing*. — I welcome the renewal of an EU Internal Security Strategy (ISS) for the period 2015-2019, based on proper democratic oversight and accountability, whilst keeping in accordance with the principles of necessity and proportionality, and the respect for fundamental rights. Due to continuous developments and changes in the field of security, it is of great importance that the renewed ISS be 'easily adaptable to evolving situations', with the ability to focus on both existing threats, and emerging ones. The EU and its Member States are responsible for the safety of European citizens from growing radicalisation occurring in the EU's immediate neighbourhood.

Louis Michel (ALDE), *par écrit*. — Face aux nouveaux défis sécuritaires, l'Europe doit adapter ses réponses. L'utilisation de technologies et la montée de la radicalisation conduisant au terrorisme et à la violence nécessitent des réponses européennes ambitieuses au sein desquelles l'Union européenne doit jouer un rôle de premier plan. Dès lors, il est essentiel qu'elle revoie sa stratégie de sécurité intérieure. Celle-ci doit lui permettre de jeter les bases de sa propre réflexion sécuritaire qui englobe les enjeux à la fois à l'échelle locale et à l'échelle internationale. Elle doit également être une étape supplémentaire vers la consolidation de l'espace de sécurité et de justice de l'Union européenne. Toutefois, il est impératif que le volet sécuritaire soit accompagné pleinement d'un pendant basé sur le respect scrupuleux de la Charte des droits fondamentaux.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

Marlene Mizzi (S&D), *in writing*. — I have voted in favour of the resolution on Renewing the EU Internal Security Strategy in order to ensure safety, freedom and justice of EU citizens.

Sophie Montel (NI), *par écrit*. — J'ai voté contre cette proposition de résolution relative au renouvellement de la stratégie de sécurité intérieure de l'Union européenne car les mesures envisagées ici sont ridiculement faibles face aux graves problèmes rencontrés par les États membres. Croire qu'une politique de la «promotion de la tolérance politique et religieuse, le renforcement de la cohésion sociale et de l'ouverture à tous et la simplification des possibilités de réinsertion» sera efficace pour lutter contre la montée du djihadisme relève de la naïveté la plus coupable car elle met en danger les peuples des États membres. Seul le rétablissement des frontières nationales et de contrôles sérieux permettra d'empêcher les criminels patentés et ceux en devenir de circuler librement. Il est avéré que l'UE est incapable de gérer ses frontières, qui sont de véritables passoires. Il faut donc rompre de toute urgence avec les accords de Schengen et rétablir nos frontières nationales.

Claude Moraes (S&D), *in writing*. — The EU desperately needs a holistic approach in order to address the rapidly changing security threats facing Europe, including foreign fighters and cyber-security threats. Importantly, fostering a joined-up approach will promote policies centred on fundamental rights such as the right to privacy. The resolution marks the beginning of an extensive and informed debate in the area of internal security.

Alessandra Mussolini (PPE), *per iscritto*. — Ho votato a favore della risoluzione sul rinnovo della strategia di Sicurezza interna dell'Unione europea perché ritengo sia un'ottima occasione per ribadire le nostre priorità. Fra queste mi preme ribadire la lotta contro il traffico di esseri umani e la lotta al terrorismo.

Urmas Paet (ALDE), *kirjalikult*. — Toetasin resolutsiooni ettepanekut sisejulgeoleku strateegia uuendamise kohta. Sisejulgeoleku strateegia peab sündima piiriülese koostöös ning lähtuma viimasest poliitikast ja esile kerkinud julgeolekuohtudest. Uus strateegia peab olema tulevikku suunatud ning kergesti kohaldatav muutuvale olukorrale.

Aldo Patriciello (PPE), *per iscritto*. — Il trattato di Lisbona ha posto le fondamenta per lo sviluppo di una politica di sicurezza dell'UE strettamente condivisa dall'UE e dai suoi Stati membri e pertanto l'UE e gli Stati membri hanno la responsabilità comune di garantire la sicurezza e la libertà dei cittadini europei. Negli ultimi anni la situazione della sicurezza in Europa è cambiata radicalmente a causa di nuovi conflitti e sconvolgimenti nel vicinato immediato dell'UE. La strategia di sicurezza interna (SSI) per il periodo 2010-2014 sta per concludersi ed è in corso di preparazione una nuova SSI per il periodo 2015-2019. Per tali ragioni esprimerò il mio voto favorevole.

Andrej Plenković (PPE), *napisan*. — Slijedom parlamentarnih pitanja upućenih Komisiji i Vijeću na zadnjoj plenarnoj sjednici EP-a, podržavam Rezoluciju Odbora za građanske slobode, pravosuđe i unutarnje poslove o obnavljanju Strategije unutarnje sigurnosti EU-a.

Strategijom unutarnje sigurnosti koja je donesena 2010. godine utvrđeni su glavni izazovi i prijetnje unutarnjoj sigurnosti EU-a. Od tada su se okolnosti promijenile: EU i države članice suočavaju s brojnim novim izazovima, a Europa će se suočavati s posljedicama nestabilnosti u različitim dijelovima svijeta i u neposrednom susjedstvu. Događaji kao što su arapsko proljeće, trenutna kriza u Siriji te situacija u Ukrajini zahtijevaju odgovarajuće odgovore i redefiniranu Strategiju koja obuhvaća postojeće i buduće prijetnje te osnažuje interakciju između unutarnje i vanjske dimenzije sigurnosne politike.

S obzirom na to da aktualna strategija unutarnje sigurnosti završava 2014. godine i da je Europska komisija pokrenula političke rasprave i savjetovanja u svrhu priprema za izradu nove strategije unutarnje sigurnosti za razdoblje 2015. – 2019., smatram važnim da Europski parlament u ovom trenutku sadržajnom rezolucijom iznese stav o prioritetima i aktivnostima koje treba uključivati nova strategija.

Salvatore Domenico Pogliese (PPE), *per iscritto*. — Visto che l'attuale Strategia di sicurezza interna (SSI/2010-2014) arriva al suo termine e considerando che negli ultimi anni ci troviamo di fronte a una situazione della sicurezza in Europa più complessa, a causa soprattutto di nuovi conflitti e sconvolgimenti nel vicinato dell'UE e a una crescente radicalizzazione che sfocia nella violenza e nel terrorismo, è importante – e condivido in pieno la risoluzione – che l'attuale SSI sia valutata, aggiornata e rinnovata per rispondere alle nuove minacce alla sicurezza.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

Allo stesso tempo, è prioritaria la piena tutela dei diritti fondamentali dei cittadini dell'Unione europea. Mi auguro anche che nella nuova SSI siano assicurate risorse finanziarie adeguate per la corretta attuazione delle misure necessarie, in particolare per il buon funzionamento delle agenzie dell'UE come Europol ed Eurojust.

Franck Proust (PPE), *par écrit*. — J'accueille favorablement cette motion de résolution au sujet de la sécurité de l'Union, qu'elle soit intérieure ou extérieure. En effet, une Europe plus cohérente et plus coordonnée dans son action permettrait de grandes économies de moyens et une plus grande efficacité, notamment dans la lutte contre la criminalité.

Paulo Rangel (PPE), *por escrito*. — No seguimento do Tratado de Lisboa que lançou os alicerces para o desenvolvimento de uma política de segurança da União Europeia (UE) e conferiu ao Parlamento Europeu o papel de interveniente de pleno direito em matéria de políticas de segurança, autorizando-o a dialogar com todos os atores, nacionais e comunitários, com vista a desenvolver uma política de segurança global, orientada e eficaz na UE. Considerando que a situação da segurança na Europa mudou radicalmente nos últimos anos devido à emergência de novos conflitos, passando a ser um problema transfronteiriço e transetorial, e que a liberdade, a segurança e a justiça são objetivos que têm que ser perseguidos em paralelo. Tendo em conta que a elaboração de uma nova Estratégia de Segurança Interna (ESI) para os próximos quatro anos deve considerar as novas ameaças à segurança e a entrada da Carta dos Direitos Fundamentais no Direito da UE. Sendo preocupante a radicalização e o rápido crescimento do número de nacionais da UE que ingressam organizações terroristas, regressando depois para o território europeu. Por último, salientando a necessidade de assegurar recursos financeiros adequados para a devida implementação das medidas previstas na ESI, votei favoravelmente a presente resolução sobre a renovação da ESI.

Christine Revault D'Allonnes Bonnefoy (S&D), *par écrit*. — À travers cette résolution, à laquelle j'ai apporté mon soutien, le Parlement européen présente sa contribution à la nouvelle stratégie de sécurité intérieure de l'Union. Alors qu'elle est confrontée à des menaces croissantes à sa sécurité, l'Union européenne a besoin d'une réponse globale, cohérente et tournée vers l'avenir pour assurer la protection de ses citoyens. L'augmentation du nombre de combattants européens qui rejoignent des organisations terroristes dans des zones de conflits, et souhaitent revenir en Europe, constitue un risque incontestable pour notre sécurité. Pour faire face à ce phénomène inquiétant, les eurodéputés souhaitent que l'Union adopte une approche transversale s'attaquant notamment à la radicalisation et l'intolérance, aux sources de financement des organisations terroristes et au recrutement. La cybercriminalité, le trafic des êtres humains, la criminalité organisée, le blanchiment d'argent et la corruption suscitent tout autant de préoccupations qui nécessitent des actions coordonnées au niveau européen, avec la participation de tous les États-membres. Enfin, le Parlement européen rappelle que les mesures de sécurité devraient toujours être guidées par l'équilibre entre la protection des citoyens et le respect de leurs droits fondamentaux. C'est une condition indispensable pour préserver l'intégrité de l'espace européen de liberté, de sécurité et de justice.

Claude Rolin (PPE), *par écrit*. — J'ai voté en faveur de ce rapport qui vient renouveler la stratégie de sécurité intérieure (SSI) de l'Union européenne pour les quatre années à venir. En effet, depuis l'instauration de l'actuelle SSI, adoptée en décembre 2003, de nouvelles menaces pour la sécurité en Europe et ailleurs sont apparues, menaces qui appellent aujourd'hui une réponse politique différente. De fait, ces menaces pour la sécurité sont devenues plus variées, plus internationales, plus hétérogènes et plus asymétriques, ce qui requiert une coopération accrue entre les différents pays. Il importe en outre de renforcer la coopération opérationnelle entre les États membres et pour ce faire, d'adopter davantage de mesures visant à instaurer un climat de confiance. Je déplore cependant encore toutefois l'absence d'une véritable dimension juridique de la SSI. En effet, dans l'esprit du programme de Stockholm, il faudrait davantage œuvrer au renforcement de la confiance mutuelle par le développement progressif d'une culture judiciaire européenne, à la faveur de la coopération et de la réglementation européennes dans ce domaine ainsi que du renforcement de la coopération judiciaire en matière pénale.

Fernando Ruas (PPE), *por escrito*. — Numa altura em que assistimos, segundo uma recente avaliação realizada pela Europol, a um aumento da criminalidade grave e organizada e, simultaneamente, a ameaças à paz e segurança internacionais causadas por atos terroristas, considero extremamente importante, diria mesmo fundamental, que seja efetuada uma renovação da Estratégia de Segurança Interna (ESI) da UE para os próximos quatro anos.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

Realço por isso a pertinência da pergunta oral que deu origem a esta resolução, que votei favoravelmente.

Lembro ainda que é essencial, para promover a eficácia da ESI, que se proceda a uma análise cabal das ameaças à segurança, numa estreita colaboração entre a Europol, outros organismos relevantes da UE e os Estados-Membros, sobretudo quando o Tratado de Lisboa lançou os alicerces para o desenvolvimento de uma política de segurança que é partilhada com os Estados-Membros.

Uma política baseada no primado do Direito, no respeito pelos direitos fundamentais e onde o Parlamento Europeu assume um papel interveniente de pleno direito, tendo em vista o controlo democrático e o desenvolvimento de uma política global, eficazmente orientada e eficaz na União Europeia.

Tokia Saïfi (PPE), *par écrit*. — La stratégie de sécurité intérieure actuelle de l'Union européenne s'achève et cette résolution concerne la prochaine stratégie de sécurité intérieure qui devrait être publiée par la Commission au printemps 2015.

J'ai soutenu cette résolution qui appelle à une approche globale, intégrée et exhaustive dans les domaines prioritaires tels que la cybercriminalité, la traite des êtres humains ou la lutte contre le terrorisme. De plus, l'accent est mis sur la question des «combattants étrangers» et une coopération opérationnelle renforcée entre les États membres est demandée.

Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito*. - No he votado a favor de esta propuesta de Resolución que aborda la preparación de una nueva Estrategia de Seguridad Interior para los próximos cuatro años porque se plantea con las mismas bases que anteriormente, basando la seguridad en un enfoque únicamente represivo y obviando el enfoque radical, es decir, de raíz, sobre las causas que han generado esas nuevas amenazas. Por este motivo he votado en contra.

Barbara Spinelli (GUE/NGL), *per iscritto*. - La strategia sulla sicurezza interna e la risoluzione proposta mi sembrano un programma che imita l'antiterrorismo americano, da troppi punti di vista. È autocelebrativo e gestito da agenzie chiuse (Europol essenzialmente), senza consultare gli organi cui dovrebbe essere affidata la definizione delle minacce all'Unione: Consiglio, parlamenti nazionali, Parlamento europeo. La risoluzione, inoltre, contempla quasi solo misure di repressione. Non c'è quasi nulla sulla prevenzione.

La parola «diritti fondamentali» a malapena appare nei paragrafi «dichiarativi» della risoluzione e senza citare articoli specifici della Carta. Intanto, gli Stati membri rimangono liberi di fare quello che vogliono, con iniziative su base esclusivamente volontaria o azioni apparentemente comuni come «Mos Maiorum», di cui gli Stati non rispondono a nessuno.

Per queste ragioni ho votato contro questa risoluzione.

Dubravka Šuica (PPE), *napisan*. — Sigurnost je u svakoj zajednici, pa tako i u Europskoj uniji, osnovni uvjet opstanka, kako društvenog tako i gospodarskog te je temeljna vrijednost društva. S novim opasnostima moraju se pronaći i novi oblici zaštite sigurnosti. Sigurnost je temeljno ljudsko pravo i sloboda. Europska unija dužna je zaštititi svoje građane, njihov život i zdravlje te temeljna ljudska prava. Pozdravljam novu strategiju unutarnje sigurnosti koja znači nadogradnju Europske unije u zaštiti građana, bolju razmjenu informacija policijskih službi, bolju borbu protiv kriminala i bolji sustav zaštite azilanata koji predstavljaju veliki neriješeni problem Europske unije. Svi smo svjesni ozbiljnosti problema vezanih uz kriminal, terorizam te prirodne katastrofe koje su plodno tlo za razvitak teškog kriminaliteta. Nadam se da će ova obnova strategije zbiljski doprinijeti unutarnjoj sigurnosti čitave Europske unije i njenih građana.

Ελευθέριος Συναδινός (NI), *γραφτώς*. — Η συγκεκριμένη πρόταση στερεί από τις χώρες μέλη την εθνική τους κυριαρχία.

Marc Tarabella (S&D), *par écrit*. — J'ai voté en faveur du texte. Je me félicite de l'élaboration d'une nouvelle SSI pour les quatre années à venir. Depuis l'instauration de l'actuelle SSI, de nouvelles menaces sur la sécurité sont apparues et d'autres appellent une réponse politique différente. Nous réaffirmons, en outre, qu'avec l'entrée en vigueur du traité de Lisbonne, la charte des droits fondamentaux a été incorporée dans le droit de l'Union. Je pense sincèrement que l'actuelle SSI doit être entièrement évaluée, actualisée et réorganisée.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

Ernest Urtasun (Verts/ALE), *por escrito*. — He votado a favor de esta propuesta de Resolución porque considero que en nombre de la «seguridad» en realidad se pretenden debilitar los derechos de la ciudadanía y convertirla en potencialmente sospechosa.

Marie-Christine Vergiat (GUE/NGL), *par écrit*. — La première stratégie de sécurité intérieure de l'Union adoptée en 2011 arrive à son terme.

En prévision d'une future proposition de la Commission européenne, le Parlement européen (PE) a pris l'initiative de proposer ses orientations.

Mais la résolution adoptée par la majorité du PE est une fois encore marquée par une approche essentiellement répressive axée essentiellement sur la lutte contre le terrorisme sans tenir compte des nombreuses violations des droits fondamentaux auxquelles celle-ci a donné lieu, comme vient encore de le montrer le rapport du Sénat US sur le recours à la torture par la CIA après les attentats du 11 septembre 2001.

Je regrette le rejet des amendements que j'ai déposés au nom de la GUE/NGL, demandant notamment d'adopter des mesures préventives, une approche multidimensionnelle de la sécurité intégrant y compris la lutte contre les inégalités et les discriminations et une évaluation indépendante et contradictoire de la stratégie actuelle.

J'ai donc voté contre cette résolution qui ne tire aucun bilan des politiques actuelles qui portent sans cesse plus atteinte aux droits fondamentaux sans faire preuve de leur efficacité.

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito*. — A referência a que, *desde a instauração da atual ESI, surgiram novas ameaças para a segurança*, citando os exemplos da cibersegurança, do tráfico de seres humanos, da luta contra o terrorismo e questões interligadas, assim como da criminalidade organizada, do branqueamento de capitais e da corrupção constitui a prova do falhanço das orientações políticas da maioria do PE e das responsabilidades desta mesma estratégia no período que agora termina.

É necessário desmentir a versão hipócrita do problema da segurança. Esta abordagem mais não visa do que escamotear responsabilidades próprias.

Esta resolução confirma que os problemas de segurança nunca serão resolvidos pelos mesmos que não só o provocaram como estão a preparar políticas que os agravarão.

Harald Vilimsky (NI), *schriftlich*. - Die derzeitige Strategie der inneren Sicherheit bedarf meines Erachtens sowohl einer gründlichen Bewertung als auch einer Modernisierung. Die derzeitige und wahrscheinlich auch künftige Bedrohung durch internationalen Terrorismus und diverse andere Gefahren bedarf einer dementsprechenden Anpassung des Sicherheitsapparates. Daher habe ich dem Antrag zugestimmt.

Inês Cristina Zuber (GUE/NGL), *por escrito*. — A referência a que, *desde a instauração da atual ESI, surgiram novas ameaças para a segurança*, citando os exemplos da cibersegurança, do tráfico de seres humanos, da luta contra o terrorismo, assim como da criminalidade organizada, branqueamento de capitais e corrupção constitui a prova do falhanço das orientações políticas da maioria do PE e das suas responsabilidades no período que agora termina.

É necessário desmentir a versão hipócrita do problema da segurança que, sendo importante, mais não visa do que escamotear responsabilidades próprias. Um dos exemplos é o do tráfico de seres humanos, realidade que continua a constituir um drama para milhares de seres humanos e em particular para os imigrantes que se veem empurrados para as mãos de organizações criminosas pelas políticas repressivas e criminalizadoras da UE. Outro exemplo é o do problema de cidadãos de Estados-Membros da UE que viajam para zonas de conflito e ingressam em organizações terroristas, o que serve para camuflar o apoio a essas organizações terroristas através do fornecimento de armas, treino e financiamento, visando a desestabilização da Síria. Esta resolução confirma que os problemas de segurança nunca serão resolvidos pelos mesmos, que não só o provocaram como estão a preparar políticas que os agravarão.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

11.22. Anerkennung der palästinensischen Eigenstaatlichkeit (RC-B8-0277/2014, B8-0277/2014, B8-0309/2014, B8-0310/2014, B8-0349/2014, B8-0357/2014, B8-0359/2014)

Dichiarazioni di voto orali

Eleonora Forenza (GUE/NGL). - Signor Presidente, onorevoli colleghi, penso che questa sia una giornata davvero importante per questo Parlamento e ci auguriamo che possa essere un momento anche di svolta radicale per la resistenza e per il popolo palestinese, per il riconoscimento dello Stato di Palestina, per il processo di pace, per la sicurezza e per la giustizia per entrambi i popoli.

135 Stati hanno già riconosciuto lo Stato di Palestina. Invito tutti i colleghi e le colleghe deputati a recarsi in quei territori, dove potranno constatare con i loro occhi la distruzione che ha provocato la guerra che ha portato lo Stato di Israele anche negli ultimi mesi. I palestinesi hanno sempre chiesto un ruolo di mediazione dell'Unione europea, un ruolo diverso da quello degli Stati Uniti. Mi auguro che questa risoluzione sia un passo in quella direzione. Davvero, mi auguro che questo sia un momento importante perché questo Parlamento e perché l'Unione europea nel suo complesso operi davvero per la pace e la sicurezza per entrambi i popoli.

Martina Anderson (GUE/NGL). - Mr President, I voted in favour of the joint resolution as a principled step in the right direction. Recognition of the Palestinian State, its people and its borders is a long overdue international obligation and a positive step towards peace. Member States like Ireland must now formally recognise and must protect the space of the Palestinian State within the 1967 borders, with East Jerusalem as its capital.

Palestinian recognition is established in UN resolutions and was voted on in Leinster House in Dublin last week. The Palestinian people's right to self-determination has been enshrined in international resolutions for 66 years. Sinn Féin calls on all parties to refrain from any actions which may undermine the viability and the prospects of the two-state solution. Therefore, settlements must end, the apartheid wall must be dismantled and attacks on holy sites – along with the demolition of Palestinian property – must stop immediately.

Matt Carthy (GUE/NGL). - Mr President, along with my colleagues, I supported the resolution in relation to Palestinian statehood. I believe that it is a very welcome first step by this Parliament, but I believe that this Parliament and Europe and our Member States need to do much more in relation to supporting the Palestinian people and ensuring that the Palestinian State is not only recognised but is in fact a viable and operational state.

Only last summer we saw unprecedented, illegal and absolutely outrageous attacks by Israel on the people of Gaza. We have a responsibility as people elected by Member States across the continent of Europe to ensure that those attacks do not happen again, and to ensure that we stand up as communities and nations to Israel, because its ongoing disregard for international law is unacceptable. I believe that today we have taken a first step, but it is only a very small step and lots more remains to be done.

Jordi Sebastià (Verts/ALE). - Señor Presidente, esta no es nuestra Resolución. Esta no es una Resolución perfecta. Echamos de menos, por ejemplo, una condena clara a las violaciones constantes de la legalidad internacional por parte de Israel.

Sin embargo, la hemos votado. Hemos votado a favor de ella y, además, con cierta ilusión, con bastante ilusión, por el consenso que ha generado. Y, sobre todo, porque sin fisuras ni condiciones reconoce la voluntad de este Parlamento —la voluntad, por tanto, de la ciudadanía europea— de apoyar la construcción de un Estado palestino. Reconoce la necesidad y el derecho del pueblo palestino, que vive secularmente en sus territorios, de crear un Estado moderno, un Estado homologable e internacionalmente reconocido, para asegurar así el bienestar, la justicia social y el futuro de su población.

Y además, implica de nuevo a Europa en la primera línea internacional. Implica a Europa en este proceso de paz, en el que hace tiempo que no se nos escuchaba, y ya era hora de que volviéramos a él.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

Michaela Šojdrová (PPE). - Pane předsedající, děkuji za udělení slova. Chtěla bych se vyjádřit, proč jsem nepodpořila rezoluci, která se týká procesu uznání palestinského státu. Uznání palestinského státu považuji za možné a žádoucí pouze jako výsledek oboustranné dohody. Tedy společné dohody Izraele a Palestiny a jako výsledek mírového procesu.

Usnesení, které bylo schváleno, není takto jednoznačné a může být proto vykládáno různě a tedy i zneužito. To považuji za riziko zejména v době, kdy v Izraeli probíhá volební kampaň. Proto jsem z těchto důvodů toto usnesení nemohla podpořit.

Branislav Škripek (ECR). - Mr President, we voted on the recognition of the Palestinian State. Although I think that the two-state solution might be one of the solutions, I had to vote against this resolution for the following reasons: first of all, supporting this resolution is a violation of the Oslo II Accord of 1995, Article 16.7, stressing that both sides will do nothing to change the status of the Palestinian Authorities pending the outcome of the permanent status negotiations. Even the EU signed this agreement as a witness, so it seems we can question this signature now.

Furthermore, the recognition of the Palestinian State with its current government might seem to be a *de facto* recognition of the terrorist organisation Hamas, which is officially in government at the moment even though today I received an intriguing press release stating that the EU General Court is removing Hamas from the list of terrorist organisations on procedural grounds. This is intriguing after 13 years.

Besides this, although I do recognise the rights of the Palestinians, recognition today will be an extra barrier to the peace negotiations. The statement calls it 'in principle recognition', but everyone will see it as a full recognition. For both Israel and Palestine, this would be a step back.

Igor Šoltes (Verts/ALE). - Evropska unija je skozi zgodovino že večkrat izrazila podporo mirni rešitvi spora med Palestino in Izraelom in se trudila najti najboljšo solucijo, ki bi ustavila praktično vsakodnevno nasilje. In to pravzaprav že kar zadnjih nekaj desetletij.

Evropski parlament je že leta 2012 v sprejeti resoluciji poudaril, da je miren in nenasilen način sprejemanja sporazuma in dialoga med Palestino in Izraelom edini možen in smiseln način, ki omogoča dolgotrajno rešitev spora.

In seveda danes slišimo tudi razloge, ki govorijo v prid ali v neprid priznanju Palestine kot samostojne države, vendar če bi bilo priznanje Palestine ovira za mir, bi bil ta že davno sklenjen.

Zato seveda podpiram to resolucijo in Palestino kot samostojno državo, ker to se mi zdi v 21. stoletju edini smiseln in moder način in korak naprej za mirno rešitev spora.

Marian Harkin (ALDE). - Mr President, I am really pleased that today the European Parliament voted by a huge majority – with only 88 voting against – to recognise the State of Palestine. I am also pleased to see a reference in today's resolution to votes in the Irish Parliament. So at last we have a common view from this Parliament that respects many of the sensitivities involved around the issue. When you see leaders from the EPP, the Socialists, the ECR, the Liberals, the Greens, largely in agreement – yes, there are some issues about timing – but they are largely in agreement, that is a step forward.

Yes, we know our vote today is symbolic but it clearly states the opinion of Parliament in favour of recognition of a Palestinian State and a two-state solution on the basis of the 1967 borders. There is real urgency about the current situation, and the continuing expansion of Israeli settlements. The Israelis need security, and the Palestinians need their own borders – their own state. I hope that today's resolution will play some small role in delivering peace to that region.

Tonino Picula (S&D). - Gospodine predsjedniče, zajedničku rezoluciju Europskog parlamenta o principijelnom priznanju palestinske državnosti doživljam kao početak ili nastavak jednog povijesno važnog procesa, a ne kao njegovo zaustavljanje ili relativiziranje. Rezolucija predstavlja dobrodošao kompromis između glavnih političkih skupina koje dijele isti cilj, ali se razlikuju u postupku kako ga ostvariti. Ona konačno otvara prostor za angažiraniji nastup europske diplomacije u dijelu svijeta koji je ove godine bio osobito razaran starim sukobima i novim brutalnostima.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

Buduću, neovisnu Palestinu ne vidim kao novi faktor nastanka dugotrajnog sukoba, nego kao novu mogućnost za djelotvornijom potragom, za trajnijim mirovnim rješenjem. Citirao bih jednog izraelskog političara koji je nedavno rekao kako se Izrael ne treba iscrpljivati čekanjem idealnog partnera s palestinske strane da sklopi trajan mirovni sporazum. S druge strane, naša rezolucija podiže očekivanja od palestinskih predstavnika da odgovorno iskoriste povjerenje Europskog parlamenta i doprinesu ostvarenju koncepta dvije države koje odustajući od nasilja i terorizma surađuju u miru.

Lynn Boylan (GUE/NGL). - Mr President, I am proud today that I voted in favour of this resolution. It is a step in the right direction for Palestinian statehood, and although it is well overdue, resolutions such as this one are part of a growing movement across Europe to support a Palestinian State. This month the Dáil in Ireland added its voice to this growing movement by agreeing to the adoption of a Sinn Féin motion which called on the government to respect Palestinians' right to self-determination and to recognise the state of Palestine. With Israeli actions such as the recent devastating war in Gaza and the aggressive expansion of illegal settlements in the West Bank having serious impacts on the progression of talks, it is essential that the international community underlines its support for Palestinian statehood. This resolution should send out a strong signal that Palestinian statehood is essential to progress a meaningful peace process.

Tibor Szanyi (S&D). - Bár kétségtelen nagyon nagy arányban fogadta el ezt a határozatot az Európai Parlament, azért illő dolog, hogyha esetleg azok sorából is szót kaphatok, akik tartózkodtunk ennél a szavazásnál. Ennek a tartózkodásnak az oka az volt, hogy jelezni szerettem volna a fenntartásaimat ennek a határozatnak az egyes tartalmi elemei, de leginkább az időzítése és a várható nemzetközi hatása kapcsán. Bár legyen azoknak igazuk, akik azt gondolják, hogy ez a határozat előrelépés a béke tekintetében, én azért leginkább azt tartom fontosnak, hogy az Európai Unió az eddiginél sokkal határozottabb, érdemi szerepet vállaljon a közel-keleti békefolyamat előremozdításában, a felek tárgyalásai nyomán létrejövő két állam megoldást eredményező tartós békerendezés kimunkálásában. Ennek érdekében minden támogatást megérdemel Mogherini főképviselő törekvése az egységes és célirányos európai álláspont kialakításához, amihez persze időre és érdemi együttműködésre van szükség az Európai Parlament, az európai intézmények és a tagállamok részéről. A palesztin állam egyoldalú, a politikai feltételek hiányában történő tagállami elismerésének szorgalmazása a jelen helyzetben inkább hátráltatja véleményem szerint ezt a fontos célt, szem elől tévesztve, hogy az elismerés a békerendezés eredménye, nem pedig eszköze kell hogy legyen.

Karima Delli (Verts/ALE). - Monsieur le Président, chers collègues, ne soyons pas ingrats envers nous-mêmes. Beaucoup, ici, ont tenté d'empêcher ce vote depuis un mois, eurosceptiques comme conservateurs. Ils auraient préféré que le Parlement européen reste sur la touche et voie le train de l'histoire passer encore une fois. Eh bien, non!

L'Europe est, pour une fois, à sa juste place en faveur de la paix et elle l'écrit noir sur blanc. Bien sûr, cette résolution comporte des lacunes: elle ne condamne pas, par exemple, la colonisation israélienne, qui est pourtant un des obstacles majeurs à la paix et à la solution à deux États que nous prôtons dans le texte. J'espère que le Conseil de sécurité des Nations unies, qui doit statuer bientôt sur une motion demandant la fin des colonies d'ici 2016, aura, lui, le courage de dire «stop».

Néanmoins, nous pouvons être fiers de joindre nos voix à celles des autres parlements nationaux, dans l'Union européenne, qui ont eux aussi réclamé la reconnaissance de l'État palestinien ces dernières semaines.

Aujourd'hui, nos amis palestiniens et nos amis israéliens savent que, en ces moments-là, nous nous tenons à leurs côtés. Souhaitons que le vent d'espoir venu d'Europe les aide à constituer l'État de Palestine qu'ils réclament depuis longtemps.

Nathan Gill (EFDD). - Mr President, UKIP advocates the two-state solution. Personally speaking, I believe that recognition of Palestine would make it easier for the international community to bring the two-state solution into being. I am confident that, one day, Palestine will be recognised, but what we were asked to vote on today called on the Commission to act, and I have no faith in the Commission.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

Just look at what EU interference has done in Ukraine, in Libya and in the former Yugoslavia. EU imperialism is a destructive and destabilising force in the world and I cannot and will not encourage it. Let us be in no doubt: recognising states is itself an act of statehood. My colleague, James Carver, put a question to the Commission on the recognition of Somaliland, and in reply the Commission confirmed that the EU does not have the competence to recognise states. For this reason I cannot countenance any request that the EU act as if it were a state.

Tomáš Zdechovský (PPE). - Dopředu jsem avizoval, že tuto rezoluci nepodpořím, protože její text v současné podobě nic neřeší a dnešní rozhodnutí Evropského parlamentu považuji za velmi chybné. S ohledem na to, co jsem již dříve řekl, si myslím, že opět tady zaznívají antisemitské a antiizraelské názory. Myslím si, že tato rezoluce nepomůže ke klidu na palestinsko-izraelském území.

Mark Demesmaeker (ECR). - Mijn partij NVA heeft deze resolutie gesteund. Voor ons staan twee zaken voorop als het gaat over de discussie rond Palestina als staat, een discussie die té complex is om alleen in zwart-wittermen te voeren: wederzijds respect, dat onderhandelingen mogelijk maakt, en veiligheid. De weg naar een Palestijnse staat is daarom die van de politiek en de diplomatie. Volgens het zelfbeschikkingsrecht van volkeren steunen wij de erkenning van Palestina als staat en de tweestatenoplossing in principe, wanneer dit parallel loopt met vredesonderhandelingen tussen Israël en de Palestijnse autoriteiten, met internationale ondersteuning, zodat erkenning mogelijk wordt op het meest geschikte ogenblik. Dat ogenblik moet worden gekozen op basis van onder andere volgende elementen: de evolutie van het overleg, het bestaan van een volwaardige Palestijnse regering met gezag over het hele Palestijnse grondgebied, en de grenzen van het grondgebied van de staat Palestina van 1967. Enkel zo creëren we een duurzame oplossing voor het conflict in het Midden-Oosten.

Marijana Petir (PPE) - Gospodine predsjedniče, glasovala sam za ovu rezoluciju jer odražava moje stajalište, kao i stajalište europskih pučana o uspostavi dviju država do čega treba doći kroz mirovne pregovore.

Naime, državnost zahtijeva legalno i uređeno funkcioniranje koje isključuje podršku organizacijama koje se mogu nazivati terorističkim ili koje se vode principima bilo kojeg oblika fundamentalizma uključujući i vjerskog.

Ponašanje Hamasa, njihovo odupiranje pronalasku nenasilnih rješenja i podrška napadima na izraelski teritorij te korištenje vlastitog naroda kao živog štita najveća su prepreka nastavku mirovnih pregovora. Prekid oružanih napada od strane palestinskih vlasti te nastavak mirovnih pregovora preduvjet su stoga za priznavanje palestinske države. Također, obje strane moraju dopustiti humanitarnim organizacijama da sukladno Ženevskoj konvenciji neometano isporučuju humanitarnu pomoć stanovnicima Palestine.

Ovom prilikom još jednom pozivam suprotstavljene strane da nastave mirovne pregovore i pronađu rješenja koja će Izraelu osigurati i omogućiti sigurnost, a Palestini državnost te rješenja koja će osigurati trajni mir na tom prostoru.

Jan Zahradil (ECR). - Pane předsedající, dnešní hlasování Evropského parlamentu o Palestině je zcela nepochybně chyba. Je to chyba ze dvou důvodů.

Zprvé, Evropský parlament opět strká nos do něčeho, do čeho mu nic není. Bohužel je to tak, že Evropský parlament nemá žádné pravomoci, ani Evropská komise nemá žádné pravomoci k uznávání jednotlivých států. Je to tak citlivá a delikátní záležitost, že my všichni víme, že pozice jednotlivých členských států Evropské unie se liší a jestliže se Evropský parlament necitlivě snaží to zažehlit do nějaké jedné šablony, pak tím dělá chybu a zbytečně toto citlivé téma exponuje.

A za druhé, obávám se, že to dnešní hlasování může povzbudit i radikální elementy na palestinské straně. Jestliže dnes Evropský soudní dvůr vyňal, byť třeba dočasně, Hamás ze seznamu teroristických organizací, pak v kombinaci s naším dnešním hlasováním to může působit jako podpora těch sil, které my podporovat nechceme a neměli bychom – tedy těch, které se neštítí násilí a terorismu. A proto je to podle mého názoru velká chyba.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

Janice Atkinson (EFDD). - Mr President, I support a two-state solution, as does my party. However, how can this House vote to recognise statehood for one country, namely Palestine, when it has admitted that it does not have the jurisdiction to do so? My voters sent me here to stop you inflicting damage on my country, yet you are extending your damage beyond our borders when you have no right to do so at all.

Jill Seymour (EFDD). - Mr President, I will not apologise for being repetitive but my colleagues Jim Carver and Nigel Farage request a point of order on why an e-mail of authority from the EU stated that they had no power, ability or right to recognise a Member State, yet today this was not the case. It seems that the right hand does not know what the left hand is doing. Does this mean that anything written by the EU has no substance? I believe so.

Diane James (EFDD). - Mr President, recognition of Palestinian statehood was a very emotive subject here today. The intent may have been laudable but the process wholly deficient and hence my abstention. I could not endorse a motion for which the European Union has no agreed competence and thus no authority. EU interference could yet again undermine, not support, genuine attempts to resolve conflict in this area and if anything could heighten tensions. Symbolic pretence and retrospective justification for this motion is unacceptable, as is misleading citizens and raising the hopes of Palestinians totally and wholly reprehensible. Abstention on this basis was my chosen option and I stand by it.

David Coburn (EFDD). - Mr President, I voted against the Palestinian state as recognising a Palestinian state is not within the competence of this Parliament.

On 3 October the Commission wrote to my UKIP colleague, James Carver MEP, to explain that the EU cannot recognise Somaliland, or any other state, and that this was the privilege of the nation states of the European Union. Therefore this so-called recognition of Palestine is illegal and the Commission has admitted it in writing. Mr President, you should have ruled against it but you did not.

Recognition of Palestine, or otherwise, should be left to nation states and the United Nations. No one in Great Britain voted for a European state; we voted only for a trading bloc. This House has got well above itself. If Pontius Pilate could not solve the problem in the Middle East with the threat of the galleys and crucifixion, how does this pathetic parliament think it can do better? It would be best left trying to sort out the deficit and the collapsing euro and not bothering with things it has no ability to deal with.

Presidente. - Onorevole, io le rispondo per quanto riguarda le questioni di mia competenza. Io ho letto il testo della risoluzione. Era molto chiaro perché non vi era nessun riconoscimento effettivo, perché trattavasi di un sostegno al riconoscimento. Quindi un documento politico senza alcun effetto legislativo. Era una dichiarazione politica.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD). - Signor Presidente, onorevoli colleghi, dopo 67 anni di dolore, morte e sofferenza uno dei conflitti più lunghi e sanguinosi che la storia ricordi è ancora una ferita lancinante nel cuore del Medio Oriente. Come Movimento Cinque stelle siamo consci che questa risoluzione è ben lungi dall'essere il coronamento del processo di pace che tutti agogniamo. Ma è comunque un passo importante in direzione della giustizia. Sono contento della larga maggioranza espresso da questo Parlamento.

Abbiamo finalmente chiarito la distinzione tra il riconoscimento, che spetta appunto agli Stati membri – ma che deve essere un riconoscimento armonioso non una cacofonia di voci, bensì un coro da parte dei nostri Stati e questo sarà il lavoro dell'alto rappresentante Mogherini – e tra il processo di pace che invece spetta a Israele e Palestina, dove noi siamo Mediatori.

Ma senza un vero impegno dell'UE nella costruzione di uno Stato palestinese che possa garantire la sicurezza nella regione, per entrambi gli Stati, amministrare secondo lo stato di diritto e riconciliare le differenti fazioni e a realizzare una giustizia sociale, tale riconoscimento sarà solo una foglia di fico per lavare la nostra coscienza e la nostra cecità negli ultimi decenni. I soldi non bastano.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

Pertanto dobbiamo fare quanto in nostro potere per evitare che prevalgano gli opposti estremismi in Israele e Palestina. Abbiamo molto lavoro da fare davanti a noi nei prossimi anni. Non dimentichiamocene.

Dichiarazioni di voto scritte

Lars Adaktusson (PPE), *skriftlig*. — Idag röstade Europaparlamentet om en gemensam resolution gällande ett erkännande av Palestina som stat. Jag röstade emot resolutionen och stödde istället EPP:s resolutionsförslag som var betydligt mer balanserat än den gemensamma text som antogs av en majoritet av ledamöterna. Anledningarna till att jag röstade emot den gemensamma resolutionen är flera. Se <http://adaktusson.eu/kontraproduktivt-palestinabeslut-europaparlamentet/> för en utförlig röstförklaring.

Isabella Adinolfi (EFDD), *per iscritto*. — Il Parlamento europeo ha approvato una risoluzione, che può essere definita storica, circa il riconoscimento dello Stato palestinese e che arriva all'indomani della decisione della Corte di Giustizia di annullare la decisione del Consiglio di inserire Hamas nella *black list* delle organizzazioni considerate terroristiche.

Con questa risoluzione il Parlamento europeo riconosce per la prima volta lo Stato della Palestina sulla base dei confini stabiliti nel 1967 e dichiara il proprio supporto alla soluzione di due Stati con Gerusalemme capitale di entrambi, esortando al contempo alla ripresa dei negoziati di pace.

Si tratta di una posizione storica che potrebbe rappresentare un primo passo verso una soluzione stabile della spinosa ed irrisolta questione palestinese. Per tali motivi, ho convintamente espresso il mio voto a favore della risoluzione. Adesso tuttavia la palla passa ai singoli Stati membri, che devono adoperarsi per rendere effettivo tale atto. Noi il nostro compito, in qualità di deputati europei, lo abbiamo compiuto: ora spetta al governo del nostro Paese agire in coerenza con quanto approvato dai deputati qui a Strasburgo.

Clara Eugenia Aguilera García (S&D), *por escrito*. — El reconocimiento del Estado palestino es un paso necesario, aunque no suficiente, para lograr la paz entre Israel y Palestina. Considero que la única manera de resolver este conflicto es a través de la solución de dos Estados basada en las fronteras de 1967, con Jerusalén como capital de ambos Estados. De esta manera, el Estado de Israel podría vivir en paz y seguridad junto a un Estado palestino independiente, democrático y viable.

Doy mi apoyo a esta propuesta de Resolución como una solución de compromiso y por el alto valor que tiene tanto el amplio consenso alcanzado entre todos los grupos de este Parlamento como el importante mensaje que lanzamos con ella.

Quiero expresar mi firme apoyo al reconocimiento de un Estado de Palestina, ya que el derecho de los palestinos a tener su propio Estado es incuestionable como lo es el derecho de Israel a existir dentro de unas fronteras seguras. Asimismo, valoro el liderazgo de la Alta Representante Federica Mogherini en este proceso, pues creo que la UE debe desempeñar un papel más eficaz y genuino en el proceso de paz, y considero necesario que los Estados miembros de la UE estén unidos en su apoyo a este proceso legítimo.

Marina Albiol Guzmán (GUE/NGL), *por escrito*. — He votado a favor de la propuesta de Resolución sobre el reconocimiento del Estado de Palestina como un primer paso en la buena dirección. El reconocimiento del Estado de Palestina, su gente, sus fronteras y el final de la ocupación es una obligación internacional y un paso importante hacia la paz. Los Estados miembros deben ahora reconocer formalmente, y por tanto proteger, el espacio del Estado de Palestina en las fronteras de 1967 con Jerusalén Este como su capital. El derecho del pueblo palestino a la autodeterminación ha sido reconocido internacionalmente desde hace 66 años. Llamamos a todas las partes a no llevar a cabo ninguna acción que pudiera dinamitar la viabilidad de la solución de los dos Estados. Por lo tanto, los asentamientos deben acabar, el *apartheid* debe acabarse y el ataque a los lugares sagrados y la demolición de las propiedades palestinas deben cesar inmediatamente.

Eric Andrieu (S&D), *par écrit*. — Après l'adoption par de nombreux parlements nationaux de motions portant sur la reconnaissance de l'État palestinien ces dernières semaines, je me félicite que le Parlement européen ait élaboré et voté à son tour une résolution pour la reconnaissance de l'État de Palestine. C'est un acte de justice et de paix en vue de progresser vers un règlement définitif de ce conflit. L'impasse politique actuelle renforce chaque jour les éléments les plus radicaux et les discours de haine au détriment des populations civiles innocentes. Le statu quo est intenable et dangereux. Cet engagement constitue aussi un appel à la relance des négociations et au déblocage du processus de paix. Il s'inscrit dans la volonté collective de concourir à l'effort international de paix au Proche-Orient pour mettre un

Mittwoch, 17. Dezember 2014

terme au cycle infernal de la violence. Les socialistes ont toujours soutenu cette volonté de réconciliation entre les peuples israélien et palestinien, fondée, conformément aux résolutions des Nations unies, sur l'existence de deux États souverains et démocratiques vivant côte à côte en paix et en sécurité, sur la base des lignes de 1967, avec Jérusalem pour capitale des deux États.

Pascal Arimont (PPE), *schriftlich*. — Das mit großer Mehrheit abgegebene Ja zur prinzipiellen Anerkennung der Eigenstaatlichkeit Palästinas beruht auf der Grundlage der Zwei-Staaten-Lösung mit den Grenzen von 1967 und Jerusalem als Hauptstadt. Dabei ist unabdingbar, dass dieser Schritt mit der Wiederaufnahme von Friedensgesprächen einhergeht.

Ich begrüße diese Anerkennung, weil sie nicht nur ein wichtiges Zeichen in der Selbstbestimmung der Palästinenser darstellt, sondern auch beide Staaten dazu auffordert, die Friedensverhandlungen wieder aufzunehmen. Äußerst erfreulich ist auch die Initiative „Parlamentarier für den Frieden“, welche zum Ziel hat, uns Europaabgeordnete mit Kollegen aus Israel und Palästina zusammenzubringen, um eine Agenda für den Frieden ins Leben zu rufen.

Francisco Assis (S&D), *por escrito*. — A posição agora assumida pelo Parlamento Europeu, a todos os títulos justa, deverá, entre outras coisas, favorecer um maior envolvimento da União Europeia no processo de resolução do conflito Israel-Palestina.

O reconhecimento do direito à instauração de um Estado palestiniano com as fronteiras anteriores à guerra de 1967 constitui um ato simbólico do maior relevo. Para todos quantos preconizam a necessidade da coexistência dos dois Estados, este momento reveste-se de especial importância.

Janice Atkinson (EFDD), *in writing*. — Voted against. The European Commission has already stated that it does not have the authority to recognise states or otherwise, so this vote was technically illegal. A point of order raised by a UKIP colleague tried to raise this point, but was ignored by the President. It is for individual nations to set foreign policy, not the European Union. I will not vote for any motion that seeks to legitimise the presence of the EU on the world stage.

Margrete Auken (Verts/ALE), *skriftlig*. — Resolutionen er ensidig ved fx kun at nævne israelske dødsfald og ikke palæstinensiske civile, dræbt af IDF!! Den redegør ikke for sikkerheden for en fremtidig palæstinensisk stat og har ikke noget tidsperspektiv for anerkendelsen.

Resolutionen er dog vigtig at støtte, fordi vi for første gang adskiller fredsforhandlinger og anerkendelse af en palæstinensisk stat. Det er vigtigt, at et samlet Europa-Parlamentet giver sin støtte til to-statsløsningen og tydeligt inden for 67-grænsen med Jerusalem som hovedstad. Europa-Parlamentet giver her støtte til det momentum, vi har, hvor flere og flere medlemsstaters parlamenter opfordrer deres regeringer til anerkendelse, og Palæstina indleverer sin ansøgning til FN. Selv om jeg gerne så en tydeligere resolution, er det lige nu vigtigt at vise medlemsstaterne, at et meget bredt flertal i Europa-Parlamentet bakker op om en betingelsesløs anerkendelse af Palæstina.

Inés Ayala Sender (S&D), *por escrito*. — El reconocimiento del Estado palestino es un paso necesario, aunque no suficiente, para lograr la paz entre Israel y Palestina. Considero que la única manera de resolver este conflicto es a través de la solución de dos Estados basada en las fronteras de 1967, con Jerusalén como capital de ambos Estados. De esta manera, el Estado de Israel podría vivir en paz y seguridad junto a un Estado palestino independiente, democrático y viable.

Doy mi apoyo a esta propuesta de Resolución como una solución de compromiso y por el alto valor que tiene tanto el amplio consenso alcanzado entre todos los grupos de este Parlamento como el importante mensaje que lanzamos con ella.

Quiero expresar mi firme apoyo al reconocimiento de un Estado de Palestina, ya que el derecho de los palestinos a tener su propio Estado es incuestionable como lo es el derecho de Israel a existir dentro de unas fronteras seguras. Asimismo, valoro el liderazgo de la Alta Representante Federica Mogherini en este proceso, pues creo que la UE debe desempeñar un papel más eficaz y genuino en el proceso de paz, y considero necesario que los Estados miembros de la UE estén unidos en su apoyo a este proceso legítimo.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

Zigmantas Balčytis (S&D), raštu. — Balsavau už šią rezoliuciją. ES yra jau ne kartą patvirtinusi savo paramą Izraelio ir Palestinos sprendimui, pagal kurį būtų laikomasi 1967 m. sienų, Jeruzalė būtų abiejų valstybių sostinė ir taikiai bei saugiai viena šalia kitos egzistuotų abi valstybės. Pritariu raginiams šalių politiniams lyderiams bendradarbiauti ir imtis veiksmų, kad būtų sušvelninta susidariusi įtempta padėtis. Teigiamai vertinu Sąjungos vyriausiosios įgaliotinės išpareigojimą aktyviai skatinti teigiamą procesą, kuriuo siekiama sudaryti sąlygas realiai pažangai taikos procese. Manau, kad ES turi tapti aktyvesne veikėja ir tarpininke Artimųjų Rytų taikos procese bei parengti visapusišką Izraelio ir Palestinos konflikto sprendimo strategiją.

Nicolas Bay (NI), *par écrit*. — Je me suis abstenu car je dénonce l'hypocrisie de l'Union européenne qui prétend reconnaître un État alors qu'elle ne cesse de combattre la souveraineté de ses États membres.

Beatriz Becerra Basterrechea (ALDE), *por escrito*. — Lo que el Parlamento Europeo ha votado y aprobado hoy NO es el reconocimiento de Palestina como Estado.

Lo que ha aprobado hoy la Eurocámara por abrumadora mayoría es la realización de un gesto expreso y valioso de reconocimiento de la solución de dos Estados y la reactivación del proceso de paz. Un proceso del que forman parte inexcusable el mutuo reconocimiento y la coexistencia segura y pacífica de ambos estados.

El Parlamento Europeo se erige así en supervisor exigente del cumplimiento de ese proceso y reclama a la Comisión una posición única que ha encomendado a la señora Mogherini. La exigencia de comportamiento democrático y respeto a los derechos humanos es doble: por un lado, a Israel, única democracia sólida de Oriente Próximo, socio comercial y estratégico de la UE; y, por otro, a Palestina, que aún debe acreditarse y actuar como Estado, dotarse de un gobierno único, instaurar prácticas democráticas e instituciones solventes y condenar el terrorismo.

Sí. Con todas sus deficiencias, se trata de un gesto valioso. Por ello, a pesar de la vaguedad y las infinitas posibilidades de interpretación que propicia un texto ambiguo y complaciente, yo he votado a favor.

Izaskun Bilbao Barandica (ALDE), *por escrito*. — He votado a favor de la Resolución porque incluye el reconocimiento del Estado palestino y la solución de dos Estados sobre las fronteras de 1967, con Jerusalén como capital de ambos: un Estado de Israel seguro y un Estado Palestino independiente, democrático, contiguo y viable, viviendo uno al lado del otro en paz y seguridad, sobre la base del derecho a la autodeterminación y el pleno respeto del Derecho internacional. Condenando todos los actos de terrorismo y violencia.

Y porque para ello defiende la necesidad del desarrollo de las negociaciones de paz. Y consolidar así la autoridad del gobierno palestino consensuado pidiendo a todas las facciones palestinas, incluida Hamás, que pongan fin a las divisiones internas.

En la Resolución se reitera que los asentamientos israelíes son ilegales de acuerdo con el Derecho internacional y creo, de acuerdo con la Resolución, que la UE debe convertirse en un facilitador del proceso de paz en Oriente Medio y por ello pedimos a la Sra. Mogherini que facilite la consecución de una posición común en la Unión para este fin.

La alta representante necesita un respaldo importante del Parlamento para que Europa juegue el papel que tanto necesitamos.

Malin Björk (GUE/NGL), *in writing*. - I voted in favour of the joint resolution on the recognition of the Palestinian State as a principled step in the right direction, although some parts of the resolution are not in line with my views. Recognition of the Palestinian State, its people and its borders, and the end of the occupation is a long-overdue international obligation and a positive step towards peace. Member States must now formally recognise and thus protect the space of the Palestinian State on the 1967 borders with East Jerusalem as the capital.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

Palestinian recognition is established in UN resolutions and a number of national parliaments of EU Member States have called on their respective governments to recognise this. The Palestinian people's right to self-determination has been enshrined in international resolutions for 66 years. We call on all parties to refrain from any action which may undermine the viability and the prospects of the two-state solution.

Dominique Bilde (NI), *par écrit*. – Je me suis abstenue sur ce vote de reconnaissance de l'État palestinien puisque je considère, en effet, que seuls des États souverains peuvent reconnaître un autre État. Malgré ma volonté de voir reconnaître un État palestinien libre et indépendant et aboutir à une paix durable dans le conflit meurtrier qui l'oppose à Israël, ce texte ne doit pas relever des compétences de cette entité supranationale qu'est l'UE.

José Blanco López (S&D), *por escrito*. — El reconocimiento del Estado palestino es un paso necesario, aunque no suficiente, para lograr la paz entre Israel y Palestina. Considero que la única manera de resolver este conflicto es a través de la solución de dos Estados basada en las fronteras de 1967, con Jerusalén como capital de ambos Estados. De esta manera, el Estado de Israel podría vivir en paz y seguridad junto a un Estado palestino independiente, democrático y viable.

Doy mi apoyo a esta propuesta de Resolución como una solución de compromiso y por el alto valor que tiene tanto el amplio consenso alcanzado entre todos los grupos de este Parlamento como el importante mensaje que lanzamos con ella.

Quiero expresar mi firme apoyo al reconocimiento de un Estado de Palestina, ya que el derecho de los palestinos a tener su propio Estado es incuestionable como lo es el derecho de Israel a existir dentro de unas fronteras seguras. Asimismo, valoro el liderazgo de la Alta Representante Federica Mogherini en este proceso, pues creo que la UE debe desempeñar un papel más eficaz y genuino en el proceso de paz, y considero necesario que los Estados miembros de la UE estén unidos en su apoyo a este proceso legítimo.

Biljana Borzan (S&D), *napisan*. — Podržala sam rezoluciju o priznanju palestinske državnosti jer smatram da je bliskoistočni mirovni proces već dugo blokiran i nema naznake da će se situacija uskoro promijeniti. Uvođenje novih elemenata, poput međunarodnog priznanja palestinske države, može dati potreban impuls pronalaženju pravednog rješenja i postizanju trajnog mira na prostoru Bliskog istoka.

Mercedes Bresso (S&D), *in writing*. — I voted for this resolution because I think the time has come to send a strong message for peace and reconciliation in the Middle East.

Steeve Briois (NI), *par écrit*. — La reconnaissance d'un État tiers, prérogative de droit international réservé à un État souverain, ne doit pas être dévolue à l'Union européenne. Il est donc inadmissible de soumettre au vote du Parlement européen un texte qui viole à ce point la légalité et la coutume internationale. Pour autant, je soutiens l'autorité Palestinienne dans son noble combat pour la reconnaissance d'un État Palestinien dans le cadre des frontières de 1967, ainsi que le placement de la ville Sainte de Jérusalem sous mandat international. C'est pourquoi je me suis abstenu sur le vote de cette résolution par le Parlement européen.

Elmar Brok (PPE), *in writing*. - The European Parliament rejects unconditional recognition of Palestine

The EPP Group welcomes the fact that the European Parliament supported a resolution today on the recognition of Palestinian statehood and the two-state solution, but 'hand in hand' with the development of the peace talks. 'With this vote, the European Parliament clearly rejected an unconditional recognition separated from the peace negotiations', pointed out the EPP Group co-negotiator of the resolution and Chairman of Foreign Affairs, Elmar Brok MEP.

'The EPP Group believes, as does the majority of the European Parliament, that early negotiations are necessary to make a secure Israel and a viable and democratic Palestinian State possible on the basis of the 1967 borders and under international law. Both sides must refrain from any actions that could jeopardise that goal. The European Parliament has rightly demanded that all Palestinian factions, including Hamas, recognise the existence of the State of Israel in accordance with the 1993 declaration of the Palestinian Liberation Organisation (PLO). The EPP Group supports the position of the European Parliament against Israeli settlement policy', Brok explained.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

The EPP Group also welcomes the fact that the resolution rejects any form of violence and terrorism from all sides and warns against a potential religious dimension in the conflict. For EPP Group MEPs, the only sustainable solution to the Israeli-Palestinian conflict will be the one achieved by peaceful and non-violent means.

'We are gravely concerned at the growing tension and increasing violence in the region, and we urge all parties to refrain from any action that would worsen the situation. The resolution voted today does not ask for an unconditional recognition of Palestine. On the contrary, the text insists upon the need to continue and advance the peace talks. Ultimately, the only true recognition of Palestine as state can be brought about by negotiations between the parties, in the framework of a comprehensive peace process that addresses all outstanding issues', explained the EPP Group co-negotiator of the resolution and EPP Group spokesperson on Foreign Affairs, Cristian Preda MEP.

Gianluca Buonanno (NI), *per iscritto*. — Mi sono astenuto. È la posizione più equilibrata tra posizioni troppo distanti l'una dall'altra. L'Unione europea lavora per garantire la sicurezza di Israele e dell'area.

Soledad Cabezón Ruiz (S&D), *por escrito*. — El Pleno del Parlamento está a favor de que los Estados miembros reconozcan el Estado palestino.

Expresamos nuestro firme apoyo al reconocimiento de un Estado palestino. Consideramos que el derecho de los palestinos a la autodeterminación y a tener su propio Estado es incuestionable, como lo es el derecho de Israel a existir dentro de fronteras seguras. Hacemos un llamamiento a los Estados miembros de la UE a estar unidos en su apoyo a este proceso legítimo. Continuaremos nuestro su trabajo para asegurarnos de que la Unión Europea desempeña un papel más eficaz y genuino en el proceso de paz. Seguimos profundamente convencidos de que una única voz europea es un factor clave en la búsqueda de una solución global al conflicto israelo-palestino. Creemos que la única manera de resolver el conflicto entre Israel y Palestina es a través de la solución de dos Estados basada en las fronteras de 1967, con Jerusalén como capital de ambos Estados. De esta manera, el Estado de Israel podía vivir en paz y seguridad junto a un Estado independiente, democrático y viable de Palestina.

Alain Cadec (PPE), *par écrit*. — Le conflit sévissant au Proche-Orient persiste malgré les efforts en vue d'une négociation d'un processus de paix pour la région. La résolution en faveur de laquelle j'ai voté rappelle l'intérêt d'une reconnaissance mutuelle et la nécessité d'une mise en place de deux États basés sur les frontières de 1967. Ces éléments sont la condition d'une cessation de toutes violences. En effet, nous ne pouvons pas tolérer une escalade de la violence et des actes terroristes comme nous en avons été les témoins ces derniers mois.

Nicola Caputo (S&D), *per iscritto*. — Oggi ho votato a favore della risoluzione sul riconoscimento dello Stato palestinese. Ritengo che la realizzazione del principio «due Stati per due popoli» e il reciproco riconoscimento tra Palestina e Israele siano due condizioni assolutamente fondamentali per far sì che il popolo palestinese e quello di Israele possano finalmente raggiungere una convivenza pacifica e una condizione di sicurezza per i popoli e per gli Stati che si trovano vicini all'area di crisi.

Ho votato quindi a favore di questa risoluzione perché ritengo che il riconoscimento dello Stato palestinese da parte del Parlamento europeo rappresenti un segnale importantissimo che, in seguito al riconoscimento già avvenuto da parte di alcuni Stati membri (Svezia, Spagna, Regno Unito e Irlanda), può incidere in maniera significativa sul processo di pace in Medio Oriente.

Il voto di oggi conferisce un mandato netto all'Alto rappresentante Mogherini per porre in essere tutte le iniziative diplomatiche possibili affinché si possa aggiungere in «tempi brevissimi» all'effettivo riconoscimento dello Stato della Palestina.

Matt Carthy (GUE/NGL), *in writing*. — I voted in favour of the joint resolution on the recognition of the Palestinian State as a principled step in the right direction. Recognition of the Palestinian State, its people and its borders, and the end of the occupation is a long-overdue international obligation and a positive step towards peace. Member States must now formally recognise and thus protect the space of the Palestinian State on the 1967 borders with East Jerusalem as the capital.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

Palestinian recognition is established in UN resolutions and a number of national parliaments of EU Member States have called on their respective governments to recognise this. The Palestinian People's right to self-determination has been enshrined in international resolutions for 66 years. We call on all parties to refrain from any action which may undermine the viability and the prospects of the two-state solution. Therefore, settlements must end, the apartheid wall must be dismantled and attacks on Holy Sites, along with the demolition of Palestinian property, must stop immediately.

James Carver (EFDD), *in writing*. — In my written question (E-006540/2014) that I submitted to the European Commission on 3/9/2014, I questioned the Commissions' view on recognition for Somaliland. On 4/10/2014 the Commission replied stating:

'The EU does not have the competency to recognise states, only individual member states do.'

In its capacity as an EU institution, the European Parliament does not, therefore, have the ability to deal with the question of recognition of any state. I believe that this resolution is inadmissible and, accordingly, I voted against it.

However, I wish to clarify that I support a lasting and viable two-state solution for Israel and Palestine, but this must be built on trust and non-violence. Accordingly, until Hamas revokes its call for the destruction of the Israeli State, I cannot support recognition for Palestine.

Jean-Marie Cavada (ALDE), *par écrit*. — J'ai voté en faveur de la résolution sur la reconnaissance de l'État palestinien afin de faciliter l'accélération du processus de paix et la reconnaissance de deux États aux frontières définies. C'est un message fort par les temps violents que nous vivons. Il est par ailleurs également important d'appeler les peuples d'Europe à lutter contre un antisémitisme et une islamophobie croissants et alarmants.

Lorenzo Cesa (PPE), *per iscritto*. — Ho votato sì alla risoluzione comune di cui sono tra i cofirmatari del gruppo PPE, perché sono fermamente convinto che questo atto possa dare un maggiore impulso alla ripresa dei colloqui di pace diretti tra Israele e OLP, da troppo tempo in fase di stallo. Ma il mio voto non è incondizionato: l'OLP si era impegnata nel 1993 a riconoscere lo Stato di Israele ed è necessario che tutte le diverse fazioni palestinesi, incluso Hamas, accettino gli impegni assunti dall'OLP e pongano fine alle loro divisioni interne.

Israele deve essere riconosciuto e i due Stati potranno coesistere solo in condizioni di pace e sicurezza, sulla base del diritto all'autodeterminazione e nel pieno rispetto del diritto internazionale. È per questo che i negoziati di pace devono riprendere e la Palestina deve porre fine agli atti di violenza contro Israele.

Solo così il Parlamento europeo sostiene, in linea di principio, la soluzione dei due Stati con Gerusalemme capitale di entrambi gli Stati, tenendo presente che il riconoscimento dello Stato di Palestina è di competenza degli Stati, mentre l'Unione europea deve essere un facilitatore del processo di pace.

Aymeric Chauprade (NI), *par écrit*. — En tant que patriote français, j'ai préféré m'abstenir sur ce texte pour plusieurs motifs. Tout d'abord, je tiens à souligner que je suis favorable à l'idée de deux États, la Palestine et Israël. Je ne peux cependant reconnaître le Hamas, groupe terroriste islamiste, comme interlocuteur légitime. Par ailleurs, avec cette résolution, l'Union Européenne montre son incohérence en soutenant, d'une part, la souveraineté palestinienne et en niant, de l'autre, la souveraineté des peuples européens. Je ne pouvais donc voter en faveur de cette nouvelle volonté d'ingérence de la part d'une organisation prête à traiter avec des terroristes mais refusant de laisser libre la parole des citoyens de ses propres États membres.

Alberto Cirio (PPE), *per iscritto*. — Il titolo di questa risoluzione meriterebbe fiumi e fiumi di inchiostro. Io ho deciso di astenermi perché il modo in cui questo titolo è stato declinato mi sembra inopportuno: le condizioni indicate nel testo sono assolutamente irraggiungibili allo stato attuale, e, per quanto questo testo non abbia ambizioni legislative, non hanno senso nemmeno in un mero documento politico. Inoltre, come ha giustamente sottolineato un collega di un altro gruppo politico prima del voto, l'UE non ha il potere di riconoscere gli Stati.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

Deirdre Clune (PPE), *in writing*. — My sole goal in voting for this motion was the achievement of peace in the Middle East. As Israel continues with settlement expansion, the two-state-solution is quickly losing credibility. EU recognition sends a clear message to both Israel and Palestine that the EU is committed to peace, and that we support moderate voices in the region.

David Coburn (EFDD), *in writing*. — I voted against Palestinian Statehood as recognising a Palestinian State is not within the competence of this Parliament. On 3 October the EU Commission wrote to my UKIP colleague James Carver MEP to explain that the EU cannot recognise Somaliland or any other State and that this was the privilege of the various individual nation States. Therefore this so called recognition of Palestine is ultra vires and illegitimate. The President of the Parliament should have ruled against this motion as the Commission has admitted in writing that it was ultra vires. Recognition of Palestine or otherwise should be left to Nation States and the United Nations. If Pontus Pilate could not solve the Middle Eastern situation with threats of crucifixion and galleys how can this pathetic eunuch of a Parliament, which made such a mess of the Ukraine crisis, ever hope to solve this situation? The EU should sort out the catastrophic euro crisis it has created rather than try to destroy other nations.

Carlos Coelho (PPE), *por escrito*. — É urgente pôr fim à violência brutal que destrói vidas quer em Israel quer na Palestina. É essencial denunciar e punir os crimes de guerra cometidos por ambos os lados quer contra civis inocentes quer destruindo infraestruturas civis.

O PE reitera que não há solução que não passe pela coexistência de dois Estados, cuja segurança seja mutuamente respeitada, com as fronteiras existentes até 1967 e com Jerusalém como capital de ambos os Estados.

Creio fundamental também combater os que fazem leituras radicais da sua religião e justificam a legitimidade de matar em nome de Deus. Haverá poucas coisas mais desprezíveis do que invocar Deus para exercer a violência, disseminar o terror e ceifar vidas humanas.

Therese Comodini Cachia (PPE), *in writing*. — The EU must play a central role, together with other stakeholders, to bring about a peaceful resolution of the dispute that has tormented the lives of Palestinians and Israelis for generations. The little respect that this conflict has shown to human life is unacceptable.

The two-state solution can start to provide Israelis and Palestinians with a life of peace in which children and families can thrive without fear of each other. Yet this solution requires the backing of the international community, of the EU as well as of its Member States: a commitment of seeking to bring both Israelis and Palestinians back to the negotiating table.

The coexistence of two states, Palestine and Israel, will provide each with security as well as peaceful statehood. Both must believe in their aspirations and want to attain them through peaceful negotiations rather than through occupation, settlement construction and injuring civilians.

Towards the end of attaining statehood, the EU must support Palestine in establishing and strengthening its institutions.

Javier Couso Permuy (GUE/NGL), *por escrito*. — He votado a favor de la propuesta de Resolución sobre el reconocimiento del Estado de Palestina como un primer paso en la buena dirección. El reconocimiento del Estado de Palestina, su gente, sus fronteras y el final de la ocupación es una obligación internacional y un paso importante hacia la paz. Los Estados miembros deben ahora reconocer formalmente, y por tanto proteger, el espacio del Estado de Palestina en las fronteras de 1967 con Jerusalén Este como su capital. El derecho del pueblo palestino a la autodeterminación ha sido reconocido internacionalmente desde hace 66 años. Llamamos a todas las partes a no llevar a cabo ninguna acción que pudiera dinamitar la viabilidad de la solución de los dos Estados. Por lo tanto, los asentamientos deben acabar, el *apartheid* debe acabarse y el ataque a los lugares sagrados y la demolición de las propiedades palestinas deben cesar inmediatamente.

Pál Csáky (PPE), *írásban*. - A Palesztina államiságának elismeréséről szóló szavazáson tartózkodtam, mert nem tartom helyesnek az állásfoglalás időzítését.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

Az állásfoglalás tartalmát illetően a két állam-modell híve vagyok, ahogy azt már az Unió többször is megerősítette. Az EU az 1967-es határokon alapuló megoldást támogatja, amely szerint egy biztonságos Izrael Állam és egy független, demokratikus, területileg összefüggő és életképes Palesztin Állam békében és biztonságban él egymás mellett, az önrendelkezéshez való jog és a nemzetközi jog teljes körű tiszteletben tartása alapján.

Támogatom az izraeliek és a palesztinok közötti közvetlen békétárgyalások újbóli megindítását, amelyhez elengedhetetlen a bizalomra épülő környezet kialakítása, amely eléréséhez mindkét félnek komoly lépéseket kell tenni.

Azonban meggyőződésem, hogy az EP állásfoglalása nem a legjobb időben született, mert az nem korrekt a közeledő izraeli választásokkal szemben. Úgy vélem, bármely ilyen típusú állásfoglalást csakis olyankor szerencsés elfogadni, amikor a két fél egyike sincs kampánynyomás alatt, mert ezáltal negatívan befolyásolhatja, torzíthatja a békepártiak igyekezetét és törekvéseit.

Miriam Dalli (S&D), in writing. — I voted in favour of the joint motion for a resolution which focuses on the recognition of Palestinian statehood. This joint motion for a resolution is the result of a compromise between five political groups, among which the S&D Group. However, I preferred the text originally proposed by S&D on the official recognition of Palestinian statehood since it was stronger and in favour of recognising Palestinian statehood. I unreservedly and unconditionally support the recognition of Palestinian statehood.

Rachida Dati (PPE), par écrit. — L'adoption à une très large majorité de cette résolution est le fruit de négociations fructueuses qui ont permis au Parlement européen d'avoir une position unie. J'ai ainsi soutenu, en principe, la reconnaissance d'un État palestinien et la solution fondée sur les deux États, qui doivent se faire de manière concomitante avec des négociations de paix. La résolution rappelle toutefois très justement que malgré ce message politique envoyé par le Parlement européen, il demeure de la compétence des États membres de reconnaître un État palestinien.

Isabella De Monte (S&D), per iscritto. — Ho votato a favore della proposta di risoluzione che sostiene il riconoscimento in linea di principio dello Stato palestinese sulla base dei confini del 1967 e con Gerusalemme capitale. Auspico che Israele e Palestina vivano fianco a fianco in condizioni di pace e sicurezza, sulla base del diritto all'autodeterminazione e del pieno rispetto del diritto internazionale.

Marielle de Sarnez (ALDE), par écrit. — Le Parlement européen s'est exprimé à une très large majorité, 498 voix en faveur de la résolution sur la reconnaissance de l'État palestinien, contre 88. C'est un signal fort en faveur de la solution des deux États et en faveur de la paix. Et c'est la première fois dans son histoire que le Parlement européen exprime une position équilibrée vis à vis des deux parties. Après les événements dramatiques vécus ces derniers mois par les Israéliens et les Palestiniens, avec l'accroissement des tensions et la montée inexorable de la violence dans cette région du monde, nous avons voulu que cette reconnaissance soit indissociable de la nécessité de reprendre urgemment les pourparlers de paix. Comme le souligne avec force la résolution, il est indispensable que les dirigeants politiques de tous bords œuvrent ensemble pour apaiser la situation, car seuls des moyens non violents et le respect des droits de l'homme permettront de parvenir à une solution durable et à une paix juste entre les deux peuples. La résolution encourage l'Europe à prendre toute sa part dans le processus de paix et à devenir un acteur et médiateur incontournable. Il n'est que temps!

Andor Deli (PPE), írásban. — A Fidesz néppárti delegáció tagjaként az EP mai plenáris ülésén megszavaztam Palesztina államának elismeréséről szóló közös állásfoglalási indítványt, mivel az elfogadott szöveg expressis verbis tartalmazza az F bekezdésben, hogy Palesztina államának elismerése a tagállamok hatáskörébe tartozik.

Gérard Deprez (ALDE), par écrit. — Je suis très heureux d'être cosignataire de cette résolution, d'autant plus qu'elle a fait l'objet d'un consensus entre les principaux groupes politiques du Parlement européen. Je suis de ceux qui estiment qu'il était temps, après 60 ans d'un conflit qui a causé tant de souffrances de part et d'autre, que chacun mette de côté ses a priori et que le Parlement adopte enfin une position claire. Je suis convaincu que la reconnaissance de l'État palestinien est un pas nécessaire à la résolution de ce conflit, en établissant une égalité d'État à État entre la Palestine et Israël. Le Parlement européen, par l'adoption de cette résolution, a apporté tout son appui politique à Federica Mogherini, haute représentante de l'Union pour les affaires étrangères, afin que l'Union européenne puisse enfin jouer un rôle actif et déterminant dans la résolution de ce conflit.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

Je tiens aussi à souligner le courage de 800 citoyens israéliens qui ont adressé un courrier à l'ensemble des députés du Parlement européen dans lequel ils condamnent fermement l'occupation et les colonies, et demandent de voter en faveur de la reconnaissance d'un État palestinien dans les frontières de juin 1967. Cette démarche m'a profondément touché et m'a déterminé à soutenir leur courageuse initiative.

Tamás Deutsch (PPE), írásban. – A Fidesz néppárti delegációja tagjaként az EP mai plenáris ülésén megszavaztam Palesztina államiségének elismeréséről szóló közös állásfoglalási indítványt, mivel az elfogadott szöveg expressis verbis tartalmazza az F bekezdésben, hogy Palesztina államiségének elismerése a tagállamok hatáskörébe tartozik.

Diane Dodds (NI), in writing. — I believe it is truly regrettable that this debate on Palestinian statehood has even reached this Chamber.

It is my view that a Palestinian state can only derive from direct bilateral negotiations between Israel and Palestinian representatives.

This is the position upheld by numerous international agreements, including the Oslo Accords and several UN resolutions – and it is why all unilateral efforts to gain this recognition external to substantive negotiations must be roundly condemned.

Today's vote also ignores the biggest obstacle to a Palestinian state – terrorism, which has at its core the aim of destroying Israel. Hamas do not accept a two-state solution and their acts of terror must stop before any talks start. This is a position that my party has stood up for in Northern Ireland in times past and it is equally right to do so in this situation.

Mireille D'Ornano (NI), par écrit. — La résolution proposée au Parlement est vague et n'offre aucune réelle perspective pour l'amélioration des relations entre l'État hébreux et les territoires palestiniens. L'Union européenne ne peut par ailleurs s'arroger le droit de décider de la souveraineté d'un autre État. Enfin, les frontières actuelles des territoires palestiniens ne sont pas satisfaisantes pour l'intérêt des Palestiniens et sont toujours discutées. Dans ces conditions, il s'avère sage et réaliste de ne pas intervenir de cette manière. J'ai donc décidé de m'abstenir pour ce vote.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI), γραπτώς. — Υπερψήφισα την πρόταση ψηφίσματος, διότι στηρίζω την αναγνώριση της παλαιστινιακής κρατικής οντότητας και καταδικάζω τη σχέση της Ευρωπαϊκής Ένωσης με το Ισραήλ, συμφωνώντας με τον αυστηρό αποκλεισμό της εφαρμογής των συμφωνιών ΕΕ-Ισραήλ.

Eleonora Evi (EFDD), per iscritto. — Il voto di oggi rappresenta un passo molto importante nella direzione della risoluzione del conflitto israelo-palestinese e personalmente accolgo con grande piacere l'espressione di questo Parlamento a favore del riconoscimento dello Stato palestinese e la soluzione a due Stati, un riconoscimento che invita a concretizzare tutti gli sforzi necessari per lo sviluppo dei colloqui di pace e favorire l'unica e possibile direzione per la convivenza pacifica e non violenta dei popoli.

Condivido inoltre l'impegno all'avvio di un'iniziativa dal titolo «Parlamentari per la pace», volta a riunire parlamentari europei, israeliani e palestinesi di vari partiti per contribuire a far progredire un'agenda di pace e integrare gli sforzi diplomatici dell'Unione europea.

Fredrick Federley (ALDE), skriftlig. - Vi är sedan länge övertygade anhängare till en tvåstatslösning där Israel och en framtida palestinsk stat ska kunna leva sida vid sida i fred och säkerhet. En sådan varaktig fred kan endast komma till stånd genom förhandlingar mellan parterna och måste bygga på att parterna erkänner varandra, och respekterar de avtal som ingåtts. Den här resolutionen tillför inget av värde som skulle kunna bidra till att föra dessa samtal framåt eftersom den är medvetet formulerad på ett sätt som ger alla möjlighet att tolka texten på sitt eget vis. Det enda sannorlika resultatet av denna resolution är sålunda att vi till ett redan komplicerat läge dessutom fogar en oklarhet om Europaparlamentet nu har eller inte har erkänt en palestinsk stat. Av den anledningen kan vi inte ställa oss bakom resolutionen.

Fredrick Federley, Marit Paulsen och Cecilia Wikström (ALDE), skriftlig. - Vi är sedan länge övertygade anhängare till en tvåstatslösning där Israel och en framtida palestinsk stat ska kunna leva sida vid sida i fred och säkerhet. En sådan varaktig fred kan endast komma till stånd genom förhandlingar mellan parterna och måste bygga på att parterna erkänner varandra, och respekterar de avtal som ingåtts. Den här resolutionen tillför inget av värde som skulle kunna bidra till att föra dessa samtal framåt eftersom den är medvetet formulerad på ett sätt som ger alla möjlighet att tolka texten på sitt eget vis. Det enda sannorlika resultatet av denna resolution är sålunda att vi till ett redan komplicerat läge dessutom fogar en oklarhet om Europaparlamentet nu har eller inte har erkänt en palestinsk stat. Av den anledningen

Mittwoch, 17. Dezember 2014

kan vi inte ställa oss bakom resolutionen. Cecilia Wikström, Marit Paulsen och Fredrick Federley (ALDE).

José Manuel Fernandes (PPE), *por escrito*. - Há mais de meio século, a consecução de uma paz justa e duradoura entre Israelitas e Palestínianos tem constituído motivo de grande preocupação para a comunidade internacional, incluindo a União Europeia. Registe-se que a Assembleia-Geral da Nações Unidas decidiu, em 29 de novembro de 2012, conceder à Palestina o estatuto de Estado observador não membro da ONU. Note-se que o reconhecimento do Estado da Palestina é da competência dos Estados-Membros. Tal não implica que não se possam emitir resoluções políticas sobre a matéria. Por isso, apoio o reconhecimento do Estado palestiniano e a solução da coexistência de dois Estados, acreditando que ambas as vertentes devem caminhar a par do aprofundamento das negociações de paz, a qual deverá progredir. A solução da coexistência de dois Estados, deverá ser feita com base nas fronteiras de 1967 e Jerusalém como capital de ambos, ou seja, um Estado de Israel seguro e um Estado da Palestina independente, democrático, territorialmente contínuo e viável, vivendo lado a lado em paz e segurança, o que implica o reconhecimento do direito à autodeterminação e a plena observância do direito internacional.

João Ferreira (GUE/NGL), *por escrito*. — Votámos favoravelmente esta resolução. Apesar das suas insuficiências e limitações, constitui um sinal mínimo no sentido de reconhecer o direito inalienável do povo palestiniano ao seu Estado.

Não podemos deixar de assinalar alguns aspetos negativos da resolução, nomeadamente:

— A insistência na *segurança* apenas aplicada ao estado de Israel (como se a Palestina não precisasse de segurança), procurando criar a ideia de que as fronteiras do Estado da Palestina são desenhadas em função desse objetivo;

— A distinção entre *terrorismo* e *violência* e a condenação de todo o protesto violento, negando dessa forma o direito à insurreição e à resistência dos palestinianos face à ocupação israelita;

— A ausência de referência às resoluções das Nações Unidas (181, 194, 248, 332) ou à retirada dos territórios ocupados, o que, para além de outros objetivos, constitui uma forma de marginalizar a ONU neste processo;

— Insta-se a uma *posição comum da UE* o que, no atual contexto, quando há países que, como a Suécia, já reconheceram a Palestina, significa uma tentativa de limitar o poder soberano dos Estados-Membros de decidirem sobre o reconhecimento, e um travão aos países que queiram reconhecer o Estado da Palestina.

Raffaele Fitto (PPE), *per iscritto*. - Ho votato contro la risoluzione per il riconoscimento dello Stato palestinese, che considero un grave errore politico per due ragioni. In primo luogo, perché ci si ostina a mettere sullo stesso piano una democrazia come lo Stato di Israele e realtà chiaramente non democratiche, che ancora manifestano, nella migliore delle ipotesi, comportamenti equivoci, ambigui e non chiari rispetto al riconoscimento del diritto di Israele a esistere e a vivere nella sicurezza dei suoi cittadini. In secondo luogo, considero ipocrite e ormai francamente inaccettabili formulazioni linguistiche quali «tutti gli atti di terrorismo e violenza...», «entrambe le parti», eccetera. Si finge di non vedere che c'è una distinzione netta, che non consente opache equiparazioni: da una parte ci sono atti terroristici e dall'altra c'è l'esercizio del diritto all'autodifesa da parte di un paese democratico, l'unico nell'area che scelga liberamente governo e parlamento. Sarebbe dovere di tutti i democratici, nell'Occidente, difendere Israele senza ipocrisie e sottintesi. Da questa difesa, e quindi dalla tutela dei valori della libertà e della democrazia, passa pure la speranza dell'affermazione dei diritti umani anche delle donne e degli uomini palestinesi.

Monika Flašíková Beňová (S&D), *písomne* — Opakované útoky na občanov štátu Izrael zo strany Hamasu a ďalších militantných skupín a neustála eskalácia násilia, ako aj fakt, že akákoľvek Palestínska vláda získava svoju legitimitu tým, že jej Hamas a Fatah musia vyjadriť svoju podporu nevyvoláva dostatočné záruky na uznanie existencie štátu. Je nepochybiteľné, že tento región nutne potrebuje riešenie situácie a Palestínčanom Európska únia opakovane uznala právo na sebaurčenie. Potrebovali by sme však oveľa viac času pre objektívne zhodnotenie a rozhodnutie o uznaní nového Palestínskeho štátu.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

Vicky Ford (ECR), in writing. - I have opted to abstain on this resolution on Palestine since the recognition of a state falls within the competence of the Member States. In my own Member State, the UK, the national parliament has voted in favour of recognising the State of Palestine. I have full respect for that decision. I hope that progress can urgently be made towards achieving this two-state solution and to an ending of violence and a just and lasting peace on all sides.

Λάμπρος Φουντούλης (NI), γραπτώς. — Είμαι υπέρ διότι στηρίζω την παλαιστινιακή κρατική οντότητα και την ασφάλειά της, καταδικάζω τη σχέση της Ευρωπαϊκής Ένωσης με το Ισραήλ και συμφωνώ με τον αυστηρό αποκλεισμό της εφαρμογής των συμφωνιών ΕΕ-Ισραήλ. Επιπλέον, συμπάσχω με την κατάσταση στην εμπόλεμη περιοχή και στηρίζω τις ειρηνευτικές διαπραγματεύσεις.

Ashley Fox (ECR), in writing. — I voted against the recognition of Palestine. I do not believe that recognition at this time would benefit the peace process and would in fact hinder the negotiations for a genuine two-state solution.

I am committed to the eventual recognition of a Palestinian state at a time more helpful to the peace process, as a two-state solution brought through negotiated agreement as the only way for Palestinian aspirations of statehood to be met on the ground.

Additionally, this is a matter for national parliaments and not the European Parliament. The principle of subsidiarity should be applied to the recognition of new states as the EU has no competency in this area.

Kinga Gál (PPE), írásban. – A Fidesz néppárti delegáció tagjaként az EP mai plenáris ülésén megszavaztam Palesztina államiségének elismeréséről szóló közös állásfoglalási indítványt, mivel az elfogadott szöveg expressis verbis tartalmazza az F bekezdésben, hogy Palesztina államiségének elismerése a tagállamok hatáskörébe tartozik.

Ildikó Gáll-Pelcz (PPE), írásban. – A Fidesz néppárti delegációja tagjaként az EP mai plenáris ülésén megszavaztam e közös állásfoglalási indítványt, mivel az elfogadott szöveg expressis verbis tartalmazza az F bekezdésben, hogy Palesztina államiségének elismerése a tagállamok hatáskörébe tartozik s az a két állam elvén és az 1967-es határokon alapuló megoldást támogatja. Mély aggodalmamnak szeretnék hangot adni azonban amiatt, hogy a térségben továbbra is nő a feszültség és fokozódik az erőszak. Üdvözlöm továbbá a „Parlamenti képviselők a békéért” kezdeményezést, melynek lényege, hogy párthovatartozástól függetlenül európai, izraeli és palesztin parlamenti képviselőket egyesítsen a béketerv előmozdítása, és az uniós erőfeszítések kiegészítése céljából.

Francesc Gambús (PPE), por escrito. — He votado a favor de la propuesta de Resolución motivado por la esperanza de que este gesto político ayude a desencallar el proceso de paz entre el Estado de Israel y la Autoridad Palestina. La aceptación por parte de las Naciones Unidas de Palestina como observador junto con el reconocimiento por parte de algunos Estados miembros de la UE son pasos encaminados a conseguir la reanudación del proceso de paz en Oriente Próximo. Nunca debe de ser percibido como una decisión acordada en contra de Israel, Estado por el que siento un gran respeto. Tras tantos años de conflicto en Oriente Próximo, la única solución posible es la coexistencia pacífica y negociada de dos Estados, Israel y Palestina. Este reconocimiento debe ser consecuencia de un proceso de negociación entre las partes que garantice la paz y la seguridad para ambas. Estoy convencido de que la coexistencia pacífica entre Israel y Palestina es posible, pero este fin solo se logrará si se da una oportunidad a la negociación y al diálogo. El pasado no puede marcar el presente y el futuro si se quiere alcanzar una paz perdurable.

Iratxe García Pérez (S&D), por escrito. — El reconocimiento del Estado palestino es un paso necesario, aunque no suficiente, para lograr la paz entre Israel y Palestina. Considero que la única manera de resolver este conflicto es a través de la solución de dos Estados basada en las fronteras de 1967, con Jerusalén como capital de ambos Estados. De esta manera, el Estado de Israel podría vivir en paz y seguridad junto a un Estado palestino independiente, democrático y viable.

Doy mi apoyo a esta propuesta de Resolución como una solución de compromiso y por el alto valor que tiene tanto el amplio consenso alcanzado entre todos los grupos de este Parlamento como el importante mensaje que lanzamos con ella.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

Quiero expresar mi firme apoyo al reconocimiento de un Estado de Palestina, ya que el derecho de los palestinos a tener su propio Estado es incuestionable como lo es el derecho de Israel a existir dentro de unas fronteras seguras. Asimismo, valoro el liderazgo de la Alta Representante Federica Mogherini en este proceso, pues creo que la UE debe desempeñar un papel más eficaz y genuino en el proceso de paz, y considero necesario que los Estados miembros de la UE estén unidos en su apoyo a este proceso legítimo.

Eider Gardiazabal Rubial (S&D), *por escrito*. — He apoyado esta propuesta de Resolución porque estoy a favor del reconocimiento del Estado de Palestina y la solución de dos Estados sobre la base de las fronteras de 1967 (con Jerusalén como capital de ambos Estados, con un Estado de Israel seguro y un Estado de Palestina independiente, democrático, contiguo y viable), viviendo uno al lado del otro en paz y seguridad, sobre la base del derecho a la autodeterminación y el pleno respeto al Derecho internacional y, tal y como hemos apuntado en el PE, considero que este proceso debería ir de la mano del desarrollo de las negociaciones de paz, que tienen que avanzar.

Para ello, apruebo la iniciativa «Parlamentarios por la Paz» con el fin de reunir a eurodiputados con miembros de los Parlamentos israelí y palestino para apoyar el proceso de paz en Oriente Próximo.

Y por supuesto, en esta Resolución también condenamos todos los actos de terrorismo y violencia. Por todo ello he votado a favor.

Elisabetta Gardini (PPE), *per iscritto*. — Il Parlamento di Strasburgo ha approvato ad ampia maggioranza una risoluzione sottoscritta da diversi gruppi che sostiene, in linea di principio, il riconoscimento dello Stato della Palestina sulla base dei confini del 1967, appoggia la soluzione a due Stati con Gerusalemme e invita a riprendere i colloqui di pace.

Pur riconoscendo in tal senso il lavoro fatto dal PPE per mitigare le posizioni della sinistra europea, per la delegazione di Forza Italia permangono rispetto al testo di questa risoluzione ancora delle ambiguità e troppe tracce della versione originaria, a cominciare dal titolo. Per questo motivo, proprio per marcare politicamente il nostro dissenso, abbiamo scelto di non votare.

Nathan Gill (EFDD), *in writing*. — The EU does not have competence to recognise a nation state. Only nations can do this, as the EU Commission made clear in writing to my colleague James Carver when he asked them about recognising Somaliland. If the EU Parliament accepts the rule of law, and abides by it and its own rules, then it would not even be allowing the vote in the first place.

I support the two-state solution, and recognising Palestine, while not requiring Hamas to lay down its arms or the recognition of the right for Israel to exist is a mistake. I cannot allow the EU to act as a nation state, when it is not, and will not support this. The UK as a sovereign nation should recognise Palestine as and when it sees fit.

Ana Gomes (S&D), *por escrito*. - Votei a favor desta resolução comum porque acredito que o Parlamento Europeu devia juntar-se aos vários parlamentos nacionais que já apelaram ao reconhecimento do Estado da Palestina. No entanto, recusei coassiná-la em nome do meu grupo político por considerar que a solução de compromisso e refletida no primeiro parágrafo desta resolução conjunta fica aquém do que entendo que deveria ser a posição do PE instando todos os Estados-Membros da União Europeia a reconhecer o Estado da Palestina. Afirmar que o Parlamento Europeu concorda com o princípio da autodeterminação da Palestina nada tem de novo, é uma posição afirmada inúmeras vezes por este Parlamento em todas as resoluções em que apelou à coexistência entre os dois Estados, o Estado de Israel e o Estado da Palestina. Está em crescendo o movimento para o reconhecimento universal do Estado da Palestina. Além dos Palestínianos, Israel precisa existencialmente do estabelecimento de um Estado independente, democrático e seguro na sua vizinhança.

Tania González Peñas (GUE/NGL), *por escrito*. - Hemos votado a favor de esta propuesta de Resolución porque consideramos un avance que una mayoría del Parlamento Europeo se posicione a favor de una reivindicación básica como es la creación y reconocimiento internacional de un Estado palestino con capital en Jerusalén. Con ello no se hace más que reafirmar lo que ya piden las NN.UU. en su Resolución 181 de 1947, paradójicamente la única que Israel cumple parcialmente, en lo que respecta a la partición de Palestina.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

Consideramos además que el reconocimiento del Estado palestino debe ser solo un paso en el proceso para lograr una paz justa que, atendiendo a las demandas de la propia sociedad civil, deberá incluir el fin de la ocupación (en cumplimiento de la Resolución 242 de 1967 de las NN.UU.), el derecho al retorno de los refugiados (Resolución 194 de 1948) y un Estado que garantice la plena igualdad de todos sus ciudadanos y ciudadanas.

Pensamos además que, para hacer cumplir el contenido de la Resolución, la UE debería valerse de mecanismos de presión, como mínimo la suspensión del acuerdo bilateral UE-Israel, en cumplimiento de su artículo 2, ante la flagrante violación de los derechos humanos que supone la continuidad del bloqueo de la Franja de Gaza.

Theresa Griffin (S&D), *in writing*. — My Labour Party colleague, Richard Howitt, called for a debate on this issue in November to attempt to break the deadlock which currently exists in the peace talks.

I am committed to a negotiated two-state solution, with Israel safe, secure and recognised within its borders, living peacefully alongside a democratic and viable Palestinian state.

I voted for recognition as I hope it will provide vital impetus to those who support peace on both sides of the conflict, and provide a message of hope that too many years of conflict can finally be ended; recognition is not an alternative to peace talks but could be a vital push to advancing them. I believe Palestinian recognition can help strengthen moderate voices among the Palestinians who want to pursue the path of politics, not the path of violence. I also welcome greater cooperation between the EU and Israel through trade as well as scientific and cultural exchanges. I believe now is the time to deepen, not weaken, our economic and cultural ties across the region. I welcome this vote and look forward to the EU helping to bring peace to the Middle East.

Françoise Grossetête (PPE), *par écrit*. — La recherche d'une paix juste et durable entre Israéliens et Palestiniens est une préoccupation majeure pour la communauté internationale, y compris l'Union européenne. C'est pourquoi je me suis abstenue, mercredi matin, de voter la résolution sur la reconnaissance de l'État Palestinien. Il ne doit pas avoir reconnaissance immédiate de l'État Palestinien sans qu'un processus mutuel de paix pleinement assumé ne soit engagé par les deux parties. La situation actuelle est trop grave, les actes de violence trop nombreux et le risque de confusion trop réel. Les conditions n'étant pas réunies, j'ai refusé un soutien explicite à ce texte instrumentalisé par la gauche.

Sylvie Guillaume (S&D), *par écrit*. — J'apporte tout mon soutien à cette résolution. Il s'agit d'un acte symbolique fort de la part de notre Assemblée, d'autant plus marquant qu'il a recueilli les suffrages des deux tiers des parlementaires. Les pourparlers de paix entre Israël et la Palestine sont aujourd'hui dans une impasse. Pour faire la paix, il faut considérer l'autre comme un interlocuteur légitime. Ce n'est pas le cas aujourd'hui. Pour faire évoluer cette situation, les interventions de la communauté internationale sont indispensables. L'Union européenne a un rôle à jouer dans ce processus. L'Union a maintes fois affirmé son soutien à la solution des deux États, sur la base des frontières de 1967, avec Jérusalem pour capitale à la fois de l'État d'Israël et d'un État de Palestine indépendant, vivant côte à côte dans la paix et la sécurité. L'existence d'un État Palestinien ne peut être conditionnée à la paix mais doit au contraire être considérée comme l'une des façons de parvenir à la paix. Nous, socialistes et démocrates du Parlement européen, avons toujours travaillé dans cette perspective. J'espère que d'autres initiatives similaires seront prises dans des parlements nationaux en Europe. J'espère enfin que ce mouvement contribuera à amener les autorités israéliennes à reconsidérer la question de la souveraineté du peuple palestinien.

Sergio Gutiérrez Prieto (S&D), *por escrito*. — El reconocimiento del Estado palestino es un paso necesario, aunque no suficiente, para lograr la paz entre Israel y Palestina. Considero que la única manera de resolver este conflicto es a través de la solución de dos Estados basada en las fronteras de 1967, con Jerusalén como capital de ambos Estados. De esta manera, el Estado de Israel podría vivir en paz y seguridad junto a un Estado palestino independiente, democrático y viable.

Doy mi apoyo a esta propuesta de Resolución como una solución de compromiso y por el alto valor que tiene tanto el amplio consenso alcanzado entre todos los grupos de este Parlamento como el importante mensaje que lanzamos con ella.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

Quiero expresar mi firme apoyo al reconocimiento de un Estado de Palestina, ya que el derecho de los palestinos a tener su propio Estado es incuestionable como lo es el derecho de Israel a existir dentro de unas fronteras seguras. Asimismo, valoro el liderazgo de la Alta Representante Federica Mogherini en este proceso, pues creo que la UE debe desempeñar un papel más eficaz y genuino en el proceso de paz, y considero necesario que los Estados miembros de la UE estén unidos en su apoyo a este proceso legítimo.

András Gyürk (PPE), *írásban*. – A Fidesz néppárti delegáció tagjaként az EP mai plenáris ülésén megszavaztam Palesztina államiségának elismeréséről szóló közös állásfoglalási indítványt, mivel az elfogadott szöveg expressis verbis tartalmazza az F bekezdésben, hogy Palesztina államiségának elismerése a tagállamok hatáskörébe tartozik.

Takis Hadjigeorgiou (GUE/NGL), *in writing*. — I voted in favour of the joint resolution on the recognition of Palestinian State as a principled step in the right direction. Recognition of the Palestinian State, its people and its borders, and the end of the occupation, is a long-overdue international obligation and a positive step towards peace.

Member States must now formally recognise and thus protect the space of the Palestinian State on the 1967 borders, with East Jerusalem as the capital.

Palestinian Recognition is established in UN resolutions and a number of national parliaments of EU Member States have called on their respective governments to recognise. The Palestinian People's right to self-determination has been enshrined in international resolutions for 66 years.

We call on all parties to refrain from any action which may undermine the viability and the prospects of the two-state solution. Therefore, settlements must end, the apartheid wall must be dismantled, and attacks on holy sites – along with the demolition of Palestinian property – must stop immediately.

Brian Hayes (PPE), *in writing*. - I voted in favour of this joint motion for resolution on the recognition of Palestinian Statehood because I believe that recognition of Palestinian statehood by the European Parliament is a crucial development in the progress of the peace process. There has been limited success in negotiations between the two parties, and I believe we can do more in the European Union to bring a lasting peace to fruition.

Anja Hazekamp (GUE/NGL), *schriftelijk*. — De Partij voor de Dieren kiest in het Israëlisch-Palestijnse conflict voor een tweestatenoplossing. Zowel de Palestijnse als Israëlische staat verdienen erkenning. We veroordelen elk optreden, van welke partij dan ook, dat de levensvatbaarheid van en de vooruitzichten op een tweestatenoplossing en een duurzame, rechtvaardige vrede kan ondermijnen. De Partij voor de Dieren wijst elke vorm van geweld af. Daden die in strijd zijn met het internationaal recht kunnen niet onbestraft blijven en hieraan moeten economische en politieke gevolgen worden gegeven. Voorstellen inzake de erkenning van Palestina beoordelen we op basis van deze principes. Daarom heb ik voor de resolutie gestemd, die Palestina als staat erkent.

Hans-Olaf Henkel (ECR), *schriftlich*. — Ich habe gegen die Anerkennung Palästinas gestimmt. Dabei ging es mir überhaupt nicht darum, ob Palästina anerkannt werden soll oder nicht. Natürlich gibt es gute Gründe dafür, genauso wie es gute Gründe dagegen gibt. Das Existenzrecht Israels durch Palästina als Vorbedingung anzuerkennen, ist genauso richtig, wie es richtig ist, Palästina als Staat anzuerkennen. Ich habe nur deshalb gegen diesen Vorschlag gestimmt, weil weder die EU und schon gar nicht das Europäische Parlament ein Recht hat, Länder anzuerkennen, genauso wenig wie diese europäischen Institutionen das Recht haben, eine solche Anerkennung zu verweigern. Dieses Recht haben nur Länder. Wenn Schweden sich für eine Anerkennung ausspricht, ist das die Sache Schwedens. Wenn Deutschland das nicht tut, ist das eine Angelegenheit Deutschlands. Das Votum des Europäischen Parlaments ist eine unzulässige Anmaßung, so auch viele andere Anmaßungen. Die EU ist kein Staat. Ich bin strikt dagegen, dass sich die „Vereinigten Staaten von Europa“ durch die Hintertür konstituieren. Deshalb mein Nein.

György Hölvényi (PPE), *írásban*. – A Fidesz néppárti delegáció tagjaként az EP mai plenáris ülésén megszavaztam Palesztina államiségának elismeréséről szóló közös állásfoglalási indítványt, mivel az elfogadott szöveg expressis verbis tartalmazza az F bekezdésben, hogy Palesztina államiségának elismerése a tagállamok hatáskörébe tartozik.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

Ian Hudghton (Verts/ALE), *in writing*. — Today's vote is an important symbolic act by this House. We join a number of national parliaments, including the Scottish parliament, in recognising the principle of Palestinian statehood. The momentum towards statehood is growing and today's resolution will hopefully contribute to finding a two-state solution.

Pablo Iglesias (GUE/NGL), *por escrito*. - Hemos votado a favor de esta propuesta de Resolución porque consideramos un avance que una mayoría del Parlamento Europeo se posicione a favor de una reivindicación básica como es la creación y reconocimiento internacional de un Estado palestino con capital en Jerusalén. Con ello no se hace más que reafirmar lo que ya piden las NN.UU. en su Resolución 181 de 1947, paradójicamente la única que Israel cumple parcialmente, en lo que respecta a la partición de Palestina.

Consideramos además que el reconocimiento del Estado palestino debe ser solo un paso en el proceso para lograr una paz justa que, atendiendo a las demandas de la propia sociedad civil, deberá incluir el fin de la ocupación (en cumplimiento de la Resolución 242 de 1967 de las NN.UU.), el derecho al retorno de los refugiados (Resolución 194 de 1948) y un Estado que garantice la plena igualdad de todos sus ciudadanos y ciudadanas.

Pensamos además que, para hacer cumplir el contenido de la Resolución, la UE debería valerse de mecanismos de presión, como mínimo la suspensión del acuerdo bilateral UE-Israel, en cumplimiento de su artículo 2, ante la flagrante violación de los derechos humanos que supone la continuidad del bloqueo de la Franja de Gaza.

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan*. — Glasovao sam za rezoluciju o priznanju palestinske državnosti jer je rezolucija vrlo izbalansirana i daje mogućnost stvaranja područja mira na desetljećima nemirnom bliskoistočnom području. Postojanje suverenih država Izraela i Palestine na temelju međusobnog priznanja i dobrih međudržavnih odnosa temelj je mira na Bliskom istoku. Bilo mi je važno da su se tijekom zadnjih mjeseci javili mnogi podržavatelji ove rezolucije koji su ugledne osobe u Izraelu, te da se održala rasprava unutar ALDE grupe i u Europskom parlamentu. Dodatni motiv bila mi je želja da Europska unija bude snažnije prisutna u tom dugogodišnjem konfliktu u političkom i sigurnosnom smislu. Smatram da je to direktan interes Europske unije.

Marc Joulaud (PPE), *par écrit*. — J'ai voté en faveur de la résolution sur la reconnaissance de la Palestine. Ce texte apportait une réponse équilibrée à cette question en rappelant son soutien à la solution à deux États, sur la base des frontières de 1967, avec Jérusalem pour capitale des deux entités, à savoir l'État d'Israël dont la sécurité est assurée et un État de Palestine indépendant, démocratique, d'un seul tenant et viable, vivant côte à côte dans la paix et la sécurité, en vertu du droit à l'autodétermination et dans le strict respect du droit international. La résolution soutient donc le principe de reconnaissance de l'État palestinien tout en appelant à l'arrêt des divisions entre Palestiniens et en rappelant le caractère illégal des implantations israéliennes.

Je me félicite de l'adoption de cette résolution.

Josu Juaristi Abaunz (GUE/NGL), *por escrito*. — EH Bildu ha votado a favor de la propuesta de Resolución común sobre el reconocimiento del Estado palestino como un primer paso en la buena dirección. El reconocimiento del Estado de Palestina, de su pueblo y sus fronteras, y el fin de la ocupación, de los asentamientos, del *apartheid* y de los ataques contra el futuro del pueblo palestino es una obligación internacional y un paso positivo hacia la paz.

Es obligación ahora de los Estados miembros de la UE, en cumplimiento de lo expresado por el Parlamento Europeo y por las resoluciones internacionales, reconocer formalmente el Estado palestino.

Philippe Juvén (PPE), *par écrit*. — Je n'ai pas souhaité voter en faveur de cette résolution car son titre et plusieurs de ses paragraphes demeuraient ambigus. Il n'est pas concevable de reconnaître unilatéralement et de manière inconditionnelle l'État Palestinien. La solution à deux États doit être l'aboutissement du processus de paix, pas le préalable. Par conséquent, l'Union européenne doit renforcer son rôle au Moyen-Orient et peser pour relancer les pourparlers de paix afin de garantir la sécurité d'Israël et de rendre possible un État palestinien démocratique et viable sur la base des frontières de 1967 avec Jérusalem comme capitale des deux États.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

Georgios Katrougkalos (GUE/NGL), in writing. — I abstained from the vote on the joint resolution on the recognition of the Palestinian State although I strongly support the recognition of the Palestinian State, its people and its borders as a precondition for peace in the region. Member States must formally recognise and thus protect the Space of the Palestinian State on the 1967 borders with East Jerusalem as the capital. However, the resolution fails to fully recognise the Palestinian people's right to self-determination and demonstrate the responsibilities of the Israeli State for the continuation of the war and the humanitarian crisis in Palestine. Therefore, I could not vote in favour of it.

Tunne Kelam (PPE), in writing. — I decided to abstain in the vote on the resolution concerning Palestinian statehood. I welcome the fact that the EP has clearly rejected unconditional recognition of Palestinian statehood and expresses cautious support for the two-state solution. Whereas I agree that violence in the region needs to stop, I would like to make reminder that Israel lives under constant threat from almost all its neighbours, which are using the Palestine argument to question the very existence and legitimacy of Israel. I do not find it possible to recognise Palestine until we see also unconditional recognition of Israel by its neighbouring Muslim countries. Whereas I fully respect the rulings by the European Court of Justice, I also regret the decision to remove Hamas from the EU terrorist list, apparently on procedural grounds. I would like these procedural grounds to be made public as soon as possible, so that such rulings would not be possible in the future. I call on the EU to appeal against this ruling. The very activities of Hamas, which continues to be a foreign-financed militant group that voices plans to destroy Israel and has sent thousands of rockets to hit Israeli civilians, is a major obstacle to recognition of the Palestinian state in its present condition.

Afzal Khan (S&D), in writing. — I very much welcome the resolution. This is truly a historic moment, not only for the Palestinians, who have suffered immensely for over 50 years, but for the whole of Europe. A strong message from all parties across Europe has shown its solidarity with those suffering in the Middle East and has demonstrated its will to get more actively involved in the peace process. We need to use this momentum to urge remaining EU countries to follow suit and particularly to support efforts in the UN to place a time limit on a final solution which is already long overdue, giving Palestine its rightful official recognition.

Kateřina Konečná (GUE/NGL), písemně. - Hlasovala jsem ve prospěch společného usnesení o uznání palestinského státu, protože ho principiálně považuji za první krok správným směrem. Uznání palestinského státu, jeho lidu a jeho hranic je již dlouhou dobu důležitým mezinárodním závazkem a nezbytným krokem směrem k míru. Toto uznání je taktéž založeno na řadě rezolucí OSN. Je třeba připomenout, že i množství národních parlamentů členských zemí EU již vyzvalo své vlády k oficiálnímu uznání Palestiny. Členské státy tedy nyní musí formálně uznat a chránit prostor palestinského státu, a to na základě hranic z roku 1967, s Východním Jeruzalém jako hlavním městem tohoto státu. Proto také vyzývám všechny strany, aby se zdržely jakéhokoli jednání, které by mohlo narušit životaschopnost a vyhlídky řešení tohoto vleklého problému. Spory musí skončit, každodennímu krveprolití a ztrátám na lidských životech musí být okamžitě zamezeno, stěna musí být demontována a útoky na svatá místa spolu s demolicí palestinského majetku je nutné bezpodmínečně zastavit.

Ádám Kósa (PPE), írásban. – A Fidesz–KDNP néppárti delegációja tagjaként az Európai Parlament mai plenáris ülésén megszavaztam Palesztina államiségának elismeréséről szóló közös állásfoglalási indítványt, mivel az elfogadott szöveg expressis verbis tartalmazza az F bekezdésben, hogy Palesztina államiségának elismerése a tagállamok hatáskörébe tartozik.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

Kashetu Kyenge (S&D), *per iscritto*. — Oggi è una giornata storica che sarà ricordata nel lungo cammino del sofferto processo di pace in Medio Oriente. Per impulso forte del Parlamento europeo, oggi ci siamo espressi a favore del riconoscimento dello Stato palestinese e della soluzione a due Stati, nella speranza di dare impulso a un nuovo ordine mondiale basato sulla pace. Con questa risoluzione non abbiamo proclamato la vittoria di una parte, ma un'assunzione di responsabilità. È la vittoria della speranza perché la pace sia presto realtà. Con questo voto crediamo che l'Europa, su questa base, giochi ora tutte le sue carte e la sua influenza per l'apertura di un negoziato libero dalle ipoteche di estremisti e fondamentalisti che hanno reso impossibile per decenni fare passi in avanti nella processo di pace tra Israele e Palestina. Vogliamo che il sogno sia realtà, il sogno così descritto da questa risoluzione da noi approvata: due Stati, Gerusalemme come capitale di entrambi gli Stati, con uno Stato di Israele sicuro e uno Stato di Palestina indipendente, democratico, territorialmente contiguo e capace di esistenza autonoma, che vivano fianco a fianco in condizioni di pace e sicurezza, sulla base del diritto all'autodeterminazione e del pieno rispetto del diritto internazionale.

Merja Kyllönen (GUE/NGL), *in writing*. - I voted in favour of the joint resolution on the recognition of the Palestinian State as a principled step in the right direction. Recognition of the Palestinian State, its people and its borders, and the end of the occupation is a long-overdue international obligation and a positive step towards peace.

Member States must now formally recognise and thus protect the space of the Palestinian State within the 1967 borders, with East Jerusalem as the capital. Palestinian Recognition is established in UN Resolutions and by a number of the national parliaments of EU Member States have called on their respective governments to recognize.

The Palestinian people's right to self-determination has been enshrined in international resolutions for 66 years. We call on all parties to refrain from any action which may undermine the viability and the prospects of the two-state solution. Therefore, settlements must end, the apartheid wall must be dismantled. Attacks on holy sites along with the demolition of Palestinian property must stop immediately.

The MEPs instructed the President of the European Parliament to forward this resolution to the European Council, the European Commission, the High Representative of the Union for Foreign Affairs and Security Policy/Vice-President of the European Commission, the governments and parliaments of the Member States, the Secretary-General of the United Nations, the Middle East Quartet Envoy, the Knesset and the Government of Israel, the President of the Palestinian Authority and the Palestinian Legislative Council.

Constance Le Grip (PPE), *par écrit*. — Je tiens à expliquer les raisons pour lesquelles je me suis abstenue sur cette résolution. Après les votes de l'Assemblée nationale française et du Sénat, mais aussi de plusieurs autres Parlements en Europe ces dernières semaines, le Parlement européen a lui aussi souhaité se prononcer. Mais la résolution soumise au vote est sensiblement différente de celles votées au sein du Parlement français. En effet, il ne s'agit pas de reconnaître de manière unilatérale un État palestinien. C'est une résolution commune, fruit de laborieuses négociations, une résolution entre groupes politiques qui procède d'une double démarche: la reconnaissance d'un État palestinien, mais également la garantie de la sécurité et de la stabilité de l'État d'Israël. Elle appelle également à une reprise urgente des pourparlers en faveur du processus de paix. Cependant, bien que la résolution précise que la reconnaissance d'un État palestinien ne serait possible qu'avec l'émergence d'une solution négociée avec Israël, le titre du rapport, «reconnaissance d'un État palestinien», et certains paragraphes ne me satisfont pas totalement, et j'ai donc choisi de m'abstenir. Je tiens, à cet égard, à rappeler que ni mon groupe politique le PPE, ni l'UMP ne sont en faveur de la reconnaissance unilatérale d'un État palestinien.

Gilles Lebreton (NI), *par écrit*. — Je me suis abstenu sur la reconnaissance de l'État palestinien, car j'estime qu'il n'est pas de la compétence de l'Union de reconnaître des États. C'est une prérogative des États. Ce vote est donc une nouvelle atteinte à la souveraineté des États membres de l'Union.

Sur le fond du problème, j'indique que je suis favorable à la création d'un État palestinien, à condition que la sécurité d'Israël soit garantie.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

Bogusław Liberadzki (S&D), *na piśmie*. — Podjęliśmy historyczną decyzję jako Parlament. Uznajemy dwa państwa: Izrael i Palestynę. Oczekujemy, że to może ułatwić negocjacje pokojowe i otworzyć nowy rozdział. Głosowanie wykazało, że Europa ma zrównoważone podejście do problemu, a Wysoka Przedstawiciel ma nowy, czytelny mandat do działania.

Philippe Loiseau (NI), *par écrit*. — Abstention. Ce n'est pas au Parlement européen de prendre l'initiative de reconnaître un État.

Javi López (S&D), *por escrito*. — El reconocimiento del Estado palestino es un paso necesario, aunque no suficiente, para lograr la paz entre Israel y Palestina. Considero que la única manera de resolver este conflicto es a través de la solución de dos Estados basada en las fronteras de 1967, con Jerusalén como capital de ambos Estados. De esta manera, el Estado de Israel podría vivir en paz y seguridad junto a un Estado palestino independiente, democrático y viable.

Doy mi apoyo a esta propuesta de Resolución como una solución de compromiso y por el alto valor que tiene tanto el amplio consenso alcanzado entre todos los grupos de este Parlamento como el importante mensaje que lanzamos con ella.

Quiero expresar mi firme apoyo al reconocimiento de un Estado de Palestina, ya que el derecho de los palestinos a tener su propio Estado es incuestionable como lo es el derecho de Israel a existir dentro de unas fronteras seguras. Asimismo, valoro el liderazgo de la Alta Representante Federica Mogherini en este proceso, pues creo que la UE debe desempeñar un papel más eficaz y genuino en el proceso de paz, y considero necesario que los Estados miembros de la UE estén unidos en su apoyo a este proceso legítimo.

Paloma López Bermejo (GUE/NGL), *por escrito*. — He votado a favor de la propuesta de Resolución sobre el reconocimiento del Estado de Palestina como un primer paso en la buena dirección. El reconocimiento del Estado de Palestina, su gente, sus fronteras y el final de la ocupación es una obligación internacional y un paso importante hacia la paz. Los Estados miembros deben ahora reconocer formalmente, y por tanto proteger, el espacio del Estado de Palestina en las fronteras de 1967 con Jerusalén Este como su capital. El derecho del pueblo palestino a la autodeterminación ha sido reconocido internacionalmente desde hace 66 años. Llamamos a todas las partes a no llevar a cabo ninguna acción que pudiera dinamitar la viabilidad de la solución de los dos Estados. Por lo tanto, los asentamientos deben acabar, el *apartheid* debe acabarse y el ataque a los lugares sagrados y la demolición de las propiedades palestinas deben cesar inmediatamente.

Bernd Lucke (ECR), *schriftlich*. — Ich habe gegen die Entschließung gestimmt, obwohl ich mit dem zentralen Punkt 1 zustimme (prinzipielle Anerkennung Palästinas als Staat, die im Zuge von Fortschritten bei Friedensverhandlungen erfolgen soll). Jedoch sollte Friedenslösung nicht auf der Basis der Grenzen von 1967 erfolgen. Diese Grenzen sind die zufälligen Waffenstillstandslinien von 1948; sie sind seit langer Zeit Makulatur, weil israelische Siedlungen bedeutenden Ausmaßes jenseits dieser Grenzen entstanden sind. Ob die Siedlungstätigkeit auf Territorium, das kein Staat je für sich beanspruchte, völkerrechtswidrig war, kann ich nicht beurteilen, dass sie politisch unklug war, scheint mir offensichtlich. Dennoch müssen Realitäten anerkannt werden, und deshalb sollte eine Friedenslösung nicht verengt werden auf Regelungen, bei denen Zehntausende von israelischen Bürgern heimatlos werden. Es scheint mir auch problematisch zu sein, zwingend eine Zwei-Staaten-Lösung mit Jerusalem als Hauptstadt beider Staaten zu fordern. Dem stehen Sicherheitsbedenken entgegen, die sich einerseits auf das Wohl der jüdischen Bevölkerung West-Jerusalems, andererseits auf die Verwundbarkeit der Regierungsinstitutionen beider Seiten beziehen. Angemessene Sicherheit wäre selbst nach einer Friedensregelung vermutlich nur durch vollständige Teilung der Stadt mit Mauer und Stacheldraht zu gewährleisten. Dem kann ich als ehemaliger Berliner wenig abgewinnen. Die EU sollte keine Vorgaben über die endgültige Friedensregelung machen, sondern deren Aushandlung den Konfliktparteien überlassen.

Ivana Maletić (PPE), *napisan*. — Izraelsko-palestinski sukob je centralni sukob na Bliskom istoku. S obzirom na početak sukoba 1948. i činjenicu da nikad nije prestao, smatra se jednim od naježih sukoba današnjice. Na području Palestine i Izraela izostaju politička perspektiva i procesi te je nastavak mirovnih pregovora prioritet.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

Podržavam rezoluciju jer poziva na mir i nastavak mirovnih pregovora koji bi trebali rezultirati i priznanjem palestinske države u granicama iz 1967. (tzv. zelena linija) s glavnim gradom Jeruzalemom, kao zajedničkim glavnim gradom dviju država.

Svjesni smo da je stvaranje takve države jamac trajnog, pravednog i održivog mira te rješavanja sukoba koji desetljećima generira nestabilnost u tom dijelu svijeta. Međutim, to ne znači da se država treba priznati bez ikakvih obaveza od strane Palestinaca i njihove samouprave. Država nije samo pravo, nego je i velika obveza i odgovornost. Trebamo biti sigurni u to da će Palestinci voditi svoju državu u željenom smjeru i održavati mir te da će Palestinci i Izraelci sjesti za stol, priznati jedni druge i dogovoriti se oko svih temeljnih pitanja sukoba.

Светослав Христов Малинов (PPE), *в писмена форма*. — Днес с 498 гласа „за“ беше приета резолюция на Европейския парламент относно признаването на палестинската държавност. По този така важен казус гласуваният текст трябва да бъде разглеждан като начална точка в процеса на прекратяване на турбулентните отношения между Израел и Палестина, а не като финална фаза на преговори, продължили повече от 60 години, последна стъпка от които би било признаването на държавата Палестина. Най-важните условия, които трябва да бъдат удовлетворени, са затоплянето на отношенията между двете държави, развитието на по-динамични мирни преговори между тях и взаимното им признаване.

Мой ангажимент като представител на България в ЕП е да работя за отстояването на ясна и стабилна парламентарна позиция. Ето защо, моето решение и това на моята парламентарна група е обусловено от безпокойството във връзка с нарастващото напрежение и зачестилите прояви на насилие в региона. С декларацията си, наред с другото, ЕП решава да даде ход на сближавашата инициатива „Парламентаристи за мир“, която да обедини членове на Европейския, Израелския и Палестинския парламент и да има способстваща роля за прилагането на програма за мир и допълване на дипломатическите усилия на ЕС. Силно вярвам, че с помощта на двете страни можем да вземем правилните решения и да приложим навременни действия, без да прибързваме с крайния резултат.

Andrejs Mamikins (S&D), *rakstiski*. — Šodienas balsojums par Palestīnas valstiskuma atzīšanu *in principle* ir svarīgs solis miera panākšanai Tuvajos Austrumos. Es nobalsoju “par” kopā ar saviem biedriem no grupas, jo rezolūcija, pateicoties mana kolēģa no Lielbritānijas Ričarda Hovita un kolēģa no Rumānijas Viktora Boštinaru neatlaidīgam darbam, sasniedza savu mērķi: absolūtais vairākums EP deputātu akceptēja ar savu balsojumu šo vektoru — ar laiku dibināt Palestīnas valsti un tai pat laikā turpināt miera sarunas.

Νότης Μαρτιάς (ECR), *γραπτώς*. — Υπερψήφισα την πρόταση ψηφίσματος σχετικά με την αναγνώριση της κρατικής υπόστασης της Παλαιστίνης, διότι με το εν λόγω ιστορικής σημασίας ψήφισμα δρομολογείται η αναγνώριση του κράτους της Παλαιστίνης, γεγονός το οποίο αποτελούσε δίκαιη και διαρκή απαίτηση της συντριπτικής πλειοψηφίας της παγκόσμιας κοινής γνώμης.

Marian-Jean Marinescu (PPE), *în scris*. — Uniunea Europeană trebuie să sprijine ferm în primul rând democrația și securitatea din zona israelo-palestiniană, precum și să ofere sprijin pentru a se ajunge la o rezolvare durabilă a conflictului israeliano-palestinian. Consider că Parlamentul European ar trebui să-și exprime în primul rând preocupările pentru modalitățile în care se poate crea un stat palestinian. Crearea unui stat palestinian este mult mai importantă și mai dificilă de realizat decât simpla recunoaștere a Palestinei. În momentul în care procesul de pace va fi încheiat, se va putea găsi o soluție pentru recunoașterea politică a Palestinei.

Marisa Matias (GUE/NGL), *por escrito*. — Votei a favor da resolução conjunta pelo princípio do reconhecimento do Estado Palestino por entender que se trata de um passo na direção correta. O reconhecimento do Estado Palestino, do seu povo e das suas fronteiras, assim como o fim da ocupação, é uma obrigação da comunidade internacional tendo em vista a paz na região. Os Estados-Membros devem agora reconhecer formalmente o Estado Palestino, com base nas fronteiras de 1967 e com Jerusalém Este como capital. O direito à autodeterminação do povo palestino consta já de inúmeras resoluções internacionais desde há 66 anos. Pedimos às partes envolvidas que tomem ações no sentido de viabilizar a solução dos dois Estados, pondo fim à ocupação e aos muros ilegais.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

Georg Mayer (NI), *schriftlich*. — Ich habe gegen den Entschließungsantrag gestimmt, da eine Einmischung der Europäischen Union in diesen Interessenkonflikt weder hilfreich noch angemessen ist, solange kein Konsens besteht, auf den sich weitere Verhandlungen stützen können. Des weiteren sehe ich eine Stellungnahme der Europäischen Union als völlig verfehlt, da sie diesbezüglich keine Kompetenz übertragen bekommen hat.

Jean-Luc Mélenchon (GUE/NGL), *par écrit*. — Enfin, l'Union européenne propose une résolution ferme sur la reconnaissance de l'État palestinien, 67 ans après le plan de partage de l'ONU. Cette résolution reconnaît l'État palestinien, dans les frontières de 1967 et avec Jérusalem pour capitale des deux États. Ce sera un point d'appui important pour les représentants du peuple palestinien, notamment dans leurs saisines des instances internationales, pour contraindre Israël à respecter les droits nationaux du peuple palestinien.

Je regrette néanmoins qu'il ne soit pas fait mention du blocus de Gaza, ni de l'oppression des Palestiniens par l'armée israélienne. Il ne s'agit pas là-bas d'un conflit entre deux parties égales, mais d'une lutte entre un peuple colonisé et un État colon. Cependant, cette résolution constituera un outil de combat supplémentaire dans les mains des représentants du peuple palestinien qui l'approuvent. Je vote POUR.

Nuno Melo (PPE), *por escrito*. — O reconhecimento do Estado da Palestina é uma matéria que há muito se vem arrastando.

Esperemos que esta iniciativa do PE ajude a encontrar uma solução que seja aceite por ambas as partes.

Só será possível alcançar um acordo definitivo e duradouro quando for encontrada uma solução devidamente negociada entre as partes e que permita que ambos os povos possam viver em harmonia, desenvolvimento e paz.

É necessário um esforço da Autoridade Palestiniana no sentido de negociar essas soluções com o Estado israelita até se chegar à solução da coexistência de dois Estados, com base nas fronteiras de 1967 e Jerusalém como capital de ambos, ou seja, um Estado de Israel seguro e um Estado da Palestina independente, democrático, territorialmente contíguo e viável, vivendo lado a lado em paz e segurança. Apelo ao reatamento das conversações diretas de paz entre Israel e a Autoridade Palestiniana. Daí o meu voto favorável.

Roberta Metsola (PPE), *in writing*. — I support the resolution's call for recognition of Palestinian statehood in principle, as well as a two-state solution. I have therefore voted in favour.

Louis Michel (ALDE), *par écrit*. — Je reconnais pleinement l'État palestinien, car je suis convaincu que seule la solution de deux États indépendants et le respect de la souveraineté et de l'intégrité territoriale de la Palestine comme celui d'Israël permettront d'instaurer la paix durable et la prospérité régionale. Il est temps que l'Union, restée trop longtemps au second plan, prenne ses responsabilités et fasse preuve de volonté politique. Notre position commune au Parlement européen fera la différence et permettra à la haute représentante pour les affaires étrangères et la politique de sécurité, Federica Mogherini, d'apporter une réponse légitime et de jouer un rôle significatif et positif dans un accord de paix entre Israël et la Palestine.

Marlene Mizzi (S&D), *in writing*. — I supported the resolution on the recognition of Palestine statehood, regardless of the fact that it does not support the immediate and unconditional recognition of Palestine which would be an essential element in this resolution.

Sophie Montel (NI), *par écrit*. — Je me suis abstenue sur cette résolution malgré mon souhait sincère de voir un État palestinien reconnu, au motif qu'il n'appartient pas à l'Union européenne de reconnaître ou pas un État. Cela ne relève pas de ses compétences et seul un État souverain peut reconnaître ou non un autre État souverain. Il est donc totalement anormal de mettre au vote un texte par nature illégal et illégitime.

Claude Moraes (S&D), *in writing*. — I voted in favour of the resolution to recognise the State of Palestine as I believe that a two-state solution based on mutual recognition can help to facilitate the peace process in the Middle East.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

Elisabeth Morin-Chartier (PPE), *par écrit*. — J'ai voté en faveur de la résolution sur la reconnaissance de l'État palestinien conjointement déposée par cinq groupes politiques du Parlement Européen. Cette résolution juste et nécessaire, faisant suite aux annonces du gouvernement suédois et de la Chambre des Communes du Royaume-Uni, était une étape essentielle dans le processus de pourparlers de paix entre les deux États. Depuis plus de 50 ans, la recherche d'une paix pérenne entre la Palestine et Israël, devenue aujourd'hui vitale, est une préoccupation centrale de l'Union Européenne, garante de l'État de droit, de la démocratie et de la paix entre les nations. La situation actuelle est devenue critique et hautement inquiétante, cette résolution condamne ainsi fermement les actes de violence, perpétrés des deux côtés, mettant en danger la vie et la sécurité des populations. Il devient urgent d'instaurer un climat d'apaisement afin d'engager et de soutenir les efforts de paix et de négociation, aujourd'hui extrêmement ralentis voire suspendus. Je soutiens fièrement les actions diplomatiques qui seront engagées entre l'Union Européenne, Israël et la Palestine, contribuant à plus large échelle au processus de paix au Proche-Orient.

Alessia Maria Mosca (S&D), *per iscritto*. — Accogliamo con favore la proposta di riconoscimento dello Stato palestinese. Questa decisione adottata dal Parlamento europeo, pur non avendo valore legale, assume un forte significato politico perché evidenzia la volontà dell'Unione europea di giocare un ruolo da protagonista nel processo di pace in Medio Oriente.

In un momento tanto delicato come questo, l'UE è nella posizione per poter dare un contributo fondamentale all'avanzamento del processo di pace, perseguendo la soluzione dei due Stati sulla base dei confini stabiliti nel 1967 e garantendo sia la sicurezza nello Stato di Israele sia l'esistenza di uno Stato palestinese indipendente e democratico.

Renaud Muselier (PPE), *par écrit*. — Je n'ai pas pris part au vote sur ce point pour la simple raison que je ne suis d'accord ni avec le texte proposé ni contre la reconnaissance d'un État palestinien. La situation dans cette région, les données de ce conflit ne commandent pas ce type d'initiative mais du doigté et de la diplomatie. M'abstenir aurait donné l'impression que je refusais de prendre position sur ce texte; en ne votant pas, je veux dire que ce n'était pas le bon outil.

Alessandra Mussolini (PPE), *per iscritto*. — Mi sono astenuta in merito al voto sulla risoluzione sul riconoscimento della Palestina, in quanto ritengo che potrebbe esserci la possibilità che questa iniziativa possa interferire con il percorso dei negoziati di pace. Ma allo stesso tempo ribadisco il mio fermo sostegno a favore della soluzione a due Stati che vivano fianco a fianco in condizioni di pace e sicurezza, ponendo fine una volta per tutte agli atti di violenza e terrorismo che hanno colpito, e colpiscono ancora, entrambi i popoli.

József Nagy (PPE), *írásban*. — Az én országom 1988-ban elismerte Palesztinát. Ennek szellemében is üdvözlöm az Európai Parlament állásfoglalását.

Rendkívül fontosnak tartom, hogy a Közel-Kelet helyzetét ma ne a problémák szőnyeg alá söprésével, a kínos kérdések elodázásával próbáljuk megoldani, hanem egy világos, az ott élő népek számára elfogadható utat mutassunk, s a békés rendezéshez segítő kezet nyújtsunk. Mindezt az 1967-es határegyezség és a nemzetközi jog égisze alatt. Igen, Palesztina államiségát el kell ismernünk, de ennek az elismerésnek feltétele a békefolyamatokban való aktív s eredményre törekvő részvétel.

A megbékélés nem egy pillanatnyi döntés kérdése, hanem egy folyamat, amin mindkét félnek dolgozni kell, s melyben a nemzetközi közösség komoly segítséget nyújthat. Elég volt a vérontásból, a rengeteg áldozatból. Mindkét oldal túl sokat veszített már az évtizedek folyamán. Hiszem, hogy az önálló demokratikus államiség segítésére lesz Palesztinának a békefolyamatokban való felelős részvételre.

James Nicholson (ECR), *in writing*. — I am of the view that the way forward in this conflict is a two-state solution – with an independent, prosperous Palestinian state neighbouring a peaceful and secure Israel. I therefore am happy to support anything which would further that end. Unfortunately, this motion does not do that.

A two-state solution can only come about after direct negotiations between the Israelis and the Palestinians whereby, at the very least, Israel's right to exist and live in peace is explicitly recognised.

To put things into context, the current Palestinian 'Unity' government includes Hamas. This summer alone, Hamas launched 4 000 missiles into Israel, all aimed at civilian targets.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

That is why this motion was flawed. Hamas are a terrorist organisation – and are recognised as such by the EU. If the Parliament wishes to recognise Palestinian statehood unilaterally, they are effectively calling a proscribed organisation a legitimate authority in the Palestinian territories, while terror attacks upon Israelis are still taking place.

Real progress will be made by getting the relevant parties back to the table. If we are actually serious about a two-state solution and a viable Palestinian state, we need to push for direct negotiation, not unilateral recognition.

Luděk Niedermayer (PPE), *písemně*. — Usnesení je kompromisem, který zajistil schválení tohoto dokumentu drtivou většinou poslanců. I já jsem ho podpořil, i když představuje riziko značné desinterpretace toho, co Parlament schválil. Považuji za potřebné, aby usnesení bylo interpretováno pouze v rozsahu, který odpovídá jeho znění. Uznání Palestinského státu je koncem, nikoliv začátkem procesu.

Younous Omarjee (GUE/NGL), *par écrit*. — J'estime qu'il ne peut y avoir une solution au conflit Israélo-Palestinien que si les deux acteurs peuvent négocier à égalité et que l'on arrête l'hypocrisie qui conduit à la discrimination permanente du peuple palestinien. Par conséquent, j'ai voté en faveur de la reconnaissance par l'UE de l'État Palestinien, qui, je le crois, sera une étape importante vers la résolution de ce conflit et la paix au Proche-Orient.

Urmaz Paet (ALDE), *kirjalikult*. — Jäin erapooletuks, sest peamine on kahe riigi lahenduseni jõudmine Iisraeli ja Palestiina vahel rahuprotsessi tulemusena. Mõlemad osapooled peavad selleks tegema pingutusi. Praeguses olukorras ei anna ühe osapoolle survestamine soovitud tulemust.

Maite Pagazaurtundúa Ruiz (ALDE), *por escrito*. — El Parlamento Europeo ha votado y aprobado por abrumadora mayoría la realización de un gesto expreso y valioso de reconocimiento de la solución de dos Estados: Israel y Palestina. Y el deseo de que sirvan para la reactivación del proceso de paz. Son inexcusables el mutuo reconocimiento y la coexistencia segura y pacífica de ambos. El Parlamento Europeo desea colaborar en el cumplimiento de ese proceso y reclama a la Comisión una posición europea común que pueda gestionar la comisaria Mogherini. La exigencia europea de comportamiento democrático y respeto a los derechos humanos es doble: por un lado, a Israel y por otro, a Palestina, que debe instaurar prácticas democráticas e instituciones solventes y condenar el terrorismo. El texto contiene ambigüedades, pero busca ayudar a remover una situación empantanada. Con voluntarismo la he votado.

Pier Antonio Panzeri (S&D), *per iscritto*. - Sono d'accordo con quanti ritengono che riconoscere lo Stato della Palestina sia decisivo per avviare un processo di pace equilibrato e per evitare che eventuali ulteriori sviluppi conflittuali nell'area possano dar luogo ad una gestione arbitraria e non regolamentata dal diritto internazionale. È indubbio che l'irrisolta questione palestinese, per la sua pluridecennale staticità e per la particolare odiosità degli eventi conflittuali da essa derivati, rappresenti un punto di palese debolezza per la credibilità sull'efficacia dei mezzi della teoria giuridica internazionale, nonché per il prestigio dell'azione dei politici e dei diplomatici che, soprattutto dal giudizio dell'opinione pubblica, riceve l'energia necessaria per trasformare le proprie virtuose intuizioni in azioni concrete e operative.

Ho quindi espresso il mio voto favorevole alla risoluzione sul riconoscimento dello Stato di Palestina in quanto ritengo la soluzione a due Stati indipendenti e confinanti con capitale comune Gerusalemme l'unica percorribile per raggiungere e consolidare la pacifica convivenza nell'area. Mi associo quindi senza riserve alla risoluzione del Parlamento europeo, nella speranza che questa dia un segnale che possa essere concretamente raccolto da tutti i suoi Stati Membri.

Κωνσταντίνος Παπαδάκης (NI), *γραφώς*. — Η Ευρωκοινοβουλευτική Ομάδα του ΚΚΕ ψήφισε με σοβαρές επιφυλάξεις το ψήφισμα που αναφέρεται στην «επί της αρχής αναγνώριση του παλαιστινιακού κράτους». Το ψήφισμα αφήνει απ' έξω τα αιτήματα του παλαιστινιακού λαού ενάντια στην ισραηλινή κατοχή παλαιστινιακών εδαφών και δεν ανταποκρίνεται στα δικαιώματα του παλαιστινιακού λαού.

Στο ψήφισμα επίσης καλλιεργείται η λογική των ίσων αποστάσεων, ενώ περιορίζεται το δικαίωμα της πάλης του παλαιστινιακού λαού με όλες τις μορφές. Ταυτόχρονα εξωραϊζεται η ΕΕ και σπέρνονται αυταπάτες για τον ρόλο της.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

Το ΚΚΕ εκφράζει την αμέριστη στήριξή του στον αγώνα του παλαιστινιακού λαού και στη συνέχιση της πάλης του απαιτώντας:

— Τη δημιουργία ανεξάρτητου, βιώσιμου, κυρίαρχου παλαιστινιακού κράτους, στα σύνορα του 1967 με πρωτεύουσα την Ανατολική Ιερουσαλήμ, δίπλα στο Ισραήλ, την απελευθέρωση του παλαιστινιακού λαού από την κατοχή του Ισραήλ.

— Την αναγνώριση του παλαιστινιακού κράτους, ως κράτους μέλους του ΟΗΕ· την αναγνώρισή του από την ελληνική βουλή και την ελληνική κυβέρνηση.

— Το σταμάτημα των εποικισμών και την αποχώρηση όλων των εποίκων.

— Το γκρέμισμα του απαράδεκτου τείχους στην Ιερουσαλήμ.

— Την επιστροφή όλων των παλαιστίνιων προσφύγων στις εστίες τους, με βάση τις σχετικές αποφάσεις του ΟΗΕ.

— Την άρση κάθε αποκλεισμού των Παλαιστίνιων στη Δυτική Όχθη και στη Λωρίδα της Γάζας.

— Την άμεση απελευθέρωση όλων των Παλαιστίνιων και άλλων πολιτικών κρατουμένων από τις ισραηλινές φυλακές.

Gilles Pargneaux (S&D), *par écrit*. — J'ai voté en faveur de cette résolution. J'ai été à l'origine de cette proposition de résolution par le groupe S&D et je pense que le compromis trouvé est un pas en avant dans la recherche de la paix entre un État israélien en paix et en sécurité et un futur État de Palestine souverain. La pression diplomatique a son importance et le Parlement européen est ici directement dans son rôle.

Aldo Patriciello (PPE), *per iscritto*. — Considerata la delicatezza del dossier e l'importanza della questione preferirei non esprimere una posizione, certo che prossimamente inizieranno negoziati tali da risolvere definitivamente il problema.

Andrej Plenković (PPE), *napisan*. — Zabrinjavajuće stanje na Bliskom istoku ne prestaje biti tema naših rasprava uslijed povećanja tenzija i nasilja u regiji te porasta broja terorističkih napada. Čestitam svim pregovaračima koji su konstruktivno iznjedrili kompromisni tekst zajedničke rezolucije političkih skupina o kojoj je EP glasao danas, a koju sam supotpisao.

Ključna je načelna politička poruka koja ide u susret sigurnosti Izraela i aspiracijama Palestine za njenu državnost. Sukladno stavovima Europske pučke stranke, suglasan sam s koncepcijom o dvije države koje bi se bazirale na granicama iz 1967. godine s Jeruzalemom kao glavnim gradom, a koje bi živjele u miru i sigurnosti jedna pored druge. Pritom je ključna poruka EP-a da se do priznanja Palestine, kao subjekta međunarodnog prava, može doći kroz napredak mirovnih napora i pregovore dviju strana.

Jedini način ostvarivanja ove ideje je dogovor između strana u sukobu, ponajprije Izraela i Palestine koji se moraju odlučiti za suživot i na dugoročni dogovor. Bitna je poruka rezolucije da i Hamas treba slijediti stav Fataha (tj. obvezu PLO-a iz 1993.) o priznanju države Izrael. Glavni cilj EU-a mora biti rješenje sukoba koje bi pridonijelo sigurnosti Izraela i osiguralo nezavisnu, demokratsku i održivu Palestinu te pridonijelo uspostavi mira u regiji Bliskog istoka.

Jiří Pospíšil (PPE), *písemně*. — V dnešním hlasování o společném usnesení o uznání palestinského státu jsem se zdržel, protože považuji znění návrhu společného usnesení za posunuté od názoru, které vyjadřoval původní návrh mé poslanecké frakce, jehož jsem byl spoluautorem. Jsem přesvědčen, že palestinský stát může být uznán pouze na základě mírového procesu s Izraelem, což ale ve finálním textu není explicitně vyjádřeno.

Marcus Pretzell (ECR), *schriftlich*. — Man muss den Verfassern dieses Antrages dankbar sein: Indem sich fast alle Fraktionen außer der unseren und der EFDD darauf verständigt haben Palästina möglichst schnell und nahezu bedingungslos anzuerkennen, zeigen sie, dass ihnen die Sicherheit Israels weitestgehend egal ist. Zwar ringen sich einzelne Vertreter der hier anzutreffenden Einheitsfront noch zu einzelnen Lippenbekenntnissen durch, ihre Handlungen zeigen jedoch gleichermaßen deren Leere. Für uns als Alternative für Deutschland steht die Existenz Israels nicht zur Diskussion. Deshalb lehnen wir es ab, mit Hamas und Fatah als Vertreter eines palästinensischen Staates zu verhandeln, solange sie die Vernichtung Israels propagieren. Bevor wir Palästina anerkennen, muss Palästina Israel anerkennen!

Mittwoch, 17. Dezember 2014

Paulo Rangel (PPE), *por escrito*. — Votei favoravelmente esta resolução por ela reafirmar o princípio da coexistência de dois Estados e encorajar um futuro reconhecimento da Palestina como Estado, no seguimento da retoma e aprofundamento das negociações de paz e da articulação de posições entre os Estados-Membros da UE.

Christine Revault D'Allonnes Bonnefoy (S&D), *par écrit*. — Grâce à l'engagement des socialistes européens à l'origine de cette initiative, le Parlement européen a adopté à une très large majorité une résolution en faveur de la reconnaissance de l'État palestinien. Même si le texte aurait pu être plus ambitieux dans sa formulation, ce vote marque un tournant pour l'Union européenne qui n'a cessé, tout au long de son histoire, d'œuvrer pour une solution à deux États. Le Parlement européen a ainsi fait le choix de joindre sa voix à celle des autres parlements nationaux qui ont adopté des résolutions en faveur de la reconnaissance de l'État palestinien. Avec ce vote, les députés européens envoient un signal fort aux capitales européennes et à la Commission pour reconnaître le droit des Palestiniens à disposer d'un État. Ils adressent aussi un message aux autorités palestiniennes et israéliennes pour rétablir le dialogue et relancer les négociations pour la paix. Cette résolution constitue un premier pas qui alimente le souffle d'espérance en Europe pour la reconnaissance. Elle accompagne également les efforts de la haute représentante aux affaires extérieures de l'Union, Federica Mogherini, pour que l'Union européenne redevienne un acteur moteur du processus de Paix au Moyen Orient.

Frédérique Ries (ALDE), *par écrit*. — Je suis bien évidemment en faveur de la solution à 2 États, et donc d'un État palestinien. Résolument. Mais pas de cette façon. Une reconnaissance de «principe», allant de pair avec les négociations de paix, un texte tellement ambigu qu'il a pu être signé par les conservateurs et...les communistes! À force de multiplier les conditionnels, les conditions sine qua non ne sont pas exprimées. Le Parlement européen n'a pas à soutenir une reconnaissance unilatérale et inconditionnelle, qui gèlera immanquablement toute capacité des Palestiniens à faire ensuite des compromis. Pas cette reconnaissance non plus, aujourd'hui, d'un État qui n'en n'est pas un et dont l'une des entités est un mouvement terroriste. Comment justifier d'accorder ce statut à ceux-là même qui continuent de jurer la destruction d'Israël? Sans parler des frontières de 1967 qui ne sont plus en phase avec la réalité du terrain, une réalité intégrée par les négociateurs. Le tout est de savoir où l'on met le curseur et à quel prix. La reconnaissance de l'État palestinien ne doit pas être «symbolique», mais utile à la paix. C'est dans cet esprit que je me suis abstenue.

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D), *por escrito*. — El reconocimiento del Estado palestino es un paso necesario, aunque no suficiente, para lograr la paz entre Israel y Palestina. Considero que la única manera de resolver este conflicto, es a través de la solución de dos Estados basada en las fronteras de 1967, con Jerusalén como capital de ambos Estados. De esta manera, el Estado de Israel podría vivir en paz y seguridad junto a un Estado palestino independiente, democrático y viable.

Doy mi apoyo a esta propuesta de Resolución como una solución de compromiso y por el alto valor que tienen tanto el amplio consenso alcanzado entre todos los grupos de este Parlamento como el importante mensaje que lanzamos con ella.

Quiero expresar mi firme apoyo al reconocimiento de un Estado palestino, por considerar que el derecho de los palestinos a tener su propio Estado es incuestionable como lo es el derecho de Israel a existir dentro de unas fronteras seguras. Asimismo, valoro el liderazgo de la Alta Representante Federica Mogherini en este proceso, pues creo que la UE debe desempeñar un papel más eficaz y genuino en el proceso de paz, y considero necesario que los Estados miembros de la UE estén unidos en su apoyo a este proceso legítimo.

Teresa Rodríguez-Rubio (GUE/NGL), *por escrito*. - Hemos votado a favor de esta propuesta de Resolución porque consideramos un avance que una mayoría del Parlamento Europeo se posicione a favor de una reivindicación básica como es la creación y reconocimiento internacional de un Estado palestino con capital en Jerusalén. Con ello no se hace más que reafirmar lo que ya piden las NN.UU. en su Resolución 181 de 1947, paradójicamente la única que Israel cumple parcialmente, en lo que respecta a la partición de Palestina.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

Consideramos además que el reconocimiento del Estado palestino debe ser solo un paso en el proceso para lograr una paz justa que, atendiendo a las demandas de la propia sociedad civil, deberá incluir el fin de la ocupación (en cumplimiento de la Resolución 242 de 1967 de las NN.UU.), el derecho al retorno de los refugiados (Resolución 194 de 1948) y un Estado que garantice la plena igualdad de todos sus ciudadanos y ciudadanas.

Pensamos además que, para hacer cumplir el contenido de la Resolución, la UE debería valerse de mecanismos de presión, como mínimo la suspensión del acuerdo bilateral UE-Israel, en cumplimiento de su artículo 2, ante la flagrante violación de los derechos humanos que supone la continuidad del bloqueo de la Franja de Gaza.

Claude Rolin (PPE), par écrit. — J'ai cosigné la résolution en faveur de la reconnaissance de l'État palestinien car il est indispensable de relancer les négociations, de même qu'il est inimaginable de parvenir un jour à un règlement durable du conflit du Proche-Orient sans que l'État démocratique et souverain de Palestine ne soit reconnu comme l'est celui d'Israël. Cette résolution poursuit le mouvement né au sein des parlements de différents États membres en faveur d'une relance du processus de paix. Cette région du monde a besoin de frontières claires pour que les populations locales puissent demain y vivre en paix et en sécurité. Une telle reconnaissance par le Parlement européen se veut un signal politique et diplomatique fort en direction de la communauté internationale et, singulièrement, à destination des autorités israéliennes et palestiniennes. Il est grand temps que le dialogue reprenne en faveur d'une solution négociée. Par mon soutien à cette résolution, je m'insurge contre la montée de violence dans la région et plaide pour que cessent les implantations dans les territoires palestiniens, illégales au regard du droit international. La Palestine doit être reconnue sur base des frontières de 1967, avec Jérusalem pour capitale de deux États, vivant côte à côte, et dans une reconnaissance mutuelle.

Fernando Ruas (PPE), por escrito. — Relembrando que a União Europeia tem reiterado por diversas vezes o princípio de uma solução com dois Estados, Israel e Palestina, vivendo lado a lado em paz e em segurança, apelando às partes para resolverem todas as questões pertinentes através de negociações que deverão imediatamente ser retomadas, votei favoravelmente esta Resolução, pois concordo com o reconhecimento do Estado palestino num quadro mais alargado de reconhecimento do Estado de Israel por parte da Palestina e do mundo árabe em geral.

No meu ponto de vista, deveremos centrar-nos no retomar das negociações, realçando que a União Europeia e este Parlamento em particular deverão assumir um papel central nas futuras negociações entre as duas partes, no fim imediato da violência, no regresso às fronteiras de 1967 como base negocial para as inevitáveis trocas de terras que ocorrerão posteriormente e no fim imediato da expansão dos colonatos.

Termino, sublinhando que considero que o caminho a seguir deverá ser aquele apontado por esta Resolução e igualmente pela Resolução aprovada recentemente pelo parlamento português, no sentido do reconhecimento da Palestina por cada um dos Estados-Membros ser efetuado em coordenação com a União Europeia e na plena observância dos princípios estabelecidos pelo direito internacional.

Tokia Saïfi (PPE), par écrit. — Le Parlement européen a adopté à une large majorité (498 voix pour, 88 contre et 111 abstentions) la résolution commune sur la reconnaissance de l'État palestinien.

Ayant soutenu et cosigné ce texte, je demande que l'Union européenne prenne ses responsabilités et devienne enfin un véritable acteur au Proche-Orient. La résolution insiste également pour que Federica Mogherini, vice-présidente de la Commission et haute représentante de l'Union pour les affaires étrangères, mette tout en œuvre pour faciliter une position commune de l'Union sur ce dossier.

Enfin, notons également que la résolution demande la création d'une initiative «Parlementaires pour la paix», dont l'objectif est de rapprocher les parlementaires européens, israéliens et palestiniens. Cette démarche permettrait de faire progresser les discussions sur la situation au Proche-Orient.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

Lola Sánchez Caldentey (GUE/NGL), *por escrito*. - Hemos votado a favor de esta propuesta de Resolución porque consideramos un avance que una mayoría del Parlamento Europeo se posicione a favor de una reivindicación básica como es la creación y reconocimiento internacional de un Estado palestino con capital en Jerusalén. Con ello no se hace más que reafirmar lo que ya piden las NN.UU. en su Resolución 181 de 1947, paradójicamente la única que Israel cumple parcialmente, en lo que respecta a la partición de Palestina.

Consideramos además que el reconocimiento del Estado palestino debe ser solo un paso en el proceso para lograr una paz justa que, atendiendo a las demandas de la propia sociedad civil, deberá incluir el fin de la ocupación (en cumplimiento de la Resolución 242 de 1967 de las NN.UU.), el derecho al retorno de los refugiados (Resolución 194 de 1948) y un Estado que garantice la plena igualdad de todos sus ciudadanos y ciudadanas.

Pensamos además que, para hacer cumplir el contenido de la Resolución, la UE debería valerse de mecanismos de presión, como mínimo la suspensión del acuerdo bilateral UE-Israel, en cumplimiento de su artículo 2, ante la flagrante violación de los derechos humanos que supone la continuidad del bloqueo de la Franja de Gaza.

Alfred Sant (S&D), *in writing*. — This is to declare that I voted for the resolution because it resulted from a compromise between the political groups, including the S&D, but that I unreservedly and unconditionally support recognition of Palestinian statehood.

György Schöpflin (PPE), *in writing*. — As a member of the EPP Hungarian delegation I voted in favour of the resolution on the eventual recognition of Palestinian statehood, given that the text adopted states *expressis verbis* in Recital F: 'whereas the recognition of the State of Palestine falls in the competence of the Member States'.

Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito*. - He votado a favor de la propuesta de Resolución sobre el reconocimiento del Estado de Palestina como un primer paso en la buena dirección. El reconocimiento del Estado de Palestina, su gente, sus fronteras y el final de la ocupación es una obligación internacional y un paso importante hacia la paz. Los Estados miembros deben ahora reconocer formalmente, y por tanto proteger, el espacio del Estado de Palestina en las fronteras de 1967 con Jerusalén Este como su capital. El derecho del pueblo palestino a la autodeterminación ha sido reconocido internacionalmente desde hace 66 años. Llamamos a todas las partes a no llevar a cabo ninguna acción que pudiera dinamitar la viabilidad de la solución de los dos Estados. Por lo tanto, los asentamientos deben acabar, el *apartheid* debe acabarse y el ataque a los lugares sagrados y la demolición de las propiedades palestinas deben cesar inmediatamente.

Davor Škrlec (Verts/ALE), *napisan*. — Podržao sam priznanje Palestine jer se iskreno nadam i očekujem kako će međunarodno priznanje Palestine od strane Europske unije konačno pokrenuti uspješni mirovni proces. Također, nadam se kako će isti ohrabriti sve sudionike, uključujući organizacije civilnog društva u Izraelu, na pokretanje samostalnih bilateralnih pregovora koji bi imali za cilj mirno rješenje sukoba.

Svi narodi na području Bliskog istoka prisutni su već tisućljećima te su živjeli u miru sve do vanjskih utjecaja koji su sprječavali mir i suživot. Dosadašnje mirovne inicijative nisu urodile uspostavom trajnog mira zato što nisu imale ravnopravne sudionike u razgovorima za stolom. EU je uložila puno financijskih sredstava u izgradnju infrastrukture u Palestini kako bi se normalizacijom civilnog života unaprijedili pokušaji uspostave trajnog mira pregovorima i oslabio utjecaj terorističkih skupina. Nažalost, napadi Izraela često su usmjereni upravo na sustavno uništavanje izgrađene infrastrukture te na taj način poništavaju napore Europske unije.

Palestinska strana ima obvezu spriječiti militantne skupine u djelovanju protiv Izraela, a obje strane su dužne poštivati međunarodna humanitarna i ljudska prava. Smatram kako ljudima koji tamo žive trebamo prepustiti odluku o vlastitoj sudbini, bez „dobronamjernih“ posrednika, ali uz pomoć međunarodne zajednice predvođene s EU-om kako bi što brže uspostavili normalan i kvalitetan život u trajnom miru.

Dubravka Šuica (PPE), *napisan*. — Danas sam podržala Rezoluciju o priznanju palestinskog državljanstva i rješenju spora među dvjema državama što mora ići zajedno s razvojem mirovnih pregovora. Ovim glasom Europski parlament je jasno odbio bezuvjetno priznanje odvojeno od mirovnih pregovora.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

Pozdravljam Rezoluciju koja odbija svaki oblik terorizma i nasilja sa svih strana i upozorava na potencijalne religijske dimenzije konflikta. Jedino i održivo rješenje za izraelsko-palestinski sukob bit će ono koje će se ostvariti putem nenasilnih metoda. Tekst inzistira na potrebi za nastavkom mirovnih pregovora, konačno pravo priznanje Palestine kao države može biti iznjedreno jedino pregovorima između strana u okviru sveukupnog mirovnog procesa koji rješava sporne stavke.

Dakle, glasovala sam za Rezoluciju, ali jasno je da će pravo priznanje uslijediti tek nakon što se dvije strane u dijalogu usuglase.

Pavel Svoboda (PPE), *písemně*. — Při dnešním hlasování k rezoluci o uznání palestinského státu jsem hlasoval proti, jelikož se domnívám, že tato jednostranná výzva nenapomáhá řešení situace a naopak může způsobit její další eskalaci.

Neoklis Sylikiotis (GUE/NGL), *in writing*. — I voted in favour of the joint resolution on the recognition of the Palestinian State as a principled step in the right direction.

Recognition of the Palestinian State, its people and its borders and the end of the occupation is a long-overdue international obligation and a positive step towards peace. Member States must now formally recognise and thus protect the Space of the Palestinian State on the 1967 borders with East Jerusalem as the capital.

Palestinian recognition is established in UN resolutions and a number of national parliaments of EU Member States have called on their respective governments to recognise it.

The Palestinian People's right to self-determination has been enshrined in international resolutions for 66 years. We call on all parties to refrain from any action which may undermine the viability and the prospects of the two-state solution. Therefore, settlements must end, the apartheid wall must be dismantled and attacks on holy sites, along with the demolition of Palestinian property, must stop immediately.

Ελευθέριος Συναδινός (NI), *γραφτως*. — Στηρίζουμε την παλαιστινιακή κρατική οντότητα και προσβλέπουμε στην ασφαλή και καλή γειτνίαση με το Ισραήλ. Πρέπει να ξεκινήσουν ειρηνικές διαπραγματεύσεις και να βρεθεί μία πολιτική λύση με σεβασμό στα ανθρώπινα δικαιώματα και στην αμοιβαία αλληλοκατανόηση. Οι εχθρικές και βίαιες συγκρούσεις και από τα δύο μέρη δεν ωφελούν κανέναν και περισσότερο τους απλούς πολίτες

József Szájer (PPE), *írásban*. - A Fidesz néppárti delegációja tagjaként az EP mai plenáris ülésén a néppárti képviselőcsoport tagjaival együtt megszavaztam a Palesztina államisága elismerésének elveiről szóló közös állásfoglalási indítványt, mivel az elfogadott szöveg expressis verbis tartalmazza az F bekezdésben, hogy Palesztina államiságának elismerése a tagállamok hatáskörébe tartozik. A határozatnak semmilyen közjogi következménye nincsen.

Marc Tarabella (S&D), *par écrit*. — Ce midi, à travers une résolution votée à la majorité, le Parlement européen reconnaît officiellement et sans condition l'État Palestinien. Cette reconnaissance par le Parlement européen se veut être un symbole fort! La résolution votée ce midi démontre qu'un large consensus se dégage en Europe sur le fait que la reconnaissance de l'État Palestinien est une contribution nécessaire à la paix et à la sécurité. Il s'agit également d'un signal envoyé aux États membres pour qu'ils reconnaissent l'État Palestinien de manière immédiate et sans ambiguïté. Enfin, la Belgique doit reconnaître sans condition l'État Palestinien comme elle le fit notamment en 2012, aux Nations Unies.

Pavel Telička (ALDE), *in writing*. — As regards the resolution on Palestine statehood and the related voting I have abstained. While I can only appreciate the enormous effort of negotiating colleague MEPs of a number of political groups to arrive at a consensual resolution, I regret to state that the resulting wording provides for a number of interpretations of some of the provisions. The second main reason for which I could not vote in favour is the fact that there is no concrete provision expressing the expectation of recognition of Israel as a sovereign state. I firmly believe that the High Representative for CFSP should now come with concrete inputs into a possible EU common approach. Once this happens, I expect a thorough debate in the EP plenary.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

Evžen Tošenovský (ECR), písemně. — Hlasoval jsem proti usnesení především proto, že tímto Evropský parlament zasahuje do sféry členských států. Podobná neuvážená ingerence do mírového procesu navíc může přinést jen více škody než užitku. Alternativní usnesení naší frakce, které bylo politicky vyvážené, bylo bohužel většinou poslanců Evropského parlamentu odmítnuto.

Ramon Tremosa i Balcells (ALDE), in writing. - I have abstained from the 'Recognition of Palestine statehood' resolution as I don't believe it is useful or appropriate to do this now, nor will it contribute to peace talks. I am in favour of a two-state solution as a medium- and long-term solution, but before that, Hamas leaders and organisation should recognise the right of Israel to exist in its borders. Moreover, they should recognise the right of Israel to its security. You cannot ask Israel to recognise the Palestinian State without asking the same of its Palestinian counterpart.

I feel the message of this resolution will be taken, of course, as a victory in the Arab world and will make Palestinians believe they do not have to negotiate with Israel, but just need to seek international recognitions through several parliaments' vote. Furthermore, only one month ago, High Representative Mogherini came to debate the issue in this house. She said she would come back with a roadmap towards peace. We haven't seen anything yet, so why this rush now?

Ernest Urtasun (Verts/ALE), por escrito. — He dado mi voto favorable a la necesidad del reconocimiento de Palestina como Estado, a fin de avanzar en el proceso de paz. A pesar de ello, reconozco que el contenido del texto aprobado es excesivamente moderado, en aras de un amplio consenso que creo necesario por lo histórico del momento.

Geoffrey Van Orden (ECR), in writing. - I wish to see a negotiated two-state outcome to the Middle East Peace Process, resulting in a secure, universally recognised and essentially Jewish State of Israel, alongside a sovereign, viable, democratic, terrorist-free Palestinian State. I therefore voted against the joint resolution, which fails to identify the continued sources of terrorism in the Palestinian territories and fails to address the fundamental problem: the non-existence of a government whose writ runs throughout the Palestinian territories, including Gaza.

The resolution seeks to enhance the role of the EU, ignoring the fact that the EU has little to show for 10 years of involvement, when the Quartet has not met for over a year, and the EU does not use its financial leverage to bring about an end to terrorism and a fresh start to negotiations. Contrary to its own admonitions, the resolution itself is an 'incitement and provocation'. In any case, the EU does not have the right to confer recognition; this is the prerogative of our national governments.

Derek Vaughan (S&D), in writing. — I voted in favour of the recognition of the Palestinian State; this decision was agreed today by a considerable majority in the Parliament thanks to the ongoing commitment of the Socialists and Democrats Group. This resolution stresses the conviction in Europe that the time has come to solve the Israeli-Palestinian conflict through the two-state solution based on the 1967 borders.

Marie-Christine Vergiat (GUE/NGL), par écrit. — En adoptant à une très large majorité une résolution exprimant son soutien à la reconnaissance de l'État palestinien ce 17 décembre, le Parlement européen a sans doute émis un vote historique.

Ce sont les états membres qui ont compétence en la matière et non l'UE, mais c'est néanmoins un vote plus que symbolique en faveur de la paix.

135 pays, soit 70 % des États membres de l'ONU, ont déjà procédé à cette reconnaissance tant attendue par le peuple palestinien. Seuls 8 États de l'UE ont fait de même, récemment la Suède ou plusieurs Parlements nationaux dont le français, le britannique et l'espagnol.

C'est tout à l'honneur du PE que d'aller dans ce sens face à un conflit qui a trop duré et pour lequel la «communauté internationale» a de lourdes responsabilités. L'UE est incitée à agir en utilisant tous les moyens pour faire pression sur l'État d'Israël.

Cette résolution aurait dû être moins conditionnelle. La paix ne peut se construire qu'entre deux partenaires juridiquement égaux.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

Les droits des Palestiniens tels qu'ils figurent dans les résolutions de l'ONU depuis tant d'années doivent être reconnus. La résolution du PE rappelle les grands principes en ce domaine.

C'est avec beaucoup de fierté que j'ai voté pour cette résolution.

Miguel Viegas (GUE/NGL), por escrito. — Votámos favoravelmente esta resolução apesar do seu parcial alinhamento pelo sionismo. Esta resolução constitui um sinal mínimo no sentido de reconhecer o direito inalienável do povo palestiniano ao seu Estado. Achamos, todavia, que a insistência na *segurança* apenas aplicada ao Estado de Israel (como se a Palestina não precisasse de segurança) procura criar a ideia de que as fronteiras do Estado da Palestina são desenhadas em função desse objetivo. Registamos a distinção entre *terrorismo* e *violência* e a condenação de todo o protesto violento, negando dessa forma o direito à insurreição e à resistência dos palestinianos face à ocupação israelita. Finalmente registamos a ausência de referência às resoluções das Nações Unidas (181, 194, 248, 332) ou à retirada dos territórios ocupados, o que, para além de outros objetivos, constitui uma forma de marginalizar a ONU neste processo.

Harald Vilimsky (NI), schriftlich. — Da die diese Frage nicht im Kompetenzfeld der EU liegt und sich meines Erachtens zuerst die Frage stellt, ob die gegenseitige Akzeptanz zwischen dem Staat Israel und den Palästinensern eine palästinensische Eigenstaatlichkeit überhaupt zulässt – was nach den Ereignissen der letzten Jahre und jüngsten Ereignisse nicht festzustellen ist –, ist somit auch diese Frage zurzeit hinfällig. Zudem finde ich es sehr fragwürdig, Organisationen wie Hamas durch diese Anerkennung auch noch in ihrer Vorgehensweise zu bestätigen, indem man sie u. a. von der Liste terroristischer Organisationen streicht.

Glenis Willmott (S&D), in writing. — Labour MEPs led the negotiations for this resolution expressing support, in principle, for the recognition of a Palestinian state. The resolution also makes clear that supporting the recognition of Palestinian statehood should go hand in hand with the development of peace talks, which should be advanced. Although we wanted the resolution to go further, I am pleased to see it pass by such a large majority. This vote should be seen as a step forward for the two-state solution, sending a message of European support for Palestinian statehood in the anticipated UN debate, and giving a new impetus to peace talks.

Anna Záborská (PPE), písomne — Európska únia nemá právomoc uznávať existenciu štátov. Táto právomoc prináleží výlučne členským štátom EÚ. Potvrdila to aj Európska komisia. Z tohto dôvodu som sa odmietla zúčastniť na hlasovaní o návrhu uznesenia týkajúceho sa štátnej suverenity Palestíny. Európsky parlament tým, že prijal toto uznesenie, urobil politické gesto, ktoré je v lepšom prípade zbytočné a v horšom prípade kontraproduktívne. Celkom iste však nijako nepomáha pri hľadaní mierového riešenia sporov medzi Arabmi a štátom Izrael.

Σωτήριος Ζαριανόπουλος (NI), γραπτώς. — Η Ευρωκοινοβουλευτική Ομάδα του ΚΚΕ ψήφισε με σοβαρές επιφυλάξεις το ψήφισμα που αναφέρεται στην «επί της αρχής αναγνώριση του παλαιστινιακού κράτους». Το ψήφισμα αφήνει απ' έξω τα αιτήματα του παλαιστινιακού λαού ενάντια στην ισραηλινή κατοχή παλαιστινιακών εδαφών και δεν ανταποκρίνεται στα δικαια του παλαιστινιακού λαού.

Στο ψήφισμα επίσης καλλιεργείται η λογική των ίσων αποστάσεων, ενώ περιορίζεται το δικαίωμα της πάλης του παλαιστινιακού λαού με όλες τις μορφές. Ταυτόχρονα εξωραϊζεται η ΕΕ και σπέρνονται αυταπάτες για τον ρόλο της.

Το ΚΚΕ εκφράζει την αμέριστη στήριξή του στον αγώνα του παλαιστινιακού λαού και στη συνέχιση της πάλης του απαιτώντας:

— Τη δημιουργία ανεξάρτητου, βιώσιμου, κυρίαρχου παλαιστινιακού κράτους, στα σύνορα του 1967 με πρωτεύουσα την Ανατολική Ιερουσαλήμ, δίπλα στο Ισραήλ, την απελευθέρωση του παλαιστινιακού λαού από την κατοχή του Ισραήλ.

— Την αναγνώριση του παλαιστινιακού κράτους, ως κράτους μέλους του ΟΗΕ· την αναγνώρισή του από την ελληνική βουλή και την ελληνική κυβέρνηση.

— Το σταμάτημα των εποικισμών και την αποχώρηση όλων των εποίκων.

— Το γκρέμισμα του απαράδεκτου τείχους στην Ιερουσαλήμ.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

- Την επιστροφή όλων των παλαιστίνιων προσφύγων στις εστίες τους, με βάση τις σχετικές αποφάσεις του ΟΗΕ.
- Την άρση κάθε αποκλεισμού των Παλαιστινίων στη Δυτική Όχθη και στη Λωρίδα της Γάζας.
- Την άμεση απελευθέρωση όλων των Παλαιστινίων και άλλων πολιτικών κρατουμένων από τις ισραηλινές φυλακές.

Inês Cristina Zuber (GUE/NGL), por escrito. — Votámos favoravelmente esta resolução por considerarmos que, apesar de estar eivada da visão mil vezes difundida pelo sionismo, constitui um sinal mínimo no sentido de reconhecer o direito inalienável do povo palestiniano ao seu Estado. No entanto, não podemos deixar de assinalar alguns aspetos negativos, nomeadamente:

— a insistência na *segurança* apenas aplicada ao estado de Israel (como se a Palestina não precisasse de segurança), procurando criar a ideia de que as fronteiras do estado da Palestina são desenhadas em função desse objetivo;

— a distinção entre *terrorismo* e *violência* e a condenação de todo o protesto violento, negando dessa forma o direito à insurreição e à resistência dos palestinianos face à ocupação israelita;

— a ausência de referência às resoluções da ONU (181, 194, 248, 332) ou à retirada dos territórios ocupados, o que, para além de outros objetivos, constitui uma forma de marginalizar a ONU neste processo;

— insta-se a uma *posição comum da UE* o que, no atual contexto, quando há países que, como a Suécia, já reconheceram a Palestina, significa uma tentativa de limitar o poder soberano dos Estados Membros de decidirem sobre o reconhecimento, e um travão aos países que queiram reconhecer o Estado da Palestina.

Marco Zullo (EFDD), per iscritto. - Da troppo tempo il conflitto israelo-palestinese insanguina il Medio Oriente e costituisce una dolorosa ferita per il mondo intero. Più volte l'Unione europea si è dichiarata a favore di una soluzione a due Stati, che garantisca sicurezza e stabilità ad Israele e indipendenza e democrazia al popolo palestinese. Per raggiungere questo obiettivo è necessario creare le condizioni per una ripresa dei colloqui di pace diretti tra le due parti, rinnegando l'utilizzo di qualsiasi mezzo violento.

Per tali ragioni ho votato a favore di questa risoluzione, in cui si esprime ferma condanna agli atti di guerra e terrorismo perpetrati da entrambe le parti ed il monito a far sì che un conflitto politico non si trasformi in un conflitto religioso, con il risultato di allargarlo ad altri soggetti. Una coesistenza basata sul mutuo riconoscimento è l'unica soluzione che può garantire pace e stabilità nella regione, nonché la base per sedare il clima di tensione che serpeggia in tutta la regione.

Apprezzo in particolare l'invito all'alto rappresentante affinché si impegni ad elaborare una posizione comune: è il momento che l'UE parli con una voce sola, dimostrando di avere davvero l'intenzione di impegnarsi, piuttosto che lasciare spazio ai particolarismi delle diplomazie nazionali.

Dichiarazioni di voto scritte

11.23. Lage der Stahlindustrie in der EU: Schutz von Arbeitskräften und Wirtschaftszweigen (RC-B8-0352/2014, B8-0351/2014, B8-0352/2014, B8-0353/2014, B8-0354/2014, B8-0355/2014, B8-0356/2014)

Dichiarazioni di voto orali

Eleonora Forenza (GUE/NGL). - Signor Presidente, onorevoli colleghi, come saprete la questione dell'acciaio è una questione a noi molto cara, anche per quelle che sono le attuali vicende della siderurgia italiana: penso agli stabilimenti di Terni, di Taranto, di Piombino. Noi abbiamo contribuito alla discussione in questo Parlamento del tema del piano dell'acciaio, anche presentando un'interrogazione orale proprio a partire dalla vicenda di Terni, e dialogando con le delegazioni dei lavoratori che sono venuti a Bruxelles e poi a Strasburgo.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

Abbiamo lavorato anche per migliorare il testo di una *joint* che alla fine non abbiamo condiviso perché ci sembra inserisca il tema dell'acciaio nella connessione con il pacchetto di investimenti di Juncker e in un'ideologia e una rappresentazione della competitività, dentro e fuori l'Europa, che non ci convince.

Riteniamo che si debba preservare l'acciaio come elemento strategico di produzione per l'Europa. Riteniamo però che vadano combattuti e contrastati i dumping sociale e dumping ambientale e che vadano operate serie riconversioni ecologiche per quegli stabilimenti, come Taranto, che continuano a seminare morte e tumori.

Jude Kirton-Darling (S&D). - Mr President, I come from a steel town, Middlesbrough, in a region with thousands of jobs based in energy-intensive industries, including steel, which underpin our regional economy. In 2009–2010, our local community fought hard to save our steel and ensure a future for Redcar's blast furnace. It was not just a fight to preserve our industrial infrastructure and assets; we need investment in upgrading them and in environmental improvement – this would create jobs in a sustainable industry long into the future – and we need to recognise that we need ultra-low-carbon steel.

I welcome the Teesside City deal focussed on building an industrial cluster around carbon capture and storage. This is set to create 4 000 new jobs and sustain 20 000 more in our local industries. I co-signed and strongly supported today's resolution, because it sends a clarion call to the Commission and Member States to involve the workforce and industry, and to finally implement the European Steel Action Plan.

Michela Giuffrida (S&D). - Signor Presidente, onorevoli colleghi, il settore dell'acciaio in Europa riveste un ruolo fondamentale ed è di importanza vitale per molti Stati membri. È giusto dunque che sia priorità della politica industriale. E sono proprio la sua dimensione e la sua portata occupazionale che lo rendono centrale anche per la politica sociale. All'industria siderurgica sono attribuibili 350 mila posti di lavoro diretti. Quindi è doveroso parlare di mercati, di concorrenza, di domanda, di competitività, di importazioni e di esportazioni.

Ma è ancora più importante, e forse prioritario, parlare di tutela e di responsabilità sociale. Tutto ciò che è funzionale all'industria per ripartire in un momento di crisi non può infatti essere pagato dai lavoratori. Le ristrutturazioni, lo sviluppo tecnologico, la delocalizzazione non possono gravare sui lavoratori. Il nostro compito, Presidente, è garantire che la Commissione, quando tratta di industria, non dimentichi mai il dialogo sociale.

Barbara Kappel (NI). - Herr Präsident! In den letzten Jahren gingen in der europäischen Stahlindustrie über 40 000 Arbeitsplätze verloren. Und weitere Tausende werden folgen, wenn man den Worten des Präsidenten des Weltstahlverbandes, Herrn Eder, glauben darf, der das kürzlich in einem Interview sagte. Herr Eder ist der Vorstandsvorsitzende des größten österreichischen Stahlunternehmens – der Voestalpine AG. Dieses Unternehmen war heuer sehr viel in den Medien, weil es seine Produktion in die USA auslagerte. Das Unternehmen nannte als Gründe für diese Auslagerung die hohe Steuer- und Abgabenlast in Österreich, die hohen Energiekosten, die hohen Umweltauflagen und ebenso den mangelnden Reformwillen der Bundesregierung.

Daneben wurde seitens des Unternehmens kritisiert, was die EU betrifft, die teuren und strengen CO₂-Auflagen. Allein ab 2020 rechnet Voestalpine AG mit jährlich 230 Millionen EUR für den Ankauf von Emissionszertifikaten. Diese Situation ist charakteristisch für die Stahlindustrie und für die gesamte energieintensive Industrie in Europa und führt zu einer Deindustrialisierung Europas. Die amerikanische Regierung geht ganz im Gegenteil dazu massiv in die Reindustrialisierung, setzt Anreize, dass sich Unternehmen ansiedeln. In Europa ist das leider nicht der Fall. Man konnte sich nicht auf einen Reindustrialisierungsgrad einigen. Aus diesem Grund unterstütze ich diese Initiative, die heutige Entschließung zur europäischen Stahlindustrie, auch den Aktionsplan der Kommission, damit Europa wieder Reindustrialisierung erfährt.

Marie-Christine Arnautu (NI). - Monsieur le Président, chers collègues, une fois de plus, les technocrates de Bruxelles nous abreuvent de bonnes intentions. L'industrie sidérurgique, particulièrement en France, est cependant sinistrée. Les usines n'en finissent plus de fermer et les rares entreprises qui subsistent encore sont rachetées par des conglomerats indiens ou chinois. En France, la production a chuté de près de 40 % en trente ans alors que, parallèlement, la demande augmentait.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

Cette situation est la conséquence directe de la politique menée par Bruxelles depuis des décennies: politique de suppression des protections douanières, politique de libre-échange absolu.

Les mesurètes proposées par Bruxelles pour tenter de colmater les brèches du bateau qui est en train de couler font insulte aux centaines de milliers de salariés de la sidérurgie envoyés au chômage depuis trente ans. Ils attendent que leurs dirigeants mènent enfin une politique au service des peuples, et non au service de la haute finance et du capital.

Theresa Griffin (S&D). - Mr President, I strongly believe that our economic recovery is highly dependent on a strong manufacturing industry and that the European steel industry must be a sustainable and profitable part of this. I co-signed this resolution to ask the Commission what it is doing to promote key industrial production in all Member States in order to safeguard jobs across the European Union.

The Commission needs to promote and protect higher social, economic and environmental standards across the EU, particularly working with our social partners. The Commission needs to keep in mind our urgent need to develop a sustainable and decarbonised economy using a suite of options, including carbon capture and storage. This is why I call on the Commission to commit to developing high-quality energy-efficient and innovative products and processes to promote growth and create quality jobs in a joined-up industrial policy.

Paloma López Bermejo (GUE/NGL). - Señor Presidente, hemos defendido la propuesta de Resolución del Grupo de la Izquierda Unitaria Europea porque entendemos que la grave situación del sector del acero en Europa es el resultado de vender la industria al mejor postor y no un tema de «competitividad», como pretenden hacer creer los grupos mayoritarios.

En España, empresas de alto valor añadido y arraigo territorial se enfrentan a amenazas de deslocalización por parte de grandes grupos multinacionales. Estos imponen ajustes durísimos que las políticas de la Unión Europea no hacen sino exacerbar.

Por un lado, Europa permanece impasible ante los graves abusos de los oligopolios energéticos y financieros que asfixian a la industria. Por otro lado, alienta la competencia entre Estados miembros, reforzando la tendencia a que la producción de mayor valor añadido se concentre en unas pocas regiones europeas.

Creemos que la respuesta a la crisis industrial pasa, entre otros, por retomar el control público de los sectores estratégicos de los que depende el sector, apostando por un programa de inversión y ayudas públicas que preserve el empleo en sectores dinámicos y eficientes como el de la siderurgia española y las empresas auxiliares.

Desde aquí, nuestra solidaridad con los trabajadores y trabajadoras de Alcoa, ThyssenKrupp, Elcogas y Bosal, que están luchando en estos momentos por su empleo, por su futuro y el de la industria.

Caterina Chinnici (S&D). - Signor Presidente, onorevoli colleghi, il settore dell'acciaio è stato sempre stato in Europa uno dei principali settori economici strategici ed è indubbio, infatti, il ruolo centrale che questo settore ha avuto in passato e che ha ancora oggi per lo sviluppo e la crescita e la ripresa economica europea. Tuttavia, il settore versa in serie difficoltà in quasi tutti i paesi dell'Unione europea.

Con la risoluzione appena votata si chiede alla Commissione europea di elaborare misure e riadattare politiche per rilanciare il settore, rendendolo competitivo, onde evitare che anche a causa degli effetti della prolungata crisi si possa assistere alla delocalizzazione delle imprese che operano in questo settore. Chiediamo quindi un piano specifico per l'acciaio, che ponga la massima attenzione alla sicurezza dei lavoratori e alla tutela dell'ambiente e un pacchetto di strumenti finanziari che permettano all'industria di settore di ritornare ad avere un ruolo importante e di essere competitiva sulla scena internazionale. Per questi motivi ho votato a favore.

Μαρία Σπυράκη (PPE). - Κύριε Πρόεδρε, υπερψήφισα την κοινή πρόταση ψηφίσματος την οποία και συνυπογράφω, γιατί θέλω να υποστηρίξω τις θέσεις εργασίας που δημιουργεί ο χάλυβας στην Ευρώπη, στην Ελλάδα, στην Ελευσίνα, στη Μαγνησία, στη Θεσσαλονίκη.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

Με βάση τα επίσημα στοιχεία της Ένωσης Χαλυβουργιών Ελλάδος, η συνολική παραγωγή το 2012 έπεσε σε σχέση με το 2007 κατά 58%. Σε σχέση με τα επίπεδα πριν από την κρίση, δηλαδή το 2007, η εγχώρια ζήτηση έπεσε κατά 82%. Έχει δηλαδή επιστρέψει στα επίπεδα του 1962, ενώ οι ελληνικές εξαγωγές σε χάλυβα έχουν μειωθεί κατά 59% μόνο την περίοδο 2011-2014. Θέλω να σας πω ότι την ίδια ώρα οι τραπεζικές υποχρεώσεις για τις τρεις μεγαλύτερες εταιρίες χάλυβα στην Ελλάδα ξεπερνούν το 1 δισ. ευρώ.

Καταλαβαίνετε ότι η κατάσταση είναι δραματική πρώτα απ' όλα για τους εργαζομένους εκεί. Κατά συνέπεια νομίζω πως είναι απαραίτητο να εξαντλήσουμε όλες τις δυνατότητες για τη μείωση του ενεργειακού κόστους, ώστε να μειωθεί και η απόσταση ενεργειακού κόστους στα κράτη μέλη, και επίσης να φροντίσουμε ώστε να δημιουργηθεί και να προωθηθεί άμεσα ένα εμπορικό σήμα για δίκαια προϊόντα χαλυβουργίας κατασκευασμένα στην Ευρώπη.

Dichiarazioni di voto scritte

Marina Albiol Guzmán (GUE/NGL), por escrito. — La grave situación del sector del acero en Europa es el resultado de vender la industria al mejor postor y no un tema de competitividad como defiende la propuesta de Resolución de los grupos mayoritarios. Empresas de alto valor añadido en todo el territorio de la UE se ven amenazadas constantemente por deslocalizaciones por parte de grandes grupos multinacionales que imponen ajustes durísimos que las políticas de la UE no hacen más que exacerbar. Por un lado, Europa permanece impasible ante los grandes abusos de los oligopolios energéticos y financieros que asfixian a la industria. Y, por otro lado, alienta la competencia entre Estados miembros, reforzando la tendencia a que la producción de mayor valor añadido se concentre en ciertas regiones de la UE. La respuesta a la crisis industrial pasa por retomar el control público de los sectores estratégicos de los que depende el sector, apostando por la inversión y ayuda pública que preserve el empleo en el sector. Puesto que todo ello no queda recogido en la Resolución común, no he podido votar a favor de ella y me he abstenido.

Zigmantas Balčytis (S&D), raštu. — Balsavau už šį siūlymą, kurio tikslas – skatinti politiką, pagal kurią visose valstybėse narėse būtų plėtojama pramoninė gamyba siekiant išaugoti darbo vietas ES. Šiandien ES plieno pramonė susiduria su gerokai sumažėjusia paklausa, todėl prarandama vis daugiau darbo vietų ir mažėja konkurencingumas. Dėl pieno sektoriuje dirbančių gamyklų uždarymo nuo 2007 m. buvo prarasta 60 000 darbo vietų, o gamybos apimtis nuo 210 mln. tonų 2007 m. sumažėjo iki 166 mln. tonų 2013 m. Manau būtina kuo skubiau parengti pramonės politikai skirtą veiksmų planą norint atgaivinti Europos pramonę pasaulinėje rinkoje. Pritariu siūlymams Komisijai ištirti Europos plieno pramonės strateginę padėtį pasaulyje, sukurti išsamaus plieno rinkos analizavimo priemonę, kuria naudojantis būtų galima gauti informaciją apie plieno pasiūlos ir paklausos pusiausvyrą bei pateikti ataskaitą apie pagrindinius uždavinius, su kuriais susiduria Europos plieno pramonė, atsižvelgiant į socialinius, ekonominius ir aplinkos aspektus. Būtina, kad naujo investicinio paketo dalis būtų skirta perspektyviems ilgalaikiams infrastruktūros projektams ir inovacijoms, susijusioms su didelio masto pramonės projektais.

Nicolas Bay (NI), par écrit. – Ce texte ne me paraît guère satisfaisant, mais il comporte quelques points positifs, dans le sens de l'ébauche d'un protectionnisme européen.

Izaskun Bilbao Barandica (ALDE), por escrito. — He votado a favor de esta Resolución común y no como ha votado mi grupo porque considero el sector del acero como estratégico de la Unión Europea, al que la UE debe dar su apoyo para eliminar obstáculos y amenazas a su competitividad, aumentar su capacidad y dar respuesta ante las condiciones cambiantes en Europa y el mundo reforzando su apoyo a la innovación, tecnología e investigación a través del Programa Horizon 2020 y SPIRE, así como con un papel más importante del BEI con la apuesta en proyectos más arriesgados. Tenemos que comprometerlos para que el sector pueda, por la vía de la innovación, hacer posibles productos de calidad y energéticamente eficientes.

Dominique Bilde (NI), par écrit. – Depuis le débat du 26 novembre dernier sur la situation de l'industrie sidérurgique en Europe, force est de constater que la déclaration de la Commission, pleine de belles formules et de vœux pieux, ne fait que se concrétiser au moment de voter les propositions de résolution du parlement européen. Vos solutions n'apportent pas de réponses concrètes aux maux qui touchent cette industrie. Pire, votre Europe de la finance et de la concurrence libre et non faussée ne fera qu'aggraver la situation. De plus, de nombreux rapports font clairement état d'une concurrence déloyale des pays émergents et d'une augmentation des mesures défavorables aux échanges, comme les barrières commerciales. Mais à cela, l'Union européenne préfère continuer sa fuite en avant en proposant toujours moins de frontières, toujours plus de libre-échange et toujours plus de normes... Il est pourtant urgent d'engager un processus de ré-industrialisation, qui passe par la fin du dogme de la monnaie unique, la mise en place de protections intelligentes aux frontières et la restauration de la souveraineté des États-nations. Même si ce texte est globalement imparfait, car il ne remet pas en cause les politiques ultralibérales, il reste néanmoins une avancée et c'est pourquoi j'ai voté pour.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

José Blanco López (S&D), por escrito. — La Resolución subraya el papel que la industria del acero, reconocida como uno de los sectores estratégicos de la industria europea, debe desempeñar en la reindustrialización de Europa. Afectada por pérdidas continuadas de competitividad y empleo, la Resolución urge a la Comisión a presentar cuanto antes la hoja de ruta para la recuperación industrial de Europa y el engarce de la industria del acero en ella.

El Parlamento reclama a la Comisión el relanzamiento del Grupo de Alto Nivel sobre el Acero y acelerar la implementación de las 40 medidas del Plan del Acero, pero también exige que impida la competencia desleal de terceros países. Asimismo, destaca la necesidad de invertir en investigación y desarrollo tanto en la economía europea en general como en la industria del acero en particular.

Además, ampliando la mirada al conjunto de las empresas intensivas en energía, la Resolución urge a la Comisión a asegurar que el actual sistema de ayudas estatales no genera distorsiones en el mercado interior y a garantizar una competencia en igualdad de condiciones para las compañías, dado que la industria necesita un marco estable para sus inversiones de cara a mantener el empleo. Por todo ello, he votado a favor.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), raštu. — Balsavau dėl šios rezoliucijos, nes ja Parlamentas pasisakė dėl ES plieno sektoriaus darbuotojų ir pramonės apsaugos. Rezoliucija Parlamentas atkreipė dėmesį į tai, kad plieno pramonė Europoje yra itin svarbi siekiant užtikrinti ekonomikos augimą ir gerovę, tačiau šiuo metu ji patiria žymų paklausos sumažėjimą, todėl prarandama vis daugiau darbo vietų ir mažėja konkurencingumas, o tai, deja, nepranašauja reikalingo Europos ekonomikos atsigavimo. Parlamentas taip pat paragino Komisiją paspartinti darbą rengiant pramonės politikai skirtą veiksmų planą, kuris turėtų būti paskelbtas pirmoje 2015 m. pusėje, siekiant atgaivinti Europos pramonės konkurencingumą pasaulinėje rinkoje ir užtikrinti veiksmingas vienodas veiklos sąlygas kartu užtikrinant aukštus socialinius ir aplinkos standartus ES.

Simona Bonafè (S&D), per iscritto. — Il settore siderurgico ha non solo un ruolo centrale nel processo di unificazione europea ma riveste ancora oggi una posizione importante nel tessuto produttivo del nostro continente con oltre 350.000 posti di lavoro diretti e diversi milioni di occupati nell'indotto. È un settore che è stato fortemente toccato dalla crisi, con calo della domanda, perdita di posti di lavoro e declino della competitività. Commissione e Parlamento hanno discusso in questi mesi di «rinascimento industriale», per una ripresa del manifatturiero che porti al 20% la quota dell'industria nel Pil entro il 2020.

Sostengo e sono tra i firmatari di questa risoluzione che spinge l'UE ad agire rispetto alla siderurgia per iniziare a dare corpo agli impegni annunciati sul fronte industriale, tra cui azioni in settori quali competitività, costi economici e sociali di ristrutturazioni e fusioni, gestione del peso assunto dal settore per conseguire gli obiettivi climatici e ambientali UE. Considero importante, come evidenziato dalla risoluzione, che con riguardo al settore siderurgico la Commissione dedichi particolare attenzione agli investimenti, ai futuri accordi commerciali, in termini di opportunità di accesso ai mercati, e ai rischi di distorsione presenti oggi sul fronte del mercato interno causati ad esempio dalle asimmetrie nelle compensazioni fornite dai diversi Stati membri.

Biljana Borzan (S&D), napisan. — Europska industrija čelika danas zapošljava 350 tisuća radnika, a milijunima drugih posredno osigurava zaposlenje. To je velika brojka, no prije krize bila je kudikamo veća. Službeni podaci govore kako su radi krize zadnjih godina čeličane otpustile 65 tisuća zaposlenika. Čelik je temelj europskog industrijskog lanca u kojem su automobilska, mehanička, električna i građevinska industrija i kao takav ključan je za ekonomski rast i stvaranje novih radnih mjesta.

Nažalost, prema službenim procjenama ne očekuje se značajan porast domaće potražnje za čelikom u kratkoročnom razdoblju. U isto vrijeme konkurencija iz zemalja poput Kine ulaže u nove pogone i povećava proizvodnju čelika koristeći se nižom cijenom energenata i jeftinijom radnom snagom. Dugoročno to će dodatno smanjiti proizvodni udio europskih čeličana u svjetskoj proizvodnji i pogoršati trgovinsku bilancu EU-a.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

Europskoj industriji čelika hitno je potrebna pomoć u obliku konkretnih mjera i strategije. Ova rezolucija je korak u pravom smjeru, no na Komisiji je da što prije izađe s prijedlozima koji imaju izvršnu i zakonodavnu snagu.

Mercedes Bresso (S&D), in writing. — I voted in favour of the first, fifth and sixth amendments because I think there must be more protection for the workers inside the EU.

Steeve Briois (NI), par écrit. — J'ai voté pour cette proposition de résolution qui comporte quelques aspects intéressants, même si je considère qu'elle ne résout en rien les graves difficultés plus structurelles que conjoncturelles rencontrées par l'industrie sidérurgique de l'Union européenne et de la France en particulier. Difficultés liées essentiellement au dogme ultralibéral et à la concurrence libre et non faussée imposés directement par Bruxelles.

Soledad Cabezón Ruiz (S&D), por escrito. — La Resolución subraya el papel que la industria del acero está llamada a desempeñar en la reindustrialización de Europa. Además de solicitar una mayor vigilancia en la aplicación de las reglas de competencia, el texto también hace un llamamiento a la Comisión sobre cómo tiene previsto proceder respecto al plan del acero, en particular en cuanto a su financiación, calendario e implementación de las 40 acciones previstas. La Resolución aborda la competitividad de la industria del acero en el mercado interior y global, la necesidad de inversiones en investigación e innovación, de medidas concretas para reducir los altos costes energéticos que afronta el sector y la necesidad de modernizar urgentemente los instrumentos de defensa comercial para proteger a la industria europea del *dumping* social y medioambiental que practican terceros países.

Se ha incorporado una enmienda presentada por los diputados socialistas españoles de la comisión ITRE solicitando que se tomen medidas para asegurar que el esquema actual de ayudas estatales a las industrias intensivas en energía no genere distorsiones en el mercado interior, de modo que se garantice una igualdad de condiciones para las empresas y que las industrias intensivas en energía puedan contar con un marco estable para sus inversiones y garantizar el empleo.

Alain Cadec (PPE), par écrit. — Il est capital de défendre le secteur sidérurgique européen, particulièrement en cette période de crise économique et financière. Le secteur représente environ 350 000 travailleurs et constitue un socle industriel fondamental. Nous devons tout faire pour rendre l'industrie sidérurgique européenne compétitive face à la concurrence du reste du monde. La réindustrialisation de l'économie européenne doit constituer une priorité. J'ai voté en faveur de cette résolution.

Nicola Caputo (S&D), per iscritto. — Oggi ho votato a favore della risoluzione sul settore siderurgico europeo. Ritengo infatti che l'UE debba intensificare maggiormente gli sforzi per aiutare l'industria siderurgica a uscire dalla crisi. A causa della chiusura degli impianti, dal 2007 l'industria siderurgica europea ha perso 60.000 posti di lavoro e la sua produzione è calata di un quinto.

La Commissione deve quindi fornire informazioni precise sull'equilibrio tra domanda e offerta di acciaio a livello europeo e mondiale e deve individuare le maggiori sfide a livello sociale, economico e ambientale in modo da sviluppare iniziative a medio e lungo termine per sostenere l'industria siderurgica in Europa.

Sono convinto che gli accordi commerciali debbano migliorare le condizioni di esportazione dell'acciaio. I futuri accordi devono quindi prevedere disposizioni volte a migliorare in maniera significativa le opportunità di esportazione e l'accesso ai mercati per l'acciaio e i prodotti siderurgici europei.

Infine, serve un controllo sulle regole di concorrenza UE e gli aiuti di Stato per evitare iniquità tra i paesi europei. La Commissione deve verificare se l'applicazione delle norme sulla concorrenza e di quelle sugli aiuti di Stato ha portato a soluzioni ingiuste nel mercato siderurgico europeo e, se così fosse, serviranno al più presto misure correttive.

Jean-Marie Cavada (ALDE), par écrit. — Le secteur sidérurgique fait face à une crise très importante; j'ai donc tenu à soutenir l'emploi en favorisant l'investissement, la recherche, l'innovation et la formation des travailleurs et ce d'autant plus que ces professions font des efforts constants pour la prise en compte de la réduction des émissions de CO₂.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

Alberto Cirio (PPE), *per iscritto*. — La risoluzione a favore della quale ho votato io non è quella del gruppo liberale ma quella proposta, congiuntamente da popolari, socialisti e verdi. La differenza è data, a mio avviso, dalla capacità di coniugare l'efficienza che i bilanci certificano con i numeri positivi, da un lato, e gli aspetti umani del lavoro, dall'altro. L'UE è nata proprio per condividere l'acciaio (insieme alla fonte di energia prevalente di allora) e ciò che esso significa: industria, e quindi lavoro e benessere, ma anche la produzione di oggetti che hanno valenza strategica. Più che i numeri aziendali ci devono interessare i numeri sociali.

Deirdre Clune (PPE), *in writing*. — It is crucial to defend a sector that represents 350,000 workers and that is the backbone of EU industry. The steel industry plays a key role in the European economy. We cannot stand by helpless while production is reduced and jobs are lost.

Lara Comi (PPE), *per iscritto*. - Attualmente l'UE è il secondo maggiore produttore mondiale di acciaio, con una produzione di oltre 177 milioni di tonnellate all'anno, pari all'11% della produzione mondiale. L'industria siderurgica è inoltre un settore che ha una dimensione transfrontaliera per via dei 500 impianti di produzione distribuiti in 23 Stati membri e che ha stretti legami con molti settori industriali quali quello delle costruzioni, dell'elettronica, quello automobilistico, della meccanica e dell'elettromeccanica.

A causa della crisi economica, tale settore sta attraversando un rallentamento della produzione: molti impianti hanno cessato l'attività con conseguente perdita di posti di lavoro. Anche gli elevati prezzi dell'energia, gli effetti di una scarsa domanda e l'eccesso di capacità su un mercato dell'acciaio globalizzato hanno contribuito ad ostacolare la competitività.

Mi auguro che la Commissione possa monitorare le situazioni di molti impianti, tra i quali quelli italiani di Piombino e Taranto, e che tenga in considerazione il *know-how* tecnologico di queste industrie ad alta tecnologia che dovrebbero essere protette, soprattutto dai tentativi di delocalizzazione.

Infine, spero che vengano riviste le regole di concorrenza europee, che purtroppo in molti casi si rivelano superate e incapaci di rispecchiare l'evoluzione del contesto globale.

Therese Comodini Cachia (PPE), *in writing*. — I voted in favour as the steel industry is essential for growth and prosperity in Europe and in recent years it has faced challenges. The current crisis is creating enormous social hardship for the workers. The Commission needs to continue supporting and implementing the SustainSteel initiative as it encompasses environmental, economic and social dimensions, as well as the concept of stewardship, the responsible management of resource use. We need to show that steel products from the EU meet as high social, environmental and economic standards as those from anywhere else.

Javier Couso Permuy (GUE/NGL), *por escrito*. — La grave situación del sector del acero en Europa es el resultado de vender la industria al mejor postor y no un tema de competitividad como defiende la propuesta de Resolución de los grupos mayoritarios. Empresas de alto valor añadido en todo el territorio de la UE se ven amenazadas constantemente por deslocalizaciones por parte de grandes grupos multinacionales que imponen ajustes durísimos que las políticas de la UE no hacen más que exacerbar. Por un lado, Europa permanece impasible ante los grandes abusos de los oligopolios energéticos y financieros que asfixian a la industria. Y, por otro lado, alienta la competencia entre Estados miembros, reforzando la tendencia a que la producción de mayor valor añadido se concentre en ciertas regiones de la UE. La respuesta a la crisis industrial pasa por retomar el control público de los sectores estratégicos de los que depende el sector, apostando por la inversión y ayuda pública que preserve el empleo en el sector. Puesto que todo ello no queda recogido en la Resolución común, no he podido votar a favor de ella y me he abstenido.

Miriam Dalli (S&D), *in writing*. — Steel has been recognised as one of the strategic sectors of the European industry, and this resolution aims at highlighting the role this industry has to play in the re-industrialisation of Europe. Another important aspect that was brought up was how to render the EU stainless steel industry competitive both internally and globally. Hence I voted in favour of this resolution.

Rosa D'Amato (EFDD), *per iscritto*. — Una mozione sull'industria dell'acciaio non può prescindere dalla tutela della salute, dell'ambiente e delle economie locali. Se da un lato si incentiva la formazione e la protezione sociale, la ricerca e l'innovazione, l'uso dei rottami e dei forni elettrici, la produzione di vapore e di energia dal gas, dall'altro non si vuole sostenere la fiscalità ambientale, la partecipazione delle ONG e delle associazioni ambientaliste nei processi decisionali, non ci si impegna nella lotta al dumping sociale e ambientale proteggendo adeguatamente i nostri standard.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

Non vi è alcuna menzione sull'importanza del rispetto delle direttive europee in campo ambientale e in particolare del principio «chi inquina paga», della necessità di dismissione degli impianti obsoleti o di parte di essi che rappresentano un grave pericolo per la salute dei lavoratori, della popolazione locale e dell'ambiente. Infine, non si contempla la possibilità di una vera riconversione industriale ed economica che valorizzi maggiormente le economie locali. Per queste ragioni ho deciso di non supportare la proposta di risoluzione comune e di astenermi.

Viorica Dăncilă (S&D), în scris. — Având în vedere că sectorul european al oțelului a jucat un rol semnificativ în procesul de integrare europeană și reprezintă o bază solidă industrială europeană, consider că este important să se analizeze posibilitatea redeschiderii combinatelor închise temporar prin anumite programe de formare pentru lucrătorii care ar urma să fie angajați în cadrul lor, asigurându-se astfel evoluția viitoare și competitivitatea sectorului siderurgic european.

Nicola Danti (S&D), per iscritto. — Ho votato convintamente a favore della risoluzione sul settore siderurgico dell'UE: una risoluzione forte, che ricorda l'importanza per l'Europa di tornare a crescere ripartendo da una solida base industriale e manifatturiera.

Il settore siderurgico europeo, nel quale solo negli ultimi anni si è avuta una perdita di 60 mila posti di lavoro e un significativo calo della produzione, deve restare una spina dorsale del rilancio industriale dell'UE, che dovrà ora tradursi nei fatti e non rimanere un mero titolo di qualche documento di intenzioni della Commissione europea.

La priorità è quella di far tornare strategica l'industria siderurgica europea, preservandone *know-how* e competenze e rilanciandone sostenibilità ed innovazione. La risoluzione pone l'accento anche sull'importanza di tutelare l'industria siderurgica europea dalle pratiche commerciali sleali, il che potrà essere garantito solo con un sistema moderno ed efficace di difesa commerciale e con disposizioni ad hoc negli accordi internazionali.

Questo testo ha dunque il merito di riportare al centro dell'agenda politica europea un settore industriale importante che dovrà essere rilanciato per far sì che le aziende specializzate in Europa possano restare competitive sui mercati internazionali, evitando così che si creino le premesse per nuovi dolorosi casi quali quello dell'acciaieria «AST» di Terni.

Michel Dantin (PPE), par écrit. — L'industrie sidérurgique européenne subit à l'heure actuelle l'action simultanée d'une faible demande et d'une surcapacité mondiale combinée à des prix élevés de l'énergie. Ce phénomène entraîne une perte continue d'emplois et de compétitivité dans le secteur. Il est essentiel, dans l'intérêt de l'ensemble de l'Union européenne, de conserver les activités qui alimentent son tissu industriel et d'assurer la sécurité de l'approvisionnement en énergie grâce à la production intérieure. Par conséquent, la mobilisation de tous les leviers, au niveau européen, en faveur de la sidérurgie est nécessaire. Cette résolution demande à la Commission européenne de produire, à brève échéance, une image claire de la situation quant aux changements majeurs qui se produisent dans la sidérurgie en Europe et d'attacher une plus grande importance à la politique industrielle de manière à relancer la compétitivité de l'industrie européenne sur le marché mondial. J'ai, pour ces raisons, voté en faveur de cette résolution.

Rachida Dati (PPE), par écrit. — En France, comme dans le reste de l'Europe, l'industrie sidérurgique est en souffrance sous l'effet conjugué de la baisse de la demande et d'une forte concurrence internationale sur laquelle ne pèsent pas les mêmes exigences sociales et environnementales. Depuis 2007, la production est passée de 210 millions de tonnes à 166 millions en 2013, se traduisant par la suppression de 60 000 emplois. À travers le vote de cette résolution, j'ai souhaité encourager la modernisation des produits et des procédés de l'industrie sidérurgique pour qu'elle soit plus compétitive, tout en invitant la Commission européenne à réfléchir à la position stratégique de cette industrie et à la mise en place d'un instrument d'analyse du marché de l'acier.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

Philippe De Backer (ALDE), *in writing*. - Although European industrial competitiveness is very important to me, I voted against this resolution. I find that this resolution does not address the right causes for the difficult position which the steel sector is in today, nor does it come up with appropriate solutions to address these problems. The main problem is overcapacity in the global market, mainly driven by the high production by state-owned enterprises in large third countries that are being sold on the global market below production cost. The steel sector, which per definition operates on a global scale, is very vulnerable to this. One of the solutions to this problem could be more specialisation in high-quality, high-value-added steel production.

Marielle de Sarnez (ALDE), *par écrit*. – L'Europe ne doit pas laisser à l'abandon son industrie sidérurgique, concurrencée à l'international par des coûts de production moins chers. Nous produisons un acier d'une grande qualité et nous serions en train de faire une erreur, de perdre des savoir-faire et des emplois si nous ne lui donnions pas les moyens de redevenir compétitif.

Bien sûr, l'Europe doit mettre l'accent sur les secteurs économiques dans lesquels elle est déjà compétitive et conforter ses avantages comparatifs, mais la désindustrialisation constitue un grave danger pour son économie. Pour éviter cela, il faut viser à ce que notre politique de concurrence soit en adéquation avec une politique industrielle européenne ambitieuse et soutenir de grands programmes sectoriels européens dans les domaines de l'innovation et de la recherche notamment en faveur de la sidérurgie.

Ангел Джамбазки (ECR), *в писмена форма*. — Поради тежката икономическа ситуация стоманодобивът и съпътстващата го промишленост загубиха водещото си място в европейските икономики. Това е ключов сектор, имащ своите конкретни икономически и социални измерения. Считаю, че предложеният ни проект за резолюция обаче не отговаря с препоръките си на високия интензитет, с който ние трябва да защитаваме и подпомагаме този сектор. Целесъобразно е в средносрочен и дългосрочен план да се предложат и приведат в действие мерки, които да подпомогнат присъствието на сектора на световния пазар. Необходимо е да подкрепим стоманодобивната промишленост с мерки, които да я направят конкурентоспособна в световен мащаб. Задължително е Комисията и Парламентът да обмислят, предложат и въведат такива мерки, които да защитят европейските производители на стомана от дъмпинговия внос. Необходимо е да се предложат и приложат действия за ограничаване на ефекта от конкуренцията на слабо или лошо регулираните външни за Европа производители, които не прилагат високите производствени критерии, утвърдени от Комисията.

Поради тези аргументи, след като не видях достатъчно конкретика и разбиране за тяхното поставяне на дневен ред, гласувах против предложението за резолюция. Считаю, че предложеният проект не отговаря на действителните нужди на сектора и се нуждае от конкретизиране. Нещо повече – крайно необходимо е да видим разписани реални мерки.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI), *γραφώς*. — Καταψήφισα την πρόταση, καθώς πρόκειται για ευχολόγιο, το οποίο δεν υποδεικνύει σοβαρές και αξιόπιστες λύσεις στη συνειδητά συντελούμενη αποβιομηχανοποίηση των κρατών μελών της ΕΕ και στα κοινωνικά προβλήματα που αυτή συνεπάγεται.

Eleonora Evi (EFDD), *per iscritto*. - Vorrei sottolineare un aspetto solo marginalmente toccato dalla risoluzione votata oggi che riguarda la riforma del sistema ETS. Tale sistema, rivelatosi fallimentare nel raggiungimento della riduzione delle emissioni di CO₂, va abbandonato e pertanto, come riportato nel testo della risoluzione, è opportuno esaminare la fattibilità di un adeguamento del carbonio alla frontiera, ovvero il pagamento delle quote ETS per l'acciaio proveniente da paesi terzi, al fine di creare parità di condizioni in termini di emissioni di CO₂, porre in tal modo fine al fenomeno della rilocalizzazione delle emissioni di CO₂ e favorire eque condizioni commerciali per il settore siderurgico europeo nei confronti della forte competizione dei paesi extra-UE. Il settore siderurgico deve quindi innovarsi per garantire il rispetto delle norme in materia di ambiente, salute e sicurezza, elementi fondanti per una nuova era di reindustrializzazione sostenibile dell'Europa.

Fredrick Federley, Marit Paulsen och Cecilia Wikström (ALDE), *skriftlig*. - EU behöver en modern industripolitik som består av åtgärder som främjar och ger incitament för framtidens hållbara och konkurrenskraftiga industri. EU är världens näst största stålproducent och givetvis är stålindustrin en viktig del av EU:s industriella bas. Vi tror dock att vägen för en fortsatt konkurrenskraftig europeisk stålindustri i en global kontext går genom satsningar på exempelvis forskning och innovation, förenklingar av regelverk, incitament för att ställa om till miljövänligare teknik och energiefektivisering – inte genom protektionism och statliga stöd.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

Jonás Fernández (S&D), *por escrito*.— En junio de 2013, la Comisión Europea presentó un plan de acción para la industria europea del acero con el objetivo de ayudar al sector a sentar las bases de la futura competitividad, fomentando la innovación, generando crecimiento y creando empleo. Asimismo, la Comisión Europea se comprometía a reducir los costes para la industria, en especial los que se derivan de la reglamentación de la UE. El plan de acción preveía también medidas específicas para apoyar el empleo en el sector en Europa. Sin embargo, el plan de acción no se ha concretado en iniciativas concretas de la Comisión hasta la fecha.

Quiero resaltar la importancia de que la Resolución que hoy hemos aprobado incida en la necesidad de cumplir estos objetivos y que, a iniciativa del Grupo socialista, se hayan incluido en la Resolución la necesidad de que Europa cuente como un marco europeo estable de apoyo a las industrias intensivas de energía que evite las distorsiones en el mercado interior, de que se acelere la renovación de los instrumentos de defensa comercial que combatan la competencia desleal, se sigan apoyando los proyectos piloto CCS y se impulsen las inversiones para la modernización de las plantas radicadas en Europa.

João Ferreira (GUE/NGL), *por escrito*. — Concordamos que o setor do aço e a indústria siderúrgica sempre constituíram um dos alicerces das economias industriais. Estranhámos, portanto, que a resolução não considere quão errada foi a política da UE para o setor, permitindo que no seu interior e entre Estados-Membros fossem cavadas tamanhas desigualdades e transferências para o setor privado, nomeadamente em Portugal onde o setor já foi bastante desenvolvido e hoje se encontra profundamente coarctado.

Acompanhamos a resolução quando preconiza o desenvolvimento da produção industrial em todos os Estados-Membros, alertando para os preços da energia e para as questões ambientais ou quando salienta a necessidade de investimento na investigação e inovação. Contudo, lamentamos que no plano social não sejam apontadas sugestões concretas que preservem os postos de trabalho existentes e que impeçam a criação de trabalho precário no setor.

Relativamente aos auxílios estatais para as indústrias com utilização intensiva de energia, é defendido que estes não devem criar distorções do mercado interno garantindo condições de concorrência equitativa para as empresas. Neste capítulo, as limitações impostas pelos Tratados visam impedir o necessário apoio às produções e empresas nacionais, impondo a lei do mais forte e a concentração monopolista à escala da UE. Daí a nossa abstenção.

Raffaele Fitto (PPE), *per iscritto*. - La risoluzione del Parlamento europeo sul settore siderurgico rappresenta la vera sfida che l'Europa deve affrontare per dare uno slancio alle politiche industriali dell'Unione europea e dell'industria siderurgica in particolare. La siderurgia, infatti, come nel passato, può tornare ad avere un ruolo importante per il rilancio industriale dell'Europa. La sfida che deve vincere il settore però è molto ambiziosa, in quanto deve coniugare, da un lato, la protezione dei lavoratori dai rischi connessi all'inquinamento e, dall'altro, le imprese europee dalla concorrenza che le fa arretrare nel panorama mondiale e dal calo generalizzato della domanda di acciaio dovuto alla riduzione generalizzata degli investimenti.

L'Europa deve, quindi, definire una tabella di marcia che riporti l'industria dell'acciaio al centro delle politiche di industriali e trasformarla in un settore sostenibile e redditizio. Pertanto, è necessario che la Commissione impieghi una parte del suo pacchetto di investimenti per sviluppare e diffondere le migliori tecnologie disponibili, al fine di attuare progetti industriali su larga scala, compresi i progetti di efficienza energetica e basse emissioni di carbonio. L'efficienza delle produzioni di acciaio associate all'attuazione di ingenti investimenti potrebbe dare un impulso significativo alla domanda di acciaio nell'Unione europea.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

Monika Flašíková Beňová (S&D), *písomne*. — Oceliarsky priemysel má zásadný význam pre Európske hospodárstvo a priemysel trpí v súčasnosti výrazným poklesom dopytu, čo vedie k neustálemu rušeniu pracovných miest a znižovaniu konkurencieschopnosti. Povinnosťou Európskej únie je podporovať politiku rozvoja priemyselnej výroby vo všetkých členských štátoch a tým chrániť pracovné miesta v Európskej únii. Preto musí byť cieľom Európskej únie pri podpore oceliarskeho odstránenie prekážok a hrozieb pre jeho konkurencieschopnosť a flexibilne reagovať na meniace sa podmienky na európskych a mimoeurópskych trhoch. Jedným z hlavných cieľov musí byť vytvorenie bezpečných a kvalitných pracovných miest. Pre ekonomický úspech je nevyhnutné zapojiť zamestnancov do inovačných a reštrukturalizačných opatrení a vytvoriť platformu s účasťou sociálnych partnerov s cieľom poskytovať poradenstvo týkajúce sa akčného plánu pre oceliarsky priemysel.

Λάμπρος Φουντούλης (NI), *γραφικώς*. — Καταψηφίζω την πρόταση ψηφίσματος «Η χαλυβουργία στην ΕΕ: προστασία των εργαζομένων και των βιομηχανικών τομέων», καθώς ενθαρρύνει τη χρήση χρηματοπιστωτικών μέσων και φορολογικών ελαφρύνσεων με στόχο την προσέλκυση ιδιωτικών κεφαλαίων, δίχως σημαντική αναφορά στη διατήρηση των θέσεων εργασίας.

Ashley Fox (ECR), *in writing*. — I voted against this motion for a resolution on the steel sector in the EU: Protecting workers and industry.

I recognise that the European steel industry is facing a significant structural crisis, coupled with weak demand and longstanding concern over energy prices. However, I cannot support this text as essentially it calls for reciprocity to apply for the steel import and export market as well as entering trade negotiations with a view to introducing quantitative restrictions. Closing our markets to others is not right the right approach to our long-term free trade and competition goals.

Francesc Gambús (PPE), *por escrito*. — He votado a favor de la propuesta de Resolución teniendo presente que, pese a que la industria siderúrgica es fundamental para el crecimiento y la prosperidad en Europa, es un sector que está en crisis. La industria siderúrgica europea ha sido durante años una fuente de riqueza importante para las economías de los Estados miembros y debe seguir siendo competitiva en los mercados europeos y extraeuropeos. Hay que evitar que el sector siga perdiendo puestos de trabajo, considerando que da 350 000 puestos de trabajo directos. El sector de la siderurgia es un buen ejemplo de cómo un sector económico con larga trayectoria ha sabido adaptarse a las nuevas tecnologías, reduciendo su impacto medioambiental. Los productos siderúrgicos de la UE responden a unas normas sociales, medioambientales y económicas más estrictas que las de otros lugares, por lo que el sector debe ser protegido mediante la adopción de medidas que eviten su externalización fuera del territorio de la UE. Del mismo modo, otro aspecto importante a tener en cuenta es la necesidad de adoptar medidas para reducir los costes de la energía a medio y largo plazo, especialmente para las industrias de gran consumo de energía, como las del sector siderúrgico.

Enrico Gasbarra (S&D), *per iscritto*. — Dopo la discussione della scorsa tornata di novembre sulla crisi del settore dell'acciaio in Europa, abbiamo votato oggi un testo importante e politicamente molto significativo, che torna a ribadire la priorità che il comparto siderurgico rappresenta per l'economia reale europea. Rispetto al dibattito di tre settimane fa possiamo oggi prendere atto con grande soddisfazione dell'accordo raggiunto sulla vertenza AST-Terni. Speriamo che l'accordo sia per l'Europa l'occasione di realizzare concretamente quel Piano Acciaio presentato con enfasi dalla Commissione europea un anno fa. Serve un approccio coerente e organico per risollevare la produzione e dare coraggio al settore, a partire da nuovi strumenti normativi che modernizzino le regole della concorrenza, che rendano più rapidi gli interventi di sostegno sociale e per le ristrutturazioni, e che tutelino la competitività europea nonostante i doverosi e necessari impegni di riduzione delle emissioni di CO2.

Adam Gierek (S&D), *na piśmie*. — Głosowałem za przyjęciem rezolucji, gdyż stal to nadal główne tworzywo dla odradzanego przemysłu. Przemysł masowej produkcji wyrobów materialnych, do którego należy metalurgia stali i jej przetwórstwo, wymaga zazwyczaj długotrwałych i drogich inwestycji. Przedsiębiorstwa, zwłaszcza te zagrożone przeniesieniem do krajów trzecich, w których wymagania ekologiczne nie są tak restrykcyjne, jak w UE, zostały w dużym stopniu poddane niekorzystnym procesom destrukcyjnym. Ponadnarodowe korporacje bowiem, nosząc się od lat z porzuceniem produkcji w Europie, nie modernizowały swych zakładów metalurgicznych i przetwórczych w oparciu o nowe, innowacyjne technologie. Nastawiły się one na wyeksploatowanie istniejącej infrastruktury przemysłowej, a następnie na zmianę lokalizacji.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

Mówiąc zatem dzisiaj o zachowaniu tej produkcji w Europie, trzeba koniecznie przywrócić priorytetowe miejsce stalownictwa w europejskich badaniach naukowych. Potrzebne są liczne celowe innowacje, zarówno te modernizujące istniejące już procesy technologiczne, jak i te, które całkowicie te procesy zmieniają.

Trzeba moim zdaniem – z uwagi na przyszłościową politykę dekarbonizacji przemysłu UE – postawić na badania i rozwój metalurgii wodorowej oraz przetopowej.

Françoise Grossetête (PPE), *par écrit*. — J'ai voté en faveur de cette résolution.

Le secteur sidérurgique européen doit faire l'objet d'une attention particulière. C'est pourquoi je souhaite que les États membres envisagent l'introduction de mesures pouvant diminuer la charge que représente les coûts élevés de l'énergie supportés par le secteur sidérurgique en Europe, par rapport aux concurrents mondiaux. Je tiens également à ce que la Commission continue d'assurer le suivi continu des préoccupations relatives aux fuites de carbone et au dumping environnemental lié au dioxyde de carbone, et envisage des mesures qui pourraient remédier à cette situation pour le cadre énergie-climat post-2020. Enfin, j'insiste sur l'importance de poursuivre les investissements dans la recherche sur le piégeage et le stockage du dioxyde de carbone, étant donné que des avancées significatives dans ce domaine pourraient, à plus long terme, réduire sensiblement les émissions globales dans le secteur sidérurgique.

Je me réjouis enfin que la résolution insiste sur la mise en place d'une taxe carbone aux frontières et d'un label complémentaire fabriqué en Europe.

Sylvie Guillaume (S&D), *par écrit*. — J'ai voté en faveur de la résolution appelant à une nouvelle politique industrielle pour aider le secteur européen de la sidérurgie à faire face au marché mondial et à protéger ses travailleurs. En effet, l'industrie sidérurgique, employeur majeur dans l'Union européenne, pourvoit 350 000 emplois directs et plusieurs millions d'autres dans des secteurs connexes. Ce texte démontre l'importance, pour ce secteur de l'UE, d'afficher de bons résultats environnementaux face à une concurrence mondiale de plus en plus forte, en améliorant l'accès aux matières premières, défi de taille lorsque l'on sait que les concurrents n'ont pas à se conformer à des normes et objectifs identiques. Pour ce faire, le Parlement européen indique que les activités de recherche et de développement sont indispensables pour trouver un moyen de réduire les émissions, notamment de CO₂. Plusieurs autres propositions ont été faites telles l'importance d'investir dans l'éducation et la formation des travailleurs ou la promotion d'un programme de transfert de savoir-faire pour permettre aux travailleurs qualifiés d'un certain âge de transmettre leurs savoirs et leurs compétences au personnel nouvellement recruté dans les usines sidérurgiques européennes.

András Gyürk (PPE), *írásban*. – Az európai acélkereslet fellendülésének kulcsa az üzleti környezet javítása, a versenyképes iparági keretek kialakítása. Ezen új keretrendszer kialakítása a legfontosabb feladatunk itt a Parlamentben és a többi intézményben.

Szavazatommal támogattam, hogy az energiaárak mérséklése, és a szén-dioxid-kibocsátás szabályozása kiemelt helyen szerepeljen az Európai Bizottság munkájában, valamint azt, hogy az acélipar stratégiai fontosságát figyelembe véve, a Bizottság az ipari útiterv elkészítését gyorsítsa fel, mivel Európa újraparosítása csak összehangolt intézkedések eredményeként valósulhat meg.

Brice Hortefeux (PPE), *par écrit*. — Je suis toujours très attentif aux initiatives qui soulignent l'importance de protéger nos intérêts stratégiques et l'industrie est l'un d'eux.

En effet, cette résolution réaffirme l'intérêt prioritaire de la réindustrialisation pour l'Europe, notamment le rôle du secteur de l'acier qui représente 350 000 emplois directs.

Elle insiste sur la nécessité de préserver les industries européennes en élaborant une véritable politique industrielle pour l'Europe et salue les travaux menés en ce sens (plan d'action pour le secteur de l'acier en 2013, document de travail en 2014, groupe de haut niveau sur l'acier...).

Les usines en difficulté comme Gandrange et Florange en France prouvent que nous ne pouvons plus assister à la décomposition de notre tissu industriel sans réagir car ce sont des familles entières, des entreprises qui en dépendent et des régions entières qui s'en trouvent déstabilisées.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

J'espère que cette résolution sera une onde de choc et non pas un énième signal qui tombera une fois de plus dans les limbes de la bureaucratie européenne.

Robert Jarosław Iwaszkiewicz (EFDD), *na piśmie*. — Głosowałem przeciwko wspólnej rezolucji dotyczącej sektora stalowego na terenie UE. Jej podstawy były błędne. Największym problemem tego sektora są wysokie koszty prowadzenia działalności gospodarczej oraz olbrzymie koszty energii elektrycznej niezbędnej do utrzymywania produkcji. Zamiast dotować, zmniejszmy podatki, ograniczmy korupcję, wycofajmy się z pomysłów dotyczących ograniczeń emisji CO₂. Tak niewiele trzeba, aby pobudzić wzrost w sektorze stalowym. Niestety rezolucja cały czas podkreśla dziwną manię Parlamentu Europejskiego łączenia zielonej energii ze wzrostem gospodarczym. Niestety w tym dziale taka korelacja nie istnieje. Zielona energia i obniżenie emisji CO₂ to zaciśnięcie pętli na szyi przemysłu stalowego w Europie.

Popieram zapisy dotyczące tzw. ucieczki emisji. To duży problem. Jednak jego autorem jest nie przedsiębiorca, ale każdy, kto wspiera rozwój pakietu energetyczno-klimatycznego.

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan*. — Glasao sam PROTIV jer je ALDE imao svoju bolju rezoluciju koja je direktnije utjecala na bolju zaštitu industrije čelika.

U prihvaćenoj rezoluciji nisu uključeni prijedlozi naše grupe i nisu uključeni prijedlozi koje sam iznio u generalnoj raspravi. Naime, mišljenja sam da je europska industrija čelika, a time i radnici, došla u tešku situaciju jer je Europska komisija godinama zaboravljala štititi krajnje korisnike proizvoda od čelika. Najbolji primjer za to je industrija brodogradnje koja je u Europi praktički desetkovana lošom politikom. Nestajanjem brodogradnje u mnogim europskim državama nestalo je i tržište čelika koje je bilo vrlo veliko i fizički blizu same proizvodnje čelika.

Založio sam se za reviziju politike prema industriji brodogradnje i kako to nije nigdje spomenuto nisam prihvatio ponuđeni prijedlog teksta.

Marc Joulaud (PPE), *par écrit*. — J'ai voté en faveur de la résolution sur le secteur sidérurgique dans l'Union européenne pour la protection des travailleurs et des entreprises. J'estime en effet que l'industrie doit constituer un pilier de nos économies, pourvoyeur d'emplois stables et de qualité en Europe. À cette fin, il convient non seulement de protéger ce secteur contre le dumping social et environnemental mais aussi de redynamiser sa compétitivité. Afin de promouvoir la production européenne, je me suis notamment prononcé pour la mise en place d'un label complémentaire 'fabriqué en Europe'.

Philippe Juvin (PPE), *par écrit*. — Je salue le vote de cette résolution qui insiste sur le rôle clé du secteur sidérurgique pour l'industrie et l'économie européennes. Il s'agit d'un secteur innovant, important en termes de marché intérieur et de main d'œuvre, mais faisant face à de nombreux défis (hausse des prix de l'énergie et des matières premières, forte concurrence, restructurations et délocalisations). Un plan d'action pour une industrie sidérurgique compétitive et durable a été lancé en juin 2013 et la moitié de ses actions a déjà été mise en œuvre. Cependant, les efforts de l'UE dans ce domaine méritent d'être poursuivis pour relever les défis du secteur. Le groupe de haut niveau sur l'acier créé pour encourager le dialogue entre les parties prenantes et renforcer la coopération entre États membres doit proposer des solutions pour les sites qui subissent des restructurations (ex: Florange). Le Fonds d'ajustement à la mondialisation et le Fonds social européen doivent être dument sollicités pour améliorer la résilience du secteur sidérurgique.

Jan Keller (S&D), *písemně*. — V souvislosti s řešením ekonomických a sociálních problémů EU je všeobecně přijímán požadavek reindustrializace Evropy. Je nadále neudržitelná situace, kdy se po odchodu pracovníků ze zemědělství přelila masa pracovní síly do oblasti služeb, zatímco jejich podíl v industrializovaném sektoru se stále snižuje. Bez modernizovaného průmyslu se evropské země stanou závislými na dovozu strategických materiálů a produktů. Mezi nimi figuruje ocel. Proto jsem v hlasování rezoluci o nezbytné revitalizaci a ochraně evropského ocelářského průmyslu podpořil.

Afzal Khan (S&D), *in writing*. — Steel is one of the strategic sectors of the European industry that employs more than 350 000 people directly and millions of people in related industries. I therefore supported the motion calling to step up EU efforts to help the industry out of the crisis.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

Kateřina Konečná (GUE/NGL), *in writing*. - I would like to stress my support for resolution on the steel sector in the EU. The European Union is facing high unemployment and low economic growth. This results in a difficult social situation for citizens and it is our duty to change it. That is also why I am really glad that the amendment from the GUE/NGL which was mainly focused on the protection of the employees who have been dismissed, successfully passed through. The only way is to recover European industry, and the steel industry is one of its keystones. Therefore we must insist on steps that will help to raise industry to 20% of GDP by 2020.

One of the necessary steps is to ensure a level playing field in the negotiation of international treaties like TTIP. Citizens in other parts of the world deserve as high social and environmental standards as we have in the European Union. Another important issue is that the steel industry is one of the energy-intensive sectors, so that competitiveness very much depends on energy prices. We must have this in mind when we form energy policy, and ensure that energy will be produced for affordable prices. I consider the resolution important and its aims should be launched into policies of the European Union.

Kashetu Kyenge (S&D), *per iscritto*. — Questo voto dimostra che quest'Aula riconosce l'importanza del settore manifatturiero, che in Europa è ritenuto ancora strategico per il futuro della nostra economia, sia in termini occupazionali sia nell'ottica di definire il livello di competitività industriale dell'Unione sui mercati mondiali. Il processo di deindustrializzazione e l'espansione del settore dei servizi determinato dal fenomeno della globalizzazione ci impongono di giungere a un ripensamento dell'intero settore manifatturiero.

Al suo interno l'industria siderurgica europea, in particolare, si trova di fronte ad una crisi senza precedenti. Tuttavia, l'acciaio svolgerà un ruolo fondamentale in relazione a nuove soluzioni industriali sostenibili, soprattutto nel processo di urbanizzazione. Il settore siderurgico presente in Europa ha branche di eccellenze nel know-how tecnologico che vanno tutelate, esperienze che vanno incentivate attraverso nuovi investimenti senza competere facendo leva sul *dumping* salariale. È per questo che sosteniamo con forza la necessità di superare le rivalità tra Stati membri, che si sono manifestate in continui processi di delocalizzazione. È necessario investire in posti di lavoro di qualità e in prodotti innovativi. Abbiamo per questo evidenziato la necessità di investire nella ricerca e nell'innovazione, in quanto elementi essenziali per il rilancio e il rinnovamento dell'economia europea e in particolare dell'industria siderurgica.

Gabrielius Landsbergis (PPE), *raštu*. — ES plieno sektorius yra svarbus užimtumo šaltinis, sukuriantis 350 000 tiesioginių darbo vietų ir dar kelis milijonus darbo vietų susijusių pramonės sektoriuose, įskaitant perdirbti skirtų produktų tiekimo grandinę.

Parama plieno sektoriui labai svarbi, įskaitant strateginį naujų pagrindinių sektorių, kuriuose panaudojamas plienas, pavyzdžiui, energetikos, transporto, statybos sektorių, plėtrą.

Remiu šį dokumentą pirmiausia todėl, kad kalbame apie inovacijų plėtojimą ir skatinimą, remiant ne tik mokslinius tyrimus ir vystymąsi bei žinių perdavimą, bet ir pateikimą rinkai ir inovacijų grupes, skatinant viešojo ir privačiojo sektorių partnerystę strateginėse šakose, tokiose kaip plieno pramonė.

Constance Le Grip (PPE), *par écrit*. — Il est essentiel de préserver nos intérêts dans ce secteur industriel clé, que ce soit en termes d'emploi (350.000 travailleurs dans l'UE) et du fait de son rôle vis-à-vis des autres secteurs de l'industrie. Nous avons donc souhaité soutenir ce secteur qui a beaucoup souffert, et qui, malgré les nombreuses adaptations qu'il a opérées, a besoin d'être accompagné dans ses efforts d'innovation et recherche et développement. J'ai donc approuvé la mise en œuvre du plan d'action pour le secteur de l'acier de 2013. Les aciéries européennes doivent notamment poursuivre leur travail d'innovation pour renforcer leur compétitivité. C'est une étape cruciale pour la réindustrialisation de notre continent, dont le groupe PPE a fait l'une de ses priorités politiques. Nous croyons en effet que l'Union européenne doit rester une terre de production industrielle, comprenant une industrie lourde, modernisée et adaptée aux défis du XXIème siècle.

Patrick Le Hyaric (GUE/NGL), *par écrit*. — La résolution commune sur l'acier appelle à une véritable relance de la politique industrielle européenne. Cette relance est particulièrement importante dans le domaine de l'acier, volontairement oublié depuis la du fin traité CECA.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

Cette résolution commune demande en conséquence des soutiens et aides à l'investissement dans le secteur et, plus important encore, que les règles de la concurrence ne viennent pas «hypothéquer la viabilité économique des divers sites sidérurgiques» comme elle a pu le faire par le passé. Cette mention est importante dans la mesure où c'est cette politique de concurrence qui nous interdit toute aide directe au secteur.

La résolution commune ne reprend pas notre mention du site de Florange, ou du besoin de conserver nos capacités de production pour cette industrie stratégique et en amont de nombreux secteurs.

Mais sa remise en cause de la politique de concurrence, son avertissement sur les dangers de dumping via les futurs accords commerciaux et son appel en faveur d'une plus grande association des travailleurs et de leurs représentants dans les programmes de formation et, le cas échéant, de restructuration ne pouvaient qu'être soutenus.

Bogusław Liberadzki (S&D), *na piśmie*. — Sektor stalowy jest nadal strategicznie ważny dla Unii. Reindustrializacja jako koncepcja musi uwzględniać produkcję stali jako produktu służącego do przetwórstwa. Przemysł maszynowy, budowlany, produkcji samochodów itd. nie mogą obyć się bez stali. Ochrona przemysłu i pracowników tego przemysłu to mądre, zasługujące na wsparcie stanowisko. Uwzględnianie ochrony pracowników jest godne ze wszelkich miar.

Paloma López Bermejo (GUE/NGL), *por escrito*. — La grave situación del sector del acero en Europa es el resultado de vender la industria al mejor postor y no un tema de competitividad como defiende la propuesta de Resolución de los grupos mayoritarios. Empresas de alto valor añadido en todo el territorio de la UE se ven amenazadas constantemente por deslocalizaciones por parte de grandes grupos multinacionales que imponen ajustes durísimos que las políticas de la UE no hacen más que exacerbar. Por un lado, Europa permanece impasible ante los grandes abusos de los oligopolios energéticos y financieros que asfixian a la industria. Y, por otro lado, alienta la competencia entre Estados miembros, reforzando la tendencia a que la producción de mayor valor añadido se concentre en ciertas regiones de la UE. La respuesta a la crisis industrial pasa por retomar el control público de los sectores estratégicos de los que depende el sector, apostando por la inversión y ayuda pública que preserve el empleo en el sector. Puesto que todo ello no queda recogido en la Resolución común, no he podido votar a favor de ella y me he abstenido.

Krystyna Łybacka (S&D), *na piśmie*. - Poparłam rezolucję w sprawie ochrony pracowników i przemysłu hutniczego. Kluczowe jest zatrzymanie spadku popytu na stal w Unii poprzez wspieranie przemysłu stalowego, usuwanie przeszkód i zagrożeń dla jego konkurencyjności oraz szybkie reagowanie na zmieniające się warunki rynkowe. Wciąż rosnące koszty związane z realizacją polityki klimatycznej, wyższe standardy społeczno-środowiskowe oraz wysokie ceny surowców i energii sprawiły, że europejscy producenci są mniej konkurencyjni w stosunku do producentów spoza UE. Aby stawić czoła tej sytuacji, istotna jest intensyfikacja działań na rzecz przygotowania planu działań w zakresie polityki przemysłowej, zrównoważona polityka europejska w zakresie klimatu, energii i handlu oraz stworzenie mapy drogowej dla inicjatyw mających wesprzeć sektor stali w perspektywie krótko- i długoterminowej. Mapa ta powinna być ukierunkowana na poprawę otoczenia biznesowego i ram regulacyjnych dla produkcji stali w Europie. Kluczowe dla poprawy konkurencyjności europejskiego przemysłu stalowego jest także inwestowanie w badania i innowacje, np. w ramach programu „Horyzont 2020”, które mogłyby m.in. przyczynić się do opracowania nowych bardziej ekologicznych, zasobo- i energooszczędnych technologii. Konieczne jest też opracowanie wieloletnich planów utrzymania i zwiększenia zatrudnienia w sektorze stali. Przykładowo w Polsce w tym sektorze przed restrukturyzacją pracowało około 130 tys. pracowników, a obecnie liczba ta wynosi zaledwie 20 tys.

Ivana Maletić (PPE), *napisan*. — Tijekom posljednjih par mjeseci Komisija je zaprimila nekoliko pitanja u vezi sa stanjem industrijske zone u mjestu Terni, u Italiji, posebno što se tiče čeličane Acciai Speciali Terni. U najnovijem industrijskom planu restrukturiranja koji je poduzeće ThyssenKrupp podnijelo talijanskoj vladi predviđeno je otpuštanje 550 zaposlenika i zatvaranje jedne od talionica. Tu se mjeru opisuje kao neophodnu za preživljavanje poduzeća, ali trebalo bi voditi računa o činjenici da troškovi osoblja iznose samo 4% prometa, a glavni troškovi su energija, sirovine i prijevoz.

Podržala sam ovo izvješće jer treba imati na umu da je industrija čelika jedan od strateških sektora industrijske politike Europske unije. Pozivam Komisiju da poduzme mjere kako bi se smanjili visoki energetske troškovi koji štete cijelom sektoru. Nadalje, Komisija treba prepoznati da industrija čelika u Europi treba preživjeti u globaliziranom svijetu i u skladu s time trebaju postojati programi i poticaji kako bi se pomoglo trgovačkim društvima u sektoru čelika da opstanu na tržištu. U skladu s time zaštitili bi se radnici od gubitka radnih mjesta.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

Parlament je nedavno donio akcijski plan za europsku industriju čelika, ali sada pozivamo na provođenje konkretnih mjera kojima će se zaštititi radna mjesta i konkurentnost.

Andrejs Mamikins (S&D), rakstiski. — Tas ir svarīgi — runājot par ES ekonomikas izaugsmi, panākt arī tērauda rūpniecības strādnieku aizsardzību. Sociāldemokrāti iesniedza virkni grozījumu tieši šajā sakarā, un es balsoju gan par tiem, gan par rezolūciju kopumā.

Νότης Μαριάς (ECR), γραπτώς. — Απείχα από την ψηφοφορία της πρότασης ψηφίσματος «Χαλυβουργία στην ΕΕ: προστασία των εργαζομένων και των βιομηχανικών τομέων», διότι, όπως επεσήμανα και κατά την ομιλία μου στην Ολομέλεια του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου, δεν προστατεύει τα δικαιώματα των εργαζομένων και δεν παρέχει στήριξη για την ανάπτυξη της ευρωπαϊκής χαλυβουργίας.

Marian-Jean Marinescu (PPE), în scris. — Una din bazele UE este Tratatul de instituire a Comunității Europene a Cărbunelui și Oțelului. UE nu trebuie să piardă din vedere această bază, ci trebuie să continue să investească în industria siderurgică, esențială pentru creșterea economică. Acest sector asigură 350 000 de locuri de muncă directe și câteva milioane de locuri de muncă conexe.

Consider că investiția la nivel UE în industriile de înaltă tehnologie și implicit în industria siderurgică devine imperativă pentru a evita delocalizarea lor în afara UE.

Cer Comisiei să asigure competitivitatea industriei europene pe piața mondială și să asigure o concurență reală echitabilă. Acest lucru este posibil utilizând eficient Fondul european de ajustare la globalizare și Fondul social european.

De asemenea, Comisia trebuie să folosească Fondul european de dezvoltare regională pentru a face investițiile necesare în cercetare și inovare pentru revitalizarea acestui sector, în special în procesul inovator de producție și în eficiența energetică.

Și nu în ultimul rând, cer Comisiei să monitorizeze îndeaproape și situația combinatelor din România pentru a evita alte închideri sau vânzări către concurenți din țări terțe.

Fulvio Martusciello (PPE), per iscritto. - Ho sottoscritto e votato a favore della risoluzione sul settore dell'acciaio nell'Unione europea per proteggere un'intera filiera industriale che sta risentendo molto della crisi economica. L'acciaio è di fondamentale importanza per tutta l'industria manifatturiera e coinvolge un enorme numero di lavoratori in tutta Europa. Per tutelare l'industria siderurgica bisogna migliorare la competitività a favore degli investimenti, salvaguardare le aziende europee a discapito di quelle provenienti dai paesi terzi, tutelare i lavoratori, come nel caso specifico degli acciai speciali di Terni, esortando la Commissione a rivedere le politiche europee sulla concorrenza.

Barbara Matera (PPE), per iscritto. — Il settore siderurgico europeo riveste una funzione essenziale nell'economia europea. Tuttavia, esso soffre attualmente di un calo della domanda, con una conseguente perdita di molti posti di lavoro. Il mio sostegno nei confronti di questa risoluzione deriva dalla convinzione che l'Unione europea dovrebbe rendersi autrice di una politica di sviluppo della produzione industriale in tutti gli Stati membri.

Del testo ho condiviso, in particolare, il riferimento alla necessità di accelerare la preparazione della tabella di marcia per la politica industriale prevista per la prima parte del 2015, in modo che l'industria europea possa essere rilanciata sul mercato mondiale, sulla scorta di un progetto razionale.

Georg Mayer (NI), schriftlich. — Dieser Antrag hat im Gesamten meine Unterstützung erfahren, da die Ausgewogenheit zwischen sozialen und wirtschaftlichen Aspekten der Stahlindustrie aber auch der Arbeiter gegeben ist. Konkrete Vorschläge für die Verbesserung der Arbeitssituation und der Sicherheit am Arbeitsplatz machen den Antrag unterstützenswert.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

Jean-Luc Mélenchon (GUE/NGL), *par écrit*. — Cette résolution non contraignante exprime de bonnes intentions envers le secteur sidérurgique. Elle propose que les normes européennes élevées en matière de protection du climat et de l'environnement deviennent des normes mondiales. Elle affirme la nécessité de «l'engagement plein et entier des partenaires sociaux à tous les niveaux». Il s'agit aussi de remédier à la crise de l'investissement en Europe, sans pour autant préciser comment. Mais au final, il s'agit surtout «de supprimer les obstacles et les risques qui pèsent sur la compétitivité du secteur sidérurgique européen». Je m'abstiens.

Nuno Melo (PPE), *por escrito*. — A recuperação económica europeia depende bastante da existência de uma indústria transformadora sólida – na qual a indústria siderúrgica desempenha um papel central – e que a indústria transformadora depende da procura e oferta internas.

É assim necessário acelerar a preparação do conjunto de medidas de política industrial anunciado para a primeira parte de 2015, a fim de reavivar a indústria europeia no mercado mundial, garantir condições equitativas de concorrência e assegurar normas sociais e ambientais de nível elevado na União Europeia, pugnando simultaneamente no sentido da reciprocidade por parte de países terceiros.

Uma abordagem ambiciosa da reindustrialização no contexto da revisão intercalar da Estratégia Europa 2020 é de importância vital para conseguir uma verdadeira política industrial da UE e relançar a competitividade industrial da UE a nível mundial.

Uma política que incentive a produção industrial é imprescindível para se conseguir a criação de empregos e o crescimento económico. Daí o meu voto favorável.

Roberta Metsola (PPE), *in writing*. — The manufacturing industry is a key sector in the EU's economy, with high dependency being placed on its ability to perform well and in a competitive manner. I voted in favour of this resolution because of the need to safeguard this industry and the livelihoods that depend on it. The EU must invest in this sector, both from an R&D perspective, as well as with regard to the education of its workers. Continuous development in an innovative manner is the only way that this industry can survive in such a competitive international sphere.

Miroslav Mikolášik (PPE), *písomne*. — Oceliarsky priemysel patrí medzi tradičné európske odvetvia, ktoré dlhodobo prispievali k rastu a prosperite Európy. V súčasnosti oceliarsky priemysel poskytuje priamo zamestnanie približne 350 000 pracovníkom a ďalšie milióny pracovných miest v príbuzných priemyselných odvetviach s ním úzko súvisia.

Oceliarsky priemysel čelí v súčasnej hospodárskej a geopolitickej konštelácii mnohým výzvam. Reštrukturalizácia a prípadné fúzie sa často krát javia ako nevyhnutnosť v záujme zachovania efektívnej prevádzky, avšak musia sa vykonávať sociálne zodpovedným spôsobom a berúc do úvahy celkovú hospodársko-sociálnu situáciu v dotknutom regióne.

Súhlasím s požiadavkou, aby Komisia sledovala aktuálny vývoj s cieľom ochrániť priemyselné dedičstvo a príslušnú pracovnú silu a vytvárala podmienky na oživenie konkurencieschopnosti európskeho oceliarskeho priemyslu na svetových trhoch, ktorú žiaľ v posledných rokoch EÚ stráca. Silnú svetovú konkurenciu treba taktiež zohľadniť pri aplikácii práva hospodárnej súťaže EÚ.

Louis Michel (ALDE), *par écrit*. — Au cours de la dernière campagne pour les élections européennes du 25 mai, le MR avait pris l'engagement de marquer de sa différence au Parlement européen par son action en faveur du renouveau de secteurs industriels en difficulté, comme la filière de la sidérurgie. Une approche libérale et sociale dictée par des impératifs de résultats, et non une approche purement protectionniste, qui a montré ses limites depuis plus de 20 ans. Car la réalité est là; elle est double: inquiétante, si l'on se réfère aux 60 000 emplois perdus dans la filière depuis 2007, prometteuse, si l'on considère que le secteur de l'acier, c'est 350 000 emplois directs et plusieurs millions de sous-traitants concernés dans l'Union européenne. Nous savons pertinemment que l'industrie européenne a impérativement besoin d'un secteur sidérurgique fort et compétitif. L'Union est le deuxième producteur mondial d'acier, avec 11 % de la production totale. C'est forte de ce constat et de l'adoption par la plénière d'amendements du groupe libéral sur la R&D et la promotion d'une filière acier faible en émissions carbone ainsi que sur l'instauration de partenariats publics-privés dans ce secteur stratégique que la délégation MR a voté ce midi la résolution sur le futur de l'acier en Europe.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

Marlene Mizzi (S&D), *in writing*. — I have voted in favour of the resolution on the steel sector in the EU, which aims at highlighting the role that steel industry has to play in the re-industrialisation of Europe.

Sorin Moisă (S&D), *in writing*. — In the face of lowering global demand and an increasingly uneven global playing field, the steel industry, once the backbone of the European economy, is currently going through tough times. Heavy yearly reductions in production capacities, massive layoffs all over the continent and the looming threat of Europe switching from exporter to a net importer of steel, all form one depressing reality.

Given this state of affairs, my vote goes in favour of putting some action behind today's political rhetoric calling for a European industrial renaissance. While not sacrificing environmental standards or the voice of our steel workers in the process, European steel needs a clear support plan to get back on the track of growth. Our Union's long-term industrial competitiveness is clearly at stake here.

Sophie Montel (NI), *par écrit*. — J'ai voté pour cette proposition de résolution qui comporte quelques aspects intéressants, même si je considère qu'elle ne résout en rien les graves difficultés plus structurelles que conjoncturelles rencontrées par l'industrie sidérurgique de l'Union européenne et de la France en particulier. Difficultés liées essentiellement au dogme ultralibéral et à la concurrence libre et non faussée imposés directement par Bruxelles.

Luigi Morgano (S&D), *per iscritto*. — Con la risoluzione sul settore dell'acciaio nell'Unione europea: proteggere lavoratori e industrie, il Parlamento europeo manda un messaggio chiarissimo alla Commissione: l'Europa può uscire dalla crisi solo se tornerà a investire nell'economia reale. La ripresa dipende anche dal rilancio della sua forte industria manifatturiera, nell'ambito della quale l'industria siderurgica, competitiva e sostenibile, svolge un ruolo cruciale. Sono ben 350.000, infatti, i posti di lavoro diretti e vari altri milioni i posti di lavoro nell'indotto. Proprio perché da anni assistiamo a una crisi del settore è essenziale intervenire. Le industrie siderurgiche europee ad alta tecnologia sono un modello di know-how che va tutelato e la loro presenza non va delocalizzata al di fuori dell'Unione.

Chiediamo alla Commissione di accelerare la preparazione della tabella di marcia per la politica industriale prevista per la prima parte del 2015, di lanciare l'approccio ambizioso volto alla reindustrializzazione europea, nell'ambito della revisione intermedia della strategia Europa 2020, e che i futuri accordi commerciali migliorino le opportunità di esportazione e l'accesso ai mercati per l'acciaio e i prodotti siderurgici europei. Sono condizioni essenziali per la competitività a livello mondiale della politica industriale europea, nel rispetto delle norme sociali e ambientali elevate che l'Unione si è data.

Alessia Maria Mosca (S&D), *per iscritto*. — Accogliamo con favore la proposta di risoluzione che chiede un maggiore sforzo, da parte dell'Unione europea, per aiutare l'industria siderurgica a uscire dalla crisi. In particolare, chiediamo alla Commissione che negli accordi commerciali ci sia un'attenzione per il miglioramento delle condizioni di esportazione dell'acciaio e che ci sia un controllo sulle regole di concorrenza UE e gli aiuti di Stato per evitare iniquità tra i Paesi europei.

Chiediamo, inoltre, alla Commissione la produzione di informazioni precise sull'equilibrio tra domanda e offerta di acciaio a livello europeo e mondiale e l'individuazione delle maggiori sfide a livello sociale, economico e ambientale in modo da sviluppare iniziative a medio e lungo termine per sostenere l'industria siderurgica in Europa.

Dan Nica (S&D), *în scris*. — Redresarea economică în Europa depinde în mare măsură de o industrie producătoare puternică, în cadrul căreia industria siderurgică trebuie să joace un rol esențial.

Îndemnăm Comisia să accelereze pregătirea foii de parcurs pentru politica industrială anunțată pentru prima parte a anului 2015 pentru a revitaliza industria europeană pe piața mondială în vederea asigurării unor condiții de concurență echitabile, garantând în același timp standarde sociale și de mediu ridicate în UE.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

De asemenea, Comisia ar trebui să aloce o parte din pachetul său de investiții unor proiecte de infrastructură pe termen lung viabile și pentru inovare în ceea ce privește macro-proiectele industriale, inclusiv proiectele legate de eficiența energetică și emisii scăzute de carbon, care ar putea, de asemenea, stimula în mod semnificativ cererea de oțel în UE.

Subliniez că investițiile în cercetare și inovare sunt cruciale pentru redresarea și relansarea economiei europene, în general, și a industriei siderurgice, în particular.

Este esențial să se acorde sprijin sectorului siderurgic, inclusiv prin dezvoltarea strategică a noilor sectoare-cheie care utilizează oțel creând astfel stimulente pentru procese de producție eficiente, consolidând piața internă și stimulând dezvoltarea de competențe.

Younous Omarjee (GUE/NGL), par écrit. — J'ai voté en faveur de ce rapport car je soutiens le plan d'action pour l'acier qui permet de replacer l'industrie en général, et la sidérurgie en particulier, au centre des choix politiques européens, notamment face à la situation critique de ce secteur dans les pays européens, conduisant aux délocalisations et au chômage.

Urmas Paet (ALDE), kirjalikult. — Toetasin eelnõud, et parandada kriisis oleva terasetööstuse olukorda Euroopas. Terasetööstusel on Euroopa majanduses tähtis roll. Leian, et Euroopa Liit peab suurendama konkurentsivõimet võrreldes selle ala tippudega.

Gilles Pargneaux (S&D), par écrit. — J'ai voté en faveur de cette résolution, car je soutiens le juste échange via un ajustement aux frontières des émissions de CO2 dans le secteur de la sidérurgie. C'est le sens de cette résolution, qui veut rééquilibrer la concurrence entre les entreprises sidérurgiques, notamment vis-à-vis de celles qui polluent le plus impunément.

Aldo Patriciello (PPE), per iscritto. — Cari colleghi e care colleghe, è nell'interesse di tutta l'Unione europea mantenere un settore siderurgico sostenibile, efficiente nell'impiego delle risorse e competitivo, in quanto spina dorsale per molte importanti forme di produzione industriale. L'industria siderurgica europea è attualmente soggetta, in molti Stati membri, a un calo sostanziale della domanda globale e in alcuni casi a sfide sul piano della competitività, nonché a un aumento dei costi. L'industria siderurgica dell'UE è una fonte occupazionale importante e la creazione di un contesto stabile per gli investimenti di capitali privati è di importanza cruciale, unitamente a un uso efficiente delle risorse dell'UE. Per tali ragioni esprimerei il mio voto favorevole.

Pina Picierno (S&D), per iscritto. — L'Unione europea è nata come Comunità europea del carbone e dell'acciaio. Il settore siderurgico riveste un'importanza storica nel processo d'integrazione europea e rappresenta la base del valore aggiunto industriale del vecchio continente. L'industria siderurgica, però, sta soffrendo sia per un calo sostanziale della domanda, sia per i costi dell'energia molto alti: fenomeni che hanno causato perdita di posti di lavoro e di competitività. Per fronteggiare questo momento, è necessario un piano d'azione per una siderurgia europea competitiva e sostenibile.

Questa risoluzione, per la quale ho espresso il mio voto favorevole e che ho sostenuto, pone le basi per una politica industriale europea che salvaguardi il valore del nostro *know-how*, eviti la delocalizzazione delle nostre imprese, investendo in alta tecnologia per ottenere prodotti di alta qualità, sicuri e sostenibili. Una strategia che dovrà avere tra i principali attori non solo le istituzioni degli Stati membri e i vertici delle aziende, ma anche e soprattutto i lavoratori stessi e le parti sociali. Dovrà anche creare condizioni esterne favorevoli allo sviluppo del settore, come l'abbassamento dei costi dell'energia.

La siderurgia europea rappresenta un'eccellenza, non possiamo permetterci di essere superati da Paesi che non rispettano norme sociali, ambientali e che applicano una concorrenza sleale.

Andrej Plenković (PPE), napisan. — Podržavam donošenje rezolucije Europskog parlamenta kojom se šalje poruka o značaju ovoga sektora za čitavu EU. Također, Europskoj se komisiji predlaže poduzimanje koraka koji bi mogli pomoći revitalizaciji ovoga sektora u međunarodnoj tržišnoj utrci. Smatram da je EP dužan izraziti podršku sektoru čelika u EU-u, ponajprije zbog činjenice da ova industrija zapošljava 350 000 ljudi te stvara nekoliko milijuna poslova u ostalim povezanim djelatnostima. Stoga vjerujem da bi Europska komisija trebala ponuditi, u što kraćem roku, sliku situacije i izazova za industriju čelika u EU-u. Razlozi za analizu stanja u industriji čelika su: loša konkurentnost sektora na međunarodnoj razini, potreba za strategijom prilagodbe, restrukturiranja i razvoja sektora čelika i prerađivačkih industrija u čitavoj EU, kao i cilj povećanja investicija u istraživanje i inovacije. Ove izazove može riješiti sveobuhvatan plan kojim bi se istražili potencijalni modeli funkcioniranja i konkuriranja sektora čelika na međunarodnom tržištu. Zaključno, iz rezolucije bih istaknuo i preporuku da se sredstva Europskog globalizacijskog fonda te Europskog socijalnog fonda koriste za umanjivanje posljedica nekonkurentnosti te za sanaciju tržišnih neuspjeha tvrtki iz sektora čelika.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

Isto tako, poddržavam vključevanje širih regionalnih i lokalnih zajednica u rješavanje problema sektora čelika.

Miroslav Poche (S&D), *písemně*. — Ocelářství v padesátých letech stálo u samotného zrodu procesu evropské integrace, dosud má zásadní význam pro evropské hospodářství. Jakožto jeden z navrhovatelů tohoto usnesení jsem rád, že došlo na půdě Evropského parlamentu ke shodě nad potřebou pomoci ocelářskému průmyslu najít cestu ze současné krize, která již měla dopad na ztrátu cca 60 000 pracovních míst v odvětví. Tuto krizi způsobil jak pokles poptávky po ocelářských produktech, tak především vývoj na světovém trhu s ocelí. Evropa na globálním trhu, kde řada zemí produkuje s daleko nižšími sociálními a environmentálními standardy, může konkurovat především kvalitou a inovacemi. Je tedy potřeba podpořit ocelářství nejen z pohledu střednědobého (exportní podmínky obsažené v obchodních dohodách či dodržování pravidel evropské hospodářské soutěže ze strany globálních hráčů), ale především se zabývat dlouhodobou perspektivou odvětví, investovat do vzdělání zaměstnanců v sektoru a do výzkumu a vývoje. Financování vzdělávání a výzkumu by mělo být pokryto jak ze strany orgánů EU (EIB a programy EU, především Horizont 2020 a SPIRE), tak ze strany soukromého sektoru, ideálně např. ze zisků z prodeje emisních povolenek.

Marcus Pretzell (ECR), *schriftlich*. — Es bedarf durchaus eines gehörigen Maßes an Überheblichkeit und Bürgerferne, um die hier vorgetragene Kommissionserklärung nachvollziehen zu können. Während der europäischen Stahlindustrie die Luft zum Atmen genommen wird, tausendfache Entlassungen stattfinden, Standorte und Arbeitsplätze aus Europa verlagert werden, nimmt die Kommission dies zwar zur Kenntnis, stört sich aber nicht weiter daran. Da es sich bei der Stahlindustrie um eine energieintensive Branche handelt, ist die Kommission froh, diese nun nicht mehr auf dem Gebiet der EU-Staaten zu wissen. Ebenso wie sie die europäischen Arbeitsplätze vergisst, scheint sie sich auch nicht im Klaren darüber zu sein, dass Europa beim Umweltschutz führend ist. Ein Stahlwerk in China, Indien oder Brasilien hat einen deutlich tieferen ökologischen Fußabdruck als ein europäisches! Die Politik der Kommission ist hier zerstörend: für die Arbeitnehmer, die Sozialsysteme, die Umwelt und Europas internationale Konkurrenzfähigkeit.

Franck Proust (PPE), *par écrit*. — L'industrie sidérurgique en Europe est confronté à de nombreux défis, notamment en termes de restructuration. Je vote donc favorablement pour cette résolution qui soutient une action coordonnée des États membres envers un secteur clef de l'intégration européenne. Celui-ci par ailleurs doit pouvoir bénéficier d'avantages en raison de la qualité de l'acier tel qu'il est fabriqué en Europe et de son plus faible impact carbone. Je vote donc en faveur d'amendements reconnaissant de telles qualités.

Paulo Rangel (PPE), *por escrito*. — O setor siderúrgico desempenha um papel fundamental para a economia e a indústria na Europa, garantindo mais de 350 000 empregos diretos e vários milhões de empregos em indústrias conexas, incluindo a cadeia de abastecimento da reciclagem. Nos últimos anos, a indústria siderúrgica tem enfrentado algumas dificuldades, provocadas, nomeadamente, por uma crise de investimento, pela quebra da procura global, pelo aumento do custo da energia e pelo aumento da externalização da produção europeia. Importa, por isso, que sejam adotadas medidas de apoio a este setor, destinadas a eliminar os obstáculos e ameaças à sua competitividade, a promover a sua sustentabilidade e a torná-la capaz de reagir à evolução das condições dos mercados europeu e não europeu. Ora, a presente resolução contém um conjunto de propostas destinadas justamente à proteção do setor siderúrgico da UE e dos respetivos trabalhadores. Por considerar que as medidas preconizadas contribuirão, em geral, para tornar o setor siderúrgico da UE mais competitivo a nível internacional, votei favoravelmente.

Evelyn Regner (S&D), *schriftlich*. — Die produzierende Industrie ist das Rückgrat der europäischen Wirtschaft. Die Stahlindustrie nimmt dabei eine besondere Stellung ein. Die nachhaltige Stärkung des Stahlsektors ist für einen neuen Aufschwung in Europa unerlässlich, auch um die Beschäftigung anzukurbeln. Doch die europäische Stahlindustrie ist seit Jahren einem hohen Wettbewerbsdruck ausgesetzt und von vielen Restrukturierungen betroffen.

Ich habe die EntschlieÙung zum Schutz von Arbeitskräften und Wirtschaftszweigen in der Stahlindustrie in der EU unterzeichnet. Denn nur wenn es uns gelingt, die Stahlproduktion in Europa zu halten und auszubauen, kann es auch gelingen, Wirtschaftswachstum anzukurbeln. Schließlich hängen sehr viele Zulieferbetriebe und Dienstleistungen direkt am Stahlsektor. Das schafft Arbeitsplätze in der EU und trägt zu einer starken europäischen Wirtschaft bei.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

Entscheidend ist dabei, auch die Qualität der Arbeitsplätze hoch zu halten. Die gut ausgebildeten ArbeitnehmerInnen in der Stahlindustrie müssen auch bei Restrukturierungen dementsprechend geschützt und von Anfang an eingebunden sein. Die Informations- und Konsultationsrechte sind daher zu stärken.

Dominique Riquet (ALDE), *par écrit*. — Outre le rôle qu'elle a eu dans le projet de construction européenne, la sidérurgie est d'une importance cruciale pour nos économies. J'ai donc voté pour cette résolution, qui avance une série de propositions pour réformer ce secteur et tenter de préserver les nombreux emplois qu'il représente encore en Europe: investir dans la formation des travailleurs ainsi que dans la recherche et l'innovation, notamment en vue de réduire l'impact environnemental de ces activités, utiliser au mieux les ressources européennes disponibles (Fonds social européen, Fonds européen d'ajustement à la mondialisation et instruments financiers innovants), engager les partenaires sociaux sur les changements à adopter et prendre en compte les intérêts du secteur dans le cadre des politiques européennes relatives au commerce et à la concurrence. Bien sûr, beaucoup de ces propositions auraient dû être mises en œuvre il y a bien longtemps déjà, mais je crois qu'il n'est pas trop tard pour sauver le soldat acier. La concurrence des économies émergentes nous rappelle chaque jour l'urgence de faire évoluer ce secteur.

Robert Rochefort (ALDE), *par écrit*. — J'ai voté en faveur de cette résolution qui rappelle à juste titre le rôle historique de l'acier dans le projet de construction européenne et nous invite à agir pour aider les salariés de ce secteur qui subit de plein fouet les conséquences de la crise économique actuelle. L'année 2013 a en effet enregistré une baisse sans précédent de la production d'acier brut au sein de l'Union européenne. Le soutien à la sidérurgie européenne passe par une réponse à la crise d'investissement que connaît le secteur, qui a cruellement besoin de former ses travailleurs et de développer la recherche et l'innovation afin de réduire son impact environnemental et d'améliorer sa compétitivité. L'Union européenne a des réponses à apporter et notre Assemblée demande à la Commission d'agir en ce sens.

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D), *por escrito*. — La Resolución subraya el papel que la industria del acero, reconocida como uno de los sectores estratégicos de la industria europea, debe desempeñar en la reindustrialización de Europa. Afectada por pérdidas continuadas de competitividad y empleos, la Resolución urge a la Comisión a presentar cuanto antes la hoja de ruta para la recuperación industrial de Europa y el engarce de la industria del acero en ella. El Parlamento reclama a la Comisión el relanzamiento del Grupo de Alto Nivel sobre el Acero y la aceleración de la implementación de las 40 medidas del Plan del Acero, pero también exige que impida la competencia desleal de terceros países. Asimismo, destaca la necesidad de invertir en investigación y desarrollo tanto en la economía europea en general como en la industria del acero en particular. Además, ampliando la mirada al conjunto de las empresas intensivas en energía, la Resolución urge a la Comisión a asegurar que el actual sistema de ayudas estatales no genera distorsiones en el mercado interno y a garantizar una competencia en igualdad de condiciones para las compañías, dado que la industria necesita un marco estable para sus inversiones de cada a mantener el empleo. Por todo ello, he votado a favor.

Claude Rolin (PPE), *par écrit*. — Le secteur sidérurgique européen n'a pas été épargné par la crise, loin s'en faut. Nombreuses sont les capacités de production qui ont soit été fermées définitivement, soit mises sous cocon sans aucune possibilité technique de redémarrage. Certains industriels ont légitimé ces fermetures par une surproduction structurelle d'acier en Europe, avis que je ne partage absolument pas. Je pense néanmoins que nous partageons toutes et tous un constat: la nécessaire réindustrialisation de l'Europe passe par une sidérurgie européenne forte et compétitive. D'autres puissances économiques comme la Chine ont compris l'importance stratégique que revêt le secteur de l'acier et n'ont dès lors pas hésité à le soutenir. Trois quarts des coûts de production de l'acier proviennent de l'énergie et des matières premières. Il est dès lors primordial de soutenir la R&D mais aussi les investissements en vue d'améliorer l'efficacité énergétique et l'efficacité matière dans ce secteur. Il en va de l'avenir de l'ensemble de notre industrie. Cette résolution tombe à point nommé.

Fernando Ruas (PPE), *por escrito*. — Votei favoravelmente esta proposta por considerar que a União Europeia necessita de uma indústria siderúrgica funcional, competitiva e segura, que possa contribuir para o crescimento e a prosperidade na Europa.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

É um facto que este setor tem sofrido um declínio acentuado da procura, levando ao aumento do desemprego, mas também é verdade que a UE tem de conservar as atividades que constituem o seu tecido industrial, garantindo a segurança do aprovisionamento energético através da procura interna.

Como tal, apoio o plano de ação da Comissão para o setor siderúrgico, chamando, contudo, a atenção para a necessidade de se proceder à realização de um relatório de análise à atual situação da indústria siderúrgica no nosso continente, analisando o seu impacto económico, social, ambiental e refletindo sobre as iniciativas de apoio a médio e longo prazo.

Chamo finalmente a atenção para a necessidade de enquadrar estes apoios num quadro mais abrangente de apoio à indústria transformadora europeia pois só assim (de uma forma sólida e investindo na investigação, inovação, qualificação dos recursos humanos e eficiência energética, e eventualmente com recurso a fundos comunitários) se garante a sua competitividade, estimulando o seu valor acrescentado, e se potencia o seu importante papel social.

Tokia Saïfi (PPE), *par écrit*. — J'ai voté en faveur de cette résolution, qui s'inscrit dans le cadre de la préparation de la feuille de route de la Commission européenne pour la politique industrielle annoncée pour le premier semestre 2015.

Notre industrie européenne est un élément-clé dans le redressement de l'économie européenne. Il est important de renouer avec une politique audacieuse de recherche et d'investissement, afin de développer nos sites sidérurgiques et leurs capacités d'innovation.

Le savoir-faire et l'expertise développés sur d'importants pôles industriels garantiront ainsi la diversification, la protection de l'environnement et le développement de produits innovants.

Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito*. - La grave situación del sector del acero en Europa es el resultado de vender la industria al mejor postor y no un tema de competitividad como defiende la propuesta de Resolución de los grupos mayoritarios. Empresas de alto valor añadido en todo el territorio de la UE se ven amenazadas constantemente por deslocalizaciones por parte de grandes grupos multinacionales que imponen ajustes durísimos que las políticas de la UE no hacen más que exacerbar. Por un lado, Europa permanece impasible ante los grandes abusos de los oligopolios energéticos y financieros que asfixian a la industria. Y, por otro lado, alienta la competencia entre Estados miembros, reforzando la tendencia a que la producción de mayor valor añadido se concentre en ciertas regiones de la UE. La respuesta a la crisis industrial pasa por retomar el control público de los sectores estratégicos de los que depende el sector, apostando por la inversión y ayuda pública que preserve el empleo en el sector. Puesto que todo ello no queda recogido en la Resolución común, no he podido votar a favor de ella y me he abstenido.

Monika Smolková (S&D), *písomne* - Podporila som uznesenie o situácii v oceliarskom priemysle EÚ s dôrazom na ochranu pracovníkov a podnikov. Situáciu v oceliarskom priemysle vnímam veľmi pozorne. Oceliarsky gigant USS v Košiciach, kde bývam, patrí dlhodobo k najväčším zamestnávateľom na východe Slovenska. Tomuto podniku stále hrozí znižovanie výroby a prepúšťanie pracovníkov. Preto vítam, že na pôde EP sa zaoberáme situáciou podnikov v oceliarskom priemysle a riešime možnosti ich konkurencieschopnosti, stabilizácie a rozvoja. V budúcnosti môžeme očakávať výrazné zmeny v oceliarskom priemysle vplyvom investícií do výskumu a inovácií, efektívneho využívania zdrojov, nových technológií a odbornosti. Preto jednotlivé členské štáty musia lepšie zosúladiť politiky vzdelávania a odbornej prípravy s potrebami trhu práce s cieľom zabezpečiť špecializovaných odborníkov v oceliarskom priemysle. Okrem toho by Komisia mala v čo najkratšom čase predložiť správu o hlavných sociálnych, hospodárskych a environmentálnych problémoch oceliarskeho priemyslu v EÚ, aby sme vedeli pružne reagovať iniciatívami na podporu tohto odvetvia v EÚ.

Dubravka Šuica (PPE), *napisan*. — Podržavam rezoluciju Evropskog Parlamenta o sektoru čelika te zaštititi radnika i industrije kako bi se industrija održala te postala konkurentna. Velik dio europske industrije čelika u većini zemalja je zahvatio pad potražnje, a s time su rasli troškovi kao na primjer troškovi energije. Veoma je važno zaštititi i radnike koji rade u industriji čelika budući da je u EU-u u toj branši zaposleno preko 350 000 ljudi. Stoga podržavam akcije i planove vezane za pružanje podrške ovoj industriji čime bi se potaknuli rast industrije čelika, zadržala radna mjesta, zadržao gospodarski i ekonomski rast, smanjili troškovi te poduzele konkretne mjere u zaštiti okoliša kao što je promicanje niskougljične proizvodnje čelika s niskim učinkom.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

Ελευθέριος Συναδινός (NI), γραπτώς. — Δεν μπορούμε να στηρίζομαστε σε ευχολόγια, χωρίς σοβαρές, αξιόλογες και αξιόπιστες λύσεις στη συνειδητά συντελούμενη αποβιομηχανοποίηση των χωρών μελών της ΕΕ. Η συγκεκριμένη ενέργεια θα φέρει κοινωνικά προβλήματα που πρέπει να τα λάβουμε σοβαρά υπόψη.

Dario Tamburrano (EFDD), per iscritto. — Sono passati molti emendamenti migliorativi dell'impianto iniziale come: sostituzione minerali con rottami ferrosi; incremento dell'uso dei forni elettrici; sostituzione del carbone con il gas; protezione sociale lavoratori licenziati senza giusta causa; *border adjustment*, ovvero pagamento di quote di emissioni di CO₂ per acciaio proveniente da paesi extra UE (contrasto alla rilocalizzazione delle emissioni); investimenti in economia *low carbon* dei proventi della vendita delle quote di carbonio gratuite; nessun ulteriore investimento nel CSS; uso tecnologie che riciclino energia di scarto per produzione vapore ed elettricità.

Tuttavia, la risoluzione non presenta punti di svolta per criticità ambientali e sanitarie, non supporta le attività economiche diverse dalle acciaierie che con esse coesistono territorialmente, non tiene conto del mutato panorama globalizzato e della *overcapacity* produttiva, e tutela impianti insostenibili e non riconvertibili. In particolare: non è passato alcun emendamento per tutelare salute, ambiente, partecipazione delle ONG ai processi decisionali, economie locali circostanti differenti da produzione di acciaio, principio del «chi inquina paga»; l'Ilva di Taranto risulta fra le acciaierie da preservare di cui va garantito il mantenimento della capacità produttiva; non si considera il fallimento delle norme UE sulla concorrenza (caso AST Terni). Pertanto, mi sono astenuto.

Marc Tarabella (S&D), par écrit. — J'ai bien sûr voté en faveur de ce texte soulignant l'importance d'une politique industrielle et d'une réglementation intelligente accompagnées de mesures qui permettront de redynamiser la compétitivité de l'industrie européenne dans un marché mondial, et de garantir des conditions qui soient véritablement les mêmes pour tous les agents économiques, afin de protéger la production européenne contre le dumping social et environnemental.

Pavel Telička (ALDE), in writing. — I have voted against the resolution as the resulting text does not come with a clear and conceptual approach addressing the real needs of this industry. I am sure that not only the steel industry in the Czech Republic would appreciate a resolution which would address these needs. I am of the firm opinion that the ALDE draft was much much closer to achieving this. Unfortunately our political partners opted for a more popular but inefficient approach.

Evžen Tošenovský (ECR), písemně. — Přijaté usnesení bohužel obsahuje některé problematické body a naopak plně nepojmenovává ty klíčové, proto jsem se zdržel hlasování. Ocelářství a na něj navazující strojírenství je jednou z nosných a nepostradatelných aktivit evropské ekonomiky. Receptem na zhoršování konkurenceschopnosti na světových trzích ale není protekcionismus. Ocelářské výrobky z Asie nejsou zatíženy evropskými předpisy a nejdražšími cenami energií ve světě. Evropa alarmujícím způsobem neustále tlačí na vlastní ocelářský průmysl. Zpříšňují se legislativní podmínky pro samotnou výrobu oceli. Současná technologie zřejmě dosáhla svých limitů a CO₂ pravděpodobně nebude možné snížit o 80–95 % do roku 2050, jak je požadováno. Je nutné, aby pro energeticky náročná odvětví došlo ke snížení cen energií, snížení či osvobození od různých poplatků za alternativní zdroje a aby byl zrevidován systém obchodování s emisemi. Jedině tak zachováme 400 tisíc pracovních míst a zůstaneme druhým největším výrobcem oceli na světě.

Владимир Уручев (PPE), в писмена форма. — Уважаеми колеги,

икономическото възстановяване от продължителната криза зависи от наличието на силна преработващата промишленост, където стоманата играе ключова роля. Затова приветствам всички действия, които целят да се сложи край на кризата, свързана със закриването и прехвърлянето на фирми от стоманодобивния бранш извън Европа и неизбежната загуба на хиляди работни места. Наш общ интерес е да запазим стоманодобивното производство, като не допускаме технологичното „ноу-хау“ да бъде изнесено извън Европейския съюз.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

Призовавам Европейската комисия да вземе срочни мерки за справяне с икономическите и социални последици от проблемите в стоманодобивната промишленост и да предложи адекватни инициативи за съживяване на нейната конкурентоспособност. Подобни мерки могат да включват преразглеждане на правилата за конкуренцията или да бъдат насочени към намаляване на енергийните разходи на енергоинтензивните промишлени отрасли. Например, ускореното завършване на вътрешния енергиен пазар би гарантирало конкурентни цени на енергията. Ситуацията налага ЕК спешно да свика заседание на групата на високо равнище по въпросите на стоманата, която да отчете препоръките на ЕП и интересите на местните власти, особено от регионите, където стоманодобивът е основен поминък на населението.

Не на последно място смятам, че за възвръщането на стоманодобивната индустрия са важни и солидните инвестиции в научни изследвания и иновации, адекватно финансирани от европейските фондове и програми.

Derek Vaughan (S&D), *in writing*. — The economic recovery of Europe is highly dependent on a strong manufacturing industry. The steel sector plays an essential role in Europe's economy; industry is currently suffering from a substantial drop in demand, leading to a continuous loss of jobs and competitiveness which does not bode well for the necessary recovery of the European economy. I voted in favour of this resolution as it calls on the Commission to ensure that future trade agreements include provisions which significantly improve export opportunities and market access for European steel and steel-based products.

Marie-Christine Vergiat (GUE/NGL), *par écrit*. — L'acier est indispensable à l'industrie européenne, mais l'Union européenne et ses États membres sont toujours incapables de proposer un réel plan pour la relance de la sidérurgie en crise en tenant compte y compris des enjeux environnementaux.

Cette résolution s'inscrit dans la droite ligne des précédentes, alors qu'il serait temps de faire des propositions qui répondent tant aux nécessités du secteur en matière économique et environnementale qu'aux attentes des salariés, les défis sociaux ne pouvant pas être relevés indépendamment du reste. C'est vrai qu'il y a là un vrai défi à relever.

Pire, lors du vote, les amendements déposés afin de reconnaître la nécessité de préserver le savoir-faire et l'expertise des grands pôles industriels du secteur ont été rejetés au motif, notamment, que ces sites sont pollués. Quid de l'intérêt des salariés? La responsabilité des pouvoirs publics et des élu(e)s est de les accompagner, de les aider à construire des propositions, et non de les condamner purement et simplement.

Cette résolution apporte quelques garanties pour la protection de l'environnement des travailleurs et de leurs droits sociaux et, même si elles sont très en-deçà de ce que l'on pourrait attendre, elles m'ont conduit à m'abstenir.

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito*. — O setor do aço e a indústria siderúrgica sempre constituíram um dos alicerces das economias industriais. Estranhámos, portanto, que na Resolução não haja uma avaliação da política da UE para o setor, que permitiu que no seu interior e entre Estados-Membros fossem cavadas tamanhas desigualdades e transferência para o setor privado, nomeadamente em Portugal, onde o setor já foi bastante desenvolvido e hoje se encontra profundamente deprimido.

Concordamos com a Resolução quando preconiza o desenvolvimento da produção industrial em todos os Estados-Membros, alertando para os preços da energia e para as questões ambientais, ou quando salienta a necessidade de investimento na investigação e inovação. Contudo, lamentamos que no plano social não sejam apontadas sugestões concretas que preservem os postos de trabalho existentes e que impeçam a criação de trabalho precário no setor.

Relativamente aos auxílios estatais para as indústrias com utilização intensiva de energia, é defendido que estes não devem criar distorções do mercado interno garantindo condições de concorrência equitativa para as empresas. Mas não esqueçamos quão injustas são as regras da concorrência e da limitação aos auxílios estatais, quando está à vista de todos a necessidade urgente de auxiliar as produções nacionais. Daí a nossa abstenção.

Harald Vilimsky (NI), *schriftlich*. — Da die Ausgewogenheit zwischen sozialen und wirtschaftlichen Aspekten der Stahlindustrie, aber auch der Arbeiter vorhanden ist, habe ich dem Antrag zugestimmt. Da auch konkrete Vorschläge diesbezüglich gegeben sind, ist dieser Vorschlag grundsätzlich ein willkommener.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

Josef Weidenholzer (S&D), *schriftlich*. — Ich habe für den Entschließungsantrag gestimmt, da in den nächsten Jahren eine saubere Reindustrialisierung Europas gefördert werden muss. Wir brauchen in der Europäischen Union eine auf Innovation und Beschäftigung basierende Industrie. Eine der größten Herausforderungen der nächsten Zeit wird es sein, neue, zukunftsträchtige Industrien nach Europa zu holen. Die Basis dafür ist die europäische Stahlindustrie. Als Linzer komme ich selbst aus einer Stahlregion. Stahl ist ein Synonym für Wachstum, Innovation und Beschäftigung und spielt seit jeher eine wichtige Rolle in der europäischen Wirtschaft. Eine funktionierende Industrie ist Voraussetzung für Wachstum in Europa. Durch die Auslagerung von Industriearbeitsplätzen ins Ausland gehen wichtige Arbeitsplätze verloren und das Risiko steigt, dass auch die Qualität der Produkte sinkt. Zusätzlich ist es wichtig, Billigimporte aus Ländern mit niedrigen Sozial- und Umweltstandards zurückzufahren. Dieser Entschließungsantrag berücksichtigt die sozialen und ökologischen Komponenten ebenso wie die wirtschaftlichen Aspekte. Aufgrund dieser Ausgewogenheit ist der Entschließungsantrag zu befürworten.

Flavio Zanonato (S&D), *per iscritto*. — Caro Presidente, ho votato a favore della proposta di risoluzione sul settore siderurgico dell'UE perché la valuto un primo passo per spingere l'UE a sostenere l'industria siderurgica, cercando di eliminare ostacoli e minacce alla sua competitività e garantendo che essa sia in grado di adeguarsi all'evoluzione della situazione sui mercati europei ed extraeuropei. Per questo sono particolarmente soddisfatto che si chieda alla Commissione di esaminare la fattibilità di un adeguamento del carbonio alla frontiera, attraverso il pagamento delle quote ETS per l'acciaio proveniente dai paesi terzi, al fine di creare parità di condizioni in termini di emissioni di CO₂ e di limitare il fenomeno del *carbon leakage*.

Marco Zullo (EFDD), *per iscritto*. - Mi sono astenuto sulla votazione finale perché, pur consapevole dell'importanza della salvaguardia dei posti di lavoro, non sono stati presi nella giusta considerazione i nostri emendamenti che puntavano non tanto a ripristinare l'industria pesante, ma a far sì che il sostegno dell'Europa mirasse ad una riconversione di questi impianti, in modo da non privilegiare l'occupazione a scapito di pesanti ripercussioni sanitarie ed ambientali.

11.24. Lage im Mittelmeerraum und Notwendigkeit eines ganzheitlichen Ansatzes der EU für Migration (B8-0362/2014)

Dichiarazioni di voto scritte

Clara Eugenia Aguilera García (S&D), *por escrito*. — Hace más de un año, tras la tragedia de Lampedusa, el PE aprobaba una Resolución sobre los flujos migratorios en el Mediterráneo y el Consejo crearía un grupo especial. Le siguieron varias comunicaciones de la Comisión. El mes pasado, el Consejo adoptaba medidas para gestionar mejor los flujos migratorios y, en el pasado Pleno, expresamos la necesidad de un enfoque integral de la UE frente a la migración. Pese a todo, se han seguido produciendo muertes y no se aprecia el deseado cambio de enfoque sobre la inmigración, víctima de una mirada negativa que obvia las oportunidades que ofrece y no da alternativas a la inmigración legal. Esta Resolución fija los elementos que un enfoque integral debe contener y pide a la Comisión LIBE un informe estratégico sobre el tema. Plantea además cuestiones como el ejercicio de la solidaridad y el reparto equitativo de la carga que impone el artículo 80 del TFUE, obligaciones en materia de salvamento y de lucha contra mafias, extensión del mandato de Frontex, establecimiento de rutas seguras para la inmigración, mejora del reasentamiento y mejora de las políticas y la gestión de los fondos de inmigración. Por todo ello, he votado a favor de la propuesta de Resolución.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

Marina Albiol Guzmán (GUE/NGL), por escrito. — No he podido votar a favor de esta propuesta de Resolución porque su objetivo, el de dar un mandato a la Comisión de Libertades Civiles, Justicia y Asuntos de Interior de esta Cámara para poner en marcha una comisión de investigación sobre la situación de la migración en el Mediterráneo ha quedado muy diluido. Pero, más importante todavía, la Resolución no rechaza el pilar fundamental de la política hacia la inmigración de la UE: Frontex. Se trata de una política migratoria que se fundamenta en una visión represiva de la misma, obviando las causas de raíz de la misma: si existe el fenómeno de la migración desde los países del sur del Mediterráneo hacia los países de la UE es porque desde Europa seguimos expoliando los recursos naturales de esos países, impidiéndoles así una prosperidad económica y un futuro para sus pueblos. Si siguen llegando migrantes desde África a nuestras costas es porque seguimos alentando guerras en sus países que los empujan a abandonarlos. Por todo ello he votado en contra de esta propuesta de Resolución.

Pascal Arimont (PPE), schriftlich. — Beinahe täglich immigrieren Menschen aus ihrer Notwendigkeit heraus in die Europäische Union. Viele der Schutz Suchenden, die nach Europa kommen, nehmen den riskanten Weg über das Mittelmeer, welches inzwischen den gefährlichsten Grenzübergang der Welt darstellt. Mehr als 3 000 Menschen haben dieses Jahr ihr Leben bei dem Versuch verloren, das Mittelmeer in Richtung Europa zu überqueren.

Die am Mittelmeer liegenden Mitgliedstaaten sind überfordert mit dieser Situation, weshalb das Europäische Parlament in seiner Entschließung diese Woche nochmals betont hat, dass hier unbedingt ein ganzheitlicher Ansatz verfolgt werden muss und dass die EU ihren gerechten Anteil in Bezug auf Verantwortlichkeiten und Solidarität gegenüber den Zufluchtsmitgliedstaaten übernehmen muss.

Um Such- und Rettungsverpflichtungen nachzukommen und dadurch weitere Todesfälle auf See zu verhindern, bedeutet dies aber auch, dafür mittel- und langfristig angemessene finanzielle Unterstützung zu leisten.

Ferner werden Mitgliedstaaten angehalten, strenge Sanktionen gegen Personen oder Gruppen zu verhängen, die schutzbedürftige Migranten in der EU ausbeuten, und in weitreichenden Informationskampagnen auf die Gefahren für all jene, die ihr Leben Menschenhändlern und Schmugglern anvertrauen, und für jene, die Opfer von Menschenhändlern geworden sind, aufmerksam zu machen.

Inés Ayala Sender (S&D), por escrito. — Hace más de un año, tras la tragedia de Lampedusa, el PE aprobaba una Resolución sobre los flujos migratorios en el Mediterráneo y el Consejo crearía un grupo especial. Le siguieron varias comunicaciones de la Comisión. El mes pasado, el Consejo adoptaba medidas para gestionar mejor los flujos migratorios y, en el pasado Pleno, expresamos la necesidad de un enfoque integral de la UE frente a la migración. Pese a todo, se han seguido produciendo muertes y no se aprecia el deseado cambio de enfoque sobre la inmigración, víctima de una mirada negativa que obvia las oportunidades que ofrece y no da alternativas a la inmigración legal. Esta Resolución fija los elementos que un enfoque integral debe contener y pide a la Comisión LIBE un informe estratégico sobre el tema. Plantea además cuestiones como el ejercicio de la solidaridad y el reparto equitativo de la carga que impone el artículo 80 del TFUE, obligaciones en materia de salvamento y de lucha contra mafias, extensión del mandato de Frontex, establecimiento de rutas seguras para la inmigración, mejora del reasentamiento y mejora de las políticas y la gestión de los fondos de inmigración. Por todo ello, he votado a favor de la propuesta de Resolución.

Zigmantas Balčytis (S&D), raštu. — Balsavau už šį siūlymą, kurio tikslas – svarstyti ES sienų politikos stiprinimo ir saugumo klausimus bei skatinti valstybių narių solidarumą prieglobsčio srityje. Per pirmus devynis 2014 m. mėnesius Viduržemio jūroje žuvo mažiausiai 3 072 žmonės. Tai dar kartą parodo kaip svarbu, kad valstybės narės imtųsi veiksmų gelbėjant į pavojų patekusių žmonių gyvybės ir kad vykdytų savo tarptautinius gelbėjimo jūroje įsipareigojimus. Pritariu, kad ES turi priimti teisingą savo atsakomybės ir solidarumo su valstybėmis narėmis, į kurias atvyksta didžiausias migrantų ir prieglobsčio prašytojų skaičius, dalį. Taip pat svarbu persvarstyti sienų politikos stiprinimo ir saugumo klausimus, taip pat svarstyti, kaip ateityje pagerinti FRONTEX ir Europos prieglobsčio paramos biuro vaidmenį. Pritariu, kad būtina taikyti baudžiamąsias sankcijas, nukreiptas prieš prekyvimą žmonėmis ir neteisėtą migrantų gabenimą bei išnagrinėti visą bendradarbiavimo su trečiosiomis šalimis strategiją humanitarinės, finansinės ir politinės pagalbos aspektais.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

Nicolas Bay (NI), *par écrit*. – J'ai voté contre ce texte qui prouve une fois de plus l'aveuglement dont font preuve les institutions européennes sur les vrais problèmes et les moyens de les traiter. Confrontée au même type de problèmes, une immigration clandestine massive par voie maritime conduisant à des drames, l'Australie a décidé de mener une politique inverse à celle de l'Union Européenne. Désormais, grâce à l'opération justement nommée «Frontières souveraines», AUCUN immigré arrivant de manière illégale par la mer n'est accueilli en Australie, et donc encore moins «régularisé». Ce message de fermeté, relayé par une campagne de communication efficace, notamment avec des clips vidéo dissuasifs diffusés dans les pays d'origine des immigrés, a produit des résultats exceptionnels. L'Union européenne ferait bien de s'en inspirer.

Hugues Bayet (S&D), *par écrit*. — J'ai évidemment soutenu cette proposition de résolution par laquelle le Parlement européen charge la commission des libertés publiques, de la justice et des affaires intérieures d'examiner une stratégie globale de l'UE en matière de migration et d'élaborer une série de recommandations pour la renforcer.

La Méditerranée a déjà connu trop de drames. Cette stratégie globale doit dès lors être basée sur la solidarité et le respect de la dignité humaine.

L'UE doit d'urgence développer et sécuriser des voies d'accès sûres et légales à son territoire et combattre activement les réseaux de passeurs et de trafiquants d'êtres humains. Elle doit également développer une solidarité accrue avec les pays tiers d'Afrique.

Dominique Bilde (NI), *par écrit*. – Après l'opération «Mare Nostrum» et désormais l'opération «Triton», l'Union Européenne ouvre un boulevard aux migrations en provenance d'Afrique par la Méditerranée.

Des milliers de migrants risquent leur vie sur des embarcations de fortune et ces opérations de sauvetage ne font que les encourager à franchir le pas vers «l'eldorado européen».

Ce sont par ces opérations près de 150 000 immigrés clandestins qui arrivent chaque année en Europe, pénétrant ainsi dans l'espace Schengen et circulant à leur guise.

Sur l'opération Triton, la Secrétaire d'État aux affaires étrangères britannique, Joyce Anelay, a annoncé, très lucidement, que la Grande-Bretagne ne soutiendrait pas cette opération, déclarant: «Nous pensons que (ces opérations) créent un "facteur d'attraction" involontaire, encourageant plus de migrants à tenter la dangereuse traversée de la mer et conduisant donc à plus de morts tragiques et inutiles».

Il devient plus qu'urgent d'être ferme en matière d'immigration comme c'est le cas en Australie, de rétablir nos frontières, de lutter contre les réseaux criminels et de permettre à chaque État de décider souverainement de sa politique migratoire.

C'est pourquoi j'ai voté contre ce texte.

José Blanco López (S&D), *por escrito*. — Hace más de un año, tras la tragedia de Lampedusa, el PE adoptaba una Resolución sobre los flujos migratorios en el Mediterráneo y el Consejo creaba un Grupo Especial. Le siguieron varias comunicaciones de la Comisión. El mes pasado, el Consejo adoptaba medidas para gestionar mejor los flujos migratorios y, en el pasado Pleno, expresamos la necesidad de un enfoque integral de la UE frente a la migración.

Pese a todo, se han seguido produciendo muertes y no se aprecia el deseado cambio de enfoque sobre la inmigración, víctima de una mirada negativa que obvia las oportunidades que ofrece y no da alternativas a la inmigración legal.

Esta Resolución fija los elementos que un enfoque integral debe contener y pide a la Comisión LIBE un informe estratégico sobre el tema. Plantea además cuestiones como el ejercicio de la solidaridad y el reparto equitativo de la carga del artículo 80 del TUE, obligaciones en materia de salvamento y de lucha contra mafias, ampliación del mandato de Frontex, establecimiento de rutas seguras para la inmigración, mejora del reasentamiento, mejora de las políticas y de la gestión de los fondos de inmigración. Por todo ello, he votado a favor de la Resolución.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

Malin Björk (GUE/NGL), in writing. - I fully support the main conclusion of the resolution to task the Committee on Civil Liberties, Justice and Home Affairs with conducting an assessment of the current policies of asylum and migration, including additional resources to perform this task.

However, I abstained in the final vote because the text also calls for swift processing in collaboration with third countries of transit and origin and of return for those who do not qualify for asylum and protection in the EU. This effectively means that decisions of asylum claims are prejudiced, thereby seriously undermining the whole asylum system. Processing of any claim for asylum should never be done in collaboration with the country of origin.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), raštu. — Balsavau dėl šios rezoliucijos, nes ja Parlamentas išreiškė apgailestavimą dėl tragiškų žūčių Viduržemio jūroje prie Lampedūzos, kai pirmus devynis 2014 m. mėnesius Viduržemio jūroje žuvo mažiausiai 3 072 žmonės. Rezoliucijoje Parlamentas taip pat ragina visas ES valstybes nares prisiimti teisingą savo atsakomybę ir solidarumo su valstybėmis narėmis, į kurias atvyksta didžiausias migrantų ir prieglobsčio prašytojų skaičius, dalį. Rezoliucijoje taip pat teigiama, kad būtina svarstyti sienų politikos stiprinimo ir saugumo klausimus, ir taip pat svarstyti, kaip ateityje pagerinti FRONTEX ir Europos prieglobsčio paramos biuro (EASO) vaidmenį.

Simona Bonafè (S&D), per iscritto. — I dati dell'Organizzazione internazionale per le migrazioni per il 2014 sono chiari. Nel corso dell'anno si stimano almeno 3.072 morti nel Mediterraneo. Un numero che, accompagnato agli oltre 150.000 salvataggi messi in atto dall'operazione Mare Nostrum, mostra un quadro drammatico. L'Europa e gli Stati membri devono condurre la loro lotta al traffico di migranti e alla tratta di esseri umani rispettando i propri obblighi internazionali in materia di soccorso in mare.

In questi mesi, con l'operazione Triton sembra farsi strada una risposta europea a lungo attesa, seppure non siano ancora chiari gli impegni dei singoli Stati membri nel futuro. Salvare vite umane in pericolo non è un'opzione. Per noi europei questo è un punto saldo. Sostengo questa risoluzione che invita l'Unione europea a un approccio unitario e coordinato in tema di immigrazione e gestione delle frontiere. In particolare, considero importante il passaggio dove si ribadisce che va rafforzata l'equa ripartizione delle responsabilità e la solidarietà nei confronti degli Stati membri che accolgono il maggior numero di rifugiati e richiedenti asilo. Positivo infine che, consapevole delle recenti tragedie avvenute nel Mediterraneo e dei costi delle operazioni di soccorso e ricerca, il Parlamento esorti a destinare opportuni finanziamenti a tal fine.

Marie-Christine Boutonnet (NI), par écrit. — Ce texte «estime qu'il est nécessaire de réfléchir au renforcement de la sécurité et de la politique des frontières».

Il était temps!

Enfin, Bruxelles prend conscience des dangers des flux migratoires! Mais sa réponse est affligeante: «améliorer le futur mandat de Frontex et du Bureau européen en matière d'asile» et «demande aux États membres de continuer de faire preuve de solidarité et de manifester leur engagement en apportant une contribution suffisante aux budgets et aux opérations de ces agences».

Nous sommes donc rassurés!

Les peuples d'Europe grondent et les institutions européennes restent désespérément sourdes.

Il est grand temps de stopper les pompes aspirantes qui attirent des hôtes que nous ne sommes en mesure d'accueillir.

Mercedes Bresso (S&D), in writing. — As an Italian MEP, directly concerned by these issues, I voted for this resolution, which goes in the right direction for having a common immigration policy.

Steeve Brisois (NI), par écrit. — Si la proposition de résolution semble moins angélique qu'à l'accoutumée, elle soutient cependant l'opération Triton, continue d'exiger la mise en place d'une politique européenne de l'immigration ainsi qu'un renforcement du régime d'asile commun pour mieux répartir la demande exprimée par les migrants clandestins. Nous pensons à l'inverse que les États membres doivent à tout prix sortir de l'espace Schengen et rétablir les frontières nationales. Il convient également de rappeler que 3 072 personnes ont péri en Mer Méditerranée durant les neuf premiers mois de l'année 2014. Ces décès ne résultent pas du soi-disant manque de générosité des Européens, mais bien de l'espoir des migrants d'obtenir une hospitalité que plus aucun État membre n'est en capacité d'offrir. C'est pourquoi seule une politique de fermeté, à l'image de celle menée par l'Australie, permettra d'éviter ces drames humains. C'est pourquoi j'ai voté contre la proposition de résolution.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

Gianluca Buonanno (NI), *per iscritto*. — Ho espresso voto favorevole. La risoluzione non è controversa e chiede maggiore collaborazione agli Stati membri nell'affrontare le problematiche dell'immigrazione nel Mediterraneo. Inoltre, va nella direzione da me auspicata di un approccio globale, non solo italiano, alla questione dell'immigrazione.

Soledad Cabezón Ruiz (S&D), *por escrito*. — Hace más de un año, y a resultas de la tragedia de Lampedusa, el PE aprobó una Resolución sobre los flujos migratorios en el Mediterráneo y el Consejo creó el Grupo Especial para el Mediterráneo, al que siguieron varias comunicaciones de la Comisión. Además, el mes pasado el Consejo adoptó conclusiones en materia de medidas para gestionar mejor los flujos migratorios. Pese a todo, muchas muertes han seguido produciéndose en el Mediterráneo desde entonces.

El PE planteó una serie de cuestiones al respecto: la solidaridad y el reparto equitativo de la carga que consagra el artículo 80 del Tratado, las obligaciones en materia de salvamento en la mar y de lucha contra las mafias, la conveniencia de la ampliación del mandato de Frontex, la necesidad de establecer vías y rutas seguras y legales para la inmigración, la mejora del reasentamiento, la gestión de los fondos de inmigración y la mejora las políticas de inmigración. En el debate quedó clara la necesidad de articular un nuevo enfoque integrado. La Resolución intenta fijar los elementos que dicho enfoque debería contener. El aspecto más significativo es que en ella se pide a la Comisión LIBE que elabore un informe estratégico de iniciativa exhaustivo sobre este tema y solicita medios adicionales para llevarlo a cabo.

Alain Cadec (PPE), *par écrit*. — La politique migratoire de la Méditerranée doit faire l'objet d'une attention toute particulière. Nous devons agir face aux drames liés à l'immigration illégale comme par exemple la tragédie de Lampedusa. Le texte qui a été approuvé par le Parlement propose une approche globale en matière de migration. J'ai voté en faveur. En effet, la résolution mentionne l'importance de rétablir les responsabilités équitablement entre les États membres et de faire preuve de solidarité à l'égard des pays qui reçoivent le plus grand nombre de réfugiés et de demandeurs d'asile sur leur territoire. Le renforcement opérationnel et financier de Frontex est également mis en avant. Nous avons besoin de garantir aux citoyens européens une sécurité optimale au niveau des frontières extérieures de l'Union.

Nicola Caputo (S&D), *per iscritto*. — Oggi ho votato a favore della proposta di risoluzione sulla situazione nel Mediterraneo e sulla necessità di un approccio globale dell'UE alle migrazioni nella consapevolezza dell'urgenza di implementare la strategia globale di cooperazione con i paesi terzi.

Nel 2014 sono morte oltre 3.000 persone nel Mediterraneo nel disperato tentativo di attraversarlo verso una vita migliore. Come se ciò non bastasse questi flussi sono diventati terreno privilegiato per la criminalità, che ha dato vita a una vera e propria tratta di esseri umani finalizzata allo sfruttamento della migrazione irregolare.

L'Unione europea deve compiere ogni sforzo possibile per salvare la vita di tali esseri umani e per garantire che tutti gli Stati membri rispettino gli accordi internazionali in materia di soccorso in mare, dando prova di solidarietà umanitaria e di impegno concreto, con il finanziamento e il contributo alle operazioni del nuovo programma congiunto «Triton» coordinate da Frontex.

Alberto Cirio (PPE), *per iscritto*. — Questo testo è molto importante per l'Italia e ho votato convintamente a favore perché sancisce ancora una volta il principio della solidarietà fra gli Stati nell'accoglienza dei migranti. L'Italia, in quanto paese protratto sui percorsi principali dei migranti, non ha umanamente altra scelta che accogliere. Tuttavia, in un sistema di frontiere condivise, è giusto che ognuno faccia la propria parte non solo in termini di risorse fornite ma anche in termini di assorbimento della manodopera proveniente da altri paesi. Si tratta di un tema che va ben monitorato, perché le successive risoluzioni legislative prendano nella dovuta considerazione la nostra posizione.

Carlos Coelho (PPE), *por escrito*. — Em 2013, terão sido mais de cem mil os imigrantes que tentaram atravessar o Mediterrâneo, desses estimam-se que terão morrido ou desaparecido mais de 500. Segundo a OIM, 2014 foi o ano mais mortal para os migrantes, estimando-se que cerca de 3000 mil pessoas tenham morrido a tentar cruzar o Mediterrâneo. Aliás, os especialistas confirmam que a probabilidade de os imigrantes morrerem enquanto fazem esta travessia tem vindo a aumentar nos últimos anos.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

Este ano, entram em vigor as novas regras para as operações de Busca e Salvamento em operações conjuntas da FRONTEX, das quais fui relator. Este novo instrumento não abrange, porém, operações estritamente nacionais de busca e salvamento. Ora, perante uma tamanha pressão migratória no Mediterrâneo, esta dualidade de regimes jurídicos pode revelar-se problemática.

Um ano depois da resolução do Parlamento sobre a tragédia de Lampedusa, esta resolução vai no bom caminho: temos de atacar a raiz dos problemas. No entanto, temos de lidar também, e rapidamente, com o que se vai passando no Mediterrâneo. Ou arriscamos que se torne num cemitério.

Lara Comi (PPE), *per iscritto*. - Quanto durerà ancora tutto questo? Per quanto tempo ancora vedremo arrivare sulle nostre coste o vedremo morire in mare centinaia di uomini, donne e bambini? L'Italia urla a gran voce da anni il bisogno di aiuto. I centri di accoglienza sono al collasso e gli sbarchi non fanno altro che aumentare. Dalla parte opposta della costa italiana non ci sono altro che Paesi in balia di una gravissima instabilità politica. A questo punto servono azioni concrete ovvero prevedere innanzitutto severe sanzioni penali contro la tratta di esseri umani ed il traffico di migranti, sia verso l'UE che al suo interno, e avviare programmi di reinsediamento che possano beneficiare di finanziamenti europei.

Ma non basta. Serve un'equa ripartizione delle responsabilità, serve solidarietà tra Stati membri e non abbandonare i paesi soggetti a sbarchi, come l'Italia, a doversi fare carico di tutte le responsabilità. Non posso che votare favorevolmente alla proposta di risoluzione poiché delinea una serie di azioni da intraprendere. Ma sappiamo bene che il problema da risolvere è a monte: serve un rafforzamento dei partenariati con i Paesi di transito, come la Libia, ma soprattutto è necessario contribuire al ripristino della stabilità e della democrazia di quei Paesi coinvolti ancora da gravi conflitti.

Therese Comodini Cachia (PPE), *in writing*. — I have voted in favour of this resolution, even if I am disappointed with its content, which is more rhetorical than practical and often repeats what has already been said. The tragedies occurring in the Mediterranean need more action and less talk. The Commissioner for Migration, Home Affairs and Citizenship needs to take strong action that – at minimum – will effectively implement the suggestions incorporated in this resolution.

In relation to human trafficking and smuggling, while ensuring strong criminal sanctions may be a deterrent, strong preventive measures, which include the identification of smuggling routes and trafficking gangs through closer cooperation between Member States and third countries, are necessary. The effectiveness of information campaigns addressed to those who end up being victims of trafficking or smuggling is dubious unless the causes that lead persons to become victims are seriously addressed.

The resolution fails to mention the political unrest that has existed for a while in a number of third countries, not least in Libya. The consequences of continuous unrest in Libya will continue to make migration management within the Mediterranean unmanageable. The EU must ensure that operational support is provided to Member States such as Malta, which face a difficult challenge in managing immigration.

Ignazio Corrao (EFDD), *per iscritto*. — Secondo i dati dell'Organizzazione internazionale per le migrazioni, nel 2014 sono morte almeno 3072 persone nel Mediterraneo. È necessario compiere ogni sforzo possibile per salvare la vita delle persone in pericolo e di garantire che gli Stati membri rispettino i propri obblighi internazionali in materia di soccorso in mare, al fine di predisporre una strategia globale di cooperazione con i paesi terzi, in particolare quelli dell'Africa subsahariana, del Nord Africa e del Medio Oriente, per quanto concerne l'assistenza umanitaria, finanziaria e politica, anche nell'ambito dell'applicazione della legge e di chiedere chiarimenti circa il ruolo delle politiche in materia di protezione regionale, reinsediamento e rimpatrio, inclusi gli accordi di gestione della migrazione dei paesi di origine e di transito. Per far fronte alle cause profonde della migrazione non ho potuto che votare a favore della presente risoluzione. Voto a favore in quanto i paesi terzi devono rispettare il diritto internazionale per quanto riguarda il salvataggio di vite umane in mare e devono garantire la protezione dei rifugiati nonché il rispetto dei diritti fondamentali.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

Javier Couso Permyu (GUE/NGL), *por escrito*. — No he podido votar a favor de esta propuesta de Resolución porque su objetivo, el de dar un mandato a la Comisión de Libertades Civiles, Justicia y Asuntos de Interior de esta Cámara para poner en marcha una comisión de investigación sobre la situación de la migración en el Mediterráneo ha quedado muy diluido. Pero, más importante todavía, la Resolución no rechaza el pilar fundamental de la política hacia la inmigración de la UE: Frontex. Se trata de una política migratoria que se fundamenta en una visión represiva de la misma, obviando las causas de raíz de la misma: si existe el fenómeno de la migración desde los países del sur del Mediterráneo hacia los países de la UE es porque desde Europa seguimos expoliando los recursos naturales de esos países, impidiéndoles así una prosperidad económica y un futuro para sus pueblos. Si siguen llegando migrantes desde África a nuestras costas es porque seguimos alentando guerras en sus países que los empujan a abandonarlos. Por todo ello he votado en contra de esta propuesta de Resolución.

Andi Cristea (S&D), *în scris*. — În primele nouă luni ale anului 2014, conform Organizației Internaționale pentru Migrație, cel puțin 3 072 de persoane și-au pierdut viața în Marea Mediterană.

Este cunoscut faptul că traficanții de persoane și membrii filierelor de imigrație clandestină profită de pe urma imigrației ilegale. Aceste rețele reprezintă un risc major pentru viețile migranților și o problemă pentru UE.

Statele Membre au datoria să respecte obligațiile internaționale ce le revin în materie de salvare pe mare.

Consider că este esențială o abordare globală a fenomenului migrației, precum și evaluarea constructivă a strategiei globale de cooperare cu țările terțe, inclusiv cu Africa Subsahariană, Africa de Nord și Orientul Mijlociu, cu privire la asistența umanitară, financiară și politică.

Miriam Dalli (S&D), *in writing*. — I am glad to have followed this resolution from the very beginning, and glad for the LIBE Committee to focus on the Mediterranean as it is crucial that the momentum on this discussion is kept up on the European Parliament level. This resolution sets out the need for the EU to adopt a more holistic approach to migration, something which I have been harping on throughout previous plenary sessions. This resolution mentions a number of actions including legal entry systems; co-operation with third countries; more consistency between EU migration, development and foreign policies. This resolution can also give the tools needed to push Parliament into taking an ambitious step forward and finally examining all the interconnected areas of migration. Hence I voted in favour of this resolution.

Rachida Dati (PPE), *par écrit*. — La gestion des flux migratoires en Europe constitue une des préoccupations principales des citoyens européens. Avec cette résolution, nous demandons plus de solidarité entre les États membres, que ce soit pour la gestion des demandes d'asile ou pour les différentes opérations de renforcement des contrôles aux frontières. Mais nous appelons aussi la Commission européenne à entendre nos revendications pour un renforcement de l'agence Frontex, essentielle à la protection des frontières extérieures. Un rapport récent du Haut-Commissariat aux réfugiés a fait état de près de 3 500 migrants morts en Méditerranée depuis le début de l'année. Face à cette tragédie, agissons sans plus tarder!

Isabella De Monte (S&D), *per iscritto*. — Almeno 3.419 migranti hanno perso la vita nel Mar Mediterraneo da gennaio ad oggi. Con i conflitti in Libia, Siria e Iraq, l'Europa è diventata la principale meta dei migranti via mare e il Mediterraneo è diventato la «strada più mortale del mondo». Ho votato a favore di questa proposta di risoluzione perché ritengo che l'Unione europea debba dimostrarsi più solidale nei confronti degli Stati membri che accolgono il maggior numero di rifugiati e richiedenti asilo e assumersi al contempo la giusta parte di responsabilità nei confronti dell'immigrazione per prevenire ulteriori perdite di vite umane in mare.

Marielle de Sarnez (ALDE), *par écrit*. — S'il y a une grande question qui nécessite une réponse commune européenne, c'est bien la question des migrations. Il est vraiment temps que les chefs d'État et de gouvernement avancent pour construire une politique commune d'immigration qui doit reposer sur quatre piliers.

Le premier, c'est une vraie sécurisation et une vraie surveillance – et protection – de nos frontières extérieures, par air, par terre, par mer avec, entre autre, des garde-côtes européens. Le deuxième point est le corollaire de cela: il faut que l'on ait un droit d'entrée régulé dans l'Union européenne avec, pourquoi pas, des quotas par pays en matière d'immigration. Le troisième point est sans doute le plus urgent: il faut une harmonisation de notre droit d'asile. On ne peut plus continuer avec des délais de six mois à cinq ans selon les pays pour avoir une réponse. Ceci n'est pas raisonnable. Quatrième point: il faut évidemment une politique de développement, un vrai partenariat avec les pays d'origine et une politique étrangère qui concourt à la stabilité des pays qui nous entourent.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

Ангел Джамбазки (ECR), в писмена форма. — Уважаеми господин Председател, уважаеми колеги,

Подкрепих резолюцията, защото ситуацията в Средиземноморието, причинена от огромния миграционен натиск, е изключително тревожна и тежка. Така наречената Арабска пролет, финансирана и организирана от световни петролни лобита и разузнавателни агенции, срина държави и запали граждански войни в Сирия, Ирак, Египет и Либия, като даде възможност и широко поле за изява на крайните ислямски екстремисти от ИД. Тази терористична организация, финансирана и организирана от Катар, Саудитска Арабия и Турция, предприе терористични действия срещу християни, кюрди, язиди, шиити и други религиозни и етнически общности, живели хилядолетия мирно на тези територии.

Този нечуван от Средновековието терор принуди стотици хиляди хора да потърсят спасение в емиграция. Отделно от това – бедността, престъпността, липсата на перспектива, социалният разпад и най-вече блянът „европейски социални помощи“ тласка стотици хиляди хора от Африка към границите на ЕС. Граничните държави на ЕС са изправени пред цунами от бежанци и нелегални мигранти. Напрежението по тези граници расте неимоверно. Има дни, в които българската граница се преминава нелегално от стотици нелегални мигранти, прехвърляни от турската държава, в крещящо нарушение на всички международни правила и споразумения. Българската държава не може да издържи на тази организационна и социална тежест. Настоявам за истинска, реална европейска солидарност по темата.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI), γραπτώς. — Καταψήφισα την πρόταση ψηφίσματος Β8-0362/2014, διότι θα έπρεπε να είχαν εξεταστεί και οι λόγοι που ωθούν στην παράνομη μετανάστευση. Επιπλέον, αντιτίθεται στη χρηματοδότηση που διατίθεται για την υλοποίηση προγραμμάτων επανεγκατάστασης των μεταναστών στα κράτη μέλη της Ευρωπαϊκής Ένωσης.

Cornelia Ernst (GUE/NGL), in writing. - I fully support the conclusion of the resolution to task the LIBE committee with conducting an assessment of the current policies of asylum and migration, including additional resources to perform this task.

However, I abstained in the final vote because the text also calls for swift processing, in collaboration with third countries of transit and origin, and of return for those who do not qualify for asylum and protection in the EU. This effectively means that decisions on asylum claims are prejudiced, thereby seriously undermining the whole asylum system. Processing of any claim for asylum should never be done in collaboration with the country of origin.

Jonás Fernández (S&D), por escrito. — Hace más de un año, tras la tragedia de Lampedusa, el PE aprobaba una Resolución sobre los flujos migratorios en el Mediterráneo y el Consejo crearía un grupo especial. Le siguieron varias comunicaciones de la Comisión. El mes pasado, el Consejo adoptaba medidas para gestionar mejor los flujos migratorios y, en el pasado Pleno, expresamos la necesidad de un enfoque integral de la UE frente a la migración. Pese a todo, se han seguido produciendo muertes y no se aprecia el deseado cambio de enfoque sobre la inmigración, víctima de una mirada negativa que obvia las oportunidades que ofrece y no da alternativas a la inmigración legal. Esta Resolución fija los elementos que un enfoque integral debe contener y pide a la Comisión LIBE un informe estratégico sobre el tema. Plantea además cuestiones como el ejercicio de la solidaridad y el reparto equitativo de la carga que impone el artículo 80 del TFUE, obligaciones en materia de salvamento y de lucha contra mafias, extensión del mandato de Frontex, establecimiento de rutas seguras para la inmigración, mejora del reasentamiento y mejora de las políticas y la gestión de los fondos de inmigración. Por todo ello, he votado a favor de la propuesta de Resolución.

João Ferreira (GUE/NGL), por escrito. — Esta resolução insiste no apoio a uma política de imigração que é responsável pela morte de milhares de pessoas no Mediterrâneo, na sua esmagadora maioria jovens procurando fugir a guerras, à criminalidade, ao desemprego, à miséria e à fome, na busca de melhores condições de vida para si e para as suas famílias, apesar dos riscos da travessia.

O reforço da política de fronteiras e de segurança e a defesa da melhoria do futuro papel da FRONTEX deixa clara a intenção de manter e aprofundar uma política que transformou a UE numa fortaleza onde, para chegarem, os imigrantes se têm de submeter ao tráfico e às redes criminosas que proliferam na sombra da repressão e da criminalização dos imigrantes. E insiste-se na orientação do estabelecimento de acordos com os países de trânsito ou de origem para levarem a cabo o papel sujo da repressão e do impedimento da chegada à UE.

A defesa do aprofundamento destas políticas pela direita e a social-democracia permite antever os limites do eventual estabelecimento de uma comissão de inquérito.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

Votámos contra.

Monika Flašíková Beňová (S&D), *písomne*. — Podľa medzinárodnej organizácie pre migráciu počas prvých deviatich mesiacov roku 2014 zahynulo v stredozemnom mori viac ako 3000 osôb. Okrem toho niektoré správy hovoria o približne 500 migrantoch zavraždených po tom, ako obchodníci s ľuďmi napadli a potopili loď, ktorá mala migrantov prepraviť z Egypta do Európskej únie. Záchranárska a pozorovacia operácia Talianska Mare Nostrum zachránila v priebehu 364 dní viac ako 150 000 migrantov, avšak talianska vláda nie je ďalej schopná samostatne túto operáciu financovať a dnes nie je jasné, aké budú príspevky členských štátov na spoločnú operáciu Triton. Je preto nevyhnutné aby Európska únia spravodlivo prerozdělila zodpovednosť a solidaritu voči členským štátom, ktoré sú vystavené najvyššiemu počtu utečencom a žiadateľov o azyl.

Lorenzo Fontana (NI), *per iscritto*. — La risoluzione non è controversa e anzi va nella direzione da noi auspicata di un approccio globale, non solo italiano, alla questione dell'immigrazione. Voterò favorevolmente anche se molto probabilmente sarà assolutamente inutile visto che sarà l'ennesimo appello senza un'effettiva risposta da parte degli Stati membri.

Λάμπρος Φουντούλης (NI), *γραφτώς*. — Είμαι κατά της πρότασης ψηφίσματος Β8-0362/2014, διότι θα έπρεπε να είχαν εξεταστεί και οι λόγοι που ωθούν στην παράνομη μετανάστευση. Επιπλέον, καταψηφίζω τη χρηματοδότηση που διατίθεται για την υλοποίηση προγραμμάτων επανεγκατάστασης των μεταναστών στα κράτη μέλη της Ευρωπαϊκής Ένωσης.

Mariya Gabriel (PPE), *par écrit*. — J'ai voté en faveur de cette résolution parce qu'elle témoigne de notre engagement fort et de notre volonté à participer activement au travail de la Commission concernant le renouvellement de la stratégie de sécurité intérieure. Cette résolution met l'accent sur le plein respect de la Charte des droits fondamentaux. Si la sécurité de toutes les personnes vivant dans l'Union est une priorité, elle ne saurait être assurée au détriment de leurs droits les plus fondamentaux. Nous insistons également dans cette résolution sur l'importance d'identifier et de combattre les nouvelles menaces, dont la traite des êtres humains, pour lesquelles une approche globale et intégrée s'avère nécessaire. Enfin, nous rappelons qu'il convient d'assurer une cohérence entre les dimensions interne et externe de la sécurité qui sont indissolublement liées, ainsi qu'une synergie entre les différents instruments dont nous disposons, notamment dans le domaine de la justice et des affaires intérieures et de la politique étrangère et de sécurité commune.

Francesc Gambús (PPE), *por escrito*. — He votado a favor de la propuesta de Resolución sobre la situación en el Mediterráneo y la necesidad de un enfoque holístico de la UE por representar un drama humanitario al que la UE ha de hacer frente para evitar que se repitan tragedias como la de Lampedusa. Según la Organización Internacional para las Migraciones en los primeros nueve meses de 2014 al menos 3 072 personas han fallecido en el mar Mediterráneo cuando intentaban llegar a las costas de Europa. Hay que poner toda nuestra determinación en acabar con los contrabandistas y los traficantes de seres humanos que explotan la inmigración irregular y que suponen un riesgo grave para la vida de los migrantes. La UE debe tomar conciencia de que la inmigración irregular es un problema que afecta a toda la Unión, por lo que es imprescindible dotarse de un enfoque integral respecto a esta problemática. Los Estados deben dotar a Frontex de los medios necesarios y colaborar estrechamente para el buen control de las fronteras de la UE, especialmente en el mar Mediterráneo. Del mismo modo, es imprescindible seguir cooperando con los países de origen y de tránsito, a fin de abordar las causas de la migración.

Iratxe García Pérez (S&D), *por escrito*. — Hace más de un año, tras la tragedia de Lampedusa, el PE aprobaba una Resolución sobre los flujos migratorios en el Mediterráneo y el Consejo crearía un grupo especial. Le siguieron varias comunicaciones de la Comisión. El mes pasado, el Consejo adoptaba medidas para gestionar mejor los flujos migratorios y, en el pasado Pleno, expresamos la necesidad de un enfoque integral de la UE frente a la migración. Pese a todo, se han seguido produciendo muertes y no se aprecia el deseado cambio de enfoque sobre la inmigración, víctima de una mirada negativa que obvia las oportunidades que ofrece y no da alternativas a la inmigración legal. Esta Resolución fija los elementos que un enfoque integral debe contener y pide a la Comisión LIBE un informe estratégico sobre el tema. Plantea además cuestiones como el ejercicio de la solidaridad y el reparto equitativo de la carga que impone el artículo 80 del TFUE, obligaciones en materia de salvamento y de lucha contra mafias, extensión del mandato de Frontex, establecimiento de rutas seguras para la inmigración, mejora del reasentamiento y mejora de las políticas y la gestión de los fondos de inmigración. Por todo ello, he votado a favor de la propuesta de Resolución.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

Eider Gardiazabal Rubial (S&D), por escrito. — Apoyo firmemente esta propuesta de Resolución por su importancia a favor de una estrategia de la Unión sobre la inmigración así como para intentar evitar las tragedias en el mar Mediterráneo.

En ella se destacan los elementos que un enfoque integral debe contener, como la importancia de potenciar las rutas seguras y legales de entrada a la Unión Europea (UE), la necesidad de prestar más atención a la actividad criminal de los contrabandistas y traficantes, y la posibilidad de fortalecer el reasentamiento.

Asimismo también se hace hincapié en que la UE debe compartir de manera equitativa la responsabilidad y la solidaridad hacia los Estados miembros que reciben el mayor número de refugiados y solicitantes de asilo; la Unión debe garantizar el acceso seguro y legal a su sistema de asilo y explorar vías de inmigración legal.

La Comisión de Libertades Civiles tendrá que analizar las distintas políticas de inmigración en la UE y formular recomendaciones que incluirá en un informe estratégico que presentará antes de finales de 2015.

Neena Gill (S&D), in writing. - I voted in favour of this motion for resolution because a holistic approach to EU migration is disgracefully long overdue. President Juncker promised us yesterday the Commission would increase coordination and effectiveness in its work. The fact that over 3 500 people lost their lives this year trying to cross the Mediterranean is why it should lose no time fulfilling this promise.

What we need is coordinated internal and external policies, and I am sad to say the idea of a migration policy that lowers the burden on both migrants and EU citizens seems to be lost on many governments, including the UK's: how can we stop our citizens' wages being undercut if prosecutions for illegal exploitation of migrant workers by gang-masters have dropped by 84%?

Meanwhile, an additional 200 million people could be displaced due to climate change by 2050, yet some parties in the UK and elsewhere are trying to block the adoption of strong targets to tackle global warming.

If we want to move forward on solving issues related to migration, a smart, coordinated and humane approach is the only way to go.

Tania González Peñas (GUE/NGL), por escrito. - He votado en contra porque el texto no aborda varios temas cruciales para afrontar la dramática y desesperada situación en el Mediterráneo que viven los migrantes que intentan alcanzar Europa. Por un lado, no se acuerda poner en marcha una comisión de investigación, lo que es para mí una prioridad. El texto habla de dotar de más recursos para audiencias y delegaciones ad hoc, lo que significa una inversión de esos recursos para tener una aproximación teórica a través de expertos, pero no se especifica la creación de una comisión de investigación. Por otro lado, se enfatiza el papel de Frontex, que se ha demostrado que no ha servido para frenar las muertes de los migrantes en el Mediterráneo. Dotar de más recursos policiales solo criminaliza a los migrantes y no reconoce la responsabilidad compartida de los Estados miembros de la UE y los países africanos. Se afianza por tanto la idea de Europa como fortaleza.

Françoise Grossetête (PPE), par écrit. — Mercredi matin, j'ai voté en faveur d'une résolution du Parlement européen sur la situation en Méditerranée et sur la nécessité d'une approche globale de la question des migrations de la part de l'Union européenne. Selon l'Organisation internationale pour les migrations, 3 072 personnes ont péri en Méditerranée au cours des neuf premiers mois de l'année 2014, ce qui illustre une fois de plus qu'il est impératif que chaque État membre mène à bien ses opérations de recherche et de sauvetage conformément à nos obligations morales et internationales. Cependant, je tiens à souligner que l'Union européenne doit également renforcer le contrôle de ses frontières afin d'éviter notamment les appels d'air qui conduisent le plus souvent à des situations dramatiques.

Sylvie Guillaume (S&D), par écrit. — J'ai voté en faveur de la résolution sur la situation en Méditerranée et sur la nécessité d'une approche globale de la question des migrations de la part de l'Union. Alors que la Commission européenne et le Conseil ont présenté une série d'actions à mener, notamment dans le cadre de la task-force pour la Méditerranée, il est indispensable que le Parlement adopte à son tour une stratégie davantage proactive, ne se borne pas à réagir aux diverses communications de la Commission ou bien encore aux Conclusions du Conseil, mais affirme dans le débat migratoire son rôle de force de propositions. Fort des résultats et recommandations de ce travail d'enquête, le Parlement doit proposer une autre politique migratoire pour l'Europe qui aborde ces questions selon une approche globale et transversale qui intègre notamment: les voies légales de migration, qu'elles soient existantes ou à promouvoir,

Mittwoch, 17. Dezember 2014

l'accès effectif aux procédures d'asile et le développement d'alternatives pour les personnes en quêtes de protection internationale ainsi qu'un partenariat renouvelé avec les pays tiers sur la base d'une coopération d'égal à égal et d'une interaction mutuellement profitable. C'est en tout cas l'impulsion et la réorientation que nous, socialistes, comptons défendre au sein du Parlement européen.

Sergio Gutiérrez Prieto (S&D), *por escrito*. — Hace más de un año, tras la tragedia de Lampedusa, el PE aprobaba una Resolución sobre los flujos migratorios en el Mediterráneo y el Consejo crearía un grupo especial. Le siguieron varias comunicaciones de la Comisión. El mes pasado, el Consejo adoptaba medidas para gestionar mejor los flujos migratorios y, en el pasado Pleno, expresamos la necesidad de un enfoque integral de la UE frente a la migración. Pese a todo, se han seguido produciendo muertes y no se aprecia el deseado cambio de enfoque sobre la inmigración, víctima de una mirada negativa que obvia las oportunidades que ofrece y no da alternativas a la inmigración legal. Esta Resolución fija los elementos que un enfoque integral debe contener y pide a la Comisión LIBE un informe estratégico sobre el tema. Plantea además cuestiones como el ejercicio de la solidaridad y el reparto equitativo de la carga que impone el artículo 80 del TFUE, obligaciones en materia de salvamento y de lucha contra mafias, extensión del mandato de Frontex, establecimiento de rutas seguras para la inmigración, mejora del reasentamiento y mejora de las políticas y la gestión de los fondos de inmigración. Por todo ello, he votado a favor de la propuesta de Resolución.

Brice Hortefeux (PPE), *par écrit*. — Les députés européens ont adopté mercredi une résolution sur la situation en Méditerranée qui plaide pour une approche globale en matière de migrations.

Cette résolution est une bonne initiative mais je regrette qu'aucun progrès notable n'ait été réalisé depuis l'adoption du pacte européen pour l'immigration et l'asile, dont j'ai été l'artisan en 2008.

Depuis le pacte, qui avait fédéré des gouvernements de droite, de gauche, y compris communiste, quelles initiatives d'envergure ont été menées? Je me réjouis de l'adoption de cette résolution qui rappelle combien il est urgent de développer une approche globale pour mieux gérer les flux migratoires. Cependant, cet appel du pied du Parlement européen révèle aussi que l'Europe est aujourd'hui plus dans la réaction que dans l'action.

La résolution propose une répartition équitable des responsabilités et davantage de solidarité à l'égard des États membres qui reçoivent le plus grand nombre de réfugiés et de demandeurs d'asile, le renforcement financier et opérationnel de Frontex, une stratégie globale de coopération avec les pays tiers, notamment en matière de réinstallation et de retour, la pénalisation des filières de traite des êtres humains et d'immigration illégale.

Pablo Iglesias (GUE/NGL), *por escrito*. - He votado en contra porque el texto no aborda varios temas cruciales para afrontar la dramática y desesperada situación en el Mediterráneo que viven los migrantes que intentan alcanzar Europa. Por un lado, no se acuerda poner en marcha una comisión de investigación, lo que es para mí una prioridad. El texto habla de dotar de más recursos para audiencias y delegaciones ad hoc, lo que significa una inversión de esos recursos para tener una aproximación teórica a través de expertos, pero no se especifica la creación de una comisión de investigación. Por otro lado, se enfatiza el papel de Frontex, que se ha demostrado que no ha servido para frenar las muertes de los migrantes en el Mediterráneo. Dotar de más recursos policiales solo criminaliza a los migrantes y no reconoce la responsabilidad compartida de los Estados miembros de la UE y los países africanos. Se afianza por tanto la idea de Europa como fortaleza.

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan*. — Glasao sam ZA Rezoluciju Europskog parlamenta o situaciji na Sredozemlju i potrebi za cjelovitim pristupom EU-a migraciji jer je potrebno raditi na rješavanju problema na Sredozemlju gdje dolazi do velikih gubitaka ljudskih života na moru.

Smatram da Europska unija i sve države članice trebaju adekvatno i pravovremeno reagirati te nametnuti stroge sankcije za trgovanje i krijumčarenje ljudi u EU. Neke države članice prihvaćaju najveći broj izbjeglica i tražitelja azila, stoga bi EU naspram njih trebala preuzeti dio odgovornosti i solidarnosti. Držim da je potrebno ojačati graničnu politiku te istovremeno zaštititi ljudska prava za sve migrante i brinuti za siguran i zakonit pristup sustavu Europske unije za azil.

Obzirom na važnost Sredozemlja za cijelu Europu, snažno podupirem cjeloviti pristup migraciji i neophodnu zajedničku strategiju.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

Marc Joulaud (PPE), *par écrit*. — J'ai voté en faveur de la résolution sur la situation en Méditerranée. Le texte préconise notamment une répartition équitable des responsabilités, davantage de solidarité à l'égard des États membres qui reçoivent le plus grand nombre de réfugiés et de demandeurs d'asile et de lourdes sanctions pénales à l'égard des filières de traite des êtres humains et d'immigration illégale.

La résolution a été adoptée à une large majorité, ce dont je me félicite.

Josu Juaristi Abaunz (GUE/NGL), *por escrito*. — EH Bildu ha votado en contra de la Propuesta de resolución sobre la situación en el mar Mediterráneo y la necesidad de un enfoque integral de la Unión frente a la migración porque dicha propuesta refuerza expresamente el papel de la agencia europea Frontex como guardiana de las fronteras exteriores de la Unión. Es decir, perpetúa la concepción de la Unión Europea como fortaleza y percibe la llegada de personas que buscan un futuro mejor y/o huyen de conflictos políticos, armados, o de crisis humanitarias como una cuestión de seguridad, es decir, como una amenaza.

La UE pretende exigir a terceros países que respeten principios básicos que ella misma desde luego no siempre aplica, como salvar vidas en el mar, garantizar la protección de los refugiados y respetar los derechos fundamentales.

Philippe Juvin (PPE), *par écrit*. — Face à la répétition des drames humains liés à l'immigration clandestine en Méditerranée, la réponse européenne s'est longtemps fait attendre. Je salue donc le vote de cette résolution qui insiste sur une répartition équitable des responsabilités et davantage de solidarité à l'égard des États membres qui reçoivent le plus grand nombre de réfugiés et de demandeurs d'asile. Il était également important de prôner le renforcement financier et opérationnel de Frontex et du Bureau européen d'appui en matière d'asile (EASO) mais aussi d'appeler à de lourdes sanctions pénales à l'égard des filières de traite des êtres humains et d'immigration illégale. En outre, l'UE doit s'engager dans une stratégie globale de coopération avec les pays tiers en matière d'aide, de co-développement et de répression pour décourager l'immigration clandestine.

Afzal Khan (S&D), *in writing*. — I supported the resolution as it can help the European Parliament to lay the foundations for a more proactive and flexible EU migration policy. The EU urgently needs to develop and safeguard legal routes into the EU for refugees and asylum seekers on the one hand, and for economic migrants on the other, as well as tackling criminal smugglers and human traffickers in the field of migration.

Béla Kovács (NI), *írásban*. - A migráció valós okairól, eredetéről egyetlen szó sem esik, talán azért, mert akkor fel kellene tárni, kik, miért és milyen eszközökkel támogatják a színes forradalmak kiobbantását. Érdekes módon Olaszországba sem özönlöttek mindaddig az afrikai menekültek, ameddig a líbiai vezető a helyén volt. A legújabb EU-s elképzelés az, hogy hazám is fogadjon be minél több menekültet a dél-nyugati irányból érkezettek közül, miközben az embercsempészek által közvetlenül hozzánk behozottak ellátását sem győzzük. Mindezért nyilvánvalóan támogathatatlan az adott állásfoglalás. A tarthatatlan helyzet felszámolása érdekében kormányzatunknak is illene hatékonyan fellépnie.

Kashetu Kyenge (S&D), *per iscritto*. — L'ampio sostegno di quest'Aula alla risoluzione è la riconferma della necessità di sviluppare un approccio globale verso il fenomeno migratorio. È nostra responsabilità assicurare un accesso sicuro e legale al sistema di asilo nei nostri territori, cercando di trovare anche nuovi canali di migrazione legale.

Abbiamo visto in questi anni aumentare in maniera esponenziale i morti nel Mediterraneo e abbiamo pertanto chiesto, a piena voce, di compiere ogni sforzo possibile per evitare nuove tragedie in mare. L'operazione Mare Nostrum è stata encomiabile e riconosciuta da tutti gli Stati membri; rimane invece nebulosa alla gran parte di noi l'operazione congiunta «Triton», sia in termini di mezzi e di risorse che di mandato.

Abbiamo inoltre reso necessario che gli obblighi di ricerca e soccorso siano effettivamente rispettati e che vengano destinati pertanto opportuni finanziamenti a tal fine nel medio e lungo periodo. Alla luce dei recenti scandali sull'utilizzo dei fondi, anche europei, destinati alla gestione delle emergenze, in particolare per le azioni concernenti la migrazione e l'asilo, abbiamo chiesto un'attenta analisi di come tali fondi sono spesi, anche al fine di evitare in futuro il ripetersi di forme scandalose e criminali di appropriazioni a danno delle categorie più deboli.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

Giovanni La Via (PPE), *per iscritto*. — Voto a favore della relazione dell'on. Claude Moraes in quanto essa rispecchia in pieno l'idea secondo cui, l'Unione europea dovrebbe implementare una serie di misure orientate alla definizione di un approccio olistico al problema della migrazione clandestina. Il voto di oggi chiarisce che la posizione che abbiamo portato avanti in questi ultimi mesi è largamente condivisa dai colleghi europarlamentari. La gestione di questa politica va condivisa tra tutti gli Stati dell'UE e i risultati raggiunti durante il semestre di Presidenza italiana ne sono prova. Non possiamo permettere alla criminalità organizzata di uccidere altri esseri umani durante le traversate della speranza.

Gabrielius Landsbergis (PPE), *raštu*. — Tragedija Lampedūzoje atskleidė imigracijos srautus ir mastą. Todėl nesustodami turime kalbėti apie legalią migraciją ir jos būdus, prieglobsčio politikos įgyvendinimą. Pirmiausia – žmogaus gyvybė ir jos išsaugojimas, todėl valstybės narės turi padaryti viską, kas įmanoma, kad būtų išvengta kitų panašių skaudžių žūčių jūrose. Anot Tarptautinės migracijos organizacijos, per pirmus devynis 2014 m. mėnesius Viduržemio jūroje žuvo mažiausiai 3 072 žmonės, todėl turime daryti viską, kad šie skaičiai kiek įmanoma sumažėtų, o visos valstybės narės valdydamos migracijos srautus veiktų sutelktai.

Juan Fernando López Aguilar (S&D), *por escrito*. — Hace más de un año, tras la tragedia de Lampedusa, el PE aprobaba una Resolución sobre los flujos migratorios en el Mediterráneo y el Consejo crearía un grupo especial. Le siguieron varias comunicaciones de la Comisión. El mes pasado, el Consejo adoptaba medidas para gestionar mejor los flujos migratorios y, en el pasado Pleno, expresamos la necesidad de un enfoque integral de la UE frente a la migración. Pese a todo, se han seguido produciendo muertes y no se aprecia el deseado cambio de enfoque sobre la inmigración, víctima de una mirada negativa que obvia las oportunidades que ofrece y no da alternativas a la inmigración legal. Esta Resolución fija los elementos que un enfoque integral debe contener y pide a la Comisión LIBE un informe estratégico sobre el tema. Plantea además cuestiones como el ejercicio de la solidaridad y el reparto equitativo de la carga que impone el artículo 80 del TFUE, obligaciones en materia de salvamento y de lucha contra mafias, extensión del mandato de Frontex, establecimiento de rutas seguras para la inmigración, mejora del reasentamiento y mejora de las políticas y la gestión de los fondos de inmigración. Por todo ello, he votado a favor de la propuesta de Resolución.

Paloma López Bermejo (GUE/NGL), *por escrito*. — No he podido votar a favor de esta propuesta de Resolución porque su objetivo, el de dar un mandato a la Comisión de Libertades Civiles, Justicia y Asuntos de Interior de esta Cámara para poner en marcha una comisión de investigación sobre la situación de la migración en el Mediterráneo ha quedado muy diluido. Pero, más importante todavía, la Resolución no rechaza el pilar fundamental de la política hacia la inmigración de la UE: Frontex. Se trata de una política migratoria que se fundamenta en una visión represiva de la misma, obviando las causas de raíz de la misma: si existe el fenómeno de la migración desde los países del sur del Mediterráneo hacia los países de la UE es porque desde Europa seguimos expoliando los recursos naturales de esos países, impidiéndoles así una prosperidad económica y un futuro para sus pueblos. Si siguen llegando migrantes desde África a nuestras costas es porque seguimos alentando guerras en sus países que los empujan a abandonarlos. Por todo ello he votado en contra de esta propuesta de Resolución.

Antonio López-Istúriz White (PPE), *por escrito*. — Se encarga a la comisión competente que lleve a cabo un análisis sobre cómo se gastan los fondos para asuntos de interior, incluidos los fondos de emergencia, en particular para acciones en los ámbitos de la migración y el asilo, el control de fronteras, la lucha contra los pasadores de fronteras y los traficantes, y el retorno, así como los fondos relativos a la política exterior y de desarrollo de la UE. Y que informe al Pleno mediante un informe de iniciativa estratégico antes de finalizar 2015.

Es necesario explorar iniciativas futuras que sigan los ejemplos positivos de reasentamiento, incluido el programa de reasentamiento voluntario previsto en el artículo 17 del Reglamento del Parlamento Europeo y del Consejo por el que se crea el Fondo de Asilo, Migración e Integración para mejorar el enfoque integral de la Unión frente a la migración y que mejore la situación en el mar Mediterráneo.

Por todos estos motivos, doy mi voto favorable a esta propuesta de Resolución.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

Bernd Lucke (ECR), schriftlich. — Diese Entschließung befasst sich mit einer Tragödie, die unbedingt beendet werden muss. Es gibt keinerlei Zweifel, dass Menschen in seeuntüchtigen Booten gerettet werden müssen. Es gibt auch keinen Zweifel, dass die EU und die Mittelmeeranrainer es nicht an Ressourcen fehlen lassen dürfen, um dies zu gewährleisten. Aber noch wichtiger ist es, und das ist ein zentraler Punkt, der in der Entschließung nicht ausreichend gewürdigt wurde, dass es künftig keine Anreize mehr gibt, auf dem Seeweg (und damit illegal) Aufnahme in der EU zu finden. Solange diese Hoffnung besteht, werden immer wieder Menschen ihr Leben aufs Spiel setzen, und das können wir nicht wollen. Es muss deshalb erreicht werden, dass auf See aufgegriffene Menschen, die illegal in die EU zu kommen hoffen, umgehend in ein sicheres Land außerhalb der EU zurückgeführt werden, von wo aus diese Menschen auf legalem Wege die Einreise in die EU beantragen können. Nur so wird der Flüchtlingsstrom über See sicher versiegen und nur so können weitere tragische Todesfälle verhindert werden.

Ich habe mich bei dieser Entschließung enthalten, weil dieser wichtige Punkt in der Entschließung allenfalls angedeutet wurde. Es ist aber wichtig, gerade die unbequemen Wahrheiten auch offen auszusprechen.

Krystyna Łybacka (S&D), na piśmie. - Głosowałam za przyjęciem rezolucji w sprawie sytuacji w regionie Morza Śródziemnego oraz potrzeby opracowania całościowego podejścia UE do migracji. Zgodnie z rezolucją uważam, że należy przyjrzeć się dalszym możliwościom legalnej migracji. Musimy pamiętać, że społeczeństwo europejskie starzeje się i że już teraz w pewnych sektorach, branżach występuje deficyt pracowników, którego nie jesteśmy w stanie wypełnić. Dlatego migracja jest w pewnym sensie nieuniknioną koniecznością, którą musimy wykorzystać tak, aby z jednej strony wypełnić luki na europejskim rynku pracy, a z drugiej pomóc migrantom, którzy szukają wsparcia w Unii Europejskiej. Cieszy mnie, że takie podejście jest zgodne z priorytetami przewodniczącego Junckera, który zakłada, że organizowanie legalnej migracji leży w długoterminowym interesie Europy. Potrzebujemy jednak pilnych działań, aby ograniczyć liczbę tragedii nielegalnych imigrantów, którzy za wszelką cenę próbują dostać się do Unii, oraz zwalczać grupy przestępcze, handlarzy ludźmi organizujących nielegalne przemyty ludzi. W opracowaniu bardziej spójnego, wszechstronnego, skoordynowanego podejścia UE do migracji niezbędna jest również współpraca z krajami trzecimi i tranzytowymi w zakresie przyczyn migracji, ochrony, przesiedleń i powrotów migrantów. Kluczowym priorytetem we współpracy UE z krajami trzecimi w zakresie praw migrantów musi być ochrona praw człowieka. Niezależnie od statusu prawnego migrantów, wszystkie kraje powinny szanować ich godność oraz prawa człowieka.

Ivana Maletić (PPE), napisan. — Na temu situacije na Sredozemlju i potrebe za cjelovitim pristupom, sve grupe unutar Parlamenta dogovorile su kompromisni tekst koji bi uključivao važna pitanja poput sankcija za krijumčare i trgovinu ljudima.

Nadalje, uključena su i važna pitanja poput definiranja ugovora o jasnom upravljanju migracijama s trećim zemljama i jačanju granične politike svih članica i sigurnosti općenito. Izvješće uključuje i dijelove o pravnoj migraciji i preseljenju, zatim dijelove o provedbi zajedničkog europskog sustava azila s mogućim restriktivnim postupcima u slučaju povrede prava.

Podržala sam ovo Izvješće jer smatram da postoji potreba za rješavanjem problema migracija i za cjelovitim pristupom Europske unije trenutnoj situaciji. Pozivam na dijeljenje odgovornosti i solidarnosti prema zemljama koje dobivaju najveći broj izbjeglica i azilanata, bilo u apsolutnim ili proporcionalnim uvjetima.

Andrejs Mamikins (S&D), rakstiski. — Eiropas Savienība sen nevar izstrādāt kopīgu politiku attiecībā uz migrantiem, kuri bēg uz ES un kuru lielākā daļa iet bojā Vidusjūrā. Es runāju ar kolēģiem no Maltas — šī dalībvalsts pirmā pieņem migrantu viļņu un nav spējīga viena cīnīties pret to. Mums jāpalīdz gan bēgošiem cilvēkiem, gan Maltei, gan jāizstrādā politika attiecībā uz legālo un nelegālo imigrāciju uz ES. Es nobalsoju “par”.

Νότης Μαρτιάς (ECR), γραπτώς. — Υπερψήφισα τις προτάσεις ψηφίσματος σχετικά με την κατάσταση στη Μεσόγειο και την ανάγκη για μια ολιστική προσέγγιση της ΕΕ όσον αφορά τη μετανάστευση, γιατί δρομολογεί μια πρώτη αντιμετώπιση του κρίσιμου ζητήματος των μεταναστευτικών ροών, παρά τις σημαντικές επιφυλάξεις που έχω ήδη διατυπώσει με συνεχείς παρεμβάσεις μου στην Ολομέλεια του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

Barbara Matera (PPE), *per iscritto*. — La tragedia di Lampedusa pesa ancora come un macigno sulla coscienza dell'opinione pubblica e su quella della classe politica. Nonostante sia trascorso più di un anno da quel terribile avvenimento, l'Unione europea stenta ancora a fornire una risposta plausibile al problema dell'immigrazione verso le coste comunitarie.

Il mio sostegno nei confronti di questa risoluzione rappresenta un vero e proprio atto di coscienza. Essa rispecchia appieno l'idea secondo la quale speculazioni e sfruttamenti connessi al fenomeno migratorio debbano essere definitivamente scongiurati, attraverso l'implementazione di una strategia condivisa e responsabile, che coinvolga tutti gli Stati membri di questa Unione.

La risoluzione riflette accuratamente il bisogno di agire, in maniera coordinata e responsabile, in nome della volontà di porre fine a un eccidio di cui la società civile non può più permettersi di essere complice. Del documento ho apprezzato, in particolare, il riferimento alla necessità di sostenere gli Stati membri che accolgono un numero maggiore di rifugiati e di richiedenti asilo.

Georg Mayer (NI), *schriftlich*. — Der Vorschlag über einen ganzheitlichen Ansatz der EU für Migration hat meine Zustimmung nicht bekommen. Einige der erarbeiteten Themenbereiche sind nicht vollständig durchdacht und bedürfen einer nochmaligen Überarbeitung durch den zuständigen Ausschuss. Die Lage im Mittelmeerraum ist zwar angespannt, überhastete Entscheidungen werden jedoch nicht zu deren Entspannung beitragen.

Jean-Luc Mélenchon (GUE/NGL), *par écrit*. — Cette résolution a été le fruit d'une longue bataille contre la droite. Il s'agissait de ne pas reproduire la position adoptée lors des tragiques événements de Lampedusa qui était centrée sur une vision exclusivement policière des migrations. Cette fois-ci, des moyens accrus pour la commission en charge des politiques migratoires sont obtenus. Il est proposé «d'explorer d'autres voies d'immigration légale», d'assurer la réintégration des migrants ou encore d'améliorer les moyens du sauvetage en mer. Ce n'est pourtant pas davantage que l'exigent les obligations internationales auxquelles les États Membres ont adhéré. Cette résolution s'efforce de rappeler que les migrants sont victimes des trafiquants d'êtres humains et passeurs. Mais elle ne rappelle pas qu'ils sont tout également les victimes des politiques commerciales agressives de l'UE.

Je m'abstiens pour ne pas empêcher un texte qui a le mérite d'allouer un mandat de recherche et des fonds à la commission du Parlement pour se tourner vers une autre politique migratoire. C'est un début.

Nuno Melo (PPE), *por escrito*. — A situação que se vive no Mediterrâneo no que concerne aos imigrantes é muito preocupante e deve ser abordada de forma séria. Temos que juntar esforços, toda a UE, para acabar com as mortes naquele mar.

Só com uma solução abrangente conseguiremos ser eficazes.

Roberta Metsola (PPE), *in writing*. — As one of the EPP negotiators on this resolution, I voted in favour because it is my belief that the EU should step up its efforts as a whole to fulfil its international obligations. This resolution emphasises the need for a holistic approach to migration by the EU. This is the only way forward. The loss of life in the Mediterranean and the constant exploitation of innocent lives by trafficking networks are unacceptable and we need to step up our efforts in this regard.

Louis Michel (ALDE), *par écrit*. — Plus de 3 000 personnes ont perdu la vie en Méditerranée durant les neufs premiers mois de l'année 2014. Nous devons apporter des solutions ambitieuses afin que les États membres respectent leurs obligations internationales et sauvent la vie des personnes en danger. Une approche ambitieuse doit être menée à l'échelle européenne afin d'assurer un contrôle effectif de la migration tout en gardant une vision humaine. Dans ce cadre, il est impératif que l'UE alloue des moyens supplémentaires à l'agence européenne Frontex. De manière plus large, une réflexion doit être menée afin de proposer le plus rapidement des actions concrètes permettant de créer un cadre d'asile européen effectif et des voies de migration légales.

Marlene Mizzi (S&D), *in writing*. — I have voted in favour of the resolution on the Situation in the Mediterranean and the need for a holistic EU approach to migration. A new comprehensive European migration policy, reflecting the beneficial power of migration, is a moral, economic and social imperative for the EU.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

Angelika Mlinar (ALDE), schriftlich. — Ich habe für die Entschließung gestimmt. Ein ganzheitlicher Migrationsansatz ist der einzige Weg, um auf die Herausforderung zu reagieren, der sich die EU im Hinblick auf das Thema Einwanderung zurzeit stellen muss. Migrationsströme sind ein strukturelles Problem innerhalb der EU.

Die Kontrolle der Außengrenzen und die Asylpolitik haben einen großen Einfluss auf die Menschenrechte der Emigranten, und die Situation im Mittelmeer führt uns allen dies jeden Tag vor Augen. Wir bitten daher dringend darum, eine neue Strategie zur legalen Migration auf den Weg zu bringen.

In diesem Zusammenhang empfehle ich wärmstens, den Vorschlag der österreichischen Regierung zur Verteilung, der auf dem Solidaritätsprinzip fußt, in Betracht zu ziehen.

Bernard Monot (NI), par écrit. — La pression migratoire aux frontières de l'Europe connaît une augmentation sans précédent depuis le début de l'année. Les lucratives filières de passeurs exploitent la misère humaine, comme certains employeurs peu scrupuleux. L'approche européenne se veut équilibrée dans le propos, entre condamnation de ces réseaux et nécessité de développer l'aide au retour. Néanmoins, elle a démontré en pratique que la venue massive de clandestins était perçue comme une fatalité. L'Union impose aux États une prise en charge que ne peuvent plus supporter les économies déjà au bord de l'asphyxie sociale. En outre, l'afflux de clandestins déstabilise les procédures d'asile politique, qui sont détournées pour des motifs économiques. En définitive, il convient surtout d'unir les forces des pays membres pour combattre avec des moyens sans comparaison avec ce qu'ils sont aujourd'hui les mafias et montrer des signes de fermeté aux candidats à l'exil. La solution réside aussi dans l'aide au développement et l'arrêt du soutien aux régimes corrompus, plus que dans des politiques d'accueil naïves et passives. Face à la pression démographique du continent africain, l'Europe en récession ne peut sans cesse accueillir plus de réfugiés économiques.

Sophie Montel (NI), par écrit. — Le comportement de l'Union européenne face à la situation de l'immigration clandestine en Méditerranée est parfaitement inadmissible. Avec des opérations comme «Mare Nostrum» et maintenant «Triton», qui visent à récupérer les migrants en pleine Méditerranée pour les ramener directement sur le sol européen, l'Union européenne a créé un appel d'air vers les candidats à l'immigration illégale. Elle a aussi envoyé un signal d'encouragement aux passeurs sans scrupules, qui n'hésitent donc pas à mettre délibérément à la mer des embarcations en mauvais état pour que les migrants soient secourus. À l'instar de l'Australie, qui vient de renforcer sa politique en matière de migration, les solutions doivent être nationales et appliquées avec fermeté. J'ai évidemment voté contre cette résolution.

Claude Moraes (S&D), in writing. — The EU urgently needs to develop and safeguard legal routes into the EU for refugees and asylum seekers on the one hand, and for economic migrants on the other, as well as addressing the increasingly malevolent role played by criminal smugglers and human traffickers in the field of migration. This resolution lays the foundations for a more proactive and flexible EU migration policy.

Alessia Maria Mosca (S&D), per iscritto. — Accogliamo con favore la proposta di risoluzione che chiede un approccio unitario a livello europeo nei confronti dell'immigrazione e uno sforzo maggiore per prevenire ulteriori perdite di vite umane in mare. È oramai irrimandabile l'assunzione di responsabilità collettiva, da parte di tutti gli Stati membri, per un fenomeno dalle proporzioni impressionanti, che costa ogni anno la perdita di migliaia di vite umane e del quale si sono fatti carico in maniera prioritaria, fino ad adesso, i soli Stati europei di confine, come l'Italia. Oltre a un nuovo approccio condiviso al fenomeno migratorio, sottolineiamo la necessità di esaminare la strategia globale di cooperazione con i Paesi terzi e l'obbligo per tali Paesi di rispettare i diritti fondamentali e di assicurare la protezione dei rifugiati.

Alessandra Mussolini (PPE), per iscritto. — Il mio voto è a favore sulla risoluzione riguardante la situazione nel Mediterraneo e sul bisogno di un approccio olistico da parte dell'Unione europea al problema migratorio. C'è bisogno di un'equa ripartizione della responsabilità verso gli Stati membri che ricevono il più alto numero di rifugiati e richiedenti asilo e c'è altresì la necessità di combattere la tratta di esseri umani e stabilire un regime di sanzioni contro il traffico e contrabbando da parte degli Stati membri.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

József Nagy (PPE), *írásban*. – A Földközi-tenger nem válhat temetővé – ahogy Ferenc pápa is felhívta a figyelmünket az Európai Parlamenthez intézett novemberi beszédében. Felelősen kell tehát látnunk a migráció kérdését Európában, éppen ezért üdvözlöm a most elfogadott állásfoglalást.

Nem jókedvűkből ülnek emberek ezrei kis lélekvesztőkbe, hogy aztán a jó szerencsére bízva saját és családtagjaik életét, eljussanak a vágyva várt uniós földre. A problémák gyökerével kell foglalkoznunk. Súlyos szankciókat kiróva a felelőtlen embercsempész-hálózatokra, illetve konkrét lépésekben megegyezni a leginkább érintett harmadik országokkal egy közösen elfogadható, járható út megválasztásában.

A közös migrációs politikában az irányelvet csakis az emberi jogok jelenthetik. Meg kell akadályozni, hogy bűnbandák nyereségvágyból embereket kínozzanak, rabszolga sorba taszítsanak, és sok esetben gyilkoljanak. Az EU-nak új, erős stratégiára van szüksége, mely mellett fel tud sorakozni az összes tagállam, felelősen elosztva egymás között a munka terheit.

Younous Omarjee (GUE/NGL), *par écrit*. – Dans le contexte de la situation critique de la migration en Méditerranée, cette résolution vise principalement la mise en place d'une commission d'enquête et invoque la nécessité de plus de solidarité et de responsabilité de la part des États membres de l'Union. Il est en effet urgent d'améliorer les capacités de l'Union en matière de sauvetage en mer afin d'éviter que la Méditerranée continue de servir d'immense cimetière pour les réfugiés. J'ai voté en faveur de ce rapport.

Urmas Paet (ALDE), *kirjalikult*. — Toetasin ettepanekut, sest Euroopa Liit ja liikmesriigid peavad andma endast kõik, et hoida ära inimeste hukkmüne merel põgenikena. Ainuüksi selle aasta üheksa kuuga on Vahemerel hukkunud üle 3000 inimese. Tuleks välja töötada pikaajaline tegevuskava ning samuti tuleb üle vaadata julgeolekupoliitika selles piirkonnas. Tõsiselt tuleb tegeleda ka rände- ja varjupaiga küsimustega.

Κωνσταντίνος Παπαδάκης (NI), *γραφτως*. — Το ψήφισμα του Ευρωκοινοβουλίου για την κατάσταση στη Μεσόγειο και τη μεταναστευτική πολιτική της ΕΕ επιδιώκει την ενίσχυση της κοινής αντιμεταναστευτικής πολιτικής της ΕΕ και των κυβερνήσεων, των δυνάμεων καταστολής της FRONTEX, με την περαιτέρω χρηματοδότησή της από τα κράτη μέλη. Η πολιτική αυτή έχει ήδη οδηγήσει στον θάνατο χιλιάδες μετανάστες και πρόσφυγες, που, στην προσπάθειά τους να ξεφύγουν από τη φτώχεια, την πείνα και τις ιμπεριαλιστικές επεμβάσεις των ΗΠΑ, της ΕΕ και του ΝΑΤΟ στις πατρίδες τους, έρχονται αντιμέτωποι με κυκλώματα εμπορίας ανθρώπων και τις δυνάμεις καταστολής.

Τα αυξανόμενα κύματα μετανάστευσης είναι αποτέλεσμα των ιμπεριαλιστικών επεμβάσεων για τον έλεγχο των πλουτοπαραγωγικών πηγών και των δρόμων μεταφοράς ενέργειας, των αναγκών του κεφαλαίου για πάμφθηνη εργατική δύναμη.

Απαιτούμε εδώ και τώρα άμεσα μέτρα υποδοχής, φιλοξενίας κι ανακούφισης μεταναστών και προσφύγων· κατάργηση των στρατοπέδων συγκέντρωσης και των κανονισμών Δουβλίνο II και III· ταξιδιωτικά έγγραφα σε όσους επιθυμούν να μετακινηθούν σε άλλες χώρες.

Pier Antonio Panzeri (S&D), *per iscritto*. - Ho espresso il mio voto favorevole alla risoluzione del Parlamento europeo sulla situazione nel Mediterraneo e la necessità di un approccio globale dell'UE alle migrazioni, in quanto ritengo che queste ultime favoriscano il contatto tra differenti etnie, religioni e culture. In passato le differenze culturali tra le due rive del Mediterraneo venivano percepite come una ricchezza che portava a una reciproca contaminazione. Oggi, invece, il Mediterraneo è considerato solo una frontiera da pattugliare per prevenire i rischi derivanti da un'immigrazione irregolare e disordinata.

La migrazione dovrebbe invece essere vista come un'opportunità, in quanto, nei paesi europei si rischia un regresso demografico e l'alto tasso di natalità delle popolazioni della sponda sud del Mediterraneo è una ricchezza per l'Europa perché permetterebbe di colmare lo squilibrio della nostra piramide demografica. L'Europa ha infatti bisogno di manodopera immigrata a causa della sua struttura demografica sempre più vecchia.

È necessario agire in modo concertato per sfruttare al meglio l'opportunità della migrazione. L'onere non deve gravare esclusivamente sugli Stati membri che si trovano alle frontiere europee: risulta necessaria un'effettiva revisione dell'accordo di Dublino per superare l'approccio individualista che non agevola la cooperazione.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

Aldo Patriciello (PPE), *per iscritto*. — Ribadendo l'importanza di tali politiche nel Mediterraneo e la necessità di una soluzione definitiva, sono ad esprimere parere positivo al testo solo se fossero accettate le modifiche proposte dal mio gruppo.

Marijana Petir (PPE), *napisan*. — Podržala sam rezoluciju o situaciji na Sredozemlju i pozdravljam poticaj koji daje za doradu cjelovitog pristupa Europske unije problemu migracija.

Zastrašujući su podaci Međunarodne organizacija za migracije prema kojima je više od 3000 imigranata izgubilo živote u Sredozemnom moru tijekom ove godine, što više nego dvostruko premašuje broj izgubljenih života u rekordnoj 2011. godini. Time je 2014. godina postala „najpogubnija za Sredozemlje” gdje je upravo najviše ljudi poginulo pred vratima Europske unije tražeći bolji život.

Željela bih ponoviti poziv Pape Franje prilikom njegova posjeta Europskom parlamentu u studenom da „ne smijemo dopustiti da mediteranska obala postane veliko groblje”, te je potrebno odlučno djelovati radi sprečavanja i ponavljanja takvih ljudskih tragedija.

Ovaj dugotrajan i kompleksan izazov zahtjeva aktivnost, kako na razini Europske unije tako i u državama članicama, protiv trgovanja i krijumčarenja ljudima te zločinačkih mreža, osiguranje brzog i održivog povratka imigranata na čovječan i dostojanstven način te osiguranje njihovog prava na pristup europskom sustavu azila, ali i jačanje upravljanja vanjskim granicama EU-a.

Tu posebno pozivam na potporu i solidarnost s državama članicama koje prihvaćaju najveći broj izbjeglica i tražitelja azila te se tako suočavaju s velikim pritiskom.

Andrej Plenković (PPE), *napisan*. — Podržao sam rezoluciju Odbora za građanske slobode, pravosuđe i unutarnje poslove o situaciji na Sredozemlju i potrebi za cjelovitim pristupom EU-a migraciji. Zasedanje Europskog parlamenta u listopadu 2013. godine bilo je obilježeno tragedijom u Lampedusi i raspravom s Europskom komisijom o tome kako unaprijediti prijem izbjeglica u EU i na koji način treba mijenjati europsku migracijsku politiku. Mnogi imigranti koji bježe iz ratnih područja i dalje vrše pritisak na zemlje jugoistočne Europe, te se prema navodima Ujedinjenih naroda broj ljudi koji svoje domovine napuštaju u čamcima povećava iz dana u dan. Alarmanтна situacija i tragične scene s najmanje 3072 poginulih u Sredozemnom moru u prvih devet mjeseci 2014. godine zahtijevaju odlučan i cjelovit pristup migracijskoj politici Europske unije koja treba obuhvaćati široki spektar tema, snažnu interakciju između unutarnje i vanjske dimenzije politika EU-a, te suradnju svih aktera unutar EU institucija, država članica i trećih zemalja (tranzitne zemlje i zemlje podrijetla). Posebno pozdravljam uvođenje strogih kaznenih sankcija za trgovanje i krijumčarenje ljudima, te preporuku glede unapređenja uloge i djelovanja agencije Frontex i operacije Triton. Zaštita granica i zaštita života kroz Europski sustav nadzora vanjskih granica ključan je izazov EU-a.

Salvatore Domenico Pogliese (PPE), *per iscritto*. — Mi rallegro della risoluzione sulla situazione nel Mediterraneo e sul bisogno di un approccio olistico da parte dell'UE al problema migratorio. Si tratta di un testo equilibrato che abbiamo deciso in commissione LIBE a seguito di un costruttivo dibattito al quale ho dato il mio contributo.

L'approccio è umanitario e pragmatico: si fa appello al principio di solidarietà e all'equa ripartizione della responsabilità verso gli Stati membri che ricevono il più alto numero di rifugiati e richiedenti asilo in termini assoluti o relativi. Vengono espressi condivisibili dubbi riguardo all'operazione congiunta «Triton» coordinata da Frontex e operativa dal 1° novembre 2014, perché non è chiaro in che modo vengono stabiliti i contributi degli Stati membri e le esatte competenze.

Si rileva la necessità di combattere la tratta di esseri umani e stabilire un regime di sanzioni degli Stati membri contro la tratta e il contrabbando, nonché il bisogno di stabilire una cooperazione con i paesi terzi interessati dal fenomeno migratorio, per cercare di individuare insieme le giuste strategie in materia di rimpatrio e di asilo. Infine – è importante sottolinearla – vi è la proposta di trovare delle soluzioni concrete in tema del reinsediamento, inclusi gli accordi di gestione dei flussi.

Marcus Pretzell (ECR), *schriftlich*. — Nicht nur, aber in besonderem Maße durch die Ereignisse vor Lampedusa wurde der europäischen Öffentlichkeit vor Augen geführt, dass illegale Migration zu menschlichen Tragödien führt. Verantwortlich dafür sind in erster Linie die menschenverachtenden Schlepperbanden, die den Menschen ihr letztes Geld abnehmen und sie unter riskantesten Umständen über das Mittelmeer bringen. Aber auch jene Gruppen tragen Verantwortung, welche durch ihre Reden den Eindruck erwecken, Europa sei in der Lage, Abertausende Wirtschaftsflüchtlinge angemessen zu versorgen. Es ist schlimm genug, dass Menschen aufgrund wirtschaftlicher Schwierigkeiten ihr Land verlassen wollen. Es gilt aber festzuhalten, dass dies kein Asylgrund ist und auch nicht sein kann. Aufgrund der aktuellen Kriege in der arabischen Welt – allen voran Syrien – muss die EU viele Menschen aufnehmen, welche wahrlich Asyl verdienen.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

Solange die Regierungen die Notunterkünfte für Personen ohne Asylgrund öffnen, werden Kriegsflüchtlinge und Verfolgte auch weiterhin nicht den notwendigen Schutz in Europa finden können, den sie brauchen.

Franck Proust (PPE), *par écrit*. — Les drames qui se déroulent en Méditerranée doivent faire l'objet d'une attention plus soutenue de la part de l'Union européenne, qui doit renforcer l'action coordonnée de ses États membres. J'accueille donc favorablement cette résolution qui, par ailleurs, préconise l'augmentation des moyens financiers de Frontex et de la collaboration de l'Union avec les pays tiers sur cette question.

Paulo Rangel (PPE), *por escrito*. — Os diferentes conflitos no Médio-Oriente intensificaram os fluxos migratórios para os Estados-Membros da União Europeia, sendo que os diversos dramas de naufrágios das embarcações no Mediterrâneo alertaram sobre a situação humanitária pendente (mais de 3000 mortos em 2014). Considerando que a operação de salvamento italiana, denominada *Mare Nostrum* será progressivamente eliminada e são incertos os contributos que serão prestados à operação conjunta *Triton*, é importante reiterar a necessidade de uma política coordenada a nível europeu (através da FRONTEX e do GEAA) e, é importante ainda, que a UE assuma a sua quota-parte de responsabilidade e solidariedade para com os Estados-Membros que acolhem o maior número de refugiados. Da mesma maneira, é preciso incentivar as políticas de regresso voluntário, garantindo ao mesmo tempo a proteção dos direitos de todos os migrantes e facultando acesso seguro e legal ao sistema de asilo da UE. Por último, é necessário considerar uma análise sobre o modo como os fundos para os assuntos internos são despendidos neste contexto, em particular no combate ao contrabando e ao tráfico. Por esses motivos, votei favoravelmente a presente resolução que insta à elaboração, por parte do Parlamento, e antes do final de 2015, de um relatório de iniciativa estratégico.

Christine Revault D'Allonnes Bonnefoy (S&D), *par écrit*. — À la veille de la journée internationale des migrants, le Parlement européen a adopté une résolution sur la situation en Méditerranée qui défend la nécessité d'une approche européenne globale en matière de migrations. Selon le Haut-commissariat des Nations unies pour les réfugiés, la Méditerranée est devenue la route la plus mortelle du monde pour les migrants. Ce triste constat appelle à une réaction urgente et coordonnée de l'Union européenne et de ses États membres. Les députés européens défendent une politique migratoire cohérente et solidaire, une politique plus humaine et protectrice envers les migrants et les demandeurs d'asile. Pour éviter de nouvelles pertes de vies, il ne suffit pas de consacrer davantage de moyens au contrôle de nos frontières et à la lutte contre la criminalité organisée. La prise de conscience des États européens doit surtout passer par des engagements financiers plus importants pour la recherche et le sauvetage en mer ainsi que pour l'accueil des migrants. Garantir des routes sûres pour les réfugiés et les demandeurs d'asile vers l'Europe et ouvrir de nouveaux canaux légaux de migrations permettront également d'améliorer la situation sur le long terme. Face au défi des migrations, l'Europe doit enfin se donner tous les moyens pour réussir.

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D), *por escrito*. — Hace más de un año, tras la tragedia de Lampedusa, el PE aprobaba una Resolución sobre los flujos migratorios en el Mediterráneo y el Consejo crearía un grupo especial. Le siguieron varias comunicaciones de la Comisión. El mes pasado, el Consejo adoptaba medidas para gestionar mejor los flujos migratorios y, en el pasado Pleno, expresamos la necesidad de un enfoque integral de la UE frente a la migración. Pese a todo, se han seguido produciendo muertes y no se aprecia el deseado cambio de enfoque sobre la inmigración, víctima de una mirada negativa que obvia las oportunidades que ofrece y no da alternativas a la inmigración legal. Esta Resolución fija los elementos que un enfoque integral debe contener y pide a la Comisión LIBE un informe estratégico sobre el tema. Plantea además cuestiones como el ejercicio de la solidaridad y el reparto equitativo de la carga que impone el artículo 80 del TFUE, obligaciones en materia de salvamento y de lucha contra mafias, extensión del mandato de Frontex, establecimiento de rutas seguras para la inmigración, mejora del reasentamiento y mejora de las políticas y la gestión de los fondos de inmigración. Por todo ello, he votado a favor de la propuesta de Resolución.

Teresa Rodríguez-Rubio (GUE/NGL), *por escrito*. - He votado en contra porque el texto no aborda varios temas cruciales para afrontar la dramática y desesperada situación en el Mediterráneo que viven los migrantes que intentan alcanzar Europa. Por un lado, no se acuerda poner en marcha una comisión de investigación, lo que es para mí una prioridad. El texto habla de dotar de más recursos para audiencias y delegaciones ad hoc, lo que significa una inversión de esos recursos para tener una aproximación teórica a través de expertos, pero no se especifica la creación de una comisión de investigación. Por otro lado, se enfatiza el papel de Frontex, que se ha demostrado que no ha servido para frenar las muertes de los migrantes en el Mediterráneo. Dotar de más recursos policiales solo criminaliza a los migrantes y no reconoce la responsabilidad compartida de los Estados miembros de la UE y los países africanos. Se afianza por tanto la idea de Europa como fortaleza.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

Claude Rolin (PPE), *par écrit*. — J'ai voté cette résolution qui préconise une approche européenne globale en termes de migrations ainsi que davantage d'efforts et de moyens financiers et humains pour empêcher de nouveaux décès en mer... et ce alors qu'au moins 3 072 personnes ont perdu la vie en Méditerranée au cours des neuf premiers mois de 2014! Je suis en effet d'avis que l'Union européenne devrait davantage assumer sa part de responsabilité et se montrer davantage solidaire envers les États membres qui accueillent le plus grand nombre de réfugiés et de demandeurs d'asile. Cette nécessaire solidarité, que je prône et défends, implique aussi d'apporter une contribution suffisante aux budgets et aux opérations de l'agence européenne du contrôle des frontières, Frontex, et du Bureau européen en matière d'asile.

Fernando Ruas (PPE), *por escrito*. — Parece-me de elementar justiça e bom senso proceder a uma abordagem alargada às migrações, muito em especial às migrações económicas e muito especificamente às rotas de migração que passam pelo sul da Europa, seja no Mediterrâneo (incluindo o Adriático), via península da Anatólia ou através das ilhas atlânticas europeias.

Saliento por isso a pertinência desta pergunta oral, bem como o conteúdo desta resolução, que votei favoravelmente deixando, desde já, os meus parabéns ao relator.

Dado o rápido e assustador evoluir da situação, exige-se da Comissão Europeia e dos Estados Membros uma ação imediata, pelo que gostaria de sublinhar a inclusão no programa de Trabalho da Comissão para 2015 do capítulo *Uma agenda europeia em matéria de migração*, que pretende desenvolver *uma nova abordagem em matéria de migração legal para tornar a UE um destino atrativo para os talentos e as competências e melhorar a gestão dos fluxos migratórios para a UE através de uma maior cooperação com os países terceiros, de solidariedade entre os Estados-Membros e de luta contra o tráfico de seres humanos*, como se pode ler no texto apresentado pela Comissão aqui em Estrasburgo no passado dia 16 e que espero agora ver concretizado durante o próximo ano.

Tokia Saïfi (PPE), *par écrit*. — J'ai soutenu cette résolution qui est une première étape vers une approche globale de l'Union européenne sur la situation en Méditerranée et la question des migrations.

Cette approche globale en matière de migration permettra une répartition équitable des responsabilités et davantage de solidarité à l'égard des États membres qui reçoivent le plus grand nombre de réfugiés et de demandeurs d'asile.

Il s'agit également de mettre en place une stratégie globale de coopération avec les pays tiers et de renforcer le financement et le fonctionnement de l'agence Frontex ainsi que du Bureau européen d'appui en matière d'asile.

Je me félicite de l'adoption de cette résolution; cette approche globale touchera l'ensemble des citoyens européens et pourrait participer notamment à la résolution de la situation à Calais.

Lola Sánchez Caldentey (GUE/NGL), *por escrito*. — He votado en contra porque el texto no aborda varios temas cruciales para afrontar la dramática y desesperada situación en el Mediterráneo que viven los migrantes que intentan alcanzar Europa. Por un lado, no se acuerda poner en marcha una comisión de investigación, lo que es para mí una prioridad. El texto habla de dotar de más recursos para audiencias y delegaciones ad hoc, lo que significa una inversión de esos recursos para tener una aproximación teórica a través de expertos, pero no se especifica la creación de una comisión de investigación. Por otro lado, se enfatiza el papel de Frontex, que se ha demostrado que no ha servido para frenar las muertes de los migrantes en el Mediterráneo. Dotar de más recursos policiales solo criminaliza a los migrantes y no reconoce la responsabilidad compartida de los Estados miembros de la UE y los países africanos. Se afianza por tanto la idea de Europa como fortaleza.

Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito*. - No he podido votar a favor de esta propuesta de Resolución porque su objetivo, el de dar un mandato a la Comisión de Libertades Civiles, Justicia y Asuntos de Interior de esta Cámara para poner en marcha una comisión de investigación sobre la situación de la migración en el Mediterráneo ha quedado muy diluido. Pero, más importante todavía, la Resolución no rechaza el pilar fundamental de la política hacia la inmigración de la UE: Frontex. Se trata de una política migratoria que se fundamenta en una visión represiva de la misma, obviando las causas de raíz de la misma: si existe el fenómeno de la migración desde los países del sur del Mediterráneo hacia los países de la UE es porque desde Europa seguimos expoliando los recursos naturales de esos países, impidiéndoles así una prosperidad económica y un futuro para sus pueblos. Si siguen llegando migrantes desde África a nuestras costas es porque seguimos alentando guerras en sus países que los empujan a abandonarlos. Por todo ello he votado en contra de esta propuesta de Resolución.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

Davor Škrlec (Verts/ALE), napisan. — Podržao sam spomenutu rezoluciju jer smatram kako je Europska unija dužna zaštititi ljudski život te biti primjer dostojanstvenog postupanja s izbjeglicama. Više od 23 tisuće poginulih i nestalih migranata od 2000. godine tragičan su pokazatelj potrebe za uspostavom efikasnog mehanizma prevencije. Najveće strategije prevencije treba razvijati na Sredozemlju s obzirom na činjenicu kako se osam od deset takvih tragičnih smrti dogodi na moru.

Moramo djelovati solidarno i suosjećajno jer vrijednost ljudskog života ne smije biti određena granicama. Zabrinjavajući broj migranata u Italiji, Grčkoj i Malti ne tiču se samo tih država, već cjelokupne Europske Unije, a pravedna raspodjela odgovornosti među članicama korak je ka ostvarivanju održive migrantske i azilantske politike Europske unije.

Iz tog razloga smatram kako su Europi potrebni mehanizmi koje pružaju pomoć izbjeglicama poput talijanske operacije Mare Nostrum koja je spasila preko 150 tisuća izbjeglica u Mediteranu.

Monika Smolková (S&D), písomne - To, čo sa deje v dôsledku konfliktu v Sýrii, čo sa stalo v blízkosti Lampedusy, to že za deväť mesiacov v roku 2014 zahynulo v Stredozemnom mori vyše 3000 ľudí, že približne 500 migrantov bolo zavraždených potom, ako obchodníci s ľuďmi zrejme napadli a zámerne potopili loď, som hlasovala za prijatie uznesenia. Prijatie uznesenia považujem za naliehavé a je najvyšší čas vyvinúť maximálne úsilie na záchranu životov ľudí v nebezpečenstve a zamedziť ďalšiu stratu životov na mori. Okrem úloh, ktoré budú čakať Frontex, očakávam prijatie opatrení na zabezpečenie spoločného európskeho azylového systému, očakávam aj preskúmanie celkovej stratégie spolupráce s tretími krajinami s cieľom riešiť hlavné príčiny migrácie. Situácia v Stredozemnom mori nenecháva ľahostajným nikoho, preto som rada, že medzi prioritami Komisie na rok 2015 je aj riešenie otázky migrantov.

Barbara Spinelli (GUE/NGL), per iscritto. - La risoluzione nasce in un contesto politico ed istituzionale molto difficile: il programma del Consiglio post-Stoccolma e le iniziative proposte dalla Commissione si concentrano sulla lotta all'immigrazione irregolare. Vista la recente adozione del pacchetto sull'asilo (2013), non sono previsti né strumenti né iniziative per rivederne le lacune. È a questo punto che diversi gruppi politici (GUE/NGL, ALDE, S&D, VERDI e i 5 stelle nell'EFDD) hanno concepito l'idea di una risoluzione sul Mediterraneo che consenta una riflessione di fondo sulle questioni legate all'immigrazione e all'asilo, senza limitarsi ad aspettare le (debolissime o assenti) riforme proposte dalla Commissione.

L'idea è di dare al Parlamento europeo un vero potere «proattivo» in questo campo, attribuendo alla Commissione LIBE un ruolo protagonista e le risorse finanziarie per poterlo svolgere.

Da qui l'importanza cruciale del paragrafo 12 della mozione: è il paragrafo che garantisce questo ruolo del Parlamento e della Commissione LIBE ed è il vero obiettivo che secondo me valeva la pena raggiungere. Ho dunque votato astenendosi, in considerazione del fatto che il necessario salvataggio del paragrafo ha comportato comunque alcuni compromessi pesanti con PPE ed ECR.

Dubravka Šuica (PPE), napisan. — Podržavam navedenu rezoluciju. Svake godine sve više ljudi pokušava doći do Europe. Situacija migracije na Mediteranu je jedno od najvažnijih pitanja u ovom trenutku za cijelu Europsku uniju. Zbog neprimjerenog odnosa prema imigrantima, kako stvarnog tako i normativnog, svjedoci smo velikih ljudskih nesreća i nenadoknadivih gubitaka. Uz problem migracije većemo i probleme borbe protiv trgovine ljudima i krijumčarenja. Stoga imigracijski programi trebaju biti fokusirani na poštivanje ljudskog dostojanstva te na učinkovito rješavanje navedenih pitanja utemeljeno na solidarnosti i odgovornosti. Pojedine države članice snose veliki teret problema migracije, a uglavnom se radi o državama s izlazom na more te bi prilikom reguliranja navedenog pitanja trebalo voditi računa i o tim razlikama. Rješenje bi bilo propisivanje različitih uvjeta za različite države članice, ovisno o situacijama u svakoj pojedinoj državi. Iako Europska unija ima razrađene mehanizme rješavanja navedenih problema poput Europskog ureda za potporu azila, a mnoge agencije pružaju upute i financijsku solidarnost, postoji prostor za poboljšanje.

Marc Tarabella (S&D), par écrit. — Je me suis prononcé pour la résolution sur la situation en Méditerranée et la nécessité d'une approche globale de l'Union européenne sur la question des migrations. Il est nécessaire que l'Union renforce la solidarité et un partage équitable de responsabilités envers les États membres qui accueillent le plus grand nombre de réfugiés et de demandeurs d'asile, en valeur aussi bien absolue que relative, conformément à l'article 80 du traité sur le fonctionnement de l'Union européenne.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

Ernest Urtasun (Verts/ALE), *por escrito*. — Mi voto ha sido favorable ya que considero que la política migratoria de la UE-fortaleza se debe cambiar de inmediato. Por ello estoy a favor de incrementar los esfuerzos para resolver los problemas en las sociedades de origen.

Marco Valli (EFDD), *per iscritto*. - Ho votato a favore della relazione in quanto è importante sviluppare un approccio globale alle migrazioni, rafforzando l'equa ripartizione delle responsabilità e la solidarietà nei confronti degli Stati membri che accolgono il maggior numero di rifugiati e richiedenti asilo.

L'UE e gli Stati membri devono compiere ogni sforzo possibile per scongiurare nuove tragedie in mare e risulta necessario prevedere opportuni finanziamenti per le attività di ricerca e soccorso. È indispensabile esaminare una possibile strategia globale di cooperazione con i paesi terzi, in particolare quelli dell'Africa subsahariana del Nord Africa e del Medio Oriente, per quanto concerne l'assistenza umanitaria, e un'analisi di come vengono spesi i fondi destinati alle azioni concernenti la migrazione e l'asilo, il controllo delle frontiere, la lotta contro il traffico di migranti e la tratta di esseri umani, è essenziale al fine indirizzare proficuamente le risorse dell'Unione. Occorre stabilire severe sanzioni contro la tratta di esseri umani e di migranti, sia verso l'Unione europea che al suo interno, nonché contro le persone o i gruppi che sfruttano i migranti vulnerabili, trovando nuovi canali di migrazione legale.

Per i motivi descritti, ho pertanto supportato la relazione.

Derek Vaughan (S&D), *in writing*. — In the first nine months of 2014 at least 3 072 persons have died in the Mediterranean Sea according to the International Organisation for Migration. This statistic is unacceptable as it stands in stark contrast to our shared values and human rights within Europe. With this in mind I voted in favour of this resolution as it stresses the need to examine the overall strategy on cooperation with third countries and ensure that resources are best utilised for those who require protection.

Marie-Christine Vergiat (GUE/NGL), *par écrit*. — De plus en plus de migrants trouvent la mort en Méditerranée. Cette année est l'une des plus funestes en la matière: plus de 3 200 personnes sont mortes lors de leur traversée vers l'Europe.

On ne peut donc que se féliciter que plusieurs groupes politiques du Parlement européen se soient mobilisés pour tenter de demander une commission d'enquête afin de faire le bilan de cette situation et proposer un certain nombre de réponses à cette tragédie.

Malheureusement, la droite de l'hémicycle s'est livrée à un chantage indécent pour limiter la portée de cette résolution, en tentant de la limiter toujours aux mêmes rengaines: plus de coopération avec les pays tiers, plus de retour et de réadmission, renforcement du mandat de Frontex (et donc toujours plus de fermeture des frontières).

Cette résolution n'est donc pas aussi ambitieuse que nous l'avions demandé, mais elle va permettre de poursuivre la réflexion au sein du Parlement européen sur ces questions, notamment en donnant plus de moyens à sa commission des libertés civiles.

Par notre abstention, nous avons donc souhaité dénoncer cette vision trop limitative, tout en manifestant notre volonté de poursuivre le travail et le combat contre ces politiques mortifères.

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito*. — Esta resolução não dá um passo atrás no seu apoio a uma política de imigração da UE que é responsável pela morte de milhares de pessoas no Mediterrâneo, na sua esmagadora maioria jovens procurando fugir a guerras, à criminalidade, ao desemprego, à miséria e à fome, na busca de melhores condições de vida para si e para as suas famílias, apesar dos riscos da travessia.

O reforço da FRONTEX deixa clara a intenção de manter e aprofundar uma política que transformou a UE numa fortaleza, onde, para chegarem, os imigrantes se têm de submeter ao tráfico e às redes criminosas que proliferam na sombra da repressão e da criminalização dos imigrantes. E insiste-se na orientação do estabelecimento de acordos com os países de trânsito ou de origem para levarem a cabo o papel sujo da repressão e do impedimento da chegada à UE.

Μittwoch, 17. Dezember 2014

A defesa do aprofundamento destas políticas permite antever os limites do eventual estabelecimento de uma comissão de inquérito no PE. Seria ingenuidade partir de um pressuposto em que a mesma maioria que trata os imigrantes como criminosos poderia conduzir uma comissão de inquérito no estabelecimento de conclusões diferentes. Daí o nosso voto contra.

Harald Vilimsky (NI), *schriftlich*. — Die Lage im Mittelmeerraum ist aufgrund der Opfer, die vor allem durch Menschenhändler und Schlepper wissentlich in Gefahr gebracht wurden und dies mit dem Tode bezahlen mussten, eine äußerst tragische. Dennoch ist die hier genannte Strategie, vor allem die weitere legale Einwanderungsmöglichkeit, strikt abzulehnen, da sie das Problem nicht im Ansatz löst. Da man auch hier Wege finden will, das Dublin-II-Abkommen einfach für null und nichtig zu erklären, und aus den oben genannten Gründen habe ich gegen diesen Vorschlag gestimmt.

Josef Weidenholzer (S&D), *schriftlich*. — Ich habe für die Entschließung gestimmt. Ein ganzheitlicher Ansatz der EU ist im Bereich Migration dringend notwendig, denn je länger wir nicht adäquat reagieren, desto mehr Menschen sterben im Mittelmeer. Wir dürfen nicht zusehen, wenn sich Menschen aus Verzweiflung in die Hände von Schleppern begeben und direkt vor unseren Grenzen ertrinken.

Die Forderungen, wie etwa der Ruf nach Solidarität bei der Verteilung von Flüchtlingen unter den Mitgliedsstaaten, sind dringend notwendige Schritte, um einen raschen ganzheitlichen Ansatz der EU zu erreichen. Gleichzeitig besteht die Notwendigkeit, die Finanzierung langfristig sicherzustellen. Die zuständigen Behörden und Organisationen müssen von den Mitgliedstaaten ausreichende Ressourcen für ihre Operationen zur Verfügung gestellt bekommen.

Des Weiteren bedarf es einer anderen Handlungspolitik gegenüber Afrika und dem Nahen Osten. Es braucht neue Formen der Politik gegenüber den Herkunftsländern sowie eine politische Nord-Süd-Strategie Europas. Wir müssen reagieren und rasch Lösungen für die dramatische Lage finden.

Marco Zanni (EFDD), *per iscritto*. — Con questa risoluzione l'Unione europea sembrerebbe voler finalmente prendere atto della tragica situazione riguardante i flussi migratori nel mar Mediterraneo, che nei soli primi nove mesi del 2014 ha inghiottito almeno tremila vite umane a causa di disperati tentativi di traversata. L'Europa non si è affatto dimostrata solidale nella gestione di questa problematica, lasciando da sola l'Italia gestire questa emergenza, umanitaria, sociale e criminale.

L'immigrazione è divenuta infatti anche un lucrosissimo *business*, basato sulla disperazione assoluta di persone disposte ad abbandonare tutto (o il poco) che avevano per cercare altrove un futuro migliore. Le speranze sono spesso disattese, e a volte vengono stroncate assieme all'esistenza stessa di questi individui che rimangono vittime dell'ingiustizia, della crudeltà e dell'avidità umana.

Risolvere la situazione non è semplice ma sicuramente l'approccio va cambiato in partenza, poiché la strada scelta fino ad ora si è dimostrata fallimentare. L'Europa deve essere protagonista in tutto questo e non può continuare a fingere che si tratti di questioni nazionali legate ad un singolo Paese: questa risoluzione dovrebbe dare un segnale, che spero non rimanga solo sulla carta e nei registri del Parlamento europeo.

Σωτήριος Ζαριανόπουλος (NI), *γραφώς*. — Το ψήφισμα του Ευρωκοινοβουλίου για την κατάσταση στη Μεσόγειο και τη μεταναστευτική πολιτική της ΕΕ επιδιώκει την ενίσχυση της κοινής αντιμεταναστευτικής πολιτικής της ΕΕ και των κυβερνήσεων, των δυνάμεων καταστολής της FRONTEX, με την περαιτέρω χρηματοδότησή της από τα κράτη μέλη. Η πολιτική αυτή έχει ήδη οδηγήσει στον θάνατο χιλιάδες μετανάστες και πρόσφυγες, που, στην προσπάθειά τους να ξεφύγουν από τη φτώχεια, την πείνα και τις ιμπεριαλιστικές επεμβάσεις των ΗΠΑ, της ΕΕ και του ΝΑΤΟ στις πατρίδες τους, έρχονται αντιμέτωποι με κυκλώματα εμπορίας ανθρώπων και τις δυνάμεις καταστολής.

Τα αυξανόμενα κύματα μετανάστευσης είναι αποτέλεσμα των ιμπεριαλιστικών επεμβάσεων για τον έλεγχο των πλουτοπαραγωγικών πηγών και των δρόμων μεταφοράς ενέργειας, των αναγκών του κεφαλαίου για πάμφθινη εργατική δύναμη.

Απαιτούμε εδώ και τώρα άμεσα μέτρα υποδοχής, φιλοξενίας κι ανακούφισης μεταναστών και προσφύγων· κατάργηση των στρατοπέδων συγκέντρωσης και των κανονισμών Δουβλίνο II και III· ταξιδιωτικά έγγραφα σε όσους επιθυμούν να μετακινηθούν σε άλλες χώρες.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

Inês Cristina Zuber (GUE/NGL), por escrito. — Com esta resolução, a maioria do PE não dá nem um passo atrás no seu apoio a uma política de imigração da UE, que é responsável pela morte de milhares de pessoas no Mediterrâneo que busca de melhores condições de vida para si e para as suas famílias apesar dos riscos da travessia. O reforço da política de fronteiras e de segurança e a defesa da melhoria do futuro papel da FRONTEX deixam clara a intenção de manter e aprofundar uma política que transformou a UE numa fortaleza onde, para chegarem, os imigrantes se têm de submeter ao tráfico e às redes criminosas que proliferam na sombra da repressão e da criminalização dos imigrantes. E insiste-se na orientação do estabelecimento de acordos com os países de trânsito ou de origem para levarem a cabo o papel sujo da repressão e do impedimento da chegada à UE.

A defesa do aprofundamento destas políticas pela direita e a social-democracia permite antever os limites do eventual estabelecimento de uma comissão de inquérito no PE. Seria ingenuidade partir de um pressuposto em que a mesma maioria que trata os imigrantes como criminosos poderia conduzir uma comissão de inquérito no estabelecimento de conclusões diferentes. Daí o nosso voto contra.

Marco Zullo (EFDD), per iscritto. - L'immigrazione, irregolare in particolare, dovrebbe costituire un sempre crescente motivo di preoccupazione per l'Unione europea. Non soltanto per la difficoltà che gli Stati membri incontrano nell'accogliere i migranti, ma per i migranti stessi che spesso finiscono vittima di trafficanti senza scrupoli.

Sostengo il forte richiamo a sviluppare un approccio globale al problema: non è infatti possibile lasciare che gli Stati rivieraschi si sobbarchino gli oneri dell'emergenza senza che venga messo in atto un meccanismo di condivisione delle responsabilità. Lo testimoniano i numeri della deludente operazione «Mare Nostrum», messa in campo dall'Italia: errori che non dobbiamo commettere di nuovo ora che è partita l'operazione – finalmente congiunta – «Triton», per la quale tuttavia non è ancora chiaro quali e quanti saranno i contributi stanziati dagli Stati membri.

A tal proposito, condivido inoltre la richiesta di condurre un'analisi affinché si possa capire come sono stati spesi i fondi destinati agli affari interni per le azioni riguardanti la migrazione e l'asilo, il controllo delle frontiere, la lotta contro il traffico e la tratta di esseri umani ed il rimpatrio.

Auspico che le competenti autorità nazionali accolgano l'invito a «dare prova di solidarietà», contribuendo alle operazioni di prevenzione e sostegno, nella piena consapevolezza che stiamo parlando di un problema «europeo».

12. Berichtigungen des Stimmverhaltens und beabsichtigtes Stimmverhalten: siehe Protokoll

(La seduta, sospesa alle 14.45, è ripresa alle 15.00)

VORSITZ: ALEXANDER GRAF LAMBSDORFF

Vizepräsident

13. Genehmigung des Protokolls der vorangegangenen Sitzung: siehe Protokoll

14. Delegierte Rechtsakte (Artikel 105 Absatz 6 GO): siehe Protokoll

Mittwoch, 17. Dezember 2014

15. Bericht des Senats der Vereinigten Staaten von Amerika über Folterungen durch die CIA (Aussprache)

Der Präsident. - Als nächster Punkt der Tagesordnung folgt die Aussprache über Erklärungen des Rates und der Kommission zum Bericht des Senats der Vereinigten Staaten von Amerika über Folterungen durch die CIA (2014/2997(RSP)).

Benedetto Della Vedova, Presidente in carica del Consiglio. - Signor Presidente, onorevoli deputati, gli Stati Uniti sono un partner importante per l'Unione europea nella lotta al terrorismo. Tuttavia, ci sono state anche alcune gravi preoccupazioni e differenze in merito a determinati aspetti delle politiche antiterrorismo degli Stati Uniti. L'Unione europea ha avviato il dialogo con gli Stati Uniti su tali questioni da diversi anni. Oggi discuteremo di una relazione del Senato relativa ad un precedente programma statunitense conclusosi formalmente quasi sei anni fa.

Condividiamo il punto di vista espresso dal Presidente Obama, secondo cui queste tecniche sono contrarie ai nostri valori e non solo utili alla lotta contro il terrorismo. È importante garantire che ciò non si ripeta più. Per questo motivo accogliamo con favore la pubblicazione della relazione come pure il successivo dibattito pubblico. Ciò dimostra sia trasparenza che apertura nel trarre insegnamento dagli errori passati. Il Consiglio ha affermato più volte che la lotta al terrorismo deve svolgersi nel pieno rispetto del diritto internazionale, compresi il diritto dei diritti umani, il diritto internazionale umanitario, e il diritto internazionale dei rifugiati. Il rispetto del diritto internazionale costituisce un elemento essenziale della strategia antiterrorismo dell'Unione europea.

Quando l'esistenza dei centri di detenzione segreti della CIA è stata rivelata nel 2006, il Consiglio ha sottolineato che l'Unione europea restava fortemente impegnata a favore del divieto assoluto della tortura, delle pene o dei trattamenti crudeli, inumani o degradanti. Dalla relazione del Senato si evince che la motivazione giuridica ha contribuito ad autorizzare le varie tecniche in essa menzionate. Dal 2006 l'Unione europea ha avviato un dialogo regolare con i consulenti legali statunitensi sugli aspetti giuridici internazionali della lotta contro il terrorismo. Tale dialogo ci ha consentito di sottoporre agli Stati Uniti una serie di questioni e preoccupazioni e ci ha dato l'opportunità di insistere sulla necessità di rispettare il diritto internazionale e i diritti umani.

È importante sottolineare che il Presidente Obama aveva concluso formalmente il programma della CIA dopo pochi giorni dall'inizio del suo mandato. Mediante decreto, il Presidente Obama aveva allora vietato ogni forma di tortura e maltrattamenti, nonché le cosiddette «tecniche di interrogatorio potenziate» e la detenzione segreta. Aveva chiesto che la CIA non gestisse più i centri di detenzione e aveva vietato un ricorso a tecniche di interrogatorio. Successivamente, in una interrogazione congiunta rilasciata nel giugno 2009, l'Unione europea e gli Stati Uniti hanno accolto con favore (cito testualmente) «l'approfondito riesame delle politiche degli Stati Uniti in materia di detenzione, trasferimento, processi e interrogatori nella lotta al terrorismo ed una maggiore trasparenza sulle prassi applicate in passato relativamente a queste politiche come pure l'eliminazione dei centri di detenzione segreti».

Possiamo affrontare il terrorismo solo se teniamo fede ai nostri valori fondamentali. La violazione dei diritti umani e dello stato di diritto possono dare, esse stesse, luogo a risentimenti e indurre persino le persone a ricorrere al terrorismo, anche se tali atti non potranno mai trovare giustificazione o scusante di sorta. Queste politiche, benché destinate a combattere il terrorismo, possono di fatto creare condizioni propizie alla sua diffusione.

Nel corso degli anni l'Unione europea non si è limitata ad avviare un dialogo con gli Stati su tali questioni ma ha anche intrapreso specifiche azioni per promuovere cambiamenti nella politica statunitense: ad esempio, nel 2009 l'Unione europea ha istituito un quadro che ha facilitato l'accoglienza, da parte di Stati membri dell'Unione europea, di ex detenuti di Guantanamo a sostegno dell'obiettivo del Presidente Obama di chiudere Guantanamo entro un anno. Tale sostegno è stato fornito nel quadro di una revisione approfondita delle politiche antiterrorismo degli Stati Uniti, coerentemente con lo stato di diritto e il diritto internazionale, in attesa di una soluzione delle questioni politiche soggacenti.

Ad eccezione di conflitti armati specifici come in Afghanistan, in Siria o in Iraq, l'Unione europea ha adottato nella lotta contro il terrorismo un approccio basato sulla giustizia penale. I terroristi dovrebbero essere opportunamente indagati, perseguiti e condannati secondo le norme comuni del diritto penale. Gli organi giurisdizionali penali e ordinari hanno una lunga esperienza in materia di trattamento di cause connesse al terrorismo. Le indagini delle autorità di contrasto sono cruciali per ottenere informazioni sulle reti terroristiche e per vanificarne i piani. Processi equi dinanzi a organi giurisdizionali penali ordinari hanno messo centinaia di terroristi dietro le sbarre.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

Signor Presidente, onorevoli deputati, i trattati dell'Unione europea stipulano che la sicurezza nazionale resta di esclusiva competenza di ciascuno Stato membro. Ciò significa che il lavoro delle agenzie di *intelligence* degli Stati membri esula dall'ambito di competenza dell'Unione europea e delle sue istituzioni. Ne consegue che le indagini sul presunto coinvolgimento degli Stati membri nel programma della CIA sono di competenza degli Stati membri e non dell'Unione europea.

In conclusione gli Stati membri e l'Unione europea sono vincolati dalla Convenzione europea dei diritti dell'Uomo e dalla Carta dei diritti fondamentali dell'Unione europea. Le azioni intraprese per combattere il terrorismo sono controllate dalla Corte europea dei diritti dell'uomo a Strasburgo. Inoltre, dall'entrata in vigore del trattato di Lisbona, la Corte di giustizia europea è competente a riesaminare la legislazione dell'Unione europea in materia di sicurezza interna. Questo offre un solido contesto normativo che garantisce un adeguato quadro, all'interno del quale possiamo e dobbiamo combattere la piaga del terrorismo.

Dimitris Avramopoulos, *Member of the Commission*. - Mr President, the Commission, which I represent here today on this matter, is, like you, appalled by the findings of the United States Senate Select Committee on the intelligence study of the CIA's detention and interrogation programme, part of which was released on 9 December. As you know, most of the inquiry remains classified. This report raises important questions as regards serious violations of fundamental rights by the US authorities and by other persons in the service of the CIA between late 2001 and January 2009.

As President Obama rightly said this week, the actions taken under the CIA programme were contrary to US values, recognising that one of the most effective tools to fight terrorism is to stay true to the values and ideals the United States stands for. This is what led him in 2009 to unequivocally ban torture – an act which we applauded. I recall this because this is the real point about torture: it is just wrong. Not only is it wrong, it is a crime – it is a criminal act – and it should never be used.

While shocking, the Senate Committee findings are not a complete surprise. The existence of secret detention facilities, rendition flights and the allegations of torture and ill-treatment of prisoners under CIA custody in the context of the fight against terrorism by the United States have been a concern since they became public some 10 years ago. Since then, several United Nations human rights bodies and special rapporteurs – as well as the Council of Europe and the European Court of Human Rights – have been unequivocal in condemning the practices now documented in the Senate Committee study.

This House has been engaged in this issue since the start, with the decision to set up a committee of inquiry leading to two own-initiative reports in 2007 and in 2012 condemning the practices in question and voicing the need to promote and protect fundamental rights. As the European Union, we have raised these issues with the United States on several occasions, including in letters by the Presidency of the Council and in our regular dialogues on counter-terrorism and human rights.

The Senate Committee study is a positive step in confronting publicly and critically the way in which the CIA's responsibilities were discharged in relation to the allegations of torture and ill-treatment against suspects in United States custody abroad. The Commission believes that full clarity should be brought to bear on those practices, in accordance with international standards, including as regards individual responsibilities for those facts.

The EU condemns all forms of torture and ill-treatment under any circumstances and works towards the prevention and eradication of all forms of torture and ill-treatment within the European Union and worldwide as a priority of its human rights policy. As the Commission has repeatedly underlined, efforts to combat terrorism should be conducted in a manner that conforms to the rule of law, respects our common values and complies with our respective obligations under international law – in particular, international human rights law, refugee law and humanitarian law.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

The Commission has consistently stressed, since the beginning, that all concerned Member States should conduct in-depth, independent and impartial investigations to establish the facts with regard to CIA activities. They should have established responsibilities and enabled victims to obtain compensation for damages. This was recalled in a joint letter sent to all Member States in 2013 by then Vice-President Reding and Commissioner Malmström. We note that the judicial authorities of several Member States have in the past undertaken investigations and the prosecution of persons, including CIA agents involved in the abduction, rendition, illegal detention, torture and ill-treatment of suspects under the CIA detention and interrogation programme.

On the same day that the Senate Committee study was released, we learned in the press that the US military's Bagram Detention Centre in Afghanistan had been closed. Two of the prisoners who have been turned over to the Afghan authorities had been in US custody since 2002, including several years under CIA detention without trial. However, 136 detainees still remain in the Guantánamo detention facility, including detainees who will not be brought to trial and have not been cleared for release. The European Union will keep monitoring the situation and keep raising the human rights-related aspects of the fight against terrorism with the United States.

Monika Hohlmeier, *im Namen der PPE-Fraktion*. – Herr Präsident, lieber Herr Kommissar, ich grüße die Ratspräsidentschaft, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Bericht, der durch den Ausschuss des Senats der Vereinigten Staaten vorgelegt worden ist, ist ein erschreckender Bericht. Wenn Präsident Obama sagt, der Bericht zeige ein erschreckendes Vorgehen der CIA, und das Bild Amerikas in der Welt sei erheblich beschädigt worden, dann kann ich dem nur zu hundert Prozent zustimmen.

Es geht eigentlich um eine Kernfrage, die heißt: Können wir unsere Ideale schützen, indem wir genau diese Ideale mit Füßen treten und zerstören? Die Antwort auf diese Frage aus der Sicht der EVP und aus meiner persönlichen Sicht heißt: Nein, wir können diese Ideale nicht mit Füßen treten. Die Grundrechte und die Würde eines Menschen sind unantastbar. Natürlich gehört zur Würde eines Menschen auch seine Sicherheit. Aber zur Erhaltung der Sicherheit der Menschen jede Methode inklusive Folter und brutalster Verhörmethoden zu verwenden gehört nicht zum Katalog dessen, was für vertretbar zu erachten ist.

Waterboarding: John McCain hat dies in der Öffentlichkeit aus seiner persönlichen Sicht, die sehr glaubhaft ist, anklagend beschrieben, indem er gesagt hat, die Amerikaner haben einmal Verbrecher wegen *Waterboarding* zu langjährigen Haftstrafen verurteilt. Das, was sie selbst anderen zur Last gelegt haben, kann für sie selbst dann, wenn es ihre eigene CIA tut, nicht akzeptiert werden.

Ich halte es für eine Stärke des amerikanischen Parlamentarismus, dass dieser Bericht überhaupt öffentlich geworden ist. Wir werden dies in totalitären Staaten nicht erleben. Davor habe ich Respekt, muss ich ehrlich sagen. Nicht jeder Staat würde sich einer solchen Diskussion aussetzen, und ich bewundere auch die Parlamentarier, die dies getan haben. Ich hoffe und wünsche, dass die Amerikaner stark genug sind, daraus in der Demokratie gestärkt hervorzugehen und die notwendigen Konsequenzen zu ziehen.

Tanja Fajon, *v imenu skupine S&D*. – Srčno upam, da bo razprava, ki je pred nami, v resnici dosegla svoj namen. Ne zamerite mi neposrednosti, a menim, da je potrebna.

Na kaj vas spomnijo naslednji primeri: obtoženca so stlačili v premajhno kletko, kletko so obesili in pustili viseti, obtoženec pa je umrl zaradi sonca ali mraza. Obtoženca so obesili in ga spuščali nad kol, ki je prodiral v njegov anus ali vagino. Priljubljeno je bilo mučenje z vodo.

Če ste se ob tem spomnili na srednji vek, na inkvizicijo, rablje, mračnjaštvo imate prav, o tem smo se učili v šoli. Na kaj pa vas spomnijo naslednji primeri: med mučenjem je obtoženec umrl zaradi podhladitve, ker so ga golega priklenili na betonska tla, ali pa je preživel trinajst let v zaboju, manjšem kot krsta (*predsedujoči je poslanko prekinil in zaprosil, naj zaradi kolegov poslancev in tolmačev govori počasneje*).

Če ste se tudi ob tem spomnili na srednji vek, nimate prav. Gre za tako imenovane posebne zasliševalske metode CIA in to se je dogajalo danes.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

Še ena razlika je: predvsem v zadnjem stoletju so bile zapisane in simbolično podpisane številne konvencije, listine, zakonske podlage, ustave o človekovih pravicah, omenili ste, praktično v vseh državah vsega sveta. ZDA je podpisnica konvencije proti mučenju, ki izrecno prepoveduje mučenje tudi v izrednih razmerah.

Namenoma sem naredila zelo surov uvod in namenoma govorim v množini, kajti smo sokrivi. Od sprejetja končnega poročila Evropskega parlamenta o dejavnostih CIA v Evropi je minilo že več kot sedem let, ponavljam, sedem let. Države Evropske unije pa še vedno niso prišle na dan z resnico. Praktično se ni dogodilo nič. Nihče ni bil poklican na odgovornost.

Boj proti terorizmu in, ne smejte se, spoštovanje človekovih pravic se ne izključujeta. In tudi žrtve vojne proti terorizmu zaslužijo pravico.

Mučenje je nelegalno, je nemoralno in nesprejemljivo. Vključenost Evrope v kakršni koli obliki, v katero koli ilegalno aktivnost CIA je sramotno, nevredno demokracije ter temeljev in vrednot, na katerih je zrasla Evropska unija.

Zato zahtevamo popolno preiskavo in jasne odgovore držav članic. Nekaznovanje je nesprejemljivo, kot je nesprejemljivo pretvarjanje, da se ni nič zgodilo in da nismo vpleteni. Zahtevamo ukrepe, ki bodo zagotovili učinkoviti, demokratični nadzor nad delom obveščevalnih agencij. Zahtevamo zaščitne ukrepe, ki bodo zagotovili, da se kaj takega v Evropi ne bo zgodilo več.

Drage kolegice in kolegi! Resnico je včasih zelo težko sprejeti, vendar si jo zaslužimo. In dolžni smo jo posredovati našim državljanom in sebi. Kajti kdo, če ne sami, lahko zagotovimo, da na mučilni natezalnici jutri ne bomo tudi mi?

Mark Demesmaeker, *namens de ECR-Fractie*. – Voorzitter, collega's, zoals wij allemaal weten heeft dit Huis altijd een bijzondere interesse gehad voor het overbrengings- en detentieprogramma van de CIA en het veronderstelde vervoer en illegaal vasthouden van gevangenen in Europese landen dóór de CIA. Reeds zes resoluties werden in de afgelopen twee zittingsperiodes hierover gestemd.

Het recente Amerikaanse verslag doet betrokken Europese lidstaten toegeven – ik denk aan Polen, dat het bestaan van een geheime detentielocatie heeft toegegeven – dat ze hulp boden aan de praktijken van de CIA. De overbrenging van terreurverdachten werd door de inlichtingendiensten van bepaalde Europese lidstaten te lichtzinnig en te snel als OK beschouwd.

De waarde van het Amerikaans verslag ligt daarom vooral in het feit dat het een spiegel voorhoudt voor onze Europese praktijken. De Europese Unie zegt dat ze staat voor normen en waarden van respect voor mensenrechten voor derde landen. Onze Europese gedeelde geschiedenis wordt hierbij stevast aangehaald. Maar die principes zijn ook van toepassing op onszelf en onze bondgenoten, en niet alleen nuttig in een mensenrechtendialoog of hoorzittingen over mensenrechten.

Terreurbestrijding is inderdaad nodig en de balans tussen bescherming van de samenleving en de inbreuken op persoonlijke vrijheden moet correct zijn. Vandaag zien we welke gevolgen het gevoerde antiterreurbeleid veroorzaakt. We zien dat extremisten in Syrië, Irak, Afghanistan en Pakistan zich opnieuw hebben kunnen verenigen en met de dag bloediger en machtiger worden.

De reputatieschade die Europa heeft opgelopen, is groot. Zonder afbreuk te willen doen aan de noodzaak tot terreurbestrijding, is eerbiediging van de mensenrechten een absolute voorwaarde om de doeltreffendheid van elk antiterreurbeleid te kunnen verzekeren en vooral om het vertrouwen van de burger in het democratisch bestel van de EU te behouden.

Door kritiekloos mee te werken aan het CIA-programma heeft de Europese Unie dit vertrouwen geschonden. De inzet van diplomatieke garanties zonder voorwaarden, het systematisch inroepen van het staatsgeheim en de manier waarop inlichtingendiensten voor rechter dachten te moeten spelen, staan haaks op de waarden waarop Europa is gebouwd.

Sophia in 't Veld, *on behalf of the ALDE Group*. – Mr President, first of all I would like this opportunity to thank Senator Feinstein for her perseverance and for seeing this report through before the change in the Senate.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

I think this reminds us – and I think Ms Hohlmeier said it very rightly – that what sets a democracy apart from a dictatorship is accountability and moral authority. None of us around the world are immune to these tendencies. We all have this kind of violence in us, but what makes us different is that we have accountability and there is no impunity in a democracy. Therefore I am very pleased to hear all colleagues from all political groups insisting on accountability and on the need for Europe to come clean with regard to its role in this whole CIA programme, because we can point at the Americans, but Europe has supported the CIA counter-terrorism programme – all aspects of it.

I am glad that Poland finally made an admission, but let us not forget that there are a number of Member States that are close allies of the US – the Five Eyes and the Nine Eyes – and this Parliament has expressed itself several times. Therefore I am actually shocked to hear the commonplaces uttered by the Italian Presidency. Italy is the one country that has actually prosecuted CIA agents. You have convicted 24 CIA agents. Will Italy, will the Italian Presidency, insist on extradition by the United States and bring those people to trial, just as everyone else who is responsible for torture should be brought to trial? No, Mr Obama, we cannot draw a line under this until those responsible have been brought to justice. That is why we are a democracy and the others are not.

I have another question: I read a statement in the press by the Head of INTCEN, the intelligence centre which is a kind of vague, unclear, embryonic European Union secret service. He said there is no way of knowing whether the intelligence that INTCEN receives was obtained through torture. Excuse me? This is an EU body paid for by EU money, processing information that may have been obtained from third countries, processing information that may have been obtained from torture? Well maybe he does not, but then we should know; we should finally get answers on the nature and the activities of INTCEN; answers we have asked for many times. We should have proper oversight over INTCEN.

(The speaker agreed to take a blue-card question under Rule 162(8))

Sajjad Karim (ECR), blue-card question. – Ms In 't Veld, would you agree with me that the words that we have heard from the Council today, whilst they sound very sweet, are in fact too little, too late? Back in 2005 I stood in this very Chamber and I raised with the Council Presidency on that day the fact that illegal detention centres were operating in Europe. We did not receive any words at that time that they would be investigated – a mere side-step by the Minister of the British Government who was present on the day. Would you therefore agree with me that further inquiries today should be conducted as to whether it is appropriate for any government minister who has knowledge simply to hide behind the façade of the Presidency of the Council and not share information with this Parliament?

in 't Veld, Sophia (ALDE), blue-card answer. – Yes, I very much agree with you, it is not enough for the Council – and that is not just the Italian Minister, that is all the Member State governments – to make statements about the rule of law and human rights and all the conventions that they are bound to and the laws that we have. We had laws back then, but they were not respected. It is not good enough. Those who break the law, even if they are governments, should be brought to justice. So yes, I very much agree with you.

Cornelia Ernst, im Namen der GUE/NGL-Fraktion. – Herr Präsident! 6 700 Seiten des Grauens, Prügel, tagelanger Schlafentzug, das Überdehnen von Körperteilen, sexualisierte Gewalt, Scheinhinrichtungen, ein Häftling wurde 138,5 Stunden hintereinander am Schlaf gehindert, Waterboarding, erzwungene rektale Ernährung –

sind das nicht Kerndaten übelster Diktaturen, die wir mit Recht kritisieren? Im Unterschied zu diesen Diktaturen haben die USA diesen Bericht veröffentlicht – und das ist gut so. Auch ich schätze das hoch. Aber, sie sind ja auch Unterzeichner der UN-Folterkonvention. Wenn eine US-Regierung ein Folterprogramm tatsächlich unterstützt und dem zustimmt, dass systematische Folter zugelassen wird, dann zeugt das von einer tiefen ethisch-moralischen Krise der Vereinigten Staaten insgesamt, die so etwas zulassen.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

Folter funktioniert nicht – nirgendwo. Wer Folter einsetzt, verhindert Aufklärung, um die es vorgeblich geht. Folter ist Menschenverachtung und moralischer Verfall. Deshalb reicht ein Bedauern und Kritik überhaupt nicht. Folter muss überall gesetzlich verboten sein. Wir verlangen juristische Aufarbeitung, und ich bin froh, dass der Fraktionsvorsitzende der Linken im Deutschen Bundestag, Gregor Gysi, Strafanzeige gegen George Bush eingereicht hat.

Wir verlangen auch juristische Konsequenzen aus den Folterexzessen der CIA in Polen und Litauen. Wir verlangen die Aufklärung über die mutmaßliche Verwicklung von europäischen Geheimdiensten, wie dem britischen, in diese Verbrechen. Es wird Zeit, Guantánamo zu schließen. Schluss damit. Geheimgefängnisse müssen aufgelöst werden und Geheimdiensten die judikative Gewalt entzogen werden.

Eva Joly, *au nom du groupe Verts/ALE*. – Monsieur le Président, Monsieur le Secrétaire d'État, Monsieur le Commissaire et chers collègues; Monsieur le Commissaire, lors de votre audition devant le Parlement, à mon grand étonnement, vous affirmiez ne pas connaître le dossier. Je constate avec plaisir qu'il en va désormais autrement. Car, reconnaissons-le, il n'y a pas de fait nouveau dans ces 600 pages du rapport du Sénat, mais que de confirmations!

Confirmation de la collaboration de gouvernements européens et de l'existence de prisons de la CIA sur le sol de l'Union européenne; confirmation de l'inutilité de la torture au-delà de son caractère ignoble; confirmation que les actions des services secrets doivent être encadrées et scrupuleusement contrôlées, leurs exactions punies; confirmation, surtout, que les droits fondamentaux des citoyens ne sauraient être sacrifiés au nom de l'indispensable lutte contre le terrorisme.

La publication de ce rapport appelle à une nouvelle étape dans la mobilisation pour l'édification d'une véritable justice internationale. L'ampleur des crimes nous oblige à l'imagination et à l'audace juridique. Ne pensez-vous pas qu'elle appelle, aussi et surtout, l'Union européenne, dont certains dirigeants ont directement collaboré à ce programme, à la transparence et à l'action?

Les faits sont là, les éléments limpides. L'Union européenne et ses États membres doivent assumer leurs responsabilités et faciliter les poursuites judiciaires.

Le Parlement européen doit poursuivre son travail d'enquête et de relance en matière de transparence pour que toute la vérité soit faite: organiser des auditions et des délégations de la commission LIBE sur les lieux des prisons secrètes est un strict minimum.

Maintenant que les faits sont confirmés, que nous savons que les droits fondamentaux de l'Union ont été violés, ne pensez-vous pas que les articles 6 et 7 du traité de l'Union européenne devraient être appliqués et les sanctions nécessaires mises en œuvre?

Enfin, rappelons que les terroristes ne souhaitent qu'une chose: la destruction du régime de valeurs représenté par les démocraties. En les combattant par des méthodes interdites par la loi, nous nous transformons en auxiliaires involontaires de la logique terroriste. Faire toute la transparence sur les complicités dans ce programme, révéler la vérité et rendre justice ne feront pas le lit du terrorisme, comme certains le redoutent. Bien au contraire, c'est un combat pour nos valeurs, et une lutte pour une démocratie renforcée.

Laura Ferrara, *a nome del gruppo EFDD*. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, ci sono due aspetti legati alla relazione del Senato americano sul ricorso alla tortura da parte della CIA, su cui credo dobbiamo riflettere. Il primo, sicuramente apprezzabile, consiste nella capacità di autocritica e giudizio accurato e severo da parte delle istituzioni democratiche statunitensi anche su aspetti sensibili che potrebbero facilmente essere derubricati come questioni di sicurezza nazionale. Questa virtù, tipica dell'ordinamento degli USA e dello spirito delle sue istituzioni e dei suoi cittadini, non può tuttavia consentire di ignorare e conseguentemente impedirci di denunciare e condannare qualsiasi forma di violenza dei diritti dell'uomo.

Sono pertanto inqualificabili e inaccettabili – e questo è il secondo aspetto della mia riflessione – le parole di chi ha provato a giustificare le torture sui presunti terroristi come uno strumento utile per raccogliere informazioni per la sicurezza nazionale. Non c'è nulla, né in pace né in guerra, che possa giustificare la tortura che, come è noto non solo viola l'inalienabile diritto all'integrità dell'essere umano ma che peraltro non può essere in alcun modo considerata uno strumento per la ricerca della verità.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

La relazione del Senato americano, in particolare, evidenzia una serie di abusi, menzogne e depistaggi di cui si è macchiata la CIA. In questa vicenda c'è una sorta di ambiguità da parte delle autorità americane in quanto, nella relazione dove si descrivono con serietà fatti dettagliati, sono assenti iniziative o raccomandazioni per l'incriminazione dei responsabili, i cui nomi vengono resi noti.

È ora che anche l'Unione europea faccia piena luce sulle collaborazioni degli Stati membri nelle azioni svolte dalla CIA sul territorio europeo e su eventuali prigionieri o luoghi segreti, presenti in Europa e utilizzate dall'Agenzia di intelligence americana. Ciascuno Stato membro dovrebbe svolgere indagini e inchieste trasparenti in tale senso, senza lasciare spazio a impunità. Comunità europea ..

(Il Presidente ritira la parola all'oratore)

Krisztina Morvai (NI). - Kedves kollégák! Nagyon örülök annak, hogy az Európai Parlament ennyire föl van háborodva ismét az Egyesült Államok durva emberi jogi jogsértésein. Ezúttal a fogolykínzásokon és az önkényes, büntetőeljárás nélküli fogva tartásokon. Néhány hónappal ezelőtt az Edward Snowden kapcsán előtérbe került titkos megfigyelési botrányon háborodtak fel Önök velem együtt. Voltak a drónokkal való gyilkolászások, ezen is fölháborodtunk, a civileknek a gyilkolása a háborúban, ezen is nagyon fölháborodnak. Egyet áruljanak el nekem! Hogyha ennyire föl vannak háborodva az Egyesült Államok emberjogi jogsértésein, akkor miért akarnak annyira görcsösen mégis barátkozni ezzel az országgal, merthogy az Európai Unió kéz a kézben jár az Egyesült Államokkal gazdasági vonalon ugye folyamatosan a szabadkereskedelmi egyezmény egyébként zárt ajtók mögötti kidolgozásán munkálkodnak, politikai vonalon pedig az Európai Unió az Egyesült Államok felbujtására, és az Egyesült Államok oldalán egy hidegháborúba viszi bele Európát, illetőleg potenciálisan egy valószínű háborúba is Oroszország ellen. Ha ennyire nem tetszenek ezek az emberi jogi jogsértések, és örülök annak, hogy nem tetszenek, akkor nem kellene valami jobb barátot választani, és mégiscsak megóvni Magyarországot, az én hazámat és egész Európát a gyalázatos hidegháborútól és az esetleges tényleges háborútól?

Cristian Dan Preda (PPE). - Domnule președinte, chestiunea folosirii torturii de către CIA este un subiect care a polarizat opinia publică în Statele Unite de ani buni. Publicarea raportului Senatului săptămâna trecută a confirmat clivajul existent în sânul clasei politice americane. Democrații și republicanii sunt profund divizați asupra mai multor chestiuni, și anume, dacă acest raport reflectă în mod corect ceea ce s-a întâmplat, apoi dacă procedura urmată a fost ea însăși corectă și chiar dacă acest raport ar fi trebuit să fie publicat date fiind potențialele sale implicații în materie de securitate. Toate aceste probleme sunt puse sub semnul întrebării și disputate în Statele Unite. Nu avem un punct de vedere unitar care să vină din Statele Unite.

Personal, aș vrea să subliniez că mă simt foarte aproape de poziția exprimată de senatorul republican John McCain, care a susținut publicarea raportului și a criticat practicile CIA care ar fi provocat, în opinia sa, prejudicii intereselor de securitate americane. Mi s-a părut foarte înțeleaptă declarația pe care a făcut-o senatorul McCain: „procedăm incorect, facem greșeli, reparăm acele greșeli și ne angajăm să nu le mai repetăm”.

Nimeni nu mai poate susține astăzi că practicile puse în evidență de raportul referitor la CIA continuă. Este de fapt vorba de un episod care aparține trecutului. Președintele Obama a pus capăt programului de interogare în 2009. Aș spune că dorința de a lămuri lucrurile a fost însă foarte clară în Statele Unite și cred că aceasta este principala lecție pe care trebuie să o reținem. Este un lucru sănătos când un regim politic își analizează serios propriile derivate.

Birgit Sippel (S&D). - Herr Präsident! Wer den Worten des Rates gelauscht hat, könnte den Eindruck gewinnen, bei uns ist die Welt in Ordnung – weit gefehlt!

Die Folterungen der CIA sind abscheuliche Verbrechen, an denen sich EU-Staaten mitschuldig gemacht haben. Systematisch und gegen jedes internationale Recht hat die CIA überall auf der Welt Menschen gefoltert, auch in der EU. Stets behauptete die CIA, so wertvolle Informationen zur Verhinderung von Terroranschlägen zu erhalten. Eine Lüge.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

Doch auch unabhängig davon: Folter ist kein Mittel im Kampf gegen Verbrechen, sondern selbst ein Verbrechen. Folter verrät den Kern unseres Wertesystems. Die Würde des Menschen steht im Zentrum unseres Handelns. Das unterscheidet uns zentral von fundamentalistischen Extremisten. Wir müssen bei der Prävention und Aufklärung von terroristischen Verbrechen eine andere Sprache sprechen als die der Gewalt, denn sonst liefern wir Extremisten Argumente, Ablehnung und Hass gegen unsere Demokratien zu schüren.

Das ist nicht nur eine Frage der Moral, sondern schlicht Völkerrecht. Folter ist niemals erlaubt. Folter muss immer und von jedem Staat juristisch verfolgt werden. Es ist eine Schande für Europa, dass die EU-Staaten beide Augen zudrücken, wenn es um illegale Gefangenentransporte oder die Bereitstellung von Gefängnissen ging. Bereits 2007 hat das Europäische Parlament umfassende Aufklärung gefordert – bis heute ohne Ergebnis. Wer hat veranlasst, dass Menschen, auch EU-Bürger, entführt, überstellt, ohne Anklage verhaftet und gefoltert wurden, und wer wusste davon?

Erst letzte Woche bestätigten ranghohe Vertreter Polens und Rumäniens die Existenz geheimer Folterlager. Wird es Konsequenzen geben? Die nationalen Regierungen allein sind dazu offensichtlich nicht in der Lage – zu sehr sind sie in die Verbrechen verstrickt. Deshalb brauchen wir wirksame EU-Mechanismen, die verhindern, dass unsere Mitgliedstaaten derart eklatant europäische Grundwerte verletzen.

Die CIA-Folterungen zeigen, was passiert, wenn am Rechtsstaat vorbei ein Terrorregime entsteht. Es wird niemand geschützt, sondern unsere Demokratien werden in ihrer Gesamtheit bedroht. Es ist unsere Aufgabe als Europäer, dem entschlossen entgegenzutreten, und ich kann nur hoffen, dass dabei die Kommission tatsächlich an unserer Seite steht.

Zdzisław Krasnodębski (ECR). - Panie Przewodniczący! Fakt, że na terenie Polski mogły być stosowane tortury wywołał poruszenie i oburzenie polskiej opinii publicznej niezależnie od wszelkich względów bezpieczeństwa, jakimi usiłuje się usprawiedliwić te praktyki, oraz faktu, że chodziło o podejrzanych o zamordowanie wielu tysięcy niewinnych osób. Dzisiaj zostanie opublikowany list intelektualistów i innych osobistości życia publicznego w Polsce, potępiający stosowanie tortur na terenie naszego kraju. Jednak chciałbym zwrócić uwagę na nieco inny aspekt tej sprawy. Na podwójne standardy i na kwestię zaufania między sojusznikami. Otóż szanując prawo amerykańskie, CIA nie przeprowadzało tego rodzaju przesłuchań na terenie USA. Nie wykazano jednak podobnego szacunku dla polskiego prawa. Także niektórzy ówczesnie rządzący Polską politycy mieli zbyt mało szacunku dla polskiej suwerenności i polskich wartości. USA były dla nas w Europie Wschodniej zdominowanej przez komunizm symbolem wolności, demokracji i praworządności. Niestety teraz nasze zaufanie zostało nadużyte, a ten obraz USA doznał znacznego uszczerbku. Dziękuję bardzo.

Cecilia Wikström (ALDE). - Herr talman! "Fasansfullt" är ordet som bäst fångar de brutala inhumana tortyrmeter som CIA använder mot krigsfångar. "Avskyvärt" är ordet som bäst fångar de ljugande CIA-chefernas sätt att avfärda anklagelserna. Det som har uppdragats är en påminnelse om den existerande straffriheten för de många fruktansvärda brott mot de mänskliga rättigheterna som USA rättfärdigar i namn av rikets säkerhet. Men precis som så många gånger tidigare när effekten av tortyr har undersökts så har det visats sig att metoden är meningslös.

Men oaktat rikets säkerhet eller uppnådda resultat så säger jag det en gång till: Tortyr är under inga som helst omständigheter acceptabelt, och det internationella förbudet mot tortyr är absolut. Det gäller alla och överallt. I betänkandet framgår att EU länder som Sverige, Storbritannien, Italien och Rumänien har samarbetat med CIA genom att lämna ut personer till den amerikanska säkerhetstjänsten utan garantier att de inte ska torteras.

Och dessa länder, där ibland mitt eget hemland Sverige, har låtit CIA flyga ut personer under vidriga och förnedrande förhållanden. Nu måste förnekelsens tid vara över. Sanningen kan göra oss fria, och sanningen måste fram. Det måste bli slut på straffriheten, förövarna måste ställas till svars, offren kompenseras och ansvar utkrävas.

(Talaren samtyckte till att besvara en fråga (blått kort) i enlighet med artikel 162.8 i arbetsordningen).

Jonathan Arnott (EFDD), blue-card question. – I know you agree with me that torture is immoral, illegal and must always be condemned. Do you also accept that military expediency requires the possibility of proper interrogation? I refer in the UK to the words of Colonel Tim Collins, who said this: 'Since I was serving, the rules on interrogations have been tightened up because of lawyers. We are no longer able to carry out tactical questioning. The effect of the ambulance-chasing lawyers and the play-it-safe judges is that we have got to the point where we have lost our operational capacity to do tactical questioning'.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

Cecilia Wikström (ALDE), *blue-card answer*. – I will be happy to answer. The brutality of the methods used and how they have been justified is simply unacceptable and the European Member States must all come together to disclose the truth: what happened in your country as well as in my country. This is the truth and we need to see it now. It is time for impunity to come to an end, even in Europe.

Martina Anderson (GUE/NGL). – Mr President, the recent Senate report on CIA interrogation techniques exposes that American administrations sanction torture. Unfortunately this is not new. The five techniques were used by the British Government to torture 14 Irish men interned over 40 years ago. As a result, the Irish Government brought the British Government to the European Court of Human Rights, which was the first time a Member State took another to that Court. That happened in 1978 in a landmark Ireland vs UK case on the hooded men. However, the Court ruled that the five techniques amounted to inhumane and degrading treatment – not torture.

The Bush administration justified the use of these torture techniques in Iraq, Afghanistan and Guantánamo Bay by quoting the EU Court ruling on the hooded men. However, information recently discovered by the Pat Finucane Centre shows that the British Government lied to the European Court of Human Rights on the effects of these techniques, and that the 14 hooded men were indeed tortured. These torture techniques were sanctioned at the highest level of government by the then British Minister of Defence, Lord Carrington. Only last week, the Irish Government confirmed it had referred the case of the hooded men back to the European Court of Human Rights to revise its judgment. Britain is guilty of torture. The British Government must apologise for the use of the five techniques in Ireland, just like it recently apologised for their use in Kenya, and the American Government must do likewise.

President. – Can I remind colleagues that we have a topic on the agenda and that colleagues who are speaking should speak on the topic on the agenda.

Judith Sargentini (Verts/ALE). – Voorzitter, ik zal me aan het onderwerp houden: 'martelingen door de CIA'. Het rapport van Feinstein maakt ons in de Europese Unie ook weer wakker. En daar ben ik wel gelukkig mee, want de Groene Fractie heeft de laatste paar maanden geprobeerd om het verslag dat eerder in dit Huis gemaakt is over de uitleveringsvluchten van de CIA terug op de agenda te krijgen. Het gaat om Europese landen die willens en wetens betrokken waren bij het ontvoeren van mensen en het ondervragen op wat voor manier dan ook van mensen, per se niet op Amerikaans grondgebied. Op de een of andere manier was de interesse weggezaakt. 'Zand erover', had ik als gevoel bij dat debat. Maar dit debat vandaag hier begrijp ik als een nieuw begin van een onderzoek door het Europees Parlement naar de betrokkenheid van Europese landen bij martelingen door de CIA.

Κωνσταντίνος Παπαδάκης (NI). – Τα βασανιστήρια της CIA δεν εκπλήσσουν. Οι Ηνωμένες Πολιτείες και οι μυστικές υπηρεσίες τους μέχρι σήμερα έχουν πλούσιο ιστορικό από ιμπεριαλιστικές επεμβάσεις, χούντες, πραξικοπήματα, άγρια βασανιστήρια, εν ψυχρώ δολοφονίες Αφροαμερικάνων. Η δε Ευρωπαϊκή Ένωση πάει πολύ να αυτοπροβάλλεται ως ο τιμητής των ανθρωπίνων δικαιωμάτων. Η κοινή εξωτερική πολιτική ασφάλειας και άμυνας, η Europol, η Eurojustice, όλοι οι μηχανισμοί καταστολής της Ευρωπαϊκής Ένωσης και του NATO είναι εταίροι και σύμμαχοι της CIA.

Τα κράτη μέλη της Ευρωπαϊκής Ένωσης συνεργάζονται με τις Ηνωμένες Πολιτείες σε πολλούς τομείς καταστολής του εργατικού λαϊκού κινήματος. Συνεργάζονται επίσης στην κρατική και βιομηχανική κατασκοπεία, στις τηλεφωνικές και διαδικτυακές παρακολουθήσεις, ενώ καλύπτουν τα απάνθρωπα βασανιστήρια.

Όλα αυτά δεν αποτελούν παραφωνία του καπιταλιστικού συστήματος αλλά το πραγματικό του πρόσωπο. Στόχος τους είναι η υπεράσπιση της καπιταλιστικής εκμετάλλευσης ενάντια στον εχθρό λαό. Αυτή είναι η δικτατορία των μονοπωλίων και οι λαοί μπορούν να πάρουν τις αποφάσεις τους, για να την ανατρέψουν με τη δική τους εξουσία. Έχουν τη δύναμη.

Elmar Brok (PPE). – Herr Präsident, Herr Ratspräsident, Herr Kommissar! Ich finde, es ist eine großartige Leistung des amerikanischen Senats, insbesondere von Senatorin Feinstein, einen solchen Bericht zu veröffentlichen. Es zeigt, dass die Vereinigten Staaten von Amerika im Gegensatz zu Russland und zu China immer in der Lage sind, wenn sie Mist gebaut haben, in einem Selbstreinigungsprozess die Dinge in Ordnung zu bringen.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

Das ist der große Unterschied zwischen einer Demokratie und einer Diktatur. Dafür soll man die Demokratien nicht noch beschimpfen. Allerdings ist es in der Sache richtig: Dieses Vorgehen ist rechtlich nicht haltbar, es ist durch keinen Grund zu begründen, und es ist völlig rechtlos. Es ist inhuman und muss kritisiert werden. Das ist völlig klar, und aus diesem Grunde, da ich ja selbst einmal einen Besuch in Guantánamo gemacht habe und mich in dieser Frage immer deutlich geäußert habe; da diese Vorgehensweisen nicht hinnehmbar sind und dem internationalen humanitären Recht nicht entsprechen, muss dies in aller Härte kritisiert werden. Aber bitte nicht auf heuchlerische Art und Weise, als wären die Vereinigten Staaten von Amerika der größte Täter dieser Erde.

Wir müssen auch sehen, dass dies eine Konsequenz war, eine nicht als Alibi gelten könnende Konsequenz, aber eine Konsequenz von Terrorakten, die gegen amerikanische Bürger betrieben worden sind und die von kaum jemandem hier benannt werden. Denn da gibt es ja eine Vorgeschichte, die muss man ja auch mal zum Ausdruck bringen.

Ich sage aber noch einmal: Es kann nicht die Balance von Freiheit und Sicherheit so falsch gestellt werden, dass dadurch prinzipielle Menschenrechte zerstört werden. Da liegt die Kritik. Die Amerikaner sind dabei, die Balance wiederherzustellen. Und ich glaube, dass es ein entscheidender Punkt ist, dabei kritisch zu sein, aber diesen Zusammenhang zu verstehen. Deswegen möchte ich nochmals Senatorin Feinstein und ihren Leuten meine Gratulation dafür zum Ausdruck bringen, dass sie diesen Mut gehabt haben, bei all den Konsequenzen und der Kritik, die damit zu tun haben, dies zu tun, und das macht den Unterschied aus zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und vielen Diktaturen. Frau Ernst, Sie sollten auch mal mit Ihren Stasi-Leuten in Ihrer Partei reden, die ja auch Leute ins Gefängnis gebracht haben und sie dort gequält haben.

(Der Redner ist damit einverstanden, eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“ gemäß Artikel 162 Absatz 8 der Geschäftsordnung zu beantworten.)

Urmäs Paet (ALDE), *sinise kaardi küsimus*. – Ma jagan hr Broki seisukohti selles küsimuses ja mul on küsimus talle, et milliseks hr Brok hindab nüüd riske terrorismivastases võitluses, tulenevalt sellest raportist? Kas ta näeb, kas on võimalikke mõjusid ka edasisele terrorismivastasele võitlusele, tulenevalt sellest olukorrast? Kahjuks alles eile me nägime kohutavat sündmust Pakistanis. Milline on tema hinnang?

Elmar Brok (PPE), *Antwort auf eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“*. – Ich habe zum Ausdruck gebracht, dass wir den Kampf gegen den Terror sehen müssen, aber dass die Verletzung der Menschenrechte aus dem Kampf gegen den Terror nicht begründet werden kann. Deswegen ist dieses amerikanische Verhalten falsch. Das wird kritisiert. Aber wir müssen dennoch den Zusammenhang sehen.

(Der Redner ist damit einverstanden, drei Fragen nach dem Verfahren der „blauen Karte“ gemäß Artikel 162 Absatz 8 der Geschäftsordnung zu beantworten.)

Sophia in 't Veld (ALDE), *blue-card question*. – I am glad that Mr Brok condemns the use of terror under any circumstances. Even if it was understandable, if it was the circumstances, etc., is it not true, Mr Brok, that many years have passed when people should have been brought to justice and when there should have been accountability, but every single opportunity was missed until today? Incidentally, when it comes to justice, the Americans did manage to lock up the people who actually disclosed the scandals – for example Mr John Kiriakou, a former CIA employee who spent time in prison – rather than the people responsible for terror. Do you not agree that there was plenty of time to repair the mistakes that were made?

Afzal Khan (S&D), *blue-card question*. – Mr Brok, thank you for your contribution. As close friends of the US should we not now be asking them to close Guantánamo Bay?

Cornelia Ernst (GUE/NGL), *Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“*. – Herr Brok! Ich stimme Ihnen ja durchaus in manchen Dingen zu. Da bin ich überhaupt nicht heilig. Aber ich wollte Ihnen jetzt folgende Frage stellen: Finden Sie nicht, dass man dazu auch juristischer Maßnahmen bedarf, dass man auch juristische Schlussfolgerungen ziehen muss und tatsächlich auch Leute, die für diese Menschenrechtsverletzungen verantwortlich sind, vor Gericht zu bringen, und dies juristisch auch zu verfolgen hat?

Mittwoch, 17. Dezember 2014

Elmar Brok (PPE), Antwort auf Fragen nach dem Verfahren der „blauen Karte“. – Ja, dies war ein Fehler in der Vergangenheit. Ja, dagegen muss vorgegangen werden. Ja, dagegen muss auch juristisch vorgegangen werden, wenn dies im Einzelfall nachgewiesen ist. Aber das verändert nicht meine Argumentation, die ich vorher vorgebracht habe. Dass man dagegen juristisch vorgehen sollte und dass man Guantánamo auflösen sollte, das habe ich schon vor acht oder zehn Jahren gefordert, das muss ich hier nicht neu bestätigen. Dieser Auffassung bin ich immer gewesen.

Aber wir müssen auch sehen, und das ist die Doppelbödigkeit, die wir haben: Welches unserer Länder war denn bereit, Guantánamo-Gefangene aufzunehmen, als die Amerikaner das machen wollten? Da müssen wir doch erst mal vor der eigenen Haustüre kehren bei dieser Angelegenheit. Es waren doch nur ein paar Länder, die bereit waren, einige aufzunehmen. Deswegen kann man mit einem Gebot der Scheinheiligkeit nicht entsprechend vorgehen.

Frau Ernst, juristische Folgerungen: Ja. Ich bin auch der Auffassung, dass für solche Verfahren nicht einmal Verjährungsfristen gelten sollten, allerdings auch keine politischen Verjährungsfristen, wenn solche Leute, die die eigenen Landsleute im Gefängnis gequält haben, in Deutschland heute politische Verantwortung tragen.

Claude Moraes (S&D). - Mr President, one thing Mr Brok says accurately is that we both met Dianne Feinstein in the United States on the NSA inquiry. She was brave then, and she was brave on this subject. She faced huge pressure on the question of making this report happen. We should be very aware – and Mr Coelho will agree – that we have now been vindicated on our 2006 CIA rendition inquiry and our report, which were happening in a very different context in a very different time. I would remind colleagues that, in 2006, when we in this Parliament investigated with secondary sources – not the primary sources that the US Senate had – all of these terrible and horrific brutal torture methods, it was under severe pressure. We were investigating our own governments in that context in a very fragile way, but we have been vindicated, because many of the same conclusions were reached in this Parliament. That was a very difficult thing for us to do.

What conclusions did we come up with? We came up with what John McCain said. He was a Republican, a man who had been tortured, and someone who understood the difference between interrogation and brutal torture. What he said was that it was legally and morally wrong. But he also said that it brought no new information in the fight against terrorism. These are people who are not soft on terrorism. These are people who understand the qualitative difference between interrogation and torture, and the qualitative difference between having no information and bad information. That was John McCain, and that is why people are quoting him today.

So let us understand that we were vindicated in our enquiry. This is not the end of the road. We have people languishing in Guantánamo Bay today who should be free, like Shaker Aamer. These are people whom our governments are requesting to be freed, who have been tortured and who have families, but who are actually languishing in prison. The story is not finished. It has only begun. These are our citizens – EU citizens. They are languishing in prison and they have been tortured repeatedly. We want them back and we should be representing them.

(The speaker agreed to take a blue-card question under Rule 162(8))

PRZEWODNICZY: RYSZARD CZARNECKI

Wiceprzewodniczący

Afzal Khan (S&D), blue-card question. – If I can ask for the sake of Members who were not here in 2006, you mentioned two things: you said that we were vindicated, and that it was difficult. Why do you say that?

Claude Moraes (S&D), blue-card answer. – Thank you for the brevity of the question. Let me just say this to the House, and also to Mr Coelho who chaired that committee of inquiry very effectively – the rapporteur was Claudio Fava, an Italian MEP who is now a Member of the Italian Parliament. These were Members who took on a very difficult task and my assessment is that the three big inquiries of this Parliament, the Echelon inquiry, the inquiry into mass surveillance, and now the inquiry into CIA renditions, all said the same thing, which is that we have very inadequate parliamentary scrutiny of these kinds of actions. These inadequate parliamentary scrutinies allow inadequate scrutiny of the kinds of actions that we now see which allow this extreme kind of torture which ends up with the kind of Senate report that we see today.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

We must correct this, and that would be my point as to why the new Members of this Parliament should take an interest in what is happening today.

(The speaker agreed to take a blue-card question under Rule 162(8))

Sajjad Karim (ECR), *blue-card question*. – Thank you, Mr Moraes, for the work that you have done on this issue over a number of years. One of the biggest challenges that we have had has actually been getting information from our own governments: do you feel satisfied that we have had full disclosure from our Member State governments? If we have not, how can any of us be satisfied that any of our citizens will not have to face such a thing ever again?

Claude Moraes (S&D), *blue-card answer*. – Of course we do not have full disclosure and that is why I described Dianne Feinstein as a brave person. When Elmar Brok and I met her, we were aware that we were before a brave senator.

We are parliamentarians, and when we were doing the CIA inquiry in the European Parliament and people were denigrating that inquiry, we were aware that we were dealing with our own governments – sometimes we were Members of Parliament with our own government in office – and we were investigating *them*. Of course there is not full disclosure. We have to be brave in those situations and try and get as much information as possible. Sometimes that will be second-hand and in a secondary way, as I said at the beginning, but we have to do it because without that accountability we cannot get the truth.

But let me say finally that we still have European Union citizens in prison today who are completely innocent and they should be free. That is why this is such a vital and important issue and all parliamentarians should be representing them if nothing else.

Hans-Olaf Henkel (ECR). - Herr Präsident! Als langjähriges Mitglied von Amnesty International bin ich genau wie wir alle hier entsetzt und empört über das, was sich in den Vereinigten Staaten zugetragen hat.

Aber ich möchte bei dieser Gelegenheit auch einmal daran erinnern, dass es die Amerikaner selbst waren, die das an die Öffentlichkeit brachten – es war übrigens der Senat. Und auch dort wird genauso wie hier kritisch über das diskutiert, was frühere amerikanische Regierungen angerichtet haben.

Was mich so ein bisschen wundert ist, dass wir uns wieder einmal die Amerikaner vornehmen. Ich hätte ganz gern auch einmal so eine Aussprache über das, was der russische Geheimdienst so alles anstellt. Das habe ich vermisst.

Als Ko-Berichtersteller des Berichts über die Menschenrechtssituation im letzten Jahr ist mir auch aufgefallen, dass wir uns in diesen Berichten immer mit Dingen befassen, die komischerweise meist oder sehr oft auch gegen die Amerikaner gerichtet sind. Es wäre schön, wir würden uns auch einmal um die Menschenrechtsverletzungen in anderen Ländern genauso intensiv bemühen.

Angelika Mlinar (ALDE). - Mr President, we are not talking about something new, but we still all look surprised. The CIA started torturing people in 2001, and in 2006 we discovered that the agency was also responsible for the illegal detention and transfer of prisoners in Europe. Besides being a terrible human rights violation, this in fact created a vicious circle, giving the terrorists one more reason to continue their fight and their propaganda.

Now that the US Senate has come up with this report it is time that we all put the spotlight on things that have happened inside the European Union. EU Member States are not innocent, as my colleagues Sophia in 't Veld and Cecilia Wikström mentioned. Many EU Member States were aware of the CIA's practices; some actually tolerated, if not supported them. As has already been mentioned, Poland has finally admitted it; others are still fighting the claims.

The EU should also follow the US example and investigate the level of participation. Practices like those we have just heard about are unworthy of the European Union. I therefore call on the Member States to set up national parliamentary inquiries in order to establish the extent of the involvement in or knowledge of CIA torture.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

Κώστας Χρυσόγονος (GUE/NGL). - Οι απάνθρωπες πρακτικές που χρησιμοποιούσε η CIA επί Προεδρίας Μπους για να ανακρίνει κρατούμενους αποτελούν απόδειξη της έλλειψης πραγματικού σεβασμού στα ανθρώπινα δικαιώματα η οποία διακρίνει τις κυρίαρχες πολιτικές δυνάμεις στις Ηνωμένες Πολιτείες. Από τη μια παριστάνουν τους κήνσορες, εκδίδοντας κάθε χρόνο εκθέσεις για την κατάσταση των θεμελιωδών δικαιωμάτων σε τρίτες χώρες, ενώ από την άλλη, οι ίδιοι παραβιάζουν κατάφωρα τη σύμβαση κατά των βασανιστηρίων που είχαν υπογράψει το 1994.

Όμως και η συμπεριφορά της Ένωσης ελάχιστα διαφέρει. Ενώ η Ευρωπαϊκή Ένωση διακηρύσσει ότι προστατεύει τα θεμελιώδη δικαιώματα, στην πράξη, τα τελευταία χρόνια, τα καταπατάει συστηματικά, ιδίως τα κοινωνικά δικαιώματα μέσω της επιβολής εξοντωτικών πολιτικών λιτότητας. Η μακροχρόνια ανεργία, η έλλειψη ιατροφαρμακευτικής περίθαλψης, η αδυναμία θέρμανσης σπιτιών το χειμώνα, συνιστούν οικονομικά βασανιστήρια. Οι ευρωπαϊκές κυβερνήσεις υποσχέθηκαν στους λαούς τον παράδεισο και σερβίζουν την κόλαση.

Αλλάξτε πορεία πριν καταστρέψετε την Ευρώπη!

Jean Lambert (Verts/ALE). - Mr President, like others I welcome the Senate report but regret that both of the main political parties did not participate in the full process. As others have said, it is clear that torture is forbidden. We know the mental and physical scars that are left and we have had Members in this Parliament who have suffered torture in their lives and can testify to the effects.

I would also raise again in this House, as others have, the case of those still in Guantánamo, such as London resident Shaker Aamer held prisoner, tortured in Bagram, still held after twelve years in Guantánamo, cleared for transfer in 2007. The British Government has said it will have him back to rejoin his British wife and children. I think we fail to understand how he can still be in Guantánamo when two democratic governments have agreed he should be returned. The use of torture demeans our demands regarding human rights from others elsewhere in the world and our reputation can only be rescued if the perpetrators and those complicit are brought to justice.

Gianluca Buonanno (NI). - Signor Presidente, onorevoli colleghi, io, al contrario di tutti i miei colleghi, dico che la CIA ha fatto bene a fare quello che ha fatto, perché noi dobbiamo ricordarci dell'11 settembre 2001. Qui c'è troppo ipocrisia. Se il terrorismo islamico fa quello che ha fatto nel 2001, uccidendo migliaia di persone a New York, così come ha fatto con le decapitazioni ancora recentemente, così come ha fatto in Pakistan l'altro giorno, così come ha fatto in Australia: ma dove viviamo? Le torture ci devono essere per fare in modo che ci sia la tranquillità anche per l'Europa. Perché se quelli sono terroristi, quelli sono bestie.

Chi commette reati così gravi è una bestia, è un terrorista da combattere e Guantanamo deve rimanere aperta, perché si deve combattere. Se quelli che decapitano le persone decapitassero qualche vostro figlio, qualche vostro parente, parlereste ancora così? Nel diritto islamico c'è ancora la legge del taglione. Gesù l'ha cambiata 2000 anni fa! Nel diritto islamico il «dente per dente, occhio per occhio» permane. Ma vi rendete conto? La politica islamica è una politica terroristica. La religione islamica è violenta. Netanyahu ci ha detto oggi che siamo degli ipocriti. L'Europa è ipocrita su certi aspetti, come la votazione sulla Palestina: sei milioni di morti in Europa e noi parliamo della Palestina!

(L'oratore accetta di rispondere a una domanda «cartellino blu» (articolo 162, paragrafo 8, del regolamento))

Barbara Spinelli (GUE/NGL), Domanda «cartellino blu». – Signor Presidente, chiedo al collega se si rende conto, con le sue parole, di aver attaccato implicitamente praticamente una serie di articoli della Carta fondamentale dei diritti dell'uomo e la Carta dei diritti fondamentali dell'Unione europea e di dire delle cose che, in questo consesso, non sono accettabili, perché in questo Parlamento, Parlamento delle democrazie europee, si è contro la tortura e anche l'assassino non viene chiamato bestia.

Le chiedo collega, se si rende conto di quello che ha detto?

Gianluca Buonanno (NI), Risposta a una domanda «cartellino blu». – Signor Presidente, mi fanno piacere gli applausi ipocriti di chi comunque sta con il sedere al caldo, qui dentro e non va a combattere per la democrazia dove si deve combattere. Io dico solo che chi ha commesso dei reati così gravi non può pensare di essere trattato a caviale e champagne. Evidentemente, per combattere certi fenomeni bisogna essere disposti a fare determinate cose. Altrimenti il terrorismo non si combatterà mai. Anche in Italia c'è stato il terrorismo: le Brigate Rosse. Si è combattuto come? Con la carcerazione, certamente, ma anche con i pentiti, con quelli che cercavano di dire delle cose. Si è cercato di fare qualcosa. Ovviamente su cose ancora più gravi è evidente, lo ribadisco, che gli americani hanno fatto solo bene e se queste cose le fanno anche altri, dico per combattere il terrorismo islamico, va bene tutto, purché si sconfigga.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

Carlos Coelho (PPE). - Senhor Presidente em exercício do Conselho, Senhor Comissário, em 2007 e em 2006, este Parlamento investigou este caso através de uma comissão a que tive a honra de presidir. Alguns afirmaram, na altura, que era impossível, um Estado de direito como os Estados Unidos da América, cometer os atos ilegais que lhes eram atribuídos. As autoridades norte americanas afirmavam que as alegações eram infundadas. Mentiram! Em setembro de 2006 tivemos uma testemunha que não tínhamos pedido: George W. Bush, então Presidente dos Estados Unidos da América, confirmou ao mundo o programa das *extraordinary renditions* e reconheceu que eram verdade os raptos, a não sujeição dos detidos a um tribunal, a existência de prisões secretas, mas negou veementemente que fosse utilizada a tortura. Mentiu, uma vez mais, como se viu pelo relatório do Senado americano agora publicado.

Este relatório do Senado deixa-nos 4 mensagens importantes. Primeiro, é preciso coragem para se ter autoridade moral, como a Senadora Feinstein sublinhou, e bem, só uma democracia adulta é capaz de rever os seus próprios erros e contribuir para evitar que eles se repitam no futuro. Segundo, não podemos desistir de trazer a verdade ao de cima. Sem que nos esforcemos não é evidente que a verdade venha sempre ao de cima, sobretudo quando governos nacionais criam obstáculos a que se aprofunde o que aconteceu. Reitero o que por mais de uma vez afirmei neste hemiciclo: em nenhuma circunstância o segredo de Estado se pode sobrepor a direitos fundamentais inalienáveis. Este Parlamento deve prosseguir com os seus esforços e contribuir para o total esclarecimento do que se passou na União Europeia. Em terceiro lugar, os fins não justificam os meios. A tortura não é moralmente aceitável, é condenada pelo direito internacional e nem sequer é eficaz, como este relatório comprova e, de resto, já havia sido afirmado pelo Senador McCain.

E, finalmente, há um défice no controlo democrático dos serviços secretos. O relatório é a prova de que, durante vários anos, o controlo democrático sobre os serviços secretos não funcionou. Os serviços secretos têm de ser sujeitos a maior controlo democrático e isso também tem de acontecer na União Europeia.

(O orador aceita responder a uma pergunta «cartão azul» (n.º 8 do artigo 162.º))

Bill Etheridge (EFDD), blue-card question. – I agree with what is being said in here. If we have inquiries into torture and these obscene practices, would you agree with me that it would be no good if these inquiries just finished with individual security officers being sacrificed and put forward as scapegoats while the men at the top – the politicians who gave the orders – still roam free, free from penalty? Would you agree that this would be wrong and we need to go to the top with this?

Carlos Coelho (PPE), Resposta segundo o procedimento «cartão azul». – Com certeza, estou completamente de acordo consigo. A mais-valia do inquérito não é apenas apurar responsabilidades. Isso é importante mas, como disse e bem, temos de apurar as responsabilidades de todos, daqueles que fizeram e daqueles que autorizaram ou daqueles que silenciaram. Mas, sobretudo, a mais-valia do inquérito é garantir que aprendemos com o passado e que aprendemos com as lições de forma a não repetir os mesmos erros no futuro.

Josef Weidenholzer (S&D). - Herr Präsident! Die Freiheit ist das Fundament der westlichen Wertegemeinschaft, und sie zu schützen ist eine vorrangige Aufgabe für jeden Staat, der sich ihr zugehörig fühlt.

Es besteht kein Zweifel, dass in gewissen Situationen und unter gewissen Bedingungen auch Beschränkungen dieser Rechte erforderlich sein können. Der 11. September war so eine Situation.

Die damaligen Bedenken vieler, diese Maßnahmen würden nicht bloß anlassbezogen und verhältnismäßig konzipiert, sondern überschießend und schließlich in ihr Gegenteil umschlagen, wurden durch den CIA-Bericht leider bestätigt.

Es kam zu dem Paradigmenwechsel in der westlichen Sicherheitspolitik: mehr Kontrolle, mehr Überwachung und mehr Repression. Zeitweise hat es den Anschein, als wolle der Westen zum permanenten Ausnahmezustand übergehen. Mit wenig Erfolg im Übrigen. Die Bedrohung durch den Terrorismus hat eher zugenommen.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

Ein deutsches Magazin meinte dieser Tage: „Vielleicht war dies Osama Bin Ladens größter Triumph: [...] dass Amerika nun als ein Unrechtsstaat dasteht.“ Man muss dem wohl zustimmen, allerdings mit dem Zusatz, dass die Aufarbeitung dieser unrühmlichen Vorgänge durch die Mehrheit im amerikanischen Senat ebenso eindrucksvoll zeigt, dass die USA kein Unrechtsstaat sein wollen. Das ist ein wichtiges Stück Erkenntnis.

Diese Erkenntnis darf uns aber nicht zu Selbstzufriedenheit und zu Selbstgerechtigkeit verleiten. Vielmehr müssen wir den Weg der Aufarbeitung der kritischen Punkte konsequent weitergehen, gerade auch was die Rolle einzelner Mitgliedstaaten der Europäischen Union anbelangt. Straftaten müssen als solche auch gerichtlich geahndet werden – basta! Das ist der Auftrag, den uns dieser Bericht gibt.

Ангел Джамбазки (ECR) - Безспорно разкриването на тези факти и обстоятелства в доклада на американската администрация за извършените от нея отвлечения, разпити, при които са използвани мъчения и други подобни нарушения на човешките права е изключително скандално. Те показват следното нещо, показват че държавата, която най-много твърди, че защитава правата на своите граждани и човешките права изобщо по целия свят, всъщност системно и последователно ги нарушава. И тук едно нещо трябва да бъде ясно - невъзможно е и няма как с едно просто извинение тези действия да бъдат оправдани. Това би означавало всеки масов убиец да поиска, когато се извини, да бъде оправдан. Съединените щати дължат на света и на обществото сериозно разследване и дължат наказателно преследване на виновните за тези нарушения на човешките права, нарушения на международното законодателство, на всички правни норми.

Ivo Vajgl (ALDE). - Naj povem uvodoma, da sem bil zadovoljen z vašim nastopom in vašo oceno.

Rad bi pa rekel to, da smo ob terorističnem napadu na Svetovni trgovinski center izrazili solidarnost z Združenimi državami Amerike in ta solidarnost še vedno velja.

Žal pa je tako imenovana vojna proti terorizmu v naslednjih letih sprožila vrsto odgovorov in metod, s katerimi se pač ne moremo strinjati. CIA ni samo osramotila svoje države, ampak je škodovala tudi ugledu evropskih držav, ki so ponudile gostoljubje za njeno škandalozno početje.

ZDA ne morejo zanikati dejstva, da so med 156 državami, ki so podpisale konvencijo proti mučenju, in da so torej obvezane, da pripeljejo odgovorne za te zločine pred sodišče. V primeru, da se vojaški ali civilni pravosodni sistem Združenih držav Amerike odloči, da ne bo ukrepal in bo torej mučitelje in odgovorne politike pustil nekaznovane, je mogoče takoj uveljavljati komplementarno klavzulo Mednarodnega sodišča za zločine (ICC). Ta klavzula namreč omogoča sodišču, da vzame zadevo v svoje roke vselej, ko vlade oziroma države niso pripravljene ukrepati. ICC lahko tudi izda nalog za aretacijo vseh oseb, ki so odgovorne za omenjene zločine, in jim izreče sodbo.

Z objavo poročila o mučenjih so ZDA doslej opravile samo del, prvi del svoje naloge pri dokazovanju zavezanosti človekovim pravicam in mednarodnemu pravu. Ne pozabimo pa, da je Guantanamo še vedno v funkciji.

Pablo Iglesias (GUE/NGL). - Señor Presidente, introducir alimentos y objetos por el ano del detenido; derramar líquido caliente sobre el pene del detenido; mantener 104 horas seguidas sin dormir al detenido; amenazar al detenido con violar a su madre; hacer escuchar al detenido los llantos de un familiar discapacitado. Estas son algunas de las prácticas procesales que hemos conocido a partir de ese informe.

El problema no es que haya seres humanos que sean capaces de hacer esto a otros seres humanos: siempre habrá perros dispuestos a cumplir las órdenes de sus amos. El problema no es que haya diputados fascistas que defiendan en esta Cámara la práctica de la tortura.

El problema es que esos amos llevan chaqueta y corbata y tienen consideración de demócratas. El problema es que, en esta Cámara, algunas de sus dignas Señorías, como algunos diputados del Partido Socialista y el Partido Popular de mi país, participaron en Gobiernos que colaboraron con la CIA en el traslado de detenidos que iban a ser torturados.

Ese es el problema, Señorías.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

Janusz Korwin-Mikke (NI). - Mr President, Mr Brok and Mr Iglesias have it absolutely wrong. Democracy is a tyranny of the majority and the majority do not care for the principles of freedom and human rights, the majority wants safety and to obtain it, it will agree to torture, to kill, to almost everything. I move the European Parliament to create an investigation committee, at least on the Polish case, which is the most characteristic case of CIA prisoners in Europe because the Polish Government was denying everything and we have been denying what we can deny, and men who stubbornly denied the extent of torture in Poland now occupy prominent positions in the present Parliament.

The main suspect is a man who as Polish Prime Minister was the chief negotiator of the accession treaties at exactly the same time that he was negotiating with the CIA. The dog is buried much deeper but I have no time to explain it now. I advise you to create an investigation committee. Mr Etheridge surely agrees with me.

Daniel Buda (PPE). - Domnule președinte, atentatele de la 11 septembrie 2001 din Statele Unite ale Americii, precum și cele de la Madrid, Londra și Boston ne-au demonstrat că nu există națiuni sigure, iar terorismul poate lovi oriunde, oricând și cu puteri inimaginabile, viețile a milioane de oameni fiind mereu în pericol. Aceste lucruri au determinat ca națiunile din lumea întreagă – și nu doar Statele Unite – să își unească eforturile într-un demers comun, să abandoneze atitudinea defensivă și să reacționeze.

Situația de astăzi, când Statul Islamic reușește să recruteze tot mai mulți adepți, poate și din cauza unei polarizări a societății, ne demonstrează că pacea, securitatea și siguranța cetățeanului sunt valori mereu în pericol. Oamenii nevinovați cad zilnic pradă unor acte de terorism feroce, iar tragediile recente ne demonstrează că aceste amenințări îmbracă o formă domestică, cu alte cuvinte vin din rândul deținătorilor de pașapoarte europene.

Centrele de detenție au apărut ca o consecință a faptului că terorismul nu ține cont de granițe și, în același timp, din nevoia identificării cauzelor acestuia și mai ales pentru a găsi răspunsuri la ceea ce este de făcut pentru ca acest fenomen să fie înlăturat sau cel puțin diminuat. De aceea, consider că politizarea excesivă a acestui fenomen nu este în folosul nimănui.

Cu toate acestea, și subliniez „cu toate acestea”, niciodată nu vom putea fi de acord cu mijloacele inumane de a obține informații. Tortura, tratamentele inumane și degradante trebuie respinse indiferent de circumstanțe. A proceda de altă manieră nu ar face altceva decât să transforme victimele în călăi, iar vinovăția lor nu ar fi cu nimic mai prejos. Obiectivele comune ale tuturor națiunilor trebuie să fie respectarea standardelor internaționale în materie de drepturile omului și în același timp trebuie să fim preocupați de siguranța cetățenilor noștri, indiferent unde s-ar afla aceștia.

Ana Gomes (S&D). - O relatório do Senado confirma tudo aquilo que os relatórios do Parlamento Europeu e do Conselho da Europa já haviam exposto desde 2007, mas acrescenta novos detalhes acabrunhantes, quer sobre a tortura e outros crimes praticados pela CIA no programa das *extraordinary renditions*, quer sobre a rede de prisões secretas para deslocalizar e subcontratar a tortura a esbirros de Assad, de Gaddafi ou Mubarak, quer sobre a extensão da mentira e a omissão da CIA e da Administração Bush para enganar o Congresso e a opinião pública americana e mundial.

Vários governos europeus podem também ter sido enganados, mas outros sabiam e foram coniventes com a operação da CIA. O Senado bloqueia os nomes de 25 países europeus. Cabe a este Parlamento expor quais são. Alguns dos cúmplices não se limitaram a autorizar sobrevoos de aviões para transportar os prisioneiros. O Senado confirma que houve prisões secretas na Europa. A Polónia, a Lituânia e a Roménia já tiveram de admitir aquilo que negaram junto deste Parlamento. O Parlamento Europeu tem o dever de reinstaurar um mecanismo de averiguação da participação de Estados-Membros da União Europeia neste programa levado a cabo pelos Estados Unidos. É essencial acabar com a impunidade.

Pelo meu país, Portugal, passaram os primeiros voos que transportaram suspeitos de terroristas para Guantánamo a 11 de novembro de 2002. Entre sobrevoos, voos, escalas, paragens técnicas, entre 2002 e 2007 são mais de cem vezes em que a CIA utilizou o território português no processo de cometer estes crimes. Mas falta ainda esclarecer se as autoridades portuguesas foram só tolinhas e incompetentes e enganadas pelos Estados Unidos ou se foram cúmplices e participantes ativos neste programa?

Mittwoch, 17. Dezember 2014

Está ainda por apurar se as escalas implicaram detenção e tortura em solo nacional, por exemplo na base das Lages, nos Açores. O governo do meu partido - digo com vergonha e amargura - a partir de 2006, fez tudo para obstruir o conhecimento da verdade impedindo um inquérito parlamentar, dificultando um inquérito judicial, impedindo um escrutínio aos serviços secretos, e sonegando ao Parlamento Europeu e ao parlamento nacional listas de voos autorizados de e para Guantánamo que eu consegui obter e entreguei à comissão de inquérito deste Parlamento.

Termino, Senhor Presidente, dizendo que todos estes esforços foram para encobrir responsabilidades próprias e para não comprometer as chances de reconduzir a chefia da Comissão Europeia, o ex-Primeiro Ministro de Portugal, Durão Barroso, que, entre 2002 e 2005, foi cúmplice ativo deste programa da CIA. Apurar a verdade em Portugal importa a Portugal e importa à Europa.

(O orador aceita responder a uma pergunta «cartão azul» (n.º 8 do artigo 162.º))

António Marinho e Pinto (ALDE), Pergunta segundo o procedimento «cartão azul». – Senhora Deputada, Cara Colega, acha que podemos acreditar em discursos públicos em favor dos direitos humanos por parte de entidades que criam campos de concentração como Guantánamo ou que permitem a prática clandestina de atos de tortura como os de Abu Ghraib e os que agora são denunciados pelo Senado americano? Acha que as autoridades europeias, os países europeus que permitiram práticas de tortura por parte da CIA no seu território, devem ser sancionados pelas instituições da União Europeia?

Ana Gomes (S&D), Resposta segundo o procedimento «cartão azul». – As democracias cometem erros e as grandes democracias admitem que cometem erros e, sem dúvida, foi isso que fez o Senado americano, mas também foi isso que fez já o Parlamento Europeu e é exatamente por isso que acho que agora temos que prosseguir o trabalho, temos que apurar quem foram os responsáveis europeus, temos que os levar a julgamento. O crime não pode ficar impune. A lei é para todos, e é para aqueles que foram agentes no terreno e é também para aqueles que foram os ordenantes desta barbárie cometida pela CIA, com a cumplicidade europeia.

Beatrix von Storch (ECR). - Herr Präsident! Von 6 200 Seiten US-Folterbericht sind jetzt 525 Seiten öffentlich geworden, und sie stellen fest: Die USA haben brutal gefoltert, ein Todesfall ist dokumentiert. Und der Bericht stellt fest: Die Folter war auch noch zwecklos. Aber die Zwecklosigkeit ist egal, Folter ist immer verboten. Der Zweck heiligt nicht die Mittel. Artikel 5 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen besagt: Niemand darf der Folter unterworfen werden.

Ich stelle fest: Erstens: Folter gehört in das Mittelalter oder zu Unrechtsstaaten, aber nicht zu Rechtsstaaten des 21. Jahrhunderts. Zweitens: Wer foltert, gehört bestraft. Die Täter sind vor nationale Gerichte oder den Internationalen Strafgerichtshof zu stellen. Drittens: Deswegen ist es höchste Zeit, dass auch die USA den Internationalen Strafgerichtshof anerkennen und aufhören, Straftaten Vorschub zu leisten und Straftäter zu schützen.

Javier Couso Permuí (GUE/NGL). - Señor Presidente, es un descenso a los infiernos saber los detalles de las «técnicas de interrogatorio avanzadas», el eufemismo que utilizaba la CIA para tortura, tortura, tortura... Hay que repetirlo muchas veces.

No es la primera información que tenemos de ello en el Parlamento Europeo. En una Resolución de 2012 se llamaba a investigar la implicación en el programa de detención y tortura de los países europeos, y también se hablaba de los obstáculos a las investigaciones judiciales y parlamentarias.

Me avergüenza saber que mi país colaboró en estos hechos, en el secuestro y tortura de seres humanos; exactamente igual que las cárceles secretas de Rumanía, Polonia o Lituania, o los dieciocho Estados miembros que colaboraron.

La Resolución que se apruebe deberá exigir la condena pero, sobre todo, una investigación que identifique a los culpables, a los colaboradores, y los ponga en manos de la justicia.

No sirven las condenas si no se evita la repetición persiguiendo a los culpables. Si no, este Parlamento Europeo tendrá que dejar de hablar de derechos humanos.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

Gilles Lebreton (NI). - Monsieur le Président, le rapport qui vient d'être publié révèle que la CIA a pratiqué la torture pendant plusieurs années. Ces révélations ne sont pas étonnantes: de nombreux exemples montrent que les États-Unis sont devenus une puissance agressive dont nous devons nous méfier. Le scandale WikiLeaks nous a appris en 2013 que la NSA a pratiqué l'espionnage à grande échelle, même au détriment de chefs d'État ou de gouvernement alliés, comme François Hollande ou Angela Merkel.

En 1996, le Congrès américain a décidé d'imposer au monde les lois Helms-Burton et d'Amato-Kennedy, en violation du droit international public. Dans le droit fil de ces lois, les États-Unis viennent d'infliger, en 2014, une amende de 6,5 milliards d'euros à une banque française, BNP Paribas, simplement coupable d'avoir travaillé avec des États figurant sur leur liste noire. En 2014 toujours, ils ont volontairement déstabilisé l'Ukraine, au risque de provoquer une guerre avec la Russie.

Combien de provocations et d'humiliations supplémentaires l'Union européenne supportera-t-elle avant de comprendre qu'il est temps de réagir en refusant de signer le traité transatlantique?

Csaba Sógor (PPE). – Mindenképpen elismerésre méltó, hogy az Egyesült Államokban megszülethetett egy ilyen jelentés, amely kimondja, hogy az emberi jogokkal összeegyeztethetetlen módszerekkel csikartak ki információkat a CIA ügynökei a gyanúsítottakból. A méltató szavakat azonban itt be is kell fejeznünk, hiszen számomra felháborító a CIA vonatkozó gyakorlata még akkor is, ha az amerikai elnök szerint az eljárás már a múlté. Persze nem zárhatjuk ki, hogy más országok is alkalmaznak hasonló módszereket, mégis aggodalomra ad okot, hogy az Egyesült Államokban is megtörténhet: amikor érdekeik úgy kívánják, zárójelbe teszik az emberi jogok védelmét. Bár a jogállamokban az igazságszolgáltatás néha lassú és körülményes, azt gondolom, hogy éppen ennek tiszteletben tartása különbözteti meg a szabadságon és a jog érvényesülésén alapuló demokráciákat a világ más részeitől. Ha egyes esetekben nem tartjuk be a saját magunk által alkotott normáinkat, akkor semmit sem értettünk meg a XX. század tanulságaiból.

Kati Piri (S&D). - Voorzitter, het rapport van de Amerikaanse senaat heeft aangetoond dat er op grote schaal gevangenen zijn gemarteld door de CIA in de periode na 9/11. Deze vermoedens waren er natuurlijk altijd al, maar nu is het onomstotelijk bewezen. En terwijl dit aan de andere kant van de oceaan heel wat stof heeft doen opwaaien, blijft het hier in Europa angstvallig stil.

Er wordt in het rapport niet expliciet naar verwezen, maar het is geen geheim dat Europese lidstaten aan deze praktijken hebben meegewerkt. Dit Parlement heeft samen met de Raad van Europa een cruciale rol gespeeld een aantal jaar geleden in het boven water brengen van de bewijzen dat helaas ook onze regeringen betrokken waren bij illegale overbrengingen, het beschikbaar stellen van Europese vlieghavens voor martelvluchten en zelfs het opnemen van illegale detentiecentra op Europees grondgebied. Dezelfde Europese Unie die terecht de rechtsstaat en fundamentele rechten als cruciaal onderdeel van onze waardengemeenschap propageert, heeft in de hoogtijdagen van de strijd tegen het internationaal terrorisme zelf meegedaan aan grove mensenrechtenschendingen.

Het rapport roept de Amerikaanse overheid op om af te rekenen met het verleden en lessen te trekken voor de toekomst. Ik zou graag deze kans benutten om de Europese lidstaten hetzelfde te vragen. Het is nu echt tijd om openheid van zaken te geven over de samenwerking met de CIA. Bovendien is het cruciaal voor de geloofwaardigheid van de EU als voorvechter van wereldwijde mensenrechten, dat we schoon schip maken met deze zwarte bladzijde in onze recente geschiedenis.

Daarom roep ik ook de Commissie op om alsnog het onderzoek te starten naar schendingen van het internationaal recht op Europees grondgebied als gevolg van samenwerking met de Amerikaanse inlichtingendienst. Het Europees Parlement heeft hier al meerdere keren op aangedrongen, maar dit werd tot nu toe elke keer geweigerd. In een democratie werkt het nu eenmaal zo dat regeringen ook verantwoording moeten afleggen.

Deirdre Clune (PPE). - Mr President, this Feinstein report and the extracts from it have cast a dark cloud over the US's reputation as a defender of democracy and freedom. It has cast a shadow over security services that are supposed to protect the citizens of the world and, as President Obama said himself, the image of the US has been tarnished. Indeed the report has thrown up many questions for European citizens, as well as European governments.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

When you condone the use of torture and extreme methods of interrogation, and when you ignore the very values that you are trying to defend, you give fuel to those extremists who are looking for weaknesses. The fight against terrorism is a fight about values and acting contrary to those values is therefore not just wrong but is counterproductive.

The justification of ISIS and similar terror groups is that they are fighting a just war against a powerful tyrant. Torture to the extent that it was spelled out in this report gives fuel to that notion. What message does it send to those who are intent on killing innocent civilians, beheading charity workers and killing aimlessly? The message we send is that there are no limits to depravity. Not only do we fail in our standards of humanity, but we encourage others to disregard human life and suffering.

We may now face a scenario whereby seemingly dangerous men and women who are currently detained can use this report to prove that they were tortured to the point of becoming psychologically unstable and their admissions and evidence can no longer be relied on. One could question how many other ongoing trials will face disruption due to the revelations in this report.

There are those who argue that the end justifies the means when it comes to protecting our lives. Indeed the *Washington Post* reported that a new poll shows that 51 % of Americans described the CIA torture methods as justified in that they gleaned information that prevented terrorist attacks.

We have the Geneva Convention, the UN Convention on Human Rights and torture conventions. We must not allow these conventions that have been ratified by nearly every country in the world, including the United States, to be set aside and to be rewritten to serve an end. We must not allow standards of humanity at times of conflict to be neglected. We must show leadership in democratic states. We should all lead by example and not stoop to the depraved levels of some terrorist organisations.

Justice must be seen to be done from this report. The courts must be allowed to respond and to deal with the findings of this report.

Sylvia-Yvonne Kaufmann (S&D). - Herr Präsident! Entführungen, Verschwindenlassen, tagelanger Schlafentzug, Gefangenschaft in kleinen Kisten, sexuelle Misshandlung, *Waterboarding* – die Liste CIA-Folterpraktiken ist lang, und sie ist einfach gruselig. Da kann ich der couragierten Vorsitzenden des Geheimdienstausschusses des US-Senats, Dianne Feinstein, nur beipflichten.

Aber aus über 6 000 Seiten Geheimbericht des US-Senats wurden nur 500 veröffentlicht, und große Teile davon sind geschwärzt. Das heißt, die volle Wahrheit darüber, was unter dem Deckmantel der Terrorbekämpfung alles geschah, liegt immer noch im Dunkeln.

Als früheres Mitglied des Nichtständigen Ausschusses, der schon 2006 die CIA-Praktiken und die Verstrickung europäischer Staaten in die massive Verletzung von Menschenrechten untersuchte und umfassende Aufklärung verlangte, will ich heute erneut unterstreichen: Kein Zweck heiligt die furchtbaren Mittel, die die CIA angewandt hat. Jede Anwendung von Folter verletzt eklatant unsere Werte.

Nur mit dem Finger auf die USA zu zeigen, greift allerdings zu kurz. Egal, ob die Motivation falsch verstandene Bündnistreue war oder gar Geld geflossen ist, wer in Europa für die illegalen CIA-Praktiken mitverantwortlich war, muss zur Rechenschaft gezogen werden. Das sind wir den Opfern und unserer eigenen Glaubwürdigkeit schuldig.

Polens ehemaliger Präsident Kwaśniewski und der frühere rumänische Geheimdienstchef Talpeş haben jetzt erst, nach der Veröffentlichung des Berichts des US-Senats, gezwungenermaßen eingestanden, dass in ihren Ländern US-Geheimgefängnisse existierten. Die britische Regierung soll, so war in der deutschen Presse zu lesen, vor der Veröffentlichung des Senatsberichts darauf gedrängt haben, dass Hinweise auf eine britische Beteiligung am CIA-Folterprogramm geschwärzt werden. Wegducken, hinhalten, verschleiern und leugnen – mit der Vertuschungsstrategie von Regierungen muss endlich Schluss sein.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

Alle EU-Staaten haben die Europäische Menschenrechtskonvention ratifiziert, und die besagt in Artikel 3: „Niemand darf der Folter oder unmenschlicher oder erniedrigender Strafe oder Behandlung unterworfen werden.“ Es darf in Fragen von Folter weder Straf- noch Sprachlosigkeit in der Europäischen Union geben.

Jeroen Lenaers (PPE). - Voorzitter, het verslag van de *Senate Select Committee on Intelligence* is een verschrikkelijke samenvatting van wat de CIA haar 119 gevangenen in de periode tussen 2001 en 2009 heeft aangedaan. Een aantal vreselijke voorbeelden zijn hier vandaag al genoemd, van waterboarding tot slaapontzegging van 180 uur en het rectaal inbrengen van voedsel. We spreken daar vandaag terecht onze afschuw over uit. Er zijn eigenlijk geen woorden om onze afschuw in uit te drukken, maar we proberen dat toch.

Tegelijkertijd hebben veel collega's terecht opgemerkt dat het wel een hele belangrijke stap is dat deze senaatscommissie dit verslag naar buiten brengt, een heel belangrijke eerste stap op weg naar transparantie en zelfreflectie. Die zelfreflectie is essentieel als we dergelijke excessen in de toekomst willen voorkomen. Het zou dan ook goed zijn als het volledige verslag van de senaatscommissie snel beschikbaar zou zijn. Ik roep ook de EU-landen op om stappen te zetten op het gebied van transparantie en zelfreflectie om ook in Europa dergelijke waarborgen te kunnen bieden.

Daarnaast is het interessant om op te merken dat dit rapport alleen gaat over de 119 gevangenen die op de zogeheten *black sites* gemarteld werden. Hoe zit het met de tienduizenden gevangenen die bijvoorbeeld in landen als Afghanistan of Irak gevangen werden gehouden en aan dezelfde behandeling zijn blootgesteld? Het zou goed zijn als we ook daarover meer informatie en meer transparantie zouden kunnen krijgen.

Tot slot nog een laatste opmerking. We leven in tijden met ongekende en onbekende dreigingen en inlichtingendiensten zijn belangrijk om onze veiligheid en de veiligheid van onze burgers te garanderen. Maar we kunnen nooit mensenrechten ondergeschikt maken aan dat belangrijke werk. Laten we dan ook niet verzanden in een discussie die Dick Cheney en de CIA misschien graag zouden willen voeren over de effectiviteit van de martelingen. Martelingen zijn onaanvaardbaar.

Elena Valenciano (S&D). - Señor Presidente, este Parlamento debe reabrir la comisión de investigación que, durante los años 2006 y 2007, trató de establecer qué sucedió con los vuelos de la CIA. El fin no justifica los medios y las democracias deben dar cuenta tanto de los fines como de los medios. Reconocemos el trabajo ejemplar que ha hecho el Senado estadounidense, pero no podemos quedarnos solo en el reconocimiento de ese trabajo ejemplar.

Este Parlamento investigó en los años 2006 y 2007 —yo fui miembro de esa comisión no permanente—, con muchas dificultades, el programa de los vuelos de la CIA. A la vista del informe del Senado estadounidense, este informe del Parlamento Europeo ya no nos sirve. Por eso, hay que reabrir esa comisión de investigación. Lo debemos hacer, como ha hecho el Senado estadounidense, sin miedo a conocer la verdad, para depurar las responsabilidades que de ello se derivaran. Se lo debemos a esta Cámara, que —insisto— trabajó con muchas dificultades. Y se lo debemos a los ciudadanos europeos, que nos miran.

Verán, Señorías, para poder dar lecciones —como vamos a hacer esta semana— sobre los derechos humanos a Sudán, a Mauritania, a Venezuela y a Egipto, primero tenemos que ser capaces de dar ejemplo. Y este debate, el de hoy, debe ser el principio —y no el final— de un trabajo que este Parlamento tiene que concluir, que comenzó en 2006 y no pudo acabar. Eso es lo que pedimos desde el Grupo socialista. Necesitamos reabrir la comisión de investigación.

Siento que no esté el señor Brok. Hay que cerrar Guantánamo. Más allá de que los países acojan o no a presos de Guantánamo. Porque, cuando abrieron Guantánamo, no nos pidieron permiso a nadie.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

Michał Boni (PPE). - Mr President, justice, freedom and security are the basis of our values. There is no space for torture. We need a responsible assessment of the tools used by the CIA and an evaluation of their consequences. In 2002, the Polish authorities allowed the detention of CIA prisoners suspected of terrorism, but not the use of torture. Although the authorities at that time demanded and requested special memoranda relating to the rules of the functioning of that prison, there was no answer from the US side. In 2009, we signed an agreement with the US on some rules, particularly as regards subjecting American officers in service in Poland to Polish jurisdiction. The Polish Prosecutor is in the process of investigating.

The US Senate report was, and is, the internal duty of the American authorities, but the answer to the question of whether people in my country were tortured is my country's obligation. However, we should learn our lesson. Anybody can be confronted with the problem of how to ensure the security of our citizens and how to avoid the use of destructive tools when we have a duty to fight with the real threats, namely terrorism, as we have been reminded by what happened in the last two days.

Nicola Caputo (S&D). - Signor Presidente, onorevoli colleghi, il recente rapporto del Senato USA sull'uso delle torture da parte della CIA solleva non poche domande sulle violazioni dei diritti umani e non se ne affievolisce la drammaticità per il solo fatto che ci si confronta con un programma che è stato chiuso dal Presidente Obama. Si apprende della tecnica del *water boarding* (annegamento controllato), di tecniche definite di controllo totale sul detenuto. Queste vicende non meritano commento ma solo pietà per il detenuto, chiunque esso sia. Si crede che i ritardi con i quali sono state rese le informazioni possono essere di medicamento all'efferatezza. Si è detto «sono eventi datati, eventi passati ormai». Ma non è così.

Se volgiamo essere esempio di civiltà dobbiamo avere il coraggio di condannare senza mezzi termini i gesti di questo tipo, che nella mortificazione dell'altrui essere umano sfidano i principi di democrazia europei e la trascendenza, l'ispirazione delle nostre gesta a qualcosa di più elevato dell'uomo stesso. L'Unione europea deve condannare ogni forma di tortura e maltrattamento di detenuti in tutte le circostanze, anche quando si tratta di lotta contro il terrorismo. La vita umana non può essere considerata danno collaterale, puntino su una mappa polverosa, statistica esistenziale.

Sajjad Karim (ECR). - Mr President, days ago the Pope stood in this very Chamber and told us that when Europe is not anchored to its values it sets itself adrift. It is very easy to point the finger at this Chamber and say: you are being soft on terrorism and terrorists. But I stand as somebody who has faced the machine guns of the Taliban and survived, and faced far-right extremists as well.

Those who attack us attack us because they want to take our values away from us. Do not allow them to take from us through our reaction what they could never take from us through their actions.

I do not just stand in criticism of the USA today. I stand to criticise all those who stood by and watched silently – that includes some of our governments. Others went further and facilitated these illegal methods also. Today we have no guarantees that any of our citizens could not face such acts again and our governments are still concealing facts. We have a choice, colleagues: either we unite behind our values or we divide and face the consequences.

Jozo Radoš (ALDE). - Gospodine predsjedniče, ja u potpunosti podržavam vrlo jasne stavove Komisije, Vijeća u pogledu poštivanja zakona, poštivanja međunarodnog prava i poštivanja ljudskih prava i općih demokratskih vrijednosti generalno. Drago mi je da je to više-manje bilo jednoglasno u Europskom parlamentu, bilo je nekih usamljenih glasova koji su govorili drugačije, ali postoje zemlje, zemlje razvijenog demokratskog svijeta u kojima to baš nije tako samorazumljivo da u odnosu sigurnosti građana i zaštite ljudskih prava se tako jasno postavlja na stranu ljudskih prava.

Zato je važno naglasiti ono što je učinio gospodin predsjednik Obama, njegova administracija i naravno dijelovi Senata, odnosno neki senatori koji se rekli da se radi o povredi američkih vrijednosti i koji je zabranio torturu, a to je približavanje europske političke kulture američkoj političkoj kulturi i to svakako treba pozdraviti.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

Președinte: IOAN MIRCEA PAȘCU*Vicepreședinte*

Josu Juaristi Abaunz (GUE/NGL). - Señor Presidente, el tema es el uso de la tortura por la CIA, pero enlaza directamente con Estados miembros de la Unión Europea, tanto por su complicidad con el plan de centros de detención de la CIA en Europa como porque aquí, en la Unión Europea, también se tortura. Y lo ha recordado el señor Comisario al subrayar que la Comisión Europea lucha por la erradicación de la tortura tanto en la Unión Europea como en el resto del mundo. Y ha hablado también de perseguir a los culpables —que no suceda como en los Estados Unidos, donde el Presidente Obama acaba de dar certificado oficial a la impunidad—.

Aquí, en Europa, en un juicio político que se está celebrando en Madrid contra 28 jóvenes vascos, se ha constatado, con base en la aplicación del Protocolo de Estambul, que fueron objeto de torturas y, hace solo dos meses, el Tribunal Europeo de Derechos Humanos condenaba, una vez más, al Estado español por no investigar denuncias de torturas interpuestas por ciudadanos vascos o catalanes.

Ignazio Corrao (EFDD). - Signor Presidente, onorevoli colleghi, l'11 gennaio 2002 il primo aereo militare degli Stati Uniti atterrava nella Baia di Guantánamo con un carico di oltre 200 sospetti terroristi. Ai sospetti terroristi li aspettavano 18 mesi di isolamento, meno di un'ora al giorno fuori dalla cella, metodi di interrogatorio degni del più disumano Medioevo.

Per 13 anni si sono susseguite migliaia di denunce da parte di giornalisti, organizzazioni non governative, addetti ai lavori nelle varie prigioni segrete degli Stati Uniti in giro per il mondo. Anche il Parlamento europeo ha più volte discusso sul tema ed espresso le proprie preoccupazioni attraverso risoluzioni.

Ma molti Stati membri, contestualmente, collaboravano con la CIA ed i suoi brutali metodi, infischandosene dei diritti umani. Obama, in campagna elettorale, si era schierato apertamente contro certe pratiche della CIA e il centro di Guantanamo ma probabilmente anche lui soffre di memoria corta. Gli Stati europei dovrebbero condannare e mai avallare o coadiuvare le orribili torture praticate dal governo americano.

(Încheierea procedurii „catch the eye”)

Δημήτρης Αβραμόπουλος, Μέλος της Επιτροπής. - Κύριε Πρόεδρε, η συζήτηση σε αυτό τον χώρο για την έκθεση της Γερουσίας έφερε στην επιφάνεια, μαζί με τα στοιχεία που μας δίνει η έκθεση, μια σκληρή πραγματικότητα, μια σκληρή αλήθεια και θέτει όλους μας πραγματικά προ των ευθυνών μας. Και αξίζει να τη χαιρετίσουμε αυτή την έκθεση.

Διαπιστώνω ότι όλες οι δυνάμεις του δημοκρατικού τόξου σε αυτό τον χώρο καταδικάζουν απερίφραστα τα βασανιστήρια και κάθε πρακτική που κινείται έξω από τα όρια του κράτους δικαίου, του σεβασμού των ανθρωπίνων δικαιωμάτων, των αρχών και των αξιών πάνω στις οποίες έχει θεμελιωθεί το ευρωπαϊκό οικοδόμημα.

Είπα στην εισήγησή μου ότι τα βασανιστήρια είναι ένα έγκλημα και όσοι είναι υπόλογοι είναι ευθύνη των ίδιων των κρατών να τους τιμωρούν. Ακούστηκε όμως και μία κριτική σ' αυτό το χώρο: ότι η Ευρώπη σε πολλές περιπτώσεις τα ανέχθηκε. Θέλω να σας διαβεβαιώσω ότι η Ευρώπη δεν ενέκρινε ποτέ αυτές τις πρακτικές που προσβάλλουν τη δημοκρατία και τα ανθρώπινα δικαιώματα. Μάλιστα, για το λίγο χρονικό διάστημα που βρίσκομαι και εγώ κοντά σας εκείνο που καθημερινά βλέπω μπροστά μου είναι η υποχρέωσή μας να τα προστατεύουμε.

Οι εργασίες της σημερινής συνέλευσης όπως και η έρευνα της Επιτροπής της Γερουσίας των Ηνωμένων Πολιτειών καταδεικνύουν τον θεμελιώδη ρόλο που διαδραματίζει ο δημοκρατικός έλεγχος, η δημοκρατική εποπτεία όσον αφορά στην εθνική ασφάλεια και την επιβολή του νόμου.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

Οι πρακτικές που ανεδείχθησαν μέσα από τη συζήτηση και που συζητήσαμε σήμερα εδώ δείχνουν ότι η προάσπιση και η προώθηση των θεμελιωδών δικαιωμάτων απαιτούν συνεχείς προσπάθειες και επαγρύπνηση. Και, ναι, θα συμφωνήσω μαζί σας ότι την ευθύνη τη μοιραζόμαστε όλοι –και τα κράτη μέλη. Και είμαι βέβαιος ότι ο Προεδρεύων του Ευρωπαϊκού Συμβουλίου, που βρίσκεται σήμερα εδώ, θα μεταφέρει τους προβληματισμούς και τις ανησυχίες του Κοινοβουλίου στα κράτη μέλη.

Θυμίζω όμως κάτι πάρα πολύ σημαντικό –γιατί ακούστηκαν και κάποιοι αφορισμοί: ότι η έρευνα της Επιτροπής της Γερουσίας των Ηνωμένων Πολιτειών Αμερικής είναι αποτέλεσμα δημοκρατικού και κοινοβουλευτικού ελέγχου. Το καλωσορίζουμε ως μία ώριμη αντίδραση μιας δημοκρατικής κοινωνίας και θυμίζουμε ότι η δημοκρατία έχει τους θεσμούς, έχει τη δύναμη και τη θέληση να προστατεύει τον άνθρωπο και τα δικαιώματά του.

Θα ήθελα στο σημείο αυτό να κάνω μια αναφορά σε κάτι σημαντικό, κατά τη γνώμη μου, που είπε ο Πρόεδρος Ομπάμα, ο οποίος, όπως γνωρίζετε, απαγόρευσε τα βασανιστήρια όταν ανέλαβε Πρόεδρος: «Today's report can help us leave these techniques where they belong - in the past.» Εκεί όπου ανήκουν: στο παρελθόν.

Κάποιοι εκ των βουλευτών αναφέρθηκαν στο Γκουαντάναμο. Τη θέση της Επιτροπής την ακούσατε στην αρχή και την επαναλαμβάνω. Και η θέση μας είναι σαφής και συνεπής. Ναι, ζητούμε το κλείσιμο του Γκουαντάναμο. Τη στάση αυτή την έχουμε τηρήσει με συνέπεια όχι μονάχα όσον αφορά στην επ' αόριστον κράτηση υπόπτων τρομοκρατίας στο Γκουαντάναμο αλλά –σας θυμίζω– και στη θανατική ποινή, στη φυλάκιση ανηλίκων και άλλα σημαντικά ζητήματα που άπτονται των ανθρωπίνων δικαιωμάτων.

Έγινε αναφορά και στην αντιτρομοκρατική συνεργασία ανάμεσα στην Ευρωπαϊκή Ένωση και τις Ηνωμένες Πολιτείες Αμερικής. Η συνεργασία αυτή είναι πολύ σημαντική για την ευρωπαϊκή ασφάλεια και την προστασία των λαών μας. Σε επίπεδο Ευρωπαϊκής Ένωσης έχουμε συνάψει συμφωνίες με τις Ηνωμένες Πολιτείες Αμερικής για σειρά πρωτοβουλιών που διευκολύνουν τη συνεργασία αυτή και την καθιστούν περισσότερο αποτελεσματική και σύμφωνη πάντα με τα θεμελιώδη δικαιώματα.

Η Ευρωπαϊκή Ένωση και τα κράτη μέλη της καθώς και οι Ηνωμένες Πολιτείες Αμερικής έχουν την κοινή ευθύνη να διασφαλίζουν ότι η αντιτρομοκρατική συνεργασία τους σέβεται απόλυτα τα θεμελιώδη δικαιώματα και το κράτος δικαίου και, κατά περίπτωση, το διεθνές ανθρωπιστικό δίκαιο και το δίκαιο περί προσφύγων.

Εμείς, και θα ήθελα να σας διαβεβαιώσω γι' αυτό, θα συνεχίσουμε να θέτουμε και να συζητάμε τα θέματα αυτά με τις Ηνωμένες Πολιτείες Αμερικής και να εκφράζουμε, όπου χρειάζεται, τις ανησυχίες μας και τους προβληματισμούς μας αλλά και τις προτάσεις μας για καταστάσεις που είναι αντίθετες προς τις αξίες και τις αρχές στις οποίες βασίζεται η Ευρωπαϊκή Ένωση, στις ίδιες αξίες και αρχές όπου στηρίζεται και το αμερικανικό δημοκρατικό οικοδόμημα.

Η ιδιαίτερη προσοχή που δίνει το Ευρωπαϊκό Κοινοβούλιο στα εν λόγω θέματα μάς παρέχει πολιτική στήριξη και δημοκρατικό έλεγχο, για να διασφαλίσουμε ότι όλες οι ανησυχίες θα αντιμετωπίζονται με τρόπο ισορροπημένο και σωστό, που ταυτόχρονα δεν μας επιτρέπει να επαναπαυόμαστε.

Το βασικό συμπέρασμα από τη συζήτηση αυτή σήμερα είναι ότι η Ευρωπαϊκή Ένωση και οι δημοκρατικοί της θεσμοί είναι οι θεματοφύλακες των θεμελιωδών ανθρωπίνων δικαιωμάτων, της ανθρώπινης αξιοπρέπειας και των δημοκρατικών μας κατακτήσεων.

Benedetto Della Vedova, Presidente in carica del Consiglio. - Signor Presidente, onorevoli deputati, ringrazio per questo franco e aperto scambio di opinioni. Come ho già detto, è importante garantire che gli abusi di cui si parla nella relazione del Senato americano – e di cui si è parlato oggi – non si ripetano mai più e che nella lotta al terrorismo i diritti umani siano pienamente rispettati. Ritengo che il Parlamento europeo abbia un ruolo importante da svolgere nel dibattito transatlantico su antiterrorismo e diritto internazionale e diritti umani.

È importante che voi possiate rivolgervi ai membri del Congresso degli Stati Uniti per esprimere le vostre opinioni sulla politica antiterrorismo e abbiamo già visto che le preoccupazioni manifestate dagli alleati possono influenzare la politica degli Stati Uniti d'America. Il Congresso sta ora discutendo l'importante questione rappresentata da sorveglianza e protezione dei dati e rispetto della vita privata. Il Congresso ha votato contro un disegno di legge che avrebbe riformato uno dei vari programmi che hanno interessato fundamentalmente gli americani. Sarà importante che il Parlamento europeo esprima i suoi punti di vista al Congresso degli Stati Uniti, rispetti la tutela della vita privata dei cittadini dell'Unione europea.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

Il Parlamento europeo potrebbe inoltre svolgere un ruolo importante nei confronti dei parlamenti dei paesi del Medio Oriente e del Nord Africa, in particolare di quelli impegnati nelle riforme nel settore della sicurezza, in modo che in tali paesi siano istituiti meccanismi di controllo effettivi.

Come ho già detto all'inizio, la cooperazione tra l'Unione europea e gli Stati Uniti d'America in materia di antiterrorismo è e resta fondamentale. Il Parlamento europeo ha un ruolo importante da svolgere riguardo agli strumenti pertinenti: il *terrorist finance tracking program* e il *passenger name record* tra l'Unione europea e gli Stati Uniti e l'accordo sull'approdo sicuro. È importante disporre di strumenti efficaci che proteggano la vita privata e i diritti fondamentali.

Sia l'Unione europea che gli Stati Uniti d'America hanno di fronte una grave minaccia terroristica rappresentata oggi in particolare dall'ISIL e combattenti stranieri. Abbiamo bisogno di strumenti sofisticati anche in relazione ai dati per affrontare la minaccia con modalità che rispettino i diritti umani. Sono certo che questo dibattito su antiterrorismo e diritti umani proseguirà tra le due sponde dell'Atlantico in questo Parlamento.

Președintele. - Domnule ministru, dacă vreți să interveniți sub forma unui cartonaș galben, nu se poate. Reprezentanții Comisiei și ai Consiliului nu pot fi chestionați sub această formă. Dacă vreți să vorbiți despre altceva, aveți cuvântul.

Sophia in 't Veld (ALDE). - Mr President, this concerns the agenda because we asked the Council to make a statement about the matter that we have been discussing here all afternoon. I note that neither in its introduction, nor in its concluding remarks, has the Council said anything about its role. So I consider there has not been a statement from the Council about when they discussed the CIA strategy at the time and discussed supporting it. So I consider that the Council was not here, has not responded and did not make a statement.

Președintele. - Propunerile de rezoluție care vor fi depuse în conformitate cu articolul 123 alineatul (2) din Regulamentul de procedură vor fi anunțate ulterior.

Dezbaterile a fost închisă.

Votul va avea loc în perioada de sesiune februarie I.

Declarații scrise (articolul 162)

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), per iscritto. – Ancora una volta scopriamo all'improvviso la palese evidenza: i servizi segreti americani torturano i prigionieri e non solo a casa loro ma anche a casa nostra. Non è la prima volta che accade, sembra piuttosto sia un percorso ciclico, un *déjà-vu*: vengono portate alla luce operazioni poco chiare, si identifica un capro espiatorio, la CIA si cosparge il capo di cenere e poi dopo qualche tempo si ricomincia da capo. Sempre con lo sdegno della stampa e dell'opinione pubblica mondiale senza però che si identifichino i veri responsabili. Una tiritera ormai sterile e ipocrita.

Noi condanniamo senza se e senza ma l'uso di queste tecniche indegne di una democrazia. L'Europa, infatti, deve ricordare al suo amico e alleato storico che non si può tollerare nessun tipo di tortura: è inaccettabile che queste brutalità siano state usate e a maggior ragione sul territorio dell'Unione. Gli amici di lunga data devono avere la franchezza di rimproverarsi a vicenda quando sbagliano, altrimenti non sono più amici. Sono complici.

Pașcu, Ioan Mircea (S&D), in writing. – The topic of CIA secret prisons and practices during the 'war on terror' keeps regularly surfacing. Most of the times, that re-surfacing is due to journalistic investigation based on 'undisclosed' sources which, because of their anonymity, cannot be challenged. The difference this time is that the report is authored by the US Senate, until recently dominated by the Democrats. Consequently, the report has come under heavy attack from an array of personalities and institutions – many directly linked to the political and security sectors – for political bias and incorrectness. Romania was a 'target' from the very beginning, although the site of the so-called secret detention facility kept circling around – the MK Air Base, Bucharest, Dobrogea, etc. Even if the US Senate Report does not mention any country, journalistic articles were capable of 'identifying' it, again based exclusively on 'journalistic sources' linked to the Washington Post newspaper! It is clear that, under the circumstances, the report is being used as an opportunity to name countries which otherwise are not named. If torture and illegal practices against anybody, including notorious criminals who have the blood of thousands on their hands, are unacceptable, than pure political speculation is equally unacceptable.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

Alyn Smith (Verts/ALE, in writing). – The US Senate Report documenting CIA torture of alleged terrorists raises a number of fundamental questions about the nature and operations of the vast secret police networks which span the globe. The report details harsh CIA interrogation techniques, including CIA officers threatening to hurt, rape, and kill family members of detainees, but it omits the wider scope of violent activity in which the CIA continues to be involved. This is simply unacceptable. It is also disgraceful that, despite over 6 000 pages of documents and testimony, recording crimes against humanity, the report is unlikely to trigger any trials or resignations. The Scottish Government is demanding answers from the UK and if we, in this Chamber, represent countries that were directly or indirectly involved in these shameful practices it is our responsibility to put pressure on our respective governments and to conduct a thorough inquiry at the EU level. Member States' agencies should not have been in the business of kidnapping and 'rendering' and I urge my colleagues from countries like Poland, Romania, Lithuania and others to press for judicial inquiries, as we need a full explanation of what happened in our name on our soil.

Ελισάβετ Βόζεμπεργκ (PPE), γραπτώς. – Το σύγχρονο διεθνές και ευρωπαϊκό νομικό οπλοστάσιο αναμφισβήτητα στηρίζεται σε έναν ακλόνητο κεντρικό άξονα: την απόλυτη προστασία των ανθρωπίνων δικαιωμάτων, στην οποία περιλαμβάνεται η ρητή απαγόρευση της χρήσης βασανιστηρίων για οποιοδήποτε λόγο. Η σχετική συζήτηση δυστυχώς ανοίγει κάθε φορά με αφορμή κάποια δυσάρεστη αποκάλυψη, όπως ότι το ευρωπαϊκό έδαφος χρησιμοποιούταν πρόσφατα από την C.I.A για άσκηση μεθόδων βασανισμού σε ύποπτους τρομοκρατίας προκειμένου να ομολογήσουν. Αν και η Ευρωπαϊκή Ένωση, μέσω των θεσμικών και νομικών της εργαλείων, έχει πολλάκις καταδικάσει τέτοιες συμπεριφορές, εύλογα διερωτάται κανείς τι γίνεται κεκλεισμένων των θυρών, δεδομένης μάλιστα της εντατικοποιημένης μάχης κατά της τρομοκρατίας και της προσπάθειας πρόληψης τυχόν τρομοκρατικού χτυπήματος στην Ευρώπη. Για να μην αναφερθούμε σε σύγχρονες μορφές βασανιστηρίων, τις οποίες ακούμε να επινοούν και να εφαρμόζουν εξειδικευμένοι προς τούτο επαγγελματίες στο βωμό άντλησης υψηλού κέρδους. Φαίνεται λοιπόν ότι παρά την αυστηρή νομική μας παράδοση, που είναι κάθετα αντίθετη σε τέτοιες πρακτικές, πρέπει επιπλέον να επαγρυπνούμε στην ΕΕ για το αυτονόητο δικαίωμα της προστασίας από κάθε μορφής κρατική ή αστυνομική βία, η οποία τελικά μπορεί να ασκείται υπό την ανοχή ή άγνοιά μας, καθιστώντας μας όμως έτσι συνενόχους. Στην Ευρώπη της Δικαιοσύνης, τα βασανιστήρια ούτε χωρούν ούτε θα πρέπει να επιτρέπονται ή έστω να συγχωρούνται.

Yana Toom (ALDE), in writing. – The US Senate's report on post-9/11 CIA torture revealed shocking truths about the 'enhanced interrogation techniques' (in fact torture) used against foreign prisoners in overseas prisons, including, inter alia, rectal rehydration, sleep deprivation, standing for long periods and threats to family members of prisoners. Several countries hosted US detention centres, including three EU Member States – Poland, Romania and Lithuania. These activities cannot be justified at all. According to the UN Convention against Torture (1984), no exceptional circumstances may be invoked as a justification for torture (Article 2). It is very worrying that the 'techniques' were previously authorised by US authorities. I welcome the publication of the Senate's report. Regrettably, former high-ranking officials in the US still try to justify these 'techniques' that have proved to be largely ineffective. The fight against terrorism, the democratic image of both the US and EU, the positive character of US-EU cooperation are heavily compromised. It is appropriate to insist on punishment of public officials in the US and EU responsible for systemic and outrageous breaches of fundamental rights. Europe cannot serve as a beacon of democracy if no appropriate measures are taken in Poland, Romania and Lithuania – all three countries were actively involved in moulding European Neighbourhood Policy.

Inês Cristina Zuber (GUE/NGL), por escrito. – Este Relatório apenas demonstra aquilo que já se sabia – que os EUA são uma potência imperialista que se considera acima de qualquer obrigação legal, que desrespeita o direito internacional e que, ironicamente, vem ocupando continuamente vários países soberanos em nome da defesa dos direitos humanos. As práticas de tortura reveladas neste relatório são brutais, mas não eram, evidentemente, desconhecidas do governo dos EUA, uma vez que foi o próprio Presidente Bush que aprovou o Programa de Detenção e Interrogatório da CIA com as técnicas reforçadas de interrogatório. O Presidente Obama, apesar de todas as lamentações que agora proferiu, não encerrou a ilegal prisão de Guantánamo e nomeou como Diretor da CIA um dos mais acérrimos defensores da tortura na época de Bush, John Brennan, o que revela não um corte, mas uma continuidade, na ação da CIA. São vários os países europeus, incluindo Portugal, que foram cúmplices com estes atos bárbaros, por via dos sequestros, detenções e transporte ilegal destes prisioneiros que foram torturados. O que se exige é que se faça justiça e que, no âmbito nacional, bem como ao nível das Nações Unidas, sejam condenados os responsáveis e compensadas as vítimas.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

16. Meinungsfreiheit in der Türkei: Verhaftungen von Journalisten und führenden Medienvertretern und systematischer Druck auf die Medien in jüngster Zeit (Aussprache)

Președintele. - Următorul punct pe ordinea de zi este dezbateră privind Declarația Vicepreședintelui Comisiei/Înaltului Reprezentant al Uniunii pentru afaceri externe și politică de securitate, referitoare la libertatea de exprimare în Turcia: arestările recente ale unor jurnaliști și directori media și presiunea sistematică exercitată împotriva mass-mediei. (2014/3011(RSP))

Benedetto Della Vedova, Presidente in carica del Consiglio. - Signor Presidente, onorevoli deputati, intervengo a nome dell'Alto rappresentante/vicepresidente.

Domenica scorsa retate della polizia turca hanno portato all'arresto di numerosi giornalisti ed esponenti dei mezzi di comunicazione in Turchia. Abbiamo tutti seguito questa vicenda con estrema attenzione. L'Alto rappresentante/vicepresidente Mogherini e il Commissario Hahn hanno rilasciato domenica pomeriggio una dichiarazione, in cui si sottolinea, senza ambiguità, che le retate e i fermi avvenuti sono incompatibili con la libertà di stampa, principio fondamentale della democrazia. La dichiarazione ha anche espresso l'auspicio che sia rispettato il principio della presunzione di innocenza e ha ricordato il diritto inviolabile a un'indagine indipendente e trasparente, in caso di presunti illeciti, nel pieno rispetto del diritto di difesa degli interessati.

Evidentemente gli atti illeciti vanno puniti, ma sempre nell'ambito dello stato di diritto e rispettando il principio della proporzionalità. Ieri anche il Consiglio ha discusso la situazione e ha adottato conclusioni chiare e risolutive in merito alle attese dell'Unione europea e agli obblighi della Turchia in quanto paese candidato.

Commissario per i diritti umani del Consiglio d'Europa, Nils Muižnieks, ha espresso profonda preoccupazione per gli avvenimenti di domenica, considerandoli un grave passo indietro per la libertà dei mezzi di informazione in quel paese. Anche questo Parlamento ha fatto sentire la sua voce e siete in molti, insieme con il Presidente Schulz, ad avere espresso le vostre preoccupazioni sugli ultimi sviluppi e questa discussione deve consentirci di rafforzare il messaggio che vogliamo inviare alla Turchia.

Siamo tutti d'accordo sul fatto che la Turchia, quale paese candidato, deve aspirare ai massimi livelli di garanzie democratiche in termini sia di *standard* che di pratiche. Ciò comprende il pieno rispetto della libertà di espressione, che è essenziale per realizzare ed esercitare una serie di altri diritti umani, fra cui la libertà di associazione e di riunione e la libertà di pensiero e di religione o di credo. La democrazia non può esistere senza queste libertà.

Nella sua relazione del 2014 sui progressi compiuti dalla Turchia, la Commissione si è compiaciuta degli sviluppi positivi del paese, quali il pacchetto di democratizzazione, il piano d'azione contro le violazioni dei diritti umani, le sentenze della Corte costituzionale turca e l'impegno fattivo per arrivare ad una soluzione della questione curda. Al contempo, la relazione esprimeva preoccupazione riguardo a diversi sviluppi che d'altra parte minacciano, in particolare, l'indipendenza del sistema giudiziario e la libertà di espressione. I problemi con la libertà di stampa e di espressione in Turchia non sono nuovi: abbiamo visto la repressione contro i giornalisti e i *social media*, in seguito alle proteste al Parco Gezi.

In occasione del recente dialogo politico e in incontri bilaterali, l'Unione europea ha ribadito che il processo di adesione rimane la chiave di volta delle relazioni tra l'Unione europea e la Turchia e, al tempo stesso, ha anche espresso la propria preoccupazione in merito allo stato di diritto e alle libertà fondamentali, in particolare alla libertà di espressione, sottolineando che il motore principale di questo processo è l'evoluzione sul campo in Turchia in primis, per quanto riguarda lo stato di diritto e i diritti fondamentali.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

Nella loro recente visita in Turchia insieme con il Commissario Stylianides, l'alto rappresentante/vicepresidente Mogherini e il Commissario Hahn hanno sottolineato che lo stato di diritto e le libertà fondamentali sono aree essenziali in cui la Turchia deve progredire. Tutti gli interlocutori turchi hanno ribadito l'importanza delle relazioni tra Unione europea e Turchia e hanno accolto con favore la visita congiunta. Hanno tutti espresso il loro impegno a favore del processo di adesione all'Unione europea e la forte volontà politica di portarlo avanti e di far progredire le riforme politiche. L'alto rappresentante Mogherini e i Commissari Hahn e Stylianides hanno riaffermato che questo impegno forte a favore dell'Unione europea espresso dalle controparti turche durante la visita deve tradursi nei fatti.

Gli Stati membri dell'Unione europea hanno ribadito più volte che la Turchia è un partner essenziale e concordano che è importante inviarle un messaggio chiaro sulla necessità di far progredire le riforme volte ad istituire adeguati pesi e contrappesi per tutelare pienamente la libertà, che comprende la libertà di pensiero, di espressione e di stampa. Gli Stati membri hanno anche ricordato che i progressi dei negoziati di adesione dipendono dal rispetto dello stato di diritto e dei diritti fondamentali. L'Unione europea è pronta a sostenere gli sforzi della Turchia in quest'ambito. Riteniamo che il processo di adesione rimanga il quadro di riferimento migliore per far progredire e sostenere le riforme in Turchia. La posizione dell'Unione europea su questo punto è molto chiara ed è stata trasmessa agli interlocutori turchi con assoluta chiarezza e coerenza.

L'Unione europea ha il diritto e il dovere di seguire con attenzione le questioni di questo tipo in un paese candidato e ora attendiamo da parte della Turchia un impegno costruttivo riguardo a queste preoccupazioni. A mio avviso, questo significa proseguire in buona fede sulla via dell'adesione, dobbiamo approfittare al massimo degli strumenti che abbiamo e la Turchia ha bisogno di collaborare con noi. Auspico che l'impegno a favore dell'Unione europea, espresso dal governo turco, porterà i frutti sperati.

Signor Presidente, onorevoli deputati, consentitemi di assicurarvi ancora una volta che questa vicenda è una priorità per l'Unione europea e che continueremo a seguirla da vicino. Signor Presidente, onorevoli deputati, grazie per l'attenzione e attendo di sentire nella discussione le vostre opinioni.

Cristian Dan Preda, în numele grupului PPE. – Domnule președinte, aș vrea să spun de la bun început că vorbesc în calitate de prieten al Turciei. Nu sunt, altfel spus, unul dintre acei politicieni care își construiesc o carieră prin opoziția față de această țară candidată la Uniune.

Tocmai ca prieten trebuie să spun că sunt îngrijorat, sunt foarte îngrijorat de valul recent de arestări și de atitudinea generală față de mass media în Turcia. În acest moment mi se pare că intenția politicianilor turci de a adera la Uniune și de a construi o societate democratică nu mai este deloc clară și le adresez direct întrebarea: „încotro în această privință?”. Cei care au rămas, cred eu, principalii susținători ai aderării, oamenii de afaceri turci, sunt la rândul lor extrem de îngrijorați și aceasta, desigur, trebuie să ridice un semn de întrebare în primul rând autorităților din Turcia.

În ceea ce mă privește, susțin în continuare stabilirea de *benchmarks* pentru deschiderea capitolelor de negociere 23 și 24. Este o poziție care a fost deja votată în ultima rezoluție referitoare la raportul de progres privind Turcia. Cred că în acest fel am putea contribui la dezbaterile care are loc în Turcia în privința acestor subiecte.

Închei spunând că Uniunea Europeană nu transmite un mesaj clar dacă va continua să negocieze cu o țară care are atâtea probleme, cum este Turcia, ținând în afara discuțiilor despre candidatură o țară precum Moldova, care este o țară stabilă și care din punct de vedere politic este mult mai avansată acum decât Turcia.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

Kati Piri, on behalf of the S&D Group. – Mr President, at the core of the accession process is the respect for the rule of law and fundamental rights. Free and pluralistic media are an essential component of any democracy. I am therefore deeply concerned about what happened last Sunday when media outlets were raided by the Turkish police and critical journalists were arrested. At times when Turkey was already coming in for criticism about press freedom and judicial independence, this counts as another blow. Should the detainees be charged with alleged wrongdoings, we expect that a due process will be conducted whereby the principle of presumption of innocence will prevail, and an independent, transparent investigation will be conducted.

Last week I visited Turkey as the European Parliament's rapporteur. There was a clear understanding from the side of the government that further reforms are needed. Therefore I welcomed the statement by the government that the EU accession process, further democratisation and the Kurdish settlement process are its first priorities. The fact that we are concerned about the deteriorating situation of fundamental rights and the rule of law in the country actually shows our commitment to the accession process. But in the end it is the Turkish Government which sits behind the steering wheel.

The events of 14 December caused serious concerns in the EU about Turkish willingness to make progress in the field of democratic reforms. In the weeks to come, therefore, it is up to Ankara to convince us that it is still truly committed to moving closer to the EU and its core values.

The accession process is a unique opportunity for Turkey to develop a strong pluralistic democratic system with solid institutions for the benefit of all citizens of Turkey. However, a crackdown on critical media is moving Turkey further away from these core European values, and that is bad news for anyone who is a friend of Turkey.

Charles Tannock, on behalf of the ECR Group. – Mr President, whatever our views on the policies of the Turkish government, we must acknowledge Turkey's importance as a country. But ever since acquiring EU candidate status in 2005, the accession process was always going to be a challenging one for such a large, relatively poor country, with a very different heritage from Western Europe's.

So far, only one chapter of 33 has been opened and closed, as Turkey still refuses to recognise the Republic of Cyprus. The decline of secular Turkey and the rise to power of the Islamist AKP has posed new challenges as President Erdoğan's increasingly erratic authoritarian approach takes on the students, the army, journalists and now the rival Islamist group, the Gülenists, who have dared challenge the corruption and obstruction of justice in that country. Erdoğan has also backtracked on the PKK ceasefire negotiations, and only under huge NATO pressure has he finally agreed to allow support for beleaguered Kurdish forces in Kobani, as he sees brutal ISIS as less of a threat to Turkish interests than the secular PKK.

There has also been Western alarm about Turkey's alleged support to jihadists in Egypt, Iraq and Syria, but despite all this, we all still hope that Turkey may still change course towards a more Western path it once held.

Marietje Schaake, on behalf of the ALDE Group. – Mr President, our dream of a European Turkey has turned into a nightmare and it is time for a wake-up call. I was among those critical friends of Turkey who argued that an ongoing membership process helps reforms, but reality suggests the opposite. Last weekend's arrest of journalists is part of a trend of government-led breaches of fundamental freedoms and the rule of law in Turkey.

Only a week after a high-level EU delegation visited Ankara, relations have now hit another low point. There was reason for concern before. After corruption allegations included Erdoğan – then Prime Minister, now President – and key members of his Cabinet, hundreds of police officers and prosecutors were relocated and threatened with prosecution. Those threats have now materialised and are also being used on journalists, while Turkey already held the world record for imprisoned journalists.

The obvious question is why the EU would act firmly only now. It comes down to our fears of Turkey sliding ever further away from democracy if the negotiations were to stop. Yet too many watershed moments have passed without serious criticism from Europe, from the banning of an unpublished book by Ahmet Şik to mass arrests and trials without due process. The witch-hunt of Gülen supporters is only the latest in a long list of rule of law violations. Members of the Fethullah Gülen Hizmet Movement and the AKP have created monsters together by helping each other in a coalition that long turned against everything on their combined path. Now they are turning against each other, leading to even more violations of the rule of law.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

Today there are masses of people in Turkey who live in fear for their future – women, academics, artists, business leaders and, frankly, anyone who is critical of the government. Losing a job or a licence, receiving a tax fine or even being prosecuted for attempting to overthrow the government have become common tools to punish opponents, while laws were passed placing members of the security establishment and government officials above those laws. It is time to tell the AKP government that it is not business as usual. Europe has to show that there is an end to the violations of the rule of law.

Τάκης Χατζηγεωργίου, εξ ονόματος της ομάδας GUE/NGL. – Κύριε Πρόεδρε, το πρόβλημα που συζητάμε δεν μπορεί να ειπωθεί σαν ένα μεμονωμένο ζήτημα. Κάτι πάσχει στο βασίλειο της Τουρκίας και πρέπει να το αναγνωρίσουμε. Δεν είναι λοιπόν μόνο οι πρόσφατες συλλήψεις· δεν είναι μόνο η καταπάτηση της ελευθερίας του λόγου. Είναι τα διατρέξαντα στο πάγκο Γκεζί· είναι η στάση της Τουρκίας στο Κομπάνι· είναι η στάση της Τουρκίας απέναντι στο Κουρδικό· είναι η στάση της χώρας απέναντι στην Κύπρο, το *casus belli* κατά της Ελλάδας· είναι η στάση απέναντι στις γυναίκες και στις μειονότητες· είναι η στάση του κυρίου Ερντογάν, στάση απαξίωσης απέναντι στις αποφάσεις του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου· μια στάση που λέει πως τα ψήφισμά μας θα πάρουν την άγουσα για τον κάλαθο των αχρήστων.

Εμείς, ως Κύπριοι ευρωβουλευτές, καθόλου δεν χαιρόμαστε γι' αυτά. Εμείς θέλουμε μια γείτονα χώρα δημοκρατική, μια χώρα που να σέβεται τα ανθρώπινα δικαιώματα, τους γείτονές της και τις αρχές του διεθνούς δικαίου.

Πιστεύω απόλυτα πως πρέπει η Τουρκία να πάρει καθαρό και σκληρό μήνυμα από την Ευρωπαϊκή Ένωση· και καθαρό μήνυμα σημαίνει κυρώσεις για τη συμπεριφορά της. Οι θωπίες και τα χαϊδέματα δεν θα βοηθήσουν καθόλου. Είτε θα κατανοήσουν ποιο δρόμο πρέπει να ακολουθήσουν είτε θα συνεχίσουν το δούλεμα. Είμαι βέβαιος ότι, χωρίς αυτό το μέτρο, το μέτρο των κυρώσεων, και αυτή η συζήτηση καθώς και το πιθανό ψήφισμα που θα ακολουθήσει, θα πάρουν τον γνωστό δρόμο του καλάθου.

Καθαρό μήνυμα σημαίνει κυρώσεις αλλά σημαίνει και ειλικρίνεια εκ μέρους μας για την ενταξιακή της πορεία. Σας καλώ να χαλιναγωγήσουμε αυτή την άδικη συμπεριφορά. Σας καλώ να υψώσουμε ανάστημα απέναντι στο χαλιφότο του κ. Ερντογάν.

Rebecca Harms, im Namen der Verts/ALE-Fraktion. – Herr Präsident! Ich möchte eines vorausschicken: Ich glaube, wir sollten uns alle in dieser Debatte auch klarmachen – das ist auch ein Appell an die Regierung Davutoğlu und an Präsident Erdoğan –, dass die Türkei und die Europäische Union entlang der Grenzen der Türkei gemeinsame große Herausforderungen haben. Der Krieg in Syrien, aber auch ISIS, das sind Herausforderungen, denen wir uns weiterhin auch gemeinsam stellen müssen, genauso wie die riesige humanitäre Katastrophe, die Flüchtlingslawine in dieser Region. Das darf man jetzt in dieser Debatte als gemeinsame Herausforderungen nicht vergessen.

Trotzdem ist es richtig, sich kritisch, sehr kritisch zu dem zu äußern, was am letzten Wochenende passiert ist. Man muss die Festnahmen und Anklagen gegen Journalisten und Polizisten und auch die Durchsuchungen von Redaktionen politisch einordnen in Dinge, die vorher passiert sind und die wahrscheinlich auch weiter passieren werden, wenn wir uns nicht vehementer einmischen. Die Regierung betrachtet seit längerer Zeit alle Aktivitäten von Oppositionellen – dazu gehören nicht nur die Gülen-Bewegung und ihre Medien – als Vorbereitung zur Verschwörung gegen den Staat oder als Vorbereitung zum Putsch gegen Präsident Erdoğan und seine Mehrheitsregierung. Ich halte es für völlig ungesund, dass in der Türkei die Gezi-Proteste, Demonstrationen gegen ISIS, Demonstrationen für die Opfer von Kobane, Trauerfeiern, dass all das inzwischen als Teil einer großen Verschwörung betrachtet wird.

Wenn wir jetzt kritisieren, was am letzten Wochenende passiert ist, dann müssen wir das wirklich insgesamt angehen als ein Problem, das zwischen der Mehrheit, die die Regierung stellt, und den Minderheiten auftritt. Es gibt keinen Respekt mehr für Minderheitenrechte, Kritik wird als Aufruf zum Putsch verstanden. Das dürfen wir nicht tolerieren.

Kristina Winberg, för EFDD-gruppen. – Herr talman! Turkiet trampar igen på yttrandefriheten. Journalister arresteras och medierna utsätts ständigt för påtryckningar och censur. Inget land har fällt så ofta i Europadomstolen för brott mot yttrandefriheten som Turkiet. Det handlar om en tydlig repressiv politik, men man lindar in den i vackra omslag och klingande ord. Trots påtryckningar från EU har Turkiet inte ändrat sig, och jag välkomnar att kommissionen protesterar emot dessa systematiska brott som Turkiet utsätter sina medborgare för.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

Några tidigare händelser värda att nämna är tidningen Azadiya Welat som har stängts hela 8 gånger. Tidigare chefsredaktören för tidningen Vedat Kurşun avtjänar ett 166 årigt fängelsestraff och 9 journalister från samma tidning sitter fängslade. För några år sedan dömdes reportern Ersin Çelik till 6 års fängelse, och samtidigt hittades journalisten Metin Alataş från nämnda Azadiya Welat hängd i ett träd.

EU öser dessutom pengar över denna skendemokrati. Under 2013 gick över 900 miljoner euro ur EU:s budget till Turkiet. Pengar som Turkiet fick mot ett löfte att bl.a. förbättra sin urusla rättssäkerhet, sin obefintliga yttrandefrihet och sin skenande korruption. Var detta väl spenderade pengar? För mig är det tydligt: Turkiet kommer förmodligen aldrig att kunna uppfylla Köpenhamnskriterierna.

Matteo Salvini (NI). - Signor Presidente, onorevoli colleghi, è incredibile come da 15 anni si voglia insistere nel provare a portare la Turchia in Europa. Uno Stato che occupa militarmente da 40 anni una parte di Cipro, che è uno Stato membro dell'Unione europea, avendo distrutto chiese e avendone fatte di tutti i colori. Una realtà che non riconosce il genocidio degli armeni: un milione di morti. Io consiglio agli amici della Turchia la lettura del «La masseria delle allodole», da regalare, per questo Natale. E noi, nonostante questo, adesso ci stupiamo perché hanno arrestato una ventina di giornalisti. Ma stiamo veramente scherzando?

La Turchia non è Europa: non potrà mai essere Europa da questo punto di vista. Potremmo ragionarci, avere rapporti commerciali, rapporti economici, rapporti strategici. Continuiamo a pagarli! Ecco, io è questo che non capisco. Uno Stato che occupa militarmente da 40 anni un altro Stato membro dell'Unione europea, che non riconosce di aver massacrato un milione di persone – e il prossimo aprile si celebrerà il centenario del genocidio degli armeni; io vorrei vedere se questo palazzo ricorderà il centenario del genocidio degli armeni – e ciò nondimeno continuiamo a dargli i suoi 600 milioni di euro all'anno. L'Italia e l'Europa regalano quest'anno alla Turchia, *brevi manu, cash* a fondo perduto, 600 milioni: 600 milioni l'anno prossimo, 600 milioni fra due anni, 600 milioni fra tre anni e questi in cambio usano questi soldi per arrestare i giornalisti e fare concorrenza alle nostre aziende.

Diciamocelo una volta per tutte che la Turchia non sarà mai Europa e saremo più seri tutti quanti.

(L'oratore accetta di rispondere a una domanda «cartellino blu» (articolo 162, paragrafo 8, del regolamento))

Brando Benifei (S&D), Domanda «cartellino blu». – Volevo sapere dall'on. Salvini se considera le stesse cose che ha detto sulla Turchia anche rispetto alla Russia di Putin. Ha parlato di occupazione di territorio: io penso all'annessione illegale della Crimea, agli scontri che ci sono nella zona est del paese in Ucraina; ha parlato di violazione dei diritti: mi chiedo cosa ne pensa riguardo alla Russia a questo proposito.

Matteo Salvini (NI), Risposta a una domanda «cartellino blu». – Immagino che sia uno scherzo, immagino che sia una battuta di spirito, visto che in Crimea hanno votato un referendum dove il 95% dei cittadini, con tanto di osservatori internazionali, ha deciso di essere Crimea. Quindi prendo l'intervento dell'onorevole come una simpatica provocazione prenatalizia, ricordando che noi alla Turchia regaliamo 600 milioni di euro all'anno; alla Russia regaliamo delle sanzioni economiche che stanno mettendo in ginocchio un paese contro il nostro stesso interesse. Quindi la prendo come uno scherzo ed evito di rispondere.

Renate Sommer (PPE). - Herr Präsident! Die Einschränkungen der Meinungs- und Pressefreiheit in der Türkei, das ist ja wirklich nicht neu, das haben wir seit Jahren. Kritiker werden mundtot gemacht, werden verhaftet, werden nach dem Antiterrorgesetz verurteilt, und es reicht schon eine Karikatur, um entsprechend mundtot gemacht zu werden. Soziale Medien wurden abgeschaltet und nun eben der neueste Akt: die Razzia und die Verhaftungen vom vergangenen Sonntag.

Aber das ist natürlich nicht vereinbar mit unseren Grundwerten in der EU. Meinungs- und Pressefreiheit sind unverzichtbar in einer Demokratie, das können wir offensichtlich gegenüber der Türkei nicht oft genug sagen. Ein Staat, der diese grundlegenden Rechte und Freiheiten so willkürlich einschränkt, ist undemokratisch und kann niemals Mitglied in der Europäischen Union werden.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

Allerdings erfüllt die Türkei ja auch die übrigen politischen Kopenhagener Vorbeitrittskriterien in keinem einzigen Punkt. Das zeigt sich zum Beispiel auch in der Verhinderung der Aufklärung der Korruptionsvorwürfe gegen die politische Elite, gegen Mitglieder der Regierung vor einem Jahr. Akten wurden beschlagnahmt, Beamte, die in Polizei und Gerichtsbarkeit ermittelten, versetzt oder entlassen. Bis heute findet keine Aufklärung statt, weil Präsident Erdoğan es nicht will. Schließlich steht ja auch sein Sohn unter Verdacht.

Rechtsstaatlichkeit gibt es also auch nicht in der Türkei, nur die Selbstherrlichkeit des Präsidenten Erdoğan. Dieses Land macht eine dramatische Rückentwicklung durch, und ich finde, das dürfen wir nicht zulassen. Wir müssen dagegen protestieren. Wir müssen als Europäische Union unsere Naivität gegenüber dem Land endlich fallenlassen, uns endlich überlegen, welche Sanktionen wir verhängen können.

Und ein Letztes, Herr Präsident, gestatten Sie mir dies noch: Ich appelliere an das Türkische Verfassungsgericht, dieser Entwicklung einen Riegel vorzuschieben. Derartige fortlaufende Grundrechtsverletzungen dürfen nicht zugelassen werden.

Richard Hewitt (S&D). - Mr President, nobody is safe in Turkey right now. Those are the words of a human rights defender speaking to me on the phone earlier from the front line in Turkey. Why are they not safe? As Federica Mogherini and Commissioner Hahn said in their joint statements, the police raids and arrests of a number of journalists and media representatives in Turkey today are incompatible with freedom of the media, which is a core principle of democracy. Human rights activists, ordinary journalists and people opposing the government are deeply worried by a pattern of curtailment of media freedoms and questions being raised about the independence of the judiciary.

This week's wave of harassment, under accusations of founding a terror organisation seeking to overthrow the government, indicates the problems with Turkey's broad based anti-terrorism law, as these accusations are some of the most serious charges which can be levelled under the country's penal code. Human rights activists in Turkey have told me that those arrested are not clear of what charges they are being arrested under; they are being arrested and detained, and I quote: 'without concrete evidence, under vague charges and without a clear indictment'. This is clearly in contravention of the European Convention, Articles 5 and 6: the right to liberty and to a fair trial.

I appreciate that Volkan Bozkır, the Minister of EU Affairs, provided assurances to the Commission – as he has done to us – that Turkey seeks to uphold the rule of law. It is right that Turkey, with its geographical and political role in the on-going fight against terrorism, has anti-terrorism legislation. However, if it is correct – as widely reported – that members of the opposition and journalists are getting arrested and having to prove their innocence while prosecutors fail to provide evidence of any criminal activity, then Turkey may be talking about the rule of law, but failing to uphold it in practice.

Finally, Mr President, for those who have queued up to use this yet again to make threats about the accession process, the lesson in this for me is more engagement with Turkey not less. Let us have our resolution in January condemning, in strong terms, the treatment of journalists, but let our rapporteur do her job in committee to draw up a resolution in the interests of Turkey as a country and of the Turkish people.

(The speaker agreed to take two blue-card questions under Rule 162(8))

Charles Tannock (ECR), blue-card question. – Richard Howitt, you have a reputation of being a strong friend of Turkey – indeed you founded the Friends of Turkey in the previous Parliament. Of course, it is interesting to me to hear what you have to say today, in a very critical tone, on the subject of human rights, democracy and the rule of law in Turkey. Would you join me in agreeing that if these breaches persist, we should be in this Parliament reviewing the hundreds of millions of euros of taxpayers' money from the European Union going towards EPA funding for Turkey? Otherwise, what sanctions do we have against a candidate country undergoing the accession process?

Λάμπρος Φουντούλης (NI), ερώτηση «γαλάζια κάρτα». – Θα ήθελα να μου πείτε ποια είναι η γνώμη σας –αφού εκφράσατε τη γνώμη σας για την Τουρκία που όλοι ξέρουμε ότι παραβιάζει τα ανθρώπινα δικαιώματα και διώκει την πολιτική σκέψη– για τις διώξεις που γίνονται στην Ελλάδα εναντίον του Λαϊκού Συνδέσμου «Χρυσή Αυγή»; Ο αρχηγός μας και οκτώ βουλευτές βρίσκονται προφυλακισμένοι με ανυπόστατες κατηγορίες και είναι τόσο υποκριτικό ότι κανείς από εδώ μέσα δεν ασχολείται με αυτό το θέμα.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

Richard Howitt (S&D), *blue-card answer to two questions*. – Mr Fountoulis, I absolutely agree that all breaches of human rights must be condemned equally and fairly and objectively, but what worried me about this debate is that I have heard people who are all too willing to queue up to criticise Turkey but who then, in relation to other countries in other situations, have prejudices which lead them to fail to do so. Let us be consistent ourselves in upholding human rights.

To my friend Mr Tannock, other than wishing him Happy Christmas, I think it is fair to say that whilst I am a friend of Turkey – and I am happy to be described as such, I love the country, I want it to join the European Union – that is why I do not like what I see there today. It is fair to say that he has a different point of view and he would probably have that point of view irrespective of what has happened over the weekend. I was talking to Commissioner Hahn today and said to him that we do not want pre-emptive action in relation to accession, and Commissioner Hahn told me that he was of a similar mind. Let us condemn what is happening in Turkey, but then let us reflect on how we can best help the situation there.

Morten Messerschmidt (ECR). - Hr. formand! Der er grund til at minde den tyrkiske regering om det gamle ord: at man kan snyde en del af befolkningen, og at man måske kan snyde hele befolkningen en del af tiden, men man kan aldrig aldrig snyde hele befolkningen hele tiden! Det bør man huske på i Ankara, hvor man tilsyneladende tror, at man fuldstændig kompromisløst og samvittighedsløst kan snyde sine egne borgere til at tro, at Tyrkiet kan blive medlem af EU, selv om man ikke vil opfylde kriterierne og i øvrigt opfører sig en regulær bølge både eksternt og internt. Man tror, man kan snyde EU ved at lokke med, at man vil være den såkaldte »bro over Mellemøsten«, men sandheden er jo altså, at i al den tid, EU har forhandlet med Tyrkiet, har Tyrkiet bevæget sig i den præcist modsatte retning af, hvad intentionen var. Tyrkiet bevæger sig længere og længere væk fra EU; Tyrkiet hører ikke til i EU! Derfor er der grund til at se på alternativer, stoppe forhandlingerne om medlemskab og fokusere på det, der rent faktisk kan lade sig gøre: Et frihandels samarbejde samt fælles teknisk samarbejde inden for handel, miljø, udvekslingsstuderende, hvad ved jeg! Men medlemskab – det er åbenlyst for enhver – det er fuldstændig urealistisk!

Patrick Le Hyaric (GUE/NGL). – Monsieur le Président, Monsieur le Ministre, ce qui s'est passé en Turquie dimanche dernier s'apparente à une rafle méticuleusement préparée contre des journalistes indépendants et écoutés du grand public. Dans treize villes du pays, on a arrêté des journalistes, des directeurs de publications, le président d'une chaîne de télévision. Leur seul tort est d'enquêter sur la politique du régime et de dire la vérité sur la corruption. Et voici que, selon des informations, 150 journalistes sont menacés d'être arrêtés d'ici la fin de ce mois.

Les autorités européennes doivent être extrêmement fermes face à ces atteintes graves à la liberté d'informer. Il n'y a pas de démocratie sans elle et je crois, Monsieur le Ministre, au nom du Conseil, que vous ne devriez pas accepter la morgue de M. Erdoğan. Maintenant, il faut intensifier la pressions pour que soient libérés tous les journalistes emprisonnés ou en garde à vue et que cessent ces atteintes à la liberté de la presse.

Mettons nos institutions au service des journalistes menacés et dénonçons avec force les ingérences et la pression exercées par les autorités turques sur la justice. L'Union européenne doit cesser de placer sa politique commerciale ou extérieure au-dessus du principe fondamental de la liberté et du droit d'informer et d'être informé et de celui de l'indépendance de la justice; elle doit au contraire utiliser ce levier d'influence pour que des États qui sont considérés comme nos partenaires respectent avant tout les droits humains et les libertés. Pour nous, les droits de la personne passent largement avant la loi des marchés.

Ska Keller (Verts/ALE). - Herr Präsident! Was derzeit in der Türkei passiert, ist nichts als ein schlecht versteckter Angriff auf die Presse- und die Meinungsfreiheit. Journalistinnen und Journalisten werden unter absurden Vorwürfen angeklagt und abgeführt. Auch Menschen, die während der Gezi-Proteste auf die Straße gegangen sind, werden jetzt angeklagt, weil sie angeblich Putschversuche unternommen haben, während Polizeikräfte, die Gewalt ausgeübt haben, nicht belangt werden. Präsident Erdoğan versucht offensichtlich, jede Kritik an ihm stillzuhalten und zu verhindern. Aber das ist der komplett falsche Weg für eine aufstrebende Demokratie. Die Türkei kann nur profitieren von einer lebendigen Zivilgesellschaft und von einer kritischen Presse. Ich hoffe, dass Erdoğan das endlich einsieht. Denn ohne Rechtsstaatlichkeit und ohne demokratische Standards kommt die Türkei nicht voran.

Μittwoch, 17. Dezember 2014

Aber auch die EU und gerade die Mitgliedstaaten haben hier einiges falsch gemacht. Denn wenn Mitgliedstaaten immer den Beitrittsprozess blockieren, Kapitel verschließen, wenn sie sagen, dass die Türkei sowieso nicht beitreten kann, egal was sie tut, egal welche Standards sie einhält, dann hilft man eben nicht der Zivilgesellschaft, dann hilft man nicht den kritischen Stimmen, sondern man verhindert, dass wir jetzt zum Beispiel einen Hebel in der Hand hätten, um wirklich mit der Türkei ernsthafte Gespräche zu bekommen. So nehmen wir uns selbst die Instrumente aus der Hand. Da müssen wir nachbessern. Überhaupt sollten in einem Beitrittsprozess Menschenrechte und Justiz im Vordergrund stehen, viel mehr als irgendwelche Regeln aus dem Binnenmarkt. Das müssen wir uns auch für die Zukunft vornehmen.

James Carver (EFDD). - Mr President, I add my voice of support to the widespread condemnation of the attitude of Turkey towards imprisoning journalists and, like many, abhor this blatant attempt to curb freedom of expression.

President and his AKP Party, one of whose members recently called for a ban on women being able to laugh in the street are, of course, allied to the British Conservatives. is undermining the secular identity of the Turkish State to the extent that Kemal Atatürk must now be turning in his grave. However, what I find really confusing is the fact that in my country it is only UKIP that opposes Turkish entry into the EU. The idea that the free movement of 83 million Turkish citizens will not impact on an already pestiferous immigration debate in my country is clearly lost on the British Conservative, Labour and Liberal Democratic parties.

EU membership would allow unemployed people in Turkey to travel freely to and seek work in any other Member State. With an official figure of 2.98 million unemployed, unofficial estimates as high as 5.5 million, any flow of migration would inevitably be towards job-creating economies such as the UK. Turkey is currently home to some 1.6 million refugees – many from Syria and Iraq. As a new Member State she might well become a new gateway to Europe for an unprecedented number of refugees fleeing conflict in the Middle East. As a Member State there would be very little possibility of stopping these refugees from moving freely within a passportless Europe. The Prime Minister's pledge on Turkey joining the EU quite frankly needs stopping.

It only leaves me to wish my colleagues, irrespective of our differences, a happy Hanukkah and a merry Christmas and a happy New Year.

Ελευθέριος Συναδινός (NI). - Πρόσφατα ο Ερντογάν δήλωσε ότι δεν δέχεται μαθήματα δημοκρατίας από την Ευρώπη.

Κάποτε ένας γεωργός, τον χειμώνα, βρήκε ένα παγωμένο φίδι, το σπλαχνίστηκε, το πήρε και το έβαλε στον κόρφο του. Το φίδι κάποια στιγμή, αφού ζεστάθηκε και συνήλθε, τσίμπησε τον ευεργέτη του. Ξεψυχώντας εκείνος είπε: «Καλά να πάθω, αφού λυπήθηκα έναν κακούργο»!

Το προαναφερθέν παραμύθι είναι από τους Μύθους του Αισώπου. Ανταποκρίνεται όμως πλήρως στη σημερινή πραγματικότητα. Φανταστείτε την Ευρωπαϊκή Ένωση ως γεωργό και την Τουρκία ως φίδι και σκεφθείτε πόσο ανόητη είναι η προσπάθεια προσέγγισης με την Τουρκία και η ένταξή της στην ευρωπαϊκή οικογένεια· μια χώρα άκρως απολυταρχική, που δεν σέβεται τα δικαιώματα ανθρώπων και κρατών και αγνοεί αποφάσεις διεθνών οργανισμών!

Μην εκπλήσσετε λοιπόν με την έλλειψη ελευθερίας έκφρασης στην Τουρκία και τις διώξεις μέσω ενημέρωσης και δημοσιογράφων. Ακόμη δεν έχει στεγνώσει το αίμα των αντικυβερνητικών διαδηλώσεων στην πλατεία Ταξίμ της Κωνσταντινούπολης. Ρωτήστε, διαβάστε, ερευνήστε και συνειδητοποιήστε: παράνομη εισβολή και κατοχή μέρους της Κύπρου, χώρας μέλους της Ευρωπαϊκής Ένωσης, και επίδειξη επιθετικότητας στην ΑΟΖ αυτής· γενοκτονία των Ποντίων και των Αρμενίων· πογκρόμ διώξεων εις βάρος των Κούρδων· προσπάθεια εκτουρκισμού και εξισλαμισμού στο τόξο Βοσνία-Αλβανία-ΠΓΔΜ- Βουλγαρία· ανοχή και παροχή βοήθειας προς τους εγκληματίες του Ισλαμικού Κράτους.

Πρέπει να κατανοήσετε ότι με την ανοχή που επιδεικνύετε προς τις τουρκικές συμπεριφορές ενισχύετε και εκτρέφετε την τουρκική προκλητικότητα και τον αυταρχισμό της.

(Ο Πρόεδρος διακόπτει τον ομιλητή)

Mittwoch, 17. Dezember 2014

Gunnar Hökmark (PPE). - Mr President, first of all let me say that it is very simple: the Turkish Government must release all journalists and stop fighting free media. This is relevant regardless of what we say about Turkey's future in Europe. This is about Turkey being a member of the Council of Europe, but it is also about the requirement that all states in the world must respect free media, democracy and the rule of law.

Secondly, I think we need to do what we can in order to support developments which would turn Turkey into a modern society with rule of law, an open society and a democracy with equal rights for men and women. It is that Turkey of the future that we can discuss becoming a member of the European Union. It has never been a point of discussion that the Turkey of today should be a member. But for different reasons – maybe because some Europeans have tried to close the door and maybe because some Turkish politicians want to close the door – the problem is that Mr Erdoğan is moving his country in the wrong direction. Not only away from possible membership but also away from being a solid, respectable open society. We need to call for a change in Turkey.

(The speaker agreed to take a blue-card question under Rule 162(8))

Κώστας Μαυρίδης (S&D), ερώτηση «γαλάζια κάρτα». – Κύριε Hökmark έχω μία πολύ απλή ερώτηση προς εσάς: Εγώ προέρχομαι από την Κύπρο, είμαι Ευρωπαίος, ευρωβουλευτής και είμαι από το κατεχόμενο μέρος της Κύπρου.

Σας ερωτώ ευθέως: Με όσα έχει κάνει η Τουρκία μέχρι σήμερα και δεν αναγνωρίζει την Κυπριακή Δημοκρατία, αν ήταν η δική σας η χώρα η Κυπριακή Δημοκρατία, θα ανεχόσασταν να μη σας αναγνωρίζει μέχρι σήμερα; Θα ανεχόσασταν όλα αυτά που κάνει; Και για να μην παρεξηγηθώ, είμαι ο πρώτος που θέλω να έχει ευρωπαϊκή προοπτική η Τουρκία για να επιβιώσουμε εμείς. Αν για σας αυτό είναι πολιτικό όραμα, για μας είναι θέμα επιβίωσης.

Απαντήστε στο ερώτημα όμως για την Κυπριακή Δημοκρατία.

Gunnar Hökmark (PPE), blue-card answer. – Of course the issue about the divide in Cyprus must be solved. That is part of what was happening in the negotiations and political agreements making it possible for Turkey to have a European perspective and become a Member. But let us also see the fact that the Turkey that is orienting itself towards Europe and doing the right things will also do the right thing regarding Cyprus.

A Turkey that is turning away to Russia or whatever will not do it. So I think we have a common interest in doing what we can in order to support a decent and good development in Turkey, because that is good for Europe.

PRÉSIDENCE DE MME Sylvie GUILLAUME

Vice-présidente

Elena Valenciano (S&D). - Señora Presidenta, las acciones cometidas contra los periodistas y la prensa libre en Turquía merecen toda nuestra condena, como está sucediendo en este Parlamento, no solo porque son un atentado contra la libertad de expresión, sino porque envían un mensaje que no nos gusta nada de hacia dónde está conduciendo Erdoğan a su país. Cada vez, el espacio de la oposición y el espacio de la gente que protesta es más reducido en Turquía e, incluso, la retórica del Gobierno se está haciendo cada vez más intolerante.

El Grupo socialista en esta Cámara y, desde luego, los socialistas españoles hemos defendido siempre la necesidad de una Turquía europea. Creemos que eso sería lo bueno y que podríamos encontrar un territorio común. Sería bueno para Europa, sería bueno para Turquía, sería bueno para toda esa región del mundo que es tan importante para nuestra estabilidad. Pero para eso hace falta también que el Gobierno turco ponga de su parte y que deseche cualquier duda, cualquier duda que pueda recaer sobre su voluntad de acometer las reformas democráticas, y últimamente está generando muchísimas dudas.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

Todo delito debe ser condenado, pero en el marco del Estado de Derecho, y vamos a tener que seguir muy de cerca las acciones del Gobierno de Erdoğan. Necesitamos una Turquía europea, pero nos da la impresión de que Turquía se está alejando de Europa.

Mark Demesmaeker (ECR). - In juni vorig jaar, collega's, nam dit Parlement nog een resolutie aan over de harde aanpak van de burgerprotesten in het Gezi-park. Wij hadden toen kritiek op het absolute gebrek aan mediavrijheid in Turkije.

Vandaag staan we nog geen stap verder, integendeel. De arrestaties van journalisten en de brutaliteit waarmee dat gepaard gaat, tonen aan dat de Turkse rechtsstaat een gigantisch probleem heeft. Democratische staten respecteren immers de vrijheid van meningsuiting.

In een vorig leven was ik een gepassioneerd beroepsjournalist. De essentie uitklaren was voor mij een garantie voor objectiviteit en voor kwaliteit. Dat Turkse collega's, onder het mom van nationale veiligheid dan nog, hiervoor de cel ingaan, dat maakt mij kwaad! Persvrijheid vormt het immuunsysteem van een gezonde maatschappij.

Maar Ankara lijkt fundamenteel een andere weg te willen opgaan en neemt langzaam maar zeker de ondemocratische gebruiken aan van autoritaire regimes. Indien de democratie in Turkije niets meer is dan een masker waarachter de staat en zijn leiders opnieuw hun ware gelaat laten zien, dan moeten er conclusies getrokken worden.

Curzio Maltese (GUE/NGL). - Signor Presidente, io credo che da questo dibattito emerga che di fronte alla deriva autoritaria del governo Erdogan, bisogna mettere da parte certe ipocrisie e tanti dubbi. Siamo di fronte a un paese che ha il più alto numero di giornalisti in galera nel mondo, un paese che è al 154° posto su 180 nelle classifiche di *Reporters sans frontières* e si sta impegnando a scalare anche gli ultimi posti verso il fondo. Sono stati arrestati giornalisti accusati di essere vicino all'imam Gülen; prima erano stati accusati giornalisti di ogni tendenza politica, religiosa, destra, sinistra, liberali, nazionalisti, filocurdi, perché ormai in Turchia – bisogna prenderne atto – anche un semplice *reportage* giornalistico (mestiere che io faccio da 35 anni) sulla corruzione viene considerato dal governo e dalle autorità di polizia come un atto di terrorismo.

Allora anche il tipo di reazione arrogante del Presidente Erdogan alle critiche mosse dai nostri Commissari Mogherini e Hahn segnala che evidentemente la politica che l'Unione ha usato nei confronti della Turchia in questi anni è una politica sbagliata. Li abbiamo aiutati ad essere più democratici con questo sistema di blandizie, di aiuti, di negoziati; no! Bisogna trovare una risolutezza nei confronti della Turchia che non è mai stata trovata prima e agire in modo da aiutare il più possibile i colleghi in galera.

Ernest Maragall (Verts/ALE). - Señora Presidenta, hace hoy justamente un año surgía en Turquía un gravísimo caso de corrupción, de alta corrupción.

Hace pocos días, horas después de aprobarse en el Parlamento turco la nueva Ley de seguridad, se despliega una masiva operación policial contra un muy concreto grupo de comunicación y contra ex oficiales de la policía. Es una clara evidencia de la voluntad de control total de la sociedad que parece pretender la Presidencia turca.

Europa debe adoptar una posición clara. Pero hay que distinguir entre el interés general de la sociedad turca y las actuaciones de sus instituciones, del todo incompatibles con cualquier avance real de las negociaciones con la Unión Europea, cuyo éxito nosotros también deseamos.

Para ello, desde un criterio claro de amistad con Turquía, sí, proponemos: primero, solicitar al ministro turco para la Unión Europea que comparezca de inmediato ante la Comisión Parlamentaria Mixta para contrastar informaciones sobre esos hechos; segundo, mantener las conversaciones para la adhesión incluyendo —por qué no— la apertura de los críticos capítulos 23 y 24 para, precisamente, expresar, en ese escenario, la mayor exigencia de respeto de las normas y criterios vigentes en los Tratados de la Unión Europea.

Ignazio Corrao (EFDD). - Signora Presidente, onorevoli colleghi, con un *blitz* degno dei tipici Stati autoritari, la polizia turca domenica scorsa ha arrestato 24 giornalisti colpevoli di scrivere per testate non compiacenti al governo Erdogan, che denunciano innumerevoli casi di corruzione in Turchia. È una vera e propria retata in linea con le decisioni che hanno contraddistinto le azioni dell'ex premier, attuale Presidente della Repubblica, che dal 2002 ha dato il via ad una lotta contro il dissenso interno. Nei 12 anni in cui è stato alla guida del governo, Erdogan ha condotto una serie di espropri di molti canali TV, radio e quotidiani che hanno avuto problemi finanziari e che per essere salvati sono passati in mano a familiari di membri del governo a personaggi molto vicini al Presidente stesso, che negli anni ha portato a termine una vera e propria pulizia tra i vertici delle forze di polizia e della magistratura, rimpiazzando chi era consider-

Mittwoch, 17. Dezember 2014

ato vicino al suo più grande oppositore, Gülen.

Senza dimenticare più recenti provvedimenti che bandirono temporaneamente alcuni social network, come Twitter o Youtube, perché considerati mezzi di diffusione del dissenso durante le proteste di Gezi Park e Piazza Taksim. Alle prese di posizione dell'Unione europea, che peraltro finanzia la Turchia, Erdogan ha pensato di rispondere arrogantemente che l'Unione europea deve farsi solamente i fatti suoi. Questo atteggiamento va chiaramente contro i valori europei e gli *standard* a cui la stessa Turchia aspira a far parte, essendo un paese candidato.

Io sono d'accordo con quello che ha detto il collega cipriota che ha parlato all'inizio ed è andato via: l'unica strada per poter porre fine a questi atteggiamenti antidemocratici è rappresentata dalle sanzioni economiche.

Edouard Ferrand (NI). – Madame la Présidente, chers collègues, une fois de plus, vous avez la preuve que la Turquie n'est pas un pays démocratique. Une fois de plus, la presse est muselée par le système Erdoğan. Nous faisons, avec la Turquie, l'expérience d'un système policier. Rien ne semble aujourd'hui arrêter Erdoğan. Du moins, c'est lui qui arrête, qui met en prison.

Il y a dix ans, nous avons bien ouvert des négociations avec la Turquie. En tant que membre de la délégation pour les relations avec la Turquie, j'ai deux solutions à proposer: mettre fin, d'une part, à la libéralisation des visas et, d'autre part, à toutes les négociations d'entrée de la Turquie dans l'Union européenne.

Artis Pabriks (PPE). - Madam President, it seems that this discussion brings together the opponents and supporters of Turkey in the European Union. I would like to say that we are all very much concerned by what is happening and by what the Turkish Government is doing. It seems that the Turkish Government is leaning more and more towards what we can see happening already in Russia. But in talking about this, we should distinguish between Turkey as a state, Turkish society and the Turkish Government. If we take a very negative stance – as some here propose, by stopping the negotiations and starting economic sanctions – then we are actually leaving behind a very large number of liberal, democratic, EU-oriented Turkish people, and in vain. Millions of them share our values.

I suggest that we actually have to find instruments with which we can influence the Turkish Government. Firstly, we have to see how we can better target the assistance that we are giving to Turkey as an accession country. Secondly, we definitely have to work it out together with Mrs Mogherini's office and Commissioner Hahn's office. Finally, I would like to say that we also have made our own mistakes, because by closing the 23rd and 24th Chapters we are actually drifting away and we find ourselves incapable of influencing the Turkish Government when we need to do so.

Victor Boștinaru (S&D). - Doamnă președinte, am să încep prin a reitiera un lucru evident: libertatea presei este o valoare esențială a Uniunii Europene și a oricărui stat democratic. Arestările de duminică sunt inacceptabile și de neacceptat, pentru că pun în discuție respectarea acestei libertăți în Turcia. Relația noastră cu Turcia, țară candidată, trebuie să fie onestă, deschisă și directă.

Noi, socialiștii și democrații, ne păstrăm atașamentul pentru lărgirea Uniunii Europene spre Turcia. De aceea, este fundamental pentru succesul acestui proces să vorbim în paralel de progrese și obstacole. Nu este prima oară când ne confruntăm cu chestiunea libertății presei în Turcia; de aceea suntem profund îngrijorați că situația presei se înrăutățește, că președintele Erdogan a ales o direcție care este periculoasă pentru Turcia și de aceea îl invit să își asume responsabilitatea de lider și să asigure stabilitatea democratică a Turciei.

Sven Schulze (PPE). - Frau Präsidentin! Die Ereignisse in der Türkei sind mehr als nur beunruhigend. Das Regime um Präsident Erdoğan putscht gegen die Medien und stellt unliebsame Journalisten kalt. Ich habe als Ostdeutscher für die Gängelung, Gleichschaltung und Unfreiheit ein gutes Gespür entwickelt und merke, wann staatliche Willkür entsteht. Das Verhalten der türkischen Regierung ist absolut inakzeptabel und verstößt gegen alle Grundrechte der Europäischen Union.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

Kann ein solches Land jemals Mitglied der Europäischen Union werden, das keinen Respekt vor Rechtsstaatlichkeit und Grundrechten hat? Ich meine: Nein. Demokratie bedeutet nicht, dass alle paar Jahre Wahlen stattfinden und dazwischen dann eine Regierung machen kann, was sie will. Demokratie bedeutet, dass sich Staat und Gesellschaft an Menschenrechte und Werte wie die Meinungsfreiheit und Pluralismus halten müssen.

Mit der Verhaftung der Journalisten hat die Regierung Erdoğan wieder einmal ihr wahres Gesicht gezeigt. Diese Regierung entfernt sich immer weiter von Europa und von jeglichem demokratischen Grundverständnis. Es begann mit dem Niederknüppeln der friedlichen Demonstranten im Gezi-Park und setzt sich mit dieser Verhaftungsaktion durch Erdoğan's politische Erfüllungsgehilfen fort.

Erdoğan glaubt anscheinend, die EU und die internationale Staatengemeinschaft ließen ihm alles durchgehen. Frau Mogherini und die Kommission müssen jetzt ein starkes Signal aussenden. Der Abbruch der Beitrittsverhandlungen darf dabei als letzte Konsequenz kein Tabuthema sein.

Ismail Ertug (S&D). - Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Kurzer Blick in die Historie: Ich denke im September 2005 war der Höhepunkt der EU-Türkei-Beziehungen, als hier dieses Hohe Haus die Beitrittsverhandlungen eröffnet hat. Heute genau vor einem Jahr gab es die größte Korruptionsrazzia in der Geschichte der Türkei, als in der Folge vier Minister zurücktreten mussten. Der vorläufige Tiefpunkt in den EU-Türkei-Beziehungen war der letzte Sonntag, als viele Journalisten auf Verdacht und ohne irgendwelche Indizien festgenommen worden sind.

Deswegen will ich noch einmal daran erinnern, dass die Türkei immer nur dann stark war, wenn sie sich an der EU orientiert hat. Sie hat zum Beispiel in den Jahren 2005 bis 2008 eine Wirtschaftsleistung von durchschnittlich 6 % pro Jahr hingelegt. Im letzten Jahr waren es gerade mal etwas mehr als 3 %, und das hat, gelinde gesagt, nicht unbedingt nur mit der Weltwirtschaftskrise zu tun. Daher mein expliziter Appell an die AKP-Regierung: Beenden Sie den persönlichen Rachefeldzug gegen Andersdenke, und richten Sie letztendlich Ihre Gesetze an der EU aus.

Jeroen Lenaers (PPE). - Voorzitter, voor een land dat op deze manier en op deze schaal journalisten gevangen zet, is er geen plaats in de Europese Unie. Daar zijn we het met zijn allen over eens. Het is eigenlijk heel bijzonder dat Turkije in de geschiedenis van de Europese Unie de enige kandidaat-lidstaat is die geen vooruitgang maar achteruitgang boekt in het benaderen van de Kopenhagencriteria en de waarden waarop de EU gebouwd is. En dat is ook voor de Europese Unie iets nieuws.

We moeten ons afvragen hoe we daarop moeten reageren. Vanzelfsprekend moeten we in de resolutie van januari deze acties sterk veroordelen. Maar we moeten ons ook de vraag stellen of we het nog kunnen verantwoorden om het bij woorden alleen te laten. Het Nederlandse parlement heeft vanochtend de Europese Raad opgeroepen om de pretoetredingsgelden te bevriezen of in te korten. Maar ik sluit me ook aan bij collega Pabris dat het juist belangrijk zou zijn om die pretoetredingsgelden gerichter in te zetten om het maatschappelijk middenveld en de liberale krachten in de Turkse samenleving extra steun te geven.

Dus mijn vraag aan de Europese Raad is: ziet u mogelijkheid om die pretoetredingsgelden te gebruiken om een sterk signaal af te geven aan Turkije en tegelijkertijd de mensen in Turkije die geloven in Europa en in de Europese waarden, een extra hart onder de riem te steken?

Νίκος Ανδρουλάκης (S&D). - Κυρία Πρόεδρε, θέλω να καταδικάσω την πρόσφατη επιχείρηση φήμωσης του Τύπου και ενίσχυσης ελέγχου του διαδικτύου από την τουρκική κυβέρνηση. Οι πρακτικές αυτές πλήττουν τις θεμελιώδεις αρχές της ελευθερίας του λόγου μα πάνω από όλα πλήττουν την ίδια τη δημοκρατία.

Έχοντας σταθερά υποστηρίξει την ευρωπαϊκή προοπτική της Τουρκίας, εκφράζω την ανησυχία μου για αυτή την εξέλιξη, η οποία αποτελεί δείγμα οπισθοδρόμησης, παραβιάζει τα ανθρώπινα δικαιώματα, και το κράτος δικαίου.

Πέρυσι είχαμε τη βίαιη καταστολή των διαδηλώσεων στο κέντρο της Κωνσταντινούπολης· πιο πρόσφατα συναντήσαμε την αμφίσημη στάση της τουρκικής κυβέρνησης όσον αφορά τον αγώνα του διεθνούς συνασπισμού ενάντια στους τζιχαντιστές του ISIS· μόλις τον προηγούμενο μήνα καταδικάσαμε την παραβίαση της κυριαρχίας της Κύπρου, ενός κράτους μέλους μας, από τις τουρκικές ένοπλες δυνάμεις και ξανά σήμερα, σε ακόμη μία Ολομέλεια, συζητάμε για ένα νέο πλήγμα κατά της ελευθερίας του Τύπου στην Τουρκία.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

Δυστυχώς όλα αυτά συνιστούν ενδείξεις ότι ο Ερντογάν οδηγεί την Τουρκία μακριά από τις αρχές και τις αξίες της Ευρωπαϊκής Ένωσης.

Ελένη Θεοχάρους (PPE). - Κυρία Πρόεδρε, παρά τις ψευδαισθήσεις μερικών, η Τουρκία δεν είναι δημοκρατική χώρα. Παραβιάζει συστηματικά τα ανθρώπινα δικαιώματα εκατομμυρίων πολιτών και η ελευθερία του τύπου βιάζεται καθημερινά. Επιπλέον, η Τουρκία κατέχει στρατιωτικά τμήμα της Κυπριακής Δημοκρατίας. Οι τελευταίες συλλήψεις τούρκων δημοσιογράφων από το καθεστώς Ερντογάν, που συνεχίζουν ανάλογες πρακτικές του παρελθόντος, δείχνουν ότι ο Ερντογάν σοβαρομιλούσε όταν έλεγε προεκλογικά ότι θα «λιώσει» όλους όσοι ενατιώνονταν σ' αυτόν. Τις προάλλες μάς είπε ότι η Ευρώπη δεν πρέπει να ανακατεύεται με τα του οίκου του.

Την Τουρκία αυτή κανείς δεν την θέλει στην Ευρωπαϊκή Ένωση. Γι' αυτό πρέπει να διακοπούν οι ενταξιακές συνομιλίες και η προ-ενταξιακή βοήθεια προς την Τουρκία, μέχρι να αποδείξει έμπρακτα ότι σέβεται την πολιτική ηθική της Ευρώπης. Οι οικονομικές συναλλαγές με την Τουρκία είναι τεράστιες, αλλά οφείλουμε να υπερασπιζόμαστε και τις αρχές και τις αξίες μας, που βιάζονται συστηματικά από αυτή την χώρα. Επιπλέον, αν η Ευρωπαϊκή Ένωση δεν είναι έτοιμη να υπερασπιστεί στην Κύπρο τις αρχές και τις αξίες της, όπως πράττει στην Ουκρανία και, όπως κάποιοι μας είπαν, μέσα στην Τουρκία, δεν θα γλιτώσει από την παρακμή.

Javi López (S&D). - Señora Presidenta, el respeto de las libertades fundamentales y de los derechos individuales, durante los últimos dos años especialmente, ha padecido un grave deterioro en Turquía, y el último episodio con periodistas —la última semana— solo es un caso más. Un caso más dentro de una situación, en el Estado de Turquía, donde la corrupción no está siendo afrontada de forma razonable por parte de la judicatura —un poder judicial del que, cada vez, tenemos más dudas de que sea independiente—, donde la libertad de prensa está siendo atacada día tras día, y donde, además, vemos, por algunos dirigentes políticos, que la libertad de asociación y la libertad política también están siendo atacadas.

Frente a eso, nosotros ¿qué debemos hacer? La Unión Europea debe condenar los hechos que han pasado en la última semana. Debemos utilizar una actitud propositiva, no con el Gobierno, sino con nuestra capacidad de influencia sobre lo que pase en el futuro de Turquía. Esa es nuestra obligación, no con el Gobierno, sino con los ciudadanos de Turquía.

Fernando Ruas (PPE). - Senhora Presidente, Senhor Ministro, caros Colegas, as recentes detenções já referidas na Turquia levam-nos a questionar sobre o verdadeiro estado da liberdade de imprensa neste país candidato à União Europeia. Lembramos que o Estado de Direito e a independência do sistema judicial, a par com a anteriormente referida liberdade de imprensa, são três dos pilares fundamentais em que assentam as democracias europeias e muito concretamente os nossos direitos, liberdades e garantias enquanto cidadãos.

Sendo a Turquia um país candidato à adesão parece-me evidente o cumprimento destes princípios. Por isso, caro representante da Presidência italiana, esperamos da vossa parte um acompanhamento próximo do evoluir destas detenções, nomeadamente o conhecimento das acusações concretas a cada um dos cidadãos em causa. Exigimos ainda que este Estado candidato à nossa União efetue investigações judiciais de uma forma independente, transparente e descortinável.

E termino sublinhando que, contrariamente ao que foi afirmado pelo presidente Erdogan, no passado domingo, parece-me legítimo que este Parlamento faça estas exigências.

Λευτέρης Χριστοφόρου (PPE). - Η Τουρκία όλα αυτά τα χρόνια μάς απέδειξε ότι ένα πράγμα ξέρει να κάνει σωστά και το κάνει με συνέπεια: να περιφρονεί διαχρονικά όλα τα ψηφίσματα που εκδίδονται, να παραβιάζει συστηματικά και διαχρονικά ανθρώπινα δικαιώματα, και όχι μόνο μέσα στην Τουρκία αλλά και έξω από την Τουρκία, να προκαλεί προβλήματα, να είναι ο ταραξίας της περιοχής, να έχει επεκτατικές και επιθετικές διαθέσεις προς όλους. Και όλα αυτά τα κάνει η Τουρκία και το απέδειξε και στην πράξη, γιατί επεδείχθη ανοχή από όλους.

Η Τουρκία δεν καταλαβαίνει από ψηφίσματα και από συζητήσεις. Και αν μέσα από αυτή τη συζήτηση δεν βγουν κυρώσεις και μέτρα, πράγμα που οφείλουμε, ως Ευρωπαϊκή Ένωση, να πράξουμε πρωτίστως για την αξιοπρέπεία μας, για την αξιοπιστία μας και για τον αυτοσεβασμό μας, να ξέρετε ότι θα είναι ακόμη μια συζήτηση στις τόσες πολλές που κάναμε η οποία δεν θα έχει καμία απόδοση.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

Η Τουρκία είχε την ευκαιρία και τη δυνατότητα στην πράξη να αποδείξει ότι έχει φιλοευρωπαϊκή πορεία εδώ και χρόνια και όχι μόνο δεν το έπραξε αλλά παίρνει μόνο τα λεφτά της Ευρωπαϊκής Ένωσης, κοροϊδεύει την Ευρωπαϊκή Ένωση και ο κ. Ερντογάν μας προκαλεί και μας λέει να κάνουμε τη δουλειά μας.

Ναι, ο μόνος τρόπος να κάνουμε τη δουλειά μας, είναι ένας: Σήμερα να αποφασίσουμε και να καλέσουμε την Ευρώπη να πάρει μέτρα και να επιβάλει οικονομικές κυρώσεις. Μόνο αυτά καταλαβαίνει η Τουρκία. Διαφορετικά, κάθε δυο μήνες θα είμαστε εδώ να συζητάμε τα ίδια πράγματα.

Interventions à la demande

Stanislav Polčák (PPE). - Paní předsedající, já jsem chtěl pouze reagovat na některá vystoupení, která zde zazněla a týkala se právě projevů poslanců z Řecka. Některá byla velmi korektní, ale někteří z nezařazených poslanců se je bohužel snažili využít k prosazování svých národních partikulárních zájmů. To pokládám za trochu odvážné i v rámci tohoto tématu, které je jinak velmi závažné.

Já sám se chci prohlásit za přítele Turecka, nicméně porušování lidských práv není možno tolerovat. Je nezbytné, aby Evropa podporovala ty státy, které sdílí její hodnoty. Proto vzhledem k tomu, že je Turecko přistupující kandidátskou zemí, by měla Rada skutečně tyto věci jasně pojmenovat a žádat po Turecku nápravu.

Alessandra Moretti (S&D). - Signora Presidente, onorevoli colleghi, i blitz che hanno portato all'arresto di due capi di polizia e di almeno 24 giornalisti, tra cui il direttore del quotidiano Zaman e il direttore di un'emittente importante turca, non possono passare inosservati e come Parlamento europeo dobbiamo chiedere, con forza e urgenza, alle autorità turche di assicurare che le loro azioni non violino i valori chiave e le fondamenta democratiche stesse della Turchia.

Libertà dei media, processi regolari e indipendenza del sistema giudiziario sono infatti elementi chiave in ogni democrazia sana e sono previsti dalla costituzione turca e questi arresti, come hanno dichiarato Mogherini e Pittella, sono incompatibili con la libertà di stampa, che è il fondamento della democrazia, e sono altresì contrari ai valori e agli standard dell'Europa, cui la Turchia aspira a far parte. È inammissibile quindi per un paese democratico e moderno che si propone di entrare a far parte della famiglia europea effettuare questi arresti di massa.

Νότης Μαριάς (ECR). - Κυρία Πρόεδρε, η Τουρκία συνεχίζει τη γνωστή της τακτική: Παραβιάζει βάνουσα τα δημοκρατικά δικαιώματα των πολιτών και των μειονοτήτων. Για άλλη μια φορά εξαπέλυσε πογκρόμ διώξεων κατά δημοσιογράφων και μέσω των μαζικής ενημέρωσης.

Επιβεβαιώνεται λοιπόν για άλλη μια φορά ότι η χώρα αυτή δεν σέβεται τις βασικές δημοκρατικές αρχές της σύγχρονης Ευρώπης. Όταν όμως ένα καθεστώς δεν είναι δημοκρατικό, τότε αυτό εκφράζεται και στην εξωτερική του πολιτική. Έτσι η Τουρκία διατηρεί παράνομα σε ισχύ το casus belli κατά της Ελλάδας στον βαθμό που η πατρίδα μου εφαρμόσει –άκουσον, άκουσον– το διεθνές δίκαιο της θάλασσας και επεκτείνει τα χωρικά της ύδατα στα 12 ναυτικά μίλια.

Το τελευταίο διάστημα εντελώς παράνομα η Τουρκία πραγματοποιεί σεισμογραφικές έρευνες για υδρογονάνθρακες στην ΑΟΖ της Τουρκίας. Η Τουρκία πρέπει να λάβει το μήνυμα από το Ευρωπαϊκό Κοινοβούλιο και να κληθεί να αποσύρει άμεσα τα τουρκικά στρατεύματα κατοχής από την Κύπρο και να σεβαστεί το διεθνές δίκαιο.

(Ο ομιλητής δέχεται να απαντήσει σε ερώτηση με «γαλάζια κάρτα» (άρθρο 162 παράγραφος 8 του Κανονισμού))

Ivo Vajgl (ALDE), blue-card question. – Madam President, I just wanted to ask my distinguished colleague whether it would not be better if we, Europe, had an active stand vis-à-vis Turkey. I can remember how long it took for Greece to join the European Union. I think the European Union is making a mistake by not opening any chapter and not progressing in its relations with Turkey. The question is: do you not think that it would be better to take an active stance rather than waiting passively for the democratisation of Turkey?

Νότης Μαριάς (ECR), απάντηση «γαλάζια κάρτα». – Η Τουρκία έχει δείξει όλο αυτό το χρονικό διάστημα, επί δεκαετίες, ότι δεν σέβεται ούτε το διεθνές δίκαιο ούτε τα δημοκρατικά δικαιώματα.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

Έχει έρθει η στιγμή να πει η Ευρωπαϊκή Ένωση: «επί τέλους τέλος!». Δεν μπορεί να ανεχόμαστε να υπάρχουν τουρκικά στρατεύματα κατοχής στην Κύπρο. Αυτό είναι ξεκάθαρο. Καταλαβαίνετε τι σημαίνει αυτό; Παραβίαση της κυριαρχίας ενός κράτους μέλους της Ευρωπαϊκής Ένωσης.

Δημήτρης Παπαδάκης (S&D). - Κυρία Πρόεδρε, διερρωτώμαι γιατί κάνουμε ότι είμαστε έκπληκτοι με τη στάση της Τουρκίας, μίας Τουρκίας η οποία κατέχει τη μισή Κύπρο, μίας Τουρκίας η οποία διώκει τους Κούρδους, μίας Τουρκίας η οποία αφαιρεί τα βασικά δημοκρατικά δικαιώματα των ιδίων της των πολιτών.

Το μήνυμα από την Ευρωπαϊκή Ένωση πρέπει να είναι ξεκάθαρο: για να ενταχθεί στην Ευρώπη θα πρέπει να εναρμονιστεί με τις αρχές και τις αξίες της ίδιας της Ευρωπαϊκής Ένωσης και όχι να έχει την απαίτηση να υποκύψει η Ευρώπη στις δικές της αρχές.

Και όταν μιλούμε για Τουρκία, μιλούμε για το καθεστώς Ερντογάν, το οποίο αναδεικνύει το νεο-οθωμανικό του πρόσωπο σε κάθε περίπτωση. Θέλουμε την Τουρκία στην Ευρωπαϊκή Ένωση, σεβόμενη όμως τη δημοκρατία, τις αρχές και τις αξίες της Ευρώπης.

Ангел Джамбазки (ECR). - За никој, който се интересува и се занимава с Турция не е изненада това, което се случва в последните дни. Практиката да бъдат нарушавани човешките права, да бъдат затваряни журналисти, да бъде лишавано журналистическото съсловие от свобода на словото е стара практика на режима на Реджеп Таип Ердоган, на Давутоглу и на тяхното цяло правителство. Само ще ви напомня, че партията на Ердоган е неоосманистка, бори се за възстановяване на Османската империя, първоначално в икономическите ѝ, а вероятно и в политическите граници. Многократно тук стана дума за това как Турция все още е окупирала Кипър, как подкрепя Хамас в Палестина, как подкрепя Ислямска държава срещу кюрдите в гражданската война в Сирия и тази в Ирак. От режима на Ердоган, от режима на Давутоглу може да се очаква само едно – насилие върху свободата на словото, отнемане на права и на свободи. Това не са демократични режими и ако ние желаем да защитаваме ценностите на Европейския съюз, такива каквито твърдим, че те са би трябвало до поговорим и да помислим наистина за санкции за това поведение на Турция.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD). - Signora Presidente, onorevoli colleghi, ancora una volta mi trovo a parlare dolorosamente della Turchia. Stavolta sono 27 le persone arrestate in 13 città, nell'ambito di un'operazione che ha preso di mira i media ostili ad Erdogan. Il bersaglio, il quotidiano più letto del paese, Zaman, e una serie di altre testate e personaggi dell'impero mediatico Samanyolu, vicino a Fethullah Gülen, il predicatore autoesiliatosi negli Stati Uniti del 1999 che, dopo essere stato alleato di Erdogan, ha lanciato una campagna contro di lui.

Sempre più voci alternative a quelle del governo vengono spente in Turchia; sempre di più la libertà di espressione e di opinione in questo paese, un tempo faro del mondo islamico, finisce per scomparire. Temo purtroppo che la scelta da parte del governo turco sia stata presa e non è una scelta verso lo stato di diritto, né tantomeno verso l'Unione europea. Quanto tempo impiegheremo, colleghi, prima di trarne le dovute conseguenze e di dare le dovute risposte?

Κώστας Μαυρίδης (S&D). - Κυρία Πρόεδρε, απ' ό,τι αντιλαμβάνομαι, στο 1 λεπτό θα κάνω μια σύντομη ανάλυση. Σ' αυτό το Ευρωκοινοβούλιο υπάρχουν δύο προσεγγίσεις: Η μία που λέει ότι θα πρέπει να δώσουμε ένα σαφές επιτέλους μήνυμα στην Τουρκία απαιτώντας συγκεκριμένα πράγματα και η άλλη προσέγγιση που λέει ότι θα πρέπει να διατηρήσουμε μία επαφή με την Τουρκία ανοίγοντάς της κάποια κεφάλαια, δίνοντάς της χώρο.

Όμως, αγαπητοί συνάδελφοι, και απευθύνομαι και προς την Επιτροπή, δεν έχει τόση σημασία το τι νομίζουμε εμείς εδώ αλλά πώς αυτό ερμηνεύεται από τον ίδιο τον Ερντογάν στην Τουρκία. Οι κινήσεις, οι καλές προθέσεις, το άπλωμα του χεριού από εμάς ερμηνεύεται ως ανταμοιβή από τον Ερντογάν ενώπιον της κοινής του γνώμης, δηλαδή στηρίζουμε κατά σύστημα ένα αυθαίρετο καθεστώς. Αν είναι αυτό που θέλουμε, να το πούμε. Αν όχι, να πάρουμε την πρώτη επιλογή με αυστηρά μέτρα.

Nicola Caputo (S&D). - Signora Presidente, onorevoli colleghi, con l'ultima ondata di arresti di giornalisti, ritengo che il governo di Ankara abbia commesso un errore, il cui unico risultato potrà essere quello di rafforzare i suoi oppositori. Questi arresti sono incompatibili con la libertà di stampa, che è il principio fondamentale della democrazia. Questi arresti vanno contro i valori europei, gli standard cui la Turchia dovrà attenersi se effettivamente aspira ad entrare nell'Unione europea.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

È inaccettabile che un paese democratico e moderno che si propone di far parte della famiglia europea possa effettuare arresti di massa a giornalisti e ad esponenti di mezzi di comunicazione. Attualmente ci sono più di 70 giornalisti nelle carceri turche, tra i quali molti giornalisti curdi detenuti per terrorismo.

Auspico che i principi di presunzione di innocenza prevarranno e che sia rispettato l'inalienabile diritto ad un'indagine giusta ed indipendente, nel pieno rispetto dei diritti della difesa. È triste dirlo ma penso che quanto accaduto porti la Turchia nella direzione sbagliata, lontano dall'Europa. Questa situazione potrebbe comportare conseguenze negative per la Turchia in termini di collaborazione politica ed economica con l'Unione europea. L'Europa deve assolutamente reagire con fermezza e determinazione.

(Fin des interventions à la demande)

Benedetto Della Vedova, *Presidente in carica del Consiglio*. - Signora Presidente, ringrazio gli onorevoli deputati che sono intervenuti e hanno partecipato a questa discussione, anche per la pertinenza degli interventi e degli argomenti e per le preoccupazioni espresse che, credo, siano in larga misura preoccupazione assolutamente comuni. È stato opportuno cogliere questa occasione per prendere atto delle preoccupazioni gravi in merito agli avvenimenti più recenti per formulare una posizione senza ambiguità e trasmetterla con assoluta chiarezza e coerenza ai nostri interlocutori turchi. Dobbiamo continuare a seguire la situazione con la massima attenzione. L'Unione europea deve continuare a promuovere la libertà di espressione, di opinione, di riunione e di associazione, sia *online* che *offline*, perché una democrazia non può esistere senza questi diritti.

La Turchia è un partner privilegiato con cui stiamo negoziando l'adesione; possiamo e dobbiamo comunicare con lei con franchezza. Come ha detto il Presidente Schulz, la relazione con i paesi candidati deve essere onesta e aperta.

Volevo solo riprendere, tra i punti che sono stati sollevati, quello relativo ai finanziamenti, che sicuramente è un punto che merita attenzione. L'Unione europea non finanzia il bilancio turco ma prevalentemente ONG e istituzioni che promuovono lo stato di diritto e i diritti umani, attraverso principalmente due strumenti, cioè lo strumento di preadesione e lo strumento europeo dei diritti umani. La Commissione sta esaminando come rendere più efficace questa forma di intervento e sottolineo, tra l'altro, che le allocazioni pro capite alla Turchia sono comunque le più basse tra i paesi candidati.

Il quadro dell'allargamento è quello giusto per impegnarci nel processo di approfondimento e di consolidamento delle riforme democratiche. Un ulteriore impegno nel contesto del capitolo 3 sarebbe un incoraggiamento importante. Abbiamo fatto molto per intensificare questo impegno con la Turchia, paese candidato e partner dell'Unione europea. Dobbiamo proseguire su questa strada.

La Présidente. - Le débat est clos.

Le vote aura lieu au cours de la prochaine période de session.

Déclarations écrites (article 162)

Evelyn Regner (S&D), *schriftlich*. – Korruptionsverdacht gegen AKP-Politiker, Massenverhaftungen von JournalistInnen, neue Gesetze, die mit europäischen Grundwerten nicht zu vereinbaren sind und die Missachtung von ArbeitnehmerInnenrechten und Gewerkschaften - dies alles wurde leider unter der AKP-Regierung zum Polit-Alltag in der Türkei! Erst vor wenigen Tagen wurden bei einer landesweiten Razzia 24 regierungskritische JournalistInnen eingesperrt – Präsident Erdoğan hat somit wieder der Presse einen Maulkorb verpasst! Ich verurteile diese Einschüchterungsmethoden auf das Schärfste und fordere die Freilassung aller zu Unrecht inhaftierten JournalistInnen. Europa muss hier eine unmissverständliche Antwort gegen die Einschränkung der Pressefreiheit liefern. Ich möchte auch auf Soma zu sprechen kommen. Ein halbes Jahr nach dem Minenunglück mit über 300 Toten wurden vor zwei Wochen 2800 Bergarbeiter per SMS gekündigt. Das Unternehmen, das die Unglücksmine betrieben hat, konnte die Löhne nicht mehr zahlen. Diese Vorgehensweise ist unerhört, hier werden ArbeitnehmerInnenrechte mit Füßen getreten. Die türkische Gewerkschaft fordert die Rücküberführung in die öffentliche Hand und Weiterbetrieb des Bergwerks, doch von der Regierung gibt es keinerlei Initiativen. In der Region gibt es so gut wie keine anderen Beschäftigungsmöglichkeiten. Wieder einmal wurden Gewinne privatisiert und die Verluste auf Kosten der Gesellschaft sozialisiert.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

Josef Weidenholzer (S&D), schriftlich. – Auch ich verurteile die aktuellen Entwicklungen in der Türkei. Das Vorgehen der Sicherheitskräfte am Sonntag zeigt einmal mehr, dass sich die türkische Regierung weder um Grundwerte noch um die Rechtsstaatlichkeit schert. Wir dürfen nicht vergessen, dass diese Aktionen nur der jüngste Schritt in einer bereits seit längerem währenden Kampagne gegen Presse, Opposition und unliebsame Beamte ist. Im Rahmen von Ermittlungen wegen Korruption führten Polizei und Staatsanwaltschaft im Dezember 2013 richterlich legitimierte Razzien und Festnahmen bei AKP-Regierungsmitgliedern durch. Bis Juli 2014 wurden die beteiligten Polizeifunktionäre und Richter versetzt, verhaftet oder anderweitig mundtot gemacht. Auch die Arbeit von Nichtregierungsorganisationen wird behindert. Kimse Yok Mu, eine Nichtregierungsorganisation mit UN-Beraterstatus, darf seit Oktober 2014 keine Spenden mehr sammeln, und die Konten der Organisation wurden zwischenzeitlich ohne richterlichen Beschluss gesperrt. Von der gegenläufigen Verfügung des türkischen Staatsrates, also dem obersten Verwaltungsgericht, zeigt sich die türkische Regierung unbeeindruckt. Wenn eine international tätige NGO derart in ihrer Arbeit behindert wird, kann man sich ausmalen, wie gegen kleinere NGOs vorgegangen wird. Unter Erdoğan droht die Türkei den Weg der Rechtsstaatlichkeit, der pluralistischen Demokratie und der Grundrechte zu verlassen. Als europäische Wertegemeinschaft müssen wir die Einhaltung der türkischen Verfassung und damit den Respekt der Menschenrechte einfordern.

17. Assoziierungsabkommen mit Georgien - Abschluss eines Assoziierungsabkommens mit Georgien (Aussprache)

La Présidente. - L'ordre du jour appelle la discussion commune sur:

— la recommandation d'Andrejs Mamikins, au nom de la commission des affaires étrangères, sur le projet de décision du Conseil relative à la conclusion, au nom de l'Union européenne, de l'accord d'association entre l'Union européenne et la Communauté européenne de l'énergie atomique et leurs États membres, d'une part, et la Géorgie, d'autre part (09827/2014 — C8-0129/2014 – 2014/0086(NLE)) (A8-0041/2014), et

— le rapport d'Andrejs Mamikins, au nom de la commission des affaires étrangères, contenant une proposition de résolution non législative sur le projet de décision du Conseil approuvant la conclusion, au nom de l'Union européenne, de l'accord d'association entre l'Union européenne et la Communauté européenne de l'énergie atomique et leurs États membres, d'une part, et la Géorgie, d'autre part (2014/2816(INI)) (A8-0042/2014).

Andrejs Mamikins, référents. - Dāmas un kungi, man ir liels gods pievērst Eiropas Parlamenta uzmanību un lūgt dot piekrišanu Asociācijas līguma starp Eiropas Parlamentu un Gruziju ratifikācijai.

Šodien mēs speram ļoti nozīmīgu soli, lai Gruzijai un tās tautai parādītos jaunas iespējas, veidojot stabilu, veiksmīgu un panākumiem bagātu Eiropas nākotni. Gruzija vienmēr ir bijusi Eiropas valsts, bet Gruzijas kultūra ir svarīga Eiropas kultūras daļa. Saskaņā ar nesenu aptauju 69 % no Gruzijas iedzīvotājiem atbalsta Asociācijas līguma parakstīšanu. Tāds liels atbalsts uzliek lielu atbildību varas iestādēm — šī līguma izpildītājiem.

Šodienas, rītdienas ratifikācija ir loģisks turpinājums darbam, ko uzsāka Eiropas Savienība un Gruzija, pirms astoņiem gadiem iniciējot ES un Gruzijas darbības plānu. Pirms pieciem gadiem Eiropas Savienība un tās partneri uzsāka Austrumu partnerības programmu, kuras ietvaros bija veiksmīgi realizēti daudzi projekti.

Pašā sākumā šo plānu pilna realizācija likās pārāk optimistisks mērķis, bet Gruzijas piemērs rāda, ka ceļu paveiks ne tie, kas runā par grūtībām, bet tie, kas mērķtiecīgi un neatlaidīgi dara savu darbu.

Es biju patīkami pārsteigts, kolēģi, redzot, cik daudz paveica Gruzijas valdība un Gruzijas tauta. Nebija viegli izdarīt izmaiņas tik daudzās sabiedrības un ekonomikas sfērās tik īsā laika periodā. Ļoti grūti pārliecināt sabiedrību, uzņēmējus un politisko eliti, ka nepieciešamas ātras, bet dažreiz sāpīgas reformas. Līdzīgas reformas Rietumeiropas valstīs bija paveiktas desmitiem gadu laikā, bet Gruzijai tās bija jāpaveic dažu gadu laikā.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

Kolēgi, liels darbs bija padarīts iepriekšējā periodā, bet ir daudzi jautājumi, kuriem vajadzīga pastiprināta uzmanība nākotnē — tādi kā Gruzijas sabiedrības ilgstošā politiskā polarizācija, cīņa ar korupciju, problēmas ar Abhāzijas un Činvali reģiona un Dienvidosētijas teritorijām un citiem svarīgiem jautājumiem.

Asociācijas līgums uzliek atbildību abām pusēm. Eiropas Savienībai ir jāpalīdz Gruzijai cīnīties ar korupciju, turpināt veidot neatkarīgu tiesu sistēmu, stiprināt mediju brīvību, aizsargāt minoritātes un darīt visu, lai Gruzijas tauta saņemtu visas priekšrocības no savas eiropeskās izvēles.

Godātie kolēģi, es gribu īpaši atzīmēt, ka, pateicoties Asociācijas līgumam, Gruzija varētu cerēt uz virkni pozitīvu izmaiņu. Tās ir: tirdzniecības apjomu palielināšana, jaunu darbavietu radīšana, vizu režīma atvieglošana un perspektīvā bezvīzu režīma ieviešana, investīciju iespēju uzlabošana, un daudzi citi pozitīvi momenti.

Eiropas Savienība savukārt var saņemt iespēju realizēt kopīgus ilgtspējīgus projektus tirdzniecībā, enerģētikā, transportā un citās nozarēs. Eiropas uzņēmējiem parādīsies jaunas iespējas Gruzijā, kur viņi varēs droši investēt savus līdzekļus, pirt vai pārdot savas preces un pakalpojumus.

Noslēgumā es gribētu pateikt lielu paldies visiem kolēģiem, kas piedalījās šī ziņojuma sagatavošanā un šī līguma ratifikācijas īstenošanā, īpaši ēnas reportieriem no visām politiskajām grupām, tiem deputātiem, kas iesniedza savus priekšlikumus. Es ļoti ceru, dārgie kolēģi, uz konstruktīvu diskusiju un pozitīvu balsojumu.

Godātie kolēģi, es gribu katram no Jums teikt, ka Gruzijas tauta ir pelnījusi pozitīvas izmaiņas, un es ceru, ka mēs, Eiropas Parlamenta deputāti, par tām balsosim. Liels paldies!

Dimitris Avramopoulos, *Member of the Commission*. - Madam President, honourable Members, let me first of all thank Mr Andrejs Mamikins for his report, which contains many important recommendations and shows that we have a high degree of consensus on our policy with Georgia. The European Parliament's strong support will be an important message for the reinforcement of our ties with Georgia and it will create excellent conditions for closer cooperation with Georgia.

Georgia is one of the frontrunners of the European Union's Eastern Partnership policy. The Association Agreement before you today is the result of Georgia's European aspirations. It is also the result of our determination to promote building a democratic, stable and prosperous country in a region that is of key strategic importance to us.

Georgia will transform itself as we implement our joint agenda. Georgia will, as a result, move closer to the European Union, deepening its political association and economic integration with the EU. Georgia will introduce reforms that will build into its public life core European values such as a pluralist democracy and a deeper respect for due process and the rule of law.

Following the signature and the provisions of application of the agreement, we have had our first EU-Georgia Association Council under the agreement exactly one month ago in Brussels – the first step for the implementation of this agreement. On the same day we concluded that Georgia meets the first phase requirements of the visa dialogue and that the second implementation phase of the action plan could be launched. This was yet another important step in the process that will bring Georgia closer to its goal of a visa-free regime with the European Union.

It is difficult to say that Georgia has made important progress in its democratic development following parliamentary and presidential elections in 2012 and 2013 as well as local elections in 2014. But this message was also given and was well received. The political climate in the country needs improving. Political confrontation and polarisation should be avoided and space for opposition and cross-party dialogue needs to be ensured. In the same vein, Georgia needs to continue efforts to reform the judiciary and ensure the rule of law.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

I am pleased to report that the provisional application of the Deep and Comprehensive Free Trade Area of the Association Agreement since 1 December is already showing first results. Trade statistics for September are positive and stable. The effect of the agreement is yet to be confirmed but the September 2014 figures indicate a 50% increase in imports from Georgia into the European Union, mainly in nuts and mineral products. The European Union will further assist reforms in Georgia and help small and medium enterprises adapt to the new regulatory framework with a EUR 51 million programme under the Annual Action Programme of this year.

Let me now turn to the most recent developments in the Georgian breakaway regions, mainly the so-called Strategic Partnership Treaty between the Russian Federation and the Abkhazia *de facto* authorities. Reports on a similar undertaking with the South Ossetian *de facto* authorities are equally disconcerting. Just like earlier agreements signed between the Russian Federation and Abkhazia, this so-called treaty questions the sovereignty and integrity of Georgia. It is also detrimental to ongoing efforts to stabilise the security situation in the region, and it does not contribute to de-escalation. It also contradicts principles of international law and commitments taken by the Russian Federation.

Let me reconfirm the European Union's unwavering support for Georgia's territorial integrity. We remain fully committed to supporting conflict resolution in Georgia including through our co-chairmanship of the Geneva International Talks and our monitoring mission in Georgia.

Let me also, again, underline our appreciation for Georgia's contribution to the European Union's mission in the Central African Republic on the basis of our framework agreement for Georgia's participation in the European Union's Common Security and Defence Policy missions.

To conclude, let me say that the partnership between the European Union and Georgia is a strong one. It will become even stronger with the European Parliament's verification of our Association Agreement.

Olli Rehn, *rapporteur for the opinion of the Committee on International Trade*. - Madam President, Georgia has been a reliable partner and pursued closer political and economic ties with the European Union, despite significant pressure from Russia.

For a small state like Georgia, the choice of free trade has served the country well. In the last decade, foreign trade turnover has increased five- to six-fold. The growth has been driven by the liberal trade regime of Georgia. Moreover, as the Commissioner said, following the provisional application of the DCFTA as of September, the preliminary statistics indicate a close to 50% increase in Georgia's exports to the EU, thus improving its trade balance with the Union.

In fact, of our Eastern partners, Georgia has done the most in reforming its economy and deserves this agreement and its ratification. The next step is implementation. We support Georgia in this endeavour and wish it the best of success.

Jaromír Štětina, *za skupinu PPE*. – Paní předsedající, přistupujeme k ratifikaci asociační dohody Evropské unie s Gruzii. Po Ukrajině a Moldavsku k třetí ratifikaci asociační dohody v tomto volebním období. Návrh rezoluce, kterou máte před sebou, je výsledkem trpělivé práce představitelů frakcí, jimž patří dík. Propluli jsme mnoha úskalími, dovolím si zmínit dvě z nich.

Především jsem se při zpracování textu snažili nazývat věci pravými jmény. Vraťme se 25 let zpátky. Rusko anektovalo Abcházii. Dva roky na to začala čečenská válka, v níž ruská armáda pozabíjela 80 tisíc civilních obyvatel. V roce 2008 okupovala ruská 58. armáda Jižní Osetii. Byla to tatáž armáda, která vraždila v Čečensku. Letos Ruská federace znovu dvakrát hrubě porušila mezinárodní právo. Obsadila Krym a rozpoutala hybridní válku ve východní Ukrajině. Při formulování návrhu naší rezoluce jsme nepoužívali eufemismy a jasně jsme okupaci nazývali okupací. Myslím, že stanovisko Evropského parlamentu a celé Evropské unie musí reflektovat možnost, že Ruská federace bude i nadále porušovat mezinárodní právo a ruská armáda se bude dopouštět válečných zločinů. Pokud nezaujmeme jasné stanovisko, může se stát, že poneseme část viny. Kdyby totiž Evropa jasně odsoudila agresi v Čečně a v Abcházii, nebylo by agrese na Ukrajině. Důkazem toho je i fakt, že Ruská federace uzavřela novou dohodu s Abchází, která může vést k přímé anexi některých částí gruzínského území a jejich začlenění do území Ruské federace.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

Při vyjednávání textu jsme neopomněli upozornit na to, že nový gruzínský režim, byť byl po mnoha desetiletích zvolen demokratickou cestou, kriminalizuje příslušníky bývalé politické garnitury. Vážení kolegové, dejte, prosím, této velmi důležité rezoluci zelenou.

Knut Fleckenstein, *im Namen der S&D-Fraktion*. – Frau Präsidentin! Wir Sozialdemokraten begrüßen das Freihandelsabkommen und natürlich auch das Assoziierungsabkommen und freuen uns auf eine enge Kooperation mit Georgien.

Wir sagen auch ganz klar, dass die russischen Versuche, durch die Verträge mit den besetzten Gebiete Unruhe und Unsicherheit zu stiften, uns nicht abhalten werden. Bei dieser Gelegenheit möchte ich der georgischen Regierung für ihre sehr besonnene und kluge Art, wie sie mit diesem Konflikt umgeht, danken.

Die wirtschaftliche Zusammenarbeit wird beiden Seiten nutzen. Die politische Zusammenarbeit wird helfen, das Land zu reformieren und zu stabilisieren. Die Menschen in Georgien werden merken, dass eine unabhängige Justiz, Rechtstaatlichkeit, Kampf gegen Korruption, eine transparente Verwaltung und vieles mehr ihnen nutzen werden.

Es ist gut, dass wir in Zukunft einen Kooperationsausschuss haben, nach dem Vorbild mit der Ukraine und mit Moldau jetzt auch mit Georgien. Das ist wichtig, um den Dialog zu fördern und uns enger aneinander zu binden.

Allerdings müssten wir auch noch einmal darüber nachdenken, was das für den Ausschuss, wie es ihn bisher gab, heißt. Denn da sitzt dann die EU auf der einen Seite und Armenien und Aserbeidschan auf der anderen Seite. Das wird eine ziemlich schwierige Aufgabe für uns werden.

Marek Jurek, *w imieniu grupy ECR*. – Pani Przewodnicząca! Debata, którą dzisiaj toczy, i decyzje, które jutro podejmiemy, wydają się spóźnione o parę lat. Zaproszenie Gruzinów do stowarzyszenia i otwarcie im drogi do Unii Europejskiej powinniśmy byli przedstawić w 2008 roku, zaraz po rosyjskim najeździe na Gruzję. Byłaby to jasna, mocna i pokojowa odpowiedź na agresję. Wyraźny znak, że próby uniemożliwienia państwom na wschodzie Europy współpracy z Zachodem jedynie wzmocnią naszą solidarność i przyniosą odwrotny efekt do zamierzeń agresora. Nasza jednoznaczna reakcja wówczas mogła zapobiec dzisiejszej tragedii na Ukrainie. Szkoda, ale mamy w Polsce takie przysłowia: „Lepiej późno niż wcale”.

Ktoś powie: dobrze, ale przecież nie można było przez te ostatnie lata abstrahować od standardów europejskich. Zgoda, ale pora również, żebyśmy zrozumieli – a niedawno mówił nam o tym w tej Izbie papież Franciszek – że oni dają nam wcale nie mniej niż my możemy dać im. Na tym właśnie, na takim myśleniu o wymianie wartości, wymianie dóbr polega rzeczywista solidarność europejska

Opór Gruzji wobec rosyjskiego najazdu i konsolidacja niepodległej państwowości były dostatecznym wkładem nie tylko w życie Europy, ale i w nasze własne bezpieczeństwo. Jeżeli solidarność nie ma być pustym słowem pora, żebyśmy sobie uświadomili, że mamy obowiązek systematycznie wspierać niepodległość państw, które odzyskały ją po rozpadzie Związku Sowieckiego. Dobrze, że mówi o tym jasno nasza rezolucja.

Javier Nart, *en nombre del Grupo ALDE*. – Señora Presidenta, este es un acuerdo estratégico, fundamental e importante, porque estamos diciendo varias cosas.

En primer lugar, que Georgia es Europa.

En segundo lugar, que, como Europa, tiene absolutamente el derecho a decidir cuáles son sus deseos, sus criterios y sus objetivos nacionales, incluyendo la asociación plena con la Unión Europea, de acuerdo con el artículo 49 de nuestro Tratado.

En tercer lugar, no es una declaración complaciente. No es una declaración en la que simplemente se determinen las bondades que tiene el Estado georgiano. Se hacen avisos muy concretos a determinados malos usos por parte del actual Gobierno georgiano de una justicia selectiva y de una utilización no adecuada a los criterios y estándares de la Unión Europea.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

Es una Resolución que establece el respeto por la paz, cuestión fundamental que significa el respeto de las fronteras y, en consecuencia, que condena cualquier acto que signifique un atentado contra la paz y la seguridad, específicamente las invasiones, o las anexiones supuestas, en este caso de Abjazia, y la presencia de Osetia del Sur como una zona secesionada con presencia rusa.

También es algo que es fundamental. No es contra nadie, no significa ninguna contradicción con lo que son los legítimos intereses de cualquier país, y en este caso —digámoslo con su nombre— de un gran país, que es Rusia, que tiene que ser algo más que un gran vecino: tiene que ser un gran amigo también, un gran amigo de Europa. Porque también Rusia es Europa.

Y, en consecuencia, este es un material más que construye la unidad de Europa y que está dirigido para la paz, no para la contradicción contra nadie.

Helmut Scholz, *im Namen der GUE/NGL-Fraktion*. – Frau Präsidentin, Herr Kommissar! Unsere heutige Debatte geht bei aller Komplexität der genannten Abkommen an wesentlichen Fragen der Lebensperspektive der georgischen Bevölkerung vorbei.

Angesichts von über 35 % Arbeitslosigkeit und einem Durchschnittslohn von 350 EUR hat mehr als ein Drittel der Bevölkerung das Land zwischenzeitlich verlassen. Mit dem Assoziierungsabkommen haben Hoffnungen der georgischen Bevölkerung nunmehr eine klare Adresse. Aber niemand hat bisher erklärt, wie diese Hoffnungen erfüllt werden sollen.

Die Kommission muss deshalb meines Erachtens kurzfristig erklären, wie sie die Erwartungen nach eigenständiger, sozial gerechter und wirtschaftlicher Entwicklung und guten Arbeitsplätzen als Grundlage für ein würdevolles Leben in einem demokratischen Staatswesen zu erfüllen gedenkt. Und auch wir hier im Haus müssen Farbe bekennen.

Noch eins: Georgien hat sich für den Weg der Assoziierung entschieden. Deshalb sollten wir aber umgehend aufhören, die bisher flexible Politik Georgiens im Interesse eines Ausgleichs mit Russland als Partner zu unterminieren. Zwingen wir Georgien in die Sanktionspolitik, werden wir bald über eine Kompensation der entstehenden Verluste mittels EU-Mitteln diskutieren müssen.

(Der Redner ist damit einverstanden, eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“ gemäß Artikel 162 Absatz 8 der Geschäftsordnung zu beantworten.)

Andrejs Mamikins (S&D), *zilās kartītes jautājums*. – Man ir jautājums Šulca kungam: “Vai tiešām Jūs ticat, ka Gruzijas attālināšanās no Eiropas Savienības palīdzētu atrisināt tai šīs ekonomiskās problēmas, kuras, protams, Gruzijai ir? Jūs tiešām ticat tam, ka Gruzijas izolācija būs tas pareizais mērķis, ko mēs varam uzstādīt sev kā Eiropas Parlamenta deputāti un kopumā kā Eiropas Savienība?” Paldies!

Helmut Scholz (GUE/NGL), *Antwort auf eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“*. – Mit dem Wirtschaftsabkommen und dem Freihandelsabkommen sind natürlich bestimmte Voraussetzungen gegeben. Zugleich müssen wir auch darüber nachdenken, wie durch eine wirtschaftliche Kooperation mit Georgien Georgien selbst in die Lage versetzt wird, sich in der Diversifizierung seiner Wirtschaft und in der Zusammenarbeit mit andern Handelspartnern eine neue Perspektive zu eröffnen.

Tamás Meszerics, *on behalf of the Verts/ALE Group*. – Madam President, first of all let me thank our rapporteur, our colleague Mr Andrejs Mamikins, for a balanced report which contains many important and good recommendations from which both the Georgian Government and anyone in Georgia interested in politics and interested in a European future could profit. Now certainly this is the time first of all to celebrate. Association agreements, if they are meant to be serious agreements, are to be celebrated and I propose that we do that tomorrow and I ask all of you to support the Association Agreement and report with your vote.

We need to pause for a moment and congratulate the Georgian authorities who went through considerable changes already. Of course there is much to be done. The report contains many of those important elements and the Commissioner has already mentioned many of them so I am not going to repeat them.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

Ultimately, however, I want to highlight that I do not mean to contest the statistics cited by the Commissioner, but we should bear in mind that free trade agreements are not unmitigated benefits. There are social costs to them, so I warn both the Commission, the Georgian authorities and this House that we should follow very closely what happens at the regional level to the Georgian economy and to the Georgian social fabric and year by year we should return to this question.

Fabio Massimo Castaldo, a nome del gruppo EFDD. – Signora Presidente, onorevoli colleghi, una bella metafora della politica internazionale è «un bicchiere sopra un tavolo affollato da molte persone». Le scelte di ognuno rappresentano un sorso d'acqua versato o tolto all'interno del bicchiere. In teoria vince chi arriva a riempirlo con l'ultimo sorso senza far cadere neanche una goccia d'acqua. Se qualcuno compie una mossa azzardata, il bicchiere trabocca e inonda il tavolo, ma non di acqua, di sangue.

Che cosa sta facendo l'Europa oggi intorno a questo tavolo? Io temo che stia versando acqua copiosamente, con una spensieratezza e una superficialità che mi fanno venire i brividi. Desidero sgombrare il campo da ogni equivoco: noi del Movimento Cinque stelle siamo favorevoli ad una prospettiva europea per ogni paese che rispetti i criteri di Copenaghen, purché questa sia anche l'inequivocabile volontà dei loro e dei nostri popoli. E ciò vale naturalmente anche per la Moldavia, l'Ucraina e gli amici della Georgia.

Noi non ci interroghiamo sul se ma sul come e sul quando: su quelli abbiamo enormi dubbi e per questo non voteremo a favore ma ci asterremo. Tanto l'Unione quanto la Russia si avvicinano sempre di più alla linea rossa. La Nato mostra i muscoli nel Baltico in Polonia con nove forze di intervento e i russi, che ovviamente hanno pesantissime responsabilità, rispondono colpo su colpo, rilanciando. Il baratro è sempre più vicino, apparentemente senza una ragione. Ne siamo proprio sicuri?

In una dichiarazione del 14 novembre 2013, Victoria Nuland, vice Sottosegretario di Stato degli Stati Uniti, menziona apertamente un collegamento tra il partenariato orientale e il TTIP, un trattato che ha per noi enormi rischi e dubbi benefici. Un trattato che è più votato all'esclusione di chi è fuori che all'inclusione di chi è dentro. E non a caso il TTIP è stato definito la «Nato dell'economia»: la continuazione o meglio l'anticipazione di un ipotetico conflitto con altri mezzi, parafrasando von Clausewitz.

Che cosa votiamo quindi oggi? Votiamo per la sicurezza e il benessere nostro della Georgia, oppure molti tra noi dall'altra parte dell'Atlantico, staranno pensando esclusivamente a milioni di nuovi consumatori per i nostri mercati, costi quel che costi? Ad accettare un rischio terribile per la vita di milioni di persone, pur di aumentare il fatturato delle grandi multinazionali della difesa? La retorica del nemico può essere conveniente, talvolta, ma noi non siamo affatto sostenitori di Putin della Russia, anzi. Però siamo anche realisti e ci indigniamo quando dei principi ci si ricorda solo quando ci fa comodo. Le sanzioni imposte finora stanno danneggiando tutte le parti in causa ma stranamente ben poco gli Stati Uniti. Non dobbiamo seguire le linee del Presidente Obama che ne chiede un ulteriore rafforzamento.

Venticinque anni fa crollava il Muro di Berlino e venivano meno gli originali presupposti della NATO; ora l'Unione europea e gli Stati Uniti ne stanno erigendo un altro più a Oriente. Non so chi vincerà quello che Kissinger ha definito a ragione «un errore fatale» ma sono dolorosamente convinto che in ogni caso noi come europei perderemo. Forse siamo ancora in tempo per cambiare idea, modificarla ed evitarlo.

Aymeric Chauprade (NI). - Madame la Présidente, chers collègues, avec cet accord d'association, l'Union européenne franchit un nouveau seuil sur l'échelle de la déraison. Son bilan, à la fois en termes d'élargissement et d'accords d'associations, se résume en deux points.

Il s'agit, premièrement, de l'appauvrissement de l'Union européenne. Aucun pays entré dans l'Union depuis 2004 n'affichait, en 2014, un PIB par habitant supérieur à la moyenne de l'espace européen à Vingt-huit. Le passage, en 2007, de l'UE 15 à l'UE 28 représente une perte relative de 12 points de PIB par habitant, ce qui veut dire qu'un citoyen des États-Unis dispose aujourd'hui d'un pouvoir d'achat une fois et demi supérieur à celui d'un citoyen de l'Union européenne. Il est donc évident que votre volonté d'association avec la Géorgie, comme avec l'Ukraine ou la Moldavie, ne fera qu'aggraver l'appauvrissement de l'Union européenne.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

Il s'agit, deuxièmement, de votre bilan en termes d'aggravation de la fracture entre l'Union européenne et la Russie. Nous vivons aux côtés de la Russie, qui a ses propres intérêts et sa propre sphère d'influence. L'agression stratégique à l'encontre de ce voisin que constitue l'expansion continue de l'OTAN est une erreur que nous payons aujourd'hui. Ce sont bien sûr les Ukrainiens, les Moldaves et les Géorgiens qui doivent déterminer leur avenir, mais vous savez que l'orientation stratégique de leur pays – vers l'OTAN ou vers la Russie – est un motif de déchirement qui peut conduire à des guerres civiles.

Par conséquent, fidèles à notre ligne constante guidée par les intérêts de la France, mais aussi par le souci de la paix en Europe, nous voterons contre ce projet.

(L'orateur accepte de répondre à une question «carton bleu» (article 162, paragraphe 8, du règlement))

Sandra Kalniete (PPE), *zilās kartītes jautājums*. – Es gribētu vaicāt manam kolēģim no Francijas: “Vai, runājot par to, cik ir izmaksājusi paplašināšanās un cik nabadzīga ir kļuvusi Eiropas Savienība, viņš arī apzinās to, ka Eiropas Savienības kopējais tirgus palielinājās par gandrīz 100 miljoniem, kas deva iespēju gan Francijas uzņēmējiem, gan citu Eiropas valstu uzņēmējiem ievērojami nopelnīt šajā tirgū?” Paldies!

Aymeric Chauprade (NI), *réponse «carton bleu»*. – Madame la Présidente, je me rends surtout compte de la désindustrialisation et des pertes de l'économie française et de beaucoup de pays plus développés. Il est évident qu'en intégrant davantage de pays pauvres, et en intégrant des pays dont la mise à niveau coûte très cher – comme cela avait d'ailleurs coûté très cher à l'Allemagne de se mettre à niveau suite à sa réunification –, nous faisons peser sur les citoyens de l'Europe la plus riche un coût très lourd.

(L'orateur accepte de répondre à une question «carton bleu» (article 162, paragraphe 8, du règlement))

Marek Jurek (ECR), *pytanie zadane przez podniesienie niebieskiej kartki*. – Panie Pośle, czy nie zdaje sobie Pan sprawy z tego, że Unia Europejska sama przywiązuje sobie kulę do nogi w postaci utopii unii walutowej, i że jej koszty są znacznie większe niż rozszerzenie? I czy nie zdaje sobie Pan sprawy z tego, że eksport francuski do krajów Europy Środkowej, po przyjęciu Polski i innych krajów, wzrósł sześciokrotnie? Naprawdę korzystacie na tym, więc czasem o tym pomyślcie.

Aymeric Chauprade (NI), *réponse «carton bleu»*. – Madame la Présidente, je considère tout d'abord que l'identité de la Géorgie est bien européenne, et il n'y a donc aucun doute à cet égard, mais je pense qu'il y avait bien des relations avant le libre-échange. Nous ne sommes en effet pas obligés de signer des accords d'association ou de libre-échange développés pour échanger. J'indique simplement que nous devons, pour les pays de l'Europe de l'Ouest et de l'Europe centrale qui sont des États membres, protéger, aujourd'hui, notre économie. Le coût monétaire est bien sûr très élevé également, mais nous l'avons aussi combattu.

Cristian Dan Preda (PPE). - Madame la Présidente, je suis toujours surpris d'entendre ici – comme cela s'est passé hier encore – le point de vue de Moscou, exprimé avec beaucoup d'enthousiasme rhétorique.

Vous vous trompez notamment, Monsieur Chauprade, sur les rapports des pays que vous avez mentionnés avec l'OTAN: la Moldavie ne veut pas adhérer à l'OTAN. Vous fabriquez une histoire, qui est celle de vos amis, qui – si j'ai bien compris en lisant la presse – vous ont également donné de l'argent à votre parti. N'est-ce pas? Le Front national – comme nous l'avons tous vu dans la presse – est financé par Moscou. De ce point de vue, nous sommes vraiment choqués. Je sais, vous allez dire que les emprunts sont impossibles en Europe, nous connaissons aussi vos réponses.

Mais figurez-vous Monsieur Chauprade, que, en Géorgie comme à , en Moldavie, comme à Kiev, en Ukraine, les gens doivent choisir entre, d'une part, une société de liberté et de libre-échange et, d'autre part, l'autorité soviétique. Apparemment, vous aimez ce type d'autorité soviétique, en vertu de laquelle on décide pour les autres. Les Géorgiens, les Moldaves et les Ukrainiens veulent décider par eux-mêmes, et non que Moscou décide pour eux, et ils ont le droit d'envisager cette perspective européenne.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

Si vous voulez maintenant faire la guerre aux pauvres Géorgiens, Moldaves et Ukrainiens, excusez-moi, ce n'est pas ici l'enceinte pour ce faire. Nous nous inscrivons vraiment ici dans une logique de solidarité et c'est pour cela que le groupe PPE votera avec enthousiasme l'accord d'association, comme il l'a fait pour la Moldavie et pour l'Ukraine.

(L'orateur accepte de répondre à deux questions «carton bleu» (article 162, paragraphe 8, du règlement))

ΠΡΟΕΔΡΙΑ: ΔΗΜΗΤΡΙΟΣ ΠΑΠΑΔΗΜΟΥΛΗΣ

Αντιπρόεδρος

Aymeric Chauprade (NI), question «carton bleu». – Cher Monsieur, il ne faut pas désinformer vos collègues.

Nous n'avons pas reçu d'argent de Moscou: nous avons contracté un prêt auprès d'une banque privée parce que nous sommes parfaitement libres de le faire. Un prêt, jusqu'à preuve du contraire, n'est pas un don. C'est important. Nous devons rembourser cet argent à une banque privée.

Deuxièmement, cher Monsieur, quand vous défendez une orientation stratégique américaine, je ne vous accuse pas d'être un agent de Washington. Vous avez le droit d'avoir votre avis et j'ai le droit d'avoir le mien. Nous parlons au nom des intérêts, de notre point de vue, de la France et de l'Union européenne.

Sajjad Karim (ECR), blue-card question. – Mr Preda, I am obliged to you for accepting my blue card question. You raise a very important point. There is clearly a pattern of rhetoric coming from some of our far-right extremist groups which is anti-European in the first instance. They then go on to the Russian media and say anti-NATO things, even speaking against their own Member States, and then it moves on to becoming pro-Putin. We clearly have a pattern. Then, at the end of that course of action, you see money changing hands from Russia across to these groups. There is not just one party leader who has done that – there is more than one in this House. Should we not now be carrying out investigations?

Cristian Dan Preda (PPE), réponse «carton bleu». – Monsieur le Président, je ne répondrai pas à M. Chauprade parce que je lui ai dit, d'emblée, d'envoyer ses questions à Poutine ou à ses amis de cette banque privée.

Je répondrai en revanche à ce que notre collègue britannique vient de dire: nous sommes bien sûr inquiets de voir que de telles opérations sont aussi réalisées avec le Front national en Moldavie, avec un parti moldave qui a fait campagne avec de l'argent russe en provenance d'une banque privée. C'est inacceptable! Notre enceinte, le Parlement européen, que ce soit ici à Strasbourg ou à Bruxelles, n'est pas l'endroit où Moscou a à s'exprimer.

Victor Boştinaru (S&D). - Mr President, sometimes we get the feeling here that we are listening to 'Govorit Moskva' ('Voice of Moscow'), but that is another story.

Domnule președinte, semnarea Acordului de asociere cu Georgia este nu un premiu, ci o recunoaștere a meritelor și progreselor făcute de această țară prietenă și a puternicului sprijin proeuropean al poporului georgian.

Având în vedere situația complexă din zona Mării Negre, avem datoria ca Uniune să sprijinim Georgia în toate modurile, politic și economic, și să contrabalansăm efortul sistematic de destabilizare din partea Rusiei. Îi invit în același timp pe prietenii georgieni să construiască un solid sprijin bipartizan pentru succesul reformelor proeuropene. Colegi, vă invit să reflectați la Georgia ca la o parte din puzzle și să vedem imaginea întreagă a Mării Negre unde, după anexarea Crimeii, Rusia a încheiat recent așa-zisul acord de parteneriat strategic cu Abhazia, o confirmare explicită a rolului său în crearea conflictului înghețat și apoi în ocuparea acestei provincii prin mijloacele tipice Moscovei.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

În final, doresc să menționez că acest acord de asociere este începutul unui efort dificil, dar necesar pentru țara prietenă și pentru regiunea aceasta atât de importantă strategic pentru Uniunea Europeană.

Charles Tannock (ECR). - Mr President, while the ECR deeply regrets Russia's continued occupation of Georgian territory, condemns the numerous cases of prosecution of former government members, and has concerns about selective justice – particularly against the former President – it has nevertheless been an exciting year in terms of closer Eastern Partnership relations between the EU and Georgia.

We, as a Group, fully support and welcome the Deep and Comprehensive Free Trade Agreement and the Association Agreement, as it provides for Georgia's political association with the European Union in addition to the country's economic integration into the world's largest economic market.

By signing the Agreement, Georgia has assumed Treaty obligations to consolidate the rule of law, including independence of its judiciary, to pursue legislative reforms, to strengthen respect for fundamental human rights and freedoms, and to reinforce democratic institutions. A further aspect of the Agreement is that it will substantially enhance the political dialogue between Georgia and the EU, increase the involvement of civil society and promote tolerance for its minorities.

Far from being merely a set of rules and regulations, this really is a good trade agreement as it brings Georgia closer to the European Union and helps it resist Russian revanchist pressures.

Auštrevičius, Petras (ALDE). - Mr President, tomorrow's ratification will mark an historic move for future Georgia-EU relations. The country which is furthest to the East remains committed to its European choice, made back in 2003. I would also like to emphasise the remarkable trust in the EU by the Georgian people. A lasting commitment to a European course is of utmost importance in overcoming the remaining pressures from Russia. The so-called Russian-Abkhazian Partnership Alliance is yet another attempt to legalise the annexation of Georgian territory. It has to be deplored.

The ratification of the Association Agreement is not a Christmas gift for Georgia. It is a huge task that will require both good skills and solid speed from the Georgian authorities. For instance, in 2015 the legal harmonisation will embark on some 72 legislative initiatives. Equally, Georgia is expected to continue with democratic reforms, strengthen the market economy, and increase the living standards of its people. We also expect the Georgian judicial system to pass the test of being transparent and independent, and it must not be misused against political opponents. Georgia needs national reconciliation no less than it needs legal approximation. Here too, Europe is going to be both a cooperative and a demanding partner. I wish Georgia a Happy New Year.

Heidi Hautala (Verts/ALE). - Arvoisa puhemies, voimme onnitella Georgiaa siitä, että se tekee vapaan valinnan ja jopa 69 prosenttia georgialaisista haluaa, että assosiaatiosopimus syntyy. Meillä on tässä talossa lähes konsensus siitä, että näin todella mekin haluamme tehdä.

Georgiassa on tapahtunut huomattavaa edistystä oikeuslaitoksen riippumattomuudessa, mutta haluan korostaa, että tätä työtä tulee vielä jatkaa. Kaikkien syyteiden tulee olla vapaita poliittisesta prosessista ja uskon, että Georgiassa myös halutaan edetä tähän suuntaan.

Haluamme kantaa huolta niistä kauppasuhteista, jotka saattavat häiriytyä sen takia, että tällä alueella eri valtiot tekevät erilaisia ratkaisuja. Toiset kääntyvät Euroopan unionin puoleen, toiset Euraasian talousunionin puoleen. Meidän tehtävämme on varmistaa, että myös Georgian osalta kauppa voi jatkua eri suuntiin.

Lopuksi haluaisin sanoa, että nyt kun viime aikoina Georgian poliittisessa prosessissa on ollut hieman säröjä hallitusyhteistyössä, niin ehkä tämä tarjoaa mahdollisuuden kaikille eurooppamyonteisille voimille hallituksesta ja oppositiosta ryhtyä uudenlaiseen yhteistyöhön.

Franz Obermayr (NI). - Herr Präsident! Wir debattieren heute über die dritte Assoziierung eines ehemaligen GUS-Staates in diesem Jahr, über das wunderschöne Georgien.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

Das Land hat in den vergangenen Jahren beachtenswerte Fortschritte gemacht, zum Beispiel im Bereich der inneren Sicherheit. Bei meinen Erwägungen zu dieser Assoziierung haben wir auch das aktive Engagement Georgiens in Bezug auf Freiheit und Demokratie hervorgehoben.

Aber wie schaut es mit der Demokratie in diesem Haus, in unserem m Parlament, aus? Da kommt ein Kollege und polemisiert in einer miesen Art und Weise gegen Leute, die sich erlauben, eine andere Meinung zu haben. Dieser Kollege sollte sich eher um die Stimmung der europäischen Bürger kümmern, und wer in die Bürger hineinhört, der weiß ganz genau, dass sie erweiterungs- und assoziierungsmüde sind.

Unser Ziel – zurück zur Sachlichkeit – sollte es sein, vermittelnd in der Region einzugreifen, mit Zurückhaltung vorzugehen und Frieden zu stiften, statt ständig neue Blankoschecks auszustellen, wie das finanzielle Desaster in der Ukraine uns ja beweisen wird.

Fast missionarisch, unter dem Deckmantel der Selbstbestimmung, wird ein Staat nach dem anderen assoziiert und wir halten uns für die Bürgen von Wohlstand und Sicherheit dieser Staaten. Wir überschätzen uns, das ist den Bürgern gegenüber unverantwortlich und unverzeihlich.

Sandra Kalniete (PPE). - Mr President, tomorrow we are going to ratify the Association Agreement. I would like to reiterate that we concluded this Association Agreement with the whole of Georgia, including its occupied territories of Abkhazia and the Tskhinvali region, and once again we clearly call on Russia to end its occupation of these territories. In a society which overwhelmingly supports integration of the country into western institutions, including the EU, it must be the duty of the main political forces to work in the spirit of consensus for implementation of reforms which stem from the Association Agreement.

Therefore Georgia's Government needs to ensure, by all means possible, that the ongoing investigations into alleged abuses do not selectively and unfairly target its political opponents. We all know that the opposition of today is the government of tomorrow. This is a consistently repeated message which applies equally to the previous and current governments of Georgia. Our resolution also states that Georgia, like any other European state, has a European perspective and may apply to become a member of the Union. I am hopeful that the day will come when Georgia will become a part of the EU enlargement process.

(The speaker agreed to take a blue-card question under Rule 162(8))

Andrejs Mamikins (S&D), zilās kartītes jautājums. – Priekšsēdētāja kungs, cienījamā Kalnietes kundze! Es tā sapratu no Jūsu runas, ka Jūs gribat pretstatīt vienu iespēju pret otru — vai nu valstij ir kaut kādi kontakti ar Krieviju, vai nu viņa sadarbojas ar Eiropas Savienību. Jūs varētu iedomāties situāciju, kad Eiropas Savienības asociētā dalībvalsts ir gan labi integrēta Eiropas Savienībā, gan tajā pat laikā uztur labus saimnieciskos kontaktus ar Krieviju? Paldies!

Sandra Kalniete (PPE), atbilde uz zilās kartītes jautājumu. – Mamikina kungs! Protams, izvēlēties Eiropas integrāciju un tuvināšanos Eiropai nenožīmē sevi noslēgt no pārējās pasaules. Piemēram, Serbijai, kurai pašlaik ir kandidātvalsts statuss ar Eiropas Savienību, ir arī brīvās tirdzniecības līgums ar Krieviju. Tā, protams, ir katras valsts pašas izvēles lieta un, protams, tā ir arī attiecīgās partnervalsts izvēles lieta. Veids, kādā Krievija iespaido savas kaimiņvalstis, tām liekot strikti nostāties vienā vai otrā pusē, ir nepareizs un nepieņemams.

Kati Piri (S&D). - Voorzitter, ik wil graag mijn volle steun uitspreken voor de goedkeuring van het associatieakkoord met Georgië. Het is een logische en noodzakelijke stap voor het realiseren van economische, sociale én politieke hervormingen waar de Georgische bevolking heel duidelijk om vraagt. Dit is, wat mij betreft, dan ook niet het einde, maar het begin van verdere samenwerking met de EU.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

Ik pleit dan ook voor spoedige ratificatie door de lidstaten zodat de diepere politieke samenwerking en economische integratie in actie vertaald kan worden. Dit onderstreept dan dat de betrokkenheid van de Europese lidstaten serieus is en ook dat de verwachtingen op het gebied van hervormingen niet enkel van papier zijn. Het akkoord verankert de ingezette Europese koers van Georgië als het gaat om gedeelde waarden. Een pluriform politiek bestel, verantwoordelijk bestuur, onafhankelijke rechtspraak en bescherming van fundamentele rechten. Er zit een regering die bereid is hard te werken voor een welvarende toekomst. Aan hen is dan ook de taak om polarisering tegen te gaan. Het maatschappelijk middenveld speelt daarin ook een belangrijke rol, in ondersteunende zin, maar ook als waakhond over de nodige hervormingen.

Ten slotte wil ik mijn zorgen uitspreken over het recente integratieakkoord tussen Rusland en Abchazië, dat mogelijk gevolgd wordt door een akkoord met Zuid-Ossetië. De toenemende invloed van Rusland in de grensconflicten is een realiteit waarvoor we niet langer de ogen kunnen sluiten. Het is dan ook een goede zaak dat de EU-waarnemingsmissie in Georgië zal worden verlengd met twee jaar.

Bas Belder (ECR). - Voorzitter, een spannende vraag voor komend jaar 2015 zal zeker de uitkomst van de internationale onderhandelingen over het Iraanse nucleaire programma zijn. Maar wat heeft dit mondiale vraagstuk van de eerste orde eigenlijk te maken met ons actuele debat over de relaties tussen de EU en Georgië?

Laat ik in mijn antwoord kort en duidelijk zijn: de activiteiten van, naar verluidt, honderden Iraanse ondernemingen op Georgisch grondgebied wijzen op illegale handelingen die het internationale sanctieregime tegen Teheran rechtstreeks ondermijnen en het controversiële nucleaire programma van Iran versterken.

Mijn eenvoudige, maar wel urgente vraag aan de Commissie is: welke stappen zet de EU in nauwe samenwerking met de Georgische autoriteiten tegen deze aanhoudende Iraanse nucleaire proliferatiepogingen? Hoe houdt Brussel immers anders nog de druk op de ketel tegenover Teheran in de laatste cruciale onderhandelingsfase?

Ulrike Lunacek (Verts/ALE). - Mr President, as my Green colleagues have already said, the Greens support and welcome this Association Agreement, especially because it is something supported by opposition and government in Georgia and also almost 70% of the population is in favour. I think this consensus in favour of the EU could pave the way to defusing the current polarisation that we have in the political landscape and create the necessary conditions for a constructive dialogue between majority and minority forces, hopefully also doing away with the potential use of the judicial system to fight political opponents.

I am glad the resolution includes a denunciation of the violent outbreaks of Islamophobia and homophobia that have taken place in the country, and the failure of the prosecution services and the judiciary to bring the perpetrators to justice in an effective way.

Let me end by asking the Commission one question: will you assist and monitor closely the Georgian authorities in their investment programme on hydropower plants, urging them to comply fully with EU standards and norms, in particular to the environmental impact assessment of larger plants?

Andrej Plenković (PPE). - Gospodine potpredsjedniče, podržao sam ustrajan rad našeg izvjestitelja, kolege Mamikinsa, o izvješću koje prethodi sutrašnjem glasanju o ratifikaciji Sporazuma o pridruživanju s Gruzijom, kao i niz rasprava koje smo vodili na ovu temu u Odboru za vanjske poslove i u drugim odborima Europskog parlamenta.

Sutrašnji je događaj izuzetno važan za europski put Gruzije. On predstavlja početak jedne nove faze odnosa s Europskom unijom, predstavlja potvrdu europske orijentacije gruzijskoga naroda, Gruzije koja je dio naše politike istočnoga partnerstva, politike u kojoj su još dvije zemlje u proteklih nekoliko mjeseci krenule putem pridruživanja, i Ukrajina i Moldova i evo sada i Gruzija. Nažalost, sve ove tri zemlje nalaze se u kontekstu zamrznutih konflikata, konflikata tog šireg ili i bliskog susjedstva Rusije, gdje ona nastoji svoj utjecaj snažno pozicionirati prema slobodno odlučenoj orijentaciji ovih zemalja da se pridruže Europskoj uniji. U tom kontekstu Sporazum o pridruživanju ne samo da će ojačati naše političke odnose, da će pomoći gospodarske odnose, već će pomoći i sigurnosti Gruzije i druge dvije zemlje koje sam spomenuo.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

Također, važno je da ovaj instrument iskoristimo i za jačanje sustavnih pitanja kao što su vladavina prava, funkcioniranje pravne države, kao što su i funkcioniranje administracije u Gruziji, ali i neovisnost pravosuđa, a osobito državnih odvjetništava. U tom pogledu savjetujem našim gruzijskim kolegama da u procesu reformi angažiraju i posebne savjetnike i od strane Komisije i država članica koji bi dali legitimitet i dodatnu ekspertizu njihovim reformama jer nije dobro da se Gruziju percipira kao zemlju u kojoj se pravosuđe koristi selektivno i još pri tom za političke obračune.

Prema tome, puna podrška našim gruzijskim prijateljima sutra, a sistemske probleme riješite iskreno i ruku uz ruku sa državama članicama i sa Komisijom.

Richard Howitt (S&D). - Mr President, it has been a long and complex day, but this has been an extremely significant debate and sets the tone for a new chapter in EU-Georgia relations. It is clear that the deep and comprehensive free trade area will have a long-term beneficial effect on Georgia's economy and its citizens and their lives. Already nearly one-third of trade in Georgia is with us in Europe. That will massively increase following this agreement.

I want also to give credit for the reforms that have started there. I met the Chair of the Foreign Affairs Committee of the Georgian Parliament today and was able to celebrate with him some important steps towards – if I may say so – social democracy, under the lead of the current government, the Georgian Dream coalition, including a labour code and anti-discrimination law and reform of the prison system. He told me, and asked me to tell the House, that this agreement is about us dealing with the country of Georgia and not being involved with, or creating any internal differences between, individual political parties within Georgia. This Parliament has my own Group's commitment on that.

Potential worries remain, of course, in particular in relation to the areas of justice and concerns about selective justice. Clearly there must be avoidance of using the judicial system in any sort of political way.

Let me finish by saying that Croatia is the tenth Member State to have ratified the Agreement, but my country has not. I hope my country will get rid of its mealy-mouthed approach and ratify as quickly as possible.

Sajjad Karim (ECR). - Mr President, as Chair of the South Caucasus delegation, I am particularly pleased to see that the rapporteur has set out in the report, in very clear terms, Georgia's assured European future.

Georgians must know that they can be assured of our European solidarity. The extension of our monitoring mission is just one indication of that. The Georgian Government has a clearly signposted road ahead. Now it is time to implement the many reforms envisaged by the Association Agreement. We recognise the real political challenges these changes present, but they must be delivered.

Monitoring implementation of the Association Agreement, and the Deep and Comprehensive Free Trade Agreement, sits of course with the Joint Parliamentary Committee. This Parliamentary scrutiny of our joint agenda should remain always constructive and ready to adapt to any further future challenges posed by the Russian Federation. I hope tomorrow we have a decisive and clear vote that sets out the entirety of this Parliament's position in terms of Georgia.

(The speaker agreed to take a blue-card question under Rule 162(8))

James Carver (EFDD), blue-card question. – Mr Karim, your party leader, the British Prime Minister, has called for a European Union to stretch from the Atlantic to the Urals. This, he said, is his dream. Obviously we are now talking about Georgia. How far to the East do you see the Prime Minister's wish going?

Sajjad Karim (ECR), blue-card answer. – A European Union which is based upon our values is a European Union which will serve not only the people of Europe, but also the world. The fact that we – my country and my government – certainly have a vision of a European Union which is strong and united and is made up of countries that share our values, is one that this Parliament can stand united behind, so I endorse my Prime Minister's position on that.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

Lars Adaktusson (PPE). - Herr talman! De senaste åren har det georgiska parlamentet tagit ställning till ett stort antal förslag till ny lagstiftning och reformer för att möjliggöra ett mer djupgående samarbete med EU. Beslutet att godkänna associeringsavtalet mellan EU och Georgien är resultatet av denna strävan och ett historiskt steg på Georgiens väg mot frihet.

Georgien har valt den europeiska vägen. Georgien har valt den här vägen trots ryska hot, och trots påtryckningar. Ryssland inser nämligen vikten av det här avtalet, och det gör också Ukraina. Den ukrainske presidenten Petro Poroshenko kallade tidigare i år godkännandet av sitt lands associeringsavtal för det viktigaste ögonblicket i Ukrainas historia efter Sovjetunionens fall.

För Georgien är associationsavtalet en avgörande framtidsfråga. Det handlar om ett viktigt vägskäl: ska Georgien tillåtas närma sig EU eller ska det georgiska folket styras av maktens män i Moskva? Vi som väljer att rösta ja till associationsavtalet ställer oss på rätt sida av historien. De som väljer att rösta nej väljer medvetet den väg som är Vladimir Putins.

När Europaparlamentet röstade om associationsavtalet med Ukraina valde EFDD-gruppen, inklusive dess företrädare från mitt land Sverige, att rösta med Putin. Jag tror att vi är många i denna kammare som undrar hur det blir den här gången? Kommer EFDD-gruppen, eller delar av den, att fortsätta att rösta för Putin eller kommer den att rösta för Georgiens rätt att forma sin egen framtid?

Bogusław Liberadzki (S&D). - Panie Przewodniczący! Przede wszystkim chciałbym pogratulować posłowi sprawozdawcy Mamikinsowi takiego sprawozdania, które ma znaczenie historyczne, gdyż jest to jest moment historyczny, o którym powiemy tak za kilkanaście lat: od tej debaty sprawa się zaczęła, tu na forum Unii Europejskiej. Tym wszystkim, którzy wątpią w Unię, wypowiadają bardzo różne dziwne poglądy, chciałbym uświadomić: popatrzcie, to jest kolejne państwo, dla którego Unia Europejska jest celem, które chce przyjąć nasze wartości, które chce wprowadzić system prawny, porządku, które my mamy tu w Unii Europejskiej. Dla samej Gruzji jest to początek wielkiej pracy. Wiem, ile pracy trzeba wykonać, jak się wstępuje do Unii Europejskiej, ale to ostrzeżenie popłynęło jasno. Muszą zacząć od unikania selektywnej sprawiedliwości. Nie ma tu dylematu, czy my wybieramy tu Putina, czy Unię Europejską. To Gruzini wybrali kierunek Unii Europejskiej, ale o współpracę z Rosją muszą się sami troszczyć, a my im w tym możemy pomóc. Dziękuję bardzo.

Νότης Μαριάς (ECR). - Κύριε Επίτροπε, η συμφωνία σύνδεσης Ευρωπαϊκής Ένωσης-Γεωργίας συμβάλλει στην ευρωπαϊκή πορεία της χώρας αυτής. Όμως η προσέγγιση της Γεωργίας προς την Ευρώπη πρέπει να εδράζεται στον σεβασμό των θεμελιωδών δικαιωμάτων, του κράτους δικαίου και των δικαιωμάτων των μειονοτήτων.

Θα ήθελα λοιπόν από το βήμα αυτό να καλέσω τις αρμόδιες αρχές της Γεωργίας να σεβαστούν πλήρως τα δικαιώματα της ελληνικής μειονότητας, που επί εκατοντάδες χρόνια ζει και εργάζεται στη Γεωργία.

Στο πλαίσιο αυτό πρέπει οι αρχές της Γεωργίας να φροντίσουν: πρώτον, για την απρόσκοπτη επιστροφή στις εστίες τους όσων Ελλήνων Ποντίων το επιθυμούν·

δεύτερον, για την παράδοση σε αυτούς των σπιτιών τους, τα οποία έχουν παρανόμως καταληφθεί από τρίτους· τρίτον, για την προστασία του δικαιώματος ιδιοκτησίας, το οποίο έχουν παρανόμως αποστερηθεί.

Αναμένω αποφασιστική δράση από εσάς, κύριε Αβραμόπουλε. Άλλωστε διατελέσατε Υπουργός Εξωτερικών και γνωρίζετε το θέμα αυτό.

Eduard Kukan (PPE). - Mr President, the year 2014 should be seen as an unprecedented year in Georgia's advance towards the European Union. Signature of the Association Agreement has materialised, despite the volatile situation in the region and external pressures from Russia. We should welcome above all, however, the strong consensus among Georgian political parties and in the population of Georgia on pursuing the European path.

Once such strong pro-European conviction has been demonstrated, it is our duty to support the country in its strategic orientation – even more so in the situation where the main external pressure comes from Russia, which continues to occupy the Georgian regions of Abkhazia and South Ossetia.

Georgia's biggest neighbour might be countering the efforts for reforms in the country, and with the recent developments in Abkhazia we need to reassure Georgia, really convincingly, that we stand by it.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

The Association Agreement is the first important step and visa liberalisation should, and I hope will, be the next one. We should make sure that no obstacles stand in Georgia's way. Yes, there is a substantial reform process ahead of Georgia. It will be long, difficult and complicated. But it can definitely be facilitated through its commitment to European engagement, of course with our active support and participation.

Andi Cristea (S&D). - Mr President, tomorrow Parliament will decide on the ratification of the third new-generation Association Agreement after those with Ukraine and the Republic of Moldova – that of Georgia. The ratification not only constitutes a strong recognition of the progress made but also acknowledges Georgia's ambition and commitment to a European path. The signing of the agreements between the European Union and Georgia, the Republic of Moldova and Ukraine all took place in Brussels on the very same day.

Tomorrow's decision on the Association Agreement with Georgia follows the ratification this Parliament voted for earlier this year for Ukraine and Moldova. This vote finalises a process in this House while also opening a new chapter in relation to the desire and determination of these three countries to come closer to the European Union, in line with their citizens' aspirations. I am confident that we will confirm the strong majority we witnessed in the vote of the Committee on Foreign Affairs. I call on Member States to follow and proceed swiftly with their own ratification process.

Mirosław Piotrowski (ECR). - Panie Przewodniczący, Szanowni Państwo! Decyzja organów europejskich i przedłożone sprawozdania Parlamentu Europejskiego wychodzą naprzeciw oczekiwaniom społeczeństwa gruzińskiego. Jak zaznaczamy w rezolucji, w Gruzji panuje powszechna i ponadnarodowa zgoda co do integracji z Zachodem, w tym z UE i NATO. Przypomnieć trzeba, że drogę do tego aktu utorowali w 2008 roku europejscy przywódcy – św. pamięci prezydent Polski Lech Kaczyński i prezydent Francji Nicolas Sarkozy, którzy uratowali gruzińską państwowość. Wyrażając zadowolenie i aprobatę z gruzińskiego partnerstwa, tak jak wcześniej z ukraińskiego, uważam, że w dokumencie swoim nadmiernie ograniczamy Gruzję, jak np. w 45 punkcie rezolucji, wzywając ją do pełnego przestrzegania norm środowiskowych Unii przy budowie infrastruktury energetycznej. Szykując się do ścisłej współpracy z tą młodą demokracją, UE powinna zachować się w stosunku do niej bardziej elastycznie.

Hökmark, Gunnar (PPE). - Mr President, this is, as a lot of speakers before have told us, an historic step. It means that we are extending opportunities and a stable framework to the people in Georgia and we are doing it to a country that is under an ongoing Russian threat, with soldiers occupying parts of Georgia. We will, of course, see renewed pressure after this, and it is important to state and clarify that any aggression towards Georgia from Russia is just as unacceptable as the moves we see from Russia towards Ukraine today.

It is important also to see that this is an opportunity that must be used by Georgia and the Georgian Government. It opens up free trade, investment and cooperation on a number of other levels and dimensions. This means that the Georgian Government must reform and proceed with the reforms in Georgia. It means that the selective justice we see the Georgian Government using against its opposition today is not acceptable.

At the same time as Georgia is now moving closer to Europe the Georgian Government must ensure that its society is moving closer to European democracy. It is about strengthening the citizens of Georgia but also about utilising and benefiting from all the opportunities that this agreement offers. It is historic, but it is a challenge to the Georgian Government to stop selective justice, and it is important to say to Russia: 'stay out of Georgia'.

Tonino Picula (S&D). - Gospodine predsjedniče, čestitke kolegi Maminkisu.

Gruzija upravo danas treba podršku Europske unije, ne samo zbog poticanja daljnjeg unutarnjeg, demokratskog i gospodarskog razvoja nego i zbog poruke da Europska unija podržava teritorijalni integritet Gruzije nasuprot vanjskim pritiscima i separatističkim projektima.

Međutim, partnerstvo Bruxellesa i Tbilisija treba obvezivati obje strane. Dok se Gruzija suočava s ozbiljnom reformom pravosuđa i njegovom neovisnosti od politike, borbom protiv korupcije i višim stupnjem političke tolerancije, Europska unija treba nastaviti s konsolidacijom politike istočnog partnerstva u kritičnom vremenu sučeljavanja s ruskim interesima.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

Sporazum o pridruživanju s Gruzijom nakon potvrđivanja sličnih sporazuma s Ukrajinom i Moldavijom markira prostor suradnje s demokracijama na obalama Crnog mora, koji nažalost sve više postaje prostor konfrontacije, pogotovo nakon aneksije Krima i rastućih dvojbi oko protezanja novih dobavnih pravaca za energente. A ta je suradnja izuzetno važna za ukupni europski projekt, jer crnomorsko, kavkasko područje nije imalo tu sreću da bude ranije uključeno u *mainstream* europskih integracija kao Baltik ili Balkan.

Marcus Pretzell (ECR). - Herr Präsident! Die Einbindung weiterer europäischer Staaten in den EU-Binnenmarkt ist grundsätzlich positiv, insbesondere wenn im Gegenzug Reformen im Partnerland und Bekenntnisse zu Freiheit, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechten etc. erreicht werden oder strategisch interessante Zugänge zu Öl- und Erdgasversorgungsketten am Schwarzen Meer. Doch frage ich: Wieso finden sich in dem ehrgeizigsten Freihandelsabkommen zwischen der Europäischen Union und Georgien Formulierungen wie „die die Integration Georgiens in die NATO betreffen“, die ein an diesem Abkommen unbeteiligtes Land, nämlich Russland, nicht nur erwähnen, sondern über dessen Rolle im Südkaukasus und seine Haltung zum Völkerrecht diskutieren, die in einem Freihandelsabkommen zwischen der Europäischen Union und Georgien ein an diesem Vertrag unbeteiligtes Land auf dessen Rolle gegenüber Georgien ansprechen? Wieso verleiht die Europäische Union in diesem Abkommen ihrer Verwunderung darüber Ausdruck, dass Russland dieses Abkommen als Bedrohung seiner wirtschaftlichen und politischen Interessen auffasst, noch dazu, wo man wenige Punkte zuvor auch die Beteiligung Georgiens an Krisenmanagement-Einsätzen im Rahmen der europäischen Verteidigungspolitik forderte und Georgien zu Übungs- und Schulungsmaßnahmen einladen möchte?

Fulvio Martusciello (PPE). - Signor Presidente, onorevoli colleghi, ho l'impressione, dalla discussione sviluppatasi, che qualcuno pensi che noi sigliamo accordi quasi per far dispetto alla Russia: andiamo a siglare accordi economici con l'Ucraina, con la Georgia. Non è così. L'Unione europea è composta da 28 paesi ma non è un'Unione soltanto dei 28 paesi. È un territorio dove avviene il libero scambio e un territorio che va ampliato, che va sviluppato ed è la ragione per la quale l'Unione europea, oggi, apre la sua capacità di accordo a un paese che, per sua natura, è occidentale e che si è incamminato in maniera intelligente sulla strada della democrazia.

Basti ricordare le elezioni che ci sono state in questo paese nel 2012 e nel 2013, elezioni regolari e «occidentali», che hanno contribuito a rendere il paese affidabile e in grado di mantenere gli accordi che andrà a siglare. È chiaro che il percorso che la Georgia deve fare per rendersi affidabile nei confronti dell'Unione europea è ancora lungo. Ma, direi che abbiamo aperto un grande credito verso questo paese. L'abbiamo fatto perché crediamo nella possibilità di ampliare il mercato e crediamo nella validità degli accordi che andiamo a concludere con questo paese.

Ripeto: non lo facciamo assolutamente perché intendiamo agire per dispetto, come qualcuno ha immaginato potesse avvenire. Proseguiamo quindi su questa strada, andiamo avanti con l'allargamento dell'Unione europea, coinvolgiamo tutti i paesi che sono ad Est, per allargare ulteriormente l'Unione e per rendere ancora di più questa Unione un'unione di popoli.

Clare Moody (S&D). - Mr President, in a letter from the Georgian Prime Minister this week Mr Garibashvili referred to our shared values. These shared values extend so much further than simply trade. I welcome the Association Agreement and the continuing positive relationship between Georgia and the EU, a relationship that aims to improve people's lives in both communities.

Through the wider cooperation framework of the Association Agreement we need to work together with the Georgian Government to develop its social model. The government is already doing great work to engage its citizens and civil society in the democratic process and in delivering social policy, a good example being the recent anti-discrimination law. It is only the Georgian Government that can ultimately deliver a deeper social model, but I look forward to working with them to provide the support needed to deliver on those shared values.

Gabrielius Landsbergis (PPE). - Mr President, tomorrow, with the ratification of the Association Agreement with Georgia, the EU marks the final step towards the commitment it gave more than a year ago at the Vilnius Summit. The European Union promised that the three countries that matched the criteria would be able to come one step closer to the EU: Georgia was one of the first and most active countries from the region to set itself on the European path, and it has paid a steep price for its choice. Despite everything today, we should proudly rejoice that we have reached this important landmark.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

However, there are still some alarming developments. People who laid the foundation for the Georgia-Euro-Atlantic path are being persecuted on political motives, and Georgia is increasingly demonstrating indications of selective justice. The current government should note that this has been taken into account very seriously here in Parliament. Georgia has to stay on the reform track, while not allowing the erosion of democratic achievements which took it a considerable number of years to reach. It should be clear that the political elite of the country has to stay united when it comes to Euro-Atlantic integration, the rule of law and the independence of the judicial system. Only when these conditions are met can the real Georgian Dream come true and not evaporate as an empty promise.

Michał Boni (PPE). - Droga Gruzji w stronę wartości Zachodu i racjonalności modelu gospodarczego Unii nie zaczyna się dzisiaj. Trwa już długo, jest osadzona w historii, była budowana przez poprzednie rządy i jest kontynuowana. Jej częścią są przeprowadzone już reformy. Jej siłą jest przekonanie społeczne o wadze tego wyboru – ku Europie.

Dzień dzisiejszy jest szansą na uruchomienie nowych energii niezbędnych w następnych etapach do członkostwa w Unii. Takich energii, które łączą ludzi i politykę. Proces stowarzyszania to dostosowanie prawa krajowego do norm unijnych, także poprzez zapewnienie sprawiedliwości oraz stabilności zasady prawa jako reguły nadrzędnej. Na tym buduje się przejrzystość państwa. Kluczem do sprawnego państwa jest nie tylko efektywność usług publicznych, ale i siła społeczeństwa obywatelskiego. Wierzę, że w tej dziedzinie oraz w warunkach dla rozwoju gospodarczego, Gruzja zrobi następny skok. W drodze Gruzji ku Zachodowi Unia Europejska nie może być tylko urzędnikiem. Musi być szczodrym doradcą, który po ocenie np. gotowości do liberalizacji wizowej czy jakości ofert użycia europejskich narzędzi sąsiedztwa uruchomi projekty, których korzyści będą szybko odczuwalne przez gruzińskie rodziny.

Ale w drodze Gruzji do Europy potrzebne jest jeszcze coś: jednoznaczność wyboru, widoczna i zrozumiała dla wszystkich partnerów i obserwatorów, także wrogich, jak Rosja. Drodzy przyjaciele z Gruzji, jesteście silni swoją tożsamością i mądrością, bez obaw, damy radę!

(Ενάρξη της διαδικασίας «Catch-the-Eye»)

Zigmantas Balčytis (S&D). - Pirmiausia noriu pasveikinti savo kolegą A. Mamikinsą su labai rimtu dokumentu. Gruzija tapo trečiąja Rytų partnerystės šalimi po Ukrainos ir Moldovos, sudariusi su Europos Sąjunga asociacijos susitarimą. Tai yra labai svarbus žingsnis į priekį plėtojant Europos Sąjungos ir Gruzijos santykius, ir šiuo asociacijos susitarimu įtvirtinamas Gruzijos įsipareigojimas eiti politinės ir ekonominės integracijos keliu. Visi žinome, kad Rytų partnerystės šalis teko ir vis dar tenka patirti daug sunkumų dėl savo apsisprendimo, todėl sveikinu Gruziją, kad ji, nepaisant patiriamų sunkumų ir spaudimo, pasirinko europinės integracijos kelią. Šis susitarimas bus abipusiškai naudingas, o ilgalaikėje perspektyvoje tvirtesni politiniai ir ekonominiai ryšiai leis užtikrinti didesnę Europos stabilumą, saugumą bei gerą Gruzijos žmonių gyvenimą.

Urmaz Paet (ALDE). - Mr President, I strongly support Georgia's path towards the European Union, and the ratification of the Association Agreement is a big step forward. Implementation, of course, will certainly be a big task for Georgia. I hope that at the Riga Summit in 2015 we can talk more clearly about further European perspectives for Georgia and other most advanced Eastern Partnership countries. Successful implementation of the visa liberalisation action plan is also important and hopefully this could be one of the deliverables of the Riga Summit.

It is important to support the territorial integrity and sovereignty of Georgia as well as its full right to make independent decisions regarding foreign and security policy. The so-called treaty on alliance and integration between Russia and the *de facto* authorities of Abkhazia is a cause for great concern. There is a threat that such activities could lead to the annexation by Russia of part of the territory of Georgia.

Ignazio Corrao (EFDD). - Signor Presidente, onorevoli colleghi, dopo aver ascoltato l'intera discussione dei colleghi, volevo fare delle riflessioni su questo accordo di libero scambio e di associazione con la Georgia. Ci capita spesso di parlare di accordi di libero scambio – oggi con la Georgia, prima con la Moldavia e l'Ucraina – e sento tanti colleghi parlare di «passi storici», di «momenti importanti» e, probabilmente lo sono. Anche noi siamo assolutamente favorevoli al fatto che si rispettino i principi dell'Unione europea e che questi vengano fatti propri da altri paesi.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

Tuttavia, resta il fatto che sento sempre un po' di acredine e di astio nei confronti della Russia, come se si volesse farle un dispetto e non me ne voglia l'on. Martusciello ma la sensazione è quella. Secondo me, invece, dovremmo esercitare quella grande forza pacificatrice che ha unito nazioni che si sono fatte la guerra per centinaia di anni anche nei confronti della Russia. Sarebbe la cosa più importante da fare.

József Nagy (PPE). - Tisztelt hölgyeim és uraim! Grúzia közeledése az Európai Unió felé stratégiaiilag is fontos a térség stabilitása érdekében, valamint kívánatos partnerségi viszony számunkra is, ezért ezt a társulási szerződést támogatom. Egy fontos kérdésre viszont szeretném felhívni a figyelmet, amely úgy gondolom kevés törődést kapott az egyeztetések folyamán. A Grúziában élő kisebbségek helyzete kulcskérdés lehet az ország jövője szempontjából. Bár Grúzia függetlenné válása óta történtek pozitívumok a kisebbségeket érintő törvényeket illetően, még ma is a többség-kisebbség viszonyát inkább a bizalmatlanság és a következtelen kisebbségpolitika jellemzi. Ez meghatározó lehet Grúzia területi egységére is, ugyanakkor a megbékélés iránti igény is időről időre megmutatkozik. Nem kell sem időben, sem térben messzire tekintenünk, hogy milyen veszélyek rejlenek a kisebbségi kérdések alábecsülésében. Ukrajna esete világosan megmutatja, hogy mindkét fél érdeke az együttélés viszonyait a többség és kisebbség számára egyaránt elfogadhatóan rendezni.

Brando Benifei (S&D). - Signor Presidente, onorevoli colleghi, anch'io come l'on. Corrao volevo fare alcune brevi riflessioni, avendo ascoltato la discussione, che è stata molto interessante. Mi ha colpito che un collega italiano del PPE, l'on. Martusciello, abbia fatto riferimento al fatto che questa scelta dell'accordo di associazione non deve essere vista come un dispetto nei confronti della Russia. Mi sembra un discorso che ho sentito riecheggiare anche in altri interventi ma io credo che si tratti di una questione proprio mal posta.

Non dobbiamo porre il tema dell'accordo di associazione con la Georgia in quest'ottica ma nell'ottica della costruzione di una nostra di maggiore forza e presenza nell'area come Unione europea. Non possiamo pensare che soltanto gli Stati Uniti e la Russia esercitino un'influenza nell'area del Mar Nero, del Caucaso e della Georgia. È importante che l'Unione europea possa svolgere un ruolo e l'accordo di associazione permette, anche attraverso l'economia, di esercitare un ruolo politico.

(Λήξη της διαδικασίας «Catch-the-Eye»)

Dimitris Avramopoulos, Member of the Commission. - Mr President, let me start by expressing my thanks to the Members of this Parliament for their interest and pointed comments. Our discussion has confirmed that we agree on the need to continue to strongly support Georgia moving closer to the European Union. We also all welcome Georgia's political commitment to continue with the necessary reforms, in particular regarding the acceleration of reforms in the field of justice, the rule of law and respect for the fundamental rights of all citizens without discrimination.

Prosecutions should be transparent, proportionate, free of political motivation and expediency, and should adhere strictly to due process. A positive track record of implementing the Association Agreement, which is only a first step, and our support, will be the best way for Georgia to reach our common objective: to build a democratic, stable and prosperous country.

Let me now turn to Greek in order to honour our President.

Κλείνοντας, θα ήθελα να υπογραμμίσω ότι η έγκριση, αύριο, της συμφωνίας σύνδεσης Ευρωπαϊκής Ένωσης-Γεωργίας ανοίγει την ευρωπαϊκή προοπτική μιας χώρας που, με βάση την ιστορία και τον γεωστρατηγικό ρόλο της, είναι βέβαιο ότι θα διαδραματίσει επίσης ένα σημαντικό ρόλο στη διαμόρφωση ενός περιβάλλοντος ειρήνης, συνεργασίας και προόδου για τη Γεωργία αλλά και για την ευρύτερη περιοχή.

Ανοίγει τον δρόμο για μια σύγχρονη, ευρωπαϊκή Δημοκρατία της Γεωργίας που θα στηρίζεται στην αρχή του κράτους δικαίου, του σεβασμού των θεμελιωδών δικαιωμάτων και των δημοκρατικών αξιών, που θα ανταποκρίνεται στις προσδοκίες ενός λαού που αφήνει πίσω του τις δύσκολες εποχές και βαδίζει προς ένα πιο αισιόδοξο ευρωπαϊκό μέλλον.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

Andrejs Mamikins, Referents. - Priekšsēdētāja kungs, cienījamie kolēģi, augsti godātais Avramopoulos kungs! Šodienas debates man personīgi ir apstiprinājums tam, ka Eiropas Parlaments atbalsta turpmākas politiskas un ekonomiskas reformas Gruzijā. Asociācijas līgums atver arī jaunas iespējas gan Gruzijai, gan Eiropas Savienībai. Tā arī ir solidaritātes zīme ar Gruzijas tautu, jo Eiropas Savienības pamatu pamatos ir tieši solidaritātes ideja, kas ir ļoti tuva mums, sociāldemokrātiem.

Es gribētu pasvītrot, ka šīs partnerības attiecības starp Gruziju un Eiropas Savienību nav vērstas pret trešajām valstīm — mērķis ir pozitīvas sadarbības paplašināšana. Tas ir ļoti svarīgi, un šī sadarbība dos labumu ne tikai Eiropas Savienībai un Gruzijai, bet arī visam reģionam un visiem Gruzijas kaimiņiem.

Es gribētu vēlreiz pateikt paldies kolēģiem, kas piedalījās šī ziņojuma sagatavošanā, un tiem, kas tagad piedalījās debatēs. Es ceru uz ļoti pozitīvu balsojumu rītdienas sēdē un Jūsu atbalstu Gruzijai un Gruzijas tautai un jāsaka, ka rītdien šajā zālē ieradīsies arī Gruzijas valsts prezidents, tāpat mēs, kolēģi, redzēsim, cik šī līguma ratifikācija ir svarīga Gruzijas tautai. Vēlreiz paldies par debatēm.

PRZEWODNICZY: RYSZARD CZARNECKI

Wiceprzewodniczący

Przewodniczący. - Zamykam debatę.

Głosowanie odbędzie się w czwartek 18 grudnia 2014 r.

Oświadczenia pisemne (art. 162)

Agnieszka Kozłowska-Rajewicz (PPE), na piśmie. – Układ o stowarzyszeniu między UE a Gruzją jest trzecią z kolei umową, po ratyfikacji układów z Ukrainą i z Republiką Mołdawii, zawieraną z krajami Partnerstwa Wschodniego. Wynikająca z jego zapisów pogłębiona i kompleksowa strefa wolnego handlu daje szansę na modernizację gospodarek stowarzyszonych i napływ inwestycji z UE.

Celem Układu o stowarzyszeniu z Gruzją nie jest jednak tylko włączenie Gruzji do jednolitego rynku, ale również współpraca w ramach polityki zagranicznej i bezpieczeństwa oraz wymiaru sprawiedliwości. Podejmowane w ostatnich latach wysiłki Gruzji na rzecz zbliżenia z UE w postaci dostosowania przepisów i ratyfikacji umowy stowarzyszeniowej w czerwcu 2014 r. mają ogromne znaczenie dla przyszłości tego kraju, gdyż pogłębiają proces włączenia go w nurt europejski pod względem prawnym, gospodarczym, społecznym i politycznym. Jednym z efektów umowy jest przystąpienie Gruzji do realizacji kolejnego etapu liberalizacji systemu wizowego, którego celem jest wprowadzenie ruchu bezwizowego. Granice UE powinny być otwarte dla obywateli naszych wschodnich sąsiadów z Partnerstwa Wschodniego, aby wymiana handlowa, naukowa i społeczna mogła następować bez zbędnych przeszkód i działań z korzyścią dla obu stron.

18. Khartum-Prozess und anstehende Migrationsrouten-Initiative EU - Horn von Afrika (Aussprache)

Przewodniczący. - Kolejnym punktem porządku dnia są oświadczenia Rady i Komisji w sprawie procesu z Chartumu oraz nadchodzącej „Inicjatywy w sprawie szlaku migracyjnego Róg Afryki – UE” (2014/3001(RSP)).

Benedetto Della Vedova, Presidente in carica del Consiglio. - Signor Presidente, onorevoli deputati, mi fa particolarmente piacere rispondere alla richiesta di una dichiarazione del Consiglio sull'iniziativa «Unione europea e Corno d'Africa» in materia di rotte migratorie, il cosiddetto Processo di Khartoum e in particolare in merito ai risultati della Conferenza ministeriale che si è tenuta a Roma, il 28 novembre 2014. Vorrei esprimere la mia personale soddisfazione e quella della Presidenza per l'attiva partecipazione dell'Unione europea e dei suoi Stati membri che è stata fondamentale per garantire il successo.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

Concordiamo tutti sul fatto che la cooperazione con i paesi di origine e di transito dei migranti, in uno spirito di dialogo, partenariato e responsabilità condivisa, è essenziale per l'efficace gestione dei flussi migratori. Il processo di Khartoum, istituito dalla Conferenza ministeriale di Roma, costituisce un quadro particolarmente prezioso entro il quale possiamo discutere di immigrazione e questioni correlate con vari importanti partner nell'Africa orientale. Dopo una serie di tentativi infruttuosi, è la prima volta che l'Unione europea e i suoi Stati membri riescono a dare inizio in questo modo a una cooperazione in materia di immigrazione. Ciò significa anche che saremmo in grado di intrattenere un dialogo regolare con i paesi del Corno d'Africa e dell'Africa orientale, regioni di origine e di transito di significativi flussi migratori verso l'Unione europea.

Il notevole aumento degli arrivi di migranti provenienti dall'area del Mediterraneo centrale è correlato, in larga misura, alla pressione che ha origine in tali regioni o deriva dalle rotte esistenti nella regione utilizzate a fini di transito. In questa fase iniziale la cooperazione sarà incentrata sulla lotta contro la tratta di essere umani e il traffico di migranti. La dichiarazione adottata dalla Conferenza ministeriale individua una serie di misure concrete operative da attuare e siamo tutti consapevoli della necessità di adottare misure urgenti per perseguire i passatori e i trafficanti e smantellare le loro reti criminali. Essi costituiscono una grave minaccia per la vita dei migranti stessi.

A medio termine, come sottolineato con chiarezza nella dichiarazione, l'obiettivo è di ampliare il quadro e giungere ad un dialogo che comprenda tutte e quattro le aree coperte dall'approccio globale in materia di migrazione e mobilità: migrazione legale e mobilità, migrazione irregolare, migrazione sviluppo e protezione internazionale. Vorrei cogliere questa opportunità per sottolineare che la Dichiarazione riconosce la promozione e il rispetto dei diritti umani come questione trasversale nella nostra cooperazione. Inoltre, riconosce espressamente la necessità di rispettare e attuare pienamente i principi della protezione internazionale con un chiaro riferimento alla Convenzione di Ginevra del 1951.

Signor Presidente, onorevoli deputati, abbiamo definito un nuovo quadro di cooperazione per il processo di Khartoum e credo si tratti di un buon inizio. Ora, partendo da questa base, è il momento di passare a una fase più attiva. Il mio invito all'Unione europea e ai suoi Stati membri è di contribuire attivamente allo sviluppo e all'attuazione di questo nuovo processo. Il sostegno di questo Parlamento al processo di Khartoum sarà fondamentale per la riuscita della sua attuazione.

Dimitris Avramopoulos, Member of the Commission. - Mr President, honourable Members, today you have taken me on a journey from the United States to Georgia and from Georgia to the Horn of Africa. I hope that the travelling will end early tonight, Mr President, as we are all exhausted, but this issue is of great importance, it is true.

This House has witnessed many debates on the need to save lives along the perilous migration route to Europe. It is also in this House that I have heard repeated calls to the Commission and the Member States to make practical responses to the critical reality of migrant smuggling and human trafficking from the Horn of Africa. To achieve these objectives we needed a framework for dialogue and for implementing concrete action together with the countries in that region.

This is what the Horn of Africa Migration Initiative is – a political process on migration with the countries of the Horn of Africa, along with the main Mediterranean transit countries, covering countries of origin, transit and destination along the migratory route from the Horn of Africa to Europe. More specifically, it should bring together Djibouti, Egypt, Eritrea, Ethiopia, Kenya, Somalia, South Sudan and Sudan as well as Libya and Tunisia. Beyond political declarations, we will assist partner countries in providing better responses to migrants in vulnerable situations, enhancing the ability of the law enforcement and judicial authorities in the European Union and African partner countries to fight traffickers and smugglers in a more effective way.

We must not forget that migration flows do not only bring challenges, but also bring opportunities both for countries of origin and for countries of destination. This is why I strongly believe that our cooperation with the partner countries in this process should not stop at fighting irregular migration. We must set out high ambitions and look together at the root causes of the migratory phenomenon.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

You, the honourable Members of this Parliament, have called several times for effective cooperation with third countries, both of origin and transit, for this very purpose. The Horn of Africa Migration Initiative is one of the responses to these calls. In line with the declaration on migration mobility adopted by the Heads of State and Governments at their fourth EU-Africa Summit, we must look at expanding our dialogue to include development and legal migration opportunities, as well as catering for effective international protection of those in need.

The Horn of Africa Migration Initiative can also help us to better understand each other and to identify the common challenges we face across our continents and look for solutions in a spirit of shared responsibility. I know that many in this House will have questions about how the human rights they mention are integrated in this process, especially with countries where democratic values are not respected. I can reassure you that promotion of human rights remains an absolute priority for our migration policy and its external dimension, and this is fully reflected in this framework of dialogue.

On that basis, we can continue developing this process and ensure that it stays continuously adapted to our political objectives – objectives that are shared, fully accepted and voluntary. I look forward to the swift launch of practical action and projects to put this dialogue into practice and to achieving tangible results soon.

Concerning the two main themes, we would firstly, on the issue of stranded migrants, mainly aim at developing regional frameworks and national strategies for voluntary returns and the reintegration of migrants. I am glad to announce that for this purpose initial funding of EUR 5 million has already been identified from the European Union development cooperation instrument.

Secondly, on the issue of the development of national and regional strategies to fight organised crime, in particular smuggling and trafficking in human beings, we have set aside EUR 750 000 from the International Security Fund to finance this action. The individual projects are currently being developed by the Commission, and their implementation will start next year. We will encourage our African partners to consider these proposals and to engage in putting them into practice. Member States have expressed their interest in taking the lead in implementing initiatives in relation to these two areas. The peer-to-peer exchanges that these activities will foster are essential for strengthening ties and identifying durable solutions.

To conclude, improving the current dramatic situation lies in our hands. I strongly believe that establishing a sustainable dialogue and implementing it through concrete cooperation on the ground is part of the solution. We must act now and we must act together. Only by joining forces as a European Union can we, the Commission, the European External Action Service and the EU Member States, seize this unique opportunity. The Commission is counting on Parliament's political support for this process.

Roberta Metsola, *fisem il-grupp PPE*. – Sur President, Sur Kummissarju, irrid nibda dan id-diskors billi nilqa' l-Proċess ta' Khartoum li tnieda f'tit tal-gimghat ilu. Dan il-proċess hu mmirat biex nindirizzaw it-traffikar tal-immigranti bejn il-Qarn tal-Afrika u l-Ewropa. Dan il-Proċess wassal biex pajjiżi finalment jersqu u jpoġġu fuq il-mejda tad-diskussjoni u għal-hekk, bir-raġun, li għandna nkunu ottimisti.

Kif sostnejn diversi drabi u ntenu l-lum, l-unika triq 'il quddiem biex il-politika Ewropea dwar l-immigrazzjoni tkun ta' suċċess hi li jkollna soluzzjonijiet olistiċi. Li jieħdu inkunsiderazzjoni kull aspekk.

Wiehed minn dawn l-aspetti l-aktar kruċjali huwa li nassiguraw li jkun hemm kooperazzjoni shiha ma' pajjiżi terzi fl-Afrika, b'mod partikolari minn pajjiżi fejn jitolqu l-immigranti u pajjiżi ta' tranzitu. Dawn iridu jiġu meġġuna fl-isforzi kollha kontra kull attività illegali li ssir minn fuq daww li huma l-aktar vulnerabbli. Irridu ngħinu wkoll biex jiġu indirizzati r-raġunijiet – l-għeruw ta' dak li jwassal għal persuni biex jitolqu minn pajjiżhom.

Il-proċess huwa estensiv, imma hu importanti li se jservi wkoll biex jingħata appoġġ lill-vittmi ta' din l-attività illegali – it-traffikar tan-nies – filwaqt li l-proċess irid jipproteġi d-drittijiet tal-bniedem, tal-immigranti, ta' daww li jkunu nqabdu fil-morsa tat-traffikar.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

Issa huwa importanti li jkun hemm fondi biżżejjed biex dan il-Proċess iħalli l-frott. Ma jistax ikun li dan il-Proċess jithalla fuq l-ixkaffa. Għandna nsibu soluzzjonijiet biex dan il-proċess jagħtina riżultati.

(Il-kelġiem qabel li jwieġeb għal mistoqsija “karta blu” skont l-Artikolu 162(8) tar-Regoli ta’ Proċedura).

Marie-Christine Vergiat (GUE/NGL), *question «carton bleu»*. – Monsieur le Président, Madame Metsola, je voudrais savoir si vous connaissez la situation des pays de la Corne de l’Afrique, et si vous savez quel est le rôle que jouent ces pays dans la traite des êtres humains dans cette région du monde?

Roberta Metsola (PPE), *twegħiba karta blu*. – Iva Madame Vergiat, mhux talli naf is-sitwazzjoni f’dawk il-pajjiżi, imma jiena ngħix f’pajjiż fejn il-persuni li jiġu għall-ghajnuna u jitolbu l-protezzjoni fil-pajjiż tiegħi huma proprju minn dawk il-pajjiżi. U hu għalhekk li aħna għidna, kif għidna wkoll fir-riżoluzzjoni li aħna vvotajna dwarha dalghodu, li għandna jkollna kull sforz kontra kull proċess ta’ traffikar tal-bnedmin biex inkunu nistghu nipproteġu lil dawk vulnerabbli.

Birgit Sippel, *im Namen der S&D-Fraktion*. – Herr Präsident! Fluchtursachen zu bekämpfen ist unbestritten wichtig. Und dennoch bietet der Khartum-Prozess derzeit vor allem viele offene Fragen. Der Kampf gegen kriminelle Schleuser und Menschenhändler scheint weiter höhere Priorität zu besitzen als der unmittelbare Schutz von Menschen auf der Flucht vor Krieg und politischer Verfolgung. Die letzte Priorität der Schlussfolgerung erwähnt die Unterstützung bei der Schaffung von Aufnahmezentren. Manche nennen sie Haftzentren, der deutsche Innenminister spricht gar von Willkommenszentren. Doch wer soll sich wo genau wie lange willkommen fühlen? Und was soll dort geschehen? Dort soll auch Zugang zu Asylverfahren gewährt werden. Aber was bedeutet dann hier „Zugang“? Und wer soll einen Anspruch auf Asyl nach welchen Kriterien feststellen? Der UNHCR, die Mitgliedstaaten, die betroffenen Transitländer gar selber? Oder sollen sogar komplette Asylverfahren dort durchgeführt werden? Nach welchen Standards? Und bedeutet dies im Ergebnis dann nicht doch ein Abschotten Europas?

Ja! Wir brauchen sichere und legale Wege nach Europa. Der individuelle Anspruch auf Asyl darf aber nicht eingeschränkt werden, und wir dürfen uns als Europäer auch nicht einfach freikaufen. Die Projekte dieses Prozesses müssen daher von uns sehr kritisch hinterfragt werden. Und selbst wenn es Ansätze gibt, die wir alle begrüßen, würden sich dann tatsächlich alle Staaten beteiligen?

Abschließend: Welche Rolle genau spielt die Kommission im Khartum-Prozess? Wollen die Staaten Ideen entwickeln, die dann aber bitte aus dem EU-Haushalt finanziert werden sollen? Und wie soll das Europäische Parlament informiert und beteiligt werden? Viele offene Fragen – ich hoffe, Kommission und Rat können heute wenigstens ein paar Antworten liefern.

Cecilia Wikström, *för ALDE-gruppen*. – Herr talman! Fler migranter än någonsin tar sig nu till Europa för att få chansen att skapa sig ett liv, helt enkelt. Många flyr undan krig och förföljelse och eftersom det inte finns lagliga och säkra sätt att komma till Europa för att söka asyl här så har de flesta inget annat val än att bli beroende av fullständigt hänsynslösa människosmugglare för att sätta sig i en båt och göra en livsfarlig resa till något av våra länder.

Bara i år har 3419 personers liv gått förlorade i Medelhavet enligt en rapport från UNHCR förra veckan. Medelhavet håller på att bli ett dödens hav, en jättelik gravplats för människor utan namn som bara förenades av detta enda: att rädda sina egna och sina barns liv och att söka ett liv i fred och frihet.

Nu har ordförandeskapet initierat Khartoumprocessen – ett samarbete mellan EU och ett antal regimer på Afrikas horn, med syfte att hindra asylsökande att ta sig till länder som Libyen för att därifrån göra de här farliga resorna hit. Politiska initiativ behövs, och jag välkomnar självklart detta, men inget land kan klara det här på egen hand, och jag tror att man aldrig ska inbilla sig att regimer på Afrikas horn som förtrycker och skadar sitt folk så illa att de måste fly, kommer att samarbeta med EU om detta.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

Jag nämner Sudan, Somalia och den absolut stenhårda diktaturen Eritrea där EU:s enda samvetsfånge, Dawit Isaak, sitter fången idag efter mer än 4000 dagar i fängelse utan rättegång. Är det dessa länder vi ska samarbeta med? Jag ifrågasätter det, och jag gör det kraftfullt. Jag tycker att vi ska granska detta, och kommissionen måste bättre definiera sin egen roll i detta. Utmaningarna är stora, men vi får aldrig lita på att diktaturerna ska hitta lösningar på våra migrationsfrågor.

(Talaren samtyckte till att besvara en fråga (blått kort) i enlighet med artikel 162.8 i arbetsordningen).

James Carver (EFDD), blue-card question. – I heard your comments with regard to dictatorships. Do you share my disgust and dismay that one of the root causes, one of the terrible dictatorships, was in Ethiopia – the Derg – and yet former President Mengistu, at the age of 77, lives in political luxury, having claimed asylum in Zimbabwe. Would you join me in condemnation of President Mugabe and join my call to have Mengistu extradited back to Ethiopia where, of course, he has been convicted of crimes of genocide?

Cecilia Wikström (ALDE), blue-card answer. – Your question is extremely important. What we need to do at this point is say that we will never accept dictators setting the rules for us as European free democracies, as the European Union. We must keep in mind that it is, for example, one of our citizens, Dawit Isaak, who has been kept in prison for more than 4 000 days in Eritrea, which is one of the harshest dictatorships in the world. Are these the people that we are going to collaborate with? Should we trust them to save human beings' lives? Let me tell you that frankly I doubt it.

It is our responsibility, and we can never shrug it off on to those regimes in the countries in the Khartoum process. I welcome the initiative, but I deem it to be a failure from the beginning, because we cannot speak with double tongues; we need to speak with one clear voice on freedom of speech, human rights, democracy and the rule of law.

Marie-Christine Vergiat, au nom du groupe GUE/NGL. – Monsieur le Président, le processus de Khartoum n'a pour autre objectif que de normaliser les relations des États membres de l'Union européenne avec les pays de la Corne de l'Afrique. C'est banal, normal.

Nous entretenons là un dialogue avec des dictatures qui bafouent allègrement les droits de l'homme et dont les ressortissants migrent pour échapper à la répression. La présidence italienne veut, entre autres, favoriser la pleine intégration de l'Érythrée comme acteur responsable et membre à part entière de la communauté internationale.

Vous voulez, Monsieur le Commissaire, jeter les bases d'une coopération politique substantielle avec ces pays d'origine et le Conseil vient de nous redire la même chose. Vous m'avez même dit en commission que, si le problème tenait au nom du processus, nous pouvions en changer. Il s'agirait juste d'un problème de pays d'origine, de pays de transit. Il s'agirait d'empêcher les migrants de fuir leur pays, en laissant leur gouvernement les réprimer en toute impunité.

Quel dialogue peut-on entretenir avec ces gouvernements, qui sont juste en recherche de légitimité internationale – légitimité que vous êtes en train de leur donner – et qui sont partie prenante – je le dis et le répète – de tous les trafics dans la région?

Comment pouvez-vous nous dire que les droits de l'homme sont au cœur de ce processus et qu'ils demeurent une priorité? Comment pouvez-vous nous dire que l'on sauvera ainsi des vies humaines?

Judith Sargentini, namens de Verts/ALE-Fractie. – Voorzitter, dat moet een aparte vergadering geweest zijn, daar in Rome met vertegenwoordigers van Sudan en Zuid-Sudan, Egypte, Ethiopië, Eritrea. Ik zie Libië niet op het lijstje staan en ik denk dat dat komt omdat we bij God niet meer weten wie we in Libië zouden moeten vragen om een regering te vertegenwoordigen.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

Ik herinner mij een paar jaar geleden debatten in dit Huis over de deal die de regering van Italië had gesloten met Libië opdat Libië de migranten zou thuishouden. En ik herinner me het moment dat mevrouw Malmström, de voorganger van meneer Avramopoulos, naar Libië moest om ervoor te zorgen dat 250 Eritreeërs, die vanuit Europa (Italië) naar Libië waren teruggestuurd, niet teruggestuurd zouden worden naar Eritrea, want dat zou hun dood worden. Wij hebben hier aan tafel gezeten om te praten over “hoe houdt u uw migranten thuis?” met regimes die mensen afmaken! Want dat is waar het op neerkomt. En we willen die regimes die mensen afmaken door middel van officieel geld voor ontwikkelingssamenwerking “een handje helpen”.

Het gaat niet alleen maar om de naam van het Khartoumproces, alhoewel ik me wel afvraag hoe je dat proces bent kunnen beginnen in de hoofdstad van Sudan. Het gaat me om de verwerpelijkheid van dit voorstel en de manier waarop Europa het terugsturen van migranten verpakt als ontwikkelingshulp met dictatoriale regimes.

James Carver, on behalf of the EFDD Group. – Mr President, we all want to help desperate and brave people escape the terror of war, conflict and extreme poverty, but any such help must be workable, practical and in everyone's best interests, and must not encourage a bad situation to get worse.

We must address the causes of migration if we are to dissuade people from trying to cross the Mediterranean in small boats, and this is what both the international community and nation states are failing to do. Not content with the free movement of half a billion people, the European Union now wishes to take control of refugee policy. There is a desperate issue of 4.3 million internally-displaced people in Sudan, South Sudan, Somalia, Eritrea, Ethiopia, Kenya and Uganda. Instead of extending EU powers into refugee policy, we should consider the impact of other EU policies on Africa.

How about the Common Agricultural Policy? This is not only a waste for British tax payers, but also dumps over-subsidised food into African economies, increasing unemployment and poverty. Or fishing? EU policy has destroyed fish stocks off the coast of Somalia, ruining people's livelihoods and driving them into poverty or piracy. Then there is the issue of trade. Why do we not stop imposing grossly high trade barriers, thus allowing all to benefit from the increased economic activity and cheaper food prices?

The EU has inflicted untold damage on the Horn of Africa, which only asked to be treated with dignity and respect. We must lift the barriers imposed by the EU and address the root causes of migration.

Then there is the question of why the international community continues to oppose the recognition of Somaliland. Surely, now, what the Horn of Africa needs is a strong, stable and friendly state, capable of providing for its own citizens and of trading its way in the wider world.

Only by highlighting and encouraging the success story of Somaliland can we set an example of hope for this troubled region. In this season of goodwill, why not give out presents? Give the Horn of Africa hope and it can begin to help itself.

Ελευθέριος Συναδινός (NI). - Κύριε Πρόεδρε, 200.000 άνθρωποι, οι περισσότεροι νέοι, μετανάστευσαν τα τελευταία χρόνια διωκόμενοι από το καθεστώς της χώρας τους. Οικονομικοί μετανάστες στα όρια της φτώχειας, άνεργοι, χωρίς αξιοπρεπή ιατροφαρμακευτική περίθαλψη, αφήνουν πίσω τους κατοικίες υπό τον κίνδυνο κατάσχεσης από τις τράπεζες.

Αυτή η χώρα δεν είναι το Σουδάν ούτε ανήκει στην Υποσαχάρια Αφρική. Είναι η Ελλάδα, κράτος μέλος της Ευρωπαϊκής Ένωσης. Όμως δυστυχώς έχει πολλά κοινά με τη χώρα που σκέφτεστε να βοηθήσετε σήμερα. Αυτοί οι 200.000 Έλληνες, που μετανάστευσαν λόγω της κρίσης, είναι νέοι επιστήμονες έως 40 ετών. Φωτεινά μυαλά με όρεξη για εργασία χωρίς όμως μέλλον στην πατρίδα μου την Ελλάδα.

Σίγουρα, η μετανάστευση από την Αφρική στις χώρες της Ευρώπης αποτελεί μείζον πρόβλημα. Εμείς το ξέρουμε καλύτερα, διότι το αντιμετωπίζουμε μόνοι μας, έχοντας απέναντί μας την Ευρωπαϊκή Ένωση, η οποία μάς επιβάλλει να δεχόμαστε στη χώρα μας παράνομους μετανάστες, όπως ορίζει η συνθήκη Δουβλίνου II.

Είναι όμως ανοησία να χρηματοδοτεί η Ευρωπαϊκή Ένωση προγράμματα περιορισμού των μεταναστών από την Αφρική, όταν δεν ενδιαφέρεται να περιορίσει την εσωτερική μετανάστευση, που προκλήθηκε λόγω των κακών πολιτικών της.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

Η εσωτερική μεταναστευτική ροή αποδεικνύει ότι οι χώρες του εύρωστου Βορρά, καταδικάζοντας τις χώρες του Νότου σε οικονομικό μαρασμό και εξαθλίωση, προσελκύουν το πιο αξιόλογο ανθρώπινο δυναμικό.

Jeroen Lenaers (PPE). - Voorzitter, de noodzaak om de migratieproblematiek structureel aan te pakken, die zou ons inmiddels wel duidelijk moeten zijn. Een onderdeel van een holistische aanpak van migratie, zoals we dat ook vanochtend gestemd hebben in onze resolutie, betekent ook meer integratie van het binnenlandse beleid en het buitenlandse beleid van de Europese Unie. Het is goed dat de commissaris ook over de grenzen van Europa heen kijkt om samenwerking te zoeken met derde landen.

Maar als je naar de landkaart van Afrika kijkt en de landen die deelnemen aan het Khartoum-proces, dan is er een witte vlek tussen Tunesië en Egypte en dat is Libië. Libië doet ook al niet mee aan de Rome-verklaring in het kader van het Rabat-proces. Maar Libië is het grootste oorsprongsland voor mensen die de Middellandse Zee willen oversteken en ik vraag mij af hoe wij een Europees beleid op dit gebied kunnen maken zonder daarin op enige manier rekening te houden met wat er in Libië gebeurt. Hoe gaat u dat oplossen, ook in het kader van het Khartoum-proces?

Doru-Claudian Frunzulică (S&D). - Mr President, every year armed conflicts, persecution, a lack of economic prospects, human rights violations and natural disasters force millions of people to leave their homes in the Horn of Africa to embark on dangerous journeys through multiple countries and to cross the Mediterranean Sea in their efforts to reach Europe. During their journey, their hopes for personal safety and for a better future are often destroyed by organised criminal gangs of smugglers and traffickers, by lack of food and water and by unsafe transportation while travelling. Once here in Europe they are often welcomed with racism, exploitation and exclusion.

However, if we step up efforts, our policies will change the lives of millions of people. Our decisions will improve the well-being and the living conditions of immigrants. To do this we must first make sure that our development policies address the root causes of immigration. If we support governments, civil organisations and individual citizens in developing countries to implement good governance and to create a more prosperous society that gives a chance to its citizens, then migration finally becomes a free personal choice.

Secondly, we must remember the benefits that well-protected and integrated migrants have for development, in fuelling growth, innovation and entrepreneurship both in the countries that the people come from and in those they move to. Well-managed migration can reduce poverty in the countries of origin by remittance transfers. Job opportunities can motivate young people to acquire appropriate skills. There will be a rise in the exchange of goods, capital and knowledge. We are all aware of the fact that migration will only rise in the future, but if we can make it clear in our own minds and to the general public that there is an undeniable positive interconnection between migration and development, then migration will cease to be another world problem and will start being part of the solution.

Luckily, the interconnection was made clear in the Council conclusions adopted last Friday on migration in EU development cooperation. This is a necessary first step, and I look forward to hearing how the European Commission will implement these conclusions.

(The speaker agreed to take a blue-card question under Rule 162(8))

Barbara Spinelli (GUE/NGL), Domanda «cartellino blu». – Onorevole collega, sono d'accordo che bisogna andare alla radice dei problemi ma le vorrei chiedere, quando dice che bisogna aiutare e sostenere i governi da cui vengono i migranti – e questa è la radice del problema – e gli Stati da cui vengono i migranti, le voglio chiedere se lei ha presente i paesi da cui questi migranti fuggono? Fuggono da guerre, fame e dittature atroci. Perché non è che vengono così, perché lì non c'è abbastanza sviluppo. Vengono perché altrimenti finiscono in galera.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D), blue-card answer. – Yes, I know very well which country I am talking about. As you know, there are programmes of the European Union for some of those countries as well, and under all these programmes those countries' governments should be subject to some requirements from us to implement more laws and rules to protect human rights and democracy and to implement, if possible, a market economy, etc.

We have to help those countries to give their citizens a reason to live in their country.

(The speaker agreed to take a blue-card question under Rule 162(8))

Mittwoch, 17. Dezember 2014

James Carver (EFDD), *blue-card question*. – Does my colleague share my passion for an independent Somaliland to be recognised across the United Nations and by the international community, and does he agree with me that South Sudan, which is of course the newest country recognised by the United Nations, was probably a less likely and less viable option for recognition? Does he share my support for recognition of Somaliland in the international community?

Doru-Claudian Frunzulică (S&D), *blue-card answer*. – This is not the subject of today's debate. You know, all the countries at present are supporting the country of Somalia. It was recognised internationally but, once again, your question is not part of today's debate.

Marielle de Sarnez (ALDE). - Monsieur le Président, nous avons vraiment besoin, je pense, d'avancer sur ces questions en Europe et nous avons besoin d'une vraie politique commune d'immigration, ce qui n'est pas le cas aujourd'hui, en Europe, où l'immigration relève des compétences nationales, avec les dérives que l'on constate.

Une vraie politique d'immigration ne peut pas se faire sans un vrai partenariat avec l'Afrique. Je ne nie pas du tout – j'entends tout à fait ce qui se dit sur tous ces bancs – les contacts que l'on peut avoir avec certains gouvernants et je pense que, dans ces cas, il vaut mieux avoir des contacts avec l'opposition, les ONG ou la société civile.

Il convient, dans tous les cas, d'entretenir un partenariat de fond avec l'Afrique. Les objectifs, nous les connaissons: œuvrer, évidemment, pour les droits de l'homme – cela a été dit, je ne veux pas revenir sur ce point, qui est vital, capital, essentiel – et agir pour le développement économique et le faire de façon structurée. Il faut, pour cela, arrêter d'envoyer des produits subventionnés par l'Union européenne, qui concurrencent les agriculteurs, et œuvrer en faveur de l'autosuffisance d'un certain nombre de pays. Il est ici question de réformes de fond.

Il faut aussi qu'en Europe, nous puissions coopérer, avec l'Afrique, dans la lutte contre tous les trafics d'êtres humains et il faut aussi réformer et harmoniser notre droit d'asile. Il n'est pas normal qu'une personne qui subit des pressions politiques dans son pays soit obligée de venir chez nous pour demander un statut de réfugié politique et ne soit peut-être pas à même de le faire auprès d'une ambassade de l'Union européenne dans son pays d'origine.

Nous devons donc réformer et harmoniser le droit d'asile, ouvrir une voie légale à l'immigration, avec des quotas par pays, et, enfin, mieux surveiller et contrôler nos frontières.

Barbara Spinelli (GUE/NGL). - Signor Presidente, onorevoli colleghi, parlerò a nome di tante associazioni che denunciano il processo di Khartoum e l'esternalizzazione dei controlli di frontiera in vista di respingimenti contrari alle leggi europee. Temono soprattutto accordi con la dittatura eritrea, da cui oggi fugge il 30% dei 150 000 profughi arrivati in Italia.

Abbiamo già visto come l'esportazione della democrazia sia un disastro, un imbroglio. Anche l'esportazione di migranti in campi concentrazionari in Eritrea o Sudan produrrà disastri e imposture. Il processo di Khartoum è descritto dalla Presidenza italiana come un salto di qualità storico. Il salto è in direzione di nuovi accordi con i paesi di transito per bloccare le partenze, con il pretesto di esternalizzare il diritto di asilo. Diritto che già oggi in quei paesi non viene garantito effettivamente neanche in base alle previsioni più restrittive della Convenzione di Ginevra.

Laura Ferrara (EFDD). - Signor Presidente, onorevoli colleghi, dal Processo di Khartoum emergono insidie e ipocrisie di una difficile cooperazione che poggia su una fragile impalcatura. La strategia che si vorrebbe adottare per controllare i flussi migratori provenienti dall'Africa Orientale appare lacunosa sotto l'aspetto della tutela dei diritti umani. Da un lato, si dichiara di voler contrastare l'attività delle reti criminali che lucrano sui migranti e sulla tratta degli esseri umani; dall'altro, si dialoga e si coinvolgono regimi repressivi, sanguinari e liberticidi, che sono la causa principale dei flussi migratori. Basti pensare al caso dell'Eritrea, una dittatura militare de facto, con migliaia di oppositori politici rinchiusi in prigione o il caso del Sudan, dove da decenni si compiono genocidi e crimini contro l'umanità.

Anche altri governi, come quello etiope, egiziano e somalo, hanno dimostrato di non brillare per il rispetto dei diritti umani. Eritrea e Libia non hanno mai ratificato la convenzione di Ginevra del 1951 sullo status dei rifugiati, nonostante si sia dichiarato di voler promuovere la cooperazione in materia di asilo e protezione internazionale sulla base dei principi di diritto internazionale, facendo riferimento alla Convenzione stessa. La Libia, uno dei paesi dove si concentrano migliaia di migranti che tentano di raggiungere l'Europa, nemmeno ha partecipato all'incontro di Roma del 28 novembre. In quell'occasione è stata firmata la dichiarazione congiunta del *Khartoum Process*, al fine di realizzare fuori dai confini europei dei centri di accoglienza. Qui dovrebbero essere esaminati i casi dei richiedenti asilo, in vista di un successivo *resettlement* in Europa.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

Più che combattere le cause dell'immigrazione, sembra che l'obiettivo sia trovare accordi su come contrastare i migranti prima che arrivino in Europa, rischiando di ripetere l'esperienza dell'accordo libico-italiano tra Gheddafi e Berlusconi. C'è il timore che i centri di accoglienza, se realizzati in paesi dove esiste una grave emergenza democratica e civile, in assenza di adeguati controlli, possano diventare ghetti e campi profughi dove la tutela dei diritti umani non potrà essere garantita. È necessario un approccio globale all'immigrazione, che punti non solo ad una cooperazione senza ipocrisie con Stati terzi, ma anche a garantire vie di accesso sicure e legali e la modifica della legislazione europea sul diritto d'asilo, avendo riguardo in particolar modo ai soggetti più vulnerabili, come i minori.

Frank Engel (PPE). - Signor Presidente, onorevoli colleghi, volevo cominciare dicendo alla signora Spinelli che, se lei parla di tutti coloro che fuggono dal Corno d'Africa dalla galera, in un paese come la Somalia non ci sono abbastanza galere. Perché questa gente non fugge la galera ma fugge l'assenza di Stato. Noi facciamo come ci fosse ancora uno Stato somalo mentre la Somalia non esiste più.

This leads me to something that my colleague Mr Carver is probably going to appreciate. Yes, I believe that we need to do something on Somaliland, and I believe that we need to do it soon. Because this is about the only territory in the whole region which is not only democratically constituted now, but which might actually also constitute a refuge for a significant number of people in the area who have nowhere else to go, and for whom this would be the closest safest haven they could reach.

But my point, to conclude, to the Commissioner, is this: we have taken over the name of this process from an initiative of the African Union. In the name of coherence of policies which we so often extol, and which I feel bound by, we should indeed try to follow up on initiatives taken by the African Union itself in order to contain phenomena that we want to contain. So therefore, even if we have to talk to dictatorships, even if we have to engage with dictatorships, this might not be the most nice and most agreeable thing to do, but at times it is just what we have to do in order to achieve an aim.

Ana Gomes (S&D). - Senhor Presidente, não podemos esperar que ditaduras que se mantêm no poder à custa de brutal repressão dos seus povos cumpram as suas obrigações quanto aos direitos de milhares de migrantes e refugiados que arriscam as vidas por terra e por mar à mercê de traficantes criminosos.

Os governos dos criminosos Omar al-Bashir no Sudão, de Isaias na Eritreia, que prende o cidadão Dawit Isaak e milhares de outros eritreus, de Desalegn na Etiópia, que prende o cidadão britânico Andargachew Tsege e milhares de etíopes, são fabricantes de refugiados e de migrantes, são a causa por que milhares dos seus cidadãos fogem da miséria e da opressão.

Se a União Europeia quer travar as migrações no Corno de África, tem é que ajudar os povos desta região a ganhar capacidades para se livrarem das ditaduras que os oprimem, em vez de pagar a essas ditaduras para se manterem, com o dinheiro da ajuda ao desenvolvimento e no quadro de processos como este dito de Cartum que está condenado à ignomínia e ao insucesso, como aconteceu com o acordo sobre as migrações que a Itália e a União Europeia procuraram estabelecer com a Líbia de Kadafi.

Se queremos travar migrações irregulares e o tráfico de migrantes e refugiados, precisamos de empenho judicioso da União Europeia para acabar com a guerra na Síria, para fazer a paz entre Israel e a Palestina, pois Gaza é hoje de onde vêm muitos dos migrantes, e também empenho estratégico europeu na segurança e na governação da Líbia, hoje mergulhada no caos, que é o país por onde passa a esmagadora maioria dos migrantes e refugiados que fogem da miséria e da opressão no Corno de África.

Izaskun Bilbao Barandica (ALDE). - Señor Presidente, los firmantes europeos que se han comprometido a lanzar el proceso de Jartum, especialmente quienes viven desde más lejos el drama de las pateras y la tragedia del Mediterráneo, deben asumir que el problema es de todos.

Espero que la reunión de Roma, el 28 de noviembre, ayude al Comisario de Interior y a la señora Mogherini a articular una política común de inmigración basada en la solidaridad, la colaboración y la lealtad. Han participado 38 países, también africanos, que coinciden en cuestiones obvias como la cooperación y el desarrollo, la colaboración con los Gobiernos de la zona, la pacificación, la estabilización y la democratización, y solo así conseguiremos algo más que desplazar el drama de las aguas del Mediterráneo a las costas del norte de África.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

Pero creo que podemos hacer más. Denis Mukwege, nuestro premio Sájarov, nos explicó aquí claramente qué empuja a tanta gente a abandonar sus casas. Muchas veces son guerras provocadas por negocios que parecen depender de la voluntad de un tirano con el que hay que negociar.

El presidente Roosevelt, hablando de Anastasio Somoza, dijo: «Quizá sea un...». No va a ser políticamente correcto que yo diga lo que dijo él; dejémoslo en que dijo que era un tirano, pero que era «nuestro tirano».

Y avergoncémonos de las fotos de algunos de nuestros líderes con reconocidos tiranos. Hagamos una lista de los beneficiarios de «nuestros tiranos» e impidamos que haya negocios que puedan provocar tanta sangre y desolación. Así seremos creíbles, porque «aunque el tirano se vista de seda, tirano se queda».

Przewodniczący. - Bardzo Pani dziękuję, że złagodziła Pani w sposób istotny wypowiedź prezydenta Roosevelta.

Malin Björk (GUE/NGL). - Herr talman! Ja, EU har ägnat resurser åt att bygga fästning Europa sten för sten, och nu ska vi ägna resurser åt att dessutom bygga en vallgrav. Det är helt oacceptabelt. Dessutom ska biståndspengar användas till det, och det kallar jag inte för någonting annat än förskingring. Det övergripande målet är att kontrollera flyktingströmmar, att skicka tillbaka flyktingar och att villkora samarbeten. Tänk om utgångspunkten hade varit en helt annan, nämligen att öka överlevnadsfrekvensen för alla de människorna som försöker fly undan krig och konflikt. Då hade initiativet sett helt annorlunda ut.

Jag är faktiskt trött på mina kolleger som Frank Engel och andra i högergrupperna som alltid, när det passar dem, har ett annat mål som är överordnat mänskliga rättigheter och rätten att söka asyl. Det kan vara att man vill ha frihandel, det kan vara att man vill kontrollera flyktingströmmarna, och då kan man t.o.m. göra upp med diktaturer om saken. Nej, nu är det dags, inte ett enda initiativ till som inte sätter människors rätt till att söka asyl främst.

Marijana Petir (PPE). - Gospodine predsjedniče, gotovo 40 000 imigranata uključujući izbjeglice te tražitelje azila stiglo je u Europu u 2013.g., a prema podacima Međunarodne organizacije za migracije, više od 3 000 migranata izgubilo je živote na Sredozemnom moru tijekom ove godine. Time je nažalost, 2014.g. postala najpogubnija za Sredozemlje gdje je upravo najviše ljudi izgubilo živote pred vratima Europske unije.

Većina migranata izgubila je živote utapanjem, gušenjem od gladi i smrzavanjem, a bili su upravo iz Afrike te s Bliskog istoka. Kartumski proces treba pozdraviti, jer je njegov cilj uspostava dijaloga i učinkovita suradnja europskih i afričkih zemalja kako bi se suzbilo krijumčarenje i trgovina imigrantima što je gotovo u 80 % slučajeva uzrok ovih putovanja. No nije dovoljno samo osnivati koalicije, uspostavljati financijske fondove, jer na taj način čini se kao da političari misle da će novcem oprati nečistu savjest jer nisu na vrijeme odradili ono što su trebali.

Podsjetila bih da je svačije ljudsko dostojanstvo jednako važno o čemu je govorio i papa Franjo prije 3 tjedna, ovdje u Europskom parlamentu pozivajući da se ujedine odgovori po pitanju migracija, jer ne možemo dopustiti da mediteranska obala postane veliko groblje.

Papa je rekao da će Europa biti u stanju suočiti se s problemima vezanim uz imigraciju, samo ako je sposobna jasno utvrditi svoj kulturni identitet i donositi adekvatne zakone kako bi zaštitila prava europskih građana i kako bi se osiguralo prihvaćanje imigranata.

Stoga, drage kolegice i kolege, moramo poduzeti akcije protiv uzroka, a ne samo učinaka.

Kashetu Kyenge (S&D). - Signor Presidente, onorevoli colleghi, l'enorme flusso di migranti di fronte al si trova quale l'Europa rende necessario adottare nuovi meccanismi di cooperazione multilaterali con i paesi di partenza e di transito dei migranti, verso proposte che dovrebbe essere sostenibili e durature. Nessuno Stato, nessuna organizzazione può fornire risposte efficaci da soli. È necessario fondare un piano sul dialogo tra Stati e sulle risorse comuni ma soprattutto sulla volontà politica, anche al fine di sottrarre migliaia di migranti dalle mani dei mercanti di morte.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

Non riusciremo mai ad affrontare realmente le cause di questo flusso di profughi fino a quando non porremo con forza la questione del rispetto dei diritti umani nei paesi di provenienza dei migranti e soprattutto nell'ambito di un approccio globale e olistico all'immigrazione. Per tale ragione esprimo delle riserve in merito all'ultima conclusione delineata nel processo di Khartoum. Mi riferisco alla possibilità di creare campi profughi, destinati ad una possibile accoglienza o forse detenzione – e qui occorre chiarezza – del richiedente asilo, che deve essere sempre accompagnato da un percorso di verifica del rispetto dei diritti umani e soprattutto dall'adesione a tutte le convenzioni internazionali.

Quale sarà il ruolo del Parlamento europeo? Il ricordo degli accordi della Libia con il governo italiano è ancora vivo. In nessun caso saremmo disposti ad accettare una simile violazione dei diritti umani. Oggi sappiamo tutti come è stato definito il governo di Gheddafi.

Juan Fernando López Aguilar (S&D). - Señor Presidente, señor Comisario, el proceso de Jartum trae causa de episodios luctuosos que periódicamente lamentamos, también en este Parlamento. El episodio de Lampedusa, con casi 400 muertos y, consiguientemente, la llamada a la urgencia de establecer vías de diálogo y cooperación con países de emisión, de recepción o de tránsito de este trágico contrabando de seres humanos, de consecuencias tan trágicas.

Bien, el objetivo debe ser sostenido incluso en el Cuerno de África, pero sin perder de vista un segundo que, cuando hablamos de Eritrea, de Somalia y de Etiopía, estamos hablando de países que, a menudo, albergan Estados fallidos, sin administración responsable, sin ninguna garantía de respeto de los derechos fundamentales. Por tanto, en el esfuerzo de establecer esta vía de cooperación, es absolutamente imprescindible que la Unión Europea continúe respetando sus propios estándares de respeto a los derechos fundamentales.

¿Evitar el tráfico de seres humanos? Sí. ¿Evitar el contrabando? Sí. ¿Mantener vivo el proceso de diálogo? También. Pero con la mayor exigencia de que cada euro invertido en los mecanismos de financiación, en la reparación de estas enormes injusticias, conlleve un paso adelante en la garantía de respeto de los derechos fundamentales, especialmente de las personas más vulnerables: mujeres y menores traídos a esos tráfico ilícitos, de consecuencias tan trágicas, que nosotros hemos lamentado, una y otra vez, en este Parlamento Europeo.

Christine Revault D'Allonnes Bonnefoy (S&D). - Monsieur le Président, Monsieur le Commissaire, chers collègues, une politique européenne globale et cohérente en matière de migration nécessite un dialogue constant avec les pays d'origine et de transit des migrants.

Le processus de Khartoum entre l'Union européenne et les pays de la Corne de l'Afrique contribue à cet objectif. Les États signataires placent la lutte contre l'émigration irrégulière au sommet des priorités de cette initiative en s'attaquant aux réseaux de passeurs et en ciblant les causes de la migration. Veillons toutefois à ne pas faire de cette ambition un prétexte pour ériger de nouvelles barrières aux migrations.

Tout individu a le droit de quitter son pays pour demander l'asile ou chercher un avenir meilleur. Garantir des voies d'entrée sûres et légales en Europe pour les migrants et les demandeurs d'asile demeure la solution la plus adaptée pour mettre un terme aux tragédies en Méditerranée. La discussion sur la migration légale, présentée comme la prochaine étape du dialogue de Khartoum, ne saurait rester lettre morte.

Pour revêtir une réelle valeur ajoutée, ce processus ne peut se limiter à une déclaration d'intention qui ne soit pas suivie d'effets. Il n'aura de sens que s'il est assorti de mesures concrètes, dans le plein respect des droits fondamentaux des migrants et des demandeurs d'asile.

Pourtant, les projets issus du processus de Khartoum se mettront en place sur une base volontaire, ne créant aucune obligation au regard du droit international. Peut-on vraiment en attendre des résultats tangibles et une réelle plus-value?

Face à cette déclaration sans portée normative, comment, par ailleurs, s'assurer de la protection des migrants et du plein respect de leurs droits fondamentaux?

Pytania z sali

Mittwoch, 17. Dezember 2014

Νότης Μαρίας (ECR). - Κύριε Επίτροπε, προκειμένου να περιοριστούν οι μεταναστευτικές ροές από τις χώρες που ανήκουν στο Κέραс της Αφρικής, πρέπει να εκλείψουν οι βασικές αιτίες που προκαλούν το πρόβλημα αυτό, που αναγκάζουν τους ανθρώπους να εγκαταλείψουν τις περιοχές αυτές.

Και φυσικά, το πρώτο και βασικό είναι να ανατραπούν τα δικτατορικά καθεστώτα τα οποία υπάρχουν στις χώρες που ανήκουν στο Κέραс της Αφρικής, να επανέλθει και να στηριχθεί εκεί η δημοκρατία, να σταματήσουν οι διώξεις, να προστατευτούν τα ανθρώπινα δικαιώματα.

Δεύτερον, πρέπει να υπάρξει ειρήνη στην περιοχή, γιατί, όσο έχουμε μια εμπόλεμη κατάσταση σε διάφορα σημεία, δημιουργούνται προβλήματα και, προφανώς, οι άνθρωποι πρέπει να φύγουν, πρέπει να σώσουν τις ζωές τους.

Στη συνέχεια θα πρέπει να υπάρξει οικονομική στήριξη από την πλευρά της Ευρωπαϊκής Ένωσης, για να αναπτυχθούν οι περιοχές αυτές· να χτυπηθούν βεβαίως τα δουλεμπορικά δίκτυα και κυκλώματα· να καταργηθεί, τέλος, το Δουβλίνο III, το οποίο μετατρέπει τις χώρες του ευρωπαϊκού Νότου σε αποθήκη ψυχών, καθώς εκεί εγκλωβίζονται χιλιάδες πολιτικοί πρόσφυγες. Και τέλος, να γίνει αυτό το οποίο είπατε: να διαμορφωθεί συνολική αντιμετώπιση και προσέγγιση στο θέμα της μεταναστευτικής πολιτικής.

Ангел Джамбазки (ECR). - Ще продължа мисълта на колегата Мариас и ще ви кажа следното нещо. В залата досега слушах как миграцията е нещо полезно и тя трябва да бъде подпомагана и насърчавана. Но нека бъдем честни – за нас, за държавите, които граничат с този проблем, за България, за Гърция, за Испания, за Италия – миграцията е повече проблем, отколкото е решение. Държавите ни лека-полека се превръщат в своего рода бежански лагери, в територии, в които има страшно много хора, които не могат да си намерят работа, които са различни културно, различни по начина на своето вписване. Това е голям проблем за нас и когато говорим за миграцията, трябва да сме наясно със следното нещо – къде е причината за тази миграция, а тя трябва да се търси там откъдето идват тези хора. И тук идва и следният въпрос, въпросът кой стои зад тези диктатори, въпросът кой разрушава държавите, кой разруши Либия, кой разруши Египет, кой разрушава всички тези държави, Сомалия, кой е причината да се случат всички тези процеси? Там трябва да се търси решението, а не в превръщането на Европа в един голям бежански лагер, защото населението на Африка е повече от едни милиард.

(Koniec pytań z sali)

Dimitris Avramopoulos, membre de la Commission. - Monsieur le Président, Mesdames et Messieurs les députés, je crois fermement qu'il est essentiel d'établir un dialogue continu et équilibré avec les pays de la Corne de l'Afrique. La question n'est pas de savoir si nous devons coopérer ou non avec ces pays, mais comment nous pouvons le faire afin d'éviter que des migrants soient victimes des réseaux qui facilitent leur entrée clandestine par la mer en Europe.

Le processus de Khartoum n'est qu'un élément d'une stratégie globale. Je partage vos préoccupations à propos des objectifs de cette initiative. Néanmoins, je veux préciser que notre politique ne légalise pas les régimes dans la région: l'objectif est d'engager les États et de les mettre face à leurs responsabilités pour sauver des vies humaines et combattre les responsables de la traite des êtres humains. Il faut qu'ils tiennent leur parole et leurs engagements. Je vous assure que nous suivrons de près ce processus.

D'autre part, une de mes priorités consiste à renforcer les liens entre les politiques internes et externes de l'Union européenne, pour faire face, de manière cohérente et globale, aux pressions migratoires auxquelles nous sommes confrontés. Je veux développer ce point dans l'agenda européen sur les migrations qui a été lancé hier dans le cadre du programme de travail de la Commission pour 2015.

Il n'y par ailleurs aucun doute que nous devons offrir des solutions plus sûres aux personnes qui ont besoin d'une protection internationale pour rejoindre l'Europe. La Commission explore actuellement toutes les possibilités et, notamment, celle de développer une approche commune sur la délivrance des visas à titre humanitaire pour que les réfugiés puissent venir en Europe et y demander l'asile.

Pour le moment, la relocalisation des réfugiés est la voie principale pour entrer légalement en Europe. Il s'agit d'un acte de solidarité que la Commission encourage car pour chaque réfugié accueilli en Europe, c'est une vie sauvée. Je suis heureux que le nombre total de places offertes par les États membres ait augmenté cette année.

Mittwoch, 17. Dezember 2014

Les programmes régionaux de développement et de protection constituent l'autre instrument à notre disposition. Dans ce cadre, l'Union européenne apporte son soutien aux pays africains afin que ceux-ci accueillent les réfugiés dans les meilleures conditions. En tout cas, comme je l'ai dit tout à l'heure, nous allons suivre de près l'évolution de ce processus et l'application de ses termes.

Benedetto Della Vedova, *Presidente in carica del Consiglio*. - Signor Presidente, onorevoli deputati, ringrazio chi di voi è intervenuto e che ha avuto l'opportunità, per la quale la Presidenza è comunque grata, di esprimere le proprie valutazioni e anche le proprie preoccupazioni sull'implementazione nel processo di Khartoum. Volevo riprendere un tema che è stato sollevato in più interventi che è quello degli obiettivi e dei rischi in tema di diritti umani. Il processo di Khartoum è inteso, sì, a sviluppare una cooperazione tecnica con le autorità dei paesi dell'Africa Orientale e del Corno d'Africa e, come ha detto il Commissario, non è né vuole certamente essere un avallo dei regimi di quei paesi, bensì una cooperazione tecnica, concentrandosi in questa fase su due temi: la tratta di esseri umani e il traffico di migranti.

È indubbio che dobbiamo compiere tutti gli sforzi necessari per tentare di salvare la vita dei migranti che affrontano i viaggi pericolosi per attraversare il Mediterraneo. Al fine di conseguire tale obiettivo, la nostra priorità dovrebbe essere quella di agire per prevenire e arrestare l'orribile crimine della tratta di esseri umani e contrastare il traffico di migranti. Questo è l'obiettivo. Nello sviluppo e nell'attuazione di tale cooperazione, che potrebbe essere estesa ad altri settori, in linea con l'approccio globale in materia di migrazione e mobilità, l'Unione europea sarà coerente con il principio fondamentale del pieno rispetto dei diritti dei migranti, che è al centro della politica dell'Unione europea in materia di migrazione. Ritengo che facilitare i contatti con le autorità di una serie di paesi con cui l'Unione europea e gli Stati membri non erano stati finora in grado di avviare un dialogo potrebbe avere un impatto positivo sulla sensibilizzazione di tali paesi in merito alla promozione e al rispetto dei diritti umani.

Un altro punto da sottolineare è che la dichiarazione ribadisce, ripetutamente e inequivocabilmente la necessità del pieno rispetto dei principi di protezione internazionale. Essa evidenzia l'importanza di offrire protezione ai rifugiati, ai richiedenti asilo e assistenza ai migranti in situazioni di vulnerabilità. Sottolinea altresì la necessità di garantire una protezione efficace per i rifugiati, i richiedenti asilo e gli sfollati interni e di prevedere il debito accesso alle procedure di asilo, in linea con il diritto internazionale.

Io ho sentito l'espressione di molte preoccupazioni, cui la Presidenza è tutt'altro che insensibile, però ribadisco qual è obiettivo e ribadisco che in questo obiettivo la protezione dei diritti umani dei migranti è centrale.

La Presidenza ritiene che si tratti di un'iniziativa valida cui occorre dare seguito e nel farlo, naturalmente, si dovranno rispettare appieno i principi fissati nella dichiarazione di Roma. Per il successo dell'iniziativa e anche per evitare i rischi che sono stati paventati, ritengo che sia essenziale il sostegno delle istituzioni dell'Unione europea, come pure la partecipazione attiva degli Stati membri e mi preme sottolineare che questo Parlamento ha un ruolo importante da svolgere e desidero assicurarvi che sarete tenuti al corrente degli sviluppi del processo.

Przewodniczący. - Zamykam debatę.

19. Tagesordnung der nächsten Sitzung: siehe Protokoll

20. Schluss der Sitzung

(Posiedzenie zostało zamknięte o godz. 21.15)

Donnerstag, 18. Dezember 2014

AUSFÜHRLICHE SITZUNGSBERICHTE VOM 18. DEZEMBER 2014

(2022/C 403/04)

Inhalt	Seite
1. Eröffnung der Sitzung	809
2. Aussprache über Fälle von Verletzungen der Menschenrechte, der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit (Aussprache)	809
2.1. Verfolgung der demokratischen Opposition in Venezuela	809
2.2. Mauretanien, insbesondere Fall Biram Dah Abeid	818
2.3. Sudan: Fall Dr. Amin Mekki Medani	823
3. Begrüßung	827
4. Aussprache über Fälle von Verletzungen der Menschenrechte, der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit (Fortsetzung der Aussprache)	827
4.1. Sudan: Fall Dr. Amin Mekki Medani (Fortsetzung der Aussprache)	827
5. Vorlage von Dokumenten: siehe Protokoll	830
6. Genehmigung des Protokolls der vorangegangenen Sitzung: siehe Protokoll	830
7. Zusammensetzung des Parlaments: siehe Protokoll	830
8. Abstimmungsstunde	830
8.1. Verfolgung der demokratischen Opposition in Venezuela (RC-B8-0375/2014, B8-0375/2014, B8-0376/2014, B8-0377/2014, B8-0378/2014, B8-0379/2014, B8-0380/2014) (Abstimmung)	830
8.2. Mauretanien, insbesondere Fall Biram Dah Abeid (RC-B8-0382/2014, B8-0382/2014, B8-0383/2014, B8-0384/2014, B8-0385/2014, B8-0386/2014, B8-0387/2014, B8-0388/2014) (Abstimmung)	830
8.3. Sudan: Fall Dr. Amin Mekki Medani (RC-B8-0389/2014, B8-0389/2014, B8-0390/2014, B8-0391/2014, B8-0392/2014, B8-0393/2014, B8-0394/2014, B8-0395/2014) (Abstimmung)	830
8.4. Anhang III der Verordnung (EU) Nr. 978/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates über ein Schema allgemeiner Zollpräferenzen (Abstimmung)	830
8.5. Keine Einwände gegen eine delegierte Verordnung: Im Voraus erhobene Beiträge zu Abwicklungsfinanzierungsmechanismen (Abstimmung)	831
9. Begrüßung	831
10. Abstimmungsstunde (Fortsetzung)	831
10.1. Abschluss eines Assoziierungsabkommens mit Georgien (A8-0042/2014 - Andrejs Mamikins) (Abstimmung)	831

Donnerstag, 18. Dezember 2014

Inhalt	Seite
10.2. Assoziierungsabkommen mit Georgien (A8-0041/2014 - Andrejs Mamikins) (Abstimmung) . . .	831
11. Stimmerklärungen	831
11.1. Lage im Mittelmeerraum und Notwendigkeit eines ganzheitlichen Ansatzes der EU für Migration (B8-0362/2014)	831
11.2. Anhang III der Verordnung (EU) Nr. 978/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates über ein Schema allgemeiner Zollpräferenzen	834
11.3. Keine Einwände gegen eine delegierte Verordnung: Im Voraus erhobene Beiträge zu Abwicklungsfinanzierungsmechanismen	844
11.4. Abschluss eines Assoziierungsabkommens mit Georgien (A8-0042/2014 - Andrejs Mamikins) .	847
11.5. Assoziierungsabkommen mit Georgien (A8-0041/2014 - Andrejs Mamikins)	861
12. Berichtigungen des Stimmverhaltens und beabsichtigtes Stimmverhalten: siehe Protokoll	871
13. Zusammensetzung der Ausschüsse und der Delegationen: siehe Protokoll	871
14. Mittelübertragungen: siehe Protokoll	871
15. Beschlüsse über bestimmte Dokumente: siehe Protokoll	871
16. Übermittlung der in dieser Sitzung angenommenen Texte: siehe Protokoll	871
17. Zeitpunkt der nächsten Sitzungen: siehe Protokoll	871
18. Unterbrechung der Sitzungsperiode	871

Donnerstag, 18. Dezember 2014

AUSFÜHRLICHE SITZUNGSBERICHTE VOM 18. DEZEMBER 2014**PRESIDE: RAMÓN LUIS VALCÁRCEL***Vicepresidente***1. Eröffnung der Sitzung***(Se abre la sesión a las 10.00 horas)***2. Aussprache über Fälle von Verletzungen der Menschenrechte, der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit (Aussprache)****2.1. Verfolgung der demokratischen Opposition in Venezuela**

El Presidente. - El primer punto es el debate sobre seis propuestas de Resolución relativas a la persecución de la oposición democrática en Venezuela [(2014/2998(RSP)].

Luis de Grandes Pascual, Autor. - Señor Presidente, Señorías, para un español tener que hablar mal de un país como Venezuela es casi un dolor. Tenemos viejos afectos, viejos lazos históricos y unos sentimientos entre los dos pueblos que nunca van a desaparecer.

Pero las cosas han llegado muy lejos. El hecho de que cuatro grandes grupos políticos —los más grandes de la Cámara— hayan consensuado una Resolución tan contundente en términos de descalificación de una actuación política como la del presidente Maduro en relación con la persecución de la oposición, el hecho de que el Comité contra la Tortura de las Naciones Unidas haya emitido una descalificación en términos claros y netos de que no existe libertad de expresión, de que no existe independencia del poder judicial, de que existen torturas concretas... todo eso indica, naturalmente, que no son solo palabras.

Nosotros nos preguntamos hasta cuándo el señor Maduro va a abusar de nuestra paciencia y hasta cuándo va a creer que tiene legitimidad, aunque haya sido elegido democráticamente, para descalificar e insultar a un presidente democrático como el presidente Aznar, llamándole «golpista» o diciéndole otras lindezas, ¿este epígono de golpista, que sí lo fue y que tuvo que ser indultado!

Deseamos a Venezuela la mayor de las prosperidades; deseamos al pueblo de Venezuela que tenga un camino democrático en paz y que encuentre un camino en el que, con Europa, podamos coadyuvar a ese mejor futuro.

Josef Weidenholzer, Verfasser. - Herr Präsident! Seit der Präsidentenwahl 2013 hat sich die Lage im Venezuela dramatisch verschlechtert.

Für oppositionelle Gruppierungen wird die Lage immer schwieriger. Verhaftungen sind an der Tagesordnung, und die Verhaftung des Oppositionsführers Leopoldo López ist der spektakulärste Fall davon. Der UN-Hochkommissar hat gegenüber der Öffentlichkeit seine große Besorgnis über die Lage ausgedrückt und systematische Menschenrechtsverletzungen festgestellt.

Donnerstag, 18. Dezember 2014

Das Land ist gespalten. Dieser Riss geht quer durch die Familien, und es ist in der Tat höchste Zeit, dass die gegenwärtige Regierung Venezuelas dieses unwürdige Kapitel beendet und einen friedlichen Dialog mit der Opposition beginnt. Vor allem müssen alle unschuldig Festgehaltenen unverzüglich freigelassen, das Recht auf Rede- und Versammlungsfreiheit garantiert und die Unabhängigkeit der Justiz wiederhergestellt werden.

Mark Demesmaeker, Auteur. - Voorzitter, ik kan mij alleen aansluiten bij de vorige sprekers. Wat in februari begon als studentenprotest voor meer veiligheid, was voor het regime van president Maduro aanleiding om met geweld alle dissidente stemmen de kop in te drukken. Tien maanden later tellen we tientallen slachtoffers en wachten maar liefst 1 400 burgers op hun proces. Wie zich op het internet probeert te uiten, riskeert gevangenisstraffen tot vijf jaar. Van een rechtsstaat is in Venezuela geen sprake meer.

President Maduro probeert als opvolger van Chavez de bevolking op een hardhandige manier onder de knoet te houden, in een land dat opgezaagd zit met een desastreuze erfenis: een genationaliseerde economie met wijdverspreide corruptie en een inflatie van meer dan 60 procent.

Misschien moeten we er aan denken om het Amerikaanse Congress te volgen en sancties uit te vaardigen tegen president Maduro en zijn entourage. In eerste instantie kijken naar die personen in het regime die mensenrechten hebben geschonden, hen niet langer toelaten tot de Europese Unie en hun financiële activa bevriezen.

Ten slotte moet dit Parlement het democratisch deficit van Venezuela ten strengste veroordelen en ijveren voor de vrijlating van honderden vreedzame manifestanten, hun leiders en alle politieke gevangenen, onder wie de democratisch verkozen parlementsvoorzitter, Maria Corina Machado.

Ignazio Corrao, Autore. - Signor presidente, onorevoli colleghi, sulla questione venezuelana, come spesso avviene in casi del genere, ho percepito durante la negoziazione e la presentazione degli emendamenti, una questione più di «tifo» che di problema reale. È chiaro che in Venezuela c'è un problema di democrazia e di violazione dei diritti umani. Però ancora noi non riusciamo a guardare la cosa in modo veramente terso e oggettivo perché abbiamo, da una parte, sostenitori del Presidente Maduro e quindi filogovernativi e, dall'altra parte, i sostenitori dell'opposizione, che però potrebbe essere un'opposizione non proprio spontanea ma indotta da qualche potenza terza occidentale.

Quindi credo che dovremmo imparare e cercare di guardare a situazioni come questa in maniera quanto più tersa e imparziale, magari trovando degli organismi concretamente terzi che si occupano principalmente di tutelare la popolazione venezuelana e i diritti umani degli abitanti del Venezuela.

Fernando Maura Barandiarán, autor. - Señor Presidente, esta Resolución llega en el momento adecuado. Hoy puedo decir orgulloso que el Parlamento Europeo ha estado a la altura de las circunstancias y que, en un momento histórico, ha sabido responder de manera contundente a las exigencias de la oposición democrática de Venezuela.

Sin embargo, a pesar de la importancia y contundencia del texto que hoy votamos, no podemos caer en el error de pensar que ya hemos hecho todo lo que podíamos.

A partir de esta Resolución, debemos, vamos a trabajar con mayor tesón si cabe para que el Gobierno venezolano rectifique y detenga, de una vez por todas, las sistemáticas violaciones de los derechos humanos y las libertades fundamentales de los opositores políticos.

Pero si esa rectificación no se produce, en nombre del Grupo ALDE, les aseguro que examinaremos todas las posibilidades para que ese Gobierno modifique su comportamiento.

Javier Couso Permuu, Autor. - Señor Presidente, algunos diputados utilizan la democracia y los derechos humanos de acuerdo con sus intereses.

Esta Resolución es un ejemplo de instrumentalización política de los derechos humanos contra el pueblo, contra el rumbo elegido democráticamente en Venezuela.

Se ha intentado todo: golpe de Estado, sabotaje petrolero, guerra económica y guerra mediática. Y, ahora, la violencia.

Donnerstag, 18. Dezember 2014

¿Son estos sus estudiantes pacíficos? Aquí yo veo un arma larga. Aquí yo veo un arma de guerra. Aquí yo veo un lanzamiento de mortero.

(El orador ha ido mostrando distintas fotografías.)

¿Qué dirían los que van a votar a favor de esta Resolución si un encapuchado asesinara a un agente del orden en su país? ¡Once han sido asesinados en Venezuela!

En España, el Partido Popular ha aprobado, contra toda la oposición, una ley que restringe la protesta pero, para Venezuela, la «ley del embudo».

Hagan lo que hagan, empleen las mentiras que empleen, no conseguirán torcer el rumbo soberano elegido democráticamente por los venezolanos.

(Aplausos)

Jaromír Štětina, za skupinu PPE. – Pane předsedající, venezuelský režim se snaží umlčet opozici vězněním. Vězněno je po neblahých únorových událostech několik tisíc lidí, včetně politiků, novinářů i studentů. Jedním z nich je například Leopoldo López, významný opoziční politik.

Podporuji tuto rezoluci, neboť mi tak velí historická zkušenost. I u nás, v zemích bývalého sovětského bloku, se komunistické režimy snažily opozici umlčet pronásledováním a vězněním. Proto byla pro nás tak důležitá podpora, která přicházela z demokratických zemí, tehdy před 25 lety. A myslím, že tu demokratickou podporu potřebuje Venezuela i dnes. Osvobodte Leopolda Lópeze, osvobodte tisíce Venezuelanů, kteří jsou mu podobní.

Francisco Assis, em nome do Grupo S&D. – Senhor Presidente, no nosso entendimento, uma democracia não pode ser dissociada de um Estado de direito, e um Estado de direito implica algumas coisas fundamentais: o respeito pelo princípio da separação de poderes, o respeito pela autonomia individual e pela liberdade de expressão.

E quem tem que assegurar em primeira instância o respeito pelas regras do Estado de direito é quem governa momentaneamente um país. Daí que o Grupo Socialista tenha participado ativamente num esforço conjunto para aprovação de uma iniciativa desta natureza.

Mas, dito isto, também importa dizer que a situação na Venezuela é uma situação de uma enorme complexidade. Somos absolutamente contrários à perspectiva de aplicação de sanções. Consideramos isso um exagero absoluto. Não tem nada que ver com situações como a que agora foi referida. O que se passa hoje na Venezuela não tem nada que ver com o que se passou em tempos na União Soviética. E também fazemos um apelo para que as oposições na Venezuela se manifestem de forma pacífica, o que nem sempre foi o caso, como também já aqui foi dito.

Por isso, nós aprovaremos esta proposta. Participamos na elaboração da mesma, porque para nós há princípios fundamentais, que é o princípio do respeito pelo Estado de direito, e é evidente que nós estamos a assistir na Venezuela a situações que objetivamente conflituam com este princípio, mas, ao mesmo tempo, não queremos deixar de fazer uma referência mais geral à situação na Venezuela.

A Venezuela é, do nosso ponto de vista, uma sociedade democrática, onde há eleições, mas é uma sociedade democrática onde hoje e neste momento há problemas sérios que têm que ser contrariados. E, por isso, o Parlamento Europeu está aqui a assumir plenamente o seu papel.

(O orador aceita responder a uma pergunta segundo o procedimento «cartão azul», nos termos do artigo 162.º, n.º 8, do Regimento)

Beatriz Becerra Basterrechea (ALDE), pregunta de tarjeta azul. – Señor Presidente, solamente quería añadir una cosa y poner de manifiesto que el trabajo que estamos haciendo desde el Parlamento en relación con Venezuela es importante. Es bastante decisivo, en el sentido de que estamos uniendo fuerzas, pero todavía no estamos poniendo de manifiesto suficientemente algo que es importante, que es la persecución política reconocida.

La pregunta es: señor Assis, ¿vamos a insistir en que la Unión Europea y los países de la Unión Europea, como Bélgica, que han reconocido como asilados políticos a los venezolanos, fuercen a la Unión precisamente al reconocimiento de esa persecución política?

Donnerstag, 18. Dezember 2014

Francisco Assis (S&D), *Resposta segundo o procedimento «cartão azul»*. – Senhor Presidente, eu creio que o voto que vamos provavelmente aprovar dentro de pouco tempo avança claramente nesse sentido: o reconhecimento de que há situações que são condenáveis, a forma como a oposição é tratada na Venezuela. Isso está explícito até no voto, aliás de acordo com resoluções das próprias Nações Unidas.

Agora, o que aqui também quero salientar, porque me parece muito importante, é que não devemos confundir as coisas. Na Venezuela tem havido, ao longo destes anos todos, eleições democráticas. Ora, o que nós defendemos é que isso não chega para afirmar verdadeiramente uma democracia. Uma democracia não se resume a atos eleitorais. Uma democracia implica também o respeito pelas regras do Estado de direito, e, quando há desrespeito, na Venezuela ou seja onde for, nós devemos manifestar a nossa posição.

Karol Karski, *w imieniu grupy ECR*. – Panie Przewodniczący! Aresztowanie w lutym kilku studentów pod pretekstem działalności przestępczej po tym, jak dwa tygodnie wcześniej wzięli udział w demonstracjach pokojowych, doprowadziło do fali protestów, które przybrały formę demonstracji w całym kraju. Do protestów dołączyła opozycja z liderem Leopoldo Lópezem, który został oskarżony przez władze Wenezueli o podżeganie do protestów. On sam jednak szybko oddał się w ręce wymiaru sprawiedliwości, nazywając go niesprawiedliwym i takim, który wysyła do więzienia pragnących pokojowych i demokratycznych zmian w systemie Wenezuelczyków.

Zatrzymanie, aresztowanie i więzienie po dzień dzisiejszy Leopoldo Lópeza jest aktem nieuzasadnionym, nielegalnym i bezprawnym. Ponadto on i inni współwięźniowie należący do demokratycznej opozycji poddawani są okrutnemu, nie-ludzkiemu i poniżającemu traktowaniu, godzącemu w godność osoby ludzkiej i zaprzeczającemu poszanowaniu praw człowieka. Nadszedł czas, aby społeczność międzynarodowa podjęła działania przeciwko reżimowi Nicolása Maduro i przyczyniła się do poszanowania wolności, demokracji, rządów prawa i praw człowieka w tym kraju.

Dita Charanzová, *en nombre del Grupo ALDE*. – Señor Presidente, estamos siendo testigos de un severo deterioro de los derechos del pueblo de Venezuela. No podemos quedarnos a un lado, a la espera de que la situación empeore. Por eso, pido al Consejo que empiece a considerar como opción sanciones específicas contra funcionarios del Gobierno de Maduro.

Estoy horrorizada por la forma en que el régimen trata a su gente. Los venezolanos que ejercen su derecho democrático a manifestarse de forma pacífica en contra de la política fallida del Gobierno se ven expuestos a una represión y brutalidad sistemáticas por parte de las fuerzas de seguridad.

Pido a las autoridades competentes la puesta en libertad de todos los prisioneros políticos que han sido detenidos de forma arbitraria y a quienes se ha denegado un trato justo, incluidos, entre otros, Leopoldo López y María Machado. No podemos tolerar más que los líderes de la oposición sean objeto de abusos y castigos y que en Venezuela no haya un poder judicial operativo que pueda investigar y enjuiciar de forma justa este tipo de situaciones.

Κώστας Χρυσόγονος, *εξ ονόματος της ομάδας GUE/NGL*. – Κύριε Πρόεδρε, αφετηρία των αιματηρών συγκρούσεων φέτος στη Βενεζουέλα ήταν η προσπάθεια της Ακροδεξιάς να ανατρέψει με τη βία τη δημοκρατικά εκλεγμένη κυβέρνηση Μαδούρο.

Αντί λοιπόν οι κυρίαρχες στο Ευρωπαϊκό Κοινοβούλιο πολιτικές δυνάμεις να εγκαλούν την κυβέρνηση της Βενεζουέλας, χρησιμοποιώντας μάλιστα κατά επιλεκτικό τρόπο στοιχεία από την έκθεση του Επιτετραμμένου των Ηνωμένων Εθνών για τα ανθρώπινα δικαιώματα αλ-Χουσεϊν, καλύτερα θα έκαναν να ασχοληθούν με την αντίστοιχη έκθεση του Επιτετραμμένου των Ηνωμένων Εθνών για τα ανθρώπινα δικαιώματα Σέφας Λούμιν, η οποία διαπιστώνει συστηματικές παραβιάσεις θεμελιωδών δικαιωμάτων στην Ελλάδα του μνημονίου, εξαιτίας των πολιτικών εξοντωτικής λιτότητας που επιβάλλουν η Τρόικα και το ECOFIN.

Και αντί για μαθήματα δημοκρατίας στη Βενεζουέλα, καλύτερα θα έκαναν να δείξουν μεγαλύτερο σεβασμό στις δημοκρατικές διαδικασίες στα κράτη μέλη της Ένωσης και να σταματήσουν τις προσπάθειες εκβιασμού συνειδήσεων ελλήνων βουλευτών και ψηφοφόρων με τις απειλές περί χρεωκοπίας, εξόδου από την ευρωζώνη και άλλα παρόμοια που ακούσαμε τις τελευταίες ημέρες.

(Χειροκροτήματα)

Donnerstag, 18. Dezember 2014

(Ο ομιλητής δέχεται να απαντήσει σε ερώτηση με «γαλάζια κάρτα» (άρθρο 162 παράγραφος 8 του Κανονισμού))

Klaus Buchner (Verts/ALE), *Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“*. – Es ist richtig, dass in Venezuela die Opposition mit Gewalt und unrechtmäßig vorgeht. Aber ist es auch richtig, einem unrechtmäßigen Vorgehen durch Terror und durch Folter zu begegnen? Ich hätte gerne eine Antwort darauf.

Kostas Chrysogonos (GUE/NGL), *Antwort auf eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“*. – Herr Buchner! Terror und Folter sind falsch, gleichgültig, von welcher Seite sie kommen. Aber wir haben hier rechtmäßige Verfahren gegen Leute, die in Venezuela Straftaten begangen haben.

Ernest Urtasun, *en nombre del Grupo Verts/ALE*. – Señor Presidente, yo tengo que decir que lo que estamos presenciando es un mal uso del artículo 135, porque aquí no se pretende enjuiciar una posible violación de derechos humanos, sino hacer una causa general contra un Gobierno elegido democráticamente: porque yo ya no sé cuántas resoluciones sobre Venezuela ha hecho este Parlamento.

Aquí hay algunos diputados que son capaces de aplaudir con las orejas la colaboración de la Unión Europea con regímenes totalitarios y que tienen con Venezuela una fijación por el hecho del color político de su Gobierno.

Si hay algún tipo de violación de derechos humanos en Venezuela, debe ser tratado con la misma vara de medir que lo hacemos en muchos otros casos, y este no es el caso.

Lo que hay es un ensañamiento y una causa general —y yo no puedo estar de acuerdo y mi grupo no está de acuerdo con eso—. Con lo cual, lo que tengo que decir es que lamento profundamente, otra vez, este ejercicio de hipocresía.

Nosotros no hemos querido participar ni en el debate ni en las enmiendas porque no estamos de acuerdo en que se presente esta Resolución. Y, evidentemente, ya les puedo anunciar nuestro voto contrario.

(El orador acepta responder a una pregunta formulada con arreglo al procedimiento de la «tarjeta azul» (artículo 162, apartado 8, del Reglamento))

Karol Karski (ECR), *pytanie zadane przez podniesienie niebieskiej kartki*. – Padło tutaj stwierdzenie, iż tego typu potępienie rządu wenezuelskiego jest nieuzasadnione. W związku z tym mam pytanie do Pana: czy akceptuje Pan nieludzkie i poniżające traktowanie więzionej opozycji? Do cel Leopoldo Lópeza i innych aresztowanych działaczy opozycji w środku nocy wrzucane są ludzkie ekskrementy. W tym czasie odcinana jest energia elektryczna i woda, aby więźniowie nie mogli z siebie tego zmyć. Ponadto puszczana jest najgłośniej, jak tylko można, i do samego rana muzyka z głośnymi hymnami na cześć Cháveza: „Chávez żyje, walka trwa”. Czy Pan akceptuje tego typu działania?

Ernest Urtasun (Verts/ALE), *respuesta de «tarjeta azul»*. – Señor Karski, los casos que debemos tratar, los podemos tratar. Pero yo lo único que digo es que exijo la misma vara de medir que utilizamos para otros países. Y el texto es una causa general: una causa general clara contra un Gobierno elegido democráticamente.

La próxima vez, si hay algún caso concreto, presenten el caso concreto y lo discutimos, pero igual que hacen con otros países.

Creo que ya van ocho Resoluciones en el caso de Venezuela: es un ensañamiento contra un Gobierno porque no les gusta su color político.

(El orador acepta responder a una pregunta formulada con arreglo al procedimiento de la «tarjeta azul» (artículo 162, apartado 8, del Reglamento))

Javier Nart (ALDE), *pregunta de tarjeta azul*. – Señor Urtasun, ¿le parece a usted razonable que el relator del Comité de Derechos Humanos de las Naciones Unidas, que el relator del Comité contra la Tortura de las Naciones Unidas, que el relator del Grupo de Trabajo sobre la Detención Arbitraria de las Naciones Unidas... que la extraordinaria y significativa ausencia y marcha de la Corte Interamericana de Derechos Humanos por parte de Venezuela signifique un temor por parte de Venezuela y, en segundo lugar, una verdadera realidad que hay que condenar?

Donnerstag, 18. Dezember 2014

Y le digo algo más. Mire, yo eso lo aplico a todos los lugares donde se producen violaciones de derechos humanos. Lo que no entiendo es que usted se abstenga de condenar lo condenable, por pensar que otros no condenan lo que es también condenable.

Ernest Urtasun (Verts/ALE), *respuesta de «tarjeta azul»*. – Javier, no es eso. Yo condenaré siempre las vulneraciones de derechos humanos ahí donde haga falta. Llevo muchos años militando en asociaciones de derechos humanos. No es eso, Javier.

Esto es una causa general. Y tú y yo no estábamos aquí en la pasada legislatura, pero se hicieron no sé cuantísimas Resoluciones sobre Venezuela, porque hay diputados en esta Cámara que pretenden un ensañamiento.

No es eso, no estoy de acuerdo.

Amjad Bashir, *on behalf of the EFDD Group*. – Mr President, I would like to take this opportunity to urge the Obama Administration to open a dialogue with Venezuela, just as it has in the case of Cuba. Let us remove the excuses and alibis of the regime in Venezuela, which they use to curtail the freedom of the press, rig elections, prevent true democracy and carry out other repressions.

Venezuela has to realise that it can no longer sustain the economy because, world-wide, the price of oil is in free-fall. It is expecting 60% inflation this year. It can no longer afford the generous welfare benefits it has promised its citizens. The US has to realise, as it has done with Cuba, that it cannot – and must not – suppress the aspirations of another sovereign state.

I wish to say Merry Christmas and Happy New Year to all the Members here.

Tunne Kelam (PPE). - Mr President, I am deeply concerned by the constant worsening of the political situation in Venezuela. This country has a heightened responsibility to comply with the rule of law, having just become a member of the UN Security Council.

The economic and social crisis there is a direct outcome of growing political and ideological intolerance. Massive protests have been countered by the disproportionate use of force, the arrest of the opposition leader Leopoldo López and the scandalous suspension of opposition congressmen. But above all, it is unpardonable that almost 40 demonstrators have been killed by pro-government armed groups. This is not a rule of law state.

We express our solidarity with the people who are trying to bring Venezuela back to democracy and risking their lives. We ask the EU and Ms Mogherini to call for the immediate release of protestors and political prisoners.

Juan Fernando López Aguilar (S&D). - Señor Presidente, al margen de los desaciertos en la redacción de la Resolución, y particularmente, la parcialidad de algunos de sus párrafos, lo cierto es que todos los actores políticos y sociales de Venezuela deben implicarse en un diálogo constructivo, lo que significa la cesación de toda violencia y el emprendimiento de un diálogo que ponga paz y permita la expresión del derecho de reunión y de manifestación sin ninguna violencia.

Pero las autoridades de Venezuela deben cesar en sus detenciones arbitrarias. Cabe señalar, notablemente, el caso de Leopoldo López, que lleva diez meses preso tras una detención que ha sido calificada como arbitraria por el Comité contra la Tortura de las Naciones Unidas, por el Grupo de Trabajo sobre la Detención Arbitraria de las Naciones Unidas y por el Comité de Derechos Humanos de las Naciones Unidas. Por tanto, es imprescindible acabar con la desjudicialización de la justicia en Venezuela, que mantiene a alguien en una prisión militar en una causa que, en ningún caso, debería estar sometida a la jurisdicción militar.

Concluyo citando a Moisés Naím, que en su artículo «Postales desde Venezuela» decía que el verdadero conflicto que divide en estos momentos Venezuela no es el que enfrenta a los defensores del capitalismo con los defensores del socialismo, sino a quienes defienden la violencia como herramienta política y la persecución arbitraria de los opositores y a quienes están dispuestos a sacrificarse por impedirlo.

Donnerstag, 18. Dezember 2014

Bas Belder (ECR). - Voorzitter, in slechts één zin kan erg veel worden uitgesproken. Dat deed de verenigde democratische oppositie in Venezuela nog geen week geleden. Haar stellingname luidt: het regime van ons land kan zich erop beroepen dat het de straffeloosheid heeft gedemocratiseerd. Dat is een enorme veroordeling. De Venezolaanse oppositie verdient onze volledige steun bij haar rechtmatige streven naar een democratische rechtsstaat in eigen land.

Ondertussen onderscheidt het regime Maduro zich nog op een heel andere wijze in puur negatieve zin. De joodse gemeenschap in Venezuela is mede door het bruut antisemitisme van het regime momenteel gereduceerd tot nog maar 7 000 leden. Almaar meer tekent zich in Venezuela een situatie af van antisemitisme zonder joden. Wat links daarop heeft te antwoorden, dat hoor ik graag.

Renate Weber (ALDE). - Mr President, today in Venezuela many civic and political opposition leaders are in prison. Leopoldo López is just the most well-known, but almost 100 young activists are in prison and more than 2 000 are under investigation, all for exercising their right to protest against a government which has led the country to the brink of disaster.

President Maduro and his government must understand that, in a democracy, we compete fairly with our opponents. We do not jail them, with a view to ending their political careers and even lives. The UN Human Rights Commissioner called for the release of these prisoners, and so did the Committee against Torture and the Organisation of American States. Now the European Parliament is calling for their release. We cannot all be considered part of a conspiracy against Venezuela. Quite the opposite, we want a democratic path for the Venezuelan people; we want their safety and prosperity.

Inês Cristina Zuber (GUE/NGL). - Senhor Presidente, atos violentos, destruição de património público, como pegar fogo a instituições, centros de saúde e jardins-de-infância – aliás, hoje está presente aqui uma senhora cuja filha bebé morreu num incêndio contra uma creche de crianças, porque a ordem que se dava era para queimar –, assassinatos de pessoas à queima-roupa e de forma indiscriminada são certamente crimes graves e em qualquer um dos nossos países aqueles que os cometeram, organizaram ou incentivaram são julgados e punidos e ninguém admitiria colocar isso em causa.

Mas, na Venezuela, que muitos deputados aqui se esqueceram que já é independente há mais de 200 anos, segundo os senhores, as vítimas não são aqueles, são quem provocou estas mortes. E as pessoas que morreram e as que ficaram feridas não merecem qualquer tipo de menção por parte dos senhores.

Neste momento estão detidas 34 pessoas na Venezuela, acusadas de crimes graves, e 14 agentes da autoridade, que estão acusados também de uso abusivo de força. E o que se exige é o respeito pelas autoridades judiciais de um Estado soberano que deve ser tratado como igual, e não o vergonhoso tratamento de cariz neocolonial a que se arroga o Parlamento Europeu.

A aprovação hoje desta resolução significa a instrumentalização do Parlamento Europeu por um grupo extremista violento que está muito longe de representar a maioria da oposição venezuelana.

Intervenciones con arreglo al procedimiento de solicitud incidental de uso de la palabra («catch the eye»)

Carlos Iturgaiz (PPE). - Señor Presidente, la situación de Venezuela es de emergencia internacional. El Gobierno de Maduro, continuista de Hugo Chávez, sigue siendo un gobierno dictatorial y caudillista cuyos objetivos son machacar a la oposición, pisotear los derechos humanos, dar cobijo a terroristas, acabar con la libertad de prensa y destrozar al pueblo venezolano oprimiéndolo y empobreciéndolo.

La República de Venezuela es, de hecho, una república de los horrores, donde se persigue, se condena y se encierra al que no piensa como quiere Maduro. Se persiguen y cierran medios de comunicación por no bailar al son que marca y ordena la doctrina comunista chavista. El pueblo venezolano está desabastecido, está perseguido y está sometido al miedo de los ultras chavistas.

No son tiempos ya de palabras, sino de actuaciones, y desde las instituciones europeas, hay que exigir al Gobierno de Venezuela que frene su escalada de represión antidemocrática que tiene puesta en marcha.

Donnerstag, 18. Dezember 2014

Algún día cercano, señor Presidente, estoy seguro de que Venezuela saldrá de esta horrible pesadilla chavista y será un país verdaderamente democrático, pleno de libertades. Y desde el Grupo Popular Europeo trabajaremos para que esto sea una realidad.

Y lamento que aquellos que defienden al Gobierno chavista de Venezuela desde España, como el señor Pablo Iglesias y los de Podemos, hayan tenido la cobardía de no venir a este Pleno a debatir y se hayan ausentado: no están y no hablan, no dicen absolutamente nada ellos.

Claudia Tapardel (S&D). - Domnule președinte, Uniunea Europeană s-a afirmat în politica internațională ca un actor dedicat promovării democrației și protejării drepturilor omului. Putem afirma cu convingere că respectarea procedurilor și principiilor democratice, precum și respectul pentru drepturile omului nu reprezintă exclusiv o prioritate politică în acțiunea externă a Uniunii, ci însăși rațiunea existenței sale. În aceste condiții, nu putem să nu privim cu îngrijorare la situația din Venezuela, unde statul de drept, principiile și mecanismele democratice, precum și drepturile esențiale care aparțin fiecărei ființe umane sunt încălcate persistent.

Susțin astfel adoptarea prezentei rezoluții. Cred că este important ca Uniunea Europeană să transmită mesajul necesității principiilor democrației și ale statului de drept, la fel cum cred că este important ca persecuția și judecarea arbitrară a reprezentanților opoziției din Venezuela, precum și folosirea extrajudiciară a violenței trebuie să înceteze. În același timp, consider că este important ca Venezuela să facă pași importanți în direcția garantării dreptului la liberă opinie și la liberă asociere. Este important, în egală măsură, ca în acest efort să fie implicate toate instituțiile europene și sunt de acord cu inițiatorii rezoluției, că Înalțul Reprezentant trebuie să joace un rol mult mai vizibil în acest subiect.

Andrew Lewer (ECR). - Mr President, I had hoped to speak to highlight the case of María Corina Machado today, but I now focus on the comments made by the Venezuelan Ambassador at the Mercosur delegation yesterday where he stated that Leopoldo López was guilty of a range of offences and then said he would receive a fair trial. The absurdity of that, the sign that the chance for a fair trial is fading away in Venezuela, was crystal clear. The regime was exposed from its own lips, and the antics of this regime, the 'Vos No Sos' and talking to little birds, would be comic were it not for the serious human rights abuses and impoverishment of its people that are taking place.

As for the ludicrous comments made by the far left here today about respect and neo-colonialism, I simply have to say this: shame on you for those shameful comments.

Miguel Viegas (GUE/NGL). - Senhor Presidente, quero expressar a minha solidariedade e apreço ao povo da Venezuela. Ao povo que expressou de forma livre e democrática o seu apoio ao processo revolucionário em curso através da maior sucessão de atos eleitorais, referendos – atos esses reconhecidos como válidos pelos observadores internacionais. O próprio Jimmy Carter, ex-presidente dos Estados Unidos, classificou o processo democrático da Venezuela como exemplar, estou a citar.

Por isso, em vez de dar lições de democracia à Venezuela, deveríamos refletir sobre a forma como o governo colocou os recursos do país ao serviço da maioria, e não apenas de alguns.

Como o governo acabou com o analfabetismo, como melhorou os índices de desenvolvimento humano, como reduziu a fome e a pobreza, como distribuiu casas a quem vivia na rua. Percebo a raiva cega daqueles que vertem aqui o seu ódio contra projetos alternativos de desenvolvimento, mas a História fará a sua justiça.

(Fin de las intervenciones con arreglo al procedimiento de solicitud incidental de uso de la palabra («catch the eye»))

Benedetto Della Vedova, Presidente in carica del Consiglio. - Signor Presidente, onorevoli deputati, l'Europa è legata al Venezuela da profondi vincoli storici. Protagonista di spicco dell'integrazione regionale in America latina, il Venezuela ha le potenzialità per contribuire alla crescita economica e alla prosperità della regione, o almeno, avrebbe le potenzialità.

L'esacerbarsi delle tensioni e della polarizzazione politica nel paese destano tuttavia profonda preoccupazione. Il 2014 è stato un anno turbolento che ha portato nelle piazze manifestanti pro- e antigovernativi. A partire da febbraio l'Unione europea ha espresso, attraverso una serie di dichiarazioni, la propria preoccupazione per la crescente polarizzazione e il moltiplicarsi degli incidenti violenti. Abbiamo manifestato la nostra apprensione per la carcerazione di studenti ed esponenti politici e ci siamo appellati al governo e ai leader dell'opposizione, agli studenti e alla società civile del paese, perché lavorassero fianco a fianco per trovare una soluzione consensuale. Abbiamo invitato tutte le parti a intraprendere un dialogo politico e a condannare la violenza.

Donnerstag, 18. Dezember 2014

È preoccupante constatare l'assenza di progressi verso una riconciliazione tanto necessaria. Destano preoccupazione gli scenari di scontro che si prospettano anche per il futuro. L'Unione europea aveva espresso apprezzamento al Presidente Maduro per l'impegno assunto nel discorso inaugurale del 2013 sulla costruzione di una nazione inclusiva. Le attuali tensioni del paese ci ricordano però che il Venezuela è lungi dall'aver superato le divisioni interne. È una situazione complessa che fa appello al senso di responsabilità del governo e di partiti di opposizione perché si riuniscano per trovare una via di uscita. Solo un approccio inclusivo permetterà di prendere le decisioni necessarie.

Sollecitiamo il governo che ha vinto le elezioni del 2013 a prendere la guida per ricondurre il paese verso l'Unità e a trovare una soluzione di compromesso. Il Venezuela si confronta non solo con problemi politici ma anche con seri problemi economici, sociali e di sicurezza: un'inflazione in vorticoso aumento, beni di consumo di base sempre più carenti, tensioni civili e livelli *record* di criminalità e insicurezza. Il drastico calo dei prezzi mondiali del petrolio è peraltro destinato ad aggravare ulteriore la situazione e ad incidere pesantemente sulla capacità del paese di soddisfare gli obiettivi del 2015. Di recente, il Presidente Maduro ha annunciato una serie di tagli alla spesa pubblica. Con il protrarsi della crisi politica il governo rischia di non riuscire a trovare il necessario consenso pubblico a sostegno delle misure anticrisi. Anche il ruolo del Venezuela nella regione potrebbe risentirne, come ha recentemente ricordato il Segretario generale dell'UNASUR, Ernesto Samper, in un discorso a Brasilia.

La risoluzione del Parlamento ricorda giustamente la situazione dei leader della protesta, tra cui studenti, politici di opposizione e tutti coloro che sono arbitrariamente detenuti. Le autorità venezuelane hanno il dovere di assicurare indagini rapide ed imparziali e di verificare le accuse nel pieno rispetto della legalità. Desta apprensione il fatto che una serie di procedimenti giudiziari continuino ad essere procrastinati.

Noi continueremo a seguire attentamente il caso degli oppositori politici come quello di Leopoldo Lopez e dei quattro studenti inquisiti contemporaneamente. L'Unione europea è pronta ad intensificare le relazioni con il Venezuela tanto a livello regionale che bilaterale. È in nome di un'amicizia reale e sentita che ricordiamo al Venezuela che stabilità e progresso potranno essere ritrovati solo grazie a un dialogo inclusivo fondato sul rispetto dei diritti umani e della libertà di espressione. Il dialogo è l'unica strada per garantire la riconciliazione lungo tutto l'arco politico.

El Presidente. - Se cierra el debate.

La votación tendrá lugar después de los debates.

Declaraciones por escrito (artículo 162 del Reglamento)

Ramón Jáuregui Atondo (S&D), *por escrito*. – Los graves altercados acontecidos en los pasados meses y la actual situación política del país reclaman la denuncia europea y el llamamiento al Gobierno de Venezuela para que cumpla con las leyes universales de la democracia y garantice la aplicación de los Derechos Humanos fundamentales. Sin embargo, quiero subrayar que, en mi opinión, la resolución que, previsiblemente, resultará aprobada esta mañana no responde exactamente a mi interpretación de lo que está ocurriendo en Venezuela, y no es equilibrada respecto a las exigencias que este Parlamento debe hacer a todos los actores políticos venezolanos. En ese sentido, creo que en los considerandos falta una referencia más explícita a las responsabilidades de los convocantes de las manifestaciones sobre el desarrollo pacífico de las mismas y que es preciso reclamar a todos los grupos opositores en Venezuela que ejerzan su legítimo derecho a la oposición política de manera pacífica, siempre y en todo lugar.

Eduard Kukan (PPE), *in writing*. – Jailing government's political opponents and Kafka-like trials that we see in Venezuela, shows that Venezuelan government openly carries out tactics of an authoritarian regime. The case of Leopoldo Lopez is merely one instance of an unfair, illegal and politically motivated trial. The national court has not been impartial in his case. All but one of Mr. López's 65 defense witnesses was rejected whilst 108 of the government's witnesses were admitted. So far, no evidence has been presented against the opposition leader. It is important that the European Parliament to speak loudly in this case - condemn political persecution and the imprisonment of democratic opposition in Venezuela and call for their release. I had a chance to meet Leopoldo personally some time ago, so this is also my personal call. I support his views and encourage him in his political fight for democratic Venezuela.

Donnerstag, 18. Dezember 2014

Jiří Maštálka (GUE/NGL), *písemně*. – Zásahy venezuelské státní moci proti opozičnímu vůdci a prezidentskému kandidátovi Enrique Capriles Radonskému patří k těm, které jistě naše emoce. Jen obtížně by se mezi námi hledal člověk, který by měl z takovýchto perzekucí radost. Problém je v tom, že někdo s takovouto naší reakcí počítá. Počítá i s emocemi veřejnosti. A chce takto zvrátit výsledek voleb, svrhnout vládu prezidenta Nicoláse Madura. Myslím, že pomalu nazrál čas k tomu, abychom si otevřeně řekli, zda jsme pro demokracii, nebo pro nekoloniální kontrolu zbytku světa. Zda se budeme pohoršovat nad každou obranou výsledku voleb, které nedopadly podle našich přání, a přilévat olej do ohně na každém Majdanu. Zda naše obhajoba lidských práv bude mít podobu bombardování Tripolisu a tichému přihlížení k řadě fašistů v Oděse. Zda budeme pohrdat vůlí většiny kdykoliv to bude někomu z mocných a majetných vyhovovat. Jsou chvíle, kdy je třeba rozhodnout se. Kdy naše řeč musí být ANO, ANO – NE, NE. A já říkám NE dalšímu šíření chaosu ve světě. Nehledejme vinu jen u těch druhých. Podívejme se do našich vlastních řad. A řekněme NE šíření chaosu. Řekněme ANO stabilní Venezuele a svobodné Latinské Americe.

2.2. Mauretanien, insbesondere Fall Biram Dah Abeid

El Presidente. - El punto siguiente es el debate sobre siete propuestas de Resolución relativas a Mauritania, en particular el caso de Biram Dah Abeid [(2014/2999(RSP))].

Barbara Lochbihler, *Verfasserin*. - Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Mauretanien hat die Sklaverei 1981 offiziell abgeschafft, seit 2007 steht sie im Land unter Strafe.

Doch in der Praxis besteht die Sklaverei fort. Nichtstaatliche Organisationen wie IRA Mauretanien und andere Organisationen, wie SOS Slaves bringen Fälle von Sklaverei an die Öffentlichkeit. Die mauretanische Regierung wäre also gut beraten, die Arbeit dieser Organisationen ernst zu nehmen, ja, sie sogar als Unterstützung im Kampf für die Ausmerzung von Sklaverei zu sehen.

Doch die Situation zeigt gerade das Gegenteil. Heute fordern wir mit dieser Entschliebung die Regierung auf, ihren Druck, ihre Aktionen gegen die Antisklaverei-Aktivist*innen zu beenden. Wir fordern insbesondere, die jüngst erneut verhafteten Antisklaverei-Aktivist*innen freizulassen, allen voran Herrn Biram Dah Abeid, und verurteilen deren Verhaftung.

Wer in Mauretanien die Sklaverei bekämpfen will, muss auch die Armut der vielen versklavten Menschen bekämpfen. Dazu gehört es, dass auch die Gruppe der Haratin die Möglichkeit erhalten, Land zu besitzen – Land, auf dem die Haratin seit Generationen arbeiten und das sie kultiviert haben. Die mauretanische Regierung ist hier gefordert, ernsthaft aktiv zu werden.

Auch die internationalen Unternehmen, die in Mauretanien tätig sind, sind aufgefordert sicherzustellen, dass sie keine Zwangsarbeit oder Kinderarbeit nutzen. Es ist sicherlich auch die Aufgabe der EU, sicherzustellen, dass sie in keiner Weise, zum Beispiel auch in den Handelsbeziehungen mit Mauretanien und auch nicht indirekt, Sklavenarbeit toleriert.

Cristian Dan Preda, *auteur*. - Monsieur le Président, discuter aujourd'hui de la Mauritanie et de Biram Dah Abeid n'est pas simple pour moi.

Si j'ai soulevé ce sujet – et si ce n'est pas simple pour moi –, c'est parce qu'à la différence d'autres sujets dont nous avons traité ici, j'ai rencontré à plusieurs reprises Biram Dah Abeid, qui est un militant engagé dans la lutte contre l'esclavage en Mauritanie. C'est donc avec quelque émotion que je traite de ce cas ici. Je demande, d'une manière claire et forte, aux autorités mauritaniennes de libérer cet homme, qui se bat pour le bien de son pays.

D'une manière plus générale, je crois que la Mauritanie doit sortir de cette logique de négation d'une réalité qui est très pesante et il faut qu'elle assume les séquelles de l'esclavage, qu'elle traite ces questions dans les plus brefs délais, pour donner une vie meilleure au peuple mauritanien.

Jana Žitňanská, *autorka* - Aj napriek tomu, že sa píše rok 2014, existuje na svete štát, kde nie je prítomné len tzv. novodobé otrokárstvo, ktorého sme svedkami, žiaľ, aj vo vyspelých krajinách. V Mauritánii žijú skutoční otroci – ľudia, ktorí sú majetkom iných ľudí, ktorí majú nad nimi absolútnu moc, ktorí rozhodujú o ich živote a smrti. Jednoznačne odsudzujem tento stav. Tolerovanie takýchto neprijateľných praktík, ktoré dokonca sú v tejto krajine už niekoľko rokov zákonom zakázané. Žiadam vládu Mauritánie, aby prepustila neprávom zadržávaného bojovníka za zrušenie otrokárstva Birama Dahan Abeida, ktorého proces sa údajne dnes začal. V prípade, že tento aktivista bude odsúdený, bude to nielen veľká nespravodlivosť, ale aj rana pre tisíce otrokov, za ktorých slobodu bojuje. Vyzývam mauritánsku vládu, aby rešpektovala nielen ľudské práva, ale aj vlastné zákony. Nie je možné tolerovať takúto situáciu a za seba môžem prehlásiť, že neexistuje žiadny ekonomický záujem, ktorý by ma prinútil nad týmto neľudským konaním privrieť oči.

Donnerstag, 18. Dezember 2014

Josef Weidenholzer, Verfasser. - Herr Präsident! Manche von uns hatten im Lauf der letzten Jahre Gelegenheit, Biram Dah Arbeid kennenzulernen, den unermüdlichen Kämpfer gegen die in seinem Land, Mauretanien, offiziell zwar abgeschaffte, aber noch immer praktizierte Sklaverei. Als Sohn ehemaliger Sklaven setzt er sich für ein modernes, demokratisches, die Menschenrechte respektierendes Mauretanien ein, nicht nur auf der internationalen Bühne, sondern vor allem in seiner Heimat. Im Zuge einer Aufklärungskampagne, die die Menschen über die Rechte aufklären wollte, wurden er und seine Mitstreiter verhaftet. Er wird der Zugehörigkeit zu einer illegalen Organisation beschuldigt und könnte sogar mit dem Tod bestraft werden.

Wir müssen alles daransetzen, dass diese Menschen unverzüglich freigesetzt werden und dass Mauretanien unzweideutig zu seinen in internationalen Verträgen zugesicherten Verpflichtungen steht. Ich hoffe, dass diese Entschließung auch einen Dialog mit der mauretanischen Regierung einleitet, um diese Zustände endlich zu beenden.

Ignazio Corrao, Autore. - Signor Presidente, onorevoli colleghi, secondo un recente rapporto di *Amnesty International* in Mauritania, paese poverissimo di 3,5 milioni di persone, si calcola che ci siano 700 000 persone costrette a vivere alle dipendenze di un padrone. In Mauritania la schiavitù, utilizzata quale vera e propria arma del potere è ancora una atroce realtà e ce ne sono di diverse forme: domestica, legata al lavoro non retribuito e dei minori, che sono violati sessualmente, maltrattati sin dalla nascita, abusati e utilizzati come schiavi per discendenza, essendo figli di schiavi. Essere schiavi in Mauritania significa quindi, nascere schiavi, proprietà del padrone bianco.

La situazione odierna è anche più grave di quella del passato. Ogni giorno esseri umani nati schiavi sono discriminati, umiliati, castrati nei loro diritti di essere umani. L'11 novembre 2014 almeno nove noti attivisti contro la schiavitù sono stati arrestati e trasferiti in vari centri di detenzione nella città meridionale di Rosso. Tra questi vi è Biram Dah Ould Abeid, una sorta di Mandela mauritano. La sua colpa? Lottare contro questo dramma. L'Unione europea dovrebbe mettere in campo tutte le sue forze e pretendere dalle autorità mauritane il rilascio immediato di tutti i prigionieri di coscienza.

Gérard Deprez, auteur. - Monsieur le Président, au nom du groupe ALDE, je tiens à exprimer publiquement notre soutien à cette résolution, en ce qu'elle appelle à la libération immédiate de M. Abeid et de militants abolitionnistes et qu'elle condamne sans équivoque l'esclavage qui continue à être pratiqué en Mauritanie.

Je regrette néanmoins, suite à l'opposition des représentants des deux grands groupes, l'absence, dans cette résolution, de plusieurs paragraphes que nous avons demandés.

Nous avons proposé un paragraphe demandant au gouvernement mauritanien de signer et de ratifier le protocole portant statut de la Cour africaine de justice et des droits de l'homme. Cela a été refusé!

Nous avons demandé un paragraphe demandant à la Commission d'engager un dialogue politique avec le gouvernement mauritanien sur le respect des droits de l'homme, sur la base de l'article 8 des accords de Cotonou. Cela a été refusé!

Nous avons demandé l'intégration dans cette résolution d'une demande à la Commission pour lancer des consultations formelles, conformément à l'article 96, sur toute violation des droits de l'homme. Cela a été refusé!

Je n'ai pas compris ces refus, Monsieur le Président, qui ont été justifiés, lors des négociations que nous avons menées, par l'argument d'autorité de la taille des groupes, ce qui me semble le plus pénible des arguments.

Lidia Senra Rodríguez, autora. - Señor Presidente, el artículo 4 de la Declaración Universal de los Derechos Humanos, que acabamos de conmemorar, prohíbe todas las formas de esclavitud.

Ahora, 66 años después, 21 millones de personas son víctimas de trabajos forzados en el mundo —4,5 millones de ellas víctimas de explotación sexual forzada—.

También tenemos que señalar las políticas neoliberales que estamos viviendo como una amenaza para los derechos humanos —también para el artículo 4— en todo el mundo, incluida la Unión Europea.

Donnerstag, 18. Dezember 2014

Por eso pensamos que no podemos mirar para otro lado y que, además de exigir de Mauritania la libertad de Biram Dah Abeid, hemos de exigir la abolición y el fin de la esclavitud, así como medidas para que los Estados y la Unión Europea obliguen a las multinacionales a respetar los derechos humanos en todo el mundo.

Stanislav Polčák, *za skupinu PPE*. – Pane předsedající, chci poukázat na to, jak zde již bylo řečeno, že Mauretánie skutečně jako poslední stát světa zrušila systém otroctví v roce 1981. Teprve po dvaceti šesti letech zavedla trestný čin otrokářství do své legislativy. Nicméně od tohoto roku 2007 je známo pouze několik jednotlivých případů odsouzení za spáchání tohoto trestného činu otrokářství. Přitom podle zprávy The Walk Free Foundation je Mauretánie zemí s nejvyšším počtem populace žijící v poměrech novodobého otroctví, a to 4 %.

Obě tyto čísla ukazují, jak je složité a obtížné měnit dávné zvyky v tradicionalistické společnosti, ovšem to nemůže představovat jakoukoliv omluvu pro toto jednání. Evropská unie by proto měla jako partner pomáhat Mauretánii skutečně překonat tuto strašlivou situaci. A chtěl bych poděkovat panu Predovi, že byl iniciátorem této, pro mě velmi důležité, rezoluce.

Marie-Christine Vergiat, *au nom du groupe GUE/NGL*. – Monsieur le Président, curieux pays que la Mauritanie! Il n'est pas inutile de rappeler que l'actuel président mauritanien, Mohamed Ould Abdel Aziz, a renversé, par un coup d'État militaire, le premier et le seul président vraiment démocratiquement élu depuis l'indépendance.

C'est pourtant un pays que l'on ménage. Si son président est crédité d'avoir débarrassé le pays d'AQMI, la Mauritanie reste pourtant une des plaques tournantes des trafics dans la région, qui comptent parmi les principales sources de financement des bandes armées de toutes sortes.

Dans ce pays, le racisme fait des ravages et vise, avant tout, les Noirs africains. Ce racisme reste institutionnalisé à travers l'esclavage, qui persiste malgré son abolition officielle en 1981 et sa criminalisation en 2007. À ce jour, une seule procédure judiciaire à l'encontre d'un propriétaire d'esclaves a abouti en sept ans, c'est dire.

Depuis 2008, Biram Dah Abeid, descendant d'esclaves haratines, mais aussi opposant politique au régime, mène le combat contre ces pratiques d'un autre âge, mettant en cause, notamment, sa justification religieuse. Il risque, à ce titre, la peine de mort.

Il faut par conséquent faire pression par tous les moyens sur ce pays pour qu'il mette un terme à ces pratiques et, malgré ses insuffisances, je voterai donc pour cette résolution.

Fabio Massimo Castaldo, *a nome del gruppo EFDD*. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, ancora una volta siamo qui a parlare di Biram Dah Ould Abeid, un'attivista coraggioso torturato e imprigionato in Mauritania lo scorso 11 novembre per la sua lotta contro una delle più grandi piaghe sociali di questo mondo. Una piaga che offende la libertà dei più poveri, dei bambini, degli illetterati e di quanti sono costretti a servire un padrone per non vivere di stenti. La schiavitù, seppure messa al bando nel 1981, continua ad essere un male sistemico in una società che si basa su forme di subordinazione ingiustificabili e difficilmente sanzionabili.

Da tempo inviamo fondi a questo paese. Più di 195 milioni di euro sono stati trasferiti per la realizzazione di progetti di integrazione sociale. Altri arrivano tramite il Fondo per lo sviluppo. Ma così facendo, diventiamo complici di un governo che non ha ancora capito che senza il rispetto dei diritti umani non vi è Cotonou, non vi è Stato e non vi può essere l'amicizia dell'Europa.

Chiediamo quindi all'alto rappresentante di non chiudere gli occhi e di far quanto in suo potere affinché l'Europa non diventi partecipe di chi, oggi, come già nel 2012, ha imprigionato un uomo che è simbolo di una lotta impari, alla quale noi tutti dobbiamo affiancarci con forza e determinazione. Biram Dah Ould Abeid deve essere liberato. Tutto il popolo mauritano deve essere liberato.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI). – Κύριε Πρόεδρε, είναι ίσως απίστευτο, αλλά στον 21ο αιώνα περισσότεροι από το 20% του πληθυσμού της Μαυριτανίας είναι σκλάβοι.

Η κυβέρνηση της χώρας, αντί να προσπαθήσει να αντιμετωπίσει την απαράδεκτη αυτή κατάσταση, έκανε κάτι πιο απλό: Συνέλαβε τον κ. Αμπέιντ, πρόεδρο μίας ακτιβιστικής οργάνωσης κατά της δουλείας, με ανυπόστατες κατηγορίες καθώς επίσης και ορισμένα από τα μέλη της οργάνωσέως του.

Donnerstag, 18. Dezember 2014

Θα μου πείτε ότι η στάση της κυβέρνησης της Μαυριτανίας ενδεχομένως να μην προκαλεί έκπληξη, διότι είναι αντιδημοκρατική και θα την καταδικάσουμε. Όταν όμως την ίδια στάση τηρεί και μια κυβέρνηση δημοκρατικής χώρας, όπως η κυβέρνηση της Ελλάδας, η οποία, κατόπιν ωμής παρεμβάσεως του Πρωθυπουργού στη δικαιοσύνη, κρατάει επί 14 μήνες παράνομα στη φυλακή τον αρχηγό, βουλευτές και στελέχη του τρίτου σε δύναμη πολιτικού κόμματος της Ελλάδος, της Χρυσής Αυγής, γιατί δεν δείχνουμε την ίδια ευαισθησία;

Το θέμα αυτό το γνωρίζετε διότι έχουν αναφερθεί σ' αυτό κατ' επανάληψη και άλλοι δύο συνάδελφοί μου ευρωβουλευτές. Το αναφέρω όμως για να δείξω πόση υποκρισία υπάρχει σ' αυτή την αϊδουσα.

Εάν πιστεύετε πως έχω άδικο και σας αδικώ, παρακαλώ με τη συμπεριφορά σας να με διαψεύσετε.

Bogdan Brunon Wenta (PPE). - Panie Przewodniczący! Choć niewolnictwo zniesiono w Mauretanii dopiero w 1981 r., do dziś brakuje tam przepisów egzekwujących ten zakaz. Warto również podkreślić fakt, iż w Mauretanii ma ono charakter dziedziczny i jest związane z urodzeniem w tej, a nie innej grupie etnicznej. Unia Europejska nie może godzić się na łamanie praw człowieka, tym bardziej, że dzieje się to w kraju z grupy AKP, z którą przecież współpracuje.

Jednak starania państw zewnętrznych to często za mało dla zmiany *status quo*. Przede wszystkim niezbędna jest praca aktywistów lokalnych, stąd moje poparcie dla działania Birama Dah Abeida i innych osób walczących z niewolnictwem, osadzanych zresztą wielokrotnie w więzieniach. Wzywam do uwolnienia Birama Dah Abeida i innych abolicjonistów, a także do realnej walki rządu w Nawakszucie z problemem niewolnictwa, gdyż tylko działania w kierunku demokracji i stabilności umożliwią owocne relacje między Unią Europejską i Mauretanią oraz wspieranie rozwoju tego kraju.

Seán Kelly (PPE). - A Uachtaráin, seo an tríú bliain i ndiaidh a chéile go bhfuilimid ag caint faoi chearta daonna sa limistéar seo den domhan agus i ndáiríre is deacair a chreidiúint go bhfuilimid ag caint faoi sclábhaíocht sa lá atá inniu ann. Ach sin díreach mar atá, agus go háirithe nuair a thuigimid gurb í an Mháratáin an tír dheireanach ar domhan chun sclábhaíocht a chur ar ceal go hoifigiúil i mbliain 1981. Anois trí bliana is tríocha ina dhiaidh sin deirtear go bhfuil suas le 4 % nó níos mó, b'fhéidir suas le 20 % den daonra faoi sclábhaíocht.

Ní féidir cur suas leis seo agus caithfidh brú a chur ar an Máratáin cloí lena rialacha féin agus go háirithe seans a thabhairt do na sclábhaith atá ag déanamh feirmeoireacht ar thalamh le cianta a bheith ina n-úinéirí ar an dtalamh sin agus freisin an fear iontach cróga Biram Dah Abeid a ligean saor. Níl aon chúis go bhfuil sé i bpríosún in aon chor.

Intervenciones con arreglo al procedimiento de solicitud incidental de uso de la palabra («catch the eye»)

Lidia Joanna Geringer de Oedenberg (S&D). - Panie Przewodniczący! Biram Dah Abeid jest przywódcą Inicjatywy na rzecz zniesienia niewolnictwa, skupiającej około 9 tysięcy działaczy. W 2013 r. za swą działalność otrzymał Nagrodę Praw Człowieka Organizacji Narodów Zjednoczonych. Niestety, 11 listopada Biram Dah Abeid wraz z 16 aktywistami swojego ruchu po pokojowym marszu na rzecz zniesienia niewolnictwa został skazany i uwięziony.

Wzywamy do ich natychmiastowego uwolnienia. Mauretania jest krajem partnerskim Unii Europejskiej na podstawie umowy stowarzyszeniowej AKP. Przypominamy więc, że Unia Europejska jest przeciwna niewolnictwu, pracy dzieci, ich okaleczaniu oraz wszelkim innym przejawom ograniczenia wolności obywatelskich. Domagamy się od rządu Mauretanii respektowania przyjętych międzynarodowych zobowiązań i wdrożenia stosownych przepisów chroniących własnych obywateli.

Komisja Europejska i Europejska Służba Działań Zewnętrznych powinny zacieśnić relacje z władzami Mauretanii, co umożliwiłoby kontynuowanie misji tamtejszych aktywistów na rzecz ochrony praw człowieka i skutecznej walki z różnymi odmianami niewolnictwa.

Νότης Μαριιάς (ECR). - Πράγματι, εδώ έχουμε ένα κατ' εξοχήν ψήφισμα που αφορά την προστασία των ανθρωπίνων δικαιωμάτων, χωρίς πολιτικές σκοπιμότητες όπως ήταν το προηγούμενο ψήφισμα που αφορούσε τη Βενεζουέλα. Η δουλειά είναι γενικευμένο καθεστώς στη Μαυριτανία και πρέπει να σταματήσουν οι διώξεις κατά των ακτιβιστών των ανθρωπίνων δικαιωμάτων και του Biram Dah Abeid.

Donnerstag, 18. Dezember 2014

Καταδικάζω λοιπόν τη δουλεία που υπάρχει στη Μαυριτανία. Υποστηρίζω το ψήφισμα, και ορθώς το Ευρωπαϊκό Κοινοβούλιο ασχολείται με την προστασία των ανθρωπίνων δικαιωμάτων. Οφείλει όμως να κάνει το ίδιο και για την παραβίαση των ανθρωπίνων δικαιωμάτων στην ίδια την Ευρωπαϊκή Ένωση, στις χώρες οι οποίες βρίσκονται υπό μνημόνιο· στις χώρες όπου η Τρόικα παραβιάζει βίαια τα ανθρώπινα δικαιώματα.

Και μάλιστα, φτάσαμε σε σημείο η Επιτροπή να πει, απαντώντας σε ερώτηση, ότι δεν μπορεί να τηρήσει τα ανθρώπινα δικαιώματα στην περίπτωση της Ελλάδας διότι εκεί εφαρμόζεται το μνημόνιο. Είναι απαράδεκτο και το καταδικάζουμε.

(Χειροκροτήματα)

Ivan Jakovčić (ALDE). - Gospodine predsjedniče, zar je moguće da danas u ovom Parlamentu raspravljamo o jednoj zemlji koja je ustvari naš partner, a koja prakticira robovlasništvo?

Mauretania je, kolege i kolegice, članica Unije za Mediteran, članica, dakle, jedne unije koju smo mi pokrenuli u Europskoj uniji. U tom kontekstu želim jasno izraziti snažnu podršku ovoj rezoluciji, želim reći vrlo jasno da očekujem da Visoka povjerenica Mogherini učini sve za oslobođanje gospodina Abeida iz zatvora u Mauretaniji jer je on postao simbol borbe protiv jednog sustava, ali prije svega protiv nehumanih uvjeta u kojima živi gotovo 20% stanovništva Mauretanijske. Zato očekujem odlučnu akciju gospođe Mogherini.

(Fin de las intervenciones con arreglo al procedimiento de solicitud incidental de uso de la palabra («catch the eye»))

Benedetto Della Vedova, Presidente in carica del Consiglio. - Signor Presidente, onorevoli deputati, accogliamo con soddisfazione la risoluzione d'urgenza del Parlamento europeo sulla situazione dei diritti umani in Mauritania, che tocca da vicino il caso di Biram Dah Abei e di altri membri della sua organizzazione, l'IRA. Conosciamo bene il caso di Biram, difensore dei diritti umani mauritani e attivista nel campo della lotta contro la schiavitù, arrestato più volte per le sue convinzioni e le sue azioni e accusato di apostasia nel 2012.

Biram è il presidente dell'IRA, l'Iniziativa per la rinascita del movimento abolizionista contro la schiavitù, attività che gli è valsa numerosi tributi internazionali nel campo dei diritti umani. Come uomo politico si è inoltre candidato alle ultime elezioni presidenziali nel giugno scorso. Biram è stato arrestato insieme ad altri membri dell'IRA in occasione di un raduno non autorizzato, con l'accusa di disturbo dell'ordine pubblico, oltraggio alle autorità e appartenenza a un'organizzazione non riconosciuta.

Secondo la sua organizzazione, il raduno serviva a denunciare il mancato rispetto dei diritti fondiari tradizionali dei mauritani, perlopiù neri, del sud del paese, nelle vicinanze del confine con il Senegal. Contemporaneamente le autorità mauritane dichiarano che Biram è ora nelle mani dei giudici, oggetto di procedimenti giudiziari.

Siamo molto preoccupati per questi ultimi arresti. Tramite la nostra delegazione in Mauritania, siamo in regolare contatto con l'organizzazione di Biram, veniamo informati della sua situazione in carcere e dell'andamento dei procedimenti giudiziari. Cogliamo ogni occasione per dialogare con le autorità sulla questione. Gli ambasciatori dell'Unione europea in Mauritania hanno sollevato il caso di Biram con il Primo ministro subito dopo l'arresto e ulteriori discussioni in merito si sono svolte il 15 dicembre nell'ambito del dialogo politico previsto dall'accordo di Cotonou. In quella occasione l'Unione europea ha ribadito la necessità di rispettare pienamente lo stato di diritto e i diritti di Biram e ha sottolineato che l'uguaglianza e la non discriminazione per tutte le comunità etniche e razziali sono fattori fondamentali per l'unità e la stabilità del paese.

L'Unione europea continuerà a seguire molto da vicino il caso di Biram Dah Abei; continueremo anche a dialogare con le autorità e la società civile per garantire che sia trattato in modo equo e imparziale. Qualora lo sviluppo della situazione lo richieda, non esiteremo a intervenire ulteriormente. Siamo stati informati che il processo potrebbe avere luogo già oggi. La delegazione dell'Unione europea in loco sta seguendo gli sviluppi e seguirà da vicino il processo, che in ogni caso dovrebbe svolgersi il più presto possibile.

Donnerstag, 18. Dezember 2014

Signor Presidente, onorevoli deputati, l'Unione europea ha avviato un dialogo regolare con la Mauritania sulla questione dei diritti dell'uomo. Stiamo anche sostenendo il governo nel suo impegno di rafforzare le istituzioni e armonizzare la legislazione con norme in materia dei diritti umani ma occorre fare di più. Nel marzo 2014 la Mauritania ha adottato un *road map* promossa dalle Nazioni Unite con una serie di raccomandazioni per sradicare le schiavitù fino alle ultime forme. Ha anche convenuto di istituire uno speciale tribunale penale che si occupi dei casi di schiavitù.

L'Unione europea sta fortemente incoraggiando il governo a portare avanti l'attuazione della *road map*. In questo impegno siamo in stretto contatto con l'Ufficio dell'ONU per i diritti umani. Organizziamo inoltre riunioni periodiche con i difensori dei diritti umani, che ci permettano di avere una visione più completa della situazione e di capire come vedono gli sforzi del governo e, a tal proposito, ricordiamo che l'Unione europea finanzia anche tre progetti a titolo del programma per i diritti umani e la democrazia in Mauritania che va a beneficio delle ONG locali. Il caso di Biram ci ricorda però che occorre fare ancora molti progressi.

Posso assicurarvi che nell'ambito del nostro dialogo e della nostra cooperazione con la Mauritania, la questione dei diritti umani, compresi i problemi della schiavitù e delle pratiche ancora esistenti e il caso di Biram Dah Abei e altri casi che potranno emergere in futuro rimarranno al primo posto dei nostri ordini del giorno e continueranno ad essere una priorità della nostra azione diplomatica.

El Presidente. - Se cierra el debate.

La votación tendrá lugar después de los debates.

Declaraciones por escrito (artículo 162 del Reglamento)

Kashetu Kyenge (S&D), per iscritto. – Con questa risoluzione il Parlamento, ancora una volta, mostra il suo impegno a favore della tutela dei diritti umani e della democrazia. Deploriamo ogni forma di schiavitù, di violenza, di limitazione delle libertà individuali, di discriminazione razziale e crediamo fortemente nel dialogo con le autorità mauritane al fine di contribuire alla democrazia, alla stabilità e allo sviluppo del paese. La Mauritania rappresenta un partner strategico nel quadro della strategia dell'UE per la sicurezza e lo sviluppo nel Sahel e un interlocutore importante per portare avanti delle politiche in materia di diritti umani chiare e attuabili, in linea con il quadro strategico dell'UE sui diritti umani e la democrazia. Sollecito a tale proposito la creazione di missioni di osservatori del Parlamento europeo presso le autorità politiche, amministrative e giudiziarie del governo mauritano, con il compito di riportare i progressi che il Paese compie verso il processo di democrazia e tutela dei diritti umani.

2.3. Sudan: Fall Dr. Amin Mekki Medani

El Presidente. - El punto siguiente es el debate sobre siete propuestas de Resolución relativas a Sudán: el caso de Amin Mekki Medani [(2014/3000(RSP)].

Judith Sargentini, Auteur. - Voorzitter, wij vragen hier vandaag om aandacht voor drie mensenrechtenactivisten in Sudan: meneer Amin Mekki Medani, meneer Farouk Abu Eissa, meneer Farah Ibrahim Mohammed Alagar. We stonden hier voor de zomervakantie ook om aandacht te vragen voor een vrouw in de gevangenis met een kind in Sudan. We kunnen dit keer op keer blijven doen. Wat wij zeker weten is dat het regime in Sudan geen enkel respect heeft voor mensenrechten.

Meneer Amin Mekki Medani werd opgepakt in Khartoum, de hoofdstad van Sudan, nadat hij terugkeerde van een activiteit in het buitenland. Hij had daar een resolutie ondertekend die vroeg om democratie in Sudan en die ervoor moest zorgen dat de oppositie zich verenigt voor verkiezingen in het voorjaar. Diezelfde oppositie heeft al gezegd dat de verkiezingen in het voorjaar, in april 2015 op deze manier niet te vertrouwen zijn. Ik vind het zeer moeilijk om te zien hoe in een land als Sudan alles keer op keer opnieuw verkeerd gaat en hoe de stimulansen die er komen, door de regering onderdrukt worden.

Gisteravond hebben we hier gepraat over het Khartoum-proces, een proces waarbij de Europese lidstaten met de Noord-Afrikaanse landen een overeenkomst hebben gesloten om migranten in Afrika te houden. Die overeenkomst werd onder andere met Sudan gesloten. Het lijkt mij in het licht van het oppakken van deze drie mensenrechtenactivisten een ontzettende schande dat wij ons inlaten met een land als Sudan en er zo voor zorgen dat hun mensen in een nog gevaarlijker situatie terechtkomen simpelweg omdat zij niet meer kunnen vluchten.

Donnerstag, 18. Dezember 2014

Joachim Zeller, Verfasser. - Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Erst im Mai dieses Jahres wurde die internationale Öffentlichkeit aufgeschreckt durch das Todesurteil gegen die sudanesishe Christin Maryam Yahya Ibrahim Ishaq, die wegen ihres Glaubens hingerichtet werden sollte. Der sofortige internationale Protest hatte bewirkt, dass sie freikam und den Sudan verlassen konnte.

Jetzt braucht unsere dringende Hilfe und Aufmerksamkeit Dr. Amin Mekki Medani, ein ausgewiesener Menschenrechtsaktivist in seinem Land, Sudan, der am 6. Dezember vom sudanesischen Geheimdienst verhaftet und inhaftiert wurde, weil er den *Sudan Call* unterschrieben hat. Im *Sudan Call* fordern Vertreter verschiedener politischer Gruppen des Sudans ein Ende der wieder aufgeflammt Kämpfe und Menschenrechtsverletzungen in verschiedenen Regionen des Sudans und die Einleitung eines Friedens- und Versöhnungsprozesses in Vorbereitung der Wahlen.

Wir fordern die sofortige Freilassung von Dr. Amin Mekki Medani, der bereits 76 Jahre alt und auf die ständige Einnahme von Medikamenten angewiesen ist, was ihm von den sudanesischen Sicherheitskräften verweigert wird. Das ist für ihn lebensbedrohlich. Wir fordern von den Machthabern im Sudan, endlich einen Friedensprozess einzuleiten und die Bürger- und Menschenrechte in ihrem Land zu beachten.

Charles Tannock, author. - Mr President, the ECR Group calls for the Sudanese authorities to release Dr Amin Mekki Medani immediately. His arrest was not only arbitrary but his detention is considered a reprisal in order to sanction and stop his legitimate human rights activities.

Following his arrest shortly after he returned from Addis, serious concerns were raised for his safety. He is 76 years old, suffers from high blood pressure and diabetes and has been denied the right to take his medication by the security services. The Sudanese authorities, led by the indicted war criminal President Omar al-Bashir, have acted deplorably in this case.

Furthermore, in addition for calling for Dr Medani's immediate release, my Group urges the authorities to put an end to all acts of harassment and intimidation against human rights defenders in general and, lastly, to comply with the UN Declaration on Human Rights Defenders and all regional and international human rights instruments ratified by Sudan.

Josef Weidenholzer, Verfasser. - Herr Präsident! Wir beschäftigen uns bereits zum dritten Mal innerhalb kurzer Zeit mit der Situation in der Region mit der Menschenrechtsproblematik. Immer hören wir, dass es im Interesse von Stabilität sein könne, Menschenrechte auszusetzen. Das ist eine verkehrte und gefährliche Sicht der Dinge. Stabilität gibt es nur dann, wenn Rechtsstaatlichkeit vorherrscht und die Menschenrechte hochgehalten werden, so wie es der „Sudan Call“ vorsieht, der Anfang Dezember von unterschiedlichsten Gruppen unterzeichnet wurde. Mit dabei war auch Dr. Amin Mekki Medani, ein hoch angesehener ehemaliger Politiker und Menschenrechtsaktivist.

Wir fordern die unverzügliche Freilassung von Dr. Medani, und wir fordern den Sudan auf, endlich den Dialog mit den konstruktiven Kräften des Landes zu suchen.

Ignazio Corrao, Autore. - Signor Presidente, onorevoli colleghi, avete sentito parlare di *Sudan Call*? Un appello per la fine del partito unico in Sudan e una raccolta firme per un governo di transizione in questo paese. L'inchiostro dell'appello di *Sudan Call* è finito nel momento in cui la *National intelligence and security service* del governo sudanese hanno cominciato ad arrestare i firmatari. Tra i firmatari c'è Amin Mekki Madani, avvocato e difensore dei diritti umani, e Farouk Abu Issa, leader dell'opposizione: persone arrestate soltanto perché hanno deciso di opporsi ad un governo ed esprimere una voce diversa.

Ecco, in Sudan succede che, sistematicamente si verificano violenze contro chiunque decida di portare avanti qualsiasi movimento di resistenza pacifica. Queste persone, sono persone coraggiose che noi dobbiamo cercare di difendere e la risoluzione è tesa a questo. Cerchiamo di approvarla.

Urmas Paet, author. - Mr President, the situation in Sudan still needs our urgent attention. There are constant reports of the killing and torture of people, harassment of political activists and human rights defenders, as well as cases of Sudanese government soldiers using sexual violence, including gang rape of teenage girls, as a weapon of war against the rebels. The Sudanese authorities must stop their harassment and must comply with the relevant international norms and standards, in particular the UN Declaration on Human Rights Defenders of 1998, and all regional and international human rights instruments also ratified by Sudan.

Donnerstag, 18. Dezember 2014

The recent case of the arrest of Dr Amin Mekki Medani is another example of what is wrong in Sudan. He must be released immediately. The ICC Prosecutor already presented, years ago, evidence showing that Sudanese President al-Bashir committed crimes of genocide, crimes against humanity and war crimes, but al-Bashir is still president, he is still free and crimes continue. The UN and ICC must finally implement what has been decided, to stop the violations of human rights in Sudan and harassment against human rights defenders.

Marie-Christine Vergiat, auteure. - Monsieur le Président, je suis de celles et ceux qui ont dénoncé, hier soir, le processus de Khartoum qui légitime les dictateurs de la Corne de l'Afrique. C'est particulièrement vrai pour le Soudan, où le sinistre El-Béchir sévit depuis 1989.

Pourtant, ses jours pourraient être comptés. Jamais l'opposition ne s'est rassemblée aussi largement et c'est bien cela qui explique le comportement des autorités soudanaises: annonce d'élection, mise en échec des accords d'Addis-Abeba, reprise des bombardements sur la population civile et répression accrue tous azimuts, notamment à l'encontre d'Amin Mekki Medani et de Farah Ibrahim Mohamed Alagar, hautement symbolique, puisqu'ils sont signataires de l'appel pour le Soudan.

Les carences de la communauté internationale face à cette situation inédite, y compris au Conseil de sécurité de l'ONU, incapable de condamner les exactions commises par la MINUAD, sont impardonnables.

Nous devons non seulement demander la libération de tous les prisonniers politiques, mais aussi soutenir l'opposition soudanaise dans sa demande de mise en œuvre d'un processus de dialogue permettant enfin à la population soudanaise, et non aux dictateurs qui l'oppriment, de vivre en paix.

Francesc Gambús, en nombre del Grupo PPE. – Señor Presidente, la verdad es que yo nunca había tenido la sensación de estar hablando en una plaza pública como en este momento. No voy a utilizar mi tiempo resumiendo los hechos porque ya han sido ampliamente expuestos.

Amin Mekki Medani es un hombre, parece ser, peligrosísimo: 76 años de edad; padece problemas médicos, pero ha sido detenido junto con otros y otras por querer un futuro mejor para su pueblo, por querer ese futuro de manera pacífica, por querer ese futuro desde los valores democráticos, por querer ese futuro desde los valores ciudadanos que, desde la Unión Europea, compartimos porque también son nuestros valores.

Es peligrosísimo —parece— comprometerse a trabajar para conseguir el final de los conflictos que azotan a las diferentes regiones de Sudán, y en las reformas legales, institucionales y económicas necesarias.

Sudán se encuentra en un período crítico en el que el diálogo político es muy frágil, por lo que la figura del señor Medani es ahora más necesaria que nunca.

La Unión Europea debe instar al Gobierno de Sudán, como hace esta Resolución, a garantizar el ejercicio pacífico de las libertades de expresión, asociación y reunión, los derechos humanos, así como la inmediata liberación del señor Medani y el resto de activistas.

Kashetu Kyenge, a nome del gruppo S&D. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, i venti di guerra in Sudan non si sono attenuati. Ad oggi vengono documentate violazioni dei diritti umani in tutto il paese da varie organizzazioni per i diritti umani. I massacri nella regione del Darfur, i bombardamenti contro la popolazione del Kordofan meridionale e le incursioni contro i civili nella regione del Nilo Azzurro, sono tutti eventi che testimoniano, appunto, queste violazioni dei diritti umani. A tutto questo si aggiungono gli abusi nei confronti delle voci e del dissenso a Khartoum e di chi denuncia queste violazioni. È il caso di Amin Mekki Medani, una di queste voci. Arrestato pochi giorni fa all'età di 76 anni, si trova detenuto in modo arbitrario dagli agenti della sicurezza sudanese.

Con questa risoluzione, signor Presidente, chiediamo con forza l'avvio di un dialogo di pace inclusivo, in grado di traghettare il paese verso una democrazia compiuta e uno stato di diritto. Senza un serio processo di pace interno in Sudan, l'intera area del Corno d'Africa rischia di vedere fallire ogni tentativo di stabilizzazione, con conseguenze inevitabili anche sui flussi migratori e verso Sud. La liberazione di Medani sia il primo passo verso la pace, verso il dialogo e la fine delle violazioni.

Donnerstag, 18. Dezember 2014

Valdemar Tomaševski, ECR frakcijos vardu. – Politinė, socialinė padėtis Sudane tampa vis nestabilesnė. Ši šalis pasiekė kritinį tašką savo istorijoje, kai valstybinės institucijos pradėjo naudoti ypač represinius policijos metodus. Jų tikslas yra apriboti žodžio bei pasisakymo laisvę. Taip pat siekiama uždrausti laisvas politines diskusijas. Ši veikla yra neteisėta. Tai pažeidžia tarptautinės teisės normas bei standartus. Kaip Piliečių laisvių komiteto narys, noriu atkreipti dėmesį į nerimą keliantį įvykį – žmogaus teisių gynėjo daktaro Medani suėmimą. Norėdama apginti pagrindines Sudano gyventojų teises, Europos Sąjunga privalo reaguoti griežtai. Taip pat reikėtų atkreipti dėmesį į persekiojimą dėl tikėjimo. Turi būti užtikrinta tikėjimo laisvė, tai negali būti persekiojimo priežastis. Nusiųskime aiškų signalą, neleiskime tylėti atviros diskriminacijos metu.

Fabio Massimo Castaldo, a nome del gruppo EFDD. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, tante cose si potrebbero dire sul Sudan e sono quasi tutte dolorose. Si potrebbe parlare della situazione umanitaria in Darfur, una crisi persistente ben lungi dall'essere risolta, o del fatto che la Corte penale internazionale abbia da poco sospeso il procedimento per crimini di guerra commessi nella regione e di conseguenza sul presidente Omar Hassan al-Bashir, constatando con amarezza la mancanza di iniziativa delle Nazioni Unite al riguardo e quindi lo spreco di risorse nel tener tale procedimento aperto.

Voglio perciò limitarmi in questo minuto a lanciare un appello. Un appello per il Dott. Medani, un difensore dei diritti umani, un'attivista, un uomo coraggioso ma anziano e malato, arrestato senza cerimonie per aver partecipato ad un'iniziativa dal nome *Sudan Call* finalizzata solo ad aiutare il proprio popolo ad uscire dalla dittatura.

Un appello per tutti gli altri che per lo stesso motivo sono stati incarcerati, per i rappresentanti dell'opposizione, per i giornalisti e per tutti coloro che hanno pagato a caro prezzo il desiderio di libertà e democrazia, proprio alla vigilia di nuove elezioni farsa. Liberateli! Lo dico al governo sudanese e a tutta la comunità internazionale. Liberateli! Perché un paese che arresta i propri figli è un paese che arresta e uccide il suo futuro.

Aymeric Chauprade (NI). - Monsieur le Président, chers collègues, le 6 décembre dernier, le docteur Medani, avocat et militant des droits de l'homme, a été arrêté par les services de sécurité soudanais.

Ce cas montre, une nouvelle fois, que le Soudan, en proie à une guerre civile sanglante, subit une répression à l'encontre de toutes les formes de liberté, qu'il s'agisse de la liberté d'expression – dans le cas du docteur Medani – ou de la liberté religieuse, puisque vous le savez, chers collègues, les chrétiens sont largement persécutés dans ce pays. Nous nous souvenons, pour notre part, du sort de Meriam, une chrétienne condamnée à la peine de mort pour apostasie par un tribunal de Khartoum.

La résolution qui nous est proposée n'est cependant pas acceptable en l'état. Elle est un modèle de volonté d'ingérence totale et, je dirais même, presque d'arrogance occidentale. Je le répète: si nous condamnons les mauvais traitements, nous ne sommes pas ici pour dicter aux peuples la nature des régimes politiques dont ils doivent se doter.

En conséquence, notre position sera l'abstention, car voter pour cette résolution reviendrait à cautionner l'ingérence, alors que voter contre reviendrait à s'asseoir sur le crime.

Lidia Joanna Geringer de Oedenberg (S&D). - Panie Przewodniczący! Po raz kolejny na forum Parlamentu Europejskiego poruszamy problem prześladowania obrońców praw człowieka przez służby bezpieczeństwa w Sudanie. 6 grudnia aresztowano 76-letniego dr Aminę Mekkiego Medaniego – znanego działacza i propagatora rządów prawa.

Zatrzymanie było odpowiedzią na podpisaną przez niego deklarację w sprawie „ustanowienia państwa obywatelskiego i demokracji”, w ramach której sygnatariusze, głównie z partii opozycyjnych, w tym z Sudańskiego Frontu Rewolucyjnego, apelują o zakończenie konfliktów zbrojnych w różnych regionach Sudanu, wzywając do przeprowadzenia reform prawnych, instytucjonalnych i gospodarczych.

Donnerstag, 18. Dezember 2014

Stanowczo potępiamy nielegalne przetrzymywanie w areszcie ciężko chorego i pozbawionego dostępu do leków dr Medaniego. Apelujemy o natychmiastowe jego uwolnienie, a także wszystkich innych więźniów politycznych. W świetle szerzących się w kraju represji oczekujemy, że władze Sudanu położą kres bezprawnym zatrzymaniom i wywiążą się ze swoich zobowiązań zawartych w deklaracji Narodów Zjednoczonych dotyczących zagwarantowania podstawowych swobód obywatelskich, w tym wolności słowa, zgromadzeń i wyznania.

Georg Mayer (NI). - Herr Präsident! Wie wir heute schon gehört haben, wurde Dr. Medani Anfang Dezember durch sudanesische Behörden verhaftet. Der Grund ist meines Wissens noch nicht ganz geklärt, wahrscheinlich ist es deshalb, weil er den *Sudan Call* unterschrieben hat. Das ist eine Initiative, die Frieden und Demokratie im Sudan einführen will. Meines Erachtens ist es ganz besonders tragisch, einen 76-Jährigen deswegen zu verhaften, weil er für Demokratie eintritt.

Wir brauchen aber gar nicht so weit, in den Sudan, zu schauen, denn am 14. Dezember dieses Jahres wurden in der Türkei 31 Personen verhaftet, viele davon Journalisten. Diese Vorgehensweise der Türkei ist für mich besonders beachtenswert, wenn man daran denkt, dass der europäische Steuerzahler jährlich eine Milliarde Euro – ich wiederhole das: eine Milliarde Euro jährlich – an die Türkei als Heranführungshilfe zahlt, insgesamt seit 2007 4,9 Milliarden EUR. Ein Mehrwert durch diese Zahlungen ist allerdings nicht feststellbar. Im Gegenteil: Es scheint, dass sich die Türkei immer weiter weg von unseren Werten bewegt.

(Se suspende el debate)

3. Begrüßung

El Presidente. - Querría dar la bienvenida a la delegación del Parlamento suizo, encabezada por Kathy Riklin, y que cuenta con la presencia de los Vicepresidentes de la Comisión de Asuntos Exteriores del Consejo Nacional, Roland Rino Büchel, y de la Comisión de Asuntos Exteriores del Consejo de los Estados, Christian Levrat. La delegación suiza ha participado esta mañana en la trigésimo tercera reunión interparlamentaria Unión Europea-Suiza y, además, ha mantenido un excelente debate con sus interlocutores del Parlamento Europeo. Ni que decir tiene que confiamos en que todo ello contribuya a solucionar las actuales divergencias entre la Unión Europea y Suiza.

4. Aussprache über Fälle von Verletzungen der Menschenrechte, der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit (Fortsetzung der Aussprache)

4.1. Sudan: Fall Dr. Amin Mekki Medani (Fortsetzung der Aussprache)

El Presidente. - Reanudamos el debate sobre siete propuestas de Resolución relativas a Sudán: el caso de Amin Mekki Medani [(2014/3000(RSP)] .

Benedetto Della Vedova, Presidente in carica del Consiglio. - Signor Presidente, onorevoli deputati, accogliamo con favore l'iniziativa del Parlamento europeo per la risoluzione d'urgenza sul caso di Amin Mekki Medani, il presidente della Confederazione delle organizzazioni della società civile sudanesi. Arrestato, come è stato ricordato più volte nel corso del dibattito, dalle forze di sicurezza sudanesi il 6 dicembre 2014, Amin Mekki Medani è da allora detenuto in isolamento e il suo arresto si iscrive nella campagna del governo contro il cosiddetto *Sudan Call*, l'appello per la pace e il cambiamento democratico che Amin Mekki Medani ha firmato, in quanto rappresentante dei gruppi della società civile sudanese, il 3 dicembre ad Addis Abeba, insieme ad altri leader dei principali partiti di opposizione e dei movimenti ribelli.

Amin Mekki Medani è per noi una persona di grande levatura morale che si batte indefessamente, come avvocato e attivista di spicco della società civile, in difesa dei diritti umani in Sudan e a livello internazionale. Nel 2013 la delegazione dell'Unione europea gli ha conferito il premio per i diritti umani e l'ha coinvolto assiduamente nelle sue attività.

Donnerstag, 18. Dezember 2014

Chiediamo al governo sudanese di rendere immediatamente la libertà a lui e agli altri prigionieri politici. Il capo della delegazione dell'Unione a Khartoum, che tiene i contatti con i familiari, sta discutendo il suo caso con le alte sfere. L'arresto e la carcerazione di Amin Mekki Medani non solo sono in rotta con il diritto e la costituzione sudanesi, sono una flagrante violazione della libertà di espressione. Una violazione che confligge peraltro con gli obiettivi ed i principi del dialogo nazionale, annunciato dal governo nei primi mesi del 2014. È evidente che un siffatto dibattito pubblico sulle basi e sulle politiche dello Stato non potrà avere successo in assenza di un clima di libertà di espressione per i cittadini e fino a quando le armi non saranno deposte. È ciò che si aspettano i ministri degli Esteri dell'Unione, come risulta dalle conclusioni del 20 ottobre.

La situazione dei diritti umani in Sudan continua a destare profonda preoccupazione: arresti arbitrari, intimidazione, maltrattamenti a danno di attivisti politici, difensori dei diritti umani e giornalisti, restringono pesantemente lo spazio politico. I media subiscono controlli e censura mentre i conflitti in Darfur, nel Kordofan meridionale, nella regione del Nilo Azzurro continuano a infliggere traumi e sofferenze profonde, con bombardamenti aerei indiscriminati, terre bruciate, sfollamenti di massa, violenze diffuse contro donne e bambini e il divieto di accesso umanitario, il tutto nella più totale impunità.

Chiediamo che venga messa fine a questi conflitti e troviamo preoccupante che i colloqui di pace condotti dal gruppo dell'Unione africana sotto l'egida del presidente Mbeki siano stati sospesi la scorsa settimana senza esito alcuno. Desidero assicurarvi che i diritti umani e la pace continueranno ad essere la nostra principale preoccupazione in tutti i contatti con gli attori sudanesi.

Signor Presidente, ringrazio per l'attenzione e colgo l'occasione, a nome della Presidenza italiana, per rivolgere a lei e a tutti i parlamentari i migliori auguri di buone feste e di buon anno.

El Presidente. - Muchas gracias, señor Della Vedova. Le agradecemos su compromiso desde la Presidencia italiana con la Unión Europea

Se cierra el debate.

La votación tiene lugar a continuación.

Bruno Gollnisch (NI). - Monsieur le Président, ma motion d'ordre se fonde sur l'article 166 du règlement.

Nous défendons la liberté d'expression, et c'est très bien. Pour avoir exprimé, dans les couloirs de ce Parlement, mon désaccord avec une peinture hideuse, qui en cette période de Noël dégrade l'image du Christ et de sa mère, je suis poursuivi par le Président du Parlement, qui me demande des explications aux fins des sanctions que mériterait mon attitude.

Puisque le groupe majoritaire au Parlement se réclame de la démocratie chrétienne, qu'il exprime au moins, lui aussi, ce qu'il pense de cette image dégradante!

El Presidente. - Señor Gollnisch, no pretendemos cercenar la libertad de expresión de nadie, pero este es un asunto que está en manos de los Cuestores. Luego, menos populismo y menos oportunismo.

(Reacciones diversas)

Declaraciones por escrito (artículo 162 del Reglamento)

Donnerstag, 18. Dezember 2014

Hans-Olaf Henkel (ECR), *schriftlich*. – Als langjähriges Mitglied von Amnesty International und als Mitglied des Menschenrechtsausschusses dieses Parlaments fällt mir auf, dass sich Menschenrechtsverletzungen besonders in islamischen Ländern häufen. Ja, es stimmt, es gibt die Todesstrafe auch in 24 Bundesstaaten der USA, aber in den meisten westlichen Ländern ist sie abgeschafft. Dagegen gibt es sie in den meisten islamischen Ländern. Ja, es stimmt, es gibt immer noch massive Einschränkungen der Menschenrechte überall in der Welt, aber warum werden diese besonders in islamischen Ländern registriert? Warum enthält man dort über 50% der Menschen, den Mädchen und Frauen, ihre Menschenrechte vor? In Nigeria und im Iran werden tatsächliche und vermeintliche Ehebrecherinnen gesteinigt, in Saudi-Arabien dürfen Frauen kein Auto fahren, in vielen islamischen Ländern werden die Genitalien von Mädchen verstümmelt, werden Mädchen nicht so gut ausgebildet wie Jungen, gibt es Zwangsheiraten. Wann gibt es einmal eine unvoreingenommene Diskussion über die Häufung der Menschenrechtsverletzungen und die Abwesenheit von Pressefreiheit und Demokratie in 55 von 57 islamischen Ländern? Was tun wir, um den aufgeklärten Muslimen nicht nur im Libanon und in Tunesien sondern in allen islamischen Ländern mehr Einfluss zu gewähren?

Monica Macovei (PPE), *in writing*. – The human rights violations currently occurring in Sudan are reprehensible and must be dealt with urgently. The unjust arrest of Dr Medani is only one among the latest incidents in a long history of abuses by the Sudanese Government. Over the past year, Human Rights Watch reported serious violations of international humanitarian and human rights law; Sudanese security forces continue to arrest and detain activists, opposition party members, and people suspected of links to rebel groups. I echo this resolution's call to strongly denounce the arbitrary arrest and detention of Dr Medani and to consider it as a reprisal to sanction his legitimate human rights activities. I want to stress the importance of the recent signed Agreements on the National Dialogue and Constitutional Process as being instruments in making progress towards national peace, reconciliation and democratic governance in Sudan. Thus, I strongly urge the Commission, the Member States and all the international stakeholders to support this initiative and the Sudanese people in their transition to an internally reformed democracy and to make all the necessary efforts for the release of Dr Medani.

Marijana Petir (PPE), *napisan*. – Tražim od sudanske Vlade oslobađanje iz zatvora dr. Amina Mekkiya Medanija, kao i drugih aktivista za ljudska prava koji su uhićeni jer su izrazili svoje negodovanje protiv sudanske Vlade. Sudanska vlast treba početi poštivati međunarodne konvencije koje je potpisala.

Zdravlje gospodina Medanija je bitno narušeno, ne daju mu lijekove, a on ima 76 godina. Njegova ljudska prava se krše jer je potpisao inicijativu kojoj je cilj okončanje sukoba u Sudanu, uspostava društvenih i gospodarskih reformi i uspostava pravne države.

Političko i socijalno stanje u Sudanu je jako nestabilno, a mediji su izloženi cenzuri. Vlasti koriste protupravne mehanizme kako bi ograničile slobode svih onih koji drugačije misle. Pitanje drugačijeg mišljenja, a posebno pitanje vjere ne može biti temelj za bilo koji progon, a to se događa u Sudanu posebno kada je riječ o kršćanima protiv čega ja dižem svoj glas.

Europska unija mora natjerati sudansku vladu da oslobodi gospodina Medanija i da počne poštivati slobodu mišljenja, slobodu vjeroispovijesti i ljudska prava svojih građana.

Tadeusz Zwiefka (PPE), *na piśmie*. – Po raz kolejny Parlament Europejski w swojej rezolucji zwraca uwagę opinii publicznej na Sudan. To afrykańskie państwo pogrążone w chaosie prowadzonych działań wojennych i na progu katastrofy humanitarnej działaniami swojego rządu coraz bardziej oddala się od jakichkolwiek międzynarodowych standardów poszanowania praw człowieka. Bezpodstawne aresztowanie Dr Medaniego, powszechnie szanowanego obrońcy praw człowieka, jest tego jaskrawym przejawem. Patrząc na sytuację w Sudanie można odnieść wrażenie, że władze tego kraju działają w kierunku destrukcji państwa i społeczeństwa. Ograniczenia nakładane na organizacje pozarządowe, które starają się dostarczać pomoc humanitarną znajdującym się w dramatycznej sytuacji obywatelom Sudanu, świadczą o tym, że władze tego kraju mają za nic życie własnych obywateli. To państwo w sercu Afryki staje się czarną plamą na mapie świata i jeśli międzynarodowa społeczność nie podejmie skutecznych, pokojowych prób rozwiązania panujących na tych terenach konfliktów, może się wkrótce okazać, że sytuacja w Sudanie będzie destabilizować cały region. Nawołując do bezwarunkowego zwolnienia Dr Medaniego, nawołujemy jednocześnie władze Sudanu do opamiętania się i zmiany postawy wobec organizacji i jednostek, które chcą udzielać pomocy najbardziej potrzebującym w tym kraju.

Donnerstag, 18. Dezember 2014

IN THE CHAIR: ADINA-IOANA VĂLEAN

Vice-President

5. Vorlage von Dokumenten: siehe Protokoll

6. Genehmigung des Protokolls der vorangegangenen Sitzung: siehe Protokoll

7. Zusammensetzung des Parlaments: siehe Protokoll

8. Abstimmungsstunde

President. - The next item is the vote.

(For the results and other details of the vote: see Minutes)

8.1. Verfolgung der demokratischen Opposition in Venezuela (RC-B8-0375/2014, B8-0375/2014, B8-0376/2014, B8-0377/2014, B8-0378/2014, B8-0379/2014, B8-0380/2014) (Abstimmung)

— *After the vote:*

João Ferreira (GUE/NGL). - Senhora Presidente, os serviços têm nas últimas sessões recusado aceitar declarações de voto sobre as urgências, com o argumento de que o Regimento não o prevê. Ora, não é aceitável que numa votação como esta, que além do mais tem vários votos nominais, os deputados não se possam exprimir através de uma declaração de voto sobre as razões do seu voto. Julgo que é algo que nos devia levar a refletir a todos sobre esta... não ser justificada esta regra e, portanto, devia ser permitido que se apresentem declarações de voto.

President. - As you have just said, this is a rule in the Rules of Procedure and we take note of your objection.

8.2. Mauretanien, insbesondere Fall Biram Dah Abeid (RC-B8-0382/2014, B8-0382/2014, B8-0383/2014, B8-0384/2014, B8-0385/2014, B8-0386/2014, B8-0387/2014, B8-0388/2014) (Abstimmung)

8.3. Sudan: Fall Dr. Amin Mekki Medani (RC-B8-0389/2014, B8-0389/2014, B8-0390/2014, B8-0391/2014, B8-0392/2014, B8-0393/2014, B8-0394/2014, B8-0395/2014) (Abstimmung)

8.4. Anhang III der Verordnung (EU) Nr. 978/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates über ein Schema allgemeiner Zollpräferenzen (Abstimmung)

Donnerstag, 18. Dezember 2014

8.5. Keine Einwände gegen eine delegierte Verordnung: Im Voraus erhobene Beiträge zu Abwicklungsfinanzierungsmechanismen (Abstimmung)

9. Begrüßung

President. - Before moving to the next item on our agenda, allow me to welcome in the official gallery the President of Georgia, Giorgi Margvelashvili, who has come to Strasbourg to witness the historic vote of the consent on the EU-Georgia Association agreement.

(Applause)

On behalf of the European Parliament, a warm welcome to you and congratulations to the Georgian people on this remarkable achievement.

10. Abstimmungsstunde (Fortsetzung)

President. - We now continue with the vote.

10.1. Abschluss eines Assoziierungsabkommens mit Georgien (A8-0042/2014 - Andrejs Mamikins) (Abstimmung)

— *After the vote on paragraph 15:*

Cristian Dan Preda, author. - Madam President, I would like to move an oral amendment, but, first of all, let me welcome the former President of Georgia, Mikheil Saakashvili, who is also here.

(Applause and jeers)

I would like to move an oral amendment for a new paragraph 16, to read as follows: 'Welcomes the OSCE/ODIHR "Trial Monitoring Report Georgia" issued on 9 December 2014 and calls on the Georgian Government to seriously undertake efforts to meet the shortcomings identified therein.'

(The oral amendment was accepted)

10.2. Assoziierungsabkommen mit Georgien (A8-0041/2014 - Andrejs Mamikins) (Abstimmung)

President. - That concludes the vote.

11. Stimmerklärungen

11.1. Lage im Mittelmeerraum und Notwendigkeit eines ganzheitlichen Ansatzes der EU für Migration (B8-0362/2014)

Explicații orale privind votul

We will start with the explanations of vote that could not be taken yesterday and then we will continue with the explanations of vote on items voted today.

Donnerstag, 18. Dezember 2014

Laura Ferrara (EFDD). - Signora Presidente, onorevoli colleghi, le problematiche che oggi sollevano i flussi migratori provenienti dal Mediterraneo potranno essere affrontate con maggiore efficacia con un approccio olistico dell'Unione europea al fenomeno. Vi sono obiettivi ambiziosi ma necessari da raggiungere, con azioni che mirino ad evitare altre tragedie nel Mediterraneo, a ripensare le modalità delle vie legali di accesso, a smantellare i gruppi criminali che lucrano sulla disperazione dei migranti, al rispetto dei diritti umani e della dignità umana, alla revisione della legislazione europea in materia – in particolare del regolamento di Dublino – ad avere tempi rapidi nell'esame delle richieste dei migranti, ad avere rigorosi controlli su come vengono spesi i fondi concernenti immigrazione e asilo.

Quest'ultimo è un aspetto fondamentale: in Italia è in corso un'inchiesta che riguarda le speculazioni sui fondi concernenti il sistema di accoglienza. È stato svelato un inquietante intreccio tra ambienti politici e criminalità organizzata. L'attenzione per i controlli non deve mai venire meno. L'auspicio è che l'Unione europea intraprenda al più presto una discussione per rimodulare le sue politiche relative all'immigrazione. Per cui dichiaro il mio sostegno alla proposta di risoluzione.

Sven Schulze (PPE). - Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Die Flüchtlingssituation rund um das Mittelmeer wird immer schlimmer.

Der Krieg des Islamischen Staats in Syrien und im Irak, aber auch die fragile politische und wirtschaftliche Lage in Nordafrika zwingen immer mehr Menschen, nach Europa zu flüchten.

Ich verfolge vor allem die Situation in Syrien als Mitglied der Maschrik-Delegation sehr genau. Wir müssen diesen Menschen helfen, vor allem vor Ort, aber auch denen, die bereits in Europa sind.

Wichtig ist: alle EU-Mitgliedstaaten müssen sich nach ihrer Leistungsfähigkeit gegenseitig dabei unterstützen, so wie es der EU-Vertrag in Artikel 80 vorsieht. Dabei muss es bei der Verteilung der Flüchtlingsströme gerecht zugehen, denn sonst überfordern wir die Bevölkerung in unseren Mitgliedstaaten.

Ich fordere die Kommission auf, dies bei der Ausrichtung ihrer Flüchtlingspolitik zu beachten und hierzu geeignete Maßnahmen zu ergreifen.

Michela Giuffrida (S&D). - Signor Presidente, onorevoli colleghi, ho sostenuto la risoluzione perché si tratta di un ulteriore piccolo, ma importante passo per tenere alta la guardia su una problematica, quella dell'immigrazione, che non possiamo più permetterci con ipocrisia di definire emergenza. Un'emergenza che diventa *routine* è chiaramente un'ipocrita contraddizione; perciò non perdiamo occasione, già da domani, di imporci ogni giorno di richiedere a viva voce tutto quanto è ancora da fare.

Fare subito chiarezza su *Triton*, per definire immediatamente il futuro, perché l'eroismo e gli sforzi che l'Italia e gli italiani hanno sostenuto con *Mare Nostrum* non siano vani. La ripartizione delle responsabilità deve essere assolutamente equa e Frontex deve avere una sede di riflesso in Italia, ad esempio in Sicilia, o comunque in un paese del Mediterraneo che è avamposto dei flussi. È indifferibile trovare nuovi canali di migrazione legale. È urgentissimo che si verifichi la possibilità che l'ottenimento dello *status* avvenga già nel paese di origine così da impedire nuove tragedie.

Jordi Sebastià (Verts/ALE). - Señora Presidenta, hemos votado a favor de esta Resolución porque estamos viviendo de forma muy dramática el drama de los inmigrantes que intentan llegar a Europa a través del Mediterráneo. Yo vengo del País Valencià, a orillas del Mediterráneo, y en la coalición a la que represento hay compañeros y compañeras de Andalucía, de les Illes Balears y también de Ceuta y Melilla, donde ese drama se vive cada día.

Nos gusta la Resolución porque reconoce la necesidad de dar un enfoque global a la cuestión de la inmigración. No al problema de la inmigración, a la cuestión de la inmigración. Nos gusta, porque asume la responsabilidad de la Unión Europea por su política en esos países desde los que se origina esa inmigración y, también, porque destaca la necesidad de examinar nuestra política de cooperación.

Porque solo una política de cooperación que realmente apoye a los países desde donde vienen estas pobres personas intentando mejorar su calidad de vida, que desarrolle realmente posibilidades de futuro en esos países evitará que el flujo de esta inmigración sangrante continúe.

Donnerstag, 18. Dezember 2014

Marie-Christine Arnautu (NI). - Madame la Présidente, chers collègues, comme mes collègues du Front national, j'ai voté contre cette résolution, qui ne s'attaque pas au problème fondamental de l'immigration de masse qui s'abat sur nos pays d'Europe.

L'Union européenne est-elle capable de contrôler les 48 000 kilomètres de côtes et les 9 400 kilomètres de frontières terrestres extérieures de ses vingt-huit États membres, si tant est qu'elle soit compétente pour le faire? La réponse est évidemment non.

Depuis l'entrée en vigueur des accords de Schengen, l'Union européenne a échoué dans tout ce qu'elle a entrepris pour contrôler les frontières extérieures. Des hordes d'immigrants clandestins déferlent sur les États du sud de l'Union avant de s'éparpiller dans les autres États membres et, notamment, en France. Chaque semaine, près d'un millier de clandestins franchit la frontière franco-italienne, près de Nice, où je suis élue.

Il est temps de tirer les conclusions de cet échec et de suspendre immédiatement les accords de Schengen afin de redonner aux États le contrôle de leurs frontières.

Angelika Mlinar (ALDE). - Frau Präsidentin! Ich habe dem Entschließungsantrag zu der Situation im Mittelmeer und einem ganzheitlichen Zugang der EU zu Migration zugestimmt. Ein ganzheitlicher Migrationsansatz ist der einzige richtige Weg, um auf die Herausforderung zu reagieren, der sich die Europäische Union im Hinblick auf das Thema Einwanderung zurzeit stellen muss.

Migrationsströme sind ein strukturelles Problem innerhalb der Europäischen Union. Die Kontrolle der Außengrenzen und die Asylpolitik haben einen großen Einfluss auf die Menschenrechte der Emigrantinnen und Emigranten, und die Situation im Mittelmeer führt uns das jeden Tag aufs Neue vor Augen. Wir müssen daher dringend eine neue Strategie zur legalen Migration auf den Weg bringen.

In diesem Zusammenhang empfehle ich, den Vorschlag der österreichischen Regierung zur Verteilung, der auf einem Solidaritätsprinzip fußt, in Betracht zu ziehen.

Caterina Chinnici (S&D). - Signora Presidente, onorevoli colleghi, è ormai diffusa la consapevolezza che, per affrontare i problemi connessi alle migrazioni, è necessario intervenire in modo coordinato su molti aspetti. Occorre prevenire e contrastare nei paesi di provenienza le principali cause delle migrazioni, le guerre, la povertà, le persecuzioni. Occorre, nell'immediato, fare tutto il possibile per salvare la vita di chi si trova costretto a intraprendere viaggi estremamente pericolosi, peraltro subendo lo sfruttamento di organizzazioni criminali. Occorre sviluppare canali alternativi e legali per raggiungere l'Europa e occorre un più efficiente ed integrato sistema di asilo e di accoglienza.

Queste ed altre misure sono richiamate nella risoluzione che abbiamo votato, che seppure non può essere considerata, né intende porsi, come una risposta completa ed esaustiva, rappresenta comunque un passo utile, forse il più utile che può fare questo Parlamento, proprio per agevolare ed avvicinare l'adozione di tale misure, individuando alcune priorità di intervento e sollecitando gli Stati, la Commissione e le proprie stesse articolazioni interne a muoversi lungo la linea tracciata. Per questo ho votato a favore della risoluzione.

Tomáš Zdechovský (PPE). - Paní předsedající, já bych chtěl k této otázce říci jenom jeden svůj velmi důležitý postřeh. V říjnu 2013 Evropský parlament přijal usnesení o imigračních tocích ve Středomoří. Krátce poté Rada ustanovila pracovní skupinu pro Středomoří, načež následovalo několik sdělení Komise. Toto usnesení velmi vítám, protože je v hodně ohledech komplexní. Osobně podporuji komplexní řešení, na kterém se shodnou všechny státy Evropské unie. A mým posledním přáním pro rok 2015 je, abychom opravdu hledali řešení, na kterém se shodneme my, demokratické strany Evropského parlamentu. Když nebudeme o imigraci hovořit my, demokraté, necháme toto téma různým populistům a nacionalistům, a to tématu imigrace určitě neprospěje. Děkuji Vám a přeju Vám krásné svátky.

Alessandra Moretti (S&D). - Signora Presidente, esprimo soddisfazione per il voto odierno. L'assenza di una politica integrata in materia di immigrazione non è più accettabile. Si rende ogni giorno più evidente, purtroppo si rende evidente dopo ogni tragedia in mare, la necessità di sviluppare un approccio globale delle migrazioni, dove tutti gli Stati membri si assumano collettivamente la responsabilità di questi tristi avvenimenti, dando prova di solidarietà e di impegno.

Donnerstag, 18. Dezember 2014

Servono risposte concrete, risolutive, che intervengano in primo luogo sulle cause e non solo sugli effetti, risposte che si propongano di trovare nuovi canali di migrazione legale e che sviluppino una strategia di cooperazione con i paesi terzi.

Il Mediterraneo, il nostro mare, si è convertito in un cimitero, in una fossa comune di cadaveri non identificati. Questa situazione ha bisogno di risposte urgenti e della presa di coscienza, da parte di tutti, che i paesi di frontiera non sono più in grado da soli di gestire questa situazione.

11.2. Anhang III der Verordnung (EU) Nr. 978/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates über ein Schema allgemeiner Zollpräferenzen

Explicații scrise privind votul

Marina Albiol Guzmán (GUE/NGL), *por escrito*. — Esta propuesta de Resolución del Parlamento insta a que no se conceda el sistema de preferencias generalizadas hasta que Filipinas acabe con la pesca ilegal, con el tráfico de menores, etc. La UE otorga el sistema SPG+ a terceros países bajo la condición de la ratificación y respeto por parte de estos de 27 convenciones internacionales, algunas de las cuales Filipinas no está respetando. He votado a favor de la propuesta de Resolución del Parlamento puesto que esta insta a que no se conceda el sistema SPG+ hasta que se den garantías por parte de Filipinas.

Zigmantas Balčytis (S&D), *raštu*. — Balsavau už šią rezoliuciją, kurios tikslas –neleisti suteikti Filipinams BLS+ statuso, kol Komisija panaikins jiems suteiktą geltonąją kortą dėl neteisėtos žvejybos. Komisija šią kortą jiems suteikė po to, kai nustatė, kad Filipinai nesilaiko nustatytų taisyklių dėl kovos su nelegalia, nedeklaruojama ir neregamentuojama žvejyba. Leisti Filipinams prisijungti prie BLS+ reikštų leisti žvejybos produktus iš Filipinų į ES rinkas be jokių muitų ir negarantuojant, kad tie produktai gauti iš teisėtos žvejybos. Pritariu siūlymui prieš suteikiant Filipinams BLS+ statusą sulaukti Komisijos sprendimo atsiimti jiems suteiktą geltonąją kortą. Šia rezoliucija siunčiama žinia ES piliečiams ir žvejams: negalime sutikti, kad ES susidurtų su nesąžininga konkurencija su nelegaliais produktais.

Izaskun Bilbao Barandica (ALDE), *por escrito*. — He votado a favor de las enmiendas presentadas por el Grupo GUE/NGL y de la Resolución alternativa que he firmado sobre la concesión de la aplicación del sistema de preferencias arancelarias a Filipinas, ya que este país ha recibido una «tarjeta amarilla» de la Comisión Europea en relación la pesca ilegal, no declarada y no reglamentada. Estoy de acuerdo en que no se conceda a Filipinas el estatus SPG+ mientras la Comisión no cancele su notificación a las Filipinas como un tercer país susceptible de ser considerado no cooperante en la lucha contra la pesca INDNR.

Dominique Bilde (NI), *par écrit*. – Cette proposition de résolution a pour objet de faire objection à l'octroi aux Philippines du bénéfice des préférences tarifaires SPG+.

Le système généralisé de préférences tarifaires (SPG) de l'Union propose des réductions de droits de douane ou un accès au marché de l'Union en franchise de droits pour les exportations de 178 pays et territoires en développement.

Par exemple, pour les importations concurrentes de conserves de thon, l'octroi aux Philippines des préférences tarifaires SPG+ ferait passer les droits de douane à 0 %, alors qu'ils sont de 24 % actuellement. Cela alimentera ainsi une concurrence déloyale renforcée au détriment de pêcheurs européens déjà durement touchés par les réglementations tatillonnes de la Commission, alors même que ce pays n'a pas encore fait la preuve qu'il respecte l'ensemble des conventions requises pour bénéficier du SPG+. De plus, les Philippines sont sous le coup d'une mesure d'investigation concernant la pêche illégale, non déclarée, non enregistrée (pêche INN). C'est pourquoi j'ai voté pour ce texte.

Malin Björk (GUE/NGL), *skriftlig*. — Jag har röstat nej till att ge Filippinerna GSP+ status. Handelsavtalet kräver att de mänskliga rättigheterna respekteras. Amnesty International presenterade den 4 december i år rapporten "Above the Law: Torture in the Philippines" som klargör en kultur av straffrihet som leder till att polisen i Filippinerna obehindrat kan fortsätta med tortyr. Amnesty har inlett en stor kampanj i landet för att stoppa tortyren. Det är med andra ord uppenbart att Filippinerna inte respekterar de mänskliga rättigheterna. EU måste ha en konsekvent linje i dessa frågor. Dessutom inkluderar avtalet en fiskepolitik som innebär en kraftig överexploatering av de filippinska fiskevattnen, eftersom de inte lever upp till internationella bestämmelser på detta område. Parter som ingår handelsavtal måste respektera sina åtaganden både vad gäller mänskliga rättigheter och en hållbar och konsekvent fiskeripolitik.

Donnerstag, 18. Dezember 2014

Steeve Briois (NI), par écrit. — Cette proposition de résolution vise à faire objection à l'octroi aux Philippines du bénéfice des préférences tarifaires SPG+.

Le système généralisé de préférences tarifaires (SPG) de l'Union permet des réductions de droits de douane ou un accès au marché communautaire en franchise de droits pour les exportations venant de 178 pays et territoires en développement.

Ainsi, pour les importations concurrentes de conserves de thon, l'octroi aux Philippines des préférences tarifaires SPG+ ferait passer les droits de douane à 0 %, alors qu'ils sont de 24 % actuellement. Une telle mesure pourrait concrètement amplifier la concurrence déloyale dont sont déjà victimes les pêcheurs européens. Des pêcheurs européens déjà soumis à des réglementations abusives et très contraignantes. En outre, les Philippines n'ont pas encore apporté de garanties concernant le respect des conventions requises pour bénéficier du SPG+. Enfin, ce pays doit répondre à une mesure d'investigation portant sur la pêche illégale, non déclarée, non enregistrée (pêche INN). Compte-tenu de ces différents éléments, j'ai voté pour ce texte.

José Blanco López (S&D), por escrito. - He apoyado que se aplase la concesión del SPG+ a Filipinas a la vista de los informes que se están haciendo para considerar a Filipinas como país no cooperante en materia de pesca ilegal, no declarada y no reglamentada, y del impacto que la concesión de este sistema de acceso preferencial tendría sobre la competitividad y la viabilidad futura de la industria transformadora y conservera de atún de la UE y, en particular, de Galicia, primera región pesquera de Europa.

Por otra parte, Amnistía Internacional denunciaba el 4 de diciembre el continuado uso de torturas y abusos por los cuerpos policiales —lo que va en contra de los requisitos del SPG+— a pesar de los esfuerzos del país por combatirlo. El informe detalla prácticas vejatorias y de tortura y la impunidad de que disfrutaban los que las cometen. Calcula casi medio millar de casos desde 2001, 75 en el último año (2013), aunque la Comisión de Derechos Humanos del país reconoce que el número de casos no reportados sería en realidad mucho mayor.

Pido que no se tomen decisiones precipitadamente y sin todas las garantías, impidiendo que la industria europea pueda competir en igualdad de condiciones.

Alain Cadec (PPE), par écrit. — Mon collègue Franck Proust et moi-même avons porté à l'attention de cette assemblée le problème de la pêche illégale sévissant aux Philippines à travers une résolution rejetant l'accès de ce pays au système de préférences généralisées SGP+. Il est en effet inapproprié d'accorder un tarif préférentiel à taux de douane zéro aux Philippines alors qu'il est impossible de tracer l'origine légale de certains produits. J'ai voté en faveur de cette résolution et je suis peiné de voir qu'elle n'a pas été adoptée par une majorité qualifiée des membres du Parlement. Je continuerai cependant à me battre pour une cohérence des politiques européennes. Nous ne pouvons pas à la fois lutter contre la pêche illégale et offrir des privilèges à un pays qui ne respecte pas les normes européennes en cette matière.

Nicola Caputo (S&D), per iscritto. — Il regolamento del regime speciale di incentivazione per lo sviluppo sostenibile e il buongoverno (SPG+), al quale la Repubblica delle Filippine ha chiesto di partecipare, enuncia l'obbligo dei paesi terzi di realizzare gli obiettivi adottati dalle organizzazioni regionali in materia di pesca, uno dei quali è la lotta contro la pesca illegale, non dichiarata e non regolamentata (INN).

Oggi ho votato a favore di questa risoluzione che non concede lo status SPG+ alla Filippine, perché la Repubblica delle Filippine è considerata un paese terzo non cooperante nella lotta al pesca illegale. Penso sia essenziale insistere sull'assoluta necessità di assicurare la coerenza e la credibilità delle politiche europee, onde evitare discriminazioni e concorrenza sleale per i pescatori europei e proteggere i consumatori europei.

Il tema della pesca illegale è dirimente per qualsiasi paese e non possiamo creare precedenti. Se vogliamo chiedere sforzi ai nostri pescatori sulla sostenibilità, non possiamo chiudere gli occhi verso altri paesi, come le Filippine, non rispettosi delle regole.

James Carver (EFDD), in writing. - I voted against this resolution as I oppose the politicisation of trade. I believe that genuine free trade is the only way to bring the third world out of poverty, and support the concept of 'Trade, Not Aid'.

Donnerstag, 18. Dezember 2014

Jean-Marie Cavada (ALDE), *par écrit*. — J'ai voté contre cet acte délégué de la Commission car je ne pense pas qu'il faille accepter de faire entrer à des tarifs préférentiels des produits qui pourraient être issus de la pêche non déclarée et non réglementée. Ceci entraînerait une concurrence déloyale pour les producteurs européens et enverrait un message incompréhensible aux autorités philippines et à tous les États en développement.

Carlos Coelho (PPE), *por escrito*. — O principal objetivo do SPG é facilitar o acesso dos países e territórios em desenvolvimento ao mercado da UE através da redução dos direitos aduaneiros sobre os seus bens. No seguimento do pedido apresentado pelas Filipinas, ao regime especial de incentivo ao desenvolvimento sustentável e à boa governação, conhecido como SPG+, pretende-se a isenção de direitos para aproximadamente 66 % do total das posições pautais previstas no SPG normal.

Dado este regime especial estar condicionado à implementação da ratificação pelos países de convenções internacionais relevantes sobre o desenvolvimento sustentável, não me parecem estar preenchidas pelas Filipinas as condições para aceder a este regime especial. Não me refiro somente à questão da pesca ilegal, não declarada e não regulamentada praticada por este Estado, mas sobretudo às conclusões do Relatório da ONU para o tráfico de seres humanos, que assinala a existência de tráfico humano, especialmente em mulheres e crianças, para efeitos de exploração laboral nos setores da agricultura, pescas, construção, manufatura e serviços.

Por estes motivos recuso a atribuição do estatuto SPG+ às Filipinas.

Lara Comi (PPE), *per iscritto*. - Ho votato a favore di questa risoluzione sull'applicazione di un sistema di preferenze tariffarie generalizzate per le Filippine. Sono, infatti, d'accordo sulle obiezioni avanzate al regolamento delegato della Commissione soprattutto in relazione alle violazioni dei diritti umani perpetrate in questo paese, come risulta dalla relazione del relatore speciale delle Nazioni Unite, in particolare sulla tratta dei diritti umani. Inoltre, concordo con la valutazione secondo cui occorre sviluppare più pienamente il concetto di responsabilità dello Stato di commercializzazione quale mezzo per chiudere i mercati ai prodotti della pesca INN.

Therese Comodini Cachia (PPE), *in writing*. — The livelihoods of European fishermen must be protected. The trust that European consumers place in food products ought not be tarnished. A guarantee of the products' legal origin must be secured, and standards set for sustainable fishing applied equally across the board.

Javier Couso Permy (GUE/NGL), *por escrito*. — Esta propuesta de Resolución del Parlamento insta a que no se conceda el sistema de preferencias generalizadas hasta que Filipinas acabe con la pesca ilegal, con el tráfico de menores, etc. La UE otorga el sistema SPG+ a terceros países bajo la condición de la ratificación y respeto por parte de estos de 27 convenciones internacionales, algunas de las cuales Filipinas no está respetando. He votado a favor de la propuesta de Resolución del Parlamento puesto que esta insta a que no se conceda el sistema SPG+ hasta que se den garantías por parte de Filipinas.

Miriam Dalli (S&D), *in writing*. — The Generalised Scheme of Preferences allows developing country exporters to pay less or no duties on their exports to the EU. This gives them vital access to EU markets whilst promoting trade and development.

GSP+ is granted to countries providing they ratify and implement 27 international conventions relating to human and labour rights, environment and good governance. A revised, more stringent GSP regulation came into effect in 2014, for which the Philippines fulfils the criteria and therefore applied for. However, certain Members believe that we should reject the Philippines application and a motion for objection was tabled due to the Philippines 'yellow card' under the EU's Illegal, Unreported, and Unregulated Fishing Regulation.

Although the Commission has found issues related to the Philippines' compliance with the Illegal unreported and unregulated Regulation, this does not affect the Philippines' compliance with the 27 Conventions (including the environment-related ones) required for entry to GSP+. The Philippines has committed to investigating and improving the situation. Considering additional criteria beyond those set out in the GSP, such as the IUU, is outside the scope of the agreement reached by both Member States and Parliament.

Hence I voted against this motion objecting to the Philippines' application.

Donnerstag, 18. Dezember 2014

Nicola Danti (S&D), *per iscritto*. — Ho espresso, in linea con il mio gruppo, voto contrario all'obiezione presentata da alcuni colleghi che mirava a negare la concessione del regime speciale d'incentivazione per lo sviluppo sostenibile e di buon governo (SPG+) alle Filippine.

Ritengo, infatti, che la concessione del regime SPG+ alle Filippine, sulla base del rispetto dei criteri fissati nella recente riforma del Sistema europeo di preferenze generalizzate (SPG), possa costituire un serio banco di prova per il governo di Manila e un incoraggiamento significativo da parte nostra a proseguire con ancora maggiore convinzione nella strada intrapresa per migliorare l'attuazione delle convenzioni internazionali in tema di rispetto dei diritti umani, di diritti del lavoro e, in questo particolare caso, ad arginare il fenomeno della pesca illegale nel paese.

Appare altrettanto evidente che la concessione del regime speciale SPG+ alle Filippine dovrà comportare da parte dell'UE una verifica costante degli impegni assunti dal governo filippino e, nel caso di loro mancato rispetto, la decisione oggi assunta potrà e dovrà essere rivista.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI), *γραφτώς*. — Υπερψήφισα την πρόταση περί μη αποδοχής της αιτήσεως των Φιλιππινών, οι οποίες διαπράττουν παράνομη, λαθραία και άναρχη αλιεία. Επιπλέον οι Φιλιππίνες χρησιμοποιούν παράνομως κυρίως γυναίκες και παιδιά για αναγκαστική εργασία στην αλιεία.

João Ferreira (GUE/NGL), *por escrito*. - Lamentamos que não tenha sido possível alcançar a maioria qualificada para aprovar a resolução do Parlamento de objecção ao Ato Delegado que concede o SPG+ às Filipinas.

Em primeiro lugar, porque o estatuto é concedido antes de a Comissão ter retirado a sua notificação às Filipinas enquanto país terceiro considerado não cooperante na luta contra a pesca ilegal, não declarada e não regulamentada (INN). A Comissão notificou as Filipinas de que poderá ser considerada um país não cooperante na luta contra a pesca ilegal, tendo iniciado um processo no quadro do qual as Filipinas dispõem de um prazo razoável para responder à notificação e justificar a situação, o que ainda não se verificou.

Em segundo lugar, atendendo ao impacto que a concessão deste regime às Filipinas poderá ter na indústria conserveira nacional. Atualmente, o mercado português absorve sensivelmente 80 % da produção nacional de conservas de atum. Tendo em consideração que as Filipinas, à semelhança da Tailândia, são um dos principais produtores mundiais de conservas de peixe, com destaque para as conservas de atum, uma eventual redução de direitos aduaneiros poderá ter como consequência a chegada ao mercado nacional de conservas de atum filipinas em grande quantidade, com inevitáveis efeitos negativos na indústria conserveira nacional.

Λάμπρος Φουντούλης (NI), *γραφτώς*. — Η Επιτροπή έχει δείξει κίτρινη κάρτα και έχει κινήσει διαδικασία εις βάρος των Φιλιππινών για παράνομη, λαθραία και άναρχη αλιεία. Επίσης, ο ΟΗΕ επισημαίνει ότι «η παράνομη διακίνηση ανθρώπων και κυρίως γυναικών και παιδιών με σκοπό την αναγκαστική εργασία είναι ευρύτατα διαδεδομένη σε διάφορους τομείς, όπως η γεωργία, οι κατασκευές, η αλιεία, η μεταποίηση και οι υπηρεσίες, στις Φιλιππίνες».

Nathan Gill (EFDD), *in writing*. — I believe very strongly in free trade, not aid, as the best way to help out developing nations and their people.

The EU on the other hand will impose restrictive conditions on the Philippines, and basically politicise trade. All over the world, nations are turning to China, as they do not place burdensome restrictions on them, as the EU does. Free trade is just that; 'free' without all of these restrictions weighted in the favour of the EU. I also do not agree that the EU has the right to create free trade deals for the British people – that is the job of Parliament (Westminster).

Neena Gill (S&D), *in writing*. - I voted against this motion for resolution because the Philippines worked hard to meet the revised, more stringent GSP regulation and it succeeded in fulfilling all criteria

What message are we sending if we now start adding criteria beyond those set out in the GSP to the list of requirements, like the Illegal, Unreported, and Unregulated Fishing Regulation?

Sustainable fishery is crucial, but changing the wording of a contract after it has already been signed is something credible partners simply do not do.

Donnerstag, 18. Dezember 2014

We also need to be consistent: Panama also had a yellow card under the IUU Regulation but was still approved for GSP+.

When I visited Philippines in September, I was able to see through the many bilateral meetings I had that the Aquino government is on the right track. But much work remains to be done, and the opportunity offered by GSP+ to help bring inclusive growth in the Philippines is much needed.

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan.* — Glasao sam PROTIV Rezolucije o Delegiranoj uredbi Komisije o izmjeni Priloga III. o primjeni sustava općih carinskih povlastica zbog toga što dotična zemlja ne provodi potrebne zahtjeve u području održivog ribolova, utječući na europske ribare i potrošače. K tome drastično krše prava na zaštitu mora i na potpuno nelojaldan način vrše eksploataciju morskih resursa i morskih organizama.

Nažalost, također je poznato da se ne poštuju pojedina ljudska prava i to je dodatni motiv mojem protivljenju. Povrh toga, takva odluka je u skladu s prijedlogom koji je donesen unutar ALDE-a.

Philippe Juvin (PPE), *par écrit.* — Je regrette que le Parlement ait voté contre la résolution portée par la délégation française du groupe PPE refusant l'accès des Philippines au système de préférences généralisées SPG+. Le Parlement européen a ainsi malheureusement choisi d'autoriser l'accès de produits philippins au marché européen à taux de douane zéro, alors qu'il est impossible de tracer l'origine légale de certains de ces produits. Ceci va à l'encontre de la recherche de conditions de concurrence équitables pour nos pêcheurs européens.

Giovanni La Via (PPE), *per iscritto.* — Ho votato a favore della risoluzione sul regolamento delegato della Commissione, del 19 agosto 2014, che modifica l'allegato III del regolamento (UE) n. 978/2012 del Parlamento europeo e del Consiglio relativo all'applicazione di un sistema di preferenze tariffarie generalizzate per le Filippine. Ritengo, infatti, che le osservazioni della Commissione europea relative al tema delle violazioni dei diritti fondamentali dell'uomo messe in atto nelle Filippine destino particolare preoccupazione e richiedano pertanto una modifica del testo attuale.

Paloma López Bermejo (GUE/NGL), *por escrito.* — Esta propuesta de Resolución del Parlamento insta a que no se conceda el sistema de preferencias generalizadas hasta que Filipinas acabe con la pesca ilegal, con el tráfico de menores, etc. La UE otorga el sistema SPG+ a terceros países bajo la condición de la ratificación y respeto por parte de estos de 27 convenciones internacionales, algunas de las cuales Filipinas no está respetando. He votado a favor de la propuesta de Resolución del Parlamento puesto que esta insta a que no se conceda el sistema SPG+ hasta que se den garantías por parte de Filipinas.

Ivana Maletić (PPE), *napisan.* — Podržala sam Izvješće o izmjeni Priloga III. Uredbe Europskog parlamenta i Vijeća o primjeni sustava općih carinskih povlastica. Smatram da Europska komisija mora odgoditi uključivanje Filipina u sustav općih povlastica. Ulaskom u sustav općih povlastica Filipinima se ne bi uračunala carina na uvoz na 66% tarifnih stavki.

Filipini moraju uložiti dodatne napore kako bi se spriječila trgovina ljudima i eksploataciju rada kod žena i djece. Također valja napomenuti kako Filipini moraju uložiti velike napore kako bi spriječili nezakoniti i neprijavljeni ribolov. U slučaju da se u ovom trenutku Filipinima odobri ulazak u opći sustav povlastica, ovi neprijavljeni i nelegalni proizvodi našli bi se na tržištu EU-a.

Νότης Μαρτιάς (ECR), *γραπτώς.* — Υπερψήφισα την πρόταση ψηφίσματος σχετικά με τον κατ' εξουσιοδότηση κανονισμό της Επιτροπής, της 19ης Αυγούστου, για την τροποποίηση του Παραρτήματος III του κανονισμού (ΕΕ) αριθ. 978/2012 του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου και του Συμβουλίου σχετικά με την εφαρμογή συστήματος γενικευμένων δασμολογικών προτιμήσεων, καθώς αντιμετωπίζει με επαρκή και κατάλληλο τρόπο το αντικείμενο το οποίο ρυθμίζει.

Donnerstag, 18. Dezember 2014

David Martin (S&D), *in writing*. — I voted against this resolution which sought to block the Philippines receiving the preferential trading scheme GSP+. This scheme is for vulnerable countries which sign, ratify and commit to implementing the 27 core ILO conventions on labour, environmental and human rights standards. The Philippines has done this and now serious scrutiny and monitoring will begin by the Commission and Parliament. I objected to the resolution because, although there are concerns about illegal, unreported and unregulated fishing in the Philippines, this should be addressed separately. If their current 'yellow' card became 'red', fish imports to the EU will be blocked. But the technical and non-political criteria for GSP+ is within WTO rules and is the beginning of the process of monitoring, not the end.

Barbara Matera (PPE), *per iscritto*. — Il 28 febbraio 2014 la Commissione ha ricevuto, da parte della Repubblica delle Filippine, una richiesta di partecipazione all'SPG (sistema delle preferenze tariffarie generalizzate).

Ho deciso di sostenere la presente risoluzione poiché condivido pienamente l'istanza secondo la quale tale richiesta, potrà essere accolta solo e se le Filippine si impegneranno concretamente ad eliminare la pratica di pesca illegale.

Alla base di tale considerazione vi è il presupposto secondo il quale la Commissione non ha la facoltà di autorizzare l'accesso preferenziale al mercato europeo per i prodotti della pesca provenienti dalle Filippine, senza che venga offerta la garanzia della loro origine legale.

Georg Mayer (NI), *schriftlich*. — Der Vorschlag zur Ablehnung der delegierten Verordnung hat meine Zustimmung erfahren, da die Europäische Union um jeden Preis verhindern muss, dass Erzeugnisse aus der IUU-Fischerei auf den Europäischen Markt fließen. Den Philippinen sollte, als ein in dieser Beziehung nicht kooperatives Land, keine Zollbegünstigung zugutekommen. Weiters weise ich darauf hin, dass auch Verfehlungen im Bereich des Menschenhandels dazu beitragen, dass den Philippinen bis auf Weiteres der ASP+ Status aberkannt wurde.

Jean-Luc Mélenchon (GUE/NGL), *par écrit*. — Le règlement (UE) n° 978/2012 sur le schéma de préférences tarifaires généralisées (SPG+) habilite la Commission à adopter des actes délégués pour établir ou modifier la liste des pays bénéficiaires du SPG+. Le 19 août 2014, la Commission a adopté un règlement délégué appliquant un schéma de préférences tarifaires généralisées aux Philippines, qui consiste à exonérer de droits de douane certaines importations en provenance de ce pays. Or les Philippines sont un acteur «non-coopérant» dans la lutte contre la pêche illégale. De plus, le rapport des Nations unies sur la traite des êtres humains observe que «la traite des êtres humains, et surtout des femmes et des enfants, en vue de leur exploitation comme main-d'œuvre, prolifère dans divers secteurs, dont l'agriculture, la construction, la pêche, l'industrie manufacturière et les services». Aussi, il serait illogique d'accorder aux Philippines un schéma de préférences tarifaires généralisées, vu qu'elles ne respectent en rien les conditions sensées permettre l'accès au SPG+. Je vote pour cette résolution qui s'oppose au règlement délégué de la Commission.

Nuno Melo (PPE), *por escrito*. — Subscrevi e votei favoravelmente a presente resolução por considerar que as Filipinas só deverão ter um estatuto especial, nas relações comerciais com a UE, quando cumprirem todas as regras exigíveis. Concretamente no que respeita ao combate à pesca ilegal e à exploração laboral de mulheres e crianças.

Marlene Mizzi (S&D), *in writing*. — I am not in agreement with this resolution.

Sophie Montel (NI), *par écrit*. — Cette proposition de résolution vise à faire objection à l'octroi aux Philippines du bénéfice des préférences tarifaires SPG+.

Le système généralisé de préférences tarifaires (SPG) de l'Union permet des réductions de droits de douane ou un accès au marché de l'Union en franchise de droits pour les exportations venant de 178 pays et territoires en développement.

Donnerstag, 18. Dezember 2014

Ainsi, pour les importations concurrentes de conserves de thon, l'octroi aux Philippines des préférences tarifaires SPG+ ferait passer les droits de douane à 0 %, alors qu'ils sont de 24 % actuellement. Une telle mesure pourrait concrètement amplifier la concurrence déloyale dont sont déjà victimes les pêcheurs européens. Des pêcheurs européens qui sont déjà soumis à des réglementations abusives et très contraignantes. En outre, les Philippines n'ont pas encore apporté de garanties concernant le respect des conventions requises pour bénéficier du SPG+. Enfin, ce pays doit répondre à une mesure d'investigation portant sur la pêche illégale, non déclarée, non enregistrée (pêche INN). Compte-tenu de ces différents éléments, j'ai voté pour ce texte.

Alessandra Moretti (S&D), *per iscritto*. — Mi rammarico del voto odierno poiché ritengo che la richiesta di SPG + della Repubblica delle Filippine non dovrebbe essere al momento accettata, considerato lo stato non cooperativo nella lotta contro la pesca illegale. L'UE non può autorizzare un accesso preferenziale al mercato europeo per i prodotti della pesca senza avere una garanzia della loro origine legale. Non possiamo creare un precedente di questo, genere anche in considerazione degli sforzi che abbiamo chiesto ai nostri pescatori in materia di sostenibilità.

Nonostante gli elementi di progresso di questo paese, non possiamo ignorare tutta una serie di problemi e di violazioni che concernono in particolare il problema della tratta delle persone, soprattutto donne e bambini, per lo sfruttamento del lavoro in vari settori tra cui agricoltura, edilizia e pesca. Mi auguro comunque che, laddove il cartellino giallo si dovesse trasformare in cartellino rosso, si prenderà la decisione di revocare il sistema GSP+.

Alessia Maria Mosca (S&D), *per iscritto*. — Abbiamo votato contro questa proposta di risoluzione sull'applicazione del Sistema generalizzato di preferenze plus (SGP+) alle Filippine, in quanto da una parte riteniamo che, avendo le Filippine ratificato le 27 convenzioni ONU/ILO necessarie alla concessione del programma, non vi sia alcun ostacolo formale e, dall'altra, siamo convinti dell'utilità dell'SGP+ nel sostegno allo sviluppo economico, politico e sociale delle Filippine.

Oltre a ciò, è opportuno sottolineare il fatto che il meccanismo del SGP+ è stato recentemente rinnovato e reso più stringente, con nuove possibilità di sanzione che possono arrivare fino al ritiro del programma. Politicamente, la concessione del programma è il modo più efficace da una parte per migliorare la situazione del paese, resa ulteriormente complicata dal tifone Hagugit di inizio dicembre e, dall'altra, per avere la possibilità di influenzare determinate scelte strategiche grazie ai meccanismi di monitoraggio e sanzione.

È inoltre opportuno ricordare come la concessione dell'SGP+ non sia un regalo, ma solo il punto di partenza di un percorso lungo anni che si pone l'obiettivo di rendere migliore economicamente, politicamente e socialmente uno stato in difficoltà.

Younous Omarjee (GUE/NGL), *par écrit*. — J'ai voté en faveur de ce rapport, car j'estime que la Commission devrait attendre que la situation de la pêche illégale et le respect des droits fondamentaux soient correctement traités par le gouvernement des Philippines et qu'en attendant, il est prématuré de leur octroyer des préférences tarifaires généralisées.

Urmas Paet (ALDE), *kirjalikult*. — Ei toetanud. Enne tuleb oluliselt piirata illegaalset püüki.

Gilles Pargneaux (S&D), *par écrit*. — J'ai voté contre cette résolution accordant le SPG+ aux Philippines. Octroyer le statut de SPG+ aux Philippines revient à ouvrir tout grand les vannes au dumping social et environnemental. En effet, l'archipel est spécialisé dans la mise en conserve de poissons. L'étiquetage ne doit y faire figurer que le lieu où le poisson a été mis en boîte, et non pas là où il a été pêché. C'est un moyen parfait pour blanchir le poisson pêché illégalement.

Aldo Patriciello (PPE), *per iscritto*. — Care colleghe e cari colleghi, nelle Filippine, cui è garantito il sistema di preferenze tariffarie generalizzate con l'UE, è ancora praticata la pesca illegale, non dichiarata e non regolamentata. Il governo filippino è chiamato a prevenire e sradicare tale pratica, non soltanto per garantire la sostenibilità ambientale, ma anche per tutelare la concorrenza e proteggere i consumatori europei. Ritenendo che fintanto che lo Stato delle Filippine non dimostri di cooperare attivamente nella lotta contro la pesca illegale debba essere sospeso lo status SPG+, intenderei esprimere il mio voto favorevole.

Donnerstag, 18. Dezember 2014

Andrej Plenković (PPE), *napisan*. — Podržao sam Rezoluciju o Delegiranoj uredbi Komisije o primjeni sustava općih carinskih povlastica na Filipine jer smatram da treba odgoditi sklapanje sporazuma kojim se omogućuje povlašteni uvoz proizvoda koji potječu iz države koja ne čini dovoljno za zaustavljanje radnji koje se protive načelima i pravilima koje promičemo u Europskoj uniji.

U kolovozu 2014. godine, Europska komisija donijela je Delegiranu uredbu o primjeni sustava općih carinskih povlastica za Filipine. Tom Uredbom bi se omogućilo Filipinima izvoz određenih grupa proizvoda u EU.

2008. godine donesena je uredba Vijeća kojom se definiraju pravila sa ciljem uspostave Zajednice za sprečavanje, suzbijanje i zaustavljanje nezakonitog, neprijavljenog i neregularnog ribolova. Komisija je donijela 10. lipnja 2014. godine odluku kojom se ukazuje Filipinima da se smatra da postoji mogućnost određivanja Filipina kao države koja ne surađuje na uspostavi Zajednice u skladu s navedenom Uredbom.

Nezakonit izlov ribe iz svjetskih mora godišnje nanosi ogromnu štetu. Zbog prodaje ilegalno izlovljene ribe teško je procijeniti stvarni ekonomski utjecaj nezakonitog izlova, ali stručnjaci smatraju da se radi o ozbiljnoj prijetnji legitimnom ribarstvu koje zapošljava milijune osoba u svijetu.

Stanislav Polčák (PPE), *písemně*. — Jakkoli nechci zpochybňovat zjištění zvláštní zpravodajky OSN ohledně situace pracovního vykořisťování v oblasti rybolovu, nemohl jsem návrh podpořit, a to především proto, že vím, že Filipíny se snaží intenzivně situaci řešit. Navržená opatření a faktické dopady rezoluce jsou podle mého názoru nepřiměřené a musím si klást otázku, jaký dopad mohou mít na vztah mezi EU a Filipínami. Tento můj postoj je odůvodněn pouze tou skutečností, že se Filipíny o nápravu stavu snaží skutečně upřímně a připouštím, že pokud v dohledné budoucnosti nebudou znatelná zlepšení, pak svůj názor přehodnotím.

Franck Proust (PPE), *par écrit*. — Je me suis battu durant des mois, d'abord dans ma commission du commerce international puis en session plénière, pour défendre nos pêcheurs et nos concitoyens en évitant que des produits de la pêche illégaux venant des Philippines arrivent sur notre territoire. La résolution que j'ai déposée avec mon collègue Alain Cadec, président de la commission de la pêche, a récolté un large soutien, mais pas la majorité qualifiée, nécessaire pour qu'elle soit approuvée.

En agissant ainsi, le Parlement européen vient d'autoriser les Philippines à exporter sur le marché européen et sans droits de douane des produits issus de la pêche illégale, c'est insensé! Vis-à-vis de nos pêcheurs, c'est une provocation! Ils devront faire face à la concurrence déloyale des Philippines. Et vis-à-vis de nos consommateurs, c'est une faute! La Commission européenne est incapable de leur garantir la légalité des produits de la pêche qu'ils consommeront ces prochains mois.

Nos partenaires commerciaux doivent respecter les règles de lutte contre la pêche illégale comme le font les pêcheurs européens, c'est une question de cohérence. Avec mes collègues de la délégation française du PPE, je resterai vigilant.

Paulo Rangel (PPE), *por escrito*. — O sistema de preferências generalizadas é constituído por um regime geral e dois regimes especiais, incluindo o regime especial de incentivo ao desenvolvimento sustentável e à boa governação (SPG+), sem a cobrança de direitos sobre a importação dos países beneficiários em relação a 66 % de todas as posições pautais da UE. Em 28 de fevereiro de 2014, a Comissão recebeu um pedido de SPG+ da República das Filipinas, pedido esse que se propõe aceitar, nos termos do Regulamento Delegado (C(2014)05833) da Comissão, de 19 de agosto de 2014.

Tendo em conta que, por decisão de 10 de junho de 2014, a Comissão notificou a República das Filipinas do risco de ser identificada como um país terceiro não cooperante na luta contra a pesca ilegal (INN), creio que não faz sentido conceder, nesta fase, às Filipinas o estatuto SPG+. Com efeito, uma tal medida introduzirá condições de concorrência desleal para os pescadores europeus, prejudicando gravemente os interesses de vários Estados-Membros, incluindo Portugal. Votei, por isso, favoravelmente esta resolução que se opõe ao referido regulamento delegado, relegando a concessão do estatuto SGP+ às Filipinas para uma fase posterior, quando estejam reunidas condições para a retirada da notificação no quadro do procedimento INN.

Donnerstag, 18. Dezember 2014

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D), *por escrito*. — He votado en contra de esta Resolución de objeción a la concesión a Filipinas del estatus de SPG+. Filipinas, actual beneficiario del sistema de preferencias generalizadas, ha solicitado formalmente a la UE que se le otorgue el trato SPG+ y cumple con los criterios de elegibilidad que, con carácter general, establece el Reglamento UE n° 978/2012. Sin embargo, la tramitación parlamentaria de esta concesión llega en un momento en que la DG MARE de la Comisión ha abierto un expediente y ha dado un ultimátum a Filipinas, mediante una «tarjeta amarilla», por prácticas de pesca ilegal, no declarada y no reglamentada. Esta lamentable situación de falta de coordinación de acciones políticas por parte de la Comisión implica el riesgo de que, desde la aprobación del SPG+ hasta la posible prohibición de importación de productos de la pesca procedentes de Filipinas, se importen a la UE, libres de aranceles, productos obtenidos mediante prácticas de pesca ilegal. En caso de que se confirme la condena a Filipinas por pesca ilegítima con una «tarjeta roja», la Comisión Europea deberá evaluar los perjuicios causados a los productores europeos en el período de aplicación del SPG+, así como una justa compensación.

Claude Rolin (PPE), *par écrit*. — J'ai voté cette résolution, qui demande que le schéma de préférences tarifaires généralisées ne soit pas accordé aux Philippines tant que la Commission européenne n'aura pas annulé la notification par laquelle les Philippines pourraient être considérées comme pays tiers non coopérant dans la lutte contre la pêche illégale. Il est à noter que la résolution stipule bien qu'il ne s'oppose pas à toute demande future des Philippines ou à l'octroi, par l'Union, du statut SPG+ dans un avenir proche. J'ai en outre demandé à la Commission d'établir, en étroite collaboration avec les organes compétents de l'ONU, des ONG et le gouvernement philippin, une feuille de route sur les droits de l'homme et l'environnement, y compris les pratiques de pêche, afin de fixer des objectifs que les Philippines devront atteindre en 2015 pour être en mesure de demander le statut SPG+ d'ici 2016.

Fernando Ruas (PPE), *por escrito*. — Porque acredito que a União Europeia tem que ser um ator internacional credível e promover a coerência na sua ação, porque considero que os países terceiros nossos parceiros têm que cumprir as mesmas regras a que estamos sujeitos, nomeadamente as respeitantes aos direitos humanos, laborais, preservação ambiental e (boa) governação, porque considero que o nosso setor industrial, designadamente a indústria conserveira (mas também o têxtil e vestuário e das bicicletas), tem que ser protegido de práticas de concorrência desleal por parte de empresas de países terceiros, fui um dos promotores desta resolução (e anteriormente da resolução sobre o mesmo assunto que foi votada na comissão INTA) que pretendeu impedir a atribuição imediata de um conjunto bastante alargado de benefícios aduaneiros às Filipinas (SPG+). Infelizmente, apesar de um maior número de votos favorável em plenário (313 sim; 285 não), era necessária uma maioria qualificada de 50 % + 1 voto para aprovação desta resolução (376 sim), o que não aconteceu.

Continuaremos por isso atentos ao evoluir deste assunto, nomeadamente à avaliação que a Comissão irá efetuar às Filipinas durante o próximo ano, bem como ao evoluir do processo de averiguações às Filipinas sobre a Pesca INN.

Tokia Saïfi (PPE), *par écrit*. — J'ai soutenu cette résolution s'opposant à l'accès immédiat des Philippines au système de préférences généralisées SPG+ de l'Union européenne. En effet, les Philippines ont reçu cet été un carton jaune de la Commission concernant la pratique de la pêche illégale et connaissent actuellement une procédure d'enquête; en ce sens, nous devons protéger nos pêcheurs français et européens de toute pratique de concurrence déloyale.

Malheureusement, le Parlement européen n'a pas soutenu cette résolution qui mettait l'accent sur la nécessité d'une cohérence des politiques européennes et insistait pour que nos partenaires commerciaux respectent les règles de lutte contre la pêche illégale, comme le font les pêcheurs européens.

Matteo Salvini (NI), *per iscritto*. — Ho votato a favore in quanto ritengo giusto tutelare l'attività dei pescherecci europei dalla concorrenza sleale dei pescatori provenienti da Paesi che non rispettano le nostre stesse regole in materia di pesca e sfruttamento della forza lavoro.

Donnerstag, 18. Dezember 2014

Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito*. - Esta propuesta de Resolución del Parlamento insta a que no se conceda el sistema de preferencias generalizadas hasta que Filipinas acabe con la pesca ilegal, con el tráfico de menores, etc. La UE otorga el sistema SPG+ a terceros países bajo la condición de la ratificación y respeto por parte de estos de 27 convenciones internacionales, algunas de las cuales Filipinas no está respetando. He votado a favor de la propuesta de Resolución del Parlamento puesto que esta insta a que no se conceda el sistema SPG+ hasta que se den garantías por parte de Filipinas.

Remo Sernagiotto (PPE), *per iscritto*. — Prima di concedere alle Filippine le preferenze tariffarie previste dal sistema SPG+, ritengo che sia importante accertare che questo paese collabori attivamente con l'UE nella lotta contro la pesca illegale, non dichiarata e non regolamentata. Non possiamo, infatti, permettere che i pescatori e i produttori ittici onesti subiscano una condizione di concorrenza sleale legata all'importazione e alla vendita di tonno e altri pesci catturati illegalmente nelle acque filippine.

Dobbiamo innanzitutto lasciare il tempo alla Commissione e in particolare alla DG MARE di fare chiarezza e di portare a termine l'indagine in corso. Non dimentichiamoci che la lotta contro la pesca illegale è uno dei capisaldi dell'azione dell'Unione europea per impedire lo sfruttamento eccessivo degli stock ittici, per salvaguardare gli habitat marini e per garantire così un'attività di pesca sostenibile. È per questo quindi che un'eventuale decisione nella direzione opposta rappresenterebbe, agli occhi di tutti, non solo una contraddizione palese nell'interpretazione delle priorità europee, ma anche un pericoloso precedente.

Nel momento in cui le Filippine dimostreranno di aver compiuto dei reali progressi nell'adozione di misure efficaci di gestione e di controllo per affrontare il problema della pesca illegale, potremo rivalutare la richiesta relativa alla concessione di ulteriori agevolazioni tariffarie.

Siôn Simon (S&D), *in writing*. — I voted with the majority against the motion for a resolution on generalised tariff preferences.

The Generalised System of Preferences consists of a general arrangement and two special arrangements, including the special incentive arrangement for sustainable development and good governance (GSP+), charging no duties on imports from beneficiaries for 66 % of all EU tariff lines.

Dubravka Šuica (PPE), *napisan*. — Neprijavljeno ribarstvo česta je pojava u državama koje nemaju strogi nadzor nad sektorom ribarstva zbog čega sam podržala ovaj prijedlog. Budući da Filipini spadaju u zemlje trećeg svijeta, nedopustivo je da Unija na bilo koji način potiče nezakonito, neprijavljeno te neregulirano ribarstvo. Ovi postupci nisu u skladu s uredbom Vijeća, a radnje ugrožavaju održivost ribljeg fonda. Filipini moraju što prije odgovoriti na službenu odluku Vijeća te realizirati njeno stajalište i smjernice Europske unije.

Marc Tarabella (S&D), *par écrit*. — Nous avons voté contre cette résolution. D'une part parce que les Philippines ne respectent pas les règles mais d'autre part pour envoyer un signal. En effet, on ne peut continuer à accepter des accords commerciaux ou des tarifs préférentiels avec des pays qui ne respectent pas les droits humains ou les droits sociaux et environnementaux sous seul prétexte qu'on l'a toujours fait!

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito*. — O sistema de preferências generalizadas é constituído por um regime geral e por dois regimes especiais, incluindo o regime especial de incentivo ao desenvolvimento sustentável e à boa governação (SPG +), sem a cobrança de quaisquer direitos sobre a importação dos países beneficiários em relação a 66 % de todas as posições pautais da UE.

A Comissão, na sua resolução de 17 de novembro de 2011 sobre o combate à pesca ilegal ao nível mundial, refere explicitamente que a pesca INN *ameaça a sustentabilidade das unidades populacionais dos peixes e que o conceito de responsabilidade do Estado de comercialização, como meio de vedar o acesso aos mercados aos produtos da pesca INN, necessita de ser mais desenvolvido.*

Apoiamos este regulamento sem deixar de notar a contradição existente relativamente ao processo das Filipinas.

Donnerstag, 18. Dezember 2014

Harald Vilimsky (NI), *schriftlich*. — Ich habe dem Vorschlag zur Ablehnung der delegierten Verordnung zugestimmt, da die Europäische Union um jeden Preis verhindern muss, dass Erzeugnisse aus der IUU-Fischerei auf den europäischen Markt fließen. Somit sollte den Philippinen hinsichtlich dessen keine Zollbegünstigung zugutekommen. Zudem ist darauf hinzuweisen, dass auch Verfehlungen im Bereich des Menschenhandels dazu beitragen, dass den Philippinen bis auf weiteres der ASP+-Status aberkannt wurde.

11.3. Keine Einwände gegen eine delegierte Verordnung: Im Voraus erhobene Beiträge zu Abwicklungsfinanzierungsmechanismen

Explicații scrise privind votul

Zigmantas Balčytis (S&D), *raštu*. — Norint sklandžiai ir laiku įgyvendinti Bankų gaivinimo ir pertvarkymo direktyvos sistemą iki 2015 m. sausio 1 d., reikia, kad nacionalinės pertvarkymo institucijos ne vėliau kaip 2015 m. sausio 1 d. pradėtų skaičiuoti ir rinkti įnašus pertvarkymo finansavimo struktūroms. Kad tai būtų įgyvendinta, tai reglamentuojantis deleguotasis reglamentas turi įsigaliooti dar 2014 m., todėl šiam siūlymui pritariu.

José Blanco López (S&D), *por escrito*. — He votado a favor de esta Recomendación de Decisión del Parlamento Europeo, presentada de conformidad con el artículo 105, apartado 6, del Reglamento, de no presentar objeciones al Reglamento Delegado de la Comisión, de 21 de octubre de 2014, por el que se complementa la Directiva 2014/59/UE del Parlamento Europeo y del Consejo, de 15 de mayo de 2014, en lo que respecta a las contribuciones ex ante a los mecanismos de financiación de la resolución (C(2014)07674 – 2014/2923(DEA)). Considero, como se expresa en la propia Recomendación, que el acuerdo en el Consejo sobre el Reglamento de ejecución que especifica condiciones uniformes de aplicación del Reglamento (UE) n° 806/2014 del Parlamento Europeo y del Consejo en lo que respecta a las aportaciones ex ante al Fondo Único de Resolución, alcanzado tras la participación informal del Parlamento, es coherente con el Reglamento Delegado antes citado, entre otros factores expresados asimismo en esta Recomendación.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), *raštu*. — Balsavau už šią rezoliuciją, nes ja Parlamentas siekia įgalinti Komisiją efektyviai taikyti vadinamąją Bankų gaivinimo ir pertvarkymo direktyvą. Tam, kad direktyva būtų taikoma, šalys narės privalo užtikrinti, kad bent kartą per metus būtų renkami įnašai iš atitinkamų kredito įstaigų ir investicinių įmonių, kurioms išduotas veiklos šių šalių teritorijoje leidimas. Šie kredito įstaigų ir investicinių įmonių įnašai turi būti koreguojami, atsižvelgiant į šių įstaigų rizikos pobūdį, ir tokių koregavimą Komisija gali atlikti tik taikydama deleguotuosius aktus, kurių priėmimui Europos Parlamentas ir pritarrė.

Steeve Brisois (NI), *par écrit*. — Le SRB (Conseil de résolution unique) est la pierre angulaire du mécanisme de résolution unique (MRU), qui aura bientôt la charge de mettre en œuvre le démantèlement des «banques en détresse» et ce, grâce à une série d'instruments, dont un fonds de résolution unique abondé par les banques et un arsenal de règles portant sur la hiérarchie des créanciers en cas de faillite.

Le MRU s'appliquera aux banques couvertes par le MSU, qui fait de la Banque centrale européenne (BCE), le superviseur prudentiel central des établissements bancaires de la zone euro (environ 6 000 banques). Le MRU réagira dans les cas où une banque faillirait malgré une surveillance renforcée. Il s'appuiera sur un conseil composé de 6 membres.

Conscient de la nécessité de prévenir la défaillance des banques, je demeure cependant fermement attaché à la souveraineté nationale; c'est pourquoi j'ai voté contre.

Gianluca Buonanno (NI), *per iscritto*. — Voto a favore: la direttiva sulla gestione e risoluzione delle crisi bancarie (BRRD) definisce le regole per l'intervento di azionisti e creditori delle banche, tanto nel caso di rilancio o ristrutturazione dell'istituto, quanto in quello del suo fallimento. In caso di eventuali future crisi bancarie, a pagarne i costi saranno gli stessi istituti di credito, con un sistema di contributi obbligatori.

Donnerstag, 18. Dezember 2014

James Carver (EFDD), *in writing*. - This motion seeks 'no objection' to a Delegated Act which calculates annual contributions from financial institutions to their national Resolution Authority's resolution financing arrangements; and sets penalties for late payment. Accordingly, I voted against it.

Lara Comi (PPE), *per iscritto*. - Ho votato a favore di questo regolamento che riguarda i contributi ex ante ai meccanismi di finanziamento della risoluzione. Concordo, infatti, con la scelta di non sollevare obiezioni al regolamento. Condivido le valutazioni avanzate e soprattutto la circostanza che gli Stati membri devono garantire che i contributi siano raccolti a cadenza almeno annuale presso gli enti creditizi e le imprese di investimento pertinenti autorizzati nel rispettivo territorio.

Therese Comodini Cachia (PPE), *in writing*. — Resolution financing arrangements need to be sufficiently funded to allow for a proper functioning of the resolution framework and protect financial stability without recourse to taxpayers' money. It is also in the interest of the banking sector that the financing arrangements have enough resources to intervene where necessary for the effective application of the resolution tools. I have no objection to the delegated regulation of the Commission so I voted in favour.

Miriam Dalli (S&D), *in writing*. — I voted in favour of Parliament's resolution declaring that it has no objections to this delegated regulation, in line with the Implementing Regulation specifying uniform conditions of application of Regulation (EU) No 806/2014 with regard to ex-ante contributions to the Single Resolution Fund.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI), *γραφτώς*. — Καταψήφισα την πρόταση, καθώς είμαι αντίθετος με την ύπαρξη του ενιαίου ταμείου εξυγίανσης και τις εκ των προτέρων συνεισφορές σε χρηματοδοτικές ρυθμίσεις εξυγίανσης.

João Ferreira (GUE/NGL), *por escrito*. — O elemento que falta resolver relativo à União Bancária diz respeito a um ato delegado que se refere às contribuições *ex ante* para os mecanismos de financiamento da resolução, que estabelece quanto é que os bancos precisam de pagar para o fundo de resolução.

Um dos problemas com este ato específico é que não garante que as contribuições fixadas reflitam o perfil de risco dos bancos de forma adequada. Por outras palavras, bancos saudáveis com modelos de negócios conservadores e sistemas próprios de garantia institucional, tais como bancos cooperativos que provavelmente nunca precisarão nenhum fundo de resolução irão ser chamados a pagar os riscos que daqueles que jogam nos mercados financeiros. Isto abre o caminho para uma distribuição injusta dos custos de financiamento dos fundos de resolução que fere especialmente bancos locais de baixo risco.

A não objeção a este ato delegado constitui um ato antidemocrático e de fuga ao escrutínio da atividade da Comissão por parte do Parlamento Europeu, um inaceitável cheque em branco.

Para além da nossa posição de princípio relativamente à União Bancária, são razões de sobra para o nosso voto contra.

Λάμπρος Φουντούλης (NI), *γραφτώς*. — Διαφωνούμε γενικότερα με την ύπαρξη του ενιαίου ταμείου εξυγίανσης και τις εκ των προτέρων συνεισφορές σε χρηματοδοτικές ρυθμίσεις εξυγίανσης.

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan*. — Glasao sam ZA Rezoluciju o neulaganju prigovora na Delegiranu uredbu Komisije o dopuni Direktive 2014/59/EU u vezi s ex ante doprinosima financijskim aranžmanima za sanaciju kako bi Delegirana uredba mogla stupiti na snagu.

Naime, Delegirana uredba može stupiti na snagu samo ako Parlament ne uloži prigovor na Delegirane uredbe Komisije i stoga sam prihvatio ovu Rezoluciju. Na taj se način omogućava neometana i pravovremena provedba okvira Direktive BRRD čime će nacionalna sanacijska tijela moći odmah izračunavati i prikupljati doprinose financijskim aranžmanima za sanaciju jer se izračun i prikupljanje doprinosa provodi u skladu sa spomenutom Delegiranom uredbom.

Motiv za glasovanje u vezi s ex ante doprinosima Jedinstvenom fondu za sanaciju bila je i činjenica da je sve to postignuto nakon neformalnog uključanja Parlamenta. Dodatni motiv je svakako i stajalište ALDE grupe koja kao i velika većina u Europskom parlamentu podržava predmetnu rezoluciju.

Donnerstag, 18. Dezember 2014

Giovanni La Via (PPE), *per iscritto*. — Signor Presidente, onorevoli colleghi, con il voto odierno ho sostenuto il regolamento che riguarda i contributi ex ante ai meccanismi di finanziamento della risoluzione. Condivido appieno la scelta del relatore di non procedere alla sollevazione di obiezioni, in quanto concordo con le osservazioni poste in essere dalla Commissione. Sostengo, inoltre, l'opportunità dell'obbligo per gli Stati membri di assicurare che i contributi siano raccolti, quantomeno ogni anno, presso i relativi enti autorizzati nel territorio di riferimento.

Νότης Μαριάς (ECR), *γραφικώς*. — Καταψήφισα τη σύσταση απόφασης περί μη διατύπωσης αντίρρησης επί του κατ' εξουσιοδότηση κανονισμού της Επιτροπής της 21ης Οκτωβρίου 2014 προς συμπλήρωση της οδηγίας 2014/59/ΕΕ του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου και του Συμβουλίου, της 15ης Μαΐου 2014, όσον αφορά τις εκ των προτέρων συνεισφορές σε χρηματοδοτικές ρυθμίσεις εξυγίανσης, διότι δεν συμφωνώ με την εκχώρηση εξουσιών στην Επιτροπή στο εν λόγω ζήτημα. Επιπλέον, η εν λόγω σύσταση απόφασης δεν ρυθμίζει με επαρκή τρόπο τα ζητήματα τα οποία υποτίθεται ότι θέλει να αντιμετωπίσει.

Jean-Luc Mélenchon (GUE/NGL), *par écrit*. — Dans le cadre du mécanisme de résolution unique, les autorités nationales compétentes doivent prélever les contributions aux dispositifs de résolution des crises financières. Ces contributions doivent être adaptées au profil de risque des établissements et entreprises selon les critères précisés dans un acte délégué de la Commission. Or, dans l'acte délégué adopté par la Commission, les contributions ne reflètent pas le niveau de risque des banques de manière adéquate. Ainsi les banques «saines» doivent contribuer autant que les établissements financiers les plus spéculatifs. Je vote contre la recommandation qui approuve cet acte délégué.

Roberta Metsola (PPE), *in writing*. — I voted in favour of this recommendation because I have no objections to the delegated regulation so as to ensure that banks are more resilient to future shocks.

Marlene Mizzi (S&D), *in writing*. — I am in agreement with the ex-ante contributions to resolution financing agreements.

Sophie Montel (NI), *par écrit*. — Le SRB (Conseil de résolution unique) est la pierre angulaire du mécanisme de résolution unique (MRU), qui aura bientôt la charge de mettre en œuvre le démantèlement des «banques en détresse» et ce, grâce à une série d'instruments, dont un fonds de résolution unique abondé par les banques et un arsenal de règles portant sur la hiérarchie des créanciers en cas de faillite.

Le MRU s'appliquera aux banques couvertes par le MSU, qui fait de la Banque centrale européenne (BCE), le superviseur prudentiel central des établissements bancaires de la zone euro (environ 6 000 banques). Le MRU réagira dans les cas où une banque faillirait malgré une surveillance renforcée. Il s'appuiera sur un conseil composé de 6 membres.

Consciente de la nécessité de prévenir la défaillance des banques, je demeure cependant fermement attachée à la souveraineté nationale; c'est pourquoi j'ai voté contre.

Aldo Patriciello (PPE), *per iscritto*. — Dopo un attento esame del testo, intenderei esprimere il mio voto favorevole.

Paulo Rangel (PPE), *por escrito*. — O artigo 103.º da Diretiva DRRB estabelece que os Estados-Membros devem assegurar a cobrança de contribuições pelo menos anuais, junto das instituições de crédito e empresas de investimento autorizadas no seu território. Tais contribuições são ajustadas em proporção do perfil de risco das instituições, de acordo com os critérios especificados pela Comissão num ato delegado a adotar nos termos do n.º 7 daquela norma. Tendo por base esta habilitação, a Comissão adotou, em 21 de outubro de 2014, um regulamento delegado que complementa a Diretiva DRRB, no que se refere às contribuições *ex ante* para os mecanismos de financiamento da resolução. Ora, considerando que, para que a aplicação da Diretiva DRRB se processe até 1 de janeiro de 2015, é necessário que as autoridades nacionais de resolução comecem a calcular e cobrar as contribuições o mais rapidamente possível e que o acordo sobre o regulamento de execução do Conselho, que especifica as condições de aplicação uniformes do Regulamento (UE) n.º 806/2014 no que se refere às contribuições *ex ante* para o Fundo Único de Resolução, é coerente com o regulamento delegado aqui em causa, votei favoravelmente a presente decisão no sentido de não levantar objeções ao mesmo.

Donnerstag, 18. Dezember 2014

Matteo Salvini (NI), *per iscritto*. — Ho votato a favore in quanto il provvedimento mira a far sì che, in caso di eventuali future crisi bancarie, a pagarne i costi siano gli stessi istituti di credito, i cui contributi – obbligatori – alimenteranno un fondo appositamente istituito.

Siôn Simon (S&D), *in writing*. — I voted in favour of a motion for a resolution on financing arrangements. Article 130 of Directive (EU) No 59/2014 (the BRRD Directive) requires Member States to apply the national measures necessary to comply with that Directive from 1 January 2015. In order to apply the Directive, Member States must ensure that contributions are raised at least annually from the relevant credit institutions and investment firms ('the institutions') authorised in their territory.

Dubravka Šuica (PPE), *napisan*. — Podržavam ovu Rezoluciju budući da potiče učinkovit način regulacije financijskih aranžmana za sanaciju, konkretno, učinkovito prikupljanje doprinosa od strane kreditnih institucija i investicijskih društava.

Učinkovita provedba direktive omogućuje prikupljanje doprinosa, ujedno vodeći računa o rizičnosti samih institucija. Također, nacionalna tijela će na ovaj način moći pravovremeno izračunati i prikupljati doprinose. U tu svrhu potrebno je što prije usvojiti ovu Rezoluciju.

Ελευθέριος Συναδινός (NI), *γραφτώς*. — Διαφωνούμε γενικότερα με την ύπαρξη του ενιαίου ταμείου εξυγίανσης και τις εκ των προτέρων συνεισφορές σε χρηματοδοτικές ρυθμίσεις εξυγίανσης.

Marc Tarabella (S&D), *par écrit*. — J'ai voté en faveur du règlement délégué (UE) de la Commission complétant la directive 2014/59/UE du Parlement européen et du Conseil du 15 mai 2014 en ce qui concerne les contributions ex ante aux dispositifs de financement pour la résolution.

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito*. — O elemento que falta resolver relativo à união bancária diz respeito a um ato delegado que se refere às contribuições *ex ante* para os mecanismos de financiamento da resolução, que estabelece quanto é que os bancos precisam de pagar para o fundo de resolução.

Um dos problemas com este ato específico é que não garante que as contribuições fixadas reflitam o perfil de risco dos bancos de forma adequada. Por outras palavras, bancos saudáveis com modelos de negócios conservadores e sistemas próprios de garantia institucional, tais como bancos cooperativos que provavelmente nunca precisarão de nenhum fundo de resolução, irão ser chamados a pagar os riscos daqueles que jogam nos mercados financeiros. Isto abre o caminho para uma distribuição injusta dos custos de financiamento dos fundos de resolução, que fere especialmente bancos locais de baixo risco.

O levantamento antecipado de uma não objeção a este ato delegado, além de constituir um ato antidemocrático e de fuga ao escrutínio da atividade da Comissão por parte do Parlamento Europeu, é um cheque em branco que não podemos aceitar.

11.4. Abschluss eines Assoziierungsabkommens mit Georgien (A8-0042/2014 - Andrejs Mamikins)

Explicații orale privind votul

Marek Jurek (ECR). - Pani Przewodnicząca! Podjęliśmy decyzję o stowarzyszeniu między Unią Europejską a Gruzją i oczywiście głosowałem za rezolucją, bo wszystko, co wzmacnia niepodległość państw powstałych na wschodzie po rozpadzie Związku Sowieckiego, wypełnia nakazy europejskiej solidarności.

Ale muszę wyrazić dezaprobatę wobec zaprzeczającego tej solidarności faktu narzucania Gruzji ideologii homoseksualnej. Kapitałem społecznym Europy był gruziński Marsz Rodziny, w którym na apel Kościoła Prawosławnego uczestniczyło tysiące mieszkańców Tbilisi. A zarzucanie Gruzji tzw. homofobii to faktyczny atak na wartości zawarte w prawie krajów Europy Środkowej, od Litwy po Chorwację.

Apeluję szczególnie do chrześcijańskich demokratów: nie przyjmujcie kultury skrajnej lewicy, głosujcie tak, jak głosowałoby Schuman, Adenauer i De Gasperi.

I oczywiście Joyeux Noël, Wesołych Świąt i Merry Christmas dla wszystkich.

Donnerstag, 18. Dezember 2014

Jiří Pospíšil (PPE). - Paní předsedající, já jako poslanec z České republiky, bývalé postkomunistické země, která má tragické zkušenosti se Sovětským svazem, jsem velmi vítal a velmi vítám, že jsme dneska přijali a podpořili dohodu o přidružení Gruzie a otevřeli jsme tak cestu této zemi, která kdysi byla součástí Sovětské svazu a kde Rusko dodnes uplatňuje svoje vlivové zájmy, mezi demokratické státy, mezi rodinu evropských demokratických právních států. Je to podle mého názoru velmi důležité a je velmi důležité, že naše politika, politika Evropské unie, podporuje tyto bývalé části a bývalé země komunistického bloku a že jim umožňuje stát se právními a prosperujícími státy.

Na poslední schůzi jsme takto podpořili Moldavsko, nyní takto podporujeme Gruzii a já doufám, že tato dohoda bude přínosem pro Gruzii při rozvoji právního gruzínského státu a při rozvoji gruzínské ekonomiky. Považuji to tedy za velmi důležité a jsem rád, že naše politika je orientována na rozvoj této východní části Evropy a řekněme části Asie. Je to velmi důležité a doufám, že v tom budeme pokračovat.

Tatjana Ždanoka (Verts/ALE). - Madam President, I voted against the consent and the resolution, which bears the spirit of division and not of integration of the European continent as a whole, and of the South Caucasus region in particular. The wording 'varying levels of ambition and capacity' with regard to the three South Caucasus states is a humiliating one. The proposal to create a specific EU-Georgia PCC, considering the varying scope of relations with Armenia and Azerbaijan, is going in that direction as well.

South Ossetia and Abkhazia are referred to as 'occupied territories', and Russia is called on 'to end its occupation thereof'. This is despite the well-known EU investigation claiming that 'open hostilities' began with a large-scale Georgian military operation against Tskhinvali.

The statement that 'the association process is not a threat to Russia's political and economic interests' remains a declaration confirmed by nothing. Therefore, the assertion that 'the EU's engagement with the Eastern Partners aims to spread prosperity... from which all countries in the region will gain' is doubtful.

Peter Jahr (PPE). - Frau Präsidentin! Ich habe für das Abkommen gestimmt, weil es ganz einfach ein Anfang ist und weil es, wie schon gesagt wurde, ein historischer Moment ist.

Wie kann man eigentlich die Welt besser machen? Man kann die Welt besser machen, indem man Handel führt, indem man sich gegenseitig respektvoll behandelt, indem man auch respektvoll miteinander umgeht und indem man einfach auch Vertrauen schafft. Für mich ist das eine große vertrauensbildende Maßnahme.

Wir verschaffen der Region und dem Land auch Alternativen und helfen gemeinsam – ich sage es noch einmal – die Welt ein Stückchen besser zu machen. In dieser Beziehung ist das für mich eine Blaupause für weitere Assoziierungsabkommen, dass wir als Europäische Union, nicht nur unsere wirtschaftlichen, sondern auch unsere politischen Werte in andere Regionen einbringen können.

Heute dagegenzustimmen heißt für mich, diese Region ein Stückchen weit allein zu lassen.

Daniel Hannan (ECR). - Madam President, we should not allow the immediacy of the crisis in Ukraine to blind us to older instances of Putinite revanchism. Here is a situation where Russia continues to occupy part of a sovereign neighbouring country, but this is not just about territory and it is not just about annexations. Something bigger is in the balance. If I can borrow a 19th century Russian analogy, this is a conflict that we have seen throughout the former Soviet Union between what we might call Slavophiles and Westernisers, between those who choose democracy and those who choose the *Führerprinzip*, between those who want a liberal society and those who want an autocratic society.

Essentially it is about the rule of law. It is about not having governments that get to make up the rules as they go along without there being any independent authority. Of course, it is for the people of Georgia – as it is for the people of Ukraine and every other country – to make their decision, but if they choose the direction of Western liberal values, then we have a duty to support them. By 'we' I do not just mean the European Union, I mean the entire Euro-Atlantic community. Force of arms should never be allowed to trump force of argument.

Donnerstag, 18. Dezember 2014

Steven Woolfe (EFDD). - Madam President, once again this Chamber has voted for a motion that will lead to increased neo-colonialism of the European Union and its supporters of imperialism in this Chamber. The consequences of this at Christmas would be laughable if it were not serious. In my constituency of the North-West there is a town called Stockport. Thousands of people this Christmas will be struggling to eat and heat their homes; they will be seeking food from food banks.

This House today has voted to take money from the European Union and give it to dictators and bureaucrats in Georgia through agreements. You are taking money and food from the mouths of my constituents to give it to the greedy in Georgia. I opposed this motion along with UKIP, my party, because we do not believe in EU imperialism; we do not believe that you can take money from the poor to give to the rich; we do not believe that the people of Stockport should have a poor Christmas just because the Georgian rich want a rich Christmas.

Seán Kelly (PPE). - Madam President, contrary to the last speaker, I was very pleased to support this motion and vote for my Group accordingly. I think it is a landmark day, and it is significant that we had the President and the former President here to witness our democratic decisions.

The vast majority of Members voted in favour of this. Of course, there are those who disagree, and they are entitled to their opinions, but democracy is based on the majority. I also think that Georgia wants to express its democratic right to look to the West rather than be strangled by the East for evermore. Giving them consideration here, at European Parliament level, is an indication of our willingness and desire to ensure that all peoples are free, that all governments can make choices of their own, and fundamentally that we are going to support that around the world. This is a good day for Georgia and a good day for the European Union.

Explicații scrise privind votul

Marina Albiol Guzmán (GUE/NGL), por escrito. — He votado en contra de este informe que da su aprobación a la celebración de un Acuerdo de Asociación con Georgia, lo que supone la creación de una gran zona de libre comercio entre la UE y Georgia. He votado siempre en contra de la creación de zonas de libre comercio entre la UE y terceros países por entender que estas benefician siempre a las grandes empresas y al gran capital europeo, en detrimento de la producción local de los terceros países. En este caso no podía ser de otra manera. Además, ha quedado manifiestamente claro que en el caso de Georgia la intención es acercar a este país a la órbita de la UE y la OTAN, y alejarlo lo más posible de la influencia de Rusia, lo que supone una injerencia en los asuntos internos de Georgia. Por todo ello he votado contra.

Martina Anderson (GUE/NGL), in writing. - Conclusion of the Association agreement with Georgia Report: Andrejs Mamikins (A8-0042/2014). This Association Agreement between the EU and Georgia refers to the Free Trade Agreement between the EU and Georgia as one of the most ambitious FTAs that the EU has negotiated with a third country. It talks about a Deep and Comprehensive FTA, modernising the country's economy – which concerns privatisation and liberalisation – and commends Georgia for undertaking deep and difficult economic reforms. In the Irish experience these 'reforms' tend to make the rich richer and the vast majority of the people poorer. Some of the references to Russia are not helpful, given the on-going tensions in the region. Integration into NATO is not likely to ease tensions. For these reasons I voted against this motion.

Zigmantas Balčytis (S&D), raštu. — Balsavau už asociacijos susitarimo su Gruzija sudarymą. Ši asociacijos ir laisvos prekybos sutartis skirta Europos Sąjungos ir Gruzijos ekonominių ir politinių ryšių sustiprinimui. Ji taps trečiąja tokio tipo sutartimi, kurią Europos Parlamentas ratifikuoja su ES rytų kaimynėmis. Šių metų rugsėjo mėn. EP jau yra ratifikavęs panašią sutartį su Ukraina, o lapkričio mėn. – su Moldova. Sukūrus visapusišką laisvosios prekybos erdvę su ES, Gruzijai turėtų padidėti rinkos galimybės patekti į ES ekonominių bloką, priėmus privalomus įsipareigojimus dėl standartų ir bendrųjų vertybių, o ES bus naudingi sklandesni prekybiniai srautai ir geresnės sąlygos investuoti Gruzijoje. Svarbu, kad abi šalys vykdytų konstruktyvų dialogą, kad būtų galima patvirtinti pagrindines reformas ir įsipareigojimus, numatytus asociacijos susitarime. Susitarime nustatyti prioritetai turėtų būti tinkamai techniškai ir finansiškai remiami, siekiant, kad Gruzija turėtų priemonių tęsti savo demokratines ir ekonomines reformas.

Donnerstag, 18. Dezember 2014

Hugues Bayet (S&D), *par écrit*. — La Géorgie doit poursuivre ses efforts afin de renforcer la démocratie. Il est important que le pays continue sur cette voie, et c'est pourquoi la signature d'un accord d'association avec lui représente un acte important et encourageant. En plus des avantages que la Géorgie tirera de cet accord, l'Union européenne bénéficiera de flux commerciaux plus réguliers et de meilleures conditions d'investissement en Géorgie. Il est bien sûr nécessaire, parallèlement, que les autorités géorgiennes œuvrent en faveur d'une réconciliation nationale et qu'elles continuent à consolider les droits de l'homme et les libertés fondamentales.

Dominique Bilde (NI), *par écrit*. — Cette proposition de résolution non législative sur le projet de décision du Conseil relative à la conclusion, au nom de l'Union européenne, de l'accord d'association entre l'Union européenne et la Communauté européenne de l'énergie atomique et leurs États membres, d'une part, et la Géorgie, d'autre part, doit permettre à terme à la Géorgie d'adhérer à l'Union européenne. Là est la face cachée de cet accord!

Sur le principe de «plus de fonds, plus de réformes», l'Union entend d'une part dilapider l'argent des contribuables européens en Géorgie alors qu'il nous fait grandement défaut et, d'autre part, imposer à la Géorgie sa vision ultralibérale, qui n'a toujours pas fait ses preuves.

Cet accord est une nouvelle attaque envers la Russie, avec laquelle nos relations sont plus que tendues: demande du respect de l'intégrité territoriale de la Géorgie, insistance pour que la Russie revienne sur sa décision de reconnaître la sécession des régions géorgiennes d'Abkhazie et de Tskhinvali, en Ossétie du Sud, et pour qu'elle mette fin à l'occupation.

Pour ces raisons, entres autres, j'ai voté contre la conclusion de cet accord d'association.

José Blanco López (S&D), *por escrito*. — Apoyo esta propuesta de Resolución, que acompaña a la Recomendación sobre el Acuerdo de Asociación con Georgia, en la que, entre otras cuestiones, saludamos los avances realizados en Abjazia y Osetia del Sur, así como en las relaciones con Rusia.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), *raštu*. — Balsavau už šią rezoliuciją, nes ja Europos Parlamentas dar kartą išreiškė palankumą ir paramą Gruzijai, tuo pat metu pritardamas ES ir Gruzijos asociacijos susitarimo sudarymui Europos Sąjungos vardu. Šioje rezoliucijoje Parlamentas šiltai pasveikino Gruziją pasirašius asociacijos susitarimą, nes tai yra svarbus žingsnis į priekį plėtojant dvišalius santykius ir juo yra įtvirtinamas išipareigojimas eiti politinės asociacijos ir ekonominės integracijos keliu. Parlamentas rezoliucijoje pabrėžia, kaip svarbu vykdyti konstruktyvų dialogą, kuriame dalyvautų visos partijos tam, kad būtų galima patvirtinti pagrindines reformas ir išipareigojimus, numatytus asociacijos susitarime, remiantis bendru pasirinkimu siekti europinės integracijos. Rezoliucijoje Gruzija taip pat raginama užtikrinti, kad reformos būtų įtvirtintos ir giliai išsąknytų institucinėje struktūroje, kad būtų galima sukurti visuomenę, kurioje vyrautų pluralizmas, nediskriminavimas, tolerancija, teisingumas, solidarumas ir moterų ir vyrų lygybė.

Marie-Christine Boutonnet (NI), *par écrit*. — Le rapporteur «félicite la Géorgie d'avoir maîtrisé la pression d'autres pays, notamment de la Russie». Est-ce vraiment utile et opportun vu la situation géopolitique dans la région et les tensions actuelles entre l'Union européenne et la Fédération de Russie ? On peut en douter fortement.

Quant aux conséquences économiques, il convient de tirer les leçons des expériences passées de rapprochement d'économies structurellement fort différentes. Regardez-nos voisins allemands.

Le rapport promet à la Géorgie «une perspective européenne et [la possibilité de] demander à devenir membre de l'Union». Ce n'est pas raisonnable.

J'ai donc voté contre ce texte qui, d'une part, peut avoir des conséquences économiques désastreuses pour les États membres et, d'autre part, est particulièrement délicat vu le contexte géopolitique.

Lynn Boylan (GUE/NGL), *in writing*. — This Association Agreement between the EU and Georgia refers to the Free Trade Agreement between the EU and Georgia as one of the most ambitious FTAs that the EU has negotiated with a third country. It talks about a Deep and Comprehensive FTA, modernising the country's economy – which concerns privatisation and liberalisation – and commends Georgia for undertaking deep and difficult economic reforms. In the Irish experience these 'reforms' tend to make the rich richer and the vast majority of the people poorer.

Donnerstag, 18. Dezember 2014

Some of the references to Russia are not helpful, given the on-going tensions in the region. Integration into NATO is not likely to ease tensions. For these reasons I voted against this motion.

Steeve Briois (NI), *par écrit*. — J'ai voté contre l'ensemble des amendements proposés. La conclusion de l'accord d'association avec la Géorgie n'est qu'une manœuvre de plus mise en place par l'Union européenne pour isoler la Russie. Cet accord d'association s'inscrit dans une fuite en avant très inquiétante de l'Union européenne, qui ne répond à aucun intérêt majeur.

Daniel Buda (PPE), *în scris*. — Am votat în favoarea raportului cu privire la propunerea de rezoluție fără caracter legislativ referitoare la propunerea de decizie a Consiliului privind încheierea, în numele Uniunii Europene, a Acordului de asociere dintre Uniunea Europeană și Comunitatea Europeană a Energiei Atomice și statele membre ale acestora, pe de o parte, și Georgia, pe de altă parte.

În Georgia există un puternic consens național, dar și la nivelul tuturor partidelor, în favoarea integrării acestei țări atât în Uniunea Europeană, cât și în NATO. Potrivit unui studiu recent realizat de Institutul Democratic Național pentru Afaceri Internaționale, 69% din populația Georgiei este de acord cu semnarea unui acord de asociere cu Uniunea Europeană. Progresele înregistrate de Georgia în materie de respectare a drepturilor omului, democrației și statului de drept sunt încoronate prin semnarea Acordului de asociere.

Acest angajament arată recunoașterea fermă a UE cu privire la aceste progrese, precum și ambiția Georgiei de a continua drumul proeuropean. UE demonstrează solidaritate atât față de Georgia, cât și față de Republica Moldova și Ucraina iar Acordul nu reprezintă un scop în sine, ci parte a unui proces larg de a aduce aceste țări mai aproape de idealul european.

Gianluca Buonanno (NI), *per iscritto*. — Voto contrario: con questo accordo viene concessa alla Georgia una prospettiva europea e può presentare domanda di adesione all'Unione. Questo accordo rientra nella politica di allargamento ad Est dell'UE, come già visto con Ucraina e Moldavia, principalmente in funzione antirussa.

Soledad Cabezón Ruiz (S&D), *por escrito*. — En resumen, el Grupo S&D apoya el Acuerdo de Asociación con Georgia como una herramienta para una mayor democratización y para la integración europea. La reforma del sistema judicial para adaptarlo a las normas de la UE debe ser una prioridad para el Gobierno de Georgia. El Grupo también apoya incondicionalmente la integridad territorial de Georgia y acoge con satisfacción las medidas adoptadas por el Gobierno para mejorar el diálogo con Rusia.

Nicola Caputo (S&D), *per iscritto*. — Oggi ho votato a favore di questo accordo che permetterà il libero scambio tra l'UE e la Georgia: il 29% del commercio internazionale della Georgia è già destinato al mercato europeo. Ma si tratta anche di una decisione profondamente simbolica per la transizione della Georgia dall'era sovietica a quella europea. In Georgia c'è un forte consenso nazionale a favore dell'integrazione con l'Occidente.

La Georgia ha compiuto notevoli progressi negli ultimi anni per quanto riguarda i diritti umani e la democrazia. Questo accordo può contribuire ad accelerare il buongoverno e le riforme del sistema giudiziario georgiano.

Per quanto riguarda il problema della situazione in Abkhazia e in Ossezia del Sud, spero che prima o poi la questione dell'integrità territoriale potrà essere risolta e che l'Unione europea potrà contribuire al cambiamento. Con la missione di vigilanza dell'UE in Georgia (EUMM), l'Unione europea fornisce un sostegno concreto per la pace e la stabilità lungo le zone «calde» di confine con l'Abkhazia e dell'Ossezia meridionale. Ieri il Consiglio ha prorogato di due anni il mandato della missione di vigilanza dell'Unione europea in Georgia, il che dimostra che l'Unione continua a sostenere fermamente la sovranità e l'integrità territoriale della Georgia all'interno dei confini internazionalmente riconosciuti.

Donnerstag, 18. Dezember 2014

Matt Carthy (GUE/NGL), in writing. — This Association Agreement between the EU and Georgia refers to the Free Trade Agreement between the EU and Georgia as one of the most ambitious FTAs that the EU has negotiated with a third country. It talks about a Deep and Comprehensive FTA, modernising the country's economy – which concerns privatisation and liberalisation – and commends Georgia for undertaking deep and difficult economic reforms. In the Irish experience these 'reforms' tend to make the rich richer and the vast majority of the people poorer.

Some of the references to Russia are not helpful, given the ongoing tensions in the region. Integration into NATO is not likely to ease tensions.

For these reasons I voted against this motion.

James Carver (EFDD), in writing. - I voted against this proposal as this is an extension of EU influence in eastern Europe, which only exacerbates the current political tensions with the Russian Federation. I believe the EU needs to stop building its own, new empire. Least of all, on the Russian border.

Aymeric Chauprade (NI), par écrit. — J'ai voté contre cet accord d'association UE-Géorgie qui n'est rien d'autre qu'une tentative précipitée d'encercler la Russie par la vassalisation de ses partenaires stratégiques. Malgré l'accumulation de bonnes intentions, l'Union Européenne montre une nouvelle fois dans ce texte la volonté de fouler aux pieds la souveraineté des nations: la proposition de résolution évoque ainsi l'obligatoire «mise en conformité» de la législation géorgienne. Pire, les parlementaires européens font l'apologie d'un «choix européen consensuel», autrement dit, ils appellent de leurs vœux une véritable négation du principe démocratique! Cette ingérence est d'autant plus scandaleuse qu'elle est également néfaste pour les citoyens des États membres: on y prône une libéralisation intensive aussi bien des marchés que des visas. Rappelons, à titre d'exemple, que selon un récent rapport de *The Economic Journal*, l'immigration aurait coûté 150 milliards de GBP en 17 ans à un pays comme le Royaume-Uni, l'un des pays qui parvient pourtant le mieux à endiguer les effets de la crise économique grâce à sa souveraineté monétaire. Cet accord d'association UE-Ukraine montre donc une nouvelle fois que les décisions prises par les instances européennes sont dictées par l'idéologie et non le bon sens.

Lara Comi (PPE), per iscritto. - Sono dell'idea che l'accordo di associazione tra l'Unione europea e la Georgia rappresenti uno dei più ambiziosi accordi di libero scambio che l'UE abbia mai negoziato con un paese terzo e considerando gli sforzi compiuti dalla Georgia in relazione alle riforme per la promozione dei diritti umani e della democrazia, nella costruzione di una società libera basata sullo Stato di diritto, la democrazia e il pluralismo sociale e nel perseguire più stretti legami economici con l'Unione europea, voto a favore di questa relazione per la conclusione dell'accordo di associazione. Spero che con il voto di oggi la Georgia possa sopportare meglio la pressione esterna esercitata dalla Russia nelle zone dell'Abkhazia e nella regione di Tskhinvali/Ossezia Meridionale e riorientare le proprie esportazioni verso nuovi mercati, nonché avere un effetto positivo a lungo termine sull'economia e contribuire così a migliorare la qualità di vita dei suoi cittadini.

Therese Comodini Cachia (PPE), in writing. — The Council authorised the Commission to open negotiations with Georgia for the conclusion of a new Agreement (DCFTA) to replace the Partnership and Cooperation Agreement. It is now necessary to conclude this Agreement on behalf of the European Union. I think that this Agreement is very favourable for the Member States, while the EU will benefit from smoother commercial flows and better investment conditions in Georgia. It is expected that the DCFTA will boost trade between the EU and Georgia by 12% as regards Georgia's exports to the EU, and by 7.5% for imports from the EU. For this reason I voted in favour.

Javier Couso Permuy (GUE/NGL), por escrito. — He votado en contra de este informe que da su aprobación a la celebración de un Acuerdo de Asociación con Georgia, lo que supone la creación de una gran zona de libre comercio entre la UE y Georgia. He votado siempre en contra de la creación de zonas de libre comercio entre la UE y terceros países por entender que estas benefician siempre a las grandes empresas y al gran capital europeo, en detrimento de la producción local de los terceros países. En este caso no podía ser de otra manera. Además, ha quedado manifiestamente claro que en el caso de Georgia la intención es acercar a este país a la órbita de la UE y la OTAN, y alejarlo lo más posible de la influencia de Rusia, lo que supone una injerencia en los asuntos internos de Georgia. Por todo ello he votado contra.

Donnerstag, 18. Dezember 2014

Miriam Dalli (S&D), *in writing*. — This is Parliament's resolution accompanying the consent vote on the Association Agreement. I believe in strengthening relations between the European Union and neighbouring countries the likes of Georgia, hence I voted in favour of this Association Agreement.

Michel Dantin (PPE), *par écrit*. — L'accord d'association UE-Géorgie a été engagé durant le sommet du partenariat oriental à Vilnius, le 29 novembre 2013, et signé le 27 juin 2014. Le Parlement géorgien l'a ratifié le 18 juillet, permettant à l'accord d'entrer provisoirement en vigueur le 1^{er} septembre 2014. Cet accord vise à approfondir de manière significative l'association politique et l'intégration économique graduelle de la Géorgie dans le marché intérieur de l'UE. L'accord d'association prévoit également de nombreuses possibilités de coopération sectorielle et se concentre sur le soutien aux réformes essentielles, la relance et la croissance économiques, la gouvernance et la coopération sectorielle dans 28 domaines, dont l'agriculture et le développement rural. Compte tenu du contexte géopolitique actuel dans l'Est de l'Europe et dans le Caucase, cet accord d'association trace une voie européenne pour la Géorgie. Pour cette raison, je vote pour la conclusion de cet accord.

Marielle de Sarnez (ALDE), *par écrit*. — L'Union doit développer, avec les pays de son voisinage, des partenariats renforcés. Cet accord d'association renforcera les liens politiques avec Tbilissi alors même que la Géorgie a réalisé une réforme essentielle de son système judiciaire pour en améliorer la gouvernance.

Par cet accord, Européens et Géorgiens vont pouvoir poursuivre la coopération et le dialogue sur les réformes restant à conduire pour ancrer la démocratie et l'état de droit.

Cette coopération renforcée dans le domaine politique ira de pair avec la mise en place d'une zone de libre-échange Union-Géorgie favorisant les liens commerciaux entre les deux ensembles.

Cet accord doit, à terme, permettre de moderniser et de stabiliser le pays, afin que celui-ci puisse tracer librement son avenir. Pour cela, il faut rappeler que l'accord couvre l'ensemble du territoire géorgien et qu'à l'avenir, une solution diplomatique durable devra être trouvée aux situations de l'Abkhazie et de l'Ossétie du Sud.

Ангел Джамбазки (ECR), *в писмена форма*. — Приветствам резолюцията на Европейския парламент, одобряваща сключването на Споразумението за асоцииране между ЕС и Грузия, тъй като то символизира напредъка в отношенията ѝ със Съюза. Прилагането на споразумението в най-кратки срокове е от ключово значение за постигането на политически и икономически напредък в страната. Трябва да се отбележат усилията на грузинските органи за провеждането на демократични реформи, включително и тези в съдебната система, което показва, че те са сред приоритетите както на ЕС, така и на грузинските управляващи.

Подкрепям факта, че в своята резолюция Европейският парламент подчертава значението на антидискриминационното законодателство за гарантиране на равни права и защита на малцинствата, включително и на етническите такива. Като български представител, съм длъжен да обърна внимание на факта, че в Грузия има традиционно българско малцинство, датиращо от втората половина на XIX век, чиито представители в миналото са били третирани като хора с „неблагонадежден произход“ и дори са били изпращани на заточение. Вярвам, че това споразумение ще осигури основа за гарантиране на техните права.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI), *γραφώς*. — Καταψήφισα την έκδοση, καθώς η διεύρυνση της ΕΕ με την είσοδο οικονομικά αδυνέστατων εξυπηρετεί μόνον τα συμφέροντα των οικονομικά ισχυρών κρατών, δίχως να επιλύει την κρίση που πλήττει τις χώρες του Νότου, ενώ, μακροπρόθεσμα, θα επιφέρει στα υπό ένταξη κράτη οικονομικές και κοινωνικές συνέπειες αντίστοιχες με αυτές που βιώνει η χώρα μας.

José Manuel Fernandes (PPE), *por escrito*. - A Geórgia tem vindo a fazer progressos significativos em termos de reformas e reforçou as suas relações com a UE. Aliás, pela primeira vez na história recente da Geórgia, a transferência de poderes após estas eleições decorreu de forma pacífica e democrática, o que pode servir de exemplo para toda a região. A própria população da Geórgia aprovou, por 69 %, a assinatura deste Acordo de Associação que, por se tratar de um avanço significativo nas relações UE-Geórgia, merece a minha aprovação. Este é um compromisso que acentua a associação política e a integração económica da Geórgia que a UE tem vindo a ajudar como comprova a assistência financeira concedida a este país em 2014.

Donnerstag, 18. Dezember 2014

Λάμπρος Φουντούλης (NI), γραπτώς. — Προτείνεται η καταψήφιση της έκθεσης, καθώς η διεύρυνση της ΕΕ με είσοδο οικονομικά ασθενέστερων κρατών εξυπηρετεί μόνον τα συμφέροντα των οικονομικά ισχυρών κρατών, δίχως να επιλύει την κρίση που πλήττει τις χώρες του Νότου, ενώ, μακροπρόθεσμα, θα επιφέρει στα υπό ένταξη κράτη οικονομικές και κοινωνικές συνέπειες αντίστοιχες με αυτές που βιώνει η χώρα μας.

Tania González Peñas (GUE/NGL), *por escrito*. - Nos hemos abstenido en la votación sobre el Acuerdo de Asociación entre la UE y Georgia por los motivos que se exponen a continuación. Respetamos la decisión del pueblo de Georgia, que ha mostrado su respaldo al proyecto europeo, y estamos a favor de que la UE fomente lazos de cooperación con los países vecinos. No obstante, somos críticos en cuanto al contenido de dicho Acuerdo que, entre otras cosas, impone a Georgia un proceso gradual de adaptación al marco europeo sin un claro apoyo financiero y sin derecho a participar en el proceso político que en el futuro podría llevarle a ser miembro de pleno derecho de la UE. La propuesta de Resolución da a entender que a través de la firma del acuerdo el proceso de adhesión se acelera, si bien no se llevará a cabo ninguna ampliación de la UE hasta 2020.

András Gyürk (PPE), *írásban*. – Grúzia és az EU történelmében fontos lépés a társulási megállapodás megkötése.

Jelen társulási megállapodás nagy lehetőséget rejt Grúzia számára, hogy szervezesebben bekapcsolódhasson az európai integráció folyamatába. Szavazatommal támogattam a jelen indítványban megfogalmazott javaslatokat, mivel véleményem szerint megfelelő hangsúlyt helyez az igazságügyi rendszer reformjára, valamint a jogállam és a demokrácia erősítésére.

Pablo Iglesias (GUE/NGL), *por escrito*. - Nos hemos abstenido en la votación sobre el Acuerdo de Asociación entre la UE y Georgia por los motivos que se exponen a continuación. Respetamos la decisión del pueblo de Georgia, que ha mostrado su respaldo al proyecto europeo, y estamos a favor de que la UE fomente lazos de cooperación con los países vecinos. No obstante, somos críticos en cuanto al contenido de dicho Acuerdo que, entre otras cosas, impone a Georgia un proceso gradual de adaptación al marco europeo sin un claro apoyo financiero y sin derecho a participar en el proceso político que en el futuro podría llevarle a ser miembro de pleno derecho de la UE. La propuesta de Resolución da a entender que a través de la firma del acuerdo el proceso de adhesión se acelera, si bien no se llevará a cabo ninguna ampliación de la UE hasta 2020.

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan*. — Glasao sam ZA prijedlog rezolucije o nacrtu Odluke Vijeća o sklapanju Sporazuma o pridruživanju između Europske unije i Europske zajednice za atomsku energiju i njezinih država članica s jedne strane i Gruzije s druge jer navedeni sporazum predstavlja proces socijalnog, gospodarskog i pravnog približavanja Gruzije europskim načelima i standardima. Također podržavam stvaranje prostora slobodne trgovine između Europske unije i Gruzije koji će doprinijeti ekonomskom rastu te zemlje.

Ovim se putem poziva Gruziju da nastavi s demokratskim i sveobuhvatnim reformama koje su neophodne i koje moraju biti u skladu s Ugovorom o Europskoj uniji. No međutim, držim da su potrebne dodatne reforme i naponi kako bi se stabiliziralo područje u pitanju i kako bi se suzbilo diskriminaciju, kršenje ljudskih prava, korupciju i ostale fenomene koji su još uvijek prisutni u Gruziji.

Philippe Juvin (PPE), *par écrit*. — Je salue la conclusion de cet accord d'association, qui constitue un progrès notable dans les relations entre l'Union européenne et la Géorgie. Cet accord est soutenu à 69 % par la population géorgienne, ce qui démontre l'attachement de ce peuple à la coopération avec l'Union européenne. Je me félicite, en outre, que le Parlement européen réaffirme, par le biais de cette résolution, son soutien à la souveraineté et à l'intégrité territoriale de la Géorgie. Il est par ailleurs important d'encourager les autorités géorgiennes à poursuivre leurs efforts dans le domaine des réformes démocratiques, y compris la réforme du système judiciaire, et à œuvrer pour la réconciliation nationale.

Afzal Khan (S&D), *in writing*. — The Agreement is a very important step forward in our relations with Georgia. It must now be implemented in full so that the benefits and advantages of the agreement are felt by the people.

Donnerstag, 18. Dezember 2014

Giovanni La Via (PPE), *per iscritto*. — Ho votato a favore dell'accordo di associazione tra l'Unione europea e la Georgia perché si tratta di un accordo con un paese che ha dimostrato da anni di voler migliorarsi all'interno di un processo democratico di riforme strutturali. Ritengo che accordi di questo genere possano premiare gli sforzi compiuti per la tutela dei diritti fondamentali dell'uomo e per la promozione della democrazia. Notevoli saranno anche i sviluppi economici, che potranno aiutare la cittadinanza in maniera positiva.

Paloma López Bermejo (GUE/NGL), *por escrito*. — He votado en contra de este informe que da su aprobación a la celebración de un Acuerdo de Asociación con Georgia, lo que supone la creación de una gran zona de libre comercio entre la UE y Georgia. He votado siempre en contra de la creación de zonas de libre comercio entre la UE y terceros países por entender que estas benefician siempre a las grandes empresas y al gran capital europeo, en detrimento de la producción local de los terceros países. En este caso no podía ser de otra manera. Además, ha quedado manifiestamente claro que en el caso de Georgia la intención es acercar a este país a la órbita de la UE y la OTAN, y alejarlo lo más posible de la influencia de Rusia, lo que supone una injerencia en los asuntos internos de Georgia. Por todo ello he votado contra.

Bernd Lucke (ECR), *schriftlich*. — Ich habe mich der Stimme enthalten, obwohl vieles Richtige in dieser Entschließung steht. Ich stimme jedoch nicht der Behauptung zu, Georgien sei ein europäischer Staat. Das ist nach geografischen Kriterien klar falsch, denn Georgien liegt in Vorderasien. Man mag sagen, dass Georgien kulturell eine europäische Tradition hat. Dem würde ich zustimmen, aber mit dieser Begründung wäre wohl auch Israel ein europäischer Staat. Ich begrüße es, wenn Georgien sich wirtschaftlich, demokratisch und rechtsstaatlich entwickelt, indem es sich am *Acquis* der EU orientiert. Ich begrüße es auch, wenn Georgien ähnlich wie die Türkei an Integrationsmaßnahmen unterhalb der Schwelle der EU-Mitgliedschaft teilnimmt. Mehr an europäischer Perspektive sehe ich aber für Georgien nicht.

Monica Macovei (PPE), *in writing*. — I voted for the ratification of the Association Agreement with Georgia. It is a step forward for a country which is struggling for democracy. We need to continue to support Georgia on its way to the European family, to resist the oppression of the Russian Federation and to overcome the consequences of internal conflicts in the breakaway regions of Abkhazia and South Ossetia. I support enhanced cooperation with Georgia's reform efforts. The judicial system must become more independent and effective, fully functioning and properly staffed. Other specific objectives identified in the last report of Freedom House, such as confiscating criminal assets, convicting money launderers and targeting misuse of public funds should be encouraged and observed as metrics of success.

While the government of Georgia has been taking important steps, the difficult task of fully implementing reforms still lies ahead. The EU should continue to push the Georgian Government, through the Association agenda, to continue the fight against organised crime, corruption, fraud and money laundering at all levels.

I call on the Member States to ratify the Association Agreement as soon as possible, so that all its provisions can enter into force without delay.

Ivana Maletić (PPE), *napisan*. — Sporazum o pridruživanju između Europske unije i Gruzije koji istovremeno uključuje i sporazum o slobodnoj trgovini iniciran je tijekom Istočnog partnerstva u Vilniusu 29. studenog 2013., a potpisan je 27. srpnja 2014. Parlament Republike Gruzije ratificirao je sporazum mjesec dana kasnije i odobrio je stupanje sporazuma na snagu od 1. rujna 2014.

Sporazum o pridruživanju i Sporazum o dubokoj i sveobuhvatnoj zoni slobodne trgovine (Association Agreement and Deep and Comprehensive Free Trade Area AA / DCFTA) predstavlja novu generaciju sporazuma potpisanih od strane Europske unije s trećim zemljama. Oba sporazuma imaju za cilj značajno produbljivanje političke suradnje i gospodarske integracije Gruzije s Europskom unijom. Sporazum sadrži obvezujuća pravila za obje strane. Posebna pozornost bit će posvećena provedbi aktivnosti kroz različita područja.

Sporazumom se predviđaju reforme u sljedećim područjima: javna uprava, pravosuđe i provođenje zakona, gospodarski oporavak i rast, zaštita potrošača, energetika, promet, zaštita okoliša, industrijski razvoj, socijalni razvoj i zaštita, obrazovanje, mladi i kultura.

Donnerstag, 18. Dezember 2014

Podržala sam ovo izvješće jer smatram da će se sporazumom poboljšati suradnja u području jačanja vladavine prava, borbe protiv korupcije, osiguranja poštivanja temeljnih ljudskih prava i sloboda i jačanja demokratskih institucija.

Andrejs Mamikins (S&D), rakstiski. — Eiropas Parlaments atbalsta turpmākās politiskās un ekonomiskās reformas Gruzijā. Asociācijas līgums atver jaunas iespējas gan Gruzijai, gan Eiropas Savienībai. Tas ir arī Eiropas solidaritātes zīme ar Gruzijas tautu. Es gribētu pasvītrot, ka šīs partnerības attiecības nav vērstas pret trešajām valstīm, bet to mērķis ir pozitīvas sadarbības paplašināšana. Šī sadarbība dos labumu ne tikai Eiropas Savienībai un Gruzijai, bet arī visam reģionam un Gruzijas kaimiņiem.

Es gribētu vēlreiz pateikt paldies kolēģiem, kas piedalījās šī ziņojuma sagatavošanā, un tiem, kas piedalījās debatēs. Paldies visiem par pozitīvo balsojumu sēdē un atbalstu Gruzijai un Gruzijas tautai.

Νότης Μαριιάς (ECR), γραπτώς. — Απείχα από την ψηφοφορία της έκθεσης Mamikins σχετικά με το σχέδιο απόφασης του Συμβουλίου για την υπογραφή, εξ ονόματος της Ευρωπαϊκής Ένωσης, της Συμφωνίας Σύνδεσης μεταξύ της Ευρωπαϊκής Ένωσης και της Ευρωπαϊκής Κοινότητας Ατομικής Ενέργειας και των κρατών μελών τους, αφενός, και της Γεωργίας, αφετέρου, διότι δεν θεωρώ ότι έχουν ωριμάσει οι πολιτικοί, γεωστρατηγικοί και οικονομικοί όροι για τη σύναψη και εν συνεχεία εφαρμογή της εν λόγω συμφωνίας.

Georg Mayer (NI), schriftlich. — Ein Assoziierungsabkommen mit Georgien lehne ich aus den gleichen Gründen ab wie jenes mit der Republik Moldau. In Zeiten wirtschaftlicher Komplikationen ist es nicht ratsam, Geld des ohnehin knappen Haushalts der Europäischen Union in Länder zu pumpen, um deren Wettbewerbsfähigkeit am europäischen Binnenmarkt zu steigern, ohne dass dies schnelle Verbesserungen bringen würde. Georgien braucht wie die Ukraine langfristige Hilfsmaßnahmen, die wir uns zu dieser Zeit nicht leisten können. Weiters muss der politische Aspekt einer Annäherung an Georgien in Betracht gezogen werden. Wie am Beispiel der Republik Moldau ersichtlich, kann ein Assoziierungsabkommen mit Georgien dazu führen, dass Russland massive Sanktionen gegen dieses Land erlässt. Für die dadurch bedingten wirtschaftlichen Ausfälle müsste ebenfalls die Union haften.

Jean-Luc Mélenchon (GUE/NGL), par écrit. — Décrit comme «l'un des accords de libre-échange les plus ambitieux que l'Union européenne n'ait jamais négocié avec un pays tiers», cet accord est également présenté comme un prélude à l'adhésion de la Géorgie à l'Union européenne. Je conteste tout nouvel élargissement dans les conditions actuelles, ne voulant pas faire subir aux autres peuples le calvaire austéritaire des peuples européens.

De plus, il s'agit d'un nouvel acte de préparation d'hostilités avec la Russie, même si le rapport affirme que «processus d'association ne présente aucun danger pour les intérêts politiques et économiques de la Russie». Qu'il y soit fait référence suffit à éclairer l'objectif vidé en réalité. Une telle hypocrisie m'écœure. Je vote contre.

Nuno Melo (PPE), por escrito. — Existe na Geórgia um forte consenso nacional e entre todos os partidos a favor da integração no ocidente, incluindo a UE e a NATO. Este consenso deve contribuir para atenuar a atual polarização do cenário político e criar as condições necessárias para um diálogo construtivo entre as forças da maioria e da minoria.

Este Acordo de Associação é um avanço significativo nas relações UE-Geórgia, que consubstancia um compromisso relativamente à associação política e à integração económica. Daí o meu voto favorável.

Roberta Metsola (PPE), in writing. — An Association Agreement between the European Union and the creation of Deep and Comprehensive Free Trade Area (DCFTA) between both parties would be beneficial to all involved. I therefore voted in favour of this agreement because of the growth, job creation, prosperity and stability such an agreement would bring to Georgia. Georgia will have to adapt its laws and standards so as to respect the common norms and values of the Union. This is why I voted in favour of this report.

Louis Michel (ALDE), par écrit. – L'accord d'association avec la Géorgie est une étape de plus qui renforce le cadre de coopération économique et commercial existant. Il nous permettra d'évoluer vers une association politique sur la base de valeurs et de normes communes et vers une intégration économique de la Géorgie dans notre marché intérieur, grâce à la mise en place d'une zone de libre-échange très ambitieuse, qui sera bénéfique à la modernisation du pays et à l'amélioration de la qualité de vie de ses citoyens. Nous devons continuer à approfondir cet espace de coopération et de dialogue portant sur des intérêts communs, qui créera des perspectives commerciales pour l'Union et pour la Géorgie, mais aussi sur des domaines importants de politique étrangère, de sécurité, de liberté et de justice. La Géorgie a réalisé d'importants progrès, et nous devons continuer à faire preuve de solidarité et à soutenir ses réformes. Le Parlement

Donnerstag, 18. Dezember 2014

européen, en collaboration avec le Parlement géorgien, a un rôle crucial à jouer pour assurer la mise en œuvre de cet accord.

Marlene Mizzi (S&D), *in writing*. — I supported this association agreement with Georgia as a tool for Georgia's further democratisation and European integration.

Sorin Moisă (S&D), *in writing*. - Georgia is a long-standing, committed partner for Europe. It has been very stubborn in its intention to choose its own path in history. This vote is about respecting that freedom to choose.

Sophie Montel (NI), *par écrit*. — J'ai voté contre l'ensemble des amendements proposés. La conclusion de l'accord d'association avec la Géorgie n'est qu'une manœuvre de plus mise en place par l'Union européenne pour isoler la Russie. Après les promesses d'adhésion faites à l'Ukraine, l'Union fera-t-elle de même avec la Géorgie?

Claude Moraes (S&D), *in writing*. — I believe that this non-legislative resolution welcomes the signature of the Association Agreement which marks a positive step forward in EU-Georgia relations. I also support judicial reforms in Georgia to make sure they comply with European standards as opposed to condemning them.

Alessia Maria Mosca (S&D), *per iscritto*. — Accogliamo con favore la firma di questo accordo di associazione, in quanto costituisce un passo avanti significativo nelle relazioni tra l'Unione europea e la Georgia e ribadisce l'impegno di entrambe le parti verso l'associazione politica e l'integrazione economica. La Georgia ha realizzato infatti significativi progressi nel campo delle riforme istituzionali, allo scopo di rafforzare ulteriormente la stabilità, l'indipendenza e l'efficacia delle istituzioni responsabili di garantire la democrazia (in particolare quella delle istituzioni giudiziarie), lo Stato di diritto e il buon governo, nonché per quanto riguarda il consolidamento del sistema di tutela dei diritti umani e delle libertà fondamentali. Benché ci sia ancora molto da fare, prendiamo atto degli sforzi intrapresi dalle autorità georgiane nel campo delle riforme democratiche e riteniamo opportuno accordare fiducia al paese e al popolo georgiano.

Younous Omarjee (GUE/NGL), *par écrit*. — Je me suis opposé à ce rapport, qui joue la carte de la provocation en Géorgie contre le voisin russe, situation parfaitement similaire à la prolifération d'accords d'association européens avec la Moldavie ou l'Ukraine. Connaissant les tensions géopolitiques dans la région du Caucase, je ne peux cautionner ce rapport sur la conclusion de l'accord d'association avec la Géorgie.

Urmas Paet (ALDE), *kirjalikult*. — Toetasin resolutsiooni ettepanekut, mis käsitleb Euroopa Liidu ja Gruusia assotsieerimislepingu sõlmimist. Gruusial on tugev side ELi ja NATOga ning riigis on märkimisväärne üksmeel lepingu täitmiseks. Kuigi Gruusia peab veel kõvasti tööd tegema, on ta seni olnud silmapaistev reformide elluviija ja Euroopa Liiduga suhete süvendaja. Oluline on jätkuvalt selgelt toetada Gruusia territoriaalset terviklikkust.

Aldo Patriciello (PPE), *per iscritto*. — Care colleghe e cari colleghi, la Georgia ha compiuto notevoli progressi nel rafforzamento delle relazioni con l'Unione europea e che pertanto ha beneficiato di ulteriori dotazioni finanziarie nel quadro del programma di integrazione e cooperazione del partenariato orientale. La ratifica dell'accordo di associazione rappresenta l'inizio di un processo di collaborazione e cooperazione che mira a garantire maggiore stabilità nel continente. La cooperazione nel Caucaso meridionale rappresenta un elemento essenziale per la stabilità dell'area e pertanto è necessario preservare l'equilibrio delle tradizionali relazioni economiche nella regione. Ciò considerato, intenderei esprimere il mio voto favorevole.

Andrej Plenković (PPE), *napisan*. — Podržavam Izvješće kolege Miminkisa o sklapanju Sporazuma o pridruživanju s Gruzijom koji stvara okvir za snažniji politički dijalog te dublju suradnju u nizu sektorskih aktivnosti kao i harmonizaciju gruzijskog zakonodavstva s pravnom stečevinom EU-a.

Donnerstag, 18. Dezember 2014

U okviru politike Istočnog partnerstva EU-a smatram da će približavanje Uniji pomoći sigurnosti zemlje te rješavanju problema u Abhaziji i Južnoj Osetiji. EU mora u ovome trenutku iskazati puno više političke volje prema Gruziji, kao i naći načina kako bi se mogle provesti teške ekonomske i političke reforme u Gruziji. Nije dobro da se Gruziju kvalificira kao zemlju u kojoj se pravosudne institucije koriste za obračune s političkim oponentima te pozivam gruzijsku vladu da u pravosudnim reformama angažira iskusne savjetnike iz članica EU-a koje će pridonijeti vjerodostojnosti reformi u cilju osiguravanja neovisnosti državnog odvjetništva i jačanja vladavine prava.

Salvatore Domenico Pogliese (PPE), *per iscritto*. — A seguito della risoluzione del Parlamento europeo del 12 marzo 2014 sulla valutazione e la definizione di priorità nell'ambito delle relazioni dell'UE con i paesi del partenariato orientale, ho osservato con favore i notevoli progressi compiuti dalla Georgia sul piano delle riforme e del rafforzamento delle relazioni con l'UE.

Tuttavia – ed è la ragione per cui mi sono astenuto – credo che siano necessari ancora degli sforzi per arrivare a una riconciliazione nazionale e che venga realizzata una più approfondita riforma del sistema giudiziario. Spero che la ratifica dell'accordo aiuti la Georgia nel suo avvicinamento alle regole e ai valori dell'UE.

Marcus Pretzell (ECR), *schriftlich*. — Obwohl es eine positive Entwicklung ist, dass Georgien – ein Land mit unzweifelhafter europäischer Geschichte und Kultur – an die Europäische Union heranrückt, enthalte ich mich der Stimme bezüglich des Assoziierungsabkommens. Würde es sich dabei um ein echtes Freihandelsabkommen und die Beförderung von Menschenrechten, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit handeln, hätte es meine volle Zustimmung. Allerdings vermischt dieses Abkommen die Interessen der EU und ihrer Mitgliedstaaten mit denen der NATO. Da ich es nicht unterstütze, dass die EU hier als Wegbereiter der NATO auftritt, versage ich dem Assoziierungsabkommen meine Unterstützung.

Franck Proust (PPE), *par écrit*. — Je vote en faveur d'une telle résolution, dans la mesure où elle félicite la Géorgie et l'encourage à poursuivre ses efforts contre la corruption et la pauvreté. Ce pays a connu de grands progrès malgré les événements militaires passés. Je me permets également de soutenir cette résolution, car elle rappelle l'intérêt stratégique de la Géorgie pour l'Union européenne et sa collaboration toujours plus étroite et fructueuse avec l'Ouest.

Paulo Rangel (PPE), *por escrito*. — Votei favoravelmente a celebração do Acordo de Associação entre a UE e a Geórgia, por considerar que o mesmo propicia importantes benefícios mútuos, representando ademais um avanço significativo no aprofundamento das relações entre ambas as Partes. Neste contexto, importa salientar o pilar comercial do Acordo, que conduzirá à criação de uma Zona de Comércio Livre Abrangente e Aprofundada (ZCLAA) entre a UE e a Geórgia, o que permitirá, por um lado, reforçar o acesso da Geórgia ao mercado da UE, assim criando oportunidade para que a economia do país se modernize e contribuindo para a melhoria da qualidade de vida dos respetivos cidadãos, e, por outro lado, facilitar as trocas comerciais da UE e melhorar as respetivas condições de investimento na Geórgia.

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D), *por escrito*. — Apoyo esta Resolución que acompaña a la Recomendación sobre el Acuerdo de Asociación con Georgia y en la que celebramos los avances realizados en Abjazia y Osetia del Sur, así como en las relaciones con Rusia.

Teresa Rodríguez-Rubio (GUE/NGL), *por escrito*. - Nos hemos abstenido en la votación sobre el Acuerdo de Asociación entre la UE y Georgia por los motivos que se exponen a continuación. Respetamos la decisión del pueblo de Georgia, que ha mostrado su respaldo al proyecto europeo, y estamos a favor de que la UE fomente lazos de cooperación con los países vecinos. No obstante, somos críticos en cuanto al contenido de dicho Acuerdo que, entre otras cosas, impone a Georgia un proceso gradual de adaptación al marco europeo sin un claro apoyo financiero y sin derecho a participar en el proceso político que en el futuro podría llevarle a ser miembro de pleno derecho de la UE. La propuesta de Resolución da a entender que a través de la firma del acuerdo el proceso de adhesión se acelera, si bien no se llevará a cabo ninguna ampliación de la UE hasta 2020.

Claude Rolin (PPE), *par écrit*. — J'ai voté pour cette recommandation qui s'inscrit dans le cadre de la procédure d'approbation de l'accord d'association/accord de libre-échange entre l'Union européenne et la Géorgie. Cet accord, engagé durant le sommet du partenariat oriental à Vilnius du 29 novembre 2013 et signé le 27 juin 2014, prévoit une coopération accrue en matière de renforcement de l'état de droit, de promotion de réformes du système judiciaire, de lutte contre la corruption, de garantie du respect des droits et des libertés fondamentaux et de renforcement des institutions démocratiques. Il permettra également à la Géorgie de moderniser ses relations commerciales avec l'Union et de développer son économie grâce à une suppression progressive des tarifs douaniers et des quotas, et à l'harmonisation des lois, normes et réglementations. Des réformes sont notamment prévues dans les domaines suivants: la gouvernance publique, la justice, le maintien de l'ordre, la relance et la croissance économiques, la protection des consommateurs,

Donnerstag, 18. Dezember 2014

l'énergie, le transport, la protection de l'environnement, le développement industriel et social, la protection sociale, l'éducation, la jeunesse et la culture.

Fernando Ruas (PPE), *por escrito*. — A maior aproximação da Geórgia à União Europeia, consubstanciada no Acordo de Associação que hoje aprovámos neste Parlamento e que inclui uma Zona de Comércio Livre Abrangente e Aprofundada, além de representar um dos Acordos de Comércio Livre mais ambiciosos que a União Europeia já negociou com um país terceiro, foi assinado num quadro mais lato da Parceria Oriental, que incluiu acordos com a Moldávia e com a Ucrânia.

Este quadro mais lato de ação externa da União Europeia implica uma maior intervenção e acompanhamento por parte do Parlamento no que às nossas relações com países terceiros diz respeito.

Este relatório não legislativo votado em simultâneo com o processo de consentimento ao Acordo, faz parte deste campo de ação do Parlamento Europeu, a chamada diplomacia parlamentar, incluindo uma série de recomendações ao nosso parceiro oriental nas quais me revejo, pelo que o votei favoravelmente.

Tokia Saïfi (PPE), *par écrit*. — J'ai voté en faveur de cette résolution, qui soutient la ratification de l'accord d'association entre l'Union européenne et la Géorgie, qui comprend notamment un accord de libre-échange complet et approfondi.

Cet accord a été possible grâce aux réformes politiques et économiques menées par la Géorgie, mais il n'est pas une fin en soi. Ainsi, les réformes économiques et démocratiques doivent se poursuivre et l'Union européenne et la Géorgie doivent maintenir et approfondir leurs relations.

Lola Sánchez Caldentey (GUE/NGL), *por escrito*. - Nos hemos abstenido en la votación sobre el Acuerdo de Asociación entre la UE y Georgia por los motivos que se exponen a continuación. Respetamos la decisión del pueblo de Georgia, que ha mostrado su respaldo al proyecto europeo, y estamos a favor de que la UE fomente lazos de cooperación con los países vecinos. No obstante, somos críticos en cuanto al contenido de dicho Acuerdo que, entre otras cosas, impone a Georgia un proceso gradual de adaptación al marco europeo sin un claro apoyo financiero y sin derecho a participar en el proceso político que en el futuro podría llevarle a ser miembro de pleno derecho de la UE. La propuesta de Resolución da a entender que a través de la firma del acuerdo el proceso de adhesión se acelera, si bien no se llevará a cabo ninguna ampliación de la UE hasta 2020.

Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito*. - He votado en contra de este informe que da su aprobación a la celebración de un Acuerdo de Asociación con Georgia, lo que supone la creación de una gran zona de libre comercio entre la UE y Georgia. He votado siempre en contra de la creación de zonas de libre comercio entre la UE y terceros países por entender que estas benefician siempre a las grandes empresas y al gran capital europeo, en detrimento de la producción local de los terceros países. En este caso no podía ser de otra manera. Además, ha quedado manifiestamente claro que en el caso de Georgia la intención es acercar a este país a la órbita de la UE y la OTAN, y alejarlo lo más posible de la influencia de Rusia, lo que supone una injerencia en los asuntos internos de Georgia. Por todo ello he votado contra.

Siôn Simon (S&D), *in writing*. — Thanks to today's vote, the motion for a non-legislative resolution on the conclusion of the Association Agreement between the EU, the European Atomic Energy Community and Georgia has been approved by Members. The signature of the Association Agreement constitutes a significant step forward in EU-Georgia relations and embodies a commitment to the path of political association and economic integration. The ratification of the Agreement is not the final goal in itself and full implementation in as short a timeframe as possible is key.

Monika Smolková (S&D), *písomne* - Hlasovala som za toto uznesenie, pretože dohoda vytvára lepšie podmienky a príležitosti pre ďalší rozvoj európsko-gruzínskych vzťahov. Som veľmi rada, že dohodou sa odstraňujú obchodné bariéry medzi Gruzínskom a európskymi krajinami, čo v konečnom dôsledku môže výrazným spôsobom naštartovať gruzínsku ekonomiku, ktorú podobne ako Slovensko v poslednom období zasiahli protiruské sankcie. Slovenská republika, krajina odkiaľ pochádzam, má záujem pokračovať vo svojej doterajšej politickej podpore Gruzínska a je pripravená mu pomáhať v rámci dvojstranných rokovaní, najmä čo sa týka odovzdávania transformačných skúseností v oblasti budovania demokratických inštitúcií, nastolenia vlády zákona, rešpektovania ľudských práv, podpory ekonomických reforiem a budovania občianskej spoločnosti. Som presvedčená o tom, že schválením dohody sa otvoria pre firmy v Gruzínsku nové perspektívy a možnosti pre posilnenie vzájomných väzieb s EÚ a produkty, ktoré sa vyrábajú v Gruzínsku, si tak nájdu priechodnejšiu cestu na európske trhy a Gruzínsko sa tak stane atraktívnejším obchodným partnerom pre európskych investorov.

Donnerstag, 18. Dezember 2014

Ivan Štefanec (PPE), *písomne* — Teším sa z úspešného hlasovania o dohode o pridružení Gruzínska k Európskej únii. Podporujem jeho proeurópske úsilie v obojstranný prospech občanov EU a Gruzínska.

Dubravka Šuica (PPE), *napisan.* — Podržala sam Sporazum o pridruživanju s Gruzijom jer je usmjeren na integraciju koja će dovesti do smirivanja političke situacije i stvoriti potrebu za konstruktivan dijalog.

Europska unija treba osnažiti solidarnost sa zemljama koje nastoje ojačati svoju neovisnost nakon Sovjetskog Saveza. Nakon Revolucije ruža, Gruzija je postigla napredak u jačanju odnosa s Europskom unijom, promičući ljudska prava i demokraciju. Istočno partnerstvo stvorilo je jak politički okvir za poboljšanje političkih odnosa. Europska unija se odlučila zalagati za prava Gruzije te za njezino pridruživanje međunarodnim organizacijama ili savezima. Ukidanje viza značilo bi izravnu korist za stanovništvo, dok je ovo najambiciozniji sporazum o slobodnoj trgovini ikad postignut s trećom zemljom, ako se izuzmu zemlje Europskog gospodarskog prostora.

Ovaj sporazum se vidi kao značajan korak za odnose između EU-a i Gruzije. On je ujedno i podrška političkom, društvenom i ekonomskom oporavku Gruzije, a označava produbljivanje društveno-ekonomske suradnje s EU-om.

Ελευθέριος Συναδινός (NI), *γραφτός.* — Τη συγκεκριμένη χρονική στιγμή, όπου η οικονομική κρίση συνεχίζει να υφίσταται, οι οικονομικές συμφωνίες με τρίτες χώρες, με ευνοϊκούς, προς αυτές, όρους δεν συμβάλλει στην επίλυση των οικονομικών προβλημάτων των χωρών μελών· αντιθέτως τα οξύνει.

Marc Tarabella (S&D), *par écrit.* — J'ai suivi la ligne du parti et ma collègue spécialiste du dossier. La signature de l'accord d'association devrait constituer un progrès notable dans les relations entre l'Union européenne et la Géorgie et matérialise l'attachement à la méthode de l'association politique et de l'intégration économique.

Evžen Tošenovský (ECR), *písenně.* — Projekt Východního partnerství je zacílen na dosažení stability a prosperity v sousedství Unie. Je vzájemně prospěšné dále prohlubovat vztahy mezi Evropskou unií a Gruzii jakožto jednou z partnerských zemí. Proto plně podporuji asociační dohodu.

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito.* — Não nos revemos nestes acordos de livre comércio que representam nesta nossa era uma nova forma de colonialismo em versão comercial e económica. Contrapomos acordos comerciais não baseados no livre comércio, mas antes baseados na cooperação mútua e no respeito pela especificidade de todas as partes.

Acresce que este acordo representa mais um capítulo do cerco à Rússia, procurando assim romper laços de cooperação históricos que refletem não só a proximidade geográfica, mas também identidades culturais. Só assim se compreendem os propósitos ofensivos usados para diabolizar a Rússia.

Votamos contra.

Harald Vilimsky (NI), *schriftlich.* — Anstatt sich auf die eigenen Belange zu kümmern, begeht die EU mit einem Assoziierungsabkommen mit Georgien erneut einen Fehler, welcher die Kurzsichtigkeit, aber auch die Ignoranz gegenüber der Krise in der EU hervorstreicht. Jenes Geld, das jetzt für Georgien zur Verfügung steht, fehlt wiederum am europäischen Binnenmarkt und in Regionen, die von der Krise schwer getroffen sind. Die Intention ist in außenpolitischen Belangen erneut klar, nämlich auf Konfrontationskurs mit Russland. Aufgrund der Tatsache, dass dieses Abkommen zum einen die diplomatischen und wirtschaftlichen Beziehungen mit der Russischen Föderation aufs Weitere anspannt und das Geld, welches für ein weiteres Fass ohne Boden verwendet wird, in Europa dringender von Nöten wäre, habe ich dieses Abkommen in aller Entschiedenheit abgelehnt.

Tomáš Zdechovský (PPE), *písenně.* — Plně podporuji uzavření asociační dohody s Gruzii. Tato země si takovýto krok plně zaslouží a je velice důležitý i pro její další vnitropolitický vývoj a další implementaci demokratických reforem.

Donnerstag, 18. Dezember 2014

11.5. Assoziierungsabkommen mit Georgien (A8-0041/2014 - Andrejs Mamikins)**Explicații orale privind votul**

Jiří Pospíšil (PPE). - Paní předsedající, já jsem svůj postoj již vyjádřil, proto řeknu pouze jednu myšlenku. Je dobře, že tato asociační dohoda neobsahuje pouze ekonomické otázky, neřeší pouze otázky cel a řekněme volného obchodu, ale řeší i právě budování právního státu v Gruzii, to znamená posílení některých právních odvětví, jako je třeba téma veřejných zakázek. To si myslím, že je velmi důležité.

Jako bývalý ministr spravedlnosti v České republice vím, že přidružení k Evropě by nemělo být pouze ekonomickou otázkou, ale i otázkou neekonomických témat, a to na prvním místě rozvoje právního státu. Tedy jsem rád, že tyto otázky tato dohoda také řeší, proto jsem ji podpořil.

David Coburn (EFDD). - Madam President, I voted against the Association Agreement with Georgia. The EU empire-building and meddling in the former Soviet Union has triggered the crisis in the Ukraine. Not content with this, the EU is meddling in Georgia with this Association Agreement.

Georgia, as recently as 2008, was at war with Russia. UKIP feels that the EU is stoking the flame of conflict yet again. With the fall of oil prices, and consequently the rouble, Russia and its leadership are in a fragile state of mind so it is extremely unwise to provoke Mr Putin who, despite his economic reverses, has more tank divisions than the European Union which has exactly none. Baroness Ashton, a dangerous amateur EU Foreign Minister, or alleged Foreign Minister, wished to cast the shadow of war across Europe, and this was before the rouble fell. We do not want 1914 to be repeated in 2014 through EU empire-building. This is a very dangerous and foolish move to provoke the Russian bear.

President. - That concludes the oral explanations of vote.

Explicații scrise privind votul

Marina Albiol Guzmán (GUE/NGL), por escrito. — He votado en contra de este informe que da su aprobación a la celebración de un Acuerdo de Asociación con Georgia, lo que supone la creación de una gran zona de libre comercio entre la UE y Georgia. He votado siempre en contra de la creación de zonas de libre comercio entre la UE y terceros países por entender que estas benefician siempre a las grandes empresas y al gran capital europeo, en detrimento de la producción local de los terceros países. En este caso no podía ser de otra manera. Además, ha quedado manifiestamente claro que en el caso de Georgia la intención es acercar a este país a la órbita de la UE y la OTAN, y alejarlo lo más posible de la influencia de Rusia, lo que supone una injerencia en los asuntos internos de Georgia. Por todo ello he votado contra.

Martina Anderson (GUE/NGL), in writing. - This is a vote on consent for the Association Agreement between the EU and Georgia. If Georgia wants to enter into an AA with the EU then it is their sovereign right to do so. However, I believe agreement is likely to be to the detriment of the people of Georgia and will be unhelpful in de-escalating tensions in the region. For these reasons I abstained.

Pascal Arimont (PPE), schriftlich. — Am 27. Juni 2014 unterzeichneten Georgien und die EU ein Assoziierungsabkommen. Dieses Abkommen gehört zu einer neuen Generation von Assoziierungsabkommen mit Ländern der Östlichen Partnerschaft und enthält Bestimmungen über eine vertiefte und umfassende Freihandelszone. Es geht daher über die meisten Freihandelsabkommen hinaus, da nichttarifäre Handelshemmnisse beseitigt wurden, Regelungen an jene der EU angeglichen werden müssen und verbindliche Vorschriften über Investitionen und Dienstleistungen enthalten sind. Auf diese Weise soll Georgien in den Binnenmarkt integriert werden, vorrangig bei der Zusammenarbeit in Bereichen wie Außen- und Sicherheitspolitik sowie Justiz, Freiheit und Sicherheit.

Nach den Assoziierungsabkommen mit der Ukraine und der Republik Moldau ist das Assoziierungsabkommen EU-Georgien das dritte seiner Art, zu dessen Ratifizierung das Europäische Parlament seine Zustimmung geben muss.

Donnerstag, 18. Dezember 2014

Vor dem Hintergrund, dass Russland seine militärische und wirtschaftliche Kontrolle auf dem abtrünnigen georgischen Gebiet Abchasien erheblich auszuweiten beabsichtigt, ist die Annahme des Abkommens durch das Europäische Parlament umso mehr zu begrüßen, da es damit erneut seine Unterstützung der Souveränität und territorialen Integrität Georgiens bekräftigt und Georgien damit ermöglicht, künftig näher an die EU heranzurücken.

Petras Auštrevičius (ALDE), *in writing*. — I welcome the Association Agreement with Georgia. Following such countries as Ukraine and Moldova, it marks a turning point for Georgia-EU relations. The agreement embodies not only the mutual benefits parties will get from a deep and comprehensive trade area and a common security and defence strategy but most importantly it marks Georgia's commitment to a complex reform and cooperation process, which requires a lot of effort and political will to align Georgia's laws and judiciary to EU legislation and involves public sector reform, in other words measures which will help Georgia to keep up with EU standards. I am convinced this agreement will lead to positive developments at all levels of state and civil society in Georgia and enhance bilateral EU-Georgia relations, providing Georgia with a modern European perspective.

Zigmantas Balčytis (S&D), *raštu*. — Balsavau už asociacijos susitarimo su Gruzija sudarymą. Ši asociacijos ir laisvos prekybos sutartis skirta Europos Sąjungos ir Gruzijos ekonominių ir politinių ryšių sustiprinimui. Ji taps trečiąja tokio tipo sutartimi, kurią Europos Parlamentas ratifikuoja su ES rytų kaimynėmis. Šių metų rugsėjo mėn. EP jau yra ratifikavęs panašią sutartį su Ukraina, o lapkričio mėn. – su Moldova. Sukūrus visapusišką laisvosios prekybos erdvę su ES, Gruzijai turėtų padidėti rinkos galimybės patekti į ES ekonominį bloką, priėmus privalomus įsipareigojimus dėl standartų ir bendrųjų vertybių, o ES bus naudingi sklandesni prekybiniai srautai ir geresnės sąlygos investuoti Gruzijoje. Svarbu, kad abi šalys vykdytų konstruktyvų dialogą, kad būtų galima patvirtinti pagrindines reformas ir įsipareigojimus, numatytus asociacijos susitarime. Susitarime nustatyti prioritetai turėtų būti tinkamai techniškai ir finansiškai remiami, siekiant, kad Gruzija turėtų priemonių tęsti savo demokratines ir ekonomines reformas.

Nicolas Bay (NI), *par écrit*. — J'ai voté contre cet accord d'association, qui participe avant tout de la stratégie d'encerclement de la Russie par la vassalisation de ses partenaires historiques et stratégiques. Je suis scandalisé que l'on nous ait imposé la présence de l'ancien président géorgien en tribune lors du vote: M. Saakachvili, qui a entraîné son peuple dans une guerre ouverte avec la Russie, vit aujourd'hui en exil aux États-Unis, semble-t-il pour échapper aux poursuites des autorités judiciaires de son pays.

Hugues Bayet (S&D), *par écrit*. — Cet accord est un pas important pour les relations Union-Géorgie. Alors que ce pays démontre une réelle ambition de se conformer à l'acquis de l'Union, un accord de libre-échange équilibré sera bénéfique pour les deux parties. Par cet accord, l'Union européenne pourrait profiter de la facilitation des échanges commerciaux et de l'amélioration des conditions d'investissement en Géorgie. De son côté, après s'être adaptée aux exigences européennes en termes de lois, normes et valeurs, la Géorgie, en plus de voir son environnement politique s'orienter d'autant plus vers un état de droit démocratique, accèdera au marché européen et, de ce fait, renforcera son économie.

Dominique Bilde (NI), *par écrit*. — La recommandation concernant l'accord d'association entre l'Union et la Géorgie doit permettre la mise en place d'une vaste zone de libre-échange (encore une après celles récemment votées avec l'Ukraine et la Moldavie) au profit essentiellement de la Géorgie, dont les députés arrivent à chiffrer la croissance de son PIB suite à cet accord de 4,3 %. Du point de vue européen, on ne précise pas de chiffres sur l'apport concret de cet accord à l'économie européenne. De plus, il ne fera qu'accentuer les tensions entre l'Union et la Russie, et j'ai donc voté contre.

Malin Björk (GUE/NGL), *skriftlig*. — Jag har röstat ja till avtalet. Jag vill dock understryka att folket i Georgien borde haft det avgörande beslutet i denna viktiga fråga. Den bästa formen för ett folkligt förankrat beslut i avgörande frågor är en folkomröstning; då hade också avtalets ekonomiska och sociala konsekvenser kunnat diskuteras ingående, liksom konsekvenserna för relationerna till Ryssland.

Donnerstag, 18. Dezember 2014

José Blanco López (S&D), *por escrito*. — El Acuerdo con Georgia es el tercero de una nueva serie de acuerdos de asociación, después de los firmados con Ucrania y Moldavia, que debe ratificar el Parlamento. He dado mi visto bueno al Acuerdo de Asociación entre la Unión Europea y Georgia que supondrá una mayor asociación política e integración económica entre ambas partes, incluida la apertura progresiva de sus respectivos mercados.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), *raštu*. — Balsavau už šį pranešimą, nes juo Europos Parlamentas pritarė ES ir Gruzijos asociacijos susitarimo sudarymui Europos Sąjungos vardu. ES ir Gruzijos asociacijos susitarimas – tai efektyviausias dvišalio bendradarbiavimo instrumentas, padėsiantis Gruzijai sustiprinti savo politinį ir ekonominį stabilumą, padidinti atsparumą išorės grėsmėms ir tinkamai atsiliiepti į žmonių pasirinkimą savo ateitį sieti su Europos Sąjunga.

Lynn Boylan (GUE/NGL), *in writing*. — This is a vote on consent for the Association Agreement between the EU and Georgia. If Georgia wants to enter into an AA with the EU then it is their sovereign right to do so. However, the agreement is likely to impoverish the people of Georgia, with escalating tensions in the region. For these reasons I abstained.

Gianluca Buonanno (NI), *per iscritto*. — Voto contrario: l'accordo contiene un pilastro commerciale che porterà alla creazione di una zona di libero scambio globale e approfondito (DCFTA) con l'UE, che prevede la completa eliminazione di tutti i dazi.

Matt Carthy (GUE/NGL), *in writing*. — This is a vote on consent for the Association Agreement between the EU and Georgia.

If Georgia wants to enter into an Association Agreement with the EU then it is their sovereign right to do so.

However, the agreement is likely to impoverish the people of Georgia while escalating tensions in the region. For these reasons I abstained.

James Carver (EFDD), *in writing*. - I voted against this proposal as this is an extension of EU influence in eastern Europe, which only exacerbates the current political tensions with the Russian Federation. I believe the EU needs to stop building its own, new empire. Least of all, on the Russian border.

Deirdre Clune (PPE), *in writing*. — By approving the Association Agreement we are sending a clear message to the government in Tbilisi that a commitment to building democracy in the country has to be duly implemented. There will be no excuses for the politically-biased prosecution of former politicians who are being detained. Prosecuting the political opposition is unacceptable. We expect the ruling coalition to strengthen the rule of law and build democracy in the country. There is no other alternative.

Lara Comi (PPE), *per iscritto*. - Ho votato a favore di questa raccomandazione perché questo accordo possa consentire alla Georgia di aumentare considerevolmente il proprio accesso di mercato verso l'UE mentre, viceversa, l'UE potrà beneficiare di flussi commerciali più agevoli e di migliori condizioni di investimento in Georgia. Un voto di estrema importanza perché tutto ciò potrà favorire la modernizzazione dell'economia, la stabilizzazione degli investimenti dell'Unione europea in Georgia e contribuire a un contesto imprenditoriale migliore anche per le piccole e medie imprese.

Therese Comodini Cachia (PPE), *in writing*. — This Agreement is very favourable for the Member States, while the EU will benefit from smoother commercial flows and better investment conditions in Georgia. I voted in favour.

Javier Couso Permuy (GUE/NGL), *por escrito*. — He votado en contra de este informe que da su aprobación a la celebración de un Acuerdo de Asociación con Georgia, lo que supone la creación de una gran zona de libre comercio entre la UE y Georgia. He votado siempre en contra de la creación de zonas de libre comercio entre la UE y terceros países por entender que estas benefician siempre a las grandes empresas y al gran capital europeo, en detrimento de la producción local de los terceros países. En este caso no podía ser de otra manera. Además, ha quedado manifiestamente claro que en el caso de Georgia la intención es acercar a este país a la órbita de la UE y la OTAN, y alejarlo lo más posible de la influencia de Rusia, lo que supone una injerencia en los asuntos internos de Georgia. Por todo ello he votado contra.

Donnerstag, 18. Dezember 2014

Miriam Dalli (S&D), *in writing*. — By establishing a Deep and Comprehensive Free Trade Area (DCFTA) with the EU, Georgia should increase its market access to the largest economic block, by taking binding commitments on the adoption of laws, standards and common values, whilst the EU will benefit from smoother commercial flows and better investment conditions in Georgia. I believe in strengthening relations between the European Union and neighbouring countries the likes of Georgia, hence I voted in favour of this Association Agreement.

Michel Dantin (PPE), *par écrit*. — L'accord d'association UE-Géorgie a été engagé durant le sommet du partenariat oriental à Vilnius, le 29 novembre 2013, et signé le 27 juin 2014. Le Parlement géorgien l'a ratifié le 18 juillet, permettant à l'accord d'entrer provisoirement en vigueur le 1^{er} septembre 2014. Cet accord vise à approfondir de manière significative l'association politique et l'intégration économique graduelle de la Géorgie dans le marché intérieur de l'Union. L'accord d'association prévoit également de nombreuses possibilités de coopération sectorielle et se concentre sur le soutien aux réformes essentielles, la relance et la croissance économiques, la gouvernance et la coopération sectorielle dans 28 domaines, dont l'agriculture et le développement rural. Compte tenu du contexte géopolitique actuel dans l'Est de l'Europe et dans le Caucase, cet accord d'association trace une voie européenne pour la Géorgie. Pour cette raison, je vote pour cet accord.

Mireille D'Ornano (NI), *par écrit*. — Par ces accords d'association, l'Union européenne poursuit ses errements diplomatiques qui, dans le contexte actuel de tensions géopolitiques, s'apparentent davantage à un alignement sur les positions américaines qu'à la recherche de perspectives de relations internationales pacifiées dans cette région du Caucase. Refusant que la France et l'Union européenne soit utilisées comme relais des ambitions des États-Unis en Géorgie, j'ai voté contre ce texte.

Ангел Джамбазки (ECR), *в писмена форма*. — Подкрепих препоръката за проекторешение на Съвета за сключване на Споразумението за асоцииране между ЕС и ЕО за атомна енергия и техните държави членки и Грузия, тъй като съм съгласен с изложенияте от докладчика аргументи, че това споразумение е едно от най-амбициозните в сферата на свободната търговия. Целта на създаването на тази всеобхватна и задълбочена зона е улесняване на достъпа на Грузия до една от най-силните икономики в световен мащаб, в замяна на поемането на конкретни ангажменти и приемането на законодателство, както и подобряването на общите ценности.

Смятам, че споразумението за асоцииране ще окаже положителен ефект върху провеждането на реформи в страната и ще допринесе за нейното проевропейско развитие. Поради тези причини приветствам решението на този Парламент да подкрепим сключването му.

Γεώργιος Επιτηδειος (NI), *γραφτώς*. — Καταψήφισα τη σύσταση, καθώς η διεύρυνση των εμπορικών εταίρων (με τρίτες χώρες που προσβλέπουν σε ένταξη στην ΕΕ) εξυπηρετεί μόνον τα συμφέροντα των οικονομικά ισχυρών κρατών, δίχως να επιλύει την κρίση που πλήττει τις χώρες του Νότου, ενώ, μακροπρόθεσμα, θα επιφέρει στα συμβαλλόμενα τρίτα κράτη οικονομικές συνέπειες αντίστοιχες με αυτές που βιώνει η χώρα μας.

Λάμπρος Φουντούλης (NI), *γραφτώς*. — Προτείνεται η καταψήφιση της σύστασης, καθώς η διεύρυνση των εμπορικών εταίρων (με τρίτες χώρες που προσβλέπουν σε ένταξη στην ΕΕ) εξυπηρετεί μόνον τα συμφέροντα των οικονομικά ισχυρών κρατών, δίχως να επιλύει την κρίση που πλήττει τις χώρες του Νότου, ενώ μακροπρόθεσμα θα επιφέρει στα συμβαλλόμενα τρίτα κράτη οικονομικές συνέπειες αντίστοιχες με αυτές που βιώνει η χώρα μας.

Nathan Gill (EFDD), *in writing*. — The EU's meddling in the former Soviet Union has triggered crisis in the Ukraine. Not content with this, the EU is meddling in Georgia, a country that as recently as 2008 was at war with Russia.

We feel the EU is stoking the flame of conflict and mistrust this agreement.

An association agreement is a halfway house to full EU membership. We can see where this is going, and so can Russia. Poking the Russian bear is not a good idea. Especially when the EU does not as yet have an army.

András Gyürk (PPE), *írásban*. — A keleti partnerség égisze alatt megkötött megállapodás keretén belül létrejövő, mélyreható és átfogó szabadkereskedelmi térséghez való csatlakozás által Grúzia letette a voksát a jogszabályok, normák és közös értékek elfogadása mellett. Míg Grúzia a legnagyobb kereskedelmi blokkhoz kap piaci hozzáférést, az EU kereskedelmi kapcsolatokat jobban elősegítő feltételrendszert és kedvezőbb beruházási feltételeket fog élvezni Grúziában. Szavazatommal hozzájárultam a grúz gazdaság modernizációjához, az uniós beruházások megszilárdításához és a kiszámíthatóbb politikai és szabályozási környezethez.

Donnerstag, 18. Dezember 2014

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan.* — Glasovao sam za nacrt zakonodavne rezolucije o nacrtu odluke Vijeća o sklapanju Sporazuma o pridruživanju između Europske unije i Europske zajednice za atomsku energiju i njihovih država članica, s jedne strane, i Gruzije, s druge zato jer intenziviranjem i formaliziranjem odnosa sa Gruzijom, doprinosi se miru i stabilnosti regije, a time se potvrđuje suverenost i teritorijalna cjelovitost Gruzije. Podržavam napore Europske unije pri ostvarivanju nacionalne pomirbe u Gruziji, gdje je situacija još uvijek napeta i gdje je potrebno stvoriti ozračje slobode i demokracije. Stoga smatram da će se Sporazumom aktivno pridonijeti razvoju Gruzije i izgradnji jačih gospodarskih veza s EU-om.

Philippe Juvin (PPE), *par écrit.* — Je salue la conclusion de cet accord d'association, qui constitue un progrès notable dans les relations entre l'Union européenne et la Géorgie. Cet accord est soutenu à 69 % par la population géorgienne, ce qui démontre l'attachement de ce peuple à la coopération avec l'Union européenne. Je me félicite, en outre, que le Parlement européen réaffirme, par le biais de cette résolution, son soutien à la souveraineté et à l'intégrité territoriale de la Géorgie. Il est par ailleurs important d'encourager les autorités géorgiennes à poursuivre leurs efforts dans le domaine des réformes démocratiques, y compris la réforme du système judiciaire, et à œuvrer pour la réconciliation nationale.

Afzal Khan (S&D), *in writing.* — I am pleased that Parliament ratified the EU-Georgia Association Agreement. This deal will form the backbone of strengthened political association and economic integration between the EU and Georgia and help the country to develop further, economically and socially, creating new opportunities and decent work for all.

Giovanni La Via (PPE), *per iscritto.* — Ho sostenuto la raccomandazione dell'on. Mamikins perché riguarda un accordo che avrà un notevole impatto positivo sia sull'economia della Georgia che per l'Unione europea. Sono in generale favorevole ad accordi che tengano conto delle opportunità di sviluppo dei paesi che vogliono avere relazioni commerciali con l'UE, a condizione che si rispettino tutte le clausole di reciprocità e gli standard di sicurezza necessari a tutelare i nostri consumatori e a garantire la competitività delle nostre imprese.

Paloma López Bermejo (GUE/NGL), *por escrito.* — He votado en contra de este informe que da su aprobación a la celebración de un Acuerdo de Asociación con Georgia, lo que supone la creación de una gran zona de libre comercio entre la UE y Georgia. He votado siempre en contra de la creación de zonas de libre comercio entre la UE y terceros países por entender que estas benefician siempre a las grandes empresas y al gran capital europeo, en detrimento de la producción local de los terceros países. En este caso no podía ser de otra manera. Además, ha quedado manifiestamente claro que en el caso de Georgia la intención es acercar a este país a la órbita de la UE y la OTAN, y alejarlo lo más posible de la influencia de Rusia, lo que supone una injerencia en los asuntos internos de Georgia. Por todo ello he votado contra.

Bernd Lucke (ECR), *schriftlich.* — Ich habe für das Assoziierungsabkommen gestimmt, weil die Vereinbarung einer Freihandelszone und die im Abkommen eingegangenen Verpflichtungen Georgiens hin zu Rechtstaatlichkeit und Demokratie richtig und wichtig sind. Insbesondere für die Bürger Georgiens wird dieses Abkommen erhebliche Fortschritte bringen.

Ich halte es nicht für richtig, dass in dem Abkommen behauptet wird, Georgien sei ein europäischer Staat. Das ist nach geografischen Kriterien klar falsch, denn Georgien liegt in Vorderasien. Man mag sagen, dass Georgien kulturell eine europäische Tradition hat. Dem würde ich zustimmen, aber mit dieser Begründung wäre wohl auch Israel ein europäischer Staat. Ich halte es nicht für richtig, in dem Assoziierungsabkommen eine Festlegung über die Zugehörigkeit Georgiens zu Europa zu verankern, denn diese beiden Dinge haben nichts miteinander gemein: Die EU hat Assoziierungsabkommen auch mit vielen nichteuropäischen Staaten abgeschlossen. Aber angesichts der großen realen Vorteile des Abkommens insbesondere für die Bürger habe ich meine Bedenken gegen die Zuordnung Georgiens nach Europa hinstellt. Stattdessen vermelde ich meinen Widerspruch in dieser Erklärung. Außerdem enthalte ich mich bei der zugehörigen Entschließung, weil auch dort die Zugehörigkeit Georgiens zu Europa behauptet wird.

Ivana Maletić (PPE), *napisan.* — Podržavam ovo izvješće i jačanje odnosa između Europske unije i Gruzije.

Donnerstag, 18. Dezember 2014

Važno je da Gruzija nastavi odlučno provoditi reforme pravosuđa, jačanja vladavine prava i postizanja višeg stupnja demokratije.

Gruzijska suverenost ne smije biti u ni jednom trenutku ugrožena, a sve susjedne države moraju poštovati gruzijski teritorijalni integritet unutar međunarodno priznatih granica.

Andrejs Mamikins (S&D), *in writing*. — The European Parliament's ratification of the Association Agreement with Georgia has opened a new chapter in European Union relations with Georgia. Georgia has made significant progress in reforms and strengthening its relations with the EU. We welcome recent judicial reforms designed to strengthen Georgia's democratic institutions and support the efforts of Georgian society to achieve further democratisation. Although much work remains to be done, experience shows that Georgians prefer to solve their problems, not to avoid them. I think that Europe should now show its real solidarity with Georgia and its people.

Νότης Μαρτιάς (ECR), *γραφιώς*. — Απείχα από την ψηφοφορία της έκδοσης Mamikins σχετικά με το σχέδιο απόφασης του Συμβουλίου για την υπογραφή, εξ ονόματος της Ευρωπαϊκής Ένωσης, της Συμφωνίας Σύνδεσης μεταξύ της Ευρωπαϊκής Ένωσης και της Ευρωπαϊκής Κοινότητας Ατομικής Ενέργειας και των κρατών μελών τους, αφενός, και της Γεωργίας, αφετέρου, διότι δεν θεωρώ ότι έχουν ωριμάσει οι πολιτικοί, γεωστρατηγικοί και οικονομικοί όροι για τη σύναψη και εν συνεχεία εφαρμογή της εν λόγω συμφωνίας.

Barbara Matera (PPE), *per iscritto*. — Ho espresso il mio consenso nei confronti della relazione a firma del collega Mamikins, nella speranza che questo accordo offra alla Georgia un futuro nella famiglia europea.

Tale accordo, che prevede la creazione di una zona di libero scambio globale, avvantaggia consistentemente il paese, permettendo ad esso un più facile accesso al mercato.

Esso contribuirà, da una parte, a rendere i flussi commerciali della Georgia con l'Unione europea più agevoli e, dall'altra, a garantire migliori condizioni di investimento per gli Stati membri dell'UE.

Georg Mayer (NI), *schriftlich*. — Ein Assoziierungsabkommen mit Georgien lehne ich aus den gleichen Gründen ab wie jenes mit der Republik Moldau. In Zeiten wirtschaftlicher Komplikationen ist es nicht ratsam, Geld des ohnehin knappen Haushalts der Europäischen Union in Länder zu pumpen, um deren Wettbewerbsfähigkeit am europäischen Binnenmarkt zu steigern, ohne dass dies schnelle Verbesserungen bringen würde. Georgien braucht wie die Ukraine langfristige Hilfsmaßnahmen, die wir uns zu dieser Zeit nicht leisten können. Weiters muss der politische Aspekt einer Annäherung an Georgien in Betracht gezogen werden. Wie am Beispiel der Republik Moldau ersichtlich, kann ein Assoziierungsabkommen mit Georgien dazu führen, dass Russland massive Sanktionen gegen dieses Land erlässt. Für die dadurch bedingten wirtschaftlichen Ausfälle müsste ebenfalls die Union haften.

Jean-Luc Mélenchon (GUE/NGL), *par écrit*. — Cet accord négocié dans le cadre du partenariat oriental ne vise qu'à affaiblir la Russie. La Géorgie est depuis dix ans le laboratoire néolibéral des États-Unis et de l'Union aux frontières de la Russie. Cet accord vise à la création d'une «zone de libre-échange approfondi et complet» avec l'Union européenne, devant apporter le bonheur des peuples. Quand on voit les résultats des politiques menées en Europe, on peut s'interroger sur l'empressement des autorités géorgiennes à voir infliger les mêmes souffrances à son peuple. Par sympathie pour le peuple géorgien, je vote contre.

Nuno Melo (PPE), *por escrito*. — Existe na Geórgia um forte consenso nacional e entre todos os partidos a favor da integração no ocidente, incluindo a UE e a NATO. Este consenso deve contribuir para atenuar a atual polarização do cenário político e criar as condições necessárias para um diálogo construtivo entre as forças da maioria e da minoria.

Este Acordo de Associação é um avanço significativo nas relações UE-Geórgia, que consubstancia um compromisso relativamente à associação política e à integração económica. Aguardo que a celebração deste acordo venha a ser benéfica para todos e contribua para o desenvolvimento da Geórgia, bem como para a consolidação da sua democracia.

Daí o meu voto favorável.

Donnerstag, 18. Dezember 2014

Roberta Metsola (PPE), *in writing*. — I voted in favour of this recommendation because I believe that it is important that the Association Agreement (AA) between the Union and Georgia moves forward. There is strong cross-party support and wide popular approval for the AA in Georgia and it is essential that the EU does its part to ensure that the socioeconomic benefits of the AA start being felt in Georgia as soon as possible.

Marlene Mizzi (S&D), *in writing*. — I supported the association agreement with Georgia as a tool for Georgia's further democratisation and European integration.

Sorin Moisă (S&D), *in writing*. - — Georgia is a long standing, committed partner for Europe. It has been very stubborn in its intention to choose its own path in history. This Agreement is enshrining the free choice of free peoples, democratically represented.

Sophie Montel (NI), *par écrit*. - L'Union européenne ne sait décidément plus quoi inventer pour tenter d'isoler la Russie. Cet accord d'association avec la Géorgie fait partie de l'arsenal de mesures anti-Russie développé par l'Union. On notera que l'Union européenne a aussi déjà passé des accords de libre-échange, notamment avec la Moldavie, et a fait miroiter à l'Ukraine une future adhésion. J'ai voté contre cet accord d'association avec la Géorgie.

Victor Negrescu (S&D), *în scris*. — Am votat în favoarea acordului de asociere dintre Uniunea Europeană și Georgia întrucât sprijin procesul de extindere al UE și parcursul european al Georgiei.

Georgia are un viitor european, iar ca europarlamentar român, consider că este de datoria noastră să sprijinim procesul de integrare europeană a acestui stat care împărtășește valorile comune europene.

Younous Omarjee (GUE/NGL), *par écrit*. - Je me suis opposé à ce rapport, qui joue la carte de la provocation en Géorgie contre le voisin russe, situation parfaitement similaire à la prolifération d'accords d'association européens avec la Moldavie ou l'Ukraine. Connaissant les tensions géopolitiques dans la région du Caucase, je ne peux cautionner l'accord d'association de l'Union avec la Géorgie.

Urmas Paet (ALDE), *kirjalikult*. — Toetasin ELi ja Gruusia assotsieerimislepingu ratifitseerimist, sest see aitab muuta Gruusia majanduse kaasaegsemaks ja prognoositavamaks, millest saavad kasu mõlemad lepingupooled ja kõik Euroopa Liidu liikmesriigid.

Aldo Patriciello (PPE), *per iscritto*. — L'accordo di associazione con la Georgia non soltanto consentirà il rafforzamento delle relazioni con l'UE, garantendo reciproci vantaggi grazie a un accesso più ampio al mercato, ma favorirà anche l'allineamento della legislazione georgiana a quella europea. La cooperazione settoriale trasversale è un elemento fondamentale per la crescita socioeconomica della Georgia e lo sviluppo di una collaborazione di lungo periodo tra le parti. Ciò considerato, intenderei esprimere il mio voto favorevole.

Andrej Plenković (PPE), *napisan*. — Zaključivanje Sporazuma o pridruživanju između EU-a i Gruzije je važno zbog slanja poruke solidarnosti gruzijskom narodu, podrške teritorijalnoj cjelovitosti Gruzije koja je suočena s dva zamrznuta konflikta, kao i nastavka političkih, ekonomskih i pravnih reformi.

Gruzija će pridruživanjem postupno prihvatiti standarde i norme EU-a što će voditi i k snažnijoj trgovinskoj razmjeni te jačanju gospodarskih odnosa. Usporedno s naglašavanjem važnosti provedbe Sporazuma s Gruzijom, istaknuo bih i značaj daljnjih reformi te postizanje rezultata od strane gruzijske Vlade, posebno u području pravosuđa.

Salvatore Domenico Pogliese (PPE), *per iscritto*. — Ho preferito astenermi sulla conclusione dell'accordo di associazione (AA) tra l'Unione europea e la Georgia, perché, pur essendo a favore della creazione di una zona di libero scambio globale e approfondito (DCFTA) fra l'UE e la Georgia, credo che alcune delle condizioni richieste non siano totalmente soddisfatte per consentire l'accesso al mercato dell'UE in maniera completa, e far sì che entrambe le parti beneficino dei flussi commerciali previsti dall'accordo. Mi auguro che a breve la Georgia si metta in linea con l'acquis dell'UE, ciò contribuirà alla modernizzazione dell'economia, alla stabilizzazione degli investimenti dell'UE in Georgia e a un ambiente imprenditoriale migliore e più dinamico.

Donnerstag, 18. Dezember 2014

Marcus Pretzell (ECR), *schriftlich*. — Obwohl es eine positive Entwicklung ist, dass Georgien – ein Land mit unzweifelhafter europäischer Geschichte und Kultur – an die Europäische Union heranrückt, enthalte ich mich der Stimme bezüglich des Assoziierungsabkommens. Würde es sich dabei um ein echtes Freihandelsabkommen und die Beförderung von Menschenrechten, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit handeln, hätte es meine volle Zustimmung. Allerdings vermischt dieses Abkommen die Interessen der EU und ihrer Mitgliedstaaten mit denen der NATO. Da ich es nicht unterstütze, dass die EU hier als Wegbereiter der NATO auftritt, versage ich dem Assoziierungsabkommen meine Unterstützung.

Franck Proust (PPE), *par écrit*. — Le renforcement des relations avec la Géorgie a un grand intérêt tant pour l'Union européenne que pour la Géorgie. C'est un pays stratégique, dont 30 % des importations sont d'origine européenne. Je vote donc pour une telle recommandation. Des relations plus étroites devraient permettre un renforcement des échanges et de la confiance dans les partenaires orientaux de l'Union, en même temps que l'établissement de normes commerciales et démocratiques communes.

Paulo Rangel (PPE), *por escrito*. — Nos últimos anos, a Geórgia registou progressos significativos nas reformas e no reforço das relações com a UE. No quadro deste processo, a celebração do Acordo de Associação UE-Geórgia e a criação, neste âmbito, da Zona de Comércio Livre Abrangente e Aprofundada (ZCLAA) assumem uma importância fundamental, seja pelos benefícios recíprocos que geram para as Partes, seja como um sinal de reconhecimento dos esforços realizados pelas autoridades da Geórgia para reforçar a estabilidade e independência das instituições e consolidar o Estado de direito e o sistema de proteção dos direitos fundamentais. Celebrado o Acordo, importa, agora, assegurar a sua aplicação e dar sequência aos esforços de reforma, designadamente no que concerne à criação das condições para a construção de uma sociedade livre baseada nos valores democráticos e para o reforço da independência do sistema judiciário, que, em caso algum, deve ser utilizado como instrumento de vingança política.

De salientar ainda o apelo dirigido à Rússia para que respeite plenamente a soberania e a integridade territorial da Geórgia, revogue o reconhecimento da separação da Abcásia e da região Tskhinvali/Ossétia do Sul, ponha termo à ocupação desses territórios e assuma o compromisso de não usar a força contra a Geórgia.

Julia Reid (EFDD), *in writing*. — Reason for voting against: The EU meddling in the former Soviet Union has triggered the crisis in Ukraine. Not content with this, the EU is meddling in Georgia, a country that as recently as 2008 was at war with Russia. We feel the EU is stoking the flame of conflict and mistrust with this agreement.

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D), *por escrito*. — El Acuerdo con Georgia es el tercero de una nueva serie de acuerdos de asociación, después de los firmados con Ucrania y Moldavia, que debe ratificar el Parlamento. He dado mi visto bueno al Acuerdo de Asociación entre la Unión Europea y Georgia ya que supondrá una mayor asociación política e integración económica entre ambas partes, lo que conllevará la apertura progresiva de sus respectivos mercados.

Claude Rolin (PPE), *par écrit*. — J'ai voté cette recommandation qui s'inscrit dans le cadre de la procédure d'approbation de l'accord d'association/accord de libre-échange entre l'Union européenne et la Géorgie. Cet accord, engagé durant le sommet du partenariat oriental à Vilnius du 29 novembre 2013 et signé le 27 juin 2014, prévoit une coopération accrue en matière de renforcement de l'état de droit, de promotion de réformes du système judiciaire, de lutte contre la corruption, de garantie du respect des droits et des libertés fondamentaux et de renforcement des institutions démocratiques. Il permettra également à la Géorgie de moderniser ses relations commerciales avec l'Union et de développer son économie grâce à une suppression progressive des tarifs douaniers et des quotas et à l'harmonisation des lois, normes et réglementations. Des réformes sont notamment prévues dans les domaines suivants: la gouvernance publique, la justice, le maintien de l'ordre, la relance et la croissance économiques, la protection des consommateurs, l'énergie, le transport, la protection de l'environnement, le développement industriel et social, la protection sociale, l'éducation, la jeunesse et la culture.

Bronis Ropė (Verts/ALE), *raštu*. — Labai palaikau rezoliucijos projektą ir kolegias raginu vienareikšmiškai balsuoti „už“. Gruzija gal ne tiek svarbi ekonomiškai, tačiau labai svarbus europinių vertybių forpostas Rytuose. Ši šalis savanoriškai pasirinko integraciją su Europa kelią ir liko ištikima europinėms vertybėms net ir spaudžiama Rusijos.

Donnerstag, 18. Dezember 2014

ES parama Gruzijai šiuo metu nėra didelė, tačiau tai, kaip ši šalis panaudoja gerąją ES patirtį savo modernizacijai yra puikus pavyzdys daugeliui kitų ES valstybių partnerių. Gruzija yra viena iš neabejotinų ES kaimynystės politikos lyderių ir mes privalome ją palaikyti.

Kartu norėčiau pareikšti keletą pastabų dėl rezoliucijos teksto. Pirma, manau, jame nepakankamai kalbama apie visuomenės informavimo ES klausimais svarbą. Antra, nors 43 punkte mėginama siūlyti ieškoti sprendimo regioninės ekonominės integracijos klausimais, tačiau jame visai be reikalo ignoruojama Turkija ir ES galimybės paskatinti šios kandidatės į ES ekonominį bendradarbiavimą su Gruzija.

Fernando Ruas (PPE), *por escrito*. — O Acordo de Associação entre a União Europeia e a Geórgia, negociado sob a égide da Parceria Oriental entre 2012 e 2013, prevê a criação de uma Zona de Comércio Livre Abrangente e Aprofundada (ZCLAA) que consubstancia benefícios mútuos.

A Geórgia, comprometendo-se a assumir compromissos vinculativos no sentido de adotar legislação, normas e valores comuns, oferecerá um quadro legal mais estável, previsível e escrutinável aos seus cidadãos, além de melhorar o seu acesso ao maior bloco comercial do mundo.

Por seu lado, a UE beneficiará de uma maior fluidez nos fluxos comerciais e de melhores condições de investimento neste país, promovendo a modernização da economia e propiciando um ambiente político mais favorável e previsível.

Prevê-se que a ZCLAA aumente o comércio entre a UE e a Geórgia em 12 % no que respeita às exportações da Geórgia para a UE e cerca de 7,5 % quanto às importações da UE, melhorando a atual situação da balança corrente deste país.

Deste modo, votei favoravelmente a celebração deste Acordo.

Tokia Saïfi (PPE), *par écrit*. — J'ai soutenu cette recommandation du Parlement européen, qui représente la ratification de l'accord d'association entre l'Union européenne et la Géorgie. Suite à la signature de l'accord d'association entre l'Union européenne et la Géorgie le 27 juin et à la ratification par le Parlement géorgien de l'accord le 18 juillet dernier, le Parlement européen était amené à approuver à son tour l'accord.

Je me félicite de cette approbation. Cet accord d'association permettra de renforcer les relations économiques et politiques entre l'Union européenne et la Géorgie, et il contient également une composante commerciale qui ouvrira à long terme un libre accès aux marchés des deux parties.

Il sera important de rester vigilant et de veiller à ce que l'accord soit pleinement appliqué et respecté.

Matteo Salvini (NI), *per iscritto*. — Ho scelto di votare contro in quanto l'accordo tende all'eliminazione di tutti i dazi all'importazione e a vietare l'imposizione di dazi all'esportazione su quasi tutti i tipi di merce da parte dell'UE, danneggiando così le imprese europee.

Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito*. - He votado en contra de este informe que da su aprobación a la celebración de un Acuerdo de Asociación con Georgia, lo que supone la creación de una gran zona de libre comercio entre la UE y Georgia. He votado siempre en contra de la creación de zonas de libre comercio entre la UE y terceros países por entender que estas benefician siempre a las grandes empresas y al gran capital europeo, en detrimento de la producción local de los terceros países. En este caso no podía ser de otra manera. Además, ha quedado manifiestamente claro que en el caso de Georgia la intención es acercar a este país a la órbita de la UE y la OTAN, y alejarlo lo más posible de la influencia de Rusia, lo que supone una injerencia en los asuntos internos de Georgia. Por todo ello he votado contra.

Siôn Simon (S&D), *in writing*. — Thanks to today's vote, the motion for a non-legislative resolution on the conclusion of the Association Agreement between the EU, the European Atomic Energy Community and Georgia has been approved by Members. The signature of the Association Agreement constitutes a significant step forward in EU-Georgia relations and embodies a commitment to the path of political association and economic integration. The ratification of the Agreement is not the final goal in itself and full implementation in as short a timeframe as possible is key.

Donnerstag, 18. Dezember 2014

Monika Smolková (S&D), *písomne* - Gruzínsko spolu s Arménskom a Azerbajdžanom boli v roku 2004 pribrané do projektu susedskej politiky, prostredníctvom ktorého sa im EÚ snaží pomáhať v ich ekonomických, politických a demokratických reformách. Od tohto obdobia Gruzínsko prešlo významnými etapami rozvoja a ja som rada, že dnes môžeme konštatovať, že Gruzínsko sa so svojimi 4,9 milióna ľuďmi s odhadovaným rastom HDP 6,3 %, nezamestnanosťou 13,7 % a HDP na osobu 6 100 dolárov v roku 2014 zaradzuje medzi najúspešnejšie krajiny regiónu, pokiaľ ide o potrebné reformy. Hlasovala som za uznesenie o uzavretí dohody o pridružení medzi Európskou úniou a Gruzínskom, pretože verím, že táto dohoda pomôže Gruzínsku pri prijímaní príslušných zákonov a noriem, ktoré sa stanú vhodným nástrojom pre posilnenie vzájomných väzieb medzi EÚ a Gruzínskom.

Dubravka Šuica (PPE), *napisan*. — Podržavam ovaj prijedlog Sporazuma o pridruživanju Europske unije i Gruzije.

Vážnosť Sporazuma o slobodnoj trgovini očituje se u omogućavanju pristupa Gruziji tržištu s najvećim gospodarskim blokom, komercijalnim tokovima i boljim investicijskim uvjetima. Jedan od ciljeva Sporazuma je i reforma gruzijske trgovinske politike koja će donijeti bolje i predvidljivije radno okruženje, gospodarsku integraciju Gruzije u EU, povećanje kontakata i mobilnosti ljudi. Ovaj Sporazum predstavlja i podršku političkom, društvenom i ekonomskom nastojanju povećanja energetske sigurnosti i zaštite okoliša Gruzije te produbljivanje društveno-ekonomske suradnje s EU-om.

Ελευθέριος Συναδινός (NI), *γραφτώ*. — Τη συγκεκριμένη χρονική στιγμή, όπου η οικονομική κρίση συνεχίζει να υφίσταται, οι οικονομικές συμφωνίες με τρίτες χώρες, με ευνοϊκούς, προς αυτές, όρους δεν συμβάλλει στην επίλυση των οικονομικών προβλημάτων των χωρών μελών· αντίθετως τα οξύνει.

Marc Tarabella (S&D), *par écrit*. — En donnant son approbation à cet accord d'association, le Parlement européen permettra à la Géorgie de se rapprocher de l'Union européenne. Nous nous sommes prononcés pour cet accord et avons pris acte de la ratification, le 18 juillet, de l'accord par le Parlement géorgien, qui ouvre la voie à son application provisoire dès le 1^{er} septembre 2014. Soulignons que l'accord d'association ne constituera un succès que s'il est scrupuleusement mis en œuvre par les deux partenaires. Il convient donc que l'Union aide la Géorgie à adopter les lois et décrets nécessaires et à veiller à leur application en bonne et due forme.

Evžen Tošenovský (ECR), *písemně*. — Projekt Východního partnerství je zacílen na dosažení stability a prosperity v sousedství Unie. Je vzájemně prospěšné dále prohlubovat vztahy mezi Evropskou unií a Gruzii jakožto jednou z partnerských zemí. Proto plně podporuji asociační dohodu.

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito*. — O Acordo de Associação (AA) entre a União Europeia (UE) e a Geórgia, negociado sob a égide da Parceria Oriental entre 2012 e 2013, segue o modelo do Acordo de Associação UE-Ucrânia, que constitui o acordo de comércio livre mais ambicioso alguma vez negociado pela UE com um país terceiro, sem considerar os países do Espaço Económico Europeu, com a criação de uma Zona de Comércio Livre Abrangente e Aprofundada (ZCLAA) com a UE.

Não nos revemos nestes acordos de livre comércio que representam nesta nossa era uma nova forma de colonialismo em versão comercial e económica. Contrapomos acordos comerciais não baseados no livre comércio, mas antes baseados na cooperação mútua e no respeito pela especificidade de todas as partes.

Acresce que este acordo representa mais um capítulo do cerco à Rússia, procurando assim romper laços de cooperação históricos que refletem não só a proximidade geográfica, mas também identidades culturais. Só assim se compreendem os propósitos ofensivos usados para diabolizar a Rússia.

Votamos contra.

Harald Vilimsky (NI), *schriftlich*. — Anstatt sich auf die eigenen Belange zu kümmern, begeht die EU mit einem Assoziierungsabkommen mit Georgien erneut einen Fehler, welcher die Kurzsichtigkeit, aber auch die Ignoranz gegenüber der Krise in der EU hervorstreicht. Jenes Geld, das jetzt für Georgien zur Verfügung steht, fehlt wiederum am europäischen Binnenmarkt und in Regionen, die von der Krise schwer getroffen sind. Die Intention ist in außenpolitischen Belangen erneut klar, nämlich auf Konfrontationskurs mit Russland. Aufgrund der Tatsache, dass dieses Abkommen zum einen die diplomatischen und wirtschaftlichen Beziehungen mit der Russischen Föderation aufs Weitere anspannt und das Geld, welches für ein weiteres Fass ohne Boden verwendet wird, in Europa dringender von Nöten wäre, habe ich dieses Abkommen in aller Entschiedenheit abgelehnt.

Donnerstag, 18. Dezember 2014

12. **Berichtigungen des Stimmverhaltens und beabsichtigtes Stimmverhalten: siehe Protokoll**
13. **Zusammensetzung der Ausschüsse und der Delegationen: siehe Protokoll**
14. **Mittelübertragungen: siehe Protokoll**
15. **Beschlüsse über bestimmte Dokumente: siehe Protokoll**
16. **Übermittlung der in dieser Sitzung angenommenen Texte: siehe Protokoll**
17. **Zeitpunkt der nächsten Sitzungen: siehe Protokoll**
18. **Unterbrechung der Sitzungsperiode**

(The sitting closed at 12.15)

ISSN 1977-088X (elektronische Ausgabe)

ISSN 1725-2407 (Papierausgabe)



Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Union
L-2985 Luxemburg
LUXEMBURG

DE